Land Niedersachsen

Vorbericht

zum

Haushaltsplan

für das

Haushaltsjahr 2007

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil: Das Haushaltsgesetz

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007 – HG 2007 –) Seite 4

Gesamtplan
- a) Haushaltsübersicht Seite 8
- b) Finanzierungsübersicht Seite 10
- c) Kreditfinanzierungsplan Seite 11

Allgemeine Bestimmungen zu den Personalausgaben für das Haushaltsjahr 2007 (Allgemeine Bestimmungen 2007) Seite 12

Allgemeine Bemerkungen zur Veranschlagung der Personalausgaben Seite 17

Zweiter Teil: Anlagen zum Haushaltsplan

1. a) Gruppierungsübersicht Seite 18
   b) Funktionenübersicht Seite 30
   c) Zuordnungsverzeichnis zum Haushaltsquerschnitt Seite 48
   Haushaltsquerschnitt Seite 50

2. Übersicht über die den Haushalt in Einnahmen und Ausgaben durchlaufenden Posten Seite 78

Dritter Teil: Weitere Übersichten

1. Zahlungen des Landes an den kommunalen Bereich Seite 80

2 Übersicht über die Sonderabgaben des Landes Seite 82

3. Darstellung der Erfolgs- und Finanzpläne der Landesbetriebe Seite 83

4. Ermächtigungen für Personalausgaben Seite 85

G e s e t z
über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2007
(Haushaltsgesetz 2007 - HG 2007 -)

Vom 15. Dezember 2006
(Nds. GVBl. S. 613)

§ 1

[1]Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007 (Gesamtplan - **Anlage 1** -) wird in Einnahme und Ausgabe auf 23 608 775 000 Euro festgestellt. [2]Die Summe der im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007 ausgebrachten Ermächtigungen, über das Haushaltsjahr 2007 hinaus Verpflichtungen zulasten des Landes einzugehen, wird auf 1 373 493 000 Euro festgestellt.

§ 2

[1]Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Zuwendungen im Sinne des § 23 der Niedersächsischen Landeshaushaltsordnung (LHO) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben einer Stelle außerhalb der Landesverwaltung (institutionelle Förderung) sind gesperrt, solange die Übersichten nach § 26 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 LHO nicht von dem zuständigen Ministerium und dem Finanzministerium gebilligt sind. [2]Ausnahmen kann das Finanzministerium zulassen.

§ 3

(1) Das Finanzministerium ist ermächtigt, im Haushaltsjahr 2007 zur Deckung von Ausgaben Kredite vom Kreditmarkt bis zur Höhe von 1 300 000 000 Euro aufzunehmen.

(2) [1]Das Finanzministerium ist ferner ermächtigt, zweckgebundene Darlehen, insbesondere aus Mitteln des Bundes, die vor allem zur Förderung des Wohnungsbaus gewährt werden, bis zur Höhe von 1 017 000 Euro aufzunehmen. [2]Diese Kreditermächtigung erhöht sich insoweit, als die zur Verfügung gestellten zweckgebundenen Darlehen die im Haushaltsplan veranschlagten Beträge überschreiten.

(3) Des Weiteren wird das Finanzministerium ermächtigt, Landesmittel bis zur Höhe von 186 600 000 Euro für die nachfolgend genannten Fördermaßnahmen über einen Zeitraum von zehn Jahren durch die Niedersächsische Landestreuhandstelle finanzieren zu lassen:

1. Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen nach den §§ 164 a und 164 b des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 5. September 2006 (BGBl. I S. 2098),

2. Förderung der Errichtung von Krankenhäusern einschließlich Erstausstattung mit Anlagegütern und Wiederbeschaffung von Anlagegütern nach § 9 Abs. 1 sowie Förderung der Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter nach § 9 Abs. 3 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes in der Fassung vom 10. April 1991 (BGBl. I S. 886), zuletzt geändert durch Artikel 56 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407).

§ 4

(1) Das Finanzministerium ist ermächtigt, Garantien und Bürgschaften zulasten des Landes bis zur Höhe von 2 500 000 000 Euro zu übernehmen.

(2) [1]Zur Übernahme solcher Garantien und Bürgschaften ist die Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages erforderlich. [2]Ausgenommen sind Bürgschaften und Garantien, die

1. nach den Allgemeinen Bürgschaftsrichtlinien des Landes Niedersachsen sowie den Grundsätzen bei der Übernahme von Bürgschaften für Schiffbaukredite,

2. nach den Bürgschaftsrichtlinien des Landes Niedersachsen für den Wohnungsbau einschließlich des Erwerbs vorhandener Wohnungen durch kinderreiche Familien und der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen,

3. zugunsten der Hannoverschen Beteiligungsgesellschaft mbH für Finanzierungen innerhalb des beschlossenen Wirtschaftsplans und für Refinanzierungen,

4. nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für investive Maßnahmen landwirtschaftlicher Unternehmen in Niedersachsen (Agrarinvestitionsförderungsprogramm),

5. zugunsten der Niedersächsischen Landestreuhandstelle,

6. gegenüber der EU-Kommission im Rahmen ihres Programms INTERREG III für Haushaltsjahre bis einschließlich 2008 und bis zur Höhe von höchstens 15 339 000 Euro,

7. nach der Richtlinie des Landes Niedersachsen für Garantien von Beteiligungen an kleinen und mittleren Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft,

8. als Rückbürgschaften gegenüber der Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft GmbH (BBfS), Köln, mit höchstens 50 vom Hundert des Risikos der BBfS,

9. zur Erfüllung der Verpflichtungen des Landes aus § 17 Abs. 2 und § 56 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes in der Fassung vom 6. Juni 1983 (BGBl. I S. 645, 1680), zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 9 des Gesetzes vom 22. September 2005 (BGBl. I S. 2809),

10. als Rückbürgschaften und Rückgarantien gegenüber der Niedersächsischen Bürgschaftsbank GmbH, Hannover, gegen komplementäre Erklärungen des Bundes,

11. als Ausfallbürgschaft gemäß § 11 a Abs. 5 Satz 1 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes vom 24. Juni 2002, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. November 2006 (Nds. GVBl. S. 538)

übernommen werden.

(3) Das Finanzministerium ist in den Fällen des Absatzes 2 Satz 2 Nr. 3 ermächtigt, die Übernahme von Bürgschaften und Gewährleistungen und die Vollziehung der entsprechenden Urkunden auf die mit den Förderprogrammen befassten Stellen außerhalb der Landesverwaltung zu übertragen.

§ 5

Der nach § 37 Abs. 1 Satz 4 Nr. 3 LHO zu bestimmende Betrag wird auf 5 100 000 Euro festgesetzt.

§ 6

(1) Die gesetzlichen Vorschriften über die Veranschlagung und Bewirtschaftung von Personalausgaben werden durch die nachstehenden Allgemeinen Bestimmungen zu den Personalausgaben für das Haushaltsjahr 2007 (Allgemeine Bestimmungen 2007) - **Anlage 2** - ergänzt.

(2) [1]In Kapiteln mit Personalkostenbudgetierung wird jeweils in einer Erläuterung des Kapitels ein Beschäftigungsvolumen als Richtwert festgelegt. [2]Es wird gebildet durch Umrechnung der Zahl der jahresdurchschnittlich mit Bezügen Beschäftigten in Vollzeiteinheiten pro Jahr. [3]Das Finanzministerium ist ermächtigt, das Beschäftigungsvolumen infolge von neuen Stellen, Stellenumsetzungen, Vollzug von kw-Vermerken sowie zulässigen kapitelübergreifenden Verwendungen von Planstellen und Stellen zu verändern.

(3) [1]Die zur Finanzierung des Beschäftigungsvolumens erforderlichen Mittel werden kapitelweise in einem Personalkostenbudget zusammengefasst. [2]Soweit Mittel im Personalkostenbudget zur Verfügung stehen, können das Beschäftigungsvolumen sowie die Stellen für Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter überschritten werden, sofern unbeschadet des vorrangigen Personalabbaus durch die Verwaltungsmodernisierung sichergestellt ist, dass Ausgaben in Folgejahren nicht entstehen. [3]Das Finanzministerium ist ermächtigt, die Personalkostenbudgets aufgrund von wesentlichen Veränderungen der Rahmenbedingungen, insbesondere bei Besoldungs- und Tariferhöhungen, bis zur Höhe der in Kapitel 13 02 Titel 461 11 veranschlagten Mittel anzupassen; dies gilt auch für die nach § 17 a LHO budgetierten Verwaltungsbereiche.

(4) [1]Überschreitungen des Personalkostenbudgets vermindern das Personalkostenbudget im Folgejahr sowie in entsprechendem Umfang das Beschäftigungsvolumen. [2]Satz 1 gilt nicht, wenn das Beschäftigungsvolumen sowie die Stellen für Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter eingehalten wurden; Erhöhungen des Beschäftigungsvolumens nach Nummer 6 Abs. 1 Satz 9 der Allgemeinen Bestimmungen bleiben unberücksichtigt. [3]Satz 1 gilt auch nicht für die nach § 17 a LHO budgetierten Verwaltungsbereiche.

(5) [1]Die Absätze 2 bis 4 gelten ausschließlich für Kapitel mit Personalkostenbudgetierung. [2]Das Personalkostenbudget umfasst die Titel 422 01, 422 10, 422 11, 422 19, 425 01, 425 02, 425 03, 425 05, 425 10, 425 11, 425 13, 425 26, 425 27, 426 01, 426 03, 426 10, soweit sie in den jeweiligen Kapiteln ausgebracht sind, sowie in den Kapiteln 03 14 und 03 18 den Titel 429 10. [3]Abweichend von § 20 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a LHO bilden diese Titel innerhalb eines Kapitels sowie innerhalb der Kapitel 07 10 bis 07 20 einen eigenen Deckungskreis. [4]Sonstige Vorschriften über die Bewirtschaftung von Personalausgaben und Stellen bleiben unberührt.

§ 7

[1]Das Finanzministerium ist ermächtigt, die Stellen, die bis zur Verkündung dieses Gesetzes im Wege der Abweichung von den Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen des Haushaltsjahres 2006 zu den für beamtete und richterliche Hilfskräfte, Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst in Betracht kommenden Titeln genehmigt wurden, in den entsprechenden Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen darzustellen, soweit sie im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007 noch nicht enthalten sind. [2]Entsprechendes gilt

1. für Änderungen in den Stellenplänen aufgrund der Nummern 1 und 3 der Allgemeinen Bestimmungen 2006,

2. für die im Haushaltsjahr 2006 nach den Haushaltsvermerken zu den Stellenplänen der Kapitel 06 13 bis 06 19, 06 22, 06 23 und 06 34 bis 06 39 in Auswirkung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes vom 24. Juni 2002 (Nds. GVBl. S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Juni 2006 (Nds. GVBl. S. 239), vorgenommenen Stellenumwandlungen.

§ 8

(1) [1]Werden Maßnahmen vom Land Niedersachsen und der Europäischen Gemeinschaft gemeinsam finanziert, bei denen nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaft ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht, so kann das Finanzministerium Mehrausgaben ohne Ausgleich durch Einsparungen bei anderen Ausgaben in Höhe von zweckgebundenen Mehreinnahmen über den im Haushaltsplan veranschlagten entsprechenden Landesanteil hinaus zulassen. [2]§ 37 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 LHO ist nicht anzuwenden.

(2) [1]Mehrausgaben bei den Titeln der Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ und „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, durch welche die jeweils für die Gemeinschaftsaufgabe veranschlagten Landesmittel überschritten werden, dürfen nur mit Einwilligung des Finanzministeriums geleistet werden und müssen durch Einsparungen an anderer Stelle innerhalb des die jeweilige Gemeinschaftsaufgabe betreffenden Einzelplans 08, 09 oder 15 oder durch für diesen Zweck bereitgestellte Mittel öffentlich rechtlicher Körperschaften, Anstalten und Stiftungen gedeckt sein. [2]Stellt der Bund zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen bereit, so darf das zuständige Fachministerium mit Einwilligung des Finanzministeriums zusätzliche Verpflichtungen unter Berücksichtigung des Mitleistungsverhältnisses eingehen.

(3) Das Finanzministerium ist ermächtigt, zur Deckung ressortspezifischer Mehrausgaben im Zusammenhang mit dem Verkauf landeseigener Liegenschaften Mittel des Sondervermögens „Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen“ in Anspruch zu nehmen.

§ 9

Im Bereich der Kapitel 07 07 bis 07 22 werden zum Zweck der Versorgung der Schülerinnen und Schüler mit Lernmitteln Ausnahmen von den Vorschriften über Zahlungen, Buchführung und Rechnungslegung (§§ 70 bis 72, 75 bis 80 LHO) zugelassen.

§ 10

(1) Aufwandsentschädigungen betreffende Erläuterungen sind für die Bewirtschaftung verbindlich.

(2) Das Finanzministerium kann Ausnahmen zulassen.

§ 11

(1) Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen:

1. Beträge, die von anderen als Landesbetrieben aus Anlass der Mitbenutzung landeseigener oder vom Land angemieteter Einrichtungen erstattet werden, wenn die Erstattungsbeträge und die Gesamtkosten in demselben Haushaltsjahr anfallen und auf der gleichen Berechnungsgrundlage beruhen;

2. Erstattungen von Personalausgaben (Hauptgruppe 4), soweit es sich nicht um durchlaufende Mittel Dritter (beispielsweise Bundesmittel) handelt, sowie Zahlungen von Eingliederungszuschüssen durch die Bundesagentur für Arbeit;

3. Erstattungen bei folgenden Titeln - einschließlich der entsprechenden Titel in Titelgruppen und in nach § 17 a LHO budgetierten Kapiteln -:

   a) Titel 511 01 und 518 02 - aus der Anfertigung von Fotokopien für Dritte -,

   b) Titel 511 01 - aus der privaten Inanspruchnahme dienstlicher Fernmeldeanlagen -,

   c) Titel 514 01 - aus der privaten Nutzung von Dienstkraftfahrzeugen -,

   d) Titel 517 01 - aus Erstattungen Dritter -,

   e) Titel 527 01 - aus Erstattungen aus dem öffentlichen Bereich -;

4. Schadensersatz, den Dritte im Rahmen der Durchführung der im Einzelplan 20 sowie im Kapitel 06 04 einzeln veranschlagten Hochbaumaßnahmen leisten, solange die jeweilige Maßnahme im Haushaltsplan aufgeführt ist;

5. Einnahmen aus Vereinbarungen nach § 34 b LHO.

(2) Werden Gebührenanteile im Rahmen einer Kostenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetzes (NVwKostG) vom 7. Mai 1962 (Nds. GVBl. S. 43), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 7. Dezember 2006 (Nds. GVBl. S. 575), an Behörden anderer Körperschaften abgeführt oder vom Kostenschuldner geleistete Erstattungen von Auslagen gemäß § 13 NVwKostG an andere Behörden weitergeleitet, so sind die Ausgaben abweichend von § 35 Abs. 1 LHO von der Einnahme abzusetzen.

(3) Das Nähere bestimmt das Finanzministerium.

§ 12

[1]Für das Haushaltsjahr 2007 wird abweichend von § 25 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes (NBrandSchG) vom 8. März 1978 (Nds. GVBl. S. 233), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 16. September 2004 (Nds. GVBl. S. 362), der den Landkreisen und Gemeinden zustehende Anteil am Aufkommen der Feuerschutzsteuer auf 75 vom Hundert, der dem Land verbleibende Anteil auf 25 vom Hundert festgesetzt. [2]Die in § 25 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 NBrandSchG festgesetzten Zweckbindungen bleiben unberührt.

§ 13

Aufgrund des § 2 der Verordnung über die Erhebung von Gewerbesteuer im Gebiet des niedersächsischen Küstengewässers und des daran anschließenden Festlandsockels vom 21. Juli 1981 (Nds. GVBl. S. 203) wird der Hebesatz für das Haushaltsjahr 2007 auf 417 vom Hundert festgesetzt.

§ 14

Die Vorschriften und Ermächtigungen der §§ 4, 6, 9, 11 und 12 gelten bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 2008 weiter.

§ 15

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2007 in Kraft.

Hannover, den 15. Dezember 2006

Der Präsident des Niedersächsischen Landtages

Jürgen G a n s ä u e r

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Der Niedersächsische Ministerpräsident

Christian W u l f f

Gesamt

Haushaltsjahr 2007

A. Haushalts

Epl.	Bezeichnung	Einnahmen					
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
01	Landtag	—	81	—	—	81	34.204
02	Staatskanzlei	—	636	196	—	832	19.354
03	Ministerium für Inneres und Sport	—	67.462	19.860	824	88.146	1.003.031
04	Finanzministerium	—	74.856	127.387	5	202.248	530.405
05	Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit	—	22.584	559.541	125.708	707.833	95.647
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	—	30.993	145.018	110.052	286.063	73.159
07	Kultusministerium	—	12.445	2.202	70.825	85.472	3.532.036
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	—	762.663	969.641	196.517	1.928.821	174.463
09	Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	5.350	23.352	140.228	42.172	211.102	86.338
11	Justizministerium	—	392.015	1.398	—	393.413	610.412
12	Staatsgerichtshof	—	—	—	—	—	161
13	Allgemeine Finanzverwaltung	16.101.000	1.202.236	481.055	1.694.677	19.478.968	2.533.249
14	Landesrechnungshof	—	10	—	520	530	9.801
15	Umweltministerium	82.400	38.951	26.157	75.856	223.364	54.941
20	Hochbauten	—	702	—	1.200	1.902	—
	Summe 2007	16.188.750	2.628.986	2.472.683	2.318.356	23.608.775	8.757.201
	Summe 2006	14.821.784	2.204.940	2.352.227	2.811.148	22.190.099	8.684.498
	2007 mehr(+)/weniger(-)	+1.366.966	+424.046	+120.456	–492.792	+1.418.676	+72.703

Anlage 1
(zu § 1 Satz 1)

plan

Haushaltsjahr 2007

übersicht

Ausgaben								
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst Tsd. EUR	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen Tsd. EUR	7 Baumaßnahmen Tsd. EUR	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen Tsd. EUR	9 Besondere Finanzierungsausgaben Tsd. EUR	Gesamtausgaben Tsd. EUR	2007 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14) Tsd. EUR	Verpflichtungsermächtigungen Tsd. EUR	Epl.
9	10	11	12	13	14	15	16	17
2.858	7.797	—	242	—	45.101	–45.020	—	01
4.909	2.499	—	293	3.037	30.092	–29.260	—	02
201.283	230.496	100	80.246	37.411	1.552.567	–1.464.421	34.000	03
147.282	153	—	20.097	25.435	723.372	–521.124	—	04
40.123	2.623.393	—	183.907	–21.393	2.921.677	–2.213.844	203.279	05
15.487	1.979.698	—	177.732	–5.456	2.240.620	–1.954.557	432.111	06
33.810	474.310	—	74.933	–7.174	4.107.915	–4.022.443	20.163	07
350.792	461.104	61.682	518.181	–10.971	1.555.251	373.570	343.814	08
23.325	172.154	3.255	68.168	113.350	466.590	–255.488	74.493	09
327.625	17.652	—	12.333	41.308	1.009.330	–615.917	2.158	11
35	—	—	23	—	219	–219	—	12
2.415.212	2.635.100	320	1.046.490	–123.669	8.506.702	10.972.266	50.600	13
754	—	—	229	188	10.972	–10.442	—	14
41.894	111.063	20.593	70.075	48.995	347.561	–124.197	82.365	15
39.766	78	45.854	5.108	—	90.806	–88.904	130.510	20
3.645.155	8.715.497	131.804	2.258.057	101.061	23.608.775	—	1.373.493	
3.674.632	8.201.074	171.119	1.388.104	70.672	22.190.099		1.945.411	
–29.477	+514.423	–39.315	+869.953	+30.389	+1.418.676		–571.918	

B. Finanzierungsübersicht

			2007 in Mio. EUR
I.	Ermittlung des Finanzierungssaldos		
1.	A u s g a b e n		
	Ausgaben nach § 1 HG 2007 ..... (ohne Schuldentilgung an den Kreditmarkt für Allgemeine Deckungskredite)	23.608,8	
	davon ab: Schuldentilgung für zweckgebundene Kredite an den Kreditmarkt (siehe Abschnitt II Nr. 1.2.2)	0,4	
	Zuführungen an Rücklagen (siehe Abschnitt II Nr. 3.2)	9,4	
	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen (siehe Abschnitt II Nr. 2.2)	-,-	23.599,0
2.	E i n n a h m e n		
	Einnahmen nach § 1 HG 2007	23.608,8	
	davon ab: Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt		
	a) Allgemeine Deckungsmittel (siehe Abschnitt II Nr. 1.1.3)	1.300,0	
	b) andere (zweckgebundene) Kredite (siehe Abschnitt II Nr. 1.2.1)	-,-	
	Entnahmen aus Rücklagen (siehe Abschnitt II Nr. 3.1)	219,5	
	Einnahmen aus Überschüssen	-,-	22.089,3
3.	F i n a n z i e r u n g s s a l d o		-1.509,7
II.	Zusammensetzung des Finanzierungssaldos		
1.	Netto-Neuverschuldung/Netto-Tilgung am Kreditmarkt		
1.1	Allgemeine Deckungsmittel		
1.1.1	Einnahmen aus Kreditmarktmitteln (Kapitel 13 25 Titel 325 61)		7.354,2
	Ausgaben zur Schuldentilgung für Kreditmarktmittel (Kapitel 13 25 Titel 325 62 und 326 62)		6.054,2
1.1.3	Saldo (Nettokreditermächtigung nach § 3 Abs. 1 HG 2007)		-1.300,0
1.2	Andere (zweckgebundene) Kredite		
1.2.1	Einnahmen aus zweckgebundenen Krediten der Obergruppe 32	-,-	
1.2.2	Ausgaben zur Schuldentilgung für zweckgebundene Kredite am Kreditmarkt (Obergruppe 59 - einschließlich Ausgleichsforderungen)	0,4	0,4
	Saldo (Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt).....		-1.299,6
2.	Abwicklung der Rechnungsergebnisse aus Vorjahren		
2.1	Einnahmen aus Überschüssen	-,-	
2.2	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	-,-	-,-
3.	Rücklagenbewegung		
3.1	Entnahmen aus Rücklagen	219,5	
3.2	Zuführungen an Rücklagen	9,4	-210,1
4.	Finanzierungssaldo (Summe Nummern 1 bis 3)		-1.509,7

C. Kreditfinanzierungsplan

		2007 in Mio. EUR
I.	Einnahmen aus Krediten (brutto)	
1.	aus Kreditmarktmitteln (Kapitel 13 25 Titel 325 61)	7.354,2
2.	aus anderen Krediten der Obergruppen 31 und 32	1,0
	Summe I	7.355,2
II.	Tilgungsausgaben für Kredite	
1.	für Kreditmarktmittel (Kapitel 13 25 Titel 325 62 und 326 62)	6.054,2
2.	für andere Kredite (Obergruppen 58 und 59)	0,4
	Summe II	6.054,6
III.	Einnahmen aus Krediten (netto)	
1.	aus Kreditmarktmitteln (Abschnitt I Nr. 1 ./. Abschnitt II Nr. 1)	1.300,0
2.	aus anderen Krediten (Abschnitt I Nr. 2 ./. Abschnitt II Nr. 2)	0,6
	Summe III (Summe I ./. Summe II)	1.300,6

Anlage 2
(zu § 6 Abs. 1)

**Allgemeine Bestimmungen
zu den Personalausgaben für das Haushaltsjahr 2007
(Allgemeine Bestimmungen 2007)**

1. Stellenveranschlagungen sowie Bindung an Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

(1) [1]Das Finanzministerium ist ermächtigt, neue Stellen in der jeweils erforderlichen Besoldungsgruppe auszubringen für

1. von ihren dienstlichen Tätigkeiten zu mindestens 50 vom Hundert freigestellte Vertrauensleute der Schwerbehinderten,
2. Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter, die für die Dauer von mehr als einem Jahr nach § 123 a des Beamtenrechtsrahmengesetzes in der Fassung vom 31. März 1999 (BGBl. I S. 654), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 21. Juni 2005 (BGBl. I S. 1818), zugewiesen werden, sofern für das Land hierdurch keine zusätzlichen finanziellen Belastungen entstehen,
3. Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter, die für die Dauer von mehr als einem Jahr als nationale Sachverständige bei Einrichtungen der Europäischen Union eingesetzt und zu diesem Zweck zugewiesen oder unter Fortzahlung der Bezüge beurlaubt werden,
4. Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter, die für die Dauer von mehr als einem Jahr für Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Erweiterung der Europäischen Union zu anderen Dienstherren oder öffentlichen Einrichtungen abgeordnet, zugewiesen oder unter Fortzahlung der Bezüge beurlaubt werden, sofern die Dienstbezüge in voller Höhe erstattet werden,
5. Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter, die für die Dauer von mehr als einem Jahr zu Hilfeleistungen bei öffentlichen Einrichtungen in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Thüringen abgeordnet oder beurlaubt werden. In Fällen, in denen eine Wahrnehmung der Aufgaben der abgeordneten oder beurlaubten Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richter durch nichtbeamtete Ersatzkräfte gesetzlich ausgeschlossen ist, sowie bei Abordnungen mit dem Ziele der Versetzung kann bei einem unabweisbaren Bedarf eine Stelle auch bei Abordnungen oder Beurlaubungen von einem Jahr und weniger ausgebracht werden.

[2]Die Stellen erhalten den Vermerk „künftig wegfallend nach Fortfall der Freistellungs-, Abordnungs-, Beurlaubungsvoraussetzungen“. [3]Entfallen diese Voraussetzungen, so sind die Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richter in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe bei ihrer Verwaltung oder ihrem Gericht einzuweisen. [4]Mit der Einweisung entfällt die als „künftig wegfallend“ ausgebrachte Planstelle. [5]Sofern durch die Ausbringung der Stellen die Gesamtzahl der besetzbaren Stellen und die Summe der Personalausgaben im jeweiligen Einzelplan nicht erhöht werden, gelten die Stellen bei Eintritt der Voraussetzungen nach Satz 1 Nrn. 1 bis 5 als ausgebracht.

(2) [1]Für von ihren dienstlichen Tätigkeiten nach dem Niedersächsischen Personalvertretungsgesetz freigestellte Personalratsmitglieder können Planstellen und Stellen durch Ausbringung von Haushaltsvermerken bereitgestellt werden. [2]Für zu mindestens 50 vom Hundert freizustellende Personalratsmitglieder gelten neue Stellen mit entsprechendem Haushaltsvermerk als ausgebracht, wenn sich dadurch die Gesamtzahl der besetzbaren Planstellen und Stellen und die Summe der Personalausgaben im jeweiligen Einzelplan nicht erhöhen. [3]Die personalbewirtschaftenden Dienststellen sind ermächtigt, bei einem Wechsel der Person des freigestellten Personalratsmitglieds die ausgebrachte Planstelle oder Stelle auch dann mit dem neu freigestellten Personalratsmitglied zu besetzen, wenn dieses einer anderen Besoldungs-, Vergütungs- oder Lohngruppe angehört; im nächsten Haushaltsplan ist die Planstelle oder Stelle wieder in der jeweils erforderlichen Besoldungs-, Vergütungs- oder Lohngruppe auszubringen.

(3) [1]Steht bei der Anstellung von Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richtern eine entsprechende Planstelle nicht zur Verfügung, so kann die stellenbewirtschaftende Dienststelle vorübergehend die bislang in Anspruch genommene Stelle für beamtete oder richterliche Hilfskräfte in eine Planstelle umwandeln. [2]Die Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richter sind in die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe einzuweisen. [3]Damit entfällt die umgewandelte Planstelle und steht zum gleichen Zeitpunkt wieder als Stelle für beamtete und richterliche Hilfskräfte zur Verfügung. [4]Änderungen der Stellenpläne und Stellenübersichten unterbleiben.

(4) [1]Aus den veranschlagten Stellen für Angestellte können die Vergütungen der nächsthöheren Vergütungsgruppe dann gezahlt werden, wenn diese den Stelleninhaberinnen oder Stelleninhabern aufgrund eines Zeit- oder Bewährungsaufstiegs zustehen. [2]Satz 1 gilt entsprechend für Planstellen und Stellen für beamtete und richterliche Hilfskräfte, wenn diese nach Nummer 2 Abs. 2 Nr. 1 Buchst. a und b vorübergehend mit Angestellten besetzt sind.

2. Ausnahmen zu den §§ 17 und 49 LHO sowie Nummer 1 dieser Bestimmungen

(1) [1]Stellen, die in die Eingangsgruppe der nächsthöheren Laufbahn gehoben werden oder worden sind, dürfen in Abweichung von § 49 Abs. 3 LHO übergangsweise auch mit Beamtinnen und Beamten einer niedrigeren Laufbahn besetzt werden, sofern diese den dazugehörigen Dienstposten schon vor der Stellenhebung innegehabt haben. [2]§ 49 Abs. 3 Satz 2 LHO gilt entsprechend für Beamtinnen und Beamte, die sich nach erfolgreicher Beendigung der Einführungszeit in der Laufbahn zu bewähren haben.

(2) Im Bedarfsfall dürfen innerhalb der einzelnen Kapitel verwendet werden

1. nicht besetzte Stellen
   a) der planmäßigen Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richter vorübergehend für beamtete und richterliche Hilfskräfte, Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst und nichtbeamtete Kräfte,
   b) der beamteten und richterlichen Hilfskräfte vorübergehend für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst und nichtbeamtete Kräfte,
   c) der Angestellten vorübergehend für Lohnempfängerinnen und Lohnempfänger,
2. Stellen, deren Inhaber Grundwehrdienst oder dem Grundwehrdienst gleichgestellten Dienst leisten und Bezüge aus dem Landeshaushalt nicht erhalten,
   a) soweit es sich um planmäßige Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter handelt, für beamtete und richterliche Hilfskräfte, Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst und nichtbeamtete Kräfte,
   b) soweit es sich um beamtete und richterliche Hilfskräfte handelt, für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst und nichtbeamtete Kräfte,
3. Planstellen und Stellen, aus denen vorübergehend Bezüge nicht zu zahlen sind, bis zur Höhe der nicht in Anspruch genommenen Ausgaben für entsprechende nichtbeamtete Kräfte (Angestellte sowie Arbeiterinnen und Arbeiter); die Buchung der Ausgaben erfolgt bei den entsprechenden Titeln der Gruppen 425 und 426,
4. Planstellen für die Besetzung mit Beamtinnen und Beamten im Eingangsamt einer niedrigeren Laufbahngruppe.

(3) [1]Eine Kraft (Voll- oder Teilzeitkraft) darf anteilig auf mehreren Stellen geführt werden. [2]Jede Planstelle und jede andere Stelle dürfen mit einer beliebigen Anzahl von Teilzeitkräften sowie Besetzungsanteilen von Vollzeitkräften besetzt werden, soweit die sich aus den Besetzungsanteilen ergebende regelmäßige durchschnittliche Gesamtarbeitszeit die regelmäßige durchschnittliche Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft nicht übersteigt. [3]Sofern die Besetzung laufbahngruppenübergreifend erfolgt, darf sie nur in der niedrigsten Laufbahngruppe erfolgen, aus der ein Stellenanteil herangezogen wird.

(4) [1]Begrenzt dienstfähige Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter werden bei gemäß § 56 des Niedersächsischen Beamtengesetzes (NBG) in der Fassung vom 19. Februar 2001 (Nds. GVBl. S. 33), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 15. Dezember 2006 (Nds. GVBl. S. 597), herabgesetzter Arbeitszeit nach dem Umfang der verbleibenden Arbeitszeit auf einer entsprechenden Planstelle geführt. [2]Von § 6 des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG) in der Fassung vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3020), zuletzt geändert durch § 19 des Gesetzes vom 28. August 2006 (BGBl. I S. 2039), abweichende Besoldungszahlungen gemäß § 72 a Abs. 1 und 2 BBesG bleiben bei der Berechnung der Inanspruchnahme der Planstelle unberücksichtigt. [3]Nach den Sätzen 1 und 2 freie Planstellenanteile können anderweitig besetzt werden.

(5) [1]Abweichend von § 49 Abs. 3 LHO dürfen Planstellen vorübergehend auch mit Beamtinnen und Beamten einer niedrigeren Besoldungsgruppe einer niedrigeren Laufbahngruppe besetzt werden. [2]Die Planstellen sind für den nächsten Haushaltsplan zur Umwandlung in die niedrigere Besoldungsgruppe der niedrigeren Laufbahngruppe anzumelden. [3]Entsprechendes gilt für die Besetzung von Planstellen mit nichtbeamteten Kräften sowie für die Besetzung von Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(6) [1]Die Besetzung der in Absatz 2 Nrn. 1 und 2 genannten Stellen richtet sich nach § 49 Abs. 3 Satz 1 LHO sowie nach Absatz 4 dieser Bestimmungen. [2]Entsprechendes gilt für die Besetzung von Stellen mit nichtbeamteten Kräften; als vergleichbare Gruppen im Sinne dieser Vorschrift gelten die in Nummer 6 der Vorbemerkungen zu allen Vergütungsgruppen der Anlage 1 a zum Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT) als vergleichbar bezeichneten Vergütungs- und Besoldungsgruppen. [3]Die Besetzung der Stelle von Angestellten mit Ersatzkräften richtet sich nach den gleichen Grundsätzen. [4]Dies gilt nicht für Stellen im Bereich der staatlichen Hochschulen, soweit sie Lehre und Forschung dienen und für Kräfte in Lehre und Forschung in Anspruch genommen werden.

(7) [1]Die stellenbewirtschaftenden Dienststellen dürfen für Angestellte ausgewiesene Stellen abweichend von den Stellenübersichten nach Maßgabe der tariflichen Bewertung in eine andere Vergütungsgruppe einstufen. [2]Dabei muss der finanzielle Mehrbedarf, der sich aus der Einstufung von Stellen in eine höhere als der veranschlagten Vergütungsgruppe ergibt, durch eine niedrigere Einstufung anderer Stellen ausgeglichen werden. [3]Die Ermittlung der finanziellen Auswirkungen ist anhand der Tabelle der Durchschnittssätze vorzunehmen, die für das laufende Haushaltsjahr zugrunde gelegt ist. [4]Die anderweitige Einstufung der Stellen ist im nächsten Haushaltsplan darzustellen.

(8) Das Kultusministerium wird ermächtigt, die in den Bereichen des allgemein bildenden und des berufsbildenden Schulwesens bei den Kapiteln 07 10 bis 07 20 veranschlagten Stellen für Lehrkräfte bei Bedarf abweichend von § 50 Abs. 2 LHO innerhalb dieser Kapitel umzusetzen. Soweit es sich um nicht nur vorübergehende Stellenumsetzungen handelt, sind diese in den Stellenplänen oder Stellenübersichten des Haushaltsplans des nächsten Jahres darzustellen.

(9) Für die Wahrnehmung der Aufgaben der Landesbediensteten, die während der Zeit der Mutterschutzfrist nicht beschäftigt werden dürfen, können entsprechende nichtbeamtete Ersatzkräfte eingestellt werden.

3. Ausbringung von Leerstellen und Stellen für ehemalige Abgeordnete, Gewährleistungsentscheidungen

(1) [1]Sind planmäßige Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter des Landes länger als ein Jahr unter Wegfall der Bezüge beurlaubt und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, diese Planstelle neu zu besetzen, so kann die stellenbewirtschaftende Dienststelle für diese Bediensteten im Kapitel der jeweiligen Dienststelle eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen. [2]Entsprechendes gilt, wenn

1. planmäßige Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter des Landes in die Landesregierung berufen werden,
2. planmäßige Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter zu Präsidentinnen oder Präsidenten von staatlichen Hochschulen ernannt werden.

[3]Bei Beurlaubungen nach § 87 a Abs. 1 NBG, § 4 a Abs. 1 des Niedersächsischen Richtergesetzes vom 14. Dezember 1962 (Nds. GVBl. S. 265), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 6. Dezember 2006 (Nds. GVBl. S. 568), sowie bei Elternzeit - im Bereich der allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen auch bei Beurlaubungen nach § 80 d Abs. 1 NBG - gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass eine Leerstelle auch bei kürzerer Beurlaubungsdauer ausgebracht werden kann. [4]Im Bereich der allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen können die Leerstellen bei Beurlaubungen nach § 80 d Abs. 1 und § 87 a Abs. 1 NBG sowie bei Elternzeit ohne den Vermerk „künftig wegfallend“ ausgebracht werden.

(2) [1]Werden Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter nach dem Ende der Beurlaubung wieder mit Dienstbezügen oder entsprechend den ihnen auf Dauer übertragenen Ämtern verwendet, so sind sie in eine freie oder in die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe bei ihrer Verwaltung - Richterinnen oder Richter bei ihrem Gericht - einzuweisen; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. [2]Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle sind sie auf Leerstellen zu führen. [3]Solange sie auf der Leerstelle mangels freier Planstelle geführt werden müssen, dürfen die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 37 Abs. 1 LHO ohne besondere Einwilligung des Finanzministeriums überplanmäßig geleistet werden. [4]Soweit es im Einzelfall erforderlich ist, nach Rückkehr der Leerstelleninhaberinnen oder -inhaber die Bezüge vorübergehend aus der Leerstelle zu zahlen, sind die hierdurch entstehenden Mehrausgaben im Rahmen der Personalausgaben der Hauptgruppe 4 (außerhalb von Ansätzen in Titelgruppen) einzusparen. [5]Die Einsparauflage gilt nicht für Leerstellen, die im Haushaltsplan für die Durchführung gemeinsamer Berufungsverfahren der staatlichen Hochschulen ausgewiesen sind.

(3) [1]Soweit für die Wiederverwendung von Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richtern des Landes, deren Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis aufgrund ihrer Wahl in den Landtag, in den Deutschen Bundestag oder in das Europäische Parlament nach § 106 NBG oder nach § 5 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes (AbgG) in der Fassung vom 21. Februar 1996 (BGBl. I S. 326), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. August 2005 (BGBl. I S. 2482, 3007), ruhen und die nach § 107 Abs. 2 NBG oder § 6 AbgG wieder in das Beamten- oder Richterverhältnis zu übernehmen sind, eine freie Planstelle ihrer früheren Besoldungsgruppe nicht zur Verfügung steht, kann das Finanzministerium im Kapitel der jeweiligen Dienstbehörde die hierfür erforderliche Stelle mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen. [2]Satz 1 gilt entsprechend für Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter des Landes, deren Rechte und Pflichten aus dem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder aus dem Richterverhältnis auf Lebenszeit nach § 194 a Abs. 4 NBG ruhen, soweit ein solches Beamtenverhältnis oder Richterverhältnis nach Beendigung eines Beamtenverhältnisses auf Zeit nach § 194 a Abs. 1 NBG wieder auflebt. [3]Die in diesen Stellen wieder verwendeten Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richter sind in die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe bei ihrer Verwaltung oder bei ihrem Gericht einzuweisen. [4]Mit der Einweisung fällt die als „künftig wegfallend“ ausgebrachte Stelle weg. [5]Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend.

(4) Die Ausbringung der Stellen ist im nächsten Haushaltsplan darzustellen.

(5) Die Absätze 1 bis 4 finden für beamtete und richterliche Hilfskräfte, Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst sowie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entsprechende Anwendung.

(6) [1]Werden Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter unter Wegfall ihrer Bezüge zur Ausübung einer Beschäftigung in einem anderen Rechtsverhältnis bei einem anderen Dienstherrn oder Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes oder einem privaten Arbeitgeber beurlaubt, so werden die obersten Dienstbehörden ermächtigt, für die Beurlaubungszeit einen förmlichen Gewährleistungsbescheid nach § 5 Abs. 1 Satz 1 des Sechsten Buchs des Sozialgesetzbuchs zu erteilen. [2]Diese Ermächtigung umfasst auch allgemeine Gewährleistungsentscheidungen für bestimmte Fallgruppen und Gewährleistungsentscheidungen für eine Zweitbeschäftigung bei einem anderen Arbeitgeber.

4. Wiederbesetzung freier Stellen

(1) Aus Gründen des § 35 NBG oder des Abschnitts XII BAT freie oder frei werdende Planstellen der Besoldungsgruppe A 15 und höher sowie Angestelltenstellen der Vergütungsgruppe I b BAT und höher dürfen erst nach Unterrichtung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages wieder besetzt werden, soweit dieser nicht darauf verzichtet hat oder verzichtet.

(2) Für den Bereich des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur dürfen freie oder frei werdende Planstellen und Stellen für wissenschaftliches Personal in Fächern, die überwiegend an der Lehrerausbildung beteiligt sind, nur mit vorheriger Zustimmung des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur wieder besetzt werden.

5. Umwandlung der Stellen für Schulleiterinnen und Schulleiter oder deren Vertreterinnen und Vertreter bei sinkenden Schülerzahlen

[1]Sind oder werden im Bereich des Einzelplans 07 Stellen der Schulleiterinnen und Schulleiter oder ihrer Vertreterinnen oder Vertreter frei und ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler an dieser Schule so weit zurückgegangen, dass das der bisherigen Stelleninhaberin oder dem bisherigen Stelleninhaber übertragen gewesene Amt zu hoch eingestuft war, so sind sie in Stellen umzuwandeln, die dem Amt entsprechen, das den künftigen Stelleninhaberinnen oder Stelleninhabern nach den besoldungsrechtlich maßgebenden Schülerzahlen zu übertragen ist. [2]Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn begründete Aussicht besteht, dass die Schülerzahl an der Schule den Schwellenwert innerhalb von drei Jahren voraussichtlich wieder übersteigen wird. [3]In Fällen, in denen die Schülerzahl so weit gesunken ist, dass die Funktion der Stellvertreterin oder des Stellvertreters einer Schulleiterin oder eines Schulleiters besoldungsrechtlich kein herausgehobenes Amt mehr trägt, ist die frei werdende Stelle in eine dem Eingangsamt der Laufbahn entsprechende Stelle umzuwandeln; Satz 2 ist entsprechend anzuwenden.

6. Umsetzung der Altersteilzeit

(1) [1]Planstellen für Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter, die nach § 80 b NBG oder § 4 f des Niedersächsischen Richtergesetzes Altersteilzeit in Anspruch nehmen, gelten für die gesamte Dauer der Altersteilzeit mit einem Stellenanteil von 50 vom Hundert als besetzt; das gilt auch für das Beschäftigungsvolumen. [2]Bei Teilzeitbeschäftigten ist der als besetzt geltende Anteil der Planstellen oder des Beschäftigungsvolumens entsprechend der festgelegten durchschnittlichen Arbeitszeit zu verringern. [3]Der nach der Altersteilzeitzuschlagsverordnung in der Fassung vom 23. August 2001 (BGBl. I S. 2239), zuletzt geändert durch Artikel 9 und 16 des Gesetzes vom 10. September 2003 (BGBl. I S. 1798), zu gewährende Altersteilzeitzuschlag ist aus Titel 422 19 zu zahlen. [4]Die Mehrausgaben nach Satz 3 sind durch personalwirtschaftliche Maßnahmen (z. B. verzögerte Wiederbesetzungen/Beförderungen) oder Einsparungen, die sich aus einer Ersatzeinstellung (z. B. geringere Bezüge wegen jüngeren Lebensalters, unterwertige Beschäftigung) ergeben, auszugleichen. [5]Satz 4 gilt auch in Bereichen ohne Personalkostenbudgets; in diesen Fällen ist der Ausgleich gegenüber dem Finanzministerium nachzuweisen. [6]Wird die Altersteilzeit in eine Arbeits- und Freizeitphase aufgeteilt (Blockmodell), so sind während der Arbeitsphase 50 vom Hundert der Planstelle, des Beschäftigungsvolumens und ein entsprechender Anteil des Personalkostenbudgets gesperrt. [7]Die gesperrten Budgetanteile sind nach den vom Finanzministerium hierfür festgelegten Durchschnittssätzen zu berechnen. [8]Bei Teilzeitkräften ist der Vomhundertsatz entsprechend der festgelegten durchschnittlichen Arbeitszeit zu verringern. [9]Die während der Arbeitsphase gesperrten Anteile werden den zur Verfügung stehenden Anteilen der Planstelle, des Beschäftigungsvolumens sowie des Personalkostenbudgets in der Freizeitphase hinzugerechnet. [10]Die erforderlichen Haushaltsmittel gelten insoweit als zugewiesen.

(2) [1]Bei nach dem 31. Dezember 2003 beginnender und nach dem 22. Juli 2003 bewilligter Altersteilzeit gilt - ausgenommen Beamtinnen und Beamte im Schuldienst - Folgendes: [2]Wird die Altersteilzeit im Blockmodell gewährt, so sind auch für die Dauer der Freistellungsphase 50 vom Hundert der Planstelle, des Beschäftigungsvolumens und ein entsprechender Anteil des Personalkostenbudgets sowie die Zurechnungen nach Absatz 1 Satz 9 gesperrt. [3]Eine Wiederbesetzung ist zulässig, wenn zeitgleich eine entsprechende andere Stelle einschließlich Beschäftigungsvolumen und entsprechendem Budgetanteil eingespart wird. [4]Ab diesem Zeitpunkt ist die Sperre nach Satz 2 aufgehoben. [5]Als entsprechende andere Stelle gilt auch eine bis zu zwei Besoldungsgruppen niedrigere Planstelle oder vergleichbare Angestelltenstelle. [6]Wird die Planstelle bis zur Beendigung der Altersteilzeit nicht wiederbesetzt, so ist sie zu diesem Zeitpunkt in Abgang zu stellen sowie das Beschäftigungsvolumen einschließlich des entsprechenden Budgetanteils zu mindern. [7]Wird die Altersteilzeit als durchgehende Teilzeitbeschäftigung gewährt, so sind die frei werdenden Anteile der Planstelle sowie die entsprechenden Anteile am Beschäftigungsvolumen und dem Budget für die gesamte Dauer der Altersteilzeit gesperrt. [8]Nach Beendigung der Altersteilzeit ist die Planstelle oder eine entsprechende andere Stelle (bei Teilzeitkräften der Stellenanteil) in Abgang zu stellen sowie das Beschäftigungsvolumen einschließlich des entsprechenden Budgetanteils zu mindern. [9]Satz 5 gilt entsprechend.

(3) [1]Stellen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, deren regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit aufgrund des Tarifvertrags zur Regelung der Altersteilzeit (TV-ATZ) vom 5. Mai 1998, zuletzt geändert durch Änderungstarifvertrag Nr. 2 vom 30. Juni 2000, auf die Hälfte ihrer bisherigen wöchentlichen Arbeitszeit vermindert wird, gelten bei Vollbeschäftigten mit einem Stellenanteil in Höhe von 70 vom Hundert als besetzt; dies gilt auch für das Beschäftigungsvolumen. [2]Der verbleibende Anteil von 30 vom Hundert steht für Ersatzeinstellungen zur Verfügung. [3]Bei Teilzeitbeschäftigten verändern sich die vorgenannten Stellenanteile und das Beschäftigungsvolumen entsprechend der Reduzierung der Arbeitszeit. [4]Werden mehrere Stellenanteile für die Ersatzeinstellung einer oder eines Angestellten genutzt, so darf diese nur in der niedrigsten Vergütungsgruppe erfolgen, aus der ein Stellenanteil herangezogen wird. [5]Sofern die Bundesagentur für Arbeit Leistungen nach § 4 Abs. 1 des Altersteilzeitgesetzes (AltTZG) vom 23. Juli 1996 (BGBl. I S. 1078), zuletzt geändert durch Artikel 234 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407), gewährt, erhöht sich für diesen Zeitraum der besetzbare Anteil um 20 vom Hundert der Stelle. [6]Wird die Altersteilzeit in eine Arbeits- und eine Freizeitphase aufgeteilt (Blockmodell), so ist der besetzbare Stellenanteil von 30 vom Hundert während der Arbeitsphase gesperrt. [7]Dieser Stellenanteil wird dem besetzbaren Stellenanteil in der Freizeitphase hinzugerechnet, sodass dann ein besetzbarer Stellenanteil von insgesamt 60 vom Hundert für Ersatzeinstellungen zur Verfügung steht. [8]Die erforderlichen Haushaltsmittel gelten insoweit als zugewiesen. [9]Für den Zeitraum der Gewährung von Leistungen nach § 4 Abs. 1 AltTZG erhöht sich der besetzbare Anteil um 40 vom Hundert der Stelle. [10]Bei Änderung des Erstattungsverfahrens der Bundesagentur für Arbeit ändert sich der Vomhundertsatz entsprechend. [11]Besetzbare Stellenanteile können für Vollzeitbeschäftigungen zusammengefasst werden. [12]Die vorstehenden Regelungen gelten entsprechend für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nicht auf Stellen geführt werden, mit der Maßgabe, dass die hierdurch nicht in Anspruch genommenen Mittel gesperrt sind. [13]Diese Mittel sind übertragbar. [14]Das Nähere bestimmt das Finanzministerium.

7. Wegfall- und Umwandlungsvermerke

Ausnahmen von § 47 LHO bedürfen der Einwilligung des Finanzministeriums.

Allgemeine Bemerkungen zur Veranschlagung der Personalausgaben

Grundlage für die Berechnung der Personalkostenbudgets ist eine Personalkostenhochrechnung, die auf der Basis des für das Haushaltsjahr 2007 festgelegten Beschäftigungsvolumens durchgeführt wurde. In der Personalkostenhochrechnung sind alle budgetrelevanten Veränderungen im Stellenbereich enthalten. Einbezogen wurden dabei ausschließlich die sog. PKB-Titel (siehe Auflistung in § 6 Abs. 5 des Haushaltsgesetzes). Das Personalkostenbudget ist in den jeweiligen Kapiteln in der Regel beim Titel 422 01 veranschlagt. Für die Kapitel 0710 bis 0720 ist das Budget bei Kapitel 0710 zusammengefasst. Die weiteren PKB-Titel sind – soweit im jeweiligen Kapitel erforderlich – als Leertitel ausgebracht.

In Kapiteln ohne Personalkostenbudgetierung und bei den Titeln, die nicht der Personalkostenbudgetierung unterliegen, ist Ausgangsbasis für die Veranschlagung der Personalausgaben grundsätzlich das jeweilige Jahres-Ist 2005.

Beträge für **Nachversicherungen** ausscheidender Bediensteter werden zentral bei Kapitel 1302 Titel 422 12 veranschlagt.

Den Ansätzen für **Beihilfen** (Titel 441.. und 446 01) liegt die jeweilige Ist-Ausgabe des Jahres 2005, hochgerechnet auf 2007, zugrunde. Die Mittel hierfür werden grundsätzlich für den jeweiligen Einzelplan zentral im Ministerialkapitel ..01 veranschlagt.

Den Ansätzen für **Unterstützungen** (Titel 443 02) und **Fürsorgemaßnahmen** (Titel 443 01) liegt die jeweilige Ist-Ausgabe des Jahres 2005 unter Berücksichtigung von Mehr- und Minderausgaben aufgrund von Stellenveränderungen zugrunde. Die Mittel hierfür werden grundsätzlich für den jeweiligen Einzelplan zentral im Ministerialkapitel ..01 veranschlagt.

Mittel für die Zuführungen an das Sondervermögen Niedersächsische Versorgungsrücklage (§ 6 des Niedersächsischen Versorgungsrücklagengesetzes) werden zentral im Einzelplan 13 bei Kapitel 1302 Titel 424 11 und Kapitel 1350 Titel 434 11 veranschlagt.

Soweit sich aufgrund dieser Veranschlagungsmethoden bei den oben erwähnten Titeln Ansatzveränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben, werden sie zur Vermeidung eines unnötigen Veraltungsaufwandes nicht im Einzelnen begründet.

Haushaltsjahr 2007

Gruppierungsübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

Grp. Nr.	Einnahmen	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel				
01	Gemeinschaftssteuern und Gewerbesteuerumlage				
011	Lohnsteuer			4.203.000	4.131.000
012	Veranlagte Einkommensteuer			607.000	464.000
013	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Zinsabschlag)			220.000	330.000
014	Körperschaftsteuer			788.000	859.000
015	Umsatzsteuer			7.721.000	6.363.000
016	Einfuhrumsatzsteuer			—	—
017	Gewerbesteuerumlage			422.000	416.000
018	Zinsabschlag			303.000	264.000
	01 insgesamt			14.264.000	12.827.000
05	Landessteuern (05/06)				
051	Vermögensteuer			—	2.000
052	Erbschaftsteuer			258.000	255.000
053	Grunderwerbsteuer			408.000	413.000
054	Kraftfahrzeugsteuer			884.000	929.000
055	Totalisatorsteuer			1.000	1.000
056	Andere Rennwettsteuern			—	—
057	Lotteriesteuer			154.000	173.000
059	Feuerschutzsteuer			30.000	33.000
061	Biersteuer			31.000	30.000
062	Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel (abzüglich Gewerbesteuerumlage)			—	—
069	Sonstige			—	—
	05/06 insgesamt			1.766.000	1.836.000
09	Steuerähnliche Abgaben				
093	Abgaben von Spielbanken			71.000	71.000
099	Sonstige			87.750	87.784
	09 insgesamt			158.750	158.784
	0 insgesamt			**16.188.750**	**14.821.784**
1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				
11	Verwaltungseinnahmen				
111	Gebühren, sonstige Entgelte			96.477	95.056
112	Geldstrafen und Geldbußen (einschl. der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)			390.102	389.311
119	Sonstige			162.060	172.027
	11 insgesamt			648.639	656.394
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)				
121	Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen			17.664	82.959
122	Konzessionsabgaben			911.399	767.598
123	Einnahmen aus Lotterie, Lotto, Toto			3.198	4.908

Gruppierungsübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

Grp. Nr.	Einnahmen	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
124	Mieten und Pachten			154.412	158.499
125	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit			6.958	6.729
129	Sonstige			4.677	9.691
	12 insgesamt			1.098.308	1.030.384
13	Erlöse aus der Veräußerung von Gegenständen, Kapitalrückzahlungen				
131	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen			—	—
132	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen			1.395	1.614
133	Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen			835.000	405.203
134	Kapitalrückzahlungen			16.772	18.797
	13 insgesamt			853.167	425.614
14	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen				
141	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen aus dem Inland			563	563
146	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen aus dem Ausland			—	—
	14 insgesamt			563	563
15	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich				
151	Zinseinnahmen vom Bund			—	—
152	Zinseinnahmen von Ländern			—	—
153	Zinseinnahmen von Gemeinden und Gemeindeverbänden			2	15
154	Zinseinnahmen von Sondervermögen			—	—
156	Zinseinnahmen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit			—	—
157	Zinseinnahmen von Zweckverbänden			1	6
	15 insgesamt			3	21
16	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen				
161	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen			2.860	2.860
162	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland			965	29.548
166	Zinseinnahmen aus dem Ausland			—	—
	16 insgesamt			3.825	32.408
17	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich				
171	Darlehensrückflüsse vom Bund			—	—
172	Darlehensrückflüsse von Ländern			—	—
173	Darlehensrückflüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden			112	411
174	Darlehensrückflüsse von Sondervermögen			—	—
176	Darlehensrückflüsse von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit			—	—
177	Darlehensrückflüsse von Zweckverbänden			41	168
	17 insgesamt			153	579

Gruppierungsübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

Grp. Nr.	Einnahmen	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
18	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen				
181	Darlehensrückflüsse von öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen			—	—
182	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland			24.328	58.977
186	Darlehensrückflüsse aus dem Ausland			—	—
	18 insgesamt			24.328	58.977
	1 insgesamt			**2.628.986**	**2.204.940**
2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				
21	Allgemeine (nicht zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich				
211	Allgemeine Zuweisungen vom Bund			152.000	153.000
212	Allgemeine Zuweisungen von Ländern			193.000	230.000
213	Allgemeine Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden			25.000	25.000
214	Allgemeine Zuweisungen von Sondervermögen			—	—
216	Allgemeine Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit			—	—
217	Allgemeine Zuweisungen von Zweckverbänden			—	—
	21 insgesamt			370.000	408.000
22	Schuldendiensthilfen aus dem öffentlichen Bereich				
221	Schuldendiensthilfen vom Bund			—	—
222	Schuldendiensthilfen von Ländern			—	—
223	Schuldendiensthilfen von Gemeinden und Gemeindeverbänden			—	—
224	Schuldendiensthilfen von Sondervermögen			—	—
226	Schuldendiensthilfen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit			—	—
227	Schuldendiensthilfen von Zweckverbänden			—	—
	22 insgesamt			—	—
23	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich				
231	Sonstige Zuweisungen vom Bund			1.329.112	1.444.992
232	Sonstige Zuweisungen von Ländern			15.470	15.533
233	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden			37.613	35.575
234	Sonstige Zuweisungen von Sondervermögen			15	15
235	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung			22	52
236	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit			1.507	1.601
237	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen von Zweckverbänden			25	40
	23 insgesamt			1.383.764	1.497.808
26	Schuldendiensthilfen von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen				
261	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Inland			129.137	126.079
266	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Ausland			—	—
	26 insgesamt			129.137	126.079

Gruppierungsübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

Grp. Nr.	Einnahmen	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
27	Zuschüsse von der EU				
271	Erstattungen von der EU			24.428	15.759
272	Sonstige Zuschüsse von der EU			454.380	190.199
	27 insgesamt			478.808	205.958
28	Sonstige Zuschüsse aus sonstigen Bereichen				
281	Sonstige Erstattungen aus dem Inland			104.407	109.463
282	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland			4.667	3.019
286	Sonstige Erstattungen aus dem Ausland (soweit nicht von der EU)			1.900	1.900
287	Sonstige Zuschüsse aus dem Ausland (soweit nicht von der EU)			—	—
	28 insgesamt			110.974	114.382
29	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen				
291	Vermögensübertragungen vom Bund, soweit nicht Investitionszuweisungen			—	—
292	Vermögensübertragungen von Ländern, soweit nicht Investitionszuweisungen			—	—
293	Vermögensübertragungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden, soweit nicht Investitionszuweisungen			—	—
297	Vermögensübertragungen von Unternehmen, soweit nicht Investitionszuschüsse			—	—
298	Vermögensübertragungen von Sonstigen aus dem Inland, soweit nicht Investitionszuschüsse			—	—
299	Vermögensübertragungen aus dem Ausland, soweit nicht Investitionszuschüsse			—	—
	29 insgesamt			—	—
	2 insgesamt			**2.472.683**	**2.352.227**
3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				
31	Schuldenaufnahmen bei Gebietskörperschaften, Sondervermög. u. gebietskörperschaftl. Zusammenschlüssen				
311	Schuldenaufnahmen beim Bund			1.017	1.626
312	Schuldenaufnahmen bei Ländern			—	—
313	Schuldenaufnahmen bei Gemeinden und Gemeindeverbänden			—	—
314	Schuldenaufnahmen bei Sondervermögen			—	—
317	Schuldenaufnahmen bei Zweckverbänden			—	—
	31 insgesamt			1.017	1.626
32	Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt				
321	Schuldenaufnahmen bei öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen			—	—
322	Schuldenaufnahmen bei Sozialversicherungsträgern und bei der Bundesagentur für Arbeit			—	—
325	Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt			1.867.600	1.805.200
326	Schuldenaufnahmen im Ausland			–567.600	–5.200
	32 insgesamt			1.300.000	1.800.000

Haushaltsjahr 2007

Gruppierungsübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

Grp. Nr.	Einnahmen	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
33	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich				
331	Zuweisungen für Investitionen vom Bund			484.914	535.438
332	Zuweisungen für Investitionen von Ländern			—	—
333	Zuweisungen für Investitionen von Gemeinden und Gemeindeverbänden			69.084	63.075
334	Zuweisungen für Investitionen von Sondervermögen			—	—
336	Zuweisungen für Investitionen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit			—	—
337	Zuweisungen für Investitionen von Zweckverbänden			—	—
	33 insgesamt			553.998	598.513
34	Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen				
341	Beiträge			715	1.815
342	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland			32.325	30.755
346	Zuschüsse für Investitionen von der EU			8.600	4.600
347	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Ausland (soweit nicht von der EU)			—	—
	34 insgesamt			41.640	37.170
35	Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken				
351	Entnahmen aus der Ausgleichsrücklage			138.175	84.309
352	Entnahmen aus der Betriebsmittelrücklage			—	—
353	Entnahmen aus der Schuldendienstrücklage			—	—
354	Entnahmen aus der Bürgschaftssicherungsrücklage			—	—
355	Entnahmen aus der Konjunkturausgleichsrücklage			—	—
356	Entnahmen aus Fonds und Stöcken			77.173	77.354
359	Sonstige			4.107	6.768
	35 insgesamt			219.455	168.431
36	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre				
361	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre			—	—
	36 insgesamt			—	—
37	Globale Mehr- und Mindereinnahmen				
371	Globale Mehreinnahmen			—	—
372	Globale Mindereinnahmen			—	—
	37 insgesamt			—	—
38	Haushaltstechnische Verrechnungen				
381	Verrechnungen zwischen Kapiteln			192.610	195.522
382	Durchlaufende Posten			9.636	9.886
389	Sonstige			—	—
	38 insgesamt			202.246	205.408
	3 insgesamt			**2.318.356**	**2.811.148**
	0 - 3 Gesamteinnahmen			**23.608.775**	**22.190.099**

Haushaltsjahr 2007

Gruppierungsübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

Grp. Nr.	Ausgaben	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
4	Personalausgaben				
41	Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige				
411	Aufwendungen für Abgeordnete	—	—	26.270	26.010
412	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	—	3.733	3.787
	41 insgesamt	—	—	30.003	29.797
42	Bezüge und Nebenleistungen				
421	Bezüge der Ministerpräsidentin, des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen und Minister	—	—	1.453	1.453
422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	—	—	5.576.686	5.621.911
424	Zuführung an die Versorgungsrücklage	—	—	25.265	23.989
425	Vergütungen der Angestellten	—	—	139.174	142.237
426	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	54.008	54.590
427	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	3.657	—	49.997	46.270
429	Nicht aufteilbare Personalausgaben - nur in Titelgruppen	600	320	101.615	108.836
	42 insgesamt	4.257	320	5.948.198	5.999.286
43	Versorgungsbezüge und dgl.				
431	Versorgungsbezüge Ministerpräsidentin/Ministerpräsidenten, Ministerinnen/Minister und d. Hinterbliebenen	—	—	2.400	2.400
432	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen, Richter und deren Hinterbliebenen	—	—	1.966.911	1.934.040
434	Zuführung an die Versorgungsrücklage	—	—	26.859	26.055
435	Versorgungsbezüge der Angestellten und deren Hinterbliebenen	—	—	—	—
436	Versorgungsbezüge der Arbeiterinnen, Arbeiter und deren Hinterbliebenen	—	—	—	79
437	Versorgungsbezüge nach dem G 131	—	—	—	—
439	Sonstige	—	—	13.028	15.128
	43 insgesamt	—	—	2.009.198	1.977.702
44	Beihilfen, Unterstützungen und dgl.				
441	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, und dgl.	—	—	230.876	237.653
443	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	615	—	27.738	27.097
446	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen, Versorgungsempfänger und dgl.	—	—	277.803	273.966
	44 insgesamt	615	—	536.417	538.716
45	Sonstige personalbezogene Ausgaben				
451	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung u. zu Gemeinschaftsveranstaltungen sowie f. soziale Einrichtungen	—	—	—	—
452	Personalbezogene Zahlungen an die Sozialversicherungsträger (soweit nicht Obergruppen 41 bis 44)	—	—	—	—
453	Trennungsentschädigung, Umzugskostenvergütung	—	—	3.640	4.202
459	Sonstige	—	—	32.273	32.712
	45 insgesamt	—	—	35.913	36.914

Gruppierungsübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

Grp. Nr.	Ausgaben	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
46	Globale Mehr- und Minderausgaben f. Personalausgaben				
461	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	—	—	197.472	102.232
462	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—	—	–149
	46 insgesamt	—	—	197.472	102.083
	4 insgesamt	**4.872**	**320**	**8.757.201**	**8.684.498**
5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst				
51	Sächliche Verwaltungsausgaben				
511	Geschäftsbedarf und Kommunikation, Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenst., sonst. Gebrauchsggst.	—	—	108.499	112.050
514	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	—	—	57.300	53.917
517	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	90.005	79.841
518	Mieten und Pachten	—	1.080	53.951	48.025
519	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	—	46.724	46.278
521	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	—	—	10.482	10.497
523	Kunst- und wissentschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	—	—	2.257	2.157
525	Aus- und Fortbildung	—	—	19.670	20.389
526	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	36.195	34.742
527	Dienstreisen	1.000	1.000	24.069	22.615
529	Verfügungsmittel	—	—	722	843
531	Ausgaben für Veröffentlichungen und Dokumentationen	—	150	3.688	4.167
532	Auslagen in Rechtssachen	—	—	231.389	219.827
534	Ausgaben für die Pflege von Auslandsbeziehungen und Förderung der politischen Zusammenarbeit	—	—	7	—
536	Ausgaben für Polizei, öffentliche Sicherheit und Ordnung	—	—	261	1.532
537	Landes- und Ortsplanung sowie sonstige Planungen (auch Gutachten)	86.570	11.900	29.769	25.448
538	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	2.500	1.000	85.498	95.328
539	Ausgaben für Schulwesen, Erziehung, Wissenschaft, Sport, kulturelle Angelegenheiten	—	—	213	49
541	Ausgaben für Veranstaltungen und dgl.	—	—	595	496
542	Ausgleichsabgaben	—	—	1.600	2.000
546	Sonstige	—	—	29.720	29.955
547	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	5.350	9.656	426.196	442.682
548	Globale Mehrausgaben für sächl. Verwaltungsausgaben	—	—	600	—
549	Globale Minderausgaben f. sächl. Verwaltungsausgaben	—	—	—	—
	51–54 insgesamt	95.420	24.786	1.259.410	1.252.838
56	Zinsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftliche Zusammenschlüsse				
561	Zinsausgaben an Bund	—	—	—	16.735
562	Zinsausgaben an Länder	—	—	—	—
563	Zinsausgaben an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—
564	Zinsausgaben an Sondervermögen	—	—	—	—
567	Zinsausgaben an Zweckverbände	—	—	—	—
	56 insgesamt	—	—	—	16.735

Haushaltsjahr 2007

Gruppierungsübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

Grp. Nr.	Ausgaben	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
57	Zinsausgaben an Kreditmarkt				
571	Zinsausgaben an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	—	—	—	—
572	Zinsausgaben an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	—	—	56	70
573	Zinsausgaben für Ausgleichsforderungen	—	—	—	—
575	Zinsausgaben an sonstigen inländischen Kreditmarkt	—	—	2.290.862	2.283.240
576	Zinsausgaben an Ausland	—	—	94.400	96.390
	57 insgesamt	—	—	2.385.318	2.379.700
58	Tilgungsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen u. gebietskörperschaftl. Zusammenschlüsse				
581	Tilgungsausgaben an Bund	—	—	1	24.894
582	Tilgungsausgaben an Länder	—	—	—	—
583	Tilgungsausgaben an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—
584	Tilgungsausgaben an Sondervermögen	—	—	—	—
587	Tilgungsausgaben an Zweckverbände	—	—	—	—
	58 insgesamt	—	—	1	24.894
59	Tilgungsausgaben an Kreditmarkt				
591	Tilgungsausgaben an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	—	—	—	—
592	Tilgungsausgaben an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	—	—	378	420
593	Tilgungsausgaben für Ausgleichsforderungen	—	—	—	—
595	Tilgungsausgaben an sonstigen inländischen Kreditmarkt	—	—	48	45
596	Tilgungsausgaben an Ausland	—	—	—	—
	59 insgesamt	—	—	426	465
	5 insgesamt	**95.420**	**24.786**	**3.645.155**	**3.674.632**
6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
61	Allgemeine (nicht zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich				
611	Allgemeine Zuweisungen an Bund	—	—	—	—
612	Allgemeine Zuweisungen an Länder	—	—	—	—
613	Allgemeine Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	2.484.466	2.212.545
614	Allgemeine Zuweisungen an Sondervermögen	—	—	—	—
616	Allgemeine Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	—	—	—	—
617	Allgemeine Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—
	61 insgesamt	—	—	2.484.466	2.212.545
62	Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich				
621	Schuldendiensthilfen an Bund	—	—	—	—
622	Schuldendiensthilfen an Länder	—	—	—	—
623	Schuldendiensthilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—

Gruppierungsübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

Grp. Nr.	Ausgaben	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
624	Schuldendiensthilfen an Sondervermögen	—	—	—	—
626	Schuldendiensthilfen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	—	—	—	—
627	Schuldendiensthilfen an Zweckverbände	—	—	—	—
	62 insgesamt	—	—	—	—
63	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich				
631	Sonstige Zuweisungen an Bund	—	—	23.780	24.051
632	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Länder	51	51	24.875	26.023
633	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	34.324	12.580	2.671.785	2.474.001
634	Sonstige Zuweisungen an Sondervermögen	—	—	4.674	4.374
636	Sonstige Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	—	—	8.437	8.713
637	Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände	—	44.495	159.220	167.049
	63 insgesamt	34.375	57.126	2.892.771	2.704.211
66	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche				
661	Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen	149.271	172.411	62.883	48.170
662	Schuldendiensthilfen an private Unternehmen	15.000	15.000	16.865	18.351
663	Schuldendiensthilfen an Sonstige im Inland	—	—	16.439	2.967
664	Schuldendiensthilfen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—
666	Schuldendiensthilfen an Ausland	—	—	—	—
	66 insgesamt	164.271	187.411	96.187	69.488
67	Erstattungen an sonstige Bereiche				
671	Erstattungen an Inland	3.268	63.209	130.592	125.170
676	Erstattungen an Ausland	300	—	86	32
	67 insgesamt	3.568	63.209	130.678	125.202
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche				
681	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	19.665	3.850	253.834	280.445
682	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	53.801	119.901	1.379.271	1.370.960
683	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	26.715	47.300	104.490	85.117
684	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentl. Einrichtungen)	75.903	11.176	534.430	518.330
685	Zuschüsse für laufende Zwecke an öff. Einrichtungen	20.591	19.834	748.062	737.751
686	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	14.632	23.093	74.441	79.206
687	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland (soweit nicht Gruppe 688)	—	—	16.822	17.774
688	Abführung der Eigenmittel an die EU	—	—	—	—
	68 insgesamt	211.307	225.154	3.111.350	3.089.583
69	Vermögensübertragung, soweit nicht für Investitionen				
691	Vermögensübertragungen an Bund, soweit nicht Investitionszuweisungen	—	—	—	—
692	Vermögensübertragungen an Länder, soweit nicht Investitionszuweisungen	—	—	—	—
693	Vermögensübertragungen an Gemeinden und Gemeindeverbände, soweit nicht Investitionszuweisungen	—	—	—	—

Haushaltsjahr 2007

Gruppierungsübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

Grp. Nr.	Ausgaben	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
697	Vermögensübertragungen an Unternehmen, soweit nicht Investitionszuschüsse	—	—	—	—
698	Vermögensübertragungen an Sonstige im Inland, soweit nicht Investitionszuschüsse	—	—	45	45
699	Vermögensübertragungen an Ausland, soweit nicht Investitionszuschüsse	—	—	—	—
	69 insgesamt	—	—	45	45
	6 insgesamt	**413.521**	**532.900**	**8.715.497**	**8.201.074**
7	Baumaßnahmen				
711	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	500	500	19.062	14.153
712	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten Hochbaumaßnahmen (712 - 729)	130.510	8.500	28.645	42.295
731	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten Straßenbaumaßnahmen (731 - 739)	25.000	10.000	40.280	32.280
741	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten Hafenbaumaßnahmen (741 - 759)	—	—	21.402	59.800
761	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten Sonstige Tiefbaumaßnahmen (761 - 779)	22.356	15.307	22.415	22.591
	7 insgesamt	**178.366**	**34.307**	**131.804**	**171.119**
8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen				
81	Erwerb von beweglichen Sachen				
811	Erwerb von Fahrzeugen	4.710	4.000	12.453	9.839
812	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	2.500	248.085	95.047	92.163
	81 insgesamt	7.210	252.085	107.500	102.002
82	Erwerb von unbeweglichen Sachen				
821	Grunderwerb	300	500	772	1.628
823	Erwerb privat vorfinanzierter unbeweglicher Sachen	—	—	—	—
	82 insgesamt	300	500	772	1.628
83	Erwerb von Beteiligungen und dgl.				
831	Erwerb von Beteiligungen und dgl. im Inland	50.000	700.000	757.212	25.681
836	Erwerb von Beteiligungen und dgl. im Ausland	—	—	—	—
	83 insgesamt	50.000	700.000	757.212	25.681
85	Darlehen an öffentlichen Bereich				
851	Darlehen an Bund	—	—	—	—
852	Darlehen an Länder	—	—	—	—
853	Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—
854	Darlehen an Sondervermögen	—	—	—	—
856	Darlehen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	—	—	—	—
857	Darlehen an Zweckverbände	—	—	—	—
	85 insgesamt	—	—	—	—

Gruppierungsübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

Grp. Nr.	Ausgaben	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
86	Darlehen an sonstige Bereiche				
861	Darlehen an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	—	—	—	—
862	Darlehen an private Unternehmen	—	—	—	—
863	Darlehen an Sonstige im Inland	—	—	1.052	1.652
866	Darlehen an Ausland	—	—	—	—
	86 insgesamt	—	—	1.052	1.652
870	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	—	—	20.000	40.000
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich				
881	Zuweisungen für Investitionen an Bund	—	—	8.283	21.065
882	Zuweisungen für Investitionen an Länder	—	1.000	1.397	1.583
883	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	57.755	48.580	597.623	530.954
884	Zuweisungen für Investitionen an Sondervermögen	—	—	50.000	39.120
886	Zuweisungen für Investitionen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	—	—	—	—
887	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	—	—	—	1.000
	88 insgesamt	57.755	49.580	657.303	593.722
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche				
891	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	326.026	89.132	183.835	205.916
892	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	67.581	76.564	155.279	112.341
893	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	56.742	56.745	293.591	223.873
894	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	114.750	128.492	81.513	81.289
896	Zuschüsse für Investitionen an Ausland	—	—	—	—
	89 insgesamt	565.099	350.933	714.218	623.419
	8 insgesamt	**680.364**	**1.353.098**	**2.258.057**	**1.388.104**
9	Besondere Finanzierungsausgaben				
91	Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke				
911	Zuführungen an Ausgleichsrücklage	—	—	—	—
912	Zuführungen an Betriebsmittelrücklage	—	—	—	—
913	Zuführungen an Schuldendienstrücklage	—	—	—	—
914	Zuführungen an Bürgschaftssicherungsrücklage	—	—	—	—
915	Zuführungen an Konjunkturausgleichsrücklage	—	—	—	—
916	Zuführungen an Fonds und Stöcke	—	—	5.300	6.129
919	Sonstige	—	—	4.080	464
	91 insgesamt	—	—	9.380	6.593
960	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	—	—	—	—
97	Globale Mehr- und Minderausgaben				
971	Globale Mehrausgaben	950	—	123.243	95.797
972	Globale Minderausgaben	—	—	–233.808	–237.126
	97 insgesamt	950	—	–110.565	–141.329

Haushaltsjahr 2007

Gruppierungsübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

Grp. Nr.	**Ausgaben**	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
98	Haushaltstechnische Verrechnungen				
981	Verrechnungen zwischen Kapiteln	—	—	192.610	195.522
982	Durchlaufende Posten	—	—	9.636	9.886
989	Sonstige	—	—	—	—
	98 insgesamt	—	—	202.246	205.408
	9 insgesamt	**950**	**—**	**101.061**	**70.672**
	4 - 9 Gesamtausgaben	**1.373.493**	**1.945.411**	**23.608.775**	**22.190.099**

Haushaltsjahr 2007

Funktionenübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen

Fkt. Nr.	Einnahmen	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
0	Allgemeine Dienste				
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung				
011	Politische Führung			5.480	11.141
012	Innere Verwaltung			12.386	8.881
013	Informationswesen			211	192
014	Statistischer Dienst			332	257
015	Zivildienst			—	—
016	Hochbauverwaltung			98.191	96.191
018	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungsempfänger/-innen			108.815	110.090
019	sonstige Allgemeine Staatsaufgaben			3.617	5.249
	01 insgesamt			229.032	232.001
02	Auswärtige Angelegenheiten				
021	Auslandsvertretungen			—	—
022	Internationale Organisationen			—	—
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung			—	—
024	Auslandsschulwesen u. kulturelle Angelegenheiten im Ausland			—	—
029	Sonstiges			—	—
	02 insgesamt			—	—
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung				
042	Polizei			19.002	22.026
044	Brandschutz			1.557	1.447
045	Katastrophenschutz			410	500
048	Versorgung einschl. Beihilfen Öffntl. Sicherheit und Ordnung			—	—
049	Sonstiges			4.914	4.917
	04 insgesamt			25.883	28.890
05	Rechtsschutz				
051	Verfassungsgerichte			—	—
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften			367.312	367.956
053	Verwaltungsgerichte			5.596	4.828
054	Arbeits- und Sozialgerichte			6.547	6.594
055	Finanzgerichte			2.206	1.703
056	Justizvollzugsanstalten			2.266	2.266
058	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Rechtsschutz)			—	—
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben			—	—
	05 insgesamt			383.927	383.347
06	Finanzverwaltung				
061	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung			244.489	251.060
062	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung			3.895	3.895
068	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Finanzverwltg.)			—	—
	06 insgesamt			248.384	254.955
	0 insgesamt			**887.226**	**899.193**

Funktionenübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen

Fkt. Nr.	Einnahmen	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung,kult. Angelegenheiten				
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen (11/12)				
111	Unterrichtsverwaltung			240	596
112	Grundschulen			382	652
113	Hauptschulen			60	—
114	Kombinierte Grund- und Hauptschulen			—	—
115	Kombinierte Haupt- und Realschulen			—	—
116	Realschulen			64	75
117	Gymnasien, Kollegs			2.178	2.064
118	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Schulen)			—	—
119	Gesamtschulen (integrierte und additive)			85	123
121	Schulformunabhängige Orientierungsstufe			—	—
123	Freie Waldorfschulen			—	—
124	Sonderschulen			14.887	14.981
127	Berufliche Schulen			9.954	7.761
129	Sonstige schulische Aufgaben			70.360	99.825
	11/12 insgesamt			98.210	126.077
13	Hochschulen				
131	Universitäten			100.928	88.973
132	Hochschulkliniken			937	879
133	Verwaltungsfachhochschulen			481	578
135	Kunsthochschulen			788	681
136	Fachhochschulen			6.347	6.011
137	Deutsche Forschungsgemeinschaft			—	—
138	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Hochschulen)			—	—
139	Sonstige Hochschulaufgaben			29.825	33.734
	13 insgesamt			139.306	130.856
14	Förderung von Schüler(-innen), Student(-innen) und dgl.				
141	Fördermaßnahmen für Schülerinnen und Schüler			42.065	40.808
142	Fördermaßnahmen für Studierende			51.530	52.344
143	Fördermaßnahmen für den wissenschaftlichen Nachwuchs			—	—
145	Schülerinnen- und Schülerbeförderung			—	—
146	Studentenwohnraumförderung			—	—
	14 insgesamt			93.595	93.152
15	Sonstiges Bildungswesen				
151	Förderung der Weiterbildung			—	—
152	Volkshochschulen			—	—
153	Andere Einrichtungen der Weiterbildung			2.035	2.811
154	Einrichtungen der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung			28	19
155	Einrichtungen der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung			2	16
156	Berufsakademien			—	—
	15 insgesamt			2.065	2.846

Funktionenübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen

Fkt. Nr.	Einnahmen	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
16	Wissensch.,Forschung, Entwickl. außerh. d. Hochschulen (16/17)				
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive,Fachinformationszentren			2.601	2.601
163	Wissenschaftliche Museen			—	—
164	Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern			23.201	23.012
165	Andere Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung			463	475
167	Zusch. an intern. wiss. Org. u. zwischenstaatl. Forschungseinr.			—	—
168	Forsch. u. experim. Entw. zur Weltr.-Erk. u. -nutz.(Einzelm.)			—	—
169	Forsch./experim. Entw. zur industr. Produk./ Techn.(Einzelm.)			—	—
171	Forsch./experim. Entw. z. Erz./ Vert./Nutz. d. Energ.(Einzelm.)			—	—
172	Forsch./experim. Entw. z. Sch./ Förd. d. Gesundheit (Einzelm.)			—	—
173	Forschung/experimentelle Entw. zum Umweltschutz (Einzelm.)			—	—
174	Forsch./exper. Entw. z. landw. Produk. u. Technolog.(Einzelm.)			176	176
175	Forsch./exper. Entw. z. gesell. Strukt. u. Beziehung.(Einzelm.)			—	—
176	Forsch./exper. Entw. z. Infrastruktm./Raumgesamtpl.(Einzlm.)			—	—
177	Forsch./exper. Entw. z. Erk./ Nutz. d. ird. Umwelt (Einzelm.)			4.488	4.193
178	Nicht zielor. Forsch./s. Maßn. z. Förd. d. Wiss./ziv. Forsch.			768	904
	16/17 insgesamt			31.697	31.361
18	Kultureinrichtungen (einschl. Kulturverwaltung)				
181	Theater			14.723	14.655
182	Einrichtungen der Musikpflege			—	—
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen			196	503
184	Zoologische und botanische Gärten			—	—
185	Musikschulen			—	—
186	Nicht wissenschaftliche Bibliotheken			—	—
187	Sonstige Kultureinrichtungen			5.126	5.108
188	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten			470	461
	18 insgesamt			20.515	20.727
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, Kirchliche Angelegenheiten				
191	Einzelmaßnahmen im Bereich Theater und Musikpflege			—	—
192	Einzelmaßnahmen im Bereich Museen und Ausstellungen			—	—
193	Andere Einzelmaßnahmen der Kulturpflege			—	—
195	Denkmalschutz und -pflege			—	—
199	Kirchliche Angelegenheiten			—	—
	19 insgesamt			—	—
	1 insgesamt			**385.388**	**405.019**

Haushaltsjahr 2007

Funktionenübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen

Fkt. Nr.	Einnahmen	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
2	Soz. Sicherung, soz. Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung				
21	Verwaltung				
211	Versicherungsbehörden			—	—
212	Sozialamt, Sozialhilfeverband, Landeswohlfahrtsverband			943	1.236
213	Jugendämter			3	3
214	Versorgungsämter			50	50
215	Lastenausgleichsverwaltung			—	—
216	Wiedergutmachungsbehörden			—	—
219	Sonstige Behörden			—	—
	21 insgesamt			996	1.289
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung				
223	Unfallversicherung			3.109	3.067
224	Krankenversicherung			—	—
227	Pflegeversicherung			—	—
229	Sonstige Sozialversicherungen			—	—
	22 insgesamt			3.109	3.067
23	Familien- und Sozialhilfe, Förder. der Wohlfahrtspflege u.ä.				
231	Kindergeld			—	—
232	Erziehungsgeld, Mutterschutz			2.742	—
233	Wohngeld			70.000	100.000
234	Leistungen nach dem Bundessozialhilfe- / Asylbewerbergesetz			1.691	2.597
235	Soziale Einrichtungen			7.329	8.311
236	Förderung der Wohlfahrtspflege			1	1
237	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz			36.400	35.800
	23 insgesamt			118.163	146.709
24	Soz. Leistungen für Folgen von Krieg und polit. Ereignissen				
242	Einrichtungen der Kriegsopferversorgung			—	—
243	Lastenausgleich			—	—
244	Wiedergutmachung			272	295
246	Vertriebene und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler			686	199
247	Kriegsopferfürsorge			46.005	40.767
249	Sonstiges			2.253	2.238
	24 insgesamt			49.216	43.499
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz				
251	Grundsicherung für Arbeit Suchende			394.418	394.418
252	Hilfe für Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung			7.722	7.722
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen u. produktive Arbeitsförderung			85.845	88.925
254	Arbeitsschutz			8.558	8.963
	25 insgesamt			496.543	500.028

Funktionenübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen

Fkt. Nr.	Einnahmen	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
26	Jugendhilfe nach SGB VIII				
261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit			168	188
262	Jugendsozialarbeit und erz. Kinder- und Jugendschutz			—	—
263	Förderung der Erziehung in der Familie			—	—
264	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespfl.			—	—
265	Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfe			—	—
266	Andere Aufgaben der Jugendhilfe			22	22
	26 insgesamt			190	210
27	Einrichtungen der Jugendhilfe				
271	Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit			—	—
272	Einrichtungen der Jugendsozialarbeit			83	93
273	Einrichtungen der Familienförderung			—	—
274	Tageseinrichtungen für Kinder			—	—
275	Einrichtungen für Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen			—	—
276	Einrichtungen für andere Aufgaben der Jugendhilfe			372	372
	27 insgesamt			455	465
280	Förderung der Vermögensbildung			—	—
290	Sonstige soziale Angelegenheiten			8.982	8.500
	2 insgesamt			**677.654**	**703.767**
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung				
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens				
311	Gesundheitsbehörden			161	121
312	Krankenhäuser und Heilstätten			71.828	65.781
314	Maßnahmen d. Gesundheitswesens			2.991	2.690
319	Sonstiges			—	—
	31 insgesamt			74.980	68.592
32	Sport und Erholung				
321	Park- und Gartenanlagen			—	—
322	Badeanstalten			—	—
323	Sportstätten			20	20
324	Förderung des Sports			50	50
329	Sonstiges			—	—
	32 insgesamt			70	70
33	Umwelt- und Naturschutz				
331	Umwelt und Naturschutzbehörden			—	—
332	Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes			26.599	17.828
	33 insgesamt			26.599	17.828
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz				
341	Behörden für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz			—	—
342	Maßnahmen der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes			27.500	28.112
	34 insgesamt			27.500	28.112
	3 insgesamt			**129.149**	**114.602**

Funktionenübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen

Fkt. Nr.	Einnahmen	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung, komm. Gemeinschaftsd.				
41	Wohnungswesen				
411	Förderung des Wohnungsbaues			39.184	66.325
419	Sonstiges			—	—
	41 insgesamt			39.184	66.325
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen				
421	Kataster- und Vermessungsverwaltung			42.750	45.750
422	Raumordnung und Landesplanung			—	—
	42 insgesamt			42.750	45.750
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste				
431	Straßenbeleuchtung			—	—
432	Ortsentwässerung			—	—
433	Müllbeseitigung u. -verwertung			306	1.069
434	Straßenreinigung			—	—
439	Sonstiges			—	—
	43 insgesamt			306	1.069
440	Städtebauförderung			12.556	12.658
	4 insgesamt			**94.796**	**125.802**
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)				
511	Ernährung und Landwirtschaft			13.605	13.281
512	Forsten			—	—
	51 insgesamt			13.605	13.281
52	Verbesserung der Agrarstruktur				
521	Verbesserung der Agrarstruktur (Gemeinschaftsaufgabe)			57.797	60.752
528	EU-Ausrichtungsfonds			6.650	21.650
529	Sonstiges			536	536
	52 insgesamt			64.983	82.938
53	Einkommenstabilisierende Maßnahmen				
531	EU-Garantiefonds			100.400	81.000
532	Marktordnungen (einschl. EU)			3.500	3.500
533	Gasölverbilligung			—	—
534	Ungültig			—	—
539	Sonstiges			—	—
	53 insgesamt			103.900	84.500

Haushaltsjahr 2007

Funktionenübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen

Fkt. Nr.	Einnahmen	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
54	Sonstige Bereiche				
541	Versuchsgüter und -felder			—	—
542	Fischerei			8.610	4.610
549	Sonstiges			8.108	7.930
	54 insgesamt			16.718	12.540
	5 insgesamt			**199.206**	**193.259**
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen				
610	Verwaltung			476	2.175
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau				
621	Kernenergie			—	—
622	Sonstige Energieformen			—	—
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau			108.690	110.993
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken			—	—
625	Küstenschutz			31.035	32.026
626	Erdölversorgung			—	—
627	Sonstige Energieversorgung			—	—
629	Sonstiges			351	351
	62 insgesamt			140.076	143.370
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe				
631	Kohlenbergbau			—	—
632	Sonstiger Bergbau			750.083	600.080
634	Verarbeitende Industrie			—	—
635	Handwerk und Kleingewerbe			—	—
638	Baugewerbe			—	—
639	Sonstiges verarbeitendes Gewerbe			—	—
	63 insgesamt			750.083	600.080
64	Handel				
641	Handel (allgemein)			—	—
642	Exportförderung, Auslandsmessen			—	—
643	Märkte und Inlandsmessen			—	—
649	Sonstiges			—	—
	64 insgesamt			—	—
650	Fremdenverkehr			—	—
660	Geld- und Versicherungswesen			—	—
670	Ungültig			—	—
680	Sonstige Bereiche			361	321
69	Regionale Förderungsmaßnahmen				
691	Betriebliche Investitionen			—	—
692	Verbesserung der Infrastruktur			26.130	24.148
699	Sonstiges			263.201	93.252
	69 insgesamt			289.331	117.400
	6 insgesamt			**1.180.327**	**863.346**

Funktionenübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen

Fkt. Nr.	Einnahmen	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen				
71	Verwaltung				
711	Straßen- und Brückenbau			146.894	145.258
712	Wasserstraßen und Häfen			1.000	1.000
719	Sonstiges			—	—
	71 insgesamt			147.894	146.258
72	Straßen				
721	Bundesautobahnen			—	—
722	Bundesstraßen			—	—
723	Landesstraßen			—	—
724	Kreisstraßen			—	—
725	Gemeindestraßen			—	—
729	Sonstiges			—	—
	72 insgesamt			—	—
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt				
731	Wasserstraßen und Häfen			2.045	2.050
732	Förderung der Schifffahrt			—	—
	73 insgesamt			2.045	2.050
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr				
741	Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr			635.983	682.080
749	Sonstiges			—	—
	74 insgesamt			635.983	682.080
75	Luftfahrt				
751	Flugsicherung			250	205
759	Sonstiges			—	—
	75 insgesamt			250	205
760	Wetterdienst			—	—
77	Nachrichtenwesen				
771	Post- und Telekommunikation			—	—
772	Rundfunkanstalten und Fernsehen			—	—
	77 insgesamt			—	—
790	Sonstige Bereiche			—	—
	7 insgesamt			**786.172**	**830.593**
8	Wirtsch.-untern., Allg. Grund- u. Kapitalverm., Sondervermögen				
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen				
811	Landwirtschaftliche Unternehmen			8.349	8.291
812	Forstwirtschaftliche Unternehmen			—	—
	81 insgesamt			8.349	8.291

Haushaltsjahr 2007

Funktionenübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen

Fkt. Nr.	Einnahmen	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
82	Versorgungsunternehmen				
821	Elektrizitätsunternehmen			—	—
822	Gasunternehmen			—	—
823	Wasserunternehmen			—	—
824	Kombinierte Versorgungsunternehmen			—	—
829	Sonstiges			—	—
	82 insgesamt			—	—
83	Verkehrsunternehmen				
831	Straßenverkehrsunternehmen			—	—
832	Eisenbahnen			—	—
834	Häfen und Umschlag			—	—
835	Flughäfen und Luftverkehr			—	—
839	Sonstiges			—	—
	83 insgesamt			—	—
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen				
851	Bergbau			—	—
852	Industrielle Unternehmen			—	—
853	Banken und Kreditinstitute			1.729	63.380
854	Wohnungsbauunternehmen			—	—
856	Lotterie, Lotto, Toto			164.517	172.426
859	Sonstiges			844.297	411.504
	85 insgesamt			1.010.543	647.310
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen				
871	Allgemeines Grundvermögen			2.640	6.645
872	Allgemeines Kapitalvermögen			45.639	65.996
873	Sondervermögen			—	—
	87 insgesamt			48.279	72.641
	8 insgesamt			**1.067.171**	**728.242**
9	Allgemeine Finanzwirtschaft				
910	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen			16.471.000	15.142.000
920	Schulden			1.301.124	1.801.750
940	Beihilfen, Unterstützungen u.ä.			7.861	8.687
950	Rücklagen			219.455	168.431
960	Sonstiges			—	—
970	Abwicklung der Vorjahre			—	—
98	Globalposten				
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben			—	—
988	Globale Mehrausgaben / Globale Mindereinnahmen			—	—
989	Globale Minderausgaben / Globale Mehreinnahmen			—	—
	98 insgesamt			—	—
990	Haushaltstechnische Verrechnungen			202.246	205.408
	9 insgesamt			**18.201.686**	**17.326.276**
	0 - 9 Gesamteinnahmen			**23.608.775**	**22.190.099**

Haushaltsjahr 2007

Funktionenübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen

Fkt. Nr.	Ausgaben	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
0	Allgemeine Dienste				
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung				
011	Politische Führung	615	363	236.288	235.595
012	Innere Verwaltung	1.200	600	80.372	69.185
013	Informationswesen	—	500	26.871	24.978
014	Statistischer Dienst	—	—	20.935	21.892
015	Zivildienst	—	—	—	—
016	Hochbauverwaltung	—	—	111.870	118.419
018	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungsempfänger/-innen	—	—	633.848	589.890
019	sonstige Allgemeine Staatsaufgaben	—	—	3.058	10.525
	01 insgesamt	1.815	1.463	1.113.242	1.070.484
02	Auswärtige Angelegenheiten				
021	Auslandsvertretungen	—	—	—	—
022	Internationale Organisationen	—	—	—	—
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	—	—	304	305
024	Auslandsschulwesen u. kulturelle Angelegenheiten im Ausland	—	—	237	237
029	Sonstiges	—	—	5	6
	02 insgesamt	—	—	546	548
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung				
042	Polizei	11.500	250.691	985.573	987.216
044	Brandschutz	—	382	30.099	33.161
045	Katastrophenschutz	—	—	7.885	1.911
048	Versorgung einschl. Beihilfen Öffntl. Sicherheit und Ordnung	—	—	282.696	289.836
049	Sonstiges	—	—	22.987	23.458
	04 insgesamt	11.500	251.073	1.329.240	1.335.582
05	Rechtsschutz				
051	Verfassungsgerichte	—	—	219	198
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	286	1.671	680.215	675.361
053	Verwaltungsgerichte	—	—	22.643	22.132
054	Arbeits- und Sozialgerichte	—	—	45.806	45.826
055	Finanzgerichte	—	—	7.270	6.767
056	Justizvollzugsanstalten	257	390	177.907	175.067
058	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Rechtsschutz)	—	—	112.148	115.934
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	—	—	3	3
	05 insgesamt	543	2.061	1.046.211	1.041.288
06	Finanzverwaltung				
061	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	—	2.200	509.764	517.062
062	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	—	—	2.931	3.029
068	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Finanzverwltg.)	—	—	116.539	115.934
	06 insgesamt	—	2.200	629.234	636.025
	0 insgesamt	**13.858**	**256.797**	**4.118.473**	**4.083.927**

Haushaltsjahr 2007

Funktionenübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen

Fkt. Nr.	Ausgaben	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung,kult. Angelegenheiten				
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen (11/12)				
111	Unterrichtsverwaltung	—	—	37.601	38.422
112	Grundschulen	—	—	3.116.432	3.124.448
113	Hauptschulen	9.382	8.530	11.745	9.832
114	Kombinierte Grund- und Hauptschulen	—	—	8.063	9.646
115	Kombinierte Haupt- und Realschulen	—	—	19.290	19.305
116	Realschulen	—	—	725	684
117	Gymnasien, Kollegs	—	—	86.303	88.189
118	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Schulen)	—	—	1.058.589	1.062.733
119	Gesamtschulen (integrierte und additive)	—	—	771	752
121	Schulformunabhängige Orientierungsstufe	—	—	—	—
123	Freie Waldorfschulen	—	—	26.764	23.648
124	Sonderschulen	—	—	77.212	73.408
127	Berufliche Schulen	—	—	156.390	145.325
129	Sonstige schulische Aufgaben	4.681	1.000	130.609	158.764
	11/12 insgesamt	14.063	9.530	4.730.494	4.755.156
13	Hochschulen				
131	Universitäten	184.713	158.516	1.033.241	1.019.230
132	Hochschulkliniken	139.275	68.500	325.555	307.166
133	Verwaltungsfachhochschulen	—	—	10.951	12.738
135	Kunsthochschulen	10	10	30.884	30.253
136	Fachhochschulen	230	230	201.316	205.235
137	Deutsche Forschungsgemeinschaft	—	—	54.229	52.352
138	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Hochschulen)	—	—	116.658	110.612
139	Sonstige Hochschulaufgaben	29.800	35.000	42.876	47.080
	13 insgesamt	354.028	262.256	1.815.710	1.784.666
14	Förderung von Schüler(-innen), Student(-innen) und dgl.				
141	Fördermaßnahmen für Schülerinnen und Schüler	—	—	65.002	62.997
142	Fördermaßnahmen für Studierende	56.000	—	106.901	108.731
143	Fördermaßnahmen für den wissenschaftlichen Nachwuchs	—	—	—	50
145	Schülerinnen- und Schülerbeförderung	—	—	—	—
146	Studentenwohnraumförderung	—	—	185	467
	14 insgesamt	56.000	—	172.088	172.245
15	Sonstiges Bildungswesen				
151	Förderung der Weiterbildung	—	—	6.396	6.392
152	Volkshochschulen	—	—	28.771	28.271
153	Andere Einrichtungen der Weiterbildung	34.400	16.786	29.762	25.997
154	Einrichtungen der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung	—	—	68.712	71.849
155	Einrichtungen der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung	—	—	4.265	4.635
156	Berufsakademien	—	—	15.104	15.104
	15 insgesamt	34.400	16.786	153.010	152.248

Haushaltsjahr 2007

Funktionenübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen

Fkt. Nr.	Ausgaben	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
16	Wissensch.,Forschung, Entwickl. außerh. d. Hochschulen (16/17)				
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive,Fachinformationszentren	—	—	31.591	31.775
163	Wissenschaftliche Museen	—	—	—	—
164	Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	—	—	108.633	105.409
165	Andere Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung	2.400	2.680	58.783	53.472
167	Zusch. an intern. wiss. Org. u. zwischenstaatl. Forschungseinr.	—	—	—	—
168	Forsch. u. experim. Entw. zur Weltr.-Erk. u. -nutz.(Einzelm.)	—	—	—	—
169	Forsch./experim. Entw. zur industr. Produk./ Techn.(Einzelm.)	600	600	800	800
171	Forsch./experim. Entw. z. Erz./ Vert./Nutz. d. Energ.(Einzelm.)	—	—	1.941	1.916
172	Forsch./experim. Entw. z. Sch./ Förd. d. Gesundheit (Einzelm.)	—	—	—	—
173	Forschung/experimentelle Entw. zum Umweltschutz (Einzelm.)	—	—	—	—
174	Forsch./exper. Entw. z. landw. Produk. u. Technolog.(Einzelm.)	—	—	4.567	4.691
175	Forsch./exper. Entw. z. gesell. Strukt. u. Beziehung.(Einzelm.)	—	—	360	442
176	Forsch./exper. Entw. z. Infrastruktm./Raumgesamtpl.(Einzlm.)	—	—	1.144	203
177	Forsch./exper. Entw. z. Erk./ Nutz. d. ird. Umwelt (Einzelm.)	450	—	7.885	17.822
178	Nicht zielor. Forsch./s. Maßn. z. Förd. d. Wiss./ziv. Forsch.	—	—	180	167
	16/17 insgesamt	3.450	3.280	215.884	216.697
18	Kultureinrichtungen (einschl. Kulturverwaltung)				
181	Theater	570	106.879	112.998	112.593
182	Einrichtungen der Musikpflege	—	6.055	1.211	1.211
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	—	780	19.791	19.578
184	Zoologische und botanische Gärten	—	—	—	—
185	Musikschulen	—	—	1.113	1.113
186	Nicht wissenschaftliche Bibliotheken	—	—	1.017	1.017
187	Sonstige Kultureinrichtungen	2.827	—	20.098	19.458
188	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten	—	—	6.957	7.107
	18 insgesamt	3.397	113.714	163.185	162.077
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, Kirchliche Angelegenheiten				
191	Einzelmaßnahmen im Bereich Theater und Musikpflege	9.000	10.890	2.034	1.634
192	Einzelmaßnahmen im Bereich Museen und Ausstellungen	—	—	746	746
193	Andere Einzelmaßnahmen der Kulturpflege	3.986	—	3.723	3.719
195	Denkmalschutz und -pflege	1.000	1.000	4.142	3.522
199	Kirchliche Angelegenheiten	600	—	39.235	37.847
	19 insgesamt	14.586	11.890	49.880	47.468
	1 insgesamt	**479.924**	**417.456**	**7.300.251**	**7.290.557**

Haushaltsjahr 2007

Funktionenübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen

Fkt. Nr.	Ausgaben	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
2	Soz. Sicherung, soz. Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung				
21	Verwaltung				
211	Versicherungsbehörden	—	—	—	—
212	Sozialamt, Sozialhilfeverband, Landeswohlfahrtsverband	—	—	179.545	196.333
213	Jugendämter	—	—	76	2.585
214	Versorgungsämter	—	—	169	162
215	Lastenausgleichsverwaltung	—	—	2.600	2.800
216	Wiedergutmachungsbehörden	—	—	82	85
219	Sonstige Behörden	—	—	—	—
	21 insgesamt	—	—	182.472	201.965
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung				
223	Unfallversicherung	—	—	4.840	4.675
224	Krankenversicherung	—	—	—	—
227	Pflegeversicherung	—	—	33	295
229	Sonstige Sozialversicherungen	—	—	—	—
	22 insgesamt	—	—	4.873	4.970
23	Familien- und Sozialhilfe, Förder. der Wohlfahrtspflege u.ä.				
231	Kindergeld	—	—	—	—
232	Erziehungsgeld, Mutterschutz	—	—	—	—
233	Wohngeld	—	—	140.105	200.295
234	Leistungen nach dem Bundessozialhilfe- / Asylbewerbergesetz	—	—	1.463.357	1.465.504
235	Soziale Einrichtungen	—	—	23.189	25.147
236	Förderung der Wohlfahrtspflege	4.533	4.313	30.485	29.976
237	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	—	—	79.000	77.100
	23 insgesamt	4.533	4.313	1.736.136	1.798.022
24	Soz. Leistungen für Folgen von Krieg und polit. Ereignissen				
242	Einrichtungen der Kriegsopferversorgung	—	—	11	11
243	Lastenausgleich	—	—	1.800	2.000
244	Wiedergutmachung	—	—	34.966	37.134
246	Vertriebene und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler	—	—	7.489	7.488
247	Kriegsopferfürsorge	—	—	53.821	48.262
249	Sonstiges	—	—	2.291	2.286
	24 insgesamt	—	—	100.378	97.181
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz				
251	Grundsicherung für Arbeit Suchende	—	—	394.418	394.418
252	Hilfe für Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	—	—	10.947	10.947
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen u. produktive Arbeitsförderung	5.750	21.011	94.193	96.070
254	Arbeitsschutz	—	—	37.703	38.639
	25 insgesamt	5.750	21.011	537.261	540.074

Funktionenübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen

Fkt. Nr.	Ausgaben	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
26	Jugendhilfe nach SGB VIII				
261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	—	—	153	423
262	Jugendsozialarbeit und erz. Kinder- und Jugendschutz	—	—	—	—
263	Förderung der Erziehung in der Familie	—	—	20.022	—
264	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespfl.	3.500	3.500	172.059	166.441
265	Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfe	—	—	—	—
266	Andere Aufgaben der Jugendhilfe	—	—	13.360	15.369
	26 insgesamt	3.500	3.500	205.594	182.233
27	Einrichtungen der Jugendhilfe				
271	Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	—	—	12.168	12.287
272	Einrichtungen der Jugendsozialarbeit	—	360	2.330	1.680
273	Einrichtungen der Familienförderung	—	—	2.300	1.972
274	Tageseinrichtungen für Kinder	—	—	—	—
275	Einrichtungen für Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen	—	—	—	—
276	Einrichtungen für andere Aufgaben der Jugendhilfe	—	—	316	227
	27 insgesamt	—	360	17.114	16.166
280	Förderung der Vermögensbildung	—	—	—	—
290	Sonstige soziale Angelegenheiten	2.187	2.337	99.496	93.038
	2 insgesamt	**15.970**	**31.521**	**2.883.324**	**2.933.649**
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung				
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens				
311	Gesundheitsbehörden	—	—	626	1.593
312	Krankenhäuser und Heilstätten	135.832	155.077	231.181	206.405
314	Maßnahmen d. Gesundheitswesens	—	—	34.881	36.956
319	Sonstiges	—	—	2	122
	31 insgesamt	135.832	155.077	266.690	245.076
32	Sport und Erholung				
321	Park- und Gartenanlagen	—	—	—	—
322	Badeanstalten	—	—	—	123
323	Sportstätten	10.000	—	2.520	20
324	Förderung des Sports	10.000	—	26.931	25.106
329	Sonstiges	—	—	—	—
	32 insgesamt	20.000	—	29.451	25.249
33	Umwelt- und Naturschutz				
331	Umwelt und Naturschutzbehörden	—	—	—	—
332	Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes	14.039	5.465	30.871	29.979
	33 insgesamt	14.039	5.465	30.871	29.979
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz				
341	Behörden für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	—	—	—	—
342	Maßnahmen der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes	—	—	25.276	25.726
	34 insgesamt	—	—	25.276	25.726
	3 insgesamt	**169.871**	**160.542**	**352.288**	**326.030**

Funktionenübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen

Fkt. Nr.	Ausgaben	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung, komm. Gemeinschaftsd.				
41	Wohnungswesen				
411	Förderung des Wohnungsbaues	14.888	5.537	76.035	29.185
419	Sonstiges	—	—	—	—
	41 insgesamt	14.888	5.537	76.035	29.185
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen				
421	Kataster- und Vermessungsverwaltung	—	—	125.182	129.843
422	Raumordnung und Landesplanung	1.651	1.319	3.370	3.866
	42 insgesamt	1.651	1.319	128.552	133.709
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste				
431	Straßenbeleuchtung	—	—	—	—
432	Ortsentwässerung	—	—	—	—
433	Müllbeseitigung u. -verwertung	—	—	2.244	2.206
434	Straßenreinigung	—	—	—	—
439	Sonstiges	—	—	—	—
	43 insgesamt	—	—	2.244	2.206
440	Städtebauförderung	13.439	17.334	19.208	17.695
	4 insgesamt	**29.978**	**24.190**	**226.039**	**182.795**
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)				
511	Ernährung und Landwirtschaft	—	—	78.044	79.765
512	Forsten	—	—	29.083	33.919
	51 insgesamt	—	—	107.127	113.684
52	Verbesserung der Agrarstruktur				
521	Verbesserung der Agrarstruktur (Gemeinschaftsaufgabe)	65.675	63.600	90.273	90.890
528	EU-Ausrichtungsfonds	—	30.000	11.650	30.676
529	Sonstiges	—	—	3.274	4.038
	52 insgesamt	65.675	93.600	105.197	125.604
53	Einkommenstabilisierende Maßnahmen				
531	EU-Garantiefonds	—	—	—	—
532	Marktordnungen (einschl. EU)	—	—	3.500	3.500
533	Gasölverbilligung	—	—	—	—
534	Ungültig	—	—	—	—
539	Sonstiges	290	—	2.190	1.690
	53 insgesamt	290	—	5.690	5.190

Funktionenübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen

Fkt. Nr.	Ausgaben	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
54	Sonstige Bereiche				
541	Versuchsgüter und -felder	—	—	—	—
542	Fischerei	—	—	9.081	4.806
549	Sonstiges	4.316	2.075	89.239	90.329
	54 insgesamt	4.316	2.075	98.320	95.135
	5 insgesamt	**70.281**	**95.675**	**316.334**	**339.613**
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen				
610	Verwaltung	—	—	362	4.906
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau				
621	Kernenergie	—	—	13	10
622	Sonstige Energieformen	—	—	—	—
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau	41.879	30.146	138.627	144.745
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	—	—	—	—
625	Küstenschutz	26.447	37.700	45.265	46.666
626	Erdölversorgung	—	—	—	—
627	Sonstige Energieversorgung	—	—	—	—
629	Sonstiges	—	—	661	661
	62 insgesamt	68.326	67.846	184.566	192.082
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe				
631	Kohlenbergbau	—	—	—	—
632	Sonstiger Bergbau	—	—	—	—
634	Verarbeitende Industrie	—	—	—	—
635	Handwerk und Kleingewerbe	—	—	—	—
638	Baugewerbe	—	—	—	—
639	Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	—	—	—	—
	63 insgesamt	—	—	—	—
64	Handel				
641	Handel (allgemein)	—	—	—	—
642	Exportförderung, Auslandsmessen	—	—	—	—
643	Märkte und Inlandsmessen	—	—	—	—
649	Sonstiges	—	—	1.000	1.328
	64 insgesamt	—	—	1.000	1.328
650	Fremdenverkehr	—	—	—	—
660	Geld- und Versicherungswesen	—	—	—	—
670	Ungültig	—	—	—	—
680	Sonstige Bereiche	—	—	21.794	41.839
69	Regionale Förderungsmaßnahmen				
691	Betriebliche Investitionen	49.906	58.964	27.292	25.178
692	Verbesserung der Infrastruktur	4.900	1.860	79.516	69.479
699	Sonstiges	400	150	269.243	97.314
	69 insgesamt	55.206	60.974	376.051	191.971
	6 insgesamt	**123.532**	**128.820**	**583.773**	**432.126**

Funktionenübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen

Fkt. Nr.	Ausgaben	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen				
71	Verwaltung				
711	Straßen- und Brückenbau	112.578	22.990	323.151	323.401
712	Wasserstraßen und Häfen	1.350	—	7.867	17.772
719	Sonstiges	—	—	—	—
	71 insgesamt	113.928	22.990	331.018	341.173
72	Straßen				
721	Bundesautobahnen	—	—	—	—
722	Bundesstraßen	—	—	—	—
723	Landesstraßen	—	—	—	—
724	Kreisstraßen	—	—	—	—
725	Gemeindestraßen	—	—	—	—
729	Sonstiges	—	—	412	415
	72 insgesamt	—	—	412	415
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt				
731	Wasserstraßen und Häfen	24.900	—	58.660	120.258
732	Förderung der Schifffahrt	—	—	—	—
	73 insgesamt	24.900	—	58.660	120.258
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr				
741	Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr	144.380	40.000	635.983	682.080
749	Sonstiges	1.500	1.500	8.465	8.469
	74 insgesamt	145.880	41.500	644.448	690.549
75	Luftfahrt				
751	Flugsicherung	—	—	1.035	1.035
759	Sonstiges	—	—	—	—
	75 insgesamt	—	—	1.035	1.035
760	Wetterdienst	—	—	—	—
77	Nachrichtenwesen				
771	Post- und Telekommunikation	—	—	—	—
772	Rundfunkanstalten und Fernsehen	—	—	—	—
	77 insgesamt	—	—	—	—
790	Sonstige Bereiche	—	—	—	—
	7 insgesamt	**284.708**	**64.490**	**1.035.573**	**1.153.430**
8	Wirtsch.-untern., Allg. Grund- u. Kapitalverm., Sondervermögen				
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen				
811	Landwirtschaftliche Unternehmen	1.011	1.011	9.176	9.452
812	Forstwirtschaftliche Unternehmen	—	—	—	—
	81 insgesamt	1.011	1.011	9.176	9.452

Haushaltsjahr 2007

Funktionenübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen

Fkt. Nr.	Ausgaben	Verpflichtungsermächtigung		Ansatz	
		2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
82	Versorgungsunternehmen				
821	Elektrizitätsunternehmen	—	—	—	—
822	Gasunternehmen	—	—	—	—
823	Wasserunternehmen	—	—	—	—
824	Kombinierte Versorgungsunternehmen	—	—	—	—
829	Sonstiges	—	—	—	—
	82 insgesamt	—	—	—	—
83	Verkehrsunternehmen				
831	Straßenverkehrsunternehmen	—	—	—	—
832	Eisenbahnen	—	—	—	—
834	Häfen und Umschlag	—	—	—	—
835	Flughäfen und Luftverkehr	—	—	333	259
839	Sonstiges	—	—	—	—
	83 insgesamt	—	—	333	259
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen				
851	Bergbau	—	—	—	—
852	Industrielle Unternehmen	—	55.000	—	—
853	Banken und Kreditinstitute	50.000	700.000	754.000	—
854	Wohnungsbauunternehmen	—	—	—	—
856	Lotterie, Lotto, Toto	—	—	390	390
859	Sonstiges	—	—	18.753	18.364
	85 insgesamt	50.000	755.000	773.143	18.754
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen				
871	Allgemeines Grundvermögen	130.510	8.500	90.806	90.341
872	Allgemeines Kapitalvermögen	—	—	709	709
873	Sondervermögen	—	—	—	—
	87 insgesamt	130.510	8.500	91.515	91.050
	8 insgesamt	**181.521**	**764.511**	**874.167**	**119.515**
9	Allgemeine Finanzwirtschaft				
910	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	—	—	2.955.180	2.443.364
920	Schulden	—	—	2.385.745	2.421.794
940	Beihilfen, Unterstützungen u.ä.	—	—	231.926	237.815
950	Rücklagen	—	—	9.380	6.593
960	Sonstiges	2.900	1.409	37.046	36.929
970	Abwicklung der Vorjahre	—	—	—	—
98	Globalposten				
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	—	—	206.995	117.883
988	Globale Mehrausgaben / Globale Mindereinnahmen	950	—	123.843	95.797
989	Globale Minderausgaben / Globale Mehreinnahmen	—	—	–233.808	–237.126
	98 insgesamt	950	—	97.030	–23.446
990	Haushaltstechnische Verrechnungen	—	—	202.246	205.408
	9 insgesamt	**3.850**	**1.409**	**5.918.553**	**5.328.457**
	0 - 9 Gesamtausgaben	**1.373.493**	**1.945.411**	**23.608.775**	**22.190.099**

Zuordnung der Gruppierungen zu den einzelnen Spalten des Haushaltsquerschnitts (horizontale Gliederung)

Spalte	Bezeichnung	Gruppierungen
	A. Einnahmen	
3	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	0
4	Verwaltungseinnahmen	11
5	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	12
6	Erlöse aus der Veräußerung von Gegenständen, Kapitalrückzahlungen	13
7	Zinseinnahmen vom Bund, von Ländern und Sondervermögen	151, 152, 154
8	Zinseinnahmen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	153
9	Zinseinnahmen von Sozialversicherungsträgern, der Bundesanstalt für Arbeit und von Zweckverbänden	156, 157
10	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	16
11	Darlehensrückflüsse vom Bund und von Sondervermögen	171, 174
12	Darlehensrückflüsse von Ländern	172
13	Darlehensrückflüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden	173
14	Darlehensrückflüsse von Sozialversicherungsträgern, der Bundesanstalt für Arbeit und von Zweckverbänden	176, 177
15	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen, Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen	14, 18
16	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen vom Bund und von Sondervermögen	211, 214, 221, 224, 231, 234, 291
17	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen von Ländern	212, 222, 232, 292
18	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	213, 223,233, 293
19	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen von Sozialversicherungsträgern, der Bundesanstalt für Arbeit und von Zweckverbänden	216, 217, 226, 227, 235, 236, 237
20	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen aus sonstigen Bereichen	26, 27, 28, 297, 298, 299
21	Schuldenaufnahmen bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftlichen Zusammenschlüssen	31
22	Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	32
23	Zuweisungen für Investitionen vom Bund und von Sondervermögen	331,334,
24	Zuweisungen für Investitionen von Ländern	332
25	Zuweisungen für Investitionen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	333
26	Zuweisungen für Investitionen von Sozialversicherungsträgern, der Bundesanstalt für Arbeit und von Zweckverbänden	336, 337
27	Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen	34
28	Sonstige Einnahmen	35, 36, 37, 38

Zuordnung der Gruppierungen zu den einzelnen Spalten des Haushaltsquerschnitts (horizontale Gliederung)

Spalte	Bezeichnung	Gruppierungen
	B. Ausgaben	
3	Personalausgaben	4
4	Sächliche Verwaltungsaufgaben	51, 52, 53, 54
5	Zinsausgaben	56,57
6	Tilgungsausgaben	58, 59
7	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen an Bund und Sondervermögen	611, 614, 624, 631, 634, 691
8	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen an Länder	612, 632, 692
9	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	613, 633, 693
10	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen an Sozialversicherungsträger, an die Bundesanstalt für Arbeit und an Zweckverbände	616, 617, 636, 637
11	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen: Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	681
12	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen an Unternehmen	682, 683, 697
13	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen an sonstige Bereiche	67, 684, 685, 686, 687, 688, 698, 699
14	Schuldendiensthilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände	623
15	Schuldendiensthilfen an Bund, Länder, Sondervermögen, Sozialversicherungsträger, an die Bundesanstalt für Arbeit und an Zweckverbände	621, 622, 624, 626, 627
16	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche	66
17	Baumaßnahmen	7
18	Erwerb von beweglichen Sachen	81
19	Erwerb von unbeweglichen Sachen	82
20	Erwerb von Beteiligungen und dgl.	83
21	Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände	853
22	Darlehen an Bund, Länder, Sondervermögen, Sozialversicherungsträger, an die Bundesanstalt für Arbeit und an Zweckverbände	851, 852, 854, 856, 857
23	Darlehen an sonstige Bereiche, Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	86, 87
24	Zuweisungen für Investitionen an Länder	882
25	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	883
26	Zuweisungen für Investitionen an Bund, Sondervermögen, Sozialversicherungsträger, an die Bundesanstalt für Arbeit und an Zweckverbände	881, 884, 886, 887
27	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	89
28	Besondere Finanzierungsausgaben	9

A. Gliederung der Einnahmen nach
in 1.000

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Steuereinnahmen, steuerähnliche Abgaben, EU-Eigenmittel	Verwaltungseinnahmen	Einnahmen aus wirtschaftl. Tätigkeit und aus Vermögen (o. Zins.)	Erlöse (nur Obergr. 13) Kapitalrückzahlungen	Zinseinnahmen				Darlehensrückflüsse			
						aus dem öffentlichen Bereich			aus sonstigen Bereichen	aus dem öffentlichen Bereich			
						Bund, Länder, SDV	Gemeinden, GV	Soz. VT, BfA, ZVb		Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	Soz. VT, BfA, ZVb
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
0	Allgemeine Dienste												
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung												
011	Politische Führung	—	3.871	173	227	—	—	—	—	—	—	—	—
012	Innere Verwaltung	—	1.755	18	—	—	—	—	—	—	—	—	—
013	Informationswesen	—	211	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
014	Statistischer Dienst	—	182	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
015	Zivildienst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
016	Hochbauverwaltung	—	151	20	20	—	—	—	—	—	—	—	—
018	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungsempfänger/-innen	—	2.005	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
019	sonstige Allgemeine Staatsaufgaben	—	—	3.617	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	01 insgesamt	—	8.175	3.828	247	—	—	—	—	—	—	—	—
02	Auswärtige Angelegenheiten												
021	Auslandsvertretungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
022	Internationale Organisationen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
024	Auslandsschulwesen u. kulturelle Angelegenheiten im Ausland	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
029	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	02 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung												
042	Polizei	—	16.724	920	405	—	—	—	—	—	—	—	—
044	Brandschutz	—	271	65	25	—	—	—	—	—	—	—	—
045	Katastrophenschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
048	Versorgung einschl. Beihilfen Öffntl. Sicherheit und Ordnung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
049	Sonstiges	—	212	—	11	—	—	—	—	—	—	—	—
	04 insgesamt	—	17.207	985	441	—	—	—	—	—	—	—	—
05	Rechtsschutz												
051	Verfassungsgerichte	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	—	367.117	162	21	—	—	—	—	—	—	—	—
053	Verwaltungsgerichte	—	5.307	8	1	—	—	—	—	—	—	—	—
054	Arbeits- und Sozialgerichte	—	6.243	13	2	—	—	—	—	—	—	—	—
055	Finanzgerichte	—	2.205	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
056	Justizvollzugsanstalten	—	900	538	12	—	—	—	—	—	—	—	—
058	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Rechtsschutz)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	05 insgesamt	—	381.772	721	37	—	—	—	—	—	—	—	—
06	Finanzverwaltung												
061	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	—	75.086	145.613	15	—	—	—	380	—	—	—	—
062	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	—	3.068	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
068	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Finanzverwltg.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	06 insgesamt	—	78.154	145.613	15	—	—	—	380	—	—	—	—
	0 insgesamt	—	485.308	151.147	740	—	—	—	380	—	—	—	—
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung,kult. Angelegenheiten												
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen (11/12)												
111	Unterrichtsverwaltung	—	240	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
112	Grundschulen	—	382	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
113	Hauptschulen	—	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
114	Kombinierte Grund- und Hauptschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
115	Kombinierte Haupt- und Realschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
116	Realschulen	—	64	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
117	Gymnasien, Kollegs	—	1.351	85	—	—	—	—	—	—	—	—	—
118	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Schulen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
119	Gesamtschulen (integrierte und additive)	—	85	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
121	Schulformunabhängige Orientierungsstufe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
123	Freie Waldorfschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

querschnitt
Funktionen und Einnahmegruppen
EUR

	Zuweis. und Zusch. mit Ausn. f. Invest.					Schuldenaufnahmen		Zuweisungen für Investitionen							
	aus dem öffentlichen Bereich							aus dem öffentlichen Bereich							
aus sonstigen Bereichen	Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	aus sonstigen Bereichen	bei Gebietskörperschaften, SdV, gk. Zus.schl.	am Kreditmarkt	Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	Beiträge und sonstige Zusch. f. Invest.	sonstige Einnahmen (Obergruppen 35 - 38)	Einnahmen insgesamt	Fkt
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
															0
															01
15	25	1	—	—	1.168	—	—	—	—	—	—	—	—	5.480	011
—	—	873	—	1.381	8.359	—	—	—	—	—	—	—	—	12.386	012
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	211	013
—	—	—	—	—	150	—	—	—	—	—	—	—	—	332	014
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	015
—	—	—	—	—	98.000	—	—	—	—	—	—	—	—	98.191	016
—	25.300	900	40	105	80.465	—	—	—	—	—	—	—	—	108.815	018
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.617	019
15	25.325	1.774	40	1.486	188.142	—	—	—	—	—	—	—	—	229.032	
															02
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	021
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	022
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	023
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	024
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	029
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
															04
—	18	155	—	20	760	—	—	—	—	—	—	—	—	19.002	042
—	1.196	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.557	044
—	—	—	—	—	410	—	—	—	—	—	—	—	—	410	045
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	048
—	4.665	26	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.914	049
—	5.879	181	—	20	1.170	—	—	—	—	—	—	—	—	25.883	
															05
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	051
—	—	—	—	—	12	—	—	—	—	—	—	—	—	367.312	052
—	—	280	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.596	053
—	—	289	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6.547	054
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.206	055
—	520	—	—	—	296	—	—	—	—	—	—	—	—	2.266	056
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	058
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	059
—	520	569	—	—	308	—	—	—	—	—	—	—	—	383.927	
															06
—	—	—	—	15	23.380	—	—	—	—	—	—	—	—	244.489	061
—	827	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.895	062
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	068
—	827	—	—	15	23.380	—	—	—	—	—	—	—	—	248.384	
15	32.551	2.524	40	1.521	213.000	—	—	—	—	—	—	—	—	887.226	
															1
															11
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	240	111
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	382	112
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	60	113
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	114
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	115
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	64	116
—	—	—	742	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.178	117
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	118
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	85	119
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	121
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	123

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Steuereinnahmen, steuerähnliche Abgaben, EU-Eigenmittel	Verwaltungseinnahmen	Einnahmen aus wirtschaftl. Tätigkeit und aus Vermögen (o. Zins.)	Erlöse (nur Obergr. 13) Kapitalrückzahlungen	Zinseinnahmen				Darlehensrückflüsse			
						aus dem öffentlichen Bereich			aus sonstigen Bereichen	aus dem öffentlichen Bereich			
						Bund, Länder, SDV	Gemeinden, GV	Soz. VT, BfA, ZVb		Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	Soz. VT, BfA, ZVb
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
124	Sonderschulen	—	13.549	225	6	—	—	—	—	—	—	—	—
127	Berufliche Schulen	—	9.954	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
129	Sonstige schulische Aufgaben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	11/12 insgesamt	—	25.685	310	6	—	—	—	—	—	—	—	—
13	Hochschulen												
131	Universitäten	—	14.550	4.753	—	—	—	—	—	—	—	—	—
132	Hochschulkliniken	—	937	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
133	Verwaltungsfachhochschulen	—	28	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
135	Kunsthochschulen	—	788	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
136	Fachhochschulen	—	6.347	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
137	Deutsche Forschungsgemeinschaft	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
138	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Hochschulen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
139	Sonstige Hochschulaufgaben	—	25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	13 insgesamt	—	22.675	4.753	—	—	—	—	—	—	—	—	—
14	Förderung von Schüler(-innen), Student(-innen) und dgl.												
141	Fördermaßnahmen für Schülerinnen und Schüler	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
142	Fördermaßnahmen für Studierende	—	132	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
143	Fördermaßnahmen für den wissenschaftlichen Nachwuchs	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
145	Schülerinnen- und Schülerbeförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
146	Studentenwohnraumförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	14 insgesamt	—	132	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
15	Sonstiges Bildungswesen												
151	Förderung der Weiterbildung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
152	Volkshochschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
153	Andere Einrichtungen der Weiterbildung	—	335	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
154	Einrichtungen der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung	—	28	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
155	Einrichtungen der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
156	Berufsakademien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	15 insgesamt	—	365	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
16	Wissensch.,Forschung, Entwickl. außerh. d. Hochschulen (16/17)												
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive,Fachinformationszentren	—	727	123	—	—	—	—	—	—	—	—	—
163	Wissenschaftliche Museen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
164	Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
165	Andere Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung	—	196	117	1	—	—	—	—	—	—	—	—
167	Zusch. an intern. wiss. Org. u. zwischenstaatl. Forschungseinr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
168	Forsch. u. experim. Entw. zur Weltr.-Erk. u. -nutz.(Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
169	Forsch./experim. Entw. zur industr. Produk./Techn.(Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
171	Forsch./experim. Entw. z. Erz./ Vert./ Nutz. d. Energ.(Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
172	Forsch./experim. Entw. z. Sch./ Förd. d. Gesundheit (Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
173	Forschung/experimentelle Entw. zum Umweltschutz (Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
174	Forsch./exper. Entw. z. landw. Produk. u. Technolog.(Einzelm.)	—	15	21	5	—	—	—	—	—	—	—	—
175	Forsch./exper. Entw. z. gesell. Strukt. u. Beziehung.(Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
176	Forsch./exper. Entw. z. Infrastruktm./ Raumgesamtpl.(Einzlm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
177	Forsch./exper. Entw. z. Erk./ Nutz. d. ird. Umwelt (Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
178	Nicht zielor. Forsch./s. Maßn. z. Förd. d. Wiss./ziv. Forsch.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	16/17 insgesamt	—	938	261	6	—	—	—	—	—	—	—	—
18	Kultureinrichtungen (einschl. Kulturverwaltung)												
181	Theater	—	2.282	31	2	—	—	—	—	—	—	—	—
182	Einrichtungen der Musikpflege	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	—	45	23	—	—	—	—	—	—	—	—	—
184	Zoologische und botanische Gärten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
185	Musikschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

querschnitt
Funktionen und Einnahmegruppen
EUR

	Zuweis. und Zusch. mit Ausn. f. Invest.					Schuldenaufnahmen		Zuweisungen für Investitionen							
	aus dem öffentlichen Bereich							aus dem öffentlichen Bereich							
aus sonstigen Bereichen	Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	aus sonstigen Bereichen	bei Gebietskörperschaften, SdV, gk. Zus.schl.	am Kreditmarkt	Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	Beiträge und sonstige Zusch. f. Invest.	sonstige Einnahmen (Obergruppen 35 - 38)	Einnahmen insgesamt	Fkt
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
—	200	—	—	—	907	—	—	—	—	—	—	—	—	14.887	124
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9.954	127
—	260	—	1.000	—	—	—	—	69.100	—	—	—	—	—	70.360	129
—	460	—	1.742	—	907	—	—	69.100	—	—	—	—	—	98.210	
															13
—	3.500	—	—	—	—	—	—	75.600	—	—	—	2.525	—	100.928	131
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	937	132
—	—	—	—	—	453	—	—	—	—	—	—	—	—	481	133
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	788	135
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6.347	136
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	137
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	138
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29.800	—	29.825	139
—	3.500	—	—	—	453	—	—	75.600	—	—	—	32.325	—	139.306	
															14
—	42.065	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	42.065	141
—	50.398	500	—	—	500	—	—	—	—	—	—	—	—	51.530	142
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	143
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	145
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	146
—	92.463	500	—	—	500	—	—	—	—	—	—	—	—	93.595	
															15
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	151
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	152
—	—	—	—	—	—	—	—	1.700	—	—	—	—	—	2.035	153
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28	154
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	155
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	156
—	—	—	—	—	—	—	—	1.700	—	—	—	—	—	2.065	
															16
—	—	—	—	—	1.751	—	—	—	—	—	—	—	—	2.601	162
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	163
—	14.573	6.501	—	—	—	—	—	2.127	—	—	—	—	—	23.201	164
—	6	—	—	—	143	—	—	—	—	—	—	—	—	463	165
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	167
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	168
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	169
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	171
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	172
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	173
—	—	—	—	—	135	—	—	—	—	—	—	—	—	176	174
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	175
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	176
—	3.099	—	—	—	814	—	—	575	—	—	—	—	—	4.488	177
—	—	768	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	768	178
—	17.678	7.269	—	—	2.843	—	—	2.702	—	—	—	—	—	31.697	
															18
—	—	—	12.403	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	14.723	181
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	182
—	—	—	128	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	196	183
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	184
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	185

A. Gliederung der Einnahmen nach
in 1.000

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Steuereinnahmen, steuerähnliche Abgaben, EU-Eigenmittel	Verwaltungseinnahmen	Einnahmen aus wirtschaftl. Tätigkeit und aus Vermögen (o. Zins.)	Erlöse (nur Obergr. 13) Kapitalrückzahlungen	Zinseinnahmen				Darlehensrückflüsse			
						aus dem öffentlichen Bereich			aus sonstigen Bereichen	aus dem öffentlichen Bereich			
						Bund, Länder, SDV	Gemeinden, GV	Soz. VT, BfA, ZVb		Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	Soz. VT, BfA, ZVb
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
186	Nicht wissenschaftliche Bibliotheken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
187	Sonstige Kultureinrichtungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
188	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten	—	281	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	18 insgesamt	—	2.608	69	2	—	—	—	—	—	—	—	—
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, Kirchliche Angelegenheiten												
191	Einzelmaßnahmen im Bereich Theater und Musikpflege	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
192	Einzelmaßnahmen im Bereich Museen und Ausstellungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
193	Andere Einzelmaßnahmen der Kulturpflege	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
195	Denkmalschutz und -pflege	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
199	Kirchliche Angelegenheiten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	19 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1 insgesamt	—	52.403	5.393	14	—	—	—	—	—	—	—	—
2	Soz. Sicherung, soz. Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung												
21	Verwaltung												
211	Versicherungsbehörden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
212	Sozialamt, Sozialhilfeverband, Landeswohlfahrtsverband	—	538	25	10	—	—	—	—	—	—	—	—
213	Jugendämter	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
214	Versorgungsämter	—	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
215	Lastenausgleichsverwaltung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
216	Wiedergutmachungsbehörden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
219	Sonstige Behörden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	21 insgesamt	—	591	25	10	—	—	—	—	—	—	—	—
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung												
223	Unfallversicherung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
224	Krankenversicherung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
227	Pflegeversicherung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
229	Sonstige Sozialversicherungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	22 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
23	Familien- und Sozialhilfe, Förder. der Wohlfahrtspflege u.ä.												
231	Kindergeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
232	Erziehungsgeld, Mutterschutz	—	2.540	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
233	Wohngeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
234	Leistungen nach dem Bundessozialhilfe- / Asylbewerbergesetz	—	145	—	—	—	—	—	30	—	—	—	—
235	Soziale Einrichtungen	—	1.000	130	6	—	—	—	—	—	—	—	—
236	Förderung der Wohlfahrtspflege	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
237	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	23 insgesamt	—	3.685	130	6	—	—	—	30	—	—	—	—
24	Soz. Leistungen für Folgen von Krieg und polit. Ereignissen												
242	Einrichtungen der Kriegsopferversorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
243	Lastenausgleich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
244	Wiedergutmachung	—	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
246	Vertriebene und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler	—	657	26	3	—	—	—	—	—	—	—	—
247	Kriegsopferfürsorge	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
249	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	24 insgesamt	—	665	26	3	—	—	—	1	—	—	—	—
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz												
251	Grundsicherung für Arbeit Suchende	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
252	Hilfe für Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen u. produktive Arbeitsförderung	—	400	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
254	Arbeitsschutz	—	8.537	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
	25 insgesamt	—	8.937	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—

querschnitt
Funktionen und Einnahmegruppen
EUR

	Zuweis. und Zusch. mit Ausn. f. Invest.					Schuldenaufnahmen		Zuweisungen für Investitionen							
	aus dem öffentlichen Bereich							aus dem öffentlichen Bereich							
aus sonstigen Bereichen	Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	aus sonstigen Bereichen	bei Gebietskörperschaften, SdV, gk. Zus.schl.	am Kreditmarkt	Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	Beiträge und sonstige Zusch. f. Invest.	sonstige Einnahmen (Obergruppen 35 - 38)	Einnahmen insgesamt	Fkt
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	186
—	—	—	—	—	5.126	—	—	—	—	—	—	—	—	5.126	187
—	—	—	174	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	470	188
—	—	—	12.705	—	5.131	—	—	—	—	—	—	—	—	20.515	
															19
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	191
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	192
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	193
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	195
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	199
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	114.101	7.769	14.447	—	9.834	—	—	149.102	—	—	—	32.325	—	385.388	
															2
															21
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	211
—	2	337	—	31	—	—	—	—	—	—	—	—	—	943	212
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	213
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50	214
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	215
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	216
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	219
—	2	337	—	31	—	—	—	—	—	—	—	—	—	996	
															22
—	—	—	—	—	3.109	—	—	—	—	—	—	—	—	3.109	223
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	224
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	227
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	229
—	—	—	—	—	3.109	—	—	—	—	—	—	—	—	3.109	
															23
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	231
—	—	—	—	—	202	—	—	—	—	—	—	—	—	2.742	232
—	70.000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	70.000	233
500	65	—	951	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.691	234
—	6.052	—	140	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	7.329	235
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	236
—	30.400	—	6.000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	36.400	237
501	106.517	—	7.091	—	203	—	—	—	—	—	—	—	—	118.163	
															24
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	242
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	243
—	264	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	272	244
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	686	246
10	37.813	—	8.001	—	—	—	—	—	—	180	—	—	—	46.005	247
—	2.253	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.253	249
10	40.330	—	8.001	—	—	—	—	—	—	180	—	—	—	49.216	
															25
—	394.418	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	394.418	251
—	7.722	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.722	252
—	—	—	—	—	85.445	—	—	—	—	—	—	—	—	85.845	253
—	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.558	254
—	402.160	—	—	—	85.445	—	—	—	—	—	—	—	—	496.543	

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Steuereinnahmen, steuerähnliche Abgaben, EU-Eigenmittel	Verwaltungseinnahmen	Einnahmen aus wirtschaftl. Tätigkeit und aus Vermögen (o. Zins.)	Erlöse (nur Obergr. 13) Kapitalrückzahlungen	Zinseinnahmen				Darlehensrückflüsse			
						aus dem öffentlichen Bereich			aus sonstigen Bereichen	aus dem öffentlichen Bereich			
						Bund, Länder, SDV	Gemeinden, GV	Soz. VT, BfA, ZVb		Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	Soz. VT, BfA, ZVb
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
26	Jugendhilfe nach SGB VIII												
261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	—	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
262	Jugendsozialarbeit und erz. Kinder- und Jugendschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
263	Förderung der Erziehung in der Familie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
264	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespfl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
265	Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
266	Andere Aufgaben der Jugendhilfe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	26 insgesamt	—	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
27	Einrichtungen der Jugendhilfe												
271	Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
272	Einrichtungen der Jugendsozialarbeit	—	83	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
273	Einrichtungen der Familienförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
274	Tageseinrichtungen für Kinder	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
275	Einrichtungen für Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
276	Einrichtungen für andere Aufgaben der Jugendhilfe	—	372	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	27 insgesamt	—	455	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
280	Förderung der Vermögensbildung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
290	Sonstige soziale Angelegenheiten	—	3.800	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	2 insgesamt	—	18.148	181	20	—	—	—	31	—	—	—	—
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung												
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens												
311	Gesundheitsbehörden	—	161	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
312	Krankenhäuser und Heilstätten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
314	Maßnahmen d. Gesundheitswesens	—	2.252	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
319	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	31 insgesamt	—	2.413	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
32	Sport und Erholung												
321	Park- und Gartenanlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
322	Badeanstalten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
323	Sportstätten	—	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
324	Förderung des Sports	—	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
329	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	32 insgesamt	—	70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
33	Umwelt- und Naturschutz												
331	Umwelt und Naturschutzbehörden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
332	Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes	—	181	1.813	2	—	—	—	—	—	—	—	—
	33 insgesamt	—	181	1.813	2	—	—	—	—	—	—	—	—
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz												
341	Behörden für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
342	Maßnahmen der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes	—	27.449	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	34 insgesamt	—	27.449	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	3 insgesamt	—	30.113	1.813	3	—	—	—	—	—	—	—	—
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung, komm. Gemeinschaftsd.												
41	Wohnungswesen												
411	Förderung des Wohnungsbaues	—	300	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
419	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	41 insgesamt	—	300	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

querschnitt
Funktionen und Einnahmegruppen
EUR

	Zuweis. und Zusch. mit Ausn. f. Invest.					Schuldenaufnahmen		Zuweisungen für Investitionen							
	aus dem öffentlichen Bereich							aus dem öffentlichen Bereich							
aus sonstigen Bereichen	Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	aus sonstigen Bereichen	bei Gebietskörperschaften, SdV, gk. Zus.schl.	am Kreditmarkt	Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	Beiträge und sonstige Zusch. f. Invest.	sonstige Einnahmen (Obergruppen 35 - 38)	Einnahmen insgesamt	Fkt
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
															26
—	63	—	—	—	90	—	—	—	—	—	—	—	—	168	261
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	262
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	263
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	264
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	265
—	—	—	10	—	12	—	—	—	—	—	—	—	—	22	266
—	63	—	10	—	102	—	—	—	—	—	—	—	—	190	
															27
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	271
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	83	272
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	273
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	274
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	275
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	372	276
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	455	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	280
—	5.182	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.982	290
511	554.254	337	15.102	31	88.859	—	—	—	—	180	—	—	—	677.654	
															3
															31
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	161	311
—	—	—	2.924	—	—	—	—	—	—	68.904	—	—	—	71.828	312
—	260	297	—	—	181	—	—	—	—	—	—	—	—	2.991	314
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	319
—	260	297	2.924	—	181	—	—	—	—	68.904	—	—	—	74.980	
															32
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	321
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	322
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20	323
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50	324
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	329
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	70	
															33
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	331
—	774	334	—	2	23.493	—	—	—	—	—	—	—	—	26.599	332
—	774	334	—	2	23.493	—	—	—	—	—	—	—	—	26.599	
															34
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	341
—	51	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	27.500	342
—	51	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	27.500	
—	1.085	631	2.924	2	23.674	—	—	—	—	68.904	—	—	—	129.149	
															4
															41
1	—	—	—	—	—	—	—	38.883	—	—	—	—	—	39.184	411
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	419
1	—	—	—	—	—	—	—	38.883	—	—	—	—	—	39.184	

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Steuereinnahmen, steuerähnliche Abgaben, EU-Eigenmittel	Verwaltungseinnahmen	Einnahmen aus wirtschaftl. Tätigkeit und aus Vermögen (o. Zins.)	Erlöse (nur Obergr. 13) Kapitalrückzahlungen	Zinseinnahmen				Darlehensrückflüsse			
						aus dem öffentlichen Bereich			aus sonstigen Bereichen	aus dem öffentlichen Bereich			
						Bund, Länder, SDV	Gemeinden, GV	Soz. VT, BfA, ZVb		Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	Soz. VT, BfA, ZVb
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen												
421	Kataster- und Vermessungsverwaltung	—	42.450	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
422	Raumordnung und Landesplanung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	42 insgesamt	—	42.450	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste												
431	Straßenbeleuchtung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
432	Ortsentwässerung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
433	Müllbeseitigung u. -verwertung	—	306	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
434	Straßenreinigung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
439	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	43 insgesamt	—	306	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
440	Städtebauförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	4 insgesamt	—	43.056	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten												
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)												
511	Ernährung und Landwirtschaft	—	8.878	84	2	—	—	—	—	—	—	—	—
512	Forsten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	51 insgesamt	—	8.878	84	2	—	—	—	—	—	—	—	—
52	Verbesserung der Agrarstruktur												
521	Verbesserung der Agrarstruktur (Gemeinschaftsaufgabe)	—	500	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
528	EU-Ausrichtungsfonds	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
529	Sonstiges	—	256	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	52 insgesamt	—	756	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
53	Einkommenstabilisierende Maßnahmen												
531	EU-Garantiefonds	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
532	Marktordnungen (einschl. EU)	3.450	—	—	—	—	—	—	50	—	—	—	—
533	Gasölverbilligung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
534	Ungültig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
539	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	53 insgesamt	3.450	—	—	—	—	—	—	50	—	—	—	—
54	Sonstige Bereiche												
541	Versuchsgüter und -felder	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
542	Fischerei	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
549	Sonstiges	1.900	605	4.931	605	—	—	—	—	—	—	—	—
	54 insgesamt	1.900	605	4.931	605	—	—	—	—	—	—	—	—
	5 insgesamt	5.350	10.239	5.015	607	—	—	—	50	—	—	—	—
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen												
610	Verwaltung	—	158	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau												
621	Kernenergie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
622	Sonstige Energieformen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau	82.400	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
625	Küstenschutz	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
626	Erdölversorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
627	Sonstige Energieversorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
629	Sonstiges	—	351	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	62 insgesamt	82.400	362	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe												
631	Kohlenbergbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
632	Sonstiger Bergbau	—	—	750.080	—	—	—	—	—	—	—	—	—
634	Verarbeitende Industrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

querschnitt
Funktionen und Einnahmegruppen
EUR

	Zuweis. und Zusch. mit Ausn. f. Invest.					Schuldenaufnahmen		Zuweisungen für Investitionen							
	aus dem öffentlichen Bereich							aus dem öffentlichen Bereich							
aus sonstigen Bereichen	Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	aus sonstigen Bereichen	bei Gebietskörperschaften, SdV, gk. Zus.schl.	am Kreditmarkt	Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	Beiträge und sonstige Zusch. f. Invest.	sonstige Einnahmen (Obergruppen 35 - 38)	Einnahmen insgesamt	Fkt
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
															42
—	—	300	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	42.750	421
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	422
—	—	300	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	42.750	
															43
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	431
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	432
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	306	433
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	434
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	439
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	306	
—	—	—	—	—	—	—	—	12.556	—	—	—	—	—	12.556	440
1	—	300	—	—	—	—	—	51.439	—	—	—	—	—	94.796	
															5
															51
—	174	140	—	—	4.327	—	—	—	—	—	—	—	—	13.605	511
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	512
—	174	140	—	—	4.327	—	—	—	—	—	—	—	—	13.605	
															52
—	26.613	—	—	—	—	—	—	30.684	—	—	—	—	—	57.797	521
—	—	—	—	—	6.650	—	—	—	—	—	—	—	—	6.650	528
—	—	—	—	—	280	—	—	—	—	—	—	—	—	536	529
—	26.613	—	—	—	6.930	—	—	30.684	—	—	—	—	—	64.983	
															53
—	—	—	—	—	100.400	—	—	—	—	—	—	—	—	100.400	531
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.500	532
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	533
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	534
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	539
—	—	—	—	—	100.400	—	—	—	—	—	—	—	—	103.900	
															54
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	541
3	—	—	—	—	7	—	—	—	—	—	—	8.600	—	8.610	542
—	—	—	—	—	67	—	—	—	—	—	—	—	—	8.108	549
3	—	—	—	—	74	—	—	—	—	—	—	8.600	—	16.718	
3	26.787	140	—	—	111.731	—	—	30.684	—	—	—	8.600	—	199.206	
															6
—	—	318	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	476	610
															62
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	621
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	622
—	—	420	—	—	—	—	—	25.860	—	—	—	—	—	108.690	623
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	624
—	—	—	—	—	—	—	—	31.034	—	—	—	—	—	31.035	625
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	626
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	627
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	351	629
—	—	420	—	—	—	—	—	56.894	—	—	—	—	—	140.076	
															63
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	631
—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	750.083	632
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	634

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Steuereinnahmen, steuerähnliche Abgaben, EU-Eigenmittel	Verwaltungseinnahmen	Einnahmen aus wirtschaftl. Tätigkeit und aus Vermögen (o. Zins.)	Erlöse (nur Obergr. 13) Kapitalrückzahlungen	Zinseinnahmen				Darlehensrückflüsse			
						aus dem öffentlichen Bereich			aus sonstigen Bereichen	aus dem öffentlichen Bereich			
						Bund, Länder, SDV	Gemeinden, GV	Soz. VT, BfA, ZVb		Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	Soz. VT, BfA, ZVb
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
635	Handwerk und Kleingewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
638	Baugewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
639	Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	63 insgesamt	—	—	750.080	—	—	—	—	—	—	—	—	—
64	Handel												
641	Handel (allgemein)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
642	Exportförderung, Auslandsmessen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
643	Märkte und Inlandsmessen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
649	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	64 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
650	Fremdenverkehr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
660	Geld- und Versicherungswesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
670	Ungültig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
680	Sonstige Bereiche	—	—	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—
69	Regionale Förderungsmaßnahmen												
691	Betriebliche Investitionen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
692	Verbesserung der Infrastruktur	—	1.130	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
699	Sonstiges	—	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	69 insgesamt	—	1.180	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	6 insgesamt	82.400	1.700	750.180	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen												
71	Verwaltung												
711	Straßen- und Brückenbau	—	5.640	500	—	—	—	—	—	—	—	—	—
712	Wasserstraßen und Häfen	—	—	1.000	—	—	—	—	—	—	—	—	—
719	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	71 insgesamt	—	5.640	1.500	—	—	—	—	—	—	—	—	—
72	Straßen												
721	Bundesautobahnen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
722	Bundesstraßen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
723	Landesstraßen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
724	Kreisstraßen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
725	Gemeindestraßen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
729	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	72 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt												
731	Wasserstraßen und Häfen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
732	Förderung der Schifffahrt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	73 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr												
741	Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
749	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	74 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
75	Luftfahrt												
751	Flugsicherung	—	250	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
759	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	75 insgesamt	—	250	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
760	Wetterdienst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
77	Nachrichtenwesen												
771	Post- und Telekommunikation	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
772	Rundfunkanstalten und Fernsehen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	77 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
790	Sonstige Bereiche	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	7 insgesamt	—	5.890	1.500	—	—	—	—	—	—	—	—	—

querschnitt
Funktionen und Einnahmegruppen
EUR

Zuweis. und Zusch. mit Ausn. f. Invest.						Schuldenaufnahmen		Zuweisungen für Investitionen							
	aus dem öffentlichen Bereich							aus dem öffentlichen Bereich							
aus sonstigen Bereichen	Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	aus sonstigen Bereichen	bei Gebietskörperschaften, SdV, gk. Zus.schl.	am Kreditmarkt	Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	Beiträge und sonstige Zusch. f. Invest.	sonstige Einnahmen (Obergruppen 35 - 38)	Einnahmen insgesamt	Fkt
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	635
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	638
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	639
—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	750.083	
															64
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	641
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	642
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	643
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	649
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	650
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	660
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	670
—	—	—	—	—	261	—	—	—	—	—	—	—	—	361	680
															69
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	691
—	—	—	—	—	—	—	—	25.000	—	—	—	—	—	26.130	692
—	290	—	—	—	262.861	—	—	—	—	—	—	—	—	263.201	699
—	290	—	—	—	262.861	—	—	25.000	—	—	—	—	—	289.331	
—	293	738	—	—	263.122	—	—	81.894	—	—	—	—	—	1.180.327	
															7
															71
—	61.550	—	5.100	—	—	—	—	74.104	—	—	—	—	—	146.894	711
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.000	712
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	719
—	61.550	—	5.100	—	—	—	—	74.104	—	—	—	—	—	147.894	
															72
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	721
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	722
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	723
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	724
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	725
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	729
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
															73
—	—	—	—	—	—	—	—	2.045	—	—	—	—	—	2.045	731
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	732
—	—	—	—	—	—	—	—	2.045	—	—	—	—	—	2.045	
															74
—	538.506	3.031	—	—	—	—	—	94.446	—	—	—	—	—	635.983	741
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	749
—	538.506	3.031	—	—	—	—	—	94.446	—	—	—	—	—	635.983	
															75
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	250	751
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	759
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	250	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	760
															77
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	771
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	772
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	790
—	600.056	3.031	5.100	—	—	—	—	170.595	—	—	—	—	—	786.172	

A. Gliederung der Einnahmen nach
in 1.000

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Steuereinnahmen, steuerähnliche Abgaben, EU-Eigenmittel	Verwaltungseinnahmen	Einnahmen aus wirtschaftl. Tätigkeit und aus Vermögen (o. Zins.)	Erlöse (nur Obergr. 13) Kapitalrückzahlungen	Zinseinnahmen				Darlehensrückflüsse			
						aus dem öffentlichen Bereich			aus sonstigen Bereichen	aus dem öffentlichen Bereich			
						Bund, Länder, SDV	Gemeinden, GV	Soz. VT, BfA, ZVb		Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	Soz. VT, BfA, ZVb
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
8	Wirtsch.-untern., Allg. Grund- u. Kapitalverm., Sondervermögen												
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen												
811	Landwirtschaftliche Unternehmen	—	72	6.821	10	—	—	—	—	—	—	—	—
812	Forstwirtschaftliche Unternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	81 insgesamt	—	72	6.821	10	—	—	—	—	—	—	—	—
82	Versorgungsunternehmen												
821	Elektrizitätsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
822	Gasunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
823	Wasserunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
824	Kombinierte Versorgungsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
829	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	82 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
83	Verkehrsunternehmen												
831	Straßenverkehrsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
832	Eisenbahnen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
834	Häfen und Umschlag	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
835	Flughäfen und Luftverkehr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
839	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	83 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen												
851	Bergbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
852	Industrielle Unternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
853	Banken und Kreditinstitute	—	—	1.729	—	—	—	—	—	—	—	—	—
854	Wohnungsbauunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
856	Lotterie, Lotto, Toto	—	—	164.517	—	—	—	—	—	—	—	—	—
859	Sonstiges	—	—	9.297	835.000	—	—	—	—	—	—	—	—
	85 insgesamt	—	—	175.543	835.000	—	—	—	—	—	—	—	—
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen												
871	Allgemeines Grundvermögen	—	201	500	739	—	—	—	—	—	—	—	—
872	Allgemeines Kapitalvermögen	—	1.509	215	16.034	—	2	1	3.364	—	—	112	41
873	Sondervermögen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	87 insgesamt	—	1.710	715	16.773	—	2	1	3.364	—	—	112	41
	8 insgesamt	—	1.782	183.079	851.783	—	2	1	3.364	—	—	112	41
9	Allgemeine Finanzwirtschaft												
910	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	16.101.000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
920	Schulden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
940	Beihilfen, Unterstützungen u.ä.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
950	Rücklagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
960	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
970	Abwicklung der Vorjahre	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
98	Globalposten												
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
988	Globale Mehrausgaben / Globale Mindereinnahmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
989	Globale Minderausgaben / Globale Mehreinnahmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	98 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
990	Haushaltstechnische Verrechnungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	9 insgesamt	16.101.000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	0 - 9 Gesamteinnahmen	16.188.750	648.639	1.098.308	853.167	—	2	1	3.825	—	—	112	41

querschnitt
Funktionen und Einnahmegruppen
EUR

	Zuweis. und Zusch. mit Ausn. f. Invest.					Schuldenaufnahmen		Zuweisungen für Investitionen							
	aus dem öffentlichen Bereich							aus dem öffentlichen Bereich							
aus sonstigen Bereichen	Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	aus sonstigen Bereichen	bei Gebietskörperschaften, SdV, gk. Zus.schl.	am Kreditmarkt	Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	Beiträge und sonstige Zusch. f. Invest.	sonstige Einnahmen (Obergruppen 35 - 38)	Einnahmen insgesamt	Fkt
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
															8
															81
—	—	—	—	—	731	—	—	—	—	—	—	715	—	8.349	811
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	812
—	—	—	—	—	731	—	—	—	—	—	—	715	—	8.349	
															82
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	821
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	822
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	823
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	824
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	829
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
															83
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	831
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	832
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	834
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	835
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	839
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
															85
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	851
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	852
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.729	853
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	854
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	164.517	856
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	844.297	859
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.010.543	
															87
—	—	—	—	—	—	—	—	1.200	—	—	—	—	—	2.640	871
24.361	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	45.639	872
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	873
24.361	—	—	—	—	—	—	—	1.200	—	—	—	—	—	48.279	
24.361	—	—	—	—	731	—	—	1.200	—	—	—	715	—	1.067.171	
															9
—	152.000	193.000	25.000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.471.000	910
—	—	—	—	—	107	1.017	1.300.000	—	—	—	—	—	—	1.301.124	920
—	—	—	—	—	7.861	—	—	—	—	—	—	—	—	7.861	940
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	219.455	219.455	950
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	960
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	970
															98
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	981
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	988
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	989
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	202.246	202.246	990
—	152.000	193.000	25.000	—	7.968	1.017	1.300.000	—	—	—	—	—	421.701	18.201.686	
24.891	1.481.127	208.470	62.613	1.554	718.919	1.017	1.300.000	484.914	—	69.084	—	41.640	421.701	23.608.775	

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Personal-ausgaben	Sächliche Verwaltungs-ausgaben	Zins-ausgaben	Tilgungs-ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
						an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche		
						Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	Soz. VT, BfA, ZVb	an natürliche Personen	Unternehmen	Sonstige
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
0	Allgemeine Dienste											
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung											
011	Politische Führung	193.009	24.892	—	—	—	1.822	6.236	—	69	—	8.052
012	Innere Verwaltung	45.672	32.266	—	—	591	10	300	—	1	165	5
013	Informationswesen	—	26.853	—	—	—	—	—	—	—	—	18
014	Statistischer Dienst	17.267	3.528	—	—	—	—	—	—	1	—	139
015	Zivildienst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
016	Hochbauverwaltung	62.808	47.680	—	—	—	—	1	—	12	—	—
018	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungsempfänger/-innen	626.618	14	—	—	800	4.800	761	66	—	50	739
019	sonstige Allgemeine Staatsaufgaben	—	1.058	—	—	—	—	—	—	—	—	2.000
	01 insgesamt	945.374	136.291	—	—	1.391	6.632	7.298	66	83	215	10.953
02	Auswärtige Angelegenheiten											
021	Auslandsvertretungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
022	Internationale Organisationen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	—	135	—	—	—	—	—	—	74	—	70
024	Auslandsschulwesen u. kulturelle Angelegenheiten im Ausland	—	27	—	—	—	—	—	—	—	—	210
029	Sonstiges	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2
	02 insgesamt	3	162	—	—	—	—	—	—	74	—	282
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung											
042	Polizei	813.812	120.529	—	—	175	1.716	—	—	1.000	—	—
044	Brandschutz	2.922	2.026	—	—	—	67	1.816	—	1	—	221
045	Katastrophenschutz	446	83	—	—	—	168	5.800	—	—	—	445
048	Versorgung einschl. Beihilfen Öffntl. Sicherheit und Ordnung	282.696	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
049	Sonstiges	12.150	9.585	—	—	105	—	—	—	8	—	31
	04 insgesamt	1.112.026	132.223	—	—	280	1.951	7.616	—	1.009	—	697
05	Rechtsschutz											
051	Verfassungsgerichte	161	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	398.726	266.211	—	—	—	523	—	—	3.568	—	907
053	Verwaltungsgerichte	19.726	2.917	—	—	—	—	—	—	—	—	—
054	Arbeits- und Sozialgerichte	26.842	18.739	—	—	—	—	—	—	1	—	1
055	Finanzgerichte	6.216	954	—	—	—	100	—	—	—	—	—
056	Justizvollzugsanstalten	127.098	37.545	—	—	—	—	—	—	—	—	11.494
058	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Rechtsschutz)	112.148	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3
	05 insgesamt	690.917	326.401	—	—	—	623	—	—	3.569	—	12.405
06	Finanzverwaltung											
061	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	404.673	87.713	—	—	—	—	—	—	49	—	—
062	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	—	350	—	—	—	—	—	—	—	—	2.581
068	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Finanzverwltg.)	116.539	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	06 insgesamt	521.212	88.063	—	—	—	—	—	—	49	—	2.581
	0 insgesamt	3.269.532	683.140	—	—	1.671	9.206	14.914	66	4.784	215	26.918
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung,kult. Angelegenheiten											
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen (11/12)											
111	Unterrichtsverwaltung	31.580	5.830	—	—	—	74	—	—	30	—	—
112	Grundschulen	3.115.461	471	—	—	—	—	—	—	—	—	500
113	Hauptschulen	2.154	209	—	—	—	—	9.330	—	—	—	52
114	Kombinierte Grund- und Hauptschulen	817	72	—	—	—	—	—	—	—	—	7.174
115	Kombinierte Haupt- und Realschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19.290
116	Realschulen	598	127	—	—	—	—	—	—	—	—	—
117	Gymnasien, Kollegs	3.768	1.579	—	—	—	—	—	—	—	—	80.695
118	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Schulen)	1.058.589	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
119	Gesamtschulen (integrierte und additive)	652	104	—	—	—	—	—	—	—	—	15
121	Schulformunabhängige Orientierungsstufe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
123	Freie Waldorfschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26.764

querschnitt
Funktionen und Ausgabegruppen
EUR

Schuldendiensthilfen an			Baumaßnahmen	Erwerb von			Darlehen an			Zuweisungen für Investitionen an				Besondere Finanzierungsausgaben	Ausgaben insgesamt	Fkt
öffentlichen Bereich							öffentlichen Bereich		sonstige Bereiche, Inanspruchnahme aus Gewährl.	öffentlichen Bereich						
Gemeinden, GV	Bund, Länder, Soz. VT., BfA, ZVb	sonstige Bereiche		bewegl. Sachen	unbewegl. Sachen	Beteiligungen und dgl.	Gemeinden, GV	Bund, Ld., SvT, BfA, ZVb		Länder	Gemeinden, GV	Bund, SdV, Soz. VT., BfA, ZVb	sonstige Bereiche			
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
																0
																01
—	—	—	—	2.173	—	—	—	—	35	—	—	—	—	—	236.288	011
—	—	—	—	1.362	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	80.372	012
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26.871	013
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20.935	014
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	015
—	—	—	—	1.369	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	111.870	016
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	633.848	018
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.058	019
—	—	—	—	4.904	—	—	—	—	35	—	—	—	—	—	1.113.242	
																02
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	021
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	022
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25	—	304	023
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	237	024
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	029
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25	—	546	
																04
—	—	—	—	48.341	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	985.573	042
—	—	—	100	446	—	—	—	—	—	—	22.500	—	—	—	30.099	044
—	—	—	—	56	—	—	—	—	—	—	800	—	87	—	7.885	045
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	282.696	048
—	—	—	—	1.108	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	22.987	049
—	—	—	100	49.951	—	—	—	—	—	—	23.300	—	87	—	1.329.240	
																05
—	—	—	—	23	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	219	051
—	—	—	—	10.280	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	680.215	052
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	22.643	053
—	—	—	—	223	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	45.806	054
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.270	055
—	—	—	—	1.770	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	177.907	056
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	112.148	058
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	059
—	—	—	—	12.296	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.046.211	
																06
—	—	—	—	17.329	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	509.764	061
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.931	062
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	116.539	068
—	—	—	—	17.329	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	629.234	
—	—	—	100	84.480	—	—	—	—	35	—	23.300	—	112	—	4.118.473	
																1
																11
—	—	—	—	87	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	37.601	111
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.116.432	112
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11.745	113
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.063	114
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19.290	115
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	725	116
—	—	—	—	261	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	86.303	117
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.058.589	118
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	771	119
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	121
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26.764	123

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Personal-ausgaben	Sächliche Verwaltungs-ausgaben	Zins-ausgaben	Tilgungs-ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
						an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche		
						Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	Soz. VT, BfA, ZVb	an natürliche Personen	Unternehmen	Sonstige
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
124	Sonderschulen	27.830	4.028	—	—	—	—	100	—	647	—	43.663
127	Berufliche Schulen	96.709	3.381	—	—	—	1.340	2.593	—	11	—	52.264
129	Sonstige schulische Aufgaben	40.407	6.896	—	—	—	7.054	6.047	—	28	—	1.067
	11/12 insgesamt	4.378.565	22.697	—	—	—	8.468	18.070	—	716	—	231.484
13	Hochschulen											
131	Universitäten	393	480	—	—	—	172	—	2.333	90	615.080	304.832
132	Hochschulkliniken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	163.066	112.018
133	Verwaltungsfachhochschulen	9.367	1.531	—	—	—	—	—	—	1	—	2
135	Kunsthochschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30.603	—
136	Fachhochschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	157.528	41.851
137	Deutsche Forschungsgemeinschaft	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	54.229
138	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Hochschulen)	116.658	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
139	Sonstige Hochschulaufgaben	4.391	1.299	—	—	—	650	—	—	—	35.006	707
	13 insgesamt	130.809	3.310	—	—	—	822	—	2.333	91	1.001.283	513.639
14	Förderung von Schüler(-innen), Student(-innen) und dgl.											
141	Fördermaßnahmen für Schülerinnen und Schüler	—	277	—	—	—	—	—	—	64.715	—	10
142	Fördermaßnahmen für Studierende	—	46	—	—	—	1.800	450	—	77.535	—	23.070
143	Fördermaßnahmen für den wissenschaftlichen Nachwuchs	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
145	Schülerinnen- und Schülerbeförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
146	Studentenwohnraumförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	14 insgesamt	—	323	—	—	—	1.800	450	—	142.250	—	23.080
15	Sonstiges Bildungswesen											
151	Förderung der Weiterbildung	440	4.573	—	—	—	607	—	—	—	—	776
152	Volkshochschulen	—	—	—	—	—	—	21.733	—	—	—	7.038
153	Andere Einrichtungen der Weiterbildung	254	130	—	—	—	—	12.477	—	—	—	11.669
154	Einrichtungen der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung	63.341	5.277	—	—	—	—	28	—	—	—	—
155	Einrichtungen der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung	3.495	745	—	—	—	—	—	—	—	—	—
156	Berufsakademien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15.104
	15 insgesamt	67.530	10.725	—	—	—	607	34.238	—	—	—	34.587
16	Wissensch.,Forschung, Entwickl. außerh. d. Hochschulen (16/17)											
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive,Fachinformationszentren	17.987	6.301	—	—	—	—	—	—	—	2.060	4.830
163	Wissenschaftliche Museen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
164	Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17.899	84.112
165	Andere Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung	2.043	498	—	—	—	—	—	—	—	—	55.742
167	Zusch. an intern. wiss. Org. u. zwischenstaatl. Forschungseinr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
168	Forsch. u. experim. Entw. zur Weltr.-Erk. u. -nutz.(Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
169	Forsch./experim. Entw. zur industr. Produk./Techn.(Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	800	—
171	Forsch./experim. Entw. z. Erz./ Vert./ Nutz. d. Energ.(Einzelm.)	—	1.641	—	—	—	—	—	—	—	—	300
172	Forsch./experim. Entw. z. Sch./ Förd. d. Gesundheit (Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
173	Forschung/experimentelle Entw. zum Umweltschutz (Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
174	Forsch./exper. Entw. z. landw. Produk. u. Technolog.(Einzelm.)	3.511	856	—	—	—	—	—	—	—	—	—
175	Forsch./exper. Entw. z. gesell. Strukt. u. Beziehung.(Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	360
176	Forsch./exper. Entw. z. Infrastruktm./ Raumgesamtpl.(Einzlm.)	—	25	—	—	—	—	—	—	—	—	119
177	Forsch./exper. Entw. z. Erk./ Nutz. d. ird. Umwelt (Einzelm.)	721	470	—	—	—	—	—	—	—	—	5.544
178	Nicht zielor. Forsch./s. Maßn. z. Förd. d. Wiss./ziv. Forsch.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	180
	16/17 insgesamt	24.262	9.791	—	—	—	—	—	—	—	20.759	151.187
18	Kultureinrichtungen (einschl. Kulturverwaltung)											
181	Theater	17.789	1.777	—	—	—	—	—	5.659	—	86.477	912
182	Einrichtungen der Musikpflege	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.211
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	8.561	3.562	—	—	—	139	2.268	—	—	—	3.853
184	Zoologische und botanische Gärten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
185	Musikschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.113

querschnitt
Funktionen und Ausgabegruppen
EUR

Schuldendiensthilfen an			Baumaßnahmen	Erwerb von			Darlehen an			Zuweisungen für Investitionen an				Besondere Finanzierungsausgaben	Ausgaben insgesamt	Fkt
öffentlichen Bereich							öffentlichen Bereich		sonstige Bereiche, Inanspruchnahme aus Gewährl.	öffentlichen Bereich						
Gemeinden, GV	Bund, Länder, Soz. VT., BfA, ZVb	sonstige Bereiche		bewegl. Sachen	unbewegl. Sachen	Beteiligungen und dgl.	Gemeinden, GV	Bund, Ld., SvT, BfA, ZVb		Länder	Gemeinden, GV	Bund, SdV, Soz. VT., BfA, ZVb	sonstige Bereiche			
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
—	—	—	—	944	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	77.212	124
—	—	—	—	92	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	156.390	127
—	—	—	—	10	—	—	—	—	—	—	69.100	—	—	—	130.609	129
—	—	—	—	1.394	—	—	—	—	—	—	69.100	—	—	—	4.730.494	13
—	—	—	—	1.125	—	—	—	—	—	—	—	—	108.736	—	1.033.241	131
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50.471	—	325.555	132
—	—	—	—	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.951	133
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	281	—	30.884	135
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.937	—	201.316	136
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	54.229	137
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	116.658	138
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	823	—	42.876	139
—	—	—	—	1.175	—	—	—	—	—	—	—	—	162.248	—	1.815.710	14
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	65.002	141
—	—	4.000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	106.901	142
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	143
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	145
—	—	185	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	185	146
—	—	4.185	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	172.088	15
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6.396	151
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28.771	152
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.232	—	29.762	153
—	—	—	—	66	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	68.712	154
—	—	—	—	25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.265	155
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15.104	156
—	—	—	—	91	—	—	—	—	—	—	—	—	5.232	—	153.010	16
—	—	—	—	196	—	—	—	—	—	—	—	—	217	—	31.591	162
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	163
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6.622	—	108.633	164
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500	—	58.783	165
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	167
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	168
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	800	169
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.941	171
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	172
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	173
—	—	—	—	200	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.567	174
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	360	175
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.000	—	—	—	1.144	176
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.150	—	7.885	177
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	180	178
—	—	—	—	396	—	—	—	—	—	—	1.000	—	8.489	—	215.884	18
—	—	—	—	153	—	—	—	—	—	—	—	—	231	—	112.998	181
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.211	182
—	—	—	—	364	—	—	—	—	—	—	202	—	842	—	19.791	183
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	184
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.113	185

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Personal-ausgaben	Sächliche Verwaltungs-ausgaben	Zins-ausgaben	Tilgungs-ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
						an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche		
						Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	Soz. VT, BfA, ZVb	an natürliche Personen	Unternehmen	Sonstige
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
186	Nicht wissenschaftliche Bibliotheken	—	—	—	—	—	193	—	—	—	—	824
187	Sonstige Kultureinrichtungen	5.113	135	—	—	—	—	—	—	—	—	13.106
188	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten	6.078	533	—	—	—	—	—	—	—	—	9
	18 insgesamt	37.541	6.007	—	—	—	332	2.268	5.659	—	86.477	21.028
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, Kirchliche Angelegenheiten											
191	Einzelmaßnahmen im Bereich Theater und Musikpflege	—	73	—	—	—	—	173	—	—	—	1.788
192	Einzelmaßnahmen im Bereich Museen und Ausstellungen	—	79	—	—	—	—	—	—	—	—	515
193	Andere Einzelmaßnahmen der Kulturpflege	—	55	—	—	—	—	—	—	—	1.781	1.861
195	Denkmalschutz und -pflege	202	500	—	—	—	—	118	—	—	—	469
199	Kirchliche Angelegenheiten	—	26	—	—	—	—	—	—	—	—	39.209
	19 insgesamt	202	733	—	—	—	—	291	—	—	1.781	43.842
	1 insgesamt	4.638.909	53.586	—	—	—	12.029	55.317	7.992	143.057	1.110.300	1.018.847
2	Soz. Sicherung, soz. Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung											
21	Verwaltung											
211	Versicherungsbehörden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
212	Sozialamt, Sozialhilfeverband, Landeswohlfahrtsverband	39.434	16.914	—	—	—	—	121.300	990	113	—	29
213	Jugendämter	44	32	—	—	—	—	—	—	—	—	—
214	Versorgungsämter	—	169	—	—	—	—	—	—	—	—	—
215	Lastenausgleichsverwaltung	—	—	—	—	—	—	2.600	—	—	—	—
216	Wiedergutmachungsbehörden	—	65	—	—	—	6	—	1	—	—	10
219	Sonstige Behörden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	21 insgesamt	39.478	17.180	—	—	—	6	123.900	991	113	—	39
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung											
223	Unfallversicherung	—	—	—	—	—	—	—	4.840	—	—	—
224	Krankenversicherung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
227	Pflegeversicherung	33	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
229	Sonstige Sozialversicherungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	22 insgesamt	33	—	—	—	—	—	—	4.840	—	—	—
23	Familien- und Sozialhilfe, Förder. der Wohlfahrtspflege u.ä.											
231	Kindergeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
232	Erziehungsgeld, Mutterschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
233	Wohngeld	—	—	—	—	—	—	90.000	—	50.000	105	—
234	Leistungen nach dem Bundessozialhilfe- / Asylbewerbergesetz	—	—	—	—	157	—	1.445.508	—	4.380	—	13.312
235	Soziale Einrichtungen	11.241	9.559	—	—	—	—	—	—	2.103	—	125
236	Förderung der Wohlfahrtspflege	—	—	—	—	—	—	—	168	—	—	27.964
237	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	—	—	—	—	6.000	—	73.000	—	—	—	—
	23 insgesamt	11.241	9.559	—	—	6.157	—	1.608.508	168	56.483	105	41.401
24	Soz. Leistungen für Folgen von Krieg und polit. Ereignissen											
242	Einrichtungen der Kriegsopferversorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11
243	Lastenausgleich	—	—	—	—	1.800	—	—	—	—	—	—
244	Wiedergutmachung	—	—	—	—	7.100	—	70	—	10.740	—	17.056
246	Vertriebene und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler	4.485	2.561	—	—	—	—	—	—	276	—	127
247	Kriegsopferfürsorge	—	—	—	—	6.554	—	47.210	—	—	—	—
249	Sonstiges	—	6	—	—	—	—	2.285	—	—	—	—
	24 insgesamt	4.485	2.567	—	—	15.454	—	49.565	—	11.016	—	17.194
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz											
251	Grundsicherung für Arbeit Suchende	—	—	—	—	—	—	394.418	—	—	—	—
252	Hilfe für Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	—	24	—	—	—	—	—	—	9.900	—	1.023
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen u. produktive Arbeitsförderung	54	404	—	—	—	—	—	85.387	—	—	8.348
254	Arbeitsschutz	29.350	6.889	—	—	5	54	—	—	—	—	5
	25 insgesamt	29.404	7.317	—	—	5	54	394.418	85.387	9.900	—	9.376

querschnitt
Funktionen und Ausgabegruppen
EUR

Schuldendiensthilfen an			Baumaßnahmen	Erwerb von			Darlehen an			Zuweisungen für Investitionen an				Besondere Finanzierungsausgaben	Ausgaben insgesamt	Fkt
öffentlichen Bereich							öffentlichen Bereich		sonstige Bereiche, Inanspruchnahme aus Gewährl.	öffentlichen Bereich						
Gemeinden, GV	Bund, Länder, Soz. VT., BfA, ZVb	sonstige Bereiche		bewegl. Sachen	unbewegl. Sachen	Beteiligungen und dgl.	Gemeinden, GV	Bund, Ld., SvT, BfA, ZVb		Länder	Gemeinden, GV	Bund, SdV, Soz. VT., BfA, ZVb	sonstige Bereiche			
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.017	186
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	81	—	1.663	—	20.098	187
—	—	—	—	337	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6.957	188
—	—	—	—	854	—	—	—	—	—	—	283	—	2.736	—	163.185	
																19
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.034	191
—	—	—	—	114	—	—	—	—	—	—	38	—	—	—	746	192
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26	—	—	—	3.723	193
—	—	—	—	49	—	—	—	—	—	—	1.010	—	1.794	—	4.142	195
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	39.235	199
—	—	—	—	163	—	—	—	—	—	—	1.074	—	1.794	—	49.880	
—	—	4.185	—	4.073	—	—	—	—	—	—	71.457	—	180.499	—	7.300.251	
																2
																21
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	211
—	—	—	—	765	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	179.545	212
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	76	213
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	169	214
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.600	215
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	82	216
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	219
—	—	—	—	765	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	182.472	
																22
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.840	223
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	224
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	33	227
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	229
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.873	
																23
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	231
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	232
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	140.105	233
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.463.357	234
—	—	—	—	161	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23.189	235
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.353	—	30.485	236
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	79.000	237
—	—	—	—	161	—	—	—	—	—	—	—	—	2.353	—	1.736.136	
																24
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11	242
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.800	243
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	34.966	244
—	—	—	—	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.489	246
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	57	—	—	—	53.821	247
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.291	249
—	—	—	—	40	—	—	—	—	—	—	57	—	—	—	100.378	
																25
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	394.418	251
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.947	252
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	94.193	253
—	—	—	—	1.303	—	—	—	—	—	97	—	—	—	—	37.703	254
—	—	—	—	1.303	—	—	—	—	—	97	—	—	—	—	537.261	

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Personal-ausgaben	Sächliche Verwaltungs-ausgaben	Zins-ausgaben	Tilgungs-ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
						an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche		
						Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	Soz. VT, BfA, ZVb	an natürliche Personen	Unternehmen	Sonstige
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
26	Jugendhilfe nach SGB VIII											
261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	—	—	—	—	—	—	56	—	—	—	97
262	Jugendsozialarbeit und erz. Kinder- und Jugendschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
263	Förderung der Erziehung in der Familie	—	22	—	—	—	—	20.000	—	—	—	—
264	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespfl.	133	992	—	—	—	—	57.935	—	—	—	112.999
265	Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
266	Andere Aufgaben der Jugendhilfe	—	20	—	—	—	340	13.000	—	—	—	—
	26 insgesamt	133	1.034	—	—	—	340	90.991	—	—	—	113.096
27	Einrichtungen der Jugendhilfe											
271	Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	—	226	—	—	—	—	760	—	—	—	10.141
272	Einrichtungen der Jugendsozialarbeit	—	—	—	—	—	63	—	—	—	—	2.267
273	Einrichtungen der Familienförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.300
274	Tageseinrichtungen für Kinder	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
275	Einrichtungen für Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
276	Einrichtungen für andere Aufgaben der Jugendhilfe	—	201	—	—	—	—	115	—	—	—	—
	27 insgesamt	—	427	—	—	—	63	875	—	—	—	14.708
280	Förderung der Vermögensbildung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
290	Sonstige soziale Angelegenheiten	—	4.900	—	—	1.068	20	—	—	18.500	22.582	10.975
	2 insgesamt	84.774	42.984	—	—	22.684	483	2.268.257	91.386	96.012	22.687	206.789
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung											
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens											
311	Gesundheitsbehörden	—	86	—	—	—	—	540	—	—	—	—
312	Krankenhäuser und Heilstätten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21.065	94.023
314	Maßnahmen d. Gesundheitswesens	6.827	9.706	—	—	—	584	—	—	1	700	16.546
319	Sonstiges	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	31 insgesamt	6.828	9.793	—	—	—	584	540	—	1	21.765	110.569
32	Sport und Erholung											
321	Park- und Gartenanlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
322	Badeanstalten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
323	Sportstätten	—	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—
324	Förderung des Sports	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23.223
329	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	32 insgesamt	—	20	—	—	—	—	—	—	—	—	23.223
33	Umwelt- und Naturschutz											
331	Umwelt und Naturschutzbehörden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
332	Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes	8.406	5.262	—	—	41	2.292	1.265	—	—	8.252	2.789
	33 insgesamt	8.406	5.262	—	—	41	2.292	1.265	—	—	8.252	2.789
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz											
341	Behörden für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
342	Maßnahmen der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes	—	25.082	—	—	194	—	—	—	—	—	—
	34 insgesamt	—	25.082	—	—	194	—	—	—	—	—	—
	3 insgesamt	15.234	40.157	—	—	235	2.876	1.805	—	1	30.017	136.581
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung, komm. Gemeinschaftsd.											
41	Wohnungswesen											
411	Förderung des Wohnungsbaues	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	56
419	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	41 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	56

querschnitt
Funktionen und Ausgabegruppen
EUR

Schuldendiensthilfen an			Baumaßnahmen	Erwerb von			Darlehen an			Zuweisungen für Investitionen an				Besondere Finanzierungsausgaben	Ausgaben insgesamt	Fkt
öffentlichen Bereich							öffentlichen Bereich		sonstige Bereiche, Inanspruchnahme aus Gewährl.	öffentlichen Bereich						
Gemeinden, GV	Bund, Länder, Soz. VT., BfA, ZVb	sonstige Bereiche		bewegl. Sachen	unbewegl. Sachen	Beteiligungen und dgl.	Gemeinden, GV	Bund, Ld., SvT, BfA, ZVb		Länder	Gemeinden, GV	Bund, SdV, Soz. VT., BfA, ZVb	sonstige Bereiche			
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
																26
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	153	261
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	262
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20.022	263
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	172.059	264
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	265
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13.360	266
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	205.594	
																27
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	518	—	523	—	12.168	271
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.330	272
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.300	273
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	274
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	275
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	316	276
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	518	—	523	—	17.114	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	280
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	41.451	—	99.496	290
—	—	—	—	2.269	—	—	—	—	—	97	575	—	44.327	—	2.883.324	
																3
																31
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	626	311
—	—	47.189	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	68.904	—	231.181	312
—	—	—	—	517	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	34.881	314
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	319
—	—	47.189	—	517	—	—	—	—	—	—	—	—	68.904	—	266.690	
																32
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	321
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	322
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.500	—	—	—	2.520	323
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.708	—	26.931	324
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	329
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.500	—	3.708	—	29.451	
																33
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	331
—	—	—	—	210	183	—	—	—	—	1.300	844	—	27	—	30.871	332
—	—	—	—	210	183	—	—	—	—	1.300	844	—	27	—	30.871	
																34
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	341
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25.276	342
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25.276	
—	—	47.189	—	727	183	—	—	—	—	1.300	3.344	—	72.639	—	352.288	
																4
																41
—	—	22.797	—	—	—	—	—	—	1.017	—	—	—	52.165	—	76.035	411
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	419
—	—	22.797	—	—	—	—	—	—	1.017	—	—	—	52.165	—	76.035	

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Personal-ausgaben	Sächliche Verwaltungs-ausgaben	Zins-ausgaben	Tilgungs-ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
						an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche		
						Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	Soz. VT, BfA, ZVb	an natürliche Personen	Unternehmen	Sonstige
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen											
421	Kataster- und Vermessungsverwaltung	89.755	15.389	—	—	—	—	—	—	10	18.655	5
422	Raumordnung und Landesplanung	1.049	311	—	—	—	76	—	—	—	—	818
	42 insgesamt	90.804	15.700	—	—	—	76	—	—	10	18.655	823
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste											
431	Straßenbeleuchtung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
432	Ortsentwässerung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
433	Müllbeseitigung u. -verwertung	—	20	—	—	—	—	—	—	—	—	359
434	Straßenreinigung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
439	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	43 insgesamt	—	20	—	—	—	—	—	—	—	—	359
440	Städtebauförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.461	—
	4 insgesamt	90.804	15.720	—	—	—	76	—	—	10	20.116	1.238
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten											
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)											
511	Ernährung und Landwirtschaft	59.228	13.120	—	—	—	—	995	—	—	—	—
512	Forsten	52	3	—	—	—	—	—	—	—	29.028	—
	51 insgesamt	59.280	13.123	—	—	—	—	995	—	—	29.028	—
52	Verbesserung der Agrarstruktur											
521	Verbesserung der Agrarstruktur (Gemeinschaftsaufgabe)	—	2.347	—	—	—	—	—	—	—	18.523	1.404
528	EU-Ausrichtungsfonds	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11.650	—
529	Sonstiges	—	2.750	—	—	—	—	—	100	—	15	409
	52 insgesamt	—	5.097	—	—	—	—	—	100	—	30.188	1.813
53	Einkommenstabilisierende Maßnahmen											
531	EU-Garantiefonds	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
532	Marktordnungen (einschl. EU)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200	3.300
533	Gasölverbilligung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
534	Ungültig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
539	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	810	1.380
	53 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.010	4.680
54	Sonstige Bereiche											
541	Versuchsgüter und -felder	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
542	Fischerei	—	89	—	—	—	—	—	—	—	11	15
549	Sonstiges	3.230	1.725	—	—	—	—	25	—	—	745	82.747
	54 insgesamt	3.230	1.814	—	—	—	—	25	—	—	756	82.762
	5 insgesamt	62.510	20.034	—	—	—	—	1.020	100	—	60.982	89.255
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen											
610	Verwaltung	253	86	—	—	—	—	—	—	—	23	—
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau											
621	Kernenergie	—	13	—	—	—	—	—	—	—	—	—
622	Sonstige Energieformen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau	207	4.059	—	—	—	205	5.868	800	9.111	74.742	3.465
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
625	Küstenschutz	—	—	—	—	13	—	—	495	—	—	424
626	Erdölversorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
627	Sonstige Energieversorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
629	Sonstiges	—	—	—	—	661	—	—	—	—	—	—
	62 insgesamt	207	4.072	—	—	674	205	5.868	1.295	9.111	74.742	3.889
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe											
631	Kohlenbergbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
632	Sonstiger Bergbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
634	Verarbeitende Industrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

querschnitt
Funktionen und Ausgabegruppen
EUR

Schuldendiensthilfen an			Baumaßnahmen	Erwerb von			Darlehen an			Zuweisungen für Investitionen an				Besondere Finanzierungsausgaben	Ausgaben insgesamt	Fkt
öffentlichen Bereich							öffentlichen Bereich		sonstige Bereiche, Inanspruchnahme aus Gewährl.	öffentlichen Bereich						
Gemeinden, GV	Bund, Länder, Soz. VT., BfA, ZVb	sonstige Bereiche		bewegl. Sachen	unbewegl. Sachen	Beteiligungen und dgl.	Gemeinden, GV	Bund, Ld., SvT, BfA, ZVb		Länder	Gemeinden, GV	Bund, SdV, Soz. VT., BfA, ZVb	sonstige Bereiche			
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
																42
—	—	—	—	1.278	—	—	—	—	—	—	—	—	90	—	125.182	421
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.116	—	—	—	3.370	422
—	—	—	—	1.278	—	—	—	—	—	—	1.116	—	90	—	128.552	
																43
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	431
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	432
—	—	—	1.865	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.244	433
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	434
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	439
—	—	—	1.865	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.244	
—	—	5.151	—	—	—	—	—	—	—	—	120	—	12.476	—	19.208	440
—	—	27.948	1.865	1.278	—	—	—	—	1.017	—	1.236	—	64.731	—	226.039	
																5
																51
—	—	—	—	4.701	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	78.044	511
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29.083	512
—	—	—	—	4.701	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	107.127	
																52
—	—	16.859	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	51.140	—	90.273	521
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11.650	528
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.274	529
—	—	16.859	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	51.140	—	105.197	
																53
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	531
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.500	532
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	533
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	534
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.190	539
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.690	
																54
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	541
—	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.960	—	9.081	542
—	—	—	—	767	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	89.239	549
—	—	6	—	767	—	—	—	—	—	—	—	—	8.960	—	98.320	
—	—	16.865	—	5.468	—	—	—	—	—	—	—	—	60.100	—	316.334	
																6
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	362	610
																62
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13	621
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	622
—	—	—	2.928	—	589	—	—	—	—	—	3.520	—	33.133	—	138.627	623
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	624
—	—	—	15.800	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28.533	—	45.265	625
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	626
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	627
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	661	629
—	—	—	18.728	—	589	—	—	—	—	—	3.520	—	61.666	—	184.566	
																63
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	631
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	632
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	634

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Personal-ausgaben	Sächliche Verwaltungs-ausgaben	Zins-ausgaben	Tilgungs-ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
						an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche		
						Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	Soz. VT, BfA, ZVb	an natürliche Personen	Unternehmen	Sonstige
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
635	Handwerk und Kleingewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
638	Baugewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
639	Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	63 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
64	Handel											
641	Handel (allgemein)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
642	Exportförderung, Auslandsmessen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
643	Märkte und Inlandsmessen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
649	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.000
	64 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.000
650	Fremdenverkehr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
660	Geld- und Versicherungswesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
670	Ungültig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
680	Sonstige Bereiche	—	—	—	—	—	—	—	—	—	779	602
69	Regionale Förderungsmaßnahmen											
691	Betriebliche Investitionen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
692	Verbesserung der Infrastruktur	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	899
699	Sonstiges	—	1.190	—	—	2.874	—	22.844	—	—	43.970	500
	69 insgesamt	—	1.190	—	—	2.874	—	22.844	—	—	43.970	1.399
	6 insgesamt	460	5.348	—	—	3.548	205	28.712	1.295	9.111	119.514	6.890
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen											
71	Verwaltung											
711	Straßen- und Brückenbau	141.802	59.313	—	—	—	—	—	—	150	—	2.169
712	Wasserstraßen und Häfen	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.859
719	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	71 insgesamt	141.810	59.313	—	—	—	—	—	—	150	—	10.028
72	Straßen											
721	Bundesautobahnen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
722	Bundesstraßen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
723	Landesstraßen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
724	Kreisstraßen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
725	Gemeindestraßen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
729	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	412
	72 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	412
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt											
731	Wasserstraßen und Häfen	—	800	—	—	—	—	—	—	—	315	—
732	Förderung der Schifffahrt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	73 insgesamt	—	800	—	—	—	—	—	—	—	315	—
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr											
741	Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr	—	281.374	—	—	—	—	97.669	66.818	—	91.776	3.900
749	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	100	—	—	5.365	—
	74 insgesamt	—	281.374	—	—	—	—	97.769	66.818	—	97.141	3.900
75	Luftfahrt											
751	Flugsicherung	46	267	—	—	238	—	—	—	—	—	484
759	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	75 insgesamt	46	267	—	—	238	—	—	—	—	—	484
760	Wetterdienst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
77	Nachrichtenwesen											
771	Post- und Telekommunikation	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
772	Rundfunkanstalten und Fernsehen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	77 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
790	Sonstige Bereiche	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	7 insgesamt	141.856	341.754	—	—	238	—	97.769	66.818	150	97.456	14.824

querschnitt
Funktionen und Ausgabegruppen
EUR

Schuldendiensthilfen an			Baumaßnahmen	Erwerb von			Darlehen an			Zuweisungen für Investitionen an				Besondere Finanzierungsausgaben	Ausgaben insgesamt	Fkt
öffentlichen Bereich							öffentlichen Bereich		sonstige Bereiche, Inanspruchnahme aus Gewährl.	öffentlichen Bereich						
Gemeinden, GV	Bund, Länder, Soz. VT., BfA, ZVb	sonstige Bereiche		bewegl. Sachen	unbewegl. Sachen	Beteiligungen und dgl.	Gemeinden, GV	Bund, Ld., SvT, BfA, ZVb		Länder	Gemeinden, GV	Bund, SdV, Soz. VT., BfA, ZVb	sonstige Bereiche			
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	635
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	638
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	639
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	64
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	641
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	642
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	643
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.000	649
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.000	650
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	660
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	670
—	—	—	—	—	—	—	—	—	20.000	—	—	—	413	—	21.794	680
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	27.292	—	27.292	69 691
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24.366	50.000	4.251	—	79.516	692
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	79.102	—	118.763	—	269.243	699
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	103.468	50.000	150.306	—	376.051	
—	—	—	18.728	—	589	—	—	—	20.000	—	106.988	50.000	212.385	—	583.773	7
—	—	—	40.280	3.322	—	—	—	—	—	—	76.115	—	—	—	323.151	71 711
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.867	712
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	719
—	—	—	40.280	3.322	—	—	—	—	—	—	76.115	—	—	—	331.018	72
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	721
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	722
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	723
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	724
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	725
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	412	729
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	412	73
—	—	—	21.402	—	—	3.062	—	—	—	—	—	8.283	24.798	—	58.660	731
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	732
—	—	—	21.402	—	—	3.062	—	—	—	—	—	8.283	24.798	—	58.660	74
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	46.353	—	48.093	—	635.983	741
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.000	—	8.465	749
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	46.353	—	51.093	—	644.448	75
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.035	751
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	759
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.035	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	760
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	77 771
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	772
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	790
—	—	—	61.682	3.322	—	3.062	—	—	—	—	122.468	8.283	75.891	—	1.035.573	

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Personal-ausgaben	Sächliche Verwaltungs-ausgaben	Zins-ausgaben	Tilgungs-ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
						an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche		
						Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	Soz. VT, BfA, ZVb	an natürliche Personen	Unternehmen	Sonstige
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
8	Wirtsch.-untern., Allg. Grund- u. Kapitalverm., Sondervermögen											
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen											
811	Landwirtschaftliche Unternehmen	3.724	786	—	—	—	—	—	—	—	469	728
812	Forstwirtschaftliche Unternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	81 insgesamt	3.724	786	—	—	—	—	—	—	—	469	728
82	Versorgungsunternehmen											
821	Elektrizitätsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
822	Gasunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
823	Wasserunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
824	Kombinierte Versorgungsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
829	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	82 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
83	Verkehrsunternehmen											
831	Straßenverkehrsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
832	Eisenbahnen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
834	Häfen und Umschlag	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
835	Flughäfen und Luftverkehr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	333	—
839	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	83 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	333	—
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen											
851	Bergbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
852	Industrielle Unternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
853	Banken und Kreditinstitute	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
854	Wohnungsbauunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
856	Lotterie, Lotto, Toto	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	390
859	Sonstiges	—	50	—	—	—	—	950	—	—	12.149	1.000
	85 insgesamt	—	50	—	—	—	—	950	—	—	12.149	1.390
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen											
871	Allgemeines Grundvermögen	—	39.766	—	—	78	—	—	—	—	—	—
872	Allgemeines Kapitalvermögen	—	—	—	—	—	—	—	—	709	—	—
873	Sondervermögen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	87 insgesamt	—	39.766	—	—	78	—	—	—	709	—	—
	8 insgesamt	3.724	40.602	—	—	78	—	950	—	709	12.951	2.118
9	Allgemeine Finanzwirtschaft											
910	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	—	—	—	—	—	—	2.687.507	—	—	—	18
920	Schulden	—	—	2.385.318	427	—	—	—	—	—	—	—
940	Beihilfen, Unterstützungen u.ä.	231.926	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
950	Rücklagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
960	Sonstiges	20.000	15.485	—	—	—	—	—	—	—	—	1.000
970	Abwicklung der Vorjahre	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
98	Globalposten											
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	197.472	—	—	—	—	—	—	—	—	9.523	—
988	Globale Mehrausgaben / Globale Mindereinnahmen	—	600	—	—	—	—	—	—	—	—	—
989	Globale Minderausgaben / Globale Mehreinnahmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	98 insgesamt	197.472	600	—	—	—	—	—	—	—	9.523	—
990	Haushaltstechnische Verrechnungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	9 insgesamt	449.398	16.085	2.385.318	427	—	—	2.687.507	—	—	9.523	1.018
	0 - 9 Gesamtausgaben	8.757.201	1.259.410	2.385.318	427	28.454	24.875	5.156.251	167.657	253.834	1.483.761	1.504.478

querschnitt
Funktionen und Ausgabegruppen
EUR

Schuldendiensthilfen an			Baumaßnahmen	Erwerb von			Darlehen an			Zuweisungen für Investitionen an				Besondere Finanzierungsausgaben	Ausgaben insgesamt	Fkt
öffentlichen Bereich							öffentlichen Bereich		sonstige Bereiche, Inanspruchnahme aus Gewährl.	öffentlichen Bereich						
Gemeinden, GV	Bund, Länder, Soz. VT., BfA, ZVb	sonstige Bereiche		beweglichen Sachen	unbeweglichen Sachen	Beteiligungen und dgl.	Gemeinden, GV	Bund, Ld., SvT, BfA, ZVb		Länder	Gemeinden, GV	Bund, SdV, Soz. VT., BfA, ZVb	sonstige Bereiche			
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
																8
																81
—	—	—	3.255	214	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9.176	811
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	812
—	—	—	3.255	214	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9.176	
																82
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	821
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	822
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	823
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	824
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	829
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
																83
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	831
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	832
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	834
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	333	835
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	839
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	333	
																85
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	851
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	852
—	—	—	—	—	—	754.000	—	—	—	—	—	—	—	—	754.000	853
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	854
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	390	856
—	—	—	320	—	—	150	—	—	—	—	600	—	3.534	—	18.753	859
—	—	—	320	—	—	754.150	—	—	—	—	600	—	3.534	—	773.143	
																87
—	—	—	45.854	5.108	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	90.806	871
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	709	872
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	873
—	—	—	45.854	5.108	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	91.515	
—	—	—	49.429	5.322	—	754.150	—	—	—	—	600	—	3.534	—	874.167	
																9
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	267.655	—	—	—	2.955.180	910
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.385.745	920
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	231.926	940
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9.380	9.380	950
—	—	—	—	561	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	37.046	960
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	970
																98
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	206.995	981
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	123.243	123.843	988
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	–233.808	–233.808	989
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	–110.565	97.030	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	202.246	202.246	990
—	—	—	—	561	—	—	—	—	—	—	267.655	—	—	101.061	5.918.553	
—	—	96.187	131.804	107.500	772	757.212	—	—	21.052	1.397	597.623	58.283	714.218	101.061	23.608.775	

Übersicht
über die den Haushalt 2007 in Einnahmen und Ausgaben durchlaufenden Posten

Kap.	Titel	Zweckbestimmung	Einnahmen		Ausgaben	
			Ansatz		Ansatz	
			2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7
		Epl. 03 Ministerium für Inneres und Sport				
0331	382 10	Durchlaufende Gelder	—	—		
	982 10	Durchlaufende Gelder			—	—
		Summe Epl. 03	—	—	—	—
		Epl. 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr				
0803	382 10	Bundesmittel für die Unterhaltung und den Betrieb höhengleicher Kreuzungen von Bundesstraßen mit nichtbundeseigenen Eisenbahnen	170	170		
	982 10	Bundesmittel zur Unterhaltung und zum Betrieb höhengleicher Kreuzungen von Bundesstraßen mit nichtbundeseigenen Eisenbahnen			170	170
0820	982 01	Zahlungen an private Unternehmen der Tiefbauwirtschaft			—	—
		Summe Epl. 08	170	170	170	170
		Epl. 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz				
0902	382 10	Durchlaufende Gelder für Tollwutimpfungen von Füchsen	—	—		
	TGr. 75	EU-Mittel zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum (LEADER+ 2000 bis 2006)				
	382 75	Durchlaufende Gelder aus dem EAGFL	—	—		
	982 10	Durchlaufende Gelder für Tollwutimpfungen von Füchsen			—	—
	TGr. 75	EU-Mittel zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum (LEADER + 2000 bis 2006)				
	982 75	Durchlaufende Gelder für die kommunalen Gebietskörperschaften			—	—
		Summe Epl. 09	—	—	—	—
		Epl. 13 Allgemeine Finanzverwaltung				
1320	382 11	Bundesanteile an den Darlehen Siedlung und Landarbeiterwohnungen GemAgrG -Zinsen-	17	20		
	382 12	Wie 382 11 -Tilgungen-	198	333		
	382 13	Bundesanteile an den Darlehen einzelbetriebliche Förderung GemAgrG -Zinsen-	800	900		
	382 14	Wie 382 13 -Tilgungen-	8.400	8.400		
	382 15	Bundesanteile an den Darlehen Flurbereinigung GemAgrG -Zinsen-	—	—		
	382 16	Wie 382 15 -Tilgungen-	51	63		

Übersicht
über die den Haushalt 2007 in Einnahmen und Ausgaben durchlaufenden Posten

Kap.	Titel	Zweckbestimmung	Einnahmen		Ausgaben	
			Ansatz		Ansatz	
			2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR	2007 Tsd. EUR	2006 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7
	982 11	Ablieferung des Bundesanteils an den Zinsen und Tilgungen für Darlehen einzelbetriebliche Förderung GemAgrG			9.200	9.300
	982 12	Ablieferung des Bundesanteils an den Zinsen und Tilgungen für Darlehen Flurbereinigung GemAgrG			51	63
	982 13	Ablieferung des Bundesanteils an den Zinsen und Tilgungen für Darlehen Siedlung und Landarbeiterwohnungen GemAgrG			215	353
		Summe Epl. 13	9.466	9.716	9.466	9.716
		Gesamtsumme	9.636	9.886	9.636	9.886

Zahlungen des Landes an den kommunalen Bereich für 2007

Als Zahlungen im Sinne dieser Aufstellung sind anzusehen: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen. Der kommunale Bereich umfasst Gemeinden, Gemeindeverbände, Zweckverbände und kommunale Sondervermögen.

1. Zuweisungen innerhalb des Steuerverbundes	Ansatz 2007 EUR
1.1 Allgemeine Schlüsselzuweisungen	1.901.270.000
1.2 Zuweisungen für Aufgaben des Übertragenen Wirkungskreises	379.076.000
1.3 Bedarfszuweisungen	41.415.000
1.4 Finanzhilfen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	266.655.000
Zuweisungsmasse	2.588.416.000
1.5 Finanzausgleichsumlage	25.000.000
Kapitel 13 12 Titelgruppe 81 bis 84	2.613.416.000

2. Finanzausgleichsumlage –25.000.000

3. Zahlungen außerhalb des Steuerverbundes

		Ansatz für 2007 EUR	darin enthaltene Mittel Dritter 2007 EUR	Ansatz für 2006 EUR	darin enthaltene Mittel Dritter 2006 EUR	Ist für 2005 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	Zusammenstellung					
	Einzelplan 03	165.301.000	3.150.000	169.063.000	4.356.000	182.210.489
	04	—	—	—	—	—
	05	2.230.360.000	439.448.000	2.230.242.000	462.148.000	2.039.671.716
	06	31.758.000	—	31.164.000	—	31.284.731
	07	140.133.000	69.100.000	166.024.000	89.700.000	144.800.008
	08	498.754.000	483.439.000	436.880.000	409.148.000	381.655.989
	09	2.136.000	—	2.211.000	—	73.278.908
	13	222.118.000	—	19.147.000	—	19.152.067
	15	12.792.000	—	11.917.000	360.000	26.149.364
	zusammen	3.303.352.000	995.137.000	3.066.648.000	965.712.000	2.898.203.271
	Bindung durch					
	Bundesgesetze					
	Gemeinschaftsaufgaben	24.908.000	11.354.000	22.358.000	14.207.000	42.183.405
	Sozialleistungen	2.118.654.000	397.283.000	2.157.094.000	419.968.000	1.975.182.186
	Auftragsverwaltung	6.200.000	1.000	2.118.000	2.118.000	4.381.052
	Verwaltungsvereinbarungen	114.036.000	113.518.000	143.636.000	134.118.000	125.186.566
	Sonstige	107.272.000	74.128.000	84.559.000	73.448.000	92.755.387
	Summe Bundesgesetze	2.371.070.000	596.284.000	2.409.765.000	643.859.000	2.239.688.596
	Landesgesetze	650.973.000	164.463.000	456.386.000	166.041.000	452.158.938
	Verträge u. ä.	263.334.000	234.390.000	187.386.000	155.812.000	150.203.113
	zusammen	3.285.377.000	995.137.000	3.053.537.000	965.712.000	2.842.050.646
	weitere Zahlungen	17.975.000	—	13.111.000	—	56.152.625
	insgesamt	3.303.352.000	995.137.000	3.066.648.000	965.712.000	2.898.203.271

Anmerkungen:
Mittel Dritter: Beträge sind teilweise geschätzt

4. Zusammenstellung nach Gruppierungen

Gruppe Nr.	Ausgaben	Ansatz für 2007 EUR	darin enthaltene Mittel Dritter 2007 EUR	Ansatz für 2006 EUR	darin enthaltene Mittel Dritter 2006 EUR	Ist für 2005 EUR
1	2	3	4	5	6	7
6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen					
61	Allgemeine (nicht zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich					
613	Allgemeine Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2.484.466.000	—	2.212.545.000	—	2.205.188.806
63	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich					
633	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2.671.785.000	562.839.000	2.474.001.000	572.771.000	2.307.807.220
637	Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände	159.220.000	152.205.000	167.049.000	153.687.000	141.956.138
66	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche					
661	Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen	2.500.000	—	2.500.000	—	—
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche					
682	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	1.174.000	—	1.561.000	—	1.048.423
8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen					
85	Darlehen an öffentlichen Bereich					
853	Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich					
883	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	597.623.000	280.093.000	530.954.000	239.254.000	527.723.492
887	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	—	—	1.000.000	—	42.899.320
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche					
891	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
	Summe insgesamt	5.916.768.000	995.137.000	5.389.610.000	965.712.000	5.226.623.399

Anmerkungen:
Mittel Dritter: Beträge sind teilweise geschätzt;
Gruppen 661, 682 und 891: Hier nur Zahlungen an kommunale Unternehmen

Sonderabgaben des Landes

Bezeichnung der Sonderabgabe	Rechtsgrundlagen	Abgabevolumen in Mio. EUR 2005 Ist	2006 Soll	2007 Soll	Abgabezweck	Verpflichtete	Begünstigte
Epl. 05							
Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht (SGB IX)	§§ 71-79 SGB IX (Bundesgesetz)	57,99	53,80	49,25	Förderung der Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen (§§ 71, 77 SGB IX).	Arbeitgeber	Schwerbehinderte Menschen
	Summe Epl. 05	57,99	53,80	49,25			
Epl. 09							
Umlage nach § 22 Milch- und Fettgesetz	Milch- und Fettgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7842-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Art. 156 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I. S. 2304) in Verbindung mit der Verordnung über die Erhebung einer Umlage auf dem Gebiet der Milchwirtschaft vom 26. November 2004 (Nds. GVBl. S. 519), geändert durch Artikel 6 der Verordnung vom 22. Dezember 2005 (Nds. GVBl. S. 475)	3,74	3,50	3,50	Förderung der Milchwirtschaft.	Molkereien und Milchsammelstellen	Landesvereinigung der Milchwirtschaft Niedersachsen e.V. sowie Dritte, die Aufgaben gem. § 22 Abs. 2 Milch- und Fettgesetz durchführen.
Jagdabgabe	§ 22 Abs 2 NJagdG	3,28	1,90	1,90	Förderung jagdlicher Zwecke.	Jagdscheininhaber bei jährlicher Aktivierung	Jagdverbände, Forschungseinrichtungen, etc.
	Summe Epl. 09	7,02	5,40	5,40			
Epl. 15							
Abwasserabgabe	Abwasserabgabengesetz (Bundesgesetz)	36,36	25,00	28,90	Abgabe für das Einleiten von Abwasser in ein Gewässer.	Einleiter und Körperschaften des öffentl. Rechts	Verschiedene Empfänger, die im Sinne des Verwendungszwecks Maßnahmen zur Reinhaltung der Gewässer realisieren.
Wasserentnahmegebühr	Nieders. Wassergesetz	53,92	57,43	53,50	Abgabe für das Entnehmen und das Ableiten von Wasser aus/in Gewässer(n) oder aus dem/in das Grundwasser.	Jeder Benutzer des Gewässers	Verschiedene Empfänger, die im Sinne des Verwendungszwecks nach § 47 h NWG Maßnahmen realisieren bzw. einen Anspruch auf Ausgleichsleistung haben.
	Summe Epl. 15	90,28	82,43	82,40			

Übersicht über die Erfolgs- und Finanzpläne der Landesbetriebe 2007

Kapitel	Landesbetrieb	Erfolgspläne				Finanzpläne		Summe Gesamtaufwand und Investitionen (Sp.3 + Sp.7)	Ablieferungen an den Landeshaushalt	Zuführungen aus dem Landeshaushalt gesamt (Sp.6 + Sp.8)
		Gesamtaufwand	Vom Gesamtaufwand entfallen auf:		In den Erträgen enthaltene Zuführungen aus dem Landeshaushalt	Ausgaben für Investitionen	In den Deckungsmitteln enthaltene Zuführungen aus dem Landeshaushalt			
			Personalaufwand	Sachaufwand						
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
03 16	Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	101.334	22.951	74.766	0	10.343	0	111.677	3.617	0
03 17	Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen (LGN)	23.029	16.041	6.988	18.708	90	90	23.119	0	18.798
03 21	Logistik Zentrum Niedersachsen (LZN)	9.810	1.192	8.618	0	125	0	9.935	0	0
05 21	Landeskrankenhaus Brauel	15.396	11.152	4.244	790	250	0	15.646	0	790
05 21	Landeskrankenhaus Göttingen	30.839	23.530	7.309	1.949	674	580	31.513	0	2.529
05 21	Landeskrankenhaus Hildesheim	39.556	31.887	7.669	1.471	855	652	40.411	0	2.123
05 21	Landeskrankenhaus Königslutter	49.071	36.807	12.264	1.785	1.542	875	50.613	0	2.660
05 21	Landeskrankenhaus Lüneburg	45.311	33.353	11.958	2.821	1.047	590	46.358	0	3.411
05 21	Landeskrankenhaus Moringen	33.386	25.031	8.355	872	385	0	33.771	0	872
05 21	Landeskrankenhaus Osnabrück	36.431	27.690	8.741	2.094	887	625	37.318	0	2.719
05 21	Landeskrankenhaus Tiefenbrunn	11.988	9.829	2.159	619	320	283	12.308	0	902
05 21	Landeskrankenhaus Wehnen	40.023	30.145	9.878	1.644	947	721	40.970	0	2.365
05 21	Landeskrankenhaus Wunstorf	43.768	33.659	10.109	2.069	693	699	44.461	0	2.768
06 06	Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GBV)	7.605	3.775	3.830	2.049	1.451	0	9.056	0	2.049
06 13	Universität Oldenburg	120.851	82.697	38.154	91.838	4.837	4.837	125.688	2.255	96.675
06 14	Universität Osnabrück	107.082	70.495	36.587	81.730	1.853	1.303	108.935	2.013	83.033
06 15	Technische Universität Braunschweig	226.121	139.156	86.965	155.880	14.421	4.882	240.542	3.071	160.762
06 16	Technische Universität Clausthal	83.435	54.163	29.272	56.717	4.089	3.489	87.524	806	60.206
06 17	Universität Hannover	299.279	179.484	119.795	210.626	17.537	11.885	316.816	4.534	222.511
06 18	Hochschule Vechta	21.073	12.811	8.262	16.273	264	264	21.337	427	16.537

Übersicht über die Erfolgs- und Finanzpläne der Landesbetriebe 2007

Kapitel	Landesbetrieb	Erfolgspläne				Finanzpläne		Summe Gesamtaufwand und Investitionen (Sp.3 + Sp.7)	Ablieferungen an den Landeshaushalt	Zuführungen aus dem Landeshaushalt gesamt (Sp.6 + Sp.8)
		Gesamtaufwand	Vom Gesamtaufwand entfallen auf:		In den Erträgen enthaltene Zuführungen aus dem Landeshaushalt	Ausgaben für Investitionen	In den Deckungsmitteln enthaltene Zuführungen aus dem Landeshaushalt			
			Personalaufwand	Sachaufwand						
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
06 19	Medizinische Hochschule Hannover	523.092	313.495	209.597	573	157.571	8.683	680.663	5.623	9.256
06 22	Hochschule für Bildende Künste Braunschweig	15.598	9.760	5.838	13.543	72	72	15.670	263	13.615
06 23	Hochschule für Musik und Theater Hannover	19.212	13.632	5.579	17.220	209	209	19.421	207	17.429
06 34	Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen	43.363	26.984	16.379	35.106	1.835	735	45.198	1.138	35.841
06 37	Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel	46.141	31.510	14.631	33.159	5.340	5.340	51.481	1.640	38.499
06 38	Fachhochschule Hannover	50.801	29.658	21.143	39.575	844	844	51.645	1.424	40.419
06 39	Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven	69.899	49.072	20.827	55.926	1.281	1.281	71.180	1.941	57.207
06 51	Technische Informationsbibliothek	21.325	7.666	13.659	17.899	350	350	21.675	0	18.249
06 60	Staatstheater Braunschweig	30.345	22.792	7.553	24.834	205	205	30.550	0	25.039
08 11	Mess- und Eichwesen Niedersachsen	9.101	6.800	2.301	274	418	413	9.519	100	687
08 13	Materialprüfanstalten	13.795	9.328	4.467	505	780	0	14.575	0	505
09 30	Domäne Derneburg	344	90	254	0	20	0	364	92	0
09 30	Domäne St. Ludgeri	739	218	521	0	62	0	801	205	0
09 50	Hengstaufzuchtgestüt Hunnesrück	1.053	303	750	0	97	0	1.150	152	0
09 50	Hengstparade Celle	460	105	355	0	0	0	460	50	0
11 05	Justizvollzugsarbeitsverwaltung des Ld. Nds. (JVAV)	31.681	242	31.439	0	2.330	0	34.011	9.465	0
15 55	Nds. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz	133.414	64.344	69.070	64.752	26.849	26.849	160.263	0	91.601
	Gesamt	2.355.751	1.431.847	920.286	953.301	260.873	76.756	2.616.624	39.023	1.030.057

Ermächtigungen für Personalausgaben

für das

Haushaltsjahr 2007

Ermächtigungen für Personalausgaben

Einzelpläne Gesamt

		Finanziert aus HGr. 4 (Kernhaushalt)				(Teil)-finanziert aus HGr. 6	nachrichtlich:
	Summe HGr. 4 und 6	Summe HGr. 4	PKB	nicht PKB (ohne Titelgruppen)	Titelgruppen-personal	Landesbetriebe nach § 26 LHO	Aus-gliederungen [4]
Stellen aus Stellenplänen usw. [2]	150.883	145.403	135.412	9.991	---	5.480	
Stellen aus Wirtschaftsplänen	7.633	---	---	---	---	7.633 [1]	
Stellen insgesamt	158.516	145.403	135.412	9.991	---	13.113	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	131.717,10	131.717,10	131.717,10	---	---	---	
Personalausgaben insgesamt (in Tsd. EUR)	9.996.468	8.757.201	5.665.994	242.393	39.811	1.239.267	500.239
- Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	29.960	29.960	---	---	---	---	---
- Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	2.033.547	2.009.198	---	---	---	24.349	---
- Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44) [3]	536.417	536.417	---	---	---	---	3.823
- Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	48.238	35.956	---	---	---	12.282	2.261
- Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben (OGr. 46)	197.472	197.472	---	---	---	0	---
- Bezüge und Nebenleistungen (OGr. 42)	7.150.834	5.948.198	5.665.994	242.393	39.811	1.202.636	494.155

1) Die Darstellung der Stellen der Universitäten in den Wirtschaftsplänen entfällt (§ 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG)
2) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen
3) Die Beihilfen für den Kernhaushalt und die Landesbetriebe werden zusammen in der HGr. 4 veranschlagt
4) Enthält die Bereiche: Stiftungshochschulen, Häfen- und Schifffahrtsverwaltung und Anstalt Niedersächsische Landesforsten

Ermächtigungen für Personalausgaben

EPL: 01 (LT)

		Finanziert aus HGr. 4 (Kernhaushalt)				(Teil)-finanziert aus HGr. 6	nachrichtlich:
	Summe HGr. 4 und 6	**Summe HGr. 4**	**PKB**	**nicht PKB (ohne Titelgruppen)**	**Titelgruppen-personal**	**Landesbetriebe nach § 26 LHO**	**Aus-gliederungen [4]**
Stellen aus Stellenplänen usw. [2]	162	162	162	0	---	0	
Stellen aus Wirtschaftsplänen	0	---	---	---	---	0 [1]	
Stellen insgesamt	162	162	162	0	---	0	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	162,71	162,71	162,71	---	---	---	
Personalausgaben insgesamt (in Tsd. EUR)	34.204	34.204	7.475	284	0	0	0
- Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	26.271	26.271	---	---	---	---	---
- Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	0	0	---	---	---	0	---
- Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44) [3]	170	170	---	---	---	---	0
- Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	4	4	---	---	---	0	0
- Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben (OGr. 46)	0	0	---	---	---	0	---
- Bezüge und Nebenleistungen (OGr. 42)	7.759	7.759	7.475	284	0	0	0

1) Die Darstellung der Stellen der Universitäten in den Wirtschaftsplänen entfällt (§ 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG)
2) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen
3) Die Beihilfen für den Kernhaushalt und die Landesbetriebe werden zusammen in der HGr. 4 veranschlagt
4) Enthält die Bereiche: Stiftungshochschulen, Häfen- und Schifffahrtsverwaltung und Anstalt Niedersächsische Landesforsten

Ermächtigungen für Personalausgaben

EPL: 02 (STK)

		Finanziert aus HGr. 4 (Kernhaushalt)				(Teil)-finanziert aus HGr. 6	nachrichtlich:
	Summe HGr. 4 und 6	**Summe HGr. 4**	**PKB**	**nicht PKB (ohne Titelgruppen)**	**Titelgruppen-personal**	**Landesbetriebe nach § 26 LHO**	**Aus-gliederungen [4]**
Stellen aus Stellenplänen usw. [2]	412	412	407	5	---	0	
Stellen aus Wirtschaftsplänen	0	---	---	---	---	0 [1]	
Stellen insgesamt	412	412	407	5	---	0	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	385,34	385,34	385,34	---	---	---	
Personalausgaben insgesamt (in Tsd. EUR)	19.354	19.354	18.227	234	207	0	0
- Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	1	1	---	---	---	---	---
- Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	0	0	---	---	---	0	---
- Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44) [3]	373	373	---	---	---	---	0
- Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	312	312	---	---	---	0	0
- Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben (OGr. 46)	0	0	---	---	---	0	---
- Bezüge und Nebenleistungen (OGr. 42)	18.668	18.668	18.227	234	207	0	0

1) Die Darstellung der Stellen der Universitäten in den Wirtschaftsplänen entfällt (§ 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG)
2) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen
3) Die Beihilfen für den Kernhaushalt und die Landesbetriebe werden zusammen in der HGr. 4 veranschlagt
4) Enthält die Bereiche: Stiftungshochschulen, Häfen- und Schifffahrtsverwaltung und Anstalt Niedersächsische Landesforsten

Ermächtigungen für Personalausgaben

EPL: 03 (MI)

		Finanziert aus HGr. 4 (Kernhaushalt)				(Teil)-finanziert aus HGr. 6	nachrichtlich:
	Summe HGr. 4 und 6	**Summe HGr. 4**	**PKB**	**nicht PKB (ohne Titelgruppen)**	**Titelgruppen-personal**	**Landesbetriebe nach § 26 LHO**	**Aus-gliederungen [4]**
Stellen aus Stellenplänen usw. [2]	28.243	28.024	25.938	2.086	---	219	
Stellen aus Wirtschaftsplänen	663	---	---	---	---	663 [1]	
Stellen insgesamt	28.906	28.024	25.938	2.086	---	882	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	24.798,05	24.798,05	24.798,05	---	---	---	
Personalausgaben insgesamt (in Tsd. EUR)	1.043.143	1.003.031	941.137	20.636	1.027	40.112	0
- Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	74	74	---	---	---	---	---
- Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	0	0	---	---	---	0	---
- Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44) [3]	38.328	38.328	---	---	---	---	0
- Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	9.256	1.829	---	---	---	7.427	0
- Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben (OGr. 46)	0	0	---	---	---	0	---
- Bezüge und Nebenleistungen (OGr. 42)	995.485	962.800	941.137	20.636	1.027	32.685	0

1) Die Darstellung der Stellen der Universitäten in den Wirtschaftsplänen entfällt (§ 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG)
2) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen
3) Die Beihilfen für den Kernhaushalt und die Landesbetriebe werden zusammen in der HGr. 4 veranschlagt
4) Enthält die Bereiche: Stiftungshochschulen, Häfen- und Schifffahrtsverwaltung und Anstalt Niedersächsische Landesforsten

Ermächtigungen für Personalausgaben

EPL: 04 (MF)

		Finanziert aus HGr. 4 (Kernhaushalt)				(Teil)-finanziert aus HGr. 6	nachrichtlich:
	Summe HGr. 4 und 6	**Summe HGr. 4**	**PKB**	**nicht PKB (ohne Titelgruppen)**	**Titelgruppen-personal**	**Landesbetriebe nach § 26 LHO**	**Aus-gliederungen [4]**
Stellen aus Stellenplänen usw. [2]	15.063	15.063	14.244	819	---	0	
Stellen aus Wirtschaftsplänen	0	---	---	---	---	0 [1]	
Stellen insgesamt	15.063	15.063	14.244	819	---	0	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	13.336,20	13.336,20	13.336,20	---	---	---	
Personalausgaben insgesamt (in Tsd. EUR)	530.405	530.405	501.745	6.207	363	0	0
- Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	0	0	---	---	---	---	---
- Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	0	0	---	---	---	0	---
- Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44) [3]	21.093	21.093	---	---	---	---	0
- Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	997	997	---	---	---	0	0
- Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben (OGr. 46)	0	0	---	---	---	0	---
- Bezüge und Nebenleistungen (OGr. 42)	508.315	508.315	501.745	6.207	363	0	0

1) Die Darstellung der Stellen der Universitäten in den Wirtschaftsplänen entfällt (§ 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG)
2) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen
3) Die Beihilfen für den Kernhaushalt und die Landesbetriebe werden zusammen in der HGr. 4 veranschlagt
4) Enthält die Bereiche: Stiftungshochschulen, Häfen- und Schifffahrtsverwaltung und Anstalt Niedersächsische Landesforsten

Ermächtigungen für Personalausgaben

EPL: 05 (MS)

		Finanziert aus HGr. 4 (Kernhaushalt)				(Teil)-finanziert aus HGr. 6	nachrichtlich:
	Summe HGr. 4 und 6	**Summe HGr. 4**	**PKB**	**nicht PKB (ohne Titelgruppen)**	**Titelgruppen-personal**	**Landesbetriebe nach § 26 LHO**	**Aus-gliederungen [4]**
Stellen aus Stellenplänen usw. [2]	3.117	2.330	2.286	44	---	787	
Stellen aus Wirtschaftsplänen	5.108	---	---	---	---	5.108 [1]	
Stellen insgesamt	8.225	2.330	2.286	44	---	5.895	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	2.025,54	2.025,54	2.025,54	---	---	---	
Personalausgaben insgesamt (in Tsd. EUR)	358.730	95.647	92.396	1.036	187	263.083	0
- Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	94	94	---	---	---	---	---
- Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	1.722	0	---	---	---	1.722	---
- Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44) [3]	2.232	1.872	---	---	---	**360**	0
- Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	62	62	---	---	---	0	0
- Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben (OGr. 46)	0	0	---	---	---	0	---
- Bezüge und Nebenleistungen (OGr. 42)	354.620	93.619	92.396	1.036	187	261.001	0

1) Die Darstellung der Stellen der Universitäten in den Wirtschaftsplänen entfällt (§ 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG)
2) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen
3) Die Beihilfen für den Kernhaushalt und die Landesbetriebe werden zusammen in der HGr. 4 veranschlagt
4) Enthält die Bereiche: Stiftungshochschulen, Häfen- und Schifffahrtsverwaltung und Anstalt Niedersächsische Landesforsten

Ermächtigungen für Personalausgaben

EPL: 06 (MWK)

		Finanziert aus HGr. 4 (Kernhaushalt)				(Teil)-finanziert aus HGr. 6	nachrichtlich:
	Summe HGr. 4 und 6	**Summe HGr. 4**	**PKB**	**nicht PKB (ohne Titelgruppen)**	**Titelgruppen-personal**	**Landesbetriebe nach § 26 LHO**	**Aus-gliederungen [4]**
Stellen aus Stellenplänen usw. [2]	5.122	998	794	204	---	4.124	
Stellen aus Wirtschaftsplänen	624	---	---	---	---	624 [1]	
Stellen insgesamt	5.746	998	794	204	---	4.748	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	779,71	779,71	779,71	---	---	---	
Personalausgaben insgesamt (in Tsd. EUR)	920.827	73.159	35.156	11.795	18.246	847.668	428.238
- Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	2	2	---	---	---	---	---
- Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	22.627	0	---	---	---	22.627	---
- Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44) [3]	7.879	7.879	---	---	---	---	3.823
- Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	4.139	81	---	---	---	4.058	2.261
- Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben (OGr. 46)	0	0	---	---	---	0	---
- Bezüge und Nebenleistungen (OGr. 42)	886.180	65.197	35.156	11.795	18.246	820.983	422.154

1) Die Darstellung der Stellen der Universitäten in den Wirtschaftsplänen entfällt (§ 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG)
2) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen
3) Die Beihilfen für den Kernhaushalt und die Landesbetriebe werden zusammen in der HGr. 4 veranschlagt
4) Enthält die Bereiche: Stiftungshochschulen, Häfen- und Schifffahrtsverwaltung und Anstalt Niedersächsische Landesforsten

Ermächtigungen für Personalausgaben

EPL: 07 (MK)

		Finanziert aus HGr. 4 (Kernhaushalt)				(Teil)-finanziert aus HGr. 6	nachrichtlich:
	Summe HGr. 4 und 6	**Summe HGr. 4**	**PKB**	**nicht PKB (ohne Titelgruppen)**	**Titelgruppen-personal**	**Landesbetriebe nach § 26 LHO**	**Aus-gliederungen [4]**
Stellen aus Stellenplänen usw. [2]	75.472	75.472	71.232	4.240	---	0	
Stellen aus Wirtschaftsplänen	0	---	---	---	---	0 [1]	
Stellen insgesamt	75.472	75.472	71.232	4.240	---	0	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	70.894,47	70.894,47	70.894,47	---	---	---	
Personalausgaben insgesamt (in Tsd. EUR)	3.532.036	3.532.036	3.281.436	76.843	13.220	0	0
- Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	95	95	---	---	---	---	---
- Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	0	0	---	---	---	0	---
- Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44) [3]	160.061	160.061	---	---	---	---	0
- Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	381	381	---	---	---	0	0
- Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben (OGr. 46)	0	0	---	---	---	0	---
- Bezüge und Nebenleistungen (OGr. 42)	3.371.499	3.371.499	3.281.436	76.843	13.220	0	0

1) Die Darstellung der Stellen der Universitäten in den Wirtschaftsplänen entfällt (§ 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG)
2) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen
3) Die Beihilfen für den Kernhaushalt und die Landesbetriebe werden zusammen in der HGr. 4 veranschlagt
4) Enthält die Bereiche: Stiftungshochschulen, Häfen- und Schifffahrtsverwaltung und Anstalt Niedersächsische Landesforsten

Ermächtigungen für Personalausgaben

EPL: 08 (MW)

		Finanziert aus HGr. 4 (Kernhaushalt)				(Teil)-finanziert aus HGr. 6	nachrichtlich:
	Summe HGr. 4 und 6	**Summe HGr. 4**	**PKB**	**nicht PKB (ohne Titelgruppen)**	**Titelgruppen-personal**	**Landesbetriebe nach § 26 LHO**	**Aus-gliederungen [4]**
Stellen aus Stellenplänen usw. [2]	3.140	3.027	2.917	110	---	113	
Stellen aus Wirtschaftsplänen	229	---	---	---	---	229	
Stellen insgesamt	3.369	3.027	2.917	110	---	342	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	2.632,20	2.632,20	2.632,20	---	---	---	
Personalausgaben insgesamt (in Tsd. EUR)	190.853	174.463	121.934	49.006	816	16.390	0
- Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	5	5	---	---	---	---	---
- Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	0	0	---	---	---	0	---
- Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44) [3]	1.679	1.679	---	---	---	---	0
- Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	1.578	1.023	---	---	---	555	0
- Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben (OGr. 46)	0	0	---	---	---	0	---
- Bezüge und Nebenleistungen (OGr. 42)	187.591	171.756	121.934	49.006	816	15.835	0

1) Die Darstellung der Stellen der Universitäten in den Wirtschaftsplänen entfällt (§ 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG)
2) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen
3) Die Beihilfen für den Kernhaushalt und die Landesbetriebe werden zusammen in der HGr. 4 veranschlagt
4) Enthält die Bereiche: Stiftungshochschulen, Häfen- und Schifffahrtsverwaltung und Anstalt Niedersächsische Landesforsten

Ermächtigungen für Personalausgaben

EPL: 09 (ML)

		Finanziert aus HGr. 4 (Kernhaushalt)				(Teil)-finanziert aus HGr. 6	nachrichtlich:
	Summe HGr. 4 und 6	**Summe HGr. 4**	**PKB**	**nicht PKB (ohne Titelgruppen)**	**Titelgruppen-personal**	**Landesbetriebe nach § 26 LHO**	**Aus-gliederungen [4]**
Stellen aus Stellenplänen usw. [2]	2.009	2.009	1.886	123	---	0	
Stellen aus Wirtschaftsplänen	18	---	---	---	---	18 [1]	
Stellen insgesamt	2.027	2.009	1.886	123	---	18	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	1.740,62	1.740,62	1.740,62	---	---	---	
Personalausgaben insgesamt (in Tsd. EUR)	87.054	86.338	78.986	3.210	2.238	716	69.500
- Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	1	1	---	---	---	---	---
- Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	0	0	---	---	---	0	---
- Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44) [3]	1.696	1.696	---	---	---	---	0
- Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	207	207	---	---	---	0	0
- Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben (OGr. 46)	0	0	---	---	---	0	---
- Bezüge und Nebenleistungen (OGr. 42)	85.150	84.434	78.986	3.210	2.238	716	69.500

1) Die Darstellung der Stellen der Universitäten in den Wirtschaftsplänen entfällt (§ 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG)
2) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen
3) Die Beihilfen für den Kernhaushalt und die Landesbetriebe werden zusammen in der HGr. 4 veranschlagt
4) Enthält die Bereiche: Stiftungshochschulen, Häfen- und Schifffahrtsverwaltung und Anstalt Niedersächsische Landesforsten

Ermächtigungen für Personalausgaben

EPL: 11 (MJ)

		Finanziert aus HGr. 4 (Kernhaushalt)				(Teil)-finanziert aus HGr. 6	nachrichtlich:
	Summe HGr. 4 und 6	**Summe HGr. 4**	**PKB**	**nicht PKB (ohne Titelgruppen)**	**Titelgruppen-personal**	**Landesbetriebe nach § 26 LHO**	**Aus-gliederungen [4]**
Stellen aus Stellenplänen usw. [2]	16.508	16.508	14.178	2.330	---	0	
Stellen aus Wirtschaftsplänen	5	---	---	---	---	5 [1]	
Stellen insgesamt	16.513	16.508	14.178	2.330	---	5	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	13.684,93	13.684,93	13.684,93	---	---	---	
Personalausgaben insgesamt (in Tsd. EUR)	610.654	610.412	526.736	27.334	61	242	0
- Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	3.320	3.320	---	---	---	---	---
- Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	0	0	---	---	---	0	---
- Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44) [3]	22.046	22.046	---	---	---	---	0
- Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	31.157	30.915	---	---	---	242	0
- Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben (OGr. 46)	0	0	---	---	---	0	---
- Bezüge und Nebenleistungen (OGr. 42)	554.131	554.131	526.736	27.334	61	0	0

1) Die Darstellung der Stellen der Universitäten in den Wirtschaftsplänen entfällt (§ 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG)
2) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen
3) Die Beihilfen für den Kernhaushalt und die Landesbetriebe werden zusammen in der HGr. 4 veranschlagt
4) Enthält die Bereiche: Stiftungshochschulen, Häfen- und Schifffahrtsverwaltung und Anstalt Niedersächsische Landesforsten

Ermächtigungen für Personalausgaben

EPL: 12 (Staatsgerichtshof)

		Finanziert aus HGr. 4 (Kernhaushalt)				(Teil)-finanziert aus HGr. 6	nachrichtlich:
	Summe HGr. 4 und 6	Summe HGr. 4	PKB	nicht PKB (ohne Titelgruppen)	Titelgruppen-personal	Landesbetriebe nach § 26 LHO	Aus-gliederungen [4]
Stellen aus Stellenplänen usw. [2]	1	1	1	0	---	0	
Stellen aus Wirtschaftsplänen	0	---	---	---	---	0 [1]	
Stellen insgesamt	1	1	1	0	---	0	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	0,50	0,50	0,50	---	---	---	
Personalausgaben insgesamt (in Tsd. EUR)	161	161	17	62	0	0	0
- Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	82	82	---	---	---	---	---
- Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	0		---	---	---	0	---
- Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44) [3]	0		---	---	---	---	0
- Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	0		---	---	---	0	0
- Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben (OGr. 46)	0		---	---	---	0	---
- Bezüge und Nebenleistungen (OGr. 42)	79	79	17	62	0	0	0

1) Die Darstellung der Stellen der Universitäten in den Wirtschaftsplänen entfällt (§ 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG)
2) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen
3) Die Beihilfen für den Kernhaushalt und die Landesbetriebe werden zusammen in der HGr. 4 veranschlagt
4) Enthält die Bereiche: Stiftungshochschulen, Häfen- und Schifffahrtsverwaltung und Anstalt Niedersächsische Landesforsten

Ermächtigungen für Personalausgaben

EPL: 13 (Allgem. Finanzverwaltung)

		Finanziert aus HGr. 4 (Kernhaushalt)				(Teil)-finanziert aus HGr. 6	nachrichtlich:
	Summe HGr. 4 und 6	**Summe HGr. 4**	**PKB**	**nicht PKB (ohne Titelgruppen)**	**Titelgruppen-personal**	**Landesbetriebe nach § 26 LHO**	**Aus-gliederungen [4]**
Stellen aus Stellenplänen usw. [2]	0	0	0	0	---	0	
Stellen aus Wirtschaftsplänen	0	---	---	---	---	0 [1]	
Stellen insgesamt	0	0	0	0	---	0	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	0,00	0,00	0,00	---	---	---	
Personalausgaben insgesamt (in Tsd. EUR)	2.540.321	2.533.249	0	45.265	2.527	7.072	2.501
- Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	0	0	---	---	---	---	---
- Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	2.009.198	2.009.198	---	---	---	0	---
- Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44) [3]	278.785	278.785	---	---	---	---	0
- Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	2	2	---	---	---	0	0
- Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben (OGr. 46)	197.472	197.472	---	---	---	0	---
- Bezüge und Nebenleistungen (OGr. 42)	54.864	47.792	0	45.265	2.527	7.072	2.501

1) Die Darstellung der Stellen der Universitäten in den Wirtschaftsplänen entfällt (§ 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG)
2) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen
3) Die Beihilfen für den Kernhaushalt und die Landesbetriebe werden zusammen in der HGr. 4 veranschlagt
4) Enthält die Bereiche: Stiftungshochschulen, Häfen- und Schifffahrtsverwaltung und Anstalt Niedersächsische Landesforsten

Ermächtigungen für Personalausgaben

EPL: 14 (LRH)

		Finanziert aus HGr. 4 (Kernhaushalt)				(Teil)-finanziert aus HGr. 6	nachrichtlich:
	Summe HGr. 4 und 6	**Summe HGr. 4**	**PKB**	**nicht PKB (ohne Titelgruppen)**	**Titelgruppen-personal**	**Landesbetriebe nach § 26 LHO**	**Aus-gliederungen [4]**
Stellen aus Stellenplänen usw. [2]	198	198	198	0	---	0	
Stellen aus Wirtschaftsplänen	0	---	---	---	---	0 [1]	
Stellen insgesamt	198	198	198	0	---	0	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	184,79	184,79	184,79	---	---	---	
Personalausgaben insgesamt (in Tsd. EUR)	9.801	9.801	9.431	0	0	0	0
- Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	0		---	---	---	---	---
- Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	0		---	---	---	0	---
- Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44) [3]	345	345	---	---	---	---	0
- Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	25	25	---	---	---	0	0
- Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben (OGr. 46)	0		---	---	---	0	---
- Bezüge und Nebenleistungen (OGr. 42)	9.431	9.431	9.431	0	0	0	0

1) Die Darstellung der Stellen der Universitäten in den Wirtschaftsplänen entfällt (§ 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG)
2) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen
3) Die Beihilfen für den Kernhaushalt und die Landesbetriebe werden zusammen in der HGr. 4 veranschlagt
4) Enthält die Bereiche: Stiftungshochschulen, Häfen- und Schifffahrtsverwaltung und Anstalt Niedersächsische Landesforsten

Ermächtigungen für Personalausgaben

EPL: 15 (MU)

		Finanziert aus HGr. 4 (Kernhaushalt)				(Teil)-finanziert aus HGr. 6	nachrichtlich:
	Summe HGr. 4 und 6	**Summe HGr. 4**	**PKB**	**nicht PKB (ohne Titelgruppen)**	**Titelgruppen-personal**	**Landesbetriebe nach § 26 LHO**	**Aus-gliederungen [4]**
Stellen aus Stellenplänen usw. [2]	1.436	1.199	1.169	30	---	237	
Stellen aus Wirtschaftsplänen	986	---	---	---	---	986 [1]	
Stellen insgesamt	2.422	1.199	1.169	30	---	1.223	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	1.092,04	1.092,04	1.092,04	---	---	---	
Personalausgaben insgesamt (in Tsd. EUR)	119.285	54.941	51.318	481	939	64.344	0
- Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	15	15	---	---	---	---	---
- Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	0	0	---	---	---	0	---
- Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44) [3]	2.090	2.090	---	---	---	---	0
- Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	118	118	---	---	**20**	0	0
- Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben (OGr. 46)	0	0	---	---	---	0	---
- Bezüge und Nebenleistungen (OGr. 42)	117.062	52.718	51.318	481	919	64.344	0

1) Die Darstellung der Stellen der Universitäten in den Wirtschaftsplänen entfällt (§ 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG)
2) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen
3) Die Beihilfen für den Kernhaushalt und die Landesbetriebe werden zusammen in der HGr. 4 veranschlagt
4) Enthält die Bereiche: Stiftungshochschulen, Häfen- und Schifffahrtsverwaltung und Anstalt Niedersächsische Landesforsten

Haushaltsplan

für das

Haushaltsjahr 2007

Einzelplan 01

Landtag

Vorwort zum Einzelplan 01

Dem am 02. Februar 2003 gewählten Landtag der 15. Wahlperiode gehören 183 Abgeordnete an. Die Fraktion der CDU hat 91, die der SPD 63, die der FDP 15 und die von Bündnis 90/Die Grünen 14 Mitglieder. Die Abgeordneten sind auf fünf Jahre gewählt.

Der Einzelplan 01 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Landtages und seiner Verwaltung.

Die Verwaltung des Landtages ist eine oberste Landesbehörde.

Haushaltsjahr 2007

Epl. 01 **Übersicht über die Einnahmen, Ausga**

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0101	Landtag	—	81	—	—	81	34.204	2.858
	Summe 2007	—	81	—	—	81	34.204	2.858
	Summe 2006	—	81	—	—	81	33.927	3.095
	2007 mehr(+)/weniger(-)	—	—	—	—	—	+277	–237

ben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 01**

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2007 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2006 Überschuss Zuschuss (-)	2007 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungsermächtigungen
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
7.797	—	242	—	45.101	–45.020	–44.935	–85	—
7.797	—	242	—	45.101	–45.020	–44.935	–85	—
7.664	—	330	—	45.016				—
+133	—	–88	—	+85				—

Einzelplan 01 Landtag
Kapitel 0101 Landtag

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-1	011	Vermischte Einnahmen		4	4	—	16
119 02-0	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen, Gesetzesmaterialien, Drucksachen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt bzw. unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*		9	9	—	11
119 04-6	011	Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen an Landesbedienstete *Vgl. K-Vermerk zu 546 04.*		—	—	—	45
119 10-0	011	Einnahmen aus dem Verkauf von Gegenständen und Veröffentlichungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit *Vgl. K-Vermerk zu 531 10.*		—	—	—	0
124 01-5	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung **** Nach § 63 Abs. 5 i. V. m. § 63 Abs. 3 LHO wird zugelassen, dass die Landespressekonferenz unentgeltlich ein Büro und bei Bedarf den Vortragsraum 2 nutzt. Ebenso steht der Parlamentarischen Vereinigung Niedersachsen e. V. ein Büro kostenlos zur Verfügung.* *Die Reinigung und Heizung dieser Räume sowie die Lieferung von Strom und Wasser erfolgt unentgeltlich.* *Außerdem wird zugelassen, dass den öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk- und Fernsehanbietern der für ihre Berichterstattung aus dem Landtag und für ihre Beteiligung an Veranstaltungen des Landtages erforderliche Strom unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird.*		68	68	—	42
132 01-8	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	6
132 10-7	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge *Vgl. K-Vermerk zu 811 10.*		—	—	—	113
282 12-5	011	Zuschüsse Dritter *Vgl. K-Vermerk zu 531 12.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
411 10-3	011	Aufwendungen für Abgeordnete *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 411 10, 411 11 und 411 12.* **** Der Präsident hat freie Amtswohnung mit Ausstattung.* *Die Abgeordneten erhalten bei Benutzung von Kraftwagen einschließlich Taxen und Mietwagen zwischen Wohngemeinde und Ort der Veranstaltung eine Entschädigung von 0,30 EUR je km.*	—	15.590	15.590	—	15.059
411 11-1	011	Aufwendungen für frühere Abgeordnete und deren Hinterbliebene *Vgl. D-Vermerk zu 411 10.*	—	7.150	6.895	+255	6.670
411 12-0	011	Aufwendungen für die Beschäftigung von Schreib- und Bürokräften nach § 7 Abs. 2 NAbgG *Vgl. D-Vermerk zu 411 10.*	—	3.530	3.525	+5	3.517

ERLÄUTERUNGEN

Zu 411 10

	Tsd. EUR
1. Grundentschädigung	11 250
2. Aufwandsentschädigung	
a) gem. § 7 NAbgG	2 250
b) Reisekosten (auch für gewählte Personen in der Zeit bis zum Beginn der Wahlperiode)	1 600
3. Leistungen für Krankheits- und Pflegefälle	450
4. Unterstützungen in Notfällen an Abgeordnete Die Unterstützungen werden nach den Richtlinien des Präsidiums gewährt.	20
5. Ersatz von Schäden	20
Zusammen	15 590

Zu 411 11

	Tsd. EUR
1. Übergangsgelder, Altersrenten/Altersentschädigungen, Witwenrenten/Witwenentschädigungen, Waisenentschädigungen und Überbrückungsgelder	6 780
2. Leistungen für Krankheits- und Pflegefälle	250
3. Versorgungsabfindungen	100
4. Unterstützungen an frühere Abgeordnete und Hinterbliebene, wenn ein besonderer Notfall vorliegt oder wenn ein angemessenes Einkommen fehlt. Die Unterstützungen werden nach den Richtlinien des Präsidiums gewährt.	20
Zusammen	7 150

Zu 411 12

Als Aufwandsentschädigungen gem. § 7 NAbgG:
Vergütungen der Schreib- und Bürokräfte der Abgeordneten.

Einzelplan 01 Landtag
Kapitel 0101 Landtag

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
412 10-0	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 71 Abs. 7 Nds. PersVG und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	1	—	+1	—
422 01-6	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	7.475	7.481	–6	2.593
422 04-0	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	—	—	—	—
422 06-7	011	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 09-1	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-9	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	25
425 01-5	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	3.217
425 04-0	011	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	3
425 06-6	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-1	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	625
426 06-2	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	–4
427 01-8	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	284	260	+24	176
441 01-0	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	167	169	–2	159
441 02-9	940	Beihilfen für Angestellte	—	1	1	—	1
441 03-7	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	1	—	0
443 01-3	940	Fürsorgeleistungen	—	1	1	—	0
443 02-1	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
453 01-9	011	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	4	4	—	2
511 01-9	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 514 01, 517 01, 518 01, 518 02, 519 01, 523 10, 525 01, 526 01, 526 02, 527 01, 527 02, 541 10, 541 11, 546 01, 546 02, 547 10 und 547 11.*	—	364	364	—	307
514 01-8	011	Haltung von Dienstfahrzeugen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	43	43	—	42
517 01-7	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	1.000	1.070	–70	866
518 01-3	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	47	47	—	46

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 412 10

Die/der Vorsitzende einer Einigungsstelle – § 71 Abs. 7 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz – erhält eine angemessene Vergütung, deren Höhe das Finanzministerium nach pauschalen Sätzen bestimmt.

Zu 422 01

In dem Personalkostenbudget sind enthalten:
120 800 EUR für 4 ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiterinnen – sämtlich im Reinigungsdienst –, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu 422 04

Bei Bedarf können nicht benötigte Mittel des Personalkostenbudgets für Ausgaben bei Titel 422 04, 422 06, 422 09, 425 04, 425 06 und 426 06 herangezogen werden.

Zu 422 06

Insbesondere für Beamtinnen und Beamte des einfachen Dienstes im Sitzungsdienst.

Zu 426 06

Überstundenlöhne insbesondere für Mitarbeiter des haustechnischen Dienstes.

Zu 427 01

		Tsd. EUR
Für Hilfs- und Aushilfskräfte		
1.	Stenografen	160
2.	Plenar-/Besucherdienst	113
3.	Sonstige	11
	Zusammen	284

Zu 511 01

		Tsd. EUR
1.	Geschäftsbedarf	133
2.	Bücher und Zeitschriften	42
3.	Post-/Fernmeldegebühren	110
4.	Unterhaltung der Geräte	39
5.	Ersatz und Ergänzung der Geräte	37
6.	Dienstkleidung	3
	Zusammen	364

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	5	5	5

Zu 517 01

		Tsd. EUR
1.	Unterhaltung der Grundstücke	400
2.	Reinigungskosten	310
3.	Heizung, Strom	290
	Zusammen	1 000

Einzelplan 01 Landtag
Kapitel 0101 Landtag

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
518 02-1	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	140	140	—	91
519 01-0	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	120	220	–100	117
523 10-6	011	Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	95	95	—	109
523 11-4	011	Erwerb und Unterhaltung von Kunstwerken für das Landtagsgebäude *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 523 11 und 812 11.*	—	3	3	—	—
525 01-0	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	20	20	—	9
526 01-6	011	Sachverständige *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die Erläuterungen zu Nr. 3 und 4 verbindlich.*	—	25	25	—	21
526 02-4	011	Gerichts- und ähnliche Kosten *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	8	8	—	22
527 01-2	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	35	25	+10	34
527 02-0	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	—
529 10-4	011	Verfügungsmittel	—	46	46	—	35
531 10-9	019	Öffentlichkeitsarbeit und Einführung von Gruppen in die Arbeit des Parlaments *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 10.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 531 10, 531 11 und 531 12.* **** Mittel dürfen in dem Umfang nicht in Anspruch genommen werden, in dem bei 531 12 Mittel zur Verfügung stehen.*	—	381	320	+61	288
531 11-7	011	Veranstaltungen des Landtages *Vgl. D-Vermerk zu 531 10.*	—	95	116	–21	84
531 12-5	011	Verwendung der Zuschüsse Dritter *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 12.* *Vgl. D-Vermerk zu 531 10.*	—	—	—	—	—
541 10-4	011	Ausgaben für die Durchführung von Landtagsausschusssitzungen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	57	98	–41	30
541 11-2	011	Nicht aufteilbarer Aufwand im Rahmen des "Hanse Passage-Programms" *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	5	5	—	0
546 01-7	011	Vermischte Ausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	—
546 02-5	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	1	1	—	0

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 518 02

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	120	—	—	120
2008	70	—	—	70
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	190	—	—	190

Zu 519 01

		Tsd. EUR
1.	Unterhaltungsarbeiten	70
2.	Betriebliche Einbauten	29
3.	Vor-/Ziergärten, Grünanlagen	21
	Zusammen	120

Zu 526 01

Gemäß Haushaltsvermerk sind die Erläuterungen zu Nr. 3 und 4 verbindlich.

		Tsd. EUR
1.	(Amts)ärztliche und Röntgenschirmbilduntersuchungen	1
2.	Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	1
3.	Kontrollkommission nach Art. 10 GG	
	a) Aufwandsentschädigungen	15
	b) Reisekosten	1
	c) Kosten der Geschäftsstelle	1
4.	Kosten der Kommission gem. § 25 Abs. 2 NAbgG	1
5.	Arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung	5
	Zusammen	25

Zu 3.:
Die Mitglieder der Kommission gemäß § 3 NAusfG zu Art. 10 GG und deren Vertreter erhalten für ihre ehrenamtliche Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 205 EUR monatlich.

Zu 4.:
Mitglieder der Kommission gem. § 25 Abs. 2 NAbgG können zur Abgeltung ihrer Kosten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 77 EUR je Sitzung und Reisekosten in Anlehnung an die für Abgeordnete gültigen Regelungen im NAbgG erhalten.

Zu 529 10

Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Es stehen dem Präsidenten 33 500 EUR, jedem der vier Vizepräsidenten 2 700 EUR und der Verwaltung 1 700 EUR zur Verfügung. Mitveranschlagt sind Reisekosten für Fachpersonal, das die Präsidentin/den Präsidenten auf Reisen begleitet.

Zu 531 10

Allgemeine Kosten der Öffentlichkeitsarbeit, u. a. Fahrtkosten für Besuchergruppen, Internetpräsentation, Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche, Veranstaltungen (z. B. zur Landesgeschichte) und Ausstellungen im Landtag sowie Broschüren und Begleitmaterial.

Zu 531 11

Der Ansatz schließt die Kosten für Repräsentationsgeschenke, soweit diese nicht aus Titel 529 10 zu beschaffen sind, und die Kosten der Kontakte zum Kosovo und der Hilfevermittlung ein. Kulturelle Veranstaltungen werden bei 531 10 nachgewiesen. Mitveranschlagt sind Reisekosten für Fachpersonal und Pressevertreter, die das Präsidium auf Reisen begleiten.

Zu 541 10

		Tsd. EUR
1.	Ausländerkommission	4
2.	Anhörungen, Enquete-Kommission	50
3.	Parlament. UntersuchungsA	3
	Zusammen	57

Einzelplan 01 Landtag
Kapitel 0101 Landtag

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
546 04-1	011	Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 04.*	—	—	—	—	44
547 10-2	011	Dienstleistungen Außenstehender - dpa - *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	87	87	—	85
547 11-0	011	Dienstleistungen Außenstehender *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	20	28	–8	48
632 10-0	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	18	18	—	16
681 10-0	011	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	3	—	+3	49
681 11-9	011	Mittel für Hilfeleistungen im Rahmen ausländischer Kontakte	—	10	—	+10	—
684 10-0	019	Staatliche Mittel für Parteien und Einzelbewerber *Übertragbar.*	—	2.000	2.000	—	1.962
684 11-8	011	Zahlungen an die Fraktionen des Landtages **** Die Fraktionen erhalten neben den Zuschüssen zur Deckung ihres allgemeinen Bedarfs in dem bisherigen Rahmen unentgeltlich folgende Sach- und Dienstleistungen:* *1. Die Bereitstellung und Unterhaltung von Büro- und Sitzungsräumen einschließlich Mikrofonanlagen in den Räumen 117 und 122 sowie einer grundsätzlich einheitlichen Ausstattung an Tischen, Stühlen und Schränken,* *2. die Bereitstellung von Projektionsgeräten der Landtagsverwaltung (z.B. Beamer, Tageslichtschreiber und Leinwand), soweit die Geräte im Einzelfall zur Erfüllung der Aufgaben der Landtagsverwaltung nicht benötigt werden,* *3. die Reinigung und Heizung der Räume, die Lieferung von Strom und Wasser,* *4. die Bereitstellung der Telekommunikationsanlage des Landtages, des EDV-Netzes und eingerichteter zentraler Informations- und Kommunikationseinrichtungen einschließlich der für den jeweiligen Anschluss erforderlichen Kopplungselemente, aber mit Ausnahme der anfallenden Nutzungs- und Übertragungsgebühren, die von den Fraktionen zu tragen sind,* *5. die Weiterleitung der Postsendungen und die Durchführung von Umzügen,* *6. Berechnung von Vergütungen und Beihilfen für beurlaubte Beamtinnen und Beamte durch das NLBV.* *Über das Nähere entscheidet die Präsidentin/der Präsident.* *Die Fraktionen sind von der Zahlung von Versorgungsabschlägen für beurlaubte Beamtinnen und Beamte befreit.*	—	5.750	5.630	+120	5.624
686 10-2	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	6	6	—	6
811 10-1	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 10.*	—	—	—	—	113
812 10-8	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	61	90	–29	19

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 632 10

Anteilmäßige Kostenerstattung an die Verwaltung des Landtages Nordrhein-Westfalen, die im Einvernehmen mit den anderen Landtagsverwaltungen die Herausgabe des Parlamentsspiegels bearbeitet.

Zu 684 10

Zahlungen aufgrund des Parteiengesetzes und des Niedersächsischen Landeswahlgesetzes.

Zu 684 11

Die Berechnung richtet sich nach §§ 30 bis 33 d des Niedersächsischen Abgeordnetengesetzes.

Zu 686 10

Für Mitgliedschaften bei Vereinigungen u.a., an denen ein dienstliches Interesse besteht.

Zu 812 10

		Tsd. EUR
1.	Ergänzung/Ersatz Geräte und Möbel	31
2.	Präsentationstechnik	8
3.	Ersatz Stellwände für Ausstellungen	22
	Zusammen	61

Einzelplan 01 Landtag
Kapitel 0101 Landtag

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 11-6	011	Erwerb von Kunstwerken für das Landtagsgebäude *Vgl. D-Vermerk zu 523 11.*	—	20	8	+12	11
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(437)	(576)	(–139)	(486)
511 99-0	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	186	199	–13	101
518 98-6	011	Mieten und Pachten für Software	—	—	—	—	9
518 99-4	011	Mieten und Pachten für Hardware	—	—	—	—	—
525 98-2	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten IZN	—	2	5	–3	—
525 99-0	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	12	15	–3	13
538 98-7	011	Dienstleistungen des IZN	—	2	1	+1	10
538 99-5	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	64	114	–50	215
671 99-7	011	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme von Fremddatenbanken	—	10	10	—	8
812 99-0	011	Erwerb von Geräten und Programmen	—	161	232	–71	130
		Abschluss Kapitel 0101					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		81	81	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		81	81	—	
		4 Personalausgaben	—	34.204	33.927	+277	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	2.858	3.095	–237	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	7.797	7.664	+133	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	242	330	–88	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	45.101	45.016	+85	
		Zuschuss		45.020	44.935	+85	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 812 11

Für die Ausstattung des Landtagsgebäudes.

Zu 511 99

		Tsd. EUR
1.	Geschäftsbedarf	18
2.	Bücher und Zeitschriften	1
3.	Post-/Fernmeldegebühren	2
4.	Unterhaltung der Geräte	165
	Zusammen	186

Zu 671 99

U. a. Benutzergebühren insbesondere für JURIS.

Zu 812 99

Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von Geräten, Programmen und Ausstattungsgegenständen.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 01					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		81	81	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		81	81	—	
		4 Personalausgaben	—	34.204	33.927	+277	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	2.858	3.095	–237	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	7.797	7.664	+133	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	242	330	–88	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	45.101	45.016	+85	
		Zuschuss		45.020	44.935	+85	

Einzelplan 01

Landtag

Übersicht über das Beschäftigungsvolumen, das Personalkostenbudget und die Stellen

(bisher: Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise)

für das

Haushaltsjahr 2007

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
162,71	162,71	161,71

Zugänge

-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00

Abgänge

-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
7.475	7.481	6.460

Einzelplan 01 Niedersächsischer Landtag
Kapitel 01 01 Niedersächsischer Landtag

Stellen

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Planmäßige Beamte/-innen
			Feste Gehälter:
B 9[1])	1	1	Direktor/-in beim Landtag
B 6	1	1	Ministerialdirigent/-in
B 5	1	1	Ministerialdirigent/-in
B 5	2	2	Parlamentsrat/-rätin
B 3	1	1	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin
B 3	2	2	Ministerialrat/-rätin
B 2	3	3	Ministerialrat/-rätin
			Aufsteigende Gehälter:
A 16[3])	5	5	Ministerialrat/-rätin
A 15	9	9	Direktor/-in
A 14[4])[10])	5	5	Oberrat/-rätin
A 13[8])	14	14	Oberamtsrat/-rätin
A 12	6	6	Amtsrat/-rätin
A 11	4	4	Amtmann/-männin/-frau
A 10	2	2	Oberinspektor/-in
A 9[2])	1	1	Amtsinspektor/-in
A 6	4	4	Oberamtsmeister/-in
A 5	12	12	Oberamtsmeister/-in
	73	73	Zusammen

Haushaltsvermerke

Allgemeiner Haushaltsvermerk für den Epl. 01:

Abweichend von § 49 Abs. 3 LHO und Nr. 2 der Allgemeinen Bestimmungen zu den Personalausgaben dürfen Planstellen des höheren und gehobenen Dienstes und vergleichbare Stellen für Angestellte auch mit Angestellten einer vergleichbar niedrigeren Laufbahngruppe besetzt werden, soweit sie sich in einer Ausbildung als Nachwuchsstenograph befinden oder eine für den Erwerb der Befähigung für die Laufbahn des höheren Stenographischen Dienstes in der Landtagsverwaltung erforderliche hauptberufliche Tätigkeit ausüben.

[1]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zu Bes.-Gr. B 9 LBesO.

[2]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[3]) 1 Stelle ku nach Bes.-Gr. A 15 mit dem Ausscheiden des Stelleninhabers (Stellen-Nr. 5).

[4]) 3 Stellen können wahlweise mit Richtern/-innen der Bes.-Gr. R 1 und/oder R 2 besetzt werden.

[8]) 1 Stelle darf bis zum 30. 04. 2007 (in Höhe von 50 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[10]) 1 Planstelle steht ausschließlich zur befristeten Verwendung einer persönlichen Referentin/eines persönlichen Referenten der jeweiligen Landtagspräsidentin/des jeweiligen Landtagspräsidenten zur Verfügung.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 7 zu Bes.-Gr. A 10 (kw) wurde vollzogen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 8 zu Bes.-Gr. A 13 (1 Stelle darf (in Höhe von 50 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden) wurde geändert.

Einzelplan 01 Niedersächsischer Landtag
Kapitel 01 01 Niedersächsischer Landtag

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte
I a	2	2	
II a[2])[4])	5	5	
III	4	4	
IV a[1])	9	9	
V b[1])	7	7	
V c	25	25	
VI b	8	8	
VII	3	3	
VIII	5	5	
IX b–VII[3])	8	8	
	76	76	Zusammen
			Leerstellen:
IX b–VII[5])	1	1	

Haushaltsvermerke

Allgemeiner Haushaltsvermerk für den Epl. 01:

Abweichend von § 49 Abs. 3 LHO und Nr. 2 der Allgemeinen Bestimmungen zu den Personalausgaben dürfen Planstellen des höheren und gehobenen Dienstes und vergleichbare Stellen für Angestellte auch mit Angestellten einer vergleichbar niedrigeren Laufbahngruppe besetzt werden, soweit sie sich in einer Ausbildung als Nachwuchsstenograph befinden oder eine für den Erwerb der Befähigung für die Laufbahn des höheren Stenographischen Dienstes in der Landtagsverwaltung erforderliche hauptberufliche Tätigkeit ausüben.

[1]) Die erste Sekretärin des/der Landtagspräsidenten/-in ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. IV a BAT eingruppiert.

Die zweite Sekretärin des/der Landtagspräsidenten/-in und die Sekretärin des/der Direktors/-in beim Landtag sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Vergütungsgruppe V b BAT eingruppiert.

Die Beschränkung „für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft“ entfällt nach fünfjähriger Bewährung in dieser Tätigkeit.

Die zweite Sekretärin des/der Landtagspräsidenten/-in und die Sekretärin des/der Direktors/-in beim Landtag erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b BAT und Verg.-Gr. IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung sind sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt.

Die Sekretärinnen der Vizepräsidenten/-innen sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Vergütungsgruppe V b BAT eingruppiert.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[2]) 2 (–) kw zum 30. 09. 2007.

[3]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[4]) Abweichend von § 49 Abs. 3 LHO und Nr. 2 der Allgemeinen Bestimmungen zu den Personalausgaben dürfen zwei Stellen auch mit Angestellten einer niedrigeren Vergütungsgruppe besetzt werden.

[5]) kw.

Einzelplan 01 Niedersächsischer Landtag
Kapitel 01 01 Niedersächsischer Landtag

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Arbeiter/-innen	
PaLohn 4 KF	5	5		
5/5 a	4	4		
4/4 a	4	4		
	13	13	Zusammen	

Haushaltsplan

für das

Haushaltsjahr 2007

Einzelplan 02

Staatskanzlei

Vorwort zum Einzelplan 02

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 02 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs der Staatskanzlei, und zwar

- der Staatskanzlei (Kapitel 0201 einschl. Vertretungen des Landes Niedersachsen beim Bund - TGr. 64/65 - und bei der Europäischen Union - TGr. 70/71 -),
- der Allgemeinen Bewilligungen (Kap. 0202),
- des Landesarchivs - budgetierter Verwaltungsbereich nach § 17a LHO (Kapitel 0206),
- der Fachaufgaben der Regierungsvertretungen (Kapitel 0291).

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Durch Beschluss der Landesregierung vom 28.03.2006 wurde mit Wirkung vom 01.07.2006 die Zuständigkeit für die technische Weiterentwicklung des Internetauftritts der Landesverwaltung von der StK auf das MI übertragen.

C. Sonstige Veränderungen

1. Infolge der Änderung gem. Buchst. B erfolgt die Verlagerung der Mittel für die technische Weiterentwicklung des Internets von Kapitel 0202 TGr. 98/99 (Internetauftritt) in das Kapitel 0302 TGr. 87 (Ressortübergreifende Anwendungen der Informations- und Kommunikationstechnik).

2. Entsprechend den Beschlüssen der Landesregierung vom 19.04.2005 und 09.05.2006 zur strategischen Neuausrichtung des Einsatzes der Informationstechnik (IT) in der Landesverwaltung ist der IT-Betrieb (IT einschl. Betriebsverantwortung und Weiterentwicklung) der StK seit dem 01.04.2006 auf der Grundlage einer Vereinbarung dem izn übertragen. Die Ausgaben für die izn-Dienstleistungen werden aus den durch haushaltsneutrale Umschichtungen erhöhten Ansätzen bei Kapitel 0201 TGr. 98/99 geleistet.

D. Hochbaumaßnahmen

Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich der Staatskanzlei sind im Kapitel 2011 des Einzelplans 20 – Hochbauten – ausgewiesen.

Haushaltsjahr 2007

Epl. 02 **Übersicht über die Einnahmen, Ausga**

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0201	Staatskanzlei	—	252	171	—	423	12.247	2.959
0202	Allgemeine Bewilligungen	—	15	25	—	40	3	377
0206	Landesarchiv - budgetiert	—	369	—	—	369	6.939	1.573
0291	Fachaufgaben der Regierungsvertretungen	—	—	—	—	—	165	—
	Summe 2007	—	636	196	—	832	19.354	4.909
	Summe 2006	—	636	196	—	832	19.755	4.778
	2007 mehr(+)/weniger(-)	—	—	—	—	—	–401	+131

ben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 02**

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2007 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2006 Überschuss Zuschuss (-)	2007 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungsermächtigungen
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
50	—	138	1.082	16.476	–16.053	–15.938	–115	—
2.449	—	25	—	2.854	–2.814	–3.148	334	—
—	—	130	1.955	10.597	–10.228	–10.401	173	—
—	—	—	—	165	–165	–163	–2	—
2.499	—	293	3.037	30.092	–29.260	–29.650	390	—
2.479	—	375	3.095	30.482				30
+20	—	–82	–58	–390				–30

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0201 Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-3	011	Vermischte Einnahmen		20	20	—	8
119 02-1	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		24	24	—	23
119 03-0	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		110	110	—	86
119 30-7	011	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr		—	—	—	—
119 41-2	011	Rückzahlung von Überzahlungen		1	1	—	—
119 46-3	011	Ersatzleistungen		1	1	—	—
124 01-7	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		5	5	—	5
125 61-7	859	Erlöse der Gästehäuser, sonstige Dienstleistungen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		46	46	—	53
132 01-0	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen *Vgl. K-Vermerk zu 531 11, 531 12 und 531 13.*		1	1	—	0
132 10-9	011	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen *Vgl. K-Vermerk zu 811 01.*		—	—	—	50
132 11-7	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge *Vgl. K-Vermerk zu 811 11.*		—	—	—	75
282 68-2	011	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.*		—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 64		**Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund**		(172)	(172)	(—)	(499)
124 64-5	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		1	1	—	—
132 64-8	011	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen *Vgl. K-Vermerk zu 811 64.*		—	—	—	—
231 64-6	011	Zuweisungen d.Presse-und Informationsamtes d.Bundesregierung zu d.staatsbürgerlichen Bildungsveranstaltungen d.Landesvertretung *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		19	19	—	20
232 64-2	011	Erstattungen des Landes Schleswig-Holstein für die gemeinsame Nutzung der Landesvertretung in Berlin *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		1	1	—	130
281 64-3	011	Kostenerstattungen Dritter für Veranstaltungen in der Landesvertretung *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		150	150	—	232
282 64-0	011	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		1	1	—	117

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 119 02

Abgabe kann bei Bedarf unentgeltlich an öffentliche Dienststellen und Institutionen zu wissenschaftlichen und zu Austauschzwecken erfolgen.

Zu 119 03

	2007 1000 EUR
Abführung aufgrund des § 5 Abs. 3 des Ministergesetzes in der jeweils geltenden Fassung	110
Abführung aufgrund des § 75 a Abs. 2 NBG	
Zusammen	110

Zu 124 01

	2007 1000 EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	5
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	
5. Sonstige Mieten und Pachten	
Zusammen	5

Zu 125 61

Einnahmen aus der Bewirtschaftung des Hauses der Landesregierung in Hannover, Lüerstr. 5.
Vgl. TGr. 61.

Zu 231 64

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gewährt Zuweisungen zu staatsbürgerlichen Bildungsveranstaltungen.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0201 Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 70		**Vertretung des Landes Niedersachsen bei der Europäischen Union**		(43)	(43)	(—)	(60)
124 70-0	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		43	43	—	28
132 70-2	011	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen *Vgl. K-Vermerk zu 811 70.*		—	—	—	—
281 70-8	011	Kostenerstattungen Dritter für Veranstaltungen in der Landesvertretung *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 70.*		—	—	—	2
282 70-4	011	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 70.*		—	—	—	30
		A U S G A B E N					
412 10-1	011	Vergütung der Vorsitzenden der Einigungsstellen gem. § 71 Abs. 7 NPersVG	—	1	1	—	—
421 01-1	011	Bezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten	—	163	163	—	162
421 02-0	011	Bezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten, der Ministerin oder des Ministers - Übergangsgeld -	—	—	—	—	14
422 01-8	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	11.345	11.609	–264	5.641
422 19-0	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	77
425 01-7	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.878
425 04-1	011	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	36	25	+11	20
425 06-8	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	3	3	—	1
425 10-6	011	Vergütung der stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 31-9	011	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
426 01-3	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	805
426 04-8	011	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	14	11	+3	10
426 06-4	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	2	3	–1	1
426 10-2	011	Löhne der stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-0	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	3	3	—	—
427 39-7	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	4	–4	—
441 01-2	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	362	380	–18	351
441 02-0	940	Beihilfen für Angestellte	—	3	3	—	1
441 03-9	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	1	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 422 01

In dem Personalkostenbudget sind enthalten:
69 000 EUR für 3 (3) ständig nicht vollbeschäftigte Kräfte im Haus der Landesregierung im Haus- und Küchendienst, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt. Sie erhalten für die Dauer der Tätigkeit im Haus der Landesregierung eine übertarifliche Zulage von je 115,04 EUR monatlich.

Zu 425 04

Veranschlagt sind 36 000 EUR für 3 (3) in der StK beschäftigte Auszubildende (Kauffrau/Kaufmann für Bürokommunikation, Fachinformatiker/-in).

Zu 425 31

Leistungen gemäß Vereinbarungen zu § 81 NPersVG über Personalabbau durch Auflösungsverträge mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern.

Zu 426 04

Veranschlagt sind 14 000 EUR für 2 (1) bei der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund beschäftigte Auszubildende (Fachgehilfe im Gastgewerbe).

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0201 Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
441 04-7	940	Beihilfen für Sonstige	—	6	6	—	—
443 01-5	940	Fürsorgeleistungen	—	1	1	—	0
453 01-0	011	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	100	100	—	133
511 01-0	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 514 01, 517 01, 518 01, 518 02, 519 01, 519 02, 525 01, 526 01, 526 02, 527 01, 527 02, 539 10, 539 11, 546 01, 546 02, 546 03, 546 05 und 546 10.*	—	229	245	–16	240
514 01-0	011	Haltung von Dienstfahrzeugen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	60	70	–10	55
517 01-9	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	272	262	+10	293
518 01-5	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	24	24	—	23
518 02-3	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	64	64	—	63
519 01-1	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	3	3	—	0
519 02-0	011	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	—
525 01-1	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	36	36	—	19
526 01-8	011	Sachverständige *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	13	13	—	12
526 02-6	011	Gerichts- und ähnliche Kosten *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	15	—	+15	9
527 01-4	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	85	85	—	76
527 02-2	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	1	1	—	0
529 10-6	011	Zur Verfügung der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten	—	25	25	—	10
531 11-9	013	Zur Information über das Land Niedersachsen und die Tätigkeit der Landesregierung - Veröffentlichungen- *Übertragbar.* *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 132 01.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 531 11, 531 12 und 531 13.* **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit Gegenstände/ Veröffentlichungen auch unentgeltlich abgegeben werden.*	—	51	51	—	8

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	7	7	7

Zu 529 10

Die Inanspruchnahme der Mittel richtet sich nach dem MF-Schreiben vom 31.07.1986 und den „Richtlinien für die Bewirtschaftung von Verfügungsmitteln“ i. V .m. dem Beschluss der Landesregierung vom 12.12.1995.

Zu 531 11, 531 12 und 531 13

Kosten der Öffentlichkeitsarbeit der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung, u. a. Aufwendungen für Broschüren, Informationsmaterial und kleine Werbegeschenke, Veröffentlichungen, eigene Informationsdienste, Pressekonferenzen und Pressefahrten, Informationsveranstaltungen, Bewirtungskosten im Zusammenhang mit der Presse-, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit; Bezugsgebühren für Nachrichtendienste.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0201 Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
531 12-7	013	Zur Information über das Land Niedersachsen und die Tätigkeit der Landesregierung - Internet - *Übertragbar.* *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 132 01.* *Vgl. D-Vermerk zu 531 11.* **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit Gegenstände/ Veröffentlichungen auch unentgeltlich abgegeben werden.* *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	30	—	+30	—
531 13-5	013	Zur Information über das Land Niedersachsen und die Tätigkeit der Landesregierung - Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit- *Übertragbar.* *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 132 01.* *Vgl. D-Vermerk zu 531 11.* **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit Gegenstände/ Veröffentlichungen auch unentgeltlich abgegeben werden.* *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	354	354	—	225
539 10-1	011	Ehrenzeichen und sonstige Auszeichnungen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	5	5	—	3
539 11-0	011	Niedersächsischer Staatspreis *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	85	43	+42	43
546 01-9	011	Vermischte Ausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	1	1	—	9
546 02-7	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	3	3	—	1
546 03-5	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	2	2	—	2
546 05-1	011	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	—
546 10-8	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	1	1	—	—
546 30-2	011	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr	—	—	—	—	—
547 10-4	011	Dienstleistungen Außenstehender *Übertragbar.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 547 10 und Ausgabetitelgruppe 62.*	—	80	25	+55	—
681 10-2	011	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
811 01-4	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 10.*	—	—	—	—	50

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 539 10

Orden und Ehrenzeichen einschl. Urkunden, insbesondere Nieders. Verdienstorden und Verdienstmedaille für vorbildliche Verdienste um den Nächsten.

Zu 539 11

"Niedersächsischer Staatspreis" für Persönlichkeiten, die sich in den Bereichen Kultur, Frauen, Soziales, Wissenschaft, Umwelt oder Wirtschaft um das Land verdient gemacht haben (Beschlüsse der Landesregierung vom 12. 6. 2001, Nds. MBl. S. 684 und vom 24. 9. 2002, Nds. MBl. 2005 S. 966) einschl. Reisekosten der Jury-Mitglieder, Kosten der Preisverleihung, sonstiger Nebenkosten.

Zu 546 10

Mitgliedschaften des Ministerpräsidenten.

Zu 547 10

Veranschlagt sind u.a. die Kosten für die Pflege und inhaltliche Fortentwicklung des Vorschrifteninformationssystems Niedersachsen -VORIS- der Landesverwaltung.
Die Kosten für den technischen Betrieb des landesweiten Systems sind bei Kapitel 0302 TGr. 87 veranschlagt.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0201 Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
811 11-1	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	—	—	—	75
812 15-0	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
972 11-5	989	Globale Minderausgabe **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	–174	–174	—	—
981 01-7	990	Abführung an 1321-38102	—	1.256	1.298	–42	1.298
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Bewirtschaftung des Hauses der Landesregierung in Hannover, Lüerstraße 5** *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 125 61.*	(—)	(171)	(111)	(+60)	(113)
427 61-3	011	Beschäftigungsentgelte für Aushilfskräfte	—	4	4	—	4
511 61-4	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	10	10	—	8
514 61-3	011	Verbrauchsmittel	—	32	32	—	33
517 61-2	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	41	41	—	46
547 61-9	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	14	14	—	16
812 61-4	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	70	10	+60	6
TGr. 62		**Planungsaufgaben** *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 547 10.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(35)	(35)	(—)	(0)
412 62-4	011	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	—	—	—	—
526 62-0	011	Sachverständige	—	14	14	—	0
531 62-3	011	Veröffentlichungen	—	6	6	—	—
547 62-7	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	15	15	—	—
TGr. 63		**Ehrung der ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger durch die Nds. Landesregierung**	(—)	(20)	(20)	(—)	(19)
547 63-5	019	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	20	20	—	19
685 63-9	019	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 972 11

Zum Ausgleich des Haushalts. Der Beitrag zum Haushaltsausgleich kann auch durch Mehreinnahmen erbracht werden, soweit diesen keine entsprechenden Mehrausgaben gegenüber stehen.

Zu 981 01

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu 812 61

Beschaffung von Einrichtungsgegenständen pp. 70 000 EUR

Zu Titelgruppe 62

Veranschlagt sind hier die Ausgaben im Zusammenhang mit der politischen Planung in Aufgabenfeldern, die unter dem Gesichtspunkt der Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten besondere Bedeutung haben.

Zu Titelgruppe 63

Veranschlagt sind die Kosten für den jährlichen Empfang der Landesregierung zur Ehrung ehrenamtlich tätiger Bürgerinnen und Bürger.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0201 Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 64		**Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund** *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 231 64, 232 64, 281 64 und 282 64.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(582)	(587)	(–5)	(856)
511 64-9	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	119	124	–5	100
514 64-8	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	8	8	—	7
517 64-7	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	179	179	—	344
518 64-3	011	Mieten und Pachten	—	24	24	—	—
519 64-0	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	20	20	—	29
525 64-0	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	4	4	—	3
526 64-6	011	Sachverständige	—	1	1	—	0
527 64-2	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	11	11	—	10
531 64-0	011	Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	5	5	—	4
541 64-5	011	Ausgaben für Veranstaltungen und dergleichen	—	210	210	—	347
547 64-3	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1	1	—	2
811 64-2	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 64.*	—	—	—	—	—
812 64-9	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	10
TGr. 68		**Spenden-Hilfsfonds Transrapid-Unglück** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 68.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *Rückzahlungen können abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.*	(—)	(3)	(—)	(+3)	(—)
546 68-0	011	Vermischte Ausgaben	—	3	—	+3	—
547 68-6	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
681 68-4	011	Unterstützungen und sonstige Geldleistungen	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 64

Veranschlagt sind die Kosten der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund in Berlin, In den Ministergärten 10.

Zu 514 64

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	2	2	2

Zu 541 64

Die Betreuung von Besuchergruppen und die Durchführung von Veranstaltungen aller Art sind wesentliche Aufgaben der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund in Berlin. Sie dienen repräsentativen Zwecken und zur Pflege der Beziehungen zu politischen, ökonomischen und kulturellen Entscheidungsträgern sowie zur positiven Darstellung unseres Landes in diesen Kreisen und in der Öffentlichkeit. Sie sind damit Teil der Lobbyarbeit für Niedersachsen.

Zu Titelgruppe 68

Die TGr. mit korrespondierendem Einnahmetitel dient der Verwaltung des Spendenaufkommens zugunsten der Opfer/Hinterbliebenen des Transrapid-Unglücks in Lathen am 22.09.2006. Aus dem Spendenaufkommen sollen im Sinne der Spender Hilfen als Billigkeitsleistungen (§ 53 LHO) gewährt werden.
Das angesammelte durchschnittliche Spendenguthaben wird pauschal mit 2% p.a. verzinst.
Die Auslagen für den vom Land eingesetzten Beauftragten werden aus Kapitel 0201 TGr. 62 „Planungsaufgaben“ erstattet.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0201 Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 70		**Vertretung des Landes Niedersachsen bei der Europäischen Union** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 70 und 282 70.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(438)	(430)	(+8)	(442)
427 70-2	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	2	2	—	—
429 70-5	011	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	199	171	+28	174
459 70-1	011	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	2	2	—	2
511 70-3	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	25	22	+3	34
514 70-2	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	3	3	—	2
517 70-1	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	135	135	—	142
518 70-8	011	Mieten und Pachten	—	8	8	—	8
519 70-4	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	3	3	—	0
527 70-7	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	9	9	—	10
531 70-4	011	Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	3	3	—	—
541 70-0	011	Ausgaben für Veranstaltungen und dergleichen	—	46	46	—	58
547 70-8	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	3	3	—	2
811 70-7	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 70.*	—	—	23	–23	—
812 70-3	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	9
TGr. 72		**Bürgerschaftliches Engagement** *Übertragbar.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—) (30)	(155)	(55)	(+100)	(34)
511 72-0	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	8	8	—	0
531 72-0	013	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation	—	25	5	+20	4
547 72-4	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	72	12	+60	0
686 72-4	011	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	— 30	50	30	+20	30

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 70

Veranschlagt sind die Kosten der Vertretung des Landes Niedersachsen bei der Europäischen Union in Brüssel, Rue Montoyer 61.

Zu 429 70

Aus den veranschlagten Mitteln wird Vergütung nach belgischem Tarifrecht für vier in der Vertretung in Brüssel beschäftigte Ortskräfte gezahlt.

Zu 514 70

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	1	1	1

Zu 541 70

Die Durchführung von Veranstaltungen sowie Kontaktpflege und Besucherbetreuung gehören zu den zentralen Aufgaben der Vertretung in Brüssel. Mit ihrer Hilfe sollen vor allem der Kommunikationsprozess und die Lobbyfunktion der Vertretung gestärkt werden. Veranschlagt sind die in diesem Zusammenhang anfallenden sächlichen Verwaltungsausgaben.

Zu Titelgruppe 72

Die Mittel sind bestimmt für Maßnahmen, Initiativen und Projekte zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements/ der Bürgergesellschaft (u.a. Mitfinanzierung eines landesweiten Preises zur Förderung der Anerkennungskultur) einschließlich der notwendigen gesellschaftlichen Diskussion über eine neue Aufgabenverteilung zwischen Staat und Gesellschaft.
Mit den im Hj. 2007 zusätzlich bereitgestellten Mitteln sollen Grundlagen für ergänzende Maßnahmen zur Festigung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements geschaffen werden. Die Einführung einer Ehrenamts-Card in Niedersachsen zählt dazu. Erste Maßnahmen zur Umsetzung (Vorarbeiten wie Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden und anderen Einrichtungen, Konzept, Design, Werbemittel u.a.) sollen erfolgen.

Zu 686 72

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	30	—	30
2008	—	—	—	—
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	30	—	30

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0201 Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(511)	(372)	(+139)	(303)
511 99-1	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	19	92	–73	37
514 99-0	011	Verbrauchsmittel	—	26	21	+5	28
525 98-4	019	Kosten für Aus- und Fortbildung beim IZN	—	2	2	—	0
525 99-2	019	Kosten für Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	12	8	+4	4
538 98-9	019	Kosten der Dienstleistungen des IZN	—	293	22	+271	10
538 99-7	019	Kosten der Dienstleistungen Anderer	—	86	35	+51	16
547 99-6	019	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5	5	—	0
812 98-3	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen durch das IZN	—	27	—	+27	—
812 99-1	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	41	187	–146	207
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		1	–1	
		Abschluss Kapitel 0201					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		252	252	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		171	171	—	
		Summe der Einnahmen		423	423	—	
		4 Personalausgaben	—	12.247	12.493	–246	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	2.959	2.494	+465	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	— 30	50	30	+20	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	138	220	–82	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.082	1.124	–42	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 30	16.476	16.361	+115	
		Zuschuss		16.053	15.938	+115	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 98/99

Entsprechend den Beschlüssen der LReg vom 19.04.2005 und 09.05.2006 zur strategischen Neuausrichtung des Einsatzes der Informationstechnik (IT) in der Landesverwaltung ist der IT-Betrieb (IT einschl. Betriebsverantwortung und Weiterentwicklung) der StK seit dem 01.04.2006 auf der Grundlage einer Vereinbarung dem izn übertragen.
Veranschlagt sind die aus der Vereinbarung mit dem izn resultierenden Ausgaben für die StK in Hannover einschl. Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund in Berlin, ferner die sonstigen nicht von der Vereinbarung erfassten IT-Ausgaben. Der IT-Betrieb in der Vertretung des Landes Niedersachsen bei der Europäischen Union in Brüssel obliegt nicht dem izn, sondern erfolgt vor Ort; die Sachausgaben hierfür werden aus Mitteln der TGr. bestritten.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-7	011	Vermischte Einnahmen		10	10	—	2
119 41-6	011	Rückzahlung von Überzahlungen		5	5	—	2
282 71-6	011	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 71.*		—	—	—	34
297 82-9	193	Entnahme aus dem Vermögen der Nord/LB *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82.*		—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 70		**Europäisches Informations-Zentrum (EIZ)**		(24)	(24)	(—)	(25)
119 70-0	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 70.* **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		—	—	—	—
272 70-2	011	Zuschüsse der EU-Kommission zum Europäischen Informations-Zentrum (EIZ)		24	24	—	25
282 70-8	011	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 70.*		—	—	—	—
287 70-0	011	Zuschüsse aus dem Ausland *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 70.*		—	—	—	—
TGr. 73		**Interregionale Beziehungen** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 73/97.*		(1)	(1)	(—)	(13)
281 73-6	011	Erstattungen im Rahmen der Neuen Hanse Interregio		1	1	—	13
286 73-8	011	Beteiligung der NHI-Partner an Maßnahmen und Vorhaben des NHI-Sekretariates		—	—	—	—
TGr. 81		**Interregionale Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III C** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.*		(—)	(—)	(—)	(33)
271 81-1	011	Erstattungen von der EU im Rahmen des Projekts "Hanse Passage"		—	—	—	—
281 81-7	011	Erstattungen aus dem Inland im Rahmen des Projekts "Hanse Passage"		—	—	—	—
286 81-9	011	Erstattungen aus dem Ausland im Rahmen des Projekts "Hanse Passage"		—	—	—	33
		A U S G A B E N					
632 04-0	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Land Baden-Württemberg	—	50	50	—	38
683 10-9	193	Finanzhilfe an die nordmedia Fonds GmbH gem. § 7 Abs. 2 NLottG aus Konzessions-abgabemitteln **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	1.781	1.781	—	1.781

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 297 82

Rückflüsse aus Zinsen, Tilgungen u. a. des Film-/Medienförderprogramms des Landes, bei dem die Landestreuhandstelle für Wirtschaftsförderung – Bereich Filmförderung – als Bewilligungsstelle tätig wurde.

Zu 272 70

Veranschlagt ist der Betriebskostenzuschuss der EU-Kommission für das EIZ.

Zu 286 73

Kostenbeteiligung bei Maßnahmen des Neuen Hanse Interregio (NHI)-Sekretariates in Oldenburg durch die NHI-Partner.

Zu Titelgruppe 81

Einnahmen aus Erstattungen und Beteiligungen der EU sowie der Projektpartner im Rahmen des Projekts „Hanse Passage“.

Zu 632 04

Nach dem Abkommen über den Beobachter der Länder bei den Europäischen Gemeinschaften vom 24.10.1996 ist ein Beobachter der Länder bei der EU in Brüssel bestellt worden, der den Bundesrat bei der Wahrnehmung seiner Rechte in Angelegenheiten der EU unterstützt und die Länder über für sie bedeutsame Vorgänge im Bereich der EU informiert (insbesondere durch die laufende Berichterstattung über die Sitzungen des Rates). Die vom Land Baden-Württemberg getragenen Kosten für den Länderbeobachter werden nach dem vorl. Königsteiner Schlüssel auf die Länder verteilt. Veranschlagt ist der voraussichtlich auf das Land Niedersachsen entfallende Anteil.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 683 10

Die nordmedia Fonds GmbH erhält gem. § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 NLottG vom 21. 6. 1997 (Nds. GVBl. S. 289) in der z.Z. geltenden Fassung aus den Konzessionsabgaben eine Finanzhilfe in Höhe von 1.781.000 EUR zur zweckgebundenen Verwendung nach Maßgabe des § 9 a NLottG.

Soweit Fördermittel enthalten sind:

Bezeichnung des Förderprogramms/der Fördergrundsätze:

Finanzhilfe an die nordmedia Fonds GmbH gem. § 7 NLottG aus Konzessionsabgabemitteln

Rechtliche Grundlage:
§ 7 NLottG

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist/Ansatz	3.068	3.068	2.761	1.781	1.781	1.781	1.781	1.781	1.781
Korrespondierende Einnahmen aus					-	-	-	-	-
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					1.781	1.781	1.781	1.781	1.781

Empfänger:
[X]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[X]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2001

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Der nordmedia Fonds obliegen seit 2001 die Aufgaben der früheren Filmförderung des Landes. Gefördert werden Maßnahmen zur Erfüllung kulturwirtschaftlicher Zwecke im audiovisuellen Bereich (Stoff- und Projektentwicklung, Produktion, Verleih, Vertrieb oder Verbreitung, Abspiel und Präsentation, Investitionen, Preise, Stipendien und Prämien).

Zielgruppe:

nordmedia Fonds GmbH

Durchschnittliche Förderhöhe: 1.781 Tsd EUR

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 70		**Europäisches Informations-Zentrum (EIZ)** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 70, 282 70 und 287 70.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: Ausgabetitelgruppe 70 und Ausgabetitelgruppe 71.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(65)	(65)	(—)	(95)
529 70-3	011	Kosten für außergewöhnlichen Aufwand	—	—	—	—	—
531 70-8	011	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation	—	10	10	—	35
541 70-3	011	Ausgaben für Veranstaltungen und dergleichen	—	10	10	—	29
547 70-1	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	45	45	—	30
TGr. 71		**Unterstützung der europäischen Integration** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 71.* *Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 70.*	(—)	(86)	(86)	(—)	(87)
531 71-6	011	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation	—	13	13	—	8
547 71-0	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	34	34	—	46
682 71-4	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
684 71-7	011	Zuschüsse an Verbände und Organisationen **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	39	39	—	33
TGr. 72		**Kosten der Entsendung von Landesbediensteten an Einrichtungen der EU**	(—)	(3)	(3)	(—)	(—)
422 72-0	029	Auslandszuschläge u. ä. für Beamte	—	1	1	—	—
425 72-0	029	Auslandszuschläge u. ä. für Angestellte	—	1	1	—	—
453 72-3	029	Auslandstrennungsgeld	—	1	1	—	—
527 72-7	029	Auslandsreisekosten	—	—	—	—	—
TGr. 73/97		**Interregionale Beziehungen** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 73.*	(—)	(100)	(100)	(—)	(50)
547 73-6	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	31	31	—	10

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 70

Die Mittel sind vorgesehen für Sachausgaben der Informations- und Aufklärungsarbeit des Europäischen Informations-Zentrums (EIZ) Niedersachsen in Hannover.

Zu Titelgruppe 71

Die Mittel sind veranschlagt für projektorientierte Zuschüsse an Organisationen und Verbände, die der Förderung der europäischen Integration dienen. Weiterhin sind Mittel für die Informations- und Aufklärungsarbeit der Landesregierung zu europäischen Fragen vorgesehen.

Soweit Fördermittel enthalten sind:

Bezeichnung des Förderprogramms/der Fördergrundsätze:
Unterstützung der europäischen Integration

Rechtliche Grundlage:
§ 44 LHO

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist/Ansatz	89	70	24	33	39	39	39	39	39
Korrespondierende Einnahmen aus					-	-	-	-	-
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					39	39	39	39	39

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1979

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Ziel der Förderung ist es, die Bevölkerung Niedersachsens mit den europäischen Institutionen und ihren Aufgaben bekannt zu machen. Dabei geht es darum, in Form geeigneter Veranstaltungen und Kampagnen die Bürgerinnen und Bürger für die Entwicklung Europas zu interessieren und auf ihre Fragen dazu sachkundige Antworten zu geben.
Besonders die Art und Weise, in der Niedersachsen und alle Bundesländer vom europäischen Integrationsprozess beeinflusst werden und wo daraus Chancen für Niedersachsen erwachsen, wird mittels dieser Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung ressortübergreifend dargestellt. Mit europapolitisch aktiven Gruppen aus der Zivilgesellschaft, die dabei als Multiplikatoren wirken, arbeitet die Landesregierung zusammen.

Zielgruppe:
Bürgerinnen und Bürger (Öffentlichkeit) in Niedersachsen

Durchschnittliche Förderhöhe: 4.000 EUR

Zu Titelgruppe 72

Zur Wahrnehmung der Interessen des Landes bei der EU ist beabsichtigt, jährlich 5 bis 7 Landesbedienstete als Sachverständige unter Beurlaubung und gleichzeitiger Fortzahlung der Bezüge/Vergütungen an Institutionen der EU sowie an die dortigen Einrichtungen des Bundes und der Länder bzw. zur Teilnahme an Austauschprogrammen der EU zu entsenden.
Die hierfür evtl. zusätzlich erforderlichen Mittel sind an dieser Stelle zentral veranschlagt.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 73/97

Die veranschlagten Mittel sind vorgesehen für die Pflege von interregionalen Beziehungen.

Soweit Fördermittel enthalten sind:

Bezeichnung des Förderprogramms/der Fördergrundsätze:
Interregionale Beziehungen (Zuschüsse an Verbände und Organisationen TGr 73/97)
Interregionale Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III C (TGr 81)

Rechtliche Grundlage:
§ 44 LHO (bis einschl. Hj 2003 Kapitel 0202, TGr. 73/97; ab Hj 2004 Kapitel 0202, TGr. 73/97 und TGr. 81)
Die Kofinanzierung bei TGr. 81 erfolgt aufgrund Kofinanzierungszusage und Vorliegen von Bewilligungen des Leadpartners Groningen sowie subsidy contracts aufgrund der Regelungen nach INTERREG III C Programmen (EU)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist/Ansatz TGr. 73/97	64	115	46	28	44	44	44	44	44
TGr. 81	-	-	30	140	30	30	30	30	30
Korrespondierende Einnahmen aus					-	-	-	-	-
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					74	74	74	74	74

Empfänger:
[X]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: TGr. 73/97: 1976; TGr. 81: 2003

Befristung:
[X] Nein [ ] Ja bis

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
TGr. 73/97. Ziel der Förderung ist die Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich der sozio-kulturellen Entwicklung im deutsch-niederländischen Grenzraum.

TGr 81: Das von der EU bewilligte Programm wurde konzipiert, um starke, multinationale Partnerschaften zwischen den regionalen Akteuren von fünfzehn Regionen in sechs EU-Ländern zu entwickeln.
Lead Partner der Hanse Passage ist die Provinz Groningen. Das Land Nds. hat sich schriftlich zur Zahlung von EUR 299.225 gegenüber der EU verpflichtet. Darüber hinaus bestehen unterzeichnete Kofinanzierungszusagen für eingereichte Projektanträge, an denen nds. Einrichtugen (Universitäten, Vereine, Verbände, Verwaltungen verschiedenster Bereiche, etc.) beteiligt sind.

Zielgruppe:
TGr. 73/97:Einrichtungen, die an der Entwicklung im deutsch-niederländischen Grenzraum mitwirken, wie EUREGIO und EDR
TGr. 81:Einrichtungen, durch deren Teilnahme an der interregionalen Maßnahme Instrumente für Raumentwicklung und Kohäsion effizienter gestaltet werden können und die die regionale Entwicklung in den Bereichen Innovation, Humanressourcen, soziale ökonomische Entwicklung, Entwicklung neuer politischer und administrativer Strategien, E-Government, nachhaltig und ausgewogen verbessern (Universitäten, Forschungsinstitute, Handwerkskammern, Landwirtschaftskammern, Unternehmen, Verwaltungsbehörden (regional und kommunal), Schulen, Technologiezentren, Innovationszentren).

Durchschnittliche Förderhöhe: 7.500 EUR

Zu 547 73

Die veranschlagten Mittel dienen der Finanzierung der Landesanteile für die Kooperationsaktivitäten im interregionalen Bereich; z. B. im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG für Kleinprojekte der Neue Hanse Interregio (NHI).

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
547 97-3	011	Maßnahmen und Vorhaben des NHI-Sekretariates in Oldenburg	—	25	25	—	13
682 73-0	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
684 73-3	011	Zuschüsse an Verbände und Organisationen	—	30	30	—	21
687 73-2	011	Zuschüsse und Beiträge an interregionale Institutionen	—	14	14	—	7
TGr. 74		**Internationale Beziehungen** *Übertragbar.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: Ausgabetitelgruppe 74 und Ausgabetitelgruppe 78.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(483)	(483)	(—)	(438)
429 74-1	023	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 74-4	023	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	135	135	—	109
682 74-9	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
684 74-1	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	—	89	89	—	53
686 74-4	011	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	124	124	—	159
687 74-0	011	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland	—	110	110	—	94
893 74-0	023	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	25	25	—	23
896 74-9	023	Zuschüsse für Investitionen an Ausland	—	—	—	—	—
TGr. 78		**Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe in Entwicklungsländern** *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 74.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(167)	(167)	(—)	(162)
429 78-4	011	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 78-7	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5	5	—	3
682 78-1	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
684 78-4	011	Zuschüsse zur Umsetzung der Agenda 21 im kommunalen Bereich	—	—	—	—	—
685 78-0	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
686 78-7	011	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	40	40	—	40

Zu 547 97
Veranschlagt sind die Ausgaben für Maßnahmen des NHI-Sekretariates in Oldenburg, die von Dritten durchgeführt werden.

Zu Titelgruppe 74
Die Mittel sind vorgesehen für die Zusammenarbeit im Rahmen bestehender Partnerschaften des Landes mit den Regionen Perm und Tjumen in Russland, den Wojewodschaften Großpolen und Niederschlesien in Polen, den Partnerregionen in der VR China sowie zur Intensivierung internationaler Kontakte. Sie werden, soweit fachliche Gründe dies erfordern, an die Ressorts zur Förderung u.a. wissenschaftlich-kultureller, schulischer, wirtschaftlicher, justizieller und sozialer Maßnahmen weitergegeben.

Soweit Fördermittel enthalten sind:

Bezeichnung des Förderprogramms/der Fördergrundsätze:
Internationale Beziehungen

Rechtliche Grundlage:
§ 44 LHO

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist/Ansatz	582	427	302	329	348	348	348	348	348
Korrespondierende Einnahmen aus					-	-	-	-	
EU					-	-	-	-	
Bund					-	-	-	-	
Sonstige					-	-	-	-	
Zuschuss					348	348	348	348	348

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: vor 2001

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Ziel der Zuwendungen im Förderbereich „Internationale Beziehungen“ ist die Unterstützung von Aktivitäten, die dazu dienen

- die Außenwirtschaft des Landes zu unterstützen, um den globalen Anforderungen gerecht zu werden und Chancen auf Wachstumsmärkten zu erschließen bzw. Absatzmöglichkeiten zu eröffnen,
- den kulturellen Austausch, insbesondere im Bereich der Aus- und Fortbildung zu stärken,
- den Jugendaustausch zu fördern,
- die Kooperation und den Austausch im wissenschaftlichen Bereich zu fördern,
- Beitrittskandidaten auf die Aufnahme in die EU vorzubereiten,
- die Verbreitung der deutschen Sprache im Ausland zu fördern,
- Demokratie und Rechtstaatlichkeit zu stärken,
- den Aufbau einer effizienten und rechtstaatlichen Verwaltung zu unterstützen und
- die Einwerbung von EU-Mitteln durch niedersächsische Einrichtungen zu unterstützen.

Das erhebliche Landesinteresse liegt vor allem in der Internationalisierung des Landes Niedersachsen.

Zielgruppe:
Zielgruppen sind diverse Einrichtungen und Organisationen, die unterschiedlichste Projekte zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit realisieren.

Durchschnittliche Förderhöhe: ca. 7.500 EUR

Zu Titelgruppe 78
Die Mittel sind vorgesehen für Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe in Entwicklungsländern sowie für die Förderung der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit in Zusammenarbeit mit Initiativen und Nicht-Regierungsorganisationen in Niedersachsen.

Soweit Fördermittel enthalten sind:
Bezeichnung des Förderprogramms/der Fördergrundsätze:
Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe in Entwicklungsländern

Rechtliche Grundlage:
§ 44 LHO

Noch zu Titelgruppe 78

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist/Ansatz	335	160	200	159	162	162	162	162	162
Korrespondierende Einnahmen aus					-	-	-	-	-
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					162	162	162	162	162

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: vor 2001

Befristung:
[X] Nein [X] Ja

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Ziel der Zuwendung im Förderbereich der Entwicklungszusammenarbeit ist die Unterstützung von Aktivitäten, die dazu dienen, im Rahmen der Entwicklungspolitik und der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern und der Humanitären Hilfe und -orientiert an den Grundbedürfnissen Ernährung, Wohnen, Gesundheit und Bildung-
– die Ernährungssituation durch angepasste Anbaumethoden zu verbessern,
– Unterstützung zu leisten bei der Beschaffung menschenwürdigen Wohnens,
– die Trinkwasserversorgung sicherzustellen,
– die medizinische Versorgung auszubauen,
– die allgemeine Schulbildung, die Aus- und Fortbildung sowie das Hochschulwesen zu fördern,
– die Umweltsituation, unter anderem durch Einsatz angepasster Technologien zu fördern.
Das erhebliche Landesinteresse liegt vor allem in der Internationalisierung des Landes Niedersachsen. Um diese weiter voranzutreiben wurde im Herbst 2003 eine Vereinbarung zwischen der Provinz Eastern Cape (Ostkap) Südafrika und dem Land Niedersachsen unterzeichnet.
Der Landtag hat in seiner Entschließung vom 18.05.2005 (Drs 15/1943 ‚Entwicklungspolitik neu ordnen – Profil entwickeln') die wichtigsten Felder der entwicklungspolitischen Arbeit vorgegeben.

Frauen werden in der Projektplanung berücksichtigt bzw. frauenspezifische Projekte vorzugsweise gefördert.
In der Auswahl der Empfängerländer berücksichtigt Niedersachsen in besonderem Maße die Partnerprovinz Ostkap und die Herkunftsländer von Flüchtlingen.

Angestrebt ist eine Verbindung der Informations- und Bildungsarbeit in Niedersachsen mit der Maßnahme der Entwicklungszusammenarbeit in den Ländern des Südens durch die beantragende niedersächsische Nicht-Regierungs-Organisation (NRO).

Zielgruppe:
Bevölkerung in Entwicklungsländern.

Durchschnittliche Förderhöhe: 9.000 EUR

Zu Titel 684 78, 686 78 und 687 78

Die veranschlagten Haushaltsmittel sollen für Maßnahmen der Zusammenarbeit mit Partnern in Entwicklungsländern (hauptsächlich in der Provinz Ostkap, Südafrika) und zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit in Niedersachsen eingesetzt werden. Wichtigster hiesiger Träger ist der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN) als Dachverband der entwicklungspolitischen Nicht-Regierungs-Organisationen.
Gefördert werden sollen auch über den lokalen Rahmen hinausgehende Projekte der Bildungsarbeit zur Struktur des Nord-Süd-Verhältnisses und zu dessen zukunftsfähiger Gestaltung im Rahmen der globalen Interdependenzen.
Des Weiteren dient der Ansatz der Förderung von Projekten der Zusammenarbeit mit Partnern in Entwicklungsländern sowie zur Beteiligung an und Finanzierung von Maßnahmen der humanitären Hilfe für dortige bedürftige Bevölkerungsgruppen.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
687 78-3	011	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland	—	122	122	—	119
893 78-2	011	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	—	—	—
896 78-1	011	Zuschüsse für Investitionen an Ausland	—	—	—	—	—
TGr. 81		**Interregionale Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III C** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 81.* **** Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben im Rahmen der genehmigten EU-Programme sind als Vorgriff gemäß § 37 LHO nachzuweisen.*	(—)	(84)	(84)	(—)	(194)
547 81-7	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	34	34	—	41
676 81-1	011	Erstattungen an das Ausland	—	20	20	—	14
685 81-0	011	Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	87
686 81-7	011	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	20	20	—	53
687 81-3	011	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland	—	10	10	—	—
TGr. 82		**Förderung von Maßnahmen zur Stärkung des Medienstandortes Niedersachsen** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 297 82.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(35)	(35)	(—)	(68)
547 82-5	193	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	35	35	—	12
682 82-0	193	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
686 82-5	193	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	57
893 82-0	193	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	—	—	—
919 82-0	950	Verrechnung mit 5081 - 381 69	—	—	—	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(—)	(334)	(–334)	(233)
511 99-5	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	20	–20	1
538 98-2	019	Kosten der Dienstleistungen des IZN	—	—	204	–204	192
538 99-0	019	Kosten der Dienstleistungen Anderer	—	—	110	–110	40
547 99-0	019	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	0

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 81

Die veranschlagten Mittel sind vorgesehen für interregionale Maßnahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIIc.

Zu 547 81

Belastungen, die aus bei Kapitel 0202 Titel 547 97 in Vorjahren in Anspruch genommenen / ausgebrachten Verpflichtungen entstehen:

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	78	—	—	78
2008	77	—	—	77
2009	22	—	—	22
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	177	—	—	177

Zu Titel 676 81, 685 81, 686 81 und 687 81

Die veranschlagten Mittel sind vorgesehen für die Finanzierung der Beteiligungen an dem mehrjährigen Projekt “Hanse Passage“ und für die damit verbundenen Erstattungen bzw. Zahlungen an in- und ausländische Projektbeteiligte (siehe hierzu auch Erläuterungen zur TGr. 73/97).

Zu Titelgruppe 82

Die Mittel sind vorgesehen für bestehende Rechtsverpflichtungen gegenüber der LTS und der NBank. Soweit möglich, sollen darüber hinaus kleinere Maßnahmen zur Stärkung des Medienstandortes unterstützt werden, die aufgrund der bestehenden Gesellschafterstruktur nicht von der nordmedia übernommen werden können, weil daran ein ausschließliches Landesinteresse besteht.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 99-5	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 0202					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		15	15	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		25	25	—	
		Summe der Einnahmen		40	40	—	
		4 Personalausgaben	—	3	3	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	377	711	–334	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	2.449	2.449	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	25	25	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	2.854	3.188	–334	
		Zuschuss		2.814	3.148	–334	

E R L Ä U T E R U N G E N

Allgemeine Vorbemerkungen zu Kapitel 0206

Für das budgetierte Kapitel 0206 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:

1. 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10 und 547 10 sind gegenseitig deckungsfähig.

2. 519 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10 und 547 10.

3. 812 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 519 10.

4. 981 10 und 981 11 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10 und 547 10.

5. Mehreinnahmen bei 111 10, 119 10, 129 10 und 235 10 erhöhen die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 547 10, 812 10, 981 10 und 981 11.

6. Mindereinnahmen bei 111 10, 119 10, 129 10 und 235 10 vermindern die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 547 10, 981 10 und 981 11.

7. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung sichergestellt sind. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.

8. Unter der Voraussetzung, dass die Staatskanzlei - hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen. Nicht in Anspruch genommene Ausgabeermächtigungen aufgrund zweckgebundener Drittmittel werden in voller Höhe übertragen und dürfen in den folgenden Haushaltsjahren in Anspruch genommen werden.

9. Die Stiftung bürgerlichen Rechts „Niedersächsisches Wirtschaftsarchiv Braunschweig“ mit Sitz in Wolfenbüttel (Stifter/-innen: Land Niedersachsen, Norddeutsche Landesbank Girozentrale, Öffentliche Versicherung Braunschweig, Industrie- und Handelskammer Braunschweig) nimmt in dem im Stiftungsgeschäft und in der Satzung der Stiftung festgelegten –geringen- Umfang Personal- und Sachressourcen des Niedersächsischen Landesarchivs in Anspruch (vgl. hierzu Nds. MBl. 2005 S. 410).

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0206 Landesarchiv - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 10-0	162	Gebühren, sonstige Entgelte		331	331	—	342
119 10-0	162	Sonstige Verwaltungseinnahmen **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		3	3	—	4
129 10-6	162	Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und Vermögen		35	35	—	35
235 10-0	162	Zuweisungen Dritter		—	—	—	138
		A U S G A B E N					
422 10-5	162	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten	—	6.717	6.874	–157	2.732
425 10-4	162	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	3.305
426 10-0	162	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	451
427 10-7	162	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	13	13	—	404
459 10-6	162	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	209	209	—	146
511 10-8	162	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	239	239	—	248
514 10-7	162	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	—	180	180	—	137
517 10-6	162	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	284	336	–52	317
518 10-2	162	Mieten und Pachten	—	202	150	+52	219
519 10-9	162	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	85	85	—	117
529 11-2	162	Verfügungsmittel	—	—	—	—	—
547 10-2	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	583	583	—	634
812 10-8	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	130	130	—	151
981 10-4	990	Abführung an 1321 - 381 02	—	1.954	1.970	–16	1.786
981 11-2	990	Abführung an 1350 - 381 02	—	1	1	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0206

Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)
Rechts- und Organisationsgrundlagen
Insbesondere:
- Niedersächsisches Archivgesetz vom 25.05.1993 (Nds. GVBl. S. 129), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Verwaltungsmodernisierung im Geschäftsbereich der Staatskanzlei vom 05.11.2004 (Nds. GVBl. S. 402), und die dazu erlassenen weiteren Vorschriften;
- Gesetz zu der Konvention vom 14. Mai 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten vom 11.04.1967 (BGBl. 1967 II S. 1233, 2471), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 27.04.2004 (BGBl I S. 630);

jeweils in der aktuellen Fassung.

Verwaltungsaufbau und Budgetplan
Budgetiert wird der Verwaltungsbereich "Landesarchiv". Er wird vom Niedersächsischen Landesarchiv gebildet, das die zentrale Archivverwaltung und die Staatsarchive in Aurich, Bückeburg, Oldenburg, Osnabrück, Stade und Wolfenbüttel sowie das Hauptstaatsarchiv Hannover umfasst. Die Stammpersonalstärke des Verwaltungsbereichs beträgt rd. 170 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Ermittlung, Übernahme und Erschließung des Archivgutes, seine Pflege und dauerhafte Verwahrung sowie die Nutzung erfolgt an den genannten Standorten. Die Instandsetzung der Archivalien obliegt der zentralen Werkstatt in Bückeburg und – für Vor-Ort-Aufgaben – den Werkstätten der übrigen Staatsarchive. Die im Auftrage des Bundes durchzuführende Sicherungsverfilmung wird ausschließlich durch die zentrale Werkstatt in Bückeburg erledigt.

Die Produkte werden gemeinschaftlich an den sieben Standorten des Landesarchivs unter Steuerung durch die Leitung des Verwaltungsbereichs erstellt.

Zielsetzung
Die Hauptaufgabe des Landesarchivs besteht darin, die schriftliche Überlieferung von bleibendem Wert (Archivgut), die beim Land und seinen Rechts- und Funktionsvorgängern entsteht bzw. entstanden ist, auf Dauer zu sichern, zu verwahren und für die Allgemeinheit sowie die Einrichtungen des Landes selbst nutzbar zu machen. Damit wird für Staat und Bürger die langfristig notwendige Rechtssicherheit gewahrt sowie Rechts- und Verwaltungskontinuität sichergestellt. Der hohe Wert und Nutzen der öffentlichen Archive für Staat und Bürger gerade auf diesem Felde ist einer breiten Öffentlichkeit mehr als je zuvor deutlich geworden, als es nach der Wiedervereinigung Deutschlands in zahllosen Fällen darum ging, frühere Eigentumsverhältnisse aufzuklären. Auch die Nachweise, die für die Auszahlung von Entschädigungen an die vielen während des 2. Weltkriegs als Zwangsarbeiter nach Deutschland verschleppten Menschen erforderlich waren, hätten ohne öffentliche Archive und die von diesen verwahrte und erschlossene Überlieferung nicht erbracht werden können. Mit dem Archivgut schafft der Verwaltungsbereich außerdem ein vielfältiges Wissenspotenzial, das für die Gesetzgebung, die Rechtspflege und Verwaltung sowie für die Forschung, an der der Verwaltungsbereich im Rahmen seiner Möglichkeiten teilnimmt, genutzt werden kann. Die vielfältigen Möglichkeiten zur historischen und staatsbürgerlichen Bildung, die daraus erwachsen, sind zum Beispiel durch die aus Anlass des Jubiläums „60 Jahre Niedersachsen“ vom Landesarchiv ausgerichtete Wanderausstellung landesweit sichtbar geworden. Das Archivgut, das stets Kulturgutstatus hat, ist nach den archivgesetzlichen Bestimmungen allgemein zugänglich.

Archivgut (derzeitiger Bestand rd. 90 Regalkilometer, verteilt auf die genannten Standorte) ist regelmäßig aus dem Schriftgut der Landesverwaltung und der sonstigen Stellen des Landes durch archivische Bewertung zu ermitteln, zu übernehmen, zu erschließen und nutzbar zu machen. Für seine dauerhafte Erhaltung ist es fachgerecht einzulagern und instand zu setzen sowie zu verfilmen, soweit es besonders schutzwürdig oder in seiner Existenz gefährdet ist. Der Verwaltungsbereich hat für zeitgemäße Nutzungsmöglichkeiten des Archivgutes, zum Beispiel über das Internet, zu sorgen und die Informationsvermittlung daraus zu fördern. Die archivspezifische berufliche Fachkompetenz ist, ggf. auch über den unmittelbaren Eigenbedarf hinaus, durch Ausbildung zu sichern.

Neben der Notwendigkeit, bei allen anstehenden Aussonderungen stets kurzfristig fachgerechte Schriftgutbewertungen vornehmen zu müssen, um die archivische Überlieferung gegenwartsnah und trotz größtmöglicher Verdichtung aussagekräftig fortzuführen – eine Aufgabe, die als Folge der 2004 begonnenen Verwaltungsmodernisierung überproportional angewachsen ist und daher bis auf weiteres ein besonderes Gewicht haben wird –, sind bei der Archivgutbildung mittel- und langfristig die laufenden Zuwächse jeweils möglichst zeitnah zu erschließen und damit nutzbar zu machen. Außerdem ist die Zahl der digitalen und daher im Internet verfügbaren Findmittel nachhaltig zu erhöhen und die Erschließung der älteren Archivbestände nach und nach deutlich zu verbessern. Auf dem letztgenannten Gebiet gibt es als Folge der insbesondere in früherer Zeit lange Zeit unzureichenden Ressourcen der Staatsarchive Altlasten im Umfang von mehreren hundert Personenjahren, die im Rahmen des Möglichen parallel zu den laufenden Erschließungsarbeiten sukzessive abgebaut werden.

Im Bereich der Archivgutpflege hat die Beseitigung von teilweise großen Schimmelpilzkontaminationen, Spätfolge der in vielen Behörden sehr schlechten Unterbringung der älteren Registraturteile, höchste Priorität.

Einen Aufgabenzuwachs hat das Landesarchiv seit 2005 erfahren: zum einen durch die vom Land gemeinsam mit anderen Stiftern errichtete „Stiftung Niedersächsisches Wirtschaftsarchiv Braunschweig“, zum anderen durch die ihm in Folge der Verwaltungsmodernisierung über seine originären Aufgaben hinaus wegen seiner besonderen Kompetenz im Umgang mit großen Schriftgutmengen als eigentlich archivfremde Aufgabe übertragene Betreuung der zentralen Altregistraturen der aufgelösten Bezirksregierungen im Umfang von insgesamt ca. 30 Regalkilometern. Diese bis zum Ablauf der Aufbewahrungsfristen zu erbringende Serviceleistung gewährt den Nachfolgebehörden einen schnellen und zuverlässigen Zugriff auf die Altakten und sichert damit den über die unmittelbare Gegenwart hinaus notwendigen Informationsfluss, ohne den das Rechtsstaatsgebot der öffentlichen Verwaltung nicht erfüllt werden kann. Gleichzeitig wird zu gegebener Zeit die endgültige archivfachliche Bewertung dieses Schriftgutes erleichtert.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0206

Erläuterungen zum Produkthaushalt nach § 17a LHO

Budgetierungsmodell

Der Verwaltungsbereich erstellt die Produkte „Archivgutbildung“, „Archivgutpflege“, „Sicherungsverfilmung“, „Benutzung und Auswertung“ sowie „Ausbildung“. § 1 Absatz 1 des Niedersächsischen Archivgesetzes (NArchG) weist hierzu für die ersten vier Produkte eine in der Natur der Sache liegende Prioritätensetzung in der dort genannten Reihenfolge aus, die auf den Personal-, Sachmittel- und Finanzmitteleinsatz wirkt. Unterjährige Ressourcenverschiebungen werden daher immer wieder nötig sein.

Das zu bearbeitende Schrift- und Archivgut ist nach Art (Akten, Karten, Urkunden), Zustand und Nachfrage klassifiziert; daraus ergeben sich die Bearbeitungsbedarfe. Diese Einteilung liegt den Produktkalkulationen zugrunde. Die in den nachstehenden Tabellen ausgewiesenen Gesamtzielkosten errechnen sich aus Leistungsmenge (Soll) x Zielkosten pro Stück. Dabei ergeben sich die produktbezogenen Zielkosten pro Stück aus einer Mischkalkulation, die Art, Zustand und Nachfrage berücksichtigt. Bei hohen Stückzahlen wirken sich bereits kleine Stückkostenschwankungen hinsichtlich des Landeszuschusses zum Produkt z. T. erheblich aus, so dass in der Darstellung „Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs“ einige „Zielkosten“ mit mehr als zwei Nachkommastellen angegeben werden. Insbesondere innerhalb der Produkte „Archivgutbildung“ und „Archivgutpflege“ stellt sich die Art der Leistungsmenge aufgrund der vielschichtigen und unterschiedlichen Produktleistungen sehr heterogen dar, so dass für diese Produkte im „Finanzierungsbedarf“ und im „Leistungsplan“ nur die jeweils prägende Leistungsmenge abgebildet wurde. Weitere Leistungsmengen können dem Abschnitt „Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen“ entnommen werden. Im Übrigen ist der Verwaltungsbereich bei seinem Ressourceneinsatz in hohem Maße abhängig

– bei der Menge des zur Bewertung und ggf. Übernahme angebotenen Schriftguts vom Angebot der abgebenden Stellen,
– bei der Menge und Qualität des den Nutzern anzubietenden Archivguts von der konkreten Nachfrage und
– bei dem konkreten Aufwand der Archivgutpflege vom tatsächlichen Archivgutzustand und seinen Veränderungen.

All dieses ist für den Verwaltungsbereich grundsätzlich nur bedingt vorhersehbar und entscheidet sich i. d. R. erst im laufenden Bewirtschaftungsjahr. Insbesondere der Sachzwang, dass das zur Aussonderung anstehende Schriftgut stets unikater Natur ist und daher unwiderruflich verloren geht, wenn es nicht rechtzeitig bewertet und in seinen archivwürdigen Teilen übernommen wird, führt dazu, dass dem Produkt "Archivgutbildung" stets Vorrang einzuräumen ist, auch wenn dadurch Ressourcen beansprucht werden, die ursprünglich für die Erstellung anderer Produkte vorgesehen waren.

Die Nutzung des Archivguts durch Außenstehende ist zwar die von der Öffentlichkeit im allgemeinen allein wahrgenommene Tätigkeit des Landesarchivs, tatsächlich aber macht diese nur einen sehr kleinen Teil des archivischen Aufgabenfeldes aus. Aus diesem Grunde können die aus der privaten Nutzung zu erzielenden Einnahmen keinen nennenswerten Beitrag zur Gesamtkostendeckung leisten. Die Archivgutnutzung zu wissenschaftlichen Forschungszwecken, insbesondere durch Universitäten oder vergleichbare Einrichtungen, ist aufgrund rechtlicher Regelungen gebührenfrei.

Die Sicherungsverfilmung von Archivgut in Erfüllung des Gesetzes zu der Konvention vom 14. Mai 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten dient ausschließlich dem Schutz von Kulturgut des Landes und erfolgt im Auftrage des Bundes. Der Bund, der auch die dafür einzuhaltenden hohen Qualitätsstandards festlegt, erstattet dem Land einen erheblichen Anteil der dabei anfallenden Kosten, und zwar die durch die Sicherungsverfilmung unmittelbar verursachten Personalausgaben. Daneben trägt der Bund die mit der Sicherungsverfilmung unmittelbar verbundenen Sachausgaben (insbesondere für Geräteausstattung und Verbrauchsmaterialien). Da dies jedoch durch direkte Zahlungen aus dem Bundeshaushalt erfolgt, treten diese Finanzleistungen des Bundes im Landeshaushalt nicht in Erscheinung und fließen daher auch nicht in die Kosten des Produkts Sicherungsverfilmung ein.

Die Betreuung der Altregistraturen der aufgelösten Bezirksregierungen ist eine zwischenarchivische Aufgabe; die Beteiligung des Verwaltungsbereichs an der „Stiftung Niedersächsisches Wirtschaftsarchiv Braunschweig“ gehört zum erweiterten Aufgabenkatalog gemäß § 1 Absatz 1 NArchG. Die Kosten für diese Aufgaben sind daher im Abschnitt „Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag“ getrennt von den Produkten als sonstige Aufgaben ausgewiesen.

Zum Verwaltungsbereich zählen auch acht Dienstwohnungen. Die aus der Vermietung vereinnahmten Beträge sind in der Darstellung "Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag" als sonstige Eigenerlöse ausgewiesen, die den Finanzierungsbeitrag des Landes zum Produkthaushalt mindern.

Die in den Abschnitten "Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs" und "Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag" in den Spalten "Gesamtzielkosten", "Eigenerlöse" und "Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt" ausgewiesenen Beträge sind in Tsd. Euro angegeben, um eine Korrespondenz zu den Angaben des kameralen Haushaltsteils zu erreichen.

Die bislang teils dem Produkt 1 „Archivgutbildung“, teils dem Produkt 2 „Archivgutpflege“ zugeordneten Leistungen „Verzeichnung“ und „Nacherschließung“, die beide mit derselben Messgröße (Stück Datensatz) erfasst werden, sind nunmehr aufgrund ihrer fachlichen Zusammengehörigkeit mit einer entsprechend erhöhten Leistungsmenge allein dem Produkt 1 „Archivgutbildung“ zugeordnet. Dadurch ergeben sich beim Produkt 1 höhere und beim Produkt 2 niedrigere Gesamtzielkosten.

Aufgrund der durch die Kosten- und Leistungsrechnung sukzessive gewonnenen Erkenntnisse über das tatsächliche Leistungsvermögen bzw. über die tatsächlich anfallenden Kosten sind beim Produkt 2 „Archivgutpflege“ die Leistungsmenge und beim Produkt 5 „Ausbildung“ die Zielkosten entsprechend angepasst worden.

Nach Einführung der Anlagenbuchhaltung sind für 2005 erstmals Abschreibungen in Höhe von 170.000 Euro ermittelt und in dieser Höhe bei der Kostenplanung für 2007 berücksichtigt worden.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0206

Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs

Produkte	Leistungsmenge -Stück- (Soll) 2007	Zielkosten -EUR- (Soll) 2007	Gesamtzielkosten - Tsd. EUR- (Soll) 2007	Leistungsmenge -Stück- (Soll) 2006	Zielkosten -EUR- (Soll) 2006	Leistungsmenge -Stück- (Ist) 2005	Ist-Kosten -EUR- (Ist) 2005
Produkt 1 Archivgutbildung [Stück Datensatz]	150.000	19,04	2.856	90.000	23,27	105.205	18,63
Produkt 2 Archivgutpflege [Stück Archivgut]	140.000	24,37	3.412	150.000	28,47	130.912	33,11
Produkt 3 Sicherungsverfilmung [Anzahl Aufnahme]	2.000.000	0,263	526	2.000.000	0,282	2.323.477	0,226
Produkt 4 Benutzung und Auswertung [Stunden]	45.000	84,42	3.799	45.000	78,38	42.357	90,26
Produkt 5 Ausbildung [Anzahl Auszub.]	17	14.125,00	226	16	11.187,50	16	13.599,50
Gesamtsumme			10.819				

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag

	Gesamtzielkosten -Tsd. EUR- (Soll) 2007	Eigenerlöse -Tsd. EUR- (Soll) 2007	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt -Tsd. EUR- (Soll) 2007
Archivgutbildung	2.856	0	2.856
Archivgutpflege	3.412	0	3.412
Sicherungsverfilmung	526	208	318
Benutzung und Auswertung	3.799	126	3.673
Ausbildung	226	0	226
Zwischensumme	10.819	334	10.485
Sonstige Aufgaben:			
Altregistraturen der früheren Bezirksregierungen	735	0	735
Wirtschaftsarchiv	18	0	18
Amtshilfe	0	0	0
landesweite Projektarbeit	0	0	0
Bewirtschaftung von Transfermitteln	0	0	0
Sonstige Eigenerlöse		35	- 35
Produktsumme	11.572	369	11.203
Haushaltsausgleich	0	0	0
Gesamtsumme	11.572	369	11.203

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0206

Überleitungsrechnung		Einnahmen (0-3)				Ausgaben (4-9)						
Bereichshaushalt (Produkte)	Tsd. EUR	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	HH-Abgl.
+ Verwaltungserträge	126	0	126	0	0	0	0	0	0	0	0	0
+ Erträge aus Erstattungen	208	0	208	0	0	0	0	0	0	0	0	0
+/- Bestandsveränderungen	0											0
+ sonstige betriebliche Erträge	35	0	35	0	0	0	0	0	0	0	0	0
= Erträge	369											0
- Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	6.738	0	0	0	0	6.717	0	0	0	0	0	21
- Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	1.000											1.000
- sonstige Personalaufwendungen	233	0	0	0	0	222	0	0	0	0	0	11
= Personalaufwendungen	7.971											
- Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	107	0	0	0	0	0	107	0	0	0	0	0
- Aufwendungen Kommunikation und Reisen	93	0	0	0	0	0	93	0	0	0	0	0
- Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	2.714	0	0	0	0	0	760	0	0	0	1.954	0
- Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	498	0	0	0	0	0	498	0	0	0	0	0
- Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	19	0	0	0	0	0	18	0	0	0	1	0
- Abschreibungen	170											170
= Sachaufwendungen	3.601											
= Aufwendungen	11.572											
= Ergebnis nach eigenen Erträgen	11.203											
+ Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	11.203											11.203
= Ergebnis nach Landeszuschuss	0											
+ Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
= Finanzergebnis	0											
+ außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
+/- Haushaltsausgleich	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
= außerordentliches Ergebnis	0											
= neutrales Ergebnis	0											
= Gesamtergebnis	0											
- Investitionen der Hauptgruppe 5	97	0	0	0	0	0	97	0	0	0	0	0
- Investitionen der Hauptgruppe 8	130	0	0	0	0	0	0	0	0	130	0	0
= Einnahmen und Ausgaben des Budgets		0	369	0	0	6.939	1.573	0	0	130	1.955	0
+/- Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
= Kapitelsumme		0	369	0	0	6.939	1.573	0	0	130	1.955	0

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0206

Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln

Zu Titel 812 10

	Tsd. EUR
Ergänzungsbeschaffung:	
Zubehör für die Werkstätten und Einrichtungsgegenstände für das Landesarchiv	44
Ersatzbeschaffung:	
Hardware für die IT-Infrastruktur des Landesarchivs	66
Fachgeräte und Ausstattungsgegenstände für das Landesarchiv	20
Zusammen	130

Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen

Produkt Archivgutbildung

Bei der Archivgutbildung werden aus dem Schriftgut der Landesverwaltung und der sonstigen Einrichtungen des Landes diejenigen Teile ermittelt, die für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben, für die Sicherung berechtigter privater Belange oder für die Forschung von bleibendem Wert sind, und als Archivgut übernommen, erschlossen und nutzbar gemacht. Die inhaltliche Erschließung des Archivguts in der archivspezifischen ADV ist dabei der letzte Arbeitsgang, so dass die Anzahl der neu hinzugekommenen Datensätze/Jahr – die der o. a. Darstellung "Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs" zugrunde liegende prägende Leistungsmenge – den nutzbaren Archivgutzuwachs widerspiegelt.

Produkt Archivgutpflege

Im Rahmen der Archivgutpflege wird vorhandenes Archivgut für die dauernde Erhaltung und Verwahrung aufbereitet und bei Bedarf instand gesetzt. Die dieses Produkt prägende Leistungsmenge ist die endgültige Magazinierung. Darunter ist das Entmetallisieren und Einschlagen des Archivguts in säurefreie Schutzumschläge, das Signieren, das Verpacken in Kartons und die Einlagerung in Magazinregale zu verstehen.

Produkt Sicherungsverfilmung

Dieses Produkt wird in Erfüllung des Kulturgutschutzgesetzes im Auftrage und nach Vorgabe des Bundes erstellt und dient der Sicherung und Erhaltung der Information für den Fall des Verlustes von Archivalien im Katastrophenfall.

Produkt Benutzung und Auswertung

Das Produkt umfasst die Dienstleistungen des Verwaltungsbereichs für Kunden (Beratung und Unterstützung von Benutzern, Auskunftserteilung, Anfertigung von Reproduktionen etc.) und für seine Teilnahme an der landesgeschichtlichen Forschung (z.B. durch Veröffentlichungen).

Produkt Ausbildung

Die Ausbildung im Verwaltungsbereich erfolgt in verschiedenen Berufen. Dazu zählt insbesondere die Ausbildung des archivischen Fachpersonals sowie die Ausbildung im Buchbinderhandwerk.

Produkte mit Kennzahlen	Kennzahleneinheit	Soll-Wert 2007	Soll-Wert 2006	Ist-Wert 2005
Archivgutbildung				
– Archivgutübernahme	(lfd. Meter)	1.000	1.000	800,4
– Erschließung	(Anzahl Datensätze)	150.000	150.000	182.616
Archivgutpflege				
– Magazinierung	(Anzahl magazinierte Archivguteinheiten)	140.000	150.000	130.912
– Papierrestaurierung	(Anzahl/Blatt Papier)	120.000	120.000	149.580
– Schutzverfilmung	(Anzahl Aufnahmen)	2.000.000	2.000.000	2.367.674
Sicherungsverfilmung	(Anzahl Aufnahmen)	2.000.000	2.000.000	2.323.477
Benutzung und Auswertung	(Stunden)			
– Benutzung	(Tage)	15.000	15.000	15.328
– Dienstleistung	(Stunden)	50.000	50.000	42.357
Ausbildung				
– Referendare	(Anzahl)	2	2	2
– Anwärter -geh. Dienst-	(Anzahl)	2	2	2,25
– Auszubildende	(Anzahl)	13	12	11,75

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0206 Landesarchiv - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0206					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		369	369	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		369	369	—	
		4 Personalausgaben	—	6.939	7.096	–157	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	1.573	1.573	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	130	130	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.955	1.971	–16	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	10.597	10.770	–173	
		Zuschuss		10.228	10.401	–173	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0291 Fachaufgaben der Regierungsvertretungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-8	011	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-2	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	165	163	+2	131
425 01-1	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	17
511 01-5	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
527 01-9	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	—
546 01-3	011	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 0291					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		4 Personalausgaben	—	165	163	+2	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	165	163	+2	
		Zuschuss		165	163	+2	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0291

Für das bei den Regierungsvertretungen tätige Fachpersonal sind hier nur die Ausgaben für Dienstbezüge und dgl. (Obergruppe 42) veranschlagt. Alle übrigen Einnahmen und Ausgaben sind bei Kap. 0303 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterung zu Kap. 0303).

Einzelplan 02 Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 02					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		636	636	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		196	196	—	
		Summe der Einnahmen		832	832	—	
		4 Personalausgaben	—	19.354	19.755	–401	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	4.909	4.778	+131	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	— 30	2.499	2.479	+20	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	293	375	–82	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	3.037	3.095	–58	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 30	30.092	30.482	–390	
		Zuschuss		29.260	29.650	–390	

Einzelplan 02

Staatskanzlei

Übersicht über das Beschäftigungsvolumen, das Personalkostenbudget und die Stellen

(bisher: Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise)

für das

Haushaltsjahr 2007

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 02 01 Staatskanzlei

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
212,73	214,92	209,28

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	0,96
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,96
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	2,75
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	0,40
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	3,15
bleibt Abgang	2,19

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
11.345	11.609	11.401

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 02 01 Staatskanzlei

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen*)	*) Allgemeine Haushaltsvermerke:
			Feste Gehälter:	A) Für bis zu insgesamt 30 Beamtinnen und Beamte sowie Angestellte, die im Rahmen der personellen Verstärkung vorübergehend für die Dauer von in der Regel bis zu 4 Jahren an die StK abgeordnet sind, dürfen die Bezüge für die Dauer der Abordnungen abweichend von § 50 Abs. 3 LHO von den entsendenden/abordnenden Dienststellen/Verwaltungen weitergezahlt werden.
B 9[1])	2	2	Staatssekretär/-in	
B 6	4	4	Ministerialdirigent/-in	
B 3	3	3	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin	
B 2	13	13	Ministerialrat/-rätin	B) Die Stellen bei Kapitel 02 01 und 02 91 können gegenseitig in Anspruch genommen werden.
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	17	17	Ministerialrat/-rätin	[1]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 NBesO.
A 15	10	9	Direktor/-in	[2]) Der/die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
A 14[4])[6])	5	6	Oberrat/-rätin	[3]) kw.
A 13 h. D.	1	1	Rat/Rätin	[4]) 1 Stelle kw infolge ZV II.
A 13	36	36	Oberamtsrat/-rätin	[5]) 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 3. 2007.
A 12	14	14	Amtsrat/-rätin	[6]) Eine Stelle darf von einem/einer Richter/-in bzw. Staatsanwalt/-wältin (Bes.-Gr. R 1 und R 2) verwaltet werden.
A 11	3	4	Amtmann/-männin/-frau	
A 10[5])	1	—	Oberinspektor/-in	
A 9[5])	—	—	Inspektor/-in	
A 9[2])	1	1	Amtsinspektor/-in	
A 9	5	5	Amtsinspektor/-in	
A 7	—	1	Obersekretär/-in	
	115	116	Zusammen	
			Leerstellen:	
B 9[3])	1	1	Staatssekretär/-in	
B 2[3])	1	1	Ministerialrat/-rätin	
A 16[3])	1	1	Ministerialrat/-rätin	
A 15[3])	1	—	Direktor/-in	
A 13[3])	1	—	Oberamtsrat/-rätin	
A 9[3])	1	1	Amtsinspektor/-in	
	6	4	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 (Direktor/-in)	1	infolge Verlagerung von Kapitel 02 06
Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/-männin/-frau)	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 1 LHO von Kapitel 06 01
Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)	1	infolge Verlagerung von Kapitel 02 91
Zusammen	3	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14 (Oberrat/-rätin)	1	infolge Verlagerung nach Kapitel 02 06
Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/-männin/-frau)	2	davon 1 infolge Verlagerung nach Kapitel 02 91 1 infolge ZV II
Bes.-Gr. A 7 (Obersekretär/-in)	1	infolge Umwandlung gem. Nr. 2 Abs. 5 Allgemeine Bestimmungen 2006 in eine Stelle der Verg.-Gr. VI b
Zusammen	4	
Bleibt Abgang	1	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 (Direktor/-in)	1	neu
Bes.-Gr. A 13 (Oberamtsrat/-rätin)	1	neu
Zusammen	2	

Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)	1	von Bes.-Gr. A 9
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:

Der allgemeine Haushaltsvermerk wurde ergänzt.
Der Haushaltsvermerk Nr. 5 wurde neu ausgebracht.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 02 01 Staatskanzlei

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte*)
Außertariflich (B 8)[10]	1	1	
Außertariflich (B 3)	2	2	
Außertariflich (B 2)	4	4	
I[1][14]	7	7	
I a	2	3	
III	3	2	
IV a[2]	4	3	
IV b[9][12]	5	5	
V b[3]	9	11	
V c[5][8][11][25]	23	22	
VI b[3][13]	16	16	
VII	5	5	
IX b–VII[2][4]	12	12	
	93	93	Zusammen
			Leerstellen:
I[23]	—	1	
III[23]	1	1	
V b[23]	1	1	
V c[23]	1	1	
IX b–VII[23]	3	3	
	6	7	Zusammen

Haushaltsvermerke

*) Hinweis auf die Allgemeinen Haushaltsvermerke zum Stellenplan.

1) 1 Stelle kw nach Fortfall der Zuweisungsvoraussetzungen.

2) 1 Stelle darf nur mit einer/einem nicht voll beschäftigten Angestellten besetzt werden, deren/dessen durchschnittliche Arbeitszeit nicht mehr als die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

3) Die zweiten Vorzimmerkräfte des Ministerpräsidenten, die erste Vorzimmerkraft des Staatssekretärs/der Staatssekretärin, die erste Vorzimmerkraft der Leiterin/des Leiters der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung (soweit die Leiterin/der Leiter mindestens der Bes.-Gr. B 9 angehört oder eine in etwa entsprechende Vergütung erhält) und die Vorzimmerkraft der Leiterin/des Leiters der Landesvertretung und Bevollmächtigten des Landes sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.- Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Grn. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs, der Leiterin/des Leiters der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung (soweit die Leiterin/der Leiter mindestens der Bes.-Gr. B 9 angehört oder eine in etwa entsprechende Vergütung erhält), die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen, der Referatsgruppenleiter/-innen sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.

Nach sechsjähriger Bewährung bleibt die übertarifliche Eingruppierung in Verg.-Gr. VI b auch nach dem Ausscheiden aus dem Vorzimmerdienst erhalten.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

Die bis zum 31. 8. 1994 eingesetzte zweite Vorzimmerkraft des Ministers im ehemaligen MB – Hannover – wird nach dem durch die Auflösung des MB bedingten Ausscheiden aus der Vorzimmerfunktion weiterhin wie bisher nach dem Haushaltsvermerk Nr. 1 zu Kapitel 12 01 des Haushaltsplans 1994 (Haushaltsgesetz 1994 vom 20. 12. 1993) eingruppiert und vergütet.

4) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

5) 1 Stelle kw infolge ZV II.

8) 1 Stelleninhaber/-in erhält für die Dauer der Tätigkeit im Hause der Landesregierung eine übertarifliche Zulage in Höhe von 135,49 EUR monatlich.

9) 1 Stelleninhaber/-in erhält für die Dauer der Tätigkeit im Hause der Landesregierung eine übertarifliche Zulage von 153,39 EUR monatlich.

10) 1 Stelleninhaber erhält für die Dauer der Verwendung als Leiter der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung eine Zulage von 275 EUR monatlich.

11) 1 (1) übertariflich.

12) 1 (1) übertariflich.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 02 01 Staatskanzlei

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	

[13]) 1 (1) Stelleninhaber der Verg.-Gr. VI b erhält eine persönliche aufzehrbare Besitzstandszulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem letzten Pauschallohn als Chefkraftfahrer zzgl. aller sonstigen Lohnzulagen und Lohnzuschläge und der tariflichen Vergütung einschl. aller Zulagen und Zuschläge. Die Zulage verringert sich um jeweils die Hälfte des Betrages, um den sich die Bezüge auf Grund einer allgemeinen linearen Erhöhung verbessern; sie verringert sich ferner um jede sonstige Erhöhung der Bezüge.

[14]) 1 Stelle kw nach Ausscheiden der/des Stelleninhabers/-in.

[23]) kw.

[25]) 1 (1) Stelle darf nur mit einer/einem nicht voll beschäftigten Angestellten besetzt werden, deren/dessen durchschnittliche Arbeitszeit nicht mehr als die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. III	1	infolge Höherstufung von Verg.-Gr. IV a
Verg.-Gr. IV a	2	davon 1 infolge Höherstufung von Verg.-Gr. IV b 1 infolge Herabstufung von Verg.-Gr. I a
Ver.-Gr. IV b	2	infolge Höherstufung von Verg.-Gr. V b
Verg.-Gr. V c	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 07 05
Verg.-Gr. VI b	1	infolge Umwandlung gem. Nr. 2 Abs. 5 Allgemeine Bestimmungen 2006 von einer Stelle der Bes.-Gr. A 7
Zusammen	7	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. I a	1	infolge Herabstufung nach Verg.-Gr. IV a
Verg.-Gr. IV a	1	infolge Höherstufung nach Verg.-Gr. III
Verg.-Gr. IV b	2	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 03 16 1 infolge Höherstufung nach Verg.-Gr. IV a
Verg.-Gr. V b	2	infolge Höherstufung nach Verg.-Gr. IV b
Verg.-Gr. VI b	1	infolge Einsparung IT
Zusammen	7	
Bleibt Zu-/Abgang	—	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IX b-VII	1	neu
Zusammen	1	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. I	1	infolge Vollzug kw-Vermerk
Verg.-Gr. IX b-VII	1	infolge Vollzug kw-Vermerk
Zusammen	2	
Bleibt Abgang	1	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 3 wurde geändert.
Der Haushaltsvermerk Nr. 5 wurde neu ausgebracht.

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	

[3]) 2 (2) Stelleninhaber/-innen erhalten für die Dauer der Tätigkeit im Hause der Landesregierung eine übertarifliche Zulage von 115,04 EUR monatlich.

Arbeiter/-innen

6/6 a	1	1	
4/4 a[3])	9	9	
3/3 a	3	3	
2/2 a[3])	7	7	
	20	20	Zusammen

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
168,00	170,90	156,47

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	1,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,50
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	2,40
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	3,90
bleibt Abgang	2,90

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
6.717	6.874	6.487

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 02 06 Landesarchiv

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen	[1]) 1 (1) Leitende(r) Archivdirektor/-in – als Leiter/-in des Hauptstaatsarchivs in Hannover. Er/Sie erhält eine Amtszulage nach Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 16 LBesO, die in Folge der Verwaltungsmodernisierung nach Ausscheiden des derzeitigen Amtsinhabers wegfällt.
			Feste Gehälter:	[2]) 8 (8) DW.
B 2	1	1	Präsidentin/Präsident des Landesarchivs	[3]) 2 (2) Stelleninhaber/-innen erhalten eine Hausdienstvergütung nach Lohngruppe 2a.
			Aufsteigende Gehälter:	[4]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage nach Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.
A 16[1])	3	3	Leitende(r) Direktor/-in	[5]) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 4 BBesO.
A 15	8	9	Direktor/-in	[6]) 1 (1) Stelle für die Zuweisung einer Beamtin/eines Beamten an das Historische Institut in Rom.
A 14	13	12	Oberrat/-rätin	[7]) kw.
A 13	4	4	Rat/Rätin	
A 13	2	2	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	3	3	Amtsrat/-rätin	
A 11	7	7	Amtmann/-frau	
A 10	6	6	Oberinspektor/-in	
A 9	6	6	Inspektor/-in	
A 9	2	2	Amtsinspektor/-in	
A 7	2	2	Obersekretär/-in	
A 6	2	2	Sekretär/-in	
A 6[2])	3	3	Betriebsassistent/-in	
A 5[2])[3])[4])	11	11	Betriebsassistent/-in	
A 4[5])	1	1	Hauptaufseher/-in	
	74	74	Zusammen	
			Leerstellen:	
A 14[6])	1	1	Oberrat/-rätin	
A 13	—	1	Rat/Rätin	
A 10[7])	1	1	Oberinspektor/-in	
A 9[7])	1	1	Amtsinspektor/-in	
	3	4	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	infolge Verlagerung von Kapitel 02 01
Zusammen	1	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	infolge Verlagerung nach Kapitel 02 01
Zusammen	1	
Bleibt Zu-/Abgang	—	

Leerstellen:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	1	infolge Wirksamwerden des kw-Vermerks
Zusammen	1	

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 02 06 Landesarchiv

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte
IV b	3	3	
V b	11	11	
V c[8])[9])	12	12	
VI b[10])	12	12	
VII[11])[12])[13])[14])[15])[28])	22	22	
VIII[17])[18])[19])[28])	24	27	
IX b–VII[20])[21])[22])	1	1	
	85	88	Zusammen
			Leerstellen:
V b	—	1	
VII[23])	1	1	
	1	2	Zusammen

Haushaltsvermerke

[8]) 6 (6) der Angestellten sind für die Dauer ihrer Tätigkeit im Archivdienst übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.

[9]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 12. 2009 infolge ZV II (Fünftelung).

[10]) 1 (1) Stelle der Verg.-Gr. VI b darf nur mit einem Bediensteten/ einer Bediensteten mit höchstens 50 v. H. der regelmäßigen Wochenarbeitszeit eines/ einer Vollbeschäftigten besetzt werden.

[11]) 1 (1) kw nach Ausscheiden des/der Stelleninhabers/-in (Staatsarchiv Oldenburg).

[12]) 1 (1) kw zum 31. 12. 2009 (Sondermaßnahme „Beseitigung von Schimmelpilzbefall an Archivalien“).

[13]) 1 (1) kw zum 31. 12. 2013 infolge ZV I.

[14]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 12. 2009 infolge ZV II.

[15]) 2 (2) kw mit Ablauf des 31. 12. 2009 infolge ZV II (Fünftelung).

[16]) -frei-.

[17]) 6 (6) kw zum 31. 12. 2009 (Sondermaßnahme „Beseitigung von Schimmelpilzbefall an Archivalien“).

[18]) 3 (5) kw mit Ablauf des 31. 12. 2009 infolge ZV II (Fünftelung).

[19]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 12. 2009 infolge ZV II.

[20]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S 829) nachgewiesen.

[21]) 1 (1) Stelle der Verg.-Gr. IX b–VII darf nur mit einer/einem Bediensteten mit höchstens 50 v. H. der regelmäßigen Wochenarbeitszeit einer/eines Vollbeschäftigten besetzt werden.

[22]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 12. 2009 infolge ZV II (Fünftelung).

[23]) 1 (2) kw.

[28]) Insgesamt 7 Stellen der Verg.-Gr. VII oder VIII kw nach Auslaufen der Aufgabe „Altregistratur der ehemaligen Bezirksregierungen“.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte:

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. VIII	3	davon
		1 infolge Vollzug des kw-Vermerks (HP 2006, HV Nr. 16)
		2 infolge Vollzug des Vermerks aus ZV II (HP 2006 HV Nr. 18)
Zusammen	3	

Leerstellen:

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. V b	1	infolge Wirksamwerden des kw-Vermerks
Zusammen	1	

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 02 06 Landesarchiv

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst	
A 13	2	2	Referendar/-in	
A 9	3	3	Inspektoranwärter/-in	
	5	5	Zusammen	
			Arbeiter/-innen	
2 a	1	1		
2/2 a[24])	11	11		
3/3 a[25])	2	2		
4[26])	1	1		
	15	15	Zusammen	
			Leerstellen:	
2/2 a[27])	1	1		
	1	1	Zusammen	

[24]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 12. 2009 infolge ZV II.
[25]) 1 (1) kw nach Ausscheiden des/der Stelleninhabers/-in (Staatsarchiv Stade).
[26]) kw.
[27]) kw.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 02 91 Fachaufgaben der Regierungsvertretungen

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
4,61	4,61	5,08

Zugänge

-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00

Abgänge

-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
165	163	148

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 02 91 Fachaufgaben der Regierungsvertretungen

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	*) Allgemeiner Haushaltsvermerk: Die Stellen bei Kapitel 02 01 und 02 91 können gegenseitig in Anspruch genommen werden.
			Planmäßige Beamte/-innen*)	1) kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens 31. 12. 2015.
A 13[1])	1	1	Oberamtsrat/-rätin	
A 11	1	—	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	2	1	Oberinspektor/-in	
A 9	—	2	Inspektor/-in	
	4	4	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 11 (Amtmann-/ -männin/-frau)	1	infolge Verlagerung von Kapitel 02 01
Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 03 03
Zusammen	2	

Abgang:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)	2	davon 1 infolge Verlagerung nach Kapitel 02 01 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 03 03
Zusammen	2	
Bleibt Zu-/Abgang	—	

Sonstige Veränderungen:
Der allgemeine Haushaltsvermerk wurde neu ausgebracht.

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	*) Hinweis auf den Allgemeinen Haushaltsvermerk zum Stellenplan.
			Angestellte*)	1) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S 829) nachgewiesen.
IX b–VII[1])	1	1		
	1	1	Zusammen	

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 02 91 Fachaufgaben der Regierungsvertretungen

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
4,61	4,61	5,08

Zugänge

-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00

Abgänge

-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
165	163	148

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 02 91 Fachaufgaben der Regierungsvertretungen

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	*) Allgemeiner Haushaltsvermerk: Die Stellen bei Kapitel 02 01 und 02 91 können gegenseitig in Anspruch genommen werden.
			Planmäßige Beamte/-innen*)	1) kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens 31. 12. 2015.
A 13[1])	1	1	Oberamtsrat/-rätin	
A 11	1	—	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	2	1	Oberinspektor/-in	
A 9	—	2	Inspektor/-in	
	4	4	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 11 (Amtmann-/ -männin/-frau)	1	infolge Verlagerung von Kapitel 02 01
Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 03 03
Zusammen	2	

Abgang:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)	2	davon 1 infolge Verlagerung nach Kapitel 02 01 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 03 03
Zusammen	2	
Bleibt Zu-/Abgang	—	

Sonstige Veränderungen:
Der allgemeine Haushaltsvermerk wurde neu ausgebracht.

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	*) Hinweis auf den Allgemeinen Haushaltsvermerk zum Stellenplan.
			Angestellte*)	1) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S 829) nachgewiesen.
IX b–VII[1])	1	1		
	1	1	Zusammen	

Haushaltsplan

für das

Haushaltsjahr 2007

Einzelplan 03

Ministerium für Inneres und Sport

Vorwort zum Einzelplan 03

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 03 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs des Ministeriums für Inneres und Sport, im Einzelnen:

I. des Ministeriums für Inneres und Sport (Kapitel 03 01),
II. der Allgemeinen Bewilligungen (Kapitel 03 02),
III. des Ministeriums für Inneres und Sport – Regierungsvertretungen – (Kapitel 03 03),
IV. der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, budgetiert nach §17a LHO (Kapitel 03 04),
V. des Brandschutzes (Kapitel 03 07) mit den Landesfeuerwehrschulen Celle und Loy,
VI. des Landesamtes für Statistik, budgetiert nach §17a LHO (Kapitel 03 09),
VII. der Kampfmittelbeseitigung (Kapitel 03 11),
VIII. des Notrufs 110 (Kapitel 03 12),
IX. des Studieninstituts des Landes Niedersachsen, budgetiert nach §17a LHO (Kapitel 03 14),
X. der Wiedergutmachung (Kapitel 03 15),
XI. des Landesbetriebes "Informatikzentrum Niedersachsen" -IZN- (Kapitel 03 16),
XII. des Landesbetriebes "Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen" -LGN- (Kapitel 03 17),
XIII. 14 Vermessungs- und Katasterbehörden als Teil der Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften - GLL - , budgetiert nach § 17a LHO (Kapitel 03 18),
XIV. der Landespolizei, budgetiert nach §17a LHO (Kapitel 03 20), mit den Polizeibehörden
  a) Polizeidirektionen Braunschweig, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Oldenburg und Osnabrück,
    - hierzu zählen auch die unselbstständigen Dienststellen, die den Polizeibehörden nachgeordnet sind-,
  b) Polizeibehörde für zentrale Aufgaben -Zentrale Polizeidirektion- (ZPD)
    - hierzu gehören die Polizeidienststellen
    a) Landesbereitschaftspolizei (LBPN) mit ihren drei Abteilungen,
    b) Polizeiamt für Technik und Beschaffung (PATB NI),
    c) Wasserschutzpolizeiamt Niedersachsen
    d) Polizeihubschrauberstaffel
  c) Landeskriminalamt Niedersachsen in Hannover
  und der polizeilichen Einrichtung
  Bildungsinstitut der Polizei (BIP NI),
XV. des Landesbetriebes "Logistikzentrum Niedersachsen" -LZN- (Kapitel 03 21),
XVI. des Grenzdurchgangslagers Friedland (Kapitel 03 24),
XVII. der Asylbewerber, Kontingent- und sonstigen ausländischen Flüchtlingen; Zentrale Aufnahme- und Ausländerbehörden (Kapitel 03 26),
XVIII. der Sportförderung (Kapitel 03 31),
XIX. des Landesbeauftragten für den Datenschutz, budgetiert nach § 17a LHO (Kapitel 03 80),
XX. des Landesamtes für Verfassungsschutz (Kapitel 03 90).

B. Organisatorische Veränderungen

Durch Beschluss der Landesregierung vom 28.3.2006 wurde mit Wirkung vom 1.7.2006 die Zuständigkeit für die technische Weiterentwicklung des Internetauftritts der Landesverwaltung von der STK auf das MI übertragen. Entsprechende Mittelverlagerungen sind von Kapitel 02 02 nach Kapitel 03 02 vorgenommen worden.
Gemäß § 5 Abs.1 des Gesetzes über die Steuerakademie Niedersachsen, ist die Fakultät Steuerverwaltung der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege mit Ablauf des 31.07.2006 aufgelöst worden und bildet ab 01.08.2006 gemeinsam mit der Landesfinanzschule die neu errichtete Steuerakademie Niedersachsen. Entsprechende Stellen- und Mittelverlagerungen sind von Kapitel 03 04 nach Kapitel 04 04 vorgenommen worden.

C. Hochbaumaßnahmen

Die Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich des MI sind im Kapitel 20 11 des Einzelplanes 20 -Hochbaumaßnahmen- ausgewiesen.

D. Persönlichen Verwaltungsausgaben

Hinsichtlich der persönlichen Verwaltungsausgaben für 2006 wird auf die "Allgemeinen Bemerkungen zur Veranschlagung der Personalausgaben" im Vorbericht hinter der Begründung zu den "Allgemeinen Bestimmungen" verwiesen.

E. Allgemeiner Haushaltsvermerk

Gegenseitig deckungsfähig sind innerhalb des Einzelplans 03 die in den Kapiteln 0301, 0302, 0303, 0324, 0326 und 0390 veranschlagten Ausgaben außerhalb von Titelgruppen der Obergruppen 51 bis 54 mit Ausnahme der Titel 514 13, 529 10, 532 11 und 547 11 soweit sie

1. nicht übertragbar sind,
2. nicht mit Ausgaben außerhalb des Deckungskreises deckungsfähig sind und
3. nicht mit Einnahmen korrespondieren.

Das Ministerium für Inneres und Sport wird ermächtigt, zur Förderung wirtschaftlicher und sparsamer Verwendung der Haushaltsmittel den budgetierten Teil des Kapitels 0320 aus den übrigen Kapiteln des Einzelplans 03 zu verstärken.

Haushaltsjahr 2007

Epl. 03 **Übersicht über die Einnahmen, Ausga**

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0301	Ministerium für Inneres und Sport	—	180	538	348	1.066	34.239	1.830
0302	Allgemeine Bewilligungen	—	241	2.861	—	3.102	503	33.220
0303	Ministerium für Inneres und Sport (Regierungsvertretungen)	—	176	100	—	276	5.523	1.038
0304	Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege	—	28	453	—	481	9.115	1.551
0307	Brandschutz	—	361	1.196	—	1.557	2.942	2.036
0309	Landesamt für Statistik	—	182	75	—	257	17.324	3.591
0311	Kampfmittelbeseitigung	—	171	4.691	—	4.862	2.178	6.146
0312	Notruf 110	—	16	—	—	16	—	1.060
0313	Präventionsprogramm Polizei/ Sozialarbeiter	—	—	—	—	—	—	—
0314	Studieninstitut des Landes Niedersachsen - budgetiert -	—	41	2.400	—	2.441	1.102	996
0315	Wiedergutmachung	—	8	25	—	33	—	—
0316	Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	—	3.428	—	—	3.428	—	—
0317	Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen	—	—	300	—	300	—	300
0318	Vermessungs- und Katasterverwaltung - budgetiert -	—	42.450	—	—	42.450	89.612	15.279
0320	Landespolizei	—	18.049	953	525	19.527	812.850	109.030
0321	Logistik Zentrum Niedersachsen	—	—	—	—	—	—	—
0324	Grenzdurchgangslager Friedland	—	686	5.892	—	6.578	4.485	2.554
0326	Asylbewerber, Kontingent- und sonst. ausländ.Flüchtlinge; Zentrale Aufnahme- und Ausländerbehörden	—	1.136	301	—	1.437	11.237	9.786
0331	Sportförderung	—	70	—	—	70	—	20
0380	Landesbeauftragter für den Datenschutz	—	14	—	—	14	644	201

ben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 03**

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2007 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2006 Überschuss Zuschuss (-)	2007 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungsermächtigungen
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
15	—	230	–7.910	28.404	–27.338	–28.370	1.032	—
27.844	—	143	33	61.743	–58.641	–47.077	–11.564	400
59	—	67	421	7.108	–6.832	–8.658	1.826	—
3	—	50	1.377	12.096	–11.615	–13.787	2.172	—
2.105	200	25.656	2.570	35.509	–33.952	–34.062	110	—
140	—	—	—	21.055	–20.798	–21.635	837	—
—	—	87	—	8.411	–3.549	–3.528	–21	—
—	—	100	—	1.160	–1.144	–1.775	631	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	168	2.266	175	1	174	—
25.942	—	—	—	25.942	–25.909	–27.564	1.655	—
—	—	—	—	—	3.428	–1.891	5.319	—
18.708	—	90	—	19.098	–18.798	–19.271	473	—
15	—	1.278	6.778	112.962	–70.512	–71.814	1.302	—
3.891	—	52.719	31.796	1.010.286	–990.759	–980.321	–10.438	11.500
—	—	—	—	—	—	—	—	—
481	—	40	899	8.459	–1.881	–1.881	—	—
131.388	—	161	1.357	153.929	–152.492	–162.169	9.677	—
23.220	—	1.208	—	24.448	–24.378	–25.053	675	—
—	—	15	—	860	–846	–956	110	—

Haushaltsjahr 2007

Epl. 03 **Übersicht über die Einnahmen, Ausga**

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0390	Landesamt für Verfassungsschutz	—	36	—	—	36	9.935	2.242
	Summe 2007	—	67.273	19.785	873	87.931	1.001.689	190.880
	Summe 2006	—	75.147	22.786	732	98.665	1.010.006	191.438
	2007 mehr(+)/weniger(-)	—	–7.874	–3.001	+141	–10.734	–8.317	–558

ben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 03**

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2007 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2006 Überschuss Zuschuss (-)	2007 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungsermächtigungen
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
113	—	490	1	12.781	–12.745	–12.565	–180	—
233.924	200	82.334	37.490	1.546.517	–1.458.586	–1.462.376	3.790	11.900
241.027	275	78.668	39.627	1.561.041				251.973
–7.103	–75	+3.666	–2.137	–14.524				–240.073

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0301 Ministerium für Inneres und Sport

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-4	011	Gebühren und tarifliche Entgelte		138	99	+39	100
119 01-5	011	Vermischte Einnahmen		22	22	—	10
119 04-0	011	Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen an Landesbedienstete *Vgl. K-Vermerk zu 546 04.*		—	—	—	105
119 30-9	960	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr		—	—	—	0
124 01-9	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		4	4	—	3
132 01-1	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1	1	—	1
132 11-9	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge *Vgl. K-Vermerk zu 811 11.*		—	—	—	—
182 10-8	011	Rückflüsse aus Darlehen an Landesbedienstete für Rechtsschutz		15	15	—	8
235 01-5	011	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	8
281 10-6	011	Erstattungen und Zuweisungen		—	—	—	—
281 17-3	011	Erstattungen von Beihilfepauschalen durch Landesbetriebe		538	587	–49	430
381 10-0	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		348	340	+8	338
		A U S G A B E N					
412 10-3	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 73 b Abs. 4 Nds. PersVG. und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	1	1	—	0
421 01-3	011	Bezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten, der Ministerin oder des Ministers	—	143	143	—	143
421 02-1	011	Bezüge der Ministerin oder des Ministers - Übergangsgeld -	—	—	—	—	13
422 01-0	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	18.712	19.628	–916	13.972
422 06-0	011	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 19-2	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	364
425 01-9	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.020
425 04-3	011	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	19	–19	32
425 06-0	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1	1	—	1
426 01-5	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	602
426 03-1	011	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0301

Allgemeiner Vermerk:
Sonderkosten für Polizeivollzugs- und Verwaltungsbeamte/-innen, die dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport angehören, sind im Haushalt der Landespolizei – 03 20 – mit veranschlagt.
Dazu gehören:

1.	Kosten für Sportzwecke	511 01 u. a.
2.	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen (nur für das Landespolizeipräsidium)	514 01
3.	Bewegungsgelder für Polizeivollzugsbeamte/-innen im Kriminaldienst	527 10
4.	Heilfürsorge	TGr. 64
5.	Bekleidungszuschuss für Polizeivollzugsbeamte/-innen im Kriminaldienst	TGr. 65
6.	Unterhaltung sowie Ersatz von Bekleidung und Ausrüstung	TGr. 65
7.	Kosten für Aus- und Fortbildung	525 20, 547 10
8.	Kosten für Waffen und Munition	514 20
9.	Kosten für besondere Führungs- und Einsatzmittel der Polizei	514 20 u. 547 10

Vgl. Allgemeinen Vermerk zu Kapitel 03 20.

Zu 111 01

Verwaltungskosten (Gebühren und Auslagen) nach dem Nds. Verwaltungskostengesetz – Nds. Verw.KostG. – i. d. F. vom 2. 12. 1974 (Nieders. GVBl. S. 531) sowie Einnahmen aufgrund der VO über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Leistungen (Allg. GebO) vom 5. 6. 1997 (Nieders. GVBl. S. 171) in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 132 11

Nach den Kfz-Richtlinien dürfen personenbezogene Dienstkraftfahrzeuge durch neue Fahrzeuge ersetzt werden, wenn in Höhe der jeweils zu erwartenden Verwertungserlöse mindestens gleichwertige Ersatzbeschaffungen vorgenommen werden können.

Zu 281 17

Erstattungen von

	2007 Tsd. EUR
03 16 (IZN)	329
03 17 (LGN)	204
03 21 (LZN)	5
Zusammen	538

Zu 381 10

Erstattung der auf die Fachaufsicht über das Grenzdurchgangslager Friedland entfallenden persönlichen Verwaltungsausgaben (vgl. 03 24 – 981 02) sowie Zuführung von 03 07 – 981 10 für die Personal- und Sachkosten der mit Aufgaben des Brandschutzes befassten Bediensteten des Ministeriums für Inneres und Sport.

Zuführung von:

	2007 Tsd. EUR
03 07 – 981 10	332
03 24 – 981 02	16
Zusammen	348

Zu 412 10

Der/Die Vorsitzende einer Einigungsstelle – § 73 b Abs. 4 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz und § 48 Abs. 3 Niedersächsisches Richtergesetz – erhält für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 102,26 EUR, in jedem Jahr der Wahlperiode der Personalräte jedoch nicht mehr als 511,29 EUR.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0301 Ministerium für Inneres und Sport

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
426 04-0	011	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
426 06-6	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	1	—	0
427 01-1	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	3	5	–2	—
427 39-9	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
441 01-4	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	14.952	15.444	–492	14.565
441 02-2	940	Beihilfen für Angestellte	—	55	106	–51	53
441 03-0	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	16	12	+4	15
441 04-9	940	Beihilfen für Sonstige	—	—	—	—	—
441 10-3	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	—	30	–30	22
443 01-7	940	Fürsorgeleistungen	—	336	266	+70	335
443 02-5	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
453 01-2	011	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	40	38	+2	49
453 11-0	011	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	—
511 01-2	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *** *Der im Vorwort unter Buchstabe E aufgeführte allgemeine Haushaltsvermerk ist für die Bewirtschaftung verbindlich.*	—	336	358	–22	291
514 01-1	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	52	45	+7	51
517 01-0	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	516	516	—	486
518 01-7	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	75	75	—	52
518 02-5	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	20	20	—	41
519 01-3	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	45	45	—	50
519 02-1	011	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	20	20	—	15
525 01-3	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	50	50	—	45
526 01-0	011	Sachverständige	—	22	22	—	26
526 02-8	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	10	10	—	31
526 10-9	011	Kosten des Landespersonalausschusses	—	1	1	—	1
527 01-6	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	145	145	—	178
527 02-4	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	30	41	–11	43

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 511 01

Gegenseitig deckungsfähig sind innerhalb des Einzelplans 03 die in den Kapiteln 0301, 0302, 0303, 0324, 0326 und 0390 veranschlagten Ausgaben außerhalb von Titelgruppen der Obergruppen 51 bis 54 - mit Ausnahme der Titel 514 13, 529 10, 532 11 und 547 11 - soweit sie

1. nicht übertragbar sind,
2. nicht mit Ausgaben außerhalb des Deckungskreises deckungsfähig sind und
3. nicht mit Einnahmen korrespondieren.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen (2007)

	Ist 1. 1. 2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	6	6	6
Kleintraktoren	1	1	1

Zu 519 02

Insbesondere Kosten technischer Einrichtungen zur Überwachung der Dienstgebäude.

Zu 526 10

Aufgrund der §§ 116 ff. des Niedersächsischen Beamtengesetzes (NBG) in der jeweils geltenden Fassung ist ein Landespersonalausschuss gebildet worden, für den beim Ministerium für Inneres und Sport eine Geschäftsstelle eingerichtet worden ist.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0301 Ministerium für Inneres und Sport

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
529 10-8	011	Zur Verfügung des Ministers oder der Ministerin	—	9	9	—	3
531 10-2	011	Veröffentlichungen und sonstige Öffentlichkeitsarbeit **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*	—	43	43	—	46
546 01-0	011	Vermischte Ausgaben	—	4	4	—	1
546 03-7	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	3	3	—	1
546 04-5	011	Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 04.*	—	—	—	—	113
546 30-4	960	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr	—	—	—	—	—
547 10-6	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	20	27	–7	28
632 10-3	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	13	13	—	12
681 10-4	011	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	2	2	—	2
682 09-7	011	Zuführungen an Landesbetriebe für Ausgaben zum Ausgleich bei Inanspruchnahme in Schadensfällen	—	—	—	—	—
811 01-6	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 11-3	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	—	—	—	—
812 15-2	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	86
812 59-4	011	Globalansatz für den Erwerb beweglicher Sachen	—	—	—	—	—
863 10-5	011	Darlehen an Landesbedienstete für Kosten ihrer Rechtsverteidigung	—	35	26	+9	48
972 11-7	989	Globale Minderausgaben **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	–8.961	–8.961	—	—
972 12-5	989	Globale Minderausgaben zur Finanzierung der technischen Anlagen zur Fußball-WM 2006	—	—	–370	+370	—
972 15-0	989	Globale Minderausgabe K-Potenzial	—	—	—	—	—
981 03-5	990	Abführung an 13 21 - 381 03	—	1.051	1.054	–3	998
981 05-1	990	Abführung an 13 50 - 381 03	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 529 10

Mittel zur Verfügung des Ministers, davon 4.000 EUR für die Wahrnehmung repräsentativer Zwecke in den Regierungsvertretungen.

Zu 632 10

Anteil des Landes Niedersachsen an den Kosten der ständigen Geschäftsstelle der IMK.

Zu 811 11

Es handelt sich um Dienstkraftfahrzeuge für die Ministerin/den Minister, die Staatssekretärin/den Staatssekretär.

Zu 972 11

Zum Ausgleich des Haushalts. Der Betrag zum Haushaltsausgleich kann auch durch Mehreinnahmen erbracht werden, soweit diesen keine entsprechenden Mehrausgaben gegenüber stehen.

Zu 981 03

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0301 Ministerium für Inneres und Sport

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(568)	(546)	(+22)	(401)
511 99-3	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände,sonstige Gebrauchsgegenstände	—	219	204	+15	177
514 99-2	011	Verbrauchsmittel	—	40	55	–15	36
525 98-6	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten (IZN)	—	10	10	—	15
525 99-4	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten (andere Dienstleister)	—	10	10	—	2
538 98-0	011	Ausgaben für Datenverarbeitung (IZN)	—	74	56	+18	6
538 99-9	011	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	20	20	—	22
547 99-8	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 99-3	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	195	191	+4	142
		Abschluss Kapitel 0301					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		180	141	+39	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		538	587	–49	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		348	340	+8	
		Summe der Einnahmen		1.066	1.068	–2	
		4 Personalausgaben	—	34.260	35.694	–1.434	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	1.774	1.789	–15	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	15	15	—	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	230	217	+13	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	–7.910	–8.277	+367	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	28.369	29.438	–1.069	
		Zuschuss		27.303	28.370	–1.067	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 98/99

Hier sind die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie für die damit verbundenen Einrichtungen zusammengefasst.

Zu 812 99

	2007 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:	
Arbeitsplatzcomputer	120
Netzwerkkomponenten	75
Zusammen	195

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-9	011	Vermischte Einnahmen		30	250	–220	27
119 70-1	193	Einnahmen aus Sponsoring (Tag der Niedersachsen) *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 70.*		—	—	—	64
119 76-0	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 76/97.* **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		—	—	—	10
119 78-7	013	Vermischte Einnahmen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 77/78.*		211	192	+19	224
119 87-6	960	Vermischte Einnahmen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 87.*		—	—	—	—
119 90-6	011	Sonstige Einnahmen aus Veröffentlichungen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 90/91/92.* **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		—	—	—	—
231 10-2	249	Erstattung für die Erhaltung von Gräbern auf Grund des Gräbergesetzes vom Bund *Vgl. K-Vermerk zu 633 10.*		2.195	2.160	+35	2.322
231 11-0	244	Erstattung des Bundesanteils zu den Kosten der Betreuung jüdischer Friedhöfe *Vgl. K-Vermerk zu 685 11.*		197	199	–2	197
231 12-9	249	Sonstige Zuweisungen vom Bund		58	78	–20	50
231 61-7	011	Erstattung von Wahlkosten *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61/67.*		1	2.118	–2.117	5.000
261 65-6	045	Erstattung von Personalkosten für der DLRG zur Verfügung gestellte Bedienstete *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		410	500	–90	355
282 81-5	290	Sonstige Zuschüsse für Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und für interkulturelle Verständigung *Vgl. K-Vermerk zu 684 84.*		—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 73/79		**Hochwasserhilfe**		(—)	(—)	(—)	(—)
234 73-0	045	Zuweisungen des Bundes aus dem Fonds "Aufbauhilfe" nach dem Aufbauhilfefondsgesetz *Vgl. K-Vermerk zu 633 73 und 681 73.*		—	—	—	—
272 79-8	045	Zuweisungen aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union zur Finanzierung von Nothilfemaßnahmen *Vgl. K-Vermerk zu 633 79.*		—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			2	–2	
		A U S G A B E N					
525 01-7	012	Aus- und Fortbildung der Bediensteten **** Der im Vorwort unter Buchstabe E*	—	1.100	1.100	—	1.085

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 119 01

Rückzahlungen des Bundes aufgrund von Leistungen des Landes gem. § 6 LAG, Überzahlungen und sonstige vermischte Einnahmen.
Weniger infolge Anpassung an die Istentwicklung.
Vgl. 0302 - 634 10.

Zu 119 76

Abgabe kann bei Bedarf an öffentliche Dienststellen und Institutionen erfolgen.
Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 76/97.

Zu 119 78

Gemäß den Vereinbarungen eines Rahmenvertrages zwischen dem Land Niedersachsen einerseits und dem Niedersächsischen Landkreistag sowie dem Niedersächsischen Städtetag andererseits wird eine Nutzung des „iznnet Kom“ durch bestimmte kommunale Einrichtungen zur Kommunikation mit den Dienststellen der niedersächsischen Landesverwaltung sowie darüber hinaus mit Dienststellen anderer Bundesländer, des Bundes und der EU angeboten (übergreifende Kommunikation).
Leistungen aus diesem Rahmenvertrag können die Niedersächsischen Landkreise, kreisfreien und großen selbständigen Städte, die Region und die Landeshauptstadt Hannover sowie die niedersächsischen kommunalen Datenzentralen und kommunalen Spitzenverbände in Anspruch nehmen. Das Land Niedersachsen erbringt die Leistungen zum Selbstkostenpreis ohne Gewinnerzielungsabsicht. Die Betriebskosten für die Telekommunikationsdienste gemäß dem Rahmenvertrag werden wegen der beiderseitigen Nutzungsinteressen im Verhältnis 60:40 geteilt. Der Anteil des Landes beträgt 60%, der Anteil der Kommunen 40%. Der Anteil der Kommunen wird diesen in Rechnung gestellt und im Landeshaushalt vereinnahmt.

Zu 119 90

Die aus Kapitel 0302 Titel 511 90 beschafften Druckschriften, Bücher etc. dürfen an Institutionen und Personen, die bei der Erfüllung von Aufgaben gem. § 96 BVFG beteiligt sind, unentgeltlich abgegeben werden.
Vgl. 0302 Ausgabe-TGr. 90 bis 92.

Zu 231 10

Kostenerstattung des Bundes für Aufwendungen nach dem Gesetz über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft (Gräbergesetz) i.d.F. vom 29.01.1993 (BGBl. I S. 178), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.12.2004 (BGBl. I S. 3641) auf Grundlage der Verordnung über die Pauschale für Anlegung, Instandsetzung und Pflege der Gräber, Verlegung und Identifizierung im Sinne des Gräbergesetzes vom 27.12.2004 (BGBl. I S. 3755).
Vgl. 0302 - 633 10.

Zu 231 11

Der Bund zahlt einen Pauschbetrag je qm Friedhofsfläche für die Sicherung und Betreuung der pflegeverwaisten jüdischen Friedhöfe unter der Voraussetzung, dass das Land Aufwendungen in gleicher Höhe übernimmt. Der veranschlagte Betrag entspricht der zu betreuenden Friedhofsfläche.
Vgl. 0302 - 685 11.

Zu 231 12

Der Bund erstattet den Ländern nach § 20 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) 65 v. H. der Aufwendungen für die Kapitalentschädigung, die Berechtigte aufgrund des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes i. d. F. vom 22.12.2003 (BGBl. 2003 Teil I S. 2834) erhalten.
Vgl. 0302 - 633 12.

Zu 231 61

Erstattung von Wahlkosten durch den Bund.
Vgl. 0302 Ausgabe-TGr. 61/67.

Zu 261 65

Personalkostenerstattung der DLRG für die Bediensteten der ehemaligen KatS-Schule.
Weniger infolge Verringerung der Anzahl der Bediensteten.
Vgl. 0302 Ausgabe-TGr. 65.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 525 01-7		*aufgeführte allgemeine Haushaltsvermerk ist für die Bewirtschaftung verbindlich.*					
538 10-0	012	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	279	309	–30	470
538 11-9	960	Einrichtung einer Koordinierungsstelle zum elektronischen Rückmeldeverfahren Niedersachsen (KeRN)	—	40	160	–120	—
541 10-1	019	Öffentlichkeitsarbeit	—	9	9	—	12
541 11-0	249	Zentrale Gedenkveranstaltungen zum Volkstrauertag	—	6	6	—	5
546 01-4	012	Vermischte Ausgaben	—	1	1	—	—
547 10-0	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	20	20	—	1
632 10-7	131	Zuweisungen des Landes für die Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer	—	172	172	—	166
633 10-3	249	Erstattung der Kosten aus Bundesmitteln auf Grund des Gräbergesetzes *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 10.*	—	2.195	2.160	+35	2.050
633 11-1	215	Zuweisungen zu den Verwaltungskosten der Ausgleichsbehörden bei den Landkreisen und kreisfreien Städten	—	2.600	2.800	–200	2.696
633 12-0	249	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	90	120	–30	76
633 13-8	049	Zuweisungen an durch die Konversion besonders betroffenen Gemeinden und Gemeindeverbände *Übertragbar.*	—	—	—	—	41
633 15-4	045	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zu den Kosten der Katastrophenbekämpfung gem. § 31 Abs. 3 Satz 2 NKatSG *Übertragbar.*	—	5.800	—	+5.800	—
634 10-0	243	Finanzzuweisungen an den Lastenausgleichsfonds	—	1.800	2.000	–200	2.069
681 03-5	045	Gewährung von Leistungen aus dem Soforthilfeprogramm im Zusammenhang mit dem Frühjahrshochwasser 2006 *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
681 10-8	011	Ehrengaben	—	12	11	+1	10
684 11-5	165	Zuschuss an die Deutsche Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften in Bonn	—	1	1	—	1
684 12-3	290	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige	—	31	20	+11	—
685 11-1	244	Zuschüsse zur Betreuung jüdischer Friedhöfe *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 200 v.H. der Isteinnahmen bei 231 11.*	—	394	398	–4	395
685 12-0	011	Landeszuschuss für die Kommunalprüfungsanstalt *Übertragbar.*	—	1.310	1.310	—	460

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 525 01

Gegenseitig deckungsfähig sind innerhalb des Einzelplans 03 die in den Kapiteln 0301, 0302, 0303, 0324, 0326 und 0390 veranschlagten Ausgaben außerhalb von Titelgruppen der Obergruppen 51 bis 54 - mit Ausnahme der Titel 514 13, 529 10, 532 11 und 547 11 - soweit sie

1. nicht übertragbar sind,
2. nicht mit Ausgaben außerhalb des Deckungskreises deckungsfähig sind und
3. nicht mit Einnahmen korrespondieren.

Zu 538 10

Kosten der zentralen Formularservice-Stelle beim Informatikzentrum Niedersachsen (IZN).

Zu 538 11

Durch das Vierte Gesetz zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) vom 25.08.2004 wurde verbindlich festgelegt, dass Rückmeldungen zwischen Meldebehörden nur noch in elektronischer Form durch Datenübertragung zu erfolgen haben.
Für das elektronische Rückmeldeverfahren zwischen den Meldebehörden ist für technische und organisatorische Fragen die Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle erforderlich. Diese ist beim Informatikzentrum Niedersachsen (izn) angesiedelt worden. Die Koordinierungsstelle übernimmt auch die Sammlung und Eingabe der im Rahmen des Aufbaus des Deutschen Verwaltungsdienstverzeichnisses (DVDV) erforderlichen Daten.

Zu 541 10

Veranschlagt sind im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit die Ausgaben für die Organisation und Durchführung nieders. Beiträge zu der zentralen Festveranstaltung aus Anlass des Nationalfeiertages "Tag der Deutschen Einheit" jeweils am 3. 10. d. J.

Zu 541 11

Die Gedenkfeier zum Volkstrauertag wird gemeinsam vom Land und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. gestaltet.

Zu 547 10

1. Gewährung von Belohnungen für Rettungstaten und Kosten der Beschaffung von Rettungsmedaillen.

2. Kosten des Verwaltungsvolontariats und der FKS-Veranstaltungen in Niedersachsen.

3. Bewerberinnen und Bewerber für eine Laufbahn des gehobenen und mittleren Dienstes sind vor ihrer Einstellung als Anwärterinnen und Anwärter oder als Fachoberschulpraktikantinnen und Fachoberschulpraktikanten in einem Auswahlverfahren zu begutachten (§ 8 Abs. 1 APVO geh. Dienst, § 4 Abs. 2 APVO geh. Landesplanungsdienst und § 7 APVO mittl. Dienst).
Das Gleiche gilt für Bewerberinnen und Bewerber, die den Vorbereitungsdienst der Laufbahn des höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes mit einem abgeschlossenen Studium der Wirtschafts- oder Sozialwissenschaften (§ 2 Abs. 3 APVO höherer allgemeiner Verwaltungsdienst), der Laufbahn des höheren Landesplanungsdienstes (§ 4 APVO höherer Landesplanungsdienst) und als Verwaltungsfachangestellte eingestellt werden sollen.
Volljuristen, die in den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst eingestellt werden sollen, werden ebenfalls in einem Vorstellungsverfahren ausgewählt.

Zu 632 10

Beitragsanteil des Landes zu den Kosten der Unterhaltung der Hochschule.

Zu 633 10

Aufwendungen für die im Gesetz der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft (Gräbergesetz) i.d.F. vom 29.01.1993 (BGBl. I S. 178), zu-

Noch zu 633 10

letzt geändert durch Gesetz vom 21.12.2004 (BGBl. I S. 3641), genannten Gräber einschließlich der im Bereich der Gedenkstätte Bergen-Belsen vorhandenen Gräber, deren Pflege und Instandsetzung von der Niedersächsischen Gedenkstättenstiftung wahrgenommen wird.
Vgl. 0302 - 231 10.

Zu 633 11

Das Land trägt seit 1974 die Verwaltungskosten der Ausgleichsbehörden bei den Landkreisen und kreisfreien Städten zu 50 v. H.
Weniger infolge Reduzierung der Anzahl der Ausgleichsbehörden.

Zu 633 12

Nach § 20 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) haben die Länder 35 v. H. der Aufwendungen für die Kapitalentschädigung, die Berechtigte aufgrund des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes i. d. F. vom 22.12.2003 (BGBl. 2003 Teil I S. 2834) erhalten, zu tragen. Veranschlagt sind die Bundes- und Landesmittel.
Vgl. 0302 - 231 12.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 633 15

Bezeichnung des Förderprogramms: Freiwillige Leistungen des Landes zu den Kosten der Katastrophenbekämpfung

Rechtliche Grundlage: § 31 Abs. 3 Satz 2 Niedersächsisches Katastrophenschutzgesetz i. d. F. vom 14.02.2002 (Nds. GVBl. S. 73), geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 16.09.2004 (Nds. GVBl. S. 362)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	-	-	-	-	-	5.800	-	-	-
Korrespondierende Einnahmen aus					-	-	-	-	-
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					-	5.800	-	-	-

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [x]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2007

Befristung:
[ ]Nein [ ]Ja, bis.2007

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Bei Katastrophen ungewöhnlichen Ausmaßes gewährt das Land den Katastrophenschutzbehörden Zuwendungen zu den Kosten der Katastrophenbekämpfung.

Zielgruppe: Katastrophenschutzbehörden

Durchschnittliche Förderhöhe:
1. Bis zu 5,7 Mio. EUR zum Ausgleich von Schäden an die am stärksten vom Elbe-Hochwasser 2006 betroffenen Landkreise Lüchow-Dannenberg und Lüneburg.
2. 0,1 Mio. EUR für künftige Billigkeitsleistungen im Rahmen der Katastrophenbekämpfung an Katastrophenschutzbehörden.

Zu 634 10

Die Länder leisten an den Bund einen jährlichen Zuschuss in Höhe von einem Drittel des Jahresaufwands für Unterhaltshilfe, höchstens 30,0 Mio. EUR. Der Ansatz ist nach dem Verhältnis des nieders. Steueraufkommens im jeweils vorhergehenden Haushaltsjahr zum Gesamtsteueraufkommen aller Länder geschätzt (§ 6 LAG).
Weniger infolge Anpassung an die Istentwicklung.
Vgl. 0302 – 119 01.

Zu 681 10

Aufwendungen der Landesregierung für Ehrungen bei Ehe- und Altersjubiläen.

Zu 684 11

Das Land und die Bundesländer fördern die Deutsche Sektion des internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften in Bonn institutionell, um Informationen über die von Wissenschaftlern und Praktikern entwickelten Lösungen bei Verwaltungsproblemen zu erhalten.

Zu 684 12

Bezeichnung des Förderprogramms: Förderung der multimedialen Produktion „Die Weiße Runde vor Ort“

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 684 12

Rechtliche Grundlage: Einzelfördermaßnahme

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	-	-	-	-	20	31	31	31	31
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					20	31	31	31	31

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2006

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.-

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Mit den aus dem Medienhaus Hannover ausgestrahlten TV-Sendungen, die z. T. in niedersächsischen Schulen produziert werden, wird für mehr demokratische Werte, Toleranz, Menschlichkeit und Gewaltfreiheit insbesondere vor dem Hintergrund deutsch-jüdischer bzw. deutsch-israelischer sowie interkultureller Verständigung innerhalb Niedersachsens geworben. Das Projekt ist in der Vergangenheit über die Landeszentrale für politische Bildung (Aktionsbündnis gegen Rechts) unterstützt worden.
Seit 2006 fördert das Land das Projekt „Die Weiße Runde“ mit einer Zuwendung aus dem Epl. 03.

Zielgruppe: „Die Weiße Runde“

Durchschnittliche Förderhöhe: 31.000 EUR

Zu 685 11

Bezeichnung des Förderprogramms: Sicherung und Betreuung der pflegeverwaisten jüdischen Friedhöfe

Rechtliche Grundlage: Zuwendungsvertrag des Landes mit dem Landesverband der jüdischen Gemeinden von Niedersachsen (KdöR) vom 22. 12.2000/29.01.2001

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	390	392	395	395	398	394	394	394	394
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					-	-	-	-	-
Bund					199	197	197	197	197
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					199	197	197	197	197

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Noch zu 685 11

Beginn der Förderung: 1957

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.-

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Das Land Niedersachsen hat im Rahmen einer Vereinbarung zwischen Bund und Ländern sowie jüdischen Vertretern am 21.06.1957 die Verantwortung für die dauernde Betreuung der pflegeverwaisten jüdischen Friedhöfe im Lande unter maßgeblicher sachkundiger Mitwirkung des Landesverbandes übernommen.

Zielgruppe: Landesverband der jüdischen Gemeinden von Niedersachsen (KdöR)

Durchschnittliche Förderhöhe: 394.000 EUR (einschl. Bundesanteil)

Zu 685 12

Bezeichnung des Förderprogramms: Landeszuschuss für die Kommunalprüfungsanstalt

Rechtliche Grundlage: Gesetz zur Neuregelung der überörtlichen Kommunalprüfung vom 16.12.2004 (Nds. GVBl. Nr. 43/2004, S. 638)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	-	-	-	460	1.310	1.310	1.310	1.310	1.310
Korrespondierende Einnahmen aus EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					1.310	1.310	1.310	1.310	1.310

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[x]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 01.01.2005

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.-

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Die Kommunalprüfungsanstalt hat bei der überörtlichen Prüfung festzustellen, ob das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der zu prüfenden Einrichtungen (z.B. Gemeinden, Samtgemeinden, Landkreise, kommunale Anstalten, gemeinsame kommunale Anstalten und Zweckverbände) rechtmäßig und wirtschaftlich geführt wird und das Kassenwesen zuverlässig eingerichtet ist. Sie soll ferner die Haushaltswirtschaft der zu prüfenden Einrichtungen durch Prüfung und Beratung in selbstverwaltungsgerechter Weise fördern, insbesondere Verbesserungsvorschläge unterbreiten und Vergleichsmöglichkeiten nutzen.

Zielgruppe: Kommunalprüfungsanstalt

Durchschnittliche Förderhöhe: 1.310.000 EUR

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
685 52-9	187	Finanzhilfe an die Stiftung Niedersachsen gem. § 7 Abs. 2 NLottG *Übertragbar.* **** Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.*	—	1.373	1.373	—	1.073
685 54-5	187	Finanzhilfe an die Niedersächsische Lottostiftung gem. § 7 Abs. 2 NLottG *Übertragbar.* **** Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.*	—	5.499	5.199	+300	5.499
919 01-5	950	Abführung an 50 81 - 381 69	—	7	7	—	—
972 01-3	989	Globale Minderausgaben für Kostenbeteiligung an nichtpolizeilichen Maßnahmen der Gefahrenabwehr der LHH bei der Fußball-WM 2006	—	—	–100	+100	—
981 03-9	990	Abführung an 13 21 - 381 03	—	1	1	—	0
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/67		**Zur Durchführung öffentlicher Wahlen und Volksabstimmungen** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 231 61.*	(—)	(6.514)	(2.231)	(+4.283)	(4.396)
547 61-4	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	100	113	–13	21
633 61-8	011	Erstattungen an Gemeinden (GV)	—	6.200	2.118	+4.082	4.375
671 61-7	011	Erstattungen für die Beförderung von Wahlbriefen anläßlich von Landtagswahlen	—	214	—	+214	—
671 67-6	011	Erstattungen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 63		**Förderung des Rettungsdienstes**	(—)	(31)	(32)	(–1)	(32)
684 63-8	049	Zuschüsse an freie gemeinnützige Träger für laufende Zwecke	—	31	31	—	31
687 63-7	049	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	1	–1	1
TGr. 64		**Katastrophenschutz und zivile Verteidigung** *Übertragbar.*	(—)	(783)	(1.358)	(–575)	(713)
511 64-4	045	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	15	26	–11	12
547 64-9	045	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	12	17	–5	10
632 64-6	045	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Länder	—	168	168	—	128
633 64-2	045	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	600	–600	—
684 64-6	045	Zuschüsse an die im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen	—	445	420	+25	421
812 64-4	045	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	56	40	+16	82

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 685 52

Bezeichnung des Förderprogramms: Finanzhilfe an die Stiftung Niedersachsen

Rechtliche Grundlage: § 7 Abs. 2 Niedersächsisches Gesetz über das Lotterie- und Wettwesen vom 21.06.1997 (Nds. GVBl. Nr.12/1997, S. 289) in der z. Zt. geltenden Fassung

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	1.523	1.555	1.430	1.073	1.373	1.373	1.373	1.373	1.373
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					1.373	1.373	1.373	1.373	1.373

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[x]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1987

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.-

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Förderung von Wissenschaft und Forschung, Bildung, Kunst und Kultur in Niedersachsen.

Zielgruppe: Stiftung Niedersachsen

Durchschnittliche Förderhöhe: 1.373.000 EUR

Zu 685 54

Die Niedersächsische Lottostiftung erhält eine Finanzhilfe von 5 198 600 EUR, zusätzlich 60 vom Hundert der den Betrag von 7,0 Mio. EUR übersteigenden Einnahmen aus der Konzessionsabgabe der Lotterie “BINGO“ sowie die den Betrag von 4,5 Mio. EUR übersteigenden Einnahmen aus der Konzessionsabgabe der Lotterie “KENO“.

Bezeichnung des Förderprogramms: Finanzhilfe an die Niedersächsische Lottostiftung

Rechtliche Grundlage: § 7 Abs. 2 Niedersächsisches Gesetz über das Lotterie- und Wettwesen (NLottG) vom 21.06.1997 (Nds. GVBl. S. 289) in der Fassung des Haushaltsbegleitgesetzes 2007 (Art. 7) vom. 15.12.2006, Nds. GVBl S. 597 ff

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	11.662	11.442	9.169	5.499	5.199	5.499 *)	5.499 *)	5.499 *)	5.499 *)
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					5.199	5.499 *)	5.499 *)	5.499 *)	5.499 *)

*) 5.198.600 EUR (§ 7 Abs. 2 Satz 1 des NLottG - geändert durch das Haushaltsbegleitgesetz 2006, Art. 4, Ziff. 2 a) und ca. 300.000 EUR (§ 7 Abs. 2 Satz 1 des NLottG - geändert durch das Haushaltsbegleitgesetz 2007, Art. 7, Ziff. 2)

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 685 54

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[x]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1993

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.-

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Die Stiftung fördert Kunst und Kultur, Jugendarbeit und Sport, unterstützt mildtätige Zwecke sowie Vorhaben auf dem Gebiet des Natur- und Landschaftsschutzes.

Zielgruppe: Niedersächsische Lottostiftung

Durchschnittliche Förderhöhe: ca. 5.499.000 EUR

Zu 919 01
Abführung an den Einzelplan 08, Kapitel 50 81 (Wirtschaftsförderfonds) zur anteiligen Finanzierung der Gesellschafterleistungen an die NBank.

Zu 981 03
Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61/67
Kosten für die Durchführung öffentlicher Wahlen und Volksabstimmungen.
Vgl. 0302 - 231 61.

Zu 684 63
Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschuss für die Errichtung und Unterhaltung von Rettungsstationen und Rettungswachen sowie für die Ausbildung von Rettungsschwimmerinnen und Rettungsschwimmern

Rechtliche Grundlage: Niedersächsisches Rettungsdienstgesetz vom 29.01.1992 (Nds. GVBl. S. 21), zuletzt geändert durch Art. 25 des Gesetzes vom 20.11.2001 (Nds. GVBl. S. 701)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	52	0	31	31	31	31	31	31	31
Korrespondierende Einnahmen aus EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					31	31	31	31	31

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: ca. 1984

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 684 63

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis -

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
In den Rettungsdienstbereichen, in denen größere Gewässer zum Gemeindegebiet gehören, ist die DLRG beauftragt, Leistungen der Wasserrettung zu erbringen, die einen sehr hohen Stellenwert im Bereich der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr haben. Die DLRG wird daher seit Jahren vom Land finanziell unterstützt.

Zielgruppe: DLRG - Landesverband Niedersachsen

Durchschnittliche Förderhöhe: 31.000 EUR

Zu Titelgruppe 64

Aufgrund des Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetzes (NKatSG) i. d. F. vom 14.02.2002 und der beiden Förderichtlinien vom 28.07.2003 erhalten die im Katastrophenschutz (KatS) mitwirkenden Hilfsorganisationen Zuschüsse für die Ausstattung und Ausbildung von KatS-Einheiten (Titel 684 64) sowie für die Beschaffung von KatS-Fahrzeugen und Spezialgeräten (Titel 893 64).

Ferner sind Ausgaben für den KatS nach Landesrecht sowie sächliche Verwaltungskosten für den Bereich der zivilen Verteidigung veranschlagt, die nach Art. 104 a Abs. 5 GG vom Land zu tragen sind.

Zu 511 64

Laufende Kosten für Fernmeldeanlagen des KatS, für technisches Gerät und Führungsmittel sowie sonstige mit der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Behörden im Katastrophen- und Verteidigungsfall in Zusammenhang stehende Kosten.

Zu 547 64

Kosten für die Teilnahme an Übungen, für die Ausbildung von Führungskräften des Katastrophenschutzes und der zivilen Verteidigung, Planungskosten u.a. mehr.

Zu 632 64

Anteilige Kosten des Landes nach § 10 der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Küstenländern über die Errichtung eines Havariekommandos vom 04.06.2002.

Zu 633 64

Kostenbeteiligung des Landes an nichtpolizeilichen Maßnahmen der Gefahrenabwehr der Landeshauptstadt Hannover im Zusammenhang mit der FIFA-Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 684 64

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschüsse an die im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen

Rechtliche Grundlage: § 31 Abs. 3 Satz 1 Niedersächsisches Katastrophenschutzgesetz i. d. F. vom 14.02.2002 (Nds. GVBl. S. 73), geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 16.09.2004 (Nds. GVBl. S. 362), Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Ausstattung und Ausbildung von Katastrophenschutzeinheiten privater Träger in der z. Zt. geltenden Fassung

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	511	411	424	420	420	445	445	445	445
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					420	445	445	445	445

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [x]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1978

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis-

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Die Zuwendungsempfänger wirken im Katastrophenschutz des Landes als Einrichtungen privater Träger mit. Die Bewältigung von Großschadenslagen wäre ohne das ehrenamtliche Engagement in diesen Organisationen, die überwiegend im Bereich des Sanitäts- und Betreuungsdienstes tätig sind, nicht denkbar. Die regelmäßigen finanziellen Unterstützungen des Landes zur Beschaffung und Instandsetzung und Instandhaltung der Ausstattung sowie zu örtlichen Ausbildungsvorhaben, überörtlichen Übungen und zentralen Lehrgängen sind daher für die Aufgabenerfüllung des Katastrophenschutzes unerlässlich.

Zielgruppe: Deutsches Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser-Hilfsdienst und Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

Durchschnittliche Förderhöhe: Die Förderhöhe richtet sich nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Ausstattung und Ausbildung von Katastrophenschutzeinheiten privater Träger in der z. Zt. geltenden Fassung.

Zu 812 64

Herstellung und Erhaltung der im überörtlichen Sprechfunknetz des Katastrophenschutzes eingesetzten Funkanlagen (§§ 20, 23, 27 NKatSG).

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
883 64-9	045	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
893 64-4	045	Zuschüsse für Investitionen an die im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen	—	87	87	—	61
TGr. 65		**Personalkosten des erweiterten Katastrophenschutzes** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 261 65.*	(—)	(410)	(500)	(–90)	(411)
425 65-9	045	Vergütungen der Angestellten	—	320	360	–40	338
426 65-5	045	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	90	140	–50	73
TGr. 70		**Förderung des Tages der Niedersachsen** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 70.*	(—)	(130)	(130)	(—)	(202)
547 70-3	193	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	20	20	—	44
633 70-7	193	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
685 70-7	193	Zuschüsse an Verbände und Organisationen	—	110	110	—	157
TGr. 71/72		**Ressortübergreifende Maßnahmen zur Verbesserung der Verwaltungsorganisation**	(—)	(18)	(18)	(—)	(16)
459 71-5	012	Prämien im Rahmen des Vorschlagwesens für Landesbedienstete und Versorgungsempfänger, deren Bezüge durch das NLBV gezahlt werden	—	18	18	—	16
459 72-3	012	Prämien im Rahmen des Vorschlagwesens, soweit nicht Titel 459 71	—	—	—	—	—
TGr. 73/79		**Hochwasserhilfe** *Übertragbar.* *Abweichend von § 20 Abs. 1 LHO sind nur gegenseitig deckungsfähig 633 73 und 681 73.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
633 73-1	045	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände aus dem Fonds "Aufbauhilfe" nach dem Aufbauhilfefondsgesetz für die Kosten des Katastrophenschutzes *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 234 73.*	—	—	—	—	—
633 79-0	045	Zuschüsse aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union zur Finanzierung von Nothilfemaßnahmen für die Kosten des Katastrophenschutzes *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 272 79.*	—	—	—	—	—
681 73-6	045	Zuschüsse aus dem Fonds "Aufbauhilfe" nach dem Aufbauhilfefondsgesetz an Geschädigte als Übergangshilfe für soziale Notlagen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 234 73.*	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 893 64

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschüsse für Investitionen an die im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen

Rechtliche Grundlage: § 31 Abs. 3 Satz 1 Niedersächsisches Katastrophenschutzgesetz i. d. F. vom 14.02.2002 (Nds. GVBl. Nr. 8/2002, S. 73), Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Beschaffungsmaßnahmen von Fahrzeugen der im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen vom 28.07.2003 (Nds. MBl. Nr. 26/2003, S. 563)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	88	40	45	61	87	87	87	87	87
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					87	87	87	87	87

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1978

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.-

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Die Zuwendungen des Landes an die Hilfsorganisationen für die Beschaffung von Fahrzeugen (z.B. KatS-Fahrzeuge und Spezialgeräte, Krankentransportwagen) sind für die Aufgabenerfüllung des Katastrophenschutzes unerlässlich.

Zielgruppe: Gefördert werden das DRK – Landesverbände Niedersachsen und Oldenburg, der Arbeiter-Samariter-Bund, die Johanniter-Unfall-Hilfe, der Malteser-Hilfsdienst und die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft.

Durchschnittliche Förderhöhe: 15.000 EUR

Zu Titelgruppe 65

Personalkosten der Bediensteten der ehemaligen KatS-Schule.
Die Mittel werden von der DLRG erstattet.
Weniger infolge Verringerung der Anzahl der Bediensteten.
Vgl. 0302 - 261 65.

Zu Titelgruppe 70

Aufgrund des Grundsatzbeschlusses der Landesregierung vom 22. 07.1980 erhalten die Kommunen, Verbände und sonstigen Organisationen, die den "Tag der Niedersachsen" ausrichten, entsprechende Zuschüsse (Projektförderung).

Zu 547 70

Verpflegungs- und Unterbringungskosten sowie Kosten für technische Hilfsmittel, Werbung, Verbreitung von Plakaten und Programmheften.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 685 70

Bezeichnung des Förderprogramms: Förderung des Tages der Niedersachsen

Rechtliche Grundlage: Grundsatzbeschluss der Landesregierung vom 22.07.1980

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	38	194	177	157	110	110	110	110	110
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					110	110	110	110	110

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1980

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.-

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Der im Interesse des Landes stehende „Tag der Niedersachsen“ findet jährlich mit dem Ziel statt, die kulturelle Vielfalt des Landes einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen.

Zielgruppe: 16 Vereine und Verbände.

Durchschnittliche Förderhöhe: 7.000 EUR

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 75		**Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung** *Übertragbar.*	(—)	(325)	(630)	(–305)	(155)
453 75-0	012	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	75	200	–125	—
525 75-0	012	Reformbedingte Fortbildung	—	250	400	–150	146
546 75-8	012	Umzugskosten von Behörden	—	—	30	–30	9
547 75-4	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
TGr. 76/97		**Ressortübergreifende und ressortbezogene Maßnahmen der Verwaltungsmodernisierung** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 76.*	(600) (—)	(1.275)	(975)	(+300)	(891)
511 76-8	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	20	61	–41	134
525 76-9	012	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	350	101	+249	98
526 76-5	012	Sachverständige	—	425	17	+408	4
527 76-1	012	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	10	24	–14	1
531 76-9	012	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation	—	100	227	–127	246
538 97-6	012	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	1
547 76-2	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	70	288	–218	307
633 76-6	012	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	600 —	300	—	+300	—
682 76-7	012	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	—	257	–257	99
TGr. 77/78		**Zentrales IT-Management, Landesweite Infrastruktur** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 78.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: Ausgabetitelgruppe 77/78, Ausgabetitelgruppe 86 und Ausgabetitelgruppe 96.*	(—)	(27.339)	(25.142)	(+2.197)	(24.050)
525 78-5	013	Aus- und Fortbildung	—	30	30	—	26
538 77-1	013	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	25.793	23.596	+2.197	21.604
538 78-0	960	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN) und anderer Dienstleister	—	1.500	1.500	—	1.391
547 77-0	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
547 78-9	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	16	16	—	10
812 77-6	960	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen (Netzbereich)	—	—	—	—	1.019

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 75

Aufgrund der im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung zum 01.01.2005 vollzogenen Abschaffung u.a. der Bezirksregierungen wurden Aufgaben nach Sachzusammenhängen neu gegliedert und zusammengefügt. Nach den beschlossenen personalwirtschaftlichen Grundsätzen (Kabinettsentscheidung vom 23.03.2004) sollten grundsätzlich die bisher eingesetzten Personen (mit Stellen und mit entsprechendem BV/Budget) – zum Erhalt der Kompetenz – mit der Aufgabenverlagerung zu den aufnehmenden Behörden wechseln.
In dieser Titelgruppe werden Kosten für Trennungsgeld/ Umzugskosten sowie Fortbildung des Personals oder Umzüge von Behörden veranschlagt. Zur Unterstützung und Beschleunigung des Personalabbaus sind Haushaltsmittel insbesondere für Qualifizierungsmaßnahmen und den Betrieb der Job-Börse vorgesehen.

Zu Titelgruppe 76/97

Der Stabsstelle Verwaltungsmodernisierung obliegt in Ausführung der Kabinettsentscheidung vom 12.03.2003 über Organisations- und Aufgabenverlagerungen die fach- und ressortübergreifende Steuerung der Modernisierung der niedersächsischen Verwaltung insbesondere durch eine konsequente Aufgabenkritik, den Abbau von Regelungen, die Einführung einer ergebnisorientierten Planung und Steuerung und die Optimierung von Verwaltungsstrukturen und -abläufen.

Die Stabsstelle Verwaltungsmodernisierung ist darüber hinaus zuständig für die Zusammenarbeit in allgemeinen und übergreifenden Fragen der Verwaltungsmodernisierung mit Bund, Ländern und Kommunen sowie mit einzelnen Ländern bei der Erledigung von ressortübergreifenden Aufgaben.

Mit den in dieser Titelgruppe veranschlagten Mitteln sollen ressortübergreifende und ressortbezogene Maßnahmen der Verwaltungsmodernisierung unterstützt werden. Dies gilt auch für Erstattungen an Kommunen und Kommunalverbände für Maßnahmen, die in engem Zusammenhang mit Projekten der Verwaltungsmodernisierung stehen. Qualitätsmanagement und die Personal- und Organisationsentwicklung als unverzichtbare Bestandteile der Modernisierungsstrategie und die Beteiligung/Zusammenarbeit der/mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Kommunen, der Wirtschaft und anderen gesellschaftlichen Gruppen werden fortgesetzt.

Durch Auflösung der Bezirksregierungen und weiterer Behörden, Umorganisation in den Ressorts, ganzen Fachverwaltungen und verschiedenen anderen Behörden sowie letztlich der Umstrukturierung und Neuorientierung der gesamten Landesverwaltung ergeben sich eine Vielzahl von organisatorischen und personalwirksamen Veränderungen. Über die Einsparvorgaben, Projektergebnisse und Kabinettsbeschlüsse hinaus besteht ein hoher Bedarf an Geschäftsoptimierung und zusätzlichen Organisations- und Wirtschaftlichkeitsüberprüfungen in einzelnen Bereichen.

Zu 525 76

Durchführung von Vortrags- und Schulungsveranstaltungen, Kosten für Unterbringung, Verpflegung und Fahrtkosten, Honorare für externe Referenten.

Zu 633 76

Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit durch Unterstützung und Begleitung der kommunalen Kooperationen, z.B. in Form von Moderation.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	300	300
2009	—	—	300	300
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	600	600

Zu 682 76

Zuschüsse an Landesbetriebe, bei denen Maßnahmen der Verwaltungsmodernisierung umgesetzt werden.

Zu Titelgruppe 77/78

Das zentrale IT- Management ist zuständig für die ressortübergreifende Steuerung und Koordinierung des Einsatzes der Informations- und Kommunikationstechnik in der gesamten Landesverwaltung. In dieser Titelgruppe sind die Haushaltsmittel hierfür zusammengefasst. Sie lassen sich in zwei große Teilbereiche aufgliedern:

1. Netzbetrieb und Netzdienste
2. Zentrales IT- Management

Zu 1: Netzbetrieb und Netzdienste
Hier sind die Mittel für den zentralen Netzbetrieb (IZNNet) und die zentralen Netzdienste (z.B. Zentraler E-mail-Server mit Virenscanner, Verzeichnisdienste, Zugang zum Internet) veranschlagt.
Das IZNNet stellt die zentrale Infrastruktur im Bereich der Daten- und Informationsübertragung dar und ist damit die Grundlage für die Nutzung der zentralen Netzdienste, aber auch weiterer übergreifender Dienste und Verfahren wie z.B. des Haushaltswirtschaftssystems HWS oder des Vorschrifteninformationssystems VORIS. Es ist auch die Basis für viele Fachverfahren der Ressorts.

Zu 2: Zentrales IT- Management
Hier sind die Mittel für ressortübergreifende Projekte und Aufgaben veranschlagt. Es handelt sich vorrangig um Mittel für ressortübergreifende technische Infrastrukturmaßnahmen, Querschnittsprojekte und Beratungsleistungen, die z.B. bei der Erstellung von IT-Konzepten und –Richtlinien in Anspruch genommen werden.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 78-4	960	Erwerb von Geräten, Programmen und Lizenzen	—	—	—	—	—
TGr. 81 bis 85		**Integration und Betreuung von Ausländern** *Übertragbar.*	(—)	(1.721)	(1.221)	(+500)	(1.206)
531 81-5	290	Veröffentlichungen **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*	—	—	—	—	29
547 81-9	290	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	11
632 81-6	290	Sonstige Zuweisungen für wissenschaftliche Einrichtungen	—	20	20	—	30
633 81-2	290	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
684 82-4	290	Zuschüsse zur Integration von Ausländerinnen, Ausländern und Deutschen ausländischer Herkunft an Verbände	—	1.100	1.100	—	1.092
684 83-2	290	Sondermaßnahmen	—	580	80	+500	23
684 84-0	290	Verwendung der Zuschüsse für Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und für interkulturelle Verständigung *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 81.*	—	—	—	—	—
684 85-9	290	Koordinierungsmaßnahmen	—	21	21	—	21
TGr. 86		**Multimedia-Initiativen** *Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 77/78.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—) (500)	(570)	(925)	(–355)	(983)
547 86-0	013	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben **** Die Verpflichtungsermächtigung kann bei jedem Titel der Titelgruppe in Anspruch genommen werden.*	— 500	570	750	–180	78
682 86-4	013	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	115
683 86-0	013	Zuschüsse an private Unternehmen	—	—	—	—	550
686 86-0	013	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	175	–175	240
892 86-9	013	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
893 86-5	013	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 81 bis 85

Für Integrationsmaßnahmen sind auch Haushaltsmittel in den Einzelplänen 05 (MS), 06 (MWK) und 07 (MK) veranschlagt.

Bezeichnung des Förderprogramms: Integration und Betreuung von Ausländern

Rechtliche Grundlage: a) Handlungsprogramm Integration in Niedersachsen (Beschluss der Landesregierung vom 25.10.2005), b) Zuwanderungsgesetz vom 30.07.2004 (BGBl. I S. 1950) in der z. Zt. geltenden Fassung, c) Richtlinie Integration vom 20.09.2006 (Nds. MBl. Nr. 39/2006, S. 970)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	2.440	2.209	2.090	1.206	1.221	1.721	1.221	1.221	1.221
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					1.221	1.721	1.221	1.221	1.221

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 01.01.2001

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Gefördert werden Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Ausländern in Niedersachsen, insbesondere zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern sowie von Deutschen ausländischer Herkunft im Rahmen des von der Landesregierung beschlossenen Integrationsprogramms.

Zielgruppe: Kommunen, Wohlfahrtsverbände, gemeinnützige Vereine und sonstige Institutionen, die in der Integrationsarbeit tätig sind

Durchschnittliche Förderhöhe: 13.000 EUR

Zu 632 81

Zuschüsse für die Wahrnehmung der Koordinierung der Aufgaben im Rahmen der Kooperativen Migrationsarbeit und der Regionalverbünde in Niedersachsen durch die Universität Oldenburg (s. auch Subventionserläuterungen bei 0302 TGr. 81 bis 85).

Zu 684 82

Gewährt werden Personal- und Sachkostenzuschüsse nach der Richtlinie Integration (s. auch Subventionserläuterung bei 0302 TGr. 81 bis 85).

Zu 684 83

Zuschüsse für Integrationsmaßnahmen zugunsten von Ausländern sowie Maßnahmen zur Verbesserung von Toleranz und Akzeptanz zwischen Ausländern und Deutschen (s. auch Subventionserläuterung bei 0302 TGr. 81 bis 85).
Mehr infolge Förderung des Projektes „Integrationslotsen“.

Zu 684 85

Zuschüsse zu den Aufwendungen der Vertretung von Ausländerinnen und Ausländern (s. auch Subventionserläuterung bei 0302 TGr. 81 bis 85).

Zu Titelgruppe 86

Mit den veranschlagten Mitteln soll die Nutzung moderner Multimediatechnologien in den priorisierten Landesbereichen “Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung“ gefördert werden. Besondere Handlungsschwerpunkte sind dabei der Einsatz der Digitalen Signatur an der Schnittstelle zwischen Verwaltung und Wirtschaft sowie der Einsatz elektronischer Lernformen (eLearning) in den oben genannten priorisierten Bereichen.
Die Mittel werden überwiegend zur Realisierung von bedarfsgerechten Pilotprojekten verwendet, deren Ergebnisse eine Übertragung auf andere Anwendungsbereiche erlauben. Hierdurch sollen weitere Synergien geschaffen werden.
Im übrigen sollen die Mittel auch für in diesem Zusammenhang notwendige Dienstleistungen Dritter verwendet werden.
Für bestimmte Multimedia-Initiativen sind Haushaltsmittel auch im Einzelplan 06 bei Kapitel 06 08 veranschlagt.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 547 86

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	270	300	—	570
2008	60	200	—	260
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	330	500	—	830

Zu 682 86

Bezeichnung des Förderprogramms:
Einzelmaßnahmen zur Durchführung von Multimedia-Initiativen.

Rechtliche Grundlage:
Zuwendungen nach § 44 der Landeshaushaltsordnung.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	250	800	995	115	175	0	0	0	0
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					-	-	-	-	-

Empfänger:
[X]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Anschubfinanzierungen für Multimedia-Projekte, insbesondere in den Bereichen eLearning und elektronische Signatur. Stärkung des Wirtschaftsstandortes Niedersachsen durch Förderung des Einsatzes modernster Multimedia- und IuK- Technologien ressortübergreifend in den strategischen Handlungsfeldern Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung (in Abstimmung mit MK, MWK, MW u.a.). Ausbau der Vorreiterrolle des Landes im Bereich der elektronischen Signatur.

Zielgruppe:
Forschungseinrichtungen, KMU

Durchschnittliche Förderhöhe:
80.000 Euro

Zu 683 86

Siehe Erläuterungen zu 682 86.

Zu 686 86

Siehe Erläuterungen zu 682 86.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 87		**Ressortübergreifende Anwendungen der Informations- und Kommunikationstechnik** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 87.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(1.500) (—)	(1.240)	(960)	(+280)	(949)
538 87-9	960	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN) und anderer Dienstleister	1.500 —	1.240	960	+280	949
547 87-8	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 87-3	960	Erwerb von Geräten, Programmen und Lizenzen	—	—	—	—	—
TGr. 90 bis 92		**Förderung kultureller Aufgaben nach § 96 BVFG und von Maßnahmen zur Integration von Spätaussiedlern** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 90.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(652)	(702)	(–50)	(616)
511 90-3	246	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	4	4	—	20
547 90-8	246	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	15	15	—	19
547 91-6	246	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben für die/den Landesbeauftragte/n für Heimatvertriebene und Spätaussiedler	—	5	5	—	5
684 90-5	246	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	—	127	177	–50	103
684 92-1	151	Zuschüsse für Maßnahmen zur Integration von Spätaussiedlern und jüdischen Emigranten	—	476	476	—	445
981 90-0	990	Abführung an 07 14 - 381 01	—	25	25	—	25
TGr. 96		**E-Government - Maßnahmen zur elektronischen Abwicklung von Regierungs- und Verwaltungsprozessen -** *Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 77/78.*	(400) (400)	(820)	(675)	(+145)	(1.191)
538 96-8	960	Ausgaben für Datenverarbeitung	400 400	820	675	+145	1.119
547 96-7	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	64
812 96-2	960	Erwerb von Geräten, Programmen, Lizenzen und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	8
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		32	–32	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 87

Veranschlagt sind die Aufwendungen für Anwendungen der Informations- und Kommunikationstechnik, die bei zentraler Betreuung und Weiterentwicklung für alle Ressorts zur Verfügung gestellt werden.

Hierunter fallen zur Zeit zwei Anwendungen:
1. Der Internetauftritt der Landesregierung
2. Das Vorschrifteninformationssystem VORIS

Zu 1.
Der zentrale Internetauftritt der Landesregierung ermöglicht es den Dienststellen der Landesverwaltung, bei einheitlicher Benutzeroberfläche und unter einheitlichem Layout, sich der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Zu 2.
VORIS ist das Volltext-Vorschrifteninformationssystem des Landes Niedersachsen. Es beinhaltet:

- eine Auswahl des wichtigsten EU-Rechts,
- alle für die Praxis wichtigen Rechtsvorschriften des Bundes,
- alle niedersächsischen Rechtsvorschriften,
- alle seit dem 01.01.2001 neu erlassenen oder geänderten, veröffentlichten Verwaltungsvorschriften des Landes Niedersachsen,
- Beschlüsse der Landesregierung

Zu 538 87

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	500	500
2009	—	—	500	500
2010	—	—	500	500
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	1.500	1.500

Zu Titelgruppe 90 bis 92

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Förderung von kulturellen Aufgaben sowie Kunst- und Forschungsförderung nach § 96 BVFG, von grenzüberschreitenden Maßnahmen und Maßnahmen in den Aussiedlungsgebieten sowie für Maßnahmen zur Integration von Spätaussiedlern.

Entsprechende Fördermittel für das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg sind im Einzelplan 06 (MWK), Kapitel 0665 Titel 685 73 veranschlagt.

Zu 547 90

Veranschlagt sind insbesondere die Aufwendungen des Landes für die Verleihung des Kulturpreises Schlesien.

Zu 684 90

Bezeichnung des Förderprogramms: Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge und Förderung der wissenschaftlichen Forschung

Rechtliche Grundlage: § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 684 90

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	73	63	112	103	177	127	127	127	127
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					177	127	127	127	127

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1955

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.-

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Bund und Länder haben entsprechend ihrer durch das Grundgesetz gegebenen Zuständigkeit das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten, Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten, sowie Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern. Sie haben Wissenschaft und Forschung bei der Erfüllung der Aufgaben, die sich aus der Vertreibung und der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge ergeben, sowie die Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu fördern.

Zielgruppe: Vereine, Verbände, Stiftungen und sonstige Organisationen der Heimatvertriebenen

Durchschnittliche Förderhöhe: 3.000 EUR

Zu 684 92
Bezeichnung des Förderprogramms: Förderprogramm zur Integration von Spätaussiedlern und jüdischen Zuwanderern

Rechtliche Grundlage: Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 15.04.1994 über die „Eingliederung von Berechtigten nach dem BVFG in Schule und Berufsausbildung“, Handlungsprogramm Integration in Niedersachsen (Beschluss der Landesregierung vom 25.10.2005), Zuwanderungsgesetz vom 30.07.2004 (BGBl. I S. 1950) in der z. Zt. geltenden Fassung, Bundesvertriebenengesetz (BVFG)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	351	427	447	445	476	476	476	476	476
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					476	476	476	476	476

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [x]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1980

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.-

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 684 92

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Maßnahmen zur Integration von jugendlichen Spätaussiedlern und jüdischen Zuwanderern.

Zielgruppe: Spätaussiedler, jüdische Zuwanderer

Durchschnittliche Förderhöhe: 409.000 EUR (Göttinger Institut – Sonderlehrgänge für Spätaussiedler e.V. – Durchführung von Sonderlehrgängen zum Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung für junge Spätaussiedler), 50.000 EUR (Brückenstelle Hameln – Spätaussiedlerbetreuung während und im Anschluss an den Aufenthalt in der Jugendanstalt Hameln) und 17.000 EUR für sonstige soziale Integrationsmaßnahmen.

Die Abführung anteiliger Dienstbezüge von Lehrkräften des Göttinger Instituts - Sonderlehrgänge für Spätaussiedler e. V. - zugunsten des Kapitels 0714 Titel 381 01 sind bei 0302-981 90 veranschlagt.

Zu 981 90

Abführung anteiliger Dienstbezüge von Lehrkräften des Göttinger Instituts – Sonderlehrgänge für Spätaussiedler e.V.
Vgl. 0302 - 684 92.

Zu Titelgruppe 96

Nach Maßgabe der Kabinettsentscheidung vom 15.05.2001 ist die niedersächsische Verwaltung zu einem leistungsfähigen Electronic-Government (E-Government) fortzuentwickeln.
Die technische Entwicklung ermöglicht es, auf der Grundlage standardisierter Produkte Transaktionen ohne Medienbrüche, also durchgängig elektronisch und zugleich rechtssicher, über alle in Kommunikationsbeziehungen stehende Instanzen abzuwickeln. Dadurch soll die niedersächsische Verwaltung insgesamt kunden- und bürgernäher ausgerichtet, die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung weiter erhöht und der Multimedia-Standort Niedersachsen gestärkt werden.

Zu 538 96

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	19	400	—	419
2008	—	—	400	400
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	19	400	400	819

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0302					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		241	444	–203	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		2.861	5.055	–2.194	
		Summe der Einnahmen		3.102	5.499	–2.397	
		4 Personalausgaben	—	503	718	–215	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.900 900	32.820	30.480	+2.340	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	600 —	31.069	21.318	+9.751	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	143	127	+16	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	33	–67	+100	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	2.500 900	64.568	52.576	+11.992	
		Zuschuss		61.466	47.077	+14.389	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0303 Ministerium für Inneres und Sport (Regierungsvertretungen)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-1	011	Gebühren und tarifliche Entgelte		174	185	–11	—
119 01-2	011	Vermischte Einnahmen		2	2	—	1.981
271 10-8	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch Dritte *Vgl. K-Vermerk zu 546 10.*		100	200	–100	24
271 12-4	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben in Enteignungsverfahren *Vgl. K-Vermerk zu 546 12.*		—	—	—	—
281 10-3	011	Erstattungen und Zuweisungen		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-7	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	5.426	5.657	–231	5.166
422 19-0	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	93
425 01-6	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.297
426 01-2	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	111
427 01-9	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 10-8	011	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	90	90	—	—
427 39-6	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-0	011	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	7	14	–7	0
511 01-0	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände **** Der im Vorwort unter Buchstabe E aufgeführte allgemeine Haushaltsvermerk ist für die Bewirtschaftung verbindlich.*	—	160	160	—	124
514 01-9	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	30	15	+15	29
517 01-8	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	5	37	–32	1
518 01-4	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	78	–78	—
518 02-2	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	—	—	—
519 01-0	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	11	11	—	13
525 01-0	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	46	46	—	—
526 02-5	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	5	5	—	—
527 01-3	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	95	110	–15	139
527 10-2	011	Reisekostenvergütungen für Referendare	—	76	76	—	—
546 03-4	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	5	12	–7	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0303

Die Regierungsvertretungen für die Regionen Braunschweig, Hannover, Lüneburg und Weser/Ems wurden zum 01.01.2005 als Referate des MI eingerichtet. Wegen ihrer besonderen Stellung in der Region, die eine unmittelbare Präsenz der Ministerien in der Fläche ermöglicht, und aus Gründen der Transparenz werden die Stellen und Mittel der Regierungsvertretungen in gesonderten Haushaltskapiteln veranschlagt.

Die Stellen und Mittel für den Geschäftsbereich des MI werden in Kapitel 0303 veranschlagt. Aus verfahrensökonomischen Gründen und um eine einfache und zweckmäßige Mittelbewirtschaftung zu ermöglichen, sind hier auch die stellenbezogenen Sachmittel für die Stellen der jeweils fachlich zuständigen Ministerien mit veranschlagt.

Zu 111 01

Insbesondere Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Leistungen im Zusammenhang mit Beglaubigungen von Urkunden und Bescheinigungen für den Gebrauch im Ausland

Zu 271 10

Vgl. 546 10.

Zu 511 01

Gegenseitig deckungsfähig sind innerhalb des Einzelplans 03 die in den Kapiteln 0301, 0302, 0303, 0324, 0326 und 0390 veranschlagten Ausgaben außerhalb von Titelgruppen der Obergruppen 51 bis 54 - mit Ausnahme der Titel 514 13, 529 10, 532 11 und 547 11 - soweit sie

1. nicht übertragbar sind,
2. nicht mit Ausgaben außerhalb des Deckungskreises deckungsfähig sind und
3. nicht mit Einnahmen korrespondieren.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen (2007)

	Ist 1. 1. 2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	3	3	3

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0303 Ministerium für Inneres und Sport (Regierungsvertretungen)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
546 10-7	011	Vermischte drittfinanzierte Verwaltungsausgaben *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 271 10.*	—	100	200	–100	24
546 12-3	011	Verwaltungsausgaben für Enteignungsverfahren *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 271 12.*	—	10	10	—	—
547 10-3	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	10	60	–50	64
681 10-1	011	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
686 10-3	011	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	59	59	—	—
812 10-9	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
981 03-2	990	Abführung an 13 21 - 381 03	—	421	1.852	–1.431	6.750
981 05-9	990	Abführung an 13 50 - 381 03	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(537)	(553)	(–16)	(38)
511 99-0	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	139	151	–12	38
538 98-8	011	Ausgaben für Datenverarbeitung (IZN)	—	331	372	–41	—
538 99-6	011	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	—	—	—	—
547 99-5	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 99-0	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	67	30	+37	—
		<u>Abschluss Kapitel 0303</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		176	187	–11	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		100	200	–100	
		Summe der Einnahmen		276	387	–111	
		4 Personalausgaben	—	5.523	5.761	–238	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	1.023	1.343	–320	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	59	59	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	67	30	+37	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	421	1.852	–1.431	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	7.093	9.045	–1.952	
		Zuschuss		6.817	8.658	–1.841	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 546 10

Zweckgebundene Zuwendungen Dritter im Rahmen der Regionalentwicklung.

Zu 981 03

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.
Weniger infolge Abwicklung der ehemaligen Bezirksregierungen.

Zu 538 98

Kostenpflichtige Betreuung der Regierungsvertretungen durch das IZN

Allgemeine Vorbemerkungen zu Kapitel 0304

Für das budgetierte Kapitel 0304 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:

1. 412 10, 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 517 10, 518 10, 525 10, 538 10, 547 10 und 686 10 sind gegenseitig deckungsfähig.

2. 519 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 412 10, 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 517 10, 518 10, 525 10, 538 10, 547 10 und 686 10.

3. 812 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 519 10.

4. Mehreinnahmen bei 111 10, 119 10 und 281 10 erhöhen die Ausgabe bei 412 10, 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 517 10, 518 10, 519 10, 525 10, 538 10, 547 10, 686 10 und 812 10.

5. Mindereinnahmen bei 111 10, 119 10 und 281 10 vermindern die Ausgabe bei 412 10, 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 517 10, 518 10, 519 10, 525 10, 538 10, 547 10, 686 10 und 812 10.

6. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung sichergestellt sind. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.

7. Unter der Voraussetzung, dass das Ministerium für Inneres und Sport- hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0304 Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 10-4	133	Gebühren und tarifliche Entgelte		1	1	—	79
119 10-5	133	Sonstige Verwaltungseinnahmen **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		27	27	—	76
281 10-7	133	Erstattung von Lehrgangskosten und Zuweisungen		453	550	–97	596
		A U S G A B E N					
412 10-4	133	Entschädigungen gem. § 52 Niedersächsisches Hochschulgesetz (NHG)	—	3	3	—	—
422 10-0	133	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	7.886	8.904	–1.018	6.311
425 10-9	133	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.564
426 10-5	133	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	253
427 10-1	133	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige **** Die Ausgaben dürfen überschritten werden bei der Beschäftigung von Ersatzkräften während der Zeit des Mutterschutzes von Landesbediensteten. Diese Überschreitungen sind nicht innerhalb des Budgets auszugleichen.*	—	389	499	–110	362
429 10-4	133	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
429 11-2	133	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	600	660	–60	965
459 10-0	133	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	489	889	–400	609
511 10-2	133	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	168	198	–30	175
517 10-0	133	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	255	325	–70	315
518 10-7	133	Mieten und Pachten	—	483	488	–5	446
519 10-3	133	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	12	16	–4	13
525 10-3	133	Aus- und Fortbildung	—	526	614	–88	341
529 10-9	133	Verfügungsmittel	—	—	—	—	—
538 10-8	133	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	27	27	—	2
547 10-7	133	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*	—	60	62	–2	18
681 10-5	133	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	1	1	—	1
686 10-7	133	sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	2	2	—	1

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0304

Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)

Rechts- und Organisationsgrundlagen

Niedersächsisches Hochschulgesetz in der Fassung vom 21.06.2006, Verordnung über die Niedersächsische Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege vom 27.01.2003, Verordnung über die Lehrverpflichtung an der Niedersächsischen Fachhochschule für Verwaltung vom 07. 02.2003, Grundordnung der Niedersächsischen Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege vom 27.03.2003.
Kabinettsbeschluss vom 20.12.2005 über die Neuorganisation der Aus- und Fortbildung im öffentlichen Dienst des Landes.

Verwaltungsaufbau und Budgetplan

Die Niedersächsische Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege (FHVR) besteht aus dem Präsidium und den drei Fakultäten Allgemeine Verwaltung, Polizei und Rechtspflege. Die Fakultät Steuerverwaltung wurde nach dem Gesetz über die Steuerakademie Niedersachsen mit Wirkung vom 01.08.2006 aus der FHVR herausgelöst und mit der Landesfinanzschule Niedersachsen zu der Steuerakademie Niedersachsen zusammengefasst. Es ist zum 01.08.2007 geplant, die Fakultät Allgemeine Verwaltung zu schließen und die Ausbildung an eine noch zu gründende kommunale Fachhochschule zu verlagern. Die Fakultät Polizei wird mit dem BiPNi zur Polizeiakademie des Landes Niedersachsen zusammengeführt und die Fakultät Rechtspflege zur selbständigen Fachhochschule für Rechtspflege Norddeutschland weiterentwickelt. Die Fachhochschule wird voraussichtlich zum 01.08.2007 aufgelöst.
Am Standort der Hochschule in Hildesheim sind das Präsidium, die Fakultäten Allgemeine Verwaltung und Rechtspflege und die Fakultät Polizei mit einem Studienort in fünf unterschiedlichen Liegenschaften untergebracht. Die Fakultät Polizei hat weiterhin jeweils einen Studienort in Hann. Münden und Oldenburg. An den unterschiedlichen Studienorten stehen insgesamt 5 Plenumshörsäle, 107 Hörsäle, 11 DV-Hörsäle, 30 AG-Räume und 5 Teilbibliotheken für Studienzwecke zur Verfügung.
Das Produktbudget wird grundsätzlich zentral durch den Beauftragten für den Haushalt verwaltet. Interne Budgets sind für Literatur, Lehr- und Lernmittel, Büromaterial, Praxisbedarf der Polizei, Fortbildung der Mitarbeiter und Bauunterhaltung gebildet und den Fakultäten zugewiesen. Die Dekaninnen/ Dekane sind die jeweiligen Budgetverantwortlichen. Weiterhin wurden interne Budgets für Forschungszwecke gebildet. Budgetverantwortlich ist der Vizepräsident für Forschung und Weiterbildung.

Zielsetzung

Die Niedersächsische Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege dient der Ausbildung für den öffentlichen Dienst, insbesondere für die Laufbahnen des gehobenen nichttechnischen Dienstes und des gehobenen Polizeivollzugsdienstes. Für die Dauer des Studiums erfolgt eine Einstellung in den Vorbereitungsdienst im Beamtenverhältnis auf Widerruf. Bei den Polizeikommissaranwärterinnen und –anwärtern ist bei erfolgreichem Studienabschluss die Übernahme in ein Beamtenverhältnis auf Probe gesetzlich garantiert.
Den Studierenden werden wissenschaftliche Erkenntnisse und Methoden sowie berufspraktische Fähigkeiten und Kenntnisse vermittelt, die für die Wahrnehmung von Aufgaben des gehobenen Dienstes erforderlich sind. Das Studium dauert drei Jahre und schließt mit einer Laufbahnprüfung bzw. Diplomprüfung ab. Es besteht aus einer wechselnden Abfolge von Fachstudien an der Niedersächsischen Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege und berufspraktischen Studienzeiten bei den jeweiligen Ausbildungsbehörden.

Erläuterungen zum Produkthaushalt nach §17a LHO

Budgetierungsmodell

Die Niedersächsische Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege stellt für dieses Haushaltsjahr einen inputorientierten Budgethaushalt auf.
Die Produktstruktur des Verwaltungsbereiches der Niedersächsischen Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege orientiert sich an den Laufbahnen, für die ausgebildet wird.

Im Einzelnen sind dies folgende Laufbahnen:

Fakultät Allgemeine Verwaltung in Hildesheim
Gehobener allgemeiner Verwaltungsdienst des Landes
Gehobener allgemeiner Verwaltungsdienst der Gemeinden und Landkreise
Gehobener Polizeiverwaltungsdienst
Gehobener Verwaltungsdienst der Nds. Agrarstrukturverwaltung
Gehobener Archivdienst
Gehobener Verwaltungsdienst der ev.-luth. Landeskirche Hannovers

Fakultät Polizei in Hildesheim, Hann. Münden und Oldenburg
Gehobener Polizeivollzugsdienst

Fakultät Rechtspflege in Hildesheim
Gehobener Justizdienst (Rechtspfleger/-in),
auch für die Bundesländer Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0304

Sonderkosten für Polizeivollzugs- und Verwaltungsbeamte/innen, die der Niedersächsischen Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege angehören, sind weiterhin im Haushalt der Landespolizei -Kapitel 03 20- mit veranschlagt.

Dazu gehören insbesondere:
a) Kosten für das Fernsprech- und Datennetz der Polizei (Titel 514 20)
b) Kosten für die Haltung und das Betreiben von Dienstkraftfahrzeugen (Titel 514 01)
c) Kosten der Heilfürsorge und für die medizinische Betreuung für die Polizeivollzugsbeamten, einschließlich des Arbeitsschutzes für die Polizei kommissaranwärterinnen und -anwärter (TGr. 64)
d) Unterhaltung sowie Ersatz von Bekleidung und Ausrüstung (TGr. 65)
e) Kosten für Waffen und Munition, Schutzausrüstungen einschl. Unterziehschutzwesten (Titel 514 20, 812 15)
f) Kosten für die Durchführung von Sportveranstaltungen für die Polizei (OGr. 51-54, Titel 812 15)
g) Kosten der unentgeltlichen Verpflegung für die Standorte Hann. Münden und Oldenburg (Titel 514 12)
h) Bewirtschaftungskosten der Grundstücke, Gebäude und Räume für die Standorte Hann. Münden und Oldenburg (Titel 517 01 bis 519 01)
i) Kosten für Sondereinsätze der Polizei (TGr. 85)
Diese Vereinbarung gilt auch für budgetierte Dienststellen der Polizei.

Für die Produkte der FHVR wurden bisher die Plankosten grundsätzlich ermittelt, in dem die (gewogene) Anzahl der Studierenden je Fakultät (Planmenge) mit den Plankosten je Studierendem je Fakultät (Planstückkosten) multipliziert wurden.

Für die Haushaltsaufstellung 2007 werden die Angaben zu den Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs sowie zu Leistungsplan, Finanzierungsbeitrag und Haushaltsüberleitungsrechnung nicht mehr ausgewiesen. Im Hinblick auf die geplante Auflösung der FRHVR, insbesondere wegen der vorgezogenen Herauslösung der Fakultät Steuerverwaltung können keine aussagekräftigen Zahlen ermittelt werden, die einen Vergleich mit dem Vorjahr ermöglichen würden.

Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs

Produkte	Leistungsmenge -Stück- (Soll) 2007	Zielkosten -EUR- (Soll) 2007	Gesamtzielkosten -EUR- (Soll) 2007	Leistungs-menge -Stück- (Soll) 2006	Zielkosten -EUR- (Soll) 2006	Leistungsmenge -Stück- (Ist) 2005	Ist-Kosten -EUR- (Ist) 2005
Ausbildung Allg. Verwaltung							
Ausbildung Polizei							
Ausbildung Rechtspflege							
Ausbildung Steuerverwaltung							
Gesamtsumme							

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag

	Gesamtzielkosten -EUR- (Soll) 2007	Eigenerlöse -EUR- (Soll) 2007	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt -EUR- (Soll) 2007
Ausbildung Allg. Verwaltung			
Ausbildung Polizei			
Ausbildung Rechtspflege			
Ausbildung Steuerverwaltung			
Sonstige Eigenerlöse			
Produktsumme			
Haushaltsausgleich			
Gesamtsumme			

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0304

Überleitungsrechnung		Einnahmen (0-3)				Ausgaben (4-9)						
Bereichshaushalt (Produkte)	Tsd. EUR	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	HH-Abgl.
+ Verwaltungserträge												
+ Erträge aus Erstattungen												
+/- Bestandsveränderungen												
+ sonstige betriebliche Erträge												
= Erträge												
- Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern												
- Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten												
- sonstige Personalaufwendungen												
= Personalaufwendungen												
- Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung												
- Aufwendungen Kommunikation und Reisen												
- Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung												
- Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter												
- Erstattungen u. sonstige Aufwendungen												
- Abschreibungen												
= Sachaufwendungen												
= Aufwendungen												
= Ergebnis nach eigenen Erträgen												
+ Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt												
= Ergebnis nach Landeszuschuss												
+ Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen												
- Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen												
= Finanzergebnis												
+ außerordentliche Erträge												
- außerordentliche Aufwendungen												
+/- Haushaltsausgleich												
= außerordentliches Ergebnis												
= neutrales Ergebnis												
= Gesamtergebnis												
- Investitionen der Hauptgruppe 5												
- Investitionen der Hauptgruppe 8												
= Einnahmen und Ausgaben des Budgets												
+/- Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets												
= Kapitelsumme												

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0304
Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln

Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen

Kennzahlen:

Studierende an der FHVR:

Quartale	I.	II.	III.	IV.
Allg. Verwaltung				
2005	440	462	328	350
2006	364	422	304	362
2007	362	326	370	
Polizei				
2005	1.387	1.401	1.401	1.372
2006	1.372	1.033	1.033	980
2007	980	1.264	1.264	
Rechtspflege				
2005	170	284	115	168
2006	168	280	118	216
2007	216	251	35	
Steuerverwaltung				
2005	426	295	135	160
2006	281	225	151	0
2007	0	0	0	0
FHVR Gesamt				
2005 mit Steuerverwaltung	2.423	2.442	1.979	2.050
2006 mit Steuerverwaltung bis III.	2.185	1.960	1.606	1.558
2007	1.558	1.841	1.669	0

Studienanfänger 2007

Fakultät Allgem. Verwaltung	200
Fakultät Polizei	775
Fakultät Rechtspflege	100
FHVR gesamt	1.075

Durchschnittliche Lehrsaalstärke 2005:

Fakultät Allgem. Verwaltung	21
Fakultät Polizei	24
Fakultät Rechtspflege	21
Ziel FHVR	22

Bestandene Prüfungen 2005 in Prozent:

	Zwischenprüfung	Laufbahnprüfung
Fakultät Allgem. Verwaltung	74	89
Fakultät Polizei	84	88
Fakultät Rechtspflege	93	87
FHVR gesamt	84	88

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0304

Anteil der weiblichen Studierenden und des weiblichen wissenschaftlichen Personals an der Nds. FHVR				
Stand: 10.02.2006	Gesamt	Männer	Frauen	Frauenanteil in %
Studierende	3.404	1.852	1.552	45,6
Professorinnen	53	36	17	35
Dozentinnen (hauptamtlich)	58	49	9	15,5
Lehrbeauftragte (nebenamtl./hauptberufl.)	157	122	35	22,3
Lehrkräfte. für. besondere Aufgaben (Polizei)	52	45	7	13,5
Verwaltungspersonal	70	27	43	61,4
Hiervon Präsidium	25	13	12	48

Bewirtschaftungsregeln

Zu Liegenschafts-, Bau- und Gebäudemanagement

An den Standorten in Hann. Münden und Oldenburg wurden der FHVR mehrere Dienstgebäude mittels Überlassungsvereinbarung zur Nutzung zugewiesen. Alle diese Gebäude werden von den Liegenschaftsverwaltungen der örtlichen Polizeieinrichtungen verwaltet.

Zu 412 10

Mit Inkrafttreten des neuen Hochschulgesetzes und der VO-FHVR wurde an der FHVR ein Hochschulrat und für die Fakultät Allgemeine Verwaltung ein Beirat eingerichtet. Hier sind die Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich Tätige veranschlagt.

Zu 427 10

Die Höhe der veranschlagten Lehr- und Prüfungsvergütungen an Beamte/-innen, Richter/-innen und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des Gem. RdErl. Vom 20.01.2006 (Nds. MBl. S. 101), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Es handelt sich um Aufwandsentschädigungen i. S. der Nrn. 12 und 26 des § 3 EStG.

Zu 429 11

Im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung wurde die Zuständigkeit für die Nachwuchskräfte des gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes und die Koordination deren berufspraktischen Studienzeiten mit Wirkung vom 01.01. 2005 auf die FHVR übertragen.
Die Zuweisung erfolgt außerhalb des Budgets.

Zu 518 10

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	163	—	—	163
2008	95	—	—	95
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	258	—	—	258

Zu 529 10

Die Mittel sind seit 2002 im EPL. 13 veranschlagt.

Zu 681 10

Zuweisung außerhalb des Budgets

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0304 Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 10-2	133	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	50	50	—	84
981 01-0	990	Abführung an 13 50 - 381 03	—	—	—	—	—
981 03-6	990	Abführung an 13 21 - 381 03	—	1.377	1.627	–250	1.626
		Abschluss Kapitel 0304					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		28	28	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		453	550	–97	
		Summe der Einnahmen		481	578	–97	
		4 Personalausgaben	—	9.367	10.955	–1.588	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	1.531	1.730	–199	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	3	3	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	50	50	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.377	1.627	–250	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	12.328	14.365	–2.037	
		Zuschuss		11.847	13.787	–1.940	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 812 10

	2007 Tsd. EUR
Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung: DV-Ausstattung, u. a. Multimedia-Projektoren	50

Zu 981 01

Abführung des Versorgungszuschlags an Kapitel 13 50 – 381 03.

Zu 981 03

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0307 Brandschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 62-8	044	Einnahmen der Prüfstelle für Feuerlöschschläuche *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		35	25	+10	39
119 01-7	044	Vermischte Einnahmen		7	7	—	10
119 02-5	044	Einnahmen aus Veröffentlichungen **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		4	4	—	3
119 10-6	044	Einnahmen aus der Beschulung von Bediensteten der Berufsfeuerwehren anderer Bundesländer und der Werksfeuerwehren		225	195	+30	258
119 20-3	044	Zuwendungen Dritter *Vgl. K-Vermerk zu 547 20.*		—	—	—	—
124 01-0	044	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		46	46	—	43
125 10-6	044	Einnahmen aus der Verpflegung *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		19	19	—	17
132 01-3	044	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		25	45	–20	—
231 10-0	044	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch den Bund		300	260	+40	330
231 67-4	044	Sonstige Zuweisungen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.*		896	846	+50	877
381 11-0	990	Zuführung von 2011-981 65		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-1	044	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	2.662	2.765	–103	1.431
422 04-6	044	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	72	117	–45	20
422 19-4	044	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	44
425 01-0	044	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	517
425 04-5	044	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-1	044	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1	1	—	—
426 01-7	044	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	645
426 04-1	044	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-8	044	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	1	—	0
427 01-3	044	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	25	20	+5	23
427 39-0	044	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
441 01-6	044	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	60	44	+16	58

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0307

Allgemeiner Vermerk:
Das Land Niedersachsen ist nach dem "Gesetz über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren (NBrandSchG)" vom 08.03.1978 (Nds. GVBl. S. 233) - in der jeweils geltenden Fassung - Träger der zentralen Aufgaben des Brandschutzes und der Hilfeleistung.
Das Land erhält gem. § 25 NBrandSchG Anteile des Feuerschutzsteueraufkommens zur Deckung seiner Aufwendungen u. a. für die Landesfeuerwehrschulen Celle und Loy, für die Brandbekämpfung aus der Luft, für den Brandschutz in Häfen und auf Bundeswasserstraßen, für die Regierungsbrandmeister/-innen und für sonstige zentrale Aufgaben des Brandschutzes.
Das Feuerschutzsteueraufkommen wird abzüglich des Landesanteils gem. § 25 NBrandSchG an Landkreise, kreisfreie Städte und Gemeinden ausschließlich für Zwecke des Brandschutzes verteilt.
Für 2007 wird das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer auf 30 Mio. EUR geschätzt.
Vgl. Kapitel 1301 Titel 059 11.

Für Brandschutzaufgaben des Landes sind folgende Mittel veranschlagt:

		2007 Mio.EUR
a)	Laufende Aufwendungen der Landesfeuerwehrschulen Celle und Loy	3,847
b)	Baumaßnahmen und Investitionen der Landesfeuerwehrschulen	0,135
c)	Lehrgänge	0,492
d)	Zuweisungen an die Länder	0,067
e)	Zuschüsse	0,174
f)	Ausgaben für Regierungsbrandmeister/-innen	0,086
g)	Brandbekämpfung aus der Luft	0,161
h)	Brandschutz in Häfen und auf Bundeswasserstraßen	2,572
i)	Abführung von Personal- und Sachkosten	1,458
j)	Sonstiges	0,065
	Zusammen	9,057

Zu 111 62

Prüfgebühren gemäß der Entgeltordnung / Entgelte für die Prüfung von Feuerlöschschläuchen vom 10.05.2005 (Nds. MBl. S. 392) in der jeweils geltenden Fassung.
Vgl. 0307 Ausgabe-TGr. 62.

Zu 119 10

Lehrgangskosten für Angehörige nieders. Werksfeuerwehren und für Angehörige von Feuerwehren anderer Länder zuzügl. Verpflegungskosten.
Vgl. 0307 Ausgabe-TGr. 61.

Zu 125 10

Teilnahme von Schulbediensteten sowie von anderen Personen – außer Lehrgangsteilnehmerinnen und Lehrgangsteilnehmern – an der Schulküchenverpflegung.
Vgl. 0307 - 514 61.

Zu 231 67

Veranschlagung der Erstattungen des Bundes für vom Land verauslagte Kosten aufgrund der mit den Hafenstädten geschlossenen Vereinbarungen.
Mehr infolge höherer Erstattungen des Bundes für Kosten des wasserseitigen Brandschutzes.
Vgl. 0307 Ausgabe-TGr. 67.

Zu 381 11

Rückführung von nicht in Anspruch genommenen Mitteln aus dem Feuerschutzsteueraufkommen für Baumaßnahmen an den Landesfeuerwehrschulen in Celle und Loy.
Vgl. 2011 – 981 65.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0307 Brandschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
441 02-4	044	Beihilfen für Angestellte	—	—	—	—	0
441 03-2	044	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	1	—	0
443 01-9	044	Fürsorgeleistungen	—	1	1	—	0
453 01-4	044	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	8	8	—	5
453 11-1	044	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	4	4	—	3
511 01-4	044	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 511 11, 514 01, 514 10, 517 01, 518 02, 519 01, 525 01, 525 10, 526 01, 526 02, 527 01, 527 02, 531 10, 546 01, 547 10, 547 11, 547 12, 547 13 und 547 14.*	—	98	82	+16	96
511 11-1	044	Unterkunftsgeräte und Spinnstoffe *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	34	34	—	36
514 01-3	044	Haltung von Dienstfahrzeugen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	70	51	+19	61
514 10-2	044	Rohstoffe für Werkstätten *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	16	17	–1	15
517 01-2	044	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	445	430	+15	428
518 02-7	044	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	20	20	—	10
519 01-5	044	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	149	139	+10	158
525 01-5	044	Aus- und Fortbildung der Bediensteten *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	30	30	—	18
525 10-4	044	Lehr- und Lernmittel *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	14	14	—	14
526 01-1	044	Sachverständige *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	6	6	—	4
526 02-0	044	Gerichts- und ähnliche Kosten *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	1	1	—	—
527 01-8	044	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	4	4	—	2
527 02-6	044	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	1	1	—	0
531 10-4	044	Veröffentlichungen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	—
546 01-2	044	Vermischte Ausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	3	3	—	—
547 10-8	044	Fahrtkosten und Kostenbeiträge für Lehrgangsteilnehmer *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	248	320	–72	223

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 514 01

Kosten für Betriebsstoffe, Instandsetzungen, Unterhaltung und feuerwehrtechnische Ausrüstung.

Bestand an Dienstkraft- und Feuerwehrfahrzeugen (2007):

	Soll 2006		Ist 01.01. 2006		Für 2007 erforderlich	
	Celle	Loy	Celle	Loy	Celle	Loy
Löschfahrzeug (LF 8)	3	2	3	3	3	2
Löschfahrzeug (LF 10/6)	0	2	0	1	0	2
Löschfahrzeug (LF 16/12)	4	1	4	1	4	1
Tanklöschfahrzeug (TLF 16/25)	1	1	1	1	1	1
Tanklöschfahrzeug (TLF 8/18)	1	1	1	1	1	1
Gerätewagen Gefahrgut (GW-G)	0	1	1	1	0	1
Gerätewagen (GW-Öl)	1	0	1	0	1	0
Drehleiter (DLK 23-12)	1	0	1	0	1	0
Drehleiter (DL 16-4)	0	1	0	1	0	1
Schlauchwagen (SW 2000)	1	0	1	0	1	0
Rüstwagen (RW 2)	1	1	1	1	1	1
Mehrzweckfahrzeug MZF (LKW)	1	1	1	1	1	1
Kommandowagen (KdoW - nach DIN 14507)	1	1	1	1	1	1
Kommandowagen (KdoW - nach TW Nr.4)	0	1	0	1	0	1
Einsatzleitwagen (ELW 2)	1	0	1	0	1	0
Tragkraftspritzenfahrzeug (TSF)	2	1	2	1	2	1
Tragkraftspritzenfahrzeug(TSF-W)	1	0	1	0	1	0
Mannschaftstransportwagen (MTW)	1	1	1	1	1	1
Wechselladerfahrzeug (WLF)	1	1	1	1	1	1
Abrollbehälter /Atemschutz/ Strahlenschutz (AB-A/S)	1	1	1	1	1	1
Abrollbehälter Gefahrgut (AB-G)	1	0	0	0	1	0
Abrollbehälter Gefahrstoffübungs-anlage	1	0	0	0	1	0
Abrollbehälter Leercontainer	1	0	0	0	1	0
Abrollbehälter Technische Hilfeleistung (TH-Rüst)	1	0	0	0	1	0
Abrollbehälter Technische Hilfeleistung (TH-Tiefbau)	1	0	0	0	1	0
Abrollbehälter Mulde	0	0	0	0	0	0
Anhänger für Löschwasserbehälter	1	0	1	0	1	0
Feuerwehranhänger für Sondergerät	0	1	0	1	0	1
Pulveranhänger (P 250)	0	1	0	1	0	1
Dienstkraftfahrzeug (PKW)	1	1	1	1	1	1
Kleintraktor mit Zubehör	0	1	1	1	1	1
Anhänger für Kleintraktor	0	1	0	1	0	1
Gabelstapler mit Zubehör	1	1	1	1	1	1
Kehrsaugmaschine mit Zubehör	0	1	0	1	0	1
Zusammen	31	24	27	24	31	24

Zu 525 01

Reisekosten für die Teilnahme an feuerwehrtechnischen Lehrgängen, Seminaren und Arbeitstagungen sowie Veranstaltungen der Freiwilligen Feuerwehren.

Zu 547 10

Fahrtkosten und Kostenbeiträge (2,60 EUR je Person/Tag) für Lehrgangsteilnehmerinnen und Lehrgangsteilnehmer aus nieders. Freiwilligen Feuerwehren.
Weniger infolge Schätzkorrektur.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0307 Brandschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
547 11-6	044	Geräte für Fachaufgaben *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	70	63	+7	75
547 12-4	044	Dienstleistungen Außenstehender *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	—
547 13-2	044	Feuerwehrehrenzeichen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	16	16	—	15
547 14-0	044	Durchführung von Leistungswettbewerben der Feuerwehren *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	17	16	+1	17
547 20-5	044	Verwendung der Zuwendungen Dritter *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 20.*	—	—	—	—	—
632 10-5	044	Zuweisungen an die Länder *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 632 10, 685 51, 686 51 und 686 52.*	—	67	67	—	54
681 10-6	044	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	1	1	—	1
685 51-9	044	Sonstige Zuschüsse *Vgl. D-Vermerk zu 632 10.*	—	27	27	—	24
686 51-5	044	Zuschuss an den Normenausschuss Feuerwehrwesen *Vgl. D-Vermerk zu 632 10.*	—	17	17	—	—
686 52-3	044	Zuschuss an den Landesfeuerwehrverband Niedersachsen e. V. *Vgl. D-Vermerk zu 632 10.*	—	130	130	—	136
711 01-3	044	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	100	275	–175	440
811 01-8	044	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	575	–575	90
812 10-3	044	Erwerb von größeren Prüf- und Übungsgeräten	—	25	26	–1	9
812 11-1	044	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 12-0	044	Erwerb von Geräten, Austattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	10	8	+2	9
812 13-8	044	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	25
883 10-8	044	Zuweisungen an Landkreise und Gemeinden **** Ausgaben dürfen nur geleistet werden in Höhe des in § 25 Abs. 2 Nds. BrandSchG in der jeweils geltenden Fassung festgelegten Anteils am Feuerschutzsteueraufkommen. Nicht in Anspruch genommene Mittel des Landesanteils gem. § 25 Abs. 3 Nds. BrandSchG in der jeweils geltenden Fassung zuzüglich der nicht zur Ausgabendeckung verbrauchten Ist-Einnahmen dieses Kapitels wachsen dem Landesanteil für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben bei Titel 981 11 dürfen geleistet werden.*	—	22.500	24.750	–2.250	25.216
883 11-6	044	Zuweisungen an Landkreise und Gemeinden für besondere Zwecke	—	—	—	—	—
981 03-7	990	Abführung an 13 21 - 381 03	—	1.033	1.032	+1	1.035
981 10-0	990	Abführung an 03 01 - 381 10	—	332	324	+8	317

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 547 11

Kosten der Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte für Lehr- und Übungszwecke.

Zu 547 13

Feuerwehrehrenzeichen werden für Verdienste im Feuerlöschwesen gem. RdErl. des MI vom 26.11.2004 (Nds. MBl. 2005 S. 3) in der z. Zt. geltenden Fassung verliehen.

Zu 547 14

Mittel für die Durchführung von Leistungswettbewerben der niedersächsischen Feuerwehren auf Regional- und Landesebene.

Zu 632 10

Beitragsanteile des Landes an den Kosten der Brandschutzforschungsstelle in Karlsruhe und des Instituts der Feuerwehr in Heyrothsberge (Sachsen-Anhalt).

Zu 685 51

Bezeichnung des Förderprogramms: Förderung des Feuerwehrwesens in Einzelfällen

Rechtliche Grundlage: § 5 Niedersächsisches Gesetz über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren (NBrandSchG) vom 08. 03.1978 (Nds. GVBl. S. 233) in der jeweils geltenden Fassung

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	12	14	15	24	27	27	27	27	27
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					27	27	27	27	27

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1978

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.-

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Nach § 5 NBrandSchG obliegen dem Land als zentrale Aufgaben des Brandschutzes und der Hilfeleistungen u.a. die Überprüfung der Feuerwehren auf ihre Leistungsfähigkeit und ihre Einsatzbereitschaft. Das Land fördert das Feuerwehrwesen in Einzelfällen (z.B. besondere Übungseinsätze, Sportwettkämpfe).

Zielgruppe: Gemeinden, Landkreise und sonstige öffentliche Einrichtungen

Durchschnittliche Förderhöhe: 3.000 EUR

Zu 686 51

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschuss an den Normenausschuss Feuerwehrwesen (FNFW)

Rechtliche Grundlage: § 5 Niedersächsisches Gesetz über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren (NBrandSchG) vom 08. 03.1978 (Nds. GVBl. S. 233)

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 686 51

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	*)	*)	*)	*)	17	17	17	17	17
Korrespondierende Einnahmen aus EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					17	17	17	17	17

*) Ab 2006 Teilverlagerung (17.000 EUR) von Titel 0307-685 51. Das Ist für die Haushaltsjahre 2002 bis 2005 ist beim bisherigen Titel 0307-685 51 erfasst.

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [x]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1978

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.-

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Nach § 5 NBrandSchG obliegt dem Land die zentrale Aufgabe des Brandschutzes. Das Land beteiligt sich im Länderverbund an den Kosten der Normungsarbeit im Normenausschuss Feuerwehrwesen (FNFW).

Zielgruppe: Normenausschuss Feuerwehrwesen (FNFW) e.V.

Durchschnittliche Förderhöhe: 17.000 EUR

Zu 686 52

Bezeichnung des Förderprogramms: Förderung des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen e.V.

Rechtliche Grundlage: § 5 Niedersächsisches Gesetz über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren (NBrandSchG) vom 08. 03.1978 (Nds. GVBl. S. 233) in der jeweils geltenden Fassung

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	79	79	130	136	130	130	130	130	130
Korrespondierende Einnahmen aus EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					130	130	130	130	130

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1978

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.-

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 686 52

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Gemäß § 5 NBrandSchG ist das Land zuständig für zentrale Aufgaben des Brandschutzes und der Hilfeleistungen der Feuerwehren und fördert mit Hilfe des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen z.B. Jugendarbeit, Wettbewerbe, Musikwesen, Mitgliederbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit.

Zielgruppe: Landesfeuerwehrverband Niedersachsen e.V.

Durchschnittliche Förderhöhe: 130.000 EUR

Zu 711 01

	2007 Tsd.EUR
LFS Celle:	
Sanierung der Regenwasserkanäle und Wiederherstellung der Schwarzdecke	75
Einrichtung eines Schwarz-/Weißbereiches (Umkleiden) für Lehrer/Ausbilder	25
Zusammen	100

Zu 812 10

	2007 Tsd. EUR
LFS Celle:	
Ersatzbeschaffung:	
Chemikalienschutzanzüge und Pressluftatmer	5
LFS Loy:	
Ersatzbeschaffung:	
Stromerzeuger 8 kVA	5
Teilbestückung für Abrollbehälter / Atemschutz / Strahlenschutz (AB-A/S)	15
Zusammen	25

Zu 812 12

	2007 Tsd. EUR
LFS Celle:	
Ersatzbeschaffung:	
2 Video-/Datengroßbildprojektoren	10
Zusammen	10

Zu 883 10

Vgl. Allgemeinen Vermerk.
Die bei diesem Titel tatsächlich verfügbaren Mittel werden über die Polizeidirektionen den Landkreisen, kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden mit Berufsfeuerwehren auf der Grundlage

1. der Zahl der Brandschaubereiche für die Durchführung der hauptamtlichen Brandschau,
2. der Zahl der Ortsfeuerwehren,
3. der Zahl der Einwohner und
4. der Fläche

zugewiesen und sind von diesen gemäß den vom Ministerium für Inneres und Sport herausgegebenen Richtlinien für die Förderung des Brandschutzes zu verwenden.
Der Ansatz entspricht 75 % des jeweiligen Jahresaufkommens aus der Feuerschutzsteuer.

Zu 981 03

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu 981 10

Abführung für die Personal- und Sachkosten der mit Aufgaben des Brandschutzes befassten Bediensteten des Ministeriums für Inneres und Sport.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0307 Brandschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
981 11-8	990	Abführung an 2011 - 381 01 **** Vgl. Haushaltsvermerk zu 883 10.*	—	—	—	—	1.673
981 12-6	990	Abführung an 13 50 - 381 03	—	650	600	+50	642
981 13-4	990	Abführung an 03 20 - 381 10	—	476	392	+84	415
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Kosten für die Abhaltung von Lehrgängen und die Verpflegung der Lehrgangsteilnehmer** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 125 10.*	(—)	(244)	(244)	(—)	(225)
427 61-7	044	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte zur Ausbildung, Fortbildung und Prüfung Außenstehender	—	17	17	—	19
511 61-8	044	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
514 61-7	044	Lebensmittel und Zutaten zur Selbstbewirtschaftung **** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO.*	—	212	212	—	194
547 61-2	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	15	15	—	12
633 61-6	044	Erstattungen an Gemeinden	—	—	—	—	—
812 61-8	044	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 62		**Ausgaben der Prüfstelle für Feuerlöschschläuche** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 62.*	(—)	(31)	(51)	(–20)	(43)
511 62-6	044	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	2	2	—	—
527 62-0	044	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	1	1	—	0
547 62-0	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	8	8	—	43
812 62-6	044	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	20	40	–20	—
TGr. 64		**Durchführung von Fachausstellungen, Fachtagungen usw.**	(—)	(—)	(—)	(—)	(53)
531 64-3	044	Öffentlichkeitsarbeit	—	—	—	—	—
547 64-7	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	53
TGr. 65		**Ausgaben für Regierungsbrandmeisterinnen und Regierungsbrandmeister**	(—)	(86)	(125)	(–39)	(79)
412 65-2	044	Entschädigungen	—	70	99	–29	67

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 981 12

Abführung von Versorgungszuschlägen der mit Aufgaben des Brandschutzes befassten Bediensteten.

Zu 981 13

Abführung für die Personal- und Sachkosten der mit Aufgaben des Brandschutzes befassten Bediensteten der Polizeidirektionen.

Zu 427 61

	2007 Tsd. EUR
1. Lehrvergütungen für nebenamtliche Lehrkräfte	12,5
2. Prüfungsvergütungen	4,5
Zusammen	17,0

Zu 1.:
Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamtinnen, Beamte, Richterinnen, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des Gem.RdErl. d. MF u. d. übr. Min. vom 20. 01.2006 (Nds. MBl. S. 101) erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 2.:
Die Höhe der veranschlagten Entschädigungen für Mitglieder in Prüfungsausschüssen richtet sich nach den aufgrund des Gem. RdErl. d. MF u. d. übr. Min. vom 20.01.2006 (Nds. MBl. S. 101) erlassenen Vorschriften. 25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 514 61

Verpflegungskosten (Tagesverpflegungssatz zu 4,30 EUR).
Die Verpflegung der Lehrgangsteilnehmerinnen und Lehrgangsteilnehmer in den Landesfeuerwehrschulen Celle und Loy wird als “Selbstbewirtschaftung“ nach § 15 Abs. 2 LHO durchgeführt.

Zu 547 61

Kosten der Lehrgänge und Arbeitstagungen für Berufs-, Freiw.- und Werkfeuerwehren, Brandschutzprüferinnen bzw. Brandschutzprüfer und andere kommunale Fachkräfte, die hauptberuflich im abwehrenden und im vorbeugenden Brandschutz der Landkreise und Gemeinden tätig sind, soweit nicht entsprechende Mittel bei anderen Titeln veranschlagt sind.

Zu Titelgruppe 62

Die Ausgaben sind von der Zahl der Prüfaufträge abhängig und werden, soweit es sich um Arbeiten für Schlauchwebereien u. ä. Privatbetriebe handelt, durch Gebühren gemäß VO vom 10.05.2005 (Nds. GVBl. S. 392) in der jeweils geltenden Fassung gedeckt.
Vgl. 0307 - 111 62.

Zu 547 62

Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie für die damit verbundenen Einrichtungen in Zusammenhang mit der Prüfstelle für Feuerlöschschläuche.

Zu 812 62

	2007 Tsd. EUR
LFS Celle:	
Prüfgeräte für Schlauchprüfungen	20
Zusammen	20

Zu 412 65

Für 9 Regierungsbrandmeisterinnen bzw. Regierungsbrandmeister sind folgende Ausgaben veranschlagt:
1. pauschaler Auslagenersatz - mtl. (2007) 596,50 EUR,
2. Verdienstausfallentschädigung für Selbstständige (bis zu 39 EUR/Std. bei 8 Std./Tag),
3. Erstattung des fortgezahlten Arbeitsentgelts.

Vgl. § 12 NBrandSchG.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0307 Brandschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
511 65-0	044	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	5	10	–5	—
547 65-5	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	11	16	–5	12
812 65-0	044	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 66		**Brandbekämpfung/Waldbrandbeobachtung aus der Luft**	(—)	(161)	(160)	(+1)	(55)
518 66-3	044	Mieten und Pachten	—	8	8	—	6
547 66-3	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	75	75	—	4
633 66-7	044	Erstattungen an Gemeinden (GV)	—	31	31	—	—
686 66-3	044	Zuschuss an den Feuerwehrflugdienst des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen e. V.	—	47	46	+1	45
812 66-9	044	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 67		**Brandschutz in Häfen und auf Bundeswasserstraßen** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 231 67.*	(—) (382)	(2.572)	(2.436)	(+136)	(2.073)
511 67-7	044	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	28	27	+1	0
547 67-1	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	383	365	+18	220
631 67-2	044	Sonstige Zuweisungen an den Bund	—	—	—	—	—
632 67-9	044	Erstattungen an Länder	—	—	—	—	—
633 67-5	044	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	1.785	1.784	+1	1.830
711 67-6	044	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
811 67-0	044	Erwerb von Wasserfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 67-7	044	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	— 382	376	260	+116	23
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(51)	(60)	(–9)	(86)
511 99-5	044	IuK Geschäftsbedarf und Kommunikation, Geräte und Gegenstände	—	15	15	—	27
514 99-4	044	Verbrauchsmittel	—	5	5	—	5
525 98-8	044	Kosten der Aus- und Fortbildung der Bediensteten (IZN)	—	5	5	—	3
525 99-6	044	Kosten der Aus- und Fortbildung der Bediensteten (andere Dienstleister)	—	1	1	—	—
538 98-2	044	Ausgaben für Datenverarbeitung (IZN)	—	7	2	+5	6

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 547 65

Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der technischen Ausrüstung, Funkgebühren, Reisekosten für Dienstreisen außerhalb des Aufsichtsbereichs sowie zu den im Aufsichtsbereich gelegenen Polizeidirektionen.

Zu 518 66

Anmietung von Lagerraum für Löschwasseraußenlastbehälter.

Zu 547 66

Flugstunden für Ausbildungs- und Übungsdienst, Wartung und Reparatur der Löschwasseraußenlastbehälter und der Transportanhänger, Kosten der Waldbrandbeobachtung aus der Luft (Flugkosten) sowie Kosten für Bodenpersonal, Kleingeräte und Verbrauchsmaterial.

Zu 633 66

Erstattung von Personal- und Sachkosten an Landkreise und Gemeinden (GV).

Zu 686 66

Bezeichnung des Förderprogramms: Förderung des Feuerwehrflugdienstes des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen e.V.

Rechtliche Grundlage: § 5 Niedersächsisches Gesetz über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren (NBrandSchG) vom 08. 03.1978 (Nds. GVBl. S. 233) in der jeweils geltenden Fassung

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	43	43	43	45	46	47	47	47	47
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					46	47	47	47	47

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1978

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.-

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Das Land, das gemäß § 5 NBrandSchG für zentrale Aufgaben des Brandschutzes zuständig ist, bedient sich des vom Landesfeuerwehrverband Niedersachsen e.V. ehrenamtlich betriebenen Feuerwehrflugdienstes zur Waldbrandüberwachung.

Zielgruppe: Landesfeuerwehrverband Niedersachsen e.V.

Durchschnittliche Förderhöhe: 47.000 EUR

Zu Titelgruppe 67

Die Verhandlungen mit dem Bund, den Ländern und Gemeinden (GV) über die Aufgabenwahrnehmung und Kostenerstattung sind noch nicht vollständig abgeschlossen. Die zur Erstattung veranschlagten Haushaltsmittel können daher teilweise nur geschätzt werden.
Vgl. 0307 Einnahme-TGr. 67.

Zu 511 67

Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung von landeseigenen Ausrüstungsgegenständen.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 547 67

Unterhaltung des Feuerlöschboots (FLB II) in Emden, Fähre Nordenham (Bereitstellungskosten) und der sonstigen feuerwehrtechnischen Ausrüstung in landeseigenen Häfen. Anmietung von Feuerlöschschleppern. Zur Durchführung von Übungen und Ausbildung der mit Brandschutzaufgaben des Landes beauftragten Gebietskörperschaften. Unterhaltskosten Brandübungsanlage Wilhelmshaven.

Zu 633 67

Erstattung von Personal- und Sachkosten aufgrund der mit Gemeinden (GV) geschlossenen Vereinbarungen über den Brandschutz und Hilfeleistungen.

Zu 812 67

Vervollständigung der feuerwehrtechnischen Ausrüstung der mit Brandschutzaufgaben des Landes beauftragten Gebietskörperschaften.

	2007 Tsd. EUR
Ergänzungsbeschaffung:	
Brandübungsanlage Wilhelmshaven und sonstige feuerwehrtechnische Ausrüstungsgegenstände	376
Zusammen	376

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	382	—	382
2008	—	—	—	—
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	382	—	382

Zu Titelgruppe 98/99

Hier sind die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie für die damit verbundenen Einrichtungen zusammengefasst.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0307 Brandschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
538 99-0	044	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	3	2	+1	4
547 98-1	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 99-5	044	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	15	30	–15	40
		Abschluss Kapitel 0307					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		361	341	+20	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1.196	1.106	+90	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		1.557	1.447	+110	
		4 Personalausgaben	—	2.922	3.078	–156	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	2.026	2.016	+10	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	2.105	2.103	+2	
		7 Baumaßnahmen	—	100	275	–175	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	— 382	22.946	25.689	–2.743	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	2.491	2.348	+143	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 382	32.590	35.509	–2.919	
		Zuschuss		31.033	34.062	–3.029	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 812 99

	2007 Tsd. EUR
LFS Loy:	
Ergänzungsbeschaffung:	
Software zur Anpassung an gültige Standards	15
Zusammen	15

Allgemeine Vorbemerkungen zu Kapitel 0309

Für das budgetierte Kapitel 0309 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:

1. 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 538 10, 547 10 und 686 10 sind gegenseitig deckungsfähig.

2. 519 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 538 10, 547 10 und 686 10.

3. 812 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 519 10.

4. Mehreinnahmen bei 111 10 und 119 10 erhöhen die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 538 10, 547 10, 686 10 und 812 10.

5. Mindereinnahmen bei 111 10 und 119 10 vermindern die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 538 10, 547 10 und 686 10.

6. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung sichergestellt sind. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.

7. Unter der Voraussetzung, dass das Ministerium für Inneres und Sport- hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0309 Landesamt für Statistik - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 10-2	014	Gebühren, sonstige Entgelte		32	32	—	28
119 10-3	014	Sonstige Verwaltungseinnahmen **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		150	150	—	135
281 11-3	014	Sonstige Erstattungen (Aufträge Dritter) *Vgl. K-Vermerk zu 427 11 und 511 11.*		150	75	+75	102
		A U S G A B E N					
422 10-8	014	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	16.466	17.135	–669	1.791
425 10-7	014	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	15.728
426 10-3	014	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	63
427 10-0	014	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige **** Die Ausgaben dürfen überschritten werden bei der Beschäftigung von Ersatzkräften während der Zeit des Mutterschutzes von Landesbediensteten. Diese Überschreitungen sind nicht innerhalb des Budgets auszugleichen.*	—	700	1.012	–312	665
427 11-8	014	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige (Aufträge Dritter) *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 11.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 427 11 und 511 11.*	—	100	40	+60	23
459 10-9	014	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	1	1	—	0
511 10-0	014	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	710	710	—	910
511 11-9	014	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände (Aufträge Dritter) *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 11.* *Vgl. D-Vermerk zu 427 11.*	—	50	35	+15	—
514 10-0	014	Verbrauchsmittel, Haltung von Kraftfahrzeugen und dergleichen	—	58	58	—	45
517 10-9	014	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	0
518 10-5	014	Mieten und Pachten	—	116	116	—	3
519 10-1	014	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	—	—	—	41
529 10-7	014	Verfügungsmittel	—	—	—	—	1
538 10-6	014	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	130	154	–24	119

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0309

Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)

Rechts- und Organisationsgrundlagen

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) v. 22.01.1987 in der z. Z. geltenden Fassung,
Niedersächsisches Statistikgesetz (NStatG) v. 27.06.1988 in der z. Z. geltenden Fassung,
Statistische Ordnung in der Neufassung v. 11.06.2002,
Verordnung zur Durchführung von Statistiken v. 01.05.1999,
Einzelstatistische Gesetze,
Beschluss der Landesregierung über die Errichtung eines Niedersächsischen Landesamtes für Statistik v. 18.06.1991 und
Geschäftsordnung für das Niedersächsische Landesamt für Statistik v. 01.07.2001.

Verwaltungsaufbau und Budgetplan

Das Niedersächsische Landesamt für Statistik (NLS) ist eine Landesoberbehörde, deren Fachaufsicht beim Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport angesiedelt ist.
Der Präsident des NLS ist in Personalunion zugleich Landeswahlleiter.

Zielsetzung

Allgemeine Zielsetzung:

Aufgabe des NLS ist die Durchführung von 162 verschiedenen Statistiken bzw. Statistikgruppen (ca. 250 Einzelstatistiken) mit dem Ziel, Entwicklungen und Strukturen u. a. in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen transparent zu machen. Die Aufgabenerledigung, die überwiegend mit einer Befragung von Wirtschaftsunternehmen, Institutionen und privaten Haushalten verbunden ist, erfolgt auf detaillierter bundesgesetzlicher und zunehmend auch europarechtlicher Basis. Die Ergebnisse der amtlichen Statistik dienen den staatlichen und kommunalen Stellen ebenso wie der Gesellschaft, Wissenschaft und Forschung. Ohne die Leistungen der amtlichen Statistik wäre ein rationales Entscheiden und Handeln weder im staatlichen noch im privaten Bereich möglich.

Bestands- und Entwicklungsziele, Kosteneinsparung:

Zur Kosteneinsparung wird der Personalbestand durch umfassenden IuK-Einsatz und Änderung der Ablauforganisation im Rahmen der Zielvereinbarung II um 112 Stellen reduziert. Entsprechende kw-Vermerke sind unterteilt nach Vergütungsgruppen und Haushaltsjahren in den Stellenübersichten ausgebracht.

Für 65 von den noch einzusparenden 67 Stellen hängt die Umsetzung der kw-Vermerke jedoch vom Eintritt der nachfolgend genannten Voraussetzungen ab:

– 6 kw-Stellen.
Voraussetzung: Ausweitung der Verbundprogrammierung mit einer aufgabenbezogenen Konzentration der IT-Produktion im Rahmen des Projekts “optimierte Kooperation“ und Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel durch das Land in Höhe von 50.000 EUR zur Finanzierung des niedersächsischen Anteils an den Entwicklungskosten.

– 20 kw-Stellen.
Voraussetzung: Datenlieferung zu 50 % über das Internet bei 50 Statistiken und Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel in Höhe von 140.000 EUR zur Finanzierung des niedersächsischen Anteils an den Umstellungskosten.

– 7 kw-Stellen.
Voraussetzung: Ersatz der Datenerhebung im Handwerk, Handel, Gastgewerbe und Dienstleistung durch Nutzung von Verwaltungsdaten der Finanzbehörden und der Bundesagentur für Arbeit.

– 32 kw-Stellen.
Voraussetzung: Umfassende Kooperation mit dem Statistischen Landesamt Bremen.

Die aufgeführten Einsparmaßnahmen basieren auf den derzeitigen Produkten des NLS. Sollten dem NLS weitere Aufgaben übertragen werden, kann der Stellenabbau nicht in dem genannten Umfang vollzogen werden.

Erläuterungen zum Produkthaushalt nach § 17a LHO

Budgetierungsmodell

Das Verwaltungsbereichsbudget des NLS setzt sich aus den Produkten "Statistiken", "Kommunaler Finanzausgleich" und "Landeswahlleiter" zusammen. Die mit der Produkterstellung anfallenden Kosten werden soweit wie möglich den Produkten direkt zugeordnet. Anfallende Gemeinkosten werden von den Vorkostenstellen über die Endkostenstellen anteilig auf alle Produkte verrechnet.

Bei der Statistikerhebung handelt es sich weitestgehend um einen homogenen Vorgang, bei dem die Zugehörigkeit der einzelnen Statistik zu einer übergeordneten Thematik keine Rolle spielt. Eine Ausweisung von mehr als einem “Statistik-Produkt“ bringt deshalb keine zusätzlichen Informationen hinsichtlich des erforderlichen Erstellungsaufwandes und der damit verbundenen Kosten. Zu berücksichtigen ist hierbei auch die Tatsache, dass wegen unterschiedlicher gesetzlich vorgeschriebener Periodizitäten nicht alle Einzelstatistiken in jedem Jahr denselben Erstellungsaufwand besitzen. Auch eine Differenzierung nach der Rechtsgrundlage erscheint nicht sinnvoll, da über 90% aller erstellten

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0309

Statistiken auf Bundes- bzw. EU-Recht basieren. Zudem ist eine detaillierte Aufgliederung z. Z. technisch nicht möglich, da die entsprechenden Aggregationsebenen nicht vorhanden sind. Aus diesem Grund handelt es sich bei den ausgewiesenen "Statistik-Zielkosten" um einen rein rechnerischen Durchschnittsbetrag.

In den im Leistungsplan ausgewiesenen Gesamtzielkosten von 23.025.000 EUR sind 1.358.000 EUR Gebäude- und Bewirtschaftungskosten enthalten, die nicht im eigenen Kapitel 0309, sondern im Kapitel 1321 - Landesliegenschaftsfonds – eingestellt sind. Da es sich hierbei um bereichsübergreifende Kosten handelt, sind diese nicht in der Überleitungsrechnung aufgeführt.

Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs

Produkte	Leistungs-menge -Stück- (Soll) 2007	Zielkosten -EUR- (Soll) 2007	Gesamtzielkosten -EUR- (Soll) 2007	Leistungs-menge -Stück- (Soll) 2006	Zielkosten -EUR- (Soll) 2006	Leistungsmenge -Stück- (Ist) 2005	Ist-Kosten -EUR- (Ist) 2005
Statistiken	162	rd. 139.000	22.520.000	162	145.378	162	142.831
Kommunaler Finanzausgleich	1	255.000	255.000	1	298.168	1	286.675
Landeswahlleiter	1	250.000	250.000	1	250.603	1	226.753
Gesamtsumme			23.025.000				

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag

	Gesamtzielkosten -EUR- (Soll) 2007	Eigenerlöse -EUR- (Soll) 2007	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt -EUR- (Soll) 2007
Statistiken	22.520.000	322.000	-
Kommunaler Finanzausgleich	255.000	0	-
Landeswahlleiter	250.000	0	-
im Kapitel 1321 veranschlagt	-1.358.000	0	-
Sonstige Eigenerlöse		10.000	
Produktsumme	21.667.000	332.000	21.335.000
Haushaltsausgleich	0	0	0
Gesamtsumme	21.667.000	332.000	21.335.000

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0309

Überleitungsrechnung		Einnahmen (0-3)				Ausgaben (4-9)						
Bereichshaushalt (Produkte)	Tsd. EUR	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	HH-Abgl.
+Verwaltungserträge	172		172									
+Erträge aus Erstattungen	150			150								
+/-Bestandsveränderungen	0											
+sonstige betriebliche Erträge	10		10									
=Erträge	332											
-Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	17.128					17.128						
-Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	655											655
-sonstige Personalaufwendungen	139					139						
=Personalaufwendungen	17.922											655
-Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	445						445					
-Aufwendungen Kommunikation und Reisen	473						473					
-Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	118						118					
-Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	1.141						1.141					
-Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	1.388						1.248	140				
-Abschreibungen	180											180
=Sachaufwendungen	3.745											
=Aufwendungen	21.667											
=Ergebnis nach eigenen Erträgen	-21.335											
+Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	21.335											
=Ergebnis nach Landeszuschuss	0											
+Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen	0											
-Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	0											
=Finanzergebnis	0											
+außerordentliche Erträge	0											
-außerordentliche Aufwendungen	0											
+/-Haushaltsausgleich	0											
=außerordentliches Ergebnis	0											
=neutrales Ergebnis	0											
=Gesamtergebnis	0											
-Investitionen der Hauptgruppe 5							103					-103
-Investitionen der Hauptgruppe 8												
=Einnahmen und Ausgaben des Budgets		0	182	150	0	17.267	3.528	140	0	0	0	
+/-Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets												
=Kapitelsumme		0	182	150	0	17.267	3.528	140	0	0	0	

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0309

Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln

Zu 422 10
Aus dem Haushaltsansatz dürfen auch Altersteilzeitzuschläge geleistet werden.

Zu 427 10
Veranschlagt sind Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte, Versicherungsbeiträge für Praktikantinnen und Praktikanten, Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung, Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz und Beschäftigungsentgelte - Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige (IZN und andere Dienstleister).

Die Höhe der Vergütung für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrtätigkeit bzw. Entschädigung der Mitglieder in Prüfungsausschüssen richtet sich nach den Vorschriften der Vergütungsrichtlinien (Gem. RdErl. d. MF u. d. übr. Min. v. 20.01.2006; Nds. MBl. 2006, S. 101).

Zu 459 10
Ausgaben für Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhängen, Überstundenvergütungen für Angestellte, Fürsorgeleistungen, Trennungsentschädigungen und Umzugsvergütungen.

Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen

Kennzahlen	Plan 2007	Plan 2006	Ist 2005	Ist 2004
Zugriff NLS-Homepage	11.000.000	8.500.000	9.960.000	8.250.000
Abgerufene Datenbank-Tabellen	245.000	195.000	230.000	180.000
Anzahl Presseveröffentlichungen	100	100	114	106
Auflage Statistik-CD	500	400	650	500

Zu 514 10

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen (2007)

	Ist 1.1.2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Kleinbus	1	1	1

Zu 529 10

Zentrale Veranschlagung im Epl. 13.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0309 Landesamt für Statistik - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
547 10-5	014	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*	—	2.464	2.494	–30	1.864
681 10-3	014	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	1	1	—	0
686 10-5	014	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	139	136	+3	136
812 10-0	014	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 0309					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		182	182	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		150	75	+75	
		Summe der Einnahmen		332	257	+75	
		4 Personalausgaben	—	17.267	18.188	–921	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	3.528	3.567	–39	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	140	137	+3	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	20.935	21.892	–957	
		Zuschuss		20.603	21.635	–1.032	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0311 Kampfmittelbeseitigung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
231 10-1	049	Erstattung von Bergungskosten vom Bund *Vgl. K-Vermerk zu 547 10.*		4.000	4.000	—	155
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Kampfmittelbeseitigung**		(862)	(862)	(—)	(2.389)
111 61-0	049	Gebühren und sonstige Entgelte		150	150	—	107
119 61-1	049	Vermischte Einnahmen		20	20	—	9
132 61-8	049	Erlöse aus dem Verkauf von Munitionsschrott		1	1	—	0
231 61-6	049	Erstattungen von Kriegsfolgehilfeleistungen vom Bund *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		665	665	—	2.264
232 61-2	049	Erstattungen von Ländern für die Munitionsvernichtung		26	26	—	8
		A U S G A B E N					
422 01-2	049	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	2.178	—	+2.178	—
425 01-1	049	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
426 01-8	049	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—
453 01-5	049	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	—	—	—	—
547 10-9	049	Dienstleistungen Außenstehender für Bergungsmaßnahmen *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 10.*	—	4.000	4.000	—	136
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Kosten der Kampfmittelbeseitigung** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 231 61.*	(—)	(2.153)	(2.226)	(–73)	(2.081)
511 61-9	049	Geräte für Fachaufgaben, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	60	60	—	68
514 61-8	049	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	—	114	114	—	105
517 61-7	049	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	20	20	—	21
518 61-3	049	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	6	6	—	4
519 61-0	049	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	5	5	—	8
525 61-0	049	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	16	16	—	6
527 61-2	049	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	98	98	—	78

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0311

Im Kapitel 0311 sind Haushaltsmittel für die Aufgaben der Kampfmittelbeseitigung einschließlich der systematischen Luftbildauswertung veranschlagt.
Die personenbezogenen Sachausgaben der Beschäftigten des Kampfmittelbeseitigungsdienstes sind im Kapitel 0320 bei den Titeln 511 01 bis 547 10 veranschlagt.

Zu 231 10

Erstattungen des Bundes für Flächenräumungs-, Vermessungs- und Bergungsarbeiten von ehemals Reichsmunition auf nicht bundeseigenen Flächen, die an Firmen vergeben werden.
Vgl. 0311-547 10.

Zu Titelgruppe 61

Die Titelgruppe enthält die für die Aufgabe "Kampfmittelbeseitigung" zu erwartenden Einnahmen, soweit es sich nicht um Erstattungen des Bundes handelt, die bei Titel 0311-231 10 veranschlagt sind.

Zu 111 61

Einnahmen auf Grund der auf Antrag vorgenommenen Luftbildauswertung zur Suche nach Bombenblindgängern. Die Gebühren werden auf der Basis der vom MF festgelegten "Pauschsätze für den Verwaltungsaufwand bei der Gebührenbemessung im staatlichen Bereich" zuzüglich eines Aufschlags für die besondere technische Ausstattung festgelegt.

Zu 231 61

Erstattungen von Landesaufwendungen (insbesondere Personalkosten) vom Bund für Flächenräumungs-, Vermessungs- und Bergungsarbeiten von ehemaliger Reichsmunition auf nicht bundeseigenen Flächen.

Zu 422 01

Verlagerung der Personalausgaben aus der Ausgabe-TGr. 61.

Zu 547 10

Ausgaben für Flächenräumungs-, Vermessungs- und Bergungsarbeiten von ehemaliger Reichsmunition auf nicht bundeseigenen Flächen, die an Firmen vergeben werden. Der Bund erstattet als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches die angefallenen Kosten.
Vgl. 0311-231 10.

Zu Titelgruppe 61

Die Titelgruppe enthält die für die Kampfmittelbeseitigung erforderlichen Ausgaben, soweit die Mittel nicht bei Titel 0311-547 10 veranschlagt sind.
Verlagerung der Personalkosten nach Titel 0311-422 01.

Zu 514 61

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen (2007)

	Ist 1.1.2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	5	5	5
Lkw	7	6	6
Sonderfahrzeuge	7	7	7
Anhänger	4	4	4
Wasserfahrzeuge	1	1	1
	24	23	23

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0311 Kampfmittelbeseitigung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
546 61-7	049	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind	—	4	4	—	3
547 61-3	049	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *Übertragbar.*	—	1.743	1.743	—	1.713
681 61-1	049	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	—	—	—	—	—
811 61-2	049	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	70	60	+10	27
812 61-9	049	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	17	100	–83	49
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		2.164	–2.164	
		Abschluss Kapitel 0311					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		171	171	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		4.691	4.691	—	
		Summe der Einnahmen		4.862	4.862	—	
		4 Personalausgaben	—	2.178	2.164	+14	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	6.066	6.066	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	87	160	–73	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	8.331	8.390	–59	
		Zuschuss		3.469	3.528	–59	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 547 61

Ausgaben für Flächenräumungs-, Vermessungs- und Bergungsarbeiten von alliierten Kampfmitteln auf nicht bundeseigenen Flächen, die an Firmen vergeben werden. Sofern bei der Räumung von alliierten Kampfmitteln gleichzeitig Reichsmunition aufgefunden wird, werden die angefallenen Kosten (insbesondere Personal-, Sach- und Räumkosten) vom Bund anteilig erstattet.
Vgl. 0311-231 61.
Für die nach § 7 Nds. SOG Verantwortlichen trägt das Land aus Billigkeitsgründen die mit der Beseitigung im Zusammenhang stehenden Kosten.

Zu 681 61

Haushaltsmittel für Sprengschäden bei Kampfmittelbeseitigungsmaßnahmen und sonstige Schäden (z. B. Kfz).

Zu 811 61

	2007 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:	
1 Transporter	30
1 Hochraumkombi für Bombenbergegeräte	40
Zusammen	70

einschließlich der erforderlichen Sonderausstattungen für die polizeispezifische Ausrüstung.

Zu 812 61

	2007 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:	
2 Landmagnetsonden (Typ Ferex 4.021)	17
Zusammen	17

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0312 Notruf 110

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 61-5	049	Sonstige Verwaltungseinnahmen		16	16	—	7
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Für die Einrichtung des Notrufs 110**	(—)	(1.145)	(1.791)	(–646)	(1.372)
511 61-2	049	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *Übertragbar.*	—	1.045	1.045	—	834
812 61-2	049	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	100	746	–646	537
		Abschluss Kapitel 0312					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		16	16	—	
		Summe der Einnahmen		16	16	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	1.045	1.045	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	100	746	–646	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.145	1.791	–646	
		Zuschuss		1.129	1.775	–646	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 119 61

Erstattung von Einrichtungskosten und Gebühren für den Anschluss an das Notrufsystem.

Zu 511 61

Gebühren an die Telekom für die Einrichtung und laufende Gebühren für den Betrieb des Notrufsystems der Landespolizei (z. B. Notrufanschlüsse, Notrufabfrageeinrichtungen, Notruftelefone, Notrufmelder, besondere Festverbindungen). Lfd. Wartung und Unterhaltung (Materialkosten) der Notrufabfrageeinrichtungen und der Stromversorgungsanlagen, die mit eigenem Fachpersonal durchgeführt werden.

Zu 812 61

Die analogen Notrufabfrageeinrichtungen werden seit 1999 im Rahmen eines mehrjährigen Programms durch EURO-ISDN-Anlagen ersetzt.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0313 Präventionsprogramm Polizei/Sozialarbeiter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
282 10-2	042	Zweckgebundene Geldspenden *Vgl. K-Vermerk zu 546 10.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-0	042	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	—	—	—	—
422 06-0	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 19-2	042	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-9	042	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	396
425 06-0	042	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	2
427 01-1	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 10-0	042	Beschäftigungsentgelte für Rechts- und andere Praktikanten/Praktikantinnen	—	—	—	—	—
427 39-9	042	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
511 01-2	042	Geschäftsbedarf	—	—	—	—	6
517 01-0	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	2
518 01-7	042	Mieten und Pachten	—	—	—	—	5
525 01-3	042	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	0
526 01-0	042	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-6	042	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	0
546 10-0	042	Verwendung zweckgebundener Geldspenden *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 10.*	—	—	—	—	—
		<u>Abschluss Kapitel 0313</u>					
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		4 Personalausgaben	—	—	—	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	—	—	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0313

Allgemeiner Vermerk:
Das Präventionsprogramm Polizei/Sozialarbeiter ist zum 31.12.2005 eingestellt worden.

Allgemeine Vorbemerkungen zu Kapitel 0314

Für das budgetierte Kapitel 0314 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:

1. 427 31, 429 10 und 547 10 sind gegenseitig deckungsfähig.

2. 711 10 und 812 10 sind gegenseitig deckungsfähig.

3. 711 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 427 31, 429 10 und 547 10.

4. Mehreinnahmen bei 119 01, 281 10 und 282 11 erhöhen die Ausgabe bei 427 31, 429 10 und 547 10.

5. Mindereinnahmen bei 119 01, 281 10 und 282 11 vermindern die Ausgabe bei 427 31, 429 10 und 547 10.

6. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung sichergestellt sind. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.

7. Unter der Voraussetzung, dass das Ministerium für Inneres und Sport- hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0314 Studieninstitut des Landes Niedersachsen - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-9	012	Vermischte Einnahmen		41	41	—	50
231 10-2	012	Zuweisungen vom Bund für die Vergabe von Stipendien *Vgl. K-Vermerk zu 681 52.*		—	—	—	1
282 10-6	012	Erstattung von Lehrgangskosten (Ausbildung)		1.120	1.106	+14	1.202
282 11-4	012	Erstattungen von Seminarkosten (Fortbildung)		1.280	1.296	–16	901
381 10-4	990	Zuführung von 0402 - 981 66		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
427 31-7	012	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	129	129	—	86
429 10-7	012	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	973	1.072	–99	998
429 11-5	012	Bezüge und Nebenleistungen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbeitungsdienst sowie Ausbildungsvergütung *Übertragbar.*	—	—	—	—	116
547 10-0	012	Nicht aufteilbare Sachausgaben	—	996	1.073	–77	923
547 11-8	012	Sachausgaben für Ausbildung der Anwärter und Auszubildenden *Übertragbar.*	—	—	—	—	1
681 52-3	012	Stipendien an begabte Absolventen/ Absolventinnen einer anerkannten Berufsausbildung nach den Richtlinien des Bundes *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 10.*	—	—	—	—	1
711 01-5	012	Kleine Neu-,Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 10-5	012	Investitionen	—	—	—	—	—
981 03-9	990	Abführung an 1321 - 381 03	—	168	168	—	167

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0314

Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)

Rechts- und Organisationsgrundlagen

Das Studieninstitut des Landes Niedersachsen - SiN - ist eine zentrale Einrichtung für Aus- und Fortbildung des Landes Niedersachsen. Ihm obliegt seit 01.07.1997 (Kabinettsbeschluss vom. 25.03.1997) neben der Ausbildung auch die Aufgabe der fachübergreifenden dienstlichen Fortbildung für Landesbedienstete aller Ressorts. Nach einem Kabinettsbeschluss vom 20.12.2005 soll der Konsolidierungsprozess des Studieninstituts in Bad Münder mit dem Ziel einer vollständigen Kostendeckung fortgesetzt werden. Diesem Ziel tragen sinkende Zahlen zu Produktion und Kosten Rechnung.

Verwaltungsaufbau und Budgetplan

Das SiN mit seinen Produktionsbereichen Ausbildung und Fortbildung ist unmittelbar dem Nds. Ministerium für Inneres und Sport nachgeordnet und hat seinen Sitz in Bad Münder. Hier stehen neben 12 Seminarräumen, einer Bibliothek und Gruppenarbeitsbereichen auch ein 1999/2000 saniertes Gästehaus mit 49 Einzelzimmern für Fortbildungsteilnehmer und eine Cafeteria zur Verfügung. Für den Fortbildungsbereich wird das SiN von der ressortübergreifenden "Arbeitsgruppe Fortbildung" unterstützt. Die Ausbildungsteilnehmer werden in Privatunterkünften in Bad Münder untergebracht. Die Mittags- und Abendverpflegung erfolgt für alle Teilnehmer in örtlichen Restaurants. Insgesamt stellt das SiN damit einen nicht unerheblichen Wirtschaftsfaktor in der Stadt Bad Münder dar. Außerhalb der Einrichtung in Bad Münder führt das SiN auch in Heimvolkshochschulen und sonstigen Einrichtungen einschließlich verschiedener Landesdienststellen in besonderen Fällen Fortbildungsveranstaltungen durch. Als Dozenten wird im Bereich der Ausbildung zum Teil auf Personal des SiN zurückgegriffen, die Fortbildung bedient sich externer Referenten von außerhalb oder aus anderen Dienststellen der Landesverwaltung.

Zielsetzung

Durch die Zusammenführung der Aufgaben Aus- und Fortbildung in einer zentralen Einrichtung wird eine Rückkopplung von Aus- und Fortbildungsinhalten sowie die Bündelung von Sachverstand beider Bereiche ermöglicht. Das SiN entwickelt als zentraler Dienstleister seine Leistung bedarfs- und kundenorientiert kontinuierlich weiter. Kunden sind alle niedersächsischen Behörden und Einrichtungen mit ihren Bediensteten. Das SiN kooperiert mit anderen Aus- und Fortbildungseinrichtungen, insbesondere den drei kommunalen Studieninstituten, dem Bildungsinstitut der Polizei Niedersachsen sowie dem Senator der Finanzen Bremen.

Standardprodukte im Produktionsbereich Ausbildung sind folgende Lehrgänge, zu deren Durchführung das SiN aufgrund zahlreicher Ausbildungs- und Prüfungsordnungen verpflichtet ist: Verwaltungslehrgänge für den gehobenen technischen Verwaltungsdienst einschl. Fachunterricht für die verschiedenen Laufbahnen, Grund- und Aufbaulehrgänge für Referendare von Sonderverwaltungen, Fachlehrgang für Vermessungsreferendare, Verwaltungslehrgang für Forstreferendare, Verwaltungslehrgang für den gehobenen Forstdienst, Einführungs-, Zwischen- und Abschlusslehrgang für Auszubildende zu Verwaltungsfachangestellten. Daneben werden nach Bedarf Grundlehrgänge für Beamtenanwärter mittlerer Dienst sowie Angestelltenlehrgänge I und II jeweils mit Grund- und Abschlusslehrgang durchgeführt.

Standardprodukte im Produktionsbereich Fortbildung sind Fortbildungsveranstaltungen in den Themenkreisen Führungskompetenz; Personalentwicklung; Kommunikation; Präsentations- und Arbeitstechniken; Personalbetreuung; Ausbildung, Didaktik, Pädagogik; Betriebswirtschaftliche Entwicklung/Steuerung; Organisations- und Strukturveränderungen; Europa; Fach- und Funktionsfortbildung.

Erläuterungen zum Produkthaushalt nach § 17a LHO

Budgetierungsmodell

Das SiN ist LoHN-Pilotbehörde Staffel I. Für 2004 wurde erstmals ein leistungsorientierter Haushalt eingeführt. Diese Veränderung diente zugleich dem Ziel, die Kosten bzw. zumindest die Ausgaben des SiN durch produktbezogene Einnahmen zu decken. Das SiN erhebt seitdem Entgelte von den Dienststellen, die Mitarbeiter zu den Aus- und Fortbildungsveranstaltungen anmelden. Zahlende Kunden können aber auch oberste Landesbehörden als Großkunden für landesweite übergreifende Themenbereiche sein, die ein Interesse an bestimmten Qualifizierungsmassnahmen haben. Seitdem bestimmt die Nachfrage nach den Dienstleistungen des SiN die Höhe der Eigenerlöse, aber auch die der Ausgaben.

Das SiN betreibt seit 2004 im Rahmen des LoHN-Projekts die interne Budgetierung. Hier erfolgt die definierte Zuordnung von Budgetverantwortung auf die Bereiche Ausbildung, Fortbildung und Verwaltung innerhalb des SiN.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0314

Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs

Produkte	Leistungsmenge -Stück- (Soll) 2007	Zielkosten -EUR- (Soll) 2007	Gesamtzielkosten -EUR- (Soll) 2007	Leistungsmenge -Stück- (Soll) 2006	Zielkosten -EUR- (Soll) 2006	Leistungsmenge -Stück- (Ist) 2005	Ist-Kosten -EUR- (Ist) 2005
Ausbildung (UNT)	5.603	207	1.161.000	4.599	249	5.515	185
Fortbildung (TNT)	8.000	160	1.280.000	10.000	152	6.648	206
Gesamtsumme			2.441.000				

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag

	Gesamtzielkosten -EUR- (Soll) 2007	Eigenerlöse -EUR- (Soll) 2007	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt -EUR- (Soll) 2007
Ausbildung (UNT)	1.161.000	1.161.000	0
Fortbildung (TNT)	1.280.000	1.280.000	0
Sonstige Eigenerlöse			
Produktsumme	2.441.000	2.441.000	0
Haushaltsausgleich	0	0	0
Gesamtsumme	2.441.000	2.441.000	0

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0314

Überleitungsrechnung		Einnahmen (0-3)				Ausgaben (4-9)						
Bereichshaushalt (Produkte)	Tsd. EUR	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	HH-Abgl.
+ Verwaltungserträge	41		41									0
+ Erträge aus Erstattungen	2.400			2.400								0
+/- Bestandsveränderungen	0											0
+ sonstige betriebliche Erträge	0											0
= Erträge	2.441											0
- Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	949					973						-24
- Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	169											169
- sonstige Personalaufwendungen												0
= Personalaufwendungen	1.118											
-Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	34						34					0
- Aufwendungen Kommunikation und Reisen	11						11					0
- Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	283						115				168	0
- Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	952					129	823					0
-Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	3						3					
- Abschreibungen	40											40
= Sachaufwendungen	1.323											
= Aufwendungen	2.441											
= Ergebnis nach eigenen Erträgen	0											
+ Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	0											
= Ergebnis nach Landeszuschuss	0											
+ Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen	0											0
- Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	0											0
= Finanzergebnis	0											
+ außerordentliche Erträge	0											0
- außerordentliche Aufwendungen	0											0
+/-Haushaltsausgleich	0											
=außerordentliches Ergebnis	0											
=neutrales Ergebnis	0											
=Gesamtergebnis	0											
-Investitionen der Hauptgruppe 5							10					-10
-Investitionen der Hauptgruppe 8												
=Einnahmen und Ausgaben des Budgets		0	41	2.400	0	1.102	996	0	0	0	168	
+/-Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets												
= Kapitelsumme		0	41	2.400	0	1.102	996	0	0	0	168	

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0314
Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln

zu 427 31

1.	Lehrvergütungen für nebenamtliche Lehrkräfte	118.000 EUR
2.	Prüfungsvergütungen für die Mitglieder der Prüfungsausschüsse:	11.000 EUR

zu 1.und 2.:
Die Höhe der veranschlagten Lehr- und Prüfungsvergütungen an Beamte/-innen, Richter/-innen und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des Gem. RdErl. vom 20.01.2006 (Nds. MBl. S. 101), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Es handelt sich um Aufwandsentschädigungen i.S. der Nrn. 12 und 26 des § 3 EStG.

zu 429 10

Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten, Vergütungen der Angestellten, Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter.
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 973.000 EUR.

Im Personalkostenbudget sind Haushaltsmittel für 6 stundenweise beschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst veranschlagt.

Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen

In der Ausbildung wird die Leistungsmenge in Unterrichtsstunden (UNT) gemessen. Diese Maßeinheit bezeichnet eine Unterrichtsstunde in einer Lerngruppe unabhängig von der Zahl ihrer Mitglieder. Die Wahl dieser Einheit bietet den Vorteil, dass die Menge des geplanten bzw. durchgeführten Unterrichts erfasst und wiedergegeben wird, ohne dass die vom SiN nicht planbare Zahl der Anmeldungen in der Ausbildung die Betrachtung beeinflusst.

In der Fortbildung werden Teilnehmertage gezählt, so dass die Teilnahme eines Teilnehmers an einem Seminartag die Maßeinheit bildet. Dauer der Veranstaltung und Zahl der Teilnehmer einer Lerngruppe fließen daher in die Erfassung der Produktionsmenge ein.

Die angegebenen Kosten für Aus- und Fortbildung enthalten neben reinen Seminarkosten auch Ausgaben für die Unterbringung und Verpflegung der Teilnehmenden. Dies führt vor allem in der Ausbildung zu vom SiN nicht zu beeinflussenden Schwankungen der Stückkosten pro UNT. Da die Unterkunft und Verpflegung der Ausbildungsteilnehmer „spitz“ abgerechnet wird, schwankt die Einnahme- und Ausgabehöhe gleichermaßen.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0314 Studieninstitut des Landes Niedersachsen - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0314					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		41	41	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		2.400	2.402	–2	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		2.441	2.443	–2	
		4 Personalausgaben	—	1.102	1.201	–99	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	996	1.073	–77	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	168	168	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	2.266	2.442	–176	
		Überschuss		175	1	+174	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0315 Wiedergutmachung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 42-0	244	Einnahmen, die mit Entschädigungsaufwendungen zusammenhängen		8	8	—	0
119 43-8	244	Einnahmen, die mit dem Härtefonds zusammenhängen *Vgl. K-Vermerk zu 698 10.*		—	—	—	1
231 10-6	244	Erstattungen vom Bund nach § 172 BEG vom 29.6.1956 (BGBl. I S.562)		25	50	–25	12
		A U S G A B E N					
631 10-4	244	Erstattungen an den Bund nach § 172 BEG *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 631 10, 681 31, 681 41, 687 31 und 687 41.*	—	7.100	8.200	–1.100	7.854
681 31-4	244	Renten und sonstige fortdauernde Leistungen nach dem BEG und dem Nds. SHG an Berechtigte im Inland *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* **** Gemäß § 15 Abs. 1 S. 3 LHO dürfen zurückzuzahlende Renten und sonstige fortdauernde Leistungen nach dem BEG und dem Nds. SHG auch nach Schluß des Haushaltsjahres durch Absetzen von der Ausgabe bei 681 31, 681 32, 687 31 und 687 32 vereinnahmt werden.*	—	1.700	1.800	–100	1.856
681 32-2	244	Laufende Zuschüsse aus dem Härteausgleich nach § 171 BEG an Personen im Inland *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 681 32 und 687 32.* **** Vgl. Vermerk zu 681 31.*	—	15	20	–5	13
681 41-1	244	Kapitalentschädigungen und sonstige einmalige Leistungen nach dem BEG und dem Nds. SHG an Berechtigte im Inland *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.*	—	25	50	–25	10
687 31-2	244	Renten und sonstige fortdauernde Leistungen nach dem BEG und dem Nds. SHG an Berechtigte im Ausland *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* **** Vgl. Vermerk zu 681 31*	—	16.200	17.000	–800	16.441
687 32-0	244	Laufende Zuschüsse aus dem Härteausgleich nach § 171 BEG an Personen im Ausland *Vgl. D-Vermerk zu 681 32.* **** Vgl. Vermerk zu 681 31*	—	7	7	—	4
687 41-0	244	Kapitalentschädigungen u. sonst. einmalige Leistungen nach dem BEG an Berechtigte im Ausland *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.*	—	350	500	–150	387
698 10-1	244	Hilfen an Verfolgte des NS-Regimes in besonderen Notlagen *Übertragbar.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 43.*	—	45	45	—	43

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0315

Zu 03 15 allgemein:
Entschädigungsbehörde (§§ 173, 184 BEG) ist das Nds. Landesamt für Bezüge und Versorgung (NLBV). Oberste Landesbehörde ist das Ministerium für Inneres und Sport.
Nach § 172 BEG werden die Entschädigungsaufwendungen ab 1. 4. 1956 je zur Hälfte vom Bund und von der Gesamtheit der Länder getragen. Die Länder bringen ihren Anteil nach dem Verhältnis ihrer Einwohnerzahl auf. Dazu tragen die Länder 25 % der vom Land Berlin zu leistenden Entschädigungsaufwendungen.
Dieselbe Verteilung erfolgt bei den Aufwendungen nach Artikel V BEG-Schlussgesetz (BEG-SG) für die überregionalen Verfolgtengruppen.
Entschädigungsleistungen, die über die Bundesregelung hinaus aufgrund günstigerer niedersächsischer Regelung gewährt werden, müssen vom Land zu 100 % getragen werden.
Der Lastenausgleich erfolgt durch den Bund.

Zu 119 42

Rückflüsse aus Leistungen aufgrund des Niedersächsischen Sonderhilfegesetzes, des Niedersächsischen Haftentschädigungsgesetzes, des Bundesergänzungsgesetzes und des Bundesentschädigungsgesetzes.

Zu 231 10

Hier sind Erstattungen des Bundes zu vereinnahmen, wenn die von Niedersachsen erbrachten Entschädigungsleistungen den gem. § 172 BEG auf das Land entfallenden Anteil übersteigen.

Zu 631 10

Abführungsbeträge an den Bund, wenn die von Niedersachsen erbrachten Entschädigungsleistungen niedriger sind als der nach § 172 BEG auf das Land entfallende Lastenanteil.

Zu 681 31

Hier sind auch die gemäß § 59 Abs. 3 Pflegeversicherungsgesetz zu zahlenden Beiträge zur Pflegeversicherung nachzuweisen.

Zu 698 10

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	27	—	—	27
2008	27	—	—	27
2009	27	—	—	27
2010	27	—	—	27
2011 ff.	243	—	—	243
Summe	351	—	—	351

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0315 Wiedergutmachung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0315					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		8	8	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		25	50	–25	
		Summe der Einnahmen		33	58	–25	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	25.442	27.622	–2.180	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	25.442	27.622	–2.180	
		Zuschuss		25.409	27.564	–2.155	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0316 Informatikzentrum Niedersachsen (IZN) - Landesbetrieb

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 01-0	019	Ablieferungen des Landesbetriebes		3.617	5.249	–1.632	13.054
381 01-2	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 03-9	019	Zuschüsse an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen u. baulichen Anlagen, Abführung an 1321-124 03	—	—	972	–972	837
682 04-7	019	Zuschüsse an den Landesbetrieb für die Versorgung von Beamten; Abführung an 1350-281 16	—	—	1.168	–1.168	951
682 38-1	019	Zuschüsse an den Landesbetrieb für die Ausbildung in Kammerberufen	—	—	—	—	—
891 01-0	019	Zuschüsse für Investitionen an den Landesbetrieb	—	—	5.000	–5.000	—
		Abschluss Kapitel 0316					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		3.617	5.249	–1.632	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		3.617	5.249	–1.632	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	2.140	–2.140	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	5.000	–5.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	7.140	–7.140	
		Zuschuss		–3.617	1.891	–5.508	
		Überschuss		3.617	–1.891	+5.508	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0316

Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)

Rechts- und Organisationsgrundlagen

- Beschluss der Niedersächsischen Landesregierung vom 15.04.97 zur Errichtung eines Landesbetriebs “Informatikzentrum Niedersachsen“ (IZN) gemäß § 26 LHO
- Betriebssatzung für das IZN: Gem RdErl. d MF, d. StK u. d. übr. Min. v. 19.12.97 (Nds. MBl. 1998 S. 265) i. d. F. d. RdErl. MF v. 06.01.00 (Nds. MBl. S. 312)
- Benutzungsordnung für das IZN vom 18.01.99: Bek. d. MF v. 09.02.99 (Nds. MBl. S. 168)
- Leistungskatalog und Entgeltverzeichnis des IZN
- Abschnitt 2 Buchst. h des Beschlusses der Niedersächsischen Landesregierung vom 12.3.03 (Nds. MBl. S. 219)

Verwaltungsaufbau und Budgetplan

Ministerium für Inneres und Sport – CIO (Chief Information Office, eGovernment, Multimedia, Informationstechnik MI)

Landesbetrieb IZN mit
- Stabsstelle,
- 6 Abteilungen,
- 26 Bereichen und
- nachgeordneten Arbeitsteams
- sowie einem quer zur Hierarchie angesiedelten Kunden- und Produktmanagement.

Der Landesbetrieb IZN stellt entsprechend § 26 LHO und den dazugehörigen Verwaltungsvorschriften einen Wirtschaftsplan auf der Grundlage einer Kosten- und Leistungsrechnung auf. Das IZN finanziert sich weitgehend durch Umsatzerlöse aus eigenen und bezogenen Leistungen. Die Zuschüsse für laufende Aufwendungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als außerordentliche Erträge ausgewiesen.

Zielsetzung

Das IZN unterstützt gemäß § 2 der Betriebssatzung die Landesverwaltung bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben durch Einsatz der IuK-Technik.
Zur Erfüllung dieser Aufgabe bietet es folgende Dienstleistungen als Pflichtaufgabe an:
1. Beratung der Dienststellen des Landes in Fragen der IuK- Technik,
2. Unterstützung des Koordinierungsausschusses Informationstechnologie (KA-IT) und des Zentralen IT- Managements im MI,
3. Erledigung von IuK- Technik-Aufgaben oder Teilaufgaben, die eine Rechenzentrumsinfrastruktur benötigen,
4. Koordinierung, Planung und Betrieb des gemeinsam genutzten landesweiten Telekommunikationsnetzes (iznNet) als Wide Area Network (WAN) des Telekommunikationsnetzes der LReg (iznNet Hannover) als Metropolitan Area Network (MAN) und ggf. weiterer MAN in Niedersachsen,
5. Koordination von landesweiten Telekommunikationsdiensten sowie Planung und Betrieb der zentralen Telekommunikationsdienste,
6. Erarbeitung von Normen, Standards und Empfehlungen im Bereich der IuK- Technik.

Gemäß Beschluss der Niedersächsischen Landesregierung vom 19.4.2005 werden die Hard- und Software der Landesverwaltung ab 1.7.2005, die aktiven Netzkomponenten in den lokalen Netzen der Dienststellen sowie der Ersatz der TK-Anlagen ab 1.1.2006 zentral über das IZN beschafft.
Darüber hinaus kann es weitere IuK- Dienstleistungen anbieten, insbesondere:
1. Unterstützung bei Planung, Aufbau und Betrieb dezentraler Systeme, von Netzen und Netzdiensten der Dienststellen,
2. Verfahrensentwicklung und –pflege und
3. Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der IuK- Technik.

Das IZN kann auch Arbeiten für Dritte, insbesondere für öffentlich-rechtliche Bedarfsträger außerhalb der Landesverwaltung übernehmen, soweit hierdurch die Erfüllung der mit Stellen der Landesverwaltung vereinbarten Dienstleistungen nicht beeinträchtigt wird.

Erläuterungen zum Produkthaushalt nach §17a LHO
Budgetierungsmodell

Das IZN erhebt für seine Leistungen Benutzungsentgelte nach dem Entgeltverzeichnis. Die Tätigkeit des IZN ist insgesamt nicht auf Gewinnerzielung gerichtet; sie ist nach kaufmännischer Bewertung kostendeckungsorientiert. Zuschüsse für laufende Aufwendungen sind grundsätzlich nicht vorgesehen.
Die Wirtschaftsführung des IZN erfolgt nach kaufmännischen Grundsätzen. Das IZN hat gemäß § 26 LHO eine Finanzbuchführung nach den Regeln der kaufmännischen doppelten Buchführung sowie eine Kosten- und Leistungsrechnung eingerichtet. Das IZN stellt einen Jahresabschluss sowie einen Lagebericht entsprechend § 264 Abs. 1 des Handelsgesetzbuches auf. Es lässt den Jahresabschluss durch einen Abschlussprüfer prüfen und legt ihn mit dem Bericht des Abschlussprüfers der Dienst- und Fachaufsichtsbehörde zur Genehmigung vor.
Der Leistungsplan des IZN schlüsselt die im Erfolgsplan für die LoHN- Produkte ausgewiesenen Umsatzerlöse nach den produzierenden Bereichen auf.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0316

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag

	(Soll) 2006	Mengen	Einheit
Geschäftsführung, Verwaltung, Controlling, Rechnungswesen	1.793.000	1.793.000	EURO
Einkauf, Vertragsmanagement, Marketing	26.521.000	26.521.000	EURO
Zentrale Aufgaben Rechenzentrum	2.000	181	RZ-Stunden
BS 2000 Service-Center	9.400.000	851.449	RZ-Stunden
OS/390-Service-Center	6.200.000	965.732	RZ-Stunden
Unix-Service-Center	12.247.000	1.109.330	RZ-Stunden
Leitstand	0	0	RZ-Stunden
Service-Center, Client-Service-Systeme	4.912.000	64.632	Stunden Anwenderunterstützung
Systems Management System	278.000	3.658	Stunden Anwenderunterstützung
Baan- Competence- Center	833.000	10.961	Stunden Anwenderunterstützung
Call-Center / Benutzerservice	372.000	4.895	Stunden Anwenderunterstützung
Output-Center	1.306.000	118.297	RZ-Stunden
Telekommunikationsstrategie	1.078.000	1.078.000	EURO
Telekommunikationsnetze	18.655.000	18.655.000	EURO
Telekommunikationsdienste	3.988.000	3.988.000	EURO
Beratung	1.472.000	19.368	Stunden Beratung/Entwicklung
Anwendungsentwicklung	3.609.000	47.487	Stunden Beratung/Entwicklung
Kompetenzcenter IT-Sicherheit	983.000	12.934	Stunden Beratung/Entwicklung
Weiterbildung	554.000	7.289	Stunden Beratung/Entwicklung
Geschäftsstelle BS	1.102.000	14.500	Stunden Anwenderunterstützung
Geschäftsstelle H	1.014.000	13.342	Stunden Anwenderunterstützung
Geschäftsstelle LG	592.000	7.789	Stunden Anwenderunterstützung
Geschäftsstelle OL	798.000	10.500	Stunden Anwenderunterstützung
Sonstige Eigenerlöse			
Summe Leistungen	97.709.000		
Haushaltsausgleich			
Gesamtsumme	97.709.000		

Zu 121 01

Ablieferung des Überschusses an den Landeshaushalt.
Veranschlagt ist der Jahresüberschuss aus dem Wirtschaftsplan für das Jahr 2007 mit Stand vom 24.11.2006. Abzuliefern ist der tatsächlich erwirtschaftete und testierte Überschuss für das Jahr 2006. In dem veranschlagten Jahresüberschuss enthalten ist der Ablieferungsbetrag infolge ZV II in Höhe von 347.000 Euro für 2007.

Wirtschaftsplan für das

Informatikzentrum Niedersachsen (izn)

Geschäftsjahr 2007

Stand 24.11.2006

(Landesbetrieb nach § 26 LHO)

Wirtschaftsplan für das Informatikzentrum Niedersachsen (izn)

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds.			
Softwarelizenzen	1.404.800	443.200	632.449
Grundstücke und Bauten	557.700	395.000	203.148
Technische Anlagen und Maschinen	7.709.600	10.281.600	7.708.068
Betriebs- und Geschäftsausstattung	671.800	796.700	442.319
Summe 1.:	10.343.900	11.916.500	8.985.984
2. Sonstige Investitionen (ohne GWG)			
Softwarelizenzen	200.000	40.100	90.053
Grundstücke und Bauten	7.300	0	3.058
Technische Analgen und Maschinen	239.600	12.100	239.526
Betriebs- und Geschäftsausstattung	270.800	125.200	178.281
Summe 2.:	717.700	177.400	510.918
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	0	0	0
Geldabfluss ohne Gewinnminderung (Abnahme der Verbindlichkeiten)	0	0	0
Ablieferung an den Landeshaushalt	3.617.000	17.233.775	1.000.000
Im Vorjahr nicht gedeckter Finanzbedarf	0	0	0
Verfügbare Finanzmittel	0	0	40.473.103
Summe 3.:	3.617.000	17.233.775	41.473.103
4. Positiver Überleitungsbetrag:	0	0	0
Summe I.:	14.678.600	29.327.675	50.970.005
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel			
Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	3.617.000	5.249.000	12.240.727
Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (Abnahme der Forderungen)	0	0	0
Im Vorjahr nicht verbrauchte Finanzmittel	0	40.473.103	35.562.465
Zuschüsse aus dem Landeshaushalt für Investitionen	0	5.000.000	3.116.428
Summe 1.:	3.617.000	50.722.103	50.919.620
2. Negativer Überleitungsbetrag:	5.941.000	4.312.000	50.384
Summe II.:	9.558.000	55.034.103	50.970.004

Wirtschaftsplan für das Informatikzentrum Niedersachsen (izn)

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke			
Erträge aus Zuführungen des Landes	0	2.130.000	1.788.000
Summe 1.:	0	2.130.000	1.788.000
2. Umsatzerlöse			
Rechenzentrumsleistungen	28.677.000	29.123.000	30.752.789
TK-Netze, Datennetze und -dienste	23.918.000	24.196.000	21.614.632
Dezentrale Systeme und Anwenderunterstützung	7.248.000	8.152.000	7.321.097
Beratung, Entwicklung und Weiterbildung	8.752.000	5.910.000	5.730.876
Zentrale Beschaffung von Waren und Leistungen	29.311.000	12.979.000	26.149.095
Summe 2.:	97.906.000	80.360.000	91.568.489
3. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen und fertigen Erzeugnissen			
Bestandsveränderungen an nicht abgerechneten Leistungen	0	0	0
Summe 3.:	0	0	0
4. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Summe 4.:	0	0	0
5. Sonstige betriebliche Erträge			
Andere sonstige betriebliche Erträge	238.000	70.000	222.302
Herabsetzung von Sonderposten	3.178.000	4.513.000	5.826.176
Herabsetzung von Rückstellungen	0	0	969.000
Periodenfremde Erträge	0	0	2.428
Summe 5.:	3.416.000	4.583.000	7.019.906
6. Zinsen und sonstige Erträge:			
Erhaltene Skonti	12.000	12.000	13.877
Summe 6.:	12.000	12.000	13.877
Summe I.:	101.334.000	87.085.000	100.390.272
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	27.706.000	12.976.000	23.316.046
Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.059.000	8.722.000	9.950.113
Summe 1.:	32.765.000	21.698.000	33.266.159
2. Personalaufwand			
2.1. Löhne und Gehälter			
Dienstbezüge und Zulagen der Beamtinnen und Beamten	4.079.000	3.894.000	3.743.258
Urlaubs- und Weihnachtsgeld für Beamte	0	0	4.701
Vergütungen und Zulagen der Angestellten	12.403.000	11.532.000	10.765.057
Urlaubs- und Weihnachtsgeld für Angestellte	630.000	753.000	719.273
Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	0	0	25.281
Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	0	0	2.043
Summe 2.1.:	17.112.000	16.179.000	15.259.613

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
Sozialversicherung (Lohnbereich)	6.000	6.000	5.828
Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	2.569.000	2.516.000	2.407.260
Beihilfen und Unterstützungen	329.000	341.000	193.000
Aufwendungen für den Versorgungszuschlag	1.000.000	1.168.000	951.000
Aufwendungen für die Versorgungsrücklage	22.000	22.000	21.427
VBL (Lohnbereich)	2.000	2.000	2.225
VBL (Gehaltsbereich)	998.000	889.000	925.343
Summe 2.2.:	4.926.000	4.944.000	4.506.083
Summe 2.:	22.038.000	21.123.000	19.765.696
3. Abschreibungen			
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	9.231.000	8.825.000	7.424.365
Summe 3.:	9.231.000	8.825.000	7.424.365
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung und Instandhaltung	23.437.000	22.589.000	19.186.077
Summe 4.1.:	23.437.000	22.589.000	19.186.077
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
Büromaterial, Post, Telekom, Öffentlichkeitsarbeit	503.000	653.000	517.567
Summe 4.2.:	503.000	653.000	517.567
4.3. Sonstige personalbezogene Aufwendungen			
Sonstige personalbezogene Aufwendungen	913.000	657.000	381.887
Summe 4.3.:	913.000	657.000	381.887
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.829.000	6.291.000	7.607.794
Summe 4.4.:	8.829.000	6.291.000	7.607.794
Summe 4.:	33.682.000	30.190.000	27.693.325
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Summe 5.:	0	0	0
Summe II.:	97.716.000	81.836.000	88.149.545
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	3.618.000	5.249.000	12.241.935
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge	0	0	0
Summe 1.:	0	0	0
2. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Summe 2.:	0	0	0
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Summe 1.:	0	0	0
2. Sonstige Steuern	1.000	0	1.208
Summe 2.:	1.000	0	1.208
Summe VI.:	1.000	0	1.208
VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)	3.617.000	5.249.000	12.240.727

Wirtschaftsplan für das Informatikzentrum Niedersachsen (izn)

Erläuterungen zum Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
	Zu Kontenklasse 5: Erträge			
	Zu Kontengruppe 50: Umsatzerlöse			
5050	Rechenzentrumsleistungen	28.677.000	29.123.000	30.752.789
5050	TK-Netze, Datennetze und -dienste	23.918.000	24.196.000	21.614.632
5050	Dezentrale Systeme und Anwenderunterstützung	7.248.000	8.152.000	7.321.097
5050	Beratung, Entwicklung und Weiterbildung	8.752.000	5.910.000	5.730.876
5110	Zentrale Beschaffung von Waren und Leistungen	29.311.000	12.979.000	26.149.095
Summe		97.906.000	80.360.000	91.568.489
	Zu Kontengruppe 52: Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen und fertigen Erzeugnissen			
5210	Bestandsveränderungen an nicht abgerechneten Leistungen	0	0	0
Summe		0	0	0
	Zu Kontengruppe 54: Sonstige betriebliche Erträge			
5430	Andere sonstige betriebliche Erträge	238.000	70.000	222.302
5470	Herabsetzung von Sonderposten	3.178.000	4.513.000	5.826.176
5480	Herabsetzung von Rückstellungen	0	0	969.720
5490	Periodenfremde Erträge	0	0	2.427
Summe		3.416.000	4.583.000	7.020.625
	Zu Kontengruppe 57: Zinsen und sonstige Erträge			
5720	Erhaltene Skonti	12.000	12.000	13.877
Summe		12.000	12.000	13.877
	Zu Kontenklassen 6 und 7: Aufwendungen			
	Zu Kontengruppe 60: Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren			
6010	Papier, Vordrucke, Etiketten	307.000	384.000	370.722
6015	Datenträger	0	2.000	0
6020	Drucktücher, -bänder, Toner	9.000	18.000	5.042
6030	Sonstiges RZ-Material	0	53.000	1.662
6035	Treibstoff	7.000	4.000	5.903
6040	Heizung	102.000	139.000	36.918
6045	Strom	677.000	527.000	584.862
6060	Reparaturmaterial	0	2.000	0
6070	Sonstiges Material	0	5.000	0
6080	Bezogene Waren	26.604.000	11.842.000	22.310.937
Summe		27.706.000	12.976.000	23.316.046
	Zu Kontengruppe 61: Aufwendungen für bezogene Leistungen			
6105	Datenerfassung	8.000	12.000	8.037
6110	Beratung und Unterstützung	3.993.000	3.894.000	2.571.033
6115	Lehrvergütung für externe Kräfte	197.000	222.000	239.049
6120	Lehrvergütung für eigene Mitarbeiter	0	4.000	4.120
6125	Lehrgangsunterlagen	34.000	36.000	22.447
6140	Porto Kuvertieranlage	678.000	4.289.000	2.794.034
6175	Update Softwarelizenzen	51.000	29.000	9.178
6190	Transportkosten	26.000	38.000	36.350
6195	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	72.000	198.000	38.890
Summe		5.059.000	8.722.000	5.723.138

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
	Zu Kontengruppe 63: Löhne und Gehälter			
6310	Dienstbezüge und Zulagen der Beamtinnen und Beamten	4.079.000	3.894.000	3.743.258
6320	Urlaubs- und Weihnachtsgeld für Beamte	0	0	4.701
6330	Vergütungen und Zulagen der Angestellten	12.403.000	11.532.000	10.790.338
6340	Urlaubs- und Weihnachtsgeld für Angestellte	630.000	753.000	721.316
Summe		17.112.000	16.179.000	15.259.613
	Zu Kontengruppe 64: Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
6410	Sozialversicherung (Lohnbereich)	6.000	6.000	5.828
6420	Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	2.569.000	2.516.000	2.407.260
6430	Beihilfen und Unterstützungen	329.000	341.000	193.000
6450	Aufwendungen für den Versorgungszuschlag	1.000.000	1.168.000	951.000
6455	Aufwendungen für die Versorgungsrücklage	22.000	22.000	21.427
6460	VBL (Lohnbereich)	2.000	2.000	2.225
6470	VBL (Gehaltsbereich)	998.000	889.000	925.343
Summe		4.926.000	4.944.000	4.506.083
	Zu Kontengruppe 65: Abschreibungen			
6510	Softwarelizenzen	1.402.000	1.130.000	604.228
6530	Gebäudeeinrichtungen	253.000	144.000	110.909
6535	RZ-Hardware	4.296.000	3.123.000	2.288.457
6540	TK-Hardware	2.368.000	3.382.000	3.546.120
6545	Unterbrecherfreie Stromversorgung	17.000	115.000	40.281
6555	Telekommunikationsgeräte	0	10.000	18.162
6560	Arbeitsplatzrechner	657.000	773.000	619.490
6570	Büromöbel und sonstige Geschäftsausstattung	126.000	148.000	129.101
6580	Geringwertige Wirtschaftsgüter	112.000	0	67.616
Summe		9.231.000	8.825.000	7.424.364
	Zu Kontengruppe 67: Sonstige betriebliche Aufwendungen			
6710	Miete für Gebäude	1.766.000	1.831.000	1.366.670
6715	Miete für Dienstkraftwagen	16.000	11.000	12.362
6720	Miete, Leasing RZ-Hardware	744.000	5.000	700.260
6730	Miete, Überlassung RZ-Software	3.437.000	2.800.000	3.948.058
6740	Gebühren für Netzinfrastruktur	10.444.000	11.657.000	10.528.781
6750	Gebühren für Datendienste	565.000	820.000	331.256
6760	Gebühren für Fernsprechdienste	147.000	206.000	128.261
6165	Instandhaltung Hardware	2.774.000	2.721.000	2.048.440
6170	Softwarepflege	2.395.000	1.329.000	2.178.534
6920	Instandhaltung Gebäude	595.000	660.000	919.403
6925	Gebäudereinigung	134.000	118.000	115.275
6930	Straßenreinigung	1.000	1.000	3.682
6935	Wasser-, Kanalgebühren	46.000	40.000	41.251
6940	Instandhaltung Geschäftsausstattung	63.000	83.000	120.716
6945	Entsorgung, Vernichtung von Abfall	25.000	20.000	34.910
6950	Gebäude-, Betriebssicherung	285.000	287.000	274.751
Summe		23.437.000	22.589.000	22.752.610
	Zu Kontengruppe 68: Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
6810	Büromaterial	76.000	67.000	91.945
6830	Zeitungen und Fachliteratur	25.000	27.000	24.339
6835	Onlinedienste	1.000	0	23.029
6840	Gebühren für Post, Telekom	262.000	435.000	238.241
6870	Bewirtung und Präsentation	28.000	4.000	3.408
6880	Werbung und Öffentlichkeitsarbeit	96.000	87.000	54.860
6790	Rechts- und Beratungskosten	15.000	33.000	21.328
Summe		503.000	653.000	457.150

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
	Zu Kontengruppe 66: Sonstige Personalaufwendungen			
6620	Heimfahrten, Trennungsgeld, Umzugskosten	15.000	0	10.282
6630	Aus- und Fortbildung	574.000	445.000	286.362
6860	Reisekosten	193.000	144.000	81.746
6640	Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen	0	0	400
6641	Rückstellungen für Mehrarbeit	0	0	24.000
6643	Rückstellungen für Urlaub	0	0	20.000
6645	Rückstellungen für Altersteilzeit LuG	0	0	-138.000
6646	Rückstellungen für Altersteilzeit s.A.	0	0	-44.000
6690	Übrige sonstige Personalaufwendungen	131.000	68.000	222.844
Summe		913.000	657.000	463.634
	Zu Kontengruppe 69/70: Übrige sonstige Aufwendungen			
6970	Abschreibungen auf Forderungen	13.000	0	22.677
6980	Sonstige betriebliche Aufwendungen	47.000	57.000	617.057
7007	Nicht abziehbare Vorsteuer (7%)	18.000	5.000	13.778
7016	Nicht abziehbare Vorsteuer (16%)	8.751.000	6.229.000	7.592.907
Summe		8.829.000	6.291.000	8.246.419
	Zu Kontengruppe 75: Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
7510	Zinsen für kurzfristige Kredite	0	0	0
7520	Zinsen für langfristige Kredite	0	0	0
Summe		0	0	0
	Zu Kontengruppe 76: Außerordentliche Aufwendungen			
7610	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Summe		0	0	0

Wirtschaftsplan für das Informatikzentrum Niedersachsen (izn)

C. Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erhöhung der Zuführung/Minderung der Ablieferung			
Gewinnerhöhung ohne Geldfluss			
Erhöhung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnissen	0	0	1.000
Zunahme der Forderungen	0	0	654.611
Abnahme der Rückstellungen	0	0	447.600
Zunahme aktive RA	0	0	712.805
Abnahme passive RA	0	0	0
Auflösung von Sonderposten	3.178.000	4.513.000	5.826.176
Summe I.:	3.178.000	4.513.000	7.642.192
II. Minderung der Zuführung/Erhöhung der Ablieferung			
Gewinnminderung ohne Geldabfluss			
Abschreibungen (ohne GWG)	9.119.000	8.825.000	7.356.749
Abgang von Vermögensgegenständen	0	0	2.980
Verminderung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnisse	0	0	0
Zunahme der Rückstellungen	0	0	0
Zunahme der Verbindlichkeiten	0	0	332.848
Abnahme aktive RA	0	0	0
Zunahme passive RA	0	0	0
Summe II.:	9.119.000	8.825.000	7.692.577
III. Überleitungsbetrag (Summe I ./. Summe II)	-5.941.000	-4.312.000	-50.385

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter/-innen)

Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Angestellte	
I[11])	1	1		
I a	5	5		
I b	4	4		
II a	11	6		
III	15	16		
IV a[1])[2])[5])	177	185		
IV b[6])	14	13		
V b[7])	49	47		
V c	29	29		
VI b[8])	25	27		
VII	4	6		
VIII[9])	1	8		
IX b–VII[3])[10])	2	2		
	337	349	Zusammen	

Allgemeine Haushaltsvermerke:

Das IZN darf Stellen nur im Zusammenhang mit Einnahmen aufgrund der Auftragslage besetzen oder wieder besetzen.

Insgesamt 40 (54) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für beamtete Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter/-innen sind kw infolge ZV II.

[1]) 1 (1) Stelle ku nach IV b nach Ausscheiden des Stelleninhabers.

[2]) 1 (1) Stelle zum Ausgleich von Personalratstätigkeit.

[3]) 1 Stelle kw mit Ablauf der ATZ (ab 1. 8. 2009) infolge ZV II.

[5]) 1 (1) Stelle kw mit Ablauf der ATZ (ab 1. 4. 2007) infolge ZV II.

[6]) 2 (2) Stellen kw mit Ablauf der ATZ (1 ab 1. 4. 2007, 1 ab 1. 3. 2008) infolge ZV II.

[7]) 2 (2) Stellen kw mit Ablauf der ATZ (1 ab 1. 6. 2008, 1 ab 1. 9. 2010) infolge ZV II.

[8]) 3 (3) Stellen kw mit Ablauf der ATZ (1 ab 1. 3. 2007, 1 ab 1. 10. 2008, 1 ab 1. 7. 2012) infolge ZV II.

[9]) 1 (1) Stelle kw mit Ablauf der ATZ (ab 1. 12. 2010) infolge ZV II.

[10]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBI. S. 829) nachgewiesen.

[11]) 1 (1) Stelle kw mit Ablauf der ATZ (ab 1. 4. 2008) infolge ZV II.

Erläuterungen zu den Übersichten der vollbeschäftigten Angestellten

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 02 01

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	1	infolge Stelleneinsparung ZV II Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 4
Verg.-Gr. V c	1	infolge Stelleneinsparung ZV II teilweiser Vollzug des Allgemeinen Haushaltsvermerks
Verg.-Gr. VI b	2	infolge Stelleneinsparung ZV II teilweiser Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 8
Verg.-Gr. VII	2	infolge Stelleneinsparung ZV II teilweiser Vollzug des Allgemeinen Haushaltsvermerks
Verg.-Gr. VIII	7	infolge Stelleneinsparung ZV II teilweiser Vollzug des Allgemeinen Haushaltsvermerks
Zusammen	13	
Bleibt Abgang	12	

Höhergruppierungen:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	6	davon
		1 von Verg.-Gr. III gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 2006
		5 von Verg.-Gr. IV a gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 2006
Zusammen	6	

Herabgruppierungen:	Stellen	
Verg.-Gr. V b	2	von Verg.-Gr. IV a gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 2006
Verg.-Gr. V c	1	von Verg.-Gr. IV a gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 2006
Zusammen	3	

Sonstige Veränderungen:

Der Allgemeine Haushaltsvermerk, 2. Absatz, ist entsprechend den dargestellten Veränderungen angepasst worden (Insgesamt 54 (74) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für beamtete Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter/-innen sind kw infolge ZV II, davon sind 14 (34) bis 31. 12. 2007 abzubauen.).
Der Haushaltsvermerk Nr. 3 ist neu ausgebracht worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 4 ist infolge Vollzugs weggefallen (1 (1) Stelle kw mit Ablauf der ATZ (ab 1. 4. 2006) infolge ZV II.).
Der Haushaltsvermerk Nr. 8 ist infolge teilweisen Vollzugs und Konkretisierung von kw-Vermerken angepasst worden (3 (3) Stellen kw mit Ablauf der ATZ (2 ab 1. 11. 2006, 1 ab 1. 10. 2012) infolge ZV II.).
Der Haushaltsvermerk Nr. 9 ist korrigiert worden (1 (2) Stelle kw mit Ablauf der ATZ (ab 1. 2. 2010) infolge ZV II.).

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0317 Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen - Landesbetrieb

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		**** Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.*					
		E I N N A H M E N					
121 10-3	421	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	270
232 10-0	421	Zuweisung zur Erledigung der Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder (AdV) *Vgl. K-Vermerk zu 547 11.*		300	300	—	327
		A U S G A B E N					
547 11-9	421	Ausgaben in Verbindung mit der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder (AdV) *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 232 10.*	—	300	300	—	314
682 10-5	421	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 891 10.* **** 1.033.000 EUR dürfen nur mit Einwilligung des MF geleistet werden.*	—	18.655	19.181	–526	19.288
682 39-3	421	Zuschuss an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften im Mutterschutz	—	—	—	—	—
891 10-3	421	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 10.*	—	90	90	—	548
		Abschluss Kapitel 0317					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		300	300	—	
		Summe der Einnahmen		300	300	—	
		4 Personalausgaben	—	—	—	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	300	300	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	18.655	19.181	–526	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	90	90	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	19.045	19.571	–526	
		Zuschuss		18.745	19.271	–526	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0317

Bewirtschaftungsvermerke:

Personalaufwendungen

1. Mehreinnahmen dürfen nicht für Dauerverpflichtungen verwendet werden.

Sonstiges

1. Aufträge von Landesverwaltungen, die von der Druckerei des Landesbetriebes gegen Erstattung der sächlichen Verwaltungsausgaben (Material, Maschinenkosten) erledigt worden sind, werden bis auf Weiteres im bisherigen Umfang ohne Personalkostenanteile abgerechnet.
2. Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden. Dies gilt nicht für Veröffentlichungen im Marktleistungsbereich.
3. Aus dem Ansatz für Personalaufwand (Erfolgsplan Nr. II/2.) dürfen, ohne das Stellen ausgewiesen sind, auch bis zu elf Saisonkräfte bezahlt werden.

Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)

Rechts- und Organisationsgrundlagen

- Niedersächsisches Gesetz über das amtliche Vermessungswesen (NVermG) vom 12.12.2002
- Beschluss der Landesregierung vom 14.1.1997 zur Einrichtung eines Landesbetriebes “Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen“ (LGN) gemäß § 26 LHO
- Gem. RdErl. d. MI u. d. MF vom 7.7.1997 zur Errichtung des Landesbetriebes LGN
- Betriebssatzung für den Landesbetrieb LGN
- Geschäftsordnung des Landesbetriebes LGN

Verwaltungsaufbau und Haushaltsplan

- Ministerium für Inneres und Sport – Referat 34 (Vermessungs- und Katasterwesen)
- Landesbetrieb LGN mit
  - Stabsstelle,
  - 5 Abteilungen,
  - 16 Aufgabenbereichen,
  - der Zentralen Stelle SAPOS,
  - einer Zuständigen Stelle nach dem Berufsbildungsgesetz sowie
  - der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV).

Der Landesbetrieb LGN entwirft entsprechend § 26 LHO und den dazugehörigen Verwaltungsvorschriften einen Wirtschaftsplan auf der Grundlage einer Kostenleistungsrechnung. Nach Verabschiedung des Haushaltsgesetzes weist MI die Zuführungen bei den Titeln 682 10, 682 11, und 891 10 zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung zu.

Die Einnahmen der Geschäftsstelle der AdV werden bei 232 10, die Ausgaben bei 547 11 veranschlagt und ebenfalls zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung zugewiesen.

Zielsetzung

Die Aufgaben des Landesbetriebes LGN sind gemäß § 2 der Betriebssatzung:

- Führung eines Landesbezugssystems
- Führung eines Amtlich Topografisch – Kartografischen Informationssystems
- Ressortübergreifende Geoinformationssystem (GIS) – Koordinierung
- Zentrale Verfahrensentwicklung und IuK – Koordinierung für die Vermessungs- und Katasterverwaltung
- Mitwirkung bei Aufgaben der Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften (GLL)
- Bereitstellung von Geobasisdaten
- Geodaten- und Grafik – Serviceleistungen.

Die Aufgaben sind nahezu ausschließlich hoheitliche Tätigkeiten auf der Grundlage des Niedersächsischen Gesetzes über das amtliche Vermessungswesen.

Der Landesbetrieb LGN wirkt im Rahmen der AdV mit bei der derzeitigen Entwicklung eines modernen alle Geobasisdaten umfassenden digitalen Erhebungs- und Nachweissystems AFIS-ALKIS-ATKIS (AFIS: Amtliches Festpunkt-Informationssystem, ALKIS: Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem, ATKIS: Amtliches Topografisch-Kartografisches-Informationssystem).

Auf Grund einer Verwaltungsvereinbarung mit den anderen Bundesländern ist die Zentralstelle für die Bereitstellung von Satellitenpositionierungsdaten.(Zentrale Stelle SAPOS) im Landesbetrieb LGN eingerichtet. Sie soll SAPOS - Daten der Länder technisch zusammenführen, diese deutschlandweit bereit stellen und autorisierte Ansprech- und Verhandlungspartnerin für alle bundesweiten Nutzer sein. Die Kosten der Zentralen Stelle SAPOS werden anteilig von allen Ländern getragen.

Für die operationelle Koordinierung beim Aufbau der Geodateninfrastruktur Niedersachsen (GDI-NI) ist eine Koordinierungsstelle eingerichtet worden.

Die Zuständige Stelle nach dem Berufsbildungsgesetz für die Ausbildungsberufe “Vermessungstechniker“ und “Kartograf“ wurde dem Landesbetrieb LGN zugeordnet. Außerdem wird die Organisation der Beamtenausbildung für die Nds. Vermessungs- und Katasterverwaltung im Landesbetrieb LGN wahrgenommen.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0317

Bewirtschaftungsmodell

Im Landesbetrieb LGN gilt die doppelte Buchführung. Die Zuführung des Landes an den Landesbetrieb LGN deckt den Aufwand ab, der nicht durch Einnahmen finanziert ist.

Der Leistungsplan des Landesbetriebes LGN enthält drei grundsätzliche Produktarten:

1. Amtsleistungen (Ziffern 1 – 6)
   Amtsleistungen werden als Infrastrukturmaßnahmen des Landes erbracht; sie haben nicht das Ziel, Erlöse zu erwirtschaften.
2. Markt – Amtsleistungen (Ziffer 7)
   Die als Infrastrukturmaßnahme des Landes durch Amtsleistungen erstellten Produkte (Ziffern 1, 2 und 6) werden an Kunden abgegeben. Neben dem Bereitstellungsaufwand soll bei Abgabe an Private eine Refinanzierung der Amtsleistungen erzielt werden; deshalb ist der Deckungsgrad hier >1,00. Die Zielkosten dieser Produktart enthalten diverse Rabattierungen.
3. Markt – Serviceleistungen (Ziffer 8)
   Diese Auftragsarbeiten für Dritte werden kostendeckend erledigt.

Die Zahlenangaben zu den einzelnen Produkten basieren auf den Ergebnissen der Kostenleistungsrechnung 2005 und den Planzahlen der Wirtschaftspläne 2006 und 2007. Die in den Plan- und Istkosten 2005 - 2007 enthaltenen Personalkosten sind auf der Basis der Durchschnittssätze berechnet, Beihilfen und Pensionsrückstellungen sind darin ebenfalls enthalten.

Die Gesamtentwicklung der Erlöse wird für das Haushaltsjahr 2007 konjunkturbedingt rückläufig eingeschätzt.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0317

Leistungsplan
Produkte nach Zielvereinbarung; Sammel- und Innenleistungen umlagemäßig auf Nr. 1 - 8 verteilt

	Produkte	Maß-einheit	Leistungs-menge -Stück- (Soll) 2007	Ziel-kosten EUR je Stück (Soll) 2007	Gesamt-zielkosten Tsd.EUR (Soll) 2007	Leistungs-menge -Stück- (Soll) 2006	Ziel-kosten EUR je Stück (Soll) 2006	Gesamt-zielkosten Tsd.EUR (Soll) 2006	Leistungs-menge -Stück- (Ist) 2005	Gesamt-kosten Tsd.EUR (Ist) 2005
01	Schaffung eines Landesbezugssystems									
01.1	Erhebung und Nachweis der TP, NivP, SFP und des dreidimensionalen Netzes	Punkte	5.000	503	2.515	5.000	404	2.020	2.811	2.395
01.2	Betrieb eines satellitengestützten Positionierungsdienstes	Stunden	13.700	65	895	12.000	49	590	14.202	918
02	Nachweis eines Topographisch-Kartographischen Informationssystems									
02.1	DOP	km^2	12.000	150	1.800	5.200	319	1.660	8.896	1.791
02.2	DGM	km^2	2.000	675	1.350	2.000	750	1.500	5.600	1.544
02.3	Basis-DLM	km^2	8.000	196	1.570	15.000	120	1.800	10.288	1.551
02.4	DTK	Karten-blätter	150	12.933	1.940	130	11.538	1.500	67	1.871
02.5	Sonstige Aufgaben (z.B. Anwendungsentw. ATKIS)	Stunden	13.100	60	790	16.000	63	1.000	22.735	1.325
03	Ressortübergreifende GIS-Koordinierung	Stunden	17.500	65	1.140	13.000	54	700	8.795	532
04	Zentrale Verfahrensentwicklung und IuK-Koordinierung für die VKV									
04.1	DV Verfahrensentwicklung	Stunden	57.800	67	3.900	71.200	78	5.560	60.465	3.650
04.2	Technische Verfahrensentwicklung	Stunden	1.000	60	60	4.300	56	240	3.686	219
04.3	Koordinierung für die einheitliche IuK-Infrastruktur	Stunden	15.700	61	950	10.000	69	1.240	16.479	987
05	Mitwirkung bei Aufgaben der VKB der Ortsstufe									
05.1	Sonderaufgaben für die VKB	Stunden	4.600	68	315	13.000	44	570	5.184	354
05.2	Sonstige Sonderaufgaben (z.B. Berufsausbildung)	Stunden	12.600	70	880	12.000	57	680	13.055	907
05.3	Zentrale Stelle SAPOS	Stunden	4.400	64	280	4.600	85	390	4.364	292
06	Grafik-Serviceleistungen									
06.1	Grafik-Serviceleistungen für LGN / GLL	Stunden	7.000	60	420	6.000	42	250	4.516	262
06.2	Akzidenzen für Landesverw. (außer GLL)	Aufträge	740	2.870	2.124	850	2.435	2.070	535	2.249

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0317

	Produkte	Maß-einheit	Leistungs-menge -Stück- (Soll) 2007	Ziel-kosten EUR je Stück (Soll) 2007	Gesamt-zielkosten Tsd.EUR (Soll) 2007	Leistungs-menge -Stück- (Soll) 2006	Ziel-kosten EUR je Stück (Soll) 2006	Gesamt-zielkosten Tsd.EUR (Soll) 2006	Leistungs-menge -Stück- (Ist) 2005	Gesamt-kosten Tsd.EUR (Ist) 2005
07	Marktamtsleistungen									
07.1	Datenvertrieb Objektdaten	Aufträge	1.053	28	30	1.003	89	90	962	50
07.2	Datenvertrieb Rasterdaten	km^2	1.700.000	0,15	250	2.150.000	0,05	90	1.760.708	303
07.3	Kartenvertrieb	Stück	334.000	1	275	45.000	5	220	95.619	171
07.4	Lizenzen	Aufträge	170	529	90	150	133	20	369	94
07.5	Sonstige Leistungen	Stunden	15.700	50	780	11.500	57	650	14.107	801
08	Serviceleistungen									
08.1	Geodaten-Serviceleistungen	Aufträge	1.000	140	140	800	200	160	475	180
08.2	Sonderkarten und Sonderprodukte	Stück	5.000	56	280	3.000	73	220	3.136	182
	Gesamtsumme Zielkosten				22.774			23.540		22.628

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0317

Finanzierungsbeitrag

	Produkte	Gesamtzielkosten Tsd.EUR (Soll) 2007	Eigenerlöse (Einnahmen) Tsd.EUR (Soll) 2007	Finanzierungsbeitrag des Produkthaushalts Tsd.EUR (Soll) 2007
1	Schaffung eines Landesbezugssystems			
01.1	Erhebung und Nachweis der TP, NivP, SFP und des dreidimensionalen Netzes	2.515	77	2.438
01.2	Betrieb eines satellitengestützten Positionierungsdienstes	895	-	895
2	Nachweis eines Topographisch-Kartographischen Informationssystems			
02.1	DOP	1.800	10	1.790
02.2	DGM	1.350	12	1.338
02.3	Basis-DLM	1.570	6	1.564
02.4	DTK	1.940	10	1.930
02.5	Sonstige Aufgaben (z.B. Anwendungsentw. ATKIS)	790	-	790
3	Koordinierung GDI Niedersachsen	1.140	4	1.136
4	Zentrale Verfahrensentwicklung und IuK-Koordinierung für die VKV			
04.1	DV Verfahrensentwicklung	3.900	-	3.900
04.2	Technische Verfahrensentwicklung	60	-	60
04.3	Koordinierung für die einheitliche IuK-Infrastruktur	950	-	950
5	Mitwirkung bei Aufgaben der GLL			
05.1	Sonderaufgaben für die GLL	315	100	215
05.2	Sonstige Sonderaufgaben (z.B. Berufsausbildung)	880	156	724
05.3	Zentrale Stelle SAPOS	280	280	-
6	Grafik-Serviceleistungen			
06.1	Grafik-Serviceleistungen für LGN / GLL	420	70	350
06.2	Akzidenzen für Landesverw. (außer GLL)	2.124	335	1.789
7	Marktamtsleistungen			
07.1	Datenvertrieb Rasterdaten	250	1.220	970
07.2	Datenvertrieb Objektdaten	30	160	130
07.3	Kartenvertrieb	275	200	75
07.4	Lizenzen	90	120	30
07.5	Sonstige Leistungen	780	25	755
8	Serviceleistungen			
08.1	Geodaten-Serviceleistungen	140	140	-
08.2	Sonderkarten und Sonderprodukte	280	280	-
	Gesamtsumme	22.774	3.206	19.568

Kostendeckungsgrad in %

	Produktgruppe	2007 Plan	2006 Plan	2005 Ist
1	Schaffung eines Landesbezugssystems	2,26	0,38	2,18
2	Nachweis eines Topographisch-Kartographischen Informationssystems	0,51	0,56	0,49
3	Koordinierung GDI Niedersachsen	0,35	1,43	0,77
4	Zentrale Verfahrensentwicklung und IuK-Koordinierung für die VKV	0,00	0,00	5,66
5	Mitwirkung bei Aufgaben der GLL	36,34	35,55	38,82
6	Grafik-Serviceleistungen	15,92	18,31	15,51
7	Marktamtsleistungen	121,05	132,37	111,60
8	Serviceleistungen	100,00	118,42	126,55
	Gesamtsumme	14,08	14,49	15,17

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titel 232 10 und 547 11

Die Ansätze korrespondieren nicht mit den übrigen Mitteln des Landesbetriebes LGN.

Zu 682 10

Im Haushaltsansatz sind Vergütungen für 17 (17) Auszubildende des technischen Dienstes enthalten.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	1.382	—	—	1.382
2008	1.382	—	—	1.382
2009	1.252	—	—	1.252
2010	1.252	—	—	1.252
2011 ff.	2.713	—	—	2.713
Summe	7.981	—	—	7.981

Zu 891 10

	2007 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:	
3 Referenzstationen für das Satelliten-Positionierungs-System (SAPOS)	90

03 Ministerium für Inneres und Sport **Anlage**

zu Kapitel 03 17

Wirtschaftsplan Landesvermessung und Geobasisinformation (LGN)

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
1.1 Bebaute Grundstücke	0	0	0
1.2 Unbebaute Grundstücke	0	0	0
1.3 Gebäude	0	0	0
1.4 Maschinen und Anlagen	90.000	90.000	208.800
1.5 Fahrzeuge	0	0	0
1.6 Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	0	74.679
1.7 Software	0	0	264.545
Summe 1.:	90.000	90.000	548.024
2. Sonstige Investitionen:			
2.1 Gebäude	0	0	0
2.2 Maschinen und Anlagen	0	0	28.499
2.3 Fahrzeuge	0	0	0
2.4 Betriebs- und Geschäftsausstattung	330.000	50.000	194.082
2.5 Software	0	0	218.134
Summe 2.:	330.000	50.000	440.715
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
3.1 Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	0	0	846.851
3.2 Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	0	0	0
3.3 Ablieferungen an den Landeshaushalt	0	0	270.000
3.4 Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	0	0	0
3.5 Verfügbare Finanzmittel	0	0	1.262.464
Summe 3.:	0	0	2.379.315
4. Positiver Überleitungsbetrag (Anlage 4):	0	0	0
Summe I.:	420.000	140.000	3.368.054
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
1.1 Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	0	50.000	0
1.2 Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	0	0	101.915
1.3 Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	0	0	1.024.279
1.4 Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	0	0	0
1.5 Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen	90.000	90.000	548.024
1.6 Zuführungen an den Landesbetrieb zur Erstattung von Forderungen an das Land aus Vorjahren (z.B.Tarifl. Änderungen, Besoldungserhöhungen)	0	0	0
Summe 1.:	90.000	140.000	1.674.218
2. Negativer Überleitungsbetrag (Anlage 4):	330.000	0	1.693.836
Summe II.:	420.000	140.000	3.368.054

Erläuterungen zum Finanzplan

Zu Kontengruppe

1.4 SAPOS-Referenzstationen 90.000 EUR

Wirtschaftsplan Landesvermessung und Geobasisinformation (LGN)

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung		Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I.	**Erträge**			
1.	Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:	18.655.000	19.181.000	19.287.976
1.1	Zuweisungen anderer Bundesländer für die Pflege von Software	0	0	275.000
Summe 1.:		18.655.000	19.181.000	19.562.976
2.	Umsatzerlöse:	3.100.000	3.300.000	2.929.723
Summe 2.:		3.100.000	3.300.000	2.929.723
3.	Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	0	0	-325.247
Summe 3.:		0	0	-325.247
4.	Andere aktivierte Eigenleistungen:	0	0	0
Summe 4.:		0	0	0
5.	Sonstige betriebliche Erträge:			
5.1	Mieterträge	0	0	0
5.2	Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	6.000	6.000	7.417
5.3	Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen und Rückstellungen	0	0	47.770
5.4	Periodenfremde Erträge	0	0	396
5.5	Erträge aus dem Verkauf von Material an die GLL-Behörden (s. Aufwendungen, Nr. 4.4.5)	100.000	100.000	182.263
5.6	Auflösung Sonderposten für Investitionszuschüsse	1.115.000	1.400.000	1.142.782
5.7	Sonstige Erträge (Schadenersatz, Erstattungen)	0	0	29.075
Summe 5.:		1.221.000	1.506.000	1.409.703
6.	Zinserträge und ähnliche Erträge:	0	0	0
Summe 6.:		0	0	0
Summe I.:		22.976.000	23.987.000	23.577.155
II.	**Aufwendungen**			
1.	Materialaufwand:			
1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	313.000	470.000	185.908
1.2	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.670.000	1.819.000	1.541.026
1.3	Abführungen an GLL-Behörden für den Verkauf von VKV-Produkten im Rahmen der Vertriebspartnerschaft	28.000	200.000	28.804
Summe 1.:		2.011.000	2.489.000	1.755.738
2.	Personalaufwand:			
2.1.	Löhne und Gehälter			
2.1.1	Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	3.333.000	3.667.000	3.503.687
2.1.2	Vergütungen der Angestellten	7.324.000	7.383.000	7.500.927
2.1.3	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	1.471.000	1.516.000	1.431.640
2.1.4	Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter (z. B. Überstunden)	16.000	32.000	22.539
Summe 2.1.:		12.144.000	12.598.000	12.458.793
2.2.	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
2.2.1	Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	1.521.000	1.535.000	1.581.008

03 Ministerium für Inneres und Sport **Anlage**

zu Kapitel 03 17

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
2.2.2 Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	328.000	339.000	316.538
2.2.3 Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	999.000	1.102.000	1.009.000
2.2.4 Abführungen an das Sondervermögen Nds. Versorgungsrücklage	20.000	19.502	17.822
2.2.5 Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	593.000	599.000	636.236
2.2.6 Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	129.000	133.000	121.464
2.2.7 Sonstige soziale Leistungen an Bedienstete aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	6.000	6.000	20.138
2.2.8 Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	134.000	166.000	229.000
2.2.9 Beihilfen für Angestellte	70.000	73.000	0
2.2.10 Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	0	0	0
2.2.11 Unterstützungen	0	0	0
2.2.12 Beiträge Unfallversichterung	34.000	34.498	29.000
2.2.13 Fürsorgeleistungen,	10.000	0	31.630
2.2.14 Pauschalversteuerung VBL	55.000	56.000	59.234
2.2.15 Zuführungen für Rückstellungen für Altersteilzeit und Überstunden	0	0	603.400
Summe 2.2.:	3.899.000	4.063.000	4.654.470
Summe 2.:	16.043.000	16.661.000	17.113.263
3. Abschreibungen:			
3.1 Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	0	0	491.826
3.2 Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	1.100.000	1.400.000	625.264
3.3 Abschreibungen auf geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	15.000	15.000	25.128
Summe 3.:	1.115.000	1.415.000	1.142.218
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
4.1.1 Mieten	1.286.000	1.270.000	1.383.649
4.1.2 Unterhaltung von Gebäuden	20.000	20.000	40.135
4.1.3 Unterhaltung von Anlagen	620.000	570.000	486.032
4.1.4 Energie	185.000	170.000	168.229
4.1.5 Bewirtschaftungskosten, Nebenkosten Gebäude	260.000	230.000	314.355
4.1.6 Unterhaltung von Kfz (ohne Kfz-Steuer)	70.000	70.000	65.706
4.1.7 Leasingkosten und Gerätemieten	229.000	229.000	327.594
Summe 4.1.:	2.670.000	2.559.000	2.785.700
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
4.2.1 Geschäftsbedarf, Büromaterial	120.000	120.000	99.100
4.2.2 Post und Fernmeldegebühren	80.000	70.000	106.455
4.2.3 Versicherungen	1.000	1.000	623
4.2.4 Öffentlichkeitsarbeit	8.000	10.000	5.375
4.2.5 Anwalts- und Gerichtskosten, Wirtschaftsprüfer	15.000	18.000	10.474
Summe 4.2.:	224.000	219.000	222.027
4.3. Sonstige personalbezogene Aufwendungen			
4.3.1 Reisekosten	250.000	260.000	244.812
4.3.2 Aus- und Fortbildung	140.000	150.000	166.872
4.3.3 Leistungserstattung an das NLBV	73.000	73.000	72.708
Summe 4.3.:	463.000	483.000	484.392

03 Ministerium für Inneres und Sport **Anlage**

zu Kapitel 03 17

Positionsbezeichnung		Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen				
4.4.	Übrige sonstige Aufwendungen			
4.4.1	Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	0	564
4.4.2	Schadensersatzleistungen	2.000	2.000	2.868
4.4.3	Abschreibungen auf Forderungen	1.000	0	8.004
4.4.4	Periodenfremde Aufwendungen	0	0	951
4.4.5	Aufwendungen für den Kauf von DV-Material für die Vermessungs- und Katasterbehörden	100.000	100.000	182.263
4.4.6	Aufwendungen für die Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse	330.000	0	440.716
4.4.7	Lizenzgebühren	20.000	0	20.918
4.4.8	Zuführungen für sonstige Rückstellungen	0	0	265.000
Summe 4.4.:		453.000	102.000	921.284
Summe 4.:		3.810.000	3.363.000	4.413.403
5.	Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:			
5.1	Umsatzsteuer	-10.000	0	-8.008
Summe 5.:		-10.000	0	-8.008
Summe II.:		22.969.000	23.928.000	24.416.614
III.	**Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit** (Summe I. abzügl. Summe II.)	7.000	59.000	-839.459
IV.	**Außerordentliche Erträge und Aufwendungen**			
1.	Außerordentliche Erträge	0	0	0
2.	Außerordentliche Aufwendungen:	0	0	0
V.	**Außerordentliches Ergebnis** (Außerordentliche Erträge abzügl. Außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0
VI.	**Steuern**			
1.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:	0	0	0
2.	Sonstige Steuern:			
2.1	Kraftfahrzeugsteuern	7.000	9.000	7.392
Summe VI.:		7.000	9.000	7.392
VII.	**Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag** (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und Außerordentliches Ergebnis abzügl. Steuern)	0	50.000	-846.851

03 Ministerium für Inneres und Sport **Anlage**
zu Kapitel 03 17

Wirtschaftsplan Landesvermessung und Geobasisinformation (LGN)

C. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007; Ermittlung des Überleitungsbetrages

Positionsbezeichnung		Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I.	**Erhöhung der Zuführung**			
1.	Gewinnerhöhung ohne Geldfluss:			
1.1	Erhöhung des Bestandes an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen	0	0	11.869
1.2	Erhöhung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnissen	0	0	0
1.3	Erhöhung des Forderungsbestandes	0	0	0
1.4	Erhöhung aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	22.715
1.5	Minderung von Rückstellungen	0	0	0
1.6	Minderung Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	33.000
1.7	Minderung von Wertberichtigungen	0	0	0
1.8	Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	1.115.000	1.400.000	1.142.782
Summe I.:		1.115.000	1.400.000	1.210.366
II.	**Minderung der Zuführung**			
2.	Gewinnminderung ohne Geldfluss:			
2.1	Abschreibungen für Abnutzung	1.115.000	1.400.000	1.142.218
2.2	Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	0	564
2.3	Aufwendungen für die Einstellung in den Sonderposten für Investitutionszuschüsse	330.000	0	440.716
2.4	Abschreibungen auf Forderungen	0	0	8.004
2.5	Minderung aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
2.6	Erhöhung von Wertberichtigungen	0	0	0
2.7	Minderung des Bestandes an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen	0	0	0
2.8	Minderung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnissen	0	0	325.247
2.9	Erhöhung von Rückstellungen	0	0	840.203
2.10	Erhöhung passiver Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
2.11	Erhöhung Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0	0	147.250
Summe II.:		1.445.000	1.400.000	2.904.202
III.	**Überleitungsbetrag** (Summe I. abzügl. Summe II.)	-330.000	0	-1.693.836

Bewirtschaftungsvermerke:

Personalaufwendungen

1. Mehreinnahmen dürfen nicht für Dauerverpflichtungen verwendet werden.

Sonstiges

1. Aufträge von Landesverwaltungen, die von der Druckerei des Landesbetriebes gegen Erstattung der sächlichen Verwaltungsausgaben (Material, Maschinenkosten) erledigt worden sind, werden bis auf Weiteres im bisherigen Umfang ohne Personalkostenanteile abgerechnet.
2. Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden. Dies gilt nicht für Veröffentlichungen im Marktleistungsbereich.
3. Aus dem Ansatz für Personalaufwand (Erfolgsplan Nr. II/2.) dürfen, ohne das Stellen ausgewiesen sind, auch bis zu elf Saisonkräfte bezahlt werden.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter)

Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Angestellte[7][10][11][12][13]	
I b	1	—		
II a	4	6		
III	31	31		
IV a	45	46		
IV b	16	17		
V b	7	9		
V c	71	73		
VI b	8	10		
VII	11	13		
	194	205	Zusammen	
			Leerstellen:	
III[5])	—	1		
IV a[5])	1	—		
V c[5])	7	9		
VII[5])	1	1		
	9	11	Zusammen	

[5]) kw.

[7]) Bei Bedarf können nicht besetzte Stellen bei Kap. 03 17 und Kap. 03 18 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[10]) Siehe HV Nr. 16 zum Stellenplan Kapitel 03 17.

[11]) Siehe HV Nr. 17 zum Stellenplan Kapitel 03 17.

[12]) Siehe HV Nr. 18 zum Stellenplan Kapitel 03 17.

[13]) Siehe HV Nr. 19 zum Stellenplan Kapitel 03 17.

Bemerkungen

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. I b	1	gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 2006
Verg.-Gr. III	1	infolge Verlagerung von Kapitel 03 18
Verg.-Gr. V c	2	gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 2006
Zusammen	4	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	2	davon 1 infolge Verlagerung nach Kapitel 03 18 1 gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 2006
Verg.-Gr. III	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 9 (Stelle gem. ZV II)
Verg.-Gr. IV a	1	
Verg.-Gr. IV b	1	
Verg.-Gr. V b	2	gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 2006
Verg.-Gr. V c	4	davon 2 infolge Verlagerung nach Kapitel 03 18 2 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 9 (Stellen gem. ZV II)
Verg.-Gr. VI b	2	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 9 (Stelle gem. ZV II)
Verg.-Gr. VII	2	
Zusammen	15	
Bleibt Abgang	11	

Leerstellen

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	neu

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. III	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Verg.-Gr. V c	2	
Zusammen	3	
Bleibt Abgang	2	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 9 ist vollzogen worden (Siehe HV Nr. 15 zum Stellenplan Kapitel 03 17.).
Die Haushaltsvermerke Nr. 10 bis 13 sind geändert worden (Siehe HV Nr. 16 bis 19 zum Stellenplan Kapitel 03 17.).

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst	[3]) Siehe HV Nr. 16 zum Stellenplan Kapitel 03 17.
A 13	48	48	Referendar/-in	[4]) Siehe HV Nr. 17 zum Stellenplan Kapitel 03 17.
A 10	8	8	Oberinspektor/-in	[5]) Siehe HV Nr. 18 zum Stellenplan Kapitel 03 17.
A 6	10	10	Sekretäranwärter/-in	[6]) Siehe HV Nr. 19 zum Stellenplan Kapitel 03 17.
	66	66	Zusammen	
			Arbeiter/-innen[3][4][5][6])	
8/8 a	13	13		
6/6 a	9	9		
5/5 a	1	1		
4/4 a	11	12		
3/3 a	2	2		
2/2 a	2	2		
	38	39	Zusammen	

Bemerkungen

Arbeiter/-innen

Abgang	Stellen	
Lohn-Gr. 4/4 a	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 2 (Stelle gem. ZV II)

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist vollzogen worden (Siehe HV Nr. 15 zum Stellenplan Kapitel 03 17.).
Die Haushaltsvermerke Nr. 3 bis 6 sind geändert worden (Siehe HV Nr. 16 bis 19 zum Stellenplan Kapitel 03 17.).

Allgemeine Vorbemerkungen zu Kapitel 0318

Für das budgetierte Kapitel 0318 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:

1. 429 10, 429 11, 546 01, und 686 10 sind gegenseitig deckungsfähig.

2. 812 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 429 10, 429 11, 546 01 und 686 10.

3. 981 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 429 10, 429 11, 546 01 und 686 10.

4. Mehreinnahmen bei 119 10 erhöhen die Ausgabe bei 429 10, 429 11, 546 01, 812 10 und 981 10.

5. Mindereinnahmen bei 119 10 vermindern die Ausgabe bei 429 10, 429 11, 546 01, 686 10 und 981 10.

6. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung sichergestellt sind. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.

7. Unter der Voraussetzung, dass das Ministerium für Inneres und Sport - hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen nicht verbrauchte Mehreinnahmen bei Titel 119 10 und Ausgabereste bei den Titeln 429 10, 429 11, 546 01 und 686 10 in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0318 Vermessungs- und Katasterverwaltung - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 04-8	421	Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen an Landesbedienstete *Vgl. K-Vermerk zu 546 04.*		—	—	—	64
119 10-2	421	Sonstige Einnahmen **** Abweichend von §35 Abs.1 LHO sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben:* *1. Beträge, die im Rahmen der Vertriebspartnerschaft dem Landesbetrieb LGN von den Behörden für GLL für gemeinsam hergestellte Produkte erstattet werden müssen, weil die Gesamtkosten im Kapitel 0318 vereinnahmt worden sind.* *2. An das Finanzamt abzuführende vereinnahmte Umsatzsteuer.* *3. Erstattung der Kosten für Bauwerkseinmessungen an öffentlich bestellte Vermessungsingenieure bis zu 85 v.H. der entsprechenden Isteinnahmen bei diesem Titel.* *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		42.450	45.450	–3.000	47.698
236 10-9	421	Zuweisungen		—	—	—	36
		A U S G A B E N					
429 10-1	421	Dienstbezüge, Vergütungen, Löhne	—	87.067	90.527	–3.460	91.055
429 11-0	421	Sonstige persönliche Verwaltungsausgaben	—	2.688	2.688	—	2.213
546 01-9	421	Vermischte Ausgaben **** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO sind Erstattungen für die Mitbenutzung von Fortbildungsveranstaltungen, durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	15.089	15.764	–675	16.479
546 04-3	421	Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 04.*	—	—	—	—	64
681 10-2	421	Schadenersatzleistungen	—	10	10	—	16
686 10-4	421	Sonstige Zuschüsse	—	5	5	—	5
812 10-0	421	Investitionen	—	1.278	1.278	—	2.235
981 03-3	990	Abführungen an 13 21 - 381 03	—	3.807	3.811	–4	3.899
981 10-6	990	Abführungen an 13 50 - 381 03 **** Ausgaben dürfen geleistet werden bis zur Höhe der bei 03 18 - 119 10 enthaltenen Versorgungszuschläge für Beamte/-innen*	—	2.971	3.181	–210	3.540

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0318

Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)

Rechts- und Organisationsgrundlagen

- Niedersächsisches Gesetz über das amtliche Vermessungswesen (NVermG) vom 12.12.2002
- Baugesetzbuch (BauGB) – Stand 21.6.2005
- Nds. Verordnung zur Durchführung des Baugesetzbuchs (DVO - BauGB) – Stand 24.5.2005
- Nds. Gesetz über Öffentlich bestellte Vermessungsingenieurinnen und Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure (NÖbVIngG) – Stand 13.10.2005
- Beschluss der LReg vom 13.7.2004 über die Bildung der Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften (GLL)
- Vorläufige Geschäftsordnung der Behörden für GLL.

Verwaltungsaufbau und Budgetplan

- Ministerium für Inneres und Sport – Referat 34 (Vermessungs- und Katasterwesen)
- 14 Behörden für GLL mit insgesamt
- 53 Katasterämtern und
- 1 Oberen Gutachterausschuss mit Geschäftsstelle
- 14 Gutachterausschüssen mit Geschäftsstellen

Zu den 14 Behörden für GLL gehören auch elf Ämter für Landentwicklung, die Domänenverwaltung und die Moorverwaltung. Für diese Behördenteile wird die Aufsicht vom ML wahrgenommen, die entsprechenden Haushaltsmittel und Stellen sind in den Kapiteln 09 01, 09 10, 09 30 und 09 31 veranschlagt.
Das Gesamtbudget des Kapitels 03 18 wird im MI auf der Grundlage der Kostenleistungsrechnung in 14 Unterbudgets auf die Behörden für GLL aufgeteilt und zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung zugewiesen

Zielsetzung

Aufgabe der Vermessungs- und Katasterverwaltung (VKV) ist es, im Rahmen der Daseinsvorsorge landesweit einen Kernbestand von Angaben zum Grund und Boden (Geobasisdaten) für Aufgaben der öffentlichen Verwaltung und der Privatwirtschaft sowie für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger flächendeckend, vollständig und aktuell vorzuhalten (Führung des Liegenschaftskatasters). Dafür werden neben den Ergebnissen der Grundlagenvermessung (Vorhaltung eines Landesbezugssystems), der Topografischen Landesaufnahme und der Landesluftbildsammlung alle Flurstücke und Gebäude im Sinne des NVermG grafisch, beschreibend und durch Vermessungszahlen erfasst und nachgewiesen.

Die Flurstücke beschreiben die Grundstücke im Grundbuch und dienen damit der Eigentumssicherung; mit den Gebäuden werden wesentliche Bestandteile der Grundstücke und für den Grundstücksrechtsverkehr wertbeeinflussende, bauplanungsrechtlich bedeutsame Rechtsobjekte nachgewiesen. Darüber hinaus werden weitere, für den Rechtsverkehr wesentliche Merkmale des Grund und Bodens geführt. Dazu zählen Hinweise auf öffentlich-rechtliche Festlegungen (z. B. Naturschutzgebiete und die Ergebnisse der amtlichen Bodenschätzung), die tatsächliche Nutzung der Flurstücke und deren Flächengröße.

Die Angaben werden in raumbezogenen Informationssystemen auf der Grundlage eines einheitlichen geodätischen Bezugssystems geführt. Damit wird sichergestellt, dass die Angaben zum Grund und Boden für die Nutzer bedarfsorientiert abrufbar sind und auch überregional mit anderen Sachdaten verknüpft werden können. Dies ist besonders für die öffentlichen Aufgaben der Bauleitplanung sowie der Ver- und Entsorgung und für den Katastrophenschutz bedeutsam. Vor allem für diese Zwecke sind die Nachweise kontinuierlich und zeitnah zu aktualisieren.

Aus den Anforderungen im Rechtsverkehr und als Geobasisinformation für die zuvor genannten öffentlichen Aufgaben werden zur Erfassung von Veränderungen Liegenschaftsvermessungen durchgeführt, insbesondere anlässlich beabsichtigter Grundstücksteilungen, für Grenzfeststellungen oder aufgrund geänderter Bebauung. Die Ergebnisse von Liegenschaftsvermessungen der an diesen Aufgaben mitwirkenden Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und –ingenieuren (ÖbVI) sowie von anderen behördlichen Vermessungsstellen werden in die amtlichen Nachweise eingetragen. Weiterhin sind wechselseitig Daten mit anderen Behörden, insbesondere mit den Grundbuchämtern und den Finanzämtern, zur Erhaltung der Übereinstimmung dieser amtlichen Nachweise auszutauschen. Soweit dabei Rechte Betroffener (z. B. Eigentümer) berührt werden, sind die Verfahren nach den üblichen verwaltungsverfahrensrechtlichen Vorschriften durchzuführen.

Neben der inhaltlichen Aktualisierung sind die historisch seit über 100 Jahren geführten amtlichen Nachweise den technischen Entwicklungen anzupassen; z. z. wird der Gesamtdatenbestand vereinheitlicht und in einem bundesweiten digitalen Erhebungs- und Nachweissystem AFIS-ALKIS-ATKIS zusammengeführt (AFIS: Amtliches Festpunkt-Informationssystem, ALKIS: Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem, ATKIS: Amtliches Topografisch-Kartografisches-Informationssystem).

Die Behörden für GLL sind fachlich eingebunden in die vom Landesbetrieb Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen (LGN) zur Verfügung gestellten raumbezogenen Informationen des Landesbezugssystems (vgl. hierzu Kapitel 03 17).

Ferner nehmen die Behörden für GLL aufgrund des BauGB i. V. mit der DVO-BauGB die Aufgaben der Bodenordnung und der Gutachterausschüsse für Grundstückswerte wahr.

Als Geschäftsstelle der Gutachterausschüsse führen die Behörden für GLL die Kaufpreissammlung und bereiten die Wertermittlungen (Verkehrswertgutachten, Bodenrichtwerte, Grundstücksmarktberichte) vor. Die Geschäftsstelle des Oberen Gutachterausschusses in der GLL Oldenburg bereitet die Obergutachten vor und erstattet den Grundstücksmarktbericht für das gesamte Land Niedersachsen. Die Arbeitsergebnisse tragen wesentlich zur Marktpreistransparenz bei und dienen vielen Stellen aus Wirtschaft und Verwaltung sowie den freiberuflich tätigen Sachverständigen als Grundlage ihrer Aufgabenerfüllung. Die Finanzverwaltung benötigt die Bodenrichtwerte als Grundlage ihrer Einheitsbewertung und der steuerlichen Bedarfsbewertung für die Erbschafts- und Schenkungssteuer.

Auf Antrag der Kommunen übernehmen die Behörden für GLL die Geschäftsstellenfunktion der kommunalen Umlegungsausschüsse und bereiten deren Entscheidungen vor. Die Bodenordnungsmaßnahmen (Umlegung, vereinfachte Umlegung) dienen insbesondere der

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0318
beschleunigten Bereitstellung von Bauland.

Erläuterungen zum Produkthaushalt nach § 17a LHO

Budgetierungsmodell

Die VKV hat 1999 als erster Verwaltungsbereich in Nds. - zusammen mit der Alfred Töpfer Akademie - die Budgetierung auf der Grundlage einer 1997 landesweit eingerichteten Kostenleistungsrechnung (KOLEIKAT) eingeführt. Das bisher erfolgreich praktizierte Budgetierungsmodell bleibt weitgehend unverändert.

Das Gesamtbudget der VKV enthält folgende fünf Produktbereiche:
1. Liegenschaftskataster
2. Bodenordnung
3. Wertermittlung
4. Festpunktfelder, DGK 5
5. Infrastrukturleistungen, Lenken / Leiten

Die Zahlenangabe zu den einzelnen Produkten basieren auf den Ergebnissen von KOLEIKAT, für die voraussichtliche Entwicklung im Haushaltsjahr 2007 wurden die Ergebnisse von 2005 zu Grunde gelegt. Hinsichtlich der Marktleistungen wird mit keinem konjunkturbedingten Auftragsrückgang gerechnet. Der Einfluss der Verlagerung von Aufgaben auf ÖbVI wurde bei dem Einnahmesoll für 2006 mit zwei Mio. Euro berücksichtigt.

Die Budgetansätze enthalten Einnahmen und Ausgaben, bei den nachfolgenden Erläuterungen zu den Produkten handelt es sich um Kosten und Erlöse. Diese enthalten auch haushaltsmäßig nicht gebuchte Ansätze wie beispielsweise Mieten für landeseigene Gebäude und Leistungen mit Gebührenbefreiung. Die Kosten und Erlöse geben somit die wirtschaftliche Leistungsbilanz der VKV umfassend wieder.

KOLEIKAT ist vom Grundsatz her eine Vollkostenrechnung. Zurzeit werden jedoch einige Kostenanteile (z. B. Entwicklungskosten IuK, Risikokosten, überbehördliche Leistungsverrechnungen des Ministeriums) nicht auf die Produkte umgelegt. Deshalb geht die Planung von einem Deckungsgrad über 1,00 als Ziel aus.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0318

Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs

Produkte	Leistungs-menge -Stück- (Soll) 2007	Zielkosten -EUR je Stück- (Soll) 2007	Gesamtzielkosten -Mio. EUR- (Soll) 2007	Leistungsmenge -Stück- (Soll) 2006	Zielkosten -Mio. EUR- (Soll) 2006	Leistungsmenge -Stück- (Ist) 2005	Gesamtkosten -Mio. EUR- (Ist) 2005
1. Liegenschafts-kataster							
1.1 Unterla-gen für Liegen-schaftsvermes-sungen 1)	16.800	138	2,3	17.500	2,2	16.745	2,4
1.2 Unterlagen für Gebäude, Lagepläne u.a. 1)	97.500	38	3,7	100.000	3,6	97.327	3,9
1.3 Liegen-schaftsvermes-sungen 2)	51.500	141	7,3	73.000	8,8	60.418	8,5
1.4 Gebäudever-messungen 3)	45.000	163	7,3	68.000	10,3	69.618	11,9
1.5 Übernahme Liegenschaftsver-messungen 2)	140.000	44	6,2	163.000	6,5	140.973	6,4
1.6 Übernahme Gebäudevermes-sungen 3)	107.000	66	7,1	74.000	7,0	105.022	7,3
1.7 Mitteilungen anderer Stellen 4)	217.000	44	9,7	221.000	9,4	167.049	7,7
1.8 Aktualisie-rung, Qualitätssi-cherung 4)	831.000	46	38,4	870.000	38,9	875.157	40,9
1.9 Beratung und Auskünfte 4)	145.000	46	6,7	125.000	5,6	148.573	6,9
1.10 Standard-präsentationen 1)	85.000	37	3,1	93.000	2,7	86.010	3,3
1.11 Lagepläne, Planunterlagen 4)	54.000	41	3,2	55.000	2,4	57.994	2,5
2. Bodenordnung 4)	29.000	48	1,4	39.000	1,9	27.307	1,3
3. Wertermitt-lung							
3.1 Kaufpreis-sammlung 5)	97.000	41	3,9	102.000	3,9	97.694	4,1
3.2 Bodenricht-werte 6)	22.000	98	2,2	22.000	2,2	21.626	2,2
3.3 Verkehrswert-gutachten 1)	5.600	1.093	6,1	5.100	5,5	5.293	5,9
3.4 Auskünfte 1)	9.000	103	0,9	12.500	0,9	9.095	1,0
4. Festpunktfel-der, DGK 5 4)	63.000	50	3,1	117.000	5,5	71.491	3,6
5. Leistungen für die Verwaltung für Land-entwicklung 4)	43.000	33	1,4	-	-	39.746	1,6
Gesamtsumme			113,1				

1) = Aufträge 2) = Grenzpunkte 3) = Gebäude 4) = Stunden 5) = Kauffälle 6) = Anzahl der Werte

In den Tabellen sind mathematische Abweichungen durch Rundung der Werte möglich.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0318

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag

	Gesamtzielkosten -Mio. EUR- (Soll) 2007	Eigenerlöse (Einnahmen) -Mio. EUR- (Soll) 2007	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt * -Mio. EUR- (Soll) 2007
1. Liegenschaftskataster			
1.1 Unterlagen für Liegenschaftsvermessungen	2,3	2,1	0,2
1.2 Unterlagen für Gebäude, Lagepläne u.a	3,7	4,4	-0,7
1.3 Liegenschaftsvermessungen	7,3	7,5	-0,2
1.4 Gebäudevermessungen	7,3	5,5	1,8
1.5 Übernahme Liegenschaftsvermessungen	6,2	4,8	1,4
1.6 Übernahme Gebäudevermessungen	7,1	5,3	1,8
1.7 Mitteilungen anderer Stellen	9,7	-	9,7
1.8 Aktualisierung, Qualitätssicherung	38,4	-	38,4
1.9 Beratung und Auskünfte	6,7	-	6,7
1.10 Standardpräsentationen	3,1	4,1	-1,0
1.11 Lagepläne, Planunterlagen	2,2	2,9	-0,7
2. Bodenordnung	1,4	0,8	0,6
3. Wertermittlung			
3.1 Kaufpreissammlung	3,9	-	3,9
3.2 Bodenrichtwerte	2,2	-	2,2
3.3 Verkehrswertgutachten	6,1	4,5	1,6
3.4 Auskünfte	0,9	0,5	0,4
4. Festpunktfelder, DGK 5	3,1	-	3,1
5. Leistungen für NVfL	1,4	-	1,4
Zwischensumme	113,1	42,4	70,7
davon Amtshilfe	-	-	-
davon landesweite Projektarbeit	-	-	-
Davon Bewirtschaftung von Transfermitteln	-	-	-
Sonstige Eigenerlöse	-	-	-
Produktsumme	113,1	42,4	70,7
Haushaltsausgleich	-	-	-
Gesamtsumme	113,1	42,4	70,7

* Entsteht bei gebührenpflichtigen Produkten durch gesetzliche Gebührenbefreiung und Kostenunterdeckung des Produktes.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0318

Überleitungsrechnung			Einnahmen (0-3)				Ausgaben (4-9)						
Bereichshaushalt (Produkte)	Tsd. EUR	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	HH-Abgl.
+ Verwaltungserträge	44.052		42.450									1.602
+ Erträge aus Erstattungen	0											
+/- Bestandsveränderungen	0											0
+ sonstige betriebliche Erträge	1.602											- 1.602
= Erträge	42.450											
- Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	83.893					87.067					2.971	-6.145
- Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	7.850											7.850
- sonstige Personalaufwendungen	480					2.688						-2.208
= Personalaufwendungen	92.223											
- Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	)					)						
- Aufwendungen Kommunikation und Reisen	)					)						
- Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	)18.896					)	15.089				3.807	
- Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	)					)						
- Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	15							15				
- Abschreibungen	1.986											1.986
= Sachaufwendungen	20.897											
= Aufwendungen	113.120											
= Ergebnis nach eigenen Erträgen	- 70.670											
+ Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	70.670											
= Ergebnis nach Landeszuschuss	0											
+ Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen	0											
- Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	0											
= Finanzergebnis	0											
+ außerordentliche Erträge	0											
- außerordentliche Aufwendungen	0											
+/- Haushaltsausgleich	0											
= außerordentliches Ergebnis	0											
= neutrales Ergebnis	0											
= Gesamtergebnis	0											
- Investitionen der Hauptgruppe 5												
- Investitionen der Hauptgruppe 8										1.278		-1.278
= Einnahmen und Ausgaben des Budgets			42.450			89.755	15.089	15		1.278	6.778	
+/- Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets												
= Kapitelsumme			42.450			89.755	15.089	15		1.278	6.778	

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0318

Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln

Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen

In den Tabellen sind mathematische Abweichungen durch Rundung der Werte möglich.

	Kostendeckungsgrad	2007	2006	2005
1.	Liegenschaftskataster			
1.1	Unterlagen für Liegenschaftsvermessungen	0,95	0,99	0,90
1.2	Unterlagen für Gebäude, Lagepläne u.a	1,24	1,28	1,15
1.3	Liegenschaftsvermessungen	1,06	1,05	1,01
1.4	Gebäudevermessungen	0,78	0,85	0,73
1.5	Übernahme Liegenschaftsvermessungen	0,78	0,81	0,74
1.6	Übernahme Gebäudevermessungen	0,76	0,83	0,72
1.7	Mitteilungen anderer Stellen	-	-	-
1.8	Aktualisierung, Qualitätssicherung	-	-	-
1.9	Beratung und Auskünfte	-	-	-
1.10	Standardpräsentationen	1,38	1,69	1,26
1.11	Lagepläne, Planunterlagen	1,32	1,12	1,23
2.	Bodenordnung	0,54	0,78	0,98
3.	Wertermittlung			
3.1	Kaufpreissammlung	-	-	-
3.2	Bodenrichtwerte	-		-
3.3	Verkehrswertgutachten	0,83	0,82	0,71
3.4	Auskünfte	0,57	0,63	0,36
4.	Festpunktfelder, DGK 5	-	-	-
5.	Leistungen für NVfL	-	-	-

Zu 119 10

Einschließlich Einnahmen für von ÖbVI eingemessenen Bauwerken.

In den Gebühren und Entgelten, die die Vermessungs- und Katasterverwaltung (VKV) für Leistungen erhebt, sind auch Versorgungszuschläge für Beamtinnen/Beamte enthalten. Der bei 03 18 – 981 10 abzuführende Anteil aus diesen Einnahmen beträgt 7 v.H.

Zu 429 10

Weniger infolge Personalabbaus.

Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten, Vergütungen der Angestellten, Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Aus dem Haushaltsansatz dürfen, ohne dass dafür Stellen ausgewiesen sind, auch ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Hausmeisterentschädigungen an Bedienstete, die über die reguläre Arbeitszeit hinaus stundenweise Hausmeistertätigkeiten in Katasterämtern ohne Hausmeister ausüben, bezahlt werden.

Der Haushaltsansatz kann bei Besoldungs- und Tariferhöhungen aus im Epl. 13 zentral veranschlagten Personalverstärkungsmitteln erhöht werden.

Zu 429 11

In dem Haushaltsansatz sind Vergütungen für 206 (206) Auszubildende des technischen Dienstes enthalten.

Zu 546 01

In dem Haushaltsansatz sind Mittel für IT-Systeme in Höhe von 0,4 Mio. Euro enthalten.

Die Sachkosten der Behörden für GLL reduzieren sich gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen in Folge Verlagerungen in die Kapitel 0317 und 1321.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 686 10

Bezeichnung des Förderprogramms: Beteiligung im Länderverbund an den Kosten der Normungsarbeit im Normenausschuss Bauwesen (NABAU) für den Fachbereich 03 “Vermessungswesen, Geoinformation“

Rechtliche Grundlage: Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen –MI- und dem Deutschen Institut für Normung (DIN) vom August/ Dezember 1994.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	4	4	4	5	5	5	5	5	5
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					5	5	5	5	5

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1977

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis. Kündigung im Verbund mit allen Bundesländern zum Ende jeden Jahres möglich.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Sitz und Stimme im NABAU für die Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV)

Zielgruppe: Fachbereich 03 “Vermessungswesen, Geoinformation“

Durchschnittliche Förderhöhe: 4.800 EUR pro Jahr

Zu 812 10

Im Ansatz sind keine Mittel für IT-Systeme enthalten. Die Ersatzbeschaffungen sind in folgenden Bereichen vorgesehen:

- Dienstkraftfahrzeuge
- Elektronische Tachymeter
- Satellitenmess- und Empfangseinrichtungen
- Telefonanlagen
- Archivanlage

Zu 981 03

Abführung an den Einzelplan 13 der für dieses Kapitel vom Landesliegenschaftsfonds ermittelten Nutzungsentgelte.

Zu 981 10

In den Gebühren und Entgelten, die die VKV für Leistungen erhebt, sind auch Versorgungszuschläge für Beamtinnen und Beamte enthalten. Der abzuführende Anteil aus den bei 03 18–119 10 erzielten Einnahmen beträgt 7 v. H.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0318 Vermessungs- und Katasterverwaltung - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0318					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		42.450	45.450	–3.000	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		42.450	45.450	–3.000	
		4 Personalausgaben	—	89.755	93.215	–3.460	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	15.089	15.764	–675	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	15	15	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	1.278	1.278	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	6.778	6.992	–214	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	112.915	117.264	–4.349	
		Zuschuss		70.465	71.814	–1.349	

E R L Ä U T E R U N G E N

Allgemeine Vorbemerkungen zu Kapitel 0320

Haushaltsrechtliche Vermerke:

1. 422 06, 425 06, 426 06, 427 01, 511 01, 514 01, 514 10, 514 11, 514 12, 514 20, 517 01, 518 01, 518 02, 519 01, 525 20, 526 01, 526 02, 527 01, 527 02, 527 10, 531 10, 536 10, 546 01, 546 03, 547 10, 631 10 und 632 10 sind gegenseitig deckungsfähig.

2. 811 01, 811 10, 811 11, 811 12 und 812 15 sind gegenseitig deckungsfähig.

3. Die Ausgaben bei den Titeln 422 06, 425 06, 426 06, 427 01, 511 01, 514 01, 514 10, 514 11, 514 12, 514 20, 517 01, 518 01, 518 02, 519 01, 525 20, 526 01, 526 02, 527 01, 527 02, 527 10, 531 10, 536 10, 546 01, 546 03, 547 10, 631 10, 632 10, 811 01, 811 10, 811 11, 811 12 und 812 15 erhöhen sich um die Mehreinnahmen bei den Titeln 119 01, 119 02, 119 03, 119 20, 119 46, 132 01, 132 10 , 132 11 und 282 12.

4. Die Ausgaben bei den Titeln 422 06, 425 06, 426 06, 427 01, 511 01, 514 01, 514 10, 514 11, 514 12, 514 20, 517 01, 518 01, 518 02, 519 01, 525 20, 526 01, 526 02, 527 01, 527 02, 527 10, 531 10, 536 10, 546 01, 546 03, 547 10, 631 10 und 632 10 sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Titel 811 01, 811 10, 811 11, 811 12 und 812 15.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0320 Landespolizei - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		EINNAHMEN					
111 01-6	042	Gebühren und tarifliche Entgelte		3.500	4.340	–840	3.456
112 01-2	042	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		3.800	4.600	–800	3.627
119 01-7	042	Vermischte Einnahmen		460	981	–521	336
119 02-5	042	Einnahmen aus Veröffentlichungen **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		—	—	—	—
119 03-3	042	Vermischte Einnahmen im Rahmen der Bekämpfung der Organisierten und Politisch Motivierten Kriminalität		—	—	—	—
119 20-3	042	Einnahmen aus Fortbildungsveranstaltungen		—	—	—	—
119 25-4	042	Einnahmen für die Verpflegung zur Selbstbewirtschaftung *Vgl. K-Vermerk zu 514 13.* **** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO dürfen Erstattungen auch nach Schluß des Hj. durch Absetzen von der Einnahme verausgabt werden.*		280	420	–140	275
119 46-7	042	Ersatzleistungen		1.100	1.380	–280	982
119 64-5	042	Einnahmen aus der Eigenbeteiligung an der Heilfürsorge		7.584	7.700	–116	7.820
119 67-0	042	Einnahmen aus Fortbildungsveranstaltungen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.*		—	—	—	—
124 01-0	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		910	870	+40	910
124 10-0	042	Pachten für Polizeikantinen *Vgl. K-Vermerk zu 514 13.*		10	10	—	8
132 01-3	042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		35	100	–65	30
132 10-2	042	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		370	500	–130	370
132 11-0	042	Erlöse aus der Veräußerung gebraucht erworbener Kraftfahrzeuge		—	—	—	3
231 10-0	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund		18	60	–42	27
232 10-7	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern		155	110	+45	10
232 11-5	042	Erstattung der Ausgaben für die gemeinsame WSP-Leitstelle von anderen Ländern *Vgl. K-Vermerk zu 547 11.*		—	—	—	5
233 10-3	042	Zuweisungen von Gemeinden *Vgl. K-Vermerk zu 427 10.*		—	—	—	8
235 10-6	042	Sonstige Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	29
235 11-4	042	Sonstige Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit für Schwerbehinderte		20	50	–30	20
272 13-3	042	Zuschüsse der EU für AGIS *Vgl. K-Vermerk zu 547 13.*		—	—	—	1
281 10-8	042	Sonstige Erstattungen für die Abschiebung von Ausländern		760	—	+760	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0320

Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)

Rechts- und Organisationsgrundlagen

- § 1 Nds. SOG (Gefahrenabwehr; Amts- und Vollzugshilfe), in der Fassung vom 19.01.2005
- §§152, 163 StPO (Strafverfolgung); zuletzt geändert durch Gesetz v. 12.08.2005
- §§ 53, 46 i.V.m. § 163 StPO (Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten), zuletzt geändert durch Gesetz v. 12.08.2005
- §§ 87, 90 Nds. SOG (Organisation der Polizei), in der Fassung vom 19.01.2005
- RdErl. d. MI vom 12.10.2004 (Nds. MBl. S. 703), geändert durch RdErl. d. MI vom 20.09.2006 (Nds. MBl. S. 917) zur Organisation der Polizei
- RdErl. d. MI vom 12.09.2005 (Nds. MBl. S. 774) zur Organisation des Landeskriminalamtes Niedersachsen
- Beschluss der Niedersächsischen Landesregierung vom 20.12.2005 zur Neuorganisation der Aus- und Fortbildung im öffentlichen Dienst des Landes

Verwaltungsaufbau und Budgetplan

Zur Landespolizei gehören Schutz- und Kriminalpolizei sowie der Polizeiverwaltungsdienst.

Die Landespolizei untergliedert sich organisatorisch in folgende Polizeibehörden

a) Polizeidirektionen Braunschweig, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Oldenburg und Osnabrück. Den 6 Polizeidirektionen nachgeordnet sind
   - 33 Polizeiinspektionen mit insgesamt 88 Polizeikommissariaten, 5 Autobahnpolizeikommissariaten und 384 Polizeistationen
   - 5 Zentrale Kriminalinspektionen (ausgenommen PD Hannover).

   Der PD Hannover sind zusätzlich nachgeordnet der Zentrale Kriminaldienst (einschließlich der Zentralen Kriminalinspektion) und der Zentrale Verkehrsdienst.
   Den PD'en Braunschweig und Hannover sind zusätzlich nachgeordnet die Reiter- und Diensthundeführerstaffeln.
b) Polizeibehörde für zentrale Aufgaben (Zentrale Polizeidirektion - ZPD) in Hannover. Der Zentralen Polizeidirektion nachgeordnet sind
   - das Polizeiamt für Technik und Beschaffung Niedersachsen,
   - das Wasserschutzpolizeiamt Niedersachsen sowie die zugeordneten 7 Wasserschutzpolizeikommissariate und 18 Wasserschutzpolizeistationen,
   - die Polizeihubschrauberstaffel Niedersachsen und
   - drei Bereitschaftspolizeiabteilungen der Landesbereitschaftspolizei.
c) Landeskriminalamt Niedersachsen (LKA NI) in Hannover

sowie in

a) das Bildungsinstitut der Polizei
b) den Landesbetrieb Logistik Zentrum Niedersachsen als unselbstständige Einrichtung (Kapitel 0321).

Die Polizeidirektionen nehmen in ihrem jeweiligen Bezirk die polizeilichen Aufgaben wahr, sofern nicht dem Landeskriminalamt Niedersachsen oder der Polizeibehörde für zentrale Aufgaben einzelne Aufgaben übertragen sind. Darüber hinaus sind sie für die ihnen per Gesetz, Verordnung oder sonstiger Verwaltungsvorschrift zugewiesenen Aufgaben zuständig. Sie führen die Dienst- und Fachaufsicht über ihre zugeordneten Bereiche. Zusätzlich nehmen die Polizeibehörden auf der Basis von Länderabkommen polizeiliche Aufgaben auf dem Hoheitsgebiet anderer Bundesländer, auf bestimmten geringen Streckenabschnitten der Bundesautobahnen, sowie im Bereich von Binnen- und Küstengewässern wahr.

Die ZPD hat die Aufgaben der Landesbereitschaftspolizei Niedersachsen, der medizinischen Dienste, des Polizeiamtes für Technik und Beschaffung Niedersachsen, der Polizeihubschrauberstaffel Niedersachsen, der Wasserschutzpolizei des Landes Niedersachsen sowie des Kampfmittelbeseitigungsdienstes. Ihr obliegen landesweit Service- und Unterstützungsaufgaben und – in begrenztem Umfang – exekutive Zuständigkeiten.

Das LKA NI nimmt kriminalpolizeiliche Aufgaben auf Landesebene wahr und führt Ermittlungen in schwierigen oder besonders gelagerten kriminalpolizeilichen Einzelfällen von überregionaler oder sonst herausgehobener Bedeutung durch. Es ist zentrale Dienststelle der Kriminalpolizei im Sinne des § 1 Abs. 2 des Bundeskriminalamtgesetzes (BKAG).
Das LKA NI führt polizeiliche Ermittlungen im Rahmen der Strafverfolgung mit ausschließlicher Zuständigkeit in bestimmten Fällen, wenn eine zentrale Bearbeitung bestimmter Erscheinungsformen bzw. Deliktsbereiche geboten ist oder soweit in anderen Fällen

- das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport (MI) es anordnet oder dem zustimmt,
- Gerichte oder Staatsanwaltschaften darum ersuchen oder einen Auftrag erteilen,
- das Bundeskriminalamt dem Land die polizeilichen Aufgaben auf dem Gebiet der Strafverfolgung gemäß BKAG im Einvernehmen mit dem MI zuweist,
- eine andere Polizeibehörde darum ersucht und das LKA NI dies für geboten erachtet.

Diese Aufgaben können auch Maßnahmen der Gefahrenabwehr zur Verhütung der entsprechenden Straftaten einschließen.
Daneben nimmt das LKA NI Zentralstellen- und Unterstützungsaufgaben wahr.

Das MI übt die Dienst- und Fachaufsicht über die nachgeordneten Polizeibehörden, das Bildungsinstitut der Polizei Niedersachsen und den Landesbetrieb Logistik Zentrum Niedersachsen aus.

Der Budgetplan umfasst das gesamte Kapitel 0320. Die Aufteilung des Budgets zwischen den Behörden und dem Bildungsinstitut der Polizei obliegt dem MI.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0320
Zielsetzung

Die Polizei hat, gemeinsam mit den Verwaltungsbehörden, die Aufgabe der Gefahrenabwehr und trifft auch Vorbereitungen, um künftige Gefahren abwehren zu können. Dabei wird die Polizei tätig, wenn Verwaltungsbehörden die Gefahrenabwehr nicht oder nicht rechtzeitig leisten können. Die Vorsorge für die Verfolgung der Straftaten und die Verhütung von Straftaten ist ebenfalls Aufgabe der Polizei.
Zudem leistet die Polizei anderen Behörden Vollzugshilfe.
Darüber hinaus hat die Polizei im Rahmen des Legalitätsprinzips Straftaten zu erforschen und zu verfolgen; sie unterliegt dabei der Sachleitungsbefugnis der Staatsanwaltschaft.

Die Polizei erforscht ebenfalls Ordnungswidrigkeiten (Opportunitätsprinzip).

Zu den Leistungsempfängern polizeilicher Tätigkeiten gehören sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Behörden Niedersachsens, der Länder oder des Bundes sowie private und öffentliche Institutionen.

Die Tätigkeiten des Verwaltungsbereiches Polizei werden in folgende Produkte unterteilt:

- Gefahrenabwehr
- Kriminalitätsbekämpfung
- Verkehrssicherheitsarbeit
- Präsenz/ Bürgernähe/ Dienstleistungen
- Einsätze aus besonderem Anlass (einschließlich der gesondert ausweisbaren Einsätze anlässlich von CASTOR-Transporten)

Erläuterungen zum Produkthaushalt nach § 17a LHO

Budgetierungsmodell

Das Budgetierungsmodell bildet den Einnahmeteil, das Bereichsbudget und die Projektbudgets ab. Über ein Transferbudget verfügt der Verwaltungsbereich Polizei nicht.

Für das Bereichsbudget sind Produkte gebildet worden. Die Produktstruktur des Verwaltungsbereiches orientiert sich an den Rechtsgrundlagen für die Aufgabenwahrnehmung der Polizei. Die Produkte sind Gefahrenabwehr, Kriminalitätsbekämpfung, Verkehrssicherheitsarbeit, Präsenz/Bürgernähe/Dienstleistungen sowie Einsätze aus besonderem Anlass.
Aus dem Produkt „Einsätze aus besonderem Anlass“ werden CASTOR-Transporte gesondert ausgewiesen.
Hier werden die über eine KLR ermittelten Kosten der jeweiligen Produkte dargestellt.
Projektbudgets sind für Sach- und Investitionsausgaben im Zusammenhang mit Heilfürsorge, Einführung des Digitalfunks sowie Ausgaben für Sondereinsätze der Polizei gebildet worden.

Das Bereichsbudget wird durch die Abteilung Landespolizeipräsidium des MI auf die Polizeidirektionen, die ZPD, das LKA NI sowie das Bildungsinstitut der Polizei verteilt.
Das Bildungsinstitut der Polizei wird über die Kostenstellen auf die Produktkosten verrechnet.

Bei der Umsetzung des Budgetierungsmodells sind neben den Titeln der Projektbudgets einige Titel der Hauptgruppe 1, 2 und 4 aus Gründen der Bewirtschaftungsökonomie nicht in den Korrespondenz- und Deckungskreis mit aufgenommen worden, siehe Allgemeine Vorbemerkungen zu Kapitel 0320; sie sollen in einer späteren Phase einbezogen werden. Bei der Darstellung der Zielkosten und des Leistungsplans sind die Titel der Hauptgruppe 4 jedoch bereits mit einbezogen.

Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs

Der Aufbau der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) im Verwaltungsbereich Polizei (Kapitel 0320) wurde im November 2006 abgeschlossen. Bei der Ermittlung der Planwerte wurde überwiegend nicht oder nur sehr eingeschränkt auf KLR-Daten zurückgegriffen. Ungenauigkeiten sind daher nicht auszuschließen.

Noch zu Kapitel 0320

Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs

Produkte	Leistungsmenge -Stück- (Soll) 2007	Zielkosten -EUR- (Soll) 2007	Gesamtzielkosten -Tsd. EUR- (Soll) 2007	Leistungsmenge -Stunden- (Soll) 2006	Zielkosten -EUR- (Soll) 2006	Gesamtzielkosten - Tsd. EUR - (Ist) 2005	Ist-Kosten - Tsd. EUR- (Ist) 2005
Gefahrenabwehr	2.475.862	51,1403	126.616				
Kriminalitätsbekämpfung	10.139.431	50,345	510.475				
Verkehrssicherheitsarbeit	2.870.442	50,758	145.698				
Präsenz / Bürgernähe / Dienstleistungen	5.218.999	50,0407	261.162				
Einsätze aus besonderem Anlass	1.995.349	55,7777	111.296				
davon Einsätze aus Anlass CASTOR	0	0	0				
Gesamtsumme			1.155.247				

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag

	Gesamtzielkosten -Tsd. EUR- (Soll) 2007	Eigenerlöse - Tsd. EUR- (Soll) 2007	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt - Tsd. EUR- (Soll) 2007
Gefahrenabwehr	126.616	0	126.616
Kriminalitätsbekämpfung	510.475	0	510.475
Verkehrssicherheitsarbeit	145.698	0	145.698
Präsenz / Bürgernähe / Dienstleistungen	261.162	0	261.162
Einsätze aus besonderem Anlass	111.296	0	111.296
Davon Einsätze aus Anlass CASTOR	0	0	0
davon Amtshilfe			
davon landesweite Projektarbeit			
Davon Bewirtschaftung von Transfermitteln			
Sonstige Eigenerlöse		11.894*	
Produktsumme	1.155.247	11.894	1.143.353
Haushaltsausgleich	0	0	0
Gesamtsumme	1.155.247	11.894	1.143.353

* Eine produktdifferenzierte Darstellung der Eigenerlöse ist noch nicht möglich.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0320

Überleitungsrechnung			Einnahmen (0-3)				Ausgaben (4-9)						
Bereichshaushalt (Produkte)	Tsd. EUR	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	HH-Abgl.
+ Verwaltungserträge	10.005		10.005									
+ Erträge aus Erstattungen	1.889		460	953	476							
+/- Bestandsveränderungen	0											0
+ sonstige betriebliche Erträge	0											
= Erträge	11.894											
- Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	788.206					788.206						
- Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	233.549											233.549
- sonstige Personalaufwendungen	2.099					2.099						
= Personalaufwendungen	1.023.854											
- Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	768						768					
- Aufwendungen Kommunikation und Reisen	3.248						3.248					
- Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	100.785						68.989				31.796	
- Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	15.392						15.392					
- Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	11.200						9.309	1.891				
- Abschreibungen	0											0
= Sachaufwendungen	131.393											
= Aufwendungen	1.155.247											
= Ergebnis nach eigenen Erträgen	-1.143.353											
+ Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	1.143.353											
= Ergebnis nach Landeszuschuss	0											
+ Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen	0											
- Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	0											
= Finanzergebnis												
+ außerordentliche Erträge	0											
- außerordentliche Aufwendungen	1.000							1.000				
+/- Haushaltsausgleich	0											
= außerordentliches Ergebnis	0											
= neutrales Ergebnis	0											
= Gesamtergebnis	0											
- Investitionen der Hauptgruppe 5							6.696					-6.696
- Investitionen der Hauptgruppe 8										22.529		-22.529
= Einnahmen und Ausgaben des Budgets		0	10.465	953	476	790.305	104.402	2.891	0	22.529	31.796	
+/- Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets		0	7.584	0	0	23.507	16.127	0	0	25.812	0	
= Kapitelsumme		0	18.049	953	476	813.812	120.529	2.891	0	48.341	31.796	

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0320

Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln

Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen

Die Tätigkeiten des Verwaltungsbereiches Polizei werden in folgende Produkte unterteilt:

- Gefahrenabwehr: hierzu gehören Konfliktregelung, Bearbeitung von Alarmauslösungen, Bearbeitung von Vorgängen zu vermissten oder abgängigen Personen, Amts- und Vollzugshilfe, die Bearbeitung sonstiger Gefahrenabwehr sowie die Bearbeitung Besonderer Gefahrenabwehr.
  Eine produktbezogene Leistungskennzahl steht automatisiert erst mit VB-weiter Einführung des Moduls Zeitmanagement aus PMV zur Verfügung. Als Steuerungsgröße werden daher zunächst die Anzahl der zur Gefahrenabwehr eingesetzten Stunden genutzt.
- Kriminalitätsbekämpfung: hierzu gehören die Bearbeitung von Todesfällen, Ermittlungen zu Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, zu Staatsschutzdelikten, zu Rohheitsddelikten bzw. Straftaten gegen die persönliche Freiheit, zu Eigentumsdelikten, zu Vermögens- und Fälschungsdelikten sowie zu sonstigen Tatbeständen und Kriminalprävention.
  Zu der Leistungskennzahl „Anzahl der bearbeiteten Straftaten“ werden alle bekannt gewordenen und bearbeiteten Straftaten zusammengefasst. Einer besonderen Betrachtung unterliegen dabei die Komplexe „Organisierte Kriminalität“ und die Fälle der politisch motivierten Kriminalität.
  Die Anzahl der Präventionsprojekte enthält die bezirksübergreifenden Projekte und bildet damit den wichtigen Aspekt der Kriminalprävention ab.
- Verkehrssicherheitsarbeit: hierzu gehören die Verkehrsunfallbearbeitung, die Kontrolle und Bearbeitung von Verkehrsverstößen, Verkehrsbeeinflussung sowie Verkehrsunfallprävention.
  Die Leistungskennzahl stellt die Summe aller bearbeiteten Verkehrsunfälle dar. Zusätzlich werden die Verkehrsunfälle mit Personenschaden gesondert ausgewiesen.
- Präsenz/ Bürgernähe/ Dienstleistungen: hierzu gehören allgemeine Öffentlichkeitsarbeit, allgemeine Präsenz und Dienstleistungen für andere.
  Die Leistungskennzahl bildet die Rund-um-die-Uhr-Dienste im polizeilichen Einzeldienst sowie die Anzahl der Polizeidienststellen und –stationen des polizeilichen Einzeldienstes ab. Die Erreichbarkeit der Polizei bildet einen wichtigen Aspekt für die Ermöglichung von Präsenz und Bürgernähe.
- Einsätze aus besonderem Anlass: hierzu gehören Versammlungen, Veranstaltungen bzw. besondere Ereignisse, Großlagen. und Schutzmaßnahmen
  Dargestellt wird durch die Leistungskennzahl die Anzahl aller Einsätze aus den genannten Anlässen, einschließlich der CASTOR-Transporte. Die Einsätze zur Unterstützung anderer Länder oder des Bundes sowie die Einsätze aus Anlass von CASTOR-Transporten werden als „davon“-Ausweis gesondert abgebildet.

Als Leistungsmenge werden die zu dem jeweiligen Produkt geleisteten oder zu leistenden Stunden abgebildet.

Da sich die Definition von Kennzahlen und die Festlegung von Zielwerten noch in der Anfangsphase befinden, sind Unschärfen nicht auszuschließen.

Leistungskennzahlen	Plan 2007	Plan 2006	Ist 2005	Ist 2004
Gefahrenabwehr				
Kriminalitätsbekämpfung				
Anzahl der bearbeiteten Straftaten	605.000	605.000	601.557	587.252
Anzahl der bearbeiteten Komplexe der Organisierten Kriminalität	78	78	77	72
Anzahl der bearbeiteten Fälle der politisch motivierten Kriminalität	2.600	2.600	2.618	2.683
Anzahl der Projekte zur Prävention	8	7	7	7
Verkehrssicherheitsarbeit				
Anzahl der bearbeiteten Verkehrsunfälle	190.000	190.000	190.503	187.161
- davon Anzahl der bearbeiteten Verkehrsunfälle mit Personenschaden	35.000	35.000	35.482	35.750
Präsenz/ Bürgernähe/ Dienstleistungen				
Anzahl der Rund-um-die-Uhr-Dienste im polizeilichen Einzeldienst	141	141	141	141
Anzahl der Polizeidienststellen und -Stationen des polizeilichen Einzeldienstes	544	544	544	545
Anzahl Einsätze aus besonderem Anlass	2.325	2.325	2.325	2.273
- davon Anzahl der Einsätze zur Unterstützung anderer Bundesländer/Bund	23	19	19	k.A.
- davon Einsätze aus Anlass CASTOR -Transport	-	1	1	1

Aus dem polizeilichen Aufgabenfeld werden an Brennpunkten Schwerpunkte für die polizeiliche Aufgabenwahrnehmung zwischen der Abteilung Landespolizeipräsidium des MI und den nachgeordneten Polizeibehörden festgelegt und über Kennzahlen einschließlich der zu erreichenden Zielwerte konkretisiert.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0320

Für Kapitel 0320 allgemein:
Aufgrund der Auflösung von Titeln und Titelgruppen ist ab dem Haushaltsjahr 2007 der Einnahme- / Ausgabeansatz des Titels verlagert worden.

von	nach	von	nach	von	nach
119 67	119 20	511 76	511 01	547 95	517 01
119 72	119 03	511 89	511 01	547 95	518 01
119 89	119 01	511 90	511 01	547 95	519 01
119 90	119 01	511 94	511 01	547 95	547 10
119 94	119 01	511 95	511 01	547 96	517 01
119 95	119 01	511 96	511 01	547 96	518 01
119 96	119 01	511 99	511 01	547 96	519 01
132 72	132 01	514 61	514 20	547 96	547 10
132 89	132 01	514 68	514 20	631 67	631 10
132 90	132 01	514 69	514 20	631 69	631 10
132 94	132 01	514 75	547 10	631 80	631 10
132 95	132 01	514 80	514 20	631 89	631 10
132 96	132 01	514 89	514 01	631 90	631 10
232 72	232 10	514 90	514 01	631 94	631 10
232 75	232 10	514 94	514 01	631 95	631 10
281 75	281 10	514 95	514 01	631 96	631 10
282 74	282 12	514 96	514 01	631 99	631 10
422 89	422 06	514 99	514 20	632 67	632 10
422 90	422 06	518 68	518 01	632 72	632 10
422 94	422 06	518 72	518 02	632 74	632 10
422 95	422 06	518 98	518 02	632 75	632 10
422 96	422 06	518 99	518 02	632 80	632 10
425 89	425 06	519 74	519 01	632 89	632 10
425 90	425 06	525 67	527 01	632 90	632 10
425 94	425 06	525 98	525 20	632 94	632 10
425 95	425 06	531 74	531 10	632 95	632 10
425 96	425 06	536 75	547 10	632 96	632 10
426 89	426 06	538 98	547 10	711 99	812 15
426 90	426 06	538 99	547 10	811 61	811 01
426 94	426 06	547 66	547 10	811 72	811 01
426 95	426 06	547 67	547 10	811 76	811 01
426 96	426 06	547 68	547 10	811 89	811 01
427 67	427 01	547 69	547 10	811 90	811 01
427 74	427 01	547 72	547 10	811 94	811 01
427 89	427 01	547 74	547 10	811 95	811 01
427 90	427 01	547 75	547 10	811 96	811 01
427 94	427 01	547 76	547 10	812 61	812 15
427 95	427 01	547 80	514 20	812 66	812 15
427 96	427 01	547 89	517 01	812 67	812 15
453 67	453 01	547 89	518 01	812 68	812 15 u. 514 20
453 89	453 01	547 89	519 01	812 69	812 15 u. 547 10
453 90	453 01	547 89	547 10	812 72	812 15
453 94	453 01	547 90	517 01	812 76	812 15
453 95	453 01	547 90	518 01	812 89	812 15
453 96	453 01	547 90	519 01	812 90	812 15
511 61	511 01	547 90	547 10	812 94	812 15
511 68	511 01	547 94	517 01	812 95	812 15
511 69	511 01	547 94	518 01	812 96	812 15
511 70	511 01	547 94	519 01	812 99	812 15 u. 547 10
511 72	511 01	547 94	547 10		

In den Haushaltsansätzen bei den Titeln 511 01, 514 01, 514 20, 525 20, 527 10, 547 10 und bei den Titelgruppen 64 und 65 sind auch die Sonderkosten für Polizeibeamte/-innen enthalten, die dem Ministerium für Inneres und Sport und dem Niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz angehören (vgl. allgemeine Vermerke zu den Kapiteln 03 01 und 03 90).
In den Haushaltsansätzen bei den Titeln 511 01, 514 01, 514 20, 547 10 und bei den Titelgruppen 64 und 65 sind auch die Sonderkosten für Polizeibeamte/-innen enthalten, die dem Fachbereich Polizei der Niedersächsischen Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege angehören (vgl. allgemeinen Vermerk zu dem Kapitel 03 04).
Dies gilt auch für Titel 511 01, soweit Polizei- und Verwaltungsbeamte/-innen an das FeSo-Netz der Polizei angeschlossen sind.
Bei den Titeln 511 01 bis 547 10 sind auch die personenbezogenen Sachausgaben für die Beschäftigten des Kampfmittelbeseitigungsdienstes –Kap. 03 11– veranschlagt (vgl. allgemeinen Vermerk zu dem Kapitel 03 11).

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 112 01

	2007 Tsd. EUR
1. Verwarnungsgelder	3 790
2. Geldstrafen und -bußen	10
Zusammen	3 800

Zu 119 20

Einnahmen aus speziellen Fortbildungsveranstaltungen des LKA.

Zu 119 25

Erhebung von Verpflegungskosten von Teilnehmern/-innen an der Gemeinschaftsverpflegung.

Zu 119 46

	2007 Tsd.EUR
1. Schadenersatzleistungen aus dem Kraftfahrbetrieb	900
2. Sonstige Schadenersatzleistungen	200
Zusammen	1 100

Zu 124 01

	2007 Tsd. EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	240
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	470
3. Sonstige Mieten und Pachten	200
Zusammen	910

Zu 124 10

Vgl. 514 13.

Zu 232 10

Erstattung von Einsatzkosten u. a.

Zu 233 10

Für Beschäftigungsförderungsmaßnahmen von Kommunen.
Vgl. 427 10.

Zu 235 10

Für Arbeitsentgeltzuschüsse von Arbeitsämtern.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0320 Landespolizei - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
282 11-2	042	Zuschüsse der Hauptfürsorgestelle *Vgl. K-Vermerk zu 427 02.*		—	—	—	—
282 12-0	042	Mittel Dritter zur vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung, Verkehrsprävention, Verkehrsaufklärung		—	—	—	—
282 74-0	042	Zweckgebundene Mittel Dritter *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 74.*		—	—	—	43
381 10-2	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		476	392	+84	415
		Titelgruppe(n)					
TGr. 72		**Bekämpfung der Organisierten und Politisch Motivierten Kriminalität** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.*		(—)	(—)	(—)	(54)
119 72-6	042	Vermischte Einnahmen		—	—	—	46
132 72-2	042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	7
232 72-7	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern		—	—	—	—
TGr. 75		**Gefangenenwesen**		(—)	(905)	(–905)	(747)
232 75-1	042	Erstattungen v. Ländern für die Abschiebung von Ausländern		—	145	–145	135
281 75-2	042	Sonstige Erstattungen für die Abschiebung von Ausländern		—	760	–760	612
TGr. 89		**Einnahmen der Polizeiinspektion Cloppenburg/Vechta** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 89.*		(—)	(—)	(—)	(0)
119 89-0	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	0
132 89-7	042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	—
TGr. 90		**Einnahmen der Polizeiinspektion Celle** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 90.*		(—)	(—)	(—)	(0)
119 90-4	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	—
132 90-0	042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	0
TGr. 94		**Budgetierte Dienststellen im Bereich der PD Oldenburg** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 94.*		(—)	(—)	(—)	(1)
119 94-7	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	1
132 94-3	042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	—
TGr. 95		**Budgetierte Dienststellen im Bereich der PD Braunschweig** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 95.*		(—)	(—)	(—)	(379)
119 95-5	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	378

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 381 10

	2007 Tsd. EUR
Erstattung von Personal- und Sachausgaben: Zuführung von 03 07 – 981 13	476

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0320 Landespolizei - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
132 95-1	042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	1
TGr. 96		**Budgetierte Dienststellen im Bereich der PD Göttingen** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 96.*		(—)	(—)	(—)	(2)
119 96-3	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	2
132 96-0	042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	0
		A U S G A B E N					
422 01-1	042	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	773.660	766.085	+7.575	626.588
422 04-6	042	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	14.414	19.553	–5.139	22.563
422 06-2	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	656	599	+57	491
422 19-4	042	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	2.959
425 01-0	042	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	101.925
425 04-5	042	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	96	96	—	4
425 06-1	042	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	116	97	+19	93
425 10-0	042	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
426 01-7	042	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	30.972
426 04-1	042	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	36	54	–18	48
426 06-8	042	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	29	25	+4	15
426 10-6	042	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	408
427 01-3	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	71	60	+11	1
427 02-1	042	Beschäftigungsentgelte für Aushilfskräfte im Rahmen der begleitenden Hilfe im Arbeitsleben durch die Hauptfürsorgestelle *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 11.*	—	—	—	—	—
427 10-2	042	Beschäftigungsentgelte für Aushilfskräfte im Rahmen kommunaler Arbeitsförderungsprogramme *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 233 10.*	—	—	—	—	1
427 39-0	042	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	54	87	–33	54
453 01-4	042	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	1.173	765	+408	981
511 01-4	042	Geschäftsbedarf	—	9.167	4.297	+4.870	5.625
514 01-3	042	Haltung von Dienstfahrzeugen **** Erstattungen dürfen auch nach Schluß des*	—	15.917	11.600	+4.317	12.879

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 422 01

Es sind veranschlagt:

Besondere Zulagen:
1. Stellenzulagen:

a) Polizeizulage*)	25 496 000 EUR
b) Zulage für fliegendes Personal**)	159 000 EUR
c) Zulage für Nachprüfer von Luftfahrtgerät***)	0 EUR
d) Zulage für den Marinebereich****)	4 000 EUR

*) gem. Nr. 9 der Anl. I zum BBesG in der jeweils geltenden Fassung.
**) gem. Nr. 6 der Anl. I zum BBesG in der jeweils geltenden Fassung.
***) gem. Nr. 6a der Anl. I zum BBesG in der jeweils geltenden Fassung.
****) gem. Nr. 9a der Anl. I zum BBesG in der jeweils geltenden Fassung.

2. Erschwerniszulagen:

a) Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten einschließlich der Gewährung der Zulagen nach nach § 4 MuSchV*)	10.611.000 EUR
b) Zulage für besondere polizeiliche Einsätze**)	562.000 EUR
c) Taucherzulage***)	28.000 EUR
d) EDV-Zulage****)	0 EUR
e) Wechselschicht- und Schichtzulagen*****)	3.848.000 EUR
f) Zulage für fliegendes Personal******)	30.000 EUR

*) gem. §§ 3 bis 6 EZulV in der jeweils geltenden Fassung.
**) gem. § 22 EZulV in der jeweils geltenden Fassung.
***) gem. §§ 7 bis 9 EZulV in der jeweils geltenden Fassung.
****) gem. § 4 ZulTVe in der jeweils geltenden Fassung.
*****) gem. § 20 EzulV in der jeweils geltenden Fassung.
******) gem. § 22a EZulV in der jeweils geltenden Fassung.

Im Personalkostenbudget sind Haushaltsmittel enthalten für 75 ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen.

Zu 425 04

Für Auszubildende	9 (11)

Zu 426 04

Für Auszubildende	5 (18)

Zu 427 01

	2007 Tsd. EUR
1. Lehrvergütungen	19
2. Prüfungsvergütungen	3
3. Beschäftigungsentgelte	3
4. Sonstiges	46
Zusammen	71

Zu 1.:
Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte/-innen, Richter/-innen und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 – VORIS 20444 00 00 002 –, in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.
Zu 2.:
25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.
Die Höhe der veranschlagten Entschädigungen für Mitglieder in Prüfungsausschüssen richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 666), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften.
Zu 1./2.:
Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigung geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu 511 01

Mehr infolge Verlagerung von 03 20-511 61 u. a., siehe Tabelle Erläuterungen zu Kapitel 03 20 allgemein.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0320 Landespolizei - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 514 01-3		*Haushaltsjahres durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.*					
514 10-2	042	Haltung von Wasserfahrzeugen	—	502	329	+173	456
514 11-0	042	Haltung von Luftfahrzeugen	—	1.441	1.241	+200	1.253
514 12-9	042	Kosten der unentgeltlichen Verpflegung **** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO. Dies gilt nur, soweit die Ausgaben Beköstigungsfonds zugeführt werden.* *Das Verpflegungsgeld ist nach der tatsächlichen Verpflegungsstärke und dem festgesetzten Tagesverpflegungssatz zu berechnen.*	—	1.150	850	+300	498
514 13-7	042	Kosten der entgeltlichen Verpflegung *Übertragbar.* *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 119 25 und 124 10.* **** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO. Das Verpflegungsgeld ist nach der tatsächlichen Verpflegungsstärke und dem festgesetzten Tagesverpflegungssatz zu berechnen.*	—	290	430	–140	235
514 20-0	042	Verbrauchsmittel	—	7.660	—	+7.660	—
517 01-2	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	21.487	12.994	+8.493	14.496
518 01-9	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	18.772	11.521	+7.251	14.269
518 02-7	042	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	917	1.772	–855	1.554
519 01-5	042	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	1.145	687	+458	1.051
525 20-1	042	Aus- und Fortbildungsveranstaltungen	—	230	—	+230	—
526 01-1	042	Sachverständige	—	2.916	2.916	—	2.952
526 02-0	042	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	100	—	+100	107
527 01-8	042	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	1.201	551	+650	781
527 02-6	042	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	14	14	—	45
527 10-7	042	Reisekostenpauschbeträge; Bewegungsgelder für Polizeivollzugsbeamte und Fahndungskosten	—	159	159	—	252
529 10-0	042	Verfügungsmittel	—	—	—	—	3
531 10-4	042	Veröffentlichungen	—	38	36	+2	37
532 11-9	042	Zeugenentschädigungen	—	240	240	—	403
536 10-6	042	Auslobungen und Belohnungen	—	5	5	—	3
546 01-2	042	Vermischte Ausgaben	—	18	2	+16	22
546 03-9	042	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	33	33	—	85
547 10-8	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	15.762	693	+15.069	890

ERLÄUTERUNGEN

Zu 514 01

Mehr infolge erhöhtem Bedarf.
Die Kosten der Herrichtung – Aus- und Umbauten sowie Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände – von handelsüblich bezogenen Neufahrzeugen in Grundausführung zu Spezialfahrzeugen sind, wenn die Arbeiten in polizeieigenen Werkstätten durchgeführt werden, wie folgt nachzuweisen:
1. bei 811 01 die Beschaffungskosten für das Kfz in Grundausführung sowie alle Kosten für Gegenstände, die handelsüblich bezogen werden können,
2. bei 514 01 die Sachkosten für Gegenstände, die durch handwerkliche Arbeit in den Polizeiwerkstätten erstellt werden.

Dienstkraftfahrzeugsoll für das Haushaltsjahr 2007

Typ	Polizeilicher Einzeldienst	PK	LBPN		LKA	BIP NI	FHS	Gesamt 2007	Gesamt 2006	Mehr/ Weniger (–) als 2006
		BAB	Land	Bund						
Pkw gebraucht	45	0	0	0	0	0	0	45	45	0
FuStw	2 096	299	23	108	142	11	3	2 682	2 682	0
VU-Kfz	194	0	0	0	0	0	0	194	194	0
Verk.-Überw.-Kfz	6	35	0	0	0	0	0	41	41	0
Gefangenen-Kfz	14	0	2	0	0	0	0	16	16	0
Kranken-Kfz	5	0	2	6	0	0	0	13	13	0
Fm-Instands.-Kfz	30	0	0	3	0	0	0	33	33	0
Tatort-Kfz	22	0	0	0	2	0	0	24	24	0
leichte Lkw	36	0	0	18	1	2	0	57	57	0
mittlere Lkw	31	0	5	28	0	1	0	65	65	0
MKW (Kombi)	296	33	0	24	2	5	2	362	362	0
mittlere Busse	49	0	5	89	0	8	0	151	151	0
schwere Busse	2	0	0	12	0	4	1	19	19	0
Küchen-Kraftwagen	3	0	0	12	0	0	0	15	15	0
Wasserwerfer	0	0	6	9	0	0	0	15	15	0
Sonder-Kfz	34	0	20	64	13	0	0	131	131	0
Sonderanhänger	70	0	6	12	2	0	0	90	90	0
Küchenanhänger	6	0	0	0	0	0	0	6	6	0
Krafträder	114	51	0	58	2	0	0	225	225	0
Summe	3 053	418	69	443	164	31	6	4 184	4 184	0

Zu 514 10

Bestand an Wasserfahrzeugen

	Ist 1.1.2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Küstenboote	5	5	5
Streckenboote	11	11	11
Hafenboote	8	8	8
Hilfsboote	15	15	15
Zusammen	39	39	39

Zu 514 11

Für Grund- und Industrieüberholungen der Hubschrauber sowie Kosten für Ersatzteile, Kraft- und Schmierstoffe zur Aufrechterhaltung des Flugdienstes.

Bestand an Luftfahrzeugen

	Ist 1.1.2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Hubschrauber	5	6	5

Zu 514 12

Der Tagesverpflegungssatz richtet sich nach den bis auf weiteres geltenden vorläufigen Regelungen zur Verpflegungswirtschaft der Landespolizei.

Zu 514 13

Kosten der Verpflegung für Beamte/-innen der LBPN, des BIP sowie für Lehrgangsteilnehmer/-innen ohne Trennungsgeld, die verpflichtet oder berechtigt sind, gegen Bezahlung an der Verpflegung teilzunehmen.
Verpflegungskosten für an der Gemeinschaftsverpflegung gegen Bezahlung teilnehmende Mittagsköstler und Küchenbedienstete.
Die anfallenden Beträge sind dem Beköstigungsfonds (Selbstbewirtschaftung) zuzuführen.
Vgl. 119 25 und 124 10.

Zu 514 20

Ansatzerhöhung infolge Verlagerung von 03 20-514 61 u. a., siehe Tabelle Erläuterungen zu Kapitel 03 20 allgemein.
Für die Beschaffung von Fernschreib-, Fernkopierer-, Telebildpapier sowie Farb- und Magnetbänder u. a.
Anfallende Einnahmen – Erstattung entstandener Kosten bei Strafverfahren – werden im Falle der Verurteilung im Einzelplan 11 nachgewiesen.
Kosten für Verbrauchsmittel bei Feststellung von Alkohol im Blut und der Einnahme von Rauschgiften.
Für Kosten der Entnahmen und Untersuchungen.

Zu 517 01

Mehr infolge erhöhtem Bedarf und Ansatzerhöhung infolge Verlagerung von 03 20-547 89 u. a. siehe Tabelle Erläuterungen zu Kapitel 03 20 allgemein.

Zu 518 01

Ansatzerhöhung infolge Verlagerung von 03 20-518 68 u. a., siehe Tabelle Erläuterungen zu Kapitel 03 20 allgemein.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	2.744	—	—	2.744
2008	2.744	—	—	2.744
2009	2.744	—	—	2.744
2010	2.744	—	—	2.744
2011 ff.	20.056	—	—	20.056
Summe	31.032	—	—	31.032

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 519 01

Ansatzerhöhung infolge Verlagerung von 03 20-519 74 u. a., siehe Tabelle Erläuterungen zu Kapitel 03 20 allgemein.

Zu 525 20

Ansatzerhöhung infolge Verlagerung von 03 20-525 98 u. a., siehe Tabelle Erläuterungen zu Kapitel 03 20 allgemein.

Zu 527 01

Ansatzerhöhung infolge Verlagerung von 03 20-525 67 u. a., siehe Tabelle Erläuterungen zu Kapitel 03 20 allgemein.

Zu 527 10

1) Bewegungsgeld für Polizeivollzugsbeamte.
   Die Anspruchsvoraussetzungen regelt der RdErl. des MI vom 16. 2. 2004 – 22.2 – 03590 – VORIS 20 444 in der jeweils geltenden Fassung.
2) Pauschvergütung für Bedienstete der Landespolizei bei Leichenöffnungen.
   Die Anspruchsvoraussetzungen regelt der RdErl. des MI vom 09. 11. 2005 (Nds. MBl. S.863) – VORIS 20441 -.

Zu 529 10

Zentrale Veranschlagung im Epl. 13.

Zu 532 11

Entschädigung von Personen, die von der Polizei als Zeugen/-innen herangezogen werden.

Zu 536 10

Belohnung für die Mitwirkung bei der Aufklärung von Straftaten oder bei der Fahndung nach Straftätern/Straftäterinnen.

Zu 547 10

Ansatzerhöhung infolge Verlagerung von 03 20-547 66 u. a., siehe Tabelle Erläuterungen zu Kapitel 03 20 allgemein.
U. a. Ausgaben für die Datenverarbeitung, für Personalauswahlverfahren, Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit Aus- und Fortbildung, sowie Nachwuchsgewinnung und sonstige besondere, nicht aufteilbare Kosten.
Bei Vorliegen der Voraussetzungen werden Aufwandsentschädigungen für die Pflege oder Haltung gewährt
a) eines Dienstpferdes mtl. 13 EUR
b) eines Diensthundes mtl. 66 EUR
c) eines ausgemusterten Diensthundes mtl. 51 EUR
gem. RdErl. des MI vom 09.11.2005 (Nds. MBl. S. 863) – VORIS 20441–.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0320 Landespolizei - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
547 11-6	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben für die gemeinsame WSP-Leitstelle *Übertragbar.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 232 11.*	—	6	3	+3	0
547 13-2	042	Ausgaben zur Durchführung von Projekten aus dem Rahmenprogramm AGIS *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 272 13.*	—	—	—	—	3
631 10-9	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Bund	—	175	—	+175	—
632 10-5	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder *Übertragbar.*	—	1.716	2.523	–807	2.313
681 10-6	042	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen **** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind bis zur Höhe von 8000 EUR zulässig.*	—	1.000	695	+305	1.418
811 01-8	042	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	4.500 4.000	10.423	6.260	+4.163	1.551
811 10-7	042	Erwerb von Wasserfahrzeugen	—	61	540	–479	215
811 11-5	042	Erwerb von Luftfahrzeugen	—	500	500	—	440
811 12-3	042	Erwerb von gebrauchten Kraftfahrzeugen für den Dienstgebrauch	—	18	20	–2	—
812 15-4	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	2.500 —	11.518	255	+11.263	167
812 59-6	042	Globalansatz für den Erwerb beweglicher Sachen	—	—	—	—	—
821 10-2	042	Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	—
893 01-4	042	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	—	—	10
981 02-9	990	Abführung an 13 21 - 381 22 zur Refinanzierung des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen	—	504	504	—	560
981 03-7	990	Abführung an 13 21 - 381 03	—	31.292	32.019	–727	31.647
981 05-3	990	Abführung an 13 50 - 381 03	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Kriminaltechnisches Gerät und Dienstkraftfahrzeuge**	(—)	(—)	(3.520)	(–3.520)	(3.226)
511 61-8	042	Geräte für Fachaufgaben	—	—	336	–336	502
514 61-7	042	Verbrauchsmittel	—	—	1.024	–1.024	921
811 61-1	042	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen für die Spezialeinheiten	—	—	530	–530	375
812 61-8	042	Erwerb von kriminaltechnischem Gerät	—	—	1.630	–1.630	1.428

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 631 10

Ansatzerhöhung infolge Verlagerung von 03 20-631 67 u. a., siehe Tabelle Erläuterungen zu Kapitel 03 20 allgemein.
Ausgaben für das Maritime Sicherheitszentrum (MSZ) in Cuxhaven. Die Einrichtung wird vom Bund und den fünf Küstenländern betrieben. Die Ausgaben werden vom Bund verauslagt und sind diesem dann zu erstatten.
Kosten der Verpflegung und Schulgeld für Lehrgangsteilnehmer/ -innen an Lehranstalten und Ausbildungsstätten des Bundes.
Für die Finanzierung der Bund-Länder-Projektgruppe „netzwerk-BOS“.

Zu 632 10

Weniger infolge vermindertem Bedarf und Veränderung durch Verlagerung von 03 20-632 67 u. a., siehe Tabelle Erläuterungen zu Kapitel 03 20 allgemein.

	2007 Tsd. EUR
1. Polizei-Führungsakademie Münster	680
2. Wasserschutzpolizeischule Hamburg	245
3. Anteilige Kosten für die wasserschutzpolizeiliche Überwachung auf der Elbe	404
4. Sonstige anteilige Kosten	6
5. Kosten für die polizeiliche Aufgabenwahrnehmung Mecklenburg-Vorpommerns im Umgliederungsgebiet Neuhaus	5
6. Kosten der Verpflegung und Schulgeld für Lehrgangsteilnehmer/ -innen an Lehranstalten und Ausbildungsstätte der anderen Länder.	50
7. Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes	110
8. Erstattungen für die Abschiebung von Ausländern	210
9. Erstattungen für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen in Einrichtungen anderer Länder	6
Zusammen	1 716

Die Anteile des Landes Niedersachsen sind nach den Verwaltungsabkommen zu tragen und werden nach den Jahresabschlüssen endgültig verrechnet.

Zu 681 10

Die VE 2006 ist überplanmäßig bewilligt worden.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	15	—	15
2008	—	15	—	15
2009	—	15	—	15
2010	—	15	—	15
2011 ff.	—	432	—	432
Summe	—	492	—	492

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 811 01

2007 entfallen auf:

	Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. EUR	Sonderausstattung EUR		Gesamtpreis EUR
Ersatzbeschaffungen:					
361	Funkstreifenwagen mit Spezialeinbauten bis zu je 2 000 ccm Hubraum	15 200	5 700	(1.1, 2.1, 3.1)	7 544 900
20	Funkstreifenwagen bis zu je 2 500 ccm Hubraum	18 900	7 800	(1.1, 2.1, 3.3)	534 000
3	Police-Pilot-Kraftwagen bis zu je 3 000 ccm Hubraum	23 100	7 400	(1.1, 2.1, 3.5)	91 500
26	Mannschaftswagen bis zu je 2 500 ccm Hubraum	21 700	7 500	(1.2, 2.2, 3.2)	759 200
19	Verkehrsunfallwagen bis zu je 2 500 ccm Hubraum	21 700	7 500	(1.2, 2.2, 3.2)	554 800
7	Motorräder bis zu je 850 ccm Hubraum	14 900	4 900	(1.3, 2.3, 3.4)	138 600
-	Mannschaftskraftwagen bis zu 50 Sitzplätze	210 900	17 600	(1.4, 2.4, 3.8)	—
-	Mannschaftskraftwagen bis zu je 22 Sitzplätze	51 900	17 600	(1.4, 2.4, 3.8)	—
-	Lastkraftwagen bis zu je 10 t Nutzlast	74 600	12 000	(1.4, 2.4, 3.6)	—
-	Lastkraftwagen bis zu je 4 t Nutzlast (einschl. Kripotatort-wagen)	26 100	7 500	(1.4, 2.4, 3.2)	—
-	Anhänger bzw. Einsatzcontainer	4 900	2 600	(2.3, 3.7)	—
436	Summe				9 623 000

Sonderausstattungen:

1.	Funkvorbereitung	2.	Sicherheitsausstattung	3.	Einsatzausstattung
1.1	1 200 EUR	2.1	1 000 EUR	3.1	3 500 EUR
1.2	1 000 EUR	2.2	1 600 EUR	3.2	4 900 EUR
1.3	800 EUR	2.3	400 EUR	3.3	5 600 EUR
1.4	600 EUR	2.4	2 000 EUR	3.4	3 700 EUR
				3.5	5 200 EUR
				3.6	9 400 EUR
				3.7	2 200 EUR
				3.8	15 000 EUR

Die auszusondernden Kraftfahrzeuge werden 2006 voraussichtlich folgende Fahrleistungen erbracht haben:

161	Funkstreifenwagen bis zu je 2000 ccm Hubraum	250 000 bis 330 000 km
20	Funkstreifenwagen bis zu je 2600 ccm Hubraum	290 000 bis 450 000 km
3	Police-Pilot-Kraftwagen	280 000 bis 340 000 km
17	leichte Mannschaftswagen	210 000 bis 280 000 km
19	Verkehrsunfallkraftwagen	210 000 bis 280 000 km
7	Motorräder	70 000 bis 90 000 km
1	leichte Lastkraftwagen bis zu je 4 t Nutzlast (Tatort-KW)	160 000 bis 220 000 km
3	Mannschaftskraftwagen bis zu 22 Sitzplätze	120 000 bis 220 000 km
-	Mannschaftskraftwagen bis zu 50 Sitzplätzen	0 km
-	Lastkraftwagen bis zu je 10 t Nutzlast	0 km
-	Anhänger bzw. Einsatzcontainer (z.B. mobile Wachen)	Keine km Erfassung
231		

Aufgrund der taktischen Änderung des LEO-LEINE-Konzeptes auf Kleingruppenverlastung werden 3 ausgesonderte mittlere Mannschaftswagen (MMKW) durch 9 leichte Mannschaftswagen (GRFUSTW) ersetzt. 200 LEFUSTW wurden bereits 2004 ausgesondert. Die dafür geleasten Fahrzeuge werden 2007 durch Beschaffung ersetzt.
Zur Beschaffung einsatztaktisch notwendiger neuer und gebrauchter Kraftfahrzeuge sind im Ansatz Mittel enthalten für operative Maßnahmen zur Intensivierung der Bekämpfung der Organisierten und Politisch Motivierten Kriminalität.

2007 entfallen auf:

	Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. EUR	Sonderausstattung EUR		Gesamtpreis EUR
Ersatzbeschaffungen:					
22	Pkw bis zu je 3 500 ccm Hubraum	26 700	8 300	(1.1, 2.1, 3.1)	770 000
2	Motorrad	12.400	2 600	(1.2, 2.2, 3.2)	30 000
24	Summe				800 000

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 811 01

Sonderausstattungen:

1. Funkvorbereitung		2. Sicherheitsausstattung		3. Einsatzausstattung	
1.1	2 600 EUR	2.1	1 000 EUR	3.1	4 700 EUR
1.2	1 000 EUR	2.2	700 EUR	3.2	900 EUR

Die auszusondernden Kraftfahrzeuge werden 2005 voraussichtlich folgende Fahrleistungen erbracht haben:

22	Pkw bis 3 500 ccm	260 000 bis 370 000 km
2	Motorrad	70 000 bis 90 000 km

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	4.000	—	4.000
2008	—	—	4.500	4.500
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	4.000	4.500	8.500

Zu 811 10

	2007 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:	
2 Außenbordmotoren	13
1 Kreiselkompass	32
1 elektronische Seekarte	16
Zusammen	61

Zu 811 11

	2007 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:	
Hauptersatzteile für Hubschrauber	500

Zu 811 12

Mittel für den Erwerb von gebrauchten Kraftfahrzeugen für den Dienstgebrauch.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 812 15

	2007 Tsd.EUR
Ersatzbeschaffungen:	
12 Sicherungsanlagen Waffenkammern	286
5 Notstromaggregate	214
Kriminalwissenschaftliche Geräte	800
1 Schmauchspurenanalysegerät	300
Ausstattung Kriminaltechnische Labore	100
Analytische Beweissicherungsgeräte	40
Ausstattung Tatortaufnahme	50
Ausstattung Kriminaltechnik	60
45 Bildannahmestationen	130
Ergänzungsbeschaffungen:	
6 Kriminaltechnische Laborausstattungen	270
Für den Ankauf von Dienstpferden als Ersatz für auszumusternde Dienstpferde	25
Multimediale Lehrsaalausstattung einschl. EDV-Ausstattung	30
Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen:	
1. Schutzwesten	2 000
2. Einsatzmittel/Schutzausstattung	830
3. Technisches Gerät	290
4. Gerät für die Verkehrsüberwachung	280
5. Polizeipistolen und Zubehör	550
Fernsprechanlagen	325
Intercomsysteme	425
Mess- und Prüfmittel	25
Telekommunikationsbetriebstische	240
Sprechfunkgeräte /-technik	100
Sprechfunkversorgung/-netze	40
Einsatzleitrechner incl. FMS und FVS	75
Videoanlagen	130
Dokumentationsanlagen	180
IT – Sicherheit	80
Telekommunikationsüberwachung	825
Spezialüberwachungstechnik	150
Digitale Richtfunkstrecken	175
Peil- und Ortungssysteme incl. GPS	80
Weitverkehrkommunikationssystem WSP	150
Antennenanlagen	25
Mobiles Datenfunksystem	15
Telebild-/ Livescansysteme	175
EPOST 810	35
Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen:	
PC und DV-Technik für Sachbearbeitung und DV-Systeme	1 213
Server	100
Fortentwicklung VBS NIVADIS	200
Kriminaltechnische Untersuchung	50
IT-Sicherheit	50
DV-Ausstattung Funkstreifenwagen	100
DV-Systeme Führung und Einsatz	150
DV-Ermittlungsgruppen	150
Zusammen	11 518 000

Noch zu 812 15

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	2.650	—	2.650
2008	—	—	2.500	2.500
2009	—	50	—	50
2010	—	50	—	50
2011 ff.	—	50	—	50
Summe	—	2.800	2.500	5.300

Zu 981 02

Abführung an Kapitel 13 21 Titel 381 22 zur Refinanzierung des Grundstocks für den Ankauf von bebauten Grundstücken (1997 bis einschl. 2011, 2004 bis einschl. 2015, 2005 bis einschl. 2018).

Belastung der Haushaltsjahre	Tsd. EUR
2007	504
2008	504
2009	504
2010	504
ff.	2 420

Zu 981 03

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61

Verlagerung nach Titel 03 20-511 01 u. a., siehe Tabelle Erläuterungen zu Kapitel 03 20 allgemein.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0320 Landespolizei - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 64		**Heilfürsorge und Arbeitsschutz** *Abweichend von § 20 Abs. 1 LHO sind nur gegenseitig deckungsfähig 511 64, 514 64 und 812 64.*	(—)	(23.052)	(22.813)	(+239)	(23.753)
443 64-7	042	Heilbehandlungs-, Krankenhaus-, Zahnbehandlungs- und Kurkosten	—	22.907	22.648	+259	23.617
511 64-2	042	Geräte für Fachaufgaben	—	30	50	–20	18
514 64-1	042	Arzneimittel, Heilmittel u. ä. sowie Kleingeräte	—	106	106	—	118
812 64-2	042	Erwerb von ärztlichen Instrumenten	—	9	9	—	—
TGr. 65		**Bekleidung** *Übertragbar.*	(—)	(5.096)	(4.910)	(+186)	(4.780)
511 65-0	042	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände, Bekleidungszuschüsse, sonstige Entschädigungen, Einkleidungsbeihilfen	—	5.096	4.910	+186	4.709
514 65-0	042	Verbrauchsmittel	—	—	—	—	1
547 65-5	042	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	7
812 65-0	042	Erwerb von landeseigener Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	63
TGr. 66		**Dienstpferde und Diensthunde**	(—)	(—)	(296)	(–296)	(334)
547 66-3	042	Unterhaltungskosten für Dienstpferde und -hunde, Aufwandsentschädigung für die Pflege von Dienstpferden und -hunden	—	—	276	–276	319
812 66-9	042	Ankauf von Dienstpferden	—	—	20	–20	15
TGr. 67		**Aus- und Fortbildung / Nachwuchsgewinnung** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 67.*	(—)	(—)	(2.065)	(–2.065)	(2.166)
427 67-6	042	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	30	–30	21
453 67-7	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	350	–350	238
525 67-8	042	Sachaufwand der Bediensteten einschl. Reisekostenvergütungen	—	—	650	–650	629
547 67-1	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	863	–863	1.175
631 67-2	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	59	–59	53
632 67-9	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	50	–50	31
812 67-7	042	Erwerb von Lehr- und Ausbildungsgeräten	—	—	63	–63	18
TGr. 68		**Waffen, Munition und technisches Gerät**	(—) (800)	(—)	(3.926)	(–3.926)	(4.449)
511 68-5	042	Geräte für Fachaufgaben	—	—	449	–449	514

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 812 64

	2007 Tsd. EUR
1 Ergometrieplatz	9

Zu 511 65

	2007 Tsd. EUR
1. Beschaffung von Dienst- und Schutzkleidung	5 095
2. Einkleidungsbeihilfen für im Personenschutz verwendete Polizeivollzugsbeamte/innen je 256 EUR	1
Zusammen	5 096

Zu 1.:

a. Gem. § 224 Abs. 1 NBG erhalten Polizeivollzugsbeamtinnen und –beamte die Bekleidung und Ausrüstung, die die besondere Art ihres Dienstes erfordern. Der Umfang der Erstausstattung mit Dienstkleidung für den allgemeinen Polizeivollzugsdienst einschließlich der Erfordernisse dienstlicher Verwendung und der Ersatz sowie deren Ergänzung regeln die Bestimmungen der "Dienstkleidung für den Polizeivollzugsdienst (DKIV Pol.)", RdErl. d. MI v. 29.04.2002 -22.2-02431-, VORIS 21022, Nds. MBl. Nr. 21/2002, S. 444.
   Die zeitlich gestaffelte Ausstattung mit der Blauen Uniform erfolgt unter Berücksichtigung der regionalen polizeilichen Gegebenheiten im Wege des kostenneutralen Ersatzes der Grün-beigen Uniform (RdErl. d. MI v. 21.3.2005-LPP 6.22-02431-, VORIS 21022, Nds.MBl. Nr. 14/2005, S. 272).
b. Einer Beamtin/ einem Beamten, die/der zur wirtschaftlichen, technischen oder ärztlichen Betreuung von Polizeieinheiten bei Übungen oder besonderen Einsätzen herangezogen wird, wird für die Dauer der Heranziehung gem. § 224 a NBG Schutzbekleidung zur Verfügung gestellt.
c. Angestellten sowie Arbeiterinnen und Arbeitern ist aufgrund § 66 BAT bzw. § 70 MTArb, soweit das Tragen von Schutzkleidung gesetzlich vorgeschrieben oder vom Arbeitgeber angeordnet ist, diese unentgeltlich zu liefern.

Zu 2.:
Polizeivollzugsbeamtinnen und –beamte, die voraussichtlich für einen längeren Zeitraum im Personenschutz verwendet werden, erhalten nach Ablauf von 3 Monaten seit dem Beginn dieser Verwendung, auf Antrag einen Bekleidungszuschuss in Höhe von 256 EUR als steuerfreie Einkleidungshilfe für die Beschaffung von Gesellschaftskleidung (RdErl. d. MI v. 16.02.2004-22.2-03590-, VORIS 20444, Nds. MBl. Nr. 7/2004, S. 127).

Zu Titelgruppe 66

Verlagerung nach Titel 03 20-547 10 u. a., siehe Tabelle Erläuterungen zu Kapitel 03 20 allgemein.

Zu Titelgruppe 67

Verlagerung nach Titel 03 20-427 01 u. a., siehe Tabelle Erläuterungen zu Kapitel 03 20 allgemein.

Zu Titelgruppe 68

Verlagerung nach Titel 03 20-511 01 u. a., siehe Tabelle Erläuterungen zu Kapitel 03 20 allgemein.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0320 Landespolizei - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
514 68-4	042	Munition und Verbrauchsmaterial	—	—	769	–769	998
518 68-0	042	Mieten und Pachten	—	—	78	–78	—
547 68-0	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	8
812 68-5	042	Erwerb von Waffen und technischem Gerät	— 800	—	2.630	–2.630	2.929
TGr. 69/70		**Fernmeldewesen**	(—) (1.750)	(—)	(6.003)	(–6.003)	(7.660)
511 69-3	042	Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	—	—	620	–620	617
511 70-7	042	Ersatz, Ergänzung und Erstbeschaffung der Fernmeldeanlagen *Übertragbar.*	—	—	370	–370	473
514 69-2	042	Verbrauchsmittel	—	—	319	–319	359
547 69-8	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	562	–562	783
631 69-9	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	45	–45	603
812 69-3	042	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	— 1.750	—	4.087	–4.087	4.826
TGr. 71		**Einführung des Digitalfunks** *Übertragbar.*	(—) (242.130)	(25.812)	(26.870)	(–1.058)	(—)
511 71-5	042	Beschaffung und Unterhaltung von Digitalfunkgeräten	—	—	1.770	–1.770	—
526 71-2	042	Beauftragung von Sachverständigen	—	—	—	—	—
547 71-0	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	2.000	–2.000	—
631 71-0	042	Erstattungen an den Bund	—	—	—	—	—
812 71-5	042	Erwerb von Digitalfunkanlagen	— 242.130	25.812	23.100	+2.712	—
881 71-7	042	Zuweisungen für Investitionen an den Bund	—	—	—	—	—
TGr. 72		**Bekämpfung der Organisierten und Politisch Motivierten Kriminalität** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 72.*	(—)	(—)	(954)	(–954)	(887)
511 72-3	042	Geräte für Fachaufgaben	—	—	92	–92	27
518 72-8	042	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	—	—	—
547 72-8	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	862	–862	828
632 72-5	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—
811 72-7	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	33
812 72-3	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 69/70

Verlagerung nach Titel 03 20-511 01 u. a., siehe Tabelle Erläuterungen zu Kapitel 03 20 allgemein.

Zu Titelgruppe 71

Veranschlagt sind die Ausgaben zur Einführung des Digitalfunks gemäß Kabinettsbeschluss vom 31.05.2005.

Zu 812 71

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	27.640	—	27.640
2008	—	29.410	—	29.410
2009	—	78.580	—	78.580
2010	—	11.100	—	11.100
2011 ff.	—	95.400	—	95.400
Summe	—	242.130	—	242.130

Zu Titelgruppe 72

Verlagerung nach Titel 03 20-511 01 u. a., siehe Tabelle Erläuterungen zu Kapitel 03 20 allgemein.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0320 Landespolizei - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 74		**Vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung, Verkehrsprävention, Verkehrsaufklärung** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 74.*	(—)	(—)	(176)	(–176)	(220)
427 74-9	042	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	1	–1	—
519 74-0	042	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	—	1	–1	0
531 74-0	042	Veröffentlichungen	—	—	2	–2	0
547 74-4	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	57	–57	123
632 74-1	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	115	–115	97
TGr. 75		**Gefangenenwesen**	(—)	(—)	(1.489)	(–1.489)	(1.514)
514 75-7	042	Verpflegung	—	—	8	–8	5
536 75-0	042	Gefangenenvorführungs- und ähnliche Beförderungskosten	—	—	1.270	–1.270	1.308
547 75-2	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	1	–1	0
632 75-0	042	Erstattungen an die Länder für die Abschiebung von Ausländern	—	—	210	–210	200
TGr. 76		**Einrichtung und Ausstattung von Spezialdienststellen**	(—)	(—)	(—)	(—)	(400)
511 76-6	042	Geräte für Fachaufgaben	—	—	—	—	—
547 76-0	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
811 76-0	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 76-6	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	400
TGr. 80		**Feststellung von Alkohol im Blut und der Einnahme von Rauschgiften**	(—)	(—)	(2.622)	(–2.622)	(2.870)
514 80-3	042	Verbrauchsmittel	—	—	170	–170	174
547 80-9	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	2.452	–2.452	2.695
631 80-0	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
632 80-6	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—
TGr. 85		**Kosten für Sondereinsätze der Polizei** **** Erstattungen der Kosten für Einsätze ausserhalb Niedersachsens sind im laufenden Haushaltsjahr durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen*	(4.500) (1.761)	(16.727)	(27.727)	(–11.000)	(21.040)
429 85-7	042	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	600	2.900	–2.300	2.870

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 74

Verlagerung nach Titel 03 20-427 01 u. a., siehe Tabelle Erläuterungen zu Kapitel 03 20 allgemein.

Zu Titelgruppe 75

Verlagerung nach Titel 03 20-547 10 u. a., siehe Tabelle Erläuterungen zu Kapitel 03 20 allgemein.

Zu Titelgruppe 76

Verlagerung nach Titel 03 20-511 01 u. a., siehe Tabelle Erläuterungen zu Kapitel 03 20 allgemein.

Zu Titelgruppe 80

Verlagerung nach Titel 03 20-514 20 u. a., siehe Tabelle Erläuterungen zu Kapitel 03 20 allgemein.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0320 Landespolizei - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
459 85-3	042	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
547 85-0	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	4.500 1.761	16.127	24.827	–8.700	18.170
812 85-5	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 89		**Ausgaben der Polizeiinspektion Cloppenburg/Vechta** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 89.* **** 80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden.*	(—)	(—)	(928)	(–928)	(613)
422 89-5	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	7	–7	—
425 89-4	042	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	1	–1	1
426 89-0	042	Mehrarbeits- bzw. Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	1	–1	—
427 89-7	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	2	–2	—
453 89-8	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfe für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	4	–4	—
511 89-8	042	Geräte für Fachaufgaben	—	—	44	–44	38
514 89-7	042	Verbrauchsmittel	—	—	156	–156	191
547 89-2	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	713	–713	384
631 89-3	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an den Bund	—	—	—	—	—
632 89-0	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—
811 89-1	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 89-8	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 90		**Ausgaben der Polizeiinspektion Celle** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 90.* **** 80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden.*	(—)	(—)	(1.076)	(–1.076)	(1.076)
422 90-9	042	Mehrarbeitsvergütung für Beamtinnen und Beamte	—	—	18	–18	—
425 90-8	042	Überstundenvergütung für Angestellte	—	—	3	–3	—
426 90-4	042	Mehrarbeits- bzw- Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	1	–1	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 547 85

Hier sind Ausgaben, die durch Sondereinsätze der Polizei entstehen, zu buchen.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	2.591	587	—	3.178
2008	—	587	900	1.487
2009	—	587	900	1.487
2010	—	—	900	900
2011 ff.	—	—	1.800	1.800
Summe	2.591	1.761	4.500	8.852

Zu den Titelgruppen 89, 90, 94, 95, 96

Verlagerung nach Titel 03 20-422 06 u. a., siehe Tabelle Erläuterungen zu Kapitel 03 20 allgemein.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0320 Landespolizei - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
427 90-0	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	3	–3	—
453 90-1	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	20	–20	—
511 90-1	042	Geräte für Fachaufgaben	—	—	50	–50	110
514 90-0	042	Verbrauchsmittel	—	—	308	–308	285
547 90-6	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	673	–673	680
631 90-7	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
632 90-3	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—
811 90-5	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 90-1	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 94		**Budgetierte Dienststellen im Bereich der PD Oldenburg** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 94.* **** 80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden.*	(—)	(—)	(2.993)	(–2.993)	(2.320)
422 94-1	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	22	–22	3
425 94-0	042	Überstundenvergütung für Angestellte	—	—	3	–3	5
426 94-7	042	Mehrarbeits- bzw. Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	1	–1	—
427 94-3	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	6	–6	—
453 94-4	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	12	–12	1
511 94-4	042	Geräte für Fachaufgaben	—	—	130	–130	295
514 94-3	042	Verbrauchsmittel	—	—	975	–975	619
547 94-9	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	1.844	–1.844	1.397
631 94-0	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
632 94-6	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—
811 94-8	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 94-4	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0320 Landespolizei - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 95		**Budgetierte Dienststellen im Bereich der PD Braunschweig** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 95.* **** 80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden.*	(—)	(—)	(8.896)	(–8.896)	(5.537)
422 95-0	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	47	–47	1
425 95-9	042	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	7	–7	9
426 95-5	042	Mehrarbeits bzw. Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	5	–5	3
427 95-1	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	22	–22	—
453 95-2	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	122	–122	28
511 95-2	042	Geräte für Fachaufgaben	—	—	968	–968	584
514 95-1	042	Verbrauchsmittel	—	—	1.977	–1.977	1.610
547 95-7	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	5.738	–5.738	3.301
631 95-8	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	4	–4	0
632 95-4	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	6	–6	0
811 95-6	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 95-2	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 96		**Budgetierte Dienststellen im Bereich der PD Göttingen** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 96.* **** 80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden.*	(—)	(—)	(8.990)	(–8.990)	(3.732)
422 96-8	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	32	–32	—
425 96-7	042	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	5	–5	3
426 96-3	042	Mehrarbeits bzw. Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	1	–1	1
427 96-0	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	8	–8	1
453 96-0	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	22
511 96-0	042	Geräte für Fachaufgaben	—	—	143	–143	505
514 96-0	042	Verbrauchsmittel	—	—	2.029	–2.029	897

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0320 Landespolizei - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
547 96-5	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	6.772	–6.772	2.303
631 96-6	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
632 96-2	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—
811 96-4	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 96-0	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—) (250)	(—)	(12.375)	(–12.375)	(13.187)
511 99-5	042	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	—	480	–480	761
514 99-4	042	Verbrauchsmittel	—	—	607	–607	629
518 98-1	042	Kosten der Anmietung von Software	—	—	—	—	8
518 99-0	042	Kosten der Anmietung von Hardware	—	—	—	—	27
525 98-8	042	Kosten der Aus- und Fortbildungsmaßnahmen beim IZN	—	—	250	–250	211
538 98-2	042	Ausgaben für Datenverarbeitung (IZN)	—	—	4.773	–4.773	5.667
538 99-0	042	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	—	2.310	–2.310	1.772
631 99-0	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	55	–55	54
711 99-4	421	Bauausgaben	—	—	—	—	953
812 99-5	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	— 250	—	3.900	–3.900	3.105
		<u>Abschluss Kapitel 0320</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		18.049	20.901	–2.852	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		953	1.125	–172	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		476	392	+84	
		Summe der Einnahmen		19.478	22.418	–2.940	
		4 Personalausgaben	—	813.812	813.703	+109	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	4.500 1.761	120.529	126.207	–5.678	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	2.891	3.762	–871	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	7.000 248.930	48.341	43.544	+4.797	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	31.796	32.523	–727	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	11.500 250.691	1.017.369	1.019.739	–2.370	
		Zuschuss		997.891	997.321	+570	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 98/99

Verlagerung nach Titel 03 20-511 01 u. a., siehe Tabelle Erläuterungen zu Kapitel 03 20 allgemein.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0321 Logistik Zentrum Niedersachsen - Landesbetrieb

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 10-4	042	Ablieferungen des Landesbetriebes LZN		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 10-6	042	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes	—	—	—	—	—
891 10-4	042	Zuführung für Investitionen des Landesbetriebes LZN	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 0321					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	—	—	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0321

Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)

Rechts- und Organisationsgrundlagen

Durch Beschluss der Landesregierung vom 18.12.2001 ist mit Wirkung vom 01.01.2002 das Logistik Zentrum Niedersachsen (LZN) als Landesbetrieb nach § 26 LHO errichtet worden. Das LZN hat seinen Sitz in Hann. Münden, ihm obliegt die Aufgabe des Einkaufs und der Versorgung der Polizei Niedersachsen mit Dienstkleidung.
Rechtsform, Aufgaben und Befugnisse des Landesbetrieb LZN sind im RdErl. d. MI v. 28.02.2002 – Nds. MBl. Nr. 12/2002, S. 245 -, die weiteren Grundsätze sowie die Organisation in der Geschäftsordnung des Landesbetriebes LZN geregelt.
Die Belieferung der Polizeien der Bundesländer Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern ist im Verwaltungsabkommen über die Kooperation bei der Beschaffung von Dienstkleidung für die Polizeien der norddeutschen Länder Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen und der zugehörigen Durchführungsvereinbarungen zum Verwaltungsabkommen vom 08.07.2004 geregelt.
Die Belieferung des Bundesamtes für Güterverkehr ist geregelt im Verwaltungsabkommen mit der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, dieses vertreten durch den Präsidenten des Bundesamtes für Güterverkehr vom 16.04.2002 und in der zugehörigen Durchführungsvereinbarung zum Verwaltungsabkommen vom 16.04.2002.

Verwaltungsaufbau und Haushaltsplan

Der Landesbetrieb LZN untersteht, als unselbständige polizeiliche Einrichtung, der Dienst- und Fachaufsicht des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport – Landespolizeipräsidium –.
Der Landesbetrieb LZN erstellt entsprechend § 26 LHO und den dazugehörigen Verwaltungsvorschriften einen Wirtschaftsplan. Nach Verabschiedung des Haushaltsgesetzes und Verteilung der Haushaltsmittel, Planstellen und anderen Stellen wirtschaftet der Landesbetrieb nach Maßgabe des Wirtschaftsplans.
Die Tätigkeit des LZN ist insgesamt nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Sie ist nach kaufmännischer Bewertung kostendeckungsorientiert. Zuführungen des Landes und Abführungen an das Land sind nicht vorgesehen.

Zielsetzung

Die Aufgaben des Landesbetriebes LZN sind gemäß § 2 und § 3 der Betriebsanweisung:

- Einkauf und Belieferung der Bediensteten sowie der Dienststellen der niedersächsischen Landespolizei nach Vorgabe des MI mit Dienstkleidung, Schutzkleidung und Sonderausstattung (Kernaufgabe).
- Betreiben von Produktentwicklung, Produktweiterentwicklung und Maßnahmen zur Qualitätskontrolle und Qualitätssicherung im Rahmen seiner Aufgaben.
- Darüber hinaus, mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde, der Einkauf und die Belieferung mit Dienstkleidung für öffentlich-rechtliche Bedarfsträger außerhalb der niedersächsischen Landesverwaltung.

Wirtschaftsführung

Das Logistik Zentrum Niedersachsen (LZN) führt als Landesbetrieb eine Finanzbuchführung nach den Regeln der kaufmännischen doppelten Buchführung. Eine Kosten- und Leistungsrechnung als Vollkostenrechnung auf Istkostenbasis, ergänzt um eine Plankostenrechnung, befindet sich im Aufbau. Allen Aufwendungen stehen Erträge entgegen. Zuschüsse des Landes sind nicht vorgesehen.
Die Dienstkleidung wird vom Landesbetrieb LZN nach Art eines Versandhandelshauses vertrieben und führt über die ausgegebene Erstausstattung sowie die Ersatzstücke Buch in Form von personenbezogenen Konten.
Der Ersatz und die Ergänzung von Dienstkleidungsstücken werden durch ein auf das Kalenderjahr bezogenes Bekleidungsbudget ermöglicht. Das Bekleidungsbudget legt das MI fest, der Grundbetrag beträgt derzeit 200,- Euro pro Polizeivollzugsbeamtin/beamten. Den Polizeivollzugsbeamtinnen/beamten steht dieser Betrag für die eigenverantwortliche Beschaffung ihrer Dienstkleidung beim LZN, nach Vorgabe des MI, zur Verfügung.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0321

Leistungsplan

	Anzahl (Soll) 2007	Kosten Tsd. EUR (Soll) 2007	Erlöse Tsd. EUR (Soll) 2007	Deckung (Soll) 2007	Anzahl (Soll) 2006	Kosten Tsd. EUR (Soll) 2006	Erlöse Tsd. EUR (Soll) 2006	Deckung (Soll) 2006	Anzahl (Ist) 2005	Kosten Tsd. EUR (Ist) 2005	Erlöse Tsd. EUR (Ist) 2005	Deckung (Ist) 2005
Versorgung der Landespolizei Niedersachsen	204.365	5.000,0	5.000,0	1	227.662	5.570,0	5.570,0	1	187.390	4.485,9	4.584,7	1,02
- Dienstbekleid.	170.021	3.739,6	3.739,6	1	189.403	4.165,9	4.165,9	1	155.895	3.355,1	3.428,9	1,02
- Sportbekleid.	24.018	629,1	629,1	1	26.755	700,8	700,8	1	22.021	564,4	576,8	1,02
- Arbeitsschutz	2.233	25,4	25,4	1	2.488	28,3	28,3	1	2.057	22,8	23,4	1,02
- Zubehör	8.088	605,9	605,9	1	9.011	675,0	675,0	1	7.417	543,6	555,6	1,02
Versorgung der Landespolizei Hamburg	43.491	800,0	800,0	1	108.727	2.000,0	2.000,0	1	228.762	4.117,4	4.208,0	1,02
- Dienstbekleid.	42.216	762,6	762,6	1	105.539	1.906,5	1.906,5	1	2.22050	3.924,9	4.011,2	1,02
- Sportbekleid.	883	26,4	26,4	1	2.211	66,1	66,1	1	4.649	136,0	139,0	1,02
- Arbeitsschutz	143	2,7	2,7	1	361	6,8	6,8	1	764	14,0	14,4	1,02
- Zubehör	248	8,3	8,3	1	617	20,6	20,6	1	1.299	42,5	43,4	1,02
Versorgung der Landespolizei Bremen	32.425	470,0	470,0	1	24.146	350,0	350,0	1	18.551	263,1	268,9	1,02
- Dienstbekleid.	27.667	352,2	352,2	1	20.605	262,3	262,3	1	15.829	197,2	201,5	1,02
- Sportbekleid.	3.527	99,1	99,1	1	2.627	73,8	73,8	1	2.018	55,5	56,7	1,02
- Arbeitsschutz	390	4,2	4,2	1	288	3,1	3,1	1	223	2,3	2,4	1,02
- Zubehör	840	14,5	14,5	1	626	10,8	10,8	1	481	8,1	8,3	1,02
Versorgung der Landespolizei Schleswig-Holstein	119.615	2.500,0	2.500,0	1	119.615	2.500,0	2.500,0	1	47.181	965,0	986,1	1,02
- Dienstbekleid.	93.466	1.781,3	1.781,3	1	93.466	1.781,3	1.781,3	1	36.866	687,5	702,6	1,02
- Sportbekleid.	19.302	605,7	605,7	1	19.302	605,7	605,7	1	7.613	233,8	238,9	1,02
- Arbeitsschutz	3.717	49,7	49,7	1	3.717	49,7	49,7	1	1.466	19,2	19,6	1,02
- Zubehör	3.134	63,4	63,4	1	3.134	63,4	63,4	1	1.236	24,5	25,0	1,02
Versorgung der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern	73.550	1.000,0	1.000,0	1	73.550	1.000,0	1.000,0	1	30.494	405,7	414,6	1,02
- Dienstbekleid.	65.430	767,5	767,5	1	65.430	767,5	767,5	1	27.127	311,4	318,2	1,02
- Sportbekleid.	6.848	202,8	202,8	1	6.848	202,8	202,8	1	2.840	82,3	84,1	1,02
- Arbeitsschutz	330	6,5	6,5	1	330	6,5	6,5	1	137	2,6	2,7	1,02
- Zubehör	943	23,2	23,2	1	943	23,2	23,2	1	390	9,4	9,6	1,02
Sonstige Länderpolizeien									4.978	69,7	72,3	1,02
Dienstleistung für Bundesamt für Güterverkehr	1.463	30,0	30,0		1.463	30,0	30,0		1.302	20,1	26,7	1,02
Frachterlöse	4.187	10,0	10,0	1					4.313	10,1	10,3	1,02
Gesamtsumme	479.096	9.810,0	9.810,0	1	555.163	11.400,0	11.400,0	1	522.971	10.337,0	10.571,6	1,02

Erläuterungen zu Titeln

Zu 121 10

In den Entgelten, die der Landesbetrieb für Lieferungen und Leistungen erhebt, sind auch Versorgungszuschläge für Beamtinnen und Beamte enthalten, die an das Land abzuführen sind.

03 Ministerium für Inneres und Sport **Anlage**

zu Kapitel 03 21

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Logistikzentrum Niedersachsen

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Bebaute Grundstücke	0	0	0
- Unbebaute Grundstücke	0	0	0
- Gebäude	0	0	0
- Maschinen und Anlagen	0	0	0
- Fahrzeuge	0	0	0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	0	0
Summe 1.:	0	0	0
2. Sonstige Investitionen:			
- Gebäude	0	30.000	0
- Maschinen und Anlagen	0	0	0
- Fahrzeuge	0	0	0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	125.000	88.100	137.432
Summe 2.:	125.000	118.100	137.432
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	0	0	0
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	0	0	0
- Zahlung sonstige Verbindlichkeiten	0	0	44.591
- Erhöhung Bestand liquide Mittel	0	0	825.383
- Erhöhung aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	396
- Inanspruchnahme von Rückstellungen	0	0	92.864
- Ablieferung an den Landeshaushalt	0	0	0
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	0	0	0
Summe 3.:	0	0	963.234
4. Positiver Überleitungsbetrag:	0	0	0
Summe I.:	125.000	118.100	1.100.666
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	0	0	56.447
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z. B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	299.794	118.100	124.443
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	56.447	0	0
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	0	0	0
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen	0	0	0
Summe 1.:	356.241	118.100	180.890
2. Negativer Überleitungsbetrag:	-231.241	0	919.776
Summe II.:	125.000	118.100	1.100.666

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Logistikzentrum Niedersachsen

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:	0	0	0
- aus Fachkapitel	0	0	0
- aus Sondermitteln	0	0	0
Summe 1.:	0	0	0
2. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse			
- Umsatzerlöse Niedersachsen	5.000.000	5.570.000	4.584.695
- Umsatzerlöse Hamburg	800.000	2.000.000	4.208.032
- Umsatzerlöse Bremen	470.000	350.000	268.955
- Umsatzerlöse Schleswig-Holstein	2.500.000	2.450.000	986.083
- Umsatzerlöse Mecklenburg-Vorpommern	1.000.000	1.000.000	414.682
- Umsatzerlöse Sonstige	0	0	72.328
- Erlöse Dienstleistungen BAG	30.000	30.000	26.680
- Frachterlöse	10.000	0	10.198
Summe 2.:	9.810.000	11.400.000	10.571.653
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	0	0	721.885
52000 - Bestandsveränderung	0	0	0
Summe 3.:	0	0	721.885
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	0	0	0
Summe 4.:	0	0	0
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Mieterträge	0	0	0
54600 - Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0	5.390
54800 - Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen und Rückstellungen	0	0	0
54610 - Erträge aus Verwertung	0	0	8.067
58000 - Sonstige Erträge	0	0	20.038
Summe 5.:	0	0	33.495
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:	0	0	0
Summe 6.:	0	0	0
Summe I.:	9.810.000	11.400.000	11.327.033
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
60800 - Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	7.500.000	9.287.897	8.835.344
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0	0
° Unteraufträge in Drittmittelvorhaben	0	0	0
° Werkverträge	0	0	0
° Wissenschaftliche Dienstleistungen	0	0	0
Summe 1.:	7.500.000	9.287.897	8.835.344

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
62000 - Löhne und Zulagen	203.151	260.702	186.394
62100 - Urlaubs/Weihnachtsgeld Arbeiter	13.500	0	13.416
63100 - Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	31.701	73.089	122.879
63110 - Urlaubs/Weihnachtsgeld Beamte	0	0	51
63200 - Vergütungen/Zulagen Angestellte	574.872	776.143	542.259
63210 - Urlaubs/Weihnachtsgeld Angestellte	43.000	0	42.555
63300 - Vermögenswirksame Leistungen	1.536	0	1.536
63900 - Urlaubsverpflichtung	0	0	11.994
Summe 2.1.:	867.760	1.109.934	921.084
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
64100 - Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	147.975	0	124.632
64000 - Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter und Sonstige	51.931	0	42.591
64400 - Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	14.654	26.427	19.473
- Zuführung zum Sondervermögen Nds. Versorgungsrücklage	0	0	547
- Emeritenbezüge	0	0	0
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	0	0	0
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	0	0	0
64350 - Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	75.842	0	53.005
64300 - Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	26.616	0	18.619
64200 - Beihilfen	1.890	3.780	7.560
64200 - Beihilfen für Angestellte	2.835	2.835	0
- Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	0	0	0
- Versorgungsanteil für Altersteilzeit	0	0	0
- Fürsorgeleistungen	0	0	0
66910- Unfallversicherung	2.507	2.527	2.549
Summe 2.2.:	324.250	35.569	268.976
Summe 2.:	1.192.010	1.145.503	1.190.060
3. Abschreibungen:			
65050 - Abschreibung Fuhrpark	1.200	771	491
65100 - Abschreibung Maschinen	2.900	1.825	2.945
65200 - Abschreibung Lagereinrichtung	11.200	6.936	11.188
65300 - Abschreibung EDV-Hardware	38.000	23.576	13.338
65400 - Abschreibung Büroeinrichtung	1.900	1.164	1.878
65500 - Abschreibung Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.300	1.443	736
65600 - Abschreibung EDV-Software	84.500	52.283	41.900
65700 - Abschreibung Büromaschinen	1.900	1.167	1.515
65800 - Abschreibung Transportanlagen	2.800	1.702	2.746
65900 - Abschreibung geringwertige Wirtschaftsgüter	13.200	8.133	15.966
Summe 3.:	159.900	99.000	92.703

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung und Instandhaltung			
67100 - Mieten	70.000	70.000	69.775
61100 - Bewachungskosten	6.000	0	5.842
61120 - Unterhaltung von Gebäuden	1.000	0	0
61170 - Energie	11.000	7.000	6.768
61160 - Wasser	700	700	660
61150 - Heizung	6.000	6.000	5.712
61130 - Reinigung Geschäftsräume	7.000	7.500	6.460
61210 - Müll	1.300	700	1.221
61200 - Straßenreinigung/Kanal	300	0	222
Summe 4.1.:	103.300	91.900	96.660
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
67500 - EDV-Leistungskosten	16.000	24.000	14.074
68220 - Telefon	8.500	0	7.910
68210 - Postgebühren	10.000	10.000	8.896
68100 - Fachliteratur	3.000	2.000	1.782
68020 - Fotokopien	5.500	4.500	5.204
68010 - Bürobedarf	9.000	5.000	8.811
68030 - Drucksachen	12.000	10.000	10.163
68710 - Warenmuster	3.000	0	200
68720 - Warenprüfung	5.000	0	1.299
61450 - Wartung/Reparatur Geschäftsausstattung	9.000	2.000	8.043
67200 - Leasing Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.200	8.200	8.129
61400 - Versandkosten	390.000	403.000	378.584
60040 - Verpackung	75.000	43.000	62.100
68610 - Öffentlichkeitsarbeit	2.000	0	1.740
68600 - Bewirtungskosten	500	0	214
60015 - Öffentl. Ausschreibungen	1.500	0	1.218
61220 - Entsorgung Pappe	3.000	3.000	2.737
68700 - Werbung Katalog	47.290	50.000	18.066
61300 - EDV/Wartung	40.000	28.000	39.620
61350 - EDV/Beratung	30.000	40.000	22.813
69015 - EDV/Sonstiges	5.000	5.000	5.006
61360 - Rechts- und Beratungskosten	10.000	10.000	2.191
61380 - Abschlusskosten	7.000	0	6.922
67800 - Kosten Geldverkehr	3.500	3.000	3.097
69000 - Sonstige Kosten	5.000	5.000	2.682
Summe 4.2.:	708.990	655.700	621.501
4.3. Sonstige personalbezogene Aufwendungen			
68500 - Übernachtungskosten	1.200	0	982
68540 - Reisekosten	500	1.500	92
68520 - Tagegeld	600	1.000	301
68510 - km-Geld	1.700	1.500	1.603
68530 - Fahrtkosten	1.600	0	1.583
66300 - Aus- und Fortbildung	10.000	10.000	1.804
66100 - Personaleinstellung	1.000	1.000	0
61370 - Leistungsverrechnung NLBV	7.000	5.000	6.925
66900 - Sonstige personalbezogene Sachkosten	0	0	0
Summe 4.3.:	23.600	20.000	13.290

03 Ministerium für Inneres und Sport **Anlage**

zu Kapitel 03 21

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
69020 - Periodenfremde Aufwand	0	0	0
69530 - Abschreibungen auf Forderungen	0	0	0
69010 - Verluste aus Verwertung	50.000	0	70.995
69011 - Gewährleistungen	0	0	83.750
69012 - Sonderabschreibungen Warenbestand …	0	0	194.039
Summe 4.4.:	50.000	0	348.784
Summe 4.:	885.890	767.600	1.080.235
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:			
75200 - Zinsen Eigenkapital	72.200	100.000	72.242
Summe 5.:	72.200	100.000	72.242
Summe II.:	9.810.000	11.400.000	11.270.584
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	0	0	56.449
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge	0	0	0
Summe 1.:	0	0	0
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
Summe 2.:	0	0	0
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:	0	0	0
- Körperschaftssteuer	0	0	0
- Gewerbesteuer	0	0	0
- Kapitalertragssteuer	0	0	0
- Umsatzsteuer	0	0	0
Summe 1.:	0	0	0
2. Sonstige Steuern:			
- Kraftfahrzeugsteuer	0	0	0
- Grundsteuer	0	0	0
Summe 2.:	0	0	0
Summe VI.:	0	0	0
VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)	0	0	56.449

03 Ministerium für Inneres und Sport **Anlage**

zu Kapitel 03 21

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Logistikzentrum Niedersachsen

C. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erhöhung der Zuführung/Minderung der Ablieferung			
Gewinnerhöhung ohne Geldfluss, z.B.:			
- Erhöhung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnissen	0	0	721.885
- Erhöhung des Forderungsbestandes	0	0	0
- Erträge ohne Geldzufluss	0	0	0
- Minderung von Rückstellungen	0	0	0
- Minderung von Wertberichtigungen	0	0	0
Summe I.:	0	0	721.885
II. Minderung der Zuführung/Minderung der Ablieferung			
Gewinnminderung ohne Geldfluss, z.B.:			
- Minderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0
- Abschreibungen für Abnutzung (ohne Abschreibungen für geringwertige Wirtschaftsgüter nach § 6 Abs. 2 EStG)	159.000	0	76.738
- Abschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter	0	0	15.966
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	0	0
- Abschreibungen auf Forderungen	0	0	655
- Erhöhung von Rückstellungen	0	0	199.888
- Zunahme langfristiger Verbindlichkeiten gegenüber Land Nds.	72.241	0	72.242
- Zunahme kurzfristiger Verbindlichkeiten	0	0	1.011.139
- Erhöhung von Wertberichtigungen	0	0	265.033
Summe II.:	231.241	0	1.641.661
III. Überleitungsbetrag (Summe I ./. Summe II)	-231.241	0	-919.776

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiter/-innen)

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Planmäßige Beamte/-innen (nachrichtlich)	
A 13 g. D.	1	1		
A 11	—	1		
	1	2	Zusammen	

Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Angestellte	
II a	1	1		
IV a	2	2		
IV b	4	3		
V b	3	3		
VI b	6	6		
VII	4	4		
	20	19	Zusammen	

Bemerkungen

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	1	infolge Umsetzung gemäß § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 03 20

Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Arbeiter/-innen	
4/4 a	8	8		
	8	8	Zusammen	

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0324 Grenzdurchgangslager Friedland

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-1	246	Vermischte Einnahmen		657	171	+486	199
119 53-4	246	Einnahmen aus Nachlässen *Vgl. K-Vermerk zu 681 16.*		—	—	—	—
124 01-5	246	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung **** Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen im GDL Friedland an die hier tätigen Stellen zur Betreuung der im GDL untergebrachten Personen sowie den Dienststellen des Bundes, der Bundesländer und der Kommunen die notwendigen Räumlichkeiten mietfrei überlassen sowie Heizung, Beleuchtung und Wasser unentgeltlich abgegeben werden.*		26	26	—	27
132 01-8	246	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		3	2	+1	5
231 10-5	235	Sonstige Zuweisungen vom Bund		5.867	6.289	–422	6.594
233 10-8	235	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden		25	25	—	54
235 10-0	235	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-6	246	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	4.440	4.525	–85	124
422 19-9	246	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	9
425 01-5	246	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.843
425 06-6	246	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1	1	—	—
426 01-1	246	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	2.628
426 06-2	246	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	8	8	—	2
427 01-8	246	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	36	36	—	9
427 39-5	246	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
443 01-3	246	Fürsorgeleistungen	—	—	—	—	—
453 01-9	246	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	—	—	—	—
511 01-9	246	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände **** *** Der im Vorwort unter Buchstabe E aufgeführte allgemeine Haushaltsvermerk ist für die Bewirtschaftung verbindlich.*	—	200	250	–50	174
514 01-8	246	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	30	30	—	30
514 10-7	246	Verbrauchsmittel	—	380	350	+30	379
517 01-7	246	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	382	382	—	504

E R L Ä U T E R U N G E N

Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 03 24:

Bei der Veranschlagung der Haushaltsmittel ist von einer täglichen Lagerbelegung von bis zu 700 Personen im GDL Friedland ausgegangen worden.

Zu 119 01

Kostenbeteiligung der Spätaussiedler im Landeswohnheim, Erstattungen anderer Bundesländer sowie Einnahmen aus der Verpflegung.

Zu 231 10

Vereinbarungsgemäß erstattet der Bund dem Land die für die Erstaufnahme von Spätaussiedlern und deren Familienangehörigen entstehenden Kosten im GDL Friedland für 500 Betten, 200 Betten nutzt das Land Niedersachsen als Landeswohnheim sowie für jüdische Emigranten; Erstattung für die Beschäftigung von 6 Zivildienstleistenden.

Zu 233 10

Die Gemeinde Friedland erstattet dem Land die für die Wahrnehmung melderechtlicher Aufgaben anfallenden Personalkosten.

Zu 511 01

Gegenseitig deckungsfähig sind innerhalb des Einzelplans 03 die in den Kapiteln 0301, 0302, 0303, 0324, 0326 und 0390 veranschlagten Ausgaben außerhalb von Titelgruppen der Obergruppen 51 bis 54 - mit Ausnahme der Titel 514 13, 529 10, 532 11 und 547 11 - soweit sie

1. nicht übertragbar sind,
2. nicht mit Ausgaben außerhalb des Deckungskreises deckungsfähig sind und
3. nicht mit Einnahmen korrespondieren.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen (2007)

	Ist 1.1.2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	1	1	1
Lkw	1	1	1
Kleinbus	2	2	2
Allzweckfahrzeug-Kleinschlepper	2	2	2
Tanklöschfahrzeug	1	1	1
Einachsanhänger	1	1	1
Zusammen	8	8	8

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0324 Grenzdurchgangslager Friedland

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
518 01-3	246	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	59	59	—	49
518 02-1	246	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	2	2	—	2
519 01-0	246	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	250	235	+15	252
521 10-3	246	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	—	6	21	–15	2
525 01-0	246	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	5	5	—	1
526 01-6	246	Sachverständige	—	1	1	—	0
526 02-4	246	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1	1	—	0
527 01-2	246	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	5	5	—	2
527 02-0	246	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	1	1	—	2
546 01-7	246	Vermischte Ausgaben	—	550	550	—	610
547 10-2	246	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	610	460	+150	461
681 10-0	246	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	1	1	—	2
681 11-9	246	Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an Spätaussiedler	—	275	275	—	410
681 16-0	246	Nachlassangelegenheiten *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 53.*	—	—	—	—	13
684 10-0	236	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	—	205	205	—	205
811 01-2	246	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	83
812 15-9	246	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	40	41	–1	—
981 01-5	990	Abführung an 13 50 - 381 03	—	12	25	–13	24
981 02-3	990	Abführung an 0301 - 381 10	—	16	16	—	21
981 03-1	990	Abführung an 1321 - 381 03	—	871	871	—	870
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(38)	(38)	(—)	(19)
511 99-0	246	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	31	16	+15	10
518 98-6	246	Mieten und Pachten (IuK-Software)	—	—	—	—	—
518 99-4	246	Mieten und Pachten (IuK-Hardware)	—	—	—	—	—
525 98-2	246	Aus- und Fortbildung für Bedienstete (IZN)	—	2	2	—	—
525 99-0	246	Aus- und Fortbildung für Bedienstete (andere Dienstleister)	—	2	2	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 547 10

Erstattung der Kosten für den Betrieb der Kranken- und Pflegestation sowie die Vergabe von sonstigen Dienstleistungen und Werkverträgen.

Zu 684 10

Aufgrund des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Niedersachsen werden Personal- und Sachkosten an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege für die Betreuung der Spätaussiedler im Grenzdurchgangslager Friedland gezahlt. Anteilige Erstattung vom Bund (Titel 231 10).

Zu 812 15

	2007 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffung:	
Kochkessel mit Rührwerk	40

Zu 981 01

Abführung des Versorgungszuschlags an 13 50 – 381 03.

Zu 981 02

Erstattungen der auf die Fachaufsicht entfallenden persönlichen Verwaltungsausgaben im Ministerium (vgl. Zuführung bei Kapitel 03 01 – 381 10).

Zu 981 03

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0324 Grenzdurchgangslager Friedland

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
538 98-7	246	Ausgaben für Datenverarbeitung (IZN)	—	—	—	—	4
538 99-5	246	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	—	—	—	5
547 99-4	246	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	3	3	—	—
812 99-0	246	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	15	–15	—
		Abschluss Kapitel 0324					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		686	199	+487	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		5.892	6.314	–422	
		Summe der Einnahmen		6.578	6.513	+65	
		4 Personalausgaben	—	4.485	4.570	–85	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	2.520	2.375	+145	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	481	481	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	40	56	–16	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	899	912	–13	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	8.425	8.394	+31	
		Zuschuss		1.847	1.881	–34	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0326 Asylbewerber, Kontingent- und sonst. ausländ.Flüchtlinge; Zentrale Aufnahme- und Ausländerbehörden

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-9	235	Vermischte Einnahmen		1.000	1.500	–500	2.836
124 01-2	235	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung **** Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen in der ZAAB Oldenburg, Außenstelle Bramsche, an die hier tätigen Dienststellen des Bundes die notwendigen Räumlichkeiten mietfrei überlassen sowie Heizung, Beleuchtung und Wasser unentgeltlich abgegeben werden.*		130	160	–30	137
132 01-5	235	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		6	6	—	0
231 10-2	235	Sonstige Zuweisungen vom Bund		185	330	–145	489
233 10-5	235	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden		115	—	+115	4
236 10-4	235	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit		—	—	—	64
282 10-6	235	Spenden für Asylbewerber *Vgl. K-Vermerk zu 681 14.*		1	1	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-3	235	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	11.078	12.077	–999	1.477
422 19-6	235	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	12
425 01-2	235	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	7.602
425 06-3	235	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	15	15	—	5
426 01-9	235	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	2.915
426 06-0	235	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	5	5	—	0
427 01-5	235	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	135	147	–12	90
427 39-2	235	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-6	235	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	5	15	–10	0
459 10-3	235	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	3	3	—	—
511 01-6	235	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände **** *** Der im Vorwort unter Buchstabe E aufgeführte allgemeine Haushaltsvermerk ist für die Bewirtschaftung verbindlich.*	—	380	380	—	276
511 10-5	235	Unterkunftsgeräte und Spinnstoffe	—	70	85	–15	56
514 01-5	235	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	85	105	–20	69
514 10-4	235	Lebensmittel, Zutaten	—	550	625	–75	406
514 11-2	235	Kleingeräte	—	22	22	—	32
514 12-0	246	Verbrauchsmittel	—	10	3	+7	13

E R L Ä U T E R U N G E N

Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 03 26:

Veranschlagt sind die Kosten, die dem Land unmittelbar durch die Aufnahme von Asylbewerbern, Kontingentflüchtlingen und anderen ausländischen Flüchtlingen entstehen. Hierbei handelt es sich um die Kosten der Zentralen Aufnahme- und Ausländerbehörden Braunschweig und Oldenburg einschließlich der Außenstellen Goslar und Bramsche mit insgesamt 1.950 Plätzen. Ferner sind veranschlagt die Mittel für die Erstattung der Kosten, die den Gemeinden (GV) und anderen Trägern durch die Aufnahme dieser Personen entstehen.

Zu 119 01

Veranschlagt ist insbesondere die Rückzahlung zuviel gezahlter Kostenerstattungen an die Gemeinden (GV).
Weniger wegen Rückgangs der Prüftätigkeit.

Zu 231 10

Der Bund erstattet dem Land die notwendigen Kosten für die in der ZAAB Oldenburg, Außenstelle Bramsche genutzten Räumlichkeiten. Weniger wegen Wegfall der Erstattungen des Bundesamtes für Zivildienst für 5 Zivildienstleistende.

Zu 233 10

Das Land wird im Wege der Amtshilfe tätig bei der Beschaffung von Passersatzpapieren für in den Kommunen aufhältige ausreisepflichtige Ausländer. Die Kommunen erstatten dem Land die hierdurch anfallenden Kosten.

Zu 427 01

Bei Bedarf werden sonstige Aushilfskräfte befristet in Anlehnung an den BAT beschäftigt.

Zu 511 01

Gegenseitig deckungsfähig sind innerhalb des Einzelplans 03 die in den Kapiteln 0301, 0302, 0303, 0324, 0326 und 0390 veranschlagten Ausgaben außerhalb von Titelgruppen der Obergruppen 51 bis 54 - mit Ausnahme der Titel 514 13, 529 10, 532 11 und 547 11 - soweit sie

1. nicht übertragbar sind,
2. nicht mit Ausgaben außerhalb des Deckungskreises deckungsfähig sind und
3. nicht mit Einnahmen korrespondieren.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen (2007)

	Ist 1.1.2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	8	8	8
Kleinbusse	7	6	6
16-Sitzer-Bus	1	1	1
Allzweckfahrzeug-Kleinschlepper	2	2	2
Compactschlepper	2	2	2
Zusammen	20	19	19

Zu 514 10

Tagesverpflegung für durchschnittlich 500 Personen à 3,05 EUR in der ZAAB Braunschweig.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0326 Asylbewerber, Kontingent- und sonst. ausländ.Flüchtlinge; Zentrale Aufnahme- und Ausländerbehörden

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
517 01-4	235	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	3.200	3.330	–130	2.860
518 01-0	235	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	720	750	–30	679
518 02-9	235	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	60	83	–23	40
519 01-7	235	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	304	385	–81	226
525 01-7	235	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	22	22	—	12
526 01-3	235	Sachverständige	—	290	6	+284	1
526 02-1	235	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	20	8	+12	12
527 01-0	235	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	18	18	—	13
527 02-8	235	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	10	14	–4	5
546 01-4	235	Vermischte Ausgaben	—	5	5	—	57
546 10-3	235	Kosten des Transports von Asylbewerbern und ausländischen Flüchtlingen	—	125	200	–75	51
546 11-1	235	Kosten der Rückführung und Weiterwanderung von ausländischen Flüchtlingen	—	800	775	+25	584
546 12-0	235	Kosten der Passersatzpapierbeschaffung	—	105	—	+105	—
547 10-0	235	Dienstleistungen Außenstehender	—	2.400	2.800	–400	2.416
633 10-3	212	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Gemeinden (GV) *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 633 10, 671 10, 681 15, 681 16 und 681 17.*	—	121.300	134.700	–13.400	141.759
671 10-2	235	Erstattungen an Wohlfahrts- und sonstige Verbände und Träger von Gemeinschaftsunterkünften *Vgl. D-Vermerk zu 633 10.*	—	100	600	–500	546
681 10-8	235	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	2	2	—	—
681 14-0	235	Verwendung der Spenden für Asylbewerber *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 10.*	—	1	1	—	—
681 15-9	235	Sozialleistungen in den ZAAB´en *Vgl. D-Vermerk zu 633 10.*	—	2.100	2.100	—	1.739
681 16-7	234	Erstattungen von Krankenhilfeleistungen an die KVN u.a. *Vgl. D-Vermerk zu 633 10.*	—	2.600	2.600	—	2.372
681 17-5	234	Erstattungen von zahnärztlichen Leistungen *Vgl. D-Vermerk zu 633 10.*	—	160	160	—	125
685 51-0	235	Zuschüsse für Maßnahmen zur Rückführung und Weiterwanderung von ausländischen Flüchtlingen	—	25	25	—	—
811 01-0	235	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	115	26	+89	37
812 10-5	235	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	26	109	–83	8

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 517 01

Veranschlagt sind die Bewirtschaftungskosten der Gebäude und Grundstücke der Einrichtungen einschl. Außenstellen.

Zu 518 01

Veranschlagt sind insbesondere die Mietkosten für die ZAAB Oldenburg.

Zu 519 01

Bauunterhaltung aufgrund außergewöhnlicher Beanspruchung der Liegenschaften durch schnellen Wechsel im Rahmen der Belegung mit ausländischen Flüchtlingen.

Zu 526 01

Veranschlagt sind die Kosten von Sachverständigen, Dolmetschern und Sprachmittlern.
Mehr wegen erstmaliger Veranschlagung der Kosten für Dolmetscher und Sprachmittler bei diesem Titel.

Zu 546 11

Der Bund und die Länder fördern die Rückkehr bzw. Weiterwanderung von ausländischen Flüchtlingen und Angehörigen weiterer Personengruppen im Rahmen gemeinsamer Programms. Vorrangig gefördert wird die freiwillige Rückkehr durch Übernahme der Beförderungskosten und Gewährung von Reisebeihilfen und Starthilfen.
Veranschlagt ist der Anteil des Landes Niedersachsen sowie vom Land im Einzelfall gewährte Rückkehrhilfen.

Zu 546 12

Veranschlagt sind die Kosten für die Passersatzpapierbeschaffung für ausreisepflichtige Ausländer.

Zu 547 10

Veranschlagt sind u. a. die Aufwendungen für die Lieferung von Verpflegung in der ZAAB Oldenburg und der Außenstelle Bramsche, die Kosten der Sanitäts- und Pflegestation sowie der Kinderbetreuung in Oldenburg und Bramsche.
Weniger wegen anderweitiger Veranschlagung der Kosten für Dolmetscher und Sprachmittler.

Zu 633 10

Erstattung der den Kommunen entstehenden Verwaltungskosten für die in den Zentralen Aufnahme- und Ausländerbehörden betriebenen Außenstellen der Gesundheitsämter sowie Erstattung der den Landkreisen und kreisfreien Städten durch die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge entstehenden Kosten nach dem Aufnahmegesetz.
Weniger wegen geringerer Anzahl der Flüchtlinge, für die eine Kostenabgeltung gezahlt wird.

Zu 671 10

Veranschlagt sind die Kosten für die Erstattung der Aufwendungen an kommunale und private Träger von Gemeinschaftsunterkünften sowie Erstattungen an Wohlfahrts- und sonstige Verbände.
Weniger wegen Schließung der ZAAB-Außenstelle Goslar.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 685 51

Zuschüsse zur Finanzierung von Projekten im Rahmen der Rückführung und Weiterwanderung von ausländischen Flüchtlingen.
Vorrangig gefördert werden Projekte von Hilfsorganisationen zur Förderung der freiwilligen Rückkehr.
Bezeichnung des Förderprogramms:
Förderung der freiwilligen Rückkehr von ausländischen Flüchtlingen in das Herkunftsland bzw. Weiterwanderung in ein Drittland; EFF-Projekt „Perspektiven eröffnen“

Rechtliche Grundlage:

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	-	-	-	-	25	25	25	20	25
Korrespondierende Einnahmen aus EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					25	25	25	25	25

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2006

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, jährliche Befristung (das EFF-Projekt ist z. Zt. auf 3 Jahre angelegt)

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Mit dem EFF-Projekt „Perspektiven eröffnen“ des Caritas-Verbandes Hildesheim e. V. werden durch Individualhilfen verstärkt Anreize zur freiwilligen Rückkehr geschaffen. Hierdurch verringert sich der finanzielle Aufwand des Landes, da für jeden in der Kommune aufhältigen AsylbLG-Leistungsempfänger eine pauschale Kostenabgeltung von 4.270 EUR/Jahr zu zahlen ist.

Zielgruppe:
Ausreisepflichtige und ausreisewillige Flüchtlinge, die sich außerhalb von Landeseinrichtungen aufhalten.

Durchschnittliche Förderhöhe:
Die Hilfen haben sich nach den Bedürfnissen des Einzelfalls zu richten. Dabei soll die Förderhöhe bei Barmitteln und geldwerten Sachleistungen in der Regel – unter Berücksichtigung evtl. Mittel aus anderen Programmen – 1.000 EUR pro Person bzw. 2.500 EUR pro Familie nicht überschreiten.

Zu 811 01

	2007 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:	
2 Kleinbusse	70
2 PKW	45
zusammen	115

Zu 812 10

	2007 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:	
Erneuerung der Einrichtung in den ZAAB´en	26

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0326 Asylbewerber, Kontingent- und sonst. ausländ.Flüchtlinge; Zentrale Aufnahme- und Ausländerbehörden

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
981 03-9	990	Abführung an 13 21 - 381 22 zur Refinanzierung des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen	—	264	264	—	264
981 04-7	990	Abführung an 13 21 - 381 03	—	1.093	1.285	–192	966
981 05-5	990	Abführung an 1350-381 03	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(400)	(416)	(–16)	(65)
427 99-6	235	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
511 99-7	235	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgeräte	—	35	42	–7	34
514 99-6	235	Verbrauchsmittel	—	22	17	+5	20
518 98-3	246	Mieten und Pachten (IuK-Software)	—	6	6	—	—
518 99-1	246	Mieten und Pachten (IuK-Hardware)	—	1	1	—	—
525 98-0	235	Kosten der Aus- und Fortbildung der Bediensteten (IZN)	—	3	3	—	—
538 98-4	235	Ausgaben für Datenverarbeitung (IZN)	—	270	298	–28	2
538 99-2	235	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	35	10	+25	9
547 99-1	235	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	8	8	—	0
812 99-7	235	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	20	31	–11	—
		Abschluss Kapitel 0326					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.136	1.666	–530	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		301	331	–30	
		Summe der Einnahmen		1.437	1.997	–560	
		4 Personalausgaben	—	11.241	12.262	–1.021	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	9.576	10.001	–425	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	126.288	140.188	–13.900	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	161	166	–5	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.357	1.549	–192	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	148.623	164.166	–15.543	
		Zuschuss		147.186	162.169	–14.983	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 981 03

Abführungen an 13 21 – 381 22 zur Refinanzierung des Grundstocks - Kaufpreises für ein bebautes Grundstück - wegen Nutzung der ehem. Husarenkaserne in Braunschweig– bis 2011.

Zu 981 04

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu 538 99

Mehr wegen Beschaffung eines Updates für die Niedersächsische Ausländersoftware – NiAs und weiterer Module - Controlling, Berichtswesen – im Rahmen der KLR.

Zu 812 99

	2007 Tsd. EUR
Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen:	
Arbeitsplatzcomputer, Monitore, Drucker	20

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0331 Sportförderung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-3	324	Vermischte Einnahmen		50	50	—	304
119 42-0	323	Rückflüsse aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentsprechend verwendeten Zuweisungen des Bundes (einschl. Zinsen) *Vgl. K-Vermerk zu 547 10.*		20	20	—	—
331 63-2	323	Zuweisungen vom Bund zur Spitzenfinanzierung des Baues von Turn- und Sportstätten *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		—	—	—	370
382 10-5	990	Durchlaufende Gelder *Vgl. K-Vermerk zu 982 10.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
547 10-4	323	Rückzahlungen an den Bund aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentsprechend verwend. Bundeszuw. (einschl.Zinsen) *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 42.*	—	20	20	—	62
684 10-1	324	Zuschüsse aus Konzessionsabgaben an den Deutschen Fußball-Bund *Übertragbar.* **** Ausgaben dürfen geleistet werden aufgrund der Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag vom 13.06.2002.*	—	267	942	–675	101
982 10-2	990	Durchlaufende Gelder *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 10.*	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Allgemeine Förderung des außerschulischen Sports** *Übertragbar.*	(10.000) (—)	(2.500)	(—)	(+2.500)	(4.661)
547 61-9	324	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	0
684 61-6	324	Zuschüsse für lfd. Zwecke an Sonstige	—	—	—	—	—
685 61-2	324	Zuschüsse für lfd. Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	19
883 61-9	323	Zuweisungen für die Errichtung und Sanierung von Sportanlagen an Gemeinden und Gemeindeverbände	10.000 —	2.500	—	+2.500	4.082
893 61-4	323	Zuschüsse für die Errichtung und Sanierung von Sportanlagen an Sonstige	—	—	—	—	560
TGr. 62		**Finanzhilfe an den Landessportbund Niedersachsen e.V. gem. § 7 Abs. 2 NLottG** *Übertragbar.* **** Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.*	(10.000) (—)	(26.661)	(24.161)	(+2.500)	(24.161)
684 62-4	324	Finanzhilfe für lfd. Zwecke	—	22.953	22.953	—	22.952

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0331

Allgemeiner Vermerk:
Die dem Land aufgrund § 6 Abs. 1 NLottG zustehende Konzessionsabgabe beim Zahlenlotto, bei Sportwetten, bei Lotterien und Ausspielungen ist gem. § 7 Abs. 1 bis 3 NLottG zweckgebunden zu verwenden.
Der Landessportbund Niedersachsen e.V. erhält davon 26 660 500 EUR als Finanzhilfe zur Förderung des Sports in anerkannten niedersächsischen Sportverbänden und Sportvereinen und für die allgemeine Förderung des außerschulischen Sports (TGr. 62).

Zu 684 10

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschuss an den Deutschen Fußball-Bund (DFB) für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006

Rechtliche Grundlage: Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006 vom 20.11.2002 (Nds. GVBl. Nr. 31/2002, S. 702) und 10.11.2005 (Nds. GVBl. Nr. 23/2005, S. 329)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	-	379	-	101	942	267	-	-	-
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					942	267	-	-	-

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2002

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 2007

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Der DFB hat die Mittel ausschließlich für gemeinnützige, mit der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006 in Zusammenhang stehende Maßnahmen und Veranstaltungen zu verwenden, insbesondere Talentförderung, Familiensporttage, kulturelle Rahmenprogramme, völkerverbindende Projekte und Vorhaben im Bereich des Breiten-, Jugend- und Behindertensports.

Zielgruppe: Deutscher Fußball-Bund

Durchschnittliche Förderhöhe: 267.000 EUR (abhängig vom Aufkommen der Wetteinsätze bei der Oddset-Sportwette)

Zu 883 61

Mehr infolge eines neuen Sportstättensanierungsprogramms.

Bezeichnung des Förderprogramms: Sportstättensanierungsprogramm für kommunale Sportstätten

Rechtliche Grundlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen (Neufassung in Vorbereitung)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 883 61

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	-	-	-	-	-	2.500	2.500	2.500	2.500
Korrespondierende Einnahmen aus EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					-	2.500	2.500	2.500	2.500

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2007

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 31.12.2011

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Mit den veranschlagten Mitteln werden Sportplätze, Sporthallen sowie Hallen- und Freibäder mit sportlichen Nutzungsansprüchen saniert bzw. modernisiert. Das Sportstättensanierungsprogramm dient der Erhaltung der Infrastruktur des Sports in Niedersachsen.

Zielgruppe: Gemeinden und Gemeindeverbände

Durchschnittliche Förderhöhe: z. Zt. noch nicht bekannt

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	2.500	2.500
2009	—	—	2.500	2.500
2010	—	—	2.500	2.500
2011 ff.	—	—	2.500	2.500
Summe	—	—	10.000	10.000

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 684 62

Bezeichnung des Förderprogramms: Finanzhilfe an den Landessportbund Niedersachsen e.V. (LSB)

Rechtliche Grundlage: § 7 Abs. 2 Niedersächsisches Gesetz über das Lotterie- und Wettwesen vom 21.06.1997 (Nds. GVBl. Nr. 12/1997, S. 289) in der z. Zt. geltenden Fassung, Verordnung über die Förderung der Sportverbände und –vereine aus den Konzessionsabgaben (VO-Sport) vom 01.03.2004 (Nds. GVBl. Nr. 7/2004, S. 95)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	23.176	23.711	25.503	22.952	22.953	22.953	22.953	22.953	22.953
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					22.953	22.953	22.953	22.953	22.953

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[x]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1997

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.-

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Der LSB hat die ihm zustehende Finanzhilfe zur Förderung des Sports in anerkannten niedersächsischen Sportverbänden und –vereinen zu verwenden. Ziel der Sportförderung ist es, die Arbeit dieser Sportverbände und –vereine zu sichern und sie in die Lage zu versetzen, ein flächendeckendes, den unterschiedlichen Interessen und Neigungen der Sporttreibenden entsprechendes und sozialverträgliches Sportangebot zu gewährleisten.

Zielgruppe: Landessportbund Niedersachsen e.V.

Durchschnittliche Förderhöhe: 22.953.000 EUR

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0331 Sportförderung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
893 62-2	324	Finanzhilfe für Investitionen	10.000 —	3.708	1.208	+2.500	1.208
TGr. 63		**Zuweisungen vom Bund zur Spitzenfinanzierung des Baues von Turn- und Sportstätten** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 63.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(443)
883 63-5	323	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	83
893 63-0	323	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	361
		Abschluss Kapitel 0331					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		70	70	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		70	70	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	20	20	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	23.220	23.895	–675	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	20.000 —	6.208	1.208	+5.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	20.000 —	29.448	25.123	+4.325	
		Zuschuss		29.378	25.053	+4.325	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 893 62

Mehr infolge eines neuen Sportstättensanierungsprogramms.

Bezeichnung des Förderprogramms: Finanzhilfe an den Landessportbund Niedersachsen e.V. (LSB) für die Errichtung und Sanierung von Sportanlagen

Rechtliche Grundlage: § 7 Abs. 2 Niedersächsisches Gesetz über das Lotterie- und Wettwesen vom 21.06.1997 (Nds. GVBl. Nr. 12/1997, S. 289) in der z. Zt. geltenden Fassung, Verordnung über die Förderung der Sportverbände und –vereine aus den Konzessionsabgaben (VO-Sport) vom 01.03.2004 (Nds. GVBl. Nr. 7/2004, S. 95) in der z. Zt. geltenden Fassung

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	2.716	2.716	1.342	1.208	1.208	3.708	3.708	3.708	3.708
Korrespondierende Einnahmen aus EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					1.208	3.708	3.708	3.708	3.708

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[x]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1997

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis 31.12.2011 (nur der Anteil des neuen Sportstättensanierungsprogramms)

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Finanzhilfe für die Errichtung, Sanierung und Modernisierung von Vereins- bzw. Verbandssportstätten.

Zielgruppe: Landessportbund Niedersachsen e.V.

Durchschnittliche Förderhöhe: 3.708.000 EUR

Belastung (2007)

der Haus-halts-jahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamt belastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	2.500	2.500
2009	—	—	2.500	2.500
2010	—	—	2.500	2.500
2011 ff.	—	—	2.500	2.500
Summe	—	—	10.000	10.000

Allgemeine Vorbemerkungen zu Kapitel 03 80

Für das budgetierte Kapitel 03 80 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:

1. 422 10, 425 10, 426 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 538 10 und 547 10 sind gegenseitig deckungsfähig.

2. 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 538 10 und 547 10.

3. Mehreinnahmen bei 111 10 und 119 10 erhöhen die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 538 10, 547 10 und 812 10.

4. Mindereinnahmen bei 111 10 und 119 10 vermindern die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 538 10 und 547 10.

5. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung sichergestellt sind. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.

6. Ausgabereste dürfen in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0380 Landesbeauftragter für den Datenschutz - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 10-1	011	Gebühren, sonstige Entgelte		14	14	—	54
119 10-2	011	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	0
		A U S G A B E N					
422 10-7	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	643	727	–84	716
425 10-6	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	77
426 10-2	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—
459 10-8	011	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	1	1	—	—
511 10-0	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	24	24	—	47
514 10-9	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	—	7	7	—	5
517 10-8	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	36	36	—	45
518 10-4	011	Mieten und Pachten	—	49	49	—	71
529 10-6	011	Verfügungsmittel	—	—	—	—	1
538 10-5	011	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	45	45	—	24
547 10-4	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*	—	37	37	—	34
681 10-2	011	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
812 10-0	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	15	44	–29	11
		<u>Abschluss Kapitel 0380</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		14	14	—	
		Summe der Einnahmen		14	14	—	
		4 Personalausgaben	—	644	728	–84	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	198	198	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	15	44	–29	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	857	970	–113	
		Zuschuss		843	956	–113	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0380

Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)

Rechts- und Organisationsgrundlagen

Die/Der LfD ist unabhängig und nur an Gesetz und Recht gebunden und kontrolliert gemäß § 22 Abs. 1 des Niedersächsischen Datenschutzgesetztes (NDSG) die Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorschriften bei Behörden oder sonstigen öffentlichen Stellen.

Verwaltungsaufbau und Budgetplan

Nach § 21 Abs. 3 NDSG ist die Geschäftsstelle des Landesbeauftragten für den Datenschutz dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport zugeordnet. Die Geschäftsstelle ist in vier Teams unterteilt. Zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages aus § 22 Abs. 1 und 3 ist ein Schulungscenter (Datenschutzinstitut Niedersachsen) eingerichtet worden.

Zielsetzung

Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ist Teil der Würde und Persönlichkeit des Menschen und zugleich elementare Funktionsbedingung eines freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens. Es sichert das Recht des Einzelnen, grundsätzlich selbst zu entscheiden, wann und innerhalb welcher Grenzen er seine persönlichen Lebensumstände offenbart und zu welchen Zwecken seine personenbezogenen Informationen genutzt werden dürfen. Auftrag des Landesbeauftragten ist es, die informationelle Selbstbestimmung und ihre Beachtung durch öffentliche Stellen einzufordern.

Unser Leitbild:
- Wir engagieren uns für Grundrechtsschutz.
- Wir beraten und informieren.
- Wir fördern datenschutzfreundliche Technologien.
- Wir stellen uns technischem und gesellschaftlichem Wandel.
- Wir arbeiten kompetent, bürgernah und serviceorientiert.

Erläuterungen zum Produkthaushalt nach § 17a LHO

Budgetierungsmodell

Zu den Aufgaben des LfD gehört neben der datenschutzrechtlichen Kontrolle die vorsorgende Aufklärung und Beratung von Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen sowie von Bürgerinnen und Bürgern in allen Fragen von Datenschutz und Datensicherheit. Darüber hinaus begleitet der LfD Automatisierungs- und Rechtsetzungsvorhaben und unterrichtet den Landtag und die Öffentlichkeit über wesentliche Entwicklungen des Datenschutzes.
Bei der Erstellung des Produktes „Datenschutz im öffentlichen Bereich“ (siehe produktbezogene Erläuterungen) werden Arbeitsergebnisse unterschiedlicher Qualität und Ausführung erzielt. So erfordert z.B. eine Kontrolle im öffentlichen Bereich in derselben Prüfungsmitteilung unterschiedliche Bearbeitungstiefen und Bearbeitungsaufwände bei der Bewertung datenschutzrechtlicher, organisatorischer, verfahrensmäßiger oder der auf die Anforderungen der Datensicherheit bezogenen Fragen; umso weniger ergeben sich gleichartige Aufwände und Qualitäten über die einzelne Kontrolle hinaus. Das gilt für die anderen Produkte entsprechend. Insofern werden von jedem Produkt immer jeweils nur Einzelstücke erstellt, so dass als Leistungsmenge , die Zahl der Produkte nicht sinnvoll zugrunde gelegt werden kann. Um jedoch eine vergleichbare Aussage bei den Mengen zu erreichen, werden bei der Leistungsmenge die tatsächlich erbrachten Arbeitsstunden für das jeweilige Produkt zu Grunde gelegt. Anders verhält es sich im Datenschutzinstitut Niedersachsen. Hier bildet die Anzahl der Schulungstage die jeweilige Leistungsmenge.
Die folgenden Ziele bilden die Grundlage der Aufgabenerfüllung und gelten als Qualitätsmaßstab der unten aufgeführten Produkte:

Wirkungsziele:

- Datenschutzrechtliche Bewertung von Rechtsetzungs- und Automatisierungsvorhaben.
- Begleitung der technologischen Entwicklung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien aus Datenschutzsicht und Aufklärung der Nutzer sowie der Bürgerinnen und Bürger über Gefahrenpotentiale und Sicherheitsvorkehrungen.
- Entwicklung und Erprobung datenschutzfreundlicher und praxisnaher Lösungen, Verbreitung der Ergebnisse im Internetangebot des LfD sowie durch Herausgabe von Checklisten und Handlungsanleitungen.
- Ausbau und Pflege von Netzwerken und Kooperationen sowie Entwicklung gemeinsamer Konzepte zu datenschutzrechtlichen Problemstellungen.
- Vertretung der Arbeitsergebnisse und Konzepte gegenüber den Ausschüssen des Landtages sowie gegenüber den Medien und der Öffentlichkeit.
- Entwicklung und Durchführung von datenschutzrechtlichen Fortbildungsmaßnahmen sowie von Vorträgen.

Ökonomische Ziele:

- Weitere Steigerung der Wirtschaftlichkeit durch Kostensenkungen und Einnahmeerhöhung.
- Hohe Beschäftigung durch umfassende Auslastung.

Interne Ziele:

- Festlegung mittel- und langfristiger Arbeitsziele und –schwerpunkte mit Zielvereinbarungen.
- Dezentrale Zusammenführung von Fach- und Ressourcenverantwortung (Delegation der Fach- und Ressourcenverantwortung bis auf die Ebene der Teams, interne Budgetierung).

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0380

Externe Ziele:

- Offensive und bürgernahe Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere durch den Ausbau des Internetangebotes, das Öffnen neuer Kommunikationskanäle (z. B. Mitwirkung bei Tagen der offenen Tür, allgemeine Veranstaltungen mit Volkshochschulen und anderen Einrichtungen der Erwachsenenbildung) sowie eine Verbreiterung des Schulungsangebotes im Datenschutzinstitut.
- Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Behörden und anderen Stellen der öffentlichen Verwaltung, insbesondere durch gemeinsame Projekte, regelmäßige Erörterungen aktueller Problemstellungen.
- Intensivierung der Unterstützung für die Arbeit der behördlichen Datenschutzbeauftragten, insbesondere durch die Vitalisierung der vorhandenen digitalen und analogen Netzwerke.

Abordnungen aus anderen Geschäftsbereichen:

Eine personelle Verstärkung der Geschäftstelle ist dadurch erreicht worden, dass Bedienstete aus anderen Geschäftsbereichen (Finanzen, Polizei, Gesundheit) für eine befristete Zeit an die Geschäftstelle abgeordnet werden. Die Abordnungen haben das Ziel, einerseits der Geschäftsstelle für die Bearbeitung von datenschutzrechtlichen Fragestellungen spezifisches Fach- und Praxiswissen zur Verfügung zu stellen, andererseits die betreffenden Mitarbeiter/innen durch die Tätigkeit in der Geschäftsstelle mit den Inhalten und Zielen des Datenschutzes so vertraut zu machen, dass sie nach Ende ihrer Abordnungszeit in ihren Fachbereichen als Multiplikatoren mit dazu beitragen, dass den Gesichtspunkten des Datenschutzes bei der Facharbeit mehr Gewicht gegeben wird.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0380

Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs

Produkte	Leistungs-menge -Stück- (Soll) 2007	Zielkosten -EUR- (Soll) 2007	Gesamtzielkosten -EUR- (Soll) 2007	Leistungs-menge -Stück- (Soll) 2006	Zielkosten -EUR- (Soll) 2006	Leistungsmenge -Stück- (Ist) 2005	Ist-Kosten -EUR- (Ist) 2005
Datenschutz im öffentlichen Bereich	13.826 Stunden	91,05 pro Stunde	1.258.779,48	20.149,05 Stunden	69,99 pro Stunde		
Schulungen im Datenschutzinstitut Niedersachsen	51 Tage	2.292,66 pro Tag	130.925,88	21 Tage	1.904,33 pro Tag		
Gesamtsumme			1.389.705,36				

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag

	Gesamtzielkosten -EUR- (Soll) 2007	Eigenerlöse -EUR- (Soll) 2007	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt -EUR- (Soll) 2007
Datenschutz im öffentlichen Bereich	1.258.779,48	0	1.258.779,48
Schulungen im Datenschutzinstitut Niedersachsen	130.925,88	14.000	116.925,88
Summe	1.389.705,36	14.000	1.375.705,36
Davon empfangene Abgeordnete aus anderen Geschäftsbereichen	160.134,69		160.134,69
Sonstige Eigenerlöse			
Produktsumme	1.229.570,67	14.000	1.215.570,67
Haushaltsausgleich	0		0
Gesamtsumme	1.229.570,67	14.000	1.215.570,67

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0380

Überleitungsrechnung		Einnahmen (0-3)				Ausgaben (4-9)						
Bereichshaushalt (Produkte)	Tsd. EUR	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	HH-Abgl.
+ Verwaltungserträge	14		14									
+ Erträge aus Erstattungen												
+/- Bestandsveränderungen												
+ sonstige betriebliche Erträge												
= Erträge	14											
- Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	791					643						148
- Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	244											244
- sonstige Personalaufwendungen	1					1						
= Personalaufwendungen	1.036											
- Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	14						14					
- Aufwendungen Kommunikation und Reisen	13						13					
- Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	99						99					
- Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	62						62					
- Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	6						6					
- Abschreibungen												
= Sachaufwendungen	194											
= Aufwendungen	1.230											
= Ergebnis nach eigenen Erträgen	-1.216											
+ Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	1.216											
= Ergebnis nach Landeszuschuss	0											
+ Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen	0											
- Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	0											
= Finanzergebnis	0											
+ außerordentliche Erträge	0											
- außerordentliche Aufwendungen	0											
+/- Haushaltsausgleich	0											
= außerordentliches Ergebnis	0											
= neutrales Ergebnis	0											
= Gesamtergebnis	0											
- Investitionen der Hauptgruppe 5							4					-4
- Investitionen der Hauptgruppe 8										15		-15
= Einnahmen und Ausgaben des Budgets			14			644	198			15		
+/- Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets*												148
= Kapitelsumme		0	14	0	0	644	198	0	0	15	0	

*Die Aufwendungen für Dienstbezüge enthalten einen Betrag für Altersteilzeitbedienstete, die sich in der Freistellungsphase befinden. Der erhöhte Mehrbedarf i.H.v. 148.000 EUR wird gedeckt in Anwendung der Nr. 6 der Allgemeinen Bestimmungen zu den persönlichen Verwaltungsausgaben.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0380

Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln

Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen

Angesichts der Vielfalt der wahrzunehmenden Aufgaben und der begrenzten Stellenausstattung der Geschäftsstelle ist es erforderlich, einen Großteil der Kapazitäten durch Schwerpunktsetzung und Prioritätenbildung auf die Bereiche zu konzentrieren, die für die weitere Entwicklung aus Datenschutzsicht von besonderer Bedeutung sind. Im Herbst 2006 erfolgt die Festlegung der für das Jahr 2007 maßgebenden Projekte in einem Jahresarbeitsprogramm, welches im Internet-Angebot des LfD (www.lfd.niedersachsen.de) ab Januar 2007 anonymisiert veröffentlicht wird.

Produkte	2007	2006	+-% Veränderungen zu 2006	Bemerkungen
Produktgruppe: Datenschutz im öffentlichen Bereich (Prozentuale Verteilung der Personalressourcen)				
Rechtsetzungsverfahren	5 %	5 %	0 %	
Kontrolle	15 %	15 %	0 %	
Beratung, Bearbeitung von Einzelfällen	50 %	50 %	0 %	
Information für die Öffentlichkeit	15 %	15 %	0 %	
Projekte aus dem Jahresarbeitsprogramm	15 %	15 %	0 %	
Produktgruppe: Schulungen im Datenschutzinstitut Niedersachsen (Prozentuale Verteilung der Personalressourcen				
Entgeltpflichtige Veranstaltungen	25	15		
Entgeltfreie Veranstaltungen	23	3		
Externe Veranstaltungen	3	3		
Fremdnutzung	0	0		

Kennzahlen/Qualitätsziele/Leistungsmerkmale für die Arbeit des LfD

Unmittelbar auf die Inhalte der Arbeit bezogene Leistungsmerkmale/Qualitätsziele/Kennzahlen sind angesichts der besonderen Aufgabenstellung des LfD und des Umstandes, dass die Aufgabenerledigung ganz überwiegend nicht in gleichartig strukturierter Form erfolgt (z.B. Durchführung einer Kontrolle), nur schwer zu finden. Jedoch werden für das HHJ 2007 verschiedene Parameter zur Herleitung mittelbarer Qualitätsziele/Leistungsmerkmale/Kennzahlen zum Aufbau eines internen Berichtswesens entwickelt.

Zu 529 10

Zentrale Veranschlagung im Epl. 13.

Zu 812 10

	2007 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:	
Beschaffung mobiler Clients	15

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0390 Landesamt für Verfassungsschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-6	049	Vermischte Einnahmen		26	26	—	97
132 01-2	049	Erlöse aus der Veräußerung beweglicher Sachen		10	13	–3	—
		A U S G A B E N					
422 01-0	049	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	9.946	10.041	–95	6.263
422 06-1	049	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 19-3	049	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	26
425 01-0	049	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	2.796
425 06-0	049	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1	1	—	—
426 01-6	049	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	759
426 06-7	049	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	20	20	—	34
426 10-5	049	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
453 01-3	049	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	3	5	–2	0
453 11-0	049	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	2	2	—	—
511 01-3	049	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände **** Der im Vorwort unter Buchstabe E aufgeführte allgemeine Haushaltsvermerk ist für die Bewirtschaftung verbindlich.*	—	50	50	—	56
514 01-2	049	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	177	135	+42	170
517 01-1	049	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	246	246	—	258
518 01-8	049	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	692	692	—	691
518 02-6	049	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	16	16	—	27
519 01-4	049	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	4	4	—	1
526 01-0	049	Sachverständige	—	5	5	—	7
526 02-9	049	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1	1	—	3
527 02-5	049	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	1	1	—	1
529 10-9	049	Verfügungsmittel	—	—	—	—	1
531 10-3	049	Veröffentlichungen und sonstige Öffentlichkeitsarbeit **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs.*	—	2	2	—	4

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0390

Allgemeiner Vermerk:
Einnahmen und Ausgaben, die im Einzelnen der Geheimhaltung unterliegen, werden nicht erläutert. Hierüber ist der Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammen mit dem/der Vorsitzenden und dem/der stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zu unterrichten.
Die Prüfung der hier nachgewiesenen Ausgaben und der damit im Zusammenhang stehenden Einnahmen erfolgt gemeinsam durch den Präsidenten/die Präsidentin und zwei weitere durch den Senat zu bestimmende Mitglieder des LRH (§ 89 Abs. 3 LHO).
Sonderkosten für Polizeivollzugsbeamte/-beamtinnen, die dem Landesamt für Verfassungsschutz angehören, sind in dem Haushalt der Landespolizei – Kap. 03 20 – mitveranschlagt.
Dazu gehören:
1. Kosten für Heilfürsorge –TGr. 64–
2. Kosten für Sportbekleidung –TGr. 65–
3. Kosten für Aus- und Fortbildung (Laufbahnlehrgänge) –453 01, 525 20 und 547 10–

Zu 511 01

Gegenseitig deckungsfähig sind innerhalb des Einzelplans 03 die in den Kapiteln 0301, 0302, 0303, 0324, 0326 und 0390 veranschlagten Ausgaben außerhalb von Titelgruppen der Obergruppen 51 bis 54 - mit Ausnahme der Titel 514 13, 529 10, 532 11 und 547 11 - soweit sie

1. nicht übertragbar sind,
2. nicht mit Ausgaben außerhalb des Deckungskreises deckungsfähig sind und
3. nicht mit Einnahmen korrespondieren.

Zu 517 01

In den Ansätzen sind auch die Aufwendungen berücksichtigt, die durch die Mitbenutzung des Dienstgebäudes durch andere Dienststellen entstehen.

Zu 529 10

Zentrale Veranschlagung im Epl. 13.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 0390 Landesamt für Verfassungsschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 531 10-3		*4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*					
536 10-5	049	Geheimschutzaufklärung und -erziehung	—	1	1	—	2
546 59-3	049	Sonstige Verwaltungsausgaben **** Vgl. Allgem. Vermerk zu Kapitel 0390.*	—	986	950	+36	993
631 01-9	049	Erstattung von Verwaltungsausgaben an den Bund *Übertragbar.*	—	105	100	+5	100
681 10-5	049	Schadenersatzleistungen **** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind bis zur Höhe von 3.000 EUR zulässig*	—	8	8	—	8
812 01-3	049	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen **** Vergl. Allgem. Vermerk zu Kapitel 0390.*	—	350	228	+122	227
981 03-6	990	Abführung an 13 21- 381 03	—	1	—	+1	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(201)	(96)	(+105)	(119)
511 99-4	049	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	—	50	50	—	67
525 98-7	049	Aus- und Fortbildung IZN	—	5	5	—	—
525 99-5	049	Aus- und Fortbildung durch Außenstehende	—	1	1	—	0
538 98-1	049	Ausgaben für Datenverarbeitung (IZN)	—	3	3	—	—
538 99-0	049	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	2	2	—	—
812 99-4	049	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	140	35	+105	52
		Abschluss Kapitel 0390					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		36	39	–3	
		Summe der Einnahmen		36	39	–3	
		4 Personalausgaben	—	9.972	10.069	–97	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	2.242	2.164	+78	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	113	108	+5	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	490	263	+227	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1	—	+1	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	12.818	12.604	+214	
		Zuschuss		12.782	12.565	+217	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 546 59 und zu 812 01

Für besondere Zwecke des Verfassungsschutzes.

Zu 981 03

Abführungen der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu 812 99

	2007 Tsd. EUR
Terminal-Server-Technologie	140

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 03					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		67.462	75.147	–7.685	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		19.860	22.786	–2.926	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		824	732	+92	
		Summe der Einnahmen		88.146	98.665	–10.519	
		4 Personalausgaben	—	1.003.031	1.012.306	–9.275	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6.400 2.661	201.283	206.138	–4.855	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	600 —	230.496	241.027	–10.531	
		7 Baumaßnahmen	—	100	275	–175	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	27.000 249.312	80.246	78.668	+1.578	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	37.411	39.627	–2.216	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	34.000 251.973	1.552.567	1.578.041	–25.474	
		Zuschuss		1.464.421	1.479.376	–14.955	

Einzelplan 03

Ministerium für Inneres und Sport

Übersicht über das Beschäftigungsvolumen, das Personalkostenbudget und die Stellen

(bisher: Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise)

für das

Haushaltsjahr 2007

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
390,48	388,57	379,43

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	5,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	5,74
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	10,74
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	4,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	4,83
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	8,83
bleibt Zugang	1,91

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
18.712	19.628	18.959

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 03 01 Ministerium für Inneres und Sport

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) 1 (-) kw bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers infolge ZV II.
			Planmäßige Beamte/-innen[5])[6])[22])[24])	[2]) 1 (-) kw bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers infolge ZV II.
			Feste Gehälter:	[4]) 1 (1) Planstelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
B 10	1	1	Staatssekretär/-in – als Leiterin oder Leiter der Stabsstelle Verwaltungsmodernisierung –	[5]) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 03 01 und Kapitel 03 03 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.
B 9[13])	1	1	Staatssekretär/-in	[6]) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 03 01 und 03 80 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.
B 6	1	1	Landespolizeipräsident/-in	[7]) 1 (-) kw zum 31. 12. 2010.
B 6	4	4	Ministerialdirigent/-in	[8]) 1 (-) kw zum 31. 12. 2010.
B 4	1	1	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin – als Bevollmächtigte oder Bevollmächtigter der Niedersächsischen Landesregierung für den Einsatz der Informationstechnik –	[9]) 2 (-) kw zum 31. 12. 2010.
B 3	6	6	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin	[13]) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 LBesO.
B 3	1	1	Landespolizeivizepräsident/-in	[16]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.
B 2	20	20	Ministerialrat/-rätin/Direktor/-in der Polizei – im Ministerium für Inneres und Sport–	[18]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
			Aufsteigende Gehälter:	[21]) kw.
A 16[7])	28	28	Ministerialrat/-rätin, Leitende(r) Direktor/-in	[22]) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 03 01 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.
A 15	27	25	Direktor/-in	[24]) Insgesamt 11 (16) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen und Stellen für beamtete Hilfskräfte und Angestellte des Kapitels 03 01 kw ab 1. 1. 2005 infolge ZV II.
A 14[27])	11	15	Oberrat/-rätin	[25]) 2 (-) kw infolge ZV II.
A 13[16])	5	5	Oberamtsrat/-rätin	[26]) 1 (-) kw infolge ZV II.
A 13[4])[8])	73	70	Oberamtsrat/-rätin, Erste(r) Hauptkommissar/-in	[27]) 1 (-) kw infolge ZV II.
A 12[1])	72	74	Amtsrat/-rätin, Hauptkommissar/-in	
A 11[2])[9])	26	21	Amtmann/-männin/-frau, Hauptkommissar/-in	
A 10[25])	15	14	Oberkommissar/-in, Oberinspektor/-in	
A 9[26])	4	4	Inspektor/-in	
A 9[18])	10	10	Amtsinspektor/-in, Hauptmeister/-in	
A 9	10	7	Amtsinspektor/-in, Hauptmeister/-in	
A 8	1	3	Hauptsekretär/-in, Obermeister/-in	
A 7	—	1	Obersekretär/-in	
A 6	—	1	Sekretär/-in	
	317	313	Zusammen	
			Leerstellen:	
B 2[21])	1	1	Ministerialrat/-rätin	
A 16[21])	1	1	Ministerialrat/-rätin	
A 14[21])	1	1	Oberrat/-rätin	
A 13[21])	1	1	Oberamtsrat/-rätin	
A 12[21])	4	2	Amtsrat/-rätin	
A 11[21])	3	1	Amtmann/-männin/-frau	
	11	7	Zusammen	

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 03 01 Ministerium für Inneres und Sport

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	1	neu
Bes.-Gr. A 15	2	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 04 01 1 infolge Verlagerung von Kapitel 15 01
Bes.-Gr. A 14	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 07 05 mit Übernahme kw – ZV II
Bes.-Gr. A 13 h. D.	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 07 05 mit Übernahme kw – ZV II
Bes.-Gr. A 13 g. D.	2	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 03 20 1 neu
Bes.-Gr. A 12	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 14 01 und gleichz. Ausbringung eines pers. kw-Vermerks infolge ZV II
Bes.-Gr. A 11	3	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 14 01 und gleichz. Ausbringung eines pers. kw-Vermerks infolge ZV II 2 neu
Bes.-Gr. A 10	2	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 05 20 mit Übernahme kw – ZV II 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 07 05 mit Übernahme kw – ZV II
Bes.-Gr. A 9 g. D.	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 07 05 mit Übernahme kw – ZV II
Zusammen	14	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 04 01
Bes.-Gr. A 14	5	davon 3 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 03 20 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 04 20 mit Übergang kw – ZV II 1 infolge Verlagerung nach Kapitel 15 01
Bes.-Gr. A 13 h. D.	1	infolge Stelleneinsparung – Stelle ZV II – teilw. Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 24
Bes.-Gr. A 12	2	davon 1 infolge Stelleneinsparung – Stelle ZV II – teilw. Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 24 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 03 20
Bes.-Gr. A 6 m. D.	1	infolge Stelleneinsparung – Stelle ZV II – teilw. Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 24
Zusammen	10	
Bleibt Zugang	4	

Stellenhebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 g. D.	1	von Bes.-Gr. A 12
Bes.-Gr. A 11	2	von Bes.-Gr. A 10
Bes.-Gr. A 10	1	von Bes.-Gr. A 9 g. D.
Bes.-Gr. A 9 m. D.	3	von Bes.-Gr. A 8
Bes.-Gr. A 8	1	von Bes.-Gr. A 7
Zusammen	8	

Leerstellen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12	2	neu
Bes.-Gr. A 11	2	
Zusammen	4	

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 24 ist in der Stellenzahl entsprechend den dargestellten Veränderungen und dem Übergang der Einsparverpflichtung für eine Stelle in das Kapitel 03 24 angepasst worden (Insgesamt 16 (63) Stellen für planmäßige Beamte/-innen und Stellen für Beamtete Hilfskräfte und Angestellte des Kapitels 03 01 kw ab 1. 1. 2005 infolge ZV II.).
Die Haushaltsvermerke Nr. 1, 2, 5, 7, 8, 9, 25, 26 und 27 sind neu ausgebracht worden.

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Beamtete Hilfskräfte[8)][19)]
A 9	3	3	Inspektor/-in z. A.
	3	3	Zusammen
			Angestellte[8)][9)][17)][19)]
Außertariflich			
B 2	1	1	
I[4)]	2	2	
I a	1	1	
IV a[18)]	7	6	
IV b	3	4	
V b[2)][20)]	10	9	
V c	15	16	
VI b[2)]	20	20	
VII[6)]	5	6	
VIII	1	1	
IX b–VII[5)]	20	22	
	85	88	Zusammen
			Leerstellen:
V b[7)]	—	1	
V c[7)]	1	1	
VI b[7)]	2	3	
IX b–VII[7)]	1	1	
	4	6	Zusammen

Haushaltsvermerke

[2)] Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die ersten Vorzimmerkräfte der Staatssekretärinnen/der Staatssekretäre sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Grn. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärinnen/der Staatssekretäre und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Grn. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[4)] 1 (1) ku nach Verg.-Gr. I a (VD).

[5)] Hier sind Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[6)] Angestellte im Fernschreibdienst, die mit mindestens einem Drittel der regelmäßigen Arbeitszeit Textverarbeitungsautomaten bedienen und hierbei vollwertige Leistungen erbringen, erhalten eine außertarifliche Funktionszulage. Die Zulage wird in Höhe der entsprechenden tariflichen Zulagen gewährt.

[7)] kw.

[8)] Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 03 01 und Kapitel 03 03 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[9)] Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 03 01 und 03 80 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[17)] Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 03 01 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[18)] 2 (2) Stellen dürfen nur bis zu 50 % besetzt werden.

[19)] Siehe Haushaltsvermerk Nr. 24 zum Stellenplan des Kapitels 03 01.

[20)] 1 (-) kw infolge ZV II.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 03 01 Ministerium für Inneres und Sport

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Beamtete Hilfskräfte

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 8 ist neu ausgebracht worden.

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. V b	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 07 05 mit Übernahme kw – ZV II

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. VII	2	infolge Stelleneinsparungen für neue Planstellen
Verg.-Gr. IX b–VII	2	davon 1 infolge Stelleneinsparungen ZV II – teilweiser Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 19 1 infolge Stelleneinsparung für neue Planstellen
Zusammen	4	
Bleibt Abgang	3	

Höher-/Herabgruppierungen:

	Stellen		
Verg.-Gr. IV a	1	von Verg.-Gr. IV b	gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 2006 durchgeführte anderweitige Einstufungen
Verg.-Gr. VII	1	von Verg.-Gr. V c	

Leerstellen

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. V b	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Verg.-Gr. VI b	1	
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen:
Die Haushaltsvermerke Nr. 8 und 20 sind neu ausgebracht worden.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Arbeiter/-innen[1])
5	4	4	
4[2])	7	7	
2/2 a	6	6	
1	1	1	
	18	18	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 03 01 und Kapitel 03 03 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[2]) 1 (1) Stelle kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist neu ausgebracht worden.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
122,35	131,10	121,68

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	0,42
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,42
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	2,17
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	7,00
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	9,17
bleibt Abgang	8,75

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
5.426	5.657	6.667

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 03 03 Ministerium für Inneres und Sport (Regierungsvertretungen)

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen[1)][8)][9)]	1) Insgesamt 0,5 (9,5) Stellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Beamtete Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter/-innen des Kapitels 03 03 kw ab 1. 1. 2005 infolge ZV II.
			Feste Gehälter:	2) 1 (1) Planstelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
B 3	1	1	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin	3) kw.
B 2	3	3	Ministerialrat/-rätin	4) 1 (1) Planstelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
			Aufsteigende Gehälter:	6) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
A 16	1	1	Leitende(r) Direktor/-in	7) 1 (1) Planstelle darf nur bis zu 50 % besetzt werden.
A 15	4	4	Direktor/-in	8) 8 (8) Stellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Beamtete Hilfskräfte und Angestellte in den Vermittlungsstellen der Jobbörse – Kap. 03 03 – kw ab 1. 1. 2010 infolge ZV II.
A 14	12	13	Oberrat/-rätin	9) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 03 03 und Kapitel 03 01 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.
A 13	—	1	Rat/Rätin	10) 1 (-) kw infolge ZV I.
A 13[4)]	5	6	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	4	5	Amtsrat/-rätin	
A 11[2)]	19	19	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	15	16	Oberinspektor/-in	
A 9	1	1	Inspektor/-in	
A 9[6)]	3	3	Amtsinspektor/-in	
A 9[7)][10)]	4	4	Amtsinspektor/-in	
A 8	1	1	Hauptsekretär/-in	
A 7	3	3	Obersekretär/-in	
	76	81	Zusammen	
			Leerstellen:	
A 13[3)]	1	1	Rat/Rätin	
A 11[3)]	1	1	Amtmann/-männin/-frau	
A 10[3)]	3	3	Oberinspektor/-in	
A 9[3)]	—	1	Inspektor/-in	
A 9[3)]	2	1	Amtsinspektor/-in	
A 7[3)]	1	1	Obersekretär/-in	
	8	8	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9 g. D.	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 02 91
Bes.-Gr. A 9 m. D.	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 04 20 mit Übergang kw – ZV I –
Zusammen	2	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	infolge Stelleneinsparung – Stelle ZV II – tw. Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 1
Bes.-Gr. A 13 h. D.	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 03 20 mit Übergang kw – ZV II –
Bes.-Gr. A 13 g. D.	1	infolge Stelleneinsparung – Stelle ZV II – teilw. Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 1
Bes.-Gr. A 12	1	infolge Stelleneinsparung – Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 5 –
Bes.-Gr. A 10	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 02 91
Bes.-Gr. A 9 g. D.	1	infolge Stelleneinsparung – Stelle ZV II – teilw. Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 1
Bes.-Gr. A 9 m. D.	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 03 20 mit Übergang kw – ZV II –
Zusammen	7	
Bleibt Abgang	5	

Leerstellen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9 m. D.	1	neu

Abgang:		
Bes.-Gr. A 9 g. D.	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist in der Stellenzahl den Veränderungen angepasst worden. (Insgesamt 9,5 (31) Stellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Beamtete Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter/-innen des Kapitels 03 03 kw ab 1. 1. 2005 infolge ZV II.).
Der Haushaltsvermerk Nr. 5 ist mit Einsparung der Planstelle weggefallen (1 (1) Planstelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.).
Die Haushaltsvermerke Nr. 9 und 10 sind neu ausgebracht worden.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 03 03 Ministerium für Inneres und Sport (Regierungsvertretungen)

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Beamtete Hilfskräfte[1)][2)][5)][6)]
A 13	29	33	Assessor/-in
A 9	1	1	Inspektor/-in z. A.
	30	34	Zusammen
			Leerstellen
A 13[4)]	—	1	Assessor/-in
			Angestellte[2)][5)][6)]
I a	1	1	
II a	1	1	
IV a	3	3	
V b	1	1	
V c	5	5	
VI b	5	5	
VII	2	3	
IX b–VII[3)][7)]	11	10	
	29	29	Zusammen
			Leerstellen
IX b–VII[4)]	1	1	

Haushaltsvermerke

[1)] Bei Bedarf können davon
4 Stellen im Einzelplan 07
3 Stellen im Einzelplan 08
2 Stellen im Einzelplan 09
2 Stellen im Einzelplan 15
1 Stelle im Einzelplan 05
in Anspruch genommen werden.

[2)] Siehe Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan des Kapitels 03 03.

[3)] Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[4)] kw.

[5)] Siehe Haushaltsvermerk Nr. 8 zum Stellenplan des Kapitels 03 03.

[6)] Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 03 03 und Kapitel 03 01 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[7)] 1 (-) kw infolge ZV II.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Beamtete Hilfskräfte

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	4	davon
	3	infolge Stelleneinsparung – Stellen ZV II – tw. Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 2
	1	infolge befristete Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO bis 28. 2. 2007 nach Kapitel 09 41
Zusammen	4	

Leerstellen

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 6 ist neu ausgebracht worden.

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IX b-VII	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 09 41 mit Übernahme kw – ZV II –

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. VII	1	infolge Stelleneinsparung – Stellen ZV II – tw. Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 2

Sonstige Veränderungen:
Die Haushaltsvermerke Nr. 6 und 7 sind neu ausgebracht worden.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst
A 13	5	5	Referendar/-in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
	5	5	Zusammen
			Arbeiter/-innen[1)][2)]
4/4 a	3	3	
	3	3	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1)] Siehe Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan des Kapitels 03 03.

[2)] Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 03 03 und Kapitel 03 01 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist neu ausgebracht worden.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
155,68	179,04	158,41

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	22,36
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	1,00
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	23,36
bleibt Abgang	23,36

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
7.886	8.904	8.128

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 03 04 Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen[6][7][11]	1) Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber können Professorinnen/Professoren aus diesen Planstellen nach der BesO C in der bisherigen Wertigkeit C 3 bzw. C 2 besoldet werden.
			Feste Gehälter:	2) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
B 3	1	1	Präsident/-in der Niedersächsischen Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege	4) 2 (2) ku nach Bes.-Gr. A 11.
			Aufsteigende Gehälter:	5) kw.
			Verwaltung	6) Die Planstellen für Professorinnen und Professoren (Bes.-Gr. W 2) dürfen mit Laufbahnbeamtinnen und -beamten (BesO A und B) sowie mit Richterinnen und Richtern oder Staatsanwältinnen und Staatsanwälten besetzt werden.
A 15	1	1	Direktor/-in	
A 13[4]	3	3	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	1	1	Amtsrat/-rätin	
A 11[10]	4	5	Amtmann/-männin/-frau	7) Bei Bedarf können Planstellen bei 03 01 und 03 04 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.
A 10	1	1	Oberinspektor/-in	
A 9	1	1	Inspektor/-in	9) 3 (3) ku nach Bes.-Gr. W 2 ab 1. 7. 2003.
A 9[2][13]	2	2	Amtsinspektor/-in	10) 1 (-) kw bei Ausscheiden der/des Stelleninhaberin/Stelleninhabers infolge ZV II.
A 9[14]	1	1	Amtsinspektor/-in	
A 8	1	1	Hauptsekretär/-in	11) Bei Bedarf können Planstellen bei 03 04 und 03 20 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.
			Lehre, Praxisausbildung	
W 2[1]	57	61	Professor/-in	12) Vgl. 11 04 – Leerstellen.
R 1[12][15]	1	1	Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Amtsgericht, Staatsanwalt/-wältin	13) 1 (1) ku nach Bes.-Gr. A 11.
A 15[9]	4	4	Direktor/-in	14) 1 (1) ku nach Bes.-Gr. A 11.
A 14[16]	4	7	Oberrat/-rätin	15) 1 (1) ku nach Bes.-Gr. W 2 ab 1. 7. 2003.
A 13[17]	6	6	Rat/Rätin	16) 4 (7) ku nach Bes.-Gr. W 2 ab 1. 7. 2003.
A 13	9	14	Oberamtsrat/-rätin, Erste(r) Polizeihauptkommissar/-in	17) 6 (6) ku nach Bes.-Gr. W 2 ab 1. 7. 2003.
A 12	8	10	Amtsrat/rätin, Hauptkommissar/-in	
A 11	4	4	Amtmann/-männin/-frau, Hauptkommissar/-in	
A 10	7	7	Oberkommissar/-in	
A 9	13	13	Kommissar/-in	
	129	144	Zusammen	
			Leerstellen:	
A 9[5]	1	1	Polizeikommissar/-in	
	1	1	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Abgang:	Stellen	
Verwaltung		
Bes.-Gr. A 11	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 1 LHO nach Kapitel 04 04
Lehre, Praxisausbildung		
Bes.-Gr. W 2	5	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 1 LHO nach Kapitel 04 04
Bes.-Gr. A 14	2	
Bes.-Gr. A 13 g. D.	5	
Bes.-Gr. A 12	2	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 1 LHO nach Kapitel 04 04 1 infolge Stelleneinsparung ZV II – gleichz. Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 21
Zusammen	15	
Umwandlung:		
Bes.-Gr. W 2	1	von Bes.-Gr. A 14 infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 16

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 10 ist neu ausgebracht worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 16 ist nach Umsetzung von zwei ku-Vermerken nach Kapitel 04 04 und teilweisem Vollzug angepasst worden (7 (7) ku nach Bes.-Gr. W 2 ab 1. 7. 2003.).
Der Haushaltsvermerk Nr. 21 ist infolge Vollzugs weggefallen (1 (1) kw ab 1. 1. 2009 infolge ZV II.).

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 03 04 Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte[2])
II a	1	1	
IV b	5	5	
V c	3	5	
VI b	4	5	
VII	4	4	
VIII	3	3	
IX b–VII[1])[5])[7])	6	7	
X	1	1	
	27	31	Zusammen
			Leerstellen:
IX b–VII[8])	1	—	

Haushaltsvermerke

[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[2]) Bei Bedarf können Stellen bei 03 01 und 03 04 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[5]) 5 (5) ku nach Verg.-Gr. VII.

[7]) 1 (1) kw nach Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 5.

[8]) kw

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. V c	2	infolge Umsetzung
Verg.-Gr. VI b	1	gem. § 50 Abs. 1 LHO
Verg.-Gr. IX b-VII	1	nach Kap. 04 04
Zusammen	4	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IX b-VII	1	neu

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 6 ist in das Kapitel 04 04 umgesetzt worden (1 (-) ku nach Verg.-Gr. VIII.).
Der Haushaltsvermerk Nr. 7 ist nach Umsetzung des Haushaltsvermerks Nr. 6 korrigiert worden (1 (-) kw nach Vollzug der Haushaltsvermerke Nr. 5 und 6.).
Der Haushaltsvermerk Nr. 8 ist neu ausgebracht worden.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst
A 9	85	85	Inspektoranwärter/-in
			Arbeiter/-innen
4	1	3	
3	—	1	
2/2 a	1	3	
	2	7	Zusammen

Haushaltsvermerke

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	2	infolge Umsetzung
Lohn-Gr. 3	1	gem. § 50 Abs. 1 LHO
Lohn-Gr. 2/2a	2	nach Kapitel 04 04
Zusammen	5	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
73,80	75,50	71,11

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	1,70
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	1,70
bleibt Abgang	1,70

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
2.662	2.765	2.637

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 03 07 Brandschutz

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
			Planmäßige Beamte/-innen	
			Aufsteigende Gehälter: Verwaltungsdienst	
A 16	1	1	Ltd. Branddirektor/-in	
A 14	2	2	Oberrat/-rätin	
A 13	1	1	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	8	8	Amtsrat/-rätin	
A 11	12	12	Amtmann/-männin/-frau	
A 9[2])	3	3	Hauptbrandmeister/-in	
A 9	8	8	Hauptbrandmeister/-in	
A 8	7	7	Oberbrandmeister/-in, Hauptsekretär/-in	
	42	42	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Die Stellen verteilen sich wie folgt auf die Landesfeuerwehrschulen:

Bes.-Gruppe	Celle*)	Loy
A 16	—	1 Ltd. Branddirektor/-in
A 14	2 Brandoberrat/-rätin	—
A 13 g. D.	1 Brandoberamtsrat/-rätin	—
A 12	1 Regierungsamtsrat/-rätin	—
	5 Brandamtsrat/-rätin	2 Brandamtsrat/-rätin
A 11	7 Brandamtmann-männin/-frau	3 Brandamtmann-männin/-frau
		2 Regierungsamtmann/-männin/-frau
A 9 m.Z.	2 Hauptbrandmeister/-in	1 Hauptbrandmeister/-in
A 9	5 Hauptbrandmeister/-in	3 Hauptbrandmeister/-in
A 8	3 Oberbrandmeister/-in	3 Oberbrandmeister/-in
	1 Regierungshauptsekretär/-in	—
Insgesamt	27 Stellen	15 Stellen

*) Zugleich „Prüfstelle für Feuerlöschschläuche“ und „Normenprüfstelle für kommunale Feuerwehrfahrzeuge“.

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist infolge Vollzugs weggefallen (Siehe Haushaltsvermerk Nr. 1 zu den Stellenübersichten des Kapitels 03 07.).

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[2]) 1 (–) Stelle darf nur zu 0,5 in Anspruch genommen werden.
			Angestellte	
V b	1	1		
V c	2	2		
VI b	2	2		
VII	4	4		
VIII[2])	4	4		
IX b	1	1		
	14	14	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Die Stellen verteilen sich wie folgt auf die Landesfeuerwehrschulen:

	Celle*)	Loy
Verg.-Gr. V b	1	—
Verg.-Gr. V c	—	2
Verg.-Gr. VI b	2	—
Verg.-Gr. VII	3	1
Verg.-Gr. VIII	3	1
Verg.-Gr. IX b	—	1
Insgesamt	9	5

*) Zugleich „Prüfstelle für Feuerlöschschläuche“ und „Normenprüfstelle für kommunale Feuerwehrfahrzeuge“.

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist infolge Vollzugs weggefallen (Insgesamt 1 (–) Stelle für planmäßige Beamte/-innen, Angestellte oder Arbeiter/-innen kw ab 1. 1. 2009 infolge ZV II.).
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist neu ausgebracht worden.

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[3]) 1 (–) Stelle darf nur zu 0,5 in Anspruch genommen werden.
			Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst	
A 13	1	1	Brandreferendar/-in	
A 9	4	4	Inspektor-Anwärter/-in	
A 6	4	4	Sekretär-Anwärter/-in	
	9	9	Zusammen	
			Arbeiter/-innen	
6/6 a	3	3		
5/5 a	5	5		
4/4 a	4	4		
2/2 a[3])	7	8		
	19	20	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Die Stellen verteilen sich wie folgt auf die Landesfeuerwehrschulen:

Celle*)	Loy
12	7

*) Zugleich „Prüfstelle für Feuerlöschschläuche“ und „Normenprüfstelle für kommunale Feuerwehrfahrzeuge“.

Sonstige Veränderungen:
Die Haushaltsvermerke Nr. 1 (Siehe Haushaltsvermerk Nr. 1 zu den Stellenübersichten des Kapitels 03 07.) und Nr. 2 (1 (2) kw infolge ZV II.) sind vollzogen worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 3 ist neu ausgebracht worden.

Abgang:

	Stellen	
Lohn-Gr. 2/2 a	1	infolge Stelleneinsparung ZV II – Vollzug Haushaltsvermerk Nr. 2

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
377,37	393,77	379,39

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	6,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	1,00
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	7,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	1,00
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	22,40
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	23,40
bleibt Abgang	16,40

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
16.466	17.135	17.582

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 03 09 Landesamt für Statistik

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 5 Abs. 6 Satz 3 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
			Planmäßige Beamte/-innen[1])	[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
			Feste Gehälter:	[3]) Soweit zugleich Landeswahlleiter/-in, sonst B 3, gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668).
B 4[3])	1	1	Präsident/-in des Landesamtes für Statistik	
B 2	1	1	Abteilungsdirektor/-in	
			Aufsteigende Gehälter:[1])	
A 16	3	3	Leitende(r) Direktor/-in	
A 15	6	6	Direktor/-in	
A 14	9	9	Oberrat/-rätin	
A 13	5	5	Rat/Rätin	
A 13	2	2	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	2	2	Amtsrat/-rätin	
A 11	9	8	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	4	4	Oberinspektor/-in	
A 9	2	2	Inspektor/-in	
A 9[2])	1	1	Amtsinspektor/-in	
A 8	5	5	Hauptsekretär/-in	
	50	49	Zusammen	
			Leerstellen:	
A 11	—	2	Amtmann/-männin/-frau	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I Seite 1597 ff.):

Gehobener Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 2 a) der VO
A 11	1
Insgesamt geh. Dienst	1

Zugang: Stellen
Bes.-Gr. A 11 — 1 — infolge Stellenumsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 03 18

Leerstellen:
Abgang: Stellen
Bes.-Gr. A 11 — 2 — infolge Vollzugs der kw-Vermerke

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 4 ist infolge Vollzugs weggefallen (kw (Leerstellen)).

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 03 09 Landesamt für Statistik

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte
I b	1	1	
II a[23)30)36)]	3	4	
III	5	5	
IV a[6)]	38	39	
IV b[29)35)]	36	36	
V b[5)22)28)34)]	11	11	
V c[27)33)]	77	77	
VI b[9)26)32)]	28	28	
VII[5)8)11)21)25)31)]	160	176	
	359	377	Zusammen

Haushaltsvermerke

[5)] Die Besetzung von 2 (-) Stellen V b und 4 (-) Stellen VII hat unter Einbindung der Job-Börse zu erfolgen.

[6)] 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[8)] 1 (-) Stelle darf nur bis zu 50% besetzt werden.

[9)] Die jeweilige Sekretärin des Präsidenten/der Präsidentin des Landesamtes für Statistik ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

Die vorstehend genannte Vorzimmerkraft erhält eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung bzw. der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[21)] 19,5 (19,5) kw zum 31. 12. 2007 infolge ZV II.

[22)] 2 (2) kw zum 31. 12. 2007 infolge ZV II.

[23)] 1 (1) kw zum 31. 12. 2007 infolge ZV II.

[25)] 9,5 (9,5) kw zum 31. 12. 2008 infolge ZV II.

[26)] 3 (3) kw zum 31. 12. 2008 infolge ZV II.

[27)] 3 (3) kw zum 31. 12. 2008 infolge ZV II.

[28)] 3 (3) kw zum 31. 12. 2008 infolge ZV II.

[29)] 3 (3) kw zum 31. 12. 2008 infolge ZV II.

[30)] 1 (1) kw zum 31. 12. 2008 infolge ZV II.

[31)] 10 (10) kw zum 31. 12. 2009 infolge ZV II.

[32)] 2 (2) kw zum 31. 12. 2009 infolge ZV II.

[33)] 2 (2) kw zum 31. 12. 2009 infolge ZV II.

[34)] 3 (3) kw zum 31. 12. 2009 infolge ZV II.

[35)] 3 (3) kw zum 31. 12. 2009 infolge ZV II.

[36)] 1 (1) kw zum 31. 12. 2009 infolge ZV II.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. V b	2	Umwandlungen aus Mitteln des Titels 427 10
Verg.-Gr. VII	4	Umwandlungen aus Mitteln des Titels 427 10
Zusammen	6	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	1	infolge Stelleneinsparung ZV II – Vollzug Haushaltsvermerk Nr. 20 –
Verg.-Gr. IV a	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 03 18
Verg.-Gr. V b	2	infolge Stelleneinsparung ZV II – Vollzug Haushaltsvermerk Nr. 19 –
Verg.-Gr. VII	20	davon 19 infolge Stelleneinsparung ZV II – Vollzug Haushaltsvermerk Nr. 18 – 1 infolge Stelleneinsparung – Vollzug Haushaltsvermerk Nr. 11 –
Zusammen	24	
Bleibt Abgang	18	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 11 ist infolge Einsparung einer Stelle weggefallen (2 (1) Stellen dürfen nur bis zu 50 % besetzt werden.). Die Haushaltsvermerke Nr. 18 (19,5 (13) kw zum 31. 12. 2006 infolge ZV II.), Nr. 19 (2 (2) kw zum 31. 12. 2006 infolge ZV II.) und Nr. 20 (1 (1) kw zum 31. 12. 2006 infolge ZV II.) sind infolge Vollzugs weggefallen.
Die Haushaltsvermerke Nr. 5 und 8 sind neu ausgebracht worden.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Arbeiter/-innen
5	1	1	
4[1)]	1	1	
	2	2	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1)] 1 (1) kw zum 31. 12. 2009 infolge ZV II.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
42,00	-	-

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	42,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	42,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,00
bleibt Zugang	42,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
2.178	-	-

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 03 11 Kampfmittelbeseitigung

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) 1 (–) kw. [2]) 3 (–) kw. [3]) 4 (–) kw. [4]) 3 (–) kw mit Wegfall der Aufgaben. [5]) 1 (–) kw. [6]) 1 (–) kw mit Wegfall der Aufgaben.
			Angestellte	
V b[1])	1	—	Verwaltungsdienst	
V c[3])	6	—		
VII	1	—		
III	1	—	Technischer Dienst (TV-Mun-Nds.)	
IV b	1	—		
V a[2])	6	—		
V c[4])	3	—		
VI b[5])[6])	2	—		
	21	—	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. V b	1	infolge Verlagerung aus der Titelgruppe 61
Verg.-Gr. V c	6	
Verg.-Gr. VII	1	
Technischer Dienst		
Verg.-Gr. III	1	
Verg.-Gr. IV b	1	
Verg.-Gr. V a	6	
Verg.-Gr. V c	3	
Verg.-Gr. VI b	2	
Zusammen	21	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nrn. 1 bis 6 sind aus der Titelgruppe 61 verlagert worden.

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Arbeiter/-innen	
5	4	—		
5	4	—	Technischer Dienst (TV-Mun-Nds.)	
4	13	—		
	21	—	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Zugang:	Stellen	
Lohn-Gr. 5	4	infolge Verlagerung aus der der Titelgruppe 61
Technischer Dienst		
Lohn-Gr. 5	4	
Lohn-Gr. 4	13	
Zusammen	21	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
24,70	26,40	24,05

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	1,00
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	0,70
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	1,70
bleibt Abgang	1,70

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
973	1.072	998

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 03 14 Studieninstitut des Landes Niedersachsen – budgetiert –

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[2]) Bei Bedarf können Planstellen bei 03 01 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.
			Planmäßige Beamte/-innen[2])	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	1	Leitende(r) Direktor/-in	
A 15	2	2	Direktor/-in	
A 14	1	1	Oberrat/-rätin	
A 13	1	1	Rat/Rätin	
A 13	1	1	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	3	4	Amtsrat/-rätin	
A 11	3	4	Amtmann/-männin/-frau	
A 9	1	1	Inspektor/-in	
A 9	2	2	Amtsinspektor/-in	
	15	17	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 03 24
Bes.-Gr. A 11	1	infolge Stelleneinsparung ZV II-Vollzug Haushaltsvermerk Nr. 3
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 3 ist vollzogen worden (1 (1) kw ab 1. 1. 2005 infolge ZV II).

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.
			Angestellte[4])	[4]) Bei Bedarf können Stellen bei 03 01 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.
V c	1	1		[5]) 1 (1) Stelle darf nur bis zu 50% besetzt werden.
VI b	2	2		[6]) 1 (1) Stelle darf nur bis zu 50% besetzt werden.
VII	1	1		
VIII[5])	2	2		
IX b–VII[1])[6])	1	1		
	7	7	Zusammen	

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst	
A 6	30	30	Sekretäranwärter/-in	
			Arbeiter/-innen	
1	1	1		
2/2 a	1	1		
	2	2	Zusammen	

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 03 16 Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Planmäßige Beamte/-innen[2] **(Titel 422 01)**
			Feste Gehälter:
B 2	1	1	Direktor/-in des Landesbetriebes Informatikzentrum Niedersachsen
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	2	2	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	5	5	Direktor/-in
A 14	1	1	Oberrat/-rätin
A 13	10	10	Oberamtsrat/-rätin
A 12	23	22	Amtsrat/-rätin
A 12	1	1	Polizeihauptkommissar/-in
A 11	51	53	Amtmann-/männin/-frau
A 11	2	2	Polizeihauptkommissar/-in
A 10	31	31	Oberinspektor/-in
A 9	3	3	Inspektor/-in
A 9[1])	4	4	Amtsinspektor/-in m. Z.
A 9	8	8	Amtsinspektor/-in
A 8	2	2	Hauptsekretär/-in
A 7	1	2	Obersekretär/-in
A 6	1	1	Oberamtsmeister/-in
A 5	1	1	Oberamtsmeister/-in
	147	149	Zusammen

Haushaltsvermerke

Allgemeine Haushaltsvermerke:

A) Das MI ist ermächtigt, für das IZN im Bedarfsfall bis zu 20 Planstellen in einem Haushaltsjahr gegen Einsparung entsprechender Angestelltenstellen im Wirtschaftsplan auszubringen.

B) Das IZN darf Stellen nur im Zusammenhang mit Einnahmen aufgrund der Auftragslage besetzen oder wieder besetzen.

C) Insgesamt 40 (54) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für beamtete Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter/-innen sind kw infolge ZV II.

[1]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[2]) Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1597) in der jeweiligen Fassung vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1597) in der jeweils geltenden Fassung.

Gehobener Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 2 der VO
A 13	8
A 12	18
A 11	50
A 10	16
A 9	2
Insgesamt	94

Mittlerer Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 2 der VO
A 9[1])	2
A 9	2
A 8	2
A 7	1
Insgesamt	7

Planmäßige Beamte/-innen

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12	1	infolge Stelleneinsparung – Stelle ZV II – Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 5
Bes.-Gr. A 7	1	infolge Stelleneinsparung – Stelle ZV II – teilweiser Vollzug des Allgemeinen Haushaltsvermerks C
Zusammen	2	
Stellenhebungen:		
Bes.-Gr. A 12	2	von Bes.-Gr. A 11

Sonstige Veränderungen:

Der Allgemeine Haushaltsvermerk C ist entsprechend den dargestellten Veränderungen angepasst worden (insgesamt 54 (74) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für beamtete Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter/-innen sind kw infolge ZV II, davon sind 14 (34) bis 31. 12. 2007 abzubauen.).
Der Haushaltsvermerk Nr. 3 ist mit Einsparung der Planstelle weggefallen (1 (2) Stelle ku nach Bes.-Gr. A 11 nach Ausscheiden des Stelleninhabers.).
Der Haushaltsvermerk Nr. 5 ist vollzogen worden (1 (-) Stelle kw mit Ablauf des 31. 3. 2006 infolge ZV II.).

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 03 17 Landesbetrieb Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen (LGN)

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Planmäßige Beamte/-innen
			Feste Gehälter:
B 2	1	1	Direktor/-in des Landesbetriebes Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen
			Aufsteigende Gehälter:[2)][13)][16)][17)][18)][19)]
A 16	1	1	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	4	6	Direktor/-in
A 14	7	9	Oberrat/-rätin
A 13	3	2	Rat/Rätin
A 13[9)]	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 13	5	5	Oberamtsrat/-rätin
A 12	11	15	Amtsrat/-rätin
A 11	15	13	Amtmann/-männin/-frau
A 10	—	5	Oberinspektor/-in
A 9[4)]	3	3	Amtsinspektor/-in
A 9	9	6	Amtsinspektor/-in
A 8	8	11	Hauptsekretär/-in
A 7	2	4	Obersekretär/-in
A 5	1	1	Oberamtsmeister/-in
	71	83	Zusammen
			Leerstellen:
A 11[3)]	1	1	Amtmann/-männin/-frau
A 8[3)]	1	1	Hauptsekretär/-in
	2	2	Zusammen

Haushaltsvermerke

[2)] Die Zuordnung zu Funktionsgruppen im Sinne des § 26 BBesG ergibt sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.

[3)] kw.

[4)] Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[9)] Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[13)] Bei Bedarf können nicht besetzte Stellen bei Kap. 03 17 und Kap. 03 18 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[16)] Insgesamt 4 (13) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 17 kw zum 31. 12. 2007 infolge ZV II.

[17)] Insgesamt 4 (14) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 17 kw zum 31. 12. 2008 infolge ZV II.

[18)] Insgesamt 4 (13) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 17 kw zum 31. 12. 2009 infolge ZV II.

[19)] Insgesamt 5 (7) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 17 kw zum 31. 12. 2010 infolge ZV II.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Die Planstellen verteilen sich auf
- den Allgemeinen Verwaltungsdienst — nach § 26 Abs. 1 BBesG
- die Sachbearbeitung — nach § 3 Nr. 4 der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I Seite 1597 ff.)
- den Technischen Dienst — nach § 1 Nr. 6, 9 und 12 der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I Seite 1596)

wie folgt:

Bes.-Gr.	Allgemeiner Verwaltungsdienst	Sachbearbeitung	Technischer Dienst	Zusammen
B 2	—	—	1	1
A 16	—	—	1	1
A 15	—	—	4	4
A 14	—	—	7	7
A 13 h. D.	—	—	3	3
A 13 m. Z.	—	—	1	1
A 13 g. D.	—	—	5	5
A 12	1	—	10	11
A 11	1	—	14	15
A 10	—	—	—	—
A 9 m. Z.	—	3	—	3
A 9	1	7	1	9
A 8	1	3	4	8
A 7	—	—	2	2
A 5	1	—	—	1
Insgesamt	5	13	53	71

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	1	}
Bes.-Gr. A 11	2	} infolge Verlagerung von Kapitel 03 18
Bes.-Gr. A 9	2	}
Zusammen	5	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	2	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 15 (Stelle gem. ZV II)
Bes.-Gr. A 14	2	} infolge Verlagerung nach
Bes.-Gr. A 12	4	} Kapitel 03 18
Bes.-Gr. A 10	5	davon
		4 infolge Verlagerung nach Kapitel 03 18
		1 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 15 (Stelle gem. ZV II)
Bes.-Gr. A 8	2	} infolge Verlagerung
Bes.-Gr. A 7	2	} nach Kapitel 03 18
Zusammen	17	
Bleiben Abgänge	12	

Stellenhebungen:		
Bes.-Gr. A 9	1	von Bes.-Gr. A 8

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 15 ist vollzogen worden (Insgesamt 13 (7) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 17 kw zum 31. 12. 2006 infolge ZV II.).
Die Haushaltsvermerke Nr. 16 bis 19 sind durch Verlagerung von 30 Stelleneinsparungen in das Kapitel 03 18 angepasst worden.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
2.045,59	2.123,19	1.996,94

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	20,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	20,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	10,20
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	87,40
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	97,60
bleibt Abgang	77,60

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
87.067	90.527	91.055

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 03 18 Vermessungs- und Katasterverwaltung – budgetiert –

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen[2)][13)][18)][19)][20)][21)]	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16[10)]	2	2	Leitende(r) Direktor/-in	
A 16	7	7	Leitende(r) Direktor/-in	
A 15	23	25	Direktor/-in	
A 14	31	30	Oberrat/-rätin	
A 13	9	14	Rat/Rätin	
A 13[9)]	6	6	Oberamtsrat/-rätin	
A 13[6)]	29	28	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	70	73	Amtsrat/-rätin	
A 11	74	92	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	43	46	Oberinspektor/-in	
A 9[4)]	41	42	Amtsinspektor/-in	
A 9	120	85	Amtsinspektor/-in	
A 8[5)][14)]	109	139	Hauptsekretär/-in	
A 7	37	82	Obersekretär/-in	
A 6	—	8	Sekretär/-in	
	601	679	Zusammen	
			Leerstellen:	
A 11[3)]	1	1	Amtmann/-männin/-frau	
A 8[3)]	1	—	Hauptsekretär/-in	
A 7[3)]	3	3	Obersekretär/-in	
	5	4	Zusammen	

[2)] Die Zuordnung zu Funktionsgruppen im Sinne des § 26 BBesG ergibt sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.

[3)] kw.

[4)] Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[5)] 1 (1) kw (Landesplanungshauptsekretär/-in).

[6)] 1 (1) kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen. Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[9)] Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[10)] Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Vorbemerkungen Nr. 21 zur BBesO. A und B.

[13)] Bei Bedarf können nicht besetzte Stellen bei Kap. 03 17 und Kap. 03 18 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[14)] 1 (1) Stelle darf nur zu 50 v.H. besetzt und nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[18)] Insgesamt 53 (86) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 18 kw zum 31. 12. 2007 infolge ZV II.

[19)] Insgesamt 46 (87) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 18 kw zum 31. 12. 2008 infolge ZV II.

[20)] Insgesamt 94 (87) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 18 kw zum 31. 12. 2009 infolge ZV II.

[21)] Insgesamt 53 (45) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 18 kw zum 31. 12. 2010 infolge ZV II.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Die Planstellen verteilen sich auf
– die Sachbearbeitung nach § 3 Nr. 4 der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I Seite 1597 ff.)
– den Technischen Dienst nach § 1 Nr. 6, 9 und 12 der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I Seite 1596)

wie folgt:

Bes.-Gr.	Sachbearbeitung	Technischer Dienst	Zusammen
A 16 m.Z.	—	2	2
A 16	—	7	7
A 15	—	23	23
A 14	—	31	31
A 13 h.D.	—	9	9
A 13 m.Z.	—	6	6
A 13 g.D.	—	29	29
A 12	—	70	70
A 11	—	74	74
A 10	—	43	43
A 9 m.Z.	39	2	41
A 9 m.D.	112	8	120
A 8	78	31	109
A 7	3	34	37
A 6	—	—	—
Insgesamt	232	369	601

Alle Planstellen sind in Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften (GLL).

Verlagerung in andere Funktionsbereiche:
Sachbearbeitung

Bes.-Gr. A 9 Z	2	von Bes.-Gr. A9 Z – Technischer Dienst –

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	2	infolge Verlagerung von Kapitel 03 17
Bes.-Gr. A 13 g.D.	4	gem. Nr. 2 Abs. 5 der Allgemeinen Bestimmungen 2006
Bes.-Gr. A 12	4	infolge Verlagerung von Kapitel 03 17
Bes.-Gr. A 10	7	davon 4 infolge Verlagerung von Kapitel 03 17 3 gem. Nr. 2 Abs. 5 der Allgemeinen Bestimmungen 2006
Bes.-Gr. A 8	3	davon 2 infolge Verlagerung von Kapitel 03 17 1 infolge Verlagerung von Kapitel 09 10
Bes.-Gr. A 7	2	infolge Verlagerung von Kapitel 03 17
Zusammen	22	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	2	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 17 (Stelle gem. ZV II)
Bes.-Gr. A 14	1	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	5	davon 1 infolge Verlagerung nach Kapitel 03 17 4 gem. Nr. 2 Abs. 5 der Allgemeinen Bestimmungen 2006
Bes.-Gr. A 13 g.D.	4	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 17 (Stelle gem. ZV II)
Bes.-Gr. A 12	7	
Bes.-Gr. A 11	18	davon 2 infolge Verlagerung nach Kapitel 03 17 1 infolge Verlagerung nach Kapitel 03 09 10 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 17 (Stelle gem. ZV II) 2 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 18 (Stelle gem. ZV II) 3 gem. Nr. 2 Abs. 5 der Allgemeinen Bestimmungen 2006
Bes.-Gr. A 10	9	davon 2 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 17 (Stelle gem. ZV II) 7 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 18 (Stelle gem. ZV II)
Bes.-Gr. A 9 m.Z.	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 17 (Stelle gem. ZV II)
Bes.-Gr. A 9	8	davon 2 infolge Verlagerung nach Kapitel 03 17 1 infolge Verlagerung nach Kapitel 09 10 3 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 17 (Stelle gem. ZV II) 2 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 18 (Stelle gem. ZV II)
Bes.-Gr. A 8	21	davon 7 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 17 (Stelle gem. ZV II) 14 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 18 (Stelle gem. ZV II)
Bes.-Gr. A 7	24	davon 9 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 17 (Stelle gem. ZV II) 15 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 18 (Stelle gem. ZV II)
Zusammen	100	
Bleiben Abgänge	78	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 8	1	neu

Stellenhebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 g. D.	1	von Bes.-Gr. A 12
Bes.-Gr. A 12	1	von Bes.-Gr. A 11
Bes.-Gr. A 11	1	von Bes.-Gr. A 10
Bes.-Gr. A 9 m. D.	43	von Bes.-Gr. A 8
Bes.-Gr. A 8	31	von Bes.-Gr. A 7
Bes.-Gr. A 7	8	von Bes.-Gr. A 6
Zusammen	85	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 17 ist vollzogen worden. (Insgesamt 46 (—) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 18 kw zum 31. 12. 2006 infolge ZV II.).
Die Haushaltsvermerke Nr. 18 bis 21 sind durch Verlagerung von 30 Stelleneinsparungen von Kapitel 03 17 angepasst worden.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 03 18 Vermessungs- und Katasterverwaltung – budgetiert –

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte[3)][8)][12)][14)][15)][16)][21)]
II a[2)]	5	2	
III	77	80	
IV a	164	163	
IV b[4)]	145	145	
V b	1	1	
V c[1)]	478	484	
VI b	186	178	
VII	316	317	
VIII	1	1	
IX b–VII[19)][20)]	3	3	
	1 376	1 374	Zusammen
			Leerstellen:
IV a[5)]	2	2	
IV b[5)]	3	3	
V c[5)]	5	5	
VI b[5)]	3	3	
VII[5)]	4	4	
	17	17	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1)] 1 (1) kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen. Die Stelle darf nur mit einer Bediensteten/einem Bediensteten mit höchstens 70% der regelmäßigen durchschnittlichen Wochenarbeitszeit einer Vollbeschäftigten/eines Vollbeschäftigten besetzt und nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[2)] 2 (2) Stellen entfallen auf Personen, die gem. § 3 des NÖbVIngG vom 16. 12. 1993 (Nds. GVBl. S. 707), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. 12. 2002 (Nds. GVBl. 2003 S. 5), ihre praktische Tätigkeit im Landesdienst ableisten.

[3)] 30 (30) Auszubildende dürfen nach Abschluss der Ausbildung zusätzlich im Rahmen des Personalkostenbudgets für maximal sechs Monate in ein Angestelltenverhältnis übernommen werden.

[4)] 2 (2) kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen. Die Stellen dürfen nur für Personalratstätigkeit und den Hauptvertrauensmann der Schwerbehinderten verwendet werden.

[5)] kw.

[8)] Bei Bedarf können nicht besetzte Stellen bei Kap. 03 17 und Kap. 03 18 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[12)] Siehe HV Nr. 18 zum Stellenplan Kapitel 03 18.

[14)] Siehe HV Nr. 19 zum Stellenplan Kapitel 03 18.

[15)] Siehe HV Nr. 20 zum Stellenplan Kapitel 03 18.

[16)] Siehe HV Nr. 21 zum Stellenplan Kapitel 03 18.

[19)] Insgesamt 2 (2) Stellen für Angestellte des Schreibdienstes kw ab 1.1. 2005 infolge ZV II.

[20)] Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[21)] Insgesamt 48 (–) Stellenäquivalente (Saisonkräfte und ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter/-innen) kw zum 31. 12. 2008 infolge ZV II.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Alle Stellen sind in Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften (GLL).

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	3	davon 1 infolge Verlagerung von Kapitel 03 17 2 gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 2006
Verg.-Gr. IV a	2	davon 1 infolge Verlagerung von Kapitel 03 09 1 infolge Verlagerung von Kapitel 09 10
Verg.-Gr. V c	2	infolge Verlagerung von Kapitel 03 17
Verg.-Gr. VI b	8	gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 2006
Zusammen	15	

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. III	3	davon 1 infolge Verlagerung nach Kapitel 03 17 2 gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 2006
Verg.-Gr. IV a	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 18 (Stelle gem. ZV II)
Verg.-Gr. V c	8	davon 1 infolge Verlagerung nach Kapitel 09 10 7 gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 2006
Verg.-Gr. VII	1	gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 2006
Zusammen	13	
Bleiben Zugänge	2	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 11 ist vollzogen worden (Siehe HV Nr. 17 zum Stellenplan Kapitel 03 18.).
Die Haushaltsvermerke Nr. 12 bis 16 sind geändert worden (siehe HV Nr. 18 bis 21 zum Stellenplan Kapitel 03 18.).
Der Haushaltsvermerk Nr. 21 ist neu ausgebracht worden.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 03 18 Vermessungs- und Katasterverwaltung – budgetiert –

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) 1 (1) Stelle darf nur zu 50% besetzt werden. [4]) Siehe HV Nr. 18 zum Stellenplan Kapitel 03 18. [5]) Siehe HV Nr. 19 zum Stellenplan Kapitel 03 18. [6]) Siehe HV Nr. 20 zum Stellenplan Kapitel 03 18. [7]) Siehe HV Nr. 21 zum Stellenplan Kapitel 03 18. [8]) Siehe HV Nr. 21 zu den Stellenübersichten Kapitel 03 18.
			Arbeiter/-innen[4])[5])[6])[7])[8])	
5/5 a	104	105		
4/4 a	75	75		
1/1 a[1])	2	2		
	181	182	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Alle Stellen sind in Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften (GLL).

	Stellen	
Lohn-Gr. 5/5 a	1	infolge Verlagerung nach Kapitel 13 21

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 3 (Siehe HV Nr. 17 zum Stellenplan Kapitel 03 18.) ist vollzogen worden.
Die Haushaltsvermerke Nr. 4 bis 7 sind geändert worden (siehe HV Nr. 18 bis 21 zum Stellenplan Kapitel 03 18.).
Der Haushaltsvermerk Nr. 8 ist neu ausgebracht worden.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
20.919,81	20.716,66	20.192,32

* 265 VZE waren in 2005 gesperrt

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	84,82
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	250,00
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	334,82
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	5,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	22,67
- Minderung aufgrund ZV II	104,00
- Sonstige Veränderungen	0,00
Summe Abgänge	131,67
bleibt Zugang	203,15

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
773.660	766.085	762.852

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 03 20 Landespolizei

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			a) **Polizei-Verwaltungsbeamte/-innen**[4)][11)][12)][14)][26)]	
			Planmäßige Beamte/-innen	
			Feste Gehälter:	
B 4	1	1	Polizeipräsident/-in in Hannover	
B 3	6	6	Polizeipräsident/-in	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	7	7	Leitende(r) Direktor/-in	
A 15[2)][7)]	19	20	Direktor/-in	
A 14[2)][13)]	37	33	Oberrat/-rätin	
A 14	4	4	Oberstudienrat/-rätin – mit der Befähigung für das Lehramt an Gymnasien oder an beruflichen Schulen bei einer der jeweiligen Befähigung entsprechenden Verwendung –	
A 13[2)][29)]	8	7	Rat/Rätin	
A 13	9	9	Oberamtsrat/-rätin	
A 13	1	1	Oberlehrer/-in	
A 12[15)][18)]	29	30	Amtsrat/-rätin	
A 11[19)]	54	55	Amtmann/-männin/-frau	
A 10[20)][25)]	65	66	Oberinspektor/-in	
A 9[21)]	45	48	Inspektor/-in	
A 9[3)]	11	11	Amtsinspektor/-in	
A 9[6)][8)][22)]	22	22	Amtsinspektor/-in	
A 8[9)][23)][27)]	67	62	Hauptsekretär/-in	
A 7[28)]	69	70	Obersekretär/-in	
A 6[30)]	11	11	Sekretär/-in	
A 6	1	1	Oberamtsmeister/-in	
A 5	2	2	Oberamtsmeister/-in	
	468	466	Zusammen Abschnitt a)	
			Leerstellen:	
A 14[5)]	1	1	Oberrat/-rätin	
A 13 h.D.[5)]	1	1	Rat/Rätin	
A 11[5)]	3	3	Amtmann/-männin/-frau	
A 10[5)]	5	5	Oberinspektor/-in	
A 9[5)]	7	7	Inspektor/-in	
A 8[5)]	7	7	Hauptsekretär/-in	
A 7[5)]	8	8	Obersekretär/-in	
	32	32	Zusammen	

[2)] In Abweichung vom Stellenplan dürfen nicht in Anspruch genommene Ausgaben bei Titel 422 01 durch nicht besetzte Planstellen für 1 (1) Direktor/-in, 3 (3) Oberräte/-innen und 2 (2) Räte/-innen für Beschäftigungsentgelte von 6 (6) zusätzlichen Vertragsärzten/-innen bei Titel 427 64 verwendet werden.

[3)] Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[4)] Bei Bedarf können Planstellen bei 03 04 und 03 20 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[5)] kw.

[6)] 2 (1) kw infolge ZV I.

[7)] 2 (2) kw infolge ZV II.

[8)] 3 (3) kw.

[9)] 3 (3) kw.

[11)] Siehe HV Nr. 4 zu den Stellenübersichten im Kapitel 03 20.

[12)] Die Planstellen der Abschnitte a) bis c) des Kapitels 03 20 können auch mit Beamten/-innen einer anderen Laufbahn derselben Laufbahngruppe besetzt werden, sofern das verliehene Amt nicht mit einem höheren Endgrundgehalt ausgestattet ist, und die für die jeweiligen Laufbahnen und Laufbahngruppen bundesrechtlich vorgeschriebenen Obergrenzen dadurch nicht überschritten werden.

[13)] 4 (2) kw infolge ZV II.

[14)] Siehe HV Nr. 17 zu den Stellenübersichten im Kapitel 03 20.

[15)] 1 (-) kw bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers infolge ZV II.

[18)] 1 (1) kw infolge ZV II.

[19)] 4 (4) kw infolge ZV II, davon 1 kw ab 1. 1. 2008.

[20)] 7 (7) kw infolge ZV II.

[21)] 10 (10) kw infolge ZV II, davon 1 kw ab 1. 1. 2008.

[22)] 4 (2) kw infolge ZV II, davon 1 kw ab 1. 1. 2008.

[23)] 5 (2) kw infolge ZV I.

[25)] 5 (5) kw infolge ZV I.

[26)] Siehe Haushaltsvermerk Nr. 39 zu den Stellenübersichten im Kapitel 03 20.

[27)] 4 (1) kw infolge ZV II, davon 1 kw ab 1. 1. 2008.

[28)] 3 (3) kw infolge ZV II.

[29)] 3 (1) kw infolge ZV II, davon 1 kw ab 1. 1. 2008.

[30)] 1 (1) kw infolge ZV II.

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			b) **Schutzpolizei (uniformiert)**[1)][7)][11)][14)][30)]	
			Planmäßige Beamte/-innen	
			Feste Gehälter:	
B 2	1	1	1 Direktor/-in der Landesbereitschaftspolizei	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	16	13	Leitende(r) Polizeidirektor/-in	
A 15	40	37	Polizeidirektor/-in	
A 14	72	77	Polizeioberrat/-rätin	
A 13	39	40	Polizeirat/-rätin	
A 13[5)]	221	202	Erste(r) Polizeihauptkommissar/-in	
A 12[2)][4)][6)]	468	455	Polizeihauptkommissar/-in	
A 11[4)][22)][33)]	1 529	1 416	Polizeihauptkommissar/-in	
A 10[4)][21)]	4 078	3 683	Polizeioberkommissar/-in	
A 9[4)]	7 726	8 016	Polizeikommissar/-in	
	14 190	13 940	Zusammen Abschnitt b)	
			Leerstellen:	
A 11[8)]	5	5	Polizeihauptkommissar/-in	
A 10[8)]	9	9	Polizeioberkommissar/-in	
A 9[8)]	32	32	Polizeikommissar/-in	
A 9[8)]	45	45	Polizeihauptmeister/-in	
A 8[8)]	34	34	Polizeiobermeister/-in	
A 7[8)]	1	1	Polizeimeister/-in	
	126	126	Zusammen	

[1)] Siehe Haushaltsvermerk Nr. 39 zu den Stellenübersichten im Kapitel 03 20.

[2)] Bis zu 5 (5) Planstellen dürfen nur für Teilnehmer an der L III-Ausbildung und während der Dauer der Lehrgänge an der Polizei-Führungsakademie in Münster in Anspruch genommen werden.

[4)] 8 (8) DW für Beamte/-innen der Bes.-Gr. A 12, A 11, A 10 und A 9 g.D..

[5)] 2 (-) Die Planstellen dürfen nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[6)] 6 (6) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[7)] Bei Bedarf können Planstellen bei 03 04 und 03 20 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[8)] kw.

[11)] Siehe HV Nr. 4 zu den Stellenübersichten im Kapitel 03 20.

[14)] Siehe HV Nr. 17 zu den Stellenübersichten im Kapitel 03 20.

[21)] 3 (4) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[22)] 5 (6) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[30)] Die Planstellen der Abschnitte a) bis c) des Kapitels 03 20 können auch mit Beamten/-innen einer anderen Laufbahn derselben Laufbahngruppe besetzt werden, sofern das verliehene Amt nicht mit einem höheren Endgrundgehalt ausgestattet ist, und die für die jeweiligen Laufbahnen und Laufbahngruppen bundesrechtlich vorgeschriebenen Obergrenzen dadurch nicht überschritten werden.

[33)] 1 (1) kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen.

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			c) **Kriminalpolizei**[3)5)8)11)14)]	
			Planmäßige Beamte/-innen	
			Feste Gehälter:	
B 3	1	1	Direktor/-in des Landeskriminalamtes	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	10	8	Leitende(r) Kriminaldirektor/-in	
A 15	34	30	Kriminaldirektor/-in	
A 14	36	40	Kriminaloberrat/-rätin	
A 13	24	26	Kriminalrat/-rätin	
A 13	141	139	Erste(r) Kriminalhauptkommissar/-in	
A 12[1)2)]	336	318	Kriminalhauptkommissar/-in	
A 11[17)]	649	603	Kriminalhauptkommissar/-in	
A 10	1 181	1 087	Kriminaloberkommissar/-in	
A 9	921	1 081	Kriminalkommissar/-in	
	3 333	3 333	Zusammen Abschnitt c)	
			Leerstellen:	
A 11[6)]	6	6	Kriminalhauptkommissar/-in	
A 10[6)]	9	9	Kriminaloberkommissar/-in	
A 9[6)]	3	3	Kriminalkommissar/-in	
A 9[6)]	5	5	Kriminalhauptmeister/-in	
A 8[6)]	3	3	Kriminalobermeister/-in	
	26	26	Zusammen	
	17 991	17 739	Zusammen Abschnitte a)–c) (ohne Leerstellen)	

[1)] 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[2)] Bis zu 5 (5) Planstellen dürfen nur für Teilnehmer an der L III-Ausbildung und während der Dauer der Lehrgänge an der Polizei-Führungsakademie in Münster in Anspruch genommen werden.

[3)] Siehe Haushaltsvermerk Nr. 39 zu den Stellenübersichten im Kapitel 03 20.

[5)] Bei Bedarf können Planstellen bei 03 04 und 03 20 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[6)] kw.

[8)] Die Planstellen der Abschnitte a) bis c) des Kapitels 03 20 können auch mit Beamten/-innen einer anderen Laufbahn derselben Laufbahngruppe besetzt werden, sofern das verliehene Amt nicht mit einem höheren Endgrundgehalt ausgestattet ist, und die für die jeweiligen Laufbahnen und Laufbahngruppen bundesrechtlich vorgeschriebenen Obergrenzen dadurch nicht überschritten werden.

[11)] Siehe HV Nr. 4 zu den Stellenübersichten im Kapitel 03 20.

[14)] Siehe HV Nr. 17 zu den Stellenübersichten im Kapitel 03 20.

[17)] 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

a) Polizei-Verwaltungsbeamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14 (Oberrat/-rätin)	5	davon 3 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 03 01 jeweils 1 infolge Umsetzung gemäß § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 07 05 und 09 80 – Stellen ZV II –
Bes.-Gr. A 13 h. D. (Rat/Rätin)	2	jeweils 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 03 03 und 04 10 – Stellen ZV II –
Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/-männin/ -frau)	3	jeweils 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 05 20 und 09 80 – Stellen ZV II – 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 03 21
Bes.-Gr. A 9 g.D. (Inspektor/-in)	3	davon jeweils 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 05 20, 07 05 und 08 20 – Stellen ZV II –
Bes.-Gr. A 9 m.D. (Amtsinspektor/-in)	4	davon jeweils 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 03 03 und 05 40 – Stellen ZV II – 2 infolge Umsetzung gemäß § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 04 20 – Stellen ZV I –
Bes.-Gr. A 8 (Hauptsekretär/-in)	6	davon 3 infolge Umsetzung gemäß § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 04 20 – Stellen ZV I – jeweils 1 infolge Umsetzung gemäß § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 05 20, 07 05 und 09 41 – Stellen ZV II –
Zusammen	23	

Abgang:		
Bes.-Gr. A 15 (Direktor/-in)	1	infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 14 – Stelle ZV II –
Bes.-Gr. A 13 h. D. (Rat/Rätin)	2	infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 14 – Stellen ZV II –
Bes.-Gr. A 12 (Amtmann/-männin/ -frau)	1	infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 14 –Stelle ZV II –
Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/-männin/ -frau)	4	davon jeweils 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 03 26 und 08 20 – Stellen ZV II – 2 infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 14 – Stellen gem. ZV II –
Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)	1	infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 14 – Stelle gem. ZV II –
Bes.-Gr. A 9 g. D. (Inspektor/-in)	6	davon 3 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 07 05 – Stellen ZV II – 3 infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 14 – Stellen ZV II –
Bes.-Gr. A 9 m. D. (Amtsinspektor/-in)	4	davon 1 infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 6 – Stelle ZV I – 3 infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 14 – Stellen ZV II –
Bes.-Gr. A 8 (Hauptsekretär/-in)	1	infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 14 – Stellen gem. ZV II –
Bes.-Gr. A 7 (Obersekretär/-in)	1	infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 14 – Stelle ZV II –
Zusammen	21	
Bleibt Zugang	2	

Stellensenkung:		
Bes.-Gr. A 13 h. D. (Rat/Rätin)	1	von Bes.-Gr. A 14 (Oberrat/-rätin)

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 15 ist neu ausgebracht.
Die Haushaltsvermerke Nrn. 6, 13, 19, 21 bis 23, 27 und 29 wurden geändert.
([6]) 1 kw infolge ZV I.)
([13]) 2 kw infolge ZV II.)
([19]) 4 kw infolge ZV II.)
([21]) 10 kw infolge ZV II.)
([22]) 2 kw infolge ZV II.)
([23]) 2 kw infolge ZV I.)
([27]) 1 kw infolge ZV II.)
([29]) 1 kw infolge ZV II.)

b) Schutzpolizei (uniformiert)

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9 g. D. (Polizei-kommissar/-in)	250	neu ausgebracht
Zusammen	250	

Erläuterungen zum Stellenplan

Stellenhebungen:	Stellen		
Bes.-Gr. A 16 (Leitende(r) Polizeidirektor/-in)	3	von Bes.-Gr. A 15 (Polizeidirektor/-in)	mit Wirkung vom 01. 10. 2007
Bes.-Gr. A 15 (Polizeidirektor/-in)	6	von Bes.-Gr. A 14 (Polizeioberrat/-rätin)	
Bes.-Gr. A 14 (Polizeioberrat/-rätin)	1	von Bes.-Gr. A 13 h. D. (Polizeirat/-rätin)	
Bes.-Gr. A 13 g. D. (Erste(r) Polizeihauptkommissar/-in)	17	von Bes.-Gr. A 12 (Polizeihauptkommissar/-in)	
Bes.-Gr. A 12 (Polizeihauptkommissar/-in)	30	von Bes.-Gr. A 11 (Polizeihauptkommissar/-in)	
Bes.-Gr. A 11 (Polizeihauptkommissar/-in)	144	von Bes.-Gr. A 10 (Polizeioberkommissar/-in)	
Bes.-Gr. A 10 (Polizeioberkommissar/-in)	540	von Bes.-Gr. A 9 g. D. (Polizeikommissar/-in)	
Zusammen	741		

Gemäß Nr. 1 Abs. 2 Allgemeine Bestimmungen 2006 durchgeführte Veränderungen im Stellenplan:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 g. D. (Erste/r Polizeihauptkommissar/-in)	2	davon 1 von Bes.-Gr. A 10 (Polizeioberkommisar/-in) 1 von Bes.-Gr. A 11 (Polizeihauptkommisar/-in)

Sonstige Veränderungen:
Die Haushaltsvermerke Nrn. 21 und 22 sind geändert worden.
([21]) 4 Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
([22]) 6 Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 5 ist neu ausgebracht.

c) Kriminalpolizei

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12 (Kriminalhauptkommisar/-in)	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 03 01

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 g. D. (Erste/r Kriminalhauptkommisar/-in)	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 03 01

Stellenhebungen:	Stellen		
Bes.-Gr. A 16 (Leitende(r) Kriminaldirektor/-in)	2	von Bes.-Gr. A 15 (Kriminaldirektor/-in)	mit Wirkung vom 01.10.2007
Bes.-Gr. A 15 (Kriminaldirektor/-in)	6	von Bes.-Gr. A 14 (Kriminaloberrat/-rätin)	
Bes.-Gr. A 14 (Kriminaloberrat/-rätin)	2	von Bes.-Gr. A 13 h. D. (Kriminalrat/-rätin)	
Bes.-Gr. A 13 g. D. (Erste(r) Kriminalhauptkommissar/-in)	3	von Bes.-Gr. A 12 (Kriminalhauptkommissar/-in)	
Bes.-Gr. A 12 (Kriminalhauptkommissar/-in)	20	von Bes.-Gr. A 11 (Kriminalhauptkommissar/-in)	
Bes.-Gr. A 11 (Kriminalhauptkommissar/-in)	66	von Bes.-Gr. A 10 (Kriminaloberkommissar/-in)	
Bes.-Gr. A 10 (Kriminaloberkommissar/-in)	160	von Bes.-Gr. A 9 g. D. (Kriminalkommissar/-in)	
Zusammen	259		

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 4 ist weggefallen.
(4) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtzulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.)

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Beamtete Hilfskräfte	
			a) Polizei-Verwaltungsbeamte/-innen	
A 9	3	3	Inspektor/-in z. A.	
			b) Schutzpolizei (uniformiert)	
A 9	336	336	Polizeikommissar/-in z. A.	
	339	339	Zusammen	
			Angestellte[4)][17)][39)]	
I a	1	1		
II a[23)]	16	16		
III[13)][15)]	9	9		
IV a[12)][26)][38)]	61	59		
IV b[27)]	10	11		
V a[1)]	6	6		
V b[8)][11)][28)][40)]	76	75		
V c[6)][19)][20)][22)][24)][29)][30)]	544	533		
VI b[2)][5)][7)][18)][31)][36)][41)]	159	156		
VII[14)][16)][21)][25)][32)]	935	931		
VIII[33)]	255	252		
IX b–VII[3)][10)][34)][37)][42)]	407	405		
IX b	23	23		
X	6	6		
	2 508	2 483	Zusammen	
			Leerstellen:	
IV a[9)]	1	1		
IV b[9)]	1	1		
V b[9)]	3	3		
V c[9)]	14	14		
VI b[9)]	10	10		
VII[9)]	74	74		
VIII[9)]	13	13		
IX b–VII[9)]	41	41		
	157	157	Zusammen	

[1)] 6 (6) Angestellte erhalten für ihre Tätigkeit als Sprengstoffsachbearbeiter/-in beim Landeskriminalamt Niedersachsen eine Gefahrenzulage und Versicherungsschutz nach der Berechnungsgrundlage, wie sie sich aus dem Tarifvertrag für die Bediensteten des Kampfmittelbeseitigungsdienstes ergibt.

[2)] Die jeweilige Sekretärin des/der Direktors/-in des Landeskriminalamts Niedersachsen ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.
Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[3)] Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[4)] Insgesamt 108 (170) Stellen für planmäßige Beamte/-innen, Angestellte und/oder Arbeiter/-innen in den Servicebereichen wegen Privatisierung kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.

[5)] 1 (1) kw.

[6)] 1 (1) Angestellte beim LKA Niedersachsen ist für die Dauer ihrer Tätigkeit im Bibliotheksdienst übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.

[7)] Der Angestellte ist als Hausmeister beim BIPNI übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

[8)] 9 (9) ku nach Verg.-Gr. VI b BAT, 1 (1) ku nach Verg.-Gr. V c BAT.

[9)] kw.

[10)] 1 (1) kw bei Vorliegen der Voraussetzungen gem. Nr. 6 der Allgemeinen Bestimmungen 1993.

[11)] 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[12)] 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[13)] 3 (3) ku nach Verg.-Gr. IV a BAT.

[14)] 1 (1) kw bei der Polizeidirektion Braunschweig.

[15)] 1 (1) kw infolge ZV II.

[16)] 3 (3) kw infolge ZV I.

[17)] 52 (67) Stellen für planmäßige Beamte/-innen, Angestellte und/oder Arbeiter/-innen kw infolge ZV II.

[18)] 1 (-) kw bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers infolge ZV II.

[19)] 1 (1) ku nach Verg.-Gr. VI b bei Ausscheiden des Stelleninhabers.

[20)] 2 (2) Angestellte sind für die Dauer ihrer Tätigkeit im Bibliotheksdienst übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.

[21)] Angestellte im Fernschreibdienst, die mit mindestens einem Drittel der regelmäßigen Arbeitszeit Textverarbeitungsautomaten bedienen und hierbei vollwertige Leistungen erbringen, erhalten eine außertarifliche Funktionszulage. Die Zulage wird in Höhe der entsprechenden tariflichen Zulagen gewährt.

[22)] 1 (1) übertariflich.

[23)] 1 (1) für Sozialwissenschaftlicher Dienst.

[24)] 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[25)] 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[26)] 1 (1) kw infolge ZV I.

[27)] 1 (1) kw infolge ZV II.

[28)] 8 (7) kw infolge ZV II, davon 1 kw ab 1. 1. 2008.

[29)] 14 (9) kw infolge ZV II, davon 1 kw ab 1. 1. 2008.

[30)] 12 (6) kw infolge ZV I.

[31)] 9 (8) kw infolge ZV II.

[32)] 17 (12) kw infolge ZV II.

[33)] 6 (3) kw infolge ZV II, davon 1 kw ab 1. 1. 2008.

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	

[34]) 7 (5) kw infolge ZV II, davon 1 kw ab 1. 1. 2008.
[36]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 5. 2007 infolge ZV I.
[37]) 1 (1) kw infolge ZV I.
[38]) 3 (1) kw infolge ZV II.
[39]) 45 (45) Stellen für planmäßige Beamte/-innen, Angestellte und/oder Arbeiter/-innen kw infolge Einsparung aus der Einführung des Digitalfunks, davon 25 Stellen kw zum 31. 12. 2007, 20 Stellen kw zum 31. 12. 2008.
[40]) 1 (1) kw infolge ZV I.
[41]) 2 (1) kw infolge ZV I.
[42]) 1 (1) Stelle darf nur bis zu 50 % in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	2	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 09 80 – Stellen ZV II –
Verg.-Gr. V b	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 05 20 – Stelle ZV II –
Verg.-Gr. V c	11	davon jeweils 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 05 20 und 09 10 – Stellen ZV II – 3 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 09 80 – Stellen ZV II – 6 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 04 20 – Stellen ZV I –
Verg.-Gr. VI b	3	davon jeweils 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 09 10 und 14 01 – Stellen ZV II – sowie von Kapitel 03 26 – Stelle ZV I –
Verg.-Gr. VII	6	davon 4 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 07 05 – Stellen ZV II – jeweils 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 09 10 und 09 80 – Stellen ZV II –
Verg.-Gr. VIII	3	davon jeweils 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 03 26, 05 20 und 09 80 – Stellen ZV II –
Verg.-Gr. IX b–VII	2	davon jeweils 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 05 20 und 07 05 – Stellen ZV II –
Zusammen	28	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 03 21
Verg.-Gr. VII	2	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 07 05 – Stelle ZV II – 1 infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 4 – Stelle gem. ZV II –
Zusammen	3	
Bleibt Zugang	25	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nrn. 4 und 17 wurden teilweise vollzogen.
([4]) Insgesamt 170 Stellen für planmäßige Beamte/-innen, Angestellte und/oder Arbeiter/-innen kw infolge ZV II in den Servicebereichen wegen Privatisierung, davon 20 kw ab 1. 1. 2007, 150 kw ab 1. 1. 2008.)
([17]) 67 Stellen für planmäßige Beamte/-innen, Angestellte und/oder Arbeiter/-innen kw infolge ZV II.)
Die Haushaltsvermerke Nrn. 28 bis 34, 38 und 41 wurden geändert:
([28]) 7 kw infolge ZV II.)
([29]) 9 kw infolge ZV II.)
([30]) 6 kw infolge ZV I.)
([31]) 8 kw infolge ZV II.)
([32]) 12 kw infolge ZV II.)
([33]) 3 kw infolge ZV II.)
([34]) 5 kw infolge ZV II.)
([38]) 1 kw infolge ZV II.)
([41]) 1 kw infolge ZV I.)
Der Haushaltsvermerk Nr. 18 ist neu ausgebracht.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst
			a) Polizei-Verwaltungsbeamte/-innen
A 9	19	19	Inspektor/-in-Anwärter/-in
A 6	8	8	Sekretär/-in-Anwärter/-in
	27	27	Zusammen Abschnitt a)
			b) Schutzpolizei (uniformiert)
A 9[3])	1 890	1 890	Polizeikommissar/-in-Anwärter/-in
			c) Kriminalpolizei
A 9	40	40	Kriminalkommissar/-in-Anwärter/-in
	1 957	1 957	Zusammen Abschnitte a)–c)
			Arbeiter/-innen[5])[6])[10])
9	4	4	
8	130	130	
7/7 a	18	19	
6/6 a	55	55	
5	64	69	
4/4 a[2])[11])	372	387	
3[1])	96	96	
2/2 a[9])	121	140	
1	56	76	
	916	976	Zusammen
			Leerstellen:
5[4])	1	1	
4[4])	1	1	
3 a[4])	1	1	
2/2 a[4])	3	3	
1[4])	1	1	
	7	7	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) 1 (1) kw infolge ZV II.

[2]) 2 (2) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[3]) 420 (420) kw, davon 100 kw zum 30. 9. 2009, 100 kw zum 30. 9. 2010 und 220 kw zum 30. 9. 2011.

[4]) kw.

[5]) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 4 zu den Stellenübersichten im Kapitel 03 20.

[6]) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 17 zu den Stellenübersichten im Kapitel 03 20.

[9]) 2 (1) kw infolge ZV II, davon 1 kw ab 1. 1. 2008.

[10]) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 39 zu den Stellenübersichten im Kapitel 03 20.

[11]) 2 (2) kw infolge ZV II.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Zugang:	Stellen	
Lohn-Gr. 2/2 a	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 05 20 – Stelle ZV II –

Arbeiter/-innen

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 7/7a	1	infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 5 – Stellen gem. ZV II –
Lohn-Gr. 5	5	
Lohn-Gr. 4/4a	15	
Lohn-Gr. 2/2a	20	
Lohn-Gr. 1	20	
Zusammen	61	
Bleibt Abgang	60	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 9 wurde geändert:
([9]) 1 kw infolge ZV II.)

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 03 21 Logistik Zentrum Niedersachsen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 13	1	1	Oberamtsrat/-rätin	
A 11	—	1	Amtmann/-männin/-frau	
	1	2	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	1	infolge Umsetzung gem.§ 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 03 20

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
116,28	115,19	107,45

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	4,74
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	4,74
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	3,65
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	3,65
bleibt Zugang	1,09

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
4.440	4.525	4.605

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 03 24 Grenzdurchgangslager Friedland

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[2]) Bis zur Anzahl von 15 (15) Planstellen/Stellen sind langfristige Abordnungen von Beamten/-Beamtinnen und Angestellten für die Tätigkeit in Integrationsleitstellen ohne Kostenerstattung zulässig.
			Planmäßige Beamte/-innen[2])	[3]) 1 (1) Planstelle darf nur zu 50 % in Anspruch genommen werden.
			Aufsteigende Gehälter:	[4]) 1 (–) kw nach Ausscheiden der/des Stelleninhaberin/Stelleninhabers infolge ZV II.
A 13	1	1	Oberamtsrat/-rätin	
A 12[4])	4	1	Amtsrat/-rätin	
A 11	2	1	Amtmann/-männin/-frau	
A 10[3])	4	3	Oberinspektor/-in	
A 9	1	—	Inspektor/-in	
	12	6	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12	3	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO, davon 1 von Kapitel 03 14 1 von Kapitel 05 70 mit Übernahme eines Haushaltsvermerks kw infolge ZV II 1 von Kapitel 14 01 bei gleichzeitiger Ausbringung eines persönlichen kw-Vermerks infolge ZV II
Bes.-Gr. A 11	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 05 70 mit Übernahme eines Haushaltsvermerks kw infolge ZV II
Bes.-Gr. A 10	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 05 70 mit Übernahme eines Haushaltsvermerks kw infolge ZV II
Bes.-Gr. A 9	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 15 55 mit Übernahme eines Haushaltsvermerks kw infolge ZV II
Zusammen	6	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist nach Konkretisierung der einzusparenden Stellen, die entsprechend den Stellenveränderungen und dem Übergang der Einsparverpflichtung für eine Stelle aus Kapitel 03 01 angepasst wurden, weggefallen (Insgesamt 13,5 (37) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 24 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II wegen Privatisierung.).

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 wurde konkreter gefasst (Für bis zu 15 (–) planmäßige Beamte/-innen und Angestellte sind langfristige Abordnungen für die Tätigkeit in Integrationsleitstellen ohne Kostenerstattung zulässig.)

Der Haushaltsvermerk Nr. 4 ist neu ausgebracht worden.

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.
			Angestellte[3])	[3]) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 2 zum Stellenplan des Kapitels 03 24.
II a	1	1		[4]) 1 (–) kw ab 1. 12. 2013 infolge ZV II.
IV a[4])	2	2		[5]) 1 (–) kw ab 1. 11. 2010 infolge ZV II.
IV b	2	2		[6]) 2 (–) kw infolge ZV II, davon 1 ab 1. 11. 2012, 1 ab 1. 3. 2013.
V b	6	6		
V c	12	12		
VI b	6	6		
VII[5])	15	15		
VIII	2	2		
IX b–VII[1])[6])	2	2		
	48	48	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist weggefallen (Siehe Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan des Kapitels 03 24.).
Die Haushaltsvermerke Nr. 4, 5 und 6 sind neu ausgebracht worden.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 03 24 Grenzdurchgangslager Friedland

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Arbeiter/-innen
6	1	1	
5[4])[7])	5	5	
4[5])[8])	5	5	
3	—	1	
2/2 a[6])[9])[10])	60	65	
	71	77	Zusammen

Haushaltsvermerke

[4]) 1 (1) kw ab 1. 5. 2010 infolge ZV II wegen Privatisierung.

[5]) 1 (1) kw ab 1. 1. 2009 infolge ZV II wegen Privatisierung.

[6]) Insgesamt 7 (8) kw davon
1 ab 1. 09. 2008
1 ab 1. 03. 2009
1 ab 1. 04. 2009
1 ab 1. 01. 2010
1 ab 1. 08. 2010
1 ab 1. 09. 2010
1 ab 1. 12. 2010
} infolge ZV II wegen Privatisierung.

[7]) 1 (–) kw ab 1. 9. 2015 infolge ZV II wegen Privatisierung.

[8]) 1 (–) kw ab 1. 1. 2012 infolge ZV II wegen Privatisierung.

[9]) Insgesamt 9 (–) kw davon
1 ab 1. 06. 2009
2 ab 1. 09. 2011
2 ab 1. 11. 2012
1 ab 1. 12. 2012
1 ab 1. 03. 2013
1 ab 1. 03. 2014
1 ab 1. 06. 2014
} infolge ZV II wegen Privatisierung.

[10]) 1 (–) Stelle darf nur zu 50 in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 3	1	infolge Stelleneinsparung – ZV II – Vollzug Haushaltsvermerk Nr. 2
Lohn-Gr. 2/2 a	5	davon 1 infolge Stelleneinsparung – ZV II – Vollzug Haushaltsvermerk Nr. 3 1 infolge Stelleneinsparung – ZV II – teilw. Vollzug Haushaltsvermerk Nr. 6 3 infolge Stelleneinsparung – ZV II – teilw. Vollzug Haushaltsvermerk Nr. 1
Zusammen	6	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 (Siehe Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan des Kapitels 03 24.) ist weggefallen.

Die Haushaltsvermerke Nr. 2 (1 (1) kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV II.) und Nr. 3 (1 (1) kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV II.) sind infolge Vollzugs weggefallen.

Der Haushaltsvermerk Nr. 6 ist teilweise vollzogen worden (1 kw ab 1. 11. 2006 infolge ZV II wegen Privatisierung.).

Die Haushaltsvermerke Nrn. 7, 8, 9 und 10 sind neu ausgebracht worden.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
286,73	305,79	292,97

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	0,50
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,50
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	1,96
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	17,60
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	19,56
bleibt Abgang	19,06

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
11.078	12.077	12.007

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 03 26 Asylbewerber, Kontingent- und sonstige ausländische Flüchtlinge; Zentrale Aufnahme- und Ausländerbehörden

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen[4])	[1]) Der Stelleninhaber/die Stelleninhaberin erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
A 15	2	2	Direktor/-in	[2]) kw.
A 13	3	3	Oberamtsrat/-rätin	[3]) 4 (4) A 12 4 (4) A 11 7 (7) A 10 2 (2) A 9 (g.D.) 4 (4) A 9 (m.D.) 9 (9) A 8 kw mit Wegfall der Aufgaben bei Abschiebungen nach § 63 Abs. 1 AuslG und bei den ausländerrechtlichen Maßnahmen gegenüber Ausländern, die in Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber wohnen und zu wohnen verpflichtet sind.
A 12[3])	6	6	Amtsrat/-rätin	
A 11[3])	11	10	Amtmann/-männin/-frau	
A 10[3])	11	11	Oberinspektor/-in	
A 9[3])	3	4	Inspektor/-in	
A 9[1])	1	1	Amtsinspektor/-in	
A 9[3])	6	6	Amtsinspektor/-in	
A 8[3])	9	9	Hauptsekretär/-in	
A 6	1	1	Sekretär/-in	
	53	53	Zusammen	[4]) Insgesamt 84 (87) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen kw ab 1. 1. 2005 infolge ZV II, davon 23 Stellen wegen Privatisierung.
			Leerstellen:	
A 13[2])	—	1	Rat/Rätin	
A 12[2])	—	1	Amtsrat/-rätin	
A 11[2])	1	2	Amtmann/-männin/-frau	
A 10[2])	2	2	Oberinspektor/-in	
	3	6	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:
Bes.-Gr. A 11 — Stellen 1 — infolge Umsetzung von Kapitel 03 20 gem. § 50 Abs. 2 LHO mit Übergang kw – ZV II –

Abgang:
Bes.-Gr. A 10 — Stellen 1 — infolge Umsetzung nach Kap. 04 01 gem. § 50 Abs. 2 LHO mit Übergang kw – ZV II – teilweiser Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 4 –

Stellenhebung:
Bes.-Gr. A 10 — Stellen 1 — von Bes.-Gr. A 9 g. D.

Leerstellen
Abgang:
Bes.-Gr. A 13 h. D. — Stellen 1
Bes.-Gr. A 12 — Stellen 1
Bes.-Gr. A 11 — Stellen 1
} infolge Vollzugs des kw-Vermerks
3

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 4 (Insgesamt 87 (115) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen kw ab 1. 1. 2005 infolge ZV II, davon 23 Stellen wegen Privatisierung.) ist teilweise vollzogen worden.

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Beamtete Hilfskräfte
A 9	4	4	Inspektor/-in z. A.
	4	4	Zusammen
			Angestellte[7])
IV a	3	3	
IV b[5])	34	34	
V b[5])	10	11	
V c[5])	49	49	
VI b[4])	16	17	
VII[5])	83	83	
VII[1])	2	3	Wirtschaftsdienst
VIII[5])	3	4	
IX b	2	2	
IX b–VII[2])[5])	6	6	
Kr. V	2	2	
Kr. II	1	1	
	211	215	Zusammen
			Leerstellen:
IV b[3])	—	3	
V b[3])	1	1	
V c[3])	1	1	
VII[3])	2	2	
IX b–VII[3])	1	1	
	5	8	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten übertariflich Vergütung nach VII BAT; nach einer Bewährungszeit von 1 Jahr und 6 Monaten übertariflich Vergütung nach VI b BAT.

[2]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b bis VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[3]) kw.

[4]) 2 (3) Stellen Verg.-Gr. VI b kw infolge ZV I.

[5]) 4 (4) IV b
5 (5) V b
12 (12) V c
2 (2) VII
1 (1) VIII
2 (2) IX b–VII
kw mit Wegfall der Aufgaben bei Abschiebung nach § 63 Abs. 1 AuslG und bei den ausländerrechtlichen Maßnahmen gegenüber Ausländern, die in Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber wohnen und zu wohnen verpflichtet sind.

[7]) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 4 zum Stellenplan des Kapitels 03 26.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. V b	1	infolge Umsetzung nach Kap. 07 05 gem. § 50 Abs. 2 LHO mit tw. Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 7 – ZV II –
Verg.-Gr. VI b	1	infolge Umsetzung nach Kapitel 03 20 gem. § 50 Abs. 2 LHO mit tw. Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 4 – ZV I –
Verg.-Gr. VII	1	infolge Umsetzung nach Kapitel 06 01 gem. § 50 Abs. 2 LHO mit tw. Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 7 – ZV II –
Verg.-Gr. VIII	1	infolge Umsetzung nach Kapitel 03 20 gem. § 50 Abs. 2 LHO mit tw. Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 7 – ZV II –
Zusammen	4	

Leerstellen

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	3	infolge Vollzugs des kw-Vermerks

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 4 ist teilweise vollzogen worden (3 (4) Stellen Verg.-Gr. VI b, kw infolge ZV I).

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Arbeiter/-innen[1])
6	5	5	
4	18	18	
2 a	55	55	
2	13	13	
1	8	8	
	99	99	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 4 zum Stellenplan des Kapitels 03 26.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
13,19	13,44	15,28

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	0,25
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,25
bleibt Abgang	0,25

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
643	727	794

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 03 80 Landesbeauftragter für den Datenschutz

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) 1 Planstelle kann wahlweise mit einem(r) Richter/-in der Bes.-Gr. R 1 besetzt werden.
			Planmäßige Beamte/-innen[2])	[2]) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 03 80 und 03 01 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.
			Feste Gehälter:	[3]) kw.
B 6[5])	1	1	Landesbeauftragte(r) für den Datenschutz	[5]) 1 (–) ku nach Bes.-Gr. B 4 zum 1. 6. 2007.
B 2	—	1	Ministerialrat/-rätin	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	1	Ministerialrat/-rätin	
A 15	2	2	Direktor/-in	
A 14[1])	2	2	Rat/Rätin	
A 13	3	3	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	2	2	Amtsrat/-rätin	
A 11	1	1	Amtmann/-männin/-frau	
	12	13	Zusammen	
			Leerstellen:	
A 11[3])	1	1	Amtmann/-männin/-frau	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2	1	infolge Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 4

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 4 (1 (–) kw zum 1. 4. 2006) ist vollzogen worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 5 ist neu ausgebracht worden.

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Die jeweilige Sekretärin des(r) Landesbeauftragten für den Datenschutz ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhält sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensalterstufe. Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierte Vorzimmerkraft erhält eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
			Angestellte[2])	[2]) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 03 80 und 03 01 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.
V c	1	1		[3]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.
VI b[1])	1	1		
IX b–VII[3])	1	1		
	3	3	Zusammen	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
230,07	231,67	224,64

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	0,60
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	1,60
bleibt Abgang	1,60

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
9.946	10.041	9.844

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 03 90 Landesamt für Verfassungsschutz

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
			Planmäßige Beamte/-innen[4])	[3]) kw.
			Feste Gehälter:	[4]) Insgesamt 1 (2) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 90 kw ab 1. 1. 2005 infolge ZV II.
B 5	1	1	Präsident/-in des Landesamts für Verfassungsschutz	
B 3	1	1	Vizepräsident/-in des Landesamts für Verfassungsschutz	
B 2	1	1	Abteilungsdirektor/-in	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	2	2	Ltd. Direktor/-in	
A 15	6	6	Direktor/-in	
A 14	3	3	Oberrat/-rätin	
A 13	13	12	Oberamtsrat-rätin/ Erste(r) Hauptkommissar/-in	
A 12	36	35	Amtsrat/-rätin/ Hauptkommissar/-in	
A 11	35	29	Amtmann/-männin/-frau/ Hauptkommissar/-in	
A 10	51	59	Oberinspektor/-in/Oberkommissar/-in	
A 9[2])	8	8	Amtsinspektor/-in/Hauptmeister/-in	
A 9	22	22	Amtsinspektor/-in/Hauptmeister/-in	
A 8	6	6	Hauptsekretär/-in/Obermeister/-in	
	185	185	Zusammen	
			Leerstellen:	
A 12[3])	1	1	Amtrat/-rätin/Hauptkommissar/-in	
A 11[3])	2	1	Amtmann/-männin/-frau/Hauptkommissar/-in	
A 10[3])	1	1	Oberinspektor/-in/Oberkommissar/-in	
A 9[3])	2	3	Amtsinspektor/-in/Hauptmeister/-in	
	6	6	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Stellenhebungen:

Bes.-Gr. A 13 g. D.	1	von Bes.-Gr. A 12
Bes.-Gr. A 12	2	von Bes.-Gr. A 11
Bes.-Gr. A 11	8	von Bes.-Gr. A 10
Zusammen	11	

Leerstellen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	1	neu

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9 m. D.	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 4 ist entsprechend der Stellenveränderung angepasst worden.
(Insgesamt 2 (4) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 90 kw ab 1. 1. 2005 infolge ZV II).

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Sport
Kapitel 03 90 Landesamt für Verfassungsschutz

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte[5])
I a	1	—	
II a	1	2	
III	2	2	
IV a	4	4	
IV b[4])	1	1	
V c	4	4	
VI b[3])	16	16	
IX b-VII[2])	8	10	
	37	39	Zusammen

Haushaltsvermerke

[2]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[3]) Die jeweilige Sekretärin des/der Präsidenten/-in des Landesamts für Verfassungsschutz ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Die vorstehend genannte Vorzimmerkraft erhält eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung bzw. der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[4]) 1 (1) ku nach Verg.-Gr. V b.

[5]) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 4 zum Stellenplan des Kapitels 03 90.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Abgang: Stellen
Verg.-Gr. IX b-VII 2 davon
1 infolge Stelleneinsparung ZV II - tw. Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 5
1 infolge Stelleneinsparung für Höhergruppierung
Zusammen 2

Höhergruppierung:
Verg.-Gr. I a 1 von Verg.-Gr. II a gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 2005 durchgeführte anderweitige Einstufung

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Arbeiter/-innen[1])
4	4	4	
3	10	10	
2/2 a	3	3	
1	3	3	
	20	20	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 4 zum Stellenplan des Kapitels 03 90.

Haushaltsplan

für das

Haushaltsjahr 2007

Einzelplan 04

Finanzministerium

Vorwort zum Einzelplan 04

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 04 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs des Finanzministeriums, im Einzelnen:

I. Ministerium (Kap. 04 01)
II. Allgemeine Bewilligungen (Kap. 04 02)
III. Steuerakademie Niedersachsen (Kap. 04 04)
IV. Steuerverwaltung (Kap. 04 06)
V. Staatliches Baumanagement Niedersachsen (Kap. 04 10 - budgetiert -)
VI. Landesamt für Bezüge und Versorgung (Kap. 04 20 - budgetiert -)
VII. Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen - Fondsverwaltung - (Kap. 04 40)

B. Hochbaumaßnahmen

Die Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich Finanzministerium sind im Kapitel 2011 des Einzelplans 20 - Hochbauten - ausgewiesen.

C. Wesentliche Veränderungen gegenüber HP 2006

Mit dem Gesetz über die Steuerakademie Niedersachsen ist mit Wirkung vom 01.08.2006 im Zuständigkeitsbereich des Finanzministeriums eine Bildungsstätte im Sinne des Steuerbeamten-Ausbildungsgesetzes und der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Steuerbeamten errichtet worden. Sie ist zuständig für die Ausbildung des gehobenen und mittleren Dienstes der Steuerverwaltung und die Fortbildung in der Steuerverwaltung. Diese Aufgaben wurden bisher durch die Fakultät Steuerverwaltung der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege (Kap. 03 04), durch die Landesfinanzschule Niedersachsen (Kap. 04 06) sowie durch das Aus- und Fortbildungsreferat der Oberfinanzdirektion Hannover (Kap. 04 06) wahrgenommen. Die Einnahmen und Ausgaben für die Steuerakademie Niedersachsen werden ab dem HP 2007 im Kapitel 04 04 veranschlagt.

Haushaltsjahr 2007

Epl. 04 **Übersicht über die Einnahmen, Ausga**

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0401	Ministerium	—	436	33	—	469	34.950	2.166
0402	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—	—	—	16.895
0404	Steuerakademie Niedersachsen	—	99	—	—	99	2.659	639
0406	Steuerverwaltung	—	73.997	23.395	—	97.392	397.233	67.904
0410	Staatliches Baumanagement Niedersachsen - budgetiert	—	191	98.000	—	98.191	62.808	47.680
0420	Landesamt für Bezüge und Versorgung - budgetiert	—	133	5.959	5	6.097	30.503	11.301
0440	Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen - Fondsverwaltung -	—	—	—	—	—	2.252	697
	Summe 2007	—	74.856	127.387	5	202.248	530.405	147.282
	Summe 2006	—	77.462	124.363	5	201.830	549.333	148.553
	2007 mehr(+)/weniger(-)	—	–2.606	+3.024	—	+418	–18.928	–1.271

ben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 04**

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2007 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2006 Überschuss Zuschuss (-)	2007 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungsermächtigungen
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
75	—	302	–2.433	35.060	–34.591	–35.767	1.176	—
—	—	1.167	—	18.062	–18.062	–19.421	1.359	—
1	—	40	605	3.944	–3.845	—	–3.845	—
48	—	17.065	21.055	503.305	–405.913	–414.136	8.223	—
12	—	1.369	4.903	116.772	–18.581	–27.494	8.913	—
17	—	106	1.305	43.232	–37.135	–41.615	4.480	—
—	—	48	—	2.997	–2.997	–3.250	253	—
153	—	20.097	25.435	723.372	–521.124	–541.683	20.559	—
153	—	20.043	25.431	743.513				2.200
—	—	+54	+4	–20.141				–2.200

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0401 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 61-0	011	Gebühren nach dem Steuerberatungsgesetz *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		175	218	–43	—
119 10-6	011	Sonstige Verwaltungseinnahmen **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		127	156	–29	118
124 10-0	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung *Vgl. K-Vermerk zu 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10, 632 10 und 812 10.*		14	8	+6	14
125 10-6	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit *Vgl. K-Vermerk zu 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10, 632 10 und 812 10.*		—	—	—	9
129 10-1	011	Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen		—	—	—	6
281 10-8	011	Erstattung der Freien Hansestadt Bremen		33	—	+33	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 73		**Parkraumbewirtschaftung und Jobticket beim Nds. Finanzministerium** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 73.*		(120)	(103)	(+17)	(104)
119 73-4	011	Verkauf von Fahrausweisen		120	103	+17	101
124 73-8	011	Vermietung von Behördenparkplätzen		—	—	—	3
		A U S G A B E N					
421 01-5	011	Bezüge der Ministerin oder des Ministers	—	143	143	—	145
421 02-3	011	Bezüge der Ministerin oder des Ministers -Übergangsgeld-	—	—	—	—	17
422 10-0	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	—	13.554	14.061	–507	10.310
422 31-3	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 10-0	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	3.381
426 10-6	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	401
427 10-2	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	15	15	—	3
441 01-6	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	20.747	21.155	–408	19.893
441 02-4	940	Beihilfen für Angestellte	—	55	56	–1	43
441 03-2	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	4	4	—	2
441 04-0	940	Beihilfen für Sonstige	—	—	—	—	—
441 06-7	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	33	33	—	34
443 01-9	940	Fürsorgeleistungen	—	254	254	—	233

ERLÄUTERUNGEN

Zu 111 61

Gebühren für das Prüfungsverfahren aufgrund des § 39 Abs. 2 des Steuerberatungsgesetzes.

Zu 281 10

Über Kapitel 09 01 werden Kosten für Prüfaufgaben erstattet, die die Bescheinigende Stelle von der Freien Hansestadt Bremen übernommen hat.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0401 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
443 02-7	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
459 10-1	011	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	9	9	—	9
511 10-3	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *Übertragbar.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 10.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 124 10.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10, 632 10, 812 10 und Ausgabetitelgruppe 98/99.*	—	299	670	–371	540
514 10-2	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen *Übertragbar.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 10.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 124 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 10.*	—	37	36	+1	35
517 10-1	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume *Übertragbar.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 10.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 124 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 10.*	—	386	379	+7	353
518 10-8	011	Mieten und Pachten *Übertragbar.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 10.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 124 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 10.*	—	174	184	–10	175
519 10-4	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen *Übertragbar.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 10.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 124 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 10.*	—	62	61	+1	65
525 10-4	011	Aus- und Fortbildung *Übertragbar.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 10.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 124 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 10.*	—	150	174	–24	60
526 10-0	011	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten *Übertragbar.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 10.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 124 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 10.*	—	10	10	—	5
527 10-7	011	Dienstreisen *Übertragbar.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 10.*	—	184	274	–90	158

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 514 10

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	4	4	5

Zu 525 10

	2007 1000 EUR
1. Europaqualifikation	74
2. Aus- und Fortbildung durch das Studieninstitut des Landes Nds. (SiN)	37
3. Sonstige Aus- und Fortbildung	39
Zusammen	150

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0401 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 527 10-7		*Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 124 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 10.*					
529 10-0	011	Verfügungsmittel	—	5	5	—	1
538 10-9	011	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte) *Übertragbar.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 10.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 124 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 10.*	—	—	572	–572	389
547 10-8	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *Übertragbar.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 10.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 124 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 10.*	—	68	93	–25	6
549 01-1	989	Globale Minderausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
632 10-5	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben an andere Bundesländer *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 10.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 124 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 10.*	—	75	79	–4	75
812 10-3	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 10.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 124 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 10.*	—	25	97	–72	68
972 11-9	989	Globale Minderausgabe **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	–3.162	–3.162	—	—
972 15-1	989	Globale Minderausgabe K-Potenzial	—	—	—	—	—
981 10-0	990	Abführung an 13 21 - 381 04	—	729	729	—	728
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Durchführung der Steuerberaterprüfung** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 61.*	(—)	(175)	(218)	(–43)	(—)
427 61-7	011	Prüfungsvergütungen	—	136	160	–24	—
547 61-2	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	39	58	–19	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 527 10

	2007 1000 EUR
1. Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	132
2. Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	52
Zusammen	184

Zu 547 10

	2007 1000 EUR
1. Öffentlichkeitsarbeit	25
2. Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	10
3. Kosten für den Zahlungsverkehr des Landes Niedersachsen	30
4. Entschädigungen und sonstige Ausgaben	2
5. Vermischte Ausgaben	1
Zusammen	68

Zu 632 10

	2007 1000 EUR
Anteilige Erstattung der Kosten	
1. der zentralen Datenstelle der Landesfinanzminister	60
2. der Informationsstelle Wirtschaftliches Bauen (IWB) in Freiburg	15
Zusammen	75

Veranschlagt ist jeweils der nach dem “Königsteiner Schlüssel“ auf das Land Niedersachsen entfallende Kostenanteil.

Zu 812 10

	2007 1000 EUR
1. Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	--
2. Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	25
Zusammen	25

Zu 972 11

Zum Ausgleich des Haushalts. Der Beitrag zum Haushaltsausgleich kann auch durch Mehreinnahmen erbracht werden, soweit diesen keine entsprechenden Mehrausgaben gegenüber stehen.

Zu 981 10

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0401 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 73		**Parkraumbewirtschaftung und Jobticket im Nds. Finanzministerium** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 73.*	(—)	(120)	(103)	(+17)	(109)
546 73-0	011	Erwerb von Fahrausweisen	—	120	103	+17	109
547 73-6	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
TGr. 96		**Reformdividende**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 96-2	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 96-5	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
711 96-0	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 96-0	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik** *Vgl. D-Vermerk zu 511 10.*	(—)	(909)	(—)	(+909)	(—)
511 98-7	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände (IZN)	—	119	—	+119	—
511 99-5	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	105	—	+105	—
525 98-8	012	Aus- und Fortbildung durch das IZN	—	10	—	+10	—
525 99-6	012	Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	13	—	+13	—
538 98-2	012	Ausgaben für Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	250	—	+250	—
538 99-0	012	Ausgaben für Dienstleistungen Anderer	—	135	—	+135	—
812 98-7	012	Erwerb von Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen durch das IZN	—	171	—	+171	—
812 99-5	012	Erwerb von Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	106	—	+106	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 538 99

	2007 1000 EUR
1. Anmietung des Wirtschaftsdienstes Reuters	120
2. Dokumentenmanagementsystem	15
Zusammen	135

Zu 812 98

	2007 1000 EUR
1. Austausch und Erweiterung des aktiven und passiven Netzes	25
2. Serveraustausch und –erweiterungen	30
3. Ersatz von Arbeitsplatzcomputern	77
4. Ersatz von Netzdruckern	39
Zusammen	171

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0401 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0401					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		436	485	–49	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		33	—	+33	
		Summe der Einnahmen		469	485	–16	
		4 Personalausgaben	—	34.950	35.890	–940	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	2.166	2.619	–453	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	75	79	–4	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	302	97	+205	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	–2.433	–2.433	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	35.060	36.252	–1.192	
		Zuschuss		34.591	35.767	–1.176	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0402 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
132 65-3	960	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	—
271 02-5	061	Tagungsgebühren für den überregionalen Erfahrungsaustausch "Verwaltungsreform - Kosten- und Leistungsrechnung" *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66/67.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 65		**Flottenmanagement (Pilotprojekt)**	(—)	(—)	(500)	(–500)	(3)
514 65-3	960	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
518 65-9	960	Mieten und Pachten	—	—	500	–500	3
547 65-9	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
811 65-8	960	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
972 65-1	989	Globale Minderausgabe	—	—	—	—	—
TGr. 66/67		**Kosten für landesweite Maßnahmen im Bereich der Neuen Steuerungsinstrumente und der Personalkostenbudgetierung** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 271 02.*	(—)	(2.310)	(1.800)	(+510)	(3.365)
429 66-4	061	Nicht aufteilbare Personalausgaben für den Gesamthaushalt	—	—	30	–30	42
459 66-0	061	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
511 66-2	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	200	—	+200	—
518 66-7	061	Mieten und Pachten	—	100	—	+100	—
525 66-3	061	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	410	200	+210	267
538 66-8	061	Dienstleistungen Außenstehender	—	500	570	–70	3.056
538 67-6	061	Dienstleistungen des IZN	—	1.044	942	+102	—
547 66-7	061	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
682 66-1	061	Zuschüsse an Landesbetriebe zur Förderung von Projekten	—	—	—	—	—
812 66-2	061	Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Software	—	56	58	–2	—
981 66-9	990	Abführung an 0314 - 381 10	—	—	—	—	—
TGr. 96		**Personalmanagementverfahren** *Übertragbar.*	(—)	(2.530)	(1.809)	(+721)	(1.578)
525 96-5	960	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	94	200	–106	4

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 66/67

Die Einführung und Umsetzung der ‚Leistungsorientierten Haushaltswirtschaft Niedersachsen – LoHN' wurde Ende 2005 in der ersten Phase abgeschlossen. Die Ansätze beinhalten, mit Ausnahme des Ansatzes bei 538 66, Kosten für den laufenden Betrieb des Verfahrens.

Zu 511 66

Ergänzungsbeschaffungen bezüglich weiterer Hardware im Rahmen der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung.

Zu 518 66

Mieten für Server, Leitungen und Räume für Schulungszwecke.

Zu 525 66

Durchführung von Nach – und Neuschulungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Arbeitsbereich LoHN/KLR.

Zu 538 66

Kosten für Pflegeleistungen am Verfahren, insbesondere Anpassungen an Veränderungen im Verfahrensumfeld.
Einführung und Umsetzung der bereits in zwei Polizeidirektionen eingeführten KLR in den übrigen Polizeidirektionen (Roll-out).

Zu 538 67

Die Dienstleistungen des IZN beinhalten die Kosten für den Betrieb des LoHN-Verfahrens, insbesondere Leistungen der operativen zentralen Verfahrenspflege, der Nutzerunterstützung, der Administration der Hard- und Software und der Infrastrukturbereitstellung, sowie die Leistungen für PKB.

Zu 682 66

Zuschüsse an Landesbetriebe für Softwareimplementierungen.

Zu Titelgruppe 96

In dieser Titelgruppe sind die Projektkosten für die Einführung eines zentralen Managementverfahrens für Personaldaten (Personalmanagementverfahren, PMV) zusammengefasst. Ziel des Projektes ist die Ablösung der über 20 verschiedenen Verfahren, die sich derzeit in Niedersachsen im Einsatz befinden, durch ein einheitliches EDV-Verfahren mit entsprechenden Schnittstellen zur zentralen Bezügeabrechnung.

Zu 525 96

Kosten der Aus- und Fortbildung der PMV- Anwender/-innen.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0402 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
538 96-0	960	Ausgaben für Datenverarbeitung	—	1.697	520	+1.177	1.516
547 96-9	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungausgaben	—	178	451	–273	10
812 96-4	960	Erwerb von Geräten, Programmen und Lizenzen zur Informationstechnik	—	561	638	–77	48
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechniken (Haushaltsvollzugssystem)**	(—)	(13.222)	(15.312)	(–2.090)	(10.520)
511 99-9	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	1	—	+1	1
525 98-1	012	Ausgaben für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das Informatikzentrum Niedersachsen (izn)	—	155	211	–56	182
525 99-0	012	Ausgaben für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch andere Dienstleister	—	5	164	–159	3
538 98-6	012	Ausgaben für Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (izn)	—	8.165	9.981	–1.816	5.879
538 99-4	012	Ausgaben für Dienstleistungen Anderer	—	4.346	4.356	–10	4.087
812 98-0	012	Erwerb von Geräten, Programmen und Lizenzen zur Informationstechnik	—	550	600	–50	368
		Abschluss Kapitel 0402					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		4 Personalausgaben	—	—	30	–30	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	16.895	18.095	–1.200	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	1.167	1.296	–129	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	18.062	19.421	–1.359	
		Zuschuss		18.062	19.421	–1.359	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 538 96

Kosten für Wartung und Pflege der Hard- und Software.

Zu 547 96

Reisekosten und Raummieten für Fortbildungsveranstaltungen.

Zu 812 96

Beschaffung und Erweiterung von zentraler Hardware im Zusammenhang mit Betrieb und Weiterentwicklung des Verfahrens sowie Kosten für Softwarebeschaffungen.

Zu Titelgruppe 98/99

Der "Aufbau eines neuen integrierten Haushaltswirtschaftssystems" im Rahmen des Projektes P 53 ist abgeschlossen. Neben der Weiterentwicklung der eingesetzten Software beinhalten die Ansätze überwiegend Kosten für den laufenden Betrieb des Verfahrens.

Zu 525 98

Kosten der Aus- und Fortbildung der mit Haushaltsvollzugsaufgaben betrauten Bediensteten (IT-Grund- und Fachschulungen, Nachschulungen, Workshops) durch das IZN.

Zu 525 99

Kosten der Aus- und Fortbildung der Bediensteten.

Zu 538 98

Kosten des laufenden Betriebes für – durch das IZN erbrachte – Leistungen, insbesondere Betrieb von Call-, Competence-, UNIX-Service- und Output-Center. Ferner Kosten für IZN-Infrastruktur (Standplatz im Rechenzentrum, Bunker ...) sowie für Datensicherung und Archivierung.

Zu 538 99

Kosten für Pflege- und Wartungsverträge (Hardware, Software und Datenbank) und Aufwendungen für die digitale Signatur sowie Verfahrensanpassungen.

Zu 812 98

Erweiterungs- und Ersatzbeschaffungen von zentraler Hardware (Server, Platten, Speicher) im Zusammenhang mit Betrieb und Weiterentwicklung des Verfahrens.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0404 Steuerakademie Niedersachsen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		**** Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist der letzte Absatz der Erläuterung verbindlich.*					
		E I N N A H M E N					
119 01-8	061	Vermischte Einnahmen		2	—	+2	—
124 01-1	061	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		7	—	+7	—
125 01-8	061	Einnahmen für Verpflegung und Unterkunft *Vgl. K-Vermerk zu 511 01.*		90	—	+90	—
132 01-4	061	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen *Vgl. K-Vermerk zu 511 01.*		—	—	—	—
281 01-0	061	Erstattung von Lehrgangskosten *Vgl. K-Vermerk zu 511 01.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-2	061	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	2.377	—	+2.377	—
422 19-5	061	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-1	061	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-2	061	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-8	061	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—
426 03-4	061	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-9	061	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-4	061	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
511 01-5	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *Übertragbar.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 01 und 281 01.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 125 01.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 0406 Ausgabetitelgruppe 75.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 514 05, 517 01, 518 01, 518 02, 519 01, 526 01, 527 01, 547 02 und 812 15.*	—	76	—	+76	—
514 05-7	061	Verbrauchsmittel, Lebensmittel und dergleichen *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	130	—	+130	—
517 01-3	061	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	272	—	+272	—
518 01-0	061	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	21	—	+21	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0404

Durch Neuorganisation der Aus- und Fortbildung in der Steuerverwaltung ist die Steuerakademie Niedersachsen zum 1. August 2006 neu gegründet. Sie hat ihren Sitz in Bad Eilsen und ist untergliedert in folgende Fachbereiche:

- Fachstudien für den gehobenen Dienst
- Fachtheoretische Ausbildung des mittleren Dienstes
- Fortbildung.

Standorte für den Lehrbetrieb sind Rinteln und Bad Eilsen.

Die Steuerakademie hat die Aufgabe, Beamtinnen und Beamte für die Laufbahnen des gehobenen und mittleren Steuerverwaltungsdienstes auszubilden. Die Fachstudien und die fachtheoretische Ausbildung erfolgen nach den bundesrechtlichen Maßgaben des Steuerbeamten-Ausbildungsgesetzes (StBAG) und der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Steuerbeamten (StBAPO).

Die Steuerakademie koordiniert die Durchführung der berufspraktischen Studienzeiten und Ausbildung in Abstimmung mit der Oberfinanzdirektion. Ihr obliegt darüber hinaus die Aufgabe der Fortbildung aller Beschäftigten der Steuerverwaltung (Organisation und Durchführung).

Das Kapitel ist mit dem Haushaltsplan 2007 aus der Aufteilung der bisherigen Kapitel 03 04 (Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege) und 04 06 (Steuerverwaltung) hervorgegangen.

Durch die Errichtung der Steuerakademie Niedersachsen sollen mittelfristig Einsparungen von bis zu 1,1 Mio. EUR erzielt werden. Davon werden rd. 300 Tsd. EUR schon im Haushaltsplan 2007 nachgewiesen.

Zu 125 01

Einnahmen der Steuerakademie – Fachbereich in Bad Eilsen - aus der entgeltlichen Bereitstellung von Unterkünften und Verpflegung für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und für Aufstiegsbeamte während der Einführungszeit sowie für sonstige Personen.

Zu 514 05

Am Standort Bad Eilsen der Steuerakademie werden Verpflegungskosten mit 4,20 EUR je Verpflegungsteilnehmer pro Tag veranschlagt.
Die Einnahmen aus der Verpflegung für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und für Aufstiegsbeamte während der Einführungszeit sind bei 125 01 veranschlagt.
Die Einnahmen aus der Verpflegung sonstiger Verpflegungsteilnehmer in Höhe des Selbstkostentagessatzes von z. Z. 11,34 EUR sind bei 125 01 veranschlagt.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0404 Steuerakademie Niedersachsen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
518 02-8	061	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	5	—	+5	—
519 01-6	061	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	25	—	+25	—
526 01-2	061	Sachverständige *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	—
527 01-9	061	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	3	—	+3	—
547 02-8	061	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	4	—	+4	—
681 01-8	061	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	1	—	+1	—
812 15-5	061	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	40	—	+40	—
981 04-6	990	Abführung an 13 21 - 381 04	—	605	—	+605	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Aus- und Fortbildung** *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 0406 Ausgabetitelgruppe 61.*	(—)	(385)	(—)	(+385)	(—)
427 61-8	061	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	17	—	+17	—
453 61-9	061	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Aus- und Fortbildungslehrgängen	—	265	—	+265	—
525 61-0	061	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	103	—	+103	—
		Abschluss Kapitel 0404					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		99	—	+99	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		99	—	+99	
		4 Personalausgaben	—	2.659	—	+2.659	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	639	—	+639	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	1	—	+1	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	40	—	+40	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	605	—	+605	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	3.944	—	+3.944	
		Zuschuss		3.845	—	+3.845	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 812 15

	2007 1000 EUR
Ersatzbeschaffungen:	
Ausstattung Schulungsräume (Rinteln)	25
Zusammen	25
Ergänzungsbeschaffungen:	
Ausstattung Unterkünfte (Bad Eilsen)	15
Zusammen	15
Gesamt	40

Zu 981 04

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13 – Kapitel 13 21 Titel 381 04.

Zu 427 61

a) zu Lehrvergütungen
Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des Gem. Runderlasses des MF u. d. übr. Min. vom 20. 1. 2006 (Nds. MBl. S. 101 ff) in der jeweils geltenden Fassung erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.
b) zu Prüfungsvergütungen
Die Höhe der Prüfungsvergütung bemisst sich nach den gemeinsam vom MF u. d. übr. Min. erlassenen Richtlinien über die Vergütung von Prüfungstätigkeiten im Bereich der nieders. Landesverwaltung vom 20. 1. 2006 (Nds. MBl. S. 101 ff) in der jeweils geltenden Fassung.
25 v.H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 453 61

Umzugskostenvergütungen und Trennungsgeld für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und für Aufstiegsbeamte während der Einführungszeit.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0406 Steuerverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		EINNAHMEN					
111 01-4	061	Gebühren und tarifliche Entgelte		3.150	2.850	+300	3.150
111 45-6	061	Gebühren nach dem Steuerberatungsgesetz		40	40	—	33
112 01-0	061	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		7.900	8.103	–203	7.844
119 01-5	061	Vermischte Einnahmen		1.510	1.400	+110	1.525
119 02-3	061	Einnahmen aus Veröffentlichungen **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		—	—	—	—
119 03-1	061	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		—	—	—	8
119 05-8	061	Stundungszinsen, Verzugszinsen, Säumniszuschläge und Verspätungszuschläge		60.000	64.000	–4.000	58.274
119 41-4	061	Rückzahlung von Überzahlungen		5	10	–5	1
119 46-5	061	Ersatzleistungen		40	20	+20	38
119 96-1	061	Erstattung der Personal- und Sachkosten *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 96/97.*		872	—	+872	—
121 01-0	859	Ablieferungen aus behördeneigenen Küchen- und Kantinenbetrieben		—	—	—	10
124 01-9	061	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		79	80	–1	87
132 01-1	061	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		15	25	–10	7
236 01-1	061	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit		15	20	–5	10
261 01-6	061	Erstattung der Kosten für die Verwaltung der Kirchensteuer		22.200	22.500	–300	24.712
261 02-4	061	Erstattung der Kosten für die Verwaltung der Landwirtschaftskammerbeiträge		1.150	1.150	—	1.157
261 03-2	061	Erstattung sonstiger Verwaltungskosten		30	30	—	22
381 11-9	990	Zuführung von 13 99-981 11		—	—	—	5.936
		Titelgruppe(n)					
TGr. 75		**Einnahmen der Finanzämter (eigenverantwortliche Bewirtschaftung)** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 75.*		(386)	(102)	(+284)	(99)
119 75-9	061	Sonstige Verwaltungseinnahmen; Ersatzleistungen; Einnahmen aus Inanspruchnahmen der Verwaltung		6	102	–96	86
132 75-5	061	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	12
162 75-1	061	Zinsen aus Bankkonten der Finanzämter		380	—	+380	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 0406

Es sind vorhanden: Oberfinanzdirektion Hannover mit den Besitz- und Verkehrsteuerabteilungen Hannover und Oldenburg als Mittelinstanz für 57 Veranlagungsfinanzämter, 6 Finanzämter für Großbetriebsprüfung sowie 4 Finanzämter für Fahndung und Strafsachen.

Ausgaben für frauenrelevante Maßnahmen werden in der Titelgruppe 61 nachgewiesen.

Nach Abschluss des Pilotvorhabens der Teil- Sachkostenbudgetierung (Titelgruppe 75) bei 4 Finanzämtern wird die Titelgruppe in der Steuerverwaltung vom Haushaltsjahr 2004 an flächendeckend für alle 67 Finanzämter fortgeführt. Durch die weitgehende Übertragung der Eigenverantwortung in der Bewirtschaftung von Sachausgaben auf die nachgeordneten Dienststellen sollen diese in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben noch effektiver zu erledigen und damit ihre Leistungsfähigkeit zu verbessern. Dies dient dem Ziel, die Möglichkeiten einer Effizienzsteigerung bei der Haushaltswirtschaft (sparsame Verwendung von Haushaltsmitteln) durch
- die Zulassung größerer Flexibilität bei der Haushaltsführung und
- die Übertragung von Eigenverantwortung für ein Haushaltsbudget (Bewirtschaftung der verfügbaren Haushaltsmittel unter wirtschaftlicheren und bedarfsorientierteren Gesichtspunkten)

im Vorgriff auf eine spätere Voll-Sachkostenbudgetierung auszuschöpfen.

Die Art der Bewirtschaftung dieser Haushaltsmittel, durch die das Kostenbewusstsein und die Motivation der Bediensteten gefördert werden sollen, wird in den verbindlichen Erläuterungen zu TGr. 75 dargestellt.

Zu 111 01

	2007 1000 EUR
Vollstreckung usw.	3.050
Sonstige Gebühren und Auslagen	100
Zusammen	3.150

Zu 112 01

	2007 1000 EUR
Erstattung von Prozesskosten	660
Zwangsgelder wegen Nichtbefolgung steuerrechtlicher Anordnungen	3.620
Bußgelder nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz	3.620
Zusammen	7.900

Zu 119 01

Es handelt sich im Wesentlichen um Steuererstattungen, die den Empfängern wegen unbekannten Aufenthalts nicht zugestellt werden können.

Zu 119 05

	2007 1000 EUR
Säumniszuschläge	42.000
Verspätungszuschläge	18.000
Zusammen	60.000

Zu 119 46

Schadenersatzleistungen, insbesondere von Versicherungsunternehmen.

Zu 124 01

	2007 1000 EUR
Miete für Wohnungen	59
Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	---
Sonstige Mieten und Pachten	20
Zusammen	79

Zu 261 01

Veranschlagt sind 4 v. H. des Aufkommens an Kirchensteuer.

Zu 261 02

Veranschlagt sind 4,5 v. H. des Aufkommens an Landwirtschaftskammerbeiträgen.

Zu 261 03

	2007 1000 EUR
Verwaltungskostenerstattung für die Mitteilung der Gewerbesteuermessbeträge an die Industrie- und Handelskammern, Datenabgleich	30
Zusammen	30

Zu 381 11

Erstattung der Personal- und Sachausgaben für den Spielbankenaufsichtsdienst.
Zur Höhe der Erstattung vgl. ***-Haushaltsvermerk bei 13 99-093 11

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0406 Steuerverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
422 01-0	061	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets **** Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist Abs. 1 der Erläuterung verbindlich.*	—	391.250	396.134	–4.884	308.057
422 04-4	061	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	5.000	8.858	–3.858	6.023
422 19-2	061	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	3.909
425 01-9	061	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	83.533
425 03-5	061	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 04-3	061	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-0	061	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-5	061	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	6.873
426 03-1	061	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	59
426 04-0	061	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-6	061	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	5	5	—	0
427 01-1	061	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 31-3	061	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	3	3	—	—
427 39-9	061	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	150	150	—	56
453 01-2	061	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	255	260	–5	252
453 11-0	061	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	75	–75	54
459 04-5	061	Vergütungen für Beamte im Vollstreckungsdienst	—	220	250	–30	195
511 01-2	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 514 01, 517 01, 518 01, 518 02, 519 01, 519 02, 519 03, 526 01, 526 02, 526 03, 527 01, 527 02, 527 04, 531 03, 532 01, 546 01, 546 02, 546 03, 546 05 und 547 02.*	—	3.085	2.979	+106	2.716
514 01-1	061	Haltung von Dienstfahrzeugen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	140	120	+20	130
517 01-0	061	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	590	510	+80	536

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 422 01

Das Beschäftigungsvolumen und das Personalkostenbudget darf jeweils insoweit überschritten werden, als Nachwuchskräfte des mittleren, gehobenen und höheren Steuerverwaltungsdienstes im Laufe des Haushaltsjahres in den Dienst der nds. Steuerverwaltung eingestellt werden. Hieraus sich ergebende Überschreitungen sind spätestens ab dem Haushaltsjahr 2011 durch Unterschreitungen des Beschäftigungsvolumens und des Personalkostenbudgets auszugleichen.

Die bei den Spielbanken im Aufsichtsdienst eingesetzten Bediensteten der niedersächsischen Steuerverwaltung erhalten eine steuerfreie Aufwandsentschädigung von monatlich 76,70 EUR.

Der Oberfinanzpräsident ist zugleich Bundes- und Landesbeamter. Seine Planstelle ist sowohl im Bundes- als auch im Landeshaushalt ausgebracht. Er wird jedoch nach den besoldungsrechtlichen Vorschriften des Bundes besoldet. Die Bezüge des Oberfinanzpräsidenten werden vom Bund und vom Land je zur Hälfte getragen; Hinweis auf § 11 Abs. 2 Finanzverwaltungsgesetz.

Zu 426 06

Für unabweisbar notwendig werdende Mehrarbeit im Bereich des Ressorts, insbesondere im Hausmeisterdienst.

Zu 427 31

a) zu Lehrvergütungen
Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des Gem. Runderlasses des MF u. d. übr. Min. vom 20. 1. 2006 (Nds. MBl. S. 101 ff) in der jeweils geltenden Fassung erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.
b) zu Prüfungsvergütungen
Die Höhe der Prüfungsvergütung bemisst sich nach den gemeinsam vom MF u. d. übr. Min. erlassenen Richtlinien über die Vergütung von Prüfungstätigkeiten im Bereich der nieders. Landesverwaltung vom 20. 1. 2006 (Nds. MBl. S. 101 ff) in der jeweils geltenden Fassung.
25 v.H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 511 01

	2007 1000 EUR
Allgemeiner Geschäftsbedarf	501
Fachbücher, Zeitschriften, Gesetzblätter	952
Vordrucke	1.205
Post- und Fernmeldegebühren	115
Unterhaltung Telefonanlagen	19
Erwerb von Geräten/Ausstattungsgegenständen	257
Unterhaltung von beweglichen Sachen	13
Schutzkleidung, Sehhilfen, Sonstige Ausgaben	23
Zusammen	3.085

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen (der OFD)

	Ist 1.1.2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	24	23	23

Zu 517 01

	2007 1000 EUR
Wassergeld	24
Grundbesitzabgaben	24
Bewachungskosten, Pflege der Außenanlagen	41
Wartungskosten, sonstige Hauswirtschaftskosten	16
Reinigungskosten	160
Energiekosten (Heizung, Strom)	305
Verbrauchsmaterial	20
Zusammen	590

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0406 Steuerverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
518 01-7	061	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	—
518 02-5	061	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	185	155	+30	144
519 01-3	061	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	25	480	–455	491
519 02-1	061	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	—
519 03-0	061	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	4	4	—	2
526 01-0	061	Sachverständige *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	15	15	—	8
526 02-8	061	Gerichts- und ähnliche Kosten *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	100	104	–4	51
526 03-6	061	Entschädigungen für die ehrenamtlichen Mitglieder des Gutachterausschusses und der Schätzungsausschüsse *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	180	165	+15	164
527 01-6	061	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	290	296	–6	226
527 02-4	061	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	20	30	–10	12
527 04-0	061	Reisekostenpauschbeträge; Bewegungsgelder *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	10	10	—	5
529 10-8	061	Zur Verfügung des Oberfinanzpräsidenten	—	—	—	—	0
531 03-0	061	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	15	8	+7	8
532 01-0	061	Zeugenentschädigungen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	—
546 01-0	061	Vermischte Ausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	0
546 02-9	061	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	5	2	+3	—
546 03-7	061	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	150	230	–80	11
546 05-3	061	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	35	30	+5	6
547 02-5	061	Dienstleistungen Außenstehender *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	225	474	–249	158
633 01-0	061	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Gemeinden	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 529 10

Vgl. Erläuterung zu 13 02 - 529 14.
Die Mittel sind bei Kapitel 13 02 Titel 529 14 zentral veranschlagt.

Zu 531 03

Die Mittel sind für Veranstaltungen vorgesehen, die das Ziel haben, die Bevölkerung über Aufgaben und Arbeitsweise der nieders. Steuerverwaltung zu unterrichten.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0406 Steuerverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
681 01-5	061	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen **** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.*	—	48	49	–1	27
811 01-6	061	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	86	61	+25	38
812 05-5	061	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind	—	6	6	—	—
812 13-6	061	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	430	726	–296	642
812 15-2	061	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	350	200	+150	196
812 16-0	061	Erwerb von Maschinen und Einrichtungen zur Rationalisierung und Vereinfachung des Geschäftsbetriebes bei den Finanzämtern	—	400	300	+100	297
981 02-7	990	Abführung an 13 21-381 22 zur Refinanzierung des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen	—	1.879	1.879	—	1.879
981 04-3	990	Abführung an 13 21-381 04	—	19.176	19.428	–252	18.254
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Aus- und Fortbildung** *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0404 Ausgabetitelgruppe 61.*	(—)	(1.354)	(1.354)	(—)	(1.138)
427 61-5	061	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte zur Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	210	210	—	135
453 61-6	061	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Aus- und Fortbildungslehrgängen	—	140	140	—	64
525 61-7	061	Aus- und Fortbildung der Bediensteten **** Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 525 99.*	—	1.004	1.004	—	939
TGr. 71		**Projekt Finanzamt 2003** *Übertragbar.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(1.305)
511 71-3	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation	—	—	—	—	—
525 71-4	061	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	—
547 71-8	061	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
812 71-3	061	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	1.305
TGr. 75		**Ausgaben der Finanzämter (eigenverantwortliche Bewirtschaftung)** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 75.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0404-511 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist der 1. Absatz der Erläuterung verbindlich.*	(—)	(37.503)	(38.558)	(–1.055)	(34.515)
427 75-5	061	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 811 01

	2007 1000 EUR
Ersatzbeschaffungen:	
2 Kombi-Fahrzeuge für Fahrbereitschaften der OFD	
Listenpreis	70
Sonderausstattungen	16
-- Pkw bis 2.400 ccm Hubraum für Finanzämter	--
Listenpreis	
Sonderausstattungen	--
Zusammen	86

Zu 812 13

	2007 1000 EUR
Ersatzbeschaffungen:	
3 Telefonanlagen für Finanzämter	250
Leitungs-/Netzarbeiten bei Ersatzbeschaffungen	50
Baunebenkosten	60
Erweiterung, Teilerneuerung, Reparatur von Telefonanlagen	70
Zusammen	430

Zu 812 15

	2007 1000 EUR
Ersatzbeschaffungen:	
Ausstattung Schulungs-/Besprechungsräume	---
Dienstzimmerausstattungen	15
Standregale	--
Sonderausstattung Projekt Teamarbeit	25
Elektronische Zeiterfassung	100
Zusammen	140
Ergänzungsbeschaffungen:	
Ausstattung Schulungs-/Besprechungsräume	20
Dienstzimmerausstattungen	100
Standregale	30
Beleuchtung	10
Elektronische Zeiterfassung	30
Erste Hilfe Ausstattung	20
Zusammen	210
Gesamt	350

Zu 812 16

	2007 1000 EUR
Ersatzbeschaffungen:	
IuK-gerechte Büroausstattung	50
Rollregalanlagen	65
Blend-/Sonnenschutz	40
Ausstattung Dienstzimmer	20
Ausstattung Multifunktionsraum	35
Anteilige Baunebenkosten	9
Zusammen	219
Ergänzungsbeschaffungen:	
IuK-gerechte Büroausstattung	44
Rollregalanlagen	40
Blend-/Sonnenschutz	60
Ausstattung Dienstzimmer	6
Ausstattung Telearbeitsplätze	25
Mobile Cashgeräte	---
Anteilige Baunebenkosten	6
Zusammen	181
Gesamt	400

Zu 981 02

Zuführung eingesparter Mieten zur Refinanzierung des Sondervermögens für den Erwerb von Dienstgebäuden:
Finanzamt Northeim – 1996/2008,
Finanzamt Rotenburg (Wümme) – 1998/2012,
Finanzamt Göttingen – 1999/2013,
Finanzamt Lingen (Ems) – 2001/2014 und
Finanzamt Westerstede – 2002/2013.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch Kauf eines Dienstgebäudes in 2005 und früher in 1000 EUR	in 2006 in 1000 EUR	in 2007 in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	1.879			1.879
2008	1.804			1.804
2009	1.800			1.800
2010	1.800			1.800
2011-2016	5.749			5.749
Summe	13.032	--	--	13.032

Zu 981 04

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13 – Kapitel 13 21 Titel 381 04.

Zu Titelgruppe 61

In dieser Titelgruppe sind die Kosten für die Aus- und Fortbildungslehrgänge veranschlagt.

Zu 427 61

Lehrvergütungen: Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des Gem. Runderlasses des MF u. d. übr. Min. vom 20. 1. 2006 (Nds. MBl. S. 101 ff) in der jeweils geltenden Fassung erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.
Prüfungsvergütungen: Die Höhe der Prüfungsvergütung bemisst sich nach den gemeinsam vom MF u. d. übr. Min. erlassenen Richtlinien über die Vergütung von Prüfungstätigkeiten im Bereich der nieders. Landesverwaltung vom 20. 1. 2006 (Nds. MBl. S. 101 ff) in der jeweils geltenden Fassung. 25 v.H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu Titelgruppe 75

Für nicht verausgabte Haushaltsmittel dürfen Ausgabereste bis zur Höhe von 80 v.H. gebildet, übertragen und in Anspruch genommen werden. Die gemäß § 45 LHO erforderliche Einwilligung des Finanzministeriums gilt insoweit als erteilt.

Die Sachmittelansätze für die 67 Dienststellen werden in der Titelgruppe 75 zusammengefasst veranschlagt. Durch die weitgehende Übertragung der Eigenverantwortung in der Bewirtschaftung von Sachausgaben auf die nachgeordneten Dienststellen sollen diese in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben noch effektiver zu erledigen.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0406 Steuerverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
511 75-6	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	14.290	15.851	–1.561	14.083
514 75-5	061	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	—	40	170	–130	156
517 75-4	061	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	7.637	7.590	+47	7.010
518 75-0	061	Mieten und Pachten	—	4.758	4.392	+366	4.009
519 75-7	061	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	605	—	+605	—
526 75-3	061	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.590	1.590	—	1.362
527 75-0	061	Reisekostenvergütungen; Reisekostenpauschbeträge; Bewegungsgelder	—	6.784	6.985	–201	6.023
547 75-0	061	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.449	1.350	+99	1.196
812 75-6	061	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen; Ergänzung landeseigener Fernmeldeanlagen	—	350	630	–280	676
TGr. 96/97		**Weiterer Ausbau der IuK-Technik in der nds. Steuerverwaltung (KONSENS)** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 96.*	(—) (2.200)	(5.705)	(19.579)	(–13.874)	(17.197)
427 96-8	061	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
518 96-3	061	Ausgaben für die Anmietung von Software *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 518 96, 518 97, 538 96, 538 97, 812 97, 511 99, 518 98, 518 99, 525 98, 525 99, 538 98, 538 99 und 812 99.*	—	617	1.933	–1.316	1.098
518 97-1	061	Ausgaben für die Anmietung von Hardware *Vgl. D-Vermerk zu 518 96.*	—	—	—	—	—
538 96-4	061	Ausgaben für Software *Vgl. D-Vermerk zu 518 96.*	—	20	20	—	—
538 97-2	061	Ausgaben für Dienstleistungen Anderer *Vgl. D-Vermerk zu 518 96.*	—	4.568	5.397	–829	5.370
812 97-7	061	Erwerb von Geräten, Programmen und Lizenzen zur Informationstechnik *Vgl. D-Vermerk zu 518 96.*	— 2.200	500	12.229	–11.729	10.729
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechniken**	(—)	(34.411)	(20.979)	(+13.432)	(15.575)
511 99-3	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *Vgl. D-Vermerk zu 518 96.*	—	5.138	4.752	+386	4.299
518 98-0	061	Ausgaben für die Anmietung von Software *Vgl. D-Vermerk zu 518 96.*	—	2.897	807	+2.090	647
518 99-8	061	Ausgaben für die Anmietung von Hardware *Vgl. D-Vermerk zu 518 96.*	—	—	—	—	4

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 511 75

	2007 1000 EUR
Allgemeiner Geschäftsbedarf	630
Fachbücher, Zeitschriften, Gesetzblätter	360
Postgebühren	11.760
Fernmeldegebühren	480
Unterhaltung Telefonanlagen	90
Erwerb von Geräten/Ausstattungsgegenständen	760
Unterhaltung von beweglichen Sachen; Schutzkleidung, Sonstige Ausgaben	210
Zusammen	14.290

Zu 514 75

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen (der Finanzämter)

	Ist 1.1.2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	5	4	4

Zu 517 75

	2007 1000 EUR
Wassergeld	262
Grundbesitzabgaben	488
Bewachungskosten, Pflege der Außenanlagen	251
Wartungskosten, sonstige Hauswirtschaftskosten	658
Reinigungskosten	2.443
Energiekosten (Heizung, Strom)	3.232
Verbrauchsmaterial	303
Zusammen	7.637

Zu 518 75

Für die Miete von Finanzamtsdienstgebäuden sind Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht:	
Finanzamt Nordenham	6.841
Finanzamt Osnabrück-Land	1.029
Finanzamt Stade	704
Finanzamt Verden	698
Finanzamt Wilhelmshaven	2.162

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	624			624
2008	624			624
2009	624			624
2010	521			521
2011 bis 2021	3.097			3.097
Summe	5.690	--	--	5.690

Zu 526 75

	2007 1000 EUR
Augenuntersuchungen; ärztliche Untersuchungen	206
Gerichts-, Anwalts-, Prozesskosten	1.384
Zusammen	1.590

Zu 527 75

	2007 1000 EUR
Tagegeld, Fahrkosten (Bedienstete im Innendienst)	274
Tagegeld, Fahrkosten (Bedienstete im Aussendienst)	1.123
Wegstreckenentschädigung für private Kfz. (nur Aussendienst)	4.517
Reisekostenpauschbeträge, Bewegungsgelder	810
Reisekosten in Personalvertretungsangelegenheiten	16
Sonstige Kosten	44
Zusammen	6.784

Zu 547 75

	2007 1000 EUR
Bankgebühren; Rückscheckkosten	772
Kosten für Schecktransporte	49
Kosten der Entsorgung	130
Zeugenentschädigung, Auslagenersatz, Gebühren für Auskunftsersuchen	267
Kosten in Vollstreckungsverfahren	27
Fremdleistungen, Gesundheitsmanagement und Betriebsärzte	190
Eigenschäden, Sonstige Kosten	14
Zusammen	1.449

Zu 812 75

	2007 1000 EUR
Ersatzbeschaffungen:	
Frankiermaschinen	32
Deckenleuchten	25
Dienstzimmerausstattungen	25
Beschilderung	18
Schneeräum- und Kehrgeräte	34
Küchen-/Kochgeräte/Kantinenausstattung	41
Anteilige Baunebenkosten	5
Zusammen	180
Ergänzungsbeschaffungen:	
Deckenleuchten	--
Beschilderung	7
Dienstzimmerausstattungen (zusätzl. Räume)	15
Schneeräum- und Kehrgeräte	10
Kantinenausstattung	25
Fernmeldeanlagen	10
Alarmanlagen	18
Infothek, Call-Center	70
Anteilige Baunebenkosten	15
Zusammen	170
Gesamt	350

Zu Titelgruppe 96/97

In dieser Titelgruppe werden die IuK-Kosten veranschlagt, die durch das Bund/Länder-Projekt KONSENS einschließlich der Vergabe von Aufträgen verursacht werden.
KONSENS ist ein Gemeinschaftsprojekt auf der Basis eines Verwaltungsabkommens der Länder und des Bundes mit dem Ziel, arbeitsteilig eine Neukonzeption und Neuentwicklung der Automationsunterstützung in der Steuerverwaltung durchzuführen.
Die Automationsunterstützung umfasst die den Steuerverwaltungen der Länder gesetzlich zugewiesenen Aufgaben, insbesondere alle Vorgänge des Besteuerungsverfahrens einschließlich der steuerlichen Nebenleistungen und des Strafsachen- und Bußgeldverfahrens in den Finanzämtern, Oberfinanzdirektionen und Obersten Finanzbehörden (ohne Haushalts- und Personalwesen).

Zu 812 97

	2007 1000 EUR
Geräte und Maschinen	500

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	2.200	—	2.200
2008	—	—	—	—
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	2.200	—	2.200

Zu Titelgruppe 98/99

In dieser Titelgruppe – hinsichtlich des Projekts KONSENS in der TGr. 96/97 – werden die Ausgaben für die automatisierte Datenverarbeitung in der niedersächsischen Steuerverwaltung zusammengefasst.
Dazu zählen insbesondere
die Kosten für die Produktionsstätte Hannover,
die Kosten für das Print-Zentrum Lüneburg,
die Kosten für den Betrieb und die Unterhaltung der ADV-Anlagen und Geräte in den Finanzämtern, der Steuerakademie Niedersachsen sowie in den Fachreferaten der Oberfinanzdirektion,
die Kosten für die Leistungen des IZN,
die Kosten für die Verbrauchsmaterialien, die im Rahmen der automatisierten Verfahren benötigt werden und
die Kosten, die für IuK-Aus- und Fortbildung der Bediensteten entstehen.
Mit Hilfe der Datenverarbeitung werden die Finanzämter von den automatisierten Arbeiten auf den Gebieten der Steuerfestsetzung und der Steuererhebung im Interesse eines rationelleren Personaleinsatzes entlastet. Aus dem Bereich der Steuerfestsetzung werden die meisten Aufgaben im automatisierten Verfahren durchgeführt.
Das Steuererhebungsverfahren, das ein ständiges Verbundnetz von Datenfernübertragungsleitungen zwischen Finanzämtern und dem Großrechner beim IZN voraussetzt, wird für sämtliche Finanzämter automatisiert durchgeführt.
Mittels eines Datenerfassungs- und Dialogsystems (VDV II-System) wird Computerleistung direkt am Arbeitsplatz verfügbar gemacht und die Auskunftsbereitschaft der Finanzämter verbessert.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0406 Steuerverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
525 98-6	061	Ausgaben für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das Informatikzentrum Niedersachsen (izn) *Vgl. D-Vermerk zu 518 96.*	—	30	40	–10	16
525 99-4	061	Ausgaben für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch andere Dienstleister *Vgl. D-Vermerk zu 518 96.* **** Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 525 61.*	—	837	837	—	371
538 98-0	061	Ausgaben für die Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (izn) *Vgl. D-Vermerk zu 518 96.*	—	8.903	10.806	–1.903	7.508
538 99-9	061	Ausgaben für die Dienstleistungen Anderer *Vgl. D-Vermerk zu 518 96.*	—	1.663	967	+696	1.801
812 99-3	061	Erwerb von Geräten, Programmen und Lizenzen zur Informationstechnik *Vgl. D-Vermerk zu 518 96.*	—	14.943	2.770	+12.173	929
		Abschluss Kapitel 0406					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		73.997	76.630	–2.633	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		23.395	23.700	–305	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		97.392	100.330	–2.938	
		4 Personalausgaben	—	397.233	406.085	–8.852	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	67.904	70.103	–2.199	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	48	49	–1	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	— 2.200	17.065	16.922	+143	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	21.055	21.307	–252	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 2.200	503.305	514.466	–11.161	
		Zuschuss		405.913	414.136	–8.223	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 812 99

	2007 1000 EUR
Maschine und Geräte	14.943

Allgemeine Vorbemerkungen zu Kapitel 0410

Für das budgetierte Kapitel 04 10 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:

1. 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10 und 547 10 sind gegenseitig deckungsfähig.

2. 811 10 und 812 10 sind gegenseitig deckungsfähig.

3. 519 10, 811 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10 und 547 10.

4. 811 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 519 10.

5. 981 10, 981 11, 981 12 und 981 13 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, und 547 10.

6. Mehreinnahmen bei 119 10, 124 10, 129 10, 132 10 und 261 10 erhöhen die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10, 811 10, 812 10 und 981 10, 981 11, 981 12, und 981 13.

7. Mindereinnahmen bei 119 10, 124 10, 129 10, 132 10 und 261 10 vermindern die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10, 981 10, 981 11, 981 12 und 981 13.

8. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung sichergestellt sind. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.

9. Unter der Voraussetzung, dass das Finanzministerium (Ressort) - hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem MF - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0410 Staatliches Baumanagement Niedersachsen - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 10-5	016	Sonstige Verwaltungseinnahmen		151	151	—	790
124 10-9	016	Einnahmen aus Mieten und Pachten		20	20	—	10
129 10-0	016	Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen		—	—	—	1
132 10-1	016	Erlöse aus Veräußerung von beweglichen Sachen		20	20	—	35
261 10-6	016	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts und von Baunebenkosten durch den Bund, Dritte des Bundes, für Landesbauten und Dritte des Landes		98.000	96.000	+2.000	93.138
		A U S G A B E N					
422 10-0	016	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	—	62.257	70.670	–8.413	9.161
425 10-9	016	Vergütung der Angestellten	—	—	—	—	59.498
426 10-5	016	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	903
427 10-1	016	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	27	27	—	19
429 10-4	016	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	426	426	—	614
459 10-0	016	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	98	98	—	46
511 10-2	016	Geschäftsbedarf und Kommunikation, sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	1.570	1.770	–200	1.063
514 10-1	016	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	—	348	348	—	251
517 10-0	016	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	1.161	1.161	—	922
518 10-7	016	Mieten und Pachten	—	751	751	—	530
519 10-3	016	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	20	20	—	53
525 10-3	016	Aus- und Fortbildung	—	237	237	—	364
526 10-0	016	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	156	156	—	159
527 10-6	016	Dienstreisen	—	737	737	—	501
538 10-8	016	Ausgaben für Datenverarbeitung - Sonderfachleute -	—	612	636	–24	493
547 10-7	016	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	42.088	40.000	+2.088	34.036
681 10-5	016	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	12	12	—	7
811 10-6	016	Erwerb von Fahrzeugen	—	186	186	—	—
812 10-2	016	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	1.183	1.183	—	904
981 10-9	990	Abführung an 1350 - 381 04 (Versorgung)	—	1.492	1.892	–400	1.300

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0410

Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)

Rechts- und Organisationsgrundlagen

Das Staatliche Baumanagement Niedersachsen (SBN) ist zuständig für die Hochbauaufgaben von Land und Bund. Die Bauausgaben sind in den Haushaltsplänen von Land und Bund bzw. in den Wirtschaftsplänen von Betrieben, Stiftungen oder ähnlichen Einrichtungen veranschlagt. Die Übertragung der Bauaufgaben des Bundes beruht auf dem Gesetz über die Finanzverwaltung (FVG) i. d. F. des Finanzanpassungsgesetzes (FAnpG) vom 30. August 1971 (BGBl S. 1426) zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 22. September 2005 (BGBl.I S. 2809) in Verbindung mit dem Verwaltungsabkommen über die Erledigung von Bauaufgaben des Bundes vom 10.12./21.12.1993. Die Erstattung der Verwaltungsausgaben erfolgt gem. der Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Niedersachsen vom 16.2./8.3.2001. Soweit darüber hinaus Baumaßnahmen Dritter aufgrund von Verpflichtungen des Bundes bzw. Landes wahrzunehmen sind, werden die dabei entstehenden Kosten dem Land erstattet.

Verwaltungsaufbau und Budgetplan

Das SBN umfasst die Oberfinanzdirektion Hannover (Landesbauabteilung) sowie 8 Bauämter. Dies sind folgende Dienststellen: Braunschweig, Elbe-Weser, Ems-Weser, Hannover, Lüneburger Heide, Osnabrück-Emsland, Südniedersachsen und Weser-Leine.

Zielsetzung

Ziel ist der Ausbau der Dienstleistungsfunktionen für die kompetente baufachliche Betreuung bebauter und zu bebauender staatlicher Liegenschaften mit dem Anspruch der Vorbildfunktion des öffentlichen Bauherrn in baukultureller, ökonomischer und ökologischer Hinsicht. Das Aufgabenvolumen ist abhängig von der konjunkturellen und politischen Nachfragesituation nach Bauaufgaben von Seiten des Bundes, des Landes und Dritter und unterliegt mitunter deutlichen Schwankungen. Bei einem Rückgang der Bauausgaben kommt es zwangsläufig zu einer Verschlechterung der Zielkosten. Dieser Konsequenz wird durch eine Verringerung der Eigenleistungsanteile begegnet.

Erläuterungen zum Produkthaushalt nach § 17a LHO

Budgetierungsmodell

Die Budgetierung umfasst die Personal- und Sachkosten des SBN und erfolgt auf Grundlage der seit 1998 eingeführten Kosten-/Leistungsrechnung, der Personalbedarfsplanung sowie des operativen Controlling. Für das SBN wurden die nachstehenden Produktbereiche gebildet. Auf diese Produktbereiche werden die Leistungen der Beschäftigten verrechnet. Die Stückdefinition zu den Produkten ist wie folgt (100.000 EUR = 10 Stück, 1.000.000 EUR = 100 Stück):

1.	Gebäudemanagement:	Neubauwerteinheiten (Neubauwert/ 10.000 EUR)
2.	Bauunterhaltung:	1 Stück (10.000 EUR)
3.	Bauverwaltung:	Gutachten, Zuwendungsprüfungen in Fällen
4.	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen:	1 Stück (10.000 EUR)
5.	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen:	1 Stück (10.000 EUR)
6.	Sonderaufgaben:	keine Stückzahl, Darstellung in tausend Stunden

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0410

Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs

Produkte	Leistungs-menge (Soll) 2007	Preise -EUR- (Soll) 2007	Gesamtzielkosten -EUR- (Soll) 2007	Leistungs-menge (Soll) 2006	Preise (Soll) 2006	Leistungs-menge (Ist) 2005	Preise -EUR- (Ist) 2005
Gebäudemanagement (in NBW-Einheiten)	194.220	53,89	10.467.408	205.834	54,68	191.953	59,03
Bauunterhaltung (in Stück)	13.416	2.744,71	36.823.822	14.782	2.889,68	14.046	2.825,10
Bauverwaltung (in Fällen)	1.800	1.263,11	2.273.602	1.700	1.571,98	1.735	1.415,26
Kleine NUE (in Stück)	9.174	1.952,77	17.914.695	5.453	4.052,59	6.876	2.483,15
Große NUE (in Stück)	17.310	1.857,35	32.149.790	15.240	2.847,73	13.593	2.281,86
Sonderaufgaben (in Tsd. Stunden)	148	153,40	22.678.214	132	81,25	113	177,21
Gesamtsumme			122.307.531				

Leistungsplan

	Gesamtzielkosten -EUR- (Soll) 2007	Eigenerlöse -EUR- (Soll) 2007		Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt -EUR- (Soll) 2007
		BUND	LAND	
Gebäudemanagement (in NBW-Einheiten)	10.467.408	4.474.484	0	5.992.924
Bauunterhaltung (in Stück)	36.823.822	13.589.173	5.366.895	17.867.755
Bauverwaltung (in Fällen)	2.273.602	1.657.216	0	616.386
Kleine NUE (in Stück)	17.914.695	17.400.770	9.943.297	-9.429.372
Große NUE (in Stück)	32.149.790	22.869.583	16.572.162	-7.291.955
Sonderaufgaben (in Tsd. Stunden)	22.678.214	6.317.421	0	16.360.792
Produktsumme	122.307.531	98.191.000		24.116.531
Haushaltsausgleich				
Gesamtsumme	122.307.531	98.191.000		24.116.531

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0410

	Überleitungsrechnung Bereichshaushalt (Produkte)	Tsd. EUR	0	Einnahmen (0-3) 1	2	3	4	5	6	7	Ausgaben (4-9) 8	9	HH-Abgl.
+	Verwaltungserträge	98.020		20	98.000								
+	Erträge aus Erstattungen	20		20									
+/-	Bestandsveränderungen	0											
+	sonstige betriebliche Erträge	151		151									
=	Erträge	98.191											
-	Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	64.229					62.710					1.492	27
-	Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	1.907											1.907
-	sonstige Personalaufwendungen	98					98						
=	Personalaufwendungen	66.234											
-	Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	585						585					
-	Aufwendungen Kommunikation und Reisen	737						737					
-	Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	6.393						3.502				2.891	
-	Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	43.376						42.856				520	
-	Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	12							12				
	-Abschreibungen	4.971											4.971
	=Sachaufwendungen	56.074											
	=Aufwendungen	122.308											
	=Ergebnis nach eigenen Erträgen	-24.117											
	+Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	24.117											-24.117
	=Ergebnis nach Landeszuschuss	0											
	+Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen	0											
	+Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	0											
	=Finanzergebnis	0											
	+außerordentliche Erträge												
	-außerordentliche Aufwendungen												
	+/-Haushaltsausgleich												
	=außerordentliches Ergebnis												
	=neutrales Ergebnis												
	=Gesamtergebnis	0											
	-Investitionen der Hauptgruppe 5												
	-Investitionen der Hauptgruppe 8	0									1.369		-1.369
	=Einnahmen und Ausgaben des Budgets	0											
	+/-Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets	0											
	=Kapitelsumme	0		191	98.000	0	62.808	47.680	12	0	1.369	4.903	

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0410

Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln

Zu HGr. 4

Beschäftigungsvolumen (in VZE):

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
1160,65	1335,65	1228,83

Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen

	2002	2003	2004	2005
Anteil der Produktbereiche an den Gesamtkosten in %				
1. Gebäudemanagement	-	-	8,5	9,3
2. Bauunterhaltung	-	-	32,0	32,7
3. Bauverwaltung	-	-	2,0	2,0
4. Kleine NUE	-	-	16,6	14,1
5. Große NUE	-	-	32,6	25,5
6. Sonderaufgaben	-	-	8,3	16,4
Bauausgaben (ohne Baunebenkosten - BNK) in Mio. EUR				
1. Bund	203,2	208,2	178,3	209,3
2. Land (bis 2004 einschl. BNK)	329,5	315,0	240,8	138,7
3. Gesamt	532,7	523,2	419,1	348,0
Anteil der Verwaltungskosten an Bauausgaben in %				
1. Bauunterhaltung	-	-	21,13	-
2. Kleine NUE	-	-	19,84	-
3. Große NUE	-	-	14,10	-
Anzahl der Vergaben	33.035	31.495	29.362	26.297

Zu 124 10

	2007 1000 EUR
Amts- und Dienstwohnungen	7
Mietwohnungen und Einzelwohnräume	3
Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	1
Sonstige Mieten und Pachten	9
Zusammen	20

Zu 132 10

Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf auszusondernder Kraftfahrzeuge (s. Tit. 811 10).

Zu 261 10

	2007 1000 EUR
Erstattung von Verwaltungskosten vom Bund gemäß Vereinbarung vom 16.2./8.3.2001	69.000
Unterhaltungsbetreuung für Bauten von Landesbetrieben	200
Baunebenkosten durch Dritte	800
Baunebenkosten für kleine und große NUE des Landes	9.000
Baunebenkosten für Hochschulbau (Epl 06 + 20)	19.000
Zusammen	98.000

Zu 427 10

	2007 1000 EUR
Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	19
Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	8
Zusammen	27

a) zu Lehrvergütungen:
Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 427 10

und Angestellte des Landes richtet sich nach den auf Grund des Gem. Runderlasses des MF u.d. übr. Min. vom 20. 1. 2006 (Nds. MBl. S. 101) in der jeweils geltenden Fassung erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

b) zu Prüfungsvergütungen:

Die Höhe der Prüfungsvergütung bemisst sich nach den vom MF erlassenen Richtlinien über die Vergütung von Prüfungstätigkeiten im Bereich der nieders. Landesverwaltung vom 20. 1. 2006 (Nds. MBl. S. 101) in der jeweils geltenden Fassung.

25 v.H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 459 10

Sonstige personalbezogene Ausgaben, insbesondere Trennungsentschädigungen und Umzugskostenvergütungen.

Zu 511 10

	2007 1000 EUR
Allgemein – Büro- und Kanzleibedarf	993
Bücher und Zeitschriften	180
Post- und Fernmeldegebühren	225
Büromaschinen, Wartungsgebühren usw.	114
EDV-Anlagen - allgemein	58
Zusammen	1.570

Zu 514 10

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2006	Soll 2006	für 2007 erforderlich
Dienstkraftfahrzeuge	80	77	77

Zu 517 10

	2007 1000 EUR
Wassergeld	106
Grundbesitzabgaben	60
Sonstige Hauswirtschaftskosten	36
Reinigungskosten	541
Heizung, Beleuchtung u. elektrische Kraft	418
Zusammen	1.161

Zu 518 10

	2007 1000 EUR
Diensträume und Gebäude	571
Maschinen, Geräte u. Fahrzeuge	180
Zusammen	751

Zu 525 10

	2007 1000 EUR
Ausbildungslehrgänge, Laufbahnprüfungen	6
Fortbildungsveranstaltungen	117
Fachtagungen u. -veranstaltungen	61
Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	1
EDV-Schulungen über das IZN	52
Zusammen	237

Zu 526 10

	2007 1000 EUR
Sachverständige	8
(Amts-)ärztl. u. Röntgenschirmbilduntersuchungen	7
Gerichts- u. sonstige Kosten	138
Kosten des Rechtsschutzes	3
Zusammen	156

Zu 527 10

	2007 1000 EUR
Reisekosten allgemein	627
Wegstreckenentschädigungen	52
Reisekostenvergütungen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	58
Zusammen	737

Zu 547 10

	2007 1000 EUR
Ausgaben für Datenverarbeitung –allgemein-	600
Freiberuflich Tätige bei kleinen u. großen NUE des Bundes	25.488
Freiberuflich Tätige bei kleinen und großen NUE des Landes	10.000
Freiberuflich Tätige bei Dritten des Landes und des Bundes	1.000
Freiberuflich Tätige bei Bauunterhaltung Bund und Land	5.000
Zusammen	42.088

Zu 811 10

	2007 1000 EUR
Ersatzbeschaffungen:	
11 Pkw	186

An Sonderausstattung ist vorgesehen:
Klimaanlage, CD-Radio, Fahrersitz mit Lordosestütze, höhenverstellbare Sitze, Nebelscheinwerfer, Automatikgetriebe, Standheizung, Handyvorbereitung mit Freisprechanlage, Zentralverriegelung mit Funkfernbedienung, Bordcomputer, elektrische Fensterheber, Diebstahlalarmanlage, Dieselpartikelfilter, Metalliclackierung

Zu 812 10

	2007 1000 EUR
Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs-gegenständen	123
Erwerb von EDV-Anlagen	1.060
Zusammen	1.183

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0410 Staatliches Baumanagement Niedersachsen - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
981 11-7	990	Abführung an 1321 - 381 19 (Behördenhäuser)	—	486	422	+64	422
981 12-5	990	Abführung an 1401 - 381 10 (Verw.Kosten an LRH)	—	520	520	—	682
981 13-3	990	Abführung an 1321 - 38104 (Nutzungsentgelt)	—	2.405	2.433	–28	2.488
		Abschluss Kapitel 0410					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		191	191	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		98.000	96.000	+2.000	
		Summe der Einnahmen		98.191	96.191	+2.000	
		4 Personalausgaben	—	62.808	71.221	–8.413	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	47.680	45.816	+1.864	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	12	12	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	1.369	1.369	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	4.903	5.267	–364	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	116.772	123.685	–6.913	
		Zuschuss		18.581	27.494	–8.913	

E R L Ä U T E R U N G E N

Allgemeine Vorbemerkungen zu Kapitel 0420

Für das budgetierte Kapitel 04 20 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:

1. 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 526 10, 532 10, 538 10, 547 10, 632 10, 636 10 und 676 10 sind gegenseitig deckungsfähig.

2. 811 10 und 812 10 sind gegenseitig deckungsfähig.

3. 519 10, 811 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 526 10, 532 10, 538 10, 547 10, 632 10, 636 10 und 676 10.

4. 811 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 519 10.

5. 981 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 526 10, 532 10, 538 10, 547 10, 632 10, 636 10 und 676 10.

6. Mehreinnahmen bei 111 10, 119 10 und 261 10 erhöhen die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 526 10, 532 10, 538 10, 547 10, 632 10, 636 10, 676 10, 811 10, 812 10 und 981 10.

7. Mindereinnahmen bei 111 10, 119 10 und 261 10 vermindern die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 526 10, 532 10, 538 10, 547 10, 632 10, 636 10, 676 10, und 981 10.

8. Isteinnahmen bei 261 11 erhöhen die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 526 10, 532 10, 538 10, 547 10, 632 10, 636 10 und 676 10.

9. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung sichergestellt sind. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.

10. Unter der Voraussetzung, dass das Finanzministerium (Ressort) - hinsichtlich Art, Menge sowie Koten/Erlöse im Einvernehmen mit dem MF - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0420 Landesamt für Bezüge und Versorgung - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 10-7	012	Gebühren und sonstige Entgelte		1	1	—	–10
119 10-8	012	Sonstige Verwaltungseinnahmen		122	53	+69	169
129 10-3	012	Einnahmen außerhalb der laufenden Geschäfte		10	102	–92	107
261 10-9	012	Erstattungen aus dem öffentlichen Bereich		3.785	3.653	+132	3.980
261 11-7	012	Einnahmen von Verwaltungskosten von Drittkunden		2.174	1.010	+1.164	1.881
381 10-4	990	Zuführung von 0512-981 12		5	5	—	4
		A U S G A B E N					
422 10-2	012	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	30.055	33.266	–3.211	11.923
425 10-1	012	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	26.029
426 10-8	012	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	734
427 10-4	012	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	2	2	—	1
429 10-7	012	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	436	436	—	235
459 10-3	012	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	10	9	+1	10
511 10-5	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	2.478	2.630	–152	2.490
514 10-4	012	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	53	45	+8	51
517 10-3	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	508	510	–2	462
518 10-0	012	Mieten und Pachten	—	698	732	–34	687
519 10-6	012	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	29	21	+8	15
526 10-2	012	Sachverständige: Gerichts- und ähnliche Kosten	—	128	128	—	135
529 10-1	012	Verfügungsmittel	—	—	—	—	0
532 10-2	216	Verfahrenskosten	—	65	72	–7	60
538 10-0	012	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte) **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	7.054	6.818	+236	6.014
547 10-0	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	288	205	+83	189
632 10-7	216	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an andere Länder	—	6	6	—	5
636 10-2	216	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung nach § 227 b Abs. 1 BEG	—	1	1	—	—
676 10-4	216	Erstattung von Verwaltungsausgaben an ausländische Dienststellen, die bei der Wiedergutmachung mitwirken	—	10	6	+4	4

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0420

Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)

Rechts- und Organisationsgrundlagen
Erlass über die Organisation des Niedersächsischen Landesamtes für Bezüge und Versorgung (NLBV), Leitbild des NLBV, Erlasse zur Übertragung der Vollstreckungsaufgaben, der Aufgaben des Lastenausgleichs und der Bearbeitung der Heilfürsorge.

Verwaltungsaufbau und Budgetplan
Das NLBV ist eine selbständige obere Landesbehörde mit dezentralen Standorten in Aurich, Braunschweig, Hannover und Lüneburg. Die Berechung und Auszahlung der Bezüge und des Kindergeldes für die niedersächsische Landesverwaltung folgt grundsätzlich dem Regionalprinzip und wird in entsprechenden Dezernaten der Standorte wahrgenommen. Die Versorgung, Beihilfen für Versorgungsempfänger, die Heilfürsorge, die Wiedergutmachung nach dem Bundesentschädigungsgesetz und die Aufgaben des Lastenausgleichs nach dem Lastenausgleichsgesetz werden zentral am Standort Hannover bearbeitet. Beihilfeleistungen und die Vollstreckung sind am Standort Aurich konzentriert.

Zielsetzung
Das NLBV versteht sich als moderner Dienstleister für die niedersächsische Landesverwaltung und zunehmend auch für Kunden, die nicht der unmittelbaren Landesverwaltung angehören. Diesem Selbstverständnis wird u.a. durch den Einsatz neuester Technik, durch Team- und Projektarbeit und durch den Abschluss von Zielvereinbarungen entsprochen. Vorrangiges Ziel ist die stetige Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und der Kundenorientierung, um sich als attraktiver Partner für die Dienstleistungsnehmer zu empfehlen. Hierzu gehört u.a. den begonnenen Veränderungsprozess zielstrebig fortzusetzen, das NLBV weiter zu einer ziel- und ergebnisorientierten Verwaltung auszubauen, die strategischen Ziele weiterzuentwickeln und die begonnene Neukundengewinnung voranzutreiben.

Erläuterungen zum Produkthaushalt nach §17a LHO

Budgetierungsmodell
Für das Bereichsbudget wird jedes Produkt separat kalkuliert. Für den Finanzierungsbeitrag der Produkte Bezüge, Versorgung und Wiedergutmachung wird ein jährlicher Durchschnittspreis je Zahlfall zu Grunde gelegt. Das Produkt Bezüge beinhaltet die Berechnung und Zahlbarmachung der Besoldung, der Vergütung und der Löhne einschl. Trennungsgeld und Umzugskosten. Für die Produkte Fürsorgeleistungen und Vollstreckung liegen dem Finanzierungsbeitrag die durchschnittlichen Kosten der Bearbeitung eines Antrages bzw. eines Vollstreckungsauftrages zu Grunde. Darüber hinaus obliegt dem NLBV als "Sonstige Aufgabe" federführend die Einführung eines landeseinheitlichen Personalmanagementverfahrens.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0420

Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs

Produkte	Leistungs-menge -Stück- (Soll) 2007	Zielkosten -EUR- (Soll) 2007	Gesamtzielkosten -EUR- (Soll) 2007	Leistungs-menge -Stück- (Soll) 2006	Zielkosten -EUR- (Soll) 2006	Leistungs-menge -Stück- (Ist) 2005	Ist-Kosten -EUR- (Ist) 2005
Bezüge	198.595	114,09	22.658.639	201.017	115,72	199.720	123,43
Versorgung	73.604	115,56	8.506.000	72.451	111,41	72.875	116,11
Kindergeld	40.952	87,22	3.572.000	40.456	84,84	41.158	90,42
Fürsorgeleistungen	711.985	18,17	12.938.000	706.314	16,81	703.468	18,58
Vollstreckung	121.920	21,01	2.562.000	120.000	21,39	150.483	18,66
Wiedergutmachung	2.480	354,03	878.000	2.685	339,41	2.984	301,66
Sonstige Aufgabe: PMV	1		1.171.000	1	1.046.340	1	837.319
Sonstige Aufgaben: Lastenausgleich, Schadenersatz, Reisekosten	1		700.000	1	601.071	1	693.219
Infrastruktur	1		519.000	1	399.190	1	502.872
Gesamtsumme			53.504.639				

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag

	Gesamtzielkosten -EUR- (Soll) 2007	Eigenerlöse -EUR- (Soll) 2007	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt -EUR- (Soll) 2007
Bezüge	22.658.639	4.316.000	18.342.639
Versorgung	8.506.000	94.000	8.412.000
Kindergeld für Bezüge und Versorgung	3.572.000	590.000	2.982.000
Fürsorgeleistungen	12.938.000	874.000	12.064.000
Vollstreckung	2.562.000		2.562.000
Wiedergutmachung	878.000		878.000
Sonstige Aufgaben:			0
- davon Amtshilfe			0
- davon landesweite Projektarbeit: PMV	1.171.000		1.171.000
- davon Lastenausgleich, Schadensersatz, Reisekosten	700.000	158.000	542.000
- davon Bewirtschaftung von Transfermitteln			0
Infrastruktur	519.000	20.000	499.000
Sonstige Eigenerlöse		35.000	-35.000
Produktsumme	53.504.639	6.087.000	47.417.639
Haushaltsausgleich			
Gesamtsumme	53.504.639	6.087.000	47.417.639

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0420

	Überleitungsrechnung		Einnahmen (0-3)				Ausgaben (4-9)						
	Bereichshaushalt (Produkte) Tsd. EUR		0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	HH-Abgl.
+	Verwaltungserträge	1		1									
+	Erträge aus Erstattungen	5.964			5.959	5							
+/-	Bestandsveränderungen	0											
+	sonstige betriebliche Erträge	122		122									
=	Erträge	6.087											
-	Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	35.532					30.055						5.477
-	Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	4.108											4108
-	sonstige Personalaufwendungen	292					448						-156
=	Personalaufwendungen	39.932											
-	Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	633						2.076					-1.443
-	Aufwendungen Kommunikation und Reisen	1.569											1.569
-	Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	2.354						1.288				1.305	-239
-	Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	7.282						7.060					222
-	Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	184						276	17				-109
-	Abschreibungen	1.551											1.551
=	Sachaufwendungen	13.573											
=	Aufwendungen	-53.505											
=	Ergebnis nach eigenen Erträgen	-47.418											
+	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	47.418											-47.418
=	Ergebnis nach Landeszuschuss	0											
+	Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen	0											
+	Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	0											
=	Finanzergebnis	0											
+	außerordentliche Erträge	10		10									
-	außerordentliche Aufwendungen	12						12					
+/-	Haushaltsausgleich	2											-2
=	außerordentliches Ergebnis	0											
=	neutrales Ergebnis	0											
=	Gesamtergebnis	0											
-	Investitionen der Hauptgruppe 5							589					-589
-	Investitionen der Hauptgruppe 8										106		-106
=	Einnahmen und Ausgaben des Budgets												
+/-	Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets												
=	Kapitelsumme		0	133	5.959	5	30.503	11.301	17	0	106	1.305	

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0420

Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln

Zu HGr. 4

Beschäftigungsvolumen (in VZE):

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
740,84	838,52	914,71

Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen

Das NLBV verfügt über ein Kennzahlensystem, mit dem für die Produkte Bezüge, Versorgung, Kindergeld für Bezüge und Versorgung, Fürsorgeleistungen und Wiedergutmachung die Fallzahlen spezifiziert und die Kosten pro Produkt ausgewiesen werden.
Beispiel für verwendete Kennzahlen (Zahlen anhand der Fürsorgeleistungen aus der Tabelle "Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs"):
Gesamtzielkosten je Produkt ./. Gesamtfallzahl bzw. Gesamtantragsaufkommen = Stückkosten je Produkt
Produkt Fürsorgeleistungen mit Gesamtzielkosten von 12.911.716 ./. Leistungsmenge 650.265 Anträge = 20 EUR Zielkosten
Beispiel für weitere Kennzahlen: eingesetzte MitarbeiterIn je Produkt; Stückzahl je MitarbeiterIn

Zu 429 10

Der Titelansatz bei 429 10 enthält Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst in Höhe von 70.000 EUR, Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten in Höhe von 242.000 EUR, Mehrarbeitsvergütungen und Überstundenstundenvergütungen in Höhe von 29.000 EUR, Beschäftigungsentgelte für Aushilfs- und Vertretungskräfte in Höhe von 77.000 EUR und Trennungsgeld- und Umzugskostenvergütungen in Höhe von 18.000 EUR.

Zu 538 10

23.000 Euro sind vorgesehen für die IuK-Betreuung der Landesdienststellen durch das IZN, die in den Dienstgebäuden der ehemaligen Bezirksregierungen untergebracht sind.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0420 Landesamt für Bezüge und Versorgung - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
811 10-9	012	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	56	30	+26	27
812 10-5	012	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	50	232	–182	310
981 10-1	990	Abführung an 13 21 - 381 04	—	1.305	1.290	+15	1.288
		Abschluss Kapitel 0420					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		133	156	–23	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		5.959	4.663	+1.296	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		5	5	—	
		Summe der Einnahmen		6.097	4.824	+1.273	
		4 Personalausgaben	—	30.503	33.713	–3.210	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	11.301	11.161	+140	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	17	13	+4	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	106	262	–156	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.305	1.290	+15	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	43.232	46.439	–3.207	
		Zuschuss		37.135	41.615	–4.480	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 811 10

	2007 1000 EUR
1. Ersatzbeschaffung für 1 PKW	26
2. Ersatzbeschaffung für 1 Kombi	30
Zusammen	56

An Sonderausstattungen sind vorgesehen:

Zu 1.: Radio, Lautsprecher, Handyvorbereitung, Sitzheizung für Vordersitze,
Mittelarmlehne vorn mit Staufach, Lendenwirbelstütze für Vordersitze,
Fahrerinformationssystem, Außenspiegel elektrisch einstellbar und beheizbar

Zu 2.: Radio, Klimaanlage und Navigationssystem

Zu 812 10

	2007 1000 EUR
Frankiermaschine	10
DokumentenManagementSystem	40
Zusammen	50

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0440 Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen - Fondsverwaltung -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-3	061	Gebühren und tarifliche Entgelte		—	—	—	—
119 01-4	061	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
119 41-3	061	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-9	061	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	2.252	2.394	–142	1.613
422 19-1	061	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-8	061	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	716
426 01-4	061	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—
453 01-1	061	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	—	—	—	—
511 01-1	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 517 01, 518 01, 519 01, 525 01, 526 01, 526 02, 527 01, 531 10, 531 11, 541 10, 546 01, 546 03 und 547 01.*	—	45	45	—	40
517 01-0	061	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	42	38	+4	43
518 01-6	061	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	58	60	–2	43
519 01-2	061	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	3	4	–1	2
525 01-2	061	Aus- und Fortbildung der Bediensteten *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	35	45	–10	8
526 01-9	061	Sachverständige *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	2	2	—	0
526 02-7	061	Gerichts- und ähnliche Kosten *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	—
527 01-5	061	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	18	25	–7	13
531 10-1	061	Ausgaben für Veröffentlichungen und Dokumentationen *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.* **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*	—	50	78	–28	28
531 11-0	061	Ausgaben für die Veröffentlichung des jährlichen Landesliegenschaftsberichtes *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.* **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*	—	—	10	–10	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Allgemeine Erläuterung zum Kapitel 04 40

Der Niedersächsische Landtag hat am 22. 6. 2000 mit der Novellierung der LHO auch § 64 LHO geändert und die Errichtung des Sondervermögens "Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen" (LFN) beschlossen. Die Änderungen sind zum 1. 1. 2001 in Kraft getreten. Die Verwaltung des LFN obliegt gemäß § 64 LHO dem MF. Die Wahrnehmung der Aufgaben erfolgt dezentral mit Standorten in Hannover (einschl. Querschnittsaufgaben), Braunschweig, Göttingen, Lüneburg, Oldenburg bzw. Osnabrück.

Zu 525 01

	2007 1000 EUR
1. Ausbildungslehrgänge	--
2. Fortbildungsveranstaltungen	32
3. Fachtagungen u.ä. Veranstaltungen	3
Zusammen	35

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0440 Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen - Fondsverwaltung -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
541 10-7	061	Ausgaben für Ausstellungen und Messen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	2	–2	—
546 01-0	061	Vermischte Ausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	0
546 03-6	061	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	—
547 01-6	061	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	31	13	+18	10
812 01-1	061	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(461)	(534)	(–73)	(244)
511 98-4	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände (IZN)	—	2	—	+2	—
511 99-2	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	61	62	–1	31
518 98-9	061	Ausgaben für die Anmietung von Hard- und Software	—	40	24	+16	—
525 98-5	061	Aus- und Fortbildung durch das IZN	—	11	16	–5	1
525 99-3	061	Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	—	2	–2	2
538 98-0	061	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN) **** Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist der 1. Absatz der Erläuterung verbindlich.*	—	87	90	–3	41
538 99-8	061	Dienstleistungen Anderer	—	212	243	–31	142
812 98-4	061	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie sonstigen beweglichen Sachen	—	33	97	–64	26
812 99-2	061	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie sonstigen beweglichen Sachen	—	15	—	+15	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 98/99

Zusammenfassung der Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnik im Zusammenhang mit der Verwaltung des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds (LFN).

Zu 511 99

Kosten für den laufenden Betrieb; insbesondere Entrichtung eines Bereitstellungsaufwandes an die GLL (budgetiert gemäß § 17 a LHO) für die Teilnahme am Verfahren INTER ASL (Abruf von digitalen Karten und Plänen der Katasterverwaltung) aufgrund der Kostenordnung für das amtliche Vermessungswesen (KOVerm).

Zu 518 98

Kosten für die Anmietung eines Servers beim IZN für das Liegenschafts-Statistik-Informationssystem (LISSY) zur Historiengewinnung von Liegenschaftsinformationen.

Zu 538 98

10.000 Euro sind vorgesehen für die IuK-Betreuung der Landesdienststellen durch das IZN, die in den Dienstgebäuden der ehemaligen Bezirksregierungen untergebracht sind.
Kosten des laufenden Betriebes für - durch das IZN erbrachte – Leistungen; insbesondere Betreuung der Hard- und Software und Nutzung des Call-, Competence-, Unix-Service- und Outputcenters. Ferner unterstützende Leistungen im Zusammenhang mit dem Liegenschafts-Statistik-Informationssystem (Einführung von LISSY in 2006) und der Auswahl bzw. Weiterentwicklung liegenschaftsbezogener Spezialsoftware.

Zu 538 99

Kosten für Pflege- und Wartungsverträge (Software und Datenbanken) sowie Lizenzen und Aufwendungen für Verfahrensanpassungen insbesondere für das Management- und Auskunftssystem für Gebäude und Liegenschaften des Landes Niedersachsen (MAGELLAN). Ferner unterstützende Leistungen im Zusammenhang mit der Auswahl bzw. Weiterentwicklung liegenschaftsbezogener Spezialsoftware.

Zu 812 98

Ergänzungs- bzw. Ersatzbeschaffungen von Hardware (insbesondere Netzwerklaserdrucker und Monitore) für den laufenden Betrieb.

Zu 812 99

Ergänzungs- bzw. Ersatzbeschaffungen (insbesondere Updates von Microsoftprodukten) für den laufenden Betrieb.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0440 Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen - Fondsverwaltung -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0440					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		4 Personalausgaben	—	2.252	2.394	–142	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	697	759	–62	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	48	97	–49	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	2.997	3.250	–253	
		Zuschuss		2.997	3.250	–253	

E R L Ä U T E R U N G E N

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 04					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		74.856	77.462	–2.606	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		127.387	124.363	+3.024	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		5	5	—	
		Summe der Einnahmen		202.248	201.830	+418	
		4 Personalausgaben	—	530.405	549.333	–18.928	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	147.282	148.553	–1.271	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	153	153	—	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	— 2.200	20.097	20.043	+54	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	25.435	25.431	+4	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 2.200	723.372	743.513	–20.141	
		Zuschuss		521.124	541.683	–20.559	

Einzelplan 04

Finanzministerium

Übersicht über das Beschäftigungsvolumen, das Personalkostenbudget und die Stellen

(bisher: Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise)

für das

Haushaltsjahr 2007

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
284,01	293,58	286,64

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,63
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	1,63
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	2,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	2,00
- Minderung aufgrund ZV II	6,20
- Sonstige Veränderungen	1,00
Summe Abgänge	11,20
bleibt Abgang	9,57

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
13.554	14.061	14.092

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 01 Ministerium

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen[7][8]*)	*) Allgemeiner Haushaltsvermerk: 3 Stellen kw bei verschiedenen Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen ab dem 1. 1. 2009 infolge ZV II.
			Feste Gehälter:	[1]) 1 kw nach Ausscheiden der Stelleninhaberin infolge ZV II.
B 9[3])	1	1	Staatssekretär/-in	[2]) kw.
B 6	4	4	Ministerialdirigent/-in	[3]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zu Bes.-Gr. B 9 LBesO.
B 3	5	5	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin	[4]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
B 2[6])	15	15	Ministerialrat/-rätin	[5]) Davon darf 1 Planstelle (in Höhe von 100 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
			Aufsteigende Gehälter:	[6]) Davon 1 kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen.
A 16[5])	14	13	Ministerialrat/-rätin	[7]) Bei Bedarf können die Planstellen bei Kapitel 04 01, 04 06, 04 10 und 04 20 mit vorheriger Zustimmung des Ressorts MF vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. Dies darf nicht zu einer kapitelübergreifenden Inanspruchnahme von Beschäftigungsvolumen und Personalkostenbudget führen.
A 15	17	19	Direktor/-in	[8]) Bei Bedarf können die Planstellen bei Kapitel 04 01 und 04 40 mit vorheriger Zustimmung des Ressorts MF gegenseitig in Anspruch genommen werden.
A 14	10	10	Oberrat/-rätin	
A 13	1	2	Rat/Rätin	
A 13[1])	57	57	Oberamtsrat/-rätin	
A 12[1])	45	46	Amtsrat/-rätin	
A 11	32	29	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	1	6	Oberinspektor/-in	
A 9[4])	14	14	Amtsinspektor/-in	
A 9	6	3	Amtsinspektor/-in	
A 8	—	3	Hauptsekretär/-in	
A 6	1	1	Oberamtsmeister/-in	
	223	228	Zusammen	
			Leerstellen:	
B 2[2])	—	1	Ministerialrat/-rätin	
A 16[2])	—	1	Ministerialrat/-rätin	
A 15[2])	2	2	Direktor/-in	
A 13[2])	1	—	Oberamtsrat/-rätin	
A 12[2])	2	3	Amtsrat/-rätin	
A 11[2])	2	1	Amtmann/-männin/-frau	
A 9[2])[4])	2	1	Amtsinspektor/-in	
	9	9	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	1	Verlagerung von Kap. 03 01
Bes.-Gr. A 11	8	davon
		1 Verlagerung von Kap. 04 06
		1 Verlagerung von Kap. 04 20 (ZV II)
		6 Umwandlung von Bes.-Gr. A 10
Bes.-Gr. A 10	2	davon
		1 Verlagerung von Kap. 03 26 (ZV II)
		1 Verlagerung von Kap. 07 05 (ZV II)
Zusammen	11	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	2	davon
		1 infolge ZV II, § 109 (2) NBG
		1 Verlagerung nach Kap. 03 01
Bes.-Gr. A 13 h. D.	1	infolge ZV II, § 109 (2) NBG
Bes.-Gr. A 12	1	Verlagerung nach Kap. 04 06
Bes.-Gr. A 11	5	infolge ZV II, § 109 (2) NBG
Bes.-Gr. A 10	7	davon
		1 infolge ZV II, § 109 (2) NBG
		6 Umwandlung in Bes.-Gr. A 11
Zusammen	16	
Bleibt Abgang	5	

Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)	3	von Bes.-Gr. A 8 (Hauptsekretär/-in)

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 g. D.	1	neu gem. Nr. 3 Abs. 1 der Allgemeinen Bestimmungen
Bes.-Gr. A 11	1	
Bes.-Gr. A 9[4])	1	
Zusammen	3	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2	1	infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 2
Bes.-Gr. A 16	1	infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 2
Bes.-Gr. A 12	1	infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 2
Zusammen	3	

Sonstige Veränderungen:

Der Allgemeine Haushaltsvermerk wurde angepasst und bzgl. ZV I vollzogen.
Die Haushaltsvermerke Nrn. 1 und 8 wurden neu ausgebracht.
Der bisherige Haushaltsvermerk Nr. 12 wurde zu Nr. 5, Nr. 13 wurde zu Nr. 7.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 01 Ministerium

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte*)
Außertariflich (B 2)	2	2	
I	—	1	
II a	2	2	
III	8	6	
IV a[4])	6	1	
IV b[2])	2	2	
V b[3])	8	8	
V c	28	28	
VI b[3])	20	20	
VII	3	3	
IX b–VII[5])	4	15	
	83	88	Zusammen
			Leerstellen:
IV a[1])	1	1	
V c[1])	1	1	
IX b–VII[1])	—	1	
	2	3	Zusammen

Haushaltsvermerke

*) Hinweis auf den Allgemeinen Haushaltsvermerk zum Stellenplan.

[1]) kw.

[2]) Davon 1 kw bei Ausscheiden der Stelleninhaberin.

[3]) Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.

[4]) Davon darf eine Stelle nur zu 50 % in Anspruch genommen werden.

[5]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. III	2	Verlagerung von Kap. 04 10
Verg.-Gr. IV a	4	Verlagerung von Kap. 04 10
Verg.-Gr. IV a[4])	1	neu entsprechend dem Bedarf
Zusammen	7	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. I	1	Einsparung für den teilweisen Vollzug des HV Nr. 2
Verg.-Gr. IX b-VII	11	davon 6 Verlagerung nach Kap. 04 10 5 infolge ZV I
Zusammen	12	
Bleibt Abgang	5	

Leerstellen:

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IX b-VII	1	infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 1

Sonstige Veränderungen:

Der bisherige Haushaltsvermerk Nr. 7 wurde zu Nr. 1 und Nr. 8 wurde zu Nr. 2.
Der Haushaltsvermerk Nr. 4 wurde neu ausgebracht.
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 wurde teilweise vollzogen.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Arbeiter/-innen*)
4	4	4	Kraftfahrdienst
2 a	3	5	Sonstige Dienste
	7	9	Zusammen

Haushaltsvermerke

*) Hinweis auf den Allgemeinen Haushaltsvermerk zum Stellenplan.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Lohnempfänger:

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 2 a	2	davon 1 infolge ZV I 1 Einsparung für Hebung

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
56,86	-	-

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	56,86
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	56,86
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,00
bleibt Zugang	56,86

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
2.377	-	-

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 04 Steuerakademie Niedersachsen

Stellen

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Planmäßige Beamte/-innen[1)][3)]
			Aufsteigende Gehälter:
			Verwaltung
A 16	1	—	Ltd. Regierungsdirektor/-in
A 12	1	—	Amtsrat/-rätin
A 11	1	—	Amtmann/-frau
A 10	1	—	Oberinspektor/-in
A 9[4)]	1	—	Amtsinspektor/-in
A 9	1	—	Amtsinspektor/-in
A 8	1	—	Hauptsekretär/-in
			Lehrpersonal
W 2[2)]	5	—	Professor/-in
A 15	1	—	Regierungsdirektor/-in
A 14	2	—	Oberregierungsrat/-rätin
A 13	10	—	Oberamtsrat/-in
A 12	4	—	Amtsrat/-in
	29	—	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1)] Die Planstellen für Professoren/-innen (Bes.-Gr. W 2) dürfen mit Laufbahnbeamten/-innen (BesO A und B) besetzt werden.

[2)] Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaber/-innen können Professoren/-innen aus diesen Planstellen nach BesO C in der bisherigen Wertigkeit C 3 bzw. C 2 besoldet werden.

[3)] Bei Bedarf können die Planstellen bei Kapitel 04 04 und 04 06 mit vorheriger Zustimmung des Ressorts MF vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. Dies darf nicht zu einer kapitelübergreifenden Inanspruchnahme von Beschäftigungsvolumen und Personalkostenbudget führen.

[4)] Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. W 2	5	Verlagerung von Kap. 03 04
Bes.-Gr. A 16	1	Verlagerung von Kap. 04 06
Bes.-Gr. A 15	1	Verlagerung von Kap. 04 06
Bes.-Gr. A 14	2	Verlagerung von Kap. 03 04
Bes.-Gr. A 13 (Oberamtsrat/-rätin)	10	davon 5 Verlagerung von Kap. 03 04 5 Verlagerung von Kap. 04 06
Bes.-Gr. 12	5	davon 1 Verlagerung von Kap. 03 04 4 Verlagerung von Kap. 04 06
Bes.-Gr. 10	1	Verlagerung von Kap. 04 06
Bes.-Gr. 11	1	Verlagerung von Kap. 03 04
Bes.-Gr. A 9[4)] (Amtsinspektor/-in)	1	Verlagerung von Kap. 04 06
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)	1	Verlagerung von Kap. 04 06
Bes.-Gr. A 8	1	Verlagerung von Kap. 04 06
Zusammen	29	

Sonstige Veränderungen:
Die Haushaltsvermerke Nrn. 1 bis 4 wurden neu ausgebracht infolge Verlagerung von Kapitel 03 04 und 04 06.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 04 Steuerakademie Niedersachsen

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte
V c	5	—	
VI b	3	—	
VII	1	—	
IX b-VII[1])	1	—	
	10	—	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Hier sind Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppe 1 bis 3) der Anlage 1a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBI. S. 829) nachgewiesen.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. V c	5	davon
		2 Verlagerung von Kap. 03 04
		3 Verlagerung von Kap. 04 06
Verg.-Gr. VI b	3	davon
		1 Verlagerung von Kap. 03 04
		2 Verlagerung von Kap. 04 06
Verg.-Gr. VII	1	Verlagerung von Kap. 04 06
Verg.-Gr. IX b-VII	1	Verlagerung von Kap. 03 04
Zusammen	10	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde neu ausgebracht infolge Verlagerung von Kapitel 03 04 und 04 06.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Arbeiter/-innen
5	1	—	
4	4	—	
3	4	—	
2	10	—	
	19	—	Zusammen

Haushaltsvermerke

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen:

Zugang:	Stellen	
Lohn-Gr. 5	1	Verlagerung von Kap. 04 06
Lohn-Gr. 4	4	davon
		2 Verlagerung von Kap. 03 04
		2 Verlagerung von Kap. 04 06
Lohn-Gr. 3	4	davon
		1 Verlagerung von Kap. 03 04
		3 Verlagerung von Kap. 04 06
Lohn-Gr. 2	10	davon
		2 Verlagerung von Kap. 03 04
		8 Verlagerung von Kap. 04 06
Zusammen	19	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
11.045,14	11.207,81	11.140,96

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	24,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	2,50
- Sonstige Veränderungen	2,00
Summe Zugänge	28,50
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	34,50
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	31,67
- Minderung aufgrund ZV II	125,00
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	191,17
bleibt Abgang	162,67

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
391.250	396.134	402.431

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 06 Steuerverwaltung

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen[1)2)3)4)*)]	Allgemeiner Haushaltsvermerk
			Feste Gehälter:	Bei Vorliegen eines unabweisbaren Bedarfs dürfen mit Zustimmung des MF vorübergehend bis zu jeweils 50 Planstellen der Bes.-Gr. A 6 (Sekretär/-in) und der Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in) gegen Einsparung entsprechender Stellen im Tarifbereich in Abweichung vom Stellenplan ausgebracht werden.
B 7	1	1	Oberfinanzpräsident/-in	
B 3	2	2	Finanzpräsident/-in	
B 2	4	4	Abteilungsdirektor/-in	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16[5])	6	6	Leitende(r) Direktor/-in	
A 16	31	32	Leitende(r) Direktor/-in	
A 15	93	92	Direktor/-in	
A 14[12])	128	127	Oberrat/-rätin	
A 13	46	48	Rat/Rätin	
A 13	443	432	Oberamtsrat/-rätin	
A 12[8])	857	840	Amtsrat/-rätin	
A 11[7])	1 576	1 549	Amtmann/-männin/-frau	
A 10[13])	1 121	1 050	Oberinspektor/-in	
A 9	677	840	Inspektor/-in	
A 9[6])[8])	473	472	Amtsinspektor/-in	
A 9[7])[8])	1 293	1 167	Amtsinspektor/-in	
A 8	1 191	1 207	Hauptsekretär/-in	
A 7	668	685	Obersekretär/-in	
A 6	241	381	Sekretär/-in	
A 6	14	14	Oberamtsmeister/-in	
A 5	11	11	Oberamtsmeister/-in	
	8 876	8 960	Zusammen	
			Leerstellen:	
A 14[10])	5	5	Oberrat/-rätin, soweit sie am Nieders. Finanzgericht in freien Planstellen der Bes.-Gr. R 2 geführt werden (vgl. Kap. 11 08 – Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen –)	
A 14[11])	3	4	Oberrat/-rätin	
A 13[11])	2	—	Oberamtsrat/-rätin	
A 12[11])	4	6	Amtsrat/-rätin	
A 11[11])	37	47	Amtmann/-männin/-frau	
A 10[11])	55	72	Oberinspektor/-in	
A 9[11])	44	80	Inspektor/-in	
A 9[6])[11])	11	11	Amtsinspektor/-in	
A 9[11])	14	15	Amtsinspektor/-in	
A 8[11])	34	44	Hauptsekretär/-in	
A 7[11])	93	102	Obersekretär/-in	
A 6[11])	56	48	Sekretär/-in	
A 6[11])	—	1	Oberamtsmeister/-in	
	358	435	Zusammen	

*) 300 Stellen bei verschiedenen Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen kw ab dem 1. 1. 2009 infolge ZV II.

[1]) Beamte/-innen des mittleren Dienstes, die im Vollstreckungsdienst der Steuerverwaltung tätig sind (Vollziehungsbeamte/-innen), erhalten eine Vergütung nach der Vollstreckungsvergütungsverordnung vom 8. 7. 1976 (BGBl. I S. 1783) in der jeweils geltenden Fassung.

[2]) Bei Bedarf können die Planstellen bei 04 01, 04 04, 04 06, 04 10 und 04 20 mit vorheriger Zustimmung des Ressorts MF vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. Dies darf nicht zu einer kapitelübergreifenden Inanspruchnahme von Beschäftigungsvolumen und Personalkostenbudget führen.

[3]) Beamte/-innen, die im Aufsichtsdienst über die Spielbanken im Land Niedersachsen eingesetzt sind, erhalten eine steuerfreie Aufwandsentschädigung in Höhe von 76,70 EUR monatlich.

[4]) Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1595) und § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1597) in der jeweils geltenden Fassung vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.

[5]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Vorbemerkung Nr. 21 zur BBesO. A und B.

[6]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[7]) Davon darf je 1 Planstelle (in Höhe von 100 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[8]) Davon darf je 1 Planstelle (in Höhe von 100 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[10]) Bezüge werden aus diesen Stellen nicht gezahlt.

[11]) kw.

[12]) Davon 7 Planstellen ku nach Bes.-Gr. A 13 Rat/Rätin nach Ausscheiden des Stelleninhabers/der Stelleninhaberin.

[13]) Davon 75 besetzbar für Verwendungsaufsteiger/-innen.

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1597) in der jeweils geltenden Fassung.

Gehobener Dienst

Bes.-Gr.	§ 2 Nr. 1a) der VO 2007	§ 2 Nr. 1a) der VO 2006	§ 2 Nr. 1b) der VO 2007	§ 2 Nr. 1b) der VO 2006
A 13	175 *)	172 *)	—	—
A 12	243	241	145 **)	144 **)
A 11	57	62	308	303
A 10	—	—	24	30
Insgesamt	475	475	477	477

Gehobener Dienst

Bes.-Gr.	§ 2 Nr. 1c) der VO 2007	§ 2 Nr. 1c) der VO 2006	§ 2 Nr. 1e) der VO 2007	§ 2 Nr. 1e) der VO 2006
A 13	—	—	82	82
A 12	—	—	44	44
A 11	520	520	—	—
A 10	432	432	—	—
A 9	60	60	—	—
Insgesamt	1 012	1 012	126	126

*) Höchstens 50 v.H. von 445 Planstellen.
**) Höchstens 40 v.H. von 354 Planstellen. Gem. Art. 2 der ÄnderungsVO vom 3. 7. 1986 (BGBl. I S. 993).

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1597) in der jeweils geltenden Fassung.

Gehobener Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 2a) der VO 2007	§ 3 Nr. 2a) der VO 2006
A 13	11	8
A 12	21	16
A 11	62	59
A 10	10	10
A 9	2	2
Insgesamt	106	95

Von den Planstellen entfallen auf den Bereich der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1595) in der jeweils geltenden Fassung.

Bes.-Gr.	§ 1 Nr. 11 der VO 2007	§ 1 Nr. 11 der VO 2006
A 13	175	170
A 12	404	395
A 11	629	605
A 10	655	578
A 9	615	778
Insgesamt	2 478	2 526

Mittlerer Dienst

Bes.-Gr.	§ 2 Nr. 1d) der VO 2007	§ 2 Nr. 1d) der VO 2006	§ 3 Nr. 2b) der VO 2007	§ 3 Nr. 2b) der VO 2006	§ 3 Nr. 4) der VO 2007	§ 3 Nr. 4) der VO 2006
A 9[6])	78	78	10	8	385	386
A 9	185	185	13	8	975	854
A 8	176	176	9	9	490	505
A 7	—	—	—	—	6	111
A 6	—	—	—	—	—	1
Insgesamt	439	439	32	25	1 856	1 857

Aufsichtsdienst bei den öffentlichen Spielbanken

Bes.-Gr.	Aufsichtsdienst 2007	Aufsichtsdienst 2006
A 12	2	3
A 11	2	3
A 10	1	1
A 9[6])	4	5
A 9 Amtsinspektor/-in	12	13
A 8	4	5
A 7	—	2
A 6	3	—
	28	32

Die ausgebrachten Planstellen für Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 01) verteilen sich auf die

Bes.-Gr.	Mittelinstanz 2007	Mittelinstanz 2006	Ortsinstanz 2007	Ortsinstanz 2006	Zusammen 2007	Zusammen 2006
B 7	1	1	—	—	1	1
B 3	2	2	—	—	2	2
B 2	4	4	—	—	4	4
A 16[5])	—	—	6	6	6	6
A 16	8	8	23	24	31	32
A 15	28	27	65	65	93	92
A 14	9	9	119	118	128	127
A 13 h.D.	—	—	46	48	46	48
A 13 g.D.	58	55	385	377	443	432
A 12	79	74	778	766	857	840
A 11	92	89	1 484	1 460	1 576	1 549
A 10	16	16	1 105	1 034	1 121	1 050
A 9 g.D.	4	4	673	836	677	840
A 9[6])	21	19	452	453	473	472
A 9 m.D.	36	31	1 257	1 136	1 293	1 167
A 8	10	10	1 181	1 197	1 191	1 207
A 7	—	—	668	685	668	685
A 6 m.D.	—	—	241	381	241	381
A 6 e.D.	—	—	14	14	14	14
A 5	—	—	11	11	11	11
Insgesamt	368	349	8 508	8 611	8 876	8 960

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 (Direktor/-in)	2	davon 1 Verlagerung von Kap. 04 10 1 neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 14 (Oberrat/-in)	1	Verlagerung von Kap. 04 20
Bes.-Gr. A 13 (Oberamtsrat/-rätin)	3	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 12 (Amtsrat/-rätin)	6	davon 1 Verlagerung von Kap. 04 01 5 neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/-frau)	15	davon 7 Umwandlungen von Verg.-Gr. IV a 5 Umwandlungen von Verg.-Gr. IV b 3 neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)	3	Verlagerung von Kap. 04 10
Bes.-Gr. A 9[6]) (Amtsinspektor/-in)	2	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)	6	davon 1 Verlagerung von Kap. 04 20 5 neu entsprechend dem Bedarf
Zusammen	38	

Erläuterungen zum Stellenplan

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16 (Leitende(r) Direktor/-in)	1	Verlagerung nach Kap. 04 04
Bes.-Gr. A 15 (Direktor/-in)	1	Verlagerung nach Kap. 04 04
Bes.-Gr. A 13 (Rat/Rätin)	2	Verlagerung nach Kap. 04 10
Bes.-Gr. A 13 (Oberamtsrat/-rätin)	5	Verlagerung nach Kap. 04 04
Bes.-Gr. A 12 (Amtsrat/-rätin)	4	Verlagerung nach Kap. 04 04
Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/-frau)	1	Verlagerung nach Kap. 04 01
Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)	1	Verlagerung nach Kap. 04 04
Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)	53	davon 3 Verlagerung nach Kap. 04 10 50 infolge ZV II (Vollzug HV Nr. 15)
Bes.-Gr. A 9[6]) (Amtsinspektor/-in)	1	Verlagerung nach Kap. 04 04
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)	1	Verlagerung nach Kap. 04 04
Bes.-Gr. A 8 (Hauptsekretär/-in)	1	Verlagerung nach Kap. 04 04
Bes.-Gr. A 6 (Sekretär/-in)	51	davon 1 Verlagerung nach Kap. 04 20 50 infolge ZV II (Vollzug HV Nr. 16)
Zusammen	122	
Bleibt Abgang	103	

Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 (Oberamtsrat/-rätin)	13	von Bes.-Gr. A 12 (Amtsrat/-rätin)
Bes.-Gr. A 12 (Amtsrat/-rätin)	28	von Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/-frau)
Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/-frau)	41	von Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)
Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)	110	von Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)	121	von Bes.-Gr. A 8 (Hauptsekretär/-in)
Bes.-Gr. A 8 (Hauptsekretär/-in)	106	von Bes.-Gr. A 7 (Obersekretär/-in)
Bes.-Gr. A 7 (Obersekretär/-in)	89	von Bes.-Gr. A 6 (Sekretär/-in)
Zusammen	508	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 (Oberamtsrat/-rätin)	2	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 6 (Sekretär/-in)	8	neu entsprechend dem Bedarf
Zusammen	10	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14 (Oberrat/-rätin)	1	weniger entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 12 (Amtsrat/-rätin)	2	
Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/-frau)	10	
Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)	17	
Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)	36	
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)	1	
Bes.-Gr. A 8 (Hauptsekretär/-in)	10	
Bes.-Gr. A 7 (Obersekretär/-in)	9	
Bes.-Gr. A 6 (Oberamtsmeister/-in)	1	
Zusammen	87	
Bleibt Abgang	77	

Sonstige Veränderungen:

Der Allgemeine Haushaltsvermerk (Bei Vorliegen eines unabweisbaren Bedarfs dürfen mit Zustimmung des MF bis zu jeweils 25 Planstellen der Bes.-Gr. A 6 (Sekretär/-in) und der Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in) gegen Einsparung entsprechender Stellen im Tarifbereich in Abweichung vom Stellenplan ausgebracht werden.) wurde geändert.
(297 Stellen bei verschiedenen Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen ab dem 1. 1. 2008 infolge ZV II.) wurde hinsichtlich der Stellen- und Jahreszahl angepasst.
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 wurde ergänzt.
Die Haushaltsvermerke Nrn. 15 und 16 (jeweils 50 kw infolge ZV II) wurden vollzogen.

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Beamtete Hilfskräfte
A 13	17	17	Assessor/-in
A 9	39	39	Inspektor/-in z. A.
A 6	278	278	Sekretär/-in z. A.
	334	334	Zusammen
			Leerstellen:
A 9[5])	12	12	Inspektor/-in z. A.
A 6[5])	15	15	Sekretär/-in z. A.
	27	27	Zusammen
			Angestellte[1])*)
II a	21	21	
III	21	21	
IV a	97	103	
IV b	18	23	
V b	4	4	
V c[6])	1 034	964	
VI b[7])	374	409	
VII[2])	352	422	
VIII	35	38	
IX a	1	1	
IX b	64	64	
IX b–VII[3])	104	111	
X	—	25	
	2 125	2 206	Zusammen
IV a[5])	3	4	Leerstellen
V c[5])	30	30	
VI b[5])	16	24	
VII[5])	47	54	
VIII[5])	5	6	
IX b–VII[5])	16	16	
IX b	6	1	
	123	135	Zusammen

Haushaltsvermerke

*) Allgemeiner Haushaltsvermerk

Hinweis auf den Allgemeinen Haushaltsvermerk zum Stellenplan (ZV II)

[1]) Angestellte, die im Aufsichtsdienst über die Spielbanken im Land Niedersachsen eingesetzt sind, erhalten eine steuerfreie Aufwandsentschädigung in Höhe von 76,70 EUR monatlich.

[2]) Die am 31. 12. 1983 als Bedienungskräfte von Datenerfassungsgeräten des Typs Nixdorf 720 tätigen Kräfte erhalten für die Bedienung des Nixdorf-Systems 8860 für ihre Person eine jederzeit widerrufliche außertarifliche Stellenzulage in Höhe von 8 v. H. der Anfangsvergütung der jeweiligen Vergütungsgruppe. Bei Besetzung einer Stelle mit zwei Halbtagskräften gilt dies entsprechend.

[3]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[5]) kw.

[6]) Davon dürfen 2 Stellen (in Höhe von 100 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[7]) Die 1. Sekretärin des/der Oberfinanzpräsidenten/-in ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Vergütungsgruppe VI b BAT eingruppiert.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Aufsichtsdienst bei den Spielbanken

Verg.-Gr.	Aufsichtsdienst 2007	Aufsichtsdienst 2006
IV a	1	1
V c	60	55
VI b	2	2
VII	1	1
VIII	2	2
	66	61

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	Verlagerung von Kap. 04 10 (ZV II)
Verg.-Gr. V c	73	davon
		33 Umwandlungen von Verg.-Gr. VI b
		35 Umwandlungen von Verg.-Gr. VII
		5 neu entsprechend dem Bedarf für Spielbankaufsicht
Verg.-Gr. X	34	Umwandlungen von Verg.-Gr. VII
Zusammen	108	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	7	Umwandlungen nach Bes.-Gr. A 11
Verg.-Gr. IV b	5	Umwandlungen nach Bes.-Gr. A 11
Verg.-Gr. V c	3	Verlagerung nach Kap. 04 04
Verg.-Gr. VI b	35	davon
		2 Verlagerungen nach Kap. 04 04
		33 Umwandlungen nach Verg.-Gr. V c
Verg.-Gr. VII	70	davon
		1 Verlagerung nach Kap. 04 04
		35 Umwandlungen nach Verg.-Gr. V c
		34 Umwandlungen nach Verg.-Gr. X
Verg.-Gr. VIII	3	infolge ZV I (Vollzug Allg. HV)
Verg.-Gr. IX b-VII	7	infolge ZV I (Vollzug Allg. HV)
Verg.-Gr. X	59	davon
		22 infolge ZV I (Vollzug Allg. HV)
		25 infolge ZV II (Vollzug HV Nr. 9)
		12 Verlagerung nach Kap. 04 40
Zusammen	189	
Bleibt Abgang	82	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IX b	5	neu entsprechend dem Bedarf
Zusammen	5	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	weniger entsprechend dem Bedarf
Verg.-Gr. VI b	8	
Verg.-Gr. VII	7	
Verg.-Gr. VIII	1	
Zusammen	17	
Bleibt Abgang	12	

Sonstige Veränderungen:

Der Allgemeine Haushaltsvermerk (32 Stellen der Verg.-Gr. VII bis X sowie die Verg.-Gr. IX b–VII kw zum 31. 12. 2006 in den Aufgabenbereichen Bürobetriebsdienst, Datenerfassung und Schreibdienst infolge ZV II.) wurde vollzogen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 9 (Davon 25 kw zum 31. 12. 2006 infolge ZV II) wurde vollzogen.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 06 Steuerverwaltung

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst
A 9	600	600	Finanzanwärter/-in
A 6	171	171	Steueranwärter/-in
	771	771	Zusammen
			Leerstellen:
A 9[5])	40	40	Finanzanwärter/-in
			Arbeiter/-innen*)
5	16	16	
4	73	74	
3	48	51	
2	71	79	
1	1	1	
	209	221	Zusammen

Haushaltsvermerke

*) Allgemeiner Haushaltsvermerk
Hinweis auf den Allgemeinen Haushaltsvermerk zum Stellenplan (ZV II)

[5]) kw.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Zugang:	Stellen	
Lohn-Gr. 5	1	Verlagerung von Kap. 08 20 (ZV II)
Lohn-Gr. 4	1	
Zusammen	2	

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 5	1	Verlagerung nach Kap. 04 04
Lohn-Gr. 4	2	
Lohn-Gr. 3	3	
Lohn-Gr. 2	8	
Zusammen	14	
Bleibt Abgang	12	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
1.160,15	1.335,65	1.228,52

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	0,50
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	48,00
- Minderung aufgrund ZV II	127,00
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	175,50
bleibt Abgang	175,50

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
62.257	70.670	69.561

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 10 Staatliches Baumanagement Niedersachsen

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	*) Allgemeiner Haushaltsvermerk: 454 Stellen in in versch. Bes.-Gr.'en, Verg.-Gr.'en und LGr'en kw ab 1. 1. 2009 infolge ZV II
Planmäßige Beamte/-innen*)[9])				
			Feste Gehälter:	
B 3	1	1	Finanzpräsident/-in	
B 2	1	1	Abteilungsdirektor/-in	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16[5])	4	4	Leitende(r) Direktor/-in	
A 16	11	11	Leitende(r) Direktor/-in	
A 15	23	25	Direktor/-in	
A 14	27	29	Oberrat/-rätin	
A 13	4	9	Rat/Rätin	
A 13[3])	5	5	Oberamtsrat/-rätin	
A 13	18	18	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	55	55	Amtsrat/-rätin	
A 11	43	48	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	3	6	Oberinspektor/-in	
A 9[6])	1	1	Amtsinspektor/-in	
A 9	1	1	Amtsinspektor/-in	
	197	214	Zusammen	
			Leerstellen:	
A 16[4])	—	1	Leitende(r) Direktor/-in	
A 14[4])	1	1	Oberrat/-rätin	
A 12[4])	1	1	Amtsrat/-rätin	
A 11[4])	1	1	Amtmann/-männin/-frau	
	3	4	Zusammen	

[3]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[4]) kw.

[5]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Vorbemerkung Nr. 21 zur BBesO A und B.

[6]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[9]) Bei Bedarf können Planstellen bei 04 01, 04 06, 04 10 und 04 20 mit vorheriger Zustimmung des Ressorts MF vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. Dies darf nicht zu einer kapitelübergreifenden Inanspruchnahme von Beschäftigungsvolumen und Personalkostenbudget führen.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 (Rat/Rätin)	2	infolge Verlagerung von Kap. 04 06
Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)	3	infolge Verlagerung von Kap. 04 06
Zusammen	5	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	2	davon 1 infolge Verlagerung nach Kap. 04 20 1 infolge Verlagerung nach Kap. 04 06
Bes.-Gr. A 14	2	davon 1 infolge ZV I Vollzug Allg. HV 1 infolge ZV II Vollzug Allg. HV
Bes.-Gr. A 13 (Rat/Rätin)	7	davon 1 infolge Verlagerung nach Kap. 03 20 (ZV II) Vollzug Allg. HV 5 infolge ZV I Vollzug Allg. HV 1 infolge ZV II Vollzug Allg. HV
Bes.-Gr. A 11	5	infolge ZV II Vollzug Allg. HV
Bes.-Gr. A 10	3	infolge Verlagerung nach Kap. 04 06
Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)	3	infolge ZV II Vollzug Allg. HV
Zusammen	22	
Bleibt Abgang	17	

Leerstellen:		
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16 (Rat/Rätin)	1	infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks Nr. 4
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:

Der Allgemeine Haushaltsvermerk wurde angepasst.

Von den ausgebrachten Planstellen für planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 10) entfallen auf Ämter nach der Verordnung zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG:

Bes.-Gr.	§ 1 Nr. 9 der VO (geh. techn. Dienst)		§ 1 Nr. 12 der VO (höh. techn. Dienst)	
	2007	2006	2007	2006
B 2		—	1	1
A 16[5])		—	4	4
A 16		—	11	11
A 15		—	20	22
A 14		—	27	29
A 13 (h.D.)		—	3	8
A 13[3])	5	5		—
A 13 (g.D.)	16	16		—
A 12	52	52		—
A 11	39	44		—
A 10	2	5		—
Insgesamt	114	122	66	75

Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich auf die:

Bes.-Gr.	OFD Landesbauabteilung-		SBN		Zusammen	
	2007	2006	2007	2006	2007	2006
B 3	1	1	—	—	1	1
B 2	1	1	—	—	1	1
A 16[5])	—	—	4	4	4	4
A 16	2	2	9	9	11	11
A 15	12	10	11	15	23	25
A 14	3	3	24	26	27	29
A 13 (h.D.)	1	2	3	7	4	9
A 13[3])	1	1	4	4	5	5
A 13 (g.D.)	4	4	14	14	18	18
A 12	10	10	45	45	55	55
A 11	8	5	35	43	43	48
A 10	—	—	3	6	3	6
A 9 (m.D.)[6])	1	1	—	—	1	1
A 9 (m.D.)	—	—	1	1	1	1
Insgesamt	44	40	153	174	197	214

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 10 Staatliches Baumanagement Niedersachsen

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte*)
I a	4	4	
I b	7	7	
II a	71	77	
III[6])	267	276	
IV a	277	301	
IV b	97	107	
V b[6])	112	121	
V c	30	31	
VI b	102	118	
VII	63	66	
VIII	3	4	
IX b – VII	58	66	
	1 091	1 178	Zusammen
			Leerstellen
III[7])	3	1	
V c[7])	1	1	
	4	2	Zusammen

Haushaltsvermerke

*) Allgemeiner Haushaltsvermerk:

Hinweis auf den allgemeinen Haushaltsvermerk zum Stellenplan.

[6]) Davon darf eine Stelle (in Höhe von 100 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[7]) kw.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. V b	2	infolge Verlagerung von Kapitel 04 40
Verg.-Gr. IX b-VII	6	infolge Verlagerung von Kapitel 04 01
Zusammen	8	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	6	davon 5 infolge ZV I Vollzug Allg. HV 1 infolge ZV II Vollzug Allg. HV
Verg.-Gr. III	9	davon 6 infolge ZV I Vollzug Allg. HV 1 infolge ZV II Vollzug Allg. HV 2 infolge Verlagerung nach Kapitel 04 01
Verg.-Gr. IV a	24	davon 12 infolge ZV I Vollzug Allg. HV 5 infolge ZV II Vollzug Allg. HV 2 infolge Verlagerung nach Kapitel 04 40 4 infolge Verlagerung nach Kapitel 04 01 1 infolge Verlagerung nach Kapitel 04 06 (ZV II)
Verg.-Gr. IV b	10	davon 5 infolge ZV I Vollzug Allg. HV 5 infolge ZV II Vollzug Allg. HV
Verg.-Gr. V b	11	davon 6 infolge ZV I Vollzug Allg. HV 5 infolge ZV II Vollzug Allg. HV
Verg.-Gr. V c	1	infolge ZV I Vollzug Allg. HV
Verg.-Gr. VI b	16	infolge ZV II Vollzug Allg. HV
Verg.-Gr. VII	3	infolge ZV I Vollzug Allg. HV
Verg.-Gr. VIII	1	infolge ZV I Vollzug Allg. HV
Verg.-Gr. IX b–VII	14	davon 3 infolge ZV I Vollzug Allg. HV 11 infolge ZV II Vollzug Allg. HV
Zusammen	95	
bleibt Abgang	87	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. III	2	entsprechend dem Bedarf
Zusammen	2	

Die ausgebrachten Stellen für Angestellte (Titel 425 10) verteilen sich auf die:

Bes.-Gr.	OFD-Landes bauabteilung- 2007	OFD-Landes bauabteilung- 2006	SBN 2007	SBN 2006	Zusammen 2007	Zusammen 2006
I a	3	3	1	1	4	4
I b	3	3	4	4	7	7
II a	26	28	45	49	71	77
III	40	43	227	233	267	276
IV a	5	5	272	296	277	301
IV b	3	3	94	104	97	107
V a	—	—	—	—	—	—
V b	1	1	111	120	112	121
V c	5	6	25	25	30	31
VI b	2	3	100	115	102	118
VII	4	2	59	64	63	66
VIII	—	1	3	3	3	4
IX b–VII	4	4	54	62	58	66
IX a	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	96	102	995	1 076	1 091	1 178

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 10 Staatliches Baumanagement Niedersachsen

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	*) Allgemeiner Haushaltsvermerk: Hinweis auf den Allgemeinen Haushaltsvermerk zum Stellenplan.
			Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst	
A 13	20	22	Referendar/-in	
A 10	16	17	Oberinspektoranwärter/-in	
	36	39	Zusammen	
			Arbeiter/-innen*)	
4	11	11	Kraftfahrdienst	
1–8	11	11	Sonstige Dienste	
	22	22	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst

Abgang:	Stellen	
A 13	2	infolge Verlagerung nach Kapitel 04 40
A 9	1	
Zusammen	3	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
740,84	838,52	914,71

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,92
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	1,92
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	58,00
- Minderung aufgrund ZV II	41,60
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	99,60
bleibt Abgang	97,68

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
30.055	33.266	38.685

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 20 Landesamt für Bezüge und Versorgung

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen*)[10]	*) Allgemeiner Haushaltsvermerk
			Feste Gehälter:	102 Stellen kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV I in den Arbeitsbereichen Besoldung, Vergütung sowie im Bereich des Schreibdienstes. Dabei handelt es sich um Planstellen/Stellen der Besoldungsgruppen bzw. Vergütungsgruppen A 10, A 9 (g.D.), A 9 (m. D.), A 8, V b, V c sowie IX b–VII.
B 3	1	1	Präsident/-in des Landesamtes für Bezüge und Versorgung	
B 2	1	1	Abteilungsdirektor/-in	147 Stellen in verschiedenen Bes.-Gr.'en, Verg.-Gr.'en und LGr.'en kw ab 1. 1. 2009 infolge ZV II.
			Aufsteigende Gehälter[1]):	
A 16	2	2	Leitende(r) Direktor/-in	
A 15	9	8	Direktor/-in	
A 14	3	4	Oberrat/-rätin	
A 13[4])[6])	19	21	Oberamtsrat/-rätin	
A 12[4])	24	24	Amtsrat/-rätin	
A 11	56	59	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	55	56	Oberinspektor/-in	
A 9	1	1	Inspektor/-in	
A 9[2])	22	23	Amtsinspektor/-in	
A 9	124	72	Amtsinspektor/-in	
A 8	37	100	Hauptsekretär/-in	
	354	372	Zusammen	
			Leerstellen:	
A 10[5])	4	6	Oberinspektor/-in	
A 9[5])	2	2	Amtsinspektor/-in	
A 8[5])	8	7	Hauptsekretär/-in	
A 7[5])	1	1	Obersekretär/-in	
	15	16	Zusammen	

[1]) Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.

[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[4]) 1 Planstelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[5]) kw.

[6]) 1 kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers infolge ZV II.

[10]) Bei Bedarf können Planstellen bei 04 01, 04 06, 04 10 und 04 20 mit vorheriger Zustimmung des Ressorts MF vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. Dies darf nicht zu einer kapitelübergreifenden Inanspruchnahme von Beschäftigungsvolumen und Personalkostenbudget führen.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I Seite 1597ff.).

Mittlerer Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO 2007
A 9 mit Amtszulage	22
A 9	124
A 8	37
Insgesamt	183

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	infolge Verlagerung von Kap. 04 10
Bes.-Gr. A 14	2	davon 1 infolge Verlagerung von Kap. 03 01 (ZV II) 1 infolge Verlagerung von Kap. 07 05 (ZV II)
Bes.-Gr. A 12	1	infolge Personalratstätigkeit
Bes.-Gr. A 11	1	infolge Verlagerung von Kap. 08 01
Bes.-Gr. A 6 (Sekretär/-in)	2	davon 1 infolge Verlagerung von Kap. 04 06 1 infolge Verlagerung von Kap. 07 05 (ZV II)
Zusammen	7	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	3	davon 1 infolge Verlagerung nach Kap. 04 06 2 infolge ZV II Vollzug Allg. HV
Bes.-Gr. A 13 (Oberamtsrat/Rätin)	2	infolge ZV II Vollzug Allg. HV
Bes.-Gr. A 12	1	infolge ZV II Vollzug Allg. HV
Bes.-Gr. A 11	4	davon 1 infolge Verlagerung nach Kap. 04 01 (ZV II) Vollzug Allg. HV 3 infolge ZV II Vollzug Allg. HV
Bes.-Gr. A 10	1	infolge ZV II Vollzug Allg. HV
Bes.-Gr. A 9[2]) (Amtsinspektor/-in)	1	infolge ZV II Vollzug Allg. HV
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)	7	davon 1 infolge Verlagerung nach Kap. 04 06 1 infolge Verlagerung nach Kap. 03 03 (ZV I) Vollzug Allg. HV 2 infolge Verlagerung nach Kap. 03 20 (ZV I) Vollzug Allg. HV 3 infolge ZV II Vollzug Allg. HV
Bes.-Gr. A 8	4	davon 3 infolge Verlagerung nach Kap. 03 20 (ZV I) Vollzug Allg. HV 1 infolge ZV II Vollzug Allg. HV
Bes.-Gr. A 6 (Sekretär/-in)	2	infolge ZV I Vollzug Allg. HV
Zusammen	25	
Bleiben Abgänge	18	

Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)	59	von Bes.-Gr. A 8 (Hauptsekretär/-in)

Sonstige Veränderungen:

Der Allgemeine Haushaltsvermerk wurde hinsichtlich der Stellenzahl und der Jahresangabe angepasst.

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 8	1	neu gem. Nr. 3 (1) der Allgemeinen Bestimmungen
Zusammen	1	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 10	2	infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks Nr. 5
Zusammen	2	

Der HV Nr. 6 wurde neu ausgebracht.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 20 Landesamt für Bezüge und Versorgung

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte*)
II a	1	1	
III	4	4	
IV a	44	44	
IV b[9])	14	14	
V b[8])	33	37	
V c[3])[4])	446	462	
VI b[2])	7	9	
VII	25	25	
VIII	6	6	
IX b	4	4	
IX b–VII[1])	4	4	
	588	610	Zusammen
			Leerstellen:
V b[5])	1	1	
V c[5])	23	25	
VI b[5])	1	1	
VII[5])	1	2	
IX b–VII[5])	2	2	
	28	31	Zusammen

Haushaltsvermerke

*) Allgemeiner Haushaltsvermerk

Hinweis auf den Allgemeinen Haushaltsvermerk zum Stellenplan.

[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i.d.F. des Tarifvertrages v. 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[2]) Die jeweilige Sekretärin des Präsidenten des Landesamtes für Bezüge und Versorgung ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

Die vorstehend genannte Vorzimmerkraft erhält eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung bzw. der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[3]) 1 Angestellte ist für die Dauer ihrer Tätigkeit im Bibliotheksdienst übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.

[4]) Davon dürfen 2 Stellen (in Höhe von 100 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[5]) kw.

[8]) Die bis zum 31. 8. 1994 eingesetzte Vorzimmerkraft des Staatssekretärs wird nach dem durch die Auflösung des MB bedingten Ausscheiden aus der Vorzimmerfunktion weiterhin wie bisher nach dem Haushaltsvermerk Nr. 1 in Kapitel 12 01 des Haushaltsplans 1994 (Haushaltsgesetz 1994 vom 20. 12. 1993) eingruppiert und vergütet. Die vorstehend genannte Vorzimmerkraft erhält eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten (Hannover).

[9]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 20 Landesamt für Bezüge und Versorgung

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. V b	4	davon 1 infolge Personalratstätigkeit 2 infolge ZV I Vollzug Allg. HV 1 infolge ZV II Vollzug Allg. HV
Verg.-Gr. V c	16	davon 1 infolge Verlagerung nach Kap. 06 01 (ZV I) Vollzug Allg. HV 6 infolge Verlagerung nach Kap. 03 20 (ZV I) Vollzug Allg. HV 9 infolge ZV I Vollzug Allg. HV
Verg.-Gr. VI b	2	infolge ZV I Vollzug Allg. HV
Zusammen	22	

Leerstellen:

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. V c	2	infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks Nr. 5
Verg.-Gr. VII	1	
Zusammen	3	

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	*) Allgemeiner Haushaltsvermerk Hinweis auf den allgemeinen Haushaltsvermerk zum Stellenplan.
			Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst	
A 9	6	6	Inspektoranwärter/-in	
A 6	6	6	Sekretäranwärter/-in	
	12	12	Zusammen	
			Arbeiter/-innen*	
6	2	2		
4	5	5		
3/3 a	2	3		
2/2 a	11	11		
1	1	1		
	21	22	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Abgang:	Stellen	
Lohn.-Gr. 3	1	infolge Verlagerung nach Kap. 15 01 (ZV I) Vollzug Allg. HV
Zusammen	1	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
49,20	52,60	49,83

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	1,40
- Sonstige Veränderungen	2,00
Summe Abgänge	3,40
bleibt Abgang	3,40

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
2.252	2.394	2.330

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 40 Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen „Fondsverwaltung“

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) kw.
			Planmäßige Beamte/-innen[2])	[2]) Bei Bedarf können die Planstellen bei Kapitel 04 01 und Kapitel 04 40 mit vorheriger Zustimmung des Ressorts MF gegenseitig in Anspruch genommen werden.
			Feste Gehälter:	
B 2	1	1	Ministerialrat/-rätin	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	1	Leitende(r) Direktor/-in	
A 15	5	6	Direktor/-in	
A 14	2	2	Oberrat/-rätin	
A 13	2	2	Rat/Rätin	
A 13	8	8	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	7	6	Amtsrat/-rätin	
A 11	10	10	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	6	7	Oberinspektor/-in	
A 9	1	1	Inspektor/-in	
A 9	1	1	Amtsinspektor/-in	
A 8	2	2	Hauptsekretär/-in	
A 7	1	1	Obersekretär/-in	
A 6	1	1	Sekretär/-in	
	48	49	Zusammen	
			Leerstellen:	
A 11[1])	—	1	Amtmann/-männin/-frau	
A 9[1])	1	1	Inspektor/-in	
	1	2	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12	1	infolge Umwandlung von Verg.-Gr. III BAT
Zusammen	1	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	infolge ZV II Vollzug Allg. HV
Bes.-Gr. A 10	1	infolge ZV II Vollzug Allg. HV
Zusammen	2	
Bleibt Abgang	1	

Leerstellen:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	1	infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks Nr. 1
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:

Der Allgemeine Haushaltsvermerk wurde bez. ZV I und ZV II vollzogen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 wurde neu ausgebracht.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 40 Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen „Fondsverwaltung“

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Angestellte	
III	2	3		
IV a	5	3		
V b	—	2		
V c	1	1		
	8	9	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	2	infolge Verlagerung von Kapitel 04 10
Verg.-Gr. X	12	infolge Verlagerung von Kapitel 04 06
Zusammen	14	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. III	1	Umwandlung nach Bes.-Gr. A 12
Verg.-Gr. V b	2	infolge Verlagerung nach Kapitel 04 10
Verg.-Gr. X	12	infolge ZV I Vollzug Allg. HV
Zusammen	15	
bleibt Abgang:	1	

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst	
	—	—	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Beamte/-innen:

Zugang:	Stellen	
A 13	2	infolge Verlagerung von Kapitel 04 10
A 9	1	
Zusammen	3	

Abgang:	Stellen	
A 13	2	infolge ZV I Vollzug Allg. HV
A 9	1	
Zusammen	3	

Haushaltsplan

für das

Haushaltsjahr 2007

Einzelplan 05

Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit

Vorwort zum Einzelplan 05

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen.

Der Einzelplan 05 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereiches des Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit (MS):

des Ministeriums (Kap. 05 01)
der Allgemeinen Bewilligungen (Kap. 05 02)
der Bauaufsicht und des Städtebaus (Kap. 05 04)
des Wohnungs- und Siedlungswesens (Kap. 05 05)
der Wohnungsbauprogramme (Kap. 05 07)
der Städtebauförderung und Stadterneuerung (Kap. 05 08)
der Frauen (Kap. 05 11)
des Landesprüfungsamtes für die Sozialversicherung (Kap. 05 12)
der Zentralen Sozialen Aufgaben mit dem Niedersächsischen Landesamt für Soziales, Jugend und Familie (Kap. 05 20)
der Landeskrankenhäuser Brauel, Göttingen, Hildesheim, Königslutter, Lüneburg, Moringen, Osnabrück, Tiefenbrunn, Wehnen und Wunstorf (Kap. 05 21 – Landesbetriebe -)
der Landesbildungszentren für Hörgeschädigte (Kap. 05 22)
des Landesbildungszentrums für Blinde (Kap. 05 23)
der Sozialhilfe (Kap. 05 30)
der Sonstigen sozialen Leistungen (Kap. 05 36)
der Kriegsopferfürsorge nach dem BVG und entsprechende Leistungen (Kap. 05 38)
der Gesundheitsverwaltung (Kap. 05 40)
des Landesgesundheitsamtes (Kap. 05 42)
der Jugendhilfe (Kap. 05 70)
des Kinder- und Jugendschutzes, Gender Mainstreaming (Kap. 05 72)
der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, des Ehrenamtes und der Bürgergesellschaft (Kap. 05 73)
der Familie (Kap. 05 74)
der Fachaufgaben der Regierungsvertretungen (Kap. 0591)
des Sondervermögens „Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht - Neuntes Sozialgesetzbuch (SGB IX) – (Kap. 50 51)

B. Allgemeiner Haushaltsvermerk.

Gegenseitig deckungsfähig sind innerhalb des Einzelplans 05 ohne Kapitel 05 12 die veranschlagten Ausgaben außerhalb von Titelgruppen der Obergruppen 51 bis 54 – mit Ausnahme der Titel 529 .., 532 11 bis 532 20 und 546 06 -, soweit sie

1. nicht übertragbar sind,
2. nicht mit Ausgaben außerhalb des Deckungskreises deckungsfähig sind,
3. nicht mit Einnahmen korrespondieren und
4. nicht budgetiert sind.

Innerhalb des Kapitels 0512 sind die veranschlagten Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54 außerhalb von Titelgruppen gegenseitig deckungsfähig.

C. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr.

Gem. Beschluss der Landesregierung vom 17.10.2006 zur Umstrukturierung der Aufgaben und Auflösung des Landesjugendamtes werden zum 01.01.2007 die bisher vom Fachbereich I des Landesjugendamtes wahrgenommenen Aufgaben der überregionalen Koordinierung und Planung in das MS verlagert. Die dem Verwaltungsvollzug zuzuordnenden Aufgaben werden weiterhin vom Landesamt für Soziales, Jugend und Familie wahrgenommen.

D. Kurzer Hinweis auf Hochbaumaßnahmen.

Sämtliche Hochbaumaßnahmen des MS sind im Kapitel 20 11 des Einzelplans 20 – Hochbauten – ausgewiesen.

Haushaltsjahr 2007

Epl. 05 **Übersicht über die Einnahmen, Ausga**

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0501	Ministerium	—	144	174	8	326	19.155	2.742
0502	Allgemeine Bewilligungen	—	11	—	—	11	—	915
0504	Bauaufsicht und Städtebau	—	250	—	—	250	1.138	—
0505	Wohnungs- und Siedlungswesen	—	300	464.418	—	464.718	—	25
0507	Wohnungsbauprogramme	—	—	—	44.000	44.000	—	—
0508	Städtebauförderung und Stadterneuerung	—	—	—	12.556	12.556	—	—
0511	Frauen	—	16	—	—	16	—	—
0512	Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung	—	3	1.381	60	1.444	905	237
0520	Zentrale Soziale Aufgaben	—	1.223	5.552	—	6.775	39.457	21.983
0521	Landeskrankenhäuser - Landesbetriebe	—	—	—	—	—	—	—
0522	Landesbildungszentren für Hörgeschädigte	—	8.621	652	—	9.273	18.204	2.643
0523	Landesbildungszentrum für Blinde	—	5.087	255	—	5.342	8.782	1.154
0530	Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII) - Sozialhilfe	—	575	1.000	—	1.575	—	—
0536	Sonstige soziale Leistungen	—	3.301	58	—	3.359	—	—
0538	Kriegsopferfürsorge nach dem BVG und entsprechende Leistungen	—	11	45.814	180	46.005	—	—
0540	Gesundheitsverwaltung und Gesundheitswesen	—	161	3.321	68.904	72.386	1	5.217
0542	Landesgesundheitsamt	—	2.253	341	—	2.594	6.827	4.576
0570	Jugendhilfe	—	125	2	—	127	21	36
0572	Kinder- und Jugendschutz, Gender Mainstreaming	—	22	20	—	42	—	20
0573	Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Ehrenamt und Bürgergesellschaft	—	420	153	—	573	—	553
0574	Familie	—	61	36.400	—	36.461	—	22

ben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 05**

Ausgaben					2007 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2006 Überschuss Zuschuss (-)	2007 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungs-ermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben				
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
60	—	297	–28.310	–6.056	6.382	14.956	–8.574	—
502	—	—	—	1.417	–1.406	–1.444	38	—
30	—	—	—	1.168	–918	–1.122	204	—
617.786	—	1.000	—	618.811	–154.093	–161.308	7.215	—
22.797	—	53.182	—	75.979	–31.979	–10.636	–21.343	14.888
6.612	—	13.396	—	20.008	–7.452	–5.037	–2.415	13.439
17.672	—	—	—	17.672	–17.656	–17.258	–398	767
10	—	—	292	1.444	—	—	—	—
19.686	—	765	2.713	84.604	–77.829	–80.206	2.377	—
16.147	—	—	—	16.147	–16.147	–16.369	222	—
456	—	647	2.455	24.405	–15.132	–15.423	291	—
195	—	297	1.096	11.524	–6.182	–5.999	–183	—
1.480.563	—	—	—	1.480.563	–1.478.988	–1.497.241	18.253	—
165.815	—	43.804	—	209.619	–206.260	–181.159	–25.101	5.953
53.764	—	57	—	53.821	–7.816	–7.495	–321	—
74.447	—	68.904	—	148.569	–76.183	–65.052	–11.131	135.832
6	—	517	361	12.287	–9.693	–8.843	–850	—
13.353	—	—	—	13.410	–13.283	–17.824	4.541	—
2.330	—	—	—	2.350	–2.308	–1.648	–660	—
28.713	—	1.041	—	30.307	–29.734	–30.114	380	32.400
102.443	—	—	—	102.465	–66.004	–44.354	–21.650	—

Haushaltsjahr 2007

Epl. 05 **Übersicht über die Einnahmen, Ausga**

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0591	Fachaufgaben der Regierungsvertretungen	—	—	—	—	—	1.157	—
	Summe 2007	—	22.584	559.541	125.708	707.833	95.647	40.123
	Summe 2006	—	24.254	583.684	93.994	701.932	102.450	42.837
	2007 mehr(+)/weniger(-)	—	–1.670	–24.143	+31.714	+5.901	–6.803	–2.714

ben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 05**

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2007 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2006 Überschuss Zuschuss (-)	2007 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungsermächtigungen
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
6	—	—	—	1.163	–1.163	–1.169	6	—
2.623.393	—	183.907	–21.393	2.921.677	–2.213.844	–2.154.745	–59.099	203.279
2.601.174	—	139.582	–29.366	2.856.677				192.758
+22.219	—	+44.325	+7.973	+65.000				+10.521

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0501 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-8	011	Gebühren und tarifliche Entgelte		100	676	–576	88
119 01-9	011	Vermischte Einnahmen		10	24	–14	10
119 02-7	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	—
119 03-5	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		1	5	–4	–3
119 10-8	011	Einnahmen für den Kauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen *Vgl. K-Vermerk zu 546 04.*		—	—	—	104
119 11-6	011	Sonstige Verwaltungseinnahmen		1	68	–67	1
119 30-2	011	Folgetitel für gelöschte Titel im Einzelplan 05		—	—	—	—
119 41-8	011	Rückzahlung von Überzahlungen		1	1	—	—
119 46-9	011	Ersatzleistungen		10	3	+7	11
124 01-2	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		20	20	—	21
132 01-5	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1	1	—	1
132 11-2	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge *Vgl. K-Vermerk zu 811 11.*		—	—	—	—
235 01-9	011	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
261 10-9	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch kaufmännisch geführte landeseigene Krankenhäuser		174	400	–226	327
281 10-0	011	Erstattungen und Zuweisungen		—	23	–23	—
381 11-2	990	Zuführung von 05 12 - 981 13		8	8	—	7
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Der Landesbeauftragte für Behinderte**		(—)	(—)	(—)	(1)
119 61-2	011	Einnahmen im Zusammenhang mit den Tätigkeiten des Behindertenbeauftragten *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	0
282 61-0	011	Einnahmen aus Spenden *Vgl. K-Vermerk zu 546 61.*		—	—	—	1
		A U S G A B E N					
412 10-7	011	Kosten verschiedener Ausschüsse und Arbeitskreise	—	27	18	+9	17
412 11-5	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 71 Nds. PersVG.	—	1	1	—	—
421 01-7	011	Bezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten, der Ministerin oder des Ministers	—	143	143	—	156

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 111 01

Gebühren u.a. für Verwaltungsmaßnahmen der Gewerbeaufsicht.
Weniger in Anpassung an das Ist 2005 und weil Gebühren für die Bauaufsicht bei 0504 – 111 01 veranschlagt sind.

Zu 119 03

	Tsd. EUR
1. Abführung aufgrund des § 5 Abs. 3 des Ministergesetzes in der jeweils geltenden Fassung	-
2. Abführung aufgrund des § 75 a Abs. 2 NBG	1
Zusammen	1

Zu 124 01

	Tsd. EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	5
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume Wagenhallen	5
3. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—
4. Sonstige Mieten und Pachten	10
Zusammen	20

Zu 132 01

	Tsd. EUR
1. Geräte	1
2. Maschinen	—
3. Ausstattungsgegenstände	—
4. Akten, Drucksachen und dgl.	—
Zusammen	1

Zu 261 10

Erstattungen der Kosten für zentrale Dienstleistungen von den Landeskrankenhäusern.
Weniger, weil bisher zentral erbrachte Dienstleistungen durch Vorortlösungen ersetzt wurden.

Zu 381 11

Erstattung der Kosten für zentrale Dienstleistungen vom Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung.

Zu Titelgruppe 61

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabe TGr. 61.

Zu 412 10

	Tsd.EUR
1. Entschädigungen, die den Laienmitgliedern der aufgrund des Kontrollratsgesetzes Nr. 35 vom 20. 8. 1946 gebildeten Schiedsausschüsse zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu zahlen sind, und die Kosten für die Tarifausschüsse.	0,5
2. Nach § 4 des Heimarbeitsgesetzes vom 14. 3. 1951 (BGBl. I S. 191) i. d. F. des Heimarbeitsänderungsgesetzes vom 29. 10. 1974 (BGBl. I S. 2879) hat die zuständige Arbeitsbehörde Heimarbeitsausschüsse für Gewerbezweige und Beschäftigungsarten zu errichten, in denen Heimarbeit in nennenswertem Umfang geleistet wird.	

Die Kosten der auf Landesebene errichteten Ausschüsse trägt das betreffende Land.
Die Kosten eines für mehrere Länder errichteten Ausschusses trägt das Land, in dem der Ausschuss errichtet ist.
Die Entschädigung der Mitglieder nach den für ehrenamtliche Richter geltenden Vorschriften haben die Länder zu tragen, die die Mitglieder entsenden.
Veranschlagt sind:
Reisekosten sowie Entschädigungen für Zeitversäumnis und Verdienstausfall der Beisitzer nach den für die ehrenamtlichen Richter geltenden Vorschriften.

	0,5
3. Nach § 55 des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 12. 4. 1976, zuletzt geändert durch Art. 13 des 1. Rechtsbereinigungsgesetzes vom 24. April 1986 (BGBl. I S. 560) sind bei der obersten Landesbehörde ein Landesausschuss für Jugendarbeitsschutz und ggf. Unterausschüsse zu bilden; daneben sind Ausschüsse bei den Aufsichtsbehörden zu bilden.	

Veranschlagt sind Tagegelder und Bundesbahnfahrkosten der 1. Klasse nach dem Bundesreisekostengesetz sowie Entschädigung bei nachgewiesenem Verdienstausfall nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen vom 1. 10. 1969 (BGBl. I S. 1757), zuletzt geändert durch § 6 des Gesetzes zur Änderung von Kostengesetzen vom 9. 12. 1986 (BGBl. I S. 2326).

	2
4. Kosten des Beirats für Kriegsopferrecht und soziale Fürsorge einschl. Reisekosten	0,5

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 412 10

	Tsd. EUR
5. Um die Bestrebungen nach einer Verbesserung des Arbeitsschutzes zu verstärken, sollen in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, den Berufsgenossenschaften und der staatlichen Gewerbeaufsicht geeignete Maßnahmen, insbesondere eine jährliche Arbeitssicherheitskonferenz, durchgeführt werden.	8
6. Aufgabe des beim MS bestehenden Landesarbeitskreises für Arbeitssicherheit und der bezirklichen Arbeitskreise ist es, durch Koordinierung geeigneter Maßnahmen sowie durch Sicherheits-Werbewochen und sonstige Öffentlichkeitsarbeit auf eine Senkung der Anzahl der Unfälle in allen Bereichen hinzuwirken. Veranschlagt sind: Vortragshonorare, Durchführung von Sicherheitsveranstaltungen, Aufwandsentschädigungen und Reisekosten für die Beiräte sowie Sachkosten (Porto, Telefon, Druckkosten pp.)	15
7. Aufgabe des beim MS bestehenden Beirates für Arbeitsschutz ist es, das MS in allen Angelegenheiten des Arbeitsschutzes und der Sicherheitstechnik zu beraten. Veranschlagt sind: Reisekosten sowie Entschädigungen für Zeitversäumnis und Verdienstausfall der Mitglieder nach den für die ehrenamtlichen Richter geltenden Vorschriften.	0,5
Zusammen	27

Zu 421 01

	Tsd.EUR
1. Amtsgehalt	137
2. Dienstaufwandsentschädigung	6
3. Entschädigung bei getrennter Haushaltsführung	-
Zusammen	143

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0501 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
421 02-5	011	Bezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten, der Ministerin oder des Ministers	—	—	—	—	—
422 01-3	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	17.085	17.567	–482	9.407
422 10-2	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-6	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	182
422 31-5	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-2	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	6.808
425 06-3	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1	1	—	0
425 31-4	011	Leistungen auf Grund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
426 01-9	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	518
426 03-5	011	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-0	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	12	12	—	12
426 31-0	011	Leistungen auf Grund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
427 01-5	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	5	5	—	—
427 02-3	011	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 31-7	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	1	1	—	—
427 39-2	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
441 01-8	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	1.812	2.134	–322	1.887
441 02-6	940	Beihilfen für Angestellte	—	30	28	+2	29
441 03-4	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	2	–1	1
441 04-2	940	Beihilfen für Sonstige	—	—	—	—	—
441 10-7	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	—	—	—	2
443 01-0	940	Fürsorgeleistungen	—	9	18	–9	9
443 02-9	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
453 01-6	011	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	27	15	+12	39
453 11-3	011	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	1	1	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 422 01

Die den Beamten/Beamtinnen gem. § 75 Abs. 3 NBG belassenen Beträge sind Aufwandsentschädigungen im Sinne des EStG.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0501 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
511 01-6	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist Abschnitt B des Vorworts zum Einzelplan 05 verbindlich*	—	412	466	–54	331
514 01-5	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	43	43	—	39
517 01-4	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume **** Ausgaben, die hier zunächst für andere Landesdienststellen geleistet werden, sind durch Absetzung von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	769	769	—	753
518 01-0	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	207	224	–17	206
518 02-9	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	136	127	+9	135
519 01-7	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	74	3	+71	74
521 10-0	011	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	4	4	—	4
525 01-7	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	157	157	—	46
526 01-3	011	Sachverständige	—	31	162	–131	20
526 02-1	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	21	21	—	21
527 01-0	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	170	170	—	134
527 02-8	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	9	9	—	9
529 10-1	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers	—	5	5	—	5
531 10-6	011	Veröffentlichungen **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*	—	234	200	+34	203
541 10-1	011	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	35	31	+4	35
546 01-4	011	Vermischte Ausgaben	—	1	1	—	0
546 02-2	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	—
546 03-0	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	10	10	—	111
546 04-9	011	Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 10.*	—	—	—	—	107
546 30-8	011	Folgetitel für gelöschte Titel im Einzelplan 05	—	—	—	—	—
547 10-0	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	100	86	+14	99
549 01-3	989	Globale Minderausgaben für sächliche Verwaltungsaufgaben	—	—	—	—	—
681 10-8	011	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	42	41	+1	42

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 511 01

Hinweis auf Abschnitt B des Vorworts zum Einzelplan 05

	Tsd. EUR
1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	20
2. Büro- und Kanzleibedarf	46
3. Bekanntmachungen	10
4. Bücher und Zeitschriften	78
5. Post- und Fernmeldegebühren	159
6. Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	22
7. Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	74
8. Ausrüstungsgegenstände für den Behördenselbstschutz	—
9. Dienst- und Schutzkleidung	3
Zusammen	412

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1. 1. 2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	5	5	5
Sonstige	1	1	1

Zu 517 01

.

	Tsd. EUR
1. Wassergeld	28
2. Grundbesitzabgaben	54
3. Bewachung	123
4. Sonstige Hauswirtschaftskosten	45
5. Reinigungskosten	261
6. Heizung	165
7. Beleuchtung und elektrische Kraft	93
Zusammen	769

Zu 519 01

Mehr, weil in zunehmenden Maße kleinere Unterhaltungsarbeiten anfallen.

Zu 526 01

Anpassung an das Ist 2005

Zu 547 10

Kosten der Fachkommission, der Prüfung von Rechenzentren nach § 88 SGB IV und für arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz gem. § 16 Arbeitssicherheitsgesetz und andere Verträge für Dienstleistungen Außenstehender.

Zu 681 10

Schadensersatzleistungen für Haftungsfälle der ehem. Landesfrauenklinik Hannover.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0501 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
684 10-7	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	18	18	—	16
685 01-4	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	—	—	—	—
811 01-0	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 11-7	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	—	—	—	—
812 15-6	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	129	129	—	125
972 01-3	989	Globale Minderausgabe zum Haushaltsausgleich	—	—	—	—	—
972 05-6	989	Globale Minderausgabe für nicht erbrachte Einsparauflage	—	—	—	—	—
972 11-0	989	Globale Minderausgabe **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	–29.147	–37.500	+8.353	—
972 15-3	989	Globale Minderausgabe K-Potenzial	—	–568	—	–568	—
981 10-1	990	Abführung an 13 21 - 381 05	—	1.345	479	+866	467
981 11-0	990	Abführung an 05 12 - 381 10	—	60	60	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Der Landesbeauftragte für Behinderte** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.*	(—)	(38)	(38)	(—)	(35)
427 61-9	011	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	—
527 61-3	011	Reisekostenvergütungen	—	3	3	—	1
529 61-6	011	Zur Verfügung des Behindertenbeauftragten des Landes Niedersachsen **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	—	—	—	0
531 61-0	011	Veröffentlichungen	—	15	15	—	1
538 61-5	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
546 61-8	011	Zur Verwendung von Spenden *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 61.*	—	—	—	—	—
547 61-4	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	20	20	—	33
684 61-1	011	Sonstige Zuschüsse	—	—	—	—	—
812 61-0	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 67		**Durchführung von Fachminister/-innen-Konferenzen**	(—)	(17)	(23)	(–6)	(—)
429 67-0	011	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 684 10

	Tsd. EUR
1. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Frankfurt (Main)	15
2. Bundesarbeitsgemeinschaft für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit, Düsseldorf	2
3. Bundesarbeitsgemeinschaft der Träger psychiatrischer Krankenhäuser, Köln	1
Zusammen	18

Zu 812 15

	Tsd. EUR
Büroeinrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	39
Möblierung der Sitzungssäle	20
Umrüstung der Stromversorgungsanlage (Dienstgebäude Hannover, Gustav-Bratke-Allee)	50
Jalousetten	20
Zusammen	129

Zu 972 11

Zum Ausgleich des Haushalts.
Der Betrag zum Haushaltsausgleich kann auch durch Mehreinnahmen erbracht werden, soweit diesen keine entsprechenden Mehrausgaben gegenüber stehen.

Zu 981 10

Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke.
Mehr durch Übernahme der Liegenschaft Gustav-Bratke-Alle 2, Hannover.

Zu 981 11

Erstattung der Kosten für Aufsichtsprüfungen durch Prüfer des Landesprüfungsamtes für die Sozialversicherung, die nicht von den Sozialleistungsträgern erstattet werden.

Zu Titelgruppe 61

Veranschlagt sind die Kosten für Maßnahmen zur Förderung der Eingliederung behinderter Menschen in Beruf und Gesellschaft.

Zu 529 61

Es wird zugelassen, dass bis zu 200 EUR im Rahmen der Deckungsfähigkeit der TGr. zur Bestreitung von Aufwendungen für dienstliche Besucherinnen und Besucher aus besonderem Anlass verwendet werden.

Zu Titelgruppe 67

Veranschlagt sind Kosten für die Bauministerkonferenz.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
547 67-3	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	17	23	–6	—
812 67-9	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 96		**Reformdividende**	(—)	(—)	(—)	(—)	(9)
429 96-4	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 96-7	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
711 96-1	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	9
812 96-2	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(437)	(551)	(–114)	(470)
511 99-7	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte,Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände,sonstige Gebrauchsgegenstände	—	143	253	–110	118
518 98-3	011	Kosten für die Anmietung von Software	—	50	40	+10	43
518 99-1	011	Kosten für die Anmietung von Hardware	—	1	5	–4	—
525 98-0	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	—	7	7	—	2
525 99-8	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch Andere	—	10	10	—	1
527 99-0	011	Reisekosten	—	5	5	—	2
538 98-4	011	Kosten für Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	21	21	—	8
538 99-2	011	Kosten für Dienstleistungen Anderer	—	32	28	+4	51
812 99-7	011	Erwerb von Geräten,Ausstattungs- und Ausrüstungsgeräten sowie von sonstigen beweglichen Sachen	—	168	182	–14	247

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 98/99

Neben den Kosten der IuK-Technik des MS sind auch die Kosten für das kaufm. Rechnungswesen (kfm. Buchführung, Kosten-Leistungsrechnung sowie Controlling) in den landeseigenen Krankenhäusern veranschlagt, soweit sie zentral verausgabt werden. Diese Kosten werden von den Krankenhäusern erstattet und bei Titel 261 10 vereinnahmt.

Zu 511 99

	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf	25
2. Post- und Fernmeldegebühren	7
3. Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	64
4. Verbrauchsmittel	47
Zusammen	143

Anpassung an das Ist 2005.

Zu 518 98

Veranschlagt sind folgende Kosten:
1. Wartungsverträge für Software, Pressespiegel und Datenbankprogramme.
2. Lizenzgebühren für Microsoft-Programme.
3. Citrix MetaFrame Programmpflege.

Zu 518 99

Wartungskosten für die lokalen Netzwerke in drei Liegenschaften.

Zu 525 98

Veranschlagt sind die Kosten der Aus- und Fortbildung von Bediensteten des MS durch das IZN.

Zu 525 99

Veranschlagt sind die Kosten der Aus- und Fortbildung von Bediensteten des MS, die nicht durch das IZN, sondern durch Andere durchgeführt werden.

Zu 527 99

Die einzelnen Verfahren im Rahmen der kaufm. Buchführung erfordern Anwesenheiten der mit den Aufgaben betrauten Bediensteten in den Landeskrankenhäusern sowie die Schulung des Personals. Teilnahme an Sitzungen im Zusammenhang mit I. u. K. außerhalb des Dienstortes.

Zu 538 98

Fortentwicklung des Intranets, Kosten für Einrichtung und Betrieb eines VPN (Virtuell Private Networks), Kosten für Bandbreitenerweiterungen als Zugang zum IZNnet, allgemeine technische Unterstützungsleistungen.

Zu 538 99

Ausbau und Fortentwicklung der Citrix MetaFrame Server Farm.

Zu 812 99

	Tsd. EUR
80 Flachbildschirme	38
80 Arbeitsplatzdrucker	50
80 Arbeitsplatzrechner	20
7 Netzwerkdrucker	10
Terminal-Server Farm	20
Ausbau von Speicherkapazitäten	30
Zusammen	168

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0501 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0501					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		144	798	–654	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		174	423	–249	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		8	8	—	
		Summe der Einnahmen		326	1.229	–903	
		4 Personalausgaben	—	19.155	19.946	–791	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	2.742	2.918	–176	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	60	59	+1	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	297	311	–14	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	–28.310	–36.961	+8.651	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	–6.056	–13.727	+7.671	
		Überschuss		6.382	14.956	–8.574	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-2	011	Vermischte Einnahmen		1	1	—	—
119 02-0	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		—	—	—	—
119 41-1	011	Rückzahlung von Überzahlungen		10	10	—	—
		A U S G A B E N					
636 10-6	223	Unfallversicherung für Schüler usw.	—	100	100	—	111
636 11-4	223	Zuschüsse der Küstenländer zur Unfallversicherung der Küstenfischer gem. § 163 Abs. 1 SGB VII	—	220	250	–30	199
671 01-7	011	Verwaltungskostenerstattung im Inland	—	—	—	—	—
684 11-9	236	Zuschüsse an Kontakt- und Informationsberatungsstellen für Selbsthilfegruppen -KIB-	—	—	—	—	—
684 12-7	236	Zuschüsse an Selbsthilfegruppen für Homosexuelle	—	47	47	—	47
684 13-5	290	Psychosoziale und medizinische Beratung von Flüchtlingen und Ausländern	—	69	69	—	69
684 14-3	680	Zuschuss an das Deutsche Kuratorium für Sicherheit in Heim und Freizeit e.V.	—	—	—	—	—
685 22-0	680	Anteil d.Landes Niedersachsen am Zuschussbedarf der Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik u.Akkreditierung	—	20	8	+12	17
685 24-7	680	Anteil des Landes Nds.am Zuschussbedarf der Zentralstelle d.Länder f.Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln u. Medizinprodukten (ZLG)	—	39	39	—	54
687 10-0	680	Anteil des Landes Nds. am Netzwerk Gesunde Regionen der Weltgesundheitsorganisationen (WHO)	—	7	7	—	5
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Maßnahmen zur Herstellung der Gleichberechtigung**	(—)	(25)	(25)	(—)	(—)
526 62-9	011	Sachverständigenhonorare	—	—	—	—	—
547 62-6	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *Übertragbar.*	—	25	25	—	—
TGr. 80		**Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz**	(—)	(890)	(910)	(–20)	(759)
526 80-7	254	Kosten der ärztlichen Untersuchungen	—	880	900	–20	754
531 80-0	254	Veröffentlichungen	—	10	10	—	5

ERLÄUTERUNGEN

Zu 636 10

Veranschlagt sind die voraussichtlichen Beiträge für Schüler und Studenten sowie Kinder in Kindergärten im Zuständigkeitsbereich des MS.

Zu 636 11

Nach § 163 Abs. 1 SGB VII haben die Länder mit Küstenbezirken Zuschüsse zu den Beiträgen für Unternehmen der Küstenfischerei zu leisten. Veranschlagt sind die für Niedersachsen hierzu voraussichtlich entstehenden Kosten.

Zu 671 01

Zur Abwicklung der EU-Förderprogramme.

Zu 684 11

Verlagert nach 0573 – 684 72.

Zu 684 12

Nach den "Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Aktivitäten für den Abbau von Diskriminierungen homosexueller Männer" (RdErl. d. MS v. 15. 6. 1993, Nds. MBl. S. 700, geä. durch RdErl. d. MS v. 18. 2. 1998, Nds. MBl. S. 499) werden insbesondere Qualifizierungsmaßnahmen zur Förderung des Ehrenamtes und der Hilfe zur Selbsthilfe sowie Schulungen von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gefördert.

Zu 684 13

Gefördert werden durch Zuwendungen als Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben Maßnahmen (Beratungen, Veranstaltungen, Veröffentlichungen u.ä.), die der sozialen Integration und der Verbesserung der medizinischen Versorgung von ausländischen Mitbürgern und Flüchtlingen dienen.

Zu 685 22

Anteil des Landes aufgrund des Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz vom 21. 12. 1989 und des Gesetzes zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS) und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechtes (AKMP) vom 12. 5. 2000 (Nds. GVBl. S. 110).

Zu 685 24

Anteil des Landes am nicht gedeckten Finanzbedarf der Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten (ZLG) aufgrund des Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz v. 30. 6. 1994 und des Gesetzes zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Medizinprodukten vom 12. 5. 1999 (Nds. GVBl. S. 108).
Die ZLG übernimmt Vollzugsaufgaben der Länder im Rahmen der Durchführung des Medizinproduktgesetzes (MPG) für den Bereich der nicht energetisch betriebenen Medizinprodukte, soweit sie die Akkreditierung und Überwachung von Prüflaboratorien und Zertifizierungsstellen betreffen.

Zu 687 10

Durch die Anbindung an das „Netzwerk Gesunde Regionen" (RHN) werden effektive Wege des Austausches gesundheitspolitisch relevanter Informationen mit anderen Ländern und der Weltgesundheitsorganisation hergestellt. Vordringlich werden überregional entwickelte Strategien der Gesundheitsförderung und Prävention (WHO-Programme „Gesundheit für alle bis zum Jahr 2000") und die damit gewonnenen Erfahrungen ausgetauscht und weiter entwickelt.

Zu Titelgruppe 62

Veranschlagt sind u. a. Mittel für Beratungsleistungen zur Unterstützung der Umsetzung des Gender Mainstreaming in Niedersachsen (z. B. Entwicklung von Controlling-Kriterien, Evaluationskonzept).

Zu Titelgruppe 80

Gemäß § 32 ff. des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 12. 4. 1976 (BGBl. I S. 965), zuletzt geändert am 21.06.2005 (BGBl. I S. 1666), sind die Jugendlichen vor Beginn und während einer Berufstätigkeit ärztlich zu untersuchen. Die Kosten hat das Land zu tragen.

Zu 531 80

Veröffentlichungen zur Information der Schulabgänger.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0502					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		11	11	—	
		Summe der Einnahmen		11	11	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	915	935	–20	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	502	520	–18	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.417	1.455	–38	
		Zuschuss		1.406	1.444	–38	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0504 Bauaufsicht und Städtebau

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		EINNAHMEN					
111 01-9	011	Gebühren und tarifliche Entgelte		250	170	+80	247
119 01-0	011	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
235 10-9	011	Sonstige Zuweisungen von der Bundesagentur für Arbeit (für Aushilfskräfte)		—	—	—	—
		AUSGABEN					
422 01-4	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	956	1.078	–122	424
422 04-9	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	181	181	—	92
422 06-5	011	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 19-7	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	29
422 31-6	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-3	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	507
425 06-4	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
425 31-5	011	Leistungen auf Grund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
427 01-6	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 31-8	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	1	1	—	—
427 39-3	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
511 01-7	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
633 20-1	011	Zahlung eines jährlichen Zuschlags nach Art. 14 Abs. 3 Haushaltsbegleitgesetz 2005	—	30	32	–2	30
812 35-1	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen für Fachaufgaben	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0504

Allgemeine Erläuterungen
Die Ausgaben für das bei den Regierungsvertretungen tätige Personal sind bei Kapitel 0591 veranschlagt.

Zu 111 01

Es handelt es sich hier um Verwaltungsgebühren für z.B.
- Zustimmungen zur Verwendung oder Anwendung von Bauprodukten oder Bauarten im Einzelfall,
- Anerkennung von Sachverständigen,
- Anerkennung als Prüf-, Zertifizierungs- und Überwachungsstelle,
- Zustimmungen nach § 82 NBauO.

Zu 427 31

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte/-innen, Richter/-innen und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF vom 25.3.1998 (Nds. MBl. S. 664) bzw. für Prüfungsvergütungen für Mitglieder in Prüfungsausschüssen nach den aufgrund des RdErl. d. MF vom 25.3.1998 (Nds. MBl. S. 666) in der jeweils geltenden Fassung erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu monatlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 633 20

Zahlungen an Kommunen von jährlichen Zuschlägen zu den Ausgleichszahlungen im Zusammenhang mit der Übernahme von zwei Landesbeamten im Zuge der Verwaltungsmodernisierung gem. Art. 14 Abs. 3 HBeglG 2005.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0504 Bauaufsicht und Städtebau

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0504					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		250	170	+80	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		250	170	+80	
		4 Personalausgaben	—	1.138	1.260	–122	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	30	32	–2	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.168	1.292	–124	
		Zuschuss		918	1.122	–204	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0505 Wohnungs- und Siedlungswesen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
099 10-1	411	Ausgleichszahlungen nach dem Gesetz über den Abbau von Fehlsubventionierungen im Wohnungswesen (AFWoG) *Vgl. K-Vermerk zu 893 10.*		—	—	—	9
111 01-2	411	Gebühren und tarifliche Entgelte		300	324	–24	323
119 01-3	411	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
231 10-7	233	Erstattungen des Bundes für Zuschüsse nach dem Gesetz zur Gewährung eines einmaligen Heizkostenzuschusses		—	—	—	1
231 62-0	233	Erstattung des Bundesanteils an den Aufwendungen für Miet- und Lastenzuschüsse nach dem Wohngeldgesetz		70.000	100.000	–30.000	68.376
231 63-8	251	Erstattungen des Bundes gem. § 34 Abs. 2 WoGG zum Ausgleich für Grundsicherungsleistungen nach dem SGB XII *Vgl. K-Vermerk zu 0530-633 28.*		44.418	44.418	—	44.417
231 66-2	251	Erstattung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft und Heizung gemäß § 46 Abs. 5, 6, 10 SGB II *Vgl. K-Vermerk zu 633 66.*		350.000	350.000	—	303.587
359 01-4	950	Entnahme aus dem Vermögen der Landestreuhandstelle für den Härteausgleich *Vgl. K-Vermerk zu 681 12.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
537 10-9	176	Planungsarbeiten, Wettbewerbe und Preisverleihungen sowie Gutachtertätigkeiten auf dem Gebiet des Städtebaues *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 537 10, 547 10 und 686 51.*	—	25	74	–49	15
547 10-4	176	Maßnahmen zur Ausbildung, Aufklärung und Beratung auf dem Gebiet des Städtebaues und des Wohnungswesens *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 537 10.*	—	—	—	—	—
632 10-1	011	Anteil des Landes Niedersachsen an den Kosten der Geschäftsstelle der Bauministerkonferenz	—	25	25	—	23
633 01-9	016	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Gemeinden (GV) für Hauszinssteuer- und ähnliche Darlehen *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 633 01 und 671 01.*	—	1	1	—	0
671 01-8	016	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Bremer Landesbank für Hauszinssteuer- und ähnliche Darlehen *Vgl. D-Vermerk zu 633 01.*	—	—	—	—	0
681 12-9	411	Zuwendungen zur Verminderung von Mieterhöhungen im Sozialwohnungsbestand (Härteausgleich) *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 359 01.*	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 099 10

Die Fehlbelegungsabgabe wird in Niedersachsen seit dem 1.1.2004 nicht mehr erhoben.

Zu 111 01

Überwiegend Leistungen gem. § 7 und § 25 des Wohnungsbindungsgesetzes in der Fassung vom 13. 9. 2001 (BGBl. I S. 2404), geändert durch Art. 7 des Föderalismusreform-Begleitgesetzes vom 5.9.2006 (BGBl. I S. 2100).

Zu 231 62

Nach § 34 Abs. 1 des Wohngeldgesetzes in der Fassung vom 7. 7. 2005 (BGBl. I S. 2029), zuletzt geändert durch Art. 9a des Gesetzes zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende vom 20.7. 2006 (BGBl. I S. 1706, 1718), erstattet der Bund dem Land die Hälfte des gezahlten Wohngeldes.
Durch Artikel 25 des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24.12.2003 ist das Wohngeldgesetz geändert worden (BGBl. I S. 2954, 2985). Danach sind seit dem 1. Januar 2005 alle Empfänger von Transferleistungen, bei deren Berechnung Kosten der Unterkunft berücksichtigt worden sind, vom Wohngeldbezug ausgeschlossen. Dadurch hat sich die Anzahl der Wohngeld empfangenden Haushalte und damit auch der Aufwand für die Wohngeldausgaben erheblich verringert.

Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 62/63.

Zu 231 63

Das zum 1.1.2003 in Kraft getretene Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung – GSiG – ist gemäß Art. 68 des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch vom 27.12.2003 (BGBl. I S. 3022, 3070) mit Wirkung zum 1.1.2005 aufgehoben worden. Auf Grund von Art. 1 des o.g. Gesetzes vom 27.12.2003 sind die Regelungen des GSiG inhaltlich unter Änderungen in das Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch – Sozialhilfe – übernommen worden.
Der Bund trägt gemäß § 34 Abs. 2 Satz 1 Wohngeldgesetz in der Fassung vom 7.7.2005 (BGBl. I S. 2029), zuletzt geändert durch Art. 9a des Gesetzes zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende vom 20.7.2006 (BGBl. I S. 1706, 1718), von den Grundsicherungsleistungen jährlich einen Festbetrag in Höhe von derzeit 409 Mio. EUR.
Der auf Niedersachsen entfallende Anteil in Höhe von rd. 44,4 Mio. EUR wird bei Kapitel 0530 Titel 633 28 verausgabt.

Zu 359 01

Vgl. Erläuterungen zu Titel 681 12.

Zu 537 10

Durchführung des niedersächsischen Staatspreises für Architektur. Der Staatspreis für Architektur wird durch Entschließung des Niedersächsischen Landtages vom 17. 5. 1995 – Drs. 13/1086 - alle zwei Jahre für hervorragende und beispielhafte Arbeiten vergeben. Die zur Ausrichtung erforderlichen Leistungen, wie Vorarbeiten, Ausschreibung, Bereisung durch die Jury, Bewertung, Verleihung und Dokumentation werden zeitlich über zwei Jahre versetzt erbracht und entsprechend mit zwei unterschiedlichen Jahresbeträgen veranschlagt.

Zu 547 10

Verträge und andere Maßnahmen zur Durchführung von Veranstaltungen und zur Entwicklung von Planungshilfen mit dem Ziel, Wohnungsbau-, Siedlungs- und Stadtentwicklungspolitik in der Öffentlichkeit und in Fachkreisen zu verbreiten.

Zu 632 10

Anteilige Kosten der Geschäftsstelle der Bauministerkonferenz (ARGEBAU) gemäß Verwaltungsvereinbarung der für das Bauwesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder vom 1. 7. 1991. Die anteiligen Verpflichtungen der Länder richten sich nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl.

Zu 633 01

Veranschlagt sind die Kosten für die Verwaltung der staatlichen und gemeindlichen Hauszinssteuerhypotheken sowie verschiedener von der Bremer Landesbank verwalteten Wohnungsbaudarlehen.

Zu 681 12

Auf Grund verbesserter Wohngeldleistungen ist die Härteausgleichsförderung ab 2004 nicht mehr fortgesetzt worden.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
682 12-5	233	Aufwendungsersatz an die Landestreuhandstelle für die Wahrnehmung der Aufgabe des Wohngelderstattungsverfahrens	—	105	295	–190	—
684 10-1	176	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	7	7	—	6
685 21-3	680	Anteil des Landes Niedersachsen an dem Zuschussbedarf des Instituts für Bautechnik *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 685 21 und 685 22.*	—	450	440	+10	333
685 22-1	176	Zuschüsse zu den Kosten für Untersuchungen, Planungen und Erprobungen auf dem Gebiet der Bauaufsicht *Vgl. D-Vermerk zu 685 21.*	—	112	122	–10	119
686 23-6	680	Anteil des Landes Nds. an den Kosten des Deutschen Instituts für Normung e. V. (DIN)	—	86	86	—	82
686 51-1	176	Zuschüsse zur Ausbildung, Aufklärung und Beratung auf dem Gebiet des Städtebaues und des Wohnungswesens *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 537 10.*	—	—	—	—	—
686 52-0	176	Zuschüsse an das Institut für Bauforschung e.V. Hannover *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
893 10-0	411	Zuschüsse zur Förderung von Wohnungen i. S. des § 45 WoFG (Wohnungsfürsorgemittel) *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 099 10.*	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62/63		**Wohngeld**	(—)	(140.000)	(200.000)	(–60.000)	(138.062)
633 62-0	233	Erstattung an Gemeinden (GV) für Miet- und Lastenzuschüsse nach dem Wohngeldgesetz **** Zurückgezahlte Zuschüsse sind hier durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen*	—	89.000	130.000	–41.000	86.597
633 63-9	233	Erstattungen an Gemeinden (GV) für Mietzuschüsse nach dem 5. Teil des Wohngeldgesetzes **** Zurückgezahlte Zuschüsse sind hier durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen*	—	1.000	5.000	–4.000	5.142
681 62-5	233	Leistungen an Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen nach dem Wohngeldgesetz **** Zurückgezahlte Zuschüsse sind hier durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen*	—	50.000	65.000	–15.000	46.323
TGr. 64/65		**Leistungen nach dem Gesetz zur Zahlung eines einmaligen Heizkostenzuschusses** **** Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe des gesetzlichen Erstattungsanspruches des Landes gegen den Bund.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(11)
633 64-7	233	Erstattungen an Gemeinden (GV) und sonstige Stellen für Zuschüsse nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes an Wohngeldempfänger	—	—	—	—	1
633 65-5	233	Erstattungen an Gemeinden (GV) und sonstige Stellen für Zuschüsse nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes an sonstige Berechtigte	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 682 12

Für die Durchführung des Wohngelderstattungsverfahrens des Landes Niedersachsen erhält die Landestreuhandstelle/NordLB (LTS) auf der Grundlage des Geschäftsbesorgungsvertrages vom 29.12. 2004 eine Aufwandspauschale.

Zu 684 10

	EUR
1. Institut für Bauforschung e. V.	1 850
2. Deutsches Volksheimstättenwerk e. V. Hannover	1 850
3. Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung	2 500
Zusammen	6 200

Zu 685 21

Das Deutsche Institut für Bautechnik dient der einheitlichen Erfüllung bautechnischer Aufgaben auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts.
Es wird aufgrund eines Abkommens zwischen Bund und Ländern als überwiegend regional finanzierte Einrichtung (rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts) des Landes Berlin geführt. Die Finanzierung erfolgt – soweit sie nicht durch eigene Einnahmen gedeckt ist – durch die am Abkommen Beteiligten.

Zu 685 22

Aufwendungen für technische und bauaufsichtliche Untersuchungen sowie für Maßnahmen der Typisierung und Rationalisierung auf dem Gebiet des Bauwesens durch das Deutsche Institut für Bautechnik in Berlin. Desweiteren werden auch Überprüfungen im Rahmen der Marktaufsicht durchgeführt.
Durch Ländervereinbarung wurde beim Deutschen Institut für Bautechnik ein gemeinsamer Forschungsfonds geschaffen, aus dem entsprechende Forschungsvorhaben gefördert werden. Die anteiligen Verpflichtungen der Länder richten sich nach dem Königsteiner Schlüssel.
Die Forschungsplanung wird vom Deutschen Institut für Bautechnik aufgestellt und nach Beratung in der Fachkommission Bautechnik vom Allgemeinen Ausschuss der ARGEBAU gebilligt.

Zu 686 23

Die Zuwendungen an den Normenausschuss Bauwesen im Deutschen Institut für Normung (DIN) beruhen auf einem zwischen dem Land Nds. und dem DIN erstmals 1978 geschlossenen Vertrag.
Der Normenausschuss Bauwesen im DIN erarbeitet Normen mit sicherheitstechnischer Relevanz, die als technische Baubestimmungen im bauaufsichtlichen Bereich eingeführt werden. Er erhält dafür von den Ländern einen angemessenen Kostenbeitrag, der nach dem Königsteiner Schlüssel auf die einzelnen Länder verteilt wird.

Zu 686 51

Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen und zur Durchführung von Veranstaltungen mit dem Ziel, Wohnungsbau-, Siedlungs- und Stadtentwicklungspolitik in der Öffentlichkeit zu verbreiten.

Zu 686 52

Die Förderung des Instituts für Bauforschung e. V. in Hannover wurde 2005 eingestellt.

Zu 893 10

Vgl. Erläuterungen zu 099 10.

Zu Titelgruppe 62/63

Vgl. Erläuterungen zu 231 62.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
681 64-1	233	Zuschüsse nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes an Wohngeldempfänger	—	—	—	—	9
681 65-0	233	Zuschüsse nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes an sonstige Berechtigte	—	—	—	—	—
TGr. 66		**Finanzzuweisungen an die kommunalen Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)**	(—)	(477.000)	(455.000)	(+22.000)	(411.141)
613 66-2	910	Zuweisungen an die kommunalen Träger nach § 5 Nds. AG SGB II (Landeszuschuss)	—	127.000	105.000	+22.000	107.554
633 66-3	251	Zuweisungen des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft und Heizung an die kommunalen Träger nach § 46 Abs. 5, 6, 10 SGB II und § 4 Nds. AG SGB II *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 66.*	—	350.000	350.000	—	303.587
TGr. 67		**Stärkung der Innenstädte** *Übertragbar.*	(—)	(1.000)	(—)	(+1.000)	(—)
547 67-8	176	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
684 67-5	176	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
883 67-8	176	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	1.000	—	+1.000	—
		Abschluss Kapitel 0505					
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel		—	—	—	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		300	324	–24	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		464.418	494.418	–30.000	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		464.718	494.742	–30.024	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	25	74	–49	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	617.786	655.976	–38.190	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	1.000	—	+1.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	618.811	656.050	–37.239	
		Zuschuss		154.093	161.308	–7.215	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 66

Veranschlagt ist der Landeszuschuss nach § 5 Nds. AG SGB II ab dem 1.1.2005 (Tit. 613 66) sowie die Zuweisung des Bundesanteils an den Kosten der kommunalen Träger für Unterkunft und Heizung nach § 46 Abs. 5, 6, 8 SGB II und § 4 Nds. AG SGB II ab 1.1.2005 (Tit. 633 66).

Zu Titelgruppe 67

Entwicklung und Belebung von innerstädtischen Einzelhandels- und Dienstleistungsprojekten (insbesondere Modellvorhaben).

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0507 Wohnungsbauprogramme

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-0	411	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
221 10-9	411	Einnahmen vom Bund für Aufwendungszuschüsse im Wohnungsbau		—	—	—	—
234 10-3	045	Zuweisungen des Bundes aus dem Fonds "Aufbauhilfe" nach dem Aufbauhilfefondsgesetz		—	—	—	—
311 10-8	920	Einnahmen vom Bund für Baudarlehen im Wohnungsbau **** Die Beschaffung und Bewirtschaftung aller Kredite obliegt dem MF. Zuviel gebuchte Einnahmen aus Kreditaufnahmen können durch Absetzen von der Einnahme verausgabt werden. Die Jahreskreditermächtigung wird davon nicht berührt.*		—	—	—	93
311 11-6	920	Einnahmen vom Bund für Aufwendungsdarlehen im Wohnungsbau *Vgl. K-Vermerk zu 863 10.* **** Die Beschaffung und Bewirtschaftung aller Kredite obliegt dem MF. Zuviel gebuchte Einnahmen aus Kreditaufnahmen können durch Absetzen von der Einnahme verausgabt werden. Die Jahreskreditermächtigung wird davon nicht berührt.*		1.017	1.626	–609	1.990
331 10-9	411	Einnahmen vom Bund für Zuschüsse im Wohnungsbau **** Vgl. HV bei 893 10*		38.883	16.867	+22.016	21.791
359 01-1	950	Entnahmen aus dem Vermögen der Landestreuhandstelle für Zwecke der Wohnraumförderung		4.100	—	+4.100	—
		A U S G A B E N					
661 11-7	411	Zuweisung von Finanzierungskosten im Wohnungsbau an die Landestreuhandstelle *Übertragbar.*	—	9.043	10.635	–1.592	11.185
663 10-1	411	Zuweisungen für Aufwendungszuschüsse an die Landestreuhandstelle *Übertragbar.*	—	13.754	—	+13.754	—
681 10-0	045	Zuschüsse aus dem Fonds "Aufbauhilfe" nach dem Aufbauhilfefondsgesetz an Geschädigte zur Behebung von Wasserschäden an Wohngebäuden *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
863 10-0	411	Zuschüsse für Darlehen im Wohnungsbau an die Landestreuhandstelle *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 311 11.*	—	1.017	1.626	–609	2.083
893 10-7	411	Zuschüsse für Investitionen im Wohnungsbau an die Landestreuhandstelle **** Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 10.* *Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist Abs. 2 der Erläuterung verbindlich.*	14.888 5.537	38.883	16.868	+22.015	21.792
893 11-5	411	Zuschüsse für Investitionen im Wohnungsbau an die Landestreuhandstelle für Programme bis 2005 - Landesmittel -	—	13.282	—	+13.282	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 05 07

1. Im Kapitel 0507 sind die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt, die zur Abwicklung der Wohnungsbauprogramme bis 2005 und des Wohnungsbauprogramms 2007 erforderlich sind, soweit sie nicht aus Rückflussmitteln (bis Ende 2005) oder im Rahmen des Bankenmodells finanziert werden.
2. Die Finanzierung der Wohnungsbauförderung ist nach dem Beschluss der Landesregierung vom 14. 2. 1995 ab dem Haushaltsjahr 1995 auf das Bankenmodell umgestellt worden. Dazu ist mit der Nord/LB am 4. 5. 1995 eine Vereinbarung über die Finanzierung der Wohnungsbauförderung durch die Landestreuhandstelle (LTS) geschlossen worden. Nach dieser Vereinbarung erstellt die LTS jährlich vor der Aufstellung des Haushaltsplans des Landes einen besonderen Wirtschaftsplan für die Finanzierung des Wohnungsbaus. Der Wirtschaftsplan (Auszug) für das Jahr 2007 ist diesem Kapitel als Anlage beigefügt.
3. Für das Wohnungsbauprogramm 2007 stehen aufgrund der im Rahmen der Föderalismusreform getroffenen Entscheidungen Kompensationsmittel des Bundes in Höhe von 39,9 Mio. Euro zur Verfügung. Diese Mittel sind zweckgebunden für die Wohnungsbauförderung und müssen für investive Maßnahmen eingesetzt werden. Eine Gegenfinanzierung aus Landesmitteln ist nicht erforderlich. Das Programm wird vom Land in Tranchen über einen Zeitraum von 4 Jahren abgewickelt.
4. Alte Wohnungsbauprogramme: Durch die Haushaltsansätze wird gewährleistet, dass für die alten Wohnungsbauprogramme
– die jeweils zur Verfügung gestellten Bundesfinanzhilfen entsprechend dem Barwert voll gegenfinanziert,
– die Bundesfinanzhilfen eingesetzt,
– die Verpflichtungsermächtigungen für die alten Wohnungsbauprogramme bedient und
– die Finanzierungskosten im Rahmen des Bankenmodells abgedeckt werden.

Die Programmstrukturen ergeben sich im einzelnen aus dem Wirtschaftsplan der LTS. Es ergibt sich für die Wohnungsbauförderung (aufgeteilt auf die Förderungswege Baudarlehen, Aufwendungsdarlehen und Aufwendungszuschüsse) ein Bedarf im Jahre 2007 von 65.053 000 EUR. Die Finanzierung dieses Bedarfs wird durch den Einsatz der Bundesfinanzhilfen, Landesmittel und Rückflüsse (bis Ende 2005) sichergestellt; eine Refinanzierung durch die LTS im Rahmen des Bankenmodells ist im Haushaltsjahr 2007 nicht erforderlich.

Finanzierung der Wohnungsbauprogramme im Haushaltsjahr 2007

Förderungsweg	Bedarf	Deckung				
		Titel 663 10	Titel 863 10	Titel 893 10	Rückflussmittel (Landesanteil)	Finanzierungsmitteln aus Bankenmodell: Kredite der LTS
Baudarlehen 1. Förderungsweg/ vereinbarte Förderung	21.310 000	-	-	21.310 000	-	-
Aufwendungsdarlehen	2.140 000		1.017 000	1.123 000	-	-
Aufwendungszuschüsse	41.603 000	13.754 000	-	-	27.849 000	-
Summe	65.053 000	13.754 000	1.017 000	22.433 000	27.849 000	-
davon Bundesmittel	-	-	1.017 000	9.151 000	-	-
davon Landesmittel	-	-	-	13.282 000	-	-

Bei Titel 893 10 sind außerdem 8.060.000 EUR für die außerordentliche Tilgung aufgenommener Kapitalmarktdarlehen veranschlagt.

Zu 331 10

Mehreinnahmen vom Bund aus dem Strukturfonds im Rahmen der Föderalismusreform.

Zu 359 01

Überschüsse der Landestreuhandstelle, die nach dem Treuhandvertrag für Förderzwecke – hier Wohnraumförderung – einzusetzen sind.

Zu 661 11

Die LTS wird die auszuzahlenden Wohnungsbaumittel – soweit sie nicht aus dem Aufkommen aus Rückflussmitteln (bis 2005) und Bundesfinanzhilfen gedeckt sind – im Rahmen des Bankenmodells refinanzieren. Das Land trägt den Schuldendienst dieser Refinanzierung entsprechend dem Wirtschaftsplan der LTS. Der Haushaltsansatz für 2007 in Höhe von 9.043.000 EUR enthält die notwendigen Mittel zur Bedienung der Finanzierungskosten für alte Verpflichtungen (vgl. Ablaufgitter).
Die Höhe der notwendigen Bedienungsmittel für die Altverpflichtungen sind einem laufenden Änderungsprozess unterworfen. Ursache dafür ist, dass der Einsatz der Finanzierungsquellen zur Deckung des Gesamtbedarfs aller laufenden Wohnungsbauprogramme im Rahmen der Vereinbarungen so gesteuert wird, dass eine Minimierung der Finanzierungskosten erreicht werden kann.

Noch zu 661 11

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE	durch die 2006 ausgebrachte VE	durch die 2007 ausgebrachte VE	Gesamtbelastung
	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR	in 1000 EUR
2007	9.043	—	—	9.043
2008	10.888	—	—	10.888
2009	10.345	—	—	10.345
2010	9.757	—	—	9.757
2011 ff.	90.191	—	—	90.191
Summe	130.224	—	—	130.224

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 663 10

Die Belastung durch in Anspruch genommene VE ist ab dem Haushaltsjahr 2007 eingetreten. Bis dahin wurde das Aufkommen an Rückflussmitteln in Anspruch genommen.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	13.754	—	—	13.754
2008	37.192	—	—	37.192
2009	32.825	—	—	32.825
2010	28.864	—	—	28.864
2011 ff.	54.925	—	—	54.925
Summe	167.560	—	—	167.560

Zu 863 10

Zuschüsse für Darlehen zur Finanzierung alter Wohnungsbauprogramme gem. dem Wirtschaftsplan der LTS bis 2002.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	1.017	—	—	1.017
2008	684	—	—	684
2009	421	—	—	421
2010	220	—	—	220
2011 ff.	111	—	—	111
Summe	2.453	—	—	2.453

Zu 893 10

Zuschüsse für Darlehen der vereinbarten Förderung und Aufwendungsdarlehen zur Finanzierung alter Wohnungsbauprogramme gemäß dem Wirtschaftsplan der LTS, soweit diese in den vermögens- und schuldenwirksamen Nachweisungen des Landes nicht zu berücksichtigen sind, sowie Mittel für die außerordentliche Tilgung aufgenommener Kapitalmarktdarlehen.

Für den Fall, dass das Wohnungsbauprogramm 2007 nicht bis zum 31. 12. 2007 belegt werden kann, dürfen bis zu 60 v. H. der ursprünglichen VE als „Reserve-VE“ in Anspruch genommen werden. Hierdurch darf der ursprüngliche Bewilligungsrahmen des Programms nicht überschritten werden.

Für das Wohnungsbauprogramm 2007 werden VE von 14.888.000 Euro benötigt.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	8.334	5.537	—	13.871
2008	7.056	—	—	7.056
2009	3.922	—	11.593	15.515
2010	—	—	3.295	3.295
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	19.312	5.537	14.888	39.737

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0507 Wohnungsbauprogramme

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0507					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		44.000	18.493	+25.507	
		Summe der Einnahmen		44.000	18.493	+25.507	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	22.797	10.635	+12.162	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	14.888 5.537	53.182	18.494	+34.688	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	14.888 5.537	75.979	29.129	+46.850	
		Zuschuss		31.979	10.636	+21.343	

E R L Ä U T E R U N G E N

Wirtschaftsplan 2007 (Auszug) Nds. Landestreuhandstelle (LTS) - Finanzierung d. Wohnungsbaus -

A. Einnahmen

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
Einnahmen			
1. Übertrag liquider Mittel aus Vorjahr	27.849.000		
1.1 noch nicht eingesetzte Rückflüsse			29.304.723
1.2 noch nicht weitergeleitete Mittel			819.881
1.3 den Erstattungsansprüchen gegenzurechnende Zinserträge aus			176.857
Summe 1.:	27.849.000	0	30.301.461
2. Rückflüsse		143.700.000	
2.1 Zinsen			33.662.488
2.2 Tilgungen			175.330.737
Summe 2.:	0	143.700.000	208.993.225
3. Sonstige Zinserträge			1.515.716
Summe 3.:	0	0	1.515.716
4. Zuweisungen des Landes für Investitionen im Wohnungsbau	37.204.000	13.219.000	15.560.446
Summe 4.:	37.204.000	13.219.000	15.560.446
5. Zuweisungen des Landes für Tilgungen aufgenommener Kapitalmarktdarlehen gem. § 10 der Vereinbarung vom 04./09.05.95			8.314.000
5.1 Bundesfinanzhilfen für Programmjahre bis 2001	1.243.000	3.259.000	
5.2 Bundesfinanzhilfen für Programmjahr 2002	2.016.000	2.016.000	
5.3 Bundesfinanzhilfen für Programmjahr 2003	4.801.000		
5.4 Bundesfinanzhilfen für Programmjahr 2004			
5.5 Bundesfinanzhilfen für Programmjahr 2005			
Summe 5.:	8.060.000	5.275.000	8.314.000
6. Zuweisungen des Landes für Finanzierungskosten im Wohnungsbau			11.184.938
6.1 für Kredite bis 2001	8.033.000	9.209.000	
6.2 für Kredite im Jahr 2002	1.161.000	1.320.000	
6.3 für Kredite im Jahr 2003	81.000	81.000	
6.4 für Kredite im Jahr 2004	25.000	25.000	
Summe 6:	9.300.000	10.635.000	11.184.938
7. Rückflussaufkommen außerhalb der Rückflußbindung			
7.1 planm. Zinsaufkommen gem. § 5 d. Vereinbarung vom 04./05.1995			709.693
7.1.1 Auszahlungen bis 2001	660.000	565.000	
7.1.2 Auszahlungen im Jahr 2002			
7.1.3 Auszahlungen im Jahr 2003			
7.1.4 Auszahlungen im Jahr 2004			
7.2 planm. Tilgungen aus Eigentumsmaßnahmen (3. FW)			5.621.731
7.2.1 Auszahlungen bis 2001	4.453.000	4.453.000	
7.2.2 Auszahlungen im Jahr 2002	1.072.000	1.072.000	
7.2.3 Auszahlungen im Jahr 2003	85.000	85.000	
7.2.4 Auszahlungen im Jahr 2004	7.000	7.000	
7.3 aplanm. Tilgungsaufkommen außerhalb Rückflußbindung			721.962
7.4 aplanm. Zinsaufkommen außerhalb Rückflußbindung			5.284
Summe 7:	6.277.000	6.182.000	7.058.670
8. Kredit- und Darlehensaufnahmen			
8.1 Programme bis 2001			-22.717.350
8.2 Programm 2002			
8.3 Programm 2003			
8.4 Programm 2004			
8.5 Rückführungen am Geld- und Kapitalmarkt			
Summe 8:	0	0	-22.717.350
Summe der Einnahmen:	**88.690.000**	**179.011.000**	**260.211.106**
Ausgaben			
1. Abführung von Rückflüssen an das Land (Bundesanteil)		66.100.000	65.798.830
Summe 1:	0	66.100.000	65.798.830
2. nicht eingesetzte Rückflüsse		6.949.000	0
Rückflüsse für weitere Programme			
Summe 2:	0	6.949.000	0
3. Auszahlungen			
3.1 Baudarlehen	21.310.000	34.164.000	22.493.895
3.2 Aufwendungsdarlehen	2.140.000	3.581.000	4.647.119

Wirtschaftsplan 2007 (Auszug) Nds. Landestreuhandstelle (LTS) - Finanzierung d. Wohnungsbaus -

A. Einnahmen

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
3.3 Zuschüsse	41.603.000	46.125.000	50.267.114
Summe 3:	65.053.000	83.870.000	77.408.128
4. Kapitaldienst			
4.1 Zinsen			8.360.357
4.1.1 für Kredite bis 2001	6.321.000	7.402.000	
4.1.2 für Kredite bis 2002	955.000	1.114.000	
4.1.3 für Kredite bis 2003			
4.1.4 für Kredite bis 2004			
4.2 Tilgungen gem. § 8 d. Vereinbarung v. 04./09.05.95/ Tilgungen aus Eigentumsmaßnahmen (3. FW)/Tilgungen KfW.			97.696
4.2.1 für Kredite bis 2001	6.825.000	6.825.000	
4.2.2 für Kredite im Jahr 2002	1.278.000	1.278.000	
4.2.3 für Kredite im Jahr 2003	166.000	166.000	
4.2.3 für Kredite im Jahr 2004	32.000	32.000	
Summe 4:	15.577.000	16.817.000	8.458.053
5. Tilgung aufgenommener Kapitalmarktdarlehen gem. § 10 der Vereinbarung vom 04./09.05.95			8.314.000
5.1 für Kredite bis 2001	685.000	1.922.000	
5.2 für Kredite in 2002	2.574.000	3.353.000	
5.3 für Kredite in 2003			
5.4 für Kredite in 2004			
5.5 mögliche Rückführungen von Kreditaufnahmen	4.801.000		
Summe 5:	8.060.000	5.275.000	8.314.000
6. nicht verausgabte Mittel zum Ende des lfd. Haushaltsjahres			
6.1 noch nicht eingesetzte Rückflüsse			98.442.731
6.2 noch nicht weitergeleitete Mittel			1.505.328
6.3 den Erstattungsansprüchen gegenzurechnende Zinserträge aus refinanzierten Darlehen			284.036
Summe 6:	0	0	100.232.095
Summe der Ausgaben	**88.690.000**	**179.011.000**	**260.211.106**

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0508 Städtebauförderung und Stadterneuerung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-4	440	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
119 42-1	440	Rückzahlung von Überzahlungen aus sonstigen Programmen *Vgl. K-Vermerk zu 546 01.* **** Der in den Rückzahlungen enthaltene Anteil an Bundesmitteln ist durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.*		—	—	—	—
331 11-0	440	Zuweisungen für Investitionen vom Bund (Allgemeine Städtebauförderung) *Vgl. K-Vermerk zu 893 63.*		7.388	7.434	–46	8.677
331 12-9	440	Zuweisungen für Investitionen vom Bund (Modellvorhaben zur Erneuerung von Städten und Dörfern) *Vgl. K-Vermerk zu 883 71.*		80	230	–150	348
331 13-7	440	Zuweisungen für Investitionen vom Bund (Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt -) *Vgl. K-Vermerk zu 893 68.*		5.088	4.994	+94	6.625
331 14-5	440	Zuweisungen für Investitionen vom Bund (Stadtumbau West) *Vgl. K-Vermerk zu 893 64.*		—	—	—	—
331 15-3	440	Zuweisungen für Investitionen vom Bund (Soziale Stadt - Modellvorhaben) *Vgl. K-Vermerk zu 893 67.*		—	—	—	—
334 10-1	045	Zuweisungen des Bundes für Investitionen aus dem Fonds "Aufbauhilfe" nach dem Aufbauhilfefondsgesetz *Vgl. K-Vermerk zu 883 12.*		—	—	—	6
		A U S G A B E N					
546 01-0	440	Vermischte Ausgaben *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 42.*	—	—	—	—	—
682 11-8	440	Aufwendungsersatz an die LTS für Aufgabenwahrnehmung in der Städtebauförderung	—	1.461	982	+479	—
883 10-5	440	Zuweisungen an Gemeinden für die Modernisierung von Wohnungen in Problemgebieten *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 883 10 und 883 70.*	—	—	—	—	43
883 11-3	440	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden für Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz	—	—	—	—	–28
883 12-1	045	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände aus dem Fonds "Aufbauhilfe" nach dem Aufbauhilfefondsgesetz *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 334 10.*	—	—	—	—	6
883 13-0	045	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für hochwasserbedingte Sanierungsmaßnahmen	—	800	—	+800	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0508

Allgemeine Erläuterungen:
Im Kapitel 05 08 sind die Einnahmen und Ausgaben nachzuweisen, die erforderlich sind zur Förderung
- städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen und
- von Modellvorhaben zur Erneuerung von Städten und Dörfern.

Zu 334 10

Leertitel zur Abwicklung des Programms.

Zu 682 11

Es sind Haushaltsmittel an die Landestreuhandstelle/NordLB (LTS) als Ausführungsbehörde in der Städtebauförderung auf der Grundlage des Geschäftsbesorgungsvertrages vom 23.03.2005 ausgewiesen. Es handelt sich um Plankosten des jeweiligen Betriebsjahres; abgerechnet wird auf der Grundlage vom Wirtschaftsprüfer testierter Istkosten.
Mehr infolge der weitergehenden Prüfung der Verwendungsnachweise durch die LTS.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	1.204	—	—	1.204
2008	1.204	—	—	1.204
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	2.408	—	—	2.408

Zu 883 13

Gefördert werden investive Maßnahmen zur Behebung von Hochwasserschäden an baulichen Anlagen. Die Fördermittel können auch für präventive Maßnahmen gegen Hochwasserschäden an baulichen Anlagen gewährt werden. Antragsberechtigte Zuwendungsempfänger sind natürliche Personen oder juristische Personen des privaten und des öffentlichen Rechts.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0508 Städtebauförderung und Stadterneuerung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61 63/64 65/67 68/69		**Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen** *Übertragbar.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist Nr. 2 der Erläuterung verbindlich.*	(13.439) (17.334)	(17.627)	(16.368)	(+1.259)	(15.469)
547 61-0	440	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
661 61-7	440	Zuschüsse für Finanzierungskosten an die Landestreuhandstelle (Allgemeine Städtebauförderung)	8.459 10.369	3.009	2.220	+789	801
661 67-6	440	Zuschüsse für Finanzierungskosten an die Landestreuhandstelle zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt -	4.980 6.965	2.142	1.720	+422	683
893 63-1	440	Zuschüsse an die Landestreuhandstelle aus Bundesmitteln (Allgemeine Städtebauförderung) *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 331 11.*	—	7.388	7.434	–46	8.675
893 64-0	440	Zuschüsse an die Landestreuhandstelle aus Bundesmitteln (Stadtumbau West) *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 331 14.*	—	—	—	—	—
893 65-8	440	Zuschüsse an die Landestreuhandstelle für das Wohnungswesen aus Rückzahlungen und Zinsen	—	—	—	—	–1.320
893 67-4	440	Zuschüsse an die Landestreuhandstelle aus Bundesmitteln (Soziale Stadt / Modellvorhaben) *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 331 15.*	—	—	—	—	—
893 68-2	440	Zuschüsse an die Landestreuhandstelle aus Bundesmitteln zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt - *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 331 13.*	—	5.088	4.994	+94	6.626
893 69-0	440	Zuschüsse an die LTS aus Rückzahlungen und Zinsen aus der Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - Soziale Stadt -	—	—	—	—	5
TGr. 70/71		**Modellvorhaben zur Erneuerung von Städten und Dörfern** *Übertragbar.* **** Ausgaben dieser Titelgruppe dürfen nur entsprechend dem zwischen Bund und Land vereinbarten Beteiligungsverhältnis geleistet werden.*	(—)	(120)	(345)	(–225)	(419)
883 70-9	440	Zuweisungen an Gemeinden aus Landesmitteln *Vgl. D-Vermerk zu 883 10.*	—	40	115	–75	72
883 71-7	440	Zuweisungen an Gemeinden aus Bundesmitteln *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 331 12.*	—	80	230	–150	348

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 61/63/64/65/67/68/69

1. Der Bund stellt Mittel zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen aufgrund einer Verwaltungsvereinbarung über Finanzhilfen gem. Art. 104a Abs. 4 GG zur Verfügung.
Förderungsgegenstand sind städtebauliche Sanierungsmaßnahmen im Sinne von §§ 136 ff. BauGB als Gesamtmaßnahmen. Die §§ 136 ff. BauGB bestimmen auch die materiell-rechtlichen Voraussetzungen für die Förderung; ergänzend finden die VV-BauGB Anwendung. Daneben sind die Städtebauförderungsrichtlinien (R-StBauF) maßgebend.
Das Städtebauförderungsprogramm gliedert sich in die Programmkomponenten "Normalprogramm (NP)", "Soziale Stadt (Soz St)" einschließlich Modellvorhaben und "Stadtumbau West (StUmb West)".
Veränderungen im Vergleich der Haushaltsjahre können sich durch geänderte Programmvolumen , Verteilerschlüssel oder Kassenmittelraten ergeben.
Einnahmen durch Rückzahlungen und Zinsen werden im laufenden Haushaltsjahr bei Bedarf für andere Maßnahmen wieder eingesetzt (Umschichtung) und sind zunächst programmgebunden den einzelnen Programmkomponenten kreditmindernd wieder zuzuführen.

2. Die für das Programmjahr 2007 abzuschließende Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern weist voraussichtlich für die Programmkomponente NP einen Betrag in Höhe von rd. 87,1 Mio. EUR für die westlichen Bundesländer und für die Programmkomponente Soz St in Höhe von 70,4 Mio. EUR zzgl. 40,0 Mio. EUR für entsprechende Modellprojekte aus.
Der 2007 auf das Land Niedersachsen entfallende Anteil beträgt voraussichtlich für die Programmkomponente NP 10,203 Mio. EUR (2007: 510 000 EUR bar und 9 693 000 EUR Verpflichtungsrahmen für 2008–2011) und für die Programmkomponente Soz St 6,517 Mio. EUR, davon sind 17.000 EUR für Forschungsvorhaben (z. B. Effizienzbewertung der Projekte) enthalten (2007: 325 000 EUR bar und 6 175 000 EUR Verpflichtungsrahmen 2008–2011). Das Land stellt Komplementärmittel in gleicher Höhe bereit.
Neben dem Programm 2007 sind Haushaltsmittel zur Abwicklung von Rechtsverpflichtungen aus vorherigen Programmjahren veranschlagt.

Programmkomponente "Normalprogramm" (NP)	Verpflichtungsrahmen (VR) 2008 ff. EUR	Ausgabemittel 2007 EUR
Veranschlagt sind:		
I. Landesmittel		
1.) Für Alt-Programme		
Zuweisungen zur Bedienung der VE bzw. des VR aus Vorjahren	—	6.832.000
2.) Für Programm 2007		
Zuweisungen aus Landesmitteln	9.693.000	510.000
Landesmittel insgesamt	9.693.000	7.342.000
II. Bundesmittel		
1.) Für Alt-Programme		
bei 893 63		
Zuweisungen zur Bedienung der VE bzw. des VR aus Vorjahren	—	6.878.000
2.) Für Programm 2007		
bei 893 63		
Zuweisungen aus Bundesmitteln	9.693.000	510.000
Bundesmittel insgesamt	9.693.000	7.388.000

Für das Programm 2007 sind vorgesehen:

Noch zu Titelgruppe 61/63/64/65/67/68/69

Bund:	
Barmittel	510.000 EUR
Verpflichtungsrahmen 2008–2011	9.693.000 EUR
Land:	
Barmittel	510.000 EUR
Verpflichtungsrahmen 2008–2011	9.693.000 EUR
insgesamt	20.406.000 EUR

Programmkomponente "Soziale Stadt" (Soz St)	Verpflichtungsrahmen (VR) 2008 ff. EUR	Ausgabemittel 2007 EUR
Veranschlagt sind:		
III. Landesmittel		
1.) Für Alt-Programme		
Zuweisungen zur Bedienung der VE bzw. des VR aus Vorjahren	—	3.997.000
2.) Für Programm 2007		
Zuweisungen aus Landesmitteln	6.175.000	325.000
Landesmittel insgesamt	6.175.000	4.322.000
IV. Bundesmittel		
1.) Für Alt-Programme		
bei 893 68		
Zuweisungen zur Bedienung der VE bzw. des VR aus Vorjahren	—	4.763.000
2.) Für Programm 2007		
bei 893 68		
Zuweisungen aus Bundesmitteln	6.175.000	325.000
Bundesmittel insgesamt	6.175.000	5.088.000

Für das Programm 2007 sind vorgesehen:

Bund:	
Barmittel	325.000 EUR
Verpflichtungsrahmen 2008–2011	6.175.000 EUR
Land:	
Barmittel	325.000 EUR
Verpflichtungsrahmen 2008–2011	6.175.000 EUR
insgesamt	13.000.000 EUR

3. Die Finanzierung der Stadtsanierungsprogramme ist nach dem Beschluss der Landesregierung vom 07./08.07.2003 ab dem Haushaltsjahr 2004 auf die Niedersächsische Landestreuhandstelle/ NordLB (LTS) übertragen worden.
Die LTS ist ermächtigt, die für das Jahr 2007 für die o.g. Aufgaben eingeplanten Landesmittel von insgesamt 11 664 000 EUR (NP: 7 342 000 EUR, Soz St: 4 322 000 EUR) über eine Laufzeit von 10 Jahren zu finanzieren. Die veranschlagten Bundesmittel i.H.v. 12 476 000 EUR (NP: 7 388 000 EUR, Soz St: 5 088 000 EUR) werden an die LTS durchgeleitet (s. Titel 893 63 und 893 68).
Das Land verpflichtet sich, der LTS den erforderlichen Schuldendienst sowie den angemessenen Verwaltungsaufwand zu erstatten. Hierzu wird für die Programmkomponente NP bei Titel 661 61 ein Baransatz i.H.v. 3 009 000 EUR und eine VE zu Lasten 2008 ff. i.H. v. 8 459 000 EUR sowie für die Programmkomponente Soz St bei Titel 661 67 ein Baransatz i.H.v. 2 142 000 EUR und eine VE zu Lasten 2008 ff. i.H.v. 4 980 000 EUR ausgebracht.

Zu 661 61

Es sind veranschlagt:
a) 1. Jahresrate der 10-jährigen Aufwendungszuschüsse für die Förderung der Programmkomponente „Normalprogramm" an die LTS (Finanzierungskosten) als Baransatz.
b) Verpflichtungsermächtigung zu Lasten der Haushaltsjahre ab 2008.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu 661 61

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	1.592	854	—	2.446
2008	1.591	850	1.081	3.522
2009	1.591	847	1.046	3.484
2010	1.591	843	1.011	3.445
2011 ff.	13.257	7.858	5.321	26.436
Summe	19.622	11.252	8.459	39.333

Zu 661 67

Es sind veranschlagt:
a) 1. Jahresrate der 10-jährigen Aufwendungszuschüsse für die Förderung der Programmkomponente „Soziale Stadt“ an die LTS (Finanzierungskosten) als Baransatz.
b) Verpflichtungsermächtigung zu Lasten der Haushaltsjahre ab 2008.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	1.312	498	—	1.810
2008	1.312	498	637	2.447
2009	1.312	498	617	2.427
2010	1.312	498	596	2.406
2011 ff.	10.912	4.973	3.130	19.015
Summe	16.160	6.965	4.980	28.105

Zu 893 63

Durchleitung der Bundesmittel für die Förderung der Programmkomponente “Normalprogramm“ (vgl. Titel 331 11) an die LTS.

Belastungen (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch den Verpflichtungsrahmen 2006 in 1000 EUR	durch den Verpflichtungsrahmen 2007 in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	4.572	2.306	-	6.878
2008	2.116	3.708	2.550	8.374
2009	374	2.271	3.060	5.705
20010	-	1.737	2.550	4.287
20011 ff.	-	-	1.533	1.533
Summe	7.062	10.022	9.693	26.777

Zu 893 68

Durchleitung der Bundesmittel für die Förderung der Programmkomponente “Soziale Stadt“ (vgl. Titel 331 13) an die LTS.

Belastungen (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch den Verpflichtungsrahmen 2006 in 1000 EUR	durch den Verpflichtungsrahmen 2007 in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	3.321	1.442	-	4.763
2008	1.550	2.320	1.625	5.495
2009	352	1.421	1.950	3.723
2010	-	1.086	1.625	2.711
2011 ff.	-	-	975	975
Summe	5.223	6.269	6.175	17.667

Zu Titelgruppe 70/71

Im Rahmen eines besonderen Programms werden vom Bund und vom Land zu Forschungszwecken ausgewählte Maßnahmen als Modellvorhaben zur Erneuerung von Städten und Dörfern in einzelnen Gemeinden gefördert. Hierfür gewährt der Bund dem Land Darlehen und Zuschüsse. Nach den „Richtlinien des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau für Forschungsvorhaben zur Weiterentwicklung des Wohnungs- und Städtebaus (Experimenteller Wohnungs- und Städtebau)“ vom 2. 11. 1987 (BBauBl. 1988, S. 293) übernimmt der Bund bei Modellvorhaben nur den forschungsbedingten Anteil der förderungsfähigen Kosten. Die Höhe dieses Anteils wird fallbezogen ermittelt. Die Durchführungskosten der Modellvorhaben sind vom Land und der jeweiligen Gemeinde in dem im Einzelfall festgelegten Beteiligungsverhältnis zu übernehmen.
Die zweckgebundene Verwendung der erwarteten Bundesmittel ist durch Haushaltsvermerk bei dem Ausgabe-Titel 883 71 geregelt.
Veranschlagt ist der Bedarf für Maßnahmen in den Städten Salzgitter und Wilhelmshaven.

Zu 883 70

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	40	—	—	40
2008	—	—	—	—
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	40	—	—	40

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 883 71

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	80	—	—	80
2008	—	—	—	—
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	80	—	—	80

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0508 Städtebauförderung und Stadterneuerung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0508					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		12.556	12.658	–102	
		Summe der Einnahmen		12.556	12.658	–102	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	13.439 17.334	6.612	4.922	+1.690	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	13.396	12.773	+623	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	13.439 17.334	20.008	17.695	+2.313	
		Zuschuss		7.452	5.037	+2.415	

E R L Ä U T E R U N G E N

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-1	011	Vermischte Einnahmen		1	3	–2	0
119 41-0	011	Rückzahlung von Überzahlungen		15	30	–15	15
		A U S G A B E N					
684 10-0	290	Zuschüsse zur Förderung von Betreuungseinrichtungen und Schutzwohnungen für von Frauenhandel Betroffene *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 684 10, 684 13, Ausgabetitelgruppe 63, Ausgabetitelgruppe 65/66/67 und Ausgabetitelgruppe 71.*	—	355	355	—	355
684 13-4	290	Zuschüsse an Beratungs- und Interventionsstellen sowie Projekte bei häuslicher Gewalt *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 684 10.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	809	809	—	78
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Verwendung der Konzessionsabgaben gem. § 7 Abs. 3 NLottG, Anteil für die Förderung von frauenbezogenen Maßnahmen** *Übertragbar.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.*	(—)	(390)	(390)	(—)	(393)
547 61-7	856	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
684 61-4	856	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	390	390	—	393
893 61-2	856	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 63		**Maßnahmen zur Integration von Frauen in das Arbeitsleben** *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 684 10.*	(767) (1.437)	(2.199)	(2.266)	(–67)	(2.139)
547 63-3	290	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	2
685 63-7	290	Zuschüsse für laufende Zwecke	767 1.437	2.199	2.266	–67	2.137

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0511

Allgemeine Erläuterungen:
Frauenpolitik zielt insbesondere darauf ab, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern umzusetzen. Schwerpunkte hierbei sind Initiativen zur Integration von Frauen in das Erwerbsleben sowie Maßnahmen gegen die häusliche Gewalt.

Zu 684 10

Bezeichnung des Förderprogramms: Förderung von Betreuungseinrichtungen und Schutzwohnungen für von Frauenhandel Betroffene.

Rechtliche Grundlage: §§ 23 und 44 LHO

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	277	274	267	355	355	355	355	355	355
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					355	355	355	355	355

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1997

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Der Betreuung und adäquaten Unterbringung der Opfer von Frauenhandel kommt besondere polizeiliche und justizielle Relevanz zu. Es besteht ein erhebliches öffentliches Interesse daran, Frauenhandel und sexuelle Ausbeutung wirksam zu bekämpfen. Während des Aufenthaltes in der Bundesrepublik Deutschland sind ein wirksamer Schutz wie auch eine professionelle Betreuung der Opferzeuginnen Grundvoraussetzung für ihre Stabilisierung und mithin zur Sicherung des Strafverfahrens.

Zielgruppe: Opfer von Frauenhandel

Durchschnittliche Förderhöhe: 118.000 EUR

Zu 684 13

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschüsse an Beratungs- und Interventionsstellen sowie Projekte bei häuslicher Gewalt

Rechtliche Grundlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Interventionsstellen bei häuslicher Gewalt (Rd. Erl. d. MS v. 29.12.2005, Nds. MBl. Nr. 8/2006, S. 132).

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	477	527	413	78	809	809	809	809	809
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					809	809	809	809	809

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 684 13

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2002

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Häusliche Gewalt gegen Frauen stellt nach wie vor ein drängendes Problem dar. Jede vierte Frau im Alter von 16 bis 85 Jahren hat körperliche oder sexuelle Übergriffe durch einen Beziehungspartner erlebt. Pro-aktive Beratung stellt eine neue effektive Form der Unterstützung im Hinblick auf die Durchbrechung des Gewaltkreislaufs dar.
Je Polizeiinspektion soll ein BISS-Beratungsangebot eingerichtet werden. Dabei wird ein Schlüssel von 1 Vollzeitstelle auf 500.000 Einwohnerinnen / Einwohner für die pro-aktive Beratung für angemessen gehalten. Die Höhe der Förderung für die jeweilige BISS bemisst sich nach der Anzahl der Einwohnerinnen / Einwohner im Gebiet der jeweiligen Polizeiinspektion.

Zielgruppe: Opfer von häuslicher Gewalt

Durchschnittliche Förderhöhe: 50.500 EUR pro Vollzeitstelle

Zu Titelgruppe 61

Der gem. § 7 Abs. 3 Nr. 5 NLottG festgelegte Anteil (2,5 v. H.) für familien- und frauenbezogene Maßnahmen sowie Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes beträgt 1 219 000 EUR für 2007.
Konzessionsabgabemittel sind für den Kinder- und Jugendschutz bei Kap. 05 73 TGr. 93 i. H. v. 49 000 EUR und für familienbezogene Maßnahmen bei Kap. 05 74 TGr. 61 i. H. v. 780 000 EUR für 2007 ausgebracht.
Aus den hier veranschlagten Mitteln für frauenbezogene Maßnahmen sollen gefördert werden:

	1000 EUR
1. Zuschüsse an Vereine und Verbände	98
2. Förderung von Maßnahmen zur Sexualaufklärung	10
3. Sonstige frauenpolitische Maßnahmen	282
Zusammen	390

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 63

Bezeichnung des Förderprogramms: Förderung von Koordinierungsstellen zur beruflichen und betrieblichen Förderung von Frauen sowie Förderung der Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt.

Rechtliche Grundlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Koordinierungsstellen zur beruflichen und betrieblichen Förderung von Frauen mit Mitteln des Landes und des Europäischen Sozialfonds (Erl. d. MS v. 27.6.2005, Nds. MBl. S. 561) sowie Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt (Erl. d. MS v. 21.4. 2005, Nds. MBl. S. 305).

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	2.163	2.019	2.156	2.139	2.266	2.199	2.199	2.199	2.199
Korrespondierende Einnahmen aus EU					5.946	5.000	5.000	5.000	5.000
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					2.266	2.199	2.199	2.199	2.199

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2000

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis Ende 2006

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Es ist ein besonderes landespolitisches Anliegen, die Beschäftigungssituation von Frauen und die Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf maßgeblich zu verbessern.
Der Förderbereich ist als landesweit einziger spezifisch darauf ausgerichtet, Frauen, insbesondere Frauen mit Kindern, den Zugang zum Beruf, den Verbleib im Beruf und die Rückkehr in den Beruf zu erleichtern.
Es werden Zuschüsse für arbeitsmarkt- und strukturpolitische Maßnahmen zur Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Verbesserung der Beschäftigungssituation von Frauen gewährt, dabei u. a. auch für Veranstaltungen, Maßnahmen der betrieblichen Frauenförderung und zur Beratung und Vernetzung von Existenzgründerinnen und Unternehmerinnen.
Die Projekte dienen der Einwerbung von Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF), die im Kap. 08 04 veranschlagt sind.

Zielgruppe: Erwerbssuchende und beschäftigte Frauen in kleinen und mittleren Unternehmen, insbesondere Berufsrückkehrerinnen, allein Erziehende, Langzeitarbeitslose und Migrantinnen;

Durchschnittliche Förderhöhe: ca. 50.000 EUR pro Maßnahme

Zu 685 63

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	1.437	—	1.437
2008	—	—	767	767
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	1.437	767	2.204

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 65 bis 67		**Maßnahmen zur Beratung und zum Schutze von Mädchen und Frauen in Problemsituationen** *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 684 10.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(3.461)	(3.013)	(+448)	(2.937)
547 65-0	290	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 65-3	290	Zuweisungen für Frauenhäuser an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	169
633 66-1	290	Zuweisungen für Beratungsstellen für von Gewalt betroffene Mädchen und Frauen u.ä. an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	29
684 65-7	290	Zuschüsse für Frauenhäuser	—	2.476	2.196	+280	1.964
684 66-5	290	Zuschüsse für Beratungsstellen f. v. Gewalt betroffene Mädchen u. Frauen, Notrufeinrichtungen und sonstige zentrale Maßnahmen	—	805	637	+168	595
684 67-3	290	Förderung von Mädchenhausinitiativen	—	180	180	—	180
893 65-5	290	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 68		**Förderung von Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz** *Übertragbar.*	(—)	(6.470)	(6.470)	(—)	(6.947)
531 68-0	314	Veröffentlichungen	—	—	—	—	—
547 68-4	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 68-8	314	Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	214
684 68-1	314	Förderung von Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz	—	6.470	6.470	—	6.732
TGr. 71		**Akzente der Frauenpolitik** *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 684 10.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(337)	(337)	(—)	(204)
547 71-4	290	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 71-8	290	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbänden	—	—	—	—	—
684 71-1	290	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	337	337	—	204
893 71-0	290	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 684 65

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschüsse für Frauenhäuser

Rechtliche Grundlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Zufluchtstätten für misshandelte Frauen und ihre Kinder (RdErl. d. MS v. 20.9.2005, Nds. MBl. S. 761)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Tit. 684 65 u. 633 65 Ist / Ansatz	2.206	2.201	2.109	2.133	2.196	2.476	2.476	2.476	2.196
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					2.196	2.476	2.476	2.476	2.196

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1985

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis.31.12.2005

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Gewalt gegen Frauen ist ein schwerwiegendes Problem unserer Gesellschaft; jede vierte Frau wird in ihrem Leben zumindest einmal Opfer von Gewalt durch einen Lebenspartner. Opfer von häuslicher Gewalt brauchen –vor allem wenn sie von einem gefährlichen Täter bedroht sind – einen sicheren Ort, der Schutz und Unterstützung in einer Krisensituation gewährleistet. Frauenhäuser leisten einen wesentlichen Beitrag zur Hilfe zur Selbsthilfe für misshandelte Frauen und ihre Kinder.

Zielgruppe: Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind

Durchschnittliche Förderhöhe: 55.000 EUR

Zu 684 66

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschüsse für Beratungsstellen für von Gewalt betroffenen Mädchen und Frauen, Notrufeinrichtungen und sonstige zentrale Maßnahmen.

Rechtliche Grundlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Gewaltberatungseinrichtungen für Mädchen und Frauen (RdErl. d. MFAS v. 10.12.2002, Nds. MBl. 2003 S. 89).

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Tit. 684 66 u. 633 66 Ist / Ansatz	619	621	612	624	637	805	805	805	805
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					637	805	805	805	805

Der erhöhte Mittelansatz ab 2007 ist notwendig, um die neu geplante Förderstruktur im Gewaltbereich zu realisieren.

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 684 66

[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1991

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis.31.12.2006

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Frauen sind von vielfältigen Formen von Gewalt betroffen. 37% erleben körperliche Gewalt, 13% sexuelle Gewalt, 42% psychische Gewalt. Den Betroffenen muss in dieser Krisensituation – auch im Hinblick auf Folgeschäden durch fehlende Unterstützung – professionelle Hilfe angeboten werden.
Die Beratungseinrichtungen und Notrufe sind für die von Gewalt betroffenen Mädchen und Frauen ein niedrigschwelliges Angebot.
Neben Krisenintervention werden Kurzzeitberatungen und auch Langzeitberatungen angeboten sowie Unterstützung in Selbsthilfegruppen organisiert.
Die Beratungseinrichtungen und Notrufe beraten nicht nur Betroffene, sondern auch Kontaktpersonen, die die Betroffenen unterstützen (z.B. Familienmitglieder, Lehrerinnen/ Lehrer).

Zielgruppe: Mädchen und Frauen, die von Gewalt betroffen sind.

Durchschnittliche Förderhöhe: 22.000 EUR

Zu 684 67

Bezeichnung des Förderprogramms: Förderung von Mädchenhausinitiativen

Rechtliche Grundlage: §§ 23 und 44 LHO

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	230	230	221	180	180	180	180	180	180
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					180	180	180	180	180

Ergänzende Förderung aus TGr. 61 in Höhe von 113.000 EUR jährlich von 2001 bis 2004.

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1991

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Mädchenhäuser sind ein niedrigschwelliges mädchenspezifisches Angebot in der Jugendarbeit. Ihre Arbeit dient der Prävention und Hilfe, insbesondere für Mädchen, die von Gewalt betroffen sind. Die Angebote der Mädchenhäuser sind eine adäquate Unterstützungsmöglichkeit für Mädchen, die sich an ihren Bedürfnissen orientiert und eine Stärkung der Mädchen in schwierigen Situationen darstellt.

Zielgruppe: Mädchen

Durchschnittliche Förderhöhe: 60.000 EUR

Zu Titelgruppe 68

In Ausführung des § 4 des Gesetzes zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten (Schwangerschaftskonfliktgesetz - SchKG) vom 21.08.1995 (BGBl. I S. 1054) fördert das Land nach dem Niedersächsischen Ausführungsgesetz zum Schwangerschaftskonfliktgesetz (Nds. AG SchKG) vom 09.12.2005 (Nds.GVBl. S. 401) Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen i.S.d. § 8 SchKG bzw. Beratungsstellen i.S.d. § 3 SchKG.
Empfänger der Förderung sind gemeinnützige und kirchliche Träger

Noch zu Titelgruppe 68

von Beratungsstellen / Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, kommunale Träger von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen sowie als Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle staatlich anerkannte Ärztinnen und Ärzte.
Die Höhe des Haushaltsmittelansatzes folgt insbesondere aus den durch das BVerwG (Entscheidung vom 15.07.2004 – BVerwG 3 C 48. 03)) konkretisierten Anforderungen an die Ausgestaltung der öf-

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 68
fentlichen Förderung der Beratungsstellen, die im Nds. AG SchKG umgesetzt werden.

Zu Titelgruppe 71
Bezeichnung des Förderprogramms: Akzente der Fauenpolitik (ab 01.01.2005 neu strukturiert)
a) Förderung der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten (Vernetzungsstelle)
b) Frauenportal
c) Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Rechtliche Grundlage: §§ 23 und 44 LHO

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	153	153	153	204	337	337	337	337	337
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					337	337	337	337	337

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: a) 1998, b) 2000, c) 2005

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
a) Die Förderung der Vernetzungsstelle (87.000 EUR) ermöglicht die Unterstützung der Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten durch wissenschaftliche Beratung, Fortbildung und Information. Eine Vielzahl der frauenrelevanten Entscheidungen werden auf kommunaler Ebene getroffen werden. Circa 2/3 der niedersächsischen Gleichstellungsbeauftragten sind ehrenamtlich bzw. nebenamtlich tätig und haben besonderen Beratungsbedarf. Weiterhin werden von der Vernetzungsstelle verschiedene Projekte (Frauenserver, Mentoring-Programm "Als Tandem zum Erfolg") sowie insbesondere die unter c) angeführten Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Projektträger begleitet.

b) Das Frauenportal (66.000 EUR) bündelt Informationen zu unterschiedlichen Themen (Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Zukunftstag für Mädchen und Jungen, Mädchen und Beruf, Gleichstellung in der Schule - www.genderundschule.de -). Das Frauenportal wird als Informationspool für die gleichstellungspolitischen Informationen aus Niedersachsen (Themen, Adressen, Terminen, Darstellung von Frauenverbänden und –beauftragten) viel gefragt. Dieses ist insbesondere bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Vereinbarkeit von Beruf und Familie von großer Wichtigkeit. Die Rolle des Landes als Mediator und Kommunikator wird mit dem Portal effizient erfüllt.

c) Um im Bereich der Frauenpolitik das Thema "Vereinbarkeit von Beruf und Familie" als Arbeitsschwerpunkt hervorzuheben, wird der Förderschwerpunkt (Balance-Familie-Beruf) fortgeführt (184.000 EUR). Mit dem Programm sollen strukturelle Defizite bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie im kommunalen Bereich sichtbar gemacht und Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt und entwickelt werden. Mit dem Programm soll zudem der Arbeitsschwerpunkt der Gleichstellungsbeauftragten "Vereinbarkeit von Beruf und Familie", der in der NGO seit 2005 verankert ist, unterstützt werden.

Zielgruppe: Frauen und Familien, kommunale Entscheidungsträger

Durchschnittliche Förderhöhe: rd. 3 500 EUR im Einzelfall; Bewirtschaftung durch Projektträger

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0511 Frauen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 73		**Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen** *Übertragbar.*	(—)	(3.651)	(3.651)	(—)	(3.408)
636 73-3	236	Erstattung von Verwaltungskosten	—	168	168	—	121
684 73-8	236	Ärztliche Kosten	—	3.483	3.483	—	3.288
		Abschluss Kapitel 0511					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		16	33	–17	
		Summe der Einnahmen		16	33	–17	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	767 1.437	17.672	17.291	+381	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	767 1.437	17.672	17.291	+381	
		Zuschuss		17.656	17.258	+398	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 73

Veranschlagt sind die Ausgaben, die das Land nach dem Gesetz zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen vom 21. 8. 1995 (BGBl. I S. 1054) zu tragen hat. Neben den Kosten für ambulante und stationäre Schwangerschaftsabbrüche erstattet das Land den gesetzlichen Krankenkassen für den dortigen Verwaltungsaufwand eine Verwaltungskostenpauschale.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0512 Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-4	012	Gebühren und tarifliche Entgelte		2	2	—	—
119 01-5	012	Vermischte Einnahmen		1	1	—	0
236 10-0	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Sozialversicherungsträgern **** Rückzahlungen vereinnahmter Beträge aus Vorjahren dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.*		1.381	1.450	–69	1.134
236 11-9	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Sozialversicherungträgern-für Vorjahre -		—	—	—	36
381 10-0	990	Zuführung von 05 01 - 981 11		60	60	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-0	012	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	885	891	–6	682
422 19-2	012	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-1	012	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-9	012	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	78
425 31-0	012	Leistungen auf Grund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
441 01-4	012	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	19	46	–27	—
441 02-2	012	Beihilfen für Angestellte	—	1	1	—	—
443 01-7	012	Fürsorgeleistungen	—	—	—	—	—
511 01-2	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	25	25	—	17
517 01-0	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	20	20	—	16
518 01-7	012	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	35	35	—	30
518 02-5	012	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	1	1	—	0
525 01-3	012	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	13	18	–5	8
526 01-0	012	Sachverständige	—	1	1	—	0
526 10-9	012	Kosten des Landeswahlausschusses für die Wahlen zu den Organen der Sozialversicherungsträger	—	—	—	—	1
527 01-6	012	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	85	85	—	72
546 01-0	012	Vermischte Ausgaben	—	1	1	—	1
546 02-9	012	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	5	5	—	1
546 10-0	012	Rückzahlung vereinahmter Beträge nach Schluß des Haushaltsjahres	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0512

Allgemeine Erläuterungen
Die Prüfungen nach § 274 Abs. 1 SGB V, § 46 Abs. 6 SGB XI und § 281 Abs. 3 i. V. m. § 274 SGB V sind dem Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung beim MS zugeordnet (Rd. Erl. d. MFAS v. 11. 10. 2001, Nds. MBl. S. 809). Das Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung ist bei der Durchführung der Prüfungen unabhängig. Der Haushalt des Prüfdienstes ist in diesem Kapitel ausgewiesen.
Die für die Wahrnehmung der Sozialversicherungsaufsicht notwendigen Personal- und Sachausgaben sind im Kapitel 05 01 mitveranschlagt.
Der Prüfdienst hat im Einzelnen die Aufgabe, mindestens alle fünf Jahre die Geschäfts-, Rechnungs- und Betriebsführung der landesunmittelbaren Krankenkassen und der Landesverbände sowie der Kassenärztlichen und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung (KVN und KZVN) zu prüfen. Dieser Prüfung unterliegen auch der Medizinische Dienst der Krankenversicherung (MDKN) und die Pflegekassen. Die Personal- und Sachkosten des Prüfdienstes tragen in vollem Umfange die zu prüfenden Institutionen (Drittmittel).

Zu 111 01

Einnahmen von Gebühren für Prüfungen nach § 31 SVHV, der KVN, der KZVN und des MDKN.

Zu 236 10

Kostendeckende Vorschüsse der Krankenkassen und Landesverbände nach § 274 SGBV für den Prüfdienst.

Zu 236 11

Nachzahlungen der Kostenträger aus Abrechnungen für Vorjahre.

Zu 381 10

Kostenausgleich zwischen den Prüfgruppen gem. § 88 SGB IV und § 274 SGB V sowie für die Leitung des Landesprüfungsamtes.

Zu 546 10

Rückzahlungen überzahlter Vorschüsse an Kostenträger des Prüfdienstes aus Abrechnungen für Vorjahre.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0512 Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
547 10-6	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	15	20	–5	12
981 10-8	990	Abführung an 13 50 - 381 05	—	278	280	–2	199
981 11-6	990	Abführung an 13 99 - 381 63	—	1	1	—	—
981 12-4	990	Abführung an 04 20 - 381 10	—	5	5	—	4
981 13-2	990	Abführung an 05 01 - 381 11	—	8	8	—	7
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(46)	(70)	(–24)	(25)
511 99-3	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	25	20	+5	21
519 99-4	012	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	—
525 98-6	012	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das IZN	—	1	5	–4	—
525 99-4	012	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch Andere	—	5	5	—	2
538 98-0	012	Dienstleistungen des IZN	—	5	5	—	—
538 99-9	012	Dienstleistungen Anderer	—	—	—	—	—
632 99-5	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben für die IuK-Geschäftsstelle der Prüfdienste des Bundes und der Länder	—	10	10	—	2
812 99-3	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	25	–25	—
		Abschluss Kapitel 0512					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		3	3	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1.381	1.450	–69	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		60	60	—	
		Summe der Einnahmen		1.444	1.513	–69	
		4 Personalausgaben	—	905	938	–33	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	237	246	–9	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	10	10	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	25	–25	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	292	294	–2	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.444	1.513	–69	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 547 10

Zur Prüfung von Rechenzentren durch externe Prüfer.

Zu 981 10

	1 000 EUR
1. Abführung von Versorgungslastenanteilen an Kapitel 13 50. Veranschlagt sind 30 v. H. der Dienstbezüge der Beamten	266
2. Erstattung der Kosten für die Versorgungsempfänger, die gem. § 274 i. V. m. Art. 74 Abs. 4 SGB V von den Landesversicherungsanstalten Braunschweig, Hannover und Oldenburg/Bremen übernommen wurden	12
Zusammen	278

Zu 981 11

Erstattung von Ausgaben für die Angestellten des Prüfdienstes an die Landesunfallkasse.

Zu 981 12

Erstattung der Verwaltungskosten für die Zahlbarmachung der Beamtenbesoldung und der Angestelltenvergütungen des Prüfdienstes an das NLBV.

Zu 981 13

Erstattung der Kosten für zentrale Dienstleistungen des MS für den Prüfdienst.

Zu Titelgruppe 98/99

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie die damit verbundenen Einrichtungen und Schulungen der Bediensteten des Prüfdienstes.

Zu 632 99

Lizenzgebühren für den Einsatz des IuK-Systems der Prüfdienste des Bundes und der Länder.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0520 Zentrale Soziale Aufgaben

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-0	212	Gebühren und tarifliche Entgelte		450	663	–213	553
112 01-6	212	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		3	3	—	0
119 01-0	212	Vermischte Einnahmen		35	50	–15	5
119 02-9	212	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	—
119 03-7	212	Einnahmen aus Nebentätigkeit		5	5	—	3
119 04-5	214	Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen an Landesbedienstete *Vgl. K-Vermerk zu 546 04.*		50	50	—	46
119 11-8	212	Sonstige Verwaltungseinnnahmen		5	56	–51	0
119 41-0	212	Rückzahlung von Überzahlungen		10	10	—	8
119 46-0	212	Ersatzleistungen		30	30	—	31
124 01-4	212	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		25	20	+5	22
132 01-7	212	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		10	6	+4	2
231 11-2	212	Zuweisungen vom Bund *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		2	6	–4	1
232 10-0	212	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Ländern		337	210	+127	190
235 01-0	212	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
236 10-6	212	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch Sozialversicherungsträger sowie die Bundesagentur für Arbeit		31	31	—	18
236 11-4	212	Sonstige Zuweisungen von der Bundesagentur für Arbeit (Leistungen zur beruflichen Eingliederung von behinderten Menschen)		—	—	—	1
		Titelgruppe(n)					
TGr. 65		**Leistungen nach dem OEG**		(5.720)	(5.240)	(+480)	(3.320)
119 65-7	290	Ersatzleistungen		600	600	—	633
231 65-1	290	Erstattungen vom Bund gem. § 4 Abs. 2 OEG		5.120	4.640	+480	2.688
TGr. 68/70		**Leistungen nach dem Verwaltungsrechtlichen (VwRehaG) und Strafrechtlichen (StrRehaG) Rehabilitierungsgesetz**		(62)	(60)	(+2)	(54)
231 68-6	290	Erstattungen des Bundes nach § 17 VwRehaG		11	10	+1	9
231 70-8	290	Erstattungen des Bundes nach § 20 StrRehaG		51	50	+1	45
TGr. 99		**Einnahmen der Informations- und Kommunikationstechnik**		(—)	(127)	(–127)	(104)
119 99-1	212	Einnahmen aus Aufträgen Dritter		—	—	—	1

E R L Ä U T E R U N G E N

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 05 20

1. Zum 01.01.2005 wurden zur Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung organisatorische Veränderungen in der Nds. Sozialverwaltung vorgenommen.
2. Es sind vorhanden:
   Nds. Landesamt für Soziales, Jugend und Familie (LS) in Hildesheim mit den Außenstellen Braunschweig, Hannover, Lüneburg, Oldenburg, Osnabrück und Verden.
3. Die Mittel der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch – SGB IX - sind zum 1. 1. 2001 in ein Sondervermögen überführt worden. Das Sondervermögen wird vom Integrationssamt beim LS verwaltet. Die Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Sondervermögens ist Anlage zum Einzelplan 05.

Zu 111 01

Einnahmen aus gebührenpflichtigen Tatbeständen nach dem Heimgesetz i. d. F. vom 05.11.2001 (BGBl. I S. 2970), zuletzt geändert durch Art. 52 der Verordnung vom 25.11.2003 (BGBl. I. S. 2304) , berichtigt S. 1069 – i. V. mit dem Beschluss des LM über zuständige Behörden nach dem Heimgesetz vom 11. 10. 1994 (Nds. MBl. S. 1344).
Einnahmen aufgrund des Kostentarifs zur Allgemeinen Gebührenordnung in der Fassung vom 05.06.1997 (Nds. GVBl. S. 171), zuletzt geändert durch Verordnung vom 19.03.2003 (Nds. GVBl. S. 156) bzw. der Berichtigung vom 24.11.2004 (Nds. GVBl. S. 527):
Gebühren für Schiedsstellenverfahren nach § 80 SGB XII.
Weniger infolge Verlagerung der Aufgaben für die Durchführung der Approbationsprüfungen für Ärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten und Apotheker auf die Kammern für Heilberufe (VO zur Änderung der VO zur Übertragung von staatlichen Aufgaben auf die Kammern für Heilberufe vom 13.05.2005, Nds. GVBl. Nr. 28/2005 S. 404)

Zu 112 01

Einnahmen aus vom LS festgesetzten Geldbußen im Rahmen der Heimaufsicht.

Zu 119 01

	Tsd. EUR
1. Erstattung von Prozesskosten	30
2. Sonstige Einnahmen	5
Zusammen	35

Zu 119 03

Versorgungsärzte/-innen üben – insbesondere nach Dienstschluss – in den Diensträumen genehmigte Nebentätigkeiten aus.

Zu 119 46

Ersatzleistungen von Bediensteten im Erstattungsverfahren oder sonstigen Rückgriffen von haftenden Versicherungsunternehmen z. B. bei Kraftfahrzeugunfällen.

Zu 124 01

	Tsd. EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	13
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	—
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	—
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—
5. Sonstige Mieten und Pachten	12
Zusammen	25

Zu 132 01

	Tsd. EUR
1. Geräte	
2. Maschinen	10
3. Ausstattungsgegenstände	—
4. Akten, Drucksachen und dgl.	—
Zusammen	10

Zu 231 11

Beitrag des Bundes zu den Kosten für die Fortbildung des Verwaltungspersonals sowie der Ärzte/-innen, Zahnärzte/-innen, Apotheker/-innen und des ärztlichen Hilfspersonals.

Zu 232 10

1. Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern für die Inanspruchnahme des Prüf- und Beschaffungsamtes für Heil- und Hilfsmittel (PBHH) beim LS.
2. Mit den Bundesländern Brandenburg, Hamburg, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Berlin und Rheinland-Pfalz wurden Kooperationsverträge für den Bereich des Sozialen Entschädigungsrechts (SER) abgeschlossen. Danach erstatten die o. a. Bundesländer die dem Landesamt enstehenden anteiligen Personalkosten für die Programmbetreuung.

Zu 236 10

Erstattungen von Verwaltungsausgaben für ärztliche Untersuchungen und Begutachtungen für Berufsgenossenschaften, Krankenkassen u. a.

Zu 119 65

Einnahmen aus Schadenersatzansprüchen in Fällen nach § 4 Abs. 1 Satz 1 i. V. mit § 5 Abs. 1 OEG.

Zu 231 65

Erstattungen vom Bund gem. § 4 Abs. 2 OEG.
Vergleiche Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppen 65/66.

Zu Titelgruppe 68/70

Erstattungen des Bundes gem. § 17 Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz – VwRehaG – vom 01.07.1997 (BGBl. I S. 1670 ff., zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 22.12.2003 (BGBl. I S. 2834), und § 20 Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz – StrRehaG – i. d. F. vom 17.12.1999 (BGBl. I S. 2664), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 03.08.2005 (BGBl. I S. 2266).
Vgl. Ausgabetitelgruppe 68/69/70/71.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0520 Zentrale Soziale Aufgaben

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
232 99-2	212	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch Länder		—	127	–127	104
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			19	–19	
		A U S G A B E N					
412 10-9	212	Kosten für Mitglieder von Ausschüssen, Fachbeiräten und Kommissionen beim LS	—	65	60	+5	58
422 01-5	212	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	39.171	41.243	–2.072	12.444
422 04-0	212	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	—	125	–125	21
422 06-6	212	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 19-8	212	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	230
422 31-7	212	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-4	212	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	30.688
425 04-9	212	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	159	159	—	110
425 06-5	212	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	2	2	—	—
425 10-3	212	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	8
425 31-6	212	Leistungen auf Grund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
426 01-0	212	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	1.882
426 04-5	212	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-1	212	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 10-0	212	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 31-2	212	Leistungen auf Grund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
427 01-7	212	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 02-5	212	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitbeschaffung	—	—	—	—	—
427 10-6	213	Sozialarbeiter/Sozialpädagogen im Anerkennungsjahr **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	23	18	+5	9
427 11-4	212	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 232 99

Der Ansatz wurde zu Titel 232 10 verlagert.

Zu 412 10

Entschädigung für Zeitversäumnisse, Fahrkosten und Fußwegstrecken sowie Aufwand nach dem Gesetz über die Vergütung von Sachverständigen, Dolmetcher/-innen und Übersetzer/-innen sowie die Entschädigung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern, Zeuginnen, Zeugen und Dritten (JVEG) in der jeweils gültigen Fassung, das für die Abfindung sinngemäß angewendet wird.
Beim Landesamt sind folgende Ausschüsse und Beiräte gebildet worden:

1. Widerspruchsausschuss	gemäß § 119 SGB IX
2. Beratender Ausschuss	gemäß § 103 SGB IX
3. Beirat in der Kriegsopferfürsorge	gemäß RdErl. MS vom 16. 3. 1966 (Nds. MBl. S. 236) i. V. mit §§ 6 und 9 der VO über die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge vom 8. 2. 1919 (RGBl. S. 187)
4. Beteiligung sozial erfahrener Personen	gemäß § 116 SGB XII
5. Ausschuss und Besuchskommissionen	gemäß § 24 Nds. MVollzG und § 30 NPsychKG

Zu 427 10

Die berufspraktische Tätigkeit gem. § 2 der Verordnung über staatlich anerkannte Sozialarbeiter/Sozialpädagogen ist im Bereich der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe (Nds. Landesjugendamt) abzuleisten.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0520 Zentrale Soziale Aufgaben

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
427 39-4	212	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
443 02-0	212	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
453 01-8	212	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	20	40	–20	9
453 10-7	212	Trennungsgeld und Ausbildungshilfen für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	4	4	—	—
511 01-8	212	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte,Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände,sonstige Gebrauchsgegenstände	—	2.073	2.004	+69	1.932
514 01-7	212	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	65	60	+5	51
514 10-6	212	Arzneien, Stärkungsmittel, Verbands- und Impfstoffe	—	3	2	+1	3
517 01-6	212	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	810	867	–57	747
518 01-2	212	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	220	220	—	293
518 02-0	214	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	64	62	+2	47
519 01-9	214	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	55	50	+5	50
519 10-8	212	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	10	1	+9	3
526 01-5	212	Sachverständige	—	80	110	–30	67
526 02-3	212	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	600	645	–45	508
527 01-1	212	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	240	240	—	264
527 02-0	212	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	13	13	—	18
529 10-3	212	Zur Verfügung des Präsidenten/der Präsidentin des Niedersächsischen Landesamtes für Soziales, Jugend und Familie	—	—	—	—	1
532 10-4	290	Kosten für Beratungshilfen nach dem Nieders. Gesetz zur Ausführung der Insolvenzordnung *Übertragbar.*	—	4.900	4.700	+200	4.700
546 01-6	212	Vermischte Ausgaben	—	5	1	+4	5
546 03-2	212	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	30	100	–70	291
546 04-0	214	Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 04.*	—	50	50	—	47
546 10-5	214	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluß des Haushaltsjahres	—	—	—	—	—
547 10-1	212	Dienstleistungen Außenstehender *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 547 10 und 681 11.*	—	10.500	11.100	–600	9.769

ERLÄUTERUNGEN

Zu 453 01

Verwaltungsreformmaßnahmen sind im Ansatz berücksichtigt.

Zu 511 01

	Tsd. EUR
1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	6
2. Büro- und Kanzleibedarf	383
3. Bekanntmachungen	1
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	6
5. Verpackungs- und Versandkosten für orthopädische Hilfsmittel	1
6. Bücher und Zeitschriften	113
7. Post- und Fernmeldegebühren	1.451
8. Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	38
9. Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungs-gegenstände	66
10. Dienst- und Schutzkleidung	2
11. Labor-, Röntgen- und Fotobedarf	2
12. Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	2
13. Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	2
Zusammen	2.073

Zu 514 01

	Tsd. EUR
1. Betriebsstoffe	50
2. Unterhaltung und Instandsetzung	10
3. Kraftfahrzeugsteuer	5
4. Sonstiges	—
Zusammen	65

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1. 1. 2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	19	18	16

Zu 517 01

	Tsd. EUR
1. Wassergeld	20
2. Grundbesitzabgaben	30
3. Bewachungskosten	30
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	46
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	8
6. Reinigungskosten	226
7. Heizung	296
8. Beleuchtung und elektrische Kraft	154
Zusammen	810

Zu 518 01

Veranschlagt sind die Mietkosten für Diensträume und –gebäude.

Zu 518 02

	Tsd. EUR
Leasingkosten für Kfz	19
Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	45
Zusammen	64

Zu 519 01

Veranschlagt sind die Ausgaben für kleinere Bauunterhaltungsmaßnahmen.

Zu 526 01

	Tsd. EUR
1. (Amts)ärztliche und Röntgenschirmbilduntersuchungen	60
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	15
3. Entschädigungen der Landesärzte	5
Zusammen	80

Zu 2.: Unter anderem auch für Untersuchungen nach dem Arbeitssicherheitsgesetz.
Zu 3.: Landesärztlicher Dienst für behinderte Menschen (10 Ärzte).

Zu 526 02

Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus.

Zu 527 01

	Tsd. EUR
1. Reisekosten allgemein	100
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für privateigene Kraftfahrzeuge	140
Zusammen	240

Bestand an anerkannten privaten Kraftfahrzeugen

	Ist 1. 1. 2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	44	44	44

Zu 529 10

Ausgaben sind seit 2002 bei Kapitel 13 02 Titel 529 14 veranschlagt.

Zu 532 10

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Beratungsvergütung der geeigneten Stellen im Sinne der §§ 2 Abs. 1 Nr. 1 und 3 Abs. 1 Satz 1 Nds. Ausführungsgesetz zur Insolvenzordnung (Nds. AG InsO, Nds. GVBl. 31/1998, S. 710ff., geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Anpassung von Rechtsvorschriften an das Kostenrechtsmodernisierungsgesetz vom 23.11.2004, Nds. GVBl. 36/2004, S. 512 ff.) nach Maßgabe des § 5 Abs. 2 Nds. AG InsO.
Weniger infolge Verlagerung der Zuständigkeit für die Auszahlung der Beratungshilfevergütung der Anwaltschaft für die Tätigkeit im außergerichtlichen Verbraucherinsolvenzverfahren auf das MJ.

Zu 547 10

1. Gutachten, Befundscheine und Stellungnahmen nach dem Sozialen Entschädigungsrecht (SER) und dem SGB IX.
2. Durchführung der orthopädischen Sprechtage durch außenstehende Fachärzte/-innen.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0520 Zentrale Soziale Aufgaben

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
636 10-4	212	Ersatz an Krankenkassen nach § 20 Bundesversorgungsgesetz und an andere öffentlich-rechtliche Leistungsträger *Übertragbar.*	—	610	610	—	715
636 11-2	212	Ersatz an Krankenkassen nach § 11 Abs. 6 Bundesvertriebenengesetz	—	380	510	–130	378
671 10-4	212	Erstattung an sonstige Stellen	—	26	26	—	20
671 11-2	242	Erstattung von Verwaltungskosten an Versehrtensportverbände	—	11	11	—	26
681 10-0	212	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	8	8	—	12
681 11-8	212	Entschädigung der zur ärztlichen Untersuchung Vorgeladenen *Vgl. D-Vermerk zu 547 10.*	—	105	115	–10	72
684 10-9	212	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1	1	—	0
811 01-1	212	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 10-7	212	Erwerb von Geräten,Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von sonstigen beweglichen Sachen	—	180	270	–90	180
981 10-3	990	Abführung an 13 21 - 381 05	—	2.713	2.933	–220	2.751
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Ärztliche, zahnärztliche,pharmazeutische und lebensmittelrechtliche Prüfungen**	(—)	(—)	(120)	(–120)	(89)
427 61-0	319	Prüfungsvergütungen	—	—	107	–107	85
527 61-5	319	Reisekosten	—	—	3	–3	3
547 61-6	319	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	10	–10	1
TGr. 63		**Aus- und Fortbildung der Bediensteten** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 231 11.*	(—)	(195)	(225)	(–30)	(178)
427 63-7	212	Entschädigungen an nebenamtliche Lehrkräfte	—	13	17	–4	14
525 63-9	212	Lehr- und Lernmittel,Kosten von Eignungsprüfungen für Laufbahnbewerber	—	—	14	–14	1
527 63-1	212	Reisekosten für Lehrkräfte und Lehrgangsteilnehmer	—	40	43	–3	30
547 63-2	212	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben sowie Dienstleistungen Außenstehender	—	142	151	–9	134
TGr. 65/66		**Leistungen nach dem OEG** **** Überzahlungen aus Vorjahren sind abweichend von § 35 LHO durch Absetzung von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	(—)	(18.445)	(16.645)	(+1.800)	(15.539)
631 65-0	290	Erstattungen gem. § 5 Abs. 2 an den Bund	—	45	45	—	48
631 66-8	290	Erstattung von Beiträgen gem. § 22 BVG (Landesanteil) an den Bund	—	—	—	—	13

ERLÄUTERUNGEN

Zu 636 10

Den Krankenkassen sind für die Erbringung von Leistungen nach § 18 c BVG Verwaltungskosten i. H. v. 3,25 v. H. zu erstatten. Basis ist die nach §§ 19, 20 Abs. 1 BVG jährlich festgesetzte pauschale Erstattung.

Zu 636 11

Als Ersatz für Verwaltungskosten erhalten die Krankenkassen 8 v. H. ihres Aufwands für Leistungen bei Krankheit an Heimkehrer p. p.

Zu 671 10

	Tsd. EUR
Beiträge zu den Verwaltungskosten der Arbeitsgemeinschaften	
1. der Hauptfürsorgestellen	6
2. der überörtlichen Träger der Sozialhilfe	12
3. der Bundesarbeitsgemeinschaft für Nichtsesshaftenfürsorge	4
4. Beitrag zu den Verwaltungskosten der Zentralstelle Schweiz beim Landeswohlfahrtsverband Baden (Sozialhilfe für Deutsche im Ausland)	4
Zusammen	26

Zu 671 11

Erstattung von Verwaltungskosten für die Durchführung von Versehrtenleibesübungen an die Versehrtensportverbände gemäß § 11 a Bundesversorgungsgesetz.

Zu 681 10

	Tsd. EUR
a) Schadensersatzleistungen für 3 ehemalige Bedienstete bzw. deren Hinterbliebene des früheren BFW in Bad Pyrmont rd. =	4
b) Andere Schadensersatzleistungen an Bedienstete (z. B. Kfz-Schäden) rd. =	4
Zusammen	8

Zu 681 11

Zur Abgeltung der entstandenen Reisekosten und des entstandenen Verdienstausfalls der zur ärztlichen Untersuchung vorgeladenen Personen.

Zu 684 10

	Tsd.EUR
Vereinigung für die Rehabilitation Behinderter Dt. Sozialrechtsverband e. V.	1
Zusammen	1

Zu 812 10

	Tsd. EUR
Frankiermaschine (Ast. Verden)	7
Aktenschränke	34
Zeiterfassungssystem (LS Hildesheim)	20
Aktenkleiderschränke	20
Jalousetten	45
Stühle Besprechungszimmer (Ast. Osnabrück)	8
Bürodrehstühle	46
Zusammen	180

Zu 981 10

Veranschlagt sind die Überlassungsentgelte für die Nutzung landeseigener Liegenschaften gem. § 64 LHO.

Zu Titelgruppe 61

Die Durchführung der Approbationsprüfungen für Ärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten und Apotheker ist auf die Kammern für Heilberufe (VO zur Änderung der VO zur Übertragung von staatlichen Aufgaben auf die Kammern für Heilberufe vom 13.05. 2005, Nds. GVBl. Nr. 28/2005 S. 404) übertragen worden.

Zu Titelgruppe 63

Hier sind die Kosten für die Aus- und Fortbildung des Verwaltungspersonals sowie für die Fortbildung der Ärzte/-innen pp. veranschlagt.

Zu Titelgruppe 65/66

Leistungen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten i. d. F. vom 11.05.1976 (BGBl. I S. 1181), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 19.06.2006 (BGBl. I S. 1305).
Der Bund trägt gemäß § 4 des Gesetzes 40 v. H. der Geldleistungen.
Vgl. Tit. 231 65.

Zu 631 65

Einnahmen aus Schadenersatzansprüchen (vgl. Titel 119 65) werden gem. § 5 Abs. 2 OEG zu 7,5 v. H. an den Bund abgeführt.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0520 Zentrale Soziale Aufgaben

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
681 65-7	290	Geldleistungen	—	12.800	11.600	+1.200	9.797
681 66-5	290	Sachleistungen	—	5.600	5.000	+600	5.681
TGr. 68 bis 71		**Leistungen nach dem Verwaltungsrechtlichen (VwRehaG) und Strafrechtlichen (StrRehaG)Rehabilitierungsgesetz**	(—)	(100)	(97)	(+3)	(83)
681 68-1	290	Geldleistungen nach dem VwRehaG	—	17	16	+1	15
681 69-0	290	Sachleistungen nach dem VwRehaG	—	5	5	—	—
681 70-3	290	Geldleistungen nach dem StrRehaG	—	73	71	+2	69
681 71-1	290	Sachleistungen nach dem StrRehaG	—	5	5	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(2.668)	(2.870)	(–202)	(1.920)
511 99-9	212	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte,Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände,sonstige Gebrauchsgegenstände	—	962	962	—	946
525 98-1	212	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	—	25	35	–10	21
525 99-0	212	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch Andere	—	120	140	–20	88
527 99-2	212	Reisekostenvergütungen	—	5	5	—	5
538 98-6	212	Kosten für Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	645	703	–58	130
538 99-4	212	Kosten für Dienstleistungen Anderer	—	326	326	—	479
812 99-9	212	Erwerb von Geräten, Austattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von sonstigen beweglichen Sachen	—	585	699	–114	252
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		493	–493	
		Abschluss Kapitel 0520					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.223	1.493	–270	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		5.552	5.093	+459	
		Summe der Einnahmen		6.775	6.586	+189	
		4 Personalausgaben	—	39.457	41.757	–2.300	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	21.983	22.617	–634	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	19.686	18.516	+1.170	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	765	969	–204	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	2.713	2.933	–220	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	84.604	86.792	–2.188	
		Zuschuss		77.829	80.206	–2.377	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 681 65

Geldleistungen in Fällen des § 4 Abs. 1 Satz 1 OEG.

Zu 681 66

Leistungen in Fällen des § 4 Abs. 1 Satz 1 OEG, die nicht Geldleistungen sind.

Zu Titelgruppe 68 bis 71

Leistungen nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz – VwRehaG – vom 01.07.1997 (BGBl. I S. 1670 ff.), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 22.12.2003 (BGBl. I S. 2834), und dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz – StrRehaG – i. d. F. vom 17.12.1999 (BGBl. I S. 2664), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 03.08.2005 (BGBl. I S. 2834).

Zu 681 68

Geldleistungen in Fällen des § 3 Abs. 1 S. 1 VwRehaG.
Der Bund trägt gem. § 17 VwRehaG 60 v. H. der Geldleistungen (vgl. Einnahmetitel 231 68).

Zu 681 69

Leistungen in Fällen des § 3 Abs. 1 S. 1 VwRehaG, die nicht Geldleistungen sind.

Zu 681 70

Geldleistungen in Fällen des § 21 Abs. 1 StrRehaG.
Der Bund trägt gem. § 20 StrRehaG 65 v. H. der Geldleistungen (vgl. Titel 231 70).

Zu 681 71

Leistungen in Fällen des § 21 Abs. 1 StrRehaG, die nicht Geldleistungen sind.
Der Bund trägt gem. § 20 StrRehaG 65 v. H. der Sachleistungen (vgl. Titel 231 70).

Zu Titelgruppe 98/99

Mit Hilfe von Anlagen Informations- und Kommunikationstechnik beim LS werden insbesondere folgende Aufgaben ausgeführt:

1. Dokumentation und Auswertung von Haushaltsdaten für Heime und Einrichtungen der Sozialhilfe, Pflegesatzermittlung.
2. Erstellung von Grundanerkenntnissen im Rahmen der Heranziehungs-Verordnungen SGB XII und KOF.
3. Dokumentation und Auswertung von Daten im Rahmen der DVO Nds. AG SGB XII und KOF oder von Verwaltungsvereinbarungen mit den herangezogenen Gebietskörperschaften.
4. Haushaltsmittelbewirtschaftung
5. für den Bereich des Schwerbehindertenrechtes:

5.1. Kündigung und Kündigungsschutzstatistik
5.2. Verwendung der Ausgleichsabgabe einschließlich Statistik
5.3. Schulung nach dem SGB IX einschließlich Statistik
5.4. Psychosoziale Dienste einschließlich Statistik
5.5. begleitende Hilfen einschließlich Statistik
5.6. Dokumentation technischer Hilfsmittel
5.7. § 131 SGB IX (REHA-Statistik)
5.8. Bearbeitung der Anträge nach dem SGB IX und Pflege des Datenbestandes

6. Sachbearbeitung des BVG sowie der Anhanggesetze zum BVG mit PROSID,
7. Abwicklung der Beschaffungen des PBHH beim LS für die bundesweite orthopädische Versorgung (einschl. Rechnungsstellung).

Zu 511 99

	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf	97
2. Bücher und Zeitschriften	1
3. Geräte und Gebrauchsgegenstände	347
4. Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der besonderen Betriebseinrichtungen	420
5. Verbrauchsmaterial	97
Zusammen	962

Zu 525 98

Veranschlagt sind die Kosten der Aus- und Fortbildung von Bediensteten durch das IZN.

Zu 525 99

Veranschlagt sind die Kosten der Aus- und Fortbildung von Bediensteten, die nicht durch das IZN, sondern von Anderen durchgeführt werden.

Zu 538 98

Erwerb und Weiterentwicklung von Programmen, Verfahrens- und Programmpflege, Inanspruchnahme von Leistungen des IZN.
Kosten für die Betreuung der lokalen Netze in den Behördenhäusern und des Personals der ehemaligen Bez. Reg. sowie für die Übernahme der Mailserver und Betreuung der Postfächer durch das IZN.

Zu 538 99

Erwerb und Weiterentwicklung von Programmen, Verfahrens- und Programmpflege, Inanspruchnahme von Dienstleistungen Anderer (ohne IZN).

Zu 812 99

	Tsd. EUR
41 Arbeitplatz-PC und 60 Drucker	63
40 Notebooks	72
Erweiterung Clustersysteme	150
Verfahrensumstellung SDS	300
Zusammen	585

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0521 Landeskrankenhäuser - Landesbetriebe

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-4	312	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
119 41-3	312	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
121 10-8	312	Ablieferungen der kaufmännisch geführten landeseigenen Krankenhäuser		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-9	312	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	—	—	—	—
422 19-1	312	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-8	312	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
426 01-4	312	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—
682 10-0	312	Zuführungen an die Landeskrankenhäuser für laufende Zwecke	—	16.147	16.369	–222	16.258
682 39-8	312	Zuschüsse an Landesbetriebe für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
891 10-8	312	Zuführungen an die Landeskrankenhäuser für Investitionen	—	—	—	—	—
981 10-7	990	Abführung an 2042 - 381 01	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 0521					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		4 Personalausgaben	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	16.147	16.369	–222	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	16.147	16.369	–222	
		Zuschuss		16.147	16.369	–222	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 0521

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 05 21
Es sind folgende Landeskrankenhäuser vorhanden:
– Psychiatrische Krankenhäuser in
Göttingen, Hildesheim, Königslutter, Lüneburg, Moringen, Osnabrück, Wehnen und Wunstorf
– Fachklinik für straffällige drogenabhängige Frauen und Männer als Entziehungsanstalt gem. §§ 7, 93 a des Jugendgerichtsgesetzes und § 64 des Strafgesetzbuches in Brauel.
– Krankenhaus für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatische Medizin Tiefenbrunn in Rosdorf.
Die Kostendeckung der Landeskrankenhäuser wird nach den Regeln der kaufmännischen Buchführung überwacht. Zuführungen sind bei 682 10 und 891 10 nachzuweisen. Wirtschaftspläne mit den Übersichten über die Stellen der Angestellten und Arbeiter sind diesem Kapitel als Anlagen 1 bis 10 beigefügt.
Die Pflegesätze (§ 13 BPfLV) werden auf der Grundlage des Budgets (§ 12 BPfLV) für jedes Landeskrankenhaus ermittelt. Die Entgelte für die Forensik sowie für Heim- und Pflegebereiche werden nach den dafür geltenden Grundsätzen festgelegt.
Wahlleistungen nach § 22 BPfLV werden angeboten.

Krankenhausbetten – insgesamt –

Krankenhausbetten in	2007	2006
Brauel	171	96
Göttingen	421	453
Hildesheim	477	481
Königslutter	565	562
Lüneburg	444	448
Moringen	344	312
Osnabrück	460	460
Tiefenbrunn	176	176
Wehnen	534	525
Wunstorf	527	601
Summe	4 119	4 114

davon KHG-Betten

KHG-Betten in	2007	2006
Brauel	—	—
Göttingen	360	360
Hildesheim	405	409
Königslutter	510	510
Lüneburg	336	357
Moringen	—	—
Osnabrück	388	394
Tiefenbrunn	176	176
Wehnen	437	437
Wunstorf	434	434
Summe	3 046	3 077

davon Maßregelvollzugsbetten

Maßregelvollzugsbetten in	2007	2006
Brauel	171 (185)	96 (105)
Göttingen	61 (73)	93 (105)
Hildesheim	72 (86)	72 (82)
Königslutter	55 (86)	52 (82)
Lüneburg	108 (119)	91 (116)
Moringen	344 (393)	312 (348)
Osnabrück	72 (89)	66 (87)
Tiefenbrunn	— (—)	— (—)
Wehnen	97 (114)	88 (109)
Wunstorf	93 (126)	167 (181)
Summe	1073(1271)	1037(1215)

Insgesamt werden in den LKH im Jahre 2007 = 1.271 forensische und einstweilig untergebrachte Patienten behandelt. Die jeweilige Patientenzahl ist in Klammern angegeben.
Zusätzliche Plätze in Heimbereichen u. ä.

Krankenhaus	2007	2006
Lüneburg	133	133
Osnabrück	40	40
Summe	173	173

Zu 682 10

Zum Ausgleich nicht gedeckter Betriebskosten auch aus vorangegangenen Geschäftsjahren. Die LKH werden als rechtlich unselbstständige abgesonderte Teile der Landesverwaltung nach § 26 LHO geführt.
Mitveranschlagt sind Zuschüsse für nicht gedeckte Kosten

	2007	2006
	Tsd.EUR	
1. der Kindertagesstätten in den LKH Göttingen und Königslutter	34	41
2. für Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	16 113	16 328
Zusammen	16 147	16 369

Anlage 1
(zu Kapitel 05 21)

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Brauel
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)
für das Geschäftsjahr 2007

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der Betriebsanweisung für die als Landesbetrieb geführten Landeskrankenhäuser im Geschäftsbereich des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit.

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Brauel

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Bebaute Grundstücke	0	0	37
- Unbebaute Grundstücke	0	0	0
- Gebäude	0	0	0
- Maschinen und Anlagen	30	45	0
- Fahrzeuge	0	30	0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	120	75	6
Summe 1.:	150	150	43
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Gebäude	0	0	0
- Maschinen und Anlagen	0	15	3
- Fahrzeuge	0	0	0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	100	35	97
Summe 2.:	100	50	100
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	0	0	0
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	0	0	0
- Mieten	0	0	0
- Deckungsmittel auf Folgejahr			
• Fördermittel	0	0	0
• Abschreibungen	0	0	0
- Ablieferung an den Landeshaushalt	0	0	0
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	0	0	0
Summe 3.:	0	0	0
4. Positiver Überleitungsbetrag:	0	0	0
Summe I.:	250	200	143
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	0	0	0
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	0	0	0
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	0	0	0
• Fördermittel	0	0	0
• Abschreibungen	0	0	0
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	0	0	0
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• Fördermittel nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 KHG	0	0	0
• Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG	0	0	0
- Abschreibungen	250	200	143
- Überschussverwendung	0	0	0
Summe 1.:	250	200	143
2. Negativer Überleitungsbetrag:	0	0	0
Summe II.:	250	200	143

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPl) sind.

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Brauel

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:	790	0	0
Summe 1.:	790	0	0
2. Umsatzerlöse:			
- Erlöse aus Krankenhausleistungen	14.388	8.186	8.345
- Erlöse aus Wahlleistungen	0	0	0
- Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	0	0	0
- Nutzungsentgelt der Ärzte	0	0	0
Summe 2.:	14.388	8.186	8.345
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	0	0	0
Summe 3.:	0	0	0
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	0	0	0
Summe 4.:	0	0	0
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Rückvergütungen, Vergütungen, Sachbezüge	17	17	15
- Sonstige ordentliche Erträge	60	60	58
- Erträge aus dem Abgang v. Gegenständen d. Anlagevermögens	0	0	0
- Übrige Erträge	141	35	27
Summe 5.:	218	112	100
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:			
- Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Summe 6.:	0	0	0
Summe I.:	15.396	8.298	8.445
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	595	540	535
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	469	258	306
Summe 1.:	1.064	798	841
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	36	0	0
- Vergütungen der Angestellten	7.407	4.021	3.834
- Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	1.177	748	772
- Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	24	55	44
Summe 2.1.:	8.644	4.824	4.650
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	1.486	792	785
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	248	152	163
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	13	0	0
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	639	340	336
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	107	62	67
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	0	0	0
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	0	0	0
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	3	0	0
- Beihilfen für Angestellte	1	0	0
- Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	1	0	0
- Unterstützungen	0	0	0
- Fürsorgeleistungen	0	0	0
- Nicht zurechenbare Personalkosten	10	0	0
Summe 2.2.:	2.508	1.346	1.351
Summe 2.:	11.152	6.170	6.001

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Brauel

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
3. Abschreibungen:			
- Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	30	20	36
- Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	220	180	140
Summe 3.:	250	200	176
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
- Mieten und Überlassungsentgelte	900	110	108
- Unterhaltung von Gebäuden	318	150	422
- Unterhaltung von Anlagen	225	140	243
- Energie	250	120	116
- Wasser	53	28	29
- Bewirtschaftungskosten	0	0	0
- Unterhaltung von Kfz	32	22	21
- Abgaben	315	12	14
Summe 4.1.:	2.093	582	953
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Geschäftsbedarf, Büromaterial	42	25	26
- Post und Fernmeldegebüren	40	20	19
- Versicherungen	57	30	31
- Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
- Anwalts- und Gerichtskosten	13	5	3
- Zentrale Dienstleistungen	71	42	52
- sonst. Verwaltungsbedarf	76	45	38
Summe 4.2.:	299	167	169
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Reisekosten	33	20	17
- Fahrgelder	0	0	0
- Aus- und Fortbildung	37	22	24
- Personalbeschaffungskosten	18	12	4
- Sonstige	14	0	4
Summe 4.3.:	102	54	49
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	0	0
- Schadensersatzleistungen	0	0	0
- Abschreibungen auf Forderungen	3	3	0
- Periodenfremde Aufwendungen	18	10	0
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	247	210	156
Summe 4.4.:	268	223	156
Summe 4.:	2.762	1.026	1.327
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	0	0	0
Summe 5.:	0	0	0
Summe II.:	15.228	8.194	8.345
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	168	104	100
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge			
- Taschengeld etc.	0	0	0
Summe 1.:	0	0	0
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
- Taschengeld etc.	165	102	91
Summe 2.:	165	102	91
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)	-165	-102	-91
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer	0	0	0
- Gewerbesteuer	0	0	0
- Kapitalertragssteuer	0	0	0
Summe 1.:	0	0	0
2. Sonstige Steuern:			
- Kraftfahrzeugsteuer	3	2	1
- Grundsteuer	0	0	0
Summe 2.:	3	2	1
Summe VI.:	3	2	1
VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)	0	0	8

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplanes des Landeskrankenhauses Brauel für das Geschäftsjahr 2007

A. Finanzplan

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall: - EUR

B. Erfolgsplan

I. Erträge

Forensik

Regelbehandlung nach § 64 StGB wegen Betäubungsmittelabhängigkeit (incl. Urlauber)

67 160	Berechnungstage x 199,50 EUR	=	13.398.420 EUR
Offene Behandlungsphase		=	946.100 EUR
Stationäre KH-Behandlung		=	43.495 EUR
	Summe Forensik		14.388.015 EUR
	Summe Erlöse aus Krankenhausleistungen		14.388.015 EUR
		rd.	14.388.000 EUR

II. Aufwendungen

1. Materialaufwand

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2006 abgeleitet worden. Belegungsabhängige Veränderungen (Verlagerung von 75 Betten vom LKH Wunstorf) wurden berücksichtigt.

2. Personalaufwand

Das Ist-Ergebnis 2005 ist auf das Geschäftsjahr 2007 hochgerechnet worden. Belegungsabhängige Veränderungen (Verlagerung von 75 Betten vom LKH Wunstorf) wurden berücksichtigt.

3. Abschreibungen

Veranschlagt sind Abschreibungen für den nicht geförderten Bereich.

4. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2006 abgeleitet worden. Belegungsabhängige Veränderungen (Verlagerung von 75 Betten vom LKH Wunstorf) wurden berücksichtigt.

Anlage zu den Erläuterungen zu B.II.2 des Wirtschaftsplanes 2007 des Landeskrankenhauses Brauel (Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiter)

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Angestellte[2]	[2] Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
I b	4	4		
II a	10	9		
III	1	1		
IV a	2	2		
IV b	18	11		
V b	2	1		
V c	35	27		
VI b	2	1		
VII	6	6		
VIII	8	5		
IX b - VII	4	2		
Sondervergütungen*)	3	1		
Kr. VII	1	-		
Kr. VI	9	7		
Kr. V	66	27		
Kr. IV	2	2		
	173	106	Zusammen	

*) 1 Praktikkant/-in für Berufe des Sozial- und Eerziehungsdienstes
- TV über die Regelung der Arbeitsbedigungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt.) vom 22.03.1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung

Erläuterungen zu den Angestellten		
		Stellenumsetzungen:
Ver.-Gr. II a	1 Stelle	Verlagerung vom LKH Wunstorf
Verg.-Gr. IV b	7 Stellen	Verlagerung vom LKH Wunstorf
Verg. Gr. V b	1 Stelle	Verlagerung vom LKH Wunstorf
Verg.-Gr.V c	9 Stellen	Verlagerung vom LKH Lüneburg (2), vom LKH Osnabrück (1), vom LKH Tiefenbrunn (1) und vom LKH Wunstorf (5)
Verg.-Gr. V c	1 Stelle	Verlagerung zum LKH Moringen
Verg.-Gr. VI b	1 Stelle	Verlagerung vom LKH Lüneburg
Ver.-Gr. VIII	3 Stellen	Verlagerung vom LKH Wunstorf
Verg.-Gr. IX b-VII	2 Stellen	Verlagerung vom LKH Wunstorf
Sondervergütungen	2 Stellen	Verlagerung vom LKH Wunstorf
Verg.-Gr. Kr. VII	1 Stelle	Verlagerung vom LKH Wunstorf
Verg.-Gr. Kr. VI	2 Stellen	Verlagerung vom LKH Wunstorf
Verg.-Gr. Kr. V	39 Stellen	Verlagerung vom LKH Lüneburg (2) und vom LKH Wunstorf (37)

Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Arbeiter/-innen[1]	[1] Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf deren Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v.H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
6	4	-		
5	4	3		
4	14	11		
3	6	3		
2	7	6		
1	9	-		
	44	23	Zusammen	

Erläuterungen zu den Arbeitern/Arbeiterinnen

	Auszubildende 2007	2006
Auszubildende im Veraltungsdienst	1	1
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	1	1
Zusammen	2	2

Stellenumsetzungen

Lohn-Gr. 6	4 Stellen	Verlagerung vom LKH Wunstorf
Lohn-Gr. 5	1 Stelle	Verlagerung vom LKH Wunstorf
Lohn-Gr. 4	3 Stellen	Verlagerung vom LKH Wunstorf
Lohn-Gr. 3	3 Stellen	Verlagerung vom LKH Wehnen (1) und LKH Wunstorf (2)
Lohn-Gr. 2	1 Stelle	Verlagerung vom LKH Wunstorf
Lohn-Gr. 1	9 Stellen	Verlagerung vom LKH Wunstorf

Anlage 2
(zu Kapitel 05 21)

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Göttingen
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)
für das Geschäftsjahr 2007

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der Betriebsanweisung für die als Landesbetrieb geführten Landeskrankenhäuser im Geschäftsbereich des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit.

05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit **Anlage 2**

zu Kapitel 05 21

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Göttingen

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Bebaute Grundstücke	0	0	17
- Unbebaute Grundstücke	0	0	0
- Gebäude	80	80	67
- Maschinen und Anlagen	0	0	72
- Fahrzeuge	0	0	0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	460	225	116
Summe 1.:	540	305	272
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Gebäude	0	0	0
- Maschinen und Anlagen	0	0	0
- Fahrzeuge	0	0	0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	134	304	245
Summe 2.:	134	304	245
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	0	0	0
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	0	0	0
- Mieten	24	21	12
- Deckungsmittel auf Folgejahr			
• Fördermittel	17	12	85
• Abschreibungen	162	157	132
- Ablieferung an den Landeshaushalt	0	0	0
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	0	0	0
Summe 3.:	203	190	229
4. Positiver Überleitungsbetrag:	0	0	0
Summe I.:	877	799	746
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	0	0	0
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	0	0	0
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	0	0	0
• Fördermittel	75	22	34
• Abschreibungen	157	132	51
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	0	0	0
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• Fördermittel nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 KHG	0	0	0
• Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG	580	580	580
- Abschreibungen	65	65	81
- Überschussverwendung	0	0	0
Summe 1.:	877	799	746
2. Negativer Überleitungsbetrag:	0	0	0
Summe II.:	877	799	746

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPl) sind.

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Göttingen

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:	1.949	1.943	1.945
Summe 1.:	1.949	1.943	1.945
2. Umsatzerlöse:			
- Erlöse aus Krankenhausleistungen	27.285	32.172	33.266
- Erlöse aus Wahlleistungen	0	0	0
- Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	770	754	816
- Nutzungsentgelt der Ärzte	42	35	43
Summe 2.:	28.097	32.961	34.125
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	0	0	0
Summe 3.:	0	0	0
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	15	15	58
Summe 4.:	15	15	58
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Rückvergütungen, Vergütungen, Sachbezüge	113	113	110
- Sonstige ordentliche Erträge	550	550	728
- Erträge aus dem Abgang v. Gegenständen d. Anlagevermögens	0	0	0
- Übrige Erträge	20	20	1.560
Summe 5.:	683	683	2.398
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:			
- Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	3	3
Summe 6.:	3	3	3
Summe I.:	30.747	35.605	38.529
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.906	2.049	2.012
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.146	1.324	1.561
Summe 1.:	3.052	3.373	3.573
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	681	729	681
- Vergütungen der Angestellten	15.832	19.006	17.912
- Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	1.471	1.516	1.471
- Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	50	50	50
Summe 2.1.:	18.034	21.301	20.114
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	3.260	4.016	3.681
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	316	329	316
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	238	255	276
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	1.423	1.690	1.597
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	136	138	136
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	0	0	0
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	0	0	0
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	39	29	38
- Beihilfen für Angestellte	1	6	1
- Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	1	1	1
- Unterstützungen	0	0	0
- Fürsorgeleistungen	0	0	0
- Nicht zurechenbare Personalkosten	82	109	95
Summe 2.2.:	5.496	6.573	6.141
Summe 2.:	23.530	27.874	26.255

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Göttingen

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
3. Abschreibungen:			
- Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	0	0	0
- Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	65	65	680
Summe 3.:	65	65	680
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
- Mieten und Überlassungsentgelte	1.925	1.918	1.909
- Unterhaltung von Gebäuden	420	580	749
- Unterhaltung von Anlagen	153	153	421
- Energie	707	764	763
- Wasser	221	231	215
- Bewirtschaftungskosten	0	0	0
- Unterhaltung von Kfz	7	7	21
- Abgaben	47	47	66
Summe 4.1.:	3.480	3.700	4.144
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Geschäftsbedarf, Büromaterial	25	25	55
- Post und Fernmeldegebüren	45	45	87
- Versicherungen	48	48	88
- Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
- Anwalts- und Gerichtskosten	20	20	30
- Zentrale Dienstleistungen	100	100	72
- sonst. Verwaltungsbedarf	98	118	242
Summe 4.2.:	336	356	574
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Reisekosten	16	16	27
- Fahrgelder	0	0	0
- Aus- und Fortbildung	86	86	117
- Personalbeschaffungskosten	3	3	1
- Sonstige	0	0	0
Summe 4.3.:	105	105	145
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	0	0
- Schadensersatzleistungen	0	0	0
- Abschreibungen auf Forderungen	8	8	12
- Periodenfremde Aufwendungen	65	65	52
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	165	118	937
Summe 4.4.:	238	191	1.001
Summe 4.:	4.159	4.352	5.864
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	0	0	0
Summe 5.:	0	0	0
Summe II.:	30.806	35.664	36.372
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	-59	-59	2.157
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge			
- Taschengeld etc.	92	92	1
Summe 1.:	92	92	1
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
- Taschengeld etc.	30	30	1
Summe 2.:	30	30	1
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)	62	62	0
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer	0	0	0
- Gewerbesteuer	0	0	0
- Kapitalertragssteuer	0	0	0
Summe 1.:	0	0	0
2. Sonstige Steuern:			
- Kraftfahrzeugsteuer	1	1	1
- Grundsteuer	2	2	1
Summe 2.:	3	3	2
Summe VI.:	3	3	2
VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)	0	0	2.155

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplanes des Landeskrankenhauses Göttingen für das Geschäftsjahr 2007

A. Finanzplan

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall:

1. **Kurzfristige Anlagegüter**

Klimagerät	40.000 EUR
Personennotrufanlage	300.000 EUR

2. **Kleine bauliche Maßnahmen**

Einbau von Sanitärzellen	80.000 EUR

B. Erfolgsplan

I. Erträge

1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke.

Erstattung Überlassungsentgelte	1.923.543 EUR
Erstattung für Kindertagesstätte	25.000 EUR
Summe Zuführung aus dem Landeshaushalt für lfd. Zwecke	1.948.543 EUR
rd.	1.949.000 EUR

2. **Umsatzerlöse**
Erlöse aus Krankenhausleistungen

KHG-Bereich

Basispflegesatz vollstationär				
105.120 Berechnungstage	x	54,10 EUR	=	5.686.992 EUR
Basispflegesatz teilstationär				
9.000 Berechnungstage	x	31,60 EUR	=	284.400 EUR
Abteilungspflegesatz Psych. vollst.				
105.120 Berechnungstage	x	140.90 EUR	=	14.811.408 EUR
Abteilungspflegesatz Psych. teilst.				
9.000 Berechnungstage	x	68,70 EUR	=	618.300 EUR
Erlös aus Ausbildungsstättenzuschlag				735.840 EUR
Summe Budgetbereich				22.136.940 EUR

Forensik

Aufnahme Regelvollzug			
22.995 Berechnungstage	x	186,00 EUR	4.277.070 EUR
Offener Maßregelvollzug			
2.555 Berechnungstage	x	186,00 EUR	475.230 EUR
Erlöse offener Maßregelvollzug (Probewohnen WfB u.a.)			175.000 EUR
Allgemeinpsychiatrische Behandlung gem. § 63 StGB			
1.095 Berechnungstage	x	202,00 EUR	221.190 EUR
Summe Forensik			5.148.490 EUR

Summe Erlöse aus Krankenhausleistungen	27.285.430 EUR
rd.	27.285.000 EUR

Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses

3.050 Psychiatrie-Fälle	x	252,66 EUR	=	770.613 EUR
Summe Erlöse aus ambulanten Leistungen				770.613 EUR
rd.				770.000 EUR

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplanes des Landeskrankenhauses Göttingen für das Geschäftsjahr 2007

Nutzungsentgelte der Ärzte

ambulanter Bereich	38.000 EUR
Gutachtertätigkeit	4.000 EUR
Nutzungsentgelt der Ärzte	42.000 EUR

II. Aufwendungen

1. Materialaufwand

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2006 abgeleitet worden.
Belegungsabhängige Veränderungen (Verlagerung von 32 Betten an das LKH Moringen) wurden berücksichtigt.

2. Personalaufwand

Das Ist-Ergebnis 2005 ist auf das Geschäftsjahr 2007 hochgerechnet worden.
Belegungsabhängige Veränderungen (Verlagerung von 32 Betten an das LKH Moringen) wurden berücksichtigt.

3. Abschreibungen

Veranschlagt sind Abschreibungen für den nicht geförderten Bereich.

4. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2006 abgeleitet worden.
Belegungsabhängige Veränderungen (Verlagerung von 32 Betten an das LKH Moringen) wurden berücksichtigt.

Anlage 2

05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit zu Kapitel 05 21

Anlage zu den Erläuterungen zu B.II.2 des Wirtschaftsplaness 2007 des Landeskrankenhauses Göttingen

(Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiter)

Verg.-Gr.:	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Angestellte[10)]	
I a	2	2		
I b[4)]	20	20		
II a	28	27		
IV a	5	5		
IV b	20	19		
V b	3	3		
V c[7)]	45	43		
VI b	7	8		
VII	7	5		
VIII	6	6		
IX b - VII	8	7		
Sonderver-				
gütungen*)	4	4		
Kr. VIII	3	3		
Kr. VII	12	14		
Kr. VI[5)]	19	19		
Kr. V[1)2)8)]	232	263		
	421	448	Zusammen	
			Leerstellen 6):	
			Angestellte	
I b	-	2		
II a	3	2		
IV b	1	2		
V c	3	3		
VII	1	1		
Kr. VI	2	-		
Kr. V	12	14		
	22	24	Zusammen	

*) 4 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes
- TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22.03.1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

1) 10 % der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden.

2) Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflegedienst nach Verg.Gr. Kr. V oder einer niedigeren Verg.Gr. zusätzlich beschäftigt werden.

4) 2 Stellen kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.

5) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

6) 22 (24) kw

7) 1 Stelleninhaber ist für die Dauer seiner Tätigkeit als Sporttherapeut und Sportpädagoge übertariflich in die Verg.Gr. V b BAT eingruppiert.

8) 5 % der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden.

10) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen auf denen Beschäftigmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v.H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer telle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.

Erläuterungen zu den Angestellten

Zugang	Stellen	
Verg.-Gr. I b	2	Ärztlicher Dienst
Verg.-Gr. IIa	1	Ärztlicher Dienst
Verg.-Gr. IV b	1	Sozialdienst
Verg.-Gr. V c	2	Ergotherapie
Verg.-Gr. VII	2	Arzthelfer/-innen
Zusammen	8	

Stellenumsetzungen		
Verg.-Gr. I b	2 Stellen	Verlagerung zum LKH Moringen
Verg.-Gr. II a	2 Stellen	Verlagerung vom LKH Lüneburg
Verg.-Gr. II a	2 Stellen	Verlagerung zum LKH Moringen
Verg.-Gr. IV b	1 Stelle	Verlagerung zum LKH Moringen
Verg-.Gr. IV b	1 Stelle	Verlagerung vom LKH Wunstorf
Verg.-Gr. V c	3 Stellen	Verlagerung vom LKH Wunstorf
Verg.-Gr. V c	3 Stellen	Verlagerung zum LKH Moringen
Verg.-Gr. VI b	1 Stelle	Verlagerung zum LKH Moringen
Verg.-Gr. IX b-VII	1 Stelle	Verlagerung vom LKH Lüneburg
Verg.-Gr. Kr. VII	2 Stellen	Verlagerung zum LKH Moringen
Verg.-Gr. Kr. V	31 Stellen	Verlagerung zum LKH Moringen

Anlage 2

05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit zu Kapitel 05 21

Anlage zu den Erläuterungen zu B.II.2 des Wirtschaftsplaness 2007 des Landeskrankenhauses Göttingen

(Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiter)

Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Arbeiter/-innen [2]	[2] Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestsimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte , die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v.H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
6	3	3		
5	18	18		
4	3	5		
3	16	17		
2a	6	6		
2	11	11		
	57	60	Zusammen	

Erläuterungen zu den Arbeitern

Stellenumsetzungen

Lohngruppe 4	2 Stellen	Verlagerung zum LKH Moringen
Lohngruppe 3	1 Stelle	Verlagerung zum LKH Moringen

Auszubildende

	2007	2006
Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	80	80
Auszubildende im Verwaltungsdienst	2	2
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	11	11
	93	93

Anlage 3
(zu Kapitel 05 21)

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Hildesheim
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)
für das Geschäftsjahr 2007

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der Betriebsanweisung für die als Landesbetrieb geführten Landeskrankenhäuser im Geschäftsbereich des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit.

05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit **Anlage 3**

zu Kapitel 05 21

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Hildesheim

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Bebaute Grundstücke	0	0	0
- Unbebaute Grundstücke	0	0	0
- Gebäude	80	100	51
- Maschinen und Anlagen	180	50	165
- Fahrzeuge	0	0	42
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	175	250	98
Summe 1.:	435	400	356
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Gebäude	0	0	0
- Maschinen und Anlagen	0	0	0
- Fahrzeuge	0	0	0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	420	429	268
Summe 2.:	420	429	268
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	0	0	0
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	0	0	0
- Mieten	45	45	34
- Deckungsmittel auf Folgejahr			
• Fördermittel	8	10	311
• Abschreibungen	0	0	0
- Ablieferung an den Landeshaushalt	0	0	0
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	0	0	0
Summe 3.:	53	55	345
4. Positiver Überleitungsbetrag:	0	0	0
Summe I.:	908	884	969
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	0	0	0
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	0	0	0
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	0	0	0
• Fördermittel	181	140	235
• Abschreibungen	0	0	0
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	0	0	0
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• Fördermittel nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 KHG	0	0	0
• Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG	652	659	659
- Abschreibungen	75	85	75
- Überschussverwendung	0	0	0
Summe 1.:	908	884	969
2. Negativer Überleitungsbetrag:	0	0	0
Summe II.:	908	884	969

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPl) sind.

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Hildesheim

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:	1.471	1.476	1.650
Summe 1.:	1.471	1.476	1.650
2. Umsatzerlöse:			
- Erlöse aus Krankenhausleistungen	35.440	36.699	37.121
- Erlöse aus Wahlleistungen	5	21	20
- Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	2.020	1.601	1.703
- Nutzungsentgelt der Ärzte	20	25	19
Summe 2.:	37.485	38.346	38.863
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	0	0	0
Summe 3.:	0	0	0
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	0	0	0
Summe 4.:	0	0	0
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Rückvergütungen, Vergütungen, Sachbezüge	230	230	219
- Sonstige ordentliche Erträge	210	210	203
- Erträge aus dem Abgang v. Gegenständen d. Anlagevermögens	0	0	0
- Übrige Erträge	160	160	528
Summe 5.:	600	600	950
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:			
- Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	8	5
Summe 6.:	0	8	5
Summe I.:	39.556	40.430	41.468
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.770	1.770	1.713
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.600	1.600	1.494
Summe 1.:	3.370	3.370	3.207
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	328	321	365
- Vergütungen der Angestellten	22.214	22.911	21.985
- Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	1.511	1.597	1.511
- Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	25	13	25
Summe 2.1.:	24.078	24.842	23.886
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	4.548	4.738	4.500
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	319	341	319
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	115	112	241
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	1.938	1.999	1.925
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	139	147	139
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	0	0	0
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	0	0	0
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	19	31	18
- Beihilfen für Angestellte	2	3	2
- Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	0	0	0
- Unterstützungen	0	0	0
- Fürsorgeleistungen	0	0	0
- Nicht zurechenbare Personalkosten	729	533	729
Summe 2.2.:	7.809	7.904	7.873
Summe 2.:	31.887	32.746	31.759

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Hildesheim

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
3. Abschreibungen:			
- Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	0	0	0
- Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	75	85	75
Summe 3.:	75	85	75
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
- Mieten und Überlassungsentgelte	1.471	1.476	1.475
- Unterhaltung von Gebäuden	471	471	1.920
- Unterhaltung von Anlagen	250	250	428
- Energie	600	600	654
- Wasser	240	240	213
- Bewirtschaftungskosten	0	0	0
- Unterhaltung von Kfz	14	14	15
- Abgaben	40	40	43
Summe 4.1.:	3.086	3.091	4.748
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Geschäftsbedarf, Büromaterial	113	113	103
- Post und Fernmeldegebüren	64	64	59
- Versicherungen	80	80	96
- Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
- Anwalts- und Gerichtskosten	57	57	32
- Zentrale Dienstleistungen	166	166	142
- sonst. Verwaltungsbedarf	183	183	217
Summe 4.2.:	663	663	649
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Reisekosten	18	18	34
- Fahrgelder	0	0	0
- Aus- und Fortbildung	122	122	200
- Personalbeschaffungskosten	27	27	15
- Sonstige	0	0	0
Summe 4.3.:	167	167	249
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	0	0
- Schadensersatzleistungen	0	0	0
- Abschreibungen auf Forderungen	0	0	85
- Periodenfremde Aufwendungen	0	0	57
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	292	292	427
Summe 4.4.:	292	292	569
Summe 4.:	4.208	4.213	6.215
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	0	0	0
Summe 5.:	0	0	0
Summe II.:	39.540	40.414	41.256
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	16	16	212
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge			
- Taschengeld etc.	0	0	0
Summe 1.:	0	0	0
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
- Taschengeld etc.	0	0	0
Summe 2.:	0	0	0
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer	0	0	0
- Gewerbesteuer	0	0	0
- Kapitalertragssteuer	0	0	0
Summe 1.:	0	0	0
2. Sonstige Steuern:			

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Hildesheim

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
- Kraftfahrzeugsteuer	3	3	3
- Grundsteuer	13	13	10
Summe 2.:	16	16	13
Summe VI.:	16	16	13
VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)	0	0	199

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplanes des Landeskrankenhauses Hildesheim für das Geschäftsjahr 2007

A. Finanzplan

Folgende Investitionen übersteigen 25.000 EUR im Einzelfall:

1 Bandspülmaschine	65.000 EUR

B. Erfolgsplan

I. **Erträge**

1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke

Erstattung Überlassungsentgelte	1.471.000 EUR

2. **Umsatzerlöse**

Erlöse aus Krankenhausleistungen

KHG-Bereich

Basispflegesatz vollstationär					
109.719	Berechnungstage	x	65,58 EUR	=	7.195.372 EUR
Basispflegesatz teilstationär					
15.975	Berechnungstage	x	57,65 EUR	=	920.959 EUR
Abteilungspflegesatz Psych. vollst.					
86.067	Berechnungstage	x	151,46 EUR	=	13.035.708 EUR
Abteilungspflegesatz Psych. teilst.					
12.825	Berechnungstage	x	87,56 EUR	=	1.122.957 EUR
Abteilungspflegesatz KJP vollst.					
23.652	Berechnungstage	x	255,50 EUR	=	6.043.086 EUR
Abteilungspflegesatz KJP teilst.					
3.150	Berechnungstage	x	146,03 EUR	=	459.995 EUR
Erlöse Ausbildungsstätten					824.044 EUR
Summe Budgetbereich					29.602.121 EUR

Forensik

Regelbehandlung nach § 63 StGB					
22.265	Berechnungstage	x	186,00 EUR	=	4.141.290 EUR
Regelbehandlung nach § 64 StGB wegen Betäubungsmittelabhängigkeit					
7.300	Berechnungstage	x	186,00 EUR	=	1.367.800 EUR
Sonstige forensische Unterbringung Allg. Psych.					
1.460	Berechnungstage	x	186.00 EUR	=	271.560 EUR
Sonstige forensische Untersuchung KJP					
365	Berechnungstage	x	186,00 EUR	=	67.890 EUR
Summe Forensik					5.838.540 EUR
Summe Erlöse aus Krankenhausleistungen					35.440.661 EUR
rd.					35.440.000 EUR

Erlöse aus Wahlleistungen

Zuschlag für 1-Bettzimmer					
320	Berechnungstage	je	16,00 EUR	=	5.120 EUR
Summe Erlöse aus Wahlleistungen				rd.	5.000 EUR

Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses

4.500	Psychiatrie-Fälle	x	259,00 EUR	=	1.165.500 EUR
2.100	Kinder- u. Jugend-psychiatrie-Fälle	x	347,00 EUR	=	728.700 EUR
sonstige Erlöse – ambulante Therapie					125.800 EUR
Summe Erlöse aus ambulanten Leistungen					2.020.000 EUR

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplanes des Landeskrankenhauses Hildesheim für das Geschäftsjahr 2007

Nutzungsentgelte der Ärzte

stationärer Bereich	15.000 EUR
Gutachtertätigkeit	5.000 EUR
Summe Nutzungsentgelt der Ärzte	20.000 EUR

II. Aufwendungen

1. Materialaufwand

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2006 abgeleitet worden.
Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

2. Personalaufwand

Das Ist-Ergebnis 2005 ist auf das Geschäftsjahr 2007 hochgerechnet worden.
Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

In den Lohnen für Arbeiter/Arbeiterinnen sind 110.000 EUR für 6 ständige, nicht vollzeitbeschäftigte Kräfte veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beschäftigt.

3. Abschreibungen

Veranschlagt sind Abschreibungen für den nicht geförderten Bereich.

4. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2006 abgeleitet worden.
Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

Anlage zu den Erläuterungen zu B.II.2 des Wirtschaftsplans 2007 des Landeskrankenhauses Hildesheim
(Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiter)

Verg.-Gr.:	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Angestellte 7)	
I	1	1		
I a 4)	1	1		
I b	22	18		
II a	39	38		
IV a	2	2		
IV b	29	28		
V b 1)	11	13		
V c	71	69		
VI b	8	8		
VII	19	19		
VIII	11	11		
IX b-VII	12	12		
Sondervergütungen *)	4	4		
Kr. IX	1	1		
Kr. VIII	2	2		
Kr. VII	19	19		
Kr. VI	40	39		
Kr. V 2)3)5)	287	272		
	579	557	Zusmmen	

1) 1 (1) Stelle im Sozial- und Erziehungsdienst ku nach Verg.-Gr. V c nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.

2) 10 % der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden.

3) Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflegedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden.

5) 5 % der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden.

7) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v.H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.

*) Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes
- TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22.3.1991(Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Erläuterungen zu den Angestellten

Zugang	Stellen		Stellenumsetzungen		
Verg. - Gr. I b	2	Ärztlicher Dienst	Verg.-Gr. I b	2 Stellen	Verlagerung vom LKH Lüenburg (1)
Verg. - Gr. IV b	1	Sozialdienst			und vom LKH Osnabrück (1)
Verg.-Gr. Kr. VI	1	Krankenpflegedienst	Verg.-Gr. II a	1 Stelle	Verlagerung vom LKH Wunstorf
Zusammen	4		Verg.-Gr. V b	2 Stellen	Verlagerung zum LKH Moringen
			Verg.-Gr. V c	2 Stellen	Verlagerung vom LKH Königslutter
			Verg.-Gr. Kr. V	15 Stellen	Verlagerung vom LKH Lüneburg

Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Arbeiter/-innen 1)	
6	13	11		
5	9	9		
4	8	8		
3	15	15		
2 a	11	11		
2	14	14		
1	3	3		
	73	71	Zusammen	

1) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf deren Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v.H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.

Erläuterungen zu den Arbeitern/Arbeiterinnen

	Auszubildende 2007	2006	Stellenumsetzungen		
Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	80	80	Lohn-Gr. 6	2 Stellen	Verlagerung vom LKH Wehnen
Auszubildende im Verwaltungsdienst	1	1			
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	8	8			
Zusammen	89	89			

Anlage 4
(zu Kapitel 05 21)

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Königslutter
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)
für das Geschäftsjahr 2007

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der Betriebsanweisung für die als Landesbetrieb geführten Landeskrankenhäuser im Geschäftsbereich des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit.

05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit **Anlage 4**

zu Kapitel 05 21

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Königslutter

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Bebaute Grundstücke	0	0	0
- Unbebaute Grundstücke	0	0	0
- Gebäude	610	610	570
- Maschinen und Anlagen	0	0	0
- Fahrzeuge	0	80	0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	100	120	85
Summe 1.:	710	810	655
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Gebäude	0	0	0
- Maschinen und Anlagen	0	0	0
- Fahrzeuge	0	0	0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	832	787	774
Summe 2.:	832	787	774
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	0	0	0
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	0	0	0
- Mieten	53	53	43
- Deckungsmittel auf Folgejahr			
• Fördermittel	0	0	47
• Abschreibungen	1	1	0
- Ablieferung an den Landeshaushalt	0	0	0
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	0	0	0
Summe 3.:	54	54	90
4. Positiver Überleitungsbetrag:	0	0	0
Summe I.:	1.596	1.651	1.519
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	0	0	0
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	0	0	0
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	0	0	0
• Fördermittel	-158	205	206
• Abschreibungen	1	1	0
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	0	0	0
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• Fördermittel nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 KHG	53	53	43
• Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG	822	822	859
- Abschreibungen	170	170	170
- Überschussverwendung	708	400	241
Summe 1.:	1.596	1.651	1.519
2. Negativer Überleitungsbetrag:	0	0	0
Summe II.:	1.596	1.651	1.519

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPl) sind.

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Königslutter

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:	1.785	1.785	1.785
Summe 1.:	1.785	1.785	1.785
2. Umsatzerlöse:			
- Erlöse aus Krankenhausleistungen	46.286	46.566	45.072
- Erlöse aus Wahlleistungen	0	0	0
- Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	0	0	0
- Nutzungsentgelt der Ärzte	165	165	157
Summe 2.:	46.451	46.731	45.229
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	0	0	0
Summe 3.:	0	0	0
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	0	0	0
Summe 4.:	0	0	0
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Rückvergütungen, Vergütungen, Sachbezüge	315	315	310
- Sonstige ordentliche Erträge	490	490	483
- Erträge aus dem Abgang v. Gegenständen d. Anlagevermögens	0	0	0
- Übrige Erträge	0	0	0
Summe 5.:	805	805	793
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:			
- Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Summe 6.:	0	0	0
Summe I.:	49.041	49.321	47.807
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.767	2.767	2.721
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.363	1.363	1.340
Summe 1.:	4.130	4.130	4.061
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	1.281	1.585	1.498
- Vergütungen der Angestellten	23.560	23.677	22.895
- Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	3.339	3.321	3.436
- Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	0	85	90
Summe 2.1.:	28.180	28.668	27.919
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	5.036	4.985	4.779
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	741	721	732
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	449	555	403
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	1.933	2.048	1.998
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	269	297	300
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	0	0	0
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	0	0	0
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	109	106	106
- Beihilfen für Angestellte	5	4	4
- Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	3	3	3
- Unterstützungen	0	0	0
- Fürsorgeleistungen	0	0	0
- Nicht zurechenbare Personalkosten	82	0	148
Summe 2.2.:	8.627	8.719	8.473
Summe 2.:	36.807	37.387	36.392

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Königslutter

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
3. Abschreibungen:			
- Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	0	0	0
- Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	170	170	170
Summe 3.:	170	170	170
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
- Mieten und Überlassungsentgelte	1.769	1.769	1.769
- Unterhaltung von Gebäuden	1.526	1.526	1.500
- Unterhaltung von Anlagen	1.032	1.032	1.015
- Energie	822	822	747
- Wasser	277	277	273
- Bewirtschaftungskosten	0	0	0
- Unterhaltung von Kfz	32	32	31
- Abgaben	128	128	126
Summe 4.1.:	5.586	5.586	5.461
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Geschäftsbedarf, Büromaterial	205	205	205
- Post und Fernmeldegebüren	121	121	121
- Versicherungen	140	140	140
- Öffentlichkeitsarbeit	23	23	23
- Anwalts- und Gerichtskosten	40	40	40
- Zentrale Dienstleistungen	477	477	477
- sonst. Verwaltungsbedarf	120	120	120
Summe 4.2.:	1.126	1.126	1.126
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Reisekosten	20	20	20
- Fahrgelder	0	0	0
- Aus- und Fortbildung	342	342	342
- Personalbeschaffungskosten	18	18	18
- Sonstige	0	0	0
Summe 4.3.:	380	380	380
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	0	0
- Schadensersatzleistungen	0	0	0
- Abschreibungen auf Forderungen	27	27	26
- Periodenfremde Aufwendungen	104	104	102
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	703	403	81
Summe 4.4.:	834	534	209
Summe 4.:	7.926	7.626	7.176
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	0	0	0
Summe 5.:	0	0	0
Summe II.:	49.033	49.313	47.799
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	8	8	8
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge			
- Taschengeld etc.	30	30	30
Summe 1.:	30	30	30
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
- Taschengeld etc.	30	30	30
Summe 2.:	30	30	30
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer	0	0	0
- Gewerbesteuer	0	0	0
- Kapitalertragssteuer	0	0	0
Summe 1.:	0	0	0
2. Sonstige Steuern:			

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Königslutter

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
- Kraftfahrzeugsteuer	5	5	5
- Grundsteuer	3	3	3
Summe 2.:	8	8	8
Summe VI.:	8	8	8
VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)	0	0	0

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplanes des Landeskrankenhauses Königslutter für das Geschäftsjahr 2007

A. Finanzplan

Folgende Investitionen übersteigen 25.000 im Einzelfall:

- Gebäude	
Raumlufttechnik Klink A (Stufe 3)	370.000 EUR
Ver- und Entsorgungsleitungen Klinik A (Stufe 3)	240.000 EUR
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	
DV-Vernetzung von Stationen, letzte Ausbaustufe (Einzelhäuser)	100.000 EUR

B. Erfolgsplan

I. **Erträge**

1. **Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke**

Erstattung Überlassungsentgelte	1.769.000 EUR
Erstattung für Kindertagesstätte	16.000 EUR
Summe Zuführung aus dem Landeshaushalt für lfd. Zwecke	1.785.000 EUR

2. **Umsatzerlöse**
Erlöse aus Krankenhausleistungen

KHG-Bereich

Basispflegesatz vollstationär				
154.395 Berechnungstage	x	72,36 EUR	=	11.172.022 EUR
Basispflegesatz teilstationär				
9.000 Berechnungstage	x	65,13 EUR	=	586.170 EUR
Abteilungspflegesatz Psych. vollst.				
141.255 Berechnungstage	x	160,30 EUR	=	22.643.177 EUR
Abteilungspflegesatz Psych. teilst.				
7.875 Berechnungstage	x	122,12 EUR	=	961.695 EUR
Abteilungspflegesatz KJP vollst.				
13.140 Berechnungstage	x	285,22 EUR	=	3.747.791 EUR
Abteilungspflegesatz KJP teilst.				
1.125 Berechnungstage	x	236,29 EUR	=	265.826 EUR
Erlöse Ausbildungsstätten				750.000 EUR
Summe Budgetbereich				40.126.681 EUR

Forensik

Regelbehandlung nach § 63 StGB				
23.725 Berechnungstage	x	186,00 EUR	=	4.412.850 EUR
Regelbehandlung nach § 64 StGB wg. Sonstiger Suchtstofferkrankungen				
5.475 Berechnungstage	x	186,00 EUR	=	1.018.350 EUR
Sonstige forensische Unterbringung Regel				
2.190 Berechnungstage	x	186.00 EUR	=	407.340 EUR
Erlöse offener Maßregelvollzug				321.000 EUR
Summe Forensik				6.159.540 EUR
Summe Erlöse aus Krankenhausleistungen				46.286.221 EUR
rd.				46.286.000 EUR

Nutzungsentgelte der Ärzte

stationärer Bereich	129.000 EUR
ambulanter Bereich	31.500 EUR
Gutachtertätigkeit	4.500 EUR
Summe Nutzungsentgelt der Ärzte	165.000 EUR

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplanes des Landeskrankenhauses Königslutter für das Geschäftsjahr 2007

II. Aufwendungen

1. Materialaufwand
Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2006 abgeleitet worden.
Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

2. Personalaufwand
Das Ist-Ergebnis 2005 ist auf das Geschäftsjahr 2007 hochgerechnet worden.
Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

3. Abschreibungen
Veranschlagt sind Abschreibungen für den nicht geförderten Bereich.

4. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2006 abgeleitet worden.
Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

05 Ministerium | Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit **Anlage 4**

zu Kapitel 05 21

Anlage zu den Erläuterungen zu B.II.2 des Wirtschaftsplaness 2007 des Landeskrankenhauses Königslutter (Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiter)

Verg.-Gr.:	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Angestellte [8]	[1] 1 (1) Stelle im Sozial- und Erziehungsdienst ku nach Verg.-Gr. V c nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.
I a5)	1	1		[2] - (1) Stelle kw; die Stelle darf nur mit einer Halbtagskraft besetzt werden.
I b	20	20		[3] 10 % der Stellen dürfen mit Beschäftigten der .Verg.Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden.
II a	49	49		[4] Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflegedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden.
III	1	1		[5] 1 Stellininhaber erhlät eine persönliche Zulage entsprechend dem Unterschiedsbetrag zwischen Verg.-Gr. I a BAT und Verg.-Gr. I BAT in Gestalt eines Festbetrages in der für den Monat Oktober 2006 betragsmäßig festgelegten Höhe.
IV a	4	4		[6] 5 % der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden.
IV b	23	23		8) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v.H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
V b[1]	11	11		
V c[2])	64	67		
VI b	9	9		
VII	3	3		
VIII	11	11		
IX b - VIII	14	14		
Sonderver-				
vergütungen*)	7	7		
Kr. VII	26	27		
Kr. VI	50	50		
Kr. V[3)4)6)]	254	243		
	547	540	Zusammen	

* 7 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes. TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt.) vom 22.03.1991 (Nds. MBl.S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Erläuterungen zu den Angestellten

Abgang

Verg.-Gr. V c 1 Stelle
Vollzug des HV Nr. 2

Stellenumsetzungen

Verg.-Gr. V c	2 Stellen	Verlagerung zum LKH Hildesheim
Verg.-Gr. Kr. VII	1 Stelle	Verlagerung zum LKH Moringen
Verg.-Gr. Kr. V	11 Stellen	Verlagerung vom LKH Wunstorf

Sonstige Verängerungen:
Vollzug des HV Nr. 2 "1 Stelle kw; die Stelle darf nur mit einer Halbtagskraft besetzt werden."

Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkung
			Arbeiter/-innen [1]	[1] Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf deren Beschäftigte , die sich im Rahmen geführt werden, zu 100 v.H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Einsparung ist aktenkundig zu machen.
8	3	3		
6	13	13		
5	6	6		
4	13	13		
3	7	7		
2 a	1	1		
2	42	42		
1	10	10		
	95	95	Zusammen	

Erläuterungen zu den Arbeitern/arbeiterinnen

		Auszubildende 2007	2006
Schülerinnen/Schüler, in der Krankenpflege		88	88
Auszubildende im Verwaltungsdienst		8	8
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen		24	24
und Sonstigen Dienst	Zusammen	120	120

Anlage 5
(zu Kapitel 05 21)

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Lüneburg
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)
für das Geschäftsjahr 2007

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der Betriebsanweisung für die als Landesbetrieb geführten Landeskrankenhäuser im Geschäftsbereich des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit.

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Lüneburg

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Bebaute Grundstücke	0	0	0
- Unbebaute Grundstücke	0	0	0
- Gebäude	0	0	0
- Maschinen und Anlagen	192	178	27
- Fahrzeuge	93	0	0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	232	375	31
Summe 1.:	517	553	58
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Gebäude	0	0	0
- Maschinen und Anlagen	175	40	156
- Fahrzeuge	0	0	0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	355	321	370
Summe 2.:	530	361	526
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	0	0	0
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	0	0	0
- Mieten	75	91	71
- Deckungsmittel auf Folgejahr			
• Fördermittel	0	53	380
• Abschreibungen	24	0	24
- Ablieferung an den Landeshaushalt	0	0	0
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	0	0	0
Summe 3.:	99	144	475
4. Positiver Überleitungsbetrag:	0	0	0
Summe I.:	1.146	1.058	1.059
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	0	0	0
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	0	0	0
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	0	0	0
• Fördermittel	167	266	266
• Abschreibungen	24	0	0
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	0	0	0
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• Fördermittel nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 KHG	49	66	49
• Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG	541	575	575
- Abschreibungen	151	151	150
- Überschussverwendung	214	0	19
Summe 1.:	1.146	1.058	1.059
2. Negativer Überleitungsbetrag:	0	0	0
Summe II.:	1.146	1.058	1.059

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPl) sind.

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Lüneburg

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:	2.821	3.114	3.108
Summe 1.:	2.821	3.114	3.108
2. Umsatzerlöse:			
- Erlöse aus Krankenhausleistungen	35.876	37.124	33.679
- Erlöse aus Heimbereichen	4.056	4.382	4.925
- Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	1.936	1.636	2.109
- Nutzungsentgelt der Ärzte	82	82	102
Summe 2.:	41.950	43.224	40.815
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	0	0	0
Summe 3.:	0	0	0
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	0	0	0
Summe 4.:	0	0	0
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Rückvergütungen, Vergütungen, Sachbezüge	300	300	84
- Sonstige ordentliche Erträge	200	200	139
- Erträge aus dem Abgang v. Gegenständen d. Anlagevermögens	0	0	0
- Übrige Erträge	40	40	116
Summe 5.:	540	540	339
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:			
- Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	6
Summe 6.:	0	0	6
Summe I.:	45.311	46.878	44.268
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.259	2.259	2.175
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.240	2.240	2.328
Summe 1.:	4.499	4.499	4.503
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	505	906	505
- Vergütungen der Angestellten	22.388	23.295	21.246
- Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	2.156	2.267	2.014
- Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	357	248	340
Summe 2.1.:	25.406	26.716	24.105
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	4.647	4.905	4.426
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	422	486	402
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	177	318	197
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	2.198	2.123	2.093
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	338	235	322
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	0	0	0
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	0	0	0
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	34	17	33
- Beihilfen für Angestellte	4	12	4
- Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	1	1	1
- Unterstützungen	0	0	0
- Fürsorgeleistungen	49	50	49
- Nicht zurechenbare Personalkosten	77	78	72
Summe 2.2.:	7.947	8.225	7.599
Summe 2.:	33.353	34.941	31.704

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Lüneburg

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
3. Abschreibungen:			
- Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	0	0	0
- Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	151	151	150
Summe 3.:	151	151	150
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
- Mieten und Überlassungsentgelte	2.875	3.162	3.169
- Unterhaltung von Gebäuden	1.654	1.654	1.543
- Unterhaltung von Anlagen	255	255	542
- Energie	908	908	860
- Wasser	193	193	131
- Bewirtschaftungskosten	0	0	0
- Unterhaltung von Kfz	10	10	9
- Abgaben	22	22	56
Summe 4.1.:	5.917	6.204	6.310
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Geschäftsbedarf, Büromaterial	72	72	121
- Post und Fernmeldegebüren	39	39	86
- Versicherungen	75	75	110
- Öffentlichkeitsarbeit	0	0	9
- Anwalts- und Gerichtskosten	18	18	43
- Zentrale Dienstleistungen	193	193	200
- sonst. Verwaltungsbedarf	100	100	197
Summe 4.2.:	497	497	766
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Reisekosten	23	23	31
- Fahrgelder	0	0	0
- Aus- und Fortbildung	121	121	163
- Personalbeschaffungskosten	28	28	49
- Sonstige	40	40	0
Summe 4.3.:	212	212	243
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	0	2
- Schadensersatzleistungen	70	70	1
- Abschreibungen auf Forderungen	100	100	120
- Periodenfremde Aufwendungen	70	70	62
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	437	129	382
Summe 4.4.:	677	369	567
Summe 4.:	7.303	7.282	7.886
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	0	0	0
Summe 5.:	0	0	0
Summe II.:	45.306	46.873	44.243
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	5	5	25
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge			
- Taschengeld etc.	0	0	0
Summe 1.:	0	0	0
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
- Taschengeld etc.	0	0	0
Summe 2.:	0	0	0
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer	0	0	0
- Gewerbesteuer	0	0	0
- Kapitalertragssteuer	0	0	0
Summe 1.:	0	0	0
2. Sonstige Steuern:			

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Lüneburg

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
- Kraftfahrzeugsteuer	5	5	6
- Grundsteuer	0	0	0
Summe 2.:	5	5	6
Summe VI.:	5	5	6
VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)	0	0	19

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplanes des Landeskrankenhauses Lüneburg für das Geschäftsjahr 2007

A. Finanzplan

Folgende Investitionen übersteigen 25.000 EUR im Einzelfall:

- Maschinen und Anlagen

1 E-Schlepper für Speisentransporte	38.000 EUR
1 Kleintraktor für den Winterdienst	55.000 EUR

B. Erfolgsplan

I. Erträge

1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke

Erstattung Überlassungsentgelte	2.820.006 EUR
Summe Zuführung aus dem Landeshaushalt für lfd. Zwecke	rd. 2.821.000 EUR

2. Umsatzerlöse
Erlöse aus Krankenhausleistungen

KHG-Bereich

Basispflegesatz vollstationär				
85.410 Berechnungstage	x	75,46 EUR	=	6.445.039 EUR
Basispflegesatz teilstationär				
17.100 Berechnungstage	x	67,82 EUR	=	1.159.722 EUR
Abteilungspflegesatz Psych. vollst.				
70.299 Berechnungstage	x	176,91 EUR	=	12.436.596 EUR
Abteilungspflegesatz Psych. teilst.				
14.400 Berechnungstage	x	105,77 EUR	=	1.523.088 EUR
Abteilungspflegesatz KJP vollst.				
15.111 Berechnungstage	x	287,55 EUR	=	4.345.168 EUR
Abteilungspflegesatz KJP teilst.				
2.700 Berechnungstage	x	171,95 EUR	=	464.265 EUR
Krankenpflegeschule				1.056.000 EUR
Summe Budgetbereich				27.429.878 EUR

Forensik

Regelbehandlung nach § 63 StGB				
32.850 Berechnungstage	x	186,00 EUR	=	6.110.100 EUR
Regelbehandlung nach § 64 StGB wegen Betäubungsmittelabhängigkeit				
7.300 Berechnungstage	x	186,00 EUR	=	1.357.800 EUR
Sonstige forensische Unterbringung				
1.460 Berechnungstage	x	186.00 EUR	=	271.560 EUR
1.460 Berechnungstage	x	252,37 EUR	=	368.460 EUR
365 Berechnungstage	x	363,01EUR	=	132.499 EUR
Offener Maßregelvollzug (Probewohnen, WfB u.ä.)				206.000 EUR
Summe Forensik				8.446.419 EUR
Summe Erlöse aus Krankenhausleistungen				35.876.297 EUR
rd.				35.876.000 EUR

Heimbereich

Pflegeheim Ebstorf				
26.280 Berechnungstage	x	75,00 EUR	=	1.971.000 EUR
Heilpädagogisches Zentrum				
17.411 Berechnungstage	x	119,80 EUR	=	2.085.838 EUR
Summe Erlöse aus Heimbereichen				4.056.838 EUR
rd.				4.056.000 EUR

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplanes des Landeskrankenhauses Lüneburg für das Geschäftsjahr 2007

Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses

5.500	Psychiatrie-Fälle	x	252,41 EUR =	1.388.255 EUR
1.600	Kinder- u. Jugend-psychiatrie-Fälle	x	337,91 EUR =	540.656 EUR
30	Forensik-Fälle	x	252,41 EUR =	7.572 EUR
Summe Erlöse aus ambulanten Leistungen				1.936.483 EUR
	rd.			1.936.000 EUR

Nutzungsentgelte der Ärzte

stationärer Bereich	35.000 EUR
ambulanter Bereich	40.000 EUR
Gutachtertätigkeit	7.000 EUR
Summe Nutzungsentgelt der Ärzte	82.000 EUR

II. Aufwendungen

1. Materialaufwand

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2006 abgeleitet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

2. Personalaufwand

Das Ist-Ergebnis 2005 ist auf das Geschäftsjahr 2007 hochgerechnet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

3. Abschreibungen

Veranschlagt sind Abschreibungen für den nicht geförderten Bereich.

4. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2006 abgeleitet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

Anlage zu den Erläuterungen zu B.II.2 des Wirtschaftsplans 2007 des Landeskrankenhauses Lüneburg
(Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiter)

Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Angestellte [10]	
Ia 4)	1	1		[1] 1 (1) Stellen ku nach Verg.-Gr. VII mit dem Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.
I b	15	16		[2] 4 (4) Stellen im Sozial- und Erziehungsdienst ku nach Verg.-Gr. V c nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.
II a	40	43		[3] 10 % der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden.
IV a	1	1		[4] 1 Stelleninhaber erhält eine persönliche Zulage entsprechend dem Unterschiedsbetrag zwischen Verg.-Gr. I a BAT und Verg.-Gr. I BAT in Gestalt eines Festbetrages in der für den Monat Oktober 2006 betragsmäßig festgelegten Höhe.
IV b	24	24		[5] Für je 7 fehlende Schüler-/innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflegedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden.
V b[2])	6	6		[7] 35 (39) kw.
V c	58	60		[8] 5 % der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden.
VI b[1]	10	11		[10] Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v.H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingspart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
VII	12	12		
VIII	8	8		
IX b - VII	10	14		
Sonderver-gütungen *)	7	7		
Kr. VII	9	9		
Kr. VI	45	45		
Kr. V3)5)8)	306	337		
	552	594	Zusammen	
			Leerstellen[7]:	
I b	-	3		
II a	6	7		
IV b	6	4		
V c	4	6		
VI b	2	1		
VII	1	-		
Kr. VI	1	1		
Kr. VI	15	17		
	35	39	Zusammen	

*) 7 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. Für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes
- TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22.03.1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Erläuterungen zu den Angestellten

Stellenumsetzungen:

Verg.-Gr. I b	1 Stelle	Verlagerung zum LKH Hildesheim
Verg.-Gr. II a	3 Stellen	Verlagerung zum LKH Göttingen (2) und zum LKH Moringen (1)
Verg.-Gr. V c	2 Stellen	Verlagerung zum LKH Brauel
Verg.-Gr. VI b	1 Stelle	Verlagerung zum LKH Brauel
Verg.-Gr. IX b - VII	4 Stellen	Verlagerung vom LKH Göttingen (1), zum LKH Morigen (1) und zum LKH Wehnen (2)
Verg.-Gr. Kr. V	31 Stellen	Verlagerung zum LKH Brauel (2), zum LKH Hildesheim (15) und zum LKH Moringen (14)

Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Arbeiter/-innen [1]	[1] Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v.H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
6	8	8		
5	14	14		
4	18	18		
3	5	5		
2 a	15	15		
2	25	25		
1	8	8		
	93	93	Zusammen	

Anlage 5
zu Kapitel 05 21

Anlage zu den Erläuterungen zu B.II.2 des Wirtschaftsplans 2007 des Landeskrankenhauses Lüneburg
(Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiter)

	Auszubildende	
	2007	2006
Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	104	104
Auszubildende im Verwaltungsdienst	1	1
Auszubildende im Hauswirtschaftl. und Sonstigen Dienst	9	9
Zusammen	114	114

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Moringen
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)
für das Geschäftsjahr 2007

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der Betriebsanweisung für die als Landesbetrieb geführten Landeskrankenhäuser im Geschäftsbereich des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit.

05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit **Anlage 6**

zu Kapitel 05 21

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Moringen

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Bebaute Grundstücke	0	0	0
- Unbebaute Grundstücke	0	0	0
- Gebäude	0	0	0
- Maschinen und Anlagen	0	0	0
- Fahrzeuge	30	0	25
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	90	150	0
Summe 1.:	120	150	25
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Gebäude	0	0	0
- Maschinen und Anlagen	0	0	0
- Fahrzeuge	0	0	0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	265	260	203
Summe 2.:	265	260	203
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	0	0	0
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	0	0	0
- Mieten	0	0	0
- Deckungsmittel auf Folgejahr			
• Fördermittel	0	0	0
• Abschreibungen	853	300	688
- Ablieferung an den Landeshaushalt	0	0	0
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	0	0	0
Summe 3.:	853	300	688
4. Positiver Überleitungsbetrag:	0	0	0
Summe I.:	1.238	710	916
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	0	0	0
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	0	0	0
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	0	0	0
• Fördermittel	0	0	0
• Abschreibungen	758	230	436
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	0	0	0
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• Fördermittel nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 KHG	0	0	0
• Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG	0	0	0
- Abschreibungen	480	480	480
- Überschussverwendung	0	0	0
Summe 1.:	1.238	710	916
2. Negativer Überleitungsbetrag:	0	0	0
Summe II.:	1.238	710	916

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPl) sind.

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Moringen

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:	872	872	872
Summe 1.:	872	872	872
2. Umsatzerlöse:			
- Erlöse aus Krankenhausleistungen	31.838	27.094	27.722
- Erlöse aus Wahlleistungen	0	0	0
- Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	262	262	0
- Nutzungsentgelt der Ärzte	0	0	0
Summe 2.:	32.100	27.356	27.722
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	0	0	0
Summe 3.:	0	0	0
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	10	28	3
Summe 4.:	10	28	3
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Rückvergütungen, Vergütungen, Sachbezüge	78	78	91
- Sonstige ordentliche Erträge	109	100	61
- Erträge aus dem Abgang v. Gegenständen d. Anlagevermögens	0	0	0
- Übrige Erträge	216	216	305
Summe 5.:	403	394	457
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:			
- Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	1
Summe 6.:	1	1	1
Summe I.:	33.386	28.651	29.055
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.683	1.400	1.520
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	926	705	784
Summe 1.:	2.609	2.105	2.304
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	345	432	345
- Vergütungen der Angestellten	17.406	15.424	14.642
- Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	1.112	1.173	1.112
- Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	0	9	0
Summe 2.1.:	18.863	17.038	16.099
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	5.161	4.608	4.036
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	338	377	338
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	121	152	121
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	0	0	0
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	0	0	0
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	0	0	0
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	0	0	0
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	8	14	8
- Beihilfen für Angestellte	19	29	19
- Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	0	0	0
- Unterstützungen	0	0	0
- Fürsorgeleistungen	0	0	0
- Nicht zurechenbare Personalkosten	521	100	81
Summe 2.2.:	6.168	5.280	4.603
Summe 2.:	25.031	22.318	20.702

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Moringen

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
3. Abschreibungen:			
- Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	0	0	0
- Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	480	480	480
Summe 3.:	480	480	480
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
- Mieten und Überlassungsentgelte	1.085	1.020	1.035
- Unterhaltung von Gebäuden	810	189	769
- Unterhaltung von Anlagen	307	201	227
- Energie	401	303	371
- Wasser	145	160	135
- Bewirtschaftungskosten	0	0	0
- Unterhaltung von Kfz	38	32	28
- Abgaben	45	44	35
Summe 4.1.:	2.831	1.949	2.600
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Geschäftsbedarf, Büromaterial	38	24	31
- Post und Fernmeldegebüren	46	25	44
- Versicherungen	69	31	61
- Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
- Anwalts- und Gerichtskosten	20	25	20
- Zentrale Dienstleistungen	183	103	183
- sonst. Verwaltungsbedarf	268	227	261
Summe 4.2.:	624	435	600
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Reisekosten	35	26	28
- Fahrgelder	0	0	0
- Aus- und Fortbildung	55	74	49
- Personalbeschaffungskosten	12	12	1
- Sonstige	0	0	0
Summe 4.3.:	102	112	78
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	10	0	5
- Schadensersatzleistungen	0	0	2
- Abschreibungen auf Forderungen	0	0	25
- Periodenfremde Aufwendungen	0	0	44
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.697	1.250	1.590
Summe 4.4.:	1.707	1.250	1.666
Summe 4.:	5.264	3.746	4.944
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	0	0	0
Summe 5.:	0	0	0
Summe II.:	33.384	28.649	28.430
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	2	2	625
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge			
- Taschengeld etc.	0	0	0
Summe 1.:	0	0	0
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
- Taschengeld etc.	0	0	0
Summe 2.:	0	0	0
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer	0	0	0
- Gewerbesteuer	0	0	0
- Kapitalertragssteuer	0	0	0
Summe 1.:	0	0	0
2. Sonstige Steuern:			
- Kraftfahrzeugsteuer	1	1	1
- Grundsteuer	1	1	1
Summe 2.:	2	2	2
Summe VI.:	2	2	2
VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)	0	0	623

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplanes des Landeskrankenhauses Moringen für das Geschäftsjahr 2007

A. Finanzplan

Folgende Investitionen übersteigen 25.000 EUR im Einzelfall:

- Fahrzeuge	
1 PKW	30.000 EUR
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	
Gebäudeleittechnik	40.000 EUR
Sonnenschutzanlage	50.000 EUR

B. Erfolgsplan

I. Erträge

1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke

Erstattung Überlassungsentgelte	872.000 EUR

2. Umsatzerlöse
Erlöse aus Krankenhausleistungen

Forensik

Hochsicherheitsbereich					
27.740	Berechnungstage	x	322,97 EUR	=	8.186.898 EUR
Aufnahme nach § 63 StGB					
24.090	Berechnungstage	x	186,00 EUR	=	4.480.740 EUR
Regelbehandlung nach § 63 StGB					
71.540	Berechnungstage	x	186.00 EUR	=	13. 306.440 EUR
Offener Maßregelvollzug					
5.110	Berechnungstage	x	186,00 EUR	=	950.460 EUR
Offener Maßregelvollzug (Probewohnen WfB u.ä.)					1.358.100 EUR
Regelbehandlung nach § 64 StGB					
Wegen Betäubungsmittelabhängigkeit					
7.300	Berechnungstage	x	186,00 EUR	=	1.357.800 EUR
Regelbehandlung nach § 64 StGB					
wegen sonst. Suchtstofferkrankungen					
5.475	Berechnungstage	x	186,00 EUR	=	1.018.350 EUR
Sonstige forensische Unterbringung					
2.190	Berechnungstage	x	186,00 EUR	=	407.340 EUR
Summe Forensik					31.838.418 EUR
Summe Erlöse aus Krankenhausleistungen rd.					31.838.000 EUR

Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses

Forensische Spezialambulanz als zentrale Nachsorgeeinrichtung					
2.725	Tagessätze	x	96,15 EUR	=	262.009 EUR
Summe Erlöse aus ambulanten Leistungen					262.009 EUR
rd.					262.000 EUR

II. Aufwendungen

1. Materialaufwand

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2006 abgeleitet worden. Belegungsabhängige Veränderungen (Verlagerung von 32 Betten vom LKH Göttingen) wurden berücksichtigt.

2. Personalaufwand

Das Ist-Ergebnis 2005 ist auf das Geschäftsjahr 2007 hochgerechnet worden. Belegungsabhängige Veränderungen (Verlagerung von 32 Betten vom LKH Göttingen) wurden berücksichtigt.)

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplanes des Landeskrankenhauses Moringen für das Geschäftsjahr 2007

3. Abschreibungen

Veranschlagt sind Abschreibungen für den nicht geförderten Bereich.

4. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2006 abgeleitet worden.
Belegungsabhängige Veränderungen (Verlagerung von 32 Betten vom LKH Göttingen) wurden berücksichtigt.

05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit **Anlage 6**

(zu Kapitel 05 21)

Anlage zu den Erläuterungen zu B.II.2 des Wirtschaftsplaness 2007 des Landeskrankenhauses Moringen (Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiter)

Bes.-Gr. Verg.-Gr.:	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Angestellte [8])	[1]) 10 % der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden.
I a	1	1		
I b	12	10		[2]) Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflegedienst nach Verg.Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.Gr. zusätzlich beschäftigt werden.
II a	33	29		
IV a	6	6		
IV b	17	15		
V b	6	4		[4]) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
V c	43	39		
VI b	7	6		[5]) kw 10 (11)
VII	7	7		[6]) 5 % der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden.
VIII	7	7		
IX b - VII	8	7		[8]) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen auf denen Beschäftigmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v.H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
Sonderver-gütungen*)	2	2		
Kr. VII	8	3		
Kr. VI[4])	26	26		
Kr. V[1)2)6)]	233	183		
	416	345	Zusammen	
			Leerstellen 5):	
II a	2	3		
IV a	1	-		
IV b	1	1		
V b	1	2		
VII	2	2		
Kr. V a	-	2		
Kr. V	3	1		
	10	11	Zusammen	

*) 2 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. Für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes
- TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikkantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22.03.1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit **Anlage 6**

(zu Kapitel 05 21)

Anlage zu den Erläuterungen zu B.II.2 des Wirtschaftsplaness 2007 des Landeskrankenhauses Moringen (Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiter)

Erläuterungen zu den Angestellten

Stellenumsetzungen

Verg.-Gr. I b	2 Stellen	Verlagerung vom LKH Göttingen
Ver.-Gr. II a	4 Stellen	Verlagerung vom LKH Lüneburg (1) vom LKH Wunstorf (1) und vom LKH Göttingen (2)
Verg.-Gr. IV b	1 Stelle	Verlagerung zum LKH Wehnen
Verg.-Gr. IV b	3 Stellen	Verlagerung vom LKH Göttingen (1), LKH Wehnen (1) und LKH Wunstorf (1)
Verg.-Gr. V b	2 Stellen	Verlagerung vom LKH Hildesheim
Verg.-Gr. V c	4 Stellen	Verlagerung vom LKH Göttingen (3) und LKH Brauel (1)
Verg.-Gr. VI b	1 Stelle	Verlagerung vom LKH Göttingen
Verg.-Gr. IX b – VII	1 Stelle	Verlagerung vom LKH Lüneburg
Verg.-Gr. Kr. VII	5 Stellen	Verlagerung vom LKH Wunstorf (2) LKH
Verg.-Gr. Kr. V	50 Stellen	Verlagerung vom LKH Lüneburg (14), vom LKH Osnabrück (3) und vom LKH Wehnen (2) und vom LKH Göttingen (31)

Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Arbeiter/-innen [2]	[1] – (1) kw.
6	2	2		[2] Abweiched von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf deren Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v.H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
5	13	13		
4	4	2		
3	4	3		
2a	1	1		
2	10	10		
1	2	2		
	36	33	Zusammen	
			Leerstellen [1]:	
4	-	1		
	-	1	Zusammen	

Erläuterungen zu den Arbeitern/arbeiterinnen

Stellenumsetzungen

Lohngruppe 4	2 Stellen	Verlagerung vom LKH Göttingen
Lohngruppe 3	1 Stelle	Verlagerung vom LKH Göttingen

Auszubildende

	2007	2006
Schülerinnen/Schüler, in der Krankenpflege	45	45
Auszubildende im Verwaltungsdienst	2	2
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	13	13
Zusammen	60	60

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Osnabrück
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)
für das Geschäftsjahr 2007

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der Betriebsanweisung für die als Landesbetrieb geführten Landeskrankenhäuser im Geschäftsbereich des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit.

05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit **Anlage 7**

zu Kapitel 05 21

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Osnabrück

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Bebaute Grundstücke	0	0	0
- Unbebaute Grundstücke	0	0	0
- Gebäude	0	0	0
- Maschinen und Anlagen	0	0	128
- Fahrzeuge	28	54	0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	250	250	205
Summe 1.:	278	304	333
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Gebäude	0	0	0
- Maschinen und Anlagen	0	0	0
- Fahrzeuge	0	0	0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	609	546	474
Summe 2.:	609	546	474
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	0	0	0
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	0	0	0
- Mieten	0	0	0
- Deckungsmittel auf Folgejahr			
• Fördermittel	0	0	1.131
• Abschreibungen	51	38	195
- Ablieferung an den Landeshaushalt	0	0	0
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	0	0	0
Summe 3.:	51	38	1.326
4. Positiver Überleitungsbetrag:	0	0	0
Summe I.:	938	888	2.133
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	0	0	0
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	0	0	0
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	0	0	0
• Fördermittel	62	15	1.077
• Abschreibungen	123	110	245
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	0	0	0
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• Fördermittel nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 KHG	0	0	0
• Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG	625	635	635
- Abschreibungen	128	128	176
- Überschussverwendung	0	0	0
Summe 1.:	938	888	2.133
2. Negativer Überleitungsbetrag:	0	0	0
Summe II.:	938	888	2.133

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPl) sind.

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Osnabrück

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:	2.094	2.094	2.094
Summe 1.:	2.094	2.094	2.094
2. Umsatzerlöse:			
- Erlöse aus Krankenhausleistungen	32.411	32.675	32.783
- Erlöse aus Wahlleistungen	0	0	0
- Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	937	823	942
- Nutzungsentgelt der Ärzte	55	55	58
Summe 2.:	33.403	33.553	33.783
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	0	0	0
Summe 3.:	0	0	0
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	205	205	241
Summe 4.:	205	205	241
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Rückvergütungen, Vergütungen, Sachbezüge	300	150	327
- Sonstige ordentliche Erträge	376	376	658
- Erträge aus dem Abgang v. Gegenständen d. Anlagevermögens	0	0	0
- Übrige Erträge	0	0	93
Summe 5.:	676	526	1.078
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:			
- Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	3	6
Summe 6.:	3	3	6
Summe I.:	36.381	36.381	37.202
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.970	1.970	2.203
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.530	1.530	1.601
Summe 1.:	3.500	3.500	3.804
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	1.093	1.193	1.093
- Vergütungen der Angestellten	17.652	17.658	16.695
- Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	2.343	2.480	2.313
- Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	132	160	131
Summe 2.1.:	21.220	21.491	20.232
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	3.641	3.634	3.439
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	487	510	481
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	383	418	401
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	1.557	1.541	1.476
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	228	235	225
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	0	0	0
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	0	0	0
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	38	59	36
- Beihilfen für Angestellte	4	6	4
- Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	10	4	9
- Unterstützungen	0	0	0
- Fürsorgeleistungen	0	0	0
- Nicht zurechenbare Personalkosten	122	109	122
Summe 2.2.:	6.470	6.516	6.193
Summe 2.:	27.690	28.007	26.425

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Osnabrück

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
3. Abschreibungen:			
- Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	0	0	0
- Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	132	132	197
Summe 3.:	132	132	197
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
- Mieten und Überlassungsentgelte	2.094	2.094	2.094
- Unterhaltung von Gebäuden	622	622	1.648
- Unterhaltung von Anlagen	270	270	372
- Energie	624	544	664
- Wasser	145	145	153
- Bewirtschaftungskosten	0	0	0
- Unterhaltung von Kfz	25	25	18
- Abgaben	39	39	39
Summe 4.1.:	3.819	3.739	4.988
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Geschäftsbedarf, Büromaterial	120	120	163
- Post und Fernmeldegebüren	60	60	45
- Versicherungen	80	80	92
- Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
- Anwalts- und Gerichtskosten	20	20	53
- Zentrale Dienstleistungen	144	144	179
- sonst. Verwaltungsbedarf	93	93	139
Summe 4.2.:	517	517	671
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Reisekosten	40	40	51
- Fahrgelder	0	0	0
- Aus- und Fortbildung	82	82	113
- Personalbeschaffungskosten	10	10	4
- Sonstige	0	0	0
Summe 4.3.:	132	132	168
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	0	0
- Schadensersatzleistungen	0	0	0
- Abschreibungen auf Forderungen	0	0	47
- Periodenfremde Aufwendungen	0	0	21
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	587	350	522
Summe 4.4.:	587	350	590
Summe 4.:	5.055	4.738	6.417
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	0	0	0
Summe 5.:	0	0	0
Summe II.:	36.377	36.377	36.843
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	4	4	359
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge			
- Taschengeld etc.	50	70	44
Summe 1.:	50	70	44
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
- Taschengeld etc.	50	70	44
Summe 2.:	50	70	44
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer	0	0	0
- Gewerbesteuer	0	0	0
- Kapitalertragssteuer	0	0	0
Summe 1.:	0	0	0
2. Sonstige Steuern:			

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Osnabrück

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
- Kraftfahrzeugsteuer	4	4	2
- Grundsteuer	0	0	0
Summe 2.:	4	4	2
Summe VI.:	4	4	2
VII Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)	0	0	357

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplanes des Landeskrankenhauses Osnabrück für das Geschäftsjahr 2007

A. Finanzplan

Folgende Investitionen übersteigen 25.000 EUR im Einzelfall:

1 PKW-Transporter	28.000 EUR

B. Erfolgsplan

I. **Erträge**

1. **Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke**

Erstattung Überlassungsentgelte	2.094.000 EUR

2. **Umsatzerlöse**
Erlöse aus Krankenhausleistungen

KHG-Bereich					
Basispflegesatz vollstationär					
114.975	Berechnungstage	x	58,09 EUR	=	6.678.898 EUR
Basispflegesatz teilstationär					
8.550	Berechnungstage	x	40,66 EUR	=	347.643 EUR
Abteilungspflegesatz Psych. vollst.					
114.975	Berechnungstage	x	135,54 EUR	=	15.583.712 EUR
Abteilungspflegesatz Psych. teilst.					
8.550	Berechnungstage	x	94,88 EUR	=	811.224 EUR
Erlöse Krankenpflegeschule					910.000 EUR
Summe KHG-Bereich					24.331.477 EUR
Forensik					
Regelbehandlung nach § 63 StGB					
29.200	Berechnungstage	x	186,00 EUR	=	5.431.200 EUR
Sonstige forensische Unterbringung					
3.285	Berechnungstage	x	186.00 EUR	=	611.010 EUR
Erlöse offener Maßregelvollzug					435.000 EUR
Summe Forensik					6.477.210 EUR
Heimbereich					
Pflegefälle					
13.870	Berechnungstage	x	99,28 EUR	=	1.377.014 EUR
Tagesstätte					
345	Fälle	x	654,26 EUR	=	225.720 EUR
Summe Erlöse aus Krankenhausleistungen					32.411.421 EUR
rd.					32.411.000 EUR
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses					
3.500	Psychiatrie-Fälle	x	253,41 EUR	=	886.935 EUR
35	Maßregelvollzug-Fälle	x	1.440,00 EUR	=	50.400 EUR
Summe Erlöse aus ambulanten Leistungen					937.335 EUR
rd.					937.000 EUR

Nutzungsentgelte der Ärzte

Stationärer Bereich	9.000 EUR
ambulanter Bereich	30.000 EUR
Gutachtertätigkeit	16.000 EUR
Summe Nutzungsentgelt der Ärzte	55.000 EUR

II. Aufwendungen

1. **Materialaufwand**
Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2006 abgeleitet worden.
Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

2. **Personalaufwand**
Das Ist-Ergebnis 2005 ist auf das Geschäftsjahr 2007 hochgerechnet worden.
Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplanes des Landeskrankenhauses Osnabrück für das Geschäftsjahr 2007

Mitveranschlagt sind 15.000 EUR für Leistungsprämien nach der Leistungsprämien- und -zulagenverordnung vom 05.10.1999 (Nds. GVBl. S. 359)

In den Löhnen für Arbeiter/Arbeiterinnen sind 260.000 EUR für 16 ständige, nicht vollbeschäftigte Kräfte veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

3. **Abschreibungen**
Veranschlagt sind Abschreibungen für den nicht geförderten Bereich.

4. **Sonstige betriebliche Aufwendungen**
Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2006 abgeleitet worden.
Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

Anlage zu den Erläuterungen zu B.II. des Wirtschaftsplanes 2007 des Landeskrakenhauses Osnabrück
(Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiter)

Bes.-Gr. Verg.-Gr.:	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Angestellte [8])	
I a 4)	3	2		[1]) 1 Stelle ku nach Verg.-Gr. V c bei Ausscheiden der Stelleninhaberin (Verwaltungsdienst).
I b	4	6		[2]) 10 % der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden.
II a	50	45		[3]) Für je 7 fehlende Schüler/innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflegedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden.
IV a[1])	5	5		[4]) 1 Stelleninhaber erhält eine persönliche Zulage entsprechend dem Unterschiedsbetrag zwischen Verg.-Gr. I a BAT und Verg.-Gr. I BAT in Gestalt eines Festbetrages in der für den Monat Oktober 2006 betragsmäßig festgelegten Höhe.
IV b	26	26		[5]) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
V b	2	2		[6]) 5 % der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden.
V c	49	51		[8]) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
VI b	8	8		
VII	10	9		
VIII	9	9		
IX b	1	1		
IX b - VII	10	10		
Sonderver-gütungen *)	7	7		
Kr. VIII	1	1		
Kr. VII	2	2		
Kr. VI[5])	23	23		
Kr. V[2)3)6)]	239	242		
	449	449	Zusammen	

*) 7 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes
- TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22.03.1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Erläuterungen zu den Angestellten

Zugang	Stellen				Stellenumsetzungen:
Verg.Gr. II a	3	Ärztlicher Dienst	Verg.-Gr. I b	1 Stelle	Verlagerung zum LKH Hildesheim
Höher-/Herabgruppierungen entsprechend			Verg.-Gr. V c	1 Stelle	Verlagerung zum LKH Brauel
den Tätigkeitsmerkmalen					
Verg.-Gr. I a	1	von Verg.-Gr. I b	Verg.-Gr. II a	2 Stellen	Verlagerung vom LKH Wunstorf
Verg.-Gr. V c	1	nach Verg.-Gr. VII	Verg.-Gr. Kr. V	3 Stellen	Verlagerung zum LKH Moringen

Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Arbeiter/-innen [1])	[1]) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestsimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte , die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v.H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
6	4	4		
5	10	10		
4	6	6		
3	13	13		
2a	17	17		
2	23	23		
1	6	6		
	79	79	Zusammen	

Erläuterungen zu den Arbeitern/arbeiterinnen

	Auszubildende 2007	2006
Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	75	75
Auszubildende im Verwaltungsdienst	2	2
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen	14	14
und Sonstigen Dienst Zusammen	91	91

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Tiefenbrunn
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)
für das Geschäftsjahr 2007

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der Betriebsanweisung für die als Landesbetrieb geführten Landeskrankenhäuser im Geschäftsbereich des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit.

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Tiefenbrunn

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Bebaute Grundstücke	0	0	0
- Unbebaute Grundstücke	0	0	0
- Gebäude	0	0	0
- Maschinen und Anlagen	0	0	0
- Fahrzeuge	0	0	0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	40	50	34
Summe 1.:	40	50	34
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Gebäude	0	0	0
- Maschinen und Anlagen	60	60	20
- Fahrzeuge	0	0	0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	220	210	202
Summe 2.:	280	270	222
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	0	0	0
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	0	0	0
- Mieten	0	0	0
- Deckungsmittel auf Folgejahr			
• Fördermittel	90	105	164
• Abschreibungen	134	132	130
- Ablieferung an den Landeshaushalt	0	0	0
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	0	0	0
Summe 3.:	224	237	294
4. Positiver Überleitungsbetrag:	0	0	0
Summe I.:	544	557	550
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	0	0	0
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	0	0	0
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	0	0	0
• Fördermittel	127	142	137
• Abschreibungen	132	130	128
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	0	0	0
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• Fördermittel nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 KHG	0	0	0
• Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG	283	283	283
- Abschreibungen	2	2	2
- Überschussverwendung	0	0	0
Summe 1.:	544	557	550
2. Negativer Überleitungsbetrag:	0	0	0
Summe II.:	544	557	550

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPl) sind.

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Tiefenbrunn

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:	619	619	619
Summe 1.:	619	619	619
2. Umsatzerlöse:			
- Erlöse aus Krankenhausleistungen	10.979	10.967	10.215
- Erlöse aus Wahlleistungen	0	0	0
- Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	149	148	221
- Nutzungsentgelt der Ärzte	58	58	59
Summe 2.:	11.186	11.173	10.495
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	2	2	0
Summe 3.:	2	2	0
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	0	0	0
Summe 4.:	0	0	0
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Rückvergütungen, Vergütungen, Sachbezüge	32	32	48
- Sonstige ordentliche Erträge	134	134	189
- Erträge aus dem Abgang v. Gegenständen d. Anlagevermögens	0	0	0
- Übrige Erträge	0	0	0
Summe 5.:	166	166	237
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:			
- Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	10
Summe 6.:	1	1	10
Summe I.:	11.974	11.961	11.361
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	426	426	448
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	235	235	221
Summe 1.:	661	661	669
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	191	186	191
- Vergütungen der Angestellten	6.274	6.239	5.929
- Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	1.080	1.135	944
- Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	32	33	32
Summe 2.1.:	7.577	7.593	7.096
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	1.263	1.245	1.190
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	215	274	192
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	67	65	51
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	544	553	530
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	95	100	86
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	0	0	0
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	0	0	0
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	7	6	7
- Beihilfen für Angestellte	2	2	2
- Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	0	0	0
- Unterstützungen	0	0	0
- Fürsorgeleistungen	0	0	0
- Nicht zurechenbare Personalkosten	59	59	74
Summe 2.2.:	2.252	2.304	2.132
Summe 2.:	9.829	9.897	9.228

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Tiefenbrunn

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
3. Abschreibungen:			
- Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	0	0	0
- Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	2	2	3
Summe 3.:	2	2	3
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
- Mieten und Überlassungsentgelte	619	619	619
- Unterhaltung von Gebäuden	120	120	128
- Unterhaltung von Anlagen	146	146	138
- Energie	160	160	203
- Wasser	89	89	50
- Bewirtschaftungskosten	0	0	0
- Unterhaltung von Kfz	4	4	4
- Abgaben	30	30	27
Summe 4.1.:	1.168	1.168	1.169
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Geschäftsbedarf, Büromaterial	35	35	35
- Post und Fernmeldegebüren	36	36	26
- Versicherungen	21	21	20
- Öffentlichkeitsarbeit	0	0	9
- Anwalts- und Gerichtskosten	10	10	20
- Zentrale Dienstleistungen	34	34	22
- sonst. Verwaltungsbedarf	50	50	73
Summe 4.2.:	186	186	205
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Reisekosten	14	14	8
- Fahrgelder	0	0	0
- Aus- und Fortbildung	20	20	19
- Personalbeschaffungskosten	3	3	5
- Sonstige	0	0	0
Summe 4.3.:	37	37	32
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	0	0
- Schadensersatzleistungen	0	0	0
- Abschreibungen auf Forderungen	0	0	0
- Periodenfremde Aufwendungen	0	0	0
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	80	0	52
Summe 4.4.:	80	0	52
Summe 4.:	1.471	1.391	1.458
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	1	1	0
Summe 5.:	1	1	0
Summe II.:	11.964	11.952	11.358
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	10	9	3
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge			
- Taschengeld etc.	15	16	4
Summe 1.:	15	16	4
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
- Taschengeld etc.	22	22	4
Summe 2.:	22	22	4
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)	-7	-6	0
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer	0	0	0
- Gewerbesteuer	0	0	0
- Kapitalertragssteuer	0	0	0
Summe 1.:	0	0	0
2. Sonstige Steuern:			

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Tiefenbrunn

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
- Kraftfahrzeugsteuer	1	1	1
- Grundsteuer	2	2	2
Summe 2.:	3	3	3
Summe VI.:	3	3	3
VII Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)	0	0	0

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplanes des Landeskrankenhauses Tiefenbrunn für das Geschäftsjahr 2007

A. Finanzplan

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall _____

B. Erfolgsplan

I. Erträge

1. **Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke**

Erstattung Überlassungsentgelte	619.000 EUR

2. **Umsatzerlöse**
Erlöse aus Krankenhausleistungen

KHG-Bereich

Basispflegesatz vollstationär				
57.816	Berechnungstage	x	58,70 EUR =	3.393.799 EUR
Abteilungspflegesatz Allgem. Psychiatrie				
36.792	Berechnungstage	x	97,50 EUR =	3.587.220 EUR
Abteilungspflegesatz Psychotherapeutische Medizin		x		
8.541	Berechnungstage	x	94,00 EUR =	802.854 EUR
Abteilungspflegesatz Kinder- u. Jugendpsychiatrie				
12.483	Berechnungstage	x	256,00 EUR =	3.195.648 EUR

Summe Budgetbereich	10.979.521 EUR
Summe Erlöse aus Krankenhausleistungen rd.	10.979.000 EUR

Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses

350 Psychiatrie-Fälle	x	252,41 EUR =	88.344 EUR
180 Kinder- und Jugend-Psychiatrie-Fälle	x	337,91 EUR =	60.824 EUR

Summe Erlöse aus ambulanten Leistungen	149.168 EUR
rd.	149.000 EUR

Nutzungsentgelte der Ärzte

Stationärer Bereich	50.000 EUR
ambulanter Bereich	6.000 EUR
Gutachtertätigkeit	2.000 EUR
Summe Nutzungsentgelt der Ärzte	58.000 EUR

II. Aufwendungen

1. **Materialaufwand**
Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2006 abgeleitet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

2. **Personalaufwand**
Das Ist-Ergebnis 2005 ist auf das Geschäftsjahr 2007 hochgerechnet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

3. **Abschreibungen**
Veranschlagt sind Abschreibungen für den nicht geförderten Bereich.

4. **Sonstige betriebliche Aufwendungen**
Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2006 abgeleitet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

Anlage zu den Erläuterungen zu B.II.2 des Wirtschaftsplanes 2007 des Landeskrankenhauses Tiefenbrunn
Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiter)

Verg.-Gr.:	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Angestelle [6]	
I b	11	11		[1] 7 Stellen im Sozial- und Erziehungsdienst ku nach Verg.-Gr. V c nach Ausscheiden der Stelleninhaber/innen.
II a	13	13		
III	3	3		
IV a	2	2		[2] 11 (12) kw.
IV b	6	6		[4] 10% der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden.
V b [1]	9	9		
V c	28	29		
VI b	10	10		[5] 10 % der Stellen dürfen für Erzieherinnen/ Erzieher in Anspruch genommen werden.
VII	2	2		
VIII	4	4		[6] Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v.H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
IX b	1	1		
IX b - VII	7	7		
Sonderver-				
gütungen*)	2	2		
Kr. VIII	1	1		
Kr. VI	24	22		
Kr. V a	12	12		
Kr. V [4][5]	31	29		
	166	163	Zusammen	
			Leerstellen [2]:	
I b	1	1		
II a	1	2		
IV b	0	1		
V c	4	3		
Kr. VI	3	3		
Kr. V a	1	1		
Kr. V	1	1		
	11	12	Zusammen	

*) 2 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes
- TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt.) vom 22.03.1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Erläuterungen zu den Angestellten

Zugang	Stellen		Stellenumsetzungen		
Verg.-Gr. Kr. VI	2	Krankenpflegedienst	Verg.-Gr. V c	1 Stelle	Verlagerung zum LKH Brauel
Verg.-Gr. Kr. V	1	Krankenpflegedienst			
Zusammen	3		Verg.-Gr. Kr. V	1 Stelle	Verlagerung vom LKH Wunstorf

Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Arbeiter/-innen [1]	[1] Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v.H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen
6	1	1		
5	10	10		
4	3	3		
3	7	7		
2 a	1	1		
1	27	27		
	49	49	Zusammen	

Erläuterungen zu den Arbeitern/Arbeiterinnen

Auszubildende

	2007	2006
Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	3	3
Auszubildende im Verwaltungsdienst (inklusive DV-Berufe)	2	2
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	1	1
Zusamm,en	6	6

Anlage 9
(zu Kapitel 05 21)

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Wehnen
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)
für das Geschäftsjahr 2007

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der Betriebsanweisung für die als Landesbetrieb geführten Landeskrankenhäuser im Geschäftsbereich des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit.

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Wehnen

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Bebaute Grundstücke	0	0	0
- Unbebaute Grundstücke	0	0	0
- Gebäude	0	0	0
- Maschinen und Anlagen	0	0	0
- Fahrzeuge	27	24	67
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	145	864	643
Summe 1.:	172	888	710
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Gebäude	0	0	0
- Maschinen und Anlagen	0	0	0
- Fahrzeuge	0	0	0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	775	496	525
Summe 2.:	775	496	525
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	0	0	0
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	0	0	0
- Mieten	17	17	17
- Deckungsmittel auf Folgejahr			
• Fördermittel	0	0	0
• Abschreibungen	0	0	0
- Ablieferung an den Landeshaushalt	0	0	0
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	0	0	0
Summe 3.:	17	17	17
4. Positiver Überleitungsbetrag:	0	0	0
Summe I.:	964	1.401	1.252
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	0	0	0
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	0	0	0
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	0	0	0
• Fördermittel	0	0	0
• Abschreibungen	0	0	0
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	0	0	0
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• Fördermittel nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 KHG	17	17	17
• Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG	704	704	704
- Abschreibungen	135	130	59
- Überschussverwendung	108	550	472
Summe 1.:	964	1.401	1.252
2. Negativer Überleitungsbetrag:	0	0	0
Summe II.:	964	1.401	1.252

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPl) sind.

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Wehnen

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:	1.644	1.607	1.603
Summe 1.:	1.644	1.607	1.603
2. Umsatzerlöse:			
- Erlöse aus Krankenhausleistungen	37.411	36.897	37.263
- Erlöse aus Wahlleistungen	19	26	19
- Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	550	528	583
- Nutzungsentgelt der Ärzte	48	9	48
Summe 2.:	38.028	37.460	37.913
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	0	0	0
Summe 3.:	0	0	0
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	0	0	0
Summe 4.:	0	0	0
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Rückvergütungen, Vergütungen, Sachbezüge	98	123	98
- Sonstige ordentliche Erträge	219	215	287
- Erträge aus dem Abgang v. Gegenständen d. Anlagevermögens	0	0	0
- Übrige Erträge	24	24	77
Summe 5.:	341	362	462
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:			
- Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	2	3
Summe 6.:	2	2	3
Summe I.:	40.015	39.431	39.981
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.955	2.955	2.772
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.432	1.432	1.387
Summe 1.:	4.387	4.387	4.159
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	474	550	503
- Vergütungen der Angestellten	20.185	19.916	19.565
- Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	2.659	2.612	2.462
- Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	60	70	60
Summe 2.1.:	23.378	23.148	22.590
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	3.989	4.041	3.862
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	548	547	507
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	166	193	187
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	1.737	1.734	1.684
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	236	233	220
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	0	0	0
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	0	0	0
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	7	15	7
- Beihilfen für Angestellte	3	3	3
- Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	1	1	1
- Unterstützungen	0	0	0
- Fürsorgeleistungen	0	0	0
- Nicht zurechenbare Personalkosten	80	73	81
Summe 2.2.:	6.767	6.840	6.552
Summe 2.:	30.145	29.988	29.142

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Wehnen

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
3. Abschreibungen:			
- Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	0	0	0
- Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	135	135	59
Summe 3.:	135	135	59
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
- Mieten und Überlassungsentgelte	1.644	1.607	1.603
- Unterhaltung von Gebäuden	746	746	1.651
- Unterhaltung von Anlagen	273	273	247
- Energie	545	537	586
- Wasser	111	94	107
- Bewirtschaftungskosten	0	0	0
- Unterhaltung von Kfz	27	18	27
- Abgaben	70	70	59
Summe 4.1.:	3.416	3.345	4.280
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Geschäftsbedarf, Büromaterial	154	131	149
- Post und Fernmeldegebüren	65	75	63
- Versicherungen	83	104	80
- Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
- Anwalts- und Gerichtskosten	31	22	30
- Zentrale Dienstleistungen	185	185	292
- sonst. Verwaltungsbedarf	140	117	135
Summe 4.2.:	658	634	749
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Reisekosten	33	33	32
- Fahrgelder	0	0	0
- Aus- und Fortbildung	222	222	177
- Personalbeschaffungskosten	19	19	16
- Sonstige	0	0	0
Summe 4.3.:	274	274	225
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	0	0
- Schadensersatzleistungen	0	0	0
- Abschreibungen auf Forderungen	83	47	83
- Periodenfremde Aufwendungen	0	0	17
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	914	618	850
Summe 4.4.:	997	665	950
Summe 4.:	5.345	4.918	6.204
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	0	0	0
Summe 5.:	0	0	0
Summe II.:	40.012	39.428	39.564
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	3	3	417
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge			
- Taschengeld etc.	8	25	8
Summe 1.:	8	25	8
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
- Taschengeld etc.	8	25	8
Summe 2.:	8	25	8
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer	0	0	0
- Gewerbesteuer	0	0	0
- Kapitalertragssteuer	0	0	0
Summe 1.:	0	0	0
2. Sonstige Steuern:			

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Wehnen

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
- Kraftfahrzeugsteuer	2	2	2
- Grundsteuer	1	1	1
Summe 2.:	3	3	3
Summe VI.:	3	3	3
VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)	0	0	414

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplanes des Landeskrankenhauses Wehnen für das Geschäftsjahr 2007

A. Finanzplan

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall:

-	Fahrzeuge:	
	PKW-Kombi	27.000 EUR
-	Betriebs- und Geschäftsausstattung	
	1 Terminmanagementsystem	45.000 EUR

B. Erfolgsplan

I. Erträge

1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke

Erstattung Überlassungsentgelte	1.643.766 EUR
Summe Zuführung aus dem Landeshaushalt für lfd. Zwecke	1.644.000 EUR

2. **Umsatzerlöse**
Erlöse aus Krankenhausleistungen

KHG-Bereich

Basispflegesatz vollstationär				
128.444 Berechnungstage	x	61,90 EUR	=	7.950.684 EUR
Basispflegesatz teilstationär				
10.350 Berechnungstage	x	55,72 EUR	=	576.702 EUR
Abteilungspflegesatz Psych. vollst.				
128.444 Berechnungstage	x	145,84 EUR	=	18.732.273 EUR
Abteilungspflegesatz Psych. teilst.				
10.350 Berechnungstage	x	79,47 EUR	=	822.515 EUR
Ausbildungsstättenzuschlag				931.401 EUR
Summe Budgetbereich				29.013.575 EUR

Forensik

Aufnahme, Regelvollzug u. Offener Vollzug nach § 63 StGB				
38.325 Berechnungstage	x	186,00 EUR		7.128.450 EUR
Offener Maßregelvollzug (Probewohnen, WfB u.ä.)				586.776 EUR
Sonstige forensische Unterbringung				
3.285 Berechnungstage	x	207,74 EUR	=	682.426 EUR
Summe Forensik				8.397.652 EUR

Summe Erlöse aus Krankenhausleistungen	37.411.227 EUR
rd.	37.411.000 EUR

Erlöse aus Wahlleistungen

Erstattung der Patienten für Telefonnutzung	19.000 EUR
Summe Erlöse aus Wahlleistungen	19.000 EUR

Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses

2.181 Psychiatrie-Fälle	x	252,41 EUR	=	550.506 EUR

Summe Erlöse aus ambulanten Leistungen	550.000 EUR
rd.	

Nutzungsentgelte der Ärzte

Stationärer Bereich	41.318 EUR
ambulanter Bereich	3.346 EUR
Gutachtertätigkeit	3.732 EUR
Summe Nutzungsentgelt der Ärzte	48.396 EUR
rd.	48.000 EUR

Anlage 9
(zu Kapitel 05 21)

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplanes des Landeskrankenhauses Wehnen für das Geschäftsjahr 2007

II. Aufwendungen

1. Materialaufwand

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2006 abgeleitet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

2. Personalaufwand

Das Ist-Ergebnis 2005 ist auf das Geschäftsjahr 2007 hochgerechnet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

3. Abschreibungen

Veranschlagt sind Abschreibungen für den nicht geförderten Bereich.

4. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2006 abgeleitet worden. Belegungsabhängige Veränderungen wurden berücksichtigt.

05 Ministerim für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit **Anlage 9**

(zu Kapitel 05 21)

Anlage zu den Erläuterungen zu B.II.2 des Wirtschaftsplaness 2007 des Landeskrankenhauses Wehnen (Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiter)

Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Angestellte[8]	
I a[7]	2	2		[1] 1 Stelle ku nach Verg.-Gr. V b mit dem Ausscheiden des Stelleninhabers (-Wirtschaftsdienst -).
I b	17	17		
II a[4]	36	36		
IV a	5	5		[2] 10 % der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden.
IV b[1]	27	27		
V b	5	5		
V c	62	62		[3] Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflegedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden.
VI b	2	2		
VII	9	9		
VIII	9	9		
IX b - VII	12	10		
Sonderver-gütungen*)	4	4		[5] 35 (31) kw.
				[6] 5 % der Stellen dürfen für Erzieherinnen/ Erzieher in Anspruch genommen werden.
Kr. VIII	3	3		
Kr. VII	13	13		[7] 1 Stelleninhaber erhält eine persönliche Zulage entsprechend dem Unterschiedsbetrag zwischen Verg.-Gr. I a BAT und Verg.-Gr. I BAT in Gestalt eines Festbetrages in der für den Monat Oktober 2006 betragsmäßig festgelegten Höhe.
Kr. VI	36	36		
Kr. V a	6	6		
Kr. V[2)3)6)]	263	265		
	511	511	Zusammen	
				[8] Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungspahse befinden, geführt werden, zu 100 v.H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
I b	2	-		
II a	4	3		
IV b	2	3		
V c	4	3		
VII	-	1		
IX b - VII	1	1		
Kr. VIII	-	2		
Kr. VI	1	1		
Kr. V	21	17		
	35	31	Zusammen	

*) 4 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes
- TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen(Praktikanten (TV Prakt) vom 22.03.1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Erläuterungen zu den Angestellten

Stellenumsetzungen:

Verg.-Gr. IX b - VIII	2 Stellen	Verlagerung vom LKH Lüneburg
Verg.-Gr. Kr. V	2 Stellen	Verlagerung zum LKH Moringen

05 Ministerim für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit **Anlage 9**

(zu Kapitel 05 21)

Anlage zu den Erläuterungen zu B.II.2 des Wirtschaftsplaness 2007 des Landeskrankenhauses Wehnen (Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiter)

Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Arbeiter/-innen [1]	[1] Abweiched von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können
6	26	28		Stellen, auf deren Beschäftigte, die
5	4	4		sich im Rahmen der Altersteilzeit
4	2	2		im Blockmodell in der Freistellungs-
3	28	29		phase befinden, geführt werden, zu
2a	4	4		100 v.H. wiederbesetzt werden, wenn
2	9	9		die dadurch entstehenden Mehraus-
1	31	31		gaben an anderer Stelle eingespart
	104	107	Zusammen	werden. Die Einsparung ist akten-
				kundig zu machen.
			Leerstellen [2]:	[2] 1 (2) kw
	1	2		
	1	2	Zusammen	

Erläuterungen zu den Arbeitern/Arbeiterinnen

Stellenumsetzungen:

Lohn-Gr. 6	2 Stellen	Verlagerung zum LKH Hildesheim
Lohn-Gr. 3	1 Stelle	Verlagerung zum LKH Brauel

	Auszubildende 2007	2006
Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	70	70
Auszubildende im Verwaltungsdienst	-	-
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	1	1
Zusammen	71	71

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Wunstorf
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)
für das Geschäftsjahr 2007

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der Betriebsanweisung für die als Landesbetrieb geführten Landeskrankenhäuser im Geschäftsbereich des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit.

05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit **Anlage 10**

zu Kapitel 05 21

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Wunstorf

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Bebaute Grundstücke	0	0	0
- Unbebaute Grundstücke	0	0	0
- Gebäude	0	0	0
- Maschinen und Anlagen	0	115	0
- Fahrzeuge	0	35	0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	0	0
Summe 1.:	0	150	0
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Gebäude	0	0	0
- Maschinen und Anlagen	0	15	0
- Fahrzeuge	0	0	0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	693	750	887
Summe 2.:	693	765	887
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	0	0	0
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	0	0	0
- Mieten	356	259	191
- Deckungsmittel auf Folgejahr			
• Fördermittel	0	0	0
• Abschreibungen	0	23	0
- Ablieferung an den Landeshaushalt	0	0	0
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	0	0	0
Summe 3.:	356	282	191
4. Positiver Überleitungsbetrag:	0	0	0
Summe I.:	1.049	1.197	1.078
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	0	0	0
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	0	0	0
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	0	0	0
• Fördermittel	0	0	13
• Abschreibungen	0	33	33
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	0	0	0
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• Fördermittel nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 KHG	0	0	0
• Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG	699	699	750
- Abschreibungen	200	250	282
- Überschussverwendung	150	200	0
Summe 1.:	1.049	1.182	1.078
2. Negativer Überleitungsbetrag:	0	0	0
Summe II.:	1.049	1.182	1.078

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPl) sind.

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Wunstorf

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:	2.069	2.859	2.858
Summe 1.:	2.069	2.859	2.858
2. Umsatzerlöse:			
- Erlöse aus Krankenhausleistungen	39.250	43.974	44.785
- Erlöse aus Wahlleistungen	0	0	0
- Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	1.650	1.593	2.133
- Nutzungsentgelt der Ärzte	23	22	26
Summe 2.:	40.923	45.589	46.944
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	0	0	0
Summe 3.:	0	0	0
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	0	0	0
Summe 4.:	0	0	0
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Rückvergütungen, Vergütungen, Sachbezüge	80	81	151
- Sonstige ordentliche Erträge	410	410	527
- Erträge aus dem Abgang v. Gegenständen d. Anlagevermögens	0	0	0
- Übrige Erträge	286	292	694
Summe 5.:	776	783	1.372
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:			
- Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	24
Summe 6.:	0	0	24
Summe I.:	43.768	49.231	51.198
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.047	2.212	2.353
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.368	1.468	1.620
Summe 1.:	3.415	3.680	3.973
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	264	344	300
- Vergütungen der Angestellten	24.148	26.767	24.681
- Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	2.331	2.813	2.347
- Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	0	0	0
Summe 2.1.:	26.743	29.924	27.328
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	4.213	4.679	4.364
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	479	598	493
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	92	121	105
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	1.820	2.262	2.137
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	202	249	214
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	0	0	0
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	0	0	0
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	23	31	25
- Beihilfen für Angestellte	9	19	10
- Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	6	10	4
- Unterstützungen	0	0	0
- Fürsorgeleistungen	0	0	0
- Nicht zurechenbare Personalkosten	72	82	1.385
Summe 2.2.:	6.916	8.051	8.737
Summe 2.:	33.659	37.975	36.065

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Wunstorf

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 Tsd. EUR	Plan 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
3. Abschreibungen:			
- Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	0	0	0
- Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	319	410	379
Summe 3.:	319	410	379
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
- Mieten und Überlassungsentgelte	2.069	2.859	3.015
- Unterhaltung von Gebäuden	672	810	921
- Unterhaltung von Anlagen	687	480	1.063
- Energie	754	835	710
- Wasser	154	170	162
- Bewirtschaftungskosten	0	0	0
- Unterhaltung von Kfz	47	50	52
- Abgaben	98	103	99
Summe 4.1.:	4.481	5.307	6.022
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Geschäftsbedarf, Büromaterial	106	123	88
- Post und Fernmeldegebüren	112	125	222
- Versicherungen	98	149	121
- Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
- Anwalts- und Gerichtskosten	157	65	189
- Zentrale Dienstleistungen	130	151	51
- sonst. Verwaltungsbedarf	228	95	1.124
Summe 4.2.:	831	708	1.795
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Reisekosten	17	20	39
- Fahrgelder	0	0	0
- Aus- und Fortbildung	64	74	170
- Personalbeschaffungskosten	9	10	14
- Sonstige	108	122	0
Summe 4.3.:	198	226	223
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	0	0
- Schadensersatzleistungen	0	0	0
- Abschreibungen auf Forderungen	50	50	87
- Periodenfremde Aufwendungen	42	50	93
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	763	814	838
Summe 4.4.:	855	914	1.018
Summe 4.:	6.365	7.155	9.058
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	0	0	0
Summe 5.:	0	0	0
Summe II.:	43.758	49.220	49.475
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	10	11	1.723
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge			
- Taschengeld etc.	52	52	27
Summe 1.:	52	52	27
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
- Taschengeld etc.	52	52	29
Summe 2.:	52	52	29
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)	0	0	-2
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer	0	0	0
- Gewerbesteuer	0	0	0
- Kapitalertragssteuer	0	0	0
Summe 1.:	0	0	0
2. Sonstige Steuern:			
- Kraftfahrzeugsteuer	10	11	5
- Grundsteuer	0	0	0
Summe 2.:	10	11	5
Summe VI.:	10	11	5
VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)	0	0	1.716

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplanes des Landeskrankenhauses Wunstorf für das Geschäftsjahr 2007

A. Finanzplan

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall: - EUR

B. Erfolgsplan

I. Erträge

1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke

Erstattung Überlassungsentgelte	2.069.000 EUR
Summe Zuführung aus dem Landeshaushalt für lfd. Zwecke	2.069.000 EUR

2. **Umsatzerlöse**
Erlöse aus Krankenhausleistungen

KHG-Bereich				
Basispflegesatz vollstationär				
130.086 Berechnungstage	x	63,60 EUR	=	8.273.469 EUR
Basispflegesatz teilstationär				
8.550 Berechnungstage	x	57,30 EUR	=	489.915 EUR
Abteilungspflegesatz Psych. vollst.				
120.231 Berechnungstage	x	144,85 EUR	=	17.415.460 EUR
Abteilungspflegesatz Psych. teilst.				
6.750 Berechnungstage	x	108,70 EUR	=	733.725 EUR
Abteilungspflegesatz KJP vollst.				
9.855 Berechnungstage	x	259,65 EUR	=	2.558.850 EUR
Abteilungspflegesatz KJP teilst.				
1.800 Berechnungstage	x	194,80 EUR	=	350.640 EUR
Erlös für die Krankenpflegeschule				935.128 EUR
Summe Budgetbereich				30.757.187 EUR
Forensik				
Regelbehandlung nach § 63 StGB				
33.580 Berechnungstage	x	186,00 EUR	=	6.245.880 EUR
Regelbehandlung nach § 64 StGB wegen sonst. Suchtstofferkrankungen				
0 Berechnungstage	x	186,00 EUR	=	0 EUR
Offener Maßregelvollzug				
4.745 Berechnungstage	x	186,00 EUR	=	882.570 EUR
Offener Maßregelvollzug (Probewohnen WfB u.a.)			=	434.000 EUR
Sonstige forensische Unterbringung				
4.015 Berechnungstage	x	208,45 EUR	=	836.926 EUR
Summe Forensik				8.399.376 EUR
Heimbereich				
Pflegefälle				
1.095 Berechnungstage	x	88,50 EUR	=	93.622 EUR
Summe Erlöse aus Krankenhausleistungen				39.250.185 EUR
rd.				39.250.000 EUR

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Wirtschaftsplanes des Landeskrankenhauses Wunstorf für das Geschäftsjahr 2007

Erlöse aus Wahlleistungen

Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses

5.000	Psychiatrie-Fälle	x	252,41 EUR	=	1.262.050 EUR
1.000	Kinder- und Jugend Psychiatrie-Fälle	x	337,91 EUR	=	337.910 EUR
35	Forensik-Fälle	x	1.440,00 EUR	=	50.400 EUR

Summe Erlöse aus ambulanten Leistungen	1.650.360 EUR
rd.	1.650.000 EUR

Nutzungsentgelte der Ärzte

stationärer Bereich	11.000 EUR
ambulanter Bereich	1.000 EUR
Gutachtertätigkeit	11.000 EUR
Summe Nutzungsentgelt der Ärzte	23.000 EUR

II. Aufwendungen

1. Materialaufwand

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2006 abgeleitet worden.
Belegungsabhängige Veränderungen (Verlagerung von 75 Betten an das LKH Brauel) wurden berücksichtigt.

2. Personalaufwand

Das Ist-Ergebnis 2005 ist auf das Geschäftsjahr 2007 hochgerechnet worden.
Belegungsabhängige Veränderungen (Verlagerung von 75 Betten an das LKH Brauel) wurden berücksichtigt.

3. Abschreibungen

Veranschlagt sind Abschreibungen für den nicht geförderten Bereich.

4. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Aufwendungen sind aus dem Wirtschaftsplan 2006 abgeleitet worden.
Belegungsabhängige Veränderungen (Verlagerung von 75 Betten an das LKH Brauel) wurden berücksichtigt.

Anlage zu den Erläuterungen zu B.II.2 des Wirtschaftsplanes 2007 des Landeskrankenhauses Wunstorf (Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiter)

Verg.-Gr.:	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Angestellte 9)	[1] 3 (3) Stelleninhaber erhalten eine persönliche Zulage entsprechend dem Unterschiedsbetrag zwischen Verg.-Gr. I a BAT und Verg.-Gr. I BAT in Gestalt eines Festbetrages in der für den Monat Oktober 2006 betragsmäßig festgelegten Höhe, davon 1 Stelleninhaber auf der Basis der letzten Lebensaltersstufe der Verg.-Gr. I BAT.
I a[1]	3	3		
I b	21	19		
II a	57	59		
IV a	7	7		
IV b	25	33		
V b	4	5		
V c	77	82		[2] 10 % der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden.
VI b	8	8		
VII	15	14		[3] Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflegedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden.
VIII	12	15		
IX b-VII	9	11		
Sondervergütungen*)	5	7		[5] 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
Kr. VIII	2	2		[6] 23 (23) kw.
Kr. VII	3	6		[7] 5 % der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden.
Kr. VI[5]	54	56		
Kr. V [2)3)7)]	284	333		[9] Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v.H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
	586	660	Zusammen	
			Leerstellen[6]:	
II a	3	3		
IV b	1	1		
V c	5	5		
VII	2	2		
Kr. V	12	12		
	23	23	Zusammen	

*) 7 Prakt. Für med. Hilfsberufe und Prakt. Für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes
- TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22.03.1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Erläuterungen zu den Angestellten

Zugang	Stellen	
Verg.-Gr. I b	2 Stellen	Ärztlicher Dienst
Verg.-Gr. II a	3 Stellen	Ärztlicher Dienst
Verg.-Gr. IV b	1 Stelle	Sozialdienst
Verg.-Gr. V c	3 Stellen	Ergotherapie
Verg.-Gr. VII	1 Stelle	Arzthelferin
Zusammen	10	

Umsetzungen		
Verg.-Gr. II a	5 Stellen	Verlagerung zum LKH Brauel (1) zum LKH Hildesheim (1) zum LKH Moringen (1) zum LKH Osnabrück (2)
Verg.-Gr. IV b	9 Stellen	Verlagerung zum LKH Göttingen (1) und LKH Brauel (8)
Verg.-Gr. V b	1 Stelle	Verlagerung zum LKH Brauel
Verg.-Gr. V c	8 Stellen	Verlagerung zum LKH Göttingen (3) zum LKH Brauel (5)
Verg.-Gr. VIII	3 Stellen	Verlagerung zum LKH Brauel
Verg.-Gr. IX b-VII	2 Stellen	Verlagerung zum LKH Brauel
Sondervergütungen	2 Stellen	Verlagerung zum LKH Brauel
Verg.-Gr. Kr. VII	3 Stellen	Verlagerung zum LKH Moringen (2) und LKH Brauel (1)
Verg.-Gr. Kr. VI	2 Stellen	Verlagerung zum LKH Brauel
Verg.-Gr. Kr. V	49 Stellen	Verlagerung zum LKH Königslutter (11), Verlagerung zum LKH Tiefenbrunn (1) und Verlagerung zum LKH Brauel (37)

Anlage zu den Erläuterungen zu B.II.2 des Wirtschaftsplanes 2007 des Landeskrankenhauses Wunstorf
(Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiter)

Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkung
			Arbeiter/-innen [2]	[1] 3 (3) kw.
				[2] Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v.H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
6	5	9		
5	14	15		
4	14	17		
3	2	4		
2 a	7	7		
2	18	19		
1	18	27		
	78	98	Zusammen	
			Leerstellen[1]:	
2 a	2	2		
4	1	1		
	3	3	Zusammen	

Erläuterungen zu den Arbeitern/Arbeiterinnen

Umsetzungen

Lohn-Gr. 6	4 Stellen	Verlagerung zum LKH Brauel
Lohn-Gr. 5	1 Stelle	Verlagerung zum LKH Brauel
Lohn-Gr. 4	3 Stellen	Verlagerung zum LKH Brauel
Lohn-Gr. 3	2 Stellen	Verlagerung zum LKH Brauel
Lohn-Gr. 2	1 Stelle	Verlagerung zum LKH Brauel
Lohn-Gr. 1	9 Stellen	Verlagerung zum LKH Brauel

Auszubildende

	2007	2006
Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	69	69
Auszubildende im Verwaltungsdienst	4	4
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	11	11
	84	84

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0522 Landesbildungszentren für Hörgeschädigte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 61-0	124	Elternentgelte *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	14
119 01-8	124	Vermischte Einnahmen		3	1	+2	4
119 21-2	124	Einnahmen aus der Teilnahme des Personals und Sonstiger an der Verpflegung		107	97	+10	108
119 24-7	124	Einnahmen für Unterkunft, Verpflegung und Ausbildung		8.372	8.400	–28	8.370
119 41-7	124	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	0
119 46-8	124	Ersatzleistungen		1	1	—	1
124 01-1	124	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		128	119	+9	128
125 10-7	124	Erlöse der Werkstätten, technischen Betriebe und Gärtnerei		5	4	+1	5
132 01-4	124	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		5	1	+4	12
231 10-1	124	Erstattung des Bundes für Beschäftigungs-entgelte an Zivildienstleistende *Vgl. K-Vermerk zu 427 10.*		—	—	—	40
235 01-8	124	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
281 65-6	124	Erstattung besonderer Auslagen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65/66/67.*		652	652	—	600
282 10-5	124	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland *Vgl. K-Vermerk zu 511 15.*		—	—	—	3
		A U S G A B E N					
422 01-2	124	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtin-nen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	18.018	18.065	–47	270
422 06-3	124	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 11-0	124	Dienstbezüge der beamteten Lehrkräfte -lfd. Zahlungen-	—	—	—	—	8.143
422 19-5	124	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	55
425 01-1	124	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	5.810
425 03-8	124	Vergütungen der ständigen, nur stunden-weise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	39
425 04-6	124	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-2	124	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	0
425 11-9	124	Vergütungen der nichtbeamte-ten,vollbeschäftigten Lehrkräfte	—	—	—	—	1.977
426 01-8	124	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	1.650
426 03-4	124	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0522

Die Landesbildungszentren für Hörgeschädigte (LBZH) sind unselbständige Anstalten des öffentlichen Rechts in der Trägerschaft des Landes Niedersachsen.
Gemäß dem gemeinsamen Organisationserlass des MS/MK (in der jeweils gültigen Fassung) sind die Landesbildungszentren für Hörgeschädigte soziale Einrichtungen mit Schulen im Sinne des Nds. Schulgesetzes.

Die Landesbildungszentren für Hörgeschädigte nehmen ganzheitlich soziale (Eingliederungshilfe nach dem SGB XII), schulische (Nds. Schulgesetz) und berufsbildende (Berufsbildungsgesetz) Förderaufgaben wahr und decken als Kompetenzzentren den hörgeschädigten spezifischen Förderbedarf für gehörlose, schwerhörige und zentral-auditiv wahrnehmungsgestörte Menschen vom ersten frühkindlichen Stadium bis zum Eintritt in das Erwerbsleben ab.

Es sind vorhanden:

Landesbildungszentren für Hörgeschädigte in	Schüler/-innen / Berufsschüler/-innen	Auszubildende	Kindergartenkinder
Braunschweig	205 (190)	- (-)	20 (22)
Hildesheim	354 (391)	63 (67)	35 (29)
Oldenburg	245 (238)	- (-)	39 (42)
Osnabrück	360 (350)	12 (12)	19 (18)
Zusammen	1 164 (1 169)	75 (79)	113 (111)

In Klammern ist die Anzahl aus dem Vorjahr angegeben.

Zu 119 24

	1 000 EUR
178 Internatsschüler/-schülerinnen	3 986
41 Auszubildende (stationär)	1 257
34 Auszubildende (ambulant)	499
114 Kindergartenkinder (teilstationär)	2 630
Zusammen	8 372

Zu 124 01

	1 000 EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	21
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	20
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	—
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—
5. Sonstige Mieten und Pachten	87
Zusammen	128

Zu 132 01

	1 000 EUR
1. Geräte	1
2. Maschinen	-
3. Ausstattungsgegenstände	-
4. Akten, Drucksachen und dgl.	-
5. Kraftfahrzeuge	4
Zusammen	5

Zu 281 65

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 65 bis 67.

Zu 282 10

Von Dritten werden hin und wieder Zuschüsse gegeben, die über Titel 511 15 ihrem Verwendungszweck zugeführt werden.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0522 Landesbildungszentren für Hörgeschädigte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
426 04-2	124	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-9	124	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-4	124	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	10	10	—	1
427 02-2	124	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 10-3	124	Beschäftigungsentgelte für Zivildienstleistende *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 10.*	—	87	87	—	80
427 11-1	124	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	12	12	—	11
427 21-9	124	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	—	75	68	+7	74
427 39-1	124	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
443 02-8	124	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
453 01-5	124	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	2	2	—	—
453 11-2	124	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	—
511 01-5	124	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	135	135	—	127
511 10-4	124	Beschaffung, Instandhaltung und Reinigung der Wäsche	—	14	14	—	10
511 12-0	124	Betriebstechn. Anlagen, Geräte und Ausstattungsgegenstände in den Wohn-, Schul- und Wirtschaftsräumen	—	180	180	—	149
511 14-7	124	Maschinen und Geräte für Gärtnerei- und Werkstättenbetriebe	—	20	20	—	32
511 15-5	124	Beschaffung aus Zuschüssen Dritter *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 10.*	—	—	—	—	—
514 01-4	124	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	38	38	—	30
514 10-3	124	Beköstigung	—	300	300	—	296
514 11-1	124	Arznei- und Stärkungsmittel, sowie Verbands- und Impfstoffe	—	2	2	—	2
514 12-0	124	Reinigungs- und Entwesungsmittel	—	12	12	—	16
514 13-8	124	Sachaufwand für Beschäftigung, Unterhaltung u.pers. Bedarf d. Kinder, Schüler u. Auszubildenden sowie f. bes. Schulungsmaßnahmen	—	123	123	—	99
514 15-4	124	Verbrauchsmittel für Gärtnerei- und Werkstättenbetriebe	—	38	38	—	38

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 427 11

Für stundenweise beschäftigte Ärzte/Ärztinnen und Seelsorger/Seelsorgerinnen.

Zu 511 01

	1 000 EUR
1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	5
2. Büro- und Kanzleibedarf	8
3. Bekanntmachungen	2
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	–
5. Bücher und Zeitschriften	12
6. Post- und Fernmeldegebühren	46
7. Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	20
8. Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	40
9. Dienst- und Schutzkleidung	2
Zusammen	135

Zu 511 15

Vgl. Erläuterung zu 282 10.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1. 1. 2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	11	11	11
Neunsitzer	3	3	3

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0522 Landesbildungszentren für Hörgeschädigte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
517 01-3	124	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	1.100	1.100	—	1.046
518 01-0	124	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	—
518 02-8	124	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	29	29	—	22
519 01-6	124	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	80	44	+36	71
521 10-0	124	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	10	10	—	9
525 01-6	124	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	40	40	—	21
525 10-5	124	Lehr- und Lernmittel	—	96	96	—	88
526 01-2	124	Sachverständige	—	2	2	—	3
526 02-0	124	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1	1	—	4
527 01-9	124	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	66	66	—	57
527 02-7	124	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	2	2	—	0
527 10-8	124	Kostenerstattungen an Eltern und Elternvertreter	—	5	5	—	5
546 01-3	124	Vermischte Ausgaben	—	1	1	—	13
546 02-1	124	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	1	1	—	4
546 03-0	124	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	—
547 10-9	124	Kosten der Externatsunterbringung für Schüler und Lehrlinge	—	—	—	—	—
547 12-5	124	Kosten für Schullandheimaufenthalte und betriebspraktische Aufenthalte	—	38	38	—	27
547 14-1	124	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	16	16	—	13
681 10-7	124	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	1	—	+1	—
685 10-2	124	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	3	3	—	1
811 01-9	124	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 15-5	124	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von sonstigen beweglichen Sachen	—	460	460	—	451
981 10-0	990	Abführung an 13 21 - 381 05	—	2.455	2.836	–381	2.453

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 517 01

Veranschlagt sind insbesondere Mittel für intensive Reinigungsarbeiten in den Schulen und Internaten entsprechend des Infektionsschutzgesetzes vom 20. 07. 2000 (BGBl. Teil I Nr. 33, S. 1045).

Zu 519 01

Veranschlagt sind die Ausgaben für kleinere Bauunterhaltungsmaßnahmen.

Zu 525 10

	1 000 EUR
1. Lehrbücher	31
2. Gerätschaften	45
3. Verbrauchsstoffe	20
Zusammen	96

Veranschlagt ist u.a. auch die Ausstattung der integrativ beschulten Schülerinnen und Schüler mit Lernmitteln.

Zu 527 10

Veranschlagt sind gem. § 100 Abs. 3 NSchG die Reisekosten für die Teilnahme an einer Gesamtelternversammlung und zwei Versammlungen der Klassenelternschaft in jedem Schuljahr.

Zu 546 01

Veranschlagt sind die Beiträge zur Unfallversicherung der Internatskinder.

Zu 811 01

Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. EUR
Ersatzbeschaffungen: (einschl. Sonderausstattung)	--

Zu 812 15

	1 000 EUR
1. Edelstahlschrank	9
2. Hör-Gegensprechanlage	59
3. Kochkessel	6
4. Audiometrieanlage	11
5. Frequenz-Modulations Höranlagen	67
6. Traktor	38
7. Rasenmäher/-sammler	8
8. Heißluftdämpfer	20
9. Gardinen und Vorhänge	30
10. Messgeräte päd.-audiologische Beratungsstelle	16
11. Möblierung des Diagnose- und Förderraums	10
12. Klassenraumeinrichtungen	29
13. Ausstattung Internatsbereiche	70
14. Dienstzimmerausstattung	6
15. Kombi-Dämpfer	10
16. Drucksteamer	10
17. Ausstattung Textil-, Kunst- u. Zeichenraum	34
18. Spielgeräte Außenanlage	15
19. Reinigungsanlage Schwimmbad	12
Zusammen	460

Zu 981 10

Veranschlagt sind die Überlassungsentgelte für die Nutzung landeseigener Liegenschaften gem. § 64 LHO, die an den Einzelplan 13 abzuführen sind.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0522 Landesbildungszentren für Hörgeschädigte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Kosten der Lernmittel in besonderen Fällen** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 61.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(11)
525 61-0	124	Beschaffung von Lernmittel durch Schulen	—	—	—	—	11
547 61-3	124	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	0
TGr. 65 bis 67		**Besondere Auslagen für Betreute** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 281 65.*	(—)	(652)	(652)	(—)	(619)
547 65-6	124	Sonstige Dienstleistungen Außenstehender	—	200	200	—	180
681 65-4	124	Kosten der Familienheimfahrten	—	368	368	—	356
681 66-2	124	Barbeträge	—	75	75	—	77
681 67-0	124	Weihnachtsbeihilfen	—	9	9	—	6
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(281)	(190)	(+91)	(173)
511 99-6	124	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	65	65	—	60
519 99-7	124	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	0
525 98-9	124	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das IZN	—	2	2	—	0
525 99-7	124	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch Andere	—	15	15	—	4
538 99-1	124	Dienstleistungen Anderer	—	12	12	—	12
812 99-6	124	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	187	96	+91	96

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 65 bis 67

Veranschlagt sind die im Auftrag und für Rechnung der Träger der Sozialhilfe geleisteten Aufwendungen für Sozialhilfe nach dem SGB XII.
Die Familienheimfahrten werden als Teil der Eingliederungshilfe gem. § 54 Abs. 1 Nr. 1-3 SGB XII gewährt.
Die Zahlung der Barbeträge (§ 35 Abs. 2 SGB XII) und der Weihnachtsbeihilfe erfolgt nach Maßgabe der jeweils geltenden Richtlinien des MS.

Zu Titelgruppe 98/99

Veranschlagt sind die Ausgaben für Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie die damit verbundenen Einrichtungen und Schulungen der Bediensteten.

Zu 511 99

	1 000 EUR
1. Geschäftsbedarf	5
2. Post- und Fernmeldegebühren	5
3. Geräte und Gebrauchsgegenstände	35
4. Verbrauchsmaterial	20
5. PC-Beschaffungen für Lehrwerkstätten und –klassen	-
Zusammen	65

Zu 538 99

Erwerb und Weiterentwicklung von Programmen, Verfahrens- und Programmpflege.
Für die Abrechnung der Pflegekosten mit den einzelnen Kostenträgern wird eine private EDV-Anlage in Anspruch genommen.

Zu 812 99

	1 000 EUR
1. PC u. Bildschirme für Verwaltung	23
2. Drucker für Verwaltung	7
3. NT-Server	24
4. PC u. Bildschirme für Internat, Klassen und Ausbildung	100
5. Drucker für Internat, Klassen und Ausbildung	21
6. Notebook	12
Zusammen	187

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0522 Landesbildungszentren für Hörgeschädigte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<u>Abschluss Kapitel 0522</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		8.621	8.623	–2	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		652	652	—	
		Summe der Einnahmen		9.273	9.275	–2	
		4 Personalausgaben	—	18.204	18.244	–40	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	2.643	2.607	+36	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	456	455	+1	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	647	556	+91	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	2.455	2.836	–381	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	24.405	24.698	–293	
		Zuschuss		15.132	15.423	–291	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0523 Landesbildungszentrum für Blinde

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 61-4	124	Elternentgelte *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	2
119 01-1	124	Vermischte Einnahmen		1	3	–2	0
119 21-6	124	Einnahmen aus der Teilnahme des Personals und sonstiger an der Verpflegung		20	22	–2	17
119 24-0	124	Einnahmen für Unterkunft und Verpflegung sowie für die Ausbildung der Umschüler/ Umschülerinnen und Auszubildenden		4.973	5.022	–49	4.170
119 41-0	124	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
119 46-1	124	Ersatzleistungen		—	—	—	6
124 01-5	124	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		70	70	—	69
125 10-0	124	Erlöse der Werkstätten u. a. technischer Betriebe		22	22	—	19
132 01-8	124	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1	—	+1	1
231 10-5	124	Erstattung des Bundes für Beschäftigungs-entgelte an Ersatzdienstleistende *Vgl. K-Vermerk zu 427 10.*		—	—	—	48
235 01-1	124	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
281 65-0	124	Erstattung besonderer Auslagen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65/66/67.*		255	255	—	239
282 10-9	124	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland *Vgl. K-Vermerk zu 511 15.*		—	—	—	40
		A U S G A B E N					
422 01-6	124	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtin-nen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	8.622	8.575	+47	82
422 06-7	124	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 11-3	124	Dienstbezüge der beamteten Lehrkräfte -lfd. Zahlungen-	—	—	—	—	2.382
422 19-9	124	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	30
425 01-5	124	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.262
425 03-1	124	Vergütungen der ständigen, nur stunden-weise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	5
425 04-0	124	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-6	124	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1	1	—	—
425 11-2	124	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbe-schäftigten Lehrkräfte	—	—	—	—	915
426 01-1	124	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	775
426 03-8	124	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0523

Allgemeine Erläuterungen

Das Landesbildungszentrum für Blinde (LBZB) ist eine unselbständige Anstalt des öffentlichen Rechts in der Trägerschaft des Landes Niedersachsen. Gemäß gemeinsamen Organisationserlass des MFAS/MK (in der jeweils gültigen Fassung) ist das Landesbildungszentrum für Blinde eine soziale Einrichtung mit Schulen i.S. des Nds. Schulgesetzes.

Das LBZB nimmt als Fördereinrichtung ganzheitlich soziale (Eingliederungshilfe nach dem BSHG), schulische (Nds. Schulgesetz) und berufsbildende (Berufsbildungsgesetz) Förderaufgaben wahr und deckt als Kompetenzzentrum den spezifischen Förderbedarf blinder und hochgradig sehgeschädigter Menschen vom ersten frühkindlichen Stadium bis zum Eintritt in das Erwerbsleben durch interne und externe Leistungsangebote ab und hält daneben besondere Förderangebote zur Unterstützung der Teilhabe am Arbeitsleben spät erblindeter und spät sehgeschädigter Menschen vor.

Sitz des Landesbildungszentrums für Blinde: Hannover.

Zu 119 24

	1 000 EUR
1. 72 (72) Schüler/Schülerinnen	3 361
2. 25 (33) Auszubildende und Umschüler/ Umschülerinnen - stationär -	844
3. 34 (42) Auszubildende und Umschüler/ Umschülerinnen - ambulant -	768
Zusammen	4 973

In Klammern ist die Anzahl aus dem Vorjahr angegeben.

Zu 124 01

	1 000 EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	4
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	53
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	3
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—
5. Sonstige Mieten und Pachten	10
Zusammen	70

Zu 125 10

Betriebseinnahmen der Lehrwerkstätten.

Zu 281 65

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 65 bis 67.

Zu 282 10

Von Dritten werden hin und wieder Zuschüsse gegeben, die über Tit. 511 15 ihrem Verwendungszweck zugeführt werden.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
426 04-6	124	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-2	124	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-8	124	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	45	35	+10	33
427 02-6	124	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 10-7	124	Beschäftigungsentgelte für Zivildienstleistende *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 10.*	—	90	90	—	110
427 11-5	124	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	2	2	—	0
427 21-2	124	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	—	18	35	–17	4
427 39-5	124	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
443 02-1	124	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
453 01-9	124	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	4	4	—	—
453 11-6	124	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	—
511 01-9	124	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	44	44	—	42
511 10-8	124	Beschaffung, Instandhaltung und Reinigung der Wäsche	—	12	12	—	16
511 11-6	124	Reinigung und Instandhaltung der Bekleidung für Schülerinnen/Schüler, Auszubildende und Kinder	—	1	1	—	1
511 13-2	124	Betriebstechnische Anlagen, Geräte u. Ausstattungsgegenstände in den Wohn-, Schul- und Wirtschaftsräumen	—	76	67	+9	93
511 14-0	124	Maschinen und Gerät für die Lehrwerkstatt	—	5	5	—	2
511 15-9	124	Beschaffung aus Zuschüssen Dritter *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 10.*	—	—	—	—	48
514 01-8	124	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	27	27	—	26
514 10-7	124	Beköstigung	—	105	110	–5	101
514 11-5	124	Arznei- und Stärkungsmittel sowie Verbands- und Impfstoffe	—	2	2	—	2
514 12-3	124	Reinigungs- und Entwesungsmittel	—	14	14	—	12
514 13-1	124	Sachaufwand für Beschäftigung, Unterhaltung und persönlichen Bedarf der Schüler/innen sowie für besondere Schulungsmaßnahmen	—	5	5	—	2

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 427 01

Vergütungen oder Löhne der nur vorübergehend zu Urlaubs- oder Krankheitsvertretungen oder zur Personalverstärkung aushilfsweise Tätigen.

Zu 427 11

Vergütungen für stundenweise beschäftigte Seelsorger/Seelsorgerinnen, Vertragsärzte/Vertragsärztinnen und Organisten/Organistinnen.

Zu 427 21

Für nebenamtliche Erteilung des Berufsschulunterrichts.
Vgl. RdErl. MS vom 9. 10. 1992 (Nds. MBl. S. 1382).

Zu 511 01

	1 000 EUR
1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	2
2. Büro- und Kanzleibedarf	6
3. Bekanntmachungen	1
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	3
5. Bücher und Zeitschriften	3
6. Post- und Fernmeldegebühren	18
7. Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	3
8. Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	5
9. Dienst- und Schutzkleidungen	3
Zusammen	44

Zu 511 15

Vgl. Erläuterungen zu 282 10.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1. 1. 2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Kombi	3	3	3
Pkw	2	2	2
Sonderfahrz.	1	1	1

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0523 Landesbildungszentrum für Blinde

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
514 14-0	124	Rohstoffe für Werkstätten	—	8	8	—	6
517 01-7	124	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	471	471	—	465
518 01-3	124	Mieten und Pachten	—	10	10	—	7
518 02-1	124	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	4	4	—	1
519 01-0	124	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	62	10	+52	130
519 02-8	124	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	—
521 10-3	124	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	5	5	—	6
525 01-0	124	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	18	18	—	11
525 10-9	124	Lehr- und Lernmittel	—	130	140	–10	80
526 01-6	124	Sachverständige	—	7	1	+6	6
526 02-4	124	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1	1	—	—
527 01-2	124	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	35	35	—	43
527 02-0	124	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	1	1	—	0
527 10-1	124	Kostenerstattung an Eltern und Elternvertreter	—	2	2	—	3
546 01-7	124	Vermischte Ausgaben	—	1	1	—	—
546 02-5	124	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	2	2	—	0
546 10-6	124	Beiträge zur Unfallversicherung für die Internatskinder	—	1	1	—	0
547 10-2	124	Kosten für die externe Unterbringung von Auszubildenden	—	1	1	—	1
547 12-9	124	Kosten für Schullandheimaufenthalte und Betriebspraktika	—	9	9	—	9
547 13-7	124	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	10	10	—	9
681 10-0	124	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	1	—	+1	—
684 10-0	124	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1	1	—	0
811 01-2	124	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 15-9	124	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von sonstigen beweglichen Sachen	—	244	154	+90	154
981 10-4	990	Abführung an 13 21 - 381 05	—	1.096	1.171	–75	1.095

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 517 01

Veranschlagt sind insbesondere Mittel für die intensiven Reinigungsarbeiten in den Schulen und Internaten entsprechend des Infektionsschutzgesetzes vom 20. 07. 2000 (BGBl. Teil I Nr. 33, S. 1 045).

Zu 519 01

Veranschlagt sind die Ausgaben für kleinere Bauunterhaltungsmaßnahmen.

Zu 525 10

	1 000 EUR
1. Lehrbücher	120
2. Gerätschaften	4
3. Verbrauchsstoffe	6
Zusammen	130

Zu 527 10

Veranschlagt sind gem. § 81 NSchG die Reisekosten für die Teilnahme an einer Gesamtelternversammlung und zwei Versammlungen der Klassenelternschaft in jedem Schuljahr.

Zu 547 13

Mit der Ausführung des Arbeitssicherheitsgesetzes (ASIG) und der Unfallverhütungsvorschrift des GuV Hannover ist eine Fremdfirma beauftragt.

Zu 812 15

	1 000 EUR
1. Möbel für 3 Wohnküchen im Internat Haus G	57
2. Möbel für 3 Wohnküchen im Internat Haus H	57
3. Pflegebetten	12
4. Lifter für Schule	9
5. Möbel für Klassenräume (mehrfachbehindert)	64
6. Braillezeilen	45
Zusammen	244

Zu 981 10

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0523 Landesbildungszentrum für Blinde

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Kosten der Lernmittel in besonderen Fällen** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 61.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
525 61-3	124	Beschaffung von Lernmittel durch Schulen	—	—	—	—	—
547 61-7	124	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
TGr. 65 bis 67		**Besondere Auslagen für Betreute** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 281 65.*	(—)	(255)	(255)	(—)	(222)
547 65-0	124	Sonstige Dienstleistungen Außenstehender	—	62	86	–24	46
681 65-8	124	Kosten der Familienheimfahrten	—	180	155	+25	164
681 66-6	124	Barbeträge	—	10	11	–1	9
681 67-4	124	Weihnachtsbeihilfen	—	3	3	—	3
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(76)	(53)	(+23)	(79)
511 99-0	124	Geschäftsbedarf	—	18	18	—	22
519 99-0	124	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	—
525 98-2	124	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das IZN	—	1	1	—	1
525 99-0	124	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch Andere	—	3	3	—	—
538 99-5	124	Dienstleistungen Anderer	—	1	1	—	0
547 99-4	124	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 99-0	124	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	53	30	+23	56

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 65 bis 67

Veranschlagt sind die im Auftrag und für Rechnung der Träger der Sozialhilfe geleisteten Aufwendungen für Sozialhilfe nach dem SGB XII.
Die Familienheimfahrten werden als Teil der Eingliederungshilfe gem. § 54 Abs. 1 Nr. 1-3 SGB XII gewährt.
Die Zahlung der Barbeträge (§ 35 Abs. 2 SGB XII) und der Weihnachtsbeihilfe erfolgt nach Maßgabe der jeweils geltenden Richtlinien des MS.

Zu Titelgruppe 98/99

Veranschlagt sind die Ausgaben für Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie die damit verbundenen Einrichtungen und Schulungen der Bediensteten.

Zu 511 99

	1 000 EUR
1. Geschäftsbedarf	1
2. Post- und Fernmeldegebühren	1
3. Geräte und Gebrauchsgegenstände	7
4. Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung von besonderen Betriebseinrichtungen	4
5. Verbrauchsmittel	5
Zusammen	18

Zu 812 99

	1 000 EUR
1. 45 PC-Systeme	40
2. Software	7
3. NT-Server	6
Zusammen	53

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0523 Landesbildungszentrum für Blinde

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0523					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		5.087	5.139	–52	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		255	255	—	
		Summe der Einnahmen		5.342	5.394	–52	
		4 Personalausgaben	—	8.782	8.742	+40	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	1.154	1.126	+28	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	195	170	+25	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	297	184	+113	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.096	1.171	–75	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	11.524	11.393	+131	
		Zuschuss		6.182	5.999	+183	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0530 Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII) - Sozialhilfe

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 10-2	234	Rückzahlung von Überzahlungen		44	—	+44	66
119 11-0	234	Sonstige Einnahmen im Rahmen der TBC-Hilfe		1	1	—	0
162 10-5	234	Einnahmen aus Darlehn, die im Rahmen der Sozialhilfe und TBC-Hilfe gewährt worden sind - Zinseinnahmen -		30	34	–4	31
182 10-6	234	Wie 162 10 - Darlehnsrückflüsse		500	566	–66	496
231 10-7	234	Erstattungen des Bundes zu den Kosten der Sozialhilfe für Deutsche im Ausland		50	30	+20	43
233 19-3	234	Erstattungen von den örtl. Trägern für sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen - außerhalb von Einrichtungen -		150	150	—	165
233 20-7	234	wie 233 19 - in Einrichtungen -		800	800	—	773
		A U S G A B E N					
546 10-8	234	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluß des Haushaltsjahres	—	—	—	—	—
631 10-5	234	Erstattungen an den Bund für Aufwendungen in der Tbc-Hilfe *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 631 10, 633 10, 633 11, 633 24, 633 25, 671 10, 671 12, 671 13 und 681 10.*	—	157	227	–70	157
633 10-8	234	Kostenerstattung - an überörtl. und örtl. Träger der Sozialhilfe - gem. § 108 SGB XII *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* **** Überzahlungen aus Vorjahren bei den Titeln 633 10 bis 681 10 sind abweichend von §35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	5.090	5.000	+90	4.631
633 11-6	234	Zuweisungen an Gemeinden im Quotalen System (Erstattungen an die örtl. Träger) *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* **** Vgl. Vermerk zu Titel 633 10.*	—	1.280.840	1.288.960	–8.120	1.221.627
633 24-8	234	Sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen - außerhalb von Einrichtungen - (Erstattungen an die örtl. Träger) *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* **** Vgl. Vermerk zu Titel 633 10*	—	6.604	6.500	+104	5.052
633 25-6	234	Sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen - in Einrichtungen - (Erstattungen an die örtl. Träger) *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* **** Vgl. Vermerk zu Titel 633 10*	—	24.384	24.000	+384	22.690
633 27-2	234	Hilfe zur Pflege in vollstationären Pflegeeinrichtungen (Erstattung an die örtlichen Träger)	—	99.500	97.600	+1.900	95.700
633 28-0	251	Allgemeine Zuweisung an Grundsicherungsträger gem. 34 Abs. 2 WoGG *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 0505-231 63.*	—	44.418	44.418	—	44.414
633 29-9	234	Blindenhilfe nach § 72 SGB XII (Erstattungen an die örtlichen Träger) *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 633 29 und 0536-633 10.* **** Der gem. § 14 Abs. 3 Satz 2 Nds. AG SGB*	—	8.000	21.000	–13.000	11.942

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0530

Allgemeine Vorbemerkungen

Das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) i.d.F. vom 23. März 1994 (BGBl. I S. 646), zuletzt geändert durch Artikel 25 des Gesetzes vom 23. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2848) ist durch das Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch vom 27. Dezember 2003 (BGBl. S. 3022 ff.) mit Wirkung zum 1. Januar 2005 aufgehoben und durch das Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) ersetzt worden. Die Regelungen über die sachliche Zuständigkeit des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe in § 100 BSHG treten zum 01.01.2007 außer Kraft. Als Folge ist das Niedersächsische Gesetz zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes (Nds. AG BSHG) i.d.F. vom 20. März 1997, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. November 2000 (Nds. GVBl. S. 294) ebenfalls zum 01. Januar 2005 aufgehoben und durch das Niedersächsische. Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs (Nds. AG SGB XII) vom 16. Dezember 2004 ersetzt worden.

Durch das Nds. AG SGB XII werden folgende Eckpunkte der schon nach dem AG BSHG bestehenden Rechtslage fortgeführt :

1. Aus § 2 Nds. AG SGB XII ergibt sich, dass das Land überörtlicher Träger der Sozialhilfe ist. Die sachliche Zuständigkeit des überörtlichen Trägers ergibt sich aus § 6 Abs. 2 bis 5 AG SGB XII.
2. Mit dem Gesetz zur Änderung des Nds. AG BSHG vom 21. 11. 2000 (Nds. GVBl. S. 294) wurde zum 1. 1. 2001 das "Quotale System" zur Finanzierung der Sozialhilfe eingeführt. Danach beteiligen sich das Land – als überörtlicher Träger der Sozialhilfe – sowie die Landkreise und kreisfreien Städte – als örtliche Träger der Sozialhilfe – jeweils gegenseitig mit bestimmten, vorher festgelegten Anteilen an den Pflichtaufwendungen des Anderen, indem die Sozialhilfeaufwendungen gem. § 12 Abs. 1 Nds. AG SGB XII zwischen dem überörtlichen Träger der Sozialhilfe und den örtlichen Trägern der Sozialhilfe nach Quotenklassen verteilt werden. Gem. § 12 Abs. 3 Nds. AG SGB XII erstreckt sich das Quotale System u. a. nicht auf Leistungen gem. §§ 24, 67 bis 69 SGB XII sowie die Kostenerstattungen nach §§ 108 und 115 SGB XII.
3. Gem. § 13 Abs. 1 Nds. AG SGB XII zahlt das Land für die voraussichtlich nach seiner Quote zu tragenden Aufwendungen mtl. Abschläge an die örtlichen Träger der Sozialhilfe. Gem. § 13 Abs. 2 Nds. AG SGB XII werden die jährlich entstehenden Aufwendungen nach § 12 Abs. 2 Nds. AG SGB XII einmal jährlich abgerechnet und etwaige Ausgleichsbeträge festgestellt. Einnahmen und Ausgaben werden im Rahmen der Abrechnung verrechnet. Es erfolgt nur noch eine Buchung auf der Ausgabenseite. Dieses Nettoprinzip des Quotalen Systems wird auch bei der Veranschlagung der Ausgaben berücksichtigt; der gesamte Aufwand des überörtlichen Trägers ist beim Titel 633 11 veranschlagt. Informationen über die einzelnen Hilfearten werden im Rahmen der Abrechnung erhoben (§§ 13 bis 17 DVO AG SGB XII vom 13. 06.2006, Nds. GVBl. Nr. 15/2006, S. 229).
4. Mit Inkrafttreten des SGB XII wurde auch das Gesetz über die bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG) vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1310, 1335), geändert durch Artikel 1a des Gesetzes vom 27. April 2002 (BGBl. I S. 1462) aufgehoben. Die bisher nach diesem Gesetz erbrachten Leistungen sind in das 4. Kapitel des SGB XII überführt worden. Die Aufgaben sind auf die örtlichen Träger der Sozialhilfe und z. T. auch auf den überörtlichen Träger der Sozialhilfe übergegangen. Die Finanzierung der Leistungen nach dem GSiG war bisher im Niedersächsischen Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Nds. AG GSiG) vom 20. November 2002 (Nds. GVBl. S. 728) festgelegt und sah vor, dass der auf Niedersachsen entfallende Anteil des vom Bund nach § 34 Abs. 2 WoGG erstatteten Festbetrages (Kap. 0505 Titel 231 63) an die Grundsicherungsträger in vollem Umfang nach einem Verteilschlüssel weitergeleitet (Titel 633 28) wird. Die Regelungen des Nds. AG GSiG sind ebenfalls zum 01. Januar 2005 aufgehoben worden. Das Nds. AG SGB XII führt sie fort. § 12 Abs. 4 Nds. AG SGB XII stellt dabei sicher, dass die nach § 34 Abs. 2 WoGG erstatteten Beträge unter Beachtung der oben dargestellten Grundsätze an die örtlichen Träger der Sozialhilfe weitergeleitet werden.

Zu 119 11, 162 10 und 182 10

Durch Artikel 26 des 2. Rechtsbereinigungsgesetzes vom 16. 12. 1986 (BGBl. I S. 2441) sind die Vorschriften über die Tuberkulosehilfe und die Tuberkulosebekämpfung außerhalb der Sozialhilfe mit Wirkung vom 1. 1. 1987 aufgehoben worden. Es sind jedoch noch Einnahmen im Zusammenhang mit früheren Darlehensbewilligungen sowie sonstige Einnahmen wie z. B. Rückzahlungen von Überzahlungen aus Vorjahren und Schadensersatzleistungen abzuwickeln (119 11, 162 10 und 182 10). Der auf die Einnahmen entfallende Bundesanteil ist bei Titel 631 10 veranschlagt.

Zu 182 10

Voraussichtliches Aufkommen nach den vertraglich vereinbarten Tilgungsleistungen für Darlehen, die im Rahmen der Sozialhilfe und Tuberkulosehilfe gewährt worden sind.

Zu 231 10

Erstattung des Bundes gemäß § 24 SGB XII i. V. mit dem Rundschreiben des BMI vom 24. 7. 1962 (GMBl. S. 329).
Vgl. Erläuterung zu 681 10.

Zu 631 10

Vgl. Erl. zu 119 11, 162 10 und 182 10.

Zu Titel 633 10 und 671 10

Kostenerstattungen bei Aufenthalt in einer Anstalt und bei Übertritt aus dem Ausland (§§ 106 und 108 SGB XII).

Zu 633 11

Veranschlagt sind die Nettoaufwendungen des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe.
Vgl. allgemeine Vorbemerkungen zu Kap. 05 30.

Zu 633 24

Hilfe gem. §§ 67 bis 69 SGB XII i. V. mit § 6 Abs. 2 Nr. 4 b Nds. AG SGB XII in der Form der Hilfe zum Lebensunterhalt, laufende und einmalige Leistungen sowie durch Tagesaufenthalte.

Zu 633 25

Hilfe gemäß §§ 67 bis 69 SGB XII in stationären Einrichtungen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten und teilstationäre Hilfen an Leistungsberechtigte.

Zu 633 27

Investitionsfolgeaufwendungen vollstationärer Einrichtungen der Dauerpflege, die bis zum Jahr 2003 Gegenstand der Förderung nach § 13 des Niedersächsischen Pflegegesetzes (NPflegeG) a. F. waren, sind seit dem 1. Januar 2004 durch die örtlichen Träger der Sozialhilfe mit den Trägern der stationären Pflegeeinrichtungen nach den §§ 75 ff. des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) zu verhandeln und zu vereinbaren. Diese Leistungen erhalten daher, soweit im Einzelfall Leistungen der Sozialhilfe erforderlich sind, den Rechtscharakter der Hilfe zur Pflege in vollstationären Einrichtungen. Durch die Verlagerung der bis 31. Dezember 2003 bei Kapitel 05 36 in der Titelgruppe 87 – 89 etatisierten Mittel für die Investitionskostenförderung nach § 13 NPflegeG a. F. soll die im Zusammenhang mit der Aufgabe der Förderung verbundene Mehrbelastung der örtlichen Träger der Sozialhilfe vermieden werden.

Zu 633 28

Auf die allgemeinen Vorbemerkungen zu Kap. 05 30, Ziff. 4, wird verwiesen.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0530 Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII) - Sozialhilfe

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 633 29-9		*XII maßgebliche Betrag für das Haushaltsjahr 2007 wird auf 8,0 Mio. EUR festgesetzt. Soweit die Ausgaben für die Blindenhilfe gem. SGB XII den Betrag i. H. v. 8,0 Mio. EUR unterschreiten, dürfen diese Minderausgaben in voller Höhe als Ausgaberest gebildet und nach Kapitel 05 36 Titel 633 10 (Landesblindengeld) und Titel 681 10 (Härtefallfonds für blinde Menschen) übertragen werden.*					
671 10-7	234	Kostenerstattung an (Einrichtungs-) Träger gem § 108 SGB XII *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* **** Vgl. Vermerk zu Titel 633 10*	—	800	800	—	567
671 12-3	234	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen - in Einrichtungen - *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* **** Vgl. Vermerk zu Titel 633 10*	—	550	550	—	514
671 13-1	234	Sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen - außerhalb von Einrichtungen *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* **** Vgl. Vermerk zu Titel 633 10*	—	9.600	9.067	+533	9.298
681 10-2	234	Sozialhilfe für Deutsche im Ausland *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* **** Vgl. Vermerk zu Titel 633 10*	—	620	700	–80	605
		Abschluss Kapitel 0530					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		575	601	–26	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1.000	980	+20	
		Summe der Einnahmen		1.575	1.581	–6	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	1.480.563	1.498.822	–18.259	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.480.563	1.498.822	–18.259	
		Zuschuss		1.478.988	1.497.241	–18.253	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 671 12

Eingliederungshilfe in sachlicher Zuständigkeit des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe (§ 6 Abs. 2 Nr. 1 Nds. AG SGB XII).

Zu 671 13

Vgl. Erläuterung zu 633 24.
Hilfe gem. §§ 67 bis 69 SGB XII i. V. mit § 6 Abs. 2 Nr. 4 b Nds. AG SGB XII durch ambulante flächenorientierte Hilfe und ambulante Nachsorge.

Zu 681 10

Hilfen gemäß §§ 24 SGB XII für Deutsche im Ausland.
Der Bundesanteil ist bei Tit. 231 10 veranschlagt.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0536 Sonstige soziale Leistungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 10-3	290	Eigenbeteiligung an den Aufwendungen für die unentgeltl. Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentl. Personenverkehr **** Zu erstattende Eigenbeteiligungsbeträge sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.(Vgl. Vermerk zu 631 10)*		3.200	3.200	—	2.830
119 01-5	249	Vermischte Einnahmen		—	—	—	2
119 41-4	234	Rückzahlung von Überzahlungen		100	1.000	–900	46
182 10-8	236	Rückflüsse aus Darlehen aus Mitteln der Spielbankabgabe		1	1	—	1
231 10-9	244	Erstattungen des Bundes für Leistungen nach Art.2 2.SED-UnBerG (BerRehaG)		42	38	+4	35
233 10-1	234	Beteiligung der Unterhaltshilfeempf. an der Krankenvers. nach § 276 LAG (Erstattung von den örtlichen Trägern)		1	1	—	—
234 10-8	234	Erstattungen des Bundes zu der Krankenversorgung nach § 276 LAG		15	15	—	0
		A U S G A B E N					
546 10-0	234	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluß des Haushaltsjahres	—	—	—	—	–5
631 10-7	290	Abführung von Eigenbeteiligungsbeträgen an den Bund **** Ausgaben dürfen geleistet werden bis zur Höhe der gesetzlich abzuführenden Einnahmen bei 05 36 - 111 10.*	—	1.023	1.100	–77	860
633 10-0	234	Landesblindengeld (Erstattungen an die örtlichen Träger) *Vgl. D-Vermerk zu 0530-633 29.*	—	21.000	3.054	+17.946	–945
633 11-8	234	Krankenversorgung gem. § 276 LAG (Erstattungen an die örtlichen Träger) *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 633 11 und 671 14.*	—	90	80	+10	128
633 12-6	244	Ausgleichsleistungen nach Art.2 2.SED-UnBerG (BerRehaG) - Erstattungen an die örtlichen Träger	—	70	64	+6	59
633 13-4	234	Mobilitätsfonds für blinde Menschen (Erstattungen an die örtlichen Träger) **** Billigkeitsleistung nach § 53 LHO*	—	—	3.000	–3.000	424
671 11-7	290	Erstattung an die Umlagestelle nach §§ 8,9 APBG *Übertragbar.*	—	350	350	—	33
671 12-5	312	Kosten des Vollzugs der Maßregeln der Besserung und Sicherung nach dem Nds. Maßregelvollzugsgesetz	—	93.500	89.485	+4.015	82.870
671 14-1	234	Krankenversorgung gemäß § 276 Lastenausgleichsgesetz *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	1	1	—	0
671 15-0	234	Erstattung von Kosten des Volksbegehrens an den Blinden- und Sehbehindertenverband Nds. e.V. **** Billigkeitsleistung nach § 53 LHO*	—	100	—	+100	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 111 10

Gemäß § 145 SGB IX vom 19. 6. 2001 (BGBl. I S. 1045 ff.) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23.04.2003 (BGBl. I S. 606) haben sich bestimmte Personengruppen schwerbehinderter Menschen an den Kosten für die unentgeltliche Beförderung mit einem Betrag von 60 EUR jährlich oder 30 EUR halbjährlich zu beteiligen. Der schwerbehinderte Mensch hat die Freifahrtberechtigung durch den Schwerbehindertenausweis und eine entsprechende Wertmarke nachzuweisen. Gem. § 152 SGB IX ist von den Einnahmen aus der Abgabe von Wertmarken ein bestimmter Anteil an den Bund abzuführen (vgl. Tit. 631 10).

Zu 231 10

Erstattungen des Bundes nach § 29 BerRehaG für Aufwendungen gem. Art. 2, 3. Abschnitt, § 8 2. SED-UnBerG (BerRehaG) vom 23. 6. 1994 (BGBl. I S. 1311), zuletzt geändert durch Art. 28 des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch vom 27.12.2003 (BGBl. I S. 3022)
Vgl. Erläuterungen zu Titel 633 12.

Zu 234 10

Die Krankenversorgung für Empfänger von Unterhaltshilfe nach dem Lastenausgleichsgesetz i. d. F. 02.06.1993 (BGBl. I S.845), zuletzt geändert durch Gesetz zur Novellierung des Verwaltungszustellungsrechts vom 12.08.2005 (BGBl. I S. 2354), obliegt den zuständigen Trägern der Sozialhilfe (75 v.H.) und dem Bund (25 v.H.). Etwaige Erstattungen sind hier zu vereinnahmen.

Zu 631 10

Vgl. Erl. zu Tit. 111 10.

Zu 633 10

Gemäß §§ 1 und 9 des Gesetzes über das Landesblindengeld für Zivilblinde i. d. F. vom 18. 1. 1993 (Nieders. GVBl. S. 25), zuletzt geändert durch Art. des Haushaltsbegleitgesetzes 2007 vom (Nds. GVBl. S.) ist Landesblindengeld durch den überörtlichen Träger der Sozialhilfe zu leisten. Der monatliche Satz gemäß § 2 Abs. 1 des Landesblindengeldgesetzes beträgt ab dem 01.01.2007 bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres 300 EUR und nach Vollendung des 25. Lebensjahres 220 EUR..
Das Landesblindengeld geht der Blindenhilfe nach § 72 SGB XII vor.
Gemäß § 9 wird das Gesetz von den herangezogenen Gebietskörperschaften ausgeführt.

Zu 633 11

Empfänger von Unterhaltshilfe erhalten als zusätzliche Leistung im Falle der Krankheit Krankenversorgung (einschließlich Erstattung freiwilliger Krankenversicherungsbeiträge), die gem. § 276 Abs. 3 Lastenausgleichsgesetz i. d. F. 02.06.1993 (BGBl. I S.845), zuletzt geändert durch Gesetz zur Novellierung des Verwaltungszustellungsrechts vom 12.08.2005 (BGBl. I S. 2354), zu 75 v. H. von den Trägern der Sozialhilfe getragen werden. Der verbleibende Betrag wird der Krankenkasse vom Bund erstattet (vgl. Tit. 233 10 und 234 10).

			Tsd. Euro
Hilfeempfänger in stationärer Behandlung		=	91
Hilfeempfänger in ambulanter Behandlung			
		Zusammen	91
davon bei	633 11	=	**90 000 EUR**
	671 14	=	**1 000 EUR**

Zu 633 12

Ausgleichsleistungen gem. § 8 BerRehaG (3. Abschnitt). Der Bund erstattet gem. § 29 BerRehaG 60 v. H. der Aufwendungen der Länder (vgl. Erl. zu Titel 231 10).

Zu 633 13

Ab 01.01.2007 überführt in den Härtefallfonds für blinde Menschen (vgl. Titel 681 10).

Zu 671 11

Verwaltungskosten für die Abwicklung des mit dem Umlagejahr 2002/2003 ausgelaufenen Umlageverfahrens zur Finanzierung der Ausbildungsvergütungen in der Altenpflege. Die Abwicklung erfolgt durch die Nord/LB, die das Umlageverfahren durchgeführt hatte.

Zu 671 12

Kosten der Unterbringung aufgrund einer strafrichterlichen Entscheidung in psychiatrischen Krankenhäusern oder in Entziehungsanstalten.

	Patienten
LKH Brauel	182
LKH Göttingen	68
LKH Hildesheim	81
LKH Königslutter	80
LKH Lüneburg	110
LKH Moringen	371
LKH Osnabrück	80
LKH Wehnen	105
LKH Wunstorf	115
Einrichtungen anderer Bundesländer	19
Insgesamt	1.211

Mit enthalten sind Kosten der forensisch-psychiatrischen Nachsorge in den forensischen Institutsambulanzen der o. a. LKH sowie Kosten der Prognosebegutachtungen vor Gewährung bestimmter Vollzugslockerungen.

Zu 671 14

Vgl. Erl. zu Tit. 633 11.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
681 10-4	234	Härtefallfonds für blinde Menschen **** Billigkeitsleistung nach § 53 LHO*	—	1.000	—	+1.000	—
682 10-0	290	Erstattung von Fahrgeldausfällen an die Verkehrsträger *Übertragbar.*	—	22.582	21.923	+659	21.689
684 10-3	236	Förderung der Qualifizierung u. Beschäftigung von Nichtsesshaften d. sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse *Übertragbar.*	—	—	—	—	219
684 11-1	236	Zuschuss zu den laufenden Kosten des Vereins zur Förderung der Blindenbildung e. V. Hannover *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 684 11, 684 12, 684 13, 684 14, 684 15, 684 16, 684 17, 684 19, 684 20, 684 24, Ausgabetitelgruppe 90, Ausgabetitelgruppe 91/92 und Ausgabetitelgruppe 94.*	—	80	80	—	—
684 12-0	236	Zuschüsse zu den Kosten der Betreuung von seelisch und geistig behinderten Menschen in Wohngemeinschaften *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 684 11.*	— 110	165	110	+55	123
684 13-8	236	Zuschüsse zur Förderung der Zentralen Beratungsstellen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten *Vgl. D-Vermerk zu 684 11.*	—	460	460	—	452
684 14-6	236	Zuschuss zur Förderung d. Niedersächsischen Beratungsstelle für Sinti und Roma *Vgl. D-Vermerk zu 684 11.*	—	220	220	—	220
684 15-4	234	Zuschüsse zu Maßnahmen der Früherkennung behinderter oder von einer Behinderung bedrohter Kinder *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 684 11.*	—	343	287	+56	186
684 16-2	234	Zuschüsse an Selbsthilfegruppen und Träger von Initiativen zur Aktivierung der Selbsthilfe in sozialen Brennpunkten *Vgl. D-Vermerk zu 684 11.*	—	289	289	—	281
684 17-0	234	Zuschüsse an Träger von Schuldnerberatungsstellen *Vgl. D-Vermerk zu 684 11.*	—	576	576	—	570
684 18-9	234	Zuschüsse zur Förderung von Betreuungsvereinen nach dem Betreuungsgesetz	—	1.053	1.053	—	870
684 19-7	411	Zuschüsse für soziale Wohnraumhilfe *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 684 11.*	—	56	56	—	54
684 20-0	236	Förderung der palliativmedizinischen Versorgung und Hospizarbeit *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 684 11.*	450 —	600	250	+350	—
684 24-3	236	Zuschüsse an Familienentlastende Dienste *Vgl. D-Vermerk zu 684 11.*	—	601	512	+89	319
684 51-0	236	Finanzhilfe gem. § 7 Abs. 2 NLottG, Anteil für Aufgaben der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege *Übertragbar.* **** Die Ausgaben dürfen die gesetzlich festgelegte Höhe nicht überschreiten.* *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben*	—	18.253	18.253	—	18.252

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 681 10

Bezeichnung des Förderprogramms: Gewährung von Leistungen aus dem Landesfonds für blinde Menschen (Härtefallfonds).

Rechtliche Grundlage: § 53 LHO i. V. m. noch zu erlassenden Regelungen zur Durchführung.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	0	0	0	0	0	1.000	1.000	1.000	1.000
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					0	1.000	1.000	1.000	1.000

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [X]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 01.01.2007

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Ausgleich von Härten, die durch das gegenüber dem Haushaltsjahr 2004 niedrigere Leistungsniveau beim Landesblindengeld entstehen können.

Zielgruppe: Blinde Menschen

Durchschnittliche Förderhöhe:

Zu 682 10

Nach § 151 (1) Satz 2 SGB IX vom 19. 6. 2001 (BGBl. I S. 1045 ff.) tragen die Länder die Aufwendungen für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen und der mitgeführten Gegenstände im Sinne des § 145 (2) Nr. 2 des Gesetzes, soweit nicht gemäß § 151 (1) Satz 1 der Bund zur Kostentragung verpflichtet ist. Das Land erstattet den Verkehrsträgern die Fahrgeldausfälle im Nahverkehr nach einem durchschnittlichen (§ 148 (4) SGB IX) bzw. einem im Einzelfall ermittelten (§ 148 (5) SGB IX) Prozentsatz der von den Unternehmern nachgewiesenen Fahrgeldeinnahmen.

Zu 684 11

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschuss zu den laufenden Kosten des Vereins zur Förderung der Blindenbildung.

Rechtliche Grundlage: § 44 LHO ; jährlicher Bescheid.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Noch zu 684 11

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	82	82	82	0	80	80	80	80	80
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					80	80	80	80	80

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1961 – in unterschiedlicher Höhe und nach verschiedenen Rechtsgrundlagen; von 1977 bis 2004 und ab 2006 eigener Haushaltsmittelansatz.

Befristung:
[ ]Nein [X] Ja, Haushaltsansatz und Bewilligungsbescheid sind immer auf ein Haushaltsjahr beschränkt.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Gefördert wird die Herstellung von Punktschriftliteratur, um dadurch sicherzustellen, dass blinde Menschen diese Produkte zu vertretbaren Preisen erwerben können.

Zielgruppe: Verein zur Förderung der Blindenbildung e.V. Hannover.

Durchschnittliche Förderhöhe: 80.000 EUR

Zu 684 12

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschüsse zu den Kosten der Betreuung von seelisch und geistig behinderten Menschen in Wohngemeinschaften.

Rechtliche Grundlage: Entschließung des Landtages vom 20.05.1983 (LT-Drs. 10/1178); Rundschreiben Nr. 09/1989 und Nr. 11/1990 des Landesamtes für Soziales; Jugend und Familie.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	594	438	432	123	110	165	0	0	0
Korrespondierende Einnahmen aus					0	0	0	0	0
EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					110	165	0	0	0

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1984

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis.2007(Auslaufen der Förderung)

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Unter der Prämisse “ambulant vor stationär“ wurde 1984 mit der Förderung von Wohngemeinschaften für Menschen mit geistigen und seelischen Behinderungen begonnen, Die Wohngemeinschaften für Menschen mit geistigen und seelischen Behinderungen stellt eine Alternative

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 684 12

zur Heimunterbringung dar, fördert die Selbständigkeit der Menschen und ist in der Regel erheblich günstiger als die Heimunterbringung. Seit Einführung des "Quotalen Systems" werden keine neuen Wohngemeinschaften mehr in die Förderung aufgenommen und das bisherige Programm läuft bis 2007 für solche Projekte, deren Förderdauer bisher noch nicht abgelaufen ist, schrittweise aus.

Zielgruppe: Menschen mit geistigen und seelischen Behinderungen.

Durchschnittliche Förderhöhe: Zuwendungen werden in Höhe von 50 % der Personalkosten für die Betreuungskräfte in Wohngemeinschaften für Menschen mit seelischen und/oder geistigen Behinderungen sowie für solche Menschen mit seelischen oder geistigen Behinderungen, die in Einzelwohnungen wohnen und dort betreut werden, gewährt.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	110	—	110
2008	—	—	—	—
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	110	—	110

Zu 684 13

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschüsse zur Förderung der Zentralen Beratungsstellen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten.

Rechtliche Grundlage: Richtlinie über die Förderung der Zentralen Beratungsstellen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten (Erl. MS vom 27.04.2005, Nds. MBl. S. 438).

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	449	446	438	452	460	460	460	460	460
Korrespondierende Einnahmen aus EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					460	460	460	460	460

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1996

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis.31.12.2008 (Verlängerung vorgesehen).

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Die Zentralen Beratungsstellen nehmen im Interesse des Landes als überörtlicher Träger der Sozialhilfe im Rahmen der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten die folgenden Aufgaben wahr:
Sozialplanung, Koordination und Vernetzung des regionalen Hilfeangebotes, Unterstützung der Steuerung der inhaltlichen Ausgestaltung und Entwicklung des ambulanten Hilfeangebotes.

Zielgruppe: 5 Zentrale Beratungsstellen in Braunschweig, Hannover, Lüneburg, Oldenburg und Osnabrück.

Durchschnittliche Förderhöhe: 90.400 EUR je Beratungsstelle.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 684 14

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschuss zur Förderung der Nieders. Beratungsstelle für Sinti und Roma.

Rechtliche Grundlage: §§ 23, 44 LHO i.V. mit Förderbescheid.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	240	240	240	220	220	220	220	220	220
Korrespondierende Einnahmen aus EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					220	220	220	220	220

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1983

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Persönliche Beratung und Unterstützung der Sinti und Roma in allen Lebensbereichen mit dem Ziel der Überwindung der besonderen sozialen Schwierigkeiten im Sinne der §§ 67 – 69 SGB XII und der sozialen und wirtschaftlichen Integration des Personenkreises. Es liegt im besonderen Interesse des Landes, eine adäquate Betreuung dieses Personenkreises sicherzustellen.

Zielgruppe: Nds. Beratungsstelle für Sinti und Roma e.V.

Durchschnittliche Förderhöhe: 220.000 EUR

Zu 684 15

Bezeichnung des Förderprogramms: Gewährung von Zuwendungen zur Finanzierung von Leistungen im Bereich der Frühförderung von behinderten und von Behinderung bedrohten Kindern durch das Land Niedersachsen.

Rechtliche Grundlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Finanzierung von Leistungen im Bereich der Frühförderung von behinderten und von Behinderung bedrohten Kindern durch das Land Niedersachsen (RdErl. MS v. 2. 2. 1996 – Nds. MBl. S. 205, zuletzt geändert durch RdErl. MS v. 14.11.2005 – Nds. MBl. S. 943).

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	115	115	157	186	287	343	343	343	343
Korrespondierende Einnahmen aus EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					287	343	343	343	343

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 684 15

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 01.01.1990

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis.31.12.2006 – (Verlängerung ist vorgesehen)

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Zuschüsse zu Maßnahmen der interdisziplinären Früherkennung behinderter oder von einer Behinderung bedrohter Kinder. Durch rechtzeitige und qualifizierte Früherkennung und Frühförderung können häufig teilstationäre und stationäre Einrichtungsaufenthalte, die mit erheblichen und in der Regel langjährigen finanziellen Folgen für die Sozialhilfeträger verbunden sind, vermieden werden.

Zielgruppe: Träger der Freien Wohlfahrtspflege sowie Landkreise und kreisfreie Städte in ihrer Funktion als örtliche Sozialhilfeträger, die ein interdisziplinär arbeitendes Früherkennungsteam unterhalten.

Durchschnittliche Förderhöhe: Ca. 11.600 EUR

Zu 684 16

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschüsse an Selbsthilfegruppen und Träger von Initiativen zur Aktivierung der Selbsthilfe in sozialen Brennpunkten.

Rechtliche Grundlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Selbsthilfegruppen und Trägern von Initiativen zur Aktivierung der Selbsthilfe in sozialen Brennpunkten (Erl. d. MS vom 25.07.2006, Nds. MBl. S. 822).

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	271	256	273	281	289	289	289	289	289
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					289	289	289	289	289

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1991

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis 30.11.2009 (Verlängerung beabsichtigt)

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in den benachteiligten Wohngebieten, Wohnumfeldverbesserungen, Abbau von Sicherheitsdefiziten, mittelfristig Auflösung der sozialen Brennpunkte und landesweit weitestgehende Herstellung gleicher Lebensverhältnisse.

Zielgruppe: Jur. Personen des öffentl. Rechts mit Sitz in Niedersachsen sowie Verbände, Vereine, Selbsthilfegruppen und ähnliche Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht, die sich neben öffentl. Zuschüssen aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden etc. finanzieren.

Durchschnittliche Förderhöhe: Neben der Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Nds. e.V. (institutionell) i. H. v. rd. 163.000 EUR wurden 20 Einzelprojekte in Höhe von durchschnittlich rd. 5.900 EUR gefördert.

Zu 684 17

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschüsse an Träger von Schuldnerberatungsstellen

Rechtliche Grundlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an Träger von Schuldnerberatungsstellen (Erl. d. MS vom 14.03. 2005, Nds. MBl. S. 251).

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 684 17

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	348	342	552	570	576	576	576	576	576
Korrespondierende Einnahmen aus EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					576	576	576	576	576

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1991

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis.31.12.2008 (Verlängerung beabsichtigt)

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
1. Durch die Bereitstellung eines lebenslagenorientierten Beratungsangebotes soll der drohenden bzw. eingetretenen Überschuldung entgegengewirkt werden, um die aus der Überschuldung resultierenden besonderen finanziellen und sozialen Schwierigkeiten zu beheben bzw. zu vermeiden.
2. Öffnung und Erhaltung des flächendeckenden Zugangs zum Verbraucherinsolvenzverfahren mit der Möglichkeit der Restschuldbefreiung.

Zielgruppe: Träger von Schuldnerberatungsstellen (Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, sonstige juristische Personen des privaten Rechts, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige oder mildtätige Zwecke verfolgen, jur. Personen des öffentlichen Rechts mit Sitz in Niedersachsen).

Durchschnittliche Förderhöhe: 7.500 EUR je Schuldnerberatungsstelle.

Zu 684 18

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschüsse zur Förderung von Betreuungsvereinen nach dem Betreuungsgesetz.

Rechtliche Grundlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Betreuungsvereinen (RdErl. d. MS vom 24.01. 2006; Nds. MBl. S. 191).

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	791	788	935	870	1.053	1.053	1.053	1.053	1.053
Korrespondierende Einnahmen aus EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					1.053	1.053	1.053	1.053	1.053

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 01.01.1992

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 684 18

Befristung:
[ ]Nein [X] Ja, bis.31.12.2009 (Verlängerung beabsichtigt).

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Personal- und Sachausgaben anerkannter Betreuungsvereine, insbesondere zur Gewinnung ehrenamtlicher Betreuerinnen und Betreuer, ihre Einführung in die Aufgaben, Fortbildung und Beratung sowie Information z.B. über Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen.
Seit Einführung der zusätzlichen Gewährung von Fallpauschalen im Jahre 2002 haben die geförderten Betreuungsvereine insgesamt 1.381 neue ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer angeworben, die auch tatsächlich mindestens eine Betreuung übernommen haben.
Damit sind die Ausgaben des Landes für Betreuungssachen insgesamt – vor allem auch die Vergütungen für die im Vergleich zu den ehrenamtlichen Betreuern erheblich kostenintensiveren Berufsbetreuern – tatsächlich erheblich reduziert worden.

Zielgruppe: Anerkannte Betreuungsvereine

Durchschnittliche Förderhöhe: 18.700 EUR.

Zu 684 19
Bezeichnung des Förderprogramms: Förderung der Sozialen Wohnraumhilfe gGmbH

Rechtliche Grundlage: §§ 23, 44 LHO i.V. mit Förderbescheid.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	54	56	54	54	56	56	56	56	56
Korrespondierende Einnahmen aus EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					56	56	56	56	56

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1992

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Beschaffung und Sicherung von Wohnraum für die auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt benachteiligten Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten gem. § 67 – 69 SGB XII. Förderung der sozialen Integration des Personenkreises, Vermeidung einer kostenaufwändigeren stationären Unterbringung der nichtsesshaften Leistungsberechtigten in sachlicher Zuständigkeit des Landes als überörtlicher Träger der Sozialhilfe.

Zielgruppe: Soziale Wohnraumhilfe gGmbH Hannover.

Durchschnittliche Förderhöhe: 56.000 EUR

Zu 684 20
Bezeichnung des Förderprogramms: Förderung der palliativmedizinischen Versorgung und Hospizarbeit

Rechtliche Grundlage: für 2006: Rahmenkonzept des Landes zur Weiterentwicklung der Palliativversorgung in Niedersachsen. Ab 2007: eine noch zu erstellende Förderrichtlinie

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 684 20

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	0	0	0	0	250	600	700	750	500
Korrespondierende Einnahmen aus EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					250	600	700	750	500

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2006

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis.31.12.2010

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Landesweit flächendeckender Aufbau von Palliativstützpunkten im Sinne des o. a. Rahmenkonzeptes zur Vernetzung und Kooperation der an der Palliativversorgung beteiligten Leistungserbringer einschließlich der ehrenamtliche Hospizarbeit. Die Förderung setzt voraus, dass mit der Maßnahme eine nachhaltige Verbesserung der Palliativversorgung in Niedersachsen erreicht wird. Gefördert werden Maßnahmen, die den Aufbau und die Verstetigung eines Palliativstützpunktes einschließlich der Kooperation der an diesem Palliativstützpunkt beteiligten Leistungserbringer sicherstellen. Die Förderung setzt voraus, dass der Zuwendungsempfänger den Aufbau eines weiteren Palliativstützpunktes in einem mit dem MS abzustimmenden Gebiet vorbereitet und unterstützt.

Zielgruppe: An der Palliativversorgung beteiligte Leistungserbringer sowie Träger von ambulanten und stationären Hospizen.

Durchschnittliche Förderhöhe: voraussichtlich 25.000 EUR

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	250	250
2009	—	—	150	150
2010	—	—	50	50
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	450	450

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 684 24

Bezeichnung des Förderprogramms: Gewährung von Zuwendungen zur Finanzierung von Familienentlastenden Diensten (FED).

Rechtliche Grundlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Finanzierung von Familienentlastenden Diensten (FED) vom 08.03.1999 (Nds. MBl. S. 217), zuletzt geändert durch RdErl. MS vom 11.11.2004 (Nds. MBl. S. 805).

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	247	251	301	319	512	601	601	601	601
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					512	601	601	601	601

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 01.01.1992

[ ]Nein [X] Ja, bis 31.12.2006 (Verlängerung beabsichtigt).

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Zweck der Förderung ist, FED zu schaffen und deren Arbeit zu unterstützen. Durch FED sollen Personen entlastet werden, die in ihrem Haushalt einen im Sinne des § 2 Abs. 1 S. 1 SGB IX i.V. mit § 53 SGB XII wesentlich geistig, körperlich und/oder seelisch behinderten Menschen betreuen. Durch die Entlastung der Familien wird die Betreuungs- und Pflegebereitschaft erhalten und dadurch in vielen Fällen ein Aufenthalt in einer teilstationären oder stationären Einrichtung – der für das Land regelmäßig mit erheblichen Mehrkosten verbunden wäre – vermieden.

Zielgruppe:
Zuwendungen können gewährt werden für FED in der Trägerschaft der Freien Wohnfahrtspflege oder sonstiger freigemeinnütziger Träger mit Sitz in Niedersachsen.

Durchschnittliche Förderhöhe: 11.500 EUR

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 684 51-0		*im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 65		**Verwendung der Konzessionsabgabe gem. § 7 Abs. 3 NLottG für die allgem. Förderung wohlfahrtspflegerischer Aufgaben** *Übertragbar.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.*	(1.637) (1.637)	(1.707)	(1.707)	(—)	(1.245)
547 65-3	236	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	16
684 65-0	236	Zuschüsse zur Durchführung von Einzelmaßnahmen in besonderen Fällen	930 637	1.000	670	+330	958
893 65-9	236	Zuschüsse zu den Kosten von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie der Ausstattung von Heimen und sonstigen Einrichtungen **** Die Ausgaben dürfen die gesetzlich festgelegte Höhe in einem Anteil von 1.036.250 EUR nicht überschreiten.*	707 1.000	707	1.037	–330	271
TGr. 78		**Enthospitalisierung** *Übertragbar.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(337)
547 78-5	235	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
633 78-9	235	Sonstige Erstattungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	337
671 78-8	235	Ambulante Hilfe für behinderte Menschen	—	—	—	—	—
893 78-0	235	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 81		**Verwendung des Landesanteils am Aufkommen der Spielbankabgabe für außergewöhnliche Maßnahmen im sozialen Bereich** *Übertragbar.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(2.046) (2.046)	(2.062)	(2.062)	(—)	(1.400)
547 81-5	236	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
684 81-2	236	Zuschüsse an Verbände der Freien Wohlfahrtspflege **** Die Ausgaben dürfen die gesetzlich festgelegte Höhe in einem Anteil von 15.750 EUR nicht überschreiten.*	—	16	16	—	—
686 81-5	236	Zuschüsse an Sonstige	400 100	400	100	+300	286
893 81-0	236	Zuschüsse an Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und andere gemeinn.Träger sowie an Sonstige	1.646 1.946	1.646	1.946	–300	1.113

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 684 51

Veranschlagt sind die in § 7 Abs. Nr. 2 NLottG (Nds. GVBl. Nr. 12/97, S. 289 ff.), zuletzt geändert durch Art. 4 HHBegleitG 2006 (Nds. GVBl. S. 426), festgelegten Anteile für Aufgaben der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege.

Zu Titelgruppe 65

Veranschlagt sind die in § 7 Abs. 3 Nr. 3 NLottG (Nds. GVBl. Nr. 12/97, S. 289 ff.), zuletzt geändert durch Art. 4 HHBegleitG 2006 (Nds. GVBl. S. 426 ff.) festgelegten Anteile für die Förderung allgemeiner wohlfahrtspflegerischer Aufgaben durch das MS entsprechend der hierfür geltenden Richtlinie (RdErl. MS v. 30. 8. 2004, Nds. MBl. S. 544).

Zu 684 65

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	637	—	637
2008	—	—	930	930
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	637	930	1.567

Zu 893 65

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	1.000	—	1.000
2008	—	—	707	707
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	1.000	707	1.707

Zu Titelgruppe 78

Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und den Landkreisen Hannover und Celle sowie der Landeshauptstadt Hannover vom 25. 6. 1996.
Der Langzeitbereich des Klinikum Wahrendorff GmbH umfasst z. Z. rd. 700 Bewohner/-innen. Dies entspricht nicht dem heutigen Stand der Sozialpsychiatrie. In einem auf drei Jahre angelegten Programm soll unter fachlicher Begleitung des Landesfachbeirats „Psychiatrie“ und auf der Grundlage einer Vereinbarung mit den Landkreisen Celle und Hannover sowie der Landeshauptstadt Hannover eine Infrastruktur von Angeboten geschaffen, die es wesentlich seelisch behinderten Menschen ermöglicht, ambulante und teilstationäre Hilfen in Anspruch nehmen zu können und somit stationäre Hilfen zu vermeiden. Außerdem werden neue Verfahren bei der Prüfung des Hilfebedarfs eingeführt und erprobt.

Zu Titelgruppe 81

Zuwendungen gemäß Richtlinie des MS vom 30. 8. 2004 (Nds. MBl. S. 544).
Zur Verwendung des Landesanteils an dem Aufkommen der Spielbankabgabe gem. § 4 Abs. 1 des Nieders. Spielbankgesetzes – NSpielbG – vom 16.12.2004 (Nds. GVBl. S. 605 ff).
Aus Mitteln der Spielbankabgabe stehen für das Haushaltsjahr 2006 9.504.000 EUR zur Verfügung.
Veranschlagt ist der Anteil für den Geschäftsbereich des MS zur Durchführung von außergewöhnlichen Maßnahmen im sozialen Bereich entsprechend der Landtagsentschließung vom 5. 7. 1973 – LT-Drucksache 7/2077 –.

Zu 686 81

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	100	—	100
2008	—	—	400	400
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	100	400	500

Zu 893 81

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	1.946	—	1.946
2008	—	—	1.646	1.646
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	1.946	1.646	3.592

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0536 Sonstige soziale Leistungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 86 bis 88		**Förderung der Investitionsfolgekosten nach §§ 9 und 10 Nieders. Pflegegesetz (NPflegeG)**	(—)	(40.370)	(37.889)	(+2.481)	(37.535)
883 86-6	290	Zuweisungen an Gemeinden nach § 9 NPflegeG	—	—	—	—	—
883 87-4	290	Zuweisungen an Gemeinden für teilstationäre Pflegeplätze (§ 10 NPflegeG)	—	—	—	—	—
883 88-2	290	Zuweisungen an Gemeinden für Kurzzeitpflegeplätze (§ 10 NPflegeG)	—	—	—	—	—
893 86-1	290	Zuschüsse an Sonstige nach § 9 NPflegeG	—	26.400	23.015	+3.385	23.918
893 87-0	290	Zuschüsse an Sonstige für teilstationäre Pflegeplätze (§ 10 NPflegeG)	—	2.100	1.893	+207	1.935
893 88-8	290	Zuschüsse an Sonstige für Kurzzeitpflegeplätze (§ 10 NPflegeG)	—	11.870	12.981	–1.111	11.682
TGr. 89		**Förderung der Investitionsfolgekosten nach § 13 Nieders. Pflegegesetz (NPflegeG) a. F.**	(—)	(—)	(—)	(—)	(–649)
883 89-0	290	Zuweisungen an Gemeinden	—	—	—	—	—
893 89-6	290	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	–649
TGr. 90		**Förderung der Investitionsfolgekosten nach § 12 Nieders. Pflegegesetz (NPflegeG) a. F.** *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 684 11.*	(—)	(1.081)	(1.081)	(—)	(1.178)
883 90-4	290	Zuweisungen an Gemeinden	—	—	—	—	—
893 90-0	290	Zuschüsse an Sonstige	—	1.081	1.081	—	1.178
TGr. 91/92		**Förderung nach §§13 und 14 NPflegeG** *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 684 11.*	(1.420) (900)	(1.500)	(1.000)	(+500)	(174)
547 91-2	290	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
633 91-6	290	Zuschüsse gem § 13 NPflegeG an Gemeinden	—	—	—	—	—
633 92-4	290	Zuschüsse gem. § 14 NPflegeG an Gemeinden	—	—	—	—	—
684 91-0	290	Zuschüsse gem.§ 13 NPflegeG an Sonstige	—	80	100	–20	—
684 92-8	290	Zuschüsse gem. § 14 NPflegeG an Sonstige	1.420 900	1.420	900	+520	174
TGr. 94		**Betreuung und Versorgung schwerstkranker Kinder** *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 684 11.*	(400) (520)	(487)	(472)	(+15)	(375)
547 94-7	236	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	0
633 94-0	236	Zuschüsse an Gemeinden	—	—	—	—	—
684 94-4	236	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	400 400	487	472	+15	200
685 94-0	236	Zuschüsse zur Stiftungserweiterung der Stiftung "Kinder von Tschernobyl" **** Die VE darf nur mit Zustimmung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages in Anspruch genommen werden.*	— 120	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 86 bis 88

Die im SGB XI (Soziale Pflegeversicherung) getroffenen Regelungen und Vorgaben bedürfen der Ausführung und Umsetzung durch den Landesgesetzgeber. Das Land Niedersachsen ist den Vorgaben durch das Nds. Pflegegesetz (NPflegeG) vom 22.05.1996 (Nds. GVBl. 10/ 1996, S. 245 ff.), in der Fassung vom 26.05.2004 (Nds. GVBl. 15/2004, S.157), zuletzt geändert durch Art. 12 Haushaltbegleitgesetz 2005 (Nds. GVBl. 44/2004, S. 667), sowie der Durchführungsverordnung zum Nds. Pflegegesetz (DVO-NPflegeG) in der Fassung vom 30.03. 2005 (Nds. GVBl. 8/2005, S. 104) nachgekommen.

Zu Titel 883 86 und 893 86

Das Land fördert die Investitionsfolgekosten ambulanter Pflegeeinrichtungen nach Maßgabe des § 9 NPflegeG n. F..

Zu Titel 883 87, 883 88, 893 87 und 893 88

Gemäß § 10 NPflegeG n. F. i. V. mit § 1 und §§ 3 ff. DVO-NPflegeG erhalten Träger von teilstationären Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Kurzzeitpflege Investitionsfolgekostenzuschüsse. Gefördert werden der Bestand sowie neue Plätze, soweit diese durch Pflegebedürftige im Sinne des SGB XI belegt sind (leistungsfolgende Förderung). Gefördert werden auch Einrichtungen der vollstationären Dauerpflege, soweit sie für Kurzzeitaufenthalte genutzt werden (so genannte eingestreute Kurzzeitpflege).

Zu Titelgruppe 90

Gemäß § 12 Abs. 1 NPflegeG in der bis 31.12.2003 geltenden Fassung (Nds. GVBl. 14/2002, S. 145) erhielten Träger von vollstationären Einrichtungen der Dauerpflege für Maßnahmen zur Umstrukturierung, Modernisierung oder zum Ersatz einer Einrichtung oder wesentlicher Teile einer Einrichtung, die die Qualität der Pflege oder Unterkunft verbessern, eine Förderung in Höhe der Zinskosten gem. § 5 Abs. 3 DVO-NPflegeG für das zur Durchführung der Maßnahmen eingesetzte Fremdkapital. Die Förderung erfolgt leistungsfolgend nur für belegte Plätze. Die Maßnahmen werden durch ein jährliches Förderprogramm nach Maßgabe des Haushaltsplans aufgestellt und von der Landesregierung beschlossen (§ 12 Abs. 2 NPflegeG a. F.).

Belastungen, die bei Titelgruppe 90 durch in Vorjahren in Anspruch genommenen / ausgebrachten Verpflichtungen entstehen:

Belastungen

der Haushalts-jahre	durch die 1996 außer-planm. VE in 1000 EUR	durch die 1997 aus-gbrachte VE in 1000 EUR	durch die 1998 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamt belastung in 1000 EUR
2007	270	87	724	1.081
2008	270	87	724	1.081
2009	270	87	724	1.081
2010	270	87	724	1.081
2011 ff.	2.474	619	11.154	14.247
Summe	3.554	967	14.050	18.571

Zu Titelgruppe 91/92

Bezeichnung des Förderprogramms: Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von niedrigschwelligen Betreuungsangeboten sowie Modellvorhaben nach § 45 c SGB XI

Rechtliche Grundlage: § 45 a bis § 45 c SGB XI- Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz-(BGBl. I S. 3728 ff.); §§ 13 und 14 NPflegeG (Nds.GVBl. .15/2004, S. 157); Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von niedrigschwelligen Betreuungsangeboten sowie Modellvorhaben nach § 45 c SGB XI (RdErl. MS vom 06.09.2004; Nds. MBl. S. 545)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 91/92

Tsd. EUR	2001 (Ist)	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Soll)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)
Ist / Ansatz	362	278	156	39	1000	1000	1500	1500	1500
Korrespondierende Einnahmen aus EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					1000	1000	1500	1500	1500

Empfänger:
[X]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 01.01.2004

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis.31.12.2007 (Verlängerung vorgesehen)

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
In Ausführung der Vorschriften der §§ 13 und 14 NPflegeG sollen gefördert werden:
–die Entwicklung und Erprobung neuartiger Formen der Pflege, Maßnahmen zur Vermeidung von Pflege und Verbindungen von Pflegeangeboten oder -einrichtungen mit gesundheits- oder sozialpflegerischen Angeboten oder Einrichtungen,
–niedrigschwellige Betreuungsangebote sowie Modellvorhaben zur Verbesserung der Versorgung von Personen mit eingeschränkter Alltagskompetenz (insbes. Altersdemenz) als Kofinanzierung zu Mitteln aus der Pflegeversicherung nach dem Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz nach Maßgabe der Richtlinie des MS.

Zielgruppe: Pflegebedürftige Menschen mit demenzbedingten Fähigkeitsstörungen, geistigen Behinderungen und/oder psychischen Erkrankungen.

Durchschnittliche Förderhöhe: Hinsichtlich einer durchschnittlichen Förderhöhe können derzeitig noch keine Angaben gemacht werden. Die Förderung nach der o. g. Richtlinie und die daraus resultierenden Ansätze und Ist-Ausgaben erfolgt erst seit dem 01.01.2004. Aufgrund der vereinbarten Abrechnungspraxis (Auszahlung erfolgt nach Vorlage des Verwendungsnachweises erst im Folgejahr des Förderzeitraumes) kann lediglich angemerkt werden, dass für das Jahr 2004 57 Anbieter eine Förderung erhielten. Für das Förderjahr 2005 erhöhte sich die Anzahl der Anbieter, denen eine Förderung bewilligt wurde auf 99; in 2006 werden insgesamt 114 Anbieter eine Förderung erhalten. Die Auszahlungen der Vorjahre (inklusive 2004) bezogen sich auf die Förderung nach §§ 16 und 17 NPflegeG a.F..

Zu 684 92

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	900	—	900
2008	—	—	1.420	1.420
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	900	1.420	2.320

Zu Titelgruppe 94

Grundlage der Förderung sind die einstimmigen Entschließungen des Nds. Landtages „Flächendeckende Versorgung und Betreuung schwerstkranker Kinder sicherstellen“ (Lt. Drs. 14/2567) vom 13. 6. 2001 und „Versorgung schwerkranker Kinder in Niedersachsen in Niedersachsen qualitativ verbessern“ vom 26.01.2005 (LT-Drs. 15/1652)
Insbesondere werden gefördert
– Einrichtungen und Modellprojekte zur Verbesserung der Versorgung schwerstkranker Kinder,

Noch zu Titelgruppe 94

– die Vernetzung von Angeboten (Ermöglichung oder Verstärkung der Zusammenarbeit unter den Beteiligten, Koordination von Hilfen),
– eine qualifizierte Fortbildung von ambulanten Krankenpflegediensten in Fragen der Versorgung schwerstkranker Kinder.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 684 94

Bezeichnung des Förderprogramms: Betreuung und Versorgung schwerstkranker Kinder

Rechtliche Grundlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Betreuung und Versorgung von schwerstkranken Kindern (RdErl. MS vom 23.12.2005 ;Nds. MBl. 3/2006, S. 30), zuletzt geändert durch Erl. MS vom 09.06.2006 (Nds. MBl. Nr. 22/2006, S. 615).

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	49	887	245	375	472	487	337	200	100
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					472	487	337	200	100

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2002

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis.31.12.2006 (Verlängerung beabsichtigt)

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Gefördert werden Personal- und Sachausgaben für Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung und Betreuung schwerstkranker Kinder. Dazu zählen:
– Einrichtungen und Modellprojekte (einschließlich wissenschaftlicher Begleitung) zur Verbesserung der Versorgung schwerstkranker Kinder; dazu zählen auch Projekte zur Förderung oder zur Erhaltung der Fähigkeit der Familienangehörigen zu häuslichen Versorgung, Betreuung und Pflege der schwerstkranken Kinder, aber auch nicht verwandter Privatpersonen, bei denen das schwerstkranke Kind lebt;
– die Vernetzung von Angeboten (Ermöglichung oder Verstärkung der Zusammenarbeit unter den Beteiligten, Koordination von Hilfen) sowie
– eine qualifizierte Fortbildung von ambulanten Krankenpflegediensten in Fragen der Versorgung schwerstkranker Kinder.
Gefördert werden auch bauliche Maßnahmen zum Aufenthalt von Begleitpersonen bei stationärem Aufenthalt der schwerstkranken Kinder.
Die Förderung erfolgt aufgrund der Landtagsentschließungen vom 13. 6. 2001 (Lt. Drs. 14/2567) und 26.01.2005 (LT-Drs. 15/1652).
Zielgruppe: Schwerstkranke oder vom Tode bedrohte Kinder, für die Angebote der Betreuung und Versorgung geschaffen oder verbessert werden sollen.

Durchschnittliche Förderhöhe: 37.500 EUR

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	87	200	—	287
2008	37	100	200	337
2009	—	100	100	200
2010	—	—	100	100
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	124	400	400	924

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0536 Sonstige soziale Leistungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
686 94-7	236	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
883 94-7	236	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
892 94-6	236	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
893 94-2	236	Zuschüsse für Investitionen bei sozialen oder ähnlichen Einrichtungen	—	—	—	—	175
		Abschluss Kapitel 0536					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		3.301	4.201	–900	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		58	54	+4	
		Summe der Einnahmen		3.359	4.255	–896	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.600 2.267	165.815	143.461	+22.354	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	2.353 2.946	43.804	41.953	+1.851	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	5.953 5.213	209.619	185.414	+24.205	
		Zuschuss		206.260	181.159	+25.101	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0538 Kriegsopferfürsorge nach dem BVG und entsprechende Leistungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
162 10-4	247	Darlehenszinsen - Altdarlehen - - *Vgl. K-Vermerk zu 631 10.*		1	1	—	—
182 10-5	247	Darlehensrückflüsse -Altdarlehen - *Vgl. K-Vermerk zu 631 10.*		10	30	–20	2
231 10-6	247	Erstattungen durch den Bund für Aufwendungen in der Kriegsopferfürsorge		37.813	34.775	+3.038	36.342
233 10-9	247	Ersatzl. v. Anspruchsber., Unterhaltsverpfl., sonst.Dritten sowie Erst. v. zu Unrecht erh. Leistg. (Erst. v.d.örtl.Trägern) *Vgl. K-Vermerk zu 631 11.*		8.000	5.800	+2.200	11.064
233 11-7	247	Sonstige Erstattungen von Gemeinden (GV) - Darlehenszinsen- *Vgl. K-Vermerk zu 631 10.*		1	1	—	0
333 10-3	247	Zuweisungen für Investitionen von Gemeinden (GV) - Darlehensrückflüsse - *Vgl. K-Vermerk zu 631 10.*		180	160	+20	210
		A U S G A B E N					
631 10-4	247	Abführung von Darlehensrückflüssen an den Bund *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 80 v.H. der Isteinnahmen bei 162 10, 182 10, 233 11 und 333 10.*	—	154	154	—	170
631 11-2	247	Abführung der sonstigen Einnahmen im Rahmen der KOF an den Bund *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 80 v.H. der Isteinnahmen bei 233 10.*	—	6.400	4.640	+1.760	8.890
633 11-5	247	Hilfen z. berufl. Rehabilitat. -Beih. an Beschäd. u. Witw. o. Kfz-Beih., Übergangsgeld u. Unterh.Beih.- (Erst. a. d. ö. Tr.) *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 633 11, 633 12, 633 13, 633 14, 633 15, 633 16, 633 17, 633 19, 633 21, 633 22, 633 23, 633 24, 633 25, 633 26, 633 27, 633 28 und 633 29.* **** Überzahlungen aus den Vorjahren bei den Titeln 633 11 bis 633 29 sind abweichend von § 35 Abs.1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	15	10	+5	19
633 12-3	247	wie 633 11 -Beih. a. Beschäd. z.Beschaffg. , z. Betrieb, z. Unterh., z. Unterstell. u.z. Abstellen eines Kfz.- (Erst. a.d.ö. Träger) *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	55	30	+25	55
633 13-1	247	wie 633 11 -Übergangsgeld u. Unterhaltsbeihilfe an Beschädigte(Erstattungen an die örtlichen Träger) *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	10	10	—	5
633 14-0	247	wie 633 11 -Leistungen an Arbeitgeber(Erstattungen an die örtlichen Träger) *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	40	1	+39	46
633 15-8	247	Krankenhilfe -Beihilfen(Erstattungen an die örtlichen Träger) *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	20	20	—	10

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0538

Allgemeine Vorbemerkung zum Kapitel:
Leistungen der Kriegsopferfürsorge (KOF) erhalten Beschädigte und Hinterbliebene zur Ergänzung der übrigen Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) vom 27.06.1960 (BGBl. I S. 453), i.d.F.v. 22.01.1982 (BGBl. I S. 21), als besondere Hilfen im Einzelfall. Die KOF hilft, bei Beschädigten die Folgen der erlittenen Schädigung oder bei Hinterbliebenen die Folgen des Verlustes des Ernährers in allen Lebenslagen nach Möglichkeit zu überwinden oder zu mildern.

Allgemeine Vorbemerkungen zu den Ausgaben:
Der überörtliche Träger der KOF hat zur Durchführung seiner Aufgaben die örtlichen Träger herangezogen (VO über die Heranziehung örtl. Träger der KOF zur Durchführung von Aufgaben der KOF vom 25.03.1981, Nds. GVBl. S. 47). Die Titel sind daher mit dem Zusatz „Erstattungen an die örtlichen Träger“ versehen.

Zu Titel 162 10 und 182 10

Zur Abwicklung der bis 1987 aus Tit. 863 01 bis 863 11 vom Nds. Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben unmittelbar bewilligten und ausgezahlten Darlehen.
Vgl. Erläuterungen zu Tit. 231 10, 631 10, 631 11 und 883 10 bis 883 14.

Zu 231 10

	2007 Tsd. EUR
Der Bund trägt die Aufwendungen für die Kriegsopferfürsorge nach den §§ 25 bis 27 j des Bundesversorgungsgesetzes ab 1.1.1964 zu 80 v.H.	
Die Höhe der Erstattung ist wie folgt errechnet:	
Ausgaben bei Tit. 633 11 bis 633 29 und Tit. 883 10 bis 883 14	47 267
hievon 80 v.H.	37 813

Zu 233 10

Rückerstattungen gemäß § 50 Sozialgesetzbuch (SGB) – Zehntes Buch (X) – vom 18. 8. 1980 (BGBl. I S. 1469) und Einnahmen aus dem Übergang von Ansprüchen (§ 115 SGB X, § 27 g BVG und § 81 a BVG), Erstattungsansprüchen (§ 104 SGB X) und Auslagenersatz (§ 109 SGB X) für Aufwendungen der KOF aus Tit. 633 11 bis 633 29).

Zu Titel 233 11 und 333 10

Zur Vereinnahmung von Darlehensrückflüssen (Zinsen und Tilgung) aus von den örtlichen Trägern der KOF bewilligten und ausgezahlten Darlehen (vgl. Erl. zu Tit. 883 10 bis 883 14).

Zu 631 10

	2007 Tsd. EUR
Abführung des Bundesanteils (80 v.H.) an den Darlehensrückflüssen im Rahmen des KOF.	
Der Ansatz errechnet sich danach wie folgt:	
Voraussichtliches Zinsaufkommen Titel 162 10 und 233 11	2
Voraussichtliches Tilgungsaufkommen Titel 182 10 und 333 10	190
zusammen	192
hiervon 80 v.H.	154

Zu 631 11

	2007 Tsd. EUR
Abführung des Bundesanteils (80 v.H) an den übrigen Einnahmen im Rahmen der KOF.	
Der Ansatz errechnet sich wie folgt:	
Voraussichtliche Einnahmen bei Titel 233 10	8 000
hiervon 80 v.H.	6 400

Vgl. Erläuterung zu 231 10.

Zu Titel 633 11, 633 12, 633 13 und 633 14

Gewährung von Beihilfen nach §§ 26 und 26 a BVG.

Zu 633 15

Gewährung von Beihilfen nach § 26 b BVG.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
633 16-6	247	Hilfe zur Pflege -Beihilfen an Beschädigte für häusliche Pflege einschl. Pflegegeld(Erstattungen an die örtlichen Träger) *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	20	80	–60	7
633 17-4	247	wie 633 16 -Sonstige Hilfen zur Pflege an Beschädigte(Erstattungen an die örtlichen Träger) *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	1.200	800	+400	1.099
633 19-0	247	wie 633 16 -Sonstige Hilfe zur Pflege an Hinterbliebene(Erstattungen an die örtlichen Träger) *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	27.000	24.350	+2.650	26.530
633 21-2	247	Hilfe zur Weiterführung des Haushalts - Beihilfen an Beschädigte(Erstattungen an die örtlichen Träger) *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	20	20	—	14
633 22-0	247	Altenhilfe -Beihilfen an Beschädigte(Erstattungen an die örtlichen Träger) *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	15	15	—	6
633 23-9	247	Erziehungsbeihilfe (Erstattungen an die örtlichen Träger) *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	30	30	—	32
633 24-7	247	Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt - Beihilfen an Beschädigte(Erstattungen an die örtlichen Träger) *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	350	120	+230	398
633 25-5	247	Erholungshilfe -Beihilfen an Beschädigte (Erstattungen an die örtlichen Träger) *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	65	60	+5	65
633 26-3	247	Wohnungshilfe -Beihilfen(Erstattungen an die örtlichen Träger) *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	120	120	—	99
633 27-1	247	Hilfen in besonderen Lebenslagen - Beihilfen an Beschädigte ohne Kfz-Beihilfen(Erstattungen an die örtlichen Träger) *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	1.200	900	+300	1.062
633 28-0	247	wie 633 27 -Beih. a. Beschäd. z.Beschaffg., z. Betrieb, z. Unterh., z. Unterst. u.z. Abstellen eines Kfz.- (Erst.a.d.ö.Träger) *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	550	350	+200	794
633 29-8	247	wie 633 27 -Beihilfen an Hinterbliebene(Erstattungen an die örtlichen Träger) *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	16.500	16.500	—	15.146
883 10-3	247	Hilfen z.berufl.Rehabilitation -Darlehen an Beschädigte zur Beschaffung, zum Unterstellen u. zum Abstellen eines Kfz- *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 883 10, 883 11, 883 12, 883 13 und 883 14.*	—	1	1	—	—
883 11-1	247	Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt - Darlehen- *Vgl. D-Vermerk zu 883 10.*	—	10	10	—	4
883 12-0	247	Wohnungshilfe -Darlehen- *Vgl. D-Vermerk zu 883 10.*	—	15	15	—	—
883 13-8	247	Hilfen in besonderen Lebenslagen - Darlehen- *Vgl. D-Vermerk zu 883 10.*	—	30	25	+5	31

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 633 16
Gewährung von Beihilfen nach § 26 c BVG.

Zu Titel 633 17 und 633 19
Gewährung von Beihilfen nach § 26 c BVG.

Zu 633 21
Gewährung von Beihilfen nach § 26 d BVG.

Zu 633 22
Gewährung von Beihilfen nach § 26 e BVG.

Zu 633 23
Gewährung von Beihilfen nach § 27 BVG.

Zu 633 24
Gewährung von Beihilfen nach § 27 a BVG.

Zu 633 25
Gewährung von Beihilfen nach § 27 b BVG.

Zu 633 26
Gewährung von Beihilfen nach § 27 c BVG.

Zu Titel 633 27, 633 28 und 633 29
Gewährung von Beihilfen nach § 27 d BVG i. V. mit Abschnitt 3 des BSHG.

Zu Titel 883 10 bis 883 14 allgemein:
Nach § 25 b Abs. 4 BVG werden Geldleistungen als Beihilfen oder Darlehen gewährt. Darlehen können gegeben werden, wenn diese Art der Hilfe zur Erreichung des Leistungszwecks ausreichend oder zweckmäßiger ist. Zinseinnahmen und Tilgungen werden bei den Titeln 233 11 und 333 10 nachgewiesen (vgl. Erl. zu Tit. 631 10).

Zu Titel 883 10
Gewährung von Darlehen nach § 26 BVG.

Zu 883 12
Gewährung von Darlehen nach § 27 c BVG.

Zu 883 13
Gewährung von Darlehen nach § 27 d BVG i. V. mit Abschnitt 3 des BSHG.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0538 Kriegsopferfürsorge nach dem BVG und entsprechende Leistungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
883 14-6	247	Erziehungsbeihilfe -Darlehen- *Vgl. D-Vermerk zu 883 10.*	—	1	1	—	—
		Abschluss Kapitel 0538					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		11	31	–20	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		45.814	40.576	+5.238	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		180	160	+20	
		Summe der Einnahmen		46.005	40.767	+5.238	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	53.764	48.210	+5.554	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	57	52	+5	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	53.821	48.262	+5.559	
		Zuschuss		7.816	7.495	+321	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 883 14
Gewährung von Darlehen nach § 27 BVG.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0540 Gesundheitsverwaltung und Gesundheitswesen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-5	314	Gebühren und tarifliche Entgelte		—	15	–15	2
111 10-4	311	Erstattungen von den Kammern für Heilberufe **** Erstattungen an die Kammern sind abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.*		60	—	+60	—
119 01-6	311	Vermischte Einnahmen		1	1	—	1
119 41-5	311	Rückzahlung von Überzahlungen		100	100	—	205
119 46-6	311	Ersatzleistungen		—	20	–20	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 68/72		**Krankenhausfinanzierung**		(31.214)	(33.903)	(–2.689)	(32.692)
233 68-4	312	Beiträge der Landkreise und kreisfreien Städte zur Förderung von Krankenhäusern nach § 9 (2) 1,2 und 3 KHG		1.814	2.114	–300	2.236
333 72-7	312	Beiträge der Landkreise und kreisfreien Städte zur Förderung von Krankenhäusern nach § 9 (2) 5 und 6 sowie (3) KHG		29.400	31.789	–2.389	30.456
TGr. 74		**Förderung von Krankenhäusern nach § 9 Abs. 1 KHG**		(40.614)	(31.878)	(+8.736)	(32.064)
233 74-9	312	Beiträge der Landkreise und kreisfreien Städte - Schuldendiensthilfen -		1.110	1.052	+58	1.024
333 74-3	312	Beiträge der Landkreise und kreisfreien Städte		39.504	30.826	+8.678	31.040
TGr. 90		**Kooperation der norddeutschen Länder durch gemeinsame Aufgabenwahrnehmung auf verschiedenen Gebieten des Gesundheitswesens**		(397)	(365)	(+32)	(347)
232 90-4	314	Erstattungen der norddeutschen Länder aufgrund d. gemeins. Aufgabenwahrnehmung auf versch. Gebieten des Gesundheitswesens *Vgl. K-Vermerk zu 682 90.*		297	305	–8	289
261 90-4	314	Erstattung von Kosten für Arzneimitteluntersuchungen und andere Dienstleistungen der AMI-Nord GmbH *Vgl. K-Vermerk zu 632 90.*		100	60	+40	59
		A U S G A B E N					
422 01-0	311	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	—	997	–997	262
422 19-3	311	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-0	311	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	182
427 01-2	311	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 31-4	311	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 111 01

Verlagert nach Kapitel 15 06.

Zu Titel 233 68 und 333 72

Nach dem Nds. KHG vom 12. 7. 1973 (Nieders. GVBl. S. 231) in der Fassung vom 12. 11. 1986 (Nieders. GVBl. S. 343) haben von den Aufwendungen nach § 9 (2) 1, 2, 3, 5 und 6 und (3) KHG (s. Ausgabe-TGrn. 67/68–73/76) das Land zwei Drittel und die Landkreise und kreisfreien Städte ein Drittel zu tragen.

Zu 233 74

Tilgungsanteil der kommunalen Gebietskörperschaften i.R. der gewährten Schuldendiensthilfen (vgl. 661 74 und 662 74)

Zu 333 74

Die Aufwendungen nach § 9 (1) KHG für den Krankenhausbau (s. Ausgabe-TGr. 74/75) übernehmen nach dem Nds. KHG vom 12. 7. 1973 (Nieders. GVBl. S. 231) in der Fassung vom 12. 11. 1986 (Nieders. GVBl. S. 343) das Land zu 60 v. H. und die Landkreise und kreisfreien Städte zu 40 v. H.

Zu 232 90

Zur Vereinnahmung der Anteile der Länder Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein am gemeinsam in Niedersachsen betriebenen Giftinformationszentrum für Norddeutschland – GIZ-Nord – (vgl. Titel 682 90).

Zu 261 90

Es handelt sich um Einnahmen von Verwaltungsgebühren nach AllGO für Untersuchungsleistungen der AMI-Nord i. R. der Durchführung des Arzneimittelgesetzes. Zuständig für die Überwachung sind seit 1. Januar 2005 die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter (Z-Ämter) BS, H, LG und OL und die Apothekerkammer Niedersachsen.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
427 39-0	311	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
511 10-2	314	Anteil d. Landes Nds. a. d. Kosten d. Nutzung d. AMIS-DB d. DIMDI i. R. d. Arznei-mittelüberwachung; Auswertung von DRG-Daten zu Zwecken d. KH-Planung	—	12	12	—	13
514 10-1	314	Bekämpfung von Seuchen, einschließlich Geschlechtskrankheiten *Übertragbar.*	—	3.855	5.240	–1.385	281
525 01-4	311	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	6
526 01-0	314	Sachverständige	—	—	—	—	0
526 02-9	314	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
526 10-0	311	Kosten verschiedener Ausschüsse	—	86	86	—	76
547 10-7	314	Überwachung und Untersuchungen zur Umwelthygiene *Übertragbar.*	—	115	115	—	–59
547 11-5	314	Sanitätsmittelbevorratung für Krisenlagen *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
633 10-0	311	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Gemeinden (GV) für die Wahrnehmung des hafenärztlichen Dienstes	—	540	510	+30	489
661 10-4	312	Schuldendiensthilfe an die Landestreuhand-stelle (LTS) für die Schwerstverbrannteneinheit der MHH	— 2.100	143	150	–7	—
671 11-8	212	Kosten der Unterbringung gem. § 37 Abs. 2 Nds. PsychKG	—	2	2	—	—
671 12-6	314	Erstattung der Kosten der Unterrichtsveranstaltungen für Apothekeranwärter	—	30	30	—	28
685 10-0	314	Zuschüsse an die Akademie für Sozialmedizin in Hannover *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 685 10, 685 11, 685 12, 685 14, Ausgabetitelgruppe 79/80, Ausgabetitelgruppe 85 und Ausgabetitelgruppe 88.*	—	48	48	—	35
685 11-9	314	Zuschüsse für gesundheitliche Aufklärung *Vgl. D-Vermerk zu 685 10.*	—	332	332	—	332
685 12-7	314	Gesundheitsfördernde Projekte *Vgl. D-Vermerk zu 685 10.*	—	104	104	—	104
685 14-3	314	Hebammenfortbildung *Vgl. D-Vermerk zu 685 10.*	—	40	40	—	38
685 15-1	175	Zuschuss an die Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf	—	360	442	–82	387
685 16-0	314	Anteil des Landes Niedersachsen zur Weiterführung der Stiftung "Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen"	—	255	255	—	249
685 17-8	244	Erstattungen nach dem Anti-D-Hilfegesetz (AntiDHG)	—	60	60	—	54
685 18-6	314	Zuschüsse an das zentrale Substitutionsregister im Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM)	—	21	26	–5	26

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 511 10

Die Datenbanken des Arzneimittelinformationssystems (AMIS) beim Deutschen Institut für Dokumentation und Information (DIMDI) werden von der deutschen Arzneimittelzulassungsstelle, dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) unterhalten und stehen den Ländern im Rahmen der Überwachung der Herstellung und des Verkehrs von Arzneimitteln zur Verfügung. In Niedersachsen nutzen vornehmlich die pharmazeutischen Überwachungskräfte die Datenbanken. Nach dem Medizinproduktegesetz besteht für die mit der Durchführung betrauten Behörden eine Verpflichtung zur Nutzung.
Die Kosten der AMIS-Datenbanken werden anteilig von den Ländern nach dem "Königsteiner Schlüssel" getragen.

Zu 514 10

1. Überführungskosten zum Sektionsort der verdachtsweise an der Creuzfeldt-Jakob-Krankheit Verstorbenen,
2. Vorsorgemittel zur Prävention bzw. für den Fall des Ausbruchs eines besonderen Seuchengeschehens (z. B. Seuchenalarmplanung, Informationsmittel, sonstige Sachkosten),
3. Umsetzung des Infektionsschutzgesetzes (z. B. Fachtagungen; Beteiligung Dritter) im Bereich des ÖGD,
4. Bevorratung mit antiviralen Arzneimitteln (Pandemie).

Zu 525 01

Verlagert nach Kapitel 15 06.

Zu 526 10

1. Mitglieder der Gutachterausschüsse für Heilpraktiker erhalten Entschädigung nach dem RdErl. d. MS vom 22. 2. 1995 (Nds. MBl. S. 375).
2. Gutachterausschuss für das Fachgespräch nach § 2 der VO zur Durchführung des Gesetzes über die Berufsbezeichnung der Medizinischen Sprachheilpädagoginnen und -pädagogen vom 17. 5. 2001 (Nds. GBl. S. 308).

Die Aufwendungen werden im Wege des Auslagenersatzes erstattet und bei 05 20 – 111 01 vereinnahmt.

Zu 547 10

Veranschlagt sind Ausgaben für epidemiologische und humanmedizinische Untersuchungen über Auswirkungen schädlicher Umweltbelastungen.

Zu 633 10

Die Aufgaben der Schiffshygiene (Hafenärztlicher Dienst) sind Pflichtaufgaben des Bundes nach Artikel 1 i. V. mit Artikel 14–17 der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) vom 25. 7. 1969 (BGBl. II S. 865) i. d. F. vom 10. 4. 1975 (BGBl. II S. 456) zuletzt geändert durch VO vom 17. 3. 1982 (BGBl. II S. 286), deren Ausführung den Ländern obliegt.
Nach Artikel 14 Abs. 1 IGV hat die Gesundheitsverwaltung – dies ist entsprechend den Definitionen nach Artikel 1 IGV das Land – sicherzustellen, dass die Häfen und Flughäfen in ihrem Hoheitsgebiet über eine Organisation und Ausrüstung verfügen, die für die Durchführung der in diesen Vorschriften vorgesehenen Maßnahmen angemessen sind. Die Aufgaben betreffen die internationale Schifffahrt und dienen der Verhütung von Infektionskrankheiten durch die Einschleppung per Schiff. Daneben sind Aufgaben der Prüfung der Medizinkenntnisse der Schiffsoffiziere, -apparate und des Apothekenstandards an Bord der unter Bundesflagge fahrenden Seeschiffe als Bundes- und EU-Recht u. ä. auszuführen. Das Land bedient sich hierfür der kommunalen Gesundheitsämter in den Kommunen mit Schiffsverkehr und hat die angemessenen Personal- und Sachkosten für mdst. 10 Stellen der Spitzenämter des mittleren Dienstes (Hafengesundheitsaufseher) sowie der Hafenärzte zu tragen.

Zu 661 10

Abwicklung der 2006 In Anspruch genommenen VE für den darlehensfinanzierten Anteil an der Finanzierung der Einrichtung einer Schwerstverbrannteneinheit im Rahmen einer Baumaßnahme zur Verlegung der Abteilung Plastische Chirurgie des Krankenhau-

Noch zu 661 10

ses Oststadt-Heidehaus in Hannover an die MHH.
Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	143	—	143
2008	—	143	—	143
2009	—	143	—	143
2010	—	143	—	143
2011 ff.	—	1.417	—	1.417
Summe	—	1.989	—	1.989

Zu 671 11

Die Kosten einer vorläufigen Unterbringungsmaßnahme sind vom Land zu tragen, wenn
1. der Antrag auf Anordnung einer Unterbringung abgelehnt oder zurückgenommen wird oder aus anderen Gründen seine Erledigung findet oder
2. die Anordnung einer Unterbringung vom Beschwerdegericht aufgehoben wird

und die Voraussetzungen für die Unterbringung von Anfang an nicht vorgelegen haben.

Zu 671 12

Nach § 4 Abs. 4 der Approbationsordnung für Apotheker vom 19. 7. 1989 (BGBl. I S. 1489) sind die Länder verpflichtet, begleitende Unterrichtsveranstaltungen durchzuführen, an denen die Auszubildenden im Rahmen der praktischen Ausbildung teilnehmen müssen. Durch Beschluss der Landesregierung vom 17. 12. 1973 (Nds. MBl. S. 1713) wurde die Aufgabe der Apothekerkammer Niedersachsen übertragen Die Kosten sind an die Apothekenkammer zu erstatten.

Zu 685 10

Institutionell gefördert werden die als satzungsgemäße Aufgaben der Akademie für Sozialmedizin Hannover, d.h. landesweite Fortbildungsveranstaltungen für Ärztinnen und Ärzte, medizinisches Personal und interessierte Gruppen auf dem Gebiet der Sozialmedizin. Die Akademie organisiert u. a. Veranstaltungen zu den Themenfeldern AIDS, Sucht, öffentliches Gesundheitswesen, übertragbare Krankheiten, Ernährung, Alter, soziale Faktoren und Gesundheit. Eine Evaluierung der Arbeit der Akademie im September 2000 hat ergeben, dass sich aus Charakter, Umfang und vielfach anerkannter Qualität der Fortbildungsaktivitäten der Akademie ein erhebliches sozial- und gesundheitspolitisches Interesse an der Weiterführung der Förderung ergibt. Die Geschäftsführung der Akademie wurde ab 01.01.2005 dem Geschäftsführer der Landesvereinigung für Gesundheit Nds. e.V. übertragen.

Zu 685 11

Institutionelle Förderung der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e. V. und der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege e. V (LAGJ). Die Förderung wird nach den Richtlinien Lt. RdErl. MS v. 27.05.1987, Nds. MBl. S. 725 gewährt. An der Förderung der LAGJ beteiligen sich zu gleichen Teilen das Land Niedersachsen, die Verbände der gesetzlichen Krankenkassen sowie die Zahnärztekammer/Kassenzahnärztliche Vereinigungen. Die eingesetzten Mittel bei der Landesvereinigung für Gesundheit beschränken sich auf den existentiell notwendigen Umfang zum Betrieb der Institution.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 685 11

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e. V.

	Betrag für 2006 EUR	Betrag für 2005 EUR	Ist-Ergebnis für 2004 EUR
Ausgaben	940 000	970 000	856 112
Einnahmen	71 000	71 000	68 540
Mithin Fehlbetrag	869 000	899 000	787 572

Der Fehlbetrag 2006 soll gedeckt werden durch:

1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— EUR
2. das Land mit	297 000 EUR
3. den Bund und EU-Mittel	— EUR
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	320 000 EUR
5. andere Mittel	252 000 EUR
Zusammen	869 000 EUR

Zu 685 12

Förderung der Niedersächsischen Krebsgesellschaft. Gefördert werden der Gesundheitsvor- und –fürsorge in Niedersachsen dienliche Maßnahmen und Aktivitäten insbesondere zur Verbesserung und Erhaltung des Gesundheitszustandes der niedersächsischen Bevölkerung (z.B. Motivation zur Inanspruchnahme der Früherkennung). Die Förderung wird nach den Förderrichtlinien gem. RdErl. des MS v. 27.05.1987, Nds. MBl. S 725, geändert durch Nr. 1 des RdErl. vom 03.11.2004 (Nds. MBl. S. 765), gewährt.

Zu 685 14

Die kontinuierliche Fortbildung der Angehörigen des Hebammenberufs wird durch das Nds. Gesetz über die Ausübung des Hebammenberufs – NHebG – vom 19.02.2004 (Nds. GVBl. S. 71) vorgeschrieben. Zur Sicherstellung der Fortbildungspflicht gewährt das Land dem Berufsverband Zuwendungen.

Zu 685 15

Der anderweitig nicht gedeckte Finanzbedarf für die Einrichtung und die Unterhaltung der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf ist nach Artikel 7 (1) des Länderabkommens vom 9. 2. 1971 (Nds. MBl. S. 885) von den Ländern zu tragen. Der auf die Länder entfallende Anteil bemisst sich nach Art. 7 (2) je zur Hälfte nach dem Verhältnis ihrer Einwohner und nach der Zahl der aus ihnen kommenden Lehrgangsteilnehmer.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf

	Betrag für 2007 EUR	Ansatz für 2006 EUR	Ist-Ergebnis für 2005 EUR
Ausgaben	2 171 000	2 231 100	2 159 400
Einnahmen	443 400	304 600	497 200
Mithin Fehlbetrag	1 727 600	1 926 500	1 662 200

Der Fehlbetrag 2007 soll gedeckt werden durch: EUR

1. eigene Mittel der Akademie(Überschuss aus Vorvorjahr i.H.v. 137.900 EUR)	443 400
2. das Land mit	359 447
3. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit den Ländern: Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein	1 368 153
4. Private	—
Zusammen	2 171 000

Zu 685 16

Nach dem GMK-Beschluss vom 21.06.2001 stellen die Länder zur Weiterführung der Stiftung ab dem Jahre 2004 über 4 Jahre insgesamt 10,88 Mio. EUR bereit. Der Anteil Niedersachsens beträgt nach dem Königsteiner Schlüssel jährlich rd. 248.000 EUR.

Zu 685 17

Das Gesetz über die Hilfe für durch Anti-D-Immunprophylaxe mit dem Hepatitis-C-Virus infizierte Personen (Anti-D-Hilfegesetz, AntiDHG) vom 2. 8. 2000 (BGBl. I S. 1270) sieht eine Kostenbeteiligung der alten Bundesländer in Höhe von 12,4 v. H. an den neben den im Gesetz vorgesehenen Einmalzahlungen (Kostenträger Bund) entstehenden Kosten vor (§ 10 Abs. 3). Die veranschlagten Beträge sind ausgehend von den für das Haushaltsjahr 2004 erwarteten Gesamtkosten ermittelt worden.

Zu 685 18

Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) soll auf der Grundlage des § 13 Abs. 3 Betäubungsmittelgesetz (BtMG) i. V. mit § 5 a Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung (BtMVV) ein Register mit Daten über das Verschreiben von Substitutionsmitteln errichten und führen. Dies schließt die laufende fachliche und technische Verwaltung des Registers ein. Aufgrund einer Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Ländern erstatten diese sämtliche durch die Errichtung, Führung und Verwaltung des Registers entstehenden Personal- und Sachkosten des BfArM einschließlich der notwendigen Auslagen nach dem Königsteiner Schlüssel.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
685 19-4	112	Zuschuss an das Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen in Mainz	—	500	493	+7	470
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Leistungen nach dem Infektionsschutzgesetz**	(—)	(9.000)	(10.790)	(–1.790)	(10.195)
429 62-7	314	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
538 62-0	314	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
547 62-0	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	1.800	–1.800	1.631
681 62-8	244	Entschädigungen **** Überzahlungen aus Vorjahren aus Leistungen nach dem IfSG i.V. mit dem BVG sind abweichend von §35 LHO durch Absetzung von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	9.000	8.990	+10	8.564
TGr. 67/68		**Förderung von Krankenhäusern nach § 9 (2) 1 KHG** **** Überzahlungen aus Vorjahren bei den Titelgruppen 67/68 und 69 sowie 72 und 73/76 sind abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	(—)	(2.441)	(2.441)	(—)	(2.223)
682 67-5	312	Zuführungen an kaufmännisch geführte landeseigene Krankenhäuser *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 682 67, 682 68, 683 67, 684 67, 682 69, 683 69, 684 69, 682 72, 683 72, 684 72, 891 72, 892 72 und 893 72.*	—	200	136	+64	—
682 68-3	312	Zuschüsse für laufende Zwecke an kommunale Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen *Vgl. D-Vermerk zu 682 67.*	—	74	261	–187	201
683 67-1	312	Zuschüsse für private Krankenanstalten *Vgl. D-Vermerk zu 682 67.*	—	1.994	1.967	+27	1.853
684 67-8	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser *Vgl. D-Vermerk zu 682 67.*	—	173	77	+96	170
TGr. 69		**Förderung von Krankenhäusern nach § 9 (2) 3 KHG** **** Vgl. Vermerk zu Titelgruppe 67.*	(—)	(3.000)	(3.900)	(–900)	(3.852)
682 69-1	312	Zuschüsse für lfd. Zwecke an kommunale Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen *Vgl. D-Vermerk zu 682 67.*	—	1.100	1.300	–200	1.048
683 69-8	312	Zuschüsse für private Krankenanstalten *Vgl. D-Vermerk zu 682 67.*	—	1.550	1.600	–50	2.254
684 69-4	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser *Vgl. D-Vermerk zu 682 67.*	—	350	1.000	–650	550

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 685 19

Die anderweitig nicht gedeckten Kosten der Einrichtung und der Unterhaltung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen tragen nach Art. 11 des Länderabkommens vom 14. 10. 1970 i. d. F. vom 20.12.2002 (siehe allgemeine Erläuterungen) die Länder. Der Fehlbetrag des Instituts wird für 2007 auf 5. 356.000 EUR geschätzt. In dieser Höhe benötigt das Institut Länderzuweisungen. Das Land Niedersachsen hat nach dem "Königsteiner Schlüssel" für 2005 rd. 9,17 % = rd. 500.000 EUR zu übernehmen.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Instituts f. medizinische u. pharmazeutische Prüfungsfragen

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	5.867	5.995	5.711
Einnahmen	511	624	851
Fehlbetrag	5.356	5.371	4.860

	Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	-
2. das Land mit	500
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	4.856
5. Private	—
Zusammen	5.356

Zu 547 62

Bislang waren hier die Ausgaben für das gem. § 36 Abs. 4 IfSG durchzuführende Tbc – Eingangsscreening der im Grenzdurchgangslager Friedland aufzunehmenden Spätaussiedler veranschlagt. Die Ausgaben sind jetzt bei Kapitel 05 42 Titel 547 13 veranschlagt.

Zu 681 62

Entschädigungen gem. §§ 56, 58, 60 und 62, i. V. mit § 64 des Infektionsschutzgesetz (IfSG) vom 20. 07. 2000 (BGBl. I S. 1 045).
Aus dem Ansatz werden im Wesentlichen laufende Rentenzahlungen, Heilbehandlungskosten, Beiträge zur Pflegeversicherung u. ä. Leistungen in Impfschadensfällen in analoger Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes getragen.

Zu Titelgruppen 67/68 bis 74/75

	Tsd. EUR
Die Fördermittel nach dem KHG in Verbindung mit dem Nds. KHG werden vom Land, den Landreisen und kreisfreien Städten getragen (vgl. Erl. zu den Einnahme-TGr. 68/72 und 74).	
Insgesamt sind bei den Ausgabe-TGr. 67/68 bis 74/75 folgende Fördermittel vorgesehen	195 175
Davon werden aufgebracht:	
a) von den Landreisen und kreisfreien Städten (Titel 233 68, 33 72, 233 74 und 333 74)	71 828
b) vom Land	123 347
Im Einzelnen sind dies:	
1. - Förderung aufgrund eines Rechtsanspruchs nach dem KHG -	
1.1 Übernahme von Entgelten für die Nutzung von Anlagegüter (Miete, Pacht u.s.w.) nach § 9 (2) 1 KHG (TGr. 67/68)	2 441
1.2 Übernahme von Lasten für förderungsfähige Investitionen, für die auf dem Kapitalmarkt Darlehen nach § 9 (2) 3 KHG aufgenommen wurden –Alte Last- (TGr. 69)	3 000
1.3 Fördermittel zur Erleichterung der Schließung und zur Umstellung von Krankenhäusern auf andere Aufgaben nach § 9 (2) 5 und 6 KHG i.V.m. § 7 KHG (TGr. 72).	-
1.4 Förderung der Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter nach § 9 (3) KHG (vgl. Erl. zu TGr. 73/76)	88 200
Tz. 1 zusammen	93.641
2. – Investitionsprogramme -	
2.1 Kapitalanteile aus darlehensfinanzierten Teil des KIP 2002	2 775
2.2 Aus Investitionsprogrammen bis 2003 Vgl. Erl. zu TGr. 74/75	98 759
Tz. 2 zusammen	101 534
Tz. 1 und Tz. 2 zusammen	195 175

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 72		**Förderung von Krankenhäusern nach § 9 (2) 5 u. 6 KHG** **** Vgl. Vermerk zu Titelgruppe 67.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
682 72-1	312	Zuschüsse für lfd. Zwecke an kommunale Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen *Vgl. D-Vermerk zu 682 67.*	—	—	—	—	—
683 72-8	312	Zuschüsse für private Krankenanstalten *Vgl. D-Vermerk zu 682 67.*	—	—	—	—	—
684 72-4	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser *Vgl. D-Vermerk zu 682 67.*	—	—	—	—	—
891 72-0	312	Zuschüsse für kommunale Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen *Vgl. D-Vermerk zu 682 67.*	—	—	—	—	—
892 72-6	312	Zuschüsse für private Krankenanstalten *Vgl. D-Vermerk zu 682 67.*	—	—	—	—	—
893 72-2	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser *Vgl. D-Vermerk zu 682 67.*	—	—	—	—	—
TGr. 73/76		**Förderung von Krankenhäusern nach § 9 (3) KHG** *Übertragbar.* **** Vgl. Vermerk zu Titelgruppe 67.*	(67.656) (88.476)	(51.522)	(46.425)	(+5.097)	(37.022)
661 73-2	312	Zuschüsse für Finanzierungskosten an die Landestreuhandstelle	67.656 88.476	22.122	14.636	+7.486	5.233
891 73-8	312	Zuschüsse für Investitionen an kaufmännisch geführte landeseigene Krankenhäuser	—	—	—	—	—
891 76-2	312	Zuschüsse für Investitionen an kommunale Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen	—	—	—	—	—
892 73-4	312	Zuschüsse für private Krankenanstalten	—	—	—	—	—
893 73-0	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser	—	—	—	—	—
893 76-5	312	Zuschüsse für Investitionen an die Landestreuhandstelle (Durchleitung der Kommunalanteile)	—	29.400	31.789	–2.389	31.789
TGr. 74/75		**Förderung von Krankenhäusern nach § 9 (1) KHG** *Übertragbar.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist Textziffer 1 der Erläuterung verbindlich.*	(68.176) (64.501)	(64.428)	(47.635)	(+16.793)	(42.704)
661 74-0	312	Zuschüsse für Investitionen an kommunale Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen - Schuldendiensthilfen -	—	2.500	2.500	—	1.786
661 75-9	312	Zuschüsse für Finanzierungskosten an die Landestreuhandstelle	68.176 64.501	19.924	11.809	+8.115	7.271
662 74-7	312	Zuschüsse für Investitionen an private Krankenanstalten - Schuldendiensthilfen -	—	—	—	—	—
663 74-3	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser - Schuldendiensthilfen -	—	2.500	2.500	—	2.608

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 73/76

1. Förderung der Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter nach § 9 (3) KHG. Der Ansatz beinhaltet Fördermittel auf der Grundlage der nach dem Krankenhausplan vorhandenen Betten und des geltenden Pauschalbetrages nach § 9 (3) KHG i.V. mit § 6 Abs. 2 Nds. KHG. Die Aufwendungen nach § 9 (3) KHG i.H.v. 88.200.000 EUR übernehmen nach § 2 Nds. KHG das Land zu zwei Dritteln und die Landkreise und kreisfreien Städte zu einem Drittel.

2. Die Finanzierung der Förderung der Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter ist nach dem Beschluss der Landesregierung vom 07./08.07.2003 ab dem Haushaltsjahr 2004 auf die Landestreuhandstelle für das Wohnungswesen (LTS) übertragen worden. Die LTS wird ermächtigt, die für das Jahr 2007 für die o.g. Aufgabe eingeplanten Landesmittel von 58.800.000 EUR über eine Laufzeit von 10 Jahren zu finanzieren. Die veranschlagten Kommunalanteile i.H.v. 29.400.000 EUR werden an die LTS durchgeleitet (s. Titel 893 76).

Das Land verpflichtet sich, der LTS den erforderlichen Schuldendienst sowie den angemessenen Verwaltungsaufwand zu erstatten. Hierzu wird bei Titel 661 73 ein Baransatz i.H.v. 4.433.000 EUR und eine Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2007 ff. über 67.656.000 EUR ausgebracht.

Zu 661 73

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	11.355	6.334	—	17.689
2008	11.354	6.334	8.635	26.323
2009	11.353	6.334	8.356	26.043
2010	11.352	6.334	8.076	25.762
2011 ff.	95.654	63.140	42.589	201.383
Summe	141.068	88.476	67.656	297.200

Zu 893 76

Durchleitung des Kommunalanteils (1/3) an den Kosten der Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter (vgl. Titel 333 72) an die LTS.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 74/75

1. Für die Krankenhaus-Investitionsprogramme 2004 bis 2007 steht ein Verpflichtungsrahmen von 477.500.000 EUR zur Verfügung.
Der Verpflichtungsrahmen darf, soweit er in den Haushaltsjahren 2004 - 2006 nicht belegt worden ist, im Haushaltsjahr 2007 bis 2007 in Anspruch genommen werden.

2. -Investitionsprogramme –
Förderung der Errichtung von Krankenhäusern einschl. der Erstausstattung mit Anlagegütern nach § 9 (1) 1 KHG und Wiederbeschaffung von Anlagegütern (soweit sie nicht von § 9 (3) KHG erfasst werden – s. TGr. 73/76) nach § 9 (1) 2 KHG aufgrund der jeweiligen Nieders. Krankenhaus-Investitionsprogramme (KIP).
Die Aufwendungen nach § 9 (1) KHG für den Krankenhausbau übernehmen nach § 2 Nds. KHG das Land zu 60 v.H. und die Landkreise und kreisfreien Städte zu 40 v.H..
Aus den Krankenhaus-Investitionsprogrammen bis 2006 ist folgender Finanzierungsbedarf entstanden:

Haushaltsjahre	durch die bis 2003 in Anspruch genommene VE Tsd. EUR	für den Verpflichtungs-rahmen 2004 bis 2007 Tsd. EUR	für das Investi-tionsprogramm 2008 Tsd. EUR	Gesamtbelas-tung/Finanzie-rungsbedarf Tsd. EUR	davon Landesanteil 60 v.H. Tsd. EUR	davon Kommunalanteil 40 v.H. Tsd. EUR
2007	50.010	48.749	0	98.759	59.256	39.504
2008	20.452	90.000	0	110.452	66.272	44.181
2009	9.913	100.000	0	109.913	65.948	43.965
2010	0	100.000	36.000	136.000	81.600	54.400
2011 ff.	0	138.751	84.000	222.751	133.651	89.101
Summe	80.375	477.500	120.000	677.875	406.727	271.151

3. Die Finanzierung der Krankenhaus-Investitionsprogramme ist nach dem Beschluss der Landesregierung vom 07./08.07.2003 ab dem Haushaltsjahr 2004 auf die Landestreuhandstelle für das Wohnungswesen (LTS) übertragen worden. Die LTS wird ermächtigt, die für das Jahr 2007 für die o. g. Aufgabe eingeplanten Landesmittel von 59.255.000 EUR über eine Laufzeit von 10 Jahren zu finanzieren. Die veranschlagten Kommunalanteile i. H. v. 39.504.000 EUR werden an die LTS durchgeleitet (s. Titel 893 75). Das Land verpflichtet sich, der LTS den erforderlichen Schuldendienst sowie den angemessenen Verwaltungsaufwand zu erstatten. Hierzu wird bei Titel 661 75 ein Baransatz i. H. v. 4.467. 000 EUR und eine VE zu Lasten 2007 ff. i.H.v. 68.176.000 EUR ausgebracht.

4. Die Abwicklung der VE für den darlehensfinanzierten Teil des KIP 2002 nach § 5 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 Nds. KHG mit einem Investitionsvolumen von 50.000.000 EUR wird fortgeführt. Für entsprechende Annuitätendarlehen werden 15-jährige Aufwendungszuschüsse gewährt.

Zu Titel 661 74 und 663 74

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die 2002 in Anspruch genommene VE in Tsd. EUR
2006	5 000
2007	5 000
2008	5 000
2009 ff.	45 000
Summe	60 000

Der Kapital-(Tilgungs-)Anteil 2006 beträgt rd. 2.630.000 EUR.

Zu 661 75

Es sind veranschlagt:

a) 1. Jahresrate der 15-jährigen Aufwendungszuschüsse für Krankenhausinvestitionen an die LTS (Finanzierungskosten) als Baransatz.
b) Verpflichtungsermächtigung zu Lasten der Haushaltsjahre ab 2006.

Belastung (2007)

der Haus-halts-jahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamt belastung in 1000 EUR
2007	11.081	4.376	—	15.457
2008	11.080	4.376	8.702	24.158
2009	11.079	4.376	8.420	23.875
2010	10.922	4.376	8.139	23.437
2011 ff.	93.849	43.764	42.915	180.528
Summe	138.011	61.268	68.176	267.455

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
891 74-6	312	Zuschüsse für Investitionen an kaufmännisch geführte landeseigene Krankenhäuser	—	—	—	—	—
891 75-4	312	Zuschüsse für Investitionen an kommunale Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen	—	—	—	—	—
892 74-2	312	Zuschüsse für private Krankenanstalten	—	—	—	—	—
893 74-9	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser	—	—	—	—	—
893 75-7	312	Zuschüsse für Investitionen an die Landestreuhandstelle (Durchleitung der Kommunalanteile)	—	39.504	30.826	+8.678	31.039
TGr. 78		**Aufbau und Betrieb eines Krebsregisters**	(—)	(1.100)	(1.200)	(–100)	(974)
547 78-6	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.100	1.200	–100	974
812 78-1	314	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 79/80		**Ambul. Versorgung u. Nachsorge i. Bereich gemeindenaher Psychiatrie, Förderg. v. Aktivität. psychisch Kranker u. ambul. gerontopsychiatrischer Zentren** *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 685 10.*	(—)	(673)	(673)	(—)	(523)
547 79-4	314	Nicht aufteilbare sächl.Verwaltungsausgaben	—	48	48	—	32
683 79-5	314	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Träger	—	—	—	—	—
684 79-1	314	Zuschüsse an Vereine oder Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und andere gemeinnützige Träger	—	300	300	—	230
684 80-5	314	Zuschüsse zur Förderung ambulanter gerontopsychiatrischer Kompetenzzentren	—	300	300	—	255
685 79-8	314	Zuschüsse zur Förderung von Aktivitäten psychisch Kranker	—	25	25	—	7
TGr. 85		**Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von AIDS aus Landesmitteln** *Vgl. D-Vermerk zu 685 10.*	(—)	(1.403)	(1.403)	(—)	(1.377)
547 85-9	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
685 85-2	314	Zuschüsse an Verbände, Vereine u.ä.	—	1.403	1.403	—	1.377
TGr. 87		**Laufbahnprüfung für den mittleren Gesundheitsdienst**	(—)	(2)	(2)	(—)	(1)
427 87-0	319	Prüfungsvergütungen	—	1	1	—	1
547 87-5	319	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1	1	—	0
TGr. 88		**Maßnahmen zur Suchtbekämpfung** *Vgl. D-Vermerk zu 685 10.*	(—)	(7.213)	(7.013)	(+200)	(6.905)
547 88-3	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 893 75

Durchleitung des 40%igen Kommunalanteils an den Krankenhaus-Investitionen (Vgl. Titel 333 74) an die LTS.

Zu Titelgruppe 78

Am 01.01.2000 ist das Gesetz über das Epidemiologische Krebsregister Niedersachsen (GEKN) vom 16. 11. 1999 (Nds. GVBl. S. 390) in Kraft getreten.
Von Januar 2000 an sind vom EKN in der ersten Ausbaustufe (unter Beibehaltung der bereits während der Erprobungsphase funktionierenden Meldewege) die innerhalb des ehem. Regierungsbezirks Weser-Ems gemeldeten Krebserkrankungen (einschließlich ihrer Frühformen) vom EKN dokumentiert worden. Ab Januar 2001 wurden der ehem. Regierungsbezirk Lüneburg, ab 2002 Braunschweig und ab 2003 Hannover einbezogen.
Hier sind insbesondere die Personal- und Sachkosten der Registerstelle veranschlagt sowie andere Kosten im Zusammenhang mit dem Aufbau und dem Betrieb des EKN in Niedersachsen (z.B. Öffentlichkeitsarbeit; Anteil des Landes am Kinderkrebsregister Mainz lt. Staatsvertrag).
Die Kosten der Vertrauensstelle sind bei Kapitel 05 42 und die Kosten der Fachaufsicht bei Kapitel 05 01 mit veranschlagt.

Zu Titelgruppe 79/80

Die Förderung erfolgt nach Richtlinie des MS vom 14.12.2005 über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der ambulanten Versorgung und Nachsorge im Bereich gemeindenaher Psychiatrie und zur Förderung von Aktivitäten psychisch Kranker (Nds. MBl. 1/2006, S. 4).
Die Mittel sollen verwendet werden für gemeindenahe Psychiatrie, Sozial- und Psychotherapie sowie für die ambulante Behandlung ehemals forensischer Patientinnen und Patienten, die ambulante Versorgung auf dem Gebiet der Gerontopsychiatrie, die Forschung im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie die gemeindenahe Versorgung psychisch kranker Eltern und Kinder. Des weiteren sollen Selbsthilfegruppen von Kranken und deren Angehörigen in den Bereichen der psychisch Kranken, der an Erkrankungen des Zentralnervensystems leidenden Menschen sowie der Angehörigen an Autismus leidende Kinder gefördert werden.
Zielgruppe der Förderung sind Vereine und Verbände, die Hilfen für psychisch Kranke anbieten sowie die an Selbsthilfe interessierte Bevölkerung.
Beabsichtigt ist weiterhin eine infrastrukturelle Förderung der o.g. Bereiche und der Öffentlichkeitsarbeit, Zusammenarbeit und Vernetzung vor Ort.
In Niedersachsen hat sich die Zahl der Selbsthilfegruppen und Aktivitätenangebote für psychisch Kranke seit Beginn der Förderung im Jahre 1991 kontinuierlich erhöht und gefestigt.
Es ist inzwischen eine Angebotsstruktur entstanden, die ohne die Fördermittel nicht aufrecht erhalten werden kann.
Die Angebote der Vereine und Selbsthilfegruppen haben sich als das wesentliche Element der Hilfe für psychisch kranke Menschen und deren Angehörige in Niedersachsen herausgestellt.
Für die Förderung ambulanter gerontopsychiatrischer Kompetenzzentren besteht ein erhebliches Interesse des Landes. In Anbetracht der demographischen Entwicklung ist die ambulante Versorgung psychisch kranker alter Menschen zu unterstützen.
Hierzu ist neben der ambulanten gerontopsychiatrischen Pflege insbesondere der Transfer des Fachwissens, z.B. im Rahmen von Informationsveranstaltungen, Schulungen, Supervisionen, Beratungen von Angehörigen und Einrichtungen, von bisher regional tätigen ambulanten gerontopsychiatrischen Zentren der Kompetenzzentren für das Land zu begrüßen.
Bezeichnung des Förderprogramms: Ambulante Versorgung und Nachsorge im Bereich gemeindenaher Psychiatrie sowie Förderung von Aktivitäten psychisch Kranker und ambulanter gerontopsychiatrischen Kompetenzzentren.

Rechtliche Grundlage: Förderrichtlinie (vgl. Erläuterungen zu TGr. 79/80)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2001 (Ist)	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Soll)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)
Ist / Ansatz	-	359	284	324	625	625	625	625	625
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					625	625	625	625	625

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1991 / 2004 (amb. gerontopsych. Kompetenzzentren)

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Erhaltung von Angebotsstrukturen im ambulanten Versorgungsbereich, die ohne die Förderung des Landes nicht aufrecht erhalten werden können.
Aufbau gerontopsychiatrischer Versorgungsstrukturen im ambulanten Bereich im Hinblick auf die demografische Entwicklung in Niedersachsen.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 79/80

Zielgruppe: Vereine und Verbände, die Hilfen für psychisch Kranke anbieten sowie die an Selbsthilfe interessierte Bevölkerung.

Durchschnittliche Förderhöhe: 3 700 EUR
Hierin findet allerdings die Förderung der ambulanten gerontopsychiatrischer Zentren keine Berücksichtigung, da derzeit der hierfür vorgesehene Ansatz von 300 000 EUR lediglich auf zwei Zuwendungsempfänger bezogen ist.

Zu Titelgruppe 85

Die epidemiologische Entwicklung der Infektionskrankheit AIDS erfordert weiterhin wirksame Maßnahmen zur Verhinderung einer schnellen Ausbreitung bei den Beroffenengruppen, zur Verhütung eines Übergreifens auf die Allgemeinbevölkerung (ganzheitliche Prävention) und zur geeigneten Beratung und Hilfe zur Selbsthilfe und Betreuung Betroffener.
Begünstigte sind freie Träger im Bereich der lokalen und landesweiten AIDS-Aktivitäten gemäß der Förderrichtlinie (Erl. d. MS v. 31.03. 2006 – Nds. MBl. S. 247). Mittelbar werden durch die durchgeführten Maßnahmen alle Bevölkerungsgruppen erreicht mit Schwerpunkten bei Aufklärungsmaßnahmen in Schulen und in der Hauptbetroffenengruppen. Daneben werden auch Aktivitäten unterstützt, die der Stabilisierung von Menschen mit HIV und AIDS im Sinne der Sekundärprävention dienen.
Bei Titel 685 85 sind Mittel für Zuwendungen in folgenden Bereichen veranschlagt:

		Tsd. EUR
1.	Frauen- und Kinderrelevante AIDS- Prävention und Sexualaufklärung	178
2.	AIDS-Hilfen und andere freie Träger der AIDS-Bekämpfung zur Unterstützung der Beratungs- und Betreuungstätigkeit, betreutes Wohnen	1 005
3.	Sonderprojekte (Fortbildung von Multiplikatoren, ambulante Hilfen und Präventionsprojekte)	220
	Zusammen	1 403

Zu 685 85

Bezeichnung des Förderprogramms: Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von AIDS aus Landesmitteln

Rechtliche Grundlage: Förderrichtlinie – Erl. d. MS v. 31.03.2006

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2001 (Ist)	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Soll)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)
Ist / Ansatz	1 483	1 474	1 292	1 371	1 383	1 403	1 403	1 403	1 403
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					1 383	1 403	1 403	1 403	1 403

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1987

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis.31.12.2007

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Gefördert werden die Primär- und Sekundärpräventionen von HIV-Infektion und AIDS-Erkrankungen; Beratung und Betreuung HIV-Infizierter und AIDS-Kranker; Verhinderung von Ausgrenzung und Diskriminierung Betroffener. Förderung von 13 regionalen AIDS-Hilfe-Einrichtungen (Bentheim, Braunschweig, Celle, Emsland, Goslar, Göttingen, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Oldenburg, Osnabrück, Wilhelmshaven, Wolfsburg), dem Landesverband der AIDS-Hilfen (Landesgeschäftsstelle der freien Träger der AIDS-Hilfen, Maßnahmen der Qualitätssicherung in der Beratung und der inhaltlichen Zusammenarbeit der AIDS-Hilfeorganisationen) sowie von 7 weiteren AIDS-Projekten.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 685 85

Zielgruppe: AIDS-Hilfen und AIDS-Projekte

Durchschnittliche Förderhöhe: 66.800 EUR

Zu Titelgruppe 87

Zur Zahlung von Prüfungs- und Reisekostenvergütungen an die Mitglieder des Prüfungsausschusses nach § 10 der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des mittleren Gesundheitsdienstes (APVO mittl. GesD) vom 8. 3. 1985 (Nieders. GVBl. S. 69). Außerdem sind die mit den Prüfungen verbundenen Sachkosten zu übernehmen.

Zu Titelgruppe 88

Titel 685 88

Es sind Zuwendungen für folgende Bereiche vorgesehen:

	Tsd. EUR
1. Fachstellen für Sucht und Suchtprävention	4 112
2. Präventionsmaßnahmen	460
3. Psychosoziale Betreuungsmaßnahmen Substituierter	2 046
4. Unterstützung von Selbsthilfeaktivitäten	63
5. Landesstelle für Suchtfragen	325
6. Nieders. Suchtkonferenz	7
7. Drogenberatung für vorherige Teilnehmer des Heroin-Projekts	200
Zusammen	7 213

Nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen an Fachstellen für Sucht und Suchtprävention (RdErl. MFAS v. 09. 09.2002 – Nds. MBl. S. 712) werden Trägern solcher Einrichtungen Zuwendungen zur institutionellen Förderung bewilligt. Ausgewählte Fachstellen für Sucht und Suchtprävention erhalten zusätzliche Zuwendungen für Prävention und psychosoziale Begleitung Substituierter. Die Landesstelle für Suchtfragen, die u.a. die Koordination und die Weiterentwicklung von Hilfen für Suchtkranke und den effektiven Einsatz der hierfür bereitgestellten Mittel sicherstellt, erhält für die Wahrnehmung dieser Aufgaben ebenfalls eine Landeszuwendung als institutionelle Förderung.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
685 88-7	314	Zuschüsse für Maßnahmen zur Suchtbekämpfung	—	7.213	7.013	+200	6.905
893 88-9	314	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 90 bis 92		**Kooperation der norddeutschen Länder durch gemeinsame Aufgabenwahrnehmung auf verschiedenen Gebieten des Gesundheitswesens**	(—)	(1.284)	(1.403)	(–119)	(1.233)
632 90-2	314	Zuweisungen des Landes Niedersachsen an das Arzneimitteluntersuchungsinstitut der norddeutschen Länder *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 261 90.*	—	406	506	–100	406
632 91-0	314	Zuweisungen des Landes Niedersachsen an das Norddeutsche Zentrum zur Sicherstellung der Pflege	—	73	73	—	73
632 92-9	314	Zuweisungen des Landes Niedersachsen an die Einr. f. Forschung u. Beratung a. d. Gebiet d. Schifffahrtsmedizin der nordd. Länder	—	105	105	—	104
682 90-0	314	Zuführungen an die Kliniken der Universität Göttingen für den Betrieb eines Giftinformationszentrums für Norddeutschland *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 232 90.*	—	700	719	–19	650
		<u>Abschluss Kapitel 0540</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		161	136	+25	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		3.321	3.531	–210	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		68.904	62.615	+6.289	
		Summe der Einnahmen		72.386	66.282	+6.104	
		4 Personalausgaben	—	1	998	–997	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	5.217	8.502	–3.285	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	135.832 155.077	74.447	59.219	+15.228	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	68.904	62.615	+6.289	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	135.832 155.077	148.569	131.334	+17.235	
		Zuschuss		76.183	65.052	+11.131	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 685 88

Bezeichnung des Förderprogramms: Maßnahmen zur Suchtbekämpfung

Rechtliche Grundlage: RdErl. MFAS v. 09.09.2002 (Nds. MBl. S. 712) geändert durch RdErl. v. 11.10.2004 (Nds. MBl. S. 633) – VORIS 21069 -

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2001 (Ist)	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Soll)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)
Ist / Ansatz	6 912	7 404	7 374	7 394	7 013	7 013	7 213	7 013	7 013
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					7 013	7 013	7 213	7 013	7 013

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [x]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: ca. 1970

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis.12/2006

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Prävention, Beratung der Betroffenen und ihrer Angehörigen, Motivation zur Annahme weiter führender Hilfen, Therapievermittlung, Krisenintervention, Nachsorge. Psychosoziale Betreuung Substituierter. Die Angebote tragen im starken Maße dazu bei, die Belastungen für die Gesellschaft und für die öffentlichen Haushalte abzusenken. Insofern handelt es sich nicht um Kosten, sondern um Investitionen in Sicherheit, Gesundheit usw. . Kürzungen würden Kommunen treffen, die Kommunen sollen aber gerade gestärkt werden.
Die Maßnahmen sind auch Vorfeldarbeit für die Bereiche Polizei, Justiz, JVA‘ en und Maßregelvollzug.

Zielgruppe: Suchtgefährdete und –kranke und deren Angehörige.

Durchschnittliche Förderhöhe: 85.000 EUR

Zu Titelgruppe 90 bis 92

Die norddeutschen Länder Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein nehmen auf verschiedenen Gebieten des Gesundheitswesens ihre Aufgaben gemeinsam wahr.
Die Ratifizierung des entsprechenden Staatsvertrages erfolgte durch Gesetz vom 01 10. 1995, die Ratifizierung des Zweiten Änderungsvertrages hierzu durch Gesetz vom 14.02.2002.

Zu 632 90

Veranschlagt sind Zuweisungen an das gemeinsame Arzneimitteluntersuchungsinstitut-Nord GmbH (AMI-Nord GmbH) in Bremen. Die Gebühreneinnahmen des Landes Niedersachsen für Dienstleistungen der AMI-Nord GmbH werden bei 261 90 vereinnahmt. Nach der am 09.05./27.07.2005 unterzeichneten Neufassung des Abkommens wird der Beitrag Niedersachsens gegenüber den Vorjahren um 100.000 EUR p.a. vermindert. Damit einhergehend ist auch das Probenkontingent Niedersachsens um 52 Proben p.a. vermindert worden.

Zu 632 91

	Tsd. EUR
Norddeutsches Zentrum zur Weiterentwicklung der Pflege	73

Zu 632 92

	Tsd. EUR
Veranschlagt sind Zuweisungen an die gemeinsame Einrichtung für Forschung und Beratung auf dem Gebiet der Schifffahrtsmedizin in Hamburg	105

Zu 682 90

Veranschlagt sind Zuschüsse für das in Niedersachsen betriebene gemeinsame Informationszentrum für Vergiftungen (GIZ-Nord). Die Anteile der Länder Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein werden bei Titel 232 90 vereinnahmt.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0542 Landesgesundheitsamt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-2	314	Gebühren und tarifliche Entgelte *Vgl. K-Vermerk zu 514 11.*		1.835	1.835	—	2.302
119 01-3	314	Vermischte Einnahmen		1	1	—	1
119 02-1	314	Erstattung von Ausgaben für Laborverbrauchsmaterialien für mikrobiologische Untersuchungen für die JVA'en		200	—	+200	—
119 03-0	314	Einnahmen aus Nebentätigkeit		20	20	—	17
119 41-2	314	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
119 61-7	314	Gebühren und tarifliche Entgelte für die Ausrichtung von Ringversuchen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		165	165	—	—
119 67-6	314	Erstattung für Aus- und Fortbildung *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.*		31	31	—	105
124 01-7	314	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		—	—	—	—
132 01-0	314	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1	1	—	0
231 10-7	314	Erstattungen des Bundes für Beschäftigungsentgelte an Ersatzdienstleistende *Vgl. K-Vermerk zu 427 10.*		—	—	—	—
231 66-2	314	Zuweisungen des Bundes für das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben "Polioeradikation in Europa " *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		260	257	+3	200
231 70-0	314	Zuweisungen des Bundes im Rahmen des infektionsepidemiologischen Forschungsnetzwerks des BMBF, 2. Förderphase *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 70.*		—	—	—	10
235 01-3	314	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Kostenerstattungen für Projekte im Auftrage Dritter** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		(81)	(—)	(+81)	(107)
231 63-8	314	Zuweisungen des Bundes		—	—	—	—
282 63-1	314	Zuschüsse Dritter		81	—	+81	107
		A U S G A B E N					
422 01-8	314	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	6.536	6.668	–132	401
422 19-0	314	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-0	314	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-7	314	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	5.697

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0542

Allgemeine Erläuterung
Sitz des Niedersächsischen Landesgesundheitsamtes: Hannover mit Außenstelle in Aurich.
Organisationsgrundlagen des NLGA:
- RdErl. über die Organisation des NLGA vom 26.06.1995,
- RdErl. zu den Aufgaben des NLGA vom 29.07.1997.

Hauptsächliche Rechtsgrundlagen des NLGA:
- Entscheidung des Europ. Parlaments und des Rates über die Schaffung eines Netzes für die epid. Überwachung und die Kontrolle übertragbarer Krankheiten in der Gemeinschaft,
- Entscheidung der Kommission vom 22.12.1999 über ein Frühwarn- und Reaktionssystem für die Überwachung und die Kontrolle übertragbarer Krankheiten,
- EU-Richtlinie über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (80778/EWG),
- EU-Richtlinie vom 08.12.1975 über die Qualität der Badegewässer,
- Infektionsschutzgesetz,
- Krebsregistergesetze des Bundes und des Landes,
- Trinkwasserverordnung,
- Gesetz über Änderungen im öffentlichen Gesundheitsdienst.

Aufbau des NLGA:
Das NLGA ist eine Behörde des öffentlichen Gesundheitsdienstes (§ 2 NGöGD, Nds. GVBl. S.178) und unmittelbar dem MS unterstellt.
Die Bereitstellung von Laborleistungen zur Unterstützung von Seuchenabwehrmaßnahmen leitet sich aus § 9 Nr. 2 NGöGD ab.
Es hat intensive Kooperationsbeziehungen zu den kommunalen Gesundheitsämtern und anderen Einrichtungen des ÖGD (MS, übrige Ressorts und Fachbehörden), die das NLGA als zentrale Kompetenzbehörde für bevölkerungsmedizinische Problemstellungen und Serviceleistungen zur Erfüllung ihrer eigenen öffentlichen Aufgaben hinzuziehen.
Die Aufgaben des NLGA liegen in
- der Bereitstellung qualitätsgesicherter Laborleistungen für die Seuchenabwehrmaßnahmen der kommunalen Gesundheitsämter und des übrigen öffentlichen Gesundheitsdienstes,
- der Erkennung, Verhütung und Bekämpfung übertragbarer, nicht übertragbarer und umweltbedingter Krankheiten auf der Basis von Untersuchungsergebnissen eines eigenen qualitätsgesicherten Laborbetriebs,
- der Bündelung eines breiten epidemiologischen Sachverstands und einer hohen Beratungs- und Unterstützungskompetenz für den ÖGD,
- der Aufbereitung eigener und fremder Ergebnisse und Daten über gesundheitliche Belastungen in Form von problem- und handlungsorientierten Auswertungen,
- der Sicherstellung der modernen „Public Health" - Aufgaben (z. B. Gesundheitsberichterstattung),
- der ständigen Beratung und Unterstützung der Kooperationspartner des NLGA durch den Einsatz moderner epidemiologischer Verfahren und Datensysteme,
- der Gewährleistung einer kompetenten und handlungsorientiert ausgerichteten Infrastruktur für Präventionsaufgaben und zur Abwehr epidemiologischer Krisenfälle –„Task Force“- (Teil der "Seuchenfeuerwehr" des Landes) durch Einrichtung eines Zentrums für Gesundheits- und Infektionsschutz (ZGI),
- Erfassung von virologisch zu untersuchenden Atemwegsinfektionen bei Patienten in ärztlichen Praxen sowie von klinisch erfassten Atemwegsinfektionen bei Kindern in Gemeinschaftseinrichtungen als Instrument zur Früherkennung und Warnung bei Influenzawellen auch im Hinblick einer möglichen Pandemie (wirksame Surveillancemaßnahme auf Länderebene).

Zur Erlangung eigener epidemiologischer Erkenntnisse werden für die bevölkerungsmedizinisch relevanten Aufgabengebiete Untersuchungslabors betrieben, in denen Proben im Auftrag der Gesundheitsämter und einer Reihe von Krankenhäusern und anderen Auftraggebern untersucht werden. Die Ergebnisse werden zusammen mit Daten anderer Quellen epidemiologisch aufbereitet und bilden die fachliche Basis der Beratung und Unterstützung des ÖGD und anderer Kooperationspartner sowie der Durchführung von Schulungs- und Fortbildungsveranstaltungen für Fachkräfte und weiteren Informationsmaßnahmen (z. B. über das Internet).
Darüber hinaus führt das NLGA epidemiologische Sonderuntersuchungen und - z. T. drittmittelfinanzierte - Projekte durch.

Zu 111 01

Gebühren und Auslagen werden für bakteriologische, serologische und virologische Untersuchungen erhoben.
Die Untersuchungen werden nach der Gebührenordnung für das Niedersächsische Landesgesundheitsamt vom 6.12.2001 (Nds. GVBl. S. 736) in der jeweils gültigen Fassung berechnet.
Die Gebühren und tarifliche Entgelte für die Ausrichtung von Ringversuchen werden ab 2006 bei Titel 119 61 vereinnahmt.

Zu 119 02

Das NLGA führt für die Justizvollzugsanstalten mikrobiologische Untersuchungen, insbesondere HIV, Hepatitis A, B und C sowie Drogenscreening, durch. Im Jahr 2004 belief sich die Zahl der Untersuchungen auf rund 93.000, im Jahr 2005 auf 115.303.

Zu 119 03

Für die Inanspruchnahme von Einrichtungen oder Material des Landes oder der Arbeitskraft anderer Landesbediensteter in Ausübung einer Nebentätigkeit ist ein Entgelt nach dem RdErl. d. MFAS vom 1. 12. 2000 (Nds. MBl. 2001 S. 14) i. V. mit dem RdErl. d. MS vom 29. 7. 1997 (Nds. MBl. S. 1582) an das Land abzuführen.

Zu 119 61

Gebühren und Auslagen werden für bakteriologische, serologische und virologische Untersuchungen im Rahmen der Ringversuche für die externe Qualitätskontrolle von Laboratorien erhoben.
Die Untersuchungen werden nach der Gebührenordnung für das Niedersächsische Landesgesundheitsamt vom 6.12.2001 (Nds. GVBl. S. 736) in der jeweils gültigen Fassung berechnet.

Zu Titel 231 66 und TGr. 63

Zur Vereinnahmung von durchlaufenden Bundesmitteln und Zuschüssen Dritter. Vgl. Ausgabe-Titelgruppen 63 und 66.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0542 Landesgesundheitsamt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
425 04-1	314	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	41	41	—	44
425 06-8	314	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	90	5	+85	21
425 10-6	314	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
426 01-3	314	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	449
426 04-8	314	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeit erinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-4	314	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	1	—	2
426 10-2	314	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-0	314	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	2	2	—	—
427 10-9	314	Beschäftigungsentgelte für Zivildienstleistende *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 10.* **** Zur Zahlung der Entgelte dürfen Ersparnisse aus nicht besetzten oder unterbesetzten Stellen für Angestellte und Arbeiter/Arbeiterinnen bei Kapitel 05 42 Titel 425 01 und 426 01 zusätzlich verwendet werden.*	—	—	—	—	—
427 11-7	314	Entschädigung für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	—
427 39-7	314	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-0	314	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	3	3	—	—
453 11-8	314	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	1	1	—	—
511 01-0	314	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Ger äte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	460	460	—	437
514 01-0	314	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	13	13	—	15
514 10-9	314	Impfstoffe, Verbandsstoffe, Arznei- und Heilmittel u.ä.	—	24	24	—	32
514 11-7	314	Laborbedarf, Röntgen- und Photobedarf *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zu 50 v.H. der Mehreinnahmen bei 111 01.*	—	1.430	1.230	+200	1.416
514 12-5	314	Versuchstierhaltung	—	—	—	—	—
517 01-9	314	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	255	255	—	261
518 01-5	314	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	50	50	—	51
518 02-3	314	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	6	6	—	5
519 01-1	314	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	16	16	—	22

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 425 04

Für 5 Auszubildende im Labor- und Verwaltungsdienst.

Zu 425 06

Für Zeitzuschläge und Überstundenvergütungen aus Anlass des regelmäßigen Sonn- und Feiertagsdienstes.
Mehrbedarf für Rufbereitschaften. Für Maßnahmen zur Früherkennung von Infektionskrankheiten, zur Risikobewertung und zur fachlichen Unterstützung des Managements von besonderen gesundheitlichen Gefahrensituationen (ZGI) ist eine 24-stündige Erreichbarkeit des Fachpersonals erforderlich.

Zu 453 11

Für die Erstattung von Fahrkosten an Auszubildende, die eine auswärtige Berufsschule besuchen, nach § 10 (1) des Manteltarifvertrages für Auszubildende vom 6. 12. 1974 (Nds. MBl. 1975 S. 269) in der jeweils gültigen Fassung.

Zu 511 01

	1000 EUR
1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	12
2. Büro- und Kanzleibedarf	73
3. Bekanntmachungen	10
4. Bücher und Zeitschriften	23
5. Post- und Fernmeldegebühren	150
6. Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	10
7. Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	21
8. Dienst- und Schutzkleidung	1
9. Dienst- und Schutzkleidung für das Fachpersonal	20
10. Unterhaltung der Geräte für den Untersuchungsbetrieb mit den dazugehörigen Einrichtungen	60
11. Ersatz und Ergänzung der Geräte für den Untersuchungsbetrieb mit den dazugehörigen Einrichtungen	80
Zusammen	460

Zu 514 01

	1000 EUR
1. Betriebsstoffe	5
2. Unterhaltung und Instandsetzung	7
3. Kraftfahrzeugsteuer	1
Zusammen	13

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1. 1. 2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Kombi-Fahrzeuge	5	5	5

Zu 514 11

Mehr infolge Zunahme der Untersuchungen im Bereich der Virologie ("Virologische Survaillance" durch Untersuchungen respiratorischer Erreger), der Mikrobiologie (u.a. HIV, Hepatitis A, B und C sowie Drogenscreening für die JVA'en) sowie bei den Wasseruntersuchungen durch die Novellierung der Trinkwasserverordnung.
Die Ausgaben für die „Einrichtung von Ringversuchen“ werden ab 2006 bei 547 61 nachgewiesen.

Zu 517 01

	1000 EUR
1. Wassergeld	40
2. Grundbesitzabgaben	6
3. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	5
4. Reinigungskosten	78
5. Heizung	50
6. Licht- und Kraftstrom	76
Zusammen	255

Zu 518 01

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Anmietung von Diensträumen für die Unterbringung der Vertrauensstelle des Epidemiologischen Krebsregisters Niedersachsen.

Zu 518 02

Leasingkosten für Dienst - Kfz.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0542 Landesgesundheitsamt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
519 02-0	314	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	20	20	—	26
519 10-0	314	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1	1	—	2
525 01-1	314	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	22	22	—	22
526 01-8	314	Sachverständige	—	5	5	—	1
526 02-6	314	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-4	314	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	20	20	—	21
527 02-2	314	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	1	1	—	0
529 10-6	212	Zur Verfügung der Präsidentin/des Präsidenten des Niedersächsischen Landesgesundheitsamtes	—	—	—	—	1
546 01-9	314	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	3	3	—	1
546 05-1	314	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden, die nicht versichert sind	—	—	—	—	—
547 10-4	314	Umweltmedizin	—	80	80	—	62
547 11-2	314	Dienstleistungen Außenstehender	—	25	25	—	19
547 12-0	314	Meldehonorare nach dem GEKN *Übertragbar.*	—	769	769	—	296
547 13-9	314	Untersuchungen nach § 36 Abs. 4 IfSG *Übertragbar.*	—	900	—	+900	—
681 10-2	314	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	1	1	—	—
684 10-1	314	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	5	5	—	4
811 01-4	314	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 10-0	314	Erwerb von Geräten,Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von sonstigen beweglichen Sachen	—	370	370	—	351
981 10-6	990	Abführung an 1321-381 05	—	361	361	—	360
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Ausrichtung von Ringversuchen** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 61.*	(—)	(80)	(80)	(—)	(—)
429 61-6	314	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 61-9	314	Laborbedarf und sonstige Sachkosten	—	50	50	—	—
812 61-4	314	Erwerb von Geräten,Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	30	30	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 526 01

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Akkreditierung im Bereich Qualitätsmanagement der Labore und die dazugehörigen Audits (externe Kontrolle durch Sachverständige).

Zu 527 01

Die Reisekostenvergütungen für Dienstreisen zur Durchführung gebührenpflichtiger Untersuchungen werden neben den Gebühren wieder eingezogen und bei Titel 111 01 vereinnahmt.

Zu 529 10

Ausgaben sind seit 2002 bei Kapitel 13 02 Titel 529 14 veranschlagt.

Zu 547 10

Veranschlagt sind Ausgaben für die Überwachung und Untersuchungen zur Umwelthygiene und Toxikologie.

Zu 547 11

Kosten für arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz.

	1000 EUR
1. Betriebsarzt	10
2. Sicherheitsingenieur	15
Zusammen	25

Zu 547 12

Meldehonorare nach dem Gesetz über das epidemiologische Krebsregister Nds. (GEKN) vom 16.11.1999 (GVBl. S. 390).
Die Kosten der Registerstelle sind bei Kap. 05 40 und die Kosten der Fachaufsicht bei Kap. 05 01 veranschlagt.

Zu 547 13

Nach § 36 Abs. 4 des am 01. 01. 2001 in Kraft getretenen Infektionsschutzgesetzes (IfSG) vom 20. 07. 2000 (BGBl. I S. 1 045) haben Personen, die in eine Erstaufnahmeeinrichtung des Bundes für Spätaussiedler oder eine Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge aufgenommen werden sollen, vor oder unverzüglich nach ihrer Aufnahme der Leitung der Einrichtung ein ärztliches Zeugnis darüber vorzulegen, dass bei ihnen keine Anhaltspunkte für das Vorliegen einer ansteckungsfähigen Lungentuberkulose vorhanden sind. Bei Personen, die das 15. Lebensjahr vollendet haben, muss sich das Zeugnis auf eine im Geltungsbereich des IfSG erstellte Röntgenaufnahme der Lunge stützen. Bei Schwangeren ist von einer Röntgenaufnahme abzusehen; statt dessen ist ein ärztliches Zeugnis vorzulegen, dass nach sonstigen Befunden eine ansteckungsfähige Lungentuberkulose nicht zu befürchten ist.
Die Kosten für die Röntgenuntersuchungen nach § 36 Abs. 4 Satz 2 IfSG sind nach § 69 Abs. 1 Nr. 8 IfSG aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten, soweit nicht aufgrund anderweitiger gesetzlicher Vorschriften oder aufgrund Vertrages Dritte zur Kostentragung verpflichtet sind.
Die Vorschrift erfasst die im Grenzdurchgangslager Friedland aufzunehmenden Spätaussiedler (jährlich ca. 75 000 Personen) aus dem Zuwanderungsbereich der ehemaligen Sowjetunion.
Da Dritte nicht zur Kostentragung verpflichtet sind und die übrigen Untersuchungskosten sowie die Zeugniskosten nicht von den mittellosen Spätaussiedlern getragen werden können, steht das Land – ressortzuständig das MS – in der Kostenverpflichtung sowie in der Verpflichtung, die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung der gesetzlichen Erfordernisse zu treffen. Zur Umsetzung der Untersuchungspflichten werden Dienstleistungen Dritter (Vergabe der Untersuchungsleistungen einschl. Zeugniserteilung an ein geeignetes medizinisches Dienstleistungsunternehmen) in Anspruch genommen.
Die Ausgaben waren bislang bei Kapitel 05 40 Titel 547 62 veranschlagt. Das NLGA ist für die Vertragsgestaltung und -abwicklung seit dem 24.11.2005 zuständig.

Noch zu 547 13

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	900	—	900
2008	—	—	—	—
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	900	—	900

Zu 684 10

	1000 EUR
1. Deutscher Verein für Tropenmedizin und Internationale Gesundheit e. V.	1
2. Deutscher Verein zur Bekämpfung der Viruskrankheiten e. V.	4
Zusammen	5

Zu 812 10

	1000 EUR
1. Abzugsanlage für Chemie	20
2. Laborspülautomat	10
3. Geldokumentationseinrichtung	9
4. Wärmeschrank	5
5. Tiefkühltruhe	12
6. Gaschromatograph	60
7. Mikrowellen-Aufschlusssystem	15
8. Ionenchromatograph	30
9. mobiler Pumpenstand	5
10. Automatisierte Photometrische Wasseranalyse	85
11. Fotodokumentation/Mikroskopie	5
12. Analyseneinheit für biologische Proben	40
13. Molekularbiologischer Arbeitsplatz	46
14. Feinstaub-Laserpartikelzähler	20
15. Autosampler für den Quecksilber-Analysator	8
Zusammen	370

Zu 981 10

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61

Das NLGA (Außenstelle in Aurich) führt seit mehreren Jahren Ringversuche für die externe Qualitätskontrolle von Laboratorien durch. Die Teilnahme ist für alle Laboratorien, die gem. § 15 Abs. 4 Trinkwasserverordnung 2001 (TrinkwV) Trinkwasseruntersuchungen durchführen, verpflichtend. Das NLGA ist hierbei die einzige Institution in Deutschland, die diese Versuche auf dem Gebiet der Mikrobiologie anbietet.

Zu 812 61

	1000 EUR
1. Arbeitsplatzausstattung (Erneuerung der alten Labormöbel)	10
2. Voltammetrie System	20
Zusammen	30

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 63		**Projekte im Auftrage Dritter** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 63.*	(—)	(81)	(—)	(+81)	(80)
429 63-2	314	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	28	—	+28	27
547 63-5	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	53	—	+53	53
TGr. 66		**Durchführung des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens "Polioeradikation in Europa" aus Bundesmitteln** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 66.*	(—)	(260)	(257)	(+3)	(128)
429 66-7	314	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	115	112	+3	94
547 66-0	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	145	145	—	34
TGr. 67		**Aus- und Fortbildung im Gesundheitsdienst** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 67.*	(—)	(25)	(25)	(—)	(98)
427 67-2	314	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	10	10	—	5
525 67-4	314	Fortbildung von Fachkräften des Gesundheitsdienstes	—	15	15	—	93
TGr. 70		**Durchführung des Forschungsprojektes "Lebensmittelbedingte Infektionen in Deutschland"; Verlauf von EHEC - Infektionen** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 70.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(25)
429 70-5	314	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	18
547 70-8	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	7
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(330)	(333)	(–3)	(332)
511 99-1	314	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	74	74	—	72
518 99-6	314	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—
525 99-2	314	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	10	10	—	5
527 99-5	314	Reisekostenvergütungen	—	1	1	—	—
538 98-9	314	Dienstleistungen des IZN	—	28	28	—	7
538 99-7	314	Dienstleistungen Außenstehender	—	100	100	—	92
812 99-1	314	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	117	120	–3	155

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 63

Für die Durchführung von zeitlich begrenzten Projekten, die von Dritten finanziert werden (z. Zt. Erstattung von Kosten durch die Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen (KVN) für die Untersuchungen im Rahmen der Qualitätssicherung bei koloskopisch tätigen Arztpraxen).

Zu Titelgruppe 66

Für die Durchführung des Projektes „Entwicklung und Aufbau eines Alternativsystems zur AFP-Surveillance in Deutschland im Rahmen des WHO-Projekts Polioeradikation“. Die Ausgaben erstattet der Bund bei Titel 231 66.

Zu 427 67

	1000 EUR
Honorar für Gastdozenten bei Fortbildungsveranstaltungen	10

Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. d. § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Zu Titelgruppe 70

Das Forschungsprojekt ist beendet. Die Ausgaben erstattete der Bund bei Titel 231 70.

Zu Titelgruppe 98/99

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und –anlagen sowie die damit verbundenen Einrichtungen und Schulungen der Bediensteten.

Zu 511 99

	1000 EUR
1. Geschäftsbedarf	6
2. Bücher und Zeitschriften	1
3. Post- und Fernmeldegebühren	3
4. Geräte- und Gebrauchsgegenstände	21
5. Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der besonderen Betriebseinrichtungen	18
6. Verbrauchsmaterial	25
Zusammen	74

Zu 538 98

Kosten für die Lieferung und den Austausch von Komponenten sowie die DV-Systembetreuung durch das IZN.

Zu 538 99

Erwerb und Weiterentwicklung von Programmen, Verfahrens- und Programmpflege. Inanspruchnahme von Dienstleistungen Außenstehender (ohne IZN) z.B. für das LIMS.

Zu 812 99

	1000 EUR
1. 23 Arbeitsplatz-PC	17
2. 12 Notebooks	18
3. 22 TFT - Monitore	8
4. 5 Laserdrucker Farbe	10
5. 10 Laserdrucker Netz	14
6. 5 Arbeitsplatzdrucker	2
7. 4 Etikettendrucker LIMS	4
8. 1 HYBASE Labor SQL	30
9. 2 Enterasys Switching Module	14
Zusammen	117

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0542 Landesgesundheitsamt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<u>Abschluss Kapitel 0542</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		2.253	2.053	+200	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		341	257	+84	
		Summe der Einnahmen		2.594	2.310	+284	
		4 Personalausgaben	—	6.827	6.843	–16	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	4.576	3.423	+1.153	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	6	6	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	517	520	–3	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	361	361	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	12.287	11.153	+1.134	
		Zuschuss		9.693	8.843	+850	

E R L Ä U T E R U N G E N

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-4	276	Vermischte Einnahmen		2	2	—	—
119 41-3	276	Rückzahlung von Überzahlungen bei Erstattungen an örtliche Jugendhilfeträger		120	120	—	1.859
119 62-6	213	Einnahmen aus Teilnehmerbeiträgen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		—	—	—	77
119 63-4	213	Einnahmen nach der Nds. Verordnung über die Schiedsstelle nach § 78 g SGB VIII - KJHG - *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		3	3	—	0
235 01-4	213	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
281 10-5	266	Kostenbeiträge zu den Kosten ehemaliger Fürsorgeerziehung und freiwilliger Erziehungshilfe		2	2	—	1
		A U S G A B E N					
422 01-9	213	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	—	2.514	–2.514	1.114
422 06-0	213	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 19-1	213	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	21
422 31-0	213	Dienstbezüge auf Grund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-8	213	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.311
427 01-0	213	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
511 01-1	213	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	2	2	—	2
526 01-9	213	Sachverständige	—	2	2	—	4
526 02-7	213	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
531 10-1	213	Veröffentlichungen **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*	—	5	5	—	3
546 01-0	271	Vermischte Ausgaben	—	1	1	—	—
547 10-5	271	Kosten des Landesbeirats für Jugendarbeit und seiner Mitglieder	—	3	3	—	1
632 10-2	266	Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Land Hamburg für die gemeinsame zentrale Adoptionsstelle	—	340	349	–9	275
633 11-7	266	Erstattung aufgewendeter Kosten der Kinder- und Jugendhilfe	—	13.000	15.000	–2.000	12.935
681 10-3	213	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0570

Allgemeine Erläuterung:
Die Aufgaben des überörtlichen Trägers der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe werden von den von der Landesregierung nach § 9 Abs. 2 AG KJHG bestimmten Behörden wahrgenommen. In diesem Kapitel sind die Ausgaben für die Fachaufgaben des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie des Niedersächsischen Landesamtes für Soziales, Jugend und Familie (LS) sowie die damit im ursächlichen Zusammenhang stehenden Einnahmen veranschlagt.
Die Fachaufgaben des Bereichs Tagespflege und Tageseinrichtungen für Kinder gehören zum Geschäftsbereich des MK (Einzelplan 07).

Zu 422 01

Die Ausgaben für das Personal der Fachgruppe Kinder, Jugend und Familie des LS sind ab 2007 im Kapitel 05 20 Titel 422 01 mitveranschlagt.

Zu 526 01

Ersatz der Auslagen und des Verdienstausfalls der Mitglieder des Gremiums nach § 9 Abs. 2 Satz 2 AG KJHG.

Zu 546 01

Ehrenpreise, die vom Land für Veranstaltungen und Wettbewerbe u. a. der Jugendorganisationen gestiftet werden.

Zu 547 10

Veranschlagt sind Ausgaben gem. §§ 15 und 16 Jugendförderungsgesetz zu den Kosten des Landesbeirats für Jugendarbeit.

Zu 632 10

Erstattungen von Verwaltungsausgaben an das Land Hamburg zur Unterhaltung der gemeinsamen zentralen Adoptionsstelle der vier norddeutschen Länder in Hamburg gem. Art. 5 des Abkommens v. Mai 1979 (MBl. 1980 S. 366).

Zu 633 11

Kostenerstattung bei Gewährung von Jugendhilfe nach den §§ 89 bis 89 e SGB VIII (insbesondere gem. § 89 d Abs. 3 SGB VIII – minderjährige unbegleitete Flüchtlinge).
Weniger wegen Fallzahlenrückgang.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
685 10-9	271	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	13	13	—	12
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Aus- und Fortbildung von Fachkräften der Jugendhilfe** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 62.*	(—)	(41)	(41)	(—)	(93)
427 62-2	213	Entschädigungen an nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	20	20	—	59
527 62-7	213	Reisekostenvergütungen	—	14	14	—	15
547 62-8	213	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	7	7	—	19
TGr. 63		**Kosten der Schiedsstelle gem. Nds. Verordnung nach § 78 g SGB VIII - KJHG -** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 63.*	(—)	(3)	(3)	(—)	(0)
412 63-3	213	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	1	1	—	—
526 63-9	213	Kosten für Sachverständige u.ä.	—	—	—	—	—
527 63-5	213	Reisekosten	—	1	1	—	0
546 63-0	213	Rückzahlungen	—	—	—	—	—
547 63-6	213	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1	1	—	0
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		18	–18	
		<u>Abschluss Kapitel 0570</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		125	125	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		2	2	—	
		Summe der Einnahmen		127	127	—	
		4 Personalausgaben	—	21	2.553	–2.532	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	36	36	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	13.353	15.362	–2.009	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	13.410	17.951	–4.541	
		Zuschuss		13.283	17.824	–4.541	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 685 10

	EUR
1. Vereinsbeitrag für das Deutsche Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. in Heidelberg	1.400
2. Beitrag des Landes Niedersachsen für die BAG der Landesjugendämter und überörtlichen Erziehungsbehörden	1.100
3. Mitgliedsbeitrag für die AG für Erziehungshilfe (AFET) in Hannover	4.100
4. Beitrag für den Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge in Frankfurt	100
5. Beitrag für den "Deutschen Jugendhilfepreis" – (Hermine-Albers-Preis)	950
6. Beitrag für die AG für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ)	3.800
7. Beitrag für die AG der Jugendämter Niedersachsen/Bremen	1.100
Zusammen	12.550
rd.	13.000

Zu Titelgruppe 62

Sachaufwand für die Aus- und Fortbildung sowie Prüfung Außenstehender. Zusätzlich zu den veranschlagten Ausgaben dürfen die bei Titel 119 62 vereinnahmten Teilnehmerbeiträge verausgabt werden.

Zu 427 62

Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,55 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen, bei Prüfungsvergütungen höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigung i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Zu Titelgruppe 63

Das Land Niedersachsen hat die Geschäftsführung für die Schiedsstelle gem. Nds. Verordnung nach § 78 g SGB VIII vom 22. 3. 2000, GVBl. S. 54 (Leistungen und Entgelte in Einrichtungen der Jugendhilfe) übernommen. Die Geschäftsstelle wird beim LS -Fachgruppe Kinder, Jugend und Familie - geführt. Die mit der Führung der Geschäftsstelle entstehenden Personal- und Sachkosten werden vollständig aus Gebühreneinnahmen (vgl. Titel 119 63) gedeckt.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0572 Kinder- und Jugendschutz, Gender Mainstreaming

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-1	272	Vermischte Einnahmen		2	2	—	1
119 41-0	272	Rückzahlung von Überzahlungen		20	30	–10	16
233 10-8	266	Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden für das Projekt "Weiterentwicklung der Vollzeitpflege in Niedersachsen" *Vgl. K-Vermerk zu 547 10.*		10	10	—	—
282 10-9	266	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland für das Projekt "Weiterentwicklung der Vollzeitpflege in Niedersachsen" *Vgl. K-Vermerk zu 547 10.*		10	10	—	—
		A U S G A B E N					
547 10-2	266	Weiterentwicklung der Vollzeitpflege in Niedersachsen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 233 10 und 282 10.*	—	20	20	—	—
632 10-0	272	Erstattung von Verwaltungsausgaben an länderübergreifende Kontrollinstitutionen des Jugendmedienschutzes	—	63	63	—	58
671 10-5	272	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Landesstelle Jugendschutz	—	311	311	—	311
684 10-0	272	Zuschüsse an die Landesgeschäftsstelle des Kinderschutzbundes *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 684 10, Ausgabetitelgruppe 64, Ausgabetitelgruppe 75, 0573-684 13, 0573 Ausgabetitelgruppe 61, 0573 Ausgabetitelgruppe 71/72, 0573 Ausgabetitelgruppe 75, 0573 Ausgabetitelgruppe 76, 0573 Ausgabetitelgruppe 79, 0573 Ausgabetitelgruppe 80/81, 0573 Ausgabetitelgruppe 84, 0574-684 11, 0574 Ausgabetitelgruppe 63, 0574 Ausgabetitelgruppe 64 und 0574 Ausgabetitelgruppe 65.*	—	94	94	—	94
		Titelgruppe(n)					
TGr. 64		**Förderung von Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes** *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 684 10.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(1.682)	(1.062)	(+620)	(1.046)
547 64-1	272	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	1
684 64-9	272	Zuschüsse für präventive Maßnahmen	—	408	320	+88	290
685 64-5	272	Zuschüsse für Kinderschutzzentren und Beratungsstellen	—	1.274	742	+532	756

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0572

Allgemeine Erläuterung
In diesem Kapitel sind insbesondere ausgebracht:
a) Förderung von Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes,
b) Gender Mainstreaming in der Kinder- und Jugendhilfe.

Zu 632 10

Anteile des Landes Niedersachsen für:
- den ständigen Vertreter der obersten Landesjugendbehörden bei der freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK); Ländervereinbarung vom 01.04.2003
- Wahrung des Jugendschutzes in den elektronischen Informations- und Kommunikationsdiensten durch die länderübergreifende Stelle „jugendschutz.net“; Ländervereinbarung vom 01.04. 2003
- Unterhaltungssoftwareselbstkontrolle (USK); Ländervereinbarung vom 01.04.2003

	1000 EUR
1. FSK	30
2. jugendschutz.net	24
3. USK	9
Zusammen	63

Zu 671 10

Die Landesstelle Jugendschutz ist eine Einrichtung der freien Wohlfahrtspflege. Sie nimmt Landesaufgaben i. S. des § 14 SGB VIII wahr. Aufgrund des abgeschlossenen öffentlich-rechtlichen Vertrages vom 14. 10. 1994 werden die Verwaltungsausgaben erstattet.

Zu 684 10

Bezeichnung des Förderprogramms:
Zuschüsse an die Landesgeschäftstelle des Kinderschutzbundes

Rechtliche Grundlage:
§ 10 AG KJHG

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	94	94	94	94	94	94	94	94	94
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					94	94	94	94	94

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
seit vielen Jahren

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Die Landesgeschäftsstelle ist der zentrale Partner in der Entwicklung und Umsetzung des Kinder- und Jugendschutzes für das Land Niedersachsen. Sie regt zu kinderfreundlichen behördlichen und gesetzgeberischen Maßnahmen an, organisiert Tagungen und Bildungsangebote und führt selbst Projekte zur Entwicklung und Umsetzung des Kinderschutzes durch.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 684 10

Zielgruppe:
Kinder und Jugendliche, Eltern, Erzieher, Multiplikatoren

Durchschnittliche Förderhöhe:
94.000 EUR

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 64

Bezeichnung des Förderprogramms:
a) Zuschüsse für präventive Maßnahmen
b) Zuschüsse für Kinderschutzzentren
c) Zuschüsse für Beratungsstellen im Bereich Gewalt gegen Kinder
d) Zuschüsse für das Koordinationszentrum für Kindesschutz in Hannover

Rechtliche Grundlage:
§ 10 AG KJHG

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	1.060	799	1.007	1.046	1.062	1.682	1.662	1.662	1.662
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					1.062	1.682	1.662	1.662	1.662

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
1991

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
1. Zielsetzung der Förderung im erzieherischen Kinder- und Jugendschutz im Sinne des § 14 SGB VIII sind verschiedenste präventive Modellmaßnahmen im Rahmen der Verhaltensprävention. Diese beziehen sich auf die Handlungsfelder u. a. im Bereich Suchtprävention, Gewalt und Aggression, Jugendmedienschutz. Gefördert werden soll u. a. die Stiftung „Eine Chance für Kinder“ - Familienhebammenprojekt.
2. Die Kinderschutzzentren bieten Beratungsangebote mit Vermittlung an weiterführende Hilfsangebote für Kinder mit Gewalterfahrung an. Notruftelefone und Krisenintervention ergänzen dieses Angebot. Außerdem entwickeln sie fachlich-innovative Ansätze für die landesweite Beratungs- und Präventionsarbeit.
3. Beratungsstellen im Bereich Gewalt gegen Kinder und Jugendliche stellen landesweit ein umfangreiches niedrigschwelliges Beratungsangebot mit der Vermittlung zu weiterführenden Hilfsangeboten für Kinder und Jugendliche zur Verfügung, die von Gewalt, Vernachlässigung, Misshandlung und sexuellem Missbrauch bedroht oder betroffen sind. Darüber hinaus werden sie landesweit zu diesem Thema präventiv tätig.
4. Zum Schutz vor Gewalt für Kinder wird ein Netzwerk früher Hilfen fortentwickelt und gefördert. Hierzu gehört

– die Förderung des Koordinationszentrums Kinderschutz im Kinderkrankenhaus auf der Bult / Hannover und die Erarbeitung eines Netzwerkhandbuches,
– die Förderung von Koordinationszentren / Netzwerken früher Hilfen, Kinderschutz in den Städten Braunschweig, Lüneburg und Oldenburg.

Zielgruppe:
Kinder und Jugendliche, Eltern, Erzieher, Multiplikatoren

Durchschnittliche Förderhöhe:
zu a) 50.000 EUR zu b) 189.000 EUR zu c) 20.000 EUR zu d) 470.000 EUR.

Die Erhöhung des Ansatzes um 620.000 EUR erfolgt für
– die Förderung der Stiftung „Eine Chance für Kinder“ – Familienhebammenprojekt (70.000 EUR),
– den Ausbau des Kindernottelefons zu einem 24–Stunden-Service (60.000 EUR),
– die Förderung der Arbeit der Koordinationszentren Kindesschutz (470.000 EUR) und
– die Herausgabe eines Netzwerkhandbuches (20.000 EUR).

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0572 Kinder- und Jugendschutz, Gender Mainstreaming

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 75		**Gender Mainstreaming in der Kinder- und Jugendhilfe** *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 684 10.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—) (360)	(180)	(150)	(+30)	(106)
547 75-7	272	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 75-0	272	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
684 75-4	272	Zuschüsse an Sonstige	— 360	180	150	+30	106
		Abschluss Kapitel 0572					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		22	32	–10	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		20	20	—	
		Summe der Einnahmen		42	52	–10	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	20	20	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	— 360	2.330	1.680	+650	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 360	2.350	1.700	+650	
		Zuschuss		2.308	1.648	+660	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 75

Bezeichnung des Förderprogramms:
Gender Mainstreaming in der Kinder- und Jugendhilfe

Rechtliche Grundlage:
§ 9 Nr. 3 i.V.m. § 85 (2) SGB VIII

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz					150	180	180	118	118
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					150	180	180	118	118

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
2006

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis 2008. Danach neues Förderprogramm in diesem Aufgabengebiet der Kinder- und Jugendhilfe.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Es wird ein Modellvorhaben zur Weiterentwicklung des Gender Mainstreaming in der Kinder- und Jugendhilfe durchgeführt. Das Land will sich in allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe dafür einsetzen, dass Chancengleichheit für Mädchen und Jungen besteht und beide gleiche Rechte haben. Als Impulsgeber für die örtliche Kinder- und Jugendhilfe, die bei der Ausgestaltung der Jugendhilfeleistungen die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen zu berücksichtigen hat, wird Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit gefördert.

Zielgruppe:
Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe

Durchschnittliche Förderhöhe:
170.000 EUR

Es wurde ein Betrag in Höhe von 30.000 EUR von Kapitel 05 73 – 684 61 umgesetzt.

Zu 684 75

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	180	—	180
2008	—	180	—	180
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	360	—	360

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-5	261	Vermischte Einnahmen		15	15	—	17
119 41-4	276	Rückzahlung von Überzahlungen		250	250	—	247
119 42-2	271	Rückflüsse aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentspr. verwendeten Zuweisungen d. Bundes u.Dritter (einschl. Zinsen) *Vgl. K-Vermerk zu 546 10.*		—	—	—	—
119 61-9	271	Einnahmen aus Teilnehmerbeiträgen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	—
119 75-9	153	Rückflüsse aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentspr. verwendeten Zuwendungen des Landes (einschl.Zinsen) *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 75.*		100	100	—	125
119 79-1	153	Rückflüsse aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentspr. verwendeten Zuwendungen des Landes (einschl.Zinsen) *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 79.*		50	50	—	77
119 80-5	153	Rückflüsse aus nicht in in Anspruch genommenen oder nicht zweckentspr. verwendeten Zuwendungen des Landes (einschl. Zinsen) *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 80/81.*		5	5	—	8
231 95-8	261	Bundeszuweisungen für die Förderung des Deutsch-Israelischen Jugendaustausches *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 95.*		58	58	—	49
231 96-6	261	Bundeszuweisungen für die Förderung des Deutsch-Tschechischen Jugendaustausches *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 96.*		5	25	–20	4
282 91-9	261	Zuschüsse des deutsch-französischen Jugendwerkes zur Förderung des Austausches und der Begegnung von Jugendlichen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 91.*		45	45	—	20
282 92-7	261	Zuschüsse des deutsch-polnischen Jugendwerks zur Förderung des Austauschs von Jugendlichen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 92.*		45	45	—	15
331 10-3	271	Zuweisungen vom Bund für Jugendherbergen *Vgl. K-Vermerk zu 893 10.*		—	—	—	169
		A U S G A B E N					
546 10-0	271	Rückzahlungen aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentsprechend verwend. Zuweis. d.Bundes u.Dritter(einschl. Zinsen) *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 42.*	—	—	—	—	—
684 10-3	271	Zuschüsse gem. §§ 6 und 7 des Jugendförderungsgesetz an anerkannte Träger der Jugendarbeit *Übertragbar.*	—	5.100	5.100	—	5.153
684 11-1	271	Zuschüsse für das DJI	—	23	23	—	23

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0573

Allgemeine Erläuterung
In diesem Kapitel sind insbesondere ausgebracht:
1. Zuschüsse und Zuwendungen nach dem Gesetz zur Förderung der Jugendarbeit (JFG),
2. Förderprogramme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und sonstige Maßnahmen der Jugendsozialarbeit,
3. Förderung von Projekten zur Gewaltprävention,
4. Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten unter besonderer Berücksichtigung auch älterer Menschen.

Zu 684 10

Gemäß § 6 Abs. 1 des Jugendförderungsgesetzes sind Zuschüsse zu den Personalkosten der hauptberuflichen Jugendbildungsreferenten/-innen sowie Zuschüsse zu den Aufwendungen für den notwendigen Personal- und Sachbedarf der anerkannten Träger der Jugendarbeit gem. § 7 JFG veranschlagt.
Zuschüsse werden für 58 Jugendbildungsreferenten/-innen gewährt.

Zu 684 11

Bezeichnung des Förderprogramms:
Förderung des Deutschen Jugendinstituts (DJI)

Rechtliche Grundlage:
Beschluss der Jugendministerkonferenz

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	23	23	23	23	23	23	23	23	23
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					23	23	23	23	23

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
ca. 1990

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) untersucht die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen, Frauen und Familien sowie darauf bezogene öffentliche Angebote zu ihrer Unterstützung und Förderung. Der institutionell geförderte Etat wird überwiegend aus Mitteln des Bundes finanziert. Die Beteiligung der Länder an der Finanzierung erfolgt nach dem Königssteiner Schlüssel, also im Rahmen einer Kostenumlage.

Zielgruppe:
Fachkräfte der Jugendhilfe

Durchschnittliche Förderhöhe:
23.000 EUR

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
684 13-8	271	Verwaltungskosten der anerkannten Träger der Jugenarbeit gem. § 7 Abs. 4 JFG *Vgl. D-Vermerk zu 0572-684 10.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	256	256	—	256
893 10-1	271	Verwendung der Zuweisungen vom Bund für Investitionen in Jugendherbergen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 10.*	—	—	—	—	169
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Förderung von Trägern der Jugendarbeit nach dem Jugendförderungsgesetz** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.* *Vgl. D-Vermerk zu 0572-684 10.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(586)	(616)	(–30)	(1.473)
547 61-0	271	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	12	12	—	2
633 61-4	271	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	153	153	—	115
684 61-8	271	Zuschüsse an Sonstige	—	421	451	–30	456
883 61-0	276	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden	—	—	—	—	—
893 61-6	271	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	900
TGr. 63		**Jahr der Jugend**	(—)	(—)	(250)	(–250)	(—)
547 63-7	261	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	20	–20	—
633 63-0	261	Zuweisung an Gemeinden	—	—	—	—	—
684 63-4	261	Zuschüsse an Sonstige	—	—	230	–230	—
TGr. 71/72		**Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten und Bürgergesellschaft** *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 0572-684 10.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(1.551)	(1.551)	(—)	(1.379)
547 71-8	271	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	160	—	+160	185
633 71-1	271	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
633 72-0	236	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	38

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 684 13

Bezeichnung des Förderprogramms:
Förderung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V.

Rechtliche Grundlage:
§ 7 (4) Jugendförderungsgesetz

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz *	256	256	246	256	256	256	256	256	256
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					256	256	256	256	256

* Ergänzende Förderung in Höhe von 20.000 EUR aus TGr. 93.

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
1948

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Im Landesjugendring Niedersachsen haben sich 19 Mitgliedsorganisationen (Jugendverbände und Arbeitsgemeinschaften) zusammengeschlossen, dahinter stehen über 80 eigenständige Jugendverbände mit rund 500.000 Mitgliedern. Der Landesjugendring nimmt Aufgaben im Bereich der Jugendarbeit im Interesse des Landes wahr, unterstützt seine Mitglieder und ist Informations- und Servicestelle für die Jugendarbeit in Niedersachsen.

Zielgruppe:
Kinder und Jugendliche, Vereine und Verbände

Durchschnittliche Förderhöhe:
256.000 EUR

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Landesjugendringes Niedersachsen e.V.

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	429.335	424.650	428.741
Einnahmen	23.965	22.635	37.660
Fehlbetrag	405.370	402.015	391.081

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	-
2. das Land mit	
Zuwendungen gem. § 7 (4) JFG	
(Titel 684 13 und TGr. 93)	276.000
Zuschuss gem. § 6 (1) i.V.m. § 9 (2) JFG	
(Titel 684 10)	57.700
Zuwendungen Jugendserver (TGr. 61 und 93)	70.000
3. den Bund mit	1.670
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	-
5. Private	-
Zusammen	405.370

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 61

	1000 EUR
Vorgesehen sind Zuwendungen zur Förderung von auf Landesebene tätigen Trägern der Jugendarbeit gem. §§ 10, 12 und 13 Jugendförderungsgesetz (JFG), insbesondere – zu den Kosten von Bildungsveranstaltungen – für die Entwicklung neuer Inhalte und Methoden der Kinder- und Jugendarbeit – für besondere Einzelvorhaben – für den Verband Niedersächsischer Jugendredakteure e. V.	
- für die Förderung der Ehrenamtlichkeit;	289
von internationalen Begegnungen gem. §§ 12 und 13 JFG gem. RL v. 22.05.1989 (Nds. MBl. S. 650);	72
von regionalen und örtlichen Trägern der Jugendarbeit gem. §§ 12 und 13 JFG, insbesondere für die – Aus- und Fortbildung von Jugendleitern (RdErl. v. 23.1.2002 – Nds. MBl. S. 84)	225
Zusammen	586

Zusätzliche Förderungen erfolgen aus den Titelgruppen 90 (Spielbankabgabe) und 93 (Konzessionsabgaben).

Es wurde ein Betrag in Höhe von 30.000 EUR nach Kapitel 05 72 – 684 75 umgesetzt.

Zu Titelgruppe 63

Das Förderprogramm war auf das Haushaltsjahr 2006 begrenzt.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 71/72

Bezeichnung des Förderprogramms:
1. Zuwendungen zur Förderung von innovativen Projekten des bürgerschaftlichen Engagements
2. Zuschüsse an die Kontakt- und Informationsberatungsstellen für Selbsthilfegruppen

Rechtliche Grundlage:
1. Richtlinie vom 21.03.2005 (Nds. MBl. S. 259)
2. Nicht veröffentlichte Fördergrundsätze vom 08.12.1997 i.d.F. vom 08.03.2005

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	1.117	1.138	1.265	1.380	1.391	1.391	1.391	1.391	1.391
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					1.391	1.391	1.391	1.391	1.391

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
1. 2002
2. 1991

Befristung:
1. [ ]Nein [X]Ja, bis 31.12.2007, Verlängerung vorgesehen
2. [X]Nein [ ]Ja, bis

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
1. Gefördert werden innovative Projekte bürgerschaftlichen Engagements und außergewöhnliche Einzelvorhaben.
2. Infrastrukturelle Förderung der Selbsthilfe durch Selbsthilfekontaktstellen.
Daneben hat das Land Niedersachsen einen Versicherungsschutz für ehrenamtlich Tätige abgeschlossen und betreibt den Freiwilligenserver.

Zielgruppe:
Bürgerinnen und Bürger

Durchschnittliche Förderhöhe:
1. 25.000 EUR
2. 36.500 EUR

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
684 71-5	271	Sonstige Zuschüsse	—	587	747	–160	408
684 72-3	236	Zuschüsse an Kontakt- und Informationsberatungsstellen für Selbsthilfegruppen -KIB-	—	804	804	—	748
TGr. 75		**Förderung von Jugendwerkstätten** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 75.* *Vgl. D-Vermerk zu 0572-684 10.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *Zur Schulpflichterfüllung in Jugendwerkstätten dürfen Verpflichtungen für den im nächsten Haushaltsjahr liegenden Zeitraum des lfd. Schuljahres bis zur Höhe von 7/12 der für diesen Zweck vorgesehenen Mittel eingegangen werden.*	(11.400) (3.800)	(4.338)	(4.338)	(—)	(3.806)
547 75-0	153	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	80	—	+80	—
633 75-4	153	Zuweisungen an Gemeinden	3.300 —	1.397	1.397	—	1.435
684 75-8	153	Zuschüsse an Sonstige	8.100 3.800	2.861	2.941	–80	2.371
TGr. 76		**Förderung von Projekten zur Erziehungs- und Bildungskooperation und zur Gewaltprävention** *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 0572-684 10.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(1.855)	(1.855)	(—)	(1.881)
527 76-8	153	Reisekosten	—	10	10	—	66
531 76-5	153	Veröffentlichungen **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*	—	10	10	—	—
547 76-9	153	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	30	30	—	293
633 76-2	153	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	890	890	—	1.128
684 76-6	153	Zuweisungen an Sonstige	—	915	915	—	395

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 75

Bezeichnung des Förderprogramms:
Zuwendungen zu den Ausgaben von Werkstattprojekten im Rahmen der Jugendsozialarbeit – "Jugendwerkstätten"

Rechtliche Grundlage:
§ 10 AG KJHG sowie Förderrichtlinie vom __.12.2006 (Nds. MBl. S. ___)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	5.342	4.448	4.286	3.806*	4.258	4.258	4.258	4.258	4.258
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					12.500	**	**	**	**
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					4.258	4.258	4.258	4.258	4.258

*zzgl. 477.000 EUR für Zuweisungen an die kommunalen Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II), verausgabt im Rahmen einer überplanmäßigen Ausgabe bei Kapitel 05 05 Titel 613 66.
**Die Einnahmen aus der neuen ESF-Förderperiode 2007 bis 2013 stehen noch nicht fest.

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
1985

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis 30.06.2007, die Verlängerung ist für die neue ESF – Förderperiode vorgesehen.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist ein besonderer politischer Handlungsschwerpunkt der Landesregierung. Die Jugendwerkstätten leisten dazu einen wesentlichen Beitrag, in dem sie durch berufliche und allgemeine Bildung sowie durch soziale Qualifizierung die Integration in Ausbildung und Beruf fördern. Sie kooperieren eng mit den Pro-Aktiv-Centern, in denen sie ihre Angebote auf die Bedarfe der dort betreuten Jugendlichen ausrichten.
Die Projekte dienen der Einwerbung von Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF), die im Kap. 08 04 veranschlagt sind.

Zielgruppe:
Individuell beeinträchtigte und sozial benachteiligte junge Menschen unter 27 Jahren.

Durchschnittliche Förderhöhe:
ca. 150.000 EUR je Jugendwerkstatt (Landes- und ESF-Mittel)

Zu 633 75

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	1.100	—	1.100
2008	—	—	1.100	1.100
2009	—	—	1.100	1.100
2010	—	—	1.100	1.100
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	1.100	3.300	4.400

Zu 684 75

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	2.700	—	2.700
2008	—	—	2.700	2.700
2009	—	—	2.700	2.700
2010	—	—	2.700	2.700
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	2.700	8.100	10.800

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 76

Bezeichnung des Förderprogramms:
Niedersächsische Kooperations- und Bildungsprojekte - NiKo

Rechtliche Grundlage:
§ 10 AG KJHG und Richtlinien über die Förderung von Projekten zur Stärkung von Bildungs-, Erziehungs- und Gesundheitskompetenzen in Kooperation zwischen Jugendhilfe, Schule und Familie an schulischen Standorten „Niedersächsische Kooperations- und Bildungsprojekte (NiKo)“ vom __.__.2007 (Niedersachsen MBl. S. __)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz*	0	0	0	0	0	1.805	1.805	1.805	1.805
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					0	1.805	1.805	1.805	1.805

* Ergänzende Förderung in Höhe von 154.000 EUR aus TGr. 90.

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
01.01.2007

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis 31.12.2011

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Schule und Familien an Schulstandorten in sozialen Brennpunkten zur Förderung von Erziehungs- und Bildungskompetenzen u. zur Stärkung der Gesundheitsprävention.
Stärkung von Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf für Erziehungsaufgaben, u. a. auch zur Vermeidung von Gewalt.
Integration gefährdeter junger Menschen.
Das Programm ist Bestandteil des Handlungsprogramms Integration der LReg zur Integration von Migrantinnen und Migranten.
Die Durchführung erfolgt gemeinsam mit dem MK.

Zielgruppe:
Sozial benachteiligte junge Menschen, insbesondere ausländische und ausgesiedelte Kinder und Jugendliche in sozialen Brennpunktgebieten.

Durchschnittliche Förderhöhe:
77 Projekte werden in Höhe von je 26.000 EUR (einschl. Spielbankabgabe) jährlich gefördert.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 79		**Regionale Arbeitsstellen zur beruflichen Eingliederung junger Menschen in Niedersachsen (RAN)** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 79.* *Vgl. D-Vermerk zu 0572-684 10.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(—)	(2.202)	(–2.202)	(2.097)
633 79-7	153	Zuweisungen an Gemeinden	—	—	921	–921	861
684 79-0	153	Zuschüsse an Sonstige	—	—	1.281	–1.281	1.236
TGr. 80/81		**Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 80.* *Vgl. D-Vermerk zu 0572-684 10.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(21.000) (4.000)	(10.840)	(8.738)	(+2.102)	(4.624)
547 80-7	276	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	150	150	—	29
613 80-0	910	Zuweisungen an die kommunalen Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)	—	—	3.600	–3.600	—
633 80-0	153	Zuweisungen an Gemeinden	13.500 2.291	7.303	2.291	+5.012	4.030
633 81-9	153	Zuweisungen an Gemeinden für zusätzliche Eingliederungsmaßnahmen der Pro-Aktiv-Centren	7.500 1.709	2.887	1.887	+1.000	—
636 80-0	153	Sonstige Zuweisungen an die Agenturen für Arbeit	—	—	310	–310	379
684 80-4	153	Zuschüsse an Sonstige	—	500	500	—	186
TGr. 84		**Förderung von Maßnahmen zur sozialpädagogischen Betreuung jugendlicher Straftäter** *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 0572-684 10.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(1.789)	(1.789)	(—)	(1.771)
633 84-3	271	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	511	511	—	610
684 84-7	271	Zuschüsse an Sonstige	—	1.278	1.278	—	1.161

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 79

Die Ausgaben für die Regionalen Arbeitsstellen zur beruflichen Eingliederung junger Menschen in Niedersachsen RAN sind ab 2007 bei der TGr. 80/81 – Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit – mit veranschlagt. Die RAN werden in das Beratungsangebot der Pro-Aktiv-Centren integriert.

Zu Titelgruppe 80/81

Bezeichnung des Förderprogramms:
Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit – Förderung von "Pro-Aktiv-Centren" unter Einbindung der ehemaligen "RAN – Stellen", sowie Eingliederungsmaßnahmen für benachteiligte Jugendliche
(Ab 2007 sind die Ausgaben für das Förderprogramm RAN - Stellen hier mit veranschlagt, alt TGr. 79).

Rechtliche Grundlage:
§ 10 AG KJHG sowie Richtlinie vom __.12.2006 (Nds. MBl. S. ___)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	-	-	6.615	4.652*	8.588	10.690	10.690	10.690	10.690
Korrespondierende Einnahmen aus					5.700	**	**	**	**
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					8.588	10.690	10.690	10.690	10.690

*zzgl. 2.077.000 EUR für Zuweisungen an die kommunalen Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II), verausgabt im Rahmen einer überplanmäßigen Ausgabe bei Kapitel 05 05 Titel 613 66.
** Die Einnahmen aus der neuen ESF-Förderperiode 2007 bis 2013 stehen noch nicht fest.

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
Pro-Aktiv-Centren 2004, RAN – Stellen 1989

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis 30.06.2007, die Verlängerung ist für die neue ESF – Förderperiode vorgesehen.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist ein besonderer politischer Handlungsschwerpunkt der Landesregierung. Daher sind seit 2004 bei den niedersächsischen Landkreisen, kreisfreien Städten und der Region Hannover insgesamt 44 Pro-Aktiv-Centren sowie flankierende Maßnahmen eingerichtet worden, um benachteiligte junge Menschen unter 27 Jahren bei der beruflichen Eingliederung zu unterstützen. Die RAN fördern durch gezielte sozialpädagogische und berufsbezogene Hilfen und durch soziale Stabilisierung die Integration in Ausbildung und Beruf. Im Jahr 2007 werden die 29 "RAN-Stellen" in die Pro-Aktiv-Centren integriert. Durch präventive Angebote, insbesondere in Kooperation mit Schulen, soll der Übergang in eine berufliche Ausbildung gefördert werden.
Die Projekte dienen der Einwerbung von Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF), die im Kap. 08 04 veranschlagt sind.

Zielgruppe:
Individuell beeinträchtigte und sozial benachteiligte junge Menschen unter 27 Jahren

Durchschnittliche Förderhöhe:
ca. 270.000 EUR je Pro-Aktiv-Center in 2004 (Landes- und ESF – Mittel)
ca. 130.000 EUR je RAN (Landes- und ESF – Mittel)
Ca. 200.000 EUR werden für die Schuldnerberatung für benachteiligte Jugendliche durch die Pro-Aktiv-Centren eingesetzt.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 633 80

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	2.291	—	2.291
2008	—	—	4.500	4.500
2009	—	—	4.500	4.500
2010	—	—	4.500	4.500
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	2.291	13.500	15.791

Zu 633 81

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	1.709	—	1.709
2008	—	—	2.500	2.500
2009	—	—	2.500	2.500
2010	—	—	2.500	2.500
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	1.709	7.500	9.209

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 84

Bezeichnung des Förderprogramms:
Ambulante Maßnahmen zur sozialpädagogischen Betreuung junger Straffälliger

Rechtliche Grundlage:
§ 10 AG KJHG sowie Richtlinie vom 13.01.2005 (Nds. MBl. S. 139)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz*	1.790	1.467	1.708	1.771	1.789	1.789	1.789	1.789	1.789
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					1.789	1.789	1.789	1.789	1.789

*ergänzende Förderung in Höhe von 212.500 EUR aus TGr. 90

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
1985

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis 31.12.2006, Verlängerung vorgesehen.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Durch ambulante sozialpädagogische Angebote der Jugendhilfe für junge Straffällige wird auf einen verstärkten Einsatz freiheitsentziehender Maßnahmen verzichtet. Die finanziellen Leistungen der örtlichen Träger der Jugendhilfe werden durch Zuwendungen ergänzt.

Zielgruppe:
Junge Straffällige

Durchschnittliche Förderhöhe:
32.800 EUR (einschl. Spielbankabgabe)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 90		**Verwendung des Landesanteils an dem Aufkommen der Spielbankabgabe** *Übertragbar.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *Abweichend v. §61 Abs.1 u. §63 Abs.3 LHO dürfen Fach-Veröffentlichungen f. Zwecke der Jugendhilfe unentgeltlich abgegeben werden.* *Die Ausgaben dürfen die gesetzlich festgelegte Höhe in einem Anteil von 792.750 EUR nicht überschreiten.*	(—)	(793)	(793)	(—)	(1.410)
547 90-4	276	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	51	51	—	129
633 90-8	276	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	115	26	+89	237
684 90-1	271	Zuschüsse an Sonstige	—	627	627	—	1.045
883 90-4	276	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
893 90-0	271	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	89	–89	—
TGr. 91		**Verwendung der Zuschüsse des DFJW zur Förderung der Begegnung von Jugendlichen** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 91.*	(—)	(45)	(45)	(—)	(15)
633 91-6	261	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	7	7	—	6
684 91-0	261	Zuschüsse an andere Träger	—	38	38	—	9
TGr. 92		**Verwendung der Zuschüsse des deutsch-polnischen Jugendwerks zur Förderung des Austauschs von Jugendlichen** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 92.*	(—)	(45)	(45)	(—)	(25)
547 92-0	261	Rückzahlung nicht zweckentsprechend verwendeter Zuschüsse an das DPJW	—	—	—	—	3
633 92-4	261	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	25	25	—	13
684 92-8	261	Zuschüsse an Sonstige	—	20	20	—	9
TGr. 93		**Zuschüsse aus Konzessionsabgaben für Zwecke der Jugendarbeit und des Kinder- u. Jugendschutzes** *Übertragbar.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe von 3.022.750 EUR geleistet werden.*	(—)	(3.023)	(3.023)	(—)	(3.818)
547 93-9	271	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	50	50	—	75
633 93-2	271	Zuweisungen für lfd. Zwecke an Gemeinden	—	96	96	—	90

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 90

Zur Verwendung des zweckgebundenen Anteils an dem Aufkommen der Spielbankabgabe gem. § 4 Abs. 1 des Niedersächsischen Spielbankengesetzes (NSpielbG) vom 16. 12. 2004 (Nds. GVBl. S. 605) zugunsten der Kinder-und Jugendhilfe.
Für das Haushaltsjahr 2007 stehen aus Mitteln der Spielbankabgabe 9.504.000 EUR zur Verfügung. Auf den Bereich Kinder- und Jugendhilfe entfällt hiervon ein Anteil von 814.500 EUR. Davon wird ein Betrag in Höhe von 21.750 EUR (rd. 22.000 EUR) ab dem Haushaltsjahr 2006 bei Kapitel 07 74 TGr. 90 für pädagogische Sondermaßnahmen in Kindertagesstätten ausgebracht.
Zuwendungen sind vorgesehen u. a. zur Förderung

	1000 EUR
– von niedersächsischen Kooperations- und Bildungsprojekten (NiKo – TGr. 76)	154,00
– von Maßnahmen im Bereich "Gewalt" einschl. FAN-Projekte – Umsetzung des "Nationalen Konzeptes Sport und Sicherheit" – (TGr. 76)	30,70
– von Fortbildung sozialpädagogischer Fachkräfte und von Sondermaßnahmen der Jugendhilfe	4,00
– von Maßnahmen im Bereich der Kinderpolitik	65,00
– von Landesverbänden (Landesarbeitsgemeinschaft für Erziehungsberatung und Landesverband der Pflege- und Adoptiveltern)	14,00
– von besonderen Maßnahmen im Bereich der familienunterstützenden Hilfen zur Erziehung	24,50
– der sozialpädagogischen Betreuung jugendlicher Straftäter (TGr. 84)	212,50
– Förderung von Trägern der Jugendarbeit nach dem Jugendförderungsgesetz (Verstärkung der TGr. 61)	50,00
– von Mehrgenerationenhäusern (Kap. 05 74 TGr.64)	220,00
– Förderung von familienbezogenen Maßnahmen (Kap. 05 74 TGr. 61)	18,05
Zusammen	792,75

Zu Titelgruppe 91

Bezeichnung des Förderprogramms:
Verwendung der Zuschüsse des Deutsch-Französischen Jugendwerks (Mittel aus dem Gemeinschaftsfonds der Organisation)

Rechtliche Grundlage:
Regierungsabkommen über die Errichtung eines Deutsch-Französischen Jugendwerks vom 5. 7. 1963 (BGBl. II S. 1613)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	38	50	38	33	45	45	45	45	45
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					45	45	45	45	45

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
1963

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 91
Förderung des gegenseitigen Kennenlernens und der Verständigung der jungen Deutschen und jungen Franzosen.

Zielgruppe:
Kinder und Jugendliche

Durchschnittliche Förderhöhe:
2.025 EUR

Nicht in Anspruch genommene oder nicht zweckentsprechend verwendete Zuschüsse, die von den Trägern an das Deutsch-Französische Jugendwerk zurückgezahlt werden müssen, sind nach Vereinnahmung wieder zu verwenden.
Die Zuschüsse zur Förderung des Austauschs von Schülerinnen und Schüler beider Länder sind bei Kap. 07 07 TGr. 80 veranschlagt.

Zu Titelgruppe 92
Bezeichnung des Förderprogramms:
Verwendung der Zuschüsse des deutsch-polnischen Jugendwerks (Mittel der Organisation)

Rechtliche Grundlage:
Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen vom 17. 6. 1991

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	45	43	75	25	45	45	45	45	45
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					45	45	45	45	45

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
1991

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Förderung des gegenseitigen Kennenlernens und der Verständigung der jungen Deutschen und jungen Polen.

Zielgruppe:
Kinder- und Jugendliche

Durchschnittliche Förderhöhe:
2.140 EUR

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 93

Der gem. § 7 Abs. 3 Nr. 1 NLottG festgelegte Anteil für Zwecke der Jugendarbeit und des Schulsports beträgt 3.363.750 EUR für 2007. Konzessionsabgabemittel sind für den Schulsport bei Kap. 07 02 TGr. 81 i. H. v. 390.000 EUR veranschlagt. Der Anteil für Zwecke der Jugendarbeit beträgt 2.973.750 EUR.

Der gem. § 7 Abs. 3 Nr. 5 NLottG festgelegte Anteil für familien- und frauenbezogene Maßnahmen sowie Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes beträgt 1.219.000 EUR für 2007. Konzessionsabgabemittel sind für familienbezogene Maßnahmen bei Kapitel 05 74 TGr. 61 i. H. v. 780.000 EUR und für frauenbezogene Maßnahmen bei Kap. 05 11 TGr. 61 i. H. v. 390.000 EUR ausgebracht. Der Anteil für Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes beläuft sich auf 49.000 EUR.

Aus den hier veranschlagten Mitteln für Zwecke der Jugendarbeit sowie Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes sollen gefördert werden:

	1000 EUR
– Verwaltungskosten der anerkannten Träger der Jugendarbeit gem. § 7 Abs. 4 JFG (Titel 684 13)	20,00
– auf Landesebene tätige Träger der Jugendarbeit gem. §§ 10, 12 und 13 JFG (TGr. 61)	1.464,80
– verbandliche Bildungsstätten anerkannter Träger der Jugendarbeit gem. § 11 JFG	50,00
– internationale Begegnungen gem. §§ 12 und 13 JFG (TGr. 61)	35,00
– regionale und örtliche Träger der Jugendarbeit gem. §§ 12 und 13 JFG (TGr. 61)	104,85
– Jugendherbergen gem. §§ 12 und 13 JFG	300,00
– Neu-, Um- und Erweiterungsbau von Freizeit- und zentralen Tagungsstätten gem. §§ 12 und 13 JFG einschließlich entsprechend genutzter Schullandheime	76,15
– Vorhaben der politischen Jugendbildung	180,00
– Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes (Kap. 05 72 TGr. 64)	50,00
– Fachkräfteportal	5,00
– Förderung von familienbezogenen Maßnahmen (Kap. 05 74 TGr. 61)	236,95
– Stiftungseinlage für die Stiftung Jugendbildung Juist	500,00
Zusammen	3.022,75

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
684 93-6	271	Zuschüsse für lfd. Zwecke an Sonstige	—	1.336	1.836	–500	2.503
686 93-9	271	Einlage für die Errichtung der Stiftung Jugendbildungsstätte Juist	—	500	—	+500	—
883 93-9	271	Zuweisungen an Gemeinden	—	518	518	—	185
893 93-4	271	Zuschüsse an Sonstige	—	523	523	—	965
TGr. 95		**Förderung des Deutsch-Israelischen Jugendaustausches** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 95.*	(—)	(58)	(58)	(—)	(49)
633 95-9	261	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	19	19	—	22
684 95-2	261	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige	—	39	39	—	27
TGr. 96		**Förderung des Deutsch-Tschechischen Jugendaustausches** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 96.*	(—)	(5)	(25)	(–20)	(4)
633 96-7	261	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	5	8	–3	4
684 96-0	261	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige	—	—	17	–17	—
		Abschluss Kapitel 0573					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		420	420	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		153	173	–20	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		573	593	–20	
		4 Personalausgaben	—	—	—	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	553	333	+220	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	32.400 7.800	28.713	29.244	–531	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	1.041	1.130	–89	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	32.400 7.800	30.307	30.707	–400	
		Zuschuss		29.734	30.114	–380	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 95

Bezeichnung des Förderprogramms:
Förderung des Deutsch-Israelischen Jugendaustauschs (Bundesmittel des "Koordinierungszentrums Deutsch-Israelischer Jugendaustausch" - ConAct)

Rechtliche Grundlage:
Nr. III 3.4.1 des Kinder- und Jugendplans des Bundes

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	0	41	63	49	58	58	58	58	58
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					58	58	58	58	58

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
Langjähriges Förderprogramm. Seit 2003 werden die Mittel in den Landeshaushalt vereinnahmt, bis 2002 wurden die Zahlungen über die Bundeskasse abgewickelt.

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Förderung der persönlichen Begegnung junger Menschen, gemeinsames Lernen und Arbeiten, Erfahrungsaustausch von Fachkräften der Jugendarbeit sowie die Zusammenarbeit der Träger der Kinder- und Jugendhilfe über die nationalen Grenzen hinaus ermöglichen.

Zielgruppe:
Kinder- und Jugendliche

Durchschnittliche Förderhöhe:
6.125 EUR

Nicht in Anspruch genommene oder nicht zweckentsprechend verwandte Zuschüsse, die von den Trägern an das Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch zurückgezahlt werden müssen, sind nach Vereinnahmung wieder zu verwenden bzw. an das Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch zurück zu überweisen.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 96

Bezeichnung des Förderprogramms:
Förderung des Deutsch – Tschechischen Jugendaustauschs (Bundesmittel der Koordinierungsstelle TANDEM in Bayern)

Rechtliche Grundlage:
Nr. III 3.4.1 des Kinder- und Jugendplanes des Bundes

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	0	0	4	4	25	5	5	5	5
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					25	5	5	5	5

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
Langjähriges Förderprogramm. Seit 2004 werden die Mittel in den Landeshaushalt vereinnahmt, bis 2003 wurden die Zahlungen über die Bundeskasse abgewickelt.

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Förderung der persönlichen Begegnung junger Menschen, gemeinsames Lernen und Arbeiten, Erfahrungsaustausch von Fachkräften der Jugendarbeit sowie die Zusammenarbeit der Träger der Kinder- und Jugendhilfe über die nationalen Grenzen hinaus ermöglichen.

Zielgruppe:
Kinder- und Jugendliche

Durchschnittliche Förderhöhe:
2.286 EUR

Nicht in Anspruch genommene oder nicht zweckentsprechend verwandte Zuschüsse, die von den Trägern an die Koordinierungsstelle TANDEM zurückgezahlt werden müssen, sind nach Vereinnahmung wieder zu verwenden bzw. an die Koordinierungsstelle TANDEM zurück zu überweisen.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-9	272	Vermischte Einnahmen		1	1	—	4
119 41-8	272	Rückzahlung von Überzahlungen		60	60	—	47
282 64-5	263	Sonstige Zuschüsse Dritter für den "Niedersächsischen Familienpreis" *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		—	—	—	24
		Titelgruppe(n)					
TGr. 72		**Unterhaltsvorschüsse und -ausfälle**		(36.400)	(35.800)	(+600)	(36.374)
231 72-2	237	Erstattungen durch den Bund für Leistungen an die Berechtigten		30.400	29.500	+900	30.420
233 72-5	237	Erstattungen von Kommunen aus Rückzahlungen von Unterhaltspflichtigen *Vgl. K-Vermerk zu 631 72.*		6.000	6.300	–300	5.954
		A U S G A B E N					
684 11-5	273	Zuschüsse zur Förderung von Familienbildungsstätten durch das Land *Vgl. D-Vermerk zu 0572-684 10.*	—	920	920	—	920
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Verwendung der Konzessionsabgaben gem. § 7 Abs 3. NLottG, Anteil für die Förderung von familienbezogenen Maßnahmen** *Übertragbar.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.*	(—)	(780)	(780)	(—)	(695)
547 61-4	236	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
684 61-1	236	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	780	780	—	695
893 61-0	236	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 63		**Förderung von familienbezogenen Maßnahmen** *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 0572-684 10.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(363)	(363)	(—)	(259)
547 63-0	236	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 63-4	236	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
684 63-8	236	Zuschüsse zu den Kosten von Familienerholungsaufenthalten	—	363	363	—	259

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0574

Allgemeine Erläuterung
Mit gezielten Maßnahmen wird auf die speziellen Bedürfnisse von Familien präventiv eingegangen. Es sollen damit Familien in besonderen Lebenslagen, insbesondere auch in schwieriger Einkommenssituation, entlastet, das Selbsthilfepotential aktiviert und die Erziehungsfähigkeit von Familien gestärkt werden.

Zu 231 72

Veranschlagt sind bei einem geschätzten Gesamtbedarf von rd. 91,2 Mio. EUR jährlich die zu erwartenden Erstattungen des Bundes von rd. 30,4 Mio. EUR jährlich. Die Rückflüsse an den Bund werden bei Titel 233 72 vereinnahmt.

Zu 233 72

Veranschlagt ist der Bundesanteil an den zu erwartenden Rückflüssen aufgrund der Einziehung von den zum Unterhalt Verpflichteten. Vgl. auch Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 72.

Zu 684 11

Bezeichnung des Förderprogramms:
Zuschüsse zur Förderung von Familienbildungsstätten in Niedersachsen

Rechtliche Grundlage:
§ 10 AG KJHG sowie Richtlinie vom 9.8.2004 (Nds. MBl. S. 531)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	914	892	907	920	920	920	920	920	920
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					920	920	920	920	920

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
01.01.1972

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis 31.12.2009, Verlängerung ist vorgesehen.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Das Land gewährt Zuwendungen für Familienbildungsstätten, die Aufgaben besonderer öffentlicher Verantwortung für die Erziehung in Familien i. S. von § 16 SGB VIII erfüllen. Zur Sicherstellung einer angemessenen Personalausstattung der 25 Familienbildungsstätten und zur Weiterentwicklung von Angeboten werden Zuwendungen des Landes zur Deckung von Personalausgaben der hauptamtlichen pädagogischen Fachkräfte gewährt.

Zielgruppe:
Familien

Durchschnittliche Förderhöhe:
36.760 EUR

Zu Titelgruppe 61

Der gem. § 7 Abs. 3 Nr. 5 NLottG festgelegte Anteil für familien- und frauenbezogene Maßnahmen sowie Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes beträgt 1.219.000 EUR für 2007. Konzessionsabgabemittel sind für den Kinder- und Jugendschutz bei Kapitel 05 73 TGr. 93 i. H. v. 49.000 EUR und für frauenbezogene Maßnahmen bei Kap. 05 11 TGr. 61 i. H. v. 390.000 EUR für 2007 ausgebracht.

Noch zu Titelgruppe 61

Im Rahmen der familienbezogenen Maßnahmen sollen gefördert

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 61
werden:

	1000 EUR
1. Mütterzentren nach Maßgabe der Richtlinie vom 04. 04.2006 (Nds. MBl. S. 248)	312
2. Familienfreizeiten gem. RL v. 18.08.2005 (Nds. MBl. S. 724)	297
3. Familienerholungsaufenthalte (Verstärkung der TGr. 63)	219
4. Investitionen Familienerholung (Verstärkung der TGr. 63)	80
5. Familienverbände	118
6. Sonstige familienpolitische Maßnahmen	9
Zusammen	1.035

Der den Ansatz von 780.000 EUR übersteigende Betrag von 255.000 EUR wird aus Kap. 05 73 TGr. 90 (18.050 EUR) und Kap. 05 73 TGr. 93 (236.950 EUR) finanziert.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 63

Bezeichnung des Förderprogramms:
Förderung von familienbezogenen Maßnahmen

Rechtliche Grundlage:
§ 10 AG KJHG und Richtlinie über die Förderung von Familienerholungsmaßnahmen und Familienfreizeiten vom 18.08.2005 (Nds. MBl. S. 724)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz*	363	345	310	259	363	363	363	363	363
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					363	363	363	363	363

* Ergänzende Förderung in Höhe von 219.000 EUR aus TGr. 61.

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
1961

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis 31.12.2009, Verlängerung ist vorgesehen.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Zentrales politisches Anliegen der Landesregierung ist, Familien in ihrer aktiven Lebensphase zu unterstützen.
Ein gemeinsamer Urlaub von Eltern und Kindern ist nicht nur für die Erholung wichtig, sondern dient insbesondere auch dem Zusammenhalt der Familie, der Vertiefung der Bindungen zwischen den Familienmitgliedern und ist deshalb ein wichtiger Bestandteil des Familienlebens.
Die Lebenssituation einer Vielzahl junger oder kinderreicher Familien, die stetig steigende Anzahl der allein Erziehenden sowie die Situation der von Arbeitslosigkeit betroffenen Familien begründen unverändert sowohl den Bedarf als auch das erhebliche Interesse des Landes, die Familienerholung zu fördern.
Außerdem können Zuschüsse insbesondere zu den Ausgaben der Kosten der Erneuerung und Einrichtung von gemeinnützigen Erholungseinrichtungen gewährt werden.

Zielgruppe:
Einkommensschwächere Familien

Durchschnittliche Förderhöhe:
508 EUR (je Familie, die von den Verbänden als Maßnahmeträger/Zuwendungsempfänger in die Fördermaßnahme einbezogen werden).

In Höhe von 50.000 Euro sollen Zuschüsse für Familienfreizeiten gewährt werden.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
893 63-6	236	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 64		**Familienpolitik/Mehrgenerationenhäuser** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 64.* *Vgl. D-Vermerk zu 0572-684 10.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *Satz 1 der Erläuterung ist gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.*	(—)	(1.402)	(1.052)	(+350)	(442)
541 64-0	263	Niedersächsischer Familienpreis	—	22	—	+22	—
547 64-9	263	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	52
633 64-2	273	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	90
684 64-6	273	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	1.380	1.052	+328	300
TGr. 65		**Förderung familienfreundlicher Infrastrukturen** *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 0572-684 10.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(20.000)	(—)	(+20.000)	(—)
547 65-7	263	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben	—	—	—	—	—
633 65-0	263	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	20.000	—	+20.000	—
684 65-4	263	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
883 65-7	263	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
893 65-2	263	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 72		**Unterhaltsvorschüsse und -ausfälle** *Übertragbar.*	(—)	(79.000)	(77.100)	(+1.900)	(78.945)
631 72-0	237	Erstattungen an den Bund aus Rückzahlungen von Unterhaltspflichtigen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 233 72.*	—	6.000	6.300	–300	5.917
633 72-3	237	Erstattungen an Kommunen für Leistungen an die Berechtigten **** Ausgaben dürfen bis zu der Höhe geleistet werden, die zur Erfüllung der sich aus § 8 Abs. 1 Satz 1 UVG ergebenden Verpflichtungen notwendig sind.*	—	73.000	70.800	+2.200	73.029

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 64

Die Isteinnahmen bei Titel 282 64 sind ausschließlich für den Niedersächsischen Familienpreis bei Titel 541 64 zu verausgaben.
Mit der Verleihung des Familienpreises soll vorbildliches, freiwilliges, generationenübergreifendes Engagement honoriert und gefördert werden.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Zuschüsse zur Förderung von Mehrgenerationenhäusern in Niedersachsen

Rechtliche Grundlage:
§ 10 AG KJHG und Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Mehrgenerationenhäusern in Niedersachsen

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2001 (Ist)	2002 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz*	-	-	379	442	1.052	1.380	1.380	1.380	1.380
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					1.052	1.380	1.380	1.380	1.380

* Ergänzende Förderung in Höhe von 220.000 EUR aus Kapitel 05 73 TGr. 90.

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
01.10.2003 Mehrgenerationenhäuser

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis 31.12.2010 (Mehrgenerationenhäuser)

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Gewährt werden Zuwendungen für den Aufbau und den Betrieb von Mehrgenerationenhäusern, um die Begegnung und gegenseitige Unterstützung aller Generationen auf der Grundlage von freiwilligem Engagement und Selbsthilfe zu ermöglichen. Mehrgenerationenhäuser sollen die örtlich vorhandenen Angebote bedarfsgerecht unterstützen.

Zielgruppe:
Menschen aller Generationen

Durchschnittliche Förderhöhe:
40.000 EUR je Mehrgenerationenhaus

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 65

Bezeichnung des Förderprogramms:
Zuschüsse im Rahmen des Förderprogramms „Familien mit Zukunft – Kinder bilden und betreuen“

Rechtliche Grundlage:
§ 10 AG KJHG und Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung des Angebotes im Bereich der Kindertagespflege insbesondere für unter Dreijährige vom (Nds. MBl. 2007, S.)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	0	0	0	0	0	20.000	20.000	20.000	20.000
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					0	20.000	20.000	20.000	20.000

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
01.01.2007

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis 31.12.2011

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Gewährt werden Zuwendungen für die quantitative und qualitative Verbesserung des Betreuungsangebotes insbesondere für unter Dreijährige, der frühkindlichen Bildung, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie der Vernetzung von Betreuungsangeboten. Unter dem Gesichtspunkt der Zukunftsvorsorge für die junge Generation unterstützt das Land die Kommunen in den Jahren 2007 bis 2010 bei der Erfüllung der ihnen vom Bundesgesetzgeber auferlegten gesetzlichen Aufgaben nach dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) und dem Kinder- und Jugendhilfeweiterentwicklungsgesetz (KICK), hinsichtlich der Weiterentwicklung der Kindertagespflege und der bedarfsgerechten, flexiblen Betreuung in Kindertageseinrichtungen.

Zielgruppe:
Familien mit Kindern (Verbesserung des Kinderbetreuungsangebotes)

Durchschnittliche Förderhöhe:
Derzeit können noch keine Angaben gemacht werden. Die Höhe wird nach der Anzahl der Geburten pro Jahrgang des Vorvorjahres im jeweiligen Bereich der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe bemessen.

Zu Titelgruppe 72

Veranschlagt ist der Bundes- und Landesanteil an den Kosten des Bundesgesetzes zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfallleistungen (Unterhaltsvorschussgesetz).
Nach dem UVG geht der Anspruch gegenüber den zum Unterhalt Verpflichteten in Höhe der geleisteten Zahlung auf das Land über.

Zu 631 72

Veranschlagt ist der gem. § 8 (2) UVG abzuführende Bundesanteil in Höhe von einem Drittel an den Rückflüssen auf Grund der Einziehung von dem zum Unterhalt Verpflichteten.
Vgl. auch Erläuterung zu Titel 233 72.

Zu 633 72

Geldleistungen werden gem. § 8 (1) UVG zu einem Drittel vom Bund getragen. Die Aufteilung der nicht vom Bund zu zahlenden Geldleistungen ist in § 4 (1) des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes geregelt. Danach tragen die zuständigen kommunalen Körperschaften 20 v.H., auf das Land entfallen 46,67 v.H..
Der Ansatz setzt sich zusammen aus dem Bundesanteil von 30,4 Mio. EUR (vgl. Erläuterung zu Titel 231 72) und dem Landesanteil von 42,6 Mio. EUR. Bei einem voraussichtlichen Gesamtbedarf von 91,2 Mio. EUR beträgt der kommunale Anteil 18,2 Mio. EUR.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0574 Familie

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0574					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		61	61	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		36.400	35.800	+600	
		Summe der Einnahmen		36.461	35.861	+600	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	22	—	+22	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	102.443	80.215	+22.228	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	102.465	80.215	+22.250	
		Zuschuss		66.004	44.354	+21.650	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 0591 Fachaufgaben der Regierungsvertretungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-2	011	Gebühren und tarifliche Entgelte		—	—	—	—
119 01-3	011	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-8	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	1.123	1.094	+29	429
422 19-0	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	11
425 01-7	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	732
425 17-3	011	Vergütungen für zugewiesene Angestellte	—	19	75	–56	53
427 01-0	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 39-7	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	15	—	+15	14
511 01-0	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
527 01-4	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	—
546 01-9	011	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
633 20-5	011	Zahlung eines jährlichen Zuschlags nach Art. 14 Abs. 3 Haushaltsbegleitgesetz 2005	—	6	—	+6	—
		Abschluss Kapitel 0591					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		4 Personalausgaben	—	1.157	1.169	–12	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	6	—	+6	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.163	1.169	–6	
		Zuschuss		1.163	1.169	–6	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0591

Allgemeine Erläuterungen
Für das bei den Regierungsvertretungen tätige Personal sind hier nur die Ausgaben für Dienstbezüge und dgl. (Obergruppe 42) veranschlagt.
Alle übrigen Einnahmen und Ausgaben sind bei Kap. 03 03 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterungen zu Kap. 03 03).

Zu 425 17

Vergütung für einen dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. zugewiesenen Bediensteten.

Zu 633 20

Zahlung eines jährlichen Zuschlags zu den Ausgleichszahlungen an den LK Peine im Zusammenhang mit der Übernahme eines Landesbediensteten des bautechnischen Dienstes im Zuge der Verwaltungsmodernisierung gem. Art. 14 Abs. 3 HBeglG 2005.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 05					
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel		—	—	—	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		22.584	24.254	–1.670	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		559.541	583.684	–24.143	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		125.708	93.994	+31.714	
		Summe der Einnahmen		707.833	701.932	+5.901	
		4 Personalausgaben	—	95.647	102.450	–6.803	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	40.123	42.837	–2.714	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	186.038 184.275	2.623.393	2.601.174	+22.219	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	17.241 8.483	183.907	139.582	+44.325	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	–21.393	–29.366	+7.973	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	203.279 192.758	2.921.677	2.856.677	+65.000	
		Zuschuss		2.213.844	2.154.745	+59.099	

Übersicht

über die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen
des Sondervermögens „Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht
- Neuntes Buch Sozialgesetzbuch - (SGB IX)
- Kapitel 50 51 - gemäß § 26 Abs. 2 LHO

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 5051 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	EINNAHMEN					
111 10-6	Ausgleichsabgabe von privaten Arbeitgebern *Vgl. K-Vermerk zu 632 10.* *Vgl. K-Vermerk zu 634 10.*		37.000	40.000	–3.000	36.971
111 11-4	Ausgleichsabgabe von Arbeitgebern der öffentlichen Hand außer vom Land *Vgl. K-Vermerk zu 632 10.* *Vgl. K-Vermerk zu 634 10.*		1.800	2.400	–600	1.821
112 01-3	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten *Vgl. K-Vermerk zu 632 10.*		200	240	–40	191
119 10-7	Rückzahlung widerrufener Leistungen; Erstattung von Vorsteuern; Erstattung von anderen Trägern *Vgl. K-Vermerk zu 632 10.*		1.100	1.600	–500	1.003
162 10-0	Zinsen für Darlehen nach §§ 15, 20, 21, 22 und 26 SchwbAV *Vgl. K-Vermerk zu 632 10.*		50	60	–10	49
162 11-8	Zinsen für Darlehen nach § 30 SchwbAV *Vgl. K-Vermerk zu 632 10.*		1.300	1.100	+200	1.254
162 12-6	Zinsen für Geldanlagen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe nach dem SozialgesetzbuchNeuntes Buch (SGB IX) *Vgl. K-Vermerk zu 632 10.*		1.000	1.100	–100	1.009
182 10-0	Rückflüsse aus Darlehen nach §§ 15, 20, 21, 22 und 26 SchwbAV *Vgl. K-Vermerk zu 632 10.*		1.000	1.000	—	1.118
182 11-9	Rückflüsse aus Darlehen nach § 30 SchwbAV *Vgl. K-Vermerk zu 632 10.*		2.200	1.900	+300	2.170
232 10-8	Ausgleichsleistungen von anderen Integrationsämtern *Vgl. K-Vermerk zu 632 10.*		2.300	3.000	–700	7.103
233 10-4	Zinsen für Darlehen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX (Erstattungen von örtlichen Trägern)		—	—	—	—
333 10-9	Rückflüsse aus Darlehen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX (Erstattungen von örtlichen Trägern)		—	—	—	0
361 01-3	Bestand aus Vorjahr *Vgl. K-Vermerk zu 632 10.*		—	—	—	38.089
381 10-3	Zuweisung Ausgleichsabgabe Land *Vgl. K-Vermerk zu 632 10.* *Vgl. K-Vermerk zu 634 10.*		1.300	1.400	–100	1.383
381 11-1	Sonstige Zuweisungen aus dem Einzelplan 13 *Vgl. K-Vermerk zu 632 10.*		—	—	—	—
	AUSGABEN					
632 10-6	Ausgleichsleistungen an andere Integrationsämter *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 01, 119 10, 162 10, 162 11, 162 12, 182 10, 182 11, 232 10, 361 01 und 381 11 sowie bis zu 70 v.H. der Isteinnahmen bei 111 10, 111 11 und 381 10.*	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 5051

Allgemeine Erläuterungen

Mit Wirkung vom 1.1.2001 sind die Mittel der Ausgleichsabgabe in ein Sondervermögen „Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht“ überführt worden (Art. I Haushaltsbegleitgesetz 2001, Nds. GVBl. 25/2000, S. 378 ff).
Das Sondervermögen wird vom Integrationsamt beim Nds. Landesamt für Soziales, Jugend und Familie (LS) verwaltet (s. auch allgem. Erläuterungen zu Kap. 05 20, Ziffer 4).

Zu 111 10, 111 11 und 381 10

Gemäß § 71 Abs. 1 und 2 in Verb. mit § 77 Abs. 1 und 2 Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch – (SGB IX vom 19.06.2001, BGBl. I S. 1046, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen vom 23.04.2004 (BGBl. I S. 606) haben private Arbeitgeber und Arbeitgeber der öffentlichen Hand, solange sie die vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen nicht beschäftigen, für jeden unbesetzten Pflichtplatz mtl. eine Ausgleichsabgabe zu entrichten. Die Höhe der Ausgleichsabgabe ist ab 2001 abhängig von der durchschnittlichen Beschäftigungsquote gestaffelt. Für die Verpflichtung, je Monat und unbesetzten Pflichtplatz Ausgleichsabgabe zu entrichten, gilt das Land als Arbeitgeber (§ 77 Abs. 8 SGB IX).

Zu 112 01

Säumniszuschläge nach § 77 Abs. 4 und Geldbußen gem. § 156 Abs. 1, 2 und 5 SGB IX.

Zu 119 10, 162 10, 162 11, 162 12, 182 10, 232 10, 233 10 und 333 10

Die Rückflüsse der aus den Mitteln der Ausgleichabgabe gewährten Darlehen sind ebenso wie die beim Integrationsamt verbleibenden Mittel der Ausgleichsabgabe aufgrund des SGB IX gesondert zu verwalten (§ 77 Abs. 7 SGB IX). Die Zinseinnahmen und Tilgungen aus diesen Darlehen sowie Zinseinnahmen für Geldanlagen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX werden ebenfalls der zweckgebundenen Verwendung wieder zugeführt.
Voraussichtliches Aufkommen nach den Zins- und Tilgungsplänen.
Zwischen den Integrationsämtern wird nach Maßgabe des § 77 Abs. 6 SGB IX ggf. ein Ausgleich durchgeführt.

Zu 361 01

Der Bestand zum 31.12.2005 betrug 34.169.422,06 EUR.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 5051 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
noch 632 10-6	*Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 632 10, 634 10, 682 10, 684 10, 684 11, 863 10, 863 11, 883 10, 893 10 und 982 01.*					
634 10-9	Abführung an den Ausgleichsfonds für überregional finanzierte Maßnahmen zur Eingliederung schwerbehinderter Menschen beim BMAS *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 30 v.H. der Isteinnahmen bei 111 10, 111 11 und 381 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 632 10.*	—	12.030	13.140	–1.110	11.784
682 10-3	Zuschüsse nach § 27 SchwbAV an Betriebe *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 632 10.* *Folgende Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig: 682 10, 684 10, 684 11, 863 10, 863 11, 883 10 und 893 10.* **** Vgl. K-Vermerk zu 632 10*	7.500 7.500	6.500	5.500	+1.000	7.811
684 10-6	Zuschüsse nach §28 SchwbAV an soziale und ähnliche Einrichtungen *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 632 10.* *Vgl. VE D-Vermerk zu 682 10.* **** Vgl. K-Vermerk zu 632 10*	—	500	5.200	–4.700	4.998
684 11-4	Zuschüsse nach §§ 14 Abs. 1 Nr.4, 15, 16 und 19 bis 26 und 29 SchwbAV *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 632 10.* *Vgl. VE D-Vermerk zu 682 10.* **** Vgl. K-Vermerk zu 632 10*	—	24.120	23.860	+260	21.432
863 10-8	Darlehen nach §§ 15, 20 bis 22 und 26 SchwbAV *Vgl. D-Vermerk zu 632 10.* *Vgl. VE D-Vermerk zu 682 10.* **** Vgl. K-Vermerk zu 632 10*	—	100	100	—	—
863 11-6	Darlehen nach § 30 SchwbAV *Vgl. D-Vermerk zu 632 10.* *Vgl. VE D-Vermerk zu 682 10.* **** Vgl. K-Vermerk zu 632 10*	—	4.000	4.000	—	8.325
883 10-9	Darlehen im Rahmen der nachgehenden Hilfe im Arbeitsleben (Zuweisung an die örtlichen Träger) *Vgl. D-Vermerk zu 632 10.* *Vgl. VE D-Vermerk zu 682 10.* **** Vgl. K-Vermerk zu 632 10*	—	—	—	—	—
893 10-4	Zuschüsse nach § 30 SchwbAV *Vgl. D-Vermerk zu 632 10.* *Vgl. VE D-Vermerk zu 682 10.* **** Vgl. K-Vermerk zu 632 10*	—	2.000	2.000	—	3.641
982 01-8	Übertrag des Bestandes in das Folgejahr *Vgl. D-Vermerk zu 632 10.*	—	—	—	—	34.169

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 632 10, 682 10 bis 893 10

		Tsd. EUR
Der dem Lande gem. § 77 Abs. 6 SGB IX verbleibende Anteil der Ausgleichsabgabe = 70 v.H. von 40.100.000 EUR	=	28.070
wird zusammen mit dem voraussichtlichen Aufkommen an Zinsen und Tilgungen von Darlehen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe bei Tit. 162 10, 162 11, 182 10, 182 11, 233 10, 333 10 und Einnahmen bei 119 10 in Höhe von voraussichtlich	=	5.650
sowie den Zinseinnahmen aus der Anlage von Mitteln der Ausg.-Abgabe bei 162 12	=	1.000
und ggf. Ausgleichsleistungen von anderen Integrationsämtern bei Tit. 232 10 sowie Säumniszuschläge und Geldbußen bei Tit. 112 01	=	2.500
		37.220

zweckgebunden verwendet.

Zu 634 10

Gem. §§ 77 Abs. 6 und 78 SGB IX sind 30 v.H. des Aufkommens an Ausgleichsabgabe an den "Ausgleichsfonds für überregionale Maßnahmen zur Eingliederung schwerbehinderter Menschen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft" beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales weiterzuleiten.

30 v.H. der geschätzten Einnahmen bei den Titeln 111 10, 111 11 und 381 10 in Höhe von 40.100.000 EUR ergeben 12.030.000 EUR

Zu 682 10

Leistungen an Arbeitgeber für besondere Belastungen bei Beschäftigung schwerbehinderter Menschen.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	2.500	5.000	—	7.500
2008	—	2.500	5.000	7.500
2009	—	—	2.500	2.500
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	2.500	7.500	7.500	17.500

Zu 684 10

Leistungen an freie gemeinnützige Träger berufsbegleitender/psychosozialer Dienste und an Träger von Integrationsfachdiensten.

Zu 684 11 und 863 10

1. Geldleistungen an schwerbehinderte Menschen.

2. Geldleistungen an Arbeitgeber. Hierunter fallen auch Leistungen an Arbeitgeber für die Einstellung schwerbehinderter jugendlicher Arbeitsloser.

Nach der SchwbAV werden Zuschüsse und Darlehen gewährt.

Zu 863 11 und 893 10

Gefördert werden sollen insbesondere Werkstätten für behinderte Menschen und sonstige berufliche Rehabilitationseinrichtungen sowie sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in Werkstätten für behinderte Menschen.

Zu 883 10

Die örtlichen Träger und anderen Gebietskörperschaften haben in dem Umfang, in dem sie zu Aufgaben des überörtlichen Trägers herangezogen sind, auch Darlehen im Rahmen der nachgehenden Hilfe im Arbeitsleben nach dem SGB IX zu gewähren sowie die darauf ent-fallenden Zins- und Tilgungsbeträge zu erheben und mit dem Land abzurechnen (vgl. Erl. zu Tit. 233 10 und 333 10).

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 5051 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
		1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	Abschluss Kapitel 5051					
	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		45.650	49.400	–3.750	
	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		2.300	3.000	–700	
	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		1.300	1.400	–100	
	Summe der Einnahmen		49.250	53.800	–4.550	
	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7.500 7.500	43.150	47.700	–4.550	
	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	6.100	6.100	—	
	9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	7.500 7.500	49.250	53.800	–4.550	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 05

Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit

Übersicht über das Beschäftigungsvolumen, das Personalkostenbudget und die Stellen

(bisher: Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise)

für das

Haushaltsjahr 2007

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
332,58	334,58	315,37

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	10,00
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	10,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	3,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	9,00
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	12,00
bleibt Abgang	2,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
17.075	17.567	16.916

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 05 01 Ministerium

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen[14])	[1]) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zu Bes.-Gr. B 9 LBesO.
			Feste Gehälter:	[2]) - (1) kw nach dem 31. 12. 2004.
B 9[1])	1	1	Staatssekretär/-in	[3]) kw nach Fortfall der Zuweisungsvoraussetzungen
B 6	6	6	Ministerialdirigent/-in	[5]) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
B 3	6	7	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin	[6]) – (1) kw nach dem 31. 12. 2004.
B 2[2])	15	15	Ministerialrat/-rätin	[8]) 3 (3) kw.
			Aufsteigende Gehälter:	[14]) 1,2 Stellen dürfen für die Geschäftsführung der Stiftung „Familie in Not“ in Anspruch genommen werden.
A 16[6])	19	19	Ministerialrat/-rätin	[16]) 1 (1) kw nach dem 31. 12. 2002.
A 15	25	24	Direktor/-in	
A 14	18	19	Oberrat/-rätin	
A 13	1	1	Rat/Rätin	
A 13[5])	51	50	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	44	44	Amtsrat/-rätin	
A 11	32	30	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	7	11	Oberinspektor/-in	
A 9	1	1	Amtsinspektor/-in	
A 8	1	—	Hauptsekretär/-in	
A 7[16])	1	1	Obersekretär/-in	
A 6	1	1	Oberamtsmeister/-in	
	229	230	Zusammen	
			Stellen zu Titel 422 17[3])	
A 14	1	—	Oberrat/-rätin	
	1	—	Zusammen	
			Leerstellen:[8])	
A 13	1	1	Oberamtsrat/-rätin	
A 11	2	2	Amtmann/-männin/-frau	
	3	3	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 Direktor/-in	1	2006 verlagert von Kap. 15 06 gem. § 50 (2) LHO
Bes.-Gr. A 14 Oberrat/-rätin	1	2006 verlagert von Kap. 05 91 gem. § 50 (2) LHO
Bes.-Gr. A 12 Amtsrat/-rätin	1	2006 verlagert von Kap. 05 04 gem. § 50 (2) LHO
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/-männin/ -frau	3	2006 verlagert von Kap. 05 20 gem. § 50 (2) LHO
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	1	2006 verlagert von Kap. 05 20 gem. § 50 (2) LHO
Bes.-Gr. A 7 Obersekretär/-in	1	2006 verlagert von Kap. 05 20 gem. § 50 (2) LHO
Zusammen	8	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2 Ministerialrat/-rätin	1	Vollzug des HV Nr. 2
Bes.-Gr. A 14 Oberrat/-rätin	1	Einsparung
Bes.-Gr. A 14 Oberrat/-rätin	1	2006 verlagert zu Titel 422 17
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/-männin/ -frau	2	2006 verlagert nach Kap. 05 20 (1) und Kap. 05 91 (1) gem. § 50 (2) LHO
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	4	2006 verlagert nach Kap. 05 04 (2), Kap. 05 20 (1) und Kap. 05 91 (1) gem. § 50 (2) LHO
Zusammen	9	
Bleibt Abgang	1	

Umwandlung:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2 Ministerialrat/-rätin	1	von Bes.-Gr. B 3 – Leitende(r) Ministerialrat/-rätin –

Hebungen gem. Stellenhebungsmodell:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrat/-rätin	1	von Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/ -männin/-frau	1	von Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –
Bes.-Gr. A 8 Hauptsekretär/-in	1	von Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in –
Zusammen	3	

Sonstige Veränderungen:

Wegfall des HV Nr. 2 „1 kw nach dem 31. 12. 2004“.

Ausbringung einer neuen Stelle der Bes.-Gr. A 14 – Oberrat/-rätin – zu Titel 422 17 für eine an die Stiftung „Pro Kind“ zugewiesene Beamtin.

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte[8])
Außertariflich (B 2)	1	1	
I	5	5	
I b	3	3	
II a[4])	4	4	
III	16	13	
IV a[14])	6	5	
IV b	—	1	
V b[5])	3	4	
V c[3])	11	10	
VI b[2])[5])[10])	24	25	
VII[1])	1	2	
VIII	1	1	
IX b–VII[5])[6])[7])[11])	16	18	
	91	92	Zusammen
			Leerstellen:[9])
IV a	1	1	
V b	1	1	
V c	—	1	
	2	3	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) 1 (1) kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.

[2]) 1 (1) Ein derzeitiger Stelleninhaber erhält eine Besitzstandszulage in Höhe des Differenzbetrages zwischen der Vergütungsgruppe und seinen ehem. jährlichen Bezügen als pers. Ministerfahrer gem. Erlaß v. 18. 4. 1986 – 4540 80/1 N.

[3]) - (1) kw nach dem 31. 12. 2002.

[4]) 1 (1) ku nach Verg.-Gr. IV a nach Ausscheiden des Stelleninhabers.

[5]) Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen und der selbstständigen dem/der Staatssekretär/-in unmittelbar unterstellten Referatsgruppenleiter/-in sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[6]) 1 (1) Stelle darf nur zur Hälfte besetzt werden.

[7]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

[8]) 2 Stellen dürfen für die Geschäftsführung der Stiftung „Familie in Not“ in Anspruch genommen werden.

[9]) 2 (3) kw.

[14]) 1 (1) Stelle darf nur für PR-Tätigkeit verwendet werden und nur zur Hälfte besetzt werden.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. III	3	2006 verlagert von Kap. 05 04 (2) und Kap. 05 91 (1) gem. § 50 (2) LHO
Verg.-Gr. IV a	1	2006 verlagert von Kap. 05 20 gem. § 50 (2) LHO
Zusammen	4	

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	1	2006 verlagert nach Kap. 05 04 gem. § 50 (2) LHO
Verg.-Gr. V c	1	Vollzug des HV Nr. 3
Verg.-Gr. VII	1	2006 verlagert nach Kap. 05 20 gem. § 50 (2) LHO
Verg.-Gr. IX b–VII	2	2006 verlagert nach Kap. 05 20 gem. § 50 (2) LHO
Zusammen	5	
Bleibt Abgang	1	

Höher-/Herabgruppierungen entsprechend den Tätigkeitsmerkmalen:

	Stellen	
Verg.-Gr. V c	2	von Verg.-Gr. V b (1) und Verg.-Gr. VI b (1)

Sonstige Veränderungen:
Wegfall der HV Nr. 3 „1 kw nach dem 31. 12. 2002“.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 05 01 Ministerium

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Arbeiter/-innen	
TV für Personenkraftfahrer/-innen	4	4		
5	1	1		
4	2	2		
3	2	2		
2 a	6	7		
	15	16	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

	Stellen	
Abgang:		
Lohn-Gr. 2 a	1	2006 verlagert nach Kap. 05 20 gem. § 50 (2) LHO
Zusammen	1	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
16,74	18,74	16,59

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	1,00
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	1,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	1,00
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	2,00
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	3,00
bleibt Abgang	2,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
956	1.078	960

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 05 04 Bauaufsicht und Städtebau

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) - (1) kw.
			Planmäßige Beamte/-innen[2])	[2]) 9 (18) kw (Kapitel 05 04 Stellenplan und Stellenübersichten) ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.
			Aufsteigende Gehälter:	[3]) 1 (1) kw mit Ablauf der ATZ ab 1. 4. 2008 infolge ZV II.
A 16[3])	1	2	Leitende(r) Direktor/-in	
A 15	1	2	Direktor/-in	
A 14	3	2	Oberrat/-rätin	
A 13	—	1	Rat/Rätin	
A 12	—	1	Amtsrat/-rätin	
A 10	2	1	Oberinspektor/-in	
A 9	—	4	Amtsinspektor/-in	
	7	13	Zusammen	
			Leerstellen:[1])	
A 14	—	1	Oberrat/-rätin	
	—	1	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamte/-innen –

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO von Kap. 05 91
Bes.-Gr. A 10	2	infolge Umsetzung gem. § 50 (2)LHO 1 von Kap. 05 01 in 2005 1 von Kap. 05 01 in 2006
Zusammen	3	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	1	gem. ZV II (Teilvollzug HV Nr. 2)
Bes.-Gr. A 15	1	infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO nach Kap. 05 91
Bes.-Gr. A 13 h.D.	1	infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO in 2006 nach Kap. 05 40 (Teilvollzug HV Nr. 2)
Bes.-Gr. A 12	1	infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO in 2005 nach Kap. 05 01
Bes.-Gr. A 10	1	gem. ZV II (Teilvollzug HV Nr. 2)
Bes.-Gr. A 9	4	gem. ZV II (Teilvollzug HV Nr. 2)
Zusammen	9	
Verbleiben Abgänge	6	

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 05 04 Bauaufsicht und Städtebau

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) - (1) kw mit Ablauf der ATZ ab 1. 1. 2007 infolge ZV II.
			Angestellte[3])	[2]) 1 (1) kw.
II a	1	1		[3]) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 2 zum Stellenplan bei Kapitel 05 04.
III[1])	1	5		
IV b	1	—		
IX b-VII	—	1		
	3	7	Zusammen	
			Leerstellen:[2])	
III	1	1		

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

– Angestellte –

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	1	infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO in 2006 von Kap. 05 01
Zusammen	1	

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. III	4	davon
	2	infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO in 2006 an Kap. 05 01
	1	gem. ZV II (Vollzug HV Nr. 1)
	1	gem. ZV II (Teilvollzug HV Nr. 3)
Verg.-Gr. IX b-VII	1	gem. ZV II (Teilvollzug HV Nr. 3)
Zusammen	5	
Bleiben Abgänge	4	

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst	
A 13	10	10	Baureferendar/-in	
A 9	3	3	Bauoberinspektoranwärter/-in	
	13	13	Zusammen	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
18,72	18,72	15,88

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00

Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
885	891	760

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 05 12 Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen	
			Feste Gehälter:	
B 2	1	1	Ministerialrat/-rätin	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 15	1	1	Direktor/-in	
A 14	1	1	Oberrat/-rätin	
A 13	7	7	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	7	7	Amtsrat/-rätin	
	17	17	Zusammen	

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Angestellte	
V c	1	1		
VII	2	2		
	3	3	Zusammen	

[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
913,16	959,09	1.017,76

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	65,62
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	3,46
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	69,08
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	7,88
- Minderung aufgrund ZV I	57,33
- Minderung aufgrund ZV II	49,80
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	115,01
bleibt Abgang	45,93

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
39.162	41.243	45.253

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 05 20 Zentrale Soziale Aufgaben

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen[8])[58])	[1]) 26 (44) kw.
			Feste Gehälter:	[3]) 9 Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
B 4	1	1	Präsident/-in	[5]) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
B 2	3	3	Abteilungsdirektor/-in	[6]) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
			Aufsteigende Gehälter:	[8]) 4 Stellen dürfen für die Amtsgeschäfte der Stiftung „Familie in Not“ in Anspruch genommen werden. Die Geschäftsführung für die Stiftung „Familie in Not“ liegt im MS.
A 16	7	7	Leitende(r) Direktor/-in	[10]) 1 (1) kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers. Bei Ausscheiden des Stelleninhabers kann mit Zustimmung des MF eine Stelle mit geringerer Bewertung innerhalb der betreffenden Laufbahngruppe wegfallen.
A 15[5])[10])[36])[39])[41])[42])	40	40	Direktor/-in	[11]) 1 (1) kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers.
A 14[11])[45])[56])	21	15	Oberrat/-rätin	[23]) 5 (5) kw nach Beendigung der Abordnungen.
A 13	1	—	Rat/Rätin	[24]) 3 (3) kw nach Beendigung der Abordnungen.
A 13[6])	13	12	Oberamtsrat/-rätin	[27]) 1 (1) kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV I.
A 12	31	29	Amtsrat/-rätin	[31]) - (1) kw mit Ablauf des 31. 10. 2006 infolge ZV I.
A 11[23])[48])	96	91	Amtmann/-männin/-frau	[32]) - (1) kw mit Ablauf des 30. 11. 2006 infolge ZV I.
A 10[24])[32])[34])[52])[55])	80	75	Oberinspektor/-in	[34]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 1. 2007 infolge ZV I.
A 9[31])[35])[44])[46])[47])[50])[51])[60])	31	33	Inspektor/-in	[35]) 1 (2) kw mit Ablauf des 31. 1. 2007 infolge ZV I.
A 9[3])[27])	23	23	Amtsinspektor/-in	[36]) 1 (1) kw mit Ablauf des 30. 4. 2007 infolge ZV I.
A 8	26	28	Hauptsekretär/-in	[39]) 1 (1) kw mit Ablauf des 30. 6. 2007 infolge ZV I.
A 7[59])	29	27	Obersekretär/-in	[40]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 10. 2007 infolge ZV I.
A 6[40])	5	7	Sekretär/-in	[41]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 10. 2007 infolge ZV I.
A 4	2	2	Amtsmeister/-in	[42]) 1 (1) kw mit Ablauf des 30. 6. 2008 infolge ZV I.
	409	393	Zusammen	[44]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 8. 2008 infolge ZV I.
			Leerstellen:[1])	[45]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 10. 2008 infolge ZV I.
A 14	—	1	Oberrat/-rätin	[46]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 10. 2008 infolge ZV I.
A 13	—	2	Oberamtsrat/-rätin	[47]) 1 (1) kw mit Ablauf des 30. 11. 2008 infolge ZV I.
A 12	2	1	Amtsrat/-rätin	[48]) 1 (1) kw mit Ablauf des 30. 11. 2008 infolge ZV I.
A 11	1	4	Amtmann/-männin/-frau	[50]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 3. 2009 infolge ZV I.
A 10	13	20	Oberinspektor/-in	[51]) 1 (1) kw mit Ablauf des 30. 4. 2009 infolge ZV I.
A 9	4	6	Inspektor/-in	[52]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 5. 2009 infolge ZV I.
A 9	1	1	Amtsinspektor/-in	[55]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 7. 2010 infolge ZV I.
A 8	1	1	Hauptsekretär/-in	[56]) 1 (1) kw mit Ablauf des 28. 2. 2011 infolge ZV I.
A 7	3	5	Obersekretär/-in	[58]) 200 (226) kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II (Kapitel 05 20 insgesamt).
A 6	1	3	Sekretär/-in	[59]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 12. 2008 infolge ZV I.
	26	44	Zusammen	[60]) 1 (-) kw infolge ZV I.

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 Rat/Rätin	1	Verlagerung von Kapitel 05 40 (davon 1 mit kw-Vermerk ZV I und 8 mit kw-Vermerk ZV II; siehe HV Nr. 58)
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/-männin/ -frau	3	
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	3	
Bes.-Gr. A 9 Inspektor/-in	2	
Bes.-Gr. A 7 Obersekretär/-in	1	
Bes.-Gr. A 15 Direktor/-in	1	Verlagerung von Kapitel 05 70 (davon 3 mit kw-Vermerk ZV II; siehe HV Nr. 58)
Bes.-Gr. A 14 Oberrat/-rätin	6	
Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrat/-rätin	1	
Bes.-Gr. A 12 Amtsrat/-rätin	3	
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/ -männin/-frau	7	
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	1	
Bes.-Gr. A 9 Inspektor/-in	3	
Bes.-Gr. A 9 Amtsinspektor/-in	1	
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/-männin/ -frau	1	infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO von Kap. 05 01 in 2005
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	2	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO von Kap. 06 01 in 2005 (mit kw-Vermerk ZV II; siehe HV Nr. 58) 1 infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO von Kap. 05 01 in 2006
Zusammen	36	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 Direktor/-in	1	gem. ZV II (Teilvollzug HV Nr. 58)
Bes.-Gr. A 12 Amtsrat/-rätin	1	gem. ZV II (Teilvollzug HV Nr. 58)
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/ -männin/-frau	6	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO nach Kap. 03 20 in 2006 (Teilvollzug HV Nr. 58) 3 infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO nach Kap. 05 01 in 2006 2 gem. ZV II (Teilvollzug HV Nr. 58)
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	6	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO nach Kap. 03 01 in 2005 (Teilvollzug HV Nr. 58) 1 infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO nach Kap. 05 01 in 2005 1 infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO nach Kap. 09 10 in 2006 1 gem. ZV I (Vollzug HV Nr. 32) 2 gem. ZV II (Teilvollzug HV Nr. 58)
Bes.-Gr. A 9 Inspektor/-in	2	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO nach Kap. 03 20 in 2006 (Teilvollzug HV Nr. 58) 1 gem. ZV I (Vollzug HV Nr. 31)
Bes.-Gr. A 9 Amtsinspektor/-in	1	gem. ZV II (Teilvollzug HV Nr. 58)
Bes.-Gr. A 8 Hauptsekretär/-in	2	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO nach Kap. 03 20 in 2006 (Teilvollzug HV Nr. 58) 1 gem. ZV II (Teilvollzug HV Nr. 58)
Bes.-Gr. A 7 Obersekretär/-in	1	infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO nach Kap. 05 01 in 2006
Zusammen	19	
Verbleiben Zugänge	17	

Leerstellen:

Für 26 (44) gem. §§ 80 a bzw. 87 a NBG beurlaubte Beamte/-innen.

Hebungen gem. Stellenhebungsmodell:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 7 Obersekretär/-in	2	von Bes.-Gr. A 6 Sekretär/-in
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	5	von Bes.-Gr. A 9 Inspektor/-in

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nrn. 4, 9, 22, 25, 26, 29, 30, 37, 38, 43, 49, 53, 54 und 57 wurden gestrichen.

Von Kap. 05 40 wurden 8 kw-Vermerke ZV II und von Kap. 05 70 3 kw-Vermerke ZV II an Kap. 05 20 verlagert. Dies hat zu einer Erhöhung des HV Nr. 58 geführt.

Von Kap. 05 40 wurde 1 kw-Vermerk ZV I an Kap. 05 20 verlagert.

STELLENÜBERSICHTEN

Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Beamtete Hilfskräfte
A 9	9	8	Inspektor/-in z. A.
	9	8	Zusammen
			Angestellte[11])[89])
I b[53])	1	1	
II a[8])	3	3	
III	10	10	
IV a[9])[19])	65	53	
IV b	9	8	
V b[20])[65])[73])[79])[81])[83])	86	87	
V c[3])[10])[21])	210	205	
VI b[1])[2])[66])	41	40	
VII[6])[7])[22])[40])[42])[44])[45])[50])[52])[54])[55])[56])[57])[58])[59])[60])[62])[63])[67])[70])[71])[72])[74])[76])[78])[80])[82])[84])[85])[86])	141	150	
VIII[4])[38])[43])[46])[51])[68])[75])[77])	17	26	
IX b[61])	10	10	
IX b–VII[39])[41])[47])[48])[64])[69])[87])	43	42	
	636	635	Zusammen
			Leerstellen[5]):
II a	—	1	
III	—	1	
IV b	—	1	
V b	1	2	
V c	10	8	
VI b	5	3	
VII	20	23	
VIII	1	3	
IX b–VII	11	11	
IX a	—	1	
IX b	1	1	
	49	55	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die Sekretärin des Präsidenten des Landesamtes ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

[2]) Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[3]) 1 (1) Der/die Stelleninhaber/-in ist übertariflich in Verg.-Gr. V c eingruppiert.

[4]) 1 (1) kw gem. Nr. 5 Abs. 5 der Allgem. Bestimmungen 1980.

[5]) 49 (55) kw.

[6]) Hier sind auch die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b –VII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppe 4) der Anlage 1 a zum BAT i. d. Fassung des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[7]) Die am 31. Dezember 1983 als Bedienungskräfte des Datenerfassungs- und Terminalsystems Nixdorf 8820 tätigen Kräfte erhalten für die Bedienung des Nixdorf-Systems 8850 und Nachfolgesysteme für ihre Person eine jederzeit widerrufliche Stellenzulage in Höhe von 8 v. H. der Anfangsgrundvergütung der jeweiligen Vergütungsgruppe. Bei Besetzung einer Stelle mit 2 Halbtagskräften gilt dies entsprechend.

[8]) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[9]) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[10]) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[11]) 6 Stellen dürfen für die Amtsgeschäfte der Stiftung „Familie in Not“ in Anspruch genommen werden. Die Geschäftsführung für die Stiftung „Familie in Not“ liegt im MS.

[19]) 1 (3) kw nach Beendigung der Abordnungen.

[20]) 8 (10) kw nach Beendigung der Abordnungen.

[21]) 2 (2) kw nach Beendigung der Abordnungen.

[22]) 16 (18) kw nach Beendigung der Abordnungen.

[38]) - (1) kw mit Ablauf des 28. 2. 2006 infolge ZV I.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 05 20 Zentrale Soziale Aufgaben

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	

[39]) - (1) kw mit Ablauf des 30. 4. 2006 infolge ZV I.
[40]) - (2) kw mit Ablauf des 30. 4. 2006 infolge ZV I.
[41]) - (1) kw mit Ablauf des 30. 6. 2006 infolge ZV I.
[42]) - (3) kw mit Ablauf des 30. 6. 2006 infolge ZV I.
[43]) - (1) kw mit Ablauf des 30. 6. 2006 infolge ZV I.
[44]) - (1) kw mit Ablauf des 31. 8. 2006 infolge ZV I.
[45]) - (1) kw mit Ablauf des 31. 8. 2006 infolge ZV I.
[46]) - (1) kw mit Ablauf des 30. 9. 2006 infolge ZV I.
[48]) - (1) kw mit Ablauf des 30. 11. 2006 infolge ZV I.
[50]) 2 (2) kw mit Ablauf des 31. 1. 2007 infolge ZV I.
[51]) 1 (1) kw mit Ablauf des 28. 2. 2007 infolge ZV I.
[52]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 3. 2007 infolge ZV I.
[53]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 3. 2007 infolge ZV I.
[54]) 2 (2) kw mit Ablauf des 31. 3. 2007 infolge ZV I.
[55]) 1 (1) kw mit Ablauf des 30. 4. 2007 infolge ZV I.
[56]) 1 (1) kw mit Ablauf des 30. 6. 2007 infolge ZV I.
[57]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 7. 2007 infolge ZV I.
[58]) 2 (2) kw mit Ablauf des 31. 10. 2007 infolge ZV I.
[59]) 1 (1) kw mit Ablauf des 30. 11. 2007 infolge ZV I.
[60]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 12. 2007 infolge ZV I.
[61]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 1. 2008 infolge ZV I.
[62]) 1 (1) kw mit Ablauf des 29. 2. 2008 infolge ZV I.
[63]) 1 (1) kw mit Ablauf des 30. 4. 2008 infolge ZV I.
[64]) 1 (1) kw mit Ablauf des 30. 11. 2008 infolge ZV I.
[65]) 2 (2) kw mit Ablauf des 31. 12. 2008 infolge ZV I.
[66]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 12. 2008 infolge ZV I.
[67]) 1 (2) kw mit Ablauf des 31. 12. 2008 infolge ZV I.
[68]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 3. 2009 infolge ZV I.
[69]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 7. 2009 infolge ZV I.
[70]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 8. 2009 infolge ZV I.
[71]) 1 (1) kw mit Ablauf des 30. 11. 2009 infolge ZV I.
[72]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 12. 2009 infolge ZV I.
[73]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 1. 2010 infolge ZV I.
[74]) 2 (2) kw mit Ablauf des 28. 2. 2010 infolge ZV I.
[75]) - (1) kw mit Ablauf des 28. 2. 2010 infolge ZV I.
[76]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 3. 2010 infolge ZV I.
[77]) - (1) kw mit Ablauf des 31. 3. 2010 infolge ZV I.
[78]) 1 (1) kw mit Ablauf des 30. 4. 2010 infolge ZV I.
[79]) 1 (2) kw mit Ablauf des 31. 7. 2010 infolge ZV I.
[80]) 3 (3) kw mit Ablauf des 31. 8. 2010 infolge ZV I.
[81]) 2 (2) kw mit Ablauf des 30. 9. 2010 infolge ZV I.
[82]) 1 (1) kw mit Ablauf des 30. 9. 2010 infolge ZV I.
[83]) 2 (2) kw mit Ablauf des 31. 10. 2010 infolge ZV I.
[84]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 10. 2010 infolge ZV I.
[85]) - (1) kw mit Ablauf des 30. 11. 2010 infolge ZV I.
[86]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 5. 2011 infolge ZV I.
[87]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 5. 2011 infolge ZV I.
[89]) Siehe HV Nr. 58 Stellenplan Kapitel 05 20.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Beamtete Hilfskräfte

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9		
Inspektor/-in	1	infolge Verlagerung von Kap. 05 70 (siehe auch HV Nr. 89)
Zusammen	1	

Angestellte

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. V b	1	Verlagerung von Kap. 05 40 (siehe auch HV Nr. 89)
Verg.-Gr. V c	3	
Verg.-Gr. VI b	1	
Verg.-Gr. VII	1	
Verg.-Gr. IV a	13	Verlagerung von Kap. 05 70 (siehe auch HV Nr. 89)
Verg.-Gr. V b	3	
Verg.-Gr. V c	3	
Verg.-Gr. VII	1	
Verg.-Gr. IX b-VII	4	
Verg.-Gr. VII	1	infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO von Kap. 05 01 in 2006
Verg.-Gr. IX b-VII	3	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO von Kap. 09 10 in 2006 2 infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO von Kap. 05 01 in 2006
Zusammen	34	

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO nach Kap. 05 01 in 2006
Verg.-Gr. V b	4	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO nach Kap. 03 20 in 2006 (Teilvollzug HV Nr. 89) 3 gem. ZV I (Teilvollzug HV Nr. 79 – 1 Stelle; Teilvollzug HV Nr. 20 – 2 Stellen)
Verg.-Gr. V c	1	infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO nach Kap. 03 20 in 2006 (Teilvollzug HV Nr. 89)
Verg.-Gr. VII	12	davon 2 gem. ZV II (Teilvollzug HV Nr. 89) 10 gem. ZV I (Teilvollzug HV Nr. 22 – 2 Stellen; Vollzug HV Nr. 40, 42, 44, 45 und 85)
Verg.-Gr. VIII	9	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO nach Kap. 03 20 in 2006 (Teilvollzug HV Nr. 89) 3 gem. ZV II (Teilvollzug HV Nr. 89) 5 gem. ZV I (Vollzug HV Nr. 38, 43, 46, 75 und 77)
Verg.-Gr. IX b-VII	6	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO nach Kap. 03 20 in 2006 (Teilvollzug HV Nr. 89) 2 gem. ZV II (Teilvollzug HV Nr. 89) 3 gem. ZV I (Vollzug HV Nr. 39, 41 und 48)
Zusammen	33	
Verbleiben Zugänge	1	

Leerstellen:
Für 49 (55) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte Angestellte.

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 31 bis 37 sowie 47 und 88 wurden gestrichen.

Im Haushaltsplan 2006 ist die Anzahl der Stellen in den Verg.-Gr. IV b und V b nicht korrekt dargestellt. Der Stellenbestand hätte in der Verg.-Gr. IV b 9 (nicht 8) und in der Verg.-Gr. V b 86 Stellen (nicht 87) betragen müssen. Für den Haushaltsplanentwurf 2007 wurde von der jeweiligen korrekten Ausgangszahl ausgegangen. Die Gesamtzahl der Stellen in den Stellenübersichten ändert sich dadurch nicht.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst
A 9	22	22	Inspektor/-in-Anwärter/-in
A 5	8	8	Assistent/-in-Anwärter/-in
	30	30	Zusammen
			Arbeiter/-innen[10])
Tarifvertrag für Personenkraftfahrer/-innen	3	4	
6	1	1	
5	2	2	
4	19	19	
3	8	8	
2/2 a[6])[7])[8])[9])	22	34	
1	—	2	
	55	70	Zusammen
			Leerstellen[1])
2 a	1	1	
	1	1	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) 1 (1) kw.
[6]) 1 (1) kw mit Ablauf des 30. 11. 2008 infolge ZV I.
[7]) 1 (1) kw mit Ablauf des 30. 4. 2009 infolge ZV I.
[8]) 2 (2) kw mit Ablauf des 30. 6. 2009 infolge ZV I.
[9]) - (1) kw mit Ablauf des 28. 2. 2010 infolge ZV I.
[10]) Siehe HV Nr. 58 Stellenplan Kapitel 05 20.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Zugänge:	Stellen	
Lohn-Gr. 2 a	1	infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO von Kap. 05 01 in 2006
Zusammen	1	

Abgänge:	Stellen	
Personenkraftfahrer/-innen	1	infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO nach Kap. 15 55 in 2005 (Teilvollzug HV Nr. 10)
Lohn-Gr. 2	13	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO nach Kap. 03 20 in 2005 (Teilvollzug HV Nr. 10) 1 gem. ZV I (Vollzug HV Nr. 9) 11 gem. ZV II (Teilvollzug HV Nr. 10)
Lohn-Gr. 1	2	gem. ZV II (Teilvollzug HV Nr. 10)
Zusammen	16	
Verbleiben Abgänge	15	

Sonstige Veränderungen:

Der HV Nr. 4 wurde gestrichen.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 05 21 Niedersächsische Landeskrankenhäuser

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Planmäßige Beamte/-innen
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	11	11	Leitende(r) Direktor/-in
A 15[1])	33	33	Direktor/-in
A 14	65	65	Oberrat/-rätin/
A 13	40	40	Rat/Rätin
A 13	8	8	Oberamtsrat/-rätin
A 12	3	3	Amtsrat/-rätin
A 11[7])	11	11	Amtmann/-männin/-frau, Erste Oberin, Erster Pflegevorsteher
A 10[8])	12	12	Oberinspektor/-in, Erste Oberin, Erster Pflegevorsteher
A 9	2	2	Inspektor/-in
A 9[2])	3	3	Pflegevorsteher/Oberin
A 9[3])	47	47	Pflegevorsteher/Oberin
A 9	232	232	Oberpfleger/-schwester, Betriebsinspektor/-in
A 8	201	201	Abteilungspfleger/-schwester, Hauptwerkmeister/-in, Hauptsekretär/-in
A 7[4])	72	72	Stationspfleger/-schwester
A 7	47	47	Krankenpfleger/-schwester, Obersekretär/-in, Oberwerkmeister/-in
	787	787	Zusammen
			Leerstellen:[6])
A 15	1	1	Direktor/-in
A 14	1	—	Oberrat/-rätin
A 13	1	—	Rat/Rätin
A 9	2	2	Oberpfleger/-schwester, Betriebsinspektor/-in
A 8	1	2	Abteilungspfleger/-schwester, Hauptwerkmeister/-in
A 7	2	2	Stationspfleger/-schwester
	8	7	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) 1 Stelle darf nur mit Zustimmung des MF besetzt werden (LKH Göttingen).

[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten Amtszulagen gem. Fußnoten 6 und 7 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[3]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[4]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 7 BBesO.

[6]) 8 (7) kw.

[7]) 4 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Stellenzulage nach Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 11 LBesO.

[8]) 1 Stelleninhaber/-in erhält eine Stellenzulage nach Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 10 LBesO.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 05 21 Niedersächsische Landeskrankenhäuser

Erläuterungen zum Stellenplan

Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich auf:

Bes.-Gr.	Stellenbezeichnung	LKH Brauel	LKH Göttingen	LKH Hildesheim	LKH Königslutter	LKH Lüneburg	LKH Moringen	LKH Osnabrück	LKH Tiefenbrunn	LKH Wehnen	LKH Wunstorf	Zusammen
A 16	Leitende(r) Direktor/-in	1	1	1	1	2	1	1	1	1	1	11
A 15	Direktor/-in	1	4	4	4	3	4	3	2	5	3	33
A 14	Oberrat/-rätin/	8	8	6	8	8	3	5	4	10	5	65
A 13	Rat/Rätin	5	2	12	2	6	3	5	3	2	—	40
A 13	Oberamtsrat/-rätin	—	1	1	1	1	1	—	1	1	1	8
A 12	Amtsrat/-rätin	—	—	1	1	—	—	1	—	—	—	3
A 11	Amtmann/-männin/-frau, Erste Oberin/Erster Pflegevorsteher	—	2	3	3	2	—	—	—	1	—	11
A 10	Oberinspektor/-in, Erste Oberin/ Erster Pflegevorsteher	1	—	2	1	2	1	1	1	—	3	12
A 9	Inspektor/-in	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	2
A 9	Pflegevorsteher/Oberin mit Amtszulagen (Fußnoten 6 und 7)	—	—	1	—	—	—	1	—	—	1	3
A 9	Pflegevorsteher/Oberin mit Amtszulage (Fußnote 6)	1	6	3	8	8	5	9	—	4	3	47
A 9	Oberpfleger/-schwester, Betriebsinspektor/-in	6	27	24	28	30	29	38	—	21	29	232
A 8	Abteilungspfleger/ -schwester, Hauptwerkmeister/-in, Hauptsekretär/-in	8	28	16	23	33	40	26	1	14	12	201
A 7	Stationspfleger/-schwester	1	2	12	20	11	7	16	—	1	2	72
A 7	Krankenpfleger/-schwester, Obersekretär/-in, Oberwerkmeister/-in	10	2	9	3	4	8	5	—	3	3	47
	Insgesamt	42	83	95	104	110	103	111	13	63	63	787

Leerstellen:

Für 8 (7) gem. §§ 80 a bzw. 87 a NBG beurlaubte Beamte/-innen.

Von den Planstellen des mittleren Dienstes entfallen auf

Bes.-Gr.	Werkdienst bei den LKH – mittlerer technischer Dienst – (§ 1 Nr. 6 der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG)	Krankenpflegedienst (Sonderlaufbahn nach § 24 BBesG)	Zusammen
A 9 (mit Amtszulagen nach Fußnoten 6 u. 7 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO	—	3	3
A 9 (mit Amtszulage nach Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO)	—	47	47
A 9	1	231	232
A 8	21	179	200
A 7 (mit Amtszulage nach Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 7 BBesO)	—	72	72
A 7	5	40	45
Zusammen	27	572	599

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
391,39	392,39	376,21

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	1,00
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	1,00
bleibt Abgang	1,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
18.018	18.065	17.944

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 05 22 Landesbildungszentren für Hörgeschädigte

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen[1])	1]) Die ausgebrachten Planstellen dürfen im Bedarfsfalle in dem Umfange mit mehreren Beamten, deren Arbeitszeit gem. § 80 a Abs. 1 Nr. 1 oder § 87 a Abs. 1 Nr. 1 NBG ermäßigt worden ist, besetzt werden, als sie durch die Teilzeitbeschäftigung der Beamten nicht in voller Höhe der regelmäßigen Arbeitszeit in Anspruch genommen werden. Bei Bedarf kann auch eine Lehrkraft, deren Arbeitszeit gem. § 80 a Abs. 1 Nr. 1 oder § 87 a Abs. 1 Nr. 1 NBG ermäßigt worden ist, auf zwei oder mehreren Stellen geführt werden.
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	4	4	Oberstudiendirektor/-in – als Leiter/-in eines Landesbildungszentrums für Hörgeschädigte mit einer Schülerzahl von mehr als 150 –	
A 15[2])	13	13	Studiendirektor/-in	2]) 4 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 15 LBesO.
A 14[6])	68	68	Oberstudienrat/-rätin	3]) 20 (20) Stellen dürfen gem. § 49 Abs. 3 Satz 2 LHO mit Lehrkräften des gehobenen Dienstes besetzt werden.
A 13[3])	117	117	Studienrat/-rätin	6]) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
A 13	2	2	Oberamtsrat/-rätin	7]) 2 (2) Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 12 LBesO.
A 12[7])	2	2	Lehrer/-in – bei einer Schule für Gehörlose und Schwerhörige –	8]) - (1) kw.
A 12	2	2	Amtsrat/-rätin	10]) Für die Dauer der Wahrnehmung der Aufgaben eines(r) Lehrers/-in für Fachpraxis erhalten die Stelleninhaber/-innen als Angestellte eine Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Endgrundvergütung der Verg.-Gr. BAT V b (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) und dem Endgrundgehalt (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) eines Beamten der Bes.-Gr. A 10 LBesO.
A 10[10])	10	10	Lehrer/-in für Fachpraxis	
A 9[11])	2	2	Amtsinspektor/-in	
A 8	2	2	Hauptsekretär/-in	
A 7	1	1	Obersekretär/-in	
	223	223	Zusammen	
			Leerstellen:	11]) 1 (1) kw nicht vor dem 31. 12. 2000 beim LBZH Hildesheim.
A 13[8])	—	1	Studienrat/-rätin	

Erläuterungen zum Stellenplan

Folgende Lehrkräfte an der staatlich anerkannten privaten Sonderschule für zusätzlich behinderte gehörlose Kinder und Jugendliche im Karl-Luhmann-Heim in Osnabrück sind hier veranschlagt:

	Stellen 2007	Stellen 2006
Bes.-Gr. A 14 Oberstudienrat/--rätin	2	2

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Angestellte	2]) 1 (1) Stelle darf nur zu $^3/_4$ besetzt werden.
II a	1	1		5]) 40 (40) ku nach Verg.-Gr. V c BAT nach Ausscheiden der Stelleninhaberinnen im Sozial- und Erziehungsdienst.
III	1	1		6]) - (1) kw nicht vor dem 31. 12. 2000 beim LBZH Hildesheim.
IV b[2])	9	9		
V b[5])	48	48		
V c	59	59		
VI b	1	1		
VII	22	22		
VIII	2	2		
IX b–VII[6])	3	4		
Sondervergütung*)	4	4		
	150	151	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Abgang:

	Stellen	
Verg.-Gr. IX b-VII	1	Vollzug HV Nr. 6

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 3 (- (1) kw beim LBZH Oldenburg ab 1. 1. 2004 infolge ZV I) wurde infolge Vollzugs in 2006 gestrichen.

*) Praktikanten/-innen des Sozial- und Erziehungsdienstes – TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt.) vom 23. 3. 1991.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 05 22 Landesbildungszentren für Hörgeschädigte

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Arbeiter/-innen	
6	1	1		
5	5	5		
4	9	9		
3	5	5		
2 a	9	9		
2	21	21		
1	3	3		
	53	53	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 (- (2) kw beim LBZH Braunschweig ab 1. 1. 2004 infolge ZV I) wurde infolge Vollzugs in 2006 gestrichen.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
193,00	193,00	178,33

Zugänge

-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00

Abgänge

-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
8.622	8.575	8.450

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 05 23 Landesbildungszentrum für Blinde

Stellen

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	STELLENPLAN / Stellenbezeichnung
			Planmäßige Beamte/-innen[1])
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	Oberstudiendirektor/-in – als Leiter/-in eines Landesbildungszentrums für Blinde mit einer Schülerzahl von mehr als 150 –
A 15[2])	7	7	Studiendirektor/-in
A 15	1	1	Direktor/-in
A 14[3])	20	20	Oberstudienrat/-rätin
A 13[4])[10])	41	41	Studienrat/-rätin
A 12[5])[7])	1	1	Technische(r) Lehrer/-in mit der Prüfung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen bei einer Blindenschule –
A 10	2	2	Jugendleiterin
A 10	1	1	Oberinspektor/-in
A 8	1	1	Abteilungsschwester
A 7	1	1	Obersekretär/-in
	76	76	Zusammen
			Leerstellen:[11])
A 11	1	—	Amtmann/-männin/-frau

Haushaltsvermerke

[1]) Die ausgebrachten Planstellen dürfen im Bedarfsfalle in dem Umfang mit mehreren Beamten, deren Arbeitszeit gem. § 80 a Abs. 1 Nr. 1 oder § 87 a Abs. 1 Nr. 1 NBG ermäßigt worden ist, besetzt werden, als sie durch die Teilzeitbeschäftigung der Beamten nicht in voller Höhe der regelmäßigen Arbeitszeit in Anspruch genommen werden. Bei Bedarf kann auch eine Lehrkraft, deren Arbeitszeit gem. § 80 a Abs. 1 Nr. 1 oder § 87 a Abs. 1 Nr. 1 NBG ermäßigt worden ist, auf zwei oder mehreren Stellen geführt werden.

[2]) 2 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 15 LBesO.

[3]) 8 Stelleninhaber/-innen erhalten als Taubblindenlehrer/-innen eine ruhegehaltsfähige Stellenzulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 14 LBesO.

[4]) 8 Stellen dürfen gemäß § 49 Abs. 3 Satz 2 LHO mit Lehrkräften des gehobenen Dienstes besetzt werden.

[5]) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 12 Anh. LBesO.

[7]) 1 (1) ku in Lehrer/-in – bei einer Schule für Blinde –.

[10]) 8 (8) Stelleninhaber/-innen erhalten als Taubblindenlehrer/-innen eine ruhegehaltsfähige Stellenzulage gem. Fußnote 8 zur Bes.-Gr. A 13 LBesO.

[11]) 1 (-) kw.

Erläuterungen zum Stellenplan

Folgende Lehrkräfte an der staatlich anerkannten privaten Schule für Taubblinde (Sonderschule) im Deutschen Taubblindenwerk sind hier veranschlagt:

	Stellen 2007	Stellen 2006
Bes.-Gr. A 15		
Studiendirektor/-in	3	3
Bes.-Gr. A 14		
Oberstudienrat/-rätin	8	8
Bes.-Gr. A 13		
Studienrat/-rätin	8	8
Bes.-Gr. A 12		
Technische(r) Lehrer/-in	1	1
Bes.-Gr. A 10		
Jugendleiterinnen	2	2
Zusammen	22	22

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	STELLENÜBERSICHTEN / Stellenbezeichnung
			Beamtete Hilfskräfte
A 12	2	2	
			Angestellte
II a	2	2	
IV b	11	11	
Kr. V	3	3	
V b[1])	25	25	
V c	41	41	
VI b	3	3	
VII	12	12	
Sondervergütung*)	1	1	
VIII	2	2	
IX b–VII	1	1	
	101	101	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) 18 (18) ku nach Verg.-Gr. V c BAT bei Ausscheiden des/der Stelleninhabers/Stelleninhaberin im Sozial- und Erziehungsdienst.

*) Praktikanten/-innen des Sozial- und Erziehungsdienstes – TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 23. 3. 1991.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 05 23 Landesbildungszentrum für Blinde

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Arbeiter/-innen	
5	1	1		
4	5	5		
3	1	1		
2 a	4	4		
2	10	10		
1	10	10		
	31	31	Zusammen	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
-	17,72	11,48

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	15,72
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	2,00
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	17,72
bleibt Abgang	17,72

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
-	997	444

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 05 40 Gesundheitsverwaltung und Gesundheitswesen

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) - (9) kw. [2]) - (1) kw infolge ZV I. [3]) - (8) kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II (Kapitel 05 40 insgesamt).
			Planmäßige Beamte/-innen[3])	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 11	—	3	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	—	3	Oberinspektor/-in	
A 9[2])	—	2	Inspektor/-in	
A 9	—	1	Amtsinspektor/-in	
A 7	—	1	Obersekretär/-in	
	—	10	Zusammen	
			Leerstellen:[1])	
A 14	—	1		
A 11	—	2		
A 10	—	4		
A 6	—	2		
	—	9	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13		
Rat/Rätin	1	infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO von Kap. 05 04 in 2006
Zusammen	1	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13		
Rat/Rätin	1	Verlagerung nach Kap. 05 20 in 2007
Bes.-Gr. A 11		
Amtmann/-männin/-frau	3	
Bes.-Gr. A 10		
Oberinspektor/-in	3	
Bes.-Gr. A 9		
Inspektor/-in	2	
Bes.-Gr. A 7		
Obersekretär/-in	1	
Bes.-Gr. A 9		
Amtsinspektor/-in	1	infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO nach Kap. 03 20 in 2005 (Teilvollzug HV Nr. 3)
Zusammen	11	
Bleiben Abgänge	10	

Sonstige Veränderungen:
8 kw ZV II werden nach Kap. 05 20 verlagert.
1 kw ZV I wird nach Kap. 05 20 verlagert.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 05 40 Gesundheitsverwaltung und Gesundheitswesen

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) - (2) kw. [2]) Siehe HV Nr. 3 zum Stellenplan zu Kapitel 05 40.
			Beamtete Hilfskräfte	
A 9	—	1	Inspektor/-in z. A.	
	—	1	Zusammen	
			Angestellte[2])	
V b	—	1		
V c	—	3		
VI b	—	2		
VII	—	1		
	—	7	Zusammen	
			Leerstellen:[1])	
VII	—	2		
	—	2	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Abgang: Stellen

Beamtete Hilfskräfte		
Bes.-Gr. A 9		
Inspektor/-in z. A.	1	infolge ZV II (Teilvollzug HV Nr. 2)
Angestellte		
Verg.-Gr. VI b	1	infolge ZV II (Teilvollzug HV Nr. 2)
Verg.-Gr. V b	1	Verlagerung nach Kap. 05 20 in 2007
Verg.-Gr. V c	3	
Verg.-Gr. VI b	1	
Verg.-Gr. VII	1	
Zusammen	8	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
142,06	145,06	138,12

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	3,00
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	3,00
bleibt Abgang	3,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
6.536	6.668	6.547

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 05 42 Landesgesundheitsamt

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Bis zum Ausscheiden des bisherigen Amtsinhabers wird eine Besoldung nach Bes.-Gr. B 6 gewährt.
			Planmäßige Beamte/-innen	
			Feste Gehälter:	
B 3[1])	1	1	Präsident/-in des Landesgesundheitsamtes	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	1	Ltd. Direktor/-in	
A 15	4	4	Direktor/-in	
A 14	11	11	Oberrat/-rätin	
A 13	6	6	Rat/Rätin	
A 13	1	1	Oberamtsrat/-rätin	
A 11	1	1	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	3	3	Oberinspektor/-in	
	28	28	Zusammen	

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) 1 (1) Stelle darf nur mit einer/einem nicht vollbeschäftigten Angestellten besetzt werden, deren/dessen durchschnittliche Arbeitszeit nicht mehr als die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt. [4]) – (3) kw ab 1. 1. 2005 infolge ZV bis 2003.
			Angestellte	
I a	1	1		
II a	10	10		
III	1	1		
IV a	1	1		
IV b	3	3		
V b	17	17		
V c	36	36		
VI b	38	38		
VII[1])[4])	5	8		
	112	115	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Abgang: Stellen
Verg.-Gr. VII 3 gem. ZV I (Vollzug HV Nr. 4)

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 (– (4) Stellen können bei Bedarf mit je 2,5 Ärztinnen/Ärzten im Praktikum besetzt werden.) wurde gestrichen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 5 (– (1) kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV bis 2003.) wurde gestrichen.

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) – (5) kw ab 1. 1 2005 infolge ZV bis 2003.
			Arbeiter/-innen	
4[1])	7	12		
3	2	2		
2	3	3		
	12	17	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Abgang: Stellen
Lohn-.Gr. 4 5 gem. ZV I (Vollzug HV Nr. 1)

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 (– (1) kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV bis 2003.) wurde gestrichen.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
-	49,90	49,16

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	49,90
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	49,90
bleibt Abgang	49,90

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
-	2.514	2.446

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 05 70 Jugendhilfe, Nds. Landesjugendamt

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) – (3) kw. [3]) – (8) kw (Kapitel 05 70 insgesamt) ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.
			Planmäßige Beamte/-innen[3])	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 15	—	1	Direktor/-in	
A 14	—	6	Oberrat/-rätin	
A 13	—	1	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	—	4	Amtsrat/-rätin	
A 11	—	9	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	—	2	Oberinspektor/-in	
A 9	—	3	Inspektor/-in	
A 9	—	1	Amtsinspektor/-in	
	—	27	Zusammen	
			Leerstellen[1]):	
A 12	—	1	Amtsrat/-rätin	
A 10	—	1	Oberinspektor/-in	
A 9	—	1	Inspektor/-in	
	—	3	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	Stellenverlagerungen nach Kap. 05 20, da eine gesonderte Ausweisung des zum LS gehörenden Personals des NLJA ab 2007 entfällt
Bes.-Gr. A 14	6	
Bes.-Gr. A 13	1	
Bes.-Gr. A 12	3	
Bes.-Gr. A 11	7	
Bes.-Gr. A 10	1	
Bes.-Gr. A 9 g. D.	3	
Bes.-Gr. A 9 m. D.	1	
Zusammen	23	
Bes.-Gr. A 12	1	umgesetzt gem. § 50 (2) LHO in 2005 nach Kap. 03 24 (Teilvollzug HV Nr. 3)
Bes.-Gr. A 10	1	
Bes.-Gr. A 11	1	umgesetzt gem. § 50 (2) LHO in 2005 nach Kap. 03 24 (Teilvollzug HV Nr. 3)
Bes.-Gr. A 11	1	gem. ZV II (Teilvollzug HV Nr. 3)
Zusammen	4	

Sonstige Veränderungen:
3 kw wurden nach Kap. 05 20 verlagert.

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 05 70 Jugendhilfe, Nds. Landesjugendamt

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) – (2) kw.
				[3]) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 3 zum Stellenplan bei Kapitel 05 70.
			Beamtete Hilfskräfte	
A 9	—	1	Inspektor/-in z. A.	
	—	1	Zusammen	
			Angestellte[3])	
IV a	—	13		
V b	—	3		
V c	—	3		
VII	—	1		
IX b–VII	—	5		
	—	25	Zusammen	
	—		Leerstellen:[1])	
IV b	—	1		
V c	—	1		
	—	2		

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9	1	
Verg.-Gr. IV a	13	Stellenverlagerungen nach
Verg.-Gr. V b	3	Kap. 05 20, da eine gesonderte Aus-
Verg.-Gr. V c	3	weisung des zum LS gehörenden
Verg.-Gr. VII	1	Personals des NLJA ab 2007 entfällt
Verg.-Gr. IX b–VII	4	
Zusammen	25	
Verg.-Gr. IX b–VII	1	gem. ZV II (Teilvollzug HV Nr. 3)

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
17,89	20,99	19,21

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	1,00
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	1,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	1,00
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	3,10
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	4,10
bleibt Abgang	3,10

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
1.123	1.094	1.172

Einzelplan 05 Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kapitel 05 91 Fachaufgaben der Regierungsvertretungen

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) 13 (13) kw (Kapitel 05 91 Stellenplan und Stellenübersichten) ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.
			Planmäßige Beamte/-innen[1])	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 15	5	4	Direktor/-in	
A 14	1	3	Oberrat/-rätin	
A 13	1	1	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	2	2	Amtsrat/-rätin	
A 11	3	2	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	1	—	Oberinspektor/-in	
	13	12	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamte/-innen –

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO von Kap. 05 04
Bes.-Gr. A 10	1	infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO in 2006 von Kap. 05 01
Bes.-Gr. A 11	1	
Zusammen	3	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	2	infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO nach Kap. 05 01 (1) und Kap. 05 05 (1)
Zusammen	2	

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan bei Kapitel 05 91.
			Angestellte[1])	[2]) 1 (1) kw mit Ablauf der ATZ ab 1. 10. 2014 infolge ZV II.
II a	3	3		[3]) 1 (-) kw.
III[2])	8	9		
	11	12	Zusammen	
			Leerstellen[3])	
IV a	1	—		

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

– Angestellte –

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. III	1	infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO in 2006 an Kap. 05 01
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 3 ist neu ausgebracht.

Haushaltsplan

für das

Haushaltsjahr 2007

Einzelplan 06

Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Vorwort zum Einzelplan 06

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 06 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur (MWK):

Kap. 06 01 Ministerium
Kap. 06 02 Allgemeine Bewilligungen
Kap. 06 04 Hochbauangelegenheiten und Beschaffungen für Hochschulen
Kap. 06 05 Ausbildungsförderung, sonstige Förderung von Studierenden
Kap. 06 06 Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes – GBV - (Landesbetrieb)
Kap. 06 07 Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung
Kap. 06 08 Förderung der Wissenschaft allgemein
Kap. 06 09 Zusätzliche Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre
Kap. 06 10 Stiftung Georg–August-Universität Göttingen
Kap. 06 12 Stiftung Georg–August-Universität Göttingen – Bereich Humanmedizin –
Kap. 06 13 Universität Oldenburg (Landesbetrieb)
Kap. 06 14 Universität Osnabrück (Landesbetrieb)
Kap. 06 15 Technische Universität Braunschweig (Landesbetrieb)
Kap. 06 16 Technische Universität Clausthal (Landesbetrieb)
Kap. 06 17 Universität Hannover (Landesbetrieb)
Kap. 06 18 Hochschule Vechta (Landesbetrieb)
Kap. 06 19 Medizinische Hochschule Hannover (Landesbetrieb)
Kap. 06 21 Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover
Kap. 06 22 Hochschule für Bildende Künste Braunschweig (Landesbetrieb)
Kap. 06 23 Hochschule für Musik und Theater Hannover (Landesbetrieb)
Kap. 06 28 Stiftung Universität Lüneburg
Kap. 06 29 Stiftung Universität Hildesheim
Kap. 06 33 Stiftung Fachhochschule Osnabrück
Kap. 06 34 Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen (Landesbetrieb)
Kap. 06 37 Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel (Landesbetrieb)
Kap. 06 38 Fachhochschule Hannover (Landesbetrieb)
Kap. 06 39 Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven (Landesbetrieb)
Kap. 06 45 Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek Niedersächsische Landesbibliothek Hannover (budgetiert)
Kap. 06 46 Landesbibliothek Oldenburg (budgetiert)
Kap. 06 47 Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel (budgetiert)
Kap. 06 49 Institut für Vogelforschung – Vogelwarte Helgoland – in Wilhelmshaven-Rüstersiel
Kap. 06 50 Nieders. Institut für historische Küstenforschung
Kap. 06 51 Technische Informationsbibliothek an der Universität Hannover (Landesbetrieb)
Kap. 06 60 Staatstheater Braunschweig (Landesbetrieb)
Kap. 06 61 Oldenburgisches Staatstheater
Kap. 06 62 Niedersächsisches Landesmuseum Hannover (budgetiert)
Kap. 06 63 Niedersächsische Landesmuseen Braunschweig (budgetiert)
Kap. 06 64 Niedersächsische Landesmuseen Oldenburg (budgetiert)
Kap. 06 65 Museen
Kap. 06 74 Förderung der nichtstaatlichen Theater sowie der Soziokultur und der kulturellen Jugendbildung
Kap. 06 75 Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein
Kap. 06 76 Denkmalpflege
Kap. 06 77 Öffentliche Gärten
Kap. 06 78 Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz
Kap. 06 79 Klosterkammer Hannover (nur persönliche Verwaltungsausgaben sowie Stellenplan, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise)
Kap. 06 80 Erwachsenenbildung
Kap. 50 61 Sondervermögen Darlehen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz – BAföG –

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Neustruktur der Niedersächsischen Landesmuseen

Die sechs niedersächsischen Landesmuseen an den Standorten Hannover, Braunschweig und Oldenburg wurden zum 01.01.2006 in drei standortbezogene Betriebe umgewandelt. Die Betriebe sind ab 01.01.2007 budgetierte Einrichtungen nach § 17a LHO, wobei für jeden Standort ein einzelnes Kapitel eingerichtet wurde (Kap. 06 62 bis 06 64).

C. Sonstige Veränderungen

Hochschulbaumaßnahmen

Die bisher im Epl. 20 und im Kap. 06 04 veranschlagten Hochschulbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur sind im Kapitel 06 04 zusammengeführt worden.
Daneben werden Hochschulbaumaßnahmen auch aus dem Kapitel 06 09 (VW-Vorab) finanziert.

Haushaltsjahr 2007

Epl. 06 **Übersicht über die Einnahmen, Ausga**

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0601	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	—	35	7.176	—	7.211	17.553	1.282
0602	Allgemeine Bewilligungen	—	190	—	—	190	770	907
0604	Hochbauangelegenheiten und Beschaffungen für Hochschulen	—	4.500	—	78.125	82.625	—	—
0605	Ausbildungsförderung, sonstige Förderung von Studierenden	—	132	93.463	—	93.595	—	46
0606	Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes - GBV - (Landesbetrieb)	—	—	—	—	—	—	—
0607	Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung	—	500	15.924	2.022	18.446	—	—
0608	Förderung der Wissenschaft allgemein	—	387	3.500	—	3.887	4.276	1.530
0609	Zusätzliche Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre	—	—	—	29.800	29.800	—	—
0610	Stiftung Georg-August-Universität Göttingen	—	369	—	—	369	—	—
0612	Georg-August-Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin - Stiftung des öffentlichen Rechts	—	400	—	—	400	—	—
0613	Universität Oldenburg (Landesbetrieb)	—	2.255	—	—	2.255	—	—
0614	Universität Osnabrück (Landesbetrieb)	—	2.013	—	—	2.013	—	—
0615	Technische Universität Braunschweig (Landesbetrieb)	—	3.071	—	—	3.071	—	—
0616	Technische Universität Clausthal (Landesbetrieb)	—	806	—	—	806	—	—
0617	Universität Hannover (Landesbetrieb)	—	4.534	—	—	4.534	—	—
0618	Hochschule Vechta (Landesbetrieb)	—	427	—	—	427	—	—
0619	Medizinische Hochschule Hannover (Landesbetrieb)	—	573	—	—	573	—	—
0621	Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover	—	35	—	—	35	—	—

ben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 06**

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2007 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2006 Überschuss Zuschuss (-)	2007 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungsermächtigungen
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	50	–11.853	7.032	179	77	102	—
7.318	—	—	—	8.995	–8.805	–8.883	78	—
—	—	136.125	—	136.125	–53.500	–40.395	–13.105	305.836
171.829	—	—	—	171.875	–78.280	–78.875	595	56.000
1.705	—	217	—	1.922	–1.922	–1.904	–18	—
155.054	—	6.772	—	161.826	–143.380	–137.818	–5.562	—
43.156	—	1.948	—	50.910	–47.023	–42.767	–4.256	14.350
29.800	—	—	—	29.800	—	—	—	24.800
189.433	—	1.864	—	191.297	–190.928	–186.718	–4.210	1.871
111.568	—	9.050	—	120.618	–120.218	–121.616	1.398	—
86.238	—	709	—	86.947	–84.692	–87.302	2.610	307
76.230	—	653	—	76.883	–74.870	–73.877	–993	292
153.835	—	1.082	—	154.917	–151.846	–154.766	2.920	3.988
55.464	—	254	—	55.718	–54.912	–54.995	83	1.411
204.360	—	2.417	—	206.777	–202.243	–204.320	2.077	5.036
16.173	—	264	—	16.437	–16.010	–15.403	–607	—
157.571	—	5.623	—	163.194	–162.621	–153.952	–8.669	—
49.181	—	458	—	49.639	–49.604	–47.469	–2.135	435

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0622	Hochschule für Bildende Künste Braunschweig (Landesbetrieb)	—	263	—	—	263	—	—
0623	Hochschule für Musik und Theater Hannover (Landesbetrieb)	—	207	—	—	207	—	—
0628	Stiftung Universität Lüneburg	—	589	—	—	589	—	—
0629	Stiftung Universität Hildesheim	—	99	—	—	99	—	—
0633	Stiftung Fachhochschule Osnabrück	—	204	—	—	204	—	—
0634	Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen (Landesbetrieb)	—	1.138	—	—	1.138	—	—
0637	Fachhochschule Braunschweig/ Wolfenbüttel (Landesbetrieb)	—	1.640	—	—	1.640	—	—
0638	Fachhochschule Hannover (Landesbetrieb)	—	1.424	—	—	1.424	—	—
0639	Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven (Landesbetrieb)	—	1.941	—	—	1.941	—	—
0645	Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek Niedersächsische Landesbibliothek Hannover (budgetiert)	—	30	750	—	780	4.633	1.383
0646	Landesbibliothek Oldenburg (budgetiert)	—	27	1	—	28	1.552	518
0647	Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel (budgetiert)	—	424	1.000	—	1.424	4.601	2.083
0649	Institut f. Vogelforschung -Vogelwarte Helgoland- in Wilhelmshaven-Rüstersiel	—	15	108	—	123	1.150	235
0650	Niedersächsisches Institut für historische Küstenforschung	—	6	41	—	47	881	131
0651	Technische Informationsbibliothek an der Universität Hannover (Landesbetrieb)	—	—	5.219	105	5.324	—	—
0660	Staatstheater Braunschweig (Landesbetrieb)	—	—	7.978	—	7.978	—	—
0661	Oldenburgisches Staatstheater	—	2.315	4.430	—	6.745	17.789	1.777
0662	Niedersächsisches Landesmuseum Hannover (budgetiert)	—	—	—	—	—	2.549	1.186

ben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 06**

Ausgaben					2007 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2006 Überschuss Zuschuss (-)	2007 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungs-ermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben				
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
13.383	—	72	—	13.455	–13.192	–12.730	–462	10
17.220	—	209	—	17.429	–17.222	–17.069	–153	—
43.720	—	479	—	44.199	–43.610	–42.761	–849	75
22.399	—	229	—	22.628	–22.529	–21.852	–677	87
37.517	—	397	—	37.914	–37.710	–36.815	–895	123
33.506	—	335	—	33.841	–32.703	–32.900	197	16
32.409	—	340	—	32.749	–31.109	–30.222	–887	41
38.190	—	344	—	38.534	–37.110	–37.197	87	11
53.423	—	521	—	53.944	–52.003	–53.056	1.053	39
97	—	28	641	6.782	–6.002	–6.086	84	—
2	—	18	252	2.342	–2.314	–2.354	40	—
159	—	20	758	7.621	–6.197	–6.264	67	—
—	—	—	151	1.536	–1.413	–1.402	–11	—
—	—	—	136	1.148	–1.101	–1.085	–16	—
17.899	—	350	—	18.249	–12.925	–12.426	–499	—
24.834	—	205	—	25.039	–17.061	–16.934	–127	—
277	—	153	940	20.936	–14.191	–13.956	–235	—
1	—	17	1.058	4.811	–4.811	—	–4.811	—

Haushaltsjahr 2007

Epl. 06 **Übersicht über die Einnahmen, Ausga**

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungs-einnahmen, Einnahmen aus Schulden-dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuwei-sungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf-nahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitio-nen, besondere Finanzierungs-einnahmen	Gesamtein-nahmen	4 Personal-ausgaben	5 Sächliche Ver-waltungsausga-ben und Aus-gaben für den Schuldendienst
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0663	Niedersächsische Landesmuseen Braunschweig (budgetiert)	—	—	—	—	—	3.868	2.105
0664	Niedersächsische Landesmuseen Oldenburg (budgetiert)	—	—	—	—	—	2.118	466
0665	Museen	—	68	128	—	196	26	405
0674	Förderung der nichtstaatl. Theater sowie der Soziokultur und der kulturellen Jugendbildung	—	105	—	—	105	—	—
0675	Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein	—	139	—	—	139	—	372
0676	Denkmalpflege	—	36	—	—	36	5.776	973
0677	Öffentliche Gärten	—	16	174	—	190	504	60
0678	Stiftung Braunschweigischer Kul-turbesitz	—	—	477	—	477	468	24
0679	Klosterkammer Hannover	—	—	4.649	—	4.649	4.645	4
0680	Erwachsenenbildung	—	80	—	—	80	—	—
	Summe 2007	—	30.993	145.018	110.052	286.063	73.159	15.487
	Summe 2006	—	34.989	144.642	98.753	278.384	74.730	14.184
	2007 mehr(+)/weniger(-)	—	–3.996	+376	+11.299	+7.679	–1.571	+1.303

ben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 06**

Ausgaben					2007 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2006 Überschuss Zuschuss (-)	2007 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungs-ermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben				
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
3	—	51	1.142	7.169	–7.169	—	–7.169	—
2	—	34	435	3.055	–3.055	—	–3.055	—
5.188	—	1.306	—	6.925	–6.729	–20.621	13.892	—
68.837	—	87	—	68.924	–68.819	–69.119	300	570
15.247	—	1.861	—	17.480	–17.341	–16.475	–866	15.813
595	—	3.163	553	11.060	–11.024	–10.545	–479	1.000
1	—	27	64	656	–466	–450	–16	—
—	—	—	—	492	–15	—	–15	—
—	—	—	—	4.649	—	–30	30	—
45.874	—	—	267	46.141	–46.061	–45.218	–843	—
1.979.698	—	177.732	–5.456	2.240.620	–1.954.557	–1.918.550	–36.007	432.111
1.960.772	—	152.671	–5.423	2.196.934				398.536
+18.926	—	+25.061	–33	+43.686				+33.575

Allgemeine Vorbemerkungen zum Einzelplan 06

1. Haushaltsrechtliche Ermächtigungen für den Hochschulbereich:

   a) Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur wird ermächtigt, soweit dies nach dem Hochschuloptimierungskonzept geboten ist, die in den Kapiteln 06 13 bis 06 19, 06 22, 06 23 und 06 34 bis 06 39 veranschlagten Planstellen und Mittel einschließlich der Sach- und Investivmittel in das Kapitel einer anderen staatlichen Hochschule umzusetzen.

   b) Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur kann die bei den Kapiteln 06 13 bis 06 19, 06 22 und 06 23 veranschlagten Planstellen in Fächern, die an der Lehrerausbildung beteiligt sind, sowie Planstellen zur Förderung des hoch qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses (Fiebiger-Plan) in das Kapitel einer anderen staatlichen Hochschule umsetzen.

   c) Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur wird ermächtigt, die im Rahmen der Integration der Evangelischen Fachhochschule Hannover in die Fachhochschule Hannover zum 01.9.2007 erforderlichen Mittel von Kapitel 06 08 nach Kapitel 06 38 umzusetzen und die finanzielle Obergrenze nach § 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG im erforderlichen Umfange anzupassen.

2. Zu den sächlichen Verwaltungsausgaben (OGr. 51-54):

   Unter Bezugnahme auf den bei Kapitel 06 01 Titel 511 01 ausgebrachten Haushaltsvermerk sind die innerhalb des Epl. 06 in den Kapiteln 06 01, 06 49, 06 50, 06 61, 06 76 und 06 77 veranschlagten Ausgaben der OGr. 51 bis 54 gegenseitig deckungsfähig.
   Von dieser Deckungsfähigkeit ausgenommen sind:
   a) Titel innerhalb von Titelgruppen,
   b) die Titel 529 .., 532 11 bis 532 20, 546 02, 546 06 und 546 30,
   c) Titel, die mit Ausgaben außerhalb des Deckungskreises deckungsfähig sind,
   d) mit Einnahmen korrespondierende Titel sowie
   e) übertragbare Ausgaben.

3. Zu den Kapiteln 06 10 bis 06 39 (Hochschulen):

   Den Kapiteln 06 10 bis 06 39 sind jeweils folgende Anlagen beigefügt:
   Anlage 1 Wirtschaftsplan, gegliedert in Erfolgs- und Finanzplan
   Anlage 2 Gewinn- und Verlustrechnung
   Anlage 3 Kapitalflussrechnung
   Anlage 4 Kurzfassung des Geschäftsberichts
   Anlage 5 Zusammenfassung der Zielvereinbarung.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0601 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-0	011	Gebühren und tarifliche Entgelte		20	15	+5	19
119 01-0	011	Vermischte Einnahmen		15	38	–23	14
119 02-9	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		—	1	–1	—
119 10-0	011	Einnahmen aus dem Verkauf von Firmentickets *Vgl. K-Vermerk zu 546 04.*		—	—	—	72
119 30-4	960	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr		—	—	—	—
119 61-4	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen *Vgl. K-Vermerk zu 511 61, 531 61, 534 61 und 547 61.* **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		—	—	—	—
124 01-4	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung **** Die für den Betrieb einer Cafeteria erforderlichen Räume dürfen ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden.*		—	—	—	—
124 10-3	011	Vermietung von Behördenparkplätzen *Vgl. K-Vermerk zu 546 04.*		—	—	—	1
132 01-7	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	—
132 11-4	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge *Vgl. K-Vermerk zu 811 11.*		—	—	—	—
281 17-9	940	Erstattungen der Landesbetriebe für Beihilfeleistungen des Landes		7.176	7.974	–798	9.776
		A U S G A B E N					
412 04-4	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 71 Abs. 7 Nds. PersVG.	—	2	2	—	0
421 01-9	011	Bezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten, der Ministerin oder des Ministers	—	143	143	—	156
422 01-5	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	9.548	10.018	–470	5.457
422 19-8	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	168
425 01-4	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	3.712
425 03-0	011	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 04-9	011	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	9	—	+9	—
425 06-5	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1	1	—	0
426 01-0	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	423
427 01-7	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	11	11	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 111 01

Gebühren insbesondere für die Bestätigung ausländischer akademischer Grade sowie für Nachgraduierungen.

Zu 119 02

Einnahmen aus dem Verkauf von Katalogen und anderen Drucksachen.

Zu 132 11

Vgl. Erläuterungen zu 811 11.

Zu 281 17

Die Beihilfeerstattungen der Landesbetriebe verteilen sich wie folgt:

Kap.	Landesbetrieb	Betrag – in EUR -
06 13	Universität Oldenburg	655.000
06 14	Universität Osnabrück	861.000
06 15	Technische Universität Braunschweig	967.000
06 16	Technische Universität Clausthal	350.000
06 17	Universität Hannover	1.461.000
16 18	Hochschule Vechta	203.000
06 19	Medizinische Hochschule Hannover	417.000
06 22	Hochschule für Bildende Künste Braunschweig	177.000
06 23	Hochschule für Musik und Theater Hannover	313.000
06 34	Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen	335.000
06 37	Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel	329.000
06 38	Fachhochschule Hannover	420.000
06 39	Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven	638.000
06 51	Technische Informationsbibliothek	44.000
06 60	Staatstheater Braunschweig	6.000
	Summe:	7.176.000

Die Beihilfen für Beamte betragen 6.939.000 EUR,
die Beihilfen für Angestellte 229.000 EUR
und die Beihilfen für Arbeiter 8.000 EUR.

Zu 412 04

Der/Die Vorsitzende einer Einigungsstelle erhält gem. § 71 Abs. 7 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 102,26 EUR.
Darüber hinaus werden jährlich 100 EUR pauschal für Nebenkosten (Fahrtkosten, Telefonkosten, etc.) erstattet.

Zu 425 04

4 (2) Auszubildende im Verwaltungsdienst. 2 Ausbildungsplätze sind für die Dauer einer Ausbildungsperiode an die Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven verlagert worden. 2 weitere Ausbildungsplätze sind für die Ausbildungsplatzinitiative 2007 vorgesehen.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0601 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
427 39-4	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
441 01-0	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	7.517	8.236	–719	548
441 02-8	940	Beihilfen für Angestellte	—	271	281	–10	40
441 03-6	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	17	9	+8	0
441 04-4	940	Beihilfen für Sonstige	—	1	1	—	—
441 06-0	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	—	11	–11	12
441 07-9	940	Beihilfen für Beamtinnen und Beamte der Landesbetriebe	—	—	—	—	8.420
441 08-7	940	Beihilfen für Angestellte der Landesbetriebe	—	—	—	—	189
441 09-5	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter der Landesbetriebe	—	—	—	—	8
443 01-2	940	Fürsorgeleistungen	—	27	18	+9	26
453 01-8	011	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	5	5	—	9
453 11-5	011	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für die Teilnahme an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	1	1	—	—
511 01-8	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 514 01, 517 01, 518 01, 518 02, 519 01, 525 01, 526 01, 526 02, 527 01, 527 03, 531 03, 546 03 und 547 10.* **** Ziffer 2 der Allgemeinen Vorbemerkungen zum Einzelplan 06 ist verbindlich.*	—	154	265	–111	155
514 01-7	011	Haltung von Dienstfahrzeugen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	34	28	+6	32
517 01-6	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	360	219	+141	356
518 01-2	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	0
518 02-0	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	79	77	+2	78
519 01-9	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	25	67	–42	21
525 01-9	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	40	58	–18	36
526 01-5	011	Sachverständige *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	3	7	–4	2
526 02-3	011	Gerichts- und ähnliche Kosten *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	10	10	—	7
527 01-1	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	80	65	+15	80

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 441 01
Vgl. Erläuterungen zu 281 17.

Zu 441 02
Vgl. Erläuterungen zu 281 17.

Zu 441 03
Vgl. Erläuterungen zu 281 17.

Zu 441 06
Die Veranschlagung erfolgt bei 441 01.

Zu 453 11
Für die Ableistung der Unterweisungszeit aufgrund laufbahnrechtlicher Vorschriften (Laufbahnwechsel).

Zu 511 01
Zu den sächlichen Verwaltungsausgaben (OGr. 51-54):

Unter Bezugnahme auf den bei Kapitel 06 01 Titel 511 01 ausgebrachten Haushaltsvermerk sind die innerhalb des Epl. 06 in den Kapiteln 06 01, 06 49, 06 50, 06 61, 06 76 und 06 77 veranschlagten Ausgaben der OGr. 51 bis 54 gegenseitig deckungsfähig.
Von dieser Deckungsfähigkeit ausgenommen sind:
a) Titel innerhalb von Titelgruppen,
b) die Titel 529 .., 532 11 bis 532 20, 546 02, 546 06 und 546 30,
c) Titel, die mit Ausgaben außerhalb des DK deckungsfähig sind,
d) mit Einnahmen korrespondierende Titel sowie
e) übertragbare Ausgaben.

Die Ansätze der sächlichen Verwaltungsausgaben wurden - orientiert an den Istausgaben 2005 – neu veranschlagt.

6.000 EUR wurden in die TGr. 61 umgesetzt.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0601 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
527 03-8	011	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	14	13	+1	13
529 10-3	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers	—	5	5	—	5
531 01-9	011	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation	—	—	77	–77	78
531 03-5	011	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	1	–1	—
546 02-4	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	—
546 03-2	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	—
546 04-0	011	Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 10 und 124 10.*	—	—	—	—	68
546 30-0	960	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr	—	—	—	—	—
547 10-1	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	4	—	+4	3
682 09-2	011	Zuführungen an Landesbetriebe für Ausgaben zum Ausgleich bei Inanspruchnahme in Schadensfällen	—	—	—	—	—
811 01-1	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 11-9	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	—	—	—	—
812 15-8	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
972 11-2	989	Globale Minderausgabe **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	–12.529	–12.529	—	—
981 06-5	990	Abführung an 1321 - 381 06	—	676	672	+4	672
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Presse- und Öffentlichkeitsarbeit** *Abweichend von § 20 Abs. 1 LHO sind nur gegenseitig deckungsfähig 511 61, 531 61, 534 61 und 547 61.*	(—)	(196)	(—)	(+196)	(—)
511 61-1	011	Geschäftsbedarf *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.*	—	6	—	+6	—
531 61-2	011	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.*	—	70	—	+70	—
534 61-1	011	Förderung der Öffentlichkeitsarbeit *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.*	—	7	—	+7	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 531 01

Die Mittel wurden in die TGr. 61 umgesetzt.

Zu 531 03

Die Mittel wurden in die TGr. 61 umgesetzt.

Zu 811 11

Für den Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen für Minister/-in und Staatssekretär/-in.
Personenbezogene Dienstkraftfahrzeuge dürfen schon dann durch neue Fahrzeuge ersetzt werden, wenn in Höhe der jeweils zu erwartenden Verwertungserlöse der bisherigen Fahrzeuge mindestens gleichwertige Ersatzbeschaffungen vorgenommen werden können.

Zu 972 11

Zum Ausgleich des Haushalts. Der Beitrag zum Haushaltsausgleich kann auch durch Mehreinnahmen erbracht werden, soweit diesen keine entsprechenden Mehrausgaben gegenüber stehen.

Zu 981 06

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61

Hier werden die gesamten Ausgaben für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit nachgewiesen. Die Ausgaben umfassen die Kosten für hochschul-, kunst- und kulturpolitische Dokumentationen, sonstige Druckwerke zur Öffentlichkeitsarbeit sowie Kosten für Veranstaltungen, Fotografien und Präsentationen.

Dauerhaft umgesetzt wurden die Mittel aus den Titeln 531 01 und 531 03 sowie ein Anteil von 6.000 EUR aus dem Titel 511 01.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0601 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
541 61-8	011	Ausgaben für Veranstaltungen	—	112	—	+112	—
547 61-6	011	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.*	—	1	—	+1	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(328)	(328)	(—)	(220)
427 99-8	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
511 98-0	011	Kosten für die Beschaffung und Unterhaltung der Hard- und Softwarekomponenten	—	50	—	+50	31
514 98-0	011	Betriebskosten und Verbrauchsmittel	—	40	26	+14	36
518 98-5	011	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-3	011	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-1	011	Kosten für die Aus- und Fortbildung (IZN)	—	4	—	+4	1
525 99-0	011	Kosten für die Aus- und Fortbildung (Andere)	—	—	—	—	—
538 98-6	011	Kosten für die Dienstleistungen des IZN	—	150	277	–127	2
538 99-4	011	Kosten für die Dienstleistungen Anderer	—	34	—	+34	102
547 99-3	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 99-9	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	50	25	+25	48
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		–149	+149	
		Abschluss Kapitel 0601					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		35	54	–19	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		7.176	7.974	–798	
		Summe der Einnahmen		7.211	8.028	–817	
		4 Personalausgaben	—	17.553	18.588	–1.035	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	1.282	1.195	+87	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	50	25	+25	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	–11.853	–11.857	+4	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	7.032	7.951	–919	
		Überschuss		179	77	+102	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 541 61

Kosten für die Tagung des Wissenschaftsrates in Niedersachsen (14.000 EUR). Der Empfang der Landesregierung wird aus dem Verfügungsfonds der Landesregierung finanziert.
Kosten zur Durchführung eines Hochschulpolitischen Kongresses und eines Kulturkongresses (98.000 EUR).

Zu Titelgruppe 98/99

Hier sind die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie für die damit verbundenen Einrichtungen zusammengefasst.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0602 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 41-3	139	Rückzahlung von Überzahlungen		25	25	—	19
119 42-1	187	Rückflüsse aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentsprechend verwendeten Zuweisungen des Bundes *Vgl. K-Vermerk zu 546 10.*		—	—	—	—
119 81-2	162	Erstattungen durch andere Länder *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.*		—	—	—	5
119 83-9	162	Einnahmen von niedersächsischen Einrichtungen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 83.*		—	—	—	—
119 84-7	162	Erstattungen durch andere Projektpartner *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 84.*		—	—	—	—
119 86-3	012	Erstattungen der Dienststellen für die Beschäftigung von Ersatzkräften für freigestellte Mitglieder des HPR und der Hauptschwerbehindertenvertretung *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 86.*		165	165	—	188
119 87-1	162	Erstattungen durch andere Länder, Projektpartner und niedersächsische Einrichtungen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 87.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
531 05-5	139	Betreiberabgabe gem. § 54a Abs. 2 UrhG	—	—	183	–183	182
546 10-9	187	Rückzahlungen an den Bund aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentsprechend verwendeten Bundeszuweisungen *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 42.*	—	—	—	—	—
547 10-5	139	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	46	46	—	39
632 01-3	139	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) *Übertragbar.*	—	650	650	—	645
632 02-1	186	Erstattung an die Freie und Hansestadt Hamburg für die lfd. Unterhaltung der Norddeutschen Blindenhörbücherei	—	193	193	—	185
636 01-9	131	Unfallversicherung für Studierende	—	2.333	2.333	—	2.277
682 11-8	139	Zuführungen an Landesbetriebe für die Kosten der Geschäftsstelle der Landeskonferenz der niedersächsischen Hochschulfrauenbeauftragten (LNHF) **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	—	17	–17	17
685 10-9	139	Zuschüsse an Stiftungen für die Kosten der Landeshochschulkonferenz **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	110	93	+17	—
685 22-2	162	Zuschuss für Bibliothekstantieme	—	—	1.324	–1.324	1.094
685 24-9	139	Zuschuss des Landes Niedersachsen zu der Finanzierung der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates	—	248	219	+29	208

ERLÄUTERUNGEN

Zu 119 41

Rückflüsse aus Zuwendungsabrechnungen.

Zu 119 81

Verlagert zu Titel 119 87.

Zu 119 83

Verlagert zu Titel 11987.

Zu 119 84

Verlagert zu Titel 119 87.

Zu 119 86

Anteilige Erstattungen der Dienststellen des Ressorts für die Finanzierung von Ersatzkraftstellen für freigestellte Mitglieder des Hauptpersonalrates und der Hauptschwerbehindertenvertretung beim MWK.

Zu 119 87

Vereinnahmt werden hier unter anderem:

- Der Anteil des Landes Sachsen-Anhalt an den Herstellungskosten des Mitteilungsblattes der Arbeitsgemeinschaft der Bibliotheken in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt sowohl für wissenschaftliche als auch für öffentliche Bibliotheken.
- Betriebseinnahmen von den nicht vom Land Niedersachsen finanzierten Einrichtungen.
- Beiträge Dritter im Rahmen von Projekten der Europäischen Bibliothekszusammenarbeit.

Zu 531 05

Verlagert zu Titel 686 87.

Zu 547 10

Pauschale Vergütung für die Nutzung von Urheberrechten an Musikwerken in Lehrveranstaltungen in Hochschulen.

Zu 632 01

Die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) ist am 1. 5. 1973 als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Dortmund und zugleich als Einrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen staatsvertraglich errichtet worden. Die ZVS vergibt Studienplätze für Studienanfänger in bestimmten Studiengängen und Fächerkombinationen.
Gemäß Artikel 17 Abs. 2 des Staatsvertrages vom 24. Juni 1999 (Nds. GVBl. 2000 S. 9) erstatten die Länder dem Sitzland anteilig den rechnungsmäßigen Finanzbedarf für die Studienplatzvergabe durch die ZVS. Darüber hinaus erstatten die Länder gemäß Artikel 17 Abs. 3 Staatsvertrag anteilig die in die Haushaltsrechnung der Zentralstelle nicht eingehenden besonderen Kosten des Sitzlandes.

Zu 632 02

Die durch den Verein "Norddeutsche Blindenhörbücherei" gegründete Blindenhörbücherei in Hamburg steht auch für Blinde der Länder Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zur Verfügung, wenn diese Länder zu einer Kostenbeteiligung bereit sind. Als Sitzland übernimmt die Freie und Hansestadt Hamburg vorweg 30 v. H. der Gesamtaufwendungen. Die hiernach verbleibenden Kosten werden auf die vier beteiligten Länder nach dem Königsteiner Schlüssel aufgeteilt, die der Freien und Hansestadt Hamburg als federführende Kulturbehörde zu erstatten sind.

Noch zu 632 02

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Norddeutschen Blindenhörbücherei, Hamburg

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	635	650	649
Einnahmen	174	190	190
Fehlbetrag	461	460	459

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	193
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	268
5. Private	—
Zusammen	461

Zu 636 01

Veranschlagt sind die vom Land Niedersachsen an die Landesunfallkasse (LUK) zu zahlenden Beiträge für die gesetzliche Unfallversicherung der Studierenden.

Zu 682 11

Verlagert zu 685 10.

Zu 685 10

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Beschäftigung einer Mitarbeiterin/eines Mitarbeiters nach Verg.Gr. II a BAT und einer ständig nicht vollbeschäftigten Kraft nach Verg.Gr. VII BAT, deren durchschnittliche Arbeitszeit die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt, sowie Verfügungsmittel für den Vorsitzenden der Landeshochschulkonferenz, die Ausgaben für Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Post- und Fernsprechgebühren und Reisekosten.

Für die Geschäftsstelle der Landeskonferenz Niedersächsischer Hochschulfrauenbeauftragter (LNHF) sind Mittel in Höhe von 17.000 EUR für eine ständig nicht vollbeschäftigte Kraft veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.
Die Ausgaben dürfen nur für die Vergütung einer Beschäftigten/eines Beschäftigten in einem befristeten Arbeitsverhältnis geleistet werden.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 685 22

Verlagert zu Titel 686 87.

Zu 685 24

Anteil, der aufgrund Artikel 9 des Verwaltungsabkommens vom 5. 9. 1957 i. d. F. vom 28. 2. 1991 zwischen Bund und Ländern über die Errichtung eines Wissenschaftsrats voraussichtlich auf das Land Niedersachsen entfällt.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Wissenschaftsrates

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	6.362	6.635	4.885
Einnahmen	7	7	0
Fehlbetrag	6.355	6.628	4.885

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	248
3. den Bund mit	2.421
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	2.173
5. Beiträge Dritter	1.513
Zusammen	6.355

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschuss des Landes Niedersachsen zu der Finanzierung der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates

Rechtliche Grundlage: Verwaltungsabkommen vom 05.09.1957 i.d.F. vom 28.02.1991 zwischen dem Bund und den Ländern

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	184	210	224	219	219	248	248	248	248
Korrespondierende Einnahmen aus					-	-	-		
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					219	248	248	248	248

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1957

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Der Wissenschaftsrat berät die Bundesregierung und die Regierungen der Länder. Er hat die Aufgabe, Empfehlungen zur inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung, sowie des Hochschulbaus zu erarbeiten.

Zielgruppe: Förderung der Wissenschaft

Durchschnittliche Förderhöhe: 217 Tsd. EUR.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0602 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
685 25-7	139	Zuschuss des Landes Niedersachsen zur Hochschulrektorenkonferenz *Übertragbar.*	—	163	161	+2	158
685 26-5	013	Zuschuss zu den Kosten einer Informationsschrift für Abiturienten und Absolventen von Fachoberschulen	—	18	17	+1	17
685 27-3	186	Zuschuss des Landes Niedersachsen zu den Kosten der Büchereizentrale Lüneburg	—	824	824	—	824
685 28-1	162	Zuschuss zum Kompetenznetzwerk für Bibliotheken	—	—	39	–39	39
685 51-6	324	Zuschuss des Landes Niedersachsen an den Hochschulsportverband	—	3	3	—	3
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Wissenschaftliche Kommission des Landes Niedersachsen** *Übertragbar.*	(—)	(711)	(698)	(+13)	(661)
429 63-3	139	Nicht aufteilbare Personalausgaben **** Zur Sicherstellung des Geschäftsbetriebes der Wissenschaftlichen Kommission darf das Ministerium mit sieben Bediensteten unbefristete Arbeitsverträge abschließen.*	—	508	698	–190	462
547 63-6	139	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten	—	203	—	+203	199
812 63-1	139	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 80		**Zusätzliche Förderung von Restaurierungs- und Konservierungsarbeiten in Landes- und Hochschulbibliotheken**	(—)	(—)	(344)	(–344)	(342)
429 80-3	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	262	–262	118
538 80-7	162	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
547 80-6	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	71	–71	46
682 80-0	162	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	—	11	–11	80
685 80-0	162	Zuschüsse für laufende Zwecke der Stiftungen	—	—	—	—	98
812 80-1	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 81		**Förderung der Arbeitsgemeinschaft der Bibliotheken im Land Niedersachsen** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 81.*	(—)	(—)	(19)	(–19)	(24)
527 81-3	162	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	3	–3	0
547 81-4	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben **** Abweichend von §61 Abs. 1 bzw. §63 Abs. 3 LHO darf das Mitteilungsblatt unentgeltlich abgegeben werden.*	—	—	16	–16	24

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 685 25

Haushalt der Stiftung zur Förderung der Hochschulrektorenkonferenz

Der Zuschussbedarf der Stiftung zur Förderung der Hochschulrektorenkonferenz wird gem. Art. 1 und 2 der Verwaltungsvereinbarung vom 4. 12. 1992 für den Einzelplan I (Zentralsekretariat) von den Ländern und für den Einzelplan III von Bund und Ländern im Verhältnis 50 : 50 aufgebracht, soweit nicht der Bund oder die Länder einzelne Aufgabenbereiche allein finanzieren. Der auf die Länder entfallende Anteil am Zuwendungsbetrag wird zu zwei Dritteln nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen und zu einem Drittel nach dem der Bevölkerungszahlen der Länder aufgebracht.

Übersicht über den (vorläufigen) Haushaltsplan
(Einzelpläne I und III) der Stiftung
zur Förderung der Hochschulrektorenkonferenz

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	2.265	2.093	3.414
Einnahmen	203	67	55
Fehlbetrag	2.062	2.026	3.359

	2007 Tsd.EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	163
3. den Bund mit	304
4. übrige Bundesländer	1.595
5. Private	
Zusammen	2.062

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschuss des Landes Niedersachsen an die Stiftung zur Förderung der Hochschulrektorenkonferenz

Rechtliche Grundlage: Artikel 1 und 2 der Verwaltungsvereinbarung vom 04.12.1992 zwischen dem Bund und den Ländern

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	200	170	200	162	161	163	163	163	163
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					161	163	163	163	163

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1992

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
In der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) wirken die Mitgliedshochschulen zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Bereich der Forschung, der Lehre, der wissenschaftlichen Weiterbildung, des Technologie- und Wissenstransfers, der internationalen Kooperation und zur Vertretung sonstiger gemeinsamer Interessen zusammen und nehmen ihre gemeinsamen Belange wahr. Zur Bereitstellung der Personal- und Sachmittel bedient sich die HRK der Stiftung zur Förderung der Hochschulrektorenkonferenz (§ 2 der Satzung der Stiftung zur Förderung der HRK vom 09.07.1965 in der Fassung vom 05.11.1990).

Zielgruppe: Förderung der Wissenschaft

Durchschnittliche Förderhöhe: 176 Tsd. EUR.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 685 26

Die Informationsschrift für Abiturienten und Absolventen der Fachoberschulen wird von der BLK und der Bundesagentur für Arbeit (BAfA) herausgegeben. Die Kosten werden je zu einem Drittel von Bund, Ländern und der BAfA getragen. Veranschlagt ist der voraussichtliche Anteil Niedersachsens für das Haushaltsjahr 2007.

Zu 685 27

Der Büchereiverband Lüneburg-Stade e. V. (Büchereizentrale Lüneburg) unterhält ein das Land Niedersachsen umfassendes Beratungs- und Dienstleistungssystem für die öffentlichen Bibliotheken.
Die Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und dem Büchereiverband Lüneburg-Stade e. V. vom 30. 11. 1992/14. 12. 1992, geändert durch Vereinbarung vom 10./17.08.1998, sieht eine Festbetragsfinanzierung als jährlichen Zuschuss vor, der zur teilweisen Finanzierung der jährlich anstehenden Personal- und Sachkosten bestimmt ist.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Büchereiverbandes Lüneburg-Stade e. V.

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	1.450	1.453	1.548
Einnahmen	436	423	414
Fehlbetrag	1.014	1.030	1.134

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	24
2. das Land mit	824
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	166
5. Private	—
Zusammen	1.014

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschuss des Landes Niedersachsen zu den Kosten der Büchereizentrale Lüneburg

Rechtliche Grundlage: Vertrag zwischen dem Land Niedersachsen und dem Büchereiverband Lüneburg-Stade e.V. vom 14.12.1992 i.d.F. vom 17.08.1998

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	808	824	824	824	824	824	824	824	824
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					824	824	824	824	824

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung
Beginn der Förderung: 1992
Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.
Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Der Büchereiverband Lüneburg-Stade e.V. (Büchereizentrale Lüneburg) berät und unterstützt kommunale öffentliche Bibliotheken und Schulbibliotheken in ganz Niedersachsen. Dies umfasst landesweite Veranstaltungen zur Aus- und Fortbildung, Erarbeitung von Buchempfehlungslisten, Entwicklung von Konzepten sowie Unterstützung einer landesweit kompatiblen Datenverarbeitung für Bibliotheken.
Die Förderung des Büchereiverbandes Lüneburg-Stade e.V. stellt die einzige fachliche Unterstützung der vorgenannten Bibliotheken dar. Die vielfältigen Aufgaben erfordern eine landesweite Koordination durch eine zentrale Stelle. Mittels einer weitgehenden Förderung durch das Land wird sichergestellt, dass die Qualität der Beratung langfristig ein hohes Niveau hält und die Attraktivität öffentlicher Bibliotheken durch ein qualitativ hochwertiges Angebot bei vergleichsweise geringen Kosten für die Nutzer steigt.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 685 27

Als Bildungs- und Kultureinrichtungen bedienen öffentliche Bibliotheken Nutzer aller Altersgruppen und erfüllen damit wichtige Funktionen sowohl in der "Post-Pisa-Ära" als auch mit Blick auf das lebenslange Lernen. Bibliotheken bieten Orte des Lesens, der Leseförderung und der systematischen Strukturierung und Aufbereitung von analogen und digitalen Informationen. Angesichts der zentralen Bedeutung guter Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die zukünftige Entwicklung des Landes besteht ein erhebliches Landesinteresse an der Förderung.

Zielgruppe: Benutzer aller Altersgruppen von öffentlichen Bibliotheken.

Durchschnittliche Förderhöhe: 821 Tsd. EUR.

Zu 685 28

Verlagert zu Titel 685 87.

Zu Titelgruppe 63

Die Niedersächsische Landesregierung hat mit Beschluss vom 25. 3. 1997 der Errichtung einer Wissenschaftlichen Kommission des Landes Niedersachsen zugestimmt. Die Wissenschaftliche Kommission wird auf Dauer eingesetzt und soll die Landesregierung und die wissenschaftlichen Institutionen kontinuierlich im Wege gutachterlicher Stellungnahmen bei der Wahrnehmung folgender Aufgaben beraten:

- Fortentwicklung der Struktur des niedersächsischen Hochschul- und Forschungssystems
- Entwicklung und Prüfung von Forschungsschwerpunkten
- Entwicklung und Organisation von Evaluationsverfahren für die Forschung
- Schwerpunktsetzung bei der Verteilung von Personalstellen und/ oder Mittel aus dem Forschungspool des Landes sowie aus Mitteln des Nieders. Vorabs der Volkswagen-Stiftung
- Umsetzung von Empfehlungen des Wissenschaftsrates in Niedersachsen.

Zur Bewältigung dieser Aufgaben bedient sich die Wissenschaftliche Kommission einer Geschäftsstelle und darüber hinaus auch des Sachverstandes von Arbeitsgruppen und ad hoc-Kommissionen.

Zu 429 63

1. In der Geschäftsstelle der Wissenschaftlichen Kommission werden 7 hauptamtliche Angestellte unbefristet beschäftigt und zwar:

- 1 Generalsekretär -/in mit einer außertariflichen Vergütung entsprechend Bes.Gr. B 3 BBesO,
- 1 Verg.Gr. I a BAT (Verwaltungsdienst),
- 3 Verg.Gr. I b BAT (Verwaltungsdienst),
- 1 Verg.Gr. III BAT (Verwaltungsdienst),
- 1 Verg.Gr. V c BAT (Verwaltungsdienst).

2. Der ehrenamtlich tätige Vorsitzende der Wissenschaftlichen Kommission erhält für die Abgeltung des über die Reisekosten hinausgehenden weiteren Aufwandes für eine eintägige Sitzung eine Aufwandsentschädigung von pauschal 307 EUR und für eine zweitägige Sitzung eine Aufwandsentschädigung von pauschal 614 EUR.

3. Die ehrenamtlich tätigen Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission erhalten für die Abgeltung des über die Reisekosten hinausgehenden weiteren Aufwandes für eine eintägige Sitzung eine Aufwandsentschädigung von pauschal 256 EUR und für eine zweitägige Sitzung eine Aufwandsentschädigung von pauschal 512 EUR.

Zu 547 63

Veranschlagt sind hier die für den Geschäftsbetrieb der Wissenschaftliche Kommission benötigten sächlichen Verwaltungsausgaben.

Zu Titelgruppe 80

Verlagert in die Titelgruppe 87.

Zu Titelgruppe 81

Verlagert in die Titelgruppe 87.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0602 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 82		**Nieders. Beirat für Bibliotheksangelegenheiten**	(—)	(—)	(5)	(–5)	(3)
526 82-5	162	Entschädigungen für die Beiratsmitglieder	—	—	2	–2	1
547 82-2	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	3	–3	2
TGr. 83		**Betriebsausgaben der niedersächsischen Bibliotheksautomation** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 83.*	(—)	(—)	(889)	(–889)	(839)
425 83-2	162	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
427 83-5	162	Beschäftigungsentgelte; Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	—
429 83-8	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 83-0	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	545	–545	57
682 83-5	162	Zuführungen an Landesbetriebe	—	—	344	–344	511
685 83-4	162	Zuschüsse für laufende Zwecke der Stiftungen	—	—	—	—	271
812 83-6	162	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegliche Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 84		**Europäische Bibliothekszusammenarbeit** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 84.*	(—)	(—)	(11)	(–11)	(10)
429 84-6	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 84-9	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	11	–11	—
682 84-3	162	Zuführungen an Landesbetriebe	—	—	—	—	—
685 84-2	162	Sonstige Zuschüsse	—	—	—	—	10
TGr. 85		**Niedersachsenkonsortium zur Sicherung der Informationsversorgung**	(—)	(—)	(840)	(–840)	(834)
547 85-7	162	Nicht aufteilbare sächliche Veraltungsausgaben	—	—	—	—	—
682 85-1	162	Zuführungen an die Landesbetriebe	—	—	—	—	—
685 85-0	162	Zuschüsse für laufende Zwecke der Stiftungen	—	—	840	–840	834
TGr. 86		**Beschäftigung von Ersatzkräften für freigestellte Mitglieder des Hauptpersonalrates und der Hauptschwerbehindertenvertretung** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 86.*	(—)	(165)	(165)	(—)	(138)
427 86-0	012	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 82
Verlagert in die Titelgruppe 87.

Zu Titelgruppe 83
Verlagert in die Titelgruppe 87.

Zu Titelgruppe 84
Verlagert in die Titelgruppe 87.

Zu Titelgruppe 85
Verlagert in die Titelgruppe 87.

Zu Titelgruppe 86
Veranschlagt sind die Ausgaben für die Beschäftigung von Ersatzkräften für gemäß § 39 Abs. 3 NPersVG i.V. mit § 48 NPersVG freigestellte Mitglieder des Hauptpersonalrates beim MWK und der Hauptschwerbehindertenvertretung für den Geschäftsbereich des MWK gemäß § 97 Abs. 7 i.V. m. § 96 Abs. 4 SGB IX.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0602 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
682 86-0	012	Zuführungen an die Landesbetriebe für die Beschäftigung von Ersatzkräften für freigestellte Mitglieder des Hauptpersonalrates	—	165	165	—	138
TGr. 87		**Förderung der Wissenschaftlichen Bibliotheken im Land Niedersachsen** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 87.*	(—)	(3.531)	(—)	(+3.531)	(—)
429 87-0	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	262	—	+262	—
526 87-6	162	Entschädigung für die Beiratsmitglieder des Nieders. Beirates für Bibliotheksangelegenheiten	—	2	—	+2	—
527 87-2	162	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	3	—	+3	—
538 87-4	162	Vergabe von Werkverträgen für Restaurierungs- und Konservierungsarbeiten in den Landes- und Hochschulbibliotheken	—	—	—	—	—
547 87-3	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben	—	653	—	+653	—
682 87-8	162	Zuführungen an Landesbetriebe	—	355	—	+355	—
685 87-7	162	Zuschüsse für laufende Zwecke der Stiftungen und an Sonstige	—	879	—	+879	—
686 87-3	162	Zuschüsse und Abgaben nach dem Urheberrechtsgesetz	—	1.377	—	+1.377	—
812 87-9	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 0602					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		190	190	—	
		Summe der Einnahmen		190	190	—	
		4 Personalausgaben	—	770	960	–190	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	907	880	+27	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	7.318	7.233	+85	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	8.995	9.073	–78	
		Zuschuss		8.805	8.883	–78	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 87

Die Ansätze der Titel 531 05, 685 22, 685 28 und der bisherigen Titelgruppen 80, 81, 82, 83, 84 und 85 wurden zur neuen Titelgruppe 87 zusammengefasst. Im Einzelnen wird hierzu auf die Titelerläuterungen verwiesen.

Zu 547 87

Veranschlagt sind hier:

1. Ausgaben, die zur Bestreitung der Kosten, die durch die Herstellung des Manuskriptes, der Korrektur und des Druckes eines Mitteilungsblattes der Arbeitsgemeinschaft der Bibliotheken in den Ländern Niedersachsen und Sachsen-Anhalt entstehen (einschließlich der in diesem Zusammenhang anfallenden Reisekosten und Schreibarbeiten).

2. Ausgaben für Aufwandsentschädigungen und Reisekostenvergütungen für die Mitglieder des Bibliotheksbeirates, die nicht Landesbedienstete sind (Rd.Erl. MWK v. 13. 3. 1979 Nds. MBl. S. 441). Der Bibliotheksbeirat hat die Aufgabe, das Land in allen bibliothekarischen Fragen zu beraten und zu unterstützen sowie im Auftrage des MWK Vorschläge für die Fortschreibung des Bibliotheksplans zu erarbeiten.

3. Sächlichen Verwaltungsausgaben die für die Bibliotheksautomation an den niedersächsischen Bibliotheksstandorten anfallen, soweit sie nicht als Landesbetrieb geführt werden.

4. Ausgaben für die Europäische Bibliothekszusammenarbeit. Die EG-Kommission fördert mit einem Aktionsprogramm die europäische Bibliothekszusammenarbeit. Dieses Programm sieht Zuschüsse der EG bei einer Eigenbeteiligung der Bibliotheken vor. Dabei geht es im wesentlichen um die Vorbereitung einer EDV-Vernetzung europäischer Bibliotheksverbände und eine Zusammenarbeit bei der Bibliotheksautomation.

Zu 682 87

Veranschlagt sind hier:

1. Ausgaben zur zusätzlichen Förderung von Restaurierungs- und Konservierungsarbeiten in Landes- und Hochschulbibliotheken (u.a. zentrale Mittel für Restaurierungsaufträge und zur verstärkten Förderung von Restaurierung/Konservierung in den wissenschaftlichen Bibliotheken).
2. Des Weiteren sind aus dem Ansatz alle Verwaltungsausgaben zu bestreiten, die für die Bibliotheksautomation an den niedersächsischen Bibliotheksstandorten anfallen, soweit sie als Landesbetrieb geführt werden, sowie die Aufwendungen, die in dem Landesbetrieb "Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GBV)" für die niedersächsische Bibliotheksautomation entstehen.

Zu 685 87

1. Dem Deutschen Bibliotheksinstitut (DBI) waren bis 1999 unerlässliche Aufgaben zur Bündelung von Entwicklungskapazitäten der überregionalen Literatur- und Informationsversorgung übertragen. Als Nachfolgeeinrichtung war die Errichtung eines vom Bund und den Ländern finanzierten "Innovationszentrums für Bibliotheken (IZB)" unter dem Dach der Stiftung Preussischer Kulturbesitz ab dem Jahr 2002 angestrebt worden. Hierfür waren in den Haushaltsjahren 2002/2003 Mittel bei Kap. 0675 Titel 685 21 veranschlagt. Dieses Konzept wurde nicht weiterverfolgt. Die KMK hat eine Arbeitsgruppe beauftragt, ein neues Konzept für ein "Kompetenznetzwerk für Bibliotheken (KNB)" zu entwickeln, das sich zunächst nur mit kurzfristigen Aufgaben (deutsche Bibliotheksstatistik, internationale Kooperationen, Normenausschuss, Bibliotheks- und Dokumentationswesen, Koordinierung des KNB) beschäftigen soll. Die Finanzierung dieser Aufgaben erfolgt anteilig durch die Länder. Der nieders. Anteil ist hier veranschlagt.

2. Des Weiteren sind veranschlagt die Ausgaben für die Errichtung und Unterhaltung eines nieders. Konsortiums für die Zeitschriftenversorgung der wissenschaftlichen Bibliotheken.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 686 87

Hier sind veranschlagt:

1. Pauschale Abgeltung der urheberrechtlichen Ansprüche gemäß § 54a Abs.2 UrhG für die in den Hochschulen, wissenschaftlichen und kommunalen öffentlichen Bibliotheken von den Bibliotheksträgern aufgestellten Kopiergeräte, die über die VG Wort abgewickelt werden (sog. Betreiberabgabe).

2. Das Gesetz zur Änderung des Urheberrechts vom 13.09.2003 (BGBl. I S. 1774) sieht einen Vergütungsanspruch der Urheber (sog. Bibliothekstantieme) gegen die einzelnen Bibliotheken vor. Der Vergütungsanspruch kann nur durch eine Verwertungsgesellschaft geltend gemacht werden.
Die Bibliothekstantieme soll aus kulturpolitischen Gründen nicht auf den Benutzer abgewälzt werden und auch zu keiner Kürzung des Buchanschaffungsetats der Bibliotheken führen. Sie soll deshalb durch zusätzliche Mittel der Träger der öffentlichen Bibliotheken aufgebracht werden.
Bund, Länder und Gemeinden haben sich in Verhandlungen mit den bestehenden Verwertungsgesellschaften auf eine pauschale Abgeltung des Vergütungsanspruchs pro Jahr geeinigt, der über die KMK abgewickelt wird. Der auf die Gemeinden und die freien Träger entfallende Anteil wird von Bund und Ländern übernommen. Unter Einbeziehung dieses Anteils tragen die Länder 90 v. H. und der Bund 10 v. H. .
Veranschlagt ist der zu erwartende niedersächsische Landesanteil für das Haushaltsjahr 2007.
Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschüsse und Abgaben nach dem Urheberrechtsgesetz
Rechtliche Grundlagen: 1. § 54 a Abs. 2 UrhG (Betreiberabgabe), 2. Gesamtvertrag über die Abgeltung der Ansprüche nach § 52 a UrhG (Bibliothekstantieme) zwischen dem Bund, den Ländern und der VG Wort, VG Bild-Kunst , GEMA, GVL, VGF, GWFF und VFF (Verwertungsgesellschaften).
Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	1.395	1.295	1.327	1.327	1.507	1.377	1.377	1.377	1.377
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					1.507	1.377	1.377	1.377	1.377

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige
Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [X]Billigkeitsleistung
Beginn der Förderung: 01.01.1973
Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.
Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
1. Pauschale Abgeltung der urheberrechtlichen Ansprüche gemäß § 54a Abs.2 UrhG für die in den Hochschulen, wissenschaftlichen und kommunalen öffentlichen Bibliotheken von den Bibliotheksträgern aufgestellten Kopiergeräte, die über die VG Wort abgewickelt werden (Betreiberabgabe).
2. Abgeltung der Vergütung, welche den Autoren und Verlagen für die Bereitstellung ihrer Werke in Niedersächsischen Bibliotheken entsprechend dem Urheberechtsgesetz (UrhG) zusteht. Die Abgeltung erfolgt auf der Grundlage des Gesamtvertrages über die Abgeltung der Ansprüche nach § 52 a UrhG (Bibliothekstantieme) zwischen Bund, Ländern und Verwertungsgesellschaften. Zugrundegelegt wird der Königsteiner Schlüssel.
Zielgruppe: Bibliotheksbenutzer

Durchschnittliche Förderhöhe: 1.371 Tsd. EUR.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0604 Hochbauangelegenheiten und Beschaffungen für Hochschulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		**** Die allgemeinen Erläuterungen zu Kap. 0604 sind verbindlich.*					
		E I N N A H M E N					
121 11-3	131	Ablieferungen der Landesbetriebe für Baumaßnahmen		500	—	+500	—
129 11-4	131	Ablieferungen der Stiftungen für Baumaßnahmen		4.000	7.212	–3.212	—
331 11-8 (GA)	131	Zuweisungen des Bundes **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*		75.600	59.852	+15.748	48.000
342 11-0	131	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland		2.525	1.955	+570	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 80		**Ablieferungen der Landesbetriebe und Stiftungen für Beschaffungen**		(—)	(938)	(–938)	(—)
121 80-6	131	Ablieferungen der Landesbetriebe		—	938	–938	—
129 80-7	131	Ablieferungen der Stiftungen		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
547 10-2 (GA)	131	Vergütung Außenstehender für Grundsatzplanungen als Voraussetzung für die Veranschlagung von Hochschulbaumaßnahmen	—	—	412	–412	—
891 12-1 (GA)	131	Vorarbeitskosten für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten der Landesbetriebe	—	—	1.888	–1.888	—
894 12-0 (GA)	131	Vorarbeitskosten für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten der Stiftungen	—	—	3.070	–3.070	—
894 40-6 (GA)	131	Zuwendungen für die Durchführung von Hochbau- und Netzmaßnahmen für Stiftungen und sonstige Zuwendungsempfänger (ohne Humanmedizin)	86.046 75.912	43.599	37.834	+5.765	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 70		**Durchführung von Hochbau- und Netzmaßnahmen für Landesbetriebe (ohne Humanmedizin)** *Übertragbar.*	(78.239) (62.456)	(38.561)	(22.718)	(+15.843)	(2.195)
891 70-9 (GA)	131	Zuführungen für den Erwerb und für Baukosten	78.239 62.456	38.561	21.856	+16.705	2.195
893 70-1 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	862	–862	—
916 70-1 (GA)	950	Zuführungen an den Grundstock	—	—	—	—	—
TGr. 71		**Durchführung von Hochbau- und Netzmaßnahmen in der Humanmedizin** *Übertragbar.*	(135.225) (63.450)	(35.798)	(26.261)	(+9.537)	(—)
891 71-7 (GA)	132	Zuführungen für Baukosten der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH)	106.671 11.650	24.064	12.820	+11.244	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0604 allgemein

1. Die Ansätze und Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Gem. § 17 Abs.1 S.2 LHO sind die Anlagen zum Titel 894 40 und zu den TGrn. 70 und 71 hinsichtlich der Maßnahmenbezeichnung verbindlich.
3. Die Ausgaben erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 331 11.
4. Zur Durchführung von veranschlagten Baumaßnahmen dürfen Verpflichtungen zu Lasten kommender Haushaltsjahre bis zur Gesamthöhe von 305,836 Mio EUR eingegangen werden.
5. Die Ausgaben erhöhen oder vermindern sich um die für einzelne Maßnahmen bestimmten Mehr- oder Mindereinnahmen bei den Titeln 121 11, 129 11 und 342 11. Die Ausgaben bei TGr. 80/81 erhöhen sich um die Ablieferungen im Rahmen der Schlussabrechnungen.
6. Gem. § 35 Abs.2 LHO dürfen Ausgaben des Kap. 0604 im Rahmen des Verwendungszwecks auch bei 0609 geleistet werden, wenn dort Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Nicht verbindliche Erläuterungen:

Die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau gem. Art. 91a Abs.1 Nr.1 GG (alt) ist zum 31.12.2006 entfallen. Zur Kompensation stellt der Bund bis 2019 weiterhin Mittel zur Verfügung, die bis 2013 in jährlicher Höhe feststehen und zweckgebunden für den Hochschulbau einzusetzen sind. Die Mittel werden zum Teil pauschal an die Länder verteilt. Auf das Land Niedersachsen entfällt insoweit ab 2007 ein jährlicher Betrag von 48,2 Mio EUR. Zu einem weiteren Teil fließen die Mittel in die neue Gemeinschaftsaufgabe „Forschungsbauten an Hochschulen einschließlich Großgeräten“ gem. Art. 91b Abs. 1 Nr. 3 GG. Für 2007 wird hieraus mit einem Betrag von bis zu 27,4 Mio EUR für das Land Niedersachsen gerechnet.

Grundstückskosten für große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landes, die aus dem Allgemeinen Grundstock vorfinanziert werden, sind diesem nach entsprechender Veranschlagung zu erstatten.

Zu 121 11

Ablieferung der TU Braunschweig für das Haus der Wissenschaften (lfd. Nr. 19 der Erl. zu TGr. 70).

Zu 129 11

Ablieferungen der Stiftung Universität Göttingen einschl. Medizin (lfd. Nr. 15 der Erl. zu Tit. 894 40; lfd. Nrn. 3 und 13 der Erl. zu TGr. 71) und der Universität Hannover (lfd. Nr. 41 der Erl. zu TGr. 70).

Zu 331 11

Einnahmen, die auf Maßnahmen des Kap. 0609 entfallen, sind durch Einnahmeabsetzung zu verausgaben und als Einnahme bei 0609 – 331 11 nachzuweisen.

Nicht verbindliche Erläuterung:

Neben dem zur Ablösung des HBFG feststehenden Betrages von 48,2 Mio EUR (Art. 143 c GG) ist im Rahmen der Förderlinie Forschung ein Betrag von 27,4 Mio EUR (Art. 91 b Abs.1 Nr.2 GG - Berechnung nach dem Königsteiner Schlüssel) veranschlagt.

Zu 342 11

Veranschlagt sind Zahlungen der Länder als Anteil an den Investitionskosten für den Hochleistungsrechner II (1.875.000 EUR) und vom Studentenwerk Hannover (650.000 EUR) für den Umbau der Mensa – s. auch Erl. zu 129 11.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 894 40

Lfd. Nr.	Hochschule Rpl.Nr.	Maßnahmen-bezeichnung	Kosten lt. HU-Bau in 1000 EUR				Finanzierung in 1000 EUR				Bemerkungen
			Teil 1 Grund-erwerb	Teil 2 Bau-kosten	Teil 3 Erst-einricht.	Ges.	Bis 2005 (Ist)	HPl. 2006	2007	2008 und später	
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
1	Universität Hildesheim 0980 003	Umbau Domäne Marienburg	0	0	0	5.960	0	500	0	5.460	Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.
2	Universität Göttingen 1031 003/004	Neubau für den FB Physik, 1. BA	0	81.960	14.112	96.072	17.379	7.060	5.400	66.233	Letzte Leasingrate 2022
3	Universität Göttingen 1031 005	Umbau der Tief-garage, 1. BA	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens
4	Universität Göttingen 1031 007	Zentrale Leittechnik Nordgebiet	0	5.800	0	5.800	124	0	1.000	4.676	Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.
5	Universität Göttingen 1031 010	Neubau für den FB Physik, 2. BA	0	30.677	11.006	41.683	30.611	3.400	3.500	4.172	
6	Universität Göttingen 1031 014	Umbau der ehe-maligen Patholo-gie als Sprach-labor	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens
7	Universität Göttingen 1031 060	Sammellager für radioaktive Stoffe	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens
8	Universität Göttingen 1031 061	Neubau eines interdisziplinären Experimental-labors (XLAB)	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens
9	Universität Göttingen 1031 062	Sanierung der alten SUB, 2. BA	0	10.624	844	11.468	9.946	324	500	698	
10	Universität Göttingen 1031 065/069	Umbau Isotopen-labor, Tierärzt-liches Institut, 1. u. 2. BA	0	9.867	1.361	11.228	8.459	2.627	142	0	
11	Universität Göttingen 1031 070	Neubau für das Institut für Infor-matik	0	5.330	570	5.900	171	1.486	2.800	1.443	
12	Universität Göttingen 1031 071	Grundinstand-setzung der Zentralmensa	0	420	16.080	16.500	233	0	4.000	12.267	
13	Universität Göttingen 1031 072	Neubau eines kulturwiss. Zentrums für die Philosoph. Fakultät	0	0	0	19.400	0	0	1.000	18.400	Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.
14	Universität Göttingen 1031 075	Neubau einer Sporthalle am Institut für Sport-wissenschaften	0	2.500	0	2.500	527	610	1.100	263	
15	Universität Göttingen 1031 076	Grundinstand-setzung des 20 kv-Netzes, 1. BA	0	0	0	2.670	0	1.400	1.000	270	Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 894 40

Lfd. Nr.	Hochschule Rpl.Nr.	Maßnahmenbezeichnung	Kosten lt. HU-Bau in 1000 EUR				Finanzierung in 1000 EUR				Bemerkungen
			Teil 1 Grunderwerb	Teil 2 Baukosten	Teil 3 Erstein-richt.	Ges.	Bis 2005 (Ist)	HPl. 2006	2007	2008 und später	
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
16	Universität Göttingen 1031 077	Sanierung der historischen Sternwarte	0	1.654	136	1.790	0	1.790	0	0	Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.
17	Universität Göttingen 1031 319	Neubau Nds. Staats- und Universitäts-bibliothek (SUB)	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens
18	Universität Göttingen 1031 905	Neuordnung der Außenanlagen im Bereich Alt-klinikum/GWZ	0	9.542	0	9.542	6.492	1.821	1.229	0	
19	Universität Göttingen	Grundinstand-setzung des 20 kv-Netzes, 2. BA	0	0	0	9.100	0	0	220	8.880	Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.
20	Universität Göttingen	Grundsanierung und Umstruk-turierung der Fakultät für Chemie, 1. BA	0	0	0	15.000	0	0	0	15.000	Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.
21	Universität Göttingen	Grundsanierung und Umstruk-turierung der Fakultät für Chemie, 2. BA	0	0	0	24.000	0	0	0	24.000	Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.
22	Universität Göttingen	Grundsanierung und Umstruk-turierung der Fakultät für Chemie, 3. BA	0	0	0	16.000	0	0	0	16.000	Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.
23	Universität Göttingen	Grundsanierung und Umstruk-turierung der Fakultät für Chemie, 4. BA	0	0	0	10.000	0	0	0	10.000	Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.
24	Tierärztliche Hochschule Hannover 1740 010	Umbau der Kliniken für Pferde, kleine Haustiere usw.	1.190	39.163	4.864	45.217	1.192	7.119	7.550	29.356	
25	Tierärztliche Hochschule Hannover	S 3 Forschungs-labor für Infek-tionsmedizin mit Tierhaltung	0	0	0	5.500	0	0	1.000	4.500	Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.
26	FH Osna-brück 5500 001	Erwerb und Umbau der General-von-Stein-Kaserne	869	6.545	1.023	8.437	6.771	1.000	400	266	
27	FH Os-nabrück 5500 003	Erwerb und Umbau der ehemaligen Caprivi-Kaserne	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens
28	FH Os-nabrück 5500 005	Neubau einer Mensa am Standort Wes-terberg einschl. Grunderwerb	0	0	0	18.407	0	1.000	1.400	16.007	Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 894 40

Lfd. Nr.	Hochschule Rpl.Nr.	Maßnahmen-bezeichnung	Kosten lt. HU-Bau in 1000 EUR				Finanzierung in 1000 EUR				Bemerkungen
			Teil 1 Grund-erwerb	Teil 2 Bau-kosten	Teil 3 Erst-einricht.	Ges.	Bis 2005 (Ist)	HPl. 2006	2007	2008 und später	
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
29	FH Osnabrück 5500 006	Neubau eines Hörsaal- und Bibliotheksgebäudes in Haste	0	6.889	271	7.160	943	2.000	3.100	1.117	
30	FH Osnabrück 5500 008	Neubau für den FB Technische Informatik	0	6.727	900	7.627	50	1.250	2.800	3.527	
31	FH Osnabrück 5500 009	Umbau von Gebäuden für den FB Technische Informatik	0	3.016	375	3.391	70	830	1.600	891	
32	FH Osnabrück 5500 010	Neubau eines Hörsaal- und Seminargebäudes	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens
33	FH Osnabrück 5500 011	Umbau Gebäudekomplexe 4,5,6 für Kunststoff- und Schweißtechnik	0	4.456	350	4.806	559	300	2.000	1.947	
34	FH Osnabrück 5500 013	Erweiterung der Cafeteria (Anbau) in der Caprivi-Kaserne	0	0	0	2.900	0	0	0	2.900	Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.
35	FH Osnabrück 5500 014	Erwerb u.Umbau Gebäude 3 der ehem. Von-Stein-Kaserne für Ingenieurwesen	0	0	0	1.800	42	800	958	0	
36	FH Osnabrück 5500 884	Ankauf und Umbau der ehemaligen Frauenklinik	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens
37	FH Osnabrück; StandortLingen 5503 012	Ausbau des Standortes Lingen, 1. BA, Neubau Instituts-gebäude	0	0	0	30.000	0	0	900	29.100	Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.
		Summe							43.599		

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamt belastung in 1000 EUR
2007	—	27.848	—	27.848
2008	—	23.658	7.992	31.650
2009	—	17.167	8.500	25.667
2010	—	7.239	11.000	18.239
2011 ff.	—	—	58.554	58.554
Summe	—	75.912	86.046	161.958

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 70

Lfd. Nr.	Hochschule Rpl.Nr.	Maßnahmen-bezeichnung	Kosten lt. HU-Bau in 1000 EUR				Finanzierung in 1000 EUR				Bemerkungen
			Teil 1 Grund-erwerb	Teil 2 Bau-kosten	Teil 3 Erst-einricht.	Ges.	Bis 2005 (Ist)	HPl. 2006	2007	2008 und später	
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
1	Universität Oldenburg 0520 008	Neubau eines Verwaltungsgebäudes	0	0	0	12.900	0	0	500	12.400	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist
2	Universität Osnabrück 0530 006	Neubau eines Hörsaal- und Verfügungsgebäudes	0	11.838	0	11.838	9.486	2.352	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens.
3	Universität Osnabrück 0530 008	Erwerb und Herrichtung des AOK-Gebäudes für Zentr. Einrichtungen u.a.	2.092	1.612	180	3.884	2.750	1.084	50	0	
4	Universität Osnabrück 0530 009	Erweiterung der Bibliothek	0	0	0	12.293	137	0	0	12.156	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
5	Universität Osnabrück 0530 010	Umbau Gebäudekomplex 29/30 für Umweltsystemforschung	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens
6	Universität Osnabrück 0530 011	Erweiterungsbau für den FB Biologie	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens
7	Universität Osnabrück 0530 012	Umbau Gebäude 26 zu Hörsälen und Seminarräumen	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens
8	Universität Osnabrück 0530 013	Herrichtung der Außenanlagen am Standort Westerberg	0	0	0	6.600	0	0	0	6.600	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
9	Universität Osnabrück 0530 016	Erwerb und Umbau der Liegenschaft “Sandkühler“	0	0	0	8.320	2.166	1.000	2.000	3.154	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
10	Universität Osnabrück 0530 840	Öffentliche Erschließung am Westerberg (HBG), 1.BA	0	1.892	0	1.892	1.219	0	673	0	
11	Technische Universität Braunschweig 1430 001	Errichtung Informatikzentrums - Erweiterungsbau	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens.
12	Technische Universität Braunschweig 1430 030	Umbau Gebäude 1404 für Naturwissenschaften	0	0	0	4.719	0	0	0	4.719	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
13	Technische Universität Braunschweig 1430 031	Energetische Sanierung des Gebäudes 4103	0	0	0	5.113	0	0	0	5.113	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 70

Lfd. Nr.	Hochschule Rpl.Nr.	Maßnahmenbezeichnung	Kosten lt. HU-Bau in 1000 EUR				Finanzierung in 1000 EUR				Bemerkungen
			Teil 1 Grunderwerb	Teil 2 Baukosten	Teil 3 Erstein richt.	Ges.	Bis 2005 (Ist)	HPl. 2006	2007	2008 und später	
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
14	Technische Universität Braunschweig 1430 033	Neubau von Hörsälen mit Umbau des Gebäudes 1407 für Seminarzweckes	0	4.330	342	4.672	0	2.080	1.500	1.092	
15	Technische Universität Braunschweig 1430 036	Umbau des Gebäudes 1325 für das Institut für Hochfrequenztechnik	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens
16	Technische Universität Braunschweig 1430 038	Herrichtung des Forumsgebäudes einschl. Brandschutzmaßnahmen	0	0	0	2.500	0	0	0	2.500	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
17	Technische Universität Braunschweig 1430 040	Erwerb des ehem. Magnetbahngeländes nebst Umbau des Gebäudes	0	0	0	2.900	0	1.9000	1.000	0	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
18	Technische Universität Braunschweig	Umbau der Gebäude 3322 für das Institut für Partikeltechnik und 3314 für das Institut für Wärme- und Brennstofftechnik	0	0	0	2.300	0	0	300	2.000	Finanzierung durch die TU. Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
19	Technische Universität Braunschweig	Haus der Wissenschaften; Umbau 3. – 6. OG Pockelstr. 11	0	0	0	1.500	0	0	1.500	0	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
20	Technische Universität Clausthal 1440 005	Organische Chemie - Asbestentsorgung und Sicherheitsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens
21	Technische Universität Clausthal 1440 006	Nachnutzung IfE durch Anorganische Chemie u. Zentrum für Materialtechnik	0	0	0	9.000	0	0	0	9.000	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
22	Technische Universität Clausthal 1440 008	Netz- und Gebäudeleittechnik	0	3.553	0	3.553	140	1.000	750	1.663	
23	Technische Universität Clausthal 1440 009	Grundinstandsetzung der Physikalischen Institute	0	3.095	375	3.470	0	0	1.100	2.370	
24	Technische Universität Clausthal 1440 220	Sanierung des Heiznetzes	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens
25	Technische Universität Clausthal 1440 224	Neubau eines Zentralen Chemikalien- und Abfallagers	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 70

Lfd. Nr.	Hochschule Rpl.Nr.	Maßnahmenbezeichnung	Kosten lt. HU-Bau in 1000 EUR				Finanzierung in 1000 EUR				Bemerkungen
			Teil 1 Grunderwerb	Teil 2 Baukosten	Teil 3 Ersteinricht.	Ges.	Bis 2005 (Ist)	HPl. 2006	2007	2008 und später	
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
26	Technische Universität Clausthal 1440 226	Neubau und Sanierung von Mensen	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens.
27	Technische Universität Clausthal	Errichtung eines Energie-Forschungszentrums in Goslar	0	0	0	11.740	0	0	700	6.140	Großgeräte und Kommunikations-technik aus Kap. 0609 (4.900 EUR) Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
28	Universität Hannover 1450 017	Erweiterungsbau für den FB Gartenbau	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens.
29	Universität Hannover 1450 021	Umbau Gebäude Nienburger Str. 1 - 4	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens.
30	Universität Hannover 1450 025	Herrichtung des Rechnerraumes (Hochleistungsrechner)	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens
31	Universität Hannover 1450 026	Neubau des produktionstechnischen Zentrums	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens.
32	Universität Hannover 1450 028	Neubau eines Laboratoriums für Nano- und Quanten-Engineering	0	0	0	10.800	0	0	1.000	9.800	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
33	Universität Hannover 1450 029	Herrichtung von Gebäuden im Bereich Schlosswender Str. für Berufspädagogik	0	5.616	100	5.716	500	1.800	2.000	1.416	
34	Universität Hannover 1450 030	Umnutzung von Flächen der Chemie für Mineralogie, Gebäude 2501	0	3.202	153	3.355	50	250	2.000	1.055	
35	Universität Hannover 1450 032	Herrichtung einer Halle für den Hochleistungsrechner II	0	0	0	4.060	250	2.600	1.210	0	
36	Universität Hannover 1450 674	Ausbau der Informatikinstitute	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens.
37	Universität Hannover	Umbau des Gebäudes 4112 für Biolog. Produktionssysteme	0	0	0	2.470	0	0	1.600	870	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
38	Universität Hannover	Aufstockung des Gebäudes 1504 für TIB/UB	0	0	0	3.710	0	0	1.500	2.210	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 70

Lfd. Nr.	Hochschule Rpl.Nr.	Maßnahmen-bezeichnung	Kosten lt. HU-Bau in 1000 EUR				Finanzierung in 1000 EUR				Bemerkungen
			Teil 1 Grund-erwerb	Teil 2 Bau-kosten	Teil 3 Erst-einricht.	Ges.	Bis 2005 (Ist)	HPl. 2006	2007	2008 und später	
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
39	Universität Hannover	Sanierung der Chemie, Gebäude 2501, 2504, 2505	0	0	0	16.600	0	0	0	16.600	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
40	Universität Hannover	Herrichtung der Maschinenhalle im Gebäude 1104	0	0	0	3.100	0	0	0	3.100	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
41	Universität Hannover	Nachnutzung Gebäude 3403 für Bauingenieurwesen (PZH)	0	0	0	12.800	0	0	0	12.800	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
42	Universität Hannover	Erweiterung der Mensa	0	0	0	3.800	0	0	1.300	2.500	Uni/Studenten-werk tragen Gesamtkosten. Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
43	Universität Hannover	Zentrum für Biomolekulare Wirkstoffchemie	0	0	0	10.000	0	0	0	10.000	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
44	Universität Hannover	Neubau einer Dreifeldsporthalle	0	0	0	3.200	0	0	0	3.200	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
45	Universität Hannover	Umsetzung eines Teils der Chemie für das Institut für Lebensmittelchemie	0	0	0	1.900	0	0	900	1.000	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
46	Universität Hannover	Unterbringung des Instituts für Lebensmittelwissenschaften im Gebäude 2705	0	0	0	2.750	0	0	1.350	1.400	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
47	FH Oldenb. /Ostfriesl./ Wilhelmsh. - Standort Oldenburg, 5301 001	Erwerb und Umbau BBS	1.325	3.738	550	5.613	1.427	1.500	2.000	686	
48	FH Oldenb. /Ostfriesl./ Wilhelmsh. - Standort Emden 5302 002	Umbau im Altgebäudebestand	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 70

Lfd. Nr.	Hochschule Rpl.Nr.	Maßnahmen-bezeichnung	Kosten lt. HU-Bau in 1000 EUR				Finanzierung in 1000 EUR				Bemerkungen
			Teil 1 Grund-erwerb	Teil 2 Bau-kosten	Teil 3 Erst-einricht.	Ges.	Bis 2005 (Ist)	HPl. 2006	2007	2008 und später	
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
49	FH Oldenb. /Ostfriesl./ Wilhelmsh. - Standort Emden 5302 007	Errichtung eines Zentrums für Gesundheitswiss. im FB Sozialwesen	0	0	0	3.734	0	0	0	3.734	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
50	FH Oldenb. /Ostfriesl./ Wilhelmsh. - Standort Wilhelmh. 5303 005	Neubau eines Hallen- und Laborbereiches	0	12.121	652	12.773	11.506	678	589	0	
51	FH Oldenb. /Ostfriesl./ Wilhelmsh. - Standort Wilhelmh. 5303 006	Herrichtung von freigewordenen Flächen zu Arbeitsräumen und Laboren	0	0	0	3.400	0	0	400	3.000	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
52	FH Oldenb. /Ostfriesl./ Wilhelmsh. - Standort Elsfleth 5304 002	Errichtung eines Maritimen Kompetenzzentrums	0	0	0	4.200	0	0	1.500	2.700	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
53	FH Braun-schweig/ Wolfenbütt. 5311 006	Umbau der Maschinenhalle und der Aula im Hauptgebäude	0	0	0	3.308	0	0	0	3.308	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
54	FH Braun-schweig/ Wolfenbütt. 5311 188	Umbau der Northhampton Barracks für Techn. Fachbereiche	184	6.700	1.483	8.367	7.266	662	439	0	
55	FH Braun-schweig/ Wolfenbütt. - Standort Wolfsburg 5313 006	Erwerb und Umbau eines Gebäudes für Gesundheitswesen und Wirtschaftswiss.	0	0	0	4.556	0	0	500	4.056	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
56	FH Braun-schweig/ Wolfenbütt. - Standort Wolfsburg 5313 007	Umbau und Erweiterung der Mensa	0	0	0	1.798	0	0	0	1.798	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
57	FH Braun-schweig/ Wolfenbütt. - Standort Wolfsburg 5313 008	Neubau einer 2. Halle für den FB Fahrzeug-Produktions- und Verfahrenstechnik	0	0	0	2.045	0	0	0	2.045	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
58	FH Braun-schweig/ Wolfenbütt. - Standort Wolfsburg 5313 009	Erwerb des Ordnungsamtes für Bibliothekszwecke	0	0	0	4.978	0	0	0	4.978	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 70

Lfd. Nr.	Hochschule Rpl.Nr.	Maßnahmenbezeichnung	Kosten lt. HU-Bau in 1000 EUR				Finanzierung in 1000 EUR				Bemerkungen
			Teil 1 Grunderwerb	Teil 2 Baukosten	Teil 3 Erstein richt.	Ges.	Bis 2005 (Ist)	HPl. 2006	2007	2008 und später	
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
59	FH Braunschweig/ Wolfenbütt. - Standort Wolfsburg 5313 010	Neubau Hörsaalgebäude mit Audimax für Produktions- und Verfahrenstechnik	0	8.400	450	8.850	42	1.950	2.200	4.658	
60	FH Braunschweig/ Wolfenbütt. - Standort Wolfsburg 5313 011	Neubau eines Laborgebäudes für Produktions- u. Verfahrenstechnik	0	0	0	4.600	0	0	0	4.600	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
61	FH Braunschweig/ Wolfenbütt. - Standort Salzgitter 5314 004	Neubau einer Mehrzweckhalle	0	0	0	4.998	0	0	0	4.998	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
62	FH Braunschweig/ Wolfenbütt. - Standort Salzgitter 5314 005	Ankauf eines Mietgebäudes für FB Transport- u. Verkehrswesen	0	0	0	10.226	0	0	0	10.226	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
63	Fachhochschule Hannover 5331 002	Erweiterungsbau am Ricklinger Stadtweg für Maschinenbau u.a. , 2.BA	0	0	0	10.000	0	0	1.000	9.000	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
64	Fachhochschule Hannover	Erweiterung der FH – Standort EXPO-Gelände für Medienwissenschaften	0	0	0	5.000	0	0	2.500	2.500	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
65	FH Hildesheim/ Holzminden/ Göttingen; Standort Göttingen 5382 007	Neubau für Präzisionsfertigungstechnik	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens.
66	FH Hildesheim/ Holzminden/ Göttingen; Standort Holzminden 5385 001	Neu- und Erweiterungsbau für Immobilienwirtschaft, Architektur u. Bauingenieurwesen	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens
67	FH Hildesheim/ Holzminden/ Göttingen; Standort Holzminden 5385 002	Umbau Hauptgebäude	0	0	0	2.264	214	0	1.000	1.050	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 70

Lfd. Nr.	Hochschule Rpl.Nr.	Maßnahmen-bezeichnung	Kosten lt. HU-Bau in 1000 EUR				Finanzierung in 1000 EUR				Bemerkungen
			Teil 1 Grund-erwerb	Teil 2 Bau-kosten	Teil 3 Erst-einricht.	Ges.	Bis 2005 (Ist)	HPl. 2006	2007	2008 und später	
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
68	FH Hildesheim/ Holz-minden/ Göttingen; Standort Holzminden 5385 003	Neubau einer Mensa	0	0	0	1.868	89	0	500	1.279	Die Kostenglie-derung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
69		Netzmaßnahmen für Landesbetriebe	0	0	0	13.000	0	3.000	3.000	7.000	
		Summe							38.561		

Zu 891 70

Belastung (2007)

der Haus-halts-jahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamt belastung in 1000 EUR
2007	6.770	25.650	—	32.420
2008	3.702	23.230	21.850	48.782
2009	1.543	12.263	17.134	30.940
2010	—	1.313	15.406	16.719
2011 ff.	—	—	23.849	23.849
Summe	12.015	62.456	78.239	152.710

Zu Titelgruppe 71

Lfd. Nr.	Hochschule Rpl.Nr.	Maßnahmen-bezeichnung	Kosten lt. HU-Bau in 1000 EUR				Finanzierung in 1000 EUR				Bemerkungen
			Teil 1 Grund-erwerb	Teil 2 Bau-kosten	Teil 3 Erst-einricht.	Ges.	Bis 2005 (Ist)	HPl. 2006	2007	2008 und später	
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
1	Universität Göttingen – Bereich Hu-manmedizin; 1039 006	Brandschutzmaß-nahmen einschl. Asbestsanierung im UBFT, 3.BA	0	2.836	0	2.836	188	1.000	1.200	448	
2	Universität Göttingen – Bereich Hu-manmedizin; 1039 010	Brandschutzmaß-nahmen einschl. Asbestsanierung im UBFT, 2.BA	0	5.476	0	5.476	4.008	1.283	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens.
3	Universität Göttingen – Bereich Hu-manmedizin; 1039 013	Neubau einer zentralen OP-Abteilung	0	0	0	46.300	20	1.500	2.000	42.780	Die Kostenglie-derung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
4	Universität Göttingen – Bereich Hu-manmedizin; 1039 018	Brandschutzmaß-nahmen in den Bettenhäusern	0	4.108	0	4.108	3.482	100	300	226	

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 71

Lfd. Nr.	Hochschule Rpl.Nr.	Maßnahmenbezeichnung	Kosten lt. HU-Bau in 1000 EUR				Finanzierung in 1000 EUR				Bemerkungen
			Teil 1 Grunderwerb	Teil 2 Baukosten	Teil 3 Erstein-richt.	Ges.	Bis 2005 (Ist)	HPl. 2006	2007	2008 und später	
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
5	Universität Göttingen – Bereich Humanmedizin; 1039 022	An- und Umbau VER-Gebäude Ost	0	5.640	13	5.653	5.358	61	234	0	
6	Universität Göttingen – Bereich Humanmedizin; 1039 023	Grundinstandsetzung der Zufahrten	0	3.840	0	3.840	1.244	997	600	999	
7	Universität Göttingen – Bereich Humanmedizin; 1039 024	Verbesserung des baulichen Brandschutzes UBFT, 4.BA.	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens.
8	Universität Göttingen – Bereich Humanmedizin; 1039 027	Ausstattung mit Client-Server-Strukturen einschl. Vernetzung	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens.
9	Universität Göttingen – Bereich Humanmedizin; 1039 030	Brandschutz und Asbestsanierung in den Pflegegebäuden, Sanierungsabschn. 2	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens.
10	Universität Göttingen – Bereich Humanmedizin; 1039 039	Brandschutz und Asbestsanierung in den Pflegegebäuden, Sanierungsabschn. 4	0	0	0	11.050	0	0	0	11.050	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
11	Universität Göttingen – Bereich Humanmedizin; 1039 045	Brandschutz und Asbestsanierung in den Pflegegebäuden, Sanierungsabschn. 3	0	4.107	97	4.204	0	0	2.400	1.804	
12	Universität Göttingen – Bereich Humanmedizin; 1039 033	Grundsanierung der Intensivstationen und Einrichtung von ICS, 1. BA	0	0	0	18.600	0	0	0	18.600	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
13	Universität Göttingen – Bereich Humanmedizin; 1039 042	Mittelfristige Informationstechnologie (IT-Ausbau)	0	3.500	12.200	15.700	1.116	3.500	2.000	9.084	
14	Universität Göttingen – Bereich Humanmedizin; 1039 051	Neubau für ein MRT-Gerät und ein Tier-MRT	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens.
15	Universität Göttingen – Bereich Humanmedizin; 1039 055	Umbau Gebäude am Waldweg für MS-Forschung und Immunologie	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens.
16	Universität Göttingen – Bereich Humanmedizin; 1039 056	Errichtung eines Palliativzentrums mit Ambulanz und Grundsanierung der Onkologie	0	7.600	400	8.000	0	5.000	3.000	0	

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 71

Lfd. Nr.	Hochschule Rpl.Nr.	Maßnahmenbezeichnung	Kosten lt. HU-Bau in 1000 EUR				Finanzierung in 1000 EUR				Bemerkungen
			Teil 1 Grunderwerb	Teil 2 Baukosten	Teil 3 Erstein-richt.	Ges.	Bis 2005 (Ist)	HPl. 2006	2007	2008 und später	
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
17	Universität Göttingen – Bereich Humanmedizin; 1039 324	Energiesparmaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens.
18	Universität Göttingen – Bereich Humanmedizin; 1039 384	Umbau Psychiatrie, 2.BA	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens.
19	Medizinische Hochschule Hannover 1739 003/033	Neubau eines Transplantationsforschungszentrums (TPFZ) sowie einer Frauenklinik	0	117.580	20.452	138.032	33.270	4.910	4.900	94.952	Erhöhung der Gesamtkosten. Vorhaben mit privater Vorfinanzierung (letzte Leasingrate 2023).
20	Medizinische Hochschule Hannover 1739 007	Sanierung der Chirurgischen Poliklinik/ Notfall-aufnahme, Blutbank und Aufnahmestation	0	0	0	28.000	0	0	1.800	26.200	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
21	Medizinische Hochschule Hannover 1739 014	Umbau des OP-Bereichs im UBF-Bau, 1.BA	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens.
22	Medizinische Hochschule Hannover 1739 026	Ausstattung mit Client-Server-Strukturen einschl. Vernetzung	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens.
23	Medizinische Hochschule Hannover 1739 035	Umbau des Zentralen OP-Bereichs im UBF-Bau, 3.BA	0	0	0	20.000	0	0	0	20.000	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
24	Medizinische Hochschule Hannover 1739 039	Behebung von Brandschutzmängeln im Bereich der Liegenschaft	0	3.586	23	3.609	0	400	1.500	1.709	
25	Medizinische Hochschule Hannover; 1739 042	Umbau der Kinderklinik für KMT-Station	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens.
26	Medizinische Hochschule Hannover; 1739 043	Theoretische Institute – Herrichtung von Laborflächen	0	3.304	500	3.804	0	2.000	1.804	0	
27	Medizinische Hochschule Hannover; 1739 045	Fortschreibung der EDV-Gesamtkonzeption	0	2.100	28.100	30.200	0	750	5.500	23.950	

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 71

Lfd. Nr.	Hochschule Rpl.Nr.	Maßnahmenbezeichnung	Kosten lt. HU-Bau in 1000 EUR				Finanzierung in 1000 EUR				Bemerkungen
			Teil 1 Grunderwerb	Teil 2 Baukosten	Teil 3 Erstein richt.	Ges.	Bis 2005 (Ist)	HPl. 2006	2007	2008 und später	
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
28	Medizinische Hochschule Hannover; 1739 046	Gesamtkonzept für die Sicherheitsstromversorgung der Liegenschaft MHH	0	0	0	0	0	0	0	0	Zur Abwicklung des Vorhabens.
29	Medizinische Hochschule Hannover; 1739 047	Umbau Gebäude I 3 für Theoretische Institute einschl. Brandschutz Gebäudekomplex I 2/3	0	0	0	35.300	0	0	2.000	33.300	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
30	Medizinische Hochschule Hannover 1739 048	Verlagerung der PHW - Chirurgie ins UBFT- Gebäude und Errichtung einer Station für Schwerstbrandverletzte	0	4.570	4.450	9.020	3.200	4.760	1.060	0	
31	Medizinische Hochschule Hannover 1739 071	Umbau und Erweiterung der Intensivpflege	0	24.880	7.312	32.192	20.242	4.000	2.000	5.950	
32	Medizinische Hochschule Hannover	Sanierung des Sonographi- , Endoskopie- u. Forschungsbereichs	0	0	0	5.500	0	0	300	5.200	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
33	Medizinische Hochschule Hannover	Sanierung der Sicherheitsstromversorgung	0	0	0	6.500	0	0	500	6.000	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
34	Medizinische Hochschule Hannover	Erneuerung der Rohrpostanlage	0	0	0	3.000	0	0	0	3.000	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
35	Medizinische Hochschule Hannover	Nieders. Zentrum für Kinderheilkunde	0	0	0	40.000	0	0	2.000	38.000	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
36	Medizinische Hochschule Hannover	Konzentration der Herzchirurgie	0	0	0	4.000	0	0	700	3.300	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
37	Medizinische Hochschule Hannover	Rationalisierungsneubau des Laborgebäudes	0	0	0	10.000	0	0	0	10.000	Refinanzierung durch die MHH nach Inbetriebnahme. Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
		Summe							35.798		

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 891 71

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	5.475	—	5.475
2008	—	3.175	12.000	15.175
2009	—	1.500	14.700	16.200
2010	—	1.500	28.471	29.971
2011 ff.	—	—	51.500	51.500
Summe	—	11.650	106.671	118.321

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0604 Hochbauangelegenheiten und Beschaffungen für Hochschulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
893 71-0 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH)	—	—	—	—	—
894 71-6 (GA)	132	Zuwendungen für Hochbau- und Netzmaßnahmen der Stiftung Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin (BHG)	28.554 51.800	11.734	13.441	–1.707	—
TGr. 80/81		**Beschaffungen** *Übertragbar.*	(6.326) (6.326)	(18.167)	(18.169)	(–2)	(728)
891 80-6 (GA)	131	Zuführungen an Landesbetriebe	6.326 6.326	18.167	18.169	–2	728
894 81-3 (GA)	131	Zuwendungen an die Stiftungen	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 0604					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		4.500	8.150	–3.650	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		78.125	61.807	+16.318	
		Summe der Einnahmen		82.625	69.957	+12.668	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	412	–412	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	305.836 208.144	136.125	109.940	+26.185	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	305.836 208.144	136.125	110.352	+25.773	
		Zuschuss		53.500	40.395	+13.105	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 894 71

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	6.000	—	6.000
2008	—	17.260	5.500	22.760
2009	—	18.000	5.476	23.476
2010	—	10.540	3.100	13.640
2011 ff.	—	—	14.478	14.478
Summe	—	51.800	28.554	80.354

Zu Titelgruppe 80/81

Ansätze und VE 2007:	Tsd. EUR
1. Barmittel	11.841,0
2. Ablösung einer Verpflichtungsermächtigung aus dem Hj. 2006 zu Lasten des Hj. 2007	6.326,0
3.Verpflichtungsermächtigung im Hj. 2007 zu Lasten des Hj. 2008	6.326,0
Zusammen	24.493,0

Beschaffungen über 1 Mio EUR:

Universität Hannover
17-06-G032-ZR-01 Landeshochleistungsrechner II;
Gesamtkosten 13.544.000 EUR:
2005 = 500.000 EUR; 2006 = 2.886.100 EUR,
2007 – 2009 = je 3.386.100 EUR

Zu 891 80

und Titel 894 81

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	3.386	6.326	—	9.712
2008	3.386	—	6.326	9.712
2009	3.386	—	—	3.386
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	10.158	6.326	6.326	22.810

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0605 Ausbildungsförderung, sonstige Förderung von Studierenden

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-5	142	Vermischte Einnahmen		1	15	–14	—
119 41-4	142	Rückzahlung von Überzahlungen		100	80	+20	117
119 67-8	142	Rückzahlung von aus Landesmitteln gewährten Ausbildungsbeihilfen		1	5	–4	0
129 01-0	141	Ablieferungen der Landesbetriebe für die Beteiligung an Mieteinnahmen der Studentenwerke		—	50	–50	2
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62		**Ausbildungsförderung (BAföG)**		(93.493)	(93.002)	(+491)	(92.187)
119 62-7	142	Erstattungen der Kreditanstalt für Wiederaufbau aus übergegangenen Darlehensansprüchen		30	20	+10	32
231 61-3	141	Zuweisungen des Bundes für Schüler (Zuschüsse)		42.065	40.758	+1.307	41.582
231 62-1	142	Zuweisungen des Bundes für Studierende (Zuschüsse)		50.398	51.421	–1.023	49.446
232 62-8	142	Erstattung von Förderungsbeträgen für Auszubildende im Ausland durch Länder		500	380	+120	556
281 61-0	142	Erstattungen für Leistungen im Rahmen der Ausbildungsförderung durch Unterhaltspflichtige		500	423	+77	572
		A U S G A B E N					
663 01-7	146	Schuldendiensthilfe für Studentenwohnraumbau	—	185	467	–282	547
684 02-2	142	Finanzhilfe für die Studentenwerke gemäß § 70 NHG **** Die VE darf nur mit Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des LT in Anspruch genommen werden.*	56.000 —	14.000	14.000	—	14.000
684 22-7	142	Zuschuss zur Studienstiftung des deutschen Volkes	—	290	290	—	280
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62		**Ausbildungsförderung (BAföG)**	(—)	(148.275)	(148.189)	(+86)	(145.102)
632 62-6	142	Erstattung von Ausbildungsförderung an Länder *Übertragbar.*	—	1.800	1.650	+150	1.381
661 62-6	142	Aufwendungsersatz, Zinszahlungen und Tilgungsausfälle für Darlehen nach BAföG **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	4.000	4.500	–500	2.932
681 61-9	141	Zuschüsse für Schüler *Übertragbar.* **** Gemäß § 15 Abs. 1 Satz 2 LHO dürfen zurückzuzahlende anteilige Förderungsbeträge für laufende Zuschüsse einschließlich der*	—	64.715	62.705	+2.010	63.972

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 61/62

Vgl. Erläuterungen zu der Ausgabetitelgruppe 61/62.

Zu 119 62

Erstattungen der Kreditanstalt für Wiederaufbau aus übergegangenen BAföG-Darlehensansprüchen.

Zu 231 61

Veranschlagt sind die zu erwartenden Zuweisungen des Bundes für Schülerinnen und Schüler in Höhe von 65 % des Ansatzes des Titels 681 61.

Zu 231 62

Veranschlagt sind die zu erwartenden Zuweisungen des Bundes für Studierende in Höhe von 65 % des Ansatzes des Titels 681 62.

Zu 232 62

Erstattungen der Länderanteile an der Förderung für Auszubildende, die ihren ständigen Wohnsitz in anderen Bundesländern haben und eine Ausbildungsstätte in BENELUX-Staaten bzw. Asien – ohne Türkei und ehemalige GUS-Staaten – besuchen (§ 56 Absatz 4 BAföG).

Zu 281 61

Erstattungen für Vorausleistungen gemäß § 36 BAföG an Schülerinnen, Schüler und Studierende durch Unterhaltspflichtige.

Zu 663 01

Für die Umnutzung ehem. Kasernen und anderer geeigneter Liegenschaften für Zwecke stud. Wohnens ist ein Schuldendiensthilfeprogramm im Umfang von rd. 10,3 Mio. EUR eingerichtet, in dessen Rahmen ca. 800 zusätzliche Wohnplätze an den Hochschulstandorten Buxtehude, Lüneburg, Oldenburg und Wolfenbüttel geschaffen wurden.

Belastungen, die aus bei Kapitel 06 05 Titel 663 01 in Vorjahren in Anspruch genommenen / ausgebrachten Verpflichtungen entstehen:

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	185	—	—	185
2008	—	—	—	—
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	185	—	—	185

Zu 684 02

Die Studentenwerke erhalten eine Finanzhilfe gemäß § 70 Abs. 3 NHG in der Fassung vom 21.11.2006 (Nds. GVBl. S. 538).

Die Anteile werden im Rahmen des Ansatzes des Haushaltsplans und nach Maßgabe des in § 70 Abs. 3 NHG festgesetzten Schlüssels ermittelt.

Die Prognoseberechnung für das Haushaltsjahr 2007 sieht eine Aufteilung wie folgt vor:

Studentenwerk	Tsd. EUR
Braunschweig (Clausthal integriert)	4.311
Göttingen	3.146
Hannover	2.259
Oldenburg	2.067
Osnabrück	2.217
Zusammen	14.000

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	14.000	14.000
2009	—	—	14.000	14.000
2010	—	—	14.000	14.000
2011 ff.	—	—	14.000	14.000
Summe	—	—	56.000	56.000

Zu 684 22

Die Studienstiftung des Deutschen Volkes gewährt Stipendien an Studierende im Grund- und Promotionsstudium und betreibt Auslandsförderungen sowie studienbegleitende Maßnahmen.
Der Zuschuss an die Studienstiftung des deutschen Volkes wird mit einem Satz von 0,035 EUR pro Kopf der Bevölkerung des Landes ermittelt.

Zu Titelgruppe 61/62

Die Mittel für die aufgrund des Bundesgesetzes über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz – BAföG) in der jeweils geltenden Fassung zu gewährenden Zuschüsse für die Förderung der Studierenden (Epl. 06) und die Förderung der Schülerinnen und Schüler (Epl. 07) sind hier veranschlagt. Der Bund trägt 65 v. H., die Länder tragen 35 v. H. der Förderungsleistungen.

Zu 632 62

Erstattung von Ausbildungsförderung (Landesanteil) an die Länder für Förderung von Auszubildenden, die ihren ständigen Wohnsitz in Niedersachsen haben und eine Ausbildungsstätte außerhalb der Bundesrepublik und außerhalb der BENELUX-Staaten und Asien – ohne Türkei und ehemalige GUS-Staaten - besuchen (§ 56 Abs. 4 BAföG).

Zu 661 62

Veranschlagt sind die Leistungen des Landes für Aufwendungsersatz, Zinszahlung und Tilgungsausfälle (nur Landesanteil) an die den Landesanteil der BAföG-Darlehen finanzierende Stelle (vgl. Kapitel 5061 Titel 342 62).

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0605 Ausbildungsförderung, sonstige Förderung von Studierenden

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 681 61-9		*anfallenden Zinsen auch nach Schluss des Haushaltsjahres durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.*					
681 62-7	142	Zuschüsse für Studierende *Übertragbar.* **** Vgl. Vermerk zu 681 61.*	—	77.535	79.109	–1.574	76.642
685 62-2	142	Anspruch der Kreditanstalt für Wiederaufbau auf Erstattung von Verwaltungskosten sowie Darlehens- und Zinsbeträgen *Übertragbar.*	—	225	225	—	174
TGr. 64		**Besondere Kosten der Ausbildungsförderung**	(—)	(8.996)	(8.902)	(+94)	(9.086)
538 64-6	142	Ausgaben der Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	46	46	—	45
633 64-9	142	Erstattung für Sonderzuständigkeiten gemäß § 45 Abs. 4 BAföG	—	450	356	+94	402
684 64-2	142	Erstattung an die Studentenwerke **** Etwaige Überzahlungen sind auf die Abschlagszahlungen des folgenden Haushaltsjahres anzurechnen.*	—	8.500	8.500	—	8.639
812 64-0	142	Erwerb von Informations- und Kommunikationstechnik	—	—	—	—	—
TGr. 67/68		**Studienförderung für ausländische Studierende** *Übertragbar.* **** Gemäß § 17 Abs.1 Satz 2 LHO sind die Sätze 1 bis 3 der Erläuterung zur Titelgruppe verbindlich.*	(—)	(129)	(129)	(—)	(79)
681 67-8	023	Zuschüsse für Studenten aus Entwicklungsländern	—	74	74	—	51
685 68-1	142	Zuschüsse an Stiftungen und Sonstige im Inland	—	55	55	—	28
TGr. 72		**Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses an Hochschulen** *Übertragbar.*	(—)	(—)	(50)	(–50)	(481)
682 72-0	143	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	—	50	–50	362
685 72-0	143	Zuschüsse an Stiftungen	—	—	—	—	120

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 633 64

Veranschlagt ist der erwartete Bedarf für das Amt für Auslandsförderung bei der Region Hannover.

Zu 684 64

Für die verwaltungsmäßige Abwicklung der Förderungsfälle der Studierenden als Erstattungen an Studentenwerke und die DV-mäßige Abwicklung der Förderungsfälle der Studierenden als Erstattung an das Informatikzentrum Niedersachsen.

Zu Titelgruppe 67/68

Für die Förderung ausländischer Studierender, die nicht förderungsberechtigt nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) sind.
Diese Leistungen werden als Leistungen eigener Art unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes gewährt.
Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt
werden.
Die Stipendienprogramme sind zeitlich begrenzt bis September 2007.

Zu 681 67

Die Mittel sind bestimmt zur Gewährung von Stipendien an Studierende aus Staaten Mittel- und Osteuropas.

Zu 685 68

Die Mittel sind zur Gewährung von Stipendien an Studierende aus China bestimmt.

Zu Titelgruppe 72

Aufhebung des Gesetzes zur Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses (Graduiertenförderungsgesetz GradFöG) und Verlagerung der Mittel nach Kapitel 0608 TGr. 77. Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses erfolgt im Rahmen der Förderung strukturierter Promotionsprogramme (Graduate Schools).

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0605 Ausbildungsförderung, sonstige Förderung von Studierenden

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0605					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		132	170	–38	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		93.463	92.982	+481	
		Summe der Einnahmen		93.595	93.152	+443	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	46	46	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	56.000 —	171.829	171.981	–152	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	56.000 —	171.875	172.027	–152	
		Zuschuss		78.280	78.875	–595	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0606 Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes - GBV - (Landesbetrieb)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-1	162	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
381 01-5	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-5	162	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 891 01.*	—	1.705	1.687	+18	1.785
891 01-3	162	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.*	—	217	217	—	217
		Abschluss Kapitel 0606					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	1.705	1.687	+18	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	217	217	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.922	1.904	+18	
		Zuschuss		1.922	1.904	+18	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0606

Die Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GBV) in Göttingen wird seit 1. 1. 2001 als Landesbetrieb gemäß § 26 Abs. 1 LHO geführt.
Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigefügt.

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GBV)

für das Geschäftsjahr 2007

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der gemäß § 26 LHO vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Betriebsanweisung für den Landesbetrieb Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes vom 01.11.2003

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 06

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Verbundzentrale des gemeinsamen Bibliotheksverbunds (GBV)

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Lizenzen an Rechten und Werten			
- Bebaute Grundstücke			
- Unbebaute Grundstücke			
- Gebäude			
- Maschinen und Anlagen	351 000	351 000	351 000
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,			
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			
Summe 1.:	351 000	351 000	351 000
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Lizenzen an Rechten und Werten			
- Gebäude			
- Maschinen und Anlagen	200 000	200 000	200 000
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,			
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			
Summe 2.:	200 000	200 000	200 000
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	900 000	900 000	900 000
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)			
- Ablieferungen an den Landeshaushalt			
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)			
Summe 3.:	900 000	900 000	900 000
4. Positiver Überleitungsbetrag			
Summe I.:	1 451 000	1 451 000	1 451 000
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan			
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)			
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren			
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	334 000	334 000	334 000
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen	217 000	217 000	217 000
• aus Fachkapitel			
• aus Sondermitteln			
• Baumittel (Rahmenplan)			
- Andere öffentliche Zuschussgeber			
Summe 1.:	551 000	551 000	551 000
2. Negativer Überleitungsbetrag	900 000	900 000	900 000
Summe II.:	1 451 000	1 451 000	1 451 000

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPl) sind.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 0606

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Verbundzentrale des gemeinsamen Bibliotheksverbunds (GBV)

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
- aus Fachkapitel für laufende Aufwendungen	1 705 000	1 687 000	1 785 000
- aus Fachkapitel für lfd. Aufwend. Bibliotheksautomation	344 000	344 000	344 000
- aus Sondermitteln			
Summe 1.:	2 049 000	2 031 000	2 129 000
2. Anteil an den Studiengebühren Langzeitstudierender			
Summe 2.:			
3. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse			
- Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	3 795 200	3 771 800	3 727 000
- Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge			
- Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten			
- Erträge aus Entgelten und eigenen Leistungen	295 000	210 000	160 000
Summe 3.:	4 090 200	3 981 800	3 887 000
4. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:			
Summe 4.:			
5. Andere aktivierte Eigenleistungen:			
Summe 5.:			
6. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Erstattung von Personalaufwendungen			
- Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung			
- Erlöse aus Nebenbetrieben			
- Betreuung von Studierenden			
- Gebühren und gebührenähnliche Erträge			
- Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung			
- Nebenerlöse aus der Abgabe von Energie, Nebenkosten etc.			
- Spenden			
- Erträge aus Schadensersatzleistungen			
- Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse			
- Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens			
- Auflösung von Rückstellungen			
- Periodenfremde Erträge	565 700	312 800	
- Übrige Erträge			
Summe 6.:	565 700	312 800	
7. Zinserträge und ähnliche Erträge:			
Summe 7.:			
Summe I.:	6 704 900	6 325 600	6 016 000
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Ware	88 000	110 000	132 000
- Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial, EDV			
- Aufwendungen für bezogene Leistungen			
• Unteraufträge in Drittmittelvorhaben			
• Werkverträge			
• Wissenschaftliche Dienstleistungen	100 000	100 000	140 000
• Bibliothekarische Fremddaten	248 000	246 000	245 800
- Weiterleitung von Forschungsmitteln			

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 0606

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Verbundzentrale des gemeinsamen Bibliotheksverbunds (GBV)

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
noch 1.:			
- Sonstige bezogene Leistungen	270 000	180 000	149 600
- Sachaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools			
Summe 1.:	706 000	636 000	667 400
2. Personalaufwand:			
2.1. Entgelte, Vergütungen und Besoldung			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten			
- Entgelte Tarifpersonal	2 900 000	2 879 400	2 632 300
- Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter			
- Studentische und wissenschaftlich - künstlerische Hilfskräfte	8 000		
- Lehrstuhlvertretungen			
- Sonstige Vergütungen	133 200		
- Personalaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools			
Summe 2.1.:	3 041 200	2 879 400	2 632 300
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Tarifpersonal	721.600	714.700	643.000
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt			
- Zuführung zum Sondervermögen Nds. Landesversorgungsrücklage			
- Emeritenbezüge tarifvertraglicher Vereinbarungen			
- Nachversicherung ausscheidender Beamter			
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte			
- Beihilfen für Tarifpersonal	5 000		
- Trennungsgeld und Umzugskosten			
- Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	7 400	7 000	3 000
Summe 2.2.:	734 000	721 700	646 000
Summe 2.:	3 775 200	3 601 100	3 278 300
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
- Immaterielle Vermögensgegenstände			
- Grundstücke und Bauten			
- Technische Anlagen und Maschinen	900 000	900 000	900 000
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung			
- Geringwertige Wirtschaftsgüter	30 000	30 000	20 000
Summe 3.:	930 000	930 000	920 000
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
- Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen			
• Bauunterhaltung			
• Aufwendungen für Wartung			
- Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
• Energie	80 000	58 000	55 000
• Heizung			
• Wasser- und Abwasser			

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 0606

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Verbundzentrale des gemeinsamen Bibliotheksverbunds (GBV)

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
noch 4.1:			
• Entsorgung			
-Aufwendungen für Reparatur und Instandhaltungsmaterial			
• Bauunterhaltung			
• Sonstige			
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
• Mieten, Pachten, Erbbauzins	236 000	200 000	150 000
• EDV-Dienstleistungen			
• Prüfung, Beratung, Rechtsschutz			
• Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)			
• Sonstige Gebühren			
• Fremdreinigung und Entsorgung			
• Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitsicherheit			
• Nutzungsentgelte für Lizenzen und Rechte	1 467 700	1 340 300	1 320 000
- Gebühren und Beiträge			
- Sonstige Fremdleistungen	100 000	140 200	157 300
Summe 4.1.:	1 883 700	1 738 500	1 682 300
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	70 000	80 000	120 000
- Aufwendungen für Kommunikation			
• Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	100 000	100 000	100 000
• Reisekosten	70 000	70 000	78 000
• Porto			
• Öffentlichkeitsarbeit	30 000	30 000	30 000
• Gästebewirtung und Repräsentation			
Summe 4.2.:	270 000	280 000	328 000
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Vergütungen für Lehraufträge			
- Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren			
- Fort- und Weiterbildung	40 000	40 000	40 000
- Personaleinstellung, -umsetzung, -entlassung			
- Übrige Personalaufwendungen			
Summe 4.3.:	40 000	40 000	40 000
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens			
- Schadensersatzleistungen			
- Abschreibungen auf Forderungen			
- Periodenfremde Aufwendungen			
- Sicherung der Gebäude			
- Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden			
- Aufwendungen für Mitgliedschaften			
- Zuführungen Sonderposten für Investitionszuschüsse			
- Andere sonstige betriebliche Aufwendungen			
Summe 4.4.:			
Summe 4.:	2 193 700	2 058 500	2 050 300
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:			
Summe 5.:			
Summe II.:	7 604 900	7 225 600	6 916 000

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 0606

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Verbundzentrale des gemeinsamen Bibliotheksverbunds (GBV)

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	- 900 000	- 900 000	- 900 000
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge			
Summe 1.:			
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
Summe 2.:			
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)			
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer			
- Gewerbeertragssteuer			
- Kapitalertragssteuer			
- Umsatzsteuer			
Summe 1.:			
2. Sonstige Steuern:			
- Kraftfahrzeugsteuer			
- Grundsteuer			
Summe 2.:			
Summe VI.:			
VII Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)	**- 900 000**	**- 900 000**	**- 900 000**

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen der Angestellten)

Bes.-Gr. Verg.–Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Angestellte im nds. Dienstverhältnis	38 Planstellen werden gemäß Verwaltungsabkommen der 7 Bundesländer anteilig finanziert. Die Kosten für die 3 Stellen im Hamburger Dienstverhältnis werden der VZG gemäß Verwaltungsabkommen in Rechnung gestellt. 10 Stellen werden zu 100 % aus den Beiträgen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz finanziert.
II a	1	1	Verwaltungsdienst	
III	1	1		
V b	1	1		
V c	3	3		
VI b	-	-		
I a	1	1	Wissenschaftlicher Dienst	
I b	1	1		
II a	6	6		
I b	1	1	Bibliotheksdienst	
II a	2	2		
IV a	2	2		
I	1	1	Datenverarbeitungsdienst	
I b	2	2		
III	4	4		
IV a	11	11		
IV b	4	4		
V b	2	2		
VI b	2	2		
	45	45	Zwischensumme Niedersachsen	
			Beamte und Angestellte im Hamburger Dienstverhältnis	
IV a	1	1	Biblotheksdienst	
A 11	1	1		
A 10	1	1		
	3	3	Zwischensumme Hamburg	
	48	48	Gesamt	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0607 Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 41-1	131	Rückzahlung von Überzahlungen		500	300	+200	2.651
231 01-7	164	Zuweisungen des Bundes für die Einrichtungen der Blauen Liste - Betrieb -		8.655	8.296	+359	8.280
232 01-3	178	Sonstige Zuweisungen von Ländern		768	904	–136	900
232 02-1	164	Sonstige Zuweisungen von Ländern aufgrund der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung **** 1. Rückzahlungen können abweichend von § 15 LHO durch Absetzungen von der Einnahme erfolgen.* *2. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist Absatz 1 der Erläuterungen verbindlich.*		6.501	6.478	+23	5.909
331 01-1	164	Zuweisungen des Bundes für die Einrichtungen der Blauen Liste - Investitionen -		2.022	2.557	–535	1.549
		A U S G A B E N					
671 01-7	178	Erstattungen an das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (IES) für Versorgungsleistungen	—	42	41	+1	36
685 27-1	165	Zuschüsse an wissenschaftliche Vereinigungen	—	314	314	—	302
685 28-0	164	Zuschuss des Landes Niedersachsen zur Finanzierung der Hochschul-Informations-System GmbH (HIS) *Übertragbar.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 685 28, 685 29, 685 35, 685 36, 685 51, 685 52, 685 53, 685 55, 685 57, 685 62, 894 62, 685 64, 894 64, 685 69, 894 69, 685 71 und 894 71.*	—	602	596	+6	589
685 29-8	165	Zuschuss an das Soziologische Forschungsinstitut e.V. in Göttingen (SOFI) *Vgl. D-Vermerk zu 685 28.*	—	736	721	+15	721
685 35-2	165	Zuschuss für das Kuratorium OFFIS e.V. (Oldenburger Forschungs- und Entwicklungsinstitut für Informatik-Werkzeuge und -Systeme) *Vgl. D-Vermerk zu 685 28.*	—	2.435	2.250	+185	2.250
685 36-0	165	Zuschuss für das Forschungszentrum TERRAMARE in Wilhelmshaven *Vgl. D-Vermerk zu 685 28.*	—	946	946	—	946
685 51-4	165	Zuschuss für die Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft in Braunschweig (BWG) *Vgl. D-Vermerk zu 685 28.* **** Für Verwaltungsleistungen, die Landesbehörden für die BWG erbringen, werden Leistungsgebühren / Entgelte nicht erhoben.*	—	92	92	—	91
685 52-2	165	Zuschuss an die Akademie der Wissenschaften zu Göttingen (AdW) *Vgl. D-Vermerk zu 685 28.* **** Für Verwaltungsleistungen, die Landesbehörden für die Akademie der Wissenschaften in Göttingen erbringen, werden Leistungsgebühren/ Entgelte nicht erhoben.*	—	786	697	+89	697
685 53-0	165	Zuschuss an das Kriminologische Forschungsinstitut in Hannover (KFN) *Vgl. D-Vermerk zu 685 28.*	—	1.085	1.059	+26	1.059

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0607

Bezeichnung des Förderprogramms:
Gemeinsame Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen mit überregionalem Wirkungskreis.

Rechtliche Grundlage:
Die Förderung der wissenschaftlichen Forschung durch den Bund und die Länder ist durch die Rahmenvereinbarung über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Artikel 91 b GG geregelt worden.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	125 973	125 830	129 068	137 095	139 578	144 011	148 390	150 447	154 176
Korrespondierende Einnahmen aus EU					-	-	-	-	-
Bund					10 853	10 677	10 678	9 746	9 690
Sonstige / Länder					6 478	6 501	6 219	6 219	6 219
Zuschuss					122 247	126 833	131 493	134 482	138 267

Empfänger:
[X]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Empfänger sind die in Kapitel 0607 Titelgruppe 77 bis 96/97 aufgeführten Forschungseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL), die Großforschungseinrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), die Fraunhofer Gesellschaft (FhG), die Max-Planck-Gesellschaft (MPG), die Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) sowie das Akademienprogramm.

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
Die Rahmenvereinbarung Forschungsförderung ist mit Wirkung vom 01.01.1976 in Kraft getreten.

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis . . .

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Die Forschungseinrichtungen und -programme werden nach Artikel 91 b Grundgesetz i.V. mit der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) und den einzelnen Ausführungsvereinbarungen zur RV-Fo von Bund und Ländern nach unterschiedlichen Schlüsseln finanziert. Niedersachsen gehört zu den Vertragsschließenden dieser Vereinbarung und ist deshalb an der Finanzierung beteiligt.
Die niedersächsischen Standorte dieser Einrichtungen im Forschungsdreieck Hannover/Göttingen/Braunschweig tragen zur Bedeutung des Forschungsstandorts Deutschland bei.

Zielgruppe:
Forschungseinrichtungen und Einrichtungen zur Förderung der Forschung

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0607

Bezeichnung des Förderprogramms:
Zuschüsse für überregionale Forschungseinrichtungen mit besonderer Finanzierung außerhalb der RV Forschungsförderung und Sitz in Niedersachsen.

Rechtliche Grundlage:
Ländervereinbarungen über die gemeinsame Forschungsförderung durch Gesetz, Konsortialvertrag oder Stiftungsvereinbarung.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	3 352	3 413	3 350	3 293	3 355	3 409	3 427	3 446	3 465
Korrespondierende Einnahmen aus EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige / Länder					904	768	931	931	931
Zuschuss					2 451	2 641	2 496	2 515	2 534

Empfänger:
[X]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige
Empfänger sind die in Kapitel 0607 aufgeführten Forschungseinrichtungen:
Titel 685 28 Hochschul-Informations-System GmbH (HIS)
Titel 685 55 Stiftung "Hanse-Wissenschaftskolleg" (HWK)
Titel 685 57 Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung (GEI)

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
HIS: Die Gesellschaft wurde 1969 gegründet; zunächst von der Stiftung Volkswagenwerk (heute: Volkswagen Stiftung), seit 1975/1976 bzw. 1992 durch Bund und Länder finanziert.
HWK: Das Land hat gemeinsam mit der freien Hansestadt Bremen und der Stadt Delmenhorst im Jahr 1995 das HWK als Stiftung des privaten Rechts gegründet.
GEI: Das GEI wurde im Jahr 1975 als Anstalt des öffentlichen Rechts gegründet.

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis . . .

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Titel 685 28 HIS: Zweck der Gesellschaft ist die Unterstützung der Hochschulen und der zuständigen Verwaltungen in ihrem Bemühen um eine rationale und wirtschaftliche Erfüllung der Hochschulaufgaben durch:
– Entwicklung von Verfahren zur Rationalisierung der Hochschulverwaltung sowie Mitwirkung bei deren Einführung und Anwendung
– Untersuchungen und Gutachten zur Schaffung von Entscheidungsgrundlagen
– Entwicklung von Grundlagen für den Hochschulbau
– Bereitstellung von Informationen und Organisation von Informationsaustausch

Titel 685 55 HWK: Die Stiftung fördert im Zusammenwirken mit den Universitäten Oldenburg und Bremen die nationale, internationale und interdisziplinäre Zusammenarbeit besonders qualifizierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler; dabei soll sie ihre besondere Aufmerksamkeit auf die Förderung junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler richten.

Titel 685 57 GEI: Durch “Gesetz über die Gründung des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung“ vom 26.06.1975 hat sich das Land Niedersachsen zur institutionellen Förderung des GEI verpflichtet. Andere Bundesländer können durch Vereinbarung mit dem Land Niedersachsen die Mitverantwortung für die Arbeit des Instituts übernehmen. Derzeit beteiligen sich anteilsmäßig nach Königsteiner Schlüssel die Länder Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen und außerdem Nordrhein-Westfalen mit einem Festbetrag an der Finanzierung des Instituts.

Zielgruppe:
Außerhochschulische Forschungseinrichtungen

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0607

Bezeichnung des Förderprogramms:
Zuschüsse des Landes an regionale außerhochschulische Forschungseinrichtungen.

Rechtliche Grundlage:
Institutionelle Förderungen nach §§ 23, 44 Landeshaushaltsordnung (LHO).

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	14 174	12 506	14 920	13 018	13 222	14 364	14 364	14 364	14 319
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					13 322	14 364	14 364	14 364	14 319

Empfänger:
[X]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Empfänger sind die in Kapitel 0607 aufgeführten Forschungseinrichtungen:
Titel 685 27 Wissenschaftliche Vereinigungen
Titel 685 29 Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen e.V. (SOFI)
Titel 685 35 Kuratorium OFFIS e.V. (OFFIS)
Titel 685 36 Forschungszentrum TERRAMARE e.V. (TERRAMARE)
Titel 685 51 Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft (BWG)
Titel 685 52 Akademie der Wissenschaften zu Göttingen (AdW)
Titel 685 53 Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN)
Titel Gr. 62 Laser-Laboratorium Göttingen e.V. (LLG)
Titel Gr. 64 N-transfer GmbH
Titel Gr. 69 Institut für Solarenergieforschung (ISFH)
Titel Gr. 71 Clausthaler Umwelttechnik-Institut GmbH (CUTEC)

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
Im Rahmen der Strukturförderung und der Intensivierung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten wurden beginnend in den 70er und fortgeführt in den 80er Jahren in Niedersachsen verstärkt außeruniversitäre Forschungseinrichtungen gegründet bzw in die institutionelle Förderung übernommen.

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis . . .

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Die regionale Forschungsförderung ist neben der Forschungsförderung an Hochschulen und der überregionalen Forschungsförderung eine der drei Säulen der öffentlich finanzierten Forschungsförderung in Niedersachsen. Gefördert werden Einrichtungen, deren Exzellenz zur Stärkung des Forschungsstandorts Niedersachsen beiträgt. Die Qualität der Forschung wird regelmäßig durch die Wissenschaftliche Kommission Niedersachsen überprüft.

Zielgruppe:
Außerhochschulische Forschungseinrichtungen

Zu 119 41

Rückflüsse aus Zuwendungsabrechnungen.

Zu Titel 231 01 und 331 01

Seit dem Haushaltsjahr 1998 werden die Bundesmittel zur Förderung der Einrichtungen der Blauen Liste nicht mehr den Einrichtungen bewilligt, sondern den Sitzländern zur Bewilligung zugewiesen. Dementsprechend sind bei den Ausgabetiteln die Bundes- und Länderanteile veranschlagt.

Zu 232 01

Erstattungsanteil der Länder, die nach § 8 des Gesetzes über die Gründung des „Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung“ die Mitverantwortung für die Arbeit des Instituts übernehmen.
Vgl. Erläuterungen zu 685 57.

Noch zu 232 01

Zu 232 02

Gem. § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO wird die von den Ländern beschlossene Verrechnung der Länderleistungen zugelassen.

Die gemeinsame Förderung der in Betracht kommenden Einrichtungen ist in der Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen geregelt:
Ab 1997 werden die selbstständigen Forschungseinrichtungen und die Einrichtungen mit Servicefunktion für die Forschung vom Bund

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu 232 02

und von den Ländern gemeinsam finanziert.
Der auf die Länder entfallende Teil des Zuwendungsbetrages abzüglich des Länderanteils für Bauinvestitionen, der vom jeweiligen Sitzland allein zu tragen ist, wird
– bei Forschungseinrichtungen in Höhe von 75 %,
– bei Serviceeinrichtungen in Höhe von 25 %
vom Sitzland aufgebracht (Interessenquote).
Der Rest des Länderanteils wird von den Ländern gemeinsam nach dem Königsteiner Schlüssel getragen.
Der Finanzierungsbeitrag der Länder für die einzelnen Einrichtungen wird vereinbarungsgemäß durch die Sitzländer bereitgestellt. Der Saldo zwischen der Mittelbereitstellung durch das Sitzland und seinem schlüsselmäßigen Anteil am Finanzierungsbeitrag der Länder zur Förderung aller Einrichtungen bildet die Ausgleichszuweisung an andere Länder bzw. von anderen Ländern.
Nach dem von Bund und Ländern beschlossenen Berechnungs- und Zahlungsverfahren sind folgende Einnahmen zu veranschlagen:

	2007 Tsd. EUR
Vorweganteil Land	9.385
- davon Landesanteil Bauinvestitionen	1.310
- davon Landesanteil Interessenquote	8.075
Landesanteil gemäß Königsteiner Schlüssel	11.533
Landesanteil gesamt	20.918
Zuschuss an eigene Einrichtungen	27.419
Erstattung von anderen Ländern	6.501

Gesamtzuschuss für die niedersächsischen Blaue-Liste-Einrichtungen:

	2007 Tsd. EUR
Deutsches Primatenzentrum	12.098
IWF Wissen und Medien	4.162
Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen	5.094
Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Kapitel 09 03)	2.103
Technische Informationsbibliothek (Kapitel 06 51)	17.747
Institut für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben (Kap. 08 02 TGr. 73)	5.694
Zusammen	46.898

Zu 685 27

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.
Veranschlagt sind Ausgaben für folgende wissenschaftliche Vereine in Niedersachsen:

	2007 Tsd. EUR
Archäologische Kommission in Hannover	18
Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Gesellschaft e. V. in Hannover	52
Historische Kommission für Niedersachsen in Hannover	98
Lessing-Akademie in Wolfenbüttel	61
Volkskundliche Kommission für Niedersachsen	5
Wissenschaftliche Gesellschaft zum Studium Niedersachsens e. V., Hannover	24
Akademie für Ethik in der Medizin e. V., Göttingen	56
Zusammen	314

Zu 685 28

Vertragliche Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung gem. Beschluss der Gemeinsamen Konferenz der Finanz- und Kultusminister der Länder vom 31. 1. 1974.

Noch zu 685 28

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Hochschul-Informations-System GmbH (HIS) in Hannover

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	14.625	14.545	15.197
Einnahmen	6.141	6.061	6.810
Fehlbetrag	8.484	8.484	8.387

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	602
3. den Bund mit	2.828
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	5.054
5. Private	—
Zusammen	8.484

Bund und Länder beteiligen sich an der Finanzierung im Verhältnis 1:2. Neben seinem Anteil entsprechend Königsteiner Schlüssel (einschl. des übernommenen Anteils des Saarlandes) hat das Land Niedersachsen eine Sonderfinanzierung als Sitzland in Höhe von rd. 2.500 EUR zu tragen.

Zu 685 29

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Soziologischen Forschungsinstituts e. V. Göttingen (SOFI)

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	2.930	2.859	2.224
Einnahmen	2.194	2.138	1.503
Fehlbetrag	736	721	721

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	736
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
5. Private	—
Zusammen	736

Das Soziologische Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) e. V. betreibt angewandte Grundlagenforschung in den Bereichen Strukturwandel der Industrie und des Dienstleistungssektors, Entwicklung der Informationsgesellschaft, Wandel im System der beruflichen Bildung und Wandel der Sozialstruktur. Der Zuschuss dient zur Grundfinanzierung der Arbeit des Instituts.

Zu 685 35

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Kuratoriums OFFIS e. V. in Oldenburg

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	10.564	9.305	8.459
Einnahmen	8.129	7.055	6.205
Fehlbetrag	2.435	2.250	2.254

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu 685 35

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	2.435
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
5. Private	—
Zusammen	2.435

Zuschuss zur Grundfinanzierung des "Kuratoriums OFFIS" e. V., das sich im Wesentlichen mit der anwendungsorientierten Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Informationswerkzeuge und -systeme befasst.

Zu 685 36

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Zentrums für Flachmeer-, Küsten- und Meeresumweltforschung (TERRAMARE) e. V.

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	1.693	1.079	1.192
Einnahmen	747	133	246
Fehlbetrag	946	946	946

	2007 Tsd.EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	946
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
5. Private	—
Zusammen	946

Zuschuss für Personal- und Sachkosten des Zentrums für Flachmeer-, Küsten- und Meeresumweltforschung (TERRAMARE), Wilhelmshaven, das als gemeinsame wissenschaftlich-technische Infrastruktureinrichtung für die in Niedersachsen angesiedelten meereskundlich orientierten Forschungseinrichtungen und Arbeitsgruppen tätig ist.

Zu 685 51

Die Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts des Landes Niedersachsen. Sie hat die Aufgabe, durch eigene Tätigkeit und in Zusammenarbeit mit anderen wissenschaftlichen Institutionen des In- und Auslandes die Wissenschaften, insbesondere das Zusammenwirken von Naturwissenschaften, Technischen Wissenschaften und Geisteswissenschaften, zu fördern. Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft (BWG)

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	99	98	97
Einnahmen	1	1	1
Fehlbetrag	98	97	96

Noch zu 685 51

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	5
2. das Land mit	92
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	1
5. Private	—
Zusammen	98

Zu 685 52

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen (AdW)

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben*)	8.705	8.103	7.281
Einnahmen*)	7.919	7.406	6.584
Fehlbetrag	786	697	697

*) einschl. Anteile an Akademienprogrammen

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	786
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
5. Private	—
Zusammen	786

Das Akademienprogramm wird ab 2001 von der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften in Mainz durchgeführt (vgl. auch Erläuterungen zu 685 89).

Für Verwaltungsleistungen, die Landesbehörden sowie die Stiftung Universität Göttingen für die Akademie der Wissenschaften zu Göttingen erbringen, werden Leistungsgebühren/Entgelte nicht erhoben.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 685 53

Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen ist ein unabhängiges, interdisziplinär arbeitendes Forschungsinstitut in Trägerschaft eines gemeinnützigen Vereins.

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V.
(KFN) in Hannover

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	1.587	1.546	1.905
Einnahmen	502	487	846
Fehlbetrag	1.085	1.059	1.059

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	1.085
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
5. Private	—
Zusammen	1.085

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0607 Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
685 55-7	165	Finanzierung Niedersachsens an das HanseWissenschaftskolleg (HWK) *Vgl. D-Vermerk zu 685 28.*	—	1.151	1.151	—	1.150
685 57-3	165	Zuschuss des Landes Niedersachsen für das Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung (GEI) *Vgl. D-Vermerk zu 685 28.* **** Für Verwaltungsleistungen, die Landesbehörden für das Institut erbringen, werden Leistungsgebühren/ Entgelte nicht erhoben.*	—	1.656	1.608	+48	1.608
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Laser-Laboratorium Göttingen e.V. (LLG)** *Übertragbar.*	(—)	(1.209)	(869)	(+340)	(869)
685 62-0	165	Zuschuss für laufende Zwecke *Vgl. D-Vermerk zu 685 28.*	—	969	869	+100	869
894 62-8	165	Zuschuss für Investitionen *Vgl. D-Vermerk zu 685 28.*	—	240	—	+240	—
TGr. 64		**Förderung der Hochschulübergreifenden Innovationsgesellschaft N-transfer GmbH** **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(783)	(842)	(–59)	(533)
685 64-6	165	Zuschuss für laufende Zwecke *Vgl. D-Vermerk zu 685 28.*	—	783	842	–59	533
894 64-4	165	Zuschuss für Investitionen *Vgl. D-Vermerk zu 685 28.*	—	—	—	—	—
TGr. 69		**Förderung des Instituts für Solarenergieforschung (ISFH)**	(—)	(2.691)	(2.481)	(+210)	(2.481)
685 69-7	165	Zuschuss für laufende Zwecke *Vgl. D-Vermerk zu 685 28.*	—	2.531	2.481	+50	2.481
894 69-5	165	Zuschuss für Investitionen *Vgl. D-Vermerk zu 685 28.*	—	160	—	+160	—
TGr. 71		**Clausthaler Umwelttechnik-Institut GmbH (CUTEC)**	(—)	(3.287)	(3.051)	(+236)	(3.122)
685 71-9	165	Zuschuss für laufende Zwecke *Vgl. D-Vermerk zu 685 28.*	—	3.187	3.051	+136	3.051
894 71-7	165	Zuschuss für Investitionen *Vgl. D-Vermerk zu 685 28.*	—	100	—	+100	71
TGr. 77 78/79 80/86 87/89 92/95 96/97		**Gemeinsame Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen mit überregionalem Wirkungsbereich** **** Soweit Landesbehörden Verwaltungsleistungen für die gemeinsam finanzierten wissenschaftlichen Einrichtungen erbringen, werden hierfür Leistungsgebühren/Entgelte nicht erhoben.*	(—)	(144.011)	(139.578)	(+4.433)	(132.684)
685 77-8	164	Zuschuss an das Deutsche Primatenzentrum GmbH, Göttingen (DPZ)	—	8.782	8.238	+544	7.988
685 78-6	164	Zuschuss an die IWF Wissen und Medien gGmbH, Göttingen *Übertragbar.*	—	3.772	3.730	+42	3.678

Zu 685 55

Gemäß Stiftungsurkunde und Stiftungssatzung vom 5. 10. 1995 werden für die von den Stiftern (Land Bremen, Land Niedersachsen und Stadt Delmenhorst) errichtete Stiftung „Hanse-Wissenschaftskolleg“ die Bauinvestitionen und die Betriebskosten anteilig vom Land Niedersachsen gedeckt. Die dafür notwendigen Mittel wurden in den Haushaltsjahren 1996 und 1997 aus dem Nieders. Vorab der VW-Stiftung (Kapitel 06 09) aufgebracht. Ab dem Haushaltsjahr 1998 ist der niedersächsische Anteil an der Finanzierung der Stiftung hier veranschlagt.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Hanse-Wissenschafts-Kollegs (HWK).

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	2.705	2.634	2.621
Einnahmen	0	0	0
Fehlbetrag	2.705	2.634	2.621

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	1.151
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	1.232
5. Private	322
Zusammen	2.705

Zu 685 57

Gesetzliche Leistung gem. § 8 des “Gesetzes über die Gründung des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung“ (Nds. GVBl. 1975 S. 212) in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Georg-Eckert-Instituts
für internationale Schulbuchforschung (GEI) in Braunschweig

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	1.916	1.868	2.311
Einnahmen	260	260	703
Fehlbetrag	1.656	1.608	1.608

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	1.656
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
5. Private	—
Zusammen	1.656

Die Leistungen der mitfinanzierenden Länder sind bei 232 01 veranschlagt.

Zu Titel 685 62 und 894 62 gemeinsam

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Laser-Laboratoriums Göttingen e. V. (LLG)

Noch zu Titel 685 62 und 894 62 gemeinsam

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	3.209	2.969	2.875
Einnahmen	2.000	2.100	2.006
Fehlbetrag	1.209	869	869

	2007 Tsd.EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit lfd. Zuschuss (685 62)	969
3. das Land mit Investitionen (894 62)	240
4. den Bund mit	
5. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
	—
6. Private	
Zusammen	1.209

Zuschuss zur Grundfinanzierung und für Investitionen des Laser-Laboratoriums Göttingen e. V. (LLG), das sich mit der anwendungsorientierten Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Excimer- und Farbstofflaser befasst.

Zu 685 64

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der N-transfer GmbH in Hannover

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	3.570	3.629	2.705
Einnahmen	2.787	2.787	2.167
Fehlbetrag	783	842	538

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	783
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
5. Private	—
Zusammen	783

Die N-transfer GmbH wurde im Jahr 2002 als eine gemeinsame Gesellschaft niedersächsischer Universitäten und Fachhochschulen gegründet (derzeit 13). Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Wissens- und Technologietransfers aus niedersächsischen Hochschulen, insbesondere in die Wirtschaft.

Die N-transfer GmbH erhält dabei Haushaltsmittel für den Geschäftsbetrieb.
Der Mittelumfang für den Geschäftsbetrieb basiert auf der bisherigen Zuweisungshöhe. Er wird nach Evaluierung der Gesellschaft abschließend festgelegt.
Weiterhin erhält die N-transfer GmbH Mittel für die Personal- und Sachausgaben der fünf Institute für Innovationstransfer. Darüber hinaus eine Anschubfinanzierung zur Förderung eines neuen Institutes für Innovationstransfer an der FH Hannover aus Kapitel 06 08 Titelgruppe 66.

Aufgabe und Ziel der Institute ist es, auf einzelnen Forschungsbereichen in Zusammenarbeit mit Fachhochschulen dem Stand der Technik vorgelagerte Forschungs- und Entwicklungsvorhaben für die Wirtschaft, insbesondere für mittelständische Unternehmen, durchzuführen. Die Institute werden als unselbstständige Betriebsstätten der Hochschulübergreifenden Innovationsgesellschaft N-transfer GmbH (N-transfer GmbH) geführt. Es bestehen Insti-

Noch zu 685 64

tute an den Fachhochschulen Osnabrück (Automatisierungstechnik, Oberflächenanalytik, Oberflächentechnik), Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven - Standort Wilhelmshaven (Automatisierungstechnik, Umwelttechnik), Braunschweig/Wolfenbüttel (Verfahrensoptimierung, Entsorgungstechnik). Ab 2005 zusätzlich: Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen (angewandte Photonic, physikalische Systemtechnik) und Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven - Standort Emden (Marktanalysen, -umfragen und Marketingkonzeptionen, Photogrammetrie und optische 3D-Messtechnik, E-Business, E-Learning und Internet-Anwendungen, elektromagnetische Verträglichkeitsprüfung, Nachrichtentechnik / Kommunikationsnetze), Fachhochschule Hannover (Mikrosensorik, Prozessmesstechnik, integriertes Produktdesign, Videosensorik, Embedded Systems, Kolbenmaschinen).

Die Patentberatung, -anmeldung und -verwertung wird ab dem Jahr 2007 von den Hochschulen in eigener Verantwortung wahrgenommen.
Die Minderung der Landeszuwendung von 2006 nach 2007 um 59 Tsd. EUR ergibt sich durch die Verlagerung von Ansätzen aus und in das Kapitel 0608 TGr. 65 und 66.

Zu Titel 685 69 und 894 69 gemeinsam

Unterhaltung der Einrichtung als alleiniger Gesellschafter in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Instituts für Solarenergieforschung GmbH (ISFH) in Hameln/Emmerthal

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	5.440	3.250	5.833
Einnahmen	2.749	769	3.352
Fehlbetrag	2.691	2.481	2.481

	2007 Tsd.EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit lfd. Zuschuss (685 69)	2.531
3. das Land mit Investitionen (894 69)	160
4. den Bund mit	—
5. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
6. Private	
Zusammen	2.691

Aufgabe des ISFH ist die Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Solarenergie sowie zugehörige Beratungs- und Fortbildungstätigkeit. Der Schwerpunkt liegt im Bereich Photovoltaik mit dem Ziel, den Wirkungsgrad von Solarzellen zu erhöhen und die Prozesstechnologie zu verbessern, um die Kosten für photovoltaisch erzeugten Strom zu senken. Eine weiterer Augenmerk liegt in der Systemtechnik von Solarenergieanlagen.

Zu Titel 685 71 und 894 71 gemeinsam

Unterhaltung der Einrichtung als alleiniger Gesellschafter in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Clausthaler Umwelttechnik GmbH (CUTEC) in Clausthal-Zellerfeld

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	7.137	6.555	6.593
Einnahmen	3.850	3.504	3.471
Fehlbetrag	3.287	3.051	3.122

Noch zu Titel 685 71 und 894 71 gemeinsam

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit lfd. Zuschuss (685 71)	3.187
3. das Land mit Investitionen (894 71)	100
4. den Bund mit	—
5. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
6. Private	—
Zusammen	3.287

Mit der Clausthaler Umwelttechnik-Institut GmbH (CUTEC) soll die wirtschaftsnahe Forschung im Bereich der Umwelttechnologien in Niedersachsen nachhaltig ausgebaut werden. Schwerpunkt soll sein die in die Bereiche Kreislauf- und Abfallwirtschaft, Energiewirtschaft und Mobilitätswirtschaft gegliederte Erforschung von Technologien zur Minderung von Emissionen in Wasser/Luft, wie Recyclingtechnik, Prozessanalytik und Prozesssteuerung sowie die Veränderung und Neugestaltung von Produktionsprozessen mit dem Ziel der prozessintegrierten Emissionsminderung.

Zu Titelgruppe 77, 78/79, 80/86, 87/89, 92/95, 96/97

Die Förderung der wissenschaftlichen Forschung durch den Bund und die Länder ist durch die Rahmenvereinbarung über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Art. 91 b GG (RV-Fo), geregelt worden.
Die Rahmenvereinbarung ist mit Wirkung vom 1. 1. 1976 in Kraft getreten. Nach dieser Rahmenvereinbarung und den geschlossenen Ausführungsvereinbarungen wirken die Vertragschließenden bei der Förderung von Einrichtungen und Vorhaben der wissenschaftlichen Forschung von überregionaler Bedeutung nach den näheren Bestimmungen dieser Vereinbarungen zusammen.

Zu Titel 685 77 und 894 77 gemeinsam

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) in Verbindung mit der Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen (AV-FE) in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Deutsches Primatenzentrum GmbH (DPZ) in Göttingen

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	16.197	15.651	15.217
Einnahmen	4.099	3.847	5.309
Fehlbetrag	12.098	11.804	9.908

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit lfd. Zuschuss (685 77)*)	8.782
3. das Land mit Investitionen (894 77)**)	3.316
4. den Bund mit	—
5. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
6. Private	—
Zusammen	12.098

*) davon 4.391 Tsd. EUR Bundesanteil (50 %) und 2.995 Tsd. EUR Anteil anderer Länder (rd. 68,2 % des Länderanteils).
**) davon 1.658 Tsd. EUR Bundesanteil (50 %) und 1.131 Tsd. EUR Anteil anderer Länder (rd. 68,2 % des Länderanteils ohne Bauinvestitionen).

Die Deutsche Primatenzentrum GmbH in Göttingen betreibt naturwissenschaftliche und medizinische Forschung über und mit Primaten. Darüber hinaus hält und züchtet sie Primaten für die Versorgung anderer Forschungsinstitute.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titel 685 78 und 894 78 gemeinsam

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) in Verbindung mit der Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen (AV-FE) in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der IWF Wissen und Medien GmbH (IWF) in Göttingen

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	4.522	4.790	4.594
Einnahmen	360	350	467
Fehlbetrag	4.162	4.440	4.127

	2007 Tsd.EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit lfd. Zuschuss (685 78)*)	3.772
3. das Land mit Investitionen (894 78)**)	390
4. den Bund mit	—
5. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
6. Private	—
Zusammen	4.162

*) davon 1.886 Tsd. EUR Bundesanteil (50 %) und 1.286 Tsd. EUR Anteil anderer Länder (rd. 68,2 % des Länderanteils).

**) davon 195 Tsd. EUR Bundesanteil (50 %) und 132 Tsd. EUR Anteil anderer Länder (rd. 68,2 % des Länderanteils ohne Bauinvestitionen).

Die IWF verfolgt den Zweck, Wissenschaft und Forschung sowie Bildung und Erziehung dadurch zu fördern, dass sie Entwicklungs- und Transferleistungen im Bereich der Medien erbringt.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0607 Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
685 79-4	164	Zuschuss an die Deutsche Sammlung Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH (DSMZ)	—	4.756	4.624	+132	4.300
685 80-8	164	Zuschuss an die Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover (ARL)	—	—	—	—	2.007
685 86-7	164	Zuschuss an die Max-Planck-Gesellschaft (MPG)	—	52.786	50.098	+2.688	45.993
685 87-5	137	Zuschuss an die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) für die allgemeine Forschungsförderung *Übertragbar.*	—	54.229	52.352	+1.877	51.041
685 89-1	164	Akademienprogramm *Übertragbar.*	—	2.378	2.369	+9	2.195
685 92-1	164	Zuschuss an die Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung GmbH, Braunschweig-Stöckheim	—	3.087	3.148	–61	2.935
685 95-6	164	Fraunhofer-Gesellschaft e. V. (FhG) - Zuschuss für laufende Zwecke -	—	2.205	2.052	+153	2.042
685 96-4	164	GKSS - Forschungszentrum Geesthacht mbH - Zuschuss für laufende Zwecke -	—	551	661	–110	540
685 97-2	164	Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) - Zuschuss für laufende Zwecke -	—	5.193	5.174	+19	5.125
894 77-6	164	Für Investitionen (Deutsches Primatenzentrum)	—	3.316	3.566	–250	2.128
894 78-4	164	Für Investitionen (IWF Wissen und Medien gGmbH)	—	390	710	–320	493
894 79-2	164	Für Investitionen (Deutsche Sammlung Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH)	—	338	838	–500	438
894 92-0	164	Für Investitionen (Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung GmbH)	—	1.019	944	+75	859
894 96-2	164	GKSS - Forschungszentrum Geesthacht mbH - Zuschuss für Investitionen -	—	135	163	–28	154
894 97-0	164	Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) - Zuschuss für Investitionen -	—	1.074	911	+163	768
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		57	–57	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titel 685 79 und 894 79 gemeinsam

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 25. 10. 2001 in Verbindung mit der Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen (AV-FE) i. d. F. vom 25. 10. 2001 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Deutschen Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH (DSMZ) in Braunschweig

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	6.854	7.172	6.883
Einnahmen	1.760	1.710	2.936
Fehlbetrag	5.094	5.462	3.947

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit lfd. Zuschuss (685 79)*)	4.756
3. das Land mit Investitionen (894 79)**)	338
4. den Bund mit	—
5. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
6. Private	—
Zusammen	5.094

*) davon 2.378 Tsd. EUR Bundesanteil (50 %) und 1.622 Tsd EUR Anteil anderer Länder (rd. 68,2 % des Länderanteils)
**) davon jeweils 169 Tsd. EUR Bundesanteil (50 %) und 115 Tsd. EUR Anteil anderer Länder (rd. 68,2 % des Länderanteils ohne Bauinvestitionen)

Die Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH in Braunschweig (DSMZ) besteht seit dem 1. 1. 1988. Alleiniger Gesellschafter ist nach dem Gesellschaftervertrag vom 16. 12. 1987 das Land Niedersachsen.
Hauptaufgaben der DSMZ liegen in der Sammlung, Konservierung und Bereitstellung von Mikroorganismen für Forschung und Industrie sowie in ihrer Funktion als international anerkannte Hinterlegungsstelle für patentrechtlich geschützte Stämme von Mikroorganismen.

Zu 685 80

Dem Niedersächsischen Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz obliegt die Rechtsaufsicht über die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL).

Der Zuschuss des Landes an die ARL wurde daher ab dem Haushaltsjahr 2006 von Kapitel 0607 Titel 685 80 nach Kapitel 0903 Titel 685 15 verlagert.

Zu 685 86

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 25. 10. 2001 in Verbindung mit der Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen (AV-FE) i. d. F. vom 25. 10. 2001 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Max-Planck-Gesellschaft (MPG)

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	1.100.214	1.074.294	1.045.919
Einnahmen	47.705	52.441	62.498
Fehlbetrag	1.052.509	1.021.853	983.421

Noch zu 685 86

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	
2. das Land mit	52.786
3. den Bund mit	526.254,5
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	473.468,5
5. Private	-
Zusammen	1.052.509

Die 1948 gegründete Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., die unmittelbar an die Tradition der 1911 gegründeten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft anknüpft, ist Träger von 84 Instituten (davon 6 in Niedersachsen), in denen Grundlagenforschung vor allem im naturwissenschaftlichen Bereich, aber auch auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften betrieben wird. Ihre Aufgabe ist es auch, neue Forschungsbereiche aufzugreifen, die innerhalb der universitären Forschung nicht oder nicht ausreichend erfasst werden können, und somit Lücken im deutschen Wissenschaftsgefüge zu schließen.
Der allgemeine Zuwendungsbedarf der Max-Planck-Gesellschaft wird aufgrund der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung nach Art. 91 b GG vom Bund und von den Ländern je zur Hälfte gedeckt. Er wird nach der "Ausführungsvereinbarung MPG" von dem Ausschuss "Forschungsförderung" der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, dem Vertreter des Bundes und der Länder angehören, geprüft und von den Regierungschefs bzw. – bei Einstimmigkeit – von der Bund-Länder-Kommission festgestellt. Neben dem gemeinsam aufzubringenden allgemeinen Zuschussbedarf können Bund und Länder im gegenseitigen Einvernehmen Sonderleistungen erbringen.

Nach der Ausführungsvereinbarung MPG (AV-MPG) werden in Niedersachsen folgende Institute gefördert:
- Max-Planck-Institut für Sonnensystemforschung, Katlenburg-Lindau
- Max-Planck-Institut für biophysikalische Chemie (Karl-Friedrich-Bonhoeffer-Institut), Göttingen
- Max-Planck-Institut für Geschichte, Göttingen
- Max-Planck-Institut für experimentelle Medizin, Göttingen
- Max-Planck-Institut für Dynamik und Selbstorganisation, Göttingen
- Max-Planck-Institut für Gravitationsphysik (Teilinstitut Hannover)

Zu 685 87

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 25. 10. 2001 in Verbindung mit der Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen (AV-FE) i. d. F. vom 25. 10. 2001 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	1.812.097	1.580.596	1.351.908
Einnahmen	821	761	984
Fehlbetrag	1.811.276	1.579.835	1.350.924

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu 685 87

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	-
b) das Land mit lfd. Zuschuss	54.229
c) andere Länder mit	636.425
d) den Bund mit	
e) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	1.115.603
f) Private	5.019
Zusammen	1.811.276

Die DFG fördert einzelne Forschungsvorhaben auf allen Gebieten der Wissenschaft (Normalverfahren). Sie regt auf ausgewählten, besonders wichtigen Gebieten intensive Forschungen in überregionaler Zusammenarbeit an (Schwerpunktverfahren). Außerdem verbessert die DFG die Ausstattung der wissenschaftlichen Hochschulen mit Großgeräten und nimmt wichtige internationale Beziehungen für die Wissenschaft wahr.
Nach der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 25. 10. 2001 in Verbindung mit der Ausführungsvereinbarung DFG (AV-DFG) i. d. F. vom 20. 3. 2001 tragen der Bund und die Länder den Bedarf der DFG in allen Programmen im Verhältnis 58:42.
Der Anteil Niedersachsens errechnet sich nach dem sog. "Königsteiner Schlüssel".

Zu 685 89

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 25. 10. 2001 in Verbindung mit der Ausführungsvereinbarung Akademienprogramm (AV-AK) i. d. F. vom 16. 12. 1999/27. 1. 2000 in Form einer Zuwendung zur Projektförderung an die Union der Deutschen Akademien der Wissenschaften in Mainz.
Nach der Ausführungsvereinbarung Akademienprogramm (AV-AK) finanzieren Bund und Länder gemeinsam ein von der Union der deutschen Akademien der Wissenschaftler e. V. in der Bundesrepublik Deutschland koordiniertes Programm.
Die zuwendungsfähigen Ausgaben des koordinierten Programms werden vom Bund und von den an der Finanzierung beteiligten Ländern im Verhältnis 50:50 aufgebracht.
Ab 2001 wird das Akademienprogramm über die Union direkt abgewickelt. Veranschlagt ist daher nur noch der auf Niedersachsen entfallende Anteil am Akademienprogramm sowie ein Betrag von rd. 60 000 EUR als Anteil an den Verwaltungskosten der Geschäftsstelle der Union.

Zu Titel 685 92 und 894 92 gemeinsam

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 25. 10. 2001 in Verbindung mit dem Konsortialvertrag vom 3. 8. 1976 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Helmholtz-Zentrums für Infektionsforschung GmbH,
Braunschweig-Stöckheim

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	57.093	55.346	58.466
Einnahmen	16.028	15.278	17.857
Fehlbetrag	41.065	40.068	40.609

Noch zu Titel 685 92 und 894 92 gemeinsam

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land (10 %) mit lfd. Zuschuss (685 92)	3.087
3. das Land (10 %) mit Investitionen (894 92)	1.019
4. den Bund (90 %) mit	36.959
5. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
6. Private	—
Zusammen	41.065

Nach dem am 3. 8. 1976 zwischen dem Bund und dem Land Niedersachsen geschlossenen Konsortialvertrag wird der Zuwendungsbedarf des Helmholtz Zentrums für Infektionsforschung im Verhältnis 90:10 finanziert.

Zu 685 95

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 25. 10. 2001 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG)

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	1.087.254	1.090.505	1.219.705
Einnahmen	621.538	610.601	699.994
Fehlbetrag	465.716	479.904	519.711

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	
2. das Land mit	2.205
3. den Bund mit	419.144
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	44.367
5. Private	—
Zusammen	465.716

Die Fraunhofer-Gesellschaft e. V. (FhG) betreibt in ihren Einrichtungen Forschung und Entwicklung auf wirtschaftlich relevanten Gebieten der angewandten Naturwissenschaften und der Technik. Die institutionelle Förderung durch Bund und Länder ermöglicht der FhG die Bearbeitung selbst gewählter Forschungsthemen zur Sicherung ihres wissenschaftlichen Potentials und die Entwicklung neuer Technologien.
Die Mittel der institutionellen Förderung werden im Verhältnis 90:10 vom Bund und von fünfzehn Ländern aufgebracht.

In Niedersachsen sind folgende Institute der Fraunhofer-Gesellschaft ansässig:

IST	FhI für Schicht- und Oberflächentechnik, Braunschweig
ITEM	FhI für Toxikologie und Experimentelle Medizin, Hannover
WKI	FhI für Holzforschung - Wilhelm-Kauditz-Institut -, Braunschweig

Zu Titel 685 96 und 894 96 gemeinsam

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 25. 10. 2001 in Verbindung mit dem Konsortialvertrag i. d. F. von 1998 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titel 685 96 und 894 96 gemeinsam

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	74.904	76.018	76.095
Einnahmen	9.000	9.000	14.718
Fehlbetrag	65.904	67.018	61.377

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit lfd. Zuschuss (685 96)	551
3. das Land mit Investitionen (894 96)	135
4. den Bund mit	59.314
5. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	5.904
6. Private	—
Zusammen	65.904

Das GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH ist eine der in der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren zusammengeschlossenen nationalen Forschungseinrichtungen, die von Bund und den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Brandenburg finanziell getragen wird. Die institutionelle Förderung wird mit 90 % vom Bund und mit 10 % von den genannten Ländern getragen.

Zu Titel 685 97 und 894 97 gemeinsam

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 25. 10. 2001 in Verbindung mit dem Konsortialvertrag in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR)

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	516.388	505.103	529.583
Einnahmen	250.000	248.000	274.752
Fehlbetrag	266.388	257.103	254.831

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit lfd. Zuschuss (685 97)	5.193
3. das Land mit Investitionen (894 97)	1.074
4. den Bund mit	241.097
5. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	19.024
6. Private	—
Zusammen	266.388

Zuschuss an die DLR aufgrund der zwischen dem Bund und den Ländern Bayern, Baden-Württemberg, Berlin, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen mit Wirkung vom 1. Januar 1977 geschlossenen Ausführungsvereinbarung DLR (AV-DLR).

Zu 894 77

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	1.100	—	—	1.100
2008	—	—	—	—
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	1.100	—	—	1.100

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0607 Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0607					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		500	300	+200	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		15.924	15.678	+246	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		2.022	2.557	–535	
		Summe der Einnahmen		18.446	18.535	–89	
		4 Personalausgaben	—	—	50	–50	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	7	–7	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	155.054	149.164	+5.890	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	6.772	7.132	–360	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	161.826	156.353	+5.473	
		Zuschuss		143.380	137.818	+5.562	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0608 Förderung der Wissenschaft allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		**** Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die allgemeinen Erläuterungen zu Kapitel 0608 verbindlich.*					
		E I N N A H M E N					
119 01-6	131	Vermischte Einnahmen		1	1	—	—
119 41-5	131	Rückzahlung von Überzahlungen		128	128	—	508
119 65-2	131	Technologietransfer - Einnahmen aus Veröffentlichungen, Zuwendungen und Aufträgen Dritter - *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.* **** Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		5	5	—	23
119 73-3	131	Rückzahlungen für Titelgruppe 73 *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 73.*		—	—	—	50
119 74-1	178	Rückzahlungen für TGr. 74 *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 74.*		—	—	—	192
119 95-4	131	Rückzahlungen für TGr. 95 *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 95.*		—	—	—	307
129 01-1	131	Ablieferungen der Stiftungen für Beihilfen		—	—	—	3.764
231 05-3	139	Zuweisungen des Bundes *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 95.*		—	4.909	–4.909	4.908
231 06-1	131	Zuweisungen des Bundes		—	—	—	—
231 96-7 (GA)	131	Zuweisungen des Bundes **** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 96.*		3.500	—	+3.500	—
233 01-3	136	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden		—	—	—	—
282 01-4	131	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		—	—	—	250
282 69-3	139	Sonstige Zuschüsse Dritter für das Projekt "Ideen-Expo" *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 69.*		—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 67		**Ablieferungen der Fachhochschulen aus formelgebundener Mittelbemessung**		(—)	(—)	(—)	(—)
121 67-3	131	Ablieferungen der Landesbetriebe *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.*		—	—	—	—
129 67-4	131	Ablieferungen der Stiftungen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.*		—	—	—	—
TGr. 68		**Ablieferung der Universitäten aus formelgebundener Mittelbemessung**		(—)	(—)	(—)	(—)
121 68-1	131	Ablieferungen der Landesbetriebe *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.*		—	—	—	—
129 68-2	131	Ablieferungen der Stiftungen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.*		—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0608 allgemein

Befristet bis zum Haushaltsjahr 2010 dürfen Ausgabereste bei übertragbaren Ausgabetiteln bis zur Höhe von 90 v.H. gebildet, übertragen und in Anspruch genommen werden. Die gem. § 45 LHO erforderliche Einwilligung des Finanzministeriums gilt insoweit als erteilt.

Zu 119 41

Rückflüsse aus der Abrechnung von Zuwendungen.

Zu Titelgruppe 67

Vgl. Vorbemerkung zu den Kapiteln 06 33 – 06 39. Die Titel dienen der unterjährigen Verrechnung.

Zu Titelgruppe 68

Vgl. Vorbemerkung zu den Kapiteln 06 10, 06 13 – 06 17, 06 28 und 06 29. Die Titel dienen der unterjährigen Verrechnung.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0608 Förderung der Wissenschaft allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 75		**Zentrale Evaluations- und Akkreditierungs-agentur Hannover (ZEvA)**		(253)	(378)	(–125)	(521)
121 75-4	131	Ablieferungen der ZEvA *Vgl. K-Vermerk zu 682 75.*		253	253	—	396
381 75-6	990	Zuführung von 0608 - 981 73		—	125	–125	125
TGr. 77		**Besondere Maßnahmen zur Förderung der Hochschulstruktur, der Lehre mit neuen Medien und der Qualität des Studiums**		(—)	(—)	(—)	(—)
119 77-6	131	Rückzahlungen für Titelgruppe 77 *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 77.*		—	—	—	—
231 77-0	139	Zuweisungen des Bundes *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 77.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-0	139	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten Ausgabetitelgruppe 74.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten Ausgabetitelgruppe 77.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 02 und 685 02.* **** 1. Zeitweilig nicht in Anspruch genommene Ausgaben für Planstellen der Professoren dürfen für Vertretungsaufträge und für Aufträge zur Wahrnehmung von Professorenstellen verwendet werden.* *2. Zeitweilig nicht in Anspruch genommene Ausgaben für Planstellen der Professoren und Akademischen Räte dürfen ferner zur Verstärkung der Ausgaben bei Titelgruppe 77 verwendet werden. Dies gilt nicht für Planstellen zur Förderung des hochqualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses (Fiebiger-Plan).* *3. Die Verstärkung der Ausgaben bei den deckungsberechtigten Titeln darf den Gesamtbetrag der Einsparungen nach Nr.1 und 2 nicht überschreiten.*	—	385	502	–117	—
422 19-3	139	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-0	139	Vergütungen der Angestellten *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten Ausgabetitelgruppe 74.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten Ausgabetitelgruppe 77.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 02 und 685 02.*	—	3.398	3.420	–22	61
426 01-6	139	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten Ausgabetitelgruppe 74.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten Ausgabetitelgruppe 77.*	—	—	—	—	—
671 01-0	692	Verwaltungskostenerstattungen im Inland	2.300 —	250	—	+250	—
682 02-0	131	Zuschüsse an Landesbetriebe *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 422 01 und 425 01.*	—	—	—	—	1.941

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 121 75

Entgelte für die Akkreditierung von Bachelor-/Bakkalaureus- und Master-/Magisterstudiengängen niedersächsischer Hochschulen sowie von Hochschulen vorwiegend norddeutscher Länder. Mehrerträge sowie die Erträge aus der Evaluation insbesondere durch Beteiligung von Hochschulen anderer Länder an Evaluationsverfahren stehen der ZEvA im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung zur Deckung der hierdurch entstehenden zusätzlichen Aufwendungen zur Verfügung.

Zu 231 77

Kompensationsmittel des Bundes zur Ausfinanzierung laufender Vorhaben im Bildungsbereich nach Wegfall der Gemeinschaftsaufgabe „Bildungsplanung“.

Zu 422 01

1. 45 Planstellen (Bes.-Gr. W 3 = 2 Universitätsprofessor(en)/-innen; Bes.-Gr. W 2 = 2 Universitätsprofessor(en)/-innen; Bes.-Gr. W 2 = 12 Universitätsprofessor(en)/-innen auf Zeit; Bes.-Gr. W 2 = 24 Professor(en)/-innen; Bes.-Gr. A 15 = 1 Akademische Direktorin/Akademischer Direktor; Bes.-Gr. A 14 = 1 Oberrätin/Oberrat; Bes.-Gr. A 13 = 2 Akademische Rätinnen/Akademische Räte; Bes.-Gr. C 1 = 1 Wissenschaftliche Assistentin/Wissenschaftlicher Assistent) stehen zur Förderung der Hochschulstruktur, der Lehre mit neuen Medien und der Qualität des Studiums zur Verfügung. Mit Ausnahme von 4 Planstellen (Bes.-Gr. W 3 = 2; Bes.-Gr. W 2 = 1 und Bes.-Gr. A 13 = 1) werden die Planstellen aus Titelgruppe 77 finanziert.

2. 7 Planstellen (Bes.-Gr. C 1 Wiss. Assistentinnen / Wiss. Assistenten) stehen für die Frauen- und Genderforschung und zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre in der Titelgruppe 79 zur Verfügung.

3. 1 Planstelle (Bes.-Gr. W 2 Universitätsprofessor /-in) gehört zum Fiebiger-Plan.

4. 70 Planstellen (Bes.-Gr. W 3 = 10, Bes.-Gr. W 2 = 20 – alles Universitätsprofessorinnen / Universitätsprofessoren – und Bes.-Gr. W 1 = 40 Juniorprofessorinnen / Juniorprofessoren) stehen im Rahmen der „Exzellenzinitiative“ zur Verfügung.

Zu 425 01

1. Es sind Ausgaben für 56 Stellen (Wissenschaftlicher Dienst:Verg. -Gr. I b = 6, Verg.-Gr. II a = 19; Verg.-Gr. II a [Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses] = 31) im Rahmen eines zentral bewirtschafteten Forschungspools veranschlagt. Damit soll vorwiegend ermöglicht werden, Hochschuleinrichtungen, in denen in besonders hohem Maße Forschungsaufgaben wahrgenommen werden, kurzfristig zusätzliche Stellen für Personal mit Aufgaben in der Forschung zuzuweisen.
Darüber hinaus sind folgende Stellen in der Stellenübersicht für Angestellte veranschlagt, für die Ausgaben in den Titelgruppen 75 und 77 enthalten sind.

1a) 21 Stellen (s. Erläuterungen zur Stellenübersicht) stehen im Rahmen der Innovationsoffensive (TGr. 77) zur Verfügung.

1b) 9 Stellen (Verg.-Gr. I = 1, I b = 2, IIa = 3, IV a = 1; VI b = 2) sind für die Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover (ZEvA) bestimmt (TGr. 75).

2. Ausgaben für die Vergütung von weiteren 54 Angestellten sind ebenfalls in der Titelgruppe 77 enthalten.

Zu 671 01

Erstattungen an die NBank für die Wahrnehmung von Bewilligungsaufgaben im Rahmen der EU-Strukturfondsförderung.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	260	260
2009	—	—	265	265
2010	—	—	275	275
2011 ff.	—	—	1.500	1.500
Summe	—	—	2.300	2.300

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0608 Förderung der Wissenschaft allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
684 01-5	136	Finanzhilfe für Fachhochschulen in kirchlicher Trägerschaft gemäß § 67 NHG **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	3.184	3.184	—	4.570
684 02-3	136	Zuschuss an die Freie Kunststudienstätte Ottersberg e.V.	—	350	350	—	285
684 03-1	131	Zuschuss zur Finanzierung der Deutsch-Französischen Hochschule	—	99	99	—	92
684 05-8	136	Zuschuss an die private Fachhochschule Buxtehude	—	800	500	+300	220
685 02-0	131	Zuschüsse an Stiftungen *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 422 01 und 425 01.*	—	—	—	—	497
685 05-4	131	Beihilfen für Beamte der Stiftungen	—	—	—	—	3.303
685 06-2	131	Beihilfen für Angestellte der Stiftungen	—	—	—	—	56
685 07-0	131	Beihilfen für Arbeiter der Stiftungen	—	—	—	—	0
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Wissenschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ausland** *Übertragbar.* *Abweichend von § 20 Abs. 1 LHO sind nur gegenseitig deckungsfähig 429 61, 511 61, 527 61, 547 61, 681 61, 682 61 und 685 61.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(257)	(257)	(—)	(182)
429 61-9	131	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
511 61-7	131	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
527 61-0	131	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	13
529 61-3	131	Repräsentative Ausgaben	—	1	1	—	0
547 61-1	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	6
681 61-0	131	Stipendien **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	77	77	—	4
682 61-6	132	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	179	179	—	96
685 61-5	131	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	62
TGr. 62		**Wissenschaftspreis Niedersachsen** *Abweichend von § 20 Abs. 1 LHO sind nur gegenseitig deckungsfähig 539 62 und 547 62.*	(—)	(150)	(—)	(+150)	(—)
529 62-1	139	Repräsentative Ausgaben	—	8	—	+8	—
539 62-7	139	Forschungspreise	—	120	—	+120	—
547 62-0	139	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	22	—	+22	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 684 01

Zur Förderung der staatlich anerkannten Evangelischen Fachhochschule in Hannover wird eine Finanzhilfe in Höhe von insgesamt 3.183.600 EURO veranschlagt, davon sind 440.000 EURO für die Durchführung des Studiengangs zur Ausbildung von Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten bestimmt, der im Zusammenwirken mit dem Winnicott Institut durchgeführt wird.

Zu 684 02

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschuss an die Freie Kunststudienstätte Ottersberg e.V.

Rechtliche Grundlage: § 66Abs. 3 Niedersächsisches Hochschulgesetz (NHG)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	255	255	255	285	350	350	350	350	350
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					350	350	350	350	350

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1990

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis . . .

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Unterstützung der staatlich anerkannten Hochschule

Zielgruppe: Träger der Freien Kunststudienstätte Ottersberg e.V.

Durchschnittliche Förderhöhe: 350.000 EUR ab 2006

Zu 684 03

Die Deutsch-Französische Hochschule wird als Verbund deutscher und französischer Hochschulen gestaltet, durch den die Möglichkeiten integrierter Studiengänge vermehrt und die gemeinsamen Forschungsvorhaben entwickelt werden. Die Finanzierung erfolgt durch den Bund und die Länder. Die Aufteilung des Länderanteils wird nach dem Königsteiner Schlüssel vorgenommen.

Zu 684 05

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschuss an die private Hochschule Buxtehude

Rechtliche Grundlage: § 9 Abs. 9 des Gesetzes zur Fusion der Universität Lüneburg und der Fachhochschule Nordostniedersachsen

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 684 05

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	0	0	0	350	500	800	1.100	1.100	1.100
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					500	800	1.100	1.100	1.100

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2005

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis . . .

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Unterstützung einer privaten Hochschule am Standort Buxtehude.

Zielgruppe: Träger der privaten Hochschule in Buxtehude

Durchschnittliche Förderhöhe: in den ersten fünf Jahren bis zu 49%, danach bis zu 40% der notwendigen Kosten

Zu Titelgruppe 61

Stärkung des Wissenschaftsstandortes Niedersachsen u.a. durch

- Partnerschaftsprojekte aufgrund von Vereinbarungen des Landes Niedersachsen im Bereich Wissenschaft und Kultur.
- Präsentation nieders. Projekte im Rahmen deutscher Kulturtage/-jahre.
- Unterstützung der internationalen Profilbildung der nieders. Hochschulen (HS-Kooperationen insbes. mit MOE, Entwicklungsländern und China).
- Förderung gemeinschaftlicher internationaler Aktivitäten der nieders. Hochschulen.
- Maßnahmen von besonderer landes-/hochschulpolitischer Bedeutung.
- Grenzüberschreitende und interregionale Hochschul-Zusammenarbeit.
- Internationales Bildungsmarketing (u.a. Bildungsmessen).
- Kleine europäische Sprachen.

Zu 681 61

Stipendien können als Leistungen eigener Art im Einzelfall bis zur Höhe von monatlich 690,24 EUR zzgl. 92,03 EUR für Krankenversicherungsbeiträge gezahlt werden. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
Der Gesamtbedarf pro Haushaltsjahr beträgt bis zu 77 000 EUR.

Zu Titelgruppe 62

Durch den Minister für Wissenschaft und Kultur soll erstmals im Wintersemester 2007/2008 ein „Wissenschaftspreis Niedersachsen“ vergeben werden. Mit dem Preis werden neben exzellenten wissenschaftlichen Leistungen innovative Formen der Kooperation zwischen zwei oder mehreren nieders. Hochschulen ausgezeichnet. Der Preis wird in drei Kategorien verliehen:
- an eine Wissenschaftlerin/einen Wissenschaftler (Kat. I),
- an eine Nachwuchswissenschaftlerin/einen Nachwuchswissenschaftler (Kat. II) sowie
- an zehn Studierende (Kat. III).

Der Preis ist in Kat. I und II mit je 30.000 EUR und in Kat. III mit je 1.000 EUR dotiert.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0608 Förderung der Wissenschaft allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 63		**Internationalisierung der Hochschulen** *Übertragbar.*	(—)	(102)	(102)	(—)	(106)
429 63-5	131	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	106
547 63-8	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
682 63-2	131	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	102	102	—	—
685 63-1	131	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 64		**Förderung der Lehre mit neuen Medien** *Übertragbar.*	(—)	(—)	(5.113)	(–5.113)	(5.007)
682 64-0	139	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	—	2.557	–2.557	4.162
685 64-0	131	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	1.300	–1.300	845
891 64-9	139	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitionen	—	—	1.256	–1.256	—
894 64-8	131	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 65		**Maßnahmen zur Förderung des Technologietransfers zwischen Wirtschaft und Wissenschaft** *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 119 65.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: Ausgabetitelgruppe 65, Ausgabetitelgruppe 66, 425 71, 429 71, 459 71, 547 71, 681 71, 682 71, 685 71, 812 71, 891 71, Ausgabetitelgruppe 74 und Ausgabetitelgruppe 77.*	(—) (1.000)	(1.045)	(891)	(+154)	(900)
531 65-0	131	Veröffentlichungen	—	—	—	—	—
682 65-9	131	Zuschüsse an Landesbetriebe *Übertragbar.*	—	595	441	+154	544
685 65-8	132	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	— 1.000	450	450	—	356
686 65-4	165	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	—
891 65-7	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 66		**Erprobung neuer Kooperationsmodelle zwischen Hochschule und Wirtschaft** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 01.* *Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(5.000) (5.000)	(6.029)	(3.089)	(+2.940)	(3.621)
547 66-2	139	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 63

Zur Förderung von besonderen Internationalisierungsmaßnahmen der Hochschulen.
Kernbereiche sind:

1. Ausgleichsfinanzierung für Fachhochschulen bei Teilnahme an EU-Forschungsprogrammen (z. B.: personelle Hilfen bei der Vorbereitung von EU-Forschungsanträgen und der Durchführung genehmigter Forschungsprojekte),
2. Zuschüsse für innovative Anreizmaßnahmen der Hochschulen zur Anwerbung von ausländischen Studierenden zur Aufnahme des Studiums an niedersächsischen Hochschulen,
3. Zuschüsse für kurzzeitige "Orientierungs"-Tutorien für ausländische Studierende zu Beginn ihres Aufenthaltes an einer niedersächsischen Hochschule,
4. Zuschüsse zur Förderung innovativer Maßnahmen der europäischen Zusammenarbeit im Einzelfall.

Zu Titelgruppe 64

Vgl. Erläuterung zu Titelgruppe 77.

Zu Titelgruppe 65

Um das erhebliche Forschungspotential der Hochschulen für die Innovationsbedürfnisse der Wirtschaft zu erschließen, sind an den Hochschulen des Landes Niedersachsen Technologiekontaktstellen eingerichtet und Technologietransferbeauftragte bestellt worden.
Veranschlagt sind

- die Kosten für zusätzliche Maßnahmen zur Förderung des Technologietransfers zwischen Wissenschaft und Wirtschaft (z. B. Förderung von Existenzgründungen, Präsentation von Forschungsergebnissen der Hochschulen auf herausgehobenen Messen und Ausstellungen, Förderung der Hochschulverbünde im Programm "Die gründerfreundliche Hochschule") sowie
- der Geschäftsbedarf der Technologiekontaktstellen.

Mehr infolge Verlagerung von Kapitel 0607 Titelgruppe 64.

Bezeichnung des Förderprogramms: Maßnahmen zur Förderung des Technologietransfers zwischen Wirtschaft und Wissenschaft

Rechtliche Grundlage: -

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	931	1.031	1.091	891	891	1.045	1.045	1.045	1.045
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					5	5	5	5	5
Zuschuss					886	1.040	1.040	1.040	1.040

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1987

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, jährliche Projektdauer (teilweise mehrjährig)

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Stärkung des Technologietransfers an den Hochschulen. Entwicklung der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft. Anregung zur Gründung von Unternehmen aus den Hochschulen heraus.

Zielgruppe: Mittelständische Unternehmen in Niedersachsen

Durchschnittliche Förderhöhe: 250.000 EUR je Maßnahme

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 685 65

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	300	—	300
2008	—	300	—	300
2009	—	300	—	300
2010	—	100	—	100
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	1.000	—	1.000

Zu Titelgruppe 66

Zeitlich befristete Finanzierung von Innovationsverbünden im Rahmen des Innovationsprogramms der Landesregierung sowie sonstige Projekte, die der Erprobung neuer Kooperationsmodelle zwischen Hochschule und Wirtschaft dienen.

Förderung ab 2007:

- Innovative Fachhochschulprojekte / Fachhochschulforschung (4.329 TEUR)
- Neue Kooperationsformen, wie Innovationsverbünde (900 TEUR)
- Auslauffinanzierung „Kompetenzzentrum“ (800 TEUR).

Mehr infolge Verlagerung von 0608 Titelgruppen 73 und 74 (103 TEUR / 706 TEUR) und weniger infolge Verlagerung nach 0607 TGr. 64 (100 TEUR).

Bezeichnung des Förderprogramms: Erprobung neuer Kooperationsmodelle zwischen Hochschule und Wirtschaft

Rechtliche Grundlage: -

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	6.494	6.469	3.993	3.393	3.089	6.029	6.029	6.029	6.029
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					3.089	6.029	6.029	6.029	6.029

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2001

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, Förderung grundsätzlich zw. 3–5 Jahren

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Erzeugung wirtschaftlicher Wertschöpfung aus Forschungsprojekten.

Zielgruppe: Nutznießer sind Mittelständische Unternehmen in Niedersachsen.

Durchschnittliche Förderhöhe: 250.000 EUR je Projekt und Jahr.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0608 Förderung der Wissenschaft allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
682 66-7	139	Zuschüsse an Landesbetriebe	5.000 5.000	5.206	2.266	+2.940	3.355
685 66-6	139	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	266
686 66-2	139	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	—
891 66-5	139	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitionen	—	823	823	—	—
893 66-8	139	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	—	—	—
TGr. 67		**Zuführungen an die Fachhochschulen aus formelgebundener Mittelbemessung** *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 121 67 und 129 67.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
682 67-5	131	Zuführungen an die Landesbetriebe	—	—	—	—	—
685 67-4	131	Zuführungen an die Stiftungen	—	—	—	—	—
TGr. 68		**Zuführungen an die Universitäten aus formelgebundener Mittelbemessung** *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 121 68 und 129 68.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
682 68-3	131	Zuführungen an die Landesbetriebe	—	—	—	—	—
685 68-2	131	Zuführungen an die Stiftungen	—	—	—	—	—
TGr. 69		**Ideen-Expo** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 69.*	(—)	(1.000)	(—)	(+1.000)	(—)
429 69-4	139	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	100	—	+100	—
547 69-7	139	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	900	—	+900	—
686 69-7	139	Sonstige Zuschüsse	—	—	—	—	—
TGr. 71		**Erhaltung und Förderung der Lehre und Forschung** *Übertragbar.* *Abweichend von § 20 Abs. 1 LHO sind nur gegenseitig deckungsfähig 425 71, 429 71, 459 71, 547 71, 681 71, 682 71, 685 71, 812 71 und 891 71.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(50) (50)	(493)	(493)	(—)	(464)
425 71-0	131	Vergütungen der Angestellten *Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*	—	—	—	—	0
429 71-6	131	Nicht aufteilbare Personalausgaben *Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.* **** Ausgaben dürfen nur für die Vergütung von Beschäftigten in einem befristeten Arbeitsverhältnis geleistet werden.*	—	29	29	—	81

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 682 66

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	1.000	—	1.000
2008	—	1.000	3.000	4.000
2009	—	1.500	1.000	2.500
2010	—	1.500	1.000	2.500
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	5.000	5.000	10.000

Zu Titelgruppe 67

Vgl. Vorbemerkung zu den Kapiteln 06 33 – 06 39. Die Titel dienen der unterjährigen Verrechnung.

Zu Titelgruppe 68

Vgl. Vorbemerkung zu den Kapiteln 06 10, 06 13 – 06 17, 06 28 und 06 29. Die Titel dienen der unterjährigen Verrechnung.

Zu Titelgruppe 69

Alle zwei Jahre, beginnend möglichst schon 2007, spätestens aber 2009, soll eine Ideen-Expo unter dem Motto „Technik zum Anfassen“ in Hannover stattfinden. Ziel ist es, junge Menschen spielerisch an Technikthemen heranzuführen. Die Inhalte, die niedersächsisch geprägt sein sollen, werden von niedersächsischen Institutionen und Unternehmen erarbeitet. Initiativen wie N 21 oder vom VDI werden integriert. Die Ideen-Expo soll neun Tage dauern und besonders an Wochenenden von Familien besucht werden. Zur Sicherung der Finanzierung werden geeignete Sponsoren angesprochen.

Zu Titelgruppe 71

Die veranschlagten Mittel teilen sich wie folgt auf:

1. Mittel für strukturelle Förderung des Bibliothekswesens	178.800 EUR
2. Sonstige Ausgaben zur zusätzlichen Förderung der Lehre und Forschung	314.200 EUR
Zusammen	493.000 EUR

Zu 1.:
Ausbau von Lehrbuchsammlungen bzw. Ergänzung von Studienliteratur an den Hochschulen sowie ergänzende Schwerpunktförderung.

Zu 429 71

Veranschlagt sind Ausgaben zur zusätzlichen Förderung der Lehre und Forschung.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0608 Förderung der Wissenschaft allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
459 71-2	131	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben *Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*	—	—	—	—	—
529 71-0	131	Zur Verfügung verschiedener Ausschüsse **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	1	1	—	0
547 71-9	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*	—	185	185	—	135
681 71-7	131	Zuschüsse an natürliche Personen in besonderen Fällen *Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	13	13	—	11
682 71-3	132	Zuschüsse an Landesbetriebe *Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*	50 50	113	113	—	201
685 71-2	139	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentlichen Einrichtungen *Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*	—	152	152	—	36
812 71-4	131	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen *Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*	—	—	—	—	—
891 71-1	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitionen *Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*	—	—	—	—	—
TGr. 72		**Reform der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Hochschulen**	(—)	(—)	(—)	(—)	(16)
538 72-8	131	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	—	—	—	16
547 72-7	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
682 72-1	131	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	—	—	—	—
685 72-0	131	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
812 72-2	131	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
891 72-0	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 73		**Hochschulübergreifende Innovationen** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 73.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(—)	(7.080)	(–7.080)	(4.421)
682 73-0	131	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	—	6.955	–6.955	3.825
685 73-9	131	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	379
891 73-8	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitionen	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 529 71

Aus diesem Ansatz können Ausgaben bis zur Höhe von je 500 EUR für Repräsentationsausgaben anlässlich der Vergabesitzung des Ausschusses zur Vergabe von Mitteln zur verstärkten Förderung der wissenschaftlichen Forschung sowie Sitzungen zur externen Evaluation von Bibliotheken geleistet werden.

Zu 681 71

Veranschlagt ist die Vergabe eines Stipendiums des Landes am Zentralinstitut für Kunstgeschichte in München in Höhe von bis zu 1 083 EUR monatlich für 12 Monate im Einzelfall als Leistung eigener Art. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden. Der Gesamtbedarf pro Haushaltsjahr beträgt bis zu 13 000 EUR.

Zu 682 71

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	50	—	50
2008	—	—	50	50
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	50	50	100

Zu Titelgruppe 73

Vgl. Erläuterung zu den Titelgruppen 66 und 77.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0608 Förderung der Wissenschaft allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
894 73-7	131	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	92
981 73-7	990	Abführung an 0608 - 381 75	—	—	125	–125	125
TGr. 74		**Forschungs- und Berufungspool, innovative Hochschulprojekte** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 74.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 422 01, 425 01 und 426 01.* *Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(7.000) (7.000)	(11.285)	(8.607)	(+2.678)	(10.958)
429 74-0	131	Nicht aufteilbare Personalausgaben **** Die Ausgaben dürfen nur für Vergütung von Beschäftigten in einem befristeten Arbeitsverhältnis geleistet werden.*	600 320	364	364	—	187
459 74-7	131	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
547 74-3	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	293	293	—	135
681 74-1	165	Zuschüsse an natürliche Personen in besonderen Fällen	—	—	—	—	—
682 74-8	132	Zuschüsse an Landesbetriebe *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 95.*	4.000 4.000	5.203	3.693	+1.510	6.294
685 74-7	165	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	2.400 2.680	4.300	3.132	+1.168	4.042
812 74-9	131	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	1.125	1.125	—	94
891 74-6	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitionen *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 95.*	—	—	—	—	206
893 74-9	165	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	—	—
894 74-5	131	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 75		**Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover (ZEvA)** *Übertragbar.*	(—)	(778)	(928)	(–150)	(1.313)
682 75-6	131	Zuschuss an den Landesbetrieb U Hannover für laufende Zwecke der ZEvA *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 121 75.* **** Die Mittel für die Vergütung von 2 Angestellten der VergGr. II a BAT stehen nur für eine befristete Beschäftigung zur Verfügung.*	—	778	903	–125	1.313
891 75-4	131	Zuschuss an den Landesbetrieb U Hannover für Investitionen der ZEvA	—	—	25	–25	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 74

Die Mittel des Forschungs- und Berufungspools sind insbesondere bestimmt für
- die Förderung von Forschungsvorhaben auf der Grundlage des RdErl. des MWK vom 16. 6. 1997 (Nds. MBl. S. 1085)
- die Bildung von Forschungsschwerpunkten
- Berufungs- und Bleibeverhandlungen
- Strukturverbesserungen im Bereich der Forschung
- innovative Hochschulprojekte (s. a. TGr. 77).

Der Mipla-Ansatz verringert sich um eine Verlagerung nach TGr. 66 (706 TEUR).

Zu 429 74

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	56	250	—	306
2008	—	50	300	350
2009	—	20	200	220
2010	—	—	100	100
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	56	320	600	976

Zu 682 74

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	1.241	1.600	—	2.841
2008	254	1.500	1.500	3.254
2009	211	700	1.400	2.311
2010	—	200	700	900
2011 ff.	—	—	400	400
Summe	1.706	4.000	4.000	9.706

Zu 685 74

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	309	1.200	—	1.509
2008	25	600	1.000	1.625
2009	—	500	600	1.100
2010	—	380	500	880
2011 ff.	—	—	300	300
Summe	334	2.680	2.400	5.414

Zu Titelgruppe 75

Die Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover (ZEvA) wurde 1995 von den niedersächsischen Hochschulen errichtet und ist der Universität Hannover verwaltungsmäßig zugeordnet. Die ZEvA ist gegliedert in die Abteilungen Evaluation und Akkreditierung.

1. Abteilung Evaluation:
Externe Evaluation der Lehrangebote und Beratung der Hochschulen bei ihrer internen Evaluation (§ 5 Abs. 1 NHG) mit dem Ziel der Verbesserung der Qualität der Lehre.
2. Abteilung Akkreditierung:
Akkreditierung aller Studiengänge (§ 6 Abs. 2 NHG), insbesondere Bachelor- und Masterstudiengänge als konsekutive Studiengänge auf Grund von Beschlüssen der KMK und HRK.

Die Teilnahme an den Evaluations- bzw. Akkreditierungsverfahren steht Hochschulen aller Bundesländer gegen Zahlung kostendeckender Entgelte offen.

Es sind veranschlagt:

Für die Abteilung Evaluation	525 000 EUR
Für die Abteilung Akkreditierung	253 000 EUR
Zusammen	778 000 EUR

Zu 682 75

Ausgaben für die Vergütung folgender in der Stellenübersicht für Angestellte enthaltene Stellen:
Für die Geschäftsführung 1 Verg.-Gr. I BAT (Verwaltungsdienst); für die Abteilung Evaluation 1 Verg.-Gr. I b, 1 Verg.-Gr. II a BAT (Wissenschaftlicher Dienst), 1 Verg.-Gr. IV a und 1 Verg.-Gr. VI b BAT (Verwaltungsdienst); für die Abteilung Akkreditierung 1 Verg.-Gr. I b BAT, 2 Verg-Gr. IIa BAT (Wissenschaftlicher Dienst) und 1 Verg. -Gr. VI b BAT (Verwaltungsdienst) sowie 2 Verg.-Gr. II a (Wissenschaftlicher Dienst) – befristet –, die nicht in der Stellenübersicht enthalten sind.
Außerdem sind veranschlagt: Ausgaben für die wissenschaftliche Leitung der ZEvA im Nebenamt, für wissenschaftliche Hilfskräfte und Aushilfskräfte, Entschädigungen für die Mitglieder der „Peer-Groups“ (Gutachter) im Rahmen der Evaluation und für die Mitglieder der Akkreditierungskommission, sonstige Gutachterkosten sowie für Geschäftsbedarf, Miet-, Betriebs- und Energiekosten.
Die Haushaltsmittel werden dem Landesbetrieb Universität Hannover zugeführt.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0608 Förderung der Wissenschaft allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 76		**Besondere Maßnahmen zum Abbau des Numerus Clausus, zur Förderung der Hochschulstruktur und der Qualität des Studiums** *Übertragbar.* **** Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 2 zu 422 01.* *Vgl. Buchst. B, Nr. 1 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Stellenplänen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen. Im übrigen dürfen nur Ausgaben für Vergütungen von Beschäftigten in einem befristeten Arbeitsverhältnis geleistet werden.*	(—)	(—)	(3.755)	(–3.755)	(3.792)
425 76-1	139	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
547 76-0	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
682 76-4	131	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	—	3.755	–3.755	2.412
685 76-3	131	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	1.380
891 76-2	131	Zuschüsse an Landesbetriebe zum Erwerb von Geräten	—	—	—	—	—
894 76-1	131	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 77		**Besondere Maßnahmen zur Förderung der Hochschulstruktur, der Lehre mit neuen Medien und der Qualität des Studiums** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 77 und 231 77.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 422 01, 425 01 und 426 01.* *Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.* **** Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 2 zu 422 01.* *Vgl. Buchst. B, Nr. 1 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Stellenplänen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen. Im übrigen dürfen nur Ausgaben für Vergütungen von Beschäftigten in einem befristeten Arbeitsverhältnis geleistet werden.* *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(13.305)	(—)	(+13.305)	(—)
425 77-0	139	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
547 77-8	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
682 77-2	131	Zuschüsse an Landesbetriebe **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	13.305	—	+13.305	—
685 77-1	131	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
891 77-0	131	Zuschüsse an Landesbetriebe zum Erwerb von Geräten	—	—	—	—	—
894 77-0	131	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 76

Vgl. Erläuterung zu Titelgruppe 77.

Zu Titelgruppe 77

Die Einführung der neuen Steuerungsmodelle zur Hochschulentwicklung stärkt die Eigenverantwortung der Hochschulen in Fragen der Qualitätssicherung und Profilbildung, auch bei Bewältigung vorübergehender Engpässe in der Lehre. Mit der Einführung der Studienbeiträge verfügen die Hochschulen über ein wirksames Instrumentarium zur Verbesserung der Qualität des Lehrangebots und zum Abbau von Engpässen. Mit den Instrumenten des neuen Steuerungssystems ist die herkömmliche Steuerung über mehrere staatlich verantwortete Programmhaushalte nicht vereinbar.
Die bisher in den Titelgruppen 64, 73 und 76 veranschlagten Mittel werden daher im Interesse der Übersichtlichkeit in einer Titelgruppe zusammengefasst und sollen auf der Grundlage des mit den Hochschulen vereinbarten Zukunftsvertrages vom 11.10.2005 vorrangig zur dauerhaften Konsolidierung des Studienangebots der Fachhochschulen herangezogen werden, um diese in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und bestehende langfristige Überlastungen abzufangen (Fachhochschulkonsolidierungskonzept- FH-K); als Maßnahmen besonderen Bedarfs sind außerhalb des FH-K danach nur noch die Konsolidierung der Berufsschullehrerausbildung sowie die Ausbildung von Lehrkräften für islamischen Religionsunterricht zu berücksichtigen.
Für die Förderung der Lehre mit Neuen Medien besteht übergangsweise in den Jahren 2007 und 2008 noch Handlungsbedarf, um die erfolgreich entwickelten Angebote in den Routinebetrieb und damit in die Finanzierung im Rahmen des Hochschulbudgets zu überführen. Entscheidungsgrundlage sind die Empfehlungen der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen zur Evaluation der bisherigen Fördermaßnahmen.
Die Mittel werden zunächst im Wege der Zielvereinbarungen bereit gestellt, die Zweckbindung und Nachhaltigkeit gewährleisten sollen. Ab 2008 ist eine schrittweise Verlagerung der zugewiesenen Planstellen und Ansätze bzw. Finanzhilfen in das jeweilige Fachkapitel vorgesehen. Die noch laufenden Maßnahmen zum Abbau des Numerus Clausus werden planmäßig zum Abschluss gebracht (in 2008). Neue Maßnahmen sind nicht vorgesehen; frei werdende Mittel werden schrittweise vorrangig zugunsten des FH-K eingesetzt.

Es entfallen auf Maßnahmen	EUR
- zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses	4.431.000
- zum Fachhochschulkonsolidierungskonzept	2.490.000
- zur Förderung der Hochschulstruktur	1.400.000
- zur Förderung der Lehre mit Neuen Medien	4.624.000
- zu Vorhaben besonderen Bedarfs in der Lehramtsausbildung	360.000
Zusammen:	13.305.000

Zudem werden hier die Kompensationsmittel des Bundes zur Ausfinanzierung laufender Vorhaben im Bildungsbereich nach Wegfall der GA „Bildungsplanung“ verausgabt. Vgl. Erläuterung zu Titel 231 77.

Zu 682 77

Zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in innovativen Promotionsstudiengängen (Ausschreibungen des MWK über die Förderung von Promotionsprogrammen vom 30.09.1999 und 22.09. 2000) können im Einzelfall Stipendien an qualifizierte Bewerber nach Maßgabe der Ausschreibungsrichtlinien gewährt werden. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
Zahl und Einstufung der Angestellten und Arbeiter für 2007:

I. Angestellte

		Zahl	
Wissenschaftlicher Dienst	Verg.-Gr.II a	51	(54)
Technischer Dienst/	Verg.-Gr.IV a		(2)
Verwaltungsdienst	Verg.-Gr.V c	2	(1)
II. Arbeiter/Arbeiterinnen	Lohn-Gr. 4	1	(1)
	Zusammen	54	(58)

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0608 Förderung der Wissenschaft allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 79		**Frauen- und Genderforschung; Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre** *Übertragbar.*	(—)	(1.000)	(—)	(+1.000)	(—)
547 79-4	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
682 79-9	131	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	1.000	—	+1.000	—
685 79-8	131	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 95		**Programm zur Förderung der Weiterentwicklung von Hochschulen und Wissenschaft** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 95.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 231 05.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(—)	(9.818)	(–9.818)	(9.983)
547 95-6	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	161
682 95-0	131	Zuschüsse an Landesbetriebe *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 74.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 891 74.*	—	—	4.818	–4.818	6.084
683 95-7	136	Zuschüsse an staatlich anerkannte Fachhochschulen	—	—	—	—	—
684 95-3	136	Zuschüsse an kirchliche Fachhochschulen	—	—	—	—	—
685 95-0	136	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	5.000	–5.000	2.948
891 95-9	131	Zuschüsse an Landesbetriebe zum Erwerb von Geräten	—	—	—	—	542
894 95-8	131	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	249
TGr. 96		**Hochschulpakt 2020** *Übertragbar.* **** 1. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 200 v.H. der Isteinnahmen bei 231 96; der Landesanteil beträgt aber mindestens 3.500.000 EUR.* *2. Die Ansätze der Titelgruppe dürfen nur nach Maßgabe des § 37 LHO überschritten werden.* *3. Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(7.000)	(—)	(+7.000)	(—)
547 96-4 (GA)	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
682 96-9 (GA)	131	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	7.000	—	+7.000	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 79

Fortgeführt werden die erfolgreich im Hochschul- und Wissenschaftsprogramm (HWP) begonnenen Förderlinien Dorothea-Erxleben-Programm – Stipendien an künstl. Hochschulen sowie Maria-Goeppert-Mayer-Programm für internationale Frauen- und Genderforschung. Die Weiterführung erfolgt unter dem Schwerpunkt Genderforschung, um die Defizite in diesem Bereich auszugleichen und Niedersachsen im bundesdeutschen und europäischen Wettbewerb entsprechend positionieren zu können (Exzellenzinitiative; 6./7. Forschungsrahmenprogramm der EU).
Das Dorothea-Erxleben-Programm Universitäten soll eingestellt werden; es bestehen hier durch Mutterschutz u. Erziehungszeiten noch Verpflichtungen bis einschließlich 2009.
Stipendien und Gastprofessuren im Rahmen des Maria-Goeppert-Mayer-Programms können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
Für die Qualifizierung des weiblichen künstlerischen Nachwuchses für eine Professur können im Einzelfall Stipendien bis zur Höhe von jährlich 22.395 Euro gewährt werden.

Es entfallen auf:

	EUR
Dorothea-Erxleben-Progr. Universitäten (auslaufend)	340.000
DEP-künstl. Hochschulen Stipendien	60.000
Maria-Goeppert-Mayer-Gastprofessuren	400.000
Genderforschungszentren	200.000
	1.000.000

Die Personalausgaben für die im Stellenplan veranschlagten Planstellen werden aus Titel 682 79 finanziert.

Zu Titelgruppe 95

Das Programm ist mit Ablauf des 31.12.2006 ausgelaufen.

Zu Titelgruppe 96

Bund und Länder haben am 13. 12. 2006 eine Vereinbarung nach Artikel 91b GG zum „Hochschulpakt 2020“ beschlossen. Im Rahmen dieses Hochschulpaktes sollen zur Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation bundesweit zunächst bis zum Jahr 2010 rund 90.000 zusätzliche Studienanfängerplätze geschaffen werden. Ziel des Landes Niedersachsen ist die Schaffung von 10.000 bis 11.000 Studienanfängerplätze in den kommenden sechs Jahren; davon sollen 1.200 bereits im Jahr 2007 geschaffen werden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0608 Förderung der Wissenschaft allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
685 96-8 (GA)	131	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
891 96-7 (GA)	131	Zuschüsse an Landesbetriebe zum Erwerb von Geräten	—	—	—	—	—
894 96-6 (GA)	131	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 0608					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		387	387	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		3.500	4.909	–1.409	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	125	–125	
		Summe der Einnahmen		3.887	5.421	–1.534	
		4 Personalausgaben	600 320	4.276	4.315	–39	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	1.530	480	+1.050	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	13.750 12.730	43.156	40.039	+3.117	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	1.948	3.229	–1.281	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	125	–125	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	14.350 13.050	50.910	48.188	+2.722	
		Zuschuss		47.023	42.767	+4.256	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0609 Zusätzliche Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-0	178	Vermischte Einnahmen *Vgl. K-Vermerk zu 682 01.*		—	—	—	312
121 02-2	139	Ablieferungen der Landesbetriebe *Vgl. K-Vermerk zu 682 01.*		—	—	—	—
129 02-3	139	Ablieferungen der Stiftungen *Vgl. K-Vermerk zu 682 01.*		—	—	—	—
331 11-6 (GA)	131	Zuweisungen des Bundes für Hochschulen *Vgl. K-Vermerk zu 682 01.*		—	5.200	–5.200	5.000
342 01-0	139	Zuschüsse der "VolkswagenStiftung" zur zusätzlichen Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre *Vgl. K-Vermerk zu 682 01.* **** Rückzahlungen der bei den Ausgabetiteln verausgabten Beträge - auch aus Vorjahren - sind hier zu vereinnahmen.*		29.800	28.800	+1.000	27.311
		A U S G A B E N					
682 01-6	139	Zuschüsse für laufende Zwecke an Landesbetriebe *Übertragbar.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 01, 121 02, 129 02 und 331 11.* *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 342 01.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 685 01, 712 01, 821 01, 891 01, 894 01 und Ausgabetitelgruppe 76.* **** Sind in Vorjahren Verpflichtungen auf Grund von Verpflichtungsermächtigungen eingegangen worden, dürfen Ausgaben im Vorgriff auf die nächstjährige Bewilligung auch geleistet werden, wenn die Isteinnahmen die Höhe der Istausgaben nicht erreichen.* *Vor Eingang der Zuschüsse dürfen Zahlungsverpflichtungen begründet werden, soweit die VW-Stiftung entsprechende Mittel verbindlich zugesagt hat.* *Persönliche Verwaltungsausgaben dürfen nur für Vergütungen von Beschäftigten in einem befristeten Arbeitsverhältnis geleistet werden.* *Gem. § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben des Kapitels 0609 im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	24.800 30.000	29.800	34.000	–4.200	9.136
685 01-5	178	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.*	—	—	—	—	6.045
712 01-2	139	Hochbaumaßnahmen *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.*	—	—	—	—	4.098
821 01-6	139	Erwerb von Grundstücken *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.*	—	—	—	—	—
891 01-4	139	Zuschüsse für Investitionen an Landesbetriebe *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.*	—	—	—	—	5.117

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0609

Bezeichnung des Förderprogramms:
Zuschüsse der "VolkswagenStiftung" zur zusätzlichen Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre

Rechtliche Grundlage:
Satzung der "VolkswagenStiftung" i. d. F. vom 04.07.1995 (Nds. MBl. 1989, S. 488 ff sowie 1992, S 1315 und 1995, S. 866

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	52.300	40.590	43.300	35.000	34.000	29.800	29.800	29.800	29.800
Korrespondierende Einnahmen aus					-	-	-	-	-
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					29.800	29.800	29.800	29.800	29.800

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [X..]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1962

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.?????

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre

Zielgruppe: Förderungswürdige Einrichtungen der Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre

Zu 331 11

Buchungsstelle für Erstattungen des Bundes für aus Mitteln des Nieders. Vorab der VolkswagenStiftung getragene Erschließungs- und Baukosten sowie Kosten für Ersteinrichtungen, Baugrundstücke und Großgeräte.

Zu 342 01

Die Einnahmen dienen der Finanzierung der auf Vorschlag der Landesregierung vom Kuratorium der VolkswagenStiftung beschlossenen Fördermaßnahmen des Niedersächsischen Vorabs.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 682 01

Aus den hier zentral veranschlagten Mitteln sollen nach strukturierten Förderlinien finanziert werden:

- Strukturlinie 1: Forschungsverbünde und-schwerpunkte

- Strukturlinie 2: Exzellenzinitiative (25 % Landesanteil)

- Strukturlinie 3: Drittmitteleinwerbung

- Strukturlinie 4: Holen und Halten (Berufungs-und Bleibeverhandlungen)

- Strukturlinie 5: Niedersächsisch – Israelische Gemeinschaftsforschungsvorhaben

- Strukturlinie 6: Neue Forschungsvorhaben

Es ist vorgesehen, die Verpflichtungsermächtigungen bei den einzelnen Titeln des Kapitels 06 09 in Anspruch zu nehmen.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	5.000	5.000	—	10.000
2008	5.000	5.000	24.800	34.800
2009	5.000	5.000	—	10.000
2010	—	5.000	—	5.000
2011 ff.	—	10.000	—	10.000
Summe	15.000	30.000	24.800	69.800

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0609 Zusätzliche Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
894 01-3	178	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.*	—	—	—	—	8.198
		Titelgruppe(n)					
TGr. 76		**Zusätzliche Förderung sonstiger staatlicher Einrichtungen** *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 76-0	178	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
459 76-7	178	Nicht aufteilbare Fuersorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
547 76-3	178	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 76-9	178	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 0609					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		29.800	34.000	–4.200	
		Summe der Einnahmen		29.800	34.000	–4.200	
		4 Personalausgaben	—	—	—	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	24.800 30.000	29.800	34.000	–4.200	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	24.800 30.000	29.800	34.000	–4.200	

E R L Ä U T E R U N G E N

Ausgaben des Landes Niedersachsen für Studierende aus Entwicklungs- bzw. Übergangsländern

A. Ausgaben für Studierende aus Entwicklungsländern 2004

Bildungsinländer			Sonstige Ausländer			darunter: mit entwicklungspolitischem Bezug [1])			Insgesamt		
männlich T€	weiblich T€	Zusammen T€	männlich T€	weiblich T€	Zusammen T€	männlich T€	weiblich T€	Zusammen T€	männlich T€	weiblich T€	Zusammen T€
10.330	7.233	17.563	49.953	28.729	78.682	47.433	23.614	71.047	60.282	35.962	96.244

B. Ausgaben für Studierende aus Übergangsländern und - gebieten 2004

Bildungsinländer			Sonstige Ausländer			darunter: mit entwicklungspolitischem Bezug [1])			Insgesamt		
männlich T€	weiblich T€	Zusammen T€	männlich T€	weiblich T€	Zusammen T€	männlich T€	weiblich T€	Zusammen T€	männlich T€	weiblich T€	Zusammen T€
2.289	3.217	5.506	14.874	27.535	42.409	12.389	16.828	29.217	17.163	30.751	47.914

1) ohne Sprach- und Kulturwissenschaften, Sport, Kunst, Kunstwissenschaft.

Vorbemerkung zu den Kapiteln 06 10, 06 13 - 06 17, 06 28 und 06 29

Erläuterung der Leistungsbezogenen Mittelzuweisung für die Universitäten

Ab dem Haushaltsjahr 2006 wird die Mittelvergabe für die Universitäten schrittweise um eine Leistungsbezogene Mittelzuweisung ergänzt. Die künstlerischen Hochschulen und die Tiermedizinische Hochschule werden wegen ihrer stark abweichenden Strukturen vorerst nicht berücksichtigt. Die Einführung einer Medizin-Formel ist geplant. Für die Hochschule Vechta besteht aufgrund der Durchführungsvereinbarung zum Konkordat ein eigenes Modell der Finanzierung. Demzufolge bezieht sich die Leistungsbezogene Mittelzuweisung auf die Technischen Universitäten Braunschweig und Clausthal sowie die Universitäten Göttingen (ohne Bereich Humanmedizin), Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Oldenburg und Osnabrück.

Es wurden 2006 zunächst 3% der Zuführungen für laufende Zwecke (Stiftungshochschule analog) leistungsorientiert umverteilt. 2007 beträgt die Umverteilung 6 % und 2008 10 %. Dies geschieht innerhalb von drei Fächergruppen: (1) Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, (2) Naturwissenschaften sowie (3) Ingenieurwissenschaften. Lehramtsstudierende werden den Fächergruppen nach erstem Fach zugeordnet. Zentrale Einrichtungen, Verwaltung u. ä. Bereiche werden anteilig in die Fächergruppen einbezogen.

Je Fächergruppe werden drei Leistungsbereiche mit folgender Gewichtung berücksichtigt: 48% Lehre, 48% Forschung, 4% Gleichstellung. Der Leistungsbereich Lehre besteht aus den Parametern eingeschriebene Studienanfänger, mit der Regelstudienzeit gewichtete Absolventen, Bildungsausländer (d.h. Studierende ohne deutsche Hochschulzugangsberechtigung) sowie Studierende, die über Hochschulprogramme für mindestens 3 Monate im Ausland studieren. In den Bereich Forschung gehen die Parameter Drittmittel, Promotionen sowie Alexander-von-Humboldt-Stipendiaten und -preisträger ein. Als Parameter für den Bereich Gleichstellung werden das weibliche wissenschaftliche Personal, die neu ernannten Professorinnen, die Promotionen von Frauen sowie die Absolventinnen berücksichtigt.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0610 Stiftung Georg-August-Universität Göttingen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 12-4	131	Ablieferungen der Stiftung für Studiengebühren Langzeitstudierender **** Abweichend von § 15 Abs. 1 S. 1 LHO (Bruttoprinzip) ist der Nettobetrag veranschlagt.*		369	233	+136	200
129 01-5	131	Ablieferungen der Stiftung		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
685 01-5	131	Zuschüsse für laufende Zwecke der Stiftung *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 894 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die Erläuterungen zum Gesamtvolumen für aus Landesmitteln finanziertes Personal und zur Kreditlinie der Stiftung verbindlich.*	1.871 1.871	189.433	185.140	+4.293	190.290
894 01-3	131	Zuschüsse für Investitionen der Stiftung *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 685 01.*	—	1.864	1.811	+53	1.693
		Abschluss Kapitel 0610					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		369	233	+136	
		Summe der Einnahmen		369	233	+136	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.871 1.871	189.433	185.140	+4.293	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	1.864	1.811	+53	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	1.871 1.871	191.297	186.951	+4.346	
		Zuschuss		190.928	186.718	+4.210	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 685 01

Das im Rahmen der Bemessung der Finanzhilfe nach § 56 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 NHG ermittelte Gesamtvolumen für aus Landesmitteln finanziertes Personal beläuft sich auf 149 290 290 EUR (davon entfallen auf den Tarifbereich 97 534 784 EUR und auf den Besoldungsbereich 51 755 506 EUR).

Gemäß § 57 Abs. 4 NHG ist die Stiftung ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben Kredite vom Kreditmarkt bis zur Höhe von 18 943 300 EUR aufzunehmen. Die Kreditermächtigung für das Haushaltsjahr 2005 betrug 19 039 900 EUR und wurde am 31.12. 2005 mit 620 130 EUR in Anspruch genommen. Die Kreditermächtigung für das Haushaltsjahr 2006 beträgt 18 514 000 EUR und soll voraussichtlich bis zu einer Höhe von 1 620 130 EUR in Anspruch genommen werden. Bei Kreditaufnahmen über mehrere Haushaltsjahre darf diese Summe nicht überschritten werden. Eine Erhöhung der Finanzhilfe auf Grund der Kreditaufnahme ist ausgeschlossen.

Nicht verbindliche Erläuterung:

Das Ergebnis der Formelberechnung für 2006 ergibt einen Betrag von -132 255 EUR. Die Buchung erfolgt bei Kap. 06 08 TGr. 68 im Rahmen der unterjährigen Verrechnung.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	1.871	—	1.871
2008	—	—	1.871	1.871
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	1.871	1.871	3.742

Wirtschaftsplan für die Stiftung Universität Göttingen
für das Geschäftsjahr 2007

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 10

Wirtschaftsplan für die Stiftung Universtät Göttingen

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Lizenzen an Rechten und Werten	500 000	270 000	494 577
- Bebaute Grundstücke			
- Unbebaute Grundstücke			
- Gebäude	7 000 000	10 748 000	304 414
- Maschinen und Anlagen	12 800 000	12 171 000	8 421 783
- Fahrzeuge	52 000	150 000	23 000
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,	6 700 000	3 000 000	7 525 068
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			30 457 588
Summe 1.:	27 052 000	26 339 000	47 226 430
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Lizenzen an Rechten und Werten			
- Gebäude			
- Maschinen und Anlagen	2 500 000	1 800 000	
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,	800 000	750 000	
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			
Summe 2.:	3 300 000	2 550 000	
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan			
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)			
- Ablieferungen an den Landeshaushalt			
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)			
Summe 3.:			
Summe I.:	30 352 000	28 889 000	47 226 430
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	3 358 000		-23 482 849
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)			
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren			
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	300 000	100 000	628 811
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• aus Fachkapitel	1 864 000	1 811 000	1 693 000
• aus Sondermitteln	24 830 000	26 978 000	23 971 265
• Baumittel (Rahmenplan)			
- Andere öffentliche Zuschussgeber			
Summe 1.:	30 352 000	28 889 000	2 810 227
2. Negativer Überleitungsbetrag			
Summe II.:	30 352 000	28 889 000	2 810 227

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPl) sind.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 10

Wirtschaftsplan für die Stiftung Universtät Göttingen

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
- aus Fachkapitel	189 433 000	185 140 000	185 665 036
- aus Sondermitteln	5 000 000	5 000 000	6 549 531
Summe 1.:	194 433 000	190 140 000	192 214 567
2. - Erträge aus Studienbeiträgen einschl. Zinserträge	14 000 000	1 120 000	
Summe 2.:	14 000 000	1 120 000	
3. - Verwaltungskostenbeiträge Studierender	3 207 000	3 207 000	2 668 075
Summe 3.:	3 207 000	3 207 000	2 668 075
4. Anteil an den Studiengebühren Langzeitstudierender	755 000	755 000	928 000
Summe 4.:	755 000	755 000	928 000
5. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse			
- Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	39 700 000	33 300 000	36 470 459
- Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	3 500 000	3 200 000	3 744 061
- Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten	6 500 000	7 988 000	6 574 813
Summe 5.:	49 700 000	44 488 000	46 789 333
6. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen	200 000	200 000	173 724
Summe 6.:	200 000	200 000	173 724
7. Andere aktivierte Eigenleistungen:	250 000	250 000	1 074 027
Summe 7.:	250 000	250 000	1 074 027
8. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Erstattung von Personalaufwendungen	1 300 000	900 000	1 150 293
- Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	450 000	450 000	430 665
- Erlöse aus Nebenbetrieben	5 000 000	3 400 000	5 376 971
- Betreuung von Studierenden	450 000	450 000	376 299
- Gebühren und gebührenähnliche Erträge	100 000		19 250
- Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	700 000	600 000	690 287
- Nebenerlöse aus der Abgabe von Energie, Nebenkosten etc.	16 000 000	16 082 000	14 963 129
- Spenden	700 000	350 000	342 073
- Erträge aus Schadensersatzleistungen	150 000	150 000	56 730
- Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	23 000 000	23 000 000	20 592 158
- Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	50 000	60 000	45 038
- Auflösung von Rückstellungen			2 129 995
- Periodenfremde Erträge	1 600 000	1 609 938	1 775 416
- Übrige Erträge	5 894 600	2 002 000	18 652 358
Summe 8.:	55 394 600	49 053 938	66 600 664
9. Zinserträge und ähnliche Erträge:	850 000	700 000	997 598
Summe 9.:	850 000	700 000	997 598
Summe I.:	318 789 600	289 913 938	311 445 987
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	6 156 000	5 976 800	6 421 323
- Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	14 300 000	10 800 000	10 854 338
- Aufwendungen für bezogene Leistungen			
• Unteraufträge in Drittmittelvorhaben	900 000	800 000	900 620
• Werkverträge	4 200 000	5 600 000	4 409 503
• Wissenschaftliche Dienstleistungen	1 100 000	700 000	1 065 960
- Weiterleitung von Forschungsmitteln	900 000		944 811
- Sonstige bezogene Leistungen	800 000		779 593
- Sachaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	2 243 500	2 243 500	
Summe 1.:	30 599 500	26 120 300	25 376 148

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 10

Wirtschaftsplan für die Stiftung Universtät Göttingen

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
2. Personalaufwand:			
2.1. Entgelte, Vergütungen und Besoldung			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	38 000 000	40 000 000	39 223 951
- Entgelte des Tarifpersonals	87 746 800	87 299 200	88 352 229
- Studentische und wissenschaftlich - künstlerische Hilfskräfte	10 535 000	5 640 000	6 535 261
- Lehrstuhlvertretungen	600 000	300 000	612 136
- Ausbildungsvergütungen	1 300 000	1 300 000	876 175
- Sonstige Vergütungen	1 830 000	800 000	1 906 796
- Personalaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	626 000	560 800	
Summe 2.1.:	140 637 800	135 900 000	137 506 548
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für das Tarifpersonal	21 347 500	19 385 000	20 917 470
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	10 640 000	11 200 000	11 093 445
- Zuführung zum Sondervermögen Nds. Landesversorgungsrücklage	200 000	200 000	217 247
- Emeritenbezüge			
- Sonstige soziale Leistungen an das Tarifpersonal aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	6 900 000	7 135 000	7 121 673
- Nachversicherung ausscheidender Beamter			
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	1 473 000	1 616 000	2 267 815
- Beihilfen für das Tarifpersonal			
- Trennungsgeld und Umzugskosten	168 700	16 300	65 726
- Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	418 000	410 000	429 653
Summe 2.2.:	41 147 200	39 962 300	42 113 028
Summe 2.:	181 785 000	175 862 300	179 619 576
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
- Immaterielle Vermögensgegenstände	200 000	360 000	402 061
- Grundstücke und Bauten	8 000 000	7 800 000	7 734 417
- Technische Anlagen und Maschinen	12 000 000	11 840 000	11 110 432
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2 800 000	3 000 000	2 828 075
Summe 3.:	23 000 000	23 000 000	22 074 984
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
- Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen			
• Bauunterhaltung	5 900 000	4 800 000	7 350 857
• Aufwendungen für Wartung	700 000	400 000	772 706
- Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
• Energie	16 700 000	16 253 000	14 368 379
• Heizung	10 000 000	10 000 000	9 206 919
• Wasser- und Abwasser	1 000 000	1 000 000	926 432
• Entsorgung	300 000	300 000	307 840
-Aufwendungen für Reparatur und Instandhaltungsmaterial			
• Bauunterhaltung	80 000	400 000	61 539
• Sonstige	1 600 000	1 600 000	1 550 207
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
• Mieten, Pachten, Erbbauzins	2 900 000	3 100 000	2 758 957
• EDV-Dienstleistungen	20 000	20 000	13 999
• Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	250 000	300 000	186 515

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 10

Wirtschaftsplan für die Stiftung Universtät Göttingen

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
noch 4.1:			
• Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)			
• Sonstige Gebühren	59 100	60 000	287 623
• Fremdreinigung und Entsorgung	300 000	240 000	490 970
• Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitsicherheit	13 000	13 200	13 838
- Gebühren und Beiträge			6 184
- Sonstige Fremdleistungen	1 000 000	11 481 438	169 466
Summe 4.1.:	40 822 100	49 967 638	38 472 430
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	1 135 000	1 135 000	982 813
- Aufwendungen für Kommunikation			
• Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	1 000 000	1 000 000	1 026 691
• Reisekosten	3 500 000	2 329 000	3 592 864
• Porto	530 000	530 000	510 648
• Öffentlichkeitsarbeit	230 000	230 000	274 930
• Gästebewirtung und Repräsentation	250 000	125 000	275 487
Summe 4.2.:	6 645 000	5 349 000	6 663 432
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Vergütungen für Lehraufträge	2 626 000	526 000	543 949
- Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	350 000	381 000	347 080
- Fort- und Weiterbildung	200 000	130 000	268 566
- Personaleinstellung, -umsetzung, -entlassung	90 000	90 000	131 634
- Übrige Personalaufwendungen	400 000	4 438 700	384 961
Summe 4.3.:	3 666 000	5 565 700	1 676 191
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	100 000	90 000	106 814
- Schadensersatzleistungen	7 000	6 000	7 059
- Abschreibungen auf Forderungen	250 000	232 000	146 447
- Periodenfremde Aufwendungen	450 000	450 000	1 852 345
- Sicherung der Gebäude	500 000	500 000	555 355
- Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	700 000	850 000	653 321
- Aufwendungen für Mitgliedschaften	80 000	70 000	79 120
- Zuführungen Sonderposten für Investitionszuschüsse	24 830 000		45 888 779
- Andere sonstige betriebliche Aufwendungen	150 000		9 345 586
Summe 4.4.:	27 067 000	2 198 000	58 634 827
Summe 4.:	78 200 100	63 080 338	105 446 880
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	1 802 000	1 802 000	2 368 814
Summe 5.:	1 802 000	1 802 000	2 368 814
Summe II.:	315 386 600	289 864 938	334 886 402
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	3 403 000	49 000	-23 440 415
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge			
Summe 1.:			
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
Summe 2.:			
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)			

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 10

Wirtschaftsplan für die Stiftung Universtät Göttingen

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer			
- Gewerbeertragssteuer			
- Kapitalertragssteuer			
- Umsatzsteuer			
Summe 1.:			
2. Sonstige Steuern:			
- Kraftfahrzeugsteuer	28 000	32 000	26 013
- Grundsteuer	17 000	17 000	16 421
Summe 2.:	45 000	49 000	42 434
Summe VI.:	45 000	49 000	42 434
VII Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)	**3 358 000**		**-23 482 849**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 2**

zu Kapitel 06 10

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2007

	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
1. Erträge aus Finanzhilfen und Zuschüssen für laufende Aufwendungen			
a) Finanzhilfe des Landes Niedersachsen	187 231 700	184 830 000	185 665 036
b) des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln	5 000 000	5 000 000	6 549 531
c) von anderen Zuschussgebern	43 200 000	36 500 000	36 470 459
Zwischensumme 1:	235 431 700	226 330 000	228 685 026
2. Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen zur Finanzierung von Investitionen			
a) Zuschüsse des Landes Niedersachsen für bauliche Investitionen	1 864 000	1 811 000	1 693 000
b) des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln	24 830 000	26 160 000	23 971 265
c) von anderen Zuschussgebern	300 000	100 000	628 811
Zwischensumme 2:	26 994 000	28 071 000	26 293 076
3. Erträge aus Entgelten	19 000 000	3 962 000	20 460 208
4. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	200 000	200 000	173 724
5. Andere aktivierte Eigenleistungen	250 000	250 000	1 074 027
6. Sonstige betriebliche Erträge	54 380 000	56 852 000	60 055 404
(davon Erträge aus der Einstellung in Stiftungssonderposten und Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse)	23 000 000	23 000 000	20 592 158
7. Sachaufwand für den Lehr- und Forschungsbetrieb			
a) Aufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmittel, Materialien und bezogene Waren	56 577 900	46 573 300	51 299 869
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	7 100 000	7 100 000	8 100 486
Zwischensumme 7:	63 677 900	53 673 300	59 400 355
8. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	152 352 800	141 465 700	139 770 017
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	45 750 000	39 962 300	42 324 558
(davon für Altersversorgung)	19 901 000	18 100 000	18 432 364
Zwischensumme 8:	198 102 800	181 428 000	182 094 575
9. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	23 000 000	23 000 000	22 074 984
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	50 478 000	56 412 700	68 947 675
(davon aus der Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse)	24 830 000	26 160 000	45 888 779
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	850 000	700 000	997 598
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1 802 000	1 802 000	2 368 814
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	45 000	49 000	2 852 660
14. Sonstige Steuern	45 000	49 000	42 434
15. Jahresergebnis			2 810 226
16. Gewinn-/Verlustvortrag			-7 990 359
17. Entnahme aus / Einstellung in Rücklagen			-2 138 480
18. Bilanzergebnis			-7 318 613

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 3**

zu Kapitel 0610

Vereinfachte Kapitalflussrechnung

			2005 Tsd. EUR
1.		Periodenergebnis vor ausserordentlichen Posten	2 810
2.	+/-	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	22 076
3.	+/-	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	- 572
4.	+/-	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge Veränderungen des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	25 146
5.	-/+	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- 45
6.	-/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	- 56
7.	+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	6 983
8.	**=**	**Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1. bis 7.)**	**56 342**
9.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	346
10.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	
11.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 46 732
12.	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	- 495
13.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	- 103
14.	-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	- 9 248
15.	**=**	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 9. bis 14.)**	**- 56 232**
16.	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten (einschl. Finanzierung Anteile)	700
17.	-	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	- 2 079
18.	**=**	**Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 16. und 17.)**	**- 1 379**
19.	**=**	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe der Zeilen 8., 15. und 18.)**	**- 1 269**
20.	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	25 646
21.	**=**	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 19. und 20.)**	**24 377**

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	24 377
abzüglich: Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 4**
zu Kapitel 0610

Kurzfassung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts 2005

Ausgangslage
Das Wirtschaftsjahr 2005 ist, wie auch schon das Jahr 2004, vor allem durch das Hochschuloptimierungskonzept (HOK) geprägt worden. Mit Beginn des Jahres wurde die Finanzhilfe für laufende Aufwendungen HOK bedingt um weitere 2,0 Mio. EUR gekürzt. Damit betragen die Gesamtkürzungen nach HOK 9,0 Mio. EUR. Gleichzeitig ist es der Universität gelungen, die Erträge im Drittmittelbereich gegenüber dem Vorjahr um 5,4 Mio. EUR zu erhöhen.
Hinweis: Die Vorjahreszahlen sind jeweils in Klammern angegeben.

Erfolgsrechnung 2005
Die Gesamterträge belaufen sich auf 336,7 Mio. EUR (330,4 Mio. EUR). Wichtigster Ertragsposten ist mit 185,7 Mio. EUR (188,3 Mio. EUR) die Finanzhilfe für laufende Aufwendungen des Landes Niedersachsen. Hinzu kommen investive Finanzhilfemittel des Landes von 1,7 Mio. EUR (1,7 Mio. EUR) und Sondermittel des Landes für laufende Aufwendungen und investive Maßnahmen von insgesamt 30,5 Mio. EUR (43,6 Mio. EUR). Damit liegt der Anteil der Landesfinanzierung an den Gesamterträgen bei 64,8 Prozent (70,7 Prozent).
Aus Drittmitteln konnten Erträge von 42,0 Mio. EUR (36,6 Mio. EUR) erzielt werden. Davon: Bund 8,5 Mio. EUR, EU 3,3 Mio. EUR, DFG 20,4 Mio. EUR, Dritte inklusive Auftragsforschung 9,9 Mio. EUR.
Auf der Aufwandsseite ist der Personalaufwand mit 182,1 Mio. EUR (189,0 Mio. EUR) dominierend. Der Personalaufwand beträgt bei einem Gesamtaufwand von 334,9 Mio. EUR (329,1 Mio. EUR) 54,4 Prozent (57,4 Prozent).
Weitere maßgebliche Aufwandsposten stellen der Sachaufwand für den Lehr- und Forschungsbetrieb unter Einbeziehung der Aufwendungen für bezogene Leistungen von insgesamt 59,4 Mio. EUR (53,3 Mio. EUR) sowie die Abschreibungen von 22,1 Mio. EUR (21,4 Mio. EUR) dar.
Aufgrund erfolgs- und bilanzwirksamer Sonderregelungen des Landes beinhalten die Erträge und Aufwendungen Sonderpostenbuchungen für Investitionszuschüsse. Einzelheiten sind der Gewinn- und Verlustrechnung zu entnehmen.
In 2005 beträgt das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 2,9 Mio. EUR (1,4 Mio. EUR). Es verbleibt ein Jahresüberschuss von 2,8 Mio. EUR (1,3 Mio. EUR).

Bilanz 2005
Die Bilanzsumme beläuft sich im Jahr 2005 auf 620,0 Mio. EUR (587,0 Mio. EUR). Der Bilanzverlust beträgt - 7,3 Mio. EUR (- 8,0 Mio. EUR).
Das Anlagevermögen ist mit insgesamt 546,2 Mio. EUR (521,2 Mio. EUR) bewertet. Die Steigerung ist überwiegend auf den 2. Bauabschnitt Physik zurückzuführen.
Die Kapitalseite weist im Eigenkapital unter anderem das Stiftungskapital von 353,6 Mio. EUR aus. Das Eigenkapital hat sich im Ergebnis um 3,8 Mio. EUR (84,1 Mio. EUR) verringert, während der Sonderposten für Investitionszuschüsse von 129,3 Mio. EUR auf 161,1 Mio. EUR angestiegen ist.
Die Rückstellungen haben sich um 0,6 Mio. EUR auf 21,4 Mio. EUR (22,0 Mio. EUR) verringert, während im Vorjahr noch ein Anstieg um 4,1 Mio. EUR zu verzeichnen war. Dieser Rückgang ist vor allem auf die Auflösung von Urlaubsrückstellungen für Professorinnen und Professoren zurückzuführen, während gleichzeitig die Rückstellungen für Altersteilzeit nochmals angestiegen sind.

Kapitalflussrechnung 2005 (Liquidität und Cashflow-Betrachtung)
Aus der Vermögens- und Kapitalstruktur wird mit Hilfe der Kapitalflussrechnung der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit abgeleitet.
Dem Cashflow in Höhe von 56,3 Mio. EUR (59,1 Mio. EUR) stehen Investitionen von 56,2 Mio. EUR (41,8 Mio. EUR) und Finanzierungsvorgänge von 1,4 Mio. EUR (3,3 Mio. EUR) gegenüber.
Der Finanzmittelfonds (Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten, bereinigt um kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten) beträgt 24,4 Mio. EUR (25,6 Mio. EUR). Dabei ist zu beachten, dass u. a. für gewährte Altersteilzeiten und für Budgetüberträge der Fakultäten zentral Liquidität vorgehalten werden muss, internen Berufungszusagen Zahlungsverpflichtungen in Höhe von insgesamt 12,7 Mio. EUR (15,3 Mio. EUR) gegenüberstehen und erhebliche Verbindlichkeiten abgelöst werden müssen.

Bewertung
Die Wirtschaftslage kann mit Abschluss des Jahres 2005 als insgesamt befriedigend bezeichnet werden. Die Kürzungsvorgabe des HOK, die durch Stellenstreichungen zu erwirtschaften ist, konnte weitgehend durch eine Reduzierung der Personalaufwendungen erbracht werden. Die Erhöhung der Drittmittelerträge zeigt, dass die Bemühungen des Präsidiums, hier eine Trendumkehr herbeizuführen, gegriffen haben. Das Präsidium wird aber weiterhin die Aktivitäten zur Drittmitteleinwerbung intensivieren. Die Abschreibungen wurden durch erfolgswirksame Sonderpostenbuchungen im Ergebnis neutralisiert. Gleichwohl dokumentiert der Abschreibungsbedarf bei Gebäuden eine substantielle Unterfinanzierung. Eine Refinanzierung der Abschreibungen ist ohne Landeshilfe auf absehbare Zeit nicht leistbar. Der Verlustvortrag aus den Vorjahren und der hohe Rückstellungsbedarf für Altersteilzeiten belasten weiterhin das Bilanzergebnis. Die Gewährung von Altersteilzeit wurde durch das Präsidium bereits eingeschränkt, um die wirtschaftliche Belastung zu begrenzen. Die Rückstellungen insgesamt haben sich in 2005 um 0,6 Mio. EUR verringert.
Der Sachaufwand ist - vor allem auch durch die seit Sommer 2005 stark angestiegenen Energiepreise - deutlich erhöht. In Verbindung mit den für 2006 angekündigten Preiserhöhungen hat diese Entwicklung bereits zu einer Finanzierungslücke von 4,1 Mio. EUR geführt. Hier wurde es erforderlich, strukturelle Maßnahmen einzuleiten.
Unter Berücksichtigung der Cashflow-Betrachtung und der Liquiditätslage ergibt sich aber insgesamt ein solides Gesamtergebnis.

Ausblick
Der 2005 mit dem Land geschlossene „Zukunftsvertrag“ beinhaltet u. a. die „Gewährleistung verlässlicher finanzieller Rahmenbedingungen für den Hochschulbereich während der Laufzeit des Vertrages“ (Präambel des Vertrages) bis zum Jahr 2010. Allerdings ist eine Selbstbeteiligung der Hochschulen an künftigen Tarif- und Besoldungssteigerungen in Höhe von 0,8 % vorgesehen. Die Finanzhilfe des Landes wird damit bei der nächsten Tarifsteigerung, gegenüber den bisherigen Regelungen, um bis zu 1,2 Mio. EUR geringer ausfallen.

In 2006 ist die Finanzhilfe um 1,0 Mio. EUR gekürzt worden, da die Bauunterhaltungsmittel zwischen den Hochschulen neu verteilt wurden. Die Universität hat bereits Anstrengungen unternommen, um ab 2007 wieder im bisher üblichen Umfang beteiligt zu werden.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 4**

zu Kapitel 0610

Kurzfassung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts 2005

Die Entwicklung der Energiepreise macht es erforderlich, sehr sorgfältig die Auswirkungen der eingeleiteten Energiesparmaßnahmen zu beobachten und ggf. korrigierend einzugreifen. Zum Jahr 2007 ist es u. a. vorgesehen, die Budgets mit den Energiekosten zu belasten, um Anreize zur Reduzierung des Energieverbrauches zu setzen.
Die Universität ist im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zur Antragsstellung in den Förderlinien 1 und 2 aufgefordert worden. Darüber hinaus wird sich die Universität auch an der zweiten Ausschreibungsrunde beteiligen. Auf diesem Weg sollen die Drittmittelbewilligungen zukünftig deutlich gesteigert werden.

Kennzahlen:

1. Finanzhilfequote in %	56,3
2. Verwaltungskostenbeitragsquote in %	1,4
3. Sondermittelquote in %	9,0
4. Drittmittelquote in %	12,4
5. DFG-Drittmittelquote in %	47,6
6. Drittmittel je Professur in €	133.201,3
7. Bewilligte Drittmittel je Professur in €	121.579,1
8. Personalaufwandsquote I in %	54,4
9. Personalaufwandsquote II in %	80,5
10. Personalaufwandsquote III in %	92,1
11. Steueraufkommen in €	21.630.325,9
12. Sachaufwandsquote in %	17,7
13. Liquidität 1. Grades in %	82,8
14. Liquidität 2. Grades in %	129,1
15. Liquidität 3. Grades in %	101,0
16. Erweiterte Eigenkapitalquote in %	79,9
17. Anlagendeckungsgrad in %	90,8
18. Investitionsquote I in %	8,7
19. Investitionsquote II in %	214,4

Erläuterungen:

zu 1. Finanzhilfequote: (Finanzhilfe + Verwaltungskostenbeiträge Studierender) * 100 / Summe aller Erträge:
Die Verwaltungskostenbeiträge Studierender werden hinzugerechnet, da die Finanzhilfe um den selben Betrag gekürzt wurde.

zu 2. Verwaltungskostenbeitragsquote: Verwaltungskostenbeitrag * 100 / Finanzhilfe:
Diese Kennzahl misst den Anteil der Finanzhilfe, der von Studierenden erbracht wird.

zu 3. Sondermittelquote: Sondermittel * 100 / Summe aller Erträge:
Die Sondermittel enthalten die Mittel des Landes Niedersachsen für den laufenden Bedarf und Investitionen.

zu 4. Drittmittelquote: Drittmittel * 100 / Summe aller Erträge:
Die Drittmittel setzen sich zusammen aus Erträgen von anderen Zuschussgebern für laufende Aufwendungen, für Investitionen, den Erträgen der Auftragsforschung und andere Mittel Dritter.

zu 5. DFG - Drittmittelquote: DFG - Drittmittel * 100 / Drittmittel (Gesamt):
Die DFG - Drittmittelquote gibt Aufschluss über die Qualität und Wertigkeit der Drittmittel.

zu 6. Drittmittel je Professur: Drittmittel (Gesamt) / Anzahl besetzte Professuren:
Diese Kennzahl misst die durchschnittliche Forschungsleistung je Professur bezogen auf Drittmittelerträge.

zu 7. Bewilligte Drittmittel je Professur: Drittmittel (Bewilligungen) / Anzahl besetzte Professuren:
Diese Kennzahl misst die durchschnittliche Forschungsleistung je Professur bezogen auf bewilligte Drittmittel.

zu 8. Personalaufwandsquote I: Personalaufwand * 100 / Gesamtaufwand:
Der Personalaufwand I beinhaltet die Posten Löhne und Gehälter sowie Soziale Abgaben.
Der Gesamtaufwand setzt sich zusammen aus Sachaufwand für den Lehr- und Forschungsbetrieb, Personalaufwand, Abschreibungen, sonstige betriebliche Aufwendungen und Zinsen und ähnliche Aufwendungen.

zu 9. Personalaufwandsquote II: Personalaufwand auf Kostenstellen * 100 / (Finanzhilfe + Verwaltungskostenbeiträge Studierender):
Der Personalaufwand II beinhaltet nur den Personalaufwand, der auf Kostenstellen verbucht wurde.

zu 10. Personalaufwandsquote III: Personalaufwand auf Kostenstellen * 100 / Personalkostenobergrenze:
Der Personalaufwand III auf Kostenstellen wird vermindert um die Positionen, die für die Personalkostenobergrenze nicht relevant sind. Diese sind: Versorgungszuschlag, Aufwand für wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte, Aufwand für Auszubildende, Beihilfen und sonstiger Personalaufwand. Die vom Landtag benannte Personalkostenobergrenze betrug im Jahr 2005 144,2 Mio. EUR.

zu 11. Steueraufkommen: Sonstige Steuerverbindlichkeiten:
Enthält zum größten Teil die Lohnsteuerabführung der Mitarbeiter.

zu 12. Sachaufwandsquote: Sachaufwand für Forschung und Lehre * 100 / Gesamtaufwand:
Der Sachaufwand für Forschung und Lehre umfasst unter anderem Bücher und Zeitschriften, Energie, Reparaturmaterial, sonstige Verbrauchsmaterialien und Aufwendungen für bezogene Leistungen.
Siehe außerdem entsprechend Punkt 8.

zu 13. Liquidität 1. Grades: Flüssige Mittel *100 / kurzfristiges Fremdkapital:
Die flüssigen Mittel bestehen vornehmlich aus den Positionen Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und sonstige Wertpapiere. Das kurzfristige Fremdkapital beinhaltet erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen, Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung, Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Niedersachsen, Verbindlichkeiten gegenüber anderen Zuschussgebern und sonstige Verbindlichkeiten (außer Paldo).

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 4**

zu Kapitel 0610

Kurzfassung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts 2005

zu 14. Liquidität 2. Grades: (Forderungen + Flüssige Mittel) * 100 / kurzfristiges Fremdkapital:
Flüssige Mittel und kurzfristiges Fremdkapital siehe Punkt 13. Die Forderungen setzen sich zusammen aus Forderungen aus Lieferung und Leistung, Forderungen gegen das Land Niedersachsen, Forderungen gegen andere Zuschussgeber und sonstige Vermögensgegenstände.

zu 15. Liquidität 3. Grades: Umlaufvermögen * 100 / (kurzfristiges Fremdkapital + mittelfristiges Fremdkapital):
Das Umlaufvermögen enthält außer den flüssigen Mitteln und den Forderungen noch die Vorräte. Zum mittelfristigen Fremdkapital werden die sonstigen Rückstellungen gezählt.

zu 16. Erweiterte Eigenkapitalquote: (Eigenkapital + Sonderposten für Investitionszuschüsse) * 100 / Bilanzsumme: Der Sonderposten für Investitionszuschüsse ist eine Sondergröße in der Bilanzierungsrichtlinie für Hochschulen des Landes Niedersachsen. Durch die Einrechnung dieses Sonderpostens wird die Eigenkapitalquote erhöht.

zu 17. Anlagendeckungsgrad: (Eigenkapital + Sonderposten für Investitionszuschüsse) * 100 / Anlagevermögen:
Ein Anlagendeckungsgrad von 90,8 % im Jahr 2005 bedeutet, dass einem EURO Anlagevermögen 90,8 Cent Eigenkapital gegenüberstanden.

zu 18. Investitionsquote I: Investitionen * 100 / Anlagevermögen:
Die Investitionsquote I gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens erneuert wird.

zu 19. Investitionsquote II: Investitionen * 100 / Abschreibungen:
Die Investitionsquote II gibt Aufschluss darüber, ob die Substanz des Unternehmens erhalten bleibt.

Zielvereinbarung 2005 – 2008 (Zusammenfassung)

Die Zielvereinbarung 2005 – 2008 der Universität Göttingen mit dem Land Niedersachsen wurde im März 2005 von beiden Vertragsparteien unterzeichnet. Die Zielvereinbarung umfasst erstmals, bei einjähriger Finanzierung für das Jahr 2005, einen mehrjährigen Planungszeitraum. Die Universität Göttingen hat in der Zielvereinbarung entsprechend ihrem Zielprofil strategische Ziele festgelegt, die folgende wesentliche Komponenten beinhalten:

- Weiterentwicklung der Forschungsschwerpunkte der Universität in den Natur- und Geisteswissenschaften
- Umstellung der Studienstruktur auf Bachelor- und Masterstrukturen und damit verbundene Akkreditierung der entsprechenden Studiengänge
- Fortentwicklung der Qualitätssicherung in der Lehre durch Fortführung der konsequenten Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen aus externen Evaluationen von Studium und Lehre
- Weiterer Ausbau von Hochschulkooperationen.

Die Zielvereinbarung 2005 – 2008 beinhaltet darüber hinaus:

- Planungen zur Internationalisierung, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Gleichstellung, Infrastruktur, Ausbildungsplätze, Schwerbehinderte
- Anlagen mit Studienangebot, Forschungsschwerpunkten und strategischem Konzept zur Internationalisierung.

Die einjährigen Planungen in der Zielvereinbarung 2005 – 2008 zur Finanzierung, zur Umstellung der Studienstruktur, zur Qualitätssicherung in Studium und Lehre und zur Umsetzung der Ergebnisse der Wissenschaftlichen Kommission werden durch Nachträge zu Zielvereinbarungen weiter geregelt.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0612 Georg-August-Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin -Stiftung des öffentlichen Rechts

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 12-1	132	Ablieferungen der Stiftung für Studiengebühren Langzeitstudierender **** Abweichend von § 15 Abs.1 Satz 1 LHO (Bruttoprinzip) ist der Nettobetrag veranschlagt.*		400	342	+58	—
129 01-2	132	Ablieferungen der Stiftung		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
685 01-2	132	Zuführungen für lfd. Zwecke der Stiftung *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 894 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die Erläuterungen zum Gesamtvolumen für aus Landesmitteln finanziertes Personal und zur Kreditlinie der Stiftung verbindlich.*	—	111.568	112.908	–1.340	115.443
894 01-0	132	Zuschüsse für Investitionen der Stiftung *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 685 01.*	—	9.050	9.050	—	9.050
		Abschluss Kapitel 0612					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		400	342	+58	
		Summe der Einnahmen		400	342	+58	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	111.568	112.908	–1.340	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	9.050	9.050	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	120.618	121.958	–1.340	
		Zuschuss		120.218	121.616	–1.398	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 685 01

Das im Rahmen der Bemessung der Finanzhilfe nach § 56 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 NHG ermittelte Gesamtvolumen für aus Landesmitteln finanziertes Personal beläuft sich auf 98.128.023 EUR (davon entfallen auf den Tarifbereich 92.673.973 EUR und auf den Besoldungsbereich 5.454.050 EUR).

Gemäß § 57 Abs.4 NHG ist die Stiftung ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben Kredite vom Kreditmarkt bis zur Höhe von 11.156.800 EUR aufzunehmen. Bei Kreditaufnahmen über mehrere Haushaltsjahre darf diese Summe nicht überschritten werden. Eine Erhöhung der Finanzhilfe auf Grund der Kreditaufnahme ist ausgeschlossen.

Die Kreditermächtigung für das Haushaltsjahr 2005 betrug 11.460. 100 EUR und wurde am 31.12.2005 mit 693.692 EUR in Anspruch genommen; die Kreditermächtigung für das Haushaltsjahr 2006 beträgt 11.290.800 EUR und soll voraussichtlich bis zu einer Höhe von 1.388.500 EUR in Anspruch genommen werden.

Wirtschaftsplan für die Stiftung Universität Göttingen – Bereich Humanmedizin
für das Geschäftsjahr 2007

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 0612

Wirtschaftsplan für die Stiftung Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung		Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I.	**Finanzbedarf**			
06	Technische Anlagen	100 000	100 000	
07	Einrichtungen und Ausstattungen eischl des Aufwandes für Festwertgüter	25 500 000	22 828 000	24.290.894
08	Anzahlungen auf Anlagen			
09	Immaterielle Vermögensgegenstände			
Summe I.:		25 600 000	22 928 000	24 290 894
II.	**Deckungsmittel**			
1.	Erlöse aus Veräußerung von Anlagegegenständen bis zur Höhe des Buchwertes	100 000	100 000	238 299
2.	- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
	• aus Kap. 0612 Titel 894 01	9 050 000	9 050 000	9 050 000
	• aus Sondermitteln	13 450 000	3 328 000	8 743 524
3.	Zuschüsse aus Drittmitteln	3 000 000	8 000 000	2 503 274
4.	In Anspruch genommene Restmittel		2 450 000	3 755 797
Summe II.:		25 600 000	22 928 000	24 290 894

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 0612

Wirtschaftsplan für die Stiftung Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erträge			
1. Betriebliche Erträge			
40 Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	212 000 000	213 748 000	214.081.544
41 Erlöse aus Wahlleistungen	800 000	800 000	825.607
42 Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	31 928 000	29 660 000	30 174 324
43 Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte	5 800 000	4 600 000	4 865 051
44 Erstattungen des Personals für Mietwohnungen usw.	1 169 000	1 150 000	1 188 677
45 Erträge aus Küche, Forschungswerkstätten u.a.	11 726 000	10 637 000	11 786 990
472 Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand für lfd. Zwecke (ohne Konto 47200)	27 918 800	20 836 100	30.926.675
473 Zuwendungen Dritter	5 600 000	5 350 000	
49 Auflösung Sonderposten	8 700 000	8 700 000	8 593 866
Zwischensumme	305 641 800	295 481 100	302 442 734
2. Andere Erträge			
51 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	203 000	303 000	306 829
52 Erlöse aus Veräußerung von Anlagengegenständen bis zur Höhe des Buchwertes			
53 Erträge aus Wertberichtigungen	100 000	100 000	234.486
54 Erträge aus Auflösung von Rückstellungen	610 000	600 000	687.749
55 Bestandsänderungen, aktivierte Eigenleistungen	1 894 000		1.853.602
57 Sonstige ordentliche Erträge	5 815 500	4 845 500	8.102.122
59 Übrige Erträge, soweit nicht KUGr. 599	2 075 000	1 500 000	1.984.407
599 Entgelte Dritter	4 300 000	1 300 000	1.304.062
Zwischensumme	14 997 500	8 648 500	14 473 257
472000 Erfolgplan/Finanzhilfe	111 568 000	112 908 000	111 143 999
Entnahme/Einstellung von Rücklagen			
Summe I.:	432 207 300	417 037 600	428 059 990

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 0612

Wirtschaftsplan für die Stiftung Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
II. Aufwendungen			
1. Personalaufwendungen			
60 Löhne und Gehälter			
61 Gesetzliche Sozialabgaben	277 940 400	271 119 700	277.863.252
62 Aufwendungen für Altersversorgung			
63 Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützungen	710 000	700 000	746.362
64 Sonstige Personalaufwendungen	205 000	210 000	344.131
Zwischensumme	278 855 400	272 029 700	278 953 745
2. Sachaufwendungen			
65 Lebensmittel	4 451 500	4 484 300	5 339 354
66 Medizinischer Bedarf	68 522 800	60 590 300	62 015 217
67 Wasser, Energie, Brennstoffe	18 200 000	16 077 000	15 528 193
68 Wirtschaftsbedarf	8 042 100	7 741 900	8 124 435
69 Verwaltungsbedarf	8 059 800	7 555 700	8 200 055
70 Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	5 023 000	4 807 000	5 011 200
72 Instandhaltung, Material für aktivierte Eigenleistungen	22 532 400	18 284 300	22 937 423
73 Steuern, Abgaben, Versicherungen	2 281 600	2 365 100	2 309 450
74 Zinsen für ähnliche Aufwendungen	80 000	70 000	37.123
76 Abschreibungen	9 057 000	8 700 000	9.527.983
761 Wiederbeschaffung von Gebrauchsgütern (mit einem Wert von mehr als 51 bis zu 410 EUR ohne MwSt.) und Wertberichtigung auf Forderungen	669 300	796 000	625.151
78 Sonstige ordentliche Aufwendungen	23.814.300	14.812.800	18.323.805
Zwischensumme	170 733 800	146 284 400	152 640 035
3. Übrige Aufwendungen			
79 Übrige Aufwendungen	1 918 100	638 300	2 207 151
Summe II.:	**451 507 300**	**418 952 400**	**433 800 931**

Erläuterungen zum Erfolgsplan:

zu KGr. 57
Enthalten sind 78.000 EUR für Studiengebühren Langzeitstudierender.

zu KUGr. 599
Enthalten sind 3 Mio EUR für Studienbeiträge einschl. Zinserträgen.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Anlage 2
zu Kapitel 0612

Gewinn und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2007

		Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
1.	Erlöse aus Krankenhausleistungen	212.000.000	213.748.000	213.179.905,66
2.	Erlöse aus Wahlleistungen	800.000	800.000	842.472,08
3.	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	31.928.000	29.660.000	29.003.618,89
4.	Nutzungsentgelte der Ärzte	5.800.000	4.600.000	7.154.046,10
5.	Umsatzerlöse des Restaurationsbetriebes	3.200.000	3.200.000	3.107.986,01
6.	Erhöhung/Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	1.800.000	1.500.000	1.773.362,35
7.	Aktivierte Eigenleistungen	80.000	80.000	80.000,00
8.	Erfolgsplanzuschuss des Landes Niedersachsen	111.568.000	112.908.000	111.143.999,00
9.	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	27.918.800	26.186.100	25.030.576,79
10.	Sonstige betriebliche Erträge	25.000.000	25.000.000	23.688.708,14
Zwischensumme 1. bis 10.		420.094.800	417.682.100	415.004.675,02
11.	Personalaufwand			
	a) Löhne und Gehälter	218.377.800	213.019.700	218.308.085,48
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	59.562.600	58.100.000	59.289.720,99
12.	Materialaufwand			
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	98.000.000	92.000.000	90.420.176,15
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	6.200.000	4.807.200	4.797.857,02
Zwischensumme 11. bis 12.		382.140.400	367.926.900	372.815.839,64
13.	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	25.600.000	25.600.000	22.277.298,18
14.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	33.500.000	33.500.000	30.181.854,26
15.	Aufwendungen aus der Zuführung der Investitionszuschüsse zu Sonderposten und Verbindlichkeiten	25.000.000	25.000.000	23.939.968,48
Zwischensumme 13. bis 15.		34.100.000	34.100.000	28.519.183,96
16.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	31.500.000	30.000.000	29.060.195,68
17.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	59.000.000	55.000.000	51.971.926,63
Zwischensumme 16. bis 17.		90.500.000	85.000.000	81.032.122,31
18.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	203.000	300.000	306.828,89
19.	Abschreibungen auf Finanzanlagen	800.000	800.000	834.285,00
20	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	80.000	75.000	37.122,63
Zwischensumme 18. bis 20.		-677.000	-575.000	-564.578,74
21.	**Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**	**-19.122.600**	**-1.719.800**	**-10.888.681,71**
22.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	120.000	130.000	128.654,87
23.	Sonstige Steuern	57.400	65.000	62.958,00
24.	**Jahresfehlbetrag/-überschuss**	**-19.300.000**	**-1.914.800**	**-11.080.294,58**
25.	Entnahme aus Gewinnrücklagen zur Finanzierung von Investitionen	0	0	5.940.844,16
26.	**Bereinigter Jahresfehlbetrag/-überschuss**	**-19.300.000**	**-1.914.800**	**-5.139.450,42**
27.	Verlustvortrag			-8.047.118,07
28.	Entnahme aus Gewinnrücklagen			0,00
29.	Einstellung in Gewinnrücklagen			-87.078,85
30.	**Bilanzergebnis**			**-13.273.647,34**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 3**

zu Kapitel 0612

Vereinfachte Kapitalflussrechnung

			2005 Tsd. EUR
1.		Periodenergebnis vor ausserordentlichen Posten	- 11 081
2.	+/-	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	29 894
3.	+/-	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	- 2 320
4.	+/-	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge Veränderungen des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	- 30 182
5.	-/+	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	335
6.	-/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	- 336
7.	+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	8 719
8.	**=**	**Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1. bis 7.)**	**- 4 971**
9.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	
10.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	- 22 470
10.1	+	Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	22 787
11.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	
12.	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	- 1 140
13.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	- 466
14.	-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	
15.	**=**	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 9. bis 14.)**	**- 1 289**
16.	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten (einschl. Finanzierung Anteile)	791
17.	-	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	- 97
18.	**=**	**Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 16. und 17.)**	**694**
19.	**=**	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe der Zeilen 8., 15. und 18.)**	**- 5 566**
20.	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	14 980
21.	**=**	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 19. und 20.)**	**9 414**

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

abzüglich: Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 4**
zu Kapitel 0612

Kurzfassung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts 2005

Ausgangslage
Im Jahr 2005 hat der Bereich Humanmedizin der Universität Göttingen leider ein ausgeglichenes Jahresergebnis verfehlt.
Der Jahresfehlbetrag beläuft sich, bereinigt um die Entnahme aus der Gewinnrücklage, auf eine Höhe von 5,2 Mio. EURO. Wie bereits in den Vorjahren lag die Ertragsentwicklung in der stationären Krankenversorgung unterhalb der Erwartungen. Im Sachkostenbereich waren deutlich höhere Instandhaltungskosten und Energiekosten zu verzeichnen.

Die Summe der Drittmittelzuweisungen konnte im Jahr 2005 erneut deutlich gesteigert werden.

Gewinn- und Verlustrechnung 2005
Die Gewinn- und Verlustrechnung weist insgesamt 415,0 Mio. EURO (Vorjahr: 416,7 Mio. EURO) Erträge für den laufenden Betrieb aus. Die größte Ertragsposition stellen die Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen mit 213,2 Mio. EURO (Vorjahr: 216,5 Mio. EURO) dar. Die zweitgrößte Position mit 111,1 Mio. EURO (Vorjahr: 112,3 Mio. EURO) ist die Finanzhilfe für laufende Zwecke des Landes Niedersachsen. Die Erlöse aus ambulanten Krankenhausleistungen konnten abermals gesteigert werden und belaufen sich auf 30,9 Mio. EURO (Vorjahr: 29,3 Mio. EURO).
Die Verausgabung im Drittmittelbereich blieb mit 36,1 Mio. EURO im Vergleich zum Vorjahr (36,4 Mio. EURO) nahezu unverändert.
Auf der Aufwandsseite ist der Personalaufwand dominierend, wobei sich im Vergleich zum Vorjahr (282,8 Mio. EURO) ein deutlicher Rückgang auf 277,6 Mio. EURO abzeichnet.
Im Sachaufwandsbereich stellt der medizinische Bedarf nach wie vor mit 62,0 Mio. EURO (Vorjahr: 61,6 Mio. EURO) die größte Position dar. Als zweitgrößte Position haben aufgrund des Alters und dem Zustand der Gebäude und der betriebstechnischen Anlagen die Instandhaltungsaufwendungen mit 22,9 Mio. EURO (Vorjahr: 20,3 Mio. EURO) deutlich um 12,8 % zugenommen. Die Entwicklung der Energiepreise haben insgesamt zu einem Anstieg der Energieaufwendungen auf nunmehr 15,5 Mio. EURO (Vorjahr: 13,3 Mio. EURO) geführt.

Bilanz 2005
Die Bilanzsumme 2005 beläuft sich auf 426,3 Mio. EURO (Vorjahr: 437,7 Mio. EURO). Der Bilanzverlust beträgt 13,2 Mio. EURO (Vorjahr: 8,0 Mio. EURO). Das Anlagevermögen beläuft sich auf 330,7 Mio. EURO (Vorjahr: 336,9 Mio. EURO); das Umlaufvermögen auf 94,2 Mio. EURO (Vorjahr: 100,7 Mio. EURO). Auf der Passivseite stellt das Eigenkapital mit 218,8 Mio. EURO (Vorjahr: 238,5 Mio. EURO) die größte Position dar.
Der Sonderposten aus der Zuwendung zur Finanzierung des Anlagevermögens blieb mit 106,8 Mio. EURO (Vorjahr: 105,6 Mio. EURO) nahezu unverändert. Die Rückstellungen nahmen im Vergleich zum Vorjahr (33,5 Mio. EURO) leicht ab und beziffern sich auf 31,2 Mio. EURO im Jahr 2005.
Die Verbindlichkeiten stiegen auf 64,7 Mio. EURO (Vorjahr: 55,3 Mio. EURO) an.

Kapitalflussrechnung 2005
Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beläuft sich auf -5,0 Mio. EURO (Vorjahr: -11,3 Mio. EURO). Im Jahr 2005 ergab sich ein Mittelabfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 5,0 Mio. EURO. Der Finanzmittelbestand verminderte sich in 2005 um 5,6 Mio. EURO.

Bewertung und Ausblick
Damit der Bereich Humanmedizin der Universität Göttingen mittelfristig und trotz der durch die Gesetzgebung absehbaren weiteren Ertragsabsenkung im stationären Krankenversorgungsbereich wieder ein ausgeglichenes Jahresergebnis erzielen kann, wurde in Abstimmung mit dem Ausschuss Humanmedizin ein umfangreicher Maßnahmenkatalog beschlossen. Kostenreduktionen, vor allem in den sekundären und tertiären Dienstleistungen, eine stärker leistungsorientierte Budgetallokation, ein zielgerichteter Einsatz des med.-technischen Dienstes sowie eine Reduktion der selbständigen Abteilungen und eine Reduktion der betriebenen Betten stehen bis Ende 2007 im Fokus der Unternehmensführung. Mit diesen Maßnahmen ist beabsichtigt, bis Ende 2007 wieder ein ausgeglichenes Ergebnis erzielen zu können. Leider gibt das 1. Quartal des Jahres 2006 Anlass zur erheblicher Sorge, dass diese Zielsetzung – trotz der planmäßigen Umsetzung der o. b. Maßnahmen - nicht erreicht wird. So hat der Arbeitskampf, der zwischen der Tarifgemeinschaft Deutscher Länder und der Gewerkschaft Verdi bzw. dem Marburger Bund seit Februar diesen Jahres in voller Härte geführt wird, einen voraussichtlichen Erlöseinbruch in Höhe von 7 Mio. Euro (Stand 25.05.06)für den Bereich Humanmedizin als Konsequenz.

Weitere Kostenprobleme, welche 2006 sichtbar wurden, bilden steigende Arzneimittelkosten sowie ein erheblicher Anstieg der Energiepreise (Rohölpreisentwicklung). Trotz bereits nach oben angepasster Planung ist 2006 mit nicht geplanten Mehrkosten in Höhe von 2 Mio. Euro zu rechnen. Ein weiteres großes Problem, welches existentiell für die Zukunftssicherung des Bereichs Humanmedizin ist, ist der problematische Zustand, in dem sich die Bausubstanz und vor allem die Technik unserer Gebäude bereits befinden. In den nächsten 15 Jahren ist mit unumgänglichen Investitionen in der Größenordnung von rd. 300 Mio Euro zu rechnen. Dies wird mit der herkömmlichen Finanzierung über das Hochschulbauförderungsgesetz nicht leistbar sein. Aus diesem Grund ist der Vorstand bereits in 2005 in Überlegungen eingetreten, die Generalsanierung aller Liegenschaften über alternative Investitionsmodelle in Angriff zu nehmen.

Zusammen mit einer Beratungsunternehmung wird derzeit ein „Masterplan“ erarbeitet, welcher wiederum die Grundlage für überschaubare und handhabbare Investitionsprojekte bis zum Jahr 2020 bilden soll. Die einzelnen Investitionsprojekte sind danach teils im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Landesmittel, teils durch Modelle im Rahmen sog. Public-Privat-Partner-Ship-Finanzierung detailliert zu planen. In einem intensiven Dialog mit dem Ausschuss Humanmedizin werden auch in 2006 die Fragen der Generalsanierung unserer Liegenschaft im Fokus der Aktivitäten des Vorstands stehen.

Zielvereinbarung 2005 – 2008 (Zusammenfassung)

Der BHG verfolgt weiterhin die in den Zielvereinbarungen 2005-2008 vom 21.3.2005 formulierten strategischen und operativen Ziele in den Entwicklungsfeldern Studium und Lehre, Forschung, Internationalisierung Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Erfüllung des Gleichstellungsauftrags, Wirtschaftsführung, Ausbildungsplätze sowie Beschäftigungsquote von Schwerbehinderten.

Zu den formulierten Zielen gehören:

- Weiterentwicklung des Forschungsprofils unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen
- Ausweitung der leistungsorientierten Mittelvergabe in Forschung und Lehre
- Fortführung und Ausbau interdisziplinärer Forschungseinrichtungen (ENI-G; GZMB, CMPB, MRT-Forschungsgruppe, Tier-MRT) in Kooperation mit universitären und ausseruniversitären Partnern.
- Fortführung und Abschluß der Reform des Studiengangs Humanmedizin gemäß der neuen Approbationsordnung für Ärzte (ÄAppO)
- Internationalisierung als ein Element der Schwerpunkt- und Profilbildung in Forschung und Lehre
- Reorganisation des Zentrums Schulen für Fachberufe des Gesundheitswesens
- Weiterentwicklung des Qualitätsmanagements in der Krankenversorgung
- Anpassung der Leistungsplanung in der Krankenversorgung an DRG-Bedingungen und strategische Versorgungskonzepte
- Weiterentwicklung der IT-Infrastruktur
- Umsetzung des Konsolidierungsplanes gem. Risk-Map

Veränderungen im Studienangebot sind nicht geplant, die Aufnahmekapazitäten sind in Anlage 1 des ersten Nachtrags zur Zielvereinbarung 2005-2008 vom 15.9.2005 aufgeführt.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0613 Universität Oldenburg (Landesbetrieb)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 10-9	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender **** Abweichend von § 15 Abs. 1 S. 1 LHO (Bruttoprinzip) ist der Nettobetrag veranschlagt.*		378	278	+100	181
111 15-0	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		1.877	1.877	—	1.528
121 02-3	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-7	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03 und 891 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	307 307	84.955	87.273	–2.318	86.487
682 03-3	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.*	—	1.211	1.457	–246	994
682 39-4	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	72	30	+42	60
891 01-5	131	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.*	—	709	697	+12	653
		<u>Abschluss Kapitel 0613</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		2.255	2.155	+100	
		Summe der Einnahmen		2.255	2.155	+100	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	307 307	86.238	88.760	–2.522	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	709	697	+12	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	307 307	86.947	89.457	–2.510	
		Zuschuss		84.692	87.302	–2.610	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0613

Die Universität Oldenburg wird seit dem 01.01.1995 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt.

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

Zu 682 01

Die finanzielle Obergrenze nach § 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG beträgt für das Geschäftsjahr 2007 40 808 661 EUR.

Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 2 844 100 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie Beiträge zur Berufsgenossenschaft – Landesunfallkasse).

Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 6 840 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Nutzungsentgelt an den Landesliegenschaftsfonds).

Dem Studentenwerk Oldenburg werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa	5 756	
Verwaltung	486	232 488 EUR

Dem Wolfgang-Schulenberg-Institut für Bildungsforschung und Erwachsenenbildung werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Verwaltung	240	7 417 EUR

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.
Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Nicht verbindliche Erläuterung:

Das Ergebnis der Formelberechnung für 2006 ergibt einen Betrag von -85.414 EUR. Die Buchung erfolgt bei Kap. 06 08 TGr. 68 im Rahmen der unterjährigen Verrechnung.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	307	—	307
2008	—	—	307	307
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	307	307	614

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Oldenburg
für das Geschäftsjahr 2007

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der gemäß § 26 LHO vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Betriebsanweisung für die Hochschulen in staatlicher Trägerschaft des Landes Niedersachsen vom 23.Juli 2003

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 13

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Oldenburg

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Lizenzen an Rechten und Werten			256 256
- Bebaute Grundstücke			
- Unbebaute Grundstücke			
- Gebäude			
- Maschinen und Anlagen	709 000	500 000	53 206
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,	4 128 000	4 637 000	5 505 760
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			
Summe 1.:	4 837 000	5 137 000	5 815 222
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Lizenzen an Rechten und Werten			
- Gebäude			
- Maschinen und Anlagen			
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,			
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			
Summe 2.:			
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan			
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)			
- Ablieferungen an den Landeshaushalt			
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)			
Summe 3.:			
Summe I.:	4 837 000	5 137 000	5 815 222
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan			315 641
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)			
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren			594 408
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)			930 230
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• aus Fachkapitel	709 000	697 000	944 841
• aus Sondermitteln	4 128 000	4 440 000	3 030 102
• Baumittel			
- Andere öffentliche Zuschussgeber			
Summe 1.:	4 837 000	5 137 000	5 815 222
Summe II.:	4 837 000	5 137 000	5 815 222

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 13

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Oldenburg

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
- aus Fachkapitel	86 238 000	88 760 000	84 986 702
- aus Sondermitteln	5 600 000	7 000 000	3 349 445
Summe 1.:	91 838 000	95 760 000	88 336 147
2. Erträge aus Studienbeiträgen einschl. Zinserträge:	7 000 000		
Summe 2.:	7 000 000		
3. Anteil an den Studiengebühren Langzeitstudierender:	446 000	446 000	540 000
Summe 3.:	446 000	446 000	540 000
4. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse:			
- Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	11 500 000	14 000 000	11 193 831
- Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	562 400	562 400	608 790
- Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten			185 293
Summe 4.:	12 062 400	14 562 400	11 987 914
5. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:			301 935
Summe 5.:			301 935
6. Andere aktivierte Eigenleistungen:			339 540
Summe 6.:			339 540
7. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Erstattung von Personalaufwendungen			145 280
- Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	1 000 000	1 000 000	1 314 789
- Erlöse aus Nebenbetrieben	1 200 000	500 000	1 346 782
- Betreuung von Studierenden	100 000	100 000	78 147
- Gebühren und gebührenähnliche Erträge	340 000	340 000	419 685
- Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	120 000	120 000	105 698
- Nebenerlöse aus der Abgabe von Energie	150 000	150 000	190 591
- Spenden	240 000	240 000	475 512
- Erträge aus Schadensersatzleistungen			14 536
- Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	6 000 000	6 300 000	5 902 732
- Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	5 000	5 000	12 357
- Auflösung von Rückstellungen			509 847
- Periodenfremde Erträge			130 866
- Übrige Erträge	350 000	350 000	45 936
Summe 7.:	9 505 000	9 105 000	10 692 758
8. Zinserträge und ähnliche Erträge:			1 706
Summe 8.:			1 706
Summe I.:	120 851 400	119 873 400	112 200 000

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Oldenburg

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	1 394 000	1 364 000	1 865 091
- Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	5 120 000	1 970 000	1 105 128
- Aufwendungen für bezogene Leistungen			
• Unteraufträge in Drittmittelvorhaben			528 230
• Werkverträge	450 000	450 000	357 609
• Wissenschaftliche Dienstleistungen	352 000	5 850 000	397 955
- Weiterleitung von Forschungsmitteln			
- Sonstige bezogene Leistungen			107 041
- Sachaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	510 000	542 000	
Summe 1.:	7 826 000	10 176 000	4 361 054
2. Personalaufwand:			
2.1. Entgelte, Vergütungen und Besoldung			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	17 491 000	21 481 000	17 186 562
- Entgelte des Tarifpersonals	41 486 000	36 714 000	39 715 235
- Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter			
- Studentische und wissenschaftlich - künstlerische Hilfskräfte	2 400 000	2 400 000	2 309 750
- Lehrstuhlvertretungen	370 000	370 000	496 750
- Ausbildungsvergütungen	380 800	420 000	385 171
- Personalaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	800 000	800 000	
Summe 2.1.:	63 547 800	62 805 000	60 193 992
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für das Tarifpersonal	9 324 200	8 306 000	8 655 442
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	2 671 600	2 909 500	2 081 432
- Zuführung zum Sondervermögen Nds.			
- Zuführung zum Sondervermögen Nds. Versorgungsrücklage	170 700	170 700	112 515
- Emeritenbezüge	3 400 000	3 400 000	2 709 864
- Sonstige soziale Leistungen an das Tarifpersonal			
- Nachversicherung ausscheidender Beamter	200 000	200 000	228 730
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	622 000	715 000	771 400
- Beihilfen für das Tarifpersonal	33 000	35 000	200 000
- Trennungsgeld und Umzugskosten	35 000	54 000	98 489
- Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	172 500	175 100	186 454
Summe 2.2.:	19 149 000	16 009 000	17 646 427
Summe 2.:	82 696 800	78 814 000	77 840 419
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
- Immaterielle Vermögensgegenstände	350 000	300 000	343 001
- Grundstücke und Bauten	550 000	550 000	4 107
- Technische Anlagen und Maschinen	5 100 000	5 450 000	538 801
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung			5 016 823
Summe 3.:	6 000 000	6 300 000	5 902 732

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Oldenburg

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II Aufwendungen			
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
- Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen			
• Bauunterhaltung	1 062 000	1 308 000	221 383
• Aufwendungen für Wartung	1 500 000	1 500 000	2 059 337
- Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
• Energie	1 550 000	1 450 000	1 943 413
• Heizung	1 149 000	1 100 000	1 419 264
• Wasser- und Abwasser	270 000	270 000	253 871
• Entsorgung	83 000	83 000	102 825
-Aufwendungen für Reparatur und Instandhaltungsmaterial			
• Bauunterhaltung	450 000	450 000	139 104
• Sonstige			238 972
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
• Mieten, Pachten, Erbbauzins	7 516 000	7 518 000	7 730 795
• EDV-Dienstleistungen	100 000	100 000	93 973
• Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	174 000	354 000	174 008
• Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	6 000	5 000	5 917
• Sonstige Gebühren			
• Fremdreinigung	850 000	850 000	848 339
• Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	71 600	71 600	42 803
- Gebühren und Beiträge			
- Sonstige Fremdleistungen	95 000	95 000	375 432
Summe 4.1.:	14 876 600	15 154 600	15 649 436
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	850 000	850 000	906 030
- Aufwendungen für Kommunikation			
• Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	420 000	420 000	422 967
• Reisekosten	1 300 000	1 300 000	1 282 143
• Porto	220 000	220 000	230 146
• Öffentlichkeitsarbeit	220 000	220 000	222 089
• Gästebewirtung und Repräsentation	4 000	4 000	5 276
Summe 4.2.:	3 014 000	3 014 000	3 068 651
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Vergütungen für Lehraufträge	350 000	350 000	474 532
- Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	102 000	102 000	92 388
- Fort- und Weiterbildung	190 000	190 000	275 134
- Personaleinstellung, -umsetzung, -entlassung			
- Übrige Personalaufwendungen	1 600 000		2 642 605
Summe 4.3.:	2 242 000	642 000	3 484 659
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens			
- Schadensersatzleistungen	2 000	2 000	2 176
- Abschreibungen auf Forderungen			33 511
- Periodenfremde Aufwendungen		1 926 800	86 434
- Sicherung der Gebäude	240 000	240 000	280 987
- Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	587 000	587 000	850 516
- Aufwendungen für Mitgliedschaften	15 000	15 000	66 197
- Andere sonstige betriebliche Aufwendungen	3 350 000	3 000 000	251 558
Summe 4.4.:	4 194 000	5 770 800	1 571 379
Summe 4.:	24 326 600	24 581 400	23 774 125

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Oldenburg

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II Aufwendungen			
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:			
Summe 5.:			
Summe II.:	120 849 400	119 871 400	111 878 330
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	2 000	2 000	321 670
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge			
Summe 1.:			
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
Summe 2.:			
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)			
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer			
- Gewerbeertragssteuer			
- Kapitalertragssteuer			
- Umsatzsteuer			
Summe 1.:			
2. Sonstige Steuern:			
- Kraftfahrzeugsteuer			
- Grundsteuer	2 000	2 000	6 028
Summe 2.:	2 000	2 000	6 028
Summe VI.:	2 000	2 000	6 028
VII Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)			**315 642**

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
2. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:

1 Lohn-Gr. 8	Handwerklicher Dienst	zum Zeitpunkt des Freiwerdens der nächsten Stelle dieser Wertigkeit
1 Verg.-Gr. II a	Wissenschaftlicher Dienst	zum Zeitpunkt des Freiwerdens der nächsten Stelle dieser Wertigkeit (0542)
2 Verg.-Gr. V c	Technischer Dienst	zum Zeitpunkt des Freiwerdens der nächsten Stelle dieser Wertigkeit (0542)
1 Verg.-Gr. VI b	Technischer Dienst	zum Zeitpunkt des Freiwerdens der nächsten Stelle dieser Wertigkeit (0542)
1 Verg.-Gr. IX b/VII	Schreibdienst	zum Zeitpunkt des Freiwerdens der nächsten Stelle dieser Wertigkeit (0542)

   sowie um die Mittel

   0,5 Verg.-Gr. V c Technischer Dienst bei ihrem Freiwerden (0542)
3. Angestellte im Bibliotheksdienst, deren Tätigkeit zu mindestens 50 v. H. ihrer Gesamtarbeitszeit gründliche und vielseitige Fachkenntnisse sowie selbstständige Leistungen erfordert, sind für die Dauer ihrer Tätigkeit bis zum Abschluss einer tarifvertraglichen Neuregelung übertariflich in Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.
4. 6 Hausmeister/-innen sind für die Dauer ihrer Hausmeister/ (-innen)tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.
5. Die Sekretärin des/der Präsident(en)/-in ist für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.
   Die für die Dauer ihrer Tätigkeit eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N, Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
6. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
7. Soweit ausreichende Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 12 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Verträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.
8. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes.
   Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
9. Nachstehende ku-Vermerke sind zu beachten:
   1 Verg.-Gr. II a Wissenschaftlicher Dienst nach Bes.-Gr. C 1 Hochschulassistent (Soziologie).
   1 Verg.-Gr. V b Technischer Dienst nach Verg.-Gr. V c
   1 Verg.-Gr. IV b Datenverarbeitung nach Verg.-Gr. V c
   bei Ausscheiden des Stelleninhabers.
10. 1 Verg.-Gr. V b darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 2**

zu Kapitel 06 13

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2007

		Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
1.	Erträge aus Finanzhilfen und Zuschüssen für laufende Aufwendungen			
	a) des Landes Niedersachsen aus Mitteln des Erfolgsplans	86 238 000	88 760 000	85 872 951
	b) des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln	5 600 000	7 000 000	5 075 425
	c) von anderen Zuschussgebern	11 500 000	14 000 000	12 124 061
Zwischensumme 1.:		103 338 000	109 760 000	103 072 437
2.	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen zur Finanzierung von Investitionen			
	a) des Landes Niedersachsen aus Mitteln des Finanzplans	709 000	697 000	653 000
	b) des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln	4 128 000	4 440 000	1 619 762
	c) von anderen Zuschussgebern			
Zwischensumme 2.:		4 837 000	5 137 000	2 272 762
3.	Erträge aus Entgelten	562 400	562 400	794 083
4.	Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen			301 935
5.	Andere aktivierte Eigenleistungen			339 539
6.	Sonstige betriebliche Erträge	16 951 000	9 551 000	11 250 186
	(davon aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse)	6 000 000	6 300 000	5 918 454
7.	Sachaufwand für den Lehr- und Forschungsbetrieb			
	a) Aufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmittel, Materialien und bezogene Waren	6 514 000	3 334 000	2 970 219
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1 312 000	6 842 000	1 390 835
Zwischensumme 7.:		7 826 000	10 176 000	4 361 054
8.	Personalaufwand			
	a) Löhne und Gehälter	63 547 800	62 805 000	61 251 076
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	19 149 000	16 009 000	17 675 344
	(davon für Altersversorgung)	6 854 000	7 043 000	7 753 211
Zwischensumme 8.:		82 696 800	78 814 000	78 926 420
9.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	6 000 000	6 300 000	5 902 732
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	29 163 600	29 718 400	28 519 067
	(davon aus der Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse)	4 837 000	5 137 000	2 272 762
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			
12.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
13.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**2 000**	**2 000**	**321 669**
14.	Sonstige Steuern	2 000	2 000	6 028
15.	Jahresergebnis			**315 641**
16.	Gewinn-/Verlustvortrag			5 515 217
17.	Entnahme aus / Einstellung in Rücklagen/Veränderung Nettoposition			-3 596 047
18.	Bilanzergebnis			**2 234 811**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 3**

zu Kapitel 06 13

Vereinfachte Kapitalflussrechnung

			2005 TEUR
1.		Periodenergebnis vor ausserordentlichen Posten	315
2.	+/-	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	5 918
3.	+/-	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	907
4.	+/-	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	
		Veränderungen des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	- 5 815
5.	-/+	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	1
6.	-/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen sowie anderer Aktiva,	
		die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	2 206
7.	+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva,	
		die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1 179
8.	**=**	**Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1. bis 7.)**	**4 711**
9.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	12
10.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	
11.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 2 273
12.	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	
13.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	
14.	-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der	
		kurzfristigen Finanzdisposition	
15.	**=**	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 9. bis 14.)**	**- 2 261**
16.	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten (einschl. Finanzierung Anteile)	
17.	-	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	
18.	**=**	**Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 16. und 17.)**	
19.	**=**	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe der Zeilen 8., 15. und 18.)**	**2 450**
20.	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	21 072
21.	**=**	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 19. und 20.)**	**23 522**

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

abzüglich: Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 4**
zu Kapitel 06 13

Geschäftsbericht 2005 (Zusammenfassung)

Im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2004 haben sich die Zuführungen des Landes geändert. Mit dem Erfolgsplan 2005 ist eine Reduzierung des Zuführungsbetrages in Höhe von TEUR 2.471 Mio. vorgenommen worden; im Wesentlichen resultierend aus der Reduzierung des Ansatzes der VBL-Sanierung (TEUR 1.278), der 2. HOK-Stufe (TEUR 900) sowie diverser tariflicher Anpassungen.

Über den Zuwachs aus den Langzeitstudiengebühren in Höhe von € 540.000,00 wurde im Rahmen der Verbesserung von Studium und Lehre verfügt. Im Finanzplan wurden die Mittel für Investitionen um TEUR 22 verstärkt. Weiter wurden die an das Staatliche Baumanagement abzuführenden Bauleitungsmittel in Höhe von 15% des Haushaltsansatzes (TEUR 149) nicht berücksichtigt. Dieser Betrag wurde in den Jahren 2003 und 2004 der Universität vorenthalten und wird erstmals im Wirtschaftsjahr 2006 wieder berücksichtigt.

Aufgrund des im Jahre 2003 beschlossenen Hochschuloptimierungskonzeptes waren Stellen abzuliefern und zwar in einem Äquivalent von TEUR 45/Stelle. Für das Jahr 2005 hat sich eine Ablieferungssumme von TEUR 900 ergeben. Im Bereich der Energiekosten musste eine Erhöhung von TEUR 775 aus laufenden Haushaltsmitteln gedeckt werden.

Es bleibt somit festzustellen, dass die Universität keinen realen Mittelzuwachs erfahren hat, vielmehr wurden weitere Kürzungen vorgenommen. Die Risiken aus Kostensteigerungen hat die Universität selbst zu tragen und sind auch zukünftig aufgrund der sinkenden Finanzkraft des Landes Niedersachsen zu erwarten und verstärken sich durch den bevorstehenden Generationswechsel insbesondere im Wissenschaftsbereich. Auch gilt es, der Tendenz sinkender StudentInnenzahlen entgegenzuwirken und die nunmehr überalterte, investive Ausstattung zu erneuern. Schwerpunkte im Bereich der Drittmitteleinwerbung sind ebenso zu setzen wie Entscheidungen zu treffen über die Verwendung der Rücklagen; insbesondere um den Wissenschaftsbereich bei Berufungen und Bleibeverhandlungen mit dem finanziellen Hintergrund auszustatten. Zu berücksichtigen sind ebenfalls Risiken im Rahmen der planerischen Mittelbewirtschaftung, die zu erhöhten Aufwendungen durch gesetzliche Änderungen führen können wie z.B. die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge die nicht durch eine entsprechende Mittelzuweisung des Landes gedeckt sind. Eine sparsame und vorausschauende Mittelinanspruchnahme unter Einbeziehung der Rücklagen entspricht der wirtschaftlichen Situation.

Daher basieren die Werte der Plandaten des laufenden und des zukünftigen Wirtschaftsjahres auf der Grundlage der Gewinn- und Verlustrechnung 2005 verbunden mit einer vorsichtigen Prognose. Der Bilanzgewinn in Höhe von TEUR 2.234 resultiert aus dem Vortrag per 01.01.2005 in Höhe von TEUR 5.515 zuzüglich Entnahmen aus der Rücklage in Höhe von TEUR 1.839 abzüglich Einstellungen in die Rücklagen in Höhe von TEUR 5.515 (gem. § 49 Abs. 1 Nr. 2 NHG). Entnahmen und Sonderrücklagen in Höhe von TEUR 552 sowie Einstellungen in Höhe von TEUR 479 haben ebenso Zugang gefunden wie der Jahresüberschuss 2005 in Höhe von TEUR 315 sowie die Nettoposition in Höhe von TEUR 5.

Die Personalaufwandquote lag im Wirtschaftsjahr 2005 bei 66,9% bei einem Personalaufwand pro Beschäftigten von TEUR 34. Der Abnutzungsgrad des beweglichen Sachanlagevermögens betrug 63,2% bei einem durchschnittlichen Restbuchwert von 36,6%. Die Abschreibungen des Berichtsjahres entsprachen 5,7% bei einer durchschnittlichen Nutzungsdauer der Güter von 17,5 Jahren. Die Investitionsquote des beweglichen Sachanlagevermögens betrug 14,3%, die Investitionsdeckung durch Absetzung für Abnutzung 104,3% und die Wachstumsrate 95,9%.

Kennzahlen

Zuführung + Verwaltungskostenbeiträge zu Gesamtaufwand	74,25%
Zuführung + Verwaltungskostenbeiträge zu Gesamtertrag	74,05%
Sondermittel zu Gesamtertrag	4,30%
Drittmittel zu Gesamtertrag	10,27%
Personalaufwand zu Gesamtaufwand	67,05%
Personalaufwand zu Zuführung + Verwaltungskostenbeiträge	98,25%
Sachaufwand zu Gesamtaufwand	3,70%
Sachaufwand zu Zuführung + Verwaltungskostenbeiträgen	4,99%
(Eigenkapital und Sonderposten) *100 / Anlagevermögen	134,0%
Anlagevermögen / Umlaufvermögen	113,56%

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 5**
zu Kapitel 06 13

Zielvereinbarung 2005 - 2008 (Zusammenfassung)

Wesentliche Veränderungen im Bereich Studium und Lehre (in den Jahren 2005 und 2006, ggf. Ausblick auf 2007)
Die vollständige Umstellung auf Bachelor und Masterstrukturen ist weitgehend abgeschlossen: zum WS 2006/07 wird der letzte Diplom-Studiengang (Informatik) geschlossen. Das Studienangebot im polyvalent orientierten Zwei-Fächer BA in 24 Fächern wurde um Fach - Bachelor Angebote in den Naturwissenschaften und den Wirtschaftswissenschaften erweitert. Für das Studienjahr 2007/08 werden 3 weitere Fach - Bachelor Studiengänge in der Pädagogik, den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften vorgesehen. Die fachlichen Bachelor- und Masterstudiengänge der Naturwissenschaften sind erfolgreich akkreditiert worden, ebenfalls die fachlichen Bachelor-Angebote in den Wirtschaftswissenschaften. Die Akkreditierung der Masterangebote in den Wirtschaftswissenschaften ist bereits fortgeschritten und wird zum WS 2006/07 vorliegen.
Die aus den Lehramts- und Magisterstudiengängen umgestellten Zwei-Fächer BA befinden sich derzeit im Verfahren der begleitenden Evaluation im Rahmen des Niedersächsischen Verbundprojektes, das mit der Akkreditierung der Studiengänge im WS 2007/08 beendet sein wird. Die gleichzeitige Akkreditierung der konsekutiven Masterstudiengänge Education (M Ed.) sowie der fachlichen Masterangebote in den Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften soll im Rahmen eines „Systemberichtes“ zum WS 2007/08 erfolgen.
In den Naturwissenschaften ist die Einrichtung von 3 Promotionsstudiengängen zum WS 2007/08 geplant.

Einrichtung neuer Studienangebote

Zum WS 2006/07 werden in den wirtschaftswissenschaftlichen Fächern 3 konsekutive Masterstudiengänge eröffnet: Wirtschafts- und Rechtswissenschaften M.A., Sustainability Economics M.A. sowie ein mit der Fachhochschule OOW gemeinsames Masterangebot Management Consulting M.A:. Die Studiengänge „Comparative and European Law“ (LL.B/LL.M) werden im Rahmen der Re-Akkreditierung in ein 5-jähriges Studienprogramm überführt.
Ein mit anderen europäischen Hochschulen in Norwegen, Portugal und Slovenien gemeinsamer Master-Studiengang Migration and Intercultural Relations M.A: wird in den Sozialwissenschaften eingerichtet. Im Bereich der Interkulturellen Pädagogik wird zunächst befristet ein weiterbildender Bachelor-Studiengang Interkulturelle Bildung und Beratung mit dem Abschluss B.A. für die spezielle Zielgruppe „ hochqualifizierte Migrantinnen und Migranten für einen Durchgang eingerichtet.

Zum WS 2007/08 sollen 4 Masterstudiengänge mit dem Ziel „Lehramt“ (M.Ed.) in den Schulformen Grund-Haupt-und Realschulen (GHR), Gymnasien (Gym), Sonderpädagogik (Sopäd) und Berufsbildende Schulen (LBS) in insgesamt 23 Fächern eingerichtet werden. Gleichzeitig wird ein Erweiterungsstudium für zusätzliche Abschlüsse im Lehramtsbereich etabliert.
In den Fächern Pädagogik, Sozialwissenschaften und Wirtschaftwissenschaften werden Fach-BA als Ergänzung zu den bereits vorhandenen Zwei-Fächer-Angebote eingerichtet. Im Zwei-Fächer BA wird das gemeinsam mit der Universität Bremen geplante Studienfach Gender studies eingerichtet.
Als Ersatz für die geschlossenen Magister- und Diplomstudiengänge werden Master Studiengänge mit dem Abschluss Master of Arts (M.A.) in den Geistes-, Sozial und Kulturwissenschaften eingerichtet: Erziehungs- und Bildungswissenschaften, Interkulturelle Bildung und Kommunikation, Kunst und Medienwissenschaft, Angewandte Musikwissenschaft, Sprache und Literatur, Deutsch als Fremdsprache, English studies, Slavische Studien, Niederlandistik, Sozialwissenschaften, Democratic Citizenship Education, Europäische Geschichte, Philosophie, Ökonomische Bildung. Interdisziplinär oder gemeinsam mit einer oder mehreren Hochschulen sollen folgende Master Studiengänge mit dem Abschluss M.A. eingerichtet werden: Kritische Kulturwissenschaften, Integrated Media, Literaturkritik, Spracherwerb und Sprachkontakt; Deutschland-Osteuropa: Kulturkontakte, Deutschland-Osteuropa: Wirtschaftsräume; Religion, Religionen und Lebensgestaltung; Sportwissenschaft mit dem Schwerpunkt Kulturwissenschaften; Politics and Gender.

In den Naturwissenschaften werden die Master-Studiengänge Umweltmodellierung M. Sc. und der mit der Unversität Groningen konzipierte weiterbildende Master Coastal Zone Management M.Sc. eröffnet.

An den Forschungsschwerpunkten Neurosensorik, Umweltwissenschaften und Materialwissenschaften der Fakultät Mathematik und Naturwissenschaften werden zum WS 2007/08 drei Promotionsstudiengänge geplant.

Wesentliche Veränderungen im Bereich Forschung:
Sonderforschungsbereiche und Forschergruppen
Mit dem Sonderforschungsbereich Das aktive Gehör konnte ein weiterer Transregio-SFB eingeworben werden (2005).
Im Bereich der Neurokognition wurde die Ortsverteilte Forschergruppe Dynamik und Stabilität retinaler Verarbeitung erfolgreich bei der DFG eingeworben (2006).

Forschungszentren und Wissenschaftliche Zentren
Der Bereich der Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung wurde mit der Einrichtung des wissenschaftlichen Zentrums Oldenburg Center for Sustainability Economics and Management (OCSEM) weiter fokussiert. Zusammen mit diesem sozial- und wirtschaftswissenschaftlich ausgerichteten Zentrum gibt es nun vier umwelt- und nachhaltigkeitsspezifische Einrichtungen an der Carl-von-Ossietzky Universität Oldenburg, neben dem OCSEM das Centre for Environmental Modelling (CEM), das Institut für Chemie und Biologie des Meeres (ICBM) und das Zentrum für Windenergieforschung (ForWind). Die Aktivitäten in dem Bereich der Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung wurden wiederum unter dem Dach des Wissenschaftlichen Zentrums Oldenburger Zentrum für Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung gebündelt.
Zur Stärkung der Aktivitäten im Bereich der Materialforschung ist für 2006 die Einrichtung des wissenschaftlichen, interdisziplinären Zentrums „Centre of Interface Science“ fest geplant.

Schwerpunktsetzungen
Aus dem Wissenschaftsbereich Hörforschung und dem Bereich der Sicherheitskritischen Systeme (Informatik u.a.) wurden zwei Antragsskizzen im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder in der Förderlinie Exzellenzcluster eingereicht. Das Cluster Hearing and its Disorders wurde dabei zur Antragstellung aufgefordert.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0614 Universität Osnabrück (Landesbetrieb)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 10-2	135	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender **** Abweichend von § 15 Abs. 1 Satz 1 LHO (Bruttoprinzip) ist der Nettobetrag veranschlagt.*		227	162	+65	97
111 15-3	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		1.786	1.786	—	2.095
121 02-7	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	3.782
		A U S G A B E N					
682 01-0	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03 und 891 01.* **** 1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	292 292	75.136	74.086	+1.050	74.878
682 03-7	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.*	—	994	910	+84	2.377
682 39-8	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	100	127	–27	127
891 01-9	131	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.*	—	653	702	–49	674
		<u>Abschluss Kapitel 0614</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		2.013	1.948	+65	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		2.013	1.948	+65	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	292 292	76.230	75.123	+1.107	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	653	702	–49	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	292 292	76.883	75.825	+1.058	
		Zuschuss		74.870	73.877	+993	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0614

Die Universität Osnabrück wird seit dem 01.01.2001 als Landesbetrieb gemäß § 26 Abs. 1 LHO geführt.

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

Zu 682 01

Die finanzielle Obergrenze nach § 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG beträgt für das Geschäftsjahr 2007 35.223.010 EUR.

Von dem Ansatz dürfen 4.389.048 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie Beiträge zur Berufsgenossenschaft – Landesunfallkasse).

Von dem Ansatz dürfen 7.167.000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Nutzungsentgelt an den Landesliegenschaftsfonds).

Dem Studentenwerk Osnabrück werden die zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben erforderlichen landeseigenen Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen. Es handelt sich dabei insbesondere um folgende Einrichtungen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
1. Mensa/Cafeteria, AVZ	1 900	
2. Mensa/Cafeteria Innenstadt einschl. Studentenwerksverwaltung und Tiefgarage	7 255	393 000 EUR
3. Studentenlokal im Schloss	239	
4. Ehem. Kreishausgaststätte	300	
5. Cafeteria im Bio-Gebäude	139	
	9 833	

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.
Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Nicht verbindliche Erläuterung:

Das Ergebnis der Formelberechnung für 2006 ergibt einen Betrag von +109.868 EUR. Die Buchung erfolgt bei Kapitel 0608 Titelgruppe 68 im Rahmen der unterjährigen Verrechnung.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	292	—	292
2008	—	—	292	292
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	292	292	584

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Osnabrück
für das Geschäftsjahr 2007

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der gemäß § 26 LHO vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Betriebsanweisung für die Hochschulen in staatlicher Trägerschaft des Landes Niedersachsen vom 23.Juli 2003

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 0614

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Osnabrück

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Lizenzen an Rechten und Werten			
- Bebaute Grundstücke			
- Unbebaute Grundstücke			
- Gebäude			
- Maschinen und Anlagen	945 000	800 000	2 068 971
- Fahrzeuge	46 000	34 000	
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,	200 000	200 000	789 434
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			
Summe 1.:	1 191 000	1 034 000	2 858 405
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Lizenzen an Rechten und Werten			
- Gebäude			
- Maschinen und Anlagen	410 000	400 000	598 270
- Fahrzeuge			890
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,	252 000	240 000	1 105 636
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			
Summe 2.:	662 000	640 000	1 704 796
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan			
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)			1 426 158
- Ablieferungen an den Landeshaushalt			
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)			3 850 000
Summe 3.:			5 276 158
Summe I.:	1 853 000	1 674 000	9 839 359
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan			7 588 497
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)			
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren			
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	550 000	550 000	453 798
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• aus Fachkapitel	653 000	674 000	674 000
• aus Sondermitteln	650 000	450 000	1 123 064
• Baumittel (Rahmenplan)			
- Andere öffentliche Zuschussgeber			
Summe 1.:	1 853 000	1 674 000	9 839 359
2. Negativer Überleitungsbetrag			
Summe II.:	1 853 000	1 674 000	9 839 359

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPl) sind.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 0614

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Osnabrück

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
- aus Fachkapitel	76 230 000	75 883 000	77 382 339
- aus Sondermitteln	5 500 000	5 500 000	7 056 379
Summe 1.:	81 730 000	81 383 000	84 438 718
2. Erträge aus Studienbeiträgen einschl. Zinserträge	7 550 000		
Summe 2.:	7 550 000		
3. Anteil an den Studiengebühren Langzeitstudierender	309 000		397 000
Summe 3.:	309 000		397 000
4. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse			
- Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	8 100 000	9 800 000	10 013 484
- Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	2 050 000		2 902 247
- Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten	2 191 000		
Summe 4.:	12 341 000	9 800 000	12 915 731
5. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:			
Summe 5.:			
6. Andere aktivierte Eigenleistungen:			
Summe 6.:			
7. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Erstattung von Personalaufwendungen	45 000	90 000	19 626
- Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	660 000		620 287
- Erlöse aus Nebenbetrieben	450 000	850 000	529 413
- Betreuung von Studierenden	170 000	130 000	175 770
- Gebühren und gebührenähnliche Erträge	200 000	190 000	224 215
- Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	125 000	85 000	124 697
- Nebenerlöse aus der Abgabe von Energie, Nebenkosten etc.			
- Spenden	200 000	290 000	235 747
- Erträge aus Schadensersatzleistungen			7 494
- Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	3 100 000	10 000	7 094
- Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens			
- Auflösung von Rückstellungen			
- Periodenfremde Erträge			1 890
- Übrige Erträge	200 000	200 000	215 819
Summe 7.:	5 150 000	1 845 000	2 162 052
8. Zinserträge und ähnliche Erträge:	2 000	2 000	4 291
Summe 8.:	2 000	2 000	4 291
Summe I.:	107 082 000	93 030 000	99 917 792
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1 200 000	620 000	1 768 405
- Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	5 800 000	4 650 000	2 068 002
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	4 250 000	3 600 000	2 780 180
• Unteraufträge in Drittmittelvorhaben			
• Werkverträge			
• Wissenschaftliche Dienstleistungen			
- Weiterleitung von Forschungsmitteln			
- Sonstige bezogene Leistungen			
- Sachaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	600 000		
Summe 1.:	11 850 000	8 870 000	6 616 587

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Osnabrück

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
2. Personalaufwand:			
2.1. Entgelte, Vergütungen und Besoldung			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	16 600 000	16 500 000	17 871 221
- Entgelte des Tarifpersonals	32 933 000	31 000 000	31 170 697
- Studentische und wissenschaftlich - künstlerische Hilfskräfte		1 497 000	1 370 443
- Lehrstuhlvertretungen			
- Ausbildungsvergütungen			
- Sonstige Vergütungen	2 200 000	3 350 000	688 131
- Personalaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	1 850 000		
Summe 2.1.:	53 583 000	52 347 000	51 100 492
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für das Tarifpersonal	9.822.547	8.400.100	9.160.433
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	4 239 968	4 164 000	4 111 597
- Zuführung zum Sondervermögen Nds. Landesversorgungsrücklage	218 700	164 700	55 110
- Emeritenbezüge	1 590 027	2 151 500	1 671 551
- Sonstige soziale Leistungen an das Tarifpersonal aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen			
- Nachversicherung ausscheidender Beamter			
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	861 000	846 500	846 500
- Beihilfen für das Tarifpersonal			
- Trennungsgeld und Umzugskosten	30 678	105 000	
- Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	149 080	137 200	146 700
Summe 2.2.:	16 912 000	15 969 000	15 991 891
Summe 2.:	70 495 000	68 316 000	67 092 383
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
- Immaterielle Vermögensgegenstände			
- Grundstücke und Bauten			
- Technische Anlagen und Maschinen	2 285 000		
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	815 000		
Summe 3.:	3 100 000		
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
- Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen			
• Bauunterhaltung	1 480 800	115 000	2 419 124
• Aufwendungen für Wartung	1 250 000	155 000	1 030 241
- Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
• Energie	360 000	340 000	317 068
• Heizung	795 000	1 050 000	741 764
• Wasser- und Abwasser	230 000	330 000	217 591
• Entsorgung			
-Aufwendungen für Reparatur und Instandhaltungsmaterial			
• Bauunterhaltung	850 000	150 000	427 827
• Sonstige	60 000	75 000	53 060
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
• Mieten, Pachten, Erbbauzins	8 100 000	7 550 000	7 570 663
• EDV-Dienstleistungen	52 000		42 116
• Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	400 000	465 000	406 782
• Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	386 000		386 580
• Sonstige Gebühren			
• Fremdreinigung und Entsorgung	1 163 500	1 200 000	1 075 294

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Osnabrück

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
noch 4.1			
• Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitsicherheit	1 700		1 653
- Gebühren und Beiträge			
- Sonstige Fremdleistungen			
Summe 4.1.:	15 129 000	11 430 000	14 689 763
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	635 000	415 000	518 108
- Aufwendungen für Kommunikation			
• Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	300 000	330 000	289 247
• Reisekosten	1 100 000	810 000	1 095 743
• Porto	200 000	200 000	190 271
• Öffentlichkeitsarbeit	55 000	90 000	24 424
• Gästebewirtung und Repräsentation	75 000	50 000	109 289
Summe 4.2.:	2 365 000	1 895 000	2 227 082
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Vergütungen für Lehraufträge	1 250 000	550 000	
- Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	145 000		113 199
- Fort- und Weiterbildung	110 000	110 000	98 452
- Personaleinstellung, -umsetzung, -entlassung	90 000		88 930
- Übrige Personalaufwendungen	420 000	420 000	
Summe 4.3.:	2 015 000	1 080 000	300 581
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens			
- Schadensersatzleistungen	5 000	5 000	259
- Abschreibungen auf Forderungen	5 000		6 468
- Periodenfremde Aufwendungen	150 000	10 000	152 093
- Sicherung der Gebäude			
- Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	1 750 000	1 370 000	1 145 325
- Aufwendungen für Mitgliedschaften	40 000	30 000	41 502
- Zuführungen Sonderposten für Investitionszuschüsse			
- Andere sonstige betriebliche Aufwendungen	150 000		
Summe 4.4.:	2 100 000	1 415 000	1 345 647
Summe 4.:	21 609 000	15 820 000	18 563 073
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	500	500	1 041
Summe 5.:	500	500	1 041
Summe II.:	107 054 500	93 006 500	92 273 084
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	27 500	23 500	7 644 708
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge			
Summe 1.:			
2. Außerordentliche Aufwendungen:			23 800
Summe 2.:			23 800
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)			- 23 800
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer			
- Gewerbeertragssteuer			
- Kapitalertragssteuer			
- Umsatzsteuer			
Summe 1.:			

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Osnabrück

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch VI. Steuern			
2. Sonstige Steuern:			
- Kraftfahrzeugsteuer	4 500	3 500	3 371
- Grundsteuer	23 000	20 000	29 040
Summe 2.:	27 500	23 500	32 411
Summe VI.:	27 500	23 500	32 411
VII Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)			**7 588 497**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 14

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
2. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als laufende oder einmalige Leistungen eigener Art gewährt werden.
3. Soweit ausreichend Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 12 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeitnehmer(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Verträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.
4. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Betrag von zwei Stellen der Lohn-Gr. 4 – Labordienst – bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in.
5. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Betrag von 1 Stelle der Verg.-Gr. V b BAT und von 2,75 Stellen der Verg.-Gr. VI b BAT – Ärztlicher Dienst – bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in.
6. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
7. 1 Stelle Verg.-Gr. I a BAT Verwaltungsdienst und 1 Stelle Verg.- Gr. V c Technischer Dienst dürfen nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
8. Bis zum Abschluss einer tarifvertraglichen Neuregelung sind die Angestellten (3 Verg.-Gr. V c BAT Bibliotheksdienst) für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V c eingruppiert.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 2**

zu Kapitel 0614

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2007

		Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
1.	Erträge aus Finanzhilfen und Zuschüssen für laufende Aufwendungen			
a)	des Landes Niedersachsen aus Mitteln des Erfolgsplans	76 230 000	75 123 000	77 382 339
b)	des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln	5 500 000	6 500 000	7 056 379
c)	von anderen Zuschussgebern	9 600 000	8 355 000	10 013 484
Zwischensumme 1.:		91 330 000	89 978 000	94 452 202
2.	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen zur Finanzierung von Investitionen			
a)	des Landes Niedersachsen aus Mitteln des Finanzplans	653 000	702 000	674 000
b)	des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln	650 000	950 000	1 123 065
c)	von anderen Zuschussgebern	550 000	550 000	453 798
Zwischensumme 2.:		1 853 000	2 202 000	2 250 863
3.	Erträge aus Entgelten	2 191 000	1 845 000	2 902 247
4.	Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen			- 450 000
5.	Andere aktivierte Eigenleistungen			
6.	Sonstige betriebliche Erträge	13 009 000	5 384 000	6 176 639
	(davon aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse)	3 005 000	3 005 000	3 617 588
7.	Sachaufwand für den Lehr- und Forschungsbetrieb			
a)	Aufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmittel, Materialien und bezogene Waren	7 000 000	5 143 667	3 644 586
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	4 250 000	1 506 333	2 641 171
c)	Aufwendungen im Rahmen d. Innovations- u. Berufungspools	600 000		330 829
Zwischensumme 7.:		11 850 000	6 650 000	6 616 586
8.	Personalaufwand			
a)	Löhne und Gehälter	51 733 000	52 803 007	50 078 481
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	16 912 000	16 085 793	15 672 052
	(davon für Altersversorgung)	4 458 668		4 166 707
c)	Aufwendungen im Rahmen d. Innovations- u. Berufungspools	1 850 000		1 341 848
Zwischensumme 8.:		70 495 000	68 888 800	67 092 381
9.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3 100 000	3 005 000	3 617 588
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	22 912 000	20 843 500	23 126 271
	(davon aus der Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse)	4 200 000	2 202 000	4 563 202
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2 000	2 000	4 291
12.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	500	500	1 041
13.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**27 500**	**23 200**	**4 882 375**
14.	Sonstige Steuern	27 500	23 200	32 411
15.	Jahresergebnis			**4 849 964**
16.	Gewinn-/Verlustvortrag			
17.	Entnahme aus / Einstellung in Rücklagen/Veränderung Nettoposition			- 350 000
18.	Bilanzergebnis			**4 499 964**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 3**

zu Kapitel 0614

Vereinfachte Kapitalflussrechnung

			2005 Tsd. EUR
1.		Periodenergebnis vor ausserordentlichen Posten	4 500
2.	+/-	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	3 617
3.	+/-	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	- 350
4.	+/-	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	1 326
		Veränderungen des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	
5.	-/+	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- 7
6.	-/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen sowie anderer Aktiva,	-2 791
		die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	
7.	+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva,	1 956
		die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	
8.	**=**	**Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1. bis 7.)**	8 251
9.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	7
10.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	
11.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-4 563
12.	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	
13.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	
14.	-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der	
		kurzfristigen Finanzdisposition	
15.	**=**	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 9. bis 14.)**	-4 556
16.	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten (einschl. Finanzierung Anteile)	
17.	-	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	
18.	**=**	**Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 16. und 17.)**	
19.	**=**	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe der Zeilen 8., 15. und 18.)**	**3 695**
20.	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	33 396
21.	**=**	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 19. und 20.)**	**37 091**

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

abzüglich: Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Kurzfassung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts 2005

Im September 2005 hat die Universität Osnabrück mit dem Land Niedersachsen die Zielvereinbarung 2005-2008 abgeschlossen, die u.a. Aussagen zu strategischen Kernzielen, der mehrjährigen Entwicklungsplanungen sowie zu Ausprägungen von Forschungsschwerpunkten trifft. Diese Zielvereinbarung wurde im Oktober 2005 um einen ersten Nachtrag erweitert.
Im Oktober 2005 wurde der Zukunftsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und den niedersächsischen Hochschulen geschlossen. Der Zukunftsvertrag mit seinen Aussagen zur Globalfinanzierung der Hochschulen, zur Einführung einer formelgebundenen Mittelzuweisung sowie den Grundsätzen zur Einführung von Studienbeiträgen beschreibt den finanziellen Rahmen der Universitäten in den nächsten fünf Jahren.

Hochschulentwicklung

Der Hochschulentwicklungsplan der Universität Osnabrück ist auch im Geschäftsjahr 2005 unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen des Landes Niedersachsen einschließlich des Hochschuloptimierungskonzeptes und weiter laufender Veränderungen angepasst und umgesetzt worden. Im Geschäftsjahr 2005 wurde mit der Einführung hochschulinterner Zielvereinbarungen zwischen Hochschulleitung und Fachbereichen begonnen. Kern dieser Zielvereinbarungen sind die auch unter dem Gesichtspunkt von Profilbildung auszuhandelnden Strukturkonzepte. Die hierfür erforderlichen Vorbereitungen haben dazu geführt, dass bereits zum Ende des Jahres 2005 zwei Verträge mit den Fachbereichen Rechtswissenschaften sowie Sprach- und Literaturwissenschaft Unterschriftsreife erlangt haben. Weitere Vereinbarungen werden 2006 unterzeichnet werden können.
Im Berichtszeitraum konnten zwei weitere Juniorprofessuren aus den Bereichen der Biologie und der Kognitionswissenschaft besetzt werden, diejenige der Biologie mit einer Frau. Damit sind seit 2002 zwölf Juniorprofessuren besetzt worden, fünf davon mit Frauen.
Als weiteren Schritt zur Etablierung eines interdisziplinären Zentrums für Umwelt und Nachhaltigkeit konnte im Zuge der Zielerreichung im November 2005 der Beschluss zur Errichtung eines Institutes für Geoinformatik und Fernerkundung gefasst werden. Das formale Errichtungsprozedere wird 2006 abgeschlossen sein.

Studium und Lehre

Im Wintersemester 2005/06 waren insgesamt 10.609 Studierende an der Universität Osnabrück immatrikuliert, darunter 2.369 Studienanfänger (WS 2004/05 – 2.395 Studienanfänger). Insgesamt konnten mehr als 9.000 Bewerber verzeichnet werden.
Zum Wintersemester 2005/06 konnten die Master-Studiengänge in den Fachrichtungen Elektrotechnik und Metalltechnik für das Lehramt an berufsbildenden Schulen neu eingerichtet werden (Nachtrag zur Zielvereinbarung 2005-2008). Diese Masterprogramme bieten Absolventen der Fachhochschulen einschlägiger ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge die für das Lehramt erforderlichen Qualifikationen an.
Neu konnte zum Wintersemester 2005/06 auch der politikwissenschaftliche Master-Studiengang „Demokratisches Regieren und Zivilgesellschaft“ eingerichtet werden, der sich mit dem Verhältnis von politischem System und Gesellschaft befasst und für Berufe der politischen und gesellschaftlichen Kommunikation als auch für Organisationen des intermediären „Dritten Sektors“ zwischen Staat und Markt qualifiziert.
Forciert wurden die Planungen zur Einrichtung des Master-Programms „Islamische Religionspädagogik“. Mit diesem Studienprogramm, bei dem sich das Land Niedersachsen auch finanziell engagiert, wird die Lehrbefähigung von Lehrern islamischen Glaubens erweitert, um bekenntnisorientierten Islamunterricht erteilen zu können.
Intensiv wurde im Berichtszeitraum überdies die Planung und Ausgestaltung der Master-Studiengänge an der Universität Osnabrück betrieben, da die am polyvalenten Zwei-Fächer-Bachelor beteiligten Fächer zum WS 2007/08 die fachwissenschaftlichen Master-Programme ebenso anbieten müssen, wie die Lehrer-Master-Programme in den lehramtsausbildenden Fächern (Master of Arts in Education). Im Übrigen konnten die Planungen zur Umstellung auf ein konsekutives Ausbildungsprogramm in den Diplom-Studiengängen Physik, Angewandte Systemwissenschaft und Biologie abgeschlossen werden. Die Umsetzung erfolgt zur Aufnahme des Wintersemesters 2006/07.
Im Oktober 2005 hat die Servicestelle „Lehrevaluation“ ihre Arbeit aufgenommen, die unter wissenschaftlicher Begleitung seitdem universitätsweit Lehrveranstaltungsbewertungen durchführt.

Forschung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Im Geschäftsjahr wurden an der Universität insgesamt vier Graduiertenkollegs, ein Promotionskolleg, ein Sonderforschungsbereich, ein Transferbereich, zwei Forschernachwuchsgruppen sowie zwei Promotionsprogramme drittmittelgefördert.
Die Universität hat im Berichtszeitraum 2005 mittels des Zentralen Forschungspools erfolgreich Unterstützung bei der Akquisition von Drittmitteln geleistet.
Die Forschungsevaluationsverfahren der Wissenschaftlichen Kommission für die Fächer Geographie und Philosophie konnten in 2005 mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen werden.

Internationales

Aufgrund bestehender Kooperationen konnten im Berichtsjahr 2005 262 Studierende einen Studienabschnitt im Ausland verbringen, was einer Steigerung im Verhältnis zum Vorjahr von ca. 25% entspricht.
Mit fast 1.000 Studierenden aus 82 Staaten trägt die Universität Osnabrück zur Weiterentwicklung des Standortes Deutschland im globalen Kontext bei.
Im Zuge der Umsetzung des Internationalisierungskonzepts der Universität Osnabrück wurden zwei Studien zu den Themen „Auslandsaufenthalt – Warum nicht?“ und „Studienverlauf im Ausländerstudium“ durchgeführt, deren Ergebnisse 2006 Gegenstand hochschulinterner Umsetzungsdiskussion sein werden.

Kurzfassung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts 2005

Kennzahlen zur „Wirtschaftsplan-/Jahresabschluss-/Bilanzsystematik“

Kennzahl 1	Finanzhilfe + Verwaltungskostenbeiträge Gesamtaufwand	78.056.339 100.453.867	0,777
Kennzahl 2	Finanzhilfe + Verwaltungskostenbeiträge Gesamtertrag	78.056.339 105.786.242	0,738
Kennzahl 3	Sondermittel Gesamtertrag	8.179.444 105.786.242	0,077
Kennzahl 4	Drittmittel Gesamtertrag	10.467.282 105.786.242	0,099
Kennzahl 5	Personalaufwand Gesamtaufwand	68.378.390 100.453.867	0,681
Kennzahl 6	Personalaufwand Finanzhilfe + Verwaltungskostenbeiträge	68.378.390 78.056.339	0,876
Kennzahl 7	Sachaufwand Gesamtaufwand	33.361.486 100.453.867	0,332
Kennzahl 8	Sachaufwand Finanzhilfe + Verwaltungskostenbeiträge	33.361.486 78.056.339	0,427
Kennzahl 9	(Eigenkapital + Sonderposten) * 100 Anlagevermögen		*)
Kennzahl 10	Anlagevermögen Umlaufvermögen		*)

*) kann noch nicht angegeben werden.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 5**
zu Kapitel 0614

Zielvereinbarung 2005 – 2008 (Zusammenfassung)

Strategische Kernziele

1. Konsolidierung des European Legal Studies Institute (ELSI)

2. Umsetzung des Integrativen Konzepts der Naturwissenschaften

3. Aufbau eines interdisziplinären Zentrums für Umweltsystemforschung und Nachhaltigkeit unter Mitwirkung der Geographie, der Geoinformatik, der Biologie und der Angewandten Systemwissenschaften

4. Stärkung der Informatik zur Absicherung der Informatikanteile in anderen Lehr- und Forschungsgebieten

5. Konsolidierung der Kognitionswissenschaft

6. Sicherung der Nachhaltigkeit der Multimedia-Aktivitäten in Studium und Lehre im Rahmen des ELAN-Projektes des Landes Niedersachsen mit der Universität Oldenburg (epolos).

Die o.g. Ziele sollen durch hochschulinterne Stellenumschichtungen und Umdenominationen von Professuren erreicht werden. Ferner sind nur mit Unterstützung des Landes nachstehende Ziele realisierbar:

7. Stärkung der Gesundheitswissenschaften

8. Institutionalisierung des islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache (Master-Studiengang) im Rahmen des BLK-Modellversuchsprogramms „Wissenschaftliche Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern“

Qualitätssicherung in Studium und Lehre

1. Verbesserung der Koordination des Lehrangebots
2. universitätsweite Einführung der Prüfungsverwaltungssoftware HISPOS
3. Multimedia in der Lehre - Bündelung und Koordinierung der Multimedia-Aktivitäten im Zentrum zur Unterstützung virtueller Lehre der Universität Osnabrück (virtUOS)
4. Flächendeckende Einführung der studentischen Lehrevaluation
5. Einrichtung eines Science Center (Schülerlabor) als Bildungsangebot zur Förderung von Schülerinnen und Schülern und zur Weiterbildung von Lehrer/innen
6. Auswahl und Förderung hochbegabter Schülerinnen und Schüler in Zusammenarbeit mit Schulen der Region
7. Abschluss von Zielvereinbarungen zwischen Hochschulleitung und Fachbereichen
8. Einführung studiengangsspezifischer Auswahlverfahren.

Forschung

1. Konsolidierung European Legal Studies Institute (ELSI)/Rechtswissenschaften, WKN-Begutachtung 10/2002
2. Ausbau der Informatik auf sieben Professuren, WKN 03/2002
3. Konzentration der chemischen Forschung auf die beiden interdisziplinären Schwerpunkte Molekulare Architektur und Moderne Materialien, WKN 03/2000
4. Aufbau eines Zentrums für Umweltsystemforschung und Nachhaltigkeit unter Mitwirkung der Geographie, der Geoinformatik, der Biologie und der Angewandten Systemwissenschaft, WKN 03/2003
5. Stärkung der Forschung in den Berufswissenschaften der Lehrerbildung, WKN 03/2002
6. Konsolidierung Sozialwissenschaften bei Stärkung der europawissenschaftlichen Ausrichtung, WKN 03/2003

Internationalisierung

quantitative Ziele: Erhöhung der Quote der Hochschulabsolventen mit Auslandserfahrung von 13% (2004) auf mindestens 15%, mit einem längerfristigen Ziel auf 20%; Anhebung des Anteils der an der Universität Osnabrück studierenden Bildungsausländer (d. h. ausländische Studierende ohne deutsche Hochschulzugangsberechtigung) von 9,25% (WS 2005/06) auf über 10%; Erhöhung des Anteils internationaler Lehrpersonen, Verstärkung des Dozentenaustauschs von derzeit 9,3% auf über 10%; Erhöhung der Drittmittel für internationaler Projekte

qualitative Ziele: Internationalisierung der Curricula z.B. durch Integration von Auslandsphasen, fremdsprachiger Lehrangebote; Entwicklung gemeinsamer Lehrpläne und Studiengänge mit binationalem Abschluss mit internationalen Kooperationspartnern, Aufbau von Netzwerken; Entwicklung von internationalen Promotionsprogrammen und Weiterbildungsangeboten (z.B. International Summer Schools); Verbesserung der Studienerfolgsquote internationaler Studierender/Graduierter durch Entwicklung qualitätsorientierter Auswahlverfahren und Optimierung der Betreuung; Berücksichtigung von internationalen Erfahrungen in Lehre und Forschung in Berufungsverfahren

Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Einrichtung weiterer Juniorprofessuren 2005/06; Frauenanteil bei den Neuberufungen von Juniorprofessuren bei mindestens 40% hochschuldidaktische Weiterbildung des Hochschullehrernachwuchses (Einrichtung und Durchführung eines Weiterbildungsprogramms u.a. in Kooperation mit der Universität Bielefeld)

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 5**
zu Kapitel 0614

Zielvereinbarung 2005 – 2008 (Zusammenfassung)

Finanzierung des Haushaltsjahres 2007

Die Hochschule erhält eine Zuführung in Höhe von: 76.883 TEUR. Darin sind Mittel für Bauunterhaltung in Höhe von 994 TEUR und Mittel für Investitionen unter 125 TEUR in Höhe von 653 TEUR enthalten.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0615 Technische Universität Braunschweig (Landesbetrieb)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 10-6	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender **** Abweichend von § 15 Abs. 1 S. 1 LHO (Bruttoprinzip) ist der Nettobetrag veranschlagt.*		812	641	+171	402
111 15-7	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		2.259	2.259	—	1.784
121 02-0	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-4	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03 und 891 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	3.988 3.988	150.915	154.428	–3.513	152.974
682 03-0	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.*	—	2.894	2.125	+769	2.746
682 39-1	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	26	26	—	26
891 01-2	131	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.*	—	1.082	1.087	–5	1.110
		<u>Abschluss Kapitel 0615</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		3.071	2.900	+171	
		Summe der Einnahmen		3.071	2.900	+171	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.988 3.988	153.835	156.579	–2.744	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	1.082	1.087	–5	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	3.988 3.988	154.917	157.666	–2.749	
		Zuschuss		151.846	154.766	–2.920	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0615

Die Technische Universität Braunschweig wird seit dem 01.01.2001 als Landesbetrieb gemäß § 26 Abs. 1 LHO geführt.

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

Zu 682 01

Die finanzielle Obergrenze nach § 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG beträgt für das Geschäftsjahr 2007 69 045 226 EUR.

Von dem Ansatz dürfen 4 340 590 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten 4 034 000 EUR sowie Beiträge zur Berufsgenossenschaft – Landesunfallkasse 306 590 EUR).

Von dem Ansatz dürfen 20 317 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Nutzungsentgelt an den Landesliegenschaftsfonds).

Dem Studentenwerk Braunschweig dürfen für seine Aufgabenerfüllung landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa I	5 981	
Geschäftsräume	1 224	773 000 EUR
Cafeteria	233	
Mensa II	3 272	

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.
Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Nicht verbindliche Erläuterung:

Das Ergebnis der Formelberechnung für 2006 ergibt einen Betrag von +24 746 EUR. Die Buchung erfolgt bei Kapitel 06 08 TGr. 68 im Rahmen der unterjährigen Verrechnung.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	3.988	—	3.988
2008	—	—	3.988	3.988
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	3.988	3.988	7.976

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Technische Universität Braunschweig
für das Geschäftsjahr 2007

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der gemäß § 26 LHO vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Betriebsanweisung für die Hochschulen in staatlicher Trägerschaft des Landes Niedersachsen vom 23.Juli 2003

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 15

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb TU Braunschweig

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Lizenzen an Rechten und Werten	293.000	350.000	287.437
- Bebaute Grundstücke			
- Unbebaute Grundstücke			
- Gebäude		14.000	
- Maschinen und Anlagen	18.000	6.000	18.885
- Fahrzeuge		250.000	18.000
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,	11.489.000	5.700.000	9.032.974
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	-484.000	1.300.000	1.936.162
Summe 1.:	11.316.000	7.620.000	11.293.458
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Lizenzen an Rechten und Werten	368.000	430.000	359.943
- Gebäude	29.000	284.000	25.973
- Maschinen und Anlagen	165.000	60.000	170.914
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,	2.896.000	3.650.000	2.277.150
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	-353.000	700.000	1.413.599
Summe 2.:	3.105.000	5.124.000	4.247.579
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	0	0	0
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)			13.574.020
- Ablieferungen an den Landeshaushalt			
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)			
Summe 3.:	0	0	13.574.020
Summe I.:	14.421.000	12.744.000	29.115.056
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan			8 524 738
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)			
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren			
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	2.590.000	2 100 000	2.421.531
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• aus Fachkapitel	1.082.000	1 087 000	1.110.000
• aus Sondermitteln	3.800.000	4 850 000	7.561.260
• Baumittel (Rahmenplan)			
- Andere öffentliche Zuschussgeber			
Summe 1.:	7 472 000	8 037 000	19 617 529
2. Negativer Überleitungsbetrag	6 949 000	4 707 000	4 285 851
Summe II.:	14 421 000	12 744 000	23 903 381

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPl) sind.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 15

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb TU Braunschweig

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
- aus Fachkapitel	153 835 000	156 579 000	153 081 686
- aus Sondermitteln	2 045 000	8 000 000	12 734 964
Summe 1.:	155 880 000	164 579 000	165 816 650
2. Erträge aus Studienbeiträgen einschl. Zinserträge	8 000 000		
Summe 2.:	8 000 000		
3. Anteil an den Studiengebühren Langzeitstudierender	596 000	596 000	553 000
Summe 3.:	596 000	596 000	553 000
4. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse			
- Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	30 170 000	28 000 000	28 495 691
- Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	14 740 000	17 000 000	12 173 693
- Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten	85 000		70 546
Summe 4.:	44 995 000	45 000 000	40 739 930
5. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:		230 000	1 464 133
Summe 5.:		230 000	1 464 133
6. Andere aktivierte Eigenleistungen:			
Summe 6.:			
7. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Erstattung von Personalaufwendungen	125 000	350 000	365 797
- Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	500 000	500 000	550 693
- Erlöse aus Nebenbetrieben	700 000	817 000	721 095
- Betreuung von Studierenden	150 000	70 000	116 655
- Gebühren und gebührenähnliche Erträge	400 000	250 000	385 580
- Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	600 000	500 000	607 413
- Nebenerlöse aus der Abgabe von Energie, Nebenkosten etc.	500 000	500 000	486 738
- Spenden	900 000	550 000	960 726
- Erträge aus Schadensersatzleistungen	25 000	20 000	26 241
- Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	12 425 000	12 000 000	13 618 870
- Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		10 000	43 331
- Auflösung von Rückstellungen			269 600
- Periodenfremde Erträge		90 000	88 753
- Übrige Erträge	320 000	100 000	260 072
Summe 7.:	16 645 000	15 757 000	18 501 564
8. Zinserträge und ähnliche Erträge:	5 000	5 000	331
Summe 8.:	5 000	5 000	331
Summe I.:	226 121 000	226 167 000	227 075 608
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	3 673 000	4 100 000	4 068 181
- Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	5 036 000	3 075 000	3 898 973
- Aufwendungen für bezogene Leistungen			
• Unteraufträge in Drittmittelvorhaben	1 174 000	1 500 000	1 116 843
• Werkverträge			
• Wissenschaftliche Dienstleistungen	981 000	300 000	330 132
- Weiterleitung von Forschungsmitteln	2 888 000	10 400 000	12 548 915
- Sonstige bezogene Leistungen	1 658 000	1 350 000	972 985
- Sachaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	1 795 000	1 825 000	
Summe 1.:	17 205 000	22 550 000	22 936 029

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 15

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb TU Braunschweig

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
2. Personalaufwand:			
2.1. Entgelte, Vergütungen und Besoldung			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	25 288 000	30 000 000	24 049 655
- Entgelte des Tarifpersonals	72 529 000	70 203 000	71 099 200
- Studentische und wissenschaftlich - künstlerische Hilfskräfte	5 682 000	5 300 000	5 261 112
- Lehrstuhlvertretungen	870 000	400 000	580 251
- Ausbildungsvergütungen	1 090 000	900 000	974 491
- Sonstige Vergütungen	280 000	183 205	320 368
- Personalaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	529 000	540 000	
Summe 2.1.:	106 268 000	107 526 205	102 285 077
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für das Tarifpersonal	16.295.800	15.300.000	15.900.624
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	4 109 000	4 409 295	1 678 000
- Zuführung zum Sondervermögen Nds. Landesversorgungsrücklage	164 200	165 000	164 232
- Emeritenbezüge	5 361 000	5 570 000	5 528 320
- Sonstige soziale Leistungen an das Tarifpersonal aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	5 554 000	5 580 000	5 553 673
- Nachversicherung ausscheidender Beamter			
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	967 000	1 070 000	1 578 200
- Beihilfen für das Tarifpersonal		33 000	
- Trennungsgeld und Umzugskosten	80 000	80 000	1 062
- Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	357 200	294 500	327 825
Summe 2.2.:	32 888 200	32 501 795	30 731 936
Summe 2.:	139 156 200	140 028 000	133 017 013
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
- Immaterielle Vermögensgegenstände	759 000	650 000	745 455
- Grundstücke und Bauten	141 000	116 000	139 084
- Technische Anlagen und Maschinen	400 000	397 000	383 513
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	11 125 000	10 837 000	10 468 852
Summe 3.:	12 425 000	12 000 000	11 736 904
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
- Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen	1 867 000	1 650 000	1 796 163
• Bauunterhaltung	2 175 000	1 550 000	1 530 501
• Aufwendungen für Wartung			
- Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
• Energie	3 516 000	3 321 500	3 212 564
• Heizung	2 936 000	2 450 000	2 681 860
• Wasser- und Abwasser	612 000	600 000	558 904
• Entsorgung	374 000	330 000	342 392
-Aufwendungen für Reparatur und Instandhaltungsmaterial			
• Bauunterhaltung	603 000	400 000	364 679
• Sonstige	828 000	670 000	779 459
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
• Mieten, Pachten, Erbbauzins	22 261 000	25 482 000	21 703 380
• EDV-Dienstleistungen	6 000	150 000	5 103
• Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	436 000	250 000	415 775
• Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	915 000	1 130 000	890 357

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 15

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb TU Braunschweig

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
noch 4.1:			
• Sonstige Gebühren			
• Fremdreinigung und Entsorgung	1 400 000	1 400 000	1 378 599
• Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitsicherheit	126 000	115 000	122 852
- Gebühren und Beiträge	480 500	380 000	461 698
- Sonstige Fremdleistungen	118 000	375 000	115 660
Summe 4.1.:	38 653 500	40 253 500	36 359 946
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	494 000	470 000	454 533
- Aufwendungen für Kommunikation			
• Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	596 000	680 000	680 874
• Reisekosten	1 898 000	1 650 000	1 737 680
• Porto	220 000	250 000	215 463
• Öffentlichkeitsarbeit	139 000	90 000	115 592
• Gästebewirtung und Repräsentation	202 000	150 000	156 953
Summe 4.2.:	3 549 000	3 290 000	3 361 095
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Vergütungen für Lehraufträge	469 000	390 000	443 426
- Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	369 000	275 000	313 627
- Fort- und Weiterbildung	590 000	430 000	509 896
- Personaleinstellung, -umsetzung, -entlassung	82 000	70 000	79 376
- Übrige Personalaufwendungen	299 000	230 000	293 883
Summe 4.3.:	1 809 000	1 395 000	1 640 208
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	62 000	50 000	105 920
- Schadensersatzleistungen	7 800	1 000	7 708
- Abschreibungen auf Forderungen		1 500	608
- Periodenfremde Aufwendungen	13 500	290 000	141 675
- Sicherung der Gebäude	127 000	100 000	126 483
- Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	2 342 000	1 360 000	1 490 894
- Aufwendungen für Mitgliedschaften	110 000	94 000	104 639
- Zuführungen Sonderposten für Investitionszuschüsse	8 215 000	4 200 000	5 119 049
- Andere sonstige betriebliche Aufwendungen	2 441 000	550 000	2 377 672
Summe 4.4.:	13 318 300	6 646 500	9 474 648
Summe 4.:	57 329 800	51 585 000	50 835 897
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	5 000	4 000	1 422
Summe 5.:	5 000	4 000	1 422
Summe II.:	226 121 000	226 167 000	218 527 265
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)			8 548 343
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge			
Summe 1.:			
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
Summe 2.:			
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)			

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 15

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb TU Braunschweig

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer			
- Gewerbeertragssteuer			
- Kapitalertragssteuer			
- Umsatzsteuer			
Summe 1.:			
2. Sonstige Steuern:			
- Kraftfahrzeugsteuer			20 523
- Grundsteuer			3 083
Summe 2.:			23 606
Summe VI.:			23 606
VII Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			**8 524 737**
(Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)			

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Anlage 1
zu Kapitel 06 15

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Vgl. Haushaltsmerke Nr. 1 zum Stellenplan.
2. Soweit ausreichende Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 136 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Arbeitsverträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.
3. Beihilfen für ausländische Studierende werden als Leistungen eigener Art gewährt.
4. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
5. Die Sekretärin der/s Präsidentin/en ist für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Das gleiche gilt für die Sekretärin der/s hauptamtlichen Vizepräsidenten.
   Die für die Dauer ihrer Tätigkeit eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nr. 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
6. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:
   a) Verg.-Gr. V c – Med.-techn. Dienst –
      2 kw bei Ausscheiden der Stelleninhaberin.
   b) Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst –
      1 kw bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in (Botanisches Institut und Botanischer Garten).
7. Bis zum Inkrafttreten einer tarifvertraglichen Neuregelung ist ein/-e Angestellte(r) im Bibliotheksdienst für die Dauer seiner/ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppiert:
   1 Verg.-Gr. V c BAT
8. 1 Hausmeister/-in ist übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.
9. Eine Stelle der Verg.-Gr. II a BAT – Wissenschaftlicher Dienst – und eine Stelle der Verg.-Gr. V c BAT – Verwaltungsdienst –, beide besetzbar ab 1. 6. 2003 für die Dauer von 7 Jahren (kw 31. 5. 2010), dürfen nur im Rahmen der Bereitstellung der Mittel durch die Stifterin in Anspruch genommen werden.
10. 3 Stellen der Bes.-Gr. A 13 Lektorin, Lektor ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst – nach Ausscheiden der Stelleninhaberin/ des Stelleninhabers davon 2 für das Sprachenzentrum und 1 für das Englische Seminar.
11. 1 Stelle der Verg.-Gr. V b – Datenverarbeitungsdienst – ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst – bei Ausscheiden des Stelleninhabers (Rechenzentrum).
12. 1 Stelle der Verg.-Gr. V b (Bewährungsaufstieg) – Technischer Dienst – kw 31.05.2010 (Übernahme eines IFE-Bediensteten).
13. 1 Stelle der Verg.-Gr. IV b (Bewährungsaufstieg) – Verwaltungsdienst – kw 31.12.2012 (Übernahme eines IFE-Bediensteten).
14. 1 Stelle der Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst – kw bei Ausscheiden des Stelleninhabers (Übernahme eines IFE-Bediensteten).
15. Folgende Stellen dürfen nur für Personalratstätigkeit verwendet werden:
   a) 1 Stelle der Bes.-Gr. A 13 Lektorin, Lektor (Romanisches Seminar).
   b) 1 Stelle der Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst – i. H. von 50 v. H. (Allgemeine Verwaltung).
   c) 1 Stelle der Verg.-Gr. V c – Verwaltungsdienst (Institut für Oberflächentechnik und Plasmatechnische Entwicklung).
   d) 1 Stelle der Verg.-Gr. VII – Verwaltungsdienst (Allgemeine Verwaltung).

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 2**

zu Kapitel 06 15

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2007

		Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
1.	Erträge aus Finanzhilfen und Zuschüssen für laufende Aufwendungen			
a)	des Landes Niedersachsen aus Mitteln des Erfolgsplans	153 835 000	156 579 000	153 634 686
b)	des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln	2 045 000	8 000 000	12 734 964
c)	von anderen Zuschussgebern	30 170 000	28 000 000	28 495 691
Zwischensumme 1.:		186 050 000	192 579 000	194 865 341
2.	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen zur Finanzierung von Investitionen			
a)	des Landes Niedersachsen aus Mitteln des Finanzplans	1 082 000	1 087 000	1 110 000
b)	des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln	3 800 000	4 850 000	7 561 260
c)	von anderen Zuschussgebern	2 590 000	2 100 000	2 421 531
Zwischensumme 2.:		7 472 000	8 037 000	11 092 791
3.	Erträge aus Entgelten	14 825 000	17 000 000	12 247 808
4.	Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen		230 000	1 464 133
5.	Andere aktivierte Eigenleistungen			
6.	Sonstige betriebliche Erträge	25 221 000	16 310 000	18 193 196
	(davon aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse)	12 425 000	12 000 000	13 618 870
7.	Sachaufwand für den Lehr- und Forschungsbetrieb			
a)	Aufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmittel, Materialien und bezogene Waren	9 404 000	9 000 000	7 967 442
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	5 960 000	4 950 000	5 071 469
c)	Aufwendungen im Rahmen d. Innovations- u. Berufungspools	1 795 000		
Zwischensumme 7.:		17 159 000	13 950 000	13 038 911
8.	Personalaufwand			
a)	Löhne und Gehälter	104 739 000	107 483 205	101 760 143
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	32 809 000	32 501 795	30 623 870
	(davon für Altersversorgung)	15 189 000	15 724 295	12 817 222
c)	Aufwendungen im Rahmen d. Innovations- u. Berufungspools	529 000		
Zwischensumme 8.:		138 077 000	139 985 000	132 384 013
9.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	12 425 000	12 000 000	11 736 904
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	65 907 000	68 222 000	72 157 018
	(davon aus der Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse)	15 667 000	13 200 000	16 318 842
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5 000	5 000	3 342
12.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5 000	4 000	1 422
13.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			**8 548 343**
14.	Sonstige Steuern			23 606
15.	Jahresergebnis			**8 524 737**
16.	Gewinn-/Verlustvortrag			6 477 807
17.	Entnahme aus / Einstellung in Rücklagen/Veränderung Nettoposition			-10 251 161
18.	Bilanzergebnis			**4 751 383**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 3**

zu Kapitel 06 15

Vereinfachte Kapitalflussrechnung

			2005 Tsd. EUR
1.		Periodenergebnis vor ausserordentlichen Posten	8 525
2.	+/-	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	11 737
3.	+/-	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	1 646
4.	+/-	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge Veränderungen des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	4 241
5.	-/+	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	79
6.	-/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	15 535
7.	+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-30 922
8.	**=**	**Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1. bis 7.)**	**10 841**
9.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	17
10.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	
11.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-15 423
12.	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	- 647
13.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	
14.	-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	
15.	**=**	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 9. bis 14.)**	**-16 053**
16.	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten (einschl. Finanzierung Anteile)	
17.	-	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	
18.	**=**	**Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 16. und 17.)**	
19.	**=**	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe der Zeilen 8., 15. und 18.)**	**-5 212**
20.	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	64 562
21.	**=**	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 19. und 20.)**	**59 350**

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	59 350
abzüglich: Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 4**
zu Kapitel 0615

Kurzfassung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts 2005

Vorläufige Gewinn- und Verlustrechnung und Cashflowrechnung 2005
Im Berichtszeitraum standen Erträgen in Höhe von 237,86 Mio. EUR Aufwendungen in Höhe von 229,34 Mio. EUR gegenüber, womit das Geschäftsjahr mit einem vorläufigen Jahresüberschuss von 8,52 Mio. EUR abgeschlossen wurde. Der größte Ertragsposten ist mit 153,6 Mio. EUR der Landezuschuss für laufende Aufwendungen einschließlich von Zuwendungen für Stiftungsprofessuren und sonstigen Zuschüssen. Hinzu kommen der Landeszuschuss für Investitionen in Höhe von 1,1 Mio. EUR und Sondermittel des Landes für laufende Aufwendungen und Investitionen in Höhe von insgesamt 20,3 Mio. EUR. Hierin enthalten sind 9,9 Mio. EUR zur Weiterleitung an andere Lehr- und Forschungsinstitutionen. Ohne Berücksichtigung der Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse in Höhe von 13,6 Mio. EUR wurden mit 49,2 Mio. EUR rd. 22% der Gesamterträge aus Zuschüssen und Zuwendungen Dritter, aus Auftragstätigkeit sowie aus sonstigen Entgelten und betrieblichen Erträgen erwirtschaftet.

Auf der Aufwandsseite dominieren die Personalaufwendungen mit 132,4 Mio. EUR. Der Personalaufwand beträgt damit rd. 61% an den Gesamtaufwendungen der Universität in Höhe von 217,6 Mio. EUR ohne Berücksichtigung der Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen in Höhe von 11,7 Mio. EUR. Weitere maßgebliche Aufwandsposten stellen der Sachaufwand für den Lehr- und Forschungsbetrieb unter Einbeziehung der Aufwendungen für bezogene Leistungen von insgesamt 13,0 Mio. EUR sowie die Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse in Höhe von 16,3 Mio. EUR dar. Der Bilanzgewinn in Höhe von 4,75 Mio. EUR resultiert aus dem Jahresüberschuss abzüglich der Einstellung in die Sonderrücklage in Höhe von 3,5 Mio. EUR abzüglich der Zuführung in die Nettoposition in Höhe von 0,27 Mio. EUR.

Aus der Vermögens- und Kapitalstruktur wird mit Hilfe der Kapitalflussrechnung der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit abgeleitet, indem unter anderem Abschreibungen, Rückstellungen und zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge neutralisiert werden. Für das Jahr 2005 ergibt sich ein Überschuss von 10,84 Mio. EUR. Unter Berücksichtigung der Auszahlungen für Investitionen in Höhe von 16,05 Mio. EUR verringerte sich im Berichtszeitraum der Finanzmittelfonds (Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten bereinigt um kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten) um 5,21 Mio. EUR auf 59,35 Mio. EUR.

Erläuterungen zur Planung 2007

Die Planwerte 2007 verstehen sich als Vorgriff auf die Wirtschaftsplanung 2007. Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Aufwendungen des Landes Niedersachsen aus Mitteln des Erfolgsplans in Höhe von 153,8 Mio. EUR entsprechen in Höhe von 153,1 Mio. EUR dem Referentenentwurf bzw. der Abstimmung mit dem MWK vom 15.06.2006 und beinhalten darüber hinaus Langzeitstudiengebühren einschließlich der Erträge zur Finanzierung von Stiftungsprofessuren in Höhe von insgesamt 0,7 Mio. EUR. Bei den Erträgen aus Sondermitteln für laufende Aufwendungen wird 2007 im Rahmen einer vorsichtigen Planung mit einem Volumen von rd. 2,0 Mio. EUR gerechnet und damit im Vergleich zur Planung 2006 von einer deutlichen Reduzierung ausgegangen. Bei den Zuschüssen für laufende Aufwendungen von anderen Zuschussgebern (30,2 Mio. EUR) und den Erträgen aus Entgelten (14,8 Mio. EUR; insbesondere aus Forschungsaufträgen) wird eine Stabilisierung auf hohem Niveau erwartet. Die geplanten Erträge aus Zuweisungen zur Finanzierung von Investitionen des Landes Niedersachsen aus Mitteln des Finanzplans spiegeln ebenfalls den entsprechenden Haushaltsansatz aus dem Fachkapitel wider (1,1 Mio. EUR). Daneben werden zur Finanzierung von Investitionen Erträge aus Sondermitteln (3,8 Mio. EUR) sowie von anderen Zuschussgebern (2,6 Mio. EUR) in Höhe von insgesamt rd. 6,4 Mio. EUR eingeplant. Von den geplanten 24,5 Mio. EUR an sonstigen betrieblichen Erträgen entfallen 12,4 Mio. EUR auf die Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse. Der Rest verteilt sich unter anderem auf Planwerte für Erträge aus Studienbeiträgen, Erlöse aus den Nebenbetrieben (Sportzentrum, Bibliothek, Sprachenzentrum u. a.), Erlöse aus der Weiterbelastung von Kosten sowie Erlöse aus Vermietung und Verpachtung.

Die Planungen im Bereich der Sachaufwendungen für den Lehr- und Forschungsbetrieb orientieren sich mit rd. 17,2 Mio. EUR an dem voraussichtlichen Ist 2005 unter Berücksichtigung der allgemeinen Preissteigerungen (einschließlich Umsatzsteuererhöhungen) und unter Berücksichtigung der erstmals eingeplanten Verwendung von Studienbeiträgen. Für 2007 werden in Höhe von rd. 138,1 Mio. EUR Personalaufwendungen eingeplant. Die Planung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen beläuft sich auf 65,2 Mio. EUR. Ein erheblicher Anteil entfällt auf Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten in Höhe von 25,3 Mio.EUR. Hierin enthalten sind u. a. die Nutzungsentgelte für die Gebäudenutzung an den Landesliegenschaftsfonds und die Dienstleistungen des NLBV für die Personalabrechnung. Ein weiterer wesentlicher Posten betrifft die Zuführung zum Sonderposten für Investitionszuschüsse und spiegelt das geplante Investitionsvolumen der Universität in Höhe von rd. 15,7 Mio. EUR wieder. Insgesamt wird für das Geschäftsjahr 2007 planerisch von einem ausgeglichenem Jahresergebnis ausgegangen. Die Planzahlen 2006 entsprechen dem Stand des Vorjahresberichts.

Zusammenfassende Würdigung der wirtschaftlichen Situation

Nach der Planung 2006 wird nun zum zweiten Mal für das Haushaltsjahr 2007 ein auf der vorläufigen Gewinn- und Verlustrechnung des Vorjahres (2005) basierender Wirtschaftsplan aufgestellt. Wie im Vorjahr entsprechen gemäß der Vorgabe des MWK die Daten des laufenden Jahres 2006 den aktuellen Zahlen im Haushaltsplan 2006, die im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens ermittelt wurden. Die Planungen für das Jahr 2007 erfolgen unter Berücksichtigung des vorläufigen Ist 2005.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 4**

zu Kapitel 0615

Kurzfassung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts 2005

Rücklagen aus den Jahren 2001 bis 2004 und ggf. 2005 werden überwiegend für die dringlichsten Maßnahmen zur Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen, für kleine Baumaßnahmen und Umzüge, für neue Anlagen, Einrichtungsgegenstände, Geräte und sonstige Sachausstattung im Zusammenhang mit Berufungen und für Ersatzinvestitionen verwendet werden. Die Rücklagen werden bei weitem nicht auskömmlich sein, um den dringendsten Sanierungsbedarf im Baubestand zu decken und den Investitionsrückstau, insbesondere im Gerätebestand, zu beseitigen. Nach wie vor besteht ein Sanierungsbedarf in Höhe von ca. 115 Mio. EUR im gegenwärtigen Baubestand. Trotz der bereits erfolgten oder beabsichtigten Verwendung von Rücklagen für die dringlichsten kleinen Baumaßnahmen und Umzüge aus Anlass von Strukturveränderungen ist der insoweit im Vorjahr geschätzte Bedarf von rund 9 Mio. EUR bis 2007 nicht gesunken, da insbesondere durch laufende und noch durchzuführende Berufungsverfahren ein zusätzlicher Aufwand entsteht. Die Erträge aus der Landesfinanzierung für Bauunterhaltung und Investitionen reichen für die insoweit entstehenden Aufwendungen bei weitem nicht aus und müssen wie bisher durch die Verwendung eingesparter Personal- und Sachmittel, freier Drittmittel und erstmals Rücklagen aufgestockt werden. Für das laufende Jahr 2006 und das Planjahr 2007 ergeben sich besondere Risiken durch die anteilige Mitfinanzierung von Besoldungs- und Tariferhöhungen, die Steigerung der Energiekosten, die Erhöhung der Umsatzsteuer (beide Posten sind in der laufenden Haushaltsplanung des Landes nur zum Teil berücksichtigt), die Bildung eines Berufungs- und Innovationspools, die Bildung eines Ausfallfonds für nicht zurückgezahlte Studienbeitragsdarlehen und weitere kleinere Posten in Höhe von insgesamt rund 7 Mio. EUR. Diese Risiken müssen zusätzlich aus dem laufenden Zuschuss bzw. aus ersparten Personal- und Sachmitteln aufgefangen werden.

Kurzbeschreibung der Kernziele und wesentlichen Veränderungen im Bereich von Forschung, Lehre, Nachwuchsförderung, Kooperationen und Internationalisierung

Die TU Braunschweig verfolgt eine Schwerpunktbildung insbesondere in den Bereichen

- Lebenswissenschaften
- Mobilität und Verkehr
- Information und Kommunikation
- Bauen und Umwelt
- Mikroproduktion und Systemtechnik

Im Zuge der Schwerpunktbildung ist die Anzahl der Fakultäten von zehn auf acht reduziert worden; die derzeitigen Planungen sehen ab 01.04.2007 nur noch sechs Fakultäten vor. Weiterhin sind bei der Definition des künftigen Forschungs- und Lehrprofils eine Abstimmung mit den übrigen niedersächsischen Hochschulen, insbesondere der Universität Hannover und der TU Clausthal (Consortium Technikum) sowie Vernetzungsstrategien auch unter Einbeziehung hochschulübergreifender und hochschulinterner Umschichtungen unabdingbar. Die Zielsetzung der Umstrukturierung des Studienangebotes ist bereits zu einem erheblichen Teil umgesetzt. Nahezu alle Studienanfänger in den Geistes- und Erziehungswissenschaften sowie in den Naturwissenschaften (mit Ausnahme Pharmazie und Lebensmittelchemie) beginnen ihr Studium im Bachelorprogramm (ca. 40 % aller Studienanfänger, Näheres siehe Seite 3 ff. der Zielvereinbarung). Bis Ende 2007 werden zwei Drittel aller Studienanfängerplätze in konsekutiven Bachelor- und Masterstudiengängen angeboten. Aufgrund des zunehmenden Bedarfes hochqualifizierter Ingenieure in Wissenschaft und Wirtschaft muss innerhalb der gestuften Studiengänge ein angemessenes Angebot an Masterstudiengängen bereit gestellt werden (keine 50 %-Quote für Masterstudiengänge bei ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen).
Die Entwicklung der Forschungsschwerpunkte erfolgt auf Basis der universitätsinternen Strukturplanung in Fortschreibung der Zielvereinbarungen 2002 bis 2005 unter Berücksichtigung der HOK-Vorgaben.
Die vier Sonderforschungsbereiche der TU Braunschweig arbeiten weiterhin erfolgreich; zuletzt ist der Sonderforschungsbereich 562 (Robotersysteme für Handhabung und Montage) nach hervorragender Bewertung durch die DFG für die letzte Förderperiode Juli 2006 bis Juni 2010 verlängert worden.
Die TU Braunschweig hat zusammen mit der PTB Braunschweig mit der International Graduate School for Metrology die erste Runde der Excellenz-Initiative des Bundes und der Länder erfolgreich durchlaufen.
Für die zweite Runde sind folgende Initiativen angemeldet:
Exzellenzcluster:

- FuMoRIS - Future Multimodal Realtime Information Systems (gemeinsam mit dem L3S, Hannover)
- SMART Silent Metropolitan Air Transport (gemeinsam mit dem DLR Braunschweig)
- JOML Joint Optical Metrology Lab (gemeinsam mit PTB, GBF u. a.)
- Graduiertenschulen:
- Risiko-Beherrschung von Natur- & Zivilisationskatastrophen (gemeinsam mit PTB, FAL, GBF)
- Structural Design in Biology (gemeinsam mit GBF, Weizman-Institute (Israel))

Zur Profilschärfung in den Fächern Architektur und Bauingenieurwesen findet ein intensiver Abstimmungsprozess zwischen der Universität Hannover und der TU Braunschweig statt.

Als Beispiel für die Verankerung von Genderaspekten in Weiterbildungsstudiengängen wird die Integration des Weiterbildungsprogramms „EQualityPlan-Softskills im Bauprojektmanagement“ als Masterstudiengang angestrebt.

Ab 2006 ist die Einrichtung von Promotionsstudiengängen vorgesehen. Die Anzahl der Studierenden ist leicht rückläufig. Die Quote ausländischer Studierender ist mit einem Anteil von 11,2 % gleich bleibend.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 4**
zu Kapitel 0615

Kurzfassung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts 2005

Ausgewählte finanzielle Kennzahlen Geschäftsjahr 2002 bis 2005

- Entwicklung des Landeszuschusses zum Gesamtertrag: 2002: 69,82%; 2003: 67,43% 2004: 67,89%; 2005: 68,99%
- Entwicklung des Landeszuschusses zum Gesamtaufwand: 2002: 70,31%; 2003: 69,46%; 2004: 70,39%; 2005: 71,10%
- Entwicklung der Zuschüsse Dritter, der Entgelte aus Auftragstätigkeit sowie der sonstigen Entgelte und betrieblichen Erträge zum Gesamtertrag: 2002: 20,31%; 2003: 23,90%; 2004: 24,55%; 2005: 21,96%
- Entwicklung des Personalaufwands zum Gesamtaufwand: 2002: 62,88%; 2003: 64,02%; 2004: 63,81%; 2005: 60,84%
- Entwicklung der Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Ertrag: 2002: 7,94%; 2003: 6,37%; 2004: 5,83%; 2005: 7,28%
- Entwicklung der Einstellung in den Sonderposten zur Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (<100%: Abschreibungen und Anlagenabgänge übersteigen die Anlagenzugänge der Periode): 2002: 112,73%; 2003: 91,72%; 2004: 93,78%; 2005: 119,82%

Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 5**
zu Kapitel 0615

Zielvereinbarung 2005 – 2008 (Zusammenfassung)

Auf Basis einer Situationsanalyse hat die TU Braunschweig als eine forschungsorientierte Technische Universität und Mitglied der „TU 9 – German Institutes of Technology“ die strategischen Forschungsfelder

- Bauen und Umwelt
- Information und Kommunikation
- Lebenswissenschaften
- MikroNano-Produktionstechniken
- Mobilität und Verkehr

mit dem Anspruch definiert, innerhalb von zehn Jahren zur Spitzengruppe der deutschen Universitäten zu gehören. Die TU Braunschweig verfolgt darüber hinaus im Planungszeitraum ab 2005 weiterhin die in der Zielvereinbarung 2002/2003 formulierten und 2004 fortgeschriebenen strategischen Ziele, darunter vor allem die

- stärkere Forschungsorientierung insbesondere in den Kernfächern der Ingenieur- und Naturwissenschaften,
- prozessorientierte Qualitätssicherung in Lehre, Forschung und Weiterbildung unter Berücksichtigung der Empfehlungen der ZEVA und der WKN,
- Einführung modularer Studiengänge mit international anerkannten Abschlüssen,
- interdisziplinäres, praxisorientiertes Studienangebot,
- Entwicklung zur familiengerechten Hochschule.

Im Rahmen der strategischen Neuausrichtung wird die Anzahl der Fakultäten von zehn (Stand Ende 2004) auf sechs reduziert: Mit Wirkung vom 01.04.2006 wurden die Fakultät für Lebenswissenschaften sowie die Fakultät Architektur, Bauingenieurwesen und Umweltwissenschaften gegründet. Der Prozess der Neustrukturierung der Fakultäten wird mit Gründung der Fakultät für Mathematik, Informatik, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie der Fakultät für Elektrotechnik, Informationstechnik und Physik zum 01.04.2007 abgeschlossen sein.
Das Ziel der Umstrukturierung des Studienangebotes ist bereits zu einem erheblichen Teil erreicht: Bis Ende 2007 werden zwei Drittel aller Studienanfängerplätze in konsekutiven Bachelor- und Masterstudiengängen angeboten. Aufgrund des zunehmenden Bedarfes hochqualifizierter Ingenieure in Wissenschaft und Wirtschaft ist innerhalb der entsprechenden Masterstudiengänge ein attraktives Studienplatzangebot bereitzustellen.
Während sich die Auslastungssituation in der Lehreinheit Maschinenbau kontinuierlich gesteigert hat, ist diese in den Lehreinheiten Bauingenieurwesen und Elektrotechnik immer noch nicht zufrieden stellend; die Hochschule wird hier entsprechende Maßnahmen ergreifen. Die Anzahl der Studierenden ist in etwa gleich geblieben, wobei die Quote ausländischer Studierender geringfügig zurückgegangen ist. Für den Planungszeitraum wird wieder eine Erhöhung der Ausländerquote angestrebt.
An der TU Braunschweig sind vier Sonderforschungsbereiche und zahlreiche weitere, davon drei von der DFG geförderte, Forschungsschwerpunkte eingerichtet. Im Rahmen der 1. Runde der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder hat sich die TU Braunschweig mit jeweils drei Antragsskizzen zu Exzellenzclustern und Graduiertenschulen beteiligt. Am 20.01.2006 wurde die TU Braunschweig zur Antragstellung für die „Braunschweig International Graduate School of Metrology“ in enger Kooperation mit der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt aufgefordert. Der Antrag wurde fristgerecht bei der DFG eingereicht und inzwischen von der Gutachterkommission begutachtet. Die Entscheidung über die Förderung wird von der Gemeinsamen Kommission aus DFG und Wissenschaftsrat am 13.10.06 getroffen. In der 2. Runde der Exzellenzinitiative wird die TU Braunschweig voraussichtlich mit Antragsskizzen zu drei Exzellenzclustern und einer Graduiertenschule beteiligen, die im Focus der strategischen Forschungsfelder der TU stehen.
Innerhalb des Consortium Technicum findet in den Ingenieurwissenschaften ein intensiver Abstimmungsprozess zwischen der Universität Hannover, der TU Clausthal und der TU Braunschweig mit dem langfristigen Ziel einer möglichst komplementären Aufstellung in Lehre und Forschung statt.
Als Beispiel für die Verankerung von Genderaspekten in Weiterbildungsstudiengängen wird die Integration des Weiterbildungsprogramms „EQualityPlan – Universitäre Weiterbildung in Architektur und Bauingenieurwesen“ als Masterstudiengang angestrebt. Eine Akkreditierung als Familiengerechte Hochschule ist für den Herbst 2006 vorgesehen.
Näheres ist der Zielvereinbarung 2005 – 2008 und dem 1. Nachtrag zur Zielvereinbarung (Stand Oktober 2005) zu entnehmen. Ein 2. Nachtrag zur Zielvereinbarung befindet sich im Abstimmungsprozess zwischen dem zuständigen Fachministerium und dem Präsidium der TU Braunschweig; dieser wird voraussichtlich noch im Sommer 2006 unterzeichnet werden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0616 Technische Universität Clausthal (Landesbetrieb)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 10-0	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender **** Abweichend von § 15 Abs. 1 S. 1 LHO (Bruttoprinzip) ist der Nettobetrag veranschlagt.*		351	290	+61	268
111 15-0	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		455	455	—	378
121 02-4	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-8	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03 und 891 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	1.411 1.411	54.382	55.036	–654	54.875
682 03-4	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.*	—	1.053	426	+627	839
682 39-5	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	29	33	–4	29
891 01-6	131	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.*	—	254	245	+9	231
		<u>Abschluss Kapitel 0616</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		806	745	+61	
		Summe der Einnahmen		806	745	+61	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.411 1.411	55.464	55.495	–31	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	254	245	+9	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	1.411 1.411	55.718	55.740	–22	
		Zuschuss		54.912	54.995	–83	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0616

Die Technische Universität Clausthal wird seit dem 01.01.1995 als Landesbetrieb gemäß § 26 Abs. 1 LHO geführt.

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

Zu 682 01

Die finanzielle Obergrenze nach § 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG beträgt für das Geschäftsjahr 2007 25 613 911 EUR.

Von dem Ansatz dürfen 1 824 394 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten 1 707 000 EUR sowie Beiträge zur Berufsgenossenschaft – Landesunfallkasse 117 394 EUR).

Von dem Ansatz dürfen 6 676 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Nutzungsentgelt an den Landesliegenschaftsfonds).

Dem Studentenwerk Clausthal in Clausthal-Zellerfeld dürfen die für ihre Aufgabenerfüllung erforderlichen Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden. Der Clausthaler Umweltinstitut GmbH – CUTEC – dürfen die für ihre Aufgabenerfüllung erforderlichen Räume, Einrichtungen und Geräte ohne Erstattung der Kosten überlassen werden, soweit Gleichwertigkeit besteht. Der Stadtwerke Clausthal-Zellerfeld GmbH darf das landeseigene Gebäude des Heizwerks nach Maßgabe des Vertrages vom 27. 9. 1988 ohne Erhebung eines Nutzungsentgeltes überlassen werden.
Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.
Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Nicht verbindliche Erläuterung:

Das Ergebnis der Formelberechnung für 2006 ergibt einen Betrag von -247 635 EUR. Die Buchung erfolgt bei Kapitel 06 08 TGr. 68 im Rahmen der unterjährigen Verrechnung.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	1.411	—	1.411
2008	—	—	1.411	1.411
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	1.411	1.411	2.822

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Technische Universität Clausthal
für das Geschäftsjahr 2007

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der gemäß § 26 LHO vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Betriebsanweisung für die Hochschulen in staatlicher Trägerschaft des Landes Niedersachsen vom 23.Juli 2003

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 16

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Technische Universität Clausthal

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Lizenzen an Rechten und Werten			172.515
- Bebaute Grundstücke			0
- Unbebaute Grundstücke			0
- Gebäude			0
- Maschinen und Anlagen	854 000	3 480 000	61.635
- Fahrzeuge			0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,	3 235 000		6.124.038
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			
Summe 1.:	4 089 000	3 480 000	6 358 188
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Lizenzen an Rechten und Werten			82.730
- Gebäude			1.186
- Maschinen und Anlagen			33.289
- Fahrzeuge			0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,			2.093.480
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			
Summe 2.:			2 210 685
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan			
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)			
- Ablieferungen an den Landeshaushalt			213.920
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)			1.711.740
Summe 3.:			1 925 659
Summe I.:	4 089 000	3 480 000	10 494 532
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan			3 593 973
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)			
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren			1 240 652
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	600 000		727 468
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• aus Fachkapitel	254 000	245 000	231 000
• aus Sondermitteln	3 235 000	3 235 000	4 405 319
• Baumittel (Rahmenplan)			
- Andere öffentliche Zuschussgeber			
Summe 1.:	4 089 000	3 480 000	10 198 412
2. Negativer Überleitungsbetrag			
Summe II.:	4 089 000	3 480 000	10 198 412

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPl) sind.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 16

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Technische Universität Clausthal

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
- aus Fachkapitel	55 464 000	55 495 000	54.267.350
- aus Sondermitteln	1 253 000	1 253 000	1.607.058
Summe 1.:	56 717 000	56 748 000	55 874 408
2. Erträge aus Studienbeiträgen einschl. Zinserträge	1 546 000		
Summe 2.:	1 546 000		
3. Anteil an den Studiengebühren Langzeitstudierender	154 000	154 000	
Summe 3.:	154 000	154 000	
4. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse			
- Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	11 161 000	11 161 000	11.168.459
- Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	5 945 000	5 945 000	4.426.768
- Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten			
Summe 4.:	17 106 000	17 106 000	15 595 226
5. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:			855.290
Summe 5.:			855 290
6. Andere aktivierte Eigenleistungen:			
Summe 6.:			
7. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Erstattung von Personalaufwendungen	220 000	220 000	239.203
- Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	270 000	270 000	213.819
- Erlöse aus Nebenbetrieben	100 000	100 000	119.845
- Betreuung von Studierenden	30 000	30 000	10.522
- Gebühren und gebührenähnliche Erträge	100 000	100 000	151.367
- Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	130 000	130 000	211.657
- Nebenerlöse aus der Abgabe von Energie, Nebenkosten etc.	110 000	110 000	
- Spenden	120 000	120 000	234.298
- Erträge aus Schadensersatzleistungen	20 000	20 000	19.895
- Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	6 400 000	6 650 000	6.485.967
- Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	12.000	12.000	14.547
- Auflösung von Rückstellungen			57.678
- Periodenfremde Erträge			120.406
- Übrige Erträge	400.000	400.000	497.117
Summe 7.:	7 912 000	8 162 000	8 376 321
8. Zinserträge und ähnliche Erträge:			274
Summe 8.:			274
Summe I.:	83 435 000	82 170 000	80 701 519
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2 242 000	1 900 000	1.859.456
- Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	1 500 000	1 300 000	1.062.291
- Aufwendungen für bezogene Leistungen			
• Unteraufträge in Drittmittelvorhaben	350 000	350 000	1.850.674
• Werkverträge	50 000	50 000	0
• Wissenschaftliche Dienstleistungen	1 578 000	1 500 000	174.760
- Weiterleitung von Forschungsmitteln			
- Sonstige bezogene Leistungen	20 000	20 000	68.563
- Sachaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	236 000	600 000	
Summe 1.:	5 976 000	5 720 000	5 015 743

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Technische Universität Clausthal

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
2. Personalaufwand:			
2.1. Entgelte, Vergütungen und Besoldung			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	11 878 000	11 761 000	8.607.247
- Entgelte des Tarifpersonals	25 886 000	24 970 000	26 440 844
- Studentische und wissenschaftlich - künstlerische Hilfskräfte	1 840 000	1 705 000	
- Lehrstuhlvertretungen			
- Ausbildungsvergütungen	797 000	797 000	
- Sonstige Vergütungen	60 000	60 000	3.164.170
- Personalaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	600 000	236 000	
Summe 2.1.:	41 061 000	39 529 000	38 212 260
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für das Tarifpersonal	6.622.000	6.622.000	5.832.297
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	1 707 000	2 178 000	950 346
- Zuführung zum Sondervermögen Nds. Landesversorgungsrücklage	60 000	41 000	
- Emeritenbezüge	1 555 000	1 472 000	1.554.688
- Sonstige soziale Leistungen an das Tarifpersonal aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	2 509 000	2 545 000	2 112 325
- Nachversicherung ausscheidender Beamter	181 000	200 000	169 871
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	344 000	316 000	523 315
- Beihilfen für das Tarifpersonal	6 000		50
- Trennungsgeld und Umzugskosten			
- Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	118 000	114 000	125 400
Summe 2.2.:	13 102 000	13 488 000	11 268 291
Summe 2.:	54 163 000	53 017 000	49 480 552
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
- Immaterielle Vermögensgegenstände	300 000	300 000	242.543
- Grundstücke und Bauten	50 000	50 000	40.054
- Technische Anlagen und Maschinen	300 000	300 000	194.391
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5 750 000	6 000 000	5.903.301
Summe 3.:	6 400 000	6 650 000	6 380 289
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
- Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen			
• Bauunterhaltung	1 053 000	426 000	1.068.786
• Aufwendungen für Wartung	930 000	930 000	863.593
- Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
• Energie	1 095 000	1 000 000	945.633
• Heizung	1 130 000	1 130 000	1.229.074
• Wasser- und Abwasser	300 000	300 000	212.141
• Entsorgung	100 000	100 000	
-Aufwendungen für Reparatur und Instandhaltungsmaterial			
• Bauunterhaltung	180 000	180 000	244.669
• Sonstige	280 000	280 000	321.604
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
• Mieten, Pachten, Erbbauzins	6 980 000	7 190 000	6.940.207
• EDV-Dienstleistungen	180 000	180 000	174.502
• Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	110 000	110 000	110.128
• Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	99 000	99 000	74.360

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 16

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Technische Universität Clausthal

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
noch 4.1:			
• Sonstige Gebühren	50 000	50 000	
• Fremdreinigung und Entsorgung	650.000	650.000	611.148
• Betriebs-, Amtsarzt und Arbeistsicherheit	90.000	90.000	64.222
- Gebühren und Beiträge			
- Sonstige Fremdleistungen	331 000	331 000	339.880
Summe 4.1.:	13 558 000	13 046 000	13 199 946
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	200 000	200 000	180.687
- Aufwendungen für Kommunikation			
• Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	275 000	275 000	247.233
• Reisekosten	870 000	870 000	985.565
• Porto	100 000	100 000	95.681
• Öffentlichkeitsarbeit	180 000	180 000	144.208
• Gästebewirtung und Repräsentation	50 000	50 000	53.024
Summe 4.2.:	1 675 000	1 675 000	1 706 397
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Vergütungen für Lehraufträge	130 000	130 000	126.168
- Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	40 000	40 000	38.780
- Fort- und Weiterbildung	120 000	120 000	98.849
- Personaleinstellung, -umsetzung, -entlassung	30 000	30 000	53.658
- Übrige Personalaufwendungen	20 000	20 000	30.097
Summe 4.3.:	340 000	340 000	347 552
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	50 000	50 000	5.621
- Schadensersatzleistungen			6.139
- Abschreibungen auf Forderungen			3.355
- Periodenfremde Aufwendungen		246 000	17.779
- Sicherung der Gebäude			0
- Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	651 000	804 000	438.859
- Aufwendungen für Mitgliedschaften	50 000	50 000	41.548
- Zuführungen Sonderposten für Investitionszuschüsse			
- Andere sonstige betriebliche Aufwendungen	550 000	550 000	447.880
Summe 4.4.:	1 301 000	1 700 000	961 181
Summe 4.:	16 874 000	16 761 000	16 215 077
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	2 000	2 000	603
Summe 5.:	2 000	2 000	603
Summe II.:	83 415 000	82 150 000	77 092 264
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	20 000	20 000	3 609 256
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge			120
Summe 1.:			120
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
Summe 2.:			
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)			120

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 16

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Technische Universität Clausthal

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer			
- Gewerbeertragssteuer			
- Kapitalertragssteuer			
- Umsatzsteuer			
Summe 1.:			
noch VI. Steuern			
2. Sonstige Steuern:			
- Kraftfahrzeugsteuer	12 000	12 000	10.735
- Grundsteuer	8 000	8 000	4.667
Summe 2.:	20 000	20 000	15 403
Summe VI.:	20 000	20 000	15 403
VII Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)			**3 593 973**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Anlage 1
zu Kapitel 06 16

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
2. Soweit Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 35 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Verträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.
3. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
4. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
5. Die Sekretärin der/s Präsidentin/en ist für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.
   Die für die Dauer ihrer Tätigkeit eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nr. 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
6. Der Zuschuss verringert sich um den Betrag einer Stelle der Verg.-Gr. V c BAT bei Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen.
7. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Betrag einer Stelle der Verg.-Gr. V b BAT bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in (Institut für Erdöl- und Erdgastechnik).
8. 1 Stelle der Verg.-Gr. I a – Wissenschaftlicher Dienst – kw bei Ausscheiden der/s Stelleninhabers/-in (Übernahme eines IFE-Bediensteten).
9. 1 Stelle der Verg.-Gr. V c – Verwaltungsdienst – kw bei Ausscheiden der/s Stelleninhabers/-in (Übernahme eines IFE-Bediensteten).
10. 0,5 Stellen der Verg.-Gr. VII – Verwaltungsdienst – kw bei Ausscheiden der/s Stelleninhabers/-in (Übernahme eines IFE-Bediensteten).
11. 1 Stelle der Verg.- Gr. V c – Technischer Dienst – darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 2**

zu Kapitel 06 16

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2007

		Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
1.	Erträge aus Finanzhilfen und Zuschüssen für laufende Aufwendungen			
a)	des Landes Niedersachsen aus Mitteln des Erfolgsplans	55 464 000	55 495 000	54 267 350
b)	des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln	1 253 000	1 253 000	1 607 058
c)	von anderen Zuschussgebern	11 161 000	11 161 000	11 218 273
Zwischensumme 1.:		67 878 000	67 909 000	67 092 681
2.	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen zur Finanzierung von Investitionen			
a)	des Landes Niedersachsen aus Mitteln des Finanzplans	254 000	245 000	231 000
b)	des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln	3 235 000	3 235 000	4 405 319
c)	von anderen Zuschussgebern	600 000		566 970
Zwischensumme 2.:		4 089 000	3 480 000	5 203 289
3.	Erträge aus Entgelten	5 945 000	5 945 000	4 537 451
4.	Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen			855 290
5.	Andere aktivierte Eigenleistungen			
6.	Sonstige betriebliche Erträge	9 612 000	8 316 000	8 011 782
	(davon aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse)	6 400 000	6 650 000	6 485 967
7.	Sachaufwand für den Lehr- und Forschungsbetrieb			
a)	Aufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmittel, Materialien und bezogene Waren	3 742 000	3 564 000	2 744 137
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1 998 000	1 920 000	2 017 835
c)	Aufwendungen im Rahmen d. Innovations- u. Berufungspools	236 000	236 000	
Zwischensumme 7.:		5 976 000	5 720 000	4 761 973
8.	Personalaufwand			
a)	Löhne und Gehälter	40 461 000	38 929 000	38 237 296
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	13 102 000	13 488 000	11 240 698
	(davon für Altersversorgung)	5 686 000	6 395 000	4 759 636
c)	Aufwendungen im Rahmen d. Innovations- u. Berufungspools	600 000	600 000	
Zwischensumme 8.:		54 163 000	53 017 000	49 477 994
9.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	6 400 000	6 650 000	6 380 289
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	20 963 000	20 241 000	24 889 538
	(davon aus der Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse)	4 089 000	3 480 000	8 568 873
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			274
12.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2 000	2 000	603
13.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**20 000**	**20 000**	**190 370**
14.	Sonstige Steuern	20 000	20 000	15 403
15.	Jahresergebnis			**174 967**
16.	Gewinn-/Verlustvortrag			
17.	Entnahme aus / Einstellung in Rücklagen/Veränderung Nettoposition			- 471 088
18.	Bilanzergebnis			**- 296 121**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 3**

zu Kapitel 0616

Vereinfachte Kapitalflussrechnung

			2005 Tsd. EUR
1.		Periodenergebnis vor ausserordentlichen Posten	174
2.	+/-	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	6 380
3.	+/-	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	167
4.	+/-	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge Veränderungen des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	2 083
5.	-/+	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- 9
6.	-/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	157
7.	+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	811
8.	**=**	**Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1. bis 7.)**	**9 763**
9.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	114
10.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	
11.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 8 632
12.	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	- 255
13.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	
14.	-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	
15.	**=**	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 9. bis 14.)**	**- 8 773**
16.	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten (einschl. Finanzierung Anteile)	
17.	-	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	
18.	**=**	**Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 16. und 17.)**	
19.	**=**	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe der Zeilen 8., 15. und 18.)**	**990**
20.	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	15 085
21.	**=**	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 19. und 20.)**	**16 075**

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	16 075
abzüglich: Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	

Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 4**
zu Kapitel 0616

Kurzfassung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts 2005

Das Jahr 2005 war für die Technische Universität Clausthal gekennzeichnet durch folgende Entwicklungen:

- Der zwischen dem Land Niedersachsen und den niedersächsischen Hochschulen im Herbst 2005 abgeschlossene Zukunftsvertrag hat Planungssicherheit für die nächsten Jahre, wenn auch auf niedrigem Niveau, geschaffen.
- Die zweite Stufe des Hochschuloptimierungskonzepts des Landes wirkte sich mit einer weiteren Kürzung des Landeszuschusses um 900 TEUR aus.
- Die mit der Neugliederung der Hochschule in drei Fakultäten eingeleitete Neuausrichtung der Hochschule wurde konsequent fortgesetzt. Mit der Zielvereinbarung 2005-2008 ist die Neu-Gestaltung des Lehrangebots auf die Bereiche der Natur- und Materialwissenschaften ausgedehnt worden.
- Der Profilbildung in der Forschung dienen die Initiativen zur Einrichtung eines neuen Sonderforschungsbereichs sowie zur Errichtung eines Clausthaler Zentrums für Materialtechnik (CZM) und eines Energieforschungszentrum Niedersachsen (EFZN).

I. Kurzbeschreibung der Gewinn- und Verlustrechnung:

1. Landeszuschuss
   Der im Haushaltsjahr des Landes Niedersachsen bei Kapitel 0616 Titel 682 01 ausgewiesene Zuschuss für laufende Zwecke des Landesbetriebes Technische Universität Clausthal ist von 56.652 TEUR im Jahr 2004 auf 55.732 T€, also um 920 TEUR gesunken. In den Veränderungen findet sich der Fortfall von 900 TEUR infolge der 2. Stufe des HOK wieder. Hinzu kommen 839 TEUR als Zuführung für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen sowie 33 TEUR für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete in Mutterschutz.
2. Sondermittel
   Das Land Niedersachsen förderte die Technische Universität Clausthal im Jahr 2005 mit Sondermitteln in Höhe von 6.013 TEUR (im Vorjahr 3.957 TEUR). Hiervon waren 1.607 TEUR (im Vorjahr 1.328) für laufende Aufwendungen bestimmt. 4.405 TEUR (Vorjahr 2.630 TEUR) flossen in den Investitionsbereich.
3. Drittmittel
   Die Technische Universität Clausthal versteht sich als Forschungsuniversität, die ihre Stellung in der Hochschullandschaft auch daran bemisst, wie erfolgreich sie bei der Einwerbung von Drittmitteln ist. Aufgrund der Kürzungen im Bereich des Landeszuschusses gewinnt die Einwerbung von Drittmitteln im Übrigen mehr und mehr an Bedeutung, denn nur auf diesem Wege kann die Hochschule ihre Stellung in der Forschung ausbauen. Die Drittmittelerträge sind in den letzten fünf Jahren (2001 bis 2005) von 16,1 Mio. EUR auf 17,7 Mio. EUR gestiegen und haben sich damit insgesamt positiv entwickelt.

   Die Entgelte aus Forschungsaufträgen der Industrie sowie aus dem öffentlichen Bereich sind in den letzten Jahren stetig angestiegen und liegen auch im Jahr 2005 über 5 Millionen EUR. Diese Entwicklung untermauert die wirtschaftsnahe und praxisorientierte Ausrichtung der Forschung als Stärke der Technischen Universität Clausthal.

4. Jahresergebnis
   Die Hochschule hat sich bei der Inanspruchnahme des Landeszuschusses 2005 größte Zurückhaltung auferlegt und die laufenden Aufwendungen im Rahmen der Möglichkeiten begrenzt. Nur die dringendst nötigen Investitionen wurden zugelassen. Dadurch ist es gelungen, den Verlust des Jahres 2004 von 904 TEUR auf 296 TEUR im Jahr 2005 zurückzuführen. Die vorhandene, in den Jahren vor dem HOK entstandene, Rücklage reicht noch aus, diese Verluste abzudecken.

II. Kurzbeschreibung der wesentlichen Veränderungen in Lehre und Forschung

1. Organisation
   Im Oktober 2002 ist eine Neufassung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes in Kraft getreten, die grundlegende Änderungen in der Organisationsstruktur der Hochschulen vorsah. Ausgelöst durch diese Gesetzesnovelle hat das Präsidium in seiner Sitzung am 14. September 2004 eine neue Gliederung der Hochschule beschlossen. Die bisherige Gliederung der TU Clausthal in zwei gemeinsame Kommissionen (Fakultäten) und vier Fachbereiche wurde aufgehoben. An ihre Stelle traten die folgenden drei Fakultäten:
   - Fakultät für Natur- und Materialwissenschaften (Fakultät I)
   - Fakultät für Energie- und Wirtschaftswissenschaften (Fakultät II)
   - Fakultät für Mathematik/Informatik und Maschinenbau (Fakultät III)

   Gleichzeitig wurden den Fakultäten die vorhandenen Institute neu zugeordnet. Die Neugliederung trat zum 1. April 2005 in Kraft.

2. Einrichtung neuer Forschungszentren und Sonderforschungsbereiche
   Die Energie- und Umweltwissenschaften sowie die Materialwissenschaften, die an der Technischen Universität Clausthal mit eigenen Studiengängen vertreten sind, stellen ein wesentliches Struktur- und Kompetenzmerkmal der Hochschule dar. Gerade diese Fächer erbringen bereits jetzt erhebliche Forschungsleistungen, was sich zum einen in dem Umfang der eingeworbenen Drittmittel, zum anderen aber auch in den Veröffentlichungen, den Industriekontakten und in ihren Beiträgen zum Technologietransfer ausdrückt. Im Rahmen dieser Kernkompetenzen hat die Technische Universität Clausthal die Einrichtung
   - eines Clausthaler Zentrum für Materialtechnik (CZM) in Clausthal-Zellerfeld und
   - eines Energieforschungszentrums Niedersachsen in Goslar

   jeweils als wissenschaftlicher Forschungsverbund gemäß § 17 ihrer Grundordnung beim Land Niedersachsen beantragt

   Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat kürzlich entschieden, ab 01. Juli 2006 den neuen Sonderforschungsbereich 675 „Hochfeste metallische Strukturen und Verbindungen“ mit insgesamt 5,7 Millionen EUR über einen Zeitraum von zunächst vier Jahren zu fördern. In dem Sonderforschungsbereich arbeiten in zwölf Teilprojekten Forscher der Technischen Universität Clausthal, der Universität Hannover und des Laserzentrums Hannover interdisziplinär zusammen.

Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 4**
zu Kapitel 0616

Kurzfassung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts 2005

3. Studienangebot

Entsprechend der Vorgaben aus der Zielvereinbarung 2004 wurde bereits das Studienangebot in den Lehreinheiten Wirtschaftswissenschaften sowie Energie und Rohstoffe durch die Einführung neuer Bachelor- und Masterstudiengänge umgestellt. Die Verfahren zur Akkreditierung dieser Studiengänge durch die Evaluierungsagentur ZEvA, Hannover, sind positiv abgeschlossen bzw. der Abschluss steht kurz bevor.

Die Zielvereinbarung 2005 – 2008 in der Fassung des 1. und 2.Nachtrages sieht vor, das Studienangebot der Lehreinheiten Metallurgie und Werkstoffwissenschaften, Physik, Chemie, Mathematik und Informatik wie folgt zu reformieren:
Im Bereich der Materialwissenschaften wurden die bisherigen Diplomstudiengänge
Glas, Keramik, Bindemittel, Kunststofftechnik, Metallurgie sowie Werkstoffwissenschaften
durch die konsekutiven Bachelor/Master-Studiengänge Materialwissenschaften und Werkstofftechnik (Bachelor of Science), Materialwissenschaften (Master of Science) sowie Werkstofftechnik (Master of Science) ersetzt und entscheidend gestrafft. Die Akkreditierung der neuen Studiengänge durch die Agentur ASIIN ist erfolgreich abgeschlossen.

In den naturwissenschaftlichen Fächern Mathematik, Physik, Chemie und Informatik werden die Diplomstudiengänge mit Ablauf des Sommersemesters 2006 eingestellt und ab Wintersemester 2006/07 durch die konsekutiven Studiengänge Physik (Bachelor of Science), Physikalische Technologien. (Master of Science), Chemie (Bachelor of Science), Chemie (Master of Science), Angewandte Mathematik (Bachelor of Science) sowie Informatik (Bachelor of Science) ersetzt.

Die Akkreditierungsverfahren für diese Studiengänge sind eingeleitet, mit einem zügigen Abschluss ist zu rechnen. Die Masterstudiengänge Angewandte Mathematik, Computional Science and Engineering, Operations Research, Informatik und Wirtschaftsinformatik werden mit einem kurzen Zeitverzug auf den Weg gebracht.

Kennzahlen:

Finanzhilfe	+ Verwaltungskostenbeiträge	/Gesamtaufwand	=Kennzahl
54.498.349,82	0,00	85.525.799,20	0,64
Finanzhilfe	+ Verwaltungskostenbeiträge	/Gesamtertrag	=Kennzahl
54.498.349,82	0,00	85.700.766,49	0,64
Sondermittel	/Gesamtertrag		=Kennzahl
6.012.377,20	85.700.766,49		0,07
Drittmittel	/Gesamtertrag		=Kennzahl
17.843.821,71	85.700.766,49		0,21
Personalaufwand	/Gesamtaufwand		=Kennzahl
49.477.993,89	85.525.799,20		0,58
Personalaufwand	/Finanzhilfe	+ Verwaltungskostenbeiträge	=Kennzahl
49.477.993,89	54.498.349,82	0,00	0,91
Sachaufwand	/Gesamtaufwand		=Kennzahl
36.047.805,31	85.525.799,20		0,42
Sachaufwand	/Finanzhilfe	+ Verwaltungskostenbeiträge	=Kennzahl
36.047.805,31	54.498.349,82	0,00	0,66
(Eigenkapital	+ Sonderposten)*100	/Anlagevermögen	=Kennzahl
8.859.555,74	33.548.259,84	33.548.259,84	126,41
Anlagevermögen	/Umlaufvermögen		=Kennzahl
33.548.259,84	22.221.471,94		1,51

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 5**
zu Kapitel 0616

Zielvereinbarung 2005 – 2008 (Zusammenfassung)

- Neugliederung der TUC in drei Fakultäten:
  - Natur- und Materialwissenschaften, Energie- und Wirtschaftswissenschaften sowie Mathematik/Informatik und Maschinenbau

Lehrangebot
- Die geplante Umgestaltung des Lehrangebots in den Bereichen Bergbau, Geotechnik, Erdöl-/Erdgastechnik auf Energie und Rohstoffe sowie die Ablösung der bisherigen Diplom-Studiengänge in den Materialwissenschaften und die Einführung konsekutiver Bachelor-/Master-Studiengänge wurde umgesetzt.
- Die Konsolidierung der Informatik in der mathematisch-technischen Clausthaler Ausprägung und die Erweiterung um den bereichsübergreifenden Schwerpunkt „Modellierung, Simulation und Optimierung“ wird weiter vorangetrieben.
- Die Ergänzung der im HOK als erfolgreich herausgestellten wirtschaftswissenschaftlichen Kombinationsstudiengänge durch einen eigenständigen konsekutiven Bachelor/Master-Studiengang Betriebswirtschaftslehre mit einer quantitativen Ausrichtung ist erfolgt.
- Durch den 2. Nachtrag zur Zielvereinbarung ist die Umstellung des Lehrangebots im Rahmen des Bologna-Prozesses fortgesetzt worden: Die naturwissenschaftlichen Diplomstudiengänge in den Lehreinheiten Mathematik, Informatik, Physik und Chemie werden zum Wintersemester 2006/07 durch konsekutive Bachelor- Masterstudiengänge ersetzt, die Masterstudiengänge in der Mathematik und Informatik werden allerdings mit 1-2 Jahren Verzögerung eingeführt. Die Akkreditierungsverfahren sind eingeleitet.
- Die TUC wird künftig anhand von Leistungsparametern entscheiden, in welchem Umfang aus welchen Lehreinheiten Stellen eingezogen werden.
- Synergieeffekte aus der neuen Fakultätsstruktur der TUC zusammen mit altersbedingten Abgängen im Personalbestand, Umsetzungen über Fakultätsgrenzen hinweg sowie frei werdende Mittel aus dem nichtwissenschaftlichen Bereich bilden die Eckpfeiler des Umschichtungsprozesses.

Es werden folgende **Forschungsschwerpunkte** eingerichtet:
- Modellierung, Simulation und Optimierung in Theorie und Anwendung
- Materialwissenschaften und Nanotechnologien (in Planung: Zentrum für Materialtechnik)
- Energie und Rohstoffe
- Brennstoffzellentechnologie und regenerative Energietechnik
- Mechatronik/Leistungsmechatronik und verfahrenstechnische Maschinen
- Management-Wissenschaften und entscheidungsorientierte quantitative Methoden (z.B. Operations Research)
- Umweltschutztechnik (Recycling, Entsorgung und Sanierung mit dem Zentrum für Umwelt- und Verfahrenstechnik
- Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen

Neue Einrichtungen und Zentren
- "Simulationswissenschaftliches Zentrum"
- „Institut für Mechatronische Systeme“
- „LaserAnwendungCentrum“

Umsetzung von Ergebnissen der Forschungsevaluation
- Brennstoffzellentechnologie und regenerative Energietechnik wird ausgebaut
- zur Verstärkung des Personals in der Informatik hat das MWK Mittel bereit gestellt
- bei der Wiederbesetzung der bis 2008 frei werdenden 5 Stellen in der Mathematik sollen die Forschungsthemen und Denominationen den fachlichen Anforderungen des geplanten Simulationswissenschaftlichen Zentrums genügen und gleichzeitig die traditionell enge Zusammenarbeit mit der Informatik verstärken; außerdem wird dem steigenden Bedarf nach differenzierten Serviceveranstaltungen in den Ingenieurdisziplinen und der Betriebswirtschaftslehre adäquat begegnet
- der Empfehlung der WKN, die starke Stellung Clausthals in der Verfahrenstechnik unbedingt zu erhalten, wird durch die zügige Wiederbesetzung der Professuren für Thermische und Mechanische Verfahrenstechnik entsprochen

Sonstiges
- die TUC ist bemüht, die Zahl der eingeschriebenen Ausländer auf hohem Niveau zu stabilisieren, wird aber künftig ihre Marketing-Maßnahmen im Rahmen des Hochschulkonsortiums GATE auf die Einwerbung besonders qualifizierter vorausgewählter Ausländer für ihre Master-Studienangebote konzentrieren
- die TUC stellt 96,5 Stellen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses bereit, weitere 195 wissenschaftliche Mitarbeiter wurden aus Drittmitteln finanziert; den Stelleninhabern wird die Promotion ermöglicht
- sieben Juniorprofessuren wurden eingerichtet und besetzt, die Einrichtung einer weiteren Juniorprofessur ist vorgesehen.
- die vorhandene Kapazität von 100 Ausbildungsplätzen in ca. 20 verschiedenen Berufen soll weiterhin in vollem Umfang ausgeschöpft werden.
- die Beschäftigungsquote von Schwerbehinderten von 3,52 vom Hundert im Jahr 2003 soll um jährlich 0,16 Prozentpunkte gesteigert werden

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0617 Universität Hannover (Landesbetrieb)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 10-3	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender **** Abweichend von § 15 Abs. 1 S. 1 LHO (Bruttoprinzip) ist der Nettobetrag veranschlagt.*		494	330	+164	—
111 15-4	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		4.040	4.040	—	3.320
121 02-8	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-1	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03 und 891 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	5.036 5.036	200.408	199.959	+449	207.123
682 03-8	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.*	—	3.838	6.232	–2.394	3.610
682 39-9	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	114	86	+28	86
891 01-0	131	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.*	—	2.417	2.413	+4	2.437
		<u>Abschluss Kapitel 0617</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		4.534	4.370	+164	
		Summe der Einnahmen		4.534	4.370	+164	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	5.036 5.036	204.360	206.277	–1.917	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	2.417	2.413	+4	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	5.036 5.036	206.777	208.690	–1.913	
		Zuschuss		202.243	204.320	–2.077	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0617

Die Universität Hannover wird seit dem 01.01.2001 als Landesbetrieb gemäß § 26 Abs. 1 LHO geführt.

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

Zu 682 01

Die finanzielle Obergrenze nach § 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG beträgt für das Geschäftsjahr 2007 83 571 299 EUR.

Von dem Ansatz dürfen 5 175 039 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten 4 758 056 EUR sowie Beiträge zur Berufsgenossenschaft – Landesunfallkasse 416 983 EUR).

Von dem Ansatz dürfen 28 143 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Nutzungsentgelt an den Landesliegenschaftsfonds).

Dem Studentenwerk Hannover dürfen für seine Aufgabenerfüllung landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietwert/jährlich
Mensen	10 963	
Cafeterien	1 028	1 022 546 Euro
Förderungsverwaltung	847	

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.
Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Nicht verbindliche Erläuterung:

Das Ergebnis der Formelberechnung für 2006 ergibt einen Betrag von +48 407 EUR. Die Buchung erfolgt bei Kapitel 06 08 TGr. 68 im Rahmen der unterjährigen Verrechnung.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	5.036	—	5.036
2008	—	—	5.036	5.036
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	5.036	5.036	10.072

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Hannover
für das Geschäftsjahr 2007

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der gemäß § 26 LHO vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Betriebsanweisung für die Hochschulen in staatlicher Trägerschaft des Landes Niedersachsen vom 23.Juli 2003

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 17

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Hannover

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Lizenzen an Rechten und Werten	480 000	500 000	468 083
- Bebaute Grundstücke	29 000		28 492
- Unbebaute Grundstücke			
- Gebäude		82 000	
- Maschinen und Anlagen	11 063 000	21 307 000	8 834 917
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,	4 838 000	683 000	4 715 705
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1 127 000	1 157 000	1 098 374
Summe 1.:	17 537 000	23 729 000	15 145 571
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Lizenzen an Rechten und Werten			
- Gebäude			
- Maschinen und Anlagen			
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,			
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			
Summe 2.:			
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan			
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)			
- Ablieferungen an den Landeshaushalt			
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)			
Summe 3.:			
Summe I.:	17 537 000	23 729 000	15 145 571
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	5 652 000		10 804 168
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)			
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren			
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)		1 000 000	
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• aus Fachkapitel	2 417 000	2 413 000	2 437 000
• aus Sondermitteln	9 468 000	20 316 000	9 468 042
• Baumittel (Rahmenplan)			
- Andere öffentliche Zuschussgeber			
Summe 1.:	17 537 000	23 729 000	22 709 210
2. Negativer Überleitungsbetrag			
Summe II.:	17 537 000	23 729 000	22 709 210

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPl) sind.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Anlage 1
zu Kapitel 06 17

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Hannover

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
- aus Fachkapitel	204 360 000	206 277 000	202 182 752
- aus Sondermitteln	6 266 000	9 650 000	6 266 326
Summe 1.:	210 626 000	215 927 000	208 449 078
2. Erträge aus Studienbeiträgen einschl. Zinserträge	16 000 000		
Summe 2.:	16 000 000		
3. Anteil an den Studiengebühren Langzeitstudierender	860 000	860 000	1 249 000
Summe 3.:	860 000	860 000	1 249 000
4. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse			
- Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	29 923 000	35 634 000	29 923 346
- Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	13 956 000	12 114 000	13 955 579
- Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten	3 489 000	3 029 000	3 488 895
Summe 4.:	47 368 000	50 777 000	47 367 820
5. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	2 118 000		2 118 006
Summe 5.:	2 118 000		2 118 006
6. Andere aktivierte Eigenleistungen:			310
Summe 6.:			310
7. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Erstattung von Personalaufwendungen	542 000	557 000	541 900
- Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	2 065 000	1 988 000	2 064 890
- Erlöse aus Nebenbetrieben	492 000	375 000	491 931
- Betreuung von Studierenden	468 000	110 000	468 168
- Gebühren und gebührenähnliche Erträge			
- Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	1 432 000	1 256 000	1 431 663
- Nebenerlöse aus der Abgabe von Energie, Nebenkosten etc.	770 000	722 000	769 865
- Spenden	205 000	113 000	204 831
- Erträge aus Schadensersatzleistungen	198 000	28 000	197 994
- Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	18 153 000	10 800 000	18 153 294
- Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	1 623 000	19 000	1 622 750
- Auflösung von Rückstellungen			
- Periodenfremde Erträge			11 185
- Übrige Erträge	2 007 000	1 760 000	2 006 739
Summe 7.:	27 955 000	17 728 000	27 965 209
8. Zinserträge und ähnliche Erträge:	4 000	16 000	4 023
Summe 8.:	4 000	16 000	4 023
Summe I.:	304 931 000	285 308 000	287 153 446
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	5 786 000	4 797 000	4 665 120
- Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	3 911 000	1 537 000	2 911 413
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	5 042 000	3 112 000	4 914 816
• Unteraufträge in Drittmittelvorhaben			
• Werkverträge			
• Wissenschaftliche Dienstleistungen			
- Weiterleitung von Forschungsmitteln			
- Sonstige bezogene Leistungen			
- Sachaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	2 419 000	1 565 000	2 418 595
Summe 1.:	17 158 000	11 011 000	14 909 943

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Anlage 1
zu Kapitel 06 17

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Hannover

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
2. Personalaufwand:			
2.1. Entgelte, Vergütungen und Besoldung			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	38 404 000	44 741 000	38 334 850
- Entgelte des Tarifpersonals	85 474 000	91 779 800	82 874 268
- Studentische und wissenschaftlich - künstlerische Hilfskräfte	9 985 000	5 262 000	6 984 629
- Lehrstuhlvertretungen	1 196 000	1 468 000	1 195 800
- Ausbildungsvergütungen	708 000	682 000	708 174
- Sonstige Vergütungen	854 000	1 318 000	854 101
- Personalaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	2 133 000	1 565 000	2 132 764
Summe 2.1.:	138 754 000	146 815 800	133 084 586
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für das Tarifpersonal	19 245 000	21 404 200	19 245 056
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	4 758 056	5 780 000	4 070 000
- Zuführung zum Sondervermögen Nds. Landesversorgungsrücklage	238 700	255 600	100 662
- Emeritenbezüge	7 538 000	6 816 000	7 263 915
- Sonstige soziale Leistungen an das Tarifpersonal aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	6 826 000	7 006 000	6 825 875
- Nachversicherung ausscheidender Beamter	143 000	158 000	142 747
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	1 428 000	1 745 000	2 229 801
- Beihilfen für das Tarifpersonal	33 000	33 000	
- Trennungsgeld und Umzugskosten	103 000	17 000	103 344
- Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	416 983	508 300	482 659
Summe 2.2.:	40 729 739	43 723 100	40 464 059
Summe 2.:	179 483 739	190 538 900	173 548 645
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
- Immaterielle Vermögensgegenstände	418 000	300 000	407 331
- Grundstücke und Bauten	53 000	50 000	52 017
- Technische Anlagen und Maschinen	13 776 000	8 450 000	13 428 803
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2 247 000	2 000 000	2 190 617
Summe 3.:	16 494 000	10 800 000	16 078 768
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
- Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen			
• Bauunterhaltung	12 085 000	8 885 500	5 541 212
• Aufwendungen für Wartung	3 544 000	3 429 000	3 454 797
- Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
• Energie	4 320 000	4 196 000	4 210 934
• Heizung	3 201 000	2 712 000	3 120 217
• Wasser- und Abwasser	705 000	821 000	686 969
• Entsorgung	276 000	266 000	268 665
-Aufwendungen für Reparatur und Instandhaltungsmaterial			
• Bauunterhaltung	5 748 261	5 054 500	2 602 240
• Sonstige	1 644 000	1 617 000	1 602 326
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
• Mieten, Pachten, Erbbauzins	30 708 000	30 186 000	30 560 398
• EDV-Dienstleistungen	40 000	22 000	39 373
• Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	335 000	343 000	326 291

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Anlage 1
zu Kapitel 06 17

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Hannover

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
noch 4.1:			
• Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	1 084 000	1 095 000	1 070 173
• Sonstige Gebühren			
• Fremdreinigung und Entsorgung	2 342 000	2.138.000	2 282 646
• Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitsicherheit	188 000	178.000	182 853
- Gebühren und Beiträge			
- Sonstige Fremdleistungen	1 352 000	2 678 000	1 317 640
Summe 4.1.:	67 572 261	63 621 000	57 266 734
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	2 449 000	1 714 000	2 387 322
- Aufwendungen für Kommunikation			
• Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	832 000	847 000	810 619
• Reisekosten	3 040 000	1 762 100	2 963 542
• Porto	392 000	384 000	382 412
• Öffentlichkeitsarbeit	296 000	62 000	288 448
• Gästebewirtung und Repräsentation	50 000	50 000	289 376
Summe 4.2.:	7 059 000	4 819 100	7 121 719
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Vergütungen für Lehraufträge	747 000	401 000	746 723
- Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	680 000	349 000	679 696
- Fort- und Weiterbildung	674 000	472 000	673 790
- Personaleinstellung, -umsetzung, -entlassung	132 000	142 000	132 050
- Übrige Personalaufwendungen	709 000	494 000	708 651
Summe 4.3.:	2 942 000	1 858 000	2 940 910
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	39 000	85 000	37 739
- Schadensersatzleistungen	12 000	21 000	11 809
- Abschreibungen auf Forderungen			9 061
- Periodenfremde Aufwendungen			19 877
- Sicherung der Gebäude	935 000	608 000	911 410
- Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	4 645 000	1 586 000	2 578 176
- Aufwendungen für Mitgliedschaften	101 000	90 000	98 156
- Zuführungen Sonderposten für Investitionszuschüsse			
- Andere sonstige betriebliche Aufwendungen	2 719 000	229 000	701 167
Summe 4.4.:	8 451 000	2 619 000	4 367 395
Summe 4.:	86 024 261	72 917 100	71 696 758
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	70 000	8 000	70.001
Summe 5.:	70 000	8 000	70 001
Summe II.:	299 230 000	285 275 000	276 304 115
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	5 701 000	33 000	10 849 330
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge		8 000	3 774
Summe 1.:		8 000	3 774
2. Außerordentliche Aufwendungen:		1 000	
Summe 2.:		1 000	
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)		7 000	3 774

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Anlage 1
zu Kapitel 06 17

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Universität Hannover

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer			
- Gewerbeertragssteuer			
- Kapitalertragssteuer			
- Umsatzsteuer			12
Summe 1.:			12
2. Sonstige Steuern:			
- Kraftfahrzeugsteuer	15 000	14 000	14 880
- Grundsteuer	34 000	26 000	34 045
Summe 2.:	49 000	40 000	48 925
Summe VI.:	49 000	40 000	48 937
VII Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)	**5 652 000**		**10 804 168**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 17

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Vgl. Haushaltsmerk Nr. 1 zum Stellenplan.
2. Soweit ausreichende Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 160 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Arbeitsverträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.
3. Beihilfen für ausländische Studierende werden als Leistungen eigener Art gewährt.
4. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
5. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:
   a) Verg.-Gr. VI b – Verwaltungsdienst – Nr. 13981
      Davon 1 kw bei Fortfall der Voraussetzungen für die Gestellung einer Vorlesekraft (Fachbereich Rechtswissenschaften).
   b) Verg.-Gr. I a – Wissenschaftlicher Dienst – Nr. 118
      1 von Kap. 06 08 übernommene Stelle wird sofort nach ihrem Freiwerden in das Kapitel 06 08 zurückverlagert (Historisches Seminar).
   c) Verg.-Gr. V c – Technischer Dienst – Nr. 12747
      1 kw bei Freiwerden einer Stelle für eine(n) Angestellte(n), der/die nach Fallgruppe 1 des Teils II Abschnitt L der Anlage 1a zum BAT eingruppiert ist.
6. 1 Stelle der Verg.-Gr. II a h.D. – Verwaltungsdienst – Nr. 12027 ku nach Bes.-Gr. A 12 Amtsrätin, Amtsrat.
7. Verg.-Gr. V c – Bibl. u. Archivdienst.
   Bis zum Inkrafttreten einer tarifvertraglichen Neuregelung sind die Angestellten für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.
8. 5 Stellen der Verg.-Gr. I b – Wissenschaftlicher Dienst – ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/- innen, davon 3 für das Weiterbildende Studium Arbeitswissenschaft Nrn. 6225, 6226, 6227, 1 für das Institut für Mineralogie Nr. 6229 und 1 für das Institut für Technik im Gartenbau Nr. 6239 (volle Beschäftigung gem. Buchst. A, Nr. 9 der Allgemeinen HV, Fassung 2003).
9. 1 Stelle der Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst – ku nach Verg.-Gr. III – Datenverarbeitungsdienst – (Rechenzentrum Nr. 7481).
10. Folgende Stellen dürfen nur für Personalratstätigkeit verwendet werden:
    a) 1 Stelle der Verg.-Gr. II a – Verwaltungsdienst – Nr. 13802.
    b) 1 Stelle der Verg.-Gr. II a – Verwaltungsdienst – Nr. 35.
    c) 1 Stelle der Verg.-Gr. V c – Verwaltungsdienst – Nr. 55.
    d) 1 Stelle der Verg.-Gr. VII – Verwaltungsdienst – Nr. 63
    e) 1 Stelle der Lohn-Gr. 8 Nr. 13054.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 2**

zu Kapitel 06 17

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2007

		Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
1.	Erträge aus Finanzhilfen und Zuschüssen für laufende Aufwendungen			
a)	des Landes Niedersachsen aus Mitteln des Erfolgsplans	202 183 000	206 277 000	202 182 752
b)	des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln	6 266 000	9 650 000	6 266 326
c)	von anderen Zuschussgebern	29 923 000	36 634 000	34 437 492
Zwischensumme 1.:		238 372 000	252 561 000	242 886 570
2.	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen zur Finanzierung von Investitionen			
a)	des Landes Niedersachsen aus Mitteln des Finanzplans	2 437 000	2 413 000	2 437 000
b)	des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln	9 468 000	20 316 000	9 468 042
c)	von anderen Zuschussgebern			
Zwischensumme 2.:		11 905 000	22 729 000	11 905 042
3.	Erträge aus Entgelten	17 445 000	15 143 000	12 856 097
4.	Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	2 118 000		2 118 006
5.	Andere aktivierte Eigenleistungen			
6.	Sonstige betriebliche Erträge	28 815 000	18 588 000	29 285 647
	(davon aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse)	18 153 000	10 800 000	18 153 294
7.	Sachaufwand für den Lehr- und Forschungsbetrieb			
a)	Aufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmittel, Materialien und bezogene Waren	7 576 000	7 899 000	7 318 962
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	4 915 000	3 112 000	4 913 011
c)	Aufwendungen im Rahmen d. Innovations- u. Berufungspools	2 419 000		2 418 595
Zwischensumme 7.:		14 910 000	11 011 000	14 650 568
8.	Personalaufwand			
a)	Löhne und Gehälter	130 952 000	146 815 800	132 975 933
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	40 729 739	43 723 100	40 217 968
	(davon für Altersversorgung)	24 241 756	27 184 200	6 825 875
c)	Aufwendungen im Rahmen d. Innovations- u. Berufungspools	2 133 000		2 132 764
Zwischensumme 8.:		173 814 739	190 538 900	175 326 664
9.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	16 079 000	10 800 000	18 108 720
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	93 736 261	96 646 100	83 302 034
	(davon aus der Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse)	15 145 000	10 800 000	85 720 629
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4 000	24 000	1 168
12.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	70 000	9 000	60 264
13.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**49 000**	**40 000**	**7 604 279**
14.	Sonstige Steuern	49 000	40 000	40 683
15.	Jahresergebnis			**7 563 596**
16.	Gewinn-/Verlustvortrag			
17.	Entnahme aus / Einstellung in Rücklagen/Veränderung Nettoposition			- 66 633
18.	Bilanzergebnis			**7 496 963**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Anlage 3

zu Kapitel 0617

Vereinfachte Kapitalflussrechnung

			2005 Tsd. EUR
1.		Periodenergebnis vor ausserordentlichen Posten	7 497
2.	+/-	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	13 002
3.	+/-	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	
4.	+/-	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge Veränderungen des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	-2 941
5.	-/+	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-1 585
6.	-/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1 282
7.	+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-31 228
8.	**=**	**Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1. bis 7.)**	**-13 973**
9.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	
10.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	
11.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	
12.	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	
13.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	
14.	-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	-8 517
15.	**=**	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 9. bis 14.)**	**-8 517**
16.	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten (einschl. Finanzierung Anteile)	
17.	-	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	
18.	**=**	**Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 16. und 17.)**	
19.	**=**	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe der Zeilen 8., 15. und 18.)**	**-22 490**
20.	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	135 285
21.	**=**	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 19. und 20.)**	**112 795**

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	112 795
abzüglich: Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	

Kurzfassung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts 2005

Kurzbeschreibung der GuV 2005
Der Ertrag aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Aufwendungen des Landes Niedersachsen aus Mitteln des Erfolgsplans hat sich von 207 Mio. EUR (2004) auf 202 Mio. EUR verringert (bereinigt um 8,6 Mio. EUR Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Niedersachsen).
Der Ertrag aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Aufwendungen des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln ist mit 6 Mio. EUR (2004 und 2005) gleich geblieben.
Die Erträge aus Drittmitteln sind mit 47 Mio. EUR konstant geblieben.
Die Personalkosten sind von 2004 auf 2005 um ca. 5 % gesunken. Dieser Rückgang ist auf Stellenwegfälle des Hochschuloptimierungskonzeptes, die Kürzung der Sonderzuwendungen sowie die haushaltsmäßige Berücksichtigung von Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Land zurückzuführen.
Für Sachaufwand für Forschung und Lehre konnten in 2004 und 2005 12 Mio. EUR verwendet werden.
Das Anlagevermögen hat sich von 77 Mio. EUR (2004) auf 74 Mio. EUR verringert.
Um die bauliche und räumliche Situation der Universität zu verbessern, wurden insbesondere für Dispositionen im Baubereich Rückstellungen i.H.v. 13 Mio. EUR ausgewiesen. Weitere Kennzahlen habe ich in Anlage VII zusammengefasst.

Darstellung des Bilanzergebnisses
Die Bilanzsumme hat sich von 261 Mio. EUR in 2004 auf 235 Mio. EUR verringert. Die Differenz in der Bilanzsumme ergibt sich im Wesentlichen aus einem geringeren Kassenbestand (- 23 Mio. EUR, vgl. Ziff. 3). Das Anlagevermögen hat sich geringfügig verringert.
Es wird in 2005 ein Bilanzgewinn von 7,4 Mio. EUR ausgewiesen – dieser resultiert im wesentlichen aus Rechtsverpflichtungen im Rahmen von Investitionsvorhaben, noch nicht vollständig abgeflossenen Erträgen aus Langzeitstudiengebühren sowie Bildung von Rücklagen für anstehende Berufungsverfahren aufgrund des Generationswechsel in der Professorenschaft. Derzeit befinden sich ca. 60 Professorenstellen im Besetzungsverfahren.

Erläuterung des Cashflow-Ergebnisses
Aus der Vermögens- und Kapitalstruktur wird mit Hilfe der Kapitalflussrechnung der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit abgeleitet, indem unter anderem Abschreibungen, Rückstellungen und zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge neutralisiert werden.
Der Finanzmittelfonds (Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten bereinigt um kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten) betrug zum Stichtag 31.12.2004 13 Mio. EUR.
Für das Jahr 2005 ergibt sich ein Kassenbestand (Finanzmittelfonds am Ende der Periode) von 112 Mio. EUR. Der Kassenbestand 2005 setzt sich zusammen aus noch nicht beglichenen Rechnungen des NLBV, Mitteln für laufende Drittmittelprojekte sowie den Rücklagen der Universität.
Außerdem ist zu berücksichtigen, dass aus internen Berufungszusagen für die Dauer von fünf Jahren Zahlungsverpflichtungen in Höhe von insgesamt 10,9 Mio. EUR bestehen.
Der Kassenbestand stellt keine tatsächlichen liquiden Mittel der Universität Hannover dar, da ein eventuelles Guthaben auf ihren Konten im Rahmen des täglichen Kontenclearings durch die Landeshauptkasse dem Landeshaushalt zugeführt wird.

Zusammenfassende Würdigung der wirtschaftlichen Situation
Der ausgewiesene Bilanzgewinn wird in die Allgemeine Rücklage der Universität eingestellt; ein Großteil der Allgemeinen Rücklage ist für bereits eingegangene Verpflichtungen aus Berufungs- und Bleibeverhandlungen (10,9 Mio. EUR) sowie für anstehende Berufungsverhandlungen verplant. Außerdem leidet die Universität unter einem Sanierungsstau im Bereich der Bauunterhaltung von 32,3 Mio. EUR.

Entwicklung von Lehre, Forschung und Nachwuchsförderung
Die Universität Hannover bietet mit mehr als 150 Studien- und Teilstudiengängen ein breites Fächerspektrum an. Der Erhalt dieser Breite ist wegen der wichtigen regionalen Ausbildungsfunktion der Universität Hannover im norddeutschen Raum wesentliches Ziel der Hochschule. Das **Studienangebot** war dabei im Geschäftsjahr von der fortschreitenden Umstellung auf eine gestufte Struktur mit **Bachelor- und Masterabschlüssen** im Sinne des Bologna-Prozesses geprägt. In diesem Zusammenhang wurden zum Wintersemester 2005/2006 sämtliche Lehramtsstudiengänge an der Hochschule auf Bachelor-Master-Strukturen umgestellt.
Im Bereich der **Forschung** hat sich die Hochschule im September 2005 mit Antragsskizzen an der ersten Ausschreibungsrunde der **Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder** beteiligt. Eingereicht wurden Projektskizzen in den Förderlinien „Exzellenzcluster“ und „Graduiertenschulen“. Im Januar 2006 wurde die Hochschule von Deutscher Forschungsgemeinschaft (DFG) und Wissenschaftsrat daraufhin zur Vollantragstellung für eine Graduiertenschule („Multi-Scale Methods for Interface Coupling, kurz: MUSIC“, Fakultät für Bauingenieurwesen und Geodäsie) aufgefordert; gemeinsam mit der Medizinischen Hochschule Hannover als Sprecherhochschule wird ebenso der Exzellenzcluster „REBIRTH“ (Fakultät für Maschinenbau) als Vollantrag vorbereitet.
Ziel der Hochschule ist es darüber hinaus, den Anteil an national und international verfügbaren **Drittmitteln** generell zu sichern bzw. zu erhöhen. Im Jahr 2005 konnten die eingeworbenen Drittmittel von 50,6 Mio. EUR im Jahr 2004 auf 58,7 Millionen EUR erhöht werden. 51,3 Millionen EUR davon entfielen auf die Fakultäten.

Der größte Anteil von 43,2 Prozent ging an die Fakultät Maschinenbau, 16 Prozent an die Fakultät für Bauingenieurwesen und Geodäsie. An der Hochschule waren im Jahr 2005 neun Sonderforschungsbereiche der DFG aktiv.
Ein zentrales Instrument der **Nachwuchsförderung** sind **Graduiertenkollegs**. Drei DFG geförderte Graduiertenkollegs waren im Geschäftsjahr 2005 an der Universität Hannover eingerichtet. Weiterhin existiert ein durch das Land Niedersachsen gefördertes Graduiertenkolleg. Die Max-Planck-Gesellschaft hat Ende des Geschäftsjahres die Einrichtung einer International Max Planck Research School am Albert-Einstein-Institut in Kooperation mit der Universität Hannover beschlossen. Im Geschäftsjahr 2005 konnten insgesamt vier **Juniorprofessuren** besetzt werden.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 4**

zu Kapitel 0617

Kurzfassung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts 2005

Entwicklung der Studierenden- und Beschäftigtenzahlen

Im Geschäftsjahr 2005 haben sich die **Studierendenzahlen** gegenüber den Vorjahren rückläufig entwickelt. So waren im Wintersemester 2005/2006 24.125 Studierende immatrikuliert (Wintersemester 2003/2004: 25.255). Der Rückgang ist in erster Linie auf die Auswirkungen des Hochschuloptimierungskonzeptes (HOK) zurückzuführen. Im Wesentlichen waren dies die Verlagerung der Lehramtsausbildung für Grund-, Haupt- und Realschulen an die Stiftung Universität Hildesheim zum Wintersemester 2004/2005, die Aufhebung der Romanistik und der eigenständigen Soziologie zum Sommersemester 2004 sowie Stellenstreichungen und die damit einhergehende deutliche Kapazitätsreduzierung in den Fächern Rechtswissenschaften und Architektur.
Mit der Entwicklung der Studierendenzahlen ging auch ein leichter Rückgang der Zahl der **beschäftigten Personen** von 3.772 im Geschäftsjahr 2004 auf 3.640 im Geschäftsjahr 2005 (jeweils Stand Dezember) einher.

Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr

Zum 01.10.2005 gab es einen Wechsel in drei von vier **Präsidiumsämtern**. Prof. Erich Barke wurde für eine Amtszeit bis zum 30.09.2011 zum Präsidenten ernannt. Zum nebenamtlichen Vizepräsidenten für Forschung wurde im zum 01.10.2005 Prof. Klaus Hulek, zur nebenamtlichen Vizepräsidentin für Lehre, Studium und Weiterbildung Prof. Sabine E. Kunst ernannt. Die Amtszeit der nebenamtlichen Vizepräsidenten beträgt jeweils drei Jahre.
Zur Verbesserung der Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen wurden zum 01.04.2005 die 17 Fachbereiche der Universität Hannover wie folgt **in neun Fakultäten neu organisiert**: Fakultät für Architektur und Landschaft, Fakultät für Bauingenieurwesen und Geodäsie, Fakultät für Elektrotechnik und Informatik, Juristische Fakultät, Fakultät für Maschinenbau, Fakultät für Mathematik und Physik, Naturwissenschaftliche Fakultät, Philosophische Fakultät, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät.
Darüber hinaus unterzeichnete die Universität im Oktober 2005 den **Zukunftsvertrag** mit dem Land, der finanzielle Planungssicherheit bis 2010, die Einführung von Studienbeiträgen, die Umsetzung des HOK, die Einrichtung eines Innovations- und Berufungspools und ein formelgebundenes Mittelzuweisungssystem zum Gegenstand hat.

Entwicklung der baulichen Ausstattung

Die Zielsetzung der baulichen Entwicklung sind weiterhin die Aufgabe von ungünstig gelegenen Teil-Standorten und Randlagen, standörtliche Arrondierung sowie die angemessene Flächenversorgung der Hochschuleinrichtungen. Wesentliche **abgeschlossene Baumaßnahmen** im Geschäftsjahr 2005 waren der Umbau in der Callinstraße 36 und 38 zur gemeinsamen Nutzung mit der Max-Planck-Gesellschaft, Sanierung und Umbau des 14. Obergeschosses des Conti-Hochhauses (Königsworther Platz), Grundinstandsetzung und Umbau des sog. „Kasernengebäudes“ in der Callinstraße 30 A, Brandschutzmaßnahmen im Physikgebäude in der Appelstraße 2 und in der Nienburger Straße 1-4 sowie die Sanierung mehrerer Hörsäle und Seminarräume. **Begonnen** wurden im Geschäftsjahr 2005 die Komplettsanierung und Umbau des ehemaligen Studentenwohnheims hinter dem Theodor-Lessing-Haus, Welfengarten, die Einrichtung eines Service-Centers im Bereich der ehemaligen Sprengelstube, Hauptgebäude, sowie Umfangreiche Sanierungs- und Umbaumaßnahmen im Gebäude Callinstraße 30.

Ausgewählte Kennzahlen zum Haushaltsplan:

	2005
1. Landeszuschuss zzgl. Verwk.beitrag -Quote (zu Gesamtaufwand) in %	0,69
2. Landeszuschuss zzgl. Verwk.beitrag-Quote (zu Gesamtertrag) in %	0,68
3. Sondermittelquote (zu Gesamtertrag) in %	0,05
4. Drittmittelquote (zu Gesamtertrag) in %	0,16
5. Personalaufwandsquote (zu Gesamtaufwand) in %	0,61
6. Personalaufwandsquote (zu Landeszuschuss zzgl. VerwkBeitrag) in %	0,87
7. Sachaufwandsquote (zu Gesamtaufwand) in %	0,34
8 Sachaufwandsquote (zu Landeszuschuss zzgl. Verwk.beitrag) in %	0,49
9. Eigenkapital/Sonderpostenquote (zu Anlagevermögen) in %	141,87
10. Anlagevermögensquote (zu Umlaufvermögen) in %	0,44

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 4**
zu Kapitel 0617

Kurzfassung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts 2005

Ausgewählte Kennzahlen zum Haushaltsplan:

	2005
1. Landeszuschuss zzgl. Verwk.beitrag -Quote (zu Gesamtaufwand) in %	0,69
2. Landeszuschuss zzgl. Verwk.beitrag-Quote (zu Gesamtertrag) in %	0,68
3. Sondermittelquote (zu Gesamtertrag) in %	0,05
4. Drittmittelquote (zu Gesamtertrag) in %	0,16
5. Personalaufwandsquote (zu Gesamtaufwand) in %	0,61
6. Personalaufwandsquote (zu Landeszuschuss zzgl. VerwkBeitrag) in %	0,87
7. Sachaufwandsquote (zu Gesamtaufwand) in %	0,34
8 Sachaufwandsquote (zu Landeszuschuss zzgl. Verwk.beitrag) in %	0,49
9. Eigenkapital/Sonderpostenquote (zu Anlagevermögen) in %	141,87
10. Anlagevermögensquote (zu Umlaufvermögen) in %	0,44

Zielvereinbarung 2005 – 2008 (Zusammenfassung)

Im Kapitel A wird die strategische Zielsetzung der Universität Hannover dargestellt. Zu den übergeordneten strategischen Zielen der Hochschule zählen insbesondere die Stärkung und Konsolidierung aller größeren Fächer und Wissenschaftsbereiche, der weitere Aufbau und Ausbau international wettbewerbsfähiger Forschungsschwerpunkte, die Steigerung der Qualität von Lehre und Forschung, die Stärkung der Lehrerbildung am Standort Hannover, die Profilbildung über forschungsorientierte Masterstudiengänge sowie die Beteiligung an der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder.

In den Ausführungen zur mehrjährigen Entwicklungsplanung werden primär die geplanten Änderungen im Studienangebot der Hochschule dargestellt. Bis zum Ende des Jahres 2007 sollen in fast allen Fächern konsekutive Bachelor- und Masterstudiengänge eingerichtet werden. Die Auflistung der zum WS 05/06 und zum WS 06/07 zur Einrichtung geplanten neuen Studiengänge und die Aktualisierung der Planungen mit dem 1. Nachtrag zur Zielvereinbarung machen deutlich, dass die Hochschule dieses Ziel erreichen wird.

Im Kapitel B.1 wird konkret zwischen Ministerium und Hochschule vereinbart, welche neuen Studiengänge eingerichtet werden und welche Studiengänge zu schließen sind. Auch dieser Teil wurde durch den 1. Nachtrag zur Zielvereinbarung aktualisiert. Weiterhin wird in B.1 über die Maßnahmen der Fachbereiche zur Umsetzung der Empfehlungen der Evaluation von Lehre und Studium berichtet, es werden Strategien zur Optimierung der Service-, Beratungs- und Betreuungsleistungen für Studierende und Qualitätssicherungsmaßnahmen im Bereich der Informationsinfrastrukturen dargestellt.

In Kapitel B.2 werden die Forschungsschwerpunkte aufgeführt, die besondere Bedeutung für die strategische Weiterentwicklung der Hochschule haben. Die Auflistung macht Umfang, Profil und Vielfalt der wissenschaftlichen Zentren, Forschungs- und Arbeitsgruppen deutlich. Die darauf folgende Darstellung der Entwicklung in den einzelnen Fächern beruht überwiegend auf Empfehlungen der Forschungsevaluation durch die Wissenschaftliche Kommission Niedersachsen. Hochschule und Fächer sind den Empfehlungen der Kommission in ihrer strategischen Weiterentwicklung gefolgt, soweit es die verfügbaren Ressourcen zuließen.

In B.3 umreißt die Hochschule ihr Internationalisierungskonzept. Es werden die bestehenden und die geplanten umfangreichen Aktivitäten in und mit Ländern Südostasiens, Mittel- und Osteuropas und der GUS beschrieben, die zur Gewinnung und Betreuung qualifizierter ausländischer Studierender und Wissenschaftler führen. Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (B.4) wird nicht nur über Juniorprofessuren und Graduiertenkollegs gestärkt, sondern an der Universität Hannover insbesondere auch über drittmittelfinanzierte Mitarbeiterstellen im Rahmen von Forschungsschwerpunkten und -projekten.

Kapitel B.5 zur Erfüllung des Gleichstellungsauftrags macht deutlich, dass diese an der Universität Hannover ein sichtbares Qualitätsmerkmal geworden ist, die schon mehrfach in bundesweiten Wettbewerben ausgezeichnet wurde. Die Hochschule bietet ein Gesamtkonzept zur Förderung von Gleichstellungsaktivitäten: von Angeboten für Schülerinnen bis zur Promotionsabschlussförderung. Die angestrebte Berufungsquote von Frauen auf Professuren wurde nicht nur erreicht, sondern überschritten.

Die Kapitel B.6 bis B.9 stellen die Sicherung und Förderung von Personalentwicklung, Weiterbildung, Gesundheitsmanagement, Ausbildungsplätzen und Schwerbehinderten dar.

Die abschließenden Kapitel C und D enthalten die Finanzierung des jeweiligen Haushaltsjahres durch das Land, Berichtspflichten und Haushaltsvorbehalte. Diese wurden durch den 1. Nachtrag zur Zielvereinbarung für das Haushaltsjahr 2006 aktualisiert.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0618 Hochschule Vechta (Landesbetrieb)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 10-7	135	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender **** Abweichend von § 15 Abs. 1 Satz 1 LHO (Bruttoprinzip) ist der Nettobetrag veranschlagt.*		55	42	+13	37
111 15-8	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		372	372	—	404
121 02-1	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	464
		A U S G A B E N					
682 01-5	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03 und 891 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.* *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.*	—	15.962	15.470	+492	15.273
682 03-1	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.*	—	187	109	+78	137
682 39-2	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	24	8	+16	8
891 01-3	131	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.*	—	264	230	+34	197
		<u>Abschluss Kapitel 0618</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		427	414	+13	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		427	414	+13	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	16.173	15.587	+586	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	264	230	+34	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	16.437	15.817	+620	
		Zuschuss		16.010	15.403	+607	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0618

Die Hochschule Vechta wird seit dem 01.01.2001 als Landesbetrieb gemäß § 26 Abs. 1 LHO geführt.

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

Zu 682 01

Die finanzielle Obergrenze nach § 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG beträgt für das Geschäftsjahr 2007 5.267.500 EUR.

Von dem Ansatz dürfen 485.685 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie Beiträge zur Berufsgenossenschaft-Landesunfallkasse).

Von dem Ansatz dürfen 1.023.000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Nutzungsentgelt an den Landesliegenschaftsfonds).

Dem Studentenwerk Osnabrück werden die zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben erforderlichen landeseigenen Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen.
Es handelt sich dabei um folgende Einrichtung:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa/Cafeteria	1 567	68 800 EUR

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule Vechta
für das Geschäftsjahr 2007

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der gemäß § 26 LHO vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Betriebsanweisung für die Hochschulen in staatlicher Trägerschaft des Landes Niedersachsen vom 23.Juli 2003

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 0618

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule Vechta

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Lizenzen an Rechten und Werten			9 605
- Bebaute Grundstücke			
- Unbebaute Grundstücke			
- Gebäude			
- Maschinen und Anlagen	151 725	189 800	200 704
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,	112 275	40 200	32 843
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			
Summe 1.:	264 000	230 000	243 152
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Lizenzen an Rechten und Werten			
- Gebäude			
- Maschinen und Anlagen			
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,			
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			
Summe 2.:			
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan			236 788
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)			
- Ablieferungen an den Landeshaushalt			
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)			
Summe 3.:			236 788
Summe I.:	264 000	230 000	479 940
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan			
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)			
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren			2 594 491
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)			
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• aus Fachkapitel	264 000	230 000	197 000
• aus Sondermitteln			
• Baumittel (Rahmenplan)			
- Andere öffentliche Zuschussgeber			
Summe 1.:	264 000	230 000	2 791 491
2. Negativer Überleitungsbetrag			205 128
Summe II.:	264 000	230 000	2 996 619

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPl) sind.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 0618

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule Vechta

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
- aus Fachkapitel	16 173 000	15 587 000	15 399 170
- aus Sondermitteln	100 000	200 000	183 295
Summe 1.:	16 273 000	15 787 000	15 582 465
2. Erträge aus Studienbeiträgen einschl. Zinserträge	2 000 000		
Summe 2.:	2 000 000		
3. Anteil an den Studiengebühren Langzeitstudierender	52 000	52 000	54 000
Summe 3.:	52 000	52 000	54 000
4. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse			
- Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	950 000	600 000	642 286
- Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	150 000		110 541
- Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten			
Summe 4.:	1 100 000	600 000	752 827
5. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:			
Summe 5.:			
6. Andere aktivierte Eigenleistungen:			
Summe 6.:			
7. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Erstattung von Personalaufwendungen	10 000	6 500	11 408
- Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	10 000	70 000	11 398
- Erlöse aus Nebenbetrieben	200 000	80 592	221 922
- Betreuung von Studierenden	80 000	70 000	85 504
- Gebühren und gebührenähnliche Erträge		40 000	
- Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	5 000	1 700	4 111
- Nebenerlöse aus der Abgabe von Energie, Nebenkosten etc.		60 000	
- Spenden			1 694
- Erträge aus Schadensersatzleistungen			
- Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	1 000 000	550 000	
- Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	300 000		323 971
- Auflösung von Rückstellungen			117 353
- Periodenfremde Erträge	10 000		3 027
- Übrige Erträge	33 000	50 000	677 106
Summe 7.:	1 648 000	928 792	1 457 494
8. Zinserträge und ähnliche Erträge:			
Summe 8.:			
Summe I.:	21 073 000	17 367 792	17 846 786
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	235 000	131 000	189 318
- Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	800 000	265 000	377 490
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	50 000	125 000	58 874
• Unteraufträge in Drittmittelvorhaben	50 000	23 000	19 174
• Werkverträge	50 000		
• Wissenschaftliche Dienstleistungen			
- Weiterleitung von Forschungsmitteln			
- Sonstige bezogene Leistungen	13 000		
- Sachaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	47 000	47 400	
Summe 1.:	1 245 000	591 400	644 856

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 0618

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule Vechta

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
2. Personalaufwand:			
2.1. Entgelte, Vergütungen und Besoldung			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	4 819 000	4 224 440	3 518 740
- Entgelte des Tarifpersonals	4 253 000	4 951 970	5 372 899
- Studentische und wissenschaftlich - künstlerische Hilfskräfte	350 000	213 000	
- Lehrstuhlvertretungen	215 000	294 000	
- Ausbildungsvergütungen	48 000	35 700	
- Sonstige Vergütungen			311 826
- Personalaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	190 000	189 600	
Summe 2.1.:	9 875 000	9 908 710	9 203 465
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für das Tarifpersonal	871.620	1.118.979	1.157.026
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	456 985	479 000	188 357
- Zuführung zum Sondervermögen Nds. Landesversorgungsrücklage	30 000	30 000	25 763
- Emeritenbezüge	980 468	971 804	868 894
- Sonstige soziale Leistungen an das Tarifpersonal aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	364 980	380 887	442 418
- Nachversicherung ausscheidender Beamter			
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	203 080	191 000	229 500
- Beihilfen für das Tarifpersonal			
- Trennungsgeld und Umzugskosten			130
- Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	28 700	27 324	27 978
Summe 2.2.:	2 935 833	3 198 994	2 940 066
Summe 2.:	12 810 833	13 107 704	12 143 531
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
- Immaterielle Vermögensgegenstände			54 474
- Grundstücke und Bauten			1 003
- Technische Anlagen und Maschinen	350 000	300 000	183 905
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	250 000	250 000	362 197
Summe 3.:	600 000	550 000	601 579
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
- Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen		40 000	
• Bauunterhaltung	793 000	109 000	322 787
• Aufwendungen für Wartung	30 000	10 000	31 979
- Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
• Energie	160 000	140 000	144 408
• Heizung	145 000	105 000	132 558
• Wasser- und Abwasser	30 000	22 000	27 608
• Entsorgung	10 000	10 000	
-Aufwendungen für Reparatur und Instandhaltungsmaterial			
• Bauunterhaltung	30 000	33 000	40 821
• Sonstige	30 000	31 000	34 100
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
• Mieten, Pachten, Erbbauzins	1 366 000	1 021 000	1 296 959

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 0618

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule Vechta

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
noch 4.1			
• EDV-Dienstleistungen	20 000	220 000	
• Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	25 000	30 000	22 281
• Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	70 000	63 000	70 472
• Sonstige Gebühren	5 000		
• Fremdreinigung und Entsorgung	220 000	180 000	216 461
• Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitsicherheit	5 000	5 000	2 301
- Gebühren und Beiträge	5 000		
- Sonstige Fremdleistungen	130 000	186 688	54 438
Summe 4.1.:	3 074 000	2 205 688	2 397 173
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	335 000	250 000	322 305
- Aufwendungen für Kommunikation			
• Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	45 000	33 000	43 377
• Reisekosten	190 000	150 000	191 245
• Porto	75 000	65 000	77 083
• Öffentlichkeitsarbeit	20 000	15 000	3 027
• Gästebewirtung und Repräsentation	3 000	10 000	2 158
Summe 4.2.:	668 000	523 000	639 195
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Vergütungen für Lehraufträge	1 200 000	140 000	234 526
- Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	30 000	35 000	27 346
- Fort- und Weiterbildung	30 000	40 000	27 808
- Personaleinstellung, -umsetzung, -entlassung			
- Übrige Personalaufwendungen	150 000	65 000	198 130
Summe 4.3.:	1 410 000	280 000	487 810
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	100 000		115 102
- Schadensersatzleistungen			185
- Abschreibungen auf Forderungen			9 572
- Periodenfremde Aufwendungen	5 000		7 412
- Sicherung der Gebäude	1 000	1 000	571
- Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	140 000	92 000	148 777
- Aufwendungen für Mitgliedschaften	3 000	2 500	2 778
- Zuführungen Sonderposten für Investitionszuschüsse	1 000 000		1 124 214
- Andere sonstige betriebliche Aufwendungen	12 167	10 200	
Summe 4.4.:	1 261 167	105 700	1 408 611
Summe 4.:	6 413 167	3 114 388	4 932 789
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	500	500	624
Summe 5.:	500	500	624
Summe II.:	21 069 500	17 363 992	18 323 379
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	3 500	3 800	- 476 593
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge			
Summe 1.:			
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
Summe 2.:			
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)			

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 0618

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule Vechta

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer			
- Gewerbeertragssteuer			
- Kapitalertragssteuer			
- Umsatzsteuer			
Summe 1.:			
2. Sonstige Steuern:			
- Kraftfahrzeugsteuer	500	300	40
- Grundsteuer	3 000	3 500	3 307
Summe 2.:	3 500	3 800	3 347
Summe VI.:	3 500	3 800	3 347
VII Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)			**- 479 940**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 18

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
2. Soweit Drittmittel zur Verfügung stehen, darf mit einem aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten oder Arbeiterin/Arbeiter ein unbefristeter Arbeitsvertrag unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, daß der Abschluss des befristeten Vertrages nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.
3. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
4. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 2**

zu Kapitel 0618

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2007

		Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
1.	Erträge aus Finanzhilfen und Zuschüssen für laufende Aufwendungen			
a)	des Landes Niedersachsen aus Mitteln des Erfolgsplans	16 173 000	15 587 000	15 399 170
b)	des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln	100 000	200 000	183 295
c)	von anderen Zuschussgebern	2 950 000	600 000	642 286
Zwischensumme 1.:		19 223 000	16 387 000	16 224 751
2.	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen zur Finanzierung von Investitionen			
a)	des Landes Niedersachsen aus Mitteln des Finanzplans	264 000	230 000	243 152
b)	des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln			
c)	von anderen Zuschussgebern			
Zwischensumme 2.:		264 000	230 000	243 152
3.	Erträge aus Entgelten	150 000	160 000	110 541
4.	Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen			
5.	Andere aktivierte Eigenleistungen			
6.	Sonstige betriebliche Erträge	700 000	218 792	1 511 494
	(davon aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse)			731 002
7.	Sachaufwand für den Lehr- und Forschungsbetrieb			
a)	Aufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmittel, Materialien und bezogene Waren	1 200 000	581 000	566 808
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	200 000	125 000	178 161
c)	Aufwendungen im Rahmen d. Innovations- u. Berufungspools			
Zwischensumme 7.:		1 400 000	706 000	744 969
8.	Personalaufwand			
a)	Löhne und Gehälter	9 875 000	9 784 110	9 460 247
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2 940 000	3 333 537	2 939 936
	(davon für Altersversorgung)	1 467 500	603 443	1 525 432
c)	Aufwendungen im Rahmen d. Innovations- u. Berufungspools			
Zwischensumme 8.:		12 815 000	13 117 647	12 400 183
9.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	600 000	550 000	601 579
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	5 518 217	2 617 845	4 576 650
	(davon aus der Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse)			1 089 712
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			
12.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	283	500	
13.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**3 500**	**3 800**	**- 233 443**
14.	Sonstige Steuern	3 500	3 800	3 346
15.	Jahresergebnis			**- 236 789**
16.	Gewinn-/Verlustvortrag			401 251
17.	Entnahme aus / Einstellung in Rücklagen/Veränderung Nettoposition			185 117
18.	Bilanzergebnis			**349 579**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 3**

zu Kapitel 0618

Vereinfachte Kapitalflussrechnung

			2005 Tsd. EUR
1.		Periodenergebnis vor ausserordentlichen Posten	- 237
2.	+/-	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	602
3.	+/-	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	- 389
4.	+/-	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	- 731
		Veränderungen des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	
5.	-/+	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	111
6.	-/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen sowie anderer Aktiva,	1 278
		die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	
7.	+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva,	- 2 106
		die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	
8.	**=**	**Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1. bis 7.)**	**- 1 472**
9.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	18
10.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	
11.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 1 090
12.	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	- 34
13.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	
14.	-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	
15.	**=**	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 9. bis 14.)**	**- 1 106**
16.	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten (einschl. Finanzierung Anteile)	
17.	-	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	
18.	**=**	**Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 16. und 17.)**	
19.	**=**	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe der Zeilen 8., 15. und 18.)**	**- 2 578**
20.	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	8 018
21.	**=**	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 19. und 20.)**	**5 440**

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

abzüglich: Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 4**
zu Kapitel 0618

Kurzfassung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts 2005

Der Landeszuschuss für die Hochschule Vechta betrug 2005 unter Berücksichtigung der abschlussrelevanten Berechnungen 15.399.170 EUR (im Vorjahr 15.423.661 EUR).
Der ursprüngliche Zuweisungsbetrag für 2005 in Höhe von 15.269.000 EUR erhöhte sich um 130.170 EUR. Diese Erhöhung resultiert aus dem Aufwuchs durch die Fusion mit der Katholischen Fachhochschule Vechta in Höhe von 245.500 EUR zum 01. Oktober 2005 und Reduzierung der Zuführung durch die Verlagerung der Geoinformatik zur Universität Osnabrück, Verlagerung der Umweltwissenschaften und des Instituts für Naturschutz zur Universität Oldenburg und die Verlagerung einer Planstelle zur TU Braunschweig. Außerdem sind Veränderungen durch aktivierte Ansprüche an das Land Niedersachsen und passivierten Verpflichtungen gegenüber dem Land entstanden. Die Abstimmung der Forderungen/Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Niedersachsen erfolgte mit dem MWK und den Wirtschaftsprüfern der KPMG bereits während der Jahresabschlussprüfung im Mai 2006.

Die Erträge aus Sondermitteln des Landes betrugen 183.295 EUR, 2004 waren es 301.263 EUR.

Im Jahr 2005 wurden Drittmittel in Höhe von insgesamt 891.444 EUR eingeworben.

Der Personalaufwand betrug 2005 12.400.183 EUR. Gegenüber 2004 hat sich der Personalaufwand um 550.355 EUR reduziert (2004 12.950.538 EUR).

Der Sachaufwand für Forschung und Lehre hat sich von 2004 auf 2005 um 188.763 EUR reduziert: 2005 744.969 EUR (2004 933.732 EUR).

Die Abschreibungen beliefen sich 2005 auf 601.580 EUR (2004 609.363 EUR).

Kredite wurden von der Hochschule Vechta nicht in Anspruch genommen.
Die Hochschule Vechta unterliegt dem Kontenclearing, d.h. das eigene Konto bei der Nord LB wird valutengerecht täglich auf 0 gestellt und das Guthaben der Hochschule Vechta befindet sich auf dem Landeshauptkassenkonto. Zinserträge ergeben sich für die Hochschule Vechta somit nicht.
Im Jahresergebnis weist die Hochschule Vechta einen Jahresfehlbetrag für 2005 in Höhe von 236.788 EUR aus. Unter Berücksichtigung der Rücklagenverwendung 2000 und 2001 und den Einstellungen und Entnahmen der Sonderrücklagen ergibt sich ein Bilanzgewinn von 349.580,34 EUR für 2005. Durch die Rücklagen der Jahre 2000 und 2001 konnte die Hochschule Vechta 2005 Maßnahmen im Baubereich, Modernisierungen im EDV-Bereich und zur Qualitätssicherung in Studium, Lehre und Forschung durchführen, die allein mit der Zuführung vom Land Niedersachsen nicht finanzierbar gewesen wären.

Struktur: In der Hochschule Vechta waren im Jahr 2005 44 Professor/innen sowie 64 wissenschaftliche bzw. künstlerische Mitarbeiter/innen beschäftigt. Zusätzlich wurden 10 Professuren verwaltet und im SS 05 und WS 05/06 jeweils ca. 200 Lehraufträge vergeben. Der Frauenanteil im wissenschaftlichen Bereich konnte gegenüber 2004 weiter gesteigert werden und lag mit einem Anteil von 38,7 % erheblich über dem Bundesdurchschnitt. Der Frauenanteil am gesamten Personal betrug 52,0 %.

Forschung: Die Forschungsschwerpunkte der Hochschule Vechta liegen im Spektrum der lehramtsbildenden Fächer in den Geistes- und Naturwissenschaften, in den erziehungswissenschaftlichen Fächern, den Sozialen Dienstleistungen und in der Gerontologie sowie in den Bereichen Wirtschaftsstrukturen agrarischer Intensivgebiete, Ernährungswirtschaft sowie der Entwicklung ländlicher Räume.
Die Hochschule hat ihr kriterienbasiertes Verteilmodell für Haushaltsmittel weiter entwickelt. Finanzmittel werden dabei unter Berücksichtigung von eingeworbenen Drittmitteln etc. verteilt. Die Forschungs- und Studienbereiche Umweltwissenschaften, Naturschutz und Geographische Informationssysteme wurden im Jahresverlauf 2005 plangemäß an die Universitäten in Oldenburg bzw. Osnabrück abgegeben. Die im Zusammenhang mit der im Oktober 2005 vollzogenen Fusion mit der Katholischen FH für Sozialwesen neu geschaffenen bzw. umstrukturierten Bereiche Soziale Dienstleistungen und Gerontologie befinden sich dagegen noch im Aufbau mit einer hohen Anzahl laufender Berufungsverfahren. Ein 2005 neu eingerichtetes Referat für Forschungsförderung berät und unterstützt die Wissenschaftler bei der Antragstellung für Drittmittel und Projektförderung.

Drittmittel: Zur Unterstützung von Anträgen zu Drittmittelprojekten stellt die Hochschule auch Mittel zur Anschubfinanzierung bereit. Im Jahr 2005 wurden an der Hochschule Vechta insgesamt 908.840 € Drittmittel (inklusive Auftragsforschung) eingeworben. Davon entfielen ca. 86 % auf den Bereich der Natur- und Umweltwissenschaften. Gegenüber dem Vorjahr 2004 ist das Gesamtvolumen zurückgegangen. Dies erklärt sich durch den Abzug der drittmittelstarken Bereiche in den Umweltwissenschaften, im Naturschutz sowie der geographischen Informationssysteme. In Drittmittelprojekten an der Hochschule Vechta waren im Jahre 2005 noch zwölf Mitarbeiter/innen beschäftigt. Aus Sondermitteln des Landes wurden weitere fünf Beschäftigte finanziert. Der Anteil der EU-Mittel am Drittmittelaufkommen liegt bei über 12 %.

Internationalisierung: Die Hochschule Vechta konnte die bestehenden Universitäts-Partnerschaften weiter intensivieren und auch neue Kontakte, z.B. zur Universität Omsk in Russland knüpfen. Ein Schwerpunkt liegt dabei nach wie vor in Mittel- und Osteuropa. Hochschulmittel für Gastaufenthalte von Lehrenden und Forschern werden regelmäßig in Anspruch genommen. Gestärkt wurde 2005 auch das International Office (früher Auslandsamt) als Serviceeinrichtung zur Steigerung der Mobilität und Ansprechpartner für Incoming und Outgoing.

Lehre: Im Wintersemester 04/05 hatten sich 563 Studienanfänger an der Hochschule Vechta neu immatrikuliert. Damit stieg die Studierendenzahl insgesamt auf nun 3.141 Studierende an. Der Auslastungsquotient betrug zum Stichtag 01.03.2006 durchschnittlich 1,0648.
Ab dem WS 05/06 wurden die Bachelorstudiengänge Gerontologie und Soziale Arbeit neu eingerichtet, die auch Teile des Profils der zum Oktober 2005 in die Hochschule Vechta integrierten Katholischen FH für Sozialwesen widerspiegeln. 155 Erstsemesterplätze wurden hier besetzt. Masterstudiengänge für den Lehramtsbereich (Master of Education) sowie ein Masterstudiengang Regional Studies laufen ab WS 2006/07 an.
Lehre und Studium werden an der Hochschule Vechta regelmäßig extern und intern evaluiert. Im Wintersemester 2005/06 wurden studentische Befragungen durchgeführt. Insgesamt wurden in 89 Lehrveranstaltungen 3.553 Teilnehmer/innen zur Qualität der Lehre und zu den Studienbedingungen befragt.

Kurzfassung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts 2005

Die Rücklaufquote der ausgefüllten Fragebögen betrug 74,05 %. Der Mittelwert aus allen Lehrveranstaltungs- und Dozentennoten lag bei 2,13 (Streuung zwischen 1,16 und 4,00). Jeder von der Evaluation betroffene Lehrende hat eine persönliche Rückmeldung zur Person und zur Lehrveranstaltung erhalten. Externe Lehrevaluationen durch die CHE fanden im Jahr 2005 in den Fächern Soziologie/Sozialwissenschaft und Politikwissenschaft statt.
Bis zum Jahr 2008 wird die Hochschule eine „Bologna-Hochschule“ im europäischen Hochschulraum darstellen und alle Studiengänge vollständig auf das BA/MA-System umgestellt haben. In den Magister-Studiengängen sind zum WS 2005/06 letztmalig Bewerber aufgenommen worden, die verbliebenen Studierenden in den früheren Diplom- (auch von der KFH) und Lehramtsstudiengängen werden nur noch auslaufend im Rahmen der Regelstudienzeit betreut.
Kennzahlen:

Bezeichnung	**Euro**
Finanzhilfe	15.399.170
Verwaltungskostenbeiträge	780.493
Sondermittel	183.295
Drittmittel	642.286
Personalaufwand	12.400.183
Gesamtertrag	18.089.939
Gesamtaufwand	18.323.381
Sachaufwand	3.452.425
Eigenkapital	2.245.746
Sonderposten	4.080.044
Anlagevermögen	4.080.044
Umlaufvermögen	5.802.158

Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 5**
zu Kapitel 0618

Zielvereinbarung 2005 – 2008 (Zusammenfassung)

A. Strategische Zielsetzung

Die Hochschule Vechta ist eine wissenschaftliche Hochschule des Landes Niedersachsen mit Universitätsstatus. Selbstverständnis und Identität der Hochschule sind geprägt von ihrer gesellschaftlich-kulturellen und historischen Einbettung unter Beachtung konkordatärer Vereinbarungen. Die Hochschule versteht es deshalb als ihren Auftrag, durch ihr Lehr- und Forschungsprofil Wissen und Bildung, Forschung und Internationalität auch in die Region hinein zu vermitteln. Strategische Kernziele sind dabei:

- Profilierung und qualitätsorientierte Weiterentwicklung von Lehre, Studium und Forschung
- Steigerung von Effizienz und Leistungsfähigkeit in Organisation und Verwaltung
- Ausbau von Kooperationen und interdisziplinärer Vernetzung als Profilelement
- Stärkung der Kommunikationsstrukturen sowie des internen und externen Marketings.

Die Hochschule wird ihre Entwicklungsplanung im Rahmen des Hochschuloptimierungskonzepts und der Landeshochschulplanung ausrichten. Die Hochschule hat im WS 2003/04 den polyvalenten Bachelorstudiengang „Sozial-, Kultur- und Naturwissenschaften“ und im WS 2005/06 die Bachelorstudiengänge „Gerontologie“ und „Soziale Arbeit“ eingerichtet. Für die B.A. „Sozial-, Kultur- und Naturwissenschaften“ ist das Akkreditierungsverfahren der ZEvA eingeleitet; die Akkreditierung des B.A. „Gerontologie“ ist bis zum 30.09.2010 nach Beschlussfassung von ACQUIN vom 29.06.2006 abgeschlossen. Der B.A. „Soziale Arbeit“ ist bei ACQUIN beantragt.
Die Hochschule bereitet darüber hinaus fachwissenschaftliche M.A.-Studiengänge „Deutsche Kultur und Gesellschaft“ sowie „Regional Studies“ vor. Die Hochschule hat, entsprechend der Umstellung auf Bachelor-/Master-Struktur, die bisher bestehenden Diplom- bzw. Magisterstudiengänge eingestellt. Die Hochschule hat zum Wintersemester 2006/07 den konsekutiven Materstudiengang „Master of Education“ eingerichtet, für den das MWK eine Ausnahme gemäß § 6 Abs. 2 Satz 3 NHG erteilt. Die Akkreditierung wird in Abstimmung mit der ZEvA begleitend durchgeführt.

B. Entwicklungsfelder und operative Ziele

Studium und Lehre: Die Hochschule hat zum WS 2006/07 alle Studiengänge mit Hochschulabschluss auf die Bachelor-Master-Struktur im Sinne des Bologna-Prozesses umgestellt. Empfehlungen aus externen Lehrevaluationen durch die ZEvA fließen in das hochschulweite Qualitätsmanagement ein. Auch intern werden die Studiengänge kontinuierlich evaluiert (einschließlich studentischer Lehrevaluation) und die Ergebnisse dokumentiert. Die Hochschule wird ihren Selbstbehalt aus Studiengebühren nach § 13 NHG für Maßnahmen zur Verkürzung der Studienzeiten einsetzen.
Forschung: Die Forschungsvorhaben orientieren sich insbesondere am Fächerspektrum der lehramtsbildenden Fächer und des Schwerpunktes ‚Gerontologie/Soziale Dienstleistungen’, insbesondere in den Bereichen Lehrinhalte und Didaktik des Unterrichts in Grund-, Haupt- und Realschulen in einem fachdidaktischen Netzwerk der Berufswissenschaften der Lehrerbildung, Erziehungswissenschaft, Bildungsforschung, Bildungsgeschichte sowie Forschungen zur Entwicklung ländlicher Räume. Die Hochschule arbeitet im Interesse einer stärkeren interdisziplinären Verankerung an der kontinuierlichen Entwicklung eines Forschungsprofils aus den Schwerpunkten der einzelnen Disziplinen. Ein Forschungszentrum ‚Altern und Gesellschaft’ zur Etablierung eines entsprechenden Forschungsschwerpunktes ist in Gründung.
Internationalisierung: Die Internationalisierung stellt ein wichtiges Kernziel dar und dient der Stärkung der Hochschule im bundesweiten und internationalen Wettbewerb. Gleichzeitig ist sie Teil der Maßnahmen zur fachlichen und qualitativen Profilierung in der Lehre und zum Ausbau der Forschung an der Hochschule. Mit der Umstellung des Studienangebots auf das zweistufige, international anerkannte konsekutive Bachelor-/Mastersystem hat die Hochschule zugleich die Verpflichtung angenommen, Studiengänge und Forschungsprofil an internationalen Standards zu orientieren und das internationale Profil im Studienangebot und bei der Forschung auszubauen. Dabei folgt die Hochschule den Empfehlungen der Evaluationen und vertieft die Kooperation mit Wissenschaftler/innen anderer Hochschulen.
Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses: Die Hochschule plant die Einrichtung fachwissenschaftlicher Masterstudiengänge, orientiert an den Forschungsschwerpunkten, auch unter der Perspektive der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Zur Unterstützung von Promotionen unterstützt die Hochschule die Finanzierung von Abschlussphasen von Promotionen sowie ergänzende Maßnahmen zur Förderung von Doktoranden und Habilitanden. Dies dient unter anderem auch der Beschleunigung der Verfahren. Ein Doktorandenkolleg zum Forschungsschwerpunkt ‚Bildungsforschung und Didaktik’ wird im ersten Quartal 2007 eingerichtet. Darüber hinaus sollen Doktoranden in einschlägige Arbeitsgruppen an anderen Universitäten einbezogen werden.
Erfüllung des Gleichstellungsauftrages nach § 3 Abs. 3 NHG: Zur Erfüllung des Gleichstellungsauftrages setzt sich die Hochschule im Rahmen eines Frauenförderplanes u.a. folgende Ziele: Erhöhung der Anteile an den mit Frauen besetzten Stellen in allen Bereichen; Nachwuchs- und Forschungsförderung; frauenspezifische Angebote. Die Hochschule wird die finanzielle Ausstattung des Frauenbüros in sachlicher und personeller Hinsicht im bisherigen Umfang aufrechterhalten.
Verwaltung und Infrastruktur: Die Hochschule wird im Bereich der Verwaltung und der Zentralen Einrichtungen die Service-Orientierung sowie die Effizienz verstärken. In der Studierenden- und Prüfungsverwaltung und dem Management wird die bereits bestehende Unterstützung durch Software im Interesse effizienterer Verwaltungsabläufe weiterentwickelt und ausgebaut.

C. Finanzierung des Haushaltsjahres 2007
Zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 3 NHG und zur Erreichung der o.g. Ziele stellt das Land der Hochschule für das Haushaltsjahr 2007 unter Beachtung der konkordatären Vereinbarungen in Kapitel 06 18 Mittel zur Verfügung.
Gemäß Änderung der Durchführungsvereinbarung zum Konkordat erhält die Hochschule einen Mittelaufwuchs bis 2010 um je 1 % pro Jahr.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0619 Medizinische Hochschule Hannover (Landesbetrieb)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 10-0	135	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender **** Abweichend von § 15 Abs.1 Satz 1 LHO (Bruttoprinzip) ist der Nettobetrag veranschlagt.*		36	23	+13	—
111 15-1	132	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		537	537	—	226
121 02-5	132	Ablieferungen des Landesbetriebs *Vgl. K-Vermerk zu 891 01.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-9	132	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03, 682 05 und 891 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.* *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.*	—	153.024	145.068	+7.956	145.034
682 03-5	132	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.*	—	4.042	3.390	+652	3.835
682 05-1 (GA)	132	Zuführungen für die Stillegung und Entsorgung des TRIGA-MARK I Reaktors der Medizinischen Hochschule Hannover *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.*	—	—	—	—	695
682 39-6	132	Zuführungen an Landesbetriebe für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	505	431	+74	505
891 01-7	132	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 121 02.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.*	—	5.623	5.623	—	5.623
		<u>Abschluss Kapitel 0619</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		573	560	+13	
		Summe der Einnahmen		573	560	+13	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	157.571	148.889	+8.682	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	5.623	5.623	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	163.194	154.512	+8.682	
		Zuschuss		162.621	153.952	+8.669	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0619

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

Zu 682 01

Die finanzielle Obergrenze nach § 49 Abs.1 Nr.3 NHG für das Geschäftsjahr 2007 beträgt 86.361.483 EUR.

Von dem Ansatz dürfen 569.790 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (zuschussrelevanter Anteil: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten in Höhe von 358.540 EUR sowie die Beiträge zur Landesunfallkasse in Höhe von 211.250 EUR).

Von dem Ansatz dürfen 24.673.000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Nutzungsentgelt an den Landesliegenschaftsfonds).

Zu 891 01

Im Rahmen der Deckungsfähigkeit dürfen nicht in Anspruch genommene Zuführungen für laufende Zwecke (vgl. D-Vermerk zu 682 01) und Ablieferungen des Landesbetriebes aus Vorjahren (vgl. K-Vermerke) für Investitionen verwendet werden.

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Medizinische Hochschule Hannover
für das Geschäftsjahr 2007

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Betriebsanweisung für die als Landesbetrieb gem. § 26 Abs.1 LHO geführte Medizinischen Hochschule (MHH) vom 26.11.2003.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 19

Wirtschaftsplan für die Medizinische Hochschule Hannover

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Finanzbedarf			
06 Technische Anlagen	230.000	230.000	19.646
07 Einrichtungen und Ausstattungen einschl. des Aufwandes für Festwertgüter	8.011.000	10.606.500	8.359.435
08 Anzahlungen auf Anlagen	0	0	2.835.232
09 Immaterielle Vermögensgegenstände	442.000	442.000	358.074
Summe I.:	8.683.000	11.278.500	11.572.387
II. Deckungsmittel			
1. - Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• aus Fachkapitel	5.623.000	5.623.000	6.533.000
• aus Sondermitteln	0	1.487.500	6.269.434
2. Zuschüsse aus Drittmitteln	3.060.000	4.163.000	3.060.712
3. In Anspruch genommene Restmittel	0	0	0
4. Erlöse aus der Veräußerung von Anlagegegenständen bis zur Höhe des Buchwertes (entfällt mit dem Haushaltsjahr 2007)	0	5.000	0
Summe II.:	8.683.000	11.278.500	15.863.146

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 19

Wirtschaftsplan für die Medizinische Hochschule Hannover

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung		Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I.	**Erträge**			
1.	Betriebliche Erträge			
40	Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	249.348.193	231.206.900	264.153.039
41	Erlöse aus Wahlleistungen	2.537.601	2.167.500	1.936.880
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	16.787.576	13.492.400	15.932.744
43	Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte	19.239.889	14.238.400	20.364.855
44	Erstattungen des Personals für Mietwohnungen usw.	1.601.800	1.601.800	1.746.729
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben	8.752.781	1.232.900	11.695.890
472	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand für lfd. Zwecke (ohne Konto 472000)	25.944.500	19.669.500	49.020.815
473	Zuwendungen Dritter	11.772.000	9.520.000	11.772.678
49	Auflösung von Sonderposten	22.468.000	22.468.000	20.742.213
Zwischensumme		358.452.340	315.597.400	397.365.843
2.	Andere Erträge			
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	26.000	26.000	100.208
52	Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0	9.175
53	Erträge aus Wertberichtigungen	0	0	0
54	Erträge aus Auflösung von Rückstellungen	513.000	513.000	1.414.557
55	Bestandsänderungen, aktivierte Eigenleistungen	104.300	104.300	2.363.078
57	Sonstige ordentliche Erträge	2.245.800	2.045.800	8.366.056
59	Übrige Erträge, soweit nicht KUGr. 599	2.526.000	2.526.000	16.295.668
599	Entgelte Dritter	6.201.000	4.717.000	4.076.407
Zwischensumme		11.616.100	9.932.100	32.625.149
472000	Erfolgsplan/Zuschuss	153.024.000	143.068.000	138.006.040
	Entnahme/Einstellung von Rücklagen			
Summe I.:		**523.092.440**	**468.597.500**	**567.997.032**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 19

Wirtschaftsplan für die Medizinische Hochschule Hannover

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
II. Aufwendungen			
1. Personalaufwendungen			
60 Arbeitsentgelte und Gehälter 61 Gesetzliche Sozialabgaben 62 Aufwendungen für Altersversorgung	312.882.216	275.393.800	291.288.417
63 Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützungen	488.000	178.300	600.404
64 Sonstige Personalaufwendungen	125.574	97.300	5.872.363
Zwischensumme	313.495.790	275.669.400	297.761.183
2. Sachaufwendungen			
65 Lebensmittel	2.851.300	2.544.600	3.032.160
66 Medizinischer Bedarf	83.166.909	75.954.500	101.998.382
67 Wasser, Energie, Brennstoffe	12.315.425	9.717.000	10.639.084
68 Wirtschaftsbedarf	13.619.261	12.287.700	16.436.181
69 Verwaltungsbedarf	6.703.784	5.558.000	8.270.090
70 Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	579.400	518.000	302.329
72 Instandhaltung, Material für aktivierte Eigenleistungen	20.004.920	18.532.300	27.998.688
73 Steuern, Abgaben, Versicherungen	2.553.100	2.123.400	3.209.111
74 Zinsen für ähnliche Aufwendungen	0	0	121.493
76 Wiederbeschaffung von Gebrauchsgütern (mit einem Wert von mehr als 51 bis zu 410 EUR ohne MwSt.) und Wertberichtigung auf Forderungen sowie Abschreibungen	23.462.788	23.519.200	23.254.564
78 Sonstige ordentliche Aufwendungen	41.097.263	39.438.200	49.582.626
Zwischensumme	206.354.150	190.438.200	244.844.708
3. Übrige Aufwendungen			
79 Übrige Aufwendungen	2.642.500	1.689.900	19.378.846
Summe II.:	**522.492.440**	**467.797.500**	**561.984.737**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 19

Erläuterungen zum Erfolgsplan:

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – Arbeitsentgelte und Gehälter
61 – Gesetzliche Sozialabgaben
62 – Aufwendungen für Altersversorgung

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen (einschl. Einzelzahlungen) für die Planstellen und des ständig vollbeschäftigten Tarifpersonals u.a. enthalten:

	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
1. Mehrarbeit und Überstunden	3.600.000	2.500.000	3.286.632
Bereitschaftsdienste	5.000.000	6.000.000	5.260.491
Rufbereitschaften	2.400.000	2.200.000	2.232.872
Zusammen	11.000.000	10.700.000	10.779.995
2. Auszubildende	3.500.000	3.500.000	3.106.624
3. Emeritierte Professoren/Professorinnen	1.800.000	2.100.000	1.905.120
4. Erstattung der Leistungen des Landes für die gesetzliche Unfallversicherung des Tarifpersonals	603.574	575.300	569.000
Drittmittel:	22.400.000	20.214.000	22.433.212

Zu lfd. Nr.2
Für die Vergütung von
301 (290) Auszubildenden,
davon
228 (228) Lernschwestern/-pfleger
6 (4) für den Beruf eines/einer Biologie-/Chemielaboranten/-in
27 (20) für den Beruf eines/einer Arzthelfers/-in
9 (10) für den Beruf eines/einer zahnärztlichen Helfers/-in
3 (1) für Berufe der Informations-, Telekommunikationstechnik einschl. Bürokommunikation
5 (6) für den Beruf eines/einer Kaufmanns/-frau im Gesundheitswesen
2 (2) für den Bibliotheksdienst
11 (11) für den Beruf eines/einer Tierpflegers/-in
5 (7) für den Beruf eines/einer Industriemechanikers/in
- (1) für den Beruf eines/einer Glasbläsers/-in
1 (0) für den Beruf eines/einer Pharmazeutisch-kaufm. Angestestellten/r
3 (0) für den Beruf eines/einer Fachlageristen/-in
1 (0) für den Beruf eines/einer Fleischers/-in

Zu lfd. Nr.3
Bezüge für 27 (28) emeritierte Universitätsprofessoren/-innen.

Zu KGr. 64 – Sonstige Personalaufwendungen
Enthalten sind Aufwendungen u.a. für Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen, Hepatitis-Schutzim,pfungen, Prüfungskosten für Auszubildende und Altersteilzeit.

Zu KGr. 66 – Medizinischer Bedarf

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
66 00	Arznei-, Heil- und Hilfsmittel	18.464.043	19.321.000	21.760.931
66 02	Blut, ,Blutkonserven und Blutersatzmittel	7.346.197	10.309.100	16.403.340
66 03	Verbandsmittel	1.006.823	935.300	1.140.958
66 04	Ärztl. und pflegerisches Verbrauchsmaterial, Instrumente	12.702.853	13.109.100	14.103.701
66 06	Narkose- und sonstiger OP-Bedarf, Medizinische Gase	2.241.009	1.708.700	2.502.380
66 07	Röntgenbedarf	2.008.927	2.935.800	2.043.588
66 08	Laborbedarf	14.380.403	9.448.600	14.387.069
66 09	Entgelte für Untersuchungen in fremden Instituten	2.628.634	1.067.200	3.079.266
66 10	EKG, EEG und Sonographie	304.551	129.300	240.301
66 11	Bedarf der physikalischen Therapie	5.392	56.000	6.812
66 12	Apothekenbedarf, Desinfektionsmaterial	223.213	156.700	253.306
66 13	Implantate	12.103.721	9.773.400	15.612.437
66 14	Transplantate	1.111.575	1.129.100	1.389.126
66 15	Dialysebedarf	768.748	946.300	800.139
66 16	Kosten für Krankentransporte	64.608	156.900	47.400
66 17	Sonstiger medizinischer Bedarf	1.687.212	1.598.900	2.336.619
Drittmittel:		6 119 000	3.173.000	5.891.008
		83.166.909	75.954.500	101.998.382

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 19

Erläuterungen zum Erfolgsplan:

Zu KGr. 67 – Wasser, Energie, Brennstoffe

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
67 000	Wasser/Abwasser	1.753.679	1.375.200	1.786.013
67 100	Strom	6.422.838	4.718.800	5.072.900
67 110	Fernwärme	2.888.131	2.730.700	2.665.738
67 200	Heizgas/Sonstige Brennstoffe	1.250.777	892.300	1.114.361
Drittmittel:		0	0	73
		12.315.425	9.717.000	10.639.084

Zu KGr. 68 – Wirtschaftsbedarf

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
68 00	Verbrauchsmittel	868.400	868.400	1.004.910
68 01	Wäsche u.a.	524.000	524.000	771.435
68100/101	Fremdreinigung	9.274.000	9.174.000	6.980.036
68 102 – 68 110	Andere Leistungen durch Dritte	2.109.861	1.670.300	3.027.726
683	Personalkosten Oststtadt-Heidehaus	0	0	3.839.725
Drittmittel:		843.000	51.000	812.348
		13.619.261	12.287.700	16.436.181

Zu KGr. 69 – Verwaltungsbedarf

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
69 00	Materialaufwendungen	2.191.872	1.778.300	2.486.443
69 10/11	Bezogene Leistungen	3.383.912	2.573.700	4.261.500
Drittmittel:		1.128.000	1.206.000	1.522.147
		6.703.784	5.558.00	8.270.090

Zu Konto 69 110

1. Prüfungs- und Beratungskosten des Wirtschaftsprüfers	50.000 EUR
2. Steuerberatungskosten	50.000 EUR
3. Gerichts- und Anwaltskosten	50.000 EUR
4. Unterstützungsauftrag für SAP	800.000 EUR
Zusammen	950.000 EUR

Zu KUUGr. 69 11

Ausgewiesen werden neben Rechts- und Beratungskosten (Konto 69 110) auch Beiträge an Vereine, Verbände und Organisationen (u.a. Deutsche Krankenhausgesellschaft, Niedersächsische Krankenhausgesellschaft, Zentrum für Hochschulsport, Medizinischer Fakultätentag, Europäische Rektorenkonferenz).

Zu KGr. 70 – Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
70 01	NLBV, Staatliches Baumanagement Niedersachsen	543.400	482.000	202.430
70 02	Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen/ Sachkosten aus Ermächtigungsverträgen	36.000	36.000	8.948
70 03/04	Gebühren Privatliquidation. Chefärzte	0	0	82.551
Drittmittel:		0	0	8.400
		579.400	518.000	302.329

Erläuterungen zum Erfolgsplan:

Zu KUUGr. 70 01
Veranschlagt sind u.a. die Entschädigung für die Baubetreuung durch das zuständige Baumanagement Niedersachsen im Rahmen der Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen des Landesbetriebs (15 v.H. der Ansätze bei den Konten 72 054 und 72 056).

Zu KUUGr. 70 02
Ersatz der Aufwendungen des KVN gem. der zwischen ihr und der Hochschule geschlossenen Vereinbarung über die Abrechnung von Sachkosten aus Ermächtigungsverträgen.

Zu KGr. 72 - Instandhaltung, Material für aktivierte Eigenleistungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
72 00	Instandhaltung i.S. von § 17 Abs.4 Satz 2 KHG	1.724.800	1.724.800	0
72 01	Instandhaltung Medizintechnik	7.353.520	6.071.900	8.166.549
72 02	Instandhaltung Technische Anlagen	2.545.900	2.545.900	3.479.415
72 03	Instandhaltung Einrichtung und Ausstattung	2.281.400	2.281.400	4.188.219
72 04	Gesetzliche Überwachung	174.600	174.600	325.698
72 05	Instandhaltung Gebäude/Außenanlagen	5.535.200	4.968.200	5.173.655
72 07	Instandhaltung Fahrzeuge und sonstige Instandhaltung	69.500	69.500	351.274
72 08	Instandhaltung Staatliches Baumanagement Niedersachsen	0	0	6.002.890
Drittmittel:		320.000	696.000	310.988
		20.004.920	18.532.300	27.998.688

Zu KGr. 73 - Steuern, Abgaben, Versicherungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
730	Grundsteuer/ Kraftfahrzeugsteuer	50.100	50.100	113.682
731	Sonstige Abgaben	710.000	1.026.599	725.733
732	Versicherungen	1.793.000	1.046.701	2.109.352
Drittmittel:		0	0	260.345
		2.553.100	2.123.400	3.209.111

Zu KGr. 78 - Sonstige ordentliche Aufwendungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
78 00	Ausgleichsbeträge nach § 4 Abs.1 und 2 BPflV	0	0	0
78 10	Sachaufwand der Ausbildungsstätten	553.800	553.800	170.349
78 20	Mieten und Pachten	29.863.000	28.326.000	38.289.841
78 22	Nicht aufteilbare Frachten	44.700	44.700	65.060
78 24	Akademische Lehrkrankenhäuser	1.125.500	1.125.500	1.173.202
78 25	Bücher (bis 100 EUR ohne MwSt.)	439.700	439.700	379.570
78 26	Fort- und Weiterbildung, Lehraufträge usw.	584.600	584.600	642.434
78 27	Erstattung von Personal- und Sachkosten	262.000	1.660.500	234.914
78 28	Arbeitstherapie/ Beschäftigungs- und Sozialtherapie	24.700	202.700	36.301
78 29	Sonstiger Aufwand für Studierende	647.140	2.003.000	1.260.819
783	Sonstige Kostenerstattungen	148.123	0	316.131
Drittmittel:		7.404.000	4.743.000	7.014.005
		41.097.263	39.683.500	49.582.626

Zu KUUGr. 78 20
Veranschlagt sind Nutzungsentgelte für Liegenschaften in Höhe von 24.673.100 EUR.

Zu KUUGr. 78 24
Für 155 Ausbildungsplätze an den Akademischen Lehrkrankenhäusern wird pro Jahr und Ausbildungsplatz eine Gesamtpauschale in Höhe von 7.100 EUR gezahlt. Die Pauschale beinhaltet Personal- und Sachkosten sowie ein Essensgeld.

Zu KUUGr. 78 26
Enthalten sind Vergütungen für Lehraufträge, Gastvorträge und Gastprofessuren (davon 62.200 EUR für Lehraufträge).

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 19

Erläuterungen zum Erfolgsplan:

Zu KGr. 79

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
79 00	Außerordentliche Aufwendungen aus Ausgleichsbeträgen nach § 4 Abs.1 bis 3 BPflV	0	0	.2.486.600
79 10	Aufwand aus Abgabe von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0	196.109
79 20	Schadenersatzleistungen	79.200	79.200	2.852
79 21 – 79 24	Sonstige Aufwendungen	13.900	1.596.800	58
79 30	Periodenfremde Aufwendungen	2.549.400	1.596.800	16.561.419
Drittmittel:		0	0	131.808
		2.642.500	1.689.900	19.378.846

Erläuterungen zum Erfolgsplan:

B. Erträge

Zu KGr. 40 - Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
40 01	Erlöse aus DRG-Abrechnung	249.348.193	231.206.900	264.153.039

Zu KGr. 41 - Erlöse aus Wahlleistungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
41 100	1-Bett-Zimmer	1.116.101	1.066.100	874.604
41 110	2-Bett-Zimmer	1.421.500	1.071.500	1.053.133
41 300	Begleitperson	0	4.100	9.143
41 310	Telefon	0	25.800	0
		2.537.601	2.167.500	1.936.880

Zu KGr. 42 - Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
42 00	Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen	4.846.022	2.236.000	4.672.872
42 01	Kassenzahnärztliche Vereinigung Niedersachsen	1.620.076	1.745.000	1.494.261
42 02	Sozialleistungsträger z.B. Sozialämter, Jugendämter	437.151	442.000	332.675
42 03	Sonstige Erlöse aus ambulanten Leistungen	590.637	571.000	362.195
42 04 –				
42 05	Selbstzahler	2.480.636	1.424.000	1.646.571
42 06	Laboruntersuchungen für externe Auftraggeber	5.113.119	5.399.400	4.950.902
42 07	Nierenlithotripsi	10.960	38.000	0
42 08	Sachkosten/Privatpat. – ZMK -/Ermächtigung Oberärzte	1.360.162	1.488.000	2.091.565
42 09	Mukoviszidose-Ambulanz	328.813	149.000	381.702
		16.787.576	13.492.400	15.932.744

Zu KGr. 43 - Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
43 00	Stationärer Bereich – Vorteilsausgleich	4.726.135	2.385.400	5.401.140
43 10	Ambulanter Bereich –Vorteilsausgleich	2.601.111	2.187.000	2.577.978
43 11	Sachkosten aus Ermächtigungsverträgen/Privatpatienten	8.520.132	8.449.000	8.350.221
43 40	Vorteilsausgleich aus sonstigen Nebentätigkeiten	619.249	520.000	656.743
43 41	Vorteilsausgleich/Sachkosten aus sonst. Nebentätigkeiten	707.153	497.000	736.005
43 45	Erlöse aus Ermächtigungsverträgen	460.715	50.000	467.013
43 60	Privatliquidation Chefärzte stationär	587.632	0	1.153.342
43 70	Privatliquidation Chefärzte ambulant	1.017.762	150.000	1.022.413
		19.239.889	14.238.400	20.364.855

Zu KUGr. 472 - Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand für lfd. Zwecke (ohne Konto 47 200)

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
47 20	MWK*) – ohne Konto 472000 -	4.042.000	3.390.000	11.504.248
47 21	Bund/Ersatzdienstpflichtige/BA für Arbeit/Emeriten	316.500	316.500	2.125.151
47 22	Öffentliche Hand/Sonstige Zuschüsse	19.867.000	14.809.000	33.661.067
47 23	Bund/Betreuung ausl. Studenten/Graduiertenförderung	0	0	11.160
47 24	Sonstiges	1.719.000	1.154.000	1.719.189
		25.944.500	19.669.500	49.020.815

*) Zuweisungen überwiegend aus Haushaltsmitteln des Landes, die nach Art und Höhe bei Aufstellung des Wirtschaftsplans nicht ausreichend exakt vorausgeschätzt werden können und die wegen ihrer Zweckgebundenheit ohne Auswirkungen auf den Zuschussbedarf bei Kap. 0619 sind.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 19

Erläuterungen zum Erfolgsplan:

Zu KGr. 57 - Sonstige ordentliche Erträge

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
57 0	Mieteinnahmen	782.100	782.100	1.638.440
57 1	Erstattungen, Rückvergütungen u.a.	199.900	199.900	1.173.251
57 2	Kindergarten	218.000	218.000	332.902
57 3	Erstattung Studiengebühren Langzeitstudierender	105.000	105.000	1.143.933
57 5 – 57 7	Erträge aus Verkäufen und Arbeitsleistungen	71.800	71.800	29.715
57 9	Gebühren und sonstige Erträge und Erstattungen	869.000	669.000	3.008.205
Drittmittel:		-	-	-
		2.245.800	2.045.800	8.366.056

Zu KUGr. 570
Dem Studentenwerk Hannover werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgeltes überlassen:

Einrichtung	qm	Mietpreis/jährlich
Verkaufsraum mit Nebenraum	15	
Kellerraum (Vorratslager)	80	3.900 EUR

Zu KUGr. 599 - Entgelte Dritter
Enthalten sind 2,125 Mio EUR für Studiengebühren einschl. Zinserträgen.

Bewirtschaftungsvermerke:

(1)
Vgl. HV Nr. 1 zum Stellenplan.

(2)
Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dies zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.

(3)
Die Zuführung für lfd. Zwecke erhöht oder verringert sich um den Unterschiedsbetrag zwischen den Stellen bei Ausscheiden der/des Stelleninhabers(in):
a) 1 IV b nach VI b
b) 1 V b nach V c für das Zentrum Pathologie und Rechtsmedizin –Abt. Neuropathologie –
c) 5 VII nach Lohn-Gr. 6 für das Zentrale Tierlabor
d) 1 Kr. VII nach KR. V
e) 1 Lohn-Gr. 8 nach Lohn-Gr. 6
f) 1 Lohn-Gr. 8 nach VIII für das Zentrum Laboratoriumsmedizin –Abt. Klin. Chemie I –
g) 2 Lohn-Gr. 3 nach Lohn-Gr. 2 a

(4)
Bis zu 280 Stellen der Verg.-Grn. I, I a, I b BAT dürfen für den Abschluss von leistungsbezogenen Angestelltenverträgen mit Oberärzten in Anspruch genommen werden.

(5)
Ein Stelleninhaber ist für die Dauer seiner Tätigkeit als leitende(r) Kardiotechniker(in) außertariflich in Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert.

(6)
Krankenpflegekräfte der Poliklinik „Strahlentherapie“ und der Poliklinik der Abteilung für Nuklearmedizin und spezielle Biophysik erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit in diesen Polikliniken übertariflich die gleiche Zulage, die den unter die Protokollerklärung Nr. 1 Buchst. d) der Anlage 1 b zum BAT fallenden Pflegepersonen gewährt wird. Die übertarifliche Regelung gilt ebenfalls nur für die in der Protokollerklärung Nr. 1 genannten Vergütungsgruppen.

(7)
Die Hauswirtschaftsleiterin des Bereichs Eigenreinigung bei der Haus- und Liegenschaftsabteilung der Verwaltung der Kliniken ist für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VII BAT und nach dreijähriger Bewährung in ihrer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

(8)
10 Stellen (je 1 Verg.-Gr. III, IV a, IV b, V c, VIII, Kr. VI, Kr. V, Lohn- Gr. 2 a, 2 Verg.-Gr. VI b) dürfen nur für Personalratstätigkeiten verwendet werden.

(9)
Von den Stellen der Verg.-Gr. I a sind 43, bei der Verg.-Gr. I b 354 und bei der Verg.-Gr. II a 104 Stellen dem wissenschaftlichen Dienst zuzuordnen.

(10)
Soweit ausreichende Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 75 aus diesen Mitteln zu vergütende Angestellten und Arbeiter/- innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Verträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.

(11)
Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

(12)
Dem Studentenwerk Hannover in Hannover dürfen die für seine Aufgabenerfüllung erforderlichen Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden.

(13)
Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als laufende oder einmalige Leistungen eigener Art gewährt werden.

(14)
Die Zulassungszahl beträgt ab dem Wintersemester 2006/2007 im Studiengang Medizin 270.

(15)
MWK wird ermächtigt, gem. § 40 Abs. 2 LHO mit Zustimmung MF in den Dienstverträgen mit Vorstandsmitgliedern außertarifliche Vergütungen zu vereinbaren.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Anlage 2
zu Kapitel 0619

Gewinn und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2007

		Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
1.	Erlöse aus Krankenhausleistungen	249.348.193	231.206.900	264.047.848,02
2.	Erlöse aus Wahlleistungen	2.537.601	2.167.500	1.936.880,16
3.	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	16.787.576	13.492.400	16.387.636,54
4.	Nutzungsentgelte der Ärzte	19.239.889	14.238.400	21.414.539,91
5.	Erhöhung/Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	0	0	2.168.525,78
6.	Erfolgsplanzuschuss des Landes Niedersachsen	153.024.000	143.068.000	138.006.039,65
7.	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	25.944.500	19.669.500	49.020.815,34
8.	Sonstige betriebliche Erträge	33.454.381	21.998.500	39.852.175,63
Zwischensumme 1. bis 8.:		500.336.140	445.841.200	532.834.461,03
9.	Personalaufwand			
	a) Löhne und Gehälter			232.878.003,11
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	313.495.790	275.669.400	65.323.849,06
10.	Materialaufwand			
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	96.499.208	87.925.300	112.989.853,72
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	15.191.387	12.316.200	14.477.977,67
Zwischensumme 9. bis 10.:		425.186.385	375.910.900	425.669.683,56
11.	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	8.683.000	11.278.500	21.402.301,39
12.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	22.468.000	22.468.000	20.742.213,40
13.	Aufwendungen aus der Zuführung der Investitionszuschüsse zu Sonderposten und Verbindlichkeiten	8.683.000	11.278.500	20.742.213,39
Zwischensumme 11. bis 13.:		22.468.000	22.468.000	21.402.301,40
14.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	23.462.788	23.519.200	21.872.635,15
15.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	73.530.867	68.055.000	99.886.243,28
Zwischensumme 14. bis 15.:		96.993.655	91.574.200	121.758.878,43
16.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	26.000	26.000	100.208,07
17.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	121.493,13
Zwischensumme 16. bis 17.:		-96.479.655	-91.548.200	-121.780.163,49
18.	**Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**	**650.100**	**850.100**	**6.126.827,38**
19.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			70.276,00
20.	Sonstige Steuern	50.100	50.100	44.255,84
21.	**Jahresfehlbetrag/-überschuss**	**600.000**	**800.000**	**6.012.295,54**
22.	Entnahme aus Gewinnrücklagen zur Finanzierung von Investitionen	0	0	0,00
23.	**Bereinigter Jahresfehlbetrag/-überschuss**	**600.000**	**800.000**	**6.012.295,54**
24.	Verlustvortrag			-42.714.582,08
25.	Entnahme aus Gewinnrücklagen			0,00
26.	Einstellung in Gewinnrücklagen			0,00
27.	**Bilanzergebnis**			**36.702.286,54**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 3**

zu Kapitel 0619

Vereinfachte Kapitalflussrechnung

			2005 Tsd. EUR
1.		Periodenergebnis vor ausserordentlichen Posten	6 012
2.	+/-	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	21 873
3.	+/-	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	1 939
4.	+/-	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge Veränderungen des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	- 20 743
5.	-/+	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	196
6.	-/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	13 757
7.	+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	- 21 618
8.	**=**	**Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1. bis 7.)**	**1 416**
9.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	17 948
10.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	- 535
11.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 18 730
12.	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	
13.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	
14.	-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	
15.	**=**	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 9. bis 14.)**	**- 1 317**
16.	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten (einschl. Finanzierung Anteile)	
17.	-	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	
18.	**=**	**Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 16. und 17.)**	
19.	**=**	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe der Zeilen 8., 15. und 18.)**	**99**
20.	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	603
21.	**=**	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 19. und 20.)**	**702**

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

abzüglich: Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 4**
zu Kapitel 0619

Kurzfassung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts 2005

Die Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen basieren auf der AEB 2005 unter Berücksichtigung von Leistungsanpassungen insbesondere durch die erstmals in 2005 ganzjährig betriebene Frauenheilkunde und durch die ab 01.01.2006 auf den Campus verlegte Plastische Hand- und Wiederherstellungschirurgie (PHW). Berücksichtigt wurde ferner die 2. Stufe der Konvergenzanpassung in den vom Gesetzgeber beschlossenen Grenzen sowie der 1%ige Erlösabzug für die Finanzierung der integrierten Versorgung. Die Erwirtschaftung der Erlösausfälle wird durch eine Anpassung der betrieblichen Strukturen und verkürzte Verweildauern erfolgen. In den Pflegesatzverhandlungen 2007 soll ferner weiterhin erreicht werden, dass teure Dienstleistungen adäquat finanziert werden. Bei den Erlösen aus Wahlleistungen ist berücksichtigt worden, dass mit einer Absenkung der Zuschläge für Ein- und Zweibettzimmer zu rechnen ist. Die ambulanten Erlöse und die Nutzungsentgelte werden in etwa auf dem Planniveau des letzten Jahres verbleiben.

Der Landeszuschuss 2007 entspricht der Summe, die uns vom MWK in Aussicht gestellt wurde. Das hohe Drittmittelniveau soll verstetigt werden.

Die Planungen für den Personalaufwand sehen für 2007 keine Tarifsteigerungen vor.

Der medizinische Bedarf ist in Fortschreibung des Jahres 2005 unter Berücksichtigung von Einsparauflagen durch die Konvergenzphase im DRG–System geplant worden.

Der Instandhaltungsaufwand 2007 basiert auf den Annahmen des Jahres 2005. Zu beachten ist allerdings, dass der Haushaltsansatz nur noch sehr ungenügend den tatsächlichen Instandhaltungsbedarf befriedigen kann.

Der Wirtschaftsplan 2007 schließt mit einem kumulierten Bilanzverlust von 36,7 Mio. EUR. Hierbei ist zu beachten, dass die durch den Verlustabbauplan zu berücksichtigenden Effekte keinen Eingang in die Haushaltsanmeldung gefunden haben.

Organisationsstruktur

Die MHH hat insgesamt vier eigene Studiengänge (Humanmedizin, Zahnmedizin, Bevölkerungsmedizin und Gesundheitswesen/Public Health, MD/PhD) und beteiligt sich an zwei weiteren Bachelor- und Masterstudiengängen der Universität Hannover (Biologie, Biochemie). Zum Wintersemester 2006/07 wird der Masterstudiengang Biomedizin und zum Wintersemester 2007/08 der Masterstudiengang Biochemie etabliert.

Die aktuellen und künftigen Forschungsschwerpunkte der Hochschule spiegeln sich wider in vier Sonderforschungsbereichen, drei nationalen oder internationalen Graduiertenkollegs, vier Klinischen Forschergruppen der DFG, zwei DFG Forschergruppen, vier BMBF Kompetenznetze unter der Federführung von MHH-Wissenschaftlern.

Zur Verbesserung der Abwicklung und zur Erfüllung der weiter gestiegenen Qualitätsansprüche bei der Durchführung klinischer Studien existiert die „Hannover Clinical Trial Center GmbH“, die mit einem Partner betrieben wird. Ein Zentrum für experimentelle Infektionsbiologie und klinische Infektionsforschung ist gegründet, eine gemeinsame Gesellschaft zusammen mit der GBF Braunschweig soll gegründet werden.

Zielsetzung

Auf der Grundlage des § 1 Abs. 3 NHG und unter Berücksichtigung der Ziel- und Leistungsvereinbarung strebt die MHH für 2007 folgende strategische Ziele an:

- Bewilligung der innerhalb der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Universitäten gestellten drei Vollanträge und Durchführung dieser Vorhaben
- Ausbau der leistungsorientierten Mittelvergabe (LOM) und der leistungsorientierten Flächenvergabe (LOF)
- Weiterentwicklung der Balanced Scorecard (BSC)
- Ausbau der Kostenträgerrechnung
- Weiterer Abbau des Defizits
- Steigerung des Investitionsvolumens

Zielvereinbarung 2005 – 2008 (Zusammenfassung)

Die MHH hat ihre strategischen und operativen Ziele in der Zielvereinbarung 2005 – 2008 und einem 1., 2. und 3. Nachtrag zur Zielvereinbarung für das Jahr 2006 festgelegt. Diese Ziele werden für das Haushaltsjahr 2007 unverändert verfolgt.

Zu den festgelegten strategischen und operativen Kernzielen gehören:

- Fortsetzung der Umstrukturierungen unter Zugrundelegung der Bewertungskriterien der Wissenschaftlichen Kommission des Landes Niedersachsen und der Ergebnisse der hochschulinternen Forschungsevaluation
- Erweiterung der Forschungsschwerpunkte durch Gründung eines Zentrums für experimentelle und klinische Infektionsforschung (gemeinsam mit dem Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung – bisher Gesellschaft für Biotechnologische Forschung -, Braunschweig)
- Einführung einer Balanced Scorecard als Management-Steuerungssystem/Abbau des Defizits
- Fortführung des Reformstudienganges Medizin (Beginn WS 2005/06)
- Leistungsorientierte Mittelverteilung nach Bewertungskriterien für die Forschung und Lehre
- Förderung des Einsatzes von Multimedia in Studium und Lehre (ELAN-Netzwerk)
- Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses/Hochschullehrernachwuchses
- Internationalisierung (Förderung der Mobilität von Studierenden, Lehrenden und Forschenden)
- Vermehrung und Ausbau der wissenschaftlichen und klinischen Kooperation
- Weitere Optimierung des Qualitäts- und Risikomanagements in der Krankenversorgung
- Weiterentwicklung der Kostenträgerrechnung auf Ambulanzen und Forschung
- Einführung eines Krankenhausinformationssystems (KIS)
- Einführung eines Weiterbildungsstudienganges „Lingual Orthodontics“ (Master of Science) zum WS 2006/07
- Einführung eines Masterstudienganges Biomedizin zum WS 2006/07

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0621 Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 12-0	131	Ablieferungen der Stiftung für Studiengebühren Langzeitstudierender **** Abweichend von § 15 Abs. 1 Satz 1 LHO (Bruttoprinzip) ist der Nettobetrag veranschlagt.*		35	28	+7	27
129 01-1	131	Ablieferungen der Stiftungen		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
685 01-1	131	Zuschüsse für laufende Zwecke der Stiftung *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 894 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die Erläuterungen zum Gesamtvolumen für aus Landesmitteln finanziertes Personal, zur Kreditlinie der Stiftung und zur kostenlosen Überlassung von Vermögensgegenständen und Räumen verbindlich.*	435 435	49.181	47.051	+2.130	49.828
894 01-0	131	Zuschüsse für Investitionen der Stiftung *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 685 01.*	—	458	446	+12	927
		Abschluss Kapitel 0621					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		35	28	+7	
		Summe der Einnahmen		35	28	+7	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	435 435	49.181	47.051	+2.130	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	458	446	+12	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	435 435	49.639	47.497	+2.142	
		Zuschuss		49.604	47.469	+2.135	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 685 01

Das im Rahmen der Bemessung der Finanzhilfe nach § 56 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 NHG ermittelte Gesamtvolumen für aus Landesmitteln finanziertes Personal beläuft sich auf 33.703.000 EUR (davon entfallen auf den Tarifbereich 22.924.700 EUR und auf den Besoldungsbereich 10.778.300 EUR).

Gemäß § 57 Abs. 4 NHG ist die Stiftung ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben Kredite vom Kreditmarkt bis zur Höhe von 4.877.600 EUR aufzunehmen. Bei Kreditaufnahmen über mehrere Haushaltsjahre darf diese Summe nicht überschritten werden. Eine Erhöhung der Finanzhilfe auf Grund der Kreditaufnahme ist ausgeschlossen.
Die Kreditermächtigung für das Haushaltsjahr 2005 betrug 4.936.500 EUR und wurde am 31.12.2005 mit 0 EUR in Anspruch genommen, die Kreditermächtigung für das Haushaltsjahr 2006 beträgt 4.705.100 EUR und soll voraussichtlich bis zu einer Höhe von 0 EUR in Anspruch genommen werden.

Dem Studentenwerk Hannover werden landeseigene Räume für Mensaeinrichtungen (einschl. Erfrischungsräumen) ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen.
Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Nicht verbindliche Erläuterung:

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	435	—	435
2008	—	—	435	435
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	435	435	870

Wirtschaftsplan für die Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover
für das Geschäftsjahr 2007

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 0621

Wirtschaftsplan für die Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Lizenzen an Rechten und Werten	93 800		156 800
- Bebaute Grundstücke	124 000		207 100
- Unbebaute Grundstücke			
- Gebäude			
- Maschinen und Anlagen	202 700	1 161 200	338 500
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,	1 814 000	466 700	3 030 500
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	15 000 000		144 000
Summe 1.:	17 234 500	1 627 900	3 876 900
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Lizenzen an Rechten und Werten			
- Gebäude			
- Maschinen und Anlagen			
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,			
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			
Summe 2.:			
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan			
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)			
- Ablieferungen an den Landeshaushalt			
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)			
Summe 3.:			
Summe I.:	17 234 500	1 627 900	3 876 900
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan			
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)			
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren			
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	490 100	1 181 900	490 100
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• aus Fachkapitel	458 000	466 000	152 400
• aus Sondermitteln	1 286 400		335 500
• Baumittel (Rahmenplan)	15 000 000		60 000
- Andere öffentliche Zuschussgeber			
Summe 1.:	17 234 500	1 647 900	1 038 000
2. Negativer Überleitungsbetrag			
Summe II.:	17 234 500	1 647 900	1 038 000

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPl) sind.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 0621

Wirtschaftsplan für die Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
- aus Fachkapitel	49 181 000	47 051 000	48 352 700
- aus Sondermitteln	671 500	919 700	839 300
Summe 1.:	49 852 500	47 970 700	49 192 000
2. - Erträge aus Studienbeiträgen einschl. Zinserträge	847 000		
Summe 2.:	847 000		
3. - Verwaltungskostenbeiträge Studierender	317 000	317 000	285 000
Summe 3.:	317 000	317 000	285 000
4. Anteil an den Studiengebühren Langzeitstudierender	12 000	21 000	12 000
Summe 4.:	12 000	21 000	12 000
5. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse			
- Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	4 054 600	3 477 300	4 054 600
- Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	1 204 500	2 137 200	1 204 500
- Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten	8 083 200	6 292 600	8 083 200
Summe 5.:	13 342 300	11 907 100	13 342 300
6. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen	534 200		534 200
Summe 6.:	534 200		534 200
7. Andere aktivierte Eigenleistungen:			
Summe 7.:			
8. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Erstattung von Personalaufwendungen	152 500	280 700	152 500
- Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	116 500	3 600	116 500
- Erlöse aus Nebenbetrieben	183 600	30 700	183 600
- Betreuung von Studierenden	32 900	15 900	32 900
- Gebühren und gebührenähnliche Erträge	837 500	706 000	837 500
- Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	333 700	313 900	333 700
- Nebenerlöse aus der Abgabe von Energie, Nebenkosten etc.			
- Spenden	208 200		208 200
- Erträge aus Schadensersatzleistungen	600	15 800	600
- Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für	2 231 000	5 000 000	2 231 000
- Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	26 800		26 800
- Auflösung von Rückstellungen	6 500		6 500
- Periodenfremde Erträge	200	4 900	200
- Übrige Erträge	186 200	295 100	106 200
Summe 8.:	4 316 200	6 666 600	4 236 200
9. Zinserträge und ähnliche Erträge:	500 000	300 300	342 900
Summe 9.:	500 000	300 300	342 900
Summe I.:	69 721 200	67 182 700	67 944 600
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	6 053 000	4 931 600	5 635 000
- Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial			
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	561 500	516 700	561 500
• Unteraufträge in Drittmittelvorhaben	19 900		19 900
• Werkverträge			
• Wissenschaftliche Dienstleistungen			
- Weiterleitung von Forschungsmitteln	89 300		89 300
- Sonstige bezogene Leistungen			
- Sachaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	450 000	450 000	
Summe 1.:	7 173 700	5 898 300	6 305 700

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 0621

Wirtschaftsplan für die Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
2. Personalaufwand:			
2.1. Entgelte, Vergütungen und Besoldung			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	6 791 800	7 389 600	6 553 000
- Entgelte des Tarifpersonals	24 206 800	23 715 900	23 346 600
- Studentische und wissenschaftlich - künstlerische Hilfskräfte	1 733 800	1 177 600	1 133 800
- Lehrstuhlvertretungen			
- Ausbildungsvergütungen	433 100	497 800	439 600
- Sonstige Vergütungen			
- Personalaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	256 000	262 000	
Summe 2.1.:	33 421 500	33 042 900	31 473 000
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für das Tarifpersonal	5.030.200	5.367.600	5.064.000
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	2 752 000	2 065 900	1 922 700
- Zuführung zum Sondervermögen Nds. Landesversorgungsrücklage	36 500	39 900	36 500
- Emeritenbezüge			
- Sonstige soziale Leistungen an das Tarifpersonal aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	1 989 400	1 891 600	2 003 000
- Nachversicherung ausscheidender Beamter	15 800	20 700	15 800
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	220 000	257 000	348 200
- Beihilfen für das Tarifpersonal			
- Trennungsgeld und Umzugskosten	23 000	23 000	
- Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	102 400	104 200	102 400
Summe 2.2.:	10 169 300	9 769 900	9 492 600
Summe 2.:	43 590 800	42 812 800	40 965 600
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
- Immaterielle Vermögensgegenstände	222 800	153 600	222 800
- Grundstücke und Bauten	1 678 500	1 650 000	1 678 500
- Technische Anlagen und Maschinen	2 285 300	2 469 000	2 285 300
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	640 500	727 400	640 500
Summe 3.:	4 827 100	5 000 000	4 827 100
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
- Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen	330 800	350 800	330 800
• Bauunterhaltung			
• Aufwendungen für Wartung			
- Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
• Energie	1 144 300	945 200	992 300
• Heizung	1 069 500	1 021 600	1 069 500
• Wasser- und Abwasser	363 400	393 100	363 400
• Entsorgung	210 500	242 900	210 500
-Aufwendungen für Reparatur und Instandhaltungsmaterial	3 121 100	2 242 800	3 331 100
• Bauunterhaltung			
• Sonstige			
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
• Mieten, Pachten, Erbbauzins	4 214 000	4 172 800	4 214 000
• EDV-Dienstleistungen	92 700	79 300	92 700

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 0621

Wirtschaftsplan für die Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
noch 4.1:			
• Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	130 000	151 600	130 000
• Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	249 000	241 500	251 200
• Sonstige Gebühren			
• Fremdreinigung und Entsorgung	123 600	167 000	123 600
• Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitsicherheit	59 800	82 400	59 800
- Gebühren und Beiträge			
- Sonstige Fremdleistungen	208 600	144 500	208 600
Summe 4.1.:	11 317 300	10 235 500	11 377 500
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	126 900	169 000	126 900
- Aufwendungen für Kommunikation			
• Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	176 900	189 400	176 900
• Reisekosten	337 500	358 300	337 500
• Porto	94 100	97 500	94 100
• Öffentlichkeitsarbeit	35 400	14 800	35 400
• Gästebewirtung und Repräsentation	51 400	24 200	51 400
Summe 4.2.:	822 200	853 200	822 200
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Vergütungen für Lehraufträge			
- Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren			
- Fort- und Weiterbildung	128 800	151 300	128 800
- Personaleinstellung, -umsetzung, -entlassung	14 400	26 700	14 400
- Übrige Personalaufwendungen	34 200	55 400	34 200
Summe 4.3.:	177 400	233 400	177 400
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	11 700	2 100	11 700
- Schadensersatzleistungen	1 200	12 800	1 200
- Abschreibungen auf Forderungen	164 600	2 600	164 600
- Periodenfremde Aufwendungen	43 800	67 000	43 800
- Sicherung der Gebäude	53 800	56 500	53 800
- Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	625 900	503 300	625 900
- Aufwendungen für Mitgliedschaften	12 000	7 200	12 000
- Zuführungen Sonderposten für Investitionszuschüsse			
- Andere sonstige betriebliche Aufwendungen	866 200	993 300	590 600
Summe 4.4.:	1 779 200	1 644 800	1 503 600
Summe 4.:	14 096 100	12 966 900	13 880 700
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	2 500	6 000	2 500
Summe 5.:	2 500	6 000	2 500
Summe II.:	69 690 200	66 684 000	65 981 600
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	31 000	498 700	1 963 000
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge	500 000	57 900	
Summe 1.:	500 000	57 900	
2. Außerordentliche Aufwendungen:	850 000	535 100	198 000
Summe 2.:	850 000	535 100	198 000
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)	- 350 000	- 477 200	- 198 000

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 0621

Wirtschaftsplan für die Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer			
- Gewerbeertragssteuer			
- Kapitalertragssteuer			
- Umsatzsteuer	- 344 500		- 520 900
Summe 1.:	- 344 500		- 520 900
2. Sonstige Steuern:			
- Kraftfahrzeugsteuer	16 700	12 800	16 700
- Grundsteuer	8 800	8 700	8 800
Summe 2.:	25 500	21 500	25 500
Summe VI.:	- 319 000	21 500	- 495 400
VII Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)			**2 260 400**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 2**

zu Kapitel 0621

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2007

	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
1. Erträge aus Finanzhilfen und Zuschüssen für laufende Aufwendungen			
a) Finanzhilfe des Landes Niedersachsen	47 831 000	46 515 900	48 352 700
b) des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln	671 500	992 000	839 300
c) von anderen Zuschussgebern	4 054 600	3 696 900	4 054 600
Zwischensumme 1.:	52 557 100	51 204 800	53 246 600
2. Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen zur Finanzierung von Investitionen			
a) Zuschüsse des Landes Niedersachsen für bauliche Investitionen	458 000	446 000	152 400
b) des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln	16 286 400	163 000	395 500
c) von anderen Zuschussgebern	490 100	614 800	490 100
Zwischensumme 2.:	17 234 500	1 223 800	1 038 000
3. Erträge aus Entgelten	9 287 700	10 800 000	9 287 700
4. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	534 200		534 200
5. Andere aktivierte Eigenleistungen			
6. Sonstige betriebliche Erträge	5 434 800	4 176 100	4 533 200
(davon Erträge aus der Einstellung in Stiftungssonderposten und Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse)	2 231 000	2 510 000	2 231 000
7. Sachaufwand für den Lehr- und Forschungsbetrieb			
a) Aufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmittel, Materialien und bezogene Waren	8 597 600	8 127 900	8 027 600
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	3 191 800	2 876 700	4 001 800
Zwischensumme 7.:	11 789 400	11 004 600	12 029 400
8. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	33 144 100	33 853 800	31 473 000
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	10 194 300	9 597 500	9 492 600
(davon für Altersversorgung)	4 713 000	3 890 600	3 978 000
Zwischensumme 8.:	43 338 400	43 451 300	40 965 600
9. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	4 827 100	5 000 000	4 827 100
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	25 729 400	8 735 200	9 194 900
(davon aus der Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse)	19 234 500	1 223 800	1 037 900
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	500 000	318 300	342 900
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2 500	6 000	2 500
Innovations- und Berufungspool	706 000	706 000	
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**- 844 500**	**-1 180 100**	**1 963 100**
14. Sonstige Steuern	- 344 500	22 200	- 495 400
15. Jahresergebnis	**- 500 000**	**-1 202 300**	**2 458 500**
16. Gewinn-/Verlustvortrag			7 619 800
17. Entnahme aus / Einstellung in Rücklagen	500 000	1 202 300	- 198 000
18. Bilanzergebnis			**9 880 300**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 3**

zu Kapitel 0621

Vereinfachte Kapitalflussrechnung

			2005 Tsd. EUR
1.		Periodenergebnis vor ausserordentlichen Posten	2 459
2.	+/-	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	3 493
3.	+/-	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	357
4.	+/-	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	- 1 675
		Veränderungen des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	482
5.	-/+	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- 15
6.	-/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1 474
7.	+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	127
8.	**=**	**Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1. bis 7.)**	**6 702**
9.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	15
10.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	
11.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 2 364
12.	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	- 153
13.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	- 11
14.	-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	
15.	**=**	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 9. bis 14.)**	**- 2 513**
16.	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten (einschl. Finanzierung Anteile)	
17.	-	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	
18.	**=**	**Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 16. und 17.)**	
19.	**=**	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe der Zeilen 8., 15. und 18.)**	**4 189**
20.	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	18 963
21.	**=**	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 19. und 20.)**	**23 152**

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

abzüglich: Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Kurzfassung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts 2005

1. Allgemeine Maßnahmen

Für eine langfristige Umsetzung von strukturellen Maßnahmen ist es im Jahr 2005 gelungen, einen Zukunftsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und den niedersächsischen Hochschulen abzuschließen. Dieser Zukunftsvertrag bietet den Hochschulen eine Planungssicherheit, da das Land für die Jahre 2006 bis 2010 die Finanzhilfen an die Universitäten in Fortschreibung des Haushaltes 2005 zur Verfügung stellt.
Diese Vereinbarung, die bis zum Jahr 2010 bestehen soll, bietet der TiHo die Chance **langfristige strukturelle Maßnahmen** einzuleiten. Nach den 2004 eingeleiteten Sparmaßnahmen haben die Institute und Kliniken der TiHo nun die Möglichkeit ihre Personalplanung im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel selbst zu bestimmen. Die Mittelverteilung an die Einrichtungen erfolgt leistungsorientiert auf der Basis von Leistungsindices, die über Drittmitteleinnahmen ermittelt werden.

Die Hochschulentwicklungskommission der TiHo hat 2005 begonnen die Leitlinien und Forschungsschwerpunkte der TiHo zu prüfen und ggf. neu zu definieren. Diese beinhalten ebenso die künftige Planung der Ausrichtung und Besetzung von Professuren und die damit verbundene Verwendung des Innovations- und Berufungspools. Hierbei sind Verpflichtungen der TiHo zur Erfüllung des Curriculums im Studium der Tiermedizin (TAppO) zu berücksichtigen.

Die Diskussionen zur künftigen strukturellen Ausrichtung der TiHo wurden begleitet von der Ausschreibung der **Exzellenziniative** durch den Bund und die Länder, die den Hochschulen die Möglichkeit bietet, ihre Forschungsschwerpunkte dazustellen und finanziell zu stärken. Die TiHo hat sich als Kooperationspartner in drei Exzellenziniativen und mit einem Antrag auf Ausbau der vorhandenen Graduate School an der Ausschreibung beteiligt. Die im Jahr 2005 begonnenen Diskussionen zur Festlegung des Profils der TiHo werden im Zuge der möglichen Zuschläge innerhalb der Exzellenziniative im kommenden Jahr fortgesetzt werden.

Die **Weiterentwicklung des Einkaufskonzepts** wurde im Jahr 2005 verstärkt vorangetrieben. Grundsätzlich wurde den Hochschuleinrichtungen das Konzept des Einkaufs durch Festlegung der Kriterien für den operativen und strategischen Einkauf bekannt gemacht. Das Konzept sieht vor, dass der zentrale Einkauf in der Verwaltung für den Abschluss von Rahmenverträgen in Bereichen zuständig ist, die zur Vereinheitlichung geeignet sind und in denen mit einem wirtschaftlicheren Einkauf zu rechnen ist. Die wichtigsten Ausschreibungen, die z.T. gemeinsam mit anderen Hochschulen oder Behörden durchgeführt wurden, betrafen den Abschluss von Rahmenverträgen für allgemeine Gebrauchsmateralien wie Papier, Reinigungsmittel, Tinte und Toner auch auch Verträge für Standardcomputer, Beamer oder Kopiergeräte.

2. Personal

Es war vom Niedersächsischen Landesrechnungshof angeregt worden, die in Nebentätigkeit des Klinikdirektors ausgeübte Privatpraxis zugunsten eines **Chefarztvertrages** aufzugeben. Zunächst mussten die rechtlichen Voraussetzungen für den Abschluss eines Chefarztvertrages im Bereich der Tiermedizin geschaffen und die Klinikdirektoren von dem neuen Modell überzeugt werden. So gelang es im Jahr 2005 Chefarztverträge mit Klinikdirektoren zu schließen, so dass es damit an der TiHo keinen zur privaten ambulanten und stationären Behandlung berechtigten Klinikdirektor mehr gibt und die Nebentätigkeits- und Nutzungsentgeltproblematik endgültig beendet werden konnte.

3. Forschung

Die **Forschungsschwerpunkte** der TiHo wurden 2005 diskutiert und anhand von Leistungskriterien wie Drittmitteleinnahmen, Publikationen und Kooperationen überprüft. Eine Neufestlegung der Forschungsschwerpunkte wird 2006 erfolgen.
Die TiHo weist in ihren Forschungsprojekten viele nationale und internationale **Kooperationen** auf und strebt die Verstärkung dieser auf diversen Gebieten im breiten Spektrum der Tiermedizin an. Die **Drittmitteleinnahmen für Forschung** lagen 2005 mit 8,3 Mio. EUR (Zahlungseingänge) erneut höher als in den vergangenen Jahren. Neben Landes- und Industriemitteln hat die Förderung durch die DFG mit 2,6 Mio. EUR den größten jährlich steigenden Anteil an den Gesamtdrittmitteln.

4. Lehre

Zur **Intensivierung der praktischen tierärztlichen Ausbildung** hat an der Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover zum Wintersemester das „praktische Jahr“ für die Studierenden mit seinem klinischen Teil begonnen (Einführung WS 2004/05). Insgesamt haben 230 Studierende am praktischen Semester teilgenommen, davon waren 92 Studierende in der Klinik für kleine Haustiere, 62 Studierende in der Klinik für Rinder, 26 bzw. 25 Studierende in der Klinik für kleine Klauentiere bzw. Klinik für Pferde. In den Parakliniken haben insgesamt 25 Studierende am praktischen Semester teilgenommen, wobei hier allein 15 Studierende einen Zyklus in der Pathologie gewählt haben.
Erste Ergebnisse einer Evaluation über das praktische Jahr belegen, dass das praktische Semester erfolgreich verlaufen ist und positiv aufgenommen worden ist.

Die jährliche **Evaluierung** von Lehrveranstaltungen durch die Studierenden erfolgt im Online-Verfahren als Verpflichtung bei der Einschreibung in Wahlpflichtkurse im folgenden Semester. Aus den Anregungen im allgemeinen Teil hat die TiHo **Maßnahmen** eingeleitet, die u.a. die Erweiterung des Online-Services auf den TiHo-Intranetseiten, die Einrichtung eines Raumes mit Computerplätzen und Tischen zum Selbststudium am Bischofsholer Damm oder den Einsatz von Korrespondenz über E.-mail in der Bibliothek umfassen.

Die Entwicklung und der Einsatz von **E-learning** (computergestütztes oder internetbasiertes Lernen) an der TiHo innerhalb der Lehre und der Fortbildung wurden verstärkt.
Den Studierenden wird bereits eine Sammlung von computerbasierten Lernprogrammen und Vorlesungen im Internet zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig werden mit Hilfe eines E-learning Beraters an der TiHo verstärkt Programme entwickelt und in das Curriculum eingebunden. Auch werden an der Hochschule gehaltene Vorträge ins Netz gestellt und sind elektronisch abrufbar.

Kurzfassung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts 2005

5. Internationale Kontakte

Zum einen nehmen ausländische Studierende an Austauschprogrammen der EU und des DAAD wie ERASMUS, IAESTE, Sandwich etc. teil, zum anderen bietet die TiHo ausländischen Studierenden die Möglichkeit zur Teilnahme an Praktika. Außerdem besteht reger Austausch zwischen den Studierenden der 21 Partneruniversitäten und der TiHo, sowie Aufenthalte von ausländischen Gastwissenschaftlern oder Kurzzeitstipendiaten. Die internationalen Projekte an der TiHo wurden vom DAAD im Jahr 2005 mit insgesamt 319.047 EUR gefördert.
Gemeinsam mit dem Akademischen Auslandsamt haben die Studierenden der TiHo im Juni 2005 einen internationalen **Studierendenkongress** „World Wide Vets“ mit dem Thema „From Farm to Fork“ veranstaltet. Insgesamt nahmen 41 Studierende zum Teil in Begleitung ihrer Dozenten aus 16 verschiedenen Ländern teil.

6. Finanzielle Lage

Der im Entwurf vorliegende Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2005 weist einen Jahresüberschuss von 2,45 Mio. EUR sowie eine Zunahme des Bilanzgewinns um 2,26 Mio. EUR auf 9,88 Mio. EUR aus. Unter Berücksichtigung der zusätzlichen Kürzung durch die zweite Rate des Hochschuloptimierungskonzeptes ist dieses Ergebnis ebenso positiv zu bewerten wie die Vorjahre.
Zu diesem Ergebnis haben auch folgende außerordentlichen Einflüsse beigetragen:

- Höher nicht verwendete Mittel der Hochschuleinrichtungen aus den Dienstleistungseinnahmen, die den Einrichtungen in den Folgejahren zusätzlich zur Verfügung stehen.
- Erträge aus der Umsatzsteuererstattung sowie der Auflösung von Umsatzsteuerverbindlichkeiten für das Wirtschaftsjahr 2003 und
- Verminderung der Rückstellungen für die Altersteilzeit und den nicht genommenen Urlaub.

Dieser Sachstand führt dazu, dass das Ergebnis des Wirtschaftsjahres 2005 nicht in die Folgejahre fortgeschrieben werden kann. Hinzu kommt, dass der Hochschule im Wirtschaftsjahr 2006 die Mittel für Bauunterhaltungsmaßnahmen um 1,3 Mio. Euro gekürzt wurden und die anerkannte Korrektur auch für das Wirtschaftsjahr 2007 nur teilweise erfolgt ist.
Aus dem bereits erwähnten Zukunftsvertrag ergeben sich für die Hochschulen hinsichtlich zukünftiger Tarifsteigerungen Risiken, da bei Besoldungs- und Tarifanpassungen 0,8% je Anpassung von den Hochschulen selbst zu finanzieren sind. Aufgrund des abgeschlossenen Tarifvertrages sind zusätzliche Belastungen hieraus erst zum 01.01.2008 zu erwarten.

Kennzahlen zur „Wirtschaftsplan-/Jahresabschluss-/Bilanzsystematik“

Kennzahl 1	Finanzhilfe + Verwaltungskostenbeiträge	48.352.666	0,719
	Gesamtaufwand	67.275.131	
Kennzahl 2	Finanzhilfe + Verwaltungskostenbeiträge	48.352.666	0,697
	Gesamtertrag	69.352.226	
Kennzahl 3	Sondermittel	1.250.548	0,018
	Gesamtertrag	69.352.226	
Kennzahl 4	Drittmittel	5.733.410	0,083
	Gesamtertrag	69.352.226	
Kennzahl 5	Personalaufwand	40.982.009	0,609
	Gesamtaufwand	67.275.131	
Kennzahl 6	Personalaufwand	40.962.009	0,847
	Finanzhilfe + Verwaltungskostenbeiträge	48.352.666	
Kennzahl 7	Sachaufwand	24.910.971	0,370
	Gesamtaufwand	67.275.131	
Kennzahl 8	Sachaufwand	24.910.971	0,525
	Finanzhilfe + Verwaltungskostenbeiträge	48.352.666	
Kennzahl 9	(Eigenkapital + Sonderposten) * 100	11.994.074.204	114,672
	Anlagevermögen	104.594.423	
Kennzahl 10	Anlagevermögen	104.594.423	3,591
	Umlaufvermögen	29.124.038	

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 5**
zu Kapitel 0621

Zielvereinbarung 2005 – 2008 (Zusammenfassung)

1. Forschungsschwerpunkte

- Infektionsmedizin (Zentrum für Infektionsbiologie, PhD, SFB),
- Klinische Forschung am Nutztier und am Individualtier (Kleintiere, Pferd),
- Systemische Neurowissenschaften (Zentrum für Neurowissenschaften, PhD),
- Tiergesundheit und Lebensmittelwissenschaften: Ausbau gegenüber 2004, Gründung des virtuellen Zentrums „Tierge sundheit und Lebensmittelqualität“ in Niedersachsen an der Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover (Tierschutz, Lebensmittelqualität und –sicherheit, Verbraucherschutz).

2. Studium und Lehre

- Der zum WS 2006/07 gestartete Master-Studiengang „Animal Biology“ der Stiftung TiHo befindet sich in der Akkreditierungsphase. Die Umstellung auf konsekutive Studiengänge in der Veterinärmedizin ist derzeit vom Gesetzgeber nicht geplant,
- Ausbau der Qualifizierung der Studierenden der Veterinärmedizin für die Vielfalt ihrer Berufsfelder,
- Einführung des Praktischen Jahres: Intensivierung der praktischen Ausbildung durch Bündelung der Praxisabschnitte innerhalb und außerhalb der TiHo.

3. Nachwuchsförderung

Förderung des Hochschullehrernachwuchses, auch in Kooperation mit anderen Hochschulen, insbesondere den Universitäten Göttingen und Hannover sowie der MHH, oder außeruniversitären Forschungseinrichtungen:

- Förderung der Juniorprofessuren und der Habilitationen,
- Erhöhung des Professorinnenanteils durch Förderung und Motivation promovierter Wissenschaftlerinnen zur Einschlagung einer wissenschaftlichen Laufbahn.

4. Internationalisierung

- Erhaltung und weiterer Ausbau der internationalen Kontakte,
- Verstärkte Anwerbung von ausländischen Studierenden für die Promotionsstudiengänge (PhD),
- Gewinnung von ausländischen Gastwissenschaftlern und –dozenten,
- Aufbau von Alumni- und Nachkontaktprogrammen zu ausländischen Absolventen.

5. Finanzierung

Finanzhilfe 2007	**49.639.000 EUR**
Darin enthalten:	
Bauunterhaltung	1.836.550 EUR
Geräte unter 125.000 EUR	458.000 EUR.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0622 Hochschule für Bildende Künste Braunschweig (Landesbetrieb)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 10-8	135	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender **** Abweichend von § 15 Abs.1 S. 1 LHO (Bruttoprinzip) ist der Nettobetrag veranschlagt.*		59	47	+12	24
111 15-9	135	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		204	204	—	180
121 02-2	135	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	149
		A U S G A B E N					
682 01-6	135	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03 und 891 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	10 10	13.113	12.816	+297	12.705
682 03-2	135	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.*	—	257	78	+179	221
682 39-3	135	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	13	15	–2	13
891 01-4	135	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebes *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.*	—	72	72	—	74
		<u>Abschluss Kapitel 0622</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		263	251	+12	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		263	251	+12	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	10 10	13.383	12.909	+474	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	72	72	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	10 10	13.455	12.981	+474	
		Zuschuss		13.192	12.730	+462	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0622

Die Hochschule für Bildende Künste Braunschweig wird seit dem 01.01.2001 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt.

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

Zu 682 01

Die finanzielle Obergrenze nach § 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG beträgt für das Geschäftsjahr 2007 4 160 888 EUR.

Von dem Ansatz dürfen 1 082 680 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten 1 061 000 EUR sowie Beiträge zur Berufsgenossenschaft – Landesunfallkasse 21 680 EUR).

Von dem Ansatz dürfen 1 188 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Nutzungsentgelt an den Landesliegenschaftsfonds).

Dem Studentenwerk Braunschweig werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich in 1000 EUR
Mensa	733	8,8 EUR

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	153	10	—	163
2008	87	—	10	97
2009	87	—	—	87
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	327	10	10	347

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule für Bildende Künste Braunschweig

für das Geschäftsjahr 2007

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der gemäß § 26 LHO vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Betriebsanweisung für die Hochschulen in staatlicher Trägerschaft des Landes Niedersachsen vom 23.Juli 2003

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 22

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule für Bildende Künste Braunschweig

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Lizenzen an Rechten und Werten		19 000	
- Bebaute Grundstücke			
- Unbebaute Grundstücke			
- Gebäude			
- Maschinen und Anlagen		159 000	187 477
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,	72 000	53 000	74 000
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			
Summe 1.:	72 000	231 000	261 477
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Lizenzen an Rechten und Werten			
- Gebäude			
- Maschinen und Anlagen			
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,			
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			
Summe 2.:			
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan			
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)			
- Ablieferungen an den Landeshaushalt			
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)			
Summe 3.:			
Summe I.:	72 000	231 000	261 477
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan			
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)			
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren			
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)			
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• aus Fachkapitel	72 000	72 000	74 000
• aus Sondermitteln		159 000	187 477
• Baumittel (Rahmenplan)			
- Andere öffentliche Zuschussgeber			
Summe 1.:	72 000	231 000	261 477
2. Negativer Überleitungsbetrag			
Summe II.:	72 000	231 000	261 477

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPl) sind.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 22

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule für Bildende Künste Braunschweig

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
- aus Fachkapitel	13 383 000	12 909 000	13 039 010
- aus Sondermitteln	160 000	160 000	175 974
Summe 1.:	13 543 000	13 069 000	13 214 984
2. Erträge aus Studienbeiträgen einschl. Zinserträge	925 000		
Summe 2.:	925 000		
3. Anteil an den Studiengebühren Langzeitstudierender	42 000	42 000	44 000
Summe 3.:	42 000	42 000	44 000
4. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse			
- Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	95 000	80 000	66 376
- Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	62 000	60 000	64 133
- Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten	50 000	2 000	57 625
Summe 4.:	207 000	142 000	188 134
5. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	20 000	10 000	34 658
Summe 5.:	20 000	10 000	34 658
6. Andere aktivierte Eigenleistungen:			
Summe 6.:			
7. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Erstattung von Personalaufwendungen			63 989
- Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	30 000	30 000	32 074
- Erlöse aus Nebenbetrieben	1 000	1 000	113
- Betreuung von Studierenden	30 000	30 000	32 735
- Gebühren und gebührenähnliche Erträge	59 000	75 000	63 488
- Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	2 000	2 000	2 920
- Nebenerlöse aus der Abgabe von Energie, Nebenkosten etc.	12 000	10 000	12 000
- Spenden	4 000	5 000	4 004
- Erträge aus Schadensersatzleistungen			1 108
- Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	600 000	600 000	641 014
- Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	2 000	1 000	5 523
- Auflösung von Rückstellungen	100 000	115 000	155 000
- Periodenfremde Erträge	1 000	1 000	2 056
- Übrige Erträge	20 000	30 000	28 020
Summe 7.:	861 000	900 000	1 044 044
8. Zinserträge und ähnliche Erträge:			
Summe 8.:			
Summe I.:	15 598 000	14 163 000	14 525 819
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	37 000	50 000	8 954
- Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	250 000	155 000	175 382
- Aufwendungen für bezogene Leistungen			
• Unteraufträge in Drittmittelvorhaben	70 000	75 000	63 459
• Werkverträge	70 000	75 000	41 366
• Wissenschaftliche Dienstleistungen	100 000	89 000	87 404
- Weiterleitung von Forschungsmitteln			
- Sonstige bezogene Leistungen			
- Sachaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	17 000	16 000	
Summe 1.:	544 000	460 000	376 565

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 22

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule für Bildende Künste Braunschweig

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
2. Personalaufwand:			
2.1. Entgelte, Vergütungen und Besoldung			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	3 237 500	3 431 700	3 152 462
- Entgelte des Tarifpersonals	3 648 000	3 544 400	3 352 902
- Studentische und wissenschaftlich - künstlerische Hilfskräfte	275 000	265 000	236 752
- Lehrstuhlvertretungen	30 000		22 211
- Ausbildungsvergütungen	60 000	56 000	54 406
- Sonstige Vergütungen		2 000	
- Personalaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	10 000	10 000	
Summe 2.1.:	7 260 500	7 309 100	6 818 733
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für das Tarifpersonal	893.000	784.000	763.344
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	1 061 000	1 254 400	1 030 959
- Zuführung zum Sondervermögen Nds. Landesversorgungsrücklage	20 000	20 000	17 831
- Emeritenbezüge		68 000	37 609
- Sonstige soziale Leistungen an das Tarifpersonal aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	302 000	246 700	279 792
- Nachversicherung ausscheidender Beamter			
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	177 000	191 000	141 800
- Beihilfen für das Tarifpersonal			118
- Trennungsgeld und Umzugskosten	25 000	7 600	18 312
- Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	21 700	21 400	20 000
Summe 2.2.:	2 499 700	2 593 100	2 309 764
Summe 2.:	9 760 200	9 902 200	9 128 497
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
- Immaterielle Vermögensgegenstände	55 000	50 000	56 294
- Grundstücke und Bauten			
- Technische Anlagen und Maschinen	450 000	510 000	408 014
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	200 000	140 000	173 817
Summe 3.:	705 000	700 000	638 124
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
- Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen			
• Bauunterhaltung	325 000	78 000	289 423
• Aufwendungen für Wartung	77 000	60 800	67 250
- Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
• Energie	190 000	190 000	118 995
• Heizung	155 000	135 300	115 583
• Wasser- und Abwasser	32 600	25 500	26 562
• Entsorgung	45 000	52 000	40 355
-Aufwendungen für Reparatur und Instandhaltungsmaterial			
• Bauunterhaltung	200 000	23 000	136 031
• Sonstige	10 000	18 000	7 972
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
• Mieten, Pachten, Erbbauzins	1 450 000	1 438 000	1 443 457
• EDV-Dienstleistungen	52 000	35 000	25 978
• Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	73 000	50 000	63 273
• Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	68 000	64 000	68 523

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 22

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule für Bildende Künste Braunschweig

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
noch 4.1:			
• Sonstige Gebühren	2 000		1 861
• Fremdreinigung und Entsorgung	230 000	205 000	210 056
• Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitsicherheit	3 000	3 000	2 070
- Gebühren und Beiträge	4 000		2 956
- Sonstige Fremdleistungen	85 000	5 000	80 327
Summe 4.1.:	3 001 600	2 382 600	2 700 672
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	80 000	95 000	56 789
- Aufwendungen für Kommunikation			
• Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	110 000	110 000	96 559
• Reisekosten	53 000	54 000	44 204
• Porto	40 000	40 000	33 902
• Öffentlichkeitsarbeit	40 000	50 000	32 747
• Gästebewirtung und Repräsentation	7 000	5 000	5 638
Summe 4.2.:	330 000	354 000	269 839
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Vergütungen für Lehraufträge	150 000	110 000	142 042
- Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	190 000	42 000	176 325
- Fort- und Weiterbildung	10 000	10 000	8 458
- Personaleinstellung, -umsetzung, -entlassung	30 000	9 000	26 554
- Übrige Personalaufwendungen	125 000	3 000	105 550
Summe 4.3.:	505 000	174 000	458 929
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	3 000		2 888
- Schadensersatzleistungen	2 500		2 263
- Abschreibungen auf Forderungen	1 000		852
- Periodenfremde Aufwendungen	19 000		68 697
- Sicherung der Gebäude	30 000	26 000	27 039
- Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	185 000	150 000	168 586
- Aufwendungen für Mitgliedschaften	6 500	6 000	6 311
- Zuführungen Sonderposten für Investitionszuschüsse	440 000		468 422
- Andere sonstige betriebliche Aufwendungen	50 000		
Summe 4.4.:	737 000	182 000	745 058
Summe 4.:	4 573 600	3 092 600	4 174 498
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:			109
Summe 5.:			109
Summe II.:	15 582 800	14 154 800	14 317 793
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	15 200	8 200	208 026
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge			
Summe 1.:			
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
Summe 2.:			
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)			

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 22

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule für Bildende Künste Braunschweig

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer			
- Gewerbeertragssteuer			
- Kapitalertragssteuer			
- Umsatzsteuer	15 000	8 000	13 650
Summe 1.:	15 000	8 000	13 650
2. Sonstige Steuern:			
- Kraftfahrzeugsteuer	200	200	354
- Grundsteuer			
Summe 2.:	200	200	354
Summe VI.:	15 200	8 200	14 004
VII Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)			**194 022**

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
2. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistung eigener Art gewährt werden.
3. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes.
4. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
5. Die Sekretärin des/der Präsident(en)/-in ist für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Die für die Dauer ihrer Tätigkeit eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 2**

zu Kapitel 06 22

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2007

		Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
1.	Erträge aus Finanzhilfen und Zuschüssen für laufende Aufwendungen			
a)	des Landes Niedersachsen aus Mitteln des Erfolgsplans	13 383 000	12 909 000	13 039 009
b)	des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln	160 000	160 000	175 974
c)	von anderen Zuschussgebern	120 000	80 000	127 191
Zwischensumme 1.:		13 663 000	13 149 000	13 342 174
2.	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen zur Finanzierung von Investitionen			
a)	des Landes Niedersachsen aus Mitteln des Finanzplans	72 000	72 000	74 000
b)	des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln		159 000	187 476
c)	von anderen Zuschussgebern			
Zwischensumme 2.:		72 000	231 000	261 476
3.	Erträge aus Entgelten	120 000	104 000	121 758
4.	Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	20 000	10 000	34 657
5.	Andere aktivierte Eigenleistungen			
6.	Sonstige betriebliche Erträge	1 800 000	900 000	1 081 022
	(davon aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse)	620 000		641 014
7.	Sachaufwand für den Lehr- und Forschungsbetrieb			
a)	Aufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmittel, Materialien und bezogene Waren	500 000	230 000	325 379
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	700 000	430 000	550 268
c)	Aufwendungen im Rahmen d. Innovations- u. Berufungspools	17 000		
Zwischensumme 7.:		1 217 000	660 000	875 647
8.	Personalaufwand			
a)	Löhne und Gehälter	7 400 000	7 400 000	7 231 301
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2 500 000	2 210 000	2 319 284
	(davon für Altersversorgung)	1 400 000		1 394 023
c)	Aufwendungen im Rahmen d. Innovations- u. Berufungspools	10 000		
Zwischensumme 8..		9 910 000	9 610 000	9 550 585
9.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	705 000	701 850	638 123
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3 842 800	3 422 000	3 302 179
	(davon aus der Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse)			468 422
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			
12.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen			65
13.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**200**	**150**	**474 488**
14.	Sonstige Steuern	200	150	354
15.	Jahresergebnis			**474 134**
16.	Gewinn-/Verlustvortrag			- 219 260
17.	Entnahme aus / Einstellung in Rücklagen/Veränderung Nettoposition			34 762
18.	Bilanzergebnis			**289 636**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 3**

zu Kapitel 06 22

Vereinfachte Kapitalflussrechnung

			2005 Tsd. EUR
1.		Periodenergebnis vor ausserordentlichen Posten	272
2.	+/-	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	638
3.	+/-	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	101
4.	+/-	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	- 181
		Veränderungen des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	
5.	-/+	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- 2
6.	-/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen sowie anderer Aktiva,	38
		die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	
7.	+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva,	- 161
		die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	
8.	**=**	**Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1. bis 7.)**	**705**
9.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	
10.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	6
11.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 459
12.	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	- 9
13.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	
14.	-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der	
		kurzfristigen Finanzdisposition	
15.	**=**	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 9. bis 14.)**	**- 462**
16.	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten (einschl. Finanzierung Anteile)	
17.	-	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	
18.	**=**	**Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 16. und 17.)**	
19.	**=**	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe der Zeilen 8., 15. und 18.)**	**243**
20.	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	2 432
21.	**=**	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 19. und 20.)**	**2 675**

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2 675
abzüglich: Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 4**

zu Kapitel 0622

Kurzfassung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts 2005

1. **Kurzbeschreibung der Gewinn- und Verlustrechnung für das abgelaufenen Geschäftsjahr und Vergleich mit den Plandaten des laufenden und zukünftigen Jahres, insbesondere**

a**) Landeszuschuss ggf. mit kurzer Erläuterung der Zahlsicht des Landes und Ertragssicht des Wirtschaftsplanes:**
Die Zuführungsmittel des Landes sind 2007 im Vergleich zu 2005 und 2006 durch die Erstattung der Forderungen aus den Jahresabschlüssen 2002 und 2003 erhöht.

b) **Sondermittel des Landes:**
Es wird erwartet, dass die Sondermittelzuführung unverändert bleibt.

c**) Drittmitteleinwerbung:**
Die erwartete Verbesserung der Drittmitteleinwerbungen lässt sich derzeit noch nicht in konkreten Zahlen belegen.

d**) Personalaufwand:**
Es sind zunehmende Personalkosten zu erwarten, da bisher nur teilweise in Anspruch genommene Stellen demnächst besetzt werden.

e) **Sachaufwand für Forschung und Lehre:**
Die Hochschule wird künftig eine weitere Reduzierung der ohnehin knappen Mittel für den Sachaufwand bewältigen müssen (Reuzierung der Mittel für die Bauunterhaltung auf nur noch ein Drittel des bisherigen nicht auskömmlichen Ansatzes, Erhöhung der Mehrwertsteuer in 2007, Energiekostensteigerungen); ein Ausgleich durch Studienbeiträge ist rechtlich nicht zulässig.

f) **Abschreibungen:**
Aufgrund der Abschreibungsregelungen ist bei unzureichenden Investitionsmitteln ein weiterer Rückgang der Buchwerte „planmäßig".

g) **Jahresergebnis:**
Nach dem negativen Jahresergebnis 2004 zeigt die derzeitige Prognose, dass ein Ausgleich in 2005 erreicht werden kann.

h) **ggf. weitere Kennzahlen:**
s. sep. Anlage

2. **Darstellung des Bilanzergebnisses unter Berücksichtigung von Rücklagen – Vorgängen:**
Das vorl. Pos. Bilanzergebnis 2005 (rd. 272 TEUR) ergibt sich insbesondere aus der Teilauflösung der Rücklagen für die auslaufende Betreuung der Lehramtsstudiengänge.

3. **Erläuterung des Cashflow – Ergebnisses:**
Der Bestand an Finanzmitteln auf dem LHK - Abrechnungskonto von rd. 2,68 Mio. EUR entspricht annähernd dem Wert in den Vorjahren (2,43 Mio. EUR 2004). Er enthält neben den Verbindlichkeiten des Landesbetriebes von rd. 1,46 Mio. EUR (davon Land Nds. rd. 1,02 Mio. EUR) die Rücklagen für lfd. Maßnahmen und Drittmittel.

4. **Inanspruchnahme der Kreditermächtigung (bei Stiftungen)**: entfällt;
5. **Wert und Entwicklung des Stiftungsvermögens:** entfällt;
6. **Zusammenfassende Würdigung der wirtschaftlichen Situation:** Die Grundfinanzierung (Landeszuschuss) wird mittelfristig nicht mehr ausreichen, alle erforderlichen Aufwendungen abzudecken.

7. Kurze Beschreibung der wesentlichen Veränderungen im Bereich von Forschung, Lehre, Nachwuchsförderung, Kooperationen und Internationalisierung unter besonderer Berücksichtigung der Zielerreichung und Zielabweichung, die sich gegenüber der Zielvereinbarung ergeben haben:

Die Hochschule für Bildende Künste Braunschweig hat in den Zielvereinbarungen erstmalig ihre neue strategische Ausrichtung nach Umsetzung der Sparauflagen des Hochschuloptimierungskonzeptes 2004/2005 zusammenfassend dargestellt. Mit der flächendeckenden Umsetzung des Bologna-Prozesses ergeben sich erhebliche Auswirkungen auf die Studien- und Organisationsstruktur.

Die HBK Braunschweig gliedert sich ab dem 1. Oktober 2005 unterhalb der Senatsebene künftig in drei organisatorischen Einheiten (bisher sechs) mit den folgenden Studiengängen:

Freie Kunst
Reformierter Diplomstudiengang Freie Kunst
Aufbaustudium Bildende Kunst
Polyvalenter Zwei-Fach-Bachelorstudiengang Kunstvermittlung
Polyvalenter Zwei-Fach-Bachelorstudiengang Darstellendes Spiel
Masterstudiengang Kunstvermittlung
Masterstudiengang Lehramt an Gymnasien (Darstellendes Spiel, Kunstvermittlung)

Gestaltung
Bachelorstudiengang Kommunikationsdesign (Haupt- und Nebenfach)
Bachelorstudiengang Industrialdesign (Haupt- und Nebenfach)
Masterstudiengang Design

Kurzfassung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts 2005

Kunst- und Medienwissenschaften
Bachelorstudiengang Kunstwissenschaft (Haupt- und Nebenfach)
Bachelorstudiengang Medienwissenschaften (Haupt- und Nebenfach)
Masterstudiengang Kunstwissenschaft
Masterstudiengang Medienwissenschaften

Zusätzlich zu diesen grundständigen konsekutiven Studienprogrammen wird die HBK Braunschweig Promotionsstudiengänge bzw. PhD-Programme in den Bereichen Design, Kunstwissenschaft und Medienwissenschaften einführen.

Die bisher bestehenden Institute für Kunstwissenschaft und für Medienforschung werden als interdisziplinär ausgerichtete Institute weitergeführt.

Die Empfehlung der wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen aus den Forschungsevaluationsverfahren in den Bereichen Kunstwissenschaft und Medienwissenschaften werden umgesetzt: d.h. weiterer Ausbau der Kunstwissenschaft in ihrer zentralen Stellung im Verbund mit Kunstpraxis, Kunstphilosophie und Medienwissenschaft sowie Profilierung der Medienwissenschaften an der HBK Braunschweig im Sinne einer kulturwissenschaftlich / bildwissenschaftlich orientierten

Kennzahlen 2005:

A) Gesamtaufwand 2005:	14.317 TEUR	davon Personal:	9.550 TEUR
		Sachaufwand:	875 TEUR
		Abschreibungen:	638 TEUR
		Sonst. Aufwand:	3.255 TEUR;
B) Landeszuführungen:	13.298 TEUR	davon lfd. Zuf.:	12.995 TEUR
		Investitionsmittel:	261 TEUR
Sondermittel:	324 TEUR	davon Investition HBFG :	187 TEUR
Drittmittel: rd.	127 TEUR		
Verwaltungskostenbeiträge:	204 TEUR	davon Langzeitgebühren:	68 TEUR
Sonstige betrieb. Erträge:	962 TEUR	davon „Sonderposten“	641 TEUR

Zielvereinbarung 2005 - 2008 (Zusammenfassung) einschließlich 1. Nachtrag zur Zielvereinbarung

Die Hochschule für Bildende Künste Braunschweig hat in der Zielvereinbarung erstmalig ihre neue strategische Ausrichtung nach Umsetzung der Sparauflagen des Hochschuloptimierungskonzeptes 2004/2005 zusammenfassend dargestellt. Mit der flächendeckenden Umsetzung des Bologna-Prozesses ergeben sich erhebliche Auswirkungen auf die Studien- und Organisationsstruktur.

Die HBK Braunschweig gliedert sich unterhalb der Senatsebene künftig in drei organisatorischen Einheiten (bisher sechs) mit den folgenden Studiengängen:

Freie Kunst
Reformierter Diplomstudiengang Freie Kunst
Aufbaustudium Bildende Kunst
Polyvalenter Zwei-Fach-Bachelorstudiengang Kunstvermittlung
Polyvalenter Zwei-Fach-Bachelorstudiengang Darstellendes Spiel
Masterstudiengang Kunstvermittlung
Masterstudiengang Lehramt an Gymnasien (Darstellendes Spiel, Kunstvermittlung)

Design
Bachelorstudiengang Kommunikationsdesign (Haupt- und Nebenfach)
Bachelorstudiengang Industrialdesign (Haupt- und Nebenfach)
Masterstudiengang Design

Kunst- und Medienwissenschaften
Bachelorstudiengang Kunstwissenschaft (Haupt- und Nebenfach)
Bachelorstudiengang Medienwissenschaften (Haupt- und Nebenfach)
Masterstudiengang Kunstwissenschaft
Masterstudiengang Medienwissenschaften

Zusätzlich zu diesen grundständigen konsekutiven Studienprogrammen wird die HBK Braunschweig Promotionsstudiengänge bzw. PhD-Programme in den Bereichen Design, Kunstwissenschaft und Medienwissenschaften einführen.

Die bisher bestehenden Institute für Kunstwissenschaft und für Medienforschung werden als interdisziplinär ausgerichtete Institute weitergeführt.

Das Rechenzentrum der HBK wird in Personalunion von dem Leiter des Rechenzentrums der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel geleitet. Im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung zwischen beiden Hochschulen ist eine langfristige Zusammenarbeit vereinbart. Die Einrichtung für Kommunikations- und Informationstechnik ist weitgehend in das System der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel integriert.

Die Empfehlungen der wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen aus den Forschungsevaluationsverfahren in den Bereichen Kunstwissenschaft und Medienwissenschaften werden umgesetzt: Weiterer Ausbau der Kunstwissenschaft in ihrer zentralen Stellung im Verbund mit Kunstpraxis, Kunstphilosophie und Medienwissenschaft sowie Profilierung der Medienwissenschaften an der HBK Braunschweig im Sinne einer kulturwissenschaftlich / bildwissenschaftlich orientierten Medienforschung.

Die für die HBK Braunschweig im Jahre 2006 vorgesehenen Zuführungen in Höhe von 12,981 Mio. Euro enthalten Mittel für die Bauunterhaltung in Höhe von 78.000 Euro. Die bisher nicht ausreichenden Bauunterhaltungsmittel in Höhe von 221.000 Euro pro Jahr wurden damit um rund 65 % gekürzt.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0623 Hochschule für Musik und Theater Hannover (Landesbetrieb)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 10-1	135	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender **** Abweichend von § 15 Abs. 1 S.1 LHO (Bruttoprinzip) ist der Nettobetrag veranschlagt.*		18	14	+4	40
111 15-2	135	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		189	189	—	146
121 02-6	135	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-0	135	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03 und 891 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	17.046	17.022	+24	16.933
682 03-6	135	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.*	—	174	41	+133	336
682 39-7	135	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
891 01-8	135	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.*	—	209	209	—	209
		Abschluss Kapitel 0623					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		207	203	+4	
		Summe der Einnahmen		207	203	+4	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	17.220	17.063	+157	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	209	209	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	17.429	17.272	+157	
		Zuschuss		17.222	17.069	+153	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0623

Die Hochschule für Musik und Theater Hannover wird seit dem 01. 01.2001 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt.

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

Zu 682 01

Die finanzielle Obergrenze nach § 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG beträgt für das Geschäftsjahr 2007 5 979 236 EUR.

Von dem Ansatz dürfen 1 576 335 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten 1 546 000 EUR sowie Beiträge zur Berufsgenossenschaft – Landesunfallkasse 30 335 EUR).

Von dem Ansatz dürfen 1 530 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Nutzungsentgelt an den Landesliegenschaftsfonds).

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Aufgrund der 1997 üpl. bewilligten Verpflichtungsermächtigung für die Anmietung von Räumen:

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	99	—	—	99
2008	99	—	—	99
2009	99	—	—	99
2010	99	—	—	99
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	396	—	—	396

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule für Musik und Theater Hannover
für das Geschäftsjahr 2007

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der gemäß § 26 LHO vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Betriebsanweisung für die Hochschulen in staatlicher Trägerschaft des Landes Niedersachsen vom 23.Juli 2003

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 0623

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule für Musik und Theater Hannover

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Lizenzen an Rechten und Werten			
- Bebaute Grundstücke			
- Unbebaute Grundstücke			
- Gebäude			
- Maschinen und Anlagen	209 000	209 000	209 000
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,			
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			
Summe 1.:	209 000	209 000	209 000
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Lizenzen an Rechten und Werten			
- Gebäude			
- Maschinen und Anlagen			
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,			
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			
Summe 2.:			
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan			
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)			
- Ablieferungen an den Landeshaushalt			
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)			
Summe 3.:			
Summe I.:	209 000	209 000	209 000
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan			
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)			
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren			
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)			
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• aus Fachkapitel	209 000	209 000	209 000
• aus Sondermitteln			
• Baumittel (Rahmenplan)			
- Andere öffentliche Zuschussgeber			
Summe 1.:	209 000	209 000	209 000
2. Negativer Überleitungsbetrag			
Summe II.:	209 000	209 000	209 000

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPl) sind.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 0623

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule für Musik und Theater Hannover

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
- aus Fachkapitel	17 220 000	17 063 000	17 269 000
- aus Sondermitteln			382 446
Summe 1.:	17 220 000	17 063 000	17 651 446
2. Erträge aus Studienbeiträgen einschl. Zinserträge	1 000 000		
Summe 2.:	1 000 000		
3. Anteil an den Studiengebühren Langzeitstudierender	17 000	17 000	
Summe 3.:	17 000	17 000	
4. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse			
- Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	100 000	68 000	444 635
- Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	50 000	50 000	49 342
- Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten			
Summe 4.:	150 000	118 000	493 977
5. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:			
Summe 5.:			
6. Andere aktivierte Eigenleistungen:			
Summe 6.:			
7. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Erstattung von Personalaufwendungen			64 119
- Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	200 000		202 315
- Erlöse aus Nebenbetrieben	1 500		1 134
- Betreuung von Studierenden			
- Gebühren und gebührenähnliche Erträge	9 000	1 600	9 764
- Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	10 000	4 000	11 950
- Nebenerlöse aus der Abgabe von Energie, Nebenkosten etc.			
- Spenden	70 000	50 000	118 650
- Erträge aus Schadensersatzleistungen	2 000		4 257
- Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	500 000	500 000	
- Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	2 000	3 000	2 573
- Auflösung von Rückstellungen			
- Periodenfremde Erträge			1 440
- Übrige Erträge	30 000	20 000	28 509
Summe 7.:	824 500	578 600	444 711
8. Zinserträge und ähnliche Erträge:			134
Summe 8.:			134
Summe I.:	19 211 500	17 776 600	18 590 268
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	120 000	120 000	102 597
- Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	250 000	250 000	221 429
- Aufwendungen für bezogene Leistungen			
• Unteraufträge in Drittmittelvorhaben			
• Werkverträge	70 000	40 000	72 256
• Wissenschaftliche Dienstleistungen	5 000		5 232
- Weiterleitung von Forschungsmitteln			
- Sonstige bezogene Leistungen			
- Sachaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	5 000	5 000	
Summe 1.:	450 000	415 000	401 514

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 0623

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule für Musik und Theater Hannover

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
2. Personalaufwand:			
2.1. Entgelte, Vergütungen und Besoldung			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	6 270 000	6 690 000	5 315 612
- Entgelte des Tarifpersonals	4 060 000	3 700 000	4 003 690
- Studentische und wissenschaftlich - künstlerische Hilfskräfte	100 000	100 000	122 155
- Lehrstuhlvertretungen			
- Ausbildungsvergütungen			
- Sonstige Vergütungen	10 000	10 000	
- Personalaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	30 000	30 000	
Summe 2.1.:	10 470 000	10 530 000	9 441 457
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für das Tarifpersonal	858.000	800.000	834.735
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	1 546 000	1 909 200	1 607 785
- Zuführung zum Sondervermögen Nds. Landesversorgungsrücklage	35 000	35 000	30 988
- Emeritenbezüge			
- Sonstige soziale Leistungen an das Tarifpersonal aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	380 000	280 000	395 429
- Nachversicherung ausscheidender Beamter			
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	313 000	271 000	226 800
- Beihilfen für das Tarifpersonal			
- Trennungsgeld und Umzugskosten			
- Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	30 400	30 400	30 473
Summe 2.2.:	3 162 400	3 325 600	3 126 210
Summe 2.:	13 632 400	13 855 600	12 567 667
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
- Immaterielle Vermögensgegenstände			20 431
- Grundstücke und Bauten			
- Technische Anlagen und Maschinen	300 000	300 000	278 350
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	200 000	200 000	183 162
Summe 3.:	500 000	500 000	481 943
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
- Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen			
• Bauunterhaltung	174 000	41 000	212 114
• Aufwendungen für Wartung			211 593
- Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung	187 000	164 000	
• Energie			76 345
• Heizung			71 368
• Wasser- und Abwasser			24 234
• Entsorgung			
-Aufwendungen für Reparatur und Instandhaltungsmaterial	188 000	50 000	
• Bauunterhaltung			59 217
• Sonstige			60 987
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
• Mieten, Pachten, Erbbauzins	1 687 000	1 599 000	1 802 802
• EDV-Dienstleistungen			

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 0623

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule für Musik und Theater Hannover

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
noch 4.1:			
• Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	20 000	1 000	34 343
• Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	45 000	47 000	45 509
• Sonstige Gebühren	10 000		
• Fremdreinigung und Entsorgung	100 000	90 000	105 859
• Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitsicherheit			3 541
- Gebühren und Beiträge			
- Sonstige Fremdleistungen			22 495
Summe 4.1.:	2 411 000	1 992 000	2 730 407
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	280 000	100 000	140 117
- Aufwendungen für Kommunikation			
• Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	60 000	40 000	54 132
• Reisekosten	80 000	50 000	102 084
• Porto	45 000	30 000	46 598
• Öffentlichkeitsarbeit	20 000	10 000	31 363
• Gästebewirtung und Repräsentation	5 000	4 000	8 662
Summe 4.2.:	490 000	234 000	382 956
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Vergütungen für Lehraufträge	1 200 000	650 000	1 086 836
- Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	200 000	90 000	115 857
- Fort- und Weiterbildung	10 000	10 000	10 113
- Personaleinstellung, -umsetzung, -entlassung			
- Übrige Personalaufwendungen	60 000	30 000	198 719
Summe 4.3.:	1 470 000	780 000	1 411 525
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	2 100		6 028
- Schadensersatzleistungen			996
- Abschreibungen auf Forderungen			1 549
- Periodenfremde Aufwendungen			2 726
- Sicherung der Gebäude	50 000		44 704
- Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	100 000		109 045
- Aufwendungen für Mitgliedschaften	6 000		5 872
- Zuführungen Sonderposten für Investitionszuschüsse			
- Andere sonstige betriebliche Aufwendungen	100 000		
Summe 4.4.:	258 100		170 920
Summe 4.:	4 629 100	3 006 000	4 695 808
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:			270
Summe 5.:			270
Summe II.:	19 211 500	17 776 600	18 147 202
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)			443 066
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge			
Summe 1.:			
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
Summe 2.:			
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)			

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 0623

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Hochschule für Musik und Theater Hannover

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer			
- Gewerbeertragssteuer			
- Kapitalertragssteuer			
- Umsatzsteuer			17
Summe 1.:			17
2. Sonstige Steuern:			
- Kraftfahrzeugsteuer			107
- Grundsteuer			329
Summe 2.:			436
Summe VI.:			453
VII Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)			**442 613**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Anlage 1
zu Kapitel 06 23

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
2. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistung eigener Art gewährt werden.
3. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
4. Die Sekretärin des/der Präsident(en)/-in ist für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Die für die Dauer ihrer Tätigkeit eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N, Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 2**

zu Kapitel 0623

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2007

		Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
1.	Erträge aus Finanzhilfen und Zuschüssen für laufende Aufwendungen			
a)	des Landes Niedersachsen aus Mitteln des Erfolgsplans	17 220 000	17 063 000	17 362 812
b)	des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln			382 446
c)	von anderen Zuschussgebern	117 000	85 000	493 978
Zwischensumme 1.:		17 337 000	17 148 000	18 239 236
2.	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen zur Finanzierung von Investitionen			
a)	des Landes Niedersachsen aus Mitteln des Finanzplans	209 000	209 000	209 000
b)	des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln			
c)	von anderen Zuschussgebern			
Zwischensumme 2..		209 000	209 000	209 000
3.	Erträge aus Entgelten	1 050 000	50 000	
4.	Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen			
5.	Andere aktivierte Eigenleistungen			
6.	Sonstige betriebliche Erträge	824 500	578 600	1 066 793
	(davon aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse)	500 000	500 000	474 611
7.	Sachaufwand für den Lehr- und Forschungsbetrieb			
a)	Aufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmittel, Materialien und bezogene Waren	450 000	415 000	475 176
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen			624 996
c)	Aufwendungen im Rahmen d. Innovations- u. Berufungspools	5 000		
Zwischensumme 7.:		455 000	415 000	1 100 172
8.	Personalaufwand			
a)	Löhne und Gehälter	10 470 000	10 530 000	10 797 823
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3 162 400	3 325 600	3 126 210
	(davon für Altersversorgung)	1 581 000		1 961 642
c)	Aufwendungen im Rahmen d. Innovations- u. Berufungspools	30 000		
Zwischensumme 8.:		13 662 400	13 855 600	13 924 033
9.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	500 000	500 000	481 943
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	4 803 100	3 215 000	3 280 356
	(davon aus der Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse)	209 000	209 000	209 000
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			
12.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen			461
13.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			**728 064**
14.	Sonstige Steuern			
15.	Jahresergebnis			**728 064**
16.	Gewinn-/Verlustvortrag			
17.	Entnahme aus / Einstellung in Rücklagen/Veränderung Nettoposition			
18.	Bilanzergebnis			**728 064**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 3**

zu Kapitel 0623

Vereinfachte Kapitalflussrechnung

			2005 Tsd. EUR
1.		Periodenergebnis vor ausserordentlichen Posten	341
2.	+/-	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	333
3.	+/-	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	84
4.	+/-	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	
		Veränderungen des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	0
5.	-/+	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	3
6.	-/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen sowie anderer Aktiva,	547
		die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	
7.	+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva,	751
		die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	
8.	**=**	**Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1. bis 7.)**	**2 059**
9.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	
10.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	
11.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 312
12.	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	- 24
13.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	
14.	-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der	
		kurzfristigen Finanzdisposition	
15.	**=**	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 9. bis 14.)**	**- 336**
16.	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten (einschl. Finanzierung Anteile)	
17.	-	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	
18.	**=**	**Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 16. und 17.)**	
19.	**=**	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe der Zeilen 8., 15. und 18.)**	**1 723**
20.	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	1 197
21.	**=**	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 19. und 20.)**	**2 920**

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2 920
abzüglich: Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	

Kurzfassung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts 2005

Das Wirtschaftsjahr 2005 konnte mit einem Bilanzgewinn in Höhe von ca. 250.000 EUR abgeschlossen werden. Damit konnte die HMT zum zweiten Mal in Folge ein positives Ergebnis erreichen.

Das Ergebnis des Jahres 2005 wird im Wesentlichen durch Maßnahmen erreicht, die durch die zu erwartenden Ergebnisse der Wirtschaftsjahre 2006 bis 2008 veranlasst worden sind.

Beginnend mit dem Wirtschaftsjahr 2006 wird die Hochschule für Musik und Theater Hannover im Personalbereich einen Mehraufwand von jährlich mehr als 400.000 EUR zu tragen haben. Dieser resultiert aus Stellen aus dem Programm Uni 2005 sowie weiteren Personalstellen, die bisher aus Sonder- oder zentralen Mitteln finanziert worden sind.

Da ein derartiger Mehrbedarf nicht aus dem laufenden Wirtschaftsplan erwirtschaftet werden kann, hat die Hochschule im Jahre 2004 begonnen, Strategien zu entwickeln, die es ihr ermöglichen, spätestens bis zum Jahre 2009 Umstrukturierungen einzuleiten und abzuschließen, die diesen Haushaltsrisiken entgegen wirken.

Hierfür waren folgende Entscheidungen maßgeblich:

- Einsparungen im Stellenbereich
- Stellenbewirtschaftungsmaßnahmen
- Prüfung bestehender Verträge
- Neustrukturierung insbesondere im Verwaltungsbereich
- Zentralisierung von Ausschreibungsverfahren
- Effizienzgewinne
- Verbesserung der Einnahmesituation

Die eingeleiteten Maßnahmen haben bereits im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 2005 zu positiven Ergebnissen geführt, so dass das Gesamtergebnis als zufriedenstellend betrachtet werden kann. Auch im Jahre 2006 wird auf dieser Grundlage mit einem positiven Ergebnis zu rechnen sein. Allerdings werden die Bilanzgewinne als Rücklage für die in den Jahren 2007 und 2008 zu erwartenden Mehrbelastungen im Personalbereich einzusetzen sein. Das Ergebnis 2005 erlaubt es der Hochschule damit, ihre Strukturentscheidungen an strategischen Zielen auszurichten und erzwingt nach derzeitigem Erwartungsstand keine kurzfristigen Entscheidungen, die den strategischen Zielen zuwiderlaufen.

Es darf jedoch nicht verkannt werden, dass der Landeszuschuss den Finanzierungsbedarf des Stellenplans sowie der Infrastrukturkosten (Energie, EDV etc.) nicht mehr abbildet. Somit wird die Hochschule dauerhaft aus den Sachmitteln die Ressourcen zu erwirtschaften haben, die damit im investiven Bereich nicht mehr zur Verfügung stehen. Dieses schränkt die Entwicklungsmöglichkeiten der HMT dauerhaft erheblich ein.

Insbesondere durch die Umstellung des Ausbildungssystems auf Bachelor/Master, Entwicklungen im EDV- und Medienbereich sowie dem Aufbau wettbewerbsfähiger Strukturen sind Investitionen in größerem Umfange zwingend erforderlich. Trotz erheblicher Verbesserungen im Einnahmebereich können diese finanziellen Ressourcen nicht erarbeitet werden. Da diese Situation mittlerweile an der HMT bereits seit mehreren Jahren besteht, hat sich hier ein Investitionsstau gebildet, dem z.Z. nicht entsprechend begegnet werden kann.

Kurzfassung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts 2005

Kennzahlen:

Finanzhilfe + Verwaltungskostenbeiträge	17.620.725,00 EUR	**97,10%**
zu Gesamtaufwand	18.147.655,00 EUR	
Finanzhilfe + Verwaltungskostenbeiträge	17.620.725,00 EUR	**94,78%**
zu Gesamtertrag	18.590.268,00 EUR	
Sondermittel	382.446,00 EUR	**2,06%**
zu Gesamtertrag	18.590.268,00 EUR	
Drittmittel	444.635,00 EUR	**2,39%**
zu Gesamtertrag	18.590.268,00 EUR	
Personalaufwand	13.979.192,00 EUR	**77,03%**
zu Gesamtaufwand	18.147.655,00 EUR	
Personalaufwand	13.979.192,00 EUR	**79,33%**
zu Finanzhilfe u. Verw.-Kst.Beitr.	17.620.725,00 EUR	
Sachaufwand	4.168.463,00 EUR	**22,97%**
zu Gesamtaufwand	18.147.655,00 EUR	
Sachaufwand	4.168.463,00 EUR	**23,66%**
zu Finanzhilfe + Verw.-Kst. Beiträge	17.620.725,00 EUR	
(EK + Sonderposten) * 100	553.056.776,00 EUR	**100,62**
/ Anlagevermögen	5.496.348,40 EUR	
Anlagevermögen	5.496.348,40 EUR	**1,50**
/ Umlaufvermögen	3.665.981,52 EUR	

Zielvereinbarung 2005 – 2008 (Zusammenfassung)

Die Hochschule für Musik und Theater Hannover (HMTH) sieht in der Förderung der Künste „Musik“ und „Theater“ sowie in deren interdisziplinär wissenschaftlichen Bearbeitung ihre Kernziele. Neben dieser internen Interdisziplinarität sieht sich die HMTH auch als Teil eines Wissenschaftsstandorts, der die Hochschulen in Hannover, Göttingen, Hildesheim und Braunschweig miteinander verbindet. Dabei kommt den wissenschaftlichen Fächern der HMTH eine Brückenfunktion zu dem akademischen Umfeld zu.
Im Rahmen der Künstlerischen Ausbildung wird die HMTH auf internationaler Ebene ihre Kontakte zu anderen Hochschulen ausbauen.
Im Sinne des Bologna-Prozesses wird die HMTH bis zum 31.12.2010 alle Hochschulabschlüsse auf die Bachelor-Master-Struktur umstellen.

Die Studiengänge der HMTH sind voll ausgelastet. Die Zahl der Bewerbungen übersteigt derzeit deutlich das vorhandene Angebot. Die Hochschule sieht deshalb keine Veranlassung, Maßnahmen zur Steigerung der Nachfrage zu ergreifen, erarbeitet aber ein Konzept zur umfassenden Evaluation.
Für die notwendige Verbesserung des Unterrichtsangebotes sowie der räumlichen- und technischen Ausstattung im Bereich der Lehre wird die HMTH den Selbstbehalt aus Studiengebühren einsetzen.

Die Forschungsschwerpunkte der HMTH sind durch einen hohen Grad an Interdisziplinarität geprägt. Im Bereich Musikermedizin und der Systematischen Musikwissenschaft ist die HMTH an einer überregionalen DFG-Forschungsgruppe beteiligt.
Darüber hinaus ist die HMTH Mitglied des Zentrums für systemische Neurowissenschaften im Verbund mit der MHH, TiHo und der Uni Hannover.
Ein besonderer Forschungsschwerpunkt, der durch die VW-Stiftung und die Stiftung Niedersachsen gefördert wird, hat sich im Bereich für interkulturelle musikethnologische Studien herausgebildet.

In Verbindung mit musikhistorischen Forschungsprojekten bilden künstlerische Entwicklungsvorhaben wie Orchesterphasen, Opern- und Kammermusikprojekte sowie Schauspielinszenierungen einen weiteren Arbeitsschwerpunkt.
Die Mitwirkung am Aufbau eines Chorzentrums Hannover betrachtet die HMTH als künstlerisch, pädagogisch und gesellschaftlich notwendige Aufgabe. Die vokale Ausbildung im Kindergarten und in der Schule soll als Grundlage des Musizierens gestärkt werden.
Das Institut zur Frühförderung musikalisch Hochbegabter (IFF) ist im Jahr 2004 mit großem Erfolg evaluiert worden.
Von dem Ausbau der Jazz/Rock/Pop-Abteilung sowie der Einrichtung des Pop-Institutes in Kooperation mit der EU, BMBF und Unternehmen aus der Musikindustrie sind weitere innovative Impulse zu erwarten.
Im Bereich der Medienwissenschaften und der Einrichtung eines Studiengangs „Musikmanagement“ unterstützt die Hochschulleitung die Profilierung und Weiterentwicklung des IJK.

Zur Erfüllung des Gleichstellungsauftrages setzt die HMTH u. a. auf die Integration von sog. „Gender Studies“ in allen Fächern. Es wird angestrebt den Frauenanteil in der Gruppe der Professoren (derzeit 20,4%) zu steigern.

Zur Finanzierung erhält die HMTH im Jahr 2006 einen Landeszuschuss in Höhe von 17.272.000 EUR.
Die Hochschule ist weiterhin bestrebt die Summe der eigenen Einnahmen sowie von Drittmitteln zu erhöhen.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0628 Stiftung Universität Lüneburg

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 12-6	131	Ablieferungen der Stiftung für Studiengebühren Langzeitstudierender **** Abweichend von § 15 Abs. 1 Satz 1 LHO (Bruttoprinzip) ist der Nettobetrag veranschlagt.*		589	463	+126	—
129 01-7	131	Ablieferungen der Stiftungen		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
685 01-7	131	Zuschüsse für laufende Zwecke der Stiftung *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 894 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die Erläuterungen zum Gesamtvolumen für aus Landesmitteln finanziertes Personal und zur Kreditlinie der Stiftung verbindlich.*	75 75	43.720	42.763	+957	—
894 01-5	131	Zuschüsse für Investitionen der Stiftung *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 685 01.*	—	479	461	+18	—
		Abschluss Kapitel 0628					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		589	463	+126	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		589	463	+126	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	75 75	43.720	42.763	+957	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	479	461	+18	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	75 75	44.199	43.224	+975	
		Zuschuss		43.610	42.761	+849	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 685 01

Das im Rahmen der Bemessung der Finanzhilfe nach § 56 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 NHG ermittelte Gesamtvolumen für aus Landesmitteln finanziertes Personal beläuft sich auf 30.074.420 EUR (davon entfallen auf den Tarifbereich 15.746.330 EUR und auf den Besoldungsbereich 14.328.090 EUR).

Gemäß § 57 Abs. 4 NHG ist die Stiftung ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben Kredite vom Kreditmarkt bis zur Höhe von 4.372.000 EUR aufzunehmen. Bei Kreditaufnahmen über mehrere Haushaltsjahre darf diese Summe nicht überschritten werden Eine Erhöhung der Finanzhilfe auf Grund der Kreditaufnahme ist ausgeschlossen.

Die Kreditermächtigung für das Haushaltsjahr 2005 (ohne Fachhochschule Nordostniedersachsen) betrug 2.528.300 EUR und wurde am 31.12.2005 mit 0 EUR in Anspruch genommen, die Kreditermächtigung für das Haushaltsjahr 2006 beträgt 4.276.300 EUR und soll voraussichtlich bis zu einer Höhe von 0 EUR in Anspruch genommen werden.

Nicht verbindliche Erläuterung:

Das Ergebnis der Formelberechnung für 2006 ergibt einen Betrag von +317.827 EUR. Die Buchung erfolgt bei Kapitel 0608 Titelgruppe 68 im Rahmen der unterjährigen Verrechnung.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamt belastung in 1000 EUR
2007	—	75	—	75
2008	—	—	75	75
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	75	75	150

Wirtschaftsplan für die Stiftung Universität Lüneburg
für das Geschäftsjahr 2007

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 0628

Wirtschaftsplan für die Stiftung Universität Lüneburg

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Lizenzen an Rechten und Werten	281 000	281 000	368 961
- Bebaute Grundstücke			
- Unbebaute Grundstücke	15 000	565 000	
- Gebäude			359 983
- Maschinen und Anlagen	221 000	203 000	1 106 882
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,	660 000	660 000	983 895
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			
Summe 1.:	1 177 000	1 709 000	2 819 721
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Lizenzen an Rechten und Werten			78 144
- Gebäude			
- Maschinen und Anlagen			8 457
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,			188 242
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			
Summe 2.:			274 843
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan			
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)			
- Ablieferungen an den Landeshaushalt			
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)			
Summe 3.:			
Summe I.:	1 177 000	1 709 000	3 094 564
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan			2 137 835
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)			
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren			
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)			
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• aus Fachkapitel	479 000	461 000	461 000
• aus Sondermitteln	698 000	1 248 000	495 729
• Baumittel (Rahmenplan)			
- Andere öffentliche Zuschussgeber			
Summe 1.:	1 177 000	1 709 000	3 094 564
2. Negativer Überleitungsbetrag			
Summe II.:	1 177 000	1 709 000	3 094 564

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPl) sind.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 0628

Wirtschaftsplan für die Stiftung Universität Lüneburg

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
- aus Fachkapitel	43 720 000	42 763 000	44 046 218
- aus Sondermitteln	2 800 000	2 800 000	2 808 287
Summe 1.:	46 520 000	45 563 000	46 854 505
2. - Erträge aus Studienbeiträgen einschl. Zinserträge	8 056 000	600 000	
Summe 2.:	8 056 000	600 000	
3. - Verwaltungskostenbeiträge Studierender	1 845 000	1 845 000	1 845 000
Summe 3.:	1 845 000	1 845 000	1 845 000
4. Anteil an den Studiengebühren Langzeitstudierender	455 000	455 000	348 000
Summe 4.:	455 000	455 000	348 000
5. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse			
- Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	4 820 000	4 820 335	3 215 177
- Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	40 000	39 665	46 330
- Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten			
Summe 5.:	4 860 000	4 860 000	3 261 507
6. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:			
Summe 6.:			
7. Andere aktivierte Eigenleistungen:			
Summe 7.:			
8. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Erstattung von Personalaufwendungen			
- Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung			
- Erlöse aus Nebenbetrieben			
- Betreuung von Studierenden			
- Gebühren und gebührenähnliche Erträge	960 000	959 000	1 626 451
- Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung			
- Nebenerlöse aus der Abgabe von Energie, Nebenkosten etc.			
- Spenden	270 000	270 000	414 164
- Erträge aus Schadensersatzleistungen			
- Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse			
- Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens			12 262
- Auflösung von Rückstellungen			12
- Periodenfremde Erträge			
- Übrige Erträge	320 000	320 919	235 034
Summe 8.:	1 550 000	1 549 919	2 287 923
9. Zinserträge und ähnliche Erträge:	110 000	110 081	158 677
Summe 9.:	110 000	110 081	158 677
Summe I.:	63 396 000	54 983 000	54 755 612
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Ware			102
- Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial			
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	1 024 500	1 062 218	1 713 615
• Unteraufträge in Drittmittelvorhaben			
• Werkverträge			

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 0628

Wirtschaftsplan für die Stiftung Universität Lüneburg

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
noch 1.:			
• Wissenschaftliche Dienstleistungen			
- Weiterleitung von Forschungsmitteln			
- Sonstige bezogene Leistungen			
- Sachaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	329 500	324 000	
Summe 1.:	1 354 000	1 386 218	1 713 717
2. Personalaufwand:			
2.1. Entgelte, Vergütungen und Besoldung	14 166 800	14 123 532	13 096 298
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten			
- Entgelte des Tarifpersonals	17 249 000	16 445 393	15 355 494
- Studentische und wissenschaftlich - künstlerische Hilfskräfte	1 276 000	1 276 000	1 161 068
- Lehrstuhlvertretungen			
- Sonstige Vergütungen	250 000	250 000	351 832
- Personalaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	329 500	324 000	
Summe 2.1.:	33 334 800	32 489 055	30 026 991
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für das Tarifpersonal	4.372.296	4.401.866	4.663.738
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	4 304 204	4 536 615	4 375 280
- Zuführung zum Sondervermögen Nds. Landesversorgungsrücklage	102 000	102 000	71 965
- Emeritenbezüge			6 188
- Sonstige soziale Leistungen an das Tarifpersonal aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	189 500	189 248	139 654
- Nachversicherung ausscheidender Beamter			
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	723 000	660 000	600 500
- Beihilfen für das Tarifpersonal			
- Trennungsgeld und Umzugskosten			
- Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	76 800	76 800	79 199
Summe 2.2.:	9 767 800	9 966 529	9 936 524
Summe 2.:	43 102 600	42 455 584	39 963 515
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
- Immaterielle Vermögensgegenstände			
- Grundstücke und Bauten			
- Technische Anlagen und Maschinen			
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung			
Summe 3.:			
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
- Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen			
• Bauunterhaltung	943 000	653 093	644 355
• Aufwendungen für Wartung			
- Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
• Energie	536 000	1 300 000	462 317
• Heizung	838 000		830 391

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 0628

Wirtschaftsplan für die Stiftung Universität Lüneburg

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
noch 4.1:			
• Wasser- und Abwasser	95 000	95 000	95 850
• Entsorgung			
-Aufwendungen für Reparatur und Instandhaltungsmaterial			
• Bauunterhaltung			
• Sonstige	1 631 500	1 642 689	1 903 495
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	81 000	81 000	98 550
• Mieten, Pachten, Erbbauzins	312 500	319 159	234 094
• EDV-Dienstleistungen			
• Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	180 000	180 043	212 890
• Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	207 000	213 000	208 086
• Sonstige Gebühren			
• Fremdreinigung und Entsorgung	1 078 000	1 078 000	894 201
• Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitsicherheit			
- Gebühren und Beiträge			
- Sonstige Fremdleistungen	888 500	1 029 085	615 653
Summe 4.1.:	6 790 500	6 591 069	6 199 882
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	208 500	208 500	168 694
- Aufwendungen für Kommunikation			3 444
• Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	380 000	380 000	321 983
• Reisekosten	642 000	500 000	688 081
• Porto	200 000	200 000	174 461
• Öffentlichkeitsarbeit	77 000	77 000	65 265
• Gästebewirtung und Repräsentation	166 000	166 000	98 968
Summe 4.2.:	1 673 500	1 531 500	1 520 896
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Vergütungen für Lehraufträge	695 000	695 000	814 454
- Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	234 000	233 834	347 083
- Fort- und Weiterbildung	86 500	86 252	56 469
- Personaleinstellung, -umsetzung, -entlassung			21 155
- Übrige Personalaufwendungen			
Summe 4.3.:	1 015 500	1 015 086	1 239 161
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens			
- Schadensersatzleistungen	2 400		2 359
- Abschreibungen auf Forderungen			2 872
- Periodenfremde Aufwendungen	125 000	125 000	273 444
- Sicherung der Gebäude	190 000	190 000	111 520
- Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	8 396 000	1 440 000	577 207
- Aufwendungen für Mitgliedschaften	21 000	20 957	21 618
- Zuführungen Sonderposten für Investitionszuschüsse			
- Andere sonstige betriebliche Aufwendungen	723 500	226 216	45 271
Summe 4.4.:	9 457 900	2 002 173	1 034 291
Summe 4.:	18 937 400	11 139 828	9 994 230
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:			2 144
Summe 5.:			2 144
Summe II.:	63 394 000	54 981 630	51 673 606

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 0628

Wirtschaftsplan für die Stiftung Universität Lüneburg

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	2 000	1 370	3 082 006
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge			
Summe 1.:			
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
Summe 2.:			
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)			
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer			
- Gewerbeertragssteuer			
- Kapitalertragssteuer			
- Umsatzsteuer			
Summe 1.:			
2. Sonstige Steuern:			
- Kraftfahrzeugsteuer	1 000	650	438
- Grundsteuer	1 000	720	511
Summe 2.:	2 000	1 370	949
Summe VI.:	2 000	1 370	949
VII Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)			**3 081 057**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 2**

zu Kapitel 0628

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2007

	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
1. Erträge aus Finanzhilfen und Zuschüssen für laufende Aufwendungen			
a) Finanzhilfe des Landes Niedersachsen	43 720 000	42 763 000	44 046 218
b) des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln	2 800 000	2 800 000	2 808 287
c) von anderen Zuschussgebern	4 300 000	4 300 000	2 266 839
Zwischensumme 1.:	50 820 000	49 863 000	49 121 344
2. Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen zur Finanzierung von Investitionen			
a) Zuschüsse des Landes Niedersachsen für bauliche Investitionen	479 000	461 000	461 000
b) des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln	698 000	1 248 000	495 729
c) von anderen Zuschussgebern			
Zwischensumme 2.:	1 177 000	1 709 000	956 729
3. Erträge aus Entgelten	560 000	561 068	994 747
4. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen			
5. Andere aktivierte Eigenleistungen			
6. Sonstige betriebliche Erträge (davon Erträge aus der Einstellung in Stiftungssonderposten und Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse)	12 016 000	4 558 932	4 639 522
Summe Erträge	**64 573 000**	**56 692 000**	**55 712 342**
7. Sachaufwand für den Lehr- und Forschungsbetrieb			
a) Aufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmittel, Materialien und bezogene Waren	3 005 500	2 942 689	3 196 304
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2 626 500	2 363 311	2 357 970
c) Sachaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools			
Zwischensumme 7.:	5 632 000	5 306 000	5 554 274
8. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	33 934 300	33 093 889	31 188 528
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	9 854 300	10 052 781	10 014 149
(davon für Altersversorgung)	4 304	4 536	4 376
Zwischensumme 8.:	43 788 600	43 146 670	41 202 677
9. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen			
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	15 150 400	8 237 960	8 009 073
(davon aus der Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse)			
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**2 000**	**1 370**	**946 318**
14. Sonstige Steuern	2 000	1 370	3 094
15. Jahresergebnis			**943 224**
16. Gewinn-/Verlustvortrag			
17. Entnahme aus / Einstellung in Rücklagen			
18. Bilanzergebnis			**943 224**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 3**

zu Kapitel 0628

Vereinfachte Kapitalflussrechnung

			2005 Tsd. EUR
1.		Periodenergebnis vor ausserordentlichen Posten	4 037
2.	+/-	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	
3.	+/-	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	
4.	+/-	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge Veränderungen des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	- 47
5.	-/+	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- 12
6.	-/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	- 1 760
7.	+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	2 456
8.	**=**	**Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1. bis 7.)**	**4 674**
9.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	12
10.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	
11.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 3 094
12.	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	
13.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	
14.	-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	
15.	**=**	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 9. bis 14.)**	**- 3 082**
16.	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten (einschl. Finanzierung Anteile)	
17.	-	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	
18.	**=**	**Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 16. und 17.)**	
19.	**=**	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe der Zeilen 8., 15. und 18.)**	**1 592**
20.	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	9 399
21.	**=**	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 19. und 20.)**	**10 991**

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

abzüglich: Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Kurzfassung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts 2005

1.1 Gewinn und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung 2005 ist vorläufig, da wichtige Basisdaten aus dem Abschluss 2004 noch nicht vorliegen (Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Drittmittelgebern, Saldenüberträge und die Aktualisierung der Rückstellungen sind nur teilweise, die endgültige Konteirung der Anlagengüter und die Berechnung der Abschreibung noch nicht erfolgt).

1.1.1 Landeszuschuss

Der Landeszuschuss beträgt 44.046 TEUR. Die Aufgliederung des Landeszuschusses für laufende Aufwendungen stellt sich wie folgt dar:

- laufender Aufwand 43.254 TEUR
- Bauunterhaltung 296 TEUR
- Mutterschutz ca. 35 TEUR
- Investitionen 461 TEUR.

1.1.2 Sondermittel

Die Erträge aus Sondermitteln vom Land betrugen 3.308 TEUR.

1.1.3 Drittmittel

Erträge aus Drittmitteleinwerbungen betrugen im Jahr 2005 ca. 2.266 TEUR (Bund, DFG, EU, DAAD, Sonstige).

1.1.4 Personalaufwand

Der Personalaufwand i.H.v. ca. 41.203 TEUR gliedert sich wie folgt auf:

- Löhne	ca. 598 TEUR
- Gehälter	ca. 15.919 TEUR
- Besoldung	ca. 13.010 TEUR
- Lehraufträge, Gast- Vertretungsprofessuren	ca. 1.514 TEUR
- Sonstige	ca. 63 TEUR
- Soz. Abgaben, Altersvorsorge u. Unterstützungsleistungen	ca. 10.099 TEUR.

1.1.5 Sachaufwand Forschung und Lehre

Der Sachaufwand für Forschung und Lehre beträgt ca. 5.554 TEUR, davon für Materialien und bezogene Waren ca. 3.196 TEUR und bezogene Leistungen ca. 2.358 TEUR.

Materalien und bezogene Waren	
Energie	ca. 1.293 TEUR
Reperatur- und Instandhaltungsmaterial	ca. 639 TEUR
Sonstiges Material	ca. 1.264 TEUR
bezogene Leistungen	
Entwicklung Dritter	ca. 1.096 TEUR
Fremdinstandhaltung	ca. 644 TEUR
Sonstige Aufwendungen f. bez. Leistungen	ca. 409 TEUR

1.1.6 Abschreibungen

Die Abschreibungen für 2005 konnten aufgrund der nicht abgeschlossenen Vorjahre noch nicht ermittelt werden.

1.1.7 Jahresüberschuss

Es ergibt sich ein vorläufiger Jahresüberschuss i.H.v. ca. 943 TEUR. Auf eine Kommentierung wird z.Zt. aufgrund der Vorläufigkeit verzichtet.

1.1.8 Kennzahlen zur „Wirtschaftsplan-/Jahresabschluss-/Bilanzsystematik“

Kennzahl 1	Finanzhilfe + Verwaltungskostenbeiträge	45.891.000	0,89
	Gesamtaufwand	51.675.000	
Kennzahl 2	Finanzhilfe + Verwaltungskostenbeiträge	45.891.000	0,82
	Gesamtertrag	55.712.000	
Kennzahl 3	Sondermittel	3.304.000	0,06
	Gesamtertrag	55.712.000	
Kennzahl 4	Drittmittel	2.267.000	0,04
	Gesamtertrag	55.712.000	
Kennzahl 5	Personalaufwand	41.203.000	0,80
	Gesamtaufwand	51.675.000	
Kennzahl 6	Personalaufwand	41.203.000	0,90
	Finanzhilfe + Verwaltungskostenbeiträge	45.891.000	
Kennzahl 7	Sachaufwand	5.554.000	0,11
	Gesamtaufwand	51.675.000	
Kennzahl 8	Sachaufwand	5.554.000	0,12
	Finanzhilfe + Verwaltungskostenbeiträge	45.903.000	
Kennzahl 9	(Eigenkapital + Sonderposten) * 100		*)
	Anlagevermögen		

Kurzfassung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts 2005

Kennzahl 10	Anlagevermögen Umlaufvermögen	*)

*) noch nicht möglich.

1.2. Die Darstellung des Bilanzergebnisses ist erst möglich nach der Prüfung durch die PWC.

1.3 Erläuterung Cashflow:
Die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Cashflow) beträgt im Jahr 2005 1.592 TEUR. Der Anteil aus laufender Geschäftstätigkeit (ca. 4.674 TEUR) ergibt sich hauptsächlich aus dem Periodenergebnis und der Zunahme von Verbindlichkeiten. Der Cashflow aus Investitionstätigkeit (ca. -3.082 TEUR) entsteht durch die Auszahlungen für Investitionen. Ein Cashflow aus Finanzierungstätigkeit ist nicht vorhanden.

1.4 Inanspruchnahme Kreditermächtigung: Fehlanzeige

1.5 Wert und Entwicklung des Stiftungsvermögens: Fehlanzeige

1.6 Zusammenfassende Würdigung der wirtschaftlichen Situation
(Die zusammenfassende Würdigung der wirtschaftlichen Situation kann erst nach Testierung und Genehmigung des Jahresabschlusses erfolgen.)

2 Kurze Beschreibung der wesentlichen Veränderungen im Bereich Forschung und Lehre, Nachwuchsförderung, Kooperation und Internationalisierung; insbesondere Zielerreichung und Zielabweichung

Grundlage: Zielvereinbarung 2005/06 vom 26.09.2005 – hier: Veränderungen 2005 zu 2006.

Strategische Zielsetzung und mehrjährige Entwicklungsplanung:
Gemäß Hochschuloptimierungskonzept bilden die Universität Lüneburg und die Fachhochschule Nordostniedersachsen seit dem 01.01.2005 die neue Universität Lüneburg. Gemäß Fusionsgesetz wurden bis zum 31.12.2005 für alle bisherigen Diplom- und Magister-Studiengänge akkreditierungsfähige Studiengangsunterlagen vorgelegt. Für die Studiengänge der Lehrerausbildung (1. Staatsexamen) ist die vollständige Überführung in die Bachelor-/Master-Struktur zum Wintersemester 2006/07 vorbereitet.

Entwicklungsfelder und operative Ziele:
Das Studienangebot mit der vereinbarten Aufnahmekapazität zum Studienjahr 2005/06 wurde vorgehalten. Die Zahl der Studienplätze für Studienanfänger/innen in Bachelor- und konsekutiven sowie weiterbildenden Master-Studiengängen, in Diplom-, Magister- und Staatsexamensstudiengängen betrug insgesamt 2.068. Im o.g. Studienjahr erfolgten 2.299 Neu- und Ersteinschreibungen; davon waren 1.982 Studierende im ersten Semester. Die Quote der Bewerbungen pro Studienplatz betrug 4,34 : 1. Die Universität hat 12 Diplom-Studiengänge geschlossen und 13 Bachelor- und Master-Studiengänge neu eingerichtet. Ferner wurden drei weiterführende Studiengänge mit Zertifikatsabschluss eingestellt.

Aufgrund der Fusion von Universität und FH NON zum 01.01.2005 und der seit Ende 2004 stattfindenden Entwicklung eines zukunftsträchtigen Profils für die Bologna-Modell-Universität wurden für die Bereiche Qualität der Lehre, Forschung und Transfer, Internationalisierung, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Erfüllung des Gleichstellungsauftrages keine Vereinbarungen mit der o.g. Zielvereinbarung getroffen. Dies soll im Laufe des Jahres 2006 erfolgen.

Die Universität hat alle 10 vorgehaltenen Ausbildungsplätze besetzt. Die Schwerbehindertenquote sollte von 4,07% auf rd. 5% gesteigert werden; dieses Ziel wurde nicht erreicht. Die Schwerbehindertenquote lag 2005 bei 3,85%.

Zielvereinbarung 2005/06 (Zusammenfassung)

Vorbemerkung

Die Universität Lüneburg und die Fachhochschule Nordostniedersachsen wurden durch Gesetz vom 16.9.2004 zusammengeführt und bilden seit dem 1.1.2005 die neue Universität Lüneburg. Die Universität befindet sich in einem umfassenden Prozess der Neuprofilierung. Vor diesem Hintergrund wurde die Zielvereinbarung zunächst in reduzierter Form – schwerpunkthaft für die Veränderung des Studienangebots und die Finanzierung – für den Zeitraum 2005/06 geschlossen und durch drei Nachträge ergänzt.

Strategische Zielsetzung und mehrjährige Entwicklungsplanung; neue Studiengänge zum WS 2005/06

Die Universität legt gemäß Fusionsgesetz spätestens bis zum 31.12.2005 flächendeckend akkreditierungsfähige Studiengangsplanungen vor, schließt die überwiegende Zahl der im Wintersemester 2004/05 bestehenden Diplom-Studiengänge ab Wintersemester 2005/06 und bietet neue Bachelor-Studiengänge an. Die Akkreditierung dieser Studiengänge wird bis zum 1.6.2006 abgeschlossen.

Zur weiteren fachlichen Spezialisierung entwickelt die Universität konsekutive und weiterbildende Master-Studiengänge, die sukzessive ab Wintersemester 2005/06 starten. Ferner hat die Universität für den Studienstandort Suderburg insgesamt ein tragfähiges Zukunftskonzept entwickelt.

An der Universität stehen zum Wintersemester 2005/06 und Sommersemester 2006 insgesamt 2.068 Studienplätze für Studienanfängerinnen und Studienanfänger in Bachelorstudiengängen, in konsekutiven und weiterbildenden Master-Studiengängen, in Diplom-, Magister- und Staatsexamens-Studiengängen zur Verfügung.

Ausbildungsplätze und Beschäftigung von Schwerbehinderten

Die Universität hält derzeit insgesamt 10 Ausbildungsplätze vor. Die Schwerbehindertenquote beträgt 4,79 % und soll längerfristig mindestens 6 % betragen.

Finanzierung

Die Universität erhält in 2005 eine Finanzhilfe in Höhe von: 44.240.944 EUR.
Die Universität erhält in 2006 eine Finanzhilfe in Höhe von: 43.224.000 EUR.
MWK wird die Zuführung ab 2006 teilweise mit Hilfe eines parametergestützten Verfahrens berechnen. Die Universität geht davon aus, dass es hierdurch zu einer Anpassung (Erhöhung) der Zuführung für 2006 kommen wird.

Die Einnahmen Gebühren/Entgelte für weiterführende Studiengänge und sonstige weiterbildende Angebote – rd. 500.000 EUR in 2005 – stehen der Universität zusätzlich zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung. Ab 2006 werden ferner Einnahmen aus Studienbeiträgen in Höhe von rd. 600.000 EUR erwartet.

Zielvereinbarung 2007 – 2010 (Ausblick)

Aufgrund einer grundlegenden Neuausrichtung der Universität Lüneburg befindet sich die Zielvereinbarung 2007 bis 2010 noch in der Erarbeitung und wird derzeit zwischen MWK und Stiftung Universität Lüneburg abgestimmt. Vorbehaltlich des Abschlusses dieser Zielvereinbarung erhält die Universität in 2007 eine Finanzhilfe in Höhe von 44.199.000 EUR.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0629 Stiftung Universität Hildesheim

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 12-0	131	Ablieferungen der Stiftung für Studiengebühren Langzeitstudierender **** Abweichend von § 15 Abs. 1 Satz 1 LHO (Bruttoprinzip) ist der Nettobetrag veranschlagt.*		99	77	+22	29
129 01-0	131	Ablieferungen der Stiftung		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
685 01-0	131	Zuschüsse für laufende Zwecke der Stiftung *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 894 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die Erläuterungen zum Gesamtvolumen für aus Landesmitteln finanziertes Personal und zur Kreditlinie der Stiftung verbindlich.*	87 87	22.399	21.728	+671	23.154
894 01-9	131	Zuschüsse für Investitionen der Stiftung *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 685 01.*	—	229	201	+28	188
		Abschluss Kapitel 0629					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		99	77	+22	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		99	77	+22	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	87 87	22.399	21.728	+671	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	229	201	+28	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	87 87	22.628	21.929	+699	
		Zuschuss		22.529	21.852	+677	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 685 01

Das im Rahmen der Bemessung der Finanzhilfe nach § 56 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 NHG ermittelte Gesamtvolumen für aus Landesmitteln finanziertes Personal beläuft sich auf 17.641.900 EUR (davon entfallen auf den Tarifbereich 10.485.960 EUR und auf den Besoldungsbereich 7.155.940 EUR).

Gemäß § 57 Abs. 4 NHG ist die Stiftung ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben Kredite vom Kreditmarkt bis zur Höhe von 2.239.900 EUR aufzunehmen. Bei Kreditaufnahmen über mehrere Haushaltsjahre darf diese Summe nicht überschritten werden Eine Erhöhung der Finanzhilfe auf Grund der Kreditaufnahme ist ausgeschlossen.

Die Kreditermächtigung für das Haushaltsjahr 2005 betrug 2.239. 200 EUR und wurde am 31.12.2005 mit 0 EUR in Anspruch genommen, die Kreditermächtigung für das Haushaltsjahr 2006 beträgt 2. 172.800 EUR und soll voraussichtlich bis zu einer Höhe von 0 EUR in Anspruch genommen werden.

Nicht verbindliche Erläuterung:

Das Ergebnis der Formelberechnung für 2006 ergibt einen Betrag von -35.543 EUR. Die Buchung erfolgt bei Kapitel 0608 Titelgruppe 68 im Rahmen der unterjährigen Verrechnung.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamt belastung in 1000 EUR
2007	—	87	—	87
2008	—	—	87	87
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	87	87	174

Wirtschaftsplan für die Stiftung Universität Hildesheim
für das Geschäftsjahr 2007

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 0629

Wirtschaftsplan für die Stiftung Universität Hildesheim

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Lizenzen an Rechten und Werten			
- Bebaute Grundstücke			
- Unbebaute Grundstücke			
- Gebäude			53 650
- Maschinen und Anlagen	229 000	201 000	172 100
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,			21 500
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			
Summe 1.:	229 000	201 000	247 250
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Lizenzen an Rechten und Werten			17 350
- Gebäude			98 370
- Maschinen und Anlagen			197 445
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,			123 750
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			
Summe 2.:			436 915
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan			
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)			
- Ablieferungen an den Landeshaushalt			
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)			
Summe 3.:			
Summe I.:	229 000	201 000	684 165
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan			
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)			
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren			
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)			
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• aus Fachkapitel	229 000	201 000	188 000
• aus Sondermitteln			496 165
• Baumittel (Rahmenplan)			
- Andere öffentliche Zuschussgeber			
Summe 1.:	229 000	201 000	684 165
2. Negativer Überleitungsbetrag			
Summe II.:	229 000	201 000	684 165

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPl) sind.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 29

Wirtschaftsplan für die Stiftung Universität Hildesheim

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
- aus Fachkapitel	22 399 000	21 728 000	22 449 400
- aus Sondermitteln	921 829	1 264 324	2 075 277
Summe 1.:	23 320 829	22 992 324	24 524 677
2. - Erträge aus Studienbeiträgen einschl. Zinserträge	3 300 000		
Summe 2.:	3 300 000		
3. - Verwaltungskostenbeiträge Studierender	615 000	615 000	576 275
Summe 3.:	615 000	615 000	576 275
4. Anteil an den Studiengebühren Langzeitstudierender	84 000	84 000	106 000
Summe 4.:	84 000	84 000	106 000
5. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse			
- Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	955 000	690 000	748 584
- Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	195 000	90 000	169 494
- Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten			
Summe 5.:	1 150 000	780 000	918 078
6. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:			
Summe 6.:			
7. Andere aktivierte Eigenleistungen:			
Summe 7.:			
8. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Erstattung von Personalaufwendungen	70 000	80 000	76 460
- Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	98 126	136 500	153 409
- Erlöse aus Nebenbetrieben	35 300	30 000	43 705
- Betreuung von Studierenden	15 500	15 500	44 843
- Gebühren und gebührenähnliche Erträge	173 000	173 126	199 886
- Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	145 000	200 000	156 759
- Nebenerlöse aus der Abgabe von Energie, Nebenkosten etc.			
- Spenden	75 000	210 000	207 301
- Erträge aus Schadensersatzleistungen			2 817
- Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	371 302	371 302	371 302
- Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	10 200	9 500	
- Auflösung von Rückstellungen			
- Periodenfremde Erträge			1 083
- Übrige Erträge	30 000	30 000	920
Summe 8.:	1 023 428	1 255 928	1 258 485
9. Zinserträge und ähnliche Erträge:	40 000	17 500	47 914
Summe 9.:	40 000	17 500	47 914
Summe I.:	29 533 257	25 744 752	27 431 429
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Ware		100	
- Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	1 430 100	519 000	349 255
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	289 700	295 000	137 669
• Unteraufträge in Drittmittelvorhaben	55 000	50 000	37 901
• Werkverträge	5 000	5 000	

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 29

Wirtschaftsplan für die Stiftung Universität Hildesheim

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
noch 1:			
• Wissenschaftliche Dienstleistungen			
- Weiterleitung von Forschungsmitteln			
- Sonstige bezogene Leistungen			82 488
- Sachaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	286 200	180 000	
Summe 1.:	2 066 000	1 049 100	607 313
2. Personalaufwand:			
2.1. Entgelte, Vergütungen und Besoldung			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	5 983 000	5 983 200	5 025 416
- Entgelte des Tarifpersonals	9 876 653	9 299 810	9 500 375
- Studentische und wissenschaftlich - künstlerische Hilfskräfte	1 362 000	562 000	518 681
- Lehrstuhlvertretungen			
- Sonstige Vergütungen	131 000	131 000	10 315
- Personalaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	225 000	149 000	
Summe 2.1.:	17 613 803	16 166 364	15 096 922
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für das Tarifpersonal	2.566.857	1.984.205	1.976.193
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	2 149 668	2 000 610	1 896 510
- Zuführung zum Sondervermögen Nds. Landesversorgungsrücklage	31 800	31 800	27 957
- Emeritenbezüge			
- Sonstige soziale Leistungen an das Tarifpersonal aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	775 900	690 000	751 866
- Nachversicherung ausscheidender Beamter			
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	200 000	230 700	280 100
- Beihilfen für das Tarifpersonal			
- Trennungsgeld und Umzugskosten	45 000	15 000	
- Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	40 225	39 885	33 284
Summe 2.2.:	5 809 450	4 992 200	4 965 910
Summe 2.:	23 423 253	21 158 564	20 062 832
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
- Immaterielle Vermögensgegenstände	30 000	30 000	27 864
- Grundstücke und Bauten	241 302	241 302	241 302
- Technische Anlagen und Maschinen	40 000	40 000	52 748
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	60 000	60 000	105 626
Summe 3.:	371 302	371 302	427 540
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung		122 000	
- Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen			
• Bauunterhaltung	330 500	287 000	267 880
• Aufwendungen für Wartung	180 000	180 000	122 921
- Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
• Energie	238 000	215 000	237 831

Wirtschaftsplan für die Stiftung Universität Hildesheim

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
noch 4.1:			
• Heizung	176 000	160 000	207 445
• Wasser- und Abwasser	71 500	68 000	70 239
• Entsorgung	39 500	38 000	18 162
-Aufwendungen für Reparatur und Instandhaltungsmaterial			
• Bauunterhaltung	75 900	75 900	19 993
• Sonstige	95 000		29 854
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
• Mieten, Pachten, Erbbauzins	174 000	174 000	174 988
• EDV-Dienstleistungen	75 000	75 000	33 117
• Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	45 000	45 000	31 555
• Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	109 000	110 000	109 502
• Sonstige Gebühren			538
• Fremdreinigung und Entsorgung	297 500	295 000	272 049
• Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitsicherheit	4 502	4 486	3 248
- Gebühren und Beiträge	60 000		32 540
- Sonstige Fremdleistungen	26 500	26 500	14 314
Summe 4.1.:	1 997 902	1 875 886	1 646 176
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	96 500	91 000	89 024
- Aufwendungen für Kommunikation			
• Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	128 900	124 500	88 383
• Reisekosten	140 000	140 000	199 338
• Porto	91 000	91 000	74 473
• Öffentlichkeitsarbeit	33 500	33 500	49 382
• Gästebewirtung und Repräsentation	25 000	25 000	25 181
Summe 4.2.:	514 900	505 000	525 781
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Vergütungen für Lehraufträge	626 100	395 000	379 783
- Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	68 900	25 000	42 721
- Fort- und Weiterbildung	30 000	30 000	34 066
- Personaleinstellung, -umsetzung, -entlassung	35 000	35 000	35 729
- Übrige Personalaufwendungen	1 000	1 000	1 971
Summe 4.3.:	761 000	486 000	494 270
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens			
- Schadensersatzleistungen			2 349
- Abschreibungen auf Forderungen	2 000	2 000	15
- Periodenfremde Aufwendungen	1 000	100	71 742
- Sicherung der Gebäude	35 000	35 000	37 587
- Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	340 000	240 000	274 248
- Aufwendungen für Mitgliedschaften	10 500	10 500	25 045
- Zuführungen Sonderposten für Investitionszuschüsse			
- Andere sonstige betriebliche Aufwendungen	4 200	4 200	5 265
Summe 4.4.:	392 700	291 800	416 251
Summe 4.:	3 666 502	3 158 686	3 082 478
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	100	100	3 393
Summe 5.:	100	100	3 393
Summe II.:	29 527 157	25 737 752	24 183 556

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 29

Wirtschaftsplan für die Stiftung Universität Hildesheim

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	6 100	7 000	3 247 873
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge			
Summe 1.:			
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
Summe 2.:			
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)			
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer			
- Gewerbeertragssteuer			
- Kapitalertragssteuer			
- Umsatzsteuer	5 000	5 000	6 721
Summe 1.:	5 000	5 000	6 721
2. Sonstige Steuern:			
- Kraftfahrzeugsteuer	600	1 000	458
- Grundsteuer	500	1 000	297
Summe 2.:	1 100	2 000	755
Summe VI.:	6 100	7 000	7 476
VII Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)			**3 240 397**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 2**

zu Kapitel 0629

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2007

	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
1. Erträge aus Finanzhilfen und Zuschüssen für laufende Aufwendungen			
a) Finanzhilfe des Landes Niedersachsen	22 399 000	21 728 000	22 449 400
b) des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln	921 829	1 264 324	2 075 277
c) von anderen Zuschussgebern	955 000	690 000	748 584
Zwischensumme 1.:	24 275 829	23 682 324	25 273 261
2. Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen zur Finanzierung von Investitionen			
a) Zuschüsse des Landes Niedersachsen für bauliche Investitionen	229 000	201 000	188 000
b) des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln			496 165
c) von anderen Zuschussgebern			
Zwischensumme 2.:	229 000	201 000	684 165
3. Erträge aus Entgelten	195 000	90 000	169 494
4. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen			
5. Andere aktivierte Eigenleistungen			
6. Sonstige betriebliche Erträge	5 022 428	1 954 928	1 940 760
(davon Erträge aus der Einstellung in Stiftungssonderposten und Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse)	371 302	371 302	257 303
Summe Erträge	**29 722 257**	**25 928 252**	**28 067 680**
7. Sachaufwand für den Lehr- und Forschungsbetrieb			
a) Aufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmittel, Materialien und bezogene Waren	1 430 100	519 100	349 255
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	349 700	350 000	258 058
c) Sachaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	286 200	180 000	
Zwischensumme 7.:	2 066 000	1 049 100	607 313
8. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	17 613 803	16 166 364	15 096 922
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	5 809 450	4 992 200	4 965 910
(davon für Altersversorgung)	2 149 668	2 000 610	2 676 333
Zwischensumme 8.:	23 423 253	21 158 564	20 062 832
9. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	371 302	371 302	427 540
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3 895 502	3 359 686	3 766 643
(davon aus der Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse)			
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	40 000	17 500	47 914
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	100	100	3 393
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**6 100**	**7 000**	**3 247 873**
14. Sonstige Steuern	6 100	7 000	7 476
15. Jahresergebnis			**3 240 397**
16. Gewinn-/Verlustvortrag			
17. Entnahme aus / Einstellung in Rücklagen			
18. Bilanzergebnis			**3 240 397**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 3**

zu Kapitel 0629

Vereinfachte Kapitalflussrechnung

			2005 Tsd. EUR
1.		Periodenergebnis vor ausserordentlichen Posten	3 839
2.	+/-	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	
3.	+/-	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	69
4.	+/-	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge Veränderungen des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	
5.	-/+	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	6
6.	-/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	61
7.	+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	382
8.	**=**	**Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1. bis 7.)**	**4 357**
9.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	
10.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	
11.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	
12.	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-4 000
13.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	
14.	-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	
15.	**=**	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 9. bis 14.)**	**-4 000**
16.	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten (einschl. Finanzierung Anteile)	
17.	-	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	
18.	**=**	**Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 16. und 17.)**	
19.	**=**	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe der Zeilen 8., 15. und 18.)**	**357**
20.	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	3 074
21.	**=**	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 19. und 20.)**	**3 431**

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

abzüglich: Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Kurzfassung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts 2005

1. Geschäftsbericht

Die Erhöhung der Finanzhilfe 2005 gegenüber 2004 ergibt sich aus einer einmaligen Forderungsablösung (in 2005) sowie der 1.Stufe der Lehramtsverlagerung (HOK). Die Verwaltungskostenbeiträge der Studierenden sind – anders als bei den Hochschulen in staatlicher Trägerschaft – Bestandteil der sonstigen betrieblichen Erträge. Die Verringerung der Finanzhilfe 2006 gegenüber 2005 resultiert in erster Linie aus der vorgenannten einmaligen Forderungsablösung.

Die Erträge aus Sondermitteln des Landes sind rückläufig, da zentrale Förderprogramme des Landes tendenziell zurückgefahren worden sind.

Das Ziel, die Drittmitteleinnahmen kontinuierlich zu steigern, wurde im Geschäftsjahr 2005 erreicht, eine weitere Erhöhung der Drittmitteleinwerbungen für 2006 ist absehbar. Es ist zu erwarten, dass ein Anreizsystem für die Einwerbung von Drittmitteln sowie drittmittelorientierte Neuberufungen mittelfristig, so auch schon im Geschäftsjahr 2007, weitere Steigerungen bewirken werden.

Der Personalaufwand ist 2005 und 2006 aufgrund der Erweiterung der Aufnahmekapazität in Studiengängen mit Lehramtsoption erhöht worden. Die zum 01.10.2006 zu realisierende 3. Stufe der Lehramtsverlagerung (HOK) wird unter Berücksichtigung des Stellenabbaus (HOK) in 2007 voraussichtlich zu einer weiteren, wenn auch moderaten Erhöhung der Personalkosten führen.

Das Ist-Ergebnis des Sachaufwands für den Forschungs- und Lehrbetrieb aus 2005 wird in 2006 und 2007 voraussichtlich nicht erreicht werden, dafür werden die Kosten für Lehraufträge und Gastwissenschaftler, die in der Gewinn- und Verlustrechnung unter Ziff. 10 „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ subsumiert sind, erheblich höher als in 2005 sein.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind für 2007 auch wegen des Anstiegs der Energiekosten sowie der beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung höher als für 2006 angesetzt.

Abschreibungen und Rücklagen-Vorgänge werden erst nach Testierung des Jahresabschlusses 2004 abgebildet. Das ausgewiesene Bilanzergebnis für 2005 ist vorläufig und angesichts der noch ausstehenden Schlussbilanzen 2003 und 2004 unverbindlich.

Dasselbe gilt für die Kapitalflussrechnung 2005.

Die Kreditermächtigung ist von der Stiftung nicht in Anspruch genommen worden.

Die Bewertung des Stiftungsvermögens zum 01. Januar 2003 wird entgegen früherer Erwartung erst im neuen Geschäftsjahr abgeschlossen werden können.

Trotz der erheblichen finanziellen Einschnitte bei der Grundausstattung der Stiftung Universität Hildesheim durch das HOK ist deren wirtschaftliche Situation weiterhin stabil. Es fehlen jedoch Mittel zur nachhaltigen Verbesserung der Lehre (Relation Lehrende ./. Studierende), zur Kompensation der gestiegenen und weiterhin steigenden Gebäudebewirtschaftungskosten und für größere Investitionen in die universitäre Infrastruktur.

2. Rechenschaftsbericht

Forschung und Lehre konnten im Berichtszeitraum in allen drei wissenschaftlichen Kernbereichen der Hochschule (Bildungswissenschaften / Kulturwissenschaften und Ästhetische Kommunikation / Informations- und Kommunikationswissenschaften) gepflegt und weiterentwickelt werden. Die Zahl der Studierenden steigt kontinuierlich (Immatrikulierte Studierende WS 2004/05 4.382; WS 2005/06 4.482).

Durch weitere Neuberufungen konnte die Forschungskompetenz in den Bereichen Lehramt, in den Kulturwissenschaften und in den Informationswissenschaften 2005/2006 weiter gestärkt werden. Eine Serie von Workshops des Centrums für Bildungs- und Unterrichtsforschung rückte die Methodenlehre (Empirische Bildungsforschung) in den Mittelpunkt. Mit der Gründung einer Arbeitsgruppe Fachdidaktik wurde zusätzlich eine Querstruktur zur fachbereichsübergreifenden Vernetzung der Fachdidaktiken geschaffen.

Quantitative Erhebungen des Besuchs von Lehrveranstaltungen bestätigen eine ungünstige Relation von Lehrenden zu Studierenden. Im Rahmen des begonnenen Projekts Minerva 2015 (Wissenschaftliche Entwicklungsplanung) werden weitere Daten erhoben und Maßnahmen zur Verbesserung definiert. Eine Verstärkung der Lehre u.a. durch Tutorien wurde eingeleitet und soll nach Einführung der Studienbeiträge für alle Fächer umgesetzt werden. Die Öffnungszeiten der Bibliothek wurden im Modellversuch erweitert.

Der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses dient das Promotionskolleg. Es trägt den Namen der Stifterin: „Margot-Möller-Promotionskolleg“. Durch eine Zustiftung ist es nunmehr finanziell dauerhaft gesichert. Die Zahl der Promotionen konnte durch gezielte Maßnahmen gesteigert werden (Kalenderjahr 2004: 16; Kalenderjahr 2005: 21).

Kurzfassung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts 2005

Die Vernetzung mit der Bürgergesellschaft wurde ausgeweitet. Durch die Einbeziehung von Partnerschulen in Hannover wirken inzwischen mehr als 100 Schulen an den schulpraktischen Studien und Praktika mit. Neben dem Stadttheater, dem Dommuseum, dem Roemer- und Pelizaeusmuseum und anderen kulturellen Einrichtungen der Stadt wurde gezielt die Zusammenarbeit mit Goetheinstituten ausgeweitet. Das Fach Biologie bezog naturkundliche Sammlungen und Museen der Region in seine Arbeit ein. Über den Arbeitskreis Informationstechnologie, der unter der Leitung des hiesigen Geschäftsführers der Industrie- und Handelskammer regelmäßig tagt, wurde die Förderung durch Spenden fortgesetzt. Die Zahl der Partnerunternehmen beläuft sich weiterhin auf mehr als 30. Überregional konnte die Zusammenarbeit mit Daimler Chrysler im Bereich Kommunikationswissenschaften fortgesetzt werden.

Der Spitzenplatz bei den Outgoing-Zahlen im Rahmen des Erasmus-Programms wurde gesichert. Die Universität zählte 2004/2005 260 Outgoingstudierende und belegte damit in der bundesweiten Statistik 2004/2005 wiederum Platz zwei.

Die Stiftung warb im Berichtszeitraum eine weitere IT-Professur mit Schwerpunkt Wirtschaftsinformatik – finanziert durch ein Hildesheimer Partnerunternehmen – sowie zum wiederholten Mal eine Gastprofessur für internationale Frauen- und Geschlechterforschung im Rahmen des Maria-Goeppert-Mayer-Programms ein. Die Stiftungsprofessur „Datenbanken und Informationssysteme“ wurde im WS 2004/2005 erfolgreich besetzt.

Kennzahlen zur „Wirtschaftsplan-/Jahresabschluss-/Bilanzsystematik“

Kennzahl 1	Finanzhilfe + Verwaltungskostenbeiträge Gesamtaufwand	23.025.775 24.281.528	0,948
Kennzahl 2	Finanzhilfe + Verwaltungskostenbeiträge Gesamtertrag	23.025.775 28.000.246	0,822
Kennzahl 3	Sondermittel Gesamtertrag	2.570.528 28.000.246	0,092
Kennzahl 4	Drittmittel Gesamtertrag	1.057.312 28.000.246	0,038
Kennzahl 5	Personalaufwand Gesamtaufwand	20.479.618 24.281.528	0,843
Kennzahl 6	Personalaufwand Finanzhilfe + Verwaltungskostenbeiträge	20.479.618 23.025.775	0,889
Kennzahl 7	Sachaufwand Gesamtaufwand	3.854.824 24.281.528	0,159
Kennzahl 8	Sachaufwand Finanzhilfe + Verwaltungskostenbeiträge	3.854.824 23.025.775	0,167
Kennzahl 9	(Eigenkapital + Sonderposten) * 100 Anlagevermögen		*)
Kennzahl 10	Anlagevermögen Umlaufvermögen		*)

*) wird noch ermittelt.

Zielvereinbarung 2005 – 2008 (Zusammenfassung)

Die Universität Hildesheim befindet sich insbesondere durch die Verlagerung des Studiengangs Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen von der Universität Hannover, durch Kürzungen im Rahmen des HOK, durch die Einführung konsekutiver Abschlüsse und durch die Überführung in die Trägerschaft einer Stiftung des öffentlichen Rechts in einem tief greifenden Wandlungsprozess. Diesen Prozess nutzt die Universität zu einer neuen, umfassenden wissenschaftlichen Entwicklungsplanung im Rahmen des angelaufenen Projektes „Minerva 2015“.

Leitbild und Entwicklungsplanung der Universität Hildesheim basieren auf zwei Konzepten: Profiluniversität und Stiftungsuniversität. Sie bestimmen die strategischen Zielsetzungen.

Im Rahmen des Projektes Minerva 2015 erarbeitet die Universität eine wissenschaftliche Entwicklungsplanung. Die Evaluationen von WKN und ZEvA werden besonders berücksichtigt, wobei deren Empfehlungen in der Regel nicht hinreichend auf den finanziellen Handlungsspielraum der Universität abgestimmt sind. Umgesetzt werden die Vorschläge zur gleichgewichtigen Profilierung der Fächer unter fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Gesichtspunkten, soweit dies ressourcenmäßig möglich ist und mit Angebot und Nachfrage in den verschiedenen Studiengängen übereinstimmt.

Der Ausbau der Bildungs- und Unterrichtsforschung an der Universität wird fortgesetzt. Als organisatorische Einheit, die fachbereichsübergreifend arbeitet, wurde von der Universität das Centrum für Bildungs- und Unterrichtsforschung (CeBU) geschaffen. Das CeBU baut die Vernetzung mit anderen Forschungseinrichtungen aus (ZEUS, Universität Göttingen; Interdisziplinäres Zentrum für Lehr/Lernforschung, Freie Universität Berlin; Zentrum Lehr/Lern- und Bildungsforschung, Universität Erfurt). Im Rahmen der aktuellen Forschungsschwerpunkte untersucht das Projekt KEIMS die Kompetenzentwicklung in multilingualen Schulklassen. Ein ständiger Arbeitskreis Fachdidaktiken wurde eingerichtet. Das „Hildesheimer Modell“ (Verzahnung von Theorie und Praxis) wird weiterentwickelt.

Die Universität wird ihre Stellenstruktur verändern, um stärker als bisher den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern (Minerva 2015).

Die Universität wird bis zum 31.12.2010 alle Studiengänge mit Hochschulabschluss auf die Bachelor-Master-Struktur im Sinne des Bologna-Prozesses umstellen. Dieses Ziel wird bis zum 31.12.2007 für Studiengänge mit 2/3 aller Studienanfängerplätze, darunter alle Studiengänge mit integrierter Lehramtsoption, erreicht.

Die Stiftung erhält 2007 eine Finanzhilfe in Höhe von 22.628.000 Euro. Für die Wahrnehmung der Aufgaben im Bereich Lehramt an Grund-, Haupt und Realschulen – Forschung, Lehre, Studium, Infrastruktur -, die bis zum 30.09.2004 von der Universität Hannover wahrgenommen wurden, erhält die Stiftung nach Maßgabe der Zielvereinbarungen zwischen MWK, Universität Hannover und Stiftung Universität Hildesheim vom 23. Juni 2004 dauerhaft die dafür erforderlichen Mittel als Aufstockung der Finanzhilfe und der finanziellen Obergrenzen für aus Landesmitteln finanziertes Personal.

Über die Ablösung von aus Sondermitteln finanzierten Stellen und Maßnahmen – insbesondere unter Berücksichtigung früherer Zielvereinbarungen – durch eine entsprechende Erhöhung der Finanzhilfe wird im Rahmen der noch ausstehenden gesonderten Vereinbarung über die Bereitstellung von Mitteln nach § 56 Abs. 3 Satz 1 Nrn. 4 bis 6 NHG entschieden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0633 Stiftung Fachhochschule Osnabrück

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 12-0	136	Ablieferungen der Stiftung für Studiengebühren Langzeitstudierender **** Abweichend von § 15 Abs. 1 S. 1 LHO (Bruttoprinzip) ist der Nettobetrag veranschlagt.*		204	162	+42	231
129 01-1	136	Ablieferungen der Stiftung		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
685 01-1	136	Zuschüsse für laufende Zwecke der Stiftung *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 894 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die Erläuterungen zum Gesamtvolumen für aus Landesmitteln finanziertes Personal und zur Kreditlinie der Stiftung verbindlich.*	123 123	37.517	36.586	+931	36.912
894 01-0	136	Zuschüsse für Investitionen der Stiftung *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 685 01.*	—	397	391	+6	773
		Abschluss Kapitel 0633					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		204	162	+42	
		Summe der Einnahmen		204	162	+42	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	123 123	37.517	36.586	+931	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	397	391	+6	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	123 123	37.914	36.977	+937	
		Zuschuss		37.710	36.815	+895	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 685 01

1. Das im Rahmen der Bemessung der Finanzhilfe nach § 56 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 NHG ermittelte Gesamtvolumen für aus Landesmitteln finanziertes Personal beläuft sich auf 27 085 565 EUR (davon entfallen auf den Tarifbereich 12 861 783 EUR und auf den Besoldungsbereich 14 223 782 EUR).

2. Gemäß § 57 Abs. 4 NHG ist die Stiftung ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben Kredite vom Kreditmarkt bis zur Höhe von 3 751 700 EUR aufzunehmen. Bei Kreditaufnahmen über mehrere Haushaltsjahre darf diese Summe nicht überschritten werden. Eine Erhöhung der Finanzhilfe auf Grund der Kreditaufnahme ist ausgeschlossen. Die Kreditermächtigung für das Haushaltsjahr 2005 betrug 3 557 900 EUR und wurde am 31.12.2005 mit 0 EUR in Anspruch genommen, die Kreditermächtigung für das Haushaltsjahr 2006 beträgt 3 658 600 EUR und soll voraussichtlich bis zu einer Höhe von 0 EUR in Anspruch genommen werden.

Nicht verbindliche Erläuterung:
Das Ergebnis der Formelberechnung für 2006 ergibt einen Betrag von +93.413 EUR. Die Buchung erfolgt bei Kapitel 06 08 Titelgruppe 67 im Rahmen der unterjährigen Verrechnung.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	123	—	123
2008	—	—	123	123
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	123	123	246

Wirtschaftsplan für die Stiftung Fachhochschule Osnabrück
für das Geschäftsjahr 2007

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 33

Wirtschaftsplan für die Stiftung Fachhochschule Osnabrück

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Lizenzen an Rechten und Werten			54 953
- Bebaute Grundstücke			
- Unbebaute Grundstücke			
- Gebäude			1 578 687
- Maschinen und Anlagen	200 000	411 000	82 532
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,	197 000	391 000	2 915 802
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	14 675 000	10 463 000	287 298
Summe 1.:	15 072 000	11 265 000	4 919 272
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Lizenzen an Rechten und Werten			
- Gebäude			
- Maschinen und Anlagen			
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,			
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			
Summe 2.:			
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan			3 562
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)			
- Ablieferungen an den Landeshaushalt			
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)			
Summe 3.:			3 562
Summe I.:	15 072 000	11 265 000	4 922 834
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan			
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)			
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren			1 899 860
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)			
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• aus Fachkapitel	397 000	391 000	392 000
• aus Sondermitteln	375 000	10 874 000	21 561
• Baumittel	14 300 000		2 609 413
- Andere öffentliche Zuschussgeber			
Summe 1.:	15 072 000	11 265 000	4 922 834
Summe II.:	15 072 000	11 265 000	4 922 834

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26

Wirtschaftsplan für die Stiftung Fachhochschule Osnabrück

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
- aus Fachkapitel	37 517 000	36 586 000	36 390 551
- aus Sondermitteln	2 000 000	1 591 000	2 030 947
Summe 1.:	39 517 000	38 177 000	38 421 498
2. - Erträge aus Studienbeiträgen einschl. Zinserträge:	4 255 000		
Summe 2.:	4 255 000		
3. - Verwaltungskostenbeiträge Studierender:	1 224 000	1 224 000	1 139 500
Summe 3.:	1 224 000	1 224 000	1 139 500
4. Anteil an den Studiengebühren Langzeitstudierender:	140 000	140 000	74 000
Summe 4.:	140 000	140 000	74 000
5. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse:			
- Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	2 000 000	3 588 000	2 349 441
- Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	517 000	123 000	1 061 461
- Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten			
Summe 5.:	2 517 000	3 711 000	3 410 902
6. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:			117 782
Summe 6.:			117 782
7. Andere aktivierte Eigenleistungen:		150 000	121 863
Summe 7.:		150 000	121 863
8. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Erstattung von Personalaufwendungen	74 000	30 000	66 547
- Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	525 000	820 000	1 086 148
- Erlöse aus Nebenbetrieben			
- Betreuung von Studierenden	100 000	90 000	101 927
- Gebühren und gebührenähnliche Erträge	50 000	40 000	47 376
- Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	40 000	75 000	36 168
- Nebenerlöse aus der Abgabe von Energie	750 000	1 000 000	600 000
- Spenden	300 000	50 000	327 202
- Erträge aus Schadensersatzleistungen	23 000		15 469
- Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	5 883 000	3 804 000	3 448 846
- Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	65 000	254 000	64 207
- Auflösung von Rückstellungen			
- Periodenfremde Erträge	50 000	50 000	86 426
- Übrige Erträge	280 000	384 000	797 223
Summe 8.:	8 140 000	6 597 000	6 677 539
9. Zinserträge und ähnliche Erträge:	100 000	150 000	57 320
Summe 9.:	100 000	150 000	57 320
Summe I.:	55 893 000	50 149 000	50 020 404
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	650 000	550 000	565 133
- Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	630 000	700 000	599 559
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	1 003 000	700 000	914 854
• Unteraufträge in Drittmittelvorhaben	750 000	450 000	663 761
• Werkverträge		5 000	
• Wissenschaftliche Dienstleistungen	180 000	100 000	143 556

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 33

Wirtschaftsplan für die Stiftung Fachhochschule Osnabrück

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
noch 1.:			
- Weiterleitung von Forschungsmitteln			
- Sonstige bezogene Leistungen	200 000		192 518
- Sachaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	75 000	74 000	
Summe 1.:	3 488 000	2 579 000	3 079 381
2. Personalaufwand:			
2.1. Entgelte, Vergütungen und Besoldung			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	12 826 000	15 100 000	12 609 861
- Entgelte des Tarifpersonals	13 882 000	12 799 000	12 857 080
- Studentische und wissenschaftlich - künstlerische Hilfskräfte	501 000	550 000	400 632
- Lehrstuhlvertretungen			
- Lehrstuhlvertretungen			
- Ausbildungsvergütungen	80 000	65 000	77 631
- Personalaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools			
Summe 2.1.:	27 289 000	28 514 000	26 064 360
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für das Tarifpersonal	3 250 000	3 279 000	2 767 904
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	4 272 900	3 483 000	3 568 794
- Zuführung zum Sondervermögen Nds. Versorgungsrücklage	98 400	68 000	64 980
- Emeritenbezüge			
- Sonstige soziale Leistungen an das Tarifpersonal aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	1 184 000	1 026 000	1 216 995
- Nachversicherung ausscheidender Beamter			
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	440 000	423 000	571 900
- Beihilfen für das Tarifpersonal	3 000		
- Trennungsgeld und Umzugskosten	16 000		14 493
- Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	45 500	45 000	46 806
Summe 2.2.:	9 309 800	8 324 000	8 251 872
Summe 2.:	36 598 800	36 838 000	34 316 232
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
- Immaterielle Vermögensgegenstände	67 797		73 902
- Grundstücke und Bauten	2 600 685	3 805 000	2 503 746
- Technische Anlagen und Maschinen	226 585		242 574
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2 987 933		2 296 876
Summe 3.:	5 883 000	3 805 000	5 117 098
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
- Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen			
• Bauunterhaltung	1 500 000	480 000	479 765
• Aufwendungen für Wartung	250 000	250 000	186 196
- Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
• Energie	900 000	950 000	760 608
• Heizung	1 145 200	1 050 000	946 991
• Wasser- und Abwasser	161 500	120 000	109 615

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 33

Wirtschaftsplan für die Stiftung Fachhochschule Osnabrück

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
noch 4.1:			
• Entsorgung	40 000	30 000	54 204
-Aufwendungen für Reparatur und Instandhaltungsmaterial			
• Bauunterhaltung	70 000	70 000	51 462
• Sonstige	120 000	120 000	97 932
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
• Mieten, Pachten, Erbbauzins	450 000	150 000	441 304
• EDV-Dienstleistungen	200 000	147 000	
• Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	100 000	35 000	68 059
• Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	20 000	20 000	
• Sonstige Gebühren			172 153
• Fremdreinigung	650 000	620 000	575 250
• Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	35 000	35 000	23 435
- Gebühren und Beiträge			
- Sonstige Fremdleistungen	170 000	20 000	30 818
Summe 4.1.:	5 811 700	4 097 000	3 997 792
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	150 000	160 000	112 730
- Aufwendungen für Kommunikation			
• Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	300 000	350 000	274 784
• Reisekosten	550 000	500 000	462 326
• Porto	170 000	150 000	158 187
• Öffentlichkeitsarbeit	100 000	100 000	76 108
• Gästebewirtung und Repräsentation	4 000	3 000	3 523
Summe 4.2.:	1 274 000	1 263 000	1 087 658
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Vergütungen für Lehraufträge	1 120 000	715 000	570 327
- Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	337 000	200 000	270 094
- Fort- und Weiterbildung	120 000	105 000	115 664
- Personaleinstellung, -umsetzung, -entlassung	70 000	50 000	65 770
- Übrige Personalaufwendungen	130 000	15 000	123 261
Summe 4.3.:	1 777 000	1 085 000	1 145 116
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens			
- Schadensersatzleistungen	16 000		17 876
- Abschreibungen auf Forderungen	30 000		548 820
- Periodenfremde Aufwendungen	8 000	5 000	7 589
- Sicherung der Gebäude	140 000	140 000	125 933
- Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	550 000	250 000	371 209
- Aufwendungen für Mitgliedschaften	20 000	35 000	17 195
- Andere sonstige betriebliche Aufwendungen	285 000	40 000	71 918
Summe 4.4.:	1 049 000	470 000	1 160 540
Summe 4.:	9 911 700	6 915 000	7 391 106
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:			2 488
Summe 5.:			2 488
Summe II.:	55 881 500	50 137 000	49 906 305

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Anlage 1
zu Kapitel 06 33

Wirtschaftsplan für die Stiftung Fachhochschule Osnabrück

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	11 500	12 000	114 099
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge			
Summe 1.:			
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
Summe 2.:			
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)			
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer			107 842
- Gewerbeertragssteuer			
- Kapitalertragssteuer			
- Umsatzsteuer	3 000	3 000	
Summe 1.:	3 000	3 000	107 842
2. Sonstige Steuern:			
- Kraftfahrzeugsteuer	2 000	2 000	3 394
- Grundsteuer	6 500	7 000	6 425
Summe 2.:	8 500	9 000	9 819
Summe VI.:	11 500	12 000	117 661
VII Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)			**- 3 562**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 2**

zu Kapitel 06 33

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2007

	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
1. Erträge aus Finanzhilfen und Zuschüssen für laufende Aufwendungen			
a) Finanzhilfe des Landes Niedersachsen	37 614 000	36 677 000	36 482 551
b) des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln	2 000 000	1 591 000	2 030 947
c) von anderen Zuschussgebern	2 000 000	3 588 000	2 349 441
Zwischensumme 1.:	41 614 000	41 856 000	40 862 939
2. Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen zur Finanzierung von Investitionen			
a) Zuschüsse des Landes Niedersachsen für bauliche Investitionen	300 000	300 000	300 000
b) des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln	14 675 000	10 874 000	2 630 974
c) von anderen Zuschussgebern			
Zwischensumme 2.:	14 975 000	11 174 000	2 930 974
3. Erträge aus Entgelten	517 000	123 000	1 061 461
4. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen			117 782
5. Andere aktivierte Eigenleistungen		150 000	121 863
6. Sonstige betriebliche Erträge	13 762 000	7 961 000	7 891 038
(davon Erträge aus der Einstellung in Stiftungssonderposten und Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse)	5 883 000	2 451 508	3 448 846
7. Sachaufwand für den Lehr- und Forschungsbetrieb			
a) Aufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmittel, Materialien und bezogene Waren	1 428 000	1 250 000	1 164 691
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2 457 000	1 329 000	1 914 690
Zwischensumme 7.:	3 885 000	2 579 000	3 079 381
8. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	27 289 000	28 514 000	26 064 359
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	9 309 800	8 324 000	8 237 379
(davon für Altersversorgung)	5 783 300	4 577 000	4 850 469
Zwischensumme 8.:	36 598 800	36 838 000	34 301 738
9. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	5 883 000	3 805 000	5 117 097
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	24 589 700	18 180 000	10 430 750
(davon aus der Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse)	16 175 000	11 265 000	3 025 150
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	100 000	150 000	57 320
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			2 488
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**11 500**	**12 000**	**111 923**
14. Sonstige Steuern	11 500	12 000	117 660
15. Jahresergebnis			**- 5 737**
16. Gewinn-/Verlustvortrag			2 190 535
17. Entnahme aus / Einstellung in Rücklagen			14 068
18. Bilanzergebnis			**2 198 866**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 3**

zu Kapitel 06 33

Vereinfachte Kapitalflussrechnung

			2005 TEUR
1.		Periodenergebnis vor ausserordentlichen Posten	- 1 000
2.	+/-	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	5 117
3.	+/-	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	236
4.	+/-	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	
		Veränderungen des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	- 851
5.	-/+	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	64
6.	-/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen sowie anderer Aktiva,	
		die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	- 1 130
7.	+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva,	
		die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	- 1 897
8.	**=**	**Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1. bis 7.)**	**539**
9.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	224
10.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	
11.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 1 690
12.	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	- 55
13.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	
14.	-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	
15.	**=**	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 9. bis 14.)**	**- 1 521**
16.	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten (einschl. Finanzierung Anteile)	
17.	-	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	
18.	**=**	**Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 16. und 17.)**	
19.	**=**	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe der Zeilen 8., 15. und 18.)**	**- 982**
20.	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	8 685
21.	**=**	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 19. und 20.)**	**7 703**

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

abzüglich: Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Geschäftsbericht 2005 (Zusammenfassung)

GuV

Die Mittel des Landes für laufende Aufwendungen und Verwaltungskostenbeiträge sind gegenüber 2004 trotz Erhöhung der Verwaltungskostenbeiträge insgesamt reduziert. Die Erhöhung der Verwaltungskostenbeiträge belief sich auf 475 TEUR. Die Verringerung der Finanzhilfe setzt sich größtenteils aus der Umsetzung der 2. Stufe des HOK mit einer erneuten Reduzierung in Höhe von 450 TEUR, der Verringerung der Finanzhilfe um die geschätzten Verwaltungskostenbeiträge von 522 T€ und der Reduktion der Sonderzuwendungen im Bereich der Beamte um 750 TEUR zusammen. Die Erträge aus Sondermitteln sind um 7,6 % reduziert und die Erträge aus Drittmitteln um 5,1 % gestiegen. Die Erträge aus Studiengebühren für Weiterbildungsstudiengänge konnten gegenüber 2004 um 100 TEUR gesteigert werden. Das Aufkommen an Geldspenden hat sich rückläufig entwickelt, der Aufbau der Fundraisingstrukturen dauert an.

Die Mittel für Maßnahmen nach dem HBFG stiegen um 1725 TEUR.

Die Summe der Aufwendungen führt 2005 zu einem positiven Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 385 TEUR und einem Jahresüberschuss von 267 TEUR. Im Jahr 2006 kann ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden, da zum Wintersemester 2006/2007 Studienbeiträge erhoben werden.

Bei den Aufwendungen sind im Jahre 2005 die Personalkosten auf dem gleichen Niveau geblieben. Aufgrund des neuen Tarifabschlusses werden die Personalkosten des Tarifpersonals und auch die Bezüge der Beamten für 2006 trotz stagnierenden Beschäftigungsniveaus steigen. Zusätzliche Mehrkosten werden beim Tarifpersonal aufgrund des TV-L erwartet.

Der Sachaufwand ist ohne Berücksichtigung der Abschreibungen und der Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse stagnierend. Auffällig sind im Bereich der Energiekosten die Preiserhöhungen von z. T. 30%. Diese Entwicklung setzt sich auch in 2006 fort und wird zu erheblichem Mehraufwand führen.

Die Kürzung der Finanzhilfe durch das HOK in 2005 um insgesamt 900 TEUR wird von der Hochschule durch den Verzicht auf die Besetzung von Professuren erwirtschaftet, da angesichts der Auslastung aller Studienangebote strukturelle Eingriffe zur Kostensenkung und kurzfristige Reaktionen in Bezug auf die Senkung der Personalkosten beim Tarifpersonal nicht möglich sind. Notwendige Maßnahmen im Bereich der Gebäudeinstandhaltung und Gebäudebewirtschaftung sind zurückgestellt worden. Dieses ist aber nur zeitlich begrenzt möglich, da ansonsten eine Schädigung der Bausubstanz zu erwarten ist.

Bilanz

Der Bestand des Sachanlagevermögens ist aufgrund der Zugänge und Abschreibungen nur geringfügig (1,1%), die technischen Anlagen und Maschinen um 18,5 % gesunken. Der Wert des beweglichen Anlagevermögens ist dagegen um 5,8 % gestiegen. Die Anlagen in Bau sind um 13,1% gestiegen.

Von der Ermächtigung zur Kreditaufnahme wurde kein Gebrauch gemacht.

Kapitalflussrechnung

Aus der Vermögens- und Kapitalstruktur wird mit Hilfe der Kapitalflussrechnung der Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit abgeleitet, indem u.a. Abschreibungen, Rückstellungen und zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge neutralisiert werden. Der Finanzmittelfonds (Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten) betrug 8.358 TEUR zum Stichtag 31.12.2005.

Kennzahlen

Finanzhilfe + Verwaltungskostenbeiträge zu Gesamtaufwand	70,44%
Finanzhilfe + Verwaltungskostenbeiträge zu Gesamtertrag	71,85%
Sondermittel zu Gesamtertrag	3,93%
Drittmittel zu Gesamtertrag	3,84%
Personalaufwand zu Gesamtaufwand	66,75%
Personalaufwand zu Finanzhilfe + Verwaltungskostenbeiträge	94,77%
Sachaufwand zu Gesamtaufwand	16,81%
Sachaufwand zu Finanzhilfe + Verwaltungskostenbeiträgen	23,87%
(Eigenkapital und Sonderposten) *100 / Anlagevermögen	102,80%
Anlagevermögen / Umlaufvermögen	8,34 fach

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 5**

zu Kapitel 06 33

Zielvereinbarung 2005 - 2008 (Zusammenfassung)

Die von der FH Osnabrück gemäß Zielvereinbarung angebotenen Studiengänge sind sehr gut ausgelastet. Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber übertrifft in allen Fächern das Angebot an Studienplätzen um ein Vielfaches. Das Fächerspektrum entspricht in seiner quantitativen und qualitativen Verteilung offensichtlich voll und ganz den Anforderungen des Arbeitsmarktes. Die Ergebnisse der Evaluationen durch die ZEvA bescheinigen den Fakultäten einen hohen Leistungsstand.

Der in der Zielvereinbarung beschriebene Zeitplan für die Umstellung des Studienangebots vom einstufigen Diplom- auf das zweistufige Bachelor-/Mastersystem konnte vollständig eingehalten werden: Die Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften stellte ihr Programm nach erfolgreicher Akkreditierung durch die ZEvA zum WS 2005/06 komplett um. Die Akkreditierung der Studiengänge der übrigen drei Fakultäten durch die ASIIN liegt im Zeitplan. Damit wird das Ziel der vollständigen Umstellung zum WS 2006/07 erreicht.

Der Aufbau des Standortes Lingen der FH Osnabrück im Rahmen der Optimierungskomponente des Hochschuloptimierungskonzepts (HOK) wurde gemäß Zielvereinbarung fortgesetzt. Im Mai 2005 stimmte der Wissenschaftsrat dem vorgelegten Ausbaukonzept auf insgesamt 1 500 Studienplätze zu. Im 35. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau ist der Ausbau des Standorts Lingen (1. Bauabschnitt) in die Vorhabenliste mit Kategorie II aufgenommen worden.

Mit der am 18.04.2005 unterzeichneten Vereinbarung mit dem Land Niedersachsen, dem Landkreis Emsland und der Stadt Lingen über die weitere Entwicklung des Standorts Lingen ist der personelle Ausbau des Hochschulstandortes Lingen ebenfalls sichergestellt.

Der ebenfalls im Rahmen der Optimierungskomponente des HOK in den Zielvereinbarungen bis 2008 vereinbarte Ausbau der Studiengänge Wirtschaftsrecht und Öffentliches Management sowie die Bestandssicherung des erfolgreichen Konzepts der Musikerziehung konnte angesichts fehlender Mittel noch nicht in Angriff genommen werden.

Mit Unterzeichnung des Vertrages zur Eingliederung der Katholischen Fachhochschule Norddeutschland (KFH) am 11. Juli 2005 konnten die Verhandlungen mit der Katholischen Kirche erfolgreich abgeschlossen werden. Im Zuge der Eingliederung werden die im Rahmen der Strukturkomponente des HOK vereinbarten Synergieeffekte durch Zusammenführung der Studienangebote im Bereich Gesundheitswesen voll erreicht.

Die im Rahmen der Strukturkomponente zunächst vorgesehene Einstellung des erfolgreichen Studiengangs Ergo- und Physiotherapie wurde gemäß einstimmigen Beschluss des Stiftungsrats in Abstimmung mit dem MWK nicht weiter verfolgt. Die Finanzierung über das Jahr 2006 hinaus ist allerdings noch nicht gesichert. – Ebenfalls im Rahmen der Strukturkomponente ist eine Neuordnung der Agrarwissenschaften in Abstimmung mit der Universität Göttingen gefordert. Die Verhandlungen führten im Sommer 2005 zu einer vertraglichen Vereinbarung der Zusammenarbeit der beiden Hochschulen in Lehre und Forschung.

Die der Stiftung FH Osnabrück im Rahmen des HOK durch die Zielvereinbarung auferlegte Budgetkürzung von 900 000 EUR im Haushaltsjahr 2005 musste in voller Höhe durch gezieltes Freihalten von Professuren ausgeglichen werden. Kostenreduzierungen durch Einsparungen im Zuge der Strukturkomponente des HOK sind auch für 2006ff. nicht zu erwarten.

Angesichts dieser Ausgangslage, kann die Stiftung FH Osnabrück aus eigener Kraft keinen finanziellen Beitrag zur Finanzierung der im Rahmen der Optimierungskomponente des HOK gemäß Zielvereinbarung vorgesehenen Ausbaumaßnahmen leisten und ist auf eine angemessene Erhöhung der Finanzhilfe angewiesen.

Im Bereich von Gleichstellung, Forschung und Transfer, Kooperationen und Internationalisierung wurde die erfolgreiche Arbeit und Profilbildung der FH Osnabrück der Zielvereinbarung entsprechend planmäßig und erfolgreich fortgesetzt. Wesentliche Zielabweichungen sind nicht zu verzeichnen.

Im investiven Bereich konnten die im Rahmenplan für den Ausbau der FH Osnabrück gesetzten Ziele angesichts der begrenzten Mittel des Bundes und des Landes nur teilweise erreicht werden. Für den Neubau eines Hörsaal- und Bibliotheksgebäudes am Hochschulstandort Haste wurden 6,053 Mio. EUR bewilligt. Für die übrigen in Kategorie I befindlichen noch nicht begonnenen Maßnahmen am Standort Osnabrück mit einem Gesamtvolumen von 32,250 Mio. EUR als auch die vom Wissenschaftsrat für Kategorie I empfohlenen, im Rahmenplan jedoch aus finanziellen Gründen in Kategorie II a zurückgestuften Maßnahmen in Höhe von weiteren 4,814 Mio. EUR ist eine Mittelzuweisung derzeit nicht absehbar.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0634 Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen (Landesbetrieb)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 10-8	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender **** Abweichend von § 15 Abs. 1 S. 1 LHO (Bruttoprinzip) ist der Nettobetrag veranschlagt.*		177	141	+36	151
111 15-9	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		961	961	—	885
121 02-2	136	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	461
		A U S G A B E N					
682 01-6	136	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03 und 891 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	16 16	33.002	33.438	–436	33.819
682 03-2	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.*	—	496	224	+272	444
682 39-3	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	8	3	+5	3
891 01-4	136	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.*	—	335	337	–2	319
		<u>Abschluss Kapitel 0634</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.138	1.102	+36	
		Summe der Einnahmen		1.138	1.102	+36	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	16 16	33.506	33.665	–159	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	335	337	–2	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	16 16	33.841	34.002	–161	
		Zuschuss		32.703	32.900	–197	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0634

Die Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen wird seit dem 01.01.1999 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt.

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

Zu 682 01

Die finanzielle Obergrenze nach § 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG beträgt für das Geschäftsjahr 2007 11 497 023 EUR.

Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 3 095 800 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie Beiträge zur Berufsgenossenschaft – Landesunfallkasse).

Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 3 408 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Nutzungsentgelt an den Landesliegenschaftsfonds).

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.
Dem Studentenwerk Braunschweig dürfen für seine Aufgabenerfüllung landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgeltes überlassen werden.
Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Nicht verbindliche Erläuterung:
Das Ergebnis der Formelberechnung für 2006 ergibt einen Betrag von +133.487 EUR. Die Buchung erfolgt bei Kapitel 06 08 Titelgruppe 67 im Rahmen der unterjährigen Verrechnung.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	16	—	16
2008	—	—	16	16
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	16	16	32

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen

für das Geschäftsjahr 2007

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der gemäß § 26 LHO vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Betriebsanweisung für die Hochschulen in staatlicher Trägerschaft des Landes Niedersachsen vom 23.Juli 2003

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 34

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Lizenzen an Rechten und Werten			
- Bebaute Grundstücke			
- Unbebaute Grundstücke			
- Gebäude			
- Maschinen und Anlagen	158 400	174 200	194 844
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,	176 600	162 800	137 850
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			
Summe 1.:	335 000	337 000	332 694
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Lizenzen an Rechten und Werten	100 000		
- Gebäude			
- Maschinen und Anlagen	1 400 000		408 225
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,			
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			
Summe 2.:	1 500 000		408 225
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan			1 245 173
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)			
- Ablieferungen an den Landeshaushalt			
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)			
Summe 3.:			1 245 173
Summe I.:	1 835 000	337 000	1 986 092
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan			
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)			
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren			13 694
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)			
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• aus Fachkapitel	335 000	337 000	319 000
• aus Sondermitteln	400 000		408 225
• Baumittel			
- Andere öffentliche Zuschussgeber	1 100 000		
Summe 1.:	1 835 000	337 000	740 919
Summe II.:	1 835 000	337 000	740 919

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 34

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
- aus Fachkapitel	33 506 000	33 665 000	34 805 151
- aus Sondermitteln	1 600 000	1 600 000	1 587 021
Summe 1.:	35 106 000	35 265 000	36 392 172
2. Erträge aus Studienbeiträgen einschl. Zinserträge:	3 520 000		
Summe 2.:	3 520 000		
3. Anteil an den Studiengebühren Langzeitstudierender:	117 000	117 000	105 000
Summe 3.:	117 000	117 000	105 000
4. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse:			
- Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	800 000	800 000	853 650
- Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	600 000	200 000	346 489
- Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten			
Summe 4.:	1 400 000	1 000 000	1 200 139
5. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:			
Summe 5.:			
6. Andere aktivierte Eigenleistungen:			
Summe 6.:			
7. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Erstattung von Personalaufwendungen	149 000	15 000	146 130
- Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	212 000	5 000	349 455
- Erlöse aus Nebenbetrieben	114 100	50 000	115 291
- Betreuung von Studierenden	5 000	110 000	3 497
- Gebühren und gebührenähnliche Erträge	5 000	5 000	
- Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	70 000	50 000	39 752
- Nebenerlöse aus der Abgabe von Energie	35 000	40 000	34 577
- Spenden			32 616
- Erträge aus Schadensersatzleistungen			592
- Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	2 480 000	2 800 000	2 450 093
- Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens			25 700
- Auflösung von Rückstellungen			
- Periodenfremde Erträge			367 576
- Übrige Erträge	150 000	118 000	247 439
Summe 7.:	3 220 100	3 193 000	3 812 718
8. Zinserträge und ähnliche Erträge:			
Summe 8.:			
Summe I.:	43 363 100	39 575 000	41 510 029
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	200 000	60 000	211 550
- Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	400 000	200 000	423 639
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	505 500	200 000	510 032
• Unteraufträge in Drittmittelvorhaben	10 000	10 000	26 534
• Werkverträge			

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 34

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
noch 1.:			
• Wissenschaftliche Dienstleistungen			2 502
- Weiterleitung von Forschungsmitteln			
- Sonstige bezogene Leistungen			
- Sachaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools			
Summe 1.:	1 115 500	470 000	1 174 257
2. Personalaufwand:			
2.1. Entgelte, Vergütungen und Besoldung			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	10 096 200	10 992 000	10 338 421
- Entgelte des Tarifpersonals	9 912 000	11 036 000	10 532 505
- Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter			
- Studentische und wissenschaftlich - künstlerische Hilfskräfte	320 000	270 000	412 152
- Lehrstuhlvertretungen		450 000	
- Ausbildungsvergütungen	12 000	12 000	85 262
- Personalaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	68 000	68 000	
Summe 2.1.:	20 428 200	22 845 000	21 388 378
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für das Tarifpersonal	2 038 400	1 209 000	2 175 041
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	3 032 900	3 297 800	3 099 773
- Zuführung zum Sondervermögen Nds.			
- Zuführung zum Sondervermögen Nds. Versorgungsrücklage	79 100	79 100	55 742
- Emeritenbezüge			
- Sonstige soziale Leistungen an das Tarifpersonal aufgrund			
- Nachversicherung ausscheidender Beamter			
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	331 000	383 000	482 400
- Beihilfen für das Tarifpersonal	4 000	16 000	
- Trennungsgeld und Umzugskosten	35 000	26 000	27 018
- Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	62 900	56 100	52 250
Summe 2.2.:	6 555 700	5 852 000	6 716 735
Summe 2.:	26 983 900	28 697 000	28 105 113
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
- Immaterielle Vermögensgegenstände	280 000	210 000	155 216
- Grundstücke und Bauten			
- Technische Anlagen und Maschinen	1 800 000	1 940 000	1 712 678
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	400 000	650 000	540 192
Summe 3.:	2 480 000	2 800 000	2 408 086
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
- Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen			
• Bauunterhaltung	496 000	284 600	413 193
• Aufwendungen für Wartung	270 000	180 000	261 070
- Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
• Energie	309 000	263 000	272 496
• Heizung	365 000	265 000	358 914
• Wasser- und Abwasser	35 000	33 000	35 237

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
noch 4.1:			
• Entsorgung	30 000	46 000	17 575
-Aufwendungen für Reparatur und Instandhaltungsmaterial			
• Bauunterhaltung	45 000	67 000	39 700
• Sonstige	50 000	72 000	40 960
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
• Mieten, Pachten, Erbbauzins	4 564 000	3 557 300	4 012 968
• EDV-Dienstleistungen	415 000	205 000	330 039
• Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	45 000	45 000	73 063
• Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	169 000	162 000	171 564
• Sonstige Gebühren			11 678
• Fremdreinigung	577 000	510 000	573 940
• Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	13 000	11 000	13 251
- Gebühren und Beiträge			
- Sonstige Fremdleistungen	135 000	100 000	146 834
Summe 4.1.:	7 518 000	5 800 900	6 772 482
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	458 100	360 000	203 449
- Aufwendungen für Kommunikation			
• Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	120 000	93 000	112 991
• Reisekosten	396 000	205 000	250 850
• Porto	80 000	74 000	90 585
• Öffentlichkeitsarbeit	60 000	40 000	61 166
• Gästebewirtung und Repräsentation	15 000	10 000	17 723
Summe 4.2.:	1 129 100	782 000	736 764
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Vergütungen für Lehraufträge	1 875 000	600 000	1 259 347
- Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	60 000	40 000	97 046
- Fort- und Weiterbildung	100 000	36 000	54 016
- Personaleinstellung, -umsetzung, -entlassung	103 000	70 000	68 093
- Übrige Personalaufwendungen	20 000	26 000	47 026
Summe 4.3.:	2 158 000	772 000	1 525 528
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens			13 515
- Schadensersatzleistungen			96
- Abschreibungen auf Forderungen			22 433
- Periodenfremde Aufwendungen			71 321
- Sicherung der Gebäude	58 000	51 000	57 108
- Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	858 500	150 000	153 727
- Aufwendungen für Mitgliedschaften	15 000	15 000	13 018
- Andere sonstige betriebliche Aufwendungen	1 040 000	30 000	1 692 998
Summe 4.4.:	1 971 500	246 000	2 024 216
Summe 4.:	12 776 600	7 600 900	11 058 990
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:			
Summe 5.:			
Summe II.:	43 356 000	39 567 900	42 746 446

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 34

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	7 100	7 100	-1 236 417
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge			
Summe 1.:			
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
Summe 2.:			
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)			
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer			
- Gewerbeertragssteuer			
- Kapitalertragssteuer			
- Umsatzsteuer			
Summe 1.:			
2. Sonstige Steuern:			
- Kraftfahrzeugsteuer	500	1 000	2 112
- Grundsteuer	6 600	6 100	6 644
Summe 2.:	7 100	7 100	8 756
Summe VI.:	7 100	7 100	8 756
VII Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)			**-1 245 173**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Anlage 1
zu Kapitel 06 34

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
2. Die Sekretärin des/der Präsident(en)/-in ist für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.
   Die für die Dauer ihrer Tätigkeit eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N, Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
3. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
4. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes.
   Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
5. 1 Verg.-Gr. III Verwaltungsdienst ku nach Verg.-Gr. IV a BAT.
6. Soweit ausreichende Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 2 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Verträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 2**

zu Kapitel 06 34

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2007

		Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
1.	Erträge aus Finanzhilfen und Zuschüssen für laufende Aufwendungen			
a)	des Landes Niedersachsen aus Mitteln des Erfolgsplans	33 506 000	33 665 000	34 805 151
b)	des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln	1 600 000	1 600 000	1 587 021
c)	von anderen Zuschussgebern	800 000	800 000	853 650
Zwischensumme 1.:		35 906 000	36 065 000	37 245 822
2.	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen zur Finanzierung von Investitionen			
a)	des Landes Niedersachsen aus Mitteln des Finanzplans	335 000	337 000	332 693
b)	des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln	400 000		408 225
c)	von anderen Zuschussgebern			
Zwischensumme 2.:		735 000	337 000	740 918
3.	Erträge aus Entgelten	600 000	317 000	451 489
4.	Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen			
5.	Andere aktivierte Eigenleistungen			
6.	Sonstige betriebliche Erträge	6 857 100	3 193 000	3 812 718
	(davon aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse)	2 480 000	2 800 000	2 450 093
7.	Sachaufwand für den Lehr- und Forschungsbetrieb			
a)	Aufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmittel, Materialien und bezogene Waren	400 000	260 000	635 188
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	715 500	210 000	539 068
Zwischensumme 7.:		1 115 500	470 000	1 174 256
8.	Personalaufwand			
a)	Löhne und Gehälter	20 428 200	22 845 000	21 415 396
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	6 555 700	5 852 000	6 689 717
	(davon für Altersversorgung)	4 074 400	3 376 900	3 980 026
Zwischensumme 8.:		26 983 900	28 697 000	28 105 113
9.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2 480 000	2 800 000	2 408 086
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	13 511 600	7 937 900	11 058 990
	(davon aus der Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse)	1 835 000	337 000	1 630 167
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			
12.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
13.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**7 100**	**7 100**	**- 495 498**
14.	Sonstige Steuern	7 100	7 100	8 756
15.	Jahresergebnis			**- 504 254**
16.	Gewinn-/Verlustvortrag			- 937 235
17.	Entnahme aus / Einstellung in Rücklagen/Veränderung Nettoposition			142 649
18.	Bilanzergebnis			**-1 298 840**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 3**

zu Kapitel 06 34

Vereinfachte Kapitalflussrechnung

			2005 TEUR
1.		Periodenergebnis vor ausserordentlichen Posten	- 504
2.	+/-	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	4 038
3.	+/-	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	- 117
4.	+/-	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge Veränderungen des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	- 2 450
5.	-/+	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- 12
6.	-/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	- 485
7.	+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	- 1 875
8.	**=**	**Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1. bis 7.)**	**- 1 405**
9.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	
10.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	54
11.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 1 480
12.	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	- 150
13.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	
14.	-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	
15.	**=**	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 9. bis 14.)**	**- 1 576**
16.	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten (einschl. Finanzierung Anteile)	
17.	-	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	
18.	**=**	**Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 16. und 17.)**	
19.	**=**	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe der Zeilen 8., 15. und 18.)**	**- 2 981**
20.	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	3 433
21.	**=**	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 19. und 20.)**	**452**

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

abzüglich: Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 4**

zu Kapitel 06 34

Geschäftsbericht 2005 (Zusammenfassung)

Der Landeszuschuss für die HAWK betrug in 2005 unter Berücksichtigung der abschlussrelevanten Berechnungen Euro 34.805.151 (im Vorjahr Euro 32.651.076).

Der ursprüngliche Zuweisungsbetrag für 2005 in Höhe von Euro 33.404.000 erhöhte sich um Euro 1.401.151. Diese Erhöhung resultiert aus dem Zusammenschluss der HAWK mit der Fachhochschule Buxtehude in Höhe von Euro 1.869.000 zum 1. Januar 2005. Außerdem sind Veränderungen durch aktivierte Ansprüche an das Land Niedersachsen und passivierten Verpflichtungen gegenüber dem Land entstanden.

Die Erträge aus Sondermitteln des Landes betrugen Euro 1.587.021, 2004 waren es Euro 1.992.611.

Im Jahr 2005 wurden Drittmittel in Höhe von insgesamt Euro 853.650 eingeworben.

Der Personalaufwand betrug 2005 Euro 28.105.113. Gegenüber 2004 hat sich der Personalaufwand um Euro 1.573.068 erhöht (2004 Euro 26.532.045). Die Erhöhung resultierte aus dem Zusammenschluss mit der Fachhochschule Buxtehude.

Der Sachaufwand für Forschung und Lehre betrug in 2005 Euro 635.189 (2004 Euro 645.210).

Die Abschreibungen beliefen sich 2005 auf Euro 2.408.086.

Die HAWK Hildesheim/Holzminden/Göttingen unterliegt dem Kontenclearing, d.h. das eigene Konto bei der Nord LB wird valutengerecht täglich auf 0 gestellt und das Guthaben der HAWK befindet sich auf dem Landeshauptkassenkonto. Zinserträge ergeben sich für die Hochschule somit nicht.

Im Jahresergebnis weist die HAWK einen Jahresfehlbetrag für 2005 in Höhe von Euro 504.254 aus.

Die HAWK weist für das Jahr 2005 einen Bilanzverlust in Höhe von Euro 1.298.840 aus.

Struktur

In der HAWK waren im Jahr 2005 192 Professor/innen sowie 36 wissenschaftliche bzw. künstlerische Mitarbeiter/innen beschäftigt sowie 2 Professuren aus Drittmittelbereichen. Im SS 05 und WS 05/06 wurden jeweils ca. 1360 Lehraufträge vergeben. Der Frauenanteil im wissenschaftlichen Bereich betrug 25,4 %.

Forschung / Drittmittelprojekte

In 2005 wurden in den Fakultäten der HAWK Drittmittel für Forschungsvorhaben in Höhe von rd. 2,3 Mio. Euro eingeworben.
Hauptsächliche Mittelgeber waren die „Arbeitsgruppe Innovative Projekte“ (AGIP). Durch Bewilligung von Fördermitteln aus dem „Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung“ (EFRE) werden weitere (z. T. über mehrere Jahre) gefördert und es werden Projekte verschiedener Mittelgeber weitergeführt oder begonnen.

Die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen von anderen Zuschussgebern sind im Vergleich zum Vorjahr um 24% gestiegen. Ursächlich für die Steigerung waren die Zuschüsse von öffentlichen Drittmittelgebern.

Forschungsschwerpunkte im Bereich der Drittmittelprojekte sind an der HAWK

- im Bereich „ Laser- und Plasma - Oberflächenbehandlung “; hier werden verschiedene Materialien und Methoden in unterschiedlichen Projekten mit mehrjähriger Laufzeit von 2001 bis voraussichtlich 2005 untersucht. Dieser Forschungsschwerpunkt ist in der Fakultät N in Göttingen angesiedelt.
- Ein weiterer Schwerpunkt besteht im Bereich „ Umweltverfahrenstechnik “. Hier werden ebenfalls in verschiedenen, auch mehrjährigen, Projekten Methoden zur Verwertung von Biomasse, Optimierung von Biogasanlagen sowie im Bereich umweltverträglicher/umweltschonender Brennstoffe wie Hackschnitzeln erforscht und entwickelt. Diese Forschung ist in der Fakultät R in Göttingen angesiedelt.
- Im Rahmen eines mehrjährigen „EFRE-Projektes“ mit einer Laufzeit von vier Jahren und mehr als 1 Mio € Forschungsmitteln soll ein Netzwerk und ein Kompetenzzentrum für nachhaltige Holznutzung entwickelt werden. Auch dieses Projekt wird von einem Professor der Fakultät R verantwortet und betreut.
- „ Zerstörungsfreie Baumdiagnoseverfahren “ mit verschiedenen Projekten und Schwerpunkten bearbeitet. Es soll ein Expertensystem sowie Methoden der zerstörungsfreien Baumdiagnose entwickelt werden.
- Außerdem ist die HAWK am Forschungsnetzwerk „ Bildgebende Sensortechnik “ beteiligt und hat einen Antrag im Rahmen des Programms „ Vernetzung der unternehmensorientierten Fachhochschulforschung/ Vernetzung von Fachhochschulforschung“ zu diesem Thema eingereicht. Die Bearbeitung und Finanzierung begann in 2004. Auch dieser Forschungsbereich ist in der Fakultät N in Göttingen angesiedelt.
- Es begann ein EU-Projekt „Asia-Link“ an der Fakultät R.

Es gibt außerdem diverse weitere einzelne Forschungsprojekte an den verschiedenen Fakultäten und dem Fachbereich der HAWK und es begann in 2003 ein mehrjähriges Projekt in Holzminden an der Fakultät B/Immobilienmanagement, welches mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert wird und in 2004 fortgesetzt wurde.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 4**

zu Kapitel 06 34

Geschäftsbericht 2005 (Zusammenfassung)

Der Förderung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten wird weiterhin eine Priorität eingeräumt.

Eine Grundlage für die Akquisition externer Forschungsgelder wird durch den internen Forschungspool der HAWK geschaffen. Die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten an der HAWK sind außerordentlich vielfältig und spiegeln damit auch das umfassende Fächerspektrum wieder. Die Struktur der HAWK stellt dabei sicher, dass die Einheit von Forschung und Lehre gewährleistet ist und starke wechselseitige Synergien ausgelöst werden. Auf diese Weise partizipieren auch die Studierenden an der teilweise sehr ambitionierten, anwendungsorientierten Forschung.

Studienangebote / Studierende

Die HAWK hat in 2005 insgesamt 6.196 Studienplätze angeboten.

Auslastung des Lehrangebotes

Zum WS 2005/06 waren 1.092 Studienanfänger immatrikuliert. Dieses entspricht einer Auslastung von 98 % für das 1. Semester und führt zu einer durchschnittlichen Auslastung der HAWK von 100 %.
Die Zahl der Studierenden insgesamt stieg um 0,06 % auf 6196 und ist damit faktisch unverändert. Ca 96 % der Studierenden befinden sich innerhalb der Regelstudienzeit und vier weiteren Semestern, in denen keine Studiengebühren zu zahlen sind.
Nach Einführung der Langzeitstudiengebühren in 2003 wurden an der HAWK im WS 2005/06 255 Studierende gebührenpflichtig.

Weiterentwicklung des Studienangebotes

Das Jahr 2005 war ebenfalls von der konsequenten Umstellungsarbeit auf konsekutive Studiengänge gekennzeichnet. Die Vereinbarung zur Umstellung auf 17 Bachelor-Studiengängen wurde vollständig umgesetzt. Die Umstellung auf 15 Master-Studiengängen wird weiterhin umgesetzt.

Die innere Verarbeitung des Bologna-Prozesses macht entscheidende Fortschritte. Ausnahmslos alle Fakultäten wollen ihr Studienangebot bis spätestens zum WS 2006/07 so umgestellt haben, dass Studienbewerber nur noch in Bachelor- und Masterstudiengänge zugelassen werden. Der Modularisierungsgedanke setzt sich durch. Die vorliegenden Projektskizzen lassen erkennen, dass es sich nicht um graduelle Veränderungen des bisherigen Studienangebots verbunden mit neuen Abschlüssen handelt, sondern tatsächlich um neue Studiengangsmodelle, die gestuft ein flexibleres Studieren mit individueller Profilbildung ermöglichen werden.

Entwicklung der Studierendenzahlen und Struktur

Studierende gesamt

Nach leichten Rückgängen der Studierendenzahlen im WS 2000/01 steigt die Zahl der Studierenden seit dem WS 2001/02 wieder kontinuierlich an. Zum WS 2005/06 sind insgesamt 6.196 Studierende an den drei Standorten immatrikuliert.

Semester	WS 00/01	WS 01/02	WS 02/03	WS 03/04	WS 04/05	WS 05/06
Studierende	5.361	5.654	5.739	5.822	5.827	6.196

Entwicklung der Studienanfänger - Zahlen

Im Jahr 2005 hat die HAWK im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten über 1.517 Studienanfängerplätze angeboten, für die 4.856 Bewerbungen eingegangen sind. Die angebotenen Studienplätze konnten fast vollständig besetzt werden, so dass die HAWK ausgelastet ist.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 4**

zu Kapitel 06 34

Geschäftsbericht 2005 (Zusammenfassung)

Kennzahlen	
Zuführung + Verwaltungskostenbeiträge zu Gesamtaufwand	89,9%
Zuführung + Verwaltungskostenbeiträge zu Gesamtertrag	92,8%
Sondermittel zu Gesamtertrag	5,0%
Drittmittel zu Gesamtertrag	2,1%
Personalaufwand zu Gesamtaufwand	68,4%
Personalaufwand zu Zuführung + Verwaltungskostenbeiträgen	76,1%
Sachaufwand zu Gesamtaufwand	19,9%
Sachaufwand zu Zuführung + Verwaltungskostenbeiträgen	22,2%
(Eigenkapital und Sonderposten) *100 / Anlagevermögen	83,4%
Anlagevermögen / Umlaufvermögen	439,9%

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 5**

zu Kapitel 06 34

Zielvereinbarung 2005 - 2008 (Zusammenfassung)

1. Strategische Kernziele

Die Hochschule hat den kontinuierlichen Erneuerungsprozess seit dem Jahr 2005 stetig vorangetrieben. Insbesondere ist es der Fachhochschule gelungen, die Vereinbarungen zur Umsetzung eines neuen und qualitativ hochwertigen Studienangebotes umzusetzen. Dies ergibt sich daraus, dass im Jahre 2005 siebzehn Bachelor-Studiengänge als neues Studienangebot zur Verfügung gestellt werden konnte. Ebenso ist die Umsetzung der Master-Studiengänge zu einem Grossteil gelungen.

Dabei hat die FH Hildesheim/Holzminden/Göttingen ihr Bestreben, sich zu einer generationsübergreifenden, familiengerechten Hochschule zu entwickeln, kontinuierlich verfolgt. Dies betrifft besonders die Bereiche zum Ausbau der Kinderbetreuung über Lehrangebote, aber auch Forschungs- und Entwicklungsprojekte zur Bildung und Erziehung von Kindern, bis hin zu Studienangeboten und Forschungsvorhaben.

Bei ihrer Planung von Studium und Lehre hat die Hochschule dem Gleichstellungsauftrag nach § 3 NHG und dem Ziel einer generationsübergreifenden familiengerechten Hochschule eine zentrale Stelle eingeräumt. Daher ist es gelungen, bei der Neuentwicklung von Studiengängen immer die beruflichen Orientierungen junger Frauen und ihre Anforderungen an ein Studium in besonderer Weise zu berücksichtigen.

Der Hochschule ist es zudem gelungen, ihre Einbindung in die Region zu vertiefen und zugleich konnten die nationalen und internationalen Beziehungen ausgebaut werden.

2. Entwicklungsfelder und operative Ziele

Das Studienangebot konnte zum Wintersemester 2005/2006 dahingehend erweitert werden, dass für alle Studiengänge der Bachelor-Studiengang eingerichtet werden konnte. Zum Wintersemester 2006/2007 werden auch alle Master-Studiengänge eingerichtet sein.

Um lange Studienzeiten zu vermeiden werden Tutorenprogramme fortgeführt beziehungsweise ausgeweitet. Außerdem wird die Hochschule eigene Mittel und ihren Selbstbehalt aus Studiengebühren nach § 13 Abs. 1 NHG für das Projekt „Studienzeitverkürzung durch Kleinkindbetreuung“ einsetzen.

Ein weiterer Schwerpunkt wird auch zukünftig in der Forschung liegen. Dies ist bereits deutlich daran zu erkennen, dass im Jahre 2005 die Einwerbung von Drittmitteln deutlich gestiegen ist.

Durch Realisation von internationalen Projekten konnte die Hochschule ihr Konzept zur Internationalisierung weiter vorantreiben. Ebenfall konnte die Zusammenarbeit mit Unternehmen der Wirtschaft erfolgreich intensiviert werden.

3. Finanzierung der Haushaltsjahre 2005/2006

Die Hochschule erhält ihre erforderlichen Haushaltsmittel im Rahmen ihrer Selbststeuerung des Hochschulhaushaltes nach § 49 NHG i. V. m. 1.4 VV zu § 26 LHO durch Zuführungen für laufende Zwecke, für die Bauunterhaltung und für Investitionen als Globalzuschuss. Neben dem Globalzuschuss finanziert die Hochschule ihren Ausbau in Lehre und Forschung durch Sondermittel des Landes Niedersachsen und durch Drittmittel, die eine steigende Tendenz aufweisen.

Die Hochschule verfolgt das Ziel, die Ressourcen im Personalbereich sowie in Lehre und Forschung durch Optimierung der Ablauforganisation effizient einzusetzen.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0637 Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel (Landesbetrieb)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 10-9	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender **** Abweichend von § 15 Abs. 1 S. 1 LHO (Bruttoprinzip) ist der Nettobetrag veranschlagt.*		471	382	+89	254
111 15-0	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		1.169	1.169	—	1.040
121 02-3	136	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-7	136	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03 und 891 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	41 41	31.908	31.032	+876	30.811
682 03-3	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.*	—	497	396	+101	395
682 39-4	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	4	10	–6	8
891 01-5	136	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.*	—	340	335	+5	410
		<u>Abschluss Kapitel 0637</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.640	1.551	+89	
		Summe der Einnahmen		1.640	1.551	+89	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	41 41	32.409	31.438	+971	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	340	335	+5	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	41 41	32.749	31.773	+976	
		Zuschuss		31.109	30.222	+887	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 0637

Die Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel wird seit dem 01. 01.1999 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt.

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

Zu 682 01

Die finanzielle Obergrenze nach § 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG beträgt für das Geschäftsjahr 2007 9 482 294 EUR.

Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 3 246 100 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie Beiträge zur Berufsgenossenschaft – Landesunfallkasse).

Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 2 388 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Nutzungsentgelt an den Landesliegenschaftsfonds).

Dem Studentenwerk Braunschweig werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm (HNF)	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa HNF	344	
Cafeteria NNF	362	32 211 EUR

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.
Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Nicht verbindliche Erläuterung:
Das Ergebnis der Formelberechnung für 2006 ergibt einen Betrag von +13.900 EUR. Die Buchung erfolgt bei Kapitel 06 08 Titelgruppe 67 im Rahmen der unterjährigen Verrechnung.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	41	—	41
2008	—	—	41	41
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	41	41	82

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel
für das Geschäftsjahr 2007

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der gemäß § 26 LHO vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Betriebsanweisung für die Hochschulen in staatlicher Trägerschaft des Landes Niedersachsen vom 23.Juli 2003

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 37

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Lizenzen an Rechten und Werten			
- Bebaute Grundstücke			
- Unbebaute Grundstücke			
- Gebäude			
- Maschinen und Anlagen			
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,			
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			
Summe 1.:			
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Lizenzen an Rechten und Werten			156 152
- Gebäude			
- Maschinen und Anlagen	840 000	813 000	2 293 882
- Fahrzeuge			4 497
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,			508 544
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4 500 000		79 278
Summe 2.:	5 340 000	813 000	3 042 353
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan			
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)			
- Ablieferungen an den Landeshaushalt			
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)			
Summe 3.:			
Summe I.:	5 340 000	813 000	3 042 353
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan			2 448 070
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)			
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren			3 324 376
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)			
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• aus Fachkapitel	340 000	335 000	490 105
• aus Sondermitteln	5 000 000	478 000	1 605 710
• Baumittel			
- Andere öffentliche Zuschussgeber			
Summe 1.:	5 340 000	813 000	7 868 261
Summe II.:	5 340 000	813 000	7 868 261

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 37

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
- aus Fachkapitel	32 409 000	31 438 000	30 858 860
- aus Sondermitteln	750 000	1 400 000	1 734 586
Summe 1.:	33 159 000	32 838 000	32 593 446
2. Erträge aus Studienbeiträgen einschl. Zinserträge:	5 000 000		
Summe 2.:	5 000 000		
3. Anteil an den Studiengebühren Langzeitstudierender:	260 000	260 000	122 000
Summe 3.:	260 000	260 000	122 000
4. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse:			
- Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	1 000 000	1 750 000	1 530 435
- Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	2 500 000	1 700 000	2 957 267
- Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten			16 283
Summe 4.:	3 500 000	3 450 000	4 503 985
5. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:			- 234 225
Summe 5.:			- 234 225
6. Andere aktivierte Eigenleistungen:			76 197
Summe 6.:			76 197
7. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Erstattung von Personalaufwendungen	200 000	500 000	403 507
- Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	750 000	750 000	1 023 871
- Erlöse aus Nebenbetrieben	200 000	200 000	163 785
- Betreuung von Studierenden	30 000	30 000	52 602
- Gebühren und gebührenähnliche Erträge	75 000	78 000	122 501
- Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	50 000	50 000	67 560
- Nebenerlöse aus der Abgabe von Energie	50 000	50 000	32 279
- Spenden	10 000	10 000	63 462
- Erträge aus Schadensersatzleistungen			1 193
- Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	2 817 000	3 103 200	2 824 417
- Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens			54 569
- Auflösung von Rückstellungen			1 865
- Periodenfremde Erträge	25 000	35 000	24 999
- Übrige Erträge	15 000	5 000	22 419
Summe 7.:	4 222 000	4 811 200	4 859 029
8. Zinserträge und ähnliche Erträge:			2 913
Summe 8.:			2 913
Summe I.:	46 141 000	41 359 200	41 923 345
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren			
- Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	2 503 000	745 800	616 745
- Aufwendungen für bezogene Leistungen			
• Unteraufträge in Drittmittelvorhaben	600 000	600 000	733 692
• Werkverträge	120 000	120 000	128 270
• Wissenschaftliche Dienstleistungen			

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 37

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
noch 1.:			
- Weiterleitung von Forschungsmitteln			
- Sonstige bezogene Leistungen	211 000	211 000	232 155
- Sachaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools			
Summe 1.:	3 434 000	1 676 800	1 710 862
2. Personalaufwand:			
2.1. Entgelte, Vergütungen und Besoldung			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	10 092 600	10 266 000	9 364 672
- Entgelte des Tarifpersonals	13 822 700	11 579 500	10 761 866
- Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter			
- Studentische und wissenschaftlich - künstlerische Hilfskräfte	200 000	100 000	252 299
- Lehrstuhlvertretungen			
- Sonstige Vergütungen	90 000	90 000	7 405
- Personalaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	64 000	64 000	
Summe 2.1.:	24 329 300	22 159 500	20 386 242
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für das Tarifpersonal	2 879 200	2 447 400	2 245 714
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	3 182 600	3 264 900	2 782 206
- Zuführung zum Sondervermögen Nds.			
- Zuführung zum Sondervermögen Nds. Versorgungsrücklage	77 400	77 400	52 155
- Emeritenbezüge tarifvertraglicher Vereinbarungen	629 800	603 800	907 027
- Nachversicherung ausscheidender Beamter			
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	329 000	354 000	447 000
- Beihilfen für das Tarifpersonal			
- Trennungsgeld und Umzugskosten	19 000	5 100	21 968
- Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	63 500	62 900	61 764
Summe 2.2.:	7 180 500	6 815 500	6 517 834
Summe 2.:	31 509 800	28 975 000	26 904 076
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
- Immaterielle Vermögensgegenstände	160 000	204 100	159 803
- Grundstücke und Bauten	360 000	259 400	259 188
- Technische Anlagen und Maschinen	1 936 000	2 137 400	1 914 120
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	361 000	502 300	487 063
Summe 3.:	2 817 000	3 103 200	2 820 174
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
- Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen			
• Bauunterhaltung	497 000	396 000	396 775
• Aufwendungen für Wartung	175 000	175 000	389 416
- Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
• Energie	418 000	300 000	331 858
• Heizung	350 000	300 000	333 607

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 37

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
noch 4.1:			
• Wasser- und Abwasser	65 000	65 000	65 671
• Entsorgung	40 000	40 000	36 521
-Aufwendungen für Reparatur und Instandhaltungsmaterial			
• Bauunterhaltung			5 831
• Sonstige	80 000	80 000	80 000
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
• Mieten, Pachten, Erbbauzins	3 777 000	3 368 000	3 549 443
• EDV-Dienstleistungen	32 000	32 000	157 108
• Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	40 000	40 000	51 483
• Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	95 000	97 000	95 766
• Sonstige Gebühren			307
• Fremdreinigung	580 300	580 300	520 155
• Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	10 200	10 200	10 008
- Gebühren und Beiträge			
- Sonstige Fremdleistungen	65 000	65 000	46 231
Summe 4.1.:	6 224 500	5 548 500	6 070 180
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	166 200	166 200	157 992
- Aufwendungen für Kommunikation			
• Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	400 000	400 000	342 977
• Reisekosten	200 000	200 000	222 738
• Porto	60 000	60 000	51 253
• Öffentlichkeitsarbeit	55 000	55 000	29 695
• Gästebewirtung und Repräsentation	20 000	20 000	41 846
Summe 4.2.:	901 200	901 200	846 501
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Vergütungen für Lehraufträge	774 000	674 000	547 770
- Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	35 000	35 000	49 172
- Fort- und Weiterbildung	10 000	10 000	17 447
- Personaleinstellung, -umsetzung, -entlassung	25 000	25 000	44 784
- Übrige Personalaufwendungen	25 000	25 000	10 820
Summe 4.3.:	869 000	769 000	669 993
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens			4 241
- Schadensersatzleistungen			6 291
- Abschreibungen auf Forderungen			23 045
- Periodenfremde Aufwendungen	20 000	20 000	47 224
- Sicherung der Gebäude		1 000	
- Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	200 000	200 000	172 505
- Aufwendungen für Mitgliedschaften	20 000	19 000	26 422
- Andere sonstige betriebliche Aufwendungen	144 000	144 000	185 094
Summe 4.4.:	384 000	384 000	464 822
Summe 4.:	8 378 700	7 602 700	8 051 496
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:			
Summe 5.:			
Summe II.:	46 139 500	41 357 700	39 486 608

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 37

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	1 500	1 500	2 436 737
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge			12 953
Summe 1.:			12 953
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
Summe 2.:			
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)			12 953
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer			
- Gewerbeertragssteuer			
- Kapitalertragssteuer			
- Umsatzsteuer			
Summe 1.:			
2. Sonstige Steuern:			
- Kraftfahrzeugsteuer	1 000	1 000	1 132
- Grundsteuer	500	500	488
Summe 2.:	1 500	1 500	1 620
Summe VI.:	1 500	1 500	1 620
VII Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)			**2 448 070**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 37

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
2. Die Sekretärin des/der Präsident(en)/-in ist für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.
   Die für die Dauer ihrer Tätigkeit eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N, Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
3. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
4. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes.
   Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
5. Soweit ausreichende Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 5 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Verträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 2**

zu Kapitel 06 37

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2007

		Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
1.	Erträge aus Finanzhilfen und Zuschüssen für laufende Aufwendungen			
a)	des Landes Niedersachsen aus Mitteln des Erfolgsplans	32 409 000	31 438 000	30 858 860
b)	des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln	750 000	1 400 000	1 734 586
c)	von anderen Zuschussgebern	1 000 000	1 750 000	1 530 435
Zwischensumme 1.:		34 159 000	34 588 000	34 123 881
2.	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen zur Finanzierung von Investitionen			
a)	des Landes Niedersachsen aus Mitteln des Finanzplans	340 000	335 000	490 105
b)	des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln	5 000 000	478 000	1 605 710
c)	von anderen Zuschussgebern			
Zwischensumme 2.:		5 340 000	813 000	2 095 815
3.	Erträge aus Entgelten	2 500 000	1 700 000	2 861 918
4.	Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen			- 234 225
5.	Andere aktivierte Eigenleistungen			76 197
6.	Sonstige betriebliche Erträge	9 482 000	5 071 200	5 060 508
	(davon aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse)	2 817 000	3 103 200	2 824 416
7.	Sachaufwand für den Lehr- und Forschungsbetrieb			
a)	Aufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmittel, Materialien und bezogene Waren	2 503 000	745 800	616 745
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	931 000	931 000	1 048 698
Zwischensumme 7.:		3 434 000	1 676 800	1 665 443
8.	Personalaufwand			
a)	Löhne und Gehälter	24 329 300	22 159 500	20 351 474
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	7 180 500	6 815 500	6 529 379
	(davon für Altersversorgung)	3 863 800	3 342 300	3 741 388
Zwischensumme 8.:		31 509 800	28 975 000	26 880 853
9.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2 817 000	3 103 200	2 820 174
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	13 718 700	8 415 700	11 147 717
	(davon aus der Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse)	5 340 000	813 000	3 042 353
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			2 913
12.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
13.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**1 500**	**1 500**	**1 472 820**
14.	Sonstige Steuern	1 500	1 500	1 620
15.	Jahresergebnis			**1 471 200**
16.	Gewinn-/Verlustvortrag			1 186 342
17.	Entnahme aus / Einstellung in Rücklagen/Veränderung Nettoposition			-1 389 714
18.	Bilanzergebnis			**1 267 828**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 3**

zu Kapitel 06 37

Vereinfachte Kapitalflussrechnung

			2005 TEUR
1.		Periodenergebnis vor ausserordentlichen Posten	1 501
2.	+/-	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	2 820
3.	+/-	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	32
4.	+/-	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge Veränderungen des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	218
5.	-/+	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- 51
6.	-/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	470
7.	+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	2 057
8.	**=**	**Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1. bis 7.)**	**7 047**
9.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	55
10.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	
11.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 2 886
12.	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	- 156
13.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	
14.	-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	
15.	**=**	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 9. bis 14.)**	**- 2 987**
16.	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten (einschl. Finanzierung Anteile)	
17.	-	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	
18.	**=**	**Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 16. und 17.)**	
19.	**=**	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe der Zeilen 8., 15. und 18.)**	**4 060**
20.	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	3 324
21.	**=**	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 19. und 20.)**	**7 384**

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

abzüglich: Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 4**
zu Kapitel 06 37

Geschäftsbericht 2005 (Zusammenfassung)

Kurzbeschreibung der Gewinn- und Verlustrechnung für das abgelaufene Geschäftsjahr 2005 und Vergleich mit den Plandaten des laufenden und zukünftigen Jahres.

- Für das **Geschäftsjahr 2005** hat die FH BS/WF einen Jahresüberschuss von TEUR 1.501 erwirtschaftet. Wie bereits in den Vorjahren konnten die Erträge aus den weiterbildenden Studiengängen und den anderen Weiterbildungsmaßnahmen gesteigert werden. Auch konnten die Personalaufwendungen reduziert werden. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen steigerten sich insgesamt um TEUR 248 gegenüber 2004. Diese Mehraufwendungen entstanden durch Zuführungen in den Sonderposten für Investitionen von TEUR 793. Gleichzeitig minderten sich die Aufwendungen für die Instandhaltung und Bewirtschaftung um TEUR 692, da die Umbaumaßnahme Am Exer abgeschlossen wurde.

  Die **Zuführungen des Landes** für laufende Aufwendungen beliefen sich für 2005 auf insgesamt TEUR 31.292 lt. Wirtschaftsplan. Für 2006 werden die Zuführungen mit insgesamt TEUR 31.438 und für 2007 mit TEUR 32.282 geplant.

- Die **Sondermittel des Landes für laufende Zwecke** sind in den Planansätzen für 2006 und 2007 geringer, da die Zuschüsse im Wesentlichen auf die Umbaumaßnahme Altbausanierung Am Exer entfielen.

- **Die Sondermittel des Landes zur Finanzierung von Investitionen** sind im Planansatz für 2007 mit TEUR 5.000 angesetzt und betreffen den Neubau in Wolfsburg.

- Die **Drittmitteleinwerbung** wird weiterhin erfolgreich betrieben.
  Der Planansatz für 2006 aus Erträge aus Entgelten (Aufträge Dritter) ist unverändert mit TEUR 1.700 vorsichtig geschätzt. Der Planansatz für 2007 wurde mit TEUR 2.500 der aktuellen Entwicklung angepasst.
  Bei den Zuschüssen Dritter geht die Hochschule von rückläufigen Erträgen aus. Der Planansatz hierfür beträgt für 2006 TEUR 1.750 und für 2007 TEUR 1.000.

- Der **Personalaufwand** reduzierte sich insgesamt um EUR 858 gegenüber 2004. Diese Einsparungen entstanden durch den Wegfall der Sonderzuwendungen für die Beamten, aber auch für Neueinstellungen von Angestellten. Durch Altersabgänge bei den Beamten wurden Einsparungen erzielt, somit reduzierte sich auch der Aufwand für den Versorgungszuschlag. Der Planansatz für 2006 und 2007 wurde entsprechend angepasst.

- Der Sachaufwand für **Forschung und Lehre** reduzierte sich 2005 um TEUR 144 gegenüber 2004. Die Einsparungen resultierten im Wesentlichen aus Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lehrmittel. Der Planansatz für 2006 wurde mit TEUR 1.677 und für 2007 mit TEUR 1.809 veranschlagt.

- Die **Abschreibungen** für das Geschäftsjahr 2005 belaufen sich auf TEUR 2.820. Der Planansatz für 2006 beträgt TEUR 3.103 und 2007 TEUR 2.817.

- Das vorläufige **Jahresergebnis** beträgt TEUR 1.501.
  Das vorläufige Jahresergebnis besteht zum überwiegenden Teil aus nicht verbrauchten, aber verplanten und verteilten Resten der Fachbereiche.

- Das vorläufige **Bilanzergebnis** beträgt TEUR 2.661. Hierin enthalten ist der Vortrag Bilanzgewinn aus 2004 von TEUR 1.186.

- **Kapitalflussrechnung 2005 (Liquidität und Cashflow-Betrachtung)**
  Aus der Vermögens- und Kapitalstruktur wird mit Hilfe der Kapitalflussrechnung der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit abgeleitet, indem unter anderem Abschreibungen, Rückstellungen und zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge neutralisiert werden. Für das Kalenderjahr 2005 ergibt sich ein Jahresüberschuss von TEUR 1.501. Der Finanzmittelfonds (Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten bereinigt um kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten) beträgt zum Stichtag 31.12.2005 TEUR 7.384.

- **Zusammenfassende Würdigung der wirtschaftlichen Situation**
  Durch den restriktiven Umgang mit den eingeführten Personalbudgets ist es der Hochschule gelungen den Personalaufwand zu reduzieren. Die in den Vorjahren nötigen Beschränkungen bei den Sachaufwendungen und Investitionen für Forschung und Lehre wurden gelockert, um zu verhindern, dass die Materialien für die Studierenden veralten oder nur in sehr begrenzter Zahl verfügbar sind.

Geschäftsbericht 2005 (Zusammenfassung)

Kennzahlen

Zuführung + Verwaltungskostenbeiträge zu Gesamtaufwand	84,01%
Zuführung + Verwaltungskostenbeiträge zu Gesamtertrag	81,15%
Sondermittel zu Gesamtertrag	7,59%
Drittmittel zu Gesamtertrag	9,46%
Personalaufwand zu Gesamtaufwand	63,27%
Personalaufwand zu Zuführung + Verwaltungskostenbeiträge	75,31%
Sachaufwand zu Gesamtaufwand	3,92%
Sachaufwand zu Zuführung + Verwaltungskostenbeiträgen	4,66%
(Eigenkapital und Sonderposten) *100 / Anlagevermögen	116,18%
Anlagevermögen / Umlaufvermögen	206,44%

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 5**
zu Kapitel 06 37

Zielvereinbarung 2005 - 2008 (Zusammenfassung)

Die Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel will in den kommenden vier Jahren folgende Kernziele erreichen:

- Sie wird sich weiterhin als wichtiger Träger im tertiären Bildungssektor in der Aus-, Fort- und Weiterbildung behaupten und ihre Studierendenzahlen stabil halten.
- Die Hochschule wird bis zum 01.09.2007 alle Studiengänge mit Diplomabschluss auf die Bachelor-Master-Struktur im Sinne des Bologna-Prozesses umstellen. Das Studienangebot an den Standorten hat ein klares Profil.
- Die Einschnitte im Rahmen des HOK werden verkraftet und das Studienangebot den geschrumpften Kapazitäten angepasst.
- Am Standort Wolfenbüttel soll das Studienangebot um den Bereich Biotechnologie (BA/MA-Studiengang Bio- and Environmental Engineering) erweitert werden.
- Das Studienangebot vermittelt den Absolventinnen und Absolventen weiterhin gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt.
- Ihre Attraktivität für StudieninteressentInnen (Ziel: mindestens 5 Bewerbungen pro Platz) ermöglicht ihr eine Bestenauswahl.
- Alle Studiengänge erreichen eine durchschnittliche Studienzeit von weniger als ein Jahr über der Regelstudienzeit und eine Schwundquote von unter 30 %.
- Der Frauenanteil unter den Studierenden kann trotz des Studienplatzabbaus im Fachbereich Sozialwesen zumindest bei 37 % gehalten werden, der Frauenanteil unter den Professorinnen und Professoren erreicht 20%.
- Der Anteil ausländischer Studierender (Kriterium: Staatsangehörigkeit) erreicht 10%.
- Der Vor-Ort-Service für Studierende wird deutlich verbessert.
- Die jährlichen Umsätze aus Fort- und Weiterbildung überschreiten 1 Mio. EUR.
- Die jährlichen Umsätze aus Drittmittelaufträgen liegen bei ca. 15% des Haushaltsvolumens. Die Hochschule strebt an, die Forschungsaktivitäten der Professorinnen und Professoren zunehmend auch fachbereichs- und hochschulübergreifend zu vernetzen mit dem Ziel, profilbildende Forschungsschwerpunkte zu schaffen und die Drittmittelfähigkeit der Hochschule weiter zu verbessern. Sie will ihre Dritt- und Sondermitteleinnahmen mindestens auf dem erreichten Niveau (4.435.879 EUR im Wirtschaftsjahr 2003) halten.
- Die Hochschule wird ihre Organisationsstruktur unter Qualitäts- und Effizienzgesichtspunkten optimieren.
- Die Hochschule wird aus Sondermitteln und Drittmitteln die „Serviceorientierte IT-Infrastruktur“ weiter ausbauen und die internen Prozessabläufe noch stärker IT-unterstützt integrieren. Sie wird darüber hinaus die technische IT-Infrastruktur ergänzen, um den Anforderungen zum Einsatz multimedialer Lehr- und Lernformen in allen Studiengängen flächendeckend gerecht werden zu können und die Anwender/innen entsprechend unterstützen zu können.
- Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter qualifizieren sich durch Fortbildungen, durch die Teilnahme an berufsbegleitenden Masterstudiengängen bis hin zur Promotion ständig weiter und tragen so zur Verbesserung der Qualität von Lehre, Forschung und unterstützender Dienstleistungen bei.
- Das Land und die Hochschule sind sich einig darüber, dass der Standort Salzgitter auf der Grundlage der Empfehlungen des Wissenschaftsrates weiterentwickelt werden soll.
- Weiterhin sind das Land und die Hochschule sich einig darüber, dass die im Zuge des Ausbaus seit 1993 entstandenen strukturellen Defizite schrittweise auszugleichen sind.
- Das Land und die Hochschule sind sich einig darüber, dass die räumliche Situation in Wolfsburg dringend verbessert werden muss.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0638 Fachhochschule Hannover (Landesbetrieb)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 10-2	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender **** Abweichend von § 15 Abs. 1 S. 1 LHO (Bruttoprinzip) ist der Nettobetrag veranschlagt.*		424	336	+88	480
111 15-3	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		1.000	1.000	—	826
121 02-7	136	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-0	136	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03 und 891 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	11 11	37.538	37.960	–422	38.179
682 03-7	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.*	—	643	225	+418	437
682 39-8	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	9	10	–1	9
891 01-9	136	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.*	—	344	338	+6	326
		<u>Abschluss Kapitel 0638</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.424	1.336	+88	
		Summe der Einnahmen		1.424	1.336	+88	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	11 11	38.190	38.195	–5	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	344	338	+6	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	11 11	38.534	38.533	+1	
		Zuschuss		37.110	37.197	–87	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0638

Die Fachhochschule Hannover wird seit dem 01.01.1999 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt.

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

Zu 682 01

Die finanzielle Obergrenze nach § 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG beträgt für das Geschäftsjahr 2007 12 873 430 EUR.

Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 3 895 900 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie Beiträge zur Berufsgenossenschaft – Landesunfallkasse).

Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 4 795 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Nutzungsentgelt an den Landesliegenschaftsfonds).

Dem Studentenwerk Hannover werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm (HNF)	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa Ricklingen	451	44 274 EUR

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.
Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Nicht verbindliche Erläuterung:
Das Ergebnis der Formelberechnung für 2006 ergibt einen Betrag von -131.800 EUR. Die Buchung erfolgt bei Kapitel 06 08 Titelgruppe 67 im Rahmen der unterjährigen Verrechnung.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	11	—	11
2008	—	—	11	11
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	11	11	22

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Hannover
für das Geschäftsjahr 2007

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der gemäß § 26 LHO vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Betriebsanweisung für die Hochschulen in staatlicher Trägerschaft des Landes Niedersachsen vom 23.Juli 2003

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 38

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Hannover

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Lizenzen an Rechten und Werten	200 000		607 000
- Bebaute Grundstücke			
- Unbebaute Grundstücke			
- Gebäude			
- Maschinen und Anlagen	544 000	682 000	1 589 000
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,	100 000	156 000	664 000
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			
Summe 1.:	844 000	838 000	2 860 000
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Lizenzen an Rechten und Werten			
- Gebäude			
- Maschinen und Anlagen			
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,			
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			
Summe 2.:			
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan			332 883
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)			
- Ablieferungen an den Landeshaushalt			
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)			
Summe 3.:			332 883
Summe I.:	844 000	838 000	3 192 883
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan			
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)			
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren			1 491 275
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)			103 618
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• aus Fachkapitel	344 000	338 000	249 692
• aus Sondermitteln	500 000	500 000	597 683
• Baumittel			
- Andere öffentliche Zuschussgeber			
Summe 1.:	844 000	838 000	2 442 268
Summe II.:	844 000	838 000	2 442 268

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 38

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Hannover

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
- aus Fachkapitel	38 190 000	38 195 000	38 255 180
- aus Sondermitteln	1 385 000	1 400 000	1 386 070
Summe 1.:	39 575 000	39 595 000	39 641 250
2. Erträge aus Studienbeiträgen einschl. Zinserträge:	4 600 000		
Summe 2.:	4 600 000		
3. Anteil an den Studiengebühren Langzeitstudierender:	299 000	299 000	95 000
Summe 3.:	299 000	299 000	95 000
4. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse:			
- Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	460 000	350 000	459 104
- Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	390 000	470 000	386 202
- Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten			
Summe 4.:	850 000	820 000	845 306
5. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:			
Summe 5.:			
6. Andere aktivierte Eigenleistungen:			
Summe 6.:			
7. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Erstattung von Personalaufwendungen	77 000	60 000	76 064
- Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	240 000	310 000	236 128
- Erlöse aus Nebenbetrieben	36 000	28 000	35 546
- Betreuung von Studierenden	2 200	2 000	2 201
- Gebühren und gebührenähnliche Erträge	115 000	85 000	116 715
- Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	330 000	180 000	330 827
- Nebenerlöse aus der Abgabe von Energie			
- Spenden	275 000	40 000	278 105
- Erträge aus Schadensersatzleistungen	18 000	40 000	17 314
- Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	3 855 000	3 175 600	3 629 289
- Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	1 500	9 000	1 671
- Auflösung von Rückstellungen	230 000	50 000	230 194
- Periodenfremde Erträge	75 000	4 000	75 337
- Übrige Erträge	222 000	130 000	221 521
Summe 7.:	5 476 700	4 113 600	5 250 912
8. Zinserträge und ähnliche Erträge:			
Summe 8.:			
Summe I.:	50 800 700	44 827 600	45 832 468
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	350 000	160 000	272 384
- Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	840 000	620 000	735 131
- Aufwendungen für bezogene Leistungen			
• Unteraufträge in Drittmittelvorhaben	45 000	30 000	43 420

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 38

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Hannover

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
noch 1.:			
• Werkverträge	50 000	45 000	47 425
• Wissenschaftliche Dienstleistungen	150 000	60 000	138 874
- Weiterleitung von Forschungsmitteln			
- Sonstige bezogene Leistungen	100 000	120 000	71 641
- Sachaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	7 000	7 000	
Summe 1.:	1 542 000	1 042 000	1 308 875
2. Personalaufwand:			
2.1. Entgelte, Vergütungen und Besoldung			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	12 135 200	12 180 600	11 448 000
- Entgelte des Tarifpersonals	9 430 600	10 233 400	9 105 942
- Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter			
- Studentische und wissenschaftlich - künstlerische Hilfskräfte	500 000	450 000	489 381
- Lehrstuhlvertretungen	194 000	120 000	194 096
- Sonstige Vergütungen	100 000	100 000	
- Personalaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	70 000	70 000	
Summe 2.1.:	22 445 800	23 164 000	21 253 398
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für das Tarifpersonal	1 965 000	2 015 000	1 938 831
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	3 829 100	3 917 200	3 720 008
- Zuführung zum Sondervermögen Nds.			
- Zuführung zum Sondervermögen Nds. Versorgungsrücklage	99 900	99 900	61 885
- Emeritenbezüge tarifvertraglicher Vereinbarungen	812 000	818 000	813 894
- Nachversicherung ausscheidender Beamter			
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	418 000	451 000	342 800
- Beihilfen für das Tarifpersonal	2 000	2 000	
- Trennungsgeld und Umzugskosten	19 000	12 000	21 964
- Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	66 800	67 200	68 005
Summe 2.2.:	7 211 800	7 382 300	6 967 387
Summe 2.:	29 657 600	30 546 300	28 220 785
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
- Immaterielle Vermögensgegenstände	240 000	138 900	237 426
- Grundstücke und Bauten	15 000	16 400	15 034
- Technische Anlagen und Maschinen	2 800 000	2 534 400	2 676 289
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	800 000	485 900	604 781
Summe 3.:	3 855 000	3 175 600	3 533 530
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
- Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen			
• Bauunterhaltung	1 218 000	225 000	698 765
• Aufwendungen für Wartung	150 000	150 000	37 527
- Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
• Energie	450 000	360 000	369 968
• Heizung	400 000	280 000	317 041

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 38

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Hannover

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
noch 4.1:			
• Wasser- und Abwasser	100 000	130 000	77 608
• Entsorgung	90 000	50 000	80 552
-Aufwendungen für Reparatur und Instandhaltungsmaterial			
• Bauunterhaltung	100 000	30 000	83 130
• Sonstige	70 000	130 000	69 526
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
• Mieten, Pachten, Erbbauzins	5 295 000	5 890 200	6 026 942
• EDV-Dienstleistungen		10 000	
• Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	70 000	45 000	52 286
• Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	109 000	109 000	109 043
• Sonstige Gebühren			
• Fremdreinigung	700 000	680 000	657 037
• Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	24 000	7 000	23 588
- Gebühren und Beiträge			
- Sonstige Fremdleistungen			79 556
Summe 4.1.:	8 776 000	8 096 200	8 682 569
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	298 100	210 000	193 187
- Aufwendungen für Kommunikation			
• Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	160 000	120 000	130 921
• Reisekosten	150 000	130 000	148 309
• Porto	70 000	70 000	57 615
• Öffentlichkeitsarbeit	30 000	30 000	29 954
• Gästebewirtung und Repräsentation	38 500	80 000	38 403
Summe 4.2.:	746 600	640 000	598 389
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Vergütungen für Lehraufträge	600 000	680 000	568 775
- Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	30 000	20 000	27 330
- Fort- und Weiterbildung	100 000	30 000	140 124
- Personaleinstellung, -umsetzung, -entlassung	45 000	30 000	43 216
- Übrige Personalaufwendungen	94 600	50 000	135 339
Summe 4.3.:	869 600	810 000	914 784
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	95 000	50 000	64 217
- Schadensersatzleistungen	1 300		1 290
- Abschreibungen auf Forderungen	1 800	7 000	1 746
- Periodenfremde Aufwendungen	190 000	100 000	188 095
- Sicherung der Gebäude	170 000	160 000	166 028
- Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	185 000	185 000	182 623
- Aufwendungen für Mitgliedschaften	15 000	11 700	11 861
- Andere sonstige betriebliche Aufwendungen	4 692 000		2 286 397
Summe 4.4.:	5 350 100	513 700	2 902 257
Summe 4.:	15 742 300	10 059 900	13 097 999
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:			395
Summe 5.:			395
Summe II.:	50 796 900	44 823 800	46 161 584

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Anlage 1
zu Kapitel 06 38

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Hannover

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	3 800	3 800	- 329 116
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge			
Summe 1.:			
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
Summe 2.:			
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)			
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer			
- Gewerbeertragssteuer			
- Kapitalertragssteuer			
- Umsatzsteuer			
Summe 1.:			
2. Sonstige Steuern:			
- Kraftfahrzeugsteuer	300	300	255
- Grundsteuer	3 500	3 500	3 512
Summe 2.:	3 800	3 800	3 767
Summe VI.:	3 800	3 800	3 767
VII Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)			**- 332 883**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 38

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
2. Die Sekretärin des der Präsident(en)/-in ist für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. VI BAT eingruppiert.
   Die für die Dauer ihrer Tätigkeit eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zuläge nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
3. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
4. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes.
   Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
5. 1 Verg.-Gr. III Technischer Dienst ku nach Verg.-Gr. IV a (FB Maschinenbau).
6. Soweit ausreichende Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 5 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Verträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 2**

zu Kapitel 06 38

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2007

		Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
1.	Erträge aus Finanzhilfen und Zuschüssen für laufende Aufwendungen			
a)	des Landes Niedersachsen aus Mitteln des Erfolgsplans	38 190 000	38 195 000	38 255 180
b)	des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln	1 385 000	1 400 000	1 386 070
c)	von anderen Zuschussgebern	850 000	820 000	802 438
Zwischensumme 1.:		40 425 000	40 415 000	40 443 688
2.	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen zur Finanzierung von Investitionen			
a)	des Landes Niedersachsen aus Mitteln des Finanzplans	344 000	338 000	249 692
b)	des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln	500 000	500 000	597 683
c)	von anderen Zuschussgebern			
Zwischensumme 2.:		844 000	838 000	847 375
3.	Erträge aus Entgelten		85 000	42 868
4.	Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen			
5.	Andere aktivierte Eigenleistungen			
6.	Sonstige betriebliche Erträge	10 375 700	4 113 600	5 351 191
	(davon aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse)	3 855 000	3 175 600	3 629 289
7.	Sachaufwand für den Lehr- und Forschungsbetrieb			
a)	Aufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmittel, Materialien und bezogene Waren	1 207 000	900 000	1 012 510
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	335 000	142 000	211 437
Zwischensumme 7.:		1 542 000	1 042 000	1 223 947
8.	Personalaufwand			
a)	Löhne und Gehälter	22 445 800	23 164 000	21 663 195
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	7 211 800	7 382 300	6 945 423
	(davon für Altersversorgung)	4 741 000	4 835 100	4 595 787
Zwischensumme 8.:		29 657 600	30 546 300	28 608 618
9.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3 855 000	3 175 600	3 533 530
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	16 586 300	10 683 900	13 648 143
	(davon aus der Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse)	844 000	627 800	847 375
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			
12.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
13.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**3 800**	**3 800**	**- 329 116**
14.	Sonstige Steuern	3 800	3 800	3 766
15.	Jahresergebnis			**- 332 882**
16.	Gewinn-/Verlustvortrag			1 491 275
17.	Entnahme aus / Einstellung in Rücklagen/Veränderung Nettoposition			- 385 460
18.	Bilanzergebnis			**772 933**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 3**

zu Kapitel 06 38

Vereinfachte Kapitalflussrechnung

			2005 TEUR
1.		Periodenergebnis vor ausserordentlichen Posten	- 333
2.	+/-	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	3 534
3.	+/-	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	325
4.	+/-	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge Veränderungen des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	- 751
5.	-/+	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- 62
6.	-/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	487
7.	+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	- 6 809
8.	**=**	**Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1. bis 7.)**	**- 3 609**
9.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	2
10.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	
11.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 2 271
12.	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	- 607
13.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	250
14.	-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	
15.	**=**	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 9. bis 14.)**	**- 2 626**
16.	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten (einschl. Finanzierung Anteile)	
17.	-	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	
18.	**=**	**Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 16. und 17.)**	
19.	**=**	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe der Zeilen 8., 15. und 18.)**	**- 6 235**
20.	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	15 140
21.	**=**	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 19. und 20.)**	**8 905**

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

abzüglich: Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 4**
zu Kapitel 06 38

Geschäftsbericht 2005 (Zusammenfassung)

1. Landeszuschuss

Mit der letzten durch HOK-Einsparungen bedingten Bereinigung des landesseitigen Zuschusses in Höhe von 450.000 Euro ist der seitens der Hochschule auf Dauer aufzubringende Sparbeitrag im Rahmen des HOK in einer Gesamthöhe von 1.35 Mio. Euro erbracht.

Die schon 2004 erfolgte Minderung des Haushaltsansatzes für Bauunterhaltung ist auch 2005 beibehalten worden.

2. Sondermittel des Landes und Drittmittel

Es handelt sich hier um reine Planansätze, welche sich im Falle tatsächlicher Abweichungen wegen der Zweckbindung der Mittel letztlich ergebnisneutral verhalten.

3. Jahresergebnis

Der Jahresfehlbetrag von 332.000 Euro resultiert aus einer Rücklagenverwendung in Höhe von 871.000 Euro. Diese war im Wesentlichen erforderlich zur weiteren Aufstockung der Bauunterhaltungsmittel und zur Umsetzung des Bologna-Prozesses.

4. Bilanzergebnis

Das Bilanzergebnis in Höhe von 772.900 Euro dient zunächst der Deckung des Jahresfehlbetrages und wird im Übrigen herangezogen zum weiteren Ausbau von Kompetenzzentren, zur Finanzierung des HOK-bedingten Umzugs eines Fachbereichs und zur Verbesserung der Infrastruktur einschließlich der Bildung von Fakultäten.

5. Cashflow

Der Kassenstand zum 31.12.2005 vermittelt kein konkretes Bild der wirtschaftlichen Situation der Fachhochschule Hannover. Verbindlichkeiten, die im Folgejahr zahlungswirksam wurden, zu erbringende Leistungen aus Dritt- und Sondermitteln sowie ergebniswirksame Rückstellungen sind nicht berücksichtigt.

6. Zusammenfassung der wirtschaftlichen Situation

Wie schon in den Vorjahren, konnte die FHH dank konsequent sparsamer Haushaltsführung auch 2005 wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen. Der bestehende Zukunftsvertrag und künftige Einnahmen aus den ab dem Wintersemester 06/07 verfügbaren Studienbeiträgen geben der Hochschule erhöhte Planungssicherheit zur weiteren Realisierung ihrer ehrgeizigen Ziele.

Kennzahlen

Zuführung + Verwaltungskostenbeiträge zu Gesamtaufwand	81,00%
Zuführung + Verwaltungskostenbeiträge zu Gesamtertrag	82,02%
Sondermittel zu Gesamtertrag	4,22%
Drittmittel zu Gesamtertrag	1,71%
Personalaufwand zu Gesamtaufwand	60,85%
Personalaufwand zu Zuführung + Verwaltungskostenbeiträge	74,22%
Sachaufwand zu Gesamtaufwand	2,60%
Sachaufwand zu Zuführung +Verwaltungskostenbeiträgen	3,18%
(Eigenkapital und Sonderposten) *100 / Anlagevermögen	128,01%
Anlagevermögen / Umlaufvermögen	109,93%

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 5**
zu Kapitel 06 38

Zielvereinbarung 2005 - 2008 (Zusammenfassung)

Studium und Lehre
Die Fachhochschule Hannover (FHH) wird in Zukunft eine deutliche Profilierung forcieren, die sich bewusst als Alternative zur Universität klassischer Prägung versteht. Strukturelle Veränderungen und neue effektive Organisationsformen werden eine interdisziplinär und international ausgerichtete attraktive Hochschule entstehen lassen. Der Prozess stärkt die notwendige Professionalisierung der FHH und ihre Positionierung im Wettbewerb auf dem Bildungsmarkt der Zukunft.
Fachlich gesehen steht die Hochschule auf den drei Säulen Ingenieurwissenschaften, Medien und Information sowie Wirtschaft und Informatik. Durch eine engere Verzahnung der Studienangebote steht die FHH auch in Zukunft für Qualität. Sie wird begünstigt durch die modulare Studienstruktur, die aufgrund der positiven Akkreditierungsergebnisse mittlerweile für alle Studiengänge gilt, und flankiert durch die besondere Bündelung fachlicher Kompetenzen in interdisziplinären Kompetenzzentren.
Die Einführung einer neuen Organisationsstruktur bildet einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Zukunftsfähigkeit: Sie ist gegliedert in vier Fakultäten, zahlreiche flankierende zentrale Einrichtungen und Kommissionen sowie eine unterstützende Verwaltung und ein um die Dekane der Fakultäten erweitertes Präsidium. Die Fakultäten bewirtschaften eigene Budgets auf der Basis von jährlichen Wirtschaftsplänen. Zielvereinbarungen steuern die Beziehungen zum Präsidium und regeln die Binnenbeziehungen innerhalb der Fakultäten.
Die ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge an den Standorten Linden und Ahlem bilden die Fakultäten I und II. Die medienbezogenen Studienangebote am Standort Expo Plaza schließen sich zu einer Fakultät III zusammen. Die wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildungsgänge formieren sich gemeinsam mit den Informatik-Studiengängen zur Fakultät IV.
An dem vom Präsidium im Sommer 2005 initiierten Prozess haben alle relevanten Betroffenen mitgewirkt. Das Präsidium hat in seiner Sitzung am 29. Mai 2006 die Errichtung von Fakultäten beschlossen. Die neue Fakultätsstruktur wird zum Beginn des Sommersemesters 2007 am 1. März 2007 umgesetzt.
Internationalisierung
Die chinesischen Partnerhochschulen im 2+3-Programm sind an der Einrichtung eines Studienkollegs nicht mehr interessiert. Die rasche Entwicklung und Modernisierung des chinesischen Hochschulwesens verschiebt den Fokus des Interesses der chinesischen Partner auf die neu geschaffenen Master-Studiengänge der Fachhochschule Hannover.
Die Verträge des 2+3-Programms wurden erneuert und durch Festschreibung von Credits als "internationale Studiengänge mit Doppelabschluss" etabliert und den Bologna-Regeln angepasst. Die Partnerhochschule" Zhejiang University of Sciences and Technology (ZUST)" darf lt. Erlass der Provinzregierung speziell für dieses Programm Kategorie I Studierende aufnehmen.
Qualitätssicherung
Die Fachhochschule Hannover praktiziert zertifizierte Geschäftsprozesse. Dies wurde auch durch das im Juni 2006 durchgeführte Überwachungsaudit bestätigt. Die Zusammenführung von einzelnen Prozessabläufen reduziert Redundanzen und fördert die Optimierung der Schnittstellen zwischen Lehre, Forschung und Verwaltung. So wurden an der FHH im letzten Jahr allein 3 Prozesse fachbereichsübergreifend auditiert und unter Berücksichtigung aller Interessengruppen standardisiert. Die Weiterentwicklung des QM-Systems durch das Präsidium und die Benennung eines hauptamtlichen zentralen QM-Beauftragten hat die personellen Engpässe teilweise kompensieren können. Das QM-System soll 2006/2007 auf weitere Fakultäten übertragen werden. Hierfür wurde bereits eine Aufgabenbindung an den zukünftigen Geschäftsführer der Fakultäten eingeplant. Die FHH will das QM-System leben und sich damit weiterhin auch in diese Richtung profilieren. Die Zertifizierung der Verwaltung nach DIN EN ISO 9001:2000 stellt eine Besonderheit in der Hochschullandschaft dar und dokumentiert, dass wir durch die Optimierung der Abläufe das anerkannt hohe Niveau unserer Lehre, Forschung und Praxisnähe sichern und laufend verbessern.

Forschung
Drittmittelaufkommen
Obwohl die Anzahl der Drittmittelprojekte gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen hat, war das Mittelaufkommen insgesamt leicht rückläufig. Der privatwirtschaftliche Anteil des Gesamtaufkommens konnte gegenüber 2004 zwar gesteigert werden, negativ schlug jedoch zu Buche der spürbare Rückgang der Zuschüsse bei öffentlich geförderten Forschungsprojekten. Durch die Umstellung und Einführung der W-Besoldung für Professorinnen und Professoren deutet sich ein Trend jedoch bzgl. Steigerung des Drittmittelaufkommens an. Hier rechnet die Hochschule zukünftig mit einem weiteren Anstieg.
Insgesamt konnten in allen Fachbereichen erfolgreiche Drittmittelprojekte abgewickelt werden. Insbesondere die Fachbereiche Bioverfahrenstechnik sowie Design und Medien waren, was die Höhe der eingeworbenen Drittmittel betrifft, besonders erfolgreich.
Neben zahlreichen AGIP-Projekten, die in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft durchgeführt wurden, bekam die Fachhochschule Hannover unter mehreren hundert Mitbewerbern den Zuschlag für ein Bundesprojekt FH³, wobei Gelder in Höhe ca. 65.000 Euro bewilligt wurden.
Interne Förderung
Zur Förderung der Forschungsaktivitäten und –projekte werden nach Prüfung durch die Forschungskommission auch hochschulinterne Mittel bereitgestellt. Der hierfür speziell eingerichtete Forschungspool ist zurzeit mit 75.000 Euro budgetiert. Darüber hinaus wird eine Lehrdeputatsermäßigung in angemessenem Umfang gewährt.
Zusammenarbeit mit der Wirtschaft
Die FHH plant in vielfältigen Bereichen Kompetenzzentren zur Einrichtung von fachbereichs- und hochschulübergreifenden Zusammenschlüssen, die vornehmlich eine konsequente Vernetzung von Forschung und industrieller Anwendung sowie einen effizienten Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zum Ziel haben. Das Institut „Energie und Klimaschutz“ hat den Anfang gemacht – und in Kürze folgt die Realisierung von weiteren Kompetenzzentren, die von der FHH in Kooperation mit anderen Hochschulen und weiteren externen Partnern entstehen werden. Das breite Spektrum der Planungen reicht vom Gesundheitswesen über Medien und IT-Technologie bis hin zum Qualitätsmanagement.
Daneben beteiligt sich die FHH am Forschungsverbund Energie Niedersachsen (FEN) mit der Untersuchung der Integration unterschiedlichster dezentraler Energiesysteme in das elektrische Verteilnetz.
Schließlich wird der Wirtschaft mit dem Forschungsschwerpunkt AUBIOS eine weitere Möglichkeit geboten, Fachkompetenz im Bereich Maschinenbau / Bioverfahrenstechnik in Anspruch zu nehmen. Überdies können Auftrags- und Verbundprojekte der kleinen und mittleren Unternehmen auch über das Institut für Innovations-Transfer (ITI) an der Fachhochschule Hannover in fünf Fachschwerpunkten umgesetzt werden. Hier blicken wir auf mehrjährige erfolgreiche Kooperationen zurück.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0639 Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven (Landesbetrieb)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 10-6	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender **** Abweichend von § 15 Abs. 1 S. 1 LHO (Bruttoprinzip) ist der Nettobetrag veranschlagt.*		425	344	+81	298
111 15-7	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		1.516	1.516	—	1.364
121 02-0	136	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	1
		A U S G A B E N					
682 01-4	136	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03 und 891 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	39 39	52.481	52.133	+348	55.175
682 03-0	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.*	—	886	2.241	–1.355	588
682 39-1	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	56	30	+26	55
891 01-2	136	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.*	—	521	512	+9	494
		<u>Abschluss Kapitel 0639</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.941	1.860	+81	
		Summe der Einnahmen		1.941	1.860	+81	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	39 39	53.423	54.404	–981	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	521	512	+9	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	39 39	53.944	54.916	–972	
		Zuschuss		52.003	53.056	–1.053	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 0639

Die Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven wird seit dem 01.01.1999 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt.

Auf die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke wird verwiesen.

Zu 682 01

Die finanzielle Obergrenze nach § 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG beträgt für das Geschäftsjahr 2007 20 871 040 EUR.

Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 6 199 300 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie Beiträge zur Berufsgenossenschaft – Landesunfallkasse).

Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 4 814 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (4 802 000 EUR Nutzungsentgelt an den Landesliegenschaftsfonds sowie 12 000 EUR Ausgleich Sondervermögen).

Dem Studentenwerk Oldenburg werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa	1 659	
Studentenbüro	66	100 111 EUR
Cafeteria	180	

Dem Landkreis Leer wird folgendes landeseigenes Grundstück für die vereinbarte Laufzeit des Erbbaurechtsvertrags überlassen:
Maritimes Zentrum Leer

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.
Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Nicht verbindliche Erläuterung:
Das Ergebnis der Formelberechnung für 2006 ergibt einen Betrag von -109.000 EUR. Die Buchung erfolgt bei Kapitel 06 08 Titelgruppe 67 im Rahmen der unterjährigen Verrechnung.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	39	—	39
2008	—	—	39	39
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	39	39	78

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven
für das Geschäftsjahr 2007

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der gemäß § 26 LHO vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Betriebsanweisung für die Hochschulen in staatlicher Trägerschaft des Landes Niedersachsen vom 23.Juli 2003

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 39

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Lizenzen an Rechten und Werten	219 000		106 823
- Bebaute Grundstücke			
- Unbebaute Grundstücke			
- Gebäude			
- Maschinen und Anlagen	946 000	557 000	1 024 506
- Fahrzeuge	79 000		71 600
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,	37 000		12 061
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			24 948
Summe 1.:	1 281 000	557 000	1 239 938
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Lizenzen an Rechten und Werten		100 000	111 786
- Gebäude			
- Maschinen und Anlagen		1 110 000	1 124 847
- Fahrzeuge			7 813
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,		125 000	160 486
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			
Summe 2.:		1 335 000	1 404 932
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan			
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	1 100 000	1 000 000	2 768 050
- Ablieferungen an den Landeshaushalt			1 285 950
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)			
Summe 3.:	1 100 000	1 000 000	4 054 000
Summe I.:	2 381 000	2 892 000	6 698 870
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan			1 038 124
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	140 000	115 000	172 167
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren			
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)			
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• aus Fachkapitel	521 000	512 000	566 682
• aus Sondermitteln	330 000	1 380 000	451 106
• Baumittel	430 000		723 022
- Andere öffentliche Zuschussgeber			
Summe 1.:	1 421 000	2 007 000	2 951 101
Summe II.:	1 421 000	2 007 000	2 951 101

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 39

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
- aus Fachkapitel	53 423 000	54 404 000	54 091 251
- aus Sondermitteln	2 503 500	2 100 000	2 659 155
Summe 1.:	55 926 500	56 504 000	56 750 406
2. Erträge aus Studienbeiträgen einschl. Zinserträge:	7 000 000		
Summe 2.:	7 000 000		
3. Anteil an den Studiengebühren Langzeitstudierender:	244 000	244 000	128 000
Summe 3.:	244 000	244 000	128 000
4. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse:			
- Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	1 609 800	2 100 000	1 372 525
- Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge	558 500	245 000	400 177
- Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten			
Summe 4.:	2 168 300	2 345 000	1 772 702
5. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:			
Summe 5.:			
6. Andere aktivierte Eigenleistungen:			
Summe 6.:			
7. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Erstattung von Personalaufwendungen	85 500	145 000	72 584
- Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung	678 000	635 000	562 270
- Erlöse aus Nebenbetrieben	151 000	135 000	160 548
- Betreuung von Studierenden		55 000	30 292
- Gebühren und gebührenähnliche Erträge	15 500	52 000	8 007
- Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	28 000	60 000	70 493
- Nebenerlöse aus der Abgabe von Energie			
- Spenden	600 000	250 000	406 439
- Erträge aus Schadensersatzleistungen			10 263
- Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	2 929 000	3 470 000	3 019 226
- Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	22 000		15 269
- Auflösung von Rückstellungen			262 373
- Periodenfremde Erträge	11 000		118 677
- Übrige Erträge	40 000	70 000	51 503
Summe 7.:	4 560 000	4 872 000	4 787 944
8. Zinserträge und ähnliche Erträge:			31
Summe 8.:			31
Summe I.:	69 898 800	63 965 000	63 439 083
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	690 100	482 000	460 102
- Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	883 700	432 000	371 825
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	479 000	500 000	539 576
• Unteraufträge in Drittmittelvorhaben			

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 39

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
noch 1.:			
• Werkverträge			
• Wissenschaftliche Dienstleistungen			
- Weiterleitung von Forschungsmitteln			
- Sonstige bezogene Leistungen			
- Sachaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools	150 000	110 000	
Summe 1.:	2 202 800	1 524 000	1 371 503
2. Personalaufwand:			
2.1. Entgelte, Vergütungen und Besoldung			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	17 856 600	17 757 600	17 616 156
- Entgelte des Tarifpersonals	17 275 900	15 599 000	15 946 951
- Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter			
- Studentische und wissenschaftlich - künstlerische Hilfskräfte	557 800	152 000	260 223
- Ausbildungsvergütungen	145 000	171 000	136 732
- Sonstige Vergütungen	5 500	5 000	3 321
- Personalaufwand im Rahmen des Innovations- und Berufungspools			
Summe 2.1.:	36 905 800	34 469 600	34 966 262
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für das Tarifpersonal	3 665 300	3 310 000	3 523 044
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	6 097 300	6 277 100	5 281 384
- Zuführung zum Sondervermögen Nds.			
- Zuführung zum Sondervermögen Nds. Versorgungsrücklage	146 900	146 900	96 990
- Sonstige soziale Leistungen an das Tarifpersonal aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	1 460 000	1 467 000	1 446 120
- Nachversicherung ausscheidender Beamter			
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	632 000	728 000	849 900
- Beihilfen für das Tarifpersonal	6 000	5 000	
- Trennungsgeld und Umzugskosten	57 000	80 000	14 483
- Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	102 000	99 500	100 364
Summe 2.2.:	12 166 500	12 113 500	11 312 285
Summe 2.:	49 072 300	46 583 100	46 278 547
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
- Immaterielle Vermögensgegenstände	305 000	350 000	305 158
- Grundstücke und Bauten	3 000	3 000	2 693
- Technische Anlagen und Maschinen	2 137 000	2 612 000	2 157 974
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	484 000	505 000	466 817
Summe 3.:	2 929 000	3 470 000	2 932 642
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
- Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen			
• Bauunterhaltung	886 000	2 241 000	924 740
• Aufwendungen für Wartung	205 500	160 000	147 597
- Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
• Energie	521 000	490 000	507 431

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 06 39

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
noch 4.1:			
• Heizung	474 000	350 000	428 505
• Wasser- und Abwasser	82 000	75 000	69 968
• Entsorgung	51 000	48 000	47 120
-Aufwendungen für Reparatur und Instandhaltungsmaterial	111 000	62 000	87 837
• Bauunterhaltung			
• Sonstige			
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
• Mieten, Pachten, Erbbauzins	4 906 000	4 439 000	4 308 463
• EDV-Dienstleistungen	491 800	170 000	187 370
• Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	125 000	100 000	220 114
• Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	250 000	253 000	250 867
• Sonstige Gebühren			
• Fremdreinigung	751 000	675 000	738 370
• Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	22 000	23 000	19 512
- Gebühren und Beiträge			
- Sonstige Fremdleistungen	44 100	85 000	132 934
Summe 4.1.:	8 920 400	9 171 000	8 070 828
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	622 400	370 000	619 958
- Aufwendungen für Kommunikation			
• Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	520 700	310 000	290 590
• Reisekosten	396 900	305 000	399 021
• Porto	91 000	110 000	113 147
• Öffentlichkeitsarbeit	169 000	170 000	204 538
• Gästebewirtung und Repräsentation	38 000	30 000	38 338
Summe 4.2.:	1 838 000	1 295 000	1 665 592
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Vergütungen für Lehraufträge	1 019 900	945 000	932 243
- Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren	141 000	158 000	128 272
- Fort- und Weiterbildung	99 000	70 000	99 047
- Personaleinstellung, -umsetzung, -entlassung	120 000	70 000	120 433
- Übrige Personalaufwendungen	55 500	70 000	57 119
Summe 4.3.:	1 435 400	1 313 000	1 337 114
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens			28 799
- Schadensersatzleistungen	8 000	5 000	715
- Abschreibungen auf Forderungen			26 377
- Periodenfremde Aufwendungen	37 500	74 300	135 987
- Sicherung der Gebäude	55 500	70 000	59 830
- Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	782 400	430 000	454 029
- Aufwendungen für Mitgliedschaften	21 000	12 000	16 824
- Andere sonstige betriebliche Aufwendungen	2 591 100	13 000	16 621
Summe 4.4.:	3 495 500	604 300	739 182
Summe 4.:	15 689 300	12 383 300	11 812 716
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:			
Summe 5.:			
Summe II.:	69 893 400	63 960 400	62 395 408

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Anlage 1
zu Kapitel 06 39

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	5 400	4 600	1 043 675
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge			
Summe 1.:			
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
Summe 2.:			
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)			
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer			92
- Gewerbeertragssteuer			
- Kapitalertragssteuer			
- Umsatzsteuer			
Summe 1.:			92
2. Sonstige Steuern:			
- Kraftfahrzeugsteuer	4 100	3 300	4 120
- Grundsteuer	1 300	1 300	1 339
Summe 2.:	5 400	4 600	5 459
Summe VI.:	5 400	4 600	5 551
VII Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)			**1 038 124**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Anlage 1
zu Kapitel 06 39

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
2. Die Sekretärin des/der Präsident(en)/-in ist für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.
   Die für die Dauer ihrer Tätigkeit eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entspechende tarifliche Zulagen abgegolten.
3. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
4. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes.
   Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
5. 1 Verg.-Gr. I b Verwaltungsdienst ku nach Verg.-Gr. II a BAT bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber/-in (vormals HV Nr. 1 bei 06 35).
6. 1 Verg.-Gr. IV b Bibliotheksdienst kw bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber/-in (vormals HV Nr. 2 bei 06 32).
7. Soweit ausreichende Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 2 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Verträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 2**

zu Kapitel 06 39

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2007

		Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
1.	Erträge aus Finanzhilfen und Zuschüssen für laufende Aufwendungen			
a)	des Landes Niedersachsen aus Mitteln des Erfolgsplans	53 423 000	54 404 000	54 091 251
b)	des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln	2 503 500	2 100 000	2 659 155
c)	von anderen Zuschussgebern	1 609 800	2 100 000	1 372 525
Zwischensumme 1.:		57 536 300	58 604 000	58 122 931
2.	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen zur Finanzierung von Investitionen			
a)	des Landes Niedersachsen aus Mitteln des Finanzplans	521 000	512 000	566 682
b)	des Landes Niedersachsen aus Sondermitteln	760 000	1 380 000	1 174 128
c)	von anderen Zuschussgebern			
Zwischensumme 2.:		1 281 000	1 892 000	1 740 810
3.	Erträge aus Entgelten	558 500	245 000	400 177
4.	Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen			
5.	Andere aktivierte Eigenleistungen			
6.	Sonstige betriebliche Erträge	11 804 000	5 116 000	4 915 944
	(davon aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse)	2 929 000	3 470 000	3 019 226
7.	Sachaufwand für den Lehr- und Forschungsbetrieb			
a)	Aufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmittel, Materialien und bezogene Waren	1 723 800	914 000	831 927
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	479 000	500 000	539 576
Zwischensumme 7.:		2 202 800	1 414 000	1 371 503
8.	Personalaufwand			
a)	Löhne und Gehälter	36 905 800	34 469 600	34 966 262
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	12 166 500	12 113 500	11 312 285
	(davon für Altersversorgung)	7 704 200	7 750 000	6 824 494
Zwischensumme 8.:		49 072 300	46 583 100	46 278 547
9.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2 929 000	3 470 000	2 932 643
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	16 970 300	14 385 300	14 457 585
	(davon aus der Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse)	1 281 000	1 892 000	2 644 870
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			31
12.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
13.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**5 400**	**4 600**	**139 615**
14.	Sonstige Steuern	5 400	4 600	5 551
15.	Jahresergebnis			**134 064**
16.	Gewinn-/Verlustvortrag			-2 245 024
17.	Entnahme aus / Einstellung in Rücklagen/Veränderung Nettoposition			2 278 188
18.	Bilanzergebnis			**167 228**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 3**

zu Kapitel 06 39

Vereinfachte Kapitalflussrechnung

			2005 TEUR
1.		Periodenergebnis vor ausserordentlichen Posten	134
2.	+/-	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	2 933
3.	+/-	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	420
4.	+/-	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge Veränderungen des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	- 3 019
5.	-/+	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	12
6.	-/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1 461
7.	+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	- 1 409
8.	**=**	**Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1. bis 7.)**	**532**
9.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	73
10.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	
11.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 2 426
12.	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	- 219
13.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	
14.	-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	
15.	**=**	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 9. bis 14.)**	**- 2 572**
16.	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten (einschl. Finanzierung Anteile)	
17.	-	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	
18.	**=**	**Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 16. und 17.)**	
19.	**=**	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe der Zeilen 8., 15. und 18.)**	**- 2 040**
20.	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	6 823
21.	**=**	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 19. und 20.)**	**4 783**

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

abzüglich: Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Geschäftsbericht 2005 (Zusammenfassung)

1. Landeszuschuss

Bereinigt um erfolgsneutrale Anpassungen (durchlaufende Posten und Ausgleiche für Vorjahre) minderte sich der Landeszuschuss im Erfolgsplan durch die 2. Stufe des HOK um 450 TEUR. Für überplanmäßige Ausgaben wurde der Hochschule ein Betrag von 2,3 Mio. EUR zur Verfügung gestellt.

2. Sondermittel des Landes, Drittmittel und sonstige Erträge

Im Jahr 2005 wurden VW-Vorab-Mittel in Rücksprache mit den Wirtschaftsprüfern als Sondermittel gebucht, was erfolgsneutral zur Folge hat, dass das Drittmittelvolumen sinkt und das Sondermittelvolumen steigt. Das Spendenaufkommen konnte durch eingeworbene Stiftungsprofessuren um ca. 200 TEUR erhöht werden. Diese Änderungen sind allerdings ergebnisneutral, da die Mittel zweckgebunden sind.

3. Personalaufwand

Die weitere Reduzierung der Personalaufwendungen, bereinigt um die Anpassung der Sonderzuwendungen der Beamten, um ca. 0,5 Mio. EUR gegenüber dem Jahr 2004 ist auf die Umsetzung der Einsparauflage gemäß HOK zurück zu führen.

4. Jahresergebnis

Das positive Jahresergebnis von 134 TEUR wurde vor allem durch die Zuweisung für überplanmäßige Ausgaben in der Höhe von 2,3 Mio.EUR erreicht. Weitere Verbesserungen ergaben sich durch periodenfremde Erträge, z.B. der Auflösung von verbliebenen Rückstellungen. Einsparungen im Personalbereich konnten die zusätzliche Minderung durch die 2. Stufe des HOK kompensieren.

5. Bilanzergebnis

Das Bilanzergebnis fällt mit 167 TEUR etwas höher als das Jahresergebnis aus. Diese Veränderung ergibt sich vor allem durch eine Erhöhung der Nettoposition inkl. des Ausgleiches des Verlustvortrages aus 2004. Die Rücklagen wurden zur Deckung des Fehlbetrages des Jahres 2004 verbraucht, d.h. es stehen zum Ausgleich weiterer Fehlbeträge keine Mittel aus Vorjahren mehr zur Verfügung.

6. Kapitalflussrechnung

Der Kassenbestand zum 31.12.2005 in der Höhe von ca. 4,8 Mio. EUR vermittelt kein korrektes Bild der wirtschaftlichen Situation der Hochschule, da sich dieser aus 1. Verbindlichkeiten des Jahres 2005, die im Folgejahr zahlungswirksam werden in Höhe von 1,9 Mio. EUR (davon 1,0 Mio.EUR ggü. dem Land), 2. Dritt- und Sondermittel für zu erbringende Leistungen in Folgejahren in der Höhe von 1,8 Mio. EUR und 3. ergebniswirksame Rückstellungen in der Höhe von 1,1 Mio. EUR ergibt und damit bereits zu 100% gebunden ist.

7. Zusammenfassung der wirtschaftlichen Situation

Die Hochschule war nur durch die Zuweisung von 2,3 Mio. EUR für außerplanmäßige Ausgaben in der Lage ein ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen. Die eingeleiteten Strukturmaßnahmen lassen kurzfristig keine Verbesserung dieser Situation erkennen. Reserven (Rücklagen, bzw. nicht gebundene Kassenmittel) sind nicht mehr vorhanden.

Kennzahlen

Zuführung+ Verwaltungskostenbeiträge zu Gesamtaufwand	86,1%
Zuführung + Verwaltungskostenbeiträge zu Gesamtertrag	86,1%
Sondermittel zu Gesamtertrag	5,4%
Drittmittel zu Gesamtertrag	2,7%
Personalaufwand zu Gesamtaufwand	71,1%
Personalaufwand zu Zuführung + Verwaltungskostenbeiträge	82,6%
Sachaufwand zu Gesamtaufwand	28,8%
Sachaufwand zu Zuführung + Verwaltungskostenbeiträgen	33,5
(Eigenkapital und Sonderposten) *100 / Anlagevermögen	100,0%
Anlagevermögen / Umlaufvermögen	178,1%

Zielvereinbarung 2005 - 2008 (Zusammenfassung)

1. Studium und Lehre

1.1 Umstellung auf Bachelor-Master-Struktur

Zurzeit sind bis auf die Studienangebote der Fachbereiche Wirtschaft in Wilhelmshaven, der Seefahrtstudiengänge sowie einige wenige Studiengänge im Fachbereich Sozialwesen 41 Bachelor- und 17 Masterstudiengänge in das neue System transformiert und akkreditiert. Dazu hatte die Hochschule mit der Zentralen Evaluations- und Akkreditierungsagentur eine Rahmenvereinbarung für Cluster-Akkreditierungsverfahren abgeschlossen und innerhalb dieser die Mehrzahl der Verfahren bearbeitet. Einige ingenieurwissenschaftliche Studiengänge sowie die Online-Studiengänge wurden von der ASIIN, Düsseldorf, akkreditiert. Die derzeit anhängigen Verfahren des Fachbereichs Sozialwesen werden bei der AHPGS, der Akkreditierungsagentur für Studiengänge im Bereich der Heilpädagogik, Pflege, Gesundheit und Soziale Arbeit, durchgeführt. Damit stellt sich die Hochschule aus hochschulpolitischer Sicht an die Spitze der Bewegung im Sinne des Bologna-Prozesses, mit dem Ziel, sich durch profilbildende und qualitätssichernde Maßnahmen rechtzeitig auf den immer stärker werdenden Wettbewerb zwischen den Hochschulen vorzubereiten.

1.2 Internationalisierung

Die Umstellung der Studienangebote geht mit einer zunehmenden Internationalisierung einher. Aus diesem Grund wurden von den Fachbereichen bestehende Kontakte konsolidiert und erweitert. Wichtige Partner unserer Hochschule sind Universitäten in den Niederlanden, Spanien, Frankreich, Polen, Lettland und China. Zusätzlich ist die Hochschule im Berichtszeitraum vertragliche Beziehungen mit Norwegen und Finnland eingegangen.
Der Anteil der ausländischen Studierenden bewegt sich im Berichtszeitraum etwa auf dem Vorjahresniveau. Außerdem haben sich im Vergleich zu den Vorjahren eine steigende Anzahl von Studierenden an den Mobilitätsprogrammen der Europäischen Union beteiligt.

1.3 Qualitätssicherung

Die geltende Ordnung zur Evaluierung der Lehre wird in der Praxis angewandt. Durch die Implementierung eines sich zunächst als Projekt auf drei Fachbereiche begrenzte Qualitätsmanagementsystem sind wichtige Voraussetzungen geschaffen worden, um die von der Hochschule definierten Qualitätsstandards zu sichern und weiter zu entwickeln.

2. Forschung

2.1 eingeworbene Forschungsmittel

Die Absicht der Hochschule, einen erheblichen Teil der Forschung aus Drittmitteln zu finanzieren, konnte in die Realität umgesetzt werden. So wurden im Jahr 2005 von der Hochschule insgesamt Drittmittel in Höhe von 1.772.702 EUR eingeworben. Davon entfallen Mittel in Höhe von 1.102.910 EUR auf bewilligte EU-Vorhaben. Des Weiteren hat die Hochschule im Berichtszeitraum Mittel in Höhe von EUR 972.177 zur Realisierung von Sondermitteln aus AGIP und VW-Vorab erhalten. An den vielfältigen wissenschaftlichen Aktivitäten im Rahmen unserer Forschungsschwerpunkte zeigt sich die zielorientierte, standortübergreifende Zusammenarbeit unserer Hochschulmitglieder am deutlichsten.

2.2 Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Die in der Zielvereinbarung beabsichtigte Förderung von Frauen wurde durch den Abschluss von 3 Verträgen zur Verwaltung von Professuren aus dem Maria-Göppert-Meier-Programm erfüllt. Weiterhin werden 2 Frauen im Rahmen des Dorothea-Erxleben-Programms bis zum Jahr 2010 gefördert.

2.3 Zusammenarbeit mit der Wirtschaft

Die in der Zielvereinbarung bekundete Absicht, Existenz- und Unternehmensgründungen verstärkt zu fördern, konnte umgesetzt werden:
Die Hochschule wirkt an der Gründerinitiative „Promotion Weser Ems“ auf mehreren Ebenen mit. Die Hochschule betreibt darüber hinaus mit der Stadt Emden im Emder GründerInnen Zentrum das Spin off Center (SPOC), um ExistenzgründerInnen in der Starphase zu unterstützen. Am Standort Wilhelmshaven läuft die Förderung von Existenzgründungen sowohl über den Technologietransfer, der mit der örtlichen Wirtschaftsförderung in engem Kontakt steht, als auch über das Institut für Innovationstransfer (ITI), das über die Förderung von Diplomarbeiten neu gegründete Firmen unterstützt. Durch die von der Hochschule zusätzlich zur Verfügung gestellten Flächen konnten die Aktivitäten des ITI am Standort Wilhelmshaven dem Bedarf entsprechend erweitert werden. In Oldenburg bietet die Hochschule in Zusammenarbeit mit dem Technologie- und Gründerzentrum Oldenburg (TGO) ExistenzgründerInnen kostengünstige Räume und Unterstützung an. Auch hier ist man schwerpunktmäßig auf die Beratung zur Existenzgründung und Existenzerhaltung fixiert.

Allgemeine Vorbemerkungen zum Kapitel 0645

Für das budgetierte Kapitel 0645 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:

1. 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 427 11, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10, 547 11, 686 10 und 812 11 sind gegenseitig deckungsfähig.

2. 519 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10 und 686 10.

3. 812 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 519 10.

4. 981 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10 und 686 10.

5. Mehreinnahmen bei 111 10, 119 10, 124 10, 129 11 und 282 10 erhöhen die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 427 11, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10, 547 11, 686 10, 812 10, 812 11 und 981 10.

6. Mindereinnahmen bei 111 10, 119 10, 124 10, 129 11 und 282 10 vermindern die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 427 11, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10, 547 11, 686 10, 812 11 und 981 10.

7. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung erwartet werden. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.

8. Unter der Voraussetzung, dass das Ministerium für Wissenschaft und Kultur - hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen. Eine Ausnahme bilden die Drittmittel, die weiterhin zu 100 % übertragen werden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0645 Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek Niedersächsische Landesbibliothek Hannover (budgetiert)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		EINNAHMEN					
111 10-4	162	Gebühren, sonstige Entgelte		5	5	—	100
119 10-5	162	Sonstige Verwaltungseinnahmen		18	18	—	22
124 10-9	162	Einnahmen aus Mieten und Pachten		5	5	—	—
129 11-9	162	Einnahmen außerhalb der laufenden Geschäfte		2	752	–750	921
282 10-3	162	Zuschüsse Dritter		750	—	+750	—
		AUSGABEN					
422 10-0	162	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	—	3.521	3.575	–54	1.207
425 10-9	162	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	2.188
426 10-5	162	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	193
427 10-1	162	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	173	173	—	—
427 11-0	162	Beschäftigungsentgelte für Personal aus der Verwendung der Zuschüsse Dritter	—	770	—	+770	—
429 10-4	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben für nicht dem BV zuzuordnendes Personal	—	141	911	–770	1.129
459 10-0	162	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	28	28	—	26
511 10-2	162	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	67	67	—	283
514 10-1	162	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	—	3	3	—	—
517 10-0	162	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	278	273	+5	278
518 10-7	162	Mieten und Pachten	—	149	149	—	122
519 10-3	162	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	5	5	—	53
523 10-0	162	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	—	739	739	—	669
525 10-3	162	Aus- und Fortbildung	—	18	18	—	—
526 10-0	162	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	6	6	—	—
527 10-6	162	Dienstreisen	—	10	10	—	—
538 10-8	162	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	—	—	—	23
547 10-7	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	28	143	–115	234
547 11-5	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben aus der Verwendung der Zuschüsse Dritter	—	80	—	+80	—
686 10-7	162	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	97	97	—	3

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0645

Erläuterungsteil I (Allgemeiner Erläuterungsteil)

Rechts- und Organisationsgrundlagen

Niedersächische Verfassung, Art. 72
Benutzungsordnung für die Landesbibliotheken
Gebührenordnung für die Bibliotheken des Landes Niedersachsen
Runderlasse zum Leihverkehr der Bibliotheken
Geschäfts- und Organisationsplan der Niedersächsischen Landesbibliothek

---

Verwaltungsaufbau und Budgetplan

Organisationsstruktur der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek -Niedersächsische Landesbibliothek Hannover:
Direktion mit Geschäftsstelle und zugeordneten Stabstellen; darunter:
Abteilung - 1 Medienbearbeitung
Abteilung - 2 Information und Beratung
Abteilung - 3 Medienbereitstellung
Abteilung - 4 Handschriften und Sonderbestände
Abteilung - 5 Niedersachsen-Informationssystem
Abteilung - 6 Kulturarbeit
Abteilung – 7 Zentrum für Aus- und Fortbildung
Abteilung – 8 Verwaltung
Abteilung – 9 Leibniz-Edition

Zielsetzung

Die Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek -Niedersächsische Landesbibliothek Hannover nimmt folgende Aufgaben wahr:
Literatur- und Informationszentrum Niedersachsen
(Regional- und Pflichtexemplarbibliothek für Niedersachsen, Niedersachsen-Bibliographie, Beratungsstelle für die Erschließung historischer Bestände, Niedersachsen-Informationssystem),
Geistes- und sozialwissenschaftliche Forschungsbibliothek
(Wissenschaftliche Allgemeinbibliothek, ergänzende Literaturversorgung der Hochschulen - insbesondere der Universität Hannover - Handschriften und Sondersammlungen, Pflege und Präsentation historischer und moderner Bestände),
Leibniz-Forschungszentrum
(Leibniz-Edition, Leibniz-Bibliographie, Leibniz-Forschungsbibliothek, Sondersammlung “Philosophie der frühen Neuzeit“),
Kulturzentrum
(Kulturprogramm, Nds. Archiv für Kultur, Kontaktstelle für nds. Verlage und Buchhandel),
Zentrum für (bibliothekarische) Aus- und Fortbildung
(Ausbildung höherer Bibliotheksdienst, überbetriebliche Fort- und Weiterbildung, zuständige Stelle für die Ausbildung von Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste, Akademie für Leseförderung).

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0645
Erläuterungsteil II (Erläuterungsteil zum Produkthaushalt)

Budgetierungsmodell

Die Kosten- und Leistungsrechnung für die Gottfried Wilhelm Leibnis Bibliothek wird seit 2003 aufgebaut. Verwertbare Ist-Zahlen stehen erstmals für das Haushaltsjahr 2005 zur Verfügung. Das Budgetierungsmodell wird daher bis auf Weiteres auf der Basis der Produktbereiche abgebildet. In der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek wurden gemeinsam mit der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel und der Landesbibliothek Oldenburg die Produktbereiche „Bestandsaufbau“, „Benutzung“, „Wissenschaft“, „Kultur und Bildung“ und „Besondere Aufgaben“ eingerichtet. Unterhalb dieser Ebene werden Kosten für einzelne Produkte ermittelt.
Die nachfolgend unter "Zielkosten" ausgewiesenen Zahlen beruhen auf Schätzwerten und beziehen sich - soweit eine Ermittlung möglich war - überwiegend auf Produktgruppen.

Die Einführung der Anlagenbuchhaltung ist noch nicht abgeschlossen; mit dem Beginn ist in Kürze zu rechnen.

Finanzierungsbedarf zum Produkthaushalt

Produkte (Produktgruppen)	Leistungs-menge Stück/Tage (Soll) 2007	Zielkosten EUR (Soll) 2007	Gesamtzielkos-ten EUR (Soll) 2007	Leistungs-menge Stück/Tage (Soll) 2006	Zielkosten EUR (Soll) 2006	Leistungs-menge Stück/Tage (Ist) 2005	Ist-Kosten EUR (Ist) 2005
Bestandsausbau und -erhaltung	1	2.895.785	2.895.785	1	2.388.250		
Benutzung	1	1.914.777	1.914.777	1	2.441.329		
Wissenschaft	1	358.345	358.345	1	472.406		
Kultur und Bildung	1	472.814	472.814	1	590.576		
Besondere Aufgaben	1	1.697.504	1.697.504	1	1.410.439		
Gesamtsumme		7.339.225	7.339.225		7.303.000		

In der vorst. tabellarischen Übersicht wurden die Leistungsmengen durchgehend mit „1“ angegeben. Diese Verfahrensweise war erforderlich, weil innerhalb der dargestellten Produktbereiche bei den einzelnen Produkten jeweils unterschiedliche Bezugsgrößen maßgebend sind. Eine Addition von Mengen unterschiedlicher Bezugsgrößen zu einer Gesamtmenge des Produktbereichs würde zu nicht verwertbaren Ergebnissen führen.
Die Ermittlung von Zielkosten einzelner Produkte anhand von Mengen wird unten unter „Produktbezogene Kennzahlen“ dargestellt.

Noch zu Kapitel 0645

Leistungsplan

	Gesamtzielkosten EUR (Soll) 2007	Eigenerlöse EUR (Soll) 2007	Finanzierungs-beitrag des Produkthaushalts (Soll) 2007
Bestandsausbau und -erhaltung	2.895.785	2.000	2.893.785
Benutzung	1.914.777	21.500	1.893.277
Wissenschaft	358.345	2.600	355.745
Kultur und Bildung	472.814	500	472.314
Besondere Aufgaben	1.697.504	753.400	944.104
davon Amtshilfe			
davon landesweite Projektarbeit			
davon Bewirtschaftung von Transfermitteln			
Sonstige Eigenerlöse			
Produktsumme	7.339.225	780.000	6.559.225
Haushaltsausgleich			
Gesamtsumme	7.339.225	780.000	6.559.225

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0645

Haushaltsüberleitungsrechnung

		Einnahmen (0-3)				Ausgaben (4-9)						
Bereichshaushalt (Produkte)	Tsd. EUR	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	HH Abgl
Verwaltungserträge	28		28									
Erträge aus Erstattungen	752		752									
Bestandsveränderungen												
sonstige betriebliche Erträge												
Summe der Erträge	780											
Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	3.521					3.521						
Versorgung, Beihilfen, ATZ-Kosten	611											611
sonstige Personalaufwendungen	1.112					1.112						
Summe der Personalaufwendungen	5.244											
Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	861						861					
Aufwendungen Kommunikation und Reisen	65						65					
Aufwendungen für Mieten, Material und Verbrauchsmittel sowie für Betriebs- und Instandhaltung	1.022						381				641	
Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	45						45					
Erstattungen und sonstige Aufwendungen	102						5	97				
Abschreibungen												
Summe der Sachaufwendungen	2.095											
Aufwendungen	7.339											
Ergebnis nach eigenen Erträgen	-6.559											
Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	6.559											-6.559
Ergebnis nach Landeszuschuss	0											
Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnliche Erträge												
Aufwendungen aus Zinsen und ähnliche Aufwendungen												
Finanzergebnis												
außerordentliche Erträge												
außerordentliche Aufwendungen												
HH-Ausgleich												
Summe des außerordentlichen Ergebnisses												
neutrales Ergebnis												
Gesamtergebnis												
Investitionen der HGr. 5							26					-26
Investitionen der HGr. 8										28		-28
Einnahmen und Ausgaben des Budgets			780			4.633	1.383	97		28	641	
Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets												
Kapitelsumme			780			4.633	1.383	97		28	641	

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0645
Erläuterungsteil III (Bewirtschaftungsregeln)

Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen
Mit Einführung der leistungsorientierten Haushaltswirtschaft wurden gemeinsam mit der Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel und der Landesbibliothek Oldenburg die Produktgruppen “Bestandsausbau und Bestandserhaltung“, “Benutzung“, “Wissenschaft“, “Kultur und Bildung“ sowie “Besondere Aufgaben“ eingerichtet. Diese Produktgruppen bilden zum einen das vielfältige Aufgabenspektrum der Landesbibliotheken ab und lassen zum anderen die Bildung eines Produktkatalogs unterhalb der genannten Gruppen zu, der dann den teilweise erheblichen Unterschieden in der Aufgabenstellung der drei Bibliotheken Rechnung trägt. In die Gesamtzielkosten der Produktbereiche fließen auch die Kosten ein, die mit Haushaltsmitteln aus anderen Kapiteln finanziert werden.
Bei der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek beinhalten die Produktgruppen folgende Aufgaben (Produkte):
“Bestandsausbau und Bestandserhaltung“:
Erwerb neuer (auch antiquarischer) Medien, Erwerb von Sonderbeständen, Verwaltung der Pflichtexemplare sowie Restaurierungs- und Konservierungsmaßnahmen
“Benutzung“:
Medienausleihe einschl. Fernleihe, Dokumentenlieferung, Auskunft und Information, Benutzerschulung sowie Nutzung von Handschriften und Sonderbeständen
“Wissenschaft“:
Erstellung von Bibliographien und Datenbanken, insbesondere im Bereich Niedersachsen-Dokumentation
sowie Veröffentlichung von Publikationen
“Kultur und Bildung“:
Ausstellungen, sonst. kulturelle Veranstaltungen sowie Führungen
“Besondere Aufgaben“:
Leibniz-Edition, bibliothekarische Aus- und Fortbildung für Niedersachsen und damit verbunden Aufgaben der ’Zuständigen Stelle’ i.S. des BBiG, Akademie für Leseförderung, sowie Bücherautodienst.
Im Folgenden werden die Zielkosten auf einzelne Produkte bezogen dargestellt, wobei keine Angaben zu den Ist-Kosten 2005 erfolgen, weil diese aus technischen Gründen noch nicht ermittelt werden konnten.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0645

Produktbezogene Kennzahlen

Produkte	Leistungs-menge (Soll) 2007	Zielkosten (Soll) 2007	Gesamtzielkosten (Soll) 2007	Leistungs-menge (Soll) 2006	Zielkosten (Soll) 2006	Leistungs-menge (Ist) 2005	Ist-Kosten (Ist) 2005
110101 (Stck. Medium) Medienangebot	18.500	135,08	2.499.031	18.000	134,14	25.404	-
110301 (Stck. Medium) Handschr/Sonderbest.	190	895,60	170.164	190	907,69	191	-
110401 (Std.) Restaurierung/ Konserv.	4.000	55,15	220.591	4.000	55,01	3.940	-
120101 (Stck. Medium) Medienausleihe am Ort	610.000	1,64	1.001.778	600.000	1,71	588.187	-
120201 (Stck. Medium) Medienlieferdienste	38.500	9,25	356.061	38.000	9,61	37.572	-
120301 (Std.) Auskunft und Information	7.800	60,78	474.050	7.500	64,16	7.100	-
120401 (Std.) Benutzerschulung	220	39,86	8.768	200	44,70	170	-
120501 (Stck. Signatur) Nutzung Hs/Sonderb.			74.119		76.320		-
130101 (Stck. DS) Nds. Bibliographie	8.500	23,35	198.435	8.500	23,38	8.300	-
130102 (Stck. DS) Leibniz-Bibliographie	510	38,84	19.811	500	39,69	500	-
130103 (Stck. DS) Personendatenbank	1.400	48,11	67.358	1.300	51,90	1.280	-
130104 (Stck. DS) Personal-/Themenbibl.	270	1,05	283	250	1,14	2.050	-
130105 (Stck. DS) Forschungsdatenbank	zZt. nicht in Anw.	-	283	-	284	-	-
130106 (Stck. DS) DB Handschr./ Sonderb.	2.000	4,83	9.665	2.000	5,04	2.000	-
130201 (Stck.) Publikationen	8	7.813,57	62.509	7	8.976,29	6	-
140101 (Stck.) Ausstellungen	10	18.209,68	182.097	10	18.211,70	12	-
140201 (Stck.) Veranstlatungen	45	6.460,38	290.717	45	6.280,31	45	-
150101 (Stck.) Leibniz-Edition	1	1.081.738,38	1.081.738	1	1.077.338	1	-
150201 (Anz. Azubi) Ausbildung FAMI	140	1.323,53	185.294	140	1.218,33	138	-
150202 (Anz. Anwärter) Ausbildung öffentl.-rechtl.	15	9.835,51	147.533	15	10.613,40	15	-
150203 (Anz. Tage) Fortbildungsveranstaltg.	40	4.037,06	161.482	40	3.721,45	40	-
150401 (km) Bücherautodienst	6.800	5,28	35.914	6.800	5,44	6.800	-
150601 (Anz. Veranst.) Akad. f. Leseförderung	100	1.562,10	156.210	100	1.412,94	109	-

Zu 06 45 allgemein

Zum besseren Nachweis der Zuwendungen Dritter sind ab 2007 hierfür besondere Titel eingerichtet worden. Bisher in den anderen Titeln mitveranschlagte Einnahmen und Ausgaben sind aus diesen Titeln in die neu eingerichteten Titel verlagert worden.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 124 10

	2007 Tsd.EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	3,6
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	—
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	—
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—
5. Sonstige Mieten und Pachten	1,4
Zusammen	5

Zu 282 10

Insbesondere Zuweisungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen für Zwecke der Leibniz-Edition entsprechend der Veranschlagung bei Kapitel 06 07 sowie Zuwendungen Dritter für Forschungsvorhaben.

Zu Titel 422 10

Besondere Zulagen für die planmäßigen Beamtinnen und Beamten:
Lehrzulagen*)
2 hauptamtliche Lehrkräfte der Nds. Bibliotheksschule
– je 48 EUR monatlich –1.152 EUR

Die Lehrzulagen für hauptamtliche Lehrkräfte gelten gem. Abschn. I Nr. 4 der LehrzRL v. 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i.S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Die Lehrzulage gilt bis zu dieser Höhe, höchstens jedoch bis zu jährlich 614 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigung i.S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.
*) Gem. RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 427 10

Veranschlagt sind hier u.a. die Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung sowie für Aufwendungen im Zusammenhang mit der Aufgabe „Zuständige Stelle“ i. S. von § 84 BBiG.

Zu 427 11

Zahl und Eingruppierung der Angestellten (ohne Berücksichtigung eines Bewährungsaufstieges) für Zwecke der Leibniz-Edition:
Veranschlagt sind:

– Vollbeschäftigte –	Verg.-Gr.	Zahl
	I a	1
	I b	2
	II a	6
	V b	2
	Zusammen	11

Zu 429 10

Im Ansatz enthalten sind die Bezüge und Nebenleistungen der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst, die Vergütungen der Auszubildenden sowie der sonstigen Beschäftigten, die nicht dem BV unterliegen, soweit sie nicht aus Drittmitteln vergütet werden.

Zu 459 10

Aus diesem Titel werden insbesondere Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen für die Bibliotheksreferendarinnen und Bibliotheksreferendare gezahlt.

Zu 514 10

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Kombifahrzeug	1	1	1

Zu 523 10

Zur Ergänzung und Erhaltung der Bibliotheksbestände einschl. Buchbinderarbeiten.

Zu 547 10

Die bisher hier mitveranschlagten Spielbankmittel in Höhe von 35. 000 EUR wurden verlagert nach Kapitel 0675 TGr. 77.

Zu 686 10

Nach den Bestimmungen der APVO höherer Bibliotheksdienst an wiss. Bibliotheken des Landes Niedersachsen war die theoretische Ausbildung und Prüfung an der Fachhochschule für Bibliotheks- und Dokumentationswesen in Köln durchzuführen. Die entsprechende Verwaltungsvereinbarung wurde vom Land Nordrhein-Westfalen jedoch gekündigt, da die Ausbildung in dieser Form dort eingestellt wurde.
Auf Empfehlung des Nds. Beirats für Bibliotheksangelegenheiten ist nunmehr entschieden worden, zunächst im Rahmen eines Modellversuchs jeweils die Hälfte der niedersächsischen Referendare an der Humboldt-Universität in Berlin bzw. an der Bayerischen Bibliotheksschule in München ausbilden zu lassen. Veranschlagt sind die hierfür an Berlin und Bayern zu zahlenden Kostenerstattungen.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0645 Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek Niedersächsische Landesbibliothek Hannover (budgetiert)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 10-2	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	28	28	—	63
812 11-0	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen aus der Verwendung der Zuschüsse Dritter	—	—	—	—	—
812 59-5	162	Globalansatz für den Erwerb beweglicher Sachen	—	—	—	—	—
981 10-9	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	641	641	—	641
		Abschluss Kapitel 0645					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		30	780	–750	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		750	—	+750	
		Summe der Einnahmen		780	780	—	
		4 Personalausgaben	—	4.633	4.687	–54	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	1.383	1.413	–30	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	97	97	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	28	28	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	641	641	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	6.782	6.866	–84	
		Zuschuss		6.002	6.086	–84	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 812 10

	2007 Tsd.EUR
Erweiterung der Regalanlage im Freihandbereich	28

Zu 981 10

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Allgemeine Vorbemerkungen zum Kapitel 0646

Für das budgetierte Kapitel 0646 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:

1. 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 427 11, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10, 547 11, 686 10 und 812 11 sind gegenseitig deckungsfähig.

2. 519 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10 und 686 10.

3. 812 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 519 10.

4. 981 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10 und 686 10.

5. Mehreinnahmen bei 111 10, 119 10, 124 10, 129 11 und 282 10 erhöhen die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 427 11, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10, 547 11, 686 10, 812 10, 812 11 und 981 10.

6. Mindereinnahmen bei 111 10, 119 10, 124 10, 129 11 und 282 10 vermindern die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 427 11, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10, 547 11, 686 10, 812 11 und 981 10.

7. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung erwartet werden. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.

8. Unter der Voraussetzung, dass das Ministerium für Wissenschaft und Kultur - hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen. Eine Ausnahme bilden die Drittmittel, die weiterhin zu 100 % übertragen werden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0646 Landesbibliothek Oldenburg (budgetiert)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		EINNAHMEN					
111 10-8	162	Gebühren, sonstige Entgelte		13	13	—	29
119 10-9	162	Sonstige Verwaltungseinnahmen		10	11	–1	11
124 10-2	162	Einnahmen aus Mieten und Pachten		3	3	—	4
129 11-2	162	Einnahmen außerhalb der laufenden Geschäfte		1	1	—	40
282 10-7	162	Zuschüsse Dritter		1	—	+1	—
		AUSGABEN					
422 10-3	162	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	—	1.516	1.529	–13	554
425 10-2	162	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	716
426 10-9	162	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	232
427 10-5	162	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	—
427 11-3	162	Beschäftigungsentgelte für Personal aus der Verwendung der Zuschüsse Dritter	—	—	—	—	—
429 10-8	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben für nicht dem BV zuzuordnendes Personal	—	36	36	—	19
459 10-4	162	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	—	—	—	7
511 10-6	162	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	65	65	—	50
514 10-5	162	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzegen und dergleichen	—	2	2	—	2
517 10-4	162	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	88	87	+1	84
518 10-0	162	Mieten und Pachten	—	1	1	—	3
519 10-7	162	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	6	6	—	16
523 10-4	162	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	—	332	332	—	367
525 10-7	162	Aus- und Fortbildung	—	1	1	—	3
526 10-3	162	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1	1	—	1
527 10-0	162	Dienstreisen	—	3	3	—	4
538 10-1	162	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	—	—	—	1
547 10-0	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	19	47	–28	34
547 11-9	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben aus der Verwendung der Zuschüsse Dritter	—	—	—	—	—
686 10-0	162	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	2	2	—	2

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0646

Erläuterungsteil I (Allgemeiner Erläuterungsteil)

Rechts- und Organisationsgrundlagen

Niedersächische Verfassung, Art. 72
Benutzungsordnung für die Landesbibliotheken
Gebührenordnung für die Bibliotheken des Landes Niedersachsen
Runderlasse zum Leihverkehr der Bibliotheken
Geschäfts- und Organisationsplan der Landesbibliothek Oldenburg

---

Verwaltungsaufbau und Budgetplan

Neben den Stabsstellen "Verwaltung" und "IT" sowie den ständigen Beauftragten für besondere Angelegenheiten ist die Landesbibliothek Oldenburg in 4 Abteilungen gegliedert:
Abt. 1 - Erwerbung und Erhaltung
Abt. 2 - Kataloge und Titelaufnahmen
Abt. 3 - Benutzung
Abt. 4 - Historischer Bestand und Sondersammlungen

Zielsetzung

Die Landesbibliothek Oldenburg ist wissenschaftliche Universalbibliothek und regionale Archivbibliothek für Nordwestniedersachsen. Ihre Bestände und Dienstleistungen gewährleisten die aktuelle und bedarfsgerechte Informations-versorgung der Bevölkerung insbesondere für Zwecke der Bildung und der Forschung. Ein Schwerpunkt des Angebotes liegt bei den Kulturwissenschaften.

Die Landesbibliothek Oldenburg sammelt, archiviert und dokumentiert möglichst vollständig die Publikationen über die Region. Sie erhält und erschließt ihre umfangreichen historischen Bestände und stellt sie für wissenschaftliche Studien zur Verfügung. Die Landesbibliothek Oldenburg bewahrt so einen Teil des historischen Erbes und der kulturellen Identität der Region. Durch regelmäßige Ausstellungen und kulturelle Veranstaltungen transportiert sie dies in eine breite Öffentlichkeit.

Die Landesbibliothek Oldenburg entwickelt ihr Angebot flexibel nach den Wünschen ihrer Nutzerinnen und Nutzer und entsprechend den aktuellen Standards des Bibliotheks – und Informationswesens. Ihre historischen und regionalen Aufgaben behält sie dabei im Blick. Mit speziellen Angeboten für Schüler fördert sie die Medien- und Informationskompetenz. Sie nutzt moderne Technologien und arbeitet vernetzt mit anderen Bibliotheken im Oldenburger Regionalen Bibliotheks- und Informationssystem (ORBIS) und im Gemeinsamen Bibliotheksverbund (GBV) der norddeutschen Bibliotheken.

Die Landesbibliothek Oldenburg erfüllt ihren Auftrag qualitäts- und kostenbewusst, in regelmäßigem Feedback mit ihren Nutzerinnen und Nutzern, in Kooperation mit anderen wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen und in ständiger Anpassung an die Entwicklungen und Erfordernisse der modernen Informationsversorgung.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0646

Erläuterungsteil II (Erläuterungsteil zum Produkthaushalt)

Budgetierungsmodell

Die Budgetierung erfolgt durch eine Verteilung auf 5 Produktgruppen mit insgesamt 17 Einzelprodukten. In Anlehung an den bestehenden Organisationsplan der Landesbibliothek Oldenburg wurden 9 Kostenstellen eingerichtet. Zur besseren Abbildung bestimmter Einzelkosten (z.B. IT) wurden 4 Hilfskostenstellen gebildet. Die Produkte bestehen aus den Ergebnissen des Bestandsausbau und der Bestandserhaltung sowie aus den Dienstleistungsangeboten für die Nutzerinnen und Nutzer.
Die jeweiligen Leistungsmengen werden aus den tatsächlichen Arbeitsstunden für das jeweilige Produkt oder aus den Mengen der Einzelprodukte gebildet. Im Rahmen der Einführung des Projektes LoHN wurden im Jahre 2006 einige Produkte neu definiert und die Bezugsgrößen verändert.

Produktkatalog der Landesbibliothek Oldenburg mit den jeweiligen Bezugsgrößen

Produkt-gruppe	Bestandsausbau/ -erhaltung	Benutzung	Wissenschaft	Kultur und Bildung	Besondere Aufgaben
Produkte	210101 Nachlässe, Handschriften (Stück Medium)	220101 Medienausleihe am Ort (Stück Ausleihe)t	230101 Bibliographien und Datenbanken (Stück)	240101 Ausstellungen (Ausstellungstage)	250101 Internetportal (1 Portal)
	210102 graue Literatur (Stück Medium)	220102 Medienlieferdienst (Stück Auftrag)	230102 wissenschaftliche Veranstaltungen (Stück)	240102 Vorträge, Lesungen und Konzerte (Stück Veranstaltungen)	250102 Liegenschaften (1 Wohnung)
	210103 Restaurierung und Konservierung (Stunden)	220103 Benutzerschulung und Führungen (Stunden)	230103 wissenschaftliche Veröffentlichungen (Stück)	240103 Schülerangebote (Stunden)	
	210104 Medienangebot (Stück Zugang)	220104 Bereitstellung von Handschriften und seltenen Drucken, Leihgaben (Stück Medium)			
		220105 Auskunft und Information (Stunden)			

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0646

Finanzierungsbedarf zum Produkthaushalt

Produktgruppen	Leistungs-menge Stück/Tage (Soll) 2007	Zielkosten EUR (Soll) 2007	Gesamtzielkos-ten EUR (Soll) 2007	Leistungs-menge Stück/Tage (Soll) 2006	Zielkosten EUR (Soll) 2006	Leistungs-menge Stück/Tage (Ist) 2005	Ist-Kosten EUR (Ist) 2005
Bestandsausbau und -erhaltung	1	1.586.833	1.586.833	18.500	1.363.080	18.292	1.523.339
Benutzung	1	793.580	793.580	205.000	922.500	233.655	662.205
Wissenschaft	1	52.404	52.404	3	58.980	2	20.989
Kultur und Bildung	1	227.194	227.194	950	194.750	868 plus 225 Std für Schülerang.	381.474
Besondere Aufgaben	1	15.561	15.561	2	36.690	2	35.682
Gesamtsumme		2.675.572	2.675.572		2.576.000		2.623.689

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0646
Leistungsplan

	Gesamtzielkosten EUR (Soll) 2007	Eigenerlöse EUR (Soll) 2007	Finanzierungs-beitrag des Produkthaushalts (Soll) 2007
Bestandsausbau und –erhaltung	1.586.833	2	1.586.831
Benutzung	793.580	22.400	771.180
Wissenschaft	52.404	1.000	51.404
Kultur und Bildung	227.194	1.598	225.596
Besondere Aufgaben	15.561	3.000	12.561
davon Amtshilfe			
davon landesweite Projektarbeit			
davon Bewirtschaftung von Transfermitteln			
Sonstige Eigenerlöse			
Produktsumme	2.675.572	28.000	2.647.572
Haushaltsausgleich			
Gesamtsumme	2.675.572	28.000	2.647.572

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0646

Haushaltsüberleitungsrechnung

		Einnahmen (0-3)				Ausgaben (4-9)						
Bereichshaushalt (Produkte)	Tsd. EUR	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	HH Abgl
Verwaltungserträge	28		24									
Erträge aus Erstattungen				1								
Bestandsveränderungen												
sonstige betriebliche Erträge			3									
Summe der Erträge	28											
Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	1.516					1.516						
Versorgung, Beihilfen, ATZ-Kosten	295											295
sonstige Personalaufwendungen	36					36						
Summe der Personalaufwendungen	1.847											
Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	412						412					
Aufwendungen Kommunikation und Reisen	3						3					
Aufwendungen für Mieten, Material und Verbrauchsmittel sowie für Betriebs- und Instandhaltung	348						96				252	
Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	64						7					57
Erstattungen und sonstige Aufwendungen	2							2				
Abschreibungen												
Summe der Sachaufwendungen	829											
Aufwendungen	2.676											
Ergebnis nach eigenen Erträgen	-2.648											
Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	2.648											-2.648
Ergebnis nach Landeszuschuss	0											
Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnliche Erträge												
Aufwendungen aus Zinsen und ähnliche Aufwendungen												
Finanzergebnis												
außerordentliche Erträge												
außerordentliche Aufwendungen												
HH-Ausgleich												
Summe des außerordentlichen Ergebnisses												
neutrales Ergebnis												
Gesamtergebnis												
Investitionen der HGr. 5												
Investitionen der HGr. 8										18		-18
Einnahmen und Ausgaben des Budgets			27	1		1.552	518	2		18	252	
Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets												
Kapitelsumme			27	1		1.552	518	2		18	252	

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0646
Erläuterungsteil III (Bewirtschaftungsregeln)

Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen

Erläuterungen

Die Kosten-Leistungsrechnung in der Landesbibliothek Oldenburg befindet sich noch im Aufbau (Zeiterfassung seit April 2005, Berichtswesen noch unvollständig). Es können daher noch keine gesicherten Aussagen über Produktkosten und Leistungsmengen getroffen werden.

Aus diesen Gründen und da außerdem innerhalb der Produktgruppen Leistungsmengen unterschiedlicher Art (Stück/Stunden) anfallen, haben sich die Landesbibliothek Oldenburg, die Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel und die Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek - Niedersächsische Landesbibliothek Hannover dafür entschieden, die Leistungsmenge im Finanzierungsplan pauschal mit 1 zu beziffern.

Zur Erläuterung des Produkthaushalts soll eine Auswahl von Kennzahlen dienen, die teilweise bereits in früheren Jahren statistisch erfasst wurden. Weitere inhaltliche Leistungsziele und Kennzahlen sind der Zielvereinbarung für das Haushaltsjahr 2006 zu entnehmen, die am 20.1. 2006 zwischen dem MWK und der Landesbibliothek Oldenburg abgeschlossen wurde.

Kennzahlen

	2003 Ist	2004 Ist	2005 Ist	2006 Soll	2007 Soll
Medienzugang (insges.)*	15.421	18.495	18.292	16.300	16.800
Zugang an Grauer Literatur	Nicht erfasst	Nicht erfasst	2.248	2.300	2.300
Medienausleihe (ohne Fernleihe)	119.513	185.450	233.655	210.000	210.000
Bibliographien und Datenbanken	1	2	2	2	2
Ausstellungen und Veranstaltungen	37	39	45	36	36
Schulungen und Schülerangebote	95	93	103	111	110

*In den Zugangszahlen 2003-2005 sind insgesamt fast 8000 Mikroformen enthalten. Aufgrund der stark gekürzten Erwerbungsmittel werden künftig nur noch wenige Mikroformen angeschafft werden.

Zu 06 46 allgemein

Die Landesbibliothek Oldenburg ist Regionalbibliothek für Nordwestniedersachsen.

Zum besseren Nachweis der Zuwendungen Dritter sind ab 2007 hierfür besondere Titel eingerichtet worden. Bisher in den anderen Titeln mitveranschlagte Einnahmen und Ausgaben sind aus diesen Titeln in die neu eingerichteten Titel verlagert worden.

Zu 124 10

	2006 Tsd.EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	3
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	—
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	—
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—
5. Sonstige Mieten und Pachten	—
Zusammen	3

Zu 282 10

Zuwendungen Dritter u. a. für Buchbeschaffungen.

Zu 514 10

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
PKW	1	1	1

Zu 523 10

Zur Ergänzung und Erhaltung der Bibliotheksbestände einschl. Buchbinderarbeiten.

Zu 547 10

Die bisher hier mitveranschlagten Spielbankmittel in Höhe von 24. 000 EUR wurden verlagert nach Kapitel 0675 TGr. 77.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0646 Landesbibliothek Oldenburg (budgetiert)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 10-6	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	18	18	—	18
812 11-4	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen aus der Verwendung der Zuschüsse Dritter	—	—	—	—	—
981 10-2	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	252	252	—	252
		Abschluss Kapitel 0646					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		27	28	–1	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1	—	+1	
		Summe der Einnahmen		28	28	—	
		4 Personalausgaben	—	1.552	1.565	–13	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	518	545	–27	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	2	2	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	18	18	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	252	252	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	2.342	2.382	–40	
		Zuschuss		2.314	2.354	–40	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 812 10

Für die Beschaffung eines Buchscanners.

Zu 981 10

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Epl. 13.

Allgemeine Vorbemerkungen zum Kapitel 0647

Für das budgetierte Kapitel 0647 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:

1. 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 427 11, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10, 547 11, 686 10 und 812 11 sind gegenseitig deckungsfähig.

2. 519 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10 und 686 10.

3. 812 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 519 10.

4. 981 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10 und 686 10.

5. Mehreinnahmen bei 111 10, 119 10, 124 10, 129 11 und 282 10 erhöhen die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 427 11, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10, 547 11, 686 10, 812 10, 812 11 und 981 10.

6. Mindereinnahmen bei 111 10, 119 10, 124 10, 129 11 und 282 10 vermindern die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 427 11, 429 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 523 10, 525 10, 526 10, 527 10, 538 10, 547 10, 547 11, 686 10, 812 11 und 981 10.

7. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung erwartet werden. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.

8. Unter der Voraussetzung, dass das Ministerium für Wissenschaft und Kultur - hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen. Eine Ausnahme bilden die Drittmittel, die weiterhin zu 100 % übertragen werden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0647 Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel (budgetiert)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		EINNAHMEN					
111 10-1	162	Gebühren, sonstige Entgelte		60	60	—	81
119 10-2	162	Sonstige Verwaltungseinnahmen		287	287	—	171
124 10-6	162	Einnahmen aus Mieten und Pachten		49	49	—	25
129 11-6	162	Einnahmen außerhalb der laufenden Geschäfte		28	1.028	–1.000	892
282 10-0	162	Zuschüsse Dritter		1.000	—	+1.000	—
		AUSGABEN					
422 10-7	162	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	—	3.560	3.602	–42	731
425 10-6	162	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	2.598
426 10-2	162	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	356
427 10-9	162	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	304	304	—	22
427 11-7	162	Beschäftigungsentgelte für Personal aus der Verwendung der Zuschüsse Dritter	—	600	—	+600	—
429 10-1	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben für nicht dem BV zuzuordnendes Personal	—	136	736	–600	974
459 10-8	162	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	1	1	—	—
511 10-0	162	Geschäftsbedarf und Kommuikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	215	215	—	232
514 10-9	162	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	—	4	4	—	5
517 10-8	162	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	428	416	+12	401
518 10-4	162	Mieten und Pachten *Die Ausgabe (Maßnahme) darf in Höhe von 20. 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden.*	—	64	74	–10	38
519 10-0	162	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	12	12	—	36
523 10-8	162	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	—	564	564	—	582
525 10-0	162	Aus- und Fortbildung	—	5	5	—	12
526 10-7	162	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	24	24	—	9
527 10-3	162	Dienstreisen	—	4	4	—	14
538 10-5	162	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	—	—	—	—
547 10-4	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	363	790	–427	427
547 11-2	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben aus der Verwendung der Zuschüsse Dritter	—	400	—	+400	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0647

Erläuterungsteil I (Allgemeiner Erläuterungsteil)

Rechts- und Organisationsgrundlagen

Niedersächsische Verfassung, Art. 72.
Ordnung der Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel, Bek. d. MWK vom 21.01.1998, Nieders. Ministerialblatt Nr. 13/1998.
Geschäftsordnung für die Herzog-August-Bibliothek, genehmigt durch Erlass des MWK vom 01.07.2002.
Benutzungsordnung für die Landesbibliotheken.
Gebührenordnung für die Bibliotheken des Landes

Verwaltungsaufbau und Budgetplan

Die Herzog-August-Bibliothek wird von einer Direktorin/einem Direktor geleitet. Sie gliedert sich in einzelne Abteilungen. Die Abteilungen 1 - 3 nehmen weitestgehend zentrale bibliothekarische Funktionen wahr, die auch dem Spezialbestand Rechnung tragen. Die Abteilungen 4 - 6 sind zuständig für das Forschungs- und wissenschaftliche Veranstaltungsprogramm sowie für die wissenschaftlichen Veröffentlichungen und das Kulturprogramm einschließlich der musealen Aufgaben. Die Verwaltungsaufgaben sind in Abteilung 7 gebündelt. Die IuK-Technik ist als Stabsstelle der Direktion unmittelbar unterstellt. Das Nähere regelt ein Organisationsplan.
Ein vom MWK berufener Fachbeirat und das Kuratorium für die Herzog-August-Bibliothek beraten bei der Erfüllung der Aufgaben und geben zu grundsätzlichen Angelegenheiten Empfehlungen ab. Nähers regelt die Ordnung der Herzog-August-Bibliothek.

Zielsetzung

Als Forschungs- und Studienstätte für Europäische Kulturgeschichte verbindet die Herzog-August-Bibliothek Bewahrung und Erschließung eines in Größe und Qualität außergewöhnlichen Bestandes mit kulturwissenschaftlicher Arbeit. Als international anerkannte weiträumig vernetzte wissenschaftliche Institution vergibt sie als Forschungseinrichtung Stipendien, organisiert wissenschaftliche Veranstaltungen und betreibt eigene Forschungsprojekte. Sie ist insbesondere der kulturwissenschaftlichen Forschung und der Nachwuchsförderung verpflichtet. Als Landesbibliothek für das Gebiet des früheren Landes Braunschweig ist sie eine heimatgebundene Einrichtung i. S. des Artikels 72 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung. Sie übt für den norddeutschen Raum die Funktion eines Handschriftenzentrums aus; im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft "Sammlung Deutscher Drucke" ist sie die Nationalbibliothek für das 17. Jahrhundert. Die Herzog-August-Bibliothek veröffentlicht Forschungsergebnisse in eigenen Reihen und Zeitschriften. Neben den wissenschaftlichen und bibliothekarischen Aufgaben trägt die Herzog-August-Bibliothek zur wissenschaftlichen, kulturellen und pädagogischen Vermittlung des Wissens über die kultur- und wissensgeschichtliche Identität Europas in breitere Kreise der Bevölkerung und leistet eigenständige Beiträge zum kulturellen Leben mit überregionaler Wirkung.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0647
Erläuterungsteil II (Erläuterungsteil zum Produkthaushalt)

Budgetierungsmodell

Grundlage des Budgetierungsmodells der Herzog August Bibliothek bilden die Produktgruppen (Produkte des Haushaltes), die sich in weitere Produkte untergliedern. Es handelt sich um die Produktgruppen

1 Bestandausbau, Bestandserhaltung
2 Benutzung
3 Wissenschaft
4 Kultur und Bildung
5 Besondere Aufgaben

Die Darstellung enthält noch keine verbindlichen Abschreibungsbeträge, da sich die Anlagenbuchhaltung noch im Aufbau befindet und erste Berechnungen erst ab 2006 vorgenommen werden können.
Bei den unten dargestellen Leistungsmengen wurde nur die Zählgröße 1 pro Produktgruppe definiert, weil unterhalb dieser Hierarchie heterogene Produkte mit unterschiedlichen Dimensionen gebildet wurden, die nicht addiert werden können. Eine weitere Differenzierung erfolgte in der Tabelle der produktbezogenen Kennzahlen.

Finanzierungsbedarf zum Produkthaushalt

Produkte (Produktgruppen)	Leistungs-menge Stück/Tage (Soll) 2007	Zielkosten EUR (Soll) 2007	Gesamtzielkos-ten EUR (Soll) 2007	Leistungs-menge Stück/Tage (Soll) 2006	Zielkosten EUR (Soll) 2006	Leistungs-menge Stück/Tage (Ist) 2005	Ist-Kosten EUR (Ist) 2005
Bestandsausbau und -erhaltung	1	3.864.000	3.864.000	1	3.303.000		3.358.948
Benutzung	1	1.068.000	1.068.000	1	1.201.000		1.088.337
Wissenschaft	1	2.286.000	2.286.000	1	2.273.000		2.069.254
Kultur und Bildung	1	649.000	649.000	1	785.000		639.010
Besondere Aufgaben	1	57.000	57.000	1	175.000		87.392
Gesamtsumme		7.924.000	7.924.000		7.737.000		7.242.941

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0647

Leistungsplan

	Gesamtzielkosten EUR (Soll) 2007	Eigenerlöse EUR (Soll) 2007	Finanzierungs-beitrag des Produkthaushalts (Soll) 2007
Bestandsausbau und –erhaltung	3.864.000	565.000	3.299.000
Benutzung	1.068.000	33.000	1.035.000
Wissenschaft	2.286.000	710.000	1.576.000
Kultur und Bildung	649.000	71.000	578.000
Besondere Aufgaben	57.000	45.000	12.000
davon Amtshilfe			
davon landesweite Projektarbeit			
davon Bewirtschaftung von Transfermitteln			
Sonstige Eigenerlöse			
Produktsumme	7.924.000	1.424.000	6.500.000
Haushaltsausgleich			
Gesamtsumme	7.924.000	1.424.000	6.500.000

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0647

Haushaltsüberleitungsrechnung

		Einnahmen (0-3)				Ausgaben (4-9)						
Bereichshaushalt (Produkte)	Tsd. EUR	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	HH Abgl
Verwaltungserträge	424		424									
Erträge aus Erstattungen	1.000			1.000								
Bestandsveränderungen												
sonstige betriebliche Erträge												
Summe der Erträge	1.424											
Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	3.560					3.560						
Versorgung, Beihilfen, ATZ-Kosten	323											323
sonstige Personalaufwendungen	1.041					1.041						
Summe der Personalaufwendungen	4.924											
Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	628						628					
Aufwendungen Kommunikation und Reisen	133						133					
Aufwendungen für Mieten, Material und Verbrauchsmittel sowie für Betriebs- und Instandhaltung	1.156						398				758	
Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	515						515					
Erstattungen und sonstige Aufwendungen	568						409	159				
Abschreibungen												
Summe der Sachaufwendungen	3.000											
Aufwendungen	7.924											
Ergebnis nach eigenen Erträgen	-6.500											
Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	6.500											-6.500
Ergebnis nach Landeszuschuss	0											
Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnliche Erträge												
Aufwendungen aus Zinsen und ähnliche Aufwendungen												
Finanzergebnis												
außerordentliche Erträge												
außerordentliche Aufwendungen												
HH-Ausgleich												
Summe des außerordentlichen Ergebnisses												
neutrales Ergebnis												
Gesamtergebnis												
Investitionen der HGr. 5												
Investitionen der HGr. 8										20		-20
Einnahmen und Ausgaben des Budgets			424	1.000		4.601	2.083	159		20	758	
Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets												
Kapitelsumme			424	1.000		4.601	2.083	159		20	758	

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0647
Erläuterungsteil III (Bewirtschaftungsregeln)

Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen
Mit der Einführung der leistungsorientierten Haushaltswirtschaft Niedersachsen –LoHN-wurden gemeinsam mit der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek - Nds. Landesbibliothek Hannover - und der Landesbibliothek Oldenburg die Produktgruppen "Bestandsausbau und Bestandserhaltung", "Benutzung", "Wissenschaft", "Kultur und Bildung" sowie "Besondere Aufgaben" eingerichtet. Diese Produktgruppen bilden zum einen das vielfältige Aufgabenspektrum der Landesbibliotheken ab und lassen zum anderen die Bildung eines Produktkatalogs unterhalb der genannten Gruppen zu, der dann den teilweise erheblichen Unterschieden in der Aufgabenstellung der drei Bibliotheken Rechnung trägt.

Die Informationen über den Personalaufwand sind auch für die Planaufstellung 2007 noch nicht durch breitere Erfahrungswerte gesichert, da mit der Zeitaufschreibung erst im April 2005 begonnen werden konnte. Die Darstellung des Finanzierungsbedarfs zum Produkthaushalt erfolgt daher ausdrücklich unter dem Vorbehalt der Anpassung künftiger Haushaltsjahre.

Die Bildung der Produktgruppen und deren weitere Untergliederung in Produkte orientiert sich an dem Aufgabenprogramm einer wissenschaftlichen Universalbibliothek mit speziellen Beständen für die Epochen vom Mittelalter bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. Diese Bestände und die internationale Vernetzung der Herzog August Bibliothek bilden die Grundlage für ihren Forschungsauftrag, der die bibliothekarische Erschließung und Erhaltung der Bestände mit der bestandsbezogenen Forschung verknüpft. Auf dieses Profil hin sind die Erwerbungen, die Stipendienprogramme, die Forschungen, die wissenschaftlichen Veranstaltungen und die Publikationen sowie die Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit ausgerichtet.

Da zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2007 noch keine aufgrund längerer Erfahrung gesicherten Erkenntnisse aus der Kosten- und Leistungsrechnung vorliegen, erfolgt die Festlegung auf die nachfolgend genannten Kennzahlen ebenfalls unter dem Vorbehalt der Anpassung.
Mit der Produktgruppe „Besondere Aufgaben" stellt die Herzog August Bibliothek ihre Aufgaben hinsichtlich der Bereitstellung von Gästewohnungen dar, die an die Gastwissenschaftler für die Dauer ihres Forschungsaufenthaltes vermietet werden. Außerdem werden in dieser Produktgruppe die Aufwendungen für die Vermietung von 2 Landesmietwohnungen und das Restaurant im Leibnizhaus abgebildet

Zu den einzelnen Produktgruppen können folgende Kennzahlen auf das Jahr bezogen angegeben werden:

Produktgruppe Bestandausbau, Bestandserhaltung
Medienzugang: ca. 12.000
SDD: ca. 400 Einheiten
Digitale Biblithek: ca. 10.000 Aufnahmen
Restaurierung/Konservierung von ca. 300 Büchern und graphischen Blättern
Anfertigung von ca. 500 Behältnissen
Begutachtung von ca. 3.000 Büchern zur Verfilmung

Produktgruppe Benutzung
Konversion: ca. 20.000 Aufnahmen
Leihverkehr: 90.000 Einheiten Ortsleihe/Lesesäle
Aktive Fernleihe ca. 13.000 inheiten
Auskunft: Bearbeitung von ca. 4.500 Anfragen
Aufsatzdokumentation: Erschließung von ca. 2.500 Aufsätzen

Produktgruppe Wissenschaft
Wissenschaftliche Veranstaltungen: 45
Veröffentlichungen: 12
Stipendienanträge: ca. 200
Nachwuchsförderung: ca. 30 Schülerseminare, 1 Europakolleg

Produktgruppe Kultur und Bildung
Besucher: ca. 19.000
Ausstellungen: 8
Konzerte: 10
Autorenlesungen: 3
Vorträge: 10
Fachführungen: 10

Produktgruppe Besondere Aufgaben
Landesmietwohnungen: 1
Gästewohnungen: 6
Restaurant: 1
Mittlere Besucherzahl Homepage: 3.300

Zu 06 47 allgemein

Die Herzog-August-Bibliothek ist eine internationale Forschungs- und Studienstätte für europäische Kulturgeschichte. Sie erfüllt außerdem museale Aufgaben und führt kulturelle Veranstaltungen durch. Im Übrigen nimmt sie die Aufgaben einer Regionalbibliothek wahr.

Zum besseren Nachweis der Zuwendungen Dritter sind ab 2007 hierfür besondere Titel eingerichtet worden. Bisher in den anderen Titeln mitveranschlagte Einnahmen und Ausgaben sind aus diesen Titeln in die neu eingerichteten Titel verlagert worden.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 111 10

Für die Besichtigung der musealen Räume der Herzog-August-Bibliothek und des Lessinghauses.

Zu 124 10

	2007 Tsd.EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	15
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	-
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	-
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—
5. Sonstige Mieten und Pachten	34
Zusammen	49

Zu 282 10

Zuschüsse der Deutschen Forschungsgemeinschaft und Dritter für Forschungsvorhaben.

Zu 427 11

Zahl und Einstufung der Angestellten im Rahmen von Zuwendungen der DFG nach dem Stand vom 1. 1. 2006:

	Verg.-Gr.	Zahl
Vollbeschäftigte:	I b	1
	II a	1
	IV b	1
	V b	2
	VIII	1
Nichtvollbeschäftigte	II a	3
	VII	2
	Zusammen	11

Zu 429 10

Im Ansatz enthalten sind u.a. die Ausgaben für 3 Fortzubildende zu Buch- und Papierrestauratoren, für die Auszubildenden sowie für sonstige Beschäftigte, die nicht dem BV unterliegen.
Für das Vorhaben “Sammlung Deutscher Drucke des 17. Jahrhunderts“ sind die Vergütungen für folgende Angestellte veranschlagt:

	Verg.-Gr.	Zahl
Vollbeschäftigte:	II a	1
	IV b	1
Nichtvollbeschäftigte	IV b	1
	Zusammen	3

Zu 514 10

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Personenkraftwagen	1	1	1
Kombi-Fahrzeug	1	1	1

Zu 517 10

	2007 Tsd.EUR
1. Wassergeld	7
2. Grundbesitzabgaben	36
3. Bewachungskosten	128
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	18
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	22
6. Reinigungskosten	98
7. Heizung, Beleuchtung, elektr. Kraft	119
Zusammen	428

Zu 523 10

Zur Ergänzung und Erhaltung der Bibliotheksbestände einschl. Buchbinderarbeiten; u.a. infolge Überlassung (Dauerleihgabe) der Stolbergschen Leichenpredigten-Sammlung, Buchpflege, Magazinierung und für die Fortführung des Vorhabens „Sammlung Deutscher Drucke des 17. Jahrhunderts“.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0647 Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel (budgetiert)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
686 10-4	162	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	159	159	—	155
812 10-0	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	20	20	—	94
812 11-8	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen aus der Verwendung der Zuschüsse Dritter	—	—	—	—	—
981 10-6	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	758	758	—	758
		Abschluss Kapitel 0647					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		424	1.424	–1.000	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1.000	—	+1.000	
		Summe der Einnahmen		1.424	1.424	—	
		4 Personalausgaben	—	4.601	4.643	–42	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	2.083	2.108	–25	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	159	159	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	20	20	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	758	758	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	7.621	7.688	–67	
		Zuschuss		6.197	6.264	–67	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 686 10

Für Stipendien für Forschungsaufenthalte in der Herzog-August-Bibliothek. Die Stipendien werden im Einzelfall bis zur Höhe von 19.200 EUR jährlich gewährt. Insgesamt stehen für Stipendien Mittel in Höhe von 155.000 EUR zur Verfügung. Die Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

Zu 812 10

	2007 Tsd.EUR
Ersatzbeschaffung Kassensystem	20

Aus dem Ansatz dürfen auch Ausgaben für die Beschaffung von Kraftfahrzeugen geleistet werden, sofern hierfür Mittel besonders bereitgestellt worden sind.

Zu 981 10

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0649 Institut f. Vogelforschung -Vogelwarte Helgoland- in Wilhelmshaven-Rüstersiel

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-0	165	Vermischte Einnahmen		1	1	—	0
119 02-9	165	Einnahmen aus Veröffentlichungen **** Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		1	1	—	1
124 01-4	165	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		13	13	—	14
231 10-4	165	Erstattungen des Bundes für Vergütungen an Ersatzdienstleistende *Vgl. K-Vermerk zu 427 09.*		6	6	—	9
235 01-0	165	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
282 62-0	165	Zuschüsse Dritter *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		102	102	—	769
		A U S G A B E N					
422 01-5	165	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	1.084	1.094	–10	186
422 19-8	165	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-4	165	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	760
426 01-0	165	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	174
426 03-7	165	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	2
427 01-7	165	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 02-5	165	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 09-2	165	Vergütungen für Personen, die zivilen Ersatzdienst leisten *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 231 10.*	—	15	15	—	14
427 39-4	165	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
511 01-8	165	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausruestungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 514 01, 517 01, 518 01, 519 01, 526 01, 527 01, 531 01 und 546 01.*	—	17	17	—	7
514 01-7	165	Haltung von Dienstfahrzeugen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	4	4	—	5
517 01-6	165	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	45	39	+6	46
518 01-2	165	Mieten und Pachten fuer Grundstuecke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 124 01

	2007 Tsd. EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	8,5
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	3,5
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	—
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	1,0
5. Sonstige Mieten und Pachten	—
Zusammen	13,0

Zu 1.: Mieterträge aus der Dienstwohnung auf Helgoland sowie aus der Hausmeisterwohnung in Wilhelmshaven.
Zu 2.: Kostenbeiträge für Beleuchtung, Heizung und Wasser bei Übernachtungen im Gästezimmer.
Zu 4.: Pachterträge.

Zu 231 10

Vgl. Erläuterungen zu 427 09.

Zu 282 62

Die Einnahmen aus Spenden sind entsprechend ihrer Zweckbindung, zweckfreie Spenden für den Ausbau der wissenschaftlichen Sammlungen sowie für die Anschaffung, Wartung und Nutzung von Geräten für Fachaufgaben (siehe Titelgruppe 62) zu verwenden.
Bewilligung von Mitteln insbesondere durch die DFG, das Umweltbundesamt und das BMELV.

Zu 427 09

Nach dem Zivildienstgesetz i. d. F. vom 29. 9. 1983 (BGBl. I S. 1221) werden anerkannte Kriegsdienstverweigerer zu einem Zivildienst in anerkannten Beschäftigungsstellen oder in einer Zivildienstgruppe herangezogen und erfüllen dort Aufgaben, die dem Allgemeinwohl dienen.
Die Erstattungen durch den Bund werden bei 231 10 vereinnahmt.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2005	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	2	2	2

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0649 Institut f. Vogelforschung -Vogelwarte Helgoland- in Wilhelmshaven-Rüstersiel

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
519 01-9	165	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	8	8	—	4
526 01-5	165	Sachverständige *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	1	1	—	2
527 01-1	165	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	5	5	—	4
531 01-9	165	Ausgaben fuer Veröffentlichungen und der Dokumentation *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	7	7	—	7
546 01-6	165	Vermischte Ausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	1	1	—	1
981 06-5	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	151	151	—	150
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Wissenschaftliche Unternehmungen, Ankauf und Bearbeitung der Sammlungen, wissenschaftliches Schriftum** *Übertragbar.*	(—)	(96)	(81)	(+15)	(80)
429 61-3	165	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	15
527 61-5	165	Reisekostenvergütungen fuer Dienstreisen	—	6	6	—	6
546 61-0	165	Umsatzsteuer	—	1	1	—	1
547 61-6	165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	89	74	+15	58
812 61-1	165	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 62		**Verwendung der Zuschüsse Dritter** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 62.*	(—)	(102)	(102)	(—)	(901)
429 62-1	165	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	51	51	—	472
547 62-4	165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	51	51	—	421
812 62-0	165	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	8

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 526 01

Veranschlagt sind die Reisekosten für 8 Kuratoriumsmitglieder.

Zu 546 01

Im Rahmen der Deckungsfähigkeit der HGr. 5 können hier Ausgaben für Mitgliedsbeiträge bis zur Höhe von 300 EUR und bis zur Höhe von 500 EUR für Bücher, Zeitschriften und Loseblattsammlungen geleistet werden.

Zu 981 06

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes Niedersachsen an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61

Mehr zur Intensivierung der Forschungstätigkeit.

Zu 527 61

Bestand an anerkannten privateigenen Kraftfahrzeugen nach § 6 Abs. 2 BRKG:

	Ist 1.1.2005	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	1	1	1

Zu 547 61

Veranschlagt sind u. a. Ausgaben für Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Ersatz und Ergänzung der Geräte sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände, Verbrauchsmittel, Bibliotheken und wissenschaftliche Sammlungen, Lehrmittel, Nutz- und Zuchttierhaltung, Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben, Beförderungskosten sowie Dienstleistungen Außenstehender.
Mitveranschlagt sind Mittel für Hilfskräfte (z. B. Schüler, Studenten, wissenschaftliche Mitarbeiter), denen für die Arbeiten auf der Inselstation Helgoland eine Entschädigung gewährt wird (Erlass des MWK vom 22. 7. 1975 – 2013 – B VIII 3 – 5/73 – Nds. MBl. S. 1342 –).

Zu Titelgruppe 62

Vgl. Erläuterungen zu 282 62.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0649 Institut f. Vogelforschung -Vogelwarte Helgoland- in Wilhelmshaven-Rüstersiel

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0649					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		15	15	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		108	108	—	
		Summe der Einnahmen		123	123	—	
		4 Personalausgaben	—	1.150	1.160	–10	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	235	214	+21	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	151	151	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.536	1.525	+11	
		Zuschuss		1.413	1.402	+11	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0650 Niedersächsisches Institut für historische Küstenforschung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-0	165	Vermischte Einnahmen		1	1	—	0
119 65-7	165	Einnahmen für Aufträge Dritter *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		1	1	—	—
124 01-4	165	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		4	4	—	4
235 01-0	165	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
282 62-0	165	Verwendung der Sachbeihilfen der DFG *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		—	—	—	—
282 63-9	165	Zuschüsse Dritter *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		41	53	–12	72
		A U S G A B E N					
422 01-5	165	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	837	851	–14	227
422 19-8	165	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-7	165	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-4	165	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	561
426 01-0	165	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	51
427 01-7	165	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 02-5	165	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 39-4	165	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
511 01-8	165	Geschäftsbedarf *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 514 01, 514 06, 517 01, 518 01, 519 01, 526 01, 527 01, 531 01 und 546 01.*	—	13	13	—	12
514 01-7	165	Haltung von Dienstfahrzeugen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	—
514 06-8	165	Haltung von Nutz- und Sonderfahrzeugen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	—
517 01-6	165	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	38	15	+23	27
518 01-2	165	Mieten und Pachten fuer Grundstuecke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	11	11	—	10
519 01-9	165	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	1	1	—	—
526 01-5	165	Sachverständige *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	2	2	—	1

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 124 01

	2007 Tsd EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	2,5
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	0,5
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	0,5 -
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	0,5
5. Sonstige Mieten und Pachten	
Zusammen :	4

Zu 282 62

Vorsorglich Leertitel für die Vereinnahmung von Zuschüssen der DFG zur Förderung von Forschungsvorhaben.

Zu 282 63

Veranschlagung von Zuschüssen Dritter, die zweckgebunden für Forschungsvorhaben, insbesondere für Ausgrabungen, Bohrungen und wissenschaftliche Auswertungen gewährt werden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0650 Niedersächsisches Institut für historische Küstenforschung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
527 01-1	165	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	1	1	—	0
531 01-9	165	Ausgaben fuer Veröffentlichungen und der Dokumentation *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	5	13	–8	1
546 01-6	165	Vermischte Ausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	1	1	—	3
981 06-5	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	136	136	—	136
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Wissensch. Unternehmungen, Ankauf und Bearbeitung d. Samml., wissensch. Schrifttum** *Übertragbar.*	(—)	(61)	(46)	(+15)	(46)
427 61-0	165	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
429 61-3	165	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	6	6	—	—
527 61-5	165	Reisekostenvergütungen	—	8	8	—	11
547 61-6	165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	47	32	+15	35
812 61-1	165	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 62		**Verwendung der Sachbeihilfen der DFG** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 62.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *In unabweisbaren Fällen können Zahlungsverpflichtungen vor Eingang der Sachbeihilfen begründet werden, wenn die Sachbeihilfen bereits durch schriftlichen Zuwendungsbescheid der DFG bewilligt sind.* *Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung zu Titelgruppe 62 verbindlich.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
425 62-6	165	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
426 62-2	165	Löhne der Arbeiter	—	—	—	—	—
427 62-9	165	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	—
527 62-3	165	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	—
547 62-4	165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 62-0	165	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachenständen	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 527 01

Bestand an anerkannten privateigenen Kraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2005	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	3	3	3

Zu 531 01

Für Druckkosten von wissenschaftlichen Publikationen, die das Institut herausgibt.

Zu 546 01

Buchungsstelle u. a. für Ausgaben für Pflege und Unterhaltung der Grünanlagen, Aus- und Fortbildung der Bediensteten sowie Labor-, Röntgen- und Fotobedarf.
Im Übrigen dürfen im Rahmen der Deckungsfähigkeit der HGr. 5 bis zur Höhe von 700 Euro Ausgaben für Mitgliedsbeiträge geleistet werden.

Zu 981 06

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes Niedersachsen an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppen 61, 62, 63 und 65 gemeinsam

Die Landesbediensteten, die mit Ausgrabungsarbeiten und ähnlichen Verrichtungen beschäftigt werden, erhalten (auf Antrag) eine Feldaufwandsvergütung nach Maßgabe des Gem.RdErl. d. MI, d. ML u.d. MW vom 1. 7. 2005 (Nds. MBl. S. 508) in Höhe von 2,00 EUR für jeden Außendiensttag.
Die Feldaufwandsvergütung entfällt, wenn Schutz- oder Berufskleidung gestellt wird oder für deren Beschaffung Zuschüsse gewährt werden.

Zu 547 61

Mehr zur Intensivierung der Forschungstätigkeit.
Im Ansatz sind u. a. enthalten: Mittel für den Ankauf und die Bearbeitung der Sammlungen, die Erhaltung und Ergänzung des wissenschaftlichen Schrifttums, die Beschaffung von Foto- und Diapositivmaterial, für Betriebsstoffe und die Unterhaltung und Instandsetzung der Fahrzeuge.

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2005	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Kombifahrzeug	1	1	2
Transporter	1	1	-

Zu Titelgruppen 62 , 63 und 65

Vgl. Erläuterungen zu 282 62 und 262 63.
Zu Titelgruppe 62
Sofern es für Aufgaben von unbegrenzter Dauer aus arbeitsrechtlichen Gründen zwingend erforderlich ist, darf mit Zustimmung des MWK mit einem aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten oder Arbeiter ein unbefristetes Arbeitsverhältnis begründet werden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0650 Niedersächsisches Institut für historische Küstenforschung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 63		**Verwendung der Zuschüsse Dritter** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 63.*	(—)	(41)	(53)	(–12)	(53)
429 63-0	165	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	38	48	–10	44
547 63-2	165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	3	5	–2	9
812 63-8	165	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 65		**Ausgaben für Aufträge Dritter** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 65.*	(—)	(1)	(1)	(—)	(—)
429 65-6	165	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
527 65-8	165	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	—
547 65-9	165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1	1	—	—
812 65-4	165	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 0650					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		6	6	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		41	53	–12	
		Summe der Einnahmen		47	59	–12	
		4 Personalausgaben	—	881	905	–24	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	131	103	+28	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	136	136	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.148	1.144	+4	
		Zuschuss		1.101	1.085	+16	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0651 Technische Informationsbibliothek an der Universität Hannover (Landesbetrieb)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-7	164	Ablieferung des Landesbetriebes		—	—	—	369
231 01-9	164	Zuweisungen des Bundes		5.219	4.840	+379	4.697
331 01-3	164	Zuweisungen für Investitionen vom Bund		105	264	–159	249
		A U S G A B E N					
682 01-0	164	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03 und 891 01.* **** Gem. § 17 Abs.1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.*	—	17.899	16.650	+1.249	16.174
682 03-7	164	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.* **** Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.*	—	—	—	—	—
682 39-8	164	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
891 01-9	164	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.* **** Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.*	—	350	880	–530	832
		<u>Abschluss Kapitel 0651</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		5.219	4.840	+379	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		105	264	–159	
		Summe der Einnahmen		5.324	5.104	+220	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	17.899	16.650	+1.249	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	350	880	–530	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	18.249	17.530	+719	
		Zuschuss		12.925	12.426	+499	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0651
Erläuterungsteil I (Allgemeiner Erläuterungsteil)

Rechts- und Organisationsgrundlagen

Die im Jahr 1959 als unselbstständige Anstalt des Landes Niedersachsen gegründete Technische Informationsbibliothek an der Universität Hannover (TIB) wird seit dem 01.01.2003 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt und nach der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung vom 28.11.1975 von Bund und Ländern gemeinsam finanziert.

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der Betriebsanweisung für die Technische Informationsbibliothek.

Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Hinsichtlich der Finanzierungsbeteiligung der anderen Länder vgl. Erläuterungen zu Kapitel 06 07 Titel 232 02.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigefügt.

Verwaltungsaufbau und Budgetplan

Die TIB bildet organisatorisch und räumlich eine Einheit mit der Universitätsbibliothek Hannover.

Organisationsstruktur der TIB:
Leitung TIB
Stabsstelle Gebäudemanagement
Stabsstelle Justitiariat
Stabsstelle Marketing/Öffentlichkeitsarbeit
T1 Abteilung Allgemeine Verwaltung
T2 Abteilung Unternehmenssteuerung und Finanzen
T3 Abteilung EDV und Technische Infrastruktur
T4 Abteilung Bestandsentwicklung
T5 Abteilung Wissenschaftliche Dienste
T6 Abteilung TIB Dienste

Zielsetzung

Aufgabe: Die TIB ist die Deutsche Zentrale Fachbibliothek für Technik und deren Grundlagenwissenschaften Chemie, Informatik, Mathematik und Physik und eine der größten technisch-naturwissenschaftlichen Spezialbibliotheken der Welt.

Vision: Die TIB ist die national und international erfolgreichste Spezialbibliothek für technisch-naturwissenschaftliche Literatur- und Informationsversorgung.

Die TIB will die folgenden Strategien weiter ausbauen und vertiefen:

- Die TIB ist der nationale Partner eines weltweiten Verbundes von Bibliotheken und Informationseinrichtungen.
- Die TIB beteiligt sich an nationalen Verbundsystemen für die Literatur- und Informationsversorgung.
- Die TIB ist Kooperationspartner von Fachgesellschaften, Informationseinrichtungen, Verlagen, Verbänden und Bibliotheken für die freie oder kostenpflichtige Bereitstellung und Erschließung elektronischer und klassischer Volltexte.
- Die TIB nutzt zur formalen und sachlichen Erschließung der von ihr direkt oder indirekt angebotenen elektronisch gespeicherten oder konventionell vorgehaltenen Volltexte auch Fremddaten, z.B. nationale oder internationale Datenbanken.
- Die TIB ist Partner von Fachgesellschaften, Informationseinrichtungen, Verlagen, Verbänden und Bibliotheken für die Weiterentwicklung moderner Informationsdienstleistungen.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0651
Erläuterungsteil II (Erläuterungsteil zum Produkthaushalt)

Erläuterungen zum Produkthaushalt

Das derzeitige Programmbudget der TIB sieht interne Budgets für Literaturerwerb – heruntergebrochen auf die Fachreferatskostenstellen –, für Personal, EDV, Gebäudemanagement, Personal- und Organisationsentwicklung, Marketing und Öffentlichkeitsarbeit, Reisekosten und weitere Sachkosten vor. Eine Budgetierung von Programmbereichen, d.h. Produktgruppen gab es erstmals für 2006.

Produktübergreifende Indikatoren für die TIB gesamt:

Finanzierungsbedarf zum Produkthaushalt

Produkte	Leistungsmenge (Soll) 2007	Zielkosten pro Stück (Soll) 2007	Gesamtzielkosten (Soll) 2007	Leistungsmenge (Soll) 2006	Zielkosten pro Stück (Soll) 2006	Leistungsmenge (Ist) 2005	Ist-Kosten pro Stück (Ist) 2005
Bestandsentwicklung	100.000	143	14.270.960	100.000	136	83.998	162
Bereitstellung von Informationsdiensten	*		579.815				
Dokumentlieferdienste	521.000	12	6.171.653	512.000	12	491.000	13
Drittmittelgebundene Forschung und Entwicklung	7	61.857	432.997	8	61.982	7	61.233
Dienstleistungen allgemein	*		219.575				
Gesamtsumme	*		21.675.000				

* Keine Gesamtleistungsmenge wg. unterschiedlicher Produkte zu ermitteln.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0651
Leistungsplan

	Gesamt-zielkosten (Soll) 2007	Eigen-erlöse (Soll) 2007	Finanzierungs-beitrag des Produkt-haushalts (Soll) 2007	Gesamt-plan-kosten 2007	Ergebnis 2007
Bestandsentwicklung	14.279.960	1.138.080	13.132.880		
Bereitstellung von Informationsdiensten	579.815	2.597	577.218		
Dokumentlieferdienste	6.171.653	1.959.631	4.212.022		
Drittmittelgebundene Forschung und Entwicklung	432.997	251.712	181.285		
Dienstleistungen allgemein	219.575	73.980	145.595		
davon Amtshilfe					
davon Landesweite Projektarbeit					
davon Bewirtschaftung von Transfermitteln					
Sonstige Eigenerlöse					
Produktsumme	21.675.000	3.426.000	18.249.000	0	0
Haushaltsausleich					
Gesamtsumme	21.675.000	3.426.000	18.249.000	0	0

Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen

Produkte je Programmbereich:

– Bestandsentwicklung:
Bücher – print, Bücher – elektr., Zeitschriften – print, Zeitschriften – elektr., Datenbanken
– Bereitstellung von Informationsdiensten:
TIB-Portal – allg. Zugang, TIB-Portal – Fachzugang, Dokumenten- und Publikationsserver / DOI-Registrierungsagentur
– Dokumentlieferdienste:
aktiver Leihverkehr, Direktlieferungen – Self Service, Direktlieferungen – Customized Solutions
– Drittmittelgebundene Projekte:
alle laufenden und in Vorbereitung (im Antrag) befindlichen Projekte mit Ausnahme der umfangreichen BMBF- und Länder-Projekte, die aus formalen Gründen bei der UB gebucht werden
– Dienstleistungen allgemein:
Dienste für Uni Hannover, Dienste für HOBSY-Bibliotheken, Sonstige Dienste

Produktbezogene Kennzahlen
Produktbereich „Bestandsentwicklung“

Indikator / Kennzahl:	2007 (Soll)	2006 (Soll)	2005 Ist	2004 Ist
Neuanschaffungen Bücher p. a.	100.000	100.000	83.998	88.935
Ø-Neuanschaffungen Bücher p. a. / MA *	2.439	2.439	2.049	2.169
Anteil Zeitschriftentitel im Alleinbesitz an Zeitschriftentiteln gesamt	41%	42%	46%	46%

* MA = am jeweiligen Produkt beteiligte Mitarbeiter/innen in VZE

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0651

Produktbereich „Bereitstellung von Informationsdiensten“

Indikator / Kennzahl:	2007 (Soll)	2006 (Soll)	2005 Ist
Seminartage p. a.	6	5	6
geschulte Kunden p. a.	40	40	36
Beratungen p. a.	2.500	2.000	1.500

Produktbereich „Dokumentlieferdienste“

Indikator / Kennzahl	2007 (Soll)	2006 (Soll)	2005 Ist	2004 Ist
Bestellungen gesamt p. a.	521.000	512.000	491.000	482.000
davon Leihverkehr	102.000	105.000	102.000	113.000
davon Direktlieferungen - Self Service	247.000	240.000	227.500	209.000
davon Direkt-Lfrg. - Customized Solutions	172.000	167.000	161.500	162.000
Bestellung gesamt p. a. / MA *	8.831	8.678	8.322	8.169
Einnahmen Dok.-Lieferung (EUR) p. a. / MA *	47.458	47.458	53.670	54.422
durch Dokument erledigte Bestellungen (in %)	90	89	87	89
Ø-Erledigungszeit Leihverkehr (Tage)	10	10	10	10
Ø-Erledigungszeit Normalbestellungen				
Direktlieferung - Self Service (Std.)	15	15	25	25
Direktlieferung - Customized Solutions (Std.)	15	15	25	25
Ø-Erreichbarkeit HelpDesk (Std. pro Woche)	37,5	37,5	37,5	37,5

* MA = am jeweiligen Produkt beteiligte Mitarbeiter/innen in VZE

Produktbereich „Drittmittelgebundene Forschung und Entwicklung“

Indikator / Kennzahl	2007 (Soll)	2006 (Soll)	2005 Ist	2004 Ist
Anzahl Projekte gesamt	7	8	7	5
davon DFG	6	6	6	4
davon EU	1	2	1	1
Ø-Drittmittel p. a. in EUR Projekte gesamt	250.000	230.000	* 389.265	454.628
Ø-Drittmittel p. a. in EUR DFG-Projekte	200.000	200.000	306.100	451.620
Ø-Drittmittel p. a. in EUR EU-Projekte	50.000	30.000	83.165	3.008

* ohne Sondermittel für Nationallizenzen in Höhe von EUR 7.997.145

Produktbereich „Dienstleistungen allgemein“

Indikator / Kennzahl:	2007 (Soll)	2006 (Soll)	2005 Ist
HOBSY-Nutzer mit gültiger Mitgliedschaft	175.000	170.000	161.000
Integrierte HOBSY-Bibliotheken	30	29	26
Bestellungen Kopienlieferdienst p. a.	12.000	11.500	11.000

Zu Titel 231 01 und 331 01

Zuweisungen des Bundes. Aufgrund der Ausführungsvereinbarungen zur Rahmenvereinbarung Forschungsförderung trägt der Bund 30 % des Zuschussbedarfs.

Wirtschaftsplan für die Technische Informationsbibliothek
für das Geschäftsjahr 2007

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der Betriebsanweisung für den Landesbetrieb Technische Informationsbibliothek vom 09.11.2004.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 0651

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Technische Informationsbibliothek

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Lizenzen an Rechten und Werten	50 000	350 000	124 156
- Bebaute Grundstücke			
- Unbebaute Grundstücke			
- Gebäude			
- Maschinen und Anlagen	100 000	280 000	387 175
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,	200 000	250 000	23 982
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			291 937
Summe 1.:	350 000	880 000	827 250
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Lizenzen an Rechten und Werten			
- Gebäude			
- Maschinen und Anlagen			
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,			
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			
Summe 2.:			
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan			
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)			
- Ablieferungen an den Landeshaushalt			4 750
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)			
Summe 3.:			4 750
Summe I.:	350 000	880 000	832 000
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan			
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)			
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren			
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)			
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• aus Fachkapitel Anteil der Länder	245 000	616 000	582 400
• aus Fachkapitel Anteil des Bundes	105 000	264 000	249 600
• aus Sondermitteln			
- Andere öffentliche Zuschussgeber			
Summe 1.:	350 000	880 000	832 000
Summe II.:	350 000	880 000	832 000

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPl) sind.

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Technische Informationsbibliothek

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
- aus Fachkapitel Anteil Länder	12 177 900	11 293 000	10 959 900
- aus Fachkapitel Anteil Bund	5 219 100	4 840 000	4 697 100
- aus Sondermitteln (Abführung Nutzungsentgelte)	502 000	517 000	517 000
Summe 1.:	17 899 000	16 650 000	16 174 000
2. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse			
- Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	250 000	230 000	8 386 410
- Erträge aus Entgelten für Forschungs- und ähnliche Aufträge			
- Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten (ehemals Titel 111 01)	1 113 000	1 113 000	1 261 139
- Erträge aus Gutachten und sonstigen Entgelten	1 687 000	1 687 000	1 905 388
Summe 2.:	3 050 000	3 030 000	11 552 937
3. Andere aktivierte Eigenleistungen:			
Summe 3.:			
4. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Erstattung von Personalaufwendungen			
- Maßnahmen im Zusammenhang mit Forschung, Lehre, Weiterbildung			
- Erlöse aus Nebenbetrieben			
- Betreuung von Studierenden			
- Gebühren und gebührenähnliche Erträge	45 000	45 000	52 316
- Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	8 000	8 000	8 092
- Nebenerlöse aus Kopien-Lieferdienst	20 000	5 000	16 888
- Nebenerlöse HOBSY + Subito	53 000	32 000	53 129
- Spenden			
- Erträge aus Schadensersatzleistungen			
- Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens			
- Auflösung von Rückstellungen	250 000	250 000	2 091 227
- Periodenfremde Erträge			252 525
- Übrige Erträge			
Summe 4.:	376 000	340 000	2 474 177
5. Zinserträge und ähnliche Erträge:			
Summe 5.:			
Summe I.:	21 325 000	20 020 000	30 201 114
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	25 000	20 000	22 612
- Sachaufwand für Schrifttum, Lehr- und Lernmaterial	8 719 000	8 754 100	8 851 837
- Aufwendungen für bezogene Leistungen			
• Unteraufträge in Drittmittelvorhaben	90 000	49 000	177 405
• Werkverträge			
• Wissenschaftliche Dienstleistungen			
Summe 1.:	8 834 000	8 823 100	9 051 854
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne, Gehälter und Besoldung			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	1 215 800	1 179 000	1 173 750
- Vergütungen der Angestellten	3 423 000	3 412 000	3 023 484
- Vergütungen der Angestellten (befristet)	192 000		51 198
- Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	120 000	142 000	187 464

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**
zu Kapitel 0651

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Technische Informationsbibliothek

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II Aufwendungen			
2.1 - Studentische und wissenschaftlich - künstlerische Hilfskräfte	84 000	78 000	100 365
- Ausbildungsvergütungen	18 000	16 000	16 943
- Sonstige Vergütungen (Angestellte BAT-Verträge, eigener Erwerb)	444 000	377 000	549 453
- Sonstige Vergütungen (Angestellte Projekte)	76 000	98 000	86 077
Summe 2.1.:	5 572 800	5 302 000	5 188 734
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte und Aushilfskräfte	951 000	910 000	858 377
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter Aushilfskräfte	32 000	35 000	46 873
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	361 000	357 000	348 803
- Zuführung zum Sondervermögen Nds. Landesversorgungsrücklage	7 000	7 100	5 470
- Zuweisung VBL und VBL-Sanierung für Angestellte und Arbeiterinnen und Arbeiter	397 000	379 000	363 109
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte und Aushilfskräfte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	272 000	279 000	249 765
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	13 000	13 000	18 628
- Nachversicherung ausscheidender Beamter			
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	41 000	22 000	
- Beihilfen für Angestellte	2 000	3 000	
- Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	1 000		
- Trennungsgeld und Umzugskosten			
- Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	16 200	14 700	10 974
Summe 2.2.:	2 093 200	2 019 800	1 901 999
Summe 2.:	7 666 000	7 321 800	7 090 733
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
- Immaterielle Vermögensgegenstände			58 092
- Grundstücke und Bauten			
- Technische Anlagen und Maschinen			26 573
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung			338 375
- Sonderposten für Investitionszuschüsse			- 423 040
Summe 3.:			
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
- Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen			
• Bauunterhaltung	960 000	180 000	183 819
• Aufwendungen für Wartung	30 000	30 000	51 760
- Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
• Energie	187 000	200 000	101 573
• Heizung	68 000	60 000	43 082

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Technische Informationsbibliothek

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II Aufwendungen			
noch 4.1			
• Wasser- und Abwasser	10 000	6 000	7 173
• Entsorgung	5 000	7 000	2 983
- Aufwendungen für Reparatur und Instandhaltungsmaterial			
• Bauunterhaltung	5 000	5 000	1 380
• Sonstige			
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
• Mieten, Pachten, Erbbauzins	367 000	332 000	291 142
• Mieten/Abführung Nutzungsentgelt	502 000	517 000	516 309
• Vergabe von Aufträgen (inkl. Fremdbeschaffung Dokument-lieferung)	348 000	192 000	171 959
• EDV-Dienstleistungen	140 000	211 000	158 036
• Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	60 000	125 000	11 126
• Lizenz-Abgaben (ink. Periodenfr. Aufwendungen)	1 000 000	1 000 000	65 508
• Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	44 000		44 233
• Sonstige Gebühren			
• Fremdreinigung und Entsorgung	159 000	145 000	107 986
• Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit			
• Netzdienste	40 000	40 000	139 779
Summe 4.1.:	3 925 000	3 050 000	1 897 848
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	121 000	95 000	186 316
- Aufwendungen für Kommunikation			
• Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	20 000	30 000	31 184
• Reisekosten	60 000	30 000	62 917
• Porto	155 000	110 000	90 083
• Öffentlichkeitsarbeit	85 000	90 000	86 693
• Gästebewirtung und Repräsentation	21 000	13 000	16 025
Summe 4.2.:	462 000	368 000	473 218
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Vergütungen für Lehraufträge			
- Vergütungen für Gastvorträge und Gastprofessuren			
- Fort- und Weiterbildung	51 000	72 000	107 463
- Personaleinstellung, -umsetzung, -entlassung	5 000		3 818
- Übrige Personalaufwendungen			23 846
Summe 4.3.:	56 000	72 000	135 127
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens			5 668
- Schadensersatzleistungen			374
- Abschreibungen auf Forderungen			
- Periodenfremde Aufwendungen			50 907
- Sicherung der Gebäude	21 000	20 000	14 472

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Technische Informationsbibliothek

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Plan 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II Aufwendungen			
noch 4.4			
- Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden			
- Rückstellung für Lizenz-Abgabe	250 000	250 000	3 090 220
- Aufwendungen für Mitgliedschaften	90 000	100 000	65 014
- Zuführungen Sonderposten für Investitionszuschüsse			
- Andere sonstige betriebliche Aufwendungen (Sondermittel für Nationallizenzen)			7 533 362
Summe 4.4.:	361 000	370 000	10 760 017
Summe 4.:	4 804 000	3 860 000	13 266 210
5. Bankgeschäfte			
5.1 Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	15 000	14 100	19 418
5.2 sonst. Verrechnungen			
Summe 5.:	15 000	14 100	19 418
Summe II.:	21 319 000	20 019 000	29 428 215
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	6 000	1 000	772 899
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge			
Summe 1.:			
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
Summe 2.:			
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)			
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer			
- Gewerbeertragssteuer			
- Kapitalertragssteuer			
- Umsatzsteuer	5 000		3 021
Summe 1.:	5 000		3 021
2. Sonstige Steuern:			
- Kraftfahrzeugsteuer	1 000	1 000	401
- Grundsteuer			
Summe 2.:	1 000	1 000	401
Summe VI.:	6 000	1 000	3 422
VII Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit +	**0**	**0**	**769 477**

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Anlage 2
zu Kapitel 06 51

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 377 200 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden. Hiervon entfallen auf den Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten 361 000 EUR und auf Beiträge zur Landesunfallkasse 16 200 EUR.
2. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 502 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Nutzungsentgelte an den Landesliegenschaftsfonds).
3. Inhabern von Stellen, die aufgrund tarifvertraglicher Regelungen nach Ablauf von Bewährungszeiten in die nächsthöhere Vergütungsgruppe aufrücken, kann aus den veranschlagten Stellen Vergütung der höheren Vergütungsgruppe gezahlt werden. Dies gilt auch für neu eingestellte Angestellte, die im Zeitpunkt der Einstellung bereits die Voraussetzung für die Eingruppierung in die nächsthöhere Vergütungsgruppe erfüllen.
4. Aus Drittmitteln zu finanzierendes Personal unterliegt den gleichen tariflichen Bestimmungen wie das im Rahmen der Grundfinanzierung beschäftigte Personal. Drittmittelpersonal wird befristet beschäftigt, soweit nicht dem Abschluss eines unbefristeten Arbeitsvertrages zugestimmt wurde.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 3**
zu Kapitel 06 51

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen der Angestellten)

Bes.-Gr. Verg.–Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Angestellte	[2] Eine Stelle darf nur mit 2 Halbtagskräften nach den Verg.-Gr. V c und VII BAT besetzt werden.
I b	2	2	Wissenschaftlicher Dienst	[3] Eine Stelle darf nur mit einer / einem Angestellten besetzt werden, dessen regelmäßige Arbeitszeit 75 % einer vollbeschäftigten Kraft nicht übersteigt.
II a	3	3		
IV b [7]	7	7	Bibliotheksdienst	[4] Die Stellen können auch mit Angestellten des Bibliotheksdienstes besetzt werden.
V b	2	2		
V c [2]	11	10		
VI b [3]	14	14		
VII	23	20		[5] Die/der Inhaber / -in einer Stelle ist bei der Personalverwaltung der Universität Hannover tätig.
VIII	12	13		
I a	1	1	Verwaltungsdienst	[6] Zwei Stellen dürfen nur mit Angestellten besetzt werden, deren regelmäßige Arbeitszeit 75 % einer vollbeschäftigten Kraft nicht übersteigt.
II a	3	3		
III	1	1		
IV a	1	1		
V b	1	1		
V c [5]	3	2		
VI b	5	6		[7] Eine Stelle darf nur mit einer / einem Angestellten besetzt werden, dessen regelmäßige Arbeitszeit 50 % einer vollbeschäftigten Kraft nicht übersteigt.
VII	3	3		
VIII [6]	3	3		
VI b	1	1	Technischer Dienst	
I b	1	-	Datenverarbeitungsdienst	
II a	1	2		
IV a	4	3		
VIII [4]	2	2	Schreib- und Fernschreibdienst	
IX b – VII	1	1		
VII	1	1	Sonstige Dienste	
VIII [7]	2	2		
	108	104	Zusammen	

Erläuterungen…..

-Angestellte-

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. I b	1	-Datenverarbeitungsdienst- Höherstufung von Verg.-Gr. II a –Datenverarbeitungsdienst- ab 1.1.2007
Verg.-Gr. IV a	1	-Datenverarbeitungsdienst- ab 1.1.2007
Verg.-Gr. V c	1	-Verwaltungsdienst – Höherstufung von Verg.-Gr. VI b – Verwaltungsdienst- ab 1.1.2007
Verg.-Gr. V c	1	-Bibliotheksdienst- ab 1.10.2007
Verg.-Gr. VII	1	-Bibliotheksdienst- Höherstufung von Verg.-Gr. VIII – Bibliotheksdienst- ab 1.1.2007
Verg.-Gr. VII	2	-Bibliotheksdienst- ab 01.10.2007
Zusammen	7	

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Anlage 3
zu Kapitel 06 51

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	1	-Datenverarbeitungsdienst- Höherstufung nach Verg.-Gr. I b –Wissenschaftlicher Dienst- ab 1.1.2007
Verg.-Gr. VI b	1	-Verwaltungsdienst – Höherstufung nach Verg.-Gr. V c – Verwaltungsdienst- ab 1.1.2007
Verg.-Gr. VIII	1	-Bibliotheksdienst- Höherstufung nach Verg.-Gr. VII – Bibliotheksdienst- ab 1.1.2007
Zusammen:	3	
Verbleiben Zugang:	4	

Lohn.–Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Arbeiter/ -innen	
3	1	1	Bibliotheksdienst	
4	1	1	Kraftsfahrdienst	
5	3	3	Sonstige Dienste	
	5	5	Zusammen	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0660 Staatstheater Braunschweig (Landesbetrieb)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-6	181	Ablieferungen des Landesbetriebes		—	—	—	—
233 10-0	181	Zuweisung der Stadt Braunschweig zu den laufenden Kosten des Landesbetriebes		7.978	7.946	+32	8.212
		A U S G A B E N					
682 01-0	181	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 03 und 891 01.* **** Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *Abweichend von § 63 Abs. 4 LHO dürfen Eintrittskarten verbilligt oder unentgeltlich abgegeben werden.*	—	24.480	24.341	+139	24.813
682 03-6	181	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.* **** Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.*	—	313	313	—	313
682 39-7	181	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	41	21	+20	44
891 01-8	181	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.* **** Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.*	—	205	205	—	205
981 01-7	990	Abführung an 1350 - 38106	—	—	—	—	—
		<u>Abschluss Kapitel 0660</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		7.978	7.946	+32	
		Summe der Einnahmen		7.978	7.946	+32	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	24.834	24.675	+159	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	205	205	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	25.039	24.880	+159	
		Zuschuss		17.061	16.934	+127	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0660 allgemein

Das Staatstheater Braunschweig wird seit dem 1. 1. 1999 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.
Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigefügt.

Zu 233 10

Die Stadt Braunschweig ist mit einem Drittel an den nicht gedeckten laufenden Kosten beteiligt mit Ausnahme der veranschlagten Nutzungsentgelte im Rahmen des neuen Liegenschaftsmanagements des Landes.

Zu 891 01

	2007 Tsd.EUR
Investitionen bis zu 25 000 EUR im Einzelfall	205

Wirtschaftsplan für das Staatstheater Braunschweig
für das Geschäftsjahr 2007

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vorläufigen Betriebsanweisung für das Staatstheater Braunschweig vom 11.08.1999 sowie der Dienstanweisung für das Staatstheater Braunschweig (Landesbetrieb) aufgrund der §§ 74 und 87 LHO.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 60

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Staatstheater Braunschweig

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- Bebaute Grundstücke	--	--	--
- Unbebaute Grundstücke	--	--	--
- Gebäude	--	--	--
- Maschinen und Anlagen	--	--	--
- Fahrzeuge	--	--	--
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,	--	--	--
Summe 1.:	0	0	0
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- Gebäude	--	--	--
- Maschinen und Anlagen	41 000	58 000	37 653
- Fahrzeuge	--	--	--
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,	164 000	147 000	985 616
Summe 2.:	205 000	205 000	1 023 269
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	--	--	
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen)	--	--	2 146 101
- Ablieferungen an den Landeshaushalt	--	--	--
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	--	--	--
Summe 3.:	0	0	2 146 101
4. Positiver Überleitungsbetrag			790 429
Summe I.:	205 000	205 000	3 959 799
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	--	--	12 702
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	--	--	1 028 340
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	--	--	--
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	--	--	--
- Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investitionen			
• aus Fachkapitel	205 000	205 000	205 000
• aus Sondermitteln	--	--	--
Summe 1.:	205 000	205 000	1 246 042
2. Negativer Überleitungsbetrag	--	--	--
Summe II.:	205 000	205 000	1 246 042

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPl) sind.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 60

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Staatstheater Braunschweig

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
- aus Fachkapitel	24 834 000	24 675 000	24 906 094
- aus Sondermitteln	--	--	--
Summe 1.:	24 834 000	24 675 000	24 906 094
2. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse			
-Eintrittsgelder und sonstige Entgelte	4 311 524	4 311 524	4 107 324
- Zuweisungen und Zuschüsse von anderen Zuschussgebern	100 000	100 000	448 970
Summe 2.:	4 411 524	4 411 524	4 556 294
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	--	--	--
Summe 3.:	0	0	0
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	770 000	760 000	676 193
Summe 4.:	770 000	760 000	676 193
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Erstattung von Personalaufwendungen	14 000	14 000	11 151
- Erlöse aus Nebenbetrieben	--	--	--
- Gebühren und gebührenähnliche Erträge	--	--	--
- Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	50 000	50 000	58 883
- Nebenerlöse aus der Abgabe von Energie, Nebenkosten etc.	--	--	--
- Spenden	--	--	--
- Erträge aus Schadensersatzleistungen	--	--	--
- Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	10 000	10 000	12 161
- Auflösung von Rückstellungen	35 000	35 000	57 418
- Periodenfremde Erträge	--	--	--
- Übrige Erträge	220 000	220 000	158 605
Summe 5.:	329 000	329 000	298 218
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:	--	100	1 184
Summe 6.:		100	1 184
Summe I.:	30 344 524	30 175 624	30 437 983

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 60

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Staatstheater Braunschweig

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1 755 010	1 741 600	1 763 950
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	1 573 404	1 577 804	1 716 524
Summe 1.:	3 328 414	3 319 404	3 480 474
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne, Gehälter und Besoldung			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	40 000	42 000	39 194
- Vergütungen der Angestellten	11 017 835	11 028 500	10 890 725
- Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter			
- Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	5 050 900	5 050 900	4 602 419
- Sonstige Vergütungen	2 032 000	2 030 000	1 939 865
Summe 2.1.:	18 140 735	18 151 400	17 472 203
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	2.565.000	2.545.000	2.447.930
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	1 070 500	1 070 500	973 858
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	12 200	12 200	12 200
- Zuführung zum Sondervermögen Nds. Versorgungsrücklage	300	300	276
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	605 000	560 000	620 305
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	332 000	385 000	322 748
- Beihilfen für Angestellte, Arbeiter und Beamte	16 000	6 000	21 413
- Beihilfen für künstlerisches Personal		12 000	
- Trennungsgeld und Umzugskosten		--	
- Beiträge zur Berufsgenossenschaft (LUK)	49 975	49 820	44 926
Summe 2.2.:	4 650 975	4 640 820	4 443 656
Summe 2.:	22 791 710	22 792 220	21 915 859
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen:			
- Immaterielle Vermögensgegenstände	19 000	29 000	17 598
- Grundstücke und Bauten	--	--	--
- Technische Anlagen und Maschinen	105 000	107 000	101 911
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	646 000	624 000	931 568
Summe 3.:	770 000	760 000	1 051 077

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 60

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Staatstheater Braunschweig

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung und Instandhaltung			
- Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Anlagen			
• Bauunterhaltung	313 000	313 000	854 301
• Aufwendungen für Wartung	--	--	--
- Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Entsorgung			
• Energie	220 000	185 000	206 818
• Heizung	201 000	165 000	196 092
• Wasser- und Abwasser	30 000	30 000	32 569
• Entsorgung	--	--	--
- Aufwendungen für Reparatur und Instandhaltungsmaterial			
• Bauunterhaltung	--	--	--
• Sonstige	80 000	80 000	57 632
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten			
• Mieten, Pachten, Erbbauzins	1 517 000	1 444 000	1 419 216
• Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	29 000	29 000	71 577
• Gebühren für die Bezügeberechnung (NLBV)	56 000	62 000	57 942
• Sonstige Gebühren			
• Fremdreinigung und Entsorgung	182 000	186 500	190 073
• Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitsicherheit	156 000	156 000	63 520
Summe 4.1.:	2 784 000	2 650 500	3 149 740
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Aufwendungen für EDV, Büromaterial und Drucksachen	130 800	130 800	170 615
- Aufwendungen für Kommunikation			
• Telefon, Telefax und andere Postdienstnetze	50 000	50 000	55 325
• Reisekosten	35 000	40 000	34 088
• Porto	55 000	55 000	52 240
• Öffentlichkeitsarbeit	--	--	--
• Gästebewirtung und Repräsentation	1 000	1 000	2 031
Summe 4.2.:	271 800	276 800	314 299
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Fort- und Weiterbildung	20 000	15 000	27 869
- Übrige Personalaufwendungen	17 500	17 500	17 715
Summe 4.3.:	37 500	32 500	45 584
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	--	--	--
- Schadensersatzleistungen	--	--	614
- Abschreibungen auf Forderungen	--	--	407
- Periodenfremde Aufwendungen	--	--	--
- Sicherung der Gebäude	--	--	--
- Aufwendungen für Mitgliedschaften	41 000	41 000	41 327
- Andere sonstige betriebliche Aufwendungen	316 900	300 000	417 125
Summe 4.4.:	357 900	341 000	459 473
Summe 4.:	3 451 200	3 300 800	3 969 096
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	--	--	5 612
Summe 5.:			5 612
Summe II.:	30 341 324	30 172 424	30 422 118
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	3 200	3 200	15 865

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Anlage 1
zu Kapitel 06 60

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Staatstheater Braunschweig

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge	--	--	--
Summe 1.:	0	0	0
2. Außerordentliche Aufwendungen:	--	--	--
Summe 2.:	0	0	0
V. Außerordentliches Ergebnis			
(Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)	--	--	--
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer	--	--	--
- Gewerbesteuer	--	--	--
- Kapitalertragssteuer	--	--	--
Summe 1.:	0	0	0
2. Sonstige Steuern:			
- Kraftfahrzeugsteuer	3 200	3 200	3 163
- Grundsteuer	--	--	--
- Umsatzsteuer	--	--	--
Summe 2.:	3 200	3 200	3 163
Summe VI.:	3 200	3 200	3 163
VII Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)	0	0	12 702

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Anlage 1
zu Kapitel 06 60

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Staatstheater Braunschweig

C. Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erhöhung der Zuführung/Minderung der Ablieferung			
Gewinnerhöhung ohne Geldfluss, z.B.:			
- Erhöhung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnissen	--	--	--
- Erhöhung des Forderungsbestandes	--	--	1 009 437
- Minderung von Rückstellungen	50 000	--	--
- Minderung von Verbindlichkeiten	--	--	112 444
- aktivierte Eigenleistungen	770 000	760 000	676 193
- Minderung von Wertberichtigungen	--	--	--
Summe I.:	820 000	760 000	1 798 074
II. Minderung der Zuführung/Erhöhung der Ablieferung			
Gewinnminderung ohne Geldfluss, z.B.:			
- Abschreibungen für Abnutzung (ohne Abschreibungen für geringwertige Wirtschaftsgüter nach § 6 Abs. 2 EStG)	770 000	760 000	1 011 916
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	--	--	--
- Minderung der Forderungen	5 000	--	14 187
- Abschreibungen auf Forderungen	--	--	407
- Erhöhung von Rückstellungen	--	--	589 819
- Erhöhung von Verbindlichkeiten	45 000	--	972 175
- Erhöhung von Wertberichtigungen		--	--
Summe II.:	820 000	760 000	2 588 504
III. Überleitungsbetrag (Summe I ./. Summe II.)	--	--	- 790 430

Ein positiver Korrekturbetrag bedeutet eine Erhöhung des Finanzbedarfs; die erforderliche Zuführung ist dadurch höher oder die Ablieferung geringer.
Ein negativer Korrekturbetrag bedeutet eine Erhöhung der Deckungsmittel; die erforderliche Zuführung ist dadurch geringer oder die Ablieferung höher.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 1**

zu Kapitel 06 60

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Staatstheater Braunschweig

D. Leistungsplan für das Geschäftsjahr 2007

Kennzahlen	Plan 2007 EUR	Plan 2006 Eur	Ist 2005 EUR	Ist 2004 EUR
1. Gesamtaufwendungen	30 352 524	30 179 624	30 425 281	31 096 276
davon				
Personalausgaben[1)]	23 449 710	23 620 220	22 691 703	23 608 161
Sachausgaben	6 902 814	6 559 404	7 733 578	7 488 115
- davon Abschreibungen	770 000	760 000	1 051 077	994 949
2. Eigene Einnahmen Gesamt	5 510 524	5 500 624	5 520 737	5 995 154
davon				
Umsatzerlöse	4 411 524	4 411 524	4 107 324	3 862 385
aktivierte Eigenleistungen	770 000	760 000	676 193	744 067
sonstige betriebliche Erträge	329 000	329 000	736 036	1 388 637
Zinserträge	--	100	1 184	65
Sonstige Steuern	--	--	--	--
3. Eigenfinanzierungsanteil in %	18,16%	18,23%	18,15%	19,28%
4. Investitionsausgaben	990 000	965 000	1 023 269	1 038 142
5. Mitarbeiterstellen	485	512	494	515
6. Vorstellungen/eigene Spielorte	740	730	752	738
7. Angebotene Plätze/eigene Spielorte	322 000	320 000	332 123	320 628
8. Besucher/eigene Spielorte	244 000	242 000	238 486	242 713
9. Auslastungsgrad in Prozent/eigene Spielorte	75,78%	75,63%	71,80%	75,70%
10. Auswärtige Gastspiele	20	20	23	24

[1)] Die Personalausgaben 2007 und 2006 sind bereinigt um Forderungen gegen das Land.

Erläuterungen

Aufgaben und Gegenstand des Betriebes

Der Betrieb ist integraler Bestandteil des kulturellen Lebens in der Stadt Braunschweig und des Landes Niedersachsen. Aufgabe des Betriebes ist die Pflege und die Förderung des kulturellen Lebens durch eigene Veranstaltungen in den Sparten der darstellenden Künste und Musik (Mehrspartentheater). Das Interesse der Jugend an der Musik und am Theater soll durch spezielle Veranstaltungen gefördert werden.
Der Betrieb kann mit kulturellen Einrichtungen öffentlicher und freier Träger zusammenarbeiten. Bei der Förderung des künstlerischen Nachwuchses ist die Zusammenarbeit mit den Hochschulen zu pflegen.

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert einer Stelle der Verg.-Gr. IV a – Verwaltungsdienst – bei Ausscheiden des Stelleninhabers (Personalabteilung).
2. MWK wird gemäß § 40 Abs. 1 LHO ermächtigt, im Einvernehmen mit MF mit dem kaufmännischen Direktor eine außertarifliche Vergütung zu vereinbaren.
3. Die Vorzimmerkraft der Intendanz beim Staatstheater Braunschweig ist für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.
4. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen je Haushaltsjahr 62 175 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden. Hiervon entfallen auf den Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten 12 200 EUR und auf Beträge zur Landesunfallkasse 49 975 EUR.
5. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen 1 107 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Nutzungsentgelte an den Landesliegenschaftsfonds).

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur **Anlage 3**

zu Kapitel 06 60

Anlage zum Wirtschaftsplan

(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiterinnen und Arbeiter mit einer Vergütung nach BAT bzw. MTL II)

Verg.-Gr. Lohn–Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Angestellte	[1] Vgl. Bewirtschaftungsvermerk Nr. 2. [2] Eine Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
Außertariflich [1]	1	1	Verwaltungsdienst	
III	2	2		
IV a	2	2		
IV b	1	1		
V b	1	1		
V c [2]	6	6		
VI b	7	7		
VII	6	6		
VIII	1	1		
IX b	1	1		
	28	28	Zusammen	
			Arbeiter/ -innen	
4	1	1	Kraftfahrdienst	
3	7	7	Boten-, Pförtner- und Hauhmeisterdienst	
1	4	4	Reinigungsdienst	
	12	12	Zusammen	

Außerdem sind Aufwendungen für künstlerisches, technisches und künstlerisch-technisches Personal in folgendem Umfang enthalten (Personalbestand am 01.01.2006):

a) Orchester	84
künstlerische Vorstände	19
Musiktheater	36
Schauspiel (Kinder- und Jugendtheater)	45
Chor	40
Ballett	24
b) künstlerisch-technische Angestellte	27
technische Angestellte	21
Bühnen-/Werkstattpersonal	130
Zusammen	426

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0661 Oldenburgisches Staatstheater

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		**** Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung in Abs. 1 zu "0661 allgemein" verbindlich.*					
		E I N N A H M E N					
111 42-3	181	Theatereinnahmen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61/63.* **** Abweichend von § 63 Abs. 4 LHO dürfen Eintrittskarten auch verbilligt oder unentgeltlich abgegeben werden.*		2.250	2.200	+50	2.435
119 01-7	181	Vermischte Einnahmen		2	2	—	5
119 61-0	181	Einnahmen aus Veröffentlichungen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61/63.* **** Abweichend von § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		30	30	—	20
124 01-0	181	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		31	31	—	16
132 01-3	181	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61/63.*		2	2	—	2
132 02-1	181	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen		—	—	—	—
233 10-3	181	Zuweisung der Stadt Oldenburg zu den laufenden Kosten		4.425	4.439	–14	4.437
235 01-7	181	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
282 62-7	181	Zuschüsse Dritter zur Förderung des Oldenburgischen Staatstheaters *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		5	5	—	150
342 62-0	181	Zuschüsse Dritter für Investitionen des Oldenburgischen Staatstheaters *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-1	181	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	1.302	1.310	–8	138
422 19-4	181	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	12
422 31-3	181	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-0	181	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	619
425 04-5	181	Vergütungen der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	11	—	+11	—
425 06-1	181	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	2	2	—	1
426 01-7	181	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	646
426 03-3	181	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 04-1	181	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	12	12	—	14

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0661 allgemein:

Die Landesregierung beabsichtigt, das Oldenburgische Staatstheater zum 01.01.2008 in einen Landesbetrieb nach § 26 LHO umzuwandeln.
Für den bereits im Haushaltsjahr 2007 anfallenden erforderlichen Mehrbedarf aus Anlass der Umstellung ist bei Titel 682 01 ein Betrag in Höhe von 250.000 EUR veranschlagt, der für umstellungsbedingte zusätzliche Personal- und Sachkosten (z. B. Einrichtung Finanz- und Anlagenbuchhaltung, Erstellung Eröffnungsbilanz, Schulung des Personals sowie notwendige Kosten der Datenverarbeitung) in Anspruch genommen werden darf.

Zu 111 42

I. Eintrittspreise
Eintrittspreise ab Spielzeit 2005/2006:
a) Großes Haus

Platzgruppe	Platzanzahl	Konzert EUR	Musik EUR	Schauspiel EUR
I	179 (204)	32	30	24
II	145 (193)	28	25	21
III	119 (204)	24	20	17
IV	59 (114)	20	15	12
V	81 (16)	15	11	9
VI	41 (107)	11	8	7
	624 (883)			

( ) = Konzerte
b) Kleines Haus

Platzgruppe	Platzanzahl	Musik EUR	Tanz EUR	Schauspiel EUR
I	142	30	17	24
II	102	25	14	21
III	60	20	12	17
IV	46	15	8	12
	350			

Abonnementsermäßigung ca. 20 %.

II. Einnahmen
1. Theatereinnahmen:

		2007 Tsd. EUR
a) Großes Haus	260 Aufführungen	1 300
b) Kleines Haus	235 Aufführungen	660
	Zusammen	1 960
2. Gastspieleinnahmen:		
Wilhelmshaven:		
4 Abonnementsvorstellungen		33
	Zusammen	33
3. Konzerteinnahmen:		
a) Großes Haus		
15 Symphoniekonzerte im Abonnement		150
b) Weser-Ems-Halle		
6 Symphoniekonzerte im Abonnement		107
	Zusammen	257
	Insgesamt	2 250

Zu 233 10

Die Stadt Oldenburg ist gemäß Vereinbarung vom 12. 2. 1963 mit 25 % an den nicht gedeckten laufenden Kosten beteiligt.
Der Zuschuss berechnet sich wie folgt:

	2007 Tsd. EUR
Summe der bei 06 61 veranschlagten laufenden Ausgaben ohne 682 01, 981 01 und 981 06	19.746
dazu	
Versorgungsbezüge für Verwaltungsbeamte, Kammermusiker und sonstige Beamte sowie deren Hinterbliebene rd.	72
dazu	
Bauunterhaltungskosten (8 % des Friedensneubauwertes von 2.566.000 EUR) rd.	205
Zusammen	20.023
ab Einnahmen ohne 233 10	2.320
bleibt ungedeckter Zuschuss	17.703
davon ¼	4.425

Zu 425 04

Für 1 (-) Auszubildende, Auszubildenden.

Zu 426 04

Für 1 (1) Auszubildende, Auszubildenden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0661 Oldenburgisches Staatstheater

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
426 06-8	181	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	18	18	—	4
427 01-3	181	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	31	31	—	27
427 39-0	181	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-4	181	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	—	—	—	—
511 01-4	181	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 517 01, 518 01, 518 02, 519 01, 519 03, 525 01, 526 01, 526 02, 527 01, 538 01, 546 03 und 546 12.*	—	185	185	—	180
517 01-2	181	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	331	275	+56	537
518 01-9	181	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	30	30	—	8
518 02-7	181	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	3
519 01-5	181	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	14	14	—	12
519 03-1	181	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	1	1	—	0
525 01-5	181	Aus- und Fortbildung der Bediensteten *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	2	2	—	4
526 01-1	181	Sachverständige *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	10	10	—	12
526 02-0	181	Gerichts- und ähnliche Kosten *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	—
527 01-8	181	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	7	4	+3	3
529 10-0	181	Zur Verfügung des Generalintendanten	—	—	—	—	1
538 01-0	181	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte) *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	76	76	—	13
546 03-9	181	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	—
546 12-8	181	Umsatzsteuer *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	3	3	—	7
681 01-7	181	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	1
682 01-3	181	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs	—	250	—	+250	—
686 10-8	181	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	27	27	—	30

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 427 01
Für Aushilfskräfte in Krankheitsfällen.

Zu 529 10
Die Mittel sind ab 2002 bei Kapitel 13 02 Titel 529 14 veranschlagt.

Zu 682 01
Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0661 allgemein.

Zu 686 10
Mitgliedsbeitrag für den Deutschen Bühnenverein.
Die Höhe des Beitrages ist von den Personalkosten abhängig.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0661 Oldenburgisches Staatstheater

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
811 06-9	181	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 15-4	181	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	153	153	—	149
891 01-1	181	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs *Die Ausgabe darf nur mit Einwilligung des MF geleistet werden.*	—	—	—	—	—
981 01-0	990	Abführung an 13 50 - 381 06	—	19	19	—	15
981 06-1	990	Abführung an 1321 - 381 06	—	921	896	+25	895
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/63		**Theaterbetriebskosten einschl. Personalausgaben für das künstlerische und technische Bühnenpersonal** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 42, 119 61 und 132 01.*	(—)	(17.526)	(17.592)	(–66)	(17.696)
425 61-4	181	Verg. der BTT-Angestellten u. der Musiker	—	5.055	5.029	+26	5.177
425 63-0	181	Verg. der BAT-Angestellten	—	850	845	+5	950
426 61-0	181	Vergütung des Bühnenpersonals	—	4.584	4.561	+23	4.284
426 63-7	181	Vergütung des Abendpersonals	—	479	476	+3	396
427 61-7	181	Beschäftigungsentgelte für das künstlerische Personal (einschl. Vertretungs- und Aushilfskräfte)	—	5.421	5.394	+27	5.468
429 61-0	181	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	12	12	—	3
441 61-0	181	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	12	12	—	6
459 61-6	181	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	0
511 61-8	181	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	46	46	—	157
514 61-7	181	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	—	724	724	—	533
518 61-2	181	Mieten und Pachten	—	2	2	—	38
527 61-1	181	Reisekostenvergütungen	—	36	186	–150	29
531 61-9	181	Veröffentlichungen	—	65	65	—	19
538 61-3	181	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	—	—	—	—
547 61-2	181	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	240	240	—	636
812 61-8	181	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 812 15

	2007 Tsd. EUR
Teilweise Erneuerung der Beleuchtungseinrichtungen	25
Investitionen bis zu 25.000 EUR im Einzelfall	128
Zusammen	153

Zu 891 01

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0661 allgemein.

Zu 981 01

Abführung der in der Zuweisung der Stadt Oldenburg enthaltenen anteiligen Versorgungslasten.
Vgl. Erläuterungen zu 233 10.

Zu 981 06

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61/63

I. Die Titelgruppe umfasst alle Ansätze der Mittel für künstlerisch-technisches Personal, Orchester, Gäste- und Aushilfskräfte (einschl. Schauspielmusik), Konzertsolisten, Frack-, Instrumenten-, Saiten-, Rohr- und Blattgeld, künstlerische Vorstände, Einzeldarsteller, Chor, Ballett, Statisten und Probespiele sowie für das Abendpersonal.
II. Personalbestand am 1. 9. 2005:

1. Stellen für künstlerisches Personal:	
Orchester	68
Künstlerische Vorstände	21
Oper und Operette	17
Schauspiel	24
Chor	30
Ballett	16
Sonstiges NV-Solo Personal	28
2. Stellen für technisches und künstlerisch-technisches Personal:	
Künstlerisch-techn. Angestellte	21
Technische Angestellte	17
Bühnenpersonal	87
Abendpersonal (Türschließer/Garderobe)	21
Zusammen	350

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0661 Oldenburgisches Staatstheater

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 62		**Verwendung der Zuschüsse Dritter zur Förderung des Oldenburgischen Staatstheaters** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 62 und 342 62.*	(—)	(5)	(5)	(—)	(245)
547 62-0	181	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5	5	—	245
712 62-1	181	Erschliessungs- und Baukosten	—	—	—	—	—
812 62-6	181	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 0661					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		2.315	2.265	+50	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		4.430	4.444	–14	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		6.745	6.709	+36	
		4 Personalausgaben	—	17.789	17.702	+87	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	1.777	1.868	–91	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	277	27	+250	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	153	153	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	940	915	+25	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	20.936	20.665	+271	
		Zuschuss		14.191	13.956	+235	

E R L Ä U T E R U N G E N

Allgemeine Vorbemerkungen zum Kapitel 0662

Für das budgetierte Kapitel 0662 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:

1. 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 427 11, 429 10, 511 10, 517 10, 518 10, 523 10, 547 10, 686 10, 812 10 und 812 11 sind gegenseitig deckungsfähig.

2. Einnahmen bei 111 10, 119 10, 124 10, 129 11 und 282 10 erhöhen die Ausgaben bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 427 11, 429 10, 511 10, 517 10, 518 10, 523 10, 547 10, 686 10, 812 10 und 812 11.

3. Abweichend von § 49 Abs. 7 LHO sind die Stellenübersichten und Bedarfsnachweise nach Anzahl und Wertigkeit nicht verbindlich.

4. Unter der Voraussetzung, dass das Ministerium für Wissenschaft und Kultur - hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen. Eine Ausnahme bilden die Drittmittel, die weiterhin zu 100 % übertragen werden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0662 Niedersächsisches Landesmuseum Hannover (budgetiert)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 10-9	183	Gebühren, sonstige Entgelte		—	—	—	—
119 10-0	183	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	—
124 10-3	183	Einnahmen aus Mieten und Pachten		—	—	—	—
129 11-3	183	Einnahmen außerhalb der laufenden Geschäfte		—	—	—	—
282 10-8	183	Zuschüsse Dritter		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 10-4	183	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	—	2.400	—	+2.400	—
425 10-3	183	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
426 10-0	183	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 10-6	183	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	72	—	+72	—
427 11-4	183	Beschäftigungsentgelte für Personal aus der Verwendung der Zuschüsse Dritter	—	—	—	—	—
429 10-9	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben für nicht dem BV zuzuordnendes Personal	—	77	—	+77	—
511 10-7	183	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	61	—	+61	—
517 10-5	183	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	670	—	+670	—
518 10-1	183	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—
523 10-5	183	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen	—	47	—	+47	—
547 10-1	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	408	—	+408	—
547 11-0	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben aus der Verwendung der Zuschüsse Dritter	—	—	—	—	—
686 10-1	183	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	1	—	+1	—
812 10-7	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	17	—	+17	—
812 11-5	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen aus der Verwendung der Zuschüsse Dritter	—	—	—	—	—
981 10-3	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	1.058	—	+1.058	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0662 allgemein

Das Nds. Landesmuseum Hannover wird ab 01.01.2007 als budgetierter Betrieb nach § 17 a LHO geführt.
Bis zum Haushaltsjahr 2006 wurden die Einnahmen und Ausgaben der staatlichen Museen in Niedersachsen im Kapitel 0665 veranschlagt (vgl. auch Erläuterungen zu Kapitel 0665 allgemein).

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0662 Niedersächsisches Landesmuseum Hannover (budgetiert)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0662					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		4 Personalausgaben	—	2.549	—	+2.549	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	1.186	—	+1.186	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	1	—	+1	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	17	—	+17	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.058	—	+1.058	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	4.811	—	+4.811	
		Zuschuss		4.811	—	+4.811	

E R L Ä U T E R U N G E N

Allgemeine Vorbemerkungen zum Kapitel 0663

Für das budgetierte Kapitel 0663 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:

1. 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 427 11, 429 10, 511 10, 517 10, 518 10, 523 10, 547 10, 686 10, 812 10 und 812 11 sind gegenseitig deckungsfähig.

2. Einnahmen bei 111 10, 119 10, 124 10, 129 11 und 282 10 erhöhen die Ausgaben bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 427 11, 429 10, 511 10, 517 10, 518 10, 523 10, 547 10, 686 10, 812 10 und 812 11.

3. Abweichend von § 49 Abs. 7 LHO sind die Stellenübersichten und Bedarfsnachweise nach Anzahl und Wertigkeit nicht verbindlich.

4. Unter der Voraussetzung, dass das Ministerium für Wissenschaft und Kultur - hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen. Eine Ausnahme bilden die Drittmittel, die weiterhin zu 100 % übertragen werden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0663 Niedersächsische Landesmuseen Braunschweig (budgetiert)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 10-2	183	Gebühren, sonstige Entgelte		—	—	—	—
119 10-3	183	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	—
124 10-7	183	Einnahmen aus Mieten und Pachten		—	—	—	—
129 11-7	183	Einnahmen außerhalb der laufenden Geschäfte		—	—	—	—
282 10-1	183	Zuschüsse Dritter		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 10-8	183	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	—	3.638	—	+3.638	—
425 10-7	183	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
426 10-3	183	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 10-0	183	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	159	—	+159	—
427 11-8	183	Beschäftigungsentgelte für Personal aus der Verwendung der Zuschüsse Dritter	—	—	—	—	—
429 10-2	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben für nicht dem BV zuzuordnendes Personal	—	71	—	+71	—
511 10-0	183	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	123	—	+123	—
517 10-9	183	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	871	—	+871	—
518 10-5	183	Mieten und Pachten	—	129	—	+129	—
523 10-9	183	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen	—	194	—	+194	—
547 10-5	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	188	—	+188	—
547 11-3	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben aus der Verwendung der Zuschüsse Dritter	—	—	—	—	—
548 10-1	988	Globale Mehrausgaben infolge Baumaßnahme des Herzog Anton Ulrich Museums *Die Ausgabe darf nur mit Einwilligung des MF geleistet werden.*	—	600	—	+600	—
686 10-5	183	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	3	—	+3	—
812 10-0	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	51	—	+51	—
812 11-9	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen aus der Verwendung der Zuschüsse Dritter	—	—	—	—	—
981 10-7	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	1.142	—	+1.142	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 0663 allgemein

Zum Betrieb „Niedersächsische Landesmuseen Braunschweig“ gehören das Braunschweigische Landesmuseum, das Staatlich Naturhistorische Museum und das Herzog Anton Ulrich-Museum in Braunschweig.

Mit Wirkung vom 01.01.2007 werden die drei bisher eigenständigen Dienststellen zu einer Dienststelle zusammengeführt und gemeinsam als budgetierter Betrieb nach § 17 a LHO geführt.

Die Zusammenführung dient vor allem der Errichtung einer gemeinsamen Administration sowie einer effizienteren und effektiveren Wirtschaftsführung. In der besucherorientierten Außendarstellung und in der museumsfachlichen und Sammlungsstruktur bleiben die drei Museen unabhängig. Nach außen hin agieren sie mit ihren bekannten, tradierten Namen und erhalten als Namenszusatz die neue Behördenbezeichnung.

Bis zum Haushaltsjahr 2006 wurden die Einnahmen und Ausgaben der staatlichen Museen in Niedersachsen im Kapitel 0665 veranschlagt (vgl. auch Erläuterungen zu Kapitel 0665 allgemein).

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0663 Niedersächsische Landesmuseen Braunschweig (budgetiert)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0663					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		4 Personalausgaben	—	3.868	—	+3.868	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	2.105	—	+2.105	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	3	—	+3	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	51	—	+51	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.142	—	+1.142	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	7.169	—	+7.169	
		Zuschuss		7.169	—	+7.169	

E R L Ä U T E R U N G E N

Allgemeine Vorbemerkungen zum Kapitel 0664

Für das budgetierte Kapitel 0664 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:

1. 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 427 11, 429 10, 511 10, 517 10, 518 10, 523 10, 547 10, 686 10, 812 10 und 812 11 sind gegenseitig deckungsfähig.

2. Einnahmen bei 111 10, 119 10, 124 10, 129 11 und 282 10 erhöhen die Ausgaben bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 427 11, 429 10, 511 10, 517 10, 518 10, 523 10, 547 10, 686 10, 812 10 und 812 11.

3. Abweichend von § 49 Abs. 7 LHO sind die Stellenübersichten und Bedarfsnachweise nach Anzahl und Wertigkeit nicht verbindlich.

4. Unter der Voraussetzung, dass das Ministerium für Wissenschaft und Kultur - hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen. Eine Ausnahme bilden die Drittmittel, die weiterhin zu 100 % übertragen werden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0664 Niedersächsische Landesmuseen Oldenburg (budgetiert)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 10-6	183	Gebühren, sonstige Entgelte		—	—	—	—
119 10-7	183	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	—
124 10-0	183	Einnahmen aus Mieten und Pachten		—	—	—	—
129 11-0	183	Einnahmen außerhalb der laufenden Geschäfte		—	—	—	—
282 10-5	183	Zuschüsse Dritter		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 10-1	183	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	—	1.993	—	+1.993	—
425 10-0	183	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
426 10-7	183	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 10-3	183	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	66	—	+66	—
427 11-1	183	Beschäftigungsentgelte für Personal aus der Verwendung der Zuschüsse Dritter	—	—	—	—	—
429 10-6	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben für nicht dem BV zuzuordnendes Personal	—	59	—	+59	—
511 10-4	183	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	59	—	+59	—
517 10-2	183	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	163	—	+163	—
518 10-9	183	Mieten und Pachten	—	40	—	+40	—
523 10-2	183	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen	—	84	—	+84	—
547 10-9	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	120	—	+120	—
547 11-7	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben aus der Verwendung der Zuschüsse Dritter	—	—	—	—	—
686 10-9	183	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	2	—	+2	—
812 10-4	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	34	—	+34	—
812 11-2	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen aus der Verwendung der Zuschüsse Dritter	—	—	—	—	—
981 10-0	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	435	—	+435	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0664 allgemein

Die Nds. Landesmuseen Oldenburg werden ab 01.01.2007 als budgetierter Betrieb nach § 17 a LHO geführt.
Zum Betrieb „Niedersächsische Landesmuseen Oldenburg“ gehören das Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte und das Landesmuseum Natur und Mensch in Oldenburg.
Mit Wirkung vom 01.01.2007 werden die zwei bisher eigenständigen Dienststellen zu einer Dienststelle zusammengeführt und gemeinsam als budgetierter Betrieb nach § 17 a LHO geführt.
Die Zusammenführung dient vor allem der Errichtung einer gemeinsamen Administration sowie einer effizienteren und effektiveren Wirtschaftsführung. In der besucherorientierten Außendarstellung und in der museumsfachlichen und Sammlungsstruktur bleiben die beiden Museen unabhängig. Nach außen hin agieren sie mit ihren bekannten, tradierten Namen und erhalten als Namenszusatz die neue Behördenbezeichnung.
Bis zum Haushaltsjahr 2006 wurden die Einnahmen und Ausgaben der staatlichen Museen in Niedersachsen im Kapitel 0665 veranschlagt (vgl. auch Erläuterungen zu Kapitel 0665 allgemein).

Zu 981 10

Abführung der für dieses Kapitel festgesetzten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0664 Niedersächsische Landesmuseen Oldenburg (budgetiert)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0664					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		4 Personalausgaben	—	2.118	—	+2.118	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	466	—	+466	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	2	—	+2	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	34	—	+34	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	435	—	+435	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	3.055	—	+3.055	
		Zuschuss		3.055	—	+3.055	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0665 Museen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-1	183	Vermischte Einnahmen		45	45	—	4
119 71-2	183	Vermischte Einnahmen im Bereich der Spielbankmittel *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 71.*		—	—	—	22
124 01-5	183	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung **** Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Sammlungsgegenstände unentgeltlich abgegeben werden.*		23	23	—	10
125 99-2	183	Einnahmen der Informations- und Kommunikationstechnik *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 98/99.*		—	—	—	—
233 10-8	183	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden		128	128	—	127
282 63-0	183	Zuschüsse Dritter *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		—	307	–307	906
		Titelgruppe(n)					
TGr. 81		**Einnahmen des Niedersächsischen Landesmuseums Hannover** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.*		(—)	(—)	(—)	(352)
111 81-9	183	Eintrittsgelder		—	—	—	222
119 81-0	183	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	41
124 81-3	183	Mieten und Pachten des Museumsshops und des Bistro des Landesmuseums Hannover		—	—	—	6
129 81-5	183	Einnahmen aus Nutzungs- und Überlassungsverträgen (o. Dienst- und Landeswohnungen), museumspädagogischer Arbeit und Werbung		—	—	—	83
233 81-7	183	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden nach § 19 BSHG		—	—	—	—
235 81-0	183	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	—
TGr. 82		**Einnahmen der Niedersächsischen Landesmuseen Braunschweig** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82.*		(—)	(—)	(—)	(122)
111 82-7	183	Eintrittsgelder		—	—	—	42
119 82-8	183	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	51
125 82-8	183	Erlöse aus der Cafeteria		—	—	—	6
129 82-3	183	Einnahmen aus Nutzungs- und Überlassungsverträgen (o. Dienst- und Landeswohnungen), museumspädagogischer Arbeit und Werbung		—	—	—	24
233 82-5	183	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden nach § 19 BSHG		—	—	—	—
235 82-8	183	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0665

Veranschlagt sind ab 2007 hauptsächlich nur noch die Ausgaben für die nichtstaatlichen Museen des Landes Niedersachsen (TGr. 72-78) sowie die Spielbankmittel (TGr. 71).
Neu aufgenommen wurde die Titelgruppe 65, die für alle Museen in Niedersachsen Mittel für den Erwerb von Sammlungsgegenständen sowie Mittel für die Durchführung von Landesausstellungen vorsieht.

Die 6 staatlichen Museen waren zum 01.01.2006 in 3 standortbezogene Betriebe umgewandelt worden, deren Einnahmen und Ausgaben 2006 jeweils in einer eigenen Titelgruppe veranschlagt waren.

Ab 01.01.2007 werden diese 3 Betriebe jeweils als budgetierte Einrichtungen nach § 17 a LHO geführt werden. Aus diesem Grund ist für jeden Betrieb ein eigenes Kapitel (Kapitel 0662 bis 0664) eingerichtet worden. Die Mittel aus den bisherigen Titelgruppen wurden in die neuen Kapitel verlagert.

Zu 233 10

Nach der zwischen dem Land Niedersachsen und der Stadt Oldenburg am 27. 1. 1976 abgeschlossenen Vereinbarung erstattet die Stadt Oldenburg dem Land die Personalkosten für einen Hausmeister und drei Aufseher im Augusteum in Oldenburg. Das Augusteum ist 1976 vom Land erworben worden. Es wird nach dem Umbau als Außenstelle des Landesmuseums für Kunst und Kulturgeschichte in Oldenburg geführt. Die Personalkosten umfassen den tariflichen Lohn, die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung, Zuwendungen und Zulagen aufgrund besonderer Tarifverträge, Beihilfen, Vermögenswirksame Leistungen.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0665 Museen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 83		**Einnahmen des Braunschweigischen Landesmuseums** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 83.*		(—)	(—)	(—)	(145)
111 83-5	183	Eintrittsgelder		—	—	—	28
119 83-6	183	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	5
129 83-1	183	Einnahmen aus Nutzungs- und Überlassungsverträgen (o. Dienst- und Landeswohnungen), museumspädagogischer Arbeit und Werbung		—	—	—	1
233 83-3	183	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden nach § 19 BSHG		—	—	—	—
235 83-6	183	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	111
TGr. 84		**Einnahmen des Staatlichen Naturhistorischen Museums Braunschweig** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 84.*		(—)	(—)	(—)	(160)
111 84-3	183	Eintrittsgelder		—	—	—	124
119 84-4	183	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	1
129 84-0	183	Einnahmen aus Nutzungs- und Überlassungsverträgen (o. Dienst- und Landeswohnungen), museumspädagogischer Arbeit und Werbung		—	—	—	12
233 84-1	183	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden nach § 19 BSHG		—	—	—	—
235 84-4	183	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	23
TGr. 85		**Einnahmen der Niedersächsischen Landesmuseen Oldenburg** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 85.*		(—)	(—)	(—)	(153)
111 85-1	183	Eintrittsgelder		—	—	—	63
119 85-2	183	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	63
125 85-2	183	Einnahmen des Museumsshops		—	—	—	—
129 85-8	183	Einnahmen aus Nutzungs- und Überlassungsverträgen (o. Dienst- und Landeswohnungen), museumspädagogischer Arbeit und Werbung		—	—	—	21
233 85-0	183	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden nach § 19 BSHG		—	—	—	—
235 85-2	183	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	6
281 85-4	183	Sonstige Erstattungen aus dem Inland		—	—	—	—
TGr. 86		**Einnahmen des Landesmuseums für Natur und Mensch in Oldenburg** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 86.*		(—)	(—)	(—)	(133)
111 86-0	183	Eintrittsgelder		—	—	—	46
119 86-0	183	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	32

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0665 Museen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
125 86-0	183	Einnahmen des Museumsshops beim Landesmuseum für Natur und Mensch in Oldenburg		—	—	—	12
129 86-6	183	Einnahmen aus Nutzungs- und Überlassungsverträgen (o. Dienst- und Landeswohnungen), museumspädagogischer Arbeit und Werbung		—	—	—	8
233 86-8	183	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden nach § 19 BSHG		—	—	—	—
235 86-0	183	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	34
		A U S G A B E N					
422 01-6	183	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 422 01, Ausgabetitelgruppe 81, Ausgabetitelgruppe 82 und Ausgabetitelgruppe 85.*	—	—	8.128	–8.128	1.277
422 19-9	183	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	2
422 31-8	183	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-5	183	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.085
425 03-1	183	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-6	183	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-1	183	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	2.466
426 03-8	183	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	98
426 06-2	183	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	9
426 31-3	183	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeinehmern	—	—	—	—	—
427 39-5	183	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-9	183	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	—	—	—	5
519 01-0	183	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	14
546 03-3	183	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	—
546 59-9	183	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
686 11-0	183	Zuschuss an die Museum und Park Kalkriese GmbH - 2000 Jahre Varusschlacht -	—	10	10	—	—
812 59-0	183	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
981 06-6	990	Abfuehrung an 13 21 - 381 06	—	—	2.612	–2.612	2.611

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0665 Museen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Verwendung der Zuwendungen Dritter** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 63.*	(—)	(—)	(307)	(–307)	(901)
429 63-0	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	30	–30	240
459 63-7	183	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
527 63-2	183	Reisekostenvergütungen	—	—	2	–2	5
547 63-3	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	135	–135	656
685 63-7	183	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
812 63-9	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	140	–140	—
TGr. 65		**Zur besonderen Förderung der Museen für Erwerbungen und Landesausstellungen** **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(500)	(—)	(+500)	(—)
429 65-7	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
523 65-3	183	Kunst- und wissenschaftliche sammlungen und Bibliotheken	—	100	—	+100	—
547 65-0	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
686 65-0	183	Zuschüsse an Sonstige	—	100	—	+100	—
812 65-5	183	Erwerb von Geräten uns sonstigen beweglichen Sachen	—	150	—	+150	—
893 65-5	183	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	150	—	+150	—
TGr. 71		**Zur zusätzlichen Förderung der Museen aus Spielbankmitteln** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 71.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: Ausgabetitelgruppe 71, 0674 Ausgabetitelgruppe 64/65, 0674 Ausgabetitelgruppe 83, 0674 Ausgabetitelgruppe 86, 0675 Ausgabetitelgruppe 61, 0675 Ausgabetitelgruppe 71, 0675 Ausgabetitelgruppe 77, 0675 Ausgabetitelgruppe 84, 0675 Ausgabetitelgruppe 87, 0675 Ausgabetitelgruppe 91, 0675 Ausgabetitelgruppe 93 und 0675 Ausgabetitelgruppe 96.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(726)	(726)	(—)	(724)
429 71-1	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	26	26	—	0

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 65

Bezeichnung des Förderprogramms:
Besondere Förderung der staatlichen und nichtstaatlichen Museen in Niedersachsen für Erwerbungen und Landesausstellungen.

Rechtliche Grundlage:
Artikel 6 Niedersächsische Verfassung,

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz						500			
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss						500			

Empfänger:
[X]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
2007

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Erwerb von bedeutenden Kunstwerken und Kulturschätzen zur Sammlung, Aufbewahrung und Ausstellung sowie die Durchführung von Landesausstellungen.
Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur ist erklärtes Staatsziel nach Artikel 6 der NV - daher Daueraufgabe.

Zielgruppe:
Alle staatlichen und nichtstaatlichen Museen in Niedersachsen

Durchschnittliche Förderhöhe:

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 71
Vgl. allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 06 75.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Zusätzliche Förderung der Museen aus Spielbankmitteln.

Rechtliche Grundlage:
§ 3 (1) Spielbankgesetz i. V. m. Landtagsentschließung vom 05.07.1973

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	1.525	1.198	1.339	724	726	726	726	726	726
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					726	726	726	726	726

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:

Mit den Spielbankmitteln wird die museale Facharbeit in den sechs staatlichen Museen gewährleistet. Sie sind nur für die Landesmuseen vorhanden und dienen dort der Realisierung von Sonderausstellungen, Publikationen, Bewahrung der Sammlungen , Museumspädagogik. Sie sind in der Regel die notwendigen Komplementärmittel für eingeworbene Drittmittel (Spenden, Stiftungen, Forschungsmittel).

Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur ist erklärtes Staatsziel nach Artikel 6 der NV - daher Daueraufgabe -.

Zielgruppe:
Direkt alle staatlichen Museen in Braunschweig, Hannover und Oldenburg, indirekt alle Bürgerinnen und Bürger.

Durchschnittliche Förderhöhe:

Zu 429 71
Für die Beschäftigung von Personal für Ausstellungen, Fotoarbeiten, Katalogisierungen usw.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0665 Museen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
459 71-8	183	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
523 71-8	183	Beschaffung von Kunstwerken, Sammlungsgegenständen und Bibliotheken	—	26	26	—	1
531 71-0	183	Öffentlichkeitsarbeit	—	51	51	—	32
538 71-5	183	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	—	—	—	14
547 71-4	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	88	88	—	659
633 71-8	183	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	42	42	—	—
685 71-8	183	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	107	107	—	—
686 71-4	183	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	10
811 71-3	183	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 71-0	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	112	112	—	—
883 71-4	183	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	202	202	—	6
893 71-0	183	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 71-6	183	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	72	72	—	—
TGr. 72 bis 78		**Förderung der nichtstaatlichen Museen** *Übertragbar.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: Ausgabetitelgruppe 72/73/74/75/76/77/78, 0674 Ausgabetitelgruppe 61/62, 0674 Ausgabetitelgruppe 81, 0674 Ausgabetitelgruppe 85, 0675 Ausgabetitelgruppe 66/75, 0675 Ausgabetitelgruppe 68, 0675 Ausgabetitelgruppe 69/70 und 0675 Ausgabetitelgruppe 95.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—) (780)	(5.549)	(5.454)	(+95)	(5.748)
633 72-6	183	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Stadt Hannover für das Sprengelmuseum	—	2.226	2.226	—	2.213
685 72-6	183	Zuschuss an den Museumsverband Niedersachsen und Bremen **** Dem Museumsverband Niedersachsen und Bremen dürfen landeseigene Gebäude ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden.*	—	171	171	—	171
685 73-4	183	Zuschuss an das "Ostpreußische Landesmuseum" in Lüneburg	—	194	194	—	194
685 74-2	183	Zuschuss an die "Rammelsberger Bergbaumuseum Goslar GmbH"	—	773	773	—	773
685 75-0	183	Zuschuss an die Stiftung "Museumsdorf Cloppenburg"	—	988	988	—	937
685 76-9	183	Zuschuss an die Stiftung "Henri Nannen"	—	577	577	—	577

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 547 71

Neuordnung und Katalogisierung von Sammlungen, Ausstellungen, Restaurierung von Kunstwerken, Komplettierung von Fachbibliotheken, Publikationen und audiovisuelle Programme.

Zu 812 71

Zum Beispiel Neugestaltung von Ausstellungsräumen.

Zu Titelgruppe 72 bis 78

Zur Förderung der Einrichtungen im Bereich der nichtstaatlichen Museen.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Förderung der nichtstaatlichen Museen in Niedersachsen.

Rechtliche Grundlage:
Artikel 6 Niedersächsische Verfassung, Verträge (Sprengelmuseum und Ostpreußisches Landesmuseum) sowie Beschluß des LM vom 21.03. 1961/08.02.2005 (Museumsdorf Cloppenburg).

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	5.035	5.655	5.372	5.748	5.454	5.569	5.134	5.059	5.127
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					5.454	5.569	5.134	5.059	5.127

Empfänger:
[X]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Sammlung, Aufbewahrung und Ausstellung von bedeutenden Kunstwerken und Kulturschätzen. Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur ist erklärtes Staatsziel nach Artikel 6 der NV - daher Daueraufgabe.

Zielgruppe:
Sprengelmuseum Hannover, Museumsverband Niedersachsen und Bremen, Ostpreußisches Landesmuseum Lüneburg, Stiftungen "Weltkulturerbe Rammelsberg ..." und "Museumsdorf Cloppenburg", Kunsthalle Emden sowie Museumsverbünde und sonstige nichtstaatliche Museen.

Durchschnittliche Förderhöhe:

Zu 633 72

Gemäß § 7 Abs. 1 der zwischen dem Land Niedersachsen und der Landeshauptstadt Hannover geschlossenen Vereinbarung über die Beteiligung des Landes und der Stadt bei der Errichtung einer Galerie für Werke der Malerei, der Plastik und der Grafik vom 1./ 29. 7. 1974 werden alle einmaligen und laufenden Ausgaben für die neue Galerie von Land und Stadt je zur Hälfte getragen.

Zu 685 72

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Zu 685 73

Vertragliche Leistung gem. Vertrag mit dem Bund vom 20./ 28. 8. 1998. Die im Rahmen einer Festbetragsfinanzierung gewährte Förderung beträgt 194 000 EUR jährlich.

Zu 685 74

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Stiftung "Weltkulturerbe Rammelsberg/Goslar und Naturlandschaft Harz".

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 685 74

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis für 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	2.357	2.484	2.126
Einnahmen	1.184	1.311	1.226
Fehlbetrag	1.173	1.173	900

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	773
3. den Bund mit	
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	400
5. Private	—
Zusammen	1.173

Zu 685 75

Unterhaltung der Einrichtung als Stifter in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung (volle Personalkosten nach Maßgabe des durch das Land genehmigten Stellenplans).
– Beschluss des Nieders. Landesministeriums über die Errichtung einer Stiftung "Museumsdorf Cloppenburg" – Nieders. Freilichtmuseum vom 21. 3. 1961 (Nds. MBl. S. 409), zuletzt geändert durch Beschluss vom 11. 3. 1980 (Nds. MBl. S. 490) –

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stiftung "Museumsdorf Cloppenburg"

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis für 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	2.050	2.112	2.162
Einnahmen	969	1.022	806
Fehlbetrag	1.081	1.090	1.356

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	-
2. das Land mit	988
3. den Bund mit	
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	93
5. Private	-
Zusammen	1.081

Zu 685 76

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung zur Mitfinanzierung der Stiftung "Henri Nannen" (Kunsthalle Emden und der angeschlossenen Kunstschulen).

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Kunsthalle Emden

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis für 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	2.467	2.162	2.213
Einnahmen	1.609	1.298	1.851
Fehlbetrag	858	864	362

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	577
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	281
5. Private	—
Zusammen	858

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0665 Museen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
685 77-7	183	Zuschuss an den Museumsverbund " Die Oberharzer Bergbau- und Heimatmuseen e. V."	—	—	50	–50	50
685 78-5	183	Zuschuss an den Museumsverbund Südniedersachsen	—	—	15	–15	15
686 72-2	183	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
883 72-2	183	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
893 72-8	183	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	818
894 72-4	183	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	— 780	620	460	+160	—
TGr. 81		**Ausgaben des Niedersächsischen Landesmuseums Hannover** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 81.* *Vgl. D-Vermerk zu 422 01.*	(—)	(—)	(1.344)	(–1.344)	(1.600)
425 81-3	183	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	11	–11	—
426 81-0	183	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	22	–22	21
427 81-6	183	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte sowie Praktikanten	—	—	72	–72	68
429 81-9	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	44	–44	0
511 81-7	183	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	61	–61	110
514 81-6	183	Verbrauchsmittel	—	—	65	–65	60
517 81-5	183	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	661	–661	1.048
518 81-1	183	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—
523 81-5	183	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	—	—	47	–47	19
527 81-0	183	Reisekostenvergütungen	—	—	7	–7	17
531 81-8	183	Veröffentlichungen und Dokumentation	—	—	161	–161	2
547 81-1	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	175	–175	254
681 81-0	183	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
682 81-6	183	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes	—	—	—	—	—
686 81-1	183	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	—	1	–1	0
811 81-0	183	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 81-7	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	17	–17	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 894 72

Für den Austausch der Klimatechnik im Sprengelmuseum Hannover. Veranschlagt sind die Mittel für den 50 % - Landesanteil. Die Gesamtkosten der Maßnahme betragen rd. 2,5 Mio EUR.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	620	—	620
2008	—	140	—	140
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	760	—	760

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0665 Museen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
891 81-4	183	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebes	—	—	—	—	—
TGr. 82		**Ausgaben der Niedersächsischen Landesmuseen Braunschweig** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 82.* *Vgl. D-Vermerk zu 422 01.*	(—)	(—)	(1.777)	(–1.777)	(568)
425 82-1	183	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	11	–11	—
426 82-8	183	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 82-4	183	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte sowie Praktikanten	—	—	159	–159	140
429 82-7	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	60	–60	37
511 82-5	183	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	123	–123	75
514 82-4	183	Verbrauchsmittel	—	—	46	–46	15
517 82-3	183	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	859	–859	176
518 82-0	183	Mieten und Pachten	—	—	129	–129	—
523 82-3	183	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	—	—	194	–194	11
527 82-9	183	Reisekostenvergütungen	—	—	12	–12	3
531 82-6	183	Veröffentlichungen und Dokumentation	—	—	65	–65	103
546 82-3	183	Ausgaben der Cafeteria	—	—	—	—	2
547 82-0	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	65	–65	5
681 82-8	183	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
682 82-4	183	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes	—	—	—	—	—
686 82-0	183	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	—	3	–3	1
811 82-9	183	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 82-5	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	51	–51	—
891 82-2	183	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebes	—	—	—	—	—
TGr. 83		**Ausgaben des Braunschweigischen Landesmuseums** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 83.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(998)
425 83-0	183	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
426 83-6	183	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 83-2	183	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte sowie Praktikanten	—	—	—	—	51
429 83-5	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
511 83-3	183	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	144
514 83-2	183	Verbrauchsmittel	—	—	—	—	9
517 83-1	183	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	471
518 83-8	183	Mieten und Pachten	—	—	—	—	161
523 83-1	183	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	—	—	—	—	20
527 83-7	183	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	2
531 83-4	183	Veröffentlichungen und Dokumentation	—	—	—	—	19
547 83-8	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	20
681 83-6	183	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
686 83-8	183	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	—	—	—	0
811 83-7	183	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 83-3	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	100
TGr. 84		**Ausgaben des Staatlichen Naturhistorischen Museums Braunschweig** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 84.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(331)
425 84-8	183	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	—
426 84-4	183	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 84-0	183	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte sowie Praktikanten	—	—	—	—	27
429 84-3	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	0
511 84-1	183	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	44
514 84-0	183	Verbrauchsmittel	—	—	—	—	11
517 84-0	183	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	126
518 84-6	183	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—
523 84-0	183	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	—	—	—	—	16

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0665 Museen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
527 84-5	183	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	5
531 84-2	183	Veröffentlichungen und Dokumentation	—	—	—	—	46
547 84-6	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	53
681 84-4	183	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	3
686 84-6	183	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	—	—	—	0
811 84-5	183	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 84-1	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 85		**Ausgaben der Niedersächsischen Landesmuseen Oldenburg** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 85.* *Vgl. D-Vermerk zu 422 01.*	(—)	(—)	(626)	(–626)	(500)
425 85-6	183	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	—
426 85-2	183	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	11	–11	—
427 85-9	183	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte sowie Praktikanten	—	—	66	–66	30
429 85-1	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	48	–48	—
511 85-0	183	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	59	–59	82
514 85-9	183	Verbrauchsmittel	—	—	16	–16	21
517 85-8	183	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	162	–162	173
518 85-4	183	Mieten und Pachten	—	—	40	–40	6
523 85-8	183	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	—	—	84	–84	52
527 85-3	183	Reisekostenvergütungen	—	—	5	–5	3
531 85-0	183	Veröffentlichungen und Dokumentation	—	—	11	–11	26
546 85-8	183	Ausgaben des Museumsshops	—	—	—	—	—
547 85-4	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	88	–88	106
681 85-2	183	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
682 85-9	183	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes	—	—	—	—	—
686 85-4	183	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	—	2	–2	0
811 85-3	183	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 85-0	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	34	–34	—
891 85-7	183	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebes	—	—	—	—	—
TGr. 86		**Ausgaben des Landesmuseums für Natur und Mensch in Oldenburg** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 86.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(304)
425 86-4	183	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	—
426 86-0	183	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 86-7	183	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte sowie Praktikanten	—	—	—	—	86
429 86-0	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	–23
511 86-8	183	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	6
514 86-7	183	Verbrauchsmittel	—	—	—	—	14
517 86-6	183	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	36
518 86-2	183	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—
523 86-6	183	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	—	—	—	—	2
527 86-1	183	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	6
531 86-9	183	Veröffentlichungen und Dokumentation	—	—	—	—	3
546 86-6	183	Ausgaben des Museumsshops beim Landesmuseum für Natur und Mensch in Oldenburg	—	—	—	—	17
547 86-2	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	155
681 86-0	183	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
686 86-2	183	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	—	—	—	0
811 86-1	183	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 86-8	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik** *Die Ausgabe der Titelgruppe darf überschritten werden bis zu 50 v.H. der Isteinnahmen bei 125 99.*	(—)	(140)	(140)	(—)	(20)
518 98-6	183	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-4	183	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-2	183	Kosten für vom IZN durchgeführte Aus- und Fortbildung	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0665 Museen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
525 99-0	183	Kosten für von anderen Dienstleistern durchgeführte Aus- und Fortbildung	—	—	—	—	—
538 98-7	183	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	140	140	—	—
538 99-5	183	Dienstleistungen "Anderer"	—	—	—	—	—
547 99-4	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	20
812 99-0	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 0665					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		68	68	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		128	435	–307	
		Summe der Einnahmen		196	503	–307	
		4 Personalausgaben	—	26	8.688	–8.662	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	405	3.577	–3.172	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	5.188	5.159	+29	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	— 780	1.306	1.088	+218	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	2.612	–2.612	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 780	6.925	21.124	–14.199	
		Zuschuss		6.729	20.621	–13.892	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 538 98

Mit dem IZN ist ab Mitte 2004 für alle Landesmuseen eine zentrale Terminalserverlösung vereinbart worden.
Die Kosten dieser Maßnahme sind hier veranschlagt.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0674 Förderung der nichtstaatl. Theater sowie der Soziokultur und der kulturellen Jugendbildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-0	188	Vermischte Einnahmen		28	28	—	—
119 41-0	188	Rückzahlung von Überzahlungen		77	77	—	1
119 64-9	188	Sonstige Verwaltungseinnahmen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64/65, Ausgabetitelgruppe 83 und Ausgabetitelgruppe 86.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62		**Förderung des Theaters** *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabetitelgruppe 72/73/74/75/76/77/78.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(570) (106.879)	(67.690)	(67.690)	(—)	(69.459)
637 61-5	181	Zuweisungen an die Landesbühnen	— 28.295	5.659	5.659	—	5.649
682 61-0	181	Zuwendung an die Niedersächsische Staatstheater Hannover GmbH **** Der Niedersächsischen Staatstheater Hannover GmbH dürfen landeseigene Gebäude ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden.* *Abweichend von § 63 Abs. 4 LHO dürfen Eintrittskarten auch verbilligt oder unentgeltlich abgegeben werden.*	—	47.453	47.453	—	48.610
682 62-9	181	Zuweisungen an die kommunalen Theater	— 69.700	13.940	13.940	—	13.937
685 61-0	181	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	570 —	638	638	—	651
686 61-6	181	Zuschüsse an Sonstige	— 8.884	—	—	—	11
893 61-1	181	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 61-8	181	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	601
TGr. 64/65		**Zur zusätzlichen Förderung der nichtstaatlichen Theater aus Spielbankmitteln** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 64.* *Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabetitelgruppe 71.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(273)	(273)	(—)	(135)
633 64-4	181	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
637 65-8	181	Zuweisungen an die Landesbühnen	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0674 allgemein

Es dürfen auch Zuwendungen für Fördermaßnahmen, bei denen die Zuwendungen im Einzelfall 2 500 EUR, bei Zuwendungen an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts 25 000 EUR unterschreiten, gewährt werden.

Zu Titelgruppe 61/62

Bezeichnung des Förderprogramms:
Förderung der Theater in Niedersachsen

Rechtliche Grundlage:
Artikel 6 der Nds. Verfassung; Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den kommunalen Theatern und den Landesbühnen; Unterhaltung der Nds. Staatstheater Hannover GmbH als alleiniger Gesellschafter.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	67.089	67.225	69.566	69.459	67.690	67.690	68.639	69.607	70.595
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					67.690	67.690	68.639	69.607	70.595

Empfänger:
[X]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis...

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur ist erklärtes Staatsziel gemäß Art. 6 der Nieders. Verfassung – daher Daueraufgabe -.

Zielgruppe:
Kommunale und freie Theater in Niedersachsen, Nds. Landesbühnen, Nds. Staatstheater Hannover GmbH.

Durchschnittliche Förderhöhe:

ERLÄUTERUNGEN

Zu 637 61

Vertragliche Leistungen in Form von jährlichen Zuwendungen an die Landesbühne Niedersachsen Nord GmbH und die Landesbühne Hannover GmbH (bzw. die Theater für Niedersachsen Hildesheim Hannover GmbH) im Rahmen der abgeschlossenen Ziel- und Leistungsvereinbarungen (Verträge aus dem Herbst 2006).
.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Landesbühne Niedersachsen Nord GmbH

	Betrag für 2006/2007 Tsd. EUR	Betrag für 2005/2006 Tsd. EUR	Istergebnis für 2004/2005 Tsd. EUR
Ausgaben	5.576	5.517	5.507
Einnahmen	1.124	1.065	1.079
Fehlbetrag	4.452	4.452	4.428

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	2.908
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	1.544
5. Private	—
Zusammen	4.452

Die Landesbühne Hannover und die „Stadttheater Hildesheim GmbH“ fusionieren zum 01.09.2007 zur „Theater für Niedersachsen Hildesheim Hannover GmbH“.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Landesbühne Hannover

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis für 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	5.364	5.358	5.619
Einnahmen	1.913	1.913	2.132
Fehlbetrag	3.451	3.445	3.487

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
b) das Land mit	2.751
c) den Bund mit	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	700
e) Private	—
Zusammen	3.451

Die 2006 ausgebrachte VE war für den Abschluss von Ziel- und Leistungsvereinbarungen zur Ablösung der zum 31.12.2006 gekündigten Verträge bestimmt.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	5.659	—	5.659
2008	—	5.659	—	5.659
2009	—	5.659	—	5.659
2010	—	5.659	—	5.659
2011 ff.	—	5.659	—	5.659
Summe	—	28.295	—	28.295

Zu 682 61

Unterhaltung des Staatstheaters als alleiniger Gesellschafter in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Nds. Staatstheater Hannover GmbH

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis für 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	53.521	53.517	
Einnahmen	6.068	6.064	
Fehlbetrag	47.453	47.453	

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	47.453
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	-
5. Private	—
Zusammen	47.453

Die Nds. Staatstheater Hannover GmbH hat ihren Wirtschaftsplan ab 01.01.2004 vom Theaterjahr auf das Haushaltsjahr umgestellt.

Eintrittspreise ab Spielzeit 2006/2007:
I. Opernhaus

Platzgruppe	Platzanzahl	Kategorie A EUR	Kategorie B EUR	Kategorie P EUR	Konzerte EUR
I	212	40,00	45,00	56,00	30,50
II	269	37,00	41,50	50,00	28,50
III	198	34,00	38,00	44,00	26,50
IV	257	32,00	35,00	40,00	24,00
V	102	28,50	30,50	35,00	22,00
VI	141	25,50	27,50	30,50	20,00
VII	22	16,00	16,00	17,00	15,00
	1 201				

II. Schauspielhaus

Platzgruppe	Platzanzahl	Kategorie A EUR	Kategorie B EUR	Kategorie P EUR
I	190	29,50	30,50	35,00
II	176	26,00	28,00	31,50
III	122	21,00	22,00	27,00
IV	86	16,50	18,00	22,00
V	50	11,50	12,50	16,50
	624			

III. Ballhof/Cumberland

Spielstätte	Platzanzahl	Eintrittspreis EUR
Ballhof 1	406	17,00
Ballhof 2	131	13,50
Cumberland	88	7,00

Zu 682 62

Vertragliche Leistungen in Form von jährlichen Zuwendungen an die Theater Lüneburg GmbH, die Stadttheater Hildesheim GmbH (bzw. die Theater für Niedersachsen Hildesheim Hannover GmbH), das Celler Schlosstheater e.V., die Deutsches Theater in Göttingen GmbH und die Städtische Bühnen Osnabrück GmbH im Rahmen der abgeschlossenen Ziel- und Leistungsvereinbarungen (Verträge aus dem Herbst 2006).

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu 682 62

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Celler Schloßtheaters e. V.

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis für 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	3.984	3.991	3.991
Einnahmen	1.020	1.031	1.024
Fehlbetrag	2.964	2.960	2.967

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	1.094
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	1.870
5. Private	—
Zusammen	2.964

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Deutsches Theater in Göttingen GmbH

	Betrag für 2006/2007 Tsd. EUR	Betrag für 2005/2006 Tsd. EUR	Istergebnis für 2004/2005 Tsd. EUR
Ausgaben	7.590	7.590	7.273
Einnahmen	1.177	1.157	1.092
Fehlbetrag	6.413	6.433	6.181

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	2.143
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	4.270
5. Private	—
Zusammen	6.413

Noch zu 682 62

Die Stadttheater Hildesheim GmbH und die Landesbühne Hannover fusionieren zum 01.09.2007 zur „Theater für Niedersachsen Hildesheim Hannover GmbH“.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stadttheater Hildesheim GmbH

	Betrag für 2006/2007 Tsd. EUR	Betrag für 2005/2006 Tsd. EUR	Istergebnis für 2004/2005 Tsd. EUR
Ausgaben	11.297	11.297	11.228
Einnahmen	1.520	1.520	1.505
Fehlbetrag	9.777	9.777	9.723

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	3.389
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	6.388
5. Private	—
Zusammen	9.777

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Theater Lüneburg GmbH

	Betrag für 2006/2007 Tsd. EUR	Betrag für 2005/2006 Tsd. EUR	Istergebnis für 2004/2005 Tsd. EUR
Ausgaben	6.700	6.700	6.827
Einnahmen	1.348	1.348	1.696
Fehlbetrag	5.352	5.352	5.131

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	2.730
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	2.622
5. Private	—
Zusammen	5.352

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Städtische Bühnen Osnabrück GmbH

	Betrag für 2006/2007 Tsd. EUR	Betrag für 2005/2006 Tsd. EUR	Istergebnis für 2004/2005 Tsd. EUR
Ausgaben	15.799	15.799	16.267
Einnahmen	2.217	2.217	2.473
Fehlbetrag	13.582	13.582	13.794

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	4.584
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	8.998
5. Private	—
Zusammen	13.582

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu 682 62

Die 2006 ausgebrachte VE war für den Abschluss von Ziel- und Leistungsvereinbarungen zur Ablösung der zum 31.12.2006 gekündigten Verträge bestimmt.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	13.940	—	13.940
2008	—	13.940	—	13.940
2009	—	13.940	—	13.940
2010	—	13.940	—	13.940
2011 ff.	—	13.940	—	13.940
Summe	—	69.700	—	69.700

Zu 685 61

Freiwillige Leistungen in Form von Zuwendungen zur Projektförderung für Freie Theater, Privattheater, Figurentheater, Amateurtheater und Kinder- und Jugendtheater, die u. a. ihren Sitz in Niedersachsen haben.

Für eine 3-jährige Modellphase in den Jahren 2001 bis 2003 war einigen freien Theatern im Rahmen einer jahresübergreifenden Konzeptionsförderung eine zuverlässige Planungssicherheit für eine kontinuierliche Theaterarbeit gegeben worden. Diese Konzeptionsförderung, die sich als sehr positiv erwiesen hat, wurde 2004 zunächst für 3 Jahre fortgesetzt und soll nun erneut für weitere 3 Jahre fortgeführt werden. Die ausgebrachte VE ist hierfür bestimmt. Jährlich sind 285.000 EUR für diese Maßnahme vorgesehen.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	285	285
2009	—	—	285	285
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	570	570

Zu 686 61

Im Rahmen der Neuordnung der Kulturförderung sind mit den drei Säulen “Kultur und Bildung“, “Kulturelles Erbe“ und “Musikland Niedersachsen“ mehrjährige Zielvereinbarungen (4 Jahre) abgeschlossen worden. Die Verpflichtungsermächtigung wurde 2006 unabhängig von dem jeweiligen Bereich zentral hier veranschlagt. Die Ablösung erfolgt jeweils aus den Baransätzen der Kapitel 0674 (Titelgruppen 61/62, 81, 83 und 85) und 0675 (Titelgruppen 66/75, 69/70, 93, 95 und 96).

Noch zu 686 61

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	1.493	—	1.493
2008	—	1.493	—	1.493
2009	—	1.493	—	1.493
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	4.479	—	4.479

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 64/65
Vgl. allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 06 75.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Zusätzliche Förderung der nichtstaatlichen Theater in Niedersachsen aus Spielbankmitteln.

Rechtliche Grundlage:
Artikel 6 der Nieders. Verfassung, § 3 (1) Spielbankgesetz i. V. m. Landtagsentschließung vom 05.07.1973

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	716	614	634	135	273	273	273	273	273
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					273	273	273	273	273

Empfänger:
[X]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [x]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur ist erklärtes Staatsziel gemäß Artikel 6 der Niedersächsischen Verfassung – daher Daueraufgabe - .

Zielgruppe:
Die nichtstaatlichen Theater in Niedersachsen.

Durchschnittliche Förderhöhe:

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0674 Förderung der nichtstaatl. Theater sowie der Soziokultur und der kulturellen Jugendbildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
682 64-5	181	Zuweisungen an die kommunalen Theater	—	—	—	—	—
682 65-3	181	Zuschüsse an die Niedersächsische Staatstheater Hannover GmbH	—	—	—	—	—
685 64-4	181	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	247	247	—	103
686 64-0	181	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	32
883 64-0	181	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
893 64-6	181	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 64-2	181	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	26	26	—	—
TGr. 81		**Förderung der Soziokultur** *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabetitelgruppe 72/73/74/75/76/77/78.*	(—)	(648)	(948)	(–300)	(948)
671 81-3	187	Erstattung von Personal- und Sachkosten an die LAGS e. V.	—	—	200	–200	423
685 81-4	187	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	648	748	–100	525
686 81-0	187	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 83		**Zur zusätzlichen Förderung der Soziokultur aus Spielbankmitteln** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 64.* *Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabetitelgruppe 71.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(200)	(200)	(—)	(125)
685 83-0	187	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	139	139	—	100
686 83-7	187	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
883 83-7	187	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	61	61	—	25
893 83-2	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 83-9	187	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 85		**Förderung der kulturellen Jugendbildung** *Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabetitelgruppe 72/73/74/75/76/77/78.*	(—)	(113)	(113)	(—)	(113)
685 85-7	187	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	113	113	—	—
686 85-3	187	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	113
893 85-9	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 85-5	187	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 81

Seit 2006 erfolgt die Förderung der Soziokultur im Rahmen der Neuordnung der Kulturförderung innerhalb der Säule “Kultur und Bildung“ (vgl.auch Erläuterungen zu Titel 686 61).

Weniger infolge Verlagerung nach Kapitel 0675 Titel 685 70 als Folge der Neuordnung der Kulturförderung: 300.000 EUR.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Förderung der Soziokultur

Rechtliche Grundlage:
Artikel 6 Niedersächsische Verfassung, Vertrag

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	1.498	1.498	1.248	948	948	648	648	648	648
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					948	648	648	648	648

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Förderung der Soziokultur.
Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur ist erklärtes Staatsziel nach Art. 6 der NV – daher Daueraufgabe

Zielgruppe:
Vereine, Projektträger der Soziokultur

Durchschnittliche Förderhöhe:

Zu Titelgruppe 83

Vgl. Erläuterungen zu Titel 686 61 und allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 06 75.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Zusätzliche Förderung der Soziokultur aus Spielbankmitteln

Rechtliche Grundlage:
§ 3 (1) Spielbankgesetz i. V. m. Landtagsentschließung vom 05.07.1973, Vertrag

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 83

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	462	1.123	644	125	200	200	200	200	200
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					200	200	200	200	200

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Förderung der Soziokultur.
Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur ist erklärtes Staatsziel nach Art. 6 der NV – daher Daueraufgabe.

Zielgruppe:
Vereine, Projektträger der Soziokultur

Durchschnittliche Förderhöhe:

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 85
Vgl. Erläuterungen zu Titel 686 61.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Förderung der kulturellen Jugendbildung

Rechtliche Grundlage:
Artikel 6 Niedersächsische Verfassung

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	159	113	144	113	113	113	113	113	113
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					113	113	113	113	113

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [.....]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [.....]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Regionale Kulturförderung.
Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur ist erklärtes Staatsziel nach Art. 6 der NV – daher Daueraufgabe

Zielgruppe:
Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung in Niedersachsen e. V.

Durchschnittliche Förderhöhe:

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0674 Förderung der nichtstaatl. Theater sowie der Soziokultur und der kulturellen Jugendbildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 86		**Zur zusätzlichen Förderung der kulturellen Jugendbildung aus Spielbankmitteln** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 64.* *Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabetitelgruppe 71.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
685 86-5	187	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
686 86-1	187	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
893 86-7	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 86-3	187	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
		<u>Abschluss Kapitel 0674</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		105	105	—	
		Summe der Einnahmen		105	105	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	570 106.879	68.837	69.137	–300	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	87	87	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	570 106.879	68.924	69.224	–300	
		Zuschuss		68.819	69.119	–300	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0675 Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-4	188	Vermischte Einnahmen		36	36	—	1
119 41-3	188	Rückzahlung von Überzahlungen		102	102	—	45
119 61-8	188	Sonstige Verwaltungseinnahmen im Bereich der Spielbankmittel *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61, Ausgabetitelgruppe 71, Ausgabetitelgruppe 77, Ausgabetitelgruppe 84, Ausgabetitelgruppe 87, Ausgabetitelgruppe 91, Ausgabetitelgruppe 93 und Ausgabetitelgruppe 96.*		—	—	—	—
119 63-4	187	Sonstige Verwaltungseinnahmen im Bereich der Konzessionsabgabemittel *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63/64.*		—	—	—	1
124 01-8	188	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		1	1	—	1
125 67-7	188	Einnahmen aus dem Verkauf von Kunstwerken *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
541 02-6	191	Kunst- und Förderpreise	—	70	70	—	70
632 01-3	183	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Freie Hansestadt Bremen für das Institut für Niederdeutsche Sprache e. V.	—	127	127	—	121
632 02-1	183	Erstattung von Verwaltungsausgaben für die Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste	—	12	12	—	11
685 20-6	187	Zuschuss an die Kulturstiftung der Länder	—	843	843	—	781
685 21-4	162	Zuschuss an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz	—	2.316	2.316	—	2.301
685 22-2	187	Zuschuss an die Bundesakademie für kulturelle Bildung	2.023 —	976	953	+23	916
686 10-5	187	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	71	71	—	67
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Zur zusätzlichen Förderung der sonstigen Maßnahmen der Kunst, Kultur- und Heimatpflege aus Spielbankmitteln** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.* *Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabetitelgruppe 71.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *Von dem Ansatz der Titelgruppe darf ein Betrag in Höhe von 750 EUR nicht verausgabt werden.*	(—)	(191)	(195)	(–4)	(124)
547 61-0	187	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5	5	—	4

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0675 allgemein:

Aus dem Landesanteil am Aufkommen der Spielbankabgabe gem. § 3 Abs. 1 des Gesetzes über die Zulassung öffentlicher Spielbanken steht für das Haushaltsjahr 2007 ein Betrag von 9 586 500 EUR zur Verfügung.
Die Mittel sind entsprechend der Landtagsentschließung vom 5. 7. 1973 (Landtags-Drucksache Nr. 7/2077) für folgende Zwecke bestimmt:

1. Durchführung von außergewöhnlichen Maßnahmen im sozialen Bereich,
2. Pflege der Kunst, insbesondere Ankauf von Kunstwerken und Erhaltung von Baudenkmälern.
3. Förderung von Theatern und Orchestern,
4. Ausstattung und Ausbau von öffentlichen Bibliotheken und Museen,
5. Landschaftspflege, Pflege der Bodendenkmäler, Heimatpflege. Hiervon entfallen auf den Bereich des MWK die Maßnahmen gem. lfd. Nrn. 2–5 (Nr. 5 ohne die Landschaftspflege) mit einem Anteil von 5 655 750 EUR.

Es dürfen auch Zuwendungen für Fördermaßnahmen, bei denen die Zuwendungen im Einzelfall 2 500 EUR, bei Zuwendungen an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts 25 000 EUR unterschreiten, gewährt werden.

Zu 541 02

Aus diesen Mitteln werden in den Sparten Bildende Kunst, Literatur und Musik jeweils der Kunstpreis und der Förderpreis vergeben. Der Kunstpreis ist mit 15.000 EUR dotiert. Er dient der Anerkennung einer herausragenden künstlerischen Leistung. Der Förderpreis ist mit 7.500 EUR dotiert und wird vornehmlich an jüngere Künstlerinnen und Künstler vergeben, die nach Abschluss ihrer Ausbildung auszeichnungswürdige, künstlerische Leistungen erbracht haben. Die Preise können an Künstlerinnen und Künstler vergeben werden, die durch ihre Tätigkeit einen Bezug zu Niedersachsen aufweisen.

Zu 632 01

Vertragliche Leistung gegenüber dem Sitzland Bremen für eine Zuwendung zur institutionellen Förderung (Abkommen vom 1. 1. 1979).
Gem. Art. 3 des Abkommens über die gemeinsame Finanzierung des Instituts für niederdeutsche Sprache e. V. trägt Bremen als Sitzland 25 % des jährl. Zuwendungsbetrages. Der Rest wird von den Ländern Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein gemeinsam aufgebracht.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Zuschuss an die Freie Hansestadt Bremen für das Institut für Niederdeutsche Sprache e. V.

Rechtliche Grundlage:
Vertragliche Leistung (Abkommen vom 01.01.1979 mit den Ländern Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein.)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	117	119	122	121	127	127	130	133	136
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					127	127	130	133	136

Empfänger:
[ ]Unternehmen [....]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [....]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [.....]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 632 01

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Regionale Kulturförderung. Schutz und Erhalt der niederdeutschen Sprache.
Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur ist erklärtes Staatsziel nach Art. 6 der NV – daher Daueraufgabe -.
Zielgruppe:
Institut für Niederdeutsche Sprache e. V.

Durchschnittliche Förderhöhe:

Zu 685 21

Nach dem am 1. 1. 1997 in Kraft getretenen Abkommen des Bundes und der Länder wird die Stiftung „Preußischer Kulturbesitz“ vom Bund und allen alten Ländern gemeinsam finanziert. Die Kosten für Neubauten und ihre Ersteinrichtung einschließlich des Grunderwerbs werden allein vom Bund und dem Land Berlin je zur Hälfte getragen. Der übrige Gesamtzuschussbedarf wird vom Bund und von den Ländern gedeckt. Hiervon entfallen auf die Länder rd. 30,7 Mio. EUR; Berlin trägt davon rd. 10,2 Mio. EUR und Niedersachsen ist mit rd. 2,3 Mio. EUR beteiligt.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Zuschuß an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Rechtliche Grundlage:
Bund/Länder-Abkommen über die gemeinsame Finanzierung.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	2.301	2.301	2.301	2.301	2.316	2.316	2.316	2.316	2.316
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					2.316	2.316	2.316	2.316	2.316

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur ist erklärtes Staatsziel nach Art. 6 NV – daher Daueraufgabe -.

Zielgruppe:
Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Durchschnittliche Förderhöhe:

Zu 685 22

Freiwillige Leistung gem. Gründungsbeschluss der Landesregierung vom 3. 7. 1979 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 685 22

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Bundesakademie für kulturelle Bildung e. V.

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis für 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	1.700	1.650	1.570
Einnahmen	545	518	475
Fehlbetrag	1.155	1.132	1.095

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	976
3. den Bund mit	179
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	-
5. Private	—
Zusammen	1.155

Die Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel e. V. ist 1986 errichtet worden. Die Finanzierung erfolgt aus Zuwendungen des Landes, des Bundes und Teilnehmerbeiträgen.
Die Bundesakademie dient der Weiterbildung von haupt-, neben- und ehrenamtlichen Kräften, die kulturelle Bildung in der Bundesrepublik Deutschland vermitteln.
Veranschlagt sind die voraussichtlichen Personal- und Sachausgaben der Einrichtung.

Die ausgebrachte VE ist für den Abschluss einer 3-jährigen Zielvereinbarung bestimmt.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Zuschuss an die Bundesakademie für kulturelle Bildung in Wolfenbüttel

Rechtliche Grundlage:
Artikel 6 Niedersächsische Verfassung

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	955	955	911	916	953	976	998	1.025	1.070
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					953	976	998	1.025	1.070

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [.....]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [.....]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Weiterbildung haupt-, neben- und ehrenamtlicher Kräfte, die kulturelle Bildung in der Bundesrepublik Deutschland vermitteln.
Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur ist erklärtes Staatsziel nach Art. 6 der NV – daher Daueraufgabe -.

Zielgruppe:
Bundesakademie für kulturelle Bildung in Wolfenbüttel

Durchschnittliche Förderhöhe:

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 685 22

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	998	998
2009	—	—	1.025	1.025
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	2.023	2.023

Zu 686 10

Mitgliedsbeiträge für die Numismatische Kommission der Länder, die Hannoversch-Britische Gesellschaft e. V., die Stiftung Lesen, die Ostakademie e.V. und die Versammlung der Regionen Europas (VRE).

Zu Titelgruppe 61

Bezeichnung des Förderprogramms:
Zusätzliche Förderung der sonstigen Maßnahmen der Kunst, Kultur- und Heimatpflege aus Spielbankmitteln.

Rechtliche Grundlage:
§ 3 (1) Spielbankgesetz i. V. m. Landtagsentschließung vom 05.07.1973.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	566	207	99	124	195	191	191	191	191
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					195	191	191	191	191

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur ist erklärtes Staatsziel nach Art. 6 der NV – daher auch Daueraufgabe. Zusätzlich gesetzliche Zweckbindung eines Teiles der Spielbankabgabe für kulturelle Zwecke.

Zielgruppe:
Vereine, Projektträger der verschiedenen kulturellen Bereiche.

Durchschnittliche Förderhöhe:

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0675 Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
633 61-3	187	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
685 61-3	187	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	166	170	–4	72
686 61-0	187	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	49
883 61-0	187	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	20	20	—	—
893 61-5	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 61-1	187	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 63/64		**Verstärkte Förderung der Bereiche Kunst und Kultur aus Konzessionsabgaben aufgrund § 7 NLottG** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 63.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.* *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	(—)	(3.196)	(3.196)	(—)	(2.958)
429 63-3	187	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	79
547 63-6	187	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	219
682 63-0	187	Zuschüsse an Landesbetriebe für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
685 63-0	187	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	420	485	–65	814
685 64-8	185	Finanzhilfen **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	1.113	1.113	—	1.112
686 63-6	187	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	441
711 63-0	187	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
712 63-7	187	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 63-1	187	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	28
891 63-9	187	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitionen	—	—	—	—	—
893 63-1	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	55
894 63-8	187	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	1.663	1.598	+65	210

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 63/64

Der gesetzliche Anteil an der Konzessionsabgabe beträgt für das Haushaltsjahr 2007
gem. § 7 Abs. 2 Nr. 4 NLottG 996.000 EUR
für Träger Nds. Musikschulen,
gem. § 7 Abs.2 Nr. 5 NLottG 116.250 EUR
für Träger nds. Ensembles der Laienmusik
und
gem. § 7 Abs. 3 Nr.3 NLottG 2.082.525 EUR
für Förderungen im Bereich der Kunst und Kultur.

Aus den Mitteln der Konzessionsabgaben dürfen Ausgaben für die Bereiche der Kapitel 06 60, 06 61, 06 62, 06 63, 06 64, 06 65, 06 74, 06 75, 06 76 und 06 80 geleistet werden.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Verstärkte Förderung der Bereiche Kunst und Kultur aus Konzessionsabgaben aufgrund § 7 NLottG.

Rechtliche Grundlage:
§§ 7, 9b NLottG
Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	4.964	3.927	4.164	2.958	3.196	3.196	3.196	3.196	3.196
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					3.196	3.196	3.196	3.196	3.196

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[X]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur ist erklärtes Staatsziel nach Art. 6 NV – daher auch Daueraufgabe –. Zusätzlich gesetzliche Zweckbindung eines Teiles der Konzessionsabgaben für kulturelle Zwecke.

Zielgruppe:
Vereine, Projektträger der verschiedenen kulturellen Bereiche.

Durchschnittliche Förderhöhe:

Zu 685 64

Finanzhilfen gem. § 9 b Nds. LottG für die Förderung der Musikschulen und der Ensembles der instrumentalen und vokalen Laienmusik.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0675 Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 66/75		**Förderung der Musik** *Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabetitelgruppe 72/73/74/75/76/77/78.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung zu den Titelgruppen 66 bis 68 allgemein verbindlich.*	(9.000) (16.945)	(2.798)	(2.398)	(+400)	(2.386)
547 66-0	191	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	3	3	—	2
633 66-4	191	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
685 66-4	191	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	1.184	1.184	—	1.158
685 75-3	182	Zuschuss an das Göttinger Symphonie-Orchester *Übertragbar.*	— 6.055	1.211	1.211	—	1.210
686 66-0	191	Zuschüsse an Sonstige	9.000 10.890	400	—	+400	16
883 66-0	191	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
893 66-6	191	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 66-2	191	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 67		**Förderung der bildenden Kunst** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 67.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung zu den Titelgruppen 66 bis 68 allgemein verbindlich.*	(—)	(1.018)	(1.018)	(—)	(1.018)
523 67-2	192	Erwerb von Kunstwerken	—	—	—	—	—
547 67-9	192	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	28	28	—	0
633 67-2	192	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
685 67-2	183	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	927	927	—	70
686 67-9	183	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	948
812 67-4	192	Erwerb von Kunstwerken	—	63	63	—	—
893 67-4	192	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 67-0	192	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppen 66 bis 68 allgemein

I.

Aus diesen Titelgruppen werden auch Stipendien als Leistungen eigener Art für die in Aus- und Weiterbildung befindlichen Künstler – im Einzelfall bis zur Höhe von 17 900 EUR – gewährt. Die Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
Insgesamt dürfen die Zahlungen den Betrag von 511 000 EUR nicht überschreiten.
Im Einzelnen handelt es sich um folgende Stipendien:
1. Stipendien für Studienaufenthalte in niedersächsischen Künstlerstätten
2. Stipendien für Studienaufenthalte in ausländischen Künstlerstätten
Die Stipendien werden in Anlehnung an die bundesweiten Empfehlungen des Kulturausschusses der Kultusministerkonferenz gewährt.
3. Jahresstipendien
In den Bereichen der Bildenden Kunst, Musik und Literatur können jährlich insgesamt bis zu 6 Jahresstipendien bewilligt werden. Diese Jahresstipendien können maximal 12 000 EUR betragen.
4. Arbeitsstipendien
In den Bereichen der Bildenden Kunst, Musik und Literatur können jährlich insgesamt bis zu 10 Arbeitsstipendien bewilligt werden. Sie dienen der Realisierung künstlerischer Arbeitsvorhaben und können bis zu 3 000 EUR betragen.
Die unter 3. und 4. aufgeführten Stipendien werden öffentlich ausgeschrieben.

II.

In der Titelgruppe 66/75 sind bis zu 400.000 EUR zur Förderung von Musikschulen für Projekte vorgesehen, die schwerpunktmäßig in Kooperation mit Kitas, Kindergärten und allgemeinbildenden Schulen und damit überwiegend schuljahresbegleitend durchgeführt werden. Diese Projekte können daher über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

III.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Förderung der Musik

Rechtliche Grundlage:
Art. 6 Niedersächsische Verfassung, Ziel- und Leistungsvereinbarung mit dem Göttinger-Symphonie-Orchester vom 20.12.2006.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	2.388	2.448	2.419	2.386	2.398	2.798	2.998	2.998	2.998
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					2.398	2.798	2.998	2.998	2.998

Empfänger:
[X]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur ist erklärtes Staatsziel gemäß Artikel 6 der Nieders. Verfassung, daher Daueraufgabe.

Zielgruppe:
Vereine und sonstige Projektträger aus dem Musikbereich.

Durchschnittliche Förderhöhe:

Zu 685 66

Vertragliche Leistungen auf der Grundlage von Zielvereinbarungen in Form von Zuwendungen zur institutionellen Förderung des Landesmusikrats Niedersachsen und zur Weiterleitung an nachgeordnete Musikverbände sowie Zuwendungen an Einrichtungen im Musikbereich zur Projektförderung von Vorhaben, die von der Nds. Mu-

Noch zu 685 66

sikkommission als besonders förderungswürdig eingestuft werden.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu 685 66

Übersicht der Einnahmen und Ausgaben des Landesmusikrats Niedersachsen

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis für 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	702	770	
Einnahmen	182	70	
Fehlbetrag	520	700	

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	520
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
5. Private	—
Zusammen	520

	2007 Tsd.EUR
a) Zuwendung für den Landesmusikrat Niedersachsen e. V.	520
b) Mittel an den Landesmusikrat zur Weiterleitung an nachgeordnete Verbände	112
c) Förderung sonstiger Einrichtungen und Maßnahmen	552
Zusammen	1.184

Zu 685 75

Vertragliche Leistung gem. Ziel- und Leistungsvereinbarung vom 20.12.2006 in Form einer jährlichen Zuwendung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Vereins zur Förderung des Göttinger Symphonie-Orchesters e. V.

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis für 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	3.898	3.801	3.844
Einnahmen	828	929	793
Fehlbetrag	3.070	2.872	3.051

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	
2. das Land mit	1.211
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	1.859
5. Private	—
Zusammen	3.070

Die 2006 ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung war für den Abschluss einer Ziel- und Leistungsvereinbarung ab 01.01.2007 zur Ablösung des zum 31.12.2006 gekündigten Vertrages bestimmt.

Noch zu 685 75

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	1.211	—	1.211
2008	—	1.211	—	1.211
2009	—	1.211	—	1.211
2010	—	1.211	—	1.211
2011 ff.	—	1.211	—	1.211
Summe	—	6.055	—	6.055

Zu 686 66

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppen 66 bis 68 allgemein.

Die ausgebrachte VE ist für den Betrieb der neu zu errichtenden Landesmusikakademie bestimmt. Die bereits 2006 ausgebrachte VE konnte wegen Verzögerung der Maßnahme nicht belegt werden. Die VE mußte daher erneut veranschlagt werden.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	600	600
2009	—	—	600	600
2010	—	—	600	600
2011 ff.	—	—	7.200	7.200
Summe	—	—	9.000	9.000

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 67
Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppen 66 bis 68 allgemein.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Förderung der bildenden Kunst

Rechtliche Grundlage:
Art. 6 Nieders. Verfassung , Vertrag über die Förderung der Kestner Gesellschaft Hannover, Urkunde über die Errichtung der Barkenhoff Stiftung Worpswede.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	1.418	1.381	1.209	1.018	1.018	1.018	1.018	1.018	1.018
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					1.018	1.018	1.018	1.018	1.018

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Förderung der Bildenden Kunst.
Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur ist erklärtes Staatsziel nach Art. 6 NV - daher Daueraufgabe -.

Zielgruppe:
Förderung der niedersächsischen Künstlerstätten einschl. der Gewährung von Aufenthaltsstipendien, Künstlerförderung, Förderung der Kestner Gesellschaft Hannover e.V. (Fördervertrag)

Durchschnittliche Förderhöhe:

Zu 547 67
Hieraus sind die Reisekosten sowie der Geschäftsbedarf für die Mitglieder der Kunstkommission zu bestreiten, außerdem die laufenden Nebenkosten aus dem Belegungsrecht bei der Künstleratelierstätte Cité Internationale des Arts in Paris sowie Sachaufwand, z. B. für Bilderrahmungen.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 685 67

Vertragliche Leistungen in Form von Zuwendungen zur institutionellen Förderung der Kestner Gesellschaft Hannover e. V. (Vertrag vom 7. 7. 1999) und der Barkenhoff Stiftung, Worpswede (Stiftungsurkunde vom 25. 8. 1981, Nds. MBl. 1982 S. 242)
Freiwillige Leistungen in Form von Zuwendungen zur institutionellen Förderung der nds. Künstlerhäuser sowie Zuwendungen zur Projektförderung von Vorhaben, vorrangig im Rahmen des Förderschwerpunktes "aktuelle zeitgenössische Kunst" unter Beteiligung der Kunstkommission (vgl. auch Erläuterungen zu Titelgruppe 87).

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Kestner-Gesellschaft e. V.

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis für 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	1.650	1.550	1.494
Einnahmen	950	850	795
Fehlbetrag	700	700	699

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	700
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
5. Private	—
Zusammen	700

Zu 686 67

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppen 66 bis 68 allgemein.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0675 Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 68		**Förderung der Literatur** *Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabetitelgruppe 72/73/74/75/76/77/78.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung zu den Titelgruppen 66 bis 68 allgemein verbindlich.*	(—)	(360)	(360)	(—)	(359)
429 68-4	187	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	1	–1	—
547 68-7	187	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	2	1	+1	11
685 68-0	187	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	333	333	—	31
686 68-7	193	Zuschüsse an Sonstige	—	25	25	—	317
893 68-2	193	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 68-9	193	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 69/70		**Förderung der Heimatpflege** *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabetitelgruppe 72/73/74/75/76/77/78.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(804) (—)	(2.205)	(1.721)	(+484)	(1.675)
685 69-9	187	Zuschüsse für die Ostfriesische Landschaft und das Theaterpädagogische Zentrum Lingen	804 —	1.382	1.321	+61	1.320
685 70-2	187	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	823	400	+423	355
686 70-9	193	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
883 70-9	193	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
893 70-4	193	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 70-0	193	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 71		**Zur zusätzlichen Förderung der Musik aus Spielbankmitteln** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.* *Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabetitelgruppe 71.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(377)	(377)	(—)	(255)
429 71-4	191	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 71-7	191	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	0

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 68
Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppen 66 bis 68 allgemein.

In den Ansätzen dieser Titelgruppe sind auch die Kosten für die Literaturkommission, die den MWK in Literaturangelegenheiten berät, veranschlagt.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Förderung der Literatur

Rechtliche Grundlage:
Artikel 6 Niedersächsische Verfassung

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	332	386	298	359	360	360	360	360	360
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					360	360	360	360	360

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X.]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [.....]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Förderung der Literatur in Niedersachsen.
Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur ist erklärtes Staatsziel nach Art. 6 der NV – daher Daueraufgabe –.

Zielgruppe:
Friedrich-Bödecker-Kreis, Literaturbüros Hannover und Lüneburg, Stipendien und Preise

Durchschnittliche Förderhöhe:

Zu 685 68
Freiwillige Leistungen in Form von Zuwendungen zur institutionellen Förderung der Literaturverbände und -organisationen (Friedrich-Bödecker-Kreis, Literaturbüros Hannover und Lüneburg).

Zu 686 68
Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppen 66 bis 68 allgemein.

Zu Titelgruppe 69/70
Bezeichnung des Förderprogramms
Förderung der Heimatpflege

Rechtliche Grundlage:
Artikel 6 Niedersächsische Verfassung, Zielvereinbarungen, Förderverträge (Ostfriesische Landschaft und Theaterpädagogisches Zentrum Lingen).

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Titelgruppe 69/70

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	1.742	1.688	1.727	1.675	1.721	2.205	2.232	2.259	2.288
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					1.721	2.205	2.232	2.259	2.288

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [x]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Regionale Kulturförderung.
Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur ist erklärtes Staatsziel nach Art. 6 der NV – daher Daueraufgabe -.

Zielgruppe:
Landschaften, Landschaftsverbände, Region Hannover, Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz, Nds. Heimatbund, Niederdeutscher Bühnenbund Niedersachsen und Bremen, Amateurtheaterverband Niedersachsen, Arbeitsgemeinschaft Nds. Freilichtbühnen im Verband deutscher Freilichtbühnen – Region Nord, Landestrachtenverband Niedersachsen, Landesarbeitsgemeinschaft Tanz Niedersachsen

Durchschnittliche Förderhöhe:

Zu 685 69

Vertragliche Leistungen in Form von Zuwendungen zur institutionellen Förderung der Ostfriesischen Landschaft gem. Vertrag (Neufassung) vom 20. 6. 2001 und des Theaterpädagogischen Zentrums Lingen gem. Vertrag vom 2./6. 3. 1998.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Ostfriesischen Landschaft in Aurich,
Körperschaft des öffentlichen Rechts

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis für 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	3.117	3.117	2.841
Einnahmen	1.834	1.834	1.587
Fehlbetrag	1.283	1.283	1.254

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land durch inst. Förderung Epl 06	1.181
3. das Land durch reg. Kulturförderung gemäß Zielvereinbarung Epl 06	92
4. das Land durch Projektförderung Epl 07	40
5. den Bund mit	—
6. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	-
7. Private	—
Zusammen	1.283

Noch zu 685 69

1. Ostfriesische Landschaft
Ab 1. 1. 2001 ist mit der Ostfriesischen Landschaft ein neuer Vertrag abgeschlossen worden, der unter Einbeziehung der bisher schon bestehenden Verträge zur Förderung der Landschaftsbibliothek Aurich und des Kulturbildungszentrums die gesamte der Ostfriesischen Landschaft bisher gewährte institutionelle Förderung umfasst.
Über die regionale Kulturförderung soll 2007 wie mit den anderen Landschaften auch eine 3jährige Zielvereinabrung abgeschlossen werden. Die Mittel sowie die VE hierfür sind in der Titelgruppe 93 veranschlagt.

2. Theaterpädagogisches Zentrum
Die bis 1998 in der institutionellen Förderung der Emsländischen Landschaft enthaltene Förderung des Theaterpädagogischen Zentrums in Lingen erfolgt seit 1999 auf vertraglicher Basis. Ab 2007 soll der Vertrag erneuert werden. Da der Leiter des TPZ, der bisher vom MK aus dem Schuldienst beurlaubt war, in die Freistellungsphase der Altersteilzeit wechselt, soll ein neuer Leiter eingestellt werden, dessen Vergütung allerdings künftig von der Emsländischen Landschaft getragen wird. Aus diesem Grund ist der Ansatz des Titels u.a. durch Verlagerung aus dem Einzelplan 07 erhöht worden. Die ausgebrachte VE ist für den Abschluß dieses neuen Vertrages bestimmt.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 685 69

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	201	201
2009	—	—	201	201
2010	—	—	201	201
2011 ff.	—	—	201	201
Summe	—	—	804	804

Zu 685 70

Freiwillige Leistungen zur Förderung verschiedener Einrichtungen der Heimatpflege sowie zur Regionalisierung der Kulturförderung über die Landschaften, Landschaftsverbände und Region Hannover durch Zuwendungen mit Zielvereinbarung

Bei Titel 685 93 wurde eine VE in Höhe von 3.986.000 EUR für den Abschluss von 3-jährigen Zielvereinbarungen ausgebracht. Die Ablösung dieser VE erfolgt auch aus den hier veranschlagten Mitteln (vgl. auch Erläuterungen zu 685 93).

Mehr infolge Verlagerung von		
Kapitel 0674	Titelgruppe 81	300.000 EUR
Kapitel 0675	Titelgruppe 95	127.000 EUR
zusammen		427.000 EUR
Weniger infolge Verlagerung nach		
	Titel 685 69	4.000 EUR
bleibt mehr		423.000 EUR

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 71

Bezeichnung des Förderprogramms:
Zusätzliche Förderung der Musik aus Spielbankmitteln

Rechtliche Grundlage:
Art. 3 Abs. 1 Spielbankgesetz i.V. mit Landtagsentschließung vom 05.07.1973.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	1.058	1.016	930	255	377	377	377	377	377
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					377	377	377	377	377

Empfänger:
[X]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [X]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur ist erklärtes Staatsziel gemäß Artikel 6 der Nieders. Verfassung, daher Daueraufgabe. Zusätzlich besteht Zweckbindung eines Teiles der Spielbankabgabe für kulzurelle Zwecke.

Zielgruppe:
Vereine und sonstige Projektträger aus dem Musikbereich.

Durchschnittliche Förderhöhe:

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0675 Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
633 71-0	191	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	173	173	—	—
685 71-0	191	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	204	204	—	209
686 71-7	191	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	45
883 71-7	191	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
893 71-2	191	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 71-9	191	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 77		**Zur zusätzlichen Förderung der Bibliotheken aus Spielbankmitteln** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.* *Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabetitelgruppe 71.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(86)	(—)	(+86)	(—)
429 77-3	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 77-6	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	86	—	+86	—
633 77-0	186	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
685 77-0	186	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
883 77-6	186	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
893 77-1	186	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 77-8	186	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 80		**Kulturelle Veranstaltungen in den Vertretungen des Landes Niedersachsen beim Bund und bei der Europäischen Union** **** Gem. § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(100)	(100)	(—)	(142)
429 80-3	187	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 80-6	187	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	100	100	—	142

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 77
Die Spielbankmittel für die Bibliotheken wurden aus den Kapiteln 0645 bis 0647 herausgelöst und hier zusammengefasst.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Zusätzliche Förderung der Bibliotheken aus Spielbankmitteln.

Rechtliche Grundlage:
§ 3 (1) Spielbankgesetz i. V. m. Landtagsentschließung vom 05.07.1973.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz						86	86	86	86
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss						86	86	86	86

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Förderung der Bibliotheken.
Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur ist erklärtes Staatsziel nach Art. 6 der NV – daher auch Daueraufgabe. Zusätzlich gesetzliche Zweckbindung eines Teiles der Spielbankabgabe für kulturelle Zwecke.

Zielgruppe:
Wissenschaftliche Bibliotheken, öffentliche Büchereien.

Durchschnittliche Förderhöhe:

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0675 Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 82		**Kulturelle Zusammenarbeit mit dem Ausland** *Abweichend von § 20 Abs. 1 LHO sind nur gegenseitig deckungsfähig 429 82, 547 82, 633 82, 685 82 und 686 82.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(237)	(237)	(—)	(205)
429 82-0	024	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
529 82-4	024	Repräsentative Ausgaben	—	1	1	—	0
547 82-2	024	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	26	26	—	17
633 82-6	024	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
685 82-6	024	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	210	210	—	181
686 82-2	024	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	6
TGr. 84		**Zur zusätzlichen Förderung der Kulturellen Zusammenarbeit mit dem Ausland aus Spielbankmitteln** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.* *Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabetitelgruppe 71.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
547 84-9	024	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 84-2	024	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
685 84-2	024	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
686 84-9	024	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 87		**Zur zusätzlichen Förderung der bildenden Kunst aus Spielbankmitteln** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.* *Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabetitelgruppe 71.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(655)	(655)	(—)	(726)
523 87-7	192	Erwerb von Kunstwerken	—	51	51	—	—
547 87-3	192	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	16
633 87-7	192	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 82

Bezeichnung des Förderprogramms:
Kulturelle Zusammenarbeit mit dem Ausland

Rechtliche Grundlage:
Art. 6 Niedersächsische Verfassung

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	155	132	221	205	237	237	237	237	237
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					237	237	237	237	237

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Förderung von kulturellen Veranstaltungen mit Beteiligung ausländischer Vereine und Einrichtungen sowie Förderung niedersächsischer Beteiligung an kulturellen Veranstaltungen im Ausland.
Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur ist erklärtes Staatsziel nach Art. 6 NV und daher Daueraufgabe.

Zielgruppe:
Vereine und sonstige Projektträger aus allen kulturellen Bereichen.

Durchschnittliche Förderhöhe:

Zu 547 82

Für Dienstleistungen des Chinesischen Zentrums.

Zu 685 82

Freiwillige Leistungen in Form von Zuwendungen zur Projektförderung für Kulturinstitute befreundeter Nationen in Niedersachsen sowie für Maßnahmen kultureller Regionalpartnerschaften und auslandsbezogener Kulturveranstaltungen nds. Kulturträger.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 87

Freiwillige Leistungen in Form von Zuwendungen zur Projektförderung, vorrangig zur Mitfinanzierung von Ausstellungsvorhaben nds. Kunstvereine auf Empfehlung der Arbeitsgruppe „Kunstvereine“ sowie Zuwendungen zur institutionellen Förderung nds. Künstlerhäuser, soweit nicht in Titelgruppe 67 veranschlagt (vgl. Erläuterungen zu 685 67).

Bezeichnung des Förderprogramms:
Zusätzliche Förderung der bildenden Kunst aus Spielbankmitteln

Rechtliche Grundlage:
Art. 6 Nieders. Verfassung sowie § 3 (1) Spielbankgesetz i.V.m. Landtagsentschließung vom 05.07.1973

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2030 (Soll)
Ist / Ansatz	1.031	1.101	1.119	726	655	655	655	655	655
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					655	655	655	655	655

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur ist erklärtes Staatsziel nach Art. 6 der Nds. Verfassung - daher Daueraufgabe -.
Zusätzlich besteht Zweckbindung eines Teiles der Spielbankabgabe für kulturelle Zwecke.

Zielgruppe:
Niedersächsische Kunstvereine und vergleichbarer Einrichtungen sowie sonstige Maßnahmeträger der bildenden Kunst.

Durchschnittliche Förderhöhe:

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0675 Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
685 87-7	192	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	515	515	—	58
686 87-3	192	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	652
812 87-9	192	Erwerb von Kunstwerken	—	51	51	—	—
883 87-3	192	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	38	38	—	—
893 87-9	192	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 87-5	192	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 91		**Zur zusätzlichen Förderung der Literatur aus Spielbankmitteln** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.* *Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabetitelgruppe 71.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(179)	(179)	(—)	(137)
429 91-9	193	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 91-1	193	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 91-5	193	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
685 91-5	193	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	179	179	—	42
686 91-1	193	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	95
TGr. 93		**Zur zusätzlichen Förderung der Heimatpflege aus Spielbankmitteln** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.* *Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabetitelgruppe 71.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(3.986) (—)	(1.473)	(1.420)	(+53)	(1.416)
633 93-1	193	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
685 93-1	193	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	3.986 —	1.447	1.394	+53	1.416
686 93-8	193	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
883 93-8	193	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	26	26	—	—
893 93-3	193	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 93-0	193	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 91

Das Land Niedersachsen vergibt zz. in einem Zweijahresrhythmus jeweils im Wechsel einen Verlags- und einen Buchhandelspreis.
Der Verlagspreis, der mit 10.000 EUR dotiert ist, wird an niedersächsische belletristische Verlage, der Buchhandelspreis, dotiert mit 5 000 EUR, an niedersächsische belletristische Buchhandlungen vergeben.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Zusätzliche Förderung der Literatur aus Spielbankmittel

Rechtliche Grundlage:
Art. 6 NV, § 3 (1) Spielbankgesetz i. V. m. Landtagsentschließung vom 05.07.1973

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	471	458	384	137	179	179	179	179	179
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					179	179	179	179	179

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [.....]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur ist erklärtes Staatsziel nach Art. 6 der NV – daher Daueraufgabe –. Zusätzlich besteht Zweckbindung eines Teiles der Spielbankabgabe für kulturelle Zwecke.

Zielgruppe:
Nds. Literaturbüros.

Durchschnittliche Förderhöhe:

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 93

Vgl. Erläuterungen zu Kapitel 0674 Titel 686 61.
Bezeichnung des Förderprogramms:
Zusätzliche Förderung der Heimatpflege aus Spielbankmitteln.

Rechtliche Grundlage:
Art. 6 NV, § 3 (1) Spielbankgesetz i. V. m. Landtagsentschließung vom 05.07.1973, Zielvereinbarungen

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	413	442	428	1416	1.420	1.473	2.019	2.019	1.473
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					1.420	1.473	2.019	2.019	1.473

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [x]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Regionale Kulturförderung.
Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur ist erklärtes Staatsziel nach Art. 6 der NV – daher Daueraufgabe -. Zusätzlich besteht Zweckbindung eines Teiles der Spielbankabgabe für kulturelle Zwecke.

Zielgruppe:
Landschaften, Landschaftsverbände, Region Hannover, Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz, Nds. Heimatbund, Niederdeutscher Bühnenbund Niedersachsen und Bremen, Amateurtheaterverband Niedersachsen, Arbeitsgemeinschaft Nds. Freilichtbühnen im Verband deutscher Freilichtbühnen – Region Nord, Landestrachtenverband Niedersachsen, Landesarbeitsgemeinschaft Tanz Niedersachsen

Durchschnittliche Förderhöhe:

Zu 685 93

Freiwillige Leistungen zur regionalen Kulturförderung über die Landschaften, Landschaftsverbände und Region Hannover durch Zuwendungen mit Zielvereinbarung
Mehr infolge Verlagerung von Titelgruppe 61 (4.000 EUR) und Titelgruppe 96 (49.000 EUR).
Die ausgebrachte VE ist für den Abschluss 3-jähriger Zielvereinbarungen bestimmt. Die Ablösung der VE erfolgt auch aus Mitteln der Tgr. 69/70 (vgl. auch Erläuterungen zu 685 70).

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	1.993	1.993
2009	—	—	1.993	1.993
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	3.986	3.986

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0675 Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 95		**Förderung der Kunstschulen** *Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabetitelgruppe 72/73/74/75/76/77/78.*	(—)	(90)	(217)	(–127)	(217)
547 95-4	187	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
685 95-8	187	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	90	217	–127	217
686 95-4	187	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
893 95-0	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 95-6	187	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 96		**Zur zusätzlichen Förderung der Kunstschulen aus Spielbankmitteln** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.* *Vgl. D-Vermerk zu 0665 - Ausgabetitelgruppe 71.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(100)	(149)	(–49)	(149)
547 96-2	193	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
685 96-6	193	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	100	149	–49	149
686 96-2	193	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
893 96-8	193	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 96-4	193	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
		<u>Abschluss Kapitel 0675</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		139	139	—	
		Summe der Einnahmen		139	139	—	
		4 Personalausgaben	—	—	1	–1	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	372	285	+87	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	15.813 16.945	15.247	14.532	+715	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	1.861	1.796	+65	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	15.813 16.945	17.480	16.614	+866	
		Zuschuss		17.341	16.475	+866	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu TGr. 95 und 96

Freiwillige Leistungen in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung des Landesverbandes der Kunstschulen Niedersachsen e. V. einschl. Zuwendungen zur Projektförderung der 43 nds. Kunstschulen.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Landesverbandes der Kunstschulen Niedersachsen e. V.

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis für 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	210	241	372
Einnahmen	20	24	6
Fehlbetrag	190	190	366

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	190
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
5. Private	—
Zusammen	190

Vgl. auch Erläuterungen zu Kapitel 0674 Titel 686 61.

Titelgruppe 95

Bezeichnung des Förderprogramms:
Förderung der Kunstschulen.

Rechtliche Grundlage:
Artikel 6 Niedersächsische Verfassung.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	237	237	227	217	217	90	90	90	90
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					90	90	90	90	90

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [.....]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [.....]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur ist erklärtes Staatsziel nach Art. 6 der NV – daher Daueraufgabe –.

Zielgruppe:
Landesverband der Kunstschulen in Niedersachsen e. V.

Durchschnittliche Förderhöhe:

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu TGr. 95 und 96

Titelgruppe 96

Bezeichnung des Förderprogramms:
Zusätzliche Förderung der Kunstschulen aus Spielbankmitteln.

Rechtliche Grundlage:
Art. 6 NV, § 3 (1) Spielbankgesetz i. V. m. Landtagsentschließung vom 05.07.1973.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	208	199	199	149	149	100	100	100	100
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					100	100	100	100	100

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur ist erklärtes Staatsziel nach Art. 6 der NV – daher Daueraufgabe -. Zusätzlich besteht Zweckbindung eines Teiles der Spielbankabgabe für kulturelle Zwecke.

Zielgruppe:
Kunstschulen in Niedersachsen.

Durchschnittliche Förderhöhe:

Zu 685 95

Weniger infolge Verlagerung nach Titel 685 70: 127.000 EUR.

Zu 685 96

Weniger infolge Verlagerung nach Titel 685 93: 49.000 EUR.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0676 Denkmalpflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-7	188	Gebühren und tarifliche Entgelte		1	1	—	1
119 01-8	188	Vermischte Einnahmen **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Bücher ohne Erstattung des vollen Wertes auch für Tauschzwecke abgegeben werden.*		15	15	—	16
119 02-6	188	Einnahmen aus Veröffentlichungen *Vgl. K-Vermerk zu 531 01 und 531 03.* **** Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich sowie auch für Tauschzwecke abgegeben werden.*		—	—	—	0
119 20-4	188	Einnahmen aus der Fort- und Weiterbildung im Bereich der Denkmalpflege *Vgl. K-Vermerk zu 525 02.*		—	—	—	—
119 41-7	188	Rückzahlung von Überzahlungen		20	20	—	2
119 61-1	195	Vermischte Einnahmen im Bereich der Spielbankmittel *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	39
119 71-9	195	Rückzahlungen von Überzahlungen bei der Förderung der Bau- und Kunstdenkmalpflege *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 71.*		—	—	—	97
125 98-0	188	Einnahmen im Rahmen des Projekts ADABweb *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 98/99.*		—	—	—	—
125 99-9	188	Einnahmen der Informations- und Kommunikationstechnik *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 98/99.*		—	—	—	—
233 10-4	188	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden *Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*		—	—	—	—
235 01-8	188	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	19
		Titelgruppe(n)					
TGr. 66		**Einnahmen aus Maßnahmen der Denkmalpflege** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		(—)	(—)	(—)	(12)
119 66-2	188	Einnahmen aus Veröffentlichungen und Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		—	—	—	12
129 66-8	188	Einnahmen aus Nutzungs- und Überlassungsverträgen (o. Dienst- und Landeswohnungen) und Werbung		—	—	—	—
TGr. 72		**Zuwendungen Dritter**		(—)	(—)	(—)	(178)
233 72-4	195	Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbände *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.*		—	—	—	70
272 72-0	195	Zuschuss der Europäischen Kommission *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.*		—	—	—	39

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0676 allgemein:

Bedingt durch die Auflösung des Niedersächsischen Landesverwaltungsamts wurde zum 1. 1. 1998 das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege errichtet.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0676 Denkmalpflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
282 72-5	195	Zuschüsse Dritter *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.*		—	—	—	69
287 72-7	195	Zuschuss der Europäischen Kommission		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
412 02-5	188	Entschädigung für die Beauftragten für die Denkmalpflege	—	43	43	—	27
422 01-2	188	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	5.264	5.597	–333	1.520
422 19-5	188	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	30
422 31-4	188	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-1	188	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.328
425 03-8	188	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 04-6	188	Vergütungen der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-2	188	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	7	7	—	0
426 01-8	188	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	219
426 06-9	188	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	1	—	0
427 01-4	188	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 233 10.*	—	—	—	—	—
427 08-1	188	Beschäftigungsentgelte für Praktikanten	—	—	—	—	—
427 31-6	188	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	—	—	—	—
427 39-1	188	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-5	188	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	—	—	—	—
511 01-5	188	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 517 01, 518 01, 518 02, 519 01, 519 03, 523 01, 525 01, 526 01, 526 02 und 527 01.*	—	118	118	—	69
517 01-3	188	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	126	124	+2	175
518 01-0	188	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	82	76	+6	61
518 02-8	188	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	0

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 412 02

Pauschalierte Aufwandsentschädigung für die Beauftragten für die Denkmalpflege (§ 22 Abs. 3 Nds. Denkmalschutzgesetz).

Zu 425 06

Für unabweisbar notwendig werdende Mehrarbeit.

Zu 517 01

Für Bewirtschaftungskosten des Edo-Wiemke-Denkmals in Jever und andere im Eigentum des Landes stehende Denkmale sind 1 300 EUR vorgesehen.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0676 Denkmalpflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
519 01-6	188	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	3	3	—	4
519 03-2	188	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	1	1	—	2
523 01-3	188	Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	11	11	—	9
525 01-6	188	Aus- und Fortbildung der Bediensteten *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	7	7	—	1
525 02-4	188	Fort- und Weiterbildung im Bereich der Denkmalpflege *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 20.*	—	—	—	—	—
526 01-2	188	Sachverständige *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	6
526 02-0	188	Gerichts- und ähnliche Kosten *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	2
527 01-9	188	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	4	4	—	4
529 10-0	188	Zur Verfügung der Präsidentin/ des Präsidenten des Nieders. Landesamtes für Denkmalpflege	—	—	—	—	0
531 01-6	188	Veröffentlichungen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 02.*	—	—	—	—	—
531 03-2	188	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 02.*	—	—	—	—	—
681 01-8	188	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	2
686 10-9	188	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	8	8	—	7
812 01-5	188	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	150	—	+150	—
981 06-2	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	553	519	+34	480
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Zur zusätzlichen Förderung der Denkmalpflege aus Spielbankmitteln** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(1.399)	(1.399)	(—)	(1.448)
429 61-0	195	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	202	202	—	222
459 61-7	195	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 529 10
Die Mittel sind seit 2002 bei Kapitel 13 02 Titel 529 14 veranschlagt.

Zu 812 01
Für die Beschaffung und Installation von 2 Paternosteranlagen zur Unterbringung der Nds. Denkmalkartei und des Registraturbestandes.

Zu 981 06
Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61
Vgl. allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 06 75.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Zusätzliche Förderung der Denkmalpflege aus Spielbankmitteln.

Rechtliche Grundlage:
Art. 6 NV, § 3 (1) Spielbankgesetz i.V.m. Landtagsentschließung vom 05.07.1973

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	1.565	1.575	1.488	1.448	1.399	1.399	1.399	1.399	1.399
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					1.399	1.399	1.399	1.399	1.399

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Förderung der Denkmalpflege.
Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur ist erklärtes Staatsziel nach Art. 6 der NV – daher Daueraufgabe -. Zusätzlich besteht für einen Teil der Spielbankabgabe eine Zweckbindung für kulturelle Zwecke.

Zielgruppe:
Private, Städte und Gemeinden

Durchschnittliche Förderhöhe:

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0676 Denkmalpflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
547 61-3	195	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	153	153	—	222
633 61-7	195	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	118	118	—	—
685 61-7	195	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	169	169	—	9
686 61-3	195	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
811 61-2	195	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 61-9	195	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	31	31	—	—
883 61-3	195	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	440	440	—	754
893 61-9	195	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	286	286	—	241
894 61-5	195	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 66		**Maßnahmen der Denkmalpflege** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 66.*	(—)	(624)	(624)	(—)	(626)
425 66-6	188	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	44	44	—	—
427 66-9	188	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte, Praktikanten und Volontäre	—	47	47	—	46
429 66-1	188	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	168	168	—	176
511 66-0	195	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	0
514 66-9	195	Verbrauchsmittel	—	66	66	—	0
523 66-8	195	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	—	11	11	—	1
525 66-0	195	Fort- und Weiterbildung	—	1	1	—	12
527 66-3	195	Reisekostenvergütungen	—	117	117	—	145
531 66-0	195	Veröffentlichungen und Dokumentation	—	63	63	—	67
547 66-4	195	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	89	89	—	180
811 66-3	195	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 66-0	195	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	18	18	—	—
TGr. 71		**Förderung der Denkmalpflege** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 71.*	(1.000) (1.000)	(2.378)	(1.758)	(+620)	(2.068)
514 71-5	195	Verbrauchsmittel	—	—	—	—	—
527 71-0	195	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 66

Im Rahmen der Verwaltungsreform (Auflösung der Bezirksregierungen und dem damit verbundenen Fortfall der oberen Denkmalschutzbehörden) wird das Nds. Landesamt für Denkmalpflege zum Kompetenzzentrum für die Denkmalpflege auf Landesebene mit zentralen Verzeichnissen, Archiven, Werkstätten pp. ausgebaut.
In diesem Zusammenhang sind die bisher zwischen dem NLD und den Bezirksregierungen aufgeteilten Mittel für Archäologie, die Sachkosten der Bau- und Kunstdenkmalpflege sowie die Ausgaben für die Aufstellung des Verzeichnisses der Kulturdenkmale in einer Titelgruppe "Maßnahmen der Denkmalpflege" zusammengefasst worden.

Die Landesbediensteten, die mit Ausgrabungsarbeiten und ähnlichen Verrichtungen beschäftigt werden, erhalten (auf Antrag) eine Feldaufwandsvergütung nach Maßgabe des Gem.RdErl. d. MI, d. ML u.d. MW vom 1. 7. 2005 (Nds. MBl. S. 508) in Höhe von 2,00 EUR für jeden Außendiensttag.
Die Feldaufwandsvergütung entfällt, wenn Schutz- oder Berufskleidung gestellt wird oder für deren Beschaffung Zuschüsse gewährt werden.

Zu Titelgruppe 71

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Erhaltung, Erforschung und Dokumentation von Bau- und Kunstdenkmalen.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Förderung der Denkmalpflege

Rechtliche Grundlage:
Artikel 6 Niedersächsische Verfassun, Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Erhaltung und Pflege von Kulturdenkmalen.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	3.199	2.810	2.116	2.068	1.758	2.378	2.078	2.078	2.078
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					1.758	2.378	2.078	2.078	2.078

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Förderung der Denkmalpflege.
Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur ist erklärtes Staatsziel nach Art. 6 der NV – daher Daueraufgabe -.

Zielgruppe:
Private, Städte und Gemeinden

Durchschnittliche Förderhöhe:

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0676 Denkmalpflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
547 71-0	195	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	1
685 71-4	195	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
686 71-0	195	Zuschüsse an Sonstige	—	300	—	+300	—
812 71-6	195	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
883 71-0	195	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	570	570	—	448
893 71-6	195	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	1.000 1.000	1.508	1.188	+320	1.619
894 71-2	195	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 72		**Verwendung der Zuwendungen Dritter** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 233 72, 272 72 und 282 72.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(379)
429 72-6	195	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	270
547 72-9	195	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	109
812 72-4	195	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 98.* *Die Ausgabe der Titelgruppe darf überschritten werden bis zu 50 v.H. der Isteinnahmen bei 125 99.*	(—)	(281)	(281)	(—)	(195)
429 99-8	188	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	116
518 98-2	188	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-0	188	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-9	188	Kosten für vom IZN durchgeführte Aus- und Fortbildung	—	—	—	—	2
525 99-7	188	Kosten für von anderen Dienstleistern durchgeführte Aus- und Fortbildung	—	—	—	—	—
538 98-3	188	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	50	50	—	—
538 99-1	188	Dienstleistungen "Anderer"	—	—	—	—	8
547 99-0	188	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	71	71	—	70
812 99-6	188	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	160	160	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 685 71

Freiwillige Leistungen in Form von Zuwendungen zur Projektförderung nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Erhaltung und Pflege von Kulturdenkmalen (RdErl. d. MWK vom 2.6.2003, Nds. MBl. S. 419).

Zu 686 71

Zur Restaurierung von Gebäuden in nichtstaatlicher Trägerschaft.

Zu 893 71

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	1.000	—	1.000
2008	—	—	1.000	1.000
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	1.000	1.000	2.000

Zu 812 99

Für den Aufbau eines einheitlichen Fachinformationssystems der Nds. Denkmalpflege – ADABweb – .

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0676 Denkmalpflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0676					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		36	36	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		36	36	—	
		4 Personalausgaben	—	5.776	6.109	–333	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	973	965	+8	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	595	295	+300	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	1.000 1.000	3.163	2.693	+470	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	553	519	+34	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	1.000 1.000	11.060	10.581	+479	
		Zuschuss		11.024	10.545	+479	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0677 Öffentliche Gärten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-1	188	Vermischte Einnahmen		2	2	—	—
124 01-5	188	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		14	14	—	11
129 62-9	188	Einnahmen aus Nutzungs- und Überlassungsverträgen (o. Dienst- und Landeswohnungen) *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		—	—	—	4
233 10-8	188	Zuweisungen zur Unterhaltung der Gärten		174	165	+9	167
233 11-6	188	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden nach § 19 BSHG *Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-6	188	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	493	497	–4	—
425 01-5	188	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	104
425 06-6	188	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1	1	—	—
426 01-1	188	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	379
426 03-8	188	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-2	188	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	10	10	—	—
427 01-8	188	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 233 11.*	—	—	—	—	—
511 01-9	188	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 517 01, 519 01, 526 01 und 546 59.*	—	1	1	—	2
517 01-7	188	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	13	8	+5	7
519 01-0	188	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	3	3	—	3
526 01-6	188	Sachverständige *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	1	1	—	—
546 59-9	188	Vermischte Verwaltungsausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	6
686 10-2	188	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1	1	—	1
981 06-6	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	64	64	—	63

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 0677

Zu 06 77 allgemein
Veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben
– des Schlossgartens in Oldenburg (einschl. Everstenholz) und
– des Schlossgartens in Jever.

Zu 233 10

1.: Die Stadt Oldenburg zahlt aufgrund einer vertraglichen Abmachung vom 8. 9. 1952 einen Zuschuss von 33 1/3 % zu bestimmten Ausgaben für den Schlossgarten Oldenburg.

	2007 Tsd. EUR
Der Zuschuss berechnet sich wie folgt:	
Bezüge für 1 Schlossgartenverwalter,	394
1 Angestellten und Löhne für die 9 im	
Schlossgarten voll beschäftigten sowie 1	
stundenweise beschäftigten Arbeiter/-innen	
Anteilige sächliche Verwaltungsausgaben	18
Titelgruppe 62:	
Unterhaltung der Gartenanlagen	69
Bauunterhaltung (20 11 – 519 64)	58
Zusammen	539
abzüglich 119 01 und 124 01	
– Betriebseinnahmen aus dem,	
Schlossgarten –	16
bleiben	524
davon 33 1/3 %	174

2.: Die Stadt Jever zahlt einen jährlich gleichbleibenden Zuschuss von rd. 360 EUR.

Zu 686 10

Mitgliedsbeiträge für
1. Verein Dt. Rosenfreunde
2. Dt. Rhododendron-Gesellschaft

Zu 981 06

Zur Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0677 Öffentliche Gärten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Unterhaltung der Gartenanlagen** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 129 62.* **** Übertragbar.*	(—)	(69)	(45)	(+24)	(63)
511 62-0	188	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	9	9	—	5
514 62-0	188	Verbrauchsmittel	—	14	14	—	21
517 62-9	188	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	15	15	—	24
518 62-5	188	Mieten und Pachten	—	3	6	–3	—
547 62-5	188	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1	1	—	0
811 62-4	188	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	—	—	—	—	13
812 62-0	188	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	27	—	+27	—
		Abschluss Kapitel 0677					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		16	16	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		174	165	+9	
		Summe der Einnahmen		190	181	+9	
		4 Personalausgaben	—	504	508	–4	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	60	58	+2	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	1	1	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	27	—	+27	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	64	64	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	656	631	+25	
		Zuschuss		466	450	+16	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 812 62
Für den Kauf eines Häckslers zur Gartenpflege.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0678 Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
281 10-6	187	Erstattung von Verwaltungsausgaben		477	477	—	360
		A U S G A B E N					
422 01-0	187	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 422 01, 425 01, 426 01 und 547 10.*	—	224	224	—	114
425 01-9	187	Vergütungen der Angestellten *Vgl. D-Vermerk zu 422 01.*	—	211	196	+15	256
426 01-5	187	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter *Vgl. D-Vermerk zu 422 01.*	—	33	33	—	—
547 10-6	187	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 422 01.*	—	24	24	—	8
		Abschluss Kapitel 0678					
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		477	477	—	
		Summe der Einnahmen		477	477	—	
		4 Personalausgaben	—	468	453	+15	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	24	24	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	492	477	+15	
		Zuschuss		15	—	+15	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 0678

Mit dem Gesetz über die “Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz“ ist mit Wirkung vom 01.01.2005 diese Stiftung öffentlichen Rechts errichtet worden.
Nach § 4 Abs. 2 und 3 des Gesetzes stellt das Land der Stiftung Personal und Sachmittel nach Maßgabe des Landeshaushalts zur Verfügung, wobei die Stiftung dem Land für die Verwaltung des Teilvermögens Braunschweigischer Vereinigter Kloster- und Studienfonds die Personal- und Sachkosten erstattet. Die Verwaltung des Teilvermögens Braunschweig-Stiftung sowie des übrigen Stiftungsvermögens erfolgt durch das Land ohne Kostenerstattung.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0679 Klosterkammer Hannover

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
281 10-0	187	Erstattungen von Verwaltungsausgaben **** Vgl. k-Vermerk zu Hauptgruppe 4.* *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*		4.649	4.631	+18	4.974
		A U S G A B E N					
422 01-3	187	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets **** Die Ausgaben der Hauptgruppe 4 erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 281 10.* *Ausgaben der Hauptgruppe 4 dürfen ausnahmsweise geleistet werden, wenn die Erstattung bei Titel 281 10 sichergestellt und vor Schluß des Haushaltsjahres nicht mehr möglich ist.* *Abweichend von § 20 Abs.1 Nr.2 Buchst.a LHO bilden die Titel der Hauptgruppe 4 des Kapitels einen eigenen Deckungskreis.*	—	1.672	1.705	–33	1.628
422 04-8	187	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	—	—	—	—
422 19-6	187	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	13
422 31-5	187	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-2	187	Vergütungen der Angestellten	—	2.733	2.391	+342	2.723
425 03-9	187	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-3	187	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-9	187	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	84	83	+1	70
426 03-5	187	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	7	8	–1	7
427 01-5	187	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	97	157	–60	216
427 07-4	187	Beschäftigungsentgelte für Praktikanten	—	15	15	—	—
441 01-8	187	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	29	29	—	—
441 02-6	187	Beihilfen für Angestellte	—	5	5	—	—
441 03-4	187	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
441 04-2	187	Beihilfen für Sonstige	—	—	—	—	—
453 01-6	187	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	3	3	—	0
453 11-3	187	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	—
511 13-0	187	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	4	4	—	4
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		261	–261	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 0679

Zu 06 79 allgemein
In diesem Kapitel sind die Personalausgaben der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Klosterkammer Hannover veranschlagt. Ab Haushaltsjahr 2005 auch einschl. der im Klosterkammerforstbetrieb tätigen Forstbeamten, deren Personalkosten bisher im Kapitel 10 11 des Landeshaushalts veranschlagt waren.

Zu 281 10

Der Allgemeine Hannoversche Klosterfonds erstattet dem Land die Aufwendungen für die Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne der bei der Klosterkammer beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter sowie der sonstigen veranschlagten Ausgaben.
Mit Wirkung vom 01.05.2005 wurde gem. § 50 Abs. 2 LHO eine Planstelle der Bes.-Gr. A 12 BBesO von Kapitel 0901 nach Kapitel 0679 umgesetzt. Die Maßnahme ist Teil der Erfüllung der Zielvorgaben (ZV II) im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung (Auflösung der Bezirksregierungen) und unterliegt der sog. Fünftelungsregelung.
In entsprechender Anwendung dieser Regelung werden die Bezüge des auf dieser Planstelle geführten Beamten dem Land anteilig wie folgt erstattet:

2006 :	30 %
2007 :	50 %
2008 :	70 %
2009 :	90 %
ab	2010 : 100 %

Zu 426 03

Löhne für 5 stundenweise beschäftigte Kräfte im Hausarbeitsdienst.

Zu 427 01

Globalmittel zur Deckung eines unabweisbaren Bedarfs (Vertretungsfälle, Sonderaufgaben).

Zu 427 07

Beschäftigungsentgelte für 2 Praktikanten (Volontäre) in der Restaurierungswerkstatt der Klosterkammer Hannover.

Zu 511 13

Beamte und Angestellte, die zum Tragen der Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten einen Dienstkleidungszuschuss (Aufwandsentschädigung) von 17,38 EUR monatlich.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0679 Klosterkammer Hannover

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0679					
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		4.649	4.631	+18	
		Summe der Einnahmen		4.649	4.631	+18	
		4 Personalausgaben	—	4.645	4.396	+249	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	4	4	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	261	–261	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	4.649	4.661	–12	
		Zuschuss		—	30	–30	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0680 Erwachsenenbildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-9	153	Vermischte Einnahmen		—	3	–3	—
119 41-8	153	Rückzahlung von Überzahlungen		80	153	–73	81
		A U S G A B E N					
633 10-3	152	Finanzhilfe an Einrichtungen auf kommunaler Ebene	—	21.233	21.233	—	21.777
633 11-1	152	Sonderfonds für den Erwerb von Haupt- und Realschulabschlüssen **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	500	—	+500	—
671 10-2	153	Erstattungen an Sonstige im Inland	— 7.996	1.999	1.999	—	889
684 01-8	156	Zuschuss zur Förderung der evangelischen Akademie Loccum	—	36	36	—	36
684 10-7	156	Finanzhilfe für Landeseinrichtungen	—	15.068	15.068	—	15.454
684 11-5	152	Finanzhilfe für Heimvolkshochschulen	—	7.038	7.038	—	7.218
981 06-3	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	267	—	+267	—
		<u>Abschluss Kapitel 0680</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		80	156	–76	
		Summe der Einnahmen		80	156	–76	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	— 7.996	45.874	45.374	+500	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	267	—	+267	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 7.996	46.141	45.374	+767	
		Zuschuss		46.061	45.218	+843	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0680

Die Leistungen des Landes für Einrichtungen der Erwachsenenbildung sind im Nds. Erwachsenenbildungsgesetz (NEBG) geregelt.
Die Titel 633 10, 684 10 und 684 11 enthalten die Finanzhilfen gem. § 4 Abs.1 NEBG für Einrichtungen auf kommunaler Ebene (in der Regel Volkshochschulen), Landeseinrichtungen und Heimvolkshochschulen.
Der Titel 633 11 enthält Mittel für die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen eines mit MK und MS gemeinsamen Sonderprogrammes.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Förderung der Erwachsenenbildung

Rechtliche Grundlage:
Artikel 4 Abs. 1 und Art. 6 Niedersächsische Verfassung, Niedersächsisches Erwachsenenbildungsgesetz (NEBG).

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	50.152	47.098	45.539	43.339	43.339	43. 839	43. 339	43. 339	43. 339
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					43.339	43. 839	43. 339	43. 339	43. 339

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [.....]Private/Sonstige

Förderart:
[X]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Förderung der Erwachsenenbildung durch Finanzhilfen mit dem Ziel, ein plurales, bedarfsgerechtes und flächendeckendes Bildungsangebot zu schaffen und zu erhalten. Durchführung eines Sonderprogramms im Rahmen des zweiten Bildungsweges zum nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen.

Zielgruppe:
Kommunale Einrichtungen (in der Regel Volkshochschulen), Landeseinrichtungen und Heimvolkshochschulen.

Durchschnittliche Förderhöhe:

Zu 671 10

Für den Abschluss einer Vereinbarung mit dem Nds. Bund für freie Erwachsenenbildung e. V. über die Errichtung einer „Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung“ sowie die Übertragung von Aufgaben gem. §§ 9 und 11 NEBG an die Agentur gegen Kostenerstattung war im Haushaltsplan 2006 eine VE in Höhe von 7.996.000 EUR ausgebracht worden.

Noch zu 671 10

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	1.999	—	1.999
2008	—	1.999	—	1.999
2009	—	1.999	—	1.999
2010	—	1.999	—	1.999
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	7.996	—	7.996

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 684 01
Freiwilliger Beitrag des Landes zu den Kosten der Tagungen der Evangelischen Akademie Loccum.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Zuschuss an die Evangelische Akademie Loccum

Rechtliche Grundlage:
Artikel 6 Niedersächsische Verfassung

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	66	66	66	36	36	36	36	36	36
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					36	36	36	36	36

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [.....]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur ist erklärtes Staatsziel nach Art. 6 der NV – daher Daueraufgabe

Zielgruppe:
Evangelische Akademie Loccum

Durchschnittliche Förderhöhe:

Zu 981 06
Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 06					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		30.993	34.989	–3.996	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		145.018	144.642	+376	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		110.052	98.753	+11.299	
		Summe der Einnahmen		286.063	278.384	+7.679	
		4 Personalausgaben	600 320	73.159	74.730	–1.571	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	15.487	14.184	+1.303	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	124.675 188.292	1.979.698	1.960.772	+18.926	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	306.836 209.924	177.732	152.671	+25.061	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	–5.456	–5.423	–33	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	432.111 398.536	2.240.620	2.196.934	+43.686	
		Zuschuss		1.954.557	1.918.550	+36.007	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 5061 Darlehen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	E I N N A H M E N					
361 01-6	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre		—	—	—	–152
	Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62	**Ausbildungsförderung (BAföG)**		(69.125)	(68.186)	(+939)	(66.973)
331 61-3	Zuweisungen des Bundes für Schüler (Darlehen) *Vgl. K-Vermerk zu 863 61.*		146	88	+58	145
331 62-1	Zuweisungen des Bundes für Studierende (Darlehen) *Vgl. K-Vermerk zu 863 62.*		44.785	44.233	+552	43.388
342 62-3	Zuschüsse Dritter (Darlehen für Studierende und Schüler) *Vgl. K-Vermerk zu 863 61.* *Vgl. K-Vermerk zu 863 62.*		24.194	23.865	+329	23.441
	A U S G A B E N					
982 01-0	Übertrag des Bestandes in das Folgejahr	—	—	—	—	–152
	Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62	**Ausbildungsförderung (BAföG)**	(—)	(69.125)	(68.186)	(+939)	(66.973)
863 61-5	Darlehen für Schüler *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 331 61 und 342 62.* **** Gemäß § 15 Abs. 1 Satz 2 LHO dürfen zurückzuzahlende anteilige Förderungsbeträge für Darlehen einschließlich der anfallenden Zinsen auch nach Schluss des Haushaltsjahres durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.*	—	225	136	+89	223
863 62-3	Darlehen für Studierende *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 331 62 und 342 62.* **** Vgl. Vermerk zu 863 61.*	—	68.900	68.050	+850	66.750
	<u>Abschluss Kapitel 5061</u>					
	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		69.125	68.186	+939	
	Summe der Einnahmen		69.125	68.186	+939	
	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—	—	
	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	69.125	68.186	+939	
	9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	69.125	68.186	+939	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 5061

Ab Haushaltsjahr 2002 sind die Einnahmen und Ausgaben der BAföG-Darlehen für Schüler/-innen und Studierende aus dem Kapitel 06 05 ausgegliedert und in die Sonderrechnung im Kapitel 50 61 überführt worden.

Das MWK ist ermächtigt worden, im Einvernehmen mit MF den Landesanteil an den Darlehen nach § 17 Abs. 2 BAföG von der Landestreuhandstelle oder einem Kreditinstitut bereitstellen zu lassen und im Gegenzug den Anteil des Landes an den Darlehensrückflüssen nach § 56 Abs. 2 BAföG abzutreten.

Die Zinszahlungen und evtl. Tilgungsausfälle für die Darlehen sowie der Aufwendungsersatz werden im Kapitel 06 05 Titel 661 62 veranschlagt.

Zu 342 62

Einnahmen für die Finanzierung des Landesanteils an den BAföG-Darlehen durch die Landestreuhandstelle (LTS).

Einzelplan 06

Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Übersicht über das Beschäftigungsvolumen, das Personalkostenbudget und die Stellen

(bisher: Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise)

für das

Haushaltsjahr 2007

Allgemeine Haushaltsvermerke:

A. Zu den Kapiteln 06 08, 06 13 bis 06 19, 06 22 und 06 23

1. Die Stellen für Akademische Räte/Rätinnen/Akademische Oberräte/-rätinnen/Akademische Direktor(en)/-innen können im Bedarfsfalle mit Zustimmung des MWK auch mit Studienrät(en)/-rätinnen/Oberstudienrät(en)/-rätinnen/Studiendirektor(en)/-innen besetzt werden. Das gleiche gilt im umgekehrten Falle.

2. Die am 1. 1. 2007 mit Angestellten im wissenschaftlichen Dienst – Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses – besetzten Stellen für wissenschaftliche Assistent(en)/-innen – Bes.-Gr. C 1 – dürfen für die Stelleninhaber/-innen bis zu ihrem Ausscheiden in Anspruch genommen werden.

   Bis zu 30 v. H. der Stellen dürfen verwendet werden für wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen, die zugleich zum Zwecke ihrer wissenschaftlichen oder ihrer fachärztlichen Weiterbildung beschäftigt sind (§ 31 Abs. 3 NHG).

3. Freiwerdende Planstellen für Akademische Räte/Rätinnen im Beamtenverhältnis auf Zeit dürfen mit wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern der Verg.-Gr. II a BAT – FwN – besetzt werden. Der Mehrbedarf ist im Einzelfall durch personalwirtschaftliche Maßnahmen auszugleichen.

4. In den Kapiteln 06 13 – 06 19 und 06 22 können freie und frei werdende Planstellen der Bes.-Gr. C 1 und C 2, sobald die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen, in Planstellen der Bes.-Gr. W 1 für Juniorprofessorinnen und -professoren oder in Stellen der Verg.-Gr. II a oder I b BAT für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Maßgabe der Funktion der jeweiligen Stelle umgewandelt werden.

5. Freie oder frei werdende Planstellen von hauptamtlichen Mitgliedern von Hochschulpräsidien sind nach Bes.-Gr. W 3 umzuwandeln.

B. Zu den Kapiteln 06 08, 06 13 bis 06 19, 06 22, 06 23 und 06 34 – 06 39

1. Zum Abbau des Numerus clausus, zur Förderung der Hochschulstruktur und der Qualität des Studiums dürfen in Kapitel 06 08 bei Titelgruppe 77 für 50 Beschäftigungsmöglichkeiten unbefristete Arbeitsverträge abgeschlossen werden.

2. Bis zu 15 Professoren, die zugleich das Amt eines Richters der Bes.-Gr. R 1 oder R 2 ausüben, erhalten, solange sie beide Ämter bekleiden, die Dienstbezüge aus ihrem Amt als Professor und eine nichtruhegehaltfähige Zulage gemäß Nr. 2 der Vorbemerkungen zur Besoldungsgruppe W.

Allgemeine Bemerkung zu den Stellenplänen/Stellenübersichten

Die Hochschulen

– Universität Göttingen	Kapitel 06 10
– Universität Göttingen – Bereich Humanmedizin	Kapitel 06 12
– Tierärztliche Hochschule Hannover	Kapitel 06 21
– Universiät Lüneburg	Kapitel 06 28
– Universität Hildesheim	Kapitel 06 29
– Fachhochschule Osnabrück	Kapitel 06 33

stehen seit dem 1. 1. 2003 in der Trägerschaft einer Stiftung des öffentlichen Rechts. Deshalb werden Stellenpläne und Stellenübersichten im Landeshaushalt nicht mehr ausgebracht.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
185,54	186,73	182,86

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,83
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	1,83
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,92
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	1,10
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	3,02
bleibt Abgang	1,19

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
9.548	10.018	9.760

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 01 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte	[1]) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 LBesO.
			Feste Gehälter:	[2]) Die Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
B 9[1])	1	1	Staatssekretärin, Staatssekretär	[5]) kw.
B 6	3	3	Ministerialdirigentin, Ministerialdirigent	[19]) 1 Stelle darf nur zu 50 % in Anspruch genommen werden.
B 3	3	3	Leitende Ministerialrätin, Leitender Ministerialrat	
B 3	1	1	Ministerialrätin, Ministerialrat	
B 2	10	10	Ministerialrätin, Ministerialrat	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	16	16	Ministerialrätin, Ministerialrat	
A 15	22	20	Direktorin, Direktor	
A 14	3	3	Oberrätin, Oberrat	
A 13	25	26	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	
A 12	30	31	Amtsrätin, Amtsrat	
A 11	10	11	Amtmännin, Amtfrau, Amtmann	
A 10[19])	5	6	Oberinspektorin, Oberinspektor	
A 9	2	2	Inspektorin, Inspektor	
A 9[2])	2	2	Amtsinspektorin, Amtsinspektor	
A 9	2	—	Amtsinspektorin, Amtsinspektor	
A 8	—	2	Hauptsekretärin, Hauptsekretär	
A 6	1	2	Oberamtsmeisterin, Oberamtsmeister	
	136	139	Zusammen	
			Leerstellen[5]):	
A 16	1	1	Ministerialrätin, Ministerialrat	
A 15	2	2	Direktorin, Direktor	
A 13	1	1	Rätin, Rat	
A 13	1	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	
A 12	3	3	Amtsrätin, Amtsrat	
A 11	1	—	Amtmännin, Amtfrau, Amtmann	
A 10	3	3	Oberinspektorin, Oberinspektor	
A 9 g. D.	1	1	Inspektorin, Inspektor	
	13	12	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	2	Hebung von Bes.-Gr. A 13 g. D. gegen Einsparung Bes.-Gr. A 6
Bes.-Gr. A 10	1	Verlagerung von Kap. 06 60 – Staatstheater Braunschweig – (Stellentausch Bes.-Gr. A 11)
Zusammen	3	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 g. D.	2	Hebung nach Bes.-Gr. A 15
Bes.-Gr. A 11	1	Verlagerung nach Kap. 06 60 – Staatstheater Braunschweig – (Stellentausch Bes.-Gr. A 10)
	1	Verlagerung nach Kap. 02 01 – Staatskanzlei – mit HV Nr. 16
Bes.-Gr. A 10	1	Verlagerung nach Kap. 05 20 – Zentrale Soziale Aufgaben – mit HV Nr. 18
Bes.-Gr. A 6 m. D.	1	Stelleneinsparung zur Kompensation der Stellenhebungen Bes.-Gr. A 15
Zusammen	6	
Bleibt Abgang	3	

Stellenhebungen gemäß Hebungsmodell:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 9	2	Amtsinspektor, Amtsinspektorin von Bes.-Gr. A 8
Bes.-Gr. A 11	1	Amtmännin, Amtfrau, Amtmann von Bes.-Gr. A 10
Bes.-Gr. A 13	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat von Bes.-Gr. A 12
Zusammen	4	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	1	Amtmännin, Amtfrau, Amtmann infolge Bedarfs
Zusammen	1	

Sonstiges:

Bes.-Gr. A 11	HV Nr. 16	Wegfall des HV „1 Stelle kw infolge ZV II (§ 109 NBG)“ aufgrund Verlagerung mit HV nach Kap. 02 01.
Bes.-Gr. A 9	HV Nr. 17	Wegfall des HV „0,5 Stelle kw infolge ZV II“ aufgrund Stellenabgang Verg.-Gr. IX b-VII.
Bes.-Gr. A 6	HV Nr. 18	Wegfall des HV „1 Stelle kw infolge ZV II“ aufgrund Verlagerung mit HV nach Kap. 05 20 (Bes.-Gr. A 10).

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte[1])
Außertariflich[3])			
(A 16)	2	2	Verwaltungsdienst
I	3	3	
II a	1	—	
IV a	4	4	
IV b	2	2	
V b	1	1	
V c	13	13	
VI b	5	5	
VII	1	1	
VIII	1	1	
V b	1	1	Bibliotheks- bzw. Archivdienst
IV a	2	2	Datenverarbeitungsdienst
V b[6])	3	3	Schreib- und Fernschreibdienst
VI b	6	6	
IX b–VII[7])[14])	11	12	
	56	56	Zusammen
			Leerstellen:[8])
Außertariflich			
(A 16)	1	1	Verwaltungsdienst
I	1	1	
I a	1	1	
VI b	2	4	
	5	7	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[3]) 1 ku nach Bes.-Gr. A 15 oder Verg.-Gr. I a bei Ausscheiden des Stelleninhabers.

[6]) Eine Angestellte erhält für ihre Person weiterhin eine übertarifliche Vergütung entsprechend der Regelung für Vorzimmerkräfte.

[7]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[8]) kw.

[14]) 2,5 Stellen kw infolge ZV II.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

– Angestellte –

Zugang: Verwaltungsdienst	Stellen	
Verg.-Gr. II a	1	Verlagerung von Kap. 06 76 – Denkmalpflege –
Verg.-Gr. V c	1	Verlagerung von Kap. 04 20 – Landesamt für Bezüge und Versorgung – mit ZV I-Vermerk
Verg.-Gr. VII	1	Verlagerung von Kap. 03 26 – Zentrale Aufnahme- und Ausländerbehörden – mit ZV II-Vermerk
Verg.-Gr. IX b-VII	1	Umwandlung einer Stelle Verg.-Gr. VII mit ZV II-Vermerk und Anpassung des HV Nr. 14 (+1,0)
Zusammen	4	

Abgang: Verwaltungsdienst	Stellen	
Verg.-Gr. V c	1	Vollzug des von Kap. 04 20 übernommenen ZV I-Vermerks
Verg.-Gr. VII	1	Umwandlung in eine Stelle der Verg.-Gr. IX b-VII
Verg.-Gr. IX b-VII	1	Vollzug des ZV II-Vermerks und Anpassung des HV Nr. 14 (-0,5) sowie Vollzug und Wegfall des HV Nr. 17 „0,5 Stelle kw infolge ZV II“ (ausgebracht bei Bes.-Gr. A 9)
	0,5	Verlagerung nach Kap. 06 78 – Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz –; Anpassung des HV Nr. 14 (-0,5)
	0,5	Vollzug des ZV II-Vermerks und Anpassung des HV Nr. 14 (-0,5)
Zusammen	4	
Bleibt Zugang/Abgang	—	

Leerstellen:

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b	2	infolge Bedarfs
Zusammen	2	

Sonstiges:

Verg.-Gr. IX b-VII	HV Nr. 14	Änderung des HV „3,0 Stellen kw aufgrund ZV II“ durch 1,0 Zugang bei Verg.-Gr. VII sowie 1,5 Abgänge bei Verg.-Gr. IX b-VII in „2,5 Stellen kw aufgrund ZV II“

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Arbeiterinnen, Arbeiter	
4	4	4	Kraftfahrdienst	
4	1	1	Hausmeisterdienst	
4	1	1	Druckerin, Drucker	
3	3	3	Botendienst	
	9	9	Zusammen	

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte	
			Feste Gehälter:	
B 2	—	1	Ministerialrätin, Ministerialrat	
W 3[5])[6])	12	7	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
W 2[5])[7])	23	24	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
W 2[5])	12	15	Universitätsprofessorin auf Zeit, Universitätsprofessor auf Zeit	
W 2[4])[5])	24	26	Professorin, Professor	
W 1[8])	40	15	Juniorprofessorin, Juniorprofessor	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 15	2	2	Direktorin, Direktor	
A 14	1	1	Oberrätin, Oberrat	
A 13	2	2	Rätin, Rat	
C 1[1])	8	20	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent	
	124	113	Zusammen	

[1]) 5 kw zum 31. 12. 2007, 2 kw zum 31. 12. 2008 [kw zum 31. 12. 2006].

[4]) Davon 6 kw zum 31. 12. 2008.

[5]) Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberinnen/Amtsinhaber können Professorinnen/Professoren aus diesen Planstellen nach der BesO C besoldet werden.

[6]) Davon 10 [5] kw bei Auslaufen der Exzellenzinitiative.

[7]) Davon 20 [15] kw bei Auslaufen der Exzellenzinitiative.

[8]) kw bei Auslaufen der Exzellenzinitiative.

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

1. 45 Planstellen (Bes.-Gr. W 3 = 2 Universitätsprofessor(en)/-innen; Bes.-Gr. W 2 = 2 Universitätsprofessor(en)/-innen; Bes.-Gr. W 2 = 12 Universitätsprofessor(en)/-innen auf Zeit; Bes.-Gr. W 2 = 24 Professor(en)/-innen; Bes.-Gr. A 15 = 1 Akademische Direktorin/Akademischer Direktor; Bes.-Gr. A 14 = 1 Oberrätin/Oberrat; Bes.-Gr. A 13 = 2 Akademische Rätinnen/Akademische Räte; Bes.-Gr. C 1 = 1 Wissenschaftliche Assistentin/Wissenschaftlicher Assistent), stehen zur Förderung der Hochschulstruktur, der Lehre mit neuen Medien und der Qualität des Studiums zur Verfügung. Mit Ausnahme von 4 Planstellen (Bes.-Gr. W 3 = 2; Bes.-Gr. W 2 = 1 und Bes.-Gr. A 13 = 1) werden die Planstellen aus Titelgruppen 77 finanziert.
2. 7 Planstellen (Bes.-Gr. C 1 – Wiss. Assistentinnen/Wiss. Assistenten) stehen für die Frauen- und Genderforschung und zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre in der Titelgruppe 79 zur Verfügung.
3. 1 Planstelle (Bes.-Gr. W 2 – Universitätsprofessor/-in) gehört zum Fiebiger-Programm.
4. 70 Planstellen (Bes.-Gr. W 3 = 10; Bes.-Gr. W 2 = 20 – alles Universitätsprofessorinnen, Universitätsprofessoren – und Bes.-Gr. W 1 = 40 Juniorprofessorinnen, Juniorprofessoren) stehen im Rahmen der „Exzellenzinitiative“ zur Verfügung.

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. W 3	5	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor im Rahmen der „Exzellenzinitiative“
Bes.-Gr. W 2	5	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor im Rahmen der „Exzellenzinitiative“
Bes.-Gr. W 1	25	Juniorprofessorin, Juniorprofessor im Rahmen der „Exzellenzinitiative“
Zusammen	35	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2	1	Ministerialrätin, Ministerialrat (Vollzug HV Nr. 9)
Bes.-Gr. W 2	6	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor (Vollzug HV Nr. 2)
Bes.-Gr. W 2	3	Universitätsprofessorin auf Zeit, Universitätsprofessor auf Zeit infolge Verlagerung nach Kapitel 06 37 unter gleichzeitiger Umwandlung nach Bes.-Gr. W 2 – Professorin, Professor.
Bes.-Gr. W 2	2	Professorin, Professor (Vollzug HV Nr. 3)
Bes.-Gr. C 1	12	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent (Vollzug HV Nr. 1)
Zusammen	24	
Bleibt Zugang	11	

Erläuterungen zu den Haushaltsvermerken:
Der HV Nr. 2 zu Bes.-Gr. W 2 (Davon 6 kw zum 31. 12. 2006) ist vollzogen.
Der HV Nr. 3 zu Bes.-Gr. W 2 (Davon 2 kw zum 31. 12. 2006) ist vollzogen.
Der HV Nr. 9 zu Bes.-Gr. B 2 (kw spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2009) ist vollzogen.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 08 Förderung der Wissenschaft allgemein

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte[1])
I	1	1	Verwaltungsdienst
IV a	1	1	
V c	1	1	
VI b	2	2	
VII	1	1	
I b	8	9	Wissenschaftlicher Dienst
II a[2])	27	26	
II a	40	40	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)
II a	1	1	Lektor
IV a	2	2	Technischer Dienst
IV b	1	1	
V b	1	1	
	86	86	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die Stellen des Forschungspools dürfen nur in Anspruch genommen werden für Personal, das im Bereich der Forschung tätig ist.

[2]) 1 Stelle steht nur für eine befristete Beschäftigung bei der ZEvA (Abt. Akkreditierung) zur Verfügung.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

– Angestellte –

1. 56 Stellen (Wissenschaftlicher Dienst: Verg.-Gr. I b = 6, Verg.- Gr. II a = 19, Verg.-Gr. II a [Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses] = 31) sollen im Rahmen eines Forschungspools zentral bewirtschaftet werden. Damit soll ermöglicht werden, Hochschuleinrichtungen, in denen im besonderen Maße Forschungsaufgaben wahrgenommen werden, kurzfristig zusätzliche Stellen zuzuweisen.
2. 9 Stellen sind für die Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur der niedersächsischen Hochschulen (ZEvA) veranschlagt, davon 5 Stellen (Verwaltungsdienst: Verg.-Gr. I = 1, Verg.-Gr. IV a = 1, Verg.-Gr. VI b = 1, Wissenschaftlicher Dienst: Verg.-Gr. I b = 1, Verg.-Gr. II a = 1) für die Abteilung Evaluation und 4 Stellen (Verwaltungsdienst: Verg.-Gr. VI b = 1; Wissenschaftlicher Dienst: Verg.-Gr. I b = 1; Verg.-Gr. II a = 2) für die Abteilung Akkreditierung.

   Die Mittel sind in dem Ansatz bei Kapitel 06 08 Titel 682 75 enthalten.
3. Insgesamt 21 Stellen (Verwaltungsdienst: Verg.-Gr. V c = 1, Verg.-Gr. VII = 1; Wissenschaftlicher Dienst: Verg.-Gr. II a = 5, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses: Verg.-Gr. II a = 9 – davon eine mit 30 Stunden/Woche –, Lektor: Verg.-Gr. II a = 1, Technischer Dienst: Verg.-Gr. IV a = 2, Verg.-Gr. IV b = 1, Verg.-Gr. V b = 1) stehen im Rahmen der Titelgruppe 77 zur Verfügung.

Zugang:	Stellen	
Wissenschaftlicher Dienst		
Verg.-Gr. II a	1	infolge Verlagerung von Kapitel 06 02
Zusammen	1	

Abgang:	Stellen	
Wissenschaftlicher Dienst		
Verg.-Gr. I b	1	infolge Verlagerung nach Kapitel 06 02
Zusammen	1	
Bleibt Zu-/Abgang	—	

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Arbeiterinnen, Arbeiter
8	1	1	Handwerklicher Dienst
	1	1	Zusammen

Haushaltsvermerke

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1])
			Feste Gehälter:
B 2	—	1	Vizepräsidentin, Vizepräsident
W 3	2	1	Präsidentin, Präsident Vizepräsidentin, Vizepräsident
W 3[2])[3])[10])	103	104	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
W 2[8])[9])[10])[11])	91	92	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
W 1	17	17	Professorin, Professor, als Juniorprofessorin, Juniorprofessor
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	13	13	Direktorin, Direktor
A 14	19	19	Oberrätin, Oberrat
A 13	42	42	Rätin, Rat
A 13	3	3	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	4	4	Amtsrätin, Amtsrat
A 11	8	8	Amtmännin/-frau, Amtmann
A 10[16])	15	13	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	11	13	Inspektorin, Inspektor
A 8	1	1	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
A 7	7	4	Obersekretärin, Obersekretär
A 6	3	6	Sekretärin, Sekretär
C 2[4])	14	14	Oberassistentin, Oberassistent
C 2[5])	22	22	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
C 1	19	19	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	395	397	Zusammen
			Leerstellen:
W 3[14])	1	1	Präsidentin, Präsident
W 3[13])	1	—	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
W 2[7])	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
A 15	1	1	Direktorin, Direktor
A 9	2	2	Inspektorin, Inspektor
C 4[13])	—	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
	6	6	Zusammen

Haushaltsvermerke

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

[1]) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten, soweit sie Ämter der BesO A oder C innehaben, für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:

Erste(r) Vizepräsident/-in	63,91 EUR mtl.
Zweite(r) Vizepräsident/-in	63,91 EUR mtl.
11 Dekan(e)/-innen	je 63,91 EUR mtl.

[2]) 1 kw zum 31. 12. 2009 (Stiftungsprofessur).

[3]) 1 kw bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in für den Fachbereich 6.
1 kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers (Fachbereich Soziologie).

[4]) davon 5 ku nach Bes.-Gr. C 1 bei Ausscheiden der Stelleninhaber (2 Fachbereich Sozialwissenschaften, 1 Fachbereich Mathematik, 1 Fachbereich Physik, 1 Fachbereich Literatur- und Sprachwissenschaften).

[5]) ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. HV Nr. 9 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kap. 06 10 – 06 30 (Fassung 2002/2003).

[6]) – Frei –.

[7]) Universitätsprofessor/-in im Rahmen der Kooperation mit dem Forschungszentrum Geesthacht GmbH (GKSS).

[8]) 1 kw bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in für den Fachbereich 6 (Stellen-Nr. 698).

[9]) 1 kw bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)-in spätestens zum 1. 10. 2011.

[10]) Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberinnen/Amtsinhaber können Professorinnen/Professoren aus diesen Planstellen nach der BesO C besoldet werden. Dies gilt auch für im Rahmen des HOK versetzte Professorinnen/Professoren, soweit sie in der BesO C verbleiben.

[11]) Davon 1 zu verlagern nach Kapitel 06 18 zum 1. 4. 2010.

[12]) – Frei –.

[13]) Leiter des Zentrums für Marine Biodiversitätsforschung im Rahmen eines gemeinsamen Berufungsverfahrens mit der Universität Oldenburg.

[14]) kw.

[15]) – Frei –.

[16]) Davon darf eine Stelle nur für die Personalratstätigkeit verwendet werden (Bibliotheksdienst).

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. W 3	1	Vizepräsidentin, Vizepräsident Umwandlung gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. B 2 gem. Allg. HV Nr. 9 (Fassung 2004)

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2	1	Vizepräsidentin, Vizepräsident Umwandlung gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. W 3 gem. Allg. HV Nr. 9 (Fassung 2004)
Bes.-Gr. W 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor infolge Wirksamwerdens des HV Nr. 6
Bes.-Gr. W 2	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor (Stellen-Nr. 190) infolge Umsetzung des Hochschuloptimierungskonzeptes
Zusammen	3	
Bleibt Abgang	2	

Stellenhebungen gemäß Hebungsmodell:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 10	2	Oberinspektorin, Oberinspektor von Bes.-Gr. A 9 Inspektorin, Inspektor
Bes.-Gr. A 7	3	Obersekretärin, Obersekretär von Bes.-Gr. A 6 Sekretärin, Sekretär
Zusammen	5	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. W 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor gegen Fortfall einer Leerstelle der Bes.-Gr. C 4
Zusammen	1	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor gegen Schaffung einer Leerstelle der Bes.-Gr. W 3
Zusammen	1	
Bleibt Zu-/Abgang	—	

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 10 Akademische Direktorin, Akademischer Direktor
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 14 Akademische Oberrätin, Akademischer Oberrat und 1 Medizinaloberrätin, Medizinaloberrat
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon 36 Akademische Rätin, Akademischer Rat

Erläuterungen zu den Haushaltsvermerken:

HV Nr. 2 (1 kw zum 31. 12. 2008) wurde überarbeitet.
HV Nr. 6 zu Bes.-Gr. W 3 (1 kw zum 31. 3. 2006) ist entfallen.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 14 Universität Osnabrück

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1])	Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.
			Feste Gehälter:	
W 3	1	1	Präsidentin, Präsident	
W 3	2	3	Vizepräsidentin, Vizepräsident	
W 3[2])[4])[5])[11])	111	111	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
W 2[2])	78	77	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
W 1	19	19	Juniorprofessorin, Juniorprofessor	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor	
A 15	10	11	Direktorin, Direktor	
A 14	27	27	Oberrätin, Oberrat	
A 13[10])	28	28	Rätin, Rat	
A 13	3	3	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	
A 12	5	5	Amtsrätin, Amtsrat	
A 11	5	5	Amtmännin/-frau, Amtmann	
A 10	17	15	Oberinspektorin, Oberinspektor	
A 9	9	11	Inspektorin, Inspektor	
A 8	2	2	Hauptsekretärin, Hauptsekretär	
A 7	7	5	Obersekretärin, Obersekretär	
A 6	2	4	Sekretärin, Sekretär	
C 2[6])	11	14	Hochschuldozentin, Hochschuldozent	
C 2[7])	1	1	Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit)	
C 2[7])	7	8	Oberassistentin, Oberassistent	
C 1	28	28	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent	
	374	379	Zusammen	
			Leerstellen[12]):	
W 3[13])	2	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
A 13	1	1	Rätin, Rat	
A 10	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor	
	4	4	Zusammen	

[1]) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten, soweit sie Ämter der BesO A, B oder C innehaben, für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:

Erste(r) Vizepräsident/-in	63,91 EUR mtl.
Zweite(r) Vizepräsident/-in	63,91 EUR mtl.
10 Dekan(e)/-innen	je 63,91 EUR mtl.

[2]) Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberinnen/Amtsinhaber können Professorinnen/Professoren aus diesen Planstellen nach der BesO C besoldet werden. Dies gilt auch für im Rahmen des HOK versetzte Professorinnen/Professoren, soweit sie in der BesO C verbleiben.

[3]) leer.

[4]) 1 kw für den Fachbereich Mathematik/Informatik bei Ausscheiden des Stelleninhabers/der Stelleninhaberin (Prof. Bruns).

1 kw (IMIS) zum 31. 1. 2008.

[5]) 1 kw zum 28. 09. 2008 für den FB 8 (Auslaufen der Finanzierung).

2 kw für den FB 10 (Öffentl. Recht/Bürgerl. Recht) nach Auslaufen der Finanzierung durch Dritte.

1 kw (Stiftungsprofessur) für den FB 9 nach Fortfall der Stiftungsmittel.

[6]) 7 ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. HV Nr. 4 der Allgemeinen Haushaltsvermerke.
1 kw spätestens zum 1. 4. 2009 – EZW –.

[7]) ku nach Bes.-Gr. W 1 bzw. BAT II a bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen, 1 Fachbereich Kultur- und Geowissenschaften, 1 Fachbereich Physik, 1 FB Psychologie, 2 FB Biologie/Chemie, 2 FB Erziehungs- und Kulturwissenschaften).

[10]) 1 kw bei Ausscheiden des/der Stelleninhabers/-in. Medizinalrätin, Medizinalrat.

[11]) 1 kw zum 31. 12. 2008 nach Fortfall der Stiftungsmittel (Biochemie).

[12]) kw.

[13]) Die Leerstelle darf nur zur Durchführung eines gemeinsamen Berufungsverfahrens mit dem Umweltforschungszentrum (UFZ) Leipzig in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. W 2	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für den FB Kultur- und Geowissenschaften infolge Verlagerung von Kapitel 06 38

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. W 3	1	Vizepräsidentin, Vizepräsident
Bes.-Gr. A 15	1	Direktorin, Direktor für den FB Mathematik/Informatik
Bes.-Gr. C 2	3	Hochschuldozentin, Hochschuldozent gegen Erhöhung der finanziellen Obergrenze gem. § 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG (Vollzug HV Nr. 6 für 2 Planstellen für den FB Sprach- und Literaturwissenschaft)
Bes.-Gr. C 2	1	Oberassistentin, Oberassistent gegen Erhöhung der finanziellen Obergrenze gem. § 49 Abs. 1 Nr. 3 NHG (Vollzug HV Nr. 7 für den FB Wirtschaftswissenschaften)
Zusammen	6	
Bleibt Abgang	5	

Stellenhebungen gemäß Hebungsmodell:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 10	2	Oberinspektorin, Oberinspektor von Bes.-Gr. A 9
Bes.-Gr. A 7	2	Obersekretärin, Obersekretär von Bes.-Gr. A 6
Zusammen	4	

Sonstige Veränderungen:
Der HV Nr. 3 zu Bes.-Gr. W 3 wurde vollzogen.
Der HV Nr. 6 zu Bes.-Gr. C 2 (-2) wurde geändert.
Der HV Nr. 7 zu Bes.-Gr. C 2 (FB Wirtschaftswissenschaften) wurde geändert.

Zusätzliche Erläuterungen:

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 7 Akademische Direktorinnen, Akademische Direktoren
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 24 Akademische Oberrätinnen, Akademische Oberräte
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon 24 Akademische Rätinnen, Akademische Räte

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1])
			Feste Gehälter:
W 3	1	1	Präsidentin, Präsident
W 3	1	1	Hauptamtliche Vizepräsidentin, Hauptamtlicher Vizepräsident
W 3[3])[5])[7])[8])	142	140	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
W 2[3])[6])[9])	99	98	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
W 1	8	6	Juniorprofessur
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	2	2	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	29	29	Direktorin, Direktor
A 14[2])	64	64	Oberrätin, Oberrat
A 13[4])	69	70	Rätin, Rat
A 13	5	5	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	4	4	Amtsrätin, Amtsrat
A 11	12	10	Amtmännin, -frau, Amtmann
A 10	12	13	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	8	9	Inspektorin, Inspektor
A 8	1	1	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
A 7	2	2	Obersekretärin, Obersekretär
A 6	1	1	Sekretärin, Sekretär
C 2[12])	6	6	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
C 2[14])	4	7	Oberingenieurin, Oberingenieur Oberassistentin, Oberassistent
C 1	112	112	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	582	581	Zusammen
			Leerstellen:[15])
W 3[3])	14	14	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
W 2[3])	4	3	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
W 1	4	4	Juniorprofessur
A 13	1	1	Rätin, Rat
A 9	2	2	Inspektorin, Inspektor
	25	24	Zusammen

Haushaltsvermerke

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

[1]) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten, soweit sie Ämter der BesO A oder C innehaben, für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:
Erste(r) Vizepräsident/-in je 153,39 EUR mtl.
Zweite(r) und Dritte(r) Vizepräsident/-in je 127,82 EUR mtl.
8 [10] Dekan(e)/-innen je 63,91 EUR mtl.

[2]) 1 ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (Institut für Analysis – EDV-Nr. 1723).

[3]) Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberinnen/Amtsinhaber können Professorinnen/Professoren aus diesen Planstellen nach der BesO C besoldet werden. Dies gilt auch für im Rahmen des HOK versetzte Professorinnen/Professoren, soweit sie in der BesO C verbleiben.

[4]) 1 ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) – bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in (Institut für Geographie und Geoökologie).

[5]) 1 kw (Stiftungsprofessur) für Nachhaltige Energie und Energieforschung nach Ablauf von 5 Jahren.

[6]) 1 kw zum 1. 10. 2015 Institut für Psychologie.

[7]) 1 kw (Stiftungsprofessur) für das Institut für den Wissenschaftlichen Film (IWF) nach Ablauf von 5 Jahren.

[8]) 1 kw (Stiftungsprofessur) zum 31. 05. 2010 für Bauwerkserhaltung und Tragwerk im Fachbereich Bauingenieurwesen.

[9]) 1 kw (Stiftungsprofessur) für Advanced VLSI Design im Fachbereich Elektrotechnik nach Ablauf von 3 Jahren.

[10]) – Frei –.

[11]) – Frei –.

[12]) 1 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche/r Assistent/-in – bei Ausscheiden des/r Stelleninhaber/-in.

4 ku nach Bes.-Gr. C 1 nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. Nr. 12 Abs. 2 der Allgemeinen Haushaltsvermerke (Fassung 2001) (Institut für Analysis Nr. 353, Institut für Theoretische Informatik Nr. 355, 2 für das Institut für Sozialarbeitswissenschaften Nrn. 362, 363).

[13]) – Frei –.

[14]) 3 [6] ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistenten/-innen – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (Institut für Bioverfahrenstechnik Nr. 327, Institut für organische Chemie Nr. 307, Institut für Pflanzenbiologie Nr. 350).

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 15 Technische Universität Braunschweig

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
				[15]) kw.
				13 Leerstellen der Bes.-Gr. W 3 – Universitäts-professorin, Universitätsprofessor – dürfen nur zur Durchführung eines gemeinsamen Berufungsverfahrens in Anspruch genommen werden, davon 4 durch die Technische Universität Braunschweig und die Gesellschaft für Biotechnologische Forschung 1 durch die TU Braunschweig und das Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung (GEI) 1 durch die Technische Universität Braunschweig und die Fraunhofer-Gesellschaft (FG) 1 durch die Technische Universität Braunschweig und die Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH 6 durch die Technische Universität Braunschweig und das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR).
				4 Leerstellen der Bes.-Gr. W 2 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor – dürfen nur zur Durchführung eines gemeinsamen Berufungsverfahrens in Anspruch genommen werden. davon 1 durch die Technische Universität Braunschweig und die Physikalisch Technische Bundesanstalt (PTB) 1 durch die Technische Universität Braunschweig und das Geo Forschungszentrum (GFZ) Potsdam 2 durch die Technische Universität Braunschweig und das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR).
				4 Leerstellen der Bes.-Gr. W 1 – Juniorprofessur – dürfen nur zur Durchführung eines gemeinsamen Berufungsverfahrens in Anspruch genommen werden, davon 3 durch die Technische Universität Braunschweig und die Gesellschaft für Biologische Forschung (GBF) 1 durch die Technische Universität Braunschweig und das Max-Planck-Institut für Physik komplexer Systeme in Dresden.
				Von dieser Aufteilung kann mit Zustimmung des MF abgewichen werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamte/-innen –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. W 3	2	Stiftungsprofessuren, davon 1 Nachhaltige Energie und Energieforschung (neuer HV Nr. 5) 1 Institut für den Wissenschaftlichen Film (neuer HV Nr. 7)

Zugang infolge Wirksamwerdens der ku-Vermerke:

	Stellen	
Bes.-Gr. C 1	3	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent von Bes.-Gr. C 2 Oberassistentin, Oberassistent (teilweiser Vollzug HV Nr. 14)

Zugang infolge Umwandlung von Planstellen:

	Stellen	
Bes.-Gr. W 1	3	Juniorprofessuren von Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent

Zugang infolge Hebung von Planstellen:

	Stellen	
Bes.-Gr. W 2	1	Universitätsprofessorin, Universtitätsprofessor von Bes.-Gr. W 1 Juniorprofessur
Bes.-Gr. A 11	2	Regierungsamtfrau, Regierungsamtmann von Bes.-Gr. A 10 Regierungsoberinspektorin, Regierungsoberinspektor
Zusammen	3	
Summe Zugang	11	

Abgang infolge Wirksamwerden der ku-Vermerke:

	Stellen	
Bes.-Gr. C 2	3	Oberassistentin, Oberassistent nach Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent (teilweiser Vollzug HV Nr. 14)

Abgang infolge Umwandlung von Planstellen und Stellen:

	Stellen	
Bes.-Gr. C 1	3	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent nach Bes.-Gr. W 1 Juniorprofessuren
Bes.-Gr. A 13	1	Rätin, Rat nach Verg.-Gr. I a BAT Wissenschaftlicher Dienst
Zusammen	4	

Abgang infolge Hebung von Planstellen:

	Stellen	
Bes.-Gr. W 1	1	Juniorprofessur von Bes.-Gr. W 2 Universätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. A 10	2	Regierungsoberinspektorin, Regierungsoberinspektor nach Bes.-Gr. A 11 Regierungsamtfrau, Regierungsamtmann
Zusammen	3	
Summe Abgang	10	
Bleibt Zugang	1	

Stellenhebungen gemäß Hebungsmodell:

	Stellen	
Bes-Gr. A 10	1	Oberinspektorin, Oberinspektor von Bes.-Gr. A 9 Inspektorin, Inspektor

Leerstellen:

Zugang	Stellen	
Bes.-Gr. W 2	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor infolge gem. Berufungsverfahrens mit der DLR

Von den Planstellen entfällt auf die Funktionsgruppe „höherer technischer Verwaltungsdienst“ nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 23. 12. 1971, BGBl. S. 2162, in der jeweils geltenden Fassung:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	Direktorin, Direktor davon 1 Baudirektorin, Baudirektor

Nicht der Allgemeinen Obergrenzen sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	29	Direktorin, Direktor davon 25 Akademische(r) Direktorin, Direktor 1 Baudirektorin, Baudirektor 1 Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor 2 Bibliotheksdirektorin, Bibliotheksdirektor
Bes.-Gr. A 14	64	Oberrätin, Oberrat davon 59 Akademische(r) Oberrätin, Oberrat 1 Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat 3 Bibliotheksoberrätin, Bibliotheksoberrat 1 Sportoberrätin, Sportoberrat
Bes.-Gr. A 13	70	Rätin, Rat davon 67 Akademische(r) Rätin, Rat 3 Bibliotheksrätin, Bibliotheksrat

Erläuterungen zu den Haushaltsvermerken:

HV 1	Der Erste Vizepräsident ist nicht der hauptamtliche Vizepräsident. Er erhält daher eine Stellenzulage. Die Leitungsfunktionen für gemeinsame Kommissionen sind entfallen.
HV 4	Satz 1 (3 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistenten/-innen – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen) wurde gestrichen, weil die Ernennung von Wissenschaftlichen Assistentinnen/Assistenten gemäß geltendem NHG nicht mehr möglich ist.
HV 5	Der kw-Vermerk wurde neu eingefügt.
HV 7	Der kw-Vermerk wurde neu eingefügt.
HV 14	Der ku-Vermerk wurde für 3 Stellen vollzogen.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 16 Technische Universität Clausthal

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1])	Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.
			Feste Gehälter:	
W 3	1	1	Präsidentin, Präsident	
W 3	1	1	Vizepräsidentin, Vizepräsident	
W 3[4])[6])	53	53	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
W 2[4])	35	35	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
W 1	8	7	Juniorprofessur	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor	
A 15	10	11	Direktorin, Direktor	
A 14	30	29	Oberrätin, Oberrat	
A 13[3])	6	6	Rätin, Rat	
A 13	2	2	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	
A 12	3	3	Amtsrätin, Amtsrat	
A 11	6	4	Amtmännin/-frau, Amtmann	
A 10	4	6	Oberinspektorin, Oberinspektor	
A 9	1	2	Inspektorin, Inspektor	
A 8	1	1	Hauptsekretärin, Hauptsekretär	
C 2[10])	1	1	Hochschuldozentin, Hochschuldozent	
C 1	10	13	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent	
	173	176	Zusammen	
			Leerstellen:[7])	
A 13	1	1	Regierungsrätin, Regierungsrat	
A 10	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor	
A 9	1	1	Inspektorin, Inspektor	
W 3[4])[5])	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
W 2[4])[11])	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
	5	5	Zusammen	

[1]) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten, soweit sie Ämter der BesO C innehaben, für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:

2 nebenamtliche Vizepräsidenten/-innen je 63,91 EUR monatlich
3 Dekane/-innen je 63,91 EUR monatlich

[2]) – Frei –.

[3]) 1 kw bei Ausscheiden des Stelleninhabers/der Stelleninhaberin zum 31. 12. 2009.

[4]) Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberinnen/Amtsinhaber können Professorinnen/Professoren aus diesen Planstellen nach der BesO C besoldet werden. Dies gilt auch für im Rahmen des HOK versetzte Professorinnen/Professoren, soweit sie in der BesO C verbleiben.

[5]) Für ein gemeinsames Berufungsverfahren (Direktor des Forschungsinstituts für angewandte Geowissenschaften/Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben – GGA).

[6]) 1 kw (Stiftungsprofessur) nach Ablauf von 7 Jahren Institut für Endlagerforschung.

[7]) kw.

[8]) – Frei –.

[9]) – Frei –.

[10]) ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. HV Nr. 9 Abs. 2 der Allgemeinen Haushaltsvermerke (Fassung 2003).

[11]) Abteilungsleiter Chemische Prozesse für ein Gemeinsames Berufungsverfahren mit der CUTEC-GmbH.

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamte/-innen –

Zugang infolge Umwandlung von Planstellen:

	Stellen	
Bes.-Gr. W 1	1	Juniorprofessur von Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent

Zugang infolge Stellenhebung:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	2	Amtfrau, Amtmann von Bes.-Gr. A 10 Oberinspektorin, Oberinspektor

Zugang infolge Stellensenkung:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	Oberrätin, Oberrat von Bes.-Gr. A 15 Direktorin, Direktor
Summe Zugang	4	

Abgang infolge Hochschuloptimierungskonzepts:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 9	1	Inspektorin, Inspektor

Abgang infolge Umwandlung von Planstellen und Stellen:

	Stellen	
Bes.-Gr. C 1	3	Wissenschaftliche Assistenin, Wissenschaftlicher Assistent davon 1 nach Bes.-Gr. W 1 Juniorprofessur 2 nach Verg.-Gr. I b BAT

Abgang infolge Stellenhebung:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 10	2	Oberinspektorin, Oberinspektor nach Bes.-Gr. A 11 Amtfrau, Amtmann

Abgang infolge Stellensenkung:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	Direktorin, Direktor von Bes.-Gr. A 14 Oberrätin, Oberrat
Summe Abgang	7	
Bleibt Abgang	3	

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 15	10	Direktorin, Direktor davon 10 Akademische Direktorin, Akademischer Direktor
Bes.-Gr. A 14	26	Oberrätin, Oberrat davon 26 Akademische Oberrätin, Akademischer Oberrat
Bes.-Gr. A 13	6	Rätin, Rat davon 6 Akademische Rätin, Akademischer Rat

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1])	Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.
			Feste Gehälter:	
			und Finanzen	
W 3	1	1	Präsidentin, Präsident	
W 3	1	1	Vizepräsidentin, Vizepräsident für Verwaltung und Finanzen	
W 3[8])[9])[11])[12])	207	197	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
W 2[8])[13])	153	168	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
W 1[10])	24	23	Juniorprofessur	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	2	2	Leitende Direktorin, Leitender Direktor	
A 15[2])[14])	42	42	Direktorin, Direktor	
A 14[3])[5])	95	106	Oberrätin, Oberrat	
A 13[6])	33	32	Rätin, Rat	
A 13	3	3	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	
A 12	8	8	Amtsrätin, Amtsrat	
A 11	15	15	Amtmännin, -frau, Amtmann	
A 10	36	29	Oberinspektorin, Oberinspektor	
A 9	17	22	Inspektorin, Inspektor	
A 9[4])	4	4	Amtsinspektorin, Amtsinspektor	
A 8[7])	10	9	Hauptsekretärin, Hauptsekretär	
A 7	15	9	Obersekretärin, Obersekretär	
A 6	2	9	Sekretärin, Sekretär	
C 2	2	2	Oberingenieurin, Oberingenieur, Oberassistentin, Oberassistent	
C 2[15])	22	28	Hochschuldozentin, Hochschuldozent	
C 1	128	117	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent	
	820	827	Zusammen	
			Leerstellen[18]):	
W 3[8])[19])	5	4	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
W 2[8])[20])	2	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
A 15	—	1	Direktorin, Direktor	
A 14	1	1	Oberrätin, Oberrat	
A 13	1	1	Rätin/Rat	
A 11	2	3	Amtmännin, -frau, Amtmann	
A 10	3	4	Oberinspektorin, Oberinspektor	
A 9	2	2	Inspektorin, Inspektor	
	16	18	Zusammen	

[1]) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten, soweit sie Ämter der BesO A oder C innehaben, für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:
Zweite(r) und Dritte(r) Vizepräsident/-in je 127,82 EUR mtl.
9 [17] Dekan(e)/-innen je 63,91 EUR mtl.
[2 Leiter/-innen gemeinsamer Kommissionen je 63,91 EUR mtl.]

[2]) 1 kw spätestens zum 1. 4. 2008 (Institut für Erziehungswissenschaft/Hochschulinternes Fernsehen Nr. 291).

1 ku nach Verg.-Gr. IIa – Wissenschaftlicher Dienst (FwN) Nr. 2903 – für das Institut für Unternehmensplanung bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers.

[3]) 3 ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst (FwN) – für das Institut für Volkswirtschaftslehre Nrn. 6094, 6147, 6148 bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers.

1 ku nach Verg.-Gr. II a –Wissenschaftlicher Dienst (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) – für das Institut für Mechanik bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers Nr. 6127.

[4]) 1 ku nach Bes.-Gr. A 9 g. D. [A 8] Nr. 14044 nach Ausscheiden des Stelleninhabers gemäß Nr. 8 Abs. 2 der Allg. Bestimmungen 2001.

[5]) 1 kw nach Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in (Oberstudienrat/-rätin) Nr. 12373.

[6]) 2 ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst (FwN) – bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers

davon
1 für das Institut für Unternehmensrechnung Nr. 6021
1 für das Institut für Volkswirtschaftslehre Nr. 6093.

[7]) 1 ku nach Verg.-Gr. V c bei Ausscheiden des Stelleninhabers Nr. 14039.

[8]) Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberinnen/Amtsinhaber können Professorinnen/Professoren aus diesen Planstellen nach der BesO C besoldet werden. Dies gilt auch für im Rahmen des HOK versetzte Professorinnen/Professoren, soweit sie in der BesO C verbleiben.

[9]) 1 ku nach W 2 nach Ablauf des Zuwendungszeitraums durch die hannoverschen Versicherungsunternehmen.

[10]) 1 kw (Stiftungsprofessur) nach Ablauf des Zuwendungszeitraums durch die hannoverschen Versicherungsunternehmen.

[11]) 1 kw (Stiftungsprofessur) zum 28. 09. 2008 für Software-Engineering Nr. 14152.

[12]) 2 kw (undotiert; GGA, HIS) nach Ablauf von 3 Jahren nach Ernennung.

[13]) 1 ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst (FwN) – bei Ausscheiden des Stelleninhabers für das Institut für Erziehungswissenschaft Nr. 2815.

[14]) 1 kw zum 30. 09. 2009 (Rückverlagerung in Kapitel 07 45).

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	

[15]) 22 [27] ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gemäß Nr. 9 Abs. 2 der Allgemeinen HV zu den Kap. 06 08, 06 10 – 06 30 (Fassung 2003)

davon 21 ku nach Bes.-Gr. C 1
1 für das Institut für Lebensmittelwissenschaft Nr. 215
1 für das Institut für Botanik Nr. 2497
1 für das Institut für Grundbau, Bodenmechanik und Energiewasserbau Nr. 6064
1 für das Institut für Berufspädagogik Nr. 2663
1 für das Philosophisches Seminar Nr. 292
1 für das Lehrgebiet Erwachsenenbildung Nr. 2791
1 für Wasserwirtschaft Nr. 6193
1 für Deutsche Sprache und Literatur Nr. 2801
1 für Politische Wissenschaft Nr. 2630
1 für Deutsche Literatur und Sprache Nr. 2570.
2 für den FB Rechtswissenschaften Nrn. 6140, 6085
4 für Sonderpädagogik Nrn. 2758, 2793, 2874, 2873
2 für Erziehungswissenschaft Nr. 2786, Didaktik der Naturwissenschaft und Soziologie Nr. 2778
3 für das Historische Seminar Nrn. 2557, 2560, 2804 und
1 ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst (FwN) – für das Institut für Volkswirtschaftslehre Nr. 6146 bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers.

[16]) – Frei –.

[17]) – Frei –.

[18]) kw.

[19]) 5 Leerstellen der Bes.-Gr. W 3 dürfen nur zur Durchführung von gemeinsamen Berufungsverfahren in Anspruch genommen werden, davon
1 durch die Universität Hannover und das Institut für Solarenergieforschung Nr. 478,
1 durch die Universität Hannover und das GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH Nr. 479,
1 durch die Universität Hannover und das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung Nr. 480,
1 durch die Universität Hannover und die Bundesanstalt für Geowissenschaft und Rohstoffe (BGR) Nr. 14066,
1 durch die Universität Hannover und das Laser Zentrum Hannover e. V.

[20]) 2 Leerstellen der Bes.-Gr. W 2 dürfen nur zur Durchführung von gemeinsamen Berufungsverfahren mit der DLR und der Universität Hannover in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang infolge Wirksamwerdens der ku-Vermerke:

	Stellen	
Bes.-Gr. C 1	2	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent von Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin, Hochschuldozent gemäß HV 15
Bes.-Gr. A 13	2	Rätin, Rat, davon 1 von Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin, Hochschuldozent gemäß HV 15 1 von Verg.-Gr. I b BAT Verwaltungsdienst gemäß BV 12 (HP 2006)
Bes.-Gr. A 10	2	Oberinspektorin, Oberinspektor von Verg.-Gr. VI b BAT Verwaltungsdienst gemäß BV 20 (HP 2006)
Zusammen	6	

Zugang infolge Verlagerung von Kap. 07 45:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	Direktorin, Direktor

Zugang infolge Stellenhebung:

	Stellen	
Bes.-Gr. W 3	9	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor von Bes.-Gr. W 2 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. A 10	2	Oberinspektorin, Oberinspektor von Bes.-Gr. A 9 Inspektorin, Inspektor
Bes.-Gr. A 8	1	Hauptsekretärin, Hauptsekretär von Bes.-Gr. A 7 Obersekretärin, Obersekretär
Bes.-Gr. A 7	7	Obersekretärin, Obersekretär von Bes.-Gr. A 6 Sekretärin, Sekretär
Zusammen	19	

Zugang infolge Stellensenkung:

	Stellen	
Bes.-Gr. C 1	10	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent davon 2 von Bes.-Gr. W 2 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor 7 von Bes.-Gr. A 14 Oberrätin, Oberrat 1 von Bes.-Gr. A 13 Rätin, Rat
Bes..-Gr A 13	2	Rätin, Rat von Bes.-Gr. A 14 Oberrätin, Oberrat
Zusammen	12	

Zugang undotierter Stellen:

	Stellen	
Bes.-Gr. W 3	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor davon 1 für gemeinsames Berufungsverfahren mit dem GGA 1 für einen Kooperationsvertrag mit der HIS (neuer HV 12)
Bes.-Gr. W 1	1	Juniorprofessur (neuer HV 10)
Zusammen	3	
Summe Zugang	41	

Abgang infolge Hochschuloptimierungskonzept:

	Stellen	
Bes.-Gr. W 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. W 2	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. C 2	1	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
Bes.-Gr. C 1	1	Wissenschaftiche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
Bes.-Gr. A 15	1	Studiendirektorin, Studiendirektor
Bes.-Gr. A 14	2	Oberrätin, Oberrat
Zusammen	8	

Abgang infolge Wirksamwerdens der ku-Vermerke gemäß HV 15:

	Stellen	
Bes.-Gr. C 2	3	Hochschuldozentin, Hochschuldozent davon 2 nach Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent 1 nach Bes.-Gr. A 13 Rätin, Rat

Abgang infolge Verlagerung nach Kap. 06 29 gemäß Hochschuloptimierungskonzept:

	Stellen	
Bes.-Gr. W 2	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. C 2	1	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
Bes.-Gr. A 13	2	Rätin, Rat
Zusammen	5	

Abgang infolge Wirksamwerdens der ku-Vermerke:

	Stellen	
Bes.-Gr. C 2	1	Hochschuldozentin, Hochschuldozent nach Verg.-Gr. II a BAT FwN (HV 15)

Abgang infolge Stellenhebung:

	Stellen	
Bes.-Gr. W 2	9	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor nach Bes.-Gr. W 3 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. A 9	2	Inspektorin, Inspektor nach Bes.-Gr. A 10 Oberinspektorin, Oberinspektor
Bes..-Gr. A 7	1	Obersekretärin, Obersekretär nach Bes.-Gr. A 8 Hauptsekretärin, Hauptsekretär
Bes.-Gr. A 6	7	Sekretärin, Sekretär nach Bes.-Gr. A 7 Obersekretärin, Obersekretär
Zusammen	19	

Abgang infolge Stellensenkung:

	Stellen	
Bes.-Gr. W 2	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor nach Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
Bes.-Gr. A 13	1	Rätin, Rat nach Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
Bes.-Gr. A 14	9	Oberrätin, Oberrat davon 7 nach Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent 2 nach Bes.-Gr. A 13 Rätin, Rat
Zusammen	12	
Summe Abgang	48	
Bleibt Abgang	7	

Erläuterungen zum Stellenplan

Stellenhebungen gemäß Hebungsmodell:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 10	3	Oberinspektorin, Oberinspektor von Bes.-Gr. A 9 Inspektorin, Inspektor

Leerstellen:
Zugang infolge gemeinsamen Berufungsverfahrens mit dem Laser Zentrum Hannover e. V.:

	Stellen	
Bes.-Gr. W 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor

Abgang nach Beurlaubung gem. § 80 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 NBG von 1999:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	Direktorin, Direktor

Abgang infolge Elternzeit:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	1	Amtfrau, Amtmann
Bes.-Gr. A 10	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
Zusammen	2	
Summe Abgang	3	
Bleibt Abgang	2	

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor davon 1 Oberstudiendirektorin, Oberstudiendirektor
Bes.-Gr. A 15	35	Direktorin, Direktor davon 26 Akademische Direktorin, Akademischer Direktor 9 Studiendirektorin, Studiendirektor
Bes..-Gr. A 14	84	Oberrätin, Oberrat davon 79 Akademische Oberrätin, Akademischer Oberrat 5 Oberstudienrätin, Oberstudienrat
Bes.-Gr. A 13	32	Rätin, Rat davon 31 Akademische Rätin, Akademischer Rat 1 Studienrätin, Studienrat

Erläuterungen zu den Haushaltsvermerken:

HV Nr. 9	Der ku-Vermerk wurde neu eingefügt.
HV Nr. 10	Der kw-Vermerk wurde neu eingefügt.
HV Nr. 12	Der kw-Vermerk wurde neu eingefügt.
HV Nr. 14	Der kw-Vermerk wurde neu eingefügt.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 18 Hochschule Vechta

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1])
			Feste Gehälter:
W 3	1	1	Präsidentin, Präsident
W 3	1	1	Vizepräsidentin, Vizepräsident
W 3[3])[4])	18	18	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
W 2[3])	32	32	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
			Aufsteigende Gehälter:
A 15	2	2	Direktorin, Direktor
A 14	7	7	Oberrätin, Oberrat
A 13	6	6	Rätin, Rat
A 13	1	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 11	1	2	Amtmännin, -frau, Amtmann
A 10	2	2	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	1	—	Inspektorin, Inspektor
A 7	2	—	Obersekretärin, Obersekretär
A 6	—	2	Sekretärin, Sekretär
C 2[2])	5	5	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
C 1	3	3	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	82	82	Zusammen

Haushaltsvermerke

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

[1]) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten, soweit sie Ämter der BesO A, B oder C innehaben, für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:

Ein(e) Vizepräsident/-in 63,91 EUR mtl.

[2]) ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. HV Nr. 12 Abs. 2 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 10 bis 06 30 (Fassung 2001).

[3]) Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberinnen/Amtsinhaber können Professorinnen/Professoren aus diesen Planstellen nach der BesO C besoldet werden. Dies gilt auch für im Rahmen des HOK versetzte Professorinnen/Professoren, soweit sie in der BesO C verbleiben.

[4]) 1 kw bei Fortfall der Stiftungsmittel (2017).

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9	1	Inspektorin, Inspektor gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 11 – Amtmännin, -frau, Amtmann
Bes.-Gr. A 7	2	Obersekretärin, Obersekretär gegen Fortfall von Planstellen der Bes.-Gr. A 6 – Sekretärin, Sekretär
Zusammen	3	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	1	Amtmännin, -frau, Amtmann gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. A 9 – Inspektorin, Inspektor
Bes.-Gr. A 6	2	Sekretärin, Sekretär gegen Schaffung von Planstellen der Bes.-Gr. A 7 – Obersekretärin, Obersekretär
Zusammen	3	

Zusätzliche Erläuterungen:

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 2 Akademische Direktorinnen, Akademische Direktoren
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 6 Akademische Oberrätinnen, Akademische Oberräte
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon 6 Akademische Rätinnen, Akademische Räte

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Planmäßige Beamte/-innen[1]
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	2	2	Leitende Direktorin/Leitender Direktor
A 15[10]	12	12	Direktorin/Direktor
A 14[10]	34	34	Oberrätin/Oberrat
A 13	12	12	Rätin/Rat
A 13[7]	5	5	Oberamtsrätin/Oberamtsrat
A 12	5	5	Amtsrätin/Amtsrat
A 11	5	5	Amtmännin/-frau/Amtmann
A 10	13	13	Oberinspektorin/Oberinspektor
A 9	2	2	Inspektorin/Inspektor
W 3[8][11]	58	58	Universitätsprofessorin/Universitätsprofessor
W 2[6][8][11]	49	49	Universitätsprofessorin/Universitätsprofessor
W 2[8][10]	40	40	Universitätsprofessorin (auf Zeit)/ Universitätsprofessor (auf Zeit)
W 1	15	15	Juniorprofessorin/Juniorprofessor
C 2[9]	6	6	Hochschuldozentin/Hochschuldozent
C 2[10]	5	5	Hochschuldozentin (auf Zeit)/ Hochschuldozent (auf Zeit)
C 1[2][3]	28	28	Wissenschaftliche Assistentin/ Wissenschaftlicher Assistent
	291	291	Zusammen
			Leerstellen[4]:
W 3	1	—	Universitätsprofessorin/Universitätsprofessor
A 10	2	2	Oberinspektorin/Oberinspektor
A 9	2	2	Inspektorin/Inspektor
C 4[5]	5	5	Universitätsprofessorin/Universitätsprofessor
	10	9	Zusammen

Haushaltsvermerke

Neben den nachstehend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

[1]) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:

1 1. Prorektor/-in 153,39 EUR mtl.
1 2. Prorektor/-in 127,82 EUR mtl.

[2]) Bis zu 50 v. H. der Stellen dürfen verwendet werden für wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen, die zugleich zum Zwecke ihrer wissenschaftlichen oder ihrer fachärztlichen Weiterbildung beschäftigt sind (§ 65 Abs. 3 Satz 4 NHG).

[3]) Bis zu 35 v. H. der Stellen können für Ärzte/-innen (Fachärzte/-innen, Fachzahnärzte/-innen) in Anspruch genommen werden, die bei Vorliegen der tarifvertraglichen Voraussetzungen in die Verg.-Gr. Ib BAT einzustufen sind.

[4]) kw.

[5]) Davon 3 für Toxikologie- und Aerosolforschung und 1 für das Institut für experimentelle und klinische Peptidforschung und 1 für die Abt. Biophysikalische Chemie.

[6]) 1 kw zum 31. 3. 2007 (Abt. Nephrologie).

[7]) 1 Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. der Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13, Anlage 1 zum BBesG.

[8]) Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberinnen/ Amtsinhaber können Professorinnen/Professoren sowie Oberassistentinnen/Oberassistenten aus diesen Planstellen nach der BesO C besoldet werden. Dies gilt auch für im Rahmen des HOK versetzte Professorinnen/Professoren, soweit sie in der BesO C verbleiben.

[9]) je 1 kw 6 Jahre nach Besetzung der Planstellen für Versicherungsmedizin.

[10]) Bis zu 30 Planstellen insgesamt für Universitätsprofessoren a. Z., Hochschuldozenten, Hochschuldozenten a. Z., Oberassistenten, Akademische Oberräte und Akademische Direktoren jeweils mit oberärztlichen Aufgaben können im Rahmen außertariflicher Angestelltenverträge besetzt werden.

[11]) Bis zu 50 der Planstellen für Universitätsprofessoren mit ärztlichen Aufgaben können auch im Rahmen außertariflicher Chefarztverträge besetzt werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. W 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für ein gemeinsames Berufungsverfahren mit dem Annastift (Orthopädie)

Von den Planstellen entfällt auf die Funktionsgruppe „gehobener technischer Verwaltungsdienst“ nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 23. 12. 1971, BGBl. S. 2162, in der jeweils geltenden Fassung:

Bes.-Gr. A 13	Oberamtsrätin, Oberamtsrat davon 1 Bauoberamtsrätin, Bauoberamtsrat

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 16	Leitende Direktorin, Leitender Direktor davon 1 Leitende(r) Akademische(r) Direktorin, Direktor
Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 10 Akademische(r) Direktorin, Direktor 1 Pharmaziedirektorin, Pharmaziedirektor
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 30 Akademische(r) Oberrätin, Oberrat 1 Pharmazieoberrätin, Pharmazieoberrat
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon 8 Akademische(r) Rätin, Rat

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 22 Hochschule für Bildende Künste Braunschweig

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1])
			Feste Gehälter:
W 3	1	1	Präsidentin, Präsident
W 3	1	1	Vizepräsidentin, Vizepräsident
W 3[2])	21	21	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
W 2[2])	28	28	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
W 2[2])	2	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor (auf Zeit)
W 1	2	2	Juniorprofessorin, Juniorprofessor
			Aufsteigende Gehälter:
A 15	1	1	Direktorin, Direktor
A 14	2	2	Oberrätin, Oberrat
A 13	1	1	Oberamtsrätin,Oberamtsrat
A 12	1	1	Amtsrätin, Amtsrat
A 11	1	1	Amtfrau, Amtmann
C 1	1	1	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	62	62	Zusammen

Haushaltsvermerke

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

[1]) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten, soweit sie Ämter der BesO A, B oder C innehaben, für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:

1. Vizepräsident/-in	63,91 EUR monatlich
2. Vizepräsident/-in	63,91 EUR monatlich
3. Vizepräsident/-in	63,91 EUR monatlich

[2]) Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberinnen/Amtsinhaber können Professorinnen/Professoren aus diesen Planstellen nach der BesO C besoldet werden. Dies gilt auch für im Rahmen des HOK versetzte Professorinnen/Professoren, soweit sie in der BesO C verbleiben.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 23 Hochschule für Musik und Theater Hannover

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1])	
			Feste Gehälter:	
W 3	1	2	Präsidentin/Präsident	
W 3	1	—	Vizepräsidentin/Vizepräsident	
W 3[4])[5])	35	33	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
W 2[3])[5])	60	63	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 14	1	1	Oberrätin, Oberrat	
A 13	1	—	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	
A 12	1	1	Amtsrätin, Amtsrat	
A 11	—	1	Amtmännin/-frau, Amtmann	
A 10[6])	2	2	Oberinspektorin, Oberinspektor	
C 2	1	1	Hochschuldozentin, Hochschuldozent (auf Zeit)	
	103	104	Zusammen	
			Leerstellen:[2])	
			Aufsteigende Gehälter:	
C 4	1	1	Universitätsprofessor/-in	
	1	1	Zusammen	

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

[1]) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten, soweit sie Ämter der BesO A, B oder C innehaben, für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:

1. Vizepräsident/-in 63,91 EUR monatlich
2. Vizepräsident/-in 63,91 EUR monatlich

[2]) kw.

[3]) Rückverlagerung einer Stelle der Bes.-Gr. C 3 (W 2) in das Kapitel 06 08 zum 1. 10.2007.

[4]) 1 ku nach Bes.-Gr. W 2 bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers zum 31. 3. 2008.

[5]) Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberinnen/Amtsinhaber können Professorinnen/Professoren aus diesen Planstellen nach der BesO C besoldet werden. Dies gilt auch für im Rahmen des HOK versetzte Professorinnen/Professoren, soweit sie in der BesO C verbleiben.

[6]) 1 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang infolge Stellenhebung:

	Stellen	
Bes.-Gr. W 3	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor von Bes.-Gr. W 2 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. A 13	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat von Bes.-Gr. A 12 Amtsrätin, Amtsrat
Bes.-Gr. A 12	1	Amtsrätin, Amtsrat von Bes.-Gr. A 11 Amtfrau, Amtmann
Summe Zugang	4	

Abgang infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerks:

	Stellen	
Bes.-Gr. W 2	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor gem. HV Nr. 4 (HP 2006)

Abgang infolge Stellenhebung:

	Stellen	
Bes.-Gr. W 2	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor nach Bes.-Gr. W 3 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. A 12	1	Amtsrätin, Amtsrat nach Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrätin, Oberamtsrat
Bes.-Gr. A 11	1	Amtfrau, Amtsrat nach Bes.-Gr. A 12 Amtsrätin, Amtsrat
Summe Abgang	5	
Bleibt Abgang	1	

Erläuterungen zu den Haushaltsvermerken:

HV Nr. 4 Der alte kw-Vermerk [1 kw zum 31. 12. 2006 (Stiftungsprofessur Bes.-Gr. W 2/C 3)] wurde vollzogen (HP 2006).
Der neue ku-Vermerk wurde eingefügt (HP 2007).

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 34 Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1])
			Feste Gehälter:
W 3[2])	2	2	Präsidentin, Präsident/ Vizepräsidentin, Vizepräsident
W 2[6])	194	202	Professorin, Professor
			Aufsteigende Gehälter: Verwaltungsdienst
A 13	1	1	Rätin, Rat
A 12	1	1	Amtsrätin, Amtsrat
A 10[7])	5	5	Oberinspektorin, Oberinspektor
			Lehrkräfte
A 13[5])	1	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
	204	212	Zusammen

Haushaltsvermerke

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

[1]) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten, soweit sie Ämter der BesO A, B oder C innehaben, für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:
1 1. Vizepräsidentin, Vizepräsident 63,91 EUR mtl.
1 2. Vizepräsidentin, Vizepräsident 63,91 EUR mtl.
10 Dekaninnen, Dekane je 63,91 EUR mtl.

[2]) Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberin/des Amtsinhabers können diese Planstellen in der bisherigen Wertigkeit der Ämter der BesO A und B in Anspruch genommen werden.

[3]) – Frei. –

[4]) – Frei. –

[5]) 1 Stelle ku nach Verg.-Gr. III BAT bei Ausscheiden der Stelleninhaberin, des Stelleninhabers.

[6]) Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberinnen/ Amtsinhaber können Professorinnen/Professoren aus diesen Planstellen nach der BesO C besoldet werden. Dies gilt auch für im Rahmen des HOK versetzte Professorinnen/Professoren, soweit sie in der BesO C verbleiben.

[7]) Davon 1 kw bei Ausscheiden der Stelleninhaberin, des Stelleninhabers.

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

	Stellen	
Zugang:		
Bes.-Gr. W 2	1	Professorin, Professor infolge Verlagerung von Kapitel 06 38 (Umsetzung des Hochschuloptimierungskonzepts)
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. W 2	7	Professorin, Professor infolge Verlagerung nach Kapitel 06 38 (Umsetzung des Hochschuloptimierungskonzepts)
Bes.-Gr. W 2	2	Professorin, Professor infolge Verlagerung nach Kapitel 06 28 (Umsetzung des Hochschuloptimierungskonzepts)
Zusammen	9	
Bleibt Abgang	8	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 37 Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1])	[1]) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten, soweit sie Ämter der BesO A, B oder C innehaben, für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen: 1 Vizepräsidentin, Vizepräsident 63,91 EUR mtl. 10 Dekaninnen, Dekane je 63,91 EUR mtl.
			Feste Gehälter:	
W 3[6])	2	2	Präsidentin, Präsident/ Vizepräsidentin, Vizepräsident	
W 2[2])[7])	177	174	Professorin, Professor	[2]) Davon 2 Stiftungsprofessuren für das Institut für Fahrzeugbau.
			Aufsteigende Gehälter: Verwaltungsdienst	
A 13	1	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	[3]) – Frei –.
A 12	4	4	Amtsrätin, Amtsrat	[4]) – Frei –.
A 11	2	2	Amtmännin, Amtfrau, Amtmann	[5]) – Frei –.
A 10	2	2	Oberinspektorin, Oberinspektor	[6]) Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberin/des Amtsinhabers können diese Planstellen in der bisherigen Wertigkeit der Ämter der BesO A und B in Anspruch genommen werden.
	188	185	Zusammen	[7]) Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberinnen/ Amtsinhaber können Professorinnen/Professoren aus diesen Planstellen nach der BesO C besoldet werden. Dies gilt auch für im Rahmen des HOK versetzte Professorinnen/Professoren, soweit sie in der BesO C verbleiben.

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. W 2	3	Professorin, Professor infolge Verlagerung von Kapitel 06 08 (Umsetzung des Hochschuloptimierungskonzeptes)
Zusammen	3	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 38 Fachhochschule Hannover

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1])
			Feste Gehälter:
W 3[2])	2	2	Präsidentin, Präsident/ Vizepräsidentin, Vizepräsident
W 3	1	—	Professorin, Professor
W 2[3])[4])[6])[7])	229	210	Professorin, Professor
			Aufsteigende Gehälter: Verwaltungsdienst
A 13	1	1	Rätin, Rat
A 13[8])	2	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	1	1	Amtsrätin, Amtsrat
A 11	3	3	Amtmännin, Amtfrau, Amtmann
A 10	5	5	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	3	3	Inspektorin, Inspektor
			Lehrkräfte
A 12[5])	5	5	Fachlehrerin, Fachlehrer
A 12	5	5	Amtsrätin, Amtsrat
	257	236	Zusammen

Haushaltsvermerke

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

[1]) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten, soweit sie Ämter der BesO A, B oder C innehaben, für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:
2 Vizepräsidentinnen, Vizepräsidenten je 63,91 EUR mtl.
8 Dekaninnen, Dekane je 63,91 EUR mtl.

[2]) Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberin/des Amtsinhabers können diese Planstellen in der bisherigen Wertigkeit der Ämter der BesO A und B in Anspruch genommen werden.

[3]) Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberinnen/ Amtsinhaber können Professorinnen/Professoren aus diesen Planstellen nach der BesO C besoldet werden. Dies gilt auch für im Rahmen des HOK versetzte Professorinnen/Professoren, soweit sie in der BesO C verbleiben.

[4]) Davon 1 kw bei Wegfall der Gebühren.

[5]) 5 ku nach IV a BAT mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers.

[6]) Davon 1 kw für den FB Wirtschaft zum 1. 4. 2009.

[7]) Davon dürfen 17 Stellen nur für die Übernahme von Professorinnen, Professoren der Evangelischen Fachhochschule Hannover in Anspruch genommen werden. Besetzbar ab 1. 9. 2007.

[8]) Davon darf eine Stelle nur für die Übernahme eines Beamten der Evangelischen Fachhochschule Hannover in Anspruch genommen werden. Besetzbar ab 1. 9. 2007.

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. W 3	1	Professorin, Professor infolge Verlagerung von Kapitel 06 10 (Umsetzung des Hochschuloptimierungskonzepts)
Bes.-Gr. W 2	7	Professorin, Professor infolge Verlagerung von Kapitel 06 34 (Umsetzung des Hochschuloptimierungskonzepts)
Bes.-Gr. W 2	17	Professorin, Professor infolge Integration der Evangelischen Fachhochschule Hannover
Bes.-Gr. A 13	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat infolge Integration der Evangelischen Fachhochschule Hannover
Zusammen	26	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. W 2	5	Professorin, Professor infolge Verlagerung nach Kapitel 06 14, 06 29, 06 34 und 06 39 (Umsetzung des Hochschuloptimierungskonzepts)
Zusammen	5	
Bleibt Zugang	21	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 39 Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1])
			Feste Gehälter:
W 3[4])	2	2	Präsidentin, Präsident/ Vizepräsidentin, Vizepräsident
W 2[5])	326	324	Professorin, Professor
			Aufsteigende Gehälter: Verwaltungsdienst
A 13[2])	2	2	Rätin, Rat
A 13	1	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	4	4	Amtsrätin, Amtsrat
A 11	3	3	Amtmännin/-frau, Amtmann
A 10	3	3	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	2	2	Inspektorin, Inspektor
A 7	1	1	Obersekretärin, Obersekretär
			Lehrkräfte
A 15	1	1	Studiendirektorin, Studiendirektor
A 14	2	2	Oberstudienrätin, Oberstudienrat
A 13	1	1	Studienrätin, Studienrat
A 13[9])	2	2	Seefahrtoberlehrerin, Seefahrtoberlehrer
A 13[8])	1	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 11[7])	1	1	Funklehrerin, Funklehrer
	352	350	Zusammen

Haushaltsvermerke

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

[1]) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten, soweit sie Ämter der BesO A, B oder C innehaben, für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:
3 Vizepräsidentinnen, Vizepräsidenten je 63,91 EUR mtl.
9 Dekaninnen, Dekane je 63,91 EUR mtl.

[2]) Davon 1 ku nach Bes-Gr. A 11 (Leiter der Bibliothek).
(vormals HV Nr. 2 bei 06 35)

[3]) – Frei –.

[4]) Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberin/des Amtsinhabers können diese Planstellen in der bisherigen Wertigkeit der Ämter der BesO A und B in Anspruch genommen werden.

[5]) Bis zum Ausscheiden der Amtsinhaberinnen/ Amtsinhaber können Professorinnen/Professoren aus diesen Planstellen nach der BesO C besoldet werden. Dies gilt auch für im Rahmen des HOK versetzte Professorinnen/Professoren, soweit sie in der BesO C verbleiben.

[6]) – Frei –.

[7]) Die Stelleninhaberin, der Stelleninhaber erhält nach zehnjähriger Dienstzeit als Funklehrerin, Funklehrer, gerechnet vom Tage der Anstellung an, eine Amtszulage nach Anlage II LBes.O.
(vormals HV Nr. 3 bei 06 32)

[8]) 1 ku nach Verg.-Gr. III BAT bei Ausscheiden der Stelleninhaberin, des Stelleninhabers.

[9]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 13 NBesO.
(vormals HV Nr. 2 bei 07 21)

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. W 2	2	Professorin, Professor infolge Verlagerung von Kapitel 06 38 (Umsetzung des Hochschuloptimierungskonzeptes)
Zusammen	2	

Erläuterungen zu den Haushaltsvermerken:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1
(Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten, soweit sie Ämter der BesO A, B oder C innehaben, für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen (FH O):
2 Vizepräsidentinnen, Vizepräsidenten je 63,91 EUR mtl.
6 Dekaninnen, Dekane je 63,91 EUR mtl.

Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten, soweit sie Ämter der BesO A, B oder C innehaben, für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen (FH Ol):
4 Dekaninnen, Dekane je 63,91 EUR mtl.

Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten, soweit sie Ämter der BesO A, B oder C innehaben, für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen (FH WHV):
5 Dekaninnen, Dekane je 63,91 EUR mtl.)

wurde angepasst.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
89,98	89,98	86,97

Zugänge

-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)
- Sonstige Veränderungen
Summe Zugänge 0,00

Abgänge

-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)
- Minderung aufgrund ZV I
- Minderung aufgrund ZV II
- Sonstige Veränderungen
Summe Abgänge 0,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
3.521	3.575	3.588

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 45 Niedersächsische Landesbibliothek Hannover

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) kw.
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	1	Leitende(r) Direktorin, Direktor	
A 15	3	3	Direktorin, Direktor	
A 14	4	4	Oberätin, Oberrat	
A 12	4	4	Amtsrätin, Amtsrat	
A 11	2	2	Amtfrau, Amtmännin, Amtmann	
A 10	9	8	Oberinspektorin, Oberinspektor	
A 9	6	7	Inspektorin, Inspektor	
A 8	1	1	Hauptsekretärin, Hauptsekretär	
A 7	6	4	Obersekretärin, Obersekretär	
A 6	2	4	Sekretärin, Sekretär	
	38	38	Zusammen	
			Leerstellen:[1])	
A 14	—	1	Oberrätin, Oberrat	
	—	1	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamtinnen, Beamte:

Stellenhebungen gem. Hebungsmodell:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektorin, Oberinspektor –	1	von Bes.-Gr. A 9 – Inspektorin, Inspektor –
Bes.-Gr. A 7 – Obersekretärin, Obersekretär –	2	von Bes.-Gr. A 6 – Sekretärin, Sekretär –
Zusammen	3	

Leerstellen:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	Oberrätin, Oberrat
Zusammen	1	

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Bis zum Inkrafttreten tarifvertraglicher Neuregelungen ist eine Angestellte im Bibliotheksdienst für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.
			Angestellte	[2]) kw.
V c	3	3	Verwaltungsdienst	
VI b	3	3		
VII	2	2		
VIII	7	7		
II a	1	1	Wissenschaftlicher Dienst	
IV b	3	3	Bibliotheks- bzw. Archivdienst	
V b	6	6		
V c[1])	1	1		
VI b	4	4		
VII	3	3		
VIII	8	8		
V b	1	1	Technischer Dienst	
V c	3	3		
	45	45	Zusammen	
			Leerstellen:[2])	
V c	—	1	Verwaltungsdienst	
VI b	—	1		
V b	—	1	Bibliotheks- bzw. Archivdienst	
	—	3	Zusammen	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 45 Niedersächsische Landesbibliothek Hannover

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte:

Leerstellen:

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. V b	1	– Bibliotheks- bzw. Archivdienst –
Verg.-Gr. V c	1	– Verwaltungsdienst –
Verg.-Gr. VI b	1	
Zusammen	3	

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Beamtinnen, Beamte im Vorbereitungsdienst	
A 13	15	15	Bibliotheksreferendarin, Bibliotheksreferendar	
	15	15	Zusammen	
			Arbeiter/-innen	
4	1	1	Kraftfahrdienst	
4	2	2	Sonstige Dienste	
3	1	1		
2 a	3	3		
	(1)	(1)	(hiervon: Boten, Pförtner, Hausmeister usw.)	
	7	7	Zusammen	
			Leerstellen:	
Lohn-Gr. 4	—	1	Sonstige Dienste	
	—	1	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen:

Leerstellen

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	1	Sonstige Dienste
Zusammen	1	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
39,30	39,30	37,96

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00

Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
1.516	1.529	1.501

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 46 Landesbibliothek Oldenburg

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor	
A 14	2	2	Oberrätin, Oberrat	
A 13	1	1	Rätin, Rat	
A 12	2	1	Amtsrätin, Amtsrat	
A 11	1	2	Amtsfrau, Amtmännin, Amtmann	
A 10	3	3	Oberinspektorin, Oberinspektor	
A 9	1	1	Inspektorin, Inspektor	
A 8	1	1	Hauptsekretärin, Hauptsekretär	
A 7	3	2	Obersekretärin, Obersekretär	
A 6	2	2	Sekretärin, Sekretär	
	17	16	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamtinnen, Beamte:

Zugang:
Bes.-Gr. A 7
– Obersekretärin, Obersekretär – 1 Stellen gegen Wegfall einer Stelle der Verg.-Gr. VI b – Bibliotheks- bzw. Archivdienst –

Zusammen 1

Hebungen:
Bes.-Gr. A 12
– Amtsrätin/Amtsrat – 1 Stellen von Bes.-Gr. A 11 – Amtsfrau, Amtmännin, Amtmann –

Zusammen 1

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Angestellte	
V c	1	1	Verwaltungsdienst	
V b	6	6	Bibliotheks- bzw. Archivdienst	
VI b	1	2		
VIII	3	3		
IX b	1	1		
VII	1	1	Technischer Dienst	
IX b–VII[2])	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst	
	14	15	Zusammen	

[2]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte:

Abgang:
Verg.-Gr. VI b
– Bibliotheks- bzw. Archivdienst – 1 Stellen gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. A 7 – Obersekretärin, Obersekretär –

Zusammen 1

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Arbeiter/-innen	
4	1	1	Sonstige Dienste	
3	1	1		
	(1)	(1)	(hiervon: Boten, Pförtner, Hausmeister usw.)	
	2	2	Zusammen	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
80,43	80,43	79,52

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
3.560	3.602	3.685

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 47 Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Davon 1 kw bei Beendigung der Altkatalogisierung.
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	1	Leitende Direktorin, Direktor	
A 15	2	2	Direktorin, Direktor	
A 14	3	3	Oberrätin, Oberrat	
A 12	2	2	Amtsrätin, Amtsrat	
A 11[1])	3	4	Amtfrau, Amtmännin, Amtmann	
A 10[1])	8	6	Oberinspektorin, Oberinspektor	
A 9	4	5	Inspektorin, Inspektor	
A 7	2	2	Obersekretärin, Obersekretär	
A 6	2	2	Sekretärin, Sekretär	
	27	27	Zusammen	
			Leerstellen:	
A 9	1	1	Inspektorin, Inspektor	
	1	1	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamtinnen, Beamte:

Stellenhebungen gem. Hebungsmodell:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektorin, Oberinspektor –	1	von Bes.-Gr. A 9 – Inspektorin, Inspektor –
Zusammen	1	

Senkungen:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektorin, Oberinspektor –	1	von Bes.-Gr. A 11 – Amtfrau, Amtmännin, Amtmann –
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 zur Bes.-Gr. A 11 (Davon 1 ku nach Bes.-Gr. A 10 nach Ausscheiden des Stelleninhabers) ist entfallen.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 47 Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte
Außertariflich	1	1	Wissenschaftlicher Dienst
I	1	1	
I b	3	3	
II a	6	6	
IV a[1])	1	1	Bibliotheks- bzw. Archivdienst[4])
IV b	—	1	
V b	2	2	
VI b	2	2	
VII	2	2	
VIII	3	3	
IX b	1	1	
V c	1	1	Verwaltungsdienst
VI b	2	2	
VIII	1	1	
III	1	1	Technischer Dienst
IV a	1	1	
IV b	2	2	
V b	1	1	
V c	2	2	
VIII[6])	3	3	
IX b–VII[3])	4	4	Schreib- und Fernschreibdienst
VIII	2	2	Sonstiger Dienst
	42	43	Zusammen
			Leerstellen:
IV b	1	1	Bibliotheks- bzw. Archivdienst
	1	1	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) kw bei Ausscheiden der Stelleninhaberin.

[3]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[4]) Davon 1 kw.

[6]) Davon darf eine Stelle nur mit einer Halbtagskraft besetzt werden.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte:

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b – Bibliotheks- bzw. Archivdienst –	1	infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerks.
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 zur Verg.-Gr. IV b – Bibliotheks- bzw. Archivdienst – (kw) ist entfallen.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Arbeiter/-innen
4	1	1	Kraftfahrdienst
2 a	3	3	Sonstige Dienste
1[1])	3	3	Reinigungsdienst
	7	7	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Davon darf eine Stelle nur mit einer Halbtagskraft besetzt werden.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
24,00	24,00	22,90

Zugänge

-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00

Abgänge

-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
1.084	1.094	1.123

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 49 Institut für Vogelforschung – Vogelwarte Helgoland – in Wilhelmshaven-Rüstersiel

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor	
A 15	1	1	Direktorin, Direktor	
A 14	—	—	Oberrätin, Oberrat	
	2	2	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 16	Leitende Direktorin, Leitender Direktor davon 1 Leitende Wissenschaftliche Direktorin, Leitender Wissenschaftlicher Direktor
Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 1 Wissenschaftliche Direktorin, Wissenschaftlicher Direktor

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Angestellte	
V c	1	1	Verwaltungsdienst	
VII	2	2		
VIII	1	1		
I b[1])	2	2	Wissenschaftlicher Dienst	
II a	2	2		
IV a[2])	1	1	Bibliotheksdienst	
IV b	1	1	Technischer Dienst	
V b	2	2		
VI b	2	2		
VII	1	1		
VIII	1	1		
IX b–VII[3])	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst	
	17	17	Zusammen	

[1]) 1 DW auf der Inselstation Helgoland.

[2]) Der Stelleninhaber kann bis zu 50 % seiner Tätigkeit beim Nieders. Institut für historische Küstenforschung (Kap. 06 50) beschäftigt werden. Auf eine anteilige Erstattung der Vergütung wird in diesem Falle verzichtet.

[3]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Arbeiter/-innen	
1	1	1	Reinigungsdienst	
1	1	1	Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst	
5[1])	1	1		
4	1	1	Sonstige Dienste	
3	1	1		
	5	5	Zusammen	

[1]) 1 DW im Institut in Wilhelmshaven.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
17,50	18,00	17,00

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	0,50
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,50
bleibt Abgang	0,50

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
837	851	839

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 50 Niedersächsisches Institut für historische Küstenforschung

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor	
A 15	1	1	Direktorin, Direktor	
A 14	1	1	Oberrätin, Oberrat	
A 13	1	1	Rätin, Rat	
	4	4	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 16	Leitende Direktorin, Leitender Direktor davon 1 Leitende Wissenschaftliche Direktorin, Leitender Wissenschaftlicher Direktor
Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 1 Wissenschaftliche Direktorin, Wissenschaftlicher Direktor
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 1 Wissenschaftliche Oberrätin, Wissenschaftlicher Oberrat
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon 1 Wissenschaftliche Rätin, Wissenschaftlicher Rat

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 1969 829) nachgewiesen.
			Angestellte	
V c	1	1	Verwaltungsdienst	
II a	2	2	Wissenschaftlicher Dienst	
V b	5	5	Technischer Dienst	
V c	2	2		
VI b	1	1		
IX b–VII[1])	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst	
	12	12	Zusammen	

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) 1 DW im Institut in Wilhelmshaven.
			Arbeiter/-innen	
4[1])	1	1	Hausmeisterdienst	
	1	1	Zusammen	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 51 Technische Informationsbibliothek an der Universität Hannover

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) kw.
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte	
			Feste Gehälter:	
B 3	1	1	Direktorin, Direktor der Technischen Informationsbibliothek und der Universitäts-bibliothek Hannover	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	1	Ltd. Direktorin, Ltd. Direktor	
A 14	3	3	Oberrätin, Oberrat	
A 13	1	1	Rätin, Rat	
A 13	2	2	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	
A 12	2	2	Amtsrätin, Amtsrat	
A 11	7	5	Amtfrau, Amtmännin, Amtmann	
A 10	12	14	Oberinspektorin, Oberinspektor	
A 8	3	3	Hauptsekretärin, Hauptsekretär	
A 7	4	3	Obersekretärin, Obersekretär	
A 6	1	2	Sekretärin, Sekretär	
	37	37	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes-Gr. A 11	2	Hebung von Bes.-Gr. A 10 ab 1. 1. 2007
Bes.-Gr. A 7	1	Hebung von Bes.-Gr. A 6 ab 1. 1. 2007
Zusammen	3	

Abgang:	Stellen	
Bes-Gr. A 10	2	Hebung nach Bes.-Gr. A 11 ab 1. 1. 2007
Bes.-Gr. A 6	1	Hebung nach Bes.-Gr. A 7 ab 1. 1. 2007
Zusammen	3	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 60 Staatstheater Braunschweig

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 11	1	—	Amtfrau, Amtmännin, Amtmann	
A 10	—	1	Oberinspektorin, Oberinspektor	
	1	1	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamtinnen, Beamte:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11 – Amtfrau, Amtmännin, Amtmann –	1	infolge Verlagerung von Kapitel 06 01 (Stellentausch)
Zusammen	1	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektorin Oberinspektor –	1	infolge Verlagerung nach Kapitel 06 01 (Stellentausch)
Zusammen	1	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
32,74	33,74	33,75

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	1,00
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	1,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	2,00
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	2,00
bleibt Abgang	1,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
1.302	1.310	1.416

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 61 Oldenburgisches Staatstheater

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor	
A 12	1	1	Amtsrätin, Amtsrat	
	2	2	Zusammen	

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Angestellte	
V b	2	2	Verwaltungsdienst	
V c	3	2		
VI b	2	2		
VII	7	7		
IV b	1	1	Datenverarbeitungsdienst	
IX b–VII	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst	
	16	15	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte:

Als Abweichung von der Stellenübersicht im Haushaltsjahr 2005 genehmigt:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. V c		
– Verwaltungsdienst –	1	neu für die Neuorganisation der Besucherakquise
Zusammen	1	

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Arbeiterinnen, Arbeiter	
4	1	1	Boten-, Pförtner- und	
3	4	4	Hausmeisterdienst	
2	1	1		
1	11	13	Reinigungsdienst	
	17	19	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiterinnen, Arbeiter:

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 1		
– Reinigungsdienst –	2	als Einsparung für eine genehmigte Abweichung von der Stellenübersicht im Haushaltsjahr 2005 sowie teilweise Umstellung auf Fremdreinigung
Zusammen	2	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
54,40	-	-
(unverbindlich)		

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	54,40
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	54,40
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,00
bleibt Zugang	54,40

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
2.400	-	-

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 62 Nds. Landesmuseum Hannover

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Eine Stelle – Abteilung Urgeschichte – darf mit zwei teilzeitbeschäftigten Angestellten der Verg.-Gr. II a BAT besetzt werden. Die Gesamtarbeitszeit darf die regelmäßige Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft nicht übersteigen.
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte	[3]) kw.
			Feste Gehälter:	
B 2	1	—	Direktorin, Direktor des Nds. Landesmuseums Hannover	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 15	3	—	Direktorin, Direktor	
A 14	6	—	Oberkustodin, Oberkustos	
A 13[1])	3	—	Kustodin, Kustos	
A 12	1	—	Amtsrätin, Amtsrat	
A 10	1	—	Oberinspektorin, Oberinspektor	
	15	—	Zusammen	
			Leerstellen:	
A 13[3])	1	—	Kustodin, Kustos	

Erläuterungen zum Stellenplan

Sämtliche Planstellen sind aus dem Kapitel 06 65 verlagert worden, wobei die zugehörigen Haushaltsvermerke unter Beibehaltung der Ziffer aber mit redaktioneller Anpassung übernommen wurden.

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.
			Angestellte	[6]) Davon 1 Stelle ku nach Verg.-Gr. VII – Verwaltungsdienst – nach Ausscheiden der Stelleninhaberin –.
II a	1	—	Verwaltungsdienst	
IV b	2	—		
V b[6])	1	—		
V c	2	—		
VII	4	—		
I b	1	—	Wissenschaftlicher Dienst	
II a	1	—		
V b	1	—	Bibliotheksdienst	
V c	1	—		
II a	1	—	Technischer Dienst	
III	1	—		
IV a	1	—		
IV b	3	—		
V b	5	—		
V c	1	—		
IX b–VII[1])	4	—	Schreib- und Fernschreibdienst	
VIII	1	—	Sonstige Dienste	
IX b	1	—		
	32	—	Zusammen	
			Leerstellen:	
VII	1	—	Verwaltungsdienst	
IX a	1	—		
	2	—	Zusammen	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 62 Nds. Landesmuseum Hannover

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Sämtliche Stellen sind aus dem Kapitel 06 65 verlagert worden, wobei die zugehörigen Haushaltsvermerke unter Beibehaltung der Ziffer aber mit redaktioneller Anpassung übernomen wurden.

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[2]) Die Stellen im Aufsichtsdienst (Lohn-Gr. 2 a und 3) dürfen für je 2 Kräfte des Aufsichtsdienstes derselben oder einer niedrigeren Lohngruppe in Anspruch genommen werden.
			Arbeiter/-innen	
6	2	—	Technischer Dienst	
5	3	—		
2 a	1	—	Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst	
3[2])	3	—	Aufsichtsdienst	
2 a[2])	5	—		
5	1	—	Sonstige Dienste	
	15	—	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Sämtliche Stellen sind aus dem Kapitel 06 65 verlagert worden, wobei die zugehörigen Haushaltsvermerke unter Beibehaltung der Ziffer aber mit redaktioneller Anpassung übernomen wurden.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
89,87 (unverbindlich)	-	-

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	89,87
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	89,87
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,00
bleibt Zugang	89,87

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
3.638	-	-

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 63 Niedersächsische Landesmuseen Braunschweig

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[2]) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	2	—	Leitende Direktorin, Leitender Direktor	
A 15	1	—	Direktorin, Direktor	
A 14	6	—	Oberkustodin, Oberkustos	
A 13	4	—	Kustodin, Kustos	
A 9[2])	1	—	Amtsinspektorin, Amtsinspektor	
	14	—	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Sämtliche Planstellen sind aus dem Kapitel 06 65 verlagert worden, wobei die zugehörigen Haushaltsvermerke unter Beibehaltung der Ziffer aber mit redaktioneller Anpassung übernommen wurden.

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.
			Angestellte	
V b	2	—	Verwaltungsdienst	
VI b	1	—		
VII	2	—		
II a	1	—	Wissenschaftlicher Dienst	
V b	2	—	Bibliotheksdienst	
II a	1	—	Technischer Dienst	
III	1	—		
IV b	3	—		
V b	8	—		
VI b	6	—		
VIII	1	—		
IX b–VII[1])	5	—	Schreib- und Fernschreibdienst	
VIII	1	—	Sonstige Dienste	
	34	—	Zusammen	
			Leerstellen:	
V b	2	—	Technischer Dienst	
VIII	1	—		
	3	—	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Sämtliche Planstellen sind aus dem Kapitel 06 65 verlagert worden, wobei die zugehörigen Haushaltsvermerke unter Beibehaltung der Ziffer übernommen wurden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 63 Niedersächsische Landesmuseen Braunschweig

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Arbeiter/-innen	
6	1	—	Technischer Dienst	
5	3	—	Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst	
4	4	—		
3[2])	10	—	Aufsichtsdienst	
2 a[2])	10	—		
3	1	—	Sonstige Dienste	
	29	—	Zusammen	

[2]) Die Stellen im Aufsichtsdienst (Lohn-Gr. 2 a und 3) dürfen für je 2 Kräfte des Aufsichtsdienstes derselben oder einer niedrigeren Lohngruppe in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Sämtliche Planstellen sind aus dem Kapitel 06 65 verlagert worden, wobei die zugehörigen Haushaltsvermerke unter Beibehaltung der Ziffer übernommen wurden.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
49,20 (unverbindlich)	-	-

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	49,20
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	49,20
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,00
bleibt Zugang	49,20

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
1.993	-	-

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 64 Niedersächsische Landesmuseen Oldenburg

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	—	Leitende Direktorin, Leitender Direktor	
A 15	1	—	Direktorin, Direktor	
A 14	3	—	Oberkustodin, Oberkustos	
A 13	1	—	Kustodin, Kustos	
A 9	1	—	Amtsinspektorin, Amtsinspektor	
	7	—	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Sämtliche Planstellen wurden aus dem Kapitel 06 65 verlagert.
Haushaltsvermerke waren hierzu nicht ausgebracht.

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Angestellte	
V c	1	—	Verwaltungsdienst	
VII[5])	1	—		
VIII[2])[3])	2	—		
II a	1	—	Wissenschaftlicher Dienst	
III	1	—	Technischer Dienst	
IV a	2	—		
V b	4	—		
V c	1	—		
VI b	3	—		
VII	1	—		
VIII	3	—		
IX b–VII[1])[2])[3])	3	—	Schreib- und Fernschreibdienst	
	23	—	Zusammen	
			Leerstellen:	
V c	1	—	Verwaltungsdienst	
II a	1	—	Wissenschaftlicher Dienst	
IX b–VII	1	—	Schreib- und Fernschreibdienst	
	3	—	Zusammen	

[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

[2]) davon jeweils 1 kw

[3]) Bis zum Vollzug des kw-Vermerks zu [2]) darf jeweils eine Stelle nur mit einer Halbtagskraft besetzt werden.

[5]) Ku nach Verg.-Gr. IX b–VII BAT – Schreib- und Fernschreibdienst – nach Ausscheiden der Stelleninhaberin beim Landesmuseum für Natur und Mensch in Oldenburg.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Sämtliche Stellen sind aus dem Kapitel 06 65 verlagert worden, wobei die zugehörigen Haushaltsvermerke unter Beibehaltung der Ziffer aber mit redaktioneller Anpassung übernommen wurden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 64 Niedersächsische Landesmuseen Oldenburg

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Arbeiter/-innen
2 a	1	—	Reinigungsdienst
1	1	—	
5	1	—	Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst
4	2	—	
2 a	1	—	
3[2])	3	—	Aufsichtsdienst
2 a[2])	5	—	
	14	—	Zusammen

Haushaltsvermerke

[2]) Die Stellen im Aufsichtsdienst (Lohn-Gr. 2 a und 3) dürfen für je 2 Kräfte des Aufsichtsdienstes derselben oder einer niedrigeren Lohngruppe in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Sämtliche Stellen sind aus dem Kapitel 06 65 verlagert worden, wobei die zugehörigen Haushaltsvermerke unter Beibehaltung der Ziffer übernommen wurden.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
-	193,57	178,71

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	193,57
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	193,57
bleibt Abgang	193,57

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
-	8.128	7.927

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 65 Staatliche Museen

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Eine Stelle beim Nds. Landesmuseum Hannover – Abteilung Urgeschichte – darf mit zwei teilzeitbeschäftigten Angestellten der Verg.-Gr. II a BAT besetzt werden. Die Gesamtarbeitszeit darf die regelmäßige Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft nicht übersteigen.
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte	[2]) Ein Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
			Feste Gehälter:	[3]) kw für das Nieders. Landesmuseum Hannover.
B 2	—	1	Direktorin, Direktor des Nds. Landesmuseums Hannover	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	—	3	Leitende Direktorin, Leitender Direktor	
A 15	—	5	Direktorin, Direktor	
A 14	—	15	Oberkustodin, Oberkustos	
A 13[1])	—	8	Kustodin, Kustos	
A 12	—	1	Amtsrätin, Amtsrat	
A 10	—	1	Oberinspektorin, Oberinspektor	
A 9[2])	—	2	Amtsinspektorin, Amtsinspektor	
	—	36	Zusammen	
			Leerstellen:	
A 13[3])	—	1	Kustodin, Kustos	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamtinnen, Beamte:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2		
Direktorin, Direktor des Nds. Landesmuseums Hannover	1	verlagert nach Kapitel 06 62
Bes.-Gr. A 16		
Leitende Direktorin, Leitender Direktor	3	davon 2 verlagert nach Kapitel 06 63 1 verlagert nach Kapitel 06 64
Bes.-Gr. A 15		
Direktorin, Direktor	5	davon 3 verlagert nach Kapitel 06 62 1 verlagert nach Kapitel 06 63 1 verlagert nach Kapitel 06 64
Bes.-Gr. A 14		
Oberkustodin, Oberkustos	15	davon 6 verlagert nach Kapitel 06 62 6 verlagert nach Kapitel 06 63 3 verlagert nach Kapitel 06 64
Bes.-Gr. A 13		
Kustodin, Kustos	8	davon 3 verlagert nach Kapitel 06 62 4 verlagert nach Kapitel 06 63 1 verlagert nach Kapitel 06 64
Bes.-Gr. A 12		
Amtsrätin, Amtrat	1	verlagert nach Kapitel 06 62
Bes.-Gr. A 10		
Oberinspektorin, Oberinspektor	1	verlagert nach Kapitel 06 62
Bes.-Gr. A 9		
Amtsinspektorin, Amtsinspektor	2	davon 1 verlagert nach Kapitel 06 63 1 verlagert nach Kapitel 06 64
Zusammen	36	

Leerstellen:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13		
Kustodin, Kustos	1	verlagert nach Kapitel 06 62
Zusammen	1	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 65 Staatliche Museen

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte
II a	—	1	Verwaltungsdienst
IV b	—	2	
V b[6])	—	3	
V c	—	3	
VI b	—	1	
VII[5])	—	7	
VIII[2])[3])	—	2	
I b	—	1	Wissenschaftlicher Dienst
II a	—	3	
V b	—	3	Bibliotheksdienst
V c	—	1	
II a	—	2	Technischer Dienst
III	—	3	
IV a	—	3	
IV b	—	6	
V b	—	17	
V c	—	2	
VI b	—	9	
VII	—	1	
VIII	—	4	
IX b–VII[1])[2])[3])	—	12	Schreib- und Fernschreibdienst
VIII	—	2	Sonstige Dienste
IX b	—	1	
	—	89	Zusammen
			Leerstellen:
V c	—	1	Verwaltungsdienst
VII	—	1	
IX a	—	1	
II a	—	1	Wissenschaftlicher Dienst
V b	—	2	Technischer Dienst
VIII	—	1	
IX b–VII	—	1	Schreib- und Fernschreibdienst
	—	8	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

[2]) davon jeweils 1 kw

[3]) Bis zum Vollzug des kw-Vermerks zu [2]) darf jeweils eine Stelle nur mit einer Halbtagskraft besetzt werden.

[5]) Davon 1 Stelle ku nach Verg.-Gr. IX b–VII BAT – Schreib- und Fernschreibdienst – nach Ausscheiden der Stelleninhaberin beim Landesmuseum für Natur und Mensch in Oldenburg.

[6]) Davon 1 Stelle ku nach Verg.-Gr. VII – Verwaltungsdienst – nach Ausscheiden der Stelleninhaberin beim Nds. Landesmuseum Hannover.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte:

Abgang:	Stellen	
– Verwaltungsdienst –		
Verg.-Gr. II a	1	verlagert nach Kapitel 06 62
Verg.-Gr. IV b	2	verlagert nach Kapitel 06 62
Verg.-Gr. V b	3	davon
		1 verlagert nach Kapitel 06 62
		2 verlagert nach Kapitel 06 63
Verg.-Gr. V c	3	davon
		2 verlagert nach Kapitel 06 62
		1 verlagert nach Kapitel 06 64
Verg.-Gr. VI b	1	verlagert nach Kapitel 06 63
Verg.-Gr. VII	7	davon
		4 verlagert nach Kapitel 06 62
		2 verlagert nach Kapitel 06 63
		1 verlagert nach Kapitel 06 64
Verg.-Gr. VIII	2	verlagert nach Kapitel 06 64
– Wissenschaftlicher Dienst –		
Verg.-Gr. I b	1	verlagert nach Kapitel 06 62
Verg.-Gr. II a	3	davon
		1 verlagert nach Kapitel 06 62
		1 verlagert nach Kapitel 06 63
		1 verlagert nach Kapitel 06 64
– Bibliotheksdienst –		
Verg.-Gr. V b	3	davon
		1 verlagert nach Kapitel 06 62
		2 verlagert nach Kapitel 06 63
Verg.-Gr. V c	1	verlagert nach Kapitel 06 62
zu übertragen	27	

noch Abgang:	Stellen	
Übertrag	27	
– Technischer Dienst –		
Verg.-Gr. II a	2	davon
		1 verlagert nach Kapitel 06 62
		1 verlagert nach Kapitel 06 63
Verg.-Gr. III	3	davon
		1 verlagert nach Kapitel 06 62
		1 verlagert nach Kapitel 06 63
		1 verlagert nach Kapitel 06 64
Verg.-Gr. IV a	3	davon
		1 verlagert nach Kapitel 06 62
		2 verlagert nach Kapitel 06 64
Verg.-Gr. IV b	6	davon
		3 verlagert nach Kapitel 06 62
		3 verlagert nach Kapitel 06 63
Verg.-Gr. V b	17	davon
		5 verlagert nach Kapitel 06 62
		8 verlagert nach Kapitel 06 63
		4 verlagert nach Kapitel 06 64
Verg.-Gr. V c	2	davon
		1 verlagert nach Kapitel 06 62
		1 verlagert nach Kapitel 06 64
Verg.-Gr. VI b	9	davon
		6 verlagert nach Kapitel 06 63
		3 verlagert nach Kapitel 06 64
Verg.-Gr. VII	1	verlagert nach Kapitel 06 64
Verg.-Gr. VIII	4	davon
		1 verlagert nach Kapitel 06 63
		3 verlagert nach Kapitel 06 64
zu übertragen	74	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

noch Abgang:	Stellen	
Übertrag	74	
– Schreib- und Fernschreibdienst –		
Verg.-Gr. IX b-VII	12	davon
		4 verlagert nach Kapitel 06 62
		5 verlagert nach Kapitel 06 63
		3 verlagert nach Kapitel 06 64
– Sonstige Dienste –		
Verg.-Gr. VIII	2	davon
		1 verlagert nach Kapitel 06 62
		1 verlagert nach Kapitel 06 63
Verg.-Gr. IX b	1	verlagert nach Kapitel 06 62
Zusammen	89	

Leerstellen: Abgang:	Stellen	
– Verwaltungsdienst –		
Verg.-Gr. V c	1	verlagert nach Kapitel 06 64
Verg.-Gr. VII	1	verlagert nach Kapitel 06 62
Verg.-Gr. IX a	1	verlagert nach Kapitel 06 62
– Wissenschaftlicher Dienst –		
Verg.-Gr. II a	1	verlagert nach Kapitel 06 64
– Technischer Dienst –		
Verg.-Gr. V b	2	verlagert nach Kapitel 06 63
Verg.-Gr. VIII	1	verlagert nach Kapitel 06 63
– Schreib- und Fernschreibdienst –		
Verg.-Gr. IX b-VII	1	verlagert nach Kapitel 06 64
Zusammen	8	

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Arbeiter/-innen
6	—	3	Technischer Dienst
5	—	3	
2 a	—	1	Reinigungsdienst
1	—	1	
5	—	4	Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst
4	—	6	
2 a	—	2	
3[2])	—	16	Aufsichtsdienst
2 a[2])	—	20	
5	—	1	Sonstige Dienste
3	—	1	
	—	58	Zusammen

Haushaltsvermerke

[2]) Die Stellen im Aufsichtsdienst (Lohn-Gr. 2 a und 3) dürfen für je 2 Kräfte des Aufsichtsdienstes derselben oder einer niedrigeren Lohngruppe in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen:

Abgang:	Stellen	
– Technischer Dienst –		
Lohn-Gr. 6	3	davon
		2 verlagert nach Kapitel 06 62
		1 verlagert nach Kapitel 06 63
Lohn-Gr. 5	3	verlagert nach Kapitel 06 62
–Reinigungsdienst –		
Lohn-Gr. 2 a	1	verlagert nach Kapitel 06 64
Lohn-Gr. 1	1	verlagert nach Kapitel 06 64
– Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst –		
Lohn-Gr. 5	4	davon
		3 verlagert nach Kapitel 06 63
		1 verlagert nach Kapitel 06 64
Lohn-Gr. 4	6	davon
		4 verlagert nach Kapitel 06 63
		2 verlagert nach Kapitel 06 64
Lohn-Gr. 2 a	2	davon
		1 verlagert nach Kapitel 06 62
		1 verlagert nach Kapitel 06 64
– Aufsichtsdienst –		
Lohn-Gr. 3	16	davon
		3 verlagert nach Kapitel 06 62
		10 verlagert nach Kapitel 06 63
		3 verlagert nach Kapitel 06 64
Lohn-Gr. 2 a	20	davon
		5 verlagert nach Kapitel 06 62
		10 verlagert nach Kapitel 06 63
		5 verlagert nach Kapitel 06 64
– Sonstige Dienste –		
Lohn-Gr. 5	1	verlagert nach Kapitel 06 62
Lohn-Gr. 3	1	verlagert nach Kapitel 06 63
Zusammen	58	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 zur Lohn-Gr. 1 (kw zum 31. 12. 2006 zur Erfüllung der Einsparauflage nach § 9 Abs. 2 HG 1995/1996 und 1997/1998) ist entfallen.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
103,42	110,42	113,70

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	1,00
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	6,00
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	7,00
bleibt Abgang	7,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
5.264	5.597	6.098

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 76 Denkmalpflege

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[2]) Im Kapitel 06 76 waren im Zuge der Verwaltungsmodernisierung (Auflösung der Bezirksregierungen) ursprünglich insgesamt 30 kw-Vermerke auszubringen. Hiervon sind noch 23 umzusetzen. Die Umsetzung erfolgt nach Maßgabe des Abschlussberichtes der Projektgruppe „Binnenstruktur NLD“.
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte[2])	
			Feste Gehälter:	
B 2	1	1	Präsidentin oder Präsident des Landesamtes für Denkmalpflege	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	1	Landeskonservatorin, Landeskonservator	
A 15	1	1	Hauptkonservatorin, Hauptkonservator	
A 15	2	2	Direktorin, Direktor	
A 14	5	5	Oberrätin, Oberrat	
A 14	10	10	Oberkonservatorin, Oberkonservator	
A 13	4	4	Rätin, Rat	
A 13	4	4	Konservatorin, Konservator	
A 12	1	1	Amtsrätin, Amtsrat	
A 10	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor	
A 9	1	1	Inspektorin, Inspektor	
A 9	1	1	Amtsinspektorin, Amtsinspektor	
A 8	2	2	Hauptsekretärin, Hauptsekretär	
	34	34	Zusammen	
			Leerstellen:	
A 13	1	1	Rätin, Rat	
	1	1	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist im Umfang von 4 Stellen vollzogen worden (vgl. Abgänge in den Stellenübersichten).

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Davon 2 kw (Einsparung Neuorganisation; Anrechnung auf ZV I). [2]) Siehe HV Nr. 2 zum Stellenplan.
			Angestellte[2])	
II a	—	1	Verwaltungsdienst	
IV a	1	1		
V c	2	2		
VII	4	5		
VIII[1])	6	6		
V b	1	1	Bibliotheks- bzw. Archivdienst	
II a	1	1	Wissenschaftlicher Dienst	
I b	1	1	Technischer Dienst	
II a	16	16		
III	5	5		
IV a	6	6		
IV b	4	4		
V b	19	19		
V c	4	5		
VI b	2	2		
VII	5	6		
IX b–VII	2	3	Schreib- und Fernschreibdienst	
	79	84	Zusammen	
			Leerstellen:	
IV a	1	1	Technischer Dienst	
V b	2	2		
	3	3	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte:

Abgang:	Stellen	
– Verwaltungsdienst –		
Verg.-Gr. II a	1	infolge Verlagerung nach Kapitel 06 01
Verg.-Gr. VII	1	infolge Wirksamwerden des HV-Nr. 2 zum Stellenplan
– Technischer Dienst –		
Verg.-Gr. V c	1	
Verg.-Gr. VII	1	
– Schreib- und Fernschreibdienst –		
Verg.-Gr. IX b-VII	1	
Zusammen	5	

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[2]) Siehe HV Nr. 2 zum Stellenplan.
			Arbeiter/-innen[2])	
2 a	1	1	Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst	
4	1	1		
5	1	1		
4	2	2	Kraftfahrdienst	
3	2	2	Technischer Dienst	
	7	7	Zusammen	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
13,33	13,33	11,92

Zugänge

-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00

Abgänge

-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
493	497	484

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 77 Öffentliche Gärten

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Angestellte	
IV a	1	1	Technischer Dienst	
VI b	1	1		
	2	2	Zusammen	

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Arbeiter/-innen	
5	8	8	Handwerklicher Dienst	
4	2	2		
3	3	3	Technischer Dienst	
	13	13	Zusammen	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 78 Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor	
A 12	2	2	Amtsrätin, Amtsrat	
A 10	2	2	Oberinspektorin, Oberinspektor	
A 9	1	1	Inspektorin, Inspektor	
	6	6	Zusammen	
			Leerstellen:	
A 9	1	1	Inspektorin, Inspektor	

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Angestellte	
IV b	1	1	Verwaltungsdienst	
V b	2	2		
IX b–VII	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst	
	4	4	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 zur Verg.-Gr. IX b-VII – Schreib- und Fernschreibdienst – (Die Stelle darf nur zu 50 v. H. in Anspruch genommen werden) ist entfallen infolge Verlagerung einer halben Stelle der Verg.-Gr. IX b-VII aus Kapitel 06 01.

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Arbeiterinnen, Arbeiter	
4	1	1	Hausmeisterdienst	
	1	1	Zusammen	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 79 Klosterkammer Hannover

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte
			Feste Gehälter:
B 4	1	1	Präsidentin, Präsident der Klosterkammer Hannover
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	4	4	Direktorin, Direktor
A 14	5	5	Oberrätin, Oberrat
A 13	4	4	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	9	9	Amtsrätin, Amtsrat
A 11	15	15	Amtfrau, Amtmännin, Amtmann
A 10	3	3	Oberinspektorin, Oberinspektor
	42	42	Zusammen

Haushaltsvermerke

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte
III	1	1	Verwaltungsdienst
IV a	1	1	
IV b	1	1	
V b	7	7	
V c	10	10	
VI b[6])	6	6	
VII	14	14	
IV a	1	1	Datenverarbeitungsdienst
IV b	1	1	
VI b[5])	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst[2])
IX b–VII[2])	9	9	
II a	2	2	Technischer Dienst
III	7	7	
IV a	4	4	
IV b[3])	1	1	
V b	1	1	
VI b	1	1	
VII[4])	1	1	
	69	69	Zusammen
			Leerstellen:
V c	1	1	Verwaltungsdienst
II a	1	1	Technischer Dienst
	2	2	Zusammen

Haushaltsvermerke

[2]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1–3) und VII (Fallgruppen 1–3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[3]) Eine Stelle der Verg.-Gr. IV b wird aus Mitteln der Lüneburger Klöster bestritten.

[4]) Die Vergütung wird zu etwa 50 v. H. aus Erstattungen der Klostergutspächter bei 1 – 271 01 bestritten.

[5]) Die Sekretärin des Präsidenten ist für die Dauer in dieser Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Sie erhält für die Dauer ihrer Tätigkeit eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT, die die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage beträgt. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[6]) Davon 1 Stelle mit 35 Wochenstunden.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Beamtinnen, Beamte im Vorbereitungsdienst
A 9[1])	3	3	Regierungsinspektorin-Anwärterin, Regierungsinspektor-Anwärter
	3	3	Zusammen
			Arbeiter/-innen
4	1	1	Sonstige Dienste
2 a	1	1	
	(1)	(1)	(hiervon: Boten, Pförtner, Hausmeister usw.)
	2	2	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Anstelle von Beamten im Vorbereitungsdienst können im Rahmen der Bedarfszahl Verwaltungspraktikanten beschäftigt werden.

Haushaltsplan

für das

Haushaltsjahr 2007

Einzelplan 07

Kultusministerium

Vorwort zum Einzelplan 07

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Zum Geschäftsbereich des Kultusministeriums gehören folgende wesentliche Aufgabenbereiche:
- Schulwesen (allgemein bildende und berufsbildende Schulen),
- Aus-, Fort- und Weiterbildung im Schulwesen,
- Außerschulische Berufsbildung,
- Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften,
- Gedenkstättenarbeit,
- Tageseinrichtungen für Kinder
- Europäische und internationale Zusammenarbeit.

Das Kultusministerium bedient sich zur Durchführung seiner Aufgaben u. a. folgender Dienststellen und Einrichtungen:
- 1 Landesschulbehörde (LSchB) mit Abteilungen in Lüneburg, Braunschweig, Hannover und Osnabrück,
- 1 Niedersächsisches Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS) in Hildesheim,
- 1 Schulinspektion (NSchI) in Bad Iburg,
- 3.376 Schulen,
  darunter 7 vom Land getragene Schulen

Schulen	Öffentliche Schulen	Schulen in freier Trägerschaft	Schulen insgesamt
allgemein bildende	2.985	133	3.118
berufsbildende	134	124	258
Zusammen	3.119	257	3.376

- 21 Studienseminare für die Lehrämter an Grund-, Haupt- und Realschulen
- 4 Studienseminare für das Lehramt für Sonderpädagogik,
- 18 Studienseminare für das Lehramt an Gymnasien,
- 7 Studienseminare für das Lehramt an berufsbildenden Schulen und
- 2 Regionale Computer-Centren für Lehrerfortbildung.

Der Einzelplan 07 enthält folgende Kapitel:
Kultusministerium (Kap. 07 01)
Allgemeine Bewilligungen (Kap. 07 02)
Landesschulbehörde (Kap. 07 05)
Schulinspektion (Kap. 07 06)
Schulen allgemein (Kap. 07 07)
Grundschulen (Kap. 07 10)
Förderschulen (Kap. 07 11)
Hauptschulen (Kap. 07 12)
Realschulen (Kap. 07 13)
Gymnasien, Internatsgymnasien und Kollegs (Kap. 07 14)
Gesamtschulen (Kap. 07 18)
Berufsbildende Schulen (Kap. 07 20)
Berufsbildende Schulen als regionale Kompetenzzentren – ProReKo (Kap. 07 22)
Nds. Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung – NiLS (Kap. 07 40)
Vorbereitungsdienst für die Lehrämter (Kap. 07 45)
Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (Kap. 07 65)
Tageseinrichtungen für Kinder (Kap. 07 74)
Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten (Kap. 07 85)

B. Eigenverantwortliche Schule

Mit dem Gesetz zur Einführung der Eigenverantwortlichen Schule vom 11.07.2006 werden die rechtlichen Grundlagen für die Eigenverantwortlichkeit der Schulen gelegt. Die Schulen werden von diesem Zeitpunkt an für wesentliche Bereiche des Unterrichts und der Gestaltung des Schullebens zuständig sein.

Die Aufbringung der Kosten für die Schulen durch die Schulträger und das Land ist insbesondere in den §§ 112 und 113 NSchG geregelt.

Das Landespersonal der Schulen wird von der Landesschulbehörde durch die Fachdezernate (Schulaufsicht einschl. Personalentscheidungen) und die Verwaltungsdezernate (Stellen- und Personalbewirtschaftung, Mittelbewirtschaftung einschl. Kassenanweisungen mit dem Haushaltsvollzugssystem - HVS) betreut. Die Berechnung und Zahlbarmachung der Bezüge obliegt dem Nds. Landesamt für Bezüge und Versorgung (NLBV).

Nach Maßgabe des § 111 NSchG sollen die Schulträger ihren Schulen Mittel zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung zuweisen.

Mit dem Gesetz zur Einführung der Eigenverantwortlichen Schule sind die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, dass den Schulen nach Maßgabe des Haushaltsplans ein Landesmittel-Budget zur Verfügung gestellt wird. Dieses Budget soll
- die Verwendung von Einnahmen für Ausgaben,
- die gegenseitige Deckungsfähigkeit und
- die Übertragbarkeit

ermöglichen.

Bislang stehen den öffentlichen Schulen nachstehende Budgets aus Landesmitteln zur Verfügung:

1. Bei den allgemein bildenden Schulen: für Reisekostenvergütungen aus Anlass von Schulfahrten und für die Durchführung von schulinterner Lehrerfortbildung – SchiLF - (Kapitel 0707 TGr. 75 – 77, 87)

2. Bei den Ganztagsschulen: zum Abschluss von Dienstleistungs- und Kooperationsverträgen (Kapitel 0707 Titel 427 34)

3. Für die Verlässlichkeit der Grundschulen: ein Stundenvolumen zum Abschluss von Arbeitsverträgen mit pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und für Kooperationsverträge (Kapitel 0710 Titel 425 26)

4. Bei den befristeten Schulversuchen:
   a) Personalkostenbudgetierung an großen Schulen: für Teile der Personal- und Sachausgaben (jeweils TGr. 63 zu Kapitel 0710 bis 0720 und TGr. 61 bei Kap. 0720)

   b) Erweiterte Eigenverantwortung in Schulen und Qualitätsvergleiche in Bildungsregionen und Netzwerken: bis zur Höhe einer halben Lehrerstelle (kapitalisiert) (Kapitel 0707 TGr. 82)

   c) ProReKo – berufsbildende Schulen als regionale Kompetenzzentren: für sämtliche im Kapitel 0722 veranschlagten Personal- und Sachausgaben

Die ProReKo-Schulen und die berufsbildenden Schulen der Region Hannover bewirtschaften darüber hinaus Mittel des Landes und des Schulträgers als gemeinsames Budget auf der Grundlage von Vereinbarungen nach § 113 a NSchG.

Die Verantwortung für den Abschluss der Verträge, insbesondere der Arbeitsverträge und ggf. der Kooperationsverträge, sowie für die Einhaltung des Budgets im Rahmen der inhaltlichen Vorgaben liegt bei allen genannten Versuchen bei der jeweiligen Schule. Die Zahlungen werden auf Veranlassung der Schule von der Landesschulbehörde oder vom NLBV abgewickelt. Bei den ProReKo-Schulen und den berufsbildenden Schulen der Region Hannover erfolgen die Zahlungen zum Teil auch über die Schulträger.

Das Gesetz zur Einführung der Eigenverantwortlichen Schule ermöglicht die Führung von Girokonten durch Schulen.

C. Struktur des Einzelplans 07

1.Ausgaben nach Hauptgruppen

	2006		2007	
	in Mio. EUR	%	in Mio. EUR	%
Persönliche Verwaltungsausgaben (HGr. 4)	3544,5	85,9	3.532,0	86,0
Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst (HGr. 5)	30,9	0,7	33,8	0,8
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke mit Ausnahme für Investitionen (HGr. 6)	452,1	11,0	474,3	11,5
Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen (HGr. 8)	106,2	2,6	74,9	1,8
Besondere Finanzierungsausgaben (HGr. 9)	-9,7	-0,2	-7,1	-0,2
Gesamt	4 124,0	100	4.107,9	100
Gegenüber Vorjahr	*-45,5*		*-16,1*	

2.Ausgaben nach Geschäftsbereichen des MK

	2006		2007	
	in Mio. EUR	%	in Mio. EUR	%
a) Schulen (07 07 – 07 22)	3 519,8	84,9	3 529,8	85,9
b) Landesschulbehörde (07 05)	34,4	0,9	33,0	0,8
c) Schulinspektion (07 06)	2,9	0,1	4,9	0,1
d) Lehreraus- und –fortbildung (07 40 – 07 45)	81,6	2,0	78,5	2,0
e) Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (07 65)	37,9	1,0	39,2	1,0
f) Tageseinrichtungen für Kinder (07 74)	166,4	4,1	172,1	4,2
g) Ministerium (07 01) ohne	13,5	0,4	14,6	0,3
Beihilfen und Fürsorgemaßnahmen (gesamter Epl. 07) u.	163,0	4,0	159,5	3,9
Globale Minderausgaben (gesamter Epl. 07)	-13,1	-0,3	-11,4	-0,3
h) Sonstiges (Allgemeine Bewilligungen – 07 02 – und Stiftung Nieders. Gedenkstätten – 07 85 –)	117,6	2,9	87,8	2,1
Gesamt	4 124,0	100	4.107,9	100

3.Stellen nach Geschäftsbereichen des MK (ohne Leerstellen)

	2006		2007	
	Anzahl	%	Anzahl	%
a) Schulen (07 07 – 07 22)	70 065	92,7	69 928	92,6
b) Landesschulbehörde (07 05)	793	0,9	739	1,0
c) Schulinspektion (0706)	49	0,1	70	0,1
d) Lehreraus- und –fortbildung (07 40 – 07 45)	4 484	5,9	4 484	5,9
e) Ministerium (07 01)	220	0,3	245	0,3
f) Stiftung Nieders. Gedenkstätten (07 85)	6	0,1	6	0,1
Gesamt	75 617	100	75 472	100

D. Deckungskreis der sächlichen Verwaltungsausgaben

Innerhalb des Einzelplans 07 sind gegenseitig deckungsfähig die außerhalb von Titelgruppen veranschlagten Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54 – mit Ausnahme der Titel 529 .., 532 11 bis 532 20, 546 02 und 546 06 –, soweit sie

1. nicht übertragbar sind,
2. nicht mit Ausgaben außerhalb des Deckungskreises deckungsfähig sind oder
3. nicht mit Einnahmen korrespondieren oder
4. nicht budgetiert sind.

Vgl. HV zu Kapitel 07 01 Titel 511 01.

E. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Mit Beschluss der Landesregierung vom 17.10.2006 ist der bisher in der Landesschulbehörde integrierte Fachbereich II des Nds. Landesjugendamtes (NLJA) - Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder - mit Ausnahme der Verwaltungsaufgaben der finanziellen Förderung und Abwicklung zum 01.01.2007 in das Nds. Kultusministerium verlagert worden.

Haushaltsjahr 2007

Epl. 07 **Übersicht über die Einnahmen, Ausga**

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0701	Kultusministerium	—	8	—	—	8	170.813	2.795
0702	Allgemeine Bewilligungen	—	114	—	69.100	69.214	54	401
0705	Landesschulbehörde	—	118	—	—	118	27.618	4.109
0706	Schulinspektion	—	—	—	—	—	3.725	951
0707	Schulen allgemein	—	85	1.260	—	1.345	41.411	8.456
0710	Grundschulen	—	382	—	—	382	3.116.278	543
0711	Förderschulen	—	72	200	—	272	844	231
0712	Hauptschulen	—	60	—	—	60	2.154	209
0713	Realschulen	—	64	—	—	64	598	127
0714	Gymnasien, Internatsgymnasien und Kollegs	—	1.436	742	25	2.203	3.103	1.579
0718	Gesamtschulen	—	85	—	—	85	652	104
0720	Berufsbildende Schulen	—	8.154	—	—	8.154	12.765	2.771
0722	Berufsbildende Schulen als regionale Kompetenzzentren	—	1.800	—	—	1.800	83.944	610
0740	Niedersächsisches Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS)	—	39	—	—	39	4.349	4.629
0745	Vorbereitungsdienst für die Lehrämter	—	28	—	—	28	63.341	5.277
0765	Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	—	—	—	—	—	—	26
0774	Tageseinrichtungen für Kinder	—	—	—	—	—	133	992
0785	Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten	—	—	—	1.700	1.700	254	—
	Summe 2007	—	12.445	2.202	70.825	85.472	3.532.036	33.810
	Summe 2006	—	10.813	2.078	101.125	114.016	3.544.504	31.368
	2007 mehr(+)/weniger(-)	—	+1.632	+124	–30.300	–28.544	–12.468	+2.442

ben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 07**

Ausgaben					2007 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2006 Überschuss Zuschuss (-)	2007 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungs-ermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben				
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
1	—	60	–10.507	163.162	–163.154	–166.429	3.275	—
10.761	—	70.932	—	82.148	–12.934	–12.465	–469	2.000
30	—	49	1.194	33.000	–32.882	–34.287	1.405	—
—	—	38	150	4.864	–4.864	–2.858	–2.006	—
240.061	—	—	—	289.928	–288.583	–274.081	–14.502	4.681
—	—	—	—	3.116.821	–3.116.439	–3.125.058	8.619	—
15	—	—	—	1.090	–818	–701	–117	—
9.382	—	—	—	11.745	–11.685	–9.832	–1.853	9.382
—	—	—	—	725	–661	–609	–52	—
—	—	261	1.685	6.628	–4.425	–4.377	–48	—
—	—	—	—	756	–671	–614	–57	—
1.489	—	92	92	17.209	–9.055	–9.280	225	—
300	—	—	—	84.854	–83.054	–82.952	–102	—
100	—	35	–353	8.760	–8.721	–8.592	–129	—
28	—	66	565	69.277	–69.249	–72.474	3.225	—
39.209	—	—	—	39.235	–39.235	–37.847	–1.388	600
170.934	—	—	—	172.059	–172.059	–166.441	–5.618	3.500
2.000	—	3.400	—	5.654	–3.954	–1.542	–2.412	—
474.310	—	74.933	–7.174	4.107.915	–4.022.443	–4.010.439	–12.004	20.163
452.086	—	106.195	–9.698	4.124.455				14.020
+22.224	—	–31.262	+2.524	–16.540				+6.143

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0701 Kultusministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-1	011	Gebühren und tarifliche Entgelte		1	1	—	1
119 01-2	011	Vermischte Einnahmen		5	25	–20	5
119 02-0	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		1	1	—	—
119 03-9	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		—	—	—	—
119 04-7	011	Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen an Landesbedienstete *Vgl. K-Vermerk zu 546 04.*		—	—	—	87
119 30-6	960	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr		—	—	—	—
132 01-9	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1	1	—	—
132 10-8	011	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen *Vgl. K-Vermerk zu 811 01.*		—	—	—	24
132 11-6	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge *Vgl. K-Vermerk zu 811 11.*		—	—	—	—
132 99-0	011	Erlöse aus dem Verkauf von DV-Geräten *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 98/99.*		—	—	—	1
		A U S G A B E N					
412 01-1	011	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige in den Beiräten nach dem NSchG	—	5	5	—	2
412 04-6	011	Entschädigungen an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 71 b Abs. 7 Nds. PersVG	—	3	3	—	4
421 01-0	011	Bezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten, der Ministerin oder des Ministers	—	146	146	—	160
422 01-7	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	11.141	10.035	+1.106	6.973
422 19-0	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	60
425 01-6	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	2.785
425 04-0	011	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	10	–10	22
425 06-7	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1	1	—	—
426 01-2	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	470
427 01-9	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	—	3	3	—	3
441 01-1	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	157.161	160.571	–3.410	152.631
441 02-0	940	Beihilfen für Angestellte	—	294	285	+9	285
441 03-8	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	37	24	+13	36
441 04-6	940	Beihilfen für Sonstige	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 412 01

Aufwendungen für die im Landesschulbeirat sowie im Beirat für landw. Fachschulen ehrenamtlich tätigen Mitglieder (§§ 174 Abs. 2, 196 Abs. 2 NSchG).

Zu 412 04

Die/der Vorsitzende einer Einigungsstelle erhält gem. § 71 Abs. 7 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz eine Vergütung für jeden bearbeiteten Einzelfall.

Zu 421 01

1. Amtsgehalt		140 000 EUR
2. Dienstaufwandsentschädigungen		6 000 EUR
	Zusammen	146 000 EUR

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0701 Kultusministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
443 01-4	011	Fürsorgeleistungen	—	1.999	1.939	+60	1.999
453 01-0	011	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	23	23	—	53
511 01-0	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände **** Abschnitt D des Vorwortes zum Epl. 07 (Deckungskreis der sächlichen Verwaltungsausgaben) ist verbindlich.*	—	302	320	–18	266
514 01-9	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	48	45	+3	46
517 01-8	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	250	260	–10	234
518 01-4	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	290	282	+8	276
518 02-2	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	48	50	–2	44
519 01-0	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	22	10	+12	20
525 01-0	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	27	27	—	17
525 10-0	011	Klausurtagungen	—	5	5	—	1
526 01-7	011	Sachverständige	—	1	1	—	2
526 02-5	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	6	3	+3	5
527 01-3	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	70	70	—	71
527 02-1	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	57	57	—	52
529 10-5	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers	—	5	5	—	5
531 10-0	011	Veröffentlichungen und sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	198	198	—	169
546 01-8	011	Vermischte Ausgaben	—	14	10	+4	11
546 02-6	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	0
546 03-4	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	1	1	—	—
546 04-2	011	Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 04.*	—	—	—	—	82
546 30-1	960	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr	—	—	—	—	—
686 10-3	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1	1	—	—
811 01-3	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 10.*	—	—	18	–18	25
811 11-0	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 443 01

Anpassung an die letzte Ist-Entwicklung.

Zu 511 01

Hinweis auf Abschnitt D des Vorwortes zum Epl. 07.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1. 1. 2005	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw/Kombi	6	6	6

Zu 531 10

Aus diesem Ansatz werden vor allem Broschüren und Faltblätter sowie die Internetpräsentation des MK bezahlt. Bildungspolitische Dokumentationen sowie Veröffentlichungen zum Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit dürfen unentgeltlich abgegeben werden (vgl. Haushaltsvermerk zu 119 02).

Zu 546 01

Hier sind auch Mittel für Erfrischungen anlässlich von Dienstbesprechungen mit Vertretern anderer Behörden veranschlagt.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0701 Kultusministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 15-0	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	57	57	—	45
972 11-4	989	Globale Minderausgabe **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	–10.884	–10.025	–859	—
981 07-5	990	Abführung an 1321 - 38107	—	377	377	—	377
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Bildungspolitische Veranstaltungen**	(—)	(14)	(14)	(—)	(9)
527 62-5	011	Reisekostenvergütungen	—	5	5	—	0
547 62-6	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	9	9	—	8
TGr. 63		**Frauenpolitische Maßnahmen**	(—)	(9)	(9)	(—)	(9)
427 63-9	011	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	3
527 63-3	011	Reisekostenvergütungen	—	5	5	—	5
547 63-4	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	4	4	—	1
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- u. Kommunikationstechnik** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 99.*	(—)	(1.431)	(1.431)	(—)	(1.119)
511 99-0	011	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte sowie der sonstigen Gegenstände	—	73	73	—	112
518 98-7	011	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-5	011	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-3	011	Aus- und Fortbildung durch das Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	—	7	7	—	7
525 99-1	011	Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	3	3	—	7
538 98-8	011	Dienstleistungen des IZN	—	1.340	1.340	—	990
538 99-6	011	Dienstleistungen "Anderer"	—	—	—	—	2
547 99-5	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5	8	–3	2
812 99-0	011	Erwerb von Geräten und sonstigen Gegenständen	—	3	—	+3	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		186	–186	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 812 15

	2007 Tsd. EUR
1. Ausstattung von Dienst- u. Sitzungsräumen	20
2. Ersatz von Postbearbeitungssystemen	25
3. Ersatz der Überwachungsanlage im Pförtnerbereich	12
Zusammen	57

Zu 972 11

Zum Ausgleich des Haushalts. Der Beitrag zum Haushaltsausgleich kann auch durch Mehreinnahmen erbracht werden, soweit diesen keine entsprechenden Mehrausgaben gegenüber stehen. Die globale Minderausgabe vermindert sich um die Ist-Einnahmen bei 0785-282 10.

Zu 981 07

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 62

Im Rahmen der bildungspolitischen Veranstaltungen sollen Tagungen zu bildungspolitischen Schwerpunkten durchgeführt werden (u. a. Werkstattgespräche, Foren, Symposien).

Zu Titelgruppe 63

Zur Durchführung von frauenpolitischen Veranstaltungen im MK und im nachgeordneten Bereich, z. B. Seminare zu aktuellen Themen, Arbeitstagungen und Dienstbesprechungen der Frauenbeauftragten der Landesschulbehörde und der Frauenbeauftragten an Schulen sowie Netzwerkarbeit der Frauenbeauftragten im Schulbereich.

Zu 538 98

Hier sind Mittel für die System- und Programmpflege (Verfahrensentwicklung, Produktionssteuerung, Systembetreuung) — insbesondere in den Bereichen der Unterrichtsversorgung und Lehrereinstellung sowie des Vorbereitungsdienstes für die Lehrämter — veranschlagt.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0701 Kultusministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0701					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		8	28	–20	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		8	28	–20	
		4 Personalausgaben	—	170.813	173.231	–2.418	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	2.795	2.798	–3	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	1	1	—	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	60	75	–15	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	–10.507	–9.648	–859	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	163.162	166.457	–3.295	
		Zuschuss		163.154	166.429	–3.275	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0702 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-6	011	Vermischte Einnahmen		14	20	–6	14
119 30-0	129	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr		—	—	—	—
119 67-9	153	Rückflüsse aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentsprechend verwendeten Zuwendungen (außerschul. Berufsbildung) *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67/97.*		100	100	—	253
119 69-5	129	Sonstige Verwaltungseinnahmen (N-21) *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 69.*		—	—	—	94
119 81-4	129	Einnahmen für Zwecke des Schulsports *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.*		—	—	—	—
231 01-0	151	Zuweisungen des BMBF im Rahmen der Begabtenförderung zur beruflichen Bildung *Vgl. K-Vermerk zu 685 06.*		—	—	—	—
231 65-7	151	Zuweisungen des Bundes nach dem Entflechtungsgesetz *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64/65.*		—	—	—	—
231 70-3	129	Zuweisungen des BMBF zur Durchführung des Programms "Zukunftsinvestitionen für berufliche Schulen" *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 70.*		—	—	—	—
231 71-1	151	Zuweisungen des Bundes für Modellversuche auf dem Gebiet der Berufsbildung *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 71.*		—	—	—	—
272 62-0	129	Zuweisungen u.a. der EU zur Durchführung von EU-Programmen sowie zur Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		—	—	—	116
282 73-1	141	Zuschüsse der Hertie-Stiftung zur Förderung begabter Zuwandererkinder (START-Niedersachsen) *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 73.*		—	—	—	—
331 72-4	129	Zuweisungen des Bundes für das Investitionsprogramm für Ganztagsschulen "Zukunft, Bildung und Betreuung" *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.*		69.100	98.700	–29.600	79.688
		A U S G A B E N					
546 30-5	129	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr	—	—	—	—	—
632 23-6	111	Zuschuss des Landes Niedersachsen zu den Kosten der Geschäftsstelle des Deutschen Bildungsrates	—	14	11	+3	10
636 01-0	223	Unfallversicherung für Schüler und Kinder in Kindergärten	—	4.520	4.325	+195	4.324
685 06-2	151	Zuschüsse aus Mitteln des BMBF an die Sozialversicherungsträger im Rahmen der Begabtenförderung *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 01.*	—	—	—	—	—
685 52-6	178	Zuschuss des Landes Niedersachsen zur Finanzierung des Instituts für Film und Bild in München	—	84	91	–7	90

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 231 01

Mittel des BMBF zur Begabtenförderung berufliche Bildung für junge Absolventinnen und Absolventen im Ausbildungsberuf der oder des Sozialversicherungsfachangestellten nach den Richtlinien des BMBW vom 31. 1. 1992.

Zu 632 23

Das Abkommen der Länder der Bundesrepublik Deutschland untereinander und mit der Bundesregierung vom 12. 2. 1970 über die Verlängerung des Abkommens über die Errichtung eines Deutschen Bildungsrates vom 15. 7. 1965 ist über den 15. 7. 1975 hinaus nicht verlängert worden. Damit entfällt ab Haushaltsjahr 1977 ein laufender Zuschuss an die Geschäftsstelle. Die veranschlagten Mittel sind Abwicklungskosten (Versorgungsleistungen und Beihilfen des seinerzeitigen Generalsekretärs).

Zu 636 01

Durch § 2 Abs. 1 Nr. 8 a-c SGB VII sind
- Kinder während des Besuchs von Tageseinrichtungen und
- Schüler während des Besuchs allgemein bildender oder berufsbildender Schulen

gesetzlich unfallversichert.
Das Land Niedersachsen, das nach diesem Gesetz Träger der gesetzlichen Unfallversicherung für bestimmte Personenkreise ist:
(vgl. §§ 116 Abs. 1, 128 Abs. 1 Nr. 2 - 4 SGB VII)
- Schüler an den vom Land getragenen allgemein bildenden Schulen und Kollegs und an allgemein bildenden Schulen in freier Trägerschaft,
- Kinder in Tageseinrichtungen von Trägern der freien Jugendhilfe und in anderen privaten als gemeinnützig anerkannten Tageseinrichtungen

zahlt die Beiträge an die Landesunfallkasse Niedersachsen. Der Anteil an den Ausgaben, der auf den Personenkreis der Studierenden entfällt, wird seit dem Haushaltsjahr 2004 aus dem Epl. 06 finanziert.
Die Kosten der gesetzlichen Unfallversicherung für Schüler und Kinder in Kindergärten kommunaler Träger werden hingegen von der jeweiligen Gebietskörperschaft übernommen.

Zu 685 06

Gewährung von Zuwendungen aus Mitteln des BMBF im Rahmen der Begabtenförderung berufliche Bildung an junge Absolventinnen und Absolventen im Ausbildungsberuf der oder des Sozialversicherungsfachangestellten.

Zu 685 52

Das Institut für Film und Bild in München ist eine gemeinnützige GmbH, in der das Land als Gesellschafter fungiert.
Das FWU hat die Aufgabe, audiovisuelle Medien herzustellen und deren Verwendung als Lehr- und Lernmittel in Bildung, Erziehung und Wissenschaft zu fördern. Dazu gehört auch die Beratung bei der Entwicklung und Beschaffung geeigneter Geräte.
Veranschlagt ist der gem. § 7 Abs. 2 des Gesellschaftervertrages vom 6. 3. 1950 auf Niedersachsen entsprechend der Schülerzahl entfallende voraussichtliche Anteil an den Kosten des Instituts.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0702 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
685 53-4	153	Zuschüsse an politische Stiftungen	—	368	368	—	184
686 51-4	151	Zuschüsse i.R.d. Ausbildungsoffensive *Übertragbar.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	300	700	–400	484
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 272 62.*	(—)	(62)	(62)	(—)	(198)
427 62-4	129	Zuschüsse für ausländische Lehrkräfte	—	1	1	—	—
429 62-7	129	nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
525 62-6	129	Erstattung von Auslagen an niedersächsische Lehrkräfte	—	4	4	—	—
527 62-9	129	Reisekosten	—	—	—	—	28
547 62-0	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	57	57	—	83
685 62-3	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	66
687 62-6	129	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland	—	—	—	—	21
TGr. 64/65		**Zuweisungen für Einrichtungen der KMK und über sie geförderte Einrichtungen** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 65.*	(—)	(2.266)	(2.481)	(–215)	(2.165)
547 65-4	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
632 64-3	011	Zuweisung für die Kosten des Sekretariats der KMK sowie die gemeinsam finanzierten Einrichtungen	—	1.625	1.681	–56	1.690
632 65-1	151	Zuweisung für besondere Projekte der KMK *Übertragbar.*	—	607	763	–156	475
685 64-0	139	Zuschuss des Landes Niedersachsen zur Finanzierung der "Stiftung zur Akkreditierung von Studiengängen in Deutschland"	—	34	37	–3	—
TGr. 66		**Kosten des Landesausschusses für Berufsbildung**	(—)	(3)	(3)	(—)	(1)
412 66-0	151	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	2	2	—	1
547 66-2	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1	1	—	0

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 685 53

Zuwendungen zur finanziellen Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Konrad – Adenauer - Stiftung, Rudolf – von – Bennigsen - Stiftung und der Stiftung Leben und Umwelt in Form von Projektförderungen.

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschüsse an politische Stiftungen

Rechtliche Grundlage: § 23, 44 Landeshaushaltsordnung (LHO)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	368	368	368	184	368	368	368	368	368
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					368	368	368	368	368

Empfänger:

[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:

[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: seit Jahren (mind. seit 1992)

Befristung:

[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:

Förderung der politischen Bildungsarbeit

Zielgruppe: politische Stiftungen (Friedrich-Ebert-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Rudolf-von-Bennigsen-Stiftung, Stiftung Leben und Umwelt)

Durchschnittliche Förderhöhe: 92.000 EUR

Zu 686 51

Mit den veranschlagten Haushaltsmitteln sollen zusätzliche Ausbildungsplätze gewonnen werden. Ein Schwerpunkt der “Ausbildungsoffensive“ ist die Förderung von Ausbildungsverbünden zum Zwecke der Schaffung zusätzlicher Ausbildungsverhältnisse in einem anerkannten Ausbildungsberuf. (Förderrichtlinie des MK ,Nds. MBl. 2005 S. 83). Mittel für denselben Zweck werden im Landeshaushalt bei Kapitel 0804 Titel 637 10 veranschlagt.

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuwendungen an Zusammenschlüsse zur Förderung gemeinsamer betrieblicher Berufsausbildung im Verbund

Rechtliche Grundlage: § 44 LHO; Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an Zusammenschlüsse zur Förderung gemeinsamer betrieblicher Berufsausbildung im Verbund

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 686 51

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	1174	647	704	484	300	300	300	300	300
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					300	300	300	300	300

Empfänger:
[x]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1998

Befristung:

[ ]Nein [x]Ja, bis 31.07.2007 Eine Fortsetzung der Förderung ist vorgesehen.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:

Schaffung von zusätzlichen betrieblichen Ausbildungsplätzen für Jugendliche und junge Erwachsene in nicht ausbildungsfähigen Betrieben. Gefördert werden Betriebe und Unternehmen, die die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten für die Ausbildung nicht in vollem Umfang vermitteln können und sich daher zum Zwecke der Schaffung eines zusätzlichen Ausbildungsplatzes zu einem Ausbildungsverbund (§ 22 Abs. 2 Berufsbildungsgesetz) zusammenschließen.

Zielgruppe:

Jugendliche und junge Erwachsene in nicht ausbildungsfähigen Betrieben

Durchschnittliche Förderhöhe:

2.000 EUR

Zu Titelgruppe 62

Die Mittel sind veranschlagt für:

1. Kooperationsprojekte (Austausch, sprachl. Vorbereitung, kulturelles Beiprogramm) u. a. mit den Ländern Frankreich (Haute Normandie), Großbritannien, Spanien, Russland, Polen, Ungarn im Bereich der Bildung,
2. Reisekosten anlässl. der Entsendung nieders. Vertreter in das Ausland nach/analog BRKG und Betreuungskosten ausländischer Delegationen bei Veranstaltungen im Bereich der Bildung.
3. Kosten der Austausch- und Hospitationsaufenthalte von Lehrkräften. Aus den Mitteln erhalten ausländische Lehrkräfte Zuschüsse zu den Kosten eines Hospitationsaufenthaltes in Niedersachsen und niedersächsische Lehrkräfte, die an ausländischen Schulen im Rahmen eines Lehreraustausches unterrichten oder hospitieren, Zuschüsse zu ihren Auslagen gem. § 23 Abs. 2 BRKG.

Zu Titelgruppe 64/65

Die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) behandelt nach ihrer Geschäftsordnung Angelegenheiten der Kulturpolitik von überregionaler Bedeutung mit dem Ziel einer gemeinsamen Meinungs- und Willensbildung und der Vertretung gemeinsamer Anliegen. Zur Erledigung der laufenden Geschäfte der Ständigen Konferenz der Kultusminister und der in ihrem Rahmen verwalteten Einrichtungen stellt das Land Berlin eine Dienststelle als Sekretariat zur Verfügung. Das Nähere, insbesondere über ihre Finanzierung, ist durch das Abkommen der Länder vom 20. 6. 1959 i. d. F. vom 25. 10. 1991 (Beitritt der neuen Länder) geregelt.

Zu 632 64

Zuweisung des Landes Niedersachsen an das Sekretariat der KMK für den laufenden Geschäftsbetrieb des Sekretariats und für die über die KMK geförderten Einrichtungen.

Die Zuschüsse der KMK an Vereine, Organisationen usw. für laufende Zwecke, u. a. für

1. Heinrich-Heine-Haus in der Cité Internationale in Paris (Wohnheimfreiplätze und Tutorenstellen)
2. Leo Baeck Institute of Jews from Germany (Förderungsgesellschaft des Instituts in Frankfurt/Main)
3. Deutsche Künstlerhilfe, Bonn
4. Kuratorium "Junger Deutscher Film", München
5. Hochschule für jüdische Schulen, Heidelberg
6. Deutsches Polen-Institut, Darmstadt
7. Gesellschaft für Deutsche Sprache e. V., Wiesbaden
8. Forschungsstelle für unabhängige Literatur und gesellschaftliche Bewegungen Osteuropas, Bremen
9. Deutsches Komitee für den Europäischen Schultag, Bonn

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 632 65

Anteil des Landes Niedersachsen an den Kosten der Länder an dem OECD-Projekt „PISA 2006“ einschließlich der nationalen Erweiterung, an dem OECD-Projekt „PISA 2009“, an der Standardnormierung und -überprüfung für Mathematik (Primarbereich), an den Schülerleistungsuntersuchungen zur Lesefähigkeit in Grundschulen (PIRLS/IGLU 2006) einschließlich der nationalen Erweiterung, sowie in Mathematik und Naturwissenschaften in der 4. Klasse (TIMMS 2007) einschl. der Zusatzstudie „Kleine Grundschule“ und der Oberstufenuntersuchung, der Bildungsberichterstattung, dem Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen und dem Deutsch-Französischen Geschichtsbuch.

Zu Titelgruppe 66

Fahrkostenersatz, Entschädigungen für Zeitversäumnis (Sitzungsgelder) für die 18 Mitglieder des gemäß § 54 des Berufsbildungsgesetzes v. 14. 8. 1969 (BGBl. I S. 1112) und gemäß Beschluss des Landesministeriums v. 28. 5. 1974 (Nds. MBl. S. 1192) bei der Landesregierung errichteten Landesausschusses für Berufsbildung sowie für die Mitglieder der Unterausschüsse des Landesausschusses.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0702 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 67/97		**Förderg. d. außerschulischen Berufsbildung** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 67.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(2.000) (990)	(4.858)	(3.971)	(+887)	(4.381)
527 67-0	153	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	0
547 67-0	153	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	0
671 67-3	153	Verwaltungskostenerstattungen im Inland	—	66	—	+66	—
685 67-4	153	Zuschüsse für Lehrgänge, Kurse und Forschungsarbeiten für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	— 990	2.960	1.860	+1.100	2.631
685 97-6	153	Zuschüsse für laufende Zwecke an die Landesgewerbeförderungsstelle des nieders. Handwerks in Hannover	—	—	—	—	—
686 67-0	153	Zuschüsse für Lehrgänge, Kurse und Forschungsarbeiten für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	—
686 97-2	153	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	14
893 67-6	153	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland zur Errichtung und Ausstattung von Ausbildungszentren	2.000 —	1.832	2.045	–213	1.736
894 67-2	153	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen zur Errichtung und Ausstattung von Ausbildungszentren	—	—	—	—	—
919 67-5	950	Abführung an 5081-38169	—	—	66	–66	—
TGr. 69		**N-21: Schulen in Niedersachsen online** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 69.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(183)	(183)	(—)	(206)
427 69-1	129	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	—
429 69-4	129	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	1
511 69-2	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation, sowie Geräte, Austattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
527 69-6	129	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	—
531 69-3	129	Veröffentlichungen	—	—	—	—	—
538 69-8	129	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
547 69-7	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 685 67

Gem. der Richtlinie des MK über die Gewährung von Zuwendungen zur beruflichen Qualifizierung Auszubildender durch Lehrgänge der überbetrieblichen Berufsausbildung (Nds. MBl. 2003, S. 129) werden Lehrgänge in der überbetrieblichen Ausbildung im Handel, Handwerk, Hotel- und Gaststättengewerbe sowie im mittelständischen Wirtschaftsbereich gefördert.
Mittel für denselben Zweck werden im Landeshaushalt bei Kapitel 0804 Titel 637 11 und Titel 637 12 veranschlagt.
Bezeichnung des Förderprogramms:

Zuwendungen zur beruflichen Qualifizierung Auszubildender durch Lehrgänge der überbetrieblichen Berufsausbildung
Rechtliche Grundlage:

§ 44 Landeshaushaltsordnung (LHO); Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur beruflichen Qualifizierung Auszubildender durch Lehrgänge der überbetrieblichen Berufsausbildung (Rd.ERl. d. MK v. 20.08.2002; Nds. MBl. S. 129)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	4.126	3.911	3.779	2.631	1.860	2.960	2.960	2.960	2.960
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					1.860	2.960	2.960	2.960	2.960

Empfänger:

[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:

[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: mind. seit 1993

Befristung:

[ ]Nein [x]Ja, bis 31.12.2007.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:

Sicherung einer landesweit einheitlich guten Ausbildungsqualität

Zielgruppe: Träger von Lehrgängen der überbetrieblichen Unterweisung

Durchschnittliche Förderhöhe: zw. 2.000 Euro – 512.000 Euro

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	990	—	990
2008	—	—	—	—
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	990	—	990

Zu 686 67

Subventionserläuterungen siehe Titel 685 67

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 893 67

Gem. der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Entwicklung von über- und außerbetrieblichen Bildungseinrichtungen zu Fachkompetenzzentren, Technologie-Transfer-Zentren und Bildungstechnologiezentren (Nds. MBl. 2003, S. 90) werden Zuwendungen zur Anpassung der beruflichen Aus- und Weiterbildung an eine innovative technische Entwicklung und zum Erreichen eines Technologietransfers in die KMU gefördert.
Mittel für denselben Zweck werden im Landeshaushalt bei Kapitel 0804 Titel 637 11 und Titel 637 12 veranschlagt.
Außerdem werden gemäß der analogen Anwendung der Fördergrundsätze des Bundes über die Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten (ÜBS) vom 15.06.2001 Zuwendungen zu investiven Förderung von überbetrieblichen Ausbildungsstätten und Einrichtungen der beruflichen Fort- und Weiterbildung gewährt.

Bezeichnung des Förderprogramms:

Zuwendungen zur Förderung der Entwicklung von über- und außerbetrieblichen Bildungseinrichtungen zu Fachkompetenzzentren, Technologie-Transfer-Zentren und Bildungstechnologiezentren

Rechtliche Grundlage:

§ 44 Landeshaushaltsordnung (LHO), Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Entwicklung von über- und außerbetrieblichen Bildungseinrichtungen zu Fachkompetenzzentren, Technologie-Transfer-Zentren und Bildungstechnologiezentren (RdErl. d. MK v. 20.08.2002; Nds. MBl. S. 90)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	2.497	1.701	1.477	1.736	2.045	1.832	1.832	1.832	1.832
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					2.045	1.832	1.832	1.832	1.832

Empfänger:

[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:

[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:

[ ]Nein [x]Ja, bis 31.12.2007.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:

Beschleunigung des Wissenstransfers in der beruflichen Aus- , Fort- und Weiterbildung und damit Stärkung der Innovationsfähigkeit der kleineren und mittleren Unternehmen (KMU)

Zielgruppe: kleine und mittlere Unternehmen

Durchschnittliche Förderhöhe: zw. 60.000 Euro und 360.000 Euro

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 893 67

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	1.490	—	—	1.490
2008	381	—	1.000	1.381
2009	—	—	1.000	1.000
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	1.871	—	2.000	3.871

Zu 894 67

Subventionserläuterungen siehe Titel 893 67

Zu Titelgruppe 69

Zur Erreichung des Ziels, Niedersachsens Schulen fit für den Weg in die Wissensgesellschaft zu machen und die Voraussetzungen für die Integration der neuen Medien in das schulische Lernen zu schaffen, hat die Landesregierung ein Aktionsprogramm "N-21: Schulen in Niedersachsen online" beschlossen, das aufeinander abgestimmte Aktionen zur Ausstattung von Schulen, zur Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, zur Entwicklung didaktischer Konzepte und multimedialer Lernumgebungen, zur Intensivierung der Ausbildung im IT- und Medienbereich sowie zur Öffnung des Zuganges zum Internet und zur Multimedia für breite Bevölkerungsgruppen beinhaltet. Zur Unterstützung dieses Programms ist im Juni 2000 ein Verein gleichen Namens von zunächst 20 Mitgliedern, davon 18 aus der Wirtschaft, gegründet worden.
Das Land trägt die notwendigen Sach- und Personalausgaben des Vereins. Die Haushaltsmittel für das an den Verein zugewiesene Personal sind bei Kapitel 07 40 Titel 425 01 und bei Kapitel 07 10 Titel 422 11 veranschlagt (siehe Haushaltsvermerk Nr. 9 im Stellenplan zu Kapitel 07 14).

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0702 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
633 69-0	129	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	52
686 69-7	129	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	183	183	—	153
812 69-2	129	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
883 69-7	129	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
TGr. 70		**Zukunftsinvestitionsprogramm für berufliche Schulen (ZIBS)** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 70.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
511 70-6	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation, sowie Geräte, Austattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
633 70-4	129	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
812 70-6	129	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
883 70-0	129	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
893 70-6	129	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	—	—	—
TGr. 71		**Verausgabung der Bundesmittel für Modellversuche auf dem Berufsbildungsgebiet** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 71.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
546 71-2	151	Rückzahlung nicht zweckentspr. verwendeter Zuwendungen	—	—	—	—	—
686 71-9	151	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	—
TGr. 72		**Investitionsprogramm des Bundes für Ganztagsschulen "Zukunft, Bildung und Betreuung"** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 72.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(69.100)	(98.700)	(–29.600)	(79.704)
511 72-2	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
633 72-0	129	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
686 72-7	129	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 686 69

Bezeichnung des Förderprogramms: Förderung des Vereins n-21

Rechtliche Grundlage: § 23, 44 Landeshaushaltsordnung (LHO)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	191	189	187	153	183	183	183	183	183
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					183	183	183	183	183

Empfänger:

[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:

[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: ab Haushaltsjahr 2000

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:

Förderung der notwendigen Personal- und Sachausgaben der Geschäftsstelle des Vereins n-21 gem. § 2 des Kooperationsvertrages zwischen dem Land Niedersachsen und dem Verein n-21. Das Aktionsprogramm n-21 war von der Landesregierung zur Erreichung des Ziels, Niedersachsens Schulen fit für den Weg in die Wissensgesellschaft zu machen und die Voraussetzungen für die Integration der neuen Medien in das schulische Lernen zu schaffen

Zielgruppe: der Verein n-21

Durchschnittliche Förderhöhe: 183.000 EUR

Zu Titelgruppe 72

Der Bund gewährt den Ländern in den Jahren 2003- 2007 im Rahmen des Investitionsprogramms "Zukunft Bildung und Betreuung" auf der Grundlage der Verwaltungsvereinbarung vom 12.05.2003 Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 4 Mrd EUR (voraussichtlicher Anteil des Landes Niedersachsen beträgt 400 Mio EUR).
Mit dem Investitionsprogramm soll die Schaffung einer modernen Infrastruktur im Ganztagsschulbereich unterstützt werden.
Die finanziellen Hilfen werden nach Maßgabe der Förderrichtlinie des MK vom 03.11.2003 (Nds. MBl. S. 730) gewährt.
Mittel für den Ganztagsbetrieb von Schulen sind bei Kapitel 0707 Titel 427 34 und 546 34 veranschlagt.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0702 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 72-2	129	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
883 72-7	129	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	69.100	98.700	–29.600	79.600
893 72-2	129	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	—	—	104
TGr. 73		**Zuschüsse der Hertie-Stiftung ("Start Nds.")** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 73.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
527 73-4	141	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	—
547 73-5	141	nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
681 73-3	141	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche	—	—	—	—	—
TGr. 81		**Zuschüsse aus Konzessionsabgaben für Zwecke des Schulsports** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 81.* **** Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.* *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	(—)	(390)	(390)	(—)	(403)
427 81-0	129	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	51	51	—	14
525 81-2	151	Sachaufwand für Aus- und Fortbildung	—	210	210	—	93
547 81-6	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	129	129	—	215
685 81-0	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	81

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 883 72

Bezeichnung des Förderprogramms:

Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Investitionsprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“ 2003- 2007

Rechtliche Grundlage:

§ 23, 44 LHO

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz			22.070	79.600	98.700	69.100			
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					98.700	69.100			

Empfänger:

[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:

[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2003

Befristung:

[ ]Nein [x]Ja, bis 31.12.2008

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:

Aufbau neuer Ganztagsschulen, Weiterentwicklung bestehender Schulen zu Ganztagsschulen, Schaffung zusätzlicher Ganztagsplätze, qualitative Weiterentwicklung bestehender Ganztagsschulen

Zielgruppe: Schulen

Durchschnittliche Förderhöhe: zw. 27.000 EUR und 4,2 Mio EUR

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	1.885	67.834	—	69.719
2008	—	—	—	—
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	1.885	67.834	—	69.719

Zu Titelgruppe 73

Bei dem Projekt „Start-Niedersachsen“ handelt es sich um ein Schülerstipendienprogramm für begabte Zuwandererkinder in Niedersachsen. Ziel ist es, begabten und engagierten Kindern von Zuwanderern verstärkt die Möglichkeit zu einer höheren Schulbildung und bessere Chancen für eine gelungene Integration zu bieten. In Niedersachsen beginnt das Projekt am 01.08.2006 und endet am 31. 07.2010. Die Fördermittel werden von der Hertie-Stiftung zur Verfügung gestellt.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 81

Nach § 6 Abs. 1 des Niedersächsischen Gesetzes über das Lotterie- und Wettwesen (NLottG) v. 21. 6. 1997 (GVBl. S. 289), zuletzt geändert durch Art. 10 des Haushaltsbegleitgesetzes 2005 vom 17.12. 2004 (Nds. GVBl. S. 664) haben Wettunternehmen eine Konzessionsabgabe an das Land abzuführen. Ein Teil dieser Konzessionsabgabe ist aufgrund des § 7 Abs. 1 zweckgebunden zu verwenden. Gemäß § 7 Abs. 3 Nr. 1 NlottG sind 3.363.750 EUR für die Zwecke der Jugendarbeit und des Schulsports zu verwenden. Der auf den Schulsport entfallende Anteil an der Konzessionsabgabe beträgt im Haushaltsjahr 2007 390.000 EUR.

Veranschlagt sind die Ausgaben für

– Schulsportveranstaltungen außerhalb des Unterrichts, z. B. Bundesjugendspiele, Wettbewerb "Jugend trainiert für Olympia", Feriensportkurse

– Aktionsprogramm für die Zusammenarbeit von Schule und Sportverein in Niedersachsen

– Fort- und Weiterbildungslehrgänge für Lehrkräfte im Fach Sport

– Beschaffung besonderer Lehr- und Lernmittel, sofern sie nicht zu den vom Schulträger nach dem NSchG zu tragenden sächlichen Kosten der Ausstattung der Schule gehören

– einmalige und besondere Aufgaben einschl. Innovationen und Modellversuche.

Mittel für denselben Zweck werden im Landeshaushalt bei Kapitel 0707 TGr. 83 veranschlagt.

Die Konzessionsabgabe für die Zwecke der Jugendarbeit ist im Einzelplan 05 veranschlagt.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0702 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0702					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		114	120	–6	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		69.100	98.700	–29.600	
		Summe der Einnahmen		69.214	98.820	–29.606	
		4 Personalausgaben	—	54	54	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	401	401	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	— 990	10.761	10.019	+742	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	2.000 —	70.932	100.745	–29.813	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	66	–66	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	2.000 990	82.148	111.285	–29.137	
		Zuschuss		12.934	12.465	+469	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0705 Landesschulbehörde

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		EINNAHMEN					
111 01-6	111	Gebühren und tarifliche Entgelte		114	120	–6	115
119 01-7	111	Vermischte Einnahmen		4	185	–181	4
124 01-0	111	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		—	—	—	—
132 99-4	111	Erlöse aus dem Verkauf von DV-Geräten *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 98/99.*		—	—	—	—
281 01-9	111	Erstattungen und Zuweisungen **** Abweichend von § 35 LHO sind die Einnahmen von der Bundesagentur für Arbeit oder eines anderen Trägers durch Absetzung zu verausgaben.*		—	134	–134	—
		AUSGABEN					
422 01-1	111	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	27.553	30.138	–2.585	22.196
422 19-4	111	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	670
422 31-3	111	Dienstbezüge auf Grund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-0	111	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	12.462
425 02-9	111	Vergütungen der ständigen, nur teilzeitbeschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 05-3	111	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	59
426 01-7	111	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	921
426 03-3	111	Löhne der ständigen nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 10-2	111	Beschäftigungsentgelte für Praktikantinnen/ Praktikanten	—	9	9	—	—
427 39-0	111	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-4	111	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	56	56	—	96
511 01-4	111	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	877	1.501	–624	825
514 01-3	111	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	72	100	–28	69
517 01-2	111	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	313	81	+232	298
518 01-9	111	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	657	803	–146	626
518 02-7	111	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	80	80	—	46
519 01-5	111	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	19	12	+7	13
519 02-3	111	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0705:

Die Landesschulbehörde hat zum 01.01.2005 die Aufgaben der Schulabteilungen der aufgelösten Bezirksregierungen übernommen. Standort der Behörde ist Lüneburg (Zentrale). In Braunschweig, Hannover, Lüneburg und Osnabrück sind Außenstellen gebildet worden, die jeweils als Abteilung der Landesschulbehörde geführt werden. Die räumliche Zuständigkeit jeder Abteilung erstreckt sich auf das Gebiet des jeweils am Ort der Abteilung bis zum 31.12.2004 betreuten Regierungsbezirks (Landesschulbehördenbezirk). Die Außenstellen der Schulabteilungen der aufgelösten Bezirksregierungen sind Außenstellen der jeweiligen Abteilung der Landesschulbehörde geworden.

Zu 422 01

In den Löhnen sind Mittel für 2 stundenweise beschäftigte Arbeitskräfte im Reinigungsdienst – Lohngruppe 1 MTArb. – veranschlagt – Titel 426 03.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1. 1. 2005	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw/Kombi	13	12	12

Zu 518 01

Für die Anmietung einer Liegenschaft für die Abteilung Osnabrück der Landesschulbehörde sind bei dem Titel 518 01 durch im Haushaltsjahr 2004 in Anspruch genommene/ausgebrachte überplanmäßige Verpflichtungen entstanden.
Andere geeignete Landesliegenschaften standen nicht zur Verfügung. Vertragliche Verpflichtungen sind bis zum 31.12.2008 eingegangen worden.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0705 Landesschulbehörde

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
525 01-5	111	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	95	95	—	28
526 01-1	111	Sachverständige	—	5	2	+3	4
526 02-0	111	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	93	93	—	81
527 01-8	111	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	152	—	+152	510
527 02-6	111	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	210	—	+210	195
529 10-0	111	Verfügungsfonds für den Leiter der Landesschulbhörde	—	—	—	—	—
531 01-5	111	Veröffentlichungen **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*	—	5	5	—	—
546 01-2	111	Vermischte Ausgaben	—	19	5	+14	17
546 03-9	111	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	250	—	+250	36
547 01-9	111	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	3	108	–105	3
681 01-7	111	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	30	—	+30	—
811 01-8	111	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	19	76	–57	—
812 10-3	111	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	30	7	+23	—
972 01-1	989	Globale Minderausgabe (NLpB-Auflösung)	—	—	–167	+167	—
981 01-0	990	Abführung an 1321-38122 zur Refinanierung des Grundstocks	—	21	21	—	21
981 07-0	990	Abführung an 1321 - 381 07	—	1.173	502	+671	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 99.*	(—)	(1.259)	(1.175)	(+84)	(—)
511 99-5	111	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte und sonst. Gegenstände	—	344	484	–140	—
518 98-1	111	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-0	111	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-8	111	Aus- und Fortbildung durch das IZN	—	—	—	—	—
525 99-6	111	Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	—	5	–5	—
538 98-2	111	Dienstleistungen des IZN	—	900	677	+223	—
538 99-0	111	Dienstleistungen Anderer	—	15	9	+6	—
547 99-0	111	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 981 01

Abführung an 1321 – 381 22 zur Refinanzierung des Grundstocks – Kaufpreis für ein bebautes Grundstück – wegen Nutzung der Cambridge-Dragoner-Kaserne in Celle.

Zu 981 07

Abführungen der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 98/99

Für die Beschaffung und Unterhaltung von Hard- und Softwarekomponenten einschließlich aller hierfür anfallenden Betriebskosten (u. a. Kommunikationskosten) sowie für Dienstleistungen (u. a. Systembetreuung), Programmierung und Schulung in der IuK-Technik.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0705 Landesschulbehörde

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 99-5	111	Erwerb von Geräten und sonstigen Gegenständen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		24	–24	
		Abschluss Kapitel 0705					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		118	305	–187	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	134	–134	
		Summe der Einnahmen		118	439	–321	
		4 Personalausgaben	—	27.618	30.227	–2.609	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	4.109	4.060	+49	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	30	—	+30	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	49	83	–34	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.194	356	+838	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	33.000	34.726	–1.726	
		Zuschuss		32.882	34.287	–1.405	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0706 Schulinspektion

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-0	111	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
132 99-8	111	Erlöse aus dem Verkauf von DV-Geräten *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 98/99.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-5	111	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	3.705	2.438	+1.267	647
422 19-8	111	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-4	111	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
425 02-2	111	Vergütung der ständigen, nur teilzeitbeschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 05-7	111	Vergütung der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
426 01-0	111	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—
426 03-7	111	Löhne der ständigen nur stundeweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 39-4	111	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-8	111	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	20	—	+20	—
511 01-8	111	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	25	—	+25	0
514 01-7	111	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	5	—	+5	—
517 01-6	111	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	—
518 01-2	111	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	—
518 02-0	111	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	12	—	+12	—
519 01-9	111	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	—
519 02-7	111	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	—
525 01-9	111	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	20	—	+20	—
526 02-3	111	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	2	—	+2	—
527 01-1	111	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	706	300	+406	—
527 02-0	111	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	—	—	—	—
531 01-9	111	Veröffentlichungen und sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	20	—	+20	—
546 01-6	111	Vermischte Ausgaben	—	5	—	+5	—
547 01-2	111	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5	—	+5	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0706:

Mit Beschluss der Landesregierung vom 19.04.2005 ist die Schulinspektion zum 01.05.2005 im Schloss in Bad Iburg errichtet worden.
Aufgaben der Schulinspektion sind die Qualitätsermittlung der einzelnen niedersächsischen Schulen sowie die Evaluation einzelner Bereiche des niedersächsischen Schulwesens.
Die Räume des Schlosses werden für Verwaltungszwecke her- und eingerichtet.
Der Stellenbestand wird 80 Bedienstete umfassen. Die Schulinspektion hat ihren Dienstbetrieb zunächst mit einem geringeren Personalbestand aufgenommen.
Die Schulinspektorinnen und –inspektoren werden für ihre Tätigkeit besonders fortgebildet. Der weitere Ausbau in diesem Bereich erfolgt schrittweise entsprechend der Anzahl der fortgebildeten Schulinspektorinnen und -inspektoren.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1. 1. 2005	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw/Kombi	-	-	1

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0706 Schulinspektion

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
811 01-1	111	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	20	—	+20	—
812 10-7	111	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	12	—	+12	—
981 07-3	990	Abführung an 1321 - 381 07	—	150	—	+150	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 99.*	(—)	(157)	(120)	(+37)	(41)
511 99-9	111	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte sowie der sonstigen Gegenstände	—	40	120	–80	—
518 98-5	111	Anmietung von Software	—	12	—	+12	—
518 99-3	111	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-1	111	Aus- und Fortbildung durch das IZN	—	1	—	+1	—
525 99-0	111	Aus- und Fortbildung durch "Andere"	—	—	—	—	—
538 98-6	111	Dienstleistungen des IZN	—	94	—	+94	—
538 99-4	111	Dienstleistungen "Anderer"	—	4	—	+4	—
547 99-3	111	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 99-9	111	Erwerb von Geräten und sonstigen Gegenständen	—	6	—	+6	41
		<u>Abschluss Kapitel 0706</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		4 Personalausgaben	—	3.725	2.438	+1.287	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	951	420	+531	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	38	—	+38	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	150	—	+150	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	4.864	2.858	+2.006	
		Zuschuss		4.864	2.858	+2.006	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 981 07

Abführungen der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 98/99

Für die Beschaffung und Unterhaltung von Hard- und Softwarekomponenten einschließlich aller hierfür anfallenden Betriebskosten (u. a. Kommunikationskosten, Kosten für die Telearbeitsplätze der Schulinspektorinnen und -inspektoren) sowie für Dienstleistungen (u. a. Systembetreuung), Programmierung und Schulung in der IuK-Technik.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0707 Schulen allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 61-7	111	Gebühren für die Abnahme von Prüfungen		1	—	+1	—
119 01-4	111	Vermischte Einnahmen		84	155	–71	85
119 75-8	129	Ersatzleistungen im Rahmen von Schulfahrten *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 75/76/77.*		—	—	—	2
119 82-0	129	Sonstige Einnahmen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82.*		—	—	—	—
119 83-9	129	Sonstige Verwaltungseinnahmen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 83.*		—	—	—	210
231 11-6	129	Zuweisungen des Bundes für Modellversuche		50	50	—	114
231 78-7	129	Zuweisungen des Bundes zur Durchführung von Modellversuchen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 78.*		210	200	+10	460
233 12-7	129	Erstattung anteiliger Gastschulbeiträge von Gemeinden (GV)		1.000	875	+125	1.040
281 11-3	129	Erstattung von Versorgungszuschlägen durch Dritte *Vgl. K-Vermerk zu 981 01.*		—	—	—	9
282 72-1	129	Zuschüsse Dritter *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.*		—	—	—	1
282 80-2	141	Zuschüsse des deutsch-französischen Jugendwerkes zur Förderung des Austausches und der Begegnung von Schülergruppen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 80.*		—	—	—	176
		Titelgruppe(n)					
TGr. 88		**Einnahmen im Rahmen der Lernmittelausleihe** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 88.*		(—)	(—)	(—)	(30.649)
111 88-9	129	Elternentgelte		—	—	—	30.597
119 88-0	129	Sonstige Einnahmen **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Lernmittel unentgeltlich abgegeben werden.*		—	—	—	52
		A U S G A B E N					
422 01-9	129	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	30.661	30.895	–234	234
422 19-1	129	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	6
425 01-8	129	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	29.704
425 05-0	129	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	1.261
427 10-0	129	Beschäftigungsentgelte für Praktikantinnen/Praktikanten **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	944	944	—	794

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 231 11

Zu erwartende Einnahmen aus Bundeszuwendungen von 50 v. H. zu den Kosten für befristet eingestellte Ersatzlehrkräfte anlässlich der Durchführung von Modellversuchen, die zu 100 v. H. aus den bei den Kapiteln 07 10 bis 07 20 ausgebrachten persönlichen Verwaltungsausgaben vergütet werden.

Zu 233 12

Erstattungen auf Grund der Heranziehung kommunaler Schulträger zu Ausgleichsszahlungen gem. § 113 Abs. 5 NSchG oder nach einzelnen Gastschulverträgen.

Zu 281 11

Leertitel zur Erstattung von Versorgungszuschlägen i. H. v. 30 % der Dienstbezüge ab 1. 8. 2000 für unter Wegfall der Dienstbezüge zur Dienstleistung an eine staatlich anerkannte Ersatzschule eines anderen Bundeslandes (Ökumenisches Gymnasium zu Bremen) beurlaubte niedersächsische Beamtinnen und Beamte.

Zu 282 80

Vgl. Erläuterungen zu TGr. 80.

Zu 111 88

Vgl. Erläuterungen zu TGr. 88

Zu 422 01 bis 453 01 allgemein

Veranschlagt sind die Mittel für Schulassistentinnen und Schulassistenten an öffentlichen Schulen, für pädagogische Mitarbeiterinnen und pädagogische Mitarbeiter an öffentlichen Ganztagsschulen sowie für Angestellte im Verwaltungsdienst als Hilfskräfte für besonders betroffene schwer behinderte Lehrkräfte (z. B. Blinde oder Gehörlose), beim Landeselternrat (TGr. 62) und beim Landesschülerrat (TGr. 63).

Zu 425 01

Vergütungen und Zulagen, jährliche Zuwendungen, Sozialversicherung (Arbeitgeberanteile) usw.
In den veranschlagten Vergütungen sind enthalten die Vergütung im Umfang von bis zu insgesamt 5,83 Stellen für Hilfskräfte für besonders betroffene schwer behinderte Lehrkräfte (z. B. Blinde oder Gehörlose).

Zu 425 05

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingesetzten pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Angestellten im Verwaltungsdienst und Schulassistentinnen und Schulassistenten.

Zu 427 10

Für insgesamt bis zu höchstens 75 Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, die im Anschluss an ihre Fachhochschulausbildung ein Anerkennungsjahr ableisten.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0707 Schulen allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
427 23-1	117	Entschädigungen für ausländische Fremdsprachenassistentinnen und Fremdsprachenassistenten **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	665	665	—	531
427 34-7	129	Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse (Dienstleistungsverträge) für den Ganztagsbetrieb *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 546 34.*	3.657 —	6.268	5.458	+810	2.173
427 39-8	129	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	25	45	–20	25
453 01-1	129	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	—	—	—	—
511 01-1	111	Geschäftsbedarf u. Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	47	47	—	46
526 01-9	111	Sachverständige	—	1	1	—	3
526 02-7	111	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	0
527 01-5	129	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	1	1	—	0
527 02-3	129	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	1	1	—	3
531 15-2	111	Abgeltung urheberrechtlicher Ausgleichsansprüche *Übertragbar.* **** Ausgaben in Höhe von 69.000 EUR dürfen nur mit Zustimmung des MF geleistet werden.*	—	529	460	+69	557
546 01-0	111	Vermischte Ausgaben	—	1	1	—	0
546 02-8	129	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	1	1	—	—
546 34-6	129	Entgelte für Kooperationsverträge für den Ganztagsbetrieb *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 427 34.*	—	—	—	—	788
632 11-0	111	Erstattung von Verwaltungsausgaben der Zentralstelle für Fernunterricht	—	60	75	–15	34
632 12-9	129	Erstattung der Finanzhilfe für niedersächsische Schüler/-innen, die Privatschulen in Bremen und Hamburg besuchen *Übertragbar.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 632 12, 632 13, 633 11 und 633 12.*	—	1.544	1.748	–204	1.544
632 13-7	129	Ausgleichszahlungen für den Besuch von öffentlichen Schulen in Bremen und Hamburg durch niedersächsische Schüler/-innen *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 632 12.*	—	5.430	5.607	–177	5.336
632 14-5	129	Erstattung der Kosten für die Beschulung nieders. Schüler/-innen in der Hochgebirgsklinik Davos-Wolfgang *Übertragbar.*	—	25	37	–12	13

ERLÄUTERUNGEN

Zu 427 23

Für insgesamt bis zu 107 ausländische Fremdsprachenassistentinnen und Fremdsprachenassistenten (während eines Zeitraumes von bis zu 10 Monaten).
Daneben befinden sich noch direkt vom Bund – pädagogischer Austauschdienst – bezahlte Fremdsprachenassistentinnen und Fremdsprachenassistenten (bis zu 15) im Einsatz.

Zu 427 34

Hier sind die Mittel für die Beschäftigung von außerschulischen Fachkräften im Rahmen von befristeten freien Dienstleistungsverträgen sowie die Mittel für Kooperationsverträge im Rahmen des Budgets zur Einrichtung ganztagsspezifischer Angebote an Ganztagsschulen (RdErl. d. MK vom 16.03.2004 – SVBl. S. 219) veranschlagt.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	3.657	3.657
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	3.657	3.657

Zu 427 39

Für befristet beschäftigte pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Angestellte im Verwaltungsdienst und Schulassistentinnen und Schulassistenten.

Zu 511 01

Veranschlagt sind Mittel zur Gewährung von Kranzspenden sowie für Nachrufe für verstorbene Lehrkräfte, die im Landesdienst gestanden haben, und übrige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an öffentlichen, nicht vom Lande getragenen Schulen.

Zu 531 15

Zur Zahlung der Vergütung für Ablichtungen und sonstige Vervielfältigungen von urheberrechtlich geschützten Werken in Schulen gem. § 54 ff. des Urheberrechtsgesetzes an die in der „Zentralstelle Fotokopieren an Schulen, ZFS“ zusammengeschlossenen Verwertungsgesellschaften WORT und Musikedition.

Zu 546 01

Zur Erstattung von Sachkosten im Rahmen der Tätigkeit der Vertrauensfrau und des Vertrauensmannes der Schwerbehinderten, soweit die Kosten nicht aus Kap. 07 05 abgerechnet werden können.

Zu 546 34

Siehe Erläuterung zu Kapitel 0707 Titel 42734.

Zu 632 11

Veranschlagt ist der gemäß Art. 14 (2) des Staatsvertrages vom 16. 2. 1978 (Anlage zum Gesetz vom 31. 5. 1978 – Nds. GVBl. S. 524), geändert durch Staatsvertrag v. 22. 12. 1992 (Nds. GVBl. S. 379) auf Niedersachsen entfallende voraussichtliche Anteil an den Kosten der Zentralstelle für Fernunterricht.

Zu 632 12

Nach Maßgabe der Vereinbarung vom 1. 3. 1996 mit der Freien Hansestadt Bremen und dem Abkommen vom 13. 6. 1996 mit der Freien und Hansestadt Hamburg leistet das Land Niedersachsen für den Besuch privater Schulen in Bremen und Hamburg durch niedersächsische Schülerinnen und Schüler finanzielle Beiträge an diese Länder. Die Zahlungen werden von dort an die Privatschulen weitergeleitet.

Zu 632 13

Veranschlagt sind die an Bremen gem. Vereinbarung vom 1. 3. 1996 und an Hamburg gem. Abkommen vom 13. 6. 1996 durch das Land Niedersachsen zu zahlenden Ausgleichsbeträge für den Besuch öffentlicher Schulen in Bremen und Hamburg durch Schülerinnen und Schüler aus Niedersachsen.

Zu 632 14

Schülerinnen und Schüler, die sich wegen schwerer organischer Erkrankungen in der Hochgebirgsklinik Davos-Wolfgang, Schweiz (Träger: Stiftung Deutsche Heilstätten), einer stationären Behandlung unterziehen, werden nach den Empfehlungen für den Unterricht kranker Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Veranschlagt ist der auf Niedersachsen entsprechend der Schülerzahl entfallende voraussichtliche Anteil an den Lehrerpersonalkosten gem. Vereinbarung v. 1. 1. 1992.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0707 Schulen allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
633 11-7	129	Erstattung von Gastschulbeiträgen für allgemein bildende Schulen *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 632 12.* **** Aufwendungen für Gastschüler/-innen aus anderen Bundesländern dürfen in besonderen Fällen erstattet werden.*	—	1.047	1.159	–112	241
633 12-5	127	Erstattung von Gastschulbeiträgen für berufsbildende Schulen *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 632 12.*	—	1.880	1.700	+180	1.786
633 13-3	127	Erstattung v. Sachkosten f. d. Beschulung nichtnds. Schüler/-innen an Fachklassen länderübergreifender Einzugsbereiche *Übertragbar.*	—	413	397	+16	389
633 14-1	124	Erstattung von Sachkosten für die Beschulung langwierig erkrankter Kinder an der Seeparkschule Wesermünde	—	100	135	–35	121
684 13-7	114	Finanzhilfe gemäß NSchG für allgemein bildende Schulen in freier Trägerschaft ohne Förderschulen,Gymnasien u.Freie Waldorfsch. *Übertragbar.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 684 13, 684 14, 684 17, 684 18, 684 20 und 684 21.*	—	7.174	7.891	–717	4.469
684 14-5	127	Finanzhilfe gemäß NSchG für berufsbildende Schulen in freier Trägerschaft *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 684 13.*	—	51.092	42.293	+8.799	44.157
684 15-3	129	Sonstige Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft	—	358	653	–295	851
684 16-1	115	Zuschüsse auf Grund des NSchG zu den laufenden sächlichen Kosten f. Ersatzschulen (Konkordatsschulen) *Übertragbar.*	—	1.195	1.210	–15	1.184
684 17-0	115	Zuschüsse zu den persönlichen Kosten für Lehrkräfte an Ersatzschulen (Konkordatsschulen) *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 684 13.*	—	18.095	18.095	—	18.335
684 18-8	124	Finanzhilfe gemäß NSchG für Förderschulen in freier Trägerschaft *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 684 13.*	—	43.644	40.176	+3.468	38.624
684 19-6	127	Sonstige Zuschüsse an Schulen für andere als ärztliche Heilberufe *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
684 20-0	117	Finanzhilfe gemäß NSchG für Gymnasien in freier Trägerschaft *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 684 13.*	—	80.695	82.603	–1.908	78.144
684 21-8	123	Finanzhilfe gemäß NSchG für Freie Waldorfschulen *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 684 13.*	—	26.764	23.648	+3.116	27.774
686 11-3	141	Zuschüsse zur Förderung von in Internaten untergebrachten Schiffer-, Schausteller- u. Zirkuskindern	—	10	15	–5	5

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 633 11

Gastschulbeiträge für niedersächsische Schülerinnen und Schüler, die öffentliche Schulen in anderen Ländern besuchen und für die nicht auf die Erhebung von Gastschulbeiträgen verzichtet wurde oder keine pauschale Abgeltung aufgrund der Vereinbarung vom 1. 3. 1996 zwischen Bremen und Niedersachsen erfolgt (vgl. Erläuterungen zu Kapitel 07 07 Titel 632 13).
Veranschlagt ist der Anteil des Landes (5/6) an den Gastschulbeiträgen (d. h. die Personalkosten für Lehrkräfte).

Zu 633 13

Gemäß § 105 Abs. 8 NSchG erstattet das Land niedersächsischen Schulträgern die für die Beschulung der nichtniedersächsischen Schülerinnen und Schüler in Klassen an berufsbildenden Schulen mit länderübergreifendem Einzugsbereich entstehenden Sachkosten nach Maßgabe des RdErl. d. MK v. 26.09.2005 (Nds. MBl. S. 799). Veranschlagt sind Erstattungen für Auszubildende in den Berufen Brunnenbauerin / Brunnenbauer, Rohrleitungsbauerin / Rohrlei-tungsbauer, Müllerin / Müller, Steinbildhauerin / Steinbildhauer, Steinmetzin / Steinmetz u. a.

Zu 633 14

Zur Erstattung der Sachkosten an den Landkreis Cuxhaven als Träger der Seeparkschule Wesermünde, Körperbehindertenschule in Langen-Debstedt, gemäß Vereinbarung vom 20. 11. 1997.

Zu Titel 684 13 und 684 14, 684 17, 684 18, 684 20, 684 21

Veranschlagt sind Finanzhilfeleistungen aufgrund der §§ 150 und 155 NSchG.

Titel	Ansatz 2006 in Tds. EUR	Ansatz 2007 in Tds. EUR
684 13	7.891	7.174
684 14	42.293	51.092
684 17	18.095	18.095
684 18	40.176	43.644
684 20	82.603	80.695
684 21	23.648	26.764
DK insges.:	214.706	227.464

Durch steigende Schülerzahlen und die beabsichtigte Finanzhilfereform bedingter Mehrbedarf. Das neue System zur Berechnung der Finanzhilfe soll voraussichtlich zum Schuljahr 2007/2008 wirksam werden.
Die persönlichen Verwaltungsausgaben der gem. §§ 152 Abs. 3 und 155 Abs. 2 NSchG an Schulen in freier Trägerschaft mit Bezügen beurlaubten Lehrkräfte sind in den Kap. 07 11, 0712 und 07 13 veranschlagt, diejenigen der in kirchlicher Trägerschaft stehenden Gymnasien Andreanum in Hildesheim (s. Nds. GVBl. 1978 S. 327) und Josephinum in Hildesheim (s. Nds. GVBl. 1989 S. 267) sowie des kirchlichen Gymnasiums in Wolfsburg (§154 Abs. 1 Satz 2 i. V. m. § 155 Abs. 2 NSchG) im Kap. 07 14 (s. Erläuterungen in den Stellenplänen und -übersichten dort).
In den Ansätzen sind auch Mittel für die Erstattung von Zulagen gem. §§ 152 Abs. 3 und 155 Abs. 2 NSchG enthalten.

Zu 684 15

Veranschlagt sind Zuschüsse gem. § 151 Abs. 1 NSchG an eine Förderschule für Erziehungshilfe in Vechta und eine Förderschule für Erziehungshilfe und Geistigbehinderte in Walsrode, die wohnortnah für bislang an anderen Standorten unterrichtete Schülerinnen und Schüler neu eingerichtet wurden (Durststreckenfinanzierung).

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuwendungen an Schulen in freier Trägerschaft, sogenannte „Durststreckenfinanzierung“

Rechtliche Grundlage: Art. 7 Abs. 4 und 5 GG, Art. 4 Abs. 3 und4 NV, § 139 und § 151 Abs.1 NSchG

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 684 15

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	148	199	384	851	653	358	0	0	0
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss									

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[X]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: seit 1980

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis.31.07.2007 (jeweilige Förderung für den Zeitraum von drei Jahren)

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Erstattung von Betriebskosten (laufende Personalkosten und lfd. sächliche Kosten) während der Zeit der ansonsten obligatorischen dreijährigen „Durststrecke“ (§ 151 Abs. 1 i. V. m. § 149 Abs. 1 NSchG). Interesse an einer wohnortnahen Beschulung der Schülerinnen und Schüler bei einer 2/3-Finanzierung gegenüber Vollfinanzierung an den bisherigen Schulstandorten.

Zielgruppe: Private Schulträger von Schulen in freier Trägerschaft

Durchschnittliche Förderhöhe: Die Landeszuwendungen sind grundsätzlich auf 2/3 der regulären Finanzhilfe begrenzt.

Zu 684 16

Veranschlagt ist ein Schülerbetrag von 107,37 EUR gem. Gesetz vom 29.04.2004 (Nds. GVBl. S. 142) – Anlage zu Artikel 4 – Gesetz zur Übereinkunft zur Änderung der Durchführungsvereinbarung zum Konkordat.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 686 11

Aus den veranschlagten Mitteln werden Zuschüsse zur Ermäßigung der Kosten für die Internatsunterbringung von Schiffer-, Schausteller- und Zirkuskindern (RdErl. MK v. 25. 4. 90 – Nds. MBl. S. 589, geändert durch RdErl. d. MK vom 18. 12. 1991 – Nds. MBl. 1992 S. 150) gezahlt.
Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschüsse zur Förderung von in Internaten untergebrachten Schiffer-, Schausteller- u. Zirkuskinder
Rechtliche Grundlage: § 44 LHO; Richtlinie über die Gewährung einer Zuwendung zu den Ausgaben für die Internatsunterbringung von Schiffer-, Schausteller- u. Zirkuskindern (RdErl. d.MK v. 25.4.1990, Nds. MBl. S. 589, geändert durch RdErl. d. MK v. 18.12.1991, Nds. MBl. 1992, S. 150)
Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	9	9	7	5	15	10	10	10	10
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss									

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1950

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Sicherung des planmäßigen Unterrichts von Kindern beruflich Reisender durch Internatsunterbringung, da ein ständiger Schulwechsel den Erwerb eines angemessenen Schulabschlusses erheblich erschwert.
Zielgruppe: Sorgeberechtigte der Kinder beruflich Reisender

Durchschnittliche Förderhöhe: 5,11 EUR je Kind u. Tag der Internatsunterbringung

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0707 Schulen allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
686 12-1	119	Zuschüsse zum Schulgeld für Schüler/-innen der Nordseeinseln	—	15	15	—	12
981 01-8	990	Abführung an 13 50 - 381 07 *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 11.*	—	—	—	—	9
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Prüfungsvergütungen und Verwaltungsausgaben**	(—)	(270)	(440)	(–170)	(156)
412 61-7	111	Entschädigungen für ehrenamtlich Tätige	—	23	63	–40	9
427 61-4	111	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	204	300	–96	136
527 61-9	111	Reisekostenvergütungen	—	38	77	–39	11
547 61-0	111	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5	—	+5	0
TGr. 62/90		**Kosten des Landeselternrates**	(—)	(99)	(109)	(–10)	(71)
412 62-5	129	Entschädigungen für die Mitglieder	—	42	42	—	35
511 62-3	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Gebrauchsgegenstände	—	17	18	–1	9
517 62-1	129	Reinigungskosten, Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	5	5	—	3
518 62-8	129	Mieten und Pachten für Gebäude und Räume	—	15	16	–1	14
518 90-3	129	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	—	4	4	—	3
527 62-7	129	Reisekostenvergütungen	—	10	15	–5	4
531 62-4	129	Veröffentlichungen	—	2	5	–3	0
547 62-8	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	3	3	—	3
686 62-8	129	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1	1	—	1
687 62-4	129	Mitgliedsbeiträge an die E.P.A. in Brüssel	—	—	—	—	—
TGr. 63/91		**Kosten des Landesschülerrates**	(—)	(57)	(57)	(—)	(35)
412 63-3	129	Entschädigungen für die Mitglieder	—	10	10	—	3
427 63-0	129	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
511 63-1	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Gebrauchsgegenstände	—	9	9	—	4
517 63-0	129	Reinigungskosten, Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	3	3	—	3
518 63-6	129	Mieten und Pachten für Gebäude und Räume	—	15	15	—	14
518 91-1	129	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	—	2	2	—	2

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 686 12

Für die Kinder auf den Nordseeinseln, insbesondere auf Spiekeroog, die aus Mangel an öffentlichen weiterführenden Schulen eine Schule in freier Trägerschaft auf der Insel besuchen, wird ein Zuschuss zur Ermäßigung des Schulgeldes gewährt.
Bezeichnung des Förderprogramms: Landeszuschüsse zum Schulgeld der auf den Nordseeinseln beheimateten Schüler, die eine Privatschule auf den Inseln besuchen.
Rechtliche Grundlage: § 44 LHO; Erl. d. MK v. 4.7.1977 – 2075-31 615/4 -
Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	13	13	12	12	15	15	15	15	15
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss									

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1978

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Sicherung der Chancengleichheit durch die Gewährung eines Zuschusses zur Ermäßigung des Schulgeldes der auf den Nordseeinseln beheimateten Schüler, die aus Mangel an öffentlichen weiterführenden Schulen eine Schule in freier Trägerschaft auf den Inseln besuchen.
Zielgruppe: Erziehungsberechtigte der o.a. Schülergruppe

Durchschnittliche Förderhöhe: 75 % der fiktiven Fahrtkosten, die für eine tägliche Überfahrt zum Festland entstehen würden, z.Zt. mtl. 39,10 EUR pro Schüler.

Zu 981 01

Abführung der erstatteten anteiligen Kosten zu den Versorgungsaufwendungen (vgl. Erl. zu Titel 281 11).

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 61

Veranschlagt sind die Kosten für die

1. Reifeprüfung von Nichtschülerinnen und Nichtschülern, Sonderreifeprüfung und Ergänzungsprüfung in Latein, Hebräisch und Griechisch sowie für andere Schulprüfungen	14 000 EUR
2. Prüfung von Nichtschülerinnen und Nichtschülern zur Erlangung des Abschlusszeugnisses an Hauptschulen und Realschulen	70 000 EUR
3. Schulwissenschaftliche Vorprüfungen	-
4. Prüfungen an berufsbildenden Schulen	2 000 EUR
5. Prüfungen von Gymnastiklehrkräften, geprüften Meisterinnen und geprüften Meistern für Bäderbetriebe sowie von Fachangestellten für Bäderbetriebe	42 000 EUR
6. Prüfungen von Krankenpflegepersonal sowie von Auszubildenden in anderen als ärztlichen Heilberufen	99 000 EUR
7. Prüfungen von pharmazeutisch-technischen Assistentinnen und Assistenten	2 000 EUR
8. Anerkennungsprüfungen für deutsche Staatsangehörige mit ausländischer Hochschulzulassungsberechtigung	-
9. Prüfungen für Lehrerinnen und Lehrer der Kurzschrift und des Maschineschreibens sowie der Bürotechnik	-
10. Feststellung der Sprachbeherrschung und des Kenntnisstandes der Sprache des Herkunftslandes zur Anerkennung als erste Pflichtfremdsprache bei der Eingliederung von deutschen Aussiedlerinnen und Aussiedlern sowie Ausländerinnen und Ausländern in die Schule	40 000 EUR
11. Anerkennungsprüfungen der Muttersprache als Pflichtfremdsprache für ausländische Schülerinnen und Schüler zur Aufnahme in die gymnasiale Oberstufe	1 000 EUR
Zusammen:	270 000 EUR

Zu Titelgruppe 62/90

Veranschlagt sind die Ausgaben für die durch die Tätigkeit des Landeselternrates entstehenden notwendigen Kosten (§ 174 Abs. 2 NSchG) einschließlich Gewährung von Sitzungsgeldern und Reisekostenvergütungen sowie Erstattung von Auslagen an die Mitglieder des Landeselternrates (VO vom 25.04.2005 – Nieders. GVBl. S. 129). Die Vergütungen der in der Geschäftsstelle des Landeselternrats beschäftigten Angestellten sind im Ansatz bei Titel 425 01 enthalten.

Zu 686 62

Beitrag für die Geschäftsstelle des Bundeselternrates.

Zu Titelgruppe 63/91

Veranschlagt sind die Ausgaben für die durch die Tätigkeit des Landesschülerrats entstehenden notwendigen Kosten (§ 174 Abs. 2 NSchG) einschließlich Gewährung von Sitzungsgeldern und Reisekostenvergütungen sowie Erstattung von Auslagen an die Mitglieder des Landesschülerrats (VO vom 25.04.2005 – Nieders. GVBl. S. 129) und die sächliche Ausstattung für die Tätigkeit des Landesschülerrats (§ 168 Abs. 3 NSchG).
Die Vergütung der in der Geschäftsstelle des Landesschülerrats beschäftigten Angestellten (Verg.-Gr. VI b BAT) ist im Ansatz bei Tit. 425 01 enthalten.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0707 Schulen allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
527 63-5	129	Reisekostenvergütungen	—	14	10	+4	9
531 63-2	129	Veröffentlichungen	—	3	5	–2	—
547 63-6	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1	3	–2	1
TGr. 65		**Kosten der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Versuchen im Schulbereich sowie deren wissenschaftliche Begleitung** *Übertragbar.*	(—)	(100)	(100)	(—)	(57)
425 65-4	129	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	15
429 65-0	129	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	23	5	+18	2
527 65-1	129	Reisekostenvergütungen	—	3	10	–7	12
547 65-2	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	74	85	–11	23
632 65-0	129	Zuweisungen an andere Länder	—	—	—	—	—
633 65-6	129	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	5
684 65-0	129	Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft	—	—	—	—	—
686 65-2	129	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
883 65-2	129	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
TGr. 71		**Kooperationen mit dem Ausland**	(—)	(11)	(11)	(—)	(—)
547 71-7	127	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
681 71-5	127	Zuschüsse für Teilnehmer/-innen	—	11	11	—	—
TGr. 72		**Förderung des Erziehungswesens in Sonderfällen** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 72.*	(24) (—)	(259)	(106)	(+153)	(73)
429 72-2	129	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
527 72-4	129	Reisekostenvergütungen	—	60	39	+21	15
531 72-1	129	Veröffentlichungen **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*	—	—	—	—	—
539 72-2	129	Vergabe von Preisen und Urkunden	—	3	1	+2	2
541 72-7	129	Kosten der Tagungsstätten bei Wettbewerbsveranstaltungen	—	3	1	+2	3
547 72-5	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	50	6	+44	5
681 72-3	129	Sonstige Geldleistungen	—	28	11	+17	24
686 72-5	129	Zuschüsse an Sonstige	24 —	115	48	+67	24

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 65

Veranschlagt sind Komplementärmittel für Modellversuche im Bildungswesen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung im allgemein- und berufsbildenden Schulbereich (BLK-Modellversuche).
Darüber hinaus sind Mittel vorgesehen für die Durchführung von Schulversuchen gem. § 22 NSchG aufgrund bestehender pädagogischer, wissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse und Erfordernisse sowie bestimmter bildungspolitischer Ziele.
Insgesamt sind veranschlagt:

1. Komplementärmittel für Modellversuche und wiss. Begleitungen im Bildungswesen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung	10 000 EUR
2. für niedersächsische Modell-/Schulversuche	90 000 EUR
Zusammen	100 000 EUR

Zu 425 65

Veranschlagt ist der Landesanteil von 50 v. H. an den Vergütungen des unmittelbar für den Modellversuch eingestellten hauptberuflichen Personals.

Zu 429 65

Veranschlagt ist der Landesanteil von 50 v. H. an den Vergütungen der bei Modellversuchen befristet beschäftigten Hilfs- und Aushilfskräfte.

Zu Titelgruppe 71

Veranschlagt sind Kosten aus Anlass von Kooperationen zwischen dem Land Niedersachsen und außereuropäischen Partnerregionen.

Zu 681 71

Bezeichnung des Förderprogramms: Kooperationen zwischen dem Land Niedersachsen und außereuropäischen Partnerregionen
Rechtliche Grundlage: §§ 23, 44 LHO
Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	11	4	0	0	11	11	11	11	11
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss									

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2007

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Zuwendungen zur Förderung der Zusammenarbeit des Landes Niedersachsen mit außereuropäischen Ländern insbesondere im schulischen Bereich und in der beruflichen Erstausbildung sowie der Fortbildung der Lehrkräfte.
Zielgruppe: Jugendliche und Erwachsene in der beruflichen Erstausbildung, Lehrkräfte/Ausbilder und Bildungsverantwortliche in der beruflichen Bildung

Durchschnittliche Förderhöhe:

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 72

Veranschlagt sind Haushaltsmittel für:

1. Förderung der Arbeit in Schulbibliotheken
2. Kosten für überregionale Bildungsveranstaltungen
3. Schülerfriedenspreis
4. Kosten der Seminare zur Förderung der SV-Arbeit
5. Kosten der Einführungstagungen für Fremdsprachenassistentinnen und Fremdsprachenassistenten
6. Leseförderung
7. Musikpädagogisches Programm „Hauptsache Musik“
8. Zuschüsse für

– den Europäischen Wettbewerb auf Landesebene
– den Europäischen Wettbewerb auf Bundesebene
– die Schulschachmannschaftsmeisterschaften
– Nieders. Schülertheatertreffen
– Jugend zeichnet und gestaltet
– Schulen musizieren (Land)
– Fremdsprachenwettbewerb
– Braunschweiger Schultheaterwoche
– Schultheater der Länder
– Bundestreffen Schultheater der Länder
– Wettbewerb „Jugend debattiert“
– Uelzener Filmtage
– Wettbewerb “Junior“
– Chemie (SEK I u. II)
– sonstige Schülerwettbewerbe (Erl. v. 10. 6. 97 – SVBl. S. 274)

Zu 681 72

Bezeichnung des Förderprogramms: Förderung von Schülerwettbewerben
Rechtliche Grundlage: § 44 LHO; Erl. d. MK v. 10.6.1997 – SVBl. S. 274 -, zuletzt geändert d. Erl. d. MK v. 4.10.2000 – SVBl. S. 486 -
Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	29	20	10	24	11	28	11	11	11
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss									

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1985

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Durch die Schülerwettbewerbe sollen Schülerinnen und Schüler zur Erschließung neuer Fragestellungen und Bereiche sowie zu besonderen Leistungen motiviert werden.
Zielgruppe: Veranstalter von Schülerwettbewerben sowie Schülerinnen und Schüler

Durchschnittliche Förderhöhe: ca. 1.000 EUR pro Wettbewerb

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 686 72

Bezeichnung des Förderprogramms: Förderung von Schülerwettbewerben
Rechtliche Grundlage: § 44 LHO; Erl. d. MK v. 10.6.1997 – SVBl. S. 274 -, zuletzt geändert d. Erl. d. MK v. 4.10.2000 – SVBl. S. 486 -
Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	52	25	79	24	48	75	48	31	48
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss									

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1985

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Durch die Schülerwettbewerbe sollen Schülerinnen und Schüler zur Erschließung neuer Fragestellungen und Bereiche sowie zu besonderen Leistungen motiviert werden.
Zielgruppe: Veranstalter von Schülerwettbewerben

Durchschnittliche Förderhöhe: zwischen 2.500 EUR und 13.000 EUR pro Wettbewerb
Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	24	24
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	24	24

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0707 Schulen allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 75 bis 77		**Reisekostenvergütungen aus Anlass von Schulfahrten** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 75.*	(1.000) (1.000)	(2.603)	(2.603)	(—)	(2.268)
527 75-9	129	Schulfahrten im Inland *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 527 75, 527 76, 527 77, 539 75, 546 75, 547 75, 427 87, 525 87 und 547 87.*	1.000 1.000	1.990	1.990	—	1.616
527 76-7	141	Schüleraustauschfahrten *Vgl. D-Vermerk zu 527 75.*	—	277	277	—	159
527 77-5	129	Studienfahrten ins Ausland *Vgl. D-Vermerk zu 527 75.*	—	336	336	—	492
539 75-7	129	Sachaufwand *Vgl. D-Vermerk zu 527 75.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	—	—	—	0
546 75-3	129	Schadensersatzleistungen *Vgl. D-Vermerk zu 527 75.*	—	—	—	—	0
547 75-0	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 527 75.*	—	—	—	—	—
TGr. 78		**Verausgabung der Zuweisungen des Bundes zur Durchführung von Modellversuchen** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 78.*	(—)	(210)	(200)	(+10)	(559)
425 78-6	129	Vergütungen der Angestellten	—	25	90	–65	145
429 78-1	129	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	12	15	–3	8
527 78-3	129	Reisekostenvergütungen	—	20	20	—	70
547 78-4	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	153	75	+78	269
631 78-5	129	Rückzahlung nicht verbrauchter Bundesmittel	—	—	—	—	33
632 78-1	129	Sonstige Zuweisungen an Länder	—	—	—	—	—
633 78-8	129	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	33
686 78-4	129	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
883 78-4	129	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
TGr. 80		**Verwendung der Zuschüsse des DFJW zur Förderung der Begegnung von Schülergruppen** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 80.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(175)
633 80-0	141	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	115
684 80-3	141	Zuschüsse an andere Träger	—	—	—	—	61

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 75 bis 77

Veranschlagt sind Reisekostenvergütungen für Lehrkräfte und Begleitpersonen zur Durchführung von Schulfahrten im Inland und Studienfahrten sowie Schüleraustauschfahrten ins Ausland an allgemein bildenden Schulen gem. RdErl. d. MK v. 10.01.2006 (SVBl. S. 38).

Den öffentlichen Schulen werden die Mittel in budgetierter Form zur Verfügung gestellt. Das Budget an öffentlichen allgemein bildenden Schulen besteht aus Haushaltsmitteln für die Durchführung von Dienstreisen aus Anlass von Schulfahrten und von schulinterner Lehrerfortbildung – SchiLF – (Kapitel 0707 TGr. 87).

Zu 527 75

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	1.000	—	1.000
2008	—	—	1.000	1.000
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	1.000	1.000	2.000

Zu 539 75

Die Schulen dürfen mit Wirkung für das Land Verpflichtungen im Zusammenhang mit Schulfahrten eingehen, soweit die Kostenübernahme durch Dritte (Eltern, Schülerinnen und Schüler, Sozialhilfeträger) gesichert ist – siehe §§ 71 Abs. 1 Satz 2 und 113 Abs. 4 Satz 2 NSchG.

Zu Titelgruppe 78

Zur Verausgabung der bei Tit. 231 78 zu erwartenden zweckgebundenen Zuweisungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur koordinierten Vorbereitung und Durchführung von Modellversuchen im Schulbereich sowie dessen wissenschaftliche Begleitung.

Zu 425 78

Veranschlagt sind die anteiligen Bundesmittel zu den persönlichen Verwaltungsausgaben der am Modellversuch beteiligten Lehrkräfte und für das unmittelbar für den Versuch einzusetzende Personal. Die Komplementärmittel des Landes in Höhe von 50 v. H. werden bei dem entsprechenden Titel 425 27 der Kapitel 07 10 bis 07 20 bereitgestellt bzw. sind bei Titel 425 65 veranschlagt.

Zu 429 78

Für Vergütungen von befristet eingestellten Hilfs- und Aushilfskräften zur Durchführung von Modellversuchen.

Zu 632 78

Zur Verausgabung von Zuweisungen des BMBF an andere Bundesländer für die Abwicklung von Modellversuchs-Programmen, für die Niedersachsen die Federführung übernommen hat.

Zu Titelgruppe 80

Zur Verausgabung der bei Tit. 282 80 eingehenden Zuschüsse des Deutsch-Französischen Jugendwerkes, die nach Maßgabe besonderer Förderungsrichtlinien (vgl. RdErl. d. MK v. 20. 1. 1971 – Nds. MBl. S. 397) zur Förderung des Austausches und der Begegnung ausschließlich von Schülerinnen und Schülern beider Länder gewährt werden.
Alle übrigen Zuschüsse des Deutsch-Französischen Jugendwerkes sind bei Kap. 05 73 TGr. 91 veranschlagt.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0707 Schulen allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 81		**Sicherheit und Gesundheit der Landesbediensteten im Schulbereich** *Übertragbar.*	(—)	(795)	(496)	(+299)	(424)
443 81-4	254	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	—	570	300	+270	207
511 81-0	254	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	40	20	+20	28
525 81-0	254	Aus-und Fortbildung	—	120	120	—	143
527 81-3	254	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	60	51	+9	44
547 81-4	254	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5	5	—	1
TGr. 82		**Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung in Schulen** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 82.*	(—)	(2.124)	(245)	(+1.879)	(172)
427 82-7	129	Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse	—	1.879	—	+1.879	—
429 82-0	129	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	50	50	—	—
511 82-8	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte,Ausstattungs-und Ausrüstungsgegenstände,sonstige Gebrauchsgegenstände	—	45	45	—	7
525 82-9	129	Aus- und Fortbildung	—	50	50	—	103
526 82-5	129	Ausgaben für Sachverständige, Gutachter und Beiräte	—	50	50	—	7
527 82-1	129	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	50	50	—	7
531 82-9	129	Ausgaben für Veröffentlichungen und Dokumentationen	—	—	—	—	27
547 82-2	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	23
633 82-6	129	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
TGr. 83		**Bewegungs- und Gesundheitserziehung** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 83.* *Die Ausgabe (Maßnahme) darf nur mit Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des LT geleistet werden.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(500)	(—)	(+500)	(180)
427 83-5	129	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	—
511 83-6	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs-u. Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 81

Veranschlagt sind Ausgaben zur Umsetzung des Arbeitsschutzgesetzes und des Arbeitssicherheitsgesetzes für Landesbedienstete an öffentlichen Schulen insbesondere durch
- Qualifizierung von Lehrkräften für spezielle Aufgaben im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz (z. B. Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Sicherheitsbeauftragte, Suchtberater im Schulbereich)
- Entwicklung von Informationsangeboten und Handreichungen zu Sicherheit und Gesundheitsschutz in Schulen
- Arbeitsmedizinische Betreuung.

Zu 443 81

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	300	—	—	300
2008	300	—	—	300
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	600	—	—	600

Zu Titelgruppe 82

Veranschlagt sind die Ausgaben u. a. für die Entwicklung von Kriterien und den Auf- und Ausbau von Schulnetzwerken, für die Durchführung von Maßnahmen und Projekten zur Eigenverantwortung und Qualitätsverbesserung von Schule und Unterricht sowie für Schulprogrammentwicklung und Evaluation (245.000 EUR).

Weiterhin sind in dieser Titelgruppe ab dem Haushaltsjahr 2007 die Mittel (1.879.000 EUR) für das Projekt „Erweiterte Eigenverantwortung in Schulen und Qualitätsvergleiche in Bildungsregionen und Netzwerken“ veranschlagt. Im Haushaltsjahr 2006 standen für das Projekt Mittel bei Kapitel 0720 Titelgruppe 63 zur Verfügung (Teiljahresbetrag). Das Projekt wird in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung, insbesondere in den Regionen Braunschweig und Emsland durchgeführt.

Ziel des Projektes ist die Verbesserung der Qualität des Unterrichts und der schulischen Arbeit.

Darüber hinaus erproben die beteiligten Schulen, ob Synergien für die Schulentwicklung entstehen und eigenverantwortlich Verbesserungsmaßnahmen geplant und erfolgreich durchgeführt werden können.

Zur Erreichung der Ziele werden den beteiligten Schulen Freiräume zur eigenverantwortlichen Gestaltung eingeräumt.

Zu 427 82

Bei diesem Titel sind auch im Rahmen des Projekts anfallende Kosten für nebenamtlich und nebenberuflich tätige Kräfte sowie Mehrarbeits- und Überstundenvergütungen zu buchen.

Zu Titelgruppe 83

Veranschlagt sind Ausgaben für die Bewegungs- und Gesundheitsförderung, die als Handlungsbedarf aus den Ergebnissen der Fitnesslandkarte resultieren. Hierzu gehören insbesondere:
- Ausweitung des Aktionsprogramms für die Zusammenarbeit von Schule und Sportverein
- Qualifizierung von Personen und Institutionen für Bewegungs- und Gesundheitsförderung
- Talentförderung, Auszeichnungen und Ehrungen
- Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit.

Mittel aus Konzessionsabgaben für das Aktionsprogramm für die Zusammenarbeit von Schule und Sportverein in Niedersachsen sind bei Kapitel 0702 TGr. 81 veranschlagt.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0707 Schulen allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
525 83-7	129	Aus-und Fortbildung	—	95	—	+95	—
526 83-3	129	Ausgaben für Sachverständige, Gutachter und Beiräte	—	—	—	—	180
527 83-0	129	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	—
531 83-7	129	Ausgaben für Veröffentlichungen und Dokumentationen	—	25	—	+25	—
547 83-0	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	15	—	+15	—
684 83-8	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige	—	365	—	+365	—
TGr. 87		**Schulinterne Lehrerfortbildung (SchiLF) an allgemein bildenden Schulen** *Übertragbar.*	(—)	(812)	(812)	(—)	(149)
427 87-8	151	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige *Vgl. D-Vermerk zu 527 75.*	—	—	—	—	84
525 87-0	151	Lehr- und Lernmittel, Reisekostenvergütungen, Unterkunft und Verpflegung *Vgl. D-Vermerk zu 527 75.*	—	812	812	—	21
547 87-3	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 527 75.*	—	—	—	—	44
TGr. 88		**Kosten der Lernmittel in besonderen Fällen** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 88.*	(—)	(3.200)	(4.003)	(–803)	(29.739)
525 88-8	129	Beschaffung von Lernmitteln durch Schulen	—	3.200	4.003	–803	29.739
539 88-9	129	Sachaufwand **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	—	—	—	—
547 88-1	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
684 88-9	129	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 89		**Maßnahmen zur Agenda 21 im Bereich Umweltbildung und Gesundheitsförderung**	(—)	(45)	(45)	(—)	(42)
427 89-4	129	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	1
527 89-9	129	Reisekostenvergütungen	—	21	21	—	18
531 89-6	129	Veröffentlichungen **** Abweichend von §§ 61 Abs. 1 und 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*	—	5	5	—	3
547 89-0	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	19	19	—	20
681 89-8	129	Sonstige Geldleistungen	—	—	—	—	—
686 89-0	129	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 684 83

Bezeichnung des Förderprogramms: Bewegungs- und Gesundheitsförderung

Rechtliche Grundlage: § 44 LHO

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz						365			
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss									

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2007

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis voraussichtlich 31.12.2007

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Entwicklung und Durchführung zielgruppenorientierter Bewegungs– und Gesundheitsangebote (Präventionssport) in Zusammenarbeit mit Trägern des organisierten Sports, die als Handlungsbedarf u. a. aus den Ergebnissen der Fitnesslandkarte resultieren.

Zielgruppe: Schülerinnen und Schüler, deren Fitnessprofil einen besonderen Förderbedarf ausweisen, Schülerinnen und Schüler zur Erhöhung bewegungsbezogener Aktivitäten, Schülerinnen und Schüler zur Erweiterung ihrer sozial- und sportbezogenen Fachkompetenz, Kindergärten, die besondere Bewegungsangebote vorhalten wollen.

Durchschnittliche Förderhöhe: Programmbezogen zwischen 100 und 1.000 EUR

Zu Titelgruppe 87

Veranschlagt sind die Ausgaben für die schulinterne Lehrerfortbildung an allgemein bildenden Schulen (SchiLF). Die Mittel werden den öffentlichen Schulen in budgetierter Form zur Verfügung gestellt (vgl. Erl. zu Kap. 0707 TGr. 75-77).

Zu Titelgruppe 88

Nach Abschaffung der Lernmittelfreiheit bieten die öffentlichen Schulen den Erziehungsberechtigten sowie den volljährigen Schülerinnen und Schülern ab dem Schuljahr 2004/2005 an, Lernmittel gegen Entgelt auszuleihen. Die erzielten Einnahmen sind für die Ergänzung des Lernmittelbestandes bzw. für sonstige mit dem Ausleihverfahren zusammenhängende notwendige Ausgaben zu verwenden.
Veranschlagt sind Ausgaben, um Ansprüche von Leistungsberechtigten nach dem SGB XII – Sozialhilfe -, dem Asylbewerberleistungsgesetz, dem SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende - und dem SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe - auf unentgeltliche Ausstattung mit Lernmitteln zu erfüllen.
Zur Wahrung des haushaltsrechtlichen Vollständigkeitsprinzips weisen die öffentlichen Schulen die Summe der von ihnen im Ausleihverfahren erzielten Einnahmen und geleisteten Ausgaben am Jahresende nach. Die Darstellung der Jahresergebnisse in der Haushaltsrechnung wird durch Buchungen der Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben der Schulen in den Landeshaushalt gewährleistet.

Zu 539 88

Die Schulen dürfen für die Beschaffung und Verwaltung von Lernmitteln Verträge im Namen des Landes Niedersachsen abschließen, wenn nach dem RdErl. d. MK v. 11.03.2005 (SVBl. S. 194) die Kostenübernahme durch Dritte gesichert ist. Die Durchführung erfolgt über eigene Girokonten der Schulen.

Zu Titelgruppe 89

Veranschlagt sind Mittel zur Unterstützung des Bildungsauftrags der Schule in den Bereichen Bildung für eine nachhaltige Entwicklung, umweltbewusstes Verhalten, zukunftsorientierte Umwelttechnologie sowie Gesundheitsförderung.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0707 Schulen allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- u. Kommunikationstechnik**	(—)	(158)	(158)	(—)	(110)
427 99-1	111	Beschäftigungsentgelte für nebenamtliche und nebenberuflich Tätige	—	10	10	—	—
511 99-2	111	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte sowie der sonstigen Gegenstände	—	10	10	—	2
518 98-9	111	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-7	111	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-5	111	Aus- und Fortbildung durch das Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	—	6	6	—	—
525 99-3	111	Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	24	24	—	—
527 99-6	111	Reisekostenvergütung für Dienstreisen	—	5	5	—	—
538 98-0	111	Dienstleistungen des IZN	—	5	5	—	107
538 99-8	111	Dienstleistungen "Anderer"	—	98	98	—	—
812 99-2	111	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 0707					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		85	155	–70	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1.260	1.125	+135	
		Summe der Einnahmen		1.345	1.280	+65	
		4 Personalausgaben	3.657 —	41.411	38.892	+2.519	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.000 1.000	8.456	8.941	–485	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	24 —	240.061	227.528	+12.533	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	4.681 1.000	289.928	275.361	+14.567	
		Zuschuss		288.583	274.081	+14.502	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 98/99

In der Titelgruppe befinden sich u. a. die Mittel zur Pflege der IuK-Infrastruktur der landeseigenen Schulen und zur Pflege der Schulverwaltungssoftware durch das NiLS.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0710 Grundschulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
112 01-7	112	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		2	5	–3	2
119 01-1	112	Vermischte Einnahmen		380	647	–267	380
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Budgetierungen an allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen**		(—)	(—)	(—)	(1)
119 63-1	112	Vermischte Einnahmen, Ersatzleistungen im Rahmen von Schulfahrten		—	—	—	1
236 63-8	112	Sonstige Einnahmen von der Bundesagentur für Arbeit		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 06-7	112	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	4
422 11-3	112	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Lehrerinnen und Lehrer *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0711-671 11.* **** Vgl. ***-HV zu Kap. 07 45 Tit. 422 04.*	—	2.992.584	2.999.954	–7.370	714.421
422 19-9	112	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	14.758
425 01-5	112	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.113
425 05-8	112	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	125
425 06-6	112	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
425 11-2	112	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbeschäftigten Lehrkräfte	—	—	—	—	66.031
425 13-9	112	Vergütungen der ständigen, teilzeitbeschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte	—	54.876	55.960	–1.084	25.813
425 26-0	112	Vergütungen der pädagogischen Mitarbeiter/-innen in Grundschulen *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 546 07.*	—	41.700	41.700	—	34.669
425 27-9	112	Vergütungen der nur vorübergehend zu Vertretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	—	23.915	23.299	+616	6.949
427 21-2	112	Beschäftigungsverhältnisse und Vergütung der an den öffentlichen Schulen tätigen nebenamtlichen sowie freiberuflichen Lehrkräfte	—	40	40	—	20
427 29-8	112	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte	—	2.247	2.247	—	3.438
427 39-5	112	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	3
453 01-9	112	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	99	102	–3	98
526 01-6	112	Sachverständige	—	72	103	–31	84
526 02-4	112	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	8	4	+4	10

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0710

Zu 07 10 allgemein
Persönliche Kosten im Sinne des § 112 NSchG für die an öffentlichen Grundschulen oder an mit Grundschulen gem. § 106 Abs. 4 NSchG zusammengefassten Schulen eingesetzten Lehrkräfte.

Zu 119 01

Ersatzleistungen von Bediensteten im Erstattungsverfahren oder sonstige Rückgriffe, insbesondere von haftenden Versicherungsunternehmen sowie Rückzahlung von Überzahlungen u. a. vermischte Einnahmen.

Zu 422 11

Das Beschäftigungsvolumen und das Personalkostenbudget für die Schulkapitel 07 10 – 07 20 (ohne das Kapitel 07 22 – Modellversuch ProReKo) sind bei Kapitel 07 10 zusammengefasst dargestellt (§ 6 Abs. 5 HG 2007). Das Personalkostenbudget für die Schulkapitel ist in den Titeln 422 11, 425 13, 425 26 und 425 27 veranschlagt.

Das Budget, das Beschäftigungsvolumen und die Stellen der Schulkapitel 0710 – 0720 sind in den Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen - Kapitel 0710 – zusammenfassend dargestellt.

Veränderungen gegenüber 2006 ergeben sich insbesondere aufgrund:
- Planstellen für 46 zusätzliche Grundschullehrkräfte für das Programm „Das letzte Kindergartenjahr als Brücke zur Grundschule“
- Planstellen für 97 zusätzliche Lehrkräfte für die Ganztagsschulen
- 50 Stellen für zusätzliche pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Förderschulen
- Kostenneutrale Umwidmung von Planstellen und Personalmittel zugunsten der Aufstockung der Ansätze für das Hauptschulprofilierungsprogramm (47 Planstellen), das Budget an Ganztagsschulen (18 Planstellen), des Programms Regionen des Lernens (ca. 0. 7 Mio. EUR) und die Gesundheitserziehung im Schulwesen (0,5 Mio. EUR),
- Hebung von 68 Planstellen von Bes.Gr. A 10 nach Bes.Gr. A 11 für Lehrer für Fachpraxis
- Berücksichtigung der Stellenreduzierungen zum 1.2. und 1.8. 2006 als Ganzjahresbetrag in 2007,
- Verlagerung von 20 Planstellen in das Kapitel 0706 (Schulinspektion),
- Abbau des virtuellen Sparbuchs im Rahmen der Altersteilzeit – Blockmodell,

Veränderungen des Budgets gegenüber 2006 resultieren weiterhin daraus, dass die Sonderzuwendungen – mit Ausnahme der Kinderkomponente - und das Urlaubgeld für Beamte nicht mehr in den Ansätzen enthalten sind.

Zu 425 01, 425 05 und 427 39

Für die Schulsozialarbeit an allgemein bildenden Schulen.

Zu 425 05

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingesetzten pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Angestelltenverhältnis.

Zu 425 13

Aus diesem Titel werden auch die Vergütungen der Lehrkräfte gezahlt, die zur Verringerung unerwarteter Unterrichtsausfälle an allgemein bildenden Schulen eingestellt wurden, davon 6,7 Mio. EUR für teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte zur Verlässlichkeit der Grundschulen (siehe Kapitel 0710 Titel 425 26).
Für die Ersterfassung von Daten aus dem Schulbereich für das Personalmanagementverfahren (PMV) in 2007 können aus diesem Titel die zusätzlichen Personalausgaben geleistet werden.

Zu 425 26

Hier sind die Mittel für die Beschäftigung von pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (ehem. Vertretungslehr- und Betreuungskräfte an verlässlichen Grundschulen) sowie Kooperationsverträge – Kapitel 0710 Titel 546 07 - gem. RdErl. MK vom 18.5.2004 – SVBl. S. 321 –veranschlagt.

Für die Gewährleistung eines mindestens 5-stündigen Schulangebots durch die Grundschulen sind zusätzliche Mittel für längerfristige Vertretungen veranschlagt bei
Kapitel 0710 Titel 425 13 – 6,7 Mio. EUR,
Kapitel 0710 Titel 425 27 – Feuerwehrlehrkräfte (6,5 Mio. EUR).

Zu 425 27

Bei diesem Titel sind die Mittel für die so genannten “Feuerwehrlehrkräfte“ (FWL) an allgemein bildenden Schulen veranschlagt, davon ca. 6,5 Mio. EUR für FWL an Grundschulen (siehe Kapitel 0710 Titel 425 26).
In diesem Ansatz sind auch die Mittel für das Projekt Abschlussquote erhöhen, Beruffähigkeit steigern (0,9 Mio. EUR).

Die Mittel für berufsbildende Schulen in Höhe von 464.000 EUR sind in die TGr. 61 und 63 des Kapitels 0720 verlagert worden (Ausweitung des Modellversuchs Budgetierung auf alle berufsbildenden Schulen). Die Feuerwehrmittel sind Teil des Budgets der Schulen.

Zu 427 29

Die evangelischen Landeskirchen in Niedersachsen, die katholische Kirche und einzelne katholische Orden stellen aufgrund von Gestellungsverträgen für den Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen katechetische Lehrkräfte gegen Zahlung von Gestellungsgeldern zur Verfügung. Die Lehrkräfte stehen in keinem Dienst- oder Arbeitsverhältnis zum Land.

Zu 427 39

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingesetzten pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Angestelltenverhältnis.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0710 Grundschulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
526 59-8	112	Sachverständige u.ä. Kosten im Zusammenhang mit der Feststellung der Dienstfähigkeit	—	1	1	—	1
527 01-2	112	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	340	521	–181	236
527 02-0	112	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	40	14	+26	41
546 02-5	112	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte **** Hieraus können Billigkeitsleistungen gem. § 53 LHO erbracht werden*	—	10	10	—	8
546 07-6	112	Dienstleistungen Außenstehender zur Verlässlichkeit von Grundschulen *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 425 26.*	—	—	—	—	2.289
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Budgetierungen an allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen** *Übertragbar.*	(—)	(889)	(1.755)	(–866)	(172)
427 63-8	114	Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse	—	817	1.683	–866	60
525 63-0	114	Kosten der Fort- u. Weiterbildung der Bediensteten	—	17	17	—	6
527 63-2	114	Schulfahrten im Inland, Schüleraustauschfahrten und Studienfahrten ins Ausland	—	55	55	—	17
546 63-7	114	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	88
633 63-7	114	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
		<u>Abschluss Kapitel 0710</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		382	652	–270	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		382	652	–270	
		4 Personalausgaben	—	3.116.278	3.124.985	–8.707	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	543	725	–182	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	3.116.821	3.125.710	–8.889	
		Zuschuss		3.116.439	3.125.058	–8.619	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 527 01

Aus diesem Ansatz werden insbesondere die Entschädigungen der Lehrkräfte für das Zurücklegen von Wegstrecken aus Anlass ihrer Beschäftigung an öffentlichen Schulen gem. RdErl. d. MK vom 7. 5. 1975 (Nds. MBl. S. 663) gezahlt.

Zu 546 02

Für Schadenserersatzleistungen aufgrund von Amtspflichtverletzungen durch Lehrpersonen sowie für Ersatzleistungen für Vermögens- und Sachschäden, die Lehrkräften in Ausübung des Dienstes entstehen.

Zu 546 07

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 0710 Titel 425 26.

Zu Titelgruppe 63

Bisher sind die Mittelbewirtschaftung und die Entscheidungen über Personalmaßnahmen geprägt vom Auseinanderfallen der Handlungs- und Finanzverantwortung zwischen Schule und Schulbehörde einerseits und dem Schulträger andererseits. Durch Systeme der Budgetierung und der damit verbundenen Übertragung personalwirtschaftlicher Befugnisse soll die Eigenverantwortung der Schulen gestärkt werden.

Veranschlagt sind die Mittel für die allgemein bildenden Schulen, die am Modellversuch "Personalkostenbudgetierung an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen" teilnehmen.

Der Modellversuch "Personalkostenbudgetierung an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen" läuft seit dem 1. 2. 2001. An ihm nehmen z.Z. insgesamt 129 Schulen (14 allgemein bildendende und 115 berufsbildende Schulen) teil.

Die Mittel der Kapitel 07 10, 07 11, 07 13, 07 14 und 07 18 sind zusammen im Kapitel 07 10 Titelgruppe 63 veranschlagt.

Die Haushaltsansätze der Titelgruppe wurden aus den entsprechenden Titeln der Kap. 07 07, 07 10 und 07 20 verlagert.

In 2006 waren bei dieser Titelgruppe auch noch die Mittel (Teiljahresbetrag 686.000 EUR ab 01.08.2006) für das in Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung durchzuführende Projekt „Erweiterte Eigenverantwortung in Schulen und Qualitätsvergleiche in Bildungsregionen und Netzwerken" veranschlagt. Für das Haushaltsjahr 2007 sind diese Mittel nach Kapitel 0707 Titelgruppe 82 umgesetzt worden.

Zu 427 63

Bei diesem Titel sind auch im Rahmen des Modellversuchs anfallende Kosten für nebenamtlich und nebenberuflich tätige Kräfte, Mehrarbeits- und Überstundenvergütungen sowie mögliche Entgelte für Beschäftigungsverhältnisse zur Arbeitsbeschaffung nach § 16 SGB II (so genannte 1Euro-Jobs) zu buchen.

Zu 633 63

Vorsorglich für den Fall der Bewirtschaftung eines gemeinsamen Budgets gem. § 113 a NSchG über den Haushalt des kommunalen Schulträgers.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0711 Förderschulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-4	124	Gebühren und tarifliche Entgelte		—	—	—	—
119 01-5	124	Vermischte Einnahmen		72	112	–40	72
231 10-9	124	Erstattungen des Bundes für Zivildienstleistende		200	200	—	132
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Budgetierungen an allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen**		(—)	(—)	(—)	(50)
119 63-5	114	Vermischte Einnahmen, Ersatzleistungen im Rahmen von Schulfahrten		—	—	—	50
236 63-1	114	Sonstige Einnahmen von der Bundesagentur für Arbeit		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 06-0	124	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 11-7	124	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Lehrerinnen und Lehrer	—	—	—	—	202.903
422 19-2	124	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	2.323
425 01-9	124	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	27.106
425 05-1	124	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	6.856
425 06-0	124	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
425 11-6	124	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbeschäftigten Lehrkräfte	—	—	—	—	18.511
425 13-2	124	Vergütungen der ständigen, teilzeitbeschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	1.735
425 27-2	124	Vergütungen der nur vorübergehend zu Vertretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	1.112
427 12-7	124	Entgelte für Zivildienstleistende	—	500	500	—	449
427 21-6	124	Beschäftigungsverhältnisse und Vergütung der an den öffentlichen Schulen tätigen nebenamtlichen sowie freiberuflichen Lehrkräfte	—	2	2	—	61
427 29-1	124	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte	—	131	131	—	82
427 39-9	124	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	186	186	—	156
453 01-2	124	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	25	10	+15	24
526 01-0	124	Sachverständige	—	20	14	+6	16
526 02-8	124	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	7	1	+6	6
526 59-1	124	Sachverständige u.ä. Kosten im Zusammenhang mit der Feststellung der Dienstfähigkeit	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0711

Zu 07 11 allgemein
Persönliche Kosten im Sinne des § 112 NSchG für die in öffentlichen Förderschulen und Förderschulklassen eingesetzten Lehrkräfte, pädagogische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie Betreuungskräfte.
Hier sind auch die persönlichen Verwaltungsausgaben der gem. § 152 Abs. 3 NSchG an Förderschulen in freier Trägerschaft unter Fortzahlung der Bezüge beurlaubten Landesbediensteten veranschlagt.

Zu 231 10

Für die vom Bund zu zahlenden anteiligen Erstattungen für bis zu 80 Zivildienstleistende.

Zu 42501, 425 05 und 427 39

Persönliche Kosten für die in öffentlichen Förderschulen und Förderschulklassen eingesetzten pädagogischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie Betreuungskräfte.

Zu Titel 425 01
Im Umfang von bis zu höchstens 3 Stellen dürfen pädagogische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen – Medizinische Hilfsberufe – an Gesamtschulen eingesetzt werden.

Zu 425 05

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingesetzten pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Betreuungskräften im Angestelltenverhältnis.

Zu 425 13

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 0710 Titel 425 13.

Zu 425 27

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 27.

Zu 427 12

Aus den veranschlagten Mitteln sollen die Personal- und Sachaufwendungen für bis zu 80 Zivildienstleistende in niedersächsischen Förderschulen für körperlich und geistig behinderte Schülerinnen und Schüler in der Tätigkeit von Betreuungskräften gezahlt werden (anteilige Erstattung des Bundes s. Titel 231 10).

Zu 427 29

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 427 29.

Zu 427 39

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingesetzten pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Betreuungskräften im Angestelltenverhältnis.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0711 Förderschulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
527 01-6	124	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	196	148	+48	182
527 02-4	124	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	6	4	+2	5
546 02-9	124	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	2	2	—	3
671 11-7	124	Erstattungen von persönlichen Verwaltungsausgaben an Dritte *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 0710-422 11.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	—	—	—	507
671 12-5	124	Erstattung von Personalausgaben an Ersatzschulen für die Wahrnehmung von Ausgaben eines Förderzentrums	—	15	15	—	14
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Budgetierungen an allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen** *Übertragbar.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
427 63-1	124	Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse	—	—	—	—	—
525 63-3	124	Kosten der Fort- u. Weiterbildung der Bediensteten	—	—	—	—	—
527 63-6	124	Schulfahrten im Inland, Schüleraustauschfahrten und Studienfahrten ins Ausland	—	—	—	—	—
546 63-0	124	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 63-0	124	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
		<u>Abschluss Kapitel 0711</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		72	112	–40	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		200	200	—	
		Summe der Einnahmen		272	312	–40	
		4 Personalausgaben	—	844	829	+15	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	231	169	+62	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	15	15	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.090	1.013	+77	
		Zuschuss		818	701	+117	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 527 01

Aus diesem Ansatz werden insbesondere die Entschädigungen der Lehrkräfte für das Zurücklegen von Wegstrecken aus Anlass ihrer Beschäftigung an öffentlichen Schulen gemäß RdErl. d. MK vom 7. 5. 1975 (Nds. MBl. S. 663) gezahlt.

Zu 546 02

Für Schadenersatzleistungen aufgrund von Amtspflichtverletzungen durch Lehrpersonen sowie Ersatzleistungen für Sachschäden, die Lehrkräften in Ausübung ihres Dienstes entstehen.

Zu 671 11

Erstattungen an das Diakonische Werk der Evangelisch-lutherischen Kirche in Oldenburg e. V. aufgrund der Vereinbarung mit dem Land Niedersachsen vom 5. 11. 1984 für die im Körperbehindertenzentrum im Borchersweg in Oldenburg tätigen pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Betreuungskräfte des Diakonischen Werkes. Im Umfang von bis zu insgesamt 8 Stellen dürfen Erstattungen geleistet werden, wenn bei Titel 425 01 ein gleich hoher Betrag dadurch eingespart wird, dass in den Stellenübersichten zu Kapitel 07 11 bis zu höchstens 8 Stellen für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Betreuungskräfte gesperrt werden.
Erstattungen an den DRK-Kreisverband Wesermünde für die in der Seeparkschule Wesermünde in Langen-Debstedt tätigen pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Betreuungskräfte des DRK. Im Umfang von bis zu insgesamt 3 Stellen dürfen Erstattungen geleistet werden, wenn bei Titel 425 01 ein gleich hoher Betrag dadurch eingespart wird, dass in den Stellenübersichten zu Kapitel 07 11 bis zu höchstens 3 Stellen für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Betreuungskräfte gesperrt werden.

Zu 671 12

Erstattung von Personalkosten an die Arbeiterwohlfahrt – Bezirksverband Braunschweig e. V. – als freier Träger der Lotte-Lemke-Schule, Ersatzschule für Erziehungshilfe, Braunschweig, für die Beratung von öffentlichen Schulen mit Schülerinnen und Schülern mit förderpädagogischem Bedarf zur Vermeidung eines Förderschulbesuchs.

Zu Titelgruppe 63

Siehe Erläuterungen zu Kap. 07 10 TGr. 63.

Zu 427 63

Bei diesem Titel sind auch im Rahmen des Modellversuchs anfallende Kosten für nebenamtlich und nebenberuflich tätige Kräfte, Mehrarbeits- und Überstundenvergütungen sowie mögliche Entgelte für Beschäftigungsverhältnisse zur Arbeitsbeschaffung nach § 16 SGB II (so genannte 1Euro-Jobs) zu buchen.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0712 Hauptschulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
112 01-4	113	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		—	—	—	—
119 01-9	113	Vermischte Einnahmen		60	—	+60	60
		A U S G A B E N					
422 06-4	113	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 11-0	113	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Lehrerinnen und Lehrer	—	—	—	—	371.936
422 19-6	113	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	8.395
425 11-0	113	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbeschäftigten Lehrkräfte	—	—	—	—	44.832
425 13-6	113	Vergütungen der ständigen, teilzeitbeschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	5.978
425 27-6	113	Vergütungen der nur vorübergehend zu Vertretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	2.569
427 21-0	113	Beschäftigungsverhältnisse und Vergütung der an den öffentlichen Schulen tätigen nebenamtlichen sowie freiberuflichen Lehrkräfte	—	24	24	—	11
427 29-5	113	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte	—	2.130	2.130	—	767
453 01-6	113	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	—	—	—	5
526 01-3	113	Sachverständige	—	23	25	–2	18
526 02-1	113	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	5	4	+1	5
526 59-5	113	Sachverständige u.ä. Kosten im Zusammenhang mit der Feststellung der Dienstfähigkeit	—	1	1	—	—
527 01-0	113	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	162	192	–30	129
527 02-8	113	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	14	9	+5	14
546 02-2	113	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	4	4	—	3
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Hauptschulprofilierungsprogramm** *Übertragbar.*	(9.382) (8.530)	(9.382)	(7.443)	(+1.939)	(5.185)
633 61-8	113	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	9.382 8.530	9.330	7.391	+1.939	5.073
684 61-1	113	Zuschüsse an Sonstige	—	52	52	—	112

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0712

Zu 07 12 allgemein
Persönliche Kosten im Sinne des § 112 NSchG für die an öffentlichen Hauptschulen oder mit Hauptschulen gem. § 106 Abs. 4 NSchG zusammengefasste Schulen (ohne Grundschulen) eingesetzten Lehrkräfte.
Hier sind auch die persönlichen Verwaltungsausgaben für die unter Fortzahlung der Bezüge beurlaubten Lehrkräfte veranschlagt, die an den gem. § 155 Abs. 2 NSchG aus öffentlichen Schulen hervorgegangenen Ersatzschulen (sog. Konkordatsschulen) tätig sind.

Zu 119 01

Ersatzleistungen von Bediensteten im Erstattungsverfahren oder sonstige Rückgriffe, insbesondere von haftenden Versicherungsunternehmen sowie Rückzahlung von Überzahlungen u. a. vermischte Einnahmen.

Zu 425 13

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 0710 Titel 425 13.

Zu 425 27

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 27.

Zu 427 29

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 427 29.

Zu 527 01

Aus diesem Ansatz werden insbesondere die Entschädigungen der Lehrkräfte für das Zurücklegen von Wegstrecken aus Anlass ihrer Beschäftigung an öffentlichen Schulen gemäß RdErl. d. MK vom 7. 5.1975 (Nds. MBl. S. 663) gezahlt.

Zu 546 02

Für Schadenserersatzleistungen aufgrund von Amtspflichtverletzungen durch Lehrpersonen sowie für Ersatzleistungen für Vermögens- und Sachschäden, die Lehrkräften in Ausübung des Dienstes entstehen.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 61

Im Rahmen des Hauptschulprofilierungsprogramms erfolgt inhaltlich die Unterstützung der Hauptschulen durch spezifische sozialpädagogische Maßnahmen und die organisatorische Ausrichtung der Hauptschulen auf die Arbeitswelt wird weiterentwickelt. Zu diesem Zweck erhalten die am Programm teilnehmenden Schulträger von Hauptschulen Zuwendungsmittel vom Land.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Hauptschulprofilierungsprogramm

Rechtliche Grundlage:
Zuwendungsrichtlinie vom 28.11.2003 – Nds. MBl. 2004 S.10 über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Programms zur Profilierung der Hauptschule

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	0	0	3.993	5.185	7.443	9.382	10.504	10.504	10.504
Korrespondierende Einnahmen aus					0	0	0	0	0
EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					0	0	0	0	0

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 01.01.2004

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis.31.12.2007

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Die Durchführung von spezifischen sozialpädagogischen Maßnahmen, um Schülerinnen und Schüler der Hauptschule gezielt auf den Übergang von der Schule auf den Beruf vorzubereiten.

Zielgruppe: Schülerinnen und Schüler von Hauptschulen

Durchschnittliche Förderhöhe: 26.000 Euro

Zu 633 61

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	8.530	—	8.530
2008	—	—	9.382	9.382
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	8.530	9.382	17.912

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0712 Hauptschulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0712					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		60	—	+60	
		Summe der Einnahmen		60	—	+60	
		4 Personalausgaben	—	2.154	2.154	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	209	235	–26	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	9.382 8.530	9.382	7.443	+1.939	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	9.382 8.530	11.745	9.832	+1.913	
		Zuschuss		11.685	9.832	+1.853	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0713 Realschulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-2	116	Vermischte Einnahmen		64	75	–11	64
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Budgetierungen an allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen**		(—)	(—)	(—)	(—)
119 63-2	114	Vermischte Einnahmen, Ersatzleistungen im Rahmen von Schulfahrten		—	—	—	—
236 63-9	116	Sonstige Einnahmen von der Bundesagentur für Arbeit		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 06-8	116	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 11-4	116	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Lehrerinnen und Lehrer	—	—	—	—	246.125
422 19-0	116	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	7.789
425 06-7	116	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
425 11-3	116	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbeschäftigten Lehrkräfte	—	—	—	—	21.917
425 13-0	116	Vergütungen der ständigen, teilzeitbeschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	2.800
425 27-0	116	Vergütungen der nur vorübergehend zu Vertretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	1.185
427 21-3	116	Beschäftigungsverhältnisse und Vergütung der an den öffentlichen Schulen tätigen nebenamtlichen sowie freiberuflichen Lehrkräfte	—	11	11	—	2
427 29-9	116	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte	—	567	567	—	643
453 01-0	116	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	20	8	+12	23
526 01-7	116	Sachverständige	—	17	15	+2	17
526 02-5	116	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	3	2	+1	3
526 59-9	116	Sachverständige u.ä. Kosten im Zusammenhang mit der Feststellung der Dienstfähigkeit	—	1	1	—	—
527 01-3	116	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	100	74	+26	84
527 02-1	116	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	4	4	—	3
546 02-6	116	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	2	2	—	1

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0713

Zu 07 13 allgemein
Persönliche Kosten im Sinne des § 112 NSchG für die an öffentlichen Realschulen eingesetzten Lehrkräfte. Die Kosten für Lehrkräfte an mit Hauptschulen verbundenen Realschulen sind bei Kapitel 07 12 veranschlagt.
Hier sind auch die persönlichen Verwaltungsausgaben für die unter Fortzahlung der Bezüge beurlaubten Lehrkräfte veranschlagt, die an den gem. § 155 Abs. 2 NSchG aus öffentlichen Schulen hervorgegangenen Ersatzschulen (sog. Konkordatsschulen) tätig sind.

Zu 425 13

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 0710 Titel 425 13.

Zu 425 27

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 27.

Zu 427 29

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 29.

Zu 527 01

Aus diesem Ansatz werden insbesondere die Entschädigungen der Lehrkräfte für das Zurücklegen von Wegstrecken aus Anlass ihrer Beschäftigung an öffentlichen Schulen gem. RdErl. d. Nds. MK vom 7. 5. 1975 (Nds. MBl. S. 663) gezahlt.

Zu 546 02

Für Schadensersatzleistungen aufgrund von Amtspflichtverletzungen durch Lehrpersonen sowie für Ersatzleistungen für Sachschäden, die Lehrkräften in Ausübung des Dienstes entstehen.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0713 Realschulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Budgetierungen an allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen** *Übertragbar.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
427 63-9	116	Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse	—	—	—	—	—
525 63-0	116	Kosten der Fort- u. Weiterbildung der Bediensteten	—	—	—	—	—
527 63-3	116	Schulfahrten im Inland, Schüleraustauschfahrten und Studienfahrten ins Ausland	—	—	—	—	—
546 63-8	116	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 63-8	116	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 0713					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		64	75	–11	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		64	75	–11	
		4 Personalausgaben	—	598	586	+12	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	127	98	+29	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	725	684	+41	
		Zuschuss		661	609	+52	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 63

Siehe Erläuterungen zu Kap. 07 10 TGr. 63.

Zu 427 63

Bei diesem Titel sind auch im Rahmen des Modellversuchs anfallende Kosten für nebenamtlich und nebenberuflich tätige Kräfte, Mehrarbeits- und Überstundenvergütungen sowie mögliche Entgelte für Beschäftigungsverhältnisse zur Arbeitsbeschaffung nach § 16 SGB II (so genannte 1Euro-Jobs) zu buchen.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0714 Gymnasien, Internatsgymnasien und Kollegs

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-6	117	Vermischte Einnahmen		204	200	+4	204
119 16-4	117	Einnahmen aus privater Mitbenutzung von Einrichtungen der Nds. Internatsgymnasien **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*		14	17	–3	14
119 21-0	117	Einnahmen aus der Verpflegung an den Nds. Internatsgymnasien		2	5	–3	1
119 24-5	117	Einnahmen für Unterkunft und Verpflegung der Internatsschülerinnen und Internats-schüler		1.131	1.131	—	1.002
124 01-0	117	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		85	92	–7	85
233 11-0	117	Erstattungen der Gebietskörperschaften zu den Verwaltungsausgaben der vom Land getragenen Internatsgymnasien		634	511	+123	205
233 12-9	117	Sachkostenerstattungen kommunaler Schulträger		108	108	—	107
235 01-6	117	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung bzw. nach § 16 Abs. 3 Satz 2 SGB II ("Ein-Euro-Jobs") *Vgl. K-Vermerk zu 427 02.*		—	—	—	—
282 13-8	117	Zuschüsse Dritter *Vgl. K-Vermerk zu 546 16.*		—	—	—	1
381 01-2	990	Zuführungen von 0302 - 981 90 **** Vergleich K-Vermerk zu 427 21*		25	25	—	25
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Budgetierungen an allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen**		(—)	(—)	(—)	(41)
119 63-6	117	Vermischte Einnahmen, Ersatzleistungen im Rahmen von Schulfahrten		—	—	—	41
236 63-2	117	Sonstige Einnahmen von der Bundesagentur für Arbeit		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 06-1	117	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 11-8	117	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Lehrerinnen und Lehrer	—	—	—	—	534.958
422 19-3	117	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	10.514
425 01-0	117	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.063
425 05-2	117	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	75
425 06-0	117	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	21	24	–3	—
425 11-7	117	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbe-schäftigten Lehrkräfte	—	—	—	—	35.057

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0714

Zu 07 14 allgemein
Veranschlagt sind insbesondere die persönlichen Kosten im Sinne des § 112 NSchG für die an öffentlichen Gymnasien, Abendgymnasien, Internatsgymnasien und Kollegs eingesetzten Lehrkräfte.
Hier sind auch die persönlichen Verwaltungsausgaben für die

- an dem vom Bistum Hildesheim getragenen, als staatlich anerkannte Ersatzschule geführten Gymnasium Josephinum in Hildesheim gem. Vertrag vom 8. 5. 1989 (Anlage zum Gesetz vom 20. 6. 1989 – Nds. GVBl. S. 267 –)
- an dem von der Ev.-luth. Landeskirche Hannover getragenen, als anerkannte Ersatzschule geführten Gymnasium Andreanum in Hildesheim gem. Vereinbarung vom 30. 11. 1977 (Anlage zum Gesetz vom 20. 4. 1978 – Nds. GVBl. S. 328 –)

beschäftigten, unter Fortzahlung der Bezüge beurlaubten Lehrkräfte veranschlagt, sowie
die persönlichen Verwaltungsausgaben für die unter Fortzahlung der Bezüge beurlaubten Lehrkräfte, die an den gem. § 155 Abs. 2 NSchG aus öffentlichen Schulen hervorgegangenen Ersatzschulen (sog. Konkordatsschulen) tätig sind.

Internatsgymnasien: Das Land Niedersachsen trägt sämtliche Ausgaben für die Internatsgymnasien in Bad Harzburg, Bad Bederkesa und Esens. Die Gebietskörperschaften, in deren Gebiet die Internatsgymnasien örtlich liegen, erstatten dem Land einen Teil der Verwaltungsausgaben.
Kollegs in Trägerschaft des Landes bestehen in Braunschweig, Oldenburg und Wolfsburg.
Das Braunschweig-Kolleg und das Oldenburg-Kolleg sind mit den dortigen Abendgymnasien verbunden. Die Städte erstatten dem Land einen Teil der Sachkosten nach § 113 NSchG.
Die Stadt Wolfsburg stellt aufgrund einer besonderen Vereinbarung mit dem Land Niedersachsen für das Wolfsburg-Kolleg die erforderlichen Unterrichtsräume kostenlos zur Verfügung und trägt alle Sachkosten nach § 113 NSchG.
Das Hannover-Kolleg wird von der Region Hannover getragen.

Zu 119 16

In Abweichung von § 61 Abs. 1 LHO kann auf die Erhebung von Nutzungsentschädigungen für die Inanspruchnahme der Schwimmhalle des Internatsgymnasiums Esens durch Dritte verzichtet werden, soweit in gleichem Umfange Sportanlagen der Gemeinde Esens für den Sportunterricht des Internatsgymnasiums genutzt werden.

Zu 119 21

Veranschlagt sind die Einnahmen aus der Mittagsverpflegung für 3 Landesbedienstete durchschnittlich für 200 Tage; der Satz für das Mittagessen beträgt 4,75 EUR.

Zu 119 24

Durch Erlass des MK v. 23.2.2005 – SVBl. S. 193 – ist die Gebühr für die Bereitstellung eines Internatsplatzes auf 445 EUR pro Monat, für Kinder von den Inseln auf 330 EUR, festgelegt worden.
Für 160 Schüler monatl. 445 EUR und für 70 Schüler monatl. 330 EUR.

Zu 124 01

Einnahmen der Internatsgymnasien und Kollegs aus der Vermietung von:

1. Amts- und Dienstwohnungen
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräumen
3. Dienst- und Werkräumen, Hörsälen,
4. Sonstigen Mieten und Pachten

Zu 233 11

Zu erwartende Einnahmen aufgrund der Vereinbarungen mit den Landkreisen Cuxhaven, Goslar und Wittmund über eine Beteiligung der Landkreise an den Sachkosten des jeweiligen Internatsgymnasiums.

Zu 233 12

Anteilige Sachkostenerstattung der Städte Braunschweig und Oldenburg für die Unterbringung der Abendgymnasien in den Räumen des jeweiligen Kollegs.

Zu 381 01

Erstattung anteiliger Dienstbezüge von Lehrkräften, die zur Durchführung von Sonderlehrgängen für jugendliche Spätaussiedler freigestellt sind (siehe Kapitel 03 02 Titel 981 90).

Zu 425 05

Für befristet beschäftigte pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Betreuungskräfte.

Zu 425 06

Für Vergütungen für Mehrarbeit im Rahmen des Internatsdienstes.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0714 Gymnasien, Internatsgymnasien und Kollegs

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
425 13-3	117	Vergütungen der ständigen, teilzeitbeschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	6.247
425 27-3	117	Vergütungen der nur vorübergehend zu Vertretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	3.411
426 01-6	117	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	593
426 06-7	117	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 02-0	117	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmer/-innen im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung bzw. nach § 16 Abs. 3 Satz 2 SGB II ("Ein-Euro-Jobs") *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 235 01.*	—	—	—	—	—
427 21-7	117	Beschäftigungsverhältnisse und Vergütung der an den öffentlichen Schulen tätigen nebenamtlichen sowie freiberuflichen Lehrkräfte **** Die Ausgaben des Deckungskreises gem. § 20 Abs. 1 LHO dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 0714-381 01.*	—	179	179	—	78
427 29-2	117	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte	—	2.602	2.602	—	3.003
427 39-0	117	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-3	117	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	77	48	+29	76
526 01-0	117	Sachverständige	—	43	40	+3	40
526 02-9	117	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	4	3	+1	3
526 59-2	117	Sachverständige u.ä. Kosten im Zusammenhang mit der Feststellung der Dienstfähigkeit	—	—	—	—	—
527 01-7	117	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	208	154	+54	199
527 02-5	117	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	15	10	+5	16
546 02-0	117	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	13	13	—	8
546 16-0	117	Verwendung der Zuschüsse Dritter *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 13.*	—	—	—	—	0
981 07-9	990	Abführung an 13 21 - 381 07	—	1.685	1.545	+140	1.681
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Sachkosten der vom Land getragenen Niedersächsischen Internatsgymnasien**	(—)	(1.047)	(1.096)	(–49)	(935)
511 61-7	117	Geschäftsbedarf u. Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungs-*	—	130	123	+7	139

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 425 13

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 0710 Titel 425 13.

Zu 425 27

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 27.

Zu 426 01

Für die Internatsgymnasien sind in den Löhnen auch Mittel für 21 ständige, nicht vollbeschäftigte Arbeiter im Reinigungsdienst veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu 426 06

Für Vergütungen für Mehrarbeit der Hausmeister.

Zu 427 29

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 427 29.

Zu 527 01

Hier sind auch die Reisekostenmittel für die Lehrkräfte der Nds. Internatsgymnasien und der Kollegs sowie auch Ausgaben für Elternversammlungen sowie Mitglieder des Schulelternrates, der Konferenzen und Ausschüsse gem. § 81 Abs. 3 NSchG an den Nds. Internatsgymnasien veranschlagt.

Zu 546 02

Für Schadensersatzleistungen aufgrund von Amtspflichtverletzungen durch Lehrpersonen sowie für Ersatzleistungen für Sachschäden, die Lehrkräften in Ausübung des Dienstes entstehen.

Zu 981 07

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Nieders. Internatsgymnasien	1 141 700 EUR
Kollegs	543 300 EUR
Zusammen	1 685 000 EUR

Zu Titelgruppe 61

Veranschlagt sind die sächlichen Verwaltungsausgaben der Nieders. Internatsgymnasien Bad Bederkesa, Bad Harzburg und Esens.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0714 Gymnasien, Internatsgymnasien und Kollegs

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 511 61-7		*fähig: 511 61, 514 61, 517 61, 518 61, 519 61, 525 61, 547 61, 812 61, 511 64, 514 64, 517 64, 518 64, 519 64, 525 64, 547 64 und 812 64.*					
514 61-6	117	Verbrauchsmaterialien, Unterkunftsgeräte, Haltung v. Fahrzeugen sowie Arznei u. Heilmittel *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	45	35	+10	35
517 61-5	117	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	507	507	—	497
518 61-1	117	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	2	22	–20	1
519 61-8	117	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden u. Räumen sowie Pflege u. Unterhaltung der Ziergärten u. Grünanlagen *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	31	18	+13	30
525 61-8	117	Lehr- und Lernmittel *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	100	110	–10	87
547 61-1	117	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	2	2	—	2
812 61-7	117	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	230	279	–49	143
TGr. 62		**Verpflegungskosten der Nds. Internatsgymnasien** **** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO.*	(—)	(500)	(534)	(–34)	(452)
426 62-8	117	Löhne der Arbeiter/Arbeiterinnen	—	224	244	–20	185
514 62-4	117	Lebensmittel, Zutaten	—	242	256	–14	224
547 62-0	117	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	34	34	—	44
TGr. 63		**Budgetierungen an allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen** *Übertragbar.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(722)
427 63-2	117	Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse	—	—	—	—	657
525 63-4	117	Kosten der Fort- u. Weiterbildung der Bediensteten	—	—	—	—	2
527 63-7	117	Schulfahrten im Inland, Schüleraustauschfahrten und Studienfahrten ins Ausland	—	—	—	—	23
546 63-1	117	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	41
633 63-1	117	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 519 61

Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	20 000 EUR
Pflege und Unterhaltung der Ziergärten und Grünanlagen	11 000 EUR

Zu 812 61

Internatsgymnasium Bad Bederkesa:

– Neuausstattung eines naturwissenschaftlichen Fachraumes	38 000 EUR

Internatsgymnasium Bad Harzburg:

– Ersatz von Mobiliar und Ausstattungsgegenständen für Internats- und Diensträume	31.000 EUR
– Erstausstattung von Räumen im Rahmen von Umbaumaßnahmen zur Aufnahme des Ganztagsbetriebs	56 000 EUR

Internatsgymnasium Esens:

– Ersatz und Erneuerung von Mobiliar und Ausstattung im Unterrichtsbereich und Diensträumen sowie Maschinen und Geräte für Küche und Hauswirtschaft	53 000 EUR
– Erstausstattung von Räumen im Rahmen von Umbaumaßnahmen zur Aufnahme des Ganztagsbetriebs	26 000 EUR
– Ersatz und Ergänzung vorhandener Lehr- und Lernmittel u.a. für Chemie, Kunst, Biologie, Informatik/NT, Sport, Theater, Physik etc.	26 000 EUR
Zusammen	230 000 EUR

Zu Titelgruppe 62

1. Für durchschnittlich 240 Schüler für 220 Tage je 9,50 EUR rd.	498 000 EUR
2. Für die Verpflegung von Lehrkräften, Personal und Gästen (siehe auch Titel 119 21)	2 000 EUR
Zusammen	500 000 EUR

Aus den Mitteln werden u. a. bei 426 62 die persönlichen Kosten für das Küchenpersonal (bis zu 7 Lohnempfänger) bestritten. Das Verpflegungsgeld ist monatlich nach der tatsächlichen Kopfzahl zu berechnen.

Zu Titelgruppe 63

Siehe Erläuterung zu Kap. 07 10 TGr. 63.

Zu 427 63

Bei diesem Titel sind auch im Rahmen des Modellversuchs anfallende Kosten für nebenamtlich und nebenberuflich tätige Kräfte, Mehrarbeits- und Überstundenvergütungen sowie mögliche Entgelte für Beschäftigungsverhältnisse zur Arbeitsbeschaffung nach § 16 SGB II (so genannte 1Euro-Jobs) zu buchen.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0714 Gymnasien, Internatsgymnasien und Kollegs

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 64		**Sachkosten der vom Land getragenen Kollegs**	(—)	(234)	(218)	(+16)	(191)
511 64-1	117	Geschäftsbedarf u. Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	68	61	+7	73
514 64-0	117	Verbrauchsmaterialien und Unterkunftsgeräte *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	6	20	–14	4
517 64-0	117	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	78	65	+13	72
518 64-6	117	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	2	2	—	2
519 64-2	117	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden u. Räumen sowie Pflege u. Unterhaltung der Ziergärten u. Grünanlagen *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	9	2	+7	11
525 64-2	117	Lehr- und Lernmittel *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	34	47	–13	29
547 64-6	117	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	6	1	+5	0
812 64-1	117	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	31	20	+11	—
		<u>Abschluss Kapitel 0714</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.436	1.445	–9	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		742	619	+123	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		25	25	—	
		Summe der Einnahmen		2.203	2.089	+114	
		4 Personalausgaben	—	3.103	3.097	+6	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	1.579	1.525	+54	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	261	299	–38	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.685	1.545	+140	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	6.628	6.466	+162	
		Zuschuss		4.425	4.377	+48	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 64

Veranschlagt sind die sächlichen Verwaltungsausgaben des Braunschweig-Kollegs und des Oldenburg-Kollegs.

Zu 519 64

Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	5 000 EUR
Pflege und Unterhaltung der Ziergärten und Grünanlagen	4 000 EUR

Zu 547 64

Bei diesem Titel sind auch Honorare für Hausmeistertätigkeiten am Abendgymnasium Oldenburg zu buchen.

Zu 812 64

Erneuerung der Beleuchtungsanlage des Oldenburg-Kollegs.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0718 Gesamtschulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-0	119	Vermischte Einnahmen		85	123	–38	85
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Budgetierungen an allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen**		(—)	(—)	(—)	(—)
119 63-0	119	Vermischte Einnahmen, Ersatzleistungen im Rahmen von Schulfahrten		—	—	—	—
236 63-7	119	Sonstige Einnahmen von der Bundesagentur für Arbeit		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 06-6	119	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 11-2	119	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Lehrerinnen und Lehrer	—	—	—	—	178.931
422 19-8	119	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	4.015
425 01-4	119	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
425 05-7	119	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-5	119	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
425 11-1	119	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbeschäftigten Lehrkräfte	—	—	—	—	15.307
425 13-8	119	Vergütungen der ständigen, teilzeitbeschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	1.107
425 27-8	119	Vergütungen der nur vorübergehend zu Vertretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	1.384
427 21-1	119	Beschäftigungsverhältnisse und Vergütung der an den öffentlichen Schulen tätigen nebenamtlichen sowie freiberuflichen Lehrkräfte	—	19	19	—	12
427 29-7	119	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte	—	613	613	—	524
427 39-4	119	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-8	119	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	20	14	+6	23
526 01-5	119	Sachverständige	—	19	13	+6	18
526 02-3	119	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	2	1	+1	1
526 59-7	119	Sachverständige u.ä. Kosten im Zusammenhang mit der Feststellung der Dienstfähigkeit	—	—	—	—	—
527 01-1	119	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	70	64	+6	63
527 02-0	119	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	11	11	—	11

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0718

Zu 07 18 allgemein
Persönliche Kosten im Sinne des § 112 NSchG für die an öffentlichen Gesamtschulen (Integrierten und Kooperativen Gesamtschulen) eingesetzten Lehrkräfte.

Zu 425 13

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 0710 Titel 425 13.

Zu 425 27

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 27.

Zu 427 29

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 427 29.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0718 Gesamtschulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
546 02-4	119	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	2	2	—	6
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Budgetierungen an allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen** *Übertragbar.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(385)
427 63-7	119	Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse	—	—	—	—	354
525 63-9	119	Kosten der Fort- u. Weiterbildung der Bediensteten	—	—	—	—	—
527 63-1	119	Schulfahrten im Inland, Schüleraustauschfahrten und Studienfahrten ins Ausland	—	—	—	—	7
546 63-6	119	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	23
633 63-6	119	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 0718					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		85	123	–38	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		85	123	–38	
		4 Personalausgaben	—	652	646	+6	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	104	91	+13	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	756	737	+19	
		Zuschuss		671	614	+57	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 546 02

Für Schadensersatzleistungen aufgrund von Amtspflichtverletzungen durch Lehrpersonen sowie für Ersatzleistungen für Sachschäden, die Lehrkräften in Ausübung des Dienstes entstehen.

Zu Titelgruppe 63

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 TGr. 63.

Zu 427 63

Bei diesem Titel sind auch im Rahmen des Modellversuchs anfallende Kosten für nebenamtlich und nebenberuflich tätige Kräfte, Mehrarbeits- und Überstundenvergütungen sowie mögliche Entgelte für Beschäftigungsverhältnisse zur Arbeitsbeschaffung nach § 16 SGB II (so genannte 1Euro-Jobs) zu buchen.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0720 Berufsbildende Schulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 22-6	127	Schülerentgelte gem. § 54 Abs.3 und 4 NSchG		—	1.018	–1.018	1.902
112 01-0	127	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		1	1	—	1
119 01-4	127	Vermischte Einnahmen		113	165	–52	113
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Budgetierung an der Staatlichen Fachschule - Seefahrt - in Cuxhaven**		(—)	(—)	(—)	(—)
111 61-7	127	Schülerentgelte gem. § 54 Abs. 3 und 4 NSchG *Vgl. K-Vermerk zu 546 61.*		—	—	—	—
119 61-8	127	Vermischte Einnahmen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	—
TGr. 63		**Budgetierungen an berufsbildenden Schulen in Niedersachsen**		(8.040)	(4.956)	(+3.084)	(6.990)
111 63-3	127	Schülerentgelte gem. § 54 Abs. 3 u. 4 NSchG *Vgl. K-Vermerk zu 546 63.* *Vgl. K-Vermerk zu 632 63.*		8.040	4.956	+3.084	6.870
119 63-4	127	Vermischte Einnahmen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		—	—	—	98
236 63-0	127	Sonstige Einnahmen von der Bundesagentur für Arbeit *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		—	—	—	22
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			1	–1	
		A U S G A B E N					
422 06-0	127	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	1	1	—	6
422 11-6	127	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Lehrerinnen und Lehrer	—	—	—	—	409.074
422 19-1	127	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	7.321
425 01-8	127	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	3.263
425 05-0	127	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	80
425 06-9	127	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
425 11-5	127	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbeschäftigten Lehrkräfte	—	—	—	—	35.203
425 13-1	127	Vergütungen der ständigen, teilzeitbeschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	2.282
425 27-1	127	Vergütungen der nur vorübergehend zu Vertretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	418
426 01-4	127	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	36
426 03-0	127	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	9

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0720

Persönliche Kosten im Sinne des § 112 NSchG für die an öffentlichen berufsbildenden Schulen eingesetzten Lehrkräfte und die Einnahmen und Ausgaben der staatlichen Fachschule – Seefahrt – in Cuxhaven.

Die Mittel für die am Modellversuch „Berufsbildende Schulen als regionale Kompetenzzentren (ProReKo)“ teilnehmenden Schulen sind bei Kapitel 0722 veranschlagt (seit dem 2. Nachtrag 2003).

Die bislang haushaltswirtschaftlich bei Kapitel 0720 veranschlagte Michelsenschule, Hildesheim, wird ab 1.1.2007 nach Kapitel 0714 (Gymnasien) verlagert.

Zu 111 22

Gemäß MK-Erlass vom 26. 1. 1999 – Nds. MBl. S. 73; SVBl. S. 26 –, zuletzt geändert durch Erl. v. 10.3.2006 – Nds. MBl. S. 211; –, werden Entgelte für berufliche Umschulungsmaßnahmen und für ergänzende Qualifizierungsangebote an öffentlichen berufsbildenden Schulen nach § 54 Abs. 3 und 4 NSchG sowie für die Beteiligung der Berufsschulen an beruflichen Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen Dritter nach § 15 Abs. 1 Satz 2 NSchG erhoben.

Da alle berufsbildenden Schulen zum 01.01.2007 entweder ProReKo-Schulen sind oder am Modellversuch „Personalkostenbudgetierung an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen“ teilnehmen, sind die Einnahmen im Kapitel 0722 bzw. in der Titelgruppe 63, die der Seefahrtschule Cuxhaven in Titelgruppe 61 veranschlagt.

Zu 111 61

Siehe Erläuterung zu Titel 111 22.

Zu 119 61

Hier sind auch Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung bzw. nach § 61 Abs. 3 Satz 2 SGBII („Ein-Euro-Jobs“) zu vereinnahmen.

Zu 42501, 42505 und 42739

Für die in der Schulsozialarbeit eingesetzten Angestellten.

Zu 425 05

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingesetzten pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Angestelltenverhältnis.

Zu 425 13

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 0710 Titel 425 13.

Zu 425 27

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 27.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0720 Berufsbildende Schulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
427 21-5	127	Beschäftigungsverhältnisse und Vergütung der an den öffentlichen Schulen tätigen nebenamtlichen sowie freiberuflichen Lehrkräfte	—	—	1.513	–1.513	1.504
427 29-0	127	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte	—	3.767	3.767	—	3.969
427 39-8	127	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	24	24	—	23
453 01-1	127	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	26	41	–15	26
526 01-9	127	Sachverständige	—	30	41	–11	27
526 02-7	127	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	4	4	—	5
526 59-0	127	Sachverständige u.ä. Kosten im Zusammenhang mit der Feststellung der Dienstfähigkeit	—	—	—	—	—
527 01-5	127	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	306	264	+42	285
527 02-3	127	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	20	10	+10	26
546 02-8	127	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	4	4	—	3
633 22-2	127	Erstattungen von Schülerentgelten an kommunale Schulträger *Übertragbar.*	—	—	169	–169	142
671 11-6	127	Erstattungen von persönlichen Verwaltungsausgaben an die Landwirtschaftskammern	—	35	—	+35	35
671 12-4	127	Erstattungen von persönlichen Verwaltungsausgaben an die Nds. Landesforsten (AöR)	—	100	140	–40	66
981 07-7	990	Abführungen an 1321 - 381 07	—	92	92	—	92
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Budgetierung an der Staatlichen Fachschule - Seefahrt - in Cuxhaven** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.*	(—)	(289)	(114)	(+175)	(111)
427 61-4	127	Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse	—	49	—	+49	—
518 61-0	127	Mieten und Pachten für Gebäude und Räume	—	34	—	+34	—
546 61-3	127	Verwaltungsausgaben der Schule aus Entgelten nach § 54 Abs. 5 Satz 2 NSchG *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 33,33 v.H. der Isteinnahmen bei 111 61.*	—	—	—	—	—
547 61-0	127	Sächliche Verwaltungsausgaben	—	100	8	+92	6
686 61-0	127	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	14	14	—	13
812 61-5	127	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	92	92	—	92

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 427 21

2007 nehmen alle berufsbildenden Schulen am Modellversuch zur Personalkostenbudgetierung teil. Die Mittel für nebenamtlich und freiberuflich tätige Lehrkräfte sind Teil des Budgets. Deshalb sind gegenüber 2006 sämtliche Mittel dieses Titels in die Titelgruppen 61 und 63 verlagert worden.

Zu 427 29

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 427 29.

Zu 427 39

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingesetzten pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Angestelltenverhältnis.

Zu 546 02

Für Schadensersatzleistungen aufgrund von Amtspflichtverletzungen durch Lehrpersonen sowie für Ersatzleistungen für Sachschäden, die Lehrkräften in Ausübung des Dienstes entstehen.

Zu 633 22

Verlagert in die Titelgruppe 63 bzw. in das Kapitel 0722.

Zu 671 11

Für Erstattungen an die Landwirtschaftskammern als finanzieller Ausgleich in den Fällen, in denen Bedienstete der Landwirtschaftskammern an landwirtschaftlichen Berufs- und Berufsfachschulen unterrichten.

Zu 671 12

Für die Beschulung im Splitterberuf Forstwirt in der Landesfachklasse in Blockform des Landkreises Northeim durch Bedienstete aus dem Bereich der Nds. Landesforsten.

Zu 981 07

Für die Abführung der für die Staatliche Fachschule – Seefahrt – in Cuxhaven festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Epl. 13.

Zu Titelgruppe 61

Veranschlagt sind die Sachkosten der Staatlichen Fachschule – Seefahrt – in Cuxhaven. Zum 01.01.2007 nimmt diese Schule ebenfalls am Modellversuch „Personalkostenbudgetierung an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen“ teil und die entsprechenden Mittel sind abweichend von den sonstigen BBS´en (siehe Titelgruppe 63) ebenfalls hier veranschlagt.

Zu 427 61

Bei diesem Titel sind auch im Rahmen des Modellversuchs „Personalkostenbudgetierung an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen“ anfallende Kosten für nebenamtlich und nebenberuflich tätige Kräfte, Mehrarbeits- und Überstundenvergütungen sowie Entgelte für Beschäftigungsverhältnisse zur Arbeitsbeschaffung nach § 16 SGB II zu buchen.

Zu 546 61

Zwei Sechstel der Einnahmen bei Titel 111 61 werden nach § 54 Abs. 5 NSchG der Schule für Verwaltungsausgaben zur Verfügung gestellt.

Zu 547 61

Im Rahmen der Budgetierung sind hier die bisher bei den Titeln 511 61, 517 61, 519 61, 525 61, 547 61 veranschlagten Mittel zusammengefasst.
Ferner wurden Mittel für Fort- und Weiterbildung sowie Reisekosten für Schulfahrten im Inland, Schüleraustausch- u. Studienfahrten ins Ausland aus TGr. 65 hierher verlagert.

Zu 686 61

Beitrag des Landes Niedersachsen zu der Berufsbildungsstelle Seeschifffahrt e. V. in Bremen als der zuständigen Stelle nach dem Berufsbildungsgesetz sowie Beiträge für die Mitgliedschaft für eine Lehrkraft aus dem Kollegium der Schule bei der Schiffbautechnischen Gesellschaft in Hamburg.

Zu 812 61

Fortsetzung der Beschaffungsmaßnahmen zum Auf- und Ausbau des “Integrierten Navigationssystems INS“ und des globalen Seenot- und Sicherheitsfunksystems GMDSS.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	60	—	60
2008	—	60	—	60
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	120	—	120

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0720 Berufsbildende Schulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 63		**Budgetierungen an berufsbildenden Schulen in Niedersachsen** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 63 und 236 63.*	(—)	(12.511)	(8.868)	(+3.643)	(7.314)
427 63-0	127	Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse einschl. der an öffentlichen Schulen tätigen nebenamtlichen und freiberuflichen Lehrkräfte	—	8.898	6.400	+2.498	3.637
525 63-2	127	Kosten der Fort- u. Weiterbildung der Bediensteten und der schulinternen Lehrerfortbildung (SchiLF)	—	470	412	+58	995
527 63-5	127	Schulfahrten im Inland, Schüleraustauschfahrten und Studienfahrten ins Ausland	—	463	404	+59	201
546 63-0	127	Verwaltungsausgaben der Schulen aus Entgelten nach § 54 Abs. 5 Satz 2 NSchG *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 16,67 v.H. der Isteinnahmen bei 111 63.*	—	1.340	826	+514	383
547 63-6	127	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	224
632 63-3	127	Erstattungen von Schülerentgelten an kommunale Schulträger *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 16,67 v.H. der Isteinnahmen bei 111 63.*	—	1.340	826	+514	1.007
633 63-0	127	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	866
TGr. 65		**Reisekostenvergüt. f.Schulfahrten; Fort-u. Weiterbild.Maßn. im Schulwesen an berufs. bild. Schulen sowie Verwalt.Ausgaben aus Entgelten nach § 54 NSchG** *Übertragbar.*	(—)	(—)	(295)	(–295)	(—)
427 65-7	127	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	—
525 65-9	127	Kosten der Fort- u. Weiterbildung	—	—	62	–62	—
527 65-1	127	Reisekosten f. Schulfahrten im Inland, Schüleraustausch- u. Studienfahrten ins Ausland	—	—	64	–64	—
546 65-6	127	Verwaltungsausgaben der Schulen aus Entgelten nach § 54 Abs. 5 Satz 2 NSchG	—	—	169	–169	—
547 65-2	127	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		74	–74	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 63

Bisher sind die Mittelbewirtschaftung und die Entscheidungen über Personalmaßnahmen geprägt vom Auseinanderfallen der Handlungs- und Finanzverantwortung zwischen Schule und Schulbehörde einerseits und dem Schulträger andererseits. Durch Systeme der Budgetierung und der damit verbundenen Übertragung personalwirtschaftlicher Befugnisse soll die Eigenverantwortung der Schulen gestärkt werden. Daneben soll für die berufsbildenden Schulen der Region Hannover ein gemeinsames Budget für die Mittel des Landes und des Schulträgers erprobt werden.

Veranschlagt sind die Mittel für die berufsbildenden Schulen, die am Modellversuch "Personalkostenbudgetierung an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen" teilnehmen einschl. der Mittel für die berufsbildenden Schulen der Region Hannover, deren Mittel in ein gemeinsames Budget eingebracht werden.

Der Modellversuch "Personalkostenbudgetierung an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen" läuft seit dem 1. 2. 2001. An ihm nehmen z.Z. insgesamt 129 Schulen (14 allgemein bildendende und 115 berufsbildende Schulen) teil.

Die berufsbildenden Schulen der Region Hannover bewirtschaften die Landesmittel auf der Grundlage einer Zielvereinbarung probeweise in einem gemeinsamen Budget mit dem Schulträger und wickeln es zum Teil über das Kassensystem der Region Hannover ab.

Für die ab dem 01.01.2007 teilnehmende FS Seefahrt Cuxhaven sind die Mittel abweichend bei Kapitel 0720 Titelgruppe 61 veranschlagt.

Zusätzlich sind zur Fortsetzung des Programms „Region des Lernen" gem. Landtagsbeschluss vom 25.01.2006 (Drs. 15/2407) ab dem Haushaltsjahr 2007 Mittel in Höhe von 667.000 EUR von 0710-425 13 umgesetzt worden (siehe auch Kapitel 0722 Titel 425 13).

Die Haushaltsansätze der Titelgruppe wurden aus den entsprechenden Titeln der Kap. 07 07, 07 10 und 07 20 verlagert.

In 2006 waren bei dieser Titelgruppe auch noch die Mittel (Teiljahresbetrag 97.000 EUR ab 01.08.2006) für das in Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung durchzuführende Projekt „Erweiterte Eigenverantwortung in Schulen und Qualitätsvergleiche in Bildungsregionen und Netzwerken veranschlagt. Für das Haushaltsjahr 2007 sind diese Mittel nach Kapitel 0707 Titelgruppe 82 umgesetzt worden.

Zu 427 63

Bei diesem Titel sind auch im Rahmen des Modellversuchs anfallende Kosten für Mehrarbeits- und Überstundenvergütungen sowie mögliche Entgelte für Beschäftigungsverhältnisse zur Arbeitsbeschaffung nach § 16 SGB II (so genannte 1Euro-Jobs) zu buchen.

Zu 546 63

Ein Sechstel der Einnahmen bei Tit. 111 63 wird nach § 54 Abs. 5 Satz 2 NSchG den betroffenen Schulen für Verwaltungsausgaben bzw. im Rahmen von Modellversuchen (vgl. Erl. zu TGr. 63) zur Verfügung gestellt.

Zu 632 63

Ein Sechstel der Einnahmen bei Titel 111 63 ist nach § 54 Abs. 5 NSchG an kommunale Schulträger zu erstatten.

Zu 633 63

Für die Bewirtschaftung eines gemeinsamen Budgets gem. § 113 a NSchG über den Haushalt des kommunalen Schulträgers.

Zu Titelgruppe 65

Zum 01.01.2007 nehmen alle BBS´sen entweder am Modellversuch „Personalkostenbudgetierung an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen" teil oder sind ProReKo-Schule. Die bisher hier veranschlagten Mittel wurden nach Kapitel 0720 Titelgruppe 63 bzw. Titelgruppe 61 (für die FS Seefahrt Cuxhaven) umgesetzt.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0720 Berufsbildende Schulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0720					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		8.154	6.141	+2.013	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		8.154	6.141	+2.013	
		4 Personalausgaben	—	12.765	11.746	+1.019	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	2.771	2.342	+429	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	1.489	1.149	+340	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	92	92	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	92	92	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	17.209	15.421	+1.788	
		Zuschuss		9.055	9.280	–225	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0722 Berufsbildende Schulen als regionale Kompetenzzentren

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 22-3	127	Schülerentgelte gem. § 54 Abs.3 und 4 NSchG *Vgl. K-Vermerk zu 546 22.* *Vgl. K-Vermerk zu 633 22.*		1.800	1.620	+180	1.848
112 01-7	127	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		—	—	—	—
119 01-1	127	Vermischte Einnahmen		—	—	—	63
119 11-9	127	Erstattungen Dritter für freigestellte Lehrkräfte		—	—	—	—
236 01-8	127	Sonstige Einnahmen von der Bundesagentur für Arbeit		—	—	—	6
		A U S G A B E N					
422 06-7	127	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte *Übertragbar.*	—	—	—	—	52
422 11-3	127	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Lehrerinnen und Lehrer *Übertragbar.*	—	80.915	80.818	+97	65.729
422 19-9	127	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	1.441
425 01-5	127	Vergütungen der Angestellten *Übertragbar.*	—	—	—	—	2.352
425 05-8	127	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten *Übertragbar.*	—	—	—	—	928
425 06-6	127	Überstundenvergütungen für Angestellte *Übertragbar.*	—	—	—	—	8
425 11-2	127	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbeschäftigten Lehrkräfte *Übertragbar.*	—	—	—	—	7.718
425 13-9	127	Vergütungen der ständigen, teilzeitbeschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte *Übertragbar.*	—	2.019	1.955	+64	721
425 27-9	127	Vergütungen der nur vorübergehend zu Vertretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte *Übertragbar.*	—	302	302	—	1.306
427 21-2	127	Beschäftigungsverhältnisse und Vergütung der an den öffentlichen Schulen tätigen nebenamtlichen sowie freiberuflichen Lehrkräfte *Übertragbar.*	—	—	—	—	147
427 29-8	127	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte *Übertragbar.*	—	647	647	—	970
427 39-5	127	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz *Übertragbar.*	—	61	—	+61	61
453 01-9	127	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung *Übertragbar.*	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0722

Abweichend von § 17 a und § 26 LHO werden alle Mittel des Kapitels 0722 den beteiligten Schulen im Rahmen des Schulversuchs als Budget zur Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt und nicht verausgabte Mittel können übertragen werden.

Neben den vom Land zu tragenden Sachausgaben sind auch die persönlichen Kosten im Sinne des § 112 NSchG für die an öffentlichen berufsbildenden Schulen eingesetzten Lehrkräfte, die am Projekt "Berufsbildende Schulen als regionale Kompetenzzentren" (ProReKo – Projekt Regionale Kompetenzzentren) teilnehmen, Bestandteile der Budgets.

Die Idee und das Ziel des lebensbegleitenden Lernens basiert auf der Erkenntnis, dass berufliche Bildung gleichermaßen die berufliche Ausbildung ("Erstausbildung") und die berufliche Weiterbildung umfasst. Für die Umsetzung des Schulversuches sind vom Landtag mit Drucksache 14/2701 richtunggebend Kriterien für Zielvorgaben und Erprobungsinhalte erstellt worden.

Die konkreten Schulversuchsziele werden im Detail mit den beteiligten Schulträgern und Schulen im Rahmen von Zielvereinbarungen festgelegt. Der Leitgedanke dieser Vereinbarungen ist ein Kontraktmanagement, das die Steuerung über eine stärkere Ziel- und Ergebnisorientierung erlaubt und das von der verbindlichen Zielabsprache über einen festgelegten Zeitraum bis zum kontraktbezogenen Controlling und der entsprechenden Berichterstattung reicht.

Am Projekt ProReKo nehmen folgende Schulen teil.

Bereich Braunschweig:	BBS Duderstadt BBS Einbeck BBS II Göttingen BBS III Göttingen BBS II Goslar-Baßgeige BBS Hann. Münden BBS II Osterode BBS II Salzgitter-Fredenberg
Bereich Hannover:	BBS Hameln - Elisabeth-Selbert-Schule Multimedia - BBS der Region Hannover BBS 3 der Region Hannover BBS 6 der Region Hannover BBS Hildesheim - Herman-Nohl-Schule
Bereich Lüneburg:	BBS Cuxhaven BBS Osterholz-Scharmbeck
Bereich Weser-Ems:	BBS des LK OS in Bersenbrück BBS des LK Wesermarsch in Brake BBS I Emden BBS II Lohne - Adolf-Kolping-Schule

Allgemeine Hinweise zu den Haushaltsvermerken:

Neben den ausgewiesenen Haushaltsvermerken gibt es weitere, die nicht ausgedruckt sind. Bei fast allen Ausgabetiteln sind die Ansätze gegenseitig deckungsfähig und die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen überschritten werden. Dies würde zu Wiederholungen der umfangreichen Haushaltsvermerke bei allen einbezogenen Titeln führen. Um dies zu vermeiden, wurde der Ausdruck unterdrückt.

Im System sind diese nicht ausgedruckten Deckungs- und Korrespondenzvermerke jedoch hinterlegt und im Haushaltsvollzug (HVS) auch rechenbar. Es handelt sich dabei um die nachstehenden Haushaltsvermerke:

Zur Deckungsfähigkeit
„Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 422 06, 422 11, 422 19, 425 01, 425 05, 425 06, 425 11, 425 13, 425 27, 427 21, 427 29, 427 39, 453 01, 511 01, 525 11, 526 01, 526 02, 526 59, 527 01, 527 02, 527 13, 546 01, 546 02, 546 22 und 633 10."

Noch zu Kapitel 0722

Zur Korrespondenz (Titel wie Deckungsfähigkeit ohne 546 22 und 633 10)
„Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 01, 119 01, 119 11 und 236 01.

Zu 111 22

Gemäß MK-Erlass vom 26. 1. 1999 – Nds. MBl. S. 73; SVBl. S. 26 –, zuletzt geändert durch Erl. v. 23.6.2004 – Nds. MBl. S. 457; –, werden Entgelte für berufliche Umschulungsmaßnahmen und für ergänzende Qualifizierungsangebote an öffentlichen berufsbildenden Schulen nach § 54 Abs. 3 und 4 NSchG sowie für die Beteiligung der Berufsschulen an beruflichen Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen Dritter nach § 15 Abs. 1 Satz 2 NSchG erhoben.

Veranschlagt sind hier nur die Einnahmen der berufsbildenden Schulen, die am Projekt „Berufsbildende Schulen als regionale Kompetenzzentren (ProReKo)" teilnehmen (siehe auch 0720-111 22 und 0720-111 63).

Zu 425 13

Enthalten sind Mittel im Umfang von 64.000 EUR zur Fortsetzung des Programms „Region des Lernens" gem. Landtagsbeschluss vom 25.01.2006 (Drs. 15/2407). Für den übrigen BBS-Bereich sind entsprechende Mittel im Kapitel 0720 Titelgruppe 63 veranschlagt.

Die Haushaltsmittel sind für die Fortführung der Arbeit der koordinierenden Leitstellen an folgenden ProReKo-Schulen vorgesehen.

BBS Cuxhaven
BBS Osterholz-Scharmbeck
BBS des Landkreises Osnabrück, Bersenbrück
BBS für den Landkreis Wesermarsch, Brake

Zu 427 29

Die evangelischen Landeskirchen in Niedersachsen, die katholische Kirche und einzelne katholische Orden stellen aufgrund von Gestellungsverträgen für den Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen katechetische Lehrkräfte gegen Zahlung von Gestellungsgeldern zur Verfügung. Die Lehrkräfte stehen in keinem Dienst- oder Arbeitsverhältnis zum Land.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0722 Berufsbildende Schulen als regionale Kompetenzzentren

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
511 01-9	127	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
525 11-7	127	Fort- und Weiterbildung *Übertragbar.*	—	76	76	—	19
526 01-6	127	Sachverständige *Übertragbar.*	—	6	6	—	0
526 02-4	127	Gerichts- und ähnliche Kosten *Übertragbar.*	—	1	1	—	—
526 59-8	127	Sachverständige u.ä. Kosten im Zusammenhang mit der Feststellung der Dienstfähigkeit *Übertragbar.*	—	—	—	—	0
527 01-2	127	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen *Übertragbar.*	—	47	47	—	10
527 02-0	127	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten *Übertragbar.*	—	2	2	—	1
527 13-6	127	Reisekosten aus Anlass von Schulfahrten *Übertragbar.*	—	57	57	—	8
546 01-7	127	Vermischte Ausgaben *Übertragbar.*	—	120	120	—	171
546 02-5	127	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte *Übertragbar.*	—	1	1	—	0
546 22-0	127	Verwaltungsausgaben der Schulen aus Entgelten nach § 54 Abs. 5 Satz 2 NSchG *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 16,67 v.H. der Isteinnahmen bei 111 22.*	—	300	270	+30	35
633 10-6	127	Sonstige Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände *Übertragbar.*	—	—	—	—	1.716
633 22-0	127	Erstattungen von Schülerentgelten an kommunale Schulträger *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 16,67 v.H. der Isteinnahmen bei 111 22.*	—	300	270	+30	176

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 511 01

Zur Leistung landesseitiger Verwaltungsausgaben (z.B. für Kranzspenden).

Zu 546 22

Ein Sechstel der Einnahmen bei Titel 111 22 wird nach § 54 Abs. 5 Satz 2 NSchG den betroffenen Schulen für Verwaltungsausgaben bzw. im Rahmen von Modellversuchen (vgl. Erl. zu Kapitel 0720 TGr. 63 und 65) zur Verfügung gestellt.

Zu 633 10

Für die Erprobung von gemeinsamen kommunalen und staatlichen Budgets gem. § 113 a NSchG.

Zwischen dem Land, den 19 ProReKo-Schulen und den jeweiligen Schulträgern sind Vereinbarungen geschlossen worden, mit denen eine effektivere und effizientere Bewirtschaftung sämtlicher den Schulen zur Verfügung stehenden Mittel in einem gemeinsamen Budget erreicht werden soll.

Für eine weitere Vereinfachung wird weiterhin die landesseitige Einrichtung von Schulkonten angestrebt.

Zu 633 22

Ein Sechstel der Einnahmen bei Titel 111 22 ist nach § 54 Abs. 5 NSchG an kommunale Schulträger zu erstatten.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0722 Berufsbildende Schulen als regionale Kompetenzzentren

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0722					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.800	1.620	+180	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		1.800	1.620	+180	
		4 Personalausgaben	—	83.944	83.722	+222	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	610	580	+30	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	300	270	+30	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	84.854	84.572	+282	
		Zuschuss		83.054	82.952	+102	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0740 Niedersächsisches Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-9	111	Gebühren und tarifliche Entgelte		37	2	+35	37
111 12-4	129	Auslagen für die Prüfung von Schulbüchern *Vgl. K-Vermerk zu 526 10.* **** Beträge, die in früheren Haushaltsjahren zuviel vereinnahmt worden sind, dürfen durch Absetzung von der Einnahme zurückgezahlt werden.*		—	—	—	84
111 65-5	127	Einnahmen aus Gebühren für Zertifizierungsprüfungen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		—	—	—	44
119 01-0	155	Vermischte Einnahmen		2	15	–13	1
119 02-8	155	Einnahmen aus Veröffentlichungen **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		—	1	–1	0
119 30-3	129	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr		—	—	—	—
119 34-6	151	Einnahmen aus dem Verkauf von Medienkatalogen und Kontextmaterialien *Vgl. K-Vermerk zu 531 34.*		—	—	—	0
119 46-0	151	Ersatzleistungen		—	—	—	—
119 62-1	155	Sonstige Verwaltungseinnahmen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		—	—	—	0
119 73-7	129	Sonstige Verwaltungseinnahmen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 73.*		—	—	—	—
132 99-7	155	Erlöse aus dem Verkauf von DV-Geräten *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 98/99.*		—	—	—	0
231 68-5	151	Zuweisungen des Bundes zur Durchführung von Lehrgängen für ausländische Lehrkräfte *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.*		—	—	—	14
235 01-0	155	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Lehrplanarbeiten** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		(—)	(—)	(—)	(—)
119 63-0	151	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	—
282 63-8	151	Zuschüsse Dritter		—	—	—	—
TGr. 67		**Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen im Schulwesen** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.*		(—)	(—)	(—)	(268)
119 67-2	151	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	268
231 67-7	151	Sonstige Zuweisungen vom Bund		—	—	—	—
232 67-3	151	Erstattungen von anderen Ländern		—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0740

Das NiLS hat seinen Sitz in Hildesheim und kann unselbständige Außenstellen an Hochschulstandorten unterhalten.
Die Aufgaben des NiLS ergeben sich im Einzelnen aus dem Beschluss der Landesregierung vom 20.01.2004.
Aufgrund der Zusammenlegung des Niedersächsischen Landesinstituts für Schulentwicklung und Bildung (NLI) und dem Niedersächsischen Landesprüfungsamt für Lehrämter (NLPA) im Haushaltsjahr 2004 sind mit dem Haushaltsplan 2005 die beiden Kapitel 07 56 (NLPA) und 07 58 (NLI) zum Kapitel 07 58 zusammengefasst worden.
Seit dem Hj. 2006 wird das Kapitel 07 58 als Kapitel 07 40 ausgebracht.

Zu 111 12

Zur Bewirtschaftungserleichterung wurde kein Ansatz ausgebracht.

Zu 119 34

Zur Bewirtschaftungserleichterung wurde kein Ansatz ausgebracht.

Zu 119 46

Ersatzleistungen von Versicherungen und Privatpersonen, z. B. bei Filmschäden.

Zu 119 62

Leertitel für Einnahmen durch Werbeanzeigen Dritter in Programmheften, Spenden für die Fortbildungsarbeit u. ä., Einnahmen von geringer Bedeutung.

Zu 231 68

Zuweisungen des Bundes für die Durchführung von Lehrgängen für ausländische Lehrkräfte (Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer), die durch den Pädagogischen Austauschdienst (PAD) der KMK vermittelt werden.
Vgl. auch Erläuterungen zu TGr. 68.

Zu 119 67

Leertitel für Eigenbeiträge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Studienfahrten zu Fortbildungszwecken.

Zu 231 67

Leertitel für Zuweisungen des Bundes als Anteilfinanzierung zur Durchführung besonderer Einzelveranstaltungen der Fortbildung.

Zu 232 67

Nach der Ländervereinbarung beteiligen sich die Länder Berlin, Schleswig-Holstein, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern entsprechend ihrer Teilnehmerquote an den Aufwendungen für den Bereich Verkehrserziehung.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0740 Niedersächsisches Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 74		**Projekte im Bereich der Schulentwicklung und Bildung** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 74.*		(—)	(—)	(—)	(736)
119 74-5	151	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	27
231 74-0	151	Sonstige Zuweisungen vom Bund		—	—	—	—
272 74-8	151	Sonstige Zuschüsse von der EU		—	—	—	311
381 74-1	990	Zuführungen von Fremdkapiteln		—	—	—	398
		A U S G A B E N					
412 02-7	155	Entschädigungen für sonstige ehrenamtlich Tätige	—	—	—	—	—
422 01-4	155	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 427 03.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 525 11.*	—	3.486	3.727	–241	1.303
422 19-7	155	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	19
422 31-6	155	Dienstbezüge auf Grund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-3	155	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	2.150
426 01-0	155	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	82
427 01-6	155	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	1	1	—	0
427 02-4	151	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 03-2	155	Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 422 01.*	—	—	—	—	—
427 39-3	155	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-7	155	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	8	8	—	15
511 01-7	155	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	190	348	–158	188
511 10-6	151	Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	—	2	2	—	0
511 11-4	151	Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	—	11	11	—	12
514 01-6	155	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	14	14	—	7
517 01-5	155	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	110	98	+12	101
518 01-1	155	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	100	106	–6	96
518 02-0	155	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	80	—	+80	75

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 412 02

Zur Beratung des NiLS wird für jeweils 3 Jahre ein Beirat aus 16 Mitgliedern aus den Bereichen der Lehrerschaft, Schulverwaltung, Hochschulen, Kirchen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildet. Die Mitglieder des Beirates erhalten ein Sitzungsgeld sowie Reisekosten nach BRKG.

Zu 422 01

In den Vergütungen sind Mittel für zwei ständige nicht vollbeschäftigte Angesellte im Schreib- und Fernschreibdienst (Verg.-Gr. IX b–VII BAT) enthalten, deren durchschnittliche Arbeitszeit ¾ der einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.
In den Vergütungen der Angestellten sind Mittel für 1 ständige, nicht vollbeschäftigte Angestellte im Verwaltungsdienst bei einer Außenstelle des NiLS veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.
In den Löhnen sind Mittel für 1 stundenweise beschäftigte Kraft im Reinigungsdienst bei einer Außenstelle veranschlagt.

Zu 422 01, 427 03 und 525 11
Um auf sich verändernde Aufgabenschwerpunkte flexibel reagieren zu können, können bis zu 14 VZE gesperrt und die sich daraus ergebenden Einsparungen z. B. für befristet beschäftigtes Personal oder für Werkverträge verwendet werden (vgl. HV zum Stellenplan und zu den Stellenübersichten zu Kapitel 07 40).

Zu 427 01

Für Vertretungs- und Aushilfskräfte, insbesondere während der Prüfungszeiten.

Zu 511 11

Insbesondere für Geräte in der Fotowerkstatt und im technischen Bereich.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2005	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	2	2	2

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0740 Niedersächsisches Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
519 01-8	155	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	11	5	+6	11
525 01-8	155	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	20	68	–48	10
525 11-5	155	Dienstleistungen Außenstehender *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 422 01.*	—	—	—	—	6
526 01-4	155	Sachverständige	—	2	2	—	1
526 02-2	111	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1	1	—	1
526 10-3	129	Entschädigungen für die Prüfung von Schulbüchern *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 12.* **** Die nicht durch Einnahmen im lfd. Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs.6 LHO nachzuweisen.*	—	—	—	—	77
527 01-0	155	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	214	214	—	167
527 02-9	155	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	1	1	—	1
531 10-7	155	Veröffentlichungen	—	—	15	–15	—
531 34-4	151	Herstellung von Medienkatalogen und Kontextmaterialien *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 34.* **** Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gemäß § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen*	—	—	—	—	—
546 01-5	151	Vermischte Ausgaben	—	12	4	+8	12
546 02-3	155	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	2	—	+2	2
546 03-1	155	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	1	1	—	6
546 30-9	129	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr	—	—	—	—	—
547 01-1	155	nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	2	–2	—
811 01-0	155	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 10-6	155	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	25	25	—	22
972 01-4	989	Globale Minderausgabe	—	–486	–486	—	—
981 07-2	990	Abführung an 13 21 - 381 07	—	133	133	—	132

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 526 10

Zur Bewirtschaftungserleichterung wurde kein Ansatz ausgebracht.

Zu 531 10

U. a. für die Herausgabe von 2 NiLS-Berichten und die Erstellung des Schulbuchverzeichnisses.

Zu 531 34

Zur Bewirtschaftungserleichterung wurde kein Ansatz ausgebracht.

Zu 972 01

Anteil des Kapitels 0740 an den vom NiLS (alt: Kap. 0758) und ehemals von der NLpB (Kap. 0784) zur Haushaltskonsolidierung zu erbringenden Einsparungen i.H.v. 2,6 Mio. EUR, soweit entsprechende Einsparungen nicht an anderer Stelle des Kapitels erbracht werden.

Zu 981 07

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Epl. 13.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0740 Niedersächsisches Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Verwaltungsausgaben der Fortbildungsregionen** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 62.*	(—)	(456)	(456)	(—)	(365)
425 62-5	129	Vergütungen der ständigen, nur teilzeitbeschäftigten Angestellten	—	249	249	—	228
546 62-7	129	Vermischte Ausgaben	—	107	107	—	48
632 62-0	129	Erstattung an die Universität Oldenburg	—	55	55	—	49
685 62-7	129	Erstattungen an die Ostfriesische Landschaft	—	45	45	—	40
TGr. 63		**Lehrplanarbeiten** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 63.*	(—)	(524)	(469)	(+55)	(377)
412 63-9	151	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	10	10	—	4
527 63-0	151	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	420	365	+55	289
531 63-8	151	Veröffentlichungen **** Abweichend von § 61 Abs.1 und § 63 Abs.3 LHO dürfen Lehrpläne unentgeltlich abgegeben werden.*	—	69	69	—	–3
547 63-1	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	25	25	—	87
TGr. 65		**Ausgaben im Rahmen von Zertifizierungsprüfungen** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 65.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(33)
427 65-2	127	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	32
527 65-7	127	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	1
547 65-8	151	nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
TGr. 66		**Weiterbildung von Lehrkräften in Hochschuleinrichtungen**	(—)	(176)	(176)	(—)	(166)
427 66-0	151	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	7	7	—	—
525 66-2	151	Reisekostenvergütungen	—	58	58	—	59
547 66-6	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	111	111	—	107

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 62

Mittel für persönliche und sächliche Verwaltungsausgaben für die 16 Fortbildungsregionen bei den ehemaligen Schulaufsichtsämtern und der Universität Oldenburg sowie der Ostfriesischen Landschaft (Erl. des MK vom 21. 8. 1998 und Gem. RdErl. d. MK u. d. MWK v. 16. 12. 1999 – Regionale Fortbildung –). Die Mittel für die Durchführung der Kurse der Regionalen Fortbildung sind in TGr. 67 veranschlagt.

Zu 425 62

Mittel für 14 Verwaltungsangestellte der Fortbildungsregionen nach Verg.-Gr. VI b BAT, deren durchschnittliche Arbeitszeit bis zur Hälfte (13) bzw. bis zu ¾ (1) der einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu 632 62

Erstattung der sächlichen und persönlichen Verwaltungsausgaben für das Oldenburger Fortbildungszentrum (OFZ), das der Universität Oldenburg zugeordnet ist (Anlage 1 des v. g. Gem. RdErl. v. 16. 12. 1999).

Zu 685 62

Erstattung der sächlichen und persönlichen Ausgaben für das Regionale Pädagogische Zentrum (RPZ) Aurich, dessen Träger die Ostfriesische Landschaft ist (Anlage 2 des v. g. Gem. RdErl. v. 16. 12. 1999).

Zu Titelgruppe 63

Veranschlagt sind Mittel für die Durchführung von Arbeitstagungen sowie für Entschädigungen und Reisekostenvergütungen für die Mitglieder der Kommissionen zur Entwicklung von Kerncurricula, Richtlinien, unterrichtsbezogenen Empfehlungen und Materialien (u.a. STAG für CUM) einheitlichen Abiturprüfungsanforderungen, zur Entwicklung von landesweit einheitlichen Aufgaben für Abschluss- oder Vergleichsarbeiten sowie von Leitlinien für die Lehrplanarbeiten, für die Veröffentlichung von Kerncurricula, Einheitlichen Prüfungsanforderungen und Materialien. Darüber hinaus sind Mittel für die Durchführung der Arbeiten mit landesweit einheitlichen Aufgabenstellungen und die Erarbeitung von Rahmenlehrplänen auf KMK-Ebene veranschlagt.

Zu Titelgruppe 65

Ausgaben im Zusammenhang mit der Zertifizierung von Fremdsprachenkenntnissen in der beruflichen Bildung nach § 35 a Bbs-VO.

Zu Titelgruppe 66

Veranschlagt sind Mittel zur Weiterbildung von ca. 100 Lehrkräften aller Schulformen zu Beratungslehrerinnen und Beratungslehrern einschließlich angehenden Klassenlehrerinnen und Klassenlehrern (Projekt: Kommunikation-Interaktion-Kooperation) sowie das Fernstudium für die Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern für die Fächer Evangelische und Katholische Religion an der Hochschule Hildesheim.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0740 Niedersächsisches Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 67		**Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen im Schulwesen** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 67.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(3.133)	(2.633)	(+500)	(1.656)
425 67-6	151	Vergütungen der Angestellten	—	15	15	—	—
427 67-9	151	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	400	400	—	357
525 67-0	151	Lehr- und Lernmittel, Reisekostenvergütungen, Unterkunft und Verpflegung	—	2.633	2.133	+500	1.211
531 67-0	151	Veröffentlichungen	—	40	40	—	—
547 67-4	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	45	45	—	88
TGr. 68		**Durchführung von Lehrgängen f. ausländische Lehrkräfte** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 68.* **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs.3 LHO dürfen Materialien (z.B. Rahmenrichtlinien,Broschüren,didaktisches Material) unentgeltlich abgegeben werden.*	(—)	(42)	(42)	(—)	(34)
427 68-7	151	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	6	6	—	0
525 68-9	151	Reisekostenvergütungen, Dienstleistungen Außenstehender	—	33	33	—	33
547 68-2	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	3	3	—	1
TGr. 73		**Niedersächsischer Bildungsserver (NiBiS)** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 73.*	(—)	(280)	(320)	(–40)	(274)
427 73-3	129	Beschäftigungsentgelte; Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	—
429 73-6	129	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	75	115	–40	34
547 73-9	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	195	195	—	240
812 73-4	129	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	10	10	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 67

Mittel für die Durchführung
– der Kurse der Regionalen Fortbildung,
– von zentralen Fortbildungsveranstaltungen (Fort- und Weiterbildung),
– von vorbereitenden Maßnahmen für die Durchführung von Kursen sowie
– für die Fortbildung von Fachleiterinnen und Fachleitern, Fachseminarleiterinnen und Fachseminarleitern in Studienseminaren.
Die Haushaltsmittel für die Regionale Fortbildung – sächliche und persönliche Verwaltungsausgaben der 16 Fortbildungsregionen – sind in TGr. 62 veranschlagt.

Zu 425 67

Mittel u.a. für die Vergütung der im Rahmen des Verwaltungsabkommens über die Zusammenarbeit in der Fortbildung für Verkehrserziehung zwischen den Ländern Berlin, Schleswig-Holstein, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen stundenweise tätigen Verwaltungsangestellten.

Zu 427 67

Für nebenamtlich tätige Kursleiterinnen und Kursleiter, Referentinnen und Referenten und Moderatorinnen und Moderatoren.

Zu 525 67

Es handelt sich u. a. um
– Reisekostenvergütungen für Leiterinnen und Leiter, Vortragende und Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Kursen einschließlich der Besichtigungsfahrten und Praktikumskurse in Betrieben sowie für Kursleiterinnen und Kursleiter aus Anlass von Vorbesprechungen über abzuhaltende Kurse,
– Ausgaben für Unterkunft und Verpflegung für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen,
– Lehr- und Lernmittel.

Die Mittel für schulinterne Lehrerfortbildung an allgemein bildenden Schulen (SchiLF) sind bei Kapitel 07 07 TGr 87 und die Mittel für die Fort- und Weiterbildung für Lehrkräfte der Staatl. Fachschule –Seefahrt- in Cuxhaven bei Kapitel 07 20 – 547 61 veranschlagt.
Die Fortbildungsmittel für die Projekte "Berufsbildende Schulen als regionale Kompetenzzentren (ProReKo-Schulen)", und "Eigenverantwortliche Schulen" sowie für die Modellversuche "Personalkostenbudgetierung an großen Schulen" und "Berufsbildende Schulen der Region Hannover" sind bei Kapitel 07 22-525 11 bzw. 07 10/07 20 -525 63 veranschlagt.

Zu Titelgruppe 68

Ausgaben zur Vorbereitung und Durchführung von Lehrgängen für ausländische Lehrkräfte (Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer),
1. im Rahmen des Europäischen Kooperationsprogramms nach LINGUA Aktion I b,
2. im Rahmen der Zusammenarbeit mit mittel- und osteuropäischen Ländern (z. B. Polen, Ungarn, Slowakei, Litauen),
3. sonstige Lehrgänge für ausländische Lehrkräfte (Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer).

Zu Titelgruppe 73

Der dem NiLS zugeordnete NIBIS wurde 1995 in Betrieb genommen. Die laufende Finanzierung erfolgte bisher aus Mitteln der Multimediainitiative und bis 2003 aus n-21 (Kap. 0702 TGr. 69). Inzwischen ist der NIBIS das Bildungsportal des Landes Niedersachsen geworden. Er bietet für Schule und Bildung u.a. E-learning-Plattformen, Medien- und Informationsrecherchen online, öffentliche und geschlossene Arbeitsbereiche und Speicherplatz mit NIBIS-Domain und die Möglichkeit, alle niedersächsischen Schulen per email zu erreichen.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0740 Niedersächsisches Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 74		**Projekte im Bereich der Schulentwicklung und Bildung** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 74.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(576)
427 74-1	151	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	9
429 74-4	151	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	30
547 74-7	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben	—	—	—	—	538
812 74-2	151	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Gegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 75		**Prüfung für den Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung ohne Hochschulreife/Fach- hochschulreife**	(—)	(123)	(123)	(—)	(108)
427 75-0	129	Entschädigungen für nebenamtliche u. nebenberufliche Prüferinnen u. Prüfer sowie Hilfskräfte	—	92	92	—	88
511 75-0	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	19	19	—	13
526 75-8	129	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	0
527 75-4	129	Reisekostenvergütungen	—	12	12	—	7
682 75-0	129	Zuführungen an Landesbetriebe	—	—	—	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- u. Kommunikationstechnik** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 99.*	(—)	(88)	(88)	(—)	(128)
518 98-4	151	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-2	151	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-0	151	Aus- und Fortbildung durch das Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	—	4	4	—	—
525 99-9	151	Aus-und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	—	—	—	—
538 98-5	151	Dienstleistungen des IZN	—	—	—	—	—
538 99-3	151	Dienstleistungen "Anderer"	—	16	16	—	5
547 99-2	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	68	68	—	124
812 99-8	151	Erwerb von Geräten und sonstigen Gegenständen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		3	–3	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 74

Abrechnung und Nachweisführung von Projekten, die mit Mitteln Dritter oder aus Fremdkapiteln finanziert werden

Zu Titelgruppe 75

Die Prüfungen für den Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung ohne Hochschulreife/Fachhochschulreife werden vor Prüfungsausschüssen abgelegt, die von den für den Bereich der wissenschaftlichen und künstlerisch-wissenschaftlichen Hochschulen sowie für den Bereich der Fachhochschulen bestellten örtlichen Beauftragten des Prüfungsamtes nach Bedarf gebildet werden.

Zu Titelgruppe 98/99

U. a. für die Pflege und Ergänzung des im NiLS aufgebauten Netzwerkes sowie IZN Entgelte.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0740 Niedersächsisches Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0740					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		39	18	+21	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		39	18	+21	
		4 Personalausgaben	—	4.349	4.633	–284	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	4.629	4.195	+434	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	100	100	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	35	35	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	–353	–353	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	8.760	8.610	+150	
		Zuschuss		8.721	8.592	+129	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0745 Vorbereitungsdienst für die Lehrämter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-8	154	Vermischte Einnahmen		28	19	+9	28
119 41-7	154	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
124 01-1	154	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		—	—	—	—
132 99-5	154	Erlöse aus dem Verkauf von DV-Geräten *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 98/99.*		—	—	—	—
235 10-7	154	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Arbeitsangelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II *Vgl. K-Vermerk zu 427 40.*		—	—	—	—
272 01-0	154	Sonstige Zuschüsse der EU *Vgl. K-Vermerk zu 547 01.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-2	154	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	8.325	8.112	+213	6.180
422 04-7	154	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 425 04 und 427 10.*	—	55.000	58.900	–3.900	56.815
422 19-5	154	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	239
425 01-1	154	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	2.748
425 03-8	154	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	13
425 04-6	154	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 422 04.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	—	—	—	191
425 05-4	154	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	114
426 01-8	154	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—
426 03-4	154	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	19
427 01-4	154	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 10-3	154	Vergütungen für Lehrkräfte aus den EU-Mitgliedstaaten *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 422 04.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	—	—	—	20
427 32-4	154	Entschädigungen für stundenweise beschäftigte Fachkräfte zur Ausbildung	—	9	9	—	7
427 39-1	154	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	1

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 0745

Die Ausbildung für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie für Sonderpädagogik erfolgt an 25 Studienseminaren – davon 21 für Grund-, Haupt- und Realschulen und 4 für Sonderpädagogik.
Die Ausbildung für das Lehramt an Gymnasien erfolgt an 18 Studienseminaren an den Standorten Braunschweig, Celle, Göttingen, Hameln, Hannover (2), Hildesheim, Leer, Lüneburg, Meppen, Oldenburg, Osnabrück, Salzgitter, Stade, Stadthagen, Verden, Wilhelmshaven und Wolfsburg.
Die Ausbildung für das Lehramt an berufsbildenden Schulen erfolgt an 7 Studienseminaren mit den Standorten Braunschweig, Göttingen, Hannover, Hildesheim, Oldenburg, Osnabrück und Stade.
Lehrkräfte für Fachpraxis werden bedarfsgerecht an berufsbildenden Schulen eingestellt. Die Einstellung erfolgt im Beamtenverhältnis auf Probe. Für die Qualifizierung sind die Studienseminare für das Lehramt an berufsbildenden Schulen in Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Stade – in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Schulen – zuständig.

Zu 124 01

Miete für die Dienstwohnung des Hausmeisters in Stade.

Zu 422 01

In den Vergütungen für Angestellte sind Mittel für 21 ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte im Verwaltungsdienst (Verg.-Gr. VII BAT), deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der einer vollbeschäftigten Kraft beträgt – Titel 425 01 – sowie für eine stundenweise beschäftigte Angestellte im Verwaltungsdienst (Verg.-Gr. VII BAT) – Tit. 425 03 enthalten.
In den Löhnen sind Mittel für 7 stundenweise beschäftigte Arbeitskräfte im Reinigungsdienst (5) – Lohngruppe 1 MTArb – bzw. in der Tätigkeit als Hausarbeiter/-in (2) – Lohngruppe 2 MTArb veranschlagt – Tit. 426 03.

Zu 422 04

Bezüge für Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst entsprechend 4 240 Stellen (HH 2006: 4 240 Stellen).

Zu 425 04

Unterhaltsbeihilfen für in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis zum Land Niedersachsen stehende Angestellte mit der 1. Staatsprüfung für ein Lehramt oder mit einer gleichwertigen Prüfung, die nicht die Einstellungsvoraussetzungen für den Vorbereitungsdienst erfüllen (z. B. Ausländer/-innen).
Für jede auszubildende Lehrkraft im Angestelltenverhältnis ist eine der in den Bedarfsnachweisen zu Kap. 07 45 ausgebrachten Stellen für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst der Bes.-Gr. A 12 bzw. A 13 zu sperren.

Zu 425 05

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingestellten Angestellten im Verwaltungsdienst. Die hier zu buchenden Ausgaben sind gedeckt aus den nicht benötigten Mitteln der Angestelltenstellen, deren Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber keine Vergütung erhalten (z. B. infolge Beurlaubung).

Zu 427 01

Für die Beschäftigung von Vertretungs- und Aushilfskräften der Verwaltungsangestellten.

Zu 427 10

Vergütungen für Lehrkräfte aus den EU-Mitgliedsstaaten, die – entsprechend der Richtlinie des Rates der EG vom 21. 12. 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mind. dreijährige Berufsausbildung abschließen, für den Beruf des Lehrers/der Lehrerin an Schulen (EG-RL-LehrG) – an einem Anpassungslehrgang teilnehmen und während der Teilnahme in einem befristeten öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis besonderer Art stehen.
Für jeden Teilnehmer/jede Teilnehmerin an dem Anpassungslehrgang ist eine der in den Bedarfsnachweisen zu Kap. 07 45 ausgebrachten Stellen für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst der Bes.-Gr. A 12 bzw. A 13 zu sperren.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0745 Vorbereitungsdienst für die Lehrämter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
427 40-5	154	Entschädigungen für Mehraufwendungen im Rahmen von Arbeitsangelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 235 10.*	—	—	—	—	—
453 01-5	154	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	7	7	—	3
511 01-5	154	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	341	294	+47	269
517 01-3	154	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	354	331	+23	338
518 01-0	154	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	853	764	+89	770
518 02-8	154	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	67	60	+7	52
519 01-6	154	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	8	18	–10	6
525 01-6	154	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	164	149	+15	129
526 02-0	154	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1	1	—	1
527 01-9	154	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	3.214	2.843	+371	3.008
527 02-7	154	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	2	1	+1	1
546 01-3	154	Vermischte Ausgaben	—	10	3	+7	11
546 02-1	154	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	3	3	—	3
546 03-0	154	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	13
547 01-0	154	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben, die im Zusammenhang mit dem EU-Programm Leonardo da Vinci stehen *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 272 01.*	—	—	—	—	—
633 10-2	154	Erstattungen von Ausgaben an Gemeinden (GV)	—	28	28	—	28
812 10-4	154	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	26	26	—	42
981 01-1	990	Abführung an 1321-381 22 zur Refinanzierung des Grundstocks	—	25	25	—	25
981 07-0	990	Abführung an 13 21 - 381 07	—	540	619	–79	609
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 99.*	(—)	(300)	(300)	(—)	(263)
518 98-2	154	Anmietung von Software	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 517 01

Die Studienseminare für das Lehramt an Gymnasien und das Lehramt an berufsbildenden Schulen, das Studienseminar für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen und die Außenstelle der Abteilung Lüneburg der Landesschulbehörde sind gemeinsam in einem landeseigenen Gebäude in Stade untergebracht. Die Bewirtschaftungs- und Reinigungskosten sowie die Kosten für Heizstoffe dieser Dienststellen sind bei Kapitel 13 21 veranschlagt.
Das Studienseminar Celle für das Lehramt an Gymnasien und das Studienseminar Celle für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen sind in dem Behördenhaus Celle II (ehemalige Cambridge-Dragoner-Kaserne) untergebracht. Die Hausverwaltung obliegt dem Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Celle (vgl. Nr. 1.1.3 zu § 64 LHO). Die Bewirtschaftungs- und Reinigungskosten für die Seminare sind dementsprechend im Kapitel 13 21 veranschlagt.
Das Studienseminar Braunschweig für das Lehramt an berufsbildenden Schulen ist in dem Behördenhaus "In Holzmoor 106" in Braunschweig untergebracht. Hausverwaltende Dienststelle ist die Polizeidirektion. Die Bewirtschaftungs- und Reinigungskosten für das Seminar sind im Kapitel 13 21 veranschlagt.

Zu 527 01

Für das ausbildende Personal einschl. Fachseminarleiterinnen und Fachseminarleiter sowie für die auszubildenden Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst (im Rahmen der Ausbildung und für Seminarkonferenzen).

Zu 633 10

Für die pauschale Erstattung der Kosten für die Unterbringung des Studienseminars Leer für das Lehramt an Gymnasien aufgrund eines mit dem Landkreis Leer abgeschlossenen Nutzungsvertrages.
Abgegolten werden die Kosten für die Reinigung sowie die Telefon-, Miet- und Nebenkosten.

Zu 981 01

Das Studienseminar – gym. – Celle und das Studienseminar – GHRS – Celle sind im landeseigenen Behördenhaus Celle II (ehemalige Cambridge-Dragoner-Kaserne) untergebracht.
Die eingesparten Mietkosten (Titel 518 01) werden zur Refinanzierung des Grundstocks an das Kapitel 13 21 abgeführt.

Zu 981 07

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 98/99

Für die Beschaffung und Unterhaltung von Hard- und Softwarekomponenten einschließlich aller hierfür anfallenden Betriebskosten (u. a. Kommunikationskosten) sowie für Dienstleistungen (u. a. Systembetreuung), Programmierung und Schulung in der IuK-Technik.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0745 Vorbereitungsdienst für die Lehrämter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
518 99-0	154	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	1
525 98-9	154	Aus- und Fortbildung durch das Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	—	—	—	—	—
525 99-7	154	Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	—	—	—	—
538 98-3	154	Dienstleistungen des IZN	—	129	121	+8	120
538 99-1	154	Dienstleistungen "Anderer"	—	2	12	–10	1
547 99-0	154	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	129	127	+2	121
812 99-6	154	Erwerb von Geräten und sonstigen Gegenständen	—	40	40	—	19
		Abschluss Kapitel 0745					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		28	19	+9	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		28	19	+9	
		4 Personalausgaben	—	63.341	67.028	–3.687	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	5.277	4.727	+550	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	28	28	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	66	66	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	565	644	–79	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	69.277	72.493	–3.216	
		Zuschuss		69.249	72.474	–3.225	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 812 99
Ausstattung von Seminaren mit PC.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0765 Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
519 10-0	199	Bauunterhaltung der Schloßpfarrkirche Liebenburg *Übertragbar.*	—	22	35	–13	35
519 11-9	199	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten *Übertragbar.*	—	4	4	—	4
684 30-6	199	Zuschuss des Landes für den 30. Evangelischen Kirchentag 2005 in Hannover	—	—	—	—	3.100
684 31-4	199	Staatsleistung an die evangelischen Landeskirchen	—	29.815	29.235	+580	29.234
684 32-2	199	Zuschuss des Landes für den 97. Katholikentag 2008 in Osnabrück	600 —	650	—	+650	—
684 33-0	199	Staatsleistung an die Diözesen	—	7.481	7.335	+146	7.335
684 34-9	199	Zuschuss an den Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen	—	1.041	1.020	+21	1.020
684 37-3	199	Staatsleistungen an die Freien Humanisten Niedersachsen	—	206	202	+4	201
684 39-0	199	Leistung an die Evangelisch-methodistische Kirche in Norddeutschland	—	16	16	—	15
		<u>Abschluss Kapitel 0765</u>					
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	26	39	–13	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	600 —	39.209	37.808	+1.401	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	600 —	39.235	37.847	+1.388	
		Zuschuss		39.235	37.847	+1.388	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 519 10

Für die Bauunterhaltung der Schlosspfarrkirche in Liebenburg aufgrund § 5 Abs. 2 des Kaufvertrages vom 9. 5. 1974.
Nach Art. 16 des Konkordats vom 26. 2. 1965 und § 10 der Anlage zum Konkordat verzichtet die Diözese Hildesheim auf Ansprüche gegen das Land Niedersachsen, die sich auf die Diözesangebäude und -grundstücke beziehen. Zum Ausgleich überträgt das Land das Eigentum an diesen Gebäuden und Grundstücken auf die Diözese. Eine Eigentumsübertragung entfällt, wenn nur Teile staatlicher Gebäude kirchlich genutzt werden; die gegenseitigen Ansprüche sollen dann durch Einzelvereinbarungen geregelt werden.
Das früher im Eigentum des Landes Niedersachsen stehende, inzwischen verkaufte Schloss Liebenburg wird zu 2/5 von der Diözese Hildesheim für kirchliche Zwecke genutzt (röm.-kath. Schlosspfarrkirche Liebenburg). Nach § 5 Abs. 2 des Kaufvertrages obliegt die bauliche Unterhaltung dieses Teiles des Schlosses Liebenburg bis zu ihrer Ablösung weiterhin dem Lande Niedersachsen.

Zu 684 31

Dotation für kirchenregimentliche Zwecke und Zuschüsse für Zwecke der Pfarrbesoldung und -versorgung gemäß Artikel 16 Abs. 1 des Vertrages des Landes Niedersachsen mit den Evangelischen Landeskirchen vom 19. 3. 1955 (Nds. GVBl. 1955 S. 159).
Die jährliche Staatsleistung ist in ihrer Höhe gemäß Artikel 16 Abs. 1 Satz 2 des Vertrages vom 19. 3. 1955 laufend den Veränderungen der Besoldung der Landesbeamten anzupassen.
Nach einem zwischen den Landeskirchen vereinbarten Schlüssel entfallen auf die

	2007 Tsd. EUR
Ev.-luth. Landeskirche Hannovers	19 967
Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig	3 692
Ev.-luth. Kirche in Oldenburg	3 017
Ev.-ref. Kirche in Nordwestdeutschland	2 733
Ev.-luth. Landeskirche Schaumburg-Lippe	406
Zusammen	29 815

Zu 684 32

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	600	600
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	600	600

Zu 684 33

Dotation und Zuschuss für Zwecke der Pfarrbesoldung und -versorgung gemäß Artikel 15 Absatz 1 des Konkordats zwischen dem Heiligen Stuhle und dem Lande Niedersachsen vom 26. 2. 1965 (Nds. GVBl. 1965 S. 192).
Die jährliche Staatsleistung ist in ihrer Höhe gemäß Artikel 15 Abs. 1 Satz 2 des Konkordats vom 26. 2. 1965 laufend den Veränderungen der Besoldung der Landesbeamten anzupassen.
Nach einem zwischen den Diözesen vereinbarten Schlüssel entfallen auf

	2007 Tsd. EUR
die Diözese Hildesheim	3 301
die Diözese Osnabrück	2 776
das Bischöflich-Münstersche Offizialat in Vechta	1 404
Zusammen	7 481

Zu 684 34

Dotation zu den Ausgaben des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen und den jüdischen Gemeinden in Niedersachsen für religiöse und kulturelle Bedürfnisse sowie für die Verwaltung gem. Vertrag von 15. 7. 1999 (GVBI. 1999, S. 364).
Die Landesleistungen wurden gem. Änderungsvertrag vom 16.05. 2002 (GVBl. 2002, S. 394) auf 1.020.000 Euro für das Haushaltsjahr 2005 heraufgesetzt; danach ist der Betrag laufend entsprechend den Veränderungen bei der Besoldung der Landesbeamten anzupassen.

Zu 684 37

Zuschuss zu den Personalkosten gemäß § 7 Abs. 1 des Vertrages zwischen dem Lande Niedersachsen und der Freireligiösen Landesgemeinschaft Niedersachsen (jetzt Freie Humanisten Niedersachsen) vom 8. 6. 1970.
Die jährliche Staatsleistung ist in ihrer Höhe gemäß § 7 Abs. 1 Satz 2 des Vertrages vom 8. 6. 1970 laufend den Veränderungen der Besoldung der Landesbeamten anzupassen.

Zu 684 39

Zuschuss zu den Personalkosten gemäß § 1 des Vertrages zwischen dem Lande Niedersachsen und der Evangelisch-Methodistischen Kirche in Norddeutschland vom 26. 1. 1978, geändert durch Vertrag vom 9. 8. 1993 (Nds. MBl. 1994 S. 453).
Die Staatsleistung wird letztmals im Jahre 2022 gezahlt (gleitender Ausstieg).

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0774 Tageseinrichtungen für Kinder

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-2	264	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
119 62-4	264	Einnahmen aus Teilnehmerbeträgen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		—	—	—	—
119 68-3	264	Einnahmen aus Veröffentlichungen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.*		—	—	—	—
282 68-1	264	Sonstige Zuschüsse *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.*		—	—	—	67
		A U S G A B E N					
684 01-1	264	Zuschuss an die Landesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen (lagE)	—	89	89	—	87
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Aus- und Fortbildung von Fachkräften der Jugendhilfe** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 62.*	(—)	(24)	(24)	(—)	(24)
427 62-0	264	Entschädigung an nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	24	24	—	24
527 62-5	264	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	—
547 62-6	264	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten	—	—	—	—	—
TGr. 68		**Kindergarten - Bildungsplan** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 68 und 282 68.*	(—)	(200)	(200)	(—)	(252)
547 68-5	264	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	21
633 68-9	264	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	75	75	—	50
684 68-2	264	Zuschüsse an Sonstige	—	125	125	—	182
TGr. 69		**Förderung von Projekten im Bereich der Kindertagesstätten** *Übertragbar.*	(—)	(3.049)	(—)	(+3.049)	(—)
427 69-8	264	Entgelte für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	109	—	+109	—
525 69-0	264	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	920	—	+920	—
526 69-6	264	Ausgaben für Sachverständige	—	50	—	+50	—
547 69-3	264	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben	—	—	—	—	—
633 69-7	264	Zuweisungen an Gemeinden	—	860	—	+860	—
671 69-6	264	Verwaltungskostenerstattungen im Inland	—	—	—	—	—
684 69-0	264	Zuschüsse an Sonstige	—	1.110	—	+1.110	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 684 01

Die Landesarbeitsgemeinschaft Elterninitiative (lagE) ist die Interessenvertretung der Elterninitiativen auf Landesebene in Niedersachsen und Bremen.
Es wird eine Zuwendung als nicht zurückzahlbarer Zuschuss zu den Personalausgaben in Form einer Festbetragsfinanzierung gewährt. Sie ist zweckgebunden und dient der teilweisen Deckung der Personalausgaben, die der Landesarbeitsgemeinschaft durch die Unterstützung der Beratungstätigkeit der Kontakt- und Beratungsstellen entstehen.
Bezeichnung des Förderprogramms: Förderung Landesarbeitsgemeinschaft Elterninitiative (lagE)

Rechtliche Grundlage: §§ 25, 74, 85 KJHG, § 75 SGB VIII

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	79	89	86	87	89	89	89	89	89
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss									

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1997

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Anteilige Deckung der Personalausgaben, die der Landesarbeitsgemeinschaft durch die Unterstützung der Beratungstätigkeit der Kontakt- und Beratungsstellen entstehen
Zielgruppe: Landesarbeitsgemeinschaft Elterninitiative (lagE)

Durchschnittliche Förderhöhe: 89.000,00 EUR

Zu Titelgruppe 68

Veranschlagt sind Mittel über die Eckpunkte des Orientierungsplans für Bildung und Erziehung im Elementarbereich nds. Tageseinrichtungen für Kinder.
Die Umsetzung eines erweiterten und präzisierten Bildungsauftrages insbesondere im Kindergarten soll unterstützt werden. Zentrale Ansatzpunkte dabei sind u. a. praxisunterstützende Maßnahmen zur Qualitätssicherung und ein Programm zur Stärkung der Elternarbeit bei der Sprachförderung sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Kooperation von Kindergarten und Grundschule.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 684 68

Zur Gewährung einer Zuwendung für das vom Deutschen Jugendinstitut e. V. (DJI) in München durchgeführte Projekt „Bildungs- und Lerngeschichten als Instrument zur Konkretisierung und Umsetzung des Bildungsauftrags im Elementarbereich“ ist die bei Titel 684 68 durch im Haushaltsjahr 2004 in Anspruch genommene/ausgebrachte überplanmäßige Verpflichtung entstanden.
Bezeichnung des Förderprogramms: Projekt „Bildungs- und Lerngeschichten als Instrument zur Konkretisierung und Umsetzung des Bildungsauftrages im Elementarbereich“

Rechtliche Grundlage: § 19 KiTaG

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz			15	30	35	3	0	0	0
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss									

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2004

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis 2007

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Feststellung des Entwicklungsfortschrittes von Kindern, individuelle Lernbegleitung von Kindern im Kindergartenalter, Stärkung der fachlichen Kompetenz der Erzieher/innen bei der Umsetzung von Bildungseinrichtungen im Elementarbereich
Zielgruppe: Kinder im Kindergartenalter, Erzieher/innen im Kindergarten

Durchschnittliche Förderhöhe:
Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	3	—	—	3
2008	—	—	—	—
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	3	—	—	3

Zu Titelgruppe 69

Für besondere Fördermaßnahmen für Kinder im letzten Jahr vor der Einschulung sind insgesamt 5 Mio. EUR veranschlagt, davon entfallen ca. 1,95 Mio. EUR auf Lehrkräfte (Kap. 0710 Titel 422 11).
Die hier veranschlagten Mittel sind für die Erstattung von Personalausgaben der Träger von Kindertagesstätten und für die Finanzierung von Qualifizierungsmaßnahmen für Fachkräfte von Kindertagesstätten und Grundschullehrkräfte vorgesehen.
Die Fachkräfte aus den Kindertagesstätten und die Lehrkräfte aus den Grundschulen werden für Koordinierung, Beratung und Begleitung sowie für die Durchführung der besonderen Förderprojekte eingesetzt.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0774 Tageseinrichtungen für Kinder

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 70		**Finanzhilfen nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder** *Übertragbar.*	(—)	(162.675)	(160.130)	(+2.545)	(159.048)
633 70-0	264	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	55.000	54.000	+1.000	52.549
684 70-4	264	Zuschüsse an Sonstige	—	107.675	106.130	+1.545	106.498
TGr. 73		**Sprachförderung im Elementarbereich** *Übertragbar.*	(3.500) (3.500)	(6.000)	(6.000)	(—)	(5.389)
633 73-5	264	Zuweisungen an Gemeinden	—	2.000	2.000	—	1.858
684 73-9	264	Zuschüsse an Sonstige	3.500 3.500	4.000	4.000	—	3.531
TGr. 90		**Verwendung des Landesanteils an dem Aufkommen der Spielbankabgabe** *Übertragbar.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(22)	(22)	(—)	(7)
547 90-1	264	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben **** Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Spielbankabgabe (hier 21.750 EUR) geleistet werden.*	—	22	22	—	7
633 90-5	264	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
684 90-9	264	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 0774					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		4 Personalausgaben	—	133	—	+133	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	992	22	+970	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.500 3.500	170.934	166.419	+4.515	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	3.500 3.500	172.059	166.441	+5.618	
		Zuschuss		172.059	166.441	+5.618	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 70

Veranschlagt sind Finanzhilfen des Landes für Personalausgaben auf der Grundlage der §§ 16 und 18 (1) des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (KiTaG) i. d. F. vom 05.11.2004 (Nds. GVBl. S. 408).
Das Verfahren zur Ermittlung und Abrechnung der Finanzhilfen richtet sich nach der 2. DVO-KiTaG v. 16.07.2002 (Nds. GVBl. S 353) i. d. F. vom 03.12.2004 (Nds. GVBl. S. 575).
Bis 31.07.2002 waren die Finanzhilfen in die Zuweisungsmasse des kommunalen Finanzausgleiches einbezogen.
Eine Änderung der Finanzierung erfolgte aufgrund des Urteils des Nds. Staatsgerichtshofes vom 23.10.2001 – StGH 2/00 –.

Zu Titelgruppe 73

Veranschlagt sind Mittel zur Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen zum Erwerb der deutschen Sprache im Elementarbereich bei Kindern nicht deutscher Herkunftssprache, aber auch von Kindern aus besonders benachteiligten Bevölkerungsgruppen gem. Richtlinie vom 01.02.2006 (Nds. MBl. S. 152).
Bezeichnung des Förderprogramms: Systematische Sprachförderung im Elementarbereich

Rechtliche Grundlage: § 19 KiTaG

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz			6.657	5.389	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss									

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2003

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Integration und Vorbereitung auf Schulbesuch der Zielgruppe, Erwerb der deutschen Sprache im Elementarbereich.
Zielgruppe: Kinder nicht deutscher Herkunftssprache und Kinder aus besonders benachteiligten Bevölkerungsgruppen

Durchschnittliche Förderhöhe:

Zu 684 73

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	3.500	—	3.500
2008	—	—	3.500	3.500
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	3.500	3.500	7.000

Zu Titelgruppe 90

Zur Verwendung des zweckgebundenen Anteils an dem Aufkommen der Spielbankabgabe gem. § 4 Abs. 1 des Niedersächsischen Spielbankgesetzes (NSpielbG) vom 16.12.2004 (Nds. GVBl. S. 605) zugunsten der Kinder- und Jugendhilfe. Die Mittel sind vorgesehen für pädagogische Sondermaßnahmen in Kindertagesstätten.
Weiterhin sind Mittel im Kapitel 0573 TGr. 90 veranschlagt.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0785 Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-9	153	Vermischte Einnahmen		—	—	—	0
282 10-6	153	Einnahmen aus Spenden		—	—	—	—
331 10-7	153	Zuweisungen für Investitionen vom Bund		1.700	2.400	–700	1.530
		A U S G A B E N					
422 01-3	153	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	185	179	+6	233
425 01-2	153	Vergütungen der Angestellten	—	69	57	+12	40
547 01-0	153	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
671 01-3	153	Verwaltungskostenerstattungen im Inland *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 684 10.*	—	—	—	—	—
684 10-7	153	Zuschuss "Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten" *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 671 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist Abs. 1 der Erläuterungen verbindlich.*	—	2.000	1.306	+694	1.453
894 10-1	153	Zuschüsse für Investitionen in der Gedenkstätte Bergen-Belsen	—	3.400	4.800	–1.400	1.850
972 10-2	989	Globale Minderausgabe	—	—	–2.400	+2.400	—
		Abschluss Kapitel 0785					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		1.700	2.400	–700	
		Summe der Einnahmen		1.700	2.400	–700	
		4 Personalausgaben	—	254	236	+18	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	2.000	1.306	+694	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	3.400	4.800	–1.400	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	–2.400	+2.400	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	5.654	3.942	+1.712	
		Zuschuss		3.954	1.542	+2.412	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 0785 allgemein:

Die „Stiftung niedersächsische Gedenkstätten“ wurde als rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts zum 01.12.2004 mit Sitz in Celle (Nds. GVBl. 2004, Seite 494) gegründet.

Der Gedenkstättenbereich der zum 01.01.2005 aufgelösten Landeszentrale für politische Bildung (ehemals Kapitel 0784) ist in die Stiftung als Aufgabe überführt worden.

Veranschlagt sind in dem - aus technischen Gründen – zum Haushaltsjahr 2005 neu eingerichteten Kapitel 0785 nur noch Zuschüsse für die Stiftung sowie übergangsweise die Planstellen der Beamten der ehemaligen NLpB, die der Stiftung wegen fehlender Dienstherreneigenschaft nach § 123 a BRRG zugewiesen werden. Für das Tarifpersonal ist die Stiftung an die Stelle des Landes in die Rechte und Pflichten der Arbeitsverträge eingetreten.

Übergangsweise werden auch noch Stellen des Tarifpersonals veranschlagt, soweit es sich um umgesetzte Stellen von reformbetroffenem Personal mit Haushaltsvermerk ZV II handelt. Dieses Personal scheidet spätestens nach drei Jahren aus dem Landesdienst aus und tritt in ein neues Arbeitsverhältnis zur Stiftung.

Zu 282 10

Der für den Ausbau der Gedenkstätte Bergen-Belsen ausgebrachte Landesanteil (siehe Titel 894 10 und 331 10) soll durch eine globale Minderausgabe im Einzelplan (veranschlagt bei 0701-972 11) erwirtschaftet werden. Evtl. für den Neubau eingehende zweckgebundene Spenden reduzieren die globale Minderausgabe.

Zu 331 10

Der Ausbau der Gedenkstätte Bergen-Belsen soll je zur Hälfte vom Land und dem Bund finanziert werden. Die Gesamtmittel für die Maßnahme sind bei Titel 894 10 veranschlagt.

Zu 422 01

Veranschlagt sind Planstellen und Mittel für die Beamten des Gedenkstättenreferats der ehemaligen NLpB, die der Stiftung wegen fehlender Dienstherreneigenschaft nach § 123 a BRRG zugewiesen werden. Mit dem Vollzug der zu diesen Stellen ausgebrachten Haushaltsvermerke wachsen die Zuschüsse an die Stiftung bei Titel 684 10 entsprechend auf.

Zu 425 01

Veranschlagt sind Stellen und Mittel von reformbetroffenen Bediensten, die der Stiftung nach § 12 Abs. 2 BAT zugewiesen wurden.

Zu 671 01

Erstattungen an die NBank für die Wahrnehmung von Bewilligungsaufgaben im Rahmen der Strukturfondsförderung.

Zu 684 10

Schadensfälle, für die keine Versicherungen bestehen, werden aus Haushaltsmitteln des Landes gedeckt. Die Stiftung hat dabei aus ihren Mitteln einen Selbstbehalt in Höhe von 1.000 Euro im Einzelfall, höchstens jedoch 5.000 Euro im Haushaltsjahr selbst zu finanzieren. Veranschlagt sind die erforderlichen Ausgaben, die zur Erfüllung des Stiftungszwecks mit Landesmitteln gedeckt werden.

Es handelt sich im Wesentlichen um Sach- und Personalausgaben für die nachstehenden Aufgaben, die vom Gedenkstättenreferat der ehemaligen NLpB bereits in der Vergangenheit wahrgenommen wurden:

- Erhalt und Gestaltung der Gedenkstätten Bergen-Belsen und Wolfenbüttel.
- Unterstützung der Forschung über das historische Geschehen – insbesondere über die Geschichte von Widerstand und Verfolgung 1933–1945 – auf dem Gebiet des Landes Niedersachsen.
- Förderung der Gedenkstättenarbeit.
- Fortführung des „Internationalen Jugendworkcamps“.

Zu 894 10

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	3.400	—	—	3.400
2008	1.000	—	—	1.000
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	4.400	—	—	4.400

Zu 972 10

Verlagert nach 0701-972 11.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 07					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		12.445	10.813	+1.632	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		2.202	2.078	+124	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		70.825	101.125	–30.300	
		Summe der Einnahmen		85.472	114.016	–28.544	
		4 Personalausgaben	3.657 —	3.532.036	3.544.504	–12.468	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.000 1.000	33.810	31.368	+2.442	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	13.506 13.020	474.310	452.086	+22.224	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	2.000 —	74.933	106.195	–31.262	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	–7.174	–9.698	+2.524	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	20.163 14.020	4.107.915	4.124.455	–16.540	
		Zuschuss		4.022.443	4.010.439	+12.004	

Einzelplan 07

Kultusministerium

Übersicht über das Beschäftigungsvolumen, das Personalkostenbudget und die Stellen

(bisher: Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise)

für das

Haushaltsjahr 2007

Allgemeine Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 07 07 bis 07 22:

1. Eine Kraft (Voll- oder Teilzeitkraft) darf anteilig auf mehreren Stellen geführt werden. Jede Planstelle und jede andere Stelle darf mit einer beliebigen Anzahl von Teilzeitkräften sowie Besetzungsanteilen von Vollzeitkräften besetzt werden, soweit die sich aus den Besetzungsanteilen ergebende regelmäßige durchschnittliche Gesamtarbeitszeit die regelmäßige durchschnittliche Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft nicht übersteigt. Sofern die Besetzung laufbahngruppenübergreifend erfolgt, darf sie nur in der niedrigsten Laufbahngruppe erfolgen, aus der ein Stellenanteil herangezogen wird.
2. Abweichend von § 50 Abs. 3 LHO dürfen Lehrkräfte im Bedarfsfall vorübergehend an Schulen einer jeweils anderen Schulform abgeordnet werden; dies gilt auch für pädagogische Mitarbeiter/-innen sowie Betreuungskräfte.
3. Das Kultusministerium kann im Rahmen der Automation in der Stellenbewirtschaftung abweichend von § 49 Abs. 5 LHO die Planstellen und die Stellen für Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis sowie Stellen für pädagogische Mitarbeiter/-innen und Betreuungskräfte zu sog. Stellenpools – getrennt nach den in den Stellenplänen und den Stellenübersichten ausgewiesenen Stellenbezeichnungen und Besoldungs- und Vergütungsgruppen – zusammenfassen.
4. Von den Inhaberinnen und Inhabern der bei den Kapiteln 07 10 bis 07 18 ausgebrachten Planstellen der Bes.-Gr. A 12 (Lehrer/-in), A 13 (Realschullehrer/-in) und A 13 (Förderschullehrer/-in) und entsprechender Stellen für Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis erhalten gem. Verordnung vom 19. 6. 1978 – Nds. GVBl. S. 559 –, zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 30. Okt. 2001 (Nds. GVBL. S. 668) – für die Dauer dieser Tätigkeit bis zu
   - 144, die ein pädagogisches Seminar leiten, eine widerrufliche Stellenzulage in Höhe von mtl. 76,69 EUR
   - 833, die ein fachdidaktisches Seminar leiten, eine widerrufliche Stellenzulage in Höhe von mtl. 63,91 EUR.
5. Die Leerstellen sind für Lehrkräfte bestimmt, die unter Wegfall der Dienstbezüge für eine Tätigkeit im Dienst an Schulen in freier Trägerschaft, in der Erwachsenenbildung oder im Auslandsschuldienst bzw. für andere Tätigkeiten gemäß §§ 7 und 11 der Niedersächsischen Sonderurlaubsverordnung oder auf Grund der §§ 80 a Abs. 1 Nr. 3 und 4, 87 a Abs. 1 Nr. 2 NBG oder § 50 BAT beurlaubt oder mit Rückkehrgarantie in den niedersächsischen Landesdienst an Auslandsschulen der Bundeswehr versetzt sind.

   Die Leerstellen sind auch bestimmt für an andere Verwaltungsbereiche abgeordnete Lehrkräfte, sofern von diesen während der Dauer der Abordnung die Bezüge in vollem Umfange aus deren Ansätzen geleistet werden.

   Die ausgebrachten Leerstellen sind nicht personengebunden.
6. Lehrkräften, die nach den Eingruppierungserlassen des MK in der jeweils geltenden Fassung bei Bewährung oder nach entsprechender Unterrichtstätigkeit in eine höhere Vergütungsgruppe aufrücken oder aufgerückt sind, kann aus den veranschlagten Stellen Vergütung der höheren Vergütungsgruppe gezahlt werden; das gilt auch für Lehrkräfte, die im Zeitpunkt der Einstellung bereits die Voraussetzungen für die Eingruppierung in die höhere Vergütungsgruppe erfüllen.
7. Im Bedarfsfall dürfen bis zu 99 Lehrkräfte aus ihren Planstellen/Stellen vorübergehend zur Erfüllung von schulfachlichen Aufgaben abgeordnet werden:
   a) an die oberste Schulbehörde (bis zu 12),
   b) an die nachgeordnete Schulbehörde (bis zu 17),
   c) an das NiLS (bis zu 8),
   d) an Träger der regionalen Lehrerfortbildung – nachgeordnete Schulbehörden oder andere Stellen der öffentlichen Verwaltung – für Aufgaben einer oder eines Fortbildungsbeauftragten (bis zu 17, höchstens aber bis zu 13 Vollzeitlehrereinheiten).
   e) an die Nds. Schulinspektion (bis zu 45).
8. Bis zu 30 Lehrkräfte dürfen im Bedarfsfall aus ihrer Planstelle/Stelle vorübergehend zur Dienstleistung an Schulen u. a. in die Staaten Mittel- und Osteuropas unter Fortzahlung der Bezüge beurlaubt werden.
9. Von den im Stellenplan und in den Stellenübersichten ausgewiesenen Stellen für Lehrkräfte dürfen für jedes Haushaltsjahr bei Bedarf bis zu 100 Stellen abweichend von der ausgewiesenen Beschäftigungsart auch für pädagogische Mitarbeiter/-innen sowie Betreuungskräfte, die in Ganztagsschulen (Kapitel 07 07), im Rahmen der Schulsozialarbeit (Kapitel 07 10, 07 20 und 07 22) und die in Förderzentren, Integrationsklassen sowie Regelklassen der Förderschulen (Kapitel 07 11) eingesetzt werden sollen, verwendet werden. Die Abweichungen sind, sofern sie nicht nur vorübergehend erfolgen, in den Stellenübersichten des nächsten Haushaltsplans darzustellen.
10. Bei den Kapiteln 07 10 bis 07 20 können bis zu 1 Mio. EUR für Mehrarbeitsvergütungen und Überstundenvergütungen gewährt werden, wenn in gleichem finanziellen Umfang Planstellen der Bes.-Gr. A 12 (Lehrer/-in) und A 13 (Realschullehrer/-in, Studienrat/-rätin) gesperrt werden.
11. Für den pädagogischen Besucherdienst in den Gedenkstätten, Dokumentations- und Informationszentren Bergen-Belsen, Wolfenbüttel, Moringen, Sandbostel, Emslandlager und Drütte darf Lehrkräften Nebentätigkeit auf Verlangen des Dienstvorgesetzten unter Entlastung im Hauptamt gem. § 72 NBG im Umfang von bis zu 125 Unterrichtsstunden – ohne Kostenerstattung an das Land – übertragen werden.
13. Im Bedarfsfall dürfen bis längstens 31. 7. 2007 bis zu 3 Lehrkräfte aus ihren Planstellen vorübergehend an das Projekt „Akademie für Leseförderung“ an die Landesbibliothek abgeordnet werden.
14. Für die Dauer der Schulverwaltungsreform können abweichend von § 50 Abs. 3 LHO Personalausgaben für an die Landesschulbehörde abgeordnete Bedienstete aus den Kapiteln 07 07 – 07 22 für projektbezogene Abordnungen auch für einen längeren Zeitraum als bis zur Verkündung des nächsten Haushaltsgesetzes – längstens bis zu Abschluss der Schulverwaltungsreform – aus den Kapiteln 07 07 – 07 22 weitergezahlt werden.
15. Im Zusammenhang mit der Lehrerausbildung dürfen bis zu 10 Lehrkräfte abweichend von § 50 Abs. 2 LHO an niedersächsische Hochschulen, die ihre Bezügezahlungen nicht über das NLBV abwickeln, (teil-)abgeordnet werden.
16. Von den im Stellenplan ausgewiesenen Stellen für Lehrkräfte dürfen vorübergehend bis zu 36 Stellen abweichend von der ausgewiesenen Beschäftigungsart auch für Forstbedienstete (30) und für Verwaltungskräfte (6) verwendet werden.

17. Zur Flexibilisierung der Stellenbewirtschaftung kann das MK den ProReKo-Schulen im Kapitel 07 22 ausgebrachte Planstellen mit dem Haushaltsvermerk „ohne Beschäftigungsvolumen und ohne Budget“ zuweisen. Eine Besetzung dieser Planstellen darf nur erfolgen, wenn für die Dauer der Inanspruchnahme entsprechendes Beschäftigungsvolumen und Budget aus freien Stellen/-teilen von der Schule nicht in Anspruch genommen wird.
18. Abweichend von § 50 Abs. 3 LHO können Personalausgaben für an das NiLS abgeordnete Bedienstete zur Abnahme der Staatsprüfungen auch für einen längeren Zeitraum als bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes aus den Kapiteln 07 10 bis 07 22 weitergezahlt werden.

Erläuterungen zu den Allgemeine Haushaltsvermerken:

HV Nr. 7: Erhöhung der Abordnungsermächtigungen an das NLiS um 2 Ermächtigungen für die Schulleiterqualifizierung im Rahmen der eigenverantwortlichen Schule.

HV Nr. 15: Anpassung an die aktuelle Entwicklung.

Neuer HV Nr. 16: Im Rahmen der Verwaltungsreform werden zzt. 30 Förster zu Lehrkräften weiterqualifiziert. Während der I. Phase der Qualifizierung (bis 31. 12. 2006) werden die Forstbediensteten insbesondere auf Planstellen bei Kap. 09 82 geführt. Mit Beginn der II. Qualifizierungsphase (ab 1. 1. 2007) werden die Forstbediensteten auf Planstellen für Lehrkräfte geführt. Nach Abschluss der Weiterqualifizierung werden die Forstbediensteten dann als Lehrkräfte (frühestens 1. 12. 2009) übernommen.

Das Personalmanagementverfahren soll 2006/2007 im Ressortbereich eingeführt werden. Damit sind u.a. erhebliche zusätzliche Belastungen für die LSchB verbunden. Zur Entlastung der Grundsatzsachbearbeiter werden vorübergehend bis zu 6 qualifizierte Ersatzkräfte eingestellt.

Neuer HV Nr. 17: An den einzelnen ProReKo-Schulen können freie Anteile der Planstellen und Stellen bisher nicht sinnvoll für Neueinstellungen genutzt werden. Das Beamten- und Tarifrecht und die Stellenbewirtschaftungsvorgaben setzen Grenzen, dass bei den meist unterschiedlichen Wertigkeiten der freien Stellenanteile Einstellungen von beamteten Lehrkräften fast immer ausscheiden und auch angestellte Lehrkräfte zumeist nur befristet und oft auch nur teilzeitbeschäftigt eingestellt werden können. Durch 41 neue Planstellen mit dem Haushaltsvermerk „ohne Budget und Beschäftigungsvolumen“ werden flexiblere Möglichkeiten für Einstellungen geschaffen, wenn die Schulen gleichzeitig entsprechende freie Stellenanteile einschl. Budget nicht in Anspruch nehmen. Auch notwendige Änderungen beim Stellenbestand der Schulen, die in der Vergangenheit bei fehlenden freien Stellen erst nach dem Ausscheiden entsprechender Lehrkräfte und damit nur mit erheblichen zeitlichen Verzögerungen möglich waren, lassen sich so schneller umsetzen.

Neuer HV Nr. 18: Bis Bachelor- und Masterabschlüsse in den Lehramtsstudiengängen von den Universitäten abgenommen werden, müssen noch Staatsprüfungen durchgeführt werden. Für die Abnahme dieser Staatsprüfungen sollen noch Bedienstete an das NiLS abgeordnet werden.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
217,98	193,35	192,94

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	24,63
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	24,63
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,00
bleibt Zugang	24,63

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
11.141	10.035	10.288

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 01 Kultusministerium

Stellen

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Planmäßige Beamte/-innen
			Feste Gehälter:
B 9[1])	1	1	Staatssekretär/-in
B 6	4	4	Ministerialdirigent/-in
B 3[2])	5	5	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin
B 2	16	16	Ministerialrat/-rätin
			Aufsteigende Gehälter:
A 16[3])	22	21	Ministerialrat/-rätin
A 15	25	23	Direktor/-in
A 14	8	7	Oberrat/-rätin
A 13	1	1	Rat/Rätin
A 13[12])[13])	33	32	Oberamtsrat/-rätin
A 12	26	22	Amtsrat/-rätin
A 11	16	7	Amtmann/-männin/-frau
A 10	5	5	Oberinspektor/-in
A 9	1	—	Inspektor/-in
A 9[4])	2	1	Amtsinspektor/-in
A 5	2	2	Oberamtsmeister/-in
	167	147	Zusammen
			Leerstellen[5]):
			Aufsteigende Gehälter:
A 12	2	1	Amtsrat/-rätin
A 11	1	1	Amtmann/-männin/-frau
	3	2	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 NBesO.

[2]) 1 ku nach Bes.-Gr. B 2 BBesO nach Ausscheiden des/der Stelleninhabers/-in.

[3]) 1 kw ab 30. 6. 2009.

[4]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[5]) kw.

[12]) Rückverlagerung von 2 Stellen in das Kapitel 07 10 nach Abschluss des Projekts „Personalmanagementverfahren“ (31. 12. 2008).

[13]) Eine Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (kw nach Ablauf der Inanspruchnahme).

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	1	infolge Verlagerung und Umwandlung von Kap. 07 05
Bes.-Gr. A 15	1	infolge Verlagerung und Umwandlung von Kap. 07 05
Bes.-Gr. A 15	2	davon 1 infolge Verlagerung von Kap. 07 05 1 infolge Verlagerung von Kap. 07 14
Bes.-Gr. A 14	1	infolge Verlagerung von Kap. 07 05
Bes.-Gr. A 13	1	1 Stelle für Personalratstätigkeit (HV Nr. 13)
Bes.-Gr. A 12	4	davon 3 infolge Verlagerung von Kap. 07 05 1 infolge Verlagerung von Kap. 07 10
Bes.-Gr. A 11	9	davon 8 infolge Verlagerung von Kap. 07 05 1 aufgrund Stellenhebungsmodell
Bes.-Gr. A 10	1	infolge Verlagerung von Kap. 07 05
Bes.-Gr. A 9	2	infolge Verlagerung von Kap.07 05
Zusammen	22	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	Vollzug HV Nr. 13
Bes.-Gr. A 10	1	aufgrund Stellenerhebungsmodell
Zusammen	2	
Bleiben Zugänge	20	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12	1	infolge Beurlaubung unter Wegfall der Dienstbezüge

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 01 Kultusministerium

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte
Außertariflich (A 16)	1	1	
I a	1	1	
IV a	6	3	
V b[8])	3	3	
V c[7])	15	14	
VI b[8])	18	18	
VII	2	1	
VIII	3	3	
IX b–VII[9])	17	17	
X	1	1	
	67	62	Zusammen
			Leerstellen[10]):
IX b–VII	2	2	
	2	2	Zusammen

Haushaltsvermerke

[7]) Eine Angestellte im Bibliotheksdienst ist bis zum Inkrafttreten einer tarifvertraglichen Neuregelung für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.

[8]) Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[9]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969, S. 829) nachgewiesen.

[10]) kw.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	3	infolge Verlagerung von Kap. 07 05
Verg.-Gr. V c	1	infolge Verlagerung von Kap. 07 05
Verg.-Gr. VII	1	infolge Verlagerung von Kap. 07 05
Zusammen	5	

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Arbeiter/-innen
4/4 a	8	8	
3/3 a	3	3	
	11	11	Zusammen

Haushaltsvermerke

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 05 Landesschulbehörde

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
603,32	714,99	792,16

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	21,42
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	21,42
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	47,75
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	7,67
- Minderung aufgrund ZV II	77,67
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	133,09
bleibt Abgang	111,67

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
27.553	30.138	36.308

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 05 Landesschulbehörde

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen*)	
			Aufsteigende Gehälter:	
B 4	1	—	Präsident/-in der Landesschulbehörde	
B 2	1	3	Abteilungsdirektor/-in	
A 16[1])	47	50	Leitende(r) Regierungsschuldirektor/-in	
A 16	5	5	Leitende(r) Direktor/-in	
A 15	81	83	Regierungsschuldirektor/-in, Psychologiedirektor/-in	
A 15	1	2	Sportdirektor/-in	
A 15[7])[19])	6	7	Direktor/-in	
A 14	—	1	Sportoberrat/-rätin	
A 14[6])	39	41	Psychologieoberrat/-rätin	
A 14	14	17	Oberrat/-rätin	
A 13[5])	20	21	Psychologierat/-rätin	
A 13	5	6	Rat/Rätin	
A 13[11])	10	10	Oberamtsrat/-rätin	
A 12[24])	13	14	Amtsrat/-rätin	
A 11[25])	35	43	Amtmann/Amtfrau	
A 10	35	39	Oberinspektor/-in	
A 9	2	3	Inspektor/-in	
A 9[9])	16	16	Amtsinspektor/-in	
A 9	41	44	Amtsinspektor/-in	
A 8	11	12	Hauptsekretär/-in	
A 7	30	30	Obersekretär/-in	
A 6	9	10	Sekretär/-in	
A 6	1	1	Oberamtsmeister/-in	
A 5	1	1	Oberamtsmeister/-in	
	424	459	Zusammen	
			Leerstellen:[4])	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 15	1	—	Regierungsschuldirektor/-in	
A 15	—	1	Direktor/-in	
A 14	—	1	Psychologieoberrat/-rätin	
A 13	2	—	Psychologierat/-rätin	
A 13	2	2	Rat/Rätin	
A 11	3	3	Amtmann/Amtfrau	
A 10	3	10	Oberinspektor/-in	
A 9	2	1	Inspektor/-in	
A 9	2	1	Amtsinspektor/-in	
A 8	2	2	Hauptsekretär/-in	
A 7	4	1	Obersekretär/-in	
A 6	2	2	Sekretär/-in	
	23	24	Zusammen	

*) 231 (alt: 261) Stellen kw infolge ZV II bei Stellenplan, Stellenübersicht und Bedarfsnachweise, davon
74 Stellen mit Ablauf des 31. 12. 2007
79 Stellen mit Ablauf des 31. 12. 2008
78 Stellen mit Ablauf des 31. 12. 2009

[1]) Davon eine Verlagerung nach Kapitel 07 06 nach Ausscheiden des Stelleninhabers.

[4]) kw.

[5]) 7 kw infolge ZV I (alt: 8 kw).

[6]) Eine Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden; Rückverlagerung nach Wegfall der Freistellungsvoraussetzungen nach Kapitel 07 45 mit Umwandlung nach Bes.-Gr. A 15.

[7]) 1 ku in Bes.-Gr. A 14.

[9]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[11]) 1 Planstelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[19]) 1 kw infolge ZV I.

[24]) 2 kw nach Ausscheiden der Stelleninhaber infolge ZV II.

[25]) 2 kw nach Ausscheiden der Stelleninhaber infolge ZV II.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. B 4 (Präsident/-in der Landesschulbehörde)	1	infolge Hebung von Bes.-Gr. B 2 (Abteilungsdirektor/-in)
Bes.-Gr. A 15 (Regierungsschuldirektor/-in) (Psychologiedirektor/-in)	2	infolge Verlagerung von Kap. 07 06
Bes.-Gr. A 15 (Direktor/-in)	1	infolge Umwandlung von Bes.-Gr. A 15 (Regierungsschuldirektor/-in)
Bes.-Gr. A 14 (Oberrat/-rätin)	1	infolge Umwandlung von Bes.-Gr. A 14 (Sportoberrat/-rätin)
Bes.-Gr. A 12 (Amtsrat/-rätin)	2	infolge Verlagerung von Kap. 14 01
Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau)	2	davon 1 infolge Senkung von Bes.-Gr. A 14 (Psychologieoberrat/-rätin) 1 infolge Verlagerung von Kap. 14 01
Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)	2	davon 1 infolge Senkung von Bes.-Gr. A 14 (Psychologieoberrat/-rätin) 1 infolge Hebung von Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)
Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)	3	infolge Verlagerung von Kap. 03 20
Zusammen	14	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2 (Abteilungsdirektor/-in)	2	davon 1 infolge Hebung nach Bes.-Gr. B 4 (Präsident/-in der Landesschulbehörde) 1 infolge Verlagerung nach Kap. 07 06
Bes.-Gr. A 16 (Ltd. Regierungsschuldirektor/-in)	3	davon 1 infolge Verlagerung nach Kap. 07 01 1 infolge Verlagerung nach Kap. 07 06 1 infolge ZV II
Bes.-Gr. A 15 (Regierungsschuldirektor/-in) (Psychologiedirektor/-in)	4	davon 1 infolge Umwandlung nach Bes.-Gr. A 15 (Regierungsdirektor/-in) 1 infolge Verlagerung nach Kap. 07 06 2 infolge ZV II
Bes.-Gr. A 15 (Sportdirektor/-in)	1	infolge Verlagerung nach Kap. 07 01
Bes.-Gr. A 15 (Direktor/-in)	2	davon 1 infolge Verlagerung nach Kap. 07 01 1 infolge ZV II
Bes.-Gr. A 14 (Sportoberrat/-rätin)	1	infolge Umwandlung nach Bes.-Gr. A 14 (Oberrat/-rätin)
Bes.-Gr. A 14 (Psychologieoberrat/-rätin)	2	davon 1 infolge Senkung nach Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau) 1 infolge Senkung nach Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)
Übertrag Abgänge	15	

Noch Abgänge:	Stellen	
Übertrag	15	
Bes.-Gr. A 14 (Oberrat/-rätin)	4	davon 1 infolge Verlagerung nach Kap. 03 01 1 infolge Verlagerung nach Kap. 03 20 1 infolge Verlagerung nach Kap. 04 20 1 infolge Verlagerung nach Kap. 07 01
Bes.-Gr. A 13 (Psychologierat/-rätin)	1	infolge ZV I (teilweise Vollzug HV Nr. 5)
Bes.-Gr. A 13 (Rat, Rätin)	1	infolge Verlagerung nach Kap. 03 01
Bes.-Gr. A 12 (Oberrat/-rätin)	3	infolge Verlagerung nach Kap. 07 01
Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau)	10	davon 8 infolge Verlagerung nach Kap. 07 01 2 infolge ZV II
Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)	5	davon 2 infolge ZV II 1 infolge Verlagerung nach Kap. 03 01 1 infolge Verlagerung nach Kap. 04 01 1 infolge Verlagerung nach Kap. 07 01
Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)	5	davon 1 infolge Verlagerung nach Kap. 03 01 1 infolge Verlagerung nach Kap. 03 20 1 infolge Verlagerung nach Kap. 07 01 1 infolge ZV II 1 infolge Hebung nach Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)	3	davon 1 infolge Verlagerung nach Kap. 07 01 2 infolge ZV II
Bes.-Gr. A 8 (Hauptsekretär/-in)	1	infolge Verlagerung nach Kap. 03 20
Bes.-Gr. A 6 (Sekretär/-in)	1	infolge Verlagerung nach Kap. 04 20
Zusammen	49	
Bleiben Abgänge	35	

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 05 Landesschulbehörde

Erläuterungen zum Stellenplan

Leerstellen:

Zugänge:	Stellen
Bes.-Gr. A 15 (Regierungsschuldirektor/-in)	1
Bes.-Gr. A 13 (Psychologierat/-räin	2
Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)	1
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)	1
Bes.-Gr. A 7 (Obersekretär/-in)	3
Zusammen	8

Abgänge:	Stellen
Bes.-Gr. A 15 (Direktor/-in)	1
Bes.-Gr. A 14 (Psychologieoberrat/-rätin)	1
Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)	7
Zusammen	9
Bleiben Abgänge	1

Sonstige Veränderungen:

Haushaltsvermerk Nr. 1: Stellenverlagerung im Rahmen der Neuerrichtung der Niedersächsischen Schulinspektion.
Haushaltsvermerk Nrn. 24 und 25: Für Stellen, die mit Personal vom Landesrechnungshof umgesetzt wurden, ist jeweils ein kw-Vermerk nach ZV II auszubringen.

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Beamtete Hilfskräfte*)
A 9	5	7	Inspektor/-in z. A.
	5	7	Zusammen
			Angestellte*)
I b	2	2	
II a	1	1	
IV a[13])	7	11	
IV b	4	4	
V b	13	13	
V c[20])	81	77	
VI b	—	8	
VII	111	114	
VIII	10	11	
IX b–VII[22])	53	56	
IX b	9	9	
	291	306	Zusammen
			Leerstellen[10]):
V b	1	1	
V c	3	3	
VI b	2	2	
VII	5	12	
IX b–VII	3	5	
	14	23	Zusammen

Haushaltsvermerke

*) 231 (alt: 261) Stellen kw infolge ZV II bei Stellenplan, Stellenübersicht und Bedarfsnachweise, davon
74 Stellen mit Ablauf des 31. 12. 2007
79 Stellen mit Ablauf des 31. 12. 2008
78 Stellen mit Ablauf des 31. 12. 2009

[10]) kw.

[13]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[20]) Eine Stelle darf nur bis zu 50 % besetzt werden.

[22]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Beamtete Hilfskräfte

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in z.A.)	2	infolge ZV II
Zusammen	2	

Angestellte

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. V b	1	infolge Verlagerung von Kap. 03 26
Verg.-Gr. V c	8	infolge Höherstufung von Verg.-Gr. VI b
Verg.-Gr. VII	2	davon 1 infolge Verlagerung von Kap. 03 20 1 infolge Verlagerung von Kap. 07 06
Zusammen	11	

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	4	davon 3 infolge Verlagerung nach Kap. 07 01 1 infolge ZV I (Vollzug HV Nr. 8)
Verg.-Gr. V b	1	infolge Verlagerung nach Kap. 03 01
Verg.-Gr. V c	4	davon 1 infolge Verlagerung nach Kap. 02 01 1 infolge Verlagerung nach Kap. 07 01 2 infolge ZV II
Verg.-Gr. VI b	8	infolge Höherstufung nach Verg.-Gr. V c
Verg.-Gr. VII	5	davon 4 infolge Verlagerung nach Kap. 03 20 1 infolge Verlagerung nach Kap. 07 01
Verg.-Gr. VIII	1	infolge ZV II
Verg.-Gr. IX b-VII	3	davon 1 infolge Verlagerung nach Kap. 03 20 1 infolge Verlagerung nach Kap. 07 06 1 infolge ZV II
Zusammen	26	
Bleiben Abgänge	15	

Leerstellen:

Abgänge:	Stellen
Verg.-Gr. VII	7
Verg.-Gr. IX b-VII	2
Zusammen	9

Sonstige Veränderungen:
Haushaltsvermerk Nr. 8: Wegfall infolge Vollzug.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Arbeiter/-innen*)
5 a	1	1	
4	10	10	
3	2	2	
2/2 a	5	7	
1	1	1	
	19	21	Zusammen
			Leerstellen:
1	—	1	

Haushaltsvermerke

*) 231 (alt: 261) Stellen kw infolge ZV II bei Stellenplan, Stellenübersicht und Bedarfsnachweise, davon
74 Stellen mit Ablauf des 31. 12. 2007
79 Stellen mit Ablauf des 31. 12. 2008
78 Stellen mit Ablauf des 31. 12. 2009

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Abgänge:	Stellen	
Lohn-Gr. 2/2 a	2	davon 1 infolge ZV I (Vollzug HV Nr. 21) 1 infolge ZV II
Zusammen	2	

Leerstellen:

Abgang:	Stellen
Lohn-Gr. 1	1
Zusammen	1

Sonstige Veränderungen:
Haushaltsvermerk Nrn. 21 und 23: Wegfall infolge Vollzug.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
68,00	47,00	-

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	24,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	24,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	3,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	3,00
bleibt Zugang	21,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
3.705	2.438	647

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 06 Schulinspektion

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) 4 ku nach Bes.-Gr. A 15 (Regierungsschuldirektor/-in) spätestens bis 31. 12. 2007.
			Planmäßige Beamte/-innen	
			Aufsteigende Gehälter:	
B 2	1	—	Präsident/-in der Niedersächsischen Schulinspektion	
A 16[1])	8	3	Leitende(r) Regierungsschuldirektor/-in	
A 15	44	29	Regierungsschuldirektor/-in, Psychologiedirektor/-in	
A 15	—	1	Direktor/-in	
A 14	1	—	Rektor/-in	
A 12	2	2	Amtsrat/-rätin	
A 10	5	5	Oberinspektor/-in	
A 9	5	5	Inspektor/-in	
A 8	2	2	Hauptsekretär/-in	
	68	47	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen:

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2 (Präsident/-in der Niedersächsischen Schulinspektion)	1	infolge Verlagerung von Kap. 07 05 und Umwandlung von Bes.-Gr. B 2 (Abteilungsdirektor/-in)
Bes.-Gr. A 16 (Leitende/r Regierungsschuldirektor/-in)	5	davon 1 infolge Verlagerung von Kap. 07 05 4 infolge befristeter Hebung von Bes.-Gr. A 15 (Regierungsschuldirektor/-in)
Bes.-Gr. A 15 (Regierungsschuldirektor/-in) (Psychologiedirektor/-in)	21	davon 15 infolge Verlagerung von Kap. 07 14 und Umwandlung von Bes.-Gr. A 15 (Studiendirektor/-in) 4 infolge Verlagerung von Kap. 07 20 und Umwandlung von Bes.-Gr. A 15 (Studiendirektor/-in) 1 infolge Verlagerung von Kap. 07 05 1 Umwandlung von Bes.-Gr. A 15 (Direktor/-in)
Bes.-Gr. A 14 (Rektor/-in)	1	infolge Verlagerung von Kap. 07 18 und Umwandlung von Bes.-Gr. A 14 (Oberstudienrat/-rätin)
Zusammen	28	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 (Regierungsschuldirektor/-in) (Psychologiedirektor/-in)	6	davon 2 infolge Verlagerung nach Kap. 07 05 4 infolge befristeter Hebung nach Bes.-Gr. A 16 (Leitende/r Regierungsschuldirektor/-in)
Bes.-Gr. A 15 (Direktor/-in)	1	infolge Umwandlung nach Bes.-Gr. A 15 (Regierungsschuldirektor/-in)
Zusammen	7	
Bleibt Zugang	21	

Sonstige Veränderungen:

Haushaltsvermerk Nr. 1: Befristete Stellenumwandlungen aus personalwirtschaftlichen Gründen. Der Haushaltsvermerk kann nach Ablauf der Befristung wieder entfallen.

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Angestellte	
VI b	1	1		
VII	—	1		
IX b-VII	1	—		
	2	2	Zusammen	

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 06 Schulinspektion

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. XI b-VII	1	infolge Verlagerung von Kap. 07 05
Zusammen	1	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. VII	1	infolge Verlagerung nach Kap. 07 05
Zusammen	1	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
774,15	773,82	738,26

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	0,33
Summe Zugänge	0,33
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,00
bleibt Zugang	0,33

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
30.661	30.895	31.205

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 07 Schulen allgemein

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) ku in Stellen für Angestellte Verg.-Gr. V b – Sozial- und Erziehungsdienst –.
			Beamte	[2]) ku in Stellen für Angestellte Verg.-Gr. VI b – Sonstige Dienste –.
			Aufsteigende Gehälter:	[7]) Abweichend von § 49 (3) LHO kann eine Stelle mit einem Beamten des einfachen Dienstes besetzt werden.
A 10[1])	1	1	Jugendleiterin, Jugendleiter	
A 9[1])	5	5	Jugendleiterin, Jugendleiter	
A 7[2])[7])	2	2	Obersekretärin, Obersekretär	
	8	8	Zusammen	

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[3]) ku in Verg.-Gr. V b.
			Angestellte	[4]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.
			Pädagogische Mitarbeiter/-innen	[6]) kw.
IV b[3])	3	3	Sozial- und Erziehungsdienst	
V b	160	160		
V c	2	2		
VI b	19	19		
V b	1	1	Verwaltungsdienst	
VI b	1	1		
VII	1	1		
VI b	609	609	Sonstige Dienste	
IX b–VII[4])	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst	
	797	797	Zusammen	
			Leerstellen[6]):	
			Pädagogische Mitarbeiter/-innen	
V b	8	8	Sozial- und Erziehungsdienst	
VI b	1	1		
	9	9	Zusammen	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
67.223,92	67.274,35	65.363,42

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	110,73
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	70,67
Summe Zugänge	181,40
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	31,61
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	167,04
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	33,18
Summe Abgänge	231,83
bleibt Abgang	50,43

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
3.113.075	3.120.913	3.088.301

Verteilung der Stellen auf die Schulkapitel

Ansatz 2007	Ansatz 2006
67.316	67.494

Kapitel	Stellenzahl	Prozentsatz
0710 - Grundschulen	18.072	26,85
0711 - Förderschulen	5.589	8,30
0712 - Hauptschulen	11.406	16,94
0713 - Realschulen	5.649	8,39
0714 - Gymnasien	12.214	18,14
0718 - Gesamtschulen	4.465	6,63
0720 - berufsbildende Schulen (ohne ProReKo)	9.921	14,74
Gesamt	67.316	100,00

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 10 Grundschulen

Stellen

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Planmäßige Beamte/-innen
			Aufsteigende Gehälter: Schuldienst
A 15	1	1	Realschulrektorin, Realschulrektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
A 14[2])	1	1	Förderschulrektorin, Förderschulrektor – einer zusammengefassten Schule mit Förderschulzweig mit einer Schülerzahl von 91 bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von 181 bis 360 –
A 14[2])[12])	1	1	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
A 14[2])[12])	1	1	Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl bis 540 –
A 14[2])[12])	6	6	Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –
A 14[12])	1	1	Förderschulkonrektorin, Förderschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Förderschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von 181 bis 360 –
A 14[12])	1	1	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl bis 540 –
A 14[12])	5	5	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –
A 14[12])	3	3	Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl bis 360 –
A 14[12])	3	3	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –
A 14	260	260	Rektor/-in – einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern –
A 14	2	2	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Förderschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –
A 14[12])	2	2	Zweite Realschulkonrektorin, Zweiter Realschulkonrektor – an einer zusammengefassten Schule mit einer Schülerzahl von mehr als 180 am Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
A 13[4])[12])	6	6	Konrektorin, Konrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –
A 13[5])	801	801	Rektor/-in – einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –
	1 094	1 094	zu übertragen

Haushaltsvermerke

[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 14 NBesO.

[3]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 14 BBesO.

[4]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 13 NBesO.

[5]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[7]) ku in Stellen für Studienräte/-innen.

[8]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 12 NBesO.

[9]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 12 BBesO.

[10]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 8 zur Bes.-Gr. A 12 BBesO.

[12]) Soweit an zusammengefassten Schulen für diese Funktion sowohl ein Beförderungsamt für Lehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen als auch ein Beförderungsamt für Lehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen oder Förderschulen vorgesehen ist, darf jeweils nur eines von beiden Ämtern in Anspruch genommen werden.

[16]) Davon 65 kw zum 1. 2. 2007 (47 Hauptschulprofilierungsprogramm, 18 Budget der Ganztagsschulen) und

[17]) Davon 43 Stellen gesperrt zugunsten der Lehrerausbildung.

[18]) Analog § 50 Abs. 3 LHO darf 1 Stelleninhaber für eine Tätigkeit beim Verein N21 freigestellt werden.

[19]) Im Bedarfsfall dürfen bis zu 120 Planstellen von Lehrkräften zur Finanzierung 370 zusätzlicher Anwärterstellen (siehe Kapitel 07 45) gesperrt werden.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 10 Grundschulen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
	1 094	1 094	Übertrag	
A 13[4)12)]	5	5	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Förderschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von 81 bis 360 –	
A 13[5)]	1	1	Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Hauptschule mit Realschul- oder Aufbauzug oder mit einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 Schülern –	
A 13[5)]	3	3	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiters einer zusammengefassten Schule mit Förderschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von 81 bis 360 –	
A 13	357	357	Konrektorin, Konrektor – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern –	
A 13[12)]	5	5	Konrektorin, Konrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Förderschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von 181 bis 360 –	
A 13	706	706	Rektorin, Rektor – als Leiter/-in einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern –	
A 13	63	63	Förderschullehrerin, Förderschullehrer	
A 12[9)]	776	776	Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –	
A 12[9)]	7	7	Zweite(r) Konrektor/-in – einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 540 Schülern –	
A 12[10)]	197	197	Rektorin, Rektor – als Leiter/-in einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit bis zu 80 Schülern –	
A 12[16)17)18)19)]	13 859	14 055	Lehrer/-in	
A 10	46	46	Fachlehrer/-in – mit Lehrbefähigung für mindestens zwei musisch-technische Fächer –	
A 10	109	109	Jugendleiter/-in	
	17 228	17 424	Zusammen	
			Leerstellen:	
A 14	10	10	Oberstudienrat/-rätin, Rektor/-in Konrektor/-in, 2. Konrektor/-in	
A 13	108	108	Förderschullehrer/-in, Realschullehrer/-in, Studienrat/-rätin, Rektor/-in, Konrektor/-in, 2. Konrektor/-in	
A 12	765	765	Lehrer/-in	
	883	883	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12		
Lehrer/-in	143	davon
		46 Fördermaßnahmen für Kinder im letzten Jahr vor der Einschulung
		97 für Ganztagsschulen
Zusammen	143	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12		
Lehrer/-in	339	davon
		318 Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 16
		20 Vollzug des allgemeinen Haushaltsvermerks Nr. 9 zu den Kap. 07 07–07 22
		1 Verlagerung nach Kapitel 07 01
Zusammen	339	
Bleibt Abgang	196	

Sonstige Veränderungen:

Haushaltsvermerk Nr. 16: Die Stelleneinsparungen aus 2006 werden im Haushaltsplan 2007 dargestellt.
Stelleneinsparungen ab 1. 2. 2007 (47 Stellen zur Finanzierung des Hauptschulprofilierungsprogramms und 18 Stellen für das Budget der Ganztagsschulen).
Haushaltsvermerk Nr. 19: Ausweitung der Ermächtigung zur Einstellung von weiteren 150 Anwärtern (gesamt 370) bei Sperrung von weiteren bis zu 45 Stellen für Lehrerkräfte (gesamt 120).

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte
II a	34	34	Lehrkräfte
III	129	129	
IV a	70	70	
IV b[14])	131	131	
V b	94	94	
V c	208	208	
VI b	144	144	
VII	9	9	
			Pädagogische Mitarbeiter/-innen
IV b[15])	2	2	– Sozial- und Erziehungsdienst –
V b	23	23	
	844	844	Zusammen

Haushaltsvermerke

[14]) ku nach Verg.-Gr. V b nach Ausscheiden der Stelleninhaberinnen/Stelleninhaber, die als Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen eine Vorklasse für nicht schulpflichtige Kinder leiten.

[15]) ku nach Verg.-Gr. V b nach Ausscheiden der Stelleninhaberinnen/Stelleninhaber.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 11 Förderschulen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 14 NBesO.
			Planmäßige Beamte/-innen	[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 13 NBesO.
			Aufsteigende Gehälter:	
			Schuldienst	
A 15	98	98	Förderschulrektorin, Förderschulrektor – einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von mehr als 180 oder einer sonstigen Förderschule mit einer Schülerzahl von mehr als 120 –	
A 14[1])	124	124	Förderschulrektorin, Förderschulrektor – einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von 91 bis 180 oder einer sonstigen Förderschule mit einer Schülerzahl von 61 bis 120 –	
A 14[1])	1	1	Förderschulrektorin, Förderschulrektor – einer zusammengefassten Schule mit Förderschulzweig mit einer Schülerzahl von 91 bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von 181 bis 360 –	
A 14[1])	104	104	Förderschulkonrektorin, Förderschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von mehr als 180 oder einer sonstigen Förderschule mit einer Schülerzahl von mehr als 120 –	
A 14	65	65	Förderschulrektorin, Förderschulrektor – einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von 41 bis 90 oder einer sonstigen Förderschule mit einer Schülerzahl von 31 bis 60 –	
A 14	119	119	Förderschulkonrektorin, Förderschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von 91 bis 180 oder einer sonstigen Förderschule mit einer Schülerzahl von 61 bis 120 –	
A 14	1	1	Förderschulkonrektorin, Förderschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Förderschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von 181 bis 360 –	
A 14	17	17	Zweite Förderschulkonrektorin, Zweiter Förderschulkonrektor – an einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von mehr als 270 oder einer sonstigen Förderschule mit einer Schülerzahl von mehr als 180 –	
A 13[2])	13	13	Förderschulrektorin, Förderschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl bis 40 oder einer sonstigen Förderschule mit einer Schülerzahl bis 30 –	
A 13	3 697	3 699	Förderschullehrerin, Förderschullehrer	
A 12	111	111	Lehrer/-in	
A 11	30	30	Jugendleiterin, Jugendleiter – als Klassenleiterin oder Klassenleiter an einer Förderschule –	
A 10	6	6	Fachlehrer/-in – mit Lehrbefähigung für mindestens zwei musisch-technische Fächer –	
	4 386	4 388	Zusammen	
			Leerstellen:	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 15	3	3	Förderschulrektorin, Förderschulrektor	
A 14	3	3	Förderschulrektorin, Förderschulrektor Förderschulkonrektorin, Förderschulkonrektor	
A 13	151	151	Förderschullehrerin, Förderschullehrer	
A 12	1	1	Lehrer/-in	
	158	158	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Abgang:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 – Förderschullehrerin, Förderschullehrer –	2	Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 3
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen:
Haushaltsvermerk Nr. 3: Vollzug des Haushaltsvermerks.

Für folgende gem. § 152 Abs. 3 NSchG unter Fortzahlung der Bezüge zum Dienst an Förderschulen in freier Trägerschaft beurlaubte Beamtinnen und Beamte sind hier Planstellen mit veranschlagt:

4 Förderschulrektorin, Förderschulrektor
– einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von mehr als 180 oder einer sonstigen Förderschule mit einer Schülerzahl von mehr als 120 –

7 Förderschulrektorin, Förderschulrektor
– einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von 91 bis 180 oder einer sonstigen Förderschule mit einer Schülerzahl von 61 bis 120 –

3 Förderschulkonrektorin, Förderschulkonrektor
– als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von mehr als 180 oder einer sonstigen Förderschule mit einer Schülerzahl von mehr als 120 –

3 Förderschulkonrektorin, Förderschulkonrektor
– als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von 91 bis 180 oder einer sonstigen Förderschule mit einer Schülerzahl von 61 bis 120 –

63 Förderschullehrer/-in

4 Lehrer/-in

1 Jugendleiterin, Jugendleiter
– als Klassenleiterin oder Klassenleiter an einer Förderschule –

85 Zusammen

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte
II a	22	22	Lehrkräfte
III	48	48	
IV a	13	13	
IV b	70	70	
V b	72	72	
V c	20	20	
VI b	54	54	
VII	3	3	
			Pädagogische Mitarbeiter/-innen
IV b	23	23	– Sozial- und Erziehungsdienst –
V b[4])	94	94	
V c	534	464	
VI b	2	2	
V c	147	147	– Medizinische Hilfsberufe –
VI b	2	2	
			Betreuungskräfte
VI b	16	16	– Sozial- und Erziehungsdienst –
VII	42	42	
VI b	2	2	– Medizinische Hilfsberufe –
VII	39	39	
	1 203	1 133	Zusammen
			Leerstellen:
V b	8	8	Pädagogische Mitarbeiter/-innen
V c	35	35	
VI b	19	19	
VII	7	7	
	69	69	Zusammen

Haushaltsvermerke

[4]) Davon 70 ku nach Verg.-Gr. V c BAT bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugang:

	Stellen	
Pädagogische Mitarbeiter/-innen – Sozial- und Erziehungsdienst – Verg.-Gr. V c	70	davon
	20	Umwandlung von Kapitel 07 10 A 12
	50	neue Stellen für Förderschulen
Zusammen	70	
Bleibt Zugang	70	

Für folgende, gemäß § 152 Abs. 3 NSchG unter Fortzahlung der Vergütungen zum Dienst an Sonderschulen in freier Trägerschaft beurlaubte Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis sind hier Stellen mit veranschlagt:

Stellen	
1	II a BAT
1	IV b BAT
Zusammen 2	

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen	
			Schuldienst	
A 15	61	51	Realschulrektorin, Realschulrektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Schülerzahl von mehr als 360 am Realschulzweig –	
A 15	82	112	Realschulrektorin, Realschulrektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –	
A 14[2)][12)]	7	7	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von mehr als 360 am Realschulzweig –	
A 14[2)][12)]	56	56	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –	
A 14[2)][12)]	40	40	Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl bis 540 –	
A 14[2)][12)]	46	46	Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –	
A 14[12)]	20	20	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl bis 540 –	
A 14[12)]	53	53	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –	
A 14[12)]	48	48	Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl bis 360 –	
A 14[12)]	64	64	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –	
A 14	33	71	Rektor/-in – einer Hauptschule mit Realschul- oder Aufbauzug oder mit einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 Schülern –	
A 14[13)]	64	42	Rektor/-in – einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern –	
A 14[12)]	101	101	Zweite Realschulkonrektorin, Zweiter Realschulkonrektor – an einer zusammengefassten Schule mit einer Schülerzahl von mehr als 180 am Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –	
A 13[4)][12)]	63	63	Konrektorin, Konrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –	
A 13[4)][12)]	6	6	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von 181 bis 360 –	
A 13[4)][12)]	1	1	Rektorin, Rektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von 181 bis 360 –	

[2)] Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 14 NBesO.

[4)] Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 13 NBesO.

[5)] Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[8)] Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 12 NBesO.

[9)] Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 12 BBesO.

[10)] Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 8 zur Bes.-Gr. A 12 BBesO.

[12)] Soweit an zusammengefassten Schulen für diese Funktion sowohl ein Beförderungsamt für Lehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen als auch ein Beförderungsamt für Lehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen vorgesehen ist, darf jeweils nur eines von beiden Ämtern in Anspruch genommen werden.

[13)] Abweichend von § 50 Abs. 3 LHO darf 1 Stelleninhaber für die Dauer vom 1. 2. 2006 bis 31. 1. 2011 an die Universität Lüneburg zum Aufbau eines Kompetenzzentrums zum Lernbereich „Mobilität“ abgeordnet werden.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 12 Hauptschulen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen	
			Schuldienst	
A 13[5])	108	108	Rektor/-in – einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –	
A 13[5])	7	7	Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Hauptschule mit Realschul- oder Aufbauzug oder mit einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 Schülern –	
A 13[12])	6	6	Konrektorin, Konrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von 181 bis 360 –	
A 13	15	15	Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern –	
A 13	15	15	Rektorin, Rektor – als Leiter/-in einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern –	
A 13[12])	17	17	Zweite Konrektorin, Zweiter Konrektor – an einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von mehr als 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –	
A 13	2 850	3 200	Realschullehrer/-in	
A 12[9])	15	15	Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –	
A 12[8])	2	2	Zweite Konrektorin, Zweiter Konrektor – an einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –	
A 12[9])	25	25	Zweite(r) Konrektor/-in – einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 540 Schülern –	
A 12	6 658	6 658	Lehrer/-in	
A 10			Fachlehrer/-in - mit Lehrbefähigung für mindestens zwei musisch-technische Fächer -	
A 10			Jugendleiter/-in	
	10 463	10 849	Zusammen	
			Leerstellen:	
A 15	1	1	1 Rektor/-in, Studiendirektor/-in	
A 14	10	10	Oberstudienrat/-rätin, Rektor/-in, Konrektor/-in, Zweite(r) Konrektor/-in	
A 13	130	130	Realschullehrer/-in, Studienrat/-rätin, Rektor/-in, Konrektor/in, Zweite(r) Konrektor/-in	
A 12	500	500	Lehrer/-in	
	641	641	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 Realschulrektorin, Realschulrektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Schülerzahl von mehr als 360 am Realschulzweig –	10	Umwandlung von Bes.-Gr. A 15 Realschulrektorin, Realschulrektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
Bes.-Gr. A 14 Rektor/-in – einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern –	22	Verlagerung von Bes.-Gr. A 14 Rektor/-in – einer Hauptschule mit Realschul- oder Aufbauzug oder mit einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 Schülern –
Zusammen	32	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 Realschulrektorin, Realschulrektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –	30	davon
	10	Umwandlung nach Bes.-Gr. A 15 Realschulrektorin, Realschulrektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Schülerzahl von mehr als 360 am Realschulzweig –
	1	Verlagerung nach Kapitel 07 14 und Hebung nach Bes.-Gr. A 16 Oberstudiendirektor/-in – als Leiter/-in eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern –
	1	Verlagerung nach Kapitel 07 14 und Hebung nach Bes.-Gr. A 15 Z Studiendirektor/-in – als Leiter/-in eines voll ausgebauten Gymnasiums mit bis zu 360 Schülern –
	1	Verlagerung nach Kapitel 07 14 und Hebung nach Bes.-Gr. A 15 Z Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern –
	1	Verlagerung nach Kapitel 07 14 und Umwandlung nach Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines voll ausgebauten Gymnasiums mit bis zu 360 Schülern –
	12	Verlagerung nach Kapitel 07 14 und Umwandlung nach Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben –
	1	Verlagerung nach Kapitel 07 18 und Umwandlung nach Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – als Leiterin oder Leiter des Sekundarbereichs II an einer Integrierten Gesamtschule –
	3	Verlagerung nach Kapitel 07 18 und Umwandlung nach Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben –
zu übertragen	30	

Erläuterungen zum Stellenplan

	Stellen	
noch Abgang:		
Übertrag:	30	
Bes.-Gr. A 14 Rektor/-in – einer Hauptschule mit Realschul- oder Aufbauzug oder mit einer schulform-unabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 Schülern –	38	davon 22 Verlagerung nach Kapitel 07 12 Bes.-Gr. A 14 Rektor/-in – einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern – 12 Verlagerung nach Kapitel 07 14 Bes.-Gr. A 14 Oberstudienrätin, Oberstudienrat 3 Verlagerung nach Kapitel 07 18 Bes.-Gr. A 14 Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Fachbereichsleiterin oder Fachbereichsleiter an einer Gesamtschule – 1 Verlagerung nach Kapitel 07 18 Bes.-Gr. A 14 Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Jahrgangsleiterin oder Jahrgangsleiter im Sekundarbereich I einer integrierten Gesamtschule –
Bes.-Gr. A 13 Realschulehrer/-in – mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen bei einer dieser Befähigung entsprechenden Verwendung –	350	Verlagerung nach Kapitel 07 14 und Umwandlung nach Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin – mit der Befähigung für das Lehramt an Gymnasien oder an berufsbildenden Schulen bei einer der jeweiligen Befähigung entsprechenden Verwendung –
Zusammen	418	
Bleibt Abgang	386	

Sonstige Veränderungen:
HV Nr. 13: Zum Aufbau eines Kompetenzzentrums zum Lernbereich „Mobilität“ soll ein Rektor vom 1. 2. 2006 bis 31. 1. 2011 an die Universität Lüneburg abgeordnet werden. Mit dieser Maßnahme sollen die Aufgaben der landesweiten Steuerung der Umsetzung des Curriculums Mobilität in Schulen einschließlich Evaluation, des Unterstützungs- und Beratungssystems sowie die Verzahnung von Ausbildung (1. und 2. Phase) und Fortbildung im Lernbereich Mobilität verlagert werden.

Für folgende, gemäß § 155 (2) NSchG unter Fortzahlung der Bezüge zum Dienst an anerkannten Ersatzschulen in kirchlicher Trägerschaft beurlaubte Beamtinnen und Beamte sind hier Planstellen mit veranschlagt:

4 Realschulrektorin, Realschulrektor
– einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Schülerzahl von mehr als 360 am Realschulzweig –

8 Realschulrektorin, Realschulrektor
– einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –

1 Realschulrektorin, Realschulrektor
– als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl bis 540 –

— Realschulrektorin, Realschulrektor
– als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –

2 Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor
– als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von mehr als 360 am Realschulzweig –

1 Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor
– als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –

3 Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor
– als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl bis 540 –

3 Zweite Realschulkonrektorin, Zweiter Realschulkonrektor
– an einer zusammengefassten Schule mit einer Schülerzahl von mehr als 180 am Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –

1 Rektor/-in
- als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 -

5 Konrektorin, Konrektor
- als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 -

4 Zweite Konrektorin, Zweiter Konrektor
- an einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von mehr als 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 -

2 Rektorin, Rektor
- als Leiter/-in einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern -

3 Studienrat/-rätin

113 Realschullehrer/-in

176 Lehrer/-in

1 Fachlehrer/-in
- mit Lehrbefähigung für mindestens zwei musisch-technische Fächer -

327 Zusammen

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 12 Hauptschulen

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Angestellte	
II a	30	30	Lehrkräfte	
III	130	130		
IV a	80	80		
IV b	150	150		
V b	100	100		
V c	300	300		
VI b	150	150		
VII	3	3		
	943	943	Zusammen	

Für folgende, gemäß § 155 (2) NSchG unter Fortzahlung der Bezüge zum Dienst an anerkannten Ersatzschulen in kirchlicher Trägerschaft beurlaubte Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis sind hier Stellen mit veranschlagt:

Stellen	
3	V b BAT
3	V c BAT
6	Zusammen

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 13 Realschulen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen	[1]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 14 BBesO.
			Schuldienst	[2]) 1 kw nach Fortfall der Freistellungs-, Abordnungs- bzw. Beurlaubungsvoraussetzungen (Tätigkeit einer Lehrkraft als nationale Sachverständige bei Einrichtungen der EU). Für die Dauer der Tätigkeit der Realschulrektorin bei der EU ist eine Planstelle der Bes.-Gr. A 13 – Realschullehrer/-in – gesperrt.
A 15	187	187	Realschulrektor/-in – einer Realschule mit mehr als 360 Schülern –	
A 14[1])	64	64	Realschulrektor/-in – einer Realschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –	
A 14[1])	185	185	Realschulkonrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Realschule mit mehr als 360 Schülern –	
A 14	16	16	Realschulrektor/-in – einer Realschule mit bis zu 180 Schülern –	
A 14	144	144	Realschulkonrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Realschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –	
A 14	88	88	Zweite(r) Realschulkonrektor/-in – einer Realschule mit mehr als 540 Schülern –	
A 13	4 650	4 960	Realschullehrer/-in – mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen bei einer dieser Befähigung entsprechenden Verwendung –	
A 12	63	63	Lehrer/-in	
A 10	10	10	Fachlehrer/-in – mit Lehrbefähigung für mindestens zwei musisch-technische Fächer –	
	5 407	5 717	Zusammen	
			Leerstellen:	
A 15	8	8	Realschulrektor/-in	
A 14	15	15	Realschulrektor/-in, Realschulkonrektor/-in	
A 13	201	201	Realschullehrer/-in	
A 12	8	8	Lehrer/-in	
	232	232	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 Realschullehrer/-in – mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen bei einer dieser Befähigung entsprechenden Verwendung –	310	davon
	250	Verlagerung nach Kapitel 07 14 und Umwandlung nach Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin – mit der Befähigung für das Lehramt an Gymnasien oder an berufbildenden Schulen bei einer der jeweiligen Befähigung entsprechenden Verwendung –
	50	Verlagerung nach Kapitel 07 18 und Umwandlung nach Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin – mit der Befähigung für das Lehramt an Gymnasien oder an berufsbildenden Schulen bei einer jeweiligen Befähigung entsprechenden Verwendung –
	10	Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 3
Abgang	310	

Für folgende, gem. § 155 (2) NSchG unter Fortzahlung der Bezüge zum Dienst an anerkannten Ersatzschulen in kirchlicher Trägerschaft beurlaubte Beamtinnen und Beamte sind hier Planstellen mit veranschlagt:

6 Realschullehrer/-in
1 Lehrer/-in
7 Zusammen

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Angestellte	
II a	13	13	Lehrkräfte	
III	17	17		
IV a	8	8		
IV b	26	26		
V b	34	34		
V c	85	85		
VI b	54	54		
VII	5	5		
	242	242	Zusammen	

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen	
			Aufsteigende Gehälter:	
			Schuldienst	
A 16	216	214	Oberstudiendirektor/-in – als Leiter/-in eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern –	
A 16	9	9	Oberstudiendirektor/-in – als Leiter/-in eines zweizügig voll ausgebauten Oberstufengymnasiums –	
A 16	1	1	Oberstudiendirektor/-in – als Leiter/-in eines Gymnasiums im Aufbau mit mehr als 540 Schülern, wenn die oberste Jahrgangsstufe fehlt –	
A 15[1])	11	11	Studiendirektor/-in – als Leiter/-in eines nicht voll ausgebauten Gymnasiums –	
A 15[1])[3])	10	9	Studiendirektor/-in – als Leiter/-in eines voll ausgebauten Gymnasiums mit bis zu 360 Schülern –	
A 15[1])	210	208	Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern –	
A 15[1])	10	10	Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines zweizügig voll ausgebauten Oberstufengymnasiums –	
A 15[1])	6	6	Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines Gymnasiums im Aufbau mit mehr als 540 Schülern, wenn die oberste Jahrgangsstufe fehlt –	
A 15	11	11	Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines nicht voll ausgebauten Gymnasiums –	
A 15	9	8	Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines voll ausgebauten Gymnasiums mit bis zu 360 Schülern –	
A 15[2])	111	126	Studiendirektor/-in – als Fachberater/-in in der Schulaufsicht –	
A 15	233	231	Studiendirektor/-in – als Fachleiter/-in an Studienseminaren –	
A 15[3])[9])	831	817	Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben –	
A 14[3])[8])[12])[14])	3 638	3 598	Oberstudienrat/-rätin	
A 13[15])[16])	1	—	Oberlehrerin, Oberlehrer	
A 13[8])[11])[13])	6 140	5 510	Studienrat/-rätin	
A 13	236	236	Realschullehrer/-in	
A 13[4])	61	61	Lehrer/-in – mit fachwissenschaftlicher Ausbildung in zwei Fächern, wenn sich die Lehrbefähigung auf Gymnasien erstreckt, bei einer dieser Befähigung entsprechenden Verwendung –	
A 12	54	54	Lehrer/-in	
	11 798	11 120	Zusammen	
			Leerstellen:	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	14	14	Oberstudiendirektor/-in	
A 15	79	79	Studiendirektor/-in	
A 14	251	251	Oberstudienrat/-rätin	
A 13	549	549	Studienrat/-rätin, Realschullehrer/-in	
A 12	9	9	Lehrer/-in	
	902	902	Zusammen	

[1]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 15 BBesO.

[2]) Davon 1 gesperrt bis zum Wegfall des Haushaltsvermerks Nr. [10]).

[3]) 3 DW.

[4]) ku in Stellen für Studienräte/-innen.

[8]) Von den Stelleninhabern/-innen erhalten insgesamt 6 eine Stellenzulage gem. § 1 Nr. 2 der VO vom 19. 6. 1978 – Nds. GVBl. S. 559 –, geändert durch BesÄVO vom 30. 10. 2001.

[9]) Ein Stelleninhaber darf dem Verein n-21 bis 31. 1. 2008 zugewiesen werden.

[11]) Davon 22 Stellen gesperrt zugunsten der Lehrerausbildung.

[12]) Abweichend von § 50 Abs. 3 LHO darf 1 Stelleninhaber für Archiv- und Dokumentationsarbeiten an die Universität Hildesheim abgeordnet werden.

[13]) Im Bedarfsfall dürfen bis zu 205 Planstellen von Studienräten/-rätinnen zur Finanzierung 700 zusätzlicher Referendarstellen (siehe Kapitel 07 45) gesperrt werden.

[14]) Abweichend von § 50 Abs. 3 LHO darf 1 Stelleninhaber im Umfang von bis zu 3/4 seiner Arbeitskraft im Rahmen eines Frühstudiums Musik an die Hochschule für Musik und Theater in Hannover abgeordnet werden.

[15]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 13 Anh. NBesO.

[16]) ku in Bes.-Gr. A 13 (Studienrat/-rätin).

Erläuterungen zum Stellenplan

Gem. Haushaltsvermerk Nr. 1 zu Kap. 07 40 ist eine Planstelle der Bes.-Gr. A 15 (Direktor/-in beim NiLS) in das Kap. 07 14 zurückzuverlagern.

Für naturwissenschaftlich-mathematische Projekte (z.B. XLab e.V., DLR School Lab) dürfen Lehrkräften im Umfang von bis zu 350 Unterrichtsstunden eingesetzt werden.

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16 Oberstudiendirektor/-in – als Leiter/-in eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern –	2	davon 1 Verlagerung von Kapitel 07 12 und Hebung von Realschulrektorin, Realschulrektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 – 1 Verlagerung von Kapitel 07 20 - Michelsenschule Hildesheim
Bes.-Gr. A 15 Z Studiendirektor/-in – als Leiter/-in eines voll ausgebauten Gymnasiums mit bis zu 360 Schülern –	1	Verlagerung von Kapitel 07 12 und Hebung von Realschulrektorin, Realschulrektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
Bes.-Gr. A 15 Z Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern –	2	davon 1 Verlagerung von Kapitel 07 12 und Umwandlung von Bes.-Gr. A 15 Realschulrektorin, Realschulrektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 – 1 Verlagerung von Kapitel 07 20 - Michelsenschule Hildesheim
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines voll ausgebauten Gymnasiums mit bis zu 360 Schülern –	1	Verlagerung von Kapitel 07 12 und Umwandlung von Bes.-Gr. A 15 Realschulrektorin, Realschulrektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – als Fachleiter/-in an Studienseminaren –	2	Verlagerung von Kapitel 07 20 - Michelsenschule Hildesheim
zu übertragen	8	

noch Zugang:	Stellen	
Übertrag	8	
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben –	15	davon 12 Verlagerung von Kapitel 07 12 und Umwandlung von Bes.-Gr. A 15 Realschulrektorin, Realschulrektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 – 3 Verlagerung von Kapitel 07 20 - Michelsenschule Hildesheim
Bes.-Gr. A 14 Oberstudienrätin, Oberstudienrat	40	davon 12 Verlagerung von Kapitel 07 12 und Umwandlung von Bes.-Gr. A 14 Rektor/-in – einer Hauptschule mit Realschul- oder Aufbauzug oder mit einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 Schülern – 10 Verlagerung von Kapitel 07 18 18 Verlagerung von Kapitel 07 20 - Michelsenschule Hildesheim
Bes.-Gr. A 13 Z Oberlehrerin, Oberlehrer	1	Verlagerung von Kapitel 07 20 - Michelsenschule Hildesheim
Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin	639	davon 350 Verlagerung von Kapitel 07 12 und Umwandlung von Realschullehrer/-in – mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen bei einer dieser Befähigung entsprechenden Verwendung – 250 Verlagerung von Kapitel 07 13 und Umwandlung von Realschullehrer/-in – mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen bei einer dieser Befähigung entsprechenden Verwendung – 39 Verlagerung von Kapitel 07 20 - Michelsenschule Hildesheim
Zusammen	703	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – als Fachberater/-in in der Schulaufsicht –	15	Verlagerung nach Kapitel 07 06 und Umwandlung in Bes.-Gr. A 15 Regierungsschuldirektor/-in
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben –	1	Verlagerung nach Kapitel 07 01
Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin	9	Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 5
Zusammen	25	
Bleibt Zugang	678	

Sonstige Veränderungen:
Neuer Haushaltsvermerk Nr. 9: Dem Verein n21: Schulen in Niedersachsen online e.V. wird bis 31. 1. 2008 eine Lehrkraft gem. § 123 a BRRG zugewiesen. Aufgrund von Personalveränderungen reduziert sich die Zahl der bislang vom NiLS an den Verein zugewiesenen Kräfte.

Erläuterungen zum Stellenplan

Für die am von der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers geführten Gymnasium Andreanum in Hildesheim und für die am vom Bistum Hildesheim getragenen, als staatlich anerkannte Ersatzschule geführten Gymnasium Josephinum in Hildesheim tätigen, unter Fortzahlung der Bezüge aus dem Landesdienst beurlaubten Lehrkräfte sind hier folgende Planstellen mit veranschlagt:

2 Oberstudiendirektoren/-innen
– als Leiter/-in eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern –
2 Studiendirektoren/-innen
– als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern –
1 Studiendirektor/-in
– als Fachberater/-in in der Schulaufsicht –
8 Studiendirektoren/-innen
– zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben –
31 Oberstudienräte/-innen
36 Studienräte/-innen
1 Lehrer/-innen – mit fachwissenschaftlicher Ausbildung –
1 Realschullehrer/-innen

82 Zusammen

Für folgende gemäß § 155 (2) NSchG unter Fortzahlung der Bezüge zum Dienst an anerkannten Ersatzschulen in kirchlicher Trägerschaft beurlaubten Beamtinnen und Beamte sind hier Planstellen mit veranschlagt:

2 Studienrätin/-rat

2 Zusammen

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte
I b	1	1	Lehrkräfte
II a[10])	123	122	
II b	50	50	
III	21	21	
IV a	25	25	
IV b	39	39	
V b	106	106	
VI b	7	6	
VII	—	1	
V b	5	5	Pädagogische Mitarbeiter/-innen
VI b	1	1	– Sozial- und Erziehungsdienst –
VII	2	2	
V b	3	3	Verwaltungsdienst
V c	2	2	
VII	6	5	
V c	1	1	Sonstige Dienste
VI b	3	3	
VII	6	6	Wirtschaftsdienst
	401	399	Zusammen
			Leerstellen:
V b	1	1	Pädagogische Mitarbeiter/innen – Sozial- und Erziehungsdienst –

Haushaltsvermerke

[10]) Davon 1 in der Funktion als Fachberater/-in; diese(r) erhält eine Zulage gem. Nr. 6.1 des Eingruppierungserlasses für die Lehrkräfte an öffentlichen Schulen i. d. F. vom 11. 4. 1986.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Lehrkräfte		
II a	1	Verlagerung von Kapitel 07 20 - Michelsenschule Hildesheim
VI b	1	Verlagerung von Kapitel 07 20 - Michelsenschule Hildesheim
Verwaltungsdienst		
VII	1	Verlagerung von Verg.-Gr. VII Lehrkräfte
Summe	3	

Abgang:	Stellen	
Lehrkräfte	1	Verlagerung nach Verg.-Gr. VII Verwaltungsdienst
Summe	1	
Bleibt Zugang	2	

Für die am von der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers geführten Gymnasium Andreanum in Hildesheim und für die an dem vom Bistum Hildesheim getragenen, als staatlich anerkannte Ersatzschule geführten Gymnasium Josephinum in Hildesheim tätigen, unter Fortzahlung der Bezüge/Vergütungen aus dem Landesdienst beurlaubten Lehrkräfte sind hier folgende Stellen mit veranschlagt:

1 V b BAT

1 Zusammen

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 14 Gymnasien

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Arbeiter/-innen	
1	5	5	Reinigungsdienst	
5	1	1	Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst	
5 a	3	3		
2 a	1	1	Haus- und Gartendienst	
4	1	1		
1 a	1	1	Wirtschaftsdienst	
2 a	2	2		
5	1	1		
	15	15	Zusammen	

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen	[1]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 15 NBesO.
			Aufsteigende Gehälter:	[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 14 NBesO.
			Schuldienst	
A 16	34	33	Gesamtschuldirektorin, Gesamtschuldirektor – als Leiterin oder Leiter einer Gesamtschule mit Oberstufe –	
A 16	5	5	Gesamtschuldirektorin, Gesamtschuldirektor – als Leiterin oder Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von mehr als 1 000 –	
A 15[1])	32	32	Direktorstellvertreterin, Direktorstellvertreter – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Gesamtschule mit Oberstufe –	
A 15[1])	4	4	Direktorstellvertreterin, Direktorstellvertreter – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von mehr als 1 000 –	
A 15[1])	21	22	Gesamtschuldirektorin, Gesamtschuldirektor – als Leiterin oder Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von 541 bis 1 000 –	
A 15[1])	18	17	Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Gymnasialzweigs mit einer Schülerzahl von mehr als 360 an einer Kooperativen Gesamtschule mit Oberstufe –	
A 15	24	24	Direktorstellvertreterin, Direktorstellvertreter – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von 541 bis zu 1 000 –	
A 15	12	12	Fachmoderatorin, Fachmoderator – für Gesamtschulen –	
A 15	8	8	Gesamtschuldirektorin, Gesamtschuldirektor – als Leiterin oder Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl bis 540 –	
A 15	36	36	Gesamtschulrektorin, Gesamtschulrektor – als die Didaktische Leiterin oder der Didaktische Leiter einer Gesamtschule mit einer Schülerzahl im Sekundarbereich I von mehr als 540 –	
A 15	11	11	Gesamtschulrektorin, Gesamtschulrektor – als Leiterin oder Leiter des Sekundarbereichs I mit einer Schülerzahl von mehr als 810 an einer Integrierten Gesamtschule mit Oberstufe –	
A 15	23	23	Studiendirektorin, Studiendirektor – als die Didaktische Leiterin oder der Didaktische Leiter einer Gesamtschule mit einer Schülerzahl im Sekundarbereich I von mehr als 540 –	
A 15	22	21	Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Sekundarbereichs II an einer Integrierten Gesamtschule –	
A 15	8	8	Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Sekundarbereichs I mit einer Schülerzahl von mehr als 810 an einer Integrierten Gesamtschule mit Oberstufe –	
A 15	2	3	Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Gymnasialzweigs mit einer Schülerzahl von 131 bis 360 an einer Kooperativen Gesamtschule mit Oberstufe –	
A 15	8	8	Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Gymnasialzweigs mit einer Schülerzahl von mehr als 130 an einer Kooperativen Gesamtschule ohne Oberstufe –	
A 15	1	1	Studiendirektor/-in – als Fachberater/-in in der Schulaufsicht –	
A 15	38	35	Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben –	
A 14[2])	26	25	Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter des Realschulzweigs mit einer Schülerzahl von mehr als 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –	
A 14	9	9	Direktorstellvertreterin, Direktorstellvertreter – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl bis 540 –	
A 14	11	11	Gesamtschulrektorin, Gesamtschulrektor – als die Didaktische Leiterin oder der Didaktische Leiter einer Gesamtschule mit einer Schülerzahl im Sekundarbereich I bis 540 –	
	353	348	zu übertragen	

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
	353	348	Übertrag	
A 14	12	12	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als die Didaktische Leiterin oder der Didaktische Leiter einer Gesamtschule mit einer Schülerzahl im Sekundarbereich I bis 540 –	
A 14	203	200	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Fachbereichsleiterin oder Fachbereichsleiter an einer Gesamtschule –	
A 14	64	63	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Jahrgangsleiterin oder Jahrgangsleiter im Sekundarbereich I einer Integrierten Gesamtschule –	
A 14	21	32	Oberstudienrat/-rätin	
A 14	125	125	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als Fachbereichsleiterin oder Fachbereichsleiter an einer Gesamtschule –	
A 14	55	54	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als Jahrgangsleiterin oder Jahrgangsleiter im Sekundarbereich I einer Integrierten Gesamtschule –	
A 14	22	24	Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter des Realschulzweigs mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –	
A 13[3])	7	7	Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter des Realschulzweigs mit einer Schülerzahl von 131 bis 180 an einer Kooperativen Gesamtschule –	
A 13[3])	1	1	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter eines bei einer Gesamtschule geführten Primarbereichs mit einer Schülerzahl von mehr als 360 –	
A 13	23	23	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter des Hauptschulzweigs mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –	
A 13	1	1	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter eines an einer Gesamtschule geführten Primarbereichs mit einer Schülerzahl von 181 bis 360	
A 13	105	105	Konrektorin, Konrektor – als Fachbereichsleiterin oder Fachbereichsleiter an einer Gesamtschule –	
A 13	65	64	Konrektorin, Konrektor – als Jahrgangsleiterin oder Jahrgangsleiter im Sekundarbereich I einer Integrierten Gesamtschule –	
A 13	1 296	1 246	Studienrat/-rätin	
A 13	13	13	Förderschullehrerin, Förderschullehrer	
A 13	865	871	Realschullehrer/-in	
A 13[4])	12	12	Lehrer/-in – mit fachwissenschaftlicher Ausbildung in zwei Fächern, wenn sich die Lehrbefähigung auf Gymnasien erstreckt, bei einer dieser Befähigung entsprechenden Verwendung –	
A 12[5])	1	1	Konrektorin, Konrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters eines an einer Gesamtschule geführten Primarbereichs mit einer Schülerzahl von mehr als 360 –	
A 12[5])	9	9	Rektorin, Rektor – an einer Kooperativen Gesamtschule als Leiterin oder Leiter des Hauptschulzweigs mit einer Schülerzahl von 131 bis 180 –	
A 12	1 060	1 060	Lehrer/-in	
A 10	5	5	Fachlehrer/-in – mit Lehrbefähigung für mindestens zwei musisch-technische Fächer –	
	4 318	4 276	Zusammen	
			Leerstellen für Lehrkräfte:	
A 14	13	13		
A 13	91	91		
A 12	64	64		
	168	168	Zusammen	

[3]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 13 NBesO.

[4]) ku in Stellen für Studienräte/-innen.

[5]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 12 NBesO.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16 Gesamtschuldirektorin, Gesamtschuldirektor – als Leiterin oder Leiter einer Gesamtschule mit Oberstufe	1	Hebung von Bes.-Gr. A 15 Z Gesamtschuldirektorin, Gesamtschuldirektor – als Leiterin oder Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von 541 bis 1 000
Bes.-Gr. A 15 Z Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Gymnasialzweigs mit einer Schülerzahl von mehr als 360 an einer Kooperativen Gesamtschule mit Oberstufe –	1	Hebung von Bes.-Gr. A 15 Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Gymnasialzweigs mit einer Schülerzahl von 131 bis 360 an einer Kooperativen Gesamtschule mit Oberstufe –
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektorin Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Sekundarbereichs II an einer Integrierten Gesamtschule –	1	Verlagerung von Kapitel 07 12 und Umwandlung von Bes.-Gr. A 15 Realschulrektorin, Realschulrektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben –	3	Verlagerung von Kapitel 07 12 und Umwandlung von Bes.-Gr. A 15 Realschulrektorin, Realschulrektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
Bes.-Gr. A 14 Z Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter des Realschulzweigs mit einer Schülerzahl von mehr als 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –	1	Hebung von Bes.-Gr. A 14 Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter des Realschulzweigs mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –
Bes.-Gr. A 14 Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Fachbereichsleiterin oder Fachbereichsleiter an einer Gesamtschule –	3	Verlagerung von Kapitel 07 12 Bes.-Gr. A 14 Rektor/-in – einer Hauptschule mit Realschul- oder Aufbauzug oder mit einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 Schülern –
zu übertragen	10	

noch Zugang:	Stellen	
Übertrag	10	
Bes.-Gr. A 14 Oberstudienrätin, Oberstudienrat als Jahrgangsleiterin oder Jahrgangsleiter im Sekundarbereich I einer Integrierten Gesamtschule –	1	Verlagerung von Kapitel 07 12 Bes.-Gr. A 14 Rektor/-in – einer Hauptschule mit Realschul- oder Aufbauzug oder mit einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 Schülern –
Bes.-Gr. A 14 Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als Jahrgangsleiterin oder Jahrgangsleiter im Sekundarbereich I einer Integrierten Gesamtschule –	1	Umwandlung von Bes.-Gr. A 14 Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter des Realschulzweigs mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –
Bes.-Gr. A 13 Konrektorin, Konrektor – als Jahrgangsleiterin oder Jahrgangsleiter im Sekundarbereich I einer Integrierten Gesamtschule –	1	Umwandlung von Bes.-Gr. A 13 Realschullehrer/-in
Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin	50	Verlagerung von Kapitel 07 13 und Umwandlung von Bes.-Gr. A 13 Realschullehrer/-in – mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen bei einer dieser Befähigung entsprechenden Verwendung –
Zusammen	63	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 Z Gesamtschuldirektorin, Gesamtschuldirektor – als Leiterin oder Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von 541 bis 1 000	1	Hebung nach Bes.-Gr. A 16 Gesamtschuldirektorin, Gesamtschuldirektor – als Leiterin oder Leiter einer Gesamtschule mit Oberstufe
Bes.Gr. A 15 Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Gymnasialzweigs mit einer Schülerzahl von 131 bis 360 an einer Kooperativen Gesamtschule mit Oberstufe –	1	Hebung nach Bes.-Gr. A 15 Z Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Gymnasialzweigs mit einer Schülerzahl von mehr als 360 an einer Kooperativen Gesamtschule mit Oberstufe –
Bes.-Gr. A 14 Oberstudienrätin, Oberstudienrat	11	davon 1 Verlagerung nach Kapitel 07 06 und Umwandlung nach Bes.-Gr. A 14 – Rektor 10 Verlagerung nach Kapitel 07 14
zu übertragen	13	

Erläuterungen zum Stellenplan

noch Planmäßige Beamte/-innen

noch Abgang: Übertrag	Stellen 13	
Bes.-Gr. A 14 Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter des Realschulzweigs mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –	2	davon 1 Hebung nach Bes.-Gr. A 14 Z Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter des Realschulzweigs mit einer Schülerzahl von mehr als 360 an einer Kooperativen Gesamtschule 1 Umwandlung nach Bes.-Gr. A 14 Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als Jahrgangsleiterin oder Jahrgangsleiter im Sekundarbereich I einer Integrierten Gesamtschule –
zu übertragen	14	

noch Abgang: Übertrag	Stellen 14	
Bes.-Gr. A 13 Realschullehrerin, Realschullehrer	6	davon 5 Vollzug des Haushaltsvermerk Nr. 6 1 Umwandlung nach Bes.-Gr. A 13 Konrektorin, Konrektor – als Jahrgangsleiterin oder Jahrgangsleiter im Sekundarbereich I einer Integrierten Gesamtschule –
Zusammen	21	
Bleibt Zugang:	42	

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte
II a	16	16	Lehrkräfte
II b	9	9	
III	24	24	
IV a	11	11	
IV b	8	8	
V b	13	13	
V c	40	40	
VI b	19	19	
VII	7	7	
	147	147	Zusammen

Haushaltsvermerke

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Planmäßige Beamte/-innen
			Aufsteigende Gehälter:
			Schuldienst
A 16	115	117	Oberstudiendirektor/-in – als Leiter/-in einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern –
A 15[1])	10	10	Studiendirektor/-in – als Leiter/-in einer beruflichen Schule mit mehr als 80 bis zu 360 Schülern –
A 15[1])	117	118	Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern –
A 15	2	3	Studiendirektor/-in – als Leiter/-in einer beruflichen Schule mit bis zu 80 Schülern –
A 15	6	6	Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer beruflichen Schule mit mehr als 80 bis zu 360 Schülern –
A 15[6])[14])	59	62	Studiendirektor/-in – als Fachberater/-in in der Schulaufsicht –
A 15[2])	128	130	Studiendirektor/-in – als Fachleiter/-in an Studienseminaren –
A 15	516	517	Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben –
A 14[3])	2 126	2 145	Oberstudienrat/-rätin
A 13[4])[5])	17	21	Oberlehrerin, Oberlehrer – bei einer Berufsaufbau-, Berufsfach- oder Fachschule –
A 13[13])	1	1	Polizeioberlehrer
A 13[6])	4 336	4 370	Studienrat/-rätin
A 13[18])	9	6	Seefahrtoberlehrerin, Seefahrtoberlehrer
A 12	97	97	Fachlehrer/-in
A 11	21	42	Fachlehrer/-in
A 11[7])	3	3	Jugendleiterin, Jugendleiter – an einer berufsbildenden Schule –
A 11[19])	1	1	Funklehrerin, Funklehrer
A 11	68	—	Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis
A 10[9])	876	907	Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis
A 10[9])[10])	128	165	Technische Lehrerin, Technischer Lehrer – bei einer berufsbildenden Schule –
A 9	878	868	Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis
A 9[12])	1	1	Technische Lehrerin, Technischer Lehrer – bei einer berufsbildenden Schule –
	9 515	9 590	Zusammen
			Leerstellen:
A 16	4	4	Oberstudiendirektor/-in
A 15	5	5	Studiendirektor/-in
A 14	42	43	Oberstudienrat/-rätin
A 13	130	130	Studienrat/-rätin
A 12	5	5	Fachlehrer/-in
A 10	16	16	Lehrkräfte
A 9	22	22	Lehrkräfte
	224	225	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 15 BBesO.

[2]) Abweichend von § 50 Abs. 3 LHO dürfen Stelleninhaber im Umfang von einer Planstelle zur Wahrnehmung von Aufgaben im Teilstudiengang LBS Fachrichtung Oecotrophologie bis zum 31. 10. 2007 an die Universität Hannover abgeordnet werden.

[3]) Für die Dauer der Wahrnehmung der Aufgaben eines(r) Oberstudienrates/-rätin erhält ein(e) Stelleninhaber/-in als Angestellter eine Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Endgrundvergütung der Verg.-Gr. BAT II a (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) und dem Endgrundgehalt (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) eines Beamten der Bes.-Gr. A 14 BBesO.

[4]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 13 Anh. NBesO.

[5]) ku in Bes.-Gr. A 13 (Studienrat/-rätin).

[6]) Abweichend von § 50 Abs. 3 LHO dürfen Stelleninhaber im Umfang von jeweils einer Planstelle zur Wahrnehmung von Aufgaben der wissenschaftlichen Begleitung des Modellversuchs ProReKo bis zum 31. 10. 2008 an die Universität Hannover abgeordnet werden.

[7]) ku in Bes.-Gr. A 11 (Fachlehrer/-in), falls der/die Stelleninhaber/-in die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen erfüllt.

[9]) Für die Dauer der Wahrnehmung der Aufgaben einer Lehrerin für Fachpraxis, Lehrers für Fachpraxis/Technischen Lehrerin, Technischen Lehrers – bei einer berufsbildenden Schule – erhalten die Stelleninhaber/-innen als Angestellte eine Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Endgrundvergütung der Verg.-Gr. BAT V b (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) und dem Endgrundgehalt (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) eines Beamten der Bes.-Gr. A 10 NBesO.

[10]) ku in Bes.-Gr. A 10 NBesO (Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis).

[12]) ku in Bes.-Gr. A 9 NBesO (Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis).

[13]) ku nach Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/ -in nach Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin.

[14]) Abweichend von § 50 Abs. 3 LHO dürfen 2 Stelleninhaber zur Unterstützung der Einrichtung des Studiengangs Metalltechnik an die Universität Osnabrück abgeordnet werden.

[17]) ku in Verg.-Gr. V b nach Ausscheiden der/des Stelleninhabers/-in.

[18]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 13 NBesO.

[19]) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 11 NBesO.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – als Fachberater/-in in der Schulaufsicht –	1	Senkung von Bes.-Gr. A 16 Oberstudiendirektor/-in – als Leiter/-in einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern –
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben –	2	davon 1 Hebung von Bes.-Gr. A 14 Oberstudienrat/-rätin 1 Umwandlung von Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – als Leiter/-in einer beruflichen Schule mit bis zu 80 Schülern –
Bes.-Gr. A 13 Seefahrtoberlehrerin, Seefahrtoberlehrer	3	Umwandlung von Bes.-Gr. A 13 Oberlehrerin, Oberlehrer – bei einer Berufsaufbau-, Berufsfach- oder Fachschule –
Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin	10	Umwandlung von A 11 Fachlehrer/-in
Bes.-Gr. A 11 Lehrer/-in für Fachpraxis	68	Hebung von Bes.-Gr. A 10 Lehrer/-in für Fachpraxis
Bes.-Gr. A 10 Lehrer/-in für Fachpraxis	37	Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 10 Umwandlung von Bes.-Gr. A 10 Technische Lehrerin, Technischer Lehrer – bei einer berufsbildenden Schule –
Bes.-Gr. A 9 Lehrer/-in für Fachpraxis	10	Umwandlung von Bes.-Gr. A 11 Fachlehrer/-in
Zusammen	131	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16 Oberstudiendirektor/-in – als Leiter/-in einer berufsbildenden Schule mit mehr als 360 Schülern –	2	davon 1 Senkung nach Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – als Fachberater/-in in der Schulaufsicht – 1 Verlagerung nach Kapitel 07 14 - Michelsenschule Hildesheim
Bes.-Gr. A 15 Z Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer berufsbildenden Schule mit mehr als 360 Schülern –	1	Verlagerung nach Kapitel 07 14 - Michelsenschule Hildesheim
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – als Leiter/-in einer berufsbildenden Schule mit bis zu 80 Schülern –	1	Umwandlung nach Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben –
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – als Fachberater/-in in der Schulaufsicht –	4	Verlagerung nach Kapitel 07 06 und Umwandlung nach Bes.-Gr. A 15 – Regierungsschuldirektor/-in –
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – als Fachleiter/-in an Studienseminaren –	2	Verlagerung nach Kapitel 07 14 - Michelsenschule Hildesheim
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben –	3	Verlagerung nach Kapitel 07 14 - Michelsenschule Hildesheim
Bes.-Gr. A 14 Oberstudienrat/-rätin	19	davon 1 Hebung nach Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben – 18 Verlagerung nach Kapitel 07 14 - Michelsenschule Hildesheim
Bes.-Gr. A 13 Z Oberlehrerin, Oberlehrer – bei einer Berufsaufbau, Berufsfach- oder Fachschule –	4	davon 1 Verlagerung nach Kapitel 07 14 - Michelsenschule Hildesheim 3 Umsetzung nach Bes.-Gr. A 13 Z Seefahrtoberlehrerin, Seefahrtoberlehrer
Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin	44	davon 5 Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 11 39 Verlagerung nach Kapitel 07 14 - Michelsenschule Hildesheim
Bes.-Gr. A 11 Fachlehrer/-in	21	davon 10 Hebung von Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin 10 Senkungen nach Bes.-Gr. A 9 Lehrer/-in für Fachpraxis 1 Verlagerung nach Kapitel 07 22
zu übertragen	101	

Erläuterungen zum Stellenplan

noch Abgang:	Stellen	
Übertrag	100	
Bes.-Gr. A 10 Lehrer/-in für Fachpraxis	68	Hebung nach Bes.-Gr. A 11 Lehrer/-in für Fachpraxis
Bes.-Gr. A 10 Technische Lehrerin, Technischer Lehrer – bei einer berufsbildenden Schule –	37	Vollzug des Haushaltsvermerk Nr. 10 Umwandlung nach Bes.-Gr. A 10 Lehrer/-in für Fachpraxis
Zusammen	206	
Bleibt Abgang	75	

Leerstellen: Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14 Oberstudienrat/-rätin	1	Verlagerung nach Kapitel 07 22

Sonstige Veränderungen:

Neuer Haushaltsvermerk Nr. 14: Die zwei Fachberaterstellen sind vorübergehend für die Unterstützung der Einrichtung des Studienganges Metalltechnik an der Universität Osnabrück (Auswahlverfahren, Einweisung in die Stellen) vorgesehen. Nach Abschluss der Einrichtungsphase wird die Universität die für den Studiengang erforderlichen Stellen zur Verfügung stellen.

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte
II a	114	115	Lehrkräfte
II b	6	6	
III[21])	40	40	
IV a	8	8	
IV b	43	43	
V b	115	115	
VI b	4	5	
IV b[17])	1	1	Pädagogische Mitarbeiter/-innen
V b	72	71	– Sozial- und Erziehungsdienst –
V b	1	1	Verwaltungskräfte
VI b	1	1	
VIII	1	1	Sonstige Dienste
	406	407	Zusammen

Haushaltsvermerke

[21]) Für die Dauer der Wahrnehmung der Aufgaben eines(r) stellvertretenden Schulleiter(s)/-in kann der/die Stelleninhaber/-in eine Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Endgrundvergütung der Verg.-Gr. BAT III (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) eines Beamten der Bes.-Gr. A 15 BBesG erhalten.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Pädagogische Mitarbeiter/-innen – Sozial- und Erziehungsdienst – Verg.-Gr. V b	1	Verlagerung aus Kapitel 07 22
Zusammen	1	

Abgang:	Stellen	
Lehrkräfte		
II a	1	Verlagerung nach Kapitel 07 14 Michelsenschule Hildesheim
VI b	1	Verlagerung nach Kapitel 07 14 Michelsenschule Hildesheim
Zusammen	2	
Bleibt Abgang	1	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
1.764,22	1.762,22	1.666,35

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	3,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	3,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	1,00
bleibt Zugang	2,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
83.236	83.075	80.195

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 22 Berufsbildende Schulen als regionale Kompetenzzentren

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen	
			Aufsteigende Gehälter: Schuldienst	
A 16	19	19	Oberstudiendirektor/-in – als Leiter/-in einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern –	
A 15[1])	19	19	Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern –	
A 15	10	10	Studiendirektor/-in – als Fachberater/-in in der Schulaufsicht –	
A 15	90	90	Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben –	
A 15	10	10	Studiendirektor/-in – als Fachleiter/-in an Studienseminaren –	
A 14[3])	333	333	Oberstudienrat/-rätin	
A 13[4])[5])	1	1	Oberlehrerin, Oberlehrer – bei einer Berufsaufbau-, Berufsfach- oder Fachschule –	
A 13[6])	712	677	Studienrat/-rätin	
A 12	24	25	Fachlehrer/-in	
A 11	35	36	Fachlehrer/-in	
A 11	15	—	Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis	
A 11[7])	1	1	Jugendleiterin, Jugendleiter – an einer berufsbildenden Schule –	
A 10[9])	178	191	Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis	
A 10[9])[10])	13	15	Technische Lehrerin, Technischer Lehrer – bei einer berufsbildenden Schule –	
A 9[11])	184	174	Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis	
A 9[12])	4	4	Technische Lehrerin, Technischer Lehrer – bei einer berufsbildenden Schule –	
	1 648	1 605	Zusammen	

[1]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 15 BBesO.

[3]) Für die Dauer der Wahrnehmung der Aufgaben eines(r) Oberstudienrates/-rätin erhält ein(e) Stelleninhaber/-in als Angestellte(r) eine Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Endgrundvergütung der Verg.-Gr. BAT II a (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) und dem Endgrundgehalt (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) eines Beamten der Bes.-Gr. A 14 BBesO.

[4]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 13 Anh. NBesO.

[5]) ku in Bes.-Gr. A 13 (Studienrat/-rätin).

[6]) davon 31x ohne BV und Budget gem. Allgemeine Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 07 07 bis 07 22 Nr. 17 zur Flexibilisierung der Stellenbewirtschaftung.

[7]) ku in Bes.-Gr. A 11 (Fachlehrer/-in), falls der/die Stelleninhaber/-in die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen erfüllt.

[9]) Für die Dauer der Wahrnehmung der Aufgaben einer Lehrerin für Fachpraxis, Lehrers für Fachpraxis/Technischen Lehrerin, Technischen Lehrers – bei einer berufsbildenden Schule – erhalten die Stelleninhaber/-innen als Angestellte eine Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Endgrundvergütung der Verg.-Gr. BAT V b (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) und dem Endgrundgehalt (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) eines Beamten der Bes.-Gr. A 10 NBesO.

[10]) ku in Bes.-Gr. A 10 NBesO (Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis).

[11]) davon 10x ohne BV und Budget gem. Allgemeine Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 07 07 bis 07 22 Nr. 17 zur Flexibilisierung der Stellenbewirtschaftung.

[12]) ku in Bes.-Gr. A 9 NBesO (Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis).

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13		
Studienrat/-rätin	35	davon
	31	Verlagerung ohne BV und Budget, teilweise unter Umwandlung der Stellenbezeichnung - 2 x von Kapitel 07 11 (Vollzug HV 3) Förderschullehrer/-in - 10 x von Kapitel 07 13 (Vollzug HV 3) Realschullehrer/-in - 9 x von Kapitel 07 14 (Vollzug HV 5) - 5 x von Kapitel 07 18 (Vollzug HV 6) Realschullehrer/-in - 5 x von Kapitel 07 20 (Vollzug HV 11)
	1	Umwandlung von Bes.-Gr. A 12 Fachlehrer/-in
	2	Umwandlung von Bes.-Gr. A 11 Fachlehrer/-in
	1	Umwandlung von Verg.-Gr. IV a
Bes.-Gr. A 11 Fachlehrer/-in	1	Verlagerung von Kapitel 07 20
Bes.-Gr. A 11 Lehrer/-in für Fachpraxis	15	Hebung von Bes.-Gr. A 10
Bes.-Gr. A 10 Lehrer/-in für Fachpraxis	2	Umwandlung von Bes.-Gr. A 10 Technischer Lehrer/Technische Lehrerin (Vollzug HV 10)
Bes.-Gr. A 9 Lehrer/-in für Fachpraxis	10	Verlagerung von Kapitel 07 10 ohne BV und Budget und Umwandlung von Bes.-Gr. A 12 Lehrer/-in (Vollzug HV 16)
Zusammen	63	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12 Fachlehrer/-in	1	Umwandlung nach Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin
Bes.-Gr. A 11 Fachlehrer/-in	2	Umwandlung nach Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin
Bes.-Gr. A 10 Lehrer/-in für Fachpraxis	15	Hebung nach Bes.-Gr. A 11
Bes.-Gr. A 10 Technischer Lehrer/ Technische Lehrerin	2	Umwandlung nach Bes.-Gr. A 10 Lehrer/-in für Fachpraxis (Vollzug HV 10)
Zusammen	20	
Bleibt Zugang	43	

Sonstige Veränderungen:
Haushaltsvermerke Nr. 6 und 11: Neu infolge Erstausbringung gem. Nr. 17 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 07 07 bis 07 22.

STELLENÜBERSICHTEN

Haushaltsvermerke

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte
II a	43	43	Lehrkräfte
II b	1	1	
III	7	7	
IV a	9	10	
IV b	16	16	
V b	31	31	
V c	11	11	
VI b	1	1	
V b	16	17	Pädagogische Mitarbeiter/-innen – Sozial- und Erziehungsdienst –
VI b	24	24	Sonstige Dienste
	159	161	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a Lehrkräfte	1	Umwandlung nach Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin
Verg.-Gr. V b Päd. Mitarbeiter/-in – Sozial- und Erziehungsdienst	1	Verlagerung nach Kapitel 07 20
Zusammen	2	
Bleibt Abgang	2	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
73,02	72,02	69,09

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	1,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,00
bleibt Zugang	1,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
3.486	3.727	3.554

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 40 Niedersächsisches Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS)

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen*)	*) Im Kapitel 07 40 können Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse (Titel 427 03) und Dienstleistungen Außenstehender (Titel 525 11) bis zum Umfang von 14 Stellen aller im Stellenplan und in den Stellenübersichten zu Kapitel 07 40 ausgebrachten Besoldungs- und Vergütungsgruppen bis einschl. Bes.-Gr. A 15 geleistet werden, wenn im gleichen finanz. Umfang Planstellen und Stellen gesperrt werden.
			Feste Gehälter:	
B 2	1	1	Präsident des Landesamtes für Lehrerbildung und Schulentwicklung	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	3	3	Leitende Direktorin oder Leitender Direktor beim Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung	
A 15[1)][17)][18)]	12	12	Direktorin oder Direktor Direktorin oder Direktor, beim Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung	[1]) Davon 1 Verlagerung nach 07 14 nach Ausscheiden des Stelleninhabers.
A 14	10	10	Oberrat/-rätin, Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als Dezernentin oder Dezernent beim Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung –, Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Dezernentin oder Dezernent beim Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung –	[5]) 1 Stelleninhaberin/Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
A 13	2	2	Konrektorin, Konrektor – als Dezernentin oder Dezernent beim Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung –	[6]) kw.
A 12	2	2	Amtsrat/-rätin	[17]) 1 Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 15 NBesO.
A 11	1	1	Amtmann/-männin/-frau	[18]) 1 derzeitiger Stelleninhaber erhält des weiteren eine Überleitungszulage nach § 3 des Gesetzes zur Zusammenfassung und Änderung besoldungs- und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 27. 3. 1990 Nds. GVBl. S. 115.
A 10	1	1	Oberinspektor/-in	[22]) 1 kw infolge ZV II.
A 9[5)][22)]	2	2	Amtsinspektor/-in	
	34	34	Zusammen	
			Leerstellen:[6)]	
A 13	1	1	Konrektorin, Konrektor – als Dezernentin oder Dezernent beim Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung –	

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 40 Niedersächsisches Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS)

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte*)
IV b[25])	2	2	
V b[26])	3	3	
V c[27])	10	9	
VI b[7])[28])	15	15	
VII[16])	6	6	
VIII[30])	1	1	
IX b[10])[31])	1	1	
IX b–VII[11])[32])	6	6	
	44	43	Zusammen

Haushaltsvermerke

*) Im Kapitel 07 40 können Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse (Titel 427 03) und Dienstleistungen Außenstehender (Titel 525 11) bis zum Umfang von 14 Stellen aller im Stellenplan und in den Stellenübersichten zu Kapitel 07 40 ausgebrachten Besoldungs- und Vergütungsgruppen bis einschl. Bes.-Gr. A 15 geleistet werden, wenn im gleichen finanz. Umfang Planstellen und Stellen gesperrt werden.

[7]) Die Sekretärin des/der Präsidenten ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in Verg.-Gr. VI b eingruppiert.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage gewährt. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[10]) Der Stelleninhaber/die Stelleninhaberin erhält nach dreijähriger Bewährung in der Tätigkeit als Filmkopienpfleger/-in Vergütung nach Verg.-Gr. VIII BAT.

[11]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[16]) 1 kw.

[25]) 2 kw infolge ZV II.

[26]) 3 kw infolge ZV II.

[27]) 1 kw infolge ZV II.

[28]) 1 kw infolge ZV II.

[30]) 1 kw infolge ZV II.

[31]) 1 kw infolge ZV II.

[32]) 6 kw infolge ZV II.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. V c	1	neue Stelle gegen Einsparung bei Kapitel 07 40 TGr. 73 (NiBiS)

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Arbeiter/-innen
8	1	1	
4	1	1	
	2	2	Zusammen

Haushaltsvermerke

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
164,34	165,34	174,31

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	1,00
bleibt Abgang	1,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
8.325	8.112	9.313

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 45 Vorbereitungsdienst für die Lehrämter

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	*) Die Stellen für Studiendirektoren/-innen – als Fachleiter/-innen an Studienseminaren – dürfen im Bedarfsfall in dem Umfang mit mehreren Beamten/-innen, deren Arbeitszeit gem. § 80 a Abs. 1 Nr. 1 oder § 87 a Abs. 1 Nr. 1 NBG ermäßigt worden ist, besetzt werden, als sie durch die Teilbeschäftigung der Beamtinnen und Beamten nicht in voller Höhe der regelmäßigen Arbeitszeit in Anspruch genommen werden.
			Planmäßige Beamte/-innen	
			Aufsteigende Gehälter:*)	
A 16	25	25	Oberstudiendirektorin, Oberstudiendirektor – als Leiterin oder Leiter eines Studienseminars für ein Lehramt des höheren Dienstes –	
A 15[1])	24	25	Studiendirektorin, Studiendirektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters eines Studienseminars für ein Lehramt des höheren Dienstes –	[1]) Die Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 15 NBesO.
A 14[3])	4	4	Seminarrektorin, Seminarrektor – als Leiterin oder Leiter eines Studienseminars für das Lehramt für Sonderpädagogik –	[3]) Die Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 14 NBesO.
A 14[3])	21	21	Seminarrektorin, Seminarrektor – als Leiterin oder Leiter eines Studienseminars für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen –	
A 14	4	4	Seminarkonrektorin, Seminarkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters eines Studienseminars für das Lehramt für Sonderpädagogik –	
A 14	21	21	Seminarkonrektorin, Seminarkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters eines Studienseminars für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen –	
	99	100	Zusammen	

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[5]) kw.
			Angestellte	
VII	65	65		
	65	65	Zusammen	
			Leerstellen[5]):	
VII	1	1		

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 (Studiendirektor/-in)	1	infolge Verlagerung nach Kap. 06 17
Zusammen	1	

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst
A 13[6)][7)][8)]	2 505	2 505	Studienreferendar/-in, Sonderpädagogik-, Realschullehrer-Anwärter/-in
A 12[6)][7)][8)]	1 735	1 735	Lehrer-Anwärter/-in (Grund-, Haupt- und Realschulen)
	4 240	4 240	Zusammen
			Leerstellen:[9)]
A 13	47	91	Studienreferendar/-in, Sonderpädagogik-, Realschullehrer-Anwärter/-in
A 12	54	69	Lehrer-Anwärter/-in (Grund-, Haupt- und Realschulen)
	101	160	Zusammen

Haushaltsvermerke

[6)] Die Stellen sind in dem Umfang gesperrt, in dem sie gemäß den Erläuterungen zu 07 45 – 425 04 bzw. 427 10 für auszubildende Lehrkräfte in einem befristeten öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis bzw. im Angestelltenverhältnis verwendet werden.

[7)] Die Stellen sind folgendermaßen zu verwenden:
630 Stellen für Studienreferendare/-innen (Lehramt an berufsbildenden Schulen)
1055 Stellen für Studienreferendare/-innen (Lehramt an Gymnasien)
456 Stellen für Sonderpädagogik-Anwärter/-innen
364 Stellen für Realschullehrer-Anwärter/-innen.
Von dieser Aufteilung kann mit Zustimmung des MF abgewichen werden.
Im Bedarfsfall dürfen bis zu 700 Referendarstellen für das Lehramt an Gymnasien zusätzlich verwendet werden, wenn in entsprechendem Umfang bis zu 205 Lehrerstellen der Bes.-Gr. A 13 gesperrt werden.
Im Bedarfsfall dürfen bis zu 370 Anwärterstellen für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen zusätzlich verwendet werden, wenn in entsprechenden Umfang bis zu 120 Lehrerstellen der Bes.-Gr. A 12 gesperrt werden.

[8)] Von den zu einem Einstellungstermin je Lehramt freien Stellen können bis zu 10 v. H. verwendet werden für
a) nach § 3 Abs. 1 PVO-Lehr II Einzustellende mit Fächern des dringenden Bedarfs, die sonst nicht zugelassen werden würden (ihre Rangfolge bestimmt sich nach der Gesamtnote der Prüfung nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 PVO-Lehr II und danach nach dem Lebensalter), und
b) nachrangig nach § 3 Abs.2 PVO-Lehr II Einzustellende (ihre Rangfolge bestimmt sich nach der Eignung).

[9)] kw.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Leerstellen:

Abgänge:	Stellen
Bes.-Gr. A 13 (Studienreferendar/-in, Sonderpädagogik-, Realschullehrer-Anwärter/-in)	44
Bes.-Gr. A 12 (Lehrer-Anwärter/-in (Grund-, Haupt- und Realschulen)	15
Zusammen	59

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
5,52	5,52	5,62

Zugänge

-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00

Abgänge

-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
254	236	273

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 85 Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	*) Die Stellen der Beamtinnen und Beamten, die der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten gem. § 123 a BRRG zugewiesen werden, sind weiterhin in Kapitel 07 85 (alt 07 84) veranschlagt. Bei Ausscheiden fallen die Stellen weg, der Zuschuss bei 684 10 wächst entsprechend auf.
			Planmäßige Beamte/-innen	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 14[4])	2	2	Oberrat/-rätin	[4]) kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.
A 13[4])	1	1	Rat/Rätin	
A 8[4])	1	1	Hauptsekretär/-in	
	4	4	Zusammen	

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[5]) kw ab 1. 1. 2006 infolge ZV II.
				[6]) kw ab 1. 1. 2006 infolge ZV II.
			Angestellte	
V b[6])	1	1		
V c[5])	1	1		
	2	2	Zusammen	

Haushaltsplan

für das

Haushaltsjahr 2007

Einzelplan 08

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Vorwort zum Einzelplan 08

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 08 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereiches des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (MW), im Einzelnen:

des Ministeriums (Kapitel 08 01)
und der Fachaufgaben der Regierungsvertretungen (Kapitel 08 91)
der Allgemeinen Bewilligungen im Bereich Wirtschaft (Kapitel 08 02)
der Allgemeinen Bewilligungen im Bereich Verkehr (Kapitel 08 03)
der Allgemeinen Bewilligungen im Bereich Arbeit und Qualifizierung (Kapitel 08 04)
des Landesbetriebes „Mess- und Eichwesen Niedersachsen (MEN)“ in Hannover
und seinen 10 Betriebsstellen (Kapitel 08 11)
der Landesbetriebe „Materialprüfanstalten“ in Hannover, Garbsen und Braunschweig
(Kapitel 08 13)
des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie in Hannover (Hauptsitz)
und Clausthal-Zellerfeld (Kapitel 08 18)
der Straßenbauverwaltung
mit der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr in Hannover und den 13 regionalen Geschäftsbereichen mit 78 unselbständigen Meistereien (Kapitel 08 20)
der Häfen- und Schifffahrtsverwaltung (Kapitel 08 30)

Zum Einzelplan 08 gehören außerdem noch folgende Sondervermögen:
Kapitel 50 81 Wirtschaftsförderfonds
Kapitel 50 82 Wirtschaftsförderfonds –Landwirtschaftlicher Bereich- (Bereich des ML)
Kapitel 50 84 Wirtschaftsförderfonds –Ökologischer Bereich (Energie)- (Bereich des MU)

Das MW bedient sich zur Durchführung seiner Aufgaben neben den genannten Dienststellen u.a. folgender Einrichtungen:

Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH (NBank) in Hannover
–Aufgaben der Wirtschafts-, Investitions- und Beschäftigungsförderung aus den Kapiteln 08 02, 08 04 und 50 81-
Niedersächsische Landesnahverkehrsgesellschaft mbH (LNVG) in Hannover
-Aufgaben als Zentrale Stelle für den öffentlichen Personennahverkehr nach § 8 NNVG; Bewilligungen aus dem Kapitel 08 03-
Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG (NPorts) in Oldenburg
-Aufgaben für die Hafenwirtschaft und andere maritime Wirtschaftsbereiche aus dem Kapitel 08 30-
JadeWeserPort Realisierungs GmbH & Co. KG in Wilhelmshaven
-Aufgaben im Zusammenhang mit dem Bau eines Tiefwasserhafens in Wilhemshaven (Kapitel 08 30 Titelgruppe 61)-

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Durch Beschluss der Landesregierung vom 20.12.2005 wurde mit Ablauf des 31.12.2005 das Landesbergamt Clausthal-Zellerfeld (LBA) sowie das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung (NLfB) aufgelöst. Mit Wirkung vom 1.1.2006 wurde ein neues Landesamt mit der Bezeichnung „Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG)“ errichtet. Die bisher in den Kapiteln 08 10 „Bergverwaltung“ und 08 18 „Landesamt für Bodenforschung“ ausgebrachten Einnahmen und Ausgaben sind im Kapitel 08 18 „Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie“ zusammen veranschlagt.

C. Sonstige Veränderungen

-

D. Hochbaumaßnahmen

Die Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich des MW sind im Kapitel 20 11 des Einzelplans 20 – Hochbauten - ausgewiesen.

Haushaltsjahr 2007

Epl. 08 **Übersicht über die Einnahmen, Ausga**

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0801	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	—	723	347	—	1.070	17.397	3.581
0802	Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft	—	1.940	273.355	25.575	300.870	—	2.565
0803	Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr	—	850	541.827	94.616	637.293	—	281.664
0804	Allgemeine Bewilligungen im Bereich Arbeit und Qualifizierung	—	400	85.445	—	85.845	54	404
0811	Mess- und Eichwesen	—	100	—	—	100	—	—
0813	Materialprüfanstalten	—	—	—	—	—	—	—
0818	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie	—	751.510	2.017	177	753.704	13.790	2.465
0820	Straßenbauverwaltung	—	6.140	66.650	74.104	146.894	141.802	59.313
0830	Häfen- und Schifffahrtsverwaltung	—	1.000	—	2.045	3.045	8	800
0891	Fachaufgaben der Regierungsvertretungen	—	—	—	—	—	1.412	—
	Weggefallene Kapitel							
	Summe 2007	—	762.663	969.641	196.517	1.928.821	174.463	350.792
	Summe 2006	—	614.971	798.682	242.175	1.655.828	177.175	339.723
	2007 mehr(+)/weniger(-)	—	+147.692	+170.959	–45.658	+272.993	–2.712	+11.069

ben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 08**

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2007 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2006 Überschuss Zuschuss (-)	2007 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungsermächtigungen
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
753	—	227	–19.400	2.558	–1.488	–6.867	5.379	—
88.374	—	304.086	—	395.025	–94.155	–79.243	–14.912	53.356
266.373	—	97.446	170	645.653	–8.360	–8.293	–67	145.880
93.735	—	—	—	94.193	–8.348	–7.145	–1.203	5.750
274	—	413	—	687	–587	–659	72	—
505	—	—	—	505	–505	–500	–5	—
597	—	429	525	17.806	735.898	–11.149	747.047	—
2.319	40.280	79.437	6.560	329.711	–182.817	–184.717	1.900	112.578
8.174	21.402	36.143	1.174	67.701	–64.656	–136.947	72.291	26.250
—	—	—	—	1.412	–1.412	–1.484	72	—
						596.856	–596.856	
461.104	61.682	518.181	–10.971	1.555.251	373.570	159.852	213.718	343.814
435.970	92.080	455.765	–4.737	1.495.976				146.625
+25.134	–30.398	+62.416	–6.234	+59.275				+197.189

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0801 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		**** Gem. § 17 Abs. 1 S.2 LHO ist die "Allgemeine Erläuterung zum Kapitel" verbindlich.*					
		E I N N A H M E N					
111 01-3	011	Gebühren und tarifliche Entgelte		150	110	+40	152
111 12-9	751	Luftsicherheitsgebühren		250	205	+45	246
111 13-7	011	Gebühren und Auslagen für Prüfungen der Vergabekammer		140	140	—	—
111 45-5	011	Prüfungsgebühren *Vgl. K-Vermerk zu 427 41.*		40	40	—	24
111 46-3	749	Prüfungsgebühren für die Eisenbahnbetriebsleiterprüfung *Vgl. K-Vermerk zu 631 11.*		—	—	—	2
112 01-0	011	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		10	10	—	—
119 01-4	011	Vermischte Einnahmen		40	40	—	9
119 02-2	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		2	2	—	—
119 03-0	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		90	75	+15	107
119 04-9	011	Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen an Landesbedienstete *Vgl. K-Vermerk zu 546 04.*		—	—	—	105
119 30-8	960	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr		—	—	—	—
132 01-0	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1	1	—	—
235 01-4	011	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	15
261 10-4	011	Erstattung von Verwaltungskosten für die Versicherungsaufsicht		86	83	+3	86
281 17-2	680	Erstattungen von Beihilfepauschalen durch Landesbetriebe		261	221	+40	199
331 65-0	751	Zuweisungen für Investitionen vom Bund *Vgl. K-Vermerk zu 812 65.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
412 04-8	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 71 Abs.7 Nds. PersVG	—	1	1	—	—
421 01-2	011	Bezüge der Ministerin oder des Ministers	—	143	143	—	142
421 02-0	011	Bezüge der Ministerin oder des Ministers - Übergangsgeld -	—	—	—	—	17
422 01-9	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 422 01, 422 19, 425 01, 425 03, 426 01, 0891-422 01, 0891-422 19 und 0891-425 01.*	—	15.414	15.286	+128	8.317

E R L Ä U T E R U N G E N

Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 08 01

511 01, 514 01, 517 01, 518 01, 518 02, 525 01, 525 10, 526 01, 526 02, 527 01, 527 02, 538 10, 546 01, 546 02 und 546 03 sind gegenseitig deckungsfähig.

Zu 111 01

Einnahmen aufgrund der Verordnung über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Leistungen (Allgemeine Gebührenordnung – AllGO –) vom 5.6.1997 (Nds. GVBl. S. 171), in der jeweils geltenden Fassung.
Mehr aufgrund der Anpassung an die Entwicklung der Ist-Einnahmen.

Zu 111 12

Aufgrund der LuftKostVO wird von jedem in Braunschweig abfliegenden kontrollierten Passagier eine Gebühr von 8,35 EUR erhoben. Veranschlagt ist das Aufkommen bei geschätzten 30 000 Passagieren.
Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 65 und zu 631 65.
Mehr aufgrund der Steigerung der Passagierzahlen.

Zu 111 13

Vgl. Erläuterungen zu 547 11.
Die Einnahmen waren bis 2005 bei 03 03 – 119 01 mit veranschlagt.

Zu 111 45

Voraussichtlich aufkommende Gebühren für die Abnahme der Prüfungen von Bewerbern um die Anerkennung als amtl. anerkannte Sachverständige und amtl. anerkannte Prüfer für den Kraftfahrzeugverkehr sowie von Bewerbern für die Durchführung von Hauptuntersuchungen für Überwachungsorganisationen (Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr vom 26. 6. 1970 – BGBl. I S. 865) in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 111 46

Auslagen für die Prüfung zum Eisenbahnbetriebsleiter nach § 12 der Eisenbahnbetriebsleiter-Prüfungsverordnung (EBPV).

Vgl. Erläuterungen zu 631 11.

Zu 119 03

1. Abführung aufgrund des § 5 Abs. 3 des Ministergesetzes i.d.F. vom 3.4.1979 (Nds. GVBl. S. 105) und der jeweils geltenden	85 Tsd. EUR
Änderung	5 Tsd. EUR
2. Ablieferungen aufgrund des § 75 a NBG	
Zusammen	90 Tsd. EUR

Mehr aufgrund der Anpassung an die Entwicklung der Ist-Einnahmen der vergangenen Haushaltsjahre.

Zu 261 10

Voraussichtlich aufkommende Erstattungen für die Wahrnehmung der Versicherungsaufsicht gem. § 3 Abs. 1 und 2 des Nieders. Versicherungsaufsichtsgesetzes i. V. m. den Rahmengrundsätzen des MF für die Erhebung und Bemessung von Kosten nach dem Verwaltungskostenrecht.

Zu 281 17

Veranschlagt sind die Pauschalen, die die Landesbetriebe für die Zahlung der Beihilfeausgaben an den Landeshaushalt zu erstatten haben.

Die Erstattungen der Landesbetriebe verteilen sich wie folgt:

Kap.	Landesbetrieb	in 1000 EUR
08 11	Mess- und Eichwesen Niedersachsen (MEN)	171
08 13	Materialprüfanstalt für das Bauwesen, Hannover (MPA H1)	17
08 13	Materialprüfanstalt für Werkstoffe und Produktionstechnik, Hannover (MPA H2)	22
08 13	Materialprüfanstalt für das Bauwesen, Braunschweig (MPA BS)	51
	Summe:	261

Zu 412 04

Die/Der Vorsitzende einer Einigungsstelle erhält gem. § 71 Abs. 7 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 102,26 EUR.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0801 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
422 17-5	011	Bezüge für zugewiesene Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	50
422 19-1	011	Altersteilzeitzuschläge *Vgl. D-Vermerk zu 422 01.*	—	—	—	—	158
422 31-0	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-8	011	Vergütungen der Angestellten *Vgl. D-Vermerk zu 422 01.*	—	—	—	—	6.095
425 03-4	011	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten *Vgl. D-Vermerk zu 422 01.*	—	—	—	—	—
425 04-2	011	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	12	12	—	11
425 06-9	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1	1	—	—
425 17-4	011	Vergütungen für zugewiesene Angestellte	—	—	—	—	0
426 01-4	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter *Vgl. D-Vermerk zu 422 01.*	—	—	—	—	398
426 06-5	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	1	—	0
426 17-0	011	Löhne für zugewiesene Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-0	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	17	17	—	—
427 02-9	011	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 31-2	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	4	4	—	4
427 39-8	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	35	34	+1	34
427 41-0	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte zur Prüfung außerhalb der Verwaltung stehender Personen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 75 v.H. der Isteinnahmen bei 111 45.*	—	30	30	—	18
441 01-3	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	1.609	1.627	–18	1.778
441 02-1	940	Beihilfen für Angestellte	—	27	38	–11	26
441 03-0	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	17	22	–5	16
441 04-8	940	Beihilfen für Sonstige	—	—	—	—	—
443 01-6	940	Fürsorgeleistungen	—	26	20	+6	26
443 02-4	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
453 01-1	011	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	9	9	—	43
459 10-9	011	Grubenentschädigungen	—	1	1	—	—
511 01-1	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	343	343	—	239

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 425 04

Veranschlagt sind die erforderlichen Mittel für einen Ausbildungsplatz zur Fachinformatikerin/zum Fachinformatiker (Fachrichtung Systemintegration).

Zu 427 31

a) zu Lehrvergütungen
Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des Gem. RdErl. d. MF u. d. übr. Min. v. 20.1.2006 (Nds. MBl. S. 101 ff), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.
b) zu Prüfungsvergütungen
Die Höhe der Prüfungsvergütung bemisst sich nach den gemeinsam vom MF u. d. übr. Min. erlassenen Richtlinien über die Vergütung von Prüfungstätigkeiten im Bereich der niedersächsischen Landesverwaltung v. 20.1.2006 (Nds. MBl. S. 101 ff), in der jeweiligen Fassung.
25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. d. § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 427 41

Veranschlagt sind die Vergütungen für die Tätigkeit der Mitglieder des Prüfungsausschusses nach dem Kraftfahrsachverständigengesetz. Die Prüfer erhalten 75 v. H. der bei 111 45 aufkommenden Gebühren.

Zu 459 10

Bedienstete des Ministeriums erhalten diese Entschädigung nach den Bestimmungen des RdErl. d. MW vom 27. 12. 1978 – GültL 3/144 – (Nds. MBl. 1979 S. 54); geändert durch RdErl. vom 13.12.2001 (Nds.MBl. 2002 S.48).
Diese Entschädigung gilt als Aufwandsentschädigung im Sinne des EStG.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0801 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
514 01-0	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	39	39	—	34
517 01-0	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	270	270	—	283
518 01-6	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	355	355	—	362
518 02-4	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	70	70	—	48
519 01-2	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen *Übertragbar.*	—	8	8	—	7
525 01-2	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	112	112	—	116
525 10-1	011	Projektmanagement	—	30	30	—	6
525 11-0	011	Personalentwicklungsmaßnahmen *Übertragbar.*	—	90	90	—	42
526 01-9	011	Sachverständige	—	13	13	—	10
526 02-7	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	10	10	—	35
526 12-4	011	Kosten im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Eisenbahnaufsicht *Übertragbar.*	—	750	733	+17	704
527 01-5	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	137	137	—	162
527 02-3	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	23	23	—	19
529 10-7	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers	—	5	5	—	1
531 10-1	011	Öffentlichkeitsarbeit *Übertragbar.*	—	90	90	—	83
531 11-0	011	Landeswerbung *Übertragbar.* **** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.*	— 150	200	200	—	11
537 11-8	011	Dienstleistungen Dritter für Maßnahmen im Verkehrsbereich *Übertragbar.*	—	133	133	—	—
538 10-6	011	Dienstleistungen Dritter	—	25	25	—	5
538 11-4	011	Verkehrsmanagement *Übertragbar.*	—	50	50	—	46
546 01-0	011	Vermischte Ausgaben	—	5	5	—	3
546 02-8	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	1	1	—	—
546 03-6	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	1	1	—	0
546 04-4	011	Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 04.*	—	—	—	—	101
546 10-9	011	Modellprojekt "Bekämpfung der Schwarzarbeit" *Übertragbar.*	—	75	25	+50	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 525 10

Veranschlagt sind Ausgaben für Maßnahmen zur Lösung aktueller Fragestellungen bzw. Vorhaben (Projektgruppen, Arbeitsgruppen) und zur strategischen Steuerung des Ministeriums (Workshops und Klausuren). Die Mitarbeiter sollen in die Lage versetzt werden, Projektmanagement und Ressortplanung als wichtige Potenziale der strategischen Steuerung des MW zu nutzen.

Zu 525 11

Veranschlagt sind u.a. Ausgaben für Fortbildungsmaßnahmen für Nachwuchsführungskräfte an überwiegend international renommierten Ausbildungsstätten sowie für Volontariate bei international tätigen Unternehmen im Ausland.

Zu 526 12

Die Aufsicht über die nichtbundeseigenen Eisenbahnen in Niedersachsen wird vom MW ausgeübt, das sich zur Beurteilung von Fachfragen externer Sachverständiger bedient. Veranschlagt ist der hierdurch voraussichtlich entstehende Vergütungsbedarf.

Zu 531 10

Zur Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums (u. a. Druck von Informationsschriften).
Mit veranschlagt sind Reisekosten für Pressevertreter, die den Minister auf Auslandsreisen begleiten.

Zu 531 11

Veranschlagt sind Ausgaben für die Entwicklung und Umsetzung einer Markenphilosophie für das Land in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei und den anderen Ministerien.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	150	—	150
2008	—	—	—	—
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	150	—	150

Zu 537 11

Veranschlagt sind Ausgaben für Maßnahmen, die als Entscheidungshilfe im verkehrspolitischen Raum dienen sollen und für deren Erstellung eigenes Personal nicht zur Verfügung steht.
Die Ausgaben waren bis 2005 bei 526 11 veranschlagt.

Zu 538 11

Veranschlagt sind Ausgaben insbesondere für verkehrsträgerübergreifendes Mobilitätsmanagement und Verkehrsinformationsdienste.

Zu 546 10

Veranschlagt sind Ausgaben für ein Informations- und Kommunikationssystem im Rahmen des Modellprojektes „Bekämpfung der Schwarzarbeit“
Mehr infolge Neuveranschlagung eines Teilbetrages aus Vorjahren..

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0801 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
546 30-3	960	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr	—	—	—	—	—
547 11-3	011	Vergabekammer	—	30	30	—	—
547 12-1	011	Kongresse, Symposien, Wirtschaftskontakte **** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.*	—	45	45	—	—
631 10-6	751	Erstattung anteiliger Personalkosten für den Flughafenkontrolldienst an den Bund	—	230	230	—	200
631 11-4	749	Erstattung der Aufwendungen für die Durchführung der Eisenbahnbetriebsleiter-prüfung an das Eisenbahn-Bundesamt. *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 46.*	—	—	—	—	2
632 11-0	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Land Berlin	—	16	16	—	13
676 10-0	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Europäische Hafenorganisation, Brüssel	—	6	6	—	—
682 09-6	680	Zuführungen an Landesbetriebe für Ausgaben zum Ausgleich bei Inanspruchnahme in Schadensfällen	—	—	—	—	—
686 10-5	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	9	9	—	8
811 01-5	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 15-1	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
972 11-6	989	Globale Minderausgaben **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	–14.692	–14.692	—	—
972 14-0	989	Globale Minderausgabe Konsolidierung	—	–5.363	—	–5.363	—
981 10-7	990	Abführung an 13 21 - 381 08	—	655	655	—	654
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Kosten der Luftaufsicht**	(—)	(546)	(546)	(—)	(479)
427 62-2	751	Entschädigungen für Luftaufsichtspersonal, das in der Luftaufsicht nebenamtlich tätig ist	—	46	46	—	46
547 62-8	751	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben **** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.*	—	24	24	—	17
671 62-0	751	Erstattung von Kosten an Flugplatzhalter	—	476	476	—	416
TGr. 65		**Kosten der Sicherheitsmaßnahmen auf dem Flughafen Braunschweig** *Übertragbar.*	(—)	(259)	(259)	(—)	(148)
538 65-3	751	Dienstleistungen Außenstehender	—	240	240	—	145
547 65-2	751	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	3	3	—	1
631 65-3	751	Zuweisungen an den Bund	—	8	8	—	—
671 65-5	751	Erstattung von Kosten an die Flughafengesellschaft Braunschweig	—	8	8	—	1

ERLÄUTERUNGEN

Zu 547 11

Kosten für die Nachprüfungsverfahren vor der Vergabekammer beim MW, Regierungsvertretung Lüneburg, gemäß § 128 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Für die Amtshandlungen werden Kosten (Gebühren und Auslagen) erhoben. Die Gebührenermittlung erfolgt nach einer Gebührentabelle des Bundeskartellamtes vom 9.2.1999 in der jeweils geltenden Fassung.
Die voraussichtlich aufkommenden Einnahmen sind bei 111 13 veranschlagt.
Bis 2005 waren die Ausgaben bei 03 03 – 547 61 veranschlagt.

Zu 547 12

Die Ausgaben waren bis 2005 bei 529 11 veranschlagt.

Zu 631 10

Mit Wirkung vom 1. 4. 1994 ist das im Kontrolldienst auf dem Flughafen Hannover-Langenhagen tätige Personal vom Bund übernommen worden. Hierfür sind anteilig Personalkosten an den Bund zu erstatten. Veranschlagt ist der voraussichtlich entstehende Bedarf.

Zu 631 11

Die bei 111 46 aufkommenden Auslagen sind als Aufwendungen für die Durchführung der Prüfung zum Eisenbahnbetriebsleiter nach § 12 Eisenbahnbetriebsleiter-Prüfungsverordnung (EBPV) an das Eisenbahn-Bundesamt zu erstatten.

Zu 632 11

Die vom Land Berlin getragenen Personalkosten für die Geschäftsstelle der Wirtschafts- und Verkehrsministerkonferenz werden nach dem vorläufigen Königsteiner Schlüssel auf die einzelnen Länder verteilt. Veranschlagt ist der voraussichtlich auf das Land Niedersachsen entfallende Anteil.

Zu 676 10

Niedersachsen ist zusammen mit den anderen Küstenländern Mitglied der Europäischen Seehafen Organisation (ESPO). Die ESPO vertritt die Interessen und Ziele der Häfen gegenüber der EU-Kommission und nimmt frühzeitig Einfluß auf EU-Entscheidungen. Die jährlichen Verwaltungsausgaben werden von den Mitgliedern getragen. Den auf Deutschland entfallenden Betrag teilen sich die fünf Küstenländer zu gleichen Teilen.
Veranschlagt ist der voraussichtlich auf das Land Niedersachsen entfallende Anteil an den Verwaltungsausgaben der ESPO.

Zu 686 10

Mitgliedsbeiträge an die nachfolgend aufgelisteten Vereine, Verbände und Gesellschaften:

	Tsd.EUR
1. Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen e.V., Stuttgart	1,60
2. Deutscher Ausschuss für das Grubenrettungswesen, Herne	0,30
3. Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen e.V., Köln	1,70
4. Gemeinschaft zur Förderung der fachlichen Fortbildung der Straßenbau- und Verkehrsingenieure e.V., Hannover	0,50
5. Hafenbautechnische Gesellschaft (HTG), Hamburg	0,20
6. Gesellschaft der Förderer des Franzius-Instituts e.V., Hannover	0,10
7. forum Vergabe e.V., Berlin	1,00
8. ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V., München	0,50
9. Deutscher Verkehrssicherheitsrat e.V. (DVR), Bonn	3,10
Zusammen	9,00

Zu 972 11

Zum Ausgleich des Haushalts. Der Beitrag zum Haushaltsausgleich kann auch durch Mehreinnahmen erbracht werden, soweit diesen keine entsprechenden Mehrausgaben gegenüber stehen.

Zu 972 14

Zum Ausgleich des Haushalts.

Zu 981 10

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 62

Zur Durchführung der dem Lande gemäß §§ 29, 31 Abs. 2 des Luftverkehrsgesetzes vom 27. 3. 1999 (BGBl. I S. 550) – LuftVG – in der jeweils geltenden Fassung obliegenden Luftaufsicht bedient sich das Land Angestellter der Flugplatzhalter, Mitglieder der Luftsportvereine und anderer Personen, die vom MW mit der Wahrnehmung der Luftaufsicht auf einzelnen Flugplätzen oder in bestimmten Bezirken beauftragt werden.

Zu 427 62

Aufwendungen für das Luftaufsichtspersonal auf Flugplätzen und in den Aufsichtsbezirken.

Zu 547 62

Mieten (§ 29 a LuftVG), Geschäftsbedarf, Post- und Fernmeldegebühren, Reisekosten und andere sächliche Verwaltungsausgaben, die im Zusammenhang mit den bei 427 62 veranschlagten persönlichen Verwaltungsausgaben stehen.

Zu 671 62

Veranschlagt sind Kosten der Luftaufsicht, die den Flugplatzhaltern zu erstatten sind.

Zu Titelgruppe 65

Aufgrund einer Weisung des Bundesministeriums des Innern werden seit Ende 1995 auf dem Flughafen Braunschweig Luftsicherheitsmaßnahmen nach § 5 des Luftsicherheitsgesetzes vom 11.1.2005 (BGBl. I S. 78) Personen- und Gepäckkontrollen, Bestreifungen u. ä. durchgeführt.

Zu 538 65

Veranschlagt sind die Kosten für einen privaten Kontrolldienst zur Umsetzung der EU-Verordnungen 2320/2002 und 1138/2004 im Bereich der Luftsicherheitsmaßnahmen gemäß gemeinsamen Erlass des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) und des Bundesministeriums des Innern (BMI) vom 04.10. 2004.

Zu 631 65

Aus den bei 111 12 aufkommenden Luftsicherheitsgebühren zahlt das Land dem Bund für die von ihm für den Flughafen Braunschweig beschaffte Kontrolltechnik die Kosten über einen Abschreibungszeitraum von 8 bis 10 Jahren zuzüglich der kalkulatorischen Zinsen zurück.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0801 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 65-8	751	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 65.*	—	—	—	—	—
TGr. 66		**Kosten der Kommissionen nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm**	(—)	(5)	(5)	(—)	(5)
412 66-8	011	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	4	4	—	4
547 66-0	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1	1	—	1
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(630)	(630)	(—)	(504)
511 99-2	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	77	77	—	72
518 98-9	011	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-7	011	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-5	011	Aus- und Fortbildung durch das Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	—	6	6	—	3
525 99-3	011	Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	10	10	—	7
538 98-0	011	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	40	40	—	26
538 99-8	011	Dienstleistungen "Anderer"	—	200	200	—	137
547 99-7	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	70	70	—	0
812 98-4	011	Beschaffung von SW/Lizenzen	—	27	27	—	88
812 99-2	011	Erwerb von Geräten	—	200	200	—	171
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		41	–41	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 66

Sitzungskosten für zwei Fluglärmschutzkommissionen, die nach § 32 b des Luftverkehrsgesetzes vom 27. 3. 1999 (BGBl. I S. 550) – LuftVG –, in der jeweils geltenden Fassung, zu bilden sind. Die Kosten trägt das Land, in dessen Gebiet der Flugplatz liegt, für den die Kommissionen tätig werden.

Zu Titelgruppe 98/99

Veranschlagt sind Kosten für Dienstleistungen des izn; dieses betrifft einerseits die Nutzung der IT-Ausstattung auf den Arbeitsplätzen und des IT-Services des izn sowie andererseits den IT-Infrastrukturbetrieb für die spezifischen Verfahren des MW.
Weiterhin sind Kosten veranschlagt:

- für Betrieb und notwendige Weiterentwicklungen der MW-Fachverfahren,
- für Betrieb, Anwenderschulungen, Pflege und bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Einsatzes der elektronischen Akte (Programm DOMEA) sowie
- für die Migration des MW-Intranet.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0801 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0801					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		723	623	+100	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		347	304	+43	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		1.070	927	+143	
		4 Personalausgaben	—	17.397	17.300	+97	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	— 150	3.581	3.551	+30	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	753	753	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	227	227	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	–19.400	–14.037	–5.363	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 150	2.558	7.794	–5.236	
		Zuschuss		1.488	6.867	–5.379	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0802 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-8	011	Vermischte Einnahmen		350	2.839	–2.489	353
119 41-7	011	Rückzahlung von Überzahlungen		410	340	+70	413
119 43-3 (GA)	692	Rückzahlung von Überzahlungen aus der GA "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" **** Die Bundesanteile dürfen durch Absetzung von der Einnahme an den Bund verausgabt werden.*		1.130	680	+450	1.131
119 44-1	699	Rückzahlung von Überzahlungen aus EU-Programmen **** Die EU-Anteile dürfen durch Absetzung von der Einnahme an die EU verausgabt werden.*		—	980	–980	631
231 61-6	252	Zuweisungen des Bundes gemäß Aufstiegs-fortbildungsförderungsgesetz (AFBG)		7.722	7.722	—	8.670
272 78-9	699	Zuweisungen von EU-Mitteln für innovative Maßnahmen **** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 78.*		—	—	—	—
331 67-0 (GA)	692	Zuweisungen des Bundes als Anteil zur Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.*		25.000	23.468	+1.532	22.110
334 10-5	699	Zuweisungen des Bundes für Investitionen im Rahmen der Hochwasserhilfe *Vgl. K-Vermerk zu 892 10.*		—	—	—	85
356 77-0	950	Entnahme aus dem Grundstock zur Förderung von Innovationen (Innovationsfonds) *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 77.*		—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 66		**Ziel 2-Programm 2000 - 2006 (EFRE)** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		(92.032)	(91.982)	(+50)	(103.769)
119 66-2	699	Zinseinnahmen aus Zuwendungen von EU-Mitteln		50	—	+50	6
272 66-5	699	Zuweisungen für das Ziel 2-Programm 2000 - 2006		91.982	91.982	—	103.763
TGr. 68		**Ziel 1-Programm 2007 - 2013 (EFRE)** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.*		(91.450)	(—)	(+91.450)	(—)
119 68-9	699	Zinseinnahmen aus Zuwendungen von EU-Mitteln		—	—	—	—
272 68-1	699	Zuweisungen für das Ziel 1-Programm 2007 - 2013		91.450	—	+91.450	—
TGr. 69		**Ziel 2-Programm 2007 - 2013 EFRE (ohne Region Lüneburg)** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 69.*		(79.429)	(—)	(+79.429)	(—)
119 69-7	699	Zinseinnahmen aus Zuwendungen von EU-Mitteln		—	—	—	—
272 69-0	699	Zuweisungen für das Ziel 2-Programm 2007 - 2013		79.429	—	+79.429	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 119 01

Es handelt sich hierbei überwiegend um Zinseinnahmen aus Rückforderungen von Zuwendungen (§ 44 LHO).
Weniger, weil sich die im Hj. 2005 von Kapitel 03 05 infolge Auflösung der Bezirksregierungen verlagerten Einnahmeerwartungen im Einzelplan 08 nicht erfüllt haben.

Zu 119 41

Rückzahlungen aus Zuwendungen nach den Richtlinien zu §§ 23 und 44 LHO.

Zu 231 61

Die Ausgaben für Maßnahmen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) werden zu 78 v. H. vom Bund erstattet.
Vgl. Ausgaben TGr. 61 (Titel 681 61).

Zu 331 67

Die Ausgaben im Rahmen des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" vom 6. 10. 1969 (BGBl. I S. 1861) werden gem. § 10 zur Hälfte vom Bund erstattet.
Vgl. Ausgaben TGr. 67.

Zu Titelgruppe 66

Vgl. Ausgaben TGr. 66.

Zu Titelgruppe 68

Vgl. Ausgaben TGr. 68.

Zu Titelgruppe 69

Vgl. Ausgaben TGr. 69.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0802 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 73		**Zuweisungen des Bundes zur Finanzierung des Institutes für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben**		(3.347)	(2.449)	(+898)	(2.412)
231 73-0 (GA)	177	Zuweisung des Bundes gem. Art. 91 b GG für laufende Zwecke		2.772	2.201	+571	2.164
331 73-4 (GA)	177	Zuweisung des Bundes gem. Art. 91 b GG für Investitionen		575	248	+327	248
		A U S G A B E N					
546 01-3	692	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
547 10-9	699	Begleitung und Evaluation verschiedener EU-Programme *Übertragbar.*	400 150	450	450	—	184
634 10-9	699	Sonstige Zuführungen an den Wirtschaftsförderfonds Kapitel 50 81	—	2.874	2.374	+500	2.337
684 52-1	649	Zuschüsse zur Förderung der Verbraucherberatung	—	1.000	1.328	–328	1.340
884 10-5	692	Zuführung an den Wirtschaftsförderfonds zur Finanzierung von Investitionen Kapitel 50 81 *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 884 10 und 884 11.*	—	42.000	34.723	+7.277	34.723
884 11-3	692	Zuführung an den Wirtschaftsförderfonds zur Finanzierung von Investitionen Kapitel 50 84 *Vgl. D-Vermerk zu 884 10.*	—	8.000	4.397	+3.603	—
892 10-8	699	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen im Rahmen der Hochwasserhilfe *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 334 10.*	—	—	—	—	85
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Maßnahmen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)** *Übertragbar.*	(—)	(10.947)	(10.947)	(—)	(10.617)
547 61-3	252	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	24	24	—	33
671 61-6	252	Erstattungen an die Deutsche Ausgleichsbank	—	1.023	1.023	—	858
681 61-1	252	Zuschüsse an die Anspruchsberechtigten	—	9.900	9.900	—	9.726

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 73

Vgl. Ausgaben TGr. 73.

Zu 547 10

Veranschlagt sind Mittel für die Begleitung und Bewertung von EU-Programmen (Programmaufstellung, Berichterstattung, Evaluierung, Finanzkontrolle, Öffentlichkeitsarbeit, Sitzungen der Begleitausschüsse). Diese Maßnahmen sind durch Vorschriften der EU verbindlich vorgeschrieben und Voraussetzung für die Programmdurchführung und Gewährung der EU-Mittel.
Bereits seit dem Hj. 2006 entsteht ein Mehrbedarf insbesondere deshalb, weil für die Förderperiode 2007 bis 2013 mindestens zwei neue Programme aufgestellt werden müssen und zwar ein Ziel 2-Programm für die heutigen NUTS-II Regionen Weser-Ems, Hannover und Braunschweig und ein Ziel 1-Programm für die NUTS-II Region Lüneburg. Diese Programme setzen u. a. landesweite ex-ante Evaluierungen, Chancen-Risiken-Analysen, die Entwicklung von Programmstrategien und eine detaillierte Programmplanung voraus, für die externer Sachverstand erforderlich ist.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	89	100	—	189
2008	89	50	100	239
2009	—	—	150	150
2010	—	—	150	150
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	178	150	400	728

Zu 634 10

Veranschlagt sind die anteiligen Personal- und Sachkosten für Bedienstete des Landes, die der NBank zugewiesen sind (2.374.000 EUR) sowie der von Kapitel 08 04 Titel 684 10 verlagerte Ansatz in Höhe von 500.000 EUR infolge der Verschmelzung der Landesberatungsgesellschaft für Integration und Beschäftigung mbH (LaBIB) auf die NBank zum 1. Januar 2007. Die Gesellschafterleistungen an die NBank werden aus Kapitel 50 81 Titel 686 69 – bis 2006 aus Kapitel 50 81 Titel 686 68 - (Wirtschaftsförderfonds) geleistet (vgl. auch 50 81 - 359 69).

Zu 684 52

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschüsse zur Förderung der Verbraucherberatung.

Rechtliche Grundlage: Freiwillige Leistung; jährliche Zuwendungsbescheide.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	1.640	1.573	1.371	1.340	1.328	1.000	1.000	1.000	1.000
Korrespondierende Einnahmen aus EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					1.328	1.000	1.000	1.000	1.000

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 684 52

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1965.

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Zuwendungen zum Zwecke der Unterrichtung der Verbraucher über marktwirtschaftlich richtiges Verhalten (Verbraucherunterrichtung und –schulung, Vorträge, Vorführungen, Lehrgänge, Ausstellungen und Veröffentlichungen) zur Festigung des Systems der sozialen Marktwirtschaft. Daher sieht das Land grundsätzlich das Bedürfnis und die Notwendigkeit einer unabhängigen Verbraucherberatung in Niedersachsen. Zusätzlich wird das landespolitische Ziel "Stärkung des ländlichen Raumes bzw. regionaler Strukturen" durch die VZN forciert und entsprechend umgesetzt.

Zielgruppe: Verbraucherzentrale Niedersachsen e. V. (VZN).
Durchschnittliche Förderhöhe: 1.340 Tsd. EUR.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Verbraucherzentrale Niedersachsen e. V. (VZN)

	Betrag für 2007 EUR	Betrag für 2006 EUR	Istergebnis 2005 EUR
Ausgaben	2.739	3.055	3.159
Einnahmen	1.500	1.487	1.537
Fehlbetrag	1.239	1.568	1.622

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:	
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	-
b) das Land - MW - mit	1.000
c) das Land - ML - mit	30
d) den Bund mit	48
e) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	161
f) Private	-
Zusammen	1.239

Zu 884 10
Bezeichnung des Förderprogramms: Zuführung an den Wirtschaftsförderfonds zur Finanzierung von Investitionen Kapitel 50 81.

Rechtliche Grundlage: Gesetz über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen vom 08.11.1977 (Nds. GVBl. 1977 S. 589) i. d. F. vom 16.10.1997 (Nds. GVBl. Nr. 20 S. 432), zuletzt geändert durch Art. 10 des Haushaltsbegleitgesetzes 2006 vom 15.12. 2005 (Nds. GVBl. S. 426).

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	78.366	64.065	48.456	34.723	34.723	42.000	42.000	42.000	42.000
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					34.723	42.000	42.000	42.000	42.000

Empfänger:
[X]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[X]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 884 10

Beginn der Förderung: 1.1.1978.

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Die Mittel werden zur Verbesserung der Wirtschaftskraft und –struktur des Landes Niedersachsen eingesetzt; so sollen u. a. Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsvorhaben, die Entwicklung und Anwendung neuer Technologien sowie Maßnahmen nach dem Gesetz zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (Mittelstandsförderungsgesetz) gefördert werden.

Zielgruppe: Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen.

Durchschnittliche Förderhöhe: 300 Tsd. EUR

Vgl. Anlage 1 zum Epl. 08.

Zu 884 11

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuführung an den Wirtschaftsförderfonds zur Finanzierung von Investitionen Kapitel 50 84.

Rechtliche Grundlage: Gesetz über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen vom 8.11.1977 (Nds. GVBl. 1977 S. 589) i. d. F. vom 16.10.1997 (Nds. GVBl. Nr. 20 S. 432), zuletzt geändert durch Art. 10 des Haushaltsbegleitgesetzes 2006 vom 15.12. 2005 (Nds. GVBl. S. 426).

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	0	0	0	4.800	4.397	8.000	8.000	8.000	8.000
Korrespondierende Einnahmen aus EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					4.397	8.000	8.000	8.000	8.000

Empfänger:
[X]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[X]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1.1.1978. Erstmals seit dem Hj. 2005 wird die Zuführung an Kapitel 50 84 (MU) unter einer eigenen Haushaltsstelle veranschlagt.

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Im Interesse des Klimaschutzes sowie der nachhaltigen und preisgünstigen Energieversorgung sollen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sowie wirtschaftsnahe Forschungsinstitute bei der anwendungsnahen Forschung und Entwicklung neuer Technologien in den Bereichen erneuerbare Energien, innovative Energietechniken, Energieeinsparung und Energieeffizienz gefördert werden.

Zielgruppe: Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen.

Durchschnittliche Förderhöhe: 225 Tsd. EUR.
Vgl. Anlage 1 zum Epl. 08.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 61

Ziel der Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) ist es, Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Maßnahmen der beruflichen Aufstiegsfortbildung durch Beiträge zu den Kosten der Maßnahme und zum Lebensunterhalt finanziell zu unterstützen.
Die Ausgaben nach diesem Gesetz werden vom Bund zu 78 v. H. und von den Ländern zu 22 v. H. getragen.

Zu 547 61

Verwaltungskosten für die Durchführung des Gesetzes.

Zu 671 61

Das AFBG sieht Förderungen auf Zuschuss- und Darlehensbasis vor.
Die Darlehen werden von der KfW-Bankengruppe gewährt. Der für den Schuldendienst vom Land zu tragende Kostenanteil in Höhe von 22. v. H. muss der KfW-Bankengruppe erstattet werden.

Zu 681 61

Die Zuschüsse werden den Anspruchsberechtigten vom Land ausgezahlt. Von den Zuschussbeträgen werden vom Bund 78 v. H. erstattet, die bei dem Titel 231 61 vereinnahmt werden.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0802 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 66		**Ziel 2-Programm 2000 - 2006 (EFRE)** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 66.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programmes als Vorgriff gem. § 37 <6> LHO nachzuweisen.* *Rückforderungsbeträge dürfen beim jeweiligen Ausgabetitel abgesetzt und wieder neu eingesetzt werden.*	(—)	(92.032)	(91.982)	(+50)	(83.449)
547 66-4	699	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	185
633 66-8	699	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	5.618	5.618	—	2.454
682 66-9	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentl. Unternehmen	—	1.820	1.820	—	—
683 66-5	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	7.890	7.890	—	4.529
883 66-4	699	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	28.000	28.000	—	48.031
891 66-7	699	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	4.020	4.020	—	252
892 66-3	699	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	44.684	44.634	+50	25.930
893 66-0	699	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände	—	—	—	—	2.069
TGr. 67		**Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 200 v.H. der Isteinnahmen bei 331 67.* **** Die Ansätze der Titelgruppe dürfen nur nach Maßgabe des § 37 LHO überschritten werden.*	(49.906) (58.964)	(50.000)	(46.936)	(+3.064)	(50.250)
547 67-2 (GA)	692	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
632 67-0 (GA)	692	Erstattungen an Länder für Forschungsvorhaben	—	—	—	—	—
685 67-6 (GA)	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
686 67-2 (GA)	692	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	926
883 67-2 (GA)	692	Zuweisungen für Infrastrukturmaßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	22.708	21.758	+950	11.190
887 67-8 (GA)	692	Zuwendungen für Infrastrukturmaßnahmen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
891 67-5 (GA)	691	Zuschüsse für Investitionen an Betriebe mit mehr als 50 v.H. öffentl. Beteiligung	—	—	—	—	310

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 66

Bezeichnung des Förderprogramms: Ziel 2-Programm 2000 – 2006 (EFRE).

Rechtliche Grundlage: Niedersachsen hat sich mit der Einreichung des genehmigten Programmplanungsdokuments gegenüber der EU verpflichtet, das EU-Programm ordnungsgemäß durchzuführen und den im zugehörigen Finanzplan vorgesehenen Anteil an der nationalen Kofinanzierung der EU-Mittel, die anderenfalls nicht gewährt worden wären, zu übernehmen.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	90.237	81.372	81.301	83.449	91.982	92.032	124.098	0	0
Korrespondierende Einnahmen aus EU					91.982	92.032	124.098	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					0	0	0	0	0

Empfänger:
[X]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1.1.2000.

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, Bewilligungen und Zahlungen sind bis 31.12.2008 möglich.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Dieses EU-Programm beinhaltet ab 1.1.2000 u. a. die Mitfinanzierung von kommunalen Infrastrukturmaßnahmen, gewerblichen produktiven Investitionsvorhaben, FuE-Vorhaben, Tourismusprojekten und ökologischen Umstrukturierungsmaßnahmen. Als zentrale Behörde verwaltet MW die Mittel des Fonds auch für MU, MK, MWK und MS.
Die Kofinanzierung dieser Maßnahmen erfolgt aus laufenden Förderprogrammen des Landes im Rahmen verfügbarer Ansätze, aus kommunalen Förderprogrammen sowie aus privaten Mitteln. Die Vereinnahmung der EU-Mittel erfolgt bei Kapitel 08 02 Titel 231 66.
Mittel für die ausgelaufenen EU-Programme waren bei Kapitel 08 02 Titelgruppe 65 veranschlagt. Diese Titelgruppe wurde ab 2007 aufgelöst.

Zielgruppe: Siehe Rubrik “Empfänger“.

Durchschnittliche Förderhöhe: Sie ist nicht aussagefähig errechenbar, da - wie unter der o. a. Rubrik “Förderzweck“ beschrieben - diverse Förderprogramme mit sehr unterschiedlichen Förderquoten und Finanzierungsplänen betroffen sind (rund 25).

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 67

Bezeichnung des Förderprogramms: Gemeinschaftsaufgabe “Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“.

Rechtliche Grundlage: Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe “Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vom 6.10.1969 (BGBl. I S. 1861) i. d. F. vom 24.6.1991 (BGBl. I 1991 S. 1322).

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	72.325	79.581	49.452	50.250	46.936	50.000	50.000	50.000	50.000
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					0	0	0	0	0
Bund					23.468	25.000	25.000	25.000	25.000
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					23.468	25.000	25.000	25.000	25.000

Empfänger:
[X]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1.1.1970.

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Finanzierungsbeihilfen für niedersächsische regionale Aktionsprogramme im Rahmen des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe “Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und aufgrund der Festlegungen im 36. Rahmenplan, die der Bund mit 50 v. H. erstattet. Nach den Beschlüssen des Bund-Länder-Planungsausschusses der GA werden die gesamtdeutschen GA-Mittel ab 2007 um 100 Mio. EUR jährlich im Verhältnis sechs Siebtel Ost und ein Siebtel West gekürzt. Auf das Land Niedersachsen entfallen danach in den Jahren 2007 bis 2013 insgesamt noch 350 Mio. EUR, d. h. siebenmal 50 Mio. EUR jährlich, davon 25 Mio. EUR Bundesanteil. Dennoch bietet diese Entscheidung die Chance, das Fördersystem langfristig weiter zu entwickeln.
Der Bundesanteilsbetrag ist bei Titel 331 67 ausgewiesen. Durch entsprechenden Haushaltsvermerk wird sicher gestellt, dass Ausgaben nur in Höhe von 200 v. H. der Ist-Einnahmen bei Titel 331 67 geleistet werden dürfen.
Darüber hinaus vgl. Erläuterungen zu 883 67 und 892 67.

Zielgruppe: Vorrangig gewerbliche Betriebe.

Durchschnittliche Förderhöhe: 266 Tsd. EUR.

Zu 883 67

Förderung des Ausbaues der Infrastruktur, soweit es unmittelbar für die Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft erforderlich ist, durch

1. Erschließung von Industriegelände,
2. Wiederherrichtung von brachliegendem Industriegelände,
3. Ausbau von Verkehrsverbindungen, Energie- und Wasserversorgungsleitungen und -verteilungsanlagen, Anlagen für die Beseitigung bzw. Reinigung von Abwasser und Abfall,
4. öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen,
5. Errichtung oder Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten, soweit ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem Bedarf der regionalen gewerblichen Wirtschaft an geschulten Arbeitskräften besteht,
6. Errichtung oder Ausbau von Gewerbezentren für KMU

entsprechend den Bestimmungen des Rahmenplanes der Gemeinschaftsaufgabe.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0802 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
892 67-1 (GA)	691	Zuschüsse für Investitionen an private Betriebe der gewerblichen Wirtschaft	49.906 58.964	27.292	25.178	+2.114	37.824
893 67-8 (GA)	691	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 68		**Ziel 1-Programm 2007 - 2013 (EFRE)** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 68.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programmes als Vorgriff gem. § 37 <6> LHO nachzuweisen.* *Rückforderungsbeträge dürfen beim jeweiligen Ausgabetitel abgesetzt und wieder neu eingesetzt werden.*	(—)	(91.450)	(—)	(+91.450)	(—)
547 68-0	699	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	270	—	+270	—
633 68-4	699	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	9.118	—	+9.118	—
682 68-5	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentl. Unternehmen	—	—	—	—	—
683 68-1	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	18.236	—	+18.236	—
883 68-0	699	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	27.354	—	+27.354	—
891 68-3	699	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 68-0	699	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	22.795	—	+22.795	—
893 68-6	699	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände	—	13.677	—	+13.677	—
TGr. 69		**Ziel 2-Programm 2007 - 2013 EFRE (ohne Region Lüneburg)** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 69.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programmes als Vorgriff gem. § 37 <6> LHO nachzuweisen.* *Rückforderungsbeträge dürfen beim jeweiligen Ausgabetitel abgesetzt und wieder neu eingesetzt werden.*	(—)	(79.429)	(—)	(+79.429)	(—)
547 69-9	699	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	180	—	+180	—
633 69-2	699	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	7.916	—	+7.916	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 892 67

Förderung der gewerblichen Wirtschaft bei Errichtung, Erweiterung, Umstellung oder grundlegender Rationalisierung von gewerblichen Betrieben, Erwerb einer stillgelegten oder von der Stillegung bedrohten Betriebsstätte sowie Markteinführung von innovativen Produkten entsprechend den Festlegungen im Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	42.798	7.202	—	50.000
2008	22.802	19.850	7.348	50.000
2009	—	22.708	19.850	42.558
2010	—	—	22.708	22.708
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	65.600	49.760	49.906	165.266

Zu Titelgruppe 68

Bezeichnung des Förderprogramms: Ziel 1-Programm 2007 – 2013 (EFRE).

Rechtliche Grundlage: Die rechtliche Grundlage wird derzeit noch erarbeitet. Die Landesregierung hat mit Beschluss vom 15. Februar 2005 die Grundsatzentscheidung getroffen, ein entsprechendes Programmplanungsdokument, welches der Europäischen Kommission noch zur Genehmigung vorzulegen ist, zu erarbeiten. Mit diesem Programmplanungsdokument wird sich Niedersachsen gegenüber der EU verpflichten, das EU-Programm ordnungsgemäß durchzuführen und den im dazugehörigen Finanzplan vorgesehenen Anteil an der nationalen Kofinanzierung der EU-Mittel, die anderenfalls nicht gewährt werden, zu übernehmen.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	0	0	0	0	0	91.450	85.920	80.530	75.000
Korrespondierende Einnahmen aus EU					0	91.450	85.920	80.530	75.000
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					0	0	0	0	0

Empfänger:
[X]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1.1.2007.

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis 31.12.2015.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Dieses EU-Programm beinhaltet ab 1.1.2007 u. a. die Mitfinanzierung von kommunalen Infrastrukturmaßnahmen, innovativen gewerblichen Investitionsvorhaben, FuE-Vorhaben einschließlich technologischer Netzwerke, ökologischen Umstrukturierungsmaßnahmen, Darlehens- und Risikokapitalfonds, Tourismusprojekten, Städtebauförderung und Verkehrsprojekten. Als zentrale Behörde verwaltet MW die Mittel des Fonds auch für MU, MK, MWK und MS.
Die Kofinanzierung dieser Maßnahmen erfolgt aus laufenden Förderprogrammen des Landes im Rahmen verfügbarer Ansätze, aus kommunalen Förderprogrammen sowie aus privaten Mitteln. Die Vereinnahmung der EU-Mittel erfolgt bei Kapitel 08 02 Titel 231 68.
Mittel für das 2008 auslaufende Ziel 2-Programm sind bis zum Hj. 2008 bei Kapitel 08 02 Titelgruppe 66 veranschlagt.

Zielgruppe: Siehe Rubrik „Empfänger“.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 68

Durchschnittliche Förderhöhe: Sie ist nicht aussagefähig errechenbar, da – wie unter der o. a. Rubrik „Förderzweck“ beschrieben - diverse Förderprogramme mit sehr unterschiedlichen Förderquoten und Finanzierungsplänen betroffen sind (rund 20).

Zu Titelgruppe 69

Bezeichnung des Förderprogramms: Ziel 2-Programm 2007 – 2013 EFRE (ohne Region Lüneburg)

Rechtliche Grundlage: Die rechtliche Grundlage wird derzeit noch erarbeitet. Die Landesregierung hat mit Beschluss vom 15. Februar 2005 die Grundsatzentscheidung getroffen, ein entsprechendes Programmplanungsdokument, welches der Europäischen Kommission noch zur Genehmigung vorzulegen ist, zu erarbeiten. Mit diesem Programmplanungsdokument wird sich Niedersachsen gegenüber der EU verpflichten, das EU-Programm ordnungsgemäß durchzuführen und den im dazugehörigen Finanzplan vorgesehenen Anteil an der nationalen Kofinanzierung der EU-Mittel, die anderenfalls nicht gewährt werden, zu übernehmen.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	0	0	0	0	0	79.429	79.429	79.428	79.428
Korrespondierende Einnahmen aus EU					0	79.429	79.429	79.428	79.428
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					0	0	0	0	0

Empfänger:
[X]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1.1.2007.

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis 31.12.2015.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Dieses EU-Programm beinhaltet ab 1.1.2007 u. a. die Mitfinanzierung von kommunalen Infrastrukturmaßnahmen, innovativen gewerblichen Investitionsvorhaben, FuE-Vorhaben einschließlich technologischer Netzwerke, ökologischen Umstrukturierungsmaßnahmen, Darlehens- und Risikokapitalfonds, Tourismusprojekten, Städtebauförderung und Verkehrsprojekten. Als zentrale Behörde verwaltet MW die Mittel des Fonds auch für MU, MK, MWK und MS.
Die Kofinanzierung dieser Maßnahmen erfolgt aus laufenden Förderprogrammen des Landes im Rahmen verfügbarer Ansätze, aus kommunalen Förderprogrammen sowie aus privaten Mitteln. Die Vereinnahmung der EU-Mittel erfolgt bei Kapitel 08 02 Titel 231 69.
Mittel für das 2008 auslaufende Ziel 2-Programm sind bis zum Hj. 2008 bei Kapitel 08 02 Titelgruppe 66 veranschlagt.

Zielgruppe: Siehe Rubrik „Empfänger“.

Durchschnittliche Förderhöhe: Sie ist nicht aussagefähig errechenbar, da – wie unter der o. a. Rubrik „Förderzweck“ beschrieben - diverse Förderprogramme mit sehr unterschiedlichen Förderquoten und Finanzierungsplänen betroffen sind (rund 20).

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0802 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
682 69-3	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentl. Unternehmen	—	—	—	—	—
683 69-0	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	15.832	—	+15.832	—
883 69-9	699	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	23.748	—	+23.748	—
891 69-1	699	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 69-8	699	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	19.880	—	+19.880	—
893 69-4	699	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände	—	11.873	—	+11.873	—
TGr. 70		**Maßnahmen zur Verbesserung der ökologischen Situation an der Ems** *Übertragbar.* **** Eingeworbene Mittel der Region werden auf den Haushaltsansatz angerechnet.*	(—)	(500)	(—)	(+500)	(49)
547 70-2	699	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungausgaben	—	—	—	—	—
686 70-2	699	Finanzhilfe an die Niedersächsische Umweltstiftung	—	500	—	+500	—
761 70-4	699	Sonstige Tiefbaumaßnahmen	—	—	—	—	—
821 70-7	699	Grunderwerb	—	—	—	—	49
TGr. 73		**Institut für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben** *Übertragbar.*	(450) (—)	(6.694)	(4.898)	(+1.796)	(4.824)
685 73-0 (GA)	177	Zuschüsse für laufende Zwecke	300 —	5.544	4.402	+1.142	4.328
894 73-9 (GA)	177	Zuschüsse für Investitionen	150 —	1.150	496	+654	496
TGr. 74		**Deutsche Management-Akademie (DMAN)** *Übertragbar.*	(—)	(700)	(1.043)	(–343)	(1.055)
686 74-5	692	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	649	992	–343	1.004
893 74-0	692	Zuschüsse für Investitionen	—	51	51	—	51
TGr. 75		**Investment Promotion Agency (IPA)**	(—)	(1.641)	(1.616)	(+25)	(1.591)
547 75-3	171	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.641	1.616	+25	1.591
686 75-3	171	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
TGr. 76		**Förderung von Existenzgründungen** *Übertragbar.* **** Eingeworbene EU Mittel werden auf den Haushaltsansatz angerechnet.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(–388)
686 76-1	699	Zuschuss für laufende Zwecke	—	—	—	—	–488
892 76-0	699	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	100

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 547 70

Das Programm ist abgeschlossen. Leertitel zur Buchung von Ausgaberesten.

Zu 686 70

Im Rahmen des Ausbaus der Bundeswasserstraße Ems hat die Landesregierung am 4. Juli 1994 mit den Naturschutzverbänden BUND, NABU und WWF Deutschland eine Vereinbarung geschlossen, um den Werftenstandort Papenburg zu sichern und die ökologische Situation an der Ems zu verbessern. § 2 dieser vertraglichen Vereinbarung beinhaltet eine Zustiftung zur Niedersächsischen Umweltstiftung durch das Land Niedersachsen, die schrittweise ab 2007 eingelöst werden soll.

Zu Titelgruppe 73

Bezeichnung des Förderprogramms: Institut für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben (GGA).

Rechtliche Grundlage: Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Art. 91 b GG (Rahmenvereinbarung Forschungsförderung).

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	4.346	4.346	4.346	4.824	4.898	6.694	5.694	5.694	5.846
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					0	0	0	0	0
Bund					2.449	3.347	2.847	2.847	2.923
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					2.449	3.347	2.847	2.847	2.923

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1999.

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Nach Evalution der "Blauen-Liste-Institute" ist das "Institut für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben (GGA)" als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts gegründet worden (Nds. GVBl. Nr. 25/99 S. 428). Das Institut betreibt überregionale, angewandte geowissenschaftliche Forschung unter besonderer Berücksichtigung der Geophysik. Bund und Länder tragen jeweils die Hälfte der Ausgaben.
Zielgruppe: Institut für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben (GGA).
Durchschnittliche Förderhöhe: 4.824 Tsd. EUR.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Instituts für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben (GGA).

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	7.334	5.538	6.310
Einnahmen	640	640	1.486
Fehlbetrag	6.694	4.898	4.824

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 73

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	3.347
3. den Bund mit	3.347
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
5. Private	—
Zusammen	6.694

Von dem Fehlbetrag zu 2.) sind in 2007 712 Tsd. EUR als Anteil der anderen Länder bei Kapitel 06 07 Titel 232 02 mitveranschlagt.
Der Finanzierungsanteil Niedersachsens beträgt danach in 2007 2.635 Tsd. EUR.

Zu 685 73

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	100	100
2009	—	—	100	100
2010	—	—	100	100
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	300	300

Zu 894 73

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	150	150
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	150	150

Zu Titelgruppe 74

Bezeichnung des Förderprogramms: Deutsche Management-Akademie (DMAN).

Rechtliche Grundlage: Freiwillige Leistung; jährliche Zuwendungsbescheide.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 74

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	1.629	1.365	1.176	1.055	1.043	700	700	700	700
Korrespondierende Einnahmen aus EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					1.043	700	700	700	700

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1989.

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Die Deutsche Management-Akademie Niedersachsen (DMAN) wurde 1989 auf Initiative der Niedersächsischen Landesregierung gegründet. Ihr Auftrag ist es, Führungs- und Nachwuchsführungskräfte aus Betrieben und Verbänden durch qualifiziertes Managementtraining mit praxisgerecht aufbereitetem betriebswirtschaftlichen Know-how zu fördern. Zielgebiete für ihre Arbeit sind die Länder Mittel- und Osteuropas, der GUS und die Volksrepublik China. Die DMAN realisiert ihre Programme in enger Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft, insbesondere mit niedersächsischen Unternehmen. Sie eröffnet damit den Führungskräften und Unternehmensvertretern beider Seiten die Möglichkeit zu einem intensiven Erfahrungsaustausch. Darüber hinaus führt die DMAN Programme und Projekte im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland und der EU mit den genannten Zielländern durch.
Die intensive Kooperation der DMAN mit der Wirtschaft fördert die bilateralen Beziehungen zwischen niedersächsischen Unternehmen und Unternehmen aus den mittel- und osteuropäischen Staaten, der GUS und China. Die Akademie ist ein wichtiger Baustein im strategischen Ziel der weiteren Internationalisierung der niedersächsischen Wirtschaft.

Zielgruppe: Deutsche Management-Akademie (DMAN).
Durchschnittliche Förderhöhe: 1.055 Tsd. EUR.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Deutschen Management-Akademie Niedersachsen eGmbH.

	Betrag für 2007 EUR	Betrag für 2006 EUR	Istergebnis 2005 EUR
Ausgaben	5.049	5.408	5.741
Einnahmen	4.349	4.365	4.686
Fehlbetrag	700	1.055	1.055

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:	
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	
b) das Land mit	700
c) den Bund mit	
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	
e) Private	
Zusammen	700

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 75

Die Akquisition von Unternehmen und Arbeitsplätzen für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen ist und bleibt eine vorrangige Landesaufgabe. Sie kann effektiv nur von einer kleinen, flexiblen Einheit, die wie die IPA selbständig und als Unternehmen mit den Unternehmen agiert, wahrgenommen werden.

Mit Beginn des Jahres 2005 ist die IPA neu ausgerichtet worden. Danach konzentriert sie sich noch stärker auf das Ansiedlungsmarketing. Neben der Akquisition bei definierten Zielgruppen bietet sie nationalen und internationalen Unternehmen mit konkreten Investitionsabsichten ein auf deren spezifische Bedürfnisse ausgerichtetes ganzheitliches Projektmanagement.

Zu Titelgruppe 76

Leertitel zur Buchung von Ausgaberesten.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0802 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 77		**Förderung von Innovationen (Innovationsfonds)** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 356 77.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(1.524)
547 77-0	699	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
686 77-0	699	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	1.524
893 77-5	699	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 78		**Innovative Maßnahmen des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)** *Übertragbar.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *Ausgaben der TGr. erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen entsprechend dem genehmigten Programm.* *Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programmes als Vorgriff gem. § 37 <6> LHO nachzuweisen.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(909)
547 78-8	699	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	17
633 78-1	699	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
682 78-2	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentl. Unternehmen	—	—	—	—	892
683 78-9	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
883 78-8	699	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
891 78-0	699	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 78-7	699	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
TGr. 81		**Förderung wirtschaftlicher Beziehungen zu den Entwicklungsländern und Ländern Osteuropas**	(—)	(70)	(71)	(–1)	(165)
547 81-8	023	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	75
681 81-6	023	Zuschüsse an Angehörige von Entwicklungsländern und Ländern Osteuropas	—	—	—	—	—
686 81-8	023	Zuschüsse an Institutionen und sonstige im Inland	—	70	71	–1	90

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 77
Leertitel zur Buchung von Ausgaberesten.

Zu Titelgruppe 78
Leertitel zur Buchung von Ausgaberesten.

Zu 686 81
Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschüsse an Institutionen und sonstige im Inland.

Rechtliche Grundlage: Teil A Abschnitt I Nr. 8, II Nr. 11 und III Nr. 6 der Richtlinien über die Durchführung von Aus- und Fortbildungsvorhaben für Angehörige der Entwicklungsländer vom 19.5.1970 (Nds. MBl. S. 639) in Verbindung mit den Grundsätzen des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 21.4.1967 für die Betreuung von Angehörigen der Entwicklungsländer in der Bundesrepublik Deutschland.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	110	95	73	90	71	70	70	70	70
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					71	70	70	70	70

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1967.

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Die Förderung erfolgt zu Gunsten der Außenorganisation der InWEntgGmbH, Köln (hervorgegangen aus DSE und CDG) in Niedersachsen für die Betreuung von Fach- und Führungskräften aus Entwicklungsländern in der Bundesrepublik Deutschland.

Zielgruppe: InWEntgGmbH, Köln.

Durchschnittliche Förderhöhe: 90 Tsd. EUR.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0802 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 88		**Wettbewerbshilfen an die nieders. Seeschiffswerften** *Übertragbar.*	(—)	(4.200)	(6.300)	(–2.100)	(8.818)
682 88-0	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentl. Unternehmen	—	—	—	—	—
683 88-6	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
891 88-8	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentl. Unternehmen	—	—	—	—	—
892 88-4	692	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	4.200	6.300	–2.100	8.818
TGr. 95/96		**Zuschüsse zur regionalen Wirtschaftsförderung im Rahmen von EU-Programmen** *Übertragbar.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(2.600) (1.860)	(3.038)	(2.638)	(+400)	(2.190)
547 95-8	699	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	–5
633 95-1	699	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	192	192	—	771
683 95-9	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	192	192	—	—
883 95-8	699	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
883 96-6	692	Zuweisungen für Infrastrukturmaßnahmen und Fremdenverkehrsmaßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2.600 1.860	1.658	1.258	+400	615
891 95-0	699	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	479	479	—	523
892 95-7	699	Zuschüsse für Investionen an private Unternehmen	—	517	517	—	286

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 892 88

Bezeichnung des Förderprogramms: Wettbewerbshilfen an die niedersächsischen Seeschiffswerften.

Rechtliche Grundlage: 9. Fortsetzungsprogramm der Schiffbau-Wettbewerbshilfe des Bundes für die Zeit vom 24.10.2002 bis 31.3.2005; Richtlinie des BMWA zu befristeten Schutzmaßnahmen für den Schiffbau vom 24.10.2002; Länder-KfW-Vertrag vom 9.3.2005 zur Abwicklung der 4. Tranche.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	27.829	24.815	16.180	8.818	6.300	4.200	0	0	0
Korrespondierende Einnahmen aus EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					6.300	4.200	0	0	0

Empfänger:
[X]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 24.10.2002.

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis 31.3.2005. Zahlungen zur Abwicklung des Programms sind jedoch noch in den Hj. 2006 und 2007 erforderlich.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Für die niedersächsische Schiffbauindustrie mit ca. 5.000 Beschäftigten und die Zulieferer und Lieferanten ist eine Beteiligung des Landes am 9. Fortsetzungsprogramm des Bundes von existentieller Bedeutung. Angesichts der Wettbewerbssituation auf dem Schiffbauweltmarkt, die durch Subventionierung und Preisdumping gekennzeichnet ist, ist es zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Werften und nicht zuletzt der Arbeitsplätze in Niedersachsen erforderlich, dass die Wettbewerbshilfe befristet fortgeführt wird und Niedersachsen die anteiligen Bundesmittel entsprechend der Richtlinie des Bundes gegenfinanziert (Finanzierungsschlüssel für die Tranchen 2004 und 2005 = 50 v. H. Bund und 50 v. H. Land). Entsprechend der Richtlinie der EU ist das Beihilfeprogramm zum 31.3.2005 ausgelaufen. Weder das BMWA noch ein Küstenland streben eine Verlängerung des Programms an.

Zielgruppe: Niedersächsische Seeschiffswerften.

Durchschnittliche Förderhöhe: 469 Tsd. EUR.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	4.200	—	—	4.200
2008	—	—	—	—
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	4.200	—	—	4.200

Zu Titelgruppe 95/96

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschüsse zur regionalen Wirtschaftsförderung im Rahmen von EU-Programmen.

Rechtliche Grundlage: Beschluss der Landesregierung vom 27.06.2000. Verträge und Vereinbarungen zwischen den beteiligten Partnern (Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Königreich der Niederlande und den deutschen und niederländischen Provinzen), in denen sich die Partner verpflichten, die betreffenden Programme durchzuführen und nach Maßgabe der von der Europäischen Kommission genehmigten Programme

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 95/96

und Finanzpläne anteilig zu finanzieren.
Die rechtliche Grundlage für das INTERREG III A-Nachfolgeprogramm (Ziel 3-Programm (ETZ-A) 2007 – 2013) wird derzeit noch erarbeitet. Die Landesregierung hat am 18.11.2004 und am 6.5.2005 die Fortsetzung der europäischen finanziellen Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Niedersachsens mit den Niederlanden nach 2006 erklärt.
Das entsprechende Programmplanungsdokument, welches der Europäischen Kommission noch zur Genehmigung vorzulegen ist, wird z. Z. mit den Partnern in den Niederlanden und Nordrhein-Westfalen erarbeitet. Mit diesem Programmplanungsdokument wird sich Niedersachsen gegenüber der EU verpflichten, das EU-Programm ordnungsgemäß durchzuführen und den im zugehörigen Finanzplan vorgesehenen Anteil an der nationalen Kofinanzierung der EU-Mittel, die anderenfalls nicht gewährt werden, zu übernehmen.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	695	2.579	2.321	2.190	2.638	3.038	2.338	2.338	2.338
Korrespondierende Einnahmen aus EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					2.638	3.038	2.338	2.338	2.338

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1.1.2001.

Befristung:
[ ]Nein [ ]Ja, Realisierung der Projekte nach INTERREG III A bis 30.6.2008, Vorlage Verwendungsnachweis bis 30.9. 2008.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Die Landesregierung hat am 27.6.2000 beschlossen, für die erforderliche Kofinanzierung der EU-Mittel durch das Land Niedersachsen Haushaltsmittel in Höhe von 15.339 Tsd. EUR für den Zeitraum von 2001 bis 2006 bereitzustellen. An EU-Mitteln entfallen auf den niedersächsischen Teil an der EUREGIO Gronau 3.119 Tsd. EUR und an der EUREGIO Ems-Dollart-Region 14.981 Tsd. EUR. Die Landesmittel sind für grenzüberschreitende Projekte vorgesehen, die vorrangig Arbeitsplätze schaffen. Veranschlagt sind Landesmittel zur Kofinanzierung der im Rahmen des EU-Programms INTERREG III bereitgestellten EU-Mittel.

Zielgruppe: Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstige juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts sowie Personenhandelsgesellschaften (nach deutschem Recht) und natürliche Personen als Privatunternehmer/n (in der Praxis handelt es sich dabei um lokale und regionale Behörden, Industrie- und Handelskammern, Technologiezentren, Ausbildungseinrichtungen, Fremdenverkehrsverbände, kulturelle Einrichtungen und ähnliche Träger. Private Unternehmen können mit anderen Partnern (grenzübergreifend) kooperieren. Projekte eines einzelnen Unternehmens kommen nicht für eine Förderung in Betracht).
Ziel:
Grenzüberschreitende Kooperation zur
– Verbesserung der Erreichbarkeit und Mobilität,
– Stärkung der regional-wirtschaftlichen Struktur,
– Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und
– Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Grenzregion.

Durchschnittliche Förderhöhe: 147 Tsd. EUR.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 883 96

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	2.433	605	—	3.038
2008	—	1.255	1.000	2.255
2009	—	—	1.000	1.000
2010	—	—	600	600
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	2.433	1.860	2.600	6.893

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0802 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0802					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.940	4.839	–2.899	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		273.355	101.905	+171.450	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		25.575	23.716	+1.859	
		Summe der Einnahmen		300.870	130.460	+170.410	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	400 150	2.565	2.090	+475	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	300 —	88.374	35.802	+52.572	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	52.656 60.824	304.086	171.811	+132.275	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	53.356 60.974	395.025	209.703	+185.322	
		Zuschuss		94.155	79.243	+14.912	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0803 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-1	011	Vermischte Einnahmen		250	250	—	2
119 41-0	011	Rückzahlung von Überzahlungen		600	600	—	36
231 86-5	741	Zuweisungen des Bundes gem. Regionalisierungsgesetz *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 86.*		91.800	83.566	+8.234	101.500
231 95-4	699	Zuweisungen des Bundes für sonstige Projekte im Bereich Verkehr *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 95.*		290	290	—	326
382 10-3	990	Bundesmittel für die Unterhaltung und den Betrieb höhengleicher Kreuzungen von Bundesstraßen mit nichtbundeseigenen Eisenbahnen *Vgl. K-Vermerk zu 982 10.*		170	170	—	176
		Titelgruppe(n)					
TGr. 64		**SPNV-Betriebsleistungen** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64/65.*		(403.847)	(407.529)	(–3.682)	(404.352)
231 64-4	741	Zuweisungen des Bundes gemäß Regionalisierungsgesetz zur Bestellung von SPNV-Betriebsleistungen		400.816	404.543	–3.727	401.231
232 64-0	741	Erstattungen der Länder zur Bestellung von SPNV-Betriebsleistungen		3.031	2.986	+45	—
281 64-1	741	Sonstige Erstattung zur Bestellung von SPNV-Betriebsleistungen		—	—	—	3.120
TGr. 84		**Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem EntflechtG (Baumaßnahmen Bundesplafond)** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 84.*		(7.000)	(15.000)	(–8.000)	(12.000)
119 84-4	741	Zinseinnahmen aus Zuwendungen nach dem EntflechtG - Bundesplafond		—	—	—	—
331 84-3	741	Zuweisungen des Bundes gemäß EntflechtG für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs (Baumaßnahmen Bundesplafond)		7.000	15.000	–8.000	12.000
TGr. 85		**Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem EntflechtG (Baumaßnahmen Landesplafond)** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 85.*		(47.153)	(42.240)	(+4.913)	(31.300)
119 85-2	741	Zinseinnahmen aus Zuwendungen nach dem EntflechtG - Landesplafond		—	—	—	—
331 85-1	741	Zuweisungen des Bundes gem. EntflechtG für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs (Baumaßnahmen Landesplafond)		47.153	42.240	+4.913	31.300
TGr. 87		**Förderung sonstiger ÖPNV-Maßnahmen nach dem Regionalisierungsgesetz zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 87.*		(45.890)	(48.397)	(–2.507)	(47.904)
119 87-9	741	Zinseinnahmen aus Zuwendungen nach dem Regionalisierungsgesetz		—	—	—	17

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 119 41

Rückzahlungen aus Zuwendungen nach den Richtlinien zu §§ 23 und 44 LHO.

Zu 231 95

Veranschlagt sind EU-Mittel, die z.B. im Rahmen des euroregionalen Projektes „VIKING“ gewährt werden. Bei diesem Projekt führt Niedersachsen gemeinsam mit den norddeutschen Bundesländern und den nordischen Staaten Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden Projekte zur Entwicklung der grenzüberschreitenden Koordination von nationalen Verkehrsinformations- und Managementsystemen durch. Die Förderung erstreckt sich auch auf Maßnahmen mit Ländern (z.B. Niederlande), die anderen euroregionalen Projekten (z.B. Centrico) angehören.
Die Mittel werden bei der Titelgruppe 95 wieder verausgabt.

Zu 382 10

Der Bund gewährt aus seinen Haushaltsmitteln für Bundesfernstraßen Beiträge an nichtbundeseigene Eisenbahnen für die Unterhaltung und den Betrieb höhengleicher Kreuzungen von Bundesstraßen mit Eisenbahnstrecken. Die Zuwendungen werden über den Landeshaushalt geleitet und bei 982 10 wieder verausgabt.

Zu 231 64, 231 86, 231 87, 231 88, 331 90 und 331 91

Ab 1996 erhält das Land Niedersachsen gemäß Regionalisierungsgesetz (RegG) Zuweisungen des Bundes für Angebotsverbesserungen des ÖPNV, insbesondere des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV). Für 2007 stehen nach dem Regionalisierungsgesetz vom 26.02.2002 (BGBl. I, S. 2264), geändert durch das Haushaltsbegleitgesetz 2006 (BGBl. I, S. 1402), 576,5 Mio. EUR zur Verfügung, die bei den Titelgruppen (TGr.) 64/65, 86, 87, 90 und 91 wieder verausgabt werden (vgl. TGr. 64/65, 86, 87, 88, 90 und 91).

Zu Titel 331 84, 331 85 und 331 89

Der Bund gewährt dem Land zweckgebundene Finanzhilfen gemäß Art. 13 Föderalismusreform-Begleitgesetz - Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (Entflechtungsgesetz - EntflechtG). Das Land hat die Mittel für Investitionen zur Förderung von Vorhaben zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden zu verwenden (Bau/Ausbau von Stadtbahn- und DB-Nahverkehrslinien, zentralen Omnibusbahnhöfen, Park- and Ride-Anlagen, zentralen Werkstätten und Betriebshöfen, Beschleunigungsmaßnahmen, Haltestelleneinrichtungen sowie Erwerb von Schienenfahrzeugen). Die Zuwendungen werden über den Landeshaushalt geleitet und bei den Titelgruppen 84, 85 und 89 wieder verausgabt.
Bei Titel 331 84 sind zweckgebundene Mittel aus dem sog. Bundesplafond (ÖPNV-Baumaßnahmen mit zuwendungsfähigen Kosten über 51,1 Mio. EUR) veranschlagt.
Im sog. Landesplafond stehen für Niedersachsen in 2007 123,5 Mio. EUR zur Verfügung. Zur Förderung des ÖPNV sollen hiervon 49,4 Mio. EUR eingesetzt werden (TGr. 85 und 89). Die restlichen Mittel sind für Straßenbauvorhaben kommunaler Baulastträger vorgesehen (vgl. auch Kap. 08 20 Titel 331 62 und 883 62).

Zu Titel 119 84, 119 85, 119 87, 119 88, 119 89, 119 90 und 119 91

Die Zinseinnahmen werden bei den entsprechenden Ausgabetitelgruppen wieder verausgabt.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0803 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
231 87-3	741	Zuweisungen des Bundes gem. Regionalisierungsgesetz zur Förderung sonstiger Maßnahmen, insbes. im Schienenpersonennahverkehr		45.890	48.397	–2.507	47.886
TGr. 88		**Förderung sonstiger ÖPNV-Maßnahmen nach dem Regionalisierungsgesetz - ÖPNV-Attraktivitätssteigerung** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 88.*		(—)	(—)	(—)	(–954)
119 88-7	741	Zinseinnahmen aus Zuwendungen nach dem Regionalisierungsgesetz		—	—	—	—
231 88-1	741	Zuweisungen des Bundes gem. Regionalisierungsgesetz zur Förderung sonstiger ÖPNV-Maßnahmen - ÖPNV-Wettbewerb / ÖPNV-Attraktivitätssteigerung -		—	—	—	–954
232 88-8	741	Sonstige Zuweisungen von Ländern		—	—	—	—
TGr. 89		**Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem EntflechtG (Fahrzeugbeschaffungen)** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 89.*		(2.250)	(6.725)	(–4.475)	(17.821)
119 89-5	741	Zinseinnahmen aus Zuwendungen nach dem EntflechtG - Landesplafond		—	—	—	—
331 89-4	741	Zuweisungen des Bundes gem. EntflechtG für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs (Fahrzeugbeschaffungen)		2.250	6.725	–4.475	17.821
TGr. 90		**Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem Regionalisierungsgesetz (Baumaßnahmen)** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 90.*		(19.128)	(33.623)	(–14.495)	(–79.197)
119 90-9	741	Zinseinnahmen aus Zuwendungen nach dem Regionalisierungsgesetz		—	—	—	—
173 90-3	741	Darlehensrückflüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden		—	—	—	28
181 90-6	741	Darlehensrückflüsse von öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen		—	—	—	—
331 90-8	741	Zuweisungen des Bundes gemäß Regionalisierungsgesetz für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs (Baumaßnahmen)		19.128	33.623	–14.495	–79.225
TGr. 91		**Förderung sonstige ÖPNV-Maßnahmen nach dem Regionalisierungsgesetz (Fahrzeugbeschaffungen)** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 91.*		(18.915)	(45.000)	(–26.085)	(135.600)
119 91-7	741	Zinseinnahmen aus Zuwendungen nach dem Regionalisierungsgesetz		—	—	—	—
331 91-6	741	Zuweisungen des Bundes gem. Regionalisierungsgesetz für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs (Fahrzeugbeschaffungen)		18.915	45.000	–26.085	135.600
		A U S G A B E N					
891 10-5	741	Zuschüsse an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	—	—	—	227

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 891 10

Zahlungen im Rahmen der Finanzierungsverträge des Stadtbahnbaus Hannover. Bis zur Liquidation der Niedersächsischen Gesellschaft für öffentliche Finanzierung – NFG – zum 31.12.2003 wurden Investitionszuschüsse von der NFG direkt an die Vorhabenträger geleistet. Leertitel für eventuelle Schlussabrechnungen.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0803 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
982 10-0	990	Bundesmittel zur Unterhaltung und zum Betrieb höhengleicher Kreuzungen von Bundesstraßen mit nichtbundeseigenen Eisenbahnen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 10.*	—	170	170	—	176
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Zuschüsse an nichtbundeseigene Eisenbahnen**	(1.500) (1.500)	(3.517)	(3.521)	(–4)	(3.919)
682 61-1	749	Zuschüsse zu den Betriebskosten von Eisenbahnunternehmen des privaten Rechts mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	517	521	–4	1.308
883 61-7	749	Zuweisungen an Gemeinden (GV) zu den Investitionen eigener Eisenbahnen	—	—	—	—	—
891 61-0	749	Zuschüsse zu den Investitionen von Eisenbahnunternehmen des privaten Rechts mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	1.500 1.500	2.500	2.500	—	2.197
892 61-6	749	Zuschüsse zu den Investitionen sonstiger privater Eisenbahnunternehmen	—	500	500	—	414
TGr. 62		**Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen im Straßenverkehr**	(—)	(412)	(415)	(–3)	(400)
547 62-5	729	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
686 62-5	729	Zuschüsse an die Landesverkehrswacht Nds. e. V. und an andere Organisationen für Maßnahmen zur Unfallverhütung	—	412	415	–3	400
TGr. 63		**Gesetzliche Ausgleichszahlungen an nichtbundeseigene Eisenbahnen** *Übertragbar.*	(—)	(4.948)	(4.948)	(—)	(3.655)
633 63-7	749	Zuweisungen an Gemeinden	—	100	100	—	—
682 63-8	749	Zuschüsse zu den Betriebskosten von Eisenbahnunternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	3.033	3.033	—	3.652
683 63-4	749	Zuschüsse zu den Betriebskosten sonstiger privater Eisenbahnunternehmen	—	1.815	1.815	—	3
TGr. 64/65		**SPNV-Betriebsleistungen** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 64.* **** Verpflichtungen dürfen eingegangen werden bis zur Höhe der dem Land nach Art. 106a GG i. V.m. dem Regionalisierungsgesetz zustehenden Mittel.*	(—)	(403.847)	(407.529)	(–3.682)	(402.742)
547 64-1	741	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben **** Verpflichtungen dürfen nur zu Lasten dieses Titels eingegangen werden.*	—	281.095	276.941	+4.154	274.071
633 64-5	741	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	70.654	74.625	–3.971	73.547
633 65-3	741	Zahlungen zum Ausgleich von Mindereinnahmen aus gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 982 10

Vgl. Erläuterungen zu 382 10.

Zu Titelgruppe 61

Betriebskosten-und Investitionskostenzuschüsse zur finanziellen Stützung von nichtbundeseigenen Eisenbahnen in Niedersachsen, die verkehrlich notwendig, aber infolge ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht in der Lage sind, ihren Betrieb ohne finanzielle Hilfe des Landes zu rationalisieren oder fortzuführen.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Investitions- und Betriebskostenzuschüsse an nichtbundeseigene Eisenbahnen (NE) in Niedersachsen

Rechtliche Grundlage:
§§ 23 und 44 LHO (Investitionskostenzuschüsse)
Vertragliche Vereinbarungen der Gesellschafter für die Unternehmen mit Landesbeteiligung (Osthannoversche Eisenbahnen AG, Eisenbahnen und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser GmbH und Rinteln-Stadthagener Verkehrs GmbH) bezüglich der Betriebskostenzuschüsse

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	3.880	4.674	3.367	3.919	3.521	3.517	3.517	3.517	3.517
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					3.521	3.517	3.517	3.517	3.517

Empfänger:
[X]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[X]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
Oktober 1957

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Erhalt und Ausbau der Eisenbahninfrastruktur der niedersächsischen NE (Investitionskostenzuschüsse)
Erhalt der Unternehmen und der dort vorhandenen Arbeitsplätze sowie der betroffenen Infrastruktur (Betriebskostenzuschüsse)

Zielgruppe:
Nichtbundeseigene Eisenbahnen

Durchschnittliche Förderhöhe:
335.000 EUR in 2005

Zu 682 61

Das Land Niedersachsen ist an der Osthannoverschen Eisenbahnen AG (OHE) mit 40,2 % und an der Eisenbahnen und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser GmbH (EBV) mit 58,0 % beteiligt. Entsprechend der Kapitalanlagen muss das Land bei diesen nichtbundeseigenen Eisenbahnen zum Ausgleich der jeweiligen Jahresverluste beitragen.
Die OHE AG hat die Rinteln-Stadthagener Verkehrs GmbH (RStV) zu 74 % übernommen. Das Land hat sich verpflichtet, evtl. auftretende Verluste der neuen Gesellschaft entsprechend des auf die OHE AG entfallenden Anteils zu übernehmen.

Die Verpflichtungsermächtigung ist ausgebracht, um mehrjährige Investitionsvorhaben im Bereich der Eisenbahninfrastruktur bewilligen zu können.

Zu 891 61

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	1.000	—	1.000
2008	—	500	1.000	1.500
2009	—	—	500	500
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	1.500	1.500	3.000

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 686 62

Bezeichnung des Förderprogramms:
Zuschüsse an die Landesverkehrswacht Nds. e.V. und andere Organisationen für Maßnahmen zur Unfallverhütung

Rechtliche Grundlage:
§§23 und 44 LHO sowie die dazugehörigen VV sowie Anlagen

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	482	411	421	400	415	412	412	412	412
Korrespondierende Einnahmen aus EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					415	412	412	412	412

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
1958

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Zuwendungen zu Projekten der Verkehrsaufklärung und Verkehrserziehung, zur Förderung des Schülerlotsendienstes und für andere unfallverhütende Maßnahmen, ferner zur Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnisse, um Unfällen vorzubeugen und um die Unfallzahlen zu senken.

Zielgruppe:
Landesverkehrswacht Niedersachsen e.V.

Durchschnittliche Förderhöhe:
400.000 EUR in 2005

Zu Titelgruppe 63

Ausgleichszahlungen für Mindereinnahmen im Ausbildungsverkehr, für Renten und Ruhegehälter sowie zum Erhalt und zum Betrieb höhengleicher Kreuzungen nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) an nichtbundeseigene Eisenbahnen. Aus diesen Titelansätzen dürfen Ausgleichszahlungen für Mindereinnahmen im Ausbildungsverkehr nur geleistet werden, soweit bereits vor der Regionalisierung des ÖPNV Ausbildungsverkehr auf Schienenpersonennahverkehrsstrecken durchgeführt wurde (Eisenbahnen und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser GmbH auf der Strecke Bremerhaven-Bremervörde-Buxtehude-Hamburg/Neugraben sowie die Inselbahnen Borkum und Langeoog für die auf den jeweiligen Inseln betriebenen Strecken).

Bezeichnung des Förderprogramms:
Gesetzliche Ausgleichzahlungen für Ruhegehälter und Renten, für die Erhaltung und den Betrieb von höhengleichen Kreuzungen sowie für Mindereinnahmen für verbilligte Fahrausweise im Ausbildungsverkehr

Rechtliche Grundlage:
§ 16 Abs. 1 Nr. 2 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes – AEG (Ruhegehälter und Renten)
§ 16 Abs. 1 Nr. 3 AEG (Erhaltung und Betrieb höhengleicher Kreuzungen)
§ 6 a Abs. 1 AEG (Minereinnahmen im Ausbildungsverkehr)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 63

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	4.786	4.170	4.925	3.655	4.948	4.948	4.948	4.948	4.948
Korrespondierende Einnahmen aus EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					4.948	4.948	4.948	4.948	4.948

Empfänger:
[X]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[X]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
01.01.1976 (Ruhegehälter und Renten, Erhaltung und Betrieb höhengleicher Kreuzungen)
01.01.1977 (Mindereinnahmen im Ausbildungsverkehr)

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Ausgleich gemeinwirtschaftlicher oder betriebsfremder Belastungen der NE

Zielgruppe:
Nichtbundeseigene Eisenbahmen

Durchschnittliche Förderhöhe:
190.000 EUR

Zu Titelgruppe 64/65

Vgl. Erläuterungen zu 231 64, 231 86, 231 87, 231 88, 331 90 und 331 91.
Es handelt sich hier um Zahlungen für Betriebsleistungen im Schienenpersonennahverkehr gemäß § 7 Nds. Nahverkehrsgesetz in der Fassung vom 16.12.2004 (Nds. GVBl. S. 642) sowie im Rahmen der Regionalisierung des ÖPNV ggf. erforderliche gesetzliche Ausgleichszahlungen nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz.

Zu 547 64

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	50.727	—	—	50.727
2008	57.180	—	—	57.180
2009	57.247	—	—	57.247
2010	57.223	—	—	57.223
2011 ff.	313.798	—	—	313.798
Summe	536.175	—	—	536.175

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0803 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
637 64-0	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	52.098	55.963	–3.865	55.124
682 64-6	741	Zuschüsse zu den Betriebskosten von Unternehmen des privaten Rechts mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	—	—	—	—
682 65-4	741	Zahlungen zum Ausgleich von Mindereinnahmen aus gemeinwirtsch. Verpflichtungen an Unternehmen d. priv. Rechts mit mehr als 50 v.H. öff. Beteil.	—	—	—	—	—
683 64-2	741	Zuschüsse zu den Betriebskosten sonstiger privater Unternehmen	—	—	—	—	—
683 65-0	741	Zahlungen zum Ausgleich von Mindereinnahmen aus gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen an sonstige private Unternehmen	—	—	—	—	—
TGr. 66		**Zuschuss an die Flughafengesellschaft Braunschweig mbH**	(—)	(333)	(259)	(+74)	(260)
682 66-2	835	Zuschuss zu den Betriebskosten	—	333	259	+74	260
891 66-0	835	Zuschuss für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 84		**Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem EntflechtG (Baumaßnahmen Bundesplafond)** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 84.*	(104.380) (—)	(7.000)	(15.000)	(–8.000)	(16.359)
883 84-6	741	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
887 84-1	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
891 84-9	741	Zuschüsse an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	104.380 —	7.000	15.000	–8.000	16.359
892 84-5	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	—	—	—	—
TGr. 85		**Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem EntflechtG (Baumaßnahmen Landesplafond)** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 85.*	(40.000) (40.000)	(47.153)	(42.240)	(+4.913)	(30.727)
883 85-4	741	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	40.000 40.000	39.353	34.440	+4.913	3.009
887 85-0	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	359
891 85-7	741	Zuschüsse an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	5.600	5.600	—	27.120
892 85-3	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	2.200	2.200	—	239

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 66

Mehrbedarf für durch die Neuorganisation der Flugsicherung bedingte zusätzliche Einführungs- und Folgekosten, für die Durchführung von Maßnahmen aufgrund gestiegener Sicherheitsanforderungen an den Flughafenbetrieb sowie aufgrund gestiegener Anforderungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Zuschuss an die Flughafengesellschaft Braunschweig mbH

Rechtliche Grundlage:
Gesellschaftervertrag

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	203	200	212	260	259	333	340	340	340
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					259	333	340	340	340

Empfänger:
[X]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
1918

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
An der Gesellschaft ist das Land mit 17,784 % des Gesellschaftskapitals beteiligt. Weitere Gesellschafter sind die Städte Braunschweig und Wolfsburg sowie die Landkreise Helmstedt und Gifhorn und die Volkswagen AG. Der Flughafen Braunschweig hat für die Industrie und den Geschäftsreiseluftverkehr im Einzugsgebiet Wolfsburg-Braunschweig-Salzgitter erhebliche Bedeutung. Zahlreiche Institutionen und Firmen haben ihren Sitz am Flughafen und beschäftigen gegenwärtig mehr als 1.000 Arbeitnehmer/-innen. Der Braunschweiger „Forschungsflughafen“ entwickelt durch die Ansiedlung von Forschung und Firmen eine Dynamik, die die volle Unterstützung des Landes erfordert. Es gibt keine vergleichbare Einrichtung im Land Niedersachsen.

Zielgruppe:
Luftverkehrsnutzer

Durchschnittliche Förderhöhe:
260.000 EUR in 2005

Zu Titelgruppe 84

Vgl. Erläuterungen zu 331 84.

In 2007 sind Mittel für folgende Projekte veranschlagt:

1. Hannover: Stadtbahnverlängerung von Lahe nach Misburg (1. Teilbetrag)	6,0 Mio. EUR
2. Braunschweig: Regionalstadtbahn (1. Teilbetrag)	1,0 Mio. EUR
Zusammen	7,0 Mio. EUR

Bezeichnung des Förderprogramms:
ÖPNV-Infrastrukturmaßnahmen mit zuwendungsfähigen Kosten von mehr als 51,1 Mio. EUR je Einzelfall (Bundesplafond)

Rechtliche Grundlage:
§§ 23 und 44 LHO i.V.m. § 5 Abs. 3 Entflechtungsgesetz (EntflechtG)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 84

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	0	0	8.785	12.000	16.310	7.000	9.000	12.000	13.000
Korrespondierende Einnahmen aus EU					0	0	0	0	0
Bund					16.310	7.000	9.000	12.000	13.000
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					0	0	0	0	0

Empfänger:
[X]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
1992

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Verbesserung des ÖPNV

Zielgruppe:
ÖPNV-Verkehrsunternehmen

Durchschnittliche Förderhöhe:
60 % der zuwendungsfähigen Ausgaben; es handelt sich um mehrjährige Projekte.

Zu 891 84

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	3.233	—	—	3.233
2008	—	—	9.000	9.000
2009	—	—	12.000	12.000
2010	—	—	13.000	13.000
2011 ff.	—	—	70.380	70.380
Summe	3.233	—	104.380	107.613

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 85
Vgl. Erläuterungen zu 119 85 und 331 85.

Veranschlagt ist der Zuschussbedarf für straßengebundene ÖPNV/SPNV-Projekte in Höhe von 47,2 Mio. EUR.

Bezeichnung des Förderprogramms:
ÖPNV-Infrastrukturmaßnahmen (Landesplafond)

Rechtliche Grundlage:
§§ 23 und 44 LHO i.V.m. § 5 Abs. 3 Entflechtungsgesetz (EntflechtG)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	25.156	14.388	23.498	30.727	42.240	47.153	49.403	49.403	49.403
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					0	0	0	0	0
Bund					42.240	47.153	49.403	49.403	49.403
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					0	0	0	0	0

Empfänger:
[X]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
1971

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Verbesserung des ÖPNV

Zielgruppe:
ÖPNV-Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen

Durchschnittliche Förderhöhe:
75 % der zuwendungsfähigen Ausgaben, die je nach Fördergegenstand differieren

Zu 883 85

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	2.729	3.000	—	5.729
2008	325	7.000	3.000	10.325
2009	—	12.000	7.000	19.000
2010	—	12.000	20.000	32.000
2011 ff.	—	6.000	10.000	16.000
Summe	3.054	40.000	40.000	83.054

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0803 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 86		**Zahlungen zum Ausgleich von Mindereinnahmen aus gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im nichtschienengebundenen ÖPNV** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 86.*	(—)	(91.800)	(83.566)	(+8.234)	(99.655)
631 86-3	741	Sonstige Erstattungen an den Bund	—	—	—	—	—
633 86-6	741	Zahlungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	24	24	—	0
682 86-7	741	Zahlungen an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	74.454	66.220	+8.234	79.561
683 86-3	741	Zahlungen an sonstige private Unternehmen	—	17.322	17.322	—	20.094
TGr. 87		**Förderung sonstiger Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 87.* **** Verpflichtungen dürfen eingegangen werden bis zur Höhe der dem Land nach Art. 106 a GG i.V.m. dem Regionalisierungsgesetz zustehenden Mittel.*	(—)	(45.890)	(48.397)	(–2.507)	(47.066)
547 87-0	741	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	279	279	—	373
633 87-4	741	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	26.991	28.389	–1.398	27.559
637 87-0	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	14.720	15.529	–809	15.292
671 87-3	741	Kostenerstattung an die nds. Landesnahverkehrsgesellschaft	—	3.900	4.200	–300	3.886
682 87-5	741	Zuschüsse an Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentl. Beteiligung	—	—	—	—	—
683 87-1	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	—	—	—	34
883 87-0	741	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse	—	—	—	—	—
887 87-6	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
891 87-3	741	Leistungen an die Landesnahverkehrsgesellschaft Nds. mbH für die Beschaffung von Fahrzeugen u. Geräten im Bereich des SPNV	—	—	—	—	–78
892 87-0	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse	—	—	—	—	—
971 87-7	988	Globale Mehrausgaben	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 86

Bezeichnung des Förderprogramms:
Ausgleichsleistungen für Ausbildungsverkehr im ÖPNV

Rechtliche Grundlage:
§ 45 a Personenbeförderungsgesetz (PBefG)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	89.537	90.832	84.929	99.655	83.566	91.800	91.400	90.900	90.600
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					0	0	0	0	0
Bund					83.566	91.800	91.400	90.900	90.600
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					0	0	0	0	0

Empfänger:
[X]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[X]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
1977

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Ausgleich von Mindereinnahmen im Linienverkehr, die dadurch entstehen, dass Zeitkarten an Auszubildende zu nicht kostendeckenden Preisen verkauft werden.

Zielgruppe:
Verkehrsunternehmen

Durchschnittliche Förderhöhe:
Differenziert nach Leistungsangebot der Verkehrsunternehmen.

Zu 682 86

In 2006 wurde eine überplanmäßige VE genehmigt.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	4.170	—	4.170
2008	—	4.170	—	4.170
2009	—	4.170	—	4.170
2010	—	4.170	—	4.170
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	16.680	—	16.680

Zu Titelgruppe 87

Die für die Förderung sonstiger Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs erforderlichen Ausgaben werden aus dem ab 01.01.1996 zur Verfügung stehenden Regionalisierungsmitteln finanziert (vgl. Erläuterungen zu 231 64, 231 86, 231 87, 231 88, 331 90 und 331 91).

Bezeichnung des Förderprogramms:
Pauschale Zuweisungen an ÖPNV-Aufgabenträger

Rechtliche Grundlage:

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 87

§ 7 Abs. 5 Nds. Nahverkehrsgesetz (NNVG)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	24.547	25.833	24.095	47.066	48.397	45.890	45.819	46.410	47.011
Korrespondierende Einnahmen aus EU					0	0	0	0	0
Bund					48.397	45.890	45.819	46.410	47.011
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					0	0	0	0	0

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[X]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
01.01.1996

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Verbesserung des ÖPNV insbesondere im kommunalen Bereich

Zielgruppe:
ÖPNV-Aufgabenträger

Durchschnittliche Förderhöhe:
Differenziert nach Größe der Aufgabenträger

Zu 547 87

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	279	—	—	279
2008	—	—	—	—
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	279	—	—	279

Zu Titel 633 87 und 637 87

Gemäß § 7 Abs. 4 des Nieders. Gesetzes zur Neuordnung des öffentlichen Personennahverkehrs (NNVG) in der Fassung vom 16.12.2004 erhalten die kommunalen Aufgabenträger des ÖPNV ab 1996 pauschale Finanzhilfen zur Abdeckung ihrer Verwaltungskosten.
Aufgrund des novellierten NNVG erhalten ab 2005 die Aufgabenträger des ÖPNV zweckgebundene pauschale Finanzzuweisungen.

Zu 671 87

Der nds. Landesnahverkehrsgesellschaft wurde als Zentraler Stelle für den öffentlichen Personennahverkehr nach § 8 NNVG 1996 die Wahrnehmung von Aufgaben im Rahmen des NNVG übertragen. Die notwendigen Ausgaben sind vom Land zu erstatten. Die Landesnahverkehrsgesellschaft hat im Rahmen der Verwaltungsreform Aufgaben von den Bezirksregierungen übernommen (u.a. Förderung des straßengebundenen ÖPNV und PBefG).

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0803 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 88		**Förderung sonstiger ÖPNV-Maßnahmen - ÖPNV-Wettbewerb / ÖPNV-Attraktivitäts-steigerung** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 88.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(7)
547 88-9	741	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	–27
637 88-8	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	35
682 88-3	741	Zuschüsse an Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	—	—	—	–1
683 88-0	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	—	—	—	—
TGr. 89		**Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem EntflechtG (Fahrzeugbeschaffungen)** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 89.*	(—)	(2.250)	(6.725)	(–4.475)	(22.919)
883 89-7	741	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
887 89-2	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
891 89-0	741	Zuschüsse an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	2.250	6.725	–4.475	16.772
892 89-6	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	—	—	—	6.148
TGr. 90		**Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem Regionalisierungsgesetz (Baumaßnahmen)** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 90.* **** Verpflichtungen dürfen eingegangen werden bis zur Höhe der dem Land nach Art. 106a GG i. V.m. dem Regionalisierungsgesetz zustehenden Mittel.*	(—)	(19.128)	(33.623)	(–14.495)	(57.221)
633 90-4	741	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
637 90-0	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
661 90-8	741	Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	13.096
683 90-1	741	Zuweisungen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
853 90-4	741	Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
861 90-7	741	Darlehen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	197
883 90-0	741	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	7.000	7.000	—	4.628
887 90-6	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
891 90-3	741	Zuschüsse an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	11.128	25.623	–14.495	38.310

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 89
Vgl. Erläuterungen zu 331 84, 331 85 und 331 89.

Der Ansatz ist für die Bezuschussung der Beschaffung von Stadtbahnwagen in Braunschweig vorgesehen.

Bezeichnung des Förderprogramms:
ÖPNV-Fahrzeugförderung

Rechtliche Grundlage:
§§ 23 und 44 LHO i.V.m. § 5 Abs. 3 Entflechtungsgesetz (EntflechtG)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	33.201	20.197	3.260	22.919	6.725	2.250	0	0	0
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					0	0	0	0	0
Bund					6.725	2.250	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					0	0	0	0	0

Empfänger:
[X]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
1988

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Verbesserung des ÖPNV

Zielgruppe:
Verkehrsunternehmen

Durchschnittliche Förderhöhe:
Differenziert nach Art der Fahrzeuge

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 90

Vgl. Erläuterungen zu 231 64, 231 86, 231 87, 231 88, 331 90 und 331 91.

Veranschlagt ist der Zuschussbedarf für folgende Baumaßnahmen:

1. SPNV-Flächenprogramm		12,0 Mio. EUR
2. SPNV-Stationsmaßnahmen		7,1 Mio. EUR
	Zusammen	19,1 Mio. EUR

(Vgl. auch Erl. zu TGr. 85)

Bezeichnung des Förderprogramms:
ÖPNV-Infrastrukturmaßnahmen

Rechtliche Grundlage:
§§ 23 und 44 LHO i.V.m. § 5 Regionalisierungsgesetz

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	28.225	66.721	45.414	57.221	33.623	19.128	6.762	14.426	16.707
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					0	0	0	0	0
Bund					33.623	19.128	6.762	14.426	16.707
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					0	0	0	0	0

Empfänger:
[X]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
01.01.1996

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Verbesserung des ÖPNV

Zielgruppe:
ÖPNV-Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen

Durchschnittliche Förderhöhe:
75 % der zuwendungsfähigen Ausgaben, die je nach Fördergegenstand (Baumaßnahme) differieren

Zu 891 90

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	3.348	—	—	3.348
2008	—	—	—	—
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	3.348	—	—	3.348

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0803 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
892 90-0	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	1.000	1.000	—	990
TGr. 91		**Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem Regionalisierungsgesetz (Fahrzeugbeschaffungen)** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 91.* **** Verpflichtungen dürfen eingegangen werden bis zur Höhe der dem Land nach Art. 106a GG i. V.m. dem Regionalisierungsgesetz zustehenden Mittel.*	(—)	(18.915)	(45.000)	(–26.085)	(135.976)
883 91-9	741	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
887 91-4	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
891 91-1	741	Zuschüsse an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	18.915	45.000	–26.085	135.033
892 91-8	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	—	—	—	943
TGr. 95		**Durchführung und Begleitung sonstiger Projekte im Verkehrsbereich** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 95.*	(—)	(290)	(290)	(—)	(311)
547 95-1	699	Kosten der Begleitung und Durchführung	—	290	290	—	311
633 95-5	699	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
683 95-2	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
883 95-1	699	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
891 95-4	699	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 95-0	699	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 91

Vgl. Erläuterungen zu 231 64, 231 86, 231 87, 231 88, 331 90 und 331 91.

Veranschlagt sind Mittel für SPNV-Fahrzeugbeschaffungen u.a. im Rahmen der Umsetzung des Programms „Niedersachsen ist am Zug“.

Bezeichnung des Förderprogramms:
ÖPNV-Fahrzeugförderung

Rechtliche Grundlage:
§§ 23 und 44 LHO i.V.m. § 5 Regionalisierungsgesetz

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	177.498	68.020	55.104	135.976	45.000	18.915	25.220	20.000	20.000
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					0	0	0	0	0
Bund					45.000	18.915	25.220	20.000	20.000
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					0	0	0	0	0

Empfänger:
[X]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
01.01.1996

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Verbesserung des ÖPNV

Zielgruppe:
Verkehrsunternehmen und Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH (LNVG)

Durchschnittliche Förderhöhe:
50 % der zuwendungsfähigen Ausgaben, die je nach Art der Fahrzeuge differieren.

Zu 891 91

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	5.000	—	—	5.000
2008	10.000	—	—	10.000
2009	10.000	—	—	10.000
2010	7.000	—	—	7.000
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	32.000	—	—	32.000

Zu Titelgruppe 95

Vgl. Erläuterungen zu 231 95.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0803 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0803					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		850	850	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		541.827	539.782	+2.045	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		94.616	142.758	–48.142	
		Summe der Einnahmen		637.293	683.390	–46.097	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	281.664	277.510	+4.154	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	266.373	268.415	–2.042	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	145.880 41.500	97.446	145.588	–48.142	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	170	170	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	145.880 41.500	645.653	691.683	–46.030	
		Zuschuss		8.360	8.293	+67	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0804 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Arbeit und Qualifizierung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-5	253	Vermischte Einnahmen		50	50	—	0
119 11-2	253	Zinseinnahmen aus Zuwendungen von EU-Miteln, Ziel 1-Programm 2007 - 2013 **** Vgl. ***)HV zu Titel 637 11*		—	—	—	—
119 12-0	253	Zinseinnahmen aus Zuwendungen von EU-Mitteln, Ziel 2-Programm 2007 - 2013 **** Vgl. ***)HV zu Titel 637 12*		—	—	—	—
119 41-4	253	Rückzahlung von Überzahlungen aus Landesmitteln		350	350	—	120
119 45-7	253	Zinseinnahmen aus Zuwendungen von EU-Mitteln, Förderperiode 2000 - 2006 **** Vgl. ***)HV zu Titel 637 10*		—	—	—	35
272 10-7	253	Einnahmen aus dem ESF, Förderperiode 2000 - 2006 und Abwicklung der Förderperiode 1994 - 1999 **** Vgl. ***)HV zu Titel 637 10*		23.203	88.525	–65.322	56.550
272 11-5	253	Einnahmen aus dem ESF, Ziel 1-Programm 2007 - 2013 **** Vgl. ***)HV zu Titel 637 11*		33.613	—	+33.613	—
272 12-3	253	Einnahmen aus dem ESF, Ziel 2-Programm 2007 - 2013 **** Vgl. ***)HV zu Titel 637 12*		28.571	—	+28.571	—
272 61-1	253	Einnahmen aus dem ESF für zusätzliches Personal *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		58	—	+58	—
		A U S G A B E N					
637 10-5	253	Zuweisungen aus dem ESF, Förderperiode 2000 - 2006 *Übertragbar.* **** Der Ansatz erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 119 45 und 272 10, entsprechend den genehmigten Förderkonzepten.* *Die nicht durch Einnahmen im lfd. Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.* *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	— 16.200	23.203	88.525	–65.322	63.127
637 11-3	253	Zuweisungen aus dem ESF, Ziel 1-Programm 2007 - 2013 *Übertragbar.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *Der Ansatz erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 119 11 und 272 11, entsprechend den genehmigten Förderkonzepten.* *Die nicht durch Einnahmen im lfd. Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	—	33.613	—	+33.613	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0804

Mit dem Programm „Arbeit und Qualifizierung für Niedersachsen“ werden Maßnahmen in enger Verzahnung mit der Wirtschafts- und Strukturförderung zur Entlastung des Arbeitsmarktes durchgeführt. Das Land gewährt Zuwendungen insbesondere an Gemeinden (GV), Wohlfahrtsverbände, Einrichtungen der Erwachsenen- und beruflichen Weiterbildung und an Arbeitgeber der Privatwirtschaft zur Förderung arbeitsmarktpolitischer Zielgruppen sowie zur Förderung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Die Ansätze werden neben den Mitteln der Bundesagentur für Arbeit, der Kommunen und der sonstigen öffentlichen Träger teilweise als komplementärer nationaler Anteil zur Bindung von Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) eingesetzt.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Arbeit und Qualifizierung für Niedersachsen (Kapitel 0804 ohne Titelgruppe 84)

Rechtliche Grundlage:
§§ 23 und 44 LHO i.V.m. den verschiedenen Förderrichtlinien (vgl. Erläuterungen zu den einzelnen Titeln im HPl.)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	-	-	70.947	69.234	95.568	93.735	72.636	69.335	67.662
Korrespondierende Einnahmen aus EU					88.525	85.387	62.776	58.823	57.143
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					7.043	8.348	9.870	10.512	10.519

Empfänger:
[X]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [X]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
15.03.2003 (durch MW; bis zum 31.12.2003 waren die Fördermittel im Kapitel 0503 beim MS veranschlagt)

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, entsprechend der einzelnen Förderrichtlinien

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Mit dem Programm Arbeit und Qualifizierung für Niedersachsen werden Maßnahmen in enger Verzahnung mit der Wirtschafts- und Strukturförderung zur Entlastung des Arbeitsmarktes durchgeführt. Das Arbeitsmarktprogramm gibt mit wesentlicher Unterstützung des Europäischen Sozialfonds (ESF) vielfältige Impulse zur Arbeitsförderung in Niedersachsen. Dabei steht die Integration in den ersten Arbeitsmarkt im Zentrum der Bestrebungen.

Zielgruppe:
Arbeitslose, insbesondere Langzeitarbeitslose sowie von Arbeitslosigkeit Bedrohte und Beschäftigte.

Durchschnittliche Förderhöhe:
Je nach Förderrichtlinie zwischen 5.000 EUR und 250.000 EUR.

Zu 637 10

Die hier veranschlagten Ausgaben korrespondieren mit den Einnahmen bei Titel 272 10.
Mittel des Europäischen Sozialfonds der Förderperiode 2000 - 2006 werden im Rahmen der Förderziele der EU zur Verstärkung von Landesprogrammen zur Förderung der beruflichen Qualifizierung sowie zur Förderung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen eingesetzt bzw. an Dritte zur Durchführung entsprechender Maßnahmen weitergeleitet.
Für die Umsetzung der Programme werden neben den nachstehenden Richtlinien im Zuständigkeitsbereich des MW weitere Richtlinien anderer Ressorts angewendet.
Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung von Arbeitslosen in Gebieten mit wirtschaftlicher und sozialer Umstellung im Rahmen des Zieles 2 (Erl. d. MW v. 02.09.2005 - Nds. MBl. S. 747, zuletzt geändert durch Erl. d. MW v. 27.10.2006 - Nds. MBl. S. 1390).
Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen zur Anpassung der Beschäftigungen in Gebieten mit wirtschaftlicher und sozialer Umstellung im Rahmen des Zieles 2 (Erl. d. MW v.

Noch zu 637 10

02.09.2005 - Nds. MBl. S. 748, zuletzt geändert durch Erl. d. MW v. 27.10.2006 - Nds. MBl. S. 1390).
Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen zur Förderung von regionalen Bündnissen und territorialen Beschäftigungspakten in Gebieten mit wirtschaftlicher und sozialer Umstellung im Rahmen des Zieles 2 (Erl. d. MW v. 02.09.2005 - Nds. MBl. S. 751).
Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Programms “ Arbeit durch Qualifizierung“ (RdErl. d. MW v. 24.08.2004 - Nds. MBl. S. 567, zuletzt geändert durch Erl. d. MW v. 27.10.2006 - Nds. MBl. S. 1390).
Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Programms “Weiterbildungsoffensive für den Mittelstand“ (RdErl. d. MW v. 01.09.2004 - Nds. MBl. S. 589, zuletzt geändert durch Erl. d. MW v. 27.10.2006 - Nds. MBl. S. 1391).
Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur “Förderung von zusätzlichen betrieblichen Ausbildungsplätzen im Bereich der Informationstechnologien sowie im Tourismus- und Kulturbereich“

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 637 10

(RdErl. d. MW v. 24.08.2004 - Nds. MBl. S. 566, zuletzt geändert durch RdErl. d. MW v. 12.08.2005 - Nds. MBl. S. 800).
Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der einzelbetrieblichen Unternehmensberatung kleiner und mittlerer Unternehmen und der Existenzgründungsberatung in Niedersachsen - Beratungsrichtlinie 2005 - (RdErl. d. MW vom 12.07.2005 - Nds. MBl. S. 593, zuletzt geändert durch Erl. d. MW v. 17.11.2006 - Nds. MBl. S. 1391).
Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der begleitenden Gründungsberatung von Existenzgründungen in Niedersachsen - Gründungscoaching - (RdErl. d. MW v. 10.06.2005 - Nds. MBl. S. 518, zuletzt geändert durch Erl. d. MW v. 17.11.2006 - Nds. MBl. S. 1391).
Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für das Programm "Stufe 2 - Förderung der Eingliederung ausgebildeter junger Menschen in Arbeit" (RdErl. d. MW v. 20.09.2004 - Nds. MBl. S. 621, zuletzt geändert durch RdErl. d. MW v. 03.02.2006 - Nds. MBl. S. 594).
Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen (RdErl. d. MFAS v. 05. 10.2001 - Nds. MBl. S. 843, zuletzt geändert durch RdErl. d. MFAS v. 23.10.2002 - Nds. MBl. S. 941).

Die ESF-Förderung des Landes ist in Abstimmung mit der Europäischen Kommission in mehrjährigen Plänen (2000 bis 2006) festgelegt. Bedarfsgerechte Anpassungen sind nach den EU-Vorschriften im Rahmen des Planes und mit Zustimmung der Europäischen Kommission zulässig.

Noch zu 637 10

Schwerpunkt/ Maßnahme	Bezeichnung	ESF-Mittel 2007 Mio. EUR
Fördermaßnahmen Ziel 2		
Schwerpunkt 1 - KMU		
Maßnahme 1.7	Qualifizierung von Arbeitslosen für Tätigkeiten in KMU mit besonderem Schwerpunkt in den Informationstechnologien	0,127
Maßnahme 1.8	Förderung der Weiterbildung von Beschäftigten aus KMU insbesondere in den Informationstechnologien	0,200
Maßnahme 1.9	Hochschulmaßnahmen z. Existenzgründung oder Betriebsübernahme durch Absolventen	0,045
Maßnahme 1.11	Förderung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen im Bereich der Informationstechnologien	2,601
Schwerpunkt 2 - Tourismus		
Maßnahme 2.6	Qualifizierung von Arbeitslosen für Tätigkeiten im Tourismus- und Kultursektor	0,240
Maßnahme 2.8	Qualifizierung und Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfebeziehenden im Tourismus- und Kulturbereich im Zusammenhang mit der Neuorientierng der Bundesarbeitsmarktpolitik	0,060
Maßnahme 2.9	Förderung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen im Tourismus- und Kulturbereich	0,344
Schwerpunkt 3 - Lokale Aktivierung und Förderung des endogenen Potentials		
Maßnahme 3.4	Förderung v. regionalen Bündnissen, territorialen Beschäftigungspakten	0,020
Schwerpunkt 4 - Infrastruktur		
Maßnahme 4.3	Qualifizierung und Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen und Sozialhifebeziehenden in städtischen Problemgebieten im Zusammenhang mit der Einführung von Job-Centern und Personal-Service-Agenturen	0,150
Ziel 2 - Gesamt		3,787

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 637 10

Schwerpunkt/ Maßnahme	Bezeichnung	ESF-Mittel 2007 Mio. EUR
Fördermaßnahmen Ziel 3		
Schwerpunkt 1-A	Aktive Arbeitsmarktpolitik zur Förderung der Beschäftigung	
Maßnahme 1.1	Jugendprogramme	1,000
	davon MW - Jugendliche 2. Schwelle	1,000
Maßnahme 1.2	Einzelprojekt Qualifizierungs-Maßnahmen - MW	0,092
Gesamt		1,092
Schwerpunkt 2-B	Förderung der sozialen Eingliederung und Chancengleichheit	
Maßnahme 2.1	MJ - Straffällige	0,600
Maßnahme 2.4	MW - SHE/Arbeit durch Qualifizierung/Kombilohn	5,991
Gesamt		6,591
Schwerpunkt 3-C	Förderung und Verbesserung der beruflichen und allgemeinen Bildung	
Maßnahme 3.3	MK - Ausbildungsverbünde	0,418
	MK - Sonstige	1,025
	MW - Ausbildungsplatzanbahner	0,400
	MK - Konkurslehrlinge	0,278
Gesamt		2,121
Schwerpunkt 4-D	Förderung der Anpassungsfähigkeit und Unternehmergeist	
Maßnahme 4.1	MWK - Wissenschaftl. Maßnahmen	1,241
Maßnahme 4.2	Prävent. Arbeitsmarktpolitik, ges.	5,640
	davon MW	3,865
	davon MW - IWiN	1,670
	davon MWK, Erw.-Bildung	0,005
	davon MWK, Kulturbereich	0,100
Maßnahme 4.2	MW - TIN/DIA	0,230
Maßnahme 4.3	MW - Coaching	0,052
Gesamt		7,163
Schwerpunkt 5-E	Spezifische Aktionen für Frauen	
Maßnahme 5.1	MS - FIFA	2,195
Gesamt		2,195
TH	MW - Technische Hilfe, ges.	0,254
	davon nach Regel 11.2 (Prüfdienst, zusätzl. Personal)	0,207
	davon nach Regel 11.3 (Evaluierung, Sonstiges)	0,047
Ziel 3 - Gesamt		19,416
	Ziel 2 - Gesamt	3,787
	Ziel 3 - Gesamt	19,416
	Insgesamt	23,203

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	8.154	15.049	—	23.203
2008	1.111	1.151	—	2.262
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	9.265	16.200	—	25.465

Zu 637 11 und 637 12

Die hier veranschlagten Ausgaben korrespondieren mit den Einnahmen bei den Titel 272 11 und 272 12.

Mittel des Europäischen Sozialfonds der Ziel 1- und Ziel 2-Förderung der Förderperiode 2007 - 2013 werden im Rahmen der Förderziele der EU zur Verstärkung von Landesprogrammen zur Förderung der beruflichen Qualifizierung sowie zur Förderung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen eingesetzt bzw. an Dritte zur Durchführung entsprechender Maßnahmen weitergeleitet.

Richtlinien für die neue Förderperiode werden von den beteiligten Ressorts nach Einreichung der Programme zur Genehmigung bei der EU erarbeitet. Eine Veröffentlichung der Richtlinien kann deshalb erst nach Abschluss der Programmgenehmigung im Jahr 2007 erfolgen.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0804 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Arbeit und Qualifizierung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
637 12-1	253	Zuweisungen aus dem ESF, Ziel 2-Programm 2007 - 2013 *Übertragbar.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *Der Ansatz erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 119 12 und 272 12, entsprechend den genehmigten Förderkonzepten.* *Die nicht durch Einnahmen im lfd. Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	—	28.571	—	+28.571	—
684 10-3	253	Zuschüsse an die Landesberatungsgesellschaft für Integration und Beschäftigung mbH - LaBIB *Übertragbar.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	—	517	–517	398
684 12-0	253	Zuschüsse für Modellvorhaben *Übertragbar.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 684 12, 685 10 und 685 11.* *Folgende Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig: 684 12, 685 10 und 685 11.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	—	161	–161	—
685 10-0	253	Sonstige Zuschüsse für die Qualifizierung von Beschäftigten *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 684 12.* *Vgl. VE D-Vermerk zu 684 12.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	800 335	1.500	1.192	+308	1.734
685 11-8	253	Förderung von Arbeit und Ausbildung für Jugendliche im ersten Arbeitsmarkt *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 684 12.* *Vgl. VE D-Vermerk zu 684 12.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	4.500 1.200	6.848	2.413	+4.435	1.032

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 684 10

Die Gesellschaft wurde zum 01.01.2007 auf die Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH (NBank) verschmolzen.
Die Mittel sind daher ab 2007 bei Kapitel 08 02 Titel 634 10 mit veranschlagt.

Zu 684 12

Das Programm ist zum 31.12.2006 ausgelaufen.

Zu 685 10

Es werden Qualifizierungen zur Anpassung an den strukturellen und wirtschaftlichen Wandel für Arbeitnehmer gefördert, deren Arbeitsplätze gefährdet sind. Daneben werden Beratungen und Studien zu diesem Themenbereich durchgeführt. Die Mittel dienen der Kofinanzierung von ESF-geförderten Projekten in diesem Bereich.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	211	335	—	546
2008	—	—	500	500
2009	—	—	300	300
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	211	335	800	1.346

Zu 685 11

Zusammenlegung der Titel 685 11 (Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit) und 685 12 (Förderung von Beschäftigung für Arbeitslose bei Existenzgründung). Mit den eingestellten Mitteln sollen Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und für die Umsetzung des Niedersächsischen Ausbildungspaktes durchgeführt werden.

Mit dem Programm “Stufe 2 - Förderung der Eingliederung ausgebildeter junger Menschen in Arbeit“ unterstützt das Land den Berufseinstieg junger Menschen, die nach Abschluss der Berufsausbildung arbeitslos sind. Kleine und mittlere Unternehmen in Niedersachsen können für sechs Monate einen pauschalen Zuschuss von 500 EUR monatlich bekommen, wenn sie ausgebildete junge Arbeitslose einstellen. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für das Programm “Stufe 2 - Förderung der Eingliederung ausgebildeter junger Menschen in Arbeit“ (Rd. Erl. d. MW v. 20.09.2004 - Nds. MBl. S. 621, zuletzt geändert durch RdErl. d. MW v. 03.02. 2006 - Nds. MBl. S. 594).
Das Land fördert ein flächendeckendes Netz zusätzlicher Ausbildungsplatzaquisiteure bei den Kammern. Diese Kräfte sprechen gezielt Unternehmen an und werben für die Schaffung von Ausbildungsplätzen.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	1.247	2.916	—	4.163
2008	294	1.170	3.000	4.464
2009	—	390	1.000	1.390
2010	—	—	500	500
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	1.541	4.476	4.500	10.517

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0804 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Arbeit und Qualifizierung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Verwaltung, Begleitung und Kontrolle der EU-Programme** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 272 61.* **** Die nicht durch Einnahmen im lfd. Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(—)	(58)	(—)	(+58)	(—)
429 61-8	253	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	54	—	+54	—
547 61-0	253	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	4	—	+4	—
TGr. 84		**Kosten für Konferenzen, Tagungen und Gutachten im Zusammenhang mit dem Programm zur Entlastung des Arbeitsmarktes** *Übertragbar.*	(450) (—)	(400)	(502)	(–102)	(277)
531 84-6	253	Veröffentlichungen	—	—	—	—	—
538 84-0	253	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
547 84-0	253	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	450 —	400	502	–102	277
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	3.276		2.760	–2.760	
		<u>Abschluss Kapitel 0804</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		400	400	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		85.445	88.525	–3.080	
		Summe der Einnahmen		85.845	88.925	–3.080	
		4 Personalausgaben	—	54	—	+54	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	450 —	404	502	–98	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	5.300 21.011	93.735	95.568	–1.833	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	5.750 21.011	94.193	96.070	–1.877	
		Zuschuss		8.348	7.145	+1.203	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 61

Die hier veranschlagten Ausgaben korrespondieren mit den Einnahmen bei Titel 272 61.

Zu Titelgruppe 84

Die sachverständige Begleitung des Programms zur Entlastung des Arbeitsmarktes soll einen optimalen Mitteleinsatz gewährleisten. Die Mittel dienen außerdem zur Kofinanzierung der Evaluation der ESF-Maßnahmen sowie der Technischen Hilfe.

Zu 547 84

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	154	—	—	154
2008	—	—	150	150
2009	—	—	150	150
2010	—	—	150	150
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	154	—	450	604

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0811 Mess- und Eichwesen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-0	680	Ablieferungen des Landesbetriebs Mess- und Eichwesen		100	100	—	281
		A U S G A B E N					
682 01-3	680	Zuführungen an den Landesbetrieb Mess- und Eichwesen für laufende Zwecke **** Ausgaben dürfen nur mit Einwilligung des MF geleistet werden.*	—	274	346	–72	573
891 01-1	680	Zuführungen an den Landesbetrieb Mess- und Eichwesen für Investitionen	—	413	413	—	372
		Abschluss Kapitel 0811					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		100	100	—	
		Summe der Einnahmen		100	100	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	274	346	–72	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	413	413	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	687	759	–72	
		Zuschuss		587	659	–72	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0811

Zu Kapitel 08 11 allgemein
Entsprechend dem Beschluss der Landesregierung vom 9. 12. 1997 ist zum 1. 1. 1998 der Landesbetrieb „Mess- und Eichwesen Niedersachsen“ (MEN) gemäß § 26 LHO errichtet worden.
Ab dem Haushaltsjahr 1999 erfolgt die Bewirtschaftung des Landesbetriebs nach Wirtschaftsplan mit kaufmännischem Rechnungswesen nach Kosten- und Leistungsrechnung.

Zu 121 02

Titel für die Vereinnahmung der erwirtschafteten Überschüsse des Vorjahres.

08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr **Anlage 1**

(zu Kapitel 08 11)

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Mess- und Eichwesen Niedersachsen (MEN)

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	IST 2005 EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gem. VV-HNds:			
- Grundstücke u. Gebäude	-,--	-,--	119.000
- Maschinen und Anlagen	199.000	200.000	153.000
- Fahrzeuge	64.000	128.000	34.000
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	155.000	90.000	100.000
Summe 1.	418.000	418.000	406.000
2. Sonstige Investitionen:			
- Grundstücke u. Gebäude			
- Maschinen und Anlagen			
- Fahrzeuge			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung			
Summe 2.	-,--	-,--	-,--
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	103.000	60.000	-,--
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung	-,--	-,--	-,--
- Ablieferung an den Landeshaushalt	100.000	100.000	281.000
- Bildung von Rücklagen	-,--	-,--	281.000
Summe 3.	203.000	160.000	562.000
4. Positiver Überleitungsbetrag	-,--	-,--	-,--
Summe I.	**621.000**	**578.000**	**968.000**
II.Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	-,--	-,--	619.000
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung			
- Verwendung Vorjahresgewinn	100.000	100.000	562.000
- Vermögensverkaufserlöse	5.000	5.000	14.000
- Auflösung Rücklagen			-,--
- Zuführung für Investitionen des Landes	413.000	413.000	372.000
Summe 1.	518.000	518.000	1.567.000
2. Negativer Überleitungsbetrag	103.000	60.000	25.000
Summe II.	**621.000**	**578.000**	**1.592.000**

08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr **Anlage 1**

(zu Kapitel 08 11)

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Mess- und Eichwesen Niedersachsen (MEN)

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	IST 2005 EUR
I. Erträge			
1. Zuführung aus dem Landeshaushalt lfd. Zwecke:			
- für Geschäftsbedarf	105.000	177.000	426.000
- für Bauunterhaltung	169.000	169.000	81.000
Summe 1.	274.000	346.000	507.000
2. Umsatzerlöse			
- Gebühren und Erstattungen	7.712.000	7.505.000	7.974.000
- Ordnungswidrigkeiten	160.000	170.000	156.000
- gewerbliche Erträge	450.000	500.000	456.000
Summe 2.	8.322.000	8.175.000	8.586.000
3. Bestandsveränderungen			
- Bestandsveränderungen	-,--	-,--	-,--
Summe 3.	-,--	-,--	-,--
4. aktivierte Eigenleistungen			
- aktivierte Eigenleistungen	-,--	-,--	-,--
Summe 4.	-,--	-,--	-,--
5. sonstige betriebliche Erträge			
- Mieterträge	12.000	12.000	12.000
- Verkauf von Vermögensgegenständen	5.000	5.000	14.000
- sonstige Erträge	8.000	8.000	167.000
- Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens AV	367.000	416.000	360.000
- Erträge aus Herabsetzung von Wertbericht. u. Rückstellungen	10.000	16.000	24.000
Summe 5.	402.000	457.000	577.000
6. Zinsertrage und ähnliche Erträge			
- Zinserträge	-,--	-,--	-,--
Summe 6.	-,--	-,--	-,--
Summe I.	**8.998.000**	**8.978.000**	**9.670.000**
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand			
- Aufwendungen für Material	70.000	65.000	70.000
- Aufwendungen für Eichgerätschaften	50.000	50.000	38.000
Summe 1.	120.000	115.000	108.000
2. Personalaufwand			
2.1. Löhne, Gehälter und Besoldung			
- Löhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	923.000	1.011.000	878.000
- Gehälter für Angestellte	1.012.000	888.000	963.000
- Nebenbezüge	4.000	4.000	4.000
- Jubiläumszuwendungen	2.000	2.000	-,--
- Dienstbezüge Beamte	2.915.000	2.943.000	2.988.000
- Anwärter, Auszubildende	50.000	50.000	-,--
- Vergütungen für Praktikanten	4.000	4.000	-,--
- Verstärkungsmittel	-,--	-,--	-,--
Summe 2.1	4.910.000	4.902.000	4.833.000
2.2. Sozialabgaben, Altersversorgung, Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung	614.000	499.000	584.000
- Beihilfen	171.000	171.000	165.000
- Versorgungsaufwendungen f. Beamte	875.000	883.000	897.000
- Versorgungsrücklage gem. § 6 NVersRücklG	15.000	18.000	15.000
Summe 2.2.	1.675.000	1.571.000	1.661.000
Summe 2.	6.585.000	6.473.000	6.494.000
3. Abschreibungen:			
- Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	5.000	15.000	10.000
- Abschreibung Mietereinbauten in Landesgebäuden	12.000	11.000	8.000
- Abschreibungen auf Sachanlagen	350.000	390.000	334.000
- Abschreibungen auf geringwertige Wirtschaftsgüter	43.000	50.000	38.000
Summe 3.	410.000	466.000	390.000
4. sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Miete und Raumkosten			
- Miete und Ausgleichsstockzahlungen für Landesgebäude	563.000	562.000	588.000
- Energie, Wasser, Abwasser	100.000	98.000	98.000
- sonstige Raumkosten	72.000	75.000	69.000
- Bauunterhaltung	195.000	195.000	81.000
Summe 4.1.	930.000	930.000	836.000

08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr **Anlage 1**

(zu Kapitel 08 11)

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Mess- und Eichwesen Niedersachsen (MEN)

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	IST 2005 EUR
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Miete, Pacht, Leasing	44.000	43.000	38.000
- Instandhaltung und Wartung	20.000	23.000	19.000
- Gebühren	6.000	6.000	6.000
- Prüfung, Beratung	12.000	15.000	8.000
- Büromaterial und Geschäftsbedarf	20.000	22.000	19.000
- Porto und Postgebühren	36.000	35.000	34.000
- Fernmeldekosten	19.000	19.000	19.000
- Aufwendung EDV	16.000	16.000	11.000
- Aufwendungen Fuhrpark	165.000	155.000	161.000
- Reisekosten	125.000	125.000	125.000
- sonstige Aufwendungen	20.000	20.000	17.000
Summe 4.2.	483.000	479.000	457.000
4.3. sonstige Personalaufwendungen			
- Trennungsgeld, Fahrkosten, Umzugskosten	15.000	15.000	-,--
- Aufwendungen für Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	15.000	16.000	14.000
- Aufwendungen für Aus-, Fort- und Weiterbildung	40.000	55.000	40.000
- Urlaubsrückstellungen	-,--	15.000	3.000
- Rückstellung für Altersteilzeit	103.000	45.000	285.000
- übrige sonstige Personalaufwendungen	42.000	25.000	42.000
Summe 4.3.	215.000	171.000	384.000
4.4. übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus Abgang Anlagevermögen	-,--	-,--	7.000
- Schadensersatz an Dritte	-,--	-,--	5.000
- Eigene Schäden	5.000	5.000	1.000
- Abschreibung Forderungen, Wertberichtigungen	22.000	29.000	19.000
- gebührenbefreite Kostenbescheide	310.000	310.000	300.000
- sonst. periodenfremde Aufwendungen	1.000	1.000	21.000
- vom MF angeordnete Einsparungen	-,--	-,--	-,--
- Einstellung von Vermögensverkaufserträgen in den Finanzplan	5.000	5.000	14.000
Summe 4.4.	343.000	350.000	367.000
Summe 4.	1.971.000	1.930.000	2.044.000
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen			
- Zinsaufwendungen	-,--	-,--	-,--
Summe 5.	-,--	-,--	-,--
Summe II:	**9.086.000**	**8.984.000**	**9.036.000**
III. Ergebnis des gewöhnlichen Geschäftsbetriebes	**-88.000**	**-6.000**	**634.000**
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
- außerordentliche Erträge	-,--	-,--	-,--
- außerordentliche Aufwendungen	-,--	-,--	-,--
V. Außerordentliches Ergebnis	**-,--**	**-,--**	**-,--**
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und Ertrag			
- Körperschaftssteuer	-,--	24.000	-,--
- Gewerbeertragssteuer	-,--	15.000	-,--
- Gewerbekapitalsteuer	-,--	-,--	-,--
Summe 1.	-,--	39.000	-,--
2. sonstige Steuern			
- Kraftfahrzeugsteuer	14.000	13.000	14.000
- Grundsteuer	1.000	2.000	1.000
Summe 2.	15.000	15.000	15.000
VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**-103.000**	**-60.000**	**619.000**

08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr **Anlage 1**
(zu Kapitel 08 11)

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Mess- und Eichwesen Niedersachsen (MEN)

C. Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	IST 2005 EUR
I. Erhöhung der Zuführung/Minderung der Ablieferung			
- Erhöhung Forderungsbestand	-,--	-,--	149.000
- Minderung von Rückstellungen u.Wertberichtigungen	10.000	16.000	-,--
- Minderung Lieferantenverbindlichkeiten	-,--	-,--	10.000
- Minderung sonstige Verbindlichkeiten	-,--	-,--	10.000
- Minderung der Verbindl. an Landesorganisationen	-,--	-,--	-,--
- sonstige Bilanzveränderungen	-,--	-,--	29.000
- Auflösung Sonderposten AV	367.000	416.000	360.000
- Auflösung Rücklagen	-,--	-,--	-,--
Summe I.	377.000	432.000	558.000
II. Minderung der Zuführung/Erhöhung der Ablieferung			
- Verminderung Forderungsbestand	-,--	-,--	-,--
- Erhöhung von Rückstellung u.Wertberichtigungen	113.000	76.000	224.000
- Erhöhung Lieferantenverbindlichkeiten	-,--	-,--	-,--
- Erhöhung sonstige Verbindlichkeiten	-,--	-,--	-,--
- Erhöhung Verbindl. an Landesorganisationen	-,--	-,--	-,--
- sonstige Bilanzveränderungen	-,--	-,--	-,--
- Bildung Sonderposten AV		-,--	-,--
- AfA ohne GWG	367.000	416.000	352.000
- Verlust aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	-,--	-,--	7.000
- Abschreibung auf Forderungen	-,--	-,--	-,--
Summe II.	480.000	492.000	583.000
III. Überleitungsbetrag	**-103.000**	**-60.000**	**-25.000**

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Landesbetriebes Mess- und Eichwesen Niedersachsen (MEN)

	Betrag für 2007 EUR	Betrag für 2006 EUR	Istergebnis für 2005 EUR
Ausgaben	9.891.000	9.883.000	9.981.000
Einnahmen	9.204.000	9.124.000	9.746.000
Fehlbetrag	687.000	759.000	235.000

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers		-- EUR
b) das Land mit		687.000 EUR
c) den Bund mit		-- EUR
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit		-- EUR
e) Private		-- EUR
	Zusammen	687.000 EUR

08 Ministerium für Wirtschaft Arbeit und Verkehr **Anlage 1**
(zu Kapitel 08 11)

Zielkosten der Produkte des Landesbetriebes Mess- und Eichwesen

Produkte		Leistungs-menge Soll 2007 Stück	Zielkosten Soll 2007 EUR	Gesamt-zielkosten Soll 2007 EUR	Leistungs-menge Soll 2006 Stück	Zielkosten Soll 2006 EUR	Leistungs-menge Ist 2005 Stück	Ist-Kosten Ist 2005 EUR
Eichung	Stück	115.000	64	7.343.000	115.000	7.442.000	138.047	7.336.000
Anerkennung, Genehmigung, Aufsicht, Kontrolle	Stück	4.600	96	442.000	4.500	504.000	4.574	423.000
Überwachung und Ordnungswidrigkeiten*	Std.	12.000	78	936.000	10.000	648.000	9.493	713.000
Messtechn. Kontrollen, Kalibrierungen	Stück	22.000	16	354.000	22.000	397.000	22.881	378.000
Gewichtsverleih	t/Tag	4.000	18	72.000	5.000	44.000	4.035	74.000
Sonstige Aufwendungen und Erträge								
Gesamtsumme		-----	-----	9.147.000	-----	9.035.000	-----	8.924.000

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag

Produkte		**Gesamtzielkosten Soll 2007 EUR**	**Eigenerlöse Soll 2007 EUR**	**Finanzierungsbeitrag des Produkthaushalts Soll 2007 EUR**
Eichung	Stück	7.343.000	7.222.000	121.000
Anerkennung, Genehmigung, Aufsicht, Kontrolle	Stück	442.000	490.000	-48.000
Überwachung und Ordnungswidrigkeiten*	Std.	936.000	160.000	776.000
Messtechn. Kontrollen, Kalibrierungen	Stück	354.000	370.000	-16.000
Gewichtsverleih	t/Tag	72.000	80.000	-8.000
Sonstige Aufwendungen und Erträge		--	35.000	-35.000
Produktsumme		**9.147.000**	**8.357.000**	**790.000**
Haushaltsausgleich (Überleitungsrechnung)				**-103.000**
Gesamtsumme				**687.000**

* Die Umsetzung der MID erfordert durch den Wegfall der Ersteichung ab 2007 einen erhöhten Überwachungsaufwand

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Anlage 1
(zu Kapitel 08 11)

Übersicht über die Stellen für vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter/-innen

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Angestellte	[1] 2 kw bei Ausscheiden der Stelleninhaber
IIa	1	1		
IVa	1	1		
Vb	2	2		
Vc	3	3		
VIb	17	17		
VII [1]	2	2		
VIII	--	--		
IXb	--	--		
IXb - VII	2	2		
	28	28	Zusammen	
			Arbeiter/-innen	
MTL 4	--	--		
MTL 2	38	38		
	38	38	Zusammen	

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0813 Materialprüfanstalten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-7	680	Ablieferungen der Materialprüfanstalten		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-0	680	Zuführungen an die Materialprüfanstalten für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
682 10-0	680	Zuschuss für Gremienarbeit der Material-prüfanstalten	—	165	160	+5	155
682 11-8	680	Zuschuss für Personalausgaben der Materialprüfanstalten	—	340	340	—	112
891 01-9	680	Zuführungen an die Materialprüfanstalten für Investitionen	—	—	—	—	439
		Abschluss Kapitel 0813					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		4 Personalausgaben	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	505	500	+5	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	505	500	+5	
		Zuschuss		505	500	+5	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0813

Aufgrund des Beschlusses der Landesregierung vom 21.01.2003 werden die Aufgaben der staatlichen Materialprüfung in Niedersachsen ab dem 01.01.2004 von drei Materialprüfanstalten (Landesbetriebe gem. § 26 LHO) wahrgenommen:

1. Materialprüfanstalt für das Bauwesen, Hannover (MPA H1)
2. Materialprüfanstalt für Werkstoffe und Produktionstechnik, Hannover (MPA H2)
3. Materialprüfanstalt für das Bauwesen, Braunschweig (MPA BS)

Die Materialprüfanstalten wirtschaften seit dem Haushaltsjahr 1999 nach Wirtschaftsplan mit kaufmännischem Rechnungswesen und Kosten- und Leistungsrechnung.

Zu 121 02

Titel für die Vereinnahmung der erwirtschafteten Überschüsse des Vorjahres.

Zu 682 10

Haushaltsmittel für die Mitwirkung der Materialprüfanstalten in verschiedenen Gremien (z.B. Normenausschüsse, Sachverständigenausschüsse) in übergeordnetem Landesinteresse. Ohne Beteiligung des Landes an den entsprechenden Aufwendungen wären die Materialprüfanstalten gezwungen, sich aus diesen Gremien zurückzuziehen, damit das betriebswirtschaftliche Ziel der Vollkostendeckung erreicht werden kann.
Die veranschlagten Haushaltsmittel teilen sich wie folgt auf:

MPA H1	41.000 EUR
MPA H2	41.000 EUR
MPA BS	83.000 EUR

Zu 682 11

Personalaufwendungen für die Bediensteten, die im Zuge der Neustrukturierung der staatlichen Materialprüfanstalten der Job-Börse gemeldet werden.
Die veranschlagten Haushaltsmittel teilen sich wie folgt auf:

MPA H2	197.000 EUR
MPA BS	143.000 EUR

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Materialprüfanstalt für das Bauwesen Hannover (MPA H1)

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- immaterielle Vermögensgegenstände (Software)	0	0	0
- Bebaute Grundstücke	0	0	0
- Unbebaute Grundstücke	0	0	0
- Gebäude	0	50.000	0
- Maschinen und Anlagen	100.000	200.000	277.000
- Fahrzeuge	0	0	0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	50.000	0
Summe 1.:	100.000	300.000	277.000
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- immaterielle Vermögensgegenstände (Software)	0	0	0
- Gebäude	0	0	0
- Maschinen und Anlagen	0	0	0
- Fahrzeuge	0	0	0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	50.000	0	45.000
Summe 2.:	50.000	0	45.000
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	29.800	81.000	193.678
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	0	0	0
- Ablieferung an den Landeshaushalt	0	0	0
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	0	0	0
Summe 3.:	29.800	81.000	193.678
4. Positiver Überleitungsbetrag (Anlage C):	0	0	0
Summe I.:	179.800	381.000	515.678
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	0	0	0
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	0	0	0 69.813
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	0	0	0
Entnahme aus Rücklagen für Investitionen	55.800	269.000	119.442
Entnahme aus Rücklagen für Personalkosten	0	0	0
- Abbau von Rücklagen	0	0	0
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	0	0	0 0
- Zuführung aus dem Landeshaushalt für Investitionen	0	0	100.000
Summe 1.:	55.800	269.000	289.255
2. Negativer Überleitungsbetrag (Anlage C):	124.000	112.000	226.423
Summe II.:	179.800	381.000	515.678

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPI) sind.

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Materialprüfanstalt für das Bauwesen Hannover (MPA H1)

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
- Zuschuss für Gremienarbeit	0	0	0
- Personalzuwendungen Jobbörse	41.000	40.000	19.939
Summe 1.:	41.000	40.000	19.939
2. Umsatzerlöse:	2.380.000	2.410.000	2.317.176
Summe 2.:	2.380.000	2.410.000	2.317.176
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	0	0	-31.000
- …	0	0	0
Summe 3.:	0	0	-31.000
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	0	0	10.993
- …	0	0	0
Summe 4.:	0	0	10.993
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
- Sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
- Erträge aus dem Abgang v. Gegenständen d. Anlagevermögens	0	0	7.000
- Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen und Rückstellungen	0	0	0
- Periodenfremde Erträge	0	0	0
- Erträge aus d. Auflösung d. Sonderpostens Investitionszuschüsse	130.000	160.000	130.000
- Erstattung von Leistungen ach § 4 ATZ-Gesetz	33.000	10.000	0
Summe 5.:	163.000	170.000	137.000
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:			
- Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	30
Summe 6.:	0	0	30
Aufrundung	0	0	0
Summe I.:	2.584.000	2.620.000	2.454.138
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	47.000	46.000	35.955
- Werkzeuge und Kleingeräte	3.000	4.000	2.346
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	50.000	30.000	49.681
- …	0	0	0
Summe 1.:	100.000	80.000	87.982
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	178.000	170.000	173.453
- Vergütungen der Angestellten	1.032.000	1.123.000	1.014.822
- Rückstellungen ATZ	-6.000	-48.000	123.000
- Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	169.000	159.000	155.945
- Ausbildungsvergütungen, Hilfskräfte	0	0	0
- Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter (Nebenvergütungen)	21.000	21.000	25.889
- …	0	0	0
Summe 2.1.:	1.394.000	1.425.000	1.493.109

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Materialprüfanstalt für das Bauwesen Hannover (MPA H1)

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

noch II. Aufwendungen			
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	217.000	236.000	225.512
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	36.000	34.000	33.563
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Auszubildende	0	0	0
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für stud. Hilfskräfte	0	0	0
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	53.400	51.000	53.000
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	94.000	103.000	92.402
- VBL-Sanierungsgeld	0	0	0
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	15.000	15.000	14.092
- Sonstige soziale Leistungen an Auszubildende aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	0	0	0
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	0	0	0
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	0	0	0
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	17.000	9.000	14.000
- Beihilfen für Angestellte	0	0	0
- Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	0	0	0
- Arbeitsschutz/Betriebsarzt	4.000	4.000	5.519
- Unterstützungen, Umzugskosten, Trennungsgeld	0	0	0
- Fürsorgeleistungen, Versorgungsrücklage n. § 6 NVersRücklG	1.000	1.000	911
- Erstattung für gesetzliche Unfallversicherung	4.400	4.000	4.000
- Zuführung zum Sondervermögen Nds. Landesversorgungsrücklage	0	0	0
- Aufwendungen für Personaleinstellungen	2.000	1.000	2.840
- Leiharbeitskräfte	0	0	8.576
Summe 2.2.:	443.800	458.000	454.415
Aufrundung	0	0	0
Summe 2.:	1.837.800	1.883.000	1.947.524
3. Abschreibungen:			
- Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	0	0	0
- Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	260.000	320.000	233.423
- Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
- Technische Anlagen und Maschinen	0	0	0
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	0	0
- Geringwertige Wirtschaftsgüter	14.000	14.000	6.225
Summe 3.:	274.000	334.000	239.648
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
- Mieten	83.000	87.000	86.360
- Unterhaltung von Gebäuden	25.000	25.000	11.780
- Unterhaltung von Anlagen	32.000	34.000	65.130
- Unterhaltung von Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.000	10.000	3.433
- Energie	36.000	27.000	34.335
- Wasser	3.000	3.000	0
- Bewirtschaftungskosten (Reinigung, Abfallbeseitigung)	11.000	11.000	10.722
- Unterhaltung von Kfz	7.000	7.000	8.146
- Leasing von Kfz	3.000	3.000	2.548
Summe 4.1.:	210.000	207.000	222.454
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Geschäftsbedarf, Büromaterial	19.000	18.000	18.340
- Post und Fernmeldegebüren	12.000	12.000	12.123
• Porto	3.000	3.000	0
- Versicherungen	0	0	0
- Öffentlichkeitsarbeit	7.000	7.000	1.903
- Zeitungen, Zeitschriften	7.000	6.000	5.179
- Anwalts- und Gerichtskosten, Beratungs- und Prüfungskosten	20.000	16.000	22.354
- Beiträge, Gebühren	18.000	18.000	18.210
- Personalverwaltung NLBV	8.000	9.000	7.935
- Personalverwaltung Uni	12.000	12.000	11.862
- periodenfremde Aufwendungen	0	0	-17
Summe 4.2.:	106.000	101.000	97.889

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Materialprüfanstalt für das Bauwesen Hannover (MPA H1)

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Reisekosten	38.000	49.000	29.597
- Fahrgelder	0	0	0
- Aus- und Fortbildung	6.000	6.000	2.012
Summe 4.3.:	44.000	55.000	31.609
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	0	0
- Schadensersatzleistungen	0	0	0
- Abschreibungen auf Forderungen	0	0	0
- Aufwendungen Gremienarbeit	41.000	40.000	19.939
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	0
Summe 4.4.:	41.000	40.000	19.939
Summe 4.:	401.000	403.000	371.891
noch II. Aufwendungen			
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	0	0	0
- …	0	0	0
Summe 5.:	0	0	0
Summe II.:	2.612.800	2.700.000	2.647.045
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	-28.800	-80.000	-192.907
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge	0	0	0
Summe 1.:	0	0	0
2. Außerordentliche Aufwendungen:	0	0	0
Summe 2.:	0	0	0
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer	0	0	0
- Gewerbesteuer	0	0	0
- Kapitalertragssteuer	0	0	0
- …	0	0	0
Summe 1.:	0	0	0
2. Sonstige Steuern:			
- Kraftfahrzeugsteuer	1.000	1.000	771
- Grundsteuer	0	0	0
- …	0	0	0
Summe 2.:	1.000	1.000	771
Summe VI.:	1.000	1.000	771
VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)	-29.800	-81.000	-193.678

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Materialprüfanstalt für das Bauwesen Hannover (MPA H1)

C. Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2006 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erhöhung der Zuführung/Minderung der Ablieferung			
Gewinnerhöhung ohne Geldfluss, z. B.			
- Erhöhung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnissen	0	0	0
- Erträge a. d. Auflösung d. Sonderpostens f. Investitionszuschüsse	130.000	160.000	130.000
- Erhöhung des Forderungsbestandes	0	0	0
- Minderung von Rückstellungen	6.000	48.000	0
- Minderung von Wertberichtigungen	0	0	0
- Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	0	0
- Erträge aus der Auflösung von nichtverbrauchten Rückstellungen	0	0	0
Summe I.:	136.000	208.000	130.000
II. Minderung der Zuführung/Minderung der Ablieferung			
Gewinnminderung ohne Geldfluss, z. B.			
- Abschreibungen für Abnutzung (ohne Abschreibungen für geringwertige Wirtschaftsgüter nach § 6 Abs. 2 EStG)	260.000	320.000	233.423
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	0	0
- Abschreibungen auf Forderungen	0	0	0
- Minderung des Forderungsbestandes	0	0	0
- Erhöhung von Rückstellungen	0	0	123.000
- Erhöhung von Wertberichtigungen	0	0	0
Summe II.:	260.000	320.000	356.423
III. Überleitungsbetrag (Summe I ./. Summe II)	-124.000	-112.000	-226.423

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Materialprüfanstalt für das Bauwesen Hannover (MPA H1)

	Betrag für 2007 EUR	Betrag für 2006 EUR	Istergebnis 2005 EUR
Ausgaben	2.489.800	2.589.000	2.421.250
Einnahmen	2.413.000	2.420.000	2.317.176
Fehlbetrag	76.800	169.000	104.074

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers		35.800 EUR
b) das Land mit		41.000 EUR
c) den Bund mit		-- EUR
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit		-- EUR
e) Private		-- EUR
	Zusammen	76.800 EUR

Zielkosten der Produkte der Materialprüfanstalt für das Bauwesen Hannover

Produkte	Leistungs-menge Soll 2007 Stück	Zielkosten Soll 2007 EUR	Gesamt-zielkosten Soll 2007 EUR	Leistungs-menge Soll 2006 Stück	Zielkosten Soll 2006 EUR	Leistungs-menge Ist 2005 Stück	Kosten je Auftrag Ist 2005 EUR
mechanisch-technologische Untersuchungen	1.500	718	1.077.405	1.280	770	1.649	617
chemische Untersuchungen	50	1.899	94.950	70	2.100	48	1.479
Prüfung von Bauprodukten des Straßenbaus	900	472	425.025	590	900	1.046	431
Prüfung von Produkten des Wärme- u. Feuchteschutzes	180	1.744	313.920	330	1.030	140	2.265
Brandschutzprüfungen von Baustoffen	700	945	661.500	700	940	759	1.015
Zwischensumme	--	--	2.572.800	--	--	--	--
sonstige Aufgaben (Gremienarbeit)	--	--	41.000	--	--	--	--
MPA H2 Gesamtsumme	--	--	2.613.800	--	--	--	--

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag der Materialprüfanstalt für das Bauwesen Hannover

Produktbereich	Gesamtzielkosten Soll 2007 EUR	Eigenerlöse Soll 2007 EUR	Finanzierungsbeitrag des Produkthaushalts Soll 2007 EUR
mechanisch-technologische Untersuchungen	1.077.405	980.000	97.405
chemische Untersuchungen	94.950	60.000	34.950
Prüfung von Bauprodukten des Straßenbaus	425.025	450.000	-24.975
Prüfung von Produkten des Wärme- u. Feuchteschutzes	313.920	270.000	43.920
Brandschutzprüfungen von Baustoffen	661.500	620.000	41.500
sonstige Erträge	--	33.000	-33.000
Produktsumme	2.572.800	2.413.000	159.800
Sonstige Aufgaben (Gremienarbeit)	41.000	--	41.000
Haushaltsausgleich (Uberleitungsrechnung)	--	--	-124.000
Gesamtsumme	2.613.800	2.413.000	76.800

08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr **Anlage**
(zu Kapitel 08 13)

Übersicht über die Stellen für vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter/-innen MPA H1

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Angestellte	
I a				
I b	3	4		
II a	2	2		
III	5	5		
IVa	2	2		
IV b	3	2		
Vb	2	2		
Vc	2	2		
VIb	4	5		
VII	5	5		
VIII	1	1		
	29	30	Zusammen	
			Arbeiter/-innen	
8a	2	1		
8	2	3		
7a	0	0		
6	1	0		
5	1	1		
	6	5	Zusammen	

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Materialprüfanstalt für Werkstoffe und Produktionstechnik, Hannover (MPA H2)

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- immaterielle Vermögensgegenstände (Software)	0	0	0
- Bebaute Grundstücke	0	0	0
- Unbebaute Grundstücke	0	0	0
- Gebäude	0	0	0
- Maschinen und Anlagen	5.000	25.000	56.194
- Fahrzeuge	0	0	0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	0	0
Summe 1.:	5.000	25.000	56.194
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- immaterielle Vermögensgegenstände (Software)	0	0	9.972
- Gebäude	0	0	0
- Maschinen und Anlagen	10.000	0	20.967
- Fahrzeuge	0	0	0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.000	25.000	12.719
Summe 2.:	25.000	25.000	43.658
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	0	0	283.594
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	0	0	0
- Ablieferung an den Landeshaushalt	0	0	0
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	0	0	0
Summe 3.:	0	0	283.594
4. Positiver Überleitungsbetrag (Anlage C):	32.000	46.000	0
Summe I.:	62.000	96.000	383.446
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	32.000	44.250	0
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	30.000	46.000	164.337 0
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	0	0	0
• Fördermittel	0	0	0
• Abschreibungen	0	0	0
- Abbau von Rücklagen	0	0	0
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	0	0	0 70.751
- Zuführung aus dem Landeshaushalt für Investitionen	0	0	100.000
Summe 1.:	62.000	90.250	335.088
2. Negativer Überleitungsbetrag (Anlage C):	0	0	48.358
Summe II.:	62.000	90.250	383.446

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPI) sind.

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Materialprüfanstalt für Werkstoffe und Produktionstechnik, Hannover (MPA H2)

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
- Zuschuss für Gremienarbeit	41.000	40.000	47.380
- Personalzuwendungen Jobbörse	197.000	196.250	64.917
Summe 1.:	238.000	236.250	112.297
2. Umsatzerlöse:	2.383.000	2.433.000	2.341.129
Summe 2.:	2.383.000	2.433.000	2.341.129
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	0	0	0
- …	0	0	0
Summe 3.:	0	0	0
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	0	0	0
- …	0	0	0
Summe 4.:	0	0	0
5. Sonstige betriebliche Erträge:	0	0	3.379
- Erträge aus dem Abgang v. Gegenständen d. Anlagevermögens	0	0	0
- Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen und Rückstellungen	0	0	0
- Periodenfremde Erträge	0	0	0
- Erträge aus d. Auflösung d. Sonderpostens Investitionszuschüsse	150.000	150.000	160.000
Summe 5.:	150.000	150.000	163.379
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:	0	0	0
- Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Summe 6.:	0	0	0
Aufrundung	0	0	0
Summe I.:	2.771.000	2.819.250	2.616.805
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	81.000	80.000	80.416
- Werkzeuge und Kleingeräte	0	0	382
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	250.000	200.000	278.397
Summe 1.:	331.000	280.000	359.195
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	223.000	251.000	246.585
- Vergütungen der Angestellten	1.032.000	1.070.000	1.168.991
- Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	34.000	34.000	33.171
- Ausbildungsvergütungen, Hilfskräfte	0	0	0
- Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter (Nebenvergütungen)	23.000	20.000	23.000
Summe 2.1.:	1.312.000	1.375.000	1.471.747

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Materialprüfanstalt für Werkstoffe und Produktionstechnik, Hannover (MPA H2)

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	215.000	223.000	221.665
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	7.000	7.000	6.156
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Auszubildende	0	0	0
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für stud. Hilfskräfte	0	0	0
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	67.000	75.000	77.000
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	92.000	96.000	71.554
- VBL-Sanierungsgeld	0	0	21.585
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	3.000	3.000	2.109
- Sonstige soziale Leistungen an Auszubildende aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	0	0	0
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	0	0	0
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	0	0	0
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	11.340	10.000	5.000
- Beihilfen für Angestellte	10.400	1.000	0
- Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	0	0	0
- Unterstützungen, Umzugskosten, Trennungsgeld	0	0	0
- Fürsorgeleistungen, Versorgungsrücklage n. § 6 NVersRücklG	1.560	2.000	1.706
- Erstattung für gesetzliche Unfallversicherung	3.700	4.000	4.000
- Zuführung zum Sondervermögen Nds. Landesversorgungsrücklage	0	0	0
- Trennungsgeld	0	0	0
Summe 2.2.:	411.000	421.000	410.775
Aufrundung	0	0	0
Summe 2.:	1.723.000	1.796.000	1.882.522
3. Abschreibungen:			
- Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	0	0	0
- Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	180.000	180.000	185.995
- Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
- Technische Anlagen und Maschinen	0	0	0
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	0	0
Summe 3.:	180.000	180.000	185.995
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
- Mieten	130.000	130.000	135.948
- Unterhaltung von Gebäuden	0	0	0
- Unterhaltung von Anlagen	30.000	25.000	40.723
- Unterhaltung von Betriebs- und Geschäftsausstattung	11.000	15.000	11.007
- Energie	25.000	25.000	16.073
- Wasser	0	0	1.954
- Bewirtschaftungskosten (Reinigung, Abfallbeseitigung)	26.000	25.000	25.596
- Unterhaltung von Kfz	22.000	20.000	18.786
- Abgaben	0	0	0
Summe 4.1.:	244.000	240.000	250.087

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Materialprüfanstalt für Werkstoffe und Produktionstechnik, Hannover (MPA H2)

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Geschäftsbedarf, Büromaterial	10.000	12.000	7.988
- Post und Fernmeldegebüren	18.000	18.000	16.240
• Porto	0	0	0
- Versicherungen	0	0	0
- Offentlichkeitsarbeit	8.000	5.000	7.390
- Zeitungen, Zeitschriften	6.000	7.000	5.181
- Anwalts- und Gerichtskosten, Beratungs- und Prüfungskosten	26.000	26.000	22.106
- Beiträge, Gebühren	10.000	14.000	8.641
- Personalverwaltung NLBV	9.000	9.000	6.744
- periodenfremde Aufwendungen	0	0	0
Summe 4.2.:	87.000	91.000	74.290
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Reisekosten	25.000	35.000	20.340
- Fahrgelder	80.000	85.000	70.550
- Aus- und Fortbildung	6.000	6.000	8.522
Summe 4.3.:	111.000	126.000	99.412
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	0	0
- Schadensersatzleistungen	5.000	5.000	0
- Abschreibungen auf Forderungen	13.000	13.000	0
- Einstell. in Einzelwertberichtigungen	1.000	1.000	0
- Einstell. in Pauschalwertberichtigungen	1.000	1.000	0
- Aufwendungen Gremienarbeit	41.000	40.000	47.380
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	0
Summe 4.4.:	61.000	60.000	47.380
Summe 4.:	503.000	517.000	471.169
noch II. Aufwendungen			
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	0	0	0
Summe 5.:	0	0	0
Summe II.:	2.737.000	2.773.000	2.898.881
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	34.000	46.250	-282.076
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge	0	0	0
Summe 1.:	0	0	0
2. Außerordentliche Aufwendungen:	0	0	0
Summe 2.:	0	0	0
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer	0	0	0
- Gewerbesteuer	0	0	0
- Kapitalertragssteuer	0	0	0
Summe 1.:	0	0	0
2. Sonstige Steuern:			
- Kraftfahrzeugsteuer	2.000	4.000	1.518
- Grundsteuer	0	0	0
Summe 2.:	2.000	4.000	1.518
Summe VI.:	2.000	4.000	1.518
VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)	32.000	42.250	-283.594

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Materialprüfanstalt für Werkstoffe und Produktionstechnik, Hannover (MPA H2)

C. Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2006 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erhöhung der Zuführung/Minderung der Ablieferung			
Gewinnerhöhung ohne Geldfluss, z. B.			
- Erhöhung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnissen	0	0	0
- Erträge a. d. Auflösung d. Sonderpostens f. Investitionszuschüsse	150.000	150.000	160.000
- Erhöhung des Forderungsbestandes	0	0	0
- Minderung von Rückstellungen	74.000	91.000	0
- Minderung von Wertberichtigungen	0	0	0
- Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	0	0
- Erträge aus der Auflösung von nichtverbrauchten Rückstellungen	0	0	0
Summe I.:	224.000	241.000	160.000
II. Minderung der Zuführung/Minderung der Ablieferung			
Gewinnminderung ohne Geldfluss, z. B.			
- Abschreibungen für Abnutzung (ohne Abschreibungen für geringwertige Wirtschaftsgüter nach § 6 Abs. 2 EStG)	180.000	180.000	180.000
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	0	0
- Abschreibungen auf Forderungen	10.000	13.000	15.000
- Minderung des Forderungsbestandes	0	0	0
- Erhöhung von Rückstellungen	0	0	13.358
- Erhöhung von Wertberichtigungen	2.000	2.000	0
Summe II.:	192.000	195.000	208.358
III. Überleitungsbetrag (Summe I ./. Summe II)	32.000	46.000	-48.358

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Materialprüfanstalt für Werkstoffe und Produktionstechnik (MPA H2)

	Betrag für 2007 EUR	Betrag für 2006 EUR	Istergebnis 2005 EUR
Ausgaben	2.621.000	2.671.000	2.740.399
Einnahmen	2.383.000	2.433.000	2.344.508
Fehlbetrag	238.000	238.000	395.891

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers		-- EUR
b) das Land mit		238.000 EUR
c) den Bund mit		-- EUR
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit		-- EUR
e) Private		-- EUR
	Zusammen	238.000 EUR

Zielkosten der Produkte der Materialprüfanstalt für Werkstoffe und Produktionstechnik

Produkte	Leistungs-menge Soll 2007 Stück	Zielkosten Soll 2007 EUR	Gesamt-zielkosten Soll 2007 EUR	Leistungs-menge Soll 2006 Stück	Zielkosten Soll 2006 EUR	Leistungs-menge Ist 2005 Stück	Kosten je Auftrag Ist 2005 EUR
Kalibrierungen	737	1.250	921.250	730	1.100	335	2.030
Produktuntersuchungen	720	1.300	936.000	560	1.800	796	1.320
Technische Abnahmen	800	1.050	840.000	700	1.320	820	1.030
Zwischensumme	--	--	2.697.250	--	--	--	--
sonstige Aufgaben (Gremienarbeit)	--	--	41.000	--	--	--	--
MPA H2 Gesamtsumme	--	--	2.738.250	--	--	--	--

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag der Materialprüfanstalt für Werkstoffe und Produktionstechnik

Produktbereich	Gesamtzielkosten Soll 2007 EUR	Eigenerlöse Soll 2007 EUR	Finanzierungsbeitrag des Produkthaushalts Soll 2007 EUR
Kalibrierungen	921.250	823.000	98.250
Produktuntersuchungen	936.000	936.000	--
Technische Abnahmen	840.000	774.000	66.000
Produktsumme	2.697.250	2.533.000	164.250
Sonstige Aufgaben (Gremienarbeit)	41.000	--	41.000
Haushaltsausgleich (Uberleitungsrechnung)	--	--	32.000
Gesamtsumme	2.738.250	2.533.000	237.250

08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr **Anlage**
(zu Kapitel 08 13)

Übersicht über die Stellen für vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter/-innen MPA H2

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Angestellte	
I a	3	3		[1)] 1 Stelle darf nur zu 50 v. H. besetzt werden; für den besetzbaren Teil gilt: kw ab 01.01.2010 infolge ZV II.
I b	3	3		
II a	3	3		
III	0	1		
IVa	2	3		
IV b	2	2		
Vb	7	7		
Vc	2	3		
VIb	0	0		
VII [1)]	2	1		
VIII	0	0		
	24	26	Zusammen	
			Arbeiter/-innen	
9	1	1		
8/8a	0	0		
	1	1	Zusammen	

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Materialprüfanstalt für das Bauwesen Braunschweig, Braunschweig (MPA BS)

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
- immaterielle Vermögensgegenstände (Software)	15.000	15.000	32.000
- Bebaute Grundstücke	0	0	0
- Unbebaute Grundstücke	0	0	0
- Gebäude	0	0	0
- Maschinen und Anlagen	330.000	330.000	395.689
- Fahrzeuge	30.000	30.000	0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	100.000	100.000	14.655
Summe 1.:	475.000	475.000	442.344
2. Sonstige Investitionen [1]):			
- immaterielle Vermögensgegenstände (Software)	15.000	15.000	2.677
- Gebäude	0	0	0
- Maschinen und Anlagen	50.000	50.000	28.732
- Fahrzeuge	0	0	0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	60.000	60.000	43.661
Summe 2.:	125.000	125.000	75.070
3. Sonstiger Finanzbedarf:			
- Jahresfehlbetrag laut Erfolgsplan	0	0	0
- Geldabfluss ohne Gewinnminderung (ohne Investitionsausgaben; z. B. Zahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung)	0	0	0
- Ablieferung an den Landeshaushalt	0	0	0
- Bildung von Rücklagen (nur bei Ist)	0	0	919.453
Summe 3.:	0	0	919.453
4. Positiver Überleitungsbetrag (Anlage C):	0	0	0
Summe I.:	600.000	600.000	1.436.867
II. Deckungsmittel			
1. Deckungsmittel:			
- Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	181.584	174.253	908.195
- Geldzufluss ohne Gewinnerhöhung (z.B. eingehende Zahlungen für Forderungen)	0	0	0
- Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorjahr/Vorjahren	0	0	0
- Abbau von Rücklagen	5.410	96.116	0
- Zuschüsse aus Drittmitteln (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag enthalten)	0	0	0
- Zuführung aus dem Landeshaushalt für Investitionen	0	0	239.000
Summe 1.:	186.994	270.369	1.147.195
2. Negativer Überleitungsbetrag (Anlage C):	413.006	329.631	289.673
Summe II.:	600.000	600.000	1.436.868

[1]) Investitionen gemäß VV Nr. 1.3.4 zu § 26, die keine Investitionen i. S. der VV-HNds (ZR-GPI) sind.

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Materialprüfanstalt für das Bauwesen Braunschweig, Braunschweig (MPA BS)

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt für laufende Zwecke:			
- Zuschuss für Gremienarbeit	83.000	80.000	87.681
- Personalzuwendungen Jobbörse	143.000	143.750	47.428
Summe 1.:	226.000	223.750	135.109
2. Umsatzerlöse:	8.000.000	7.861.000	7.866.837
Summe 2.:	8.000.000	7.861.000	7.866.837
3. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen:	0	0	0
Summe 3.:	0	0	0
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	0	0	0
Summe 4.:	0	0	0
5. Sonstige betriebliche Erträge:	100.000	0	193.477
- Erträge aus dem Abgang v. Gegenständen d. Anlagevermögens	0	0	9.648
- Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen und Rückstellungen	0	120.369	54.091
- Periodenfremde Erträge	0	0	0
- Erträge aus d. Auflösung d. Sonderpostens Investitionszuschüsse	300.000	300.000	282.482
Summe 5.:	400.000	420.369	539.698
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:	0	0	5.517
Summe 6.:	0	0	5.517
Aufrundung	0	0	0
Summe I.:	8.626.000	8.505.119	8.547.160
II. Aufwendungen			
1. Materialaufwand:			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	415.000	345.000	395.226
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	244.000	269.000	216.453
• Unteraufträge in Drittmittelvorhaben	0	0	0
• Werkverträge	0	0	0
• Wissenschaftliche Dienstleistungen	0	0	0
Summe 1.:	659.000	614.000	611.679
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne und Gehälter			
- Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	366.000	428.000	375.298
- Vergütungen der Angestellten	3.125.000	2.950.000	2.866.438
- Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	833.000	830.000	816.050
- Ausbildungsvergütungen	0	19.000	4.076
- Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter (Nebenvergütungen, student. Hilfskräfte)	125.000	177.000	97.602
- Einstellungen in die Rückstellung für Altersteilzeit	-56.994	0	-87.638
Summe 2.1.:	4.392.006	4.404.000	4.071.825

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Materialprüfanstalt für das Bauwesen Braunschweig, Braunschweig (MPA BS)

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
2.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Angestellte	650.000	620.000	606.979
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter	185.000	185.000	176.958
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für Auszubildende	0	6.000	875
- Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung für stud. Hilfskräfte	15.000	21.000	10.807
- Abführung von Versorgungsanteilen für Beamtinnen und Beamte an den Landeshaushalt	109.000	134.000	134.000
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	270.000	270.000	258.123
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	80.000	80.000	72.915
- Sonstige soziale Leistungen an Auszubildende aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen	0	2.500	400
- Sonstige soziale Leistungen an Angestellte aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	0	0	0
- Sonstige soziale Leistungen an Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund betrieblicher Vereinbarungen	0	0	0
- Beihilfen für Beamtinnen und Beamte	15.120	20.000	15.000
- Beihilfen für Angestellte	35.910	10.000	0
- Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	0	0	0
- Unterstützungen, Umzugskosten, Trennungsgeld	0	0	0
- Fürsorgeleistungen, Versorgungsrücklage n. § 6 NVersRücklG	2.300	2.000	2.255
- Erstattung für gesetzliche Unfallversicherung	12.580	11.866	11.000
Summe 2.2.:	1.374.910	1.362.366	1.289.313
Aufrundung	0	0	0
Summe 2.:	5.766.916	5.766.366	5.361.138
3. Abschreibungen:			
- Abschreibungen auf unbewegliches Anlagevermögen	0	0	0
- Abschreibungen auf bewegliches Anlagevermögen	700.000	700.000	575.166
- Abschreibungen auf geringwertige Wirtschaftsgüter	30.000	30.000	22.161
- Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
- Technische Anlagen und Maschinen	0	0	0
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	0	0
Summe 3.:	730.000	730.000	597.326
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen:			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
- Mieten	0	0	138
- Unterhaltung von Gebäuden	100.000	100.000	34.185
- Unterhaltung von Anlagen	150.000	150.000	121.530
- Unterhaltung von Betriebs- und Geschäftsausstattung	45.000	45.000	31.981
- Energie	115.000	125.000	80.693
- Wasser	20.000	20.000	19.951
- Bewirtschaftungskosten (Reinigung, Abfallbeseitigung)	100.000	100.000	86.024
- Unterhaltung von Kfz	70.000	60.000	57.686
Summe 4.1.:	600.000	600.000	432.188
4.2. Aufwendungen für Geschäftsbedarf			
- Geschäftsbedarf, Büromaterial	100.000	75.000	99.797
- Post und Fernmeldegebüren	50.000	55.000	41.445
- Versicherungen	0	0	0
- Öffentlichkeitsarbeit	40.000	35.000	38.647
- Zeitungen, Zeitschriften	35.000	35.000	31.634
- Anwalts- und Gerichtskosten, Beratungs- und Prüfungskosten	70.000	100.000	51.481
- Beiträge, Gebühren	10.000	6.000	8.011
- periodenfremde Aufwendungen	0	0	0
Summe 4.2.:	305.000	306.000	271.014

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Materialprüfanstalt für das Bauwesen Braunschweig, Braunschweig (MPA BS)

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
4.3. Sonstige Personalaufwendungen			
- Reisekosten	35.000	35.000	26.825
- Fahrgelder	110.000	110.000	88.856
- Aus- und Fortbildung, Personaleinstellungen	30.000	30.000	23.700
- Arbeitsschutz	10.000	5.000	9.438
Summe 4.3.:	185.000	180.000	148.819
4.4. Übrige sonstige Aufwendungen			
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	0	17.608
- Schadensersatzleistungen	500	500	383
- Abschreibungen auf Forderungen	85.000	50.000	82.379
- Aufwendungen Bezügeverwaltung NLBV	28.000	0	26.796
- Aufwendungen Gremienarbeit	83.000	80.000	87.681
Summe 4.4.:	196.500	130.500	214.846
Summe 4.:	1.286.500	1.216.500	1.066.868
noch II. Aufwendungen			
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen:	0	0	3
Summe 5.:	0	0	3
Summe II.:	8.442.416	8.326.866	7.637.014
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	183.584	178.253	910.146
IV. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
1. Außerordentliche Erträge			
Summe 1.:	0	0	0
2. Außerordentliche Aufwendungen:			
Summe 2.:	0	0	0
V. Außerordentliches Ergebnis (Außerordentliche Erträge ./. Außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0
VI. Steuern			
1. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:			
- Körperschaftssteuer	0	0	0
- Gewerbesteuer	0	0	0
- Kapitalertragssteuer	0	0	0
Summe 1.:	0	0	0
2. Sonstige Steuern:			
- Kraftfahrzeugsteuer	2.000	4.000	1.952
- Grundsteuer	0	0	0
Summe 2.:	2.000	4.000	1.952
Summe VI.:	2.000	4.000	1.952
VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit + Außerordentliches Ergebnis ./. Steuern)	181.584	174.253	908.195

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Materialprüfanstalt für das Bauwesen Braunschweig, Braunschweig (MPA BS)

C. Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2006 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erhöhung der Zuführung/Minderung der Ablieferung			
Gewinnerhöhung ohne Geldfluss, z. B.			
- Erhöhung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnissen	0	0	0
- Erträge a. d. Auflösung d. Sonderpostens f. Investitionszuschüsse	300.000	300.000	282.482
- Erhöhung des Forderungsbestandes	0	0	0
- Minderung von Rückstellungen	56.994	120.369	449.805
- Minderung von Wertberichtigungen	0	0	22.600
- Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	0	9.648
- Erträge aus der Auflösung von nichtverbrauchten Rückstellungen	0	0	31.491
Summe I.:	356.994	420.369	796.026
II. Minderung der Zuführung/Minderung der Ablieferung			
Gewinnminderung ohne Geldfluss, z. B.			
- Abschreibungen für Abnutzung (ohne Abschreibungen für geringwertige Wirtschaftsgüter nach § 6 Abs. 2 EStG)	700.000	700.000	575.166
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	0	17.608
- Abschreibungen auf Forderungen	70.000	50.000	82.379
- Minderung des Forderungsbestandes	0	0	410.547
- Erhöhung von Rückstellungen	0	0	0
- Erhöhung von Wertberichtigungen	0	0	0
Summe II.:	770.000	750.000	1.085.699
III. Überleitungsbetrag (Summe I ./. Summe II)	-413.006	-329.631	-289.673

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Materialprüfanstalt für das Bauwesen Braunschweig (MPA BS)

	Betrag für 2007 EUR	Betrag für 2006 EUR	Istergebnis 2005 EUR
Ausgaben	7.918.416	7.686.747	7.167.282
Einnahmen	8.100.000	7.861.000	8.075.477
Fehlbetrag	-181.584	-174.253	-908.195

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers		-- EUR
b) das Land mit		-- EUR
c) den Bund mit		-- EUR
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit		-- EUR
e) Private		-- EUR
	Zusammen	-- EUR

Zielkosten der Produkte der Materialprüfanstalt für das Bauwesen Braunschweig

Produkte	Leistungs-menge Soll 2007 Stück	Zielkosten Soll 2007 EUR	Gesamt-zielkosten Soll 2007 EUR	Leistungs-menge Soll 2006 Stück	Zielkosten Soll 2006 EUR	Gesamt-zielkosten Soll 2006 EUR	Leistungs-menge Ist 2005 Stück	Kosten je Auftrag Ist 2005 EUR
Baustoffe	335	2.150	719.000	291	2.140	622.000	335	2.030
Haustechnik	351	2.000	703.000	254	2.070	525.000	351	1.900
Lüftung, Rauch	115	3.870	445.000	138	2.710	374.000	115	3.660
BS 1 Brandschutz Baustoffe Summen	801	2.330	1.867.000	683	2.230	1.520.000	801	2.210
Bauteile/Bauschäden	996	1.560	1.552.000	1.076	1.390	1.492.000	996	1.480
Bauwerke	161	890	144.000	72	5.100	367.000	161	850
Tore/Türen	919	1.520	1.393.000	659	2.340	1.543.000	919	1.440
Schränke	72	3.890	280.000	104	1.720	179.000	72	3.680
BS 2 Bauteile Summen	2.148	1.570	3.370.000	1.911	1.870	3.581.000	2.148	1.490
Mineralische Bauprodukte	445	2.110	937.000	627	1.400	878.000	445	2.000
Bewehrungstechnik	156	2.630	410.000	158	2.530	400.000	156	2.490
Leichte Bauweisen	66	4.110	271.000	45	7.780	350.000	66	3.890
MT Mechanische Technologie Summen	667	2.430	1.619.000	830	1.960	1.627.000	667	2.300
Schalltechnische Prüfungen	79	3.440	272.000	78	4.490	350.000	79	3.270
Wärmedämmstoffe	26	2.500	65.000	31	2.130	66.000	26	2.380
SWF Schall, Wärme, Feuchte Summen	105	3.220	338.000	109	3.820	416.000	105	3.050
Anorganische Stoffe, Physik	98	1.090	107.000	80	3.230	258.000	98	1.040
Organische Stoffe, Umwelt, Holzschutz	58	2.450	142.000	94	980	92.000	58	2.330
CPU Chemie, Physik, Umwelt Summen	156	1.600	250.000	174	2.010	350.000	156	1.520
Instandsetzungsstoffe	99	2.180	216.000	136	1.970	268.000	99	2.070
Abdichtungsprodukte	184	2.210	406.000	44	7.680	338.000	184	2.090
BEA Bauwerkserhaltung, -abdichtung Summen	283	2.200	622.000	180	3.370	606.000	283	2.080
QMD/ZERT	135	2.170	293.000	185	790	147.000	135	2.060
MPA BS Produkte Summe	4.295	1.950	8.358.000	4.072	2.030	8.248.000	4.295	1.850
Sonstige Aufgaben								
davon Amtshilfe (Gremienarbeit)	-----	-----	83.000	-----	-----	80.000	-----	-----
MPA BS Gesamtsumme	-----	-----	8.442.000	-----	-----	8.328.000	-----	-----

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag der Materialprüfanstalt für das Bauwesen Braunschweig

Produktbereich	Gesamtzielkosten Soll 2007 EUR	Eigenerlös Soll 2007 EUR	Finanzierungsbeitrag des Produkthaushalts Soll 2007 EUR
Baustoffe	719.000	544.000	175.000
Haustechnik	703.000	714.000	-11.000
Lüftung, Rauch	445.000	491.000	-46.000
BS 1 Brandschutz Baustoffe Summen	1.867.000	1.749.000	117.000
Bauteile/Bauschäden	1.552.000	1.821.000	-269.000
Bauwerke	144.000	191.000	-47.000
Tore/Türen	1.393.000	1.644.000	-251.000
Schränke	280.000	223.000	58.000
BS 2 Brandschutz Bauteile Summen	3.370.000	3.879.000	-509.000
Mineralische Bauprodukte	937.000	836.000	101.000
Bewehrungstechnik	410.000	325.000	85.000
Leichte Bauweisen	271.000	159.000	113.000
MT Mechanische Technologie Summen	1.619.000	1.320.000	299.000
Schalltechnische Prüfungen	272.000	152.000	120.000
Wärmedämmstoffe	65.000	45.000	21.000
SWF Schall, Wärme, Feuchte Summen	338.000	197.000	141.000
Anorganische Stoffe, Physik	107.000	116.000	-9.000
Organische Stoffe, Umwelt, Holzschutz	142.000	108.000	34.000
CPU Chemie, Physik, Umwelt Summen	250.000	224.000	26.000
Instandsetzungsstoffe	216.000	192.000	24.000
Abdichtungsprodukte	406.000	344.000	62.000
BEA Bauwerkserhaltung, -abdichtung Summen	622.000	536.000	86.000
QMD/ZERT	293.000	95.000	198.000
MPA BS Produktsumme	8.358.000	8.000.000	358.000
Sonstige Aufgaben (Gremienarbeit)	83.000	-----	83.000
Haushaltsausgleich (Überleitungsrechnung)	-----	-----	-413.000
Gesamtsumme	8.442.000	-----	28.000

08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr **Anlage**
(zu Kapitel 08 13)

Übersicht über die Stellen für vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter/-innen MPA BS

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Angestellte	
I b	2	2		
II a	20	18		
III	12	12		
IVa	4	4		
IV b	13	14		
Vb	7	8		
Vc	6	5		
VIb	7	6		
VII	5	6		
VIII	2	2		
	78	77	Zusammen	
			Arbeiter/-innen	
8a	17	17		
8	2	4		
6	6	5		
	25	26	Zusammen	

Allgemeine Vorbemerkungen zu Kapitel 0818

Für das budgetierte Kapitel 0818 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:

1. 422 04, 422 10, 425 04, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 525 10, 526 10, 527 10, 527 11, 531 10, 537 10, 537 11, 537 12, 538 10, 547 10, 631 10 und 686 10 sind gegenseitig deckungsfähig.

2. 812 10 und 812 35 sind gegenseitig deckungsfähig.

3. 812 10 und 812 35 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 04, 422 10, 425 04, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 525 10, 526 10, 527 10, 527 11, 531 10, 537 10, 537 11, 537 12, 538 10, 54710, 631 10 und 686 10.

4. 981 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 04, 422 10, 425 04, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 525 10, 526 10, 527 10, 527 11, 531 10, 537 10, 537 11, 537 12, 538 10, 547 10, 631 10 und 686 10.

5. Mehr- und Mindereinnahmen bei 111 10, 112 10, 119 10, 124 10, 129 11, 231 10, 232 10, 232 11, 235 10 und 381 10 (Einnahmen aus laufenden Geschäften i. S. des § 38 Abs. 4 LHO, die als Produktabgeltung dazu dienen, das Budget zu finanzieren) erhöhen bzw. vermindern die Ausgaben bei 422 04, 422 10, 425 04, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 525 10, 526 10, 527 10, 527 11, 531 10, 537 10, 537 11, 537 12, 538 10, 547 10, 631 10, 686 10, 812 10, 812 35 und 981 10.

6. Sämtliche in die Budgetierung einbezogenen Titel sind übertragbar.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0818 Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 10-0	012	Gebühren, sonstige Entgelte		1.250	350	+900	236
112 10-7	012	Geldstrafen und Geldbußen		1	1	—	0
119 10-1	012	Sonstige Verwaltungseinnahmen **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		171	68	+103	135
122 10-2	632	Einnahmen aus Förderabgaben und Förderzins aufgrund von Gewinnungsverträgen		750.000	600.000	+150.000	510.087
122 11-0	632	Einnahmen aus Feldesabgaben		80	80	—	—
124 10-5	012	Einnahmen aus Mieten und Pachten		2	2	—	2
129 11-5	012	Einnahmen außerhalb der laufenden Geschäfte		6	6	—	1
231 10-6	632	Erstattungen des Bundes für die Durchführung des Gesetzes zur Regelung des Meeresbodenbergbaugesetzes		3	3	—	2
232 10-2	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben für die Wahrnehmung des geologischen Dienstes und bergbehördlicher Aufgaben		848	78	+770	394
232 11-0	012	Erstattung von Reisekosten für auftragsweise Wahrnehmung bergbehördlicher Aufgaben		25	25	—	19
235 10-1	012	Erstattungen von der Bundesagentur für Arbeit		—	—	—	—
381 10-8	990	Verrechnung mit 1556 - 981 13		127	153	–26	126
		Titelgruppe(n)					
TGr. 64		**Forschungsvorhaben und Untersuchungen für Dritte und nieders. Landesbehörden** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		(1.191)	(1.292)	(–101)	(1.307)
231 64-5	177	Sonstige Zuweisungen vom Bund		327	327	—	100
232 64-1	177	Sonstige Zuweisungen von Ländern		—	—	—	126
271 64-7	177	Erstattungen von der EU		—	—	—	35
281 64-2	177	Sonstige Erstattungen aus dem Inland **** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO ist die an das Finanzamt abzuführende vereinnahmte Umsatzsteuer durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.*		814	915	–101	683
286 64-4	177	Sonstige Erstattungen aus dem Ausland		—	—	—	–53
381 64-7	990	Verrechnung mit 15 01 - 981 65		50	50	—	417
		A U S G A B E N					
422 04-1	012	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	70	70	—	57
422 10-6	012	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter **** Erstattungen vom Bund im Rahmen des Verwaltungsabkommens vom 17./26.11.*	—	12.567	8.949	+3.618	3.752

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0818

Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)

Mit Beschluss der niedersächsischen Landesregierung vom 20.12.2005, MW, Az: Z 1.3 – 01556, VORIS 20110 (Nds. MBl. Nr. 4/2006, S. 56) wurden das Landesbergamt Clausthal-Zellerfeld (LBA) sowie das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung (NLfB) mit Ablauf des 31.12.2005 aufgelöst. Mit Wirkung vom 01.01.2006 wurde ein neues Landesamt mit der Bezeichnung „Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie“ (LBEG) errichtet.
Aufgrund dieser Neuorganisation stimmen in den Spalten 6 (Ansatz 2006) und 8 (Ist 2005) des Haushaltsplans 2007 nicht in allen Fällen die abgedruckten Zahlen mit den tatsächlichen Zahlen überein.

Rechts- und Organisationsgrundlagen
Beschluss der niedersächsischen Landesregierung über die Errichtung des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie vom 20.12.2005, MW, Az: Z 1.3 - 01556, VORIS 20110 (Nds. MBl. Nr. 4/2006, S. 56).

Auf Basis eines Verwaltungsabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Niedersachsen vom 17./26.11.1958 ist ein unentgeltlicher Leistungsaustausch zwischen dem LBEG und der Bundesanstalt für Geowissenschaften (BGR) geregelt.

Bergrecht, insbesondere Bundesberggesetz und alle dazugehörigen Bundes- und Landesverordnungen, nahezu alle einschlägigen Arbeits- und Umweltschutzgesetze, Energiewirtschaftsbericht, Gesetz zur Regelung des Meeresbodenbergbaus, Verwaltungsabkommen mit den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen sowie weitere Gesetze und Verordnungen.

Das LBEG hat die Aufgaben und Befugnisse einer „geologischen Anstalt“ im Sinne des Lagerstättengesetzes vom 04.12.1934 (RGBl. I, S. 1223; BGBl. III 750-1).

Verwaltungsaufbau und Budgetplan
Das LBEG ist eine dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (MW) nachgeordnete Fachbehörde mit hoheitlichen Aufgaben. Sie untersteht der Dienst- und Fachaufsicht des MW. Davon abweichend gilt folgendes:

a) Das LBEG untersteht der Fachaufsicht des Umweltministeriums (MU), soweit
   - das LBEG hydrogeologische Aufgaben aus dem Geschäftsbereich des MU wahrnimmt,
   - das LBEG die oberste Bodenschutzbehörde sowie im Einzelfall die nachgeordneten Vollzugsbehörden des Landes bei der Wahrnehmung von Aufgaben im Sinne des Zweiten, Dritten und Fünften Teils des Bundesbodenschutzgesetzes und des Nds. Bodenschutzgesetzes ,mit Ausnahme von Aufgaben der landwirtschaftlichen Bodennutzung, insbesondere im Sinne des Vierten Teils des Bundesbodenschutzgesetzes berät,
   - das LBEG Bergrecht im Zusammenhang mit Anlagen zur Lagerung und Behandlung radioaktiver Stoffe anwendet - einschl. der Vorhaben zur Erkundung, Sicherstellung und Erprobung solcher Anlagen und
   - das LBEG Aufgaben im Bereich Energiewirtschaft wahrnimmt.

b) Das LBEG untersteht der Fachaufsicht des Ministeriums für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ML), soweit bei der Wahrnehmung der Aufgaben die Bereiche der landwirtschaftlichen Bodennutzung im Sinne des Vierten Teils des Bundesbodenschutzgesetzes sowie des Nieders. Bodenschutzgesetzes berührt sind.

c) Daneben bestehen Regelungen über die Fachaufsicht durch andere Bundesländer und den Bund hinsichtlich des Vollzugs des Bergrechts.

Das LBEG hat seinen Sitz in Hannover und Clausthal-Zellerfeld. Hauptsitz ist Hannover. Die Behörde unterhält Außenstellen an den Standorten Meppen und Grubenhagen sowie vorübergehend in Bremen.

Der Hauptsitz Hannover ist im Dienstgebäude der BGR untergebracht.

Das LBEG besteht aus drei Fachabteilungen sowie einer Abteilung „Zentrale Angelegenheiten“, die - zusammen mit der BGR - die gemeinsame Verwaltung für beide Häuser sowie für das ebenfalls im Geozentrum Hannover beherbergte Institut für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben (Mitglied der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz) wahrnimmt.

Weiterhin wird das Bergarchiv, eine Außenstelle des Hauptstaatsarchivs Hannover, vom LBEG in Clausthal-Zellerfeld betrieben.

Zielsetzung
Das LBEG unterstützt die Landesregierung, die übrige öffentliche Verwaltung sowie die nieders. Wirtschaft bei allen Fragestellungen im Zusammenhang mit Bergbau, Energie und Geologie.

Darüber hinaus nimmt das LBEG die Aufgaben einer nachgeordneten Bergbehörde für

- den Senator für Wirtschaft und Häfen der Freien und Hansestadt Bremen,
- die Behörde für Wirtschaft und Arbeit der Freien und Hansestadt Hamburg,
- das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein,
- den Bund bzgl. der Ausführung des Gesetzes zur Regelung des Meeresbodenbergbaus wahr.

Über seine Aufgaben als Geologischer Dienst von Niedersachsen hinaus nimmt das LBEG mit seiner Außenstelle in Bremen - auf der Grundlage eines Verwaltungsabkommens zwischen der Freien und Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen - außerdem die Aufgaben des Geologischen Dienstes der Freien und Hansestadt Bremen wahr.

Grundlage für die geowissenschaftliche Beratung sind geologische und bodenkundliche Untersuchungen von der Flächenkartierung über die Untergrundmodellierung bis hin zur Laboranalyse von Grundwasser, Boden und Gesteinen. Die Ergebnisse werden bedarfsgerecht aufbereitet und dann analog oder digital, teils kostenlos, teils gegen Erstattung des Aufwandes entsprechend der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) in Verbindung mit dem Vergütungsverzeichnis des LBEG, zur Verfügung gestellt.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0818

Daten aus der Landesaufnahme und aus Experimenten werden digital aufbereitet und können über Informationssysteme objekt- und problemspezifisch interpretiert und ausgegeben werden.

In bergbaubehördlicher Hinsicht obliegt dem LBEG in nahezu dem gesamten norddeutschen Raum die Aufsicht über

- das Aufsuchen, Gewinnen und Aufbereiten von bergfreien und grundeigenen Bodenschätzen einschl. der hierzu erforderlichen Betriebsanlagen,
- das Errichten und Betreiben von Untergrundspeichern und Besucherbergwerken bzw. -höhlen,
- die Erstellung von Bohrungen, die nicht der Aufsuchung, Gewinnung oder Aufbereitung von Bodenschätzen dienen, sofern diese mehr als 100 m in den Boden eindringen sowie
- sämtliche Maßnahmen, soweit sie im unmittelbaren betrieblichen Zusammenhang mit dem Aufsuchen, Gewinnen oder Aufbereiten von Bodenschätzen stehen.

Darüber hinaus ist es die Aufgabe des LBEG, die Sicherheit der Betriebe und der Beschäftigten des Bergbaus zu gewährleisten und die Vorsorge gegen Gefahren, die sich aus bergbaulicher Tätigkeit für Leben, Gesundheit und Sachgüter ergeben, zu stärken.

Der räumliche Zuständigkeitsbereich des LBEG in diesem Areal erstreckt sich auf die Bundesländer Niedersachsen, Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein sowie den Festlandsockel der Nordsee und einem Teilbereich des Festlandsockels der Ostsee.

Erläuterungen zum Produkthaushalt nach § 17a LHO

Budgetierungsmodell
Im geowissenschaftlichen Aufgabenbereich bilden Projekte die Endkostenträger der Kostenrechnung des LBEG. Sie sind in ihrer jeweiligen Dimension und ihrer Laufzeit des für ihre Durchführung erforderlichen Ressourceneinsatzes sowie in ihrer Zielausrichtung einmalig und untereinander nicht vergleichbar.

Bezüglich der Planung und hinsichtlich der Realisierung des Ist wird mengenbezogen (Personalressourceneinsatz in Stunden) ausschließlich der direkt zuzuordnende Personaleinsatz berücksichtig. Im Rahmen einer Vollkostenrechnung werden die indirekten Kosten der Fachbereiskostenstellen sowie des Bereichs Amtsleitung, Zentrale Angelegenheiten, Infrastruktur, Personalvertretung usw. mittels eines differenzierten und mehrstufigen Umlagesystems auf die Endkostenträger umgelegt.

Die Ergebnisse der Einzelprojekte weichen vom dargestellten Mittelwert (Zielkosten) erheblich ab, da diese Projekte jeweils einzelprojektbezogen fachlichen Zieldefinitionen unterliegen.

Der Produktkatalog im bergbehördlichen Bereich weist die folgenden Produktgruppen auf:

- Vollzug des Bergrechts,
- Vollzug des übrigen Bundes- und Landesrechts,
- Betriebsaufsicht,
- Verwaltungsstreitverfahren,
- Serviceleistungen und
- Ausbildung für Externe.

Das Land Niedersachsen nimmt im Rahmen der Auftragsverwaltung bergbehördliche Aufgaben für die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen wahr. Die anfallenden Kosten werden im Rahmen von Verwaltungsvereinbarungen erstattet.

Die Aufwendungen für Tätigkeiten im Rahmen der Ausführung des Gesetzes zur Regelung der Meeresbodenbergbaus (Personal- und Sachkosten) werden vom Bund erstattet.

Im Rahmen des Verwaltungsabkommens zwischen den Ländern Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen über die Schaffung der planerischen Voraussetzungen für die Errichtung und den Betrieb eines Röntgenlasers (XFEL) werden die Kosten von dem Unternehmen DESY (Deutsches Elektronen Synchrotron) erstattet.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0818

Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs

Produkte	Leistungsmenge -Stück- (Soll) 2007	Zielkosten -EUR- (Soll) 2007	Gesamtzielkosten -EUR- (Soll) 2007	Leistungsmenge -Stück- (Soll) 2006	Gesamtzielkosten -EUR- (Soll) 2006	Leistungsmenge -Stück- (Ist) 2005	Ist-Kosten -EUR- (Ist) 2005
Geowissenschaftliche Landesaufnahme							
Summe.	11	1.948.109	6.262.210	50	5.021.669	21	5.901.175,76
Unterstützung der Ressorts u. a. in allen geowissenschaftlichen Belangen							
Summe:	16	647.874	5.089.604	70	6.583.663	26	4.784.507,63
Erfüllung aller Anforderungen aufgrund von gesetzl. und untergesetzl. Regelungen							
Summe:	8	1.381.471	3.202.908	34	2.585.770	18	3.774.540,12
Interdisziplinäre Zusammenarbeit im GeoZentrum Hannover im Rahmen des Verwaltungsabkommens	0	0	0	0	0	2	2.030,37
Vollzug des Bergrechts (Stk)	1.003	2.062	2.068.378	995	2.054.882	1.064	1.891.319
Vollzug übrigen Rechtes (Stk)	341	1.503	512.637	174	476.746	267	666.044
Betriebsaufsicht (Stk)	820	1.912	1.568.155	821	1.463.155	856	1.610.094
Verwaltungsstreitverfahren (Stk)	28	4.676	130.921	31	234.714	46	56.545
Serviceleistungen (h)	14.166	102	1.444.630	18.163	1.836.745	13.896	1.439.666
Ausbildung (h)	336	102	34.152	1.163	117.758	281	30.512
Gesamtsumme			20.313.595				

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0818

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag

	Gesamtzielkosten -EUR- (Soll) 2007	Eigenerlöse -EUR- (Soll) 2007	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt -EUR- (Soll) 2007
Geowissenschaftliche Landesaufnahme	6.262.210	300.000	6.079.210
Unterstützung der Ressorts u. a. in allen geowissenschaftlichen Belangen	5.089.604	328.000	4.761.604
Erfüllung aller Anforderungen aufgrund von gesetzl. und untergesetzl. Regelungen	3.202.908	102.000	3.100.908
Interdisziplinäre Zusammenarbeit im GeoZentrum Hannover im Rahmen des Verwaltungsabkommens	0	0	
Vollzug des Bergrechts	2.068.378	751.300.000	-749.231.622
Vollzug übrigen Rechts	512.637	337.500	175.137
Betriebsaufsicht	1.568.155	3.000	1.565.155
Verwaltungsstreitverfahren	130.921	112.500	18.421
Serviceleistungen	1.444.630	0	1.444.630
Ausbildung	34.152	0	34.152
Sonstige Eigenerlöse		28.500	
Produktsumme	20.313.595	752.511.500	-732.197.905
Haushaltsausgleich	0	0	0
Gesamtsumme	20.313.595	752.511.500	-732.197.905

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0818

Überleitungsrechnung		Einnahmen (0-3)				Ausgaben (4-9)						
Bereichshaushalt (Produkte)	Tsd. EUR	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	HH-Abgl.
+ Verwaltungserträge	-751.509	0	-751.506	0	0	0	0	0	0	0	0	-3
+ Erträge aus Erstattungen	-876	0	0	-876	0	0	0	0	0	0	0	0
+/- Bestandsveränderungen	0											0
+ sonstige betriebliche Erträge	-127	0	-4	0	-127	0	0	0	0	0	0	4
= Erträge	-752.512											0
- Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	12.985	0	0	0	0	13.027	0	0	0	0	0	-42
- Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	2.110											2.110
- sonstige Personalaufwendungen	175	0	0	0	0	42	0	0	0	0	0	133
= Personalaufwendungen	15.269											0
-Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	458	0	0	0	0	0	541	0	0	0	0	-83
- Aufwendungen Kommunikation und Reisen	325	0	0	0	0	0	295	0	0	0	0	30
- Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	1.159	0	0	0	0	0	662	0	0	0	525	-28
- Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	447	0	0	0	0	0	473	0	0	0	0	-26
-Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	650	0	0	0	0	0	24	597	0	0		29
- Abschreibungen	2.006											2.006
= Sachaufwendungen	5.045											
= Aufwendungen	20.314											
= Ergebnis nach eigenen Erträgen	-732.198											
+ Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	732.198											581.974
= Ergebnis nach Landeszuschuss	0											
+ Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
= Finanzergebnis	0											
+ außerordentliche Erträge	-2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-2
- außerordentliche Aufwendungen	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
+/- Haushaltsausgleich	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
= außerordentliches Ergebnis	-1											
= neutrales Ergebnis	-1											
= Gesamtergebnis	-1											
- Investitionen der Hauptgruppe 5	327	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	327
- Investitionen der Hauptgruppe 8	429	0	0	0	0	0	0	0	0	429	0	0
= Einnahmen und Ausgaben des Budgets	-735.898	0	-751.510	-876	-127	13.069	1.995	597	0	429	525	
+/- Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets		0	0	-1.141	-50	721	470	0	0	0	0	0
= Kapitelsumme	-735.898	0	-751.510	-2.017	-177	13.790	2.465	597	0	429	525	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 111 10

Vergütungen und Auslagen für die Erstattung von Gutachten, gutachterlichen Stellungnahmen, Beratungen und für Auskünfte nach den Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) vom 21.10.2003 (Erl. d. MW v. 21.10.2003 - 35-05301/2), dem Vergütungsverzeichnis für das LBEG vom 1. 4. 1990 (Erl. d. MW vom 26. 1. 1995 – Nds. MBl. S. 24 –) und der Preisliste für Leistungen des LBEG im Bereich Bodenmechanik, Erd- und Grundbau vom 1. 1. 1991 (Erl. MW v. 26. 1. 1995 – Nds. MBl. S. 24 –) in der jeweils geltenden Fassung.
Die Vergütungssätze wurden gemäß Erlass des MW vom 03.02.2006 mit Wirkung vom 01.02.2006 erhöht.
Verwaltungsgebühren nach der Verordnung über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Leistungen nach der Allgemeinen Gebührenordnung (AllGO) v. 05.06.1997 (Nds. GVBl. S. 171, ber. 1998 , S. 501) in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 112 10

Verwarnungs- und Bußgelder nach den entsprechenden Vorschriften.

Zu 119 10

Preise nach der Preisliste für die Nutzung digitaler Daten sowie für den Verkauf von Plots aus Datenbanken des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) als Anlage zum Vergütungsverzeichnis für das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie in der jeweils geltenden Fassung.
Veranschlagt sind zudem Einnahmen von anderen Bundesländern für die „Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Geologie der Kohlenwasserstoffe „ (KW-Verbund).

Zu 122 10

Förderabgabe gem. § 31 Bundesberggesetz vom 13. 8. 1980 (BGBl. I S. 1310) in der jeweils geltenden Fassung, sowie Förderzins aufgrund eines privatrechtlichen Gestattungsvertrages.

Zu 122 11

Feldesabgabe gem. § 30 Bundesberggesetz vom 13.08.1980 (BGBl. I S. 1310) in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 232 10

Verwaltungskostenbeiträge zur Abgeltung der bergbehördlichen Aufgaben der Länder (Einnahmen aufgrund geänderter Vereinbarungen über die Verwaltungskostenbeiträge).

1. Schleswig-Holstein	629.000 EUR
2. Hamburg	64.000 EUR
3. Bremen	77.000 EUR
	770.000 EUR

Verwaltungskostenbeitrag der Freien Hansestadt Bremen für die Wahrnehmung des geologischen Landesdienstes i. H. v. 78.000 EUR gemäß Vertrag vom 23./30. 8. 1999. Mit dem Beitrag ist die laufende allgemeine Beratung der Bremer Landesdienststellen abgegolten.

Zu 381 10

Erstattungen von Selbstkosten für Aufträge von Dienststellen der niedersächsischen Landesverwaltung, hier: Zuführung aus der Wasserentnahmegebühr (15 56 - 981 13)

Zu 231 64, 271 64, 281 64 und 286 64

Das Landesamt beantragt im Rahmen seiner geowissenschaftlichen Tätigkeit Zuwendungen für Forschungsvorhaben beim Bund (BMBF, BMU, BMI u. a.) sowie bei sonstigen Dritten (EU, DFG, Wirtschaftsverbände usw.). Die nach den Richtlinien der Zuwendungsgeber geförderten Aufwendungen werden hier vereinnahmt und bei der Ausgabetitelgruppe 64 verausgabt.

Zu 381 64

Erstattungen der Selbstkosten für Aufträge von Dienststellen der niedersächsischen Landesverwaltung.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0818 Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 422 10-6		*1958 dürfen durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.*					
425 04-0	012	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	—
425 10-5	012	Vergütungen der Angestellten **** Vgl. Vermerk zu 422 10.*	—	—	—	—	4.472
426 10-1	012	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	247
427 10-8	012	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	390	336	+54	104
459 10-7	012	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	42	6	+36	6
511 10-9	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	471	294	+177	691
514 10-8	012	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dergleichen	—	178	168	+10	125
517 10-7	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	157	57	+100	76
518 10-3	012	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	287	287	—	239
519 10-0	012	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	40	34	+6	26
525 10-0	012	Aus- und Fortbildung	—	90	64	+26	98
526 10-6	012	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	36	36	—	8
527 10-2	012	Dienstreisen	—	250	110	+140	88
527 11-0	012	Reisekostenvergütungen für auftragsweise Wahrnehmung bergbehördlicher Aufgaben	—	25	25	—	26
529 10-5	012	Zur Verfügung der Präsidentin/des Präsidenten des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie	—	—	—	—	1
531 10-0	012	Veröffentlichungen **** Zuschüsse von Autoren und sonstigen Dritten fließen den Ausgaben zu.*	—	136	136	—	64
537 10-8	012	Bohrungen sowie geowissenschaftliche und bodenkundliche Untersuchungen	—	78	78	—	235
537 11-6	012	Rohstoffsicherungsprogramm	—	103	103	—	49
537 12-4	012	Sicherung seismischer Daten aus dem tiefen Untergrund	—	—	—	—	46
538 10-4	012	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte) **** Abweichend von § 35 LHO dürfen Erstattungen Dritter von der Ausgabe abgesetzt werden.*	—	120	71	+49	325
547 10-3	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten	—	24	22	+2	86
631 10-4	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben an den Bund	—	591	591	—	436
681 10-1	012	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	1	1	—	0

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 427 10

Vergütungen für Vertretungen der Kanzleikräfte in Urlaubs- und Krankheitsfällen, für AB-Maßnahmen sowie Lehrvergütungen.

a) zu Lehrvergütungen
Die Höhe der bei diesem Titel unter anderem veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des Gem. RdErl. d. MF u. d. übr. Min. v. 20. 1.2006 (Nds. MBl. S. 101 ff), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.
b) zu Prüfungsvergütungen
Die Höhe der Prüfungsvergütung bemisst sich nach den gemeinsam vom MF u. d. übr. Min. erlassenen Richtlinien über die Vergütung von Prüfungstätigkeiten im Bereich der niedersächsischen Landesverwaltung v. 20.1.2006 (Nds. MBl. S. 101 ff), in der jeweiligen Fassung.
25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. d. § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Beamte der bergbehördlichen Verwaltung erhalten für Vorträge über Unfallverhütung eine Entschädigung von 6,00 EUR je Doppelstunde.

Zu 459 10

Bedienstete der bergbehördlichen Verwaltung erhalten für das dienstliche Befahren von Betriebsanlagen eine Entschädigung nach den Bestimmungen des RdErl. des MW vom 27.12.1978 -GültL 3/ 144- (Nds. MBl. 1979 S. 54); geändert durch RdErl. vom 13.12.2001 (Nds. MBl. 2002 S. 48).
Diese Entschädigung gilt als Aufwandsentschädigung im Sinne des EStG.
Zudem sind bei diesem Titel Haushaltsmittel für Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung veranschlagt.

Zu 527 11

Reisekosten für die auftragsweise Wahrnehmung bergbehördlicher Aufgaben für die übrigen Küstenländer. Die Kosten werden erstattet und bei Titel 232 11 vereinnahmt.

Zu 529 10

Die Mittel sind bei Kap. 13 02 Titel 529 14 veranschlagt.

Zu 537 10

Veranschlagt sind die Kosten der Untersuchungsarbeiten und Untersuchungsbohrungen, insbesondere für Geländeuntersuchungen und für wirtschaftsorientierte geowissenschaftliche Grundlagenforschung.

Zu 537 11

Das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie wurde von der Landesregierung beauftragt, an einem Rohstoffsicherungsprogramm mitzuarbeiten. Dieses Programm hat zum Ziel, die im Landesraumordnungsprogramm gemachten Aussagen zur Rohstoffsicherung zu ergänzen, für wichtige Planungs- und Genehmigungsentscheidungen präzise Kenntnisse über Rohstoffe und Lagerstätten vorzubereiten und einen umweltschonenden Abbau und Verbrauch zu konzipieren. Außerdem sollen der Rohstoffbedarf und Möglichkeiten untersucht werden, diesen durch Substitution, Recycling und Spartentechnologien zu verringern.

Zu 538 10

Veranschlagt sind die Kosten für den Ankauf von ADV-Programmen sowie für die Datenbank zum Bodenschutzprogramm Niedersachsen, für die Methodendatenbank zum Bodeninformationssystem sowie für hydrogeologische und lagerstättenkundliche Fachinformationssysteme.

Zu 631 10

Nach dem Vertrag vom 7./8. 3. 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Niedersachsen über die Errichtung und Nutzung eines gemeinsamen Dienstgebäudes für die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie sind die Personalkosten für den inneren Dienst und die Sachkosten für die gemeinsame Bewirtschaftung der Grundstücke und Gebäude vom Land Niedersachsen anteilig an den Bund zu erstatten.

Veranschlagt sind:

1. Personalkosten gemäß § 7 des Hausvertrages	187.000 EUR
2. Sachkosten gem. §§ 4 und 8 des Hausvertrages	404.000 EUR
Zusammen:	591.000 EUR

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0818 Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
686 10-3	012	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	5	4	+1	4
812 10-9	012	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	255	219	+36	222
812 35-4	012	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	—	174	174	—	59
981 10-5	990	Verrechnung mit 13 21 - 381 08	—	525	101	+424	101
		Titelgruppe(n)					
TGr. 64		**Forschungsvorhaben und Untersuchungen für Dritte und nieders. Landesbehörden** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 64.*	(—)	(1.191)	(1.292)	(–101)	(1.427)
427 64-7	177	Beschäftigungsentgelte für Aushilfskräfte bei kurzfristigen Geländeeinsätzen	—	—	—	—	12
429 64-0	177	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	716	785	–69	832
459 64-6	177	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	5	5	—	—
537 64-7	177	Dienstleistungen Außenstehender	—	82	82	—	250
547 64-2	177	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	388	420	–32	334
811 64-1	177	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 64-8	177	Erwerb von Spezialgeräten für Untersuchungsaufgaben	—	—	—	—	—
		<u>Abschluss Kapitel 0818</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		751.510	424	+751.086	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		2.017	1.320	+697	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		177	203	–26	
		Summe der Einnahmen		753.704	1.947	+751.757	
		4 Personalausgaben	—	13.790	10.081	+3.709	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	2.465	1.926	+539	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	597	595	+2	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	429	393	+36	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	525	101	+424	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	17.806	13.096	+4.710	
		Zuschuss		–735.898	11.149	–747.047	
		Überschuss		735.898	–11.149	+747.047	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 686 10

Mitgliedsbeiträge an die nachfolgend aufgelisteten Vereine, Verbände und Gesellschaften.

1. Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V., Eschborn
2. Deutsche Wissenschaftliche Gesellschaft für Erdöl, Erdgas und Kohle, Hamburg
3. Geologische Vereinigung, Mendig
4. Paläontologische Gesellschaft, Frankfurt/M.
5. Deutsche und Internationale Bodenkundliche Gesellschaft, Oldenburg
6. Oberrheinischer Geologischer Verein e. V., Karlsruhe
7. Verband der Deutschen Höhlen- und Karstforscher e. V., München
8. Deutsche Geologische Gesellschaft, Hannover
9. Verband Deutscher landwirtschaftlicher Untersuchungs- und Forschungsanstalten, Darmstadt
10. Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft e. V., Frankfurt/M.
11. Deutsche Gesellschaft für Moor- und Torfkunde e. V., Hannover
12. Verein zur Förderung des Deutschen Forschungsnetzes e. V. (DFN-Verein), Berlin
13. Bundesverband Boden, St. Augustin
14. Association Scientique pour la Geologie et ses Applications, Vandoeuvre Cedex, Frankreich
15. Gesellschaft für Bergbau, Metallurgie, Rohstoff- und Umwelttechnik e. V., Clausthal-Zellerfeld

Zu 981 10

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 64

Veranschlagt sind die Ausgaben für Maßnahmen des Landesamtes, die es im Rahmen seiner geowissenschaftlichen Forschungstätigkeiten aus besonderen Finanzierungsmitteln des Bundes, der Länder und sonstiger Dritter durchführt.

Zu 429 64

Entsprechend der Zahl und Art der Aufträge werden an Hilfskräften voraussichtlich benötigt:

Verg.-Gr.	Titel 429 64
I a	1
I b	11
II a	14
III	1
IV a	3
IV b	2
V b	3
V c	3
VI b	10
VII	4
VIII	2
IX	1
X	1
Zusammen	56
MTArb	3
Zusammen	59

Für die Daueraufgabe “Erdölgeologischer Austausch“ wird benötigt: 1x Verg.-Gr. I b BAT.

Zu 547 64

Veranschlagt sind die sächlichen Verwaltungsausgaben (Reisekosten, Betriebskosten, Verbrauchsmittel, Kleingeräte, Wartung usw.).

Allgemeine Vorbemerkungen zu Kapitel 0820

Für das budgetierte Kapitel 0820 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:

1. 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 453 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 521 10, 537 10, 538 10, 547 10 und 671 10 sind gegenseitig deckungsfähig.

2. 731 61, 812 10, 883 10 und 821 61 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 453 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 538 10, 547 10 und 671 10.

3. 981 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 453 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 538 10, 547 10 und 671 10.

4. Die Ausgaben bei 731 61, 812 10, 883 10 und 821 61 erhöhen sich um die Mehreinnahmen bei 119 10 und 129 12.

5. Die Ausgaben bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 453 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 521 10, 538 10, 547 10, 671 10 und 981 10 erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 119 10 und 129 12.

6. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung sichergestellt sind. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.

7. Unter der Voraussetzung, dass das Wirtschaftsministerium - hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0820 Straßenbauverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		EINNAHMEN					
119 04-0	711	Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen an Landesbedienstete *Vgl. K-Vermerk zu 546 04.*		—	—	—	—
119 10-5	711	Sonstige Verwaltungseinnahmen		2.300	2.000	+300	2.497
119 11-3	711	Ersatzleistungen für die Beschädigung von Straßenanlagen *Vgl. K-Vermerk zu 521 11.*		3.340	3.340	—	3.153
129 12-7	711	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung sowie Veräußerungserlöse		500	410	+90	482
231 10-0	711	Erstattungen und Zuweisungen des Bundes im Rahmen der Auftragsverwaltung		13.700	13.700	—	11.842
231 11-8	711	Erstattung von Personalkosten für Betriebspersonal auf Bundesfernstraßen durch den Bund *Vgl. K-Vermerk zu 426 11.*		47.000	46.480	+520	846
231 12-6	711	Erstattungen von Personalkosten für den Betrieb und die Unterhaltung des Autobahnfernmeldenetzes durch den Bund *Vgl. K-Vermerk zu 425 12.*		850	780	+70	46.687
233 10-2	711	Erstattungen und Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich		5.100	5.100	—	4.999
281 63-8	711	Erstattungen für Investitionen		—	—	—	4.969
331 62-7	711	Zuweisungen des Bundes und Zinseinnahmen für EntflechtG *Vgl. K-Vermerk zu 883 62.*		74.104	73.448	+656	73.472
		AUSGABEN					
422 10-0	711	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	—	92.541	95.763	–3.222	14.531
422 17-7	711	Bezüge für zugewiesene Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	78
425 10-9	711	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	53.395
425 12-5	711	Vergütungen der BAB-Fernmeldeangestellten *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 12.*	—	850	780	+70	846
425 17-6	711	Vergütungen für zugewiesene Angestellte	—	—	—	—	43
426 10-5	711	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	32.627
426 11-3	711	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter auf Bundesfernstraßen *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 11.*	—	47.000	46.480	+520	46.688
426 17-2	711	Löhne für zugewiesene Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 10-1	711	Sonstige Personalausgaben	—	445	445	—	110
453 10-2	711	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung	—	109	109	—	22
459 10-0	711	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	857	857	—	560

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0820

Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)
Rechts- und Organisationsgrundlagen

GG, NV, FStrG, NStrG, StVO, StVZO, EntflechtG, BHO, LHO u.a.

Der nieders. Straßenbauverwaltung (SBV) obliegen nach Maßgabe der Straßengesetze des Bundes und des Landes (FStrG und NStrG) Verwaltung, Betrieb, Erhaltung sowie Aus- und Neubau des auf niedersächsischem Gebiet liegenden Straßennetzes der Bundesfern-, Landes- und z. T. Kreisstraßen mit einer Gesamtlänge von rd. 17.800 km (Einzelheiten s. unten).
Die Bundesfernstraßen (Bundesautobahnen und Bundesstraßen) werden gem. Art. 90 GG im Auftrage des Bundes verwaltet. Die Einrichtung der entsprechenden Behörden ist Sache des Landes, das auch die entstehenden Verwaltungsausgaben trägt.
Die Technische Verwaltung der Kreisstraßen in 13 Landkreisen (Ammerland, Cloppenburg, Diepholz, Friesland, Goslar, Hameln-Pyrmont, Hildesheim, Nienburg/Weser, Northeim, Oldenburg, Schaumburg, Wesermarsch und Wittmund) durch die gebietlich zuständigen Außenstellen erfolgt im Rahmen von Vereinbarungen auf der Basis des VIII. Gesetzes zur Gebiets- und Verwaltungsreform.

Die Zuständigkeiten nach den Straßengesetzen waren zuletzt im RdErl. des MW vom 30.10.2002 (Nds. MBl. S. 942) festgelegt.

Verwaltungsaufbau und Budgetplan

Im Zuge der Verwaltungsmodernisierung hat die Landesregierung u.a. beschlossen, den niedersächsischen Verwaltungsaufbau grundsätzlich zweistufig zu organisieren. Zur Wahrnehmung der Aufgaben Straßenbau und Verkehr hat das Kabinett am 07.09.2004 die notwendigen Organisations- und Standortentscheidungen wie folgt getroffen:

Mit Wirkung vom 01.01.2005 werden die Straßenbauämter Aurich, Lingen, Oldenburg, Osnabrück, Lüneburg, Stade, Verden, Hameln, Hannover, Nienburg, Wolfenbüttel, Bad Gandersheim und Goslar aufgelöst und ihre Organisationseinheiten in das Niedersächsische Landesamt für Straßenbau (NLStB) integriert. Gleichzeitig erhält das NLStB die neue Bezeichnung "Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) ".

Der Hauptsitz der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr ist in Hannover. Die Behörde erhält Außenstellen an den Standorten der bisherigen Straßenbauämter in Aurich, Gandersheim, Goslar, Hameln, Lingen, Nienburg, Osnabrück, Stade, Verden; in Oldenburg, Hannover, Braunschweig/Wolfenbüttel und Lüneburg werden Schwerpunktaußenstellen errichtet.

Mit Beschluß der Landesregierung vom 13.07.2004 sind ab dem 1.1.2005 die Aufgaben
des Entflechtungsgesetzes (EntflechtG),
des Straßenbaus, insbesondere der Planfeststellung, soweit diese nicht kommunalisiert sind,
der Planfeststellung und Aufsicht über die Eisenbahnen und Bergbahnen,
des Luftverkehrs sowie
des Straßenverkehrs
aus den Dezernaten 209 der Bezirksregierungen zur "Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr" verlagert worden:

Aus den Entscheidungen der Landesregierung ergibt sich folgender Verwaltungsaufbau:

Oberste Straßenbaubehörde: Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Obere Straßenbaubehörden: Niedersächsisches Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) mit
13 regionalen Geschäftsbereichen,
sowie unselbständigen Organisationseinheiten in Form von
58 Straßenmeistereien
17 Autobahnmeistereien
1 Mischmeisterei
2 Fernmeldemeistereien
1 Betriebszentrale.

Der Budgetplan umfasst das gesamte Kapitel 0820. Die Aufteilung des Budgets zwischen der Straßenbauverwaltung und anderen Dienststellen obliegt dem Ministerium.

Zielsetzung

Für das ihr anvertraute Netz der überörtlichen Straßen erfüllt die SBV die dem Land Niedersachsen obliegende Verkehrssicherungspflicht und übernimmt für die Baulastträger die Gewährleistung dafür, dass ihre Bauten allen Anforderungen der Sicherheit und Ordnung genügen. Dazu sind regelmäßige und organisierte Kontrollen der Straßen und Bauwerke unerlässlich.
Betrieb, Erhaltung sowie Aus- und Neubau eines verkehrssicheren und leistungsfähigen Straßennetzes erfordern erhebliche Mittel. Hierfür sind zumindest mittelfristige und zuverlässige Finanzierungspläne notwendig. Das Erhaltungsmanagement geht für Landesstraßen davon aus, dass im Rahmen der erforderlichen Mittel zumindest deren Zustand gehalten werden kann. Planung, Entwurf sowie zeitgerechte Bauvorbereitung und Bauabwicklung für Aus- und Neubaumaßnahmen aller Baulastträger werden nach Maßgabe der mittelfristigen Finanzplanung und der jährlichen Bauprogramme im Rahmen eines Projektcontrolling und mit Zielvereinbarungen gesteuert.

Das Straßennetz der nieders. SBV gliedert sich wie folgt (Stand 01.01.2006):
Bundesautobahnen: Gesamtlänge 1.395 km, auf diesen Strecken befinden sich insgesamt 1.870 Brücken sowie 1 Straßen- und 3 Lärmschutztunnel.
Bundesstraßen: Gesamtlänge rund 4.744 km. Auf diesen Strecken befinden sich insgesamt 2.259 Brücken sowie 2 Straßentunnel. Des weiteren sind rund 3.135 km Radwege und 1.358 Lichtsignalanlagen zu betreuen.
Landesstraßen: Gesamtlänge rund 8.071 km, davon 8.057 km in der Baulast des Landes. Auf diesen Strecken befinden sich insgesamt 1.895 Brücken. Des weiteren sind rund 4.325 km Radwege und 1.080 Lichtsignalanlagen zu betreuen. Das Land Niedersachsen verzichtet seit über zehn Jahren auf den Bau neuer Landesstraßen; hier stehen Erhaltungsmaßnahmen im Vordergrund. Im Radwegbau liegt Niedersachsen an der Spitze der Bundesländer.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0820

Kreisstraßen (für o.g. 13 Landkreise): Gesamtlänge rund 3.627 km, davon 3.619 km in der Baulast der genannten Kreise. Auf diesen Strecken befinden sich insgesamt 741 Brücken. Des weiteren sind 1.422 km Radwege und 153 Lichtsignalanlagen zu betreuen.
Im gesamten Straßennetz befinden sich darüber hinaus noch 433 Brücken in fremder Baulast.

Erläuterungen zum Produkthaushalt nach § 17a LHO
Budgetierungsmodell

Das Land nimmt im Rahmen der Auftragsverwaltung die Aufgaben der Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht an Bundesfernstraßen für den Bund wahr. Maßgebend sind der Bundesverkehrswegeplan sowie die jährlichen Straßenbaupläne des Bundes.
Die dabei entstehenden Verwaltungsausgaben (Personal- und Sachausgaben) trägt das Land. Der Bund gilt Zweckausgaben, die bei Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht entstehen, mit einer Pauschale nach § 6 Abs.3 BStrVermG ab. Sie ist für 2007 mit 13,7 Mio EUR veranschlagt.
Die Durchführung dieser Aufgaben führt zu weiteren investiven Ausgaben, die für den Bundeshaushalt veranschlagt sind.
Die Kosten für den Betrieb der Bundesfernstraßen (Bundesautobahnen und Bundesstraßen) betragen ca. 92,0 Mio EUR. Sie werden mit Ausnahme der darin enthaltenen Lohnkosten direkt aus dem Bundeshaushalt geleistet. Die Lohnkosten werden dem Land erstattet.
Die Kosten für den Betrieb der Landesstraßen werden vom Land getragen. Die Durchführung der Aufgaben der Unterhaltung, Instandsetzung und Erhaltung von Landesstraßen führt zu investiven Ausgaben, die im Investitionsbudget "Landesstraßenbauplafonds" (TG 61) veranschlagt sind.
Planungskosten für Dritte für besondere Projekte sind in Titelgruppen veranschlagt.
Die Kosten für den Betrieb der Kreisstraßen der o.g. Landkreise werden dem Land auf der Basis einer km-Pauschale erstattet, wobei die Löhne und ausgewählte Materialien sowie der Aufwand für den Fahrzeugeinsatz direkt von den Landkreisen gezahlt werden. Die bei Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht für diese Kreisstraßen entstehenden Kosten werden von den Landkreisen auf der Basis der HOAI erstattet.
Die der SBV obliegenden Aufgaben insgesamt können mit dem verfügbaren Personal der SBV nicht erledigt werden. Im Betriebsdienst werden deshalb zunehmend Unternehmer beauftragt. Der Einsatz Außenstehender bei Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht für Straßenbaumaßnahmen ist erheblich und weiter steigend. Der entsprechende Mittelbedarf wird im Rahmen des Projektcontrolling ermittelt.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0820

Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs

Produkte	Leistungsmenge -Stück- (Soll) 2007	Zielkosten -EUR- (Soll) 2007	Gesamtzielkosten -EUR- (Soll) 2007	Leistungsmenge -Stück- (Soll) 2006	Zielkosten -EUR- (Soll) 2006	Leistungsmenge -Stück- (Ist) 2005	Ist-Kosten -EUR- (Ist) 2005
Hoheitliche Aufgaben / Verwaltung	17.823 Stück	644	11.486.331	17.809	665	17.809	674
Betrieb Bundesautobahnen	1.395 km	31.000	43.245.000	1.354	30.413	1.354	33.124
Betrieb Bundesstraßen	4.744 km	11.000	52.184.000	4.762	10.562	4.762	12.358
Betrieb Landesstraßen	8.057 km	7.500	60.434.500	8.065	7.654	8.065	7.944
Betrieb Kreisstraßen*	3.627 km	627	2.274.129	3.627	624	3.627	575
Planung und Bau Bundesautobahnen und Bundesfernstraßen	1		60.000.000	1	50.990.228	1	59.093.100
Planung und Bau Landesstraßen	1		10.000.000	1	17.728.080	1	10.637.657
Planung und Bau Kreisstraßen*	1		2.400.000	1	2..733.282	1	1.349.856
Bewirtschaftung der EntflechtG-Mittel	74.104	10,00	741.040	73.448	10,35	63.472	12,15
Gesamtsumme			242.765.000				

* Die Löhne und Sachmittel des Kreises werden von den Landkreisen direkt gezahlt-den Zielkosten für das Produkt sind für Lohnaufwendungen ca. 3.000 Euro pro km zuzurechnen.

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag

	Gesamtzielkosten -EUR- (Soll) 2007	Eigenerlöse -EUR- (Soll) 2007	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt -EUR- (Soll) 2007
Hoheitliche Aufgaben / Verwaltung	11.486.331	2.300.000	9.186.331
Betrieb Bundesautobahnen	43.245.000	36.500.000	6.745.000
Betrieb Bundesstraßen	52.184.000	45.350.000	6.834.000
Betrieb Landesstraßen	60.434.500	3.340.000	57.094.500
Betrieb Kreisstraßen	2.274.129	2.250.000	24.129
Planung und Bau Bundesautobahnen und Bundesfernstraßen	60.000.000	13.700.000	46.300.000
Planung und Bau Landesstraßen	10.000.000	0	10.000.000
Planung und Bau Kreisstraßen	2.400.000	2.400.000	0
Bewirtschaftung der EntflechtG-Mittel	741.040	0	741.040
Sonstige Eigenerlöse		950.000	
Produktsumme	242.765.000	106.790.000	135.975.000
Haushaltsausgleich	0	0	0
Gesamtsumme	242.765.000	106.790.000	135.975.000

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0820

Überleitungsrechnung		Einnahmen (0–3)				Ausgaben (4–9)						
Bereichshaushalt (Produkte)	Tsd. EUR	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	HH-Abgl.
+ Verwaltungserträge	-6.140	0	-6.140	0	0	0	0	0	0	0	0	0
+ Erträge aus Erstattungen	-66.650	0	0	-66.650	0	0	0	0	0	0	0	0
+/- Bestandsveränderungen	0											0
+ sonstige betriebliche Erträge	-34.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-34.000
= Erträge	-106.790											0
- Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	140.945	0	0	0	0	140.945	0	0	0	0	0	0
- Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	5.271											5.271
- sonstige Personalaufwendungen	857	0	0	0	0	857	0	0	0	0	0	0
= Personalaufwendungen	147.073											0
-Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	500	0	0	0	0	0	500	0	0	0	0	0
- Aufwendungen Kommunikation und Reisen	1.700	0	0	0	0	0	1.700	0	0	0	0	0
- Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	36.601	0	0	0	0	0	30.041	0	0	0	6.560	0
- Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	20.572	0	0	0	0	0	20.572	0	0	0	0	0
-Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	36.319	0	0	0	0	0	0	2.319	0	0	0	34.000
- Abschreibungen	0											0
= Sachaufwendungen	95.692											
= Aufwendungen	242.765											
= Ergebnis nach eigenen Erträgen	135.975											
+ Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	135.975											0
= Ergebnis nach Landeszuschuss												
+ Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
= Finanzergebnis												
+ außerordentliche Erträge		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- außerordentliche Aufwendungen		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
+/- Haushaltsausgleich		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
= außerordentliches Ergebnis												
= neutrales Ergebnis												
= Gesamtergebnis												
- Investitionen der Hauptgruppe 5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Investitionen der Hauptgruppe 8	3.322	0	0	0	0	0	0	0	0	3.322	0	0
= Einnahmen und Ausgaben des Budgets		0	-6.140	-66.650	0	141.802	52.813	2.319	0	3.322	6.560	
+/- Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets	49.291	0	0	0	-74.104	0	6.500	0	40.280	76.615	0	0
= Kapitelsumme		0	-6.140	-66.650	-74.104	141.795	59.313	2.319	40.280	79.937	6.560	

Zu 119 10

Mehr aufgrund der Anpassung an die Entwicklung der Ist-Einnahmen.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 119 11

Ersatzleistungen Dritter für die Beschädigung von Straßenanlagen und Abgeltung von Unterhaltungskosten (Ablösungsbeträge, Unterhaltung von Straßen fremder Baulastträger und militärische Brückenbeschilderung).

Zu 129 12

Mehr wegen Anpassung an das Ist-Ergebnis.

Zu 281 63

S. Erläuterung zu Ausgabetitelgruppe 63.

Zu 331 62

Der Bund gewährt dem Land aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer zweckgebundene Finanzhilfen für den kommunalen Straßenbau u. d. ÖPNV nach Maßgabe des Entflechtungsgesetzes (EntflechtG), die das Land für Investitionen zur Förderung von kommunalen Straßenbauvorhaben u. d. ÖPNV-Vorhaben zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden verwenden muss. Die Zuwendungen werden über den Landeshaushalt geleistet und bei Titel 883 62 wieder verausgabt.
Erhöhter Ansatz aufgrund des Föderalismusreform-Begleitgesetzes (Art. 13 Entflechtungsgesetz.).

Zu 427 10

a) zu Lehrvergütungen
Die Höhe der bei diesem Titel unter anderem veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des Gem. RdErl. d. MF u. d. übr. Min. v. 20. 1.2006 (Nds. MBl. S. 101 ff), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.
b) zu Prüfungsvergütungen
Die Höhe der Prüfungsvergütung bemisst sich nach den gemeinsam vom MF u. d. übr. Min. erlassenen Richtlinien über die Vergütung von Prüfungstätigkeiten im Bereich der niedersächsischen Landesverwaltung v. 20.1.2006 (Nds. MBl. S. 101 ff), in der jeweiligen Fassung.
25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. d. § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 453 10

1. Trennungsgeld für Landesbedienstete		69 000 EUR
2. Umzugskostenvergütungen für Landesbedienstete		40 000 EUR
	Zusammen	109 000 EUR

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0820 Straßenbauverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
511 10-2	711	Allgemeiner Geschäftsbedarf	—	7.048	7.048	—	6.163
514 10-1	711	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	—	7.040	7.040	—	4.800
517 10-0	711	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	6.076	6.115	–39	4.185
518 10-7	711	Mieten und Pachten	—	1.314	1.302	+12	2.830
521 10-8	711	Betrieb, Wartung und Unterhaltung von Landesstraßen	—	7.117	7.117	—	12.837
521 11-6	711	Beseitigung von Unfallschäden an Landesstraßen *Übertragbar.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 11.*	—	3.340	3.340	—	1.661
529 10-9	711	Zur Verfügung der Präsidentin/des Präsidenten der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr	—	—	—	—	—
537 10-1	711	Dienstleistungen Dritter **** Abweichend von § 35 LHO dürfen Erstattungen anderer Bundesländer von der Ausgabe abgesetzt werden.*	12.500 11.900	20.466	20.485	–19	22.064
538 10-8	711	Dienstleistungen Dritter für Datenverarbeitung	—	106	52	+54	44
546 04-6	711	Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 04.*	—	—	—	—	—
547 10-7	711	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	306	306	—	1.051
671 10-0	711	Ausgaben für Zuweisungen, Zuschüsse und Erstattungen	128 140	2.169	2.169	—	2.152
681 10-5	711	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	150	150	—	145
812 10-2	711	Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	3.322	3.322	—	3.777
883 10-7	711	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden für Maßnahmen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz	250 250	511	511	—	1.044
981 10-9	990	Abführung an 13 21 - 381 08	—	6.560	6.574	–14	6.541
982 01-6	990	Zahlungen an private Unternehmen der Tiefbauwirtschaft **** Der MW ist berechtigt, Verpflichtungen bis zum Betrag von 40 Mio. EU einzugehen und entsprechende Zahlungen zu leisten. Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe bis spätestens zum Buchungsschluß des jeweiligen Haushaltsjahres zu vereinnahmen.*	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 521 10

Hieraus werden u. a. die Aufwendungen für Streckenwartung, Winterdienst, Reinigung und Pflege der Anlagen bestritten. Außerdem werden Schlaglöcher beseitigt, örtlich begrenzte Oberflächenbehandlungen durchgeführt, kleinere Brückenausbesserungsarbeiten, Reparaturen einzelner Verkehrszeichen und kleinere Ersatzpflanzungen u. ä. vorgenommen.
Veranschlagt sind außerdem die Aufwendungen des vom MW initiierten Pilotversuchs zur Übertragung von Aufgaben der Straßenmeistereien auf Dritte.

Zu 521 11

Hieraus werden die Aufwendungen der Beseitigung von Unfallschäden, verursacht durch Dritte, bestritten. Die Ersatzleistungen der Schädiger werden bei dem korrespondierenden Einnahmetitel 119 11 vereinnahmt.

Zu 529 10

Die Mittel sind bei Kap. 13 02 Titel 529 14 veranschlagt.

Zu 537 10

Ausgaben für Ingenieur- und Vermessungsbüros für Vorhaben an Landes- und Bundesstraßen, Bundesautobahnen sowie Radwegen in der Baulast des Landes.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	11.900	—	11.900
2008	—	—	12.500	12.500
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	11.900	12.500	24.400

Zu 538 10

Mehr aufgrund erhöhter Zahlungsverpflichtungen an das IZN.

Zu 671 10

Erstattung von Lohnkosten an den Bund für zur Bauaufsicht an Bundesstraßen eingesetzte Bundesstraßenwärter und an die Landkreise für zur Bauaufsicht an Bundesstraßen eingesetzte Kreis- straßenwärter.
Verwaltungskosten an Gemeinden für Um- und Ausbaumaßnahmen an Bundesstraßen in Ortsdurchfahrten aufgrund von UA-Vereinbarungen.
Verwaltungskosten an die Deutsche Bahn AG und nichtbundeseigene Eisenbahnen für Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Bundesstraßen und an die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes.
Erstattung von Kostenanteilen des Landes an den Bund bei Projekten zur Erfassung und Auswertung von Daten im Straßenwesen.

Noch zu 671 10

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	140	—	140
2008	—	—	128	128
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	140	128	268

Zu 681 10

Ersatzleistungen für Folgeschäden aus Anlass der Straßenunterhaltung und Bauvorbereitung.
Abgeltung von Ansprüchen aus Straßenunfällen, für die das Land aufgrund seiner Verkehrssicherungspflicht haften muss.
Schadenersatzleistungen ab einem Betrag von 5.000,-- EUR im Einzelfall aus Anlass von Verkehrsunfällen, an denen Kraftfahrzeuge des Straßenbauverwaltung beteiligt waren.

Zu 812 10

Vorgesehen ist die Ersatzbeschaffung von Dienst-, Nutz- und Sonderfahrzeugen für den Einsatz beim Nds. Landesamt für Straßenbau sowie bei den Meistereien. Ebenfalls veranschlagt sind die Kosten der Ersatzbeschaffung der bei den Meistereien für die Unterhaltung des zu betreuenden Straßennetzes eingesetzten Straßenbaugeräte.

Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MWSt und Sonderausstattung – EUR -	Gesamt EUR
Ersatzbeschaffungen:		
20 Transporter	30 000	600 000
3 LKW	135 000	405 000
6 Geräteträger	150 000	900 000
2 Radwegunterhaltungs-Kfz	110 000	220 000
1 Brückenprüffahrzeug		120 000
	Insgesamt:	2 245 000
Ersatzbeschaffungen Straßenbaugeräte		
9 Streuautomaten	je 31 000	279 000
1 Radwegstreuer	je 11 400	11 400
7 Schneepflüge	je 12 000	84 000
1 Schneepflug für Radwege	je 8 000	8 000
1 Salzladegeräte	je 48 000	48 000
1 Schneefräsen	je 49 100	49 100
2 Aufbaumähwerke	je 43 000	86 000
2 Motormäher	je 9 500	19 000
2 Randstreifenmäher	je 17 000	34 000
2 Buschhacker	je 13 000	26 000
2 Vorbaukehrmaschinen	je 7 300	14 600
2 Leitpfostenwaschgeräte	je 9 000	18 000
2 Kleinkompressoren	je 7 200	14 400
2 Vibrationsplatten	je 6 000	12 000
2 Gerätetransportanhänger	je 7 000	14 000
1 Stromerzeuger	je 6 100	6 100
1 Mähgeräte für RUG	je 11 300	11 300
1 Streuautomat für RUG	je 13 500	13 500
1 Kehrbesen für RUG	je 6 600	6 600
	Insgesamt:	755 000

Veranschlagt sind außerdem die Kosten der Ersatzbeschaffung von Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Büro- und

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 812 10

Fachgeräten mit einem Wert von über 5.000,-- EUR im Einzelfall i. H. v. insgesamt 322.000 EUR.

Zu 883 10

Kosten des Landes für Maßnahmen an Bahnübergängen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz und für Zuweisungen an Gemeinden für Investitionen nach § 17 Eisenbahnkreuzungsgesetz

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	250	—	250
2008	—	—	250	250
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	250	250	500

Zu 981 10

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften an den Einzelplan 13.

Zu 982 01

Die Ermächtigung, in begrenztem Umfang Zahlungen an private Unternehmen der Tiefbauwirtschaft zu gewähren, dient der Sicherung eines kontinuierlichen Baufortschritts beim Bundesfernstraßenbau. Ein Leertitel ist ausreichend, weil die Zahlungen vor dem Rechnungsabschluss zurückgezahlt bzw. erstattet werden.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0820 Straßenbauverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Investitionsbudget Landesstraßenbauplafond** *Übertragbar.* **** Abweichend von § 35 LHO fließen Beiträge Dritter sowie Rückeinnahmen aus Leistungen für Dritte, soweit sie auf investive Mittel entfallen, den Ausgaben der Titelgruppe zu.* **** Bei diesen Maßnahmen entfällt die Vorlage der Unterlagen gemäß § 24 LHO.* **** Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist Nr. 4 der Erläuterung verbindlich.*	(25.700) (10.700)	(41.780)	(33.780)	(+8.000)	(33.265)
731 61-7	711	Baukosten	25.000 10.000	40.280	32.280	+8.000	30.837
821 61-6	711	Grunderwerb	—	—	—	—	1.001
883 61-1	711	Zuweisungen an kommunale Baulastträger zum Bau von Straßen zur Entlastung von Ortsdurchfahrten	700 700	1.500	1.500	—	1.427
TGr. 62		**Transferbudget EntflechtG**	(—)	(74.104)	(73.448)	(+656)	(73.446)
883 62-0	711	Zuweisungen für Investitionen an kommunale Baulastträger *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 62.*	—	74.104	73.448	+656	73.446
887 62-5	711	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
TGr. 63		**Bau der Emsland-Autobahn A 31 (Lückenschluss)**	(—)	(—)	(12.782)	(–12.782)	(20.248)
881 63-5	711	Zuweisungen an den Bund	—	—	12.782	–12.782	20.248
883 63-8	711	Zuweisungen an Gemeinden	—	—	—	—	—
TGr. 64		**Ausbau der Autobahn A1 (A-Modell)** *Übertragbar.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: Ausgabetitelgruppe 64 und Ausgabetitelgruppe 65.*	(—)	(1.500)	(—)	(+1.500)	(—)
526 64-9	711	Kosten der Konzessionsvergabe	—	1.000	—	+1.000	—
537 64-0	711	Kostenerstattungen an Bieter	—	500	—	+500	—
547 64-6	711	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
681 64-4	711	Schadensersatzleistungen	—	—	—	—	—
TGr. 65		**Planungskosten für beschleunigten Autobahnneubau (Netzschlüsse)** *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*	(74.000) (—)	(5.000)	(—)	(+5.000)	(—)
537 65-9	711	Kostenerstattung an Dritte	74.000 —	5.000	—	+5.000	—
547 65-4	711	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 61

Die Titelgruppe 61 enthält Aufwendungen für Baumaßnahmen an Landesstraßen, die über eine reine Instandhaltung hinausgehen.
Die veranschlagten Mittel werden ausschließlich durch öffentliche Aufträge an die Wirtschaft vergeben und in folgenden Investitionsbereichen eingesetzt:

1. Substanzerhalt (Instandsetzung und Erneuerung der ca. 8000 km Straßen, 1900 Bauwerke und 4000 km Radwege)
2. Straßenausstattung (Lichtsignalanlagen, Schutzplanken, Markierung, Beschilderung etc.).
3. Um- und Ausbau (z. B.: Beseitigung von Unfallhäufungsstellen, Entschärfung von Gefahrenstellen), Um- und Ausbau von Ortsdurchfahrten, Umbau von Kreuzungen mit Straßen, Gewässern und Schienen (diese Maßnahmen erfolgen auf eigene oder auf Veranlassung von Kommunen bzw. Dritten)
4. Bau von Radwegen = 6 000 000 EUR
5. Zuschüsse des Landes für den Bau "Kommunaler Entlastungsstraßen"

Zu 731 61

Investitionsmittel für die im Rahmen der Titelgruppe finanzierten Maßnahmen.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	10.000	—	10.000
2008	—	—	25.000	25.000
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	10.000	25.000	35.000

Zu 883 61

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	700	—	700
2008	—	—	700	700
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	700	700	1.400

Zu Titelgruppe 62

Vgl. Erläuterungen zu Titel 331 62.

Zu 883 62

Bezeichnung des Förderprogramms: Förderung des Verkehrswegebaus in den Gemeinden.

Rechtliche Grundlage: §§ 23 und 44 LHO i. V. m. § 5 Abs. 3.des Entflechtungsgesetzes (EntflechtG).

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 883 62

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	76.932	78.649	69.958	73.445	73.448	74.104	74.104	74.104	74.104
Korrespondierende Einnahmen aus EU					0	0	0	0	0
Bund					73.448	74.104	74.104	74.104	74.104
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					0	0	0	0	0

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1971

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden.

Zielgruppe: Kommunen

Durchschnittliche Förderhöhe: Bis zu 75 % der zuwendungsfähigen Kosten.

Zu Titelgruppe 63

Die A 31 ist aufgrund des zügigen Baufortschritts bereits zum Ende des Haushaltsjahres 2004 fertiggestellt und dem Verkehr übergeben werden.

Zu Titelgruppe 64

Der sechsstreifige Ausbau der A 1 von Hamburg nach Bremen wird nach dem A-Modell des Bundes an einen Konzessionsnehmer (KN) vergeben. Beim A-Modell gewährleistet der KN für die Dauer von 30 Jahren den Ausbau, die Erhaltung sowie den Betrieb der Strecke und übernimmt die Finanzierung. Als Entgelt für seine Leistung erhält er die auf der Strecke eingefahrene LKW-Maut und eine im Wettbewerb ermittelte Finanzierung aus dem Bundeshaushalt.
Durch diese Art der Finanzierung wird eine schnellere Fertigstellung der Baumaßnahme erreicht.
Das Landeskabinett hat am 31.08.2004 Kenntnis genommen.
In Anbetracht des veränderten Aufgaben-und Risikozuschnittes für die Auftragsverwaltung bleibt festzuhalten, dass das Land gem. Art. 90 GG als Auftragsverwaltung des Bundes nach wie vor für Bauherrenfunktion, Bauaufsicht und hoheitliche Aufgaben verantwortlich bleibt und daher die operativen Kosten für die Konzessionsvergabe und –betreuung während der Laufzeit trägt.
Bei einer Konzession nach dem A-Modell fallen für das Land Kosten in Höhe von 76,5 Mio. EUR an , von denen 39,5 Mio. EUR bereits in den bestehenden Ansätzen des Kapitels 0820 enthalten sind. 37,0 Mio. EUR sind in der TGr. 64 veranschlagt worden (s. auch nachfolgende Erläuterungen zu den Titeln der TGr. 64). Sie liegen damit ca. 50 % höher als bei herkömmlicher Budgetfinanzierung. Insgesamt wird bei Berücksichtigung des im Bedarfsplans ausgewiesenen Kosten-Nutzen-Verhältnisses von 4,7 der volkswirtschaftliche Nutzen aber bereits nach einem Jahr diesen Wert übersteigen. Er erzeugt somit in der durch die frühere Fertigstellung der Baumaßnahme gewonnenen Zeit zusätzliche, dauerhaft positive Aspekte für das Land.

Zu 526 64

Erstellung der Ausschreibungsunterlagen einschließlich Ausschreibungsberatung durch Gutachter, Vertragsbegleitung des KN (Vertragsauslegung , Leistungskontrolle, Qualitätsmanagement, künftige Gesetzesänderungen).

Noch zu 526 64

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	1.000	—	—	1.000
2008	2.000	—	—	2.000
2009	2.000	—	—	2.000
2010	2.000	—	—	2.000
2011 ff.	16.000	—	—	16.000
Summe	23.000	—	—	23.000

Zu 537 64

Gemäß VOB/A § 20 Abs. 2 sind die Kosten für die Erstellung der Angebote den unterlegenen Bietern zu erstatten (Aufstellung der Ausführungsunterlagen für Grunderwerb, passiven Schallschutz und sonstige Entschädigungsangelegenheiten).

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	500	—	—	500
2008	1.500	—	—	1.500
2009	1.000	—	—	1.000
2010	500	—	—	500
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	3.500	—	—	3.500

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 681 64

Leertitel für die bei der Auftragsverwaltung verbleibende Verkehrssicherungspflicht und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen sowie für nicht beim Konzessionsnehmer angesiedelte Baugrundrisiken, im Planfeststellungsbeschluss nicht geregelte Rechtsverhältnisse und Rechtsstreitigkeiten (Mipla-Ansatz ab 2008 ff.).

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	1.500	—	—	1.500
2009	1.500	—	—	1.500
2010	1.000	—	—	1.000
2011 ff.	6.500	—	—	6.500
Summe	10.500	—	—	10.500

Zu Titelgruppe 65

Der neue Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen weist im Norden einen großen Nachholbedarf an leistungsfähigen Autobahnen auf. Eine bessere Verknüpfung der norddeutschen Seehäfen (insbesondere des JadeWeserPorts) im Hinterland sowie der stark anwachsende Güterverkehr zwischen Westeuropa und dem skandinavischen Raum unterstreichen die Dringlichkeit der auch von der Wirtschaft geförderten BAB-Projekte.

Auch das Land ist bestrebt, durch verschiedene Initiativen eine gesonderte Baufinanzierung für eine zeitnahe Realisierung dieser Autobahnnetzergänzungen zu erreichen. Hierfür ist ein konzentrierter Planungsansatz erforderlich.

Die in der Titelgruppe veranschlagten Haushaltsmittel sind für die aus der Auftragsverwaltung erwachsenen Planungsleistungen bestimmt.

Zu 537 65

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	5.000	5.000
2009	—	—	5.000	5.000
2010	—	—	5.000	5.000
2011 ff.	—	—	59.000	59.000
Summe	—	—	74.000	74.000

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0820 Straßenbauverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0820					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		6.140	5.750	+390	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		66.650	66.060	+590	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		74.104	73.448	+656	
		Summe der Einnahmen		146.894	145.258	+1.636	
		4 Personalausgaben	—	141.802	144.434	–2.632	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	86.500 11.900	59.313	52.805	+6.508	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	128 140	2.319	2.319	—	
		7 Baumaßnahmen	25.000 10.000	40.280	32.280	+8.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	950 950	79.437	91.563	–12.126	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	6.560	6.574	–14	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	112.578 22.990	329.711	329.975	–264	
		Zuschuss		182.817	184.717	–1.900	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0830 Häfen- und Schifffahrtsverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-9	712	Vermischte Einnahmen		—	—	—	447
121 62-5	712	Ablieferung der Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG		1.000	1.000	—	1.000
359 72-9	950	Zuführung der Bauleitungsmittel für landeseigene Hafenbaumaßnahmen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.*		—	—	—	60
359 82-6	950	Zuführung für die Durchführung von Vorplanungsarbeiten zum Ausbau der Häfen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82.*		—	—	—	1
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Bau eines Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven**		(2.045)	(2.050)	(–5)	(557)
331 61-1	731	Zuweisungen vom Bund		2.045	2.050	–5	557
332 61-8	731	Zuweisungen von Ländern		—	—	—	—
342 61-3	731	Sonstige Zuschüsse		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
427 10-4	712	Vergütungen für Praktikanten während des Praxissemesters an Fachhochschulen	—	8	8	—	—
682 10-4	731	Verlustausgleich im allgemeinen Hafenumschlag der Seefischmarkt und Hafenumschlag Cuxhaven GmbH	—	—	—	—	—
686 10-0	712	Beiträge und Zuschüsse an Vereine, Verbände und Gesellschaften	1.350 —	465	465	—	465
741 10-0	731	Maßnahmen gegen die Verschlickung im Fedderwarder Priel/Siel	—	—	—	—	—
881 10-7	731	Zuweisungen an den Bund zum Ausbau des Mittellandkanals	—	8.283	8.283	—	8.282
883 10-0	731	Zuweisungen an kommunale Baulastträger zur Instandsetzung und zum Ausbau nichtlandeseigener Hafenanlagen *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 883 10 und 892 10.*	—	—	—	—	—
892 10-9	731	Zuweisungen an private Baulastträger zur Instandsetzung und zum Ausbau nichtlandeseigener Hafenanlagen *Vgl. D-Vermerk zu 883 10.*	—	—	—	—	—
916 10-5	950	Abführung an Kapitel 51 32 Titel 162 11	—	1.128	1.128	—	—
916 11-3	950	Abführung an Kapitel 51 32 Titel 162 11 (Flächen Jade-Weser-Port)	—	46	839	–793	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Bau eines Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven** *Übertragbar.*	(—)	(25.579)	(100.037)	(–74.458)	(3.595)
429 61-1	731	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 121 62

Veranschlagt sind Ablieferungen der Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG (NPorts). Die Zuschüsse an die NPorts sind in der Ausgabetitelgruppe 62 veranschlagt.

Zu Titelgruppe 61

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 61.

Zu 427 10

Wegen der Einführung von Praxissemestern für Studentinnen und Studenten der Fachhochschulen sind Vergütungen in Höhe von 8 000 EUR bereitzustellen.

Zu 686 10

Beiträge bzw. Zuschüsse für die Gesellschaft "Seaports of Niedersachsen (SoN)" sowie für das Short Sea Shipping Promotion Center.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	450	450
2009	—	—	450	450
2010	—	—	450	450
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	1.350	1.350

Zu 881 10

Im Rahmen des Programms der Bundesregierung für den Ausbau der Binnenwasserstraßen für die Wasserstraßenklasse IV wird auch der Mittellandkanal zwischen Bergeshövede und der Landesgrenze zu Sachsen-Anhalt (Rühen) ausgebaut. In Anbetracht der Bedeutung dieser Wasserstraße für die Wirtschaft im nordwestdeutschen Raum ist durch Regierungsabkommen vereinbart worden, dass Niedersachsen zusammen mit Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen das sog. Länderdrittel zu den Gesamtkosten des Ausbaues von 2 796 Mio. EUR aufbringt. Die Bauausführung obliegt der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes. Nach den Regierungsabkommen sind die Vertragspartner verpflichtet, ihnen gehörige für den Bau unmittelbar beanspruchte Grundstücke unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Der Landeszuschuss beträgt nach dem Preisstand 1997	389 022 052 EUR
1. Rate 1966 bis 41. Rate 2006	309 938 546 EUR
Vorbehalten	79 083 506 EUR

Zu 916 10 und 916 11

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61

Die Bundesländer Niedersachsen und Bremen haben im Rahmen einer gemeinsamen Kabinettssitzung am 04.06.2002 bekräftigt, dass sie den Tiefwasserhafen Wilhelmshaven als wichtiges Infrastrukturprojekt nachhaltig fördern und bis 2009/2010 realisieren.
Der Bau des Tiefwasserhafens Wilhelmshaven wurde bereits im Haushaltsplan 2004 umfassend abgesichert. Die für die weitere Planung des Vorhabens und für die Basisinfrastruktur erforderlichen Mittel sowie Baukostenzuschüsse sind im Haushaltsjahr 2007 mit 25,6 Mio. EUR sowie in den Mipla-Jahren 2008/2009/2010 mit 148,9/63,3/8,3 Mio. EUR veranschlagt worden.
Anfang 2007 soll mit dem Bau des Jade-Weser-Ports begonnen werden. Die Inbetriebnahme erfolgt planmäßig 2009/2010.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0830 Häfen- und Schifffahrtsverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
526 61-7	731	Gutachten	—	—	—	—	—
547 61-4	731	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	800	800	—	133
681 61-2	731	Leistungen an Drittbetroffene	—	—	13.430	–13.430	—
682 61-9	731	Zuschüsse für laufende Zwecke der Vermarktungsgesellschaft	—	315	476	–161	—
741 61-5	731	Baukosten	—	21.402	59.800	–38.398	2.817
821 61-9	731	Grunderwerb	—	—	—	—	—
831 61-4	731	Kapitalzuführung an die JadeWeserPort Realisierungsgesellschaft	—	3.062	25.531	–22.469	645
TGr. 62		**Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG** *Übertragbar.*	(24.900) (—)	(32.192)	(29.237)	(+2.955)	(18.775)
686 62-2	712	Betriebskostenzuschüsse	—	7.394	17.299	–9.905	15.837
891 62-5	731	Zuschüsse für Investitionen	24.900 —	24.798	11.938	+12.860	2.938
TGr. 72		**Bauleitungskosten für die Durchführung von Hafenbaumaßnahmen** *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 359 72.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(13)
427 72-4	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	13
547 72-0	960	Nicht aufteilbarer Sachaufwand	—	—	—	—	—
TGr. 82		**Durchführung von Vorplanungsarbeiten zum Ausbau der Häfen** *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 359 82.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(1)
427 82-1	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	1
547 82-7	960	Nicht aufteilbarer Sachaufwand	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 547 61

Personal- und Sachkosten für die JadeWeserPort Realisierungs GmbH & Co. KG.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	800	—	—	800
2008	800	—	—	800
2009	800	—	—	800
2010	800	—	—	800
2011 ff.	800	—	—	800
Summe	4.000	—	—	4.000

Zu 681 61

Leertitel für eventuell notwendig werdende Zahlungen für Kompensations-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie für die Sicherung benachbarter Infrastrukturanlagen.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	3.670	—	—	3.670
2009	600	—	—	600
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	4.270	—	—	4.270

Zu 682 61

Veranschlagt sind Haushaltsmittel für eine noch zu gründende Vermarktungs- und Immobiliengesellschaft für die Gewerbeflächen Hafengroden.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	315	—	—	315
2008	663	—	—	663
2009	762	—	—	762
2010	830	—	—	830
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	2.570	—	—	2.570

Zu 741 61

Veranschlagt sind Haushaltsmittel für die Planfeststellung, die Konzessionsvergabe und den Bau des Tiefwasserhafens Wilhelmshaven.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	21.402	—	—	21.402
2008	106.800	—	—	106.800
2009	52.130	—	—	52.130
2010	6.690	—	—	6.690
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	187.022	—	—	187.022

Zu 831 61

Zuführung in die Kapitalrücklage der JadeWeserPort Realisierungs GmbH & Co. KG.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	3.062	—	—	3.062
2008	36.982	—	—	36.982
2009	9.031	—	—	9.031
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	49.075	—	—	49.075

Zu Titelgruppe 62

Mit Vertrag vom 09.11.2004 hat das Land Niedersachsen die Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG (NPorts) gegründet. Diese hat zum 01.01.2005 ihre operative Tätigkeit aufgenommen.

Das Land ist alleiniger Kommanditist der KG. Die Niedersächsische Hafengesellschaft mbH (NHG), deren Anteile vollständig vom Land gehalten werden, ist Komplementärin der Kommanditgesellschaft.

Die Zentrale der neuen Hafengesellschaft hat ihren Sitz in Oldenburg. An den Standorten Emden, Norden, Wilhelmshaven, Brake und Cuxhaven bestehen Niederlassungen.

Gemäß Art. 2 „Niedersächsisches Hafenfinanzierungsgesetz“ des Niedersächsischen Hafengesetzes vom 08.12.2005 (Nds. GVBl. S. 377) gewährt das Land NPorts nach Maßgabe der jährlichen Festsetzung im Haushalt Finanzhilfen als Zuschuss zu den Betriebskosten und als Zuschuss für Investitionen.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG.

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	68.919	65.301	57.883
Einnahmen	36.000	35.337	39.108
Fehlbetrag	32.919	29.964	18.775

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 62

	2006 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land - MW.- mit	32.192
3. das Land - ML - mit	727
4. den Bund mit	—
5. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
6. Private	—
Zusammen	32.919

Zu 686 62

Der Zuschuss zu den Betriebskosten wird im Wesentlichen zur Leistung der nachfolgend genannten Aufgaben benötigt:

-Verwaltung, Durchführung kleiner Unterhaltungsarbeiten und Betrieb von Hafenanlagen sowie die Erbringung von Leistungen für die Hafenwirtschaft und andere maritime Wirtschaftsbereiche.
-Aufrechterhaltung der erforderlichen Hafenstrukturen zur Gewährleistung der Versorgung der ostfriesischen Inseln.
-Verwaltungshilfe für hoheitliche Tätigkeiten des Landes Niedersachsen in Hafen-, Fähr- und Schifffahrtsangelegenheiten.

Für die Verwaltung, die Durchführung kleiner Unterhaltungsarbeiten und den Betrieb von Hafenanlagen, die Vorhaltung von Hafenstrukturen für die Inselversorgung sowie die Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben war bis zum 31. Dezember 2004 die Häfen- und Schifffahrtsverwaltung verantwortlich. Nach deren Auflösung werden die hafenbetrieblichen Aufgaben von NPorts wahrgenommen, die auch Verwaltungshilfe für die hoheitlichen Aufgaben leistet, die beim Land verbleiben.

Bis 2006 sind aus diesem Titel auch Bauunterhaltungsmaßnahmen i. H. v. 4,6 Mio. EUR finanziert worden, die aus haushaltshaltssystematischen Gründen dem Investitionstitel 891 62 zuzuordnen sind. Das Ziel, mit der Umwandlung in eine privatrechtliche Organisationsform den Betriebskostenzuschuss zu verringern, wurde erreicht. Im Haushaltsjahr 2007 wird NPorts mit rd. 5,3 Mio. EUR weniger auskommen als noch im Haushaltsjahr 2006.

Zu 891 62

Der Investitionszuschuss dient zur Weiterentwicklung und zur Substanzerhaltung der landeseigenen Häfen.
Die Erhöhung des Zuschusses ist zum einen auf die Umschichtung von Haushaltsmitteln für Bauunterhaltungsmaßnahmen aus dem Titel für Betriebskosten zurückzuführen (s. Erläuterung zu Titel 686 62).
Zum anderen sollen aus den zusätzlichen Mitteln neue Bauvorhaben finanziert werden.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	8.300	8.300
2009	—	—	8.300	8.300
2010	—	—	8.300	8.300
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	24.900	24.900

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0830 Häfen- und Schifffahrtsverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		<u>Abschluss Kapitel 0830</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.000	1.000	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		2.045	2.050	–5	
		Summe der Einnahmen		3.045	3.050	–5	
		4 Personalausgaben	—	8	8	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	800	800	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.350 —	8.174	31.670	–23.496	
		7 Baumaßnahmen	—	21.402	59.800	–38.398	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	24.900 —	36.143	45.752	–9.609	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.174	1.967	–793	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	26.250 —	67.701	139.997	–72.296	
		Zuschuss		64.656	136.947	–72.291	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 0891 Fachaufgaben der Regierungsvertretungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
422 01-3	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets *Vgl. D-Vermerk zu 0801-422 01.*	—	1.412	1.484	–72	798
422 19-6	011	Altersteilzeitzuschläge *Vgl. D-Vermerk zu 0801-422 01.*	—	—	—	—	18
425 01-2	011	Vergütungen der Angestellten *Vgl. D-Vermerk zu 0801-422 01.*	—	—	—	—	830
427 01-5	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 0891					
		4 Personalausgaben	—	1.412	1.484	–72	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.412	1.484	–72	
		Zuschuss		1.412	1.484	–72	

E R L Ä U T E R U N G E N

Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 08 91

Durch Beschluss der Landesregierung vom 07.09.2004 wurden mit Wirkung vom 01.01.2005 vier Regierungsvertretungen als Referate des MI eingerichtet, in denen Aufgaben des MI und anderer Ministerien wahrgenommen werden.

In folgenden Aufgabenfeldern sind Aufgaben aus dem Geschäftsbereich des MW den Regierungsvertretungen zugeordnet:
Unterstützung der regionalen Entwicklung
(Tourismus incl. Anerkennung Kurorte, Strukturpolitische Themen incl. regionale Arbeitskreise, Moderation und Begleitung Infrastrukturprojekte);
Verwaltungsaufgaben mit regionalem Bezug
(Schwarzarbeit, Versicherungsaufsicht, AußenwirtschaftsVO, Außenwirtschaft (Bußgeld), Öffentl. Auftragswesen, Preis u. Kostenprüfung und Vergabekammern);
Service- und Unterstützungsaufgaben
(ESF-Prüfdienst).

Für das bei den Regierungsvertretungen tätige Fachpersonal sind hier nur die Ausgaben für Dienstbezüge und dgl. (Obergruppe 42) veranschlagt. Alle übrigen Einnahmen und Ausgaben sind bei Kap. 03 03 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterung zu Kap. 03 03).

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 08					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		762.663	614.971	+147.692	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		969.641	798.682	+170.959	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		196.517	242.175	–45.658	
		Summe der Einnahmen		1.928.821	1.655.828	+272.993	
		4 Personalausgaben	—	174.463	177.175	–2.712	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	87.350 12.200	350.792	339.723	+11.069	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7.078 21.151	461.104	435.970	+25.134	
		7 Baumaßnahmen	25.000 10.000	61.682	92.080	–30.398	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	224.386 103.274	518.181	455.765	+62.416	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	–10.971	–4.737	–6.234	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	343.814 146.625	1.555.251	1.495.976	+59.275	
		Überschuss		373.570	159.852	+213.718	
		Nachrichtlich:					
		Summe für inzwischen weggefallene Kapitel					
		Einnahmen			601.771	–601.771	
		Ausgaben	—		4.915	–4.915	

Nachweisung

über die der alleinigen Verfügung des Landes unterliegenden Sondervermögen, die zu solchen Zwecken bestimmt sind, für die auch allgemeine Landesmittel verwendet werden (§ 26 LHO).

Wirtschaftsförderfonds

Niedersachsen

Das Sondervermögen ist auf Grund des § 1 des Gesetzes „Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen“ vom 8.11. 1977 (Nds. GVBl. 1977, S. 589) i. d. F. vom 16.10.1997 (Nds. GVBl. Nr. 20 S. 432), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Haushaltsbegleitgesetzes 2006 vom 15.12.2005 (Nds. GVBl. S. 426), gebildet worden.

Verpflichtungen zu Lasten des Fonds dürfen im Rahmen des Gesetzes und der parlamentarischen Ermächtigungen zum jährlichen Wirtschaftsplan des Fonds eingegangen werden.

Ausgaben dürfen in Höhe der dem Fonds aus eigenen Einnahmen oder Zuführungen aus dem Landeshaushalt zur Verfügung stehenden Mitteln geleistet werden.

Soweit die in den Vorjahren ausgebrachten Kreditermächtigungen nicht in Anspruch genommen wurden, bleiben sie in der Höhe weiter bestehen, wie sie zur Erfüllung von in den Wirtschaftsplänen der Vorjahre veranschlagten, aber nicht getätigten Ausgaben, die als Ausgabereste nach § 45 LHO in das nächste Hj. zu übertragen sind, benötigt werden.

Die Kreditermächtigungen dürfen nur mit Zustimmung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtags in Anspruch genommen werden.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 5081 Wirtschaftsförderfonds

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
		1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	**** Gemäß § 17 Abs. 1 LHO ist die Erläuterung zu Kapitel 50 81 hinsichtlich der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der Verpflichtungsermächtigungen verbindlich.*					
	E I N N A H M E N					
119 01-6	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
359 10-6	Zuführung aus dem Landeshaushalt zur Finanzierung von Investitionen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		42.000	34.723	+7.277	34.723
361 01-1	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre		—	—	—	43.105
	Titelgruppe(n)					
TGr. 65	**Einnahmen aus dem Bereich der Innovationsförderung** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		(623)	(754)	(–131)	(823)
119 65-2	Vermischte Einnahmen		350	350	—	436
124 65-6	Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung		48	42	+6	32
162 65-5	Zinseinnahmen von privaten Unternehmen und Sonstigen		47	66	–19	43
182 65-6	Darlehensrückflüsse von privaten Unternehmen und Sonstigen		178	296	–118	289
331 65-1	Zuweisungen des Bundes		—	—	—	—
359 65-3	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		—	—	—	24
TGr. 68	**Einnahmen aus dem Bereich der Verbesserung der Wirtschaftskraft und -struktur** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.*		(718)	(905)	(–187)	(556)
119 68-7	Vermischte Einnahmen		10	10	—	—
133 68-0	Erlös aus der Veräußerung von Fördervermögen an die NORD/LB		—	—	—	—
153 68-0	Zinseinnahmen von Gemeinden (GV)		38	45	–7	49
161 68-3	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen		40	50	–10	24
162 68-0	Zinseinnahmen von privaten Unternehmen und Sonstigen		—	—	—	—
173 68-1	Darlehensrückflüsse von Gemeinden (GV)		365	535	–170	473
181 68-4	Darlehensrückflüsse von öffentlichen Unternehmen		265	265	—	11
182 68-0	Darlehensrückflüsse von privaten Unternehmen und Sonstigen		—	—	—	—
359 68-8	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		—	—	—	—
TGr. 69	**Einnahmen aus dem Bereich der Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH (NBank)** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 69.*		(2.901)	(2.467)	(+434)	(2.337)
119 69-5	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
359 69-6	Sonstige Zuführungen aus dem Landeshaushalt		2.874	2.374	+500	2.337

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 5081

Die Verpflichtungsermächtigungen in den Ausgabetitelgruppen 65, 66, 68, 72 und 73 sind gegenseitig deckungsfähig.

Entsprechend dem "Gesetz über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen" vom 08.11.1977 (Nds. GVBl. 1977 S. 589) in der Fassung vom 16.10.1997 (Nds. GVBl. Nr. 20 S. 432), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Haushaltsbegleitgesetzes 2006 vom 15.12.2005 (Nds. GVBl. S. 426), ist ein Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen gegründet worden, dem ab 01.01.1978 jährlich mindestens 50 Mio. EUR aus Landeshaushaltsmitteln zuzuführen sind (§ 4 Abs. 1 FondsG).

Die Mittel sollen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft und -struktur des Landes eingesetzt werden; so sollen u. a. Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsvorhaben, die Entwicklung und Anwendung neuer Technologien sowie Maßnahmen nach dem Gesetz zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (Mittelstandsförderungsgesetz) gefördert werden.

Nach der zum 01. Januar 2004 erfolgten Geschäftsaufnahme der Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH (NBank) als zentrales Förderinstitut des MW ist eine Entnahme aus dem auf die NORD/LB übertragenen Vermögen des Wirtschaftsförderfonds nicht mehr möglich. Die entsprechenden Einnahmetitel mit der Zweckbestimmung “Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB“ (359 ..) sind daher ab 2004 auf “Null“ gesetzt worden.
Gleichzeitig sind auch die Ausgabetitel mit der Zweckbestimmung “Darlehen an ...“ auf “Null“ gesetzt worden (85. .., 86. ..). Darlehen für Fördermaßnahmen werden nicht mehr im Landeshaushalt veranschlagt. Die NBank refinanziert entsprechende Darlehen auf dem Kapitalmarkt und vergibt diese im eigenen Namen. MW stellt nach Maßgabe der jeweiligen Förderrichtlinien – soweit eine Zinssubventionierung erforderlich ist – Zinszuschüsse zur Verfügung.
Der vom MW bewirtschaftete Teil des Wirtschaftsförderfonds bestand seit 1990 aus den Kapiteln 50 81 (gewerblicher Bereich) und 50 83 (ökologischer Bereich). Ab Haushaltsjahr 2002 wurde der ökologische Bereich geteilt und das von MU bewirtschaftete Kapitel 50 84 (ökologischer Bereich – Energie -) neu eingerichtet.

Nachdem in den letzten Jahren die Zahl der Förderanträge und demzufolge auch der Förderungen aus Kapitel 50 83 erheblich zurückgegangen ist, wurde ab dem Haushaltsjahr 2004 eine Zusammenlegung der Kapitel 50 81 und 50 83 zu einem neuen Kapitel 50 81 vorgenommen. Die Zahl der Titelgruppen wurde in diesem Zusammenhang zunächst von 16 auf 10 reduziert.

Nicht zuletzt wegen der stark reduzierten Ansätze wurde die Zahl der Titelgruppen im Haushaltsjahr 2005 auf 6 zurückgeführt. Die bisherigen Titelgruppen 62 und 68 wurden dabei zur neuen Titelgruppe 68 (Verbesserung der Wirtschaftskraft und –struktur; Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH (NBank) zusammengefasst. Die bisherigen Titelgruppen 65 und 67 wurden zur neuen Titelgruppe 65 (Innovationsförderung) zusammengefasst. Die bisherigen Titelgruppen 71, 72 und 74 wurden zur neuen Titelgruppe 72 (Mittelstandsförderung) zusammengefasst.

Aus haushaltssystematischen Gründen werden die Einnahme- und Ausgabepositionen der NBank ab 2007 aus den Titelgruppen 68 ausgegliedert und in zwei neuen Titelgruppen 69 (Einnahme und Ausgabe) separat von den übrigen Einnahmen und Ausgaben der Titelgruppen 68 veranschlagt. Für die Förderung der Medienwirtschaft wird im Einvernehmen mit der Niedersächsischen Staatskanzlei eine neue Ausgabetitelgruppe 66 eingerichtet.

Zu 359 10

Der Betrag steht im Landeshaushalt im Kapitel 08 02 Titel 884 10 bereit.

Zu 359 69

Veranschlagt sind die anteiligen Personal- und Sachkosten für Bedienstete des Landes, die der NBank zugewiesen sind (2.374.000 EUR - bis 2006 bei 50 81 - 359 11) sowie der von Kapitel 08 04 - 684 10 verlagerte Ansatz in Höhe von 500.000 EUR infolge der Verschmelzung der Landesberatungsgesellschaft für Integration und Beschäftigung mbH (LaBIB) auf die NBank zum 1. Januar 2007.
Diese Mittel sind dem Fonds zuzuführen, weil die Gesellschafterleistungen an die NBank aus 50 81 - 686 69 (bis 2006 aus 50 81 - 686 68) gezahlt werden (vgl. 08 02 - 634 10).

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 5081 Wirtschaftsförderfonds

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
381 69-1	Verrechnung mit 02 02 - 919 82, 03 02 - 919 01 und 50 84 - 981 85		27	93	–66	—
TGr. 70	**Einnahmen aus dem Bereich der Wirtschaftswerbung** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 70.*		(—)	(—)	(—)	(—)
119 70-9	Vermischte Einnahmen **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		—	—	—	—
TGr. 72	**Einnahmen aus dem Bereich der Mittelstandsförderung** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.*		(166)	(177)	(–11)	(116)
119 72-5	Vermischte Einnahmen		50	50	—	10
162 72-8	Zinseinnahmen von privaten Unternehmen und Sonstigen		21	23	–2	—
182 72-9	Darlehensrückflüsse von privaten Unternehmen und Sonstigen		95	104	–9	—
359 72-6	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		—	—	—	106
TGr. 73	**Einnahmen aus dem Bereich der Tourismusförderung** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 73.*		(10)	(10)	(—)	(2)
119 73-3	Vermischte Einnahmen		10	10	—	1
359 73-4	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		—	—	—	1
	A U S G A B E N					
	**** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*					
919 10-1	Abführungen an den Landeshaushalt Kapitel 13 02 Titel 356 11	—	—	—	—	172
972 10-0	Globale Minderausgabe	—	—	—	—	—
982 01-6	Übertrag des Bestandes in das Folgejahr	—	—	—	—	33.852
	Titelgruppe(n)					
TGr. 65	**Innovationsförderung** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 359 10 und Einnahmetitelgruppe 65.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: Ausgabetitelgruppe 65, Ausgabetitelgruppe 66, Ausgabetitelgruppe 68, Ausgabetitelgruppe 69, Ausgabetitelgruppe 72, Ausgabetitelgruppe 73 und Ausgabetitelgruppe 75.*	(21.500) (23.350)	(28.993)	(22.952)	(+6.041)	(18.892)
538 65-5	Dienstleistungen Dritter	—	2.950	2.950	—	2.703
547 65-4	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
631 65-5	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an den Bund	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 381 69

Vereinnahmung der anteiligen Gesellschafterleistungen der anderen Ressorts an die NBank.

1. StK (02 02 - 919 82)	0 EUR
2. MI (03 02 - 919 01)	7.000 EUR
3. MU (50 84 - 981 85)	20.000 EUR
S u m m e :	27.000 EUR

Zu Titelgruppe 65

Rechtsgrundlage:
Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des "Niedersächsischen Innovationsförderprogramms " (Gem. RdErl. des MW und des MU vom 28.4.2004, - 36 – 60.30 -, Nds. MBl. S. 415).
Das Programm läuft bis zum 31.12.2008.

Zur Beschleunigung innovativer Entwicklungen und Prozesse sollen für Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft Anreize für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten für neue Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen gegeben werden. Dabei soll die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen auch im Verbund mit anderen Unternehmen intensiviert werden. Die Realisierung innovativer Vorhaben soll dazu beitragen, die Voraussetzungen für die Verbesserung der Marktchancen kleiner und mittlerer Unternehmen, insbesondere von Handwerksbetrieben, zu schaffen.

Ein Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik ist die Unterstützung innovativer Entwicklungen und Anwendungen von Informations- und Kommunikationstechnologien. Bei der Förderung von Inhalten, Software, Internet- und Netztechnologien stehen neben der Innovation vor allem die Marktfähigkeit und Schaffung von Arbeitsplätzen im Vordergrund.

Neben den o. a. Förderungen nach dem Innovationsförderprogramm stellt auch die Förderung wirtschaftsnaher Forschungsinstitute einen wesentlichen Bestandteil der niedersächsischen Technologieförderung dar.

Darüber hinaus sollen Projekte und Maßnahmen gefördert werden, die die zügige Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in die wirtschaftliche Praxis forcieren. Zum Aufbau und zur Aufrechterhaltung eines hohen technologischen Standards und damit der Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft sind der Technologietransfer, die Technologieberatung und die Qualifizierung von Mitarbeitern in Unternehmen von besonderer Bedeutung.
Hierzu zählen Programme und Maßnahmen wie:

Personaltransfer
Rechtsgrundlage:
Richtlinie über die Förderung des Einsatzes von Absolventinnen und Absolventen der Hochschulen als Nachwuchskräfte für Führungs- und Innovationsaufgaben in kleinen und mittleren Unternehmen (Personaltransfer-Richtlinie), (RdErl. des MW vom 12.8.1999, - 36-60.25 -, Nds. MBl. S. 545, zuletzt geändert durch Erl. d. MW vom 11. 12.2006 – 30-328-7015-, Nds. MBl. S. 1443).
Das Programm läuft bis zum 31.12.2007.

Patentverwertungsprogramm Niedersachsen
Rechtsgrundlage:
Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Patentverwertung und -anmeldung (Patentverwertungsprogramm Niedersachsen), (RdErl. des MW vom 9.2.2005 – 30-328-48200 -, Nds. MBl. S. 177, zuletzt geändert durch Erl. d. MW vom 4.12.2006, Nds. MBl. S. 1419).
Das Programm läuft bis zum 31.12.2007.

Diese Richtlinie stellt die Verwertung von patentierten Erfindungen und damit die volkswirtschaftliche Wertschöpfung für Niedersachsen in den Fokus der Förderung.

Zu 538 65

Es sind vorrangig Mittel für die Vergabe von Gutachten ausgebracht, die im Rahmen der Durchführung des Technologieprogrammes von externen Stellen erstellt werden.
Darüber hinaus beinhaltet dieser Titel Mittel für Dienstleistungen, die zur Begleitung von technologiepolitischen Landesinitiativen in Auftrag gegeben werden.
Insbesondere wird aus diesem Titel die Vergütung an die Innovationszentrum Niedersachsen GmbH gezahlt, die damit beauftragt ist, die Landesregierung bei der Strategiefindung und –definition zu unterstützen, technologie- und innovationspolitische Initiativen des Landes anzuregen und die Ressorts übergreifend zu beraten und zu unterstützen.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 5081 Wirtschaftsförderfonds

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
683 65-5	Innovationsförderung; Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	13.000 12.000	19.243	12.700	+6.543	6.435
686 65-4	Sonstige Zuschüsse	8.500 11.350	5.450	5.450	—	8.488
831 65-4	Erwerb von Beteiligungen	—	—	—	—	—
861 65-0	Darlehen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	400
862 65-7	Darlehen an private Unternehmen	—	—	—	—	310
883 65-4	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
891 65-7	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 65-3	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	1.350	1.852	–502	149
919 65-9	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	—	407
TGr. 66	**Förderung der Medienwirtschaft** *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*	(500) (—)	(500)	(—)	(+500)	(—)
538 66-3	Dienstleistungen Dritter	—	50	—	+50	—
547 66-2	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	50	—	+50	—
683 66-3	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	500 —	400	—	+400	—
686 66-2	Sonstige Zuschüsse	—	—	—	—	—
892 66-1	Darlehen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
919 66-7	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	—	—
TGr. 68	**Verbesserung der Wirtschaftskraft und -struktur** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 68.* *Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*	(1.500) (18.400)	(2.221)	(8.932)	(–6.711)	(16.582)
538 68-0	Dienstleistungen Dritter	—	150	150	—	528
547 68-9	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 68-2	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
683 68-0	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	430	220	+210	—
686 68-9	Sonstige Zuschüsse	1.500 18.400	1.641	8.562	–6.921	14.924
697 68-0	Vermögensübertragungen an Unternehmen	—	—	—	—	—
761 68-0	Sonstige Tiefbaumaßnahmen	—	—	—	—	20
853 68-2	Darlehen für Infrastrukturmaßnahmen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	171

ERLÄUTERUNGEN

Zu 683 65

Dieser Titel dient der Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben für innovative Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen von kleinen und mittleren Unternehmen in Niedersachsen. Förderschwerpunkte sind die Technologiefelder der
- Telematik,
- Brennstoffzellentechnologie,
- neuen Materialien,
- Mikrosystemtechnik,
- Biophotonik,
- IuK-Technik und
- Biotechnologie / Gentechnik.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	789	4.500	—	5.289
2008	443	6.500	2.000	8.943
2009	—	1.000	6.500	7.500
2010	—	—	4.500	4.500
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	1.232	12.000	13.000	26.232

Zu 686 65

Aus diesem Titel werden Mittel für die Grundfinanzierung des Laserzentrums Hannover, des Deutschen Instituts für Kautschuktechnologie in Hannover sowie des Instituts für Integrierte Produktion Hannover gezahlt.
Einen weiteren Förderschwerpunkt soll auch künftig die Förderung des niedersächsischen Handwerks nach dem Innovationsförderprogramm bilden. Hierdurch soll die Innovationsfähigkeit des Handwerks und damit seine Wettbewerbsfähigkeit insgesamt verbessert werden.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Laserzentrums Hannover e. V..

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	11.048	11.197	11.449
Einnahmen	9.482	9.679	9.931
Fehlbetrag	1.566	1.518	1.518

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	1.566
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
5. Private	—
Zusammen	1.566

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Deutschen Instituts für Kautschuktechnologie e. V., Hannover.

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	3.800	3.880	4.178
Einnahmen	3.379	3.459	3.757
Fehlbetrag	421	421	421

Noch zu 686 65

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
6. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
7. das Land mit	421
8. den Bund mit	—
9. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
10. Private	—
Zusammen	421

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Instituts für Integrierte Produktion gGmbH (ehemals CIM-Fabrik).

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	2.500	2.583	2.694
Einnahmen	2.051	2.134	2.245
Fehlbetrag	449	449	449

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
11. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
12. das Land mit	449
13. den Bund mit	—
14. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
15. Private	—
Zusammen	449

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	1.050	3.000	—	4.050
2008	—	2.000	2.500	4.500
2009	—	2.000	2.500	4.500
2010	—	—	3.500	3.500
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	1.050	7.000	8.500	16.550

Zu 892 65

Es sind Mittel vorrangig zur Vergabe von Zuschüssen für Projekte im Rahmen des Technologieprogramms ausgewiesen, die überwiegend investiven Charakter haben.

Zu Titelgruppe 66

Die Förderung der Medienwirtschaft ist ein wichtiger Baustein auf dem Weg Niedersachsens in die Informationsgesellschaft. Ziel ist es, freie Produktionen zu stärken und wettbewerbsfähig zu machen sowie interessante medienwirtschaftliche Vorhaben oder Projekte nach Niedersachsen zu holen,
insbesondere durch Zuschüsse, Zinszuschüsse für NBank-Darlehen oder Aufträge für
1. Medienprojekte in Niedersachsen,
2. innovative Medienprodukte aus Niedersachsen,
3. Investitionen niedersächsischer Medienunternehmen,
4. gemeinsame Aktivitäten der niedersächsischen Medienwirtschaft.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 683 66

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	300	300
2009	—	—	200	200
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	500	500

Zu 686 68

Die hier seit dem Hj. 2005 veranschlagten Mittel sind u. a. vorgesehen zur Finanzierung der institutionellen Förderung des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung e. V. (NIW). Das NIW leistet wichtige Beiträge zur Wirtschafts- und Politikberatung in Niedersachsen und stärkt damit nachhaltig die Dienstleistungsinfrastruktur des Landes. So erbringt das NIW u. a. auch Forschungs- und Dienstleistungen für das MW (z. B. Herausgabe des Regionalberichts).

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Nieders. Instituts für Wirtschaftsforschung e. V. (NIW).

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	1.125	1.125	1.015
Einnahmen	832	832	722
Fehlbetrag	293	293	293

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	268
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
5. Private (Stiftung Nds. Wirtschaftsforschung, Deutsche Bundesbank)	25
Zusammen	293

Das Land Niedersachsen, vertreten durch MW, ist zudem am 6. Oktober 2005 dem European Chemical Regions Network (kurz ECRN) e. V. beigetreten. Es handelt sich dabei um einen international gemeinnützigen Verein zur Förderung der europäischen Chemieregionen. Mit diesem Verein soll die Fortführung der Arbeit des bis Ende 2006 mittels eines INTEREG III C-Programms geförderten ECRN, in dem das Land Niedersachsen über das MW Mitglied ist, nach Auslaufen der EU-Förderung sichergestellt werden.
Die Mitgliedschaft im ECRN e. V. war für Niedersachsen - wie für alle Teilnehmer am ECRN INTEREG III-C-Projekt - bis zum Auslaufen der EU-Förderung Ende 2006 noch beitragsfrei.
Der jährliche Beitrag für die Mitgliedschaft Niedersachsens im ECRN e. V. beträgt ab dem Hj. 2007 11.000 EUR. Daneben sind die anfallenden Sachausgaben für ECRN aus diesem Titel bzw. der Titelgruppe 68 zu bestreiten. Der Verein plant, Netzwerkbüros bzw. Verbindungsstellen in Brüssel und Sachsen-Anhalt zu unterhalten. Dieses internationale Netzwerk ist geeignet, den Bekanntheitsgrad Niedersachsens als Wirtschafts- und Technologiestandort zu erhöhen und den Austausch von best-practise-Lösungen zu fördern.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	1.203	438	—	1.641
2008	101	153	500	754
2009	—	101	500	601
2010	—	—	500	500
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	1.304	692	1.500	3.496

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 5081 Wirtschaftsförderfonds

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
861 68-5	Darlehen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	2
862 68-1	Darlehen an private Betriebe der gewerblichen Wirtschaft	—	—	—	—	—
883 68-9	Zuweisungen für Infrastrukturmaßnahmen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	401
891 68-1	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	536
892 68-8	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
919 68-3	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	—	—
TGr. 69	**Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH (NBank)** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 69.* *Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*	(—)	(9.442)	(1.890)	(+7.552)	(1.737)
538 69-8	Dienstleistungen Dritter	—	—	—	—	—
547 69-7	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
682 69-1	Zuschüsse zur Abdeckung von Verlusten der Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH (NBank)	—	917	1.890	–973	1.737
686 69-7	Gesellschafterleistungen an die Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH (NBank)	—	8.525	—	+8.525	—
831 69-7	Kapitalzuführung an die Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH (N-Bank)	—	—	—	—	—
TGr. 70	**Wirtschaftswerbung** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 70.*	(500) (500)	(979)	(979)	(—)	(922)
531 70-7	Veröffentlichungen	—	—	—	—	215
538 70-1	Dienstleistungen Dritter	500 500	823	823	—	637
547 70-0	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	156	156	—	70
TGr. 72	**Mittelstandsförderung** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 72.* *Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*	(3.500) (4.000)	(2.649)	(2.649)	(—)	(5.843)
538 72-8	Dienstleistungen Dritter	—	325	325	—	41
547 72-7	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	243	243	—	168
683 72-8	Zuschüsse an private Unternehmen	—	765	—	+765	520
684 72-4	Beratungshilfen für Arbeitnehmerinitiativen	—	—	—	—	5

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 69

Nach der Geschäftsaufnahme zum 1. Januar 2004 hat MW der NBank umfangreiche Aufgaben der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung durch Vereinbarung übertragen, die zuvor von anderen Bewilligungsbehörden (z. B. den Bezirksregierungen) wahrgenommen wurden. Bis 2006 waren die Ausgaben für die NBank (Verlustausgleich und Gesellschafterleistungen) in Titelgruppe 68 veranschlagt.

Zu 682 69

Durch § 3 des Gesetzes zur Übertragung von Förderaufgaben auf die Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH vom 23.01. 2003 (Nds. GVBl. S. 21) wird das Land ermächtigt, zur Erhaltung des Stammkapitals die jeweiligen Verluste der NBank auszugleichen. Aufgrund des Wirtschaftsplans 2006 der NBank muss mit einem Verlust von ca. 917.000 EUR gerechnet werden, der im Jahr 2007 ausgeglichen werden soll.

Zu 686 69

Das Land hat sich als Gesellschafter verpflichtet, an die NBank laufende Zahlungen zu leisten, um diese in die Lage zu versetzen, ihren satzungsmäßigen Aufgaben der Wirtschafts-, Investitions- und Beschäftigungsförderung durch Vergabe von Zuschüssen und Darlehen an begünstigte Empfänger und durch Unterstützung, Beratung, Information u. ä. zur Umsetzung spezifischer Förderprojekte im Interesse der Allgemeinheit nachkommen zu können. Die Zahlungen dienen der Vermeidung der in diesem Geschäftsfeld sonst auftretenden Verluste. Der MW-Anteil beträgt im Hj. 2007 voraussichtlich rund 8,5 Mio. EUR. Darüber hinaus ist auch eine Mitfinanzierung der Gesellschafterleistungen aus dem EFRE (Technische Hilfe, Kapitel 08 02 Titelgruppen 66, 68 und 69) vorgesehen.

Zu 538 70

Aufwand für wirtschaftswerbende Maßnahmen.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	101	200	—	301
2008	—	100	300	400
2009	—	—	200	200
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	101	300	500	901

Zu 547 70

Sonstiger Sachaufwand aus Anlass wirtschaftswerbender Maßnahmen, der dem Ministerium unmittelbar entsteht.

Zu Titelgruppe 72

R e c h t s g r u n d l a g e n :

Gesetz zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen vom 30.4. 1978 in der Fassung vom 28.5.1993 (Nds. GVBl. S. 132).

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der einzelbetrieblichen Unternehmensberatung kleiner und mittlerer Unternehmen und der Existenzgründungsberatung in Niedersachsen - Beratungsrichtlinie 2005 - (RdErl. d. MW vom 12.7.2005 - 13.1- 32329/45130 -, Nds. MBl. S. 593, zuletzt geändert durch Erl. d. MW vom 17.11.2006 - Nds. MBl. S. 1391).
Das Programm läuft bis zum 31.12.2007.

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Messepräsentationen kleiner und mittlerer Unternehmen sowie Angehöriger Freier Berufe (Erl. d. MW vom 21.11.2006 – 16-3206/20-3206 -, Nds. MBl. S. 1417).
Das Programm läuft bis zum 31.12.2009.

Noch zu Titelgruppe 72

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Programms “Wirtschaft und Umwelt“ aus Mitteln des Wirtschaftsförderfonds (RdErl. des MW vom 11.12.2002, Nds. MBl. 2003 S. 146, geändert durch RdErl. des MW vom 18.12.2003 – 36-60.23-, Nds. MBl. 2004 S. 14).
Das Programm läuft bis zum 31.12.2007.

Die Förderung hat im Interesse der Sicherung einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur des Landes den Zweck, die Leistungsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft zu erhalten und zu stärken, insbesondere Wettbewerbsnachteile auszugleichen und die rechtzeitige Anpassung an den wirtschaftlichen und technischen Wandel zu fördern.

Die Mittel sind insbesondere für folgende Maßnahmen im Sinne des o. a. Gesetzes sowie der o. a. Richtlinien veranschlagt:

1. Förderung der Unternehmensberatung und der Existenzgründungsberatung,
2. Beteiligungsoffensive niedersächsischer Unternehmen und Start-Ups (BONUS),
3. Förderung der Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an Messen und Ausstellungen im Inland.
4. Außenhandelsförderung der mittelständischen niedersächsischen Wirtschaft u. a. bei Auslandsmessen und Exportberatung.

Gefördert werden Maßnahmen des Handwerks, des Handels, der Industrie, des Hotel- und Gaststättengewerbes und der freien Berufe, insbesondere solche der Selbstverwaltungsorganisationen.

Weiterhin sollen im Rahmen des Programms “Wirtschaft und Umwelt“ Zuwendungen für Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen zur Umstrukturierung durch Einführung produktionsintegrierter und produktbezogener Maßnahmen, die eine Stärkung der niedersächsischen Wirtschaft zur Folge haben und dem Umweltschutz dienen, gewährt werden.
Diese Maßnahmen waren im Haushaltsjahr 2004 in der Titelgruppe 74 veranschlagt.

Zu 683 72

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	375	390	—	765
2008	—	375	—	375
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	375	765	—	1.140

Zu 684 72

Mit den Beratungshilfen für Arbeitnehmerinitiativen steht ein Instrument zur Verfügung, mit dem - durch externe Beratung - zur Klärung der Situation von wirtschaftlich gefährdeten Klein- und Mittelbetrieben beigetragen werden kann, sofern eine auch teilweise Fortführung in Arbeitnehmerhand zu denkbaren Fortführungsalternativen zählt.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 5081 Wirtschaftsförderfonds

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
686 72-7	Zuschüsse an Organisationen der Wirtschaft und sonstige Zuschüsse	3.500 4.000	1.316	2.081	–765	4.955
862 72-0	Darlehen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
892 72-6	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	154
919 72-1	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	—	—
TGr. 73	**Tourismusförderung** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 73.* *Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*	(3.100) (250)	(1.634)	(1.634)	(—)	(3.052)
538 73-6	Dienstleistungen Dritter	3.100 250	1.634	1.634	—	1.426
547 73-5	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	2
633 73-9	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	0
683 73-6	Zuschüsse an private Unternehmen	—	—	—	—	—
686 73-5	Zuschüsse an Fremdenverkehrsverbände und andere Organisationen und Sonstige	—	—	—	—	207
853 73-9	Darlehen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
862 73-8	Darlehen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
883 73-5	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	1.272
891 73-8	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	139
893 73-0	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	6
919 73-0	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	—	—
TGr. 75	**Kofinanzierung von EU-Programmen** *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(611)
538 75-2	Dienstleistungen Außenstehender; Gutachten	—	—	—	—	5
683 75-2	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
686 75-1	Sonstige Zuschüsse	—	—	—	—	606
883 75-1	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
891 75-4	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 75-0	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
919 75-6	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 686 72

Zuweisungen insbesondere an die Organisationen des Handwerks u. a. zur Durchführung von Betriebsberatungen und sonstiger Maßnahmen zur fachlichen Qualifizierung.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	40	700	—	740
2008	—	800	1.000	1.800
2009	—	—	1.500	1.500
2010	—	—	1.000	1.000
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	40	1.500	3.500	5.040

Zu Titelgruppe 73

Rechtsgrundlage:
Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der touristischen Entwicklung (RdErl. d. MW vom 17.10.2000, Nds. MBl. S. 686, zuletzt geändert durch Erl. d. MW vom 4.12.2006 - 23 - 32330/0203 -, Nds. MBl. S. 1418).
Das Programm läuft bis zum 31.12.2007.

Durch die Förderung sollen in der Freizeit, Gesundheits- und Kulturwirtschaft die Entwicklung der öffentlichen Infrastruktur vorangetrieben und gewerbliche und gewerbenahe Projekte unterstützt werden. Primär geht es um zielgruppengerechte Innovationen, etwa bei Wellness- und Gesundheitsreisen, Kultur- und Tagestourismus, Sportangeboten und Gastronomie. Weiterhin sollen Projekte, die in besonderer Weise einer nachhaltigen Entwicklung dienen, innovativ sind oder Pilotcharakter haben, kofinanziert werden.

Zu 538 73

Die veranschlagten Mittel sind zur Unterstützung der Tourismus Marketing Niedersachsen GmbH (TMN) vorgesehen. Die TMN führt das übergeordnete Marketing für den Freizeit- und Tourismusstandort Niedersachsen durch und entwickelt regional übergreifende Produkte für Freizeit und Tourismus in Niedersachsen.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	1.534	100	—	1.634
2008	1.534	—	100	1.634
2009	—	—	1.500	1.500
2010	—	—	1.500	1.500
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	3.068	100	3.100	6.268

Zu Titelgruppe 75

Die Einrichtung dieser Titelgruppe erfolgt aus haushaltssystematischen Gründen zur Kofinanzierung von EU-Projekten, für die keine spezielle Förderrichtlinie existiert.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 5081 Wirtschaftsförderfonds

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
		1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	Abschluss Kapitel 5081					
	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.517	1.846	–329	
	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		44.901	37.190	+7.711	
	Summe der Einnahmen		46.418	39.036	+7.382	
	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	3.600 750	6.381	6.281	+100	
	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	27.000 45.750	38.687	30.903	+7.784	
	7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	1.350	1.852	–502	
	9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	30.600 46.500	46.418	39.036	+7.382	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 5081 Wirtschaftsförderfonds

F I N A N Z I E R U N G S T A B E L L E
über die Finanzierung der Ausgabemittel der Belastungstabelle unmittelbar aus dem Wirtschaftsförderfonds oder durch Aufnahme von Kreditmarktmitteln

Titel/Titelgruppe	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	2009 Tsd. EUR	2010 ff. Tsd. EUR	Titel/Titelgruppe Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7
119 01	Vermischte Einnahmen	—	—	—	—	—
359 10	Zuführung aus dem Landeshaushalt zur Finanzierung von Investitionen	42.000	42.000	42.000	42.000	168.000
361 01	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	—	—	—	—	—
TGr. 65	Einnahmen aus dem Bereich der Innovationsförderung	623	573	525	525	2.246
TGr. 68	Einnahmen aus dem Bereich der Verbesserung der Wirtschaftskraft und -struktur	718	508	298	298	1.822
TGr. 69	Einnahmen aus dem Bereich der Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH (NBank)	2.901	2.881	2.851	2.821	11.454
TGr. 70	Einnahmen aus dem Bereich der Wirtschaftswerbung	—	—	—	—	—
TGr. 72	Einnahmen aus dem Bereich der Mittelstandsförderung	166	156	146	146	614
TGr. 73	Einnahmen aus dem Bereich der Tourismusförderung	10	10	10	10	40
	Summe der Finanzierungsmittel	46.418	46.128	45.830	45.800	184.176
	Summe der Ausgaben lt. Belastungstabelle	46.418	18.706	16.001	11.000	92.125
	Überschuss / Fehlbedarf (-)	—	27.422	29.829	34.800	92.051

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 5081 Wirtschaftsförderfonds

B E L A S T U N G S T A B E L L E
über die Verwendung der für 2007 vorgesehenen Ausgabemittel sowie die Belastungen der folgenden Jahre auf Grund der bestehenden Verpflichtungen und der Ermächtigungen für das laufende Haushaltsjahr

Titel/Titelgruppe	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	2009 Tsd. EUR	2010 ff. Tsd. EUR	Titel/Titelgruppe Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7
919 10	Abführungen an den Landeshaushalt Kapitel 13 02 Titel 356 11	—	—	—	—	—
972 10	Globale Minderausgabe	—	—	—	—	—
982 01	Übertrag des Bestandes in das Folgejahr	—	—	—	—	—
TGr. 65	Innovationsförderung	28.993	13.443	12.000	8.000	62.436
TGr. 66	Förderung der Medienwirtschaft	500	300	200	—	1.000
TGr. 68	Verbesserung der Wirtschaftskraft und -struktur	2.221	754	601	500	4.076
TGr. 69	Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH (NBank)	9.442	—	—	—	9.442
TGr. 70	Wirtschaftswerbung	979	400	200	—	1.579
TGr. 72	Mittelstandsförderung	2.649	2.175	1.500	1.000	7.324
TGr. 73	Tourismusförderung	1.634	1.634	1.500	1.500	6.268
TGr. 75	Kofinanzierung von EU-Programmen	—	—	—	—	—
	Summe	46.418	18.706	16.001	11.000	92.125

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 5082 Wirtschaftsförderfonds -Landwirtschaftlicher Bereich-

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	E I N N A H M E N					
359 10-0	Entnahme aus dem Vermögen der Nord/LB für den Bereich des Epl. 09. **** Die Bewirtschaftung der Mittel des Kapitels obliegt dem ML.*		—	—	—	—
359 11-8	Zuführung von 0902 - 919 10		—	205	–205	205
361 01-5	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre		—	—	—	281
	A U S G A B E N					
919 10-5	Abführung an den Landeshaushalt	—	—	—	—	—
982 01-0	Übertrag des Bestandes in das Folgejahr	—	—	—	—	—
	Titelgruppe(n)					
TGr. 61	**Besondere Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur - land- und forstwirtschaftlicher Bereich -** **** Übertragbar.* *Gem. § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(205)	(205)	(—)	(111)
531 61-1	Veröffentlichungen und Dokumentation	—	—	—	—	—
547 61-5	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	50	50	—	88
682 61-0	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	23
683 61-6	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
686 61-5	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	155	155	—	—
893 61-0	Zuschüsse für Investitionen an sonstige	—	—	—	—	—
	<u>Abschluss Kapitel 5082</u>					
	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	205	–205	
	Summe der Einnahmen		—	205	–205	
	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	50	50	—	
	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	155	155	—	
	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
	9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	205	205	—	
	Zuschuss		205	—	+205	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 5082

Die Gewährung von Darlehen an private landwirtschaftliche Betriebe ist seit 1987 beendet. Tilgungsrückflüsse und Zinsen werden zunächst beim Zweckvermögen der Nord/LB vereinnahmt und halbjährlich dem Landeshaushalt zugeführt.

Zu 359 11

Vgl. Erläuterung zu Titelgruppe 61.

Zu Titelgruppe 61

Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft und -struktur des Landes Niedersachsen durch Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit im Rahmen von wirtschaftl. Maßnahmen, Herstellung von Kontakten, Messebeschickung und Vermittlung von "know how" bei der Durchführung von Projekten und Seminaren insbesondere im Hinblick auf die anstehenden EU-Beitrittsverhandlungen mit MOE-Staaten.
Im Haushaltsjahr 2007 wird die Abführung aus dem Epl. 09 an das Kapitel 5082 ausgesetzt. Die Deckung der Ausgaben erfolgt über eine Bestandsentnahme.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 5082 Wirtschaftsförderfonds -Landwirtschaftlicher Bereich-

F I N A N Z I E R U N G S T A B E L L E
über die Finanzierung der Ausgabemittel der Belastungstabelle unmittelbar aus dem Wirtschaftsförderfonds oder durch Aufnahme von Kreditmarktmitteln

Titel/Titel-gruppe	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	2009 Tsd. EUR	2010 ff. Tsd. EUR	Titel/Titel-gruppe Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7
359 10	Entnahme aus dem Vermögen der Nord/LB für den Bereich des Epl. 09.	—	—	—	—	—
359 11	Zuführung von 0902 - 919 10	—	205	205	205	615
361 01	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	—	—	—	—	—
	Summe der Finanzierungsmittel	—	205	205	205	615
	Summe der Ausgaben lt. Belastungstabelle	205	—	—	—	205
	Überschuss / Fehlbedarf (-)	–205	205	205	205	410

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 5082 Wirtschaftsförderfonds -Landwirtschaftlicher Bereich-

B E L A S T U N G S T A B E L L E
über die Verwendung der für 2007 vorgesehenen Ausgabemittel sowie die Belastungen der folgenden Jahre auf Grund der bestehenden Verpflichtungen und der Ermächtigungen für das laufende Haushaltsjahr

Titel/Titel-gruppe	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	2009 Tsd. EUR	2010 ff. Tsd. EUR	Titel/Titel-gruppe Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7
919 10	Abführung an den Landeshaushalt	—	—	—	—	—
982 01	Übertrag des Bestandes in das Folgejahr	—	—	—	—	—
TGr. 61	Besondere Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur - land- und forstwirtschaftlicher Bereich -	205	—	—	—	205
	Summe	205	—	—	—	205

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 5084 Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen - Ökologischer Bereich (Energie) -

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	E I N N A H M E N					
359 10-7	Zuführung aus dem Landeshaushalt (Kapitel 08 02 Titel 884 11) *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 85.*		8.000	4.397	+3.603	—
361 01-2	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre		—	—	—	17.206
	Titelgruppe(n)					
TGr. 85	**Einnahmen aus dem Bereich: Neue und erneuerbare Energien, rationelle und sparsame Energieverwendung** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 85.*		(185)	(4.240)	(–4.055)	(4.108)
119 85-8	Vermischte Einnahmen		—	—	—	96
162 85-0	Zinseinnahmen von privaten Unternehmen und Sonstigen		15	20	–5	25
182 85-1	Darlehensrückflüsse von privaten Unternehmen und Sonstigen		170	170	—	160
359 85-9	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		—	4.050	–4.050	3.827
	A U S G A B E N					
982 01-7	Übertrag des Bestandes in das Folgejahr	—	—	—	—	7.978
	Titelgruppe(n)					
TGr. 85	**Neue und erneuerbare Energien, rationelle und sparsame Energieverwendung** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 359 10 und Einnahmetitelgruppe 85.*	(4.000) (3.000)	(8.185)	(8.637)	(–452)	(2.216)
526 85-2	Sachverständige	—	50	50	—	—
547 85-0	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	200	200	—	206
662 85-3	Schuldendienstbeihilfen für private Unternehmen	—	—	3.897	–3.897	206
683 85-0	Zuschüsse an private Unternehmen	4.000 3.000	7.915	4.470	+3.445	1.191
686 85-0	Zuschüsse an Sonstige im Inland	—	—	—	—	312
862 85-2	Darlehen an private Unternehmen	—	—	—	—	215
892 85-9	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	85
981 85-1	Abführung an 50 81-381 69 zur Finanzierung der Gesellschafterleistung der NBank	—	20	20	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 359 10

Vgl. 359 85.

Zu 359 85

Es wurde kein Ansatz veranschlagt, da die bisher veranschlagten Rückflüsse aus Zinsen und Darlehenstilgungen aus dem so genannten LTS-Vermögen zur Finanzierung der Kapitalmaßnahmen im Rahmen der Neustrukturierung im Bereich der NORD/LB und zur Integration der LTS in die NBank herangezogen wurden. Zum Ausgleich wurde die Zuführung an das Kapitel 50 84 aufgestockt.

Zu Titelgruppe 85

Im Interesse des Klimaschutzes sowie der nachhaltigen und preisgünstigen Energieversorgung sollen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sowie wirtschaftsnahe Forschungsinstitute bei der anwendungsnahen Forschung und Entwicklung neuer Technologien in den Bereichen erneuerbare Energien, innovative Energietechniken, Energieeinsparung und Energieeffizienz gefördert werden.

Förderfähig sind insbesondere Vorhaben im Bereich der Speicherung und Verbesserung des Wirkungsgrades der erneuerbaren Energien, der Weiterentwicklung der Brennstoffzellentechnik, der Entwicklung und Nutzung von biogenen Treibstoffen, innovativer Konzepte zur Steigerung der Effizienz bei der Energieerzeugung und -nutzung sowie der Energieeinsparung bei Gebäuden , im Verkehr und beim Kleinverbrauch.

Die Förderung erfolgt grundsätzlich nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des „Niedersächsischen Innovationsförderprogramms“ (Gem. RdErl. d. MW u. d. MU v. 28. 4.2004, Nds. MBl. Nr. 19/2004, S. 415 ff).

Zu 662 85

Vgl. 683 85.

Zu 683 85

Es erfolgte eine Mittelverlagerung auf Grund der sich geänderten Verwaltungspraxis.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	3.366	—	3.366
2008	—	2.211	1.000	3.211
2009	—	828	1.800	2.628
2010	—	—	1.200	1.200
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	6.405	4.000	10.405

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 5084 Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen - Ökologischer Bereich (Energie) -

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
		1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	<u>Abschluss Kapitel 5084</u>					
	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		185	190	–5	
	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		8.000	8.447	–447	
	Summe der Einnahmen		8.185	8.637	–452	
	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	250	250	—	
	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	4.000 3.000	7.915	8.367	–452	
	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
	9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	20	20	—	
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	4.000 3.000	8.185	8.637	–452	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 5084 Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen - Ökologischer Bereich (Energie) -

F I N A N Z I E R U N G S T A B E L L E
über die Finanzierung der Ausgabemittel der Belastungstabelle unmittelbar aus dem Wirtschaftsförderfonds oder durch Aufnahme von Kreditmarktmitteln

Titel/Titelgruppe	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	2009 Tsd. EUR	2010 ff. Tsd. EUR	Titel/Titelgruppe Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7
359 10	Zuführung aus dem Landeshaushalt (Kapitel 08 02 Titel 884 11)	8.000	8.000	8.000	8.000	32.000
361 01	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	—	—	—	—	—
TGr. 85	Einnahmen aus dem Bereich: Neue und erneuerbare Energien, rationelle und sparsame Energieverwendung	185	159	125	125	594
	Summe der Finanzierungsmittel	8.185	8.159	8.125	8.125	32.594
	Summe der Ausgaben lt. Belastungstabelle	8.185	3.211	2.628	1.200	15.224
	Überschuss / Fehlbedarf (-)	—	4.948	5.497	6.925	17.370

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 5084 Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen - Ökologischer Bereich (Energie) -

B E L A S T U N G S T A B E L L E
über die Verwendung der für 2007 vorgesehenen Ausgabemittel sowie die Belastungen der folgenden Jahre auf Grund der bestehenden Verpflichtungen und der Ermächtigungen für das laufende Haushaltsjahr

Titel/Titelgruppe	Zweckbestimmung	2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR	2009 Tsd. EUR	2010 ff. Tsd. EUR	Titel/Titelgruppe Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7
982 01	Übertrag des Bestandes in das Folgejahr	—	—	—	—	—
TGr. 85	Neue und erneuerbare Energien, rationelle und sparsame Energieverwendung	8.185	3.211	2.628	1.200	15.224
	Summe	8.185	3.211	2.628	1.200	15.224

Einzelplan 08

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Übersicht über das Beschäftigungsvolumen, das Personalkostenbudget und die Stellen

(bisher: Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise)

für das

Haushaltsjahr 2007

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
289,81	289,81	267,26

Zugänge

-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00

Abgänge

-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
15.414	15.286	14.968

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 08 01 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen[13])	[3]) 1 Stelle darf abweichend von § 49 Abs. 3 LHO mit einer Beamtin/einem Beamten des gehobenen Dienstes für die Dauer des Einsatzes als Pressereferentin/-referent besetzt werden.
			Feste Gehälter:	[4]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.
B 9[12])	1	1	Staatssekretär/-in	[5]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
B 6	4	4	Ministerialdirigent/-in	[6]) kw.
B 3	5	5	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin	[9]) 1 kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen.
B 2	18	18	Ministerialrat/-rätin	[10]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
			Aufsteigende Gehälter:	[11]) kw nach Fortfall der Zuweisungsvoraussetzungen (Die Stellen sind für gem. § 123 a Abs. 1 Beamtenrechtsrahmengesetz zugewiesene Beamte/innen ausgebracht).
A 16	17	17	Ministerialrat/-rätin	[12]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zu Bes.-Gr. B 9 LBesO.
A 15	24	24	Direktor/-in	[13]) Das Personalbudget und das Beschäftigungsvolumen ist deckungsfähig mit Kapitel 08 91.
A 14[3])	10	10	Oberrat/-rätin	
A 13[4])	2	2	Oberamtsrat/-rätin	
A 13[9])[10])	39	37	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	35	37	Amtsrat/-rätin	
A 11	21	21	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	7	7	Oberinspektor/-in	
A 9	1	1	Inspektor/-in	
A 9[5])	2	4	Amtsinspektor/-in	
A 9	4	1	Amtsinspektor/-in	
A 8	—	2	Hauptsekretär/-in	
A 5	1	2	Oberamtsmeister/-in	
	191	193	Zusammen	
			Stellen zu Titel 422 17[11])	
			Feste Gehälter:	
B 6	1	1	Ministerialdirigent/-in	
B 2	1	1	Ministerialrat/-rätin	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	1	Ministerialrat/-rätin	
A 15	2	1	Direktor/-in	
A 13	3	2	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	7	5	Amtsrat/-rätin	
A 11	6	4	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	10	12	Oberinspektor/-in	
A 9	—	4	Inspektor/-in	
A 9[5])	1	1	Amtsinspektor/-in	
A 9	3	3	Amtsinspektor/-in	
A 8	5	4	Hauptsekretär/-in	
A 7	—	1	Obersekretär/-in	
	40	40	Zusammen	
			Leerstellen:	
B 3[6])	—	1	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin	
A 16[6])	3	3	Ministerialrat/-rätin	
A 15[6])	1	1	Direktor/-in	
A 14[6])	1	1	Oberrat/-rätin	
A 12[6])	7	7	Amtsrat/-rätin	
	12	12	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9 + Z – Amtsinspektor/-in –	1	Einsparung gem. ZV II; anteiliger Wegfall des HV Nr. 1 bei Kap. 08 91
Bes.-Gr. A 5 – Amtsmeister/-in –	1	Einsparung gem. ZV II; anteiliger Wegfall des HV Nr. 1 bei Kap. 08 91
Zusammen	2	

Hebung:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin –	1	von Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –
Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/ -männin/-frau –	1	von Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –
Bes.-Gr. A 9 – Amtsinspektor/-in –	3	von Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in –
Zusammen	6	

Senkungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	1	von Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-männin/-frau –
Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in –	1	von Bes.-Gr. A 9 + Z – Amtsinspektor/-in –
Zusammen	2	

Leerstellen:	Stellen	
Bes.-Gr. B 3 – Ltd. Ministerat/ -rätin –	1	Beendigung der Beurlaubung
Zusammen	1	

Stellen zu 422 17:

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 – Direktor/-in –	1	für eine Zuweisung an die NBank
Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin –	1	Stellenveränderung aufgrund personalwirtschaftlicher Maßnahmen
Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –	3	
Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-männin/ -frau –	3	
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	2	
Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in –	1	
Zusammen	11	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –	1	Stellenveränderung aufgrund personalwirtschaftlicher Maßnahmen
Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-männin/ -frau –	1	
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	3	
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	1	Vollzug kw-Vermerk infolge Verlagerung nach Kap. 04 20 (HV Nr. 11)
Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –	3	Stellenveränderung aufgrund personalwirtschaftlicher Maßnahmen
Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –	1	Vollzug kw-Vermerk infolge Ausscheiden (HV Nr. 11)
Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in –	1	Stellenveränderung aufgrund personalwirtschaftlicher Maßnahmen
Zusammen	11	

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 08 01 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte*)[6])
Außertariflich (B 2)	3	3	
Außertariflich (A 16)	2	2	
I	5	5	
I a	5	5	
I b	1	1	
II a	2	2	
III	14	14	
IV a[4])	4	4	
V b	2	2	
V c	21	21	
VI b	21	22	
VII	2	2	
IX b–VII	16	17	
	98	100	Zusammen
			Stellen zu Titel 425 17:[5])
I a	1	1	
I b	3	3	
III	1	1	
IV a	4	2	
IV b	1	2	
V b	—	2	
V c	3	3	
VII	1	1	
	14	15	Zusammen
			Leerstellen:
I[3])	—	1	
I a[3])	1	1	
III[3])	1	1	
IV a[3])	1	1	
VI b[3])	3	3	
IX b–VII[3])	3	3	
	9	10	Zusammen

Haushaltsvermerke

*) Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[3]) kw.

[4]) Davon 1 kw.

[5]) kw bei Fortfall der Zuweisungsvoraussetzungen. (Die Stellen sind für gem. § 12 BAT zugewiesene Angestellte ausgebracht.).

[6]) Das Personalbudget und das Beschäftigungsvolumen ist deckungsfähig mit Kapitel 08 91.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b BAT	1	} Einsparung gem. ZV II; anteiliger
Verg.-Gr. IX b-VII BAT	1	} Wegfall des HV Nr. 1 bei Kap. 08 91
Zusammen	2	

Stellen zu Titel 425 17:

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a BAT	2	Stellenveränderung aufgrund personalwirtschaftlicher Maßnahmen
Zusammen	2	

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b BAT	1	} Stellenveränderung aufgrund
Verg.-Gr. V b BAT	1	} personalwirtschaftlicher Maßnahmen
Verg.-Gr. V b BAT	1	Vollzug kw-Vermerk infolge Ausscheiden (HV Nr. 5)
Zusammen	3	
Bleibt Abgang	1	

Leerstellen:	Stellen	
Verg.-Gr. I BAT	1	Beendigung der Beurlaubung
Zusammen	1	

B E D A R F S N A C H W E I S E

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Arbeiter/-innen[1])
4	6	6	
3/4	5	6	
	11	12	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Das Personalbudget und das Beschäftigungsvolumen ist deckungsfähig mit Kapitel 08 91.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen:

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 3	1	Einsparung gem. ZV II; anteiliger Wegfall des HV Nr. 1 bei Kap. 08 91
Zusammen	1	

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 08 11 Landesbetrieb Mess- und Eichwesen Niedersachsen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen	
			Feste Gehälter:	
B 2	1	1	Direktor/-in des Landesbetriebes für Mess- und Eichwesen	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 15	1	1	Direktor/-in	
A 14	2	2	Oberrat/-rätin	
A 13	9	9	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	17	17	Amtsrat/-rätin	
A 11	19	19	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	11	11	Oberinspektor/-in	
A 9	1	1	Inspektor/-in	
A 9	4	4	Amtsinspektor/-in	
A 8	10	10	Hauptsekretär/-in	
A 7	15	15	Obersekretär/-in	
	90	90	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 BBesG:

Höherer Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. B 2/A 16	1
Bes.-Gr. A 15	1
Bes.-Gr. A 14	2
Zusammen	4

Gehobener Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. A 13	8
Bes.-Gr. A 12	17
Bes.-Gr. A 11	18
Bes.-Gr. A 10	11
Zusammen	54

Mittlerer Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. A 9	4
Bes.-Gr. A 8	10
Bes.-Gr. A 7	15
Zusammen	29

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Angestellte*)	*) Die Stellen für Angestellte sind in den Erläuterungen im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Mess- und Eichwesen Niedersachsen dargestellt. (Anlage zu Kap. 08 11).

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst	*) Die Stellen für Arbeiter/-innen sind in den Erläuterungen im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Mess- und Eichwesen Niedersachsen dargestellt. (Anlage zu Kap. 08 11).
A 9	2	2	Inspektor/-in-Anwärter/-in	
A 5	3	3	Assistent/-in-Anwärter/-in	
	5	5	Zusammen	
			Arbeiter/-innen*)	

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 08 13 Materialprüfanstalten

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 15	5	5	Direktor/-in	
A 14	9	9	Oberrat/-rätin	
A 13	4	4	Rat/Rätin	
	18	18	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich auf:

	MPA H1	MPA H2	MPA BS	Summe
Bes.-Gr. A 15	1	2	2	5
Bes.-Gr. A 14	2	3	4	9
Bes.-Gr. A 13	1	1	2	4
Summe	4	6	8	18

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Angestellte*)	

*) Die Stellen für Angestellte sind in den Erläuterungen der Wirtschaftspläne der Landesbetriebe Materialprüfanstalten dargestellt. (Anlage zu Kap. 08 13).

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Arbeiter/-innen*)	

*) Die Stellen für Arbeiter/-innen sind in den Erläuterungen der Wirtschaftspläne der Landesbetriebe Materialprüfanstalten dargestellt. (Anlage zu Kap. 08 13).

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
256,24	259,84	240,54

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	1,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	3,40
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	1,00
- Minderung aufgrund ZV II	0,20
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	4,60
bleibt Abgang	3,60

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
12.567	12.657	12.252

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 08 18 Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG)

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen	Soweit Beamte/-innen des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie aufgrund des Verwaltungsabkommens vom 17./26. 11. 1958 zur Dienstleistung bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe herangezogen und die Dienstbezüge erstattet werden bzw. Beamte/-innen zwecks Dienstleistung bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe ohne Dienstbezüge beurlaubt werden, darf mit Einwilligung des MW die Planstelle längstens für die Zeit der Dienstleistung bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe mit einem Angestellten besetzt werden.
			Feste Gehälter:	
B 4	1	—	Präsidentin oder Präsident des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie	
B 3	—	1	Präsidentin oder Präsident des Landesbergamtes	
B 3[7])	—	1	Vizepräsidentin und Professorin oder Vizepräsident und Professor beim Landesamtes für Bodenforschung	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	4	6	Leitende(r) Direktor/-in	
A 15	29	30	Direktor/-in	
A 14	34	35	Oberrat/-rätin	
A 13	19	19	Rat/Rätin	
A 13	6	6	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	16	16	Amtsrat/-rätin	
A 11	17	17	Amtmann/-männin/-frau	
A 10[4])	14	14	Oberinspektor/-in	
A 8	1	1	Hauptsekretär/-in	
	141	146	Zusammen	

[4]) Eine Stelle darf nur zu 50 v. H. besetzt und nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[7]) Redaktionelle Änderung, Verschiebung zu Stellenübersicht (s. dort)

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 BBesG:

Höherer Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. B 2/A 16	3
Bes.-Gr. A 15	27
Bes.-Gr. A 14	30
Bes.-Gr. A 13	19
Zusammen	79

Gehobener Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. A 13	4
Bes.-Gr. A 12	13
Bes.-Gr. A 11	13
Bes.-Gr. A 10	7
Zusammen	37

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. B 4	1	Hebung aufgrund der Zusammenlegung des Landesamtes für Bodenforschung mit dem Landesbergamt Clausthal-Zellerfeld
Zusammen	1	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. B 3	2	Wegfall der Stelle der Präsidentin/des Präsidenten des Landesbergamtes (ehem. Kap. 08 10) und Umwandlung der Stelle der Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten und Professorin/Professor beim Landesamtes für Bodenforschung (s. Stellenübersicht)
Bes.-Gr. A 16 – Ltd. Direktor/-in –	1	Einsparung gem. ZV II (gleichzeitig Wegfall des HV Nr. 5)
Bes.-Gr. A 16 – Ltd. Direktor/-in –	1	Versetzung i.d.R. gem. § 109 NBG (Einsparung gem. ZV II; gleichzeitig Wegfall des HV Nr. 4 in der Stellenübersicht)
Bes.-Gr. A 15 – Direktor/-in –	1	Einsparung gem. ZV II (gleichzeitig Wegfall des HV Nr. 6)
Bes.-Gr. A 14 – Oberrat/-rätin –	1	Versetzung i.d.R. gem. § 109 NBG (Einsparung gem. ZV II; gleichzeitig Wegfall des HV Nr. 8 in der Stellenübersicht)
Zusammen	6	

Sonstige Veränderungen:

Wegfall des HV Nr. 1 im Kap. 08 10 und Ausbringung des HV Nr. 9 in der Stellenübersicht.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 08 18 Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG)

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte
Außertariflich (B 3)[10])	1	—	
I a	1	1	
I b[1])	10	9	
II a	6	7	
III	5	5	
IV a	7	7	
IV b	11	11	
V b	15	15	
V c	10	10	
VI b	28	28	
VII	5	5	
VIII	2	2	
IX b	1	1	
IX b–VII[9])	16	16	
	118	117	Zusammen
			Leerstellen:
V c[3])	1	1	

Haushaltsvermerke

Soweit Angestellte des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie aufgrund des Verwaltungsabkommens vom 17./26. 11. 1958 zur Dienstleistung bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe herangezogen und die Vergütungen erstattet werden bzw. Angestellte zwecks Dienstleistung bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe ohne Vergütungen beurlaubt werden, darf mit Einwilligung des MW die Stelle längstens für die Zeit der Dienstleistung bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe mit einer/m weiteren Angestellten besetzt werden.

[1]) Eine Stelle darf nur zu 50 v. H. besetzt und nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[3]) kw.

[9]) 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2009 infolge ZV II.

[10]) Redaktionelle Veränderung, bislang im Stellenplan, ku nach Verg.-Gr. I BAT zum 1. 1. 2008 wegen Vertragsende des Stelleninhabers.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Außertariflich (B 3)	1	s. HV Nr. 10
Verg.-Gr. I b	1	Etatisierung von Titelgruppenpersonal (TGr. 64)
Zusammen	2	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. II a h.D.	1	Einsparung gem. ZV II (gleichzeitig Wegfall des HV Nr. 2
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:

Wegfall des HV Nr. 8 im Kap. 08 10 und Ausbringung des HV Nr. 9.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst
A 13	11	11	
	11	11	Zusammen
			Arbeiter/-innen
4	2	2	
1-8[1])	8	8	
	10	10	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) 1 Dienstwohnung.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Sonstige Veränderungen:
Wegfall des HV Nr. 2 im Kap. 08 10 und Ausbringung des HV Nr. 9 in der Stellenübersicht.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
2.057,96	2.136,17	2.078,15

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,50
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	1,50
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	4,60
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	2,01
- Minderung aufgrund ZV II	73,10
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	79,71
bleibt Abgang	78,21

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
92.541	95.763	100.554

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 08 20 Straßenbauverwaltung

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen[3])	[1]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Vorbemerkung Nr. 21 zu den BBesO A und B.
			Feste Gehälter:	[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.
B 4	1	1	Präsident oder Präsidentin der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr	[3]) 22 Dienstwohnungen für Leiter von Meistereien.
B 2	1	1	Abteilungsdirektor/-in	[5]) kw.
			Aufsteigende Gehälter:	[18]) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO; Streichung des Haushaltsvermerks bei Ausscheiden des Stelleninhabers.
A 16[1])	1	1	Leitende(r) Direktor/-in	[19]) 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2008 infolge ZV II.
A 16	12	12	Leitende(r) Direktor/-in	[20]) 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2009 infolge ZV II.
A 15	26	29	Direktor/-in	[21]) 2 kw mit Ablauf des 31. 12. 2009 infolge ZV II.
A 14	39	40	Oberrat/-rätin	[22]) 1 Stelle darf ab 1. 1. 2010 infolge ZV II nur zu 50 v. H. besetzt werden.
A 13	20	20	Rat/Rätin	
A 13[2])	5	5	Oberamtsrat/-rätin	
A 13	39	40	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	91	89	Amtsrat/-rätin	
A 11[20])[22])	122	122	Amtsmann/-männin/-frau	
A 10[19])	24	26	Oberinspektor/-in	
A 9[21])	6	8	Inspektor/-in	
A 9	2	2	Amtsinspektor/-in	
A 8	5	5	Hauptsekretär/-in	
A 7	1	1	Hafenmeister/-in/Hauptsekretär/-in	
A 6	1	1	Sekretär/-in	
	396	403	Zusammen	
			Stellen zu Titel 422 17:	
LNVG			Aufsteigende Gehälter:	
A 14	1	1	Oberrat/-rätin	
A 12	1	1	Amtsrat/-rätin	
A 11	7	7	Amtsmann/-männin/-frau	
A 10	1	—	Oberinspektor/-in	
A 9	—	1	Inspektor/-in	
	10	10	Zusammen	
NPorts				
A 16	4	4	Ltd. Direktor/-in	
A 15	5	6	Direktor/-in	
A 14	1	2	Oberrat/-rätin	
A 13	8	7	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	7	10	Amtsrat/-rätin	
A 11	9	15	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	3	6	Oberinspektor/-in	
A9 + Z[18])	1	1	Betriebsinspektor/-in	
A 9	—	4	Amtsinspektor/-in	
A 8	6	6	Hauptsekretär/-in	
A 7	—	1	Obersekretär/-in	
	44	62	Zusammen	
	54	72	Summe Titel 422 17	
			Leerstellen:	
A 15[5])	1	1	Direktor/-in	
A 14[5])	1	1	Oberrat/-rätin	
A 13[5])	1	1	Rat/Rätin	
A 11[5])	1	1	Amtmann/-männin/-frau	
A 10[5])	7	7	Oberinspektor/-in	
A 9[5])	2	2	Inspektor/-in	
A 8[5])	1	1	Hauptsekretär/-in	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/ -männin/-frau –	1	Umsetzung von Kap. 03 20
Zusammen	1	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 – Direktor/-in –	3	Versetzung i.d.R. gem. § 109 NBG (Einsparung gem. ZV II; anteiliger Wegfall des HV Nr. 15 aus 2006)
Bes.-Gr. A 14 – Oberrat/-rätin –	1	Versetzung i.d.R. gem. § 109 NBG (Einsparung gem. ZV II; anteiliger Wegfall des HV Nr. 15 aus 2006)
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	3	Umsetzung nach Kap. 03 20 (Einsparung gem. ZV II; anteiliger Wegfall des HV Nr. 15 aus 2006)
Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –	1	Umsetzung nach Kap. 03 20 (Einsparung gem. ZV II; anteiliger Wegfall des HV Nr. 15 aus 2006)
Zusammen	8	
Bleiben Abgänge	7	

Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –	1	von Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-männin/-frau –
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	1	von Bes.-Gr. A 9 –Inspektor/-in –
Zusammen	2	

Senkung:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/ -rätin –	1	nach Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 BBesG:

Höherer Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. B 2/A 16	12
Bes.-Gr. A 15	23
Bes.-Gr. A 14	29
Bes.-Gr. A 13	19
Zusammen	83

Gehobener Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. A 13	35
Bes.-Gr. A 12	77
Bes.-Gr. A 11	98
Bes.-Gr. A 10	18
Zusammen	228

Stellen zu Titel 422 17:

LNVG

Hebung:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –	1	nach Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –

NPorts:

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 – Direktor/-in –	1	Versetzung i.d.R. gem. § 109 NBG
Bes.-Gr. A 12 –Amtsrat/-rätin –	3	Vollzug HV Nr. 17 aus 2006
Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-männin/ -frau –	6	
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	3	
Bes.-Gr. A 9 – Amtsinspektor/-in –	4	
Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in –	1	
Zusammen	18	

Senkung:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14 – Oberrat/rätin –	1	nach Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin –

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Beamtete Hilfskräfte
A 9	2	2	Inspektor/-in z.A.
	2	2	Zusammen
			Angestellte
I a	6	6	
I b	30	30	
II a[13])	100	99	
III	155	155	
IV a[4])[14])	121	121	
IV b[9])	40	40	
V b[10])[15])	208	208	
V c[11])[16])	187	188	
VI b[2])[12])[17])	116	116	
VII[18])[20])	39	39	
VIII	14	16	
IX b–VII[19])	69	69	
	1 085	1 087	Zusammen
			Stellen zu Titel 425 17:[44])
LNVG			
III	1	1	
VII	1	1	
	2	2	Zusammen
			Leerstellen
III[3])	1	1	
V b[3])	3	3	
V c[3])	1	1	
IXb–VII[3])	1	1	

Haushaltsvermerke

[2]) Die Sekretärin des Präsidenten ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

Die vorstehend genannte Vorzimmerkraft, die Textverarbeitungsautomaten bedient, erhält eine übertarifliche Zulage. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung bzw. der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[3]) kw.

[4]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Braunschweig).

[9]) 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2008 infolge ZV II.

[10]) 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2008 infolge ZV II.

[11]) 4 kw mit Ablauf des 31. 12. 2008 infolge ZV II.

[12]) 3 kw mit Ablauf des 31. 12. 2008 infolge ZV II.

[13]) 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2009 infolge ZV II.

[14]) 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2009 infolge ZV II.

[15]) 3 kw mit Ablauf des 31. 12. 2009 infolge ZV II.

[16]) 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2009 infolge ZV II.

[17]) 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2009 infolge ZV II.

[18]) 2 kw mit Ablauf des 31. 12. 2009 infolge ZV II.

[19]) 2 kw mit Ablauf des 31. 12. 2009 infolge ZV II.

[20]) 1 Stelle darf infolge ZV II nur zu 50 v. H. besetzt werden.

[44]) kw bei Fortfall der Zuweisungsvoraussetzungen (Die Stellen sind für gem. § 12 BAT zugewiesene Angestellte ausgebracht).

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. II a BAT	1	Umsetzung von Kap. 03 20
Zusammen	1	

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. V c BAT	1	Umsetzung nach Kap. 03 20 (Einsparung gem. ZV II; anteiliger Wegfall des HV Nr. 8 aus 2006)
Verg.-Gr. VIII BAT	2	Einsparung gem. ZV II; anteiliger Wegfall des HV Nr. 8 aus 2006
Zusammen	3	
Bleiben Abgänge	2	

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 08 20 Straßenbauverwaltung

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[2]) 42 kw mit Ablauf des 31. 12. 2007 infolge ZV II. [3]) 27 kw mit Ablauf des 31. 12. 2008 infolge ZV II. [4]) 28 kw mit Ablauf des 31. 12. 2009 infolge ZV II. [5]) 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2009 infolge ZV II. [6]) 86 kw ab 1. 1. 2010 infolge ZV II
			Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst	
A 13	22	22	Baureferendar/-in	
A 9	32	32	Inspektor/-in-Anwärter/-in	
	54	54	Zusammen	
			Arbeiter/-innen	
4[5])	41	41		
1–8[2])[3])[4])[6])	721	866		
	762	907	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter

Abgänge:	Stellen	
1-8	2	Umsetzung nach Kap. 04 06 (Einsparung gem. ZV II; anteiliger Wegfall des HV Nr. 1 aus 2006)
1-8	143	Einsparung gem. ZV II (anteiliger Wegfall des HV Nr. 1 aus 2006)
Abgänge	145	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
28,19	30,79	33,15

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	0,90
Summe Zugänge	0,90
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	3,50
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	3,50
bleibt Abgang	2,60

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
1.412	1.484	1.646

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Kapitel 08 91 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr – Regierungsvertretungen

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Insgesamt 10 kw infolge ZV II bei Beamten, Beamteten Hilfskräften und Angestellten.
			Planmäßige Beamte/-innen[1])	[2]) Das Personalbudget und das Beschäftigungsvolumen ist deckungsfähig mit Kapitel 08 01.
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	2	2	Ministerialrat/-rätin	
A 15	2	2	Direktor/-in	
A 13	—	1	Rat/Rätin	
A 13	3	2	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	2	2	Amtsrat/-rätin	
A 11	6	6	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	5	6	Oberinspektor/-in	
A 9	—	1	Inspektor/-in	
A 7	1	—	Obersekretär/-in	
	21	22	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Abgänge:
Bes.-Gr. A 9
– Inspektor/-in – 1 Umsetzung nach Kap. 03 20 (Einsparung gem. ZV II; anteiliger Wegfall des HV Nr. 1

Umwandlung:
Bes.-Gr. A 13
– Oberamtsrat/-rätin – 1 von Bes.-Gr. A 13 – Rat/Rätin –

Hebung:
Bes.-Gr. A 11
– Amtmann/-männin/-frau – 1 von Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –

Senkungen:
Bes.-Gr. A 10
– Oberinspektor/-in – 1 von Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-männin/-frau –

Bes.-Gr. A 7
– Obersekretär/-in – 1 von Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –

Zusammen 2

Sonstige Veränderungen:
Zu HV Nr. 1: Vollzug von 5 kw-Vermerken infolge Stellenabgang bei Kap. 08 01.

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr..	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Insgesamt 10 kw infolge ZV II bei Beamten, Beamteten Hilfskräften und Angestellten.
			Beamtete Hilfskräfte[1])	[2]) Das Personalbudget und das Beschäftigungsvolumen ist deckungsfähig mit Kapitel 08 01.
A 9[3])	1	1	Inspektor/-in z.A.	[3]) 1 Stelle darf nur mit 0,5 Stellenanteilen besetzt werden.
	1	1	Zusammen	
			Angestellte[1])	
I b	2	2		
II a	3	3		
III	4	4		
IV a	5	5		
IV b	1	1		
IX b–VII	1	1		
	16	16	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Beamtete Hilfskräfte

Abgänge:
Bes.-Gr. A 9
– Inspektor/-in z.A. – — Einsparung von 0,5 Stellenanteilen gem. ZV II; anteiliger Wegfall des HV Nr. 1 und Ausbringung des HV Nr. 3

Haushaltsplan

für das

Haushaltsjahr 2007

Einzelplan 09

Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Vorwort zum Einzelplan 09

A. Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 09 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs des Ministeriums für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ML), und zwar

des Ministeriums (Kap. 09 01),
der Allgemeinen Bewilligungen –EU-Förderungsmaßnahmen und Tierseuchenbekämpfung- (Kap. 09 02),
der Allgemeinen Bewilligungen –Erzeugung, Vermarktung, Ernährung, Forst und Jagd- (Kap. 09 03),
der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (Kap. 09 04),
der Regierungsvertretungen, Raumordnung und Landesentwicklung (Kap. 09 06),
der Behörden für Geoinformation, Liegenschaften und Landentwicklung - Landentwicklung - budgetiert (Kap. 09 10),
der Behörden für Geoinformation, Liegenschaften und Landentwicklung - Domänenverwaltung (Kap. 09 30),
der Behörden für Geoinformation, Liegenschaften und Landentwicklung - Moorverwaltung (Kap. 09 31),
des Landesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (Kap. 09 41),
der Gestütverwaltung (Kap. 09 50),
der Fischereiverwaltung (Kap. 09 61)
der Anstalt Niedersächsische Landesforsten (Kap. 09 80)
der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt (Kap. 09 81)
des Forstlichen Personals in der Umschulungsphase (Kap. 09 82)

B. Wesentliche organisatorische Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

- keine -

C. Sonstige Veränderungen

- keine -

D. Hochbaumaßnahmen

Die Hochbaumaßnahmen sind im Einzelplan 20 - Hochbauten – im Kapitel 20 11 ausgewiesen.

E. Maßnahmen nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

Die Mittel für die Maßnahmen nach dem Gesetz über die "Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAKG) vom 3. September 1969 – BGBl. I S. 1573 -, zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. Mai 2002 – BGBl. I S. 1527 - sind entsprechend der Aufgabenverteilung in den Einzelplänen 09 und 15 veranschlagt.
Die Zuweisungen des Bundes gem. § 10 GAKG werden im Einzelplan 09 insgesamt bei den Titeln 231 11 und 331 11 vereinnahmt. Die Ausgaben sind entsprechend der Maßnahmen in Titeln bzw. Titelgruppen veranschlagt.

Für den 35. Rahmenplan (2007) sind für die Maßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe ausgebracht:

			EPl. 09	EPl. 15
a) aus Mitteln des Bundes		93.731.000 EUR	57.297.000 EUR	36.434.000 EUR
b) aus Mitteln des Landes		53.524.000 EUR	36.625.000 EUR	16.899.000 EUR
	insgesamt:	147.255.000 EUR	93.922.000 EUR	53.333.000 EUR
sowie aus Verpflichtungs-ermächtigungen				
a) zu Lasten des Bundes		62.006.000 EUR	39.405.000 EUR	22.601.000 EUR
b) zu Lasten des Landes		36.930.000 EUR	26.270.000 EUR	10.660.000 EUR
	insgesamt:	98.936.000 EUR	65.675.000 EUR	33.261.000 EUR

Im Einzelnen wird auf das Kapitel 09 04 und die Anlage 1 verwiesen.

F. Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes

Niedersachsen hat auf der Grundlage der VO (EG) 1257/1999 des Rates vom 17.05.1999 zur „Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes“ ein Programm mit dem niedersächsischen Titel „PROLAND“ für die Jahre 2000 bis 2006 erstellt. Im Einzelnen wird auf das Kapitel 09 02 Ausgabetitelgruppen 90 und 91 verwiesen.
Das Nachfolgeprogramm für die Jahre 2007-2013 auf Grundlage der VO (EG) des Rates vom 20.9.2005 über die „Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)“ befindet sich in der Aufstellungsphase.

Haushaltsjahr 2007

Epl. 09 **Übersicht über die Einnahmen, Ausga**

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0901	Ministerium	—	331	5	—	336	15.483	1.215
0902	Allgemeine Bewilligungen - EU-Förderungsmaßnahmen und Tierseuchenbekämpfung -	—	150	86.930	8.600	95.680	—	77
0903	Allgemeine Bewilligungen - Erzeugung, Vermarktung, Ernährung, Forst und Jagd -	5.350	206	699	—	6.255	56	259
0904	Gemeinschaftsaufgabe - Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes - (GemAgrG)	—	500	26.613	30.684	57.797	—	—
0906	Raumordnung und Landesentwicklung, Fachaufgaben der Regierungsvertretungen	—	—	—	—	—	1.049	311
0910	Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften - Landentwicklung	—	149	2.150	—	2.299	28.320	9.230
0930	Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften - Domänenverwaltung	—	5.310	607	2.855	8.772	2.090	563
0931	Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften - Moorverwaltung	—	1.441	324	33	1.798	1.634	573
0941	Niedersächsisches Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit	—	9.154	2.176	—	11.330	29.798	8.823
0950	Gestütverwaltung	—	5.963	42	—	6.005	3.170	1.423
0961	Fischereiverwaltung	—	107	147	—	254	676	295
0980	Anstalt Niedersächsische Landesforsten	—	—	—	—	—	—	—
0981	Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt	—	41	135	—	176	3.511	856
0982	Forstliches Personal in der Umschulungsphase	—	—	—	—	—	52	3
	Summe 2007	5.350	23.352	119.828	42.172	190.702	85.839	23.628
	Summe 2006	5.350	23.184	136.557	40.053	205.144	87.674	26.315
	2007 mehr(+)/weniger(-)	—	+168	–16.729	+2.119	–14.442	–1.835	–2.687

ben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 09**

Ausgaben					2007 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2006 Überschuss Zuschuss (-)	2007 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungs-ermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben				
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	232	–2.313	14.617	–14.281	–13.611	–670	—
13.504	—	8.610	81.000	103.191	–7.511	–6.536	–975	950
82.478	—	—	—	82.793	–76.538	–78.677	2.139	4.796
42.782	—	51.140	—	93.922	–36.125	–37.362	1.237	65.675
894	—	1.116	—	3.370	–3.370	–3.866	496	1.651
—	—	265	1.571	39.386	–37.087	–39.985	2.898	—
1.197	3.112	—	8.650	15.612	–6.840	–6.912	72	—
—	143	214	475	3.039	–1.241	–1.431	190	—
1.044	—	4.406	2.623	46.694	–35.364	–35.928	564	—
455	—	757	609	6.414	–409	–588	179	210
32	—	1.228	—	2.231	–1.977	–1.752	–225	—
29.028	—	—	—	29.028	–29.028	–33.155	4.127	—
—	—	200	335	4.902	–4.726	–4.805	79	—
—	—	—	—	55	–55	–764	709	—
171.414	3.255	68.168	92.950	445.254	–254.552	–265.372	10.820	73.282
194.214	3.446	65.430	93.437	470.516				98.605
–22.800	–191	+2.738	–487	–25.262				–25.323

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 0901 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		**** Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die "Allgemeine Erläuterung zum Kapitel" verbindlich.*					
		E I N N A H M E N					
111 01-5	011	Gebühren und tarifliche Entgelte		40	28	+12	57
111 66-0	549	Verwaltungsgebühren der Akkreditierungsstelle *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		180	180	—	265
119 01-6	011	Vermischte Einnahmen		6	6	—	12
119 03-2	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		4	4	—	2
119 11-3	011	Rückzahlung von Überzahlungen		3	3	—	—
121 11-8	011	Anteil am Reingewinn des Stadtforstes Bad Pyrmont		—	—	—	—
124 01-0	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		11	11	—	9
132 10-1	011	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen *Vgl. K-Vermerk zu 811 10.*		36	36	—	36
132 11-0	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge *Vgl. K-Vermerk zu 811 11.*		51	51	—	53
231 10-0	011	Erstattung von Reisekosten vom Bund und der EU *Vgl. K-Vermerk zu 527 11.*		5	5	—	6
232 10-6	011	Erstattungen der Freien Hansestadt Bremen **** Erstattungen an andere Landesbehörden sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.*		—	—	—	—
235 01-6	011	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
412 10-4	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 73 b Abs. 4 Nds. PersVG. und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	1	1	—	—
421 01-4	011	Bezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten, der Ministerin oder des Ministers	—	143	143	—	143
421 02-2	011	Bezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten, der Ministerin oder des Ministers -Übergangsgeld-	—	—	—	—	6
422 01-0	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	12.823	12.336	+487	7.054
422 04-5	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	600	600	—	526
422 06-1	011	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	3	—	+3	—
422 19-3	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	170
425 01-0	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.602

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0901

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 01

Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 sind im Einzelplan 09 in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind deckungsfähig innerhalb des Einzelplans und übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Dem Deckungskreis gehören im Kapitel 09 01 folgende Titel an: 511 01, 511 13, 514 01, 514 02, 517 01, 518 01, 518 02, 519 01, 519 02, 525 01, 526 01, 526 02, 527 01, 527 02, 531 11, 531 12, 546 01, 546 03, 546 05, 547 10 und 547 11. Im Einzelplan 09 gilt die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragen sind.

Zu 111 66

Vgl. Erläuterung zu Titelgruppe 66.

Zu 119 03

1.	Abführung aufgrund des § 5 Abs. 3 des Ministergesetzes in der jeweils gültigen Fassung	4 Tsd. EUR
2.	Abführungen aufgrund des § 75 a Abs. 2 NBG	-
	Zusammen	4 Tsd. EUR

Zu 121 11

Nach dem Staatsvertrag zwischen Preußen und Waldeck - Pyrmont über die Vereinigung des Gebietsteils Pyrmont mit Preußen vom 29. 11.1921 in Verbindung mit dem Schlussprotokoll vom selben Tage (Nieders. GVBl. Sb. II, S. 7) sowie der Betriebssatzung für die Stadtforst Bad Pyrmont vom 2.7.1999 teilen sich das Land Niedersachsen und die Stadt Bad Pyrmont den Reingewinn oder Fehlbetrag des Eigenbetriebes „Stadtforst Bad Pyrmont“ zu gleichen Teilen.

Zu 124 01

Mietzahlungen des IZN für Büro- und Technikräume im Dienstgebäude des ML, Calenberger Str. 2 in Hannover und Einnahmen aus der Verpachtung der Kantine im ML.

Zu 132 10

Vgl. Erläuterung zu Titel 811 10.

Zu 132 11

Vgl. Erläuterung zu Titel 811 11.

Zu 232 10

Erstattungen der Freien Hansestadt Bremen aufgrund des Staatsvertrages zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen im Bereich der beiden EU - Fonds EGFL und ELER vom 14.06.2006 (Nds. GVBl. S. 436).

Zu 412 10

Der Vorsitzende einer Einigungsstelle – § 73 b Abs. 4 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz und § 48 Abs. 3 Niedersächsisches Richtergesetz – erhält für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 103 EUR, in jedem Jahr der Wahlperiode der Personalräte jedoch nicht mehr als 515 EUR.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
425 04-4	011	Vergütungen der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-0	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	3	3	—	—
426 01-6	011	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	439
426 06-7	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	3	3	—	1
427 01-2	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	169	23	+146	—
427 02-0	011	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 11-0	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	14	14	—	9
441 01-5	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	1.551	1.688	–137	1.706
441 02-3	940	Beihilfen für Angestellte	—	20	22	–2	19
441 03-1	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	1	—	0
441 04-0	940	Beihilfen für Sonstige	—	—	—	—	—
441 10-4	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	—	9	–9	4
443 01-8	940	Fürsorgeleistungen	—	12	42	–30	11
443 02-6	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	1	1	—	—
443 10-7	940	Ausgaben zur Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Arbeitssicherheitsgesetzes	—	110	135	–25	76
453 01-3	940	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	42	42	—	18
511 01-3	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	214
511 13-7	011	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	—	—	—	—
514 01-2	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	—	—	—	38
514 02-0	011	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	5
517 01-1	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	308
518 01-8	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	1
518 02-6	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	—	—	63
519 01-4	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	37
519 02-2	011	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	—
525 01-4	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	56
526 01-0	011	Sachverständige	—	—	—	—	1

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 427 01

Für vorübergehende, unvermeidliche Vertretungen in Krankheits- und Urlaubsfällen mit aushilfsweise Tätigen.

Zusätzlicher Haushaltsmittelbedarf für Aushilfskräfte für die auf zwei Jahre befristete Unterstützung der Zahlstelle des ML bei der Abarbeitung von Aufgaben aufgrund der neuen EU - Förderperiode zur Vermeidung von Anlastungen.

Zu 427 11

Prüfungsvergütungen an die Mitglieder der Prüfungsausschüsse.
25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 443 10

Kosten für die Bestellung von Betriebsärzten sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit im Rahmen der Umsetzung des Arbeitssicherheitsgesetzes in den Dienststellen des Einzelplans 09.

Zu 511 13

Beamte, die zum Tragen der Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten einen Dienstkleidungszuschuss (Aufwandsentschädigung) von 17,38 EUR monatlich.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
526 02-9	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	14
526 10-0	011	Gutachten zur EDV-Sicherheit der EU-Zahlstelle und des Rechenzentrums	—	—	100	–100	—
527 01-7	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	196
527 02-5	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	—	—	—	11
527 11-4	011	Reisekostenvergütungen für Vertreter des Landes in Gremien des Bundes und der EU *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 10.*	—	5	5	—	3
529 10-9	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers	—	5	5	—	4
531 11-1	011	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*	—	—	—	—	6
531 12-0	011	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	—	—	—	0
546 01-1	011	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	11
546 02-0	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	4
546 03-8	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	3
546 05-4	011	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind	—	—	—	—	—
546 30-5	011	Folgetitel für gelöschte Ausgabetitel im Kapitel 0901	—	—	—	—	—
547 10-7	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	5
547 11-5	011	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels	—	950	986	–36	—
686 11-5	011	Anteil am Verlust des Stadtforstes Bad Pyrmont	—	—	—	—	—
811 10-6	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 10.*	—	36	36	—	36
811 11-4	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	51	51	—	53
812 11-0	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	35	50	–15	11
972 11-8	989	Globale Minderausgabe	—	–2.832	–2.832	—	—
972 14-2	989	Globale Minderausgabe für die zuerbringende Summe aus den K-Bögen	—	—	—	—	—
972 15-0	989	Globale Minderausgabe für die zuerbringende Summe aus den K-Bögen	—	—	–409	+409	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 526 10

Überprüfung der von der EU vorgeschriebenen EDV-Sicherheitsanforderungen in der EU-Zahlstelle durch eine geeignete unabhängige Institution. Die Prüfung wird im zweijährigen Rhythmus durchgeführt.

Zu 686 11

Vgl. Erläuterung zu Titel 121 11.

Zu 811 10

Aufgrund der Kfz-Richtlinien dürfen Dienstkraftfahrzeuge schon dann durch neue Fahrzeuge ersetzt werden, wenn in Höhe der jeweils zu erwartenden Verwertungserlöse mindestens gleichwertige Ersatzbeschaffungen vorgenommen werden können.

2 Pkw	
Listenpreis (einschl. Umsatzsteuer sowie Sonderausstattung, Nebenkosten für Überführung und Zulassung)	36 Tsd. EUR

Zu 811 11

Aufgrund der Kfz-Richtlinie dürfen Dienstkraftfahrzeuge für Ministerinnen, Minister, Staatssekretärinnen und Staatssekretäre schon dann durch neue Fahrzeuge ersetzt werden, wenn in Höhe der jeweils zu erwartenden Verwertungserlöse mindestens gleichwertige Ersatzbeschaffungen vorgenommen werden können.

1 Pkw für den Minister	
Listenpreis (einschließlich Umsatzsteuer) sowie Sonderausstattung Nebenkosten für Überführung und Zulassung	27 Tsd. EUR
1 Pkw für den Staatssekretär	
Listenpreis (einschließlich Umsatzsteuer) sowie Sonderausstattung Nebenkosten für Überführung und Zulassung	24 Tsd. EUR
Zusammen	51 Tsd. EUR

Zu 812 11

Ersatzbeschaffungen:

1. Tische und Bestuhlung für den großen Sitzungssaal	20 Tsd. EUR
2. Tische und Bestuhlung für den Kantinenbetrieb	15 Tsd. EUR
Zusammen	35 Tsd. EUR

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
981 09-5	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	519	515	+4	511
		Titelgruppe(n)					
TGr. 66		**Akkreditierungsstelle für lebensmitteluntersuchende Laboratorien** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 75 v.H. der Mehreinnahmen bei 111 66.* **** Die nicht verausgabten Mehreinnahmen dürfen mit Zustimmung des MF grundsätzlich zu 50 v. H. in das Folgejahr übertragen werden.*	(—)	(65)	(65)	(—)	(59)
511 66-8	549	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	5	19	–14	3
526 66-5	549	Sachverständige, Gutachten und Forschungsaufträge	—	25	—	+25	—
527 66-1	549	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	35	46	–11	56
547 66-2	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 66-8	549	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(300)	(300)	(—)	(216)
511 98-6	011	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und sonstiges Verbrauchsmaterial	—	102	84	+18	107
518 98-0	011	Kosten für die Anmietung von Software	—	—	18	–18	29
518 99-9	011	Kosten für die Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-7	011	Kosten für Aus- und Fortbildung beim IZN	—	6	6	—	6
525 99-5	011	Kosten für Aus- und Fortbildung bei anderen Dienstleistern	—	6	6	—	6
538 98-1	011	Ausgaben für Dienstleistungen des IZN **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	3	3	—	—
547 98-0	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	73	73	—	3
712 98-1	011	Aus- und Umbaumaßnahmen zur Anpassung des Datennetzes	—	—	—	—	—
812 98-6	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	110	110	—	66

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 981 09

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 66

Die Staatliche Akkreditierungsstelle Hannover - AKS - ist durch Beschlüsse der Landesregierung vom 11.01.1994 und 09.06.1998 in Umsetzung des Beschlusses der 65. GMK 1994 eingerichtet worden, um den Behörden von der EU auferlegten Akkreditierungspflichten nachzukommen.

Sie ist eine im ML eingebundene unparteiliche Stelle mit bundesweiter Zuständigkeit gem. § 1 der Gegenprobensachverständigen - Prüflaboratorienverordnung vom 11.02.1999 i. V. m. Anlage 1 (BGBl. I S. 162) und § 4 der AVV Rahmenüberwachung vom 21.12.2004 i. V. m. Anlage 1 (GMBL. S. 1169).

Die AKS bewertet, bestätigt und überwacht die technische Kompetenz und die Einhaltung harmonisierter (Qualitätsmanagement) Normen bei staatlichen und privaten Instituten in den Bereichen gesundheitlicher Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Labordiagnostik und Veterinärmedizin.

Die AKS bedient sich externer Sachverständiger, deren Aufwendungen durch die für die Akkreditierungen, Überwachungs- und Schulungsmaßnahmen erhobenen Gebühren und Auslagen ausgeglichen werden.

Zu Titelgruppe 98/99

Im Rahmen der strategischen Neuausrichtung des IT - Einsatzes in der Landesverwaltung erfolgt der IT - Betrieb sowie der IT - Service zentral durch das IZN. Aus der Titelgruppe werden die Serviceleistungen des IZN gezahlt; ferner Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von Hard- und Software u. ä..

Zu 538 98

Haushaltsmittelansatz ausschließlich für die IT - Betreuung in Behördenhäusern durch das IZN.

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 0901 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0901					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		331	319	+12	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		5	5	—	
		Summe der Einnahmen		336	324	+12	
		4 Personalausgaben	—	15.496	15.063	+433	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	1.215	1.351	–136	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	232	247	–15	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	–2.313	–2.726	+413	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	14.630	13.935	+695	
		Zuschuss		14.294	13.611	+683	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 0902 Allgemeine Bewilligungen - EU-Förderungsmaßnahmen und Tierseuchenbekämpfung -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-0	011	Vermischte Einnahmen		50	50	—	–10
119 11-7	529	Rückzahlungen von Überzahlungen aus Landesmitteln		100	100	—	86
119 14-1	529	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen des soziostrukturellen Einkommensausgleichs (Beteiligungsverhältnis 65:35) **** Rückzahlungen an den Bund sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben*		—	—	—	0
119 90-7	531	Rückzahlungen von Überzahlungen aus EU-Mitteln **** Rückzahlungen an die EU sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben*		—	—	—	81
232 95-9	531	Zuweisungen der Freien Hansestadt Bremen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 95.*		—	—	—	—
271 10-5	529	Wiedereinziehungspauschale bei Rückforderungen von EU-Beihilfen		280	280	—	156
271 11-3	528	Erstattungen des Bundes aus EU-Mitteln **** Erstattungen an die Tierseuchenkasse sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.*		1.000	1.000	—	3.800
272 13-6	528	EU-Mittel zur Förderung von Maßnahmen aufgrund des Gesetzes zur Modulation von Direktzahlungen (fakultativ) im Rahmen der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik *Vgl. K-Vermerk zu 683 13.*		5.650	5.650	—	81
272 14-4	528	EU-Mittel zur Förderung v. Maßnahmen aufgrund des Gesetzes zur Modulation v Direktzahlungen (obligatorisch) im Rahmen der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik *Vgl. K-Vermerk zu 683 14.*		—	15.000	–15.000	—
272 90-0	531	EU-Mittel z. Förd. v. Maßnahmen a.d. Europ. Garantiefonds d. Landwirtschaft(EAGFL) Entwicklungsplan zur Förderung ländlicher Räume 2000 bis 2006 *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 90.*		—	81.000	–81.000	60.981
281 82-8	549	Leistungen der Bundesländer für das Mobile Bekämpfungszentrum (MBZ) *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82.*		—	—	—	127
341 11-1	531	Beiträge und Zuschüsse Dritter zur Mitfinanzierung von Maßnahmen aus dem Europäischen Garantiefonds der Landwirtschaft (EGFL) *Vgl. K-Vermerk zu 893 11.*		—	—	—	2.276
341 12-0	521	Beiträge und Zuschüsse öffentlich rechtlicher Körperschaften, Anstalten und Stiftungen zur Mitfinanzierung von Maßnahmen		—	1.100	–1.100	1.260
346 68-7	542	Zuschüsse für Investitionen von der EU (FIAF) *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.*		4.600	4.600	—	787
346 69-5	542	Zuschüsse für Investitionen von der EU (EFF) *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 69.*		4.000	—	+4.000	—
382 10-1	990	Durchlaufende Gelder für Tollwutimpfungen von Füchsen *Vgl. K-Vermerk zu 982 10.*		—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 119 90

Rückzahlungen (Rückforderungen) von EU-Mitteln aufgrund einer Förderung nach der VO (EG) 1257/99 sind nach der VO (EG) 1258/99 an die EU zurückzuzahlen.

Zu 232 95

Einnahmetitel für die Kofinanzierungsmittel der Freien Hansestadt Bremen für den im Kapitel 0902 TGr. 92 veranschlagten EU-Mittel-Anteil der Freien Hansestadt Bremen.

Zu 271 10

Dem Land steht aufgrund Art. 7 Abs. 1 der VO (EG) 595/91 vom 4. 3. 91 bei Unregelmäßigkeiten und der Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge der Finanzierung der Agrarpolitik eine Wiedereinziehungspauschale zu.

Zu 271 11

Vereinnahmt werden Erstattungen des Bundes aus EU-Mitteln im Rahmen der
- Effizienzverordnung VO (EWG) 2328/91 für die einzelbetriebliche Förderung
- Entscheidung des Rates 90/424/EWG in der jeweils gültigen Fassung über bestimmte Ausgaben im Veterinärbereich
- Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse aufgrund der VO (EG) 797/2004.

Zu 272 13

Vgl. Erläuterung zu 683 13.

Zu 272 14

Vgl. Erläuterung zu 683 14.

Zu 272 90

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 90.

Zu 341 11

Vgl. Erläuterung zu 893 11.

Zu 346 68

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 68.

Zu 346 69

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 69.

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 0902 Allgemeine Bewilligungen - EU-Förderungsmaßnahmen und Tierseuchenbekämpfung -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 75		**EU-Mittel zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum (LEADER+ 2000 bis 2006)** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 75.*		(—)	(—)	(—)	(6.959)
272 75-6	528	Sonstige Zuschüsse aus dem EAGFL		—	—	—	6.959
382 75-6	990	Durchlaufende Gelder aus dem EAGFL		—	—	—	—
TGr. 92		**EU-Mittel a. d. Europ. Garantiefonds d. Landwirtschaft (EGFL) - Entwicklungsplan z. Förderung d. ländlichen Räume 2007-2013 im Konvergenzgebiet** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 92.*		(29.200)	(—)	(+29.200)	(—)
119 92-3	531	Rückzahlungen von Überzahlungen aus EU-Mitteln **** Rückzahlunegn an die EU sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.*		—	—	—	—
272 92-6	531	EU-Mittel a. d. Europ. Garantiefonds d. Landwirtschaft (EGFL) - Entwicklungsplan z. Förderung d. ländlichen Räume 2007-2013 im Konvergenzgebiet		29.200	—	+29.200	—
TGr. 93		**EU-Mittel a.d. Europ. Garantiefonds d. Landwirtschaft (EGFL) - Entwicklungsplan z. Förder. d. ländl. Räume 2007-2013 außerhalb d. Konvergenzgebietes** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 93.*		(71.200)	(—)	(+71.200)	(—)
119 93-1	531	Rückzahlungen von Überzahlungen aus EU-Mitteln **** Rückzahlungen an die EU sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.*		—	—	—	—
272 93-4	531	EU-Mittel a. d. Europ. Garantiefonds d. Landwirtschaft (EGFL) - Entwicklungsplan z. Förder. d. ländl. Räume 2007-2013 außerhalb des Konvergenzgebietes		71.200	—	+71.200	—
		A U S G A B E N					
537 01-6	542	Evaluierung und Gutachten für fischwirtschaftliche Förderprogramme, insbesondere Strukturprogramme FIAF und EFF	—	50	50	—	—
546 30-9	531	Folgetitel für gelöschte Ausgabetitel im Kapitel 0902	—	—	—	—	—
636 11-1	529	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die landwirtschaftlichen Alterskassen *Übertragbar.*	—	100	100	—	118
671 10-3	521	Erstattungen an die Norddeutsche Landesbank für die Verwaltung von Landesdarlehen zur Förderung der Flurbereinigung	—	4	5	–1	4
671 12-0	529	Erstattungen an die NLG für das Programm "Hilfen für existenzgefährdete landwirtschaftliche Betriebe durch Landankäufe"	—	376	383	–7	305
671 13-8	529	Erstattungen an die Norddeutsche Landesbank für die Verwaltung von Landesdarlehen zur Förderung der Siedlung	—	2	3	–1	2

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 382 10

Vgl. Erläuterung zu 982 10.

Zu 272 75

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 75.

Zu Titelgruppe 92

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 92.

Zu Titelgruppe 93

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 93.

Zu 636 11

Erstattungen von Verwaltungsausgaben an die landw. Alterskasse für die vom Bund finanzierte "Betriebsaufgaberente" (§§ 17, 19 des Gesetzes zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit.).

Zu 671 10

Laut Treuhandvereinbarung beträgt die jährliche Verwaltungsgebühr 0,25 % der Darlehnsbeträge.

Zu 671 12

Die NLG kaufte 1986/87 im Auftrage des Landes Flächen von existenzgefährdeten Betrieben an, um hierdurch eine Eigenkonsolidierung zu ermöglichen. Die NLG war seinerzeit ermächtigt, hierfür Kapitalmarktdarlehen bis 51,13 Mio. EUR aufzunehmen. Das Land erstattet den Kapitaldienst, die Kosten der NLG und Verwertungsverluste; etwaige Überschüsse werden an das Land abgeführt.
Der Restflächenbestand am 31.12.2005 betrug 150 ha.

Zu 671 13

Für rd. 1 000 Darlehnsfälle je rd. 4,– EUR.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
671 20-0	549	Erstattungen i. R. d. Durchführung der VO (EG) 1760/2000 und andere	—	600	400	+200	310
676 11-3	528	Erstattungen an die EU-Kommission aufgrund von Anlastungen aus dem EAGFL, EGFL, FIAF und EFF *Übertragbar.*	—	—	—	—	71
683 11-0	529	Abwicklung der Förderung "20jährige Stillegung von Ackerflächen für ökologische Ruhezonen" *Übertragbar.*	—	15	20	–5	10
683 13-6	528	Förderung von Maßnahmen aufgrund des Gesetzes zur Modulation von Direktzahlungen (fakultativ) im Rahmen der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik *Übertragbar.* *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 272 13.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	5.650	5.650	—	4.058
683 14-4	528	Förderung von Maßnahmen aufgrund des Gesetzes zur Modulation von Direktzahlungen (obligatorisch) im Rahmen der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik *Übertragbar.* *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 272 14.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	—	15.000	–15.000	—
892 11-8	529	Zuschüsse im Rahmen von Umsiedlungen landwirtschaftlicher Betriebe im öffentlichen Interesse	—	—	—	—	—
893 11-4	531	Zuschüsse Dritter zur Mitfinanzierung von Maßnahmen aus dem Europäischen Garantiefonds der Landwirtschaft (EGFL) - 2007 bis 2013- *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 341 11.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	—	—	—	2.249
919 10-5	950	Abführung an 5082 - 359 11	—	—	205	–205	205
982 10-9	990	Durchlaufende Gelder für Tollwutimpfungen von Füchsen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 10.*	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Beteiligung an der "Grünen Woche"** *Übertragbar.*	(—) (35)	(70)	(70)	(—)	(70)
671 61-8	549	Erstattung der Hallenkosten	— 35	35	35	—	35

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 671 20

Ausgaben für ein System zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern gemäß VO (EG) 1760/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juli 2000, für den Betrieb einer elektronischen Schweinedatenbank gemäß Artikel 18 der Richtlinie 64/432/EWG sowie den Kosten der sich aus Artikel 8 der VO (EG) 21/2004 des Rates vom 17. Dezember 2003 zur Einführung eines Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Schafen und Ziegen ergebenden Verpflichtung zur Errichtung einer Datenbank für die zentrale Registrierung aller Schafe und Ziegen haltenden Betriebe. Ferner Ausgaben für die Vergabe von Registriernummern an Inhaber von landwirtschaftlichen Betrieben im Sinne der VO (EG) Nr. 1782/2003 und an Imkereien.

Zu 676 11

Vorsorglich Leertitel.

Zu 683 11

Bezeichnung des Förderprogramms: 20-jährige Stilllegung von Ackerland

Rechtliche Grundlage: Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 des Rates vom 30.06.1992 (ABl. EG vom 30.07.92 Nr.L 215/85) und die RL des ML auf dieser Basis

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	12	12	12	10	20	15	15	15	15
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss									

Anmerkung: Es sind ausschließlich Landes- und Bundesmittel veranschlagt. Die EU-Beteiligung beträgt bis zu 50 v. H. und erhöht den Förderumfang entsprechend. Die Veranschlagung der EU-Mittel erfolgt zentral im Kap. 0902 TGr. 90.

Empfänger:
[x]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1995

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 2017

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Zuwendungszweck ist die 20jährige Stilllegung landwirtschaftlicher Ackerflächen zur Landschaftspflege, zum Schutz von Natur und Umwelt, zum Gewässerschutz und zur Marktentlastung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, für die eine gemeinsame Marktordnung besteht.

Zielgruppe:
Gefördert werden land- und forstwirtschaftliche Unternehmerinnen und Unternehmer, die die Versicherungsvoraussetzungen nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte (ALG) erfüllen. Die Zuwendungsempfängerin oder der Zuwendungsempfänger muss Eigentümerin oder Eigentümer der begünstigten Fläche sein oder für die Pachtfläche eine schriftliche Einverständniserklärung der Eigentümerin oder des Eigentümers zur 20jährigen Stilllegung nach den Richtlinien vorlegen Die Zuwendungsempfängerin oder der Zuwendungsempfänger muss sich verpflichten, die Ackerfläche für die Dauer von 20 Jahren nach den Kriterien der Richtlinie stillzulegen.

Durchschnittliche Förderhöhe: 3.000 EUR

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 683 11

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	15	—	—	15
2008	15	—	—	15
2009	15	—	—	15
2010	15	—	—	15
2011 ff.	120	—	—	120
Summe	180	—	—	180

Zu 683 13

Es werden die EU-Mittel aus den reduzierten Direktzahlungen nachgewiesen. Die nationale Kofinanzierung erfolgt aus Kapitel 09 04 Titel 683 13. Die geförderten Einzelmaßnahmen einschließlich der Mittelbindungen durch Verpflichtungsermächtigungen sind den dortigen Erläuterungen zu entnehmen.

Bezeichnung des Förderprogramms: Fakultative Modulation; Niedersächsische Agrar- Umweltprogramme

Rechtliche Grundlage: jeweilige jährlich aktuelle Richtlinie des ML auf der Basis der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 DES RATES vom 17. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) sowie dem hierzu ergangenen Folgerecht der Europäischen Gemeinschaft und der Grundsätze des Bundes über die Förderung einer markt- und Standort angepassten Landbewirtschaftung

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	0	0	2.777	4.058	5.650	5.650	5.650	5.650	5.650
Korrespondierende Einnahmen aus EU					5.650	5.650	5.650	5.650	5.650
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					0	0	0	0	0

Empfänger:
[x]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2003 mit jährlicher Anpassung der Richtlinie

Befristung:
[ ]Nein [x] Ja, die Bewilligung ist jeweils auf 5 Jahre befristet; die Förderung selbst wurde nur bis 2004 ausgesprochen

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Ein besonderes Landesinteresse an der Durchführung der Maßnahmen besteht, weil durch die Förderung der Einführung oder Beibehaltung extensiver, Ressourcen schonender und besonders umweltverträglicher Anbauverfahren ein zusätzlicher Anreiz zur Erhaltung der Landschaft und der natürlichen und wirtschaftlichen Produktionsbedingungen gegeben wird.

Zielgruppe:
Gefördert werden können land- und forstwirtschaftliche Unternehmen, deren Betrieb sich im Gebiet der Gemeinschaft befindet, deren sich die zu fördernde landwirtschaftliche Nutzfläche sich in Niedersachsen befindet, deren Unternehmerin oder Unternehmer den Betrieb für die Dauer der Verpflichtung selbst bewirtschaftet, im gesamten landwirtschaftlichen Betrieb mindestens die Anforderungen der guten landwirtschaftlichen Praxis im üblichen Sinn erfüllt und das eines der folgenden Produktionsverfahren anwendet:
- die Anwendung von Mulch- oder Direktsaat oder Mulchpflanzverfahren im Ackerbau,
- das Ausbringen von flüssigem Wirtschaftsdünger auf Acker- und Grünland mit besonders umweltfreundlichen Ausbringungsverfahren,
- die Anlage von Blühflächen auf Stilllegungsflächen oder
- die Anlage von Blühstreifen außerhalb von Stilllegungsflächen oder

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 683 13

- die Anlage von Schonstreifen außerhalb von Stilllegungsflächen oder
- den Anbau von Zwischenfrüchten oder Untersaaten auf Ackerflächen des Betriebes.

Durchschnittliche Förderhöhe: pro Jahr und Teilnehmer 2.100 EUR

Zu 683 14

Es werden die EU-Mittel aus den reduzierten Direktzahlungen ab 2005 aufgrund Artikel 10 der VO (EG) 1782/2003 vom 29.09.2003 in der jeweils gültigen Fassung nachgewiesen.
Die nationale Kofinanzierung erfolgt aus Kapitel 09 04 Titel 683 14. Die geförderten Einzelmaßnahmen einschließlich der Mittelbindungen durch Verpflichtungsermächtigungen sind den dortigen Erläuterungen zu entnehmen.

Bezeichnung des Förderprogramms: Obligatorische Modulation

Rechtliche Grundlage: VO (EG) Nr. 1782/2003 vom 29.09.2003

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	-	-	-	-	15.000	-	-	-	-
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					15.000	.	-	-	-
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					0	-	-	-	-

Anmerkung: Hier sind die EU-Mittel zur Kofinanzierung der obligatorischen Modulationsmaßnahmen (siehe 09 04 - 683 14) veranschlagt. Ab 2007 erfolgt die Veranschlagung in den TGr. 92 und 93.

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung
Steht noch nicht fest

Beginn der Förderung: 2006

Befristung:
[ ]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung: Steht noch nicht fest

Zielgruppe: Steht noch nicht fest

Durchschnittliche Förderhöhe: Noch unbekannt

Zu 892 11

Vorsorglicher Leertitel insbes. für Umsiedlungsmaßnahmen im Rahmen der Dümmersanierung.

Zu 893 11

Kofinanzierungsmittel Dritter zur Bindung von EU-Mitteln im Rahmen des nieders. Programms “PROLAND“.

Zu 919 10

Im Haushaltsjahr 2007 keine Abführung an Kapitel 5082, da 2007 die Finanzierung der Ausgaben aus dem Bestand des Kapitels 5082 erfolgt.

Zu 982 10

Die EU beteiligt sich zu 50 v. H. an den Impfstoff- und Auslegekosten der Landkreise und kreisfreien Städte für Tollwutimpfungen von Füchsen.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 671 61

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	35	—	35
2008	—	—	—	—
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	35	—	35

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
686 61-5	549	Zuschüsse	—	35	35	—	35
TGr. 63		**Durchführung des Bundesbodenschutzgesetzes** *Übertragbar.*	(—)	(582)	(582)	(—)	(554)
547 63-1	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	27	27	—	10
686 63-1	549	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	555	555	—	544
TGr. 68		**EU-Mittel zur Förderung der Fischwirtschaft (FIAF -Förderperiode 2000 bis 2006)** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 346 68.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *Die Ausgaben der Titelgruppe richten sich nach dem genehmigten EU-Programm.* *Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(—)	(4.600)	(4.600)	(—)	(2.707)
662 68-6	542	Schuldendiensthilfen an private Unternehmen	—	—	—	—	92
683 68-3	542	Zuschüsse für laufende Zwecke private Unternehmen	—	—	—	—	44
892 68-1	542	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	4.600	4.600	—	2.571
TGr. 69		**EU - Mittel zur Förderung der Fischwirtschaft (EFF - Förderperiode 2007 bis 2013)** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 346 69.* **** Die Ausgaben der Ttielgruppe richten sich nach dem genehmigten EU-Programm.* *Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.* *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(4.000)	(—)	(+4.000)	(—)
662 69-4	542	Schuldendiensthilfen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
683 69-1	542	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
892 69-0	542	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	4.000	—	+4.000	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 686 61

Bezeichnung des Förderprogramms: Beteiligung an der „Grünen Woche“

Rechtliche Grundlage: keine

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	35	35	35	35	35	35	35	35	35
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					35	35	35	35	35

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: Es handelt sich um kein Förderprogramm, sondern um Einzelförderungen, die jeweils jährlich neu ausgesprochen werden.
Förderungsrichtlinien bestehen nicht.

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Die Maßnahme wird jährlich unter Berücksichtigung der aktuellen Erfordernisse zur Entwicklung des ländlichen Raums durchgeführt. Wegen der vielfältigen Ansprüche an den ländlichen Raum mit entsprechender thematischer Schwerpunktsetzung ist die Darstellung der Entwicklungspolitik Niedersachsens entsprechend der jeweils präsentierten Region anzurichten. Dadurch können für die bestehenden Problemfelder aktuelle, beispielhafte Lösungsansätzen aufgezeigt werden. Die Präsentation erfolgt im Rahmen der Niedersachsenhalle 5.2a. Durch die Präsentation in der Halle 5.2a kann die Politik Niedersachsens zur Entwicklung des ländlichen Raums im Umfeld der Gesamtpräsentation des Landes dargestellt werden. Die repräsentierende Region kann dies mit Beispielen und Projekten darlegen und für Niedersachsen und sich selbst werben.

Zielgruppe: Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung sowie an Niedersachsen und der jeweiligen Region interessierte Messegäste

Durchschnittliche Förderhöhe: 35.000 EUR pro Jahr

Zu Titelgruppe 63

Im Rahmen der Durchführung des Bundesbodenschutzgesetzes wurden flächendeckend Dauerbeobachtungsflächen eingerichtet. Die Flächen dienen der Erfassung der langfristig standort-, belastungs- und nutzungsspezifischen Einflüsse und ermöglichen dadurch rechtzeitige Maßnahmen zum Bodenschutz bei drohender Bodenzerstörung und Überbelastung durch Schadstoffe.
Die Personalkosten für das Landesamt für Bodenforschung sind bei Kapitel 08 18 und die der Niedersächsischen Forstlichen Versuchsanstalt sind bei Kapitel 09 81 nachgewiesen.

Zu 686 63

Bezeichnung des Förderprogramms: Boden- Dauerbeobachtung in Niedersachsen (Durchführung des Bundesbodenschutzgesetzes)

Rechtliche Grundlage: Bundesbodenschutzgesetz in Verbindung mit dem Niedersächsischen Bodenschutzgesetz (insb. § 8), Kabinettsbeschluss vom 05.01.1990

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 686 63

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	562	554	561	544	555	555	555	555	555
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					555	555	555	555	555

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[x]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1991

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Zur Durchführung des Bundesbodenschutzgesetzes werden 90 Boden- Dauerbeobachtungsflächen (BDF) im Rahmen der Merkmals- und Prozessdokumentation interdisziplinär betrieben und genutzt. Drohende schädliche Bodenveränderungen können so schneller erkannt und problembezogene Maßnahmen erarbeitet werden. Daneben dienen die Flächen als Forschungsplattform für unterschiedliche boden- und vegetationsrelevente Fragestellungen.

Zielgruppe: Bodennutzer, -bewirtschafter, Vollzugsbehörden, Legislative

Durchschnittliche Förderhöhe: von 32.000 EUR bis 166.000 EUR

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	51	—	—	51
2008	28	—	—	28
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	79	—	—	79

Zu Titelgruppe 68

Für Strukturmaßnahmen der Gemeinschaft im Sektor der Fischerei und Aquakultur sowie Verarbeitung und Vermarktung der entsprechenden Erzeugnisse, die aus dem Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF) nach den Verordnungen (EG) Nr. 1263/99 und Nr. 2792/99 gefördert werden sollen, können im Rahmen von Förderrichtlinien Zuschüsse bis zur Höhe von 35 v. H. der zuschussfähigen Ausgaben gewährt werden.

Bezeichnung des Förderprogramms: Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei

Rechtliche Grundlage: Von EU genehmigtes Operationelles Programm "Gemeinschaftsprogramm Fischerei – Deutschland außerhalb Ziel 1", Verordnung (EG) Nr. 2792/1999, Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 68

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	1.508	1.956	794	2.707	4.600	4.600	4.600	0	-
Korrespondierende Einnahmen aus EU					4.600	4.600	4.600	4.600	-
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					0	0	0	-	-

Empfänger:
[x]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1.1.2000

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis.31.12.2008

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Volkswirtschaftlich notwendige und wettbewerblich erforderliche Strukturverbesserungen der Fischwirtschaft erfordern eine Teilnahme am Programm zur Förderung der Fischwirtschaft eines Küstenbundeslandes.

Zielgruppe: Erzeuger der See- und Binnenfischerei, Betriebe der Verarbeitung und Vermarktung fischwirtschaftlicher Produkte, Betriebe und Einrichtungen mit besonderen Projekten (sozioökonomische oder innovative Maßnahmen), Träger von Fischereihäfen, Behörden und Institutionen mit Aufgaben zur technischen Hilfe zwecks Abwicklung der Operationellen Programms

Durchschnittliche Förderhöhe: 100.000 EUR

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 69

Für Strukturmaßnahmen der Gemeinschaft im Sektor der Fischerei und Aquakultur sowie Verarbeitung und Vermarktung der entsprechenden Erzeugnisse, die aus dem Europäischen Fischereifonds (EFF) nach einer zur Verabschiedung anstehenden Verordnungen gefördert werden sollen, können im Rahmen von Förderrichtlinien Zuschüsse bis zur Höhe von 35 v. H. der zuschussfähigen Ausgaben gewährt werden.

Bezeichnung des Förderprogramms: Europäischer Fischereifonds (EFF)

Rechtliche Grundlage: Von EU zu genehmigendes Operationelles Programm "Gemeinschaftsprogramm Fischerei", Verordnungsverabschiedung steht bevor. Die Kofinanzierung erfolgt aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	-	-	-	-	-	4.000	4.000	4.000	4.000
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					-	4.000	4.000	4.000	4.000
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					-	0	0	0	0

Empfänger:
[x]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1.1.2007

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 31.12.2015

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Volkswirtschaftlich notwendige und wettbewerblich erforderliche Strukturverbesserungen der Fischwirtschaft erfordern eine Teilnahme am Programm zur Förderung der Fischwirtschaft eines Küstenbundeslandes.

Zielgruppe: Erzeuger der See- und Binnenfischerei, Betriebe der Verarbeitung und Vermarktung fischwirtschaftlicher Produkte, Betriebe und Einrichtungen mit besonderen Projekten (sozioökonomische oder innovative Maßnahmen), Träger von Fischereihäfen, Behörden und Institutionen mit Aufgaben zur technischen Hilfe zwecks Abwicklung der Operationellen Programms

Durchschnittliche Förderhöhe: 100.000 EUR

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 75		**EU-Mittel zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum (LEADER + 2000 bis 2006)** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 75.*	(—)	(—)	(50)	(–50)	(6.881)
547 75-5	528	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben **** Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EG-Programms als Vorgriff gemäß § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	—	—	50	–50	158
982 75-3	990	Durchlaufende Gelder für die kommunalen Gebietskörperschaften	—	—	—	—	6.722
TGr. 81		**Tierseuchenbekämpfung aus Landesmitteln**	(—)	(6.142)	(6.142)	(—)	(10.921)
459 81-3	549	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
631 81-0	549	Erstattungen für Maßnahmen auf Bund-Länderebene	—	—	—	—	19
671 81-2	549	Erstattungen an die Tierseuchenkasse *Übertragbar.*	—	6.132	6.132	—	10.902
812 81-5	549	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	10	10	—	—
TGr. 82		**Beschaffung und Betrieb des Mobilen Bekämpfungszentrums** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 82.* **** Die Ausgabe darf bereits vor dem Eingang der Einnahme geleistet werden. Geht die Erstattung nicht mehr im laufenden Haushaltsjahr ein, kann in der Haushaltsrechnung ein Einnahmerest nachgewiesen werden.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
511 82-3	549	Gechäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
514 82-2	549	Verbrauchsmaterial für Laboratorien	—	—	—	—	—
538 82-9	549	Ausgaben für Datenverarbeitung	—	—	—	—	—
547 82-8	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 82-3	549	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 83		**Forschung und Förderung**	(—)	(—)	(45)	(–45)	(24)
526 83-9	174	Sachverständige, Gutachten und Forschungsaufträge *Übertragbar.*	—	—	26	–26	24
547 83-6	174	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
686 83-6	174	Sonstige Zuschüsse	—	—	19	–19	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 75

Im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative "LEADER +" für die Jahre 2000 bis 2006 können in Niedersachsen in ländlichen Gebieten, die bestimmte Kriterien der Leitlinien der EU-Kommission entsprechen, insbesondere gebietsbezogene, integrierte Entwicklungsstrategien mit Pilotcharakter und die Zusammenarbeit zwischen ländlichen Gebieten gefördert werden.
Das niedersächsische Konzept sieht, basierend auf den Erfahrungen der Vorläuferprogramme, folgende Strategien vor:
Förderung Regionaler Entwicklungskonzepte
Unter Einbeziehung von Kommunen, staatlichen Stellen, Wirtschaft, Verbänden und Privaten einer Region, die sich als lokale Aktionsgruppen konstituieren, soll die effizientere Nutzung von vorhandenem Know-how und die Mobilisierung der Kreativität der Beteiligten unterstützt werden. Die zu erarbeitenden regionalen Entwicklungskonzepte haben sich insbesondere an folgenden Themen zu orientieren:
- Verbesserung der Lebensqualität der Region und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen insbesondere im Hinblick auf die Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen und Jugendliche
- Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Erzeugnisse und Dienstleistungen durch Einsatz von neuem Know-how und neuer Technologien
- Aufwertung der lokalen Erzeugnisse durch erleichterten Marktzugang im Rahmen kollektiver Maßnahmen
- Valorisierung des natürlichen und kulturellen Potentials einschl. der Steigerung des Wertes von Flächen im gemeinschaftlichen Interesse, die unter NATURA 2000 ausgewählt werden.

Förderung der Zusammenarbeit zwischen ländlichen Gebieten
Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen ländlichen Regionen und durch die Kombination von Projekten sollen Synergieeffekte ausgenutzt und zusätzliche positive Auswirkungen für die Region erzielt werden.

Ab 2007 Veranschlagung der Haushaltsmittel in den TGr. 92 und 93.

Zu 547 75

Begleitung und Bewertung des von der EU-Kommission genehmigten Programms „LEADER +".

Zu 982 75

Kommunale Gebietskörperschaften sind federführend für die finanzielle Abwicklung verantwortlich und stellen grundsätzlich die notwendige Mitfinanzierung der EU-Mittel sicher.

Zu Titelgruppe 81

Aufwendungen im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung.

Zu 671 81

Erstattungen an die seit dem 01.01.1966 bestehende Tierseuchenkasse aufgrund des § 15 Abs. 1 – 3 des Ausführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz – AGTierSG – i.d.F. vom 24.06.2004 (Nds. GVBl. S. 230), für Entschädigungen für Tierverluste (Schweinepest, Leukose der Rinder, Tuberkolose der Rinder, Brucellose, Salmonellose der Rinder, Tollwut, Maul- und Klauenseuche u.a.) und Kosten vorbeugender Seuchenbekämpfungsmaßnahmen (Leukose- und Brucellose-Untersuchungen der Rinder, Aujeszkyschutzimpfungen und –untersuchungen der Schweine u.a.)

A) Vorbeugende Maßnahmen	Tsd.EUR
Leukose-Blut- Milchuntersuchungen -Labor-	200
Brucellose-Blut- Milchuntersuchungen -Labor-	125
Leukose und Brucellose/Probeentnahmen	125
Schweinepestschutzimpfungen	0
Untersuchungen auf Schweinepest	500
AK-Impfungen und Untersuchungen	635
BHV-1 Bekämpfung	3.522
Salmonellenuntersuchungen	10
Sonstige Maßnahmen (z. B. Geflügelpest, Tollwut)	110
	5.227
B) Entschädigungen	
Schweinepest	10
Rinderleukose	10
Rindertuberkulose	50
Brucellose (Rinder und Schweine)	10
Salmonellose (Rinder und Schweine)	20
MKS	-
Tollwut	-
AK (Rind und Schwein)	1
Bienenseuchen	2
BSE/TSE	50
sonstige Tierseuchen	2
	155
C) Länderübergreifende Maßnahmen der Tierseuchenvorsorge und -bekämpfung (Vakzinebanken, Diagnostikbanken, Bund-Länder-Task-Force, MBZ)	750
A)+B)+C)	6.132

Zu Titelgruppe 82

Die Agrarministerkonferenz hat am 07.10.2004 die Einrichtung eines Mobilen Bekämpfungszentrums (MBZ) beschlossen. Durch die Einrichtung des MBZ soll in Fällen von hochkontagiösen Tierseuchen (z. B. Maul- und Klauenseuche, Geflügelpest und Schweinepest) ein einheitliches und koordiniertes Vorgehen gewährleistet werden. Das MBZ wird ständig für einen Einsatz vorgehalten. Kosten für die Beschaffung, das Vorhalten, die Lagerung, die Wartung und die Erhaltung der Einsatzbereitschaft tragen die Länder entsprechend der jeweiligen Anteile an Großvieheinheiten auf Basis der Tierarten Rind, Schwein, Schaf und Geflügel am Gesamtbestand der Bundesrepublik Deutschland. Hauptstandort ist Barme in Niedersachsen. Daher wurde das Land Niedersachsen als geschäftsführendes Land bestimmt.

Zu Titelgruppe 83

Umsetzung der Haushaltsmittel nach Kapitel 0903 TGr. 71.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 90		**EU-Mittel z. Förderung von Maßnahmen aus dem Europ. Garantiefonds der Landwirtschaft(EAFGL) Entwicklungsplan zur Förderung ländlicher Räume 2000-06** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 272 90.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *Die Ausgaben der Titelgruppe richten sich nach dem genehmigten EU-Programm.* *Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(—)	(—)	(81.000)	(–81.000)	(75.142)
425 90-0	531	Vergütung der Angestellten	—	—	—	—	—
531 90-5	531	Veröffentlichungen und Dokumentation	—	—	—	—	—
547 90-9	531	Nichtaufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	105
633 90-2	531	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
663 90-9	531	Schuldendiensthilfen an Sonstige	—	—	—	—	5.728
682 90-3	531	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
683 90-0	531	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	7.296
684 90-6	531	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	—	—	—	—	270
685 90-2	531	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige	—	—	—	—	717
686 90-9	531	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	36
883 90-9	531	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	23.861
887 90-4	531	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	—	—	—	—	17.100
892 90-8	531	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	16.010
893 90-4	531	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	4.019
894 90-0	531	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
971 90-5	988	Globale Mehrausgabe (EU-Mittel zur Bewilligung der Maßnahmen und Deckung der Ausgaben in der Titelgruppe 90)	—	—	81.000	–81.000	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 90

Niedersachsen hat auf der Grundlage der VO (EG) 1257/1999 des Rates vom 17. 5. 1999 zur "Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes" ein Programm mit dem niedersächsischen Titel "PROLAND" für die Jahre 2000 bis 2006 erstellt. Es berücksichtigt die unterschiedlichen Anforderungen in den ländlichen Räumen, die sektoralen Probleme im Bereich Landwirtschaft und im Verarbeitungs- und Vermarktungsbereich land- und forstwirtschaftlicher Produkte sowie die Belange der Umwelt. Die nachfolgend aufgeführten Förderschwerpunkte umfassen sowohl sektorspezifische als auch sektorübergreifende Maßnahmen und tragen zu einer nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume bei.

Programm zur ländlichen Entwicklung Niedersachsen – PROLAND –
Geänderter Indikativer Gesamtfinanzierungsplan lt. Genehmigung der EU vom 18.08.2004 für den Geschäftsbereich des ML

Maßnahme-ziffer PROLAND	EU-Maßnahmenbezeichnung	Gesamtbetrag 2000 bis 2006 (EU+LAND und/ oder Dritter) EUR	EU-Anteil 2000 bis 2006 (09 02 TGr. 90) EUR	Haushaltsstelle für den Landesanteil und Mitfinanzierung Dritter
	Förderschwerpunkt I: Verbesserung der Produktionsstruktur			
a	Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben			
a 1	Agrarinvestitionsförderungsprogramm	230 596 063	57 649 016	09 04 – 663 63 u. 892 63
c	Berufsbildung			09 03 – 685 10, 685 12
c 1	Qualifizierung	6 926 642	3 463 321	und 09 02 – TGr. 91
g	Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen			
g 1 a	Vieh und Fleisch	10 317 227	8 597 689	09 04 – TGr. 65 bis 69
g 1 b	Kartoffeln	27 021 896	22 518 246	09 04 – TGr. 65 bis 69
g 1 c	Obst, Gemüse, Gartenbauerzeugnisse, Baumschulen	24 708 368	20 590 307	09 04 – TGr. 65 bis 69
g 1 d	Gemeinschaftsanl. z. lokalen Vermarktung landw.Produkte	690 244	575 203	09 02 – TGr. 91
h	Forstwirtschaft			
h 1	Aufforstung landwirtschaftlicher Flächen	10 250 288	5 125 144	09 04 – TGr. 74 bis 77
h / i	Aufforstung landwirtschaftl.Flächen nach VO (EG) 2080/92	5 104 636	2 552 318	u. 09 02 – TGr. 91
i	Sonstige forstwirtschaftliche Maßnahmen			09 04 – TGr. 74 bis 77
i 1	Sonstige forstwirtschaftliche Maßnahmen	64 799 125	32 399 563	und 09 03 686 94
i 2	Maßnahmen zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der ökologischen Stabilität von Wäldern	293 402	146 701	09 03 - 686 95 u. 683 92
	Förderschwerpunkt II: Strukturübergreifende Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung			
k	Förderung der Anpassung und Entwicklung von ländlichen Gebieten			09 04 – TGr. 61, Kommunen und Teil-
k 1	Flurbereinigung	183 336 160	91 668 080	nehmergemeinschaften
n	Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung für die ländliche Wirtschaft und Bevölkerung			09 02 – TGr. 91
n 1	Schaffung von Dienstleistungseinrichtungen (ETL)	2 380 755	1 190 378	und Kommunen
o	Dorferneuerung und -entwicklung sowie Schutz und Erhaltung des ländlichen Kulturerbes			09 02 – TGr. 91, 09 04 – TGr 61
o 1 a bis d	Dorfentwicklung und ländliches Kulturerbe	229 580 676	114 790 338	und Kommunen
r	Entwicklung u. Verbesserung der mit der Entwicklung der Landwirtschaft verbundenen Infrastruktur			09 04 – TGr. 61
r 1	Landwirtschaftliche Infrastrukturmaßnahmen (ETL)	233 728 227	116 864 114	und Kommunen
s	Förderung von Fremdenverkehrs- u. Handwerksaktivitäten			
s 1 a bis b	Förderung des ländlichen Tourismus und des ländlichen Handwerkswesens (ETL)	13 950 905	6 975 452	09 02 – TGr. 91
s 1 c	Erweiterung eines bestehenden Gartenkulturzentrums um ein Informationsforum sowie ein Arboretum für Ziergehölze	4 506 776	2 253 388	09 02 – TGr. 91
	Förderschwerpunkt III: Maßnahmen zum Schutz der Umwelt in Zusammenhang mit der Land- und Forstwirtschaft und der Verbesserung des Tierschutzes			
f	Agrarumweltmaßnahmen			
f 0	Agrarumweltmaßnahmen nach der VO (EG) 2078/92	24 195 327	12 097 663	09 04 – TGr. 90 bis 93
f 1	Erhaltung der genetischen Vielfalt in der Tierzucht und vom Aussterben bedrohter Rassen	994 712	497 356	09 03 – 686 11
f 2 a bis d	Niedersächsisches Agrarumweltprogramm (NAU) mit allen Einzelmaßnahmen	55 999 411	27 999 706	09 04 – TGr. 90 bis 93 u. 09 02 – TGr. 91
t	Schutz der Umwelt im Zusammenhang mit der Land- und Forstwirtschaft, Landschaftspflege und der Verbesserung des Tierschutzes			
t 1 a	Polaris – ProduktionsOrientiertes Landwirtschaftliches RaumInformationsSystem	2 657 313	1 328 656	09 03 – 686 71 u. Landwirtschaftskammern
t 1 b	Untersuchungsprogramm zur Bewertung von Bioaerosolen	1 340 759	670 379	09 02 – TGr. 91
t 1 c	Informationen für Tierproduzenten	973 288	486 644	09 02 – TGr. 91
t 1 d	Bau eines Speicherbeckens	2 033 576	1 016 788	09 02 – TGr. 91
v	Sonstige Maßnahmen			
v 1	Bewertungsmaßnahmen (Technische Hilfe)	890 484	445 242	09 02 – TGr. 91
v 2	frühere flankierende Maßnahmen vor 1992	98 791	49 396	09 04 – TGr. 90 bis 93
	Gesamtbetrag	1 137 375 051	531 951 088	

Weitere Umwelt- und Ausgleichsmaßnahmen sowie der Landschaftspflege sind im Kapitel 15 02 TGr. 90 dargestellt.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 90

Bezeichnung des Förderprogramms: Niedersächsisches Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums - PROLAND -

Rechtliche Grundlage: VO (EG) Nr. 1257/1999

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	84.255	97.515	83.400	75.142	81.000	-	-	-	-
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					81.000	-	-	-	-
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					0	-	-	-	-

Empfänger:
[x]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1.10.2000

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 15.10.2006

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
PROLAND ist ein Programm zur Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums nach der VO (EG) 1257/1999, das sowohl sektorbezogene wie sektorübergreifende als auch umweltspezifische Maßnahmen fördert. Mit PROLAND soll ein nachhaltiger Beitrag zur Stärkung der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit und der ökologischen Funktionen ländlicher Räume geleitstet werden.

Zielgruppe: Landwirte, land u. forstwirtschaftliche Unternehmen, Körperschaften d. öff. Rechts, öffentliche und private Organisationen, Teilnehmergemeinschaften, Verbände, Vereine, natürliche u. juristische Personen, kommunale Gebietskörperschaften etc.

Durchschnittliche Förderhöhe: Angaben einer durchschnittlichen Förderhöhe hier nicht sinnvoll, da diverse sehr unterschiedliche Maßnahmen gefördert werden; siehe Erläuterungen zu den einzelnen Maßnahmen

Zu 971 90

Veranschlagt sind die zur Bewilligung und Auszahlung vorgesehenen EU-Mittel. Der haushaltsmäßige Nachweis wird bei dem nach der Haushaltssystematik jeweiligen Sachtitel geführt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 91		**Landesmittel zur Kofinanzierung von Maßnahmen aus dem Europ. Garantiefonds der Landwirtschaft (EAGFL) -Förderung ländlicher Räume 2000 - 2006-** *Übertragbar.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *Die Ausgaben der Titelgruppe richten sich nach dem genehmigten EU-Programm.* *Die Mehrausgaben im laufenden Haushaltsjahr sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(—)	(—)	(1.010)	(–1.010)	(1.201)
425 91-9	529	Vergütung der Angestellten	—	—	—	—	—
531 91-3	529	Veröffentlichungen	—	—	—	—	—
547 91-7	529	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	36
633 91-0	529	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
663 91-7	529	Schuldendiensthilfen an Sonstige	—	—	—	—	—
682 91-1	529	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
683 91-8	529	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	242
684 91-4	529	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	—	—	—	—	200
685 91-0	529	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige	—	—	—	—	75
686 91-7	529	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	36
883 91-7	529	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	235
887 91-2	529	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
892 91-6	529	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	48
893 91-2	529	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	329
894 91-9	529	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
971 91-3	988	Globale Mehrausgabe (Landesmittel zur Bewilligung der Maßnahmen und Deckung der Ausgaben in der Titelgruppe 91)	—	—	1.010	–1.010	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 91
Veranschlagt sind die zur Bewilligung und Auszahlung vorgesehenen Landesmittel zur Kofinanzierung des nieders. Programms “PROLAND“ (vgl. Erläuterung zu 09 02 TGr. 90). Der haushaltsmäßige Nachweis wird bei dem nach der Haushaltssystematik jeweiligen Sachtitel geführt.

Bezeichnung des Förderprogramms: Niedersächsisches Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums – PROLAND –

Rechtliche Grundlage: VO (EG) Nr. 1257/1999

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	9.448	5.633	2.256	1.201	1.010	-	-	-	-
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					1.010	-	-	-	-

Anmerkung: Es sind ausschließlich Landesmittel veranschlagt. Die EU-Beteiligung beträgt bis zu 50 v. H. und erhöht den Förderumfang entsprechend. Die Veranschlagung der EU-Mittel erfolgt zentral im Kap. 0902 TGr. 90.

Empfänger:
[x]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1.10.2000

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 15.10.2006

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
PROLAND ist ein Programm zur Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums nach der VO (EG) 1257/1999, das sowohl sektorbezogene wie sektorübergreifende als auch umweltspezifische Maßnahmen fördert. Mit PROLAND soll ein nachhaltiger Beitrag zur Stärkung der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit und der ökologischen Funktionen ländlicher Räume geleistet werden.

Zielgruppe: Landwirte, land u. forstwirtschaftl. Unternehmen, Körperschaften d. öff. Rechts, öff. u. private Organisationen, Teilnehmergemeinschaften, Verbände, Vereine, natürliche u. juristische Personen, kommunale Gebietskörperschaften etc.

Durchschnittliche Förderhöhe: Angaben einer durchschnittlichen Förderhöhe hier nicht sinnvoll, da diverse sehr unterschiedliche Maßnahmen gefördert werden

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 92		**EU-Mittel a. d. Europ. Garantiefonds d. Landwirtschaft (EGFL) - Entwicklungsplan z. Förderung d. ländlichen Räume 2007-2013 im Konvergenzgebiet** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 92. Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: Ausgabetitelgruppe 92 und Ausgabetitelgruppe 93.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *Die Ausgaben der Titelgruppe richten sich nach dem genehmigten EU-Programm. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(—)	(29.200)	(—)	(+29.200)	(—)
425 92-7	531	Vergütung von Angestellten	—	—	—	—	—
531 92-1	531	Veröffentlichungen und Dokumentation	—	—	—	—	—
547 92-5	531	Nichtaufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 92-9	531	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
663 92-5	531	Schuldendiensthilfen an Sonstige im Inland	—	—	—	—	—
682 92-0	531	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
683 92-6	531	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
684 92-2	531	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
685 92-9	531	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
686 92-5	531	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
883 92-5	531	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
887 92-0	531	Zuweisung für Investitionen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
892 92-4	531	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
893 92-0	531	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	—	—	—
894 92-7	531	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
971 92-1	988	Globale Mehrausgabe (EU-Mittel zur Bewilligung der Maßnahmen und Deckung der Ausgaben in der Titelgruppe 92 im Konvergenzgebiet)	—	29.200	—	+29.200	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppen 92 und 93

Niedersachsen plant für die EU-Förderperiode 2007 – 2013 gemeinsam mit Bremen ein Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums. Auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 vom 20.9.2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER) wird das Programm zurzeit aufgestellt.
Es beinhaltet Maßnahmen zur
1. Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft
2. Verbesserung der Umwelt und der Landschaft
3. Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft

Die Maßnahmen des Programms können über regionale Entwicklungsstrategien im Rahmen des LEADER - Ansatzes umgesetzt werden. Veranschlagt sind die zur Bewilligung und Auszahlung vorgesehenen EU - Mittel zur Finanzierung des Programms zur Entwicklung des ländlichen Raums für Niedersachsen/Bremen in der Förderperiode 2007 – 2013. Der haushaltsmäßige Nachweis wird bei dem nach der Haushaltssystematik jeweiligen Sachtitel geführt. Ein Teil der Maßnahmen wird über das Kap. 1502 TGr. 92 und 93 abgewickelt.

Bezeichnung des Förderprogramms: Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums für Niedersachsen/Bremen (Kurzname noch nicht bekannt)

Rechtliche Grundlage: VO (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20.9.2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER; Amtsblatt der EG Nr. L 277, S. 1)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	-	-	-	-	-	100.400	100.400	100.400	100.400
Korrespondierende Einnahmen aus EU					-	100.400	100.400	100.400	100.400
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					-	0	0	0	0

Empfänger:
[x]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1.1.2007

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis.31.12.2013

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Niedersachsen wird voraussichtlich in der Förderperiode 2007 – 2013 ca. 815 Mio. EUR an Fördermitteln aus der EU im Rahmen der VO (EG) 1698/2005 ELER erhalten, die im Wesentlichen im Einzelplan 09 veranschlagt sind. Ein Anteil von rd. 20 % entfällt auf den Einzelplan 15.
Das Programm wird zur Zeit im Einzelnen geplant Es beinhaltet sowohl sektorbezogene wie sektorübergreifenden als auch umweltspezifische Maßnahmen und soll einen nachhaltigen Beitrag zur Stärkung der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit und der ökologischen Funktionen ländlicher Räume leisten.

Zielgruppe: Landwirte, land- u. forstwirtschaftliche Unternehmen, Körperschaften d. öff. Rechts, öffentliche und private Organisationen, Teilnehmergemeinschaften, Verbände, Vereine, natürliche u. juristische Personen, kommunale Gebietskörperschaften etc.

Durchschnittliche Förderhöhe: Angaben einer durchschnittlichen Förderhöhe hier nicht sinnvoll, da diverse sehr unterschiedliche Maßnahmen gefördert werden; siehe Erläuterungen zu den einzelnen Maßnahmen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 93		**EU-Mittel a. d. Europ. Garantiefonds d. Landwirtsch (EGFL) - Entwicklungsplan z. Förder. d. ländl. Räume 2007-2013 außerhalb d. Konvergenzgebietes** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 93. Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 92.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. Die Ausgabe der Titelgruppe richtet sich nach dem genehmigten EU-Programm. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(—)	(71.200)	(—)	(+71.200)	(—)
425 93-5	531	Vergütung von Angstellten	—	—	—	—	—
531 93-0	531	Veröffentlichungen und Dokumentation	—	—	—	—	—
547 93-3	531	Nichtaufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 93-7	531	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
663 93-3	531	Schuldendiensthilfe an Sonstige im Inland	—	—	—	—	—
682 93-8	531	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
683 93-4	531	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
684 93-0	531	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
685 93-7	531	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
686 93-3	531	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
883 93-3	531	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
887 93-9	531	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
892 93-2	531	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
893 93-9	531	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	—	—	—
894 93-5	531	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
971 93-0	988	Globale Mehrausgabe (EU-Mittel zur Bewilligung der Maßnahmen und Deckung der Ausgaben in der Titelgruppe 93) außerhalb des Konvergenzgebietes	—	71.200	—	+71.200	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 0902 Allgemeine Bewilligungen - EU-Förderungsmaßnahmen und Tierseuchenbekämpfung -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 95		**Landesmittel zur Kofinanzierung v. Maßnahmen a. d. Europ. Landwirtschaftsfonds (ELER) Entwicklungsplan z. Förderung d. ländl. Räume 2007-2013** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 232 95.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *Die Ausgaben der Titelgruppe richten sich nach dem genehmigten EU-Programm.* *Die Mehrausgaben im laufenden Haushaltsjahr sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(950) (—)	(1.000)	(—)	(+1.000)	(—)
425 95-1	529	Vergütung der Angstellten	—	—	—	—	—
531 95-6	529	Veröffentlichungen und Dokumentation	—	—	—	—	—
547 95-0	529	Nichtaufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 95-3	529	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
663 95-0	529	Schuldendiensthilfen an Sonstige im Inland	—	—	—	—	—
682 95-4	529	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
683 95-0	529	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
684 95-7	529	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
685 95-3	529	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
686 95-0	529	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
883 95-0	529	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
887 95-5	529	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
892 95-9	529	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
893 95-5	529	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	—	—	—
894 95-1	529	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
971 95-6	988	Globale Mehrausgabe (Landesmittel zur Bewilligung der Maßnahmen und Deckung der Ausgaben in der Titelgruppe 95)	950 —	1.000	—	+1.000	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		1	–1	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 95

Veranschlagt sind zur Bewilligung und Auszahlung vorgesehene Landesmittel zur Kofinanzierung des Programms zur Entwicklung des ländlichen Raums für Niedersachsen/Bremen in der Förderperiode 2007 – 2013 (vgl. Erläuterung zu 0902 TGr. 92 und 93). Der haushaltsmäßige Nachweis wird bei dem nach der Haushaltssystematik jeweiligen Sachtitel geführt.

Bezeichnung des Förderprogramms: Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums für Niedersachsen/Bremen (Kurzname ist noch nicht vergeben)

Rechtliche Grundlage: VO (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20.9.2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER; Amtsblatt der EG Nr. L 277, S. 1)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	-	-	-	-	-	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					-	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000

Anmerkung: Es sind ausschließlich Landesmittel veranschlagt. Die EU - Beteiligung beträgt zwischen 50 und 75 v. H. und erhöht den Förderumfang entsprechend. Die Veranschlagung der EU - Mittel erfolgt zentral im Kapitel 0902 TGr. 92 und 93.

Empfänger:
[x]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1.1.2007

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis.31.12.2013

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Niedersachsen wird voraussichtlich in der Förderperiode 2007 – 2013 ca. 815 Mio. EUR an Fördermitteln aus der EU im Rahmen der VO (EG) 1698/2005 ELER erhalten, die im Wesentlichen im Einzelplan 09 veranschlagt sind. Ein Anteil von rd. 20 % entfällt auf den Einzelplan 15.
Das Programm wird zur Zeit im Einzelnen geplant Es beinhaltet sowohl sektorbezogene wie sektorübergreifenden als auch umweltspezifische Maßnahmen und soll einen nachhaltigen Beitrag zur Stärkung der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit und der ökologischen Funktionen ländlicher Räume leisten.

Zielgruppe: Landwirte, land- u. forstwirtschaftliche Unternehmen, Körperschaften d. öff. Rechts, öff. u. private Organisationen, Teilnehmergemeinschaften, Verbände, Vereine, natürliche und juristische Personen, kommunale Gebietskörperschaften etc.

Durchschnittliche Förderhöhe: Angaben einer durchschnittlichen Förderhöhe hier nicht sinnvoll, da diverse sehr unterschiedliche Maßnahmen gefördert werden.

Zu 971 95

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	500	500
2009	—	—	—	—
2010	—	—	150	150
2011 ff.	—	—	300	300
Summe	—	—	950	950

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 0902 Allgemeine Bewilligungen - EU-Förderungsmaßnahmen und Tierseuchenbekämpfung -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0902					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		150	150	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		107.330	102.930	+4.400	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		8.600	5.700	+2.900	
		Summe der Einnahmen		116.080	108.780	+7.300	
		4 Personalausgaben	—	—	—	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	77	153	–76	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	— 35	13.504	28.338	–14.834	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	8.610	4.610	+4.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	950 —	101.400	82.215	+19.185	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	950 35	123.591	115.316	+8.275	
		Zuschuss		7.511	6.536	+975	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 0903 Allgemeine Bewilligungen - Erzeugung, Vermarktung, Ernährung, Forst und Jagd -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
099 91-8	549	Jagdabgabe *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 91.*		1.900	1.900	—	3.279
119 01-3	529	Vermischte Einnahmen **** Rückzahlungen an den Bund sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.*		36	36	—	12
119 11-0	529	Rückzahlung von Überzahlungen aus Landesmitteln **** Rückzahlungen an den Bund sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.*		120	120	—	14
119 21-8	529	Einnahmen aus Sponsoring **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*		—	—	—	—
231 01-8	164	Zuweisungen des Bundes für die Einrichtungen der Blauen Liste - Betriebe		699	577	+122	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 81		**Umlage gem. § 22 MFG**		(3.500)	(3.500)	(—)	(3.739)
099 81-0	532	Abgabe der Molkereien *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.*		3.450	3.450	—	3.713
162 81-4	532	Zinseinnahmen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.*		50	50	—	26
		A U S G A B E N					
546 30-2	529	Folgetitel für gelöschte Ausgabetitel im Kapitel 0903	—	—	—	—	—
683 11-3	549	Zuschüsse an private Unternehmen für Zwecke der Tierzucht *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 683 11, 686 10 und 686 11.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	140	190	–50	140
685 10-8	549	Berufsbildungsmaßnahmen nach der VO (EG) 1257/1999 und VO (EG) 1698/2005 *Übertragbar.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 685 10, 685 12 und 685 13.*	100 100	180	180	—	83
685 11-6	549	Zuschuss (Budget) an die Landwirtschaftskammer Niedersachsen für die Erledigung der Pflichtaufgaben und Auftragsangelegenheiten *Übertragbar.*	—	65.086	66.804	–1.718	69.796
685 12-4	549	Zuschüsse an Deula-Lehranstalten und an Sonstige für berufsbezogene Weiterbildungsmaßnahmen *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 685 10.*	50 50	78	128	–50	71
685 13-2	127	Zuschüsse an Deula-Lehranstalten für schulische Maßnahmen, die den berufsbildenden Unterricht ergänzen *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 685 10.*	—	1.023	1.023	—	1.201

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 099 91

Einnahmen des Landes aus der Jagdabgabe gem. § 22 Abs. 2 des Niedersächsischen Jagdgesetz (NJagdG) vom 16. März 2001 (Nieders. GVBl. S. 100).
Die Einnahmen sollen bestimmungsgemäß für die Förderung jagdlicher Zwecke verwendet werden (vgl. Titelgruppe 91).
Die Einnahmen unterliegen starken jährlichen Schwankungen, da seit 2002 die Möglichkeit besteht, den Jagdschein für ein bis drei Jahre zu lösen.
Veranschlagt wurde daher ein Mittelwert.

Zu 119 21

Die Verwaltungsvorschriften zur Bekämpfung von Korruption in der Landesverwaltung (Gem. RdErl. d. MI, d. StK u. d. übr. Min. v. 14.6.2001) sind zu beachten.

Zu 231 01

Vgl. Erläuterungen zu 685 15.

Zu Titelgruppe 81

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 81.

Zu 683 11

Bei dem Titel 686 10 sind Haushaltsmittel für denselben Zweck veranschlagt.
Ab Haushaltsjahr 2007 weniger infolge Reduzierung als Konsolidierungsbeitrag.
.
Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschüsse an private Unternehmen für Zwecke der Tierzucht

Rechtliche Grundlage: Förderung von Leistungsprüfungen i.S.v. § 4 Abs. 1 i.V.m. § 1 Abs. 2 Tierzuchtgesetz

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	160	167	154	140	190	140	140	140	140
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					190	140	140	140	140

Empfänger:
[x]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Hohe Bedeutung der Tierproduktion in Niedersachsen . – Förderung spezieller Tierzuchtmaßnahmen, insbes. Nutzung des Pferdesports (Turniersport, Pferderennen) als Leistungsprüfungen für züchterische Maßnahmen der Pferdezüchtervereinigungen. – Bund-Länder-Finanzierung der Deutschen Gesellschaft für Züchtungskunde für Mittlerrolle zwischen Wissenschaft, Verwaltung und Praxis sowie internationaler Aufgaben auf dem Gebiet der Tierzucht.

Zielgruppe: : Durchführende von Leistungsprüfungen

Durchschnittliche Förderhöhe: 30.800 EUR
.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 685 10

Bezeichnung des Förderprogramms: Berufsbildungsmaßnahmen nach Art. 9 der VO (EG) 1257/99

Rechtliche Grundlage: § 44 LHO, Jährl. Haushaltsgesetz und Haushaltsführungsbestimmungen und die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Berufsbildungsmaßnahmen zum Thema Land- und Forstwirtschaft und Umwelt v. 1.11.2000 (Nds. MBl. S. 811 ff.) in der jeweils gültigen Fassung

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	128	145	151	83	180	180	180	180	180
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					180	180	180	180	180

Anmerkung: Es sind ausschließlich Landesmittel veranschlagt. Die EU-Beteiligung beträgt bis zu 50 v.H. und erhöht den Förderumfang entsprechend. Die Veranschlagung der EU-Mittel erfolgt zentral im Kap. 0902 TGr. 90, TGr. 92 und 93 (ab 2007).

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1.1.2000

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 31.12.2006 (Gültigkeit der aktuellen Richtlinie; die Förderung wird ab 1.1.2007 fortgesetzt)

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Es werden Maßnahmen gefördert, die eine deutliche Qualifizierung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bewirken. Dabei soll ein besonderes Augenmerk auf die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen gelegt werden. Die Steigerung der Managementfähigkeiten, professionalisierte Arbeitsvollzüge und eine verbesserte Produktqualität in der Produktion und Verarbeitung von Lebensmitteln sollen erzielt werden. Nachhaltiges ökologisches Wirtschaften im Sinne von Ressourcen- und Tierschutz stehen in den Vordergrund. Dies gilt analog für den Gartenbau und die Forstwirtschaft. Arbeitskräfterekrutierung und Diversifizierung in der landwirtschaftlichen Tätigkeit sind weitere Fördertatbestände. Diese Maßnahmen tragen zur Stabilisierung und damit zur Steigerung der Wettbewerbs-
Fähigkeit der nds. Betriebe bei. Somit wird auch der ländl. Raum als Wirtschaftsstandort gestärkt.

Zielgruppe: Auszubildende, Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Familienangehörige der Land- und Forstwirtschaft und des Gartenbaus. Daneben Personen, die einen Arbeitsplatz in der Landwirtschaft anstreben bzw. mit der Verarbeitung und Zubereitung von Lebensmitteln in der Gemeinschaftsverpflegung beschäftigt sind.

Durchschnittliche Förderhöhe: 50 EUR pro Tag und Teilnehmer. Förderhöhe pro Maßnahme durchschnittlich rd. 2.000 bis 5.000 EUR. In Einzelfällen höher.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	100	—	100
2008	—	—	100	100
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	100	100	200

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 685 11

Aufgrund § 31 des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer Niedersachsen i. d. F. vom 10.11.2005 (Nds. GVBl. 2005, S. 334) wird der Landwirtschaftskammer 90 v. H. des entstehenden Aufwandes für die Auftragsangelegenheiten nach Abzug ihrer Einnahmen erstattet. Im Rahmen der Verwaltungsreform wurden umfangreiche Aufgaben der staatlichen Agrarverwaltung auf die Landwirtschaftskammer übertragen, die zunächst zu 100 % erstattet werden sollen. Vom verbleibenden Rest des Budgets wird der Landwirtschaftskammer der Aufwand für die Pflichtaufgaben erstattet.

Die Finanzierung erfolgt unter der Voraussetzung, dass die Landwirtschaftskammer die in den Zielvereinbarungen vereinbarten Ziele eingehalten hat. Um extreme Abweichungen aufgrund einmaliger oder besonderer Belastungen abzumildern, erfolgt die Finanzzuweisung unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung der drei vorangegangenen Jahre.

Zu 685 12

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschüsse an Deula - Lehranstalten und an Sonstige für berufsbezogene Weiterbildungsmaßnahmen

Rechtliche Grundlage: § 44 LHO, Jährl. Haushaltsgesetz und Haushaltsführungsbestimmungen

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	124	93	93	71	128	78	78	78	78
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					128	78	78	78	78

Anmerkung: Ab Haushaltsjahr 2007 weniger infolge Reduzierung als Konsolidierungsbeitrag.

Empfänger:
[x]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: Mitte der Siebziger Jahre

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Landtechniklehrgänge. Unfall- und Umweltschutz stehen in dem Vordergrund. Diese Lehrgänge dienen der Anpassung an die in der Agrarwirtschaft sich ständig ändernden Rahmenbedingungen (z.B. steigende Anforderungen aufgrund EU- und sonstiger gesetzlicher Vorgaben). Lehrgänge tragen zur Wettbewerbsfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes und damit zur Stärkung des ländl. Raumes bei.

Zielgruppe: In der Agrarwirtschaft Tätige

Durchschnittliche Förderhöhe: 50 EUR pro Tag und Teilnehmer; rund 32.000 EUR je Deula - Lehranstalt

Noch zu 685 12

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	50	—	50
2008	—	—	50	50
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	50	50	100

Zu 685 13

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschüsse an Deula - Lehranstalten für schulische Maßnahmen, die den Berufsbildenden Unterricht ergänzen.

Rechtliche Grundlage: § 44 LHO, Jährl. Haushaltsgesetz und die Haushaltsführungsbestimmungen, die VO über Berufsbildende Schulen (BbS-VO) v. 24.07.2000 und den dazu vom MK erlassenen Ergänzenden Bestimmungen (EG-BbS-VO) v. 24.07.2000 (Nds. MBl. S. 367) in der jeweils gültigen Fassung.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	906	934	777	1.201	1.023	1.023	1.023	1.023	1.023
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					1.023	1.023	1.023	1.023	1.023

Empfänger:
[x]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung
Gesetzliche Verpflichtung.
Beginn der Förderung: Mitte der Siebziger Jahre.

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Landtechniklehrgänge sind nach den genannten rechtlichen. Grundlagen für Auszubildende in der Agrarwirtschaft zwingend vorgeschrieben. Die Lehrgänge tragen zur Qualität der Ausbildung in der Agrarwirtschaft bei. Ohne eine qualifizierte Ausbildung sind die ständig steigenden Anforderungen in der Agrarwirtschaft, insbesondere auch in der Agrartechnik nicht mehr zu bewältigen. Gut ausgebildete Betriebsinhaber oder landw. Arbeitnehmer/ innen tragen zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des landw. Betriebes und damit zur Stärkung des ländl. Raumes bei.

Zielgruppe: Auszubildende in der Agrarwirtschaft

Durchschnittliche Förderhöhe: Wochenlehrgänge 200 EUR pro Woche und Teilnehmer (ggf. zuzüglich 6 EUR für Übernachtung und Verpflegung); Tageslehrgänge 46 EUR pro Tag und Teilnehmer; rund 255.000 EUR je Deula - Lehranstalt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
685 15-9	549	Zuschuss für die Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover (ARL) *Übertragbar.*	—	2.330	2.107	+223	—
686 10-4	549	Zuschüsse zur Förderung der Tierzucht *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 683 11.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	310	360	–50	356
686 11-2	549	Besondere Tierzuchtmaßnahmen nach der VO (EG) Nr. 1698/2005 *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 683 11.*	600 240	100	138	–38	74
686 13-9	549	Zuschüsse an Rennvereine *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 96 v.H. der Isteinnahmen bei 1301-055 11.*	—	960	960	—	579
686 21-0	549	Zuschuss an das Deutsche Institut für Lebensmitteltechnik e. V. (DIL) *Übertragbar.*	—	450	450	—	400
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Förderung der landwirtschaftlichen Beratung und Maßnahmen des ökologischen Landbaus** *Übertragbar.*	(850) (1.000)	(900)	(1.300)	(–400)	(1.936)
526 61-1	549	Aufwandsentschädigung für die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Beirates für den ökologischen Landbau	—	—	—	—	1
531 61-5	549	Ausgaben für Veröffentlichungen und Dokumentation	—	—	—	—	—
537 61-3	549	Zweckforschungen, Erhebungen und Untersuchungen	—	—	—	—	—
547 61-9	549	Nicht aufteilbare Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	0
683 61-0	549	Zuschüsse für Beratungsleistungen	—	—	200	–200	750
686 61-9	549	Zuschüsse für Maßnahmen des ökologischen Landbaus	850 1.000	900	1.100	–200	1.184
TGr. 62		**Maßnahmen zur Sicherung der landwirtschaftlichen Betriebe in der Elbtalaue aufgrund von Hochwasser bedingter Dioxinbelastung** *Übertragbar.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(500)	(—)	(+500)	(—)
547 62-7	539	Nichtaufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben	—	—	—	—	—
683 62-8	539	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	500	—	+500	—
892 62-6	539	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 685 15

Die Förderung der wissenschaftlichen Forschung durch den Bund und die Länder ist durch die Rahmenvereinbarung über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Art. 91 b GG vom 28.11.1975 (RV-Fo), zuletzt geändert am 20.03.2001, geregelt worden.
Die Rahmenvereinbarung ist mit Wirkung vom 1.1.1976 in Kraft getreten. Nach dieser Rahmenvereinbarung und den geschlossenen Ausführungsvereinbarungen wirken die Vertragsschließenden bei der Förderung von Einrichtungen und Vorhaben der wissenschaftlichen Forschung von überregionaler Bedeutung zusammen.
Vertragliche Leistung gem. der RV-Fo i. d. F. vom 20.3.2001 in Verbindung mit der Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen i. d. F. v. 24.10./3.11.1997 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Die Akademie für Raumforschung und Landesplanung ist eine bundesweite Forschungseinrichtung; ihre Aufgabe ist es, selbstständig und im Zusammenwirken mit ähnlichen Einrichtungen des In- und Auslandes wissenschaftliche Grundlagen der Entwicklung von Raum und Umwelt zu erarbeiten.

Bezeichnung des Förderprogramms: Institutionelle Förderung der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Rechtliche Grundlage: Rahmenvereinbarung des Bundes und der Länder nach Art. 91b GG über die gemeinsame Förderung der Forschung vom 28.11.1975, zuletzt geändert am 20.03.2001

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	1.945	1.945	1.945	2.076	2.107	2.330	2.476	2.520	2.300
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund					616	699	743	756	690
Sonstige									
Zuschuss					1.491	1.631	1.733	1.764	1.610

Anmerkung: In dem bei Zuschuss ausgewiesenen Betrag, sind auch Anteile anderer Länder enthalten. Diese Anteile können jedoch nicht ausgewiesen werden, da sie wie die Anteile anderer Blaue Liste Einrichtungen, vom MWK bei Kapitel 0607 TGr. 77-78 bis 97-98 vereinnahmt werden. MWK erstellt einen Erfassungsbogen für alle überregionalen Forschungseinrichtungen. Die Haushaltsmittel wurden bis einschließlich Haushaltsjahr 2005 bei Kapitel 0607 Titel 685 80 veranschlagt.

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [x]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1946

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Die Förderung ist durch die Rahmenvereinbarung Forschungsförderung gem. Art. 91b GG unumgänglich.

Zielgruppe:
Anstalt des öffentlichen Rechts als zentrale, länderübergreifende Serviceeinrichtung für die Forschung, Politikberatung und Beratung der Fachöffentlichkeit hinsichtlich der Forschungsfelder

Durchschnittliche Förderhöhe: seit 2001 rd. 1,48 Mio. EUR

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover (ARL)

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	2.442	2.219	2.119
Einnahmen	112	112	112
Fehlbetrag	2.330	2.107	2.007

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 685 15

	2006 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	
2. das Land mit	1.631
3. den Bund mit	699
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
5. Private	—
Zusammen	2.330

Zu 686 10

Bei dem Titel 686 73 sind Haushaltsmittel für denselben Zweck veranschlagt.
Ab Haushaltsjahr 2007 weniger infolge Reduzierung als Konsolidierungsbeitrag.

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschüsse zur Förderung der Tierzucht

Rechtliche Grundlage: Förderung von Leistungsprüfungen i.S.v. § 4 Abs. 1 i.V.m. § 1 Abs. 2 Tierzuchtgesetz

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	485	441	398	356	360	310	310	310	310
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					360	310	310	310	310

Empfänger:
[x]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Durchführung von Leistungsprüfungen für Zuchtwertfeststellung (u.a. Fleischrinder, Schafe, Kleinpferde). – Nutzbarmachung der daraus gewonnenen Informationen mittels EDV. – Sicherstellung von Genmaterial zur Zuchtverwendung durch künftige Generationen (Daseinsvorsorge) soweit nicht von Titel 686 11 erfasst. – Förderung der Rassegeflügel- und Rassekaninchenzucht. – Gewährleistung einer flächendeckenden Bienenhaltung.

Zielgruppe: Zuchtorganisationen/Züchter

Durchschnittliche Förderhöhe: 1.550 EUR

Zu 686 11

Bezeichnung des Förderprogramms: Besondere Tierzuchtmaßnahmen nach der VO (EG) Nr. 1698/2005

Rechtliche Grundlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Erhaltung der genetischen Vielfalt in der Tierzucht und vom Aussterben bedrohter Rassen vom 01.07.2005 – 103-60231/8.11-1 (Nds. MBl. S. 616)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 686 11

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	74	78	78	74	138	100	100	100	100
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					138	100	100	100	100

Anmerkung: Es sind ausschließlich Landesmittel veranschlagt. Die EU-Beteiligung beträgt bis zu 50 v. H. und erhöht den Förderumfang entsprechend. Die Veranschlagung der EU-Mittel erfolgt zentral im Kap. 0902 TGr. 90 (bis 2006), TGr. 92 und 93. .

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1995

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Erhaltung der genetischen Vielfalt in der Tierzucht und vom Aussterben bedrohter Rassen der Tierarten Rind, Pferd, Schaf und Schwein. – Motivation zur Erhaltung von Rassen, die nicht dem aktuellen Leistungsstandard entsprechen. – Erhaltung des Genmaterials aus Gründen der Daseinsvorsorge.

Zielgruppe: Zuchtorganisationen, Zuchttierhalter/innen

Durchschnittliche Förderhöhe: 745 EUR

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	25	—	—	25
2008	25	—	100	125
2009	25	—	100	125
2010	—	—	100	100
2011 ff.	—	—	300	300
Summe	75	—	600	675

Zu 686 13
Bei dem Titel 683 11 sind Haushaltsmittel für denselben Zweck veranschlagt.

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschüsse an Rennvereine

Rechtliche Grundlage: Förderung von Leistungsprüfungen aufgrund § 16 Rennwett- und Lotteriegesetz v. 8.4.1922, § 4 Tierzuchtgesetz sowie der Verordnung über Leistungsprüfungen und Zuchtwertfeststellung bei Pferden.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 686 13

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	833	776	549	579	960	960	960	960	960
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					960	960	960	960	960

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[x]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Rückvergütung von 96 v. H. aus der Totalisatorsteuer am Wettaufkommen (16 2/3 v. H.) der Pferderennen zur Finanzierung der Leistungsprüfungen als Aufgabe der Rennvereine im öffentlichen Interesse.

Zielgruppe: Rennvereine

Durchschnittliche Förderhöhe: 42.220 EUR

Zu 686 21

Das Deutsche Institut für Lebensmitteltechnik e. V. (DIL) in Quakenbrück beschäftigt sich seit seiner vom Land Niedersachsen betriebenen Gründung im Jahr 1985 mit der verfahrenstechnisch orientierten Forschung und Entwicklung im Lebensmittelbereich.
Durch die in den Bereichen Verfahrenstechnik und Lebensmittelphysik, chemische und mikrobiologische Analytik, Maschinenbau und Elektrotechnik sowie Qualitätssicherung gesammelten Erfahrungen kann das DIL die in der Nahrungsmittelproduktion relevanten Probleme unter Nutzung synergistischer Effekte bearbeiten. Die Aufgaben im Einzelnen reichen von der Auftragsanalytik über die Rezeptur- und Verfahrensentwicklung bis zum Bau komplexer Anlagen und Apparate.
Ein wesentlicher Teil der Arbeit des DIL liegt in der vorwettbewerblichen Forschung, die im Rahmen von national und europäisch geförderten Forschungs- und Entwicklungsprojekten erfolgt. Die Ergebnisse dieser Projekte werden insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen der Lebensmittelindustrie genutzt. Ein Schwerpunkt der sowohl auf bilateraler als auch gemeinnütziger Ebene umgesetzten Projekte ist es, unter Anwendung des modernen analytischen, technischen und stoffspezifischen Potentials qualitativ hochwertige und sichere Produkte zu entwickeln.

Bezeichnung des Förderprogramms: Institutionelle Förderung des Deutschen Instituts für Lebensmittelsicherheit e. V. (DIL) zur Wahrnehmung der satzungsgemäßen Aufgaben

Rechtliche Grundlage: §§ 23, 44 LHO

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	614	491	450	400	450	450	450	450	450
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					450	450	450	450	450

Anmerkung: Im Haushaltsjahr 2005 weniger infolge Reduzierung als Konsolidierungsbeitrag.

-

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 686 21

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [x]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: im ML seit 2002 (zuvor MW)

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, jeweils bis 31.12. j. J.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Beim Absatz der erzeugten Produkte auf nationalen und internationalen Märkten treten die Unternehmen und Agrarbetriebe in Konkurrenz zu Produzenten in Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien und den Niederlanden. Um sich in diesem Rahmen behaupten zu können, ist es notwendig, internationale Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und darauf zu reagieren. Da hierzu die mittelständischen Betriebe überwiegend nicht in der Lage sind, ist es wichtig, eine Einrichtung zu schaffen, die ihnen diese Möglichkeit eröffnet und ihnen zielgerichtete Forschungsergebnisse ermöglicht.

Zielgruppe: Vorwiegend mittelständische Betriebe der Lebensmittelwirtschaft

Durchschnittliche Förderhöhe: 469.000 EUR

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
Deutsches Institut für Lebensmitteltechnik e. V.

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	4.062	4.062	3.980
Einnahmen	3.612	3.612	3.580
Fehlbetrag	450	450	400

	2006 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	450
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
5. Private	—
Zusammen	450

Zu Titelgruppe 61

Förderung der landwirtschaftlichen Beratung und Maßnahmen des ökologischen Landbaus.

Zu 683 61

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschusse fur Beratungsleistungen (Beratungsringe)

Rechtliche Grundlage: RdErl. d. ML v. 20.08.2002

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	2.500	2.000	1.600	750	200	-	-	-	-
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					200	-	-	-	-

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 683 61

Anmerkung: Im Haushaltsjahr 2005 und 2006 weniger infolge Reduzierung als Konsolidierungsbeitrag.

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2002 (aktuelle Richtlinie)

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 31.12.2006

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
– gefördert wird die Beratung zur Entwicklung einer unternehmerisch geführten Landwirtschaft, verbunden mit nachhaltigen, umwelt- und tiergerechten Produktionsverfahren, die zur Erzeugung qualitativ hochwertiger Produkte führen soll
– die wirtschaftlichen Verhältnisse und Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Betriebe soll erhalten und verbessert werden

Zielgruppe: landwirtschaftliche Beratungsringe in Niedersachsen

Durchschnittliche Förderhöhe: im Hj. 2005: ca. 2.700 EUR / Berater

Zu 686 61
Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschüsse für Maßnahmen des ökologischen Landbaus

Rechtliche Grundlage: §§ 23 und 44 LHO

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	1.598	2.130	1.393	1.184	1.100	900	800	800	800
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					1.100	900	800	800	800

Anmerkung: Ab Haushaltsjahr 2007 weniger infolge Reduzierung als Konsolidierungsbeitrag und Umsetzung von Haushaltsmitteln zu Kapitel 0903 686 82.

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2002

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Ziel der Fördermaßnahmen zum ökologischen Landbau ist in erster Linie die Stärkung der Marktentwicklung für in Niedersachsen erzeugte ökologische Produkte. Hierzu gehören insbesondere

- Maßnahmen zur Vermarktung von Bioprodukten, Verbraucheraufklärung, Nds. Aktionstage Ökolandbau
- Beirat “Absatzförderung für den ökologischen Landbau“
- “Kompetenzzentrum Ökolandbau“ incl. Umstellungsberatung
- Forschungsvorhaben

Zielgruppe:
Vereine und Institutionen, die mit ihren Projekten insbesondere die Nachfrageseite für den ökologischen Landbau u. a. durch Information,

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 686 61
Beratung, Forschung, Aufklärung stärken.

Durchschnittliche Förderhöhe: 27.000 EUR ohne das KÖN

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	53	495	—	548
2008	45	495	150	690
2009	5	5	350	360
2010	5	5	350	360
2011 ff.	3	—	—	3
Summe	111	1.000	850	1.961

Zu 683 62 und zu 892 62
Bezeichnung des Förderprogramms: Maßnahmen zur Sicherung landwirtschaftlicher Betriebe und Leistungen an landwirtschaftliche Betriebe in Niedersachsen zum Ausgleich wirtschaftlicher Schäden infolge der Dioxinbelastung in der Elbtalaue

Rechtliche Grundlage: § 53 LHO

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	-	-	-	-	-	500	-	-	-
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					-	500	-	-	-

Empfänger:
[x]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [x]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 01.01.2007

Befristung:
[ ]Nein [ ]Ja, bis.31.12.2007

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Billigkeitsleistung an landwirtschaftliche Betriebe in Niedersachsen, denen infolge der Dioxinbelastung durch die Elbe ein wirtschaftlicher Schaden an landwirtschaftlichen Kulturen/Erzeugnissen auf den Elbvordeichsflächen in den Kreisen Lüchow - Dannenberg, Lüneburg und Harburg entstanden ist.

Zielgruppe: landwirtschaftliche Unternehmen

Durchschnittliche Förderhöhe: 3000 EUR

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 71		**Für Forschung und sonstige Förderung der Landwirtschaft** *Übertragbar.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: Ausgabetitelgruppe 71 und 683 83.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(656) (600)	(942)	(1.065)	(–123)	(803)
541 71-8	549	Ehrenzeichen und sonstige Auszeichnungen	—	10	8	+2	9
547 71-6	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	138	140	–2	98
633 71-0	549	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	25	—	+25	—
686 71-6	549	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	656 600	769	917	–148	697
TGr. 72		**Für Forschung und sonstige Förderung auf dem Gebiet nachwachsender Rohstoffe** *Übertragbar.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(600) (600)	(800)	(800)	(—)	(761)
526 72-7	169	Aufwandsentschädigung für die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Beirates für nachwachsende Rohstoffe	—	—	—	—	—
547 72-4	169	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	74
683 72-5	169	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	600 600	800	800	—	688
686 72-4	169	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
892 72-3	169	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
893 72-0	169	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 73		**Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse aufgrund der VO (EG) 797/2004** *Übertragbar.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(205)	(205)	(—)	(205)
429 73-0	549	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	20	18	+2	14
547 73-2	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5	7	–2	2
686 73-2	549	Zuschüsse an Imker	—	180	180	—	188

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 541 71

Auszeichnungen für besondere züchterische Leistungen.

Zu 547 71

Auftragsforschung, Untersuchungen und Versuche, insbesondere
- im Hinblick auf eine umwelt- und ressourcenschonende Produktion,
- zu aktuellen agrarpolitischen Themen,
- auf dem Gebiet der Tierproduktion,
- zur Lösung umweltrelevanter Fragen des Pflanzenschutzes.

Sachaufwendungen in Vorbereitung und Ausführung des Landeswettbewerbs “Unser Dorf hat Zukunft“.

Zu 633 71

Siehe Erläuterungen zu Titel 686 71.

Zu 686 71

Bezeichnung des Förderprogramms: Forschung und sonstige Förderung der Landwirtschaft

Rechtliche Grundlage: §§ 23, 44 LHO, jährliches Haushaltsgesetz und Haushaltsführungsbestimmungen, div. Verträge

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	509	585	358	697	917	769	819	869	919
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					917	769	819	869	919

Anmerkung: Ab Haushaltsjahr 2007 weniger infolge Reduzierung als Konsolidierungsbeitrag.

Empfänger:
[x]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Insbesondere werden folgende Forschungen und Förderungen finanziert:

- Unterstützung innovativer Projekte in der Agrartechnik
- Zuschuss an die Fördergemeinschaft der Kartoffelwirtschaft e. V. für die Versuchsanstalt Dethlingen (Vertrag aus 2006)
- Landwirtschaftliche Forschung und Förderung von Einzelprojekten mit grundsätzlichem Charakter
- Untersuchung psycho-sozialer Probleme in ldw. Betrieben, Betrieb der Sorgentelefone und Familienberatung vor Ort, Fortbildung zu Dorfhelferinnen

Zielgruppe: Unternehmen, Landwirte, Vereine und Sonstige mit landwirtschaftlichen Bezug

Durchschnittliche Förderhöhe: 25.000 EUR

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 686 71

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	140	400	—	540
2008	—	200	352	552
2009	—	—	252	252
2010	—	—	52	52
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	140	600	656	1.396

Zu Titelgruppe 72

Das Land fördert Vorhaben in den Bereichen Industrie- und Energiepflanzenbau sowie solche zur technischen Verwertung, Verarbeitung und energetischen Nutzung entsprechend den Zielen und Schwerpunkten des niedersächsischen Förderkonzeptes für nachwachsende Rohstoffe. Auch Maßnahmen der Markteinführung sowie Fachtagungen, Ausstellungen und Symposien werden unterstützt.
Folgende Maßnahmen werden u. a. gefördert:

- Mitwirkung bei der Umsetzung neuer Biokraftstoffstrategien z. B. “Sun Fuel“
- Energiegewinnung aus Biomasse zur Erzeugung von Wärme, Strom oder Kraftstoffen
- Herstellung von Farben, Lacken und Bindemitteln auf Basis von pflanzlichen Ölen und Stärke
- Herstellung von Faserverbund- und Konstruktionswerkstoffen aus Pflanzenfasern in biologisch abbaubaren Bindemitteln

Der niedersächsische Beirat für nachwachsende Rohstoffe informiert die Landesregierung über neue Entwicklungen und regt F. u. E-Vorhaben und innovative Maßnahmen an. Weiterhin trifft er Tendenzaussagen über neue Stoffe, Produktlinien und Verfahren sowie über deren Umweltverträglichkeit.

Das 2003 gegründete niedersächsische Biogasforum ist eine Plattform für den wissenschaftlichen, methodischen und empirischen Wissenstransfer, soll Problemfelder transparent machen und einen technologisch-biologischen Fortschritt bewirken.

Zu 683 72

Bezeichnung des Förderprogramms: Forschung und sonstige Förderung auf dem Gebiet der nachwachsenden Rohstoffe

Rechtliche Grundlage: §§ 23, 44 LHO, jährliches Haushaltsgesetz und Haushaltsführungsbestimmungen; Konzept des Niedersächsischen Ministeriums für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur weiteren Förderung von nachwachsenden Rohstoffen

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	1.279	973	735	688	800	800	800	800	800
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					800	800	800	800	800

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 683 72

Empfänger:
[x]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1990

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Der Ausbau der energetischen Nutzung von Biomasse und der nachwachsenden Rohstoffe zur Nutzung im stofflichen Bereich nach den Zielsetzungen des Klimaschutz-Protokolls von Kyoto schafft Arbeitsplätze mit erwünschten struktur-, energie- und für Niedersachsen besonders wichtigen agrarpolitischen Effekten. Die bisher erzielten Ergebnisse durch die Projektförderung nach dem Konzept des Niedersächsischen Ministeriums für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur weiteren Förderung von nachwachsenden Rohstoffen zielen auf eine nachhaltige Verbesserung der Lage in der niedersächsischen Landwirtschaft und auf eine gesicherte Rohstoffversorgung der Industrie. Die Erfolge in den Bereichen Pflanzenchemie, biologisch abbaubare Werkstoffe und insbesondere das Entwicklungspotenzial von Faserverbundwerkstoffen durch niedersächsische Firmen und Institute sind genauso zu erwähnen, wie die Spitzenposition Niedersachsens beim Energiepflanzenanbau, der Biomassenernte- und –logistik sowie der Biogasnutzung.

Zielgruppe: Private Unternehmen, Institute, Hochschulen, Landwirtschaftskammern

Durchschnittliche Förderhöhe: 75.000 EUR

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	381	300	—	681
2008	200	200	300	700
2009	200	100	200	500
2010	200	—	100	300
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	981	600	600	2.181

Zu 686 72

Siehe Erläuterungen zu Titel 683 72.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Kompetenzzentrums 3N

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	551	505	—
Einnahmen	41	41	—
Fehlbetrag	510	464	—

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	400
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	110
5. Private	—
Zusammen	510

Zu 892 72

Siehe Erläuterungen zu Titel 683 72.

Zu 893 72

Siehe Erläuterungen zu Titel 683 72.

Zu Titelgruppe 73

Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse aufgrund der VO (EG) 797/2004. Die EU-Beteiligung beträgt bis zu 50 v. H.

Zu 429 73 und 547 73

Forschungsvorhaben beim LAVES -Institut für Bienenkunde-.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 686 73

Zuschüsse an Imkerinnen und Imker zur Bekämpfung der Varroose und verwandter Krankheiten, für Schulungsmaßnahmen (Aus- und Fortbildung) sowie Honiganalysen.
Bei dem Titel 686 10 sind Haushaltsmittel für denselben Zweck veranschlagt.

Bezeichnung des Förderprogramms: Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse aufgrund der VO (EG) Nr. 797/2004

Rechtliche Grundlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse und Förderung der Bienenzucht und –haltung vom 30.08.2004 – 103.1-60235/5-1 (Nds. MBl. S. 569).

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	224	225	181	188	180	180	180	180	180
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					90	90	90	90	90
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					90	90	90	90	90

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1998

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Sicherstellung einer flächendeckenden Bienenzucht und –haltung, insbesondere durch Schulungsmaßnahmen zur Verbesserung des Wissenstandes, durch Krankheitsbekämpfung, züchterische Maßnahmen und Honiguntersuchungen

Zielgruppe: Zuchtorganisationen/Züchter

Durchschnittliche Förderhöhe: 977 EUR

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 0903 Allgemeine Bewilligungen - Erzeugung, Vermarktung, Ernährung, Forst und Jagd -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 80		**Durchführung des Ernährungssicherstellungs- und Ernährungsvorsorgegesetzes und der dazu erlassenen Verordnungen** *Übertragbar.*	(—)	(92)	(53)	(+39)	(16)
429 80-2	045	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	36	—	+36	—
547 80-5	045	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	56	53	+3	16
TGr. 81		**Förderung der Milchwirtschaft** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 099 81 und 162 81.*	(—)	(3.500)	(3.500)	(—)	(3.739)
683 81-4	532	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	200	200	—	126
686 81-3	532	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	3.300	3.300	—	3.613
TGr. 82		**Ernährungsberatung** **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(650) (50)	(626)	(426)	(+200)	(401)
547 82-1	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
684 82-9	549	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen *Übertragbar.*	50 50	426	426	—	401
686 82-1	549	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	600 —	200	—	+200	—
TGr. 83		**Zuschüsse zur Absatzförderung ernährungswirtschaftlicher Erzeugnisse** *Übertragbar.*	(290) (—)	(1.690)	(1.690)	(—)	(1.470)
547 83-0	539	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
683 83-0	539	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen *Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 71.*	90 —	310	310	—	115
684 83-7	539	Zuschüsse an die Marketinggesellschaft für nds. Agrarprodukte e. V.	—	1.330	1.380	–50	1.355
686 83-0	539	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	200 —	50	—	+50	—
892 83-9	539	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 80

Zur Vorbereitung von Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiet der Ernährungssicherung und zur Einweisung in Sicherstellungsfunktionen.

Zu Titelgruppe 81

Die nach § 22 Abs. 1 des Milch- und Fettgesetzes (MFG) in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7842-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 156 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2304) in Verbindung mit der Verordnung über die Erhebung einer Umlage auf dem Gebiet der Milchwirtschaft vom 26. November 2004 (Nds. GVBl. S. 519), geändert durch Artikel 6 der Verordnung vom 22. Dezember 2005 (Nds. GVBl. S. 475), aufkommenden Umlagemittel werden für die folgenden im MFG abschließend aufgeführten Zwecke verwendet:

- Förderung und Erhaltung der Milchgüte
- Verbesserung der Hygiene bei der Gewinnung, der Anlieferung, der Be- und Verarbeitung und dem Absatz von Milch- und Milcherzeugnissen
- Milchleistungsprüfungen
- Beratung der Betriebe in milchwirtschaftlichen Fragen und laufende Fortbildung des Berufsnachwuchses
- Werbung zur Erhöhung des Verbrauchs von Milch und Milcherzeugnissen
- Durchführung von Aufgaben, die nach den Vorschriften des MFG bestimmten Stellen, insbesondere der Landesvereinigung der Milchwirtschaft und den Notierungskommissionen für Butter und Käse, übertragen worden sind.

Die Verwendung des Umlageaufkommens ist wie folgt vorgesehen:

1. Landesvereinigung der Milchwirtschaft	2.300 Tsd. EUR
2. Sonstige Zuwendungsempfänger	1.200 Tsd. EUR
Zusammen	3.500 Tsd. EUR

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Landesvereinigung der Milchwirtschaft Niedersachsen e. V.

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	3.000	3.000	3.136
Einnahmen	700	700	755
Fehlbetrag	2.300	2.300	2.381

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land aus der Umlage gem. § 22 MFG	2.300
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
5. Private	—
Zusammen	2.300

Zu Titelgruppe 82

Förderung von Aufklärungs-, Informations- und Beratungsmaßnahmen (Ausstellungen, Seminare, Vorträge und Erstellung von Informationsmaterial). Förderfähig sind Personal- und Sachausgaben.
Die Maßnahmen werden schwerpunktmäßig im Bereich der vollwertigen Ernährung u. a. in Schulen, Kindertagesstätten, Kantinen und in sozialen Brennpunkten durchgeführt. Die Durchführung obliegt insbesondere der Verbraucherzentrale Niedersachsen e. V. und der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e. V.

Zu 684 82

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen (Ernährungsberatung)

Rechtliche Grundlage: § 44 LHO, Jährl. Haushaltsgesetz und Haushaltsführungsbestimmungen

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 684 82

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	409	419	422	401	426	426	426	426	426
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					426	426	426	426	426

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige
In erster Linie Verbraucherzentrale Nieders. e.V. (VZN) und die Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V. –Sektion Niedersachsen – (DGE)

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [x]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung
DGE = I - Förderung; VZN = P - Förderung

Beginn der Förderung: ca. 1986

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Schaffung eines besseren Verbraucherbewusstseins durch Aufklärungs-, Informations- und Beratungsmaßnahmen (Aktionen und Kampagnen, Fachtagungen und Ernährungsforen, Ausstellungen, Seminare, Vorträge sowie Erstellung von Informationsmaterial). Vor dem Hintergrund ständig steigender Krankheitskosten (viele Krankheiten sind auf Ernährungsfehlverhalten zurückzuführen – siehe Ernährungsbericht 2004 – soll die Ernährungs-, Verbraucheraufklärung/-beratung insbesondere in den genannten Einrichtungen flächendeckend unterstützt werden. Die gesunde Ernährung in Schulen nimmt insbesondere durch die Ausweitung der Ganztagsschulen einen immer größeren Stellenwert ein. Dies gilt auch für Kindertagesstätten.

Zielgruppe: Verbraucher/innen, Schulen, Kindergärten, Kindertagesstätten und sonstige Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen

Durchschnittliche Förderhöhe:
VZN rd. 300.000 EUR Sach- und Personalkosten (anteilig für 1 Stelle IV a BAT und 5 Stellen IV b BAT)
DGE rd. 96.000 EUR Sach- und Personalkosten (anteilig für 1 Stelle IV a BAT und 2 Stellen IV b BAT)
Vereine / Verbände rd. 30.000 EUR Sachkosten

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	50	—	50
2008	—	—	50	50
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	50	50	100

Zu 686 82

Bezeichnung des Förderprogramms: Förderung der Informationsvermittlung und des Dialogs zwischen den Erzeugern und Verarbeitern von Lebensmitteln sowie den Verbrauchern auf regionaler Ebene in Niedersachsen (Kurzform: Transparenz schaffen - von der Ladentheke bis zum Erzeuger)

Rechtliche Grundlage: § 44 LHO; Niedersächsische Richtlinie auf der Basis der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 DES RATES vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 686 82

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	-	-	-	-	-	200	200	200	200
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					-	200	200	200	200

Anmerkung: Die Maßnahme wird in Höhe von 55 v. H. bis zu 80 v. H. mit EU - Mitteln kofinanziert. Hier sind ausschließlich Landesmittel veranschlagt. Diese Haushaltsmittel wurden von Kapitel 0903 Titel 686 61 umgesetzt. Die Veranschlagung der EU - Mittel erfolgt zentral im Kapitel 0902 TGr. 92 und 93.

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2007

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Bei Verbrauchern, insbesondere bei Schülern, soll die regionale Identifikation und damit das ökonomische und soziokulturelle Engagement und das Interesse an einer positiven Entwicklung der eigenen Region gestärkt werden. Außerdem soll ein realistisches Bild der Landwirtschaft mit den vielfältigen Funktionen aufgezeigt, die Akzeptanz der Landwirtschaft gesteigert, komplexe ökologische und sozioökonomische Zusammenhänge durch eigene Erfahrungen erkennbar gemacht, Kompetenzen bei Lebensmitteleinkauf und -verwendung vermittelt und Vertrauen in die niedersächsische Land- und Ernährungswirtschaft gestärkt werden. Daneben soll den Erzeugern und Verarbeitern von Lebensmitteln ein direkter Kontakt zum Verbraucher, insbesondere zu Schülern ermöglicht werden. Damit sollen die Voraussetzungen zur Teilhabe an aktuellen ökonomischen Prozessen im ländlichen Raum verbessert werden. Verbessert werden sollen auch die Voraussetzungen zur Kooperation von Landwirtschaft und lebensmittelverarbeitenden Betrieben mit den Sektoren Bildung.

Zielgruppe: Schüler/innen, Verbraucher/innen, lokale Aktionsgruppen, Erzeuger und Verarbeiter von Lebensmitteln

Durchschnittliche Förderhöhe: von 5.000 bis ca. 25.000 EUR je Jahr

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	200	200
2009	—	—	200	200
2010	—	—	200	200
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	600	600

Zu Titelgruppe 83

Unterstützung der Bemühungen um die weitere Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsstruktur unter dem Gesichtspunkt der Sicherung und Verbesserung des Absatzes sowie zur Förderung der marktorientierten Qualitätsproduktion im Hinblick auf die Wettbewerbsverschärfung durch die Schaffung des Europäischen Binnenmarktes und der Änderung der gemeinsamen Agrarpolitik.

Insbesondere wird die Marketinggesellschaft für nieders. Agrarprodukte e. V. in folgenden Bereichen tätig:

Noch zu Titelgruppe 83

- Unterstützung der Vermarktungsbemühungen der niedersächsischen Landwirtschaft durch Beteiligung an Messen, Ausstellungen und Absatzförderungsmaßnahmen.
- Beratung von Vermarktungsorganisationen durch Erarbeiten von Konzepten.
- marktkonforme Angebotserstellung durch Entwicklung von Qualitätssicherungssystemen
- Beratung von Erzeugern und Erzeugerzusammenschlüssen

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 83
- Begleitung von Pilotvorhaben
- Fortbildungsmaßnahmen

Zu 683 83

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschüsse zur Absatzförderung ernährungswirtschaftlicher Erzeugnisse

Rechtliche Grundlage: §§ 23 und 44 LHO, jährliches Haushaltsgesetz, aktueller Haushaltsführungserlass

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	274	91	111	115	310	310	310	310	310
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					310	310	310	310	310

Empfänger:
[x]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1992

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 31.12.2009

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Absatzstimulierung durch Kommunikationsmaßnahmen sowie Stärkung der Wirtschaftstätigkeit im Agrarsektor und Erhöhung der Wertschöpfung

Zielgruppe: Anerkannte Erzeugergemeinschaften, Zusammenschlüsse von landwirtschaftlichen Unternehmen, die die Kriterien der entsprechenden Richtlinien erfüllen, Unternehmen des Handels sowie der Be- und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse mit Sitz in Niedersachsen.

Durchschnittliche Förderhöhe: 5.000 - 70.000 EUR

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	4	—	—	4
2008	—	—	90	90
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	4	—	90	94

Zu 684 83

Bezeichnung des Förderprogramms: Marketinggesellschaft für niedersächsische Agrarprodukte

Rechtliche Grundlage: Einzelförderung

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 684 83

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	1.370	1.291	1.370	1.355	1.380	1.330	-	-	-
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					1.380	1.330	-	-	-

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [x]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1969

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Siehe Erläuterungen zu der TGr. 83.

Zielgruppe: Marketinggesellschaft für niedersächsische Agrarprodukte

Durchschnittliche Förderhöhe: siehe tabellarische Übersicht

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Marketinggesellschaft für nieders. Agrarprodukte e. V.

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR	Istergebnis 2005 Tsd. EUR
Ausgaben	2.650	2.770	2.978
Einnahmen	1.320	1.390	1.623
Fehlbetrag	1.330	1.380	1.355

	2007 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch	
1. eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—
2. das Land mit	1.330
3. den Bund mit	—
4. sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—
5. Private	—
Zusammen	1.330

Es ist vorgesehen, die institutionelle Förderung zum 30.6.2007 einzustellen. Eine Vertragliche Regelung mit reduziertem Mittelvolumen soll folgen. Die Haushaltsmittel werden daher ab dem Haushaltsjahr 2008 bei dem Titel 547 83 veranschlagt.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 686 83

Bezeichnung des Förderprogramms: Kulturlandschaften Niedersachsen - Heimatgenüsse aus Niedersachsen/Heimat braucht Freunde

Rechtliche Grundlage: § 44 LHO, jährl. Haushaltsgesetz und Haushaltsführungsbestimmungen

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	-	-	-	-	-	50	50	50	50
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					-	50	50	50	50

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung
Beginn der Förderung: 2007

Befristung:
[ ]Nein [ ]Ja, bis 31.12.2011

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Im Rahmen des Projektes „Heimatgenüsse aus Niedersachsen“ soll die niedersächsische Kulturlandschaft beworben und Konsumenten und Kunden für hochwertige niedersächsische Produkte und Dienstleistungen gewonnen werden.

Zielgruppe: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland; Verbraucher/innen

Durchschnittliche Förderhöhe: 50.000 EUR

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	50	50
2009	—	—	50	50
2010	—	—	50	50
2011 ff.	—	—	50	50
Summe	—	—	200	200

Zu 892 83

Siehe Erläuterungen zu Titel 683 83.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 91		**Förderung des Jagdwesens** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 099 91.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(1.200) (—)	(1.900)	(1.900)	(—)	(2.148)
547 91-0	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	50	50	—	21
685 91-4	549	Sonstige Zuschüsse	1.200 —	1.850	1.850	—	2.126
TGr. 92 bis 95		**Zuschüsse zur Förderung der Forst- und Holzwirtschaft sowie der privaten Waldbesitzer**	(—)	(1.721)	(1.031)	(+690)	(983)
683 92-0	549	Zuschüsse für Waldschutzmaßnahmen im Nichtstaatswald *Übertragbar.*	—	150	150	—	92
685 92-2	549	Zuschüsse an Vereine, Verbände, Gesellschaften u. a. **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	156	156	—	129
686 92-9	549	Zuschüsse zur Entlastung privater Waldbesitzer von den Beiträgen für Aufgaben nach dem Wasserverbandsgesetz *Übertragbar.*	—	340	—	+340	—
686 93-7	549	Regulierung von Waldbrandschäden gem. § 22 NWaldLG	—	25	25	—	32
686 94-5	549	Förderung der forstfachlichen Betreuung im Privatwald *Übertragbar.*	—	1.050	700	+350	625
686 95-3	549	Waldumweltmaßnahmen *Übertragbar.*	—	—	—	—	104
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		500	–500	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 91

Gefördert werden insbesondere:
- Erhaltung und Verbesserung der Lebensgrundlagen des Wildes
- Wiedereinbürgerung von Wild
- Jagdlicher Artenschutz und Biotopschutz
- Verhinderung und Bekämpfung von Krankheiten des Wildes
- Errichtung und Betrieb von Muster- und Lehrrevieren sowie sonstige Maßnahmen und Einrichtungen zur Information und zur Aus- und Fortbildung
- Information der Öffentlichkeit über Jagd- und Naturschutz
- Schießstandbau und jagdliches Schießen
- Jagdhundewesen
- Jagdliches Brauchtum, insbesondere die Arbeit von Jagdhornbläsergruppen und Untersuchungen zur Jagdkultur und -geschichte
- Jagdforschung; Wildbiologische und -ökologische Untersuchungen insbesondere zur Analyse von Lebens- und Umweltbedingungen des Wildes und zur Vermeidung von Wildschäden in der Land-, Forst- und Fischereinwirtschaft
- Jagdschutzmaßnahmen
- Aus- und Fortbildung der Jäger
- Prüfung und probeweiser Einsatz von Jagdgebrauchsartikeln

Zu 685 91

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	200	200
2009	—	—	200	200
2010	—	—	200	200
2011 ff.	—	—	600	600
Summe	—	—	1.200	1.200

Zu 683 92

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschüsse für Waldschutzmaßnahmen im Nichtstaatswald

Rechtliche Grundlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung Forstwirtschaftlicher Maßnahmen (RdErl .d. ML vom 1.04.2003, Nds. MBl. S. 339); LHO (§§ 23 und 44)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	61	71	103	92	150	150	150	150	150
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					150	150	150	150	150

Anmerkung: Es sind ausschließlich Landesmittel veranschlagt. Die EU-Beteiligung beträgt bis zu 50 v. H. und fällt zusätzlich zu den oben genannten Beträgen an. Die Veranschlagung dafür erfolgt im Rahmen von PROLAND bei Kapitel 09 02 Titelgruppe 90.

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 683 92

Beginn der Förderung:

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 31.12.2006 (Neufassung der Richtlinie ab 1.1.2007)

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Zur Sicherung oder Wiederherstellung einer funktionsfähigen Waldbiozönose und zum Schutz des Waldes gegen bedeutsame Schäden werden biologische und technische Maßnahmen zur Abwehr und Bekämpfung von pilzlichen und tierischen Schadorganismen bezuschusst.

Zielgruppe: Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse, Private Waldbesitzer, Genossenschaften n. Realverbandsgesetz, Kommunen

Durchschnittliche Förderhöhe: rd. 1.500 EUR

Zu 685 92

1. Kuratorium für Waldarbeit und Forsttechnik	66 Tsd.Euro
2. Schutzgemeinschaft Deutscher Wald	50 Tsd.Euro
3. Deutscher Forstwirtschaftsrat	8 Tsd.Euro
4. Landesbeirat Holz	10 Tsd.Euro
5. Sonstige (LIGNA)	22 Tsd.Euro
Zusammen	156 Tsd.Euro

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschüsse an Vereine, Verbände und Gesellschaften zur Förderung der Forst- und Holzwirtschaft

Rechtliche Grundlage: § 44 LHO, Haushaltsgesetz und Haushaltsführungsbestimmungen

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	322	118	147	129	156	156	156	156	156
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					156	156	156	156	156

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [x]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
- Kuratorium für Waldarbeit und Forsttechnik (KWF) – Förderung der Wirtschaftlichkeit und Ertragsleistung der deutschen Forstwirtschaft durch Verbesserung der Waldarbeitstechnik und der Arbeitsbedingungen. Finanzierung über Verwaltungsvereinbarung mit Bund und Ländern je nach Waldflächenanteil.
- Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) – Förderung zur Walderhaltung und -vermehrung. Öffentlichkeitsarbeit über die Bedeutung des Waldes für das Gemeinwohl mit Schwerpunkt bei der Umweltbildung für Kinder und Jugendliche.
- Deutscher Forstwirtschaftsrat (DFWR) – Förderung der Forstwirtschaft durch Erhaltung und Pflege des Waldes in allen Besitzarten. Der DFWR vertritt die sozial- und gesellschaftspolitischen Aufgaben des Waldes. Finanzierung durch Mitgliedsbeiträge je nach Stimmanteil.
- Landesbeirat Holz – Förderung der Holzverwendung, insbesondere die des heimischen Holzes durch regionale und überregionale Gemeinschaftsaktivitäten und Verbraucheraufklärung durch Beteiligung an Fachmessen.
- Forschungsvorhaben
- Beteiligung an Fachmessen z. B. LIGNA

Zielgruppe: Vereine und Verbände, die durch ihre Tätigkeit zur Förderung der Forst- und Holzwirtschaft beitragen.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 685 92

Durchschnittliche Förderhöhe: von 7.000 EUR bis 66.000 EUR

Zu 686 92

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschüsse zur Entlastung privater Waldbesitze von den Beiträgen für Aufgaben nach dem Wasserverbandsgesetz

Rechtliche Grundlage: § 44 LHO, jährl. Haushaltsgesetz und Haushaltsführungsbestimmungen

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	-	-	-	-	-	340	-	-	-
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					-	340	-	-	-

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2007 (vorheriger Förderzeitraum 1989 - 2003)

Befristung:
[ ]Nein [ ]Ja, bis 31.12.2007

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Entlastung der Privatwaldbesitzer bei den Beiträgen für die Unterhaltungsverbände (Gewässer II. Ordnung). Gesetzliche Verpflichtung zur Aufrechterhaltung de Privatwaldes, besondere Bedeutung des Waldes für die Allgemeinheit, Bedeutung für den Wasserhaushalt und geringe wirtschaftliche Nutzbarkeit der Grundstücke.

Zielgruppe: Privatwaldbesitzer

Durchschnittliche Förderhöhe: 8 EUR pro Hektar

Zu 686 93

Bezeichnung des Förderprogramms: Regulierung von Waldbrandschäden

Rechtliche Grundlage: Nieders. Gesetz für den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG) vom 21.03.2002 (Nds.GVBl. S. 112)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	595	611	81	32	25	25	25	25	25
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					25	25	25	25	25

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 686 93

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[x]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Nach §1 des Gesetzes ist u. a. die Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes zu sichern. Diese beiden Funktionen sind von besonderem öffentlichen Interesse. Die Forstwirtschaft hat die Belastungen des gesteigerten Besucherverkehrs entschädigungslos hinzunehmen. Eine Absicherung des Brandrisikos bzw. des entstandenen Schadens ist deshalb von besonderem öffentlichen Interesse.
Das Land macht seit zwei Jahren von Satz 3 des § 22 NWaldLG Gebrauch und kommt für die Hälfte des Schadens im Brandfalle auf.

Zielgruppe: Private Waldbesitzer, Genossenschaften n. RealverbandsG

Durchschnittliche Förderhöhe:

Zu 686 94
Bezeichnung des Förderprogramms: Förderung der forstfachlichen Betreuung im Privatwald

Rechtliche Grundlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung Forstwirtschaftlicher Maßnahmen (RdErl. .d. ML vom 1.04.2003, Nds. MBl. S. 339)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	701	700	700	625	700	1.050	1.050	1.050	1.050
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					700	1.050	1.050	1.050	1.050

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1990

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 31.12.2006 (Neufassung der Richtlinie ab 1.1.2007)

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Gefördert wird die angemessene forstfachliche Betreuung des forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen angehörenden mittleren und kleinen Waldbesitzes, um im Sinne der Daseinsvorsorge die Leistungsfähigkeit des Waldes für den Naturhaushalt und die Allgemeinheit zu sichern.

Zielgruppe: Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse

Durchschnittliche Förderhöhe: rd. 15.000 EUR

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 686 95

Bezeichnung des Förderprogramms: Vertragliche Vereinbarung über Waldumweltmaßnahmen

Rechtliche Grundlage: Erl. .d. ML vom 4.12.2001 – 404 F 64030/1-49 -; LHO (§§ 23 und 44)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	0	10	10	2	-	-	-	-	-
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					-	-	-	-	-

Anmerkung: In der TGr. sind ausschließlich Landesmittel veranschlagt, die im Rahmen der Deckungsfähigkeit u. a. bei diesem Titel in Anspruch genommen werden. Die EU-Beteiligung beträgt bis zu 50 v. H. und fällt zusätzlich zu den oben genannten Beträgen an. Die Veranschlagung der EU - Mittel erfolgt zentral im Kapitel 09 02 Titelgruppe 90 (bis 2006), TGr. 92 und 93.

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2001

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 31.12.2006 (Neufassung der Richtlinie ab 1.1.2007)

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Ziel der Förderung ist die Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Stabilität von Wäldern in Gebieten, wo die Schutzfunktion und die ökologische Funktion dieser Wälder von öffentlichem Interesse sind und wo die Kosten dieser Maßnahmen zum Erhalt und zur Verbesserung dieser Wälder über deren Bewirtschaftungserlös hinausgehen. Die Förderung umfasst jährliche Zahlungen für vertraglich festgelegte Maßnahmen, die die Schutzfunktion und die ökologische Funktion der Wälder in nachhaltiger Weise sichern oder verbessern.

Zielgruppe: Private Waldbesitzer, Genossenschaften n. RealverbandsG

Durchschnittliche Förderhöhe: rd. 6.000 EUR

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 0903 Allgemeine Bewilligungen - Erzeugung, Vermarktung, Ernährung, Forst und Jagd -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0903					
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel		5.350	5.350	—	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		206	206	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		699	577	+122	
		Summe der Einnahmen		6.255	6.133	+122	
		4 Personalausgaben	—	56	18	+38	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	259	258	+1	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	4.996 2.640	83.218	84.534	–1.316	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	4.996 2.640	83.533	84.810	–1.277	
		Zuschuss		77.278	78.677	–1.399	

E R L Ä U T E R U N G E N

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 12-2 (GA)	521	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe (Beteiligungsverhältnis 60 : 40) *** *Rückzahlungen an den Bund sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.*		500	500	—	148
119 13-0 (GA)	521	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe (Beteiligungsverhältnis 70 : 30) *** *Rückzahlungen an den Bund sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.*		—	—	—	15
119 14-9 (GA)	521	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe (Beteiligungsverhältnis 80 : 20) *** *Rückzahlungen an den Bund sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.*		—	—	—	0
231 11-9 (GA)	521	Zuweisungen des Bundes für laufende Zwecke Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" *** *Gem. § 17 Abs. 1 LHO ist die Erläuterung zu den Titeln 231 11, 331 11 und 632 11 verbindlich.*		26.613	27.868	–1.255	20.707
331 11-3 (GA)	521	Zuweisungen des Bundes für Investitionen Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" *** *Gem. § 17 Abs. 1 LHO ist die Erläuterung zu den Titeln 231 11, 331 11 und 632 11 verbindlich.*		30.684	31.284	–600	32.584
		A U S G A B E N					
546 30-6	521	Folgetitel für gelöschte Ausgabetitel im Kapitel 0904	—	—	—	—	—
632 11-3 (GA)	521	Anteil Niedersachsen für die Evaluierung von Fördermaßnahmen im Rahmen der GAK *** *Gem. § 17 Abs. 1 LHO ist die Erläuterung zu den Titeln 231 11, 331 11 und 632 11 verbindlich.*	—	—	—	—	14
662 11-0 (GA)	521	Abwicklung der EFP-Zinszuschüsse	—	130	250	–120	190
683 13-3 (GA)	521	Förderung von Maßnahmen aufgrund des Gesetzes zur Modulation von Direktzahlungen (fakultativ) im Rahmen der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik	—	4.720	4.720	—	4.045
683 14-1 (GA)	528	Förderung von Maßnahmen aufgrund des Gesetzes zur Modulation von Direktzahlungen (obligatorisch) im Rahmen der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik	— 30.000	6.000	9.976	–3.976	—
683 30-3 (GA)	521	Zuschüsse für Anpassungshilfen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer	—	3	10	–7	9
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung**	(16.000) (19.000)	(28.000)	(24.975)	(+3.025)	(37.915)
531 61-9 (GA)	521	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation	—	—	—	—	—
537 61-7 (GA)	521	Zweckforschungen, Erhebungen, Untersuchungen und Entwicklungsplanungen	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0904

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 04
Durch Artikel 91 a GG wurde die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes zur Gemeinschaftsaufgabe erklärt. In Ausführung dessen wurde am 3. 9. 1969 das Gesetz über eine Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAKG, BGBl. I S. 1573) erlassen.
Bei der Erfüllung dieser Aufgabe, deren Durchführung den Ländern obliegt, wirkt der Bund mit, da sie für die Gesamtheit bedeutsam ist und zur Verbesserung der Lebensverhältnisse beiträgt. Bund und Länder tragen bei der Gemeinschaftsaufgabe gleichermaßen Verantwortung. Diese Verantwortung dokumentiert sich in einer gemeinsamen Planung und Finanzierung der Maßnahmen.
Für die Erfüllung der Gemeinschaftsaufgabe wird von Bund und Ländern ein gemeinsamer Rahmenplan aufgestellt. Er enthält die Maßnahmen, die durchgeführt werden und gibt die Förderungsarten (Zuschüsse und Zinszuschüsse) sowie die Zielvorstellungen der einzelnen Maßnahmen an. Außer den Mitteln und Maßnahmen enthält der Rahmenplan auch allgemeine Grundsätze für die Vergabe der ausgewiesenen Mittel, um eine einheitliche Förderung zu gewährleisten.
Die Landesrichtlinien werden entsprechend der jährlichen Beschlussfassung zum Rahmenplan angepasst.
Die Ausgaben im Kapitel 09 04 werden grundsätzlich mit einem Anteil von 60 v. H. Bundesmittel mitfinanziert. Bei Titel 683 13 (fakultative Modulationsmaßnahmen) erfolgt eine Mitfinanzierung in Höhe von 80 v. H.

Die Einnahmen der Bundesmittel sind entsprechend veranschlagt.

Zu 231 11

Die Zuweisungen des Bundes gem. § 10 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAKG) werden insgesamt bei den Titel 231 11 und 331 11 vereinnahmt.

Zu 331 11

Vgl. Erläuterungen zu Titel 231 11.

Zu 632 11

Gesamtausgaben im Kapitel dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe von 5/3 der Isteinnahmen bei den Titeln 231 11 und 331 11 und dem Kapitel 09 02 Titel 341 12 und sind übertragbar.
Das Gesamtausgabevolumen erhöht sich um 5/4 der Isteinnahmen in Bezug auf die Ausgabe bei Titel 683 13.
Alle Ansätze und Verpflichtungsermächtigungen der Titel und Titelgruppen sind gegenseitig deckungsfähig.
Gem. § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben des Kapitels im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.
Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.

Zu 662 11

Bezeichnung des Förderprogramms: Gewährung von Zinszuschüssen im Rahmen des Einzelbetrieblichen Investitionsförderungsprogramms (EFP)

Rechtliche Grundlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für einzelbetrieblichen Investitionen an landwirtschaftliche Betriebe in Niedersachsen v. 15.4.1986 (Nds. MBl. S. 153)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 662 11

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	950	500	322	190	250	130	70	30	10
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund					150	78	42	18	6
Sonstige									
Zuschuss					100	52	28	12	4

Empfänger:
[x]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: Vorläuferprogramme des EFP gibt es seit 1972. Zinszuschüsse im Rahmen des EFP wurden letztmalig 1986 bewilligt; seitdem werden lediglich Rechtsverpflichtungen abgewickelt.

Befristung:
[ ]Nein [ ]Ja, bis.
entfällt, da kein laufendes Förderprogramm, sondern lediglich Abwicklung von Rechtsverpflichtungen

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
entfällt, da kein laufendes Förderprogramm, sondern lediglich Abwicklung von Rechtsverpflichtungen

Zielgruppe: entfällt, da kein laufendes Förderprogramm, sondern lediglich Abwicklung von Rechtsverpflichtungen

Durchschnittliche Förderhöhe: entfällt, da kein laufendes Förderprogramm, sondern lediglich Abwicklung von Rechtsverpflichtungen; Zinszuschüsse sind zudem neben Zuschüssen nur ein Teil der Förderung gewesen.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	130	—	—	130
2008	70	—	—	70
2009	30	—	—	30
2010	10	—	—	10
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	240	—	—	240

Zu 683 13

Bezeichnung des Förderprogramms: Niedersächsische Agrar- Umweltprogramme

Rechtliche Grundlage: jeweilige jährlich aktuelle Richtlinie des ML auf der Basis der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 DES RATES vom 17. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) sowie dem hierzu ergangenen Folgerecht der Europäischen Gemeinschaft und der Grundsätze des Bundes über die Förderung einer markt- und Standort angepassten Landbewirtschaftung

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 683 13

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	-	-	2.777	4.045	4.720	4.720	4.720	1.873	-
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund					3.776	3.776	3.776	1.498	-
Sonstige									
Zuschuss					944	944	944	375	-

Anmerkung: Die Umsetzung der fakultativen Modulationsmaßnahmen der Jahre 2003 und 2004 basiert auf dem Gesetz zur Modulation von Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik vom 2. Mai 2002 (BGBl. I S. 1527). Dieses Gesetz sieht Kürzungen der EU-Direktzahlungen von 2 v. H. in 2003 und 2004 vor; bei einer Freibetragsgrenze von 10.000 EUR je Betrieb. Diese EU-Mittel werden im Kapitel 09 02 Titel 272 13 vereinnahmt und bei Titel 683 13 verausgabt.
Die hier veranschlagten Mittel stellen die nationale Kofinanzierung in derselben Höhe dar.

Empfänger:
[x]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2003 mit jährlicher Anpassung der Richtlinie 03

Befristung:
[ ]Nein [x] Ja, die Bewilligung ist jeweils auf 5 Jahre befristet; die Förderung selbst wurde nur bis 2004 ausgesprochen

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Ein besonderes Landesinteresse an der Durchführung der Maßnahmen besteht, weil durch die Förderung der Einführung oder Beibehaltung extensiver, Ressourcen schonender und besonders umweltverträglicher Anbauverfahren ein zusätzlicher Anreiz zur Erhaltung der Landschaft und der natürlichen und wirtschaftlichen Produktionsbedingungen gegeben wird.

Zielgruppe:
Gefördert werden können land- und forstwirtschaftliche Unternehmen, deren Betrieb sich im Gebiet der Gemeinschaft befindet, deren sich die zu fördernde landwirtschaftliche Nutzfläche sich in Niedersachsen befindet, deren Unternehmerin oder Unternehmer den Betrieb für die Dauer der Verpflichtung selbst bewirtschaftet, im gesamten landwirtschaftlichen Betrieb mindestens die Anforderungen der guten landwirtschaftlichen Praxis im üblichen Sinn erfüllt und das eines der folgenden Produktionsverfahren anwendet:

- die Anwendung von Mulch- oder Direktsaat oder Mulchpflanzverfahren im Ackerbau,
- das Ausbringen von flüssigem Wirtschaftsdünger auf Acker- und Grünland mit besonders umweltfreundlichen Ausbringungsverfahren,
- die Anlage von Blühflächen auf Stilllegungsflächen oder
- die Anlage von Blühstreifen außerhalb von Stilllegungsflächen oder
- die Anlage von Schonstreifen außerhalb von Stilllegungsflächen oder
- den Anbau von Zwischenfrüchten oder Untersaaten auf Ackerflächen des Betriebes.

Durchschnittliche Förderhöhe: pro Jahr und Teilnehmer 2.100 EUR

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	4.720	—	—	4.720
2008	4.720	—	—	4.720
2009	1.873	—	—	1.873
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	11.313	—	—	11.313

Zu 683 14

Ab dem Jahr 2005 gelten gemäß Artikel 10 der VO (EG) Nr. 1782/2003 vom 29. September 2003 in der jeweils gültigen Fassung die neuen Regeln für die obligatorische Modulation, wonach die Direktzahlungen schrittweise gekürzt werden, beginnend mit 3% im Jahr 2005, 4% im Jahr 2006 und ab dem Jahr 2007 mit 5%. Die Kürzung erfolgt ab einem Freibetrag von 5000 EURO pro Betrieb und Jahr.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 683 14

Die EU-Mittel werden bei Kapitel 09 02 Titel 272 14 vereinnahmt und bei Kapitel 09 02 Titel 683 14 verausgabt.

Die nationale Kofinanzierung in Höhe von 50 v.H. wird aus diesem Kapitel 09 04 zur Verfügung gestellt.

Die Mittel aus der obligatorischen Modulation können grundsätzlich auch zur Finanzierung der Maßnahmen gemäß der zukünftigen Verordnung zur Entwicklung des ländlichen Raumes -VO (EG) 1257/99- verwendet werden.

Welche konkreten Maßnahmen mit Hilfe dieser Mittel finanziert werden sollen, stand bei Drucklegung noch nicht fest und soll im Enddruck dargestellt werden.

Bezeichnung des Förderprogramms: Obligatorische Modulation

Rechtliche Grundlage: VO (EG) Nr. 1782/2003 vom 29.09.2003

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	-	-	-	-	9.976	6.000	6.000	6.000	6.000
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund					5.986	3.600	3.600	3.600	3.600
Sonstige									
Zuschuss					3.990	2.400	2.400	2.400	2.400

.
Anmerkung: Es sind ausschließlich Landes- und Bundesmittel veranschlagt. Die EU-Beteiligung beträgt bis zu 50 v. H. und erhöht den Förderumfang entsprechend. Die Veranschlagung der EU-Mittel erfolgt im Kap. 0902 Titel 683 14 (ab 2007 Kap. 0902 Titel 683 92).

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2006

Befristung:
[ ]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Steht noch nicht fest.

Zielgruppe: Steht noch nicht fest.

Durchschnittliche Förderhöhe: Noch unbekannt

Zu 683 30

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschusse für Anpassungshilfen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer

Rechtliche Grundlage: RdErl. d. ML v. 10.07.2000, zuletzt geändert durch RdErl. d. ML v. 10.12.2003 (Nds. MBl. Nr. 38 / 2003 S. 765)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 683 30

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	8	6	6	9	10	3	3	3	-
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund					6	1,8	1,8	1,8	-
Sonstige									
Zuschuss					4	1,2	1,2	1,2	-

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2000 (aktuelle Richtlinie)

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja. Der PLANAK hat am 12.12.2003 für den Rahmenplan 2004 beschlossen, diese Maßnahme auslaufen zu lassen, da aufgrund geringer Inanspruchnahme keine Bedeutung mehr für die gesamte Land- und Forstwirtschaft besteht. Erstanträge konnten nur noch bis zum 31.12.2004 gestellt werden; Altfälle werden weiterhin gefördert.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
– die Anpassungshilfen können gewährt werden, wenn ältere ldw. Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz verlieren, wenn ein ldw. Betrieb oder Teile eines ldw. Betriebes in erheblichem Umfang stillgelegt werden
– soziale Flankierung des Strukturwandels

Zielgruppe: landwirtschaftliche Arbeitnehmer

Durchschnittliche Förderhöhe: in 2006: ca. 1.100 EUR / Arbeitnehmer

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 61

Bezeichnung des Förderprogramms: Integrierte ländliche Entwicklung

Rechtliche Grundlage: Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur integrierten ländlichen Entwicklung, RdErl. d. ML v. 02.05. 2005 Nds. MBl. S. 417 sowie ELER - VO und GAKG

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	52.453	32.714	28.838	37.915	24.975	28.000	25.320	25.700	25.700
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund					14.985	16.800	15.192	15.420	15.420
Sonstige									
Zuschuss					9.990	11.200	10.128	10.280	10.280

Empfänger:
[x]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1.1.2005 nach den aktuellen Richtlinien. Vorgänger laufen schon länger.

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 31.12.2008 (Gültigkeit der aktuellen Richtlinie; die Förderung wird voraussichtlich fortgesetzt)

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Zweck der Förderung ist es, zur Verbesserung der Agrarstruktur, im Rahmen integrierter ländlicher Entwicklungsansätze die ländlichen Räume im Sinne der Artikel 20 und 52 der ELER - VO als Lebens-, Arbeits-, Erholungs- und Naturräume zu sichern und weiter zu entwickeln.

Die Zuwendungen in Form von Zuweisungen und Zuschüssen können gewährt werden für
- integrierte ländliche Entwicklungskonzepte und Regionalmanagement
- Flurbereinigung, freiwilligen Landtausch und Nutzungstausch
- Dorferneuerung und –entwicklung einschließlich der Sicherung und Weiterentwicklung dorfgemäßer Gemeinschaftseinrichtungen
- Kooperation von Land- und Forstwirten mit anderen Partnern im ländlichen Raum zur Einkommensdiversivizierung oder Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten und Maßnahmen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe zur Umnutzung ihrer Bausubstanz
- Infrastrukturmaßnahmen zur Erschließung der landwirtschaftlichen oder touristischen Entwicklungspotentiale
- Schutzpflanzungen und vergleichbare landschaftsverträgliche Anlagen

Zielgruppe: Gemeinden, Verbände, Unternehmen

Durchschnittliche Förderhöhe: 20.000 EUR/jährlich

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
883 61-2 (GA)	521	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	7.336
887 61-8 (GA)	521	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	—	—	—	—	21.914
892 61-1 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	2.865
893 61-8 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	16.000 19.000	28.000	24.975	+3.025	5.797
894 61-4 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	3
TGr. 63		**Förderung einzelbetrieblicher Maßnahmen**	(21.000) (21.000)	(25.269)	(31.259)	(–5.990)	(27.042)
662 63-2 (GA)	521	AFP-Zinszuschüsse an private Unternehmen	15.000 15.000	16.729	18.094	–1.365	18.530
686 63-9 (GA)	521	Zuschüsse zur Förderung der Inanspruchnahme von Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Nutzung von einzelbetrieblichen Managementsystemen	—	1.400	2.000	–600	1.317
892 63-8 (GA)	521	AFP-Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	6.000 6.000	7.140	11.165	–4.025	7.195
TGr. 65 bis 69		**Förderung der Verbesserung von Produktions- und Vermarktungsstrukturen**	(2.925) (2.850)	(5.500)	(5.500)	(—)	(2.235)
892 65-4 (GA)	521	Zuschüsse für Vermarktungs- und Verarbeitungseinrichtungen für Obst und Gemüse	2.725 2.650	4.000	4.000	—	129
892 66-2 (GA)	521	Zuschüsse für Vermarktungseinrichtungen für Blumen und Zierpflanzen	—	—	—	—	417
892 67-0 (GA)	521	Zuschüsse für Be- und Verarbeitungseinrichtungen für Kartoffeln	—	—	—	—	390
892 68-9 (GA)	521	Zuschüsse für Maßnahmen aufgrund von sonstigen EU-Verordnungen	—	—	—	—	834
892 69-7 (GA)	521	Zuschüsse zur Verarbeitung und Vermarktung fischwirtschaftlicher Produkte	200 200	1.500	1.500	—	465
TGr. 70		**Förderung aufgrund des Marktstrukturgesetzes**	(500) (500)	(700)	(700)	(—)	(483)
683 70-2 (GA)	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
892 70-0 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	500 500	700	700	—	483
TGr. 71		**Förderung der Verarbeitung und Vermarktung ökologisch oder regional erzeugter landwirtschaftlicher Produkte**	(250) (250)	(300)	(300)	(—)	(317)
683 71-0 (GA)	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
892 71-9 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	250 250	300	300	—	317

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 893 61

Die Haushaltsmittel und VE sind bei 893 61 global für die Titelgruppe veranschlagt und werden entsprechend dem Bedarf in Anspruch genommen.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	14.000	6.000	—	20.000
2008	8.500	4.000	5.000	17.500
2009	6.000	3.000	3.000	12.000
2010	2.000	4.000	3.000	9.000
2011 ff.	—	2.000	5.000	7.000
Summe	30.500	19.000	16.000	65.500

Zu 662 63 und zu 892 63

Bezeichnung des Förderprogramms: Agrarinvestitionsförderungsprogramm

Rechtliche Grundlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für investive Maßnahmen an landwirtschaftliche Unternehmen in Niedersachsen (RdErl.. ML v. 7.5.2003 (Nds. MBl. S.429), zuletzt geä. durch RdErl. v. 11.5.2005 (Nds. MBl. S. 404)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	26.640	28.229	24.801	25.725	29.259	23.869	25.734	25.715	25.238
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund					17.555	14.321	15.440	15.429	15.143
Sonstige									
Zuschuss					11.704	9.548	10.294	10.286	10.095

Anmerkung: Es sind ausschließlich Landesmittel und Bundesmittel veranschlagt. Die EU-Beteiligung beträgt bis zu 25 v. H. und erhöht den Förderumfang entsprechend. Die Veranschlagung der EU-Mittel erfolgt zentral im Kap. 0902 TGr. 90 (bis 2006), 92 und 93.

Empfänger:
[x]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 01.01.1995

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis.31.12.2009

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Unterstützung der beständigen Entwicklung der Landwirtschaft durch Förderung investiver Maßnahmen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Betriebe, Gewährleistung der strukturellen Weiterentwicklung sowie Stabilisierung und Verbesserung landw. Einkommen.

Zielgruppe: Entwicklungsfähige landwirtschaftliche Unternehmen

Durchschnittliche Förderhöhe: 48.000 EUR

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 662 63 und zu 892 63

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	9.180	5.000	—	14.180
2008	5.106	5.000	7.500	17.606
2009	—	5.000	7.500	12.500
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	14.286	15.000	15.000	44.286

Zu 686 63

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuschusse zur Förderung der Inanspruchnahme von Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Nutzung von einzelbetrieblichen Managementsystemen (EMS)

Rechtliche Grundlage: RdErl. d. ML v. 12.04.2005 (Nds. MBl. 16/2005 S. 309)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	-	-	350	1.317	2.000	1.400	1.400	1.400	1.400
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund					1.200	840	840	840	840
Sonstige									
Zuschuss					800	560	560	560	560

Anmerkung: Es sind ausschließlich Landes- und Bundesmittel veranschlagt. Die EU-Beteiligung beträgt 50 v. H. und erhöht den Förderumfang entsprechend. Die Veranschlagung der EU-Mittel erfolgt zentral im Kap. 0902 TGr. 90 (bis 2006), 92 und 93.

Empfänger:
[x]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2005 (aktuelle Richtlinie; in 2004 wurde ein Pilotprojekt durchgefuhrt)

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 31.12.2008 (Gültigkeit der aktuellen Richtlinie; die Förderung wird voraussichtlich fortgesetzt)

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
- Mit der Förderung soll die Verbesserung der Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft unterstützt werden, indem die Einführung einer systematischen Dokumentation und Auswertung sowie die kontinuierliche Optimierung aller Produktionsprozesse in landwirtschaftlichen Betrieben beschleunigt und erleichtert werden.
- Managementsysteme sollen den Landwirtinnen und Landwirten bei der „Einhaltung anderweitiger Verpflichtungen“ gemäß der Verordnung (EG) 1782/2003 in der jeweils geltenden Fassung Unterstützung geben (RL Nr. 2.2.1). Die Anwendung von Managementsystemen (RL Nr. 2.2.2) soll Landwirtinnen und Landwirte darin unterstützen, Leistungen, die über die gute fachliche Praxis hinausgehen, zu dokumentieren und umzusetzen.

Zielgruppe: Landwirtschaftliche Unternehmen mit Standort in Niedersachsen.

Durchschnittliche Förderhöhe: in 2006: ca. 520 EUR/Unternehmen

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 892 63

Siehe auch Erläuterungen zu Titel 662 63.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	3.395	2.000	—	5.395
2008	1.888	2.000	3.000	6.888
2009	—	2.000	3.000	5.000
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	5.283	6.000	6.000	17.283

Zu 892 65

Die Haushaltsmittel und VE für die Titel 892 65 bis 892 68 sind bei 892 65 global veranschlagt und werden entsprechend dem Bedarf in Anspruch genommen.

Bezeichnung des Förderprogramms: Förderung der Verbesserung von Produktions- und Vermarktungsstrukturen

Rechtliche Grundlage: Marktstrukturgesetz v. 26.9.1990, RL über die Förderung von Projekten zur Marktstrukturverbesserung v. 28.10.2003 (Nds. MBl., S. 721)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	1.798	1.425	661	1.770	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund					2.400	2.400	2.400	2.400	2.400
Sonstige									
Zuschuss					1.600	1.600	1.600	1.600	1.600

Empfänger:
[x]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1994

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 31.12.2008

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Ziel der Förderung ist, unter besonderer Berücksichtigung der Mindeststandards für Umweltschutz, Hygiene und Tierschutz zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Unternehmen sowie der Verarbeitungs- und Vermarktungsunternehmen beizutragen, um insbesondere Voraussetzungen für Erlösvorteile der Erzeuger zu schaffen.

Zielgruppe: Erzeugergemeinschaften und Vereinigungen von Erzeugergemeinschaften sowie Unternehmen des Handels, der Be- und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Durchschnittliche Förderhöhe: 150.000 EUR

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 892 65

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	1.501	1.450	—	2.951
2008	—	1.200	1.700	2.900
2009	—	—	1.025	1.025
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	1.501	2.650	2.725	6.876

Zu 892 66

Siehe Erläuterungen zu Titel 892 65.

Zu 892 67

Siehe Erläuterungen zu Titel 892 65.

Zu 892 68

Siehe Erläuterungen zu Titel 892 65.

Zu 892 69

Bezeichnung des Förderprogramms: Förderung der Verarbeitung und Vermarktung fischwirtschaftlicher Produkte (nationale Kofinanzierung zu den Gemeinschaftsprogrammen FIAF bzw. EFF)

Rechtliche Grundlage: Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz; Richtlinie Verarbeitung und Vermarktung Fischwirtschaft vom 21.9.2001 (Nds. MBl. 2001, S. 797)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	921	77	758	465	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund					900	900	900	900	900
Sonstige									
Zuschuss					600	600	600	600	600

Anmerkung: Hier sind ausschließlich die kofinanzierenden Landesmittel in Höhe von bis zu 20 v. H. der förderungsfähigen Investitionsausgaben veranschlagt. Die EU-Beteiligung beträgt im Allgemeinen bis zu 50 v. H. der gesamten öffentlichen Beteiligung und erhöht den Förderumfang entsprechend. Die Veranschlagung der EU-Mittel erfolgt zentral im Kap. 0902 TGr. 68 und 69.

Empfänger:
[x]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1.1.2000 (mit Beginn des FIAF)

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 31.12.2008 (aber Fortsetzung mit dem EFF bis zum 31.12.2015)

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Volkswirtschaftlich notwendige und wettbewerblich erforderliche Strukturverbesserungen der Verarbeitung und Vermarktung fischwirtschaftlicher Produkte erfordern eine Förderungsmöglichkeit, nicht zuletzt auch um die Gemeinschaftsmittel in erheblichem Umfang zu bin-

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 892 69

den. Der Industriezweig ist für ein Küstenbundesland bedeutsam. Gefördert werden:
– Neu- und Ausbau von Kapazitäten einschließlich der technischen Einrichtungen durch Investitionsbeihilfen,
– innerbetriebliche Rationalisierung durch Umbau und/oder Modernisierung technischer Einrichtungen durch Investitionsbeihilfen.

Zielgruppe: Betriebe der Verarbeitung und Vermarktung fischwirtschaftlicher Produkte

Durchschnittliche Förderhöhe: 65.000 EUR

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	200	—	200
2008	—	—	200	200
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	200	200	400

Zu Titelgruppe 70

Durch das Marktstrukturgesetz wird der Zusammenschluss landwirtschaftlicher Betriebe zu Erzeugergemeinschaften oder zu Vereinigungen von Erzeugergemeinschaften gefördert. Anerkannten Erzeugergemeinschaften und deren Vereinigungen können Startbeihilfen und Investitionsbeihilfen gewährt werden. Investitionsbeihilfen können auch Unternehmen des Handels und der Be- und Verarbeitung land- und fischwirtschaftlicher Produkte erhalten, wenn sie unter bestimmten Voraussetzungen mit Erzeugergemeinschaften oder deren Vereinigungen langfristige Lieferverträge eingehen.

Bezeichnung des Förderprogramms: Förderung aufgrund des Markstrukturgesetzes

Rechtliche Grundlage: Marktstrukturgesetz v. 26.9.1990; Richtlinie über die Förderung von Projekten aufgrund des Marktstrukturgesetzes (RdErl. d. ML v. 27. 10 2003 (Nds. MBl. 2003, S. 718);

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	404	749	457	483	700	700	700	700	700
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund					420	420	420	420	420
Sonstige									
Zuschuss					280	280	280	280	280

Empfänger:
[x]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1994

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 31.12.2008 (Gültigkeit der aktuellen Richtlinie; die Förderung wird voraussichtlich fortgesetzt)

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Angesichts der veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft sollen eine marktgerechtes Angebot von Produkten, wettbewerbsfähige Vermarktungsstrukturen und die Zusammenarbeit auf fachlicher und organisatorischer Ebene unterstützt werden.

Zielgruppe: Erzeugergemeinschaften oder Vereinigungen von Erzeugergemeinschaften sowie Unternehmen, die von diesen landwirtschaftliche Erzeugnisse beziehen, absetzen, be- oder verarbeiten und die Voraussetzungen nach dem Marktstrukturgesetz besitzen.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 70

Durchschnittliche Förderhöhe: 50.000 - 350.000 EUR

Zu 892 70

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	200	300	—	500
2008	—	200	300	500
2009	—	—	200	200
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	200	500	500	1.200

Zu Titelgruppe 71

Durch die Förderung soll die Verarbeitung und Vermarktung zusammengefasster Partien von ökologisch oder regional erzeugten landwirtschaftlichen Produkten an die Erfordernisse des Marktes angepasst werden, um damit insbesondere Voraussetzungen für eine Nachfragebefriedigung nach diesen Produkten und Erlösvorteile für die Erzeuger zu schaffen.

Bezeichnung des Förderprogramms: Förderung der Verarbeitung und Vermarktung ökologisch oder regional erzeugter

Rechtliche Grundlage: Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes; Richtlinie über die Förderung der Verarbeitung und Vermarktung ökologisch erzeugter Produkte oder regional erzeugter Qualitätsprodukte (RdErl. d. ML v. 29. 10. 2003 (Nds. MBl. 2003, S. 736)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	568	488	52	317	300	300	300	300	300
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund					180	180	180	180	180
Sonstige									
Zuschuss					120	120	120	120	120

Empfänger:
[x]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1994

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 31.12.2008 (Gültigkeit der aktuellen Richtlinie; die Förderung wird voraussichtlich fortgesetzt)

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Förderung von Organisationsausgaben, Erstinvestitionen, Einführung von Qualitäts-/Umweltmanagementsystemen und die Erarbeitung von Vermarktungskonzeptionen in den Sektoren „ökologisch erzeugte Produkte“ und „regional erzeugte landwirtschaftliche Qualitätsprodukte“.

Zielgruppe: Zusammenschlüsse von landwirtschaftlichen Unternehmern (Erzeugern) sowie Unternehmen des Handels oder der Be- und Verarbeitung, die die Voraussetzungen zur Förderung erfüllen.

Durchschnittliche Förderhöhe: 50.000 EUR

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 892 71

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	63	150	—	213
2008	—	100	150	250
2009	—	—	100	100
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	63	250	250	563

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 0904 Gemeinschaftsaufgabe - Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes - (GemAgrG)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 74 bis 77		**Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen**	(10.000) (10.000)	(11.900)	(12.000)	(–100)	(7.661)
683 74-5 (GA)	521	Erstaufforstungsprämie	2.000 2.000	2.400	2.500	–100	1.957
683 76-1 (GA)	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse	—	—	—	—	369
892 74-3 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen bei waldbaulichen Maßnahmen	8.000 8.000	9.500	9.500	—	3.850
892 75-1 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen aufgrund neuartiger Waldschäden	—	—	—	—	1.071
892 76-0 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen an forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse	—	—	—	—	4
892 77-8 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen im forstwirtschaftlichen Wegebau	—	—	—	—	410
TGr. 78/79		**Förderung von Leistungsprüfungen in der tierischen Erzeugung**	(—)	(—)	(—)	(—)	(2.400)
683 78-8 (GA)	521	Zuschüsse für Milchleistungsprüfungen	—	—	—	—	1.300
683 79-6 (GA)	521	Zuschüsse an Kontrollringe für Leistungsprüfungen in der Tierzucht	—	—	—	—	1.100
TGr. 82/83		**Förderung v. Maßnahmen z. Verbesserung d. genetischen Qualität landwirtschaftl. Nutztiere u. Erhaltung genetischer Ressourcen i. d. Landwirtschaft**	(—)	(2.400)	(—)	(+2.400)	(—)
683 82-6 (GA)	521	Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der genetischen Qualität landwirtschaftlicher Nutztiere	—	2.400	—	+2.400	—
683 83-4 (GA)	521	Förderung von Maßnahmen zur Erhaltung genetischer Ressourcen in der Landwirtschaft	—	—	—	—	—
TGr. 90 bis 93		**Förderung ökologischer Maßnahmen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen**	(15.000) (10.000)	(9.000)	(7.324)	(+1.676)	(5.159)
683 90-7 (GA)	521	Zuschüsse zur Förderung extensiver Produktionsverfahren bei Dauerkulturen	15.000 10.000	9.000	7.324	+1.676	–13
683 91-5 (GA)	521	Zuschüsse zur Förderung extensiver Grünlandnutzung	—	—	—	—	1.886
683 92-3 (GA)	521	Zuschüsse zur Förderung ökologischer Anbauverfahren	—	—	—	—	3.269
683 93-1 (GA)	521	Zuschüsse zur Förderung der zehnjährigen Stilllegung landwirtschaftl. Nutzflächen	—	—	—	—	16

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 74 bis 77

Bezeichnung des Förderprogramms: Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen

Rechtliche Grundlage: GAK-Rahmenplan (Grundsätze für die Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen); Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung Forstwirtschaftlicher Maßnahmen (RdErl. d. ML v. 1.4.2003, Nds. MBl. S. 339); LHO (§§ 23 und 44)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	7.998	6.592	8.553	7.661	12.000	11.900	12.100	11.775	11.975
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund					7.200	7.140	7.260	7.065	7.185
Sonstige									
Zuschuss					4.800	4.760	4.840	4.710	4.790

Anmerkung: Es sind ausschließlich Landes- und Bundesmittel veranschlagt. Die EU-Beteiligung beträgt bis zu 50 v. H. und fällt zusätzlich zu den oben genannten Beträgen an. Die Veranschlagung der EU-Mittel erfolgt zentral im Kap. 0902 TGr. 90 (bis 2006), TGr. 92 und 93.

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1973

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 31.12.2006 (Neufassung der Richtlinie ab 1.1.2007)

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Ziel der Förderung ist es, die Forstwirtschaft in den Stand zu setzen, den Wald unter wirtschaftlich angemessenen Bedingungen zu nutzen, zu erhalten oder zu mehren, um damit die Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes nachhaltig zu sichern. Hierbei sollen auch Anreize für die Eigenleistung der Waldbesitzerin oder des Waldbesitzers gegeben werden. Nachteile geringer Flächengröße, ungünstiger Flächengestalt, der Besitzzersplitterung, der Gemengelage, des unzureichenden Waldaufschlusses und anderer Strukturmängel sollen durch die Förderung gemindert werden.

Zielgruppe: Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse, Private Waldbesitzer, Genossenschaften n. RealverbandsG, Kommunen

Durchschnittliche Förderhöhe: rd. 6.000 EUR

Zu 683 74

Zum Ausgleich von Einkommensverlusten nach Aufforstung bisher landwirtschaftlich genutzter Flächen kann bis zu 15 Jahre lang eine Aufforstungsprämie gewährt werden.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	2.258	100	—	2.358
2008	2.258	100	100	2.458
2009	2.258	100	100	2.458
2010	2.258	100	100	2.458
2011 ff.	17.145	1.600	1.700	20.445
Summe	26.177	2.000	2.000	30.177

Zu 683 76

Die Kosten für Verwaltung und Beratung anerkannter forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse können in den ersten 20 Jahren nach der Anerkennung bezuschusst werden, wobei die Höhe der Zuwendung von anfangs 40 % schrittweise auf 20 % der Ausgaben zurückgeführt wird.
Bei Zusammenschlüssen, die überdurchschnittlich mit Jungbeständen ausgestattet sind, kann die Förderung zeitlich ausgedehnt werden.

Zu 892 74

Für Erstaufforstung, Waldbauliche Maßnahmen in Jungbeständen sowie Nachbesserungen von geförderten Pflanzungen können land- und forstwirtschaftliche Unternehmer, anerkannte forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse und sonstige Betriebsinhaber Zuwendungen erhalten.
Zur Umstellung auf eine naturnahe Waldwirtschaft können für den Umbau von Reinbeständen und von nicht standortgerechten Beständen, die Weiterentwicklung und Wiederherstellung von naturnahen Waldgesellschaften, die Gestaltung und Pflege naturnaher Waldränder Zuschüsse gewährt werden.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 892 74

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	8.000	—	8.000
2008	—	—	8.000	8.000
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	8.000	8.000	16.000

Zu 892 75

Gefördert werden Vor- und Unterbau, Bodenschutz- und Meliorationsdüngung sowie – nach immissionsbedingter vorzeitiger Endnutzung – die Wiederaufforstung.

Zu 892 76

Für die erstmalige Beschaffung von Forstmaschinen und -geräten sowie für die Anlage von Holzaufbereitungsplätzen und den Bau von Betriebsgebäuden kann anerkannten forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen ein Zuschuss bis zu 40 % der förderungsfähigen Kosten gewährt werden.

Zu 892 77

Der Neubau bzw. die Befestigung bisher nicht oder nicht ausreichend befestigter forstwirtschaftlicher Wege kann im Privat- und Körperschaftswald gefördert werden.

Zu Titelgruppe 90 bis 93

Mit dieser Förderung soll eine umweltfreundliche Landbewirtschaftung unterstützt werden, die deutlich über den Anforderungen an eine ordnungsgemäße Wirtschaftsweise hinausgeht. Diese Maßnahmen werden außerhalb des Gesetzes zur Modulation von Direktzahlungen im Rahmen der gemeinsamen EU-Agrarpolitik finanziert (vgl. Erläuterungen zu den Titeln 683 13 und 683 14).

Bezeichnung des Förderprogramms: Niedersächsische Agrar- Umweltprogramme

Rechtliche Grundlage: jeweilige jährlich aktuelle Richtlinie des ML auf der Basis der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 DES RATES vom 17. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) und der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 DES RATES vom 20. September 2005 über die Förderung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sowie dem hierzu ergangenen Folgerecht der Europäischen Gemeinschaft und der Grundsätze des Bundes über die Förderung einer markt- und Standort angepassten Landbewirtschaftung

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	4.470	4.971	5.179	5.159	7.324	9.000	9.675	13.475	16.272
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund					4.394	5.400	5.805	8.085	9.763
Sonstige									
Zuschuss					2.930	3.600	3.870	5.390	6.509

Anmerkung: Es sind ausschließlich Landes- und Bundesmittel veranschlagt. Die EU-Beteiligung beträgt von 55 v. H. bis zu 80 v. H. und erhöht den Förderumfang entsprechend. Die Veranschlagung der EU-Mittel erfolgt zentral im Kap. 0902 TGr. 90 (bis 2006), TGr. 92 und 93.

Empfänger:

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 90 bis 93

[x]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2000 mit jährlicher Anpassung der Richtlinie.

Befristung:
[x]Nein [ ]

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Ein besonderes Landesinteresse an der Durchführung der Maßnahmen besteht, weil durch die Förderung der Einführung oder Beibehaltung extensiver, Ressourcen schonender und besonders umweltverträglicher Anbauverfahren ein zusätzlicher Anreiz zur Erhaltung der Landschaft und der natürlichen und wirtschaftlichen Produktionsbedingungen gegeben wird.

Zielgruppe:
Gefördert werden können land- und forstwirtschaftliche Unternehmen, deren Betrieb sich im Gebiet der Gemeinschaft befindet, deren sich die zu fördernde landwirtschaftliche Nutzfläche sich in Niedersachsen befindet, deren Unternehmerin oder Unternehmer den Betrieb für die Dauer der Verpflichtung selbst bewirtschaftet, im gesamten landwirtschaftlichen Betrieb mindestens die Anforderungen der guten landwirtschaftlichen Praxis im üblichen Sinn erfüllt und das eines der folgenden Produktionsverfahren anwendet:
- extensive Produktionsverfahren im Ackerbau
- extensive Grünlandnutzung
- ökologische Anbauverfahren

Durchschnittliche Förderhöhe: pro Jahr und Teilnehmer 5.430 EUR

Zu 683 90

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	6.994	2.000	—	8.994
2008	4.031	2.000	3.000	9.031
2009	3.559	2.000	3.000	8.559
2010	2.132	2.000	3.000	7.132
2011 ff.	32	2.000	6.000	8.032
Summe	16.748	10.000	15.000	41.748

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 0904 Gemeinschaftsaufgabe - Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes - (GemAgrG)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0904					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		500	500	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		26.613	27.868	–1.255	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		30.684	31.284	–600	
		Summe der Einnahmen		57.797	59.652	–1.855	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	32.000 57.000	42.782	44.874	–2.092	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	33.675 36.600	51.140	52.140	–1.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	65.675 93.600	93.922	97.014	–3.092	
		Zuschuss		36.125	37.362	–1.237	

E R L Ä U T E R U N G E N

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-3	422	Gebühren und tarifliche Entgelte		—	—	—	—
119 11-1	422	Rückzahlung von Überzahlungen aus Landesmitteln		—	—	—	72
119 42-1	422	Rückflüsse des Förderfonds Bremen/Nds.		—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Für länderübergreifende Maßnahmen der Raumordnung und Landesentwicklung**		(—)	(—)	(—)	(3)
119 62-6	422	Einnahmen aus Veröffentlichungen **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		—	—	—	—
281 62-8	422	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch Dritte *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		—	—	—	3
TGr. 63		**Für Arbeiten und für Veröffentlichungen der staatlichen Landesplanung**		(—)	(—)	(—)	(—)
111 63-3	422	Gebühren und tarifliche Entgelte *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		—	—	—	—
119 63-4	422	Einnahmen aus Veröffentlichungen **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		—	—	—	—
281 63-6	422	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch Dritte *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		—	—	—	—
TGr. 66		**Metropolregion Hamburg** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		(—)	(—)	(—)	(766)
153 66-2	422	Zinseinnahmen aus den gewährten Darlehen		—	—	—	—
173 66-3	422	Rückflüsse aus den gewährten Darlehen		—	—	—	—
332 66-4	422	Zuweisung der Freien und Hansestadt Hamburg		—	—	—	766
TGr. 68		**Förderung einer regionalisierten Landesentwicklung**		(—)	(—)	(—)	(—)
119 68-5	422	Einnahmen aus Veröffentlichungen **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		—	—	—	—
281 68-7	422	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch Dritte *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-9	422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	1.049	1.369	–320	1.148
422 19-1	422	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-8	422	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	255

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0906

Für das bei den Regierungsvertretungen tätige Fachpersonal sind hier nur die Ausgaben für Dienstbezüge und dgl. (Obergruppe 42) veranschlagt. Alle übrigen Ausgaben sind bei Kapitel 0303 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 0303).

Zu 119 63

Abgabe kann bei Bedarf an öffentliche Dienststellen und Institutionen, an Abgeordnete, zu wissenschaftlichen und zu Austauschzwecken sowie für Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit an Private erfolgen.

Zu 281 63

Erstattung von Gutachterkosten, die im Rahmen von Raumordnungsverfahren anfallen und die von Dritten übernommen werden.

Zu 332 66

Anteil Hamburgs am Förderfonds.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
546 30-3	422	Folgetitel für gelöschte Ausgabetitel im Kapitel 0906	—	—	—	—	—
883 02-4	422	Zuweisungen an den Förderfonds Bremen/ Nds.	—	516	616	–100	386
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Für länderübergreifende Maßnahmen der Raumordnung und Landesenwicklung** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 62.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(400) (68)	(163)	(139)	(+24)	(192)
531 62-4	422	Veröffentlichungen	—	—	—	—	51
537 62-2	422	Landes- und Ortsplanung sowie sonstige Planungen (auch Gutachten)	—	20	—	+20	—
547 62-8	422	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	1
632 62-5	422	Erstattungen an die Länder	—	25	51	–26	21
633 62-1	422	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden	—	—	—	—	—
671 62-0	422	Erstattung des Landesanteils an der Geschäftsstelle der Regionalen AG im Rahmen der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Nds.	40 38	38	37	+1	36
676 62-2	422	Erstattungen an Ausland	300 —	50	—	+50	22
686 62-8	422	Sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke im Inland	60 30	30	51	–21	61
TGr. 63		**Für Arbeiten und Veröffentlichungen der Landesplanung** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 63 und 281 63.*	(—)	(91)	(91)	(—)	(61)
531 63-2	422	Veröffentlichungen	—	43	43	—	2
537 63-0	422	Landes- und Ortsplanung sowie sonstige Planungen einschl. Gutachten	—	48	48	—	49
547 63-6	422	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	9
633 63-0	422	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden	—	—	—	—	—
686 63-6	422	Sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke im Inland	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 883 02

Weniger infolge Absenkung des nieders. Anteils als Konsolidierungsbeitrag.

Bezeichnung des Förderprogramms: Förderfonds Bremen/Niedersachsen

Rechtliche Grundlage: Verwaltungsabkommen zwischen der Freien Hansestadt Bremen, dem Land Niedersachsen und dem Landkreis Diepholz vom 8.6.2001

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	356	333	616	386	616	516	516	516	516
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					616	516	516	516	516

Anmerkung: Es sind ausschließlich Landesmittel veranschlagt. Die Beteiligung aus dem Bremer Landeshaushalt beträgt 50 v. H. und erhöht den Förderumfang entsprechend.

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1965

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Bremen und Niedersachsen betreiben seit 1963 eine gemeinsame Landesplanung. Finanziell wird diese Zusammenarbeit durch den Förderfonds Bremen/Niedersachsen getragen. Aus dem 1965 gebildeten Fonds, an dem sich beide Länder je zur Hälfte beteiligen, werden Zuwendungen bewilligt. Mit diesen Zuwendungen soll die Struktur des gemeinsamen Planungsraumes verbessert werden.

Zielgruppe: nds. Kommunen

Durchschnittliche Förderhöhe: zwischen 5.000 EUR und 400.000 EUR

Zu Titelgruppe 62

Veranschlagt sind die Kosten für länder- und staatenübergreifende Maßnahmen der Raumordnung und Landesentwicklung.

Zu 537 62, 632 62, 676 62 und zu 686 62

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat 1999 im Rahmen der Reform der EU-Strukturfonds für die Jahre 2002–2006 die Gemeinschaftsinitiative INTERREG III beschlossen, die unter ihrer Ausrichtung B eine transnationale Zusammenarbeit von europäischen Kooperationsräumen fördert. Europaweit sind elf Kooperationsräume vorgesehen, davon sechs mit deutscher Beteiligung. Niedersachsen arbeitet in den Kooperationsräumen Ostsee und Nordsee mit. Der gesamte Finanzrahmen wurde entsprechend der Kabinettsvorlage vom 18.4.2000 von der Nds. Landesregierung am 9.5.2000 beschlossen.
Die EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG wird in der Strukturfondsperiode (2007-2013) als Ziel-3-Förderung fortgeführt. Dem Ziel-3-Programm Nordsee wird Niedersachsen weiterhin insgesamt angehören. Dem Ziel-3-Programm Ostsee wird die Region Lüneburg weiterhin angehören, die übrigen Regionen werden mindestens im Rahmen der 20-Prozent-Flexibilität partizipieren können.

Zu 671 62

In der Gemeinsamen Sitzung der Landesregierungen von Niedersachsen und Bremen am 11. Mai 1999 haben die beiden Landesregierungen beschlossen, die Gemeinsame Landesplanung auf dauerhafter Grundlage fortzuführen. Die Mittel sind zur Finanzierung der Geschäftsstelle der RAG im Rahmen der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen aufgrund des Verwaltungsabkommens vom 1. 1. 2002 bestimmt.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	—	—
2009	—	38	—	38
2010	—	—	40	40
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	38	40	78

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 676 62

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	50	50
2009	—	—	50	50
2010	—	—	50	50
2011 ff.	—	—	150	150
Summe	—	—	300	300

Zu 686 62

Bezeichnung des Förderprogramms: Unterstützung nds. Projekte der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIIB Nordsee und Ostsee; Folgeprogramm Ziel-3-Förderung Nordsee und Ostsee

Rechtliche Grundlage: Verwaltungsvereinbarungen zur Durchführung der EU-Gemeinschaftsinitiativen INTERREG IIIB Nordsee und Ostsee; Kabinettsbeschluss vom 9.05.2000

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	-	-	38	61	51	30	30	30	30
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					51	30	30	30	30

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2002

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 31.12.2013

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat 1999 im Rahmen der Reform der EU-Strukturfonds für die Jahre 2000-2006 die Gemeinschaftsinitiative Interreg III beschlossen, die unter ihrer Ausrichtung B eine transnationale Zusammenarbeit fördert. Europaweit sind elf Kooperationsräume abgegrenzt, davon fünf mit deutscher Beteiligung. Niedersachsen arbeitet in den Kooperationsräumen Ostsee und Nordsee mit. Der gesamte Finanzrahmen wurde entsprechend der Kabinettsvorlage von der Nds. Landesregierung am 9.05.2000 beschlossen. Die Finanzierung der Sekretariate wurde bis 2006 vereinbart, die Beteiligung an Projekten erfolgt bis 2008.
Für die Kooperationsräume Nordsee und Ostsee stehen bis 2006 EU-Fördermittel von insgesamt rund 280 Mio. EUR zur Verfügung, die mit 50% Eigenmitteln gegenfinanziert werden müssen. Die nds. Haushaltsmittel werden für die Implementierung und Unterstützung von Projekten mit nds. Beteiligung eingesetzt um möglichst viele EU-Mittel in Niedersachsen binden zu können.
Mit der nächsten Strukturfondsperiode 2007-2013 wird INTERREG als Ziel 3 Förderung der Strukturfonds weitergeführt. Es werden EU-Fördermittel in vergleichbarer Höhe wie in der laufenden Förderperiode zur Verfügung stehen, die wieder mit 50% Eigenmitteln gegenfinanziert werden müssen. Es ist auch für die neuen Ziel-3-Programme ab 2007 vorgesehen, Projekte mit nds. Beteiligung zu initiieren und durchzuführen um möglichst viele EU-Mittel in Niedersachsen binden zu können .

Zielgruppe: nds. Kommunen und andere öffentliche Einrichtungen

Durchschnittliche Förderhöhe: zwischen 5.000 EUR und 20.000 EUR

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 686 62

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	30	30
2009	—	—	20	20
2010	—	—	10	10
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	60	60

Zu Titelgruppe 63

Die Mittel sind für die Durchführung der sich aus dem Nieders. Gesetz über Raumordnung und Landesplanung (NROG) vom 18.05. 2001 (Nds. GVBl. S. 301)in der jeweils geltenden Fassung ergebenden Aufgaben und zur Fortentwicklung der Ziele und Instrumente der Landesentwicklung vorgesehen.

Zu 531 63

Die Mittel sind für raumordnerische Gutachten, teilräumliche Konzepte, Dienstleistungen Außenstehender, Druck von Raumordnungsprogrammen, Basiskarten und thematischen Karten sowie für sonstige Veröffentlichungen aus dem Bereich der Raumordnung. Vgl. Einnahmetitel 119 63.

Zu 633 63

Siehe Erläuterungen zu Titel 686 63.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 686 63

Bezeichnung des Förderprogramms: Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland

Rechtliche Grundlage: Operationelles Programm über die Ziel 2-Förderung in Niedersachsen genehmigt von EU-Kommission 22.03.2001 - C(2000)775

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	-	6	20	-	-	-	-	-	-
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					-	-	-	-	-

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1.1.2001

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 31.12.2005

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Für die Kofinanzierung (Landesanteil) der EU-Mittel für die Absicherung und Weiterentwicklung des Regionalisierungsprozesses. Die Mittel sind für die Förderung der regionalen Entwicklung durch regionale Kooperationen/Netzwerke und von regionalen Entwicklungskonzepten durch Dritte als Teil einer regionalisierten und europaorientierten Landesentwicklungspolitik. In Absprache mit MW als federführendem Ressort werden die Mittel für die Förderung des Maßnahmebereiches 3.02 des operationellen Programms für die Übergangsgebiets des Ziel 2-Gebietes veranschlagt. Die degressive Förderung endet Ende 2005.

Zielgruppe: Kommunale Gebietskörperschaften, Zweckverbände und Körperschaften des Öffentlichen Rechts sowie Einrichtungen die Träger eines Projekts sind, an dem mindestens eine Gebietskörperschaft beteiligt ist.

Durchschnittliche Förderhöhe: 13.000 EUR

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 66		**Metropolregion Hamburg** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 66.*	(651) (651)	(651)	(651)	(—)	(1.532)
632 66-8	422	Rückzahlungen an die Länder	51 51	51	51	—	—
853 66-4	422	Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
883 66-0	422	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	600 600	600	600	—	1.532
TGr. 68		**Förderung einer regionalisierten Landesentwicklung** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 68.*	(600) (600)	(900)	(1.000)	(–100)	(486)
531 68-3	422	Veröffentlichungen	—	—	—	—	—
537 68-1	422	Landes- und Ortsplanung sowie sonstige Planungen einschl. Gutachten	—	200	700	–500	101
547 68-7	422	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 68-0	422	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
671 68-0	422	Erstattungen an Inland	—	—	—	—	—
686 68-7	422	Sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke im Inland	600 600	700	300	+400	385
883 68-7	422	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
		<u>Abschluss Kapitel 0906</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		4 Personalausgaben	—	1.049	1.369	–320	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	311	791	–480	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.051 719	894	490	+404	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	600 600	1.116	1.216	–100	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	1.651 1.319	3.370	3.866	–496	
		Zuschuss		3.370	3.866	–496	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 66

Hamburg und Niedersachsen betreiben seit 1957 eine gemeinsame Landesplanung. Die drei Landesregierungen Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben die bilaterale Kooperation zu einer trilateralen Kooperation in der Metropolregion Hamburg zusammengeführt. Mit Staatsvertrag vom 1.12.2005 haben die Landesregierungen vereinbart, jährlich je 600.000 EUR zur Verbesserung der Struktur und zur Entwicklung des gemeinsamen Kooperationsraumes in den Förderfonds und jährlich je 51.000 EUR für die laufenden Kosten der Zusammenarbeit einzubringen.

Zu 632 66

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	—	—
2009	—	51	—	51
2010	—	—	51	51
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	51	51	102

Zu 853 66

Siehe Erläuterungen zu Titel 883 66.

Zu 883 66

Bezeichnung des Förderprogramms: Förderfonds Hamburg/Niedersachsen

Rechtliche Grundlage: Trilateraler Kabinettsbeschluss Hamburg/Niedersachsen/Schleswig-Holstein am 9.12.1996, Kabinettsbeschluss Hamburg/Niedersachsen am 23.11.2004, Staatsvertrag 1.12.2005

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	603	1.626	1.590	1.532	600	600	600	600	
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					600	600	600	600	600

Anmerkung: Ab 2006 werden die Hamburger Mittel nicht mehr im Nieders. Haushalt veranschlagt. Die Mittel werden jedoch weiterhin von Hamburg zur Verfügung gestellt, so dass sich die Förderung, die im Wesentlichen den nieders. Kommunen zukommt, verdoppelt.

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1962

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Hamburg und Niedersachsen betreiben seit 1957 eine gemeinsame Landesplanung. Die drei Landesregierungen Hamburg, Niedersachsen

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 883 66

und Schleswig-Holstein haben die bilateralen Kooperationen zu einer trilateralen Kooperation in der Metropolregion Hamburg zusammengeführt. In der bilateralen Kabinettsausschusssitzung Hamburg/Niedersachsen am 23.11.2004 haben die beiden Landesregierungen beschlossen, jährlich je 600.000 EUR zur Verbesserung der Struktur und zur Entwicklung des gemeinsamen Kooperationsraumes in den Förderfonds einzubringen.

Zielgruppe: nds. Kommunen

Durchschnittliche Förderhöhe: zwischen 6.000 EUR und 400.000 EUR

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	300	—	—	300
2008	—	—	—	—
2009	—	600	—	600
2010	—	—	600	600
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	300	600	600	1.500

Zu Titelgruppe 68

Veranschlagt sind die Kosten für die Förderung einer regionalisierten Landesentwicklung.
Vorrangige Zielsetzung ist die Mobilisierung der Potentiale in der Fläche, insbes. über eine Weiterentwicklung und Intensivierung regionaler Kooperationen und des regionalen Managements, grundlegender Innovationskonzepte und Entwicklung von Schlüsselprojekten.
Weniger infolge Absenkung als Konsolidierungsbeitrag.

Zu 537 68

Die Mittel sind für gutachtliche und wissenschaftliche Begleitung des Regionalisierungsprozesses, teilräumliche Konzepte, Dienstleistungen Außenstehender sowie für sonstige Veröffentlichungen aus dem Bereich der Landesentwicklung vorgesehen.

Zu 633 68

Die Mittel sollen eingesetzt werden für
– Initiierung und Begleitung und Optimierung von regionalen Netzwerken und Kooperationen, Zusammenführung zu einer Gesamtstrategie,
– Aufbau von Entwicklungspartnerschaften zwischen Landesebene und regionaler Ebene (z. B. Modellregion Südniedersachsen und Nordost-Niedersachsen)
– Profilierung der Region, Marketingstrategien,
– Erarbeitung von regionalen Handlungskonzepten und innovativen Projekten,
– Erprobung neuer Ansätze für das regionale Management von Leitprojekten.

Siehe auch Erläuterungen zu Titel 686 68.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 686 68

Die Mittel sollen eingesetzt werden für
- Initiierung, Begleitung und Optimierung von regionalen Netzwerken und Kooperationen, Zusammenführung zu einer Gesamtstrategie
- Aufbau von Entwicklungspartnerschaften zwischen Landesebene und regionaler Ebene (z.B. Modellregion Südniedersachsen und Nordost-Niedersachsen),
- Profilierung der Region, Marketingstrategien,
- Erarbeitung von regionalen Handlungskonzepten und innovativen Projekten,
- Erprobung neuer Ansätze für das regionale Management von Leitprojekten.

Bezeichnung des Förderprogramms: Regionalisierungsfonds

Rechtliche Grundlage: RdErl. d. StK v. 16. 1. 2003 . 303-04011/N1 - VORIS 23100 - Nds. MBl. Nr. 6/2003

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	-	-	-	385	300	700	700	700	700
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					300	700	700	700	700

Anmerkung: von 2002 bis 2004 wurden die Ausgaben bei Titel 537 68 gebucht.

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1.1.2002

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Förderung der regionalisierten Landesentwicklung ; der Regionalierungsfonds ist ein zentrales Instrument fur die mit dem Hause ML verbundene Schwerpunktaufgabe 'Entwicklung der landlichen Raume' . Vorrangiges Ziel ist die Mobilisierung der in der Flache vorhandenen Starken und Potentiale, insbesondere uber eine Aktivierung, Weiterentwicklung und Intensivierung regionaler Kooperationen und des regionalen Managements, grundlegender Innovationskonzepte und Entwicklung von Schlusselprojekten.

Zielgruppe: Kommunale Gebietskörperschaften, Zweckverbände und Körperschaften des Öffentlichen Rechts sowie Einrichtungen die Träger eines Projekts sind, an dem mindestens eine Gebietskörperschaft beteiligt ist.

Durchschnittliche Förderhöhe: 43.000 EUR

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	300	—	300
2008	—	200	300	500
2009	—	100	200	300
2010	—	—	100	100
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	600	600	1.200

Zu 883 68

Siehe Erläuterungen zu Titel 686 68.

Allgemeine Vorbemerkungen zu Kapitel 0910 Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften – Landentwicklung –

Für das budgetierte Kapitel 0910 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:

1. 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 427 11, 429 10, 459 10, 511 10, 514 12, 517 10, 518 10, 525 10, 526 10, 527 10, 537 10, 538 10, 546 02 und 547 10 sind gegenseitig deckungsfähig.

2. 519 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 427 11, 429 10, 459 10, 511 10, 514 12, 517 10, 518 10, 525 10, 526 10, 527 10, 537 10, 538 10, 546 02 und 547 10.

3. 812 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 519 10.

4. Isteinnahmen bei 271 10 und 281 14 erhöhen die Ausgabe bei 511 10, 514 12, 517 10, 518 10, 519 10, 525 10, 526 10, 527 10, 537 10, 538 10, 546 02 und 547 10.

5. Mehreinnahmen bei 111 10, 119 10, 124 10, 129 11 und 281 13 erhöhen die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 427 11, 429 10, 459 10, 511 10, 514 12, 517 10, 518 10, 525 10, 526 10, 527 10, 537 10, 538 10, 546 02, 547 10 und 812 10.

6. Mindereinnahmen bei 111 10, 119 10, 124 10, 129 11 und 281 13 vermindern die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 427 11, 429 10, 459 10, 511 10, 514 12, 517 10, 518 10, 525 10, 526 10, 527 10, 537 10, 538 10, 546 02, 547 10 und 812 10.

7. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung sichergestellt sind. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.

8. Unter der Voraussetzung, dass das Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 10-3	511	Gebühren, sonstige Entgelte		65	35	+30	69
119 10-4	511	Sonstige Verwaltungseinnahmen		58	88	–30	11
124 10-8	511	Einnahmen aus Mieten und Pachten		25	25	—	31
129 11-8	511	Einnahmen außerhalb der laufenden Geschäfte		1	1	—	1
271 10-0	511	Erstattungen der EU für technische Hilfe		—	—	—	—
281 13-0	511	Sonstige Erstattungen aus dem Inland		2.150	2.150	—	2.193
281 14-9	511	Erstattungen der Landwirtschaftskammer		—	—	—	632
		A U S G A B E N					
422 10-9	511	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	27.426	28.367	–941	10.897
425 10-8	511	Vergütung der Angestellten	—	—	—	—	19.633
426 10-4	511	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	917
427 10-0	511	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	10	–10	0
427 11-9	511	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	21
429 10-3	511	Nicht aufteilbare Personalkosten	—	878	878	—	609
459 10-0	511	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	24	24	—	33
511 10-1	511	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	1.044
514 12-7	511	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	—	—	—	—	217
517 10-0	511	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	512
518 10-6	511	Mieten und Pachten	—	—	—	—	1.527
519 10-2	511	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	24	24	—	45
525 10-2	511	Aus- und Fortbildung	—	—	—	—	87
526 10-9	511	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	49
527 10-5	511	Dienstreisen	—	—	—	—	166
537 10-0	529	Ausführung von Arbeiten durch Dritte und Gebühren und Reisekosten für Sachverständige in Flurbereinigungsverfahren	—	2.750	3.000	–250	2.518
538 10-7	521	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	2.347	3.847	–1.500	2.439
546 02-9	511	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	14	14	—	8
547 10-6	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	3.692	4.462	–770	346

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0910

Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)

Rechts- und Organisationsgrundlagen
Vorläufige Geschäftsordnung für die Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften, Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), Rahmenplan GAK, Flurbereinigungsgesetz, EU- und Bundesverordnungen, Förderrichtlinien.

Verwaltungsaufbau und Budgetplan
In 11 von den 14 Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften (GLL) ist ein Amt für Landentwicklung eingerichtet. Sitz der Ämter für Landentwicklung ist in Aurich, Braunschweig, Bremerhaven, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Meppen, Oldenburg, Osnabrück, Sulingen und Verden. Bei der GLL Hannover ist zusätzlich das Servicezentrum Landentwicklung und Agrarförderung (SLA) angegliedert. (Zahlstelle (ZST) und interner Revisionsdienst im Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Kap. 0901))

Zielsetzung
Allgemeine Zielsetzung: Der ländliche Raum Niedersachsens ist in der heutigen Zeit einem Strukturwandel in noch nicht bekanntem Ausmaß unterworfen. Eine erfolgreiche Verwaltungsarbeit für den in Niedersachsen sehr unterschiedlich strukturierten und verschiedene Ansprüche stellenden Raum setzt voraus, dass eine Verwaltung, die diesen Raum prägend mitgestalten soll, flexibel auf sich ändernde Anforderungen an Behördenarbeit reagieren kann. Die Nds. Verwaltung für Landentwicklung (NVL) mit ihrem gesetzlichen Instrumentarium ist diesem Anspruch in der Vergangenheit gerecht geworden. Sie hat sich zu einem verlässlichen Partner für die ländliche Bevölkerung, die Landwirtschaft und die im ländlichen Raum tätigen Planungsträger entwickelt. Für sie gilt es, diesen Stand nicht nur zu erhalten sondern weiter zu entwickeln.

Bestands- und Entwicklungsziele: Für Niedersachsen als Flächenland haben die ländlichen Räume mit ihren unterschiedlichen Strukturen und Erscheinungsbildern eine große Bedeutung. An die ländlichen Räume werden vielfältige miteinander konkurrierende Nutzungsansprüche gestellt, wie Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Umwelt- und Naturschutz, Großbauvorhaben. Das erfordert eine langfristige integrierte Landentwicklung, die ländliche Räume als Ganzheit begreift und gleichzeitig die Beziehungen zu den Städten und Ballungsräumen berücksichtigt. In diesem Sinne löst die NVL Konflikte im Interesse des Gemeinwohls durch Bodenordnung und Bodenmanagement, Förderung der Dorferneuerung und anderer Infrastrukturmaßnahmen. Das Handeln ist dabei orientiert an den Interessen der Bürger im ländlichen Raum und hierbei insbesondere an den Landwirten, die durch ihre Arbeit die Kulturlandschaft prägen. Gleichzeitig unterstützt und ermöglicht die NVL Vorhaben der Kommunen und anderer Planungsträger. Die Verwaltung für Landentwicklung gewährleistet eine leistungsstarke, objektive, sachgerechte und wirtschaftliche Verwirklichung der Ziele der staatlichen Agrar- und Strukturpolitik.

Erläuterungen zum Produkthaushalt nach § 17a LHO

Budgetierungsmodell
Für das Bereichsbudget wird jedes einzelne Flurbereinigungsprojekt separat kalkuliert. In der Dorferneuerung zählen alle in sich an einem Objekt vorgenommenen Maßnahmen als ein Fall (auch bei mehreren Anträgen des Betroffenen für ein Bauobjekt). Die Leistungsmenge bei der Flurbereinigung ist die Anzahl der Meilensteine innerhalb der einzelnen Verfahren. Bei der Dorferneuerung wird die Anzahl der geförderten Dörfer als Leistungsmenge abgebildet

Das Produkt "sonstige Aufgaben" umfasst die Durchführung des Freiwilligen Landtausches, die Beaufsichtigung der Teilnehmergemeinschaften und der Verbände der Teilnehmergemeinschaften, sonstige Infrastrukturmaßnahmen, Gebäudemanagement, zentrale Altablage und landesweite Grundlagenarbeit, EU-Strukturfonds EAGFL, agrarstrukturelle Entwicklungsplanung/Integrierte ländliche Entwicklungskonzepte und landwirtschaftliche Hoheitsangelegenheiten.

Die Eigenerlöse bei dem Produkt Flurbereinigung variieren jährlich in Abhängigkeit vom Fertigstellungsgrad der durchgeführten Unternehmensflurbereinigungsverfahren.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0910

Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs

Produkte	Leistungsmenge -Stück- (Soll) 2007	Zielkosten -EUR- (Soll) 2007	Gesamtzielkosten -EUR- (Soll) 2007	Leistungsmenge -Stück- (Soll) 2006	Zielkosten -EUR- (Soll) 2006
Flurbereinigung					
Vorverfahren und Einleitungsbeschluss	28	53.816,04	1.506.849,22	45	35.559,39
Planfeststellung	20	107.596,98	2.151.939,66	32	110.626,73
Feststellung der Wertermittlungsergebnisse	18	65.013,41	1.170.241,44	28	49.004,34
Besitzeinweisung	38	205.434,34	7.806.504,84	45	213.398,21
Flurbereinigungsplan und Ausführungsanordnung	86	113.506,94	9.761.596,87	47	176.551,36
Berichtigung der öffentl. Bücher und Schlussfeststellung	109	43.686,11	4.761.785,70	83	59.282,47
Gesamtsumme Flurb.	299	90.832,50	27.158.917,73	280	104.762,96
Dorferneuerung	364	9.808,12	3.570.154,08	364	11.512,02
Andere Strukturmaßnahmen im ländlichen Raum und sonstiges					
Integrierte ländliche Entwicklungskonzepte			787.315,37		
Freiwilliger Landtausch			287.297,62		
Ländlicher Wegebau			1.896.059,96		
Aufsicht TG/VTG			153.983,28		
Zentrale Altablage			175.491,56		
Sonstiges (Leader+, Entwickl. ländl. Räume, Realverbandsangelegenheiten)			2.010.293,22		
Gesamtsumme Andere Strukturmaßnahmen			5.310.441,01		
Vorleistungen des SLA für LWK			5.729.990,35		
Vorleistungen des SLA für ZST-ML			527.700,53		
Gesamtsumme			42.297.203,70		

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag

	Gesamtzielkosten -EUR- (Soll) 2007	Eigenerlöse -EUR- (Soll) 2007	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt -EUR- (Soll) 2007
Flurbereinigung	27.158.917,73	2.150.000,00	25.008.917,73
Dorferneuerung	3.570.154,08	3.500,00	3.566.654,08
Andere Strukturmaßnahmen im ländlichen Raum und sonstiges	5.310.441,01	750,00	5.309.691,01
Vorleistungen des SLA für LWK (IT-Entwicklung und Produktion)	5.729.990,35		5.729.990,35
Vorleistungen des SLA für Zahlstelle-ML (IT-Entwicklung)	527.700,53		527.700,53
Sonstige Eigenerlöse		144.750,00	-144.750,00
Produktsumme	42.297.203,70	2.299.000,00	39.998.203,70
Haushaltsausgleich			
Gesamtsumme	42.297.203,70	2.299.000,00	39.998.203,70

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0910

Überleitungsrechnung			Einnahmen (0-3)				Ausgaben (4-9)						
Bereichshaushalt (Produkte)		Tsd. EUR	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	HH-Abgl.
+	Verwaltungserträge	-149		149									
+	Erträge aus Erstattungen	-2.150				2.150							
+/-	Bestandsveränderungen												
+	sonstige betriebliche Erträge												
=	Erträge	-2.299											
-	Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	27.422					27.442						
-	Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	3.192											3.192
-	sonstige Personalaufwendungen	878					878						
=	Personalaufwendungen	31.512											
-	Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	479						479					
-	Aufwendungen Kommunikation und Reisen	374						374					
-	Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	3.789						2.218				1.571	
-	Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	5.210						5.210					
-	Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	47						47					
-	Abschreibungen	886											886
=	Sachaufwendungen	10.785											
=	Aufwendungen	42.297											
=	Ergebnis nach eigenen Erträgen	39.998											
+	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	-39.998											
=	Ergebnis nach Landeszuschuss	0											
+	Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen												
-	Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen												
=	Finanzergebnis	0											
+	außerordentliche Erträge												
-	außerordentliche Aufwendungen	5						5					
+/-	Haushaltsausgleich												
=	außerordentliches Ergebnis	5											
=	neutrales Ergebnis	5											
=	Gesamtergebnis	5											
-	Investitionen der Hauptgruppe 5	494						494					
-	Investitionen der Hauptgruppe 8	265									265		
=	Einnahmen und Ausgaben des Budgets			149	2.150		28.320	8.827			265	1.571	
+/-	Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets												
=	Kapitelsumme			149	2.150		28.320	8.827			265	1.571	

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0910

Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln

Zu HGr. 4

Beschäftigungsvolumen (in VZE):

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
612,07	657,45	662,05

Zu 281 13

Veranschlagt sind Leistungsentgelte der Teilnehmergemeinschaften sowie Bauleitungsgebühren in Siedlungsverfahren.
Erstattung von Kosten durch die Teilnehmergemeinschaften für die Gestellung von ständigen Messgehilfen in Flurbereinigungsverfahren.
Beträge, die die Siedler im Falle der Veräußerung von Siedlerstellen und Siedlungsgrundstücken nach näherer Festsetzung durch die Siedlungsbehörde erstatten müssen. Der Anteil der NLG beträgt 4 v. H. der von ihr erhobenen Einnahmen = rd. 2 040 EUR.
Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit
Erstattung von Verfahrens- und sonstigen Kosten in Flurbereinigungsverfahren.

Zu 429 10

	2006	2007
Auszubildende	60	60

Zu 537 10

Um die Leistungsfähigkeit der Ämter für Landentwicklung elastischer an wechselnde räumliche und sachliche Schwerpunkte der ländlichen Neuordnung anpassen zu können, ist der Stellenbestand der Verwaltung für Landentwicklung weitgehend auf die zur behördlichen Leitung der Flurbereinigungsverfahren erforderlichen Arbeiten zugeschnitten, während die übrigen Arbeiten an sachkundige Gesellschaften, Ingenieurbüros u. a. vergeben werden. Es handelt sich im Wesentlichen um folgende Arbeiten:
- Herbeiführung von Abfindungsvereinbarungen und Ausarbeitung von Zusammenlegungsplänen (§ 99 FlurbG);
- Erfassung und Bewertung von Natur und Landschaft;
- beratende Ingenieurtätigkeit im Rahmen der Aufstellung des Wege- und Gewässerplans (Plan nach § 41 FlurbG);
- topographische und bestimmende Befliegung (für Planungsunterlagen);
- Absteckung, Abmarkung und Vermessung des Wege- und Gewässernetzes und der neuen Grundstücke.

Besondere Bedeutung hat die Vergabe von Arbeiten an Dritte im Rahmen von Unternehmensverfahren.
Veranschlagt sind außerdem die Vergütungen und Reisekosten für landw. Sachverständige zur Wertermittlung nach § 31 FlurbG.

Zu 547 10

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	1.151	—	—	1.151
2008	—	—	—	—
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	1.151	—	—	1.151

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 0910 Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften - Landentwicklung - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 10-1	511	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	265	415	–150	493
981 10-8	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	1.571	1.243	+328	1.592
		Abschluss Kapitel 0910					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		149	149	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		2.150	2.150	—	
		Summe der Einnahmen		2.299	2.299	—	
		4 Personalausgaben	—	28.328	29.279	–951	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	8.827	11.347	–2.520	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	265	415	–150	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.571	1.243	+328	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	38.991	42.284	–3.293	
		Zuschuss		36.692	39.985	–3.293	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 812 10

Ersatzbeschaffungen:	
a) 4 PKW Kombi (einschl. Umsatzsteuer und Sonderausstattung)	76 000 EUR
b) 1 Transporter (einschl. Umsatzsteuer und Sonderausstattung)	34 000 EUR
Ergänzungsbeschaffungen:	
c) Erweiterung der Sicherungsumgebung	80 000 EUR
d) Erweiterung der Terminalserverfarm	67 000 EUR
e) Erweiterung Telefonanlage GLL Sulingen	8 000 EUR
Zusammen	265 000 EUR

Als Sonderausstattungen sind vorgesehen für jedes Fahrzeug:
Kopfstützen für Rücksitz, Halogen-Nebelscheinwerfer, Komfortsitz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		**** Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die "Allgemeine Erläuterung zum Kapitel" verbindlich.*					
		E I N N A H M E N					
111 01-0	811	Gebühren und tarifliche Entgelte		50	50	—	61
119 01-0	811	Vermischte Einnahmen		18	18	—	51
119 11-8	811	Rückzahlungen von Überzahlungen aus Landesmitteln		—	—	—	0
121 11-2	811	Ablieferung der Domäne Hollanderhof		—	—	—	8
121 13-9	811	Ablieferung der Domäne Derneburg		92	92	—	93
121 14-7	811	Ablieferung der Domäne St. Ludgeri		205	205	—	287
124 12-0	811	Einkünfte von verpachteten Domänen		2.200	2.200	—	2.448
124 13-8	811	Einkünfte von Garten-, Acker-, Wiesen-, Weide- und sonstigen Streugrundstücken		1.900	2.000	–100	2.083
124 14-6	811	Einkünfte von Mühlen, einzelnen vermieteten Gebäuden und sonstigen Nutzungen		150	150	—	189
124 15-4	811	Einkünfte von Fischerei- und Nebennutzungen der domänenfiskalischen Gewässer		145	145	—	140
124 16-2	811	Einkünfte von Fischerei- und Nebennutzungen aus dem Steinhuder Meer **** Die vertraglich an die fürstliche Hofkammer Schaumburg Lippe abzuführenden Beträge von den Einnahmen für das Befahren des Steinhuder Meeres dürfen auch nach Ablauf des Haushaltsjahres durch Absetzen von der Einnahme verausgabt werden.*		400	450	–50	374
124 17-0	811	Einkünfte von Fischerei- und Nebennutzungen aus dem Dümmer		150	150	—	128
132 01-7	811	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	—
235 01-0	811	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
261 10-0	811	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch die Lastenausgleichsbank		1	1	—	1
261 11-9	811	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch den Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz		401	401	—	—
261 12-7	511	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch den Braunschweigischen Vereinigten Kloster- und Studienfonds		200	95	+105	214
281 10-1	811	Erstattung von Steuern vom Grundvermögen, öffentlichen Lasten und sonstigen Beiträgen durch Dritte		5	5	—	0
341 11-2	811	Pächterbeiträge zu den Kosten kleiner Neu-, Um- und Erweiterungsbauten		690	690	—	262
341 12-0	811	Pächterbeiträge zu den laufenden Unterhaltungskosten		25	25	—	3
341 63-5	811	Umlagen für Unterhaltungsarbeiten an Gräben und Wegen des domänenfiskalischen Streubesitzes		—	—	—	2

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 0930

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 30
Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 sind im Einzelplan 09 in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind deckungsfähig innerhalb des Einzelplanes und übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Dem Deckungskreis gehören im Kapitel 0930 folgende Titel an: 511 01, 514 10, 517 10, 518 01, 525 01, 526 01, 526 02, 527 01, 546 01, 546 03 und 547 11. Im Einzelplan 09 gilt die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.
Zu Kapitel 09 30
Die Flächenverwaltung wird von den Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften (GLL) Braunschweig, Hannover, Lüneburg und Oldenburg – Domänenämter wahrgenommen. Der Gesamtflächenbestand der Domänenverwaltung beträgt rd. 48 350 ha. Zusätzlich werden rd. 13 530 ha im Auftrag der Naturschutzverwaltung (Kap. 15 20) sowie rd. 9.350 ha für die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz verwaltet.

Zu 121 11

Resteinnahmen aus der Betriebsaufgabe Hollanderhof.

Zu 121 13 und 121 14

Ablieferungen der selbst bewirtschafteten Domänen (Unternehmen im Sinne des § 26 LHO) mit landwirtschaftlicher Buchführung.
Die Wirtschaftspläne (Erfolgs- und Finanzpläne) der selbst bewirtschafteten Domänen befinden sich in den Anlagen zum Einzelplan 09. Die Wirtschaftspläne berücksichtigen die seitens der EU vorgegebenen Flächenstilllegung.

Zu 124 12

Es sind vorhanden:
102 Domänen mit 12 300 ha LF (12 900 ha Gesamtfläche).
Der Ansatz berücksichtigt Pachtpreisreduzierungen für Maßnahmen zur Stärkung des Naturhaushalts innerhalb und außerhalb von Schutzgebieten in Höhe von rd. 125 000 EUR.

Zu 124 13

Es sind vorhanden: 10 820 ha LF (34 600 ha Gesamtfläche).
Der Ansatz für Pachteinnahmen berücksichtigt Pachtpreisreduzierungen für Maßnahmen zur Stärkung des Naturhaushalts innerhalb und außerhalb von Schutzgebieten in Höhe von rd. 698 000 EUR.

Zu 124 15

Einnahmen aus der Verpachtung von domänenfiskalischen Fischerei- und Nebennutzungen der Gewässer.
Der Ansatz berücksichtigt Pachtpreismindereinnahmen für Maßnahmen zur Stärkung des Naturhaushalts innerhalb und außerhalb von Schutzgebieten in Höhe von rd. 7 000 EUR.

Zu 124 16

Weniger wegen gesunkener Freizeitnutzung.

Zu 261 10

Erstattung von Verwaltungskosten durch die Lastenausgleichsbank für die Verwaltung von rd. 90 ha ehem. Mecklenburgischer Flächen in den Landkreisen Lüneburg und Lüchow-Dannenberg.

Zu 261 11

Erstattung von Verwaltungsausgaben durch den Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz für die Verwaltung von Flächen des Naturschutzes.

Zu 261 12

Erstattung der jeweiligen Personal- und Sachkosten, die durch die Verwaltung des Grundbesitzes der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz, landwirtschaftliches Teilvermögen des Braunschweigischen Vereinigten Kloster- und Studienfonds, entstehen. Mehr aufgrund des tatsächlichen Verwaltungsaufwandes.

Zu 341 11

Pächterbeiträge zu den Kosten der nach dem Domänenbauplan bei 711 01 veranschlagten Baumaßnahmen (ohne Kosten für die Pflege der Baudenkmäler).

Zu 341 12

Pächterbeiträge zu den Kosten der nach dem Domänenbauplan bei 519 01 veranschlagten Maßnahmen der Bauunterhaltung.

Zu 341 63

Leertitel, da sich nicht übersehen lässt, in welcher Höhe von den Pächtern Umlagen gezahlt werden.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
356 10-1	950	Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*		2.140	2.321	–181	1.729
		A U S G A B E N					
422 01-5	811	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	2.081	2.072	+9	207
422 19-8	811	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	25
422 31-7	811	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-4	811	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	768
427 01-7	811	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 11-4	811	Entschädigungen für nebenberuflich tätige Aufseher, Schleusen-, Dünen- und Buschwärter	—	5	5	—	3
453 01-8	811	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	4	4	—	—
511 01-8	811	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	19
514 10-6	811	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	—	—	—	—	—
517 10-5	811	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	294
518 01-2	811	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	—
519 01-9	811	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 711 01.*	—	50	50	—	44
525 01-9	811	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	2
526 01-5	811	Sachverständige	—	—	—	—	—
526 02-3	811	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	0
527 01-1	811	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	16
546 01-6	511	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	0
546 02-4	811	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	—
546 03-2	811	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	—
547 11-0	511	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels	—	350	350	—	—
682 09-2	811	Zuschüsse an selbstbewirtschaftete Domänen für Nutzungsentgelte	—	469	540	–71	538
682 13-0	811	Zuschuss an die Domäne Derneburg	—	—	—	—	—
682 14-9	811	Zuschuss an die Domäne St. Ludgeri	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 356 10

Durch die Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds werden die Aufwendungen für Zuschüsse und Kapitalausstattungen an die selbst bewirtschafteten Domänen, für die Folgeeinrichtungsarbeiten auf Anlandungsflächen, für Tiefbauten, für den Wirtschaftswegebau auf domänenfiskalischem Besitz (vgl. Titelgruppen 62 und 63), sowie die Anteile der Domänenverwaltung zu den Kosten der bei 711 01 veranschlagten Baumaßnahmen – mit Ausnahme der Nutzungsentgelte für das Liegenschaftsmanagement – gedeckt.
Weniger wegen Baukostenabsenkung.

Zu 427 11

Die Bezahlung der nebenberuflich tätigen Aufseher pp. erfolgt nach dem Umfang der Tätigkeit unter Berücksichtigung der Größe des Aufsichtsbezirks und der zu leistenden besonderen Arbeiten (z. B. Schleusenbedienung usw.).

Zu 519 01

Veranschlagt sind rd. 3 v. T. des Neubauwertes von rd. 16 640 000 EUR.

Zu 682 09

Zuschüsse an die Landesbetriebe für Abführungen der festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
711 01-7	811	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 519 01.* **** Gemäß § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO wird zugelassen, dass Brandentschädigungen von der Ausgabe abgesetzt werden.*	500 500	1.400	1.550	–150	629
812 10-7	811	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
981 09-0	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	8.650	8.669	–19	8.743
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Betriebsausgaben für selbstbewirtschaftete Streugrundstücke** *Übertragbar.*	(—)	(131)	(131)	(—)	(127)
429 61-3	811	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
514 61-0	811	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	—	3	3	—	—
537 61-0	811	Vergabe von Arbeiten für landeskulturelle Maßnahmen	—	—	—	—	—
547 61-6	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	39	39	—	33
671 61-9	811	Erstattung an öffentliche Unternehmen	—	89	89	—	94
811 61-5	811	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	—	—	—	—	—
TGr. 62		**Sicherungs- und Überwachungsarbeiten auf Anlandungsflächen** *Übertragbar.*	(—)	(580)	(580)	(—)	(518)
429 62-1	811	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
514 62-9	811	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	—	4	4	—	—
538 62-5	811	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
547 62-4	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	77	77	—	77
671 62-7	811	Erstattung an öffentliche Unternehmen	—	499	499	—	441
TGr. 63		**Tiefbauten und landschaftspflegerische Maßnahmen sowie Ausbau und Unterhaltung von Wirtschaftswegen und Brücken** *Übertragbar.*	(—)	(850)	(881)	(–31)	(793)
429 63-0	811	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
538 63-3	811	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
547 63-2	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	5
671 63-5	811	Erstattung an öffentliche Unternehmen	—	140	140	—	135
761 63-4	811	Tiefbaumaßnahmen	—	710	741	–31	653
TGr. 66		**Steinhuder Meer** *Übertragbar.*	(511) (511)	(519)	(519)	(—)	(601)
429 66-4	811	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 711 01

Der Anteil der Pächter an den nachgewiesenen Baukosten wird bei 341 11 vereinnahmt.
Der Anteil der Domänenverwaltung wird durch Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds (vgl. 356 10) gedeckt.
Weniger wegen Baukostenabsenkung aufgrund Domänenverkauf.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	500	—	500
2008	—	—	500	500
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	500	500	1.000

Zu 981 09

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61

Der Ansatz enthält die Erstattung von Kosten zur Betreuung von Pensionsvieh an den Nds. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (Kapitel 15 55).

Zu Titelgruppe 62

Kosten für Sicherungs- und Überwachungsmaßnahmen auf den Anlandungsflächen an der ostfriesischen Küste einschließlich Kostenerstattung an den Nds. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (Kap. 15 55).
Die Aufwendungen werden durch Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds gedeckt (vgl. 356 10).

Zu Titelgruppe 63

Kosten für die Unterhaltung und Neuanlage von Kanälen, Ufern und Deichen, für die Unterhaltung der Ent- und Bewässerungsanlagen sowie für landschaftspflegerische Maßnahmen auf dom.-fisk. Grundbesitz, Baukosten und Unterhaltung für Wirtschaftswege und Brücken einschl. Kostenerstattungen an den Nds. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (Kap. 15 55).
Die Aufwendungen werden durch Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds gedeckt (vgl. 356 10), soweit sie nicht aus zweckgebundenen Einnahmen finanziert werden. Die Pächter verzinsen die nachgewiesenen Kosten für Dränagen, Wirtschaftswege oder Brücken bzw. beteiligen sich daran einmalig.

Zu Titelgruppe 66

Aufwendungen für die Unterhaltung, ökologische Sicherung sowie Entschlammung des Steinhuder Meeres einschließlich Kostenerstattung an den Nds. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (Kap. 15 55).

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
511 66-2	811	Sturmwarnanlage	—	2	2	—	0
517 66-0	811	Bewirtschaftungskosten	—	6	6	—	29
547 66-7	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
761 66-9	811	Tiefbaumaßnahmen	511 511	511	511	—	572
TGr. 67		**Landschaftspflegerische Maßnahmen einschl. Öffentlichkeitsarbeit auf domänenfiskalischen Flächen** *Übertragbar.*	(—)	(31)	(41)	(–10)	(34)
538 67-6	811	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
547 67-5	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
761 67-7	811	Tiefbau- und Pflegemaßnahmen	—	31	41	–10	34
TGr. 68		**Dümmer** *Übertragbar.*	(—)	(460)	(460)	(—)	(282)
429 68-0	811	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
517 68-7	811	Bewirtschaftungskosten	—	—	—	—	—
547 68-3	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
761 68-5	811	Tiefbaumaßnahmen	—	460	460	—	282
TGr. 99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(32)	(38)	(–6)	(29)
514 99-8	811	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte	—	8	8	—	16
525 99-0	811	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	6	–6	—
547 99-3	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	24	24	—	13
812 99-9	811	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		20	–20	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 761 66

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	511	—	511
2008	—	—	511	511
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	511	511	1.022

Zu Titelgruppe 68

Aufwendungen für die Unterhaltung und Entschlammung des Dümmers einschließlich Kostenerstattung an den Nds. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (Kap. 15 55).

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0930					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		5.310	5.460	–150	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		607	502	+105	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		2.855	3.036	–181	
		Summe der Einnahmen		8.772	8.998	–226	
		4 Personalausgaben	—	2.090	2.081	+9	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	563	569	–6	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	1.197	1.288	–91	
		7 Baumaßnahmen	1.011 1.011	3.112	3.303	–191	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	8.650	8.669	–19	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	1.011 1.011	15.612	15.910	–298	
		Zuschuss		6.840	6.912	–72	

E R L Ä U T E R U N G E N

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		**** Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die "Allgemeine Erläuterung zum Kapitel" verbindlich.*					
		E I N N A H M E N					
111 01-3	811	Gebühren und tarifliche Entgelte		3	3	—	1
119 01-4	811	Vermischte Einnahmen		1	1	—	—
124 01-8	811	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		3	3	—	3
124 10-7	811	Einkünfte aus verpachteten kultivierten Moorgrundstücken		320	344	–24	324
124 11-5	811	Einkünfte aus verpachteten unkultivierten Moorgrundstücken		1.100	1.100	—	1.102
125 10-3	811	Sonstige Einkünfte aus Moorgrundstücken		4	4	—	1
132 01-0	811	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		10	10	—	1
235 01-4	811	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
261 10-4	811	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch den Niedersächsichen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz		324	92	+232	—
281 10-5	811	Erstattung von Steuern und Abgaben aus veräußerten Siedlungsflächen		—	—	—	—
356 10-5	950	Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds		33	33	—	37
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Gestaltungs- und Regenerationsarbeiten in landeseigenen Mooren**		(—)	(—)	(—)	(32)
231 61-2	811	Erstattungen des Bundes für den Zivilen Ersatzdienst *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	—
281 61-0	811	Erstattungen Dritter für Regenerationsmaßnahmen in landeseigenen Mooren *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	32
282 61-6	811	Zuschüsse Dritter zur Unterhaltung von wasserwirtschaftlichen Anlagen und Wegen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-9	811	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	593	590	+3	43
422 19-1	811	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-0	811	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-8	811	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	530
426 01-4	811	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	11

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0931

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 31
Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 sind im Einzelplan 09 in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind deckungsfähig innerhalb des Einzelplanes und übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Dem Deckungskreis gehören im Kapitel 0931 folgende Titel an: 511 01, 517 01, 525 01, 527 01, 527 02, 546 01 und 547 11. Im Einzelplan 09 gilt die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.
Zu Kapitel 09 31
Die Flächenverwaltung wird von den Behörden für Geoinformation, Liegenschaften und Landentwicklung (GLL) – Moorverwaltung in Meppen wahrgenommen.
Die moorfiskalische Gesamtfläche beläuft sich auf 13 570 ha, daneben werden 4 077 ha Flächen der Naturschutzverwaltung betreut.

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	—
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	3 Tsd. EUR
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	—
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—
5. Sonstige Mieten und Pachten	—
Zusammen	3 Tsd. EUR

Zu 124 10

Die verpachteten moorfiskalischen Flächen betragen 2 062 ha, dabei sind im Ansatz des Titels Pachtpreisreduzierungen zur Stärkung des Naturhaushalts in Höhe von rd. 87 000 EUR berücksichtigt.

Zu 124 11

1. Torfheuer	1.000 Tsd. EUR
2. Einnahmen aus der Verpachtung unkultivierter Flächen (einschl. Jagd- und Fischereipacht)	100 Tsd. EUR
3. Sonstige Betriebseinnahmen	-
Zusammen	1.100 Tsd. EUR

Fläche des Vorjahres: rd. 3 542 ha (Vorjahr: 3 288 ha).

Zu 261 10

Erstattung von Verwaltungsausgaben durch den Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz für die Verwaltung von Flächen des Naturschutzes.

Zu 356 10

Die Aufwendungen bei 711 01 werden durch Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds gedeckt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
426 04-9	811	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-0	811	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	1	1	—	0
453 01-1	811	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	1	1	—	5
511 01-1	811	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	27
517 01-0	811	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	180
519 01-2	811	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 711 01.*	—	10	10	—	6
525 01-2	811	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	0
527 01-5	811	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	10
527 02-3	811	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	—	—	—	0
546 01-0	811	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
546 02-8	811	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	—
547 11-3	811	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels	—	220	220	—	—
711 01-0	811	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 519 01.*	—	33	33	—	37
811 01-5	811	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 10-0	811	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
981 09-3	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	475	460	+15	460
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Gestaltungs- und Regenerationsarbeiten in den landeseigenen Mooren** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 61, 281 61 und 282 61.*	(—)	(1.690)	(1.690)	(—)	(1.720)
426 61-8	811	Löhne der Arbeiter *Übertragbar.*	—	1.038	1.038	—	1.034
427 61-4	811	Vergütungen für Personen, die Zivilen Ersatzdienst leisten *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
459 61-3	811	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben *Übertragbar.*	—	1	1	—	0
511 61-5	811	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *Übertragbar.*	—	25	25	—	90

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 711 01

Die Ausgaben werden durch Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds gedeckt (vgl. 356 10).

Zu Titelgruppe 61

Übersicht über die durchschnittlich beschäftigten Arbeiter für die Verwirklichung des Moorschutzprogramms in den landeseigenen Mooren einschl. angrenzender Feuchtgrünlandflächen (Renaturierungs- und Pflegearbeiten), Aufforstungsmaßnahmen und die Herrichtung von Flächen als Ersatzland für flächenbeanspruchende öffentliche Planungsvorhaben:

Lohn-Gruppe:	2007
3/3 a	4
4/4 a	4
5/5 a	16
6/6 a	1
7/7 a	1
8/8 a	1
Zusammen	27

Es befinden sich 8 220 ha moorfiskalischer Flächen und 1 772 ha Flächen der Naturschutzverwaltung in der Regeneration.
Hier sind auch Unterhaltung und Ersatzbeschaffung der für die Gestaltungs- und Regenerationsarbeiten in den landeseigenen Mooren benötigten landeseigenen Maschinen und Geräte sowie Nutzfahrzeuge veranschlagt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
514 61-4	811	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl. *Übertragbar.*	—	232	232	—	175
527 61-9	811	Reisekosten für Moorarbeiter gem.Nr.5 der SR 2i MTL II	—	10	10	—	11
547 61-0	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *Übertragbar.*	—	60	60	—	52
761 61-1	811	Landschaftsbauarbeiten	—	110	110	—	151
811 61-9	811	Erwerb von Nutzfahrzeugen	—	159	159	—	158
812 61-5	811	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	55	55	—	49
TGr. 99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(16)	(16)	(—)	(15)
511 99-2	811	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	3	3	—	15
547 99-7	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	13	13	—	—
812 99-2	811	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 0931					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.441	1.465	–24	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		324	92	+232	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		33	33	—	
		Summe der Einnahmen		1.798	1.590	+208	
		4 Personalausgaben	—	1.634	1.631	+3	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	573	573	—	
		7 Baumaßnahmen	—	143	143	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	214	214	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	475	460	+15	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	3.039	3.021	+18	
		Zuschuss		1.241	1.431	–190	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 811 61

Bestand an Dienstfahrzeugen und Nutzfahrzeugen

	Ist 1.1. 2005	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Kombi	4	4	4
Unimog	2	2	2
Radschlepper	6	6	6
Planierraupen	3	3	3
Raupenbagger	3	3	4
Raupenkipper	2	2	2
ATV	5	5	5
Pistenbulli	1	1	1
Mähraupe	0	1	1
Zusammen	26	27	28

Neubeschaffung:	
Hydraulikbagger	111 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffung:	
2 Raupenkipper	48 Tsd. EUR
Zusammen	159 Tsd. EUR

Zu 812 61

Neubeschaffungen:	
3D GPS Systems	25 Tsd. EUR
Seitenmulcher	14 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:	
Motorsägen, Motorsensen	16 Tsd. EUR
Zusammen:	55 Tsd. EUR

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 0941 Niedersächsisches Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		**** Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die "Allgemeine Erläuterung zum Kapitel" verbindlich.*					
		E I N N A H M E N					
111 01-6	511	Gebühren und tarifliche Entgelte *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61/62.*		3.100	3.000	+100	2.979
111 12-1	549	Gebühren für amtstierärztliche Dienstgeschäfte		150	140	+10	152
111 63-6	511	Gebühren für Untersuchungen im Auftrage Dritter *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		3.189	3.189	—	3.016
112 01-2	511	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		55	35	+20	73
119 01-7	511	Vermischte Einnahmen		16	16	—	3
119 03-3	511	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		1	1	—	—
119 11-4	511	sonstige Einnahmen der Fachdienste *Vgl. K-Vermerk zu 525 11.*		—	—	—	70
119 46-7	511	Ersatzleistungen		—	—	—	2
119 68-8	511	Einnahmen aus Forschungs- und ähnlichen Aufträgen Dritter *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.*		100	70	+30	141
124 01-0	511	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		18	18	—	15
132 01-3	511	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		2	2	—	1
231 10-0	511	Erstattungen von Verwaltungsausgaben für Untersuchungen nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz *Vgl. K-Vermerk zu 671 10.*		174	174	—	171
231 64-0	511	Zuweisungen Dritter für Forschungsvorhaben *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		—	—	—	48
235 01-7	511	Zuweisungen von der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
261 10-7	511	Erstattung von Reisekosten *Vgl. K-Vermerk zu 527 10.*		8	8	—	13
271 67-6	549	Erstattungen für die Durchführung des Forschungsvorhabens aufgrund d. VO (EG) 797/2004 *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.*		25	25	—	16
281 10-8	511	Erstattung von Verwaltungsausgaben *Vgl. K-Vermerk zu 525 10.*		7	7	—	12
281 99-0	511	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch Kommunen		62	—	+62	—
282 10-4	511	Zuschüsse Dritter *Vgl. K-Vermerk zu 686 11.*		—	—	—	76
282 69-4	511	Erstattungen Dritter im Rahmen von Beweissicherungsverfahren *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 69.*		—	—	—	11

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0941

Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 09 41
Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 sind im Einzelplan 09 in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind deckungsfähig innerhalb des Einzelplanes und übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Dem Deckungskreis gehören im Kapitel 0941 folgende Titel an: 511 01, 514 01, 514 02, 514 10, 517 01, 518 01, 518 02, 519 01, 525 01, 525 02, 526 01, 526 02, 526 03, 527 01, 527 02, 546 01, 546 03 und 547 11. Im Einzelplan 09 gilt die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.

Zu 111 01

Gemäß Verordnung über die Erhebung von Gebühren auf dem Gebiete der Veterinärverwaltung in der jeweils geltenden Fassung für Amtshandlungen und Dienstleistungen der Staatl. Veterinäruntersuchungsämter bzw. Gebühren sowie Auslagenerstattungen in Beanstandungsfällen nach rechtskräftiger Verurteilung nach der Gebührenordnung für die amtliche Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeuntersuchung vom 18. 8. 1993 (Nieders. GVBl. S. 302) – in der jeweils gültigen Fassung.

Zu 111 12

Für amtstierärztliche Dienstgeschäfte gemäß Verordnung über die Erhebung von Gebühren auf dem Gebiete der Veterinärverwaltung in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 111 63

Untersuchungen im Auftrage Dritter, insbesondere Flächenuntersuchungen auf Rinderleukose auf Rechnung der Nieders. Tierseuchenkasse und Untersuchungen im Auftrage privater Dritter bei Tieren und Waren, die für den Export vorgesehen sind sowie fachliche Stellungnahmen.

Zu 231 10

Für Untersuchungen von Lebensmitteln auf Radioaktivität.

Zu 231 64

Leertitel, weil die Höhe der Zuweisungen sehr stark schwankt.

Zu 261 10

Die bei gebührenpflichtigen Dienstgeschäften dem Land entstehenden Reisekosten werden Gebührenpflichtigen in Rechnung gestellt und hier vereinnahmt.

Zu 271 67

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 67.

Zu 281 10

Erstattung von Sachaufwand für die Aus- und Fortbildung Außenstehender (Fisch-Seminare).

Zu 281 99

Anteilige Erstattungen durch die Landkreise, kreisfreien Städte und die Region Hannover für den Erhalt und die Pflege der gemeinsamen Verbraucherschutzinformationssoftware.

Zu 282 10

Vorsorglich Leertitel.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Untersuchungsbetrieb**		(4.130)	(4.130)	(—)	(3.669)
111 61-0	511	Gebühren für Maßnahmen im Rahmen der TSE-Überwachung		2.230	2.230	—	2.250
271 61-7	511	Erstattungen der EU für Maßnahmen zur Zoonosebekämpfung		—	—	—	—
281 61-2	511	Erstattungen des Bundes für Maßnahmen im Rahmen der TSE-Überwachungen		—	—	—	—
286 61-4	511	Erstattungen des Bundes aus EU-Mitteln für Maßnahmen im Rahmen der TSE-Überwachungen		1.900	1.900	—	1.419
TGr. 66		**Einnahmen aus Wirtschafts-, Lehr- und Beratungstätigkeit** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		(293)	(293)	(—)	(226)
119 66-1	165	Erlöse aus Untersuchungs- und Lehrtätigkeiten		192	192	—	120
125 66-1	165	Erlöse aus der Imkerei		100	100	—	106
132 66-8	165	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen		1	1	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-1	511	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	28.207	27.905	+302	6.434
422 04-6	511	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	305	305	—	267
422 06-2	511	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	8	—	+8	—
422 19-4	511	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	77
422 31-3	511	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-0	511	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	19.628
425 04-5	511	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	446	446	—	423
425 06-1	511	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	16	16	—	16
426 01-7	511	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	2.250
426 03-3	511	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	81
426 06-8	511	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	2	2	—	2
427 01-3	511	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	20	20	—	6
427 10-2	511	Beschäftigungsentgelte für Praktikanten	—	205	205	—	98
427 11-0	511	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	50	50	—	28

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 66

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 66.

Zu 422 04

Nach der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des höheren Veterinärdienstes des Landes Niedersachsen vom 23.03.2005 (Nds. GVBl. S. 94) in der jeweils geltenden Fassung ist für Einstellung als Veterinärassessor die Ableistung eines Vorbereitungsdienstes erforderlich.

Zu 427 10

Vergütung für 21 Berufspraktikanten der Pharmazie und Lebensmittelchemie des Lebensmittelinstitutes Braunschweig.

Zu 427 11

Prüfungsvergütungen an die Mitglieder der Prüfungsausschüsse.
25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 0941 Niedersächsisches Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
427 39-0	511	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	26	2	+24	25
453 01-4	511	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	50	50	—	38
459 10-1	511	Pauschalentschädigungen für Aufwendungen im Dienst	—	1	1	—	1
459 11-0	549	Gebührenanteile der beamteten Tierärzte	—	5	5	—	1
511 01-4	511	Geschäftsbedarf	—	—	—	—	516
514 01-3	511	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	—	—	—	94
514 02-1	511	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	—
514 10-2	165	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	—	—	—	—	—
517 01-2	511	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	1.291
518 01-9	511	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	250
518 02-7	511	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	—	—	66
519 01-5	511	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	169
525 01-5	511	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	156
525 02-3	511	Lehr- und Lernmittel	—	—	—	—	0
525 10-4	511	Sachaufwand der Aus- und Fortbildung Außenstehender *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 281 10.*	—	3	3	—	9
525 11-2	549	Fachtagungen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 11.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	—	—	—	36
526 01-1	511	Sachverständige	—	—	—	—	5
526 02-0	511	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	30
526 03-8	549	Aufwandsentschädigung für den Vorsitzenden des Tierschutzbeirats	—	—	—	—	2
527 01-8	511	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	361
527 02-6	511	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	—	—	—	6
527 10-7	511	Reisekosten aus gebührenpflichtigen Dienstgeschäften *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 261 10.*	—	8	8	—	4
529 01-0	511	Zur Verfügung der Präsidentin oder des Präsidenten	—	—	—	—	0
546 01-2	511	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	165

ERLÄUTERUNGEN

Zu 453 01

Hier werden auch die Fahrkosten der Auszubildenden zum Besuch einer auswärtigen Berufsschule sowie Familienheimfahrten der Auszubildenden nachgewiesen.

Zu 459 10

Die Leiter des Tierseuchenbekämpfungsdienstes und des Fischseuchenbekämpfungsdienstes des Niedersächsischen Landesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit erhalten eine Amtsunkostenentschädigung (Aufwandsentschädigung) gem. Verordnung über die Entschädigung von besonderem Aufwand der beamteten Tierärzte und Assistenztierärzte bei den Landkreisen und kreisfreien Städten vom 4. 1. 1978 (Nds. GVBl. S. 11) in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 459 11

Die beamteten Tierärzte beim Niedersächsischen Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit erhalten, soweit sie ausnahmsweise gebührenpflichtige amtstierärztliche Dienstgeschäfte wahrnehmen, für den ihnen im Rahmen dieser Tätigkeit entstehenden besonderen Aufwand von einem Gebührenaufkommen bis zu 500 EUR monatlich 25 v. H., von dem darüber hinausgehenden Gebührenaufkommen bis zu insges. 1 000 EUR monatlich 10 v. H. Für ein 1 000 EUR monatlich übersteigendes Gebührenaufkommen werden Gebührenanteile nicht gewährt (Verordnung über die Entschädigung von besonderem Aufwand der beamteten Tierärzte und Assistenztierärzte bei den Landkreisen und kreisfreien Städten vom 4. 1. 1978 (Nds. GVBl. S. 11) in der jeweils geltenden Fassung). Davon sind 33 1/3 v. H., höchstens jedoch 614,00 EUR im Kalenderjahr, Aufwandsentschädigungen.

Zu 525 10

Vgl. K-Vermerk zu 281 10.

Zu 525 11

Im Rahmen des Verwendungszwecks dürfen Ausgaben auch aus dem sächlichen Deckungskreis des Kapitels geleistet werden.

Zu 527 10

Vgl. Erläuterung zu 261 10.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
546 02-0	811	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	—
546 03-9	511	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	34
547 11-6	511	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels **** Die Ausgaben der OGr. 51-54 des Deckungskreises sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Ausgaben der OGr. 81 des Kapitels außerhalb der Titelgruppen, einseititg deckungsfähig zulasten der TGr. 63 und gegenseitig deckungsfähig mit den Titelgruppen 61/62 und 98/99.*	—	2.825	2.725	+100	—
671 01-1	910	Erstattung an die Tierärztliche Hochschule für die Durchführung der Veterinärreferendarausbildung	—	18	18	—	16
671 10-0	529	Erstattungen an die Landwirtschaftskammern für Untersuchungen nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 18 v.H. der Isteinnahmen bei 231 10.*	—	31	31	—	31
686 11-6	511	Verwendung der Zuschüsse Dritter *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 10.*	—	—	—	—	75
711 01-3	511	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
811 01-8	511	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 10-3	511	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	35	32	+3	54
981 09-6	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	2.623	2.607	+16	2.624
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62		**Untersuchungsbetrieb** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 70 v.H. der Mehreinnahmen bei 111 01.* **** Nicht verausgabte Mehreinnahmen sind zu diesem Prozentsatz gem. § 45 LHO zu übertragen.* *Vgl. D-Vermerke zu 54711 und TGr. 98/99*	(—)	(9.419)	(9.839)	(–420)	(9.021)
429 61-0	511	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	38	158	–120	190
511 61-8	511	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	802	802	—	976
514 61-7	511	Laborbedarf, Röntgenbedarf, Fotobedarf und Versuchstierhaltung	—	3.516	3.516	—	3.738
514 62-5	511	Dienst- und Schutzkleidung	—	5	5	—	2
547 61-2	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	246	246	—	154
633 61-6	511	Erstattungen an Gemeinden (GV) für Maßnahmen im Rahmen der TSE-Überwachungen	—	995	995	—	915
711 61-7	511	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	52

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 671 01

Kosten der im Rahmen der Veterinärreferendarausbildung durchgeführten Fachseminare an der Tierärztlichen Hochschule Hannover – Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des höheren Veterinärdienstes des Landes Niedersachsen vom 23.03. 2005 (Nds. GVBl. S. 94) in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 686 11

Vorsorglich Leertitel, da sich nicht übersehen lässt, in welcher Höhe Beiträge für die Binnenfischerei aufkommen.

Zu 812 10

Ersatzbeschaffung:
Transporter für das Institut für Bienenkunde 35 Tsd. EUR

Zu 981 09

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu 511 61

Hier werden seit dem Haushaltsjahr 2002 u. a. auch die Mittel für die Beauftragung eines privaten Kurierdienstes mit dem landesweiten Transport der Proben zu den amtlichen Untersuchungs- und Messstellen und für die laufende Anpassung der Software des Labordatensystems nachgewiesen.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 61-8	511	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	3.817	4.117	–300	2.993
TGr. 63		**Untersuchungen im Auftrage Dritter** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 70 v.H. der Isteinnahmen bei 111 63.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten Ausgabetitelgruppe 98/99.* **** Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 54711*	(—)	(2.232)	(2.232)	(—)	(2.142)
429 63-6	511	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	850	850	—	762
511 63-4	511	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	250	250	—	250
514 63-3	511	Verbrauchsmittel	—	550	550	—	476
547 63-9	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	103	103	—	155
812 63-4	511	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	479	479	—	500
TGr. 64		**Forschungsvorhaben aus Zuweisungen Dritter** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 64.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(43)
429 64-4	511	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	23
547 64-7	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	20
812 64-2	511	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 65		**Lebensmittelrechtliche Prüfungen**	(—)	(6)	(6)	(—)	(0)
427 65-0	549	Prüfungsvergütungen	—	5	5	—	0
547 65-5	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1	1	—	—
TGr. 66		**Wirtschafts-, Lehr- und Beratungstätigkeit** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 66.*	(—)	(94)	(94)	(—)	(95)
429 66-0	165	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	12	12	—	14
514 66-8	165	Verbrauchsmittel für Labor und Bienenhaltung	—	45	45	—	66
525 66-0	165	Lehr- und Lernmittel	—	28	28	—	14
547 66-3	165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	9	9	—	1
812 66-9	165	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 812 61

Notwendige Ersatz-, Ergänzungs- und Neubeschaffungen von Labor- und Untersuchungsgeräten für den Untersuchungsbetrieb. Eine Einzelaufführung der Geräte ist nicht erfolgt, um flexibel auf die Angebotssituation bei den Geräten und die Entwicklung der Untersuchungsverfahren reagieren zu können. Im Vordergrund stehen Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen. Für Großgeräte erfolgt eine enge Abstimmung mit dem ML.

Zu Titelgruppe 63

Vgl. 111 63.
Das Veterinärinstitut Oldenburg darf von der Ausgabeermächtigung des Haushaltsvermerks einen Betrag in Höhe von 265 000 EUR nicht in Anspruch nehmen.
Im Veterinärinstitut Oldenburg werden aus der Titelgruppe ständig beschäftigt:
3 Kräfte nach Verg.-Gr. V c BAT
2 Kräfte nach Verg.-Gr. VIII BAT

Zu Titelgruppe 64

Leertitel (vgl. Erläuterung zu 231 64).

Zu Titelgruppe 65

Prüfungsvergütungen einschl. Reisekosten und Sachkosten aus Anlass der Prüfungen von Lebensmittelchemikern und Lebensmittelkontrolleuren.

Zu Titelgruppe 66

Untersuchungs-, Lehr- und Beratungstätigkeit, Bewirtschaftung der ca. 350 Bienenvölker im Rahmen des Ausbildungsbetriebes sowie der Bereitstellung von Bienenvölkern für Zucht- und Forschungszwecke.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 67		**Forschungsvorhaben aufgrund d. VO (EG) 797/2004** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 271 67.* **** Die Ausgaben der Titelgruppe richten sich nach dem genehmigten EU-Programm.* *Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(—)	(25)	(25)	(—)	(16)
429 67-9	549	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	18	18	—	14
547 67-1	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	7	7	—	1
812 67-7	549	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 68		**Forschungs- und ähnliche Aufträge** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 68.*	(—)	(50)	(35)	(+15)	(67)
429 68-7	165	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	30
547 68-0	165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	50	35	+15	37
812 68-5	165	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 69		**Beweissicherungsverfahren in der Binnenfischerei** *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 69.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(31)
429 69-5	511	Nicht aufteilbare Personalausgaben *Übertragbar.*	—	—	—	—	0
547 69-8	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	20
812 69-3	511	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	11
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik** *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten Ausgabetitelgruppe 63.* **** Vgl. D-Vermerk zu 54711 und TGr. 61/62*	(—)	(550)	(374)	(+176)	(470)
511 99-5	511	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	216	238	–22	145
518 99-0	511	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	—	—	—	—	30
538 98-2	511	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an das IZN **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	59	36	+23	234
547 99-0	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	200	20	+180	48

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 67

Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse aufgrund der VO (EG) 797/2004. Die EU-Beteiligung beträgt bis zu 50 v. H.

Zu Titel 429 67, 547 67 und 812 67

Forschungsvorhaben (vgl. Kapitel 09 03 TGr. 73).

Zu Titelgruppe 68

Ausgaben für Untersuchungen, Gutachten und andere Aufträge Dritter und des Landes.

Zu Titelgruppe 69

Vorsorglich Leertitel, da sich nicht übersehen lässt, in welcher Höhe Beiträge für die Binnenfischerei aufkommen. Die Mittel werden von anderer Seite zweckgebunden zur Verfügung gestellt.

Zu Titelgruppe 98/99

Mehr durch den Landesanteil für den Erhalt und die Pflege der gemeinsamen Verbraucherschutzinformationssoftware (GeViN).

Zu 538 98

Ein Betrag in Höhe von 7.000 EUR ist ausschließlich für Dienstleistungen des IZN in Behördenhäusern zu verwenden.

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 0941 Niedersächsisches Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 99-5	511	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	75	80	–5	14
		Abschluss Kapitel 0941					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		9.154	8.994	+160	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		2.176	2.114	+62	
		Summe der Einnahmen		11.330	11.108	+222	
		4 Personalausgaben	—	30.264	30.050	+214	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	8.923	8.627	+296	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	1.044	1.044	—	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	4.406	4.708	–302	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	2.623	2.607	+16	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	47.260	47.036	+224	
		Zuschuss		35.930	35.928	+2	

E R L Ä U T E R U N G E N

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		**** Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die "Allgemeine Erläuterung zum Kapitel" verbindlich.*					
		E I N N A H M E N					
111 01-5	549	Gebühren und tarifliche Entgelte		270	270	—	257
119 01-6	549	Vermischte Einnahmen		5	5	—	3
119 10-5	549	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		—	—	—	1
121 12-6	811	Ablieferung des Hengstaufzuchtgestüts Hunnesrück		152	152	—	152
121 13-4	549	Ablieferung aus der Hengstparade		50	120	–70	8
124 01-0	549	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		61	61	—	63
125 10-5	549	Deckgelder außerhalb der zentralen Pferdebesamungsstation Celle *Vgl. K-Vermerk zu 683 10.*		3.813	3.600	+213	3.147
125 11-3	549	Pensionskosten für fremde Pferde *Vgl. K-Vermerk zu 514 11.*		332	332	—	244
125 61-0	549	Einnahmen der Pferdebesamungsstation *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.* **** Gem. § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO wird zugelassen, dass Nebenkosten bis zur Höhe von 0,3 v.H. der Isteinnahmen abgesetzt werden.* *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*		675	650	+25	706
132 01-2	549	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		5	5	—	—
132 10-1	549	Erlöse aus dem Verkauf von ausgesonderten Gestütpferden *Vgl. K-Vermerk zu 812 10.* **** Gem. § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO wird zugelassen, dass die Nebenkosten abgesetzt werden.* *Die darin enthaltenen Bewirtungskosten dürfen 0,25 v. H. der Isteinnahmen nicht überschreiten.* *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*		600	600	—	884
261 10-6	549	Erstattung von Verwaltungsausgaben		42	42	—	43
		A U S G A B E N					
422 01-0	549	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	2.820	2.857	–37	1.646
422 06-1	549	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	52	52	—	40
422 19-3	549	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	24
422 31-2	549	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-0	549	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	474
425 06-0	549	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-6	549	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	625

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0950

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 50
Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 sind im Einzelplan 09 in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind deckungsfähig innerhalb des Einzelplanes und übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Dem Deckungskreis gehören im Kapitel 0950 folgende Titel an: 511 01, 514 01, 514 02, 517 01, 518 01, 518 02, 519 01, 525 01, 526 01, 526 02, 527 01, 527 02, 527 10, 546 01 und 547 11. Im Einzelplan 09 gilt die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.

Als Kostenleistungsrechnung für die Hengstparade gilt das Wirtschaftsergebnis der Hengstparade.

Zu Kapitel 09 50
Es sind vorhanden:
Landgestüt Celle mit Hengstaufzuchtgestüt in Hunnesrück.

Zu 111 01

1. Dienstleistungen für den Verband Hannoverscher Warmblutzüchter	260 Tsd. EUR
2. Sonstige	10 Tsd. EUR
Zusammen	270 Tsd. EUR

Zu 121 12

Der Wirtschaftsplan (Erfolgs- und Finanzplan) des Hengstaufzuchtgestüts Hunnesrück befindet sich in der Anlage 5 zum Einzelplan 09. Veranschlagung nach dem voraussichtlichen Wirtschaftsergebnis.

Zu 121 13

Ablieferung des voraussichtlichen Überschusses der Hengstparade (vgl. Anlage 6 zu Kap. 09 50). Die aus Anlass der Hengstparade bei Kap. 09 50 entstandenen Personalkosten für Verwaltungsaufwand werden von der Hengstparadekasse erstattet und bei Kap. 09 50 Titel 261 10 vereinnahmt.

Zu 125 10

Deckgeld für rd. 6 200 Stuten mit durchschnittlich 615 EUR.

Zu 125 11

Pensionskosten für Hengste privater Eigentümer im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Leistungsprüfung und Pensionskosten für Stuten privater Eigentümer für die vorübergehende Unterstellung auf den Deck- und Besamungsstellen.

Zu 125 61 und 132 10

Werbungskosten des Landstallmeisters im Zusammenhang mit dem Verkauf von Sperma und von Hengsten können bis zu insgesamt 2 000 EUR bei Titel 125 61 und 132 10 von der Einnahme abgesetzt werden; eine Überschreitung dieses Betrages bedarf der Einwilligung des MF.

Zu 261 10

Erstattungsbeträge:

1. Inkassogebühren	16 Tsd. EUR
2. von der Hengstparadekasse	26 Tsd. EUR
Zusammen	42 Tsd. EUR

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 0950 Gestütverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
426 04-0	549	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	154	145	+9	133
426 06-7	549	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	9	9	—	5
427 01-2	549	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	8	8	—	8
427 10-1	549	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich, Mehrausgaben sind in diesem Umfang zugelassen.*	—	51	51	—	66
427 39-0	549	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-3	549	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	75	85	–10	74
453 11-0	549	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	0
511 01-3	549	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	170
514 01-2	549	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	—	—	—	29
514 02-0	549	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	25
514 11-0	549	Nutz- und Zuchttierhaltung *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 125 11.*	—	500	432	+68	500
517 01-1	549	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	164
518 01-8	549	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	289
518 02-6	549	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	—	—	0
519 01-4	549	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	21
525 01-4	549	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	6
526 01-0	549	Sachverständige	—	—	—	—	—
526 02-9	549	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-7	549	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	66
527 02-5	549	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	—	—	—	—
527 10-6	549	Bewegungsgelder für besondere Aufwendungen im Deckstellenbereich	—	—	—	—	—
529 10-9	549	Verfügungsmittel	—	—	—	—	—
546 01-1	549	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
546 02-0	549	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	—
547 11-5	549	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels	—	780	780	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 426 04

Veranschlagt sind:

Kosten für zu Pferdewirt-/Stellmacher/innen Auszubildende (Bruttovergütung, Anteile für Kost und Wohnung sowie Sozialversicherungsbeiträge).

Auszubildende: 14 Pferdewirte/innen
1 Stellmacher/in

Zu 427 10

Für zusätzliche Arbeitskräfte auf den in Ostfriesland eingerichteten Vertragsdeckstationen. Sie erhalten pro gedeckte Stute ein Drittel des durchschnittlichen Deckgeldes (zurzeit 560 EUR), das für eine eingetragene Stute erhoben wird.

Zu 514 11

Bestand an Hengsten (2007)

	Ist 1.1.2005	Soll 2006	2007 erforderlich
Spezialhengste (Vollblut, Trakehner, Araber)	15	15	15
Hannoveraner	140	140	140
Zusammen	155	155	155

Neben diesen eigenen Deckhengsten werden rd. 40 eigene Junghengste im Training und zur Prüfung gehalten. Daneben werden zeitweise 50–60 fremde Prüfungshengste sowie rd. 30 Hengste bzw. Wallache, die zum Verkauf stehen, gehalten.

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 0950 Gestütverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
682 09-8	549	Zuschuss an das Hengstaufzuchtgestüt Hunnesrück für Nutzungsentgelte	—	432	416	+16	431
683 10-8	549	Zuschüsse an private Unternehmer als Hengstzüchterprämien *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 125 10.*	—	23	43	–20	17
811 01-7	549	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	210 —	—	—	—	—
812 10-2	549	Ankauf von Zuchthengsten einschließlich Transport- und Nebenkosten *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 132 10.*	—	731	731	—	1.010
812 15-3	549	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	26	26	—	5
981 09-5	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	609	634	–25	577
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Betrieb der Pferdebesamungsstation** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 60 v.H. der Mehreinnahmen bei 125 61.*	(—)	(156)	(156)	(—)	(159)
429 61-9	549	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	13	13	—	—
514 61-6	549	Spermaankauf	—	21	21	—	—
547 61-1	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	122	122	—	159
812 61-7	549	Erwerb von beweglichen Sachen für Fachaufgaben	—	—	—	—	—
		<u>Abschluss Kapitel 0950</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		5.963	5.795	+168	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		42	42	—	
		Summe der Einnahmen		6.005	5.837	+168	
		4 Personalausgaben	—	3.182	3.220	–38	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	1.423	1.355	+68	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	455	459	–4	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	210 —	757	757	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	609	634	–25	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	210 —	6.426	6.425	+1	
		Zuschuss		421	588	–167	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 682 09

Zuschüsse an den Landesbetrieb für Abführungen der festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu 683 10

Für in Niedersachsen gezüchtete und vom Landgestüt angekaufte Hengste (Landbeschäler), denen überdurchschnittlich viele Stuten in der Decksaison zugeführt werden, erhält der jeweilige Züchter eine Hengstzüchterprämie in Abhängigkeit der von diesem Landbeschäler gedeckten Stuten.

Berücksichtigt werden nur niedersächsische Züchter.

Zu 811 01

Ersatzbeschaffung eines Pferdetransporters.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	210	210
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	210	210

Zu 812 15

Ersatzbeschaffung:
Laborgeräte in den Besamungsstationen 26 Tsd. EUR

Zu 981 09

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 0961 Fischereiverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		**** Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die "Allgemeine Erläuterung zum Kapitel" verbindlich.*					
		E I N N A H M E N					
111 01-1	511	Gebühren und tarifliche Entgelte		50	50	—	12
112 01-8	511	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		8	8	—	14
119 01-2	511	Vermischte Einnahmen		6	6	—	0
124 01-6	511	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		40	38	+2	46
132 01-9	511	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	1
182 62-8	542	Rückflüsse aus Landesdarlehen zur Förderung der Seefischerei *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		3	3	—	43
232 01-3	511	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch das Land Bremen		140	135	+5	156
271 10-8	542	Erstattungen der EU für Maßnahmen nach der Entscheidung des Rates 2004/465/EG		7	7	—	66
		A U S G A B E N					
422 01-7	511	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	671	714	–43	160
422 04-1	511	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	—	—	—	—
422 19-0	511	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	2
425 01-6	511	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	227
426 01-2	511	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	254
426 06-3	511	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	4	4	—	3
453 01-0	511	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	1	1	—	0
511 01-0	511	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	12
514 02-7	511	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	2
514 10-8	511	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	—	—	—	—	—
517 01-8	511	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	6
518 01-4	511	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	10
519 01-0	511	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	—
525 01-0	511	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	0
527 01-3	511	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	3

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0961

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 61
Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 sind im Einzelplan 09 in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind deckungsfähig innerhalb des Einzelplanes und übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Dem Deckungskreis gehören im Kapitel 0961 folgende Titel an: 511 01, 514 02, 514 10, 517 01, 518 01, 519 01, 525 01, 527 01, 527 10, 527 11, 546 01 und 547 11. Im Einzelplan 09 gilt die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.
Zu Kapitel 09 61
Es sind vorhanden:
1 Staatl. Fischereiamt Bremerhaven in Bremerhaven mit 2 Außenstellen in Cuxhaven und Norddeich
1 Abteilung „Binnenfischerei – Fischereikundlicher Dienst“ im „Institut für Fischkunde Cuxhaven“ im Niedersächsischen Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit in Hannover

Zu 112 01

Einnahmen aus Bußgeldbescheiden nach dem Seefischereigesetz.

Zu 124 01

Einnahmen aus der Erteilung von Fischereierlaubnissen.

Zu 182 62

Tilgungsraten für bei 862 62 gezahlte Landesdarlehen.

Zu 232 01

Erstattung der anteiligen Kosten für das Staatl. Fischereiamt in Bremerhaven durch das Land Bremen.

Zu 271 10

Erstattungen der EU für Investitionen in der Fischereiaufsicht gem. Entscheidung des Rates 2004/465/EG, insbesondere zu Ausgaben der Titelgruppe 66/67.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
527 10-2	511	Reisekostenvergütungen für Bootsleute	—	—	—	—	3
527 11-0	511	Reisekostenpauschbeträge; Bewegungsgelder	—	—	—	—	3
546 01-8	511	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	0
547 11-1	511	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels	—	59	59	—	—
671 10-6	511	Erstattung von Auslagen an ehrenamtliche Fischereiaufseher an den Küstengewässern	—	—	—	—	—
812 01-0	511	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Nationale Beihilfen für Förderungen aus dem "Europäischen Fischereifonds" - Schwerpunkte 3-5 (EFF-Förderperiode 2007 bis 2013)** *Übertragbar.* **** Die Ausgaben der Titelgruppe richten sich nach dem genehmigten EU-Programm.* *Die Mehrausgaben im laufenden Haushaltsjahr sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.* *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(275)	(—)	(+275)	(—)
547 61-8	542	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
662 61-1	542	Schuldendiensthilfen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
683 61-9	542	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
892 61-7	542	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	275	—	+275	—
TGr. 62		**Förderung der Kleinen und Großen Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 182 62.*	(—)	(156)	(156)	(—)	(49)
547 62-6	542	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	39	39	—	14
662 62-0	542	Schuldendiensthilfen	—	6	6	—	—
683 62-7	542	Zuschüsse an Erzeugerorganisationen gemäß VO (EG) Nr. 104/2000	—	11	11	—	—
686 62-6	542	Zuschüsse an Sonstige	—	15	15	—	14
892 62-5	542	Zuschüsse für investive Zwecke	—	85	85	—	20
TGr. 63		**Sicherung des Seefischverarbeitungsstandortes Cuxhaven**	(—)	(838)	(838)	(—)	(—)
891 63-7	699	Zuweisungen für Maßnahmen am Seefischmarkt Cuxhaven	—	727	727	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 61

Für Strukturmaßnahmen der Gemeinschaft im Sektor Fischerei und Aquakultur sowie Verarbeitung und Vermarktung der entsprechenden Erzeugnisse, die aus dem Europäischen Fischereifonds (EFF) gefördert werden sollen, können im Rahmen von Förderrichtlinien Zuschüsse zu den zuschussfähigen Ausgaben gewährt werden. Die Gemeinschaftszuschüsse sind zwingend durch nationale Kofinanzierungen zu begleiten.

Zu 662 61

Bezeichnung des Förderprogramms: Nationale Beihilfe zur Förderung aus dem Europäischen Fischereifonds – Schwerpunkte 3 bis 5 (EFF-Förderperiode 2007 bis 2013)
Schuldendiensthilfen an private Unternehmen

Rechtliche Grundlage: Von EU zu genehmigendes Operationelles Programm des EFF im Sinne der Verordnung (EG) Nr. NN/2006 vom TT. MM.2006

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Korrespondierende Einnahmen aus EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					-	-	-	-	-

Empfänger:
[X]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 01.01.2007

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis 31.12.2015

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Volkswirtschaftlich notwendige und wettbewerblich erforderliche Strukturverbesserungen der Fischwirtschaft erfordern eine Teilnahme am Programm zur Förderung der Fischwirtschaft eines Küstenbundeslandes.

Zielgruppe: Träger von Fischereihäfen, Betriebe und Einrichtungen mit Pilotprojekten, Vorhabenträger in Fischwirtschaftsgebieten, Interessenträger bei Wasserfauna und –flora, Teilnehmer am Markt für Fischereierzeugnisse.

Durchschnittliche Förderhöhe: 10.000 EUR

Zu 683 61

Bezeichnung des Förderprogramms: Nationale Beihilfe zur Förderung aus dem Europäischen Fischereifonds – Schwerpunkte 3 bis 5 (EFF-Förderperiode 2007 bis 2013)
Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen

Rechtliche Grundlage: Von EU zu genehmigendes Operationelles Programm des EFF im Sinne der Verordnung (EG) Nr. NN/2006 vom TT. MM.2006

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 683 61

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Korrespondierende Einnahmen aus EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					-	-	-	-	-

Empfänger:
[X]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 01.01.2007

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis 31.12.2015

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Volkswirtschaftlich notwendige und wettbewerblich erforderliche Strukturverbesserungen der Fischwirtschaft erfordern eine Teilnahme am Programm zur Förderung der Fischwirtschaft eines Küstenbundeslandes.

Zielgruppe: Träger von Fischereihäfen, Betriebe und Einrichtungen mit Pilotprojekten, Vorhabenträger in Fischwirtschaftsgebieten, Interessenträger bei Wasserfauna und –flora, Teilnehmer am Markt für Fischereierzeugnisse.

Durchschnittliche Förderhöhe: 50.000 EUR

Zu 892 61

Bezeichnung des Förderprogramms: Nationale Beihilfe zur Förderung aus dem Europäischen Fischereifonds – Schwerpunkte 3 bis 5 (EFF-Förderperiode 2007 bis 2013)
Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen

Rechtliche Grundlage: Von EU zu genehmigendes Operationelles Programm des EFF im Sinne der Verordnung (EG) Nr. NN/2006 vom TT. MM.2006

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	-	-	-	-	-	275	275	275	275
Korrespondierende Einnahmen aus EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					-	275	275	275	275

Empfänger:
[X]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 01.01.2007

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis 31.12.2015

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 892 61

Volkswirtschaftlich notwendige und wettbewerblich erforderliche Strukturverbesserungen der Fischwirtschaft erfordern eine Teilnahme am Programm zur Förderung der Fischwirtschaft eines Küstenbundeslandes.

Zielgruppe: Träger von Fischereihäfen, Betriebe und Einrichtungen mit Pilotprojekten, Vorhabenträger in Fischwirtschaftsgebieten, Interessenträger bei Wasserfauna und –flora, Teilnehmer am Markt für Fischereierzeugnisse.

Durchschnittliche Förderhöhe: 100.000 EUR

Zu 547 62

Für den Bereich der Binnenfischerei sind zusätzliche Erkenntnisse über den Zustand der Fischfauna in den niedersächsischen Gewässern erforderlich, die über Untersuchungen durch Dritte gesammelt werden.
Daneben können im Bereich der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei Ausgaben für Überprüfungen anfallen.

Zu 662 62

Bezeichnung des Förderprogramms: Förderung der Kleinen und Großen Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei (nationale Kofinanzierung zu den Gemeinschaftsprogrammen FIAF bzw. EFF)
Schuldendiensthilfen

Rechtliche Grundlage: Von EU genehmigtes Operationelles Programm "Gemeinschaftsprogramm Fischerei – Deutschland außerhalb Ziel 1", Verordnung (EG) Nr. 2792/1999

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	0,5	0,1	0,1	0,0	6	6	6	6	6
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					6	6	6	6	6

Anmerkung: Hier sind ausschließlich die kofinanzierenden Landesmittel in Höhe von 5 v. H. der förderungsfähigen Investitionsausgaben veranschlagt. Die EU-Beteiligung beträgt bis zu 25 v. H. der förderungsfähigen Investitionsausgaben und erhöht den Förderumfang entsprechend. Die Veranschlagung der EU-Mittel erfolgt zentral im Kap. 0902 TGr. 68 und 69.

Empfänger:
[X]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2000 (mit Beginn des FIAF)

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis 2008 (aber Fortsetzung bis 2015 mit dem EFF)

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Volkswirtschaftlich notwendige und wettbewerblich erforderliche Strukturverbesserungen bei den Erzeugern fischwirtschaftlicher Produkte auf See und in der Binnenfischerei erfordern eine Förderungsmöglichkeit, nicht zuletzt auch um die Gemeinschaftsmittel in erheblichem Umfang zu binden. Die Erzeugung von Fisch ist für ein Küstenbundesland bedeutsam.

Zielgruppe: Betriebe der Erzeugung der Seefischerei

Durchschnittliche Förderhöhe: 100 EUR

Zu 683 62

Bezeichnung des Förderprogramms: Förderung der Kleinen und Großen Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei (nationale Kofinanzierung zu den Gemeinschaftsprogrammen FIAF bzw. EFF)
Zuschüsse an Erzeugerorganisationen gem. Verordnung (EG) Nr. 104/2000

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 683 62

Rechtliche Grundlage: Von EU genehmigtes Operationelles Programm "Gemeinschaftsprogramm Fischerei – Deutschland außerhalb Ziel 1", Verordnung (EG) Nr. 2792/1999, Verordnung (EG) Nr. 104/2000 zur Marktorganisation Fisch

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	0	0	0	0	11	11	11	11	11
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					11	11	11	11	11

Anmerkung: Hier sind ausschließlich die kofinanzierenden Landesmittel in Höhe von 5 v. H. der förderungsfähigen Investitionsausgaben veranschlagt. Die EU-Beteiligung beträgt bis zu 25 v. H. der förderungsfähigen Investitionsausgaben und erhöht den Förderumfang entsprechend. Die Veranschlagung der EU-Mittel erfolgt zentral im Kap. 0902 TGr. 68 und 69.

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2000 (mit Beginn des FIAF)

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis 2008 (aber Fortsetzung bis 2015 mit dem EFF)

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Volkswirtschaftlich notwendige und wettbewerblich erforderliche Strukturverbesserungen bei den Erzeugern fischwirtschaftlicher Produkte auf See und in der Binnenfischerei erfordern eine Förderungsmöglichkeit, nicht zuletzt auch um die Gemeinschaftsmittel in erheblichem Umfang zu binden. Die Erzeugung von Fisch ist für ein Küstenbundesland bedeutsam.

Zielgruppe: Gemeinschaftsrechtlich anerkennte Erzeugerorganisationen zur Ordnung des Marktes

Durchschnittliche Förderhöhe: 5.000 EUR

Zu 686 62

Bezeichnung des Förderprogramms: Förderung der Kleinen und Großen Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei (nationale Kofinanzierung zu den Gemeinschaftsprogrammen FIAF bzw. EFF)
Zuschüsse an Sonstige

Rechtliche Grundlage: : Von EU genehmigtes Operationelles Programm "Gemeinschaftsprogramm Fischerei – Deutschland außerhalb Ziel 1", Verordnung (EG) Nr. 2792/1999, Nds. Fischereigesetz für Fischereiverbände

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	5	6	3	14	15	15	15	15	15
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					15	15	15	15	15

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 686 62

Anmerkung: Hier sind ausschließlich die kofinanzierenden Landesmittel in Höhe von 5 v. H. der förderungsfähigen Investitionsausgaben veranschlagt. Die EU-Beteiligung beträgt bis zu 25 v. H. der förderungsfähigen Investitionsausgaben und erhöht den Förderumfang entsprechend. Die Veranschlagung der EU-Mittel erfolgt zentral im Kap. 0902 TGr. 68 und 69.
Empfänger:
[X]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2000 (mit Beginn des FIAF)

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis 2008 (aber Fortsetzung mit dem EFF)

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Volkswirtschaftlich notwendige und wettbewerblich erforderliche Strukturverbesserungen bei den Erzeugern fischwirtschaftlicher Produkte auf See und in der Binnenfischerei erfordern eine Förderungsmöglichkeit, nicht zuletzt auch um die Gemeinschaftsmittel in erheblichem Umfang zu binden. Die Erzeugung von Fisch ist für ein Küstenbundesland bedeutsam.

Zielgruppe: : Betriebe der Erzeugung von See- und Binnenfischerei, nach Fischereirecht anerkannte Fischereiverbände

Durchschnittliche Förderhöhe: 3.000 EUR

Zu 892 62

Bezeichnung des Förderprogramms: Förderung der Kleinen und Großen Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei (nationale Kofinanzierung zu den Gemeinschaftsprogrammen FIAF bzw. EFF)
Zuschüsse für investive Zwecke

Rechtliche Grundlage: Von EU genehmigtes Operationelles Programm "Gemeinschaftsprogramm Fischerei – Deutschland außerhalb Ziel 1", Verordnung (EG) Nr. 2792/1999

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	220	133	31	21	85	85	85	85	85
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige					3	3	3	3	3
Zuschuss					82	82	82	82	82

Empfänger:
[X]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2000 (mit Beginn FIAF)

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis 2008 (aber Fortsezung bis 2015 mit dem EFF)

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Volkswirtschaftlich notwendige und wettbewerblich erforderliche Strukturverbesserungen bei den Erzeugern fischwirtschaftlicher Produkte auf See und in der Binnenfischerei erfordern eine Förderungsmöglichkeit, nicht zuletzt auch um die Gemeinschaftsmittel in erheblichem Umfang zu binden. Die Erzeugung von Fisch ist für ein Küstenbundesland bedeutsam.

Zielgruppe: Betriebe der Erzeugung in der See- und Binnenfischerei

Durchschnittliche Förderhöhe: 20.000 EUR

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 891 63

Bezeichnung des Förderprogramms: Sicherung des Seefischverarbeitungsstandortes Cuxhaven - Zuweisungen für Maßnahmen am Seefischmarkt Cuxhaven

Rechtliche Grundlage: Übertragung von Landesgrundstücken des Fischereihafens Cuxhaven an die Hafengesellschaft und die Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	2.585	0	816	0	727	727	727	727	727
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					727	727	727	727	727

Empfänger:
[X]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: Bei Gründung des Betriebes durch das Land

Befristung:
[X]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Wettbewerblich erforderliche Strukturanpassungen am Fischwirtschaftsstandort Cuxhaven. Der Standort ist hafen- und fischereipolitisch konkurrenzfähig zu erhalten.
Zielgruppe: Direkt das Unternehmen des Landes Niedersachsen, indirekt die fischwirtschaftlichen Unternehmen im Fischereihafen Cuxhaven

Durchschnittliche Förderhöhe: 850.000 EUR

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
892 63-3	699	Zuschüsse für Investitionen im Bereich der Fischverarbeitung	—	111	111	—	—
TGr. 66/67		**Betrieb der Fischereiaufsichtsfahrzeuge** *Übertragbar.*	(—)	(227)	(227)	(—)	(204)
514 66-3	511	Haltung von Wasserfahrzeugen	—	192	222	–30	175
514 67-1	511	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	5	5	—	2
811 66-8	511	Erwerb von Wasserfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 67-6	511	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 66-4	511	Erwerb von Geräten	—	30	—	+30	26
		Abschluss Kapitel 0961					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		107	105	+2	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		147	142	+5	
		Summe der Einnahmen		254	247	+7	
		4 Personalausgaben	—	676	719	–43	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	295	325	–30	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	32	32	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	1.228	923	+305	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	2.231	1.999	+232	
		Zuschuss		1.977	1.752	+225	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 892 63

Bezeichnung des Förderprogramms: Sicherung des Seefischverarbeitungsstandortes Cuxhaven – Zuschüsse für Investitionen im Bereich der Fischverarbeitung
Förderung der Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsstruktur in der Fischwirtschaft sowie Förderung der Verbesserung der Ausrüstung von Fischereihäfen

Rechtliche Grundlage: Von EU genehmigtes Operationelles Programm "Gemeinschaftsprogramm Fischerei – Deutschland außerhalb Ziel 1", Verordnung (EG) Nr. 2792/1999

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	167	206	22	0	111	111	111	111	111
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					111	111	111	111	111

Anmerkung: Hier sind ausschließlich die kofinanzierenden Landesmittel in Höhe von 5 v. H. der förderungsfähigen Investitionsausgaben veranschlagt. Die EU-Beteiligung beträgt bis zu 25 v. H. der förderungsfähigen Investitionsausgaben und erhöht den Förderumfang entsprechend. Die Veranschlagung der EU-Mittel erfolgt zentral im Kap. 0902 TGr. 68 und 69.

Empfänger:
[X]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2000

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis 2008 (aber Fortsetzung mit dem EFF)

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Volkswirtschaftlich notwendige und wettbewerblich erforderliche Strukturverbesserungen der Verarbeitung und Vermarktung fischwirtschaftlicher Produkte und der Infrastruktur des Fischereihafens erfordern eine Förderungsmöglichkeit, nicht zuletzt auch um die Gemeinschaftsmittel in erheblichem Umfang zu binden. Der Industriezweig ist für ein Küstenbundesland bedeutsam.

Zielgruppe: Betriebe der Verarbeitung und Vermarktung fischwirtschaftlicher Produkte und Träger von Fischereihäfen

Durchschnittliche Förderhöhe: 60.000 EUR

Zu Titelgruppe 66/67

Mittel für die Unterhaltung und Instandsetzung der Fischereiaufsichtsfahrzeuge auf See und zu Lande.
Bestand an Dienstfahrzeugen

	Ist 1.1.2005	Soll 2006	2007 erforderlich
Wasserfahrzeuge	3	3	3
Personenwagen	2	2	2

Allgemeine Vorbemerkungen zum Kapitel 09 80

Die "Niedersächsischen Landesforsten"

Mit Gesetz vom 16.12.2004 hat der Niedersächsische Landtag die bislang als Regiebetrieb geführte Landesforstverwaltung mit Wirkung vom 01.01.2005 in eine Anstalt öffentlichen Rechts „Niedersächsische Landesforsten" mit Sitz in Braunschweig überführt.

Mit dieser Rechtsform sind weiterhin die Steuerungsmöglichkeiten durch den öffentlichen Auftraggeber gewährleistet. Als Folge der im Vergleich zum Regiebetrieb jedoch weiter gehenden Handlungsfreiheit und -verantwortung können vermehrt Rationalisierungspotenziale erschlossen und privatwirtschaftliche Mechanismen genutzt werden.

Gewährträger der Anstalt ist das Land, die Rechts- und Fachaufsicht liegt beim Landwirtschaftsministerium.

Organe der Anstalt sind die Präsidentin/ der Präsident sowie der Verwaltungsrat, der über die im Gesetz aufgeführten Angelegenheiten beschließt.

Die Anstalt hat Dienstherrenfähigkeit, ihre Beamtinnen und Beamten sind mittelbare Landesbeamte.

Auf die vom Land übernommenen Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeiter der Anstalt werden die für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Landes jeweils geltenden Tarifverträge angewendet.

Mit der Änderung der Rechtsform ist zugleich die Organisation von zuvor 45 auf 26 Forstämter und 340 auf 272 Revierförstereien gestrafft worden.

Für die Wahrnehmung der Aufgabengebiete Wald und Forstwirtschaft, Forstwirtschaft im öffentlichen Bereich (einschl. Aufsicht über die Anstalt), Forstpolitik, Forsthoheit, Holzwirtschaft sowie Jagdpolitik, Jagdhoheit, Ausbildung sind 2 Referate im ML verblieben.

Das Forstplanungsamt und das Forstliche Bildungszentrum sind als selbständige Dienststellen aufgelöst und als Serviceeinrichtung mit reduziertem Personalbestand in die neue Anstalt eingegliedert worden.

Aufgaben

Mit dem Errichtungsgesetz ist der Anstalt die Bewirtschaftung des Landeswaldes zum Wohl der Allgemeinheit, insbesondere unter Beachtung des Nachhaltigkeitsgrundsatzes übertragen worden. Sie nimmt diese Aufgabe im Rahmen ihres öffentlich-rechtlichen Auftrags nach § 15 Abs. 4 Nr. 1 des Gesetzes über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG) und dem Niedersächsischen Jagdgesetz wahr.

Darin sind die Förderung der Schutz- und Erholungsfunktion des Landeswaldes (§ 15 Abs. 4 Nr. 2 NWaldLG) und die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die vielfältigen Wirkungen des Waldes durch Bildungs- und Erziehungsarbeit (§ 15 Abs. 4 Nr. 3 NWaldLG) enthalten.

Darüber hinaus sind der Anstalt durch Verordnung vom (noch offen) weitere bislang von der Landesforstverwaltung wahrgenommene Aufgaben rückwirkend zum 01.01.2005 übertragen worden:

- Die Bewirtschaftung der Forsten der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz, soweit sie den ehemaligen Braunschweigischen Vereinigten Kloster- und Studienfonds betreffen, gem. Anlage 5 zu Art. 12 des Gesetzes vom 25.05.1835 (Br. GVS. Seite 617).
- Die Fachkundige Betreuung von Kommunal- und Genossenschaftswald gem. § 16 NWaldLG.
- Die Testbuchführung im Rahmen des Testbetriebsnetzes des BMVEL nach § 4 des Landwirtschaftsgesetzes vom 05.09.1955 (BGBl. I S. 565).
- Die Ausbildung der durch die Ausbildungsbehörde in den Vorbereitungsdienst für die Laufbahnen des höheren und gehobenen Forstdienstes in Niedersachsen eingestellten Beamtinnen und Beamten auf Probe.
- Die Mitwirkung bei der Organisation und Durchführung der Laufbahnprüfungen beider Laufbahnen.
- Die Bereitstellung von Praktikumsplätzen und Durchführung der forstlichen Praktika für Studierende der forstlichen Studiengänge während der Praxissemester.
- Die Berufsausbildung einschl. der Berufsabschlussprüfung zur Forstwirtin oder zum Forstwirt nach der VO über die Berufsausbildung zum Forstwirt in der jeweils geltenden Fassung.

Haushalt

Die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Anstalt richten sich nach den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Buchführung und Bilanzierung in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches.

Die Anstalt erstellt für jedes Geschäftsjahr (Kalenderjahr) einen Wirtschaftsplan und legt zum Ende des Geschäftsjahres einen geprüften Jahresabschluss vor.

Der Wirtschaftsplan ist zugleich Maß für die Höhe der erforderlichen Finanzhilfen des Landes an die Anstalt. Sie werden getrennt nach Produktbereichen im Einzelplan 09 ausgewiesen und für 2007 und die mittelfristige Planung 2006 bis 2010 wie folgt veranschlagt:

Für den Produktbereich 1 (Produktion von Holz und anderen Erzeugnissen) benötigt die Anstalt bis einschl. 2007 noch stufenweise abnehmende Finanzhilfen. Sie werden als Nettobudget im Einzelplan 09 bei Kapitel 09 80 ausgewiesen und betragen für 2007 3,8 Mio. EUR Ab 2008 deckt die Anstalt ihre Ausgaben in diesem Produktbereich selbst.

Für die übrigen Produktbereiche 2 (Schutz und Sanierung), 3 (Sicherung der Erholungsfunktionen), 4 (Leistungen für Dritte) und 5 (Hoheits- und sonstige behördliche Funktionen) wird beginnend mit dem Haushaltsjahr 2007 eine Finanzhilfe von insgesamt 25,2 Mio. EUR/ Jahr zugewiesen. Darin sind 6,3 Mio. EUR für abzuführende Pensionskosten enthalten.

In Katastrophenfällen entscheidet das Fachministerium mit Zustimmung des Finanzministeriums über zusätzliche zweckgebundene Finanzhilfen.

Die Finanzierung von Sicherungs- und Sanierungsmassnahmen für die Beseitigung von militärischen und zivilen Belastungen, die vor der Anstaltsgründung entstanden sind, bleibt Aufgabe des Landes.

Alle finanziellen Ziele setzen voraus, dass der Personalabbau wie geplant realisiert werden kann oder die Kosten für das überzählige Personal gesondert finanziert werden. Dafür sind Ruhestandsregelungen unerlässlich.

Grund- und Betriebsvermögen

Der Anstalt ist das gesamte Staatswaldvermögen einschl. der dazu gehörenden bebauten Grundstücke sowie das gesamte Betriebsvermögen übertragen worden. Sie hat das Recht, in den Grenzen der Landeshaushaltsordnung Grundstücke zu kaufen und zu veräußern. Ein Substanzverzehr zur Deckung laufender Ausgaben ist allerdings ausgeschlossen.

Zusätzlich zur laufenden Ergebnisverbesserung soll die Anstalt von 2004 bis 2014 durch den Verkauf von entbehrlichen bebauten und unbebauten Liegenschaften, davon maximal 15.000 ha Waldflächen einen Betrag von 132 Mio. EUR, davon bis einschließlich 2007 mind. 67 Mio. EUR vereinnahmen und zur Konsolidierung des Landeshaushalts abführen.

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 0980 Anstalt Niedersächsische Landesforsten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 10-8	512	Ablieferung der AöR		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
519 03-9	549	Sanierung von Altlasten	—	—	—	—	—
682 11-8	512	Finanzhilfe an AöR für Produktbereich 1 *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 682 11, 682 12, 682 13, 682 14 und 682 15.*	—	3.807	7.934	–4.127	10.639
682 12-6	512	Finanzhilfe an AöR für Produktbereich 2 *Vgl. D-Vermerk zu 682 11.*	—	3.118	3.118	—	8.103
682 13-4	512	Finanzhilfe an AöR für Produktbereich 3 *Vgl. D-Vermerk zu 682 11.*	—	7.665	8.165	–500	8.165
682 14-2	512	Finanzhilfe an AöR für Produktbereich 4 *Vgl. D-Vermerk zu 682 11.*	—	8.794	9.294	–500	9.994
682 15-0	512	Finanzhilfe an AöR für Produktbereich 5 *Vgl. D-Vermerk zu 682 11.*	—	5.644	4.644	+1.000	4.644
		Abschluss Kapitel 0980					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	29.028	33.155	–4.127	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	29.028	33.155	–4.127	
		Zuschuss		29.028	33.155	–4.127	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0980

Finanzhilfen für die Anstalt Niedersächsische Landesforsten

Titel	Zweckbestimmung	Tsd. EUR
682 11	Finanzhilfe PB 1, Produktion von Holz und anderen Erzeugnissen	3.807
682 12	Finanzhilfe PB 2, Schutz und Sanierung	3.118
683 13	Finanzhilfe PB 3, Sicherung der Erholungsfunktion	7.665
684 14	Finanzhilfe PB 4, Leistungen für Dritte	8.794
685 15	Finanzhilfe PB 5, Hoheits- und sonstige behördliche Aufgaben	5.644
Summe		29.028

Nachrichtlich:

Abführungen der Anstalt Niedersächsische Landesforsten an den Landeshaushalt

Pensionsanteile	6.293
Sonstige Dienstleistungen	939
Summe	7.232

Nettofinanzhilfen an die Anstalt 21.796

Rückführungen der Anstalt Niedersächsische Landesforsten an Kapitel 13 02

Titel	Zweckbestimmung	
134 11	Kapitalrückführung aus Veräußerungserlösen von übertragenen Vermögensgegenständen	16.034

Erfolgsplan der Anstalt Niedersächsische Landesforsten

Erfolgsplan 2007
(in Tsd. EUR)

Inhalt	PB 1 Produktion von Holz und anderen Erzeugnissen	PB 2 Schutz und Sanierung	PB 3 Sicherung der Erholungsfunktion	PB 4 Leistungen für Dritte	PB 5 Hoheits- und sonstige behördliche Aufgaben	Summe
Erträge	86.097	3.358	9.077	11.756	5.692	115.980
Umsatzerlöse	82.290	240	1.412	2.962	48	86.952
Drittmittel	-	-	-	-	-	-
Finanzhilfe	3.807	3.118	7.665	8.794	5.644	
Sonstige betriebliche Erträge	-	-	-	-	-	-
Aufwendungen	85.802	3.480	9.591	12.151	5.871	116.895
Betriebsaufwand (Sachkost.)	33.243	606	2.163	1.771	1.544	39.327
Personalaufwand	45.983	2.848	6.669	9.867	4.101	69.468
Löhne Arbeiter	25.093	483	3.024	2.963	15	31.579
Gehälter Angestellte, Beamte	20.889	2365	3.645	6.904	4.087	37.890
Abschreibungen	6.476	26	760	512	226	8.000
Sonstige Aufwendungen	-	-	-	-	-	-
Steuern	100	-	-	-	-	100
Nachrichtlich netto PB	296	-122	-515	-395	-179	-915
Ergebnis ohne Finanzhilfe	-3.511	-3.240	-8.180	-9.189	-5.823	-29.943

Finanzhilfe Produktbereiche 2-5 25.221

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 0980

Aufteilung der Finanzhilfen innerhalb der Produktbereiche

Produktbereich 1
Produktion von Holz und anderen Erzeugnissen

Forstbetrieb, Löwe-Waldbau	2.766.000
betriebliche Liegenschaftsverwaltung	0
Jagd-, Fischereibetrieb	0
Finanzhilfe für passive ATZ	217.000
Rückstellung für ATZ	824.000
	3.807.000

Produktbereich 2
Schutz und Sanierung

Rechtlich ausgewiesene Schutzgebebiete	790.000
Arten- und Biotopschutz außerhalb von Schutzgebieten	1.915.000
Sicherung besonderer Waldfunktionen	350.000
Sanierung bestimmter Waldgebiete	40.000
Bodenschutz gegen atmosphärische Einträge	23.000
	3.118.000

Produktbereich 3
Sicherung der Erholungsfunktionen

Sicherung der Erholungsfunktion	600.000
Waldinformation	4.000.000
Waldpädagogik	3.065.000
	7.665.000

Produktbereich 4
Leistungen für Dritte

Forstliche Betreuung	3.850.000
Arbeitskräfte und Maschinen	0
Gutachten, fachliche Leistungen für Dritte	544.000
Ausbildung, Fort- und Weiterbildung Dritter	4.400.000
	8.794.000

Produktbereich 5
Hoheits- und sonstige behördliche Funktionen

Forstaufsicht, behördliche Aufgaben	1.100.000
Stellungnahmen, Fachplanungen, Inventuren	1.100.000
Immobilienoffensive (Vermarktung, Personal)	500.000
LUK-Beitrag, Umschuldung für ausgeschiedenes Personal	860.000
Amtshilfe	385.000
Berufsbezogene Mitarbeit in Behörden, Verbänden u. ä.	960.000
Beratung, Bearbeitung und Vergabe von Fördermitteln	739.000
	5.644.000
Summe Produktbereich 2 – 5	25.221.000
Summe der Finanzhilfen insgesamt	29.028.000

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-8	174	Vermischte Einnahmen		15	15	—	12
124 01-1	174	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		15	15	—	15
129 10-2	174	Einnahmen aus der Vergabe von Lizenzen *Vgl. K-Vermerk zu 459 10.*		6	6	—	6
132 01-4	174	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		5	5	—	8
235 01-8	174	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
271 65-0	174	Erstattung von der EU zur Bodenzustandserhebung *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		—	—	—	—
281 10-9	174	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch andere Länder		135	135	—	129
282 01-6	174	Zuschüsse anderer Länder im Rahmen der Kooperation im forstlichen Versuchswesen **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die "Allgemeine Erläuterung zum Kapitel" verbindlich.*		—	—	—	—
282 99-7	812	Sonstige Zuschüsse (Beiträge) Dritter zu den Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 98/99.*		—	—	—	0
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Zuweisungen und Zuschüsse für forstwissenschaftliche Untersuchungen**		(—)	(—)	(—)	(127)
119 61-1	174	Einnahmen aus Gebühren für Zulassungsprüfungen von Forstschutzmitteln *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	8
235 61-1	174	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	—
282 61-0	174	Sonstige Zuschüsse *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	119
TGr. 64		**Forschungs- und ähnliche Aufträge Dritter** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		(—)	(—)	(—)	(634)
231 64-0	174	Sonstige Zuweisungen vom Bund		—	—	—	16
232 64-7	174	Sonstige Zuweisungen von Ländern		—	—	—	—
235 64-6	174	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
271 64-2	174	Erstattungen von der EU		—	—	—	3
281 64-8	174	Erstattungen Dritter		—	—	—	615

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 0981

Allgemeine Erläuterung zum Kapitel 09 81
Im Kapitel 09 81 sind gegenseitig deckungsfähig: Alle Titel der Hauptgruppen 5–8 und die Titelgruppen. Die Titel der Hauptgruppen 7 und 8 außerhalb von Titelgruppen dürfen nicht zur Verstärkung der Hauptgruppen 5 und 6 herangezogen werden.
In der Haushaltsrechnung ist darzustellen, in welchem Umfang und aus welchem Grund von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht wurde.
Die Ausgaben der Obergruppe 51–54 des Deckungskreises sind bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht.
Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen.

Im Rahmen der Kooperation im forstlichen Versuchswesen der Länder Hessen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt ist im Kapitel 09 81 nur rund die Hälfte der erforderlichen Sachkosten und Investitionen veranschlagt.
Die anteilige Mitfinanzierung durch die Kooperationsländer wird bei Titel 282 01 vereinnahmt und steht im Rahmen der o. a. Deckungsfähigkeit zusätzlich in den Hauptgruppen 5 – 8 und den Titelgruppen zur Verfügung.
Die Hauptgruppe 4 bleibt davon unberührt, da jedes Land sein in die Kooperation eingebrachtes Personal selbst finanziert.

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	10 Tsd.EUR
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	5 Tsd.EUR
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	—
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—
5. Sonstige Mieten und Pachten	—
Zusammen	15 Tsd.EUR

Zu 129 10

Vgl. Erläuterung zu 459 10.

Zu 281 10

Erstattungen von Personalausgaben durch Schleswig-Holstein und andere Länder für die Betreuung von Versuchsflächen.

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 0981 Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
422 01-2	174	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	3.264	3.308	–44	896
422 19-5	174	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	12
422 31-4	174	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-1	174	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	2.243
425 03-8	174	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 41-0	174	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
426 01-8	174	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	285
426 04-2	174	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	6	6	—	11
427 01-4	174	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	1	1	—	—
427 02-2	174	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 10-3	174	Beschäftigungsentgelte an Praktikantinnen und Praktikanten	—	3	3	—	3
427 39-1	174	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	25	30	–5	25
453 01-5	174	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	1	1	—	—
459 10-2	174	Vergütungen für Arbeitnehmererfindungen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 40 v.H. der Isteinnahmen bei 129 10.*	—	2	2	—	3
511 01-5	174	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	20
511 10-4	174	Bücher und Zeitschriften	—	—	—	—	2
511 11-2	174	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	—	—	26
511 12-0	174	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	5
511 13-9	174	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	—	—	—	—
514 01-4	174	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	—	—	—	59
517 01-3	174	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	18
517 19-6	174	Reinigungskosten	—	—	—	—	4
517 59-5	174	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	95
518 01-0	174	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	14
518 02-8	174	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 459 10

An dem Aufkommen aus der Vergabe von Lizenzen für den Nachbau der Borkenkäferfalle, der Mäuseköderstation, der Schlagfalle und einer Einlassvorrichtung für eine Mehrfachfangeinrichtung für Kleinsäuger sind drei Arbeitnehmer beteiligt.

Zu 511 13

Beamte und Angestellte, die zum Tragen der Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten einen Dienstkleidungszuschuss (Aufwandsentschädigung) von 17,38 EUR monatlich.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
519 01-6	174	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	17
519 02-4	174	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	3
519 10-5	174	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	—	0
519 11-3	174	Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	—	—	—	5
525 01-6	174	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	9
526 01-2	174	Sachverständige	—	—	—	—	—
526 02-0	174	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-9	174	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	2
546 01-3	174	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	5
546 02-1	174	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	5
547 11-7	174	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die "Allgemeine Erläuterung zum Kapitel" verbindlich.*	—	200	200	—	0
711 01-4	174	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	5
811 01-9	174	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	70	40	+30	85
812 13-9	174	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	8	–8	—
812 15-5	174	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	5	–5	—
812 35-0	174	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	—	130	67	+63	—
981 09-7	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	335	335	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Forstwissenschaftliche Untersuchungen** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 235 61 und 282 61.* *Die Ausgabe der Titelgruppe darf überschritten werden bis zu 80 v.H. der Isteinnahmen bei 119 61.*	(—)	(416)	(416)	(—)	(784)
425 61-5	174	Vergütungen der Angestellten	—	35	35	—	0
429 61-0	174	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	120	120	—	63
511 61-9	174	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	130	130	—	147
527 61-2	174	Reisekostenvergütungen	—	66	66	—	49
531 61-0	174	Veröffentlichungen	—	3	3	—	1
547 61-3	174	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	62	62	—	524

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 811 01

Ersatzbeschaffung:

2 Transporter	70.000 EUR

Zu 812 13, 812 15 und 812 35

Notwendige Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von Maschinen, Geräten und Ausrüstungsgegenständen.
Eine Einzelauflistung ist nicht erfolgt, um sich flexibel auf die Angebotssituation und auf Neuentwicklungen einstellen zu können.

Zu 981 09

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 0981 Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 62		**Dauerbeobachtungsflächen im Bodenschutzkonzept** *Übertragbar.*	(—)	(131)	(151)	(–20)	(132)
429 62-9	174	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	13	13	—	—
443 62-1	174	Fürsorgeleistungen	—	1	1	—	—
511 62-7	174	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	34	34	—	53
514 62-6	174	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	13	13	—	12
527 62-0	174	Reisekostenvergütungen	—	3	3	—	3
547 62-1	174	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	67	67	—	64
811 62-0	174	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 62-7	174	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	20	–20	—
TGr. 63		**Programm zur Erhaltung forstlicher Genressourcen** *Übertragbar.*	(—)	(150)	(150)	(—)	(120)
511 63-5	174	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	40	40	—	12
514 63-4	174	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	8	8	—	8
527 63-9	174	Reisekostenvergütungen	—	5	5	—	2
547 63-0	174	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	97	97	—	98
711 63-4	174	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
811 63-9	174	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 63-5	174	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 64		**Forschungs- und ähnliche Aufträge Dritter** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 64.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(353)
425 64-0	174	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	301
429 64-5	174	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	3
511 64-3	174	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegestände	—	—	—	—	10
527 64-7	174	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	6
531 64-4	174	Veröffentlichungen	—	—	—	—	—
547 64-8	174	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	34

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 0981 Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 65		**Bodenzustandserhebung** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 271 65.*	(—)	(90)	(120)	(–30)	(—)
425 65-8	174	Vergütung der Angestellten	—	—	—	—	—
429 65-3	174	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	40	40	—	—
511 65-1	174	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	5	10	–5	—
527 65-5	174	Reisekostenvergütungen	—	2	15	–13	—
531 65-2	174	Veröffentlichungen	—	—	—	—	—
547 65-6	174	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	43	55	–12	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 99.*	(—)	(78)	(138)	(–60)	(96)
511 98-8	174	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	1	1	—	—
511 99-6	174	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	65	65	—	73
518 98-2	174	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
525 98-9	174	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	—
525 99-7	174	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	1	1	—	—
538 98-3	174	Dienstleistungen des IZN	—	—	—	—	—
538 99-1	174	Dienstleistungen Außenstehender	—	10	10	—	17
547 98-2	174	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
547 99-0	174	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1	1	—	—
812 99-6	174	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	60	–60	6

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 98/99

Veranschlagt sind die Kosten für die automatisierte Datenverarbeitung im Rahmen der von der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt zu erledigenden landesweiten Aufgaben (Waldschadenerhebung, Luftbildauswertung, Auswertung ertragskundlicher Versuche, Forstpflanzenzüchtung etc.).

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 0981 Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0981					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		41	41	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		135	135	—	
		Summe der Einnahmen		176	176	—	
		4 Personalausgaben	—	3.511	3.560	–49	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	856	886	–30	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	200	200	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	335	335	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	4.902	4.981	–79	
		Zuschuss		4.726	4.805	–79	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 0982 Forstliches Personal in der Umschulungsphase

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
422 01-6	512	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	52	684	–632	904
425 01-5	512	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	77
525 01-0	512	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	2	54	–52	47
527 03-9	512	Reisekostenvergütungen	—	1	26	–25	15
		Abschluss Kapitel 0982					
		4 Personalausgaben	—	52	684	–632	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	3	80	–77	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	55	764	–709	
		Zuschuss		55	764	–709	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 0982

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 82

Im Zusammenhang mit dem Personalabbau im Rahmen der Verwaltungsreform haben 23 Beamtinnen und Beamte sowie 2 Angestellte der Landesforstverwaltung durch eine zweijährige Qualifizierungsmaßnahme die Laufbahnbefähigung für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen erhalten, um dann in diesen Schulformen eingesetzt zu werden. Die Bediensteten wurden nach erfolgreichem Abschluss der Maßnahme ab dem HJ 2007 auf Stellen des MK übernommen. Ein Beamter des höheren Dienstes durchläuft eine dreijährige Qualifizierungsmaßnahme, um die Laufbahnbefähigung für das Lehramt am Gymnasium zu erhalten. Diese Maßnahme endet mit Ablauf des Jahres 2007.

Während der Qualifizierungsmaßnahme verbleiben die Personalkosten im Geschäftsbereich des ML. Die erforderlichen Sachkosten für die Einrichtung und Durchführung der Studienmaßnahmen sowie die anfallenden Mehrkosten im Zusammenhang mit der Qualifizierungsmaßnahme ist im Kapitel 09 82 veranschlagt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 09					
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel		5.350	5.350	—	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		23.352	23.184	+168	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		140.228	136.557	+3.671	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		42.172	40.053	+2.119	
		Summe der Einnahmen		211.102	205.144	+5.958	
		4 Personalausgaben	—	86.338	87.674	–1.336	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	23.325	26.315	–2.990	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	38.047 60.394	172.154	194.214	–22.060	
		7 Baumaßnahmen	1.011 1.011	3.255	3.446	–191	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	34.485 37.200	68.168	65.430	+2.738	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	950 —	113.350	93.437	+19.913	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	74.493 98.605	466.590	470.516	–3.926	
		Zuschuss		255.488	265.372	–9.884	

Anlage 1

Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GemAgrG)

Haushaltsjahr 2007 **- Einzelpläne 09 und 15 -** **35. Rahmenplan**

Lfd. Nr.	Kapitel	Titel	Maßnahme/Zweckbestimmung	Verpflichtungsermächtigung (VE) Tsd. EUR	Ansatz 2007 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
	Einzelpläne 09 und 15 (Beteiligungsverhältnis 60 : 40)				
01	Einzelbetriebliches Förderungsprogramm (Abwicklung)				
	09 04	662 11	Abwicklung der EFP-Zinszuschüsse	—	130
			Summe 01	—	130
02	Agrarinvestionsförderungsprogramm				
	09 04	662 63	AFP-Zinszuschüsse an private Unternehmen	15.000	16.729
	09 04	892 63	AFP-Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	6.000	7.140
			Summe 02	21.000	23.869
03	Einzelbetriebliches Managementsystem				
	09 04	686 63	Zuschüsse zur Förderung der Inanspruchnahme von Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Nutzung von einzelbetrieblichen Managementsystemen	—	1.400
			Summe 03	—	1.400
04	Forstwirtschaftlicher Wegebau				
	09 04	892 77	Zuschüsse für Investitionen im forstwirtschaftlichen Wegebau	—	—
			Summe 04	—	—
05	Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse				
	09 04	683 76	Zuschüsse für laufende Zwecke an forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse	—	—
	09 04	892 76	Zuschüsse für Investitionen an forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse	—	—
			Summe 05	—	—
06	Waldbauliche und andere forstliche Maßnahmen				
	09 04	683 74	Erstaufforstungsprämie	2.000	2.400
	09 04	892 74	Zuschüsse für Investitionen bei waldbaulichen Maßnahmen	8.000	9.500
			Summe 06	10.000	11.900
07	Beseitigung neuartiger Waldschäden				
	09 04	892 75	Zuschüsse für Investitionen aufgrund neuartiger Waldschäden	—	—
			Summe 07	—	—
08	Milchleistungsprüfungen				
	09 04	683 78	Zuschüsse für Milchleistungsprüfungen	—	—
			Summe 08	—	—
09	Kontrollringe				
	09 04	683 79	Zuschüsse an Kontrollringe für Leistungsprüfungen in der Tierzucht	—	—
			Summe 09	—	—
10	Verbesserung der genetischen Qualität				
	09 04	683 82	Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der genetischen Qualität landwirtschaftlicher Nutztiere	—	2.400
			Summe 10	—	2.400

Anlage 1

Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GemAgrG)

Haushaltsjahr 2007 **- Einzelpläne 09 und 15 -** **35. Rahmenplan**

Lfd. Nr.	Kapitel	Titel	Maßnahme/Zweckbestimmung	Verpflichtungsermächtigung (VE) Tsd. EUR	Ansatz 2007 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
11			Erhaltung genetischer Ressourcen		
	09 04	683 83	Förderung von Maßnahmen zur Erhaltung genetischer Ressourcen in der Landwirtschaft	—	—
			Summe 11	—	—
12			Anpassungshilfe für landwirtschaftliche Arbeitnehmer		
	09 04	683 30	Zuschüsse für Anpassungshilfen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer	—	3
			Summe 12	—	3
13			Absatzeinrichtungen für Obst und Gemüse		
	09 04	892 65	Zuschüsse für Vermarktungs- und Verarbeitungseinrichtungen für Obst und Gemüse	2.725	4.000
			Summe 13	2.725	4.000
14			Vermarktungseinrichtungen für Blumen und Zierpflanzen		
	09 04	892 66	Zuschüsse für Vermarktungseinrichtungen für Blumen und Zierpflanzen	—	—
			Summe 14	—	—
15			Be- und Verarbeitungseinrichtungen für Kartoffeln		
	09 04	892 67	Zuschüsse für Be- und Verarbeitungseinrichtungen für Kartoffeln	—	—
			Summe 15	—	—
16			Maßnahmen aufgrund sonstiger EU-Verordnungen		
	09 04	892 68	Zuschüsse für Maßnahmen aufgrund von sonstigen EU-Verordnungen	—	—
			Summe 16	—	—
17			Vermarktung und Verarbeitung fischwirtschaftlicher Produkte		
	09 04	892 69	Zuschüsse zur Verarbeitung und Vermarktung fischwirtschaftlicher Produkte	200	1.500
			Summe 17	200	1.500
18			Marktstrukturgesetz		
	09 04	683 70	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—
	09 04	892 70	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	500	700
			Summe 18	500	700
19			Verarb. und Vermarktung ökol./reg. erzeugter ldw. Produkte		
	09 04	683 71	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—
	09 04	892 71	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	250	300
			Summe 19	250	300

Anlage 1

Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GemAgrG)

Haushaltsjahr 2007 **- Einzelpläne 09 und 15 -** **35. Rahmenplan**

Lfd. Nr.	Kapitel	Titel	Maßnahme/Zweckbestimmung	Verpflichtungsermächtigung (VE) Tsd. EUR	Ansatz 2007 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
20	Integrierte ländliche Entwicklung				
	09 04	531 61	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation	—	—
	09 04	537 61	Zweckforschungen, Erhebungen, Untersuchungen und Entwicklungsplanungen	—	—
	09 04	883 61	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—
	09 04	887 61	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	—	—
	09 04	892 61	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—
	09 04	893 61	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	16.000	28.000
	09 04	894 61	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—
			Summe 20	16.000	28.000
21	Ökologische Maßnahmen auf ldw. genutzten Flächen				
	09 04	683 90	Zuschüsse zur Förderung extensiver Produktionsverfahren bei Dauerkulturen	15.000	9.000
	09 04	683 91	Zuschüsse zur Förderung extensiver Grünlandnutzung	—	—
	09 04	683 92	Zuschüsse zur Förderung ökologischer Anbauverfahren	—	—
	09 04	683 93	Zuschüsse zur Förderung der zehnjährigen Stilllegung landwirtschaftl. Nutzflächen	—	—
			Summe 21	15.000	9.000
22	Modulation (fakultativ) von EU-Direktzahlungen				
	09 04	683 13	Förderung von Maßnahmen aufgrund des Gesetzes zur Modulation von Direktzahlungen (fakultativ) im Rahmen der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik	—	4.720
			Summe 22	—	4.720
23	Modulation (obligatorisch) von EU-Direktzahlungen				
	09 04	683 14	Förderung von Maßnahmen aufgrund des Gesetzes zur Modulation von Direktzahlungen (obligatorisch) im Rahmen der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik	—	6.000
			Summe 23	—	6.000
24	Evaluierung der Fördermaßnahmen				
	09 04	632 11	Anteil Niedersachsen für die Evaluierung von Fördermaßnahmen im Rahmen der GAK	—	—
			Summe 24	—	—
25	Hochwasserschutz im Binnenland				
	15 54	761 61	Tiefbaumaßnahmen	1.045	3.438
	15 54	821 61	Erwerb von Grundstücken	—	—
	15 54	883 61	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	2.105	1.200
	15 54	893 61	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige	3.664	4.362
			Summe 25	6.814	9.000

Anlage 1

Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GemAgrG)

Haushaltsjahr 2007 **- Einzelpläne 09 und 15 -** **35. Rahmenplan**

Lfd. Nr.	Kapitel	Titel	Maßnahme/Zweckbestimmung	Verpflichtungsermächtigung (VE) Tsd. EUR	Ansatz 2007 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
26	Naturnahe Gewässergestaltung / Gewässerrandstreifen				
	15 54	761 86	Landeseigene Tiefbauten	—	—
	15 54	821 86	Erwerb von Grundstücken	—	—
	15 54	883 86	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—
	15 54	893 86	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige	—	—
			Summe 26	—	—
			Summe (Beteiligungsverhältnis 60 : 40) Einzelplan 09	65.675	93.922
			Summe (Beteiligungsverhältnis 60 : 40) Einzelplan 15	6.814	9.000
			Gesamtsumme (Beteiligungsverhältnis 60 : 40)	72.489	102.922
	Einzelpläne 09 und 15 (Beteiligungsverhältnis 70 : 30)				
27	Küstenschutz				
	15 54	761 81	Landeseigene Tiefbaumaßnahmen	20.500	15.800
	15 54	893 81	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige	5.947	28.533
			Summe 27	26.447	44.333
			Summe (Beteiligungsverhältnis 70 : 30) Einzelplan 09	—	—
			Summe (Beteiligungsverhältnis 70 : 30) Einzelplan 15	26.447	44.333
			Gesamtsumme (Beteiligungsverhältnis 70 : 30)	26.447	44.333
			Summe Einzelplan 09	65.675	93.922
			Summe Einzelplan 15	33.261	53.333
			Gesamtsumme	98.936	147.255
	Zusammenstellung				
	0904			65.675	93.922
	1554			6.814	9.000
			Summe Einzelpläne 09 und 15 (Beteiligungsverhältnis 60 : 40)	72.489	102.922
	1554			26.447	44.333
			Summe Einzelpläne 09 und 15 (Beteiligungsverhältnis 70 : 30)	26.447	44.333
			Summe Einzelplan 09	65.675	93.922
			Summe Einzelplan 15	33.261	53.333
			Gesamtsumme	98.936	147.255

Anlage 1

Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GemAgrG)

Haushaltsjahr 2007 **- Einzelpläne 09 und 15 -** **35. Rahmenplan**

		Ansatz Tsd. EUR
I. Einnahmen	Summe Einzelplan 09	57.797
	Summe Einzelplan 15	36.434
	Gesamtsumme	94.231
II. Ausgaben	Summe Einzelplan 09	93.922
	Summe Einzelplan 15	53.333
	Gesamtsumme	147.255
III. Eingesetzte Landesmittel (Summe II. - Summe I.)		53.024

Wirtschaftsplan der selbstbewirtschafteten Domäne St. Ludgeri, Landkreis Helmstedt

für das Wirtschaftsjahr 2006/2007

(LF 447 ha)

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2006/2007 EUR	Ansatz Wj. 2005/2006 EUR	Ist Wj. 2004/2005 EUR		Ansatz Wj. 2006/2007 EUR	Ansatz Wj. 2005/2006 EUR	Ist Wj. 2004/2005 EUR
Umsatzerlöse				Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	561.500	620.100	694.051	Pflanzenproduktion	176.300	182.000	194.987
Tierproduktion	-	-	-	Tierproduktion	-	-	-
Forstwirtschaft, Jagd	3.200	3.200	3.282	Forstwirtschaft, Jagd	-	-	-
Nebenbetriebe, Dienst-				Nebenbetriebe, Dienst-			
leistungen	153.400	153.800	182.675	leistungen	74.100	73.700	72.340
				sonst. Materialaufwand	74.800	72.800	66.895
Summe Umsatzerlöse	718.100	777.100	880.008	Summe Materialaufwand	325.200	328.500	334.222
Erhöhung oder Verminde-				Personalaufwand	217.800	224.000	236.631
rung des Bestandes an				Abschreibungen	112.300	121.600	119.826
fertigen und unfertigen				sonstige betriebliche			
Erzeugnissen	-	-	-548	Aufwendungen			
Erhöhung oder Verminde-				Unterhaltung	33.500	37.300	47.783
rung des Bestandes an				Betriebsversicherungen	16.300	16.100	16.381
Tieren	-	-	-	sonstiger Betriebsaufwand	23.500	21.200	22.304
andere aktivierte				zeitraumfremde Auf-			
Eigenleistungen	-	-	-	wendungen	10.300	16.300	21.047
sonstige betriebliche				Summe sonst. betriebl.			
Erträge	165.300	142.100	151.033	Aufwendungen	83.600	90.900	107.515
Betriebliche Erträge	883.400	919.200	1.030.493	Betriebl. Aufwendungen	738.900	765.000	798.194
				Betriebsergebnis	144.500	154.200	232.299
				sonstige Zinsen und			
				ähnliche Erträge	23.000	25.000	38.191
				Zinsen und ähnliche			
				Aufwendungen	-	-	-
				Finanzergebnis	23.000	25.000	38.191
				Ergebnis der gewöhnlichen			
				Geschäftstätigkeit	167.500	179.200	270.490
				sonstige Steuern	-12.900	-12.900	-12.866
				Gewinn / Verlust	154.600	166.300	257.624

Anzahl der Angestellten: 2 davon 1 Teilzeitbeschäftigte/r (65 %)

Anzahl der Arbeiter: 4 davon 1 Aushilfe (25 %)

Anlage 2
(zu Kapitel 09 30 Titel 121 14)

II. Finanzplan

	Ansatz Wj. 2006/2007 EUR	Ansatz Wj. 2005/2006 EUR	Ist Wj. 2004/2005 EUR		Ansatz Wj. 2006/2007 EUR	Ansatz Wj. 2005/2006 EUR	Ist Wj. 2004/2005 EUR
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	-	-	-	1. Abschreibungen	61.900	82.900	90.862
2. Totes Inventar einschl. zu aktivierende Reparaturen	61.900	101.900	131.539	2. Betriebserträge	-	-	-
3. Tieranlagevermögen	-	-	-	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	-	19.000	40.677
4. Finanzanlagen / Beteiligungen	-	-	-	4. Zuschuss aus Haushaltsmitteln (Titel 682 ..)	-	-	-
5. Tilgung von Darlehen	-	-	-	5. Rückzahlbare Kapitalausstattung (Titel 861 ..)	-	-	-
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	-	-	-	6. Sonstiges	-	-	-
7. Sonstiges	-	-	-				
Finanzbedarf	61.900	101.900	131.539	Finanzdeckung	61.900	101.900	131.539

Bemerkungen:

Vorgesehen sind:

Zu 2.:	EUR
Bus	24.000
Walze	7.000
Kleingeräte	10.200
Förderanlage Lager	14.700
Nachläufer Kreiselegge	6.000
Zusammen	61.900

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

		Ansatz Wj. 2006/2007 EUR	Ansatz Wj. 2005/2006 EUR	Ist Wj. 2004/2005 EUR
+/- Gewinn/Verlust		154.600	166.300	257.624
+ Abschreibungen		112.300	121.600	119.826
+ Buchwertabgabe des Anlagevermögens		-	19.000	40.677
+ sonstige Eigenmittel		-	-	-
- Finanzbedarf		61.900	101.900	131.539
Endergebnis:		205.000	205.000	286.588
Zuschuss	Titel 682 ..	-	-	-
Ablieferung	Titel 121 14	205.000	205.000	286.588

Wirtschaftsplan der selbstbewirtschafteten Domäne Derneburg, Landkreis Hildesheim

für das Wirtschaftsjahr 2006/2007

(LF 208 ha)

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2006/2007 EUR	Ansatz Wj. 2005/2006 EUR	Ist Wj. 2004/2005 EUR		Ansatz Wj. 2006/2007 EUR	Ansatz Wj. 2005/2006 EUR	Ist Wj. 2004/2005 EUR
Umsatzerlöse				Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	281.858	282.843	265.508	Pflanzenproduktion	92.700	85.700	82.267
Tierproduktion	12.000	12.000	8.934	Tierproduktion	-	-	5.890
Forstwirtschaft, Jagd	-	-	-	Forstwirtschaft, Jagd	-	-	-
Nebenbetriebe, Dienst-				Nebenbetriebe, Dienst-			
leistungen	10.400	12.900	3.218	leistungen	-	-	-
				sonst. Materialaufwand	46.246	46.800	43.388
Summe Umsatzerlöse	304.258	307.743	277.660	Summe Materialaufwand	138.946	132.500	131.545
Erhöhung oder Verminde-				Personalaufwand	90.000	90.000	123.230
rung des Bestandes an				Abschreibungen	57.000	62.300	56.126
fertigen und unfertigen				sonstige betriebliche			
Erzeugnissen	-	-	-637	Aufwendungen			
Erhöhung oder Verminde-				Unterhaltung	42.350	48.350	28.867
rung des Bestandes an				Betriebsversicherungen	8.000	8.000	10.714
Tieren	-	-	300	sonstiger Betriebsaufwand	7.000	10.000	11.929
andere aktivierte				zeitraumfremde Auf-			
Eigenleistungen	-	-	-	wendungen	1.000	1.000	13.917
sonstige betriebliche				Summe sonst. betriebl.			
Erträge	103.347	125.603	214.516	Aufwendungen	58.350	67.350	65.427
Betriebliche Erträge	407.605	433.346	491.839	Betriebl. Aufwendungen	344.296	352.150	376.328
				Betriebsergebnis	63.309	81.196	115.511
				sonstige Zinsen und			
				ähnliche Erträge	8.500	8.500	9.864
				Zinsen und ähnliche			
				Aufwendungen	350	350	
				Finanzergebnis	8.150	8.150	9.864
				Ergebnis der gewöhnlichen			
				Geschäftstätigkeit	71.459	89.346	125.375
				sonstige Steuern	-11.000	-11.000	-7.521
				Gewinn / Verlust	60.459	78.346	117.854

Anzahl der Angestellten: 2 davon 1 Teilzeitbeschäftigte/r (40,0%)

Anzahl der Arbeiter: 1

Anlage 3
(zu Kapitel 09 30 Titel 121 13)

II. Finanzplan

	Ansatz Wj. 2006/2007 EUR	Ansatz Wj. 2005/2006 EUR	Ist Wj. 2004/2005 EUR		Ansatz Wj. 2006/2007 EUR	Ansatz Wj. 2005/2006 EUR	Ist Wj. 2004/2005 EUR
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	-	48.000	-	1. Abschreibungen	20.000	28.000	19.824
2. Totes Inventar einschl. zu aktivierende Reparaturen	20.000	-	81.421	2. Betriebserträge	-	20.000	-
3. Tieranlagevermögen	-	-	-	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	-	-	61.597
4. Finanzanlagen / Beteiligungen	-	-	-	4. Zuschuss aus Haushaltsmitteln (Titel 682 ..)	-	-	-
5. Tilgung von Darlehen	-	-	-	5. Rückzahlbare Kapitalausstattung (Titel 861 ..)	-	-	-
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	-	-	-	6. Sonstiges	-	-	-
7. Sonstiges	-	-	-				
Finanzbedarf	20.000	48.000	81.421	Finanzdeckung	20.000	48.000	81.421

Bemerkungen:

Vorgesehen sind:

Zu 1.:	EUR
Anpassung Getreidelager an gesetzl. Anford.	20.000
Zusammen	20.000

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

		Ansatz Wj. 2006/2007 EUR	Ansatz Wj. 2005/2006 EUR	Ist Wj. 2004/2005 EUR
+/- Gewinn/Verlust		60.459	78.346	117.854
+ Abschreibungen		57.000	62.300	56.126
+ Buchwertabgänge des Anlagevermögens		-	-	4
+ sonstige Eigenmittel		-	-	-
- Finanzbedarf		20.000	48.000	81.421
Endergebnis:		97.459	92.646	92.563
Zuschuss	Titel 682 ..	-	-	-
Ablieferung	Titel 121 13	92.000	92.000	92.563

Wirtschaftsplan des Nieders. Hengstaufzuchtgestüts Hunnesrück, Landkreis Northeim, Regierungsbezirk Braunschweig

für das Wirtschaftsjahr 2006/2007

(LF 460 ha)

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2006/2007 EUR	Ansatz Wj. 2005/2006 EUR	Ist Wj. 2004/2005 EUR		Ansatz Wj. 2006/2007 EUR	Ansatz Wj. 2005/2006 EUR	Ist Wj. 2004/2005 EUR
Umsatzerlöse				Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	427.690	500.318	493.361	Pflanzenproduktion	152.000	160.500	165.690
Tierproduktion	449.000	437.000	445.618	Tierproduktion	228.000	257.500	255.734
Forstwirtschaft, Jagd	-	2.700	2.531	Forstwirtschaft, Jagd	-	-	-
Nebenbetriebe, Dienst-				Nebenbetriebe, Dienst-			
leistungen	120.000	110.000	133.023	leistungen	-	-	-
				sonst. Materialaufwand	117.500	112.500	125.842
Summe Umsatzerlöse	996.690	1.050.018	1.074.533	Summe Materialaufwand	497.500	530.500	547.266
Erhöhung oder Verminde-				Personalaufwand	303.000	310.000	302.490
rung des Bestandes an				Abschreibungen	97.400	92.500	97.432
fertigen und unfertigen				sonstige betriebliche			
Erzeugnissen	-	-	-1.123	Aufwendungen			
Erhöhung oder Verminde-				Unterhaltung	88.500	88.500	119.331
rung des Bestandes an				Betriebsversicherungen	20.500	20.500	20.162
Tieren	-	-	35.517	sonstiger Betriebsaufwand	29.700	26.700	32.590
andere aktivierte				zeitraumfremde Auf-			
Eigenleistungen	-	-	-	wendungen	16.000	16.000	15.363
sonstige betriebliche				Summe sonst. betriebl.			
Erträge	219.162	196.890	199.949	Aufwendungen	154.700	151.700	187.446
Betriebliche Erträge	1.215.852	1.246.908	1.308.876	Betriebl. Aufwendungen	1.052.600	1.084.700	1.134.634
				Betriebsergebnis	163.252	162.208	174.242
				sonstige Zinsen und			
				ähnliche Erträge	-	992	162
				Zinsen und ähnliche			
				Aufwendungen	252	200	-
				Finanzergebnis	-252	792	162
				Ergebnis der gewöhnlichen			
				Geschäftstätigkeit	163.000	163.000	174.404
				sonstige Steuern	-11.000	-11.000	-10.820
				Gewinn / Verlust	152.000	152.000	163.584

Anzahl der Angestellten: 2 davon 1 Teilzeitbeschäftigte/r (62,5%)

Anzahl der Arbeiter: 7

Anlage 4
(zu Kapitel 09 50 Titel 121 12)

II. Finanzplan

	Ansatz Wj. 2006/2007 EUR	Ansatz Wj. 2005/2006 EUR	Ist Wj. 2004/2005 EUR		Ansatz Wj. 2006/2007 EUR	Ansatz Wj. 2005/2006 EUR	Ist Wj. 2004/2005 EUR
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	30.000	20.000	46.195	1. Abschreibungen	97.400	92.500	97.432
2. Totes Inventar einschl. zu aktivierende Reparaturen	67.400	72.500	62.399	2. Betriebserträge	–	–	–
3. Tieranlagevermögen	–	–	–	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	–	–	4.437
4. Finanzanlagen / Beteiligungen	–	–	4.693	4. Zuschuss aus Haushaltsmitteln (Titel 682 ..)	–	–	–
5. Tilgung von Darlehen	–	–	–	5. Rückzahlbare Kapitalausstattung (Titel 861 ..)	–	–	–
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	–	–	–	6. Sonstiges	–	–	–
7. Sonstiges	–	–	–				
Finanzbedarf	97.400	92.500	113.287	Finanzdeckung	97.400	92.500	101.869

Bemerkungen:
Vorgesehen sind:

	EUR
zu 1.:	
Stahlzäunung und überdachte Raufen für Pferdehock	20.000
Öl- und Pflanzenschutzmittellagerung	10.000
zu 2.:	
Futtermischer	5.000
Scheibenmähwerk, Wender, Mulchgerät	20.000
Zaunmäher	2.400
Umrüstung von 2 Traktoren auf den Rapsölbetrieb, Lagerbehälter und Pumpe für Rapsöl	15.000
Kettenrohrfütterung für Aufzuchthengste	25.000
Zusammen	97.400

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz Wj. 2006/2007 EUR	Ansatz Wj. 2005/2006 EUR	Ist Wj. 2004/2005 EUR
+/- Gewinn / Verlust	152.000	152.000	163.584
+ Abschreibungen	97.400	92.500	97.432
+ Buchwertabgabe beim Anlagevermögen	–	–	4.437
+ sonstige Eigenmittel	–	–	–
- Finanzbedarf	97.400	92.500	113.287
Endergebnis:	152.000	152.000	152.166
Zuschuss Titel 682 ..	–	–	–
Ablieferung Titel 121 12	152.000	152.000	152.166

Anlage 5

(zu Kapitel 0950 Titel 121 13)

Wirtschaftsplan der Hengstparade für das Hj. 2007

I. Erfolgsplan

	Aufwendungen				Erträge		
	Ansatz 2007 EUR	Ansatz 2006 EUR	Ist 2005 EUR		Ansatz 2007 EUR	Ansatz 2006 EUR	Ist 2005 EUR
1. Personalkosten	95.000	120.000	108.135	1. Eintrittskarten- und	450.000	550.000	441.487
2. Personalkosten/Turniersport	10.000	10.000	10.651	Programmverkauf			
3. Dienstl. Außenstehender	25.000	30.000	25.347	2. Standgelder	5.000	6.000	5.009
4. Geschäftsbedarf/Werbung	95.000	95.000	105.892	3. Vermischte Einnahmen	55.000	50.000	58.325
5. Post- und Fernmeldegebühr	15.000	15.000	16.168	4. Eintrittskarten, Anzeigen			
6. Mieten	95.000	130.000	105.250	u. Progr. Sommerfest	-	-	43.997
7. Unterhaltung des Paradeplatzes	10.000	10.000	10.008	5. Eintrittskarten Konzert	-	-	7.284
8. Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattung- und Ausrüstungsgegenstände	3.000	6.000	380				
9. Nicht aufteilbarer sonst. Aufwand	50.000	20.000	49.657				
10. Steuern	35.000	20.000	31.384				
11. Erstattung von Verwaltungs- ausgaben an das Landgestüt (09 50-261 10)	27.000	30.000	27.278				
12. Kosten Sommerfest/Konzert	-	-	72.169				
Summe der Aufwendungen	460.000	486.000	562.319	Summe der Einnahmen	510.000	606.000	556.102

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz 2007 EUR	Ansatz 2006 EUR	Ist 2005 EUR
Erträge	510.000	606.000	556.102
Aufwendungen	460.000	486.000	562.319
+/- Endergebnis			-6.217
Ablieferung 09 50 - 121 13	50.000	120.000	-
Zuschuss 09 50 - 682 ..	-	-	-

Einzelplan 09

Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

---

Übersicht über das Beschäftigungsvolumen, das Personalkostenbudget und die Stellen

(bisher: Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise)

für das

Haushaltsjahr 2007

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
249,82	248,82	230,84

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	6,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	6,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	4,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	1,00
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	5,00
bleibt Zugang	1,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
12.823	12.336	12.265

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 09 01 Ministerium

Stellen

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Planmäßige Beamte/-innen[13])
			Feste Gehälter:
B 9[1])	1	1	Staatssekretär/-in
B 6	4	4	Ministerialdirigent/-in
B 3	4	5	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin
B 2	13	12	Ministerialrat/-rätin
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	15	17	Ministerialrat/-rätin
A 15	16	17	Direktor/-in
A 14	12	11	Oberrat/-rätin
A 13	4	5	Rat/Rätin
A 13[5])	29	29	Oberamtsrat/-rätin
A 12	28	28	Amtsrat/-rätin
A 11	23	21	Amtmann/-männin/-frau
A 10	11	12	Oberinspektor/-in
A 9	1	2	Inspektor/-in
A 9[3])	4	4	Amtsinspektor/-in
	165	168	Zusammen
			Leerstellen:
B 2[2])	1	1	Ministerialrat/-rätin
A 14[2])	1	2	Oberrat/-rätin
A 13[2])	–	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12[2])	1	3	Amtsrat/-rätin
	3	7	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 LBesO.

[2]) kw.

[3]) Ein/Eine Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[5]) Ein/Eine Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[13]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 09 01 und 09 06 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2 Ministerialrat/-rätin	1	infolge Senkung von B 3
Bes.-Gr. A 14 Oberrat/-rätin	1	infolge Umsetzung von Kap. 0906
Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrat/-rätin	1	infolge Hebung von A 12
Bes.-Gr. A 12 Amtsrat/-rätin	1	infolge Umsetzung von Kap. 09 06
Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-männin/-frau –	4	davon 1 infolge Umsetzung von Kap. 09 06 1 infolge Umsetzung von Kap. 09 10 2 infolge Hebung von A 10
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	3	davon 1 infolge Umsetzung von Kap. 09 06 1 infolge Hebung von A 9 1 infolge Umwandlung von Lohn-Gr. 4
Bes.-Gr. A 9 Amtsinspektor/-in	1	infolge Hebung von A 8
Bes.-Gr. A 8 Hauptsekretär/-in	1	infolge Umsetzung von Kap. 09 06
Zusammen	13	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. B 3 Ministerialdirigent/-in	1	infolge Senkung nach B 2
Bes.-Gr. A 16 Leitende(r) Direktor/-in	2	infolge teilweisen Vollzugs des Allgemeinen HV bei Kap. 09 10 (ZV II)
Bes.-Gr. A 15 Direktor/-in	1	infolge teilweisen Vollzugs des Allgemeinen HV bei Kap. 09 10 (ZV II)
Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrat/-rätin	1	infolge Umsetzung nach Kap. 09 10
Bes.-Gr. A 13 Rat/Rätin	1	infolge Vollzugs des HV Nr. 10
Bes.-Gr. A 12 Amtsrat/-rätin	1	infolge Hebung nach A 13
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/-männin/-frau	2	infolge teilweisen Vollzugs des Allgemeinen HV bei Kap. 09 10 (ZV II)
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	4	davon 2 infolge Vollzugs des HV Nr. 6 (ZV I) 2 infolge Hebung nach A 11
Bes.-Gr. A 9 Inspektor/-in	1	infolge Vollzugs des HV Nr. 8 (ZV I)
Bes.-Gr. A 9 Amtsinspektor/-in	1	infolge Hebung nach Bes.-Gr. A 10
Bes.-Gr. A 8 Hauptsekretär/-in	1	infolge Hebung nach A 9
Zusammen	16	
Bleiben Abgänge	3	

Sonstige Veränderungen:
Die Haushaltsvermerke Nr. 6 (2 Stellen kw zum 31. 12. 2006 infolge ZV I), Nr. 8 (1 Stelle kw zum 31. 12. 2006 infolge ZV I) und Nr. 10 (1 Stelle kw zum 31. 12. 2006) sind gestrichen worden.

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Beamtete Hilfskräfte[8])
A 14	2	2	Oberrat/-rätin
	2	2	Zusammen
			Angestellte[8])
I (übertariflich)	1	1	
I	1	1	
I a	1	1	
I b	1	1	
III	7	6	
IV a[5])	11	11	
IV b[1])	4	4	
V b	5	6	
V c	14	15	
VI b[1])[4])	16	16	
VII	1	1	
VIII	2	2	
IX b–VII[2])[7])	12	12	
	76	77	Zusammen
			Leerstellen:
IX b–VII[3])	1	2	
	1	2	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/ des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT in Höhe der Hälfte der betreffenden Zulage.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[2]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

[3]) kw.

[4]) 1 Stelle ku in Verg.-Gr. IX b–VII.

[5]) 1 Stelle darf nur zur Hälfte besetzt werden.

[7]) 1 Stelle kw infolge ZV II.

[8]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 09 01 und 09 06 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Abgänge: Stellen
Verg.-Gr. IV a 1 infolge Vollzugs des HV Nr. 6

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 6 (1 Stelle kw zum 31. 12. 2006) ist gestrichen worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 7 (1 Stelle kw ab 1. 1. 2005 infolge ZV II) ist geändert worden.

Anderweitige Einstufung gem. Allgemeinen Bestimmungen
Verg.-Gr. V b nach Verg.-Gr. III
Verg.-Gr. Vc nach Verg.-Gr. IV a

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 09 01 Ministerium

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst	
A 13	40	40	Referendar/-in	
A 9	45	45	Inspektor/-in-Anwärter/-in	
	85	85	Zusammen	
			Arbeiter/-innen	
4	6	7		
2 a	2	3		
	8	10	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Abgänge:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	1	infolge Umwandlung nach Bes.-Gr. A 10
Lohn-Gr. 2 a	1	infolge Einsparung für Umwandlungen/Hebungen
Zusammen	2	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
22,19	29,49	28,39

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	5,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	2,30
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	7,30
bleibt Abgang	7,30

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
1.049	1.369	1.403

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 09 06 Raumordnung und Landesentwicklung, Fachaufgaben der Regierungsvertretungen

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[2]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 09 01 und 09 06 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
			Planmäßige Beamte/-innen[2])	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	4	4	Ministerialrat/-rätin	
A 15	2	3	Direktor/-in	
A 14	1	2	Oberrat/-rätin	
A 12	4	5	Amtsrat/-rätin	
A 11	3	4	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	1	2	Oberinspektor/-in	
A 9	6	6	Amtsinspektor/-in	
A 8	—	2	Hauptsekretär/-in	
	21	28	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15		
Direktor/-in	1	infolge teilweisen Vollzugs des Allgemeinen Haushaltsvermerks (ZV II)
Bes.-Gr. A 14		
Oberrat/-rätin	1	infolge Umsetzung nach Kap. 09 01
Bes.-Gr. A 12		
Amtsrat/-rätin	1	infolge Umsetzung nach Kap. 09 01
Bes.-Gr. A 11		
Amtmann/-männin/-frau	1	infolge Umsetzung nach Kap. 09 01
Bes.-Gr. A 10		
Oberinspektor/-in	1	infolge Umsetzung nach Kap. 09 01
Bes.-Gr. A 8		
Hauptsekretär/-in	2	davon 1 infolge teilweisen Vollzugs des Allgemeinen Haushaltsvermerks (ZV II) 1 infolge Umsetzung nach Kap. 09 01
Zusammen	7	

Sonstige Veränderungen:

Der Allgemeine Haushaltsvermerk (2 Stellen kw infolge ZV II ab 1. 1. 2005) ist gestrichen worden.

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 09 01 und 09 06 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
			Angestellte[1])	
II a	—	1		
III	3	3		
IV b	1	1		
	4	5	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	1	infolge Vollzugs des HV Nr. 2

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 (1 Stelle kw ab 1. 1. 2005 infolge ZV II) ist gestrichen worden.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
612,07	657,45	662,05

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	8,75
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	8,75
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	15,50
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	17,33
- Minderung aufgrund ZV II	21,30
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	54,13
bleibt Abgang	45,38

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
27.426	28.367	31.447

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 09 10 Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften – Landentwicklung

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Allgemeiner HV zum Stellenplan, zu den Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen:
			Planmäßige Beamte/-innen[9])	73 Stellen kw infolge ZV II, davon 68 Stellen kw ab 1. 1. 2005; 5 Stellen kw bis 31. 12. 2010
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16[2])	9	10	Leitende(r) Direktor/-in	
A 15	14	13	Direktor/-in	
A 14	19	24	Oberrat/-rätin	
A 13	4	7	Rat/Rätin	
A 13[8])	18	17	Oberamtsrat/-rätin	
A 12[18])	50	48	Amtsrat/-rätin	
A 11[14])[16])[17])[19])	62	71	Amtmann/-männin/-frau	
A 10[1])[4])	36	37	Oberinspektor/-in	
A 9	10	11	Inspektor/-in	
A 9[5])	11	7	Amtsinspektor/-in	
A 8	16	21	Hauptsekretär/-in	
A 7	21	21	Obersekretär/-in	
A 6	—	3	Sekretär/-in	
	270	290	Zusammen	
			Leerstellen:	
A 11[6])	2	2	Amtmann/-männin/-frau	
A 10[6])	4	4	Oberinspektor/-in	
A 9[6])	5	5	Inspektor/-in	
A 7[6])	1	1	Obersekretär/-in	
	12	12	Zusammen	

[1]) 4 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2010.

[2]) Ein/Eine Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Vorbemerkung Nr. 21 zur BBesOA.

[4]) 2 Stellen kw zum 31. 12. 2010.

[5]) Ein/Eine Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[6]) kw.

[8]) Ein/Eine Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[9]) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 09 10, 09 30 und 09 31 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[14]) 1 Stelle kw zum 31. 12. 2010.

[16]) 2 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2010.

[17]) 1 Stelle kw mit Ablauf des 30. 9. 2009 infolge ATZ.

[18]) 2 Stellen kw nach Ausscheiden der Stelleninhaber infolge ZV II.

[19]) 1 Stelle kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers infolge ZV II.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15		
Direktor/-in	1	Senkung von Bes.-Gr. A 16
Bes.-Gr. A 13		
Oberamtsrat/-rätin	1	Umsetzung aus Kapitel 09 01
Bes.-Gr. A 12		
Amtsrat/-rätin	2	Umsetzungen aus Kapitel 14 01
Bes.-Gr. A 11		
Amtmann/-männin/ -frau	1	Umsetzung aus Kapitel 14 01
Bes.-Gr. A 10		
Oberinspektor/-in	2	davon 1 Umsetzung aus Kapitel 05 20 1 Hebung von Bes.-Gr. A 9
Bes.-Gr. A 9		
Amtsinspektor/-in	4	davon 1 Umsetzung aus Kapitel 03 18 3 Hebungen von Bes.-Gr. A 8
Bes.-Gr. A 8		
Hauptsekretär/-in	3	Hebungen von Bes.-Gr. A 7
Bes.-Gr. A 7		
Obersekretär/-in	4	Hebungen von Bes.-Gr. A 6
Bes.-Gr. A 6		
Sekretär/-in	1	Umsetzung von der LWK
Zusammen	19	

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO
A 9	11 (11)*)
Insgesamt	11 (11)*)

*) Die in Klammern genannte Stellenzahl ist auf die allgemeinen Obergrenzen nach § 26 Abs. 1 BBesG im Landesbereich angerechnet worden.

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16		
Ltd. Direktor/-in	1	Senkung nach Bes.-Gr. 15
Bes.-Gr. A 14		
Oberrat/-rätin	5	davon 4 teilweiser Vollzug des Allgemeinen HV zum Stellenplan, zu den Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen – ZV I 1 Vollzug des HV Nr. 3
Bes.-Gr. A 13		
Rat/Rätin	3	davon 2 teilweiser Vollzug des Allgemeinen HV zum Stellenplan, zu den Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen – ZV II 1 Vollzug des HV Nr. 12
Bes.-Gr. A 11		
Amtmann/-frau	10	davon 1 Umsetzung nach Kapitel 09 01 9 teilweiser Vollzug des Allgemeinen HV zum Stellenplan, zu den Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen – ZV I
Bes.-Gr. A 10		
Oberinspektor/-in	3	teilweiser Vollzug des Allgemeinen HV zum Stellenplan, zu den Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen – ZV I
Bes.-Gr. A 9		
Inspektor/-in	1	Hebung nach Bes.-Gr. A 10
Bes.-Gr. A 8		
Hauptsekretär/-in	8	davon 1 Umsetzung nach Kapitel 03 18 3 Hebungen nach Bes.-Gr. A 9 4 teilweiser Vollzug des Allgemeinen HV zum Stellenplan, zu den Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen – ZV I
Bes.-Gr. A 7		
Obersekretär/-in	4	davon 3 Hebungen nach Bes.-Gr. A 8 1 teilweiser Vollzug des Allgemeinen HV zum Stellenplan, zu den Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen – ZV II
Bes.-Gr. A 6		
Sektretär/-in	4	Hebungen nach Bes.-Gr. A 7
Zusammen	39	
Bleiben Abgänge	20	

Sonstige Veränderungen:

Der allgemeine Haushaltsvermerk ist neu gefasst worden.
Die Haushaltsvermerke Nrn. 1, 4 (1 Stelle Bes.-Gr. A 10 BBesO zum 1. 1. 2005 an LWK) 14 und 16 sind geändert worden.
Die Haushaltsvermerke Nrn. 17, 18 und 19 sind neu ausgebracht worden.
Die Haushaltsvermerke Nrn. 3, 12 und 15 sind gestrichen worden.

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Beamtete Hilfskräfte[10])
A 10	4	4	Oberinspektor/-in z. A.
A 9	3	4	Inspektor/-in z. A.
A 6	2	3	Sekretär/-in z. A.
	9	11	Zusammen
			Angestellte[10])
I a	2	2	
II a	—	1	
III	17	17	
IV a	100	101	
IV b[2])	27	29	
V b[16])	12	13	
V c[20])	99	103	
VI b[26])	54	57	
VII[18])[19])	44	46	
VIII[25])	17	16	
IX b–VII[1])[15])[29])	18	19	
	390	404	Zusammen
			Leerstellen
IV b[3])	1	1	
V b[3])	3	3	
V c[3])	3	3	
VI b[3])	11	11	
VII[3])	10	10	
VIII[3])	6	6	
IX b–VII[3])	4	4	
	38	38	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

[2]) 4 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2010.

[3]) kw.

[10]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 09 10, 09 30 und 09 31 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[15]) 1 Stelle darf nur zu 0,500 besetzt werden;
2 Stellen dürfen nur zu 0,250 besetzt werden.

[16]) 2 Stellen dürfen nur zu 0,500 besetzt werden.

[18]) 1 Stelle darf nur zu 0,250 besetzt werden;
3 Stellen dürfen nur zu 0,500 besetzt werden;
2 Stellen dürfen nur zu 0,875 besetzt werden.

[19]) 1 Stelle wird zur Hälfte bei Kapitel 09 01 genutzt.

[20]) 3 Stellen dürfen nur zur Hälfte besetzt werden;
1 Stelle darf nur zu 0,125 besetzt werden;
1 Stelle darf nur zu 0,250 besetzt werden;
1 Stelle darf nur zu 0,625 besetzt werden.

[25]) 1 Stelle darf nur zu 0,500 besetzt werden.

[26]) 2 Stellen dürfen nur zu 0,500 besetzt werden.

[29]) 1 Stelle darf nur zu 0,500 besetzt werden.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Beamtete Hilfskräfte

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9		
Inspektor/-in z. A.	1	Vollzug des HV Nr. 15 (Beamte)
Bes.-Gr. A 6		
Sekretär/-in z. A.	1	Umsetzung an die LWK
Zusammen	2	

Angestellte

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	Höherstufung von Verg.-Gr. IV b
Verg.-Gr. V b	2	davon 1 Höherstufung von Verg.-Gr. V c 1 Herabstufung von Verg.-Gr. IV b
Verg.-Gr. V c	1	Umsetzung von Kapitel 03 18
Verg.-Gr. VI b	1	Höherstufung von Verg.-Gr. IX b–VII
Verg.-Gr. VII	3	davon 1 Umsetzung von der LWK 1 Höherstufung von Verg.-Gr. VIII 1 Herabstufung von Verg.-Gr. VI b
Verg.-Gr. VIII	2	Herabstufungen von Verg.-Gr. VII
Verg.-Gr. IX b–VII	1	Umsetzung von der LWK
Zusammen	11	

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	1	Vollzug des HV Nr. 27
Verg.-Gr. IV a	2	davon 1 Umsetzung nach Kapitel 03 18 1 teilweiser Vollzug des Allgemeinen HV zum Stellenplan, zu den Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen – ZV I
Verg.-Gr. IV b	2	davon 1 Höherstufung nach Verg.-Gr. IV a 1 Herabstufung nach Verg.-Gr. V b
Verg.-Gr. V b	3	davon 1 teilweiser Vollzug des Allgemeinen HV zum Stellenplan, zu den Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen – ZV II 2 Vollzug des HV Nr. 6 – ZV I
Verg.-Gr. V c	5	davon 1 Umsetzung nach Kapitel 03 20 1 Höherstufung nach Verg.-Gr. V b 3 Vollzug des HV Nr. 7 – ZV I
Verg.-Gr. VI b	4	davon 1 Umsetzung nach Kapitel 03 20 1 Herabstufung nach Verg.-Gr. VII 2 Vollzug des HV Nr. 13
Verg.-Gr. VII	5	davon 2 Vollzug des HV Nr. 21 1 Umsetzung nach Kapitel 03 20 2 Herabstufungen nach Verg.-Gr. VIII
Verg.-Gr. VIII	1	Höherstufung nach Verg.-Gr. VII
Verg.-Gr. IX b–VII	2	davon 1 Umsetzung nach Kapitel 05 20 1 Höherstufung nach Verg.-Gr. VI b
Zusammen	25	
Bleiben Abgänge	14	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nrn.
5 (1 Stelle Verg.-Gr. VII zum 1. 1. 2005 an LWK),
6, 7 (1 Stelle Verg.-Gr. V c zum 1. 1. 2005 an LWK),
13, 21 und 27 sind gestrichen worden.
Die Haushaltsvermerke Nrn. 2 , 15 und 18 sind geändert worden.

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 09 10 Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften – Landentwicklung

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst	
A 9	16	16	Inspektor/-in-Anwärter/-in	
	16	16	Zusammen	
			Arbeiter/-innen	
6	1	1		
5a	1	1		
5	1	1		
4	13	13		
3	1	1		
2 a	3	3		
	20	20	Zusammen	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
45,19	44,19	20,76

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	1,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,00
bleibt Zugang	1,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
2.081	2.072	1.000

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 09 30 Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften – Domänenverwaltung

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 09 10, 09 30 und 09 31 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
			Planmäßige Beamte/-innen[1])	[3]) 1 Stelle kw nach Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers infolge ZV II der von Kap. 14 01 (LRH) umgesetzten Stelle (GLL Oldenburg Domänenamt, Nebenstelle Norden).
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	1	Leitender Direktor/-in	
A 15	3	3	Direktor/-in	
A 14	2	2	Oberrat/-rätin	
A 12[3])	6	5	Amtsrat/-rätin	
A 11	6	6	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	3	3	Oberinspektor/-in	
A 9	1	1	Inspektor/-in	
A 9	1	1	Amtsinspektor/-in	
A 7	1	1	Obersekretär/-in	
	24	23	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12		
– Amtsrat/-rätin –	1	infolge Umsetzung von Kap. 14 01
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 wurde gestrichen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 3 wurde neu ausgebracht.

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.
			Angestellte[3])	[2]) 1 Stelle darf auf Dauer nur zur Hälfte besetzt werden (GLL Oldenburg Domänenamt, Nebenstelle Norden).
IV a	8	8		[3]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 09 10, 09 30 und 09 31 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
IV b	1	1		[4]) 1 Stelle kw mit Ablauf des 30. 6. 2009 infolge ZV II
V b	6	6		
V c	3	3		
VI b	1	1		
VII	3	3		
IX b–VII[1])[2])[4])	2	2		
	24	24	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 4 wurde neu ausgebracht.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
12,23	12,23	11,27

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
593	590	584

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 09 31 Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften (GLL) – Moorverwaltung –

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 09 10, 09 30 und 09 31 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
			Planmäßige Beamte/-innen[1])	
A 11	1	1	Aufsteigende Gehälter: Amtmann/-männin/-frau	
	1	1	Zusammen	

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.
			Angestellte[2])	[2]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 09 10, 09 30 und 09 31 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
I b	1	1		
IV a	1	1		
IV b	2	2		
V b	2	2		
V c	2	2		
VI b	1	1		
VII	1	1		
IX b–VII[1])	1	1		
	11	11	Zusammen	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
624,74	621,49	601,77

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	11,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	3,17
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	14,17
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	0,92
- Minderung aufgrund ZV I	7,00
- Minderung aufgrund ZV II	3,00
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	10,92
bleibt Zugang	3,25

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
28.207	27.905	28.471

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 09 41 Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen	*) Allgemeiner Haushaltsvermerk zum Stellenplan, zu den Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen: 6 Stellen kw infolge ZV II.
			Aufsteigende Gehälter:	[2]) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zu Bes.-Gr. A 9 BBesO.
B 4	1	1	Präsident/-in	[3]) kw
B 2	1	1	Vizepräsident/-in	[5]) 1 Stelle kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV.
A 16[6])	7	7	Leitende(r) Direktor/-in	[6]) Die Stelle darf vorläufig nur nach Bes.-Gr. A 15 ausgeschöpft werden. Ausschöpfung nach Bes.-Gr. A 16 nur mit vorheriger Zustimmung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen.
A 15	23	23	Direktor/-in	[7]) 1 Stelle kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003 (bisher Haushaltsvermerk Nr. 27 bei Kapitel 03 05).
A 14	62	62	Oberrat/-rätin	[8]) 1 Stelle nur bis 28. 2. 2007 besetzbar (befristet von Kapitel 03 03 verlagert).
A 13	54	53	Rat/Rätin	[9]) 1 Stelle kw nach Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers infolge ZV II.
A 13[8])	2	2	Oberamtsrat/-rätin	
A 12[9])	6	5	Amtsrat/-rätin	
A 11[9])	13	13	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	8	9	Oberinspektor/-in	
A 9[2])[5])[7])	3	3	Amtsinspektor/-in	
A 8	6	8	Hauptsekretär/-in	
A 7	5	5	Obersekretär/-in	
	191	192	Zusammen	
			Leerstellen:	
A 14[3])	1	1	Oberrat/-rätin	
A 13[3])	4	4	Rat/Rätin	
A 12[3])	1	1	Amtsrat/-rätin	
A 10[3])	1	1	Oberinspektor/-in	
A 9[3])	1	1	Inspektor/-in	
A 8[3])	1	1	Hauptsekretär/-in	
A 7[3])	1	1	Obersekretär/-in	
A 6[3])	1	1	Sekretär/-in	
	11	11	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den planmäßigen Beamten/-innen entfallen auf die Sonderlaufbahn „Technischer Dienst“

Bes.-Gr. A 12	2	gehobener Dienst

Planmäßige Beamte/-innen

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 – Rat/Rätin –	1	Befristete Umsetzung aus Kapitel 03 03 bis zum 28. 2. 2007
Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin	1	Umsetzung aus Kapitel 14 01 mit persönlichem kw-Vermerk (ZV II)
Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-männin/-frau –	1	Umsetzung aus Kapitel 14 01 mit persönlichem kw-Vermerk (ZV II)
Zusammen	3	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-männin/-frau –	1	teilweiser Vollzug des Allgemeinen Haushaltsvermerks ZV II
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	1	teilweiser Vollzug des Allgemeinen Haushaltsvermerks ZV II
Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in –	2	teilweiser Vollzug des Allgemeinen Haushaltsvermerk ZV II durch Verlagerung einer Stelle zu Kapitel 03 20 mit Haushaltsvermerks ZV II und Einsparung einer Stelle
Zusammen	4	
Bleibt Abgang	1	

Sonstige Veränderungen:

Änderung des allgemeinen Haushaltsvermerkes (ZV II) auf 6 Stellen aufgrund Verlagerung einer Stelle A 8 nach Kapitel 03 20 sowie Einsparung einer Stelle A 11, einer Stelle A 10, einer Stelle A 9 (Beamtete Hilfskräfte) und einer Stelle A 8.
Die Haushaltsvermerke Nr. 8 und 9 wurden neu ausgebracht.

STELLENÜBERSICHTEN

Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Beamtete Hilfskräfte
A 10	1	1	Oberinspektor/-in z. A.
A 9	—	1	Inspektor/-in z. A.
A 6	1	1	Sekretär/-in z. A.
	2	3	Zusammen
			Angestellte
I a	1	1	
I b[12])	6	6	
II a[33])	20	15	
IV a[32])	8	6	
IV b	43	44	
V b[14])[19])	66	64	
V c[13])[20])[26])[27])[29])	138	136	
VI b[13])[21])[31])	67	65	
VII[13])[24])[28])	37	41	
VIII[13])	11	10	
VIII/VII[4])	1	1	
IX b–VII[3])[4])[5])[13])[25])	20	24	
	418	413	Zusammen
			Leerstellen:
IV b[2])	1	1	
V b[2])	1	1	
V c[2])	9	9	
VI b[2])	7	7	
VII[2])	5	5	
IX b–VII[2])	5	5	
	28	28	Zusammen

Haushaltsvermerke

[2]) kw

[3]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

[4]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. VIII (Fallgruppe 4) und VII (Fallgruppe 4) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

[5]) 1 Stelle darf mit Halbtagskräften im Schreibdienst besetzt werden, die unter die Fallgruppe 4 der Verg.-Gr. VIII fallen.

[12]) 1 Stelle darf nur zur Hälfte genutzt werden.

[13]) Folgende Stellen dürfen nur anteilig besetzt werden:
halbtags:
1 Stelle VI b im IfB Lüneburg
1 Stelle VI b im LI Braunschweig
1 Stelle VIII im LI Braunschweig
1 Stelle VII im LI Braunschweig
1 Stelle V c im LI Braunschweig
3 Stellen V c im VI Oldenburg
1 Stelle VI b im VI Oldenburg
zu einem Viertel:
1 Stelle V c im VI Oldenburg.

[14]) 1 Stelle darf im VI Hannover zur Hälfte nur bis Verg.-Gr. VII besetzt werden.

[19]) 1 Stelle kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV.

[20]) 1 Stelle kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV.

[21]) 5 Stellen kw ab 1. 1. 2004, davon 1 nur halbtags besetzbar, infolge ZV.

[24]) 1 DW.

[25]) 1 Stelle darf nur anteilig zu $^4/_5$ in Anspruch genommen werden.

[26]) 1 Stelle darf nur anteilig zu 50 % in Anspruch genommen werden. Stelle wird zur Hälfte bei Kapitel 09 10 genutzt.

[27]) 1 Stelle kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003 (bisher Haushaltsvermerk Nr. 35 bei Kapitel 03 05).

[28]) 1 Stelle kw infolge ZV II.

[29]) 1 Stelle kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II (bisher Kapitel 05 20).

[31]) 1 Stelle kw nach Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers infolge ZV II.

[32]) 1 Stelle kw ab 1. 1. 2009.
1 Stelle kw ab 1. 1. 2010.

[33]) 3 Stellen kw ab 1. 1. 2009.
3 Stellen kw ab 1. 1. 2010.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Beamtete Hilfskräfte

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9		
Inspektor/-in z.A.	1	teilw. Vollzug des Allgemeinen Haushaltsvermerks ZV II
Zusammen	1	

Angestellte

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	6	Neue Stellen zur Verstärkung im Bereich Lebensmittelüberwachung
Verg.-Gr. IV a	2	Neue Stellen zur Verstärkung im Bereich Lebensmittelüberwachung
Verg.-Gr. V b	2	davon 1 Höherstufung Verg.-Gr. VII 1 Herabstufung von Verg.-Gr. IV b
Verg.-Gr. V c	3	Umsetzung aus der Übernahme der BSE-Diagnostik von der LUFA-Nordwest
Verg.-Gr. VI b	2	davon: 1 Höherstufung von Verg.-Gr. VII 1 Umsetzung aus Kapitel 14 01 mit persönlichem kw-Vermerk (ZV II)
Verg.-Gr. VIII	2	Herabstufungen von Verg.-Gr. VII
Zusammen	17	

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	1	Vollzug des HV Nr. 18 (ZV I)
Verg.-Gr. IV b	1	Herabstufung nach Verg.-Gr. V b
Verg.-Gr. V c	1	teilweise Vollzug des HV Nr. 20 (ZV I)
Verg.-Gr. VII	4	davon 2 Herabstufungen nach Verg.-Gr. VIII 1 Höherstufung nach Verg.-Gr. IV b 1 Höherstufung nach Verg.-Gr. V b
Verg.-Gr. VIII	1	Vollzug des HV Nr. 22 (ZV I)
Verg.-Gr. IX b-VII	4	davon 3 Vollzug des HV Nr. 23 (ZV I), davon 2 nur halbtags besetzbar 1 Verlagerung nach 03 03 mit kw-Vermerk ZV II (HV Nr. 30)
Zusammen	12	
Bleiben Zugang	5	

Sonstige Veränderungen:

Änderung der Haushaltsvermerke Nr. 13 und 20.
Wegfall der Haushaltsvermerke Nr. 18, 22, 23 und 30.
Die Haushaltsvermerke Nr. 31, 32 und 33 werden neu ausgebracht.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst
A 13	22	22	Referendar/-in
	22	22	Zusammen
			Arbeiter/-innen
6	2	2	
5 a	2	2	
5	3	3	
4	13	14	
3[3])	11	12	
2 a[5])	30	31	
2	4	4	
1	3	1	
	68	69	Zusammen

Haushaltsvermerke

[3]) 1 Stelle kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV.
[5]) 1 Stelle darf nur zur Hälfte genutzt werden.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Die Stelleninhaber/-innen, die am Tage der Übernahme in den Landesdienst am 1. 8. 1977 im Dienste eines kommunalen chemischen Untersuchungsamtes standen, erhalten einen Lohn nach den tariflichen Regelungen der VkA.

Arbeiter/-innen

Zugänge:	Stellen	
Lohn-Gr. 1	2	je eine Herabstufung von Lohn-Gr. 4 und Lohn-Gr. 3
Zusammen	2	

Abgänge:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	1	} Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 1
Lohn-Gr. 3	1	
Lohn-Gr. 2 a	1	Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 4 (ZV I)
Zusammen	3	
Bleibt Abgang	1	

Sonstige Veränderungen:

Wegfall der Haushaltsvermerke Nrn. 1 und 4 aufgrund Vollzugs.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
91,99	91,99	88,96

Zugänge

-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00

Abgänge

-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
2.820	2.857	2.769

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 09 50 Gestütverwaltung

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) je 1 DW. [2]) 6 DW. [3]) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 9 LBesO.
			Planmäßige Beamte/-innen	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	1	Landstallmeister/-in	
A 14[1])	1	1	Oberrat/-rätin	
A 13	1	1	Oberamtsrat/-rätin	
A 10	1	1	Oberinspektor/-in	
A 9[1])[3])	1	1	Erste(r) Hauptsattelmeister/-in	
A 8	1	1	Hauptsattelmeister/-in	
A 7[1])	7	5	Obersattelmeister/-in	
A 6	3	5	Sattelmeister/-in	
A 6[2])	12	12	Gestüthauptwärter/-in	
A 5[2])	42	42	Gestütoberwärter/-in	
A 4[1])	6	6	Gestütwärter/-in	
	76	76	Planstellen insgesamt	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugänge: Stellen
Bes.-Gr. A 7
Obersattelmeister/-in 2 Hebungen von Bes.-Gr. A 6
Zusammen 2

Abgänge:
Bes.-Gr. A 6
Sattelmeister/-in 2 Hebungen nach Bes.-Gr. A 7
Zusammen 2
bleibt Abgang —

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen. [2]) 1 DW.
			Angestellte	
I b	1	1		
V c[2])	3	3		
VI b	2	2		
VII	2	2		
IX b–VII[1])	1	1		
	9	9	Zusammen	

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Arbeiter/-innen	
4	8	8		
	8	8	Zusammen	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
16,00	16,00	14,58

Zugänge

-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00

Abgänge

-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
671	714	643

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 09 61 Fischereiverwaltung

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Ein/Eine Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
			Planmäßige Beamte/-innen	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 15	1	1	Fischereidirektor	
A 11	1	1	Regierungsamtmann/-männin/-frau	
A 9[1])	3	3	Fischereiamtsinspektor/-in	
A 8	2	2	Fischereihauptsekretär/-in	
	7	7	Planstellen insgesamt	

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Beamtete Hilfskräfte	
A 6	1	1	Fischereisekretär/-in z. A.	
	1	1	Zusammen	
			Angestellte	
V c	1	1		
VII	1	1		
	2	2	Zusammen	

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Arbeiter/-innen	
8	6	6	Bootsleute	
	6	6	Zusammen	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
65,39	68,99	66,56

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	3,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	3,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	4,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	2,60
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	6,60
bleibt Abgang	3,60

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
3.264	3.308	3.436

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 09 81 Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	*) Allgemeiner Haushaltsvermerk zum Stellenplan, zu den Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen: 11 Stellen kw infolge ZV II.
			Planmäßige Beamte/-innen	[2]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Vorbemerkung Nr. 21 zur BBesO.
			Aufsteigende Gehälter:	[3]) kw.
A 16[2])	1	1	Leitende(r) Direktor/-in	[4]) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 09 81 und Kapitel 09 82 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
A 15	2	2	Direktor/-in	
A 14	7	7	Oberrat/-rätin	
A 13	4	4	Rat/Rätin	
A 13	1	1	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	—	1	Amtsrat/-rätin	
A 11	2	2	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	8	9	Oberinspektor/-in	
	25	27	Zusammen	
			Leerstellen:	
A 14[3])	1	1	Oberrat/-rätin	

Erläuterungen zum Stellenplan

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12		
Amtsrat/-rätin	1	teilweiser Vollzug des HV Nr. 1 (ZV II)
Bes.-A 10		
Oberinspektor/-in	1	teilweiser Vollzug des HV Nr. 1 (ZV II)
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen:
Der HV Nr. 1 (13 Stellen kw infolge ZV II im Kapitel 09 81 ab 1. 1. 2005) wurde gestrichen.
Neu ausgebracht wird dafür ein Allgemeiner Haushaltsvermerk.

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 09 81 Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt

STELLENÜBERSICHTEN

Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte[2])
I a	1	1	
I b	1	1	
II a	7	7	
IV a	2	2	
IV b	5	3	
V b	2	2	
V c	9	9	
VI b	8	7	
VII	3	4	
VIII	2	2	
	40	38	Zusammen
			Leerstellen:
V c[1])	1	1	
VI b[1])	1	1	
	2	2	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) kw.

[2]) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 09 81 und Kapitel 09 82 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	2	neue Stellen
Verg.-Gr. VI b	1	neue Stelle
Zusammen	3	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. VII	1	Einsparung zur Finanzierung neuer Stellen
Zusammen	1	
Bleibt Zugang	2	

BEDARFSNACHWEISE

Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Arbeiter/-innen[1])
3	—	1	
MTW	7	9	
	7	10	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 09 81 und Kapitel 09 82 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Abgänge:	Stellen	
Lohn-Gr. 3		
MTArb	1	Einsparung zur Finanzierung neuer Stellen
Lohn-Gr. 6		
MTW	1	Einsparung zur Finanzierung neuer Stellen
Lohn-Gr. 2		
MTW	1	Einsparung zur Finanzierung neuer Stellen
Zusammen	3	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
1,00	18,20	25,68

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	17,20
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	17,20
bleibt Abgang	17,20

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
52	684	981

Einzelplan 09 Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Kapitel 09 82 Forstliches Personal in Umschulungsphase

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 09 81 und Kapitel 09 82 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
			Planmäßige Beamte/-innen[1])	[2]) kw mit Ablauf des 31. 12. 2007 infolge ZV II.
			Aufsteigende Gehälter:	
A 14[2])	1	1	Oberrat/-rätin	
A 12	—	2	Amtsrat/-rätin	
A 11	—	2	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	—	19	Oberinspektor/-in	
	1	24	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12		
Amtsrat/-rätin	2	Vollzug HV Nr. 3 (ZV II)
Bes.-Gr. A 11		
Amtmann/-männin/-frau	2	davon 1 teilweiser Vollzug HV Nr. 3 (ZV II) 1 Umsetzung zur LWK (ZV II)
Bes.-Gr. A 10		
Oberinspektor/-in	19	davon 16 teilweiser Vollzug HV Nr. 3 (ZV II) 3 Umsetzung nach Kap. 09 80 (ZV II)
Zusammen	23	

Sonstige Veränderungen:
Wegfall HV Nr. 3 (kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV II) aufgrund Vollzugs.

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Angestellte	
V b	—	1		
V c	—	1		
	—	2	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. V b	1	Vollzug HV Nr. 1 (ZV II)
Verg.-Gr. V c	1	Vollzug HV Nr. 1 (ZV II)
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen;
Wegfall HV Nr. 1 (kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV II).
Der HV Nr. 2 wurde gestrichen.

Haushaltsplan

für das

Haushaltsjahr 2007

Einzelplan 11

Justizministerium

Vorwort zum Einzelplan 11

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 11 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs des Justizministeriums, und zwar:

I. des Ministeriums (Kapitel 11 01)
II. der Allgemeinen Bewilligungen (Kapitel 11 02)
III. der Justizvollzugseinrichtungen - budgetiert (Kapitel 11 05)
IV. des Finanzgerichts (Kapitel 11 08)
V. des Landesarbeitsgerichts und der Arbeitsgerichte (Kapitel 11 09)
VI. des Oberverwaltungsgerichts und der Verwaltungsgerichte (Kapitel 11 10)
VII. des Landessozialgerichts Niedersachsen – Bremen (Kapitel 11 12)
VIII. der Sozialgerichte (Kapitel 11 13)
IX. der Ordentlichen Gerichte – Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig - budgetiert (Kapitel 11 16)
X. der Ordentlichen Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Celle (Kapitel 11 17)
XI. der Ordentlichen Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg (Kapitel 11 18)
XII. der Staatsanwaltschaften - Generalstaatsanwaltschaft Braunschweig - budgetiert (Kapitel 11 19)
XIII. der Staatsanwaltschaften – Generalstaatsanwaltschaft Celle (Kapitel 11 20)
XIV. der Staatsanwaltschaften – Generalstaatsanwaltschaft Oldenburg (Kapitel 11 21)

B. Hochbaumaßnahmen

Die Ansätze für die allgemeinen Hochbauangelegenheiten (Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude, kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten) sowie für große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten aller Geschäftsbereiche sind im Kapitel 20 11 (TGr. 64/65) des Einzelplans 20 – Hochbauten – ausgebracht.

C. Sonstiges

a) Für die Justizvollzugseinrichtungen (Kapitel 11 05), den Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig (Kapitel 11 16) und den Bezirk der Generalstaatsanwaltschaft Braunschweig (Kapitel 11 19) ist ein leistungsbezogener Produkthaushalt gemäß § 17 a LHO aufgestellt.

b) Bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften – mit Ausnahme der budgetierten Kapitel 11 16 und 11 19 – sowie im Justizministerium wird die Flexibilisierung der Haushaltsführung mit dezentraler Ressourcenverantwortung mit folgenden Maßgaben fortgeführt:

Erfasst sind
- bei den Einnahmen Titel 132 01 und
- bei den Ausgaben die Hauptgruppen 5 – ohne Titel 529 10, 529 11, 532 11 bis 532 20, 546 04 – und 8 – ohne Titel 811 11 –.

Die Ansätze sind jeweils innerhalb der
- Hauptgruppe 5 – ohne Titel 529 10, 529 11, 532 11 bis 532 20 und 546 04 – sowie
- Hauptgruppe 8 – ohne Titel 811 11 –

gegenseitig deckungsfähig.
Darüber hinaus sind die Ansätze der Hauptgruppe 5 – ohne Titel 529 10, 529 11, 532 11 bis 532 20 und 546 04 – deckungsfähig zugunsten der Hauptgruppe 8 – ohne Titel 811 11 –.

Die Ausgabeansätze in Hauptgruppen 5 und 8 dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem o.a. Einnahmetitel.

Bei den in die Flexibilisierung einbezogenen Titeln dürfen Ausgabereste bis zur Höhe von 80 v. H. gebildet, übertragen und mit Einwilligung des MF ohne Anrechnung auf die Ausgabeansätze des Folgejahres in Anspruch genommen werden.

Haushaltsjahr 2007

Epl. 11 **Übersicht über die Einnahmen, Ausga**

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1101	Ministerium	—	234	1	—	235	53.464	1.402
1102	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—	—	1.050	13.318
1105	Justizvollzugseinrichtungen - budgetiert	—	10.701	816	—	11.517	127.098	37.545
1108	Finanzgericht	—	2.206	—	—	2.206	6.216	954
1109	Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte	—	2.366	—	—	2.366	11.251	7.730
1110	Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte	—	5.316	280	—	5.596	19.726	2.917
1112	Landessozialgericht Niedersachsen - Bremen	—	779	289	—	1.068	4.869	1.503
1113	Sozialgerichte	—	3.113	—	—	3.113	10.722	9.506
1116	Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig - budgetiert	—	44.254	—	—	44.254	54.384	41.277
1117	Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Celle	—	170.262	—	—	170.262	160.411	131.036
1118	Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg	—	90.325	—	—	90.325	89.657	68.987
1119	Staatsanwaltschaften - Generalstaatsanwaltschaft Braunschweig - budgetiert	—	11.270	—	—	11.270	14.287	1.825
1120	Staatsanwaltschaften - Generalstaatsanwaltschaft Celle	—	31.486	12	—	31.498	37.796	5.402
1121	Staatsanwaltschaften - Generalstaatsanwaltschaft Oldenburg	—	19.703	—	—	19.703	19.481	4.223
	Summe 2007	—	392.015	1.398	—	393.413	610.412	327.625
	Summe 2006	—	388.335	1.498	—	389.833	614.032	315.500
	2007 mehr(+)/weniger(-)	—	+3.680	–100	—	+3.580	–3.620	+12.125

ben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 11**

Ausgaben					2007 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2006 Überschuss Zuschuss (-)	2007 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungs-ermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben				
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
1	—	115	–4.462	50.520	–50.285	–50.735	450	615
1.484	—	9.449	—	25.301	–25.301	–26.155	854	286
12.494	—	1.770	16.945	195.852	–184.335	–184.796	461	1.257
100	—	—	—	7.270	–5.064	–5.064	—	—
2	—	166	469	19.618	–17.252	–17.415	163	—
—	—	—	1.117	23.760	–18.164	–18.518	354	—
—	—	47	235	6.654	–5.586	–5.538	–48	—
—	—	10	465	20.703	–17.590	–17.473	–117	—
498	—	12	5.742	101.913	–57.659	–56.573	–1.086	—
1.918	—	297	12.596	306.258	–135.996	–134.428	–1.568	—
882	—	335	5.016	164.877	–74.552	–68.328	–6.224	—
45	—	—	832	16.989	–5.719	–5.368	–351	—
128	—	47	1.491	44.864	–13.366	–13.602	236	—
100	—	85	862	24.751	–5.048	–7.155	2.107	—
17.652	—	12.333	41.308	1.009.330	–615.917	–611.148	–4.769	2.158
17.518	—	12.189	41.742	1.000.981				3.070
+134	—	+144	–434	+8.349				–912

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1101 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		**** Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO für dieses Kapitel verbindlich.*					
		E I N N A H M E N					
111 01-1	011	Gebühren und tarifliche Entgelte		1	1	—	0
119 01-2	011	Vermischte Einnahmen		32	22	+10	33
119 02-0	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen		200	200	—	212
124 01-6	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		—	6	–6	5
132 01-9	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1	1	—	0
132 11-6	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge *Vgl. K-Vermerk zu 811 11.*		—	—	—	126
235 01-2	011	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
281 10-3	011	Erstattung von Prozesskosten		1	1	—	0
		A U S G A B E N					
412 10-0	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 71 Abs. 7 Nds. PersVG und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	1	1	—	—
421 01-0	011	Bezüge der Ministerin oder des Ministers	—	143	143	—	143
421 02-9	011	Bezüge der Ministerin oder des Ministers - Übergangsgeld -	—	—	—	—	—
422 01-7	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	8.490	8.320	+170	5.519
422 04-1	052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	22.710	23.216	–506	18.203
422 19-0	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	89
425 01-6	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.653
425 06-7	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1	1	—	—
426 01-2	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	354
426 06-3	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	1	—	0
427 01-9	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	1	1	—	—
427 02-7	011	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 39-6	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
441 01-1	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	21.537	21.921	–384	20.450

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 1101

Allgemeine Erläuterungen
Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind für dieses Kapitel verbindlich.

Zu 412 10

Die/Der Vorsitzende einer Einigungsstelle – § 71 Abs. 7 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz und § 48 Abs. 3 Niedersächsisches Richtergesetz – erhält für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 102,26 EUR.

Zu 422 04

Veranschlagt sind u. a. auch Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis.

Zu 427 01

Für Vertretungen in Urlaubs- und Krankheitsfällen.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1101 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
441 02-0	940	Beihilfen für Angestellte	—	23	35	–12	22
441 03-8	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	4	5	–1	3
441 04-6	940	Beihilfen für Sonstige	—	1	1	—	–1
443 01-4	940	Fürsorgeleistungen	—	371	440	–69	370
443 02-2	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
443 10-3	011	Aufwendungen für Leistungen nach dem Arbeitssicherheitsgesetz	615 —	110	110	—	101
443 11-1	940	Kostenerstattungen an Landesbedienstete für Rechtsschutz in Strafsachen	—	—	—	—	—
453 01-0	011	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	71	57	+14	55
459 11-5	011	Außerordentliche Zuwendungen an Bedienstete der Justizverwaltung	—	—	—	—	—
462 10-8	981	Globale Minderausgabe für Personalausgaben	—	—	—	—	—
511 01-0	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	334	327	+7	303
514 01-9	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	24	24	—	27
517 01-8	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	190	190	—	178
518 01-4	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	474	200	+274	194
518 02-2	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	57	57	—	77
519 01-0	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	5	5	—	8
519 10-0	011	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	2	2	—	1
526 01-7	011	Sachverständige	—	5	5	—	4
526 02-5	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	11	11	—	11
527 01-3	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	80	80	—	87
527 02-1	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	26	26	—	20
529 10-5	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers	—	5	5	—	5
529 11-3	011	Zur Verfügung des Justizministeriums für justizielle Zusammenarbeit mit anderen Landesjustizverwaltungen	—	2	1	+1	1
531 10-0	011	Veröffentlichungen **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*	—	39	39	—	39
531 11-8	011	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	2	2	—	2
546 01-8	011	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 443 01

Weniger entsprechend dem Istergebnis 2005.

Zu 443 10

Verpflichtungsermächtigungen zur Eingehung vertraglicher Bindungen für Leistungen nach dem Arbeitssicherheitsgesetz.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	110	—	—	110
2008	—	—	205	205
2009	—	—	205	205
2010	—	—	205	205
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	110	—	615	725

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	4	4	4

Zu 518 01

Mehr infolge der Verlagerung des Landesjustizprüfungsamts von Hannover nach Celle.

Verpflichtungsermächtigungen für den Abschluss langfristiger Mietverträge für das Landesjustizprüfungsamt (u.a. üpl. in 2006 für eine Neuanmietung in Celle aus Anlass der Verlagerung).

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	153	224	—	377
2008	153	224	—	377
2009	—	224	—	224
2010	—	224	—	224
2011 ff.	—	1.792	—	1.792
Summe	306	2.688	—	2.994

Zu 527 02

Die Mitglieder des beratenden Ausschusses nach § 11 SGG und – für den Fall ihrer Verhinderung – ihre Vertreter/-innen erhalten, soweit sie nicht dem öffentlichen Dienst angehören, eine Entschädigung für den ihnen aus der Teilnahme an Sitzungen erwachsenden Verdienstausfall und Aufwand sowie Ersatz der Fahrkosten nach den Vorschriften des Gesetzes über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1101 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
546 03-4	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	2	2	—	0
547 10-3	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	1	1	—	3
549 01-7	989	Globale Minderausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
681 10-1	011	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen **** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.*	—	—	—	—	0
686 10-3	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1	1	—	0
811 01-3	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 11-0	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	—	—	—	126
812 10-9	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	23	—	+23	—
812 11-7	011	Erwerb von landeseigenen Telekommunikationsanlagen	—	37	—	+37	—
812 59-1	011	Globalansatz für den Erwerb beweglicher Sachen	—	—	—	—	—
972 05-0	989	Globale Minderausgabe - Straffung der Förderpolitik u.a. -	—	—	—	—	—
972 11-4	989	Globale Minderausgabe **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	–4.926	–4.926	—	—
981 11-3	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	464	464	—	464
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(198)	(173)	(+25)	(209)
511 99-0	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte	—	125	70	+55	73
525 98-3	052	Aus- und Fortbildung durch IZN	—	—	—	—	0
525 99-1	052	Sonstige Aus- und Fortbildung	—	6	6	—	4
538 98-8	052	Dienstleistungen des IZN	—	—	—	—	—
538 99-6	052	Sonstige Dienstleistungen	—	12	12	—	13
812 99-0	052	Erwerb von Geräten	—	55	85	–30	119
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		25	–25	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 547 10

Für Hilfe bei rechtstatsächlichen Untersuchungen u. ä.

Zu 686 10

Beiträge für den Deutschen Juristentag e. V. in Bonn und die Juristische Studiengesellschaft Hannover.

Zu 812 10

	in 1000 EUR
Ergänzungsbeschaffungen:	
Ausstattungsgegenstände für das Landesjustizprüfungsamt	23

Zu 812 11

	in 1000 EUR
Ersatz und Erweiterung von Fernsprechanlagen:	
Landesjustizprüfungsamt	37

Zu 972 11

Zum Ausgleich des Haushalts. Der Beitrag zum Haushaltsausgleich kann auch durch Mehreinnahmen erbracht werden, soweit diesen keine entsprechenden Mehrausgaben gegenüber stehen.

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 98/99

Mittel für die Ersatzbeschaffung und Instandhaltung von Geräten für die Aufrechterhaltung und den Ausbau der Bürokommunikation einschl. Verbrauchsbedarf und Schulungen.

Zu 511 99

Mehr infolge der Verlagerung des Landesjustizprüfungsamts von Hannover nach Celle.

Zu 812 99

Ersatzbeschaffungen für die Aufrechterhaltung und den Ausbau der Bürokommunikation.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1101 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 1101					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		234	230	+4	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1	1	—	
		Summe der Einnahmen		235	231	+4	
		4 Personalausgaben	615 —	53.464	54.277	–813	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	1.402	1.065	+337	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	1	1	—	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	115	85	+30	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	–4.462	–4.462	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	615 —	50.520	50.966	–446	
		Zuschuss		50.285	50.735	–450	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1102 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		**** Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO für dieses Kapitel verbindlich.*					
		E I N N A H M E N					
119 01-6	011	Vermischte Einnahmen		—	—	—	4
272 74-4	052	Zuschüsse von der EU *Vgl. K-Vermerk zu 547 74.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
427 10-1	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung **** Beträge,die für Teilnehmer/-innen anderer Verwaltungen an Ausbildungsverstaltungen der Nds. Justizverwaltung erstattet werden,sind abweichend von § 35 Abs.1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	1.050	1.000	+50	746
511 01-3	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	2.200	2.200	—	1.844
518 02-6	052	Kosten der zentralen Anmietung von Maschinen und Gerät	—	—	—	—	45
525 01-4	052	Aus- und Fortbildung der Bediensteten **** Beträge, die für Teilnehmer/-innen anderer Verwaltungen an Aus- oder Fortbildungsveranstaltungen der Nieders. Justizverwaltung erstattet werden, sind abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	1.620	2.128	–508	1.971
529 10-9	052	Zur Verfügung des Justizministeriums für internationale justizielle Zusammenarbeit	—	1	1	—	1
547 11-5	052	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben für Maßnahmen der Personal- und Organisationsentwicklung	—	514	—	+514	—
632 10-4	052	Anteil an den Kosten der Deutschen Richterakademie in Trier und Wustrau	—	160	155	+5	147
632 11-2	052	Anteil an den Kosten eines gemeinsamen Prüfungsamts in Berlin	—	1	1	—	0
632 13-9	052	Anteil an den Verwaltungskosten der Zentr. Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen	—	90	110	–20	67
632 14-7	052	Anteil an den Kosten der Neuordnung der bundeseinheitlichen Systeme zur Personalbedarfsberechnung	—	22	—	+22	90
686 10-7	178	Anteil an den Kosten der Kriminologischen Zentralstelle e. V.	—	54	35	+19	31
686 11-5	052	Zuwendungen für die Durchführung des Täter-Opfer-Ausgleichs in Strafverfahren gegen erwachsene Täter	286 286	286	286	—	286
686 14-0	052	Zuwendung an die "Stiftung Opferhilfe Niedersachsen"	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 1102

Allgemeine Erläuterungen
Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind für dieses Kapitel verbindlich.

Zu 427 10

Zentrale Veranschlagung für den Epl. 11

1. Lehrvergütungen für nebenamtliche Lehrkräfte	640 000 EUR
2. Prüfungsvergütungen	410 000 EUR
Zusammen	1 050 000 EUR

Zu 1.:
Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen richtet sich nach den aufgrund des Gem. RdErl. d. MF u. d. übr. Min. v. 20.1.2006 (Nds. MBl. S. 101) zu beachtenden Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 2.:
Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen richtet sich nach den aufgrund des Gem. RdErl. d. MF u. d. übr. Min. v. 20.01.2006 (Nds. MBl. S. 101) zu beachtenden Vorschriften.
25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Der/Die Präsident/-in und die Vizepräsidenten/-innen des Landesjustizprüfungsamtes erhalten für ihre nebenamtliche Tätigkeit, die nicht Prüfungstätigkeit ist, eine Vergütung. Der/Die Präsident/-in erhält 153,39 EUR, die beiden Vizepräsidenten/-innen erhalten je 102,26 EUR monatlich.

Zu 511 01

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11
1. Kosten der zentralen Beschaffung von Vordrucken u.ä.
2. Kosten für die Nutzung der Datenbank „beck-online“
3. Kosten für die Nutzung der online-Datenbank „Recht für Deutschland“

Zu 525 01

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.
Weniger infolge Verlagerung der Ansätze für Maßnahmen der Personal- und Organisationsentwicklung nach 11 02-547 11.

Zu 632 10

Die Deutsche Richterakademie in Trier und Wustrau ist eine gemeinsame Einrichtung des Bundes und der Länder. Träger sind die Länder Brandenburg und Rheinland-Pfalz. Die laufenden Kosten tragen Bund und Länder je zur Hälfte. Der auf die Länder entfallende Anteil wird von ihnen gemeinsam aufgebracht.

Zu 632 11

Anteil an den Kosten eines gemeinsamen Prüfungsamtes in Berlin zur Abnahme der Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft für Bewerber aus dem Gebiet der EU.

Zu 632 13

Nach einer Vereinbarung der Landesjustizverwaltungen ist im Lande Baden-Württemberg eine Zentrale Stelle zur Vorbereitung und Koordinierung der Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen errichtet worden. Die Kosten dieser Stelle werden zunächst von Baden-Württemberg verauslagt und werden von den Ländern anteilig erstattet.

Zu 632 14

Beteiligung an den in Baden-Württemberg zu leistenden Ausgaben für die mit externer Hilfe zu entwickelnden bundeseinheitlichen Systeme für Personalbedarfsberechnung im richterlichen und nichtrichterlichen Dienst.
Ausbringung einer Verpflichtungsermächtigung (üpl. in 2006) für den Anteil an den Kosten der Nacherhebung bei den Zivilgerichten, in der Freiwilligen Gerichtsbarkeit und in der Sozialgerichtsbarkeit.
Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	22	—	22
2008	—	43	—	43
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	65	—	65

Zu 686 10

Die Kriminologische Zentralstelle wurde als gemeinsame Einrichtung des Bundes und der Länder in Wiesbaden errichtet. Träger ist das Land Hessen. Die laufenden Kosten tragen Bund und Länder je zur Hälfte. Der auf die Länder entfallende Anteil wird von ihnen gemeinsam aufgebracht.

Mehr für die Beteiligung des Landes Niedersachsen an den Kosten einer nationalen Kontrollkommission in Umsetzung der Anti-Folter-Konvention der UN.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 686 11

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuwendungen zur Durchführung des Täter-Opfer-Ausgleichs (TOA) im allgemeinen Strafrecht

Rechtliche Grundlage: §§ 46a StGB, 155a StPO; TOA-Richtlinie v. 10.3.2000 (Nds. Rpfl. S. 95)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	365	357	363	286	286	286	286	286	286
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss									

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1992

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Nach § 155a StPO sollen die Staatsanwaltschaften und Gerichte in jedem Stadium des Verfahrens die Möglichkeit eines Ausgleichs zwischen dem Beschuldigten und dem Opfer einer Straftat ausloten und in geeigneten Fällen aktiv auf einen solchen Ausgleich hinwirken. Die Umsetzung dieser gesetzlichen Verpflichtung erfordert ein landesweit flächendeckendes Netz an Konfliktschlichtungsstellen. Die Gerichtshilfe verfügt hierfür nicht über die erforderlichen Personalkapazitäten, so dass die Förderung unerlässlich ist.

Zielgruppe: Freie Träger, die zur Durchführung des TOA qualifiziert sind.

Durchschnittliche Förderhöhe: Von 10.000 EU bis 142.500 EUR.

Ausbringung von Verpflichtungsermächtigungen zur weiteren Gewährung von Zuwendungen.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	286	—	286
2008	—	—	286	286
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	286	286	572

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1102 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 74/75		**Kosten des Landespräventionsrates**	(—)	(348)	(452)	(–104)	(541)
527 75-0	052	Reisekostenvergütungen	—	9	9	—	8
547 74-3	052	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben für EU-Programme *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 272 74.* **** Darüber hinaus dürfen gem. § 35 Abs. 2 LHO Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks an anderer Stelle des Landeshaushalts zusätzlich geleistet werden, wenn Mittel für diesen Zweck veranschlagt sind.*	—	—	—	—	146
547 75-1	052	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben **** Erstattungen Dritter zu den Veranstaltungen des Landespräventionsrates werden abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt.*	—	74	178	–104	205
684 75-9	052	Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen und Projekten der Präventionsarbeit	—	265	265	—	181
686 75-1	052	Anteil an den Kosten des Deutschen Forums für Kriminalprävention	—	—	—	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(18.955)	(19.536)	(–581)	(17.236)
511 99-4	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte	—	3.153	3.409	–256	3.735
518 98-0	052	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-9	052	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	5
519 99-5	052	Unterhaltung baulicher Anlagen	—	76	68	+8	121
525 98-7	052	Aus- und Fortbildung durch IZN	—	15	24	–9	6
525 99-5	052	Sonstige Aus- und Fortbildung	—	950	950	—	723
527 99-8	052	Reisekostenvergütungen	—	456	—	+456	—
538 98-1	052	Dienstleistungen des IZN	—	1.650	2.206	–556	1.218
538 99-0	052	Sonstige Dienstleistungen	—	2.600	2.669	–69	1.843
632 99-6	052	Erstattungen an Länder	—	250	250	—	338
671 99-1	052	Erstattungen an Inland	—	356	305	+51	304
812 99-4	052	Erwerb von Geräten	—	9.449	9.655	–206	8.945
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	305		251	–251	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 547 74
Mittel für diesen Zweck sind auch bei 11 02 – 547 75 veranschlagt.

Zu 684 75
Bezeichnung des Förderprogramms: Zuwendungen zur Förderung kriminalpräventiver Projekte sowie wissenschaftlicher Untersuchungen zur Kriminalprävention

Rechtliche Grundlage: Richtlinie v. 23.2.2004 (Nds. Rpfl. S. 63)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	272	270	179	181	265	265	265	265	265
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss									

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2002

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 31.7.2007

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Reduzierung des Kriminalitätsaufkommens in Niedersachsen.

Zielgruppe: Juristische Personen des privaten und öffentlichen Rechts, die sich der Kriminalprävention widmen oder sich mit wissenschaftlichen Untersuchungen im Bereich Kriminalprävention befassen.

Durchschnittliche Förderhöhe: 12.000 EUR

.

Zu Titelgruppe 98/99
Zentrale Veranschlagung der Haushaltsmittel für den nachgeordneten Geschäftsbereich.

Zu 519 99
Mehr infolge des im Rahmen des Projekts „Migration der IT in der Justiz“ zu realisierenden Service Desks.

Zu 538 98
Aufwendungen für Dienstleistungsunterstützungen des izn im Rahmen der elektronischen Grundbuchführung (SolumSTAR), der elektronischen Registerführung (RegisSTAR) und des maschinellen Mahnverfahrens (AGMV).
Weniger infolge neuer Verhandlungen.

Zu 538 99
Aufwendungen für Programmierarbeiten, Installationsunterstützungen und Beratungsleistungen insbesondere in den Verfahren EUREKA, EUREKA-Fach, web.sta, SolumSTAR und RegisSTAR sowie für notwendige Unterstützungsleistungen im Rahmen des Projekts „Migration der IT in der Justiz“ und für die Fremderfassung von Belegen infolge der Zunahme des Mahnaufkommens im maschinellen Mahnverfahren (AGMV).

Zu 632 99
Erstattung der anteiligen Programmpflege- und -weiterentwicklungskosten für das Buchführungs- und Abrechnungssystem im Strafvollzug (BASIS-Web) an das Land Nordrhein-Westfalen und das maschinelle Mahnverfahren (AGMV) an das Land Baden-Württemberg.

Zu 671 99
Erstattung an die juris-GmbH für die online-Nutzung des juristischen Informationsdienstes juris auf allen Arbeitsplätzen im Geschäftsbereich der niedersächsischen Justiz.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 812 99

	in 1000 EUR
Neubeschaffungen:	
Beschaffungen für das Projekt Service Desk	52
Ergänzungsbeschaffungen:	
Beschaffungen für das Projekt RegisSTAR	20
Ersatzbeschaffungen:	
Beschaffungen für die ordentliche Gerichtsbarkeit	3.358
Beschaffungen für die Staatsanwaltschaften	963
Beschaffungen für den Justizvollzug	536
Beschaffungen für die Fachgerichte (außer Arbeitsgerichtsbarkeit)	343
Beschaffungen für das SolumSTAR – Rechenzentrum	700
Beschaffungen für die Justizfirewall	500
Beschaffungen von Virenschutzsoftware	375
Beschaffungen von MS - Lizenzen	2.580
Beschaffungen für das zentrale Mahngericht	22
Zusammen	9.449

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1102 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 1102					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		4 Personalausgaben	—	1.050	1.000	+50	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	13.318	13.842	–524	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	286 591	1.484	1.658	–174	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	9.449	9.655	–206	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	286 591	25.301	26.155	–854	
		Zuschuss		25.301	26.155	–854	

E R L Ä U T E R U N G E N

Allgemeine Vorbemerkungen zu Kapitel 1105

Für das budgetierte Kapitel 11 05 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:

1. 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 526 10, 527 10, 536 10, 547 10, 547 11, 686 10 und 686 11 sind gegenseitig deckungsfähig.

2. 711 01, 811 10 und 812 10 sind gegenseitig deckungsfähig.

3. 519 10, 711 01, 811 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 526 10, 527 10, 536 10, 547 10, 547 11, 686 10 und 686 11.

4. 711 01, 811 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 519 10.

5. 981 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 526 10, 527 10, 536 10, 547 10, 547 11, 686 10 und 686 11.

6. Mehreinnahmen bei 119 10, 124 10, 129 10, 132 10 und 231 10 erhöhen die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 526 10, 527 10, 536 10, 547 10, 547 11, 686 10, 686 11 711 01, 811 10, 812 10 und 981 10.

7. Mindereinnahmen bei 119 10, 124 10, 129 10, 132 10 und 231 10 vermindern die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 526 10, 527 10, 536 10, 547 10, 547 11, 686 10, 686 11 und 981 10.

8. Mehreinnahmen bei 282 10 erhöhen die Ausgabe bei 514 10, 547 10, 686 10, 686 11 und 812 10.

9. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung sichergestellt sind. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.

10. Unter der Voraussetzung, dass das Justizministerium - hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1105 Justizvollzugseinrichtungen - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 10-6	056	Verwaltungseinnahmen		900	900	—	242
121 10-0	859	Ablieferungen aus Arbeitsbetrieben i.S.d. § 26 LHO - Justizvollzugsarbeitsverwaltung -		9.251	6.255	+2.996	955
124 10-0	056	Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung		300	300	—	—
125 10-6	056	Einnahmen aus den durch die Bundesagentur für Arbeit geförderten Berufsvorbereitungs- und Umschulungslehrgängen *Vgl. K-Vermerk zu 525 10.*		150	150	—	89
129 10-1	056	Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit		88	88	—	126
132 10-2	056	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		12	12	—	—
231 10-0	056	Erstattungen und Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich		520	520	—	75
281 10-8	056	Sonstige Erstattungen aus dem Inland		288	288	—	—
282 10-4	056	Zuschüsse Dritter zur Gefangenenbetreuung		8	8	—	205
		A U S G A B E N					
422 10-0	056	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richtern	—	123.573	123.176	+397	—
425 10-0	056	Vergütung der Angestellten	—	—	—	—	—
426 10-6	056	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 10-2	056	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	764	764	—	33
459 10-1	056	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	2.700	2.760	–60	—
511 10-3	056	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	7.989	7.789	+200	—
514 10-2	056	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	—	7.128	6.628	+500	35
517 10-1	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	14.582	14.662	–80	—
518 10-8	056	Mieten und Pachten	—	555	555	—	—
519 10-4	056	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	1.495	1.495	—	759
525 10-4	056	Durchführung von Berufsvorbereitungs- und Umschulungslehrgängen für Gefangene *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 10.*	—	150	150	—	571
526 10-0	056	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	413	413	—	—
527 10-7	056	Dienstreisen	—	110	124	–14	—
536 10-6	056	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	—	205	205	—	135
547 10-8	056	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	568	568	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 1105

Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)
Rechts- und Organisationsgrundlagen
Strafvollzugsgesetz (StVollzG), § 119 StPO i. V. m. Untersuchungshaftordnung (UVollzO), Jugendgerichtsgesetz (JGG) in Verbindung mit Verwaltungsvorschriften für den Jugendvollzug (VV Jug).
Verwaltungsaufbau und Budgetplan
Der Verwaltungsbereich ist Teil eines zweistufigen Verwaltungsaufbaus und besteht aus 14 selbständigen Justizvollzugseinrichtungen und 38 angeschlossenen Abteilungen, dem Landesbetrieb nach § 26 LHO "Justizvollzugsarbeitsverwaltung des Landes Niedersachsen" (JVAV) sowie dem Bildungsinstitut für den niedersächsischen Justizvollzug. Verantwortlich für die Dienst-, Fach- und Rechtsaufsicht sowie die Budgetsteuerung ist die Abteilung III des Niedersächsischen Justizministeriums.
Zielsetzung
Der nds. Justizvollzug bringt auf Grund eines Urteils, eines Haft- oder Unterbringungsbefehls Gefangene sicher unter, versorgt und betreut sie. Er vermindert die Rückfälligkeit der jugendlichen und erwachsenen Strafgefangenen durch Betreuungs- und Behandlungsangebote und leistet damit einen Beitrag zur inneren Sicherheit. Die gesellschaftlichen und gesetzlichen Vorgaben (Strafvollzugsgesetz pp.) zur sicheren Unterbringung und wirksamen Behandlung der Gefangenen werden als ganzheitlicher Organisationsauftrag in einem überprüfbaren Zielsystem dargestellt (Balanced Scorecard). Das Zielsystem gliedert sich in vier Dimensionen:
den wirkungsorientierten Zielen (mit den Richtungszielen: Sichere Unterbringung; wirksame Behandlungsangebote), den ökonomischen Zielen (Richtungsziele: bessere Wirtschaftlichkeit; hohe Beschäftigung der Gefangenen), den internen Zielen (Richtungsziele: vollzugliche Grundversorgung; effektiver Personaleinsatz) den externen Zielen (mit dem Richtungsziel: Akzeptanz in der Öffentlichkeit).
Der Landesbetrieb "Justizvollzugsarbeitsverwaltung des Landes Niedersachsen" hat die Beschäftigung der Gefangenen zum Ziel.
Die Zielerreichung wird durch Kennzahlen erfasst. So werden in den Zielvereinbarungen zwischen Abteilung III MJ und den Justizvollzugseinrichtungen Zielwerte für die einzelnen Kennzahlen definiert. Die Kennzahlenerfassung und –berechnung befindet sich in der Aufbauphase. Dabei sind Unschärfen noch nicht auszuschließen.

Indikator/Kennzahl:	2007	2006	2005
	(Soll)	(Soll)	(Ist)
Sichere Unterbringung:			
Entweichungsquote (Ausbrüche) geschlossener Vollzug	0,00%	0,00%	0,04%
Wirksame Behandlungsangebote:			
Gefangene in Sozialtherapie	205	195	206
Vollzugliche Grundversorgung:			
Belegungsquote	96,32%	97,29%	93,59%
Effektiver Personaleinsatz:			
Krankentage pro Bediensteten	15,75	15,00	15,94
Bessere Wirtschaftlichkeit:			
Gesamtkostendeckungsgrad	1,1%	0,8%	1,5%
Gesamtkosten je Hafttag	87,74	83,73	91,62
Hohe Beschäftigung:			
Beschäftigungsquote	70,00	65,00%	54,06%
Akzeptanz in der Öffentlichkeit:			
Informationsveranstaltungen	365	371	469

Erläuterungen zum Produkthaushalt nach §17a LHO
Budgetierungsmodell
Das Budgetierungsmodell bildet den Einnahmeteil, das Bereichsbudget und das Transferbudget ab. Für das Bereichsbudget sind Produktbereiche gebildet worden, die sich in Produktgruppen und weiter in Produkte untergliedern. Die Produktbereiche sind: Freiheitsstrafe, Untersuchungshaft und sonstige Freiheitsentziehung. Hier werden die über die KLR ermittelten Kosten der jeweiligen Produktbereiche dargestellt. Das Transferbudget beinhaltet überwiegend Zuschüsse an Externe. Diese Kosten fließen nicht in den Produkthaushalt ein. Eine Ausnahme bilden die Leistungen an Abschiebungsgefangene nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die direkt in den Produktbereich "sonstige Freiheitsentziehung" durchgereicht werden. Das Bereichsbudget wird durch die Abteilung III des MJ auf die 14 Justizvollzugseinrichtungen, die Jugendarrestanstalt Neustadt und den Landesbetrieb (JVAV) unterverteilt. Das Bildungsinstitut wird über die Kostenstellen auf die Produktkosten verrechnet. Der Landesbetrieb führt Ablieferungen an den Haushalt ab; Aufwendungen für den Verwaltungsbereich Justizvollzug werden dem Landesbetrieb erstattet. Die JVAV wird in den als Anlagen zum Einzelplan 11 durch Wirtschafts- und Investitionspläne dargestellt. Die Budgetzuweisung an die Justizvollzugseinrichtungen orientiert sich an den Hafttagen in den einzelnen Produktgruppen. Die Kosten pro Hafttag sind auch die Einheit des folgenden Leistungsplans.

Wesentliche Basisgrößen für die Justizvollzugsanstalten in Niedersachsen sind:

Indikator/Kennzahl:	2007	2006	2005	2004
	(Soll)	(Soll)	(Ist)	(Ist)
Anzahl Haftplätze	7550	7478	7212	6978
Auslastung	96,32%	97,29%	93,59%	101,62%

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 1105

Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs

Produkte	Leistungsmenge -Stück- (Soll) 2007	Zielkosten -EUR- (Soll) 2007	Gesamtzielkosten -EUR- (Soll) 2007	Leistungsmenge -Stück- (Soll) 2006	Zielkosten -EUR- (Soll) 2006	Leistungsmenge -EUR- (Ist) 2005	Ist-Kosten EUR (Ist) 2005
Freiheitsstrafe	2.096.831	87,17	182.776.133	2.124.401	85,87	1.969.386	179.276.975
Untersuchungshaft	398.132	89,73	35.724.384	451.435	84,03	381.886	35.784.496
sonstige Freiheitsentziehung	159.253	90,35	14.388.509	79.665	81,28	136.993	12.925.772
Gesamtsumme			232.889.026				

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag

	Gesamtzielkosten -EUR- (Soll) 2007	Eigenerlöse -EUR- (Soll) 2007	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt -EUR- (Soll) 2007
Freiheitsstrafe	182.776.133	2.127.604	180.648.529
Untersuchungshaft	35.724.384	358.977	35.365.407
sonstige Freiheitsentziehung	14.388.509	62.974	14.325.535
davon Amtshilfe			
davon landesweite Projektarbeit			
davon Bewirtschaftung von Transfermitteln			
Sonstige Eigenerlöse			
Produktsumme	232.889.026	2.549.555	230.339.471
Haushaltsausgleich			
Gesamtsumme	232.889.026	2.549.555	230.339.471

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 1105

Überleitungsrechnung			Einnahmen (0-3)				Ausgaben (4-9)						
Bereichshaushalt (Produkte)		Tsd. EUR	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	HH-Abgl.
+	Verwaltungserträge	0											
+	Erträge aus Erstattungen	2.550		1.450	816								284
+/-	Bestandsveränderungen	0											
+	sonstige betriebliche Erträge	0											
=	Erträge	+2.550											
-	Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	126.286					123.573						2.713
-	Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	38.694											36.694
-	sonstige Personalaufwendungen	2.294					3.464						-1.170
=	Personalaufwendungen	-167.274											
-	Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	1.989						2.109					-120
-	Aufwendungen Kommunikation und Reisen	901						901					
-	Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	46.170						28.928				16.945	296
	Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	3.696						3.696					
-	Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	11.191							11.191				
-	Abschreibungen	1.669											1.669
=	Sachaufwendungen	-65.616											
=	Aufwendungen	-232.890											
=	Ergebnis nach eigenen Erträgen	-230.340											
+	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	230.340											-230.340
=	Ergebnis nach Landeszuschuss	0											
+	Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen												
-	Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen												
=	Finanzergebnis	0											
+	außerordentliche Erträge												
-	außerordentliche Aufwendungen	2.431					61	1.067	1.303				
+/-	Haushaltsausgleich	0											
=	außerordentliches Ergebnis	2.431											
=	neutrales Ergebnis	2.431											
=	Gesamtergebnis	2.431											
-	Investitionen der Hauptgruppe 5							844					-844
-	Investitionen der Hauptgruppe 8										1.770		-1.770
=	Einnahmen und Ausgaben des Budgets		0	1.450	816	0	127.098	37.545	12.494	0	1.770	16.945	
+/-	Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets		0	9.251	0	0	0	0	0	0	0	0	9.251
=	Kapitelsumme		0	10.701	816	0	127.098	37.545	12.494	0	1.770	16.945	

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 1105

Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln

Zu HGr. 4

Beschäftigungsvolumen (in VZE):

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
3.673,13	3.666,83	3.626,32

Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen
Der Produktbereich "Freiheitsstrafe" setzt sich aus den Produktgruppen Freiheitsstrafe und Jugendstrafe zusammen (offener und geschlossener Vollzug).
Der Produktbereich "Untersuchungshaft" beinhaltet die Untersuchungshaft von Erwachsenen und von Jugendlichen.
Unter dem Produktbereich "Sonstige Freiheitsentziehung" ist die Abschiebungshaft, die Sicherheitsverwahrung, die Transport- und Durchgangshaft pp. zusammengefasst.
Der Justizvollzug hat keinen Einfluss auf die Inhaftierungszahlen ("Produktmengen"). Die Inhaftierung beruht in jedem Fall auf einer Entscheidung der unabhängigen Gerichte.

Indikator/Kennzahl:	2007 (Soll)	2006 (Soll)	2005 (Ist)
Freiheitsstrafe:			
Durchschnittliche Teilnahme an Aus- und Fortbildungsmaßnahmen	1.150	1.100	1.043
Vollzugsplanquote	95,00%	95,00%	109,75%
Produktbereiche gesamt:			
Verpflegungskosten pro Hafttag	3,65 EUR	3,65 EUR	3,65 EUR
Medizinische Versorgungskosten	10.400.000 EUR	10.100.000 EUR	10.020.062 EUR
Medizinische Versorgungskosten je Hafttag	3,92 EUR	3,80 EUR	4,02 EUR
Medizinische Versorgungskosten pro Gefangener pro Jahr	1.430 EUR	1.388 EUR	1.470 EUR

Zu 121 10

1. Nach den als Anlagen zum Einzelplan 11 abgedruckten Wirtschaftsplänen hat der Landesbetrieb i. S. des § 26 LHO Ablieferungen aus Arbeitsbetrieben (Tit. 121 10) an den Haushalt abzuführen.
2. Aus den Mitteln der Arbeitsbetriebe werden in besonderen Fällen auch Arbeitsaufseher/-innen oder andere Angestellte bzw. Lohnempfänger/-innen bezahlt, die vorübergehend oder ständig (vgl. Nr. 18 Abs. 4 der Geschäftsanweisung für die Arbeitsverwaltung (GAV) zur Durchführung bestimmter Arbeitsvorhaben außerhalb der Anstalt oder als Fachkräfte in Eigenbetrieben der Vollzugsanstalten beschäftigt werden.

Noch zu 121 10

3. Übersicht
über die aus Mitteln der Arbeitsbetriebe i. S. des § 26 LHO ständig bezahlten Angestellten und Lohnempfänger (Stellenplan)

Beschäftigungsanstalt	Beschäftigungsart	Anzahl 2007	Veranschlagt 2006
Justizvollzugsarbeitsverwaltung Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel	Leiter der JVA	1	1
	Betriebswirt	1	1
	Buchdruckermeister/in	1	1
	Setzer/-in	1	1
	Drucker/-in	1	1

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 121 10

4. Übersicht
über den Bedarf und den Bestand an Dienstkraftfahrzeugen bei den Arbeitsbetrieben i. S. des § 26 LHO

Justizvollzugsanstalt	Art des Fahrzeugs	Ist 1. 1. 2006	Soll 2006	Erforderlich für 2007
Braunschweig	VW-Bus	1	1	1
Celle	Lastkraftwagen	1	2	1
Hannover	Kleintransporter	1	1	1
	Lastkraftwagen	1	1	1
Lingen	Lastkraftwagen	1	1	1
	Kleintransporter	1	0	1
Lingen-Damaschke	Lastkraftwagen	1	2	1
	Bauschlepper	1	1	1
	PKW-Kombi	1	1	1
Meppen	Lieferwagen	0	0	1
Oldenburg	Lastkraftwagen	1	1	1
	Lieferwagen	2	1	2
Rosdorf	Kleintransporter	1	1	1
Sehnde	Lieferwagen	1	1	1
	Lastkraftwagen	1	2	2
	Lieferwagen	1	1	1
Uelzen	VW-Bus	1	1	1
Wolfenbüttel	Lastkraftwagen	1	0	1
	VW-Bus	1	1	1
	PKW	1	1	1
Zentrale Arbeitsverwaltung	PKW-Kombi	1	1	1

Zu 125 10

Erlöse aus Reparaturen und aus dem Verkauf von Gegenständen, die in den von der Bundesagentur für Arbeit (BA) geförderten Umschulungslehrgängen pp. erzielt werden.
Ausgaben werden bei Titel 525 10 nachgewiesen.

Zu 422 10

Veranschlag sind auch Vergütungen für nur zu einem geringen Teil ihrer Arbeitskraft beschäftigten Kräfte für den Vollzug von Kurz- und Freizeitarrest und für im Bedarfsfall tätig werdende Hilfskräfte im Aufsichtsdienst (AV vom 12.7.1988, Nds. Rpfl. S. 180 i. d. F. d. AV v. 21.9.1992, Nds. Rpfl. S. 209) sowie für 4 Schreibkräfte.

Löhne für 4 ständig nicht vollbeschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst sowie für 1 ständig nicht vollbeschäftigte Kraft im Wirtschaftsdienst (Bildungsinstitut), deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft beträgt sowie Löhne für fünf stundenweise beschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst bei dem Bildungsinstitut des nds. Justizvollzuges, der JVA Celle und der JVA Hannover.

Zu 427 10

Veranschlagt sind u. a. Vergütungen für die Vertretung der med.-technischen Assistenten/-innen beim Anstaltskrankenhaus in Lingen und bei der JVA Hannover, der Heimleiterin/des Heimleites bzw. der Verwaltungsangestellten und des Hausmeisters in dem Bildungsinstitut des nds. Justizvollzuges, der Reinigungskräfte bei den JVA'en Celle, JVA Sehnde – Abt. Bad Gandersheim und dem Bildungsinstitut des nds. Justizvollzuges sowie für 1 Kochfrau bei einer Jugendarrestanstalt.

Zu 459 10

Veranschlagt sind u. a.:
Löhne für bis zu 23 externe Auszubildende in den Kammerberufen im Rahmen der Beschäftigungsinitiative.
Vergütung von Mehrarbeit insbesondere für Heizer/-innen und Kraftfahrer/-innen.

Zu 511 10

Veranschlagt sind auch Dienstkleidungszuschüsse für beamtete und nichtbeamtete Angehörige des allgemeinen (mittleren) Justizvollzugs- und des Werkdienstes. Bedienstete, die zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigung) nach einem Kopfsatz von jährlich 184,07 Euro.
Ferner ist auch veranschlagt die Entschädigung für die Betreuung, Pflege und Fütterung von Diensthunden oder privateigenen Hunden, die zur Verwendung im Dienst zugelassen sind, in entsprechender Anlehnung an für die Polizei geltenden Regelungen.

Zu 518 10

Für den Abschluss eines langfristigen Mietvertrages aus Anlass der Anmietung einer Liegenschaft in Langenhagen für die Abschiebungshaft ist eine Verpflichtungsermächtigung ausgebracht.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	389	—	—	389
2008	389	—	—	389
2009	389	—	—	389
2010	389	—	—	389
2011 ff.	3.183	—	—	3.183
Summe	4.739	—	—	4.739

Zu 525 10

Aufwendungen für Grundausbildungs- und Umschulungslehrgänge in Justizvollzugsanstalten.
Die Aufwendungen werden durch Einnahmen gedeckt (vgl. 125 10).

Zu 526 10

	Tsd. EUR
1. Sachverständigenentschädigung, Gutachten und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	379
2. Entschädigung der Anstaltsbeiräte	21
3. Gerichts- und ähnliche Kosten	13
Zusammen	413

Zu 2: Die Mitglieder der Anstaltsbeiräte erhalten eine Sitzungspauschale von 10,23 EUR, höchstens jedoch bis zu 122,76 EUR pro Jahr (Aufwandsentschädigung). Übersteigt der tatsächliche Verdienstausfall die Sitzungspauschale, so ist diese – unter Anrechnung der Sitzungspauschale – bis zur Höhe der im Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetz (JVEG) festgelegten Höchstsätze für die Vergütung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern zu erstatten (vgl. § 162 NAV). Daneben werden Reisekosten in sinngemäßer Anwendung des Bundesreisekostengesetzes gezahlt.

Zu 536 10

Insbesondere Ausgaben für Krankentransporte von Gefangenen oder sonstigen, aus vollzuglichen Gründen notwendigen Einzeltransporte, sofern dafür keine landeseigenen Kraftfahrzeuge zur Verfügung stehen, und Reisekosten für das Transportbegleitpersonal.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1105 Justizvollzugseinrichtungen - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
547 11-6	056	Ärztliche Behandlung und Unterbringung in Krankenanstalten	—	3.283	3.283	—	—
686 10-8	056	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	3.993	3.993	—	1
686 11-6	056	Sonstige Zuschüsse für Arbeit, Aus- und Fortbildung	—	7.198	6.998	+200	—
711 01-3	056	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	—	—	—	12
811 10-7	056	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	350	392	–42	—
812 10-3	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	— 390	1.420	938	+482	205
981 10-0	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	16.945	17.241	–296	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Errichtung und teilprivatisierter Betrieb einer Justizvollzugsanstalt**	(—)	(1.000)	(—)	(+1.000)	(—)
546 62-4	056	Ausgaben für Betrieb und Bewirtschaftung der Justizvollzugsanstalt	—	—	—	—	—
547 62-0	056	Ausgaben für Vorarbeitskosten und Leistungsverrechnung	—	1.000	—	+1.000	—
823 62-8	056	Ausgaben für Gebäudeleasing	—	—	—	—	—
916 62-6	950	Abführung an den Grundstock	—	—	—	—	—
TGr. 68		**Kosten für die Verpflegung der Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmer an dem Bildungsinstitut des nieders. Justizvollzuges** **** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO.*	(—)	(128)	(128)	(—)	(52)
425 68-1	056	Vergütungen der Angestellten **** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO.* *Hier sind auch die persönlichen Verwaltungsausgaben für das Küchenpersonal mit Ausnahme der Wirtschaftsleiter zu verausgaben.*	—	5	5	—	—
426 68-8	056	Löhne der Arbeiter/Arbeiterinnen **** Vgl. Vermerk zu 425 68.*	—	56	56	—	51
514 68-4	056	Lebensmittel, Zutaten **** Das Verpflegungsgeld ist nach der tatsächlichen Verpflegungsstärke und dem festgesetzten Tagesverpflegungssatz zu berechnen.*	—	60	60	—	–8
547 68-0	056	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben **** Das Verpflegungsgeld ist nach der tatsächlichen Verpflegungsstärke und dem festgesetzten Tagesverpflegungssatz zu berechnen.*	—	7	7	—	9

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 811 10

		Tsd. EUR	Tsd. EUR
Anzahl		Ersatzbeschaffung	Ergänzungsbeschaffung
7	leGTW Listenpreis (einschl. Umsatzsteuer und Sonderausstattung)	245	-
1	mGTW Listenpreis (einschl. Umsatzsteuer und Sonderausstattung)	105	-

Zu 812 10

	Tsd. EUR	Tsd. EUR
	Ersatzbeschaffung	Ergänzungsbeschaffung
Gebäude- und Sicherheitstechnik	390	20
Geräte und Ausstattung für die Vollzugs- und Verwaltungsbereiche	106	-
Geräte und Anlagen für die Versorgung der Gefangenen	658	5
Geräte und Anlagen für die medizinische Versorgung der Gefangenen	190	25
Geräte und Anlagen für die Aus- und Fortbildung der Gefangenen	8	18
Zusammen:	1.352	68

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	390	—	390
2008	—	—	—	—
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	390	—	390

Zu 426 68

Für 2 Arbeiterinnen und Arbeiter im Wirtschaftsdienst (Lohngruppe 2 MTArb).

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1105 Justizvollzugseinrichtungen - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 71/72		**Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland**	(1.257) (1.314)	(1.303)	(1.306)	(–3)	(278)
684 71-7	960	Gefangenen- und Entlassenenfürsorge	1.000 1.009	1.000	1.009	–9	—
684 72-5	056	Zuwendungen für Wohnraum- und Beschäftigungsprojekte für Straffällige	257 305	257	251	+6	278
686 71-0	056	Leistungen an Abschiebungsgefangene nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und sonstige Zuschüsse	—	46	46	—	—
		Abschluss Kapitel 1105					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		10.701	7.705	+2.996	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		816	816	—	
		Summe der Einnahmen		11.517	8.521	+2.996	
		4 Personalausgaben	—	127.098	126.761	+337	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	37.545	35.939	+1.606	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.257 1.009	12.494	12.046	+448	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	— 390	1.770	1.330	+440	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	16.945	17.241	–296	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	1.257 1.399	195.852	193.317	+2.535	
		Zuschuss		184.335	184.796	–461	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 684 71

Bezeichnung des Förderprogramms: Anlaufstellen für Straffällige

Rechtliche Grundlage: §§ 74 u. 154 StVollzG

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	1.347	1.302	1.375	1.008	1.009	1.000	1.000	1.000	1.000
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					0	0	0	0	0
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					0	0	0	0	0

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1980

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
“Anlaufstellen für Straffällige“ sind organisatorisch gebündelte Einrichtungen im Bereich der außerstaatlichen Straffälligenhilfe, die unter der Trägerschaft der freien Verbände in einem Netzwerk der Straffälligenhilfe (u. a. Vollzug, Bewährungshilfe, Führungsaufsicht) Schwerpunktaufgaben erfüllen. Insbesondere in dem sensible Bereich der Nahtstelle zwischen “Drinnen“ und “Draußen“ leisten die Anlaufstellen für Straffällige wichtige “Vollzugsarbeit“.
Zielgruppe: Straffällige, in erster Linie Gefangene und aus der Haft Entlassene, einschl. Untersuchungsgefangene, Probanden der Bewährungshilfe und Führungsaufsicht.

Durchschnittliche Förderhöhe: 72.000 EUR

Zur weiteren Gewährung von Zuschüssen an Träger der Anlaufstellen sind Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht.
Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	1.009	—	1.009
2008	—	—	1.000	1.000
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	1.009	1.000	2.009

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 684 72

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuwendungen zum Aufbau von Wohnraum- und Beschäftigungsprojekten

Rechtliche Grundlage: Fördergrundsätze vom 8.4.1992 – 4453 I – 302.91 –

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	322	317	312	278	251	257	257	257	257
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss									

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1992

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Das Land fördert seit 1992 im Rahmen der ambulanten Straffälligenhilfe Projekte der Wohnraumhilfe und des betreuten Wohnens für Probanden der Bewährungshilfe, Gefangene in Lockerungen und für Strafentlassene mit dem Ziel, übergangsweise Wohnmöglichkeiten zwecks Vermeidung von Untersuchungshaft, zur Unterbringung nach der Entlassung zu schaffen und hierbei eine ambulante Nachbetreuung sicherzustellen.

Zielgruppe: Strafgefangene, Probanden der Bewährungshilfe und Führungsaufsicht, Strafentlassene

Durchschnittliche Förderhöhe: 32.000 EUR

Ausbringung von Verpflichtungsermächtigungen zur weiteren Gewährung von Zuwendungen.
Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	305	—	305
2008	—	—	257	257
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	305	257	562

Zu 686 71

Das Asylbewerberleistungsgesetz vom i. d. F. v. 26.5.1997, BGBl. I S. 1130, verpflichtet die Justizvollzugsbehörden, Abschiebungsgefangenen einen monatlichen Geldbetrag zur Deckung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens zu gewähren.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1108 Finanzgericht

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		**** Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO für dieses Kapitel verbindlich.*					
		E I N N A H M E N					
112 01-3	055	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		2.200	1.686	+514	2.843
119 01-8	055	Vermischte Einnahmen		1	1	—	0
119 10-7	055	Ersatzleistungen		4	15	–11	4
132 01-4	055	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1	1	—	0
235 01-8	055	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
412 10-6	055	Entschädigung der ehrenamtlichen Richterinnen, Richter, Beisitzerinnen und Beisitzer	—	120	108	+12	103
422 01-2	055	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	6.088	5.639	+449	4.212
422 19-5	055	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	27
425 01-1	055	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.571
425 06-2	055	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-8	055	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	37
426 06-9	055	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	1	—	—
427 01-4	055	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	1	1	—	—
427 02-2	055	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 39-1	055	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-5	055	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	5	10	–5	—
453 11-2	055	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	1	1	—	—
511 01-5	055	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	221	187	+34	143
517 01-3	055	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	116	112	+4	115
518 01-0	055	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	488	488	—	512
518 02-8	055	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	4	8	–4	2

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 1108

Allgemeine Erläuterungen
Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind für dieses Kapitel verbindlich.

Zu 112 01

Hierzu gehören auch die vom Gericht im Verfahren der Prozesskostenhilfe festgesetzten Beträge.
Mehr in Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 511 01

Veranschlagt sind u. a. Dienstkleidungszuschüsse für die Beamtinnen und Beamten des Justizwachtmeisterdienstes sowie für die nicht beamteten Angehörigen des Justizwachtmeisterdienstes (Justizhelferinnen und Justizhelfer).
Diese erhalten, soweit sie zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 184,08 EUR.

Zu 518 01

Für die langfristige Anmietung eines Dienstgebäudes ist eine Verpflichtungsermächtigung ausgebracht.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	483	—	—	483
2008	483	—	—	483
2009	483	—	—	483
2010	483	—	—	483
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	1.932	—	—	1.932

Zu 518 02

Für die Anmietung von Ablichtungsgeräten.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1108 Finanzgericht

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
519 01-6	055	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	4	4	—	1
519 10-5	055	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1	1	—	0
526 01-2	055	Sachverständige	—	1	1	—	—
526 02-0	055	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	0
527 01-9	055	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	3	3	—	3
529 10-0	055	Zur Verfügung der Präsidentin oder des Präsidenten des Nieders. Finanzgerichts	—	—	—	—	0
532 11-0	055	Entschädigungen beigeordneter Anwältinnen und Anwälte	—	20	16	+4	18
532 12-8	055	Zeugenentschädigungen	—	33	22	+11	32
532 13-6	055	Sachverständigenentschädigungen	—	58	38	+20	57
532 16-0	055	Sonstige Verfahrensauslagen	—	2	4	–2	1
532 17-9	055	Reisekosten des Gerichts	—	2	2	—	1
546 01-3	055	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
546 03-0	055	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	1	1	—	0
632 10-6	055	Erstattung der Kosten des Gemeinsamen Senats für Zoll- und Verbrauchsteuersachen beim Finanzgericht Hamburg	—	100	120	–20	79
812 10-4	055	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
812 11-2	055	Erwerb von landeseigenen Telekommunikationsanlagen	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 1108					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		2.206	1.703	+503	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		2.206	1.703	+503	
		4 Personalausgaben	—	6.216	5.760	+456	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	954	887	+67	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	100	120	–20	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	7.270	6.767	+503	
		Zuschuss		5.064	5.064	—	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 632 10

Aufgrund des Staatsvertrages zwischen den Ländern Freie und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein vom 8./14./22. 4. 1981 (Nieders. GVBl. S. 408) beteiligt sich Niedersachsen an den Kosten des gemeinsamen Senats beim Finanzgericht Hamburg.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1109 Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		**** Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO für dieses Kapitel verbindlich.*					
		E I N N A H M E N					
112 01-7	054	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		2.360	2.360	—	2.369
119 01-1	054	Vermischte Einnahmen		5	5	—	4
119 41-0	054	Rückzahlung von Überzahlungen		1	1	—	0
124 01-5	054	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		—	1	–1	—
132 01-8	054	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	—
235 01-1	054	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	1
		A U S G A B E N					
412 10-0	054	Entschädigung für ehrenamtliche Richter/ Richterinnen und andere Beisitzer/ Beisitzerinnen	—	578	590	–12	532
422 01-6	054	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	10.647	10.687	–40	5.468
422 06-7	054	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 19-9	054	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	82
425 01-5	054	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	5.313
425 06-6	054	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-1	054	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	125
426 03-8	054	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	91
426 06-2	054	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-8	054	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	10	25	–15	—
427 02-6	054	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	3
427 39-5	054	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	17	–17	—
453 01-9	054	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	15	2	+13	14
453 11-6	054	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	1	1	—	—
511 01-9	054	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	876	876	—	836
514 01-8	054	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	4	4	—	5

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 1109

Allgemeine Erläuterungen
Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind für dieses Kapitel verbindlich.

Es sind vorhanden:
Landesarbeitsgericht Niedersachsen und Arbeitsgerichte Braunschweig, Celle, Emden, Göttingen, Hameln, Hannover, Hildesheim, Lingen, Lüneburg, Nienburg, Oldenburg, Osnabrück, Stade, Verden, Wilhelmshaven.

Zu 112 01

Hierzu gehören auch die vom Gericht im Verfahren der Prozesskostenhilfe festgesetzten Beträge.

Zu 422 01

Mitveranschlagt sind Mittel für 6 stundenweise beschäftigte Arbeiterinnen und Arbeiter im Botendienst.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1. 1. 2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	1	1	1

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1109 Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
517 01-7	054	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	180	220	–40	214
518 01-3	054	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	546	667	–121	653
518 02-1	054	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	8	8	—	6
519 01-0	054	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	6	7	–1	11
519 10-9	054	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	3	3	—	2
526 01-6	054	Sachverständige	—	13	13	—	0
526 02-4	054	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-2	054	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	13	13	—	10
527 02-0	054	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	2	2	—	1
529 10-4	054	Zur Verfügung der Präsidentin/ des Präsidenten des Landesarbeitsgerichts	—	—	—	—	1
532 11-3	054	Entschädigungen beigeordneter Anwältinnen und Anwälte	—	5.300	5.000	+300	5.137
532 12-1	054	Zeugenentschädigungen	—	85	85	—	76
532 13-0	054	Sachverständigenentschädigungen	—	100	125	–25	74
532 15-6	054	Bekanntmachungskosten	—	1	1	—	—
532 16-4	054	Sonstige Verfahrensauslagen	—	2	2	—	2
532 17-2	054	Reisekosten des Gerichts	—	1	1	—	—
546 01-7	054	Vermischte Ausgaben	—	1	1	—	0
546 03-3	054	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	—
681 10-0	054	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	1	1	—	1
684 10-0	054	Zuschüsse zur lehrgangsmäßigen Fortbildung der ehrenamtlichen Richter	—	—	20	–20	—
684 11-8	054	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1	1	—	0
811 01-2	054	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 10-8	054	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	15	12	+3	32
981 11-2	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	469	498	–29	468
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(740)	(900)	(–160)	(234)
511 99-0	054	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	100	65	+35	202

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 517 01

Weniger infolge Verlagerung von Bewirtschaftungskosten nach 11 18 – 517 01 für die gemeinsame Unterbringung von Arbeits- und Amtsgericht in Oldenburg, Osnabrück und Wilhelmshaven.

Zu 518 01

Weniger infolge der Verlagerung von Mietmitteln nach 11 18 – 518 01 für die gemeinsame Unterbringung von Arbeits- und Amtsgericht in Oldenburg und Osnabrück.

Belastung aus den Verpflichtungsermächtigungen zur Anmietung von Dienstgebäuden für das Landesarbeitsgericht und das Arbeitsgericht Hannover.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	272	—	—	272
2008	232	—	—	232
2009	110	—	—	110
2010	110	—	—	110
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	724	—	—	724

Zu 532 12

Reiseentschädigungen an mittellose Personen und Vorschüsse an Zeugen und Sachverständige in Verfahren vor den Gerichten für Arbeitssachen werden auch aus Mitteln der Kapitel 11 16 bis 11 18 Titel 532 12, 532 13 und 532 16 gezahlt.

Zu 532 13

Reiseentschädigungen an mittellose Personen und Vorschüsse an Zeugen und Sachverständige in Verfahren vor den Gerichten für Arbeitssachen werden auch aus Mitteln der Kapitel 11 16 bis 11 18 Titel 532 12, 532 13 und 532 16 gezahlt.

Zu 532 16

Reiseentschädigungen an mittellose Personen und Vorschüsse an Zeugen und Sachverständige in Verfahren vor den Gerichten für Arbeitssachen werden auch aus Mitteln der Kapitel 11 16 bis 11 18 Titel 532 12, 532 13 und 532 16 gezahlt.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 684 10

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuwendungen zur Fortbildung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter der Arbeitsgerichtsbarkeit des Landes Niedersachsen

Rechtliche Grundlage: Richtlinie v. 20.1.2006 (Nds. Rpfl. S. 53)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	24	0	32	0	20	0	33	0	33
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss									

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1968

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 31.12.2010

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Sicherstellung der Qualität der Rechtsprechung.
Durch die Förderung spart das Land Fortbildungskosten für die Schulung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter.

Zielgruppe: Ehrenamtliche Richterinnen und Richter der Arbeitsgerichtsbarkeit

Durchschnittliche Förderhöhe: 16.000 EUR

Die lehrgangsmäßige Fortbildung wird in Abständen von 2 Jahren gefördert.

Zu 684 11

Mitgliedsbeitrag für den Deutschen Arbeitsgerichtsverband.

Zu 812 10

	in 1000 EUR
Ersatzbeschaffungen:	
Arbeitsplatzausstattung für verschiedene Arbeitsgerichte	15

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 98/99

Veranschlagung der Haushaltsmittel für die niedersächsische Arbeitsgerichtsbarkeit.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1109 Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
518 98-6	054	Kosten für die Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-4	054	Kosten für die Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
519 99-0	054	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	—
525 98-2	054	Aus- und Fortbildung der Bediensteten für vom IZN durchgeführte Maßnahmen	—	5	27	–22	0
525 99-0	054	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch andere Dienstleister	—	—	—	—	—
527 99-3	054	Reisekostenvergütungen	—	13	4	+9	13
538 98-7	054	Kosten der Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	431	748	–317	—
538 99-5	054	Kosten der Dienstleistungen "Anderer"	—	40	40	—	19
812 99-0	054	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	151	16	+135	—
		Abschluss Kapitel 1109					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		2.366	2.367	–1	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		2.366	2.367	–1	
		4 Personalausgaben	—	11.251	11.322	–71	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	7.730	7.912	–182	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	2	22	–20	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	166	28	+138	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	469	498	–29	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	19.618	19.782	–164	
		Zuschuss		17.252	17.415	–163	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 538 98

Weniger aufgrund geänderter Vertragsgrundlagen. Künftig wird keine Nutzungspauschale mehr für die IT–Arbeitsplatzausstattung entrichtet, sondern die entsprechende Hardware von der Justiz gekauft.
Verpflichtungsermächtigung zur Erfüllung des mit dem izn bestehenden auf 8 Jahre ausgerichteten Vertrages.
Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	431	—	—	431
2008	431	—	—	431
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	862	—	—	862

Zu 812 99

Einrichtung von IT-Arbeitsplätzen.
Mehr infolge der Abänderung der Benutzungsvereinbarung mit dem izn. Kauf der notwendigen IT-Arbeitsplatzausstattung statt Entrichtung einer jährlichen Nutzungspauschale.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1110 Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		**** Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO für dieses Kapitel verbindlich.*					
		E I N N A H M E N					
112 01-7	053	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		5.300	4.500	+800	5.860
119 01-1	053	Vermischte Einnahmen		6	6	—	4
119 10-0	053	Ersatzleistungen		1	3	–2	0
124 01-5	053	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		8	8	—	8
132 01-8	053	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1	1	—	0
132 11-5	053	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge *Vgl. K-Vermerk zu 811 11.*		—	—	—	23
232 10-1	053	Erstattungen des Landes Schleswig-Holstein zu den Kosten des Oberverwaltungsgerichts und des Disziplinarhofs		280	310	–30	269
235 01-1	053	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
235 10-0	053	Zuweisungen von Sozialhilfeträgern *Vgl. K-Vermerk zu 427 10.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
412 10-0	053	Entschädigung der ehrenamtlichen Richterinnen, Richter, Beisitzerinnen und Beisitzer	—	150	150	—	121
422 01-6	053	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	19.501	18.927	+574	13.151
422 19-9	053	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	65
425 01-5	053	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.361
425 06-6	053	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1	1	—	0
426 01-1	053	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	355
426 06-2	053	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	1	—	0
427 01-8	053	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	3	3	—	0
427 02-6	053	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 10-7	053	Beschäftigungsentgelte für Hilfskräfte *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 235 10.*	—	—	—	—	—
427 39-5	053	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	60	73	–13	60
453 01-9	053	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	10	30	–20	5

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 1110

Allgemeine Erläuterungen
Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind für dieses Kapitel verbindlich.

Es sind vorhanden:
Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte Braunschweig, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Oldenburg, Osnabrück und Stade.

Zu 112 01

Hierzu gehören auch die vom Gericht im Verfahren der Prozesskostenhilfe festgesetzten Beträge.

Mehr in Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 232 10

Anteil des Landes Schleswig-Holstein an den Versorgungslasten des Oberverwaltungsgerichts nach Auflösung des gemeinsamen Oberverwaltungsgerichts.

Zu 425 06

Für unabweisbar notwendige Überstunden im Sitzungs- und Hausmeisterdienst u. a.

Zu 427 01

Für unvermeidliche Vertretungen in Urlaubs- und Krankheitsfällen im Abtrage- und Reinigungsdienst sowie für Aushilfen im Schreibdienst in Großprozessen.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1110 Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
511 01-9	053	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	696	627	+69	635
514 01-8	053	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	20	20	—	16
517 01-7	053	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	479	474	+5	414
518 01-3	053	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	682	682	—	679
518 02-1	053	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	61	61	—	52
519 01-0	053	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	4	4	—	27
519 10-9	053	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	3	1	+2	2
526 01-6	053	Sachverständige	—	1	1	—	15
526 02-4	053	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-2	053	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	11	17	–6	18
527 02-0	053	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	3	3	—	4
529 10-4	053	Zur Verfügung der Präsidentin oder des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts	—	—	—	—	1
532 11-3	053	Entschädigungen beigeordneter Anwältinnen und Anwälte	—	350	400	–50	328
532 12-1	053	Zeugenentschädigungen	—	25	25	—	20
532 13-0	053	Sachverständigenentschädigungen	—	550	600	–50	490
532 16-4	053	Sonstige Verfahrensauslagen	—	18	18	—	15
532 17-2	053	Reisekosten des Gerichts	—	12	12	—	7
546 01-7	053	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
546 03-3	053	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	2	2	—	6
681 10-0	053	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen **** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.*	—	—	—	—	0
811 01-2	053	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 11-0	053	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	—	—	—	23
812 10-8	053	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
812 11-6	053	Erwerb von landeseigenen Telekommunikationsanlagen	—	—	—	—	—
981 10-4	990	Abführung an 13 21 - 381 22 zur Refinanzierung des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen	—	39	39	—	39

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 511 01

Veranschlagt sind u. a. Dienstkleidungszuschüsse für die Beamtinnen und Beamten des Justizwachtmeisterdienstes sowie für die nicht beamteten Angehörigen des Justizwachtmeisterdienstes (Justizhelferinnen und Justizhelfer).
Diese erhalten, soweit sie zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 184,08 EUR.

Mehr aus Anlass der neuen Stellen zur Bewältigung der Mehrbelastung insbesondere infolge Wegfalls der Widerspruchsverfahren.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	6	6	6

Zu 518 01

Verpflichtungsermächtigung für den Abschluss eines langfristigen Mietvertrags für die Unterbringung des Verwaltungsgerichts Hannover.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	442	—	—	442
2008	442	—	—	442
2009	442	—	—	442
2010	442	—	—	442
2011 ff.	1.032	—	—	1.032
Summe	2.800	—	—	2.800

Zu 518 02

Für die Anmietung von Ablichtungsgeräten.

Zu 532 11

Weniger in Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 981 10

Abführung an 13 21 – 381 22 (ab 2000 bis 2009) zur Refinanzierung des Grundstocks für den Erwerb von Teilflächen der Schlieffen-Kaserne in Lüneburg.

Belastung der Haushaltsjahre (in 1000 EUR):	
2007	39
2008	39
2009	10
Zusammen	88

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1110 Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
981 11-2	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	1.078	1.175	–97	1.077
		Abschluss Kapitel 1110					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		5.316	4.518	+798	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		280	310	–30	
		Summe der Einnahmen		5.596	4.828	+768	
		4 Personalausgaben	—	19.726	19.185	+541	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	2.917	2.947	–30	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.117	1.214	–97	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	23.760	23.346	+414	
		Zuschuss		18.164	18.518	–354	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1112 Landessozialgericht Niedersachsen - Bremen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		**** Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO für dieses Kapitel verbindlich.*					
		E I N N A H M E N					
111 01-8	054	Gebühren und tarifliche Entgelte		1	1	—	0
112 01-4	054	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		770	750	+20	768
119 01-9	054	Vermischte Einnahmen		1	1	—	—
119 10-8	054	Ersatzleistungen		1	1	—	0
124 01-2	054	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		5	5	—	4
132 01-5	054	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1	1	—	0
132 11-2	054	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge *Vgl. K-Vermerk zu 811 11.*		—	—	—	—
232 10-9	054	Erstattungen der Freien Hansestadt Bremen zu den Kosten des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen		289	355	–66	254
235 01-9	054	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
412 10-7	054	Entschädigung der ehrenamtlichen Richterinnen, Richter, Beisitzerinnen und Beisitzer	—	50	50	—	32
422 01-3	054	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	4.788	4.955	–167	2.553
422 19-6	054	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-2	054	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.436
425 06-3	054	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-9	054	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	81
426 06-0	054	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	1	—	—
427 01-5	054	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 02-3	054	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 39-2	054	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-6	054	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	30	30	—	9
511 01-6	054	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	238	238	—	167
514 01-5	054	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	5	5	—	5

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 1112

Allgemeine Erläuterungen
Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind für dieses Kapitel verbindlich.

Veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen mit Ausnahme der Personalkosten und Personalnebenkosten der bremischen Beschäftigten; diese sind im Einzelplan „Justiz und Verfassung“ der Freien Hansestadt Bremen veranschlagt.

Zu 112 01

Hierzu gehören auch die vom Gericht im Verfahren der Prozesskostenhilfe festgesetzten Beträge.

Zu 426 06

Für unabweisbar notwendige Überstunden im Sitzungsdienst u. a.

Zu 511 01

Veranschlagt sind u. a. Dienstkleidungszuschüsse für die Beamtinnen und Beamten des Justizwachtmeisterdienstes sowie für die nicht beamteten Angehörigen des Justizwachtmeisterdienstes (Justizhelferinnen und Justizhelfer).
Bedienstete des Landes Niedersachsen, die zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 184,08 EUR.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	1	1	1

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1112 Landessozialgericht Niedersachsen - Bremen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
517 01-4	054	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	109	109	—	95
518 01-0	054	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	151	151	—	150
518 02-9	054	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	13	13	—	10
519 01-7	054	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	3	3	—	1
519 10-6	054	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1	1	—	0
526 01-3	054	Sachverständige	—	1	1	—	—
526 02-1	054	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-0	054	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	8	8	—	6
527 02-8	054	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	2	2	—	3
529 10-1	054	Zur Verfügung der Präsidentin oder des Präsidenten des Landessozialgerichts	—	—	—	—	1
532 11-0	054	Entschädigungen beigeordneter Anwältinnen und Anwälte	—	20	26	–6	14
532 12-9	054	Zeugenentschädigungen	—	40	62	–22	36
532 13-7	054	Sachverständigenentschädigungen	—	900	750	+150	883
532 14-5	054	Untersuchungs- und Unterbringungskosten	—	3	3	—	0
532 16-1	054	Sonstige Verfahrensauslagen	—	2	2	—	0
532 17-0	054	Reisekosten des Gerichts	—	2	2	—	0
546 01-4	054	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
546 03-0	054	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	1	1	—	—
547 10-0	054	Dienstleistungen Außenstehender	—	4	4	—	3
681 10-8	054	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen **** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.*	—	—	—	—	0
811 01-0	054	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 11-7	054	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	—	—	—	—
812 10-5	054	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	4
812 11-3	054	Erwerb von landeseigenen Telekommunikationsanlagen	—	47	—	+47	—
981 11-0	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	235	235	—	234

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 518 01

Für die Anmietung von Räumlichkeiten für die Zweigstelle in Bremen.

Zu 518 02

Für die Anmietung von Ablichtungsgeräten.

Zu 532 13

Mehr in Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 812 11

	in 1000 EUR
Ersatz und Erweiterung von Fernsprechanlagen:	
Umrüstung der Telefonanlage des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen in Celle	47

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1112 Landessozialgericht Niedersachsen - Bremen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 1112					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		779	759	+20	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		289	355	–66	
		Summe der Einnahmen		1.068	1.114	–46	
		4 Personalausgaben	—	4.869	5.036	–167	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	1.503	1.381	+122	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	47	—	+47	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	235	235	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	6.654	6.652	+2	
		Zuschuss		5.586	5.538	+48	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1113 Sozialgerichte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		**** Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO für dieses Kapitel verbindlich.*					
		E I N N A H M E N					
111 01-1	054	Gebühren und tarifliche Entgelte		—	—	—	—
112 01-8	054	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		3.100	3.100	—	3.195
119 01-2	054	Vermischte Einnahmen		1	1	—	0
119 10-1	054	Ersatzleistungen		3	3	—	1
124 01-6	054	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		8	8	—	7
132 01-9	054	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1	1	—	1
235 01-2	054	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
412 10-0	054	Entschädigung der ehrenamtlichen Richterinnen, Richter, Beisitzerinnen und Beisitzer	—	230	230	—	206
422 01-7	054	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	10.482	10.726	–244	5.317
422 19-0	054	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	32
425 01-6	054	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	3.704
425 06-7	054	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1	1	—	—
426 01-2	054	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	145
426 06-3	054	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-9	054	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	8	8	—	—
427 02-7	054	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 39-6	054	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-0	054	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	1	1	—	—
511 01-0	054	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	550	550	—	477
514 01-9	054	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	—	—	—	1
517 01-8	054	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	134	150	–16	132
518 01-4	054	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	564	555	+9	556

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 1113

Allgemeine Erläuterungen
Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind für dieses Kapitel verbindlich.

Es sind vorhanden:
Sozialgerichte Aurich, Braunschweig, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Oldenburg, Osnabrück, Stade.

Zu 112 01

Hierzu gehören auch die vom Gericht im Verfahren der Prozesskostenhilfe festgesetzten Beträge.

Zu 425 06

Für unabweisbar notwendige Überstunden im Sitzungsdienst u. a.

Zu 427 01

Für unvermeidliche Vertretungen in Urlaubs- und Krankheitsfällen im mittleren, im Schreib- und einfachen Dienst.

Zu 511 01

Veranschlagt sind u. a. Dienstkleidungszuschüsse für die Beamtinnen und Beamten des Justizwachtmeisterdienstes sowie für die nicht beamteten Angehörigen des Justizwachtmeisterdienstes (Justizhelferinnen und Justizhelfer).
Diese erhalten, soweit sie zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 184,08 EUR.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	1	1	1

Zu 518 01

Verpflichtungsermächtigungen für den Abschluss langfristiger Mietverträge für die Sozialgerichte Osnabrück und Hannover.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	542	—	—	542
2008	542	—	—	542
2009	246	—	—	246
2010	98	—	—	98
2011 ff.	98	—	—	98
Summe	1.526	—	—	1.526

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1113 Sozialgerichte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
518 02-2	054	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	17	17	—	16
519 01-0	054	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	4	4	—	1
519 10-0	054	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1	1	—	0
526 01-7	054	Sachverständige	—	—	—	—	0
526 02-5	054	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-3	054	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	5	5	—	3
527 02-1	054	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	3	3	—	2
532 11-4	054	Entschädigungen beigeordneter Anwältinnen und Anwälte	—	550	450	+100	545
532 12-2	054	Zeugenentschädigungen	—	150	150	—	137
532 13-0	054	Sachverständigenentschädigungen	—	7.500	7.210	+290	7.457
532 14-9	054	Untersuchungs- und Unterbringungskosten	—	25	40	–15	20
532 16-5	054	Sonstige Verfahrensauslagen	—	2	2	—	—
532 17-3	054	Reisekosten des Gerichts	—	1	1	—	0
546 01-8	054	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
546 03-4	054	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	—
681 10-1	054	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen **** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.*	—	—	—	—	—
811 01-3	054	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 10-9	054	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	10	6	+4	—
812 11-7	054	Erwerb von landeseigenen Telekommunikationsanlagen	—	—	15	–15	—
981 11-3	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	465	461	+4	460

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 518 02

Für die Anmietung von Ablichtungsgeräten.

Zu 532 11

Mehr in Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 812 10

	in 1000 EUR
Ersatzbeschaffungen:	
Ausstattungsgegenstände für die Bibliothek des Sozialgerichts Aurich	10

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1113 Sozialgerichte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 1113					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		3.113	3.113	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		3.113	3.113	—	
		4 Personalausgaben	—	10.722	10.966	–244	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	9.506	9.138	+368	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	10	21	–11	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	465	461	+4	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	20.703	20.586	+117	
		Zuschuss		17.590	17.473	+117	

E R L Ä U T E R U N G E N

Allgemeine Vorbemerkungen zu Kapitel 11 16

Für das budgetierte Kapitel 11 16 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:

1. 412 11, 422 10, 425 10, 425 12, 426 10, 427 10, 459 11, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 526 10, 526 11, 527 10, 547 10 und 681 10 sind gegenseitig deckungsfähig.

2. 811 10 und 812 10 sind gegenseitig deckungsfähig.

3. 519 10, 811 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 412 11, 422 10, 425 10, 425 12, 426 10, 427 10, 459 11, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 526 10, 526 11, 527 10, 547 10 und 681 10.

4. 811 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 519 10.

5. 981 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 412 11, 422 10, 425 10, 425 12, 426 10, 427 10, 459 11, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 526 10, 526 11, 527 10, 547 10 und 681 10.

6. Mehreinnahmen bei 119 10 und Isteinnahmen bei 235 10 erhöhen die Ausgabe bei 412 11, 422 10, 425 10, 425 12, 426 10, 427 10, 459 11, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 526 10, 526 11, 527 10, 547 10, 681 10, 811 10, 812 10 und 981 10.

7. Mindereinnahmen bei 119 10 vermindern die Ausgabe bei 412 11, 422 10, 425 10, 425 12, 426 10, 427 10, 459 11, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 526 10, 526 11, 527 10, 547 10, 681 10 und 981 10.

8. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung sichergestellt sind. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.

9. Unter der Voraussetzung, dass das Justizministerium - hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1116 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
112 10-8	052	Gerichtskosten, Geldstrafen, Geldbußen, Sicherheitsleistungen **** Die Rückzahlung der vereinnahmten Sicherheitsleistung erfolgt abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Einnahme.*		44.000	44.000	—	44.517
119 10-2	052	Sonstige Verwaltungseinnahmen		254	200	+54	15
132 11-7	052	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge *Vgl. K-Vermerk zu 811 11.*		—	—	—	18
235 10-2	052	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit und anderer Träger im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
412 10-1	052	Entschädigung der ehrenamtlichen Richterinnen, Richter, Beisitzerinnen und Beisitzer	—	305	305	—	278
412 11-0	052	Entschädigung für ehrenamtliche Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer (einschl. Reisekosten)	—	5	5	—	1
422 10-7	052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	48.214	48.878	–664	33.145
425 10-6	052	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	14.786
425 12-2	052	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten **** Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist Satz 2 der Erläuterungen verbindlich.*	—	236	636	–400	707
426 10-2	052	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	557
427 10-9	052	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	189	189	—	8
459 10-8	052	Entschädigungen der Vollstreckungsbeamtinnen und Vollstreckungsbeamten (einschl. Reisekosten und sonstiger barer Auslagen)	—	5.000	4.300	+700	5.088
459 11-6	052	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	435	435	—	—
511 10-0	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	3.181	3.211	–30	2.959
514 10-9	052	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	—	16	16	—	0
517 10-8	052	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	1.870	1.870	—	1.802
518 10-4	052	Mieten und Pachten	—	161	217	–56	43
519 10-0	052	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	48	48	—	10
526 10-7	052	Zinsen hinterlegter Gelder und Auslagen in Hinterlegungssachen	—	54	54	—	46
526 11-5	052	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	7	7	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 1116

Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)
Rechts- und Organisationsgrundlagen
Grundgesetz (Auftrag) und Gerichtsverfassungsgesetz (Beschreibung von Art und Umfang der Tätigkeiten), Bundes- und Landesgesetze
Verwaltungsaufbau und Budgetplan
Es sind vorhanden: 1 Oberlandesgericht in Braunschweig, 2 Landgerichte (Braunschweig und Göttingen), 16 Amtsgerichte
Zielsetzung
Die Gerichte gewährleisten den grundgesetzlich verankerten Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Gewährung von inviduellem Rechtsschutz. Durch die Tätigkeit der Gerichte wird für die Allgemeinheit Rechtssicherheit hergestellt in den Bereichen der Zivil- und Familienrechtsstreitigkeiten, in Strafverfahren und in Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie bei der Durchsetzung des festgestellten Anspruchs im Wege der Zwangsvollstreckung.
Vielfältige Modernisierungsbemühungen sollen die Leistungsfähigkeit der Justiz steigern, die Erledigung von Verfahren beschleunigen und die Bürgernähe verbessern.

Erläuterungen zum Produkthaushalt nach §17a LHO
Budgetierungsmodell

Dem Budgetierungsmodell liegt eine dreistufige Produkthierarchie zugrunde (Produkt, Produktgruppe, Produktbereich). Der Produktbereich stellt dabei die Veranschlagungsebene dar.

Dabei handelt es sich um:

- Zivilsachen/ Familiensachen
- Strafsachen/ Ordnungswidrigkeitsverfahren
- Verfahren in Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit
- Zwangsvollstreckung
- Verwaltung
- Rechtsprechung in Justizverwaltungsangelegenheiten
- Sonstige Produkte
- Kostensammler.

Für den Finanzierungsbeitrag der nachfolgend aufgeführten Produktbereiche wird ein Durchschnittspreis je Stück ermittelt. Dabei liegen den Produkten, die den Produktbereichen zugeordnet sind, unterschiedliche Erhebungsgrößen zugrunde:

Zivilsachen/ Familiensachen:
Erledigungen, Neueingänge, Anzahl Anträge

Strafsachen/ Ordnungswidrigkeitsverfahren:
Erledigungen, Neueingänge, Anzahl Anträge, Anzahl Probanden, Bestände

Verfahren in Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit:
Neueingänge, Bestände, Anzahl Urkunden

Zwangsvollstreckung:
Neueingänge, Zahl der Eröffnungen, Anträge auf Eröffnung, Arbeitskraftanteile

Verwaltung:
Neueingänge, Anzahl Anträge, Anzahl Vorgänge, Neuzulassungen, Neueintragungen Anwälte und Notare / Neuzulassung Rechtsbeistände und Schiedspersonen, Anzahl Referendare, Anzahl Anerkennungspraktikanten, Anzahl Prüfungen, Bestände, Bestandsveränderungen, Arbeitskraftanteile.

Rechtsprechung in Justizverwaltungsangelegenheiten:
Neueingänge

In den Produktbereichen Sonstige Produkte und Kostensammler sind die Kosten für die Bereitstellung gemeinsam genutzter Einrichtungen sowie Dienstleistungen für mehrere Dienststellen ausgewiesen. Eine Erfassung der Leistungsmengen unterbleibt, weil sie mit einem unverhältnismäßigen Erfassungs- und Auswertungsaufwand verbunden ist.

Neben dem Bereichsbudget gibt es eine budgetfreie Zone, die neben den Transfermitteln insbesondere auch die der verwaltungsmäßigen Steuerung nicht unterliegenden Auslagen in Rechtssachen und die damit korrespondierenden Einnahmen umfasst.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 1116

Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs

Produkte	Leistungs-menge -Stück- (Soll) 2007	Zielkosten -EUR- (Soll) 2007	Gesamtzielkosten -EUR- (Soll) 2007	Leistungs-menge -Stück- (Soll) 2006	Zielkosten -EUR- (Soll) 2006	Leistungsmenge -Stück- (Ist) 2005	Ist-Kosten -EUR- (Ist) 2005
Zivilsachen	56.246	447,43	25.166.380	58.164	434,10	56.661	26.004.155
Strafsachen/OWi	69.242	233,20	16.147.332	73.248 1)	153,86	70.125	18.167.471
FGG-Sachen	178.773	90,64	16.203.740	191.691 1)	76,79	180.020	15.959.895
Zwangsvollstre-ckung	59.027	174,59	10.305.718	62.298 1)	150,06	59.138	9.735.908
Verwaltung	7.307	270,34	2.167.610	6.537 1)	298,95	7.140	2.133.966
Rechtspr. in Jus-tizverwaltungs-angelegenheiten	3	1.997,33	5.992	6	1.060,50	12	8.014
sonst. vb-externe Produkte	1	632.886	632.886	1	407.038,00	1	830.819
Kostensammler	1	2.831.327	2.831.327	1	3.970.580,00	1	3.455.770
Gesamtsumme			73.460.985				

1) Die Stückzahlen sind gegenüber der Übersicht der Zielkosten im Haushaltsplan 2006 korrigiert worden. Die Reduzierung der Stückzahlen resultiert daraus, dass Produkte deren Stückzahlen nach Beständen ermittelt werden, vom System fälschlicherweise mit dem Multiplikator 12 einbezogen worden sind.

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag

	Gesamtzielkosten -EUR- (Soll) 2007	Eigenerlöse -EUR- (Soll) 2007	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt -EUR- (Soll) 2007
Zivilsachen	25.166.380		25.166.380
Strafsachen/OWi	16.147.332		16.147.332
FGG-Sachen	16.203.740		16.203.740
Zwangsvollstreckung	10.305.718		10.305.718
Verwaltung	2.167.610	192.250	1.975.360
Rechtspr. in Justizverwaltungs-angelegenheiten	5.992		5.992
sonst. vb-externe Produkte	632.886		632.886
Kostensammler	2.831.327		2.831.327
davon Amtshilfe			
davon landesweite Projektarbeit			
davon Bewirtschaftung von Transfermitteln			
Sonstige Eigenerlöse		61.550	
Produktsumme	73.460.985	253.800	73.207.185
Haushaltsausgleich	0	0	0
Gesamtsumme	73.460.985	253.800	73.207.185

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 1116

Überleitungsrechnung			Einnahmen (0-3)				Ausgaben (4-9)						
Bereichshaushalt (Produkte)		Tsd. EUR	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	HH-Abgl.
+	Verwaltungserträge	10		10									0
+	Erträge aus Erstattungen	16		16									0
+/-	Bestandsveränderungen	0											0
+	sonstige betriebliche Erträge	227		227									0
=	Erträge	+253											0
-	Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	48.742					48.214						528
-	Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	12.092											12.092
-	sonstige Personalaufwendungen	822					865						-43
=	Personalaufwendungen	-61.656											
-	Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	553						569					-16
-	Aufwendungen Kommunikation und Reisen	2.204						2.204					0
-	Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	7.431						1.689				5.742	0
-	Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	588						588					0
-	Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	99						84	15				0
-	Abschreibungen	931											931
=	Sachaufwendungen	-11.806											
=	Aufwendungen	-73.462											
=	Ergebnis nach eigenen Erträgen	-73.209											
+	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	73.209											73.209
=	Ergebnis nach Landeszuschuss	0											
+	Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen	0											0
-	Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	0											0
=	Finanzergebnis	0											
+	außerordentliche Erträge	19		1									-18
-	außerordentliche Aufwendungen	0											0
+/-	Haushaltsausgleich	-19											19
=	außerordentliches Ergebnis	0											
=	neutrales Ergebnis	0											
=	Gesamtergebnis	0											
-	Investitionen der Hauptgruppe 5	341						341					0
-	Investitionen der Hauptgruppe 8	30									12		18
=	Einnahmen und Ausgaben des Budgets		0	254	0	0	49.079	5.475	15	0	12	5.742	
+/-	Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets		0	44.000	0	0	5.305	35.802	483	0	0	0	
=	Kapitelsumme		0	44.254	0	0	54.384	41.277	498	0	12	5.742	

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 1116
Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln

Zu HGr. 4

Beschäftigungsvolumen (in VZE):

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
1.233,06	1.240,37	1.227,15

Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen

Kennzahlen	Plan 2007	Plan 2006	Ist 2005	Ist 2004
Oberlandesgericht Braunschweig				
Zivilprozesssachen-Berufungsverfahren				
- Eingänge	835	869	823	835
- Erledigungen	835	869	793	869
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	9,1	8,8	9,1	8,8
Familiensachen-Berufungsverfahren				
- Eingänge	560	551	560	589
- Erledigungen	560	551	587	551
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	7,3	6,1	7,3	6,1
Strafverfahren-Revisionsinstanz 2)				
- Eingänge	90	95	83	92
- Erledigungen	90	95	74	89
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	1,5	1,4	1,7	1,2
Landgerichte Braunschweig + Göttingen				
Zivilprozesssachen erste Instanz				
- Eingänge	6.400	6.060	7.176	6.397
- Erledigungen	6.400	6.060	6.252	5.971
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	7,3	7,3	8,0	7,3
Zivilprozesssachen-Berufungsinstanz				
- Eingänge	1.100	1.138	1.119	1.039
- Erledigungen	1.100	1.138	1.021	1.122
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	5,1	5,3	5,3	5,3
Strafverfahren erste Instanz 2)				
- Eingänge	215	213	214	233
- Erledigungen	215	213	217	213
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	5,4	5,4	5,5	5,4

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 1116

Kennzahlen	Plan 2007	Plan 2006	Ist 2005	Ist 2004
Strafverfahren-Berufungsinstanz 2)				
- Eingänge	875	906	855	912
- Erledigungen	875	906	835	909
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	2,9	2,8	3,0	2,8
Amtsgerichte des OLG-Bezirks				
Zivilprozesssachen				
- Eingänge	21.500	22.405	20.232	21.841
- Erledigungen	21.500	22.405	21.268	22.184
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	4,9	4,8	4,9	4,8
Familiensachen				
- Eingänge	10.000	10.948	9.655	10.177
- Erledigungen	10.000	10.948	9.996	10.840
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	10,4	10,4	10,4	10,4
Strafverfahren 2)				
- Eingänge	13.550	13.776	13.323	13.667
- Erledigungen	13.550	13.776	13.226	14.264
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	3,4	3,5	3,3	3,5
Bußgeldsachen 2)				
- Eingänge	5.300	5.347	5.249	5.305
- Erledigungen	5.300	5.347	5.196	5.413
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	2,4	2,5	2,4	2,5
Am Jahresende anhängige Betreuungen	25.200	24.792	25.406	24.767
Nachlasssachen	7.100	7.080	7.0673)	13.017
Eigentumsveränderungen im Grundbuch	33.400	33.524	33.345	33.491
sonstige Eintragungen und Löschungen im Grundbuch	68.000	66.829	69.295	66.762
Am Jahresende im Handelsregister eingetragene GmbH‘s	12.000	11.838	12.235	11.826
Regelinsolvenzverfahren	2.100	2.152	2.018	1.986
Verbraucherinsolvenzverfahren	1.600	1.577	1.898	1.455
sonstige Vollstreckungssachen	56.000	58.893	53.146	54.328

2) Die ermittelten Kennzahlen für das Ist 2005 im Strafbereich resultieren aus der “vorgezogenen Jahresstatistik“ 2005, der die Zahlen vom 1.10.2004 bis 30.09.2005 zugrunde liegen.
3) Der Rückgang der Eingangszahlen in den Nachlasssachen ab 2005 ist auf eine statistische Änderung in der Führung des Erbrechtsregisters VI (§§ 27, 28 AktO) zurückzuführen.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 112 10

1. Gerichtskosten
Hierzu gehören auch
- die vom Gericht im Verfahren der Prozesskostenhilfe festgesetzten Beträge;
- übergegangene Ansprüche nach § 1836e BGB;
- gestundete Kosten des Insolvenzverfahrens (§ 4b InsO).

2. Sicherheitsleistungen
Einnahmen aus Sicherheitsleistungen gem. §§ 127a, 132 StPO.

Zu 412 11

Für die Betreuung eines/einer Probanden/Probandin erhalten die ehrenamtlichen Bewährungshelfer/-innen eine monatliche Entschädigung von 51,13 EUR. Daneben werden Reisekosten erstattet.
Es ist die Entschädigung für durchschnittlich 10 eingesetzte ehrenamtliche Bewährungshelfer/-innen veranschlagt.

Zu 422 10

Veranschlagt sind auch Mittel für eine ständig nicht vollbeschäftigte Arbeiterin/einen ständig nicht vollbeschäftigten Arbeiter, deren/dessen durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt sowie Mittel für 2 stundenweise beschäftigte Arbeiterinnen und Arbeiter im Reinigungsdienst.

Zu 425 12

Mittel für 22 Auszubildende.
Die Mittel dürfen auch für die Ausbildung von Kräften für die Kapitel 11 08, 11 09, 11 10, 11 12, 11 13 und 11 19 verwendet werden.

Zu 427 10

Veranschlagt sind u.a. Lehrvergütungen für die gemäß § 15 NJAVO eingerichteten Gruppenarbeitsgemeinschaften für die praktische Studienzeit.
Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen richtet sich nach den aufgrund des Gem. RdErl. d. MF u. d. übr. Min. v. 20.1.2006 (Nds. MBl. S. 101) zu beachtenden Vorschriften.
Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 459 10

Veranschlagt sind die den Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern aufgrund
1. der Verordnung zur Abgeltung der Bürokosten im Gerichtsvollzieherdienst vom 1. 12. 1998 (Nds. GVBl. S. 703) sowie
2. der Vollstreckungsvergütungsverordnung vom 8. 7. 1976 (BGBl. I S. 1783)

in der jeweils geltenden Fassung zu gewährenden Entschädigungen.

Die zur Abgeltung der Bürokosten gewährte Entschädigung wird in Höhe von 30 v. H. als Aufwandsentschädigung gezahlt.

Mehr in Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 511 10

Veranschlagt sind u. a. Dienstkleidungszuschüsse für die Beamtinnen und Beamten des Justizwachtmeisterdienstes sowie für die nicht beamteten Angehörigen des Justizwachtmeisterdienstes (Justizhelferinnen und Justizhelfer).
Diese erhalten, soweit sie zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 184,08 EUR.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1116 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
527 10-3	052	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen und Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	108	142	–34	—
529 10-6	052	Zur Verfügung der Präsidentin/des Präsidenten des Oberlandesgerichts	—	—	—	—	0
532 11-5	052	Entschädigungen beigeordneter Anwältinnen und Anwälte	—	10.000	10.000	—	9.718
532 12-3	052	Zeugenentschädigungen	—	900	1.000	–100	851
532 13-1	052	Sachverständigenentschädigungen	—	8.000	7.800	+200	7.722
532 14-0	052	Untersuchungs- und Unterbringungskosten	—	1.300	1.300	—	1.305
532 15-8	052	Bekanntmachungskosten	—	1.370	1.200	+170	1.369
532 16-6	052	Sonstige Verfahrensauslagen	—	100	60	+40	103
532 17-4	052	Reisekosten des Gerichts	—	32	28	+4	30
532 18-2	052	Kosten der Beratungshilfe	—	2.300	1.100	+1.200	1.648
532 19-0	052	Entschädigungen aufgrund des Betreuungsgesetzes	—	10.000	9.300	+700	9.911
532 20-4	052	Vergütungen und Auslagen nach der Insolvenzrechtlichen Vergütungsordnung	—	1.800	1.700	+100	1.755
547 10-4	052	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	30	30	—	—
681 10-2	052	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen **** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.*	—	15	15	—	4
681 11-0	052	Entschädigungen (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen	—	480	580	–100	366
681 12-9	052	Betreuung von Sexualdelinquenten und Gewalttätern im Rahmen der Bewährungshilfe **** Beträge, die erstattet werden, sind abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	3	3	—	3
811 10-3	052	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 11-1	052	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	—	—	—	18
812 10-0	052	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	12	620	–608	244
981 10-6	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	5.742	5.724	+18	5.737

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 532 12

Weniger in Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 532 15

Mehr in Anpassung an das Istergebnis 2005.

Zu 532 18

Mehr infolge Verlagerung der Ansätze für Beratungshilfe im außergerichtlichen Verbraucherinsolvenzverfahren von MS (05 20-532 10) nach MJ und in Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 532 20

Zahlungen aufgrund einer Stundung nach § 4a InsO.

Zu 681 11

Auslagenersatz im Strafverfahren und in gerichtlichen Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz (§§ 467 ff. StPO).

Weniger in Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 681 12

Bezeichnung des Förderprogramms: Übernahme von Kosten für die psychotherapeutische Einzelbehandlung von Probanden der Bewährungshilfe und Führungsaufsicht in Niedersachsen

Rechtliche Grundlage: Fördergrundsätze für die Übernahme von Kosten für die psychotherapeutische Einzelbehandlung von Probanden der Bewährungshilfe und Führungsaufsicht in Niedersachsen in der Fassung vom 09.01.2000 – 4263 – S3. 79 –

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	2	2	2	3	3	3	3	3	3
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss									

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [x]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1995

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Mit der Bereitstellung der Haushaltsmittel für die Übernahme der Behandlungskosten für psychotherapeutische Einzelbehandlungen von Probanden der Bewährungshilfe und Führungsaufsicht wird gewährleistet, dass insbesondere gerichtlich auferlegte Therapiemaßnahmen für die auf freiem Fuß befindlichen Sexual- und Gewaltstraftäter unabhängig von der häufig noch nicht geklärten Kostenfrage umgehend begonnen werden können. Der Schutz der Allgemeinheit gebietet, Therapiemöglichkeiten für diesen Personenkreis zu nutzen, um eine mögliche Rückfallgefahr zu vermindern.

Zielgruppe: Probanden der Bewährungshilfe und Führungsaufsicht

Durchschnittliche Förderhöhe: 1.750 EUR

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 812 10

	in 1000 EUR
Ersatzbeschaffungen:	
Gabelstapler	12

Zu 981 10

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1116 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 1116					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		44.254	44.200	+54	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		44.254	44.200	+54	
		4 Personalausgaben	—	54.384	54.748	–364	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	41.277	39.083	+2.194	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	498	598	–100	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	12	620	–608	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	5.742	5.724	+18	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	101.913	100.773	+1.140	
		Zuschuss		57.659	56.573	+1.086	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1117 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Celle

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		**** Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO für dieses Kapitel verbindlich.*					
		E I N N A H M E N					
112 01-2	052	Gerichtskosten, Geldstrafen, Geldbußen, Sicherheitsleistungen **** Die Rückzahlung der vereinnahmten Sicherheitsleistung erfolgt abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Einnahme.*		170.000	170.000	—	170.246
119 01-7	052	Vermischte Einnahmen		106	146	–40	106
119 02-5	052	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	0
119 04-1	052	Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen an Landesbedienstete *Vgl. K-Vermerk zu 546 04.*		—	—	—	208
119 10-6	052	Ersatzleistungen		39	100	–61	40
119 11-4	052	Einnahmen aus Intensivierung von Verfall und Einziehung		—	—	—	3
124 01-0	052	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		103	112	–9	103
132 01-3	052	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		14	14	—	33
132 11-0	052	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge *Vgl. K-Vermerk zu 811 11.*		—	—	—	22
235 01-7	052	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	11
235 10-6	052	Zuweisungen von Sozialhilfeträgern *Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*		—	—	—	—
281 10-8	052	Erstattung von Prozesskosten		—	—	—	0
		A U S G A B E N					
412 10-5	052	Entschädigung der ehrenamtlichen Richterinnen, Richter, Beisitzerinnen und Beisitzer	—	1.080	1.080	—	856
412 11-3	052	Entschädigung für ehrenamtliche Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer (einschl. Reisekosten)	—	20	20	—	7
422 01-1	052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	143.618	146.279	–2.661	99.304
422 06-2	052	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	10	10	—	5
422 19-4	052	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	1.628
425 01-0	052	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	41.309
425 04-5	052	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten **** Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist Satz 2 der Erläuterungen verbindlich.*	—	447	1.164	–717	1.390

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 1117

Allgemeine Erläuterungen
Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind für dieses Kapitel verbindlich.

Es sind vorhanden:
1 Oberlandesgericht, 6 Landgerichte und 41 Amtsgerichte.
Das Kapitel ist mit dem Haushaltsplan 2005 aus der Aufteilung des bisherigen Kapitels 11 04 (Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften) hervorgegangen.

Zu 112 01

1. Gerichtskosten
Hierzu gehören auch
- die vom Gericht im Verfahren der Prozesskostenhilfe festgesetzten Beträge;
- übergegangene Ansprüche nach § 1836e BGB;
- gestundete Kosten des Insolvenzverfahrens (§ 4b InsO).

2. Sicherheitsleistungen
Einnahmen aus Sicherheitsleistungen gem. §§ 127 a, 132 StPO.

Zu 119 10

Einnahmen u.a. aus Ersatzleistungen für von Bediensteten erlittene Dienstunfälle.
Weniger in Anpassung an das Istergebnis 2005.

Zu 119 11

Abschöpfung von Straftatgewinnen durch Einziehungs- und Verfallsentscheidungen in Fällen, in denen keine Rückgewinnungshilfe zu leisten ist.

Zu 412 11

Für die Betreuung eines/einer Probanden/Probandin erhalten die ehrenamtlichen Bewährungshelfer/-innen eine monatliche Entschädigung von 51,13 EUR. Daneben werden Reisekosten erstattet.
Es ist die Entschädigung für durchschnittlich 30 eingesetzte ehrenamtliche Bewährungshelfer/-innen veranschlagt.

Zu 422 01

Veranschlagt sind auch Mittel für 13 ständig nicht vollbeschäftigte Arbeiterinnen und Arbeiter im Reinigungsdienst, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt sowie Mittel für 8 stundenweise beschäftigte Arbeiterinnen und Arbeiter im Reinigungsdienst.

Zu 422 06

Mehrarbeitsvergütungen beim Vollzug von Jugendarrest an Wochenenden in Gerichten sowie für den Sitzungsdienst.

Zu 425 04

Mittel für 41 Auszubildende.
Die Mittel dürfen auch für die Ausbildung von Kräften für die Kapitel 11 08, 11 09, 11 10, 11 12, 11 13 und 11 20 verwendet werden.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1117 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Celle

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
425 06-1	052	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	2	2	—	1
426 01-7	052	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	2.826
426 06-8	052	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	14	3	+11	3
427 01-3	052	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte *Übertragbar.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 235 10.*	—	114	125	–11	96
427 02-1	052	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	7
427 10-2	052	Entschädigung der Lehrkräfte in den Gruppenarbeitsgemeinschaften für die praktische Studienzeit	—	9	9	—	9
427 11-0	052	Beschäftigungsentgelte für Rechts- und andere Praktikantinnen/Praktikanten **** Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist Satz 2 der Erläuterungen verbindlich.*	—	168	168	—	148
427 39-0	052	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	534	532	+2	533
453 01-4	052	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	255	630	–375	253
453 11-1	052	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	140	90	+50	135
459 10-1	052	Entschädigungen der Vollstreckungsbeamtinnen und Vollstreckungsbeamten (einschl. Reisekosten und sonstiger barer Auslagen)	—	14.000	14.000	—	13.570
511 01-4	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	15.027	15.530	–503	14.023
514 01-3	052	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	32	32	—	31
514 10-2	052	Betreuungskosten im Rahmen der Bewährungshilfe, der Führungsaufsicht und der Gerichtshilfe	—	9	9	—	7
517 01-2	052	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	4.930	4.600	+330	4.518
518 01-9	052	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume **** Ausgaben in Höhe von 394.000 EUR dürfen nur mit Einwilligung des MF geleistet werden.*	—	2.646	2.505	+141	1.813
518 02-7	052	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	400	400	—	322
519 01-5	052	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	160	160	—	530
519 10-4	052	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	42	35	+7	42
519 11-2	052	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	10	8	+2	9
526 01-1	052	Sachverständige	—	25	25	—	22
526 02-0	052	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	7	7	—	12

ERLÄUTERUNGEN

Zu 425 06

Für unabweisbar notwendige Mehrarbeit im Sitzungsdienst, beim Vollzug von Jugendarrest an Wochenenden in Gerichten u. ä.

Zu 426 06

Überstundenlöhne beim Vollzug von Jugendarrest an Wochenenden in Gerichten.

Zu 427 10

Gemäß § 15 NJAVO sind bei mehreren Land- und Amtsgerichten Gruppenarbeitsgemeinschaften für die praktische Studienzeit eingerichtet.
Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen richtet sich nach den aufgrund des Gem. RdErl. d. MF u. d. übr. Min. v. 20.1.2006 (Nds. MBl. S. 101) zu beachtenden Vorschriften.
Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 427 11

Für die Ausbildung von Jahrespraktikanten/-innen in der Bewährungshilfe.
Die Mittel dürfen auch für die Ausbildung von Kräften für das Kapitel 11 20 verwendet werden.

Zu 453 01

Weniger in Anpassung an das Istergebnis 2005.

Zu 453 11

Mehr in Anpassung an das Istergebnis 2005.

Zu 459 10

Es sind veranschlagt
1. die den Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern aufgrund der Verordnung zur Abgeltung der Bürokosten im Gerichtsvollzieherdienst vom 1. 12. 1998 (Nds. GVBl. S. 703) sowie der Vollstreckungsvergütungsverordnung vom 8. 7. 1976 (BGBl. I S. 1783) und
2. die den Vollziehungsbeamtinnen und Vollziehungsbeamten der Justiz aufgrund der AV vom 27.11.1990 (Nds. Rpfl. S. 300). 1783)

in der jeweils geltenden Fassung zu gewährenden Entschädigungen.
Die den Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern gewährte Entschädigung zur Abgeltung der Bürokosten wird in Höhe von 30 v. H. als Aufwandsentschädigung gezahlt. Die Zulagen von Vollziehungsbeamtinnen und Vollziehungsbeamten sind in voller Höhe Aufwandsentschädigung.

Zu 511 01

Veranschlagt sind u. a. Dienstkleidungszuschüsse für die Beamtinnen und Beamten des Justizwachtmeisterdienstes sowie für die nicht beamteten Angehörigen des Justizwachtmeisterdienstes (Justizhelferinnen und Justizhelfer).
Diese erhalten, soweit sie zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 184,08 EUR.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1. 2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
PKW	10	10	10

Zu 518 01

Verpflichtungsermächtigungen für die Miete von Dienstgebäuden für die Amtsgerichte Hannover, Rinteln, Springe, Sulingen, Syke, und Uelzen (Zentrales Mahngericht), die Landgerichte Bückeburg (üpl. in 2006) und Hannover sowie die Bewährungshilfe Hannover.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	1.121	88	—	1.209
2008	1.121	88	—	1.209
2009	1.097	88	—	1.185
2010	933	88	—	1.021
2011 ff.	3.573	1.826	—	5.399
Summe	7.845	2.178	—	10.023

Zu 518 02

Für die Anmietung von Ablichtungsgeräten sowie für Leasing von Dienstkraftfahrzeugen.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1117 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Celle

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
526 10-0	052	Zinsen hinterlegter Gelder und Auslagen in Hinterlegungssachen	—	144	144	—	114
527 01-8	052	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	320	448	–128	455
527 02-6	052	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	12	12	—	11
529 10-0	052	Zur Verfügung der Präsidentin/des Präsidenten des Oberlandesgerichts	—	—	—	—	1
532 11-9	052	Entschädigungen beigeordneter Anwältinnen und Anwälte	—	31.000	28.000	+3.000	29.846
532 12-7	052	Zeugenentschädigungen	—	2.800	3.300	–500	2.796
532 13-5	052	Sachverständigenentschädigungen	—	27.000	27.700	–700	25.932
532 14-3	052	Untersuchungs- und Unterbringungskosten	—	2.200	2.100	+100	2.122
532 15-1	052	Bekanntmachungskosten	—	4.300	4.300	—	4.424
532 16-0	052	Sonstige Verfahrensauslagen	—	270	250	+20	262
532 17-8	052	Reisekosten des Gerichts	—	130	110	+20	125
532 18-6	052	Kosten der Beratungshilfe	—	5.200	3.000	+2.200	3.828
532 19-4	052	Entschädigungen aufgrund des Betreuungsgesetzes	—	30.128	30.000	+128	30.330
532 20-8	052	Vergütungen und Auslagen nach der Insolvenzrechtlichen Vergütungsverordnung	—	4.200	3.400	+800	4.168
536 10-6	052	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	—	29	29	—	26
546 01-2	052	Vermischte Ausgaben	—	10	10	—	16
546 03-9	052	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	5	39	–34	22
546 04-7	052	Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 04.*	—	—	—	—	222
681 10-6	052	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen **** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.*	—	60	50	+10	56
681 11-4	052	Entschädigungen (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen	—	1.830	1.840	–10	1.424
681 12-2	052	Betreuung von Sexualdelinquenten und Gewalttätern im Rahmen der Bewährungshilfe **** Beträge, die erstattet werden, sind abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	28	28	—	14
811 01-8	052	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 11-5	052	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	—	—	—	22
812 10-3	052	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	297	168	+129	535

ERLÄUTERUNGEN

Zu 527 01

Weniger infolge Verlagerung der Reisekosten für Dienstreisen im IuK-Bereich nach 11 02 – 527 99.

Zu 532 11

Mehr in Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 532 12

Weniger in Anpassung an das Istergebnis 2005.

Zu 532 18

Mehr infolge Verlagerung der Ansätze für Beratungshilfe im außergerichtlichen Verbraucherinsolvenzverfahren von MS (05 20-532 10) nach MJ und in Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 532 20

Zahlungen aufgrund einer Stundung nach § 4a InsO.

Mehr in Anpassung an das Istergebnis 2005.

Zu 681 11

Auslagenersatz im Strafverfahren und in gerichtlichen Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz (§§ 467 ff. StPO).

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 681 12

Bezeichnung des Förderprogramms: Übernahme von Kosten für die psychotherapeutische Einzelbehandlung von Probanden der Bewährungshilfe und Führungsaufsicht in Niedersachsen

Rechtliche Grundlage: Fördergrundsätze für die Übernahme von Kosten für die psychotherapeutische Einzelbehandlung von Probanden der Bewährungshilfe und Führungsaufsicht in Niedersachsen in der Fassung vom 09.01.2000 – 4263 – S3. 79 –

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	11	9	13	14	28	28	28	28	28
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss									

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [x]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1995

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Mit der Bereitstellung der Haushaltsmittel für die Übernahme der Behandlungskosten für psychotherapeutische Einzelbehandlungen von Probanden der Bewährungshilfe und Führungsaufsicht wird gewährleistet, dass insbesondere gerichtlich auferlegte Therapiemaßnahmen für die auf freiem Fuß befindlichen Sexual- und Gewaltstraftäter unabhängig von der häufig noch nicht geklärten Kostenfrage umgehend begonnen werden können. Der Schutz der Allgemeinheit gebietet, Therapiemöglichkeiten für diesen Personenkreis zu nutzen, um eine mögliche Rückfallgefahr zu vermindern.

Zielgruppe: Probanden der Bewährungshilfe und Führungsaufsicht

Durchschnittliche Förderhöhe: 1.750 EUR

Zu 812 10

	in 1000 EUR
Ersatzbeschaffungen:	
div. Zeiterfassungsgeräte	31
Frankiermaschinen	11
Beleuchtungsanlagen	29
Ausstattungsgegenstände Bibliothek Amts- und Landgericht Stade	18
Ausstattungsgegenstände Kantine Landgericht Verden	15
Brandmeldeanlage Landgericht Verden	70
Zusammen	174
Ergänzungsbeschaffungen:	
Personensicherungsanlagen, Detektionsrahmen und Schutzwesten	64
Paternosterschränke Amtsgericht Hannover	40
Ausstattungsgegenstände für regionale Betreuungsteams (Projekt mit@justiz)	19
Zusammen	123

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1117 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Celle

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 11-1	052	Erwerb von landeseigenen Telekommunikationsanlagen	—	—	40	–40	149
812 12-0	052	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	—
981 10-0	990	Abführung an 1321 - 381 22 zur Refinanzierung des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen	—	400	400	—	400
981 11-8	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	12.196	12.009	+187	12.066
		Abschluss Kapitel 1117					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		170.262	170.372	–110	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		170.262	170.372	–110	
		4 Personalausgaben	—	160.411	164.112	–3.701	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	131.036	126.153	+4.883	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	1.918	1.918	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	297	208	+89	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	12.596	12.409	+187	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	306.258	304.800	+1.458	
		Zuschuss		135.996	134.428	+1.568	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 981 10

Abführung an 13 21 – 381 22 (ab 2003 bis 2013) zur Refinanzierung des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds für den Erwerb des Erbbaurechts am Grundstück des Amtsgerichts Walsrode.
Belastung der Haushaltsjahre (in 1000 EUR):

2007	400
2008	400
2009	400
2010	400
2011 bis 2013	839
Zusammen	2.439

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1118 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		**** Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO für dieses Kapitel verbindlich.*					
		E I N N A H M E N					
112 01-6	052	Gerichtskosten, Geldstrafen, Geldbußen, Sicherheitsleistungen **** Die Rückzahlung der vereinnahmten Sicherheitsleistung erfolgt abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Einnahme.*		90.000	94.000	–4.000	86.261
119 01-0	052	Vermischte Einnahmen		204	112	+92	204
119 02-9	052	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	—
119 10-0	052	Ersatzleistungen		57	57	—	59
119 11-8	052	Einnahmen aus Intensivierung von Verfall und Einziehung		—	—	—	—
124 01-4	052	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		59	62	–3	60
132 01-7	052	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		5	5	—	20
132 11-4	052	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge *Vgl. K-Vermerk zu 811 11.*		—	—	—	18
235 01-0	052	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	10
235 10-0	052	Zuweisungen von Sozialhilfeträgern *Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*		—	—	—	—
281 10-1	052	Erstattung von Prozesskosten		—	—	—	25
		A U S G A B E N					
412 10-9	052	Entschädigung der ehrenamtlichen Richterinnen, Richter, Beisitzerinnen und Beisitzer	—	770	770	—	657
412 11-7	052	Entschädigung für ehrenamtliche Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer (einschl. Reisekosten)	—	11	11	—	5
422 01-5	052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	79.988	79.911	+77	54.988
422 06-6	052	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	4	4	—	2
422 19-8	052	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	716
425 01-4	052	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	24.363
425 04-9	052	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten **** Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist Satz 2 der Erläuterungen verbindlich.*	—	371	1.023	–652	1.237
425 06-5	052	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1	1	—	—
426 01-0	052	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	767

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 1118

Allgemeine Erläuterungen
Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind für dieses Kapitel verbindlich.

Es sind vorhanden:
1 Oberlandesgericht, 3 Landgerichte und 23 Amtsgerichte.
Das Kapitel ist mit dem Haushaltsplan 2005 aus der Aufteilung des bisherigen Kapitels 11 04 (Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften) hervorgegangen.

Zu 112 01

1. Gerichtskosten
Hierzu gehören auch
- die vom Gericht im Verfahren der Prozesskostenhilfe festgesetzten Beträge;
- übergegangene Ansprüche nach § 1836e BGB;
- gestundete Kosten des Insolvenzverfahrens (§ 4b InsO).

2. Sicherheitsleistungen
Einnahmen aus Sicherheitsleistungen gem. §§ 127a, 132 StPO.

Zu 119 01

Mehr in Anpassung an das Istergebnis 2005.

Zu 119 10

Einnahmen u. a. aus Ersatzleistungen für von Bediensteten erlittene Dienstunfälle.

Zu 119 11

Abschöpfung von Straftatgewinnen durch Einziehungs- und Verfallsentscheidungen in Fällen, in denen keine Rückgewinnungshilfe zu leisten ist.

Zu 412 11

Für die Betreuung eines/einer Probanden/Probandin erhalten die ehrenamtlichen Bewährungshelfer/-innen eine monatliche Entschädigung von 51,13 EUR. Daneben werden Reisekosten erstattet.
Es ist die Entschädigung für durchschnittlich 15 eingesetzte ehrenamtliche Bewährungshelfer/-innen veranschlagt.

Zu 422 01

Veranschlagt sind auch Mittel für eine ständig nicht vollbeschäftigte Arbeiterin/einen ständig nicht vollbeschäftigten Arbeiter im Reinigungsdienst -, deren/dessen durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt sowie Mittel für 10 stundenweise beschäftigte Arbeiterinnen und Arbeiter im Reinigungsdienst.

Zu 422 06

Mehrarbeitsvergütungen beim Vollzug von Jugendarrest an Wochenenden in Gerichten sowie für den Sitzungsdienst.

Zu 425 04

Mittel für 34 Auszubildende.
Die Mittel dürfen auch für die Ausbildung von Kräften für die Kapitel 11 08, 11 09, 11 10, 11 12, 11 13 und 11 21 verwendet werden.

Zu 425 06

Für unabweisbar notwendige Mehrarbeit im Sitzungsdienst, beim Vollzug von Jugendarrest an Wochenenden in Gerichten u. ä.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1118 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
426 06-1	052	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	35	35	—	31
427 01-7	052	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte *Übertragbar.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 235 10.*	—	67	67	—	55
427 02-5	052	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	3
427 10-6	052	Entschädigung der Lehrkräfte in den Gruppenarbeitsgemeinschaften für die praktische Studienzeit	—	9	9	—	8
427 11-4	052	Beschäftigungsentgelte für Rechts- und andere Praktikantinnen/Praktikanten **** Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist Satz 2 der Erläuterungen verbindlich.*	—	79	63	+16	48
427 39-4	052	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	132	130	+2	131
453 01-8	052	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	175	218	–43	172
453 11-5	052	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	15	46	–31	13
459 10-5	052	Entschädigungen der Vollstreckungsbeamtinnen und Vollstreckungsbeamten (einschl. Reisekosten und sonstiger barer Auslagen)	—	8.000	8.700	–700	7.365
511 01-8	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	4.900	5.006	–106	4.904
514 01-7	052	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	28	28	—	19
514 10-6	052	Betreuungskosten im Rahmen der Bewährungshilfe, der Führungsaufsicht und der Gerichtshilfe	—	5	5	—	6
517 01-6	052	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	1.957	1.800	+157	1.729
518 01-2	052	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	1.277	1.145	+132	1.065
518 02-0	052	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	200	200	—	161
519 01-9	052	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	68	67	+1	156
519 10-8	052	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	13	10	+3	13
519 11-6	052	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	10	5	+5	11
526 01-5	052	Sachverständige	—	6	6	—	6
526 02-3	052	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	12	2	+10	12
526 10-4	052	Zinsen hinterlegter Gelder und Auslagen in Hinterlegungssachen	—	72	72	—	28
527 01-1	052	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	176	220	–44	202

ERLÄUTERUNGEN

Zu 426 06

Überstundenlöhne beim Vollzug von Jugendarrest an Wochenenden in Gerichten.

Zu 427 10

Gemäß § 15 NJAVO sind bei mehreren Land- und Amtsgerichten Gruppenarbeitsgemeinschaften für die praktische Studienzeit eingerichtet.
Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen richtet sich nach den aufgrund des Gem. RdErl. d. MF u. d. übr. Min. v. 20.1.2006 (Nds. MBl. S. 101) zu beachtenden Vorschriften.
Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 427 11

Für die Ausbildung von Jahrespraktikanten/-innen in der Bewährungshilfe.
Die Mittel dürfen auch für die Ausbildung von Kräften für das Kapitel 11 21 verwendet werden.

Zu 459 10

Veranschlagt sind die den Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern aufgrund
1. der Verordnung zur Abgeltung der Bürokosten im Gerichtsvollzieherdienst vom 1. 12. 1998 (Nds. GVBl. S. 703) sowie
2. der Vollstreckungsvergütungsverordnung vom 8. 7. 1976 (BGBl. I S. 1783)

in der jeweils geltenden Fassung zu gewährenden Entschädigungen.

Die zur Abgeltung der Bürokosten gewährte Entschädigung wird in Höhe von 30 v. H. als Aufwandsentschädigung gezahlt.

Zu 511 01

Veranschlagt sind u. a. Dienstkleidungszuschüsse für die Beamtinnen und Beamten des Justizwachtmeisterdienstes sowie für die nicht beamteten Angehörigen des Justizwachtmeisterdienstes (Justizhelferinnen und Justizhelfer).
Diese erhalten, soweit sie zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 184,08 EUR.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1. 2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
PKW	5	5	5

Zu 518 01

Mehr für eine Anmietung im Rahmen des Projekts „mit@justiz“ und infolge der Verlagerung von Mietmitteln von Kapitel 11 09 – 518 01 für die gemeinsame Unterbringung von Amts- und Arbeitsgericht in Oldenburg und Osnabrück.

Verpflichtungsermächtigungen für die Miete von Dienstgebäuden für die Amtsgerichte Delmenhorst und Nordhorn sowie die Justizbehörden Oldenburg (u.a. üpl. in 2006).

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	476	259	—	735
2008	476	259	—	735
2009	476	259	—	735
2010	460	259	—	719
2011 ff.	1.360	2.720	—	4.080
Summe	3.248	3.756	—	7.004

Zu 518 02

Für die Anmietung von Ablichtungsgeräten und Leasing von Dienstkraftfahrzeugen.

Zu 527 01

Weniger infolge Verlagerung der Reisekosten für Dienstreisen im IuK-Bereich nach 11 02 – 527 99.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1118 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
527 02-0	052	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	3	3	—	5
529 10-3	052	Zur Verfügung der Präsidentin/des Präsidenten des Oberlandesgerichts	—	—	—	—	2
532 11-2	052	Entschädigungen beigeordneter Anwältinnen und Anwälte	—	18.500	17.000	+1.500	17.844
532 12-0	052	Zeugenentschädigungen	—	2.100	2.500	–400	2.041
532 13-9	052	Sachverständigenentschädigungen	—	15.000	15.000	—	14.292
532 14-7	052	Untersuchungs- und Unterbringungskosten	—	1.500	740	+760	1.815
532 15-5	052	Bekanntmachungskosten	—	2.400	2.200	+200	2.408
532 16-3	052	Sonstige Verfahrensauslagen	—	80	135	–55	57
532 17-1	052	Reisekosten des Gerichts	—	60	68	–8	55
532 18-0	052	Kosten der Beratungshilfe	—	3.800	2.300	+1.500	2.718
532 19-8	052	Entschädigungen aufgrund des Betreuungsgesetzes	—	14.000	14.900	–900	13.932
532 20-1	052	Vergütungen und Auslagen nach der Insolvenzrechtlichen Vergütungsverordnung	—	2.800	2.000	+800	2.756
536 10-0	052	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	—	19	19	—	16
546 01-6	052	Vermischte Ausgaben	—	1	1	—	22
546 03-2	052	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	25	–25	7
681 10-0	052	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen **** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.*	—	25	25	—	31
681 11-8	052	Entschädigungen (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen	—	850	850	—	694
681 12-6	052	Betreuung von Sexualdelinquenten und Gewalttätern im Rahmen der Bewährungshilfe **** Beträge, die erstattet werden, sind abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	7	7	—	5
811 01-1	052	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 11-9	052	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	—	—	—	18
812 10-7	052	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	88	125	–37	302
812 11-5	052	Erwerb von landeseigenen Telekommunikationsanlagen	—	247	97	+150	—
812 12-3	052	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	—
981 11-1	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	5.016	5.015	+1	5.007

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 532 12

Weniger in Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 532 14

Mehr in Anpassung an das Istentwicklung.

Zu 532 16

Weniger in Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 532 18

Mehr infolge Verlagerung der Ansätze für Beratungshilfe im außergerichtlichen Verbraucherinsolvenzverfahren von MS (05 20-532 10) nach MJ und in Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 532 20

Zahlungen aufgrund einer Stundung nach § 4a InsO.

Mehr in Anpassung an das Istergebnis 2005.

Zu 681 11

Auslagenersatz im Strafverfahren und in gerichtlichen Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz (§§ 467 ff. StPO).

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 681 12

Bezeichnung des Förderprogramms: Übernahme von Kosten für die psychotherapeutische Einzelbehandlung von Probanden der Bewährungshilfe und Führungsaufsicht in Niedersachsen

Rechtliche Grundlage: Fördergrundsätze für die Übernahme von Kosten für die psychotherapeutische Einzelbehandlung von Probanden der Bewährungshilfe und Führungsaufsicht in Niedersachsen in der Fassung vom 09.01.2000 – 4263 – S3. 79 –

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	3	4	4	5	7	7	7	7	7
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss									

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [x]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1995

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Mit der Bereitstellung der Haushaltsmittel für die Übernahme der Behandlungskosten für psychotherapeutische Einzelbehandlungen von Probanden der Bewährungshilfe und Führungsaufsicht wird gewährleistet, dass insbesondere gerichtlich auferlegte Therapiemaßnahmen für die auf freiem Fuß befindlichen Sexual- und Gewaltstraftäter unabhängig von der häufig noch nicht geklärten Kostenfrage umgehend begonnen werden können. Der Schutz der Allgemeinheit gebietet, Therapiemöglichkeiten für diesen Personenkreis zu nutzen, um eine mögliche Rückfallgefahr zu vermindern.

Zielgruppe: Probanden der Bewährungshilfe und Führungsaufsicht

Durchschnittliche Förderhöhe: 1.750 EUR

Zu 812 10

	in 1000 EUR
Ersatzbeschaffungen:	
Digitales Frankiersystem	13
Ergänzungsbeschaffungen:	
Personensicherungsanlagen und Detektionsrahmen	36
Regalanlagen	25
Ausstattungsgegenstände für Service-Desk	14
Zusammen	75

Zu 812 11

	in 1000 EUR
Ersatz und Erweiterung von Fernsprechanlagen:	
Justizbehörden Oldenburg	247

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1118 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 1118					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		90.325	94.236	–3.911	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		90.325	94.236	–3.911	
		4 Personalausgaben	—	89.657	90.988	–1.331	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	68.987	65.457	+3.530	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	882	882	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	335	222	+113	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	5.016	5.015	+1	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	164.877	162.564	+2.313	
		Zuschuss		74.552	68.328	+6.224	

E R L Ä U T E R U N G E N

Allgemeine Vorbemerkungen zu Kapitel 11 19

Für das budgetierte Kapitel 11 19 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:

1. 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 11, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 526 11, 527 10, 532 10, 547 10 und 681 10 sind gegenseitig deckungsfähig.

2. 811 10 und 812 10 sind gegenseitig deckungsfähig.

3. 519 10, 811 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 11, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 526 11, 527 10, 532 10, 547 10 und 681 10.

4. 811 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 519 10.

5. 981 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 11, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 526 11, 527 10, 532 10, 547 10 und 681 10.

6. Mehreinnahmen bei 119 10 und Isteinnahmen bei 235 10 erhöhen die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 11, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 526 11, 527 10, 532 10, 547 10, 681 10, 811 10, 812 10 und 981 10.

7. Mindereinnahmen bei 119 10 vermindern die Ausgabe bei 422 10, 425 10, 426 10, 427 10, 459 11, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 526 11, 527 10, 532 10, 547 10, 681 10 und 981 10.

8. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung sichergestellt sind. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.

9. Unter der Voraussetzung, dass das Justizministerium - hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1119 Staatsanwaltschaften - Generalstaatsanwaltschaft Braunschweig - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
112 10-9	052	Gerichtskosten, Geldstrafen, Geldbußen, Sicherheitsleistungen **** Die Rückzahlung der vereinnahmten Sicherheitsleistung erfolgt abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Einnahme.*		11.250	11.000	+250	10.842
119 10-3	052	Sonstige Verwaltungseinnahmen		20	5	+15	5
132 11-8	052	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge *Vgl. K-Vermerk zu 811 11.*		—	—	—	—
235 10-3	052	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit und anderer Träger im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			325	–325	
		A U S G A B E N					
422 10-8	052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	14.224	14.010	+214	9.973
425 10-7	052	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.000
426 10-3	052	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	32
427 10-0	052	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	29	—	+29	—
459 11-7	052	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	34	—	+34	—
511 10-0	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	339	316	+23	291
514 10-0	052	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	—	12	12	—	7
517 10-9	052	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	240	240	—	200
518 10-5	052	Mieten und Pachten	—	220	—	+220	—
519 10-1	052	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	15	4	+11	4
526 11-6	052	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	8	—	+8	—
527 10-4	052	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen und Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	42	42	—	37
529 10-7	052	Zur Verfügung der Generalstaatsanwältin/ des Generalstaatsanwalts	—	—	—	—	1
532 10-8	052	Auslobungen und Belohnungen	—	1	1	—	—
532 12-4	052	Zeugenentschädigungen	—	130	130	—	118
532 13-2	052	Sachverständigenentschädigungen	—	620	620	—	716
532 14-0	052	Untersuchungs- und Unterbringungskosten	—	140	70	+70	136
532 16-7	052	Sonstige Verfahrensauslagen	—	55	55	—	51
532 17-5	052	Reisekosten des Gerichts	—	2	2	—	1

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 1119

Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)
Rechts- und Organisationsgrundlagen
Grundgesetz (Auftrag) und Gerichtsverfassungsgesetz (Beschreibung von Art und Umfang der Tätigkeiten), Bundes- und Landesgesetze
Verwaltungsaufbau und Budgetplan
Es sind vorhanden: 1 Generalstaatsanwaltschaft in Braunschweig und 2 Staatsanwaltschaften in Braunschweig und Göttingen
Zielsetzung
Die Staatsanwaltschaft ist ein gegenüber dem Gericht selbständiges, der rechtsprechenden Gewalt zugeordnetes Organ der Strafrechtspflege. Ihr obliegt die Strafverfolgung. Sie trägt die Verantwortung für die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit, aber auch die Gründlichkeit des Ermittlungsverfahrens sowie dessen schnelle Durchführung. Sie wirkt als Anklagebehörde am gerichtlichen Verfahren mit und betreibt die Strafvollstreckung.

Erläuterungen zum Produkthaushalt nach §17a LHO
Budgetierungsmodell

Dem Budgetierungsmodell liegt eine dreistufige Produkthierarchie zugrunde (Produkt, Produktgruppe, Produktbereich). Der Produktbereich stellt dabei die Veranschlagungsebene dar.

Dabei handelt es sich um:

- Strafverfahren und Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz
- Strafvollstreckung
- Sonstige Aufgaben der Staatsanwaltschaft in Rechtssachen
- Aufgaben der Generalstaatsanwaltschaft in Rechtssachen
- Verwaltung
- Kostensammler.

Für den Finanzierungsbeitrag der genannten Produktbereiche wird ein Durchschnittspreis je Stück ermittelt. Dabei liegen den Produkten, die den Produktbereichen zugeordnet sind - mit Ausnahme der Produktbereiche Verwaltung sowie Kostensammler – als Erhebungsgröße die Anzahl der Neuzugänge zugrunde.

Im Produktbereich Verwaltung werden als Erhebungsgrößen erfasst:
Anzahl Referendare, Anzahl Anwärter gehobener und mittlerer Dienst, Anzahl Azubis, Anzahl Personen, Neueingänge, Anzahl Vorgänge, Arbeitskraftanteile, Anzahl Fortbildungstage, Anzahl Personentage sowie Festgrößen bei Produkten mit schwer erfassbaren Mengengerüsten.

Im Produktbereich Kostensammler werden die Kosten für die Bereitstellung gemeinsam genutzter Einrichtungen sowie Dienstleistungen für mehrere Dienststellen ausgewiesen. Eine Erfassung der Leistungsmengen unterbleibt, weil sie mit einem unverhältnismäßigen Erfassungs- und Auswertungsaufwand verbunden ist.

Neben dem Bereichsbudget gibt es eine budgetfreie Zone für die der verwaltungsmäßigen Steuerung nicht unterliegenden Auslagen in Rechtssachen und für die damit korrespondierenden Einnahmen.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 1119

Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs

Produkte	Leistungs-menge -Stück- (Soll) 2007	Zielkosten -EUR- (Soll) 2007	Gesamtzielkosten -EUR- (Soll) 2007	Leistungs-menge -Stück- (Soll) 2006	Zielkosten -EUR- (Soll) 2006	Leistungsmenge -Stück- (Ist) 2005	Ist-Kosten -EUR- (Ist) 2005
Strafverfahren und Verfahren nach dem OWiG	158.765	85,33	13.547.757	158.765	86,45	154.939	13.489.448
Strafvollstre-ckung	22.480	204,69	4.601.444	22.480	204,82	22.194	4.477.185
Sonstige Aufga-ben der Staats-anwaltschaft in Rechtssachen	3.892	135,86	528.784	3.892	137,34	3.801	473.607
Aufgaben der Generalstaats-anwaltschaft in Rechtssachen	1.661	640,21	1.063.397	1.661	639,30	1.631	890.611
Verwaltung	1.921	484,46	930.660	1.985	473,27	1.912	847.487
Kostensammler	1	28.144,00	28.144	1	22.867,00	1	34.390
Gesamtsumme			20.700.186				

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag

	Gesamtzielkosten -EUR- (Soll) 2007	Eigenerlöse -EUR- (Soll) 2007	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt -EUR- (Soll) 2007
Strafverfahren und Verfahren nach dem OwiG	13.547.757	6.408	13.541.349
Strafvollstreckung	4.601.444	81	4.601.363
Sonstige Aufgaben der Staatsan-waltschaft in Rechtssachen	528.784	0	528.784
Aufgaben der Generalstaatsan-waltschaft in Rechtssachen	1.063.397	0	1.063.397
Verwaltung	930.660	2.000	928.660
Kostensammler	28.144	21.511	6.633
davon Amtshilfe			
davon landesweite Projektarbeit			
davon Bewirtschaftung von Transfermitteln			
Sonstige Eigenerlöse			
Produktsumme	20.700.186	30.000	20.670.186
Haushaltsausgleich	0	0	0
Gesamtsumme	20.700.186	30.000	20.670.186

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 1119

Überleitungsrechnung			Einnahmen (0-3)				Ausgaben (4-9)						
Bereichshaushalt (Produkte)		Tsd. EUR	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	HH-Abgl.
+	Verwaltungserträge	0											0
+	Erträge aus Erstattungen	3		3									0
+/-	Bestandsveränderungen	0											0
+	sonstige betriebliche Erträge	27		17									-10
=	Erträge	+30											0
-	Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	14.955					14.224						731
-	Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	3.861											3.861
-	sonstige Personalaufwendungen	144					63						81
=	Personalaufwendungen	-18.960											
-	Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	104						122					-18
-	Aufwendungen Kommunikation und Reisen	185						185					0
-	Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	1.269						437				832	0
-	Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	76						76					0
-	Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	12						2	10				0
-	Abschreibungen	94											94
=	Sachaufwendungen	-1.740											
=	Aufwendungen	-20.700											
=	Ergebnis nach eigenen Erträgen	-20.670											
+	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	20.670											20.670
=	Ergebnis nach Landeszuschuss	0											
+	Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen	0											0
-	Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	0											0
=	Finanzergebnis	0											
+	außerordentliche Erträge	0											0
-	außerordentliche Aufwendungen	0											0
+/-	Haushaltsausgleich	0											0
=	außerordentliches Ergebnis	0											
=	neutrales Ergebnis	0											
=	Gesamtergebnis	0											
-	Investitionen der Hauptgruppe 5	56						56					0
-	Investitionen der Hauptgruppe 8	0											0
=	Einnahmen und Ausgaben des Budgets		0	20	0	0	14.287	878	10	0	0	832	
+/-	Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets		0	11.250	0	0	0	947	35	0	0	0	
=	Kapitelsumme		0	11.270	0	0	14.287	1.825	45	0	0	832	

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 1119
Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln

Zu HGr. 4

Beschäftigungsvolumen (in VZE):

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
354,10	355,35	346,68

Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen

Kennzahlen	Plan 2007	Plan 2006	Ist 2005
Generalstaatsanwaltschaft Braunschweig			
Mitwirkung am gerichtlichen Verfahren			
- Eingänge	540	540	537
- Erledigungen	490	490	480
Weitere Rechtssachen			
- Eingänge	1.100	1.100	1.094
- Erledigungen	1.050	1.050	1.118
Staatsanwaltschaften Braunschweig und Göttingen			
Allgemeine Strafverfahren gegen Erwachsene			
- Eingänge	65.140	65.140	63.542
- Erledigungen	60.230	60.230	58.630
Sonderverfahren gegen Erwachsene			
- Eingänge	6.201	6.201	6.094
- Erledigungen	5.950	5.950	5.840
Allgemeine Strafverfahren gegen Jugendliche, Heranwachsende und Straf-unmündige			
- Eingänge	19.477	19.477	19.251
- Erledigungen	18.570	18.570	18.571
Sonderverfahren gegen Jugendliche, Heranwachsende und Strafunmündige			
- Eingänge	2.341	2.341	2.186
- Erledigungen	2.365	2.365	2.210
Vollstreckung von Freiheitsstrafen	2.480	2.480	2.415
Vollstreckung von freiheitsentziehenden Maßnahmen der Besserung und Sicherung	53	53	46

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 1119

Kennzahlen	Plan 2007	Plan 2006	Ist 2005
Vollstreckung von Geld- und Ersatzfreiheitsstrafen sowie Tilgung durch gemeinnützige Arbeit	12.160	12.160	11.930
Vollstreckung nach dem Owi-Gesetz einschl. Erzwingungshaftsachen	4.370	4.370	4.307
Sonstige Aufgaben der Staatsanwaltschaft in Rechtssachen	3.892	3.892	3.801

Im Verwaltungsbereich sind im Jahr 2005 insgesamt 85.430 mithin pro Monat durchschnittlich 7.120 Strafsachen gegen bekannte Täter neu eingegangen. Die durchschnittliche Erledigungsdauer für Strafverfahren belief sich auf 1,3 Monate, in Fällen der Anklageerhebung auf 1,6 Monate. Aus dem Jahr 2004 wurde ein Bestand von 7.762 unerledigten Strafsachen übernommen. Im Jahr 2005 wurden 85.037 Strafverfahren erledigt, so dass zum Jahresende ein Bestand von 8.185 vorhanden war.

Der Anfangsbestand ist also um ca. 400 Verfahren angewachsen. Im Jahr 2004 betrug der Anfangsbestand 7.676. Der regelmäßig am Jahresbeginn vorhandene Bestand entspricht statistisch gesichert den Eingangszahlen eines Monats.

Es ist davon auszugehen, dass die Eingangs- und Erledigungszahlen in den Jahren 2006 und 2007 sich nur leicht gegenüber den Zahlen von 2005 verändern werden. Es wird dabei eine ansteigende Tendenz erwartet, weil die Strafverfolgungsbehörden im Zuständigkeitsbereich der Generalstaatsanwaltschaft Braunschweig im Jahr 2006 die Bekämpfung der Jugendkriminalität und der Korruption intensivieren werden.

Soweit die Eingänge die Erledigungen deutlich übersteigen, ist dies darauf zurückzuführen, dass bei den Erledigungszahlen nur die Eingänge des jeweils laufenden Jahres berücksichtigt wurden. Verfahren, die nicht im Jahr des Eingangs, sondern im Folgejahr erledigt werden, sind unberücksichtigt geblieben.

Für die Generalstaatsanwaltschaft selbst ist festzustellen, dass alle Neueingänge eines jeden Jahres regelmäßig am Jahresende abgearbeitet sind. Auch hier wird ein durchschnittlicher Monatseingang von 150 Verfahren als Bestand in ein neues Jahr übernommen. Die Neueingänge werden durchschnittlich innerhalb von 4 Wochen erledigt.

Die Zielkosten des Haushaltsjahres 2006 wurden errechnet aufgrund noch nicht ganz fein abgestimmter Planung mit den durchschnittlichen Werten des ersten KLR-Haushaltsjahres 2005. Diese Planung wird bei der nächsten Projektgruppensitzung noch angepasst werden. Bei einem Gesamtvolumen von 20.660.092 Euro ergibt sich in der Planung eine geringe Abweichung von 241.000 Euro.

Zu 112 10

Hierzu gehören auch die Einnahmen aus Sicherheitsleistungen gem. §§ 127a, 132 StPO.

Zu 511 10

Veranschlagt sind u. a. Dienstkleidungszuschüsse für die Beamtinnen und Beamten des Justizwachtmeisterdienstes sowie für die nicht beamteten Angehörigen des Justizwachtmeisterdienstes (Justizhelferinnen und Justizhelfer).
Diese erhalten, soweit sie zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 184,08 EUR.

Zu 532 14

Mehr in Anpassung an das Istergebnis 2005.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1119 Staatsanwaltschaften - Generalstaatsanwaltschaft Braunschweig - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
547 10-5	052	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1	—	+1	—
681 10-3	052	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen **** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.*	—	10	10	—	8
681 11-1	052	Entschädigungen (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen	—	35	35	—	22
811 10-4	052	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 11-2	052	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	—	—	—	—
812 10-0	052	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
981 10-7	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	832	832	—	831
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		319	–319	
		Abschluss Kapitel 1119					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		11.270	11.330	–60	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		11.270	11.330	–60	
		4 Personalausgaben	—	14.287	14.089	+198	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	1.825	1.732	+93	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	45	45	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	832	832	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	16.989	16.698	+291	
		Zuschuss		5.719	5.368	+351	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 681 11

Entschädigungen für zu Unrecht erlittene Strafverfolgung.

Zu 981 10

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1120 Staatsanwaltschaften - Generalstaatsanwaltschaft Celle

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		**** Die allgemeinen Erläuterungen in Abschn. C des Vorworts sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO für dieses Kapitel verbindlich.*					
		E I N N A H M E N					
112 01-0	052	Gerichtskosten, Geldstrafen, Geldbußen, Sicherheitsleistungen **** Die Rückzahlung der vereinnahmten Sicherheitsleistung erfolgt abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Einnahme.*		29.000	28.000	+1.000	29.955
119 01-4	052	Vermischte Einnahmen		70	47	+23	70
119 02-2	052	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	—
119 10-3	052	Ersatzleistungen		10	12	–2	10
119 11-1	052	Einnahmen aus Intensivierung von Verfall und Einziehung		2.405	3.300	–895	2.265
124 01-8	052	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		—	—	—	—
132 01-0	052	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1	1	—	7
132 11-8	052	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge *Vgl. K-Vermerk zu 811 11.*		—	—	—	18
235 01-4	052	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	13
235 10-3	052	Zuweisungen von Sozialhilfeträgern *Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*		—	—	—	—
281 10-5	052	Erstattung von Prozesskosten		12	16	–4	13
		A U S G A B E N					
422 01-9	052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	37.682	36.868	+814	25.941
422 06-0	052	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	8	3	+5	—
422 19-1	052	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	348
425 01-8	052	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	11.222
425 06-9	052	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	4	—	+4	—
426 01-4	052	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	311
426 06-5	052	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	1	—	1
427 01-0	052	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte *Übertragbar.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 235 10.*	—	32	32	—	—
427 02-9	052	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	32

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 1120

Allgemeine Erläuterungen
Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind für dieses Kapitel verbindlich.

Es sind vorhanden:
1 Generalstaatsanwaltschaft und 6 Staatsanwaltschaften.
Das Kapitel ist mit dem Haushaltsplan 2005 aus der Aufteilung des bisherigen Kapitels 11 04 (Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften) hervorgegangen.

Zu 112 01

Hierzu gehören auch die Einnahmen aus Sicherheitsleistungen gem. §§ 127a, 132 StPO.

Zu 119 10

Einnahmen u. a. aus Ersatzleistungen für von Bediensteten erlittene Dienstunfälle.

Zu 119 11

Abschöpfung von Straftatgewinnen durch Einziehungs- und Verfallsentscheidungen in Fällen, in denen keine Rückgewinnungshilfe zu leisten ist.
Weniger in Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 422 06

Für unabweisbar notwendige Mehrarbeit in der IuK-Stelle der Generalstaatsanwaltschaft.

Zu 425 06

Für unabweisbar notwendige Überstunden in der IuK-Stelle der Generalstaatsanwaltschaft.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1120 Staatsanwaltschaften - Generalstaatsanwaltschaft Celle

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
427 39-8	052	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	53	137	–84	52
453 01-1	052	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	15	80	–65	14
453 11-9	052	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	1	8	–7	—
511 01-1	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	669	665	+4	674
514 01-0	052	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	23	23	—	25
517 01-0	052	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	210	250	–40	245
518 01-6	052	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	685	770	–85	700
518 02-4	052	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	142	142	—	125
519 01-2	052	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	15	16	–1	30
519 10-1	052	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1	1	—	0
519 11-0	052	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	1	1	—	2
526 01-9	052	Sachverständige	—	13	13	—	11
526 02-7	052	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	15	7	+8	11
527 01-5	052	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	123	185	–62	187
527 02-3	052	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	3	3	—	3
529 10-7	052	Zur Verfügung der Generalstaatsanwältin/ des Generalstaatsanwalts	—	—	—	—	1
532 10-8	052	Auslobungen und Belohnungen	—	1	1	—	—
532 12-4	052	Zeugenentschädigungen	—	470	550	–80	461
532 13-2	052	Sachverständigenentschädigungen	—	2.300	2.500	–200	2.168
532 14-0	052	Untersuchungs- und Unterbringungskosten	—	400	550	–150	371
532 16-7	052	Sonstige Verfahrensauslagen	—	300	300	—	252
532 17-5	052	Reisekosten des Gerichts	—	20	20	—	15
536 10-3	052	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	—	1	1	—	1
546 01-0	052	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	2
546 03-6	052	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	10	10	—	16
681 10-3	052	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen **** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.*	—	20	15	+5	16

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 427 39

Weniger in Anpassung an das Istergebnis 2005.

Zu 453 01

Weniger in Anpassung an das Istergebnis 2005.

Zu 511 01

Veranschlagt sind u. a. Dienstkleidungszuschüsse für die Beamtinnen und Beamten des Justizwachtmeisterdienstes sowie für die nicht beamteten Angehörigen des Justizwachtmeisterdienstes (Justizhelferinnen und Justizhelfer).
Diese erhalten, soweit sie zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 184,08 EUR.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1. 2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
PKW	8	8	8

Zu 517 01

Weniger infolge Verlagerung nach 13 21-517 61 für die Bewirtschaftung des Behördenzentrums Celle II.

Zu 518 01

Weniger infolge Verlagerung von Mietmitteln für die Neuanmietung der Justizbehörden Bückeburg nach 11 17 – 518 01.

Verpflichtungsermächtigung für die Miete eines Dienstgebäudes für die Staatsanwaltschaft Hannover.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	521	—	—	521
2008	521	—	—	521
2009	521	—	—	521
2010	521	—	—	521
2011 ff.	5.731	—	—	5.731
Summe	7.815	—	—	7.815

Zu 518 02

Für die Anmietung von Ablichtungsgeräten und Leasing von Dienstkraftfahrzeugen.

Zu 527 01

Weniger infolge Verlagerung der Reisekosten für Dienstreisen im IuK-Bereich nach 11 02 – 527 99.

Zu 532 12

Weniger in Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 532 14

Weniger in Anpassung an das Istergebnis 2005.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1120 Staatsanwaltschaften - Generalstaatsanwaltschaft Celle

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
681 11-1	052	Entschädigungen (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen	—	105	110	–5	76
686 10-5	059	Zuwendungen für die Fortbildung von Schiedspersonen	—	3	3	—	3
811 01-5	052	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 11-2	052	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	—	—	—	18
812 10-0	052	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	47	—	+47	143
812 11-9	052	Erwerb von landeseigenen Telekommunikationsanlagen	—	—	—	—	—
812 12-7	052	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	—
981 11-5	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	1.491	1.713	–222	1.431
		Abschluss Kapitel 1120					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		31.486	31.360	+126	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		12	16	–4	
		Summe der Einnahmen		31.498	31.376	+122	
		4 Personalausgaben	—	37.796	37.129	+667	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	5.402	6.008	–606	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	128	128	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	47	—	+47	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.491	1.713	–222	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	44.864	44.978	–114	
		Zuschuss		13.366	13.602	–236	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 681 11
Entschädigungen für zu Unrecht erlittene Strafverfolgung.

Zu 686 10
Bezeichnung des Förderprogramms: Zuwendungen für die Fortbildung von Schiedspersonen des Landes Niedersachsen

Rechtliche Grundlage:

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss									

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1960
Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Aus- und Fortbildung der Schiedspersonen des Landes Niedersachsen.
Es besteht ein besonderes Interesse des Landes, dass die Schiedspersonen die ihnen obliegende Tätigkeit im Schlichtungsverfahren ordnungsgemäß ausführen.

Zielgruppe: Schiedspersonen des Landes Niedersachsen

Durchschnittliche Förderhöhe: 3.000 EUR

Zu 812 10

	in 1000 EUR
Ersatzbeschaffungen:	
Ausstattungsgegenstände für die Staatsanwaltschaft Lüneburg	47

Zu 981 11
Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1121 Staatsanwaltschaften - Generalstaatsanwaltschaft Oldenburg

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		**** Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO für dieses Kapitel verbindlich.*					
		E I N N A H M E N					
112 01-3	052	Gerichtskosten, Geldstrafen, Geldbußen, Sicherheitsleistungen **** Die Rückzahlung der vereinnahmten Sicherheitsleistung erfolgt abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Einnahme.*		18.000	15.000	+3.000	21.374
119 01-8	052	Vermischte Einnahmen		35	35	—	37
119 02-6	052	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	—
119 10-7	052	Ersatzleistungen		17	6	+11	17
119 11-5	052	Einnahmen aus Intensivierung von Verfall und Einziehung		1.650	1.400	+250	1.221
124 01-1	052	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		—	—	—	—
132 01-4	052	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1	1	—	5
132 11-1	052	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge *Vgl. K-Vermerk zu 811 11.*		—	—	—	18
235 01-8	052	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	3
235 10-7	052	Zuweisungen von Sozialhilfeträgern *Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*		—	—	—	—
281 10-9	052	Erstattung von Prozesskosten		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-2	052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	19.441	18.574	+867	13.236
422 06-3	052	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	1	1	—	—
422 19-5	052	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	103
425 01-1	052	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	5.216
425 06-2	052	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-8	052	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	105
426 06-9	052	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-4	052	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte *Übertragbar.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 235 10.*	—	16	16	—	—
427 02-2	052	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	2

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 1121

Allgemeine Erläuterungen
Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind für dieses Kapitel verbindlich.

Es sind vorhanden:
1 Generalstaatsanwaltschaft und 3 Staatsanwaltschaften.
Das Kapitel ist mit dem Haushaltsplan 2005 aus der Aufteilung des bisherigen Kapitels 11 04 (Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften) hervorgegangen.

Zu 112 01

Hierzu gehören auch die Einnahmen aus Sicherheitsleistungen gem. §§ 127a, 132 StPO.
Mehr in Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 119 10

Einnahmen u. a. aus Ersatzleistungen für von Bediensteten erlittene Dienstunfälle.

Zu 119 11

Abschöpfung von Straftatgewinnen durch Einziehungs- und Verfallsentscheidungen in Fällen, in denen keine Rückgewinnungshilfe zu leisten ist.
Mehreinnahmen durch Intensivierung der Korruptionsbekämpfung.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1121 Staatsanwaltschaften - Generalstaatsanwaltschaft Oldenburg

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
427 39-1	052	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	12	26	–14	12
453 01-5	052	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	10	38	–28	7
453 11-2	052	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	1	4	–3	—
511 01-5	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	657	634	+23	633
514 01-4	052	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	17	17	—	15
517 01-3	052	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	248	248	—	197
518 01-0	052	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	— 1.080	378	378	—	78
518 02-8	052	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	79	79	—	63
519 01-6	052	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	12	12	—	31
519 10-5	052	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1	1	—	—
519 11-3	052	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	1	1	—	—
526 01-2	052	Sachverständige	—	2	2	—	0
526 02-0	052	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	10	10	—	1
527 01-9	052	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	95	96	–1	104
527 02-7	052	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	1	1	—	0
529 10-0	052	Zur Verfügung der Generalstaatsanwältin/ des Generalstaatsanwalts	—	—	—	—	1
532 10-1	052	Auslobungen und Belohnungen	—	1	1	—	—
532 12-8	052	Zeugenentschädigungen	—	355	350	+5	351
532 13-6	052	Sachverständigenentschädigungen	—	1.950	1.780	+170	1.894
532 14-4	052	Untersuchungs- und Unterbringungskosten	—	100	40	+60	99
532 16-0	052	Sonstige Verfahrensauslagen	—	300	290	+10	298
532 17-9	052	Reisekosten des Gerichts	—	10	10	—	10
536 10-7	052	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	—	1	1	—	0
546 01-3	052	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	0
546 03-0	052	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	5	5	—	12
681 10-7	052	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen **** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.*	—	15	15	—	4

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 511 01

Veranschlagt sind u. a. Dienstkleidungszuschüsse für die Beamtinnen und Beamten des Justizwachtmeisterdienstes sowie für die nicht beamteten Angehörigen des Justizwachtmeisterdienstes (Justizhelferinnen und Justizhelfer).
Diese erhalten, soweit sie zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 184,08 EUR.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	4	4	4

Zu 518 01

Verpflichtungsermächtigungen für die Miete von Dienstgebäuden für die Staatsanwaltschaften Oldenburg und Osnabrück.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	235	120	—	355
2008	235	120	—	355
2009	235	120	—	355
2010	235	120	—	355
2011 ff.	1.092	600	—	1.692
Summe	2.032	1.080	—	3.112

Zu 518 02

Für die Anmietung von Ablichtungsgeräten und Leasing von Dienstkraftfahrzeugen.

Zu 532 14

Mehr in Anpassung an das Istergebnis 2005.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1121 Staatsanwaltschaften - Generalstaatsanwaltschaft Oldenburg

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
681 11-5	052	Entschädigungen (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen	—	85	85	—	58
811 01-9	052	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 11-6	052	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	—	—	—	18
812 10-4	052	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	85	20	+65	97
812 11-2	052	Erwerb von landeseigenen Telekommunikationsanlagen	—	—	—	—	42
812 12-0	052	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	—
981 11-9	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	862	862	—	861
		Abschluss Kapitel 1121					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		19.703	16.442	+3.261	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		19.703	16.442	+3.261	
		4 Personalausgaben	—	19.481	18.659	+822	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	— 1.080	4.223	3.956	+267	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	100	100	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	85	20	+65	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	862	862	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 1.080	24.751	23.597	+1.154	
		Zuschuss		5.048	7.155	–2.107	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 681 11

Entschädigungen für zu Unrecht erlittene Strafverfolgung.

Zu 812 10

	in 1000 EUR
Ersatzbeschaffungen:	
Ausstattungsgegenstände für die Wachtmeisterei der Staatsanwaltschaft Aurich	7
Kuvertiermaschine Staatsanwaltschaft Osnabrück	15
Zeiterfassungssystem Staatsanwaltschaft Osnabrück	5
Zusammen	27
Ergänzungsbeschaffungen:	
Regalanlagen Staatsanwaltschaft Osnabrück	30
Ausstattungsgegenstände und Regalanlagen Staatsanwaltschaft Oldenburg	28
Zusammen	58

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 11					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		392.015	388.335	+3.680	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1.398	1.498	–100	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		393.413	389.833	+3.580	
		4 Personalausgaben	615 —	610.412	614.032	–3.620	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	— 1.080	327.625	315.500	+12.125	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.543 1.600	17.652	17.518	+134	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	— 390	12.333	12.189	+144	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	41.308	41.742	–434	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	2.158 3.070	1.009.330	1.000.981	+8.349	
		Zuschuss		615.917	611.148	+4.769	

Anlage
zu 11 05 - 121 10

Wirtschaftsplan

des Landesbetriebes

„Justizvollzugsarbeitsverwaltung des Landes Niedersachsen“

für das Geschäftsjahr 2007

Erfolgsplan			
Aufwand	**Erfolgsplan Planjahr 2007 (in Euro)**	**Erfolgsplan Vorplanjahr 2006 (in Euro)**	**Ist-Ergebnis Vorvorjahr 2004 (in Euro)**
1. Einsatzstoffe	5.140.800,00	4.590.000,00	3.668.718,25
2. Kalkulierte Arbeitslöhne	19.465.000,00	14.950.000,00	11.469.510,38
3. Gemeinkosten:			
a) kalkulatorische Personalkosten	2.418.000,00	1.950.000,00	1.700.916,01
b) kalkulatorische Abschreibungen	1.480.000,00	1.427.400,00	781.954,29
c) sonstige kalkulatorische Kosten	295.000,00	285.000,00	173.086,10
d) sonstige Gemeinkosten	1.950.000,00	1.900.000,00	1.528.340,24
4. Sonderkosten			
a) Löhne usw.	280.000,00	280.000,00	338.645,61
b) Tagegelder usw.	5.000,00	1.000,00	5.810,14
c) sonstige Sonderkosten (Ausgangsfrachten pp.)	250.000,00	220.000,00	198.657,04
5. Verwaltungskosten:			
a) zu bezahlende Personalkosten	0,00	0,00	0,00
b) kalkulatorische Personalkosten	845.000,00	845.000,00	757.264,26
c) sächliche Verwaltungskosten	10.000,00	4.500,00	9.049,56
6. Bestandsveränderungen	2.000.000,00	1.950.000,00	2.078.710,47
7. Bilanzmäßige Abschreibungen	1.480.000,00	1.427.400,00	893.708,95
8. Sonst. (betriebsfremder usw.) Aufwand	250.000,00	190.000,00	367.650,59
9. Aus dem Ertrag zu deckender Aufwand:			
Aufwand der Zentralen Arbeitsverwaltung			
10. Rückstellungen	0,00	0,00	0,00
11. Rücklagen			
a) für Investitionen des Finanzplanes	850.000,00	322.600,00	880.600,00
b) zur Verstärkung der flüssigen Mittel	0,00	0,00	0,00
12. An den Haushalt abzuführen			
a) anteilige Personal- u. Sachkosten (Titel 121 10)	9.251.353,00	5.655.000,00	5.362.809,70
b) Reingewinn (Titel 121 10)	0,00	600.000,00	954.947,22
c) Kapitalrückzahlung (Grundstock) (1302 134 10)	213.718,00	715.000,00	0,00
d) Dividende an JVA (Titel 129 10)	200.000,00	200.000,00	0,00
Gesamtaufwand:	**46.383.871,00**	**37.512.900,00**	**31.170.378,81**

Erfolgsplan			
Ertrag	**Erfolgsplan Planjahr 2007 (in Euro)**	**Erfolgsplan Vorplanjahr 2006 (in Euro)**	**Ist-Ergebnis Vorvorjahr 2004 (in Euro)**
1. Umsätze	27.990.800,00	22.985.500,00	18.990.126,82
abzüglich Erlösschmälerungen	0,00	0,00	6.370,33
Netto-Erlöse	27.990.800,00	22.985.500,00	18.983.756,49
2. Innerbetriebliche Leistungen			
a) auf Vorrat gefertigte Erzeugnisse	2.500.000,00	2.300.000,00	2.119.917,56
b) sonstige innerbetriebliche Leistungen	350.000,00	350.000,00	369.972,85
3. Sonstige Erträge:			
a) allgemeiner Art (betriebsfremd u.s.w.)	840.000,00	720.000,00	738.074,77
b) zu den kalkulierten Arbeitslöhnen	9.665.071,00	6.650.000,00	5.701.455,31
c) kalkulatorischer Art	5.038.000,00	4.507.400,00	3.259.936,71
4. Verlust:			
a) in das nächste Geschäftsjahr vorzutragen	0,00	0,00	0,00
b) aus dem Eigenkapital zu decken	0,00	0,00	0,00
c) durch Zuschuss aus dem Haushalt zu decken	0,00	0,00	0,00
Gesamtertrag:	**46.383.871,00**	**37.512.900,00**	**31.173.113,69**

Finanzplan			
I. Finanzbedarf (Liquiditätsbedarf)	**Erfolgsplan Planjahr 2007 (in Euro)**	**Erfolgsplan Vorplanjahr 2006 (in Euro)**	**Ist-Ergebnis Vorvorjahr 2004 (in Euro)**
1. Investitionen gemäß VV-HNds (ZR-GPl)			
a) Bebaute Grundstücke	0,00	0,00	0,00
b) Unbebaute Grundstücke	0,00	0,00	0,00
c) Gebäude	0,00	0,00	0,00
d) Maschinen und Anlagen	0,00	0,00	0,00
e) Fahrzeuge	0,00	0,00	0,00
f) Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00	0,00	0,00
2. Investitionen aus dem Geschäftsbetrieb			
a) Gebäude	871.700,00	322.600,00	454.642,88
b) Maschinen u. Anlagen/Betriebs- u. Geschäftsausstattun	1.329.300,00	1.187.700,00	672.848,16
c) Fahrzeuge	75.000,00	185.700,00	31.938,50
d) Unvorhergesehenes	54.000,00	54.000,00	Siehe 2. a) bis c)!
3. Sonstiger Finanzbedarf			
a) Ablieferungen an den Haushalt	9.251.353,00	6.255.000,00	6.317.756,92
b) Geldabfluss ohne Gewinnminderung	213.717,80	715.000,00	0,00
c) Bildung von Rücklagen	0,00	0,00	0,00
4. Genehmigte Investitionen			
a) durch Investitionsvorhaben aus Vorjahren	875.000,00	987.000,00	1.736.889,81
Gesamtbetrag:	**12.670.070,80**	**9.707.000,00**	**9.214.076,27**

II. Deckungsmittel	**Erfolgsplan Planjahr 2007 (in Euro)**	**Erfolgsplan Vorplanjahr 2006 (in Euro)**	**Ist-Ergebnis Vorvorjahr 2004 (in Euro)**
1. Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	0,00	600.000,00	954.947,22
2. Anteilige Personal- und Sachkosten	9.251.353,00	5.655.000,00	5.362.809,70
Anteile für Grundstockrückführung	213.717,80	715.000,00	0,00
3. Abschreibungen			
a) Abschreibungsreserven der Vorjahre	713.700,00	687.000,00	635.934,64
b) ungenutzte geplante Abschreibungen	0,00	0,00	0,00
4. Erlöse aus den Verkäufen von Anlagegegenständen	0,00	0,00	0,00
5. Rücklagen			
a) aus den Vorjahren	161.300,00	300.000,00	1.100.955,17
b) aus dem Gewinn des Planjahres	850.000,00	322.600,00	880.600,00
6. Kapitalerhöhungen (siehe Finanzbedarf Punkt 1)	0,00	0,00	0,00
a) Zuführung aus dem Landeshaushalt	0,00	0,00	0,00
7. Negativer Überleitungsbetrag	-383.768,33	1.330.606,49	-1.047.791,10
Gesamtbetrag:	**10.806.302,47**	**9.610.206,49**	**7.887.455,63**

III. Deckungsmittelüberschuss/Deckungsmittelfehlbetrag	**-1.863.768,33**	**-96.793,51**	**-1.326.620,64**

Überleitungsrechnung

I. Erhöhung der Zuführung/ Minderung der Abführung	Erfolgsplan Planjahr 2007 (in Euro)	Erfolgsplan Vorplanjahr 2006 (in Euro)	Ist-Ergebnis Vorvorjahr 2004 (in Euro)
1. Bestandsveränderungen	252.324,61	66.166,46	242.378,11
2. Lagerbestände	160.808,14	51.883,33	40.002,21
3. Forderungsbestände	772.824,76	265.879,02	189.377,11
4. Auflösen von Rückstellungen (Vorjahr)	200.000,00	200.000,00	300.000,00
5. Anzahlungen/Übergangsgelder/Sonstige Forderungen	139.950,93	48.148,06	-2.734,84
Summe I.	1.525.908,44	632.076,87	769.022,59

II. Minderung der Zuführung/ Erhöhung der Abführung	Erfolgsplan Planjahr 2007 (in Euro)	Erfolgsplan Vorplanjahr 2006 (in Euro)	Ist-Ergebnis Vorvorjahr 2004 (in Euro)
1. Bilanzmäßige Abschreibungen	1.480.000,00	1.427.400,00	893.708,95
2. Rückstellungen (Dividende)	200.000,00	200.000,00	210.000,00
3. Rücklagenerhöhungen	0,00	0,00	3.641,69
4. Rückstellungen für Gefangenenentgelt	234.941,88	80.828,31	-130.460,70
5. Verbindlichkeiten	-162.914,44	47.162,28	381.721,17
6. Verbindlichkeiten (Sozialvers./Ant. Pers.- u. Sachk.)	-675.917,92	184.575,92	-1.549.321,36
7. Wertberichtigungen	66.030,59	22.716,85	-88.058,26
Summe II.	1.142.140,11	1.962.683,36	-278.768,51

III. Überleitungsbetrag	383.768,33	-1.330.606,49	1.047.791,10

Die zur Erhaltung der ständigen Zahlungsfähigkeit benötigte Liquidität verändert sich parallel zur Geschäftstätigkeit und unterliegt unterjährig erheblichen Schwankungen, was nicht in der obigen Betrachtung dargestellt werden kann.

Der obige Sachverhalt bedarf insbesondere deshalb keiner Zahlungswirksamkeit, da der Landesbetrieb am Kontenclearing des Landes Niedersachsen teilnimmt, so dass kurzfristig überschüssige Liquidität dem Landeshaushalt zur Verfügung steht. Die unterjährigen Abführungen der anteiligen Personal- und Sachkosten werden im Gegenzug in Abstimmung mit der aktuell vorhandenen Liquidität vorgenommen.

Investitionsplan des Landesbetriebes "Justizvollzugsarbeitsverwaltung des Landes Niedersachsen" für das Geschäftsjahr 2007

A. Investitionsvorhaben (aufgerundet auf volle 100,00 Euro)

R	Lfd. Nr.	K.St.	Anzahl	Anlagegegenstand	Betrag Euro	Anmerkung
	1	1100	1	EDV-Ausstattungen	5.000,00	Ersatz
	2	1136	1	Schweißtisch	8.800,00	Ergänzung
	3	1136	1	Magnetbohrmaschine	2.300,00	Ergänzung
	4	1136	1	MIG/MAG-Schweißgerät	4.600,00	Ersatz
	5	1152	1	Farbnebelabsauganlage	30.000,00	Ersatz
	6	1200	1	Büroausstattung	10.000,00	Ersatz
	7	1200	1	EDV-Ausstattung	10.000,00	Ersatz
R	8	1200	1	Werkhalle	280.000,00	Ergänzung
	9	1325	1	EDV-Ausstattung	6.000,00	Ersatz
	10	1330	1	Dübellochbohrmaschine	25.000,00	Ersatz
	11	1335	3	Schutzgasschweißgeräte	4.000,00	Ersatz
	12	1350	1	Bandsäge	5.100,00	Ersatz
	13	1350	1	Doppelschleifer	700,00	Ersatz
	14	1355	1	Doppelstepstichmaschine	9.500,00	Ersatz
	15	1357	1	Faltenlegemaschine	15.500,00	Ergänzung
	16	1425	1	EDV-Ausstattung	3.000,00	Ersatz
	17	1450	1	Arbeitstherapieeinrichtung	8.500,00	Ersatz
	18	1525	3	Bürostühle	1.500,00	Ersatz
	19	1525	1	EDV-Ausstattung	5.000,00	Ersatz
	20	1531	1	Füge- und Feinschnittmaschine	19.000,00	Ersatz
	21	1532	1	Konvectomat	22.000,00	Ersatz
	22	1535	1	Akku-Blindnietgerät	1.000,00	Ergänzung
	23	1535	1	Blindnietpistole	1.000,00	Ergänzung
	24	1535	2	Schweißanlagen	9.000,00	Ersatz
	25	1535	1	Säulenbohrmaschine	12.000,00	Ersatz
	26	1537	1	Kupplungswerkzeugsatz	800,00	Ergänzung
	27	1537	1	Excenterschleifer	1.200,00	Ersatz
	28	1537	1	Scheibenreparaturwerkzeug	1.200,00	Ergänzung
	29	1537	1	Federspanner mit Zubehör	1.800,00	Ersatz
	30	1537	1	Glühkerzenwerkzeugsatz	2.000,00	Ergänzung
	31	1537	1	Düsenwerkzeugsatz	1.200,00	Ergänzung
	32	1537	1	Klimaanlagenreinigungsgerät	1.200,00	Ergänzung
	33	1551	1	Abbruchhammer	2.000,00	Ersatz
	34	1551	1	Rüttelstampfer	3.500,00	Ergänzung
	35	1551	1	Bohr- und Meißelhammer	2.000,00	Ersatz
	36	1551	1	Stromerzeuger	1.800,00	Ersatz
	37	1600	1	Arbeitsplatzausstattungen	50.000,00	Ergänzung
	38	1600	1	Sozialraumausstattung (Gefangene)	10.000,00	Ergänzung
	39	1600	1	Sozialraumausstattung (Personal)	8.000,00	Ersatz
	40	1600	1	EDV-Ausstattung	12.760,00	Ergänzung
	41	1625	1	Büroausstattung	3.000,00	Ergänzung
	42	1630	1	CNC-Bearbeitungszentrum	148.000,00	Ergänzung
	43	1694	1	Druckluftanlage einschl. Zubehör	10.000,00	Ergänzung
	44	1735	1	CNC-Drehmaschine	150.000,00	Ersatz
	45	1735	1	Bandschleifer	4.400,00	Ersatz
	46	1735	1	Farblaserdrucker	1.350,00	Ergänzung
	47	1749	1	Hobelmaschine	5.000,00	Ersatz
	48	1749	1	Bandsäge	1.100,00	Ersatz
	49	1749	1	Schleifmaschine	3.000,00	Ergänzung
	50	1749	1	Band- und Tellerschleifer	1.500,00	Ergänzung
	51	1749	1	Tischbohrmaschine	600,00	Ergänzung
	52	1749	1	Kompressor	1.900,00	Ersatz
	53	1749	1	Kapp- und Gehrungssäge	750,00	Ersatz
	54	1749	1	Spritzwandkabine	4.500,00	Ergänzung

Investitionsplan des Landesbetriebes "Justizvollzugsarbeitsverwaltung des Landes Niedersachsen" für das Geschäftsjahr 2007

	55	1750	1	Säulenbohrmaschine	2.100,00	Ersatz
	56	1750	1	Kappsäge mit Tischverbreiterung	1.600,00	Ergänzung
	57	1772	1	Lagerregal	35.000,00	Ergänzung
	58	1780	1	Tore	18.000,00	Ergänzung
	59	1780	1	Deichselstapler	10.000,00	Ergänzung
	60	1780	1	Büroausstattung	1.700,00	Ergänzung
R	61	1800	1	Aufstockung "Kammerbereich"	100.000,00	Ergänzung
	62	1831	1	Schwerlastregal	3.050,00	Ergänzung
	63	1835	1	Impulsschweißgerät	8.100,00	Ergänzung
	64	1836	1	Fräsmaschine	45.500,00	Ersatz
	65	1850	1	Dekupiersäge	1.400,00	Ersatz
	66	1851	1	Zwangsmischer	6.500,00	Ergänzung
	67	1852	1	Farbnebelabsaugwand	3.500,00	Ergänzung
	68	1852	1	Mischcenter mit Rührwerk	1.000,00	Ergänzung
	69	1852	1	Schleifgiraffe	850,00	Ergänzung
	70	1853	1	Schichtdickenmeßgerät	700,00	Ergänzung
	71	1853	1	Automatische Überdruckregelung	11.100,00	Ergänzung
	72	1853	1	Werkstattwagen	1.300,00	Ergänzung
	73	1853	1	Einfahrtstor	3.700,00	Ersatz
	74	1859	1	Metallbandsäge	1.900,00	Ersatz
	75	2000	1	EDV-Ausstattung	13.000,00	Ersatz
	76	2000	9	EDV-Ausstattungen	13.000,00	Ersatz
	77	2028	1	VW Hochraumkastenwagen	40.000,00	Ersatz
	78	2050	1	Hobelmaschine	2.300,00	Ersatz
	79	2080	1	Gabelstapler (gebraucht)	28.000,00	Ersatz
	80	2080	6	Diverse Spezialnähmaschinen	20.000,00	Ersatz
	81	2093	1	Hochruckreiniger	3.700,00	Ergänzung
R	82	2100	1	Werkhalle	250.000,00	Ergänzung
R	83	2100	1	Lagerhalle	170.000,00	Ergänzung
	84	2125	1	EDV-Ausstattung (Sicherheitsing.)	9.500,00	Ersatz
	85	2125	1	Multifunktionsmessgeräte	15.000,00	Ergänzung
	86	2125	1	Arbeitsplatzausstattungen	20.040,00	Ersatz
	87	2200	50	Arbeitstische	5.500,00	Ersatz
	88	2200	50	Arbeitsstühle	4.400,00	Ersatz
	89	2335	1	Kernbohrgerät	3.500,00	Ergänzung
	90	2335	2	Schweißgeräte	6.000,00	Ersatz
	91	2570	1	Büroausstattung	4.000,00	Ersatz
	92	2600	1	EDV-Ausstattungen	5.000,00	Ersatz
	93	2930	1	Furnierpresse	17.000,00	Ergänzung
	94	2930	1	Furniersäge	14.500,00	Ergänzung
	95	2935	1	Entgratmaschine	1.900,00	Ergänzung
	96	2935	1	Plasma-Schneidgerät	3.000,00	Ergänzung
	97	2935	1	Scheren-Gabelhubwagen	1.200,00	Ergänzung
	98	2935	1	Werkstattpresse	4.500,00	Ergänzung
	99	2935	1	CNC-Kreissäge	35.000,00	Ersatz
	100	2935	1	CNC-Bearbeitungszentrum (gebraucht	35.000,00	Ergänzung
	101	2970	1	Hochhubwagen	10.000,00	Ergänzung
	102	3428	1	Topfwaschmaschine	1.700,00	Ergänzung
	103	3428	1	Erdaufbereiter	5.000,00	Ergänzung
	104	3428	1	Karrenspritze	3.300,00	Ergänzung
	105	3428	1	Kleinpumpwerk	3.400,00	Ergänzung
	106	3429	1	LKW (gebraucht)	35.000,00	Ersatz
	107	3430	1	Hobelmaschine	52.500,00	Ergänzung
	108	3430	1	Breitbandschleifmaschine	55.000,00	Ergänzung
	109	3500	1	EDV-Ausstattung	3.000,00	Ersatz
	110	3500	1	Arbeitsplatzausstattungen	15.500,00	Ergänzung
	111	3525	3	Büroausstattungen	6.000,00	Ersatz
	112	3528	1	Trecker einschl. Anbauteilen	7.500,00	Ergänzung
	113	3528	1	Beregnungsanlage	10.500,00	Ergänzung

Investitionsplan des Landesbetriebes "Justizvollzugsarbeitsverwaltung des Landes Niedersachsen" für das Geschäftsjahr 2007

	114	3555	1	Knopflochmaschine	4.500,00	Ergänzung
	115	3555	1	Zickzacknähmaschine	5.000,00	Ersatz
	116	3555	1	Bügeltischanlage	2.000,00	Ergänzung
R	117	3700	1	Pflasterung im Anlieferungsbereich	50.000,00	Ergänzung
	118	3700	1	Hochregale	12.000,00	Ergänzung
	119	3700	1	Verpackungsmaschine	10.000,00	Ergänzung
	120	3744	1	Wasseraufbereitungsanlage	42.000,00	Ergänzung
	121	3744	1	Detachiertisch	10.000,00	Ergänzung
	122	3744	1	Hemdenbügler (Finisher)	12.000,00	Ergänzung
	123	3750	1	Abricht- und Dickenhobel	5.000,00	Ergänzung
	124	**25	1	Unvorhergesehenes	54.000,00	
				Mithin insgesamt:	**2.330.000**	

Einzelplan 11

Justizministerium

Übersicht über das Beschäftigungsvolumen, das Personalkostenbudget und die Stellen

(bisher: Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise)

für das

Haushaltsjahr 2007

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 01 Ministerium

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
176,49	173,90	157,16

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	3,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	1,00
Summe Zugänge	4,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	1,41
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	1,41
bleibt Zugang	2,59

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
8.490	8.320	7.615

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 01 Ministerium

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen	**Allgemeine Haushaltsvermerke für den Epl. 11**
			Feste Gehälter:	
B 9[9])	1	1	Staatssekretär/-in	1. Soweit Richter/-innen und Beamte/-innen (auch bis zu einem Jahr) an eine Dienststelle des Bundes, den Landtag, die Staatskanzlei, den Staatsgerichtshof, die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, ein Nieders. Ministerium oder andere Dienststellen der Landesverwaltung abgeordnet und die Dienstbezüge erstattet oder aus Mitteln bei dem entsprechenden Kapitel gezahlt werden, dürfen – abweichend von Nr. 3 der Allgemeinen Bestimmungen zu den persönlichen Verwaltungsausgaben Leerstellen ausgebracht werden. Diese Leerstellen gelten von Beginn der Abordnung an als ausgebracht, – die jeweiligen Planstellen längstens für die Zeit der Abordnung für eine(n) Richter/-in oder Beamten/-in in Anspruch genommen werden.
B 6	3	3	Ministerialdirigent/-in	
B 3	4	4	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin	
B 2[4])	12	11	Ministerialrat/-rätin	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16[1])	8	9	Ministerialrat/-rätin	
A 15[1])	10	9	Direktor/-in	
A 14[1])	13	13	Oberrat/-rätin	
A 13[8])	5	5	Rat/Rätin	
R 1	1	—	Richter/-in am Amtsgericht und Richter/-in am Landgericht	
A 13	13	12	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	12	13	Amtsrat/-rätin	
A 11[2])	18	17	Amtmann/-männin/-frau	
A 10[3])	4	5	Oberinspektor/-in	
A 9[12])	1	1	Inspektor/-in	
A 9[10])	8	8	Amtsinspektor/-in	
A 9	13	6	Amtsinspektor/-in	
A 8	1	7	Hauptsekretär/-in	
A 7	1	1	Obersekretär/-in	
A 6	—	1	Sekretär/-in	
A 6	1	1	Oberamtsmeister/-in	
A 5	2	2	Oberamtsmeister/-in	
	131	129	Zusammen	2. Abweichend von Nr. 3 der Allgemeinen Bestimmungen zu den persönlichen Verwaltungsausgaben dürfen Leerstellen auch ausgebracht werden für planmäßige Richter/-innen und Staatsanwälte/-innen, die zugleich Professor/-in an einer Hochschule sind, mit Dienstbezügen gemäß § 5 BBesG i. V. m. Vorbemerkung Nr. 5 zur BBesO C.
			Leerstellen:	
A 14[11])	1	1	Oberrat/-rätin	
A 12[11])	1	1	Amtsrat/-rätin	
A 11[11])	2	1	Amtmann/-männin/-frau	
A 9[10])[11])	—	1	Amtsinspektor/-in	
A 8[11])	3	2	Hauptsekretär/-in	
	7	6	Zusammen	3. Bis zu 10 % der vorhandenen Plan- und Hilfsstellen für Richter/-innen bzw. Beamte/-innen des höheren Dienstes dürfen im Rahmen der Regelungen in Nr. 2 der Allgemeinen Bestimmungen zu den persönlichen Verwaltungsausgaben vorübergehend mit beamteten bzw. richterlichen Kräften besetzt werden. Als vergleichbar sind dabei die Besoldungsgruppen A 13/A 14 und R 1 sowie A 15/A 16 und R 2 anzusehen.
				4. 115,75 Stellen unbestimmter Wertigkeit kw mit Umsetzung der Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens infolge ZV II.
				5. 34 Angestelltenstellen der Verg.-Gr. VI b BAT kw mit Ablauf des 31. 12. 2008 infolge ZV II (Projekt „mit @justiz“).

[1]) Bis zu 27 Stellen dürfen von Richtern/-innen und Staatsanwälten/-innen (Bes.-Gr. R 1 und R 2) verwaltet werden.

[2]) Davon 1 mit Ablauf des 31. 12. 2007 auszutauschen gegen 1 Planstelle der Bes.-Gr. A 10 aus Kapitel 11 05; diese dann kw (Projekt „RegisSTAR“) infolge ZV II.

[3]) Davon 1 kw infolge ZV II.

[4]) Bis zu 2 Stellen dürfen vorübergehend von Richtern/-innen und Staatsanwälten/-innen der Bes.-Gr. R 3 verwaltet werden.

[8]) Die Stellen dürfen von Richtern/-innen oder Staatsanwälten/-innen (Bes.-Gr. R 1) verwaltet werden.

[9]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zu Bes.-Gr. B 9 LBesO.

[10]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[11]) kw.

[12]) Davon 1 Stelle im Rahmen der PKB ohne BV und Budget.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 01 Ministerium

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:

	Stellen	
Bes.-Gr. B 2	1	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 11	1	
Bes.-Gr. A 15	1	Verlagerung von Kapitel 11 05
Bes.-Gr. R 1	1	Verlagerung von Kapitel 11 17
Bes.-Gr. A 10	1	Verlagerung von Kapitel 11 05
Zusammen	5	

Abgang:

Bes.-Gr. A 16	1	Verlagerung nach Kapitel 11 05
Bes.-Gr. A 11	1	
Bes.-Gr. A 10	1	Einsparung infolge ZV II (Vollzug HV Nr. 5)
Zusammen	3	
Bleibt Zugang	2	

Hebungen:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin –	1	von Bes.-Gr. A 12
Bes.-Gr. A 11	1	von Bes.-Gr. A 10
Bes.-Gr. A 9 – Amtsinspektor/-in –	7	von Bes.-Gr. A 8
Bes.-Gr. A 8	1	von Bes.-Gr. A 7
Bes.-Gr. A 7	1	von Bes.-Gr. A 6 – Sekretär/-in –
Zusammen	11	

Sonstige Veränderungen:

Der Allgemeine Haushaltsvermerk Nr. 5 für den Epl. 11 ist hinzugekommen.

Der Allgemeine Haushaltsvermerk Nr. 4 für den Epl. 11
(184,50 Stellen unbestimmter Wertigkeit kw mit Umsetzung der Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens infolge ZV II.)
ist geändert.

Der Haushaltsvermerk Nr.
5 (Davon 1 mit Ablauf des 31. 12. 2006 auszutauschen gegen 1 Planstelle der Bes.-Gr. A 10 aus Kapitel 11 05; diese dann kw (Projekt „Geschäftsstellenautomation bei niedersächsischen Gerichten (EUREKA)“ infolge ZV II.)
ist vollzogen.

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Richterliche und beamtete Hilfskräfte
R 1[1])	3	2	Richter/-in/Staatsanwalt/-wältin
	3	2	Zusammen
			Angestellte
B 2 a.T.	1	—	
II a[11])	1	1	
V b[3])	4	4	
V c[5])	1	1	
VI b[3])	18	18	
IX b–VII[4])	5	5	
	30	29	Zusammen
			Leerstellen:
I b[8])	—	1	
VI b[8])	1	—	
VII[8])	1	2	
IX b–VII[8])	1	1	
	3	4	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Davon im Rahmen der PKB 1 Stelle ohne BV und Budget.

[3]) Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs, die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen und der selbstständigen, der Staatssekretärin oder dem Staatssekretär unmittelbar unterstellten Referatsgruppenleiter/-innen (soweit diese/r in Bes.-Gr. B 3 eingestuft sind) sowie der Präsidentin/des Präsidenten des Landesjustizprüfungsamtes sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[4]) Davon 1 kw infolge ZV II.

[5]) Davon 1 Stelle, die nur zur Hälfte besetzt werden darf.

[8]) kw.

[11]) Die Stelle darf nur zu 70 % besetzt werden.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 01 Ministerium

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Beamtete und richterliche Hilfskräfte

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 1	1	Verlagerung von Kapitel 11 20
Zusammen	1	

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. B 2 a.T.	1	neu entsprechend dem Bedarf gegen Einsparung
Zusammen	1	

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst
R 1[4])	1 425	1 425	Referendar/-in
A 9[3])[5])	199	199	Rechtspflegeanwärter/-in
A 6[3])[6])	540	418	Sekretäranwärter/-in
A 3[3])	11	11	Wachtmeisteranwärter/-in
	2 175	2 053	Zusammen
			Arbeiter/-innen
4[2])[7])	5	5	
3	3	3	
	8	8	Zusammen

Haushaltsvermerke

[2]) 1 ehemaliger Kraftfahrer erhält übertariflich eine Besitzstandszulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen seinem bis zum 12. 2. 2003 als Chefkraftfahrer gezahlten letzten Lohn und dem ihm tariflich gewährten Lohn.

[3]) Die Stellen sind bestimmt für die Ausbildung von Kräften für die Kapitel 11 08, 11 09, 11 10, 11 12, 11 13, 11 16, 11 17, 11 18, 11 19, 11 20 und 11 21.

[4]) Davon dürfen zu jedem Einstellungstermin maximal 149 Stellen für Neueinstellungen genutzt werden.

[5]) Davon 34 Stellen für die Zeit vom 1. 1. 2005 bis 30. 9. 2007 gesperrt.

[6]) Davon 122 Stellen besetzbar ab 1. 9. 2007.

[7]) 1 ehemaliger Kraftfahrer erhält übertariflich eine Besitzstandszulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen seinem bis zum 6. 4. 2003 als Chefkraftfahrer gezahlten letzten Lohn und dem ihm tariflich gewährten Lohn.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst

Zugang: Bes.-Gr. A 6	Stellen	
Sekretäranwärter/-in	122	neu entsprechend dem Bedarf gegen Einsparung entsprechender Ausbildungsmittel bei Titel 425 04
Zusammen	122	

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 6 (Davon 112 Stellen besetzbar ab 1. 9. 2006.) ist geändert.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
3.673,13	3.666,83	3.626,32

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	8,25
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	8,25
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	1,95
Summe Abgänge	1,95
bleibt Zugang	6,30

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
123.573	123.176	125.250

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 05 Justizvollzugseinrichtungen – budgetiert –

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamte/-innen	Allgemeine Haushaltsvermerke:
			Aufsteigende Gehälter:	1. Beamte/-innen und Angestellte, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2 a gem. AV v. 19. 11. 1987 (Nds. Rpfl. S. 277).
A 16[2])	1	1	Leitende(r) Direktor/-in	2. Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht..
A 16	15	14	Leitende(r) Direktor/-in	
A 15[17])	38	39	Direktor/-in	
A 14[10])[17])	60	60	Oberrat/-rätin	
A 14	1	1	Pfarrer/-in	
A 13[10])	44	44	Rat/Rätin	
A 13[8])[17])	45	45	Oberlehrer/-in	
A 13[1])[17])	14	12	Oberamtsrat/-rätin	
A 12[17])	49	41	Amtsrat/-rätin	
A 11[17])	80	72	Amtmann/-frau	
A 10[17])	175	196	Oberinspektor/-in	
A 9[4])[17])	46	43	Inspektor/-in	
A 9[1])[5])[9])[17])	177	177	Amtsinspektor/-in	
A 9[1])[9])	7	7	Betriebsinspektor/-in	
A 9[17])	397	385	Amtsinspektor/-in	
A 9[1])	24	24	Betriebsinspektor/-in	
A 8[1])[17])	908	911	Hauptsekretär/-in	
A 8[1])	47	47	Hauptwerkmeister/-in	
A 7[1])	1 351	1 372	Obersekretär/-in	
A 7[1])	30	30	Oberwerkmeister/-in	
	3 509	3 521	Zusammen	
			Leerstellen:	
A 14[6])	1	1	Oberrat/-rätin	
A 13[6])	1	—	Rat/Rätin	
A 11[6])	1	—	Amtmann/-frau	
A 10[6])	4	4	Oberinspektor/-in	
A 9[6])	5	5	Inspektor/-in	
A 9[6])[9])	1	—	Amtsinspektor/-in	
A 8[6])	6	11	Hauptsekretär/-in	
A 7[6])	26	15	Obersekretär/-in	
	45	36	Zusammen	

[1]) Bei den Stellen für Amtsinspektoren/-innen, Betriebsinspektoren/-innen, Hauptsekretäre/-innen, Hauptwerkmeister/-innen, Obersekretäre/-innen und Oberwerkmeister/-innen 30 DW
Oberamtsräte/-rätinnen 1 DW

[2]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Vorbemerkung Nr. 21 zur BBesO. A und B.

[4]) Die Stellen dürfen im Bedarfsfall auch mit Angestellten der Verg.-Gr. IV b BAT (Sozial- und Erziehungsdienst) besetzt werden.

[5]) Davon 1 Stelle, die (in Höhe von 100 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden darf.

[6]) kw.

[8]) Bis zu 11 Stellen für Oberlehrer/-innen können im Bedarfsfall mit Sportlehrern/-innen der Verg.-Gr. II b BAT besetzt werden.

[9]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[10]) Insgesamt bis zu 3 Stellen können bei Bedarf mit jeweils 2 Ärzten/-innen im Praktikum besetzt werden.

[17]) davon kw nach Fortfall der Einrichtung:
2 Stellen Bes.-Gr. A 15 – Direktor/-in –
1 Stelle Bes.-Gr. A 14 – Oberrat/-rätin –
1 Stelle Bes.-Gr. A 13 – Oberlehrer/-in –
1 Stelle Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin –
1 Stelle Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –
2 Stellen Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-frau –
3 Stellen Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –
3 Stellen Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –
6 Stellen Bes.-Gr. A 9[9]) – Amtsinspektor/-in –
13 Stellen Bes.-Gr. A 9 – Amtsinspektor/-in –
29 Stellen Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in –.

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:

Gehobener Dienst

Bes.-Gr.	Stellenzahl Gesamt	davon § 3 Abs. 1 Nr. 2a der VO
A 12	49	1
A 11	80	1
A 10	175	2
Insgesamt	304	4

Mittlerer Dienst

Bes.-Gr.	Stellenzahl Gesamt	davon § 2 Nr. 6 der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1	davon § 3 Abs. 1 Nr. 4 der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2
A 9[9])	184	7	12
A 9	421	24	7
A 8	955	47	22
A 7	1 381	30	8
Insgesamt	2 941	108	49

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16		
– Ltd. Direktor/-in –	1	Verlagerung von Kapitel 11 01
Bes.-Gr. A 13		
– Oberamtsrat/-rätin	1	Verlagerung von Kapitel 11 17
Bes.-Gr. A 12		
– Amtsrat/-rätin	1	Verlagerung von Kapitel 11 18
Bes.-Gr. A 11		
Amtmann/-frau	1	Verlagerung von Kapitel 11 01
Bes.-Gr. A 11		
Amtmann/-frau	1	Verlagerung von Kapitel 11 16
Bes.-Gr. A 11		
Amtmann/-frau	2	Verlagerung von Kapitel 11 17
Bes.-Gr. A 9		
Inspektor/-in	9	Senkung von Bes.-Gr. A 10
Bes.-Gr. A 8		
Hauptsekretär/-in	1	Umwandlung von Verg.-Gr. VII
Bes.-Gr. A 7		
Obersekretär/-in	2	Umwandlung von Lohn-Gr. 4 (Kraftfahrdienst)
Zusammen	19	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15		
Direktor/-in	1	Verlagerung nach Kapitel 11 01
Bes.-Gr. A 10		
Oberinspektor/-in	1	Verlagerung nach Kapitel 11 01
Bes.-Gr. A 10		
Oberinspektor/-in	1	Verlagerung nach Kapitel 11 16
Bes.-Gr. A 10		
Oberinspektor/-in	3	Verlagerung nach Kapitel 11 17
Bes.-Gr. A 10		
Oberinspektor/-in	1	Verlagerung nach Kapitel 11 18
Bes.-Gr. A 10		
Oberinspektor/-in	9	Senkung nach Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)
Bes.-Gr. A 7		
Obersekretär/-in	15	Einsparung infolge ZV II
Zusammen	31	
Bleibt Abgang	12	

Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12		
Amtsrat/-rätin	6	von Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)
Bes.-Gr. A 10		
Oberinspektor/-in	6	von Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)
Bes.-Gr. A 9		
Amtsinspektor/-in	12	von Bes.-Gr. A 8 (Hauptsekretär/-in)
Bes.-Gr. A 8		
Hauptsekretär/-in	8	von Bes.-Gr. A 7 (Obersekretär/-in)
Zusammen	32	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 18 (davon 3 Stellen besetzbar ab 1. 10. 2006) ist erledigt.
Der Haushaltsvermerk Nr. 19 (davon 2 Stellen besetzbar ab 1. 10. 2006) ist erledigt.
Der Haushaltsvermerk Nr. 20 (davon 1 Stelle besetzbar ab 1. 10. 2006) ist erledigt.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 05 Justizvollzugseinrichtungen – budgetiert –

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Beamtete Hilfskräfte
A 9	3	3	Inspektor/-in
	3	3	Zusammen
			Angestellte
I b	1	1	
II a[26])	1	1	
IV a[9])	10	10	
IV b[10])	10	10	
V b	7	7	
V c	24	24	
VI b[22])[28])	87	87	
VII	73	74	
VIII	8	8	
IX b–VII[2])[28])	63	63	
Kr. VI	2	2	
	286	287	Zusammen
			Leerstellen:
IV b [5])	1	—	
VI b[5])	1	3	
VII[5])	2	5	
VIII	—	1	
IX b–VII[5])	5	3	
	9	12	Zusammen

Haushaltsvermerke

[2]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[5]) kw.

[9]) 1 Stelle ku nach Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/-frau) bei Ausscheiden des Stelleninhabers.

[10]) 2 Stellen ku nach Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in) bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.

[22]) 5 Angestellte erhalten eine nicht aufzehrbare, an den künftigen allgemeinen Vergütungserhöhungen teilnehmende übertarifliche Ausgleichszulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen Verg.-Gr. VI b BAT und der sich aus der Verg.-Gr. V c BAT ergebenden Vergütung,
5 ku nach Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in

[26]) ku nach Bes.-Gr. A 13 – Rat/-rätin – nach Ausscheiden der Stelleninhaberin.

[28]) davon kw nach Fortfall der Einrichtung:
2 Stellen Verg.-Gr. IX b–VII
– Schreib- und Fernschreibdienst –
49 Stellen Verg.-Gr. VI b
– Justizvollzugs- und Aufsichtsdienst –.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. VII	1	Umwandlung in eine Planstelle der Bes.-Gr. A 8 (Hauptsekretär/-in)
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 30 (davon 2 Stellen besetzbar ab 1. 10. 2006) ist erledigt.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 05 Justizvollzugseinrichtungen – budgetiert –

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst	[8]) Neue Stellen dürfen für Einstellungen nur in dem Umfang in Anspruch genommen werden, in dem geeignete Bewerberinnen oder Bewerber aus dem Reform-Arbeitsmarkt nicht zu gewinnen sind.
A 9[8])	16	16	Inspektoranwärter/-in	[10]) davon kw nach Fortfall der Einrichtung:
A 7[8])	139	139	Obersekretäranwärter/-in	1 Stelle Lohn-Gr. 6 – Kraftfahrdienst –
	155	155	Zusammen	1 Stelle Lohn-Gr. 5 – Kraftfahrdienst –
				1 Stelle Lohn-Gr. 4 – Technischer Dienst –
			Arbeiter/-innen	1 Stelle Lohn-Gr. 3 – Sonstige Dienste –.
6[10])	3	3	Kraftfahrdienst	
5[10])	7	7		
4	8	10		
5	4	4	Technischer Dienst	
4[10])	3	3		
6	2	2	Sonstige Dienste	
5	12	12		
4	7	7		
3[10])	3	3		
2 a	6	6		
1/1 a	3	3		
	(16)	(16)	(hiervon: Botendienst, Pförtnerdienst, Hausmeisterdienst usw.)	
	58	60	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 4		
Kraftfahrdienst	2	Umwandlung in zwei Planstellen der Bes.-Gr. A 7 (Obersekretär/-in)
Zusammen	2	

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 08 Finanzgericht

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
120,33	111,50	115,33

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	9,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	9,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	0,17
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,17
bleibt Zugang	8,83

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
6.088	5.639	5.847

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 08 Finanzgericht

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen	[1]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 3 BBesO.
			Feste Gehälter:	[3]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.
R 6	1	1	Präsident/-in des Finanzgerichts	[6]) Hiervon dürfen bis zu 5 Stellen von Oberregierungsräten/-rätinnen verwaltet werden (vgl. Kap. 04 06 – Leerstellen –).
R 3[1])	1	1	Vizepräsident/-in des Finanzgerichts	[9]) Die Stelle darf auch für eine(n) Beamten/-in des mittleren Dienstes verwendet werden.
R 3	14	13	Vorsitzende(r) Richter/-in am Finanzgericht	[10]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
			Aufsteigende Gehälter:	[12]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO.
R 2[6])	45	42	Richter/-in am Finanzgericht	
A 13	2	2	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	1	1	Amtsrat/-rätin	
A 11	3	3	Amtmann/-männin/-frau	
A 10[9])	1	1	Oberinspektor/-in	
A 9[10])	1	1	Amtsinspektor/-in	
A 9	4	3	Amtsinspektor/-in	
A 8	2	2	Hauptsekretär/-in	
A 6[12])	3	3	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
	78	73	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:

Mittlerer Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO
A 9 + AZ	1
A 9	4
A 8	2
A 7	—
Insgesamt	7

Zugang:

	Stellen	
Bes.-Gr. R 3	1	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. R 2	4	
Bes.-Gr. A 9 – Amtsinspektor/-in –	1	
Zusammen	6	

Abgang:

	Stellen	
Bes.-Gr. R 2	1	infolge Vollzugs des HV Nr. 15 (ZV II)
Zusammen	1	
Bleibt Zugang	5	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 15
(Davon 1 kw ab 1. 3. 2006 (ZV II))
ist vollzogen.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 08 Finanzgericht

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Richterliche und beamtete Hilfskräfte
A 9[6])	2	2	Inspektor/-in z. A.
	2	2	Zusammen
			Angestellte
V b	1	1	
V c	1	1	
VI b[1])[3])[7])	31	28	
VII	5	5	
IX b–VII[2])[4])	7	7	
	45	42	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die erste Vorzimmerkraft des/der Präsidenten/-in des Finanzgerichts ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[2]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII und VII BAT nachgewiesen.

[3]) Davon 1 kw nach Wegfall der Überlast.

[4]) Davon 1 kw nach Wegfall der Überlast.

[6]) Davon 2 Stellen im Rahmen der PKB ohne BV und Budget.

[7]) Davon 1 Stelle befristet für die Dauer der Tätigkeit als Vorlesekraft für einen sehbehinderten Richter, die nur zur Hälfte besetzt werden darf.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

	Stellen	
Zugang:		
Verg.-Gr. VI b	3	neu entsprechend dem Bedarf
Zusammen:	3	

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Arbeiter/-innen
3/4	1	1	
	1	1	Zusammen

Haushaltsvermerke

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
240,39	240,89	242,70

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	0,50
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,50
bleibt Abgang	0,50

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
10.647	10.687	11.078

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 09 Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 3 BBesO.
			Planmäßige Beamte/-innen und Richter/-innen	[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. R 1 BBesO.
			Feste Gehälter:	[3]) kw.
R 6	1	1	Präsident/-in des Landesarbeitsgerichts	[7]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.
R 3[1])	1	1	Vizepräsident/-in des Landesarbeitsgerichts	
R 3	14	14	Vorsitzende(r) Richter/-in am Landesarbeitsgericht	
			Aufsteigende Gehälter:	
R 2[7])	2	2	Direktor/-in des Arbeitsgerichts – an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen	
R 2	4	4	Direktor/-in des Arbeitsgerichts – an einem Gericht mit 4 bis 7 Richterplanstellen	
R 2	2	2	Richter/-in am Arbeitsgericht – als ständige(r) Vertreter/-in des/der Direktors/-in an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen	
R 1[2])	9	9	Direktor/-in des Arbeitsgerichts – an einem Gericht mit bis zu 3 Richterplanstellen	
R 1	39	40	Richter/-in am Arbeitsgericht	
A 13	1	1	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	6	6	Amtsrat/-rätin	
A 11	14	14	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	3	3	Oberinspektor/-in	
A 9	1	1	Inspektor/-in	
A 9	2	2	Amtsinspektor/-in	
A 8	2	2	Hauptsekretär/-in	
A 7	9	9	Obersekretär/-in	
A 6	1	1	Sekretär/-in	
	111	112	Zusammen	
			Leerstellen:	
R 1[3])	2	2	Richter/-in am Arbeitsgericht	
A 11[3])	—	1	Amtmann/-männin/-frau	
	2	3	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:

Gehobener Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 2a) der VO	§ 3 Nr. 2a) der VO
A 12	1	1
Insgesamt	1	1

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 1	1	Verlagerung von Kapitel 11 17 (bei gleichzeitiger Umwandlung von 1 Planstelle der Bes.-Gr. R 1 – Richter/-in am Amts-/Landgericht –)
Zusammen	1	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 1	2	infolge Vollzugs des HV Nr. 9; zugleich infolge ZV II
Zusammen	2	
Bleibt Abgang	1	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 9 (2 kw ab 1. 1. 2005, zugleich infolge ZV II) ist vollzogen.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 09 Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Richterliche und beamtete Hilfskräfte
R 1[9])	2	2	Richter/-in
A 9[10])	2	2	Inspektor/-in z. A.
A 6[11])	3	3	Sekretär/-in z. A.
	7	7	Zusammen
			Angestellte
IV b	1	1	
V b	2	2	
V c	10	10	
VI b[1])[2])[4])	110	110	
VII	1	1	
VIII	4	4	
IX b[6])	2	2	
IX b–VII[3])	1	1	
	131	131	Zusammen
			Leerstellen:
VI b[5])	15	14	
	15	14	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) 1 Stelle darf nur zu 80% besetzt werden.

[2]) Die Sekretärin des Präsidenten des LAG ist für die Dauer der Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. VI b eingruppiert.

[3]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII und VII nachgewiesen.

[4]) Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[5]) kw.

[6]) 1 Stelle darf nur mit einer Halbtagskraft besetzt werden.

[9]) Davon 2 Stellen im Rahmen der PKB ohne BV und Budget.

[10]) Davon 2 Stellen im Rahmen der PKB ohne BV und Budget.

[11]) Davon 3 Stellen im Rahmen der PKB ohne BV und Budget.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Arbeiter/-innen
4	1	1	
3[1])	1	1	
2 a	3	3	
	5	5	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) 1 kw; die Stelle darf nur mit einer Halbtagskraft besetzt werden.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
398,20	379,20	357,91

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	19,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	19,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,00
bleibt Zugang	19,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
19.501	18.927	17.932

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 10 Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen	Allgemeine Haushaltsvermerke:
			Feste Gehälter:	3. Stellen des richterlichen Dienstes, deren Inhaber/-innen an kommunale Körperschaften abgeordnet werden, können vorübergehend bis zur Höhe der Ausgaben in Anspruch genommen werden, die die Kommunen dem Land erstatten.
R 8	1	1	Präsident/-in des Oberverwaltungsgerichts	4. Bedienstete, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2 a gem. AV vom 19. 11. 1987 – Nds. Rpfl. S. 277 –.
R 4	1	1	Vizepräsident/-in des Oberverwaltungsgerichts	6. 9 Stellen unbestimmter Wertigkeit kw mit Ablauf des 31. 12. 2009.
R 4	—	1	Präsident/-in des Verwaltungsgerichts – an einem Gericht mit 41 und mehr Richterplanstellen –	
R 3	9	9	Vorsitzende(r) Richter/-in am Oberverwaltungsgericht	
R 3	7	6	Präsident/-in des Verwaltungsgerichts – an einem Gericht mit bis zu 40 Richterplanstellen –	
			Aufsteigende Gehälter:	
R 2[5])	7	7	Vizepräsident/-in des Verwaltungsgerichts – als ständige(r) Vertreter/-in eines/einer Präsidenten/-in der Bes.-Gr. R 3 und R 4 –	
R 2	24	24	Richter/-in am Oberverwaltungsgericht	
R 2	37	37	Vorsitzende(r) Richter/-in am Verwaltungsgericht	
R 1[13])[22])	121	113	Richter/-in am Verwaltungsgericht	
A 14	2	1	Oberrat/-rätin	
A 13	2	2	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	5	5	Amtsrat/-rätin	
A 11	10	10	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	11	11	Oberinspektor/-in	
A 9[33])	2	2	Inspektor/-in	
A 9[9])	2	2	Amtsinspektor/-in	
A 9[34])	8	8	Amtsinspektor/-in	
A 8[35])	11	11	Hauptsekretär/-in	
A 7[14])[36])	26	16	Obersekretär/-in	
A 6	2	2	Sekretär/-in	
A 6[8])[12])	4	4	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
A 5[4])[8])	12	12	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
A 4[2])[8])[38])	6	6	Hauptwachtmeister/-in	
	310	291	Zusammen	
			Leerstellen:	
R 2[7])	3	3	Richter/-in am Oberverwaltungsgericht	
R 1[7])	1	2	Richter/-in am Verwaltungsgericht	
A 10[7])	1	2	Oberinspektor/-in	
A 8[7])	2	2	Hauptsekretär/-in	
A 7[7])	—	1	Obersekretär/-in	
	7	10	Zusammen	

[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zur Bes.-Gr. A 4 BBesO.

[4]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.

[5]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.

[7]) kw.

[8]) Insgesamt 1 DW.

[9]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[12]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO.

[13]) Davon 8 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2009.

[14]) Davon 10 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2009.

[22]) Davon 16 Stellen kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.

[33]) Davon 1 Stelle kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.

[34]) Davon 1 Stelle kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.

[35]) Davon 1 Stelle kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.

[36]) Davon 4 Stellen kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.

[38]) Davon 2 Stellen kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:

Gehobener Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 1 der VO	§ 3 Nr. 2 a der VO
A 12	1 (1)*)	1
A 11	—	2
Insgesamt	1 (1)*)	3

Mittlerer Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO
A 9 + AZ	2
A 9	2
A 8	2
Insgesamt	6

*) Die in Klammern genannte Stellenzahl ist auf die allgemeinen Obergrenzen nach § 26 Abs. 1 BBesG im Landesbereich angerechnet worden.

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 1[13])[22])	8	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 14	1	Verlagerung von Kapitel 15 06
Bes.-Gr. A 7[14])[36])	10	neu entsprechend dem Bedarf
Zusammen	19	

Senkung:	Stellen	
Bes.-Gr. R 4 – Präsident/-in des Verwaltungsgericht – an einem Gericht mit 41 und mehr Richterplanstellen	1	nach Bes.-Gr. R 3 – Präsident/-in des Verwaltungsgerichts – an einem Gericht mit bis zu 40 Richterplanstellen
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 13 und 14 sind hinzugekommen.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 10 Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Richterliche und beamtete Hilfskräfte
R 1	4	4	Richter/-in am Verwaltungsgericht
	4	4	Zusammen
			Angestellte
IV b	1	—	
V b	3	3	
V c[1])	10	10	
VI b[9])	58	58	
VII	31	31	
VIII	2	2	
IX b–VII[2])[10])	10	11	
IX b	1	1	
	116	116	Zusammen
			Leerstellen:
V c[3])	1	2	
VI b[3])	2	3	
VII[3])	2	3	
IX b–VII[3])	4	6	
	9	14	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die Sekretärin des/der Präsidenten/-in des Oberverwaltungsgerichts ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.

Die jeweilige erste Sekretärin des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts erhält für die Dauer der Wahrnehmung der Vorzimmergeschäfte für den Präsidenten des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs eine jederzeit widerrufliche Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Vergütungsgruppe V c BAT und V b BAT.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[2]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII und VII BAT nachgewiesen.

[3]) kw.

[9])Die jeweiligen Sekretärinnen der 7 Präsidenten/-innen der Verwaltungsgerichte sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkräfte übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[10]) Davon 4 Stellen kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	1	Verlagerung von Kapitel 11 16
Zusammen	1	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IX b-VII	1	Verlagerung nach Kapitel 11 16
Zusammen	1	

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Arbeiter/-innen
4	4	4	
3/4	3	3	
1	2	2	
	9	9	Zusammen

Haushaltsvermerke

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
99,04	100,04	82,99

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	1,00
bleibt Abgang	1,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
4.788	4.955	4.070

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 12 Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen	Allgemeine Haushaltsvermerke:
			Feste Gehälter:	2. Bedienstete, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2 a gem. AV v. 19. 11. 1987 (Nds. Rpfl. S. 277).
R 8	1	1	Präsident/-in des Landessozialgerichts	
R 4	1	1	Vizepräsident/-in des Landessozialgerichts	
R 3	10	10	Vorsitzende(r) Richter/-in am Landessozialgericht	
			Aufsteigende Gehälter:	
R 2	31	31	Richter/-in am Landessozialgericht	
R 1[2])	1	1	Richter/-in am Sozialgericht	
A 13	1	1	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	2	2	Amtsrat/-rätin	
A 11	3	3	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	1	1	Oberinspektor/-in	
A 9	1	1	Inspektor/-in	
A 9[9])	1	1	Amtsinspektor/-in	
A 9	2	2	Amtsinspektor/-in	
A 8	1	1	Hauptsekretär/-in	
A 7	4	4	Obersekretär/-in	
A 6[1])[4])	2	2	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
A 5[1])[17])	2	2	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
A 3[1])[10])	1	1	Oberwachtmeister/-in	
	65	65	Zusammen	
			Leerstellen:	
R 2[16])	—	1	Richter/-in am Landessozialgericht	
A 11[16])	1	1	Amtmann/-männin/-frau	
A 10[16])	1	—	Oberinspektor/-in	
A 7[16])	2	2	Obersekretär/-in	
	4	4	Zusammen	

[1]) 1 DW.
[2]) Davon 1 Stelle im Rahmen der PKB ohne BV und Budget.
[4]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO.
[9]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
[10]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 3 BBesO.
[16]) kw.
[17]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:

Gehobener Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 1 der VO	§ 3 Nr. 2 a der VO
A 12	1 (1)*)	1
A 11	—	1
Insgesamt	1 (1)*)	2

Mittlerer Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO
A 9	1 (1)*)
Insgesamt	1 (1)*)

*) Die in Klammern genannte Stellenzahl ist auf die allgemeinen Obergrenzen nach § 26 Abs. 1 BBesG im Landesbereich angerechnet worden.

– Nachrichtliche Darstellung der in Bremen veranschlagten Personal-Stellen des gemeinsamen Landessozialgerichts –
Einzelplan: 01, Kapitel: 01 70, Produktplan: 11 (Justiz), Produktbereich: 11.02 (Fachgerichtsbarkeit), Produktgruppe: 11.01.02 (Landessozialgericht)

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	PersGr.	Amts-/Dienstbezeichnung	Anzahl
R 3	08	Vorsitzender Richter LSG	2
R 2	08	Richter am LSG	3
A 11	09	Sozialgerichtsamtmann	1
		Beamte gesamt	6
V b	01	VerwAng	1
V c	09	VerwAng	1,50
VI b	01	VerwAng	1,65
IX a	01	VerwAng	0,45
		Angestellte gesamt	4,60
		Stellen gesamt	10,60

Der Ausgangswert für die Beschäftigungszielzahl im Jahr 2007 ist auf 9,90 Beschäftigte festgelegt. Die voraussichtliche Höhe des Personalkostenbudgets (422er- bis 426er-Mittel) liegt bei 541 340 EUR für 2007.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 12 Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte
V b	1	1	
V c[1])	3	3	
VI b[3])	29	29	
VII	4	5	
VIII	2	2	
	39	40	Zusammen
			Leerstellen:
VI b[2])	2	2	
VII[2])	1	2	
IX b–VII[2])	3	3	
	6	7	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die jeweilige erste Sekretärin des/der Präsidenten/-in des Landessozialgerichts ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[2]) kw.

[3]) Davon 1 Stelle, die nur zur Hälfte besetzt werden darf.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Abgang:

	Stellen	
Verg.-Gr. VI b	1	Verlagerung nach Kapitel 11 13
Zusammen	1	

Höhergruppierungen:

	Stellen	
Verg.-Gr. VI b	1	von Verg.-Gr. VII
Zusammen	1	

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Arbeiter/-innen
4	1	1	Sonstige Dienste
	1	1	Zusammen

Haushaltsvermerke

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
253,95	252,78	217,28

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,70
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	1,70
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	0,33
- Minderung aufgrund ZV II	0,20
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,53
bleibt Zugang	1,17

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
10.482	10.726	9.198

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 13 Sozialgerichte

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen	Allgemeine Haushaltsvermerke:
			Aufsteigende Gehälter:	2. Bedienstete, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2 a gem. AV v. 19. 11. 1987 (Nds. Rpfl. S. 277).
R 2[3])	3	3	Direktor/-in des Sozialgerichts – an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen –	
R 2	5	5	Direktor/-in des Sozialgerichts – an einem Gericht mit 4 bis 7 Richterplanstellen –	
R 2			Richter/-in am Sozialgericht	
	1	1	– als weitere(r) aufsichtsführende(r) Richter/-in an einem Gericht mit 15 und mehr Richterplanstellen –	
	3	3	– als ständige(r) Vertreter/-in des/der Direktors/-in eines Gerichts mit 8 und mehr Richterplanstellen –	
R 1[5])	78	78	Richter/-in am Sozialgericht	
A 14[7])	1	—	Oberrat/-rätin	
A 12	4	4	Amtsrat/-rätin	
A 11	5	5	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	8	9	Oberinspektor/-in	
A 9	1	1	Inspektor/-in	
A 9[9])	1	1	Amtsinspektor/-in	
A 9	4	4	Amtsinspektor/-in	
A 8	4	4	Hauptsekretär/-in	
A 7	5	5	Obersekretär/-in	
A 6	3	3	Sekretär/-in	
A 6[1])[4])	6	6	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
A 5[1])[17])	9	9	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
A 4[1])[12])	1	1	Hauptwachtmeister/-in	
A 3[1])[10])	3	3	Oberwachtmeister/-in	
	145	145	Zusammen	
			Leerstellen:	
R 1[16])	6	5	Richter/-in am Sozialgericht	
A 9[16])	—	1	Inspektor/-in	
A 7[16])	1	—	Obersekretär/-in	
A 6[16])	1	1	Sekretär/-in	
	8	7	Zusammen	

[1]) 2 DW.
[3]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.
[4]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO.
[5]) Davon 2 kw nach Wegfall der Überlast.
[7]) Davon 1 kw infolge ZV II.
[9]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
[10]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 3 BBesO.
[12]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zur Bes.-Gr. A 4 BBesO.
[16]) kw.
[17]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:

Mittlerer Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO
A 9[9])	1
A 9	1
Insgesamt	2

Zugang:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 14[7])	1	Verlagerung von Kapitel 15 55
Zusammen	1	

Abgang:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 10[6])	1	infolge Vollzugs des HV Nr. 6 (ZV I)
Zusammen	1	
Bleibt Zu-/Abgang	—	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 6 (Davon 1 kw ab 1. 1. 2007 infolge ZV I) ist vollzogen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 7 ist hinzu gekommen.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 13 Sozialgerichte

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Richterliche und beamtete Hilfskräfte
R 1[6])	1	1	Richter/-in
A 9[3])	3	3	Inspektor/-in z. A.
	4	4	Zusammen
			Angestellte
V b	1	1	
V c	3	3	
VI b[1])[4])[5])	104	103	
VII	1	1	
VIII	2	2	
	111	110	Zusammen
			Leerstellen:
VI b[2])	5	1	
VII[2])	4	6	
IX b–VII[2])	1	1	
	10	8	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[2]) kw.

[3]) Davon 3 Stellen im Rahmen der PKB ohne BV und Budget.

[4]) Davon 1 Stelle, die nur zur Hälfte besetzt werden darf.

[5]) Davon 1 Stelle, die nur zu drei Viertel besetzt werden darf.

[6]) Davon 1 Stelle im Rahmen der PKB ohne BV und Budget.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b	1	Verlagerung von Kapitel 11 12
Zusammen	1	

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Arbeiter/-innen
5	1	1	
	1	1	Zusammen

Haushaltsvermerke

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
1.233,06	1.240,37	1.227,15

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	4,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	4,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	0,25
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	4,40
- Minderung aufgrund ZV II	6,66
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	11,31
bleibt Abgang	7,31

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
48.214	48.878	48.873

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 16 Ordentliche Gerichte – Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig – budgetiert –

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen	Allgemeine Haushaltsvermerke:
			Feste Gehälter:	1. Bedienstete, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2 a gem. AV vom 19. 11. 1987 – Nds. Rpfl. S. 277.
R 8	1	1	Präsident/-in des Oberlandesgerichts	2. Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
R 5	1	1	Präsident/-in des Landgerichts – an einem Gericht mit 81 bis 150 Richterplanstellen einschl. der Richterplanstellen der Gerichte, über die der/die Präsident/-in die Dienstaufsicht führt –	
R 4	1	1	Vizepräsident/-in des Oberlandesgerichts	
R 4	1	1	Präsident/-in des Landgerichts – an einem Gericht mit 41 bis 80 Richterplanstellen einschl. der Richterplanstellen der Gerichte, über die der/die Präsident/-in die Dienstaufsicht führt –	
R 3	6	6	Vorsitzende(r) Richter/-in am Oberlandesgericht	
R 3	1	1	Vizepräsident/-in des Landgerichts – als ständige(r) Vertreter/-in eines(r) Präsidenten/-in an einem Gericht mit 81 und mehr Richterplanstellen einschließlich der Richterplanstellen der Gerichte, über die der/die Präsident/-in die Dienstaufsicht führt –	
R 3	1	1	Präsident/-in des Amtsgerichts – an einem Gericht mit bis zu 40 Richterplanstellen –	
			Aufsteigende Gehälter:	
R 2[1])	1	1	Vizepräsident/-in des Landgerichts – als ständige(r) Vertreter/-in eines(r) Präsidenten/-in der Bes.-Gr. R 3 oder R 4 –	
R 2[3])	1	1	Vizepräsident/-in des Amtsgerichts – als ständige(r) Vertreter/-in eines(r) Präsidenten/-in der Bes.-Gr. R 3 oder R 4 –	
R 2[2])	7	7	Direktor/-in des Amtsgerichts – an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen –	
R 2	17	17	Richter/-in am Oberlandesgericht	
R 2	28	28	Vorsitzende(r) Richter/-in am Landgericht	
R 2[8])	5	5	Direktor/-in des Amtsgerichts – an einem Gericht mit 4 bis 7 Richterplanstellen –	
R 2			Richter/in am Amtsgericht	
	4	4	– als weitere(r) aufsichtsführende(r) Richter/-in an einem Gericht mit 15 und mehr Richterplanstellen –	
	6	6	– als ständige(r) Vertreter/-in des/der Direktors/-in an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen –	
R 1[4])	3	3	Direktor/-in des Amtsgerichts – an einem Gericht mit bis zu 3 Richterplanstellen –	
R 1[19])[21])	157	154	Richter/-in am Amtsgericht und Richter/-in am Landgericht	
A 15	1	1	Direktor/-in	
A 14	1	1	Oberrat/-rätin	
A 13[5])	2	2	Oberamtsrat/-rätin	
A 13	12	11	Oberamtsrat/-rätin	
A 12[20])	51	49	Amtsrat/-rätin	
A 11	78	77	Amtmann/-männin/-frau	
A 10[19])	86	87	Oberinspektor/-in	
A 9[6])[19])	18	21	Inspektor/-in	
A 9[12])	21	21	Amtsinspektor/-in	
A 9[12])	14	14	Obergerichtsvollzieher/-in	
A 9	46	46	Amtsinspektor/-in	
A 9	36	33	Obergerichtsvollzieher/-in	
A 8[19])	82	74	Hauptsekretär/-in	
A 8	22	25	Gerichtsvollzieher/-in	
A 7[19])	62	53	Obersekretär/-in	
A 6	23	31	Sekretär/-in	
A 6[7])[14])	20	20	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
A 5[7])[11])	71	71	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
A 4[7])[9])	9	9	Hauptwachtmeister/-in	
A 3[7])[10])	2	2	Oberwachtmeister/-in	
	898	886	Zusammen	

[1]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.

[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.

[3]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.

[4]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. R 1 BBesO.

[5]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 13 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[6]) Die Stellen des gehobenen Sozialdienstes dürfen im Bedarfsfall auch mit Angestellten der Verg.-Gr. IV b BAT (Sozial- und Erziehungsdienst) besetzt werden.

[7]) Insgesamt 13 DW.

[8]) Davon 1 ku nach Bes.-Gr. R 1 mit Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. R 1 BBesO bei Ausscheiden der Stelleninhaber.

[9]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zur Bes.-Gr. A 4 BBesO.

[10]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 3 BBesO.

[11]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.

[12]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[14]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO.

[19]) Davon je 1 Stelle, die nur zu ½ besetzt werden darf.

[20]) Davon 1 Stelle, die nur zu ¼ besetzt werden darf.

[21]) Davon 4 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2009.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 16 Ordentliche Gerichte – Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig – budgetiert –

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Allgemeine Haushaltsvermerke: [13]) kw.
			Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen	
			Leerstellen:	
R 2[13])	1	2	Richter/-in am Oberlandesgericht	
R 1[13])	14	13	Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Amtsgericht oder Staatsanwalt/-wältin	
A 11[13])	3	—	Amtmann/-männin/-frau	
A 10[13])	14	8	Oberinspektor/-in	
A 9[13]	9	5	Inspektor/-in	
A 8[13])	2	3	Hauptsekretär/-in	
A 8[13])	1	1	Gerichtsvollzieher/-in	
A 7[13])	9	10	Obersekretär/-in	
A 6[13])	6	6	Sekretär/-in	
A 6[13])	1	1	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
A 4[13])	1	—	Hauptwachtmeister/-in	
	61	49	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Die Planstellen des gehobenen Dienstes teilen sich wie folgt auf:

Bes.-Gr.	Stellenzahl	davon						
		gehobener Justizdienst					gehobener Sozialdienst	Allgemeiner Vollzugs- und Verwaltungsdienst
			hiervon entfallen auf die Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:			Allgemeine Obergrenzen		
	Insgesamt	Zusammen	§ 2 Nr. 2 der VO	§ 3 Nr. 1 der VO	§ 3 Nr. 2 a der VO	§ 26 BBesG		
A 13[5])	2	2	1	—	—	1	—	—
A 13	12	11	6	1	—	4	1	—
A 12	51	45	25	4	2	14	6	—
A 11	78	61	36,5	1,5	1	22	17	—
A 10	86	60	34	1,5	1	23,5	26	—
A 9	18	16	6	—	—	10	2	—
Summe	247	195	108,5	8	4	74,5	52	—

Die Planstellen des mittleren Dienstes teilen sich wie folgt auf:

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO	Allgemeine Obergrenzen	Insgesamt
A 9[12])	15	6	21
A 9	28	18	46
A 8	17	65	82
A 7	9	53	62
A 6	—	23	23
Insgesamt	69	165	234

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 1[21]) – Richter/-in am Amtsgericht und Richter/-in am Landgericht –	4	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –	1,5	Umwandlung von Bes.-Gr. R 1 – richterliche Hilfskräfte –
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	1	Verlagerung von Kapitel 11 05
Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in –	15	Umwandlungen von Verg.-Gr. VII
Zusammen	21,5	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11[17]) – Amtmann/ -männin/-frau –	1	Verlagerung an Kapitel 11 05
Bes.-Gr. A 10[21]) – Oberinspektor/-in –	3	davon 1 Verlagerung an Kapitel 11 17 1 Vollzug HV Nr. 17 (ZV II) 1 Vollzug HV Nr. 21 (ZV II)
Bes.-Gr. A 8[23]) – Hauptsekretär/-in –	1	Vollzug HV Nr. 23 (ZV II)
Bes.-Gr. A 7[24]) – Obersekretär/-in –	5	Vollzug HV Nr. 24 (ZV II)
Zusammen	10	
Bleibt Zugang	11,5	

Umwandlungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/ -rätin –	1	von Bes.-Gr. R 1 – Richter/-in am Amtsgericht und Richter/-in am Landgericht –
Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –	0,5	von Bes.-Gr. R 1 – Richter/-in am Amtsgericht und Richter/-in am Landgericht –
Zusammen	1,5	

Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/ -männin/-frau –	2	von Bes.-Gr. A 10 – Oberinspekor/-in –
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	3	von Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –
Bes.-Gr. A 9 – Obergerichts- vollzieher/-in –	3	von Bes.-Gr. A 8 – Gerichtsvollzieher/-in –
Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in –	9	von Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in ,
Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in –	8	von Bes.-Gr. A 6 – Sekretär/-in –
Zusammen	25	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nrn.
17 (Davon 1 mit Ablauf des 31. 10. 2006 auszutauschen gegen 1 Planstelle der Bes.-Gr. A 10 aus Kapitel 11 05, diese dann kw (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II.)
21 (Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 10. 2006 (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II.)
23 (Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 10. 2006 (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II.)
24 (Davon 5 Stellen kw mit Ablauf des 31. 10. 2006 (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II.)
sind vollzogen.

Der Haushaltsvermerk Nr. 19 (Davon je 1 Stelle, die nur zu ½ besetzt werden darf.) erstreckt sich nunmehr auch auf die Bes.-Gr. R 1 – Richter/-in am Amtsgericht und Richter/-in am Landgericht –.
Der Haushaltsvermerk Nr. 21 ist hinzugekommen.

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Richterliche und beamtete Hilfskräfte
R 1[1])	4	6	Richter/-in
A 9[2])	10	10	Inspektor/-in z. A.
A 6	7	7	Sekretär/-in z. A.
	21	23	Zusammen
			Leerstellen:
R 1[7])	7	5	Richter/-in
A 9[7])	1	1	Inspektor/-in z. A.
A 6[7])	1	1	Sekretär/-in z. A.
	9	7	Zusammen
			Angestellte
IV a	2	2	
IV b	4	5	
V b	3	3	
V c[3])[11])	58	58	
VI b[4])	250	250	
VII[10])[12])	19	36	
VIII[11])	2	2	
IX b	1	1	
IX b – VII[5])[11])[12])	3	3	
	342	360	Zusammen
			Leerstellen:
V c[7])	1	1	
VI b[7])	13	11	
VII[7])	14	15	
IX b – VII[7])	8	10	
	36	37	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Davon im Rahmen der PKB 3 Stellen ohne BV und Budget.

[2]) Davon im Rahmen der PKB 10 Stellen ohne BV und Budget.

[3]) Die jeweiligen ersten Sekretärinnen der Präsidenten/-innen der Oberlandesgerichte sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[4]) Die ersten Sekretärinnen der Präsidenten/-innen der Landgerichte Braunschweig und Göttingen und die erste Sekretärin des/der Präsidenten/-in des Amtsgerichts Braunschweig sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[5]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII und VII BAT nachgewiesen.

[7]) kw.

[10]) Davon 3 kw mit Ablauf des 31. 12. 2007 (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II.

[11]) Davon je 1 Stelle, die nur zu ½ besetzt werden darf.

[12]) Davon 1 Stelle, die nur zu ¾ besetzt werden darf.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Richterliche und beamtete Hilfskräfte

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 1 – Richter/-in –	1,5	Umwandlung in Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IX b-VII	1	Verlagerung von Kapitel 11 10

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	1	Verlagerung an Kapitel 11 10
Verg.-Gr. VII[10])	17	davon 2 teilweiser Vollzug HV Nr. 10 (ZV I) 15 Umwandlungen in Bes.-Gr. A 7
Verg.-Gr. IX b-VII	1	infolge ZV II
Zusammen	19	
Bleibt Abgang	18	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 10 (Davon 2 kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV I und 3 kw mit Ablauf des 31. 12. 2007, davon 2 infolge ZV I und 1 infolge ZV II (Projekt RegisSTAR).) ist teilweise vollzogen und geändert.

Der Haushaltsvermerk Nr. 11 (Davon je 1 Stelle, die nur zu ½ besetzt werden darf.) erstreckt sich nicht mehr auf die Bes.-Gr. R 1 – Richter/-in –.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 16 Ordentliche Gerichte – Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig – budgetiert –

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Arbeiter/-innen	
3/4	9	11	Justizhelfer/-in	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Abgang:	Stellen		
Lohn-Gr. 3/4[2])	1,75	davon	
		0,25	Verlagerung an Kapitel 11 19
		1	infolge ZV I
		0,5	infolge ZV II
Zusammen	1,75		

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 (Davon 1 Stelle, die nur zu 3/4 besetzt werden darf.) ist entfallen.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
3.682,12	3.712,51	3.636,22

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	10,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	4,10
Summe Zugänge	14,10
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	9,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	16,50
- Minderung aufgrund ZV II	18,99
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	44,49
bleibt Abgang	30,39

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
143.618	146.279	145.066

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 17 Ordentliche Gerichte – Oberlandesgerichtsbezirk Celle

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen	Allgemeine Haushaltsvermerke:
			Feste Gehälter:	1. Bedienstete, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2 a gem. AV vom 19. 11. 1987 – Nds. Rpfl. S. 277.
R 8	1	1	Präsident/-in des Oberlandesgerichts	2. Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
R 5	4	4	Präsident/-in des Landgerichts – an einem Gericht mit 81 bis 150 Richterplanstellen einschl. der Richterplanstellen der Gerichte, über die der/die Präsident/-in die Dienstaufsicht führt –	
R 5	1	1	Präsident/-in des Amtsgerichts – an einem Gericht mit 81 bis 150 Richterplanstellen –	
R 4	1	1	Vizepräsident/-in des Oberlandesgerichts	
R 4	1	1	Präsident/-in des Landgerichts – an einem Gericht mit 41 bis 80 Richterplanstellen einschl. der Richterplanstellen der Gerichte, über die der/die Präsident/-in die Dienstaufsicht führt –	
R 3	21	21	Vorsitzende(r) Richter/-in am Oberlandesgericht	
R 3	1	1	Präsident/-in des Landgerichts – an einem Gericht mit bis zu 40 Richterplanstellen einschl. der Richterplanstellen der Gerichte, über die der/die Präsident/-in die Dienstaufsicht führt –	
R 3	4	4	Vizepräsident/-in des Landgerichts – als ständige(r) Vertreter/-in eines(r) Präsidenten/-in an einem Gericht mit 81 und mehr Richterplanstellen einschließlich der Richterplanstellen der Gerichte, über die der/die Präsident/-in die Dienstaufsicht führt –	
R 3	1	1	Vizepräsident/-in des Amtsgerichts – als ständige(r) Vertreter/-in eines(r) Präsidenten/-in eines Gerichts mit 81 und mehr Richterplanstellen –	
			Aufsteigende Gehälter:	
R 2[1])	2	2	Vizepräsident/-in des Landgerichts – als ständige(r) Vertreter/-in eines(r) Präsidenten/-in der Bes.-Gr. R 3 oder R 4 –	
R 2[2])	14	14	Direktor/-in des Amtsgerichts – an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen –	
R 2	63	63	Richter/-in am Oberlandesgericht	
R 2[30])	90	87	Vorsitzende(r) Richter/-in am Landgericht	
R 2	18	18	Direktor/-in des Amtsgerichts – an einem Gericht mit 4 bis 7 Richterplanstellen –	
R 2			Richter/in am Amtsgericht	
	18	19	– als weitere(r) aufsichtsführende(r) Richter/-in an einem Gericht mit 15 und mehr Richterplanstellen –	
	15	15	– als ständige(r) Vertreter/-in des/der Direktors/-in an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen –	
R 1[3])	8	8	Direktor/-in des Amtsgerichts – an einem Gericht mit bis zu 3 Richterplanstellen –	
R 1[31])	463	467	Richter/-in am Amtsgericht und Richter/-in am Landgericht	
A 15	1	1	Direktor/-in	
A 14	4	4	Oberrat/-rätin	
A 13[4])	5	5	Oberamtsrat/-rätin	
A 13	32	30	Oberamtsrat/-rätin	
A 12[25])[29])	147	143	Amtsrat/-rätin	
A 11[26])	244	243	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	231	222	Oberinspektor/-in	
A 9[5])	73	85	Inspektor/-in	
A 9[10])	53	53	Amtsinspektor/-in	
A 9[10])	45	45	Obergerichtsvollzieher/-in	
A 9[27])	137	137	Amtsinspektor/-in	
A 9	116	104	Obergerichtsvollzieher/-in	
A 8[24])	235	226	Hauptsekretär/-in	
A 8	69	81	Gerichtsvollzieher/-in	
A 8	1	1	Justizvollstreckungshauptsekretär/-in	
A 7	228	181	Obersekretär/-in	
A 6	93	138	Sekretär/-in	
A 6[6])[12])	52	52	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
A 5[6])[9])	172	173	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
A 4[6])[7])	36	36	Hauptwachtmeister/-in	
A 3[6])[8])	—	4	Oberwachtmeister/-in	
	2 700	2 692	Zusammen	

[1]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.

[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.

[3]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. R 1 BBesO.

[4]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 13 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[5]) Die Stellen des gehobenen Sozialdienstes dürfen im Bedarfsfall auch mit Angestellten der Verg.-Gr. IV b BAT (Sozial- und Erziehungsdienst) besetzt werden.

[6]) Insgesamt 23 DW.

[7]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zur Bes.-Gr. A 4 BBesO.

[8]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 3 BBesO.

[9]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.

[10]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[11]) kw.

[12]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO.

[24]) Davon 1 Stelle, die nur zu ½ besetzt werden darf.

[25]) Davon 1 Stelle, die nur zu ¾ besetzt werden darf.

[26]) Davon 1 Stelle, die nur zu ¼ besetzt werden darf.

[27]) Davon 1 Stelle ku nach Freiwerden nach Verg.-Gr. V c BAT gem. Nr. 8 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen 2004 infolge ZV I.

[29]) Davon 1 Stelle, die nur (in Höhe von 100 %) für Personalratstätigkeit verwendet werden darf.

[30]) Davon 3 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2009.

[31]) Davon 4 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2009.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 17 Ordentliche Gerichte – Oberlandesgerichtsbezirk Celle

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Leerstellen:	
R 2[11])	5	5	Richter/-in am Oberlandesgericht	
R 2[11])	4	2	Vorsitzende(r) Richter/-in am Landgericht	
R 1[11])	47	44	Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Amtsgericht oder Staatsanwalt/-wältin	
A 11[11])	6	3	Amtmann/-männin/-frau	
A 10[11])	49	41	Oberinspektor/-in	
A 9[11])	7	6	Inspektor/-in	
A 9[11])	2	3	Amtsinspektor/-in	
A 8[11])	9	14	Hauptsekretär/-in	
A 8[11])	3	2	Gerichtsvollzieher/-in	
A 7[11])	43	48	Obersekretär/-in	
A 6[11])	18	18	Sekretär/-in	
A 5[11])	—	2	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
	193	188	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Die Planstellen des gehobenen Dienstes teilen sich wie folgt auf:

Bes.-Gr.	Stellenzahl Insgesamt	davon: gehobener Justizdienst Zusammen	hiervon entfallen auf die Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG: § 2 Nr. 2 der VO	§ 3 Nr. 1 der VO	§ 3 Nr. 2 a der VO	Allgemeine Obergrenzen § 26 BBesG	gehobener Sozialdienst	Allgemeiner Vollzugs- und Verwaltungsdienst
A 13[4])	5	5	2	—	1	2	—	—
A 13	32	30	9	2	2	17	2	—
A 12	147	134	79,5	9	4	41,5	13	—
A 11	244	208	127,5	10,5	8	62	36	—
A 10	231	183	93,5	4,5	5	80	48	—
A 9	73	62	46	—	—	16	11	—
Summe	732	622	357,5	26	20	218,5	110	—

Die Planstellen des mittleren Dienstes teilen sich wie folgt auf:

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO	Allgemeine Obergrenzen	Insgesamt
A 9[10])	51	2	53
A 9	65,5	71,5	137
A 8	38,75	196,25	235
A 7	0,5	227,5	228
A 6	7	86	93
Insgesamt	162,75	583,25	746

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 2[30]) – Vorsitzende(r) Richter/-in am Landgericht –	3	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. R 1[31]) – Richter/-in am Amtsgericht und Richter/-in am Landgericht	4	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –	1	Verlagerung von Kapitel 11 20
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	4	davon 3 Verlagerungen von Kapitel 11 05 1 Verlagerung von Kapitel 11 16
Bes.-Gr. A 9[10]) – Amtsinspektor/-in –	1	Verlagerung von Kapitel 11 18
Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in –	32	Umwandlungen von Verg.-Gr. VII
Bes.-Gr. A 5[6])[9]) – Erste(r) Hauptwachtmeister/-in –	1	Verlagerung von Kapitel 11 20
Bes.-Gr. A 4[6])[7]) – Hauptwachtmeister/-in –	1	Verlagerung von Kapitel 11 18
Zusammen	47	

Erläuterungen zum Stellenplan

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 2[17]) – Richter/-in am Amtsgericht als weitere(r) aufsichtführende(r) Richter/-in –	1	Vollzug HV Nr. 17 (ZV II)
Bes.-Gr. R 1 – Richter/-in am Amts-/Landgericht –	2	davon 1 Verlagerung an Kapitel 11 01 1 Verlagerung an Kapitel 11 09
Bes.-Gr. A 13[18]) – Oberamtsrat/-rätin –	2	davon 1 Verlagerung an Kapitel 11 05 1 Verlagerung an Kapitel 11 20
Bes.-Gr. A 11[20]) – Amtmann/ -männin/-frau –	2	Verlagerungen an Kapitel 11 05
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	3	davon 1 Vollzug HV Nr. 18 (ZV II) 2 Vollzug HV Nr. 20 (ZV II)
Bes.-Gr. A 9[21]) – Inspektor/-in –	1	Vollzug HV Nr. 21 (ZV II)
Bes.-Gr. A 8[22]) – Hauptsekretär/-in –	2	davon 1 Verlagerung an Kapitel 11 18 1 Vollzug HV Nr. 22 (ZV II)
Bes.-Gr. A 7[23]) – Obersekretär/-in –	16	davon 1 Verlagerung an Kapitel 11 18 15 Vollzug HV Nr. 23 (ZV II)
Bes.-Gr. A 6 – Sekretär/-in –	3	Verlagerungen an Kapitel 11 18
Bes.-Gr. A 5[6])[9])[24]) – Erste(r) Hauptwachtmeister/-in –	1,5	davon 1 Verlagerung an Kapitel 11 18 0,5 infolge ZV I
Bes.-Gr. A 4[6])[7])[24]) – Hauptwachtmeister/-in –	0,5	infolge ZV I
Bes.-Gr. A 3[6])[8])[28]) – Oberwachtmeister/-in –	3,5	infolge ZV I
Zusammen	37,5	
Bleibt Zugang	9,5	

Umwandlungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/ -rätin –	1	von Bes.-Gr. R 1 – Richter/-in am Amtsgericht und Richter/-in am Landgericht –
Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/rätin –	6	davon 5 von Bes.-Gr. R 1 – Richter/-in am Amtsgericht und Richter/-in am Landgericht – 1 von Bes.-Gr. A 9[10]) – Amtsinspektor/-in –
Zusammen	7	

Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin –	3	von Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –
Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/ -männin/-frau –	3	von Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	11	von Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –
Bes.-Gr. A 9 – Obergerichtsvollzieher/-in –	12	von Bes.-Gr. A 8 – Gerichtsvollzieher/-in –
Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in –	11	von Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in –
Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in –	42	von Bes.-Gr. A 6 – Sekretär/-in –
Zusammen	82	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nrn.
17 (Davon 1 Stelle zunächst kw mit Ablauf des 30. 6. 2005 für das Projekt SolumSTAR – jetzt kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 für das Projekt RegisSTAR infolge ZV II.),
18 (Davon 1 Stelle mit Ablauf des 31. 10. 2006 auszutauschen gegen 1 Planstelle der Bes.-Gr. A 10 aus Kapitel 11 05, diese dann kw (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II.),
20 (Davon 1 mit Ablauf des 31. 10. 2006 und 1 mit Ablauf des 31. 12. 2006 auszutauschen gegen jeweils 1 Planstelle der Bes.-Gr. A 10 aus Kapitel 11 05, diese dann kw (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II.),
21 (Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II.),
22 (Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 10. 2006 (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II.),
23 (Davon 15 Stellen kw mit Ablauf des 31. 10. 2006 (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II.)
sind vollzogen.

Der Haushaltsvermerk Nr. 24 (Davon je 1 Stelle, die nur zu ½ besetzt werden darf.) erstreckt sich nicht mehr auf die Bes.-Gr. A 5 – Erste(r) Hauptwachtmeister/-in – und A 4 – Hauptwachtmeister/-in –.

Der Haushaltsvermerk Nr. 28 (Davon 1 Stelle, die nur zu ½ besetzt werden darf.) ist entfallen.

Die Haushaltsvermerke Nrn. 29, 30 und 31 sind hinzugekommen.

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Richterliche und beamtete Hilfskräfte
R 1[1])[19])	12	12	Richter/-in
A 9[2])	11	11	Inspektor/-in z. A.
A 6[3])	12	15	Sekretär/-in z. A.
	35	38	Zusammen
			Leerstellen:
A 9[9])	1	—	Inspektor/-in z. A.
A 6[9])	1	5	Sekretär/-in z. A.
	2	5	Zusammen
			Angestellte
IV a	4	4	
IV b	17	17	
V b	1	1	
V c[4])[19])	177	176	
VI b[5])	539	544	
VII[15])	188	226	
VIII	4	5	
IX b – VII[6])	42	42	
	972	1015	Zusammen
			Leerstellen:
IV b[9])	1	1	
V c[9])	1	—	
VI b[9])	19	19	
VII[9])	27	30	
IX b – VII[9])	41	52	
	89	102	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Davon im Rahmen der PKB 7 Stellen ohne BV und Budget.

[2]) Davon im Rahmen der PKB 7 Stellen ohne BV und Budget.

[3]) Davon im Rahmen der PKB 5 Stellen ohne BV und Budget.

[4]) Die jeweiligen ersten Sekretärinnen der Präsidenten/-innen der Oberlandesgerichte sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[5]) Die ersten Sekretärinnen der Präsidenten/-innen der Landgerichte Bückeburg, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade und Verden und die erste Sekretärin des/der Präsidenten/-in des Amtsgerichts Hannover sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[6]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII und VII BAT nachgewiesen.

[9]) kw.

[15]) Davon 7 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2007 (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II.

[19]) Davon 1 Stelle, die nur zu ½ besetzt werden darf.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Richterliche und beamtete Hilfskräfte

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 6 –Sekretär/-in –	3	Verlagerungen an Kapitel 11 18
Zusammen	3	

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. V c	2	Verlagerungen von Kapitel 11 18
Verg.-Gr. VII	2	Verlagerungen von Kapitel 11 18
Zusammen	4	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. V c[16])	1	Vollzug HV Nr. 16 (ZV II)
Verg.-Gr. VI b[19])	4,5	davon
	4	Verlagerungen an Kapitel 11 18
	0,5	infolge ZV II
Verg.-Gr. VII[15])[18])	39,75	davon
	3	teilweiser Vollzug HV Nr. 15 (ZV I)
	3	infolge ZV I
	0,75	infolge ZV II
	1	Verlagerung an Kapitel 11 18
	32	Umwandlungen in Bes.-Gr. A 7
Verg.-Gr. VIII[19])	0,5	infolge ZV II
Zusammen	45,75	
Bleibt Abgang	41,75	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 15 (Davon 3 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV I und 7 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2007, davon 6 Stellen infolge ZV I und 1 Stelle infolge ZV II (Projekt RegisSTAR).) ist teilweise vollzogen und geändert.
Der Haushaltsvermerk Nr. 16 (Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II.) ist vollzogen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 18 (Davon 1 Stelle, die nur zu ¾ besetzt werden darf.) ist entfallen.
Der Haushaltsvermerk Nr.19 (Davon je 1 Stelle, die nur zu ½ besetzt werden darf.) erstreckt sich nicht mehr auf die Verg.-Gr. VI b und VIII.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 17 Ordentliche Gerichte – Oberlandesgerichtsbezirk Celle

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Arbeiter/-innen	[1]) kw.
4[2])	1	1	Kraftfahrdienst	[2]) 1 ehemaliger Kraftfahrer erhält übertariflich eine Besitzstandszulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen seinem bis zum 31. 7. 1996 als Chefkraftfahrer gezahlten letzten Lohn und dem ihm tarifvertraglich gewährten Lohn.
1[3])	3	6	Reinigungsdienst	[3]) 1 Arbeiterin erhält übertariflich eine Besitzstandszulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen ihrem bis zum 30. 6. 1979 bei der aufgelösten Landesfrauenklinik in Celle gezahlten Lohn und der sich aus der Lohn-Gr. 1 ergebenden Vergütung.
6/7	3	3	Heizer/-in	
5	2	2	Hausmeister/-in	
3/4	47	50	Justizhelfer/-in	
	56	62	Zusammen	
			Leerstellen:	
3/4[1])	1	1	Justizhelfer/in	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Zugang:	Stellen	
Lohn-Gr. 3/4	1	Verlagerung von Kapitel 11 20
Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 1	3	davon 2 infolge ZV I 1 infolge ZV II
Lohn-Gr. 3/4	4	infolge ZV I
Zusammen	7	
Bleibt Abgang	6	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
2.038,19	2.019,89	2.005,49

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	33,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	33,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,11
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	3,20
- Minderung aufgrund ZV II	10,39
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	14,70
bleibt Zugang	18,30

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
79.988	79.911	80.834

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 18 Ordentliche Gerichte – Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen	Allgemeine Haushaltsvermerke:
			Feste Gehälter:	1. Bedienstete, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2 a gem. AV vom 19. 11. 1987 – Nds. Rpfl. S. 277.
R 8	1	1	Präsident/-in des Oberlandesgerichts	2. Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
R 5	2	2	Präsident/-in des Landgerichts – an einem Gericht mit 81 bis 150 Richterplanstellen einschl. der Richterplanstellen der Gerichte, über die der/die Präsident/-in die Dienstaufsicht führt –	
R 4	1	1	Vizepräsident/-in des Oberlandesgerichts	
R 4	1	1	Präsident/-in des Landgerichts – an einem Gericht mit 41 bis 80 Richterplanstellen einschl. der Richterplanstellen der Gerichte, über die der/die Präsident/-in die Dienstaufsicht führt –	
R 3	11	11	Vorsitzende(r) Richter/-in am Oberlandesgericht	
R 3	2	2	Vizepräsident/-in des Landgerichts – als ständige(r) Vertreter/-in eines(r) Präsidenten/-in an einem Gericht mit 81 und mehr Richterplanstellen einschließlich der Richterplanstellen der Gerichte, über die der/die Präsident/-in die Dienstaufsicht führt –	
R 3	1	1	Präsident/-in des Amtsgerichts – an einem Gericht mit bis zu 40 Richterplanstellen –	
			Aufsteigende Gehälter:	
R 2[1])	1	1	Vizepräsident/-in des Landgerichts – als ständige(r) Vertreter/-in eines(r) Präsidenten/-in der Bes.-Gr. R 3 oder R 4 –	
R 2[3])	1	1	Vizepräsident/-in des Amtsgerichts – als ständige(r) Vertreter/-in eines(r) Präsidenten/-in der Bes.-Gr. R 3 oder R 4 –	
R 2[2])	12	12	Direktor/-in des Amtsgerichts – an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen –	
R 2	36	36	Richter/-in am Oberlandesgericht	
R 2[27])	49	47	Vorsitzende(r) Richter/-in am Landgericht	
R 2	10	10	Direktor/-in des Amtsgerichts – an einem Gericht mit 4 bis 7 Richterplanstellen –	
R 2			Richter/in am Amtsgericht	
	6	6	– als weitere(r) aufsichtsführende(r) Richter/-in an einem Gericht mit 15 und mehr Richterplanstellen –	
	12	12	– als ständige(r) Vertreter/-in des/der Direktors/-in an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen –	
R 1[27])	246	244	Richter/-in am Amtsgericht und Richter/-in am Landgericht	
A 15	1	1	Direktor/-in	
A 13[4])	3	3	Oberamtsrat/-rätin	
A 13	23	21	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	75	72	Amtsrat/-rätin	
A 11[23])	142	144	Amtmann/-männin/-frau	
A 10[23])[25])	141	134	Oberinspektor/-in	
A 9[5])	44	51	Inspektor/-in	
A 9[10])	28	29	Amtsinspektor/-in	
A 9[10])	24	24	Obergerichtsvollzieher/-in	
A 9	92	79	Amtsinspektor/-in	
A 9	66	59	Obergerichtsvollzieher/-in	
A 8[26])	136	112	Hauptsekretär/-in	
A 8	39	46	Gerichtsvollzieher/-in	
A 7	103	101	Obersekretär/-in	
A 6	27	36	Sekretär/-in	
A 6[6])[12])	29	29	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
A 5[6])[9])[23])	94	93	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
A 4[6])[7])	11	12	Hauptwachtmeister/-in	
A 3[6])[8])	5	6	Oberwachtmeister/-in	
	1475	1440	Zusammen	

[1]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.

[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.

[3]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.

[4]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 13 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[5]) Die Stellen des gehobenen Sozialdienstes dürfen im Bedarfsfall auch mit Angestellten der Verg.-Gr. IV b BAT (Sozial- und Erziehungsdienst) besetzt werden.

[6]) Insgesamt 12 DW.

[7]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zur Bes.-Gr. A 4 BBesO.

[8]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 3 BBesO.

[9]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.

[10]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[12]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO.

[23]) Davon je 1 Stelle, die nur zu ½ besetzt werden darf.

[25]) Davon 2 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2008 (Projekt mit@justiz).

[26]) Davon 18 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2008 (Projekt mit@justiz).

[27]) Davon je 2 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2009.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 18 Ordentliche Gerichte – Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Allgemeine Haushaltsvermerke: [11]) kw.
			Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen	
			Leerstellen:	
R 2[11])	—	1	Richter/-in am Oberlandesgericht	
R 2[11])	1	1	Vorsitzende(r) Richter/-in am Landgericht	
R 1[11])	11	12	Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Amtsgericht	
A 11[11])	4	3	Amtmann/-männin/-frau	
A 10[11])	23	20	Oberinspektor/-in	
A 9[11])	5	1	Inspektor/-in	
A 9[10])[11])	1	—	Amtsinspektor/-in	
A 8[11])	5	5	Hauptsekretär/-in	
A 8[11])	1	1	Gerichtsvollzieher/-in	
A 7[11])	22	21	Obersekretär/-in	
A 6[11])	7	11	Sekretär/-in	
A 5[11])	2	—	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
A 4[11])	—	1	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
A 3[11])	—	1	Justizoberwachtmeister/-in	
	82	78	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Die Planstellen des gehobenen Dienstes teilen sich wie folgt auf:

Bes.-Gr.	Stellenzahl	davon						
		gehobener Justizdienst					gehobener Sozialdienst	Allgemeiner Vollzugs- und Verwaltungsdienst
			hiervon entfallen auf die Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:			Allgemeine Obergrenzen		
	Insgesamt	Zusammen	§ 2 Nr. 2 der VO	§ 3 Nr. 1 der VO	§ 3 Nr. 2 a der VO	§ 26 BBesG		
A 13[4])	3	3	2	—	—	1	—	—
A 13	23	21	10	2	—	9	2	—
A 12	75	67	41	1	3	22	8	—
A 11	141,5	118,5	92	3	1	22,5	23	—
A 10	140,5	107,5	64,5	2	3	38	33	—
A 9	44	32	29	—	—	3	12	—
Summe	427	349	238,5	8	7	95,5	78	—

Die Planstellen des mittleren Dienstes teilen sich wie folgt auf:

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO	Allgemeine Obergrenzen	Insgesamt
A 9[10])	27	1	28
A 9	77,5	14,5	92
A 8	51,5	84,5	136
A 7	3	100	103
A 6	–	27	27
Insgesamt	159	227	386

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 2[27]) – Vorsitzende(r) Richter/-in am Landgericht –	2	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. R 1[27]) – Richter/-in am Amtsgericht und Richter/-in am Landgericht –	2	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin –	1	Umwandlung von Bes.-Gr. R 1 – richterliche Hilfskräfte –
Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –	2	Umwandlungen von Bes.-Gr. R 1 – richterliche Hilfskräfte –
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	3	davon 2 neu entsprechend dem Bedarf (Projekt mit@justiz) 1 Verlagerung von Kapitel 11 05
Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in –	19	davon 18 neu entsprechend dem Bedarf (Projekt mit@justiz) 1 Verlagerung von Kapitel 11 17
Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in –	18	davon 1 Verlagerung von Kapitel 11 17 17 Umwandlungen aus Verg.-Gr. VII
Bes.-Gr. A 6 – Sekretär/-in –	3	Verlagerungen von Kapitel 11 17
Bes.-Gr. A 5[6])[9]) – Erste(r) Hauptwachtmeister/-in –	1	Verlagerung von Kapitel 11 17
Zusammen	51	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12[18]) – Amtsrat/-rätin –	1	Verlagerung an Kapitel 11 05
Bes.-Gr. A 10[19]) – Oberinspektor/-in –	2	davon 1 Vollzug HV Nr. 18 (ZV II) 1 Vollzug HV Nr. 19 (ZV II)
Bes.-Gr. A 9[10]) – Amtsinspektor/-in –	1	Verlagerung an Kapitel 11 17
Bes.-Gr. A 8[21]) – Hauptsekretär/-in –	1	Vollzug HV Nr. 21 (ZV II)
Bes.-Gr. A 7[22]) – Obersekretär/-in –	9	Vollzug HV Nr. 22 (ZV II)
Bes.-Gr. A 4[6])[7]) – Hauptwachtmeister/-in –	1	Verlagerung an Kapitel 11 17
Bes.-Gr. A 3[6])[8])[24]) – Oberwachtmeister/-in –	0,5	infolge ZV I
Zusammen	15,5	
Bleibt Zugang	35,5	

Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin –	1	von Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –
Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –	3	von Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-männin/-frau –
Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-männin/-frau –	1	von Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	7	von Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –
Bes.-Gr. A 9 – Amtsinspektor/-in –	13	von Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in –
Bes.-Gr. A 9 – Obergerichtsvollzieher/-in –	7	von Bes.-Gr. A 8 – Gerichtsvollzieher/-in –
Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in –	19	von Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in –
Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in –	12	von Bes.-Gr. A 6 – Sekretär/-in –
Zusammen	63	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nrn.
18 (Davon 1 mit Ablauf des 31. 10. 2006 auszutauschen gegen 1 Planstelle der Bes.-Gr. A 10 aus Kapitel 11 05, diese dann kw (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II.)
19 (Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 10. 2006 (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II.)
21 (Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 10. 2006 (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II.)
22 (Davon 9 Stellen kw mit Ablauf des 31. 10. 2006 (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II.)
sind vollzogen.

Der Haushaltsvermerk Nr. 24 (Davon 1 Stelle, die nur zu $^1/_2$ besetzt werden darf) ist entfallen.

Die Haushaltsvermerke Nrn. 25, 26 und 27 sind hinzugekommen.

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Richterliche und beamtete Hilfskräfte
R 1[1)][10)]	14	17	Richter/-in
A 9[2)]	15	15	Inspektor/-in z. A.
A 6	7	4	Sekretär/-in z. A.
	36	36	Zusammen
			Leerstellen:
R 1[7)]	2	4	Richter/-in
A 9[7)]	—	3	Inspektor/-in z. A.
	2	7	Zusammen
			Angestellte
IV a	1	1	
IV b	11	11	
V b	2	2	
V c[3)]	109	111	
VI b[4)]	293	289	
VII[9)][10)]	92	110	
VIII[10)]	1	1	
IX b–VII[5)][11)]	63	64	
	572	589	Zusammen
			Leerstellen:
V c[7)]	2	1	
VI b[7)]	26	21	
VII[7)]	24	23	
IX b–VII[7)]	64	72	
	116	117	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1)] Davon im Rahmen der PKB 4 Stellen ohne BV und Budget.

[2)] Davon im Rahmen der PKB 14 Stellen ohne BV und Budget.

[3)] Die jeweilige erste Sekretärin des Präsidenten des Oberlandesgerichts ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[4)] Die ersten Sekretärinnen der Präsidenten/-innen der Landgerichte Aurich, Oldenburg und Osnabrück und die erste Sekretärin des/der Präsidenten/-in des Amtsgerichts Osnabrück sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[5)] Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII und VII BAT nachgewiesen.

[7)] kw.

[9)] Davon 5 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2007 (Projekt RegisSTAR) infolge ZV II.

[10)] Davon je 1 Stelle, die nur zu ½ besetzt werden darf.

[11)] Davon 1 Stelle kw infolge ZV II.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Richterliche und beamtete Hilfskräfte

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 6		
– Sekretär/-in –	3	Verlagerungen von Kapitel 11 17
Zusammen	3	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 1		
– Richter/-in –	3	davon 1 Umwandlung in Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin – 2 Umwandlungen in Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –
Zusammen	3	

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b	4	Verlagerungen von Kapitel 11 17
Verg.-Gr. VII	1	Verlagerung von Kapitel 11 17
Zusammen	5	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. V c	2	Verlagerungen an Kapitel 11 17
Verg.-Gr. VII[9)]	19	davon 2 Verlagerungen an Kapitel 11 17 17 Umwandlungen in Bes.-Gr. A 7
Verg.-Gr. IX b-VII	1	infolge ZV II
Zusammen	22	
Bleibt Abgang	17	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr.
9 (Davon 3 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV I und 5 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2007, davon 4 infolge ZV I und 1 infolge ZV II (Projekt RegisSTAR).) ist teilweise vollzogen und geändert.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 18 Ordentliche Gerichte – Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Arbeiter/-innen	
3/4	16	16	Justizhelfer/-in	
	16	16	Zusammen	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
354,10	355,35	346,68

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	4,75
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	4,75
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	6,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	6,00
bleibt Abgang	1,25

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
14.224	14.010	14.145

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 19 Staatsanwaltschaften – Generalstaatsanwaltschaft Braunschweig – budgetiert –

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen	Allgemeine Haushaltsvermerke:
			Feste Gehälter:	1. Bedienstete, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2 a gem. AV vom 19. 11. 1987 – Nds. Rpfl. S. 277.
R 5	1	1	Generalstaatsanwalt/-wältin – als Leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht mit bis zu 100 Planstellen für Staatsanwälte/-innen im Bezirk –	2. Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
R 4	1	1	Leitende(r) Oberstaatsanwalt/-wältin – als Leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit 41 und mehr Planstellen für Staatsanwälte/-innen –	
R 3	1	1	Leitende(r) Oberstaatsanwalt/-wältin – als Abteilungsleiter/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht –	
	1	1	– als Leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit 11 bis 40 Planstellen für Staatsanwälte/-innen –	
			Aufsteigende Gehälter:	
R 2[1])	2	2	Oberstaatsanwalt/-wältin – als Abteilungsleiter/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht und als der/die ständige Vertreter/-in eines(r) Leitenden Oberstaatsanwalts/-wältin der Bes.-Gr. R 3 oder R 4 –	
R 2	3	3	Oberstaatsanwalt/-wältin – als Dezernent/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht –	
	16	15	– als Abteilungsleiter/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht –	
R 1	64	57	Staatsanwalt/-wältin	
A 13[2])	1	1	Oberamtsrat/-rätin	
A 13[3])	2	2	Oberamtsanwalt/-wältin	
A 13	2	2	Oberamtsrat/-rätin	
A 13	10	10	Oberamtsanwalt/-wältin	
A 12	5	4	Amtsrat/-rätin	
A 12	9	9	Amtsanwalt/-wältin	
A 11	13	13	Amtmann/-männin/-frau	
A 10[13])	17	15	Oberinspektor/-in	
A 9[4])	4	4	Inspektor/-in	
A 9[8])	5	5	Amtsinspektor/-in	
A 9[13])	13	13	Amtsinspektor/-in	
A 8	16	16	Hauptsekretär/-in	
A 7[13])	31	27	Obersekretär/-in	
A 6	13	18	Sekretär/-in	
A 6[10])	6	6	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
A 5[7])	14	14	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
A 4[5])	2	2	Hauptwachtmeister/-in	
A 3[6])	2	2	Oberwachtmeister/-in	
	254	244	Zusammen	
			Leerstellen:	
R 1[9])	4	3	Staatsanwalt/-wältin	
A 10[9])	3	2	Oberinspektor/-in	
A 9[9])	1	1	Amtsinspektor/-in	
A 7[9])	5	3	Obersekretär/-in	
A 6[9])	6	4	Sekretär/-in	
A 6[9])	1	1	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
	20	14	Zusammen	

[1]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.

[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 13 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[3]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 12 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[4]) Die Stellen des gehobenen Sozialdienstes dürfen im Bedarfsfall auch mit Angestellten der Verg.-Gr. IV b BAT (Sozial- und Erziehungsdienst) besetzt werden.

[5]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zur Bes.-Gr. A 4 BBesO.

[6]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 3 BBesO.

[7]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.

[8]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[9]) kw.

[10]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO.

[13]) Davon je 1 Stelle, die nur zu ½ besetzt werden darf.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 19 Staatsanwaltschaften – Generalstaatsanwaltschaft Braunschweig – budgetiert –

Erläuterungen zum Stellenplan

Die Planstellen des gehobenen Dienstes teilen sich wie folgt auf:

Bes.-Gr.	Stellenzahl	davon						
		gehobener Justizdienst					gehobener Sozialdienst	Allgemeiner Vollzugs- und Verwaltungsdienst
			hiervon entfallen auf die Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:			Allgemeine Obergrenzen		
	Insgesamt	Zusammen	§ 2 Nr. 2 der VO	§ 3 Nr. 1 der VO	§ 3 Nr. 2 a der VO	§ 26 BBesG		
A 13[2])	1	1	—	—	—	1	—	—
A 13	2	2	—	—	—	2	—	—
A 12	5	5	—	—	—	5	—	—
A 11	13	12	—	—	—	12	1	—
A 10	17	13	—	—	—	13	4	—
A 9	4	–	—	—	—	—	4	—
Summe	42	33	—	—	—	33	9	—

Die Planstellen des mittleren Dienstes teilen sich wie folgt auf:

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO	Allgemeine Obergrenzen	Insgesamt
A 9[8])	2	3	5
A 9	7	6	13
A 8	—	16	16
A 7	—	31	31
A 6	—	13	13
Insgesamt	9	69	78

Hebungen:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 10	1	von Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –
Bes.-Gr. A 7	4	von Bes.-Gr. A 6 – Sekretär/-in –
Zusammen	5	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 13 erstreckt sich nunmehr auch auf 1 Planstelle der Bes.-Gr. A 10.

Zugang:

	Stellen	
Bes.-Gr. R 2 – Oberstaatsanwalt/ -wältin – als Abteilungsleiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Langericht –	1	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. R 1	7	davon 2 neu entsprechend dem Bedarf 5 Umwandlungen von Stellen für staatsanwaltliche Hilfskräfte der Bes.-Gr. R 1
Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –	1	Umwandlung von 1 Stelle für staatsanwaltliche Hilfskräfte der Bes.-Gr. R 1
Bes.-Gr. A 10	1	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in	1	Verlagerung von Kapitel 11 20
Zusammen	11	

Abgang:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 6 – Sekretär/-in –	1	Verlagerung nach Kapitel 11 21
Zusammen	1	
Bleibt Zugang:	10	

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 19 Staatsanwaltschaften – Generalstaatsanwaltschaft Braunschweig – budgetiert –

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Staatsanwaltliche und beamtete Hilfskräfte
R 1[1])	10	18	Staatsanwalt/-wältin
A 9[2])	2	2	Inspektor/-in z. A.
A 6	5	5	Sekretär/-in z. A.
	17	25	Zusammen
			Angestellte
I b	1	1	
IV b[6])	4	4	
V c	6	6	
VI b[3])[4])[6])	74	76	
VII[8])	12	13	
	97	100	Zusammen
			Leerstellen:
IV b[5])	2	1	
VI b[5])	—	2	
VII[5])	4	1	
	6	4	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Davon im Rahmen der PKB 1 Stelle ohne BV und Budget.

[2]) Davon im Rahmen der PKB 2 Stellen ohne BV und Budget.

[3]) Die jeweiligen ersten Sekretärinnen der 3 Generalstaatsanwälte/-innen, die Sekretärinnen der Ltd. Oberstaatsanwälte/-innen der Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten Hannover, Braunschweig, Aurich, Göttingen, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Verden, Oldenburg und Osnabrück sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[4]) Davon 1 befristet für die Dauer der Tätigkeit als Vorlesekraft einer blinden Staatsanwältin.

[5]) kw.

[6]) Davon je 1 Stelle, die nur zu 1/2 besetzt werden darf.

[8]) Davon 1 Stelle, die nur zu 3/4 besetzt werden darf.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Staatsanwaltliche und beamtete Hilfskräfte

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 1	8	davon
		5 Umwandlungen nach Bes.-Gr. R 1 – Staatsanwalt/-wältin –
		1 Umwandlung nach Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –
		2 Verlagerungen nach Kapitel 11 21
Zusammen	8	

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	1	neu entsprechend
Verg.-Gr. VI b	1	dem Bedarf
Zusammen	2	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	1	Verlagerung nach Kapitel 11 20
Verg.-Gr. VI b	3	Verlagerungen nach Kapitel 11 21
Verg.-Gr. VII	1	Einsparung infolge ZV II
Zusammen	5	
Bleibt Abgang:	3	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 6 ist hinzu gekommen.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Arbeiter/-innen
3/4	1	1	Justizhelfer/-in
	1	1	Zusammen

Haushaltsvermerke

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 (Davon 1 Stelle, die nur zu 3/4 besetzt werden darf) ist infolge Verlagerung eines 1/4-Stellenbruchteils vom Kapitel 11 16 gegenstandslos geworden.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
929,32	935,32	909,12

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	3,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	3,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	9,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	9,00
bleibt Abgang	6,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
37.682	36.868	37.824

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 20 Staatsanwaltschaften – Generalstaatsanwaltschaft Celle

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen	Allgemeine Haushaltsvermerke:
			Feste Gehälter:	1. Bedienstete, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2 a gem. AV vom 19. 11. 1987 – Nds. Rpfl. S. 277.
R 6	1	1	Generalstaatsanwalt/-wältin – als Leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht mit 101 und mehr Planstellen für Staatsanwälte/-innen im Bezirk –	2. Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
R 4	1	1	Leitende(r) Oberstaatsanwalt/-wältin – als Leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit 41 und mehr Planstellen für Staatsanwälte/-innen –	
R 3			Leitende(r) Oberstaatsanwalt/-wältin	
	3	3	– als Abteilungsleiter/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht –	
	4	4	– als Leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit 11 bis 40 Planstellen für Staatsanwälte/-innen –	
			Aufsteigende Gehälter:	
R 2[1])	1	1	Leitende(r) Oberstaatsanwalt/-wältin – als Leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit bis zu 10 Planstellen für Staatsanwälte/-innen –	
R 2[2])	5	5	Oberstaatsanwalt/-wältin – als Abteilungsleiter/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht und als der/die ständige Vertreter/-in eines(r) Leitenden Oberstaatsanwalts/-wältin der Bes.-Gr. R 3 oder R 4 –	
R 2			Oberstaatsanwalt/-wältin	
	12	12	– als Dezernent/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht –	
	41	40	– als Abteilungsleiter/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht –	
R 1	164	163	Staatsanwalt/-wältin	
A 14	1	1	Oberrat/-rätin	
A 13[15])	2	2	Oberamtsrat/-rätin	
A 13[3])	4	4	Oberamtsanwalt/-wältin	
A 13	1	—	Oberamtsrat/-rätin	
A 13	27	27	Oberamtsanwalt/-wältin	
A 12	20	19	Amtsrat/-rätin	
A 12	23	23	Amtsanwalt/-wältin	
A 11	39	39	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	40	40	Oberinspektor/-in	
A 9[4])[12])	7	9	Inspektor/-in	
A 9[7])	15	15	Amtsinspektor/-in	
A 9[12])	37	37	Amtsinspektor/-in	
A 8	43	43	Hauptsekretär/-in	
A 7	87	74	Obersekretär/-in	
A 6[12])	40	55	Sekretär/-in	
A 6[14])	12	12	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
A 5[6])	32	33	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
A 3[5])	8	9	Oberwachtmeister/-in	
	670	672	Zusammen	
			Leerstellen:	
R 2[13])	2	1	Oberstaatsanwalt/-wältin	
R 1[13])	12	12	Staatsanwalt/-wältin	
A 12[13])	2	3	Amtsanwalt/-wältin	
A 11[13])	1	1	Amtmann/-männin/-frau	
A 10[13])	2	1	Oberinspektor/-in	
A 9[13])	1	—	Amtsinspektor/-in	
A 7[13])	14	14	Obersekretär/-in	
A 6[13])	3	3	Sekretär/-in	
A 5[13])	—	1	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
	37	36	Zusammen	

[1]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 10 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.

[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.

[3]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 12 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[4]) Die Stellen des gehobenen Sozialdienstes dürfen im Bedarfsfall auch mit Angestellten der Verg.-Gr. IV b BAT (Sozial- und Erziehungsdienst) besetzt werden.

[5]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 3 BBesO.

[6]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.

[7]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[12]) Davon je 1 Stelle, die nur zu ½ besetzt werden darf.

[13]) kw.

[14]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO.

[15]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 13 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.

Erläuterungen zum Stellenplan

Die Planstellen des gehobenen Dienstes teilen sich wie folgt auf:

Bes.-Gr.	Stellenzahl	davon						
		gehobener Justizdienst					gehobener Sozialdienst	Allgemeiner Vollzugs- und Verwaltungsdienst
			hiervon entfallen auf die Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:			Allgemeine Obergrenzen		
	Insgesamt	Zusammen	§ 2 Nr. 2 der VO	§ 3 Nr. 1 der VO	§ 3 Nr. 2 a der VO	§ 26 BBesG		
A 13[15])	2	2	—	—	—	2	—	—
A 13	1	1	—	—	—	1	—	—
A 12	20	19	—	—	3	16	—	1
A 11	39	37	—	—	—	37	2	—
A 10	40	26	—	—	1	25	14	—
A 9	7	—	—	—	—	—	7	—
Summe	109	85	—	—	4	81	23	1

Die Planstellen des mittleren Dienstes teilen sich wie folgt auf:

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO	Allgemeine Obergrenzen	Insgesamt
A 9[7])	8	7	15
A 9	19	18	37
A 8	1	42	43
A 7	—	87	87
A 6	—	40	40
Insgesamt	28	194	222

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 2 – Oberstaatsanwalt/-wältin – als Abteilungsleiter/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht –	1	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. R 1 – Staatsanwalt/-wältin –	1	Umwandlung von 1 Stelle für staatsanwaltliche Hilfskräfte der Bes.-Gr. R 1
Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin –	1	Verlagerung von Kapitel 11 17
Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin	2	Umwandlungen von Stellen für staatsanwaltliche Hilfskräfte der Bes.-Gr. R 1
Zusammen	5	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –	1	Verlagerung nach Kapitel 11 17
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	1	Verlagerung nach Kapitel 11 21
Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –	1	Verlagerung nach Kapitel 11 19
Bes.-Gr. A 6 – Sekretär/-in –	2,50	davon 2 Verlagerungen nach Kapitel 11 21 0,50 Einsparung infolge ZV II
Bes.-Gr. A 5	1	Verlagerung nach Kapitel 11 17
Bes.-Gr. A 3	1	Einsparung infolge ZV II
Zusammen	7,50	
Bleibt Abgang	2,50	

Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 10	1	von Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –
Bes.-Gr. A 7	13	von Bes.-Gr. A 6
Zusammen	14	

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 12 erstreckt sich wegen der oben dargestellten Einsparung eines Stellenbruchteils auch auf die Planstellen der Bes.-Gr. A 6 – Sekretär/-in –.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 20 Staatsanwaltschaften – Generalstaatsanwaltschaft Celle

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Staatsanwaltliche und beamtete Hilfskräfte
R 1[1])	24	29	Staatsanwalt/-wältin
A 9[2])	5	5	Inspektor/-in z. A.
	29	34	Zusammen
			Leerstellen:
R 1[5])	9	5	Staatsanwalt/-wältin
	9	5	Zusammen
			Angestellte
I b	2	2	
IV b	12	11	
V b	1	1	
V c	18	18	
VI b[3])	212	213	
IX b–VII[4])[8])	10	10	
	255	255	Zusammen
			Leerstellen:
IV a[5])	1	—	
IV b[5])	2	—	
V c[5])	1	1	
VI b[5])	10	13	
VII[5])	5	5	
IX b–VII[5])	10	12	
	29	31	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Davon im Rahmen der PKB 1 Stelle ohne BV und Budget.

[2]) Davon im Rahmen der PKB 5 Stellen ohne BV und Budget.

[3]) Die jeweiligen ersten Sekretärinnen der 3 Generalstaatsanwälte/-innen, die Sekretärinnen der Ltd. Oberstaatsanwälte/-innen der Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten Hannover, Braunschweig, Aurich, Göttingen, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Verden, Oldenburg und Osnabrück sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[4]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII und VII BAT nachgewiesen.

[5]) kw.

[8]) Davon 1 Stelle, die nur zu ½ besetzt werden darf.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Staatsanwaltliche und beamtete Hilfskräfte

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 1	5	davon
	1	Umwandlung nach Bes.-Gr. R 1 – Staatsanwalt/-wältin –
	2	Umwandlungen nach Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –
	1	Verlagerung nach Kapitel 11 01
	1	Verlagerung nach Kapitel 11 21
Zusammen	5	

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	1	Verlagerung von Kapitel 11 19
Zusammen	1	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b	1	Verlagerung nach Kapitel 11 21
Zusammen	1	
Bleibt Zu-/Abgang	—	

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Arbeiter/-innen
1[1])	1	1	Reinigungsdienst
5	1	1	Hausmeister/-in
3/4	5	6	Justizhelfer/-in
	7	8	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Davon 1 Stelle, die nur zu ½ besetzt werden darf.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 3/4	1	Verlagerung nach Kapitel 11 17
Zusammen	1	

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
486,61	471,11	459,52

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	15,50
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	15,50
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,00
bleibt Zugang	15,50

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
19.441	18.574	18.659

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 21 Staatsanwaltschaften – Generalstaatsanwaltschaft Oldenburg

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen	Allgemeine Haushaltsvermerke:
			Feste Gehälter:	1. Bedienstete, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2 a gem. AV vom 19. 11. 1987 – Nds. Rpfl. S. 277.
R 6	1	1	Generalstaatsanwalt/-wältin – als Leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht mit 101 und mehr Planstellen für Staatsanwälte/-innen im Bezirk –	2. Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
R 4	2	2	Leitende(r) Oberstaatsanwalt/-wältin – als Leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit 41 und mehr Planstellen für Staatsanwälte/-innen –	
R 3			Leitende(r) Oberstaatsanwalt/-wältin	
	1	1	– als Abteilungsleiter/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht –	
	1	1	– als Leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit 11 bis 40 Planstellen für Staatsanwälte/-innen –	
			Aufsteigende Gehälter:	
R 2[1])	3	3	Oberstaatsanwalt/-wältin – als Abteilungsleiter/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht und als der/die ständige Vertreter/-in eines(r) Leitenden Oberstaatsanwalts/-wältin der Bes.-Gr. R 3 oder R 4 –	
R 2			Oberstaatsanwalt/-wältin	
	6	6	– als Dezernent/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht –	
	21	20	– als Abteilungsleiter/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht –	
R 1	86	83	Staatsanwalt/-wältin	
A 13[2])	1	1	Oberamtsrat/-rätin	
A 13[3])	3	3	Oberamtsanwalt/-wältin	
A 13	2	2	Oberamtsrat/-rätin	
A 13	14	14	Oberamtsanwalt/-wältin	
A 12	6	6	Amtsrat/-rätin	
A 12	13	13	Amtsanwalt/-wältin	
A 11	15	15	Amtmann/-männin/-frau	
A 10[11])	23	20	Oberinspektor/-in	
A 9[4])	7	8	Inspektor/-in	
A 9[8])	7	7	Amtsinspektor/-in	
A 9	14	14	Amtsinspektor/-in	
A 8	22	21	Hauptsekretär/-in	
A 7	33	34	Obersekretär/-in	
A 6	25	22	Sekretär/-in	
A 6[9])	6	6	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
A 5[7])	22	22	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
A 4[5])	1	1	Hauptwachtmeister/-in	
A 3[6])	1	1	Oberwachtmeister/-in	
	336	327	Zusammen	
			Leerstellen:	
R 1[10])	—	1	Staatsanwalt/-wältin	
A 12[10])	1	1	Amtsanwalt/-wältin	
A 11[10])	2	3	Amtmann/-männin/-frau	
A 10[10])	2	2	Oberinspektor/-in	
A 9[10])	2	2	Amtsinspektor/-in	
A 7[10])	7	10	Obersekretär/-in	
A 6[10])	3	3	Sekretär/-in	
	17	22	Zusammen	

[1]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.

[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 13 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[3]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 12 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[4]) Die Stellen des gehobenen Sozialdienstes dürfen im Bedarfsfall auch mit Angestellten der Verg.-Gr. IV b BAT (Sozial- und Erziehungsdienst) besetzt werden.

[5]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zur Bes.-Gr. A 4 BBesO.

[6]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 3 BBesO.

[7]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.

[8]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[9]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO.

[10]) kw.

[11]) Davon 1 Stelle, die nur zur Hälfte besetzt werden darf.

Erläuterungen zum Stellenplan

Die Planstellen des gehobenen Dienstes teilen sich wie folgt auf:

Bes.-Gr.	Stellen-zahl	davon						
		gehobener Justizdienst					gehobener Sozialdienst	Allgemeiner Vollzugs- und Verwaltungs-dienst
			hiervon entfallen auf die Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:			Allgemeine Obergrenzen		
	Insgesamt	Zusammen	§ 2 Nr. 2 der VO	§ 3 Nr. 1 der VO	§ 3 Nr. 2 a der VO	§ 26 BBesG		
A 13[2])	1	1	—	—	—	1	—	—
A 13	2	2	—	—	—	2	—	—
A 12	6	6	—	—	—	6	—	—
A 11	15	14	—	—	—	14	1	—
A 10	23	15	—	—	—	15	8	—
A 9	7	3	—	—	—	3	4	—
Summe	54	41	—	—	—	41	13	—

Die Planstellen des mittleren Dienstes teilen sich wie folgt auf:

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO	Allgemeine Obergrenzen	Insgesamt
A 9[8])	4	3	7
A 9	8	6	14
A 8	3	19	22
A 7	1	32	33
A 6	—	25	25
Insgesamt	16	85	101

Hebungen:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 10	1	von Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –
Bes.-Gr. A 8	1	von Bes.-Gr. A 7
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 11 ist hinzu gekommen.

Zugang:

	Stellen	
Bes.-Gr. R 2 – Oberstaatsanwalt/ -wältin – als Abteilungs-leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht	1	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. R 1	3	davon 2 neu entsprechend dem Bedarf 1 Umwandlung von 1 Stelle für staatsanwaltliche Hilfskräfte der Bes.-Gr. R 1
Bes.-Gr. A 10	2	davon 1 neu entsprechend dem Bedarf 1 Verlagerung von Kapitel 11 20
Bes.-Gr. A 6 – Sekretär/-in –	3	davon 2 Verlagerungen von Kapitel 11 20 1 Verlagerung von Kapitel 11 19
Zusammen	9	

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Staatsanwaltliche und beamtete Hilfskräfte
R 1[1])	18	16	Staatsanwalt/-wältin
A 6[2])	4	4	Sekretär/-in z. A.
	22	20	Zusammen
			Leerstellen:
R 1[5])	3	3	Staatsanwalt/-wältin
A 9[5])	—	1	Inspektor/-in z. A.
A 6[5])	—	3	Sekretär/-in z. A.
	3	7	Zusammen
			Angestellte
I b	1	1	
IV b[10])	3	2	
V c	8	8	
VI b[3])	129	122	
VII	1	—	
IX b–VII[4])	3	7	
	145	140	Zusammen
			Leerstellen:
VI b[5])	9	10	
VII[5])	3	2	
IX b–VII[5])	4	4	
	16	16	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Davon im Rahmen der PKB 1 Stelle ohne BV und Budget.

[2]) Davon im Rahmen der PKB 2 Stellen ohne BV und Budget.

[3]) Die jeweiligen ersten Sekretärinnen der 3 Generalstaatsanwälte/-innen, die Sekretärinnen der Ltd. Oberstaatsanwälte/-innen der Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten Hannover, Braunschweig, Aurich, Göttingen, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Verden, Oldenburg und Osnabrück sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[4]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII und VII BAT nachgewiesen.

[5]) kw.

[10]) Davon 1 Stelle, die nur zu ½ besetzt werden darf.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Staatsanwaltliche und beamtete Hilfskräfte

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 1	3	davon
	2	Verlagerungen von Kapitel 11 19
	1	Verlagerung von Kapitel 11 20
Zusammen	3	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 1	1	Umwandlung nach Bes.-Gr. R 1 – Staatsanwalt/-wältin –
Zusammen	1	
Bleibt Zugang:	2	

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b[10])	1	neu entsprechend dem Bedarf
Verg.-Gr. VI b	4,50	davon
	0,50	neu entsprechend dem Bedarf
	3	Verlagerungen von Kapitel 11 19
	1	Verlagerung von Kapitel 11 20
Zusammen	5,50	

Umwandlungen:	Stellen	
Verg.-Gr. VII	4	von Verg.-Gr. IX b-VII
Zusammen	4	

Höher-gruppierungen:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b	3	von Verg.-Gr. VII
Zusammen	3	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 10 ist hinzu gekommen.

Der Haushaltsvermerk Nr. 9 („Davon 1 Stelle, die nur zu 1/2 besetzt werden darf“) ist infolge Zulegung eines weiteren halben Stellenbruchteils gegenstandslos geworden.

Haushaltsplan

für das

Haushaltsjahr 2007

Einzelplan 12

Staatsgerichtshof

Vorwort zum Einzelplan 12

Der Einzelplan enthält die Einnahmen und Ausgaben des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs.

Haushaltsjahr 2007

Epl. 12 **Übersicht über die Einnahmen, Ausga**

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1201	Staatsgerichtshof	—	—	—	—	—	161	35
	Summe 2007	—	—	—	—	—	161	35
	Summe 2006	—	—	—	—	—	163	35
	2007 mehr(+)/weniger(-)	—	—	—	—	—	–2	—

ben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 12**

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen Tsd. EUR	7 Baumaßnahmen Tsd. EUR	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen Tsd. EUR	9 Besondere Finanzierungsausgaben Tsd. EUR	Gesamtausgaben Tsd. EUR	2007 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14) Tsd. EUR	2006 Überschuss Zuschuss (-) Tsd. EUR	2007 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16) Tsd. EUR	Verpflichtungsermächtigungen Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	23	—	219	–219	–198	–21	—
—	—	23	—	219	–219	–198	–21	—
—	—	—	—	198				—
—	—	+23	—	+21				—

Einzelplan 12 Staatsgerichtshof
Kapitel 1201 Staatsgerichtshof

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-4	051	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
132 11-8	051	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
412 10-2	051	Entschädigungen für ehrenamtliche Richter/Richterinnen und Beisitzer/Beisitzerinnen	—	82	80	+2	67
422 01-9	051	Dienstbezüge der abgeordneten Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter **** Abweichend von § 7 Abs. 5 Satz 1 und 2 HG 2006 zählt der Titel 422 01 nicht zum PKB-Deckungskreis.*	—	62	62	—	—
422 09-4	051	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 10-8	051	Dienstbezüge der beamteten und richterlichen Hilfskräfte	—	—	—	—	—
422 19-1	051	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-8	051	Vergütungen der Angestellten	—	17	17	—	17
427 12-6	051	Entschädigungen für nebenamtliche Richter/Richterinnen	—	—	4	–4	6
511 01-1	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 514 01, 526 01, 527 01, 546 01 und 547 10.*	—	10	10	—	10
514 01-0	051	Haltung von Dienstfahrzeugen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	2	2	—	—
526 01-9	051	Sachverständige *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	1	1	—	—
527 01-5	051	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	5	5	—	3
529 10-7	051	Zur Verfügung des Präsidenten des Staatsgerichtshofs	—	1	1	—	12
532 11-6	051	Entschädigungen beigeordneter Anwälte *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 532 11, 532 12, 532 13, 532 16 und 532 17.*	—	1	1	—	—
532 12-4	051	Zeugenentschädigungen *Vgl. D-Vermerk zu 532 11.*	—	1	1	—	—
532 13-2	051	Sachverständigenentschädigungen *Vgl. D-Vermerk zu 532 11.*	—	1	1	—	—
532 16-7	051	Sonstige Verfahrensauslagen *Vgl. D-Vermerk zu 532 11.*	—	1	1	—	—
532 17-5	051	Reisekosten des Gerichts *Vgl. D-Vermerk zu 532 11.*	—	1	1	—	—
546 01-0	051	Vermischte Ausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	1	1	—	—
547 10-5	051	Dienstleistungen Außenstehender *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	10	10	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 422 01

Zur Besoldung eines abgeordneten Richters oder der Beschäftigung einer wissenschaftlichen Hilfskraft.

Zu 514 01

Für die anteilige Erstattung an Verwaltungen, deren Dienstkraftfahrzeuge mitbenutzt werden.

Einzelplan 12 Staatsgerichtshof
Kapitel 1201 Staatsgerichtshof

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
681 10-3	051	Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen und Erstattung außergerichtlicher Kosten an Verfahrensbeteiligte	—	—	—	—	—
811 01-5	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 11-2	051	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen *Die Ausgabe (Maßnahme) darf nur mit Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des LT geleistet werden.*	—	23	—	+23	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 96		**Reformdividende**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 96-0	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 96-2	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
711 96-7	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 96-8	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	—
		<u>Abschluss Kapitel 1201</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		4 Personalausgaben	—	161	163	–2	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	35	35	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	23	—	+23	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	219	198	+21	
		Zuschuss		219	198	+21	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 12 Staatsgerichtshof

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 12					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		4 Personalausgaben	—	161	163	–2	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	35	35	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	23	—	+23	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	219	198	+21	
		Zuschuss		219	198	+21	

Einzelplan 12

Staatsgerichtshof

Übersicht über das Beschäftigungsvolumen, das Personalkostenbudget und die Stellen

(bisher: Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise)

für das

Haushaltsjahr 2007

Einzelplan 12 Staatsgerichtshof
Kapitel 12 01 Staatsgerichtshof

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
0,50	0,50	0,50

Zugänge

-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00

Abgänge

-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	0,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
17	17	17

Einzelplan 12 Staatsgerichtshof
Kapitel 12 01 Staatsgerichtshof

Stellen

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Angestellte	
VII[1])	1	1		

[1]) Die Stelle darf nur mit einer/einem Bediensteten mit höchstens 50 v. H. der regelmäßigen durchschnittlichen Wochenarbeitszeit einer/eines Vollbeschäftigten besetzt werden.

Haushaltsplan

für das

Haushaltsjahr 2007

Einzelplan 13

Allgemeine Finanzverwaltung

Vorwort zum Einzelplan 13

A. Aufgaben und Aufbau des Einzelplans in den wichtigsten Grundzügen.

Im Einzelplan 13 sind unter der Bezeichnung "Allgemeine Finanzverwaltung" im Wesentlichen Einnahmen und Ausgaben vereinigt, die entweder keinen oder mehrere der übrigen Einzelpläne berühren oder für deren Nachweis an dieser Stelle ein besonderes finanzwirtschaftliches Interesse besteht. Im inneren Gefüge des Haushalts stellt der Einzelplan 13 mit seinem erheblichen Überschuss den Ausgleich des Gesamthaushalts her.

Der Einzelplan 13 ist in folgende Kapitel aufgegliedert:
Kapitel 13 01 Steuern
Kapitel 13 02 Allgemeine Bewilligungen
Kapitel 13 03 Neue Techniken im Haushaltsbereich
Kapitel 13 10 Ausgleichsleistungen zwischen Land, Bund und Ländern
Kapitel 13 12 Finanzausgleich zwischen Land, Gemeinden und Landkreisen
Kapitel 13 20 Vermögensverwaltung
Kapitel 13 21 Landesliegenschaften
Kapitel 13 25 Schuldenverwaltung
Kapitel 13 50 Versorgung
Kapitel 13 99 Sonstige Einnahmen und Ausgaben

Zum Einzelplan 13 gehören außerdem noch folgende Sondervermögen:
Kapitel 51 31 Allgemeine Rücklage
Kapitel 51 32 Landesliegenschaftsfonds - ohne Agrarstrukturfonds -
Kapitel 51 33 Landesliegenschaftsfonds - Unterabteilung Agrarstrukturfonds -
Kapitel 51 35 Unterabteilung "Zinsen für Diskontkredite" der Allgemeinen Rücklage

Daneben wird die „Landesversorgungsrücklage“ als Anlage zu Kapitel 13 02 und das „Sondervermögen Wohnungsbau, Wirtschaft und Agrar“ als Anlage III zu Kapitel 13 20 ausgewiesen.

Haushaltsjahr 2007

Epl. 13 **Übersicht über die Einnahmen, Ausga**

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1301	Steuern	16.030.000	—	—	—	16.030.000	—	—
1302	Allgemeine Bewilligungen	—	184.601	402	138.175	323.178	204.195	1.185
1303	Neue Techniken im Haushaltsbereich	—	—	—	—	—	—	1.867
1310	Ausgleichsleistungen zwischen Land, Bund und Ländern	—	—	345.000	—	345.000	—	—
1312	Finanzausgleich zwischen Land, Gemeinden und Landkreisen	—	—	25.000	—	25.000	—	—
1320	Vermögensverwaltung	—	864.313	—	9.466	873.779	—	62
1321	Landesliegenschaften	—	147.686	—	237.713	385.399	2.529	16.208
1325	Schuldenverwaltung	—	563	107	1.302.860	1.303.530	—	2.385.744
1350	Versorgung	—	2.005	106.810	6.462	115.277	2.326.525	14
1399	Sonstige Einnahmen und Ausgaben	71.000	3.068	3.736	1	77.805	—	10.132
	Summe 2007	16.101.000	1.202.236	481.055	1.694.677	19.478.968	2.533.249	2.415.212
	Summe 2006	14.734.000	912.482	520.303	2.149.494	18.316.279	2.401.934	2.452.580
	2007 mehr(+)/weniger(-)	+1.367.000	+289.754	–39.248	–454.817	+1.162.689	+131.315	–37.368

ben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 13**

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2007 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2006 Überschuss Zuschuss (-)	2007 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungsermächtigungen
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	—	—	—	16.030.000	14.663.000	1.367.000	—
10.445	—	—	–137.517	78.308	244.870	261.771	–16.901	—
—	—	—	—	1.867	–1.867	–2.092	225	600
2	—	—	—	2	344.998	382.997	–37.999	—
2.565.507	—	267.655	—	2.833.162	–2.808.162	–2.314.746	–493.416	—
49.399	320	758.284	9.466	817.531	56.248	470.607	–414.359	50.000
—	—	120	4.382	23.239	362.160	366.566	–4.406	—
—	—	20.000	—	2.405.744	–1.102.214	–609.111	–493.103	—
7.166	—	—	—	2.333.705	–2.218.428	–2.157.706	–60.722	—
2.581	—	431	—	13.144	64.661	64.243	418	—
2.635.100	320	1.046.490	–123.669	8.506.702	10.972.266	11.125.529	–153.263	50.600
2.183.004	—	274.889	–121.657	7.190.750				755.600
+452.096	+320	+771.601	–2.012	+1.315.952				–705.000

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1301 Steuern

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
011 11-8	910	Landesanteil an der Lohnsteuer		4.203.000	4.131.000	+72.000	4.036.446
012 11-4	910	Landesanteil an der veranlagten Einkommensteuer		607.000	464.000	+143.000	282.056
013 11-0	910	Landesanteil an den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag		220.000	330.000	–110.000	290.098
014 11-7	910	Landesanteil an der Körperschaftssteuer		788.000	859.000	–71.000	596.542
015 11-3	910	Umsatzsteuer (Landesanteil)		7.721.000	6.363.000	+1.358.000	6.507.084
017 11-6	910	Gewerbesteuerumlage (Landesanteil innerhalb des LFA)		171.000	159.000	+12.000	168.404
017 12-4	910	Gewerbesteuerumlage (Landesanteil ausserhalb des LFA)		251.000	257.000	–6.000	248.432
018 11-2	910	Landesanteil am Zinsabschlag		303.000	264.000	+39.000	250.983
051 11-0	910	Vermögensteuer		—	2.000	–2.000	4.588
052 11-6	910	Erbschaftsteuer		258.000	255.000	+3.000	255.983
053 11-2	910	Grunderwerbsteuer nach dem Gesetz vom 17. 12.1982		408.000	413.000	–5.000	387.006
053 12-0	910	Grunderwerbsteuer nach dem Gesetz vom 29. 3.1940		—	—	—	—
054 11-9	910	Kraftfahrzeugsteuer		884.000	929.000	–45.000	863.646
055 11-5	910	Totalisatorsteuer *Vgl. K-Vermerk zu 0903-686 13.*		1.000	1.000	—	603
056 11-1	910	Sonstige Rennwettsteuer		—	—	—	1
057 11-8	910	Lotteriesteuer		154.000	173.000	–19.000	166.821
059 11-0	910	Feuerschutzsteuer		30.000	33.000	–3.000	32.783
061 11-5	910	Biersteuer		31.000	30.000	+1.000	29.978
		Abschluss Kapitel 1301					
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel		16.030.000	14.663.000	+1.367.000	
		Summe der Einnahmen		16.030.000	14.663.000	+1.367.000	
		Überschuss		16.030.000	14.663.000	+1.367.000	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 1301

Die Ansätze der Steuern und steuerinduzierten Einnahmen (Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen) sind im Wesentlichen von der zentralen Schätzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom 2.-3. November 2006 abgeleitet worden, der ein Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts von 2,6 v. H. für 2007 im gesamten Bundesgebiet zugrunde liegt.
Die veranschlagten Beträge beruhen auf geltendem Steuerrecht.

Zu 015 11

Gemäß Artikel 106 Abs. 3 GG steht das Aufkommen der Umsatzsteuer dem Bund und den Ländern gemeinsam zu (Gemeinschaftssteuer). Mit der Erhöhung der Umsatzsteuer auf 19 v. H. ab 1. Januar 2007 erhält der Bund vom Gesamtaufkommen vorab 3,89 v. H. zur Finanzierung der Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung. Vom danach verbleibenden Aufkommen erhält der Bund weitere 5,15 v. H. vorab als Ausgleich für die Belastungen aufgrund eines zusätzlichen Bundeszuschusses an die Rentenversicherung.
An dem sich nunmehr ergebenden Restbetrag sind die Gemeinden mit 2,2 v. H. beteiligt.
Der danach verbleibende Betrag verteilt sich wie folgt:
Dem Bund stehen 49,68 v. H. zuzüglich eines Betrages i. H. v. 2.262.712.000 EUR, den Ländern stehen 50,32 v. H. abzüglich eines Betrages i. H. v. 2.262.712.000 EUR zu.
Die Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern (einschließlich der Gemeinden) ist in § 1 und die Verteilung unter den Ländern ist in § 2 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern in der jeweils gültigen Fassung geregelt.

Zu 017 11

Gemäß Art. 106 Abs. 6 GG i.V.m. § 6 des Gesetzes zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (Gemeindefinanzreformgesetz) – in der jeweils gültigen Fassung – haben die Gemeinden eine Umlage nach Maßgabe des Gewerbesteueraufkommens abzuführen, die entsprechend dem Verhältnis von Bundes- und Landesvervielfältiger auf den Bund und das Land aufzuteilen ist.

Zu 017 12

Die Einnahmen aus der Anhebung der Gewerbesteuerumlage zwecks Beteiligung der Kommunen an den einigungsbedingten Lasten des Landes stehen gem. § 6 Abs. 5 Gemeindefinanzreformgesetz in der jeweils gültigen Fassung diesem allein zu und bleiben bei der Ermittlung der Steuereinnahmen im Finanzausgleich unberücksichtigt.

Zu 053 11

Als Folge der Novellierung des Grunderwerbsteuergesetzes (mit Wirkung vom 1. Januar 1983) werden bei 053 12 die Einnahmen veranschlagt, die aus Erwerbsvorgängen herrühren, für die noch das frühere Recht anzuwenden ist. In diesen Fällen wird der den berechtigten Landkreisen und kreisfreien Städten zustehende Zuschlag von 4/7 diesen weiterhin von den örtlich zuständigen Finanzämtern unmittelbar überwiesen.
Bei 053 11 wird das gesamte aufgrund der neuen gesetzlichen Regelung (GrEstG 1983) anfallende Grunderwerbsteueraufkommen ausgewiesen.

Zu 059 11

Das Feuerschutzsteueraufkommen ist zweckgebunden für Brandschutzaufgaben einzusetzen. Vom Aufkommen fließen 75 % an die Landkreise und Gemeinden, der Rest wird für Brandschutzaufgaben des Landes verwendet.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1302 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-0	062	Vermischte Einnahmen		—	—	—	0
119 02-8	012	Einnahmen aus Veröffentlichungen **** Abweichend von §§ 61 Abs. 1 bzw. 63 Abs. 4 LHO dürfen Haushaltspläne und andere haushaltsrechtliche Vorschriften unentgeltlich abgegeben werden.*		1	1	—	0
119 12-5	872	Erbschaften des Fiskus nach § 1936 BGB sowie Einn. aus der Verw. und Verwertung von herrenlosem Gut, beschlagn. Vermögen und dgl.		1.509	1.509	—	2.630
119 39-7	232	Erstattung der Mutterschaftsgeldzuschüsse von den Krankenkassen		2.540	—	+2.540	—
122 11-8	856	Konzessionsabgaben aufgrund § 6 NLottG **** Ausgleichszahlungen - auch aus Vorjahren - sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.*		161.319	167.518	–6.199	167.912
123 11-4	856	Einnahmen aus der Nordwestdeutschen Klassenlotterie		3.198	4.908	–1.710	4.926
133 11-0	872	Erlöse aus dem Verkauf von Landesvermögen **** Kosten können durch Absetzen von der Einnahme verausgabt werden.*		—	—	—	—
134 11-6	872	Kapitalrückführung aus Veräußerungserlösen von übertragenen Vermögensgegenständen		16.034	18.058	–2.024	16.147
231 11-1	062	Erstattung von Ausgleichsbezügen gemäß § 87 Abs. 2 des Soldatenversorgungsgesetzes vom Bund		200	200	—	139
281 39-9	232	Erstattung der Mutterschaftsgeldzuschüsse von den Krankenkassen -Landesbetriebe-		202	—	+202	—
282 68-9	011	Sonstige Zuschüsse Dritter für das Projekt "60 Jahre Niedersachsen" *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.*		—	—	—	—
351 11-7	950	Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage		138.175	84.309	+53.866	—
356 11-9	950	Rückführung aus dem Wirtschaftsförderfonds		—	—	—	11.499
361 11-2	970	Überschuss aus dem Vorjahr		—	—	—	—
371 11-8	989	Globale Mehreinnahmen		—	—	—	—
372 11-4	988	Globale Mindereinnahmen		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 12-0	960	Nachversicherungen für aus dem Landesdienst ausscheidende Bedienstete	—	20.000	20.000	—	19.205
424 11-4	018	Zuführungen an die Landesversorgungsrücklage - aktives Personal - **** Die Ausgaben sind im Gesamthaushalt deckungsfähig mit den in § 20 Abs. 1 Nr. 2 a) aa) LHO genannten Ausgaben.*	—	25.265	23.989	+1.276	24.392
429 11-6	960	Abschlussberechnung des VBL-Sanierungsgeldes **** Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	—	—	—	–1.802

ERLÄUTERUNGEN

Zu 119 02

Einnahmen aus dem Verkauf von Haushaltsplänen, Haushaltsrechnungen und anderen haushaltsrechtlichen Vorschriften. Über unentgeltliche Abgaben wird von Fall zu Fall entschieden.

Zu 122 11

Nach dem Niedersächsischen Gesetz über das Lotterie- und Wettwesen (NLottG) i. d. F. vom 21. 6. 1997, zuletzt geändert durch das Haushaltsbegleitgesetz 2007; haben Wettunternehmen Konzessionsabgaben an das Land abzuführen.
Durch das Gesetz zum Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen (Nds. GVBl. 2004, S. 163) haben sich die Länder verpflichtet, Einnahmen aus gewerblicher Spielvermittlung den Ländern zukommen zu lassen, denen sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Zu 123 11

Die Nordwestdeutsche Klassenlotterie wird im Namen und für Rechnung mehrerer Länder betrieben. Grundlage ist für Niedersachsen das Gesetz vom 20. 3. 1948 (Nieders. GVBl. Sb. I S. 579). Die Bilanzgewinne werden im Verhältnis der Einwohnerzahlen und der verkauften Lose zwischen den Ländern verteilt. Erfahrungsgemäß entfallen auf Niedersachsen etwa 21 v. H.

Zu 134 11

Abführungsverpflichtung der Niedersächsischen Landesforsten (Anstalt öffentlichen Rechts).

Zu 231 11

Inhaber eines Eingliederungsscheines erhalten als Beamte nach § 11a des Soldatenversorgungsgesetzes vom 5. 3. 1987 (BGBl. I S. 843) Ausgleichsbezüge zum Unterhaltszuschuss bzw. zu den Dienstbezügen. Nach § 87 Abs. 2 dieses Gesetzes trägt der Bund die Ausgleichsbezüge. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung werden die vom Bund zu erstattenden Leistungen hier in einer Summe ausgewiesen.

Zu 351 11

Zum Ausgleich des Haushalts.

Zu 356 11

Vgl. 50 81 – 919 10.

Zu 422 12

Zentral im Einzelplan 13 veranschlagt.

Zu 424 11

Zur Durchführung des § 14 a des Bundesbesoldungsgesetzes wird für die Versorgung der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter des Landes sowie der Mitglieder der Landesregierung und der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes ein Sondervermögen eingerichtet.
Der Wirtschaftsplan und die Bestandsdarstellung sind diesem Kapitel als Anlage beigefügt.

Zu 429 11

Die endgültige Höhe der zu entrichtenden Sanierungsgelder für das jeweilige Kalenderjahr wird jährlich bis 30. November des Folgejahres festgesetzt. Hierbei werden neben den zusatzversorgungspflichtigen Entgelten auch die Rentensummen einbezogen, eine Zuordnung zu Personalzahlfällen ist daher nicht mehr möglich.
Ergeben sich Fehlbeträge im Vergleich zu den vorläufigen Zahlungen sind diese unverzüglich auszugleichen, Überschüsse werden erstattet.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1302 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
441 11-6	981	Zur Deckung des Mehrbedarfs an Beihilfen	—	—	—	—	—
461 11-7	981	Zur Deckung des Mehrbedarfs an Personalausgaben (ohne Versorgung) **** Die Ausgaben sind im Gesamthaushalt für die Rechnungslegung deckungsfähig mit den in § 20 Abs. 1 Nr.2 a) aa) LHO genannten Ausgaben.*	—	151.930	106.440	+45.490	—
461 13-3	981	Auswirkungen der Altersteilzeit **** Vgl. Vermerk zu 461 11.*	—	7.000	–2.000	+9.000	—
461 16-8	981	Auswirkungen des Einstellungsstopps **** Vgl. Vermerk zu 461 11.*	—	—	–3.608	+3.608	—
461 18-4	981	Auswirkungen der Inanspruchnahme des § 109 NBG **** Vgl. Vermerk zu 461 11.*	—	—	–12.900	+12.900	—
529 12-9	012	Verfügungsmittel für Landesdienststellen bei außergewöhnlichem Aufwand aus dienstlicher Veranlassung und in besonderen Fällen **** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.*	—	6	6	—	2
529 14-5	011	Zentral veranschlagte personengebundene Verfügungsmittel **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	35	35	—	—
531 11-5	062	Drucklegung des Haushaltsplans, der Haushaltsrechnung u.ä. sowie haushaltsrechtl. und haushaltswirtschaftl. Vorschriften	—	350	450	–100	357
549 11-1	989	Globale Minderausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
681 19-2	231	Bundeskindergeld und Bundeskindergeldzuschlag für Landesbedienstete und Versorgungsempfänger **** Rückflüsse sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	—	—	—	3
681 59-1	872	Ausgaben im Zusammenhang mit Erbschaften n. § 1936 BGB, der Verw. und Verwert. von herrenlosem Gut, beschlagn. Vermögen und dgl.	—	709	709	—	728
682 11-3	981	Personalverstärkungsmittel für Landesbetriebe	—	7.022	15.800	–8.778	—
682 12-1	018	Zuführungen an Landesbetriebe für die Landesversorgungsrücklage	—	50	50	—	—
682 13-0	981	Personalverstärkungsmittel für Stiftungshochschulen	—	2.501	—	+2.501	—
685 11-2	290	Zuschüsse an die "Kinder von Tschernobyl"Stiftung des Landes Niedersachsen aus Konzessionsabgaben nach dem NLottG **** Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.*	—	163	163	—	163
911 11-2	950	Zuführung an die Allgemeine Rücklage	—	—	—	—	138.175
960 11-3	970	Zum Ausgleich von Fehlbeträgen aus Vorjahren	—	—	—	—	345.616
972 11-1	989	Globale Minderausgaben	—	–137.517	–135.826	–1.691	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 461 13

Zentral im Einzelplan 13 veranschlagte Auswirkungen der Altersteilzeit (Sperrung von Budgetanteilen gem. Nr. 6 Abs. 1 der Allgemeinen Bestimmungen).

Zu 461 16

Zentral im Einzelplan 13 veranschlagte Auswirkungen des Einstellungsstopps.

Zu 461 18

Zentrale Veranschlagung der durch die Inanspruchnahme des § 109 NBG reduzierten Personalausgaben.

Zu 529 14

Zentrale Veranschlagung im Einzelplan 13. Der Ansatz teilt sich wie folgt auf:

Kapitel	02 06	500 EUR
“	03 04	1 000 EUR
“	03 09	1 000 EUR
“	03 20	3 600 EUR
“	03 80	1 000 EUR
“	03 90	1 000 EUR
“	04 06	500 EUR
“	04 20	500 EUR
“	05 20	2 000 EUR
“	05 42	500 EUR
“	07 05	4 000 EUR
“	06 61	1 000 EUR
“	06 76	1 000 EUR
“	08 18	1 800 EUR
“	08 20	400 EUR
“	09 41	750 EUR
“	09 50	500 EUR
“	11 08	1 100 EUR
“	11 09	1 300 EUR
“	11 10	1 600 EUR
“	11 12	1 400 EUR
“	11 16	1 680 EUR
“	11 17	1 680 EUR
“	11 18	1 680 EUR
	11 19	1 120 EUR
	11 20	1 120 EUR
	11 21	1 120 EUR
Se:		34 850 EUR

Das Finanzministerium ist ermächtigt, die Beträge analog § 50 LHO in die jeweiligen Kapitel umzusetzen.

Zu 531 11

Veranschlagt sind die Kosten insbesondere für den Druck des Haushaltsplans und Erstellung des Reindrucks, etwaiger Ergänzungen und Nachträge, der Haushaltsrechnung, der Mipla, des Subventionsberichts sowie haushaltsrechtlicher Vorschriften und Vordrucke, ggf. auch auf CD-Rom.

Zu 681 59

Der Fiskus ist als Erbe gemäß § 1967 BGB verpflichtet, Nachlassverbindlichkeiten zu erfüllen.

Zu 682 12

Vgl. Erläuterungen zu 424 11.

Zu 685 11

Die Geschäftsführung der Stiftung liegt beim MS; das Land trägt die hierfür anfallenden Personal- und Sachkosten. Die Ressortzuständigkeit für die Stiftung liegt beim MF.
Veranschlagt sind die gesetzlich festgelegten Anteile an den zweckgebundenen Konzessionsabgaben (§ 7 Abs. 2 Ziff. 9 Niedersächsisches Gesetz über das Lotterie- und Wettwesen i. d. F. vom 21.06. 1997, zuletzt geändert durch das Haushaltsbegleitgesetz 2007).

Zu 972 11

Zum Ausgleich des Haushalts.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1302 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 65/66		**Verfügungsmittel der Landesregierung** *Übertragbar.* **** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.*	(—)	(544)	(674)	(–130)	(422)
529 65-0	011	Zur Verfügung der Landesregierung	—	450	500	–50	249
529 66-8	011	Zur Verfügung der Landesregierung im Zusammenhang mit Veranstaltungen von internationaler Bedeutung	—	94	174	–80	173
TGr. 68		**Projekt "60 Jahre Niedersachsen"** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 68.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(—)	(100)	(–100)	(25)
429 68-0	011	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	10	–10	—
547 68-2	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	50	–50	25
686 68-2	011	Sonstige Zuschüsse	—	—	40	–40	—
TGr. 70		**Gutachten u.ä. im Zusammenhang mit dem Gesamthaushalt** *Übertragbar.*	(—)	(250)	(650)	(–400)	(0)
429 70-1	019	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
537 70-9	019	Dienstleistungen Außenstehender	—	250	650	–400	0
547 70-4	019	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
		<u>Abschluss Kapitel 1302</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		184.601	191.994	–7.393	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		402	200	+202	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		138.175	84.309	+53.866	
		Summe der Einnahmen		323.178	276.503	+46.675	
		4 Personalausgaben	—	204.195	131.931	+72.264	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	1.185	1.865	–680	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	10.445	16.762	–6.317	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	–137.517	–135.826	–1.691	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	78.308	14.732	+63.576	
		Überschuss		244.870	261.771	–16.901	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 65/66

Die Inanspruchnahme richtet sich nach den vom LM in der Sitzung am 25.06.1986 beschlossenen Richtlinien für die Bewirtschaftung von Verfügungsmitteln und dem Rundschreiben des MF vom 31.07. 1986 - 10 - 13 02 (49) -.

Zu Titelgruppe 70

Vorsorgliche Veranschlagung von Gutachterkosten im Zusammenhang mit dem Landeshaushalt.

Wirtschaftsplan für die Niedersächsische Landesversorgungsrücklage

für das Jahr 2007

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung **Anlage zu Kapitel 13 02**

Finanzplan für das Jahr 2007

Finanzbedarf	Soll 2007 Tsd. EUR	Soll 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR	Deckungsmittel	Soll 2007 Tsd. EUR	Soll 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
1. Ablieferung an den Landeshaushalt	—	—	—	1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt			
				- aktiv Beschäftigte	25.265	23.989	24.392
2. Kursdifferenz	—	—	1.506	- Versorgungsempfänger	26.859	26.055	24.034
3. Sonstige Aufwendungen	—	—	—	2. Zuführungen von Landesbetrieben	1.246	1.226	1.035
				3. Zuführungen von Stiftungen des öffentlichen Rechts	486	590	321
				4. Zuführungen von Anstalten des öffentlichen Rechts	8	3	2
				5. Rückflüsse Geldanlagen			
				-Kapitalmarkt	0	30.000	20.000
				-Geldmarkt	1.000	3.000	1.594
				6. Zinseinnahmen	12.407	8.617	7.510
				6. Sonstige Einnahmen			
				- Kursdifferenz	—	—	1.357
				- Verzugszinsen	—	—	—
				7. Forderungen	—	—	—
Summe des Finanzbedarfs:	—	—	1.506	Summe der Deckungsmittel	67.271	93.480	80.245
Finanzanlage					67.271	93.480	78.739

Erläuterungen zum Finanzplan

Die Ablieferungen an den Landeshaushalt werden ab dem Jahr 2018 erfolgen.
Das Guthaben auf dem Geldmarktkonto ist als kurzfristige Geldanlage jederzeit verfügbar.
In den Zinseinnahmen sind die im Kalenderjahr **zufließenden** Zinsen enthalten. Die Erträge künftiger Geldanlagen werden unter Anwendung eines effektiven Zinssatzes geschätzt. Im Jahresbericht werden die beim Erwerb entstandenen Kursdifferenzen getrennt ausgewiesen.
Das Bundesbesoldungsgesetz (BBesG) als Grundlage zur Berechnung der Zuführungen an die Niedersächsische Landesversorgungsrücklage ist mit Wirkung vom 01.01.2003 geändert worden. Gemäß § 14 Abs. 2, 2a und 3 BBesG werden die auf den 31. Dezember 2002 folgenden acht allgemeinen Anpassungen der Besoldung nicht vermindert. Die auf vorangegangenen Anpassungen beruhenden Zuführungen werden fortgesetzt. Zum Ausgleich erhält das Sondervermögen bis zum 31. Dezember 2017 zusätzlich 50 v.H. der Verminderung der Versorgungsausgaben durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001. Die Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Versorgungsempfänger werden sich künftig überproportional erhöhen.
Der verbleibende Betrag wird nach Abzug der Sach- und sonstigen Ausgaben an den Geld- und Kapitalmärkten angelegt.

Erfolgsplan für das Jahr 2007

Erträge	Soll 2007 Tsd. EUR	Soll 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR	Aufwendungen	Soll 2007 Tsd. EUR	Soll 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
1. Zinserträge				1. Zinsaufwendungen	—	—	—
- Kapitalmarkt	13.947	10.185	7.819	2. Kosten bei Geldanlage			
- Geldmarkt	86	118	445	- Kursdifferenz	—	—	1.506
- sonstige	—	—	—				
2. Sonstige Erträge							
- Kursdifferenz	—	—	1.357	3. Sonstige Aufwendungen	—	—	—
- Verzugszinsen	—	—	—				
Summe der Erträge	14.033	10.303	9.621	Summe der Aufwendung	—	—	1.506
Jahresüberschuss					14.033	10.303	8.115

Erläuterungen zum Erfolgsplan

In den Zinserträgen sind die im Kalenderjahr **entstehenden** Zinserträge enthalten. Der Zinszufluss kann in einem späteren Kalenderjahr erfolgen.
Erträge aus künftigen Geldanlagen werden unter Anwendung eines effektiven Zinssatzes geschätzt. Liegt beim Erwerb der aktuelle Marktzins über dem Nominalzins des Wertpapiers entsteht eine Kursdifferenz, die als vorweggenommener Ertrag für künftige Zinserträge oder im umgekehrten Fall als Aufwand anzusehen ist. Im Jahresbericht werden die beim Erwerb entstandenen Kursdifferenzen getrennt ausgewiesen.

Bestandsdarstellung zum 31.12.2005

	EUR
1. Anlagevermögen	
- Wertpapiere	146.400.000,00
- Schuldscheindarlehen	87.064.594,06
- Bankguthaben	739.636,43
- kurzfristige Anlagen	—
2. Zinsabgrenzung	4.510.540,77
3. Forderungen	1,55
4. Verbindlichkeiten	—
Fondsvermögen	238.714.772,81

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1303 Neue Techniken im Haushaltsbereich

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechniken**	(600) (600)	(1.867)	(2.092)	(–225)	(1.693)
511 99-1	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	15	15	—	—
525 98-4	012	Aus- und Fortbildung durch das Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	—	51	51	—	—
525 99-2	012	Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	92	92	—	54
538 98-9	012	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	100	212	–112	17
538 99-7	012	Dienstleistungen "Anderer"	600 600	1.604	1.717	–113	1.623
547 99-6	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5	5	—	—
812 98-3	012	Beschaffung von SW/Lizenzen	—	—	—	—	—
812 99-1	012	Erwerb von Geräten	—	—	—	—	—
		<u>Abschluss Kapitel 1303</u>					
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	600 600	1.867	2.092	–225	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	600 600	1.867	2.092	–225	
		Zuschuss		1.867	2.092	–225	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 98/99

Der "Aufbau eines neuen integrierten Haushaltwirtschaftssystems" (HWS-Nds) ist für die Verfahren des Haushaltsvollzugs (Kassenverfahren und Haushaltsmittelbewirtschaftung), der Aufstellung des Haushaltsplans und der Mittelfristigen Planung, der Zentralen Haushaltsführung, der Haushaltsrechnung sowie für Teilbereiche der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) realisiert worden.
Die Module der Haushaltsplanaufstellung, der Zentralen Haushaltsführung und der Haushaltsrechnung werden weiter vervollständigt und optimiert.
Veranschlagt sind die Ausgaben für die Weiterentwicklung der Software und den laufenden Betrieb.

Zu 538 98

Ausgaben des laufenden Betriebes für durch das IZN erbrachte Leistungen insbesondere Betrieb von Call-, Competence-, Unix- und Service-Center.

Zu 538 99

Für Beratung bei der Verfahrenseinführung, landesspezifische Anpassungen der Standardsoftware und Optimierung der Verfahrensabläufe.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	600	—	600
2008	—	—	600	600
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	600	600	1.200

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1310 Ausgleichsleistungen zwischen Land, Bund und Ländern

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
211 11-6	910	Ergänzungszuweisung des Bundes (Art. 107 Abs. 2 GG) **** Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.*		152.000	153.000	–1.000	188.034
212 11-2	910	Länderfinanzausgleich (Art. 107 Abs. 2 GG) **** Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.*		193.000	230.000	–37.000	343.595
		A U S G A B E N					
687 11-0	029	Anteil des dem Lande Österreich zustehenden Biersteueraufkommens (Artikel 12 des Vertrages vom 2.12.1890)	—	2	3	–1	2
		Abschluss Kapitel 1310					
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		345.000	383.000	–38.000	
		Summe der Einnahmen		345.000	383.000	–38.000	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	2	3	–1	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	2	3	–1	
		Überschuss		344.998	382.997	–37.999	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 211 11 und 212 11

Errechnet aufgrund der Steuerschätzung (vgl. Kapitel 13 01).

Zu 687 11

Nach dem deutsch-österreichischen Vertrag vom 2. 12. 1890 über den Anschluss der österreichischen Gemeinde Mittelberg an das Zollsystem des Deutschen Reiches (RGBl. 1891 S. 59) ist der Bund Vertragspartner und im Außenverhältnis zu Österreich verpflichtet, den Biersteueranteil abzuführen. Im Innenverhältnis fordert der Bund den von den Ländern vereinnahmten Biersteueranteil zurück. Gem. Beschluss der Finanzministerkonferenz vom 1. 12. 1977 trägt Bayern die Hälfte. Die zweite Hälfte entfällt auf die anderen Länder. Der niedersächsische Anteil hieran beträgt 8,57 v. H.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1312 Finanzausgleich zwischen Land, Gemeinden und Landkreisen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-2	062	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
213 81-7	910	Einnahmen aus der Finanzausgleichsumlage *Vgl. K-Vermerk zu 613 84.*		25.000	25.000	—	24.677
231 11-4	062	Erstattung von Verwaltungsausgaben der Ämter für Verteidigungslasten durch den Bund		—	—	—	77
		A U S G A B E N					
613 11-4	910	Zuweisungen für die Wahrnehmung der von den Bezirksregierungen übergegangenen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	—	11.705	11.784	–79	11.704
633 11-5	062	Erstattung von Verwaltungsausgaben der Ämter für Verteidigungslasten bei kommunalen Gebietskörperschaften	—	—	—	—	27
633 12-3	129	Zusatzleistungen für Systembetreuung in Schulen	—	5.000	5.000	—	4.992
633 13-1	910	Steuerverbundabrechnung des Vorjahres	—	203.041	—	+203.041	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 81 bis 84		**Zuweisungen an Gemeinden und Landkreise innerhalb des Steuerverbundes** *Übertragbar.* **** Für die Berechnung und Aufteilung der Zuweisungsmasse gelten die §§ 1 bis 3 NFVG und die §§ 1, 2 und 16 NFAG.* *Dadurch sowie durch Rundungen im Vorjahr eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden.*	(—)	(2.613.416)	(2.322.962)	(+290.454)	(2.316.478)
613 81-5	910	Bedarfszuweisungen wegen einer außergewöhnlichen Lage **** Nicht verbrauchte Ausgaben wachsen den Bedarfszuweisungen für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden. Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	40.415	35.767	+4.648	28.691
613 82-3	910	Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	—	379.076	392.892	–13.816	390.171
613 83-1	910	Allgemeine Schlüsselzuweisungen	—	1.901.270	1.638.502	+262.768	1.642.392
613 84-0	910	Finanzausgleichsumlage *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 213 81.*	—	25.000	25.000	—	24.677
883 81-2	910	Bedarfszuweisungen aus Anlass besonderer Aufgaben **** Vgl. Vermerk zu 613 81.*	—	1.000	1.000	—	202
883 83-9	910	Finanzhilfen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	266.655	229.801	+36.854	230.345

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 213 81

Die Finanzausgleichsumlage wird gem. § 16 NFAG erhoben und fließt den Schlüsselzuweisungen für Gemeindeaufgaben des laufenden Haushaltsjahres zu (vgl. K-Vermerk zu 613 84).

Zu 231 11

Nach den Richtlinien über pauschale Zuschüsse des Bundes zu den laufenden Verwaltungsausgaben der Verteidigungslastenverwaltung vom 6. 12. 1976 und den dazu ergangenen Ergänzungsrundschreiben leistet der Bund zu den persönlichen Aufwendungen und zu den Sachausgaben jährlich für jeden Beschäftigten einen Zuschuss.
Die Einnahme dient zur Teildeckung der Ausgaben bei 633 11.
Ab 2005 reduziert sich der Ansatz auf eine Restzahlung, da der Bund die Verwaltung der Verteidigungslasten in die eigene Zuständigkeit übernimmt (s.a. Titel 633 11).

Zu 613 11

Zuweisungen an die Region Hannover, die Landkreise, die kreisfreien Städte, die großen selbständigen Städte und die selbständigen Gemeinden zum Ausgleich von Mehrbelastungen für zusätzlich übernommene Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis, die im Zuge der Modernisierung der Verwaltung in Niedersachsen (Auflösung der Bezirksregierungen zum 01.01.2005) kommunalisiert worden sind.

Weniger entsprechend dem tatsächlichen Bedarf.

Zu 633 11

Den kommunalen Gebietskörperschaften werden die persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten der Ämter für Verteidigungslasten ersetzt (§ 14 NFAG).
Ab 2005 hat der Bund die Verwaltung der Verteidigungslasten übernommen (sh. Titel 231 11).

Zu 633 12

Nach § 5 des Nds. Finanzverteilungsgesetzes vom 12.03.1999, zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 17.12.2004 (Nds. GVBl. S. 664), zahlt das Land den Trägern öffentlicher Schulen für die Systembetreuung in Schulen jährlich 5 Mio. EUR. Der Betrag wird nach der Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Schulen auf die Schulträger aufgeteilt.

Zu Titelgruppe 81 bis 84

Die Finanzzuweisungen sind nach §§ 1 und 16 NFAG und § 1 NFVG ermittelt worden.

Sie errechnen sich wie folgt:

	in 1.000 EUR
Landesanteil an den Steuern	
Summe Kapitel 13 01	16 030 000
abzüglich	
GewSt-Umlage (Titel 017 11)	171 000
GewSt-Umlage (Titel 017 12)	251 000
GrESt (Titel 053 11)	408 000
Feuerschutzsteuer (Titel 059 11)	30 000
Zwischensumme	15 170 000
Zuzüglich	
Länderfinanzausgleich	
(Kap. 13 10 Tit. 212 11)	193 000
Bundesergänzungszuweisungen	
(Kap. 13 10 Tit. 211 11)	152 000
Förderabgabe	
(Kap. 08 18 Tit. 122 10)	750 000
Spielbankabgabe	
(Kap. 13 99 Tit. 093 11)	50 000
Summe Verbundeinnahmen	16 315 000
Verbundquote	15,04 %
	2 453 776
33 v. H. der Grunderwerbsteuer	
(Kap. 13 01 Tit. 053 11)	134 640
Zuweisungsmasse	2 588 416
Finanzausgleichsumlage	25 000
	2 613 416

Zu 613 81 und 883 81

Für Bedarfszuweisungen werden gem. § 2 Satz 1 Nr. 1 NFAG 1,6 v. H. der Zuweisungsmasse bereitgestellt.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1312 Finanzausgleich zwischen Land, Gemeinden und Landkreisen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 1312					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		25.000	25.000	—	
		Summe der Einnahmen		25.000	25.000	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	2.565.507	2.108.945	+456.562	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	267.655	230.801	+36.854	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	2.833.162	2.339.746	+493.416	
		Zuschuss		2.808.162	2.314.746	+493.416	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1320 Vermögensverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		EINNAHMEN					
119 01-8	061	Vermischte Einnahmen		50	50	—	1
121 11-0	853	Gewinne aus der Beteiligung an Unternehmen des öffentlichen Rechts		1.729	63.380	–61.651	52.762
121 12-8	872	Gewinne aus der Beteiligung an Unternehmen des privaten Rechts		215	3.715	–3.500	5.927
133 11-8	859	Erlöse aus dem Verkauf von Aktien, Geschäftsanteilen, Bezugsrechten usw. und aus der Liquidation von Unternehmen **** Kosten können durch Absetzen von der Einnahme verausgabt werden.*		835.000	405.203	+429.797	73.727
161 11-1	872	Einnahmen aus der Verzinsung des Trägerkapitals des Landes bei den Öffentlichen Versicherungen Oldenburg und Braunschweig *Vgl. K-Vermerk zu 686 11.*		230	230	—	437
161 20-0	872	Zinseinnahmen aus Kassenbestandsverstärkungen an Landesbetriebe **** Zinsausgaben für abgelieferte Kassenmittel können bis zur Höhe des unabweisbaren Bedarfs durch Absetzen von der Einnahme geleistet werden.*		—	—	—	—
161 21-9	872	Zinseinnahmen aus Kassenbestandsverstärkungen an Landesgesellschaften **** Zinsausgaben für abgelieferte Kassenmittel können bis zur Höhe des unabweisbaren Bedarfs durch Absetzen von der Einnahme geleistet werden.*		—	—	—	81
161 22-7	872	Zinseinnahmen aus Kassenbestandsverstärkungen für Sondervermögen und mitverwaltetes Fremdvermögen **** Zinsausgaben für abgelieferte Kassenmittel können bis zur Höhe des unabweisbaren Bedarfs durch Absetzen von der Einnahme geleistet werden.*		—	—	—	–1.456
162 11-8	411	Zinseinnahmen aus Hauszinssteuerhypotheken		—	—	—	2
162 12-6	872	Zinsen aus der Übertragung der Nord/LB-Anteile an die HanBG		—	12.300	–12.300	—
162 53-3	872	Zinsen aus Geldanlagen		—	370	–370	388
182 11-9	411	Rückflüsse aus Hauszinssteuerhypotheken		1	1	—	14
359 12-4	950	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB für den Bereich des Epl. 08		—	—	—	—
359 13-2	950	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB für den Bereich des Epl. 09		—	6.762	–6.762	6.663
382 11-8	990	Bundesanteile an den Darlehen Siedlung und Landarbeiterwohnungen GemAgrG -Zinsen- *Vgl. K-Vermerk zu 982 13.*		17	20	–3	15
382 12-6	990	Wie 382 11 -Tilgungen- *Vgl. K-Vermerk zu 982 13.*		198	333	–135	359
382 13-4	990	Bundesanteile an den Darlehen einzelbetriebliche Förderung GemAgrG -Zinsen- *Vgl. K-Vermerk zu 982 11.*		800	900	–100	877
382 14-2	990	Wie 382 13 -Tilgungen- *Vgl. K-Vermerk zu 982 11.*		8.400	8.400	—	8.549

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 121 11 und 121 12:
Die Beteiligungen des Landes Niedersachsen und die zu erwartenden Gewinne sind in der Anlage II zu diesem Kapitel sachlich geordnet und zusammengestellt.

Zu 133 11
Veräußerung von Rückflüssen aus Förderdarlehen der LTS.

Zu 161 11
Die Zinseinnahmen sind zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen des Landes aufgrund der Übertragung der Teilträgerschaften bei den Öffentlichen Versicherungen Oldenburg und Braunschweig zu verwenden (s. Titel 686 11).

Zu 161 20
Zinsen für den Kontenausgleich der Landesbetriebe.

Zu 161 21
Gemäß Vertrag vom 4. 3. 1999 zwischen dem Land Niedersachsen und der Hannoverschen Beteiligungsgesellschaft mbH wird das Girokonto der HanBG bei der NordLB in ein automatisches Verstärkungs- und Abführungsverfahren mit der Niedersächsischen Landeshauptkasse einbezogen. Zu diesem Zweck übernimmt das Land in unbegrenzter Höhe positive wie negative Salden vom Konto der HanBG auf das Konto der LHK. Der sich entsprechend ergebende Zinsbetrag wird hier vereinnahmt bzw. von der Einnahme abgesetzt.

Zu 161 22
Zinsen für den Kontenausgleich der Sondervermögen "Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz" und „Landesversorgungsrücklage".

Zu Titel 162 11 und 182 11
Rückflüsse aus der Abwicklung gewährter Wohnungsbaudarlehen.

Zu 162 53
Die Vereinnahmung der Zinsen aus Bankkonten der Finanzämter erfolgt ab 2007 im Kapitel 04 06 Titel 162 75.

Zu 359 13
Entnahme der bei den Landestreuhandstellen aufkommenden Zinsen und Tilgungen auf Darlehen, vgl. Gesetz über die Einbringung der Fördervermögen des Landes Niedersachsen in das haftende Eigenkapital der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale – vom 17. Dezember 1991 (Nieders. GVBl. S. 358); hier: § 5 Nrn. 1 und 2 des Einbringungsvertrages.

Zu 382 11 bis 382 16
Bundesanteile an den Zinsen und Tilgungen für die im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" gewährten Darlehen.
Die Anteile werden bei 982 11 bis 982 13 verausgabt.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1320 Vermögensverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
382 15-0	990	Bundesanteile an den Darlehen Flurbereinigung GemAgrG -Zinsen- *Vgl. K-Vermerk zu 982 12.*		—	—	—	—
382 16-9	990	Wie 382 15 -Tilgungen- *Vgl. K-Vermerk zu 982 12.*		51	63	–12	83
		Titelgruppe(n)					
TGr. 66		**Darlehen aus dem Epl. 05**		(217)	(256)	(–39)	(319)
162 66-5	872	Sonstige Zinsen		20	23	–3	28
173 66-7	872	Tilgungen von Gemeinden (GV)		—	—	—	1
182 66-6	872	Sonstige Tilgungen		197	233	–36	287
233 66-0	872	Verwaltungskostenerstattung von Gemeinden (GV)		—	—	—	4
TGr. 68		**Darlehen zur Förderung des Schulbaues (einschl. Sportstätten)**		(50)	(152)	(–102)	(313)
153 68-2	872	Zinsen von Gemeinden (GV)		—	5	–5	—
157 68-8	872	Zinsen von Zweckverbänden		—	—	—	—
173 68-3	872	Tilgungen von Gemeinden (GV)		50	147	–97	313
177 68-9	872	Tilgungen von Zweckverbänden		—	—	—	—
182 68-2	872	Sonstige Tilgungen		—	—	—	—
TGr. 69		**Darlehen zur Studien- und Graduiertenförderung**		(19.140)	(20.150)	(–1.010)	(14.607)
162 69-0	872	Zinsen		140	150	–10	131
182 69-0	872	Tilgungen		19.000	20.000	–1.000	14.475
TGr. 71		**Sonstige Darlehen aus dem Epl. 07**		(—)	(—)	(—)	(0)
162 71-1	872	Zinsen		—	—	—	—
182 71-2	872	Tilgungen		—	—	—	0
TGr. 82		**Darlehen und rückzahlbare Schuldendiensthilfen für die Wasserwirtschaftsverwaltung**		(9)	(183)	(–174)	(202)
153 82-8	872	Zinsen von Gemeinden (GV)		—	2	–2	—
157 82-3	872	Zinsen von Zweckverbänden		—	4	–4	—
162 82-7	872	Sonstige Zinsen		—	—	—	2
173 82-9	872	Tilgungen von Gemeinden (GV)		1	57	–56	74
177 82-4	872	Tilgungen von Zweckverbänden		—	112	–112	118
182 82-8	872	Sonstige Tilgungen		8	8	—	9
TGr. 87		**Sonstige Darlehen aus dem Epl. 09**		(4.828)	(5.434)	(–606)	(5.256)
162 87-8	872	Sonstige Zinsen		338	386	–48	346
182 87-9	872	Sonstige Tilgungen		4.490	5.048	–558	4.910

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 66

Bei diesen Ansätzen werden nicht zweckgebundene Zinsen und Tilgungen auf Darlehen, die aus dem Epl. 05 verausgabt wurden, vereinnahmt.

Zu Titelgruppen 68 bis 71

Bei diesen Ansätzen werden nicht zweckgebundene Zinsen und Tilgungen auf Darlehen, die aus den Epl. 06 und 07 verausgabt wurden, vereinnahmt.

Zu Titelgruppe 69

Die eingehenden Darlehenstilgungen und Zinsbeträge werden vom Bundesverwaltungsamt nach einem Verteilerschlüssel pauschaliert an die Bundesländer abgeführt.

Zu Titelgruppen 82 und 87

Bei diesen Ansätzen werden nicht zweckgebundene Zinsen und Tilgungen auf Darlehen, die aus dem Epl. 09 verausgabt wurden, vereinnahmt.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1320 Vermögensverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 92		**Darlehen aus dem ehemaligen Epl. 12**		(—)	(2)	(–2)	(3)
162 92-4	872	Zinsen		—	—	—	0
182 92-5	872	Tilgungen		—	2	–2	3
TGr. 96		**Sonstige Darlehen, Forderungen und Wertpapiere**		(2.635)	(2.638)	(–3)	(2.682)
153 96-8	872	Zinsen von Gemeinden (GV)		—	—	—	—
161 96-0	872	Zinsen von öffentlichen Unternehmen		2.630	2.630	—	2.631
162 96-7	872	Sonstige Zinsen		1	1	—	0
173 96-9	872	Tilgungen von Gemeinden (GV)		—	—	—	1
181 96-1	872	Tilgungen von öffentlichen Unternehmen		—	—	—	33
182 96-8	872	Sonstige Tilgungen		4	7	–3	17
TGr. 98		**Darlehen zur Förderung von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nach § 96 Abs. 2 AFG**		(209)	(434)	(–225)	(592)
153 98-4	872	Zinsen von Gemeinden (GV)		2	8	–6	21
157 98-0	872	Zinsen von Zweckverbänden		1	2	–1	4
162 98-3	872	Zinsen von Sonstigen		5	6	–1	14
173 98-5	872	Tilgungen von Gemeinden (GV)		61	207	–146	322
177 98-0	872	Tilgungen von Zweckverbänden		41	56	–15	75
182 98-4	872	Tilgungen von Sonstigen		99	155	–56	156
		A U S G A B E N					
537 11-1	859	Dienstleistungen Außenstehender im Zusammenhang mit Beteiligungen	—	15	15	—	0
538 11-8	061	Kosten für die Verwaltung von Darlehen durch Kreditinstitute	—	1	1	—	0
546 01-3	061	Vermischte Ausgaben	—	10	10	—	—
581 11-0	920	Tilgung für sonstige Darlehen des Bundes aus dem Epl. 05	—	1	1	—	1
671 11-0	852	Erstattung an die Hannoversche Beteiligungs GmbH zum Ausgleich des Verlustsaldos von Zinsaufwand zu Dividendenerträgen	— 55.000	—	—	—	—
686 11-7	187	Vertraglich geregelte Zuschüsse an die Stiftung NORD/LB und ÖVB sowie an die Kulturstiftung der ÖVO *Übertragbar.* *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 161 11.*	—	230	230	—	437
686 12-5	165	Anspruch der Volkswagen-Stiftung auf den Dividendengegenwert *Übertragbar.*	—	34.770	31.747	+3.023	31.746
686 13-3	171	Zuschüsse an die Deutsche Windenergie-Institut GmbH	—	300	300	—	350
686 14-1	859	Zuschüsse an das Staatsbad Norderney	—	1.000	1.000	—	1.000
831 18-4	853	Kapitalzuführung an die Norddeutsche Landesbank	— 700.000	700.000	—	+700.000	280.000

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 92

Bei diesen Ansätzen werden nicht zweckgebundene Zinsen und Tilgungen auf Darlehen, sonstige Forderungen und Wertpapiere, die aus dem ehemaligen Epl. 12 verausgabt wurden, vereinnahmt.

Zu Titelgruppe 96

Bei diesen Ansätzen werden nicht zweckgebundene Zinsen und Tilgungen auf Darlehen, sonstige Forderungen und Wertpapiere, die aus dem Epl. 13 verausgabt wurden, vereinnahmt.

Zu 537 11

Die Mittel sind für Gutachten und ähnliche Arbeiten Dritter, die im Zusammenhang mit Beteiligungen des Landes erforderlich werden, bestimmt.

Zu 671 11

Zur Abdeckung des Risikos aus der Refinanzierung des Kaufpreises für Aktien der Salzgitter AG und den Anteilen an der Nord/LB.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	—	—
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	205.791	55.000	—	260.791
Summe	205.791	55.000	—	260.791

Zu 686 11

Gemäß Verträgen vom 17. 3. 1994 zwischen dem Land, dem Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverband und der Landschaftlichen Brandkasse Hannover und vom 29. 3. 1994 zwischen dem Land der NORD/LB hat sich das Land verpflichtet, die auf die Trägerkapitalanteile des Landes bei den Öffentlichen Versicherungen Oldenburg (ÖVO) bzw. Öffentlichen Versicherungen Braunschweig (ÖVB) entfallenden Zinsen der Kulturstiftung der ÖVO bzw. der Stiftung der NORD/LB und der ÖVB für Braunschweig zuzuführen.

Zu 686 12

Gem. Vertrag über die Regelung der Rechtsverhältnisse bei der Volkswagenwerk GmbH und über die Errichtung einer Stiftung Volkswagenwerk vom 11./12. November 1959 sowie der Stiftungsurkunde und Stiftungssatzung vom 19. Mai 1961 hat die Volkswagen-Stiftung einen Anspruch auf den Dividendengegenwert von z. Z. 30 234 600 Stück VW-Aktien.

Zu 686 13

Gesellschafterzuschüsse zur Deckung des Finanzbedarfs der Deutsches Windenergie-Institut GmbH (DEWI), Wilhelmshaven. Vgl. Anlage II zu diesem Kapitel.

Zu 831 18

Stammkapitalerhöhung zur Sicherung des erforderlichen Eigenkapitals.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	700.000	—	700.000
2008	—	—	—	—
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	700.000	—	700.000

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1320 Vermögensverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
831 19-2	853	Erwerb von Geschäftsanteilen an der NBank	50.000 —	54.000	—	+54.000	—
831 21-4	853	Kapitalzuführung an die Kreditanstalt für Wiederaufbau	—	—	—	—	—
831 29-0	859	Für unvorhergesehene oder sonst notwendig werdende Beteiligungen und Beteiligungskosten **** Ausgaben dürfen im Einzelfall vorübergehend zur Vergabe zinsloser Darlehen geleistet werden. Darlehnsrückzahlungen können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.*	—	150	150	—	1
982 11-5	990	Ablieferung des Bundesanteils an den Zinsen und Tilgungen für Darlehen einzelbetriebliche Förderung GemAgrG *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 13 und 382 14.*	—	9.200	9.300	–100	9.426
982 12-3	990	Ablieferung des Bundesanteils an den Zinsen und Tilgungen für Darlehen Flurbereinigung GemAgrG *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 15 und 382 16.*	—	51	63	–12	83
982 13-1	990	Ablieferung des Bundesanteils an den Zinsen und Tilgungen für Darlehen Siedlung und Landarbeiterwohnungen GemAgrG *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 11 und 382 12.*	—	215	353	–138	377
		Titelgruppe(n)					
TGr. 65/66		**Zuschüsse an die Staatsbäder** *Übertragbar.* **** Das MF wird ermächtigt, die Sicherungen der Pachtverpflichtungen der Niedersächsischen Bädergesellschaft mbH für den Anbau des Hauses Esplanade in Bad Nenndorf (Speise- und Mehrzweckräume) zu übernehmen.*	(—)	(15.683)	(15.674)	(+9)	(15.275)
682 65-0	859	Zuschüsse zur Abdeckung von Verlusten aus der Betriebsführung oder für andere laufende Zwecke	—	10.860	10.560	+300	11.131
682 66-9	859	Zuschüsse für Nutzungsentgelte an den Landesliegenschaften	—	1.289	2.080	–791	2.079
891 65-9	859	Zuschüsse zu den Investitionen **** Als Vorsteuer erstattete Umsatzsteuer wird durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt. Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung in Abs. 1 verbindlich.*	—	3.534	3.034	+500	2.064
TGr. 67		**Teilkommunalisierung des Staatsbades Bad Nenndorf**	(—)	(1.905)	(1.525)	(+380)	(1.359)
547 67-2	859	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	35	—	+35	34
633 67-6	859	Zuweisungen an die Stadt Bad Nenndorf für laufende Zwecke	—	950	1.125	–175	1.125
711 67-7	859	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	320	—	+320	—
883 67-2	859	Zuweisungen an die Stadt Bad Nenndorf für Investitionen	—	600	400	+200	200

ERLÄUTERUNGEN

Zu 831 19

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	50.000	50.000
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	50.000	50.000

Zu 831 29

Soweit bei Beteiligungsunternehmen aus wirtschaftlichen und finanziellen Erwägungen Kapitalerhöhungen notwendig werden, kann sich das Land den Beschlüssen nicht entziehen. Mittel sollen nur bei einer Verpflichtung oder einem wichtigen Interesse des Landes in Anspruch genommen werden.

Zu Titel 982 11 bis 982 13

Vgl. 382 11 bis 382 16.

Zu Titelgruppe 65/66

Die Staatsbäder Nenndorf und Pyrmont sind Betriebe nach § 26 LHO und dienen als Heilbäder der Volksgesundheit.
Die Staatsbäder werden von jeweils einer Betriebsführungsgesellschaft vor Ort geführt. Diese Gesellschaften gehören zum Vermögen der Staatsbäder. LHO-Betriebe und Gesellschaften sind auf die Abdeckung von Verlusten angewiesen, weil die Erträge insgesamt hinter den Aufwendungen zurückbleiben. Entsprechende Mittel sind beim Titel 682 65 veranschlagt. Zuschüsse für Nutzungsentgelte an den Landesliegenschaften sind beim Titel 682 66 gesondert ausgewiesen. Bauten und andere Investitionen der Staatsbäder werden beim Titel 891 65 nachgewiesen.
Die Staatsbäder beabsichtigen, im Jahr 2007 Grundstücke im Wert von 500 000 EUR zu verkaufen. Solche Verkaufserlöse standen den Staatsbädern in der Vergangenheit für zusätzliche Investitionen zur Verfügung. Seit dem Haushaltsjahr 1999 fließen diese Einnahmen aus haushaltstechnischen Gründen direkt dem Sondervermögen Landesliegenschaftsfonds zu und werden dort bei Titel 131 12 gebucht.
Weitere Einzelheiten ergeben sich aus den Wirtschaftsplänen der Staatsbäder, die diesem Kapitel als Anlage I beigefügt sind.

Zu 891 65

Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 51 32 Titel 131 12, die auf Veräußerungen der Staatsbäder beruhen, erhöhen oder vermindern die Ausgabeermächtigung.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	—	—
2009	27.523	—	—	27.523
2010	—	—	—	—
2011 ff.	63.856	—	—	63.856
Summe	91.379	—	—	91.379

Zu 633 67

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	950	—	—	950
2008	950	—	—	950
2009	800	—	—	800
2010	800	—	—	800
2011 ff.	4.800	—	—	4.800
Summe	8.300	—	—	8.300

Zu 883 67

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	600	—	—	600
2008	800	—	—	800
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	1.400	—	—	1.400

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1320 Vermögensverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 1320					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		864.313	514.498	+349.815	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		9.466	16.478	–7.012	
		Summe der Einnahmen		873.779	530.976	+342.803	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	62	27	+35	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	— 55.000	49.399	47.042	+2.357	
		7 Baumaßnahmen	—	320	—	+320	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	50.000 700.000	758.284	3.584	+754.700	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	9.466	9.716	–250	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	50.000 755.000	817.531	60.369	+757.162	
		Überschuss		56.248	470.607	–414.359	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zusammenstellung der Wirtschaftspläne der niedersächsischen Staatsbäder

A. Erfolgspläne für das Jahr 2007

	Staatsbad Nenndorf			Staatsbad Pyrmont			insgesamt		
	Ansatz 2007 Tsd. EUR	Ansatz 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR	Ansatz 2007 Tsd. EUR	Ansatz 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR	Ansatz 2007 Tsd. EUR	Ansatz 2006 Tsd. EUR	Ist 2005 Tsd. EUR
I. Erträge									
1. Kurtaxe Leistungen der Betriebsführerin	—	—	11	1.500	1.500	1.577	1.500	1.500	1.588
2. Erneuerung und Ersatz	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3. Übernahme von Steuern	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4. Erbauzinsen	62	62	62	425	425	395	487	487	457
5. Pachterlöse	600	600	649	1.500	1.500	1.459	2.100	2.100	2.108
6. Erlöse aus Anlageabgängen	250	250	1.204	250	250	—	500	500	1.204
7. Erlöse aus Rohmoor	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8. Auflösung von Rückstellungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—
9. Sonstige Erträge	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10. Gewinn aus Anlageabgängen	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11. Gewinn aus Beteiligungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe	912	912	1.926	3.675	3.675	3.431	4.587	4.587	5.357
II. Aufwendungen									
1. Überlassung der Kurtaxe an die Betriebsführerin	—	—	11	1.500	1.500	1.577	1.500	1.500	1.588
2. Abschreibungen auf Sachanlagen	630	560	671	550	600	520	1.180	1.160	1.191
3. Abschreibungen auf Finanzanlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4. Absetzung für Substanzverzehr	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5. Steuern von Einkommen, Ertrag und Vermögen	50	50	58	95	95	94	145	145	152
6. Gebäudeversicherungen	60	20	64	50	110	49	110	130	113
7. Instandhaltungen	200	200	349	500	500	638	700	700	987
8. Pachtaufwendungen	2.332	2.182	2.309	3.570	3.350	3.569	5.902	5.532	5.878
9. Verwaltungskosten	70	70	79	240	240	168	310	310	247
10. Sonstige Aufwendung	150	150	50	480	480	466	630	630	516
11. Verlust aus Beteiligungen	2.300	2.300	2.693	3.350	3.400	3.110	5.650	5.700	5.803
Summe	5.792	5.532	6.284	10.335	10.275	10.191	16.127	15.807	16.475
III. Ergebnis									
Verlust(-) oder Gewinn	-4.880	-4.620	-4.358	-6.660	-6.600	-6.760	-11.540	-11.220	-11.118
Verlust(-) oder Gewinn Betriebsgesellschaft	-2.300	-2.300	-2.693	-3.350	-3.400	-3.110	-5.650	-5.700	-5.803
übriger Verlust(-) oder Gewinn des Staatsbades	-2.580	-2.320	-1.665	-3.310	-3.200	-3.650	-5.890	-5.520	-5.315
Hinzurechnung Erlöse Grundstücksverkauf	-250	-250	-1.204	-250	-250	—	-500	-500	-1.204
ZS: Übriger Verlust(-) oder Gewinn des Staatsbades	-2.830	-2.570	-2.869	-3.560	-3.450	-3.650	-6.390	-6.020	-6.519
Afa LHO-Betrieb	630	560	671	550	600	520	1.180	1.160	1.191
Verlustausgleich(-) oder Gewinn LHO-Betrieb	-2.200	-2.010	-2.198	-3.010	-2.850	-3.130	-5.210	-4.860	-5.328
Verlustausgleich(-) Betriebsgesellschaft	-2.300	-2.300	-2.693	-3.350	-3.400	-3.110	-5.650	-5.700	-5.803
Mittelbedarf für die Staatsbäder	-4.500	-4.310	-4.891	-6.360	-6.250	-6.240	-10.860	-10.560	-11.131

Zusammenstellung der Wirtschaftspläne der niedersächsischen Staatsbäder

B. Finanzpläne für das Jahr 2007

	Nenndorf Ansatz 2007 Tsd. EUR	Pyrmont Ansatz 2007 Tsd. EUR	insgesamt Ansatz 2007 Tsd. EUR	insgesamt Ansatz 2006 Tsd. EUR	insgesamt Ist 2005 Tsd. EUR
I. Finanzbedarf					
1. Investitionen	2.767	767	3.534	3.034	2.064
2. Abführungen an den Grundstock	250	250	500	500	1.205
3. Überlassungsentgelte	278	1.011	1.289	2.080	2.079
4. Abdeckung von Verlusten aus Betriebs-GmbH	2.300	3.350	5.650	5.700	5.803
5. Übriger Verlust der Staatsbäder	2.830	3.560	6.390	6.020	6.519
6. Kapitaleinzahlung/ -Kapitalminderung	—	—	—	—	—
Summe	8.425	8.938	17.363	17.334	17.670
II. Deckungsmittel					
7. Abschreibungen auf Sachanlagen	630	550	1.180	1.160	1.191
8. Erlöse aus Anlageabgängen	250	250	500	500	1.205
9. Zuschuss aus Kapitel 13 20 Titel 682 66	278	1.011	1.289	2.080	2.079
10. Zuschuss aus Kapitel 13 20 Titel 682 65 insgesamt:	4.500	6.360	10.860	10.560	11.131
(davon Betriebsgesellschaft)	2.300	3.350	5.650	5.700	5.803
(davon Besitzgesellschaft § 26 LHO)	2.200	3.010	5.210	4.860	5.328
11. Zuschuss aus Kapitel 13 20 Titel 891 65	2.767	767	3.534	3.034	2.064
Summe	8.425	8.938	17.363	17.334	17.670

Erläuterungen zu den Wirtschaftsplänen

1. Die jeweilige Betriebsgesellschaft setzt die Kurtaxe nach § 18 Verwaltungskostengesetz im Auftrag des Landes fest, zieht sie ein, und verwendet sie im Staatsbad Pyrmont zweckentsprechend.
2. Die Gesamtverluste der Staatsbäder sind aus den Ziffern A 4 und A 5 ersichtlich. Hierauf leistet das Land den unter II. 10. genannten Zuschuss.
3. Der Zuschuss für Investitionen in das Grundvermögen der Staatsbäder ist unter Nr. II. 11. ausgewiesen.

Verzeichnis der Beteiligungen des Landes Niedersachsen an Unternehmen

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Unternehmens	Höhe der Beteiligung a) EUR b) v.H.	Jahresergebnis des Unternehmens (+Gewinn, -Verlust)	Voraussichtl. im Haushaltsjahr 2007 zufließ. Ertrag EUR	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
I.	**Unternehmen des öffentlichen Rechts**				
1	**Kreditinstitute**				
1.1	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt a.M.	a) 72.750.000 b) 1,94	2005 + 475.214.000		Der Gewinn wird der gesetzlichen Rücklage zugewiesen.
1.2	Norddeutsche Landesbank - Girozentrale -,Hannover			1.729.359	Neben dem Anteil am Stammkapital, aus dem die Dividende nicht in den Landeshaushalt fließt, sondern an die HanBG ausgeschüttet wird (siehe II.1), hält das Land eine besondere Kapitaleinlage i.H.v. 51.129.188 EUR.
II.	**Unternehmen des privaten Rechts**				
1	**Hannoversche Beteiligungsgesellschaft mbH,**	a) 315.978.000 b) 100	2005 + 19.999.361	---	
	Unternehmen des öffentlichen Rechts				
	Norddeutsche Landesbank - Girozentrale -,Hannover	a) 453.158.230 b) 41,75	2005 + 87.400.000	*)	*) Dividenden fließen nicht in den Landeshaushalt, sondern werden an die HanBG ausgeschüttet.
	Unternehmen des privaten Rechts				
	- Deutsche Messe AG, Hannover	a) 38.369.100 b) 49,83	2005 + 10.974.740	*)	
	- Flughafen Hannover-Langenhagen GmbH, Hannover	a) 10.737.130 b) 35	2005 + 9.919.985	*)	
	- Niedersächsische Gesellschaft zur Endablagerung von Sonderabfall mbH, Hannover	a) 1.296.000 b) 36	2005 + 461.377	*)	
	- Salzgitter AG, Salzgitter	a) 40.678.382 b) 25,2	2005 + 842.000.000	*)	
	- Volkswagen AG, Wolfsburg	a) 148.156.716 b) 20,8	2005 + 1.120.000.000	*)	
2	**Weitere Beteiligungen**				
2.1	Arzneimitteluntersuchungsinstitut AMI-Nord-GmbH, Bremen	a) 6.400 b) 16,67	—	—	
2.2	Clausthaler Umwelttechnik-Institut GmbH, Clausthal-Zellerfeld	a) 25.600 b) 100	2005 - 47.123	—	
2.3	Deutsche Management-Akademie Niedersachsen GmbH, Celle	a) 132.936 b) 52	—	—	
2.4	Deutsches Primatenzentrum GmbH, Göttingen	a) 12.800 b) 50	—	—	
2.5	Deutsches Windenergie-Institut GmbH, Wilhelmshaven	a) 25.600 b) 100	2005 - 1.018.891	—	
2.6	DSMZ - Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH, Braunschweig	a) 25.600 b) 100	—	—	
2.7	Eisenbahnen und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser GmbH, Zeven	a) 3.362.664 b) 58	2005 + 445.498	—	

Verzeichnis der Beteiligungen des Landes Niedersachsen an Unternehmen

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Unternehmens	Höhe der Beteiligung a) EUR b) v.H.	Jahresergebnis des Unternehmens (+Gewinn, -Verlust)	Voraussichtlich im Haushaltsjahr 2006 zufließender. Ertrag EUR	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
2.8	ekz bibliotheksservice GmbH, Reutlingen	a) 92.160 b) 4,23	2005 + 241.256	—	
2.9	Fachinformationszentrum Karlsruhe GmbH, Karlsruhe	a) 1.040 b) 2,17	—	—	
2.10	Fiscus GmbH i.L., Bonn	a) 2.000 b) 6,25	—	—	Die Gesellschaft befindet sich in Liquidation.
2.11	Flughafengesellschaft Braunschweig mbH, Braunschweig	a) 108.200 b) 17,8	2005 - 607	—	
2.12	FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gGmbH, Grünwald	a) 10.226 b) 6,25	2005 + 120.864	—	
2.13	Gesellschaft zur Vorbereitung und Durchführung der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover mbH i.L., Hannover	a) 2.556.500 b) 50	2005 + 959.427	—	Die Gesellschaft befindet sich in Liquidation.
2.14	GKSS-Forschungszentrum GmbH Geesthacht, Hamburg	a) 256 b) 0,63	—	—	
2.15	Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung GmbH, Braunschweig	a) 2.556 b) 10	—	—	
2.16	Hochschul-Informations-System GmbH, Hannover	a) 2.050 b) 4,16	—	—	
2.17	Innovationszentrum Niedersachsen GmbH, Hannover	a) 25.000 b) 100	—	—	
2.18	Institut für Solarenergieforschung GmbH, Emmerthal	a) 25.565 b) 100	2005 - 159.760	—	
2.19	Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH Hannover (NBank)	a) 50.000.000 b) 50	2005 + 946.500	—	
2.20	IWF Wissen und Medien gGmbH, Göttingen	a) 5.113 b) 10	—	—	
2.21	Jade Weser Port Realisierungs-Beteiligungs-GmbH, Wilhelmshaven	a) 25.050 b) 50,1	2005 + 1.486	—	
2.22	Jade Weser Port Realisierungs-GmbH & Co KG	a) 501.000 b) 50,1	2005 - 1.711.392	—	
2.23	Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH, Bonn	a) 1.023 b) 2,44	—	—	
2.24	Landesnahverkehrsgesellschaft mbH, Hannover	a) 127.823 b) 100	—	—	
2.25	Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG, Oldenburg	a) 1.001.000 b) 100	2004 3.800	—	
2.26	Nieders. Gesellschaft zur Endablagerung von Sonderabfall mbH, Hannover	a) 540.000 b) 15	2005 + 461.377	—	
2.27	Niedersächsische Hafengesellschaft mbH, Cuxhaven	a) 4.167.029 b) 100	2004 - 1.567.075	—	
2.28	Niedersächsische Landgesellschaft mbH, Hannover	a) 420.920 b) 51,88	2005 + 1.187.237	—	

Verzeichnis der Beteiligungen des Landes Niedersachsen an Unternehmen

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Unternehmens	Höhe der Beteiligung a) EUR b) v.H.	Jahresergebnis des Unternehmens (+Gewinn, -Verlust)	Voraussichtl. im Haushaltsjahr 2006 zufließ. Ertrag EUR	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
2.29	Nieders. Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen GmbH i.L., Hoheneggelsen	a) 1.534.000 b) 100	2005 - 516.818	—	Die Gesellschaft befindet sich in Liquidation.
2.30	Niedersächsische Staatstheater Hannover GmbH, Hannover	a) 26.076 b) 100	— —	—	
2.31	Niedersächsisches Staatsbad Nenndorf Betriebsgesellschaft mbH, Bad Nenndorf	a) 25.600 b) 100	— —	—	
2.32	Niedersächsisches Staatsbad Pyrmont Betriebsgesellschaft mbH, Bad Pyrmont	a) 30.000 b) 100	— —	—	
2.33	nordmedia - Die Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH, Hannover	a) 400.000 b) 80	— —	—	
2.34	Osthannoversche Eisenbahnen AG, Celle	a) 4.678.167 b) 40,24	2005 - 1.406.707	—	
2.35	Volkswagen AG, Wolfsburg	a) 515.686 b) 0,06	2005 + 1.120.000.000	215.000	

Zusammenstellung

Lfd. Nr.	Kapitel/Titel	Summe der unmittelbaren Beteiligungen (Spalte 3 Buchstabe a)	Voraussichtlich dem Haushaltsjahr 2007 zufließender Ertrag (Spalte5)
I. 1.	13 20 - 121 11	72.750.000	1.729359
II. 1.	13 20 - 121 12	315.978.000	---
2.		70.415.640	215.000
Summe II.		386.393.640	215.000

Sondervermögen Wohnungsbau, Wirtschaft und Agrar

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 2007

Einnahmen	**Tsd. EUR**
Zinsen aus Darlehen	15.006
Zinsen aus Geldanlagen	-
Tilgungen aus Darlehen	27.749
Summe Einnahmen	**44.755**
Ausgaben	
Abführung an den Bund	44.755
Summe Ausgaben	**44.755**

Erläuterung zu der Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Sondervermögens

Aufgrund des Gesetzes über das „Sondervermögen Wohnungsbau, Wirtschaft und Agrar“ werden die Rückflüsse (Zinsen und Tilgungen) der von der Landestreuhandstelle aus den Bereichen Wohnungsbau, Wirtschaft und Agrar gewährten Darlehen einem nicht rechtsfähigen Sondervermögen zugeführt.

Dargestellt sind ausschließlich die planmäßigen Zins- und Tilgungsleistungen ohne die abgetretenen Rückflüsse.

Infolge der Veräußerung der Rückflussmittel sind aus den dem Landeshaushalt zufließenden Zins- und Tilgungsleistungen der Darlehensnehmer an den Investor langfristig gleich bleibende Zahlungen zu entrichten. Bei Verkürzung des Tilgungszeitraumes aufgrund von Sondertilgungen durch die Darlehensnehmer werden mittelfristig die Einnahmen aus den Darlehensrückflüssen nicht mehr ausreichen, um die entsprechenden Zahlungen leisten zu können. Durch die Überführung der Rückflussmittel in ein Sondervermögen wird das Ansammeln der außerplanmäßig aufkommenden Zins- und Tilgungsleistungen ermöglicht und eine Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen aus den aufgekommenen Rückflussmitteln ohne zusätzliche Haushaltsbelastung sichergestellt.

Die Bestandsdarstellung erfolgt erstmalig in der Haushaltsrechnung 2007.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1321 Landesliegenschaften

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		EINNAHMEN					
111 01-0	061	Gebühren und tarifliche Entgelte		—	—	—	—
119 01-1	061	Vermischte Einnahmen		—	1	–1	26
119 41-0	061	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	48
119 61-5	061	Bewirtschaftungskosten von Landesbetrieben in Behördenhäusern		1.511	1.317	+194	—
124 01-5	061	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		5.513	6.059	–546	9.195
124 03-1	061	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 03		1.117	1.043	+74	907
124 05-8	061	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 05		16.113	16.328	–215	16.303
124 06-6	061	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 06		114.041	116.832	–2.791	117.225
124 08-2	061	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 08		646	650	–4	649
124 09-0	061	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 09		901	956	–55	969
124 13-9	061	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 13		1.289	2.080	–791	2.079
124 15-5	061	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 15		5.817	5.414	+403	5.415
134 01-0	871	Kapitalrückzahlungen von Landesbetrieben zur Refinanzierung des Landesliegenschaftsfonds *Vgl. K-Vermerk zu 916 11.*		738	739	–1	763
235 61-5	061	Zuweisung der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61/62.*		—	—	—	—
356 11-0	950	Entnahme aus dem Landesliegenschaftsfonds (ohne Agrarstrukturfonds)		50.000	—	+50.000	44.000
356 12-9	950	Entnahme aus dem Landesliegenschaftsfonds - Unterabteilung Agrarstrukturfonds -		25.000	75.000	–50.000	17.200
381 02-6	990	Zuführung von Einzelplan 02		3.210	3.268	–58	3.083
381 03-4	990	Zuführung von Einzelplan 03		41.115	43.720	–2.605	47.959
381 04-2	990	Zuführung von Einzelplan 04		24.220	23.880	+340	22.756
381 05-0	990	Zuführung von Einzelplan 05		7.970	7.780	+190	7.126
381 06-9	990	Zuführung von Einzelplan 06		7.054	6.701	+353	6.657
381 07-7	990	Zuführung von Einzelplan 07		4.150	3.268	+882	2.891
381 08-5	990	Zuführung von Einzelplan 08		7.740	7.818	–78	7.783
381 09-3	990	Zuführung von Einzelplan 09		14.782	14.463	+319	14.841
381 11-5	990	Zuführung von Einzelplan 11		45.795	46.229	–434	45.532
381 14-0	990	Zuführung von Einzelplan 14		188	193	–5	233
381 15-8	990	Zuführung von Einzelplan 15		2.615	2.277	+338	2.087

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 119 61

Die anteiligen Bewirtschaftungskosten aus der Mitbenutzung von angemieteten oder landeseigenen Behördenhäusern bzw. -zentren des Landes durch Landesbetriebe werden ab dem Haushaltsjahr 2006 als Einnahmen veranschlagt.

Zu 124 03 bis 124 15

Einnahmen aus der entgeltlichen Überlassung landeseigener Grundstücke an Landesbetriebe.

Zu 356 11 und 356 12

Entnahme zur Deckung des Haushalts.

Zu 381 02 bis 381 15

Einnahmen aus der entgeltlichen Überlassung landeseigener Grundstücke an Landesdienststellen. Vgl. Erläuterungen zu Titel 981 .. in den jeweiligen Fachkapiteln.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1321 Landesliegenschaften

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
381 19-0	990	Zuführung von 04 10 - 981 11		486	422	+64	422
381 22-0	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts zur Refinanzierung des Landesliegenschaftsfonds *Vgl. K-Vermerk zu 916 11.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*		3.388	3.423	–35	3.968
		A U S G A B E N					
916 11-6	950	Zuführung an den Landesliegenschaftsfonds (ohne Agrarstrukturfonds) *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 134 01 und 381 22.*	—	4.126	4.162	–36	4.730
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62		**Bewirtschaftung der Behördenhäuser** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 235 61.*	(—)	(18.233)	(18.253)	(–20)	(12.973)
427 61-1	061	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	20	22	–2	6
429 61-4	061	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	2.506	2.465	+41	1.459
459 61-0	061	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	2	2	—	0
511 61-2	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	795	728	+67	530
517 61-0	061	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	6.274	5.780	+494	4.605
517 62-9	061	Reinigungskosten	—	2.689	2.175	+514	1.993
518 61-7	061	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude, Räume, Maschinen u. Geräte	—	4.703	6.084	–1.381	2.966
519 61-3	061	Pflege und Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	826	633	+193	864
525 61-3	061	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	3	3	—	0
526 61-0	061	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	10	–10	1
546 61-0	061	Sonstige Ausgaben und Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	—	5	—	+5	—
547 61-7	061	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	34	22	+12	41
681 61-5	061	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	—	—	—	—	—
812 61-2	061	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	58	28	+30	113
812 62-0	061	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	62	45	+17	139
981 61-9	990	Abführung an 13 21 - 381 22	—	256	256	—	256

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 381 19

Anteilige Kostenbeteiligung des Bundes an den Unterbringungskosten der Staatshochbauämter, die in Behördenhäusern untergebracht sind. Vgl. Erläuterung zu 04 10 – 981 10.

Zu 381 22

Zur Unterbringung von Landesdienststellen sind eine Reihe von Liegenschaftsankäufen über das Sondervermögen Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen (LFN) finanziert worden, um Anmietungen des Landes zu beenden. Die dadurch wegfallenden Mieten sind dem Sondervermögen LFN solange zur Refinanzierung zur Verfügung zu stellen, bis der kapitalisierte Kaufpreis in das Sondervermögen LFN zurückgeflossen ist. Darüber hinaus werden in besonderen Einzelfällen Liegenschaftsankäufe über das Sondervermögen LFN vorfinanziert. Die Abwicklung der Refinanzierung erfolgt über Titel 381 22.

vgl. 0320-981 02, 0326-981 03, 0406-981 02, 0705-981 01, 0745-981 01, 1110-981 10, 1117-981 10, 1321-981 61, 2011 981 64

Zu Titelgruppe 61/62

Im Zuge der Verwaltungsreform und aufgrund eines optimierten Unterbringungsmanagements werden im zunehmenden Maße Landesdienststellen in Behördenhäusern und -zentren untergebracht. Die Anzahl der Behördenhäuser bzw. -zentren ist insbesondere im Zuge der Auflösung der Bezirksregierungen zum 01.01.2005 und den daraus resultierenden Aufgabenverlagerungen an andere Kapitel gestiegen.

Die Bewirtschaftungskosten der Behördenhäuser bzw. -zentren werden im Kapitel 1321 nachgewiesen. Die anteiligen Bewirtschaftungskosten der Landesbetriebe werden ab Haushaltsjahr 2006 nicht mehr als Ausgabeabsetzungen sondern als Einnahmen gebucht (Bruttoprinzip). Dadurch steigen die Ausgabenansätze der TGr. 61/62 in Höhe der Einnahmeansätze bei Titel 119 61.

Zu 429 61

	in 1000 EUR
1. Entschädigung für Hausverwalter	1880
5,0 Lohngruppe 2a MTArb	
6,0 Lohngruppe 3 MTArb	
2,0 Lohngruppe 3a MTArb	
10,2 Lohngruppe 4 MTArb	
1,0 Lohngruppe 4a MTArb	
3,0 Lohngruppe 5 MTArb	
16,0 Lohngruppe 5 a MTArb	
1,0 Lohngruppe 6 MTArb	
3,0 Vergütungsgruppe BAT IX b	
1,0 Vergütungsgruppe BAT VII/VII b	
1,0 Vergütungsgruppe BAT Vc	
2. Löhne für vollbeschäftigte Haus- und Reinigungskräfte	231
6,7 Lohngruppe 1a MTArb	
1,0 Lohngruppe 2a MTArb	
3. Kosten für stundenweise beschäftigte Arbeitskräfte	34
im Reinigungsdienst	
1,1 Lohngruppe 1 MTArb	
4. Kosten für Pförtner / Telefonzentrale	360
9,0 Vergütungsgruppe VII BAT	
1,0 Lohngruppe 3a MTArb	
Zusammen	2505

Zu 812 61

	in 1000 EUR
Beschaffung bzw. Ergänzung von Telefonanlagen für die Behördenhäuser Hameln, Alfeld, Holzminden, Lüneburg (Auf der Hude) und Nienburg zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes.	58

Zu 812 62

	in 1000 EUR
Ersatzbeschaffungen (Frankiermaschine, Rasenmäher, Sonnenschutz) in den Behördenhäusern Lüneburg (Auf der Hude) und Rotenburg	62

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1321 Landesliegenschaften

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 70/71		**Bewirtschaftung der sonstigen Grundstücke der Allgemeinen Finanzverwaltung**	(—)	(880)	(880)	(—)	(852)
429 70-3	061	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	1	1	—	1
459 70-0	061	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
511 70-1	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	8	8	—	7
517 70-0	061	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	485	657	–172	392
517 71-8	061	Reinigungskosten	—	52	24	+28	9
518 70-6	061	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	1	—	+1	—
519 70-2	061	Pflege und Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	304	118	+186	177
526 70-9	061	Sachverständige; Gerichts- oder ähnliche Kosten	—	15	30	–15	9
546 70-0	061	Sonstige Ausgaben und Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	—	—	—	—	—
547 70-6	061	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	14	7	+7	176
681 70-4	061	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	—	—	—	—	—
812 70-1	061	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
981 70-8	990	Abführung an 13 21 - 381 22	—	—	35	–35	80
		Abschluss Kapitel 1321					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		147.686	151.419	–3.733	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		237.713	238.442	–729	
		Summe der Einnahmen		385.399	389.861	–4.462	
		4 Personalausgaben	—	2.529	2.490	+39	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	16.208	16.279	–71	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	120	73	+47	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	4.382	4.453	–71	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	23.239	23.295	–56	
		Überschuss		362.160	366.566	–4.406	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 429 70

	in 1000 EUR
1. Entschädigung für Hausverwalter Pauschalentschädigungen (Vizewirte) Lohngr. 2 MTArb	1
2. Löhne für vollbeschäftigte Haus- und Reinigungskräfte	-
3. Kosten für stundenweise Beschäftigte	-
Zusammen	1

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1325 Schuldenverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 11-8	680	Landesanteile an Beteiligungsentgelten und Exiterlösen *Vgl. K-Vermerk zu 870 11.*		—	—	—	—
281 11-5	920	Erstattung von Schuldendienstleistungen durch Sonstige		107	124	–17	128
381 11-0	990	Zuführung von 15 02 - 981 95		2.860	2.860	—	2.860
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61 bis 65		**Haushaltsdeckungskredite lt. Haushaltsgesetz**		(1.300.000)	(1.800.000)	(–500.000)	(2.150.000)
325 61-9	920	Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt **** Die Beschaffung und Bewirtschaftung aller Kredite obliegt dem MF.* *Einnahmen aus Krediten dürfen in das folgende Haushaltsjahr umgebucht werden; desgleichen dürfen bis Ende Juni des folgenden Haushaltsjahres eingehende Einnahmen aus Krediten noch zugunsten des abzuschließenden Haushaltsjahres gebucht oder umgebucht werden.*		7.354.200	8.452.000	–1.097.800	8.166.760
325 62-7	920	Planmäßige Tilgung von Krediten des inländischen Kreditmarkts **** Rückzahlungen - auch aus Vorjahren - sind mit Ausnahme der Erstattungen bei 281 11 hier zu vereinnahmen.* *Mehrausgaben dürfen gem. § 18 LHO geleistet werden.*		–5.486.600	–6.646.800	+1.160.200	–5.906.922
325 63-5	920	Einnahmen aus Eigenbeständen der Anleihen des Landes Niedersachsen **** Vgl. Vermerk zu 325 62.*		—	—	—	437.728
325 64-3	920	Vorzeitige Tilgung von Krediten des inländischen Kreditmarkts **** Vgl. Vermerk zu 325 62.*		—	—	—	–22.227
325 65-1	920	Tilgung kurzfristiger Kredite des inländischen Kreditmarkts **** Vgl. Vermerk zu 325 62.*		—	—	—	—
326 61-5	920	Schuldenaufnahmen im Ausland **** Vgl. Vermerk zu 325 61.* *Bei Kreditaufnahmen in fremder Währung ist auf die Kreditermächtigung nach § 18 Abs. 2 LHO die sich nach der Absicherung des Wechselkurses in EURO ergebende Rückzahlungsverpflichtung anzurechnen. Der Abschluss einer Wechselkursabsicherung für die Schuldendienstverpflichtung des Landes in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit der* *Kreditaufnahme dient zugleich der Vermeidung des Kursrisikos.*		—	—	—	—
326 62-3	920	Planmäßige Tilgung von Auslandsschulden **** Vgl. Vermerk zu 325 62.*		–567.600	–5.200	–562.400	–415.339
326 64-0	920	Vorzeitige Tilgung von Auslandsschulden **** Vgl. Vermerk zu 325 62.*		—	—	—	–110.000
326 65-8	920	Tilgung kurzfristiger Kredite - Auslandsschulden - **** Vgl. Vermerk zu 325 62.*		—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 121 11

Leertitel für die Bildung von Ausfallrücklagen im Zusammenhang mit Beteiligungsgarantien. Die Rücklagen können z.B. aus Anteilen des Landes an Beteiligungsentgelten oder Exiterlösen gespeist werden und so zu einer Reduzierung oder Vermeidung von (Netto-)Ausfällen des Landes aus übernommenen Garantien führen.

Zu 281 11

Erstattung von Schuldendienstleistungen für aufgenommene Darlehen für Neu- und Erweiterungsbauten der Berufsförderungswerke Bad Pyrmont und Bookholzberg durch die Stiftung des Landes Niedersachsen für berufliche Rehabilitation Behinderter.

Zu 381 11

Mit der Auflösung der Niedersächsischen Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH (NFG) zum 31.12.2003 wurden alle bisher in den Fachkapiteln enthaltenen Tilgungen in die Schuldenverwaltung überführt; hier: zweckgebundene Teilverwendung der Wasserentnahmegebühr zur Sicherung der Altlast Münchehagen.

Zu 325 62

In den Tilgungen sind auch Beträge enthalten, die aus Kreditaufnahmen der Niedersächsischen Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH sowie für die Expo 2000 Hannover GmbH resultieren.

Zu 325 63

Aus Gründen der Marktregulierung hält das Land Eigenbestände an seinen durch die Bundesbank kursgepflegten Anleihen.
Zum Zeitpunkt der Fälligkeit dieser Anleihen vorhandene Eigenbestände sind als Einnahme zu buchen. Da sich die Höhe der Eigenbestände noch bis zwei Tage vor Fälligkeit verändern kann, wird der Titel als Leertitel dargestellt.

Zu Titel 325 64, 325 65, 326 64 und 326 65

Leertitel zum rechnungsmäßigen Nachweis des Vollzugs von § 18 Abs. 2 – 4 LHO.

Zu 326 61

Der Haushaltsvermerk legt fest, dass für etwaige Kreditaufnahmen in Fremdwährungen eine Absicherung des Wechselkurses vorzunehmen ist, um daraus für den Haushalt resultierende Risiken auszuschließen. Die sich danach ergebende Rückzahlungsverpflichtung in EUR ist auf die Kreditermächtigung anzurechnen.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1325 Schuldenverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 70/71		**Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen**		(563)	(563)	(—)	(1.086)
141 70-4	872	Zinsen		307	307	—	356
141 71-2	872	Tilgungen		256	256	—	729
TGr. 72 bis 75		**Bundesanteile aus Darlehensrückflüssen** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72/73.*		(—)	(49.135)	(–49.135)	(65.775)
162 72-8	411	Zinsen aus Wohnungsbaudarlehen		—	16.224	–16.224	7.471
162 73-6	411	Zinsen aus Aufwendungsdarlehen		—	1	–1	5.676
162 74-4	411	Zinsen aus sonstigen Wohnungsbaudarlehen		—	1	–1	—
162 75-2	872	Zinsen aus sonstigen Darlehen		—	1	–1	1
182 72-9	411	Tilgung aus Wohnungsbaudarlehen		—	32.888	–32.888	20.234
182 73-7	411	Tilgung aus Aufwendungsdarlehen		—	18	–18	32.375
182 74-5	411	Tilgung aus sonstigen Wohnungsbaudarlehen		—	1	–1	—
182 75-3	872	Tilgung aus sonstigen Darlehen		—	1	–1	18
		A U S G A B E N					
870 11-0	680	Für die Inanspruchnahme und für Aufwendungen zur Vermeidung von Verlusten aus Bürgschafts-, Gewährleistungs- u.ä. Verträgen *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 121 11. *** Erstattungen können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.*	—	20.000	40.000	–20.000	18.067
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61 bis 64		**Zinsausgaben und Tilgungen** **** Rückzahlungen - auch aus Vorjahren - sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	(—)	(2.385.744)	(2.380.165)	(+5.579)	(2.329.593)
561 61-4	920	Zinsen für sonstige zweckgebundene Darlehen des Bundes	—	—	—	—	—
572 61-6	920	Zinsen für zweckgebundene Darlehen der Sozialversicherungsträger sowie der Bundesagentur für Arbeit	—	56	70	–14	85
575 61-5	920	Zinsen für Darlehen des sonstigen inländischen Kreditmarkts	—	2.476.396	2.197.108	+279.288	2.225.682
575 62-3	920	Zuführung an die Unterabteilung "Zinsen für Diskontkredite" der Allgemeinen Rücklage **** Entnahmen aus der Unterabteilung "Zinsen für Diskontkredite" der Allgemeinen Rücklage sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	–253.404	18.122	–271.526	18.122
575 63-1	920	Geldbeschaffungskosten	—	56.290	58.560	–2.270	–6.019
575 64-0	920	Zinsen für Kassenverstärkungskredite **** Zinseinnahmen aus Geldanlagen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	11.580	9.450	+2.130	–11.086
576 61-1	920	Zinsen für Auslandsschulden	—	94.400	96.390	–1.990	102.195

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 70/71

Zinsen und Tilgungen auf Forderungen aus vom Land anerkannten und abgerechneten Bürgschaftsausfällen.

Zu Titelgruppe 72 bis 75

Die Bundesanteile aus den Darlehensrückflüssen werden ab 2007 im „Sondervermögen Wohnungsbau, Wirtschaft und Agrar“ vereinnahmt.

Zu 575 62

Bis einschließlich 2006 werden rechnerische Zinsbestandteile für zwei im Jahr 1992 abgeschlossene Diskontkredite zu den fiktiven Zinsterminen der Unterabteilung “Zinsen für Diskontkredite“ der Allgemeinen Rücklage zugeführt.
Bei Fälligkeit dieser Kredite im Jahr 2007 werden die angesammelten Zinsbestandteile der Rücklage entnommen und durch Absetzen von der Ausgabe bei 575 62 vereinnahmt.

Zu 575 63

Disagien und ähnliche Nebenkosten für Haushaltsdeckungskredite. Enthalten sind u.a. auch sonstige Kosten der fundierten Kreditbeschaffung, die im Zusammenhang mit Investorenpräsentationen entstehen.

Zu 575 64

Die Feinsteuerung der Liquidität erfolgt über die Aufnahme kurzfristiger Kassenverstärkungskredite entsprechend der Ermächtigung des § 34 a LHO bzw. die Anlage nicht benötigter Gelder am Geldmarkt.
Die aus diesen Geldanlagen resultierenden Zinseinnahmen wurden bis zum Haushaltsjahr 2003 im Kapitel 1320 bei Titel 162 53 veranschlagt. Da ihnen jedoch keine Vermögenswerte des Landes zugrunde liegen, wird nunmehr eine Absetzung von den Zinsausgaben für Kassenverstärkungskredite vorgenommen.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1325 Schuldenverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
581 61-5	920	Tilgung für sonstige zweckgebundene Darlehen des Bundes	—	—	—	—	—
592 61-7	920	Tilgung für zweckgebundene Darlehen der Sozialversicherungsträger sowie der Bundesagentur für Arbeit	—	378	420	–42	565
595 61-6	920	Tilgung für Darlehen aus Grundstücksankäufen	—	48	45	+3	47
TGr. 72/73		**Schuldendienstleistungen an den Bund** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 72/73/74/75.* **** Rückzahlungen - auch aus Vorjahren - sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	(—)	(—)	(41.628)	(–41.628)	(54.364)
561 72-0	920	Zinsen für Wohnungsbaudarlehen des Bundes	—	—	16.701	–16.701	13.926
561 73-8	920	Zinsen für sonstige Darlehen des Bundes	—	—	34	–34	29
581 72-0	920	Tilgung für Wohnungsbaudarlehen des Bundes	—	—	24.634	–24.634	40.126
581 73-9	920	Tilgung für sonstige Darlehen des Bundes	—	—	259	–259	282
		Abschluss Kapitel 1325					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		563	49.698	–49.135	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		107	124	–17	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		1.302.860	1.802.860	–500.000	
		Summe der Einnahmen		1.303.530	1.852.682	–549.152	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	2.385.744	2.421.793	–36.049	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	20.000	40.000	–20.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	2.405.744	2.461.793	–56.049	
		Zuschuss		1.102.214	609.111	+493.103	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 595 61

Den Ausgaben liegen nachstehende Grundstücksankäufe zugrunde:

1. Flurstücke in Clausthal-Zellerfeld, Andreasberger Straße	Wert:	23 700 EUR
2. Wohngrundstück in Hannover, Im Moore 9	Wert:	76 700 EUR
3. Grundstück in Osnabrück, Alte Münze 10	Wert:	117 600 EUR

Zu Titelgruppe 72/73

Die Schuldendienstleistungen an den Bund werden ab 2007 im „Sondervermögen Wohnungsbau, Wirtschaft und Agrar“ verausgabt.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1350 Versorgung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-6	018	Vermischte Einnahmen		5	5	—	14
119 11-3	018	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
119 12-1	018	Ersatzleistungen		2.000	1.800	+200	2.375
231 11-8	018	Erstattung nach § 18 Abs. 2 und 3 des Reichsnährstands-Abwicklungsgesetzes		300	450	–150	486
281 11-5	018	Erstattung von anteiligen Versorgungsbezügen von landeseigenen Krankenhäusern		1.807	2.263	–456	2.309
281 13-1	018	Erstattung von Versorgungsbezügen durch die Klosterkammer		500	450	+50	518
281 14-0	018	Erstattung von anteiligen Versorgungsbezügen aus Hochschulhaushalten mit globaler Steuerung		35.728	37.495	–1.767	32.038
281 15-8	018	Versorgungszuschläge für ohne Dienstbezüge beurlaubte Landesbeamte		750	800	–50	757
281 16-6	018	Erstattung von anteiligen Versorgungsbezügen von sonstigen Landesbetrieben		6.700	8.039	–1.339	7.786
281 17-4	018	Erstattung von anteiligen Versorgungsbezügen durch Stiftungshochschulen		28.487	28.646	–159	31.213
281 18-2	018	Erstattung von anteiligen Versorgungsbezügen durch die Anstalt Niedersächsische Landesforsten		6.293	6.902	–609	6.828
381 02-0	990	Zuführung von Einzelplan 02		1	1	—	—
381 03-9	990	Zuführung von Einzelplan 03		3.633	3.806	–173	4.205
381 04-7	990	Zuführung von Einzelplan 04		1.492	1.892	–400	1.300
381 05-5	990	Zuführung von Einzelplan 05		278	280	–2	199
381 06-3	990	Zuführung von Einzelplan 06		19	280	–261	15
381 07-1	990	Zuführung von Einzelplan 07		—	—	—	32
381 08-0	990	Zuführung von Einzelplan 08		—	—	—	—
381 10-1	990	Zuführung von Einzelplan 10		—	—	—	—
381 15-2	990	Zuführung von Einzelplan 15		1.039	1.145	–106	1.026
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Erstattung anteiliger Versorgungsbezüge** **** An Erstattungspflichtige zurückzuzahlende Erstattungen - auch aus Vorjahren - sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.*		(26.245)	(23.240)	(+3.005)	(32.233)
231 61-4	018	Vom Bund		25.000	22.000	+3.000	30.811
232 61-0	018	Von Ländern		900	800	+100	1.050
233 61-7	018	Von Gemeinden (GV) und Landkreisen		40	50	–10	42
236 61-6	018	Von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit		80	100	–20	78
237 61-2	018	Von Zweckverbänden		25	40	–15	32

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 1350

Übersicht über die Zahl der Versorgungsempfänger der Landesregierung	Stand 31.12.2005	Im Haushaltsplan für 2007 angesetzt	Voraussichtlich 2008	Voraussichtlich 2009
Ruhegehaltsempfänger	34	34	34	34
Witwen und Waisen	12	12	12	12
Zusammen	46	46	46	46
der Verwaltung				
Ruhegehaltempfänger (einschl. Beamte im einstweiligen Ruhestand und Empfänger von Unterhaltsbeiträgen für Richter und Beamte)	11 599	12 444	12 633	12 818
Witwen und Waisen (einschl. Empfänger von Unterhaltsbeiträgen für Hinterbliebene)	7 071	6 897	6 834	6 777
Reichsnährstand	15	15	10	10
Laufende Unterstützungen	1	1	1	1
Sonstige Versorgungsleistungen (Titel 439 13)	26	26	26	26
Zusammen	18 712	19 383	19 504	19 632
der Polizei einschl. Beamte der Justizverwaltung im Vollzugsdienst				
Ruhegehaltempfänger (einschl. Empfänger von Unterhaltsbeiträgen für Beamte)	7 698	8 230	8 553	8 634
Witwen und Waisen (einschl. Empfänger von Unterhaltsbeiträgen für Hinterbliebene)	4 242	4 203	4 184	4 166
Zusammen	11 940	12 433	12 737	12 800
der allgemein- und berufsbildenden Schulen				
Ruhegehaltempfänger (einschl. Empfänger von Unterhaltsbeiträgen für Beamte)	26 345	29 499	31 227	32 948
Witwen und Waisen (einschl. Empfänger von Unterhaltsbeiträgen für Hinterbliebene)	8 062	8 224	8 373	8 527
Zusammen	34 407	37 723	39 600	41 475
Insgesamt	65 105	69 585	71 887	73 953

Zu 119 12

Erstattungen von haftenden Versicherungsunternehmen.

Zu 231 11

Vgl. zu 439 12.

Zu 281 11

Bei den Landeskrankenhäusern handelt es sich um Wirtschaftsbetriebe. Träger der Versorgungslast für die dort beschäftigten Beamten bleibt das Land. Diese Betriebe führen daher Versorgungsanteile in Höhe von 35 v. H. der Dienstbezüge der Beamten an das Land ab.

Zu 281 13

Erstattung von Versorgungsbezügen der Beamten der Klosterkammer Hannover und deren Hinterbliebenen sowie der Beihilfe nach den Beihilfevorschriften durch den Allgemeinen Hannoverschen Klosterfonds.

Zu 281 14

Die nachfolgend genannten Einrichtungen werden als Wirtschaftsbetriebe geführt. Sie erstatten Versorgungsanteile in Höhe von 30 v. H. der Dienstbezüge für die dort beschäftigten Beamten.

	in 1000 EUR
1. Universität Oldenburg (06 13)	2.271
2. Universität Osnabrück (06 14)	3.604
3. TU Braunschweig (06 15)	4.034
4. TU Clausthal (06 16)	1.707
5. Universität Hannover (06 17)	4.758
6. Hochschule Vechta (06 18)	388
7. Med. Hochschule Hannover (06 19)	1.024
8. HBK Braunschweig (06 22)	1.061
9. HTM Hannover (06 23)	1.546
10. FH Hildesheim / Holzminden / Göttingen (06 34)	2.881
11. FH Braunschweig / Wolfenbüttel (06 37)	3.024
12. FH Hannover (06 38)	3.638
13. FH Oldenburg / Ostfriesland / Wilhelmshaven	5.792
Zusammen	35.728

Zu 281 15

Die im Beamtenverhältnis zurückgelegte Zeit einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge ist nach § 6 BeamtVG dem Grunde nach nicht ruhegehaltfähig. Die Ruhegehaltfähigkeit kann aber, wenn der Urlaub öffentlichen Belangen oder dienstlichen Interessen dient, durch die Zahlung eines Versorgungszuschlages erreicht werden.

Zu 281 16

	in 1000 EUR
1. Informatikzentrum Niedersachsen (03 16)	1.000
2. Landesvermessungs- und Geobasisinformation Niedersachsen (03 17)	999
3. Logistikzentrum Niedersachsen (03 20)	15
4. Technische Informationsbibliothek (06 51)	361
5. Staatstheater Braunschweig (06 60)	12
6. Mess- und Eichwesen Niedersachsen (08 11)	874
7. Materialprüfanstalt (08 13)	229
8. Nds. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft und Küstenschutz (15 55)	3.210
Zusammen	6.700

Zu 281 17

Die nachfolgend genannten Stiftungen als Träger niedersächsischer Hochschulen erstatten Versorgungsanteile in Höhe von 30 v.H. der Dienstbezüge für die dort beschäftigten Beamten

	in 1000 EUR
1. Stiftung Universität Göttingen (06 10)	13.190
2. Bereich Humanmedizin der Stiftung Universität Göttingen (06 12)	3.001
3. Stift. Tierärztl. Hochsch. Hannover (06 21)	2.752
4. Stiftung Universität Hildesheim (06 29)	1.827
5. Stiftung Universität Lüneburg (06 28)	3.658
6. Stift. Fachhochschule Osnabrück (06 33)	4.059
Zusammen	28.487

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titel 381 02 bis 381 15

Werden Beamte bei gebührenpflichtigen Amtshandlungen tätig, oder für die Wahrnehmung von Aufgaben Dritter im Wege der Organleihe oder auf vertraglicher Grundlage eingesetzt, so ist bei der Berechnung der Gebühr bzw. der Kostenerstattung ein Versorgungszuschlag in Höhe von 30 v. H. der Dienstbezüge einzubeziehen. Dieser ist als haushaltstechnische Verrechnung an das Kapitel 13 50 abzuführen, in dem für jeden in Frage kommenden Einzelplan ein Titel der Gruppe 381 - ergänzt um die Einzelplanbezeichnung (z.B. 381 03 für den Einzelplan 03, 381 04 für den Einzelplan 04,) - eingerichtet ist. Entsprechendes gilt, wenn Aufgaben des Landes von Dritten oder durch sonstige zweckgebundene Mittel finanziert werden, sofern gesetzliche Regelungen nicht entgegenstehen. Auf den Rechtsgrund der Zweckbindung kommt es dabei nicht an.

Zu Titelgruppe 61

Erstattung von anteiligen Versorgungsbezügen nach §§ 42, 71 e Abs. 3 Satz 2, 78 a G 131, nach dem BWGöD, von Ruhelöhnen und Hinterbliebenenbezügen für ehemalige Straßenwärter, sowie nach § 107 b BeamtVG.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1350 Versorgung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
281 61-1	018	Von Stellen außerhalb der Landesverwaltung		200	250	–50	221
		A U S G A B E N					
431 11-7	018	Versorgungsbezüge der Ministerpräsidentin, des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen, Minister und deren Hinterbliebenen *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 431 11, 432 11, 432 12, 432 20, 432 21, 432 22, 432 23, 432 24, 434 11, 436 11, 436 12, 439 12, 439 13, 439 14, 439 15 und 461 11.*	—	2.400	2.400	—	2.044
432 11-3	018	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen, Richter und deren Hinterbliebenen in sonstigen Bereichen *Vgl. D-Vermerk zu 431 11.*	—	291.077	251.191	+39.886	269.287
432 12-1	018	Ausgleich nach § 48 BeamtVG *Vgl. D-Vermerk zu 431 11.*	—	1.200	1.800	–600	1.255
432 20-2	048	- wie 432 11 - Bereich öffentliche Sicherheit und Ordnung *Vgl. D-Vermerk zu 431 11.*	—	282.696	289.836	–7.140	261.528
432 21-0	058	- wie 432 11 - Bereich Rechtsschutz *Vgl. D-Vermerk zu 431 11.*	—	112.148	115.934	–3.786	103.750
432 22-9	068	- wie 432 11 - Bereich Finanzverwaltung *Vgl. D-Vermerk zu 431 11.*	—	116.539	115.934	+605	107.813
432 23-7	118	- wie 432 11 - Bereich Schulen *Vgl. D-Vermerk zu 431 11.*	—	1.058.589	1.062.733	–4.144	979.285
432 24-5	138	- wie 432 11 - Bereich Hochschulen *Vgl. D-Vermerk zu 431 11.*	—	104.662	96.612	+8.050	96.826
434 11-6	018	Zuführungen an die Landesversorgungsrücklage - Versorgung - *Vgl. D-Vermerk zu 431 11.*	—	26.859	26.055	+804	24.034
436 11-9	018	Ruhelöhne für ehemalige Straßenwärter und Hinterbliebenenbezüge *Vgl. D-Vermerk zu 431 11.*	—	—	77	–77	64
436 12-7	018	Ruhelöhne für ehemalige hamburgische Staatsarbeiter und Hinterbliebenenbezüge *Vgl. D-Vermerk zu 431 11.*	—	—	2	–2	3
439 11-8	018	Kosten der Nachversicherung (§ 72 G 131, § 99 AKG und § 9 Abs. 4 AVG)	—	300	350	–50	420
439 12-6	018	Aufwendungen des Landes nach § 18 Abs. 1 Satz 2 des Reichsnährstands-Abwicklungsgesetzes *Vgl. D-Vermerk zu 431 11.* **** Erstattungen nach § 42 Abs. 2 G 131 - auch aus Vorjahren - sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	350	400	–50	420
439 13-4	018	Sonstige Versorgungsaufwendungen *Vgl. D-Vermerk zu 431 11.* **** Leistungen aus Gründen der Billigkeit dürfen nur mit Einwilligung des MF gewährt werden.*	—	220	180	+40	150
439 14-2	018	Übergangsversorgung für Justizvollzugsangestellte (Nr. 6 Abs. 1 SR 2 n zum BAT) *Vgl. D-Vermerk zu 431 11.*	—	162	198	–36	142

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 281 61

	in 1000 EUR
1. Versorgungsverband Deutscher Wirtschaftsorganisationen für die am 1. 4. 1952 vorhanden gewesenen Versorgungsempfänger der braunschweigschen kaufmännischen Schulen	20
2. Stiftung des Landes Niedersachsen für berufliche Rehabilitation Behinderter	50
3. Institut für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben	90
4. Sonstige	90
Zusammen	250

Zu 431 11

Rechtsgrundlage: Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Landesregierung i. d. F. vom 3. 4. 1979 (Nds. GVBl. S. 106).

Zu 432 12

Nach der voraussichtlichen Zahl der in den Ruhestand tretenden Polizeivollzugsbeamten und Beamten des Justizvollzugsdienstes im Aufsichts- und Werkdienst.

Zu 434 11

Vgl. Anlage zu Kapitel 13 02 - Wirtschaftsplan und Bestandsdarstellung des Sondervermögens Landesversorgungsrücklage.

Zu 439 12

Nach § 2 der 30. DVO z. G 131 vom 20. 3. 1964 (BGBl. I S. 221) hat das Land Niedersachsen für die in § 18 Abs. 1 Satz 2 des Reichsnährstands-Abwicklungsgesetzes vom 23. 2. 1961 (BGBl. I S. 119) bezeichneten Personen, die im Landesbereich ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben, die dort aufgeführten Zahlungsverpflichtungen aus dem G 131 zu erfüllen. Soweit dadurch die sich aus § 18 Abs. 2 und 3 Satz 2 des Reichsnährstands-Abwicklungsgesetzes ergebende endgültige Zahlungsverpflichtung überschritten wird, erhält das Land nach § 3 der 30. DVO z. G 131 den Mehrbetrag nach Ablauf eines jeden Hj. erstattet (vgl. 231 11).

Zu 439 13

	in 1000 Euro
1. Ruhegeldanteile für ehem. Bedienstete des Staatstheaters Oldenburg	90
2. Zuwendungen aus Gründen der Billigkeit	—
3. Sonstige Aufwendungen	130
Zusammen	200

Zu 439 14

Nach Nr. 7 der Sonderregelung Nr. 2 n zum BAT treten Angestellte im Justizvollzugsdienst, die im Aufsichts-, Werk- oder Sanitätsdienst tätig sind, mit Vollendung des 60. Lebensjahres ohne Kündigung in den Ruhestand. Sie erhalten dafür bis zum Beginn der Versorgungsrente der VBL, längstens jedoch bis zum Ablauf des Monats, in dem sie das 65. Lebensjahr vollenden, eine Übergangsversorgung aus Landesmitteln.
Der Ansatz ist nach der Zahl der voraussichtlich ausscheidenden Kräfte errechnet.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1350 Versorgung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
439 15-0	138	Bezüge der emeritierten Professoren der Stiftungshochschulen *Vgl. D-Vermerk zu 431 11.*	—	11.996	14.000	–2.004	13.608
441 11-2	018	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	—	663	–663	687
443 01-8	018	Fürsorgeleistungen	—	900	800	+100	947
443 02-6	018	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	2	2	—	0
443 11-5	018	Einmalige Unfallentschädigung nach § 43 BeamtVG	—	80	80	—	1
446 01-7	018	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	277.803	273.966	+3.837	252.363
461 11-3	981	Zur Deckung des Mehrbedarfs an Versorgungsausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 431 11.*	—	38.542	14.300	+24.242	—
526 01-0	018	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 526 01 und 546 11.*	—	4	4	—	5
546 11-9	018	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres *Vgl. D-Vermerk zu 526 01.*	—	10	10	—	—
633 11-9	018	Erst. von Versorgungsbezügen für Beamte von komm. Gesundheits- u. Veterinärämtern sowie für frühere kommunale Polizeivollzugsbeamte **** Von Erstattungsempfängern zurückzuzahlende Erstattungen - auch aus Vorjahren - sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	716	716	—	739
636 11-8	018	Erst. v. Ersatzzusatzrenten an d. LVA sowie Erst. an die Versorgungsanst. d. Bundes und d. Länder f. d. Zahlung v. Rentenzuschüssen **** Vgl. Vermerk zu 633 11.*	—	1	1	—	1
637 11-4	018	Sonstige Erstattungen an Zweckverbände **** Vgl. Vermerk zu 633 11.*	—	40	50	–10	49
671 11-8	018	Erstattung von Versorgungslasten der Klosterkammer gemäß Vereinbarung **** Vgl. Vermerk zu 633 11.*	—	39	29	+10	39
671 12-6	018	Erstattung v. Versorgungslasten an Sonstige **** Vgl. Vermerk zu 633 11.*	—	700	800	–100	714
		Titelgruppe(n)					
TGr. 65		**Erstattung anteiliger Versorgungsbezüge**	(—)	(5.670)	(6.077)	(–407)	(7.496)
631 65-5	018	An den Bund	—	800	1.000	–200	1.677
632 65-1	018	An Länder	—	4.800	5.000	–200	5.744
633 65-8	018	An Gemeinden (GV)	—	45	50	–5	50
636 65-7	018	An Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	—	4	5	–1	4
637 65-3	018	An Zweckverbände	—	21	22	–1	21

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 443 11

Ein Beamter, der einen Dienstunfall der in § 37 BeamtVG bezeichneten Art erleidet, erhält gemäß § 43 BeamtVG neben einer beamtenrechtlichen Versorgung bei Beendigung des Dienstverhältnisses eine einmalige Entschädigung von 80 000 EUR, wenn er infolge des Unfalls in seiner Erwerbsfähigkeit zu diesem Zeitpunkt um wenigstens 80 v. H. beeinträchtigt ist. Im Todesfall steht dem in § 43 Abs. 2 BeamtVG genannten Personenkreis ein Anspruch auf Entschädigung zu.

Zu 461 11

Zentrale Veranschlagung der durch die Inanspruchnahme des § 109 NBG entstehenden Mehrausgaben für Versorgung.

Zu 526 01

Kosten für Zusatz- und Facharztgutachten, die bei ärztlichen (Nachuntersuchungen) Untersuchungen von (dienstunfallverletzten) Versorgungsempfängern entstehen.

Zu 633 11

1. Nach § 55 Abs. 2 des Niedersächsischen Finanzausgleichsgesetzes vom 20. 5. 1954 i. d. F. vom 23. 4. 1957 (Sammelband I des bereinigten niedersächsischen Rechts S. 513) hat das Land die Versorgungsbezüge der Beamten zu tragen, die zum Zeitpunkt der Kommunalisierung der Gesundheits- und Veterinärämter (1. 1. 1978) das 60. Lebensjahr bereits vollendet hatten.
2. Rechtsgrundlage: § 110 Abs. 1 Nds. Gefahrenabwehrgesetz i. d. F. vom 13. 4. 1994 (Nds. GVBl. S. 172).

Zu 636 11

1. Rechtsgrundlage: § 8 des Abkommens über die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Angestellte oder angestelltenversicherungspflichtige Arbeitnehmer bei der fr. Reichsverwaltung und der fr. Preuß. Staatsverwaltung vom 9. 10./ 19. 10. 1928 i. d. F. vom 23. 2./21. 3. 1932 (RBBl. S. 45 / Pr.BBl. S. 81).

Für Angestellte, die ohne Zusatzrente (mit Überversicherung) aus dem preuß. Staatsdienst ausgeschieden sind. Die Ersatzzusatzrenten werden durch die Landesversicherungsanstalten gezahlt und vom Land erstattet.

2. Erstattung des Mehraufwandes an die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder gemäß Ziffer 4 der Durchführungsbestimmungen des fr. RFM vom 10. 12. 1943 (RBBl. S. 215) und des fr. Pr.FM vom 10. 12. 1943 (FMBl. S. 221).

Es handelt sich um Rentenempfänger, die im Zeitpunkt der Überführung aus der Überversicherung in die Zusatzversicherung (1. 1. 1944) und beim Eintritt des Versicherungsfalles bei solchen ehemaligen Reichs- und Landesbehörden und -dienststellen beschäftigt waren, die im Zuge der staatlichen Umorganisation niedersächsische Landesbehörden bzw. -dienststellen geworden sind. Die Erstattung erfolgt aufgrund der Zusage vom 13. 5. 1950.

Zu 637 11

Durch das Gesetz zur Vereinheitlichung der Landessozialverwaltung in Niedersachsen vom 20. 2. 1974 (Nieders. GVBl. S. 110) sind die Aufgaben des Landessozialhilfeverbandes Oldenburg als überörtlicher Träger der Sozialhilfe und der Kriegsopferfürsorge auf das Land übergegangen. Nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes hat das Land die Versorgungsbezüge der bei Inkrafttreten des Gesetzes vorhandenen Versorgungsempfänger des Landessozialhilfeverbandes, die bei Eintritt des Versorgungsfalls als Beamte in der Zentralverwaltung des Verbandes, bei dem Landeskrankenhaus Wehnen oder bei der Gehörlosenschule Wildeshausen beschäftigt waren oder Hinterbliebene dieser Personen sind, zu erstatten.

Zu 671 11

Nach Abschn. III der Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und dem Allgemeinen Hannoverschen Klosterfonds vom 30. 8. /18. 9. 1963 übernimmt das Land bestimmte Versorgungslasten. Es trägt außerdem die Versorgungslasten der Präsidenten der Klosterkammer anteilig im Verhältnis der Dienstzeiten, die diese bei der Klosterkammer einerseits und bei anderen nieders. Landesbehörden abgeleistet haben.

Zu 671 12

Erstattung von Versorgungslasten an die Landwirtschaftskammern gemäß § 4 des Gesetzes zur Übernahme der von den Landwirtschaftskammern getragenen öffentlichen Schulen vom 11. 12. 1975 (Nds. GVBl. S. 429).

Zu Titelgruppe 65

1. Nach der Dritten Novelle zum G 131 traten alle unterwertig wiederverwendeten Beamten, die nicht endgültig zu übernehmen waren, mit Ablauf des 30. 9. 1961 in den Ruhestand. Das Land hat sich ab 1. 10. 1961 an der Versorgungslast zu beteiligen.
2. Erstattung von Versorgungsbezügen nach §§ 107 b, 107 c BeamtVG.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1350 Versorgung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 1350					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		2.005	1.805	+200	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		106.810	108.285	–1.475	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		6.462	7.404	–942	
		Summe der Einnahmen		115.277	117.494	–2.217	
		4 Personalausgaben	—	2.326.525	2.267.513	+59.012	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	14	14	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	7.166	7.673	–507	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	2.333.705	2.275.200	+58.505	
		Zuschuss		2.218.428	2.157.706	+60.722	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1399 Sonstige Einnahmen und Ausgaben

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
093 11-8	910	Spielbankabgabe **** Vgl. Vermerk zu 633 11.* *Von dem Landesanteil an der Einnahme sind 6 052 000 Euro dem Titel 093 13 zuzuführen.*		50.000	50.000	—	43.197
093 13-4	910	Aufwendungen für die Spielbanküberwachung *Vgl. K-Vermerk zu 981 11.* **** Vgl. Vermerk zu 093 11 und 633 11.*		—	—	—	5.936
093 14-2	910	Zusatz- und weitere Abgabe		21.000	21.000	—	20.429
111 01-9	062	Gebühren und tarifliche Entgelte *Vgl. K-Vermerk zu 671 11.* **** Durch Absetzen von der Einnahme dürfen verausgabt werden* *a) Anteile des Bundes,* *b) Kosten für Prüfungen nach den Bürgschaftsrichtlinien.*		3.068	3.068	—	3.697
119 11-7	910	Zahlungen des Bundesamtes für Finanzen zur Abwicklung der Arbeitsentgelte aus geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen **** Durch Absetzen von der Einnahme dürfen verausgabt werden* *a) der auf den Solidaritätszuschlag,* *b) der auf die Kirchensteuer und* *c) die auf den Bund und die Kommunen entfallenden Anteile.* *Der Landesanteil ist auf den Lohnsteuertitel im Kapitel 13 01 umzubuchen.*		—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Erstattungen für sonstigen Sachaufwand für Personal**		(3.737)	(3.695)	(+42)	(3.608)
231 63-4	062	Erstattung von Unfallversicherungsleistungen vom Bund		627	627	—	611
281 63-1	223	Erstattungen von Ausgaben für die gesetzl. Unfallversicherung des Landes Niedersachsen durch Landesbetriebe		3.109	3.067	+42	2.996
381 63-6	990	Zuführung von 05 12 - 981 11 für die gesetzliche Unfallversicherung des Landes Niedersachsen		1	1	—	—
		A U S G A B E N					
542 01-0	960	Ausgleichsabgabe nach § 77 Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch - (SGB IX)	—	1.600	2.000	–400	1.383
546 01-5	960	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
546 11-2	960	Durchführung der Unfallversicherung für Angestellte und Arbeiter des Landes	—	8.300	8.300	—	8.266
633 11-2	910	Anteil der Spielbankgemeinden an den Bruttospielerträgen der Spielbanken **** Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe von 12,5 v. H. des Aufkommens bei 093 11 und 093 13, höchstens jedoch jährlich bis zu einem zum 01.02. jeden Jahres vom zuständigen Fachministerium festzusetzenden Betrages (für 2004: 13,92 Euro) je Einwohner der Spielbankgemeinde.*	—	—	—	—	244

ERLÄUTERUNGEN

Zu 093 11

Gemäß § 4 Abs. 1 des Niedersächsischen Spielbankgesetzes – NSpielbG – vom 16. 12. 2004 (Nds. GVBl. S. 605) unterliegt der Betrieb einer Spielbank der Spielbankabgabe.
Diese beträgt mit Beginn des Haushaltsjahres 2005 einheitlich 50 v. H. des Bruttospielertrages.
Bei der erstmaligen Inbetriebnahme einer Spielbank ermäßigt sich die Spielbankabgabe für diese Spielbank im Jahr der Eröffnung und in den folgenden vier Geschäftsjahren auf 40 v. H.

Zu 093 13

Von dem Landesanteil an der Einnahme bei 093 11 werden vom MF 6 052 000 EUR am Jahresschluss nach 093 13 umgebucht.

Zu 093 14

Sobald der Bruttospielertrag der einzelnen Spielbank im Kalenderjahr eine Million Euro übersteigt ist neben der Spielbankabgabe eine Zusatzabgabe in Höhe von 20 v. H. des Bruttospielertrages zu erheben (§ 4 Abs. 2 NSpielbG).
Darüber hinaus hat der Inhaber der Spielbankzulassungen eine sich am handelsrechtlichen Gewinn orientierende weitere Abgabe zu entrichten (§ 5 NSpielbG).

Zu 111 01

Entgelte für Landesbürgschaften und Landeskredite.
Nach der Neuregelung des Geschäftsbesorgungsverhältnisses erhält die PwC Deutsche Revision zur Deckung ihrer Aufwendungen von diesen Entgelten einschließlich etwaiger Entgeltermäßigungen einen variablen Anteil von max. 90 v. H., dessen Höhe u. a. von der Gesamthöhe der Entgelte abhängt.
Veranschlagt ist ein Anteil von 75 v. H. Der Anteil der PwC Deutsche Revision ist bei 671 11 ausgewiesen.
Für die Bürgschaften im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ beansprucht der Bund aufgrund seiner 50%-igen Garantie 20 % der Verwaltungsentgelte. Die PwC Deutsche Revision führt den Bundesanteil an den Verwaltungsentgelten unmittelbar aus den bei ihr eingehenden Entgelten ab.

Zu 119 11

Nach § 40 a Abs. 2 Einkommensteuergesetz (§ 5 Abs.1 Nr. 20 Finanzverwaltungsgesetz i.d.F. des Zweiten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 23.12.2002, BGBl I S. 4621) ist auf Arbeitsentgelte für geringfügige Beschäftigung eine Pauschsteuer zu entrichten, die von der Bundesknappschaft eingezogen und an das Bundesamt für Finanzen (BfF) weitergeleitet wird. Das BfF zahlt den auf die einzelnen Länder entfallenden Betrag an die Länder aus.
Von den Einnahmen entfallen je 5 v.H. auf den Solidaritätszuschlag und die Kirchensteuer.

Zu Titelgruppe 63

Vgl. Titel 542 01 und 546 11.

Zu 231 63

Erstattungen von Unfallversicherungsleistungen für Bedienstete der nds. Straßenbauverwaltung, die im Interesse des Bundes tätig waren.

Zu 281 63

Die als Landesbetriebe geführten Einrichtungen erstatten Kosten für vom Land Niedersachsen zentral erbrachte Aufwendungen zur gesetzlichen Unfallversicherung.

Zu 381 63

Erstattung des Landesprüfungsamtes für die Sozialversicherung für vom Land zentral erbrachte Aufwendungen zur gesetzlichen Unfallversicherung als Beteiligung von Drittmittelgebern oder anderen Erstattungspflichtigen.

Zu 542 01

Gemäß § 71 Sozialgesetzbuch (SGB) – Neuntes Buch (IX) - vom 19.06.2001 (BGBl. I S. 1046, 1047) zuletzt geändert durch Art. 4 Abs. 3 des Gesetzes vom 27.04.2005 (BGBl I S. 1138), haben auch öffentliche Arbeitgeber auf einem bestimmten Prozentsatz der Arbeitsplätze schwer behinderte Menschen zu beschäftigen. Für die Verpflichtung, je Monat und unbesetztem Pflichtplatz eine Ausgleichsabgabe zu entrichten, gilt das Land als ein Arbeitgeber (§ 77 Abs. 8 SGB IX).

Zu 546 11

Gesetzliche Unfallversicherung i. R. d. Sozialgesetzbuches (SGB).

Zu 633 11

Streichung des Ansatzes aufgrund der Neufassung des Spielbankgesetzes vom 16. 12. 2004 (Nds. GVBl. S. 605).

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1399 Sonstige Einnahmen und Ausgaben

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
671 11-1	062	Erstattung der Kosten des Landeskreditausschusses *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zu 90 v.H. der Mehreinnahmen bei 111 01.*	—	2.505	2.505	—	2.515
671 12-0	062	Erstattung des Landesanteils an den Kosten der Geschäftsstelle der Tarifgemeinschaft deutscher Länder	—	76	74	+2	70
863 14-2	692	Darlehen an Gesellschaften, an denen das Land beteiligt ist **** MF kann verzinsliche oder zinslose Darlehen unter dem Vorbehalt gewähren, dass diese auf Anforderung binnen 1 Woche, spätestens zum Schluss des Haushaltsjahres an das Land zurück zu zahlen sind.* *Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	—	—	—	—
981 11-0	990	Abführung an 04 06 - 381 11 *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 093 13.*	—	—	—	—	5.936
		Titelgruppe(n)					
TGr. 69/70		**Sicherheitsmaßnahmen** *Übertragbar.*	(—)	(663)	(641)	(+22)	(132)
518 69-0	049	Mieten und Pachten *Übertragbar.*	—	40	40	—	31
518 70-4	049	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	192	170	+22	101
547 69-0	049	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
811 69-0	049	Beschaffungen	—	—	—	—	—
812 69-6	049	Ergänzung von Anlagen in Dienstgebäuden (soweit nicht Baumaßnahmen) und in besonderen Fällen auch in Wohnungen	—	431	431	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 671 12

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder ist eine Arbeitgebervereinigung, in der alle Bundesländer Mitglied sind. Die Kosten der Geschäftsstelle werden gemäß Satzung zu gleichen Teilen auf die Länder umgelegt.

Zu 981 11

Von der Spielbankabgabe werden 6.052.000 EUR zum Ausgleich der Aufwendungen für die Spielbanküberwachung an das Kapitel 04 06 (Finanzämter) abgeführt. Vgl. Haushaltsvermerk bei 093 11.

Zu Titelgruppe 69/70

Die Mittel werden den obersten Landesbehörden auf Anforderung zur Bewirtschaftung zugewiesen.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1399 Sonstige Einnahmen und Ausgaben

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 1399					
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel		71.000	71.000	—	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		3.068	3.068	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		3.736	3.694	+42	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		1	1	—	
		Summe der Einnahmen		77.805	77.763	+42	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	10.132	10.510	–378	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	2.581	2.579	+2	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	431	431	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	13.144	13.520	–376	
		Überschuss		64.661	64.243	+418	

E R L Ä U T E R U N G E N

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 13					
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel		16.101.000	14.734.000	+1.367.000	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.202.236	912.482	+289.754	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		481.055	520.303	–39.248	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		1.694.677	2.149.494	–454.817	
		Summe der Einnahmen		19.478.968	18.316.279	+1.162.689	
		4 Personalausgaben	—	2.533.249	2.401.934	+131.315	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	600 600	2.415.212	2.452.580	–37.368	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	— 55.000	2.635.100	2.183.004	+452.096	
		7 Baumaßnahmen	—	320	—	+320	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	50.000 700.000	1.046.490	274.889	+771.601	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	–123.669	–121.657	–2.012	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	50.600 755.600	8.506.702	7.190.750	+1.315.952	
		Überschuss		10.972.266	11.125.529	–153.263	

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 5131 Allgemeine Rücklage

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	E I N N A H M E N					
119 01-4	Vermischte Einnahmen **** Die Erläuterungen des gesamten Kapitels sind verbindlich.*		—	—	—	—
162 11-4	Sonstige Zinseinnahmen		—	—	—	—
182 11-5	Tilgungen auf nachgewiesenes Kapitalvermögen (einschl. Restkaufgelder)		—	—	—	—
359 11-2	Zuführungen aus dem Landeshaushalt		—	—	—	138.175
361 01-0	Übertrag aus dem Vorjahr		—	—	—	84.309
	A U S G A B E N					
546 01-0	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
919 11-8	Abführung an den Landeshaushalt	—	138.175	84.309	+53.866	—
982 01-4	Übertrag des Bestandes in das Folgejahr	—	—	—	—	222.484
	Abschluss Kapitel 5131					
	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
	Summe der Einnahmen		—	—	—	
	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—	—	
	9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	138.175	84.309	+53.866	
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	138.175	84.309	+53.866	
	Zuschuss		138.175	84.309	+53.866	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 5131

Seit dem Haushaltsjahr 2004 erfolgt die Bestandsdarstellung des Sondervermögens nicht mehr über Titel 361 01, da zum Zeitpunkt der Aufstellung der als Vorjahresansatz ausgewiesene Betrag aufgrund des zwischenzeitlich vollzogenen Jahresabschlusses nicht den tatsächlichen Bestand widerspiegelt und somit auch die Folgerechnung einen unrichtigen Bestand ausweisen würde.
Die Titel 361 01 und 982 01 sind lediglich für den kassentechnischen Jahresabschluss erforderlich.

Die Bestandsentwicklung auf der Grundlage des Jahresabschlusses 2005 stellt sich wie folgt dar:

	Soll 2007	Soll 2006	Ist 2005
Bestand am 01.01.	138.175.494,20	222.484.494,20	84.309.250,35
+ Einnahmen	-,--	-,--	138.175.243,85
- Ausgaben	138.175.000,--	84.309.000,--	-,--
Bestand am 31.12.	494,20	138.175.494,20	222.484.494,20

Der im Kapitelabschluss ausgewiesene Zuschussbedarf ist durch den Bestand des Sondervermögens gedeckt.

Zu 359 11

Vgl. Landeshaushalt 13 02 - 911 11.

Zu 919 11

Vgl. Landeshaushalt 13 02 - 351 11.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 5132 Landesliegenschaftsfonds - ohne Agrarstrukturfonds -

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	E I N N A H M E N					
119 01-8	Vermischte Einnahmen **** Die Erläuterungen des gesamten Kapitels sind verbindlich.*		2	8	–6	68
131 11-5	Erlös aus dem Verkauf von Grundstücken (ausschl. Restkaufgelder)		36.420	15.170	+21.250	21.381
131 12-3	Erlös aus dem Verkauf von Grundstücken durch Landesbetriebe		—	—	—	1.213
162 11-8	Zinsen (einschl. Erbbauzinsen)		875	2.746	–1.871	15.326
182 11-9	Tilgungen auf nachgewiesenes Kapitalvermögen (einschl. Restkaufgelder)		—	—	—	—
359 11-6	Zuführung aus dem Landeshaushalt		4.126	4.162	–36	4.730
361 01-3	Übertrag aus dem Vorjahr		—	—	—	16.911
	A U S G A B E N					
511 01-5	Geschäftsbedarf	—	150	150	—	29
527 01-9	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	15	15	—	9
546 01-3	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	1.100	1.100	—	1.105
633 11-0	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden	—	500	200	+300	518
711 01-4	Kleine Neu-, Um-, Erweiterungsbaumaßnahmen i. Zusammenhang m.d. kurzfristg. Nutzbarmachg. gekaufter Grdst'e u. zur wertsteigernden Entwicklg. v.Grdst.	—	710	200	+510	35
821 11-1	Ankauf von Grundstücken	—	17.698	5.500	+12.198	48
883 11-7	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
891 11-0	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
919 11-1	Abführung an den Landeshaushalt	—	50.000	—	+50.000	44.000
919 12-0	Abführung an den Landeshaushalt zur Deckung ressortspezifischer Mehrausgaben im Zusammenhang mit dem Verkauf landeseigener Liegenschaften	—	—	—	—	44.000
982 01-8	Übertrag des Bestandes in das Folgejahr	—	—	—	—	13.886

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 5132

Abweichend von § 64 Abs. 1 S. 4 LHO dürfen die Mittel des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds zur Deckung des Haushalts herangezogen werden.

Soweit der Bestand es zulässt, dürfen höhere Ausgaben geleistet werden.

Seit dem Haushaltsjahr 2004 erfolgt die Bestandsdarstellung des Sondervermögens nicht mehr über Titel 361 01, da zu Zeitpunkt der Aufstellung der als Vorjahresansatz ausgewiesene Betrag aufgrund des zwischenzeitlich vollzogenen Jahresabschlusses nicht den tatsächlichen Bestand widerspiegelt und somit auch die Folgerechnung einen unrichtigen Bestand ausweisen würde.

Die Titel 361 01 und 982 01 sind lediglich für den kassentechnischen Jahresabschluss erforderlich.

Die Bestandsentwicklung auf der Grundlage des Jahresabschlusses 2005 stellt sich wie folgt dar:

	Soll 2007	Soll 2006	Ist 2005
Bestand am 01.01	28.807.197,60	13.886.197,60	16.910.941,92
+ Einnahmen	41.423.000,00	22.086.000,00	42.719.380,79
- Ausgaben	70.173.000,00	7.165.000,00	45.744.125,11
Bestand am 31.12.	57.197,60	28.807.197,60	13.886.197,60

Gem. § 63 Abs. 4 LHO wird in Einzelfällen zugelassen, dass landeseigene Grundstücke in Gebieten, die die Voraussetzung für die Durchführung von Sanierungsmaßnahmen i. S. der §§ 136 bis 164 des Baugesetzbuches (BauGB) oder von Entwicklungsmaßnahmen i. S. der §§ 6 und 7 des BauGB-Maßnahmengesetzes i. V. m. den §§ 165 bis 171 des BauGB erfüllen, auch ohne eine entsprechende förmliche Festlegung des Gebietes oder Förderung der Maßnahme zum sanierungs- oder entwicklungsunbeeinflussten Grundstückswert an die Gemeinde veräußert werden, wenn sich diese zur Durchführung der beabsichtigten städtebaulichen Maßnahmen auf dem Grundstück innerhalb von 5 Jahren verpflichtet. Im Übrigen gelten die hierzu vom BMF ergangenen Grundsätze für die verbilligte Veräußerung bundeseigener Grundstücke (VerbGs) entsprechend.

Zu 131 11

Vgl. Vermerk zu 919 11.

Zu 131 12

Vg. Erläuterung zu 13 20 TGr. 65/66.

Zu 162 11

Gem. § 64 i. V. m. § 63 Abs. 4 S. 3 und Abs. 6 LHO wird zugelassen, dass der Gemeinde Butjadingen das Flurstück 794/58, Flur 11, Gemarkung Langwarden zur Größe von 1.203 qm bis zum 31.12.2032 zwecks Errichtung eines Nationalparkhauses/Museums im Wege des Erbbaurechts unter Verzicht auf die Erhebung eines Erbbauzinses überlassen wird.

Gem. § 64 i. V. m. § 63 Abs. 4 S. 3 und Abs. 6 LHO wird zugelassen, dass der Deutschen Primatenzentrum GmbH (DPZ) in Göttingen als Forschungseinrichtung der sog. "Blauen Liste" die für die Errichtung von Labor-, Verwaltungs- und Gehegeeinrichtungen erforderlichen landeseigenen Grundstücke ab 1999 für die Dauer ihrer Aufnahme in der "Blauen Liste" im Wege des Erbbaurechts unter Verzicht auf die Erhebung eines Erbbauzinses überlassen werden (vgl. dazu Kapitel 06 07 Titel 252 01).

Zu 359 11

Vgl. Landeshaushalt 1321 - 916 11

Zu Titel 546 01, 633 11 und 891 11

Im Kommunalisierungsvertrag zwischen der Stadt Norderney, den Wirtschaftsbetrieben Norderney GmbH und dem Land Niedersachsen vom 30.12.2002 ist festgelegt worden, dass bei Verkauf der übertragenen, nicht betriebsnotwendigen Grundstücke die Stadt Norderney und die Wirtschaftsbetriebe Norderney GmbH für entstandenen Planungsaufwand 25 % der Verkaufserlöse der Flurstücke erhalten.

Die Sachkosten für Maßnahmen zur wertsteigernden Entwicklung von Grundstücken werden zentral bei Titel 546 01 veranschlagt.

Zu 919 11

Vgl. Landeshaushalt 13 21 - 356 11.
Die Ausgaben erhöhen sich um die Mehreinnahmen bei 131 11

Zu 919 12

Vgl. Landeshaushalt 11 13 – 356 10 und 20 11 – 356 11.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 5132 Landesliegenschaftsfonds - ohne Agrarstrukturfonds -

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
		1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	Abschluss Kapitel 5132					
	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		37.297	17.924	+19.373	
	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		4.126	4.162	–36	
	Summe der Einnahmen		41.423	22.086	+19.337	
	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	1.265	1.265	—	
	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	500	200	+300	
	7 Baumaßnahmen	—	710	200	+510	
	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	17.698	5.500	+12.198	
	9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	50.000	—	+50.000	
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	70.173	7.165	+63.008	
	Zuschuss		28.750	–14.921	+43.671	
	Überschuss		–28.750	14.921	–43.671	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 5133 Landesliegenschaftsfonds - Unterabteilung Agrarstrukturfonds -

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	E I N N A H M E N					
119 01-1	Vermischte Einnahmen **** Die Erläuterungen des gesamten Kapitels sind verbindlich.*		51	51	—	197
131 11-9	Erlös aus dem Verkauf von Grundstücken		24.200	63.000	–38.800	19.655
131 12-7	Erlös aus dem Verkauf von Grundstücken von Landesbetrieben		—	—	—	104
131 13-5	Erlös aus dem Verkauf von Domänen-Liegenschaften an Stiftungen		—	—	—	46
162 11-1	Zinsen (einschl. Erbbauzinsen)		250	250	—	223
182 11-2	Tilgungen auf nachgewiesenes Kapitalvermögen		2	2	—	3
359 11-0	Zuführungen aus dem Landeshaushalt		—	—	—	—
361 01-7	Übertrag aus dem Vorjahr		—	—	—	20.581
	A U S G A B E N					
511 01-9	Geschäftsbedarf	—	36	36	—	1
527 01-2	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	2	2	—	—
546 01-7	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	154	154	—	48
711 01-8	Kleine Neu-, Um-, Erweiterungsbaumaßnahmen i. Zusammenhang m.d.kurzfrstg. Nutzbarmachg. gekaufter Grdst'e. u.zur wertsteigernden Entwicklung v. Grdst.	—	—	—	—	—
821 11-5	Ankauf von Grundstücken	—	1.855	1.855	—	221
919 11-5	Abführung an den Landeshaushalt	—	27.173	77.354	–50.181	18.966
919 12-3	Abführung an den Landeshaushalt zur Deckung ressortspezifischer Mehrausgaben im Zusammenhang mit dem Verkauf landeseigener Liegenschaften	—	—	—	—	18.966
982 01-1	Übertrag des Bestandes in das Folgejahr	—	—	—	—	20.998
	<u>Abschluss Kapitel 5133</u>					
	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		24.503	63.303	–38.800	
	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
	Summe der Einnahmen		24.503	63.303	–38.800	
	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	192	192	—	
	7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	1.855	1.855	—	
	9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	27.173	77.354	–50.181	
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	29.220	79.401	–50.181	
	Zuschuss		4.717	16.098	–11.381	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 5133

Abweichend von § 64 Abs. 1 S. 4 LHO dürfen die Mittel des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen zur Deckung des Haushalts herangezogen werden.

Soweit der Bestand es zulässt, dürfen höhere Ausgaben für Zwecke des § 64 LHO geleistet werden.

Seit dem Haushaltsjahr 2004 erfolgt die Bestandsdarstellung des Sondervermögens nicht mehr über Titel 361 01, da zum Zeitpunkt der Aufstellung der als Vorjahresansatz ausgewiesene Betrag aufgrund des zwischenzeitlich vollzogenen Jahresabschlusses nicht den tatsächlichen Bestand widerspiegelt und somit auch die Folgerechnung einen unrichtigen Bestand ausweisen würde.
Die Titel 361 01 und 982 01 sind lediglich für den kassentechnischen Jahresabschluss erforderlich.

Die Bestandsentwicklung auf der Grundlage des Jahresabschlusses 2005 stellt sich wie folgt dar:

	Soll 2007	Soll 2006	Ist 2005
Bestand am 01.01	4.899.713,99	20.997.713,99	20.581.440,82
+ Einnahmen	24.503.000,00	63.303.000,00	20.227.856,77
- Ausgaben	29.220.000,00	79.401.000,00	19.811.583,60
Bestand am 31.12	182.713,99	4.899.713,99	20.997.713,99

Der im Kapitelabschluss ausgewiesene Zuschussbedarf ist durch den Bestand des Sondervermögens gedeckt.

Gem. § 63 Abs. 4 LHO wird in Einzelfällen zugelassen, dass landeseigene Grundstücke in Gebieten, die die Voraussetzung für die Durchführung von Sanierungsmaßnahmen i. S. der §§ 136 bis 164 des Baugesetzbuches (BauGB) oder von Entwicklungsmaßnahmen i. S. der §§ 6 und 7 des BauGB-Maßnahmengesetzes i. V. m. den §§ 165 bis 171 des BauGB erfüllen, auch ohne eine entsprechende förmliche Festlegung des Gebietes oder Förderung der Maßnahme zum sanierungs- oder entwicklungsunbeeinflussten Grundstückswert an die Gemeinde veräußert werden, wenn sich diese zur Durchführung der beabsichtigten städtebaulichen Maßnahmen auf dem Grundstück innerhalb von 5 Jahren verpflichtet. Im Übrigen gelten die hierzu vom BMF ergangenen Grundsätze für die verbilligte Veräußerung bundeseigener Grundstücke (VerbGs) entsprechend.

Zu 131 11

Vgl. Vermerk zu 919 11

Zu 919 11

Vgl. Landeshaushalt 09 30 - 356 10, 09 31 - 356 10,
13 21 - 356 12 und 20 75 – 356 01.
Die Ausgaben erhöhen sich um die Mehreinnahmen bei 131 11.

Zu 919 12

Vgl. Landeshaushalt 11 13 – 356 10 und 20 11 – 356 11.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 5135 Unterabteilung "Zinsen für Diskontkredite" der Allgemeinen Rücklage

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	E I N N A H M E N					
359 11-7	Zuführungen aus dem Landeshaushalt **** Die Erläuterungen des gesamten Kapitels sind verbindlich.*		—	18.122	–18.122	18.122
361 01-4	Übertrag aus dem Vorjahr		—	—	—	217.160
	A U S G A B E N					
919 11-2	Abführung an den Landeshaushalt	—	253.404	—	+253.404	—
982 01-9	Übertrag des Bestandes in das Folgejahr	—	—	—	—	235.282
	Abschluss Kapitel 5135					
	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	18.122	–18.122	
	Summe der Einnahmen		—	18.122	–18.122	
	9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	253.404	—	+253.404	
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	253.404	—	+253.404	
	Zuschuss		253.404	–18.122	+271.526	
	Überschuss		–253.404	18.122	–271.526	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 5135

Entnahmen dürfen nur zur Zahlung von Zinsen für Diskontkredite verwendet werden.

Seit dem Haushaltsjahr 2004 erfolgt die Bestandsdarstellung des Sondervermögens nicht mehr über Titel 361 01, da zum Zeitpunkt der Aufstellung der als Vorjahresansatz ausgewiesene Betrag aufgrund des zwischenzeitlich vollzogenen Jahresabschlusses nicht den tatsächlichen Bestand widerspiegelt und somit auch die Folgerechnung einen unrichtigen Bestand ausweisen würde.
Die Titel 361 01 und 982 01 sind lediglich für den kassentechnischen Jahresabschluss erforderlich.

Die Bestandsentwicklung auf der Grundlage des Jahresabschlusses 2005 stellt sich wie folgt dar:

	Soll 2007	Soll 2006	Ist 2005
Bestand am 01.01	253.404.322,91	235.282.322,91	217.160.433,91
+ Einnahmen	-,--	18.122.000,--	18.121.889,--
- Ausgaben	253.404.000,--	-,--	-,--
Bestand am 31.12	322,91	253.404.322,91	235.282.322,91

Zu 359 11

Vgl. Landeshaushalt 13 25 - 575 62.

Haushaltsplan

für das

Haushaltsjahr 2007

Einzelplan 14

Landesrechnungshof

Vorwort zum Einzelplan 14

Aufgaben und Aufbau der Verwaltung

Der Landesrechnungshof (LRH) hat die gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes einschließlich seiner Sondervermögen und Betriebe zu überwachen und zu prüfen (§ 88 Landeshaushaltsordnung). Im Einzelplan 14 sind die Einnahmen und Ausgaben des LRH und seiner Außenstellen veranschlagt.

Haushaltsjahr 2007

Epl. 14 **Übersicht über die Einnahmen, Ausga**

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1401	Landesrechnungshof	—	10	—	520	530	9.801	754
	Summe 2007	—	10	—	520	530	9.801	754
	Summe 2006	—	10	—	520	530	10.664	767
	2007 mehr(+)/weniger(-)	—	—	—	—	—	–863	–13

ben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 14**

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2007 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2006 Überschuss Zuschuss (-)	2007 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungsermächtigungen
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	229	188	10.972	–10.442	–11.385	943	—
—	—	229	188	10.972	–10.442	–11.385	943	—
—	—	291	193	11.915				183
—	—	–62	–5	–943				–183

Einzelplan 14 Landesrechnungshof
Kapitel 1401 Landesrechnungshof

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-8	011	Vermischte Einnahmen		1	1	—	9
119 03-4	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		1	1	—	—
124 01-1	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		7	7	—	—
132 01-4	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1	1	—	3
381 10-3	990	Zuführung von 0410 - 981 12		520	520	—	682
		A U S G A B E N					
412 10-6	011	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	—	—	—	—
422 01-2	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	9.431	10.209	–778	7.480
422 19-5	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	224
425 01-1	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.669
426 01-8	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	104
427 39-1	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
441 01-7	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	344	429	–85	356
441 02-5	940	Beihilfen für Angestellte	—	1	1	—	—
441 03-3	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
441 06-8	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	—	—	—	—
443 01-0	940	Fürsorgeleistungen	—	—	—	—	0
453 01-5	011	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	25	25	—	12
511 01-5	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 514 01, 517 01, 518 01, 518 02, 519 01, 525 01, 526 01, 527 01, 527 02, 546 03 und 547 10.*	—	132	151	–19	113
514 01-4	011	Haltung von Dienstfahrzeugen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	13	15	–2	18
517 01-3	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	108	111	–3	107
518 01-0	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	155	160	–5	153
518 02-8	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	15	16	–1	9
519 01-6	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	10	5	+5	22

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 381 10

Die Gesamterstattung der Personalkosten durch den Bund wird im Kapitel 0410 veranschlagt. Der auf die staatliche Finanzkontrolle entfallende Anteil davon wird an das Kapitel 1401 weitergeleitet.

Zu 412 10

Der/Die Vorsitzende einer Einigungsstelle - § 71 Abs. 7 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz und § 48 Abs. 3 Niedersächsisches Richtergesetz - erhält für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung im Rahmen einer Höchstbetragsregelung.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	3	3	2

Einzelplan 14 Landesrechnungshof
Kapitel 1401 Landesrechnungshof

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
525 01-6	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	60	70	–10	27
526 01-2	011	Sachverständige *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	20	15	+5	9
527 01-9	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	124	124	—	128
527 02-7	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	5	5	—	4
529 10-0	011	Zur Verfügung der Präsidentin/des Präsidenten	—	2	2	—	1
546 02-1	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	—
546 03-0	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	2
547 10-9	011	Nicht aufteilbare Verwaltungsausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	—
681 01-8	011	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	2
811 01-9	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 10-4	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	10	31	–21	31
972 05-5	989	Globale Minderausgabe für nicht erbrachte Einsparauflagen	—	—	—	—	—
972 11-0	989	Globale Minderausgabe	—	—	—	—	—
981 01-1	990	Abführung an 1321 - 381 14	—	188	193	–5	233
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—) (183)	(329)	(353)	(–24)	(102)
511 99-6	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	45	48	–3	26
518 98-2	011	Anmietung von Soft- und Hardware	—	9	9	—	—
525 98-9	011	Aus- und Fortbildung durch das Informatikzentrum Niedersachsen	—	8	10	–2	5
525 99-7	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	8	9	–1	1
538 98-3	011	Dienstleistung des Informatikzentrums Niedersachsen	—	35	12	+23	2
538 99-1	011	Dienstleistung Außenstehender	—	5	5	—	10
812 99-6	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	— 183	219	260	–41	58

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 812 10

Ersatzbeschaffung
Ausstattung der Räume mit ergonomischen Möbeln

Zu 812 99

Ersatzbeschaffung

Ersatz von Arbeitsplatzcomputern durch tragbare PC für den Prüfungsdienst.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	183	—	183
2008	—	—	—	—
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	183	—	183

Einzelplan 14 Landesrechnungshof
Kapitel 1401 Landesrechnungshof

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 1401					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		10	10	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		520	520	—	
		Summe der Einnahmen		530	530	—	
		4 Personalausgaben	—	9.801	10.664	–863	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	754	767	–13	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	— 183	229	291	–62	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	188	193	–5	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 183	10.972	11.915	–943	
		Zuschuss		10.442	11.385	–943	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 14 Landesrechnungshof

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 14					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		10	10	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		520	520	—	
		Summe der Einnahmen		530	530	—	
		4 Personalausgaben	—	9.801	10.664	–863	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	754	767	–13	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	— 183	229	291	–62	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	188	193	–5	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 183	10.972	11.915	–943	
		Zuschuss		10.442	11.385	–943	

Einzelplan 14

Landesrechnungshof

Übersicht über das Beschäftigungsvolumen, das Personalkostenbudget und die Stellen

(bisher: Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise)

für das

Haushaltsjahr 2007

Einzelplan 14 Landesrechnungshof
Kapitel 14 01 Landesrechnungshof

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
184,79	204,79	184,10

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	0,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	4,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	16,00
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	20,00
bleibt Abgang	20,00

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
9.431	10.209	9.477

Einzelplan 14 Landesrechnungshof
Kapitel 14 01 Landesrechnungshof

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 LBesO.
			Planmäßige Beamte/-innen	[2]) Ein/Eine Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.
			Feste Gehälter:	[3]) 1 kw (ehemals Kapitel 14 04).
B 9[1])	1	1	Präsident/-in des Landesrechnungshofs	[7]) Die Stellen können bei Bedarf vorübergehend auch mit Beamtinnen/Beamten des gehobenen Dienstes besetzt werden.
B 7	1	1	Vizepräsident/-in des Landesrechnungshofs	
B 6	5	5	Ministerialdirigent/-in und Mitglied des Landesrechnungshofs	
B 2	5	5	Ministerialrat/-rätin	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	8	8	Ministerialrat/-rätin	
A 15	13	13	Direktor/-in	
A 14	11	11	Oberrat/-rätin	
A 13[7])	3	3	Rat/-rätin	
A 13[2])[3])	47	46	Oberrechnungsrat/-rätin	
A 12	44	53	Rechnungsrat/-rätin	
A 11	29	34	Amtmann/-männin/-frau	
	167	180	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12	1	Verlagerung zu Kapitel 03 01
Bes.-Gr. A 12	1	Verlagerung zu Kapitel 03 24
Bes.-Gr. A 12	2	Verlagerung zu Kapitel 07 05
Bes.-Gr. A 12	2	Verlagerung zu Kapitel 09 10
Bes.-Gr. A 12	1	Verlagerung zu Kapitel 09 30
Bes.-Gr. A 12	1	Verlagerung zu Kapitel 09 41
Bes.-Gr. A 11	1	Verlagerung zu Kapitel 03 01
Bes.-Gr. A 11	2	Verlagerung zu Kapitel 07 05
Bes.-Gr. A 11	1	Verlagerung zu Kapitel 09 10
Bes.-Gr. A 11	1	Verlagerung zu Kapitel 09 41
Zusammen	13	

Stellenhebung gemäß Hebungsmodell:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	1	Oberrechnungsrat/-rätin von Bes.-Gr. A 12
Zusammen	1	

Einzelplan 14 Landesrechnungshof
Kapitel 14 01 Landesrechnungshof

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Angestellte
II a[2])[6])	3	3	
III[3])	9	13	
IV a[7])	2	2	
V b[1])	2	2	
VI b[1])	5	7	
VII	6	6	
IX b–VII[4])[5])	3	3	
	30	36	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die Vorzimmerkraft der Präsidentin/des Präsidenten des Landesrechnungshofs ist für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhält eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung wird sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die Vorzimmerkraft der Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofs ist für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhält sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[2]) 2 kw (ehemals Kapitel 14 04).

[3]) 1 kw (ehemals Kapitel 14 04). (5 kw)

[4]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[5]) Die derzeitige Stelleninhaberin erhält für die Dauer ihrer Tätigkeit als Kanzleivorsteherin eine übertarifliche monatliche Zulage in Höhe von 76,70 EUR.

[6]) 1 ku nach Verg.-Gr. III BAT.

[7]) 2 ku nach Bes.-Gr. A 11 BBesO.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte:

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. III	4	Vollzug kw-Vermerk
Verg.-Gr. VI b	1	Verlagerung zu Kapitel 03 20
Verg.-Gr. VI b	1	Verlagerung zu Kapitel 09 41
Zusammen	6	

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Arbeiter/-innen
4	1	2	
	1	2	Zusammen

Haushaltsvermerke

(1 kw)

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	1	Vollzug kw-Vermerk
Zusammen	1	

Haushaltsplan

für das

Haushaltsjahr 2007

Einzelplan 15

Umweltministerium

Vorwort zum Einzelplan 15

A) Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan15 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs des Umweltministeriums, im Einzelnen

I. des Umweltministeriums (Kap. 15 01),
II. der Allgemeinen Bewilligungen, Abfälle, Altlasten (Kap. 15 02),
III. der Gewerbeaufsichtsverwaltung (Kap. 15 06),
IV. des Naturschutzes und der Landschaftspflege (Kap. 15 20),
V. der Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz (Kap. 15 22),
VI. des Nationalparks Harz (Kap. 15 24),
VII. des Nationalparks Wattenmeer (Kap. 15 25),
VIII. des Biosphärenreservats Elbtalaue (Kap. 15 26),
IX. des Gewässerschutzes und der Gewässerüberwachung sowie der Abwasserbehandlung (Kap. 15 52),
X. des Küsten- und Hochwasserschutzes (Kap. 15 54),
XI. des Niedersächsischen Landesbetriebes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (Kap. 15 55),
XII. der Verwendung der Wasserentnahmegebühr (Kap. 15 56),
XIII. der Rücklage für die Zwischenlagerung schwachradioaktiver Abfälle (Kap. 51 51),
XIV. der Rücklage für Maßnahmen nach § 13 AbwAG (Kap. 51 52).

B) Wesentliche organisatorische Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

Keine

C) Hochbaumaßnahmen

Im Kapitel 20 11 des Einzelplans 20 – Hochbauten – sind keine Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich des Umweltministeriums ausgewiesen.

D) Maßnahmen nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

Für die Maßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe sind im Einzelplan 15 ausgebracht:

		2007 (35. Rahmenplan)
a) aus Mitteln des Bundes		36.433.000 EUR
b) aus Mitteln des Landes		16.900.000 EUR
	insgesamt:	53.333.000 EUR
sowie aus Verpflichtungsermächtigungen		
a) zu Lasten des Bundes		22.601.000 EUR
b) zu Lasten des Landes		10.660.000 EUR
	insgesamt:	33.261.000 EUR

Soweit es sich um Ausgaben nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GemAgrG) vom 3. September 1969 (BGBl. I S. 1573), geändert durch Gesetz vom 10. Mai 2002 (BGBl. I S. 1527), handelt, ist in der Spalte „Titel“ der Klammerzusatz „(GA)“ angefügt. Im Einzelnen wird auf die Anlage 1 zum Einzelplan 09 verwiesen.

Haushaltsjahr 2007

Epl. 15 **Übersicht über die Einnahmen, Ausga**

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1501	Umweltministerium	—	27.492	1.632	566	29.690	17.604	27.140
1502	Allgemeine Bewilligungen, Abfälle, Altlasten	—	306	23.585	—	23.891	28	20
1506	Gewerbeaufsichtsverwaltung	—	8.988	20	—	9.008	28.780	6.224
1520	Naturschutz und Landschaftspflege	—	—	—	—	—	—	836
1522	Budgetierung Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz	—	141	137	544	822	915	856
1524	Nationalpark Harz	—	1.781	41	—	1.822	5.000	1.941
1525	Nationalpark Wattenmeer	—	14	1	60	75	1.361	429
1526	Biosphärenreservat Elbtalaue	—	60	3	—	63	793	311
1552	Gewässerschutz und -überwachung; Abwasserbehandlung	28.900	153	738	1.619	31.410	460	2.747
1554	Küsten- und Hochwasserschutz	—	16	—	70.167	70.183	—	—
1555	Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz	—	—	—	2.900	2.900	—	—
1556	Verwendung der Wasserentnahmegebühr	53.500	—	—	—	53.500	—	1.390
	Summe 2007	82.400	38.951	26.157	75.856	223.364	54.941	41.894
	Summe 2006	82.434	40.870	17.238	80.297	220.839	55.851	48.498
	2007 mehr(+)/weniger(-)	–34	–1.919	+8.919	–4.441	+2.525	–910	–6.604

ben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 15**

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2007 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2006 Überschuss Zuschuss (-)	2007 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungsermächtigungen
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
963	—	346	–1.069	44.984	–15.294	–15.347	53	—
2.149	1.865	139	26.281	30.482	–6.591	–5.380	–1.211	1.039
64	—	1.400	1.759	38.227	–29.219	–29.808	589	—
9.311	—	962	—	11.109	–11.109	–9.896	–1.213	13.000
—	—	10	—	1.781	–959	–978	19	—
445	—	87	—	7.473	–5.651	–5.744	93	—
1.065	—	6	57	2.918	–2.843	–2.948	105	—
159	—	50	251	1.564	–1.501	–1.586	85	—
11.636	360	3.040	5.374	23.617	7.793	7.473	320	1.490
—	18.318	55.675	—	73.993	–3.810	–1.846	–1.964	33.261
65.660	—	7.171	—	72.831	–69.931	–71.938	2.007	4.010
19.611	50	1.189	16.342	38.582	14.918	13.885	1.033	29.565
111.063	20.593	70.075	48.995	347.561	–124.197	–124.113	–84	82.365
104.935	20.728	76.912	38.028	344.952				73.311
+6.128	–135	–6.837	+10.967	+2.609				+9.054

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1501 Umweltministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-9	342	Gebühren und tarifliche Entgelte *Vgl. K-Vermerk zu 981 10.*		2.168	2.140	+28	2.907
111 10-8	629	Gebühren und tarifliche Entgelte für Maßnahmen nach dem Energiewirtschaftsrecht (EnWG) *Vgl. K-Vermerk zu 631 10.*		351	351	—	—
111 65-5	342	Auslagen für die Heranziehung von Sachverständigen in Atomgenehmigungs-, Planfeststellungs- und Aufsichtsverfahren *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		24.500	24.505	–5	26.897
119 01-0	011	Vermischte Einnahmen		7	7	—	7
119 02-8	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		1	1	—	—
119 03-6	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		1	1	—	9
119 30-3	011	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr		—	—	—	—
132 11-3	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge *Vgl. K-Vermerk zu 811 01.*		133	133	—	189
231 10-3	342	Sonstige Zuweisungen vom Bund		10	10	—	18
232 10-0	332	Erstattung von Personalgemeinkosten für die Koordinierungsstelle Umweltportal Deutschland (PortalU)		49	45	+4	46
261 10-0	332	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von der Nds. Umweltstiftung **** Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist Absatz 1 der Erläuterungen verbindlich.*		52	54	–2	54
271 11-3	332	Erstattungen von Ausgaben für die Zuweisung von Langzeitberaterinnen und -beratern an ein Bewerberland für den Beitritt zur EU		—	—	—	3
272 71-3	332	Zuschüsse von der EU zu den Kosten von F+EVorhaben und Kooperationen im Bereich der Umweltinformationssysteme *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 71.*		—	—	—	77
281 10-0	011	Erstattung sonstiger Personalausgaben		60	15	+45	95
281 17-8	940	Erstattungen von Beihilfepauschalen durch Landesbetriebe		685	713	–28	817
381 10-5	990	Zuführung von 15 56 - 981 12 für Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Wasserentnahmegebühr		315	230	+85	314
381 11-3	990	Zuführung von 15 52 - 981 14 für Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Abwasserabgabe		70	26	+44	65
381 12-1	990	Zuführung von 15 52 - 981 83 für Personalkosten des Leiters u. eines Sachb. d. Fachbereiches 3 des Havariekommandos "Schadstoffunfallbekämpfung Küste"		122	91	+31	74
381 13-0	990	Zuführung von 15 52 - 981 64		52	52	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 111 01

Veranschlagt sind allgemeine Verwaltungsgebühren nebst Auslagen sowie Gebühren in Atom-Genehmigungs-, Planfeststellungs- und Aufsichtsverfahren sowie Gebühren nebst Auslagen für die Durchführung von Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Atomgesetz.

Zu 111 10

Vgl. 631 10.

Zu 111 65

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabe-Titelgruppe 65.

Zu 132 11

Vgl. 811 01.

Zu 231 10

Erstattung des Landesanteils durch den Bund an den Unterhaltungskosten der Zwischensammelstelle für radioaktive Abfälle in Geesthacht (vgl. 547 11).

Zu 261 10

Die Nds. Wattenmeerstiftung ist von der Kostenerstattung gegenüber dem Land für die von Bediensteten des MU wahrgenommenen Geschäftsführung befreit. Der Umfang der Befreiung erstreckt sich auf die Personalkosten (einschl. der personenbezogenen Ausgaben) für bis zu folgende Stellenanteile: 0,5 der Bes.-Gr. A 13 BBesO geh. D. und 0,35 der Bes.-Gr. A 16 BBesO (s. auch Nr. 1 des HV im Stellenplan zu Kapitel 15 01) sowie auf die für die Geschäftsführung notwendigen Sachkosten.
Die Nds. Umweltstiftung erstattet dem Land die anteiligen sächlichen sowie persönlichen Verwaltungsausgaben (insgesamt für bis zu 1,35 Stellenanteile).

Zu 272 71

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabe-Titelgruppe 71.

Zu 281 10

Veranschlagt ist die Erstattung der Personalausgaben für einen an die Clausthaler-Umwelttechnik GmbH – CUTEC – Institut zugewiesenen Beamten (s. auch Nr. 10 der HV in der Stellenübersicht zu Kapitel 15 01).

Zu 281 17

Erstattung durch den Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz; die Zahlung ist bei 15 55 – 681 10 veranschlagt.
Minderung infolge der Abgänge von Planstellen (15) und behilferelevanten Stellen (9).

Zu 381 10

Vgl. 15 56 – 981 12.

Zu 381 11

Vgl. 15 52 – 981 14.

Zu 381 12

Vgl. 15 52 – 981 83.

Zu 381 13

Zur Finanzierung von Personalausgaben im Zusammenhang mit der EG-WRRL.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1501 Umweltministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62		**Zwischenlagerung von schwachradioaktiven Abfällen gemäß § 9 a Atomgesetz**		(379)	(1.013)	(–634)	(53)
111 61-2	342	Gebühren für die Übernahme radioaktiver Abfälle *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61/62.*		331	972	–641	53
231 61-8	342	Sonstige Erstattungen vom Bund		36	30	+6	—
231 62-6	342	Erstattungen der Personalausgaben vom Bund		5	5	—	—
359 61-4	950	Zuführung von Kapitel 51 51 Titel 919 10 *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61/62.*		7	6	+1	0
TGr. 72		**Umweltportal Deutschland (PortalU)**		(735)	(735)	(—)	(735)
231 72-3	332	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.*		450	450	—	450
232 72-0	332	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.*		285	285	—	285
		A U S G A B E N					
412 10-8	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 71 Abs. 7 Nds. PersVG und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	1	1	—	—
421 01-8	011	Bezüge der Ministerin oder des Ministers	—	143	143	—	147
421 02-6	011	Bezüge der Ministerin oder des Ministers - Übergangsgeld -	—	—	—	—	—
422 01-4	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	15.031	15.052	–21	9.571
422 19-7	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	287
422 31-6	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-3	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	5.448
426 01-0	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	448
426 06-0	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 10-5	011	Beschäftigungsentgelte an Praktikanten/ Praktikantinnen	—	1	1	—	—
427 31-8	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	1	1	—	0
427 39-3	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
441 01-9	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	2.049	1.827	+222	2.028
441 02-7	940	Beihilfen für Angestellte	—	20	24	–4	19
441 03-5	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1	3	–2	1

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 61/62

Für die Übernahme radioaktiver Abfälle durch die Landessammelstelle für radioaktive Abfälle Niedersachsen (LSSt Niedersachsen) haben die Ablieferungspflichtigen Gebühren zu entrichten, die bei Titel 111 61 vereinnahmt werden.
Der Bund hat die im Zusammenhang mit der Zwischenlagerung von schwachradioaktiven Abfällen entstehenden Kosten als Zweckausgaben gem. Art. 104 a Abs. 2 Grundgesetz zu erstatten.
Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 61/62.

Zu 111 61

Weniger auf Grund der Neuberechnung des zu erwartenden Abfallaufkommens.

Zu Titelgruppe 72

Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 72.

Zu 412 10

Der/die Vorsitzende einer Einigungsstelle erhält für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 102 EUR, in jedem Jahr der Wahlperiode der Personalräte jedoch nicht mehr als 511 EUR.

Zu 427 31

Die Höhe der veranschlagten Lehr- und Prüfungsvergütungen an Bedienstete des Landes richtet sich nach dem Gem. Runderlass des MF u. d. übr. Min. vom 20. 1. 2006 (Nds. MBl. S. 101).
Lehrvergütungen gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.
25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1501 Umweltministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
443 01-1	940	Fürsorgeleistungen	—	20	20	—	20
443 02-0	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
443 06-2	940	Kostenerstattungen an Landesbedienstete für Rechtsschutz in Strafsachen	—	—	—	—	—
453 01-7	011	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	28	46	–18	27
511 01-7	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 514 01, 517 01, 518 02, 525 01, 525 10, 526 01, 526 02, 527 01, 527 02, 531 10, 537 10, 546 01, 546 02, 546 05, 547 10, 547 11, 1506-511 01, 1506-514 01, 1506-517 01, 1506-518 01, 1506-518 02, 1506-519 01, 1506-525 01, 1506-526 01, 1506-526 02, 1506-527 01, 1506-527 02, 1506-531 10, 1506-546 01, 1506-546 05, 1525-511 01, 1525-514 01, 1525-517 01, 1525-518 01, 1525-518 02, 1525-519 01, 1525-525 01, 1525-527 01, 1525-546 01, 1526-511 01, 1526-514 01, 1526-517 01, 1526-518 01, 1526-518 02,1526-525 01, 1526-526 02, 1526-527 01 und 1526-546 05.*	—	269	269	—	217
514 01-6	011	Haltung von Dienstfahrzeugen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	40	40	—	42
517 01-5	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	388	405	–17	530
518 02-0	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	122	122	—	114
525 01-8	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	74	59	+15	60
525 10-7	342	Aus- und Fortbildung von Bediensteten im Bereich atomrechtl. Genehmigungs-, Planfeststellungs- und Aufsichtsverfahren *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	90	90	—	60
526 01-4	011	Sachverständige *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	140	190	–50	51
526 02-2	011	Gerichts- und ähnliche Kosten *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	106	106	—	171
527 01-0	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	114	114	—	106
527 02-9	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	20	20	—	16
529 10-2	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers	—	5	5	—	2
531 10-7	011	Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentationen und sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	74	74	—	44
537 10-5	332	Lärmkartierung nach dem BImschG *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	30	30	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 511 01

Hier sind u. a. auch die Ausgaben für die Beschaffung von Dienst- und Schutzkleidung sowie für die Gewährung von Dienst- und Schutzkleidungszuschüssen veranschlagt.
Die im Außendienst tätigen Bediensteten erhalten – soweit ihnen das Land nicht unentgeltlich Schutzkleidung zur Verfügung stellt – nach Maßgabe der jeweils geltenden Regelungen des MU eine pauschale Aufwandsentschädigung zur Abgeltung von Aufwendungen für die Erstbeschaffung sowie die Reinigung, Unterhaltung und Ersatzbeschaffung von Schutzkleidung.
Die von der Niedersächsischen Landesregierung am 24. 3. 1998 beschlossene Aufwandsentschädigung ist steuerfrei im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	4	4	4

Zu 531 10

Die Mittel sind für eine Öffentlichkeitsarbeit bestimmt, welche die Ziele und Maßnahmen der niedersächsischen Umweltpolitik der Öffentlichkeit darstellt und diese in der öffentlichen Diskussion angemessen zur Geltung bringen soll.
Inhaltliche Schwerpunkte sind die Landesinitiative Energieeinsparung, das Zusammenwachsen der Nationalparke im Harz und ihre Verankerung in der Bevölkerung, die Information über die niedersächsischen Großschutzgebiete sowie die Begleitung bei der Umsetzung von EU-Recht in den verschiedenen Fachgebieten.
Darüber hinaus ist das Umweltministerium (nach RL 2003/3 EG) verpflichtet, die Öffentlichkeit aktiv über die Umweltsituation in Niedersachsen zu informieren und die entsprechenden Daten und Informationen bereitzustellen.
Die kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit und die öffentlichkeitswirksame Behandlung weiterer Fachthemen soll durch Veranstaltungen, Broschüren, Faltblätter sowie durch Ausbau und Pflege des Internetsauftritts des Umweltministeriums sichergestellt werden.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1501 Umweltministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
546 01-5	011	Vermischte Ausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	5	68	–63	1
546 02-3	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	1	1	—	—
546 05-8	011	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Sachschäden des Landes, die nicht versichert sind *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	—
546 30-9	011	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr	—	—	—	—	—
547 10-0	623	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	8	10	–2	10
547 11-9	621	Landesanteil an den ungedeckten Betriebskosten der Zwischensammelstelle für radioaktive Abfälle in Geesthacht *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	13	10	+3	12
549 01-4	989	Globale Minderausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
631 10-1	629	Erstattung von durch Einnahmen (Gebühren und Auslagen) gedeckten Verwaltungskosten der Bundesnetzagentur *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 10.*	—	351	351	—	—
631 11-0	629	Erstattung von nicht durch Einnahmen (Gebühren und Auslagen) gedeckten Verwaltungskosten der Bundesnetzagentur	—	310	310	—	—
681 10-9	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	—
811 01-0	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	133	133	—	143
812 10-6	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	13	13	—	12
972 11-1	989	Globale Minderausgabe **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	–2.567	–2.567	—	—
972 14-6	989	Minderausgabe Konsolidierung	—	—	—	—	—
981 10-2	990	Abführung an 13 50 - 381 15 *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 10 v.H. der Isteinnahmen bei 111 01.*	—	216	200	+16	287
981 11-0	990	Abführung an 13 21 - 381 15	—	1.159	1.160	–1	1.159

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 546 01

Weniger nach Abgabe des Vorsitzes der Umweltministerkonferenz (UMK) mit Ablauf des Jahres 2006.

Zu 547 10

Veranschlagt sind die im Geschäftsbereich (ohne NLWKN) anfallenden Ausgaben.

	2007 EUR
1. Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA)	386,00
2. Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V., Eschborn	102,50
3. Deutscher Arbeitsring für Lärmbekämpfung e. V. (DAL)	150,00
4. Deutsches Institut für Normung, Berlin	800,00
5. Förderation der Natur- und Nationalparke Europas (FNNPE)	1.120,00
6. Europark Förderation Deutschland	3.600,00
7. Forum für Zukunftsenergie e. V.	300,00
Zusammen:	6.458,50

Zu 547 11

Die Länder betreiben nach dem Atomgesetz Landessammelstellen für die Zwischenlagerung der in ihrem Gebiet anfallenden radioaktiven Abfälle.
Die vier norddeutschen Küstenländer hatten eine gemeinsame Sammelstelle in der GKSS Forschungszentrum Geesthacht GmbH auf deren Reaktorgelände in Geesthacht errichtet. Die Kapazität der gemeinsamen Sammelstelle ist erschöpft. Neue Einlagerungen finden nicht mehr statt.
Der Bedarf der Länder betrug 38 % der Einlagerungskapazität. Veranschlagt ist der Anteil des Landes Niedersachsen an den laufenden Folgekosten der Sammelstelle in Höhe von 4/9 von 38 % (vgl. 231 10). Der Bund erstattet den Landesanteil.
Die Mittel für die in Betrieb befindliche Landessammelstelle sind in der TGr. 61/62 veranschlagt.

Zu 631 10

Im Rahmen eines mit dem Bund abgeschlossenen Verwaltungsabkommens sind bestimmte gebührenpflichtige Aufgaben nach dem Energiewirtschaftsgesetz auf die Bundesnetzagentur übertragen. Die vom Land vereinnahmten Gebühren (111 10) werden an den Bund für die erbrachte Leistung abgeführt.

Zu 631 11

Vgl. 631 10.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	310	—	—	310
2008	—	—	—	—
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	310	—	—	310

Zu 811 01

Ausgaben für personenbezogene Dienstkraftfahrzeuge sowie für Dienstkraftfahrzeuge für Referenten. Nach den Kfz-Richtlinien dürfen personenbezogene Dienstkraftfahrzeuge schon dann durch neue Kraftfahrzeuge ersetzt werden, wenn mit dem jeweils zu erwartenden Verwertungserlös mindestens gleichwertige Ersatzbeschaffungen vorgenommen werden können (vgl. 132 11). Zum Bestand siehe Titel 514 01.

Zu 972 11

Zum Ausgleich des Haushalts. Der Beitrag zum Haushaltsausgleich kann auch durch Mehreinnahmen erbracht werden, soweit diesen keine entsprechenden Mehrausgaben gegenüber stehen.

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Epl. 13.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1501 Umweltministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62		**Zwischenlagerung von schwachradioaktiven Abfällen gemäß § 9 a Atomgesetz** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 111 61 und 359 61.* **** Die nicht durch Einnahmen gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(—)	(359)	(917)	(–558)	(73)
547 61-5	342	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	36	30	+6	29
547 62-3	342	Beauftragung eines Dritten zum Betrieb einer Landessammelstelle	—	56	204	–148	1
631 61-6	342	Sonstige Zuweisungen an den Bund	—	194	497	–303	—
919 61-0	950	Abführung an Kapitel 51 51 Titel 359 10	—	73	186	–113	42
TGr. 63		**Niedersächsisches Umweltinformationssystem** *Übertragbar.*	(—)	(551)	(551)	(—)	(439)
429 63-9	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	28
538 63-2	332	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	297	297	—	304
547 63-1	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	185	185	—	41
631 63-2	332	Sonstige Zuweisungen an den Bund	—	21	21	—	20
632 63-9	332	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Länder	—	38	38	—	32
812 63-7	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen sowie Software	—	10	10	—	16
TGr. 65		**Auslagen in Atomgenehmigungs-, Planfeststellungs- und Aufsichtsverfahren** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 65.* **** Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(—)	(24.500)	(24.505)	(–5)	(26.061)
526 65-0	342	Sachverständige	—	24.427	24.432	–5	25.993
547 65-8	342	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	23	23	—	47
981 65-0	990	Abführung an 08 18 - 381 64	—	50	50	—	22

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 61/62

Gemäß § 9 a Abs. 3 des Atomgesetzes haben die Länder Landessammelstellen für die Zwischenlagerung der in ihrem Gebiet angefallenen radioaktiven Abfälle einzurichten. Für Niedersachsen ist die Landessammelstelle für radioaktive Abfälle Niedersachsen (LSSt Niedersachsen) bestimmt worden. Die LSSt Niedersachsen bedient sich bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben mit der GNS Gesellschaft für Nuklear-Service mbH, Essen, eines Dritten.
Vgl. Einnahme-Titelgruppe 61/62.

Zu 547 62

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Inanspruchnahme der Leistungen der GNS.

Zu 631 61

Veranschlagt sind die Ausgaben für die an den Bund abzuführende Endlagerpauschale.

Zu Titelgruppe 63

Weiterentwicklung und Pflege des Nieders. Umweltinformationssystems (NUMIS), sowie der Anteil Niedersachsens an Kooperationen mit dem Bund und den Ländern für den Aufbau, die Unterhaltung und Weiterentwicklung gemeinsamer Umweltinformationssysteme.
Im Einzelnen sind folgende Maßnahmen vorgesehen:
- Pflege und Weiterentwicklung der WWW-Komponente,
- Weiterentwicklung des Geo-Informationssystems unter besonderer Berücksichtigung der Fachsysteme des Geschäftsbereichs, Beschaffung von Geodaten und Integration der Geo-Fachdaten des MU in die Geodateninfrastruktur Niedersachsen,
- Betrieb des Nieders. Umweltdatenkatalogs, laufende Aktualisierung der Daten,
- Umsetzung des Umweltinformationsgesetzes.

Die Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates (2003/4/EG) (EU-UIRL) schreibt den Anspruch der Öffentlichkeit auf den freien Zugang zu Umweltinformationen fest. Die RL wird durch das Niedersächsische Umweltinformationsgesetz vom (NUIG) in nationales Recht umgesetzt (Nds. GVBl. S.). Für die praktische Umsetzung bedarf es einer Reihe organisatorischer und technischer sowie inhaltlicher Maßnahmen, um den Anforderungen der Richtlinie bzw. des NUIG gerecht zu werden.
Die Information der Öffentlichkeit mit Inhalten aus dem Geschäftsbereich erfolgt zurzeit über die Internetpräsenz des MU und der Dienststellen des Geschäftsbereichs sowie das NUMIS. Um den Anforderungen der UIRL zu genügen, muss dieses Angebot sowohl inhaltlich als auch technisch intensiv ausgebaut werden. Dabei wird vorrangig das Ziel verfolgt, die Informationsangebote der einzelnen Dienststellen im Geschäftsbereich im Sinne des NUIG bzw. der UIRL zu harmonisieren, zu strukturieren und zu ergänzen, und damit einen nutzerfreundlichen Zugang zu schaffen. Die RL stellt Anforderungen an die Qualität der angebotenen Umweltinformationen (zutreffend, aktuell, verständlich). Um das zu gewährleisten, wird ein Qualitätssicherungs- und Aktualisierungssystem betrieben. Wegen des bei fast allen Umweltinformationen wichtigen Raumbezugs muss die Komponente GEOSUM auf moderne Datenbanktechnik umgestellt und erweitert werden. Die Darstellung der raumbezogenen Umweltinformation für die Öffentlichkeit erfolgt im Internet-Kartendienst des MU. Um den Kartendienst gemäß URIL leicht zugänglich zu gestalten, sich Verbesserungen der Nutzerfreundlichkeit und eine Aufbereitung der Inhalte erforderlich.

Zu 538 63

Die Mittel sind vorgesehen für Planungs- und Entwicklungsleistungen Dritter.
Ferner sollen die Arbeiten für das Geographische Umweltinformationssystem „GEOSUM“ befristet an Dritte vergeben werden.

Zu 631 63

Veranschlagt ist der entsprechend dem Königssteiner Schlüssel berechnete nieders. Anteil aufgrund der vom Bund und den Ländern abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung über den Aufbau und Betrieb eines gemeinsamen, zentralen Stoffdatenpools Bund/Länder (GSBL) über umweltrelevante und gefährliche chemische Stoffe.

Zu 632 63

Veranschlagt sind die entsprechend dem Königsteiner Schlüssel auf das Land Niedersachsen entfallende Kostenanteile am Aufbau, der Unterhaltung und Weiterentwicklung
- der Koordinierungsstelle PortalU (siehe auch TGr. 72),
- der Internet-Präsenz der UMK,
- des Systems “ReSyMeSa“ zur gegenseitigen Information der Länder zur Akkreditierung und Notifizierung von Prüflaboratorien und Messstellen im gesetzlich geregelten Umweltbereich.

Zu 812 63

	2007 in Tsd. EUR
Neubeschaffung: Hardwarekomponenten für das Nieders. Umweltinformationssystem	10

Zu Titelgruppe 65

Veranschlagt sind die Ausgaben, die das Land für die Heranziehung von Sachverständigen in Genehmigungs-, Planfeststellungs- und Aufsichtsverfahren nach dem Atomgesetz zu verauslagen hat. Schwerpunktmäßig handelt es sich dabei um Begutachtungen und Stellungnahmen zu Änderungsvorhaben sowie für wiederkehrende Prüfungen in den niedersächsischen Kernkraftwerken. Diese Ausgaben werden von den jeweiligen Betreibern als Auslagen erstattet.

Zu 526 65

Die Mittel sind bestimmt für die Heranziehung von Sachverständigen im Rahmen von förmlichen Verfahren nach dem Atomgesetz.

Zu 981 65

Veranschlagt ist die Abführung für Sachverständigenleistungen durch das Niedersächsische Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie im Zusammenhang mit den Planfeststellungsverfahren für die Endlagerprojekte Gorleben und Konrad.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1501 Umweltministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 71		**Kosten von F+E Vorhaben und Kooperationen im Bereich der Umweltinformationssysteme aus Beiträgen Dritter** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 272 71.* **** Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(19)
429 71-0	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	16
538 71-3	332	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	—	—	—	—
547 71-2	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	3
TGr. 72		**Umweltportal Deutschland (PortalU)** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 231 72 und 232 72.* **** Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(—)	(735)	(735)	(—)	(807)
429 72-8	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben **** Die Ausgaben dürfen zur Vergütung von bis zu 5 unbefristet beschäftigten Angestellten verwendet werden.*	—	309	285	+24	301
538 72-1	332	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	362	390	–28	436
547 72-0	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	15	15	—	23
632 72-8	332	Erstattung von Personalgemeinkosten an das Land Niedersachsen	—	49	45	+4	46
812 72-6	332	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegliche Sachen sowie Software	—	—	—	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(430)	(430)	(—)	(427)
511 98-0	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände (IZN) *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 98, 511 99, 525 98, 525 99, 538 98, 538 99, 547 99, 812 98, 812 99, 1506-511 98, 1506-511 99, 1506-518 98, 1506-518 99, 1506-525 98, 1506-525 99, 1506-538 98, 1506-538 99, 1506-547 99, 1506-812 98, 1506-812 99, 1526-511 98, 1526-511 99, 1526-525 98, 1526-525 99, 1526-538 98, 1526-538 99, 1526-547 99, 1526-812 98 und 1526-812 99.*	—	—	—	—	—
511 99-8	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *Vgl. D-Vermerk zu 511 98.*	—	167	167	—	155
525 98-0	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das IZN *Vgl. D-Vermerk zu 511 98.*	—	3	3	—	3

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 71

Die Titelgruppe dient der (Rest-) Abwicklung der aus Zuschüssen und Zuweisungen Dritter (Europäische Union) finanzierten Ausgaben für die gemeinsame Entwicklung und Weiterentwicklung von Umweltinformationssystemen.

Zu Titelgruppe 72

Zur Buchung der Ausgaben für die Durchführung der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern für die gemeinsame Weiterentwicklung und Pflege des Metainformationssystems "Umwelt-Datenkatalog" (UDK) und des "Umweltinformationsnetzes Deutschland" (GEIN).
Im Zuge der Weiterentwicklung werden die beiden DV-Systeme seit dem 29.05.2006 in der Anwendung „Umweltportal Deutschland" (PortalU) technisch zusammengeführt. Das Lenkungsgremium und die Koordinierungsstelle der Verwaltungskooperation fungieren seit dem unter dem Namen PortalU.
Die Geschäftsführung der Koordinierungsstelle PortalU obliegt dem Niedersächsischen Umweltministerium.
Der auf Niedersachsen entfallende Anteil an den Kosten in Höhe von rd. 28.000 EUR wird aus TGr. 63 (s. Titel 632 63) gedeckt.

Zu 429 72

Für die Geschäftsführung der Koordinierungsstelle "Umweltportal Deutschland (PortalU)" sind die folgenden fünf Arbeitsplätze bestimmt:

Angestellte Verwaltungsdienst:	Arbeitsplätze
Verg.-Gr. I a	1
Verg.-Gr. I b	1
Verg.-Gr. II a	1
Verg.-Gr. IV a	2
Zusammen:	5

Zu Titelgruppe 98/99

In der Titelgruppe sind sämtliche Ausgaben für die Informations- und Kommunikations-Technik im Umweltministerium zentral veranschlagt.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1501 Umweltministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
525 99-9	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch andere Dienstleister *Vgl. D-Vermerk zu 511 98.*	—	18	18	—	12
538 98-5	011	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an das IZN) *Vgl. D-Vermerk zu 511 98.*	—	5	5	—	4
538 99-3	011	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an andere) *Vgl. D-Vermerk zu 511 98.*	—	47	47	—	31
547 99-2	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 511 98.*	—	—	—	—	—
812 98-0	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen (IZN) *Vgl. D-Vermerk zu 511 98.*	—	—	—	—	—
812 99-8	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen sowie Software *Vgl. D-Vermerk zu 511 98.*	—	190	190	—	222
		Abschluss Kapitel 1501					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		27.492	28.110	–618	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1.632	1.607	+25	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		566	405	+161	
		Summe der Einnahmen		29.690	30.122	–432	
		4 Personalausgaben	—	17.604	17.403	+201	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	27.140	27.429	–289	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	963	1.262	–299	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	346	346	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	–1.069	–971	–98	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	44.984	45.469	–485	
		Zuschuss		15.294	15.347	–53	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 812 99

	2007 in Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:	
– Zentraler Server des MU	50
– Datenendgeräte für das MU (insbes. zur Bürokommunikation)	75
– Datennetz des MU (Switching Baugruppen, Router u. a.)	50
Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen:	
– Überlassung von Standardsoftware	15
Zusammen	190

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1502 Allgemeine Bewilligungen, Abfälle, Altlasten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-3	332	Vermischte Einnahmen		—	13	–13	—
119 90-0	332	Rückzahlungen von Überzahlungen aus EU-Mitteln **** Rückzahlungen an die EU sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben*		—	—	—	2
271 71-0	332	Zuweisungen im Rahmen des Aktionsprogramms LIFE zur Entwicklung und Durchführung der Umweltpolitik *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 71.*		1.173	460	+713	1.565
271 90-7	332	EU-Mittel zur Förderung von Maßnahmen aus dem Europ. Garantiefonds der Landwirtschaft (EAGFL), Entwicklungsplan 2000 bis 2006 *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 90.*		—	13.787	–13.787	11.228
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Förderung des Freiwilligen ökologischen Jahres**		(569)	(569)	(—)	(500)
231 63-8	332	Zuweisungen des Bundes *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		321	321	—	307
281 63-5	332	Erstattungen Dritter *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		248	248	—	193
TGr. 67/68		**Einnahmen aus der Verpachtung der Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen**		(306)	(1.069)	(–763)	(947)
119 67-6	433	Erstattung von Steuern und Abgaben		306	296	+10	8
119 68-4	433	Vermischte Einnahmen		—	773	–773	—
124 67-0	433	Einnahmen aus Verpachtung *Vgl. K-Vermerk zu 546 67.*		—	—	—	371
129 67-1	433	Rekultivierungsbeitrag *Vgl. K-Vermerk zu 546 67.*		—	—	—	568
TGr. 92		**EU-Mittel a. d. Europ. Garantiefonds d. Landwirtschaft (EGFL) - Entwicklungsplan z. Förderung d. ländlichen Räume 2007-2013 im Konvergenzgebiet**		(5.896)	(—)	(+5.896)	(—)
119 92-7	332	Rückzahlungen von Überzahlungen aus EU-Mitteln **** Rückzahlungen an die EU sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.*		—	—	—	—
271 92-3	332	Erstattungen von der EU *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 92.*		5.896	—	+5.896	—
TGr. 93		**EU-Mittel a. d. Europ. Garantiefonds d. Landwirtschaft (EGFL) - Entwicklungsplan z. Förder. d. ländl. Räume 2007-2013 außerhalb d. Konvergenzgebietes**		(15.947)	(—)	(+15.947)	(—)
119 93-5	332	Rückzahlungen von Überzahlungen aus EU-Mitteln **** Rückzahlungen an die EU sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.*		—	—	—	—
271 93-1	332	Erstattungen von der EU *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 93.*		15.947	—	+15.947	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 119 90

Für Rückflüsse von Fördergeldern aus dem PROLAND-Programm 2000 bis 2006.

Zu 271 71

Die EU zahlt im Rahmen von Zuschussvereinbarungen für Einzelprojekte jeweils 40 % des geplanten EU-Anteils als Vorschuss, weitere 30 % nach Vorlage eines Zwischenberichts und den Restbetrag nach Abschluss des Projekts.
Vgl. im Übrigen die Erläuterung zu Ausgabe-Titelgruppe 71.

Zu Titelgruppe 63

Vgl. Erläuterung zu Ausgabe-Titelgruppe 63.

Zu 281 63

Für die Erstattung von Ausgaben bei der Durchführung des FÖJ, insbesondere für Seminare mit den FÖJ-Teilnehmern, durch Dritte (z. B. Stiftungen).

Zu Titelgruppe 67/68

Veranschlagt sind die zu erwartenden Einnahmen des Betriebs gewerblicher Art (abziehbare Vorsteuerbeträge während der Rekultivierungsarbeiten).
Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 67/68.

Zu 271 92 und 271 93

Vgl. Erläuterungen zu den Ausgabe-Titelgruppen 92 und 93.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1502 Allgemeine Bewilligungen, Abfälle, Altlasten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
632 01-2	332	Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Land Baden-Württemberg	—	19	19	—	9
633 10-8	332	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für lokale Agenda 21-Prozesse *Übertragbar.*	—	—	—	—	31
671 01-8	332	Erstattung von Verwaltungskosten an die Nieders. Landgesellschaft	—	—	2	–2	10
686 01-5	332	Zuschüsse an das Deutsche Institut für Normung e.V.	—	—	10	–10	—
686 10-4	332	Finanzhilfe an die Nds. Umweltstiftung gemäß § 7 Abs. 2 NLottG **** Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.*	—	585	585	—	585
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Förderung des Freiwilligen ökologischen Jahres** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 231 63 und 281 63.* **** Das MU wird ermächtigt, Teilnehmern am Freiwilligen Ökologischen Jahr durch den Träger monatlich eine Aufwandsbeihilfe auszahlen zu lassen.*	(239) (260)	(933)	(933)	(—)	(831)
429 63-2	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	28	68	–40	9
547 63-5	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 63-9	332	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	7 7	10	10	—	—
684 63-2	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentl. Einrichtungen)	226 250	341	306	+35	309
686 63-5	332	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	6 3	10	5	+5	6
981 63-7	990	Abführung an 15 22 - 381 10	—	544	544	—	506
TGr. 67/68		**Betrieb gewerblicher Art "Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen"** *Übertragbar.*	(—)	(2.244)	(2.206)	(+38)	(286)
546 67-1	433	Steuern und Abgaben *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zu 13,8 v.H. der Isteinnahmen bei 124 67 und 129 67.*	—	—	10	–10	110
547 67-8	433	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	20	40	–20	8
671 67-0	433	Erstattung der Kosten für die Unterhaltung der Deponie und der Sickerwasserentsorgung	—	359	416	–57	86
761 68-8	433	Oberflächenabdichtung und Rekultivierung der Deponie **** Bei dieser Maßnahme entfällt die Vorlage der*	—	1.865	1.740	+125	81

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 632 01

Erstattung von Personal- und Sachkosten an das Land Baden-Württemberg auf Grund eines Staatsvertrags über die Bildung einer gemeinsamen Einrichtung nach § 6 Abs. 1 Satz 7 Abfallverbringungsgesetz.

Zu 633 10

Vorsorglich Leertitel zur Abwicklung von in Vorjahren bewilligter, aber bis Ende 2006 noch nicht schlussgerechneter Vorhaben.

Zu 686 10

Bezeichnung des Förderprogramms: Finanzhilfe an die Niedersächsische Umweltstiftung

Rechtliche Grundlage: § 7 Abs. 2 Niedersächsisches Gesetz über das Lotterie- und Wettwesen vom 21.06.1997 (GVBl. Nr. 12/1997, S. 289) in der z. Z. gültigen Fassung

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	830.747	706.926	780.00	585.000	585.000	585.000	585.000	585.000	585.000
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					585.000	585.000	585.000	585.000	585.000

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[x]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1994

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Die Nds. Umweltstiftung fördert aus der Finanzhilfe für satzungsgemäße Zwecke gemäß § 2 der Stiftungssatzung (Bek. d. MU v. 7. 11. 1989 – Nds. MBl. S. 1221). Dies sind Maßnahmen in den Bereichen:
a) Verbesserung des Umweltbewusstseins,
b) Verbesserung der Umweltvorsorge,
c) Sicherung des Naturhaushaltes,
d) Sicherung des Ressourcenhaushaltes und
e) ökologische Weiterentwicklung der Industriegesellschaft.
Zielgruppe: Verbände, FÖJ-Teilnehmerinnen, FÖJ-Teilnehmer und andere

Durchschnittliche Förderhöhe: insgesamt 585.000 EUR

Zu Titelgruppe 63

Aus den Mitteln wird das Freiwillige ökologische Jahr (FÖJ) gefördert.
Fördergrundlage: „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Freiwilligen Ökologischen Jahres“ (Nds. MBl. Nr. 14/2002 S. 287).
In Niedersachsen stehen 175 Plätze für das FÖJ zur Verfügung. Hiervon werden jeweils 30 Plätze durch die Nieders. Umweltstiftung und Nieders. Wattenmeerstiftung sowie – seit dem 01.09.2003 - 35 Plätze durch die Nieders. Lottostiftung getragen. Mit Ausnahme eines monatlichen Taschengeldes sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung übernehmen die Einsatzstellen die sonstigen persönlichen und sächlichen Kosten sowie etwaige Kosten für Unterkunft und Verpflegung.
Das Land gewährleistet die pädagogische Betreuung für alle Plätze.

Noch zu Titelgruppe 63

Diese Kosten werden zum größten Teil durch Zuwendungen des Bundes finanziert bzw. anteilmäßig von den Stiftungen erstattet.
Die Verpflichtungsermächtigungen dienen der Bewilligung von Förderzusagen für den jeweils im folgenden Haushaltsjahr liegenden Teilzeitraum des FÖJ (01.01. bis 31.08.).

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 633 63

Bezeichnung des Förderprogramms: Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ)

Rechtliche Grundlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Freiwilligen Ökologischen Jahres vom 10.01. 2002 (Nds. MBl. Nr. 14/2002, S. 287)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	10.141	0	0	0	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
Korrespondierende Einnahmen aus EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
Zuschuss					7.000	7.000	7.000	7.000	7.000

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1988

Befristung:
[ ]Nein [x] Ja, bis 31.08.2007 (Fortführung ist vorgesehen)

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Den Einsatz junger Menschen für die Erhaltung der Lebensgrundlagen zu fördern und das Umweltbewusstsein zu stärken und zu verbessern.

Zielgruppe: Teilnehmerinnen und Teilnehmer am FÖJ

Durchschnittliche Förderhöhe: 2.290 EUR

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	7	—	7
2008	—	—	7	7
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	7	7	14

Zu 684 63

Bezeichnung des Förderprogramms: Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ)

Rechtliche Grundlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Freiwilligen Ökologischen Jahres vom 10.01. 2002 (Nds. MBl. Nr. 14/2002, S. 287)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 684 63

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	161.737	194.967	254.914	309.439	306.000	341.000	341.000	341.000	341.000
Korrespondierende Einnahmen aus EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					113.000	133.000	133.000	133.000	133.000
Zuschuss					193.000	208.000	208.000	208.000	208.000

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1988

Befristung:
[ ]Nein [x] Ja, bis 31.08.2007 (Fortführung ist vorgesehen)

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Den Einsatz junger Menschen für die Erhaltung der Lebensgrundlagen zu fördern und das Umweltbewusstsein zu stärken und zu verbessern.

Zielgruppe: Teilnehmerinnen und Teilnehmer am FÖJ

Durchschnittliche Förderhöhe: 2.290 EUR

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	250	—	250
2008	—	—	226	226
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	250	226	476

Zu 686 63

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	3	—	3
2008	—	—	6	6
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	3	6	9

Zu 981 63

Abführung von Personal- und Sachkosten für die pädagogische Betreuung der FÖJ-Teilnehmerinnen und FÖJ-Teilnehmer und die verwaltungsmäßige Abwicklung des FÖJ durch die Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz.

Im Kapitel 15 22 sind für diese Aufgabe folgende Stellen veranschlagt:

	Für das Haushaltsjahr 2006	Für das Haushaltsjahr 2007 sind erforderlich
Angestellte		
Verg.-Gr. II a	2	2
Verg.-Gr. VII	1	1
Zusammen:	3	3

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 67/68

Das Land Niedersachsen, vertreten durch das Nieders. Umweltministerium, hatte als Betrieb gewerblicher Art (BgA) "Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen" mit Betriebs- und Überlassungsvertrag vom 21. 9. 1992 mit der Nieders. Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen GmbH (SDH) vereinbart, dass die SDH unter Beachtung des Planfeststellungsbeschlusses vom 14. 10. 1985 und der dazu ergangenen Planfeststellungs-Änderungsbeschlüsse und Änderungsgenehmigungen die Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen bis zum 31. 12.2005 betreiben kann.
Nach Beendigung der Einlagerung von Sonderabfällen im Jahr 2005 sind durch den BgA die notwendigen Arbeiten zur Oberflächenabdichtung und Rekultivierung des Deponiebereichs West vorzunehmen.

Zu 547 67

Veranschlagt sind u. a. die Kosten der kaufmännischen Buchführung und der Beratung des Betriebs gewerblicher Art in kaufmännischen und steuerlichen Fragen.

Zu 671 67

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	359	—	—	359
2008	351	—	—	351
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	710	—	—	710

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1502 Allgemeine Bewilligungen, Abfälle, Altlasten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 761 68-8		*Unterlagen gem. § 24 Abs. 3 LHO, wenn sie im Einzelnachweis dargestellt ist.*					
TGr. 69		**Sicherung der Halden im Bereich Oker-Harlingerode** *Übertragbar.*	(800) (—)	(400)	(—)	(+400)	(—)
547 69-4	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
671 69-7	332	Erstattung der Kosten für die Sicherungsmaßnahmen (Landesanteil)	800 —	400	—	+400	—
TGr. 71		**Verausgabung von Zuschüssen der EU im Rahmen des Aktionsprogramms LIFE zur Entwicklung und Durchführung der Umweltpolitik** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 271 71.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(—)	(1.173)	(460)	(+713)	(154)
547 71-6	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	18
686 71-6	332	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	—
761 71-8	332	Investive Maßnahmen auf landeseigenen Flächen	—	—	—	—	38
812 71-1	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
821 71-0	332	Landeseigener Erwerb von Grundstücken	—	139	460	–321	98
981 71-8	990	Abführung an 15 52 - 381 61	—	1.034	—	+1.034	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 761 68

Einzelnachweis der Baumaßnahmen

Landeseigene Baumaßnahmen bei Titel	Gesamtkosten gemäß § 24 LHO	Bis einschl. 2006 verfügbar	2007	Noch zu veranschlagen 2008	2009	2010	2011 ff.	Summe (2008 bis 2011 ff.)
Titel 761 68	in 1000 Euro							
Maßnahme								
Oberflächenabdichtung und Rekultivierung des Deponiebereichs West	4.047	1.957	1.865	225	-	–	–	225

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamt belastung in 1000 EUR
2007	1.865	—	—	1.865
2008	225	—	—	225
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	2.090	—	—	2.090

Zu Titelgruppe 69

Veranschlagt ist der Anteil des Landes an den Kosten zur Durchführung von Maßnahmen zur Sicherung der Halden auf dem Betriebsgelände der Harz-Metall GmbH (HMG) im Raum Oker/Harlingerode.

Zwischen der HMG, der TUI AG und dem Land besteht grundsätzlich Einigkeit darüber, den dringenden Handlungsbedarf auf den Halden unverzüglich in Angriff zu nehmen, um das festgestellte Risikopotenzial zu minimieren. Jede Partei wird in den Jahren 2007 bis 2009 jährlich 400.000 Euro/Jahr für die Sanierungsmaßnahmen zur Verfügung stellen. Das gemeinsame Vorgehen soll in einem Vertrag vereinbart werden.

Zu 671 69

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamt belastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	400	400
2009	—	—	400	400
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	800	800

Zu Titelgruppe 71

Zur Verausgabung von Zuschüssen der EU-Kommission, die dem Land im Rahmen des Aktionsprogramms LIFE zur Entwicklung und Durchführung der Umweltpolitik gewährt werden. Die Ausgaben werden auf Grund des K-Vermerks in Höhe der zu erwartenden Einnahmen veranschlagt.

Förderschwerpunkte sind Maßnahmen in den Bereichen Gewässerschutz und Naturschutz. Zurzeit werden folgende Projekte abgewickelt (Stand Mai 2006):

Projekt	Laufzeit	Projektsumme Tsd. EUR	Haushaltsstelle Land	2007 erwartete Einnahme Tsd. EUR
Wiedervernässung Hohes Moor, Landkreis Stade	2001 - 2006	1 288	1556-883 62	0 (Schlusszahlung 2006)
Wiedervernässung d. westl. Dümmerniederung, Naturschutzstation Dümmer	2002 - 2006	3 103	1556-821 62	0 (Schlusszahlung 2006)
Naturnahe Flussdynamik an der nieders. Ems, LK Emsland	2004 - 2007	2 000	1556-893 62	0 (Zahlung direkt an den LK)
Große Pflanzenfresser zur Pflege und Erhaltung von Küstenheiden	2005 - 2009	929	1520-812 67	139 (Zwischenzahlung)
Water Ressources Management in Co-Operation with Agriculture	2005 - 2008	6 896	1552 TGr. 61/62	1.034 (Zwischenzahlung)

Notwendige Komplementärmittel des Landes zur Durchführung der LIFE-Projekte sind bei den o.g. Haushaltsstellen veranschlagt.

Auf die Erläuterung der Subventionen und Zuwendungen bei den o. g. Haushaltsstellen für den Landesanteil wird verwiesen.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1502 Allgemeine Bewilligungen, Abfälle, Altlasten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 90		**Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen aus dem Europ. Garantiefonds der Landwirtschaft (EAGFL), Entwicklungsplan 2000 bis 2006** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 271 90.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *Die Ausgaben der Titelgruppe richten sich nach dem genehmigten EU-Programm.* *Die nicht durch Einnahmen gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(—)	(—)	(13.787)	(–13.787)	(12.978)
547 90-2	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	235
633 90-6	332	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	117
681 90-0	332	Entschädigungen und Ersatzleistungen an natürliche Personen	—	—	—	—	1.011
682 90-7	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
683 90-3	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	3.212
686 90-2	332	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	—
761 90-4	332	Sonstige Tiefbaumaßnahmen	—	—	—	—	763
812 90-8	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
821 90-7	332	Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	231
883 90-2	332	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	1.270
891 90-5	332	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	254
892 90-1	332	Zuweisungen für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
893 90-8	332	Zuweisungen für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	5.884
971 90-9	988	Globale Mehrausgaben (EU-Mittel zur Bewilligung der Maßnahmen und Deckung der Ausgaben der Titelgruppe 90)	—	—	13.787	–13.787	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 90

Das Programm mit dem niedersächsischen Titel “PROLAND,“ das auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17.5.1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 2223/2004 vom 22.12.2004 (Amtsblatt der EG Nr. L 379, S. 1) über die “Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL)“ erstellt wurde, endet am 15.10.2006. Für das Programm ist federführend ML zuständig (s. Kap. 09 02 TGr. 90). Für Maßnahmen des MU waren in diesem Zeitraum insgesamt Landes- und EU-Mittel i. H. v. rd. 172,7 Mio. EUR eingeplant. Ein Ansatz wird nicht mehr ausgebracht, jedoch wird die Titelgruppe für eventuelle Korrektur- und Abschlussbuchungen noch im Haushaltsplan belassen.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1502 Allgemeine Bewilligungen, Abfälle, Altlasten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 92		**EU-Mittel a. d. Europ. Garantiefonds d. Landwirtschaft (EGFL) - Entwicklungsplan z. Förderung d. ländlichen Räume 2007-2013 im Konvergenzgebiet** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 271 92.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *Die Ausgaben der Titelgruppe richten sich nach dem genehmigten EU-Programm.* *Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(—)	(5.896)	(—)	(+5.896)	(—)
547 92-9	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 92-2	332	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
681 92-7	332	Entschädigungen und Ersatzleistungen an natürliche Personen	—	—	—	—	—
682 92-3	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
683 92-0	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
686 92-9	332	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	—
761 92-0	332	Sonstige Tiefbaumaßnahmen	—	—	—	—	—
812 92-4	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
821 92-3	332	Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	—
883 92-9	332	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
891 92-1	332	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 92-8	332	Zuweisungen für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
893 92-4	332	Zuweisungen für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
971 92-5	988	Globale Mehrausgaben (EU-Mittel zur Bewilligung der Maßnahmen und Deckung der Ausgaben der Titelgruppe 92)	—	5.896	—	+5.896	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppen 92 und 93

Niedersachsen plant auch für die EU-Förderperiode 2007 bis 2013, ein Programm zur Förderung der ländlichen Räume als Nachfolge von PROLAND aufzulegen. Auf der Grundlage der EU-Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 vom 20.09.2005 „über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)“ wird das Programm zurzeit aufgestellt. Für das Gesamtprogramm ist federführend ML zuständig (s. Kapitel 09 02 Titelgruppen 92 und 93). Der Anteil des Einzelplans 15 im Programmzeitraum 2007 bis 2013 beträgt 152,9 Mio. EUR, also jährlich rd. 21,8 Mio. EUR.
Geplant ist neben der Fortsetzung bewährter Fördermaßnahmen (Kooperationsprogramme Naturschutz, Erschwernisausgleich, Trinkwasserschutz, Hochwasser- und Küstenschutz) die verstärkte Umsetzung von EU-Verpflichtungen (Fließgewässerentwicklung, Aufbau von Infrastrukturen für Natur erleben und Natura 2000) sowie die Förderung der nachhaltigen Entwicklung.
In der Titelgruppe 92 ist der Anteil des MU am Gesamtprogramm im Konvergenzgebiet (Ziel 1 – ehemaliger Regierungsbezirk Lüneburg) veranschlagt. Titelgruppe 93 weist die voraussichtlichen EU-Mittel für Maßnahmen des MU im übrigen Landesgebiet aus.
Der D-Vermerk gewährleistet, dass im Einklang mit den Bestimmungen der EU die für das Konvergenzgebiet geplanten Mittel zu Lasten der Mittel für das Nicht-Konvergenzgebiet verstärkt werden können.

Bezeichnung des Förderprogramms: Programm zur Förderung der ländlichen Räume (PROLAND-Folgeprogramm).

Rechtliche Grundlage: Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20.09.2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER, Amtsblatt der EG Nr. L 277, S. 1).

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz *	0	0	0	0	0	21.843	21.843	21.843	21.843
Korrespondierende Einnahmen aus EU *					0	21.843	21.843	21.843	21.843
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					0	0	0	0	0

Empfänger:
[X]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 15.10.2006

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis 15.10.2013

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Niedersachsen wird in der Förderperiode 2007 bis 2013 erhebliche Fördermittel der EU aus dem ELER für die Entwicklung der ländlichen Räume erhalten, die im Umfang von ca. 20 % im Einzelplan 15 und im Übrigen im Einzelplan 09 veranschlagt sind. Der ELER trägt zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums in der gesamten Gemeinschaft in Ergänzung zu den Markt- und Einkommensstützungsmaßnahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik bei. Das Programm im Einzelnen steht noch nicht fest (Stand Mai 2006). Soweit Landesmittel zur Kofinanzierung der EU-Mittel eingeplant sind, werden Förderzweck und Landesinteresse bei der jeweiligen Haushaltsstelle für den Landesanteil erläutert.

Zielgruppe: vorrangig Bewirtschafter landwirtschaftlicher Flächen.

Durchschnittliche Förderhöhe: Noch nicht bekannt.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1502 Allgemeine Bewilligungen, Abfälle, Altlasten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 93		**EU-Mittel a. d. Europ. Garantiefonds d. Landwirtschaft (EGFL) - Entwicklungsplan z. Förder. d. ländl. Räume 2007-2013 außerhalb des Konvergenzgebietes** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 271 93.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *Die Ausgaben der Titelgruppe richten sich nach dem genehmigten EU-Programm.* *Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(—)	(15.947)	(—)	(+15.947)	(—)
547 93-7	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 93-0	332	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
681 93-5	332	Entschädigungen und Ersatzleistungen an natürliche Personen	—	—	—	—	—
682 93-1	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
683 93-8	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
686 93-7	332	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	—
761 93-9	332	Sonstige Tiefbaumaßnahmen	—	—	—	—	—
812 93-2	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
821 93-1	332	Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	—
883 93-7	332	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
891 93-0	332	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 93-6	332	Zuweisungen für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
893 93-2	332	Zuweisungen für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
971 93-3	988	Globale Mehrausgaben (EU-Mittel zur Bewilligung der Maßnahmen und Deckung der Ausgaben der Titelgruppe 93)	—	15.947	—	+15.947	—
TGr. 94		**Kostenerstattung nach § 11 des Nieders. Bodenschutzgesetzes** *Übertragbar.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
633 94-9	332	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
883 94-5	332	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 94

Maßnahmen im Altlastenbereich unterliegen seit dem 1. 3. 1999 dem Gesetz des Bundes zum Schutz des Bodens und dem Nieders. Bodenschutzgesetz (NBodSchG) vom 19. 2. 1999 (Nds. GVBl. S. 46), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 05.11.2004 (Nds. GVBl. S. 417). Das Land ist unter den Voraussetzungen des § 11 Satz 1 NBodSchG verpflichtet, Kostenerstattungen zu leisten.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1502 Allgemeine Bewilligungen, Abfälle, Altlasten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
893 94-0	332	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	—	—	—
TGr. 95		**Sonderabfalldeponie Münchehagen** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1526-119 62, 1526-125 62, 1556-099 10, 1556-119 10 und 1556-272 10.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: Ausgabetitelgruppe 95, 1520-633 10, 1520-683 10, 1520-683 12, 1520-683 13, 1520-683 14, 1520-684 10, 1520-883 10, 1520-893 10, 1520 Ausgabetitelgruppe 65/66, 1520 Ausgabetitelgruppe 67/70, 1526 Ausgabetitelgruppe 61, 1526 Ausgabetitelgruppe 62, 1555-682 12, 1556-631 10, 1556-632 10, 1556-633 10, 1556-637 10, 1556-637 11, 1556-637 12, 1556-685 41, 1556-981 10, 1556-981 11, 1556-981 12, 1556-981 13, 1556-981 14, 1556 Ausgabetitelgruppe 62, 1556 Ausgabetitelgruppe 63/64 und 1556 Ausgabetitelgruppe80/81/82.*	(—)	(3.285)	(3.276)	(+9)	(3.322)
547 95-3	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
682 95-8	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an die Nds. Gesellschaft zur Endablagerung von Sonderabfall mbH (NGS)	—	425	416	+9	462
981 95-5	990	Abführung an 13 25 - 381 11	—	2.860	2.860	—	2.860
		<u>Abschluss Kapitel 1502</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		306	1.082	–776	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		23.585	14.816	+8.769	
		Summe der Einnahmen		23.891	15.898	+7.993	
		4 Personalausgaben	—	28	68	–40	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	20	50	–30	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.039 260	2.149	1.769	+380	
		7 Baumaßnahmen	—	1.865	1.740	+125	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	139	460	–321	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	26.281	17.191	+9.090	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	1.039 260	30.482	21.278	+9.204	
		Zuschuss		6.591	5.380	+1.211	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 95

Nach Umsetzung der baulichen Sicherung der ehemaligen Sonderabfalldeponie Münchehagen ist seit dem Jahr 2002 die Nachsorge der Altlast sicherzustellen. Das erstellte Nachsorgeprogramm umfasst Regelungen zur Erhaltung und Funktionskontrolle der bestehenden Bauwerke und Anlagen sowie zur Überwachung der Sanierungsziele und Schutzgüter. Mit der Nachsorge für die sanierte Altlast wurde auf Grund der im Jahr 2004 in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigung die Niedersächsische Gesellschaft zur Endablagerung von Sonderabfall mbH (NGS) im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrags beauftragt.
Der Ansatz wurde entsprechend dem Geschäftsbesorgungsvertrag vom Oktober 2004 erhöht.
Bzgl. des K- und D-Vermerks wird auf die allgemeinen Erläuterungen zu Kapitel 1556 verwiesen.

Zu 682 95

Der Ansatz wird für die laufenden Kosten der Nachsorge benötigt.
Auf Grund der Verpflichtungsermächtigung 2004 wurde für die Fortführung der Nachsorge ein Geschäftsbesorgungsvertrag bis einschließlich 2008 geschlossen.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	390	—	—	390
2008	431	—	—	431
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	821	—	—	821

Zu 981 95

Belastungen, die aus bei Titel 15 42 – 661 95 in Vorjahren in Anspruch genommenen / ausgebrachten Verpflichtungen entstehen:

In den Jahren 1998 bis 2003 wurde von der NFG ein Kredit i.H.v. insgesamt rd. 21,7 Mio EUR für die Sicherung der SAD Münchehagen bereitgestellt. Gem. dem mit der NFG abgeschlossenen Vertrag vom 22.12.1997 sind ab 2002 bis zur Ausfinanzierung jährlich rd. 4,04 Mio EUR (7,9 Mio DM) für Zins und Tilgung an die Gesellschaft zurückzuzahlen. Obwohl dieser Vertrag mit Auflösung der NFG hinfällig geworden ist, verbleibt es dabei, dass die Tilgung auch weiterhin aus der Wasserentnahmegebühr finanziert wird (vgl. allgem. Erläuterungen zu Kapitel 15 56). Seit Auflösung der NFG erfolgt die Abführung an den EPL 13.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	2.860	—	—	2.860
2008	2.860	—	—	2.860
2009	1.078	—	—	1.078
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	6.798	—	—	6.798

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1506 Gewerbeaufsichtsverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-7	254	Gebühren und tarifliche Entgelte *Vgl. K-Vermerk zu 981 10.*		4.300	4.981	–681	3.711
111 10-6	254	Erstattungen von Auslagen nach § 13 Verwaltungskostengesetz *Vgl. K-Vermerk zu 526 10.*		30	50	–20	0
111 11-4	342	Gebühren und Auslagen bei Atomgenehmigungsverfahren (Fasslager Gorleben) *Vgl. K-Vermerk zu 526 11.*		450	450	—	506
111 12-2	254	Gebühren und Auslagen bei Überwachungsverfahren nach § 64 Arzneimittelgesetz unter Beteiligung externer Sachverständiger *Vgl. K-Vermerk zu 631 12, 632 12 und 671 12.*		15	15	—	—
112 01-3	254	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		1.640	1.640	—	1.581
119 01-8	254	Vermischte Einnahmen		20	57	–37	13
132 01-4	254	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1	1	—	0
231 12-8	254	Sonstige Zuweisungen vom Bund *Vgl. K-Vermerk zu 547 12.*		20	—	+20	15
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Einnahmen im Rahmen der flexibilisierten Haushaltsführung bei den Gewerbeaufsichtsämtern Hannover und Hildesheim**		(2.532)	(2.219)	(+313)	(2.449)
111 61-0	254	Gebühren und tarifliche Entgelte *Vgl. K-Vermerk zu 981 61.* **** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		1.814	1.694	+120	1.763
112 61-7	254	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten **** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		700	507	+193	671
119 61-1	254	Sonstige Einnahmen		18	18	—	15
		A U S G A B E N					
412 10-6	254	Entschädigung für Mitglieder der Ausschüsse für Jugendarbeitsschutz	—	1	1	—	—
422 01-2	254	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	28.496	29.747	–1.251	17.253
422 04-7	254	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	191	48	+143	41
422 19-5	254	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	367
425 01-1	254	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	11.741
425 04-6	254	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	57	57	—	53
426 01-8	254	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	326
426 06-9	254	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	5	5	—	—
427 31-6	254	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	8	10	–2	3

E R L Ä U T E R U N G E N

Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 15 06
Es sind vorhanden:

Staatliche Gewerbeaufsichtsämter Braunschweig, Celle, Cuxhaven, Emden, Göttingen, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Oldenburg und Osnabrück.

Zu 111 01
Verwaltungsgebühren und Auslagen.
Hier werden auch die anteiligen Gebührenzuschläge für die Mitwirkung der Gewerbeaufsichtsbehörden bei der Erteilung einer Baugenehmigung oder bei sonstigen Amtshandlungen der kommunalen Bauaufsichtsbehörden gem. der Baugebührenordnung vom 13. 1. 1998 (Nds. GVBl. S. 3), zuletzt geändert durch Verordnung vom 22. April 2005 (Nds. GVBl. S. 126), vereinnahmt.

Mehreinnahmen im Zusammenhang mit der gebührenpflichtigen Ausgabe von digitalen Speicherkarten infolge der Einführung des sog. Digitalen EG-Kontrollgerätes zur Überwachung des sozialen Arbeitsschutzes beim Fahrpersonal im Straßenverkehr.
Insgesamt weniger unter Berücksichtigung der Ist-Entwicklung der im Zuge der Auflösung der Bezirksregierungen aus Kapitel 0305 verlagerten Gebühreneinnahmen.

Zu 111 10
Erstattung von Auslagen, die bei Titel 526 10 verausgabt werden.

Zu 111 11
Erstattung von Gutachterkosten gem. § 21 Abs. 2 Atomgesetz für die im Rahmen des Aufsichtsverfahrens über das Fasslager Gorleben hinzugezogenen Sachverständigen.

Zu 111 12
Im Rahmen der Durchführung der Überwachung nach § 64 Arzneimittelgesetz sind Betriebsbesichtigungen in besonderen Fällen unter Beteiligung von Sachverständigen anderer Bundesländer, des Bundes oder öffentlicher Institutionen vorzunehmen. Die in solchen Überwachungsverfahren zu erhebenden Gebühren und Auslagen sind hier zu vereinnahmen. Dies gilt auch für die Erstattungen der anteiligen Kosten, wenn niedersächsische Überwachungskräfte in anderen Bundesländern zu Betriebsbesichtigungen hinzugezogen werden.

Zu 112 01
Geldbußen nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten.

Zu 231 12
Veranschlagt sind die Fördermittel des Bundes zur Fortführung des Projektes „Umweltrisikodialog“. Siehe Titel 547 12.

Zu Titelgruppe 61
Mit der flexibilisierten Haushaltsführung bei den Staatlichen Gewerbeaufsichtsämtern Hannover und Hildesheim ist eine weitgehend dezentrale Ressourcensteuerung eingeführt worden, die im Interesse einer effizienteren Verwaltung Kostenbewusstsein und Motivation in den Ämtern fördern soll. Zur besseren Übersicht sind die Einnahmen und Ausgaben der beiden Ämter – bis auf die Personalausgaben – in einer Einnahme- und einer Ausgabe-Titelgruppe zusammengefasst. Dadurch werden auch Investitions- sowie IuK-Ausgaben in die gegenseitige Deckungsfähigkeit einbezogen. Erzielen die Ämter Mehreinnahmen bei den Titeln 111 61 und 112 61, werden ihnen als Reformdividende 30 v. H. dieser Mehreinnahmen, höchstens jedoch 50 000 EUR, zur eigenen Verwendung zugestanden. Mindereinnahmen bei den Titeln 111 61 und 112 61 führen dazu, dass sich die Ausgaben der Titelgruppe um 30 v. H. der Mindereinnahmen, höchstens jedoch um 50 000 EUR, vermindern. Es wird ferner die Möglichkeit eröffnet, losgelöst vom Grundsatz der Jährlichkeit, in Höhe der nicht verbrauchten Ausgaben und anteiligen Mehreinnahmen Ausgabereste zu bilden, die in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden und dann für sämtliche Zwecke der Titelgruppe in Anspruch genommen werden dürfen.

Zu 111 61
Mehr im Zusammenhang mit der gebührenpflichtigen Ausgabe von digitalen Speicherkarten infolge der Einführung des sog. Digitalen EG-Kontrollgerätes zur Überwachung des sozialen Arbeitsschutzes beim Fahrpersonal im Straßenverkehr und unter Berücksichtigung der Ist-Entwicklung der im Zuge der Auflösung der Bezirksregierungen aus Kapitel 0305 verlagerten Gebühreneinnahmen.

Zu 112 61
Mehr infolge Anpassung an die Ist-Entwicklung.

Zu 412 10
Nach dem Gesetz zum Schutz der arbeitenden Jugend (JArbSchG) in der Fassung vom 12. 4. 1976 (BGBl. I S. 965), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. 10. 2006 (BGBl. I S. 2407), sind bei den Gewerbeaufsichtsämtern Ausschüsse und gegebenenfalls Unterausschüsse zu bilden.
Veranschlagt sind Mittel für die Gewährung von Entschädigungen für bare Auslagen und Entgeltausfall der Ausschussmitglieder nach Maßgabe der jeweils geltenden Entschädigungsregelungen des MS.

Zu 422 01
Verlagerung in Höhe von 361 000 EUR nach Kapitel 1555 Titel 682 10 infolge der vom Kabinett m. W. v. 1. 8. 2006 beschlossenen Verlagerung des Dezernates 72 (ehemaliges Dezernat 4.4 – Strahlenschutz – des Landesamtes für Ökologie) des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes Hannover an den Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (s. auch zu Titel 547 61 und 812 61).

Im Personalkostenbudget sind auch enthalten:

Mittel für ständig nicht vollbeschäftigte Kräfte im Umfang von 0,75 VZE.

Der Leiter des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes Hannover erhält eine Amtszulage gemäß Vorbemerkung Nr. 21 zur BBesO. A und B.

Zu 422 04
Mehr, da zum 1.9.2007 mit der Einstellung von 20 Referendarinnen und Referendaren die Ausbildung von Beamtinnen und Beamten für die Laufbahn des höheren technischen Dienstes in der Staatlichen Gewerbeaufsichtsverwaltung wieder aufgenommen wird. Die ausgebildeten Beamtinnen und Beamten werden zum Ausgleich von bevorstehenden altersbedingten Personalabgängen benötigt.

Zu 425 04

Auszubildende	2007	2006
Kauffrau/Kaufmann für Bürokommunikation	5	5

Zu 427 31
Die Höhe der veranschlagten Lehr- und Prüfungsvergütungen an Bedienstete des Landes richtet sich nach dem Gem. Runderlass des MF u. d. übr. Min. vom 20. 1. 2006 (Nds. MBl. S. 101).
Lehrvergütungen gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.
25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1506 Gewerbeaufsichtsverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
427 39-1	254	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	7	30	–23	7
453 01-5	254	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	15	15	—	11
511 01-5	254	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	559	609	–50	480
514 01-4	254	Haltung von Dienstfahrzeugen *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	10	10	—	12
517 01-3	254	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	140	170	–30	133
518 01-0	254	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	214	214	—	292
518 02-8	254	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	10	7	+3	11
519 01-6	254	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	6	6	—	62
525 01-6	254	Aus- und Fortbildung der Bediensteten *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	195	190	+5	146
526 01-2	254	Sachverständige *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	15	15	—	1
526 02-0	254	Gerichts- und ähnliche Kosten *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	16	16	—	22
526 10-1	254	Sachverständigen- und Gutachterkosten in Verfahren nach § 13 Verwaltungskostengesetz *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 10.* **** Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Ausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	—	30	50	–20	—
526 11-0	342	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten bei Atomgenehmigungsverfahren (Fasslager Gorleben) *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 11.* **** Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Ausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	—	450	450	—	506
527 01-9	254	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	426	426	—	401
527 02-7	254	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	4	4	—	5
531 10-5	254	Ausgaben für Veröffentlichungen und Dokumentationen *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.* **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*	—	19	4	+15	0

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 511 01

Hier sind u. a. auch die Ausgaben für die Beschaffung von Dienst- und Schutzkleidung sowie für die Gewährung von Dienst- und Schutzkleidungszuschüssen veranschlagt.
Die im Außendienst tätigen Bediensteten erhalten – soweit ihnen das Land nicht unentgeltlich Schutzkleidung zur Verfügung stellt – nach Maßgabe der jeweils geltenden Regelungen des MU eine pauschale Aufwandsentschädigung zur Abgeltung von Aufwendungen für die Erstbeschaffung sowie die Reinigung, Unterhaltung und Ersatzbeschaffung von Schutzkleidung.
Die von der Niedersächsischen Landesregierung am 24. 3. 1998 beschlossene Aufwandsentschädigung ist steuerfrei im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	1	1	1
Leasing-Pkw	1	1	1
Zusammen	2	2	2

Zu 517 01

Weniger infolge Verlagerung in Höhe von 30.000 EUR zu Titel 422 04.

Zu 526 01

Für Messungen/Ermittlungen nach §§ 26 und 29 Abs. 2 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung vom 26. 9. 2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. 10. 2006 (BGBl. I S. 2407), sowie für Überwachungsmaßnahmen nach § 52 Abs. 2 und 3 BImSchG, sofern das Land die Kosten zu tragen hat (§ 30 Satz 2, § 52 Abs. 4 BImSchG).
Für die Einschaltung von Sachverständigen in Gentechnikverfahren.

Zu 526 10

Für Sachverständigengutachten zur Beurteilung der Genehmigungsfähigkeit von Anlagen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz und für Untersuchungen von Abfallproben im Rahmen der abfallwirtschaftlichen Überwachung.
Verauslagte Kosten werden bei Titel 111 10 vereinnahmt.

Zu 526 11

Gutachterkosten zur Überprüfung von Auflagen. Verauslagte Kosten werden bei Titel 111 11 vereinnahmt.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1506 Gewerbeaufsichtsverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
546 01-3	254	Vermischte Ausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	1	1	—	23
546 05-6	254	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	—	—	—	—
547 10-9	254	Kosten von Ersatzvornahmen *Übertragbar.*	—	300	52	+248	52
547 12-5	254	Kosten für Dienstleistungen Außenstehender zur Durchführung des Projektes "Umweltrisikodialog" *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 12.*	—	20	—	+20	22
631 12-6	254	Kostenerstattung an den Bund bei Überwachungsverfahren nach § 64 Arzneimittelgesetz *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 12.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 631 12, 632 12 und 671 12.*	—	5	3	+2	—
632 10-6	254	Kostenerstattung an andere Länder und Landwirtschaftskammern *Übertragbar.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 632 10 und 882 10.*	—	49	49	—	41
632 12-2	254	Kostenerstattung an andere Länder u. die Koordinierungsstelle der Länder im Arzneimittelbereich bei Überwachungsverfahren nach § 64 Arzneimittelgesetz *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 12.* *Vgl. D-Vermerk zu 631 12.*	—	5	3	+2	—
671 12-8	254	Kostenerstattung an die AMI-Nord GmbH bei Überwachungsverfahren nach § 64 Arzneimittelgesetz *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 12.* *Vgl. D-Vermerk zu 631 12.*	—	5	3	+2	—
681 10-7	254	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	0
811 01-9	254	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 10-4	254	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	32	63	–31	116
882 10-2	254	Erstattung von Kosten für Investitionen an andere Länder *Vgl. D-Vermerk zu 632 10.*	—	97	113	–16	—
981 10-0	990	Abführung an 13 50 - 381 15 *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 10 v.H. der Isteinnahmen bei 111 01.*	—	430	498	–68	371
981 11-9	990	Abführung an 13 21 - 381 15	—	1.148	871	+277	683

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 547 10

Veranschlagt sind Mittel für die Durchführung von Ersatzvornahmen durch die Gewerbeaufsichtsverwaltung.
Mehr zur Deckung der Kosten für eine Ersatzvornahme durch das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Göttingen.

Zu 547 12

Veranschlagt sind die Kosten für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen Außenstehender im Rahmen der Fortführung des Projektes „Umweltrisikodialog“. Siehe Titel 231 12.

Zu 631 12

Soweit im Rahmen der Durchführung von Überwachungsverfahren nach § 64 Arzneimittelgesetz bei Betriebsbesichtigungen in Niedersachsen Sachverständige von Bundesoberbehörden zu beteiligen sind, sind dem Bund die anteiligen Gebühren und Auslagen zu erstatten. Ausgaben hierfür werden nur in der Höhe geleistet, in der bei Titel 111 12 entsprechende Einnahmen eingehen.

Zu 632 10

In einer zwischen allen Bundesländern abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung über die Gemeinsamen Abfall-DV-Systeme (GADSYS) sind der Aufbau, der Betrieb und die Fortentwicklung gemeinsamer DV-Anwendungssysteme im Bereich der Abfallwirtschaft geregelt. Die Verwaltungsvereinbarung ersetzt die Verwaltungsvereinbarung über das Abfallüberwachungssystem ASYS. Die Zusammenarbeit im Rahmen von GADSYS wird durch eine Länderarbeitsgruppe sichergestellt, bei der eine Geschäftsstelle als Koordinierungsstelle eingerichtet ist. Die Geschäftsstelle nimmt auch die Aufgaben der gemeinsamen Geschäftsstelle der Länder nach der Altfahrzeugverordnung wahr. Die Kostenbeteiligung des Landes erfolgt nach dem Königsteiner Schlüssel.

Veranschlagt sind hier auch die Mittel für die Kostenerstattungen an andere Länder und die Landwirtschaftskammer für die Mitarbeit bei Gute Laborpraxis (GLP) - Überwachungsverfahren.

Zu 632 12

Soweit im Rahmen der Durchführung von Überwachungsverfahren nach § 64 Arzneimittelgesetz bei Betriebsbesichtigungen in Niedersachsen Sachverständige der Länder oder der zentralen Koordinierungsstelle der Länder im Arzneimittelbereich beteiligt werden, sind die anteiligen Gebühren und Auslagen zu erstatten. Ausgaben hierfür werden nur in der Höhe geleistet, in der bei Titel 111 12 entsprechende Einnahmen eingehen.

Zu 671 12

Mit dem Abkommen über die Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten des Gesundheitswesens in Norddeutschland haben die Länder Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen eine Kooperation u.a. bei der Wahrnehmung der Aufgaben der Arzneimitteluntersuchung vereinbart. Soweit außerhalb des von diesem Abkommen abgedeckten Auftrags im Rahmen der Durchführung von Überwachungsverfahren nach § 64 Arzneimittelgesetz bei Betriebsbesichtigungen in Niedersachsen Sachverständige des gemeinsamen Arzneimitteluntersuchungsinstituts der norddeutschen Länder (AMI-Nord GmbH) beteiligt werden, sind die anteiligen Gebühren und Auslagen zu erstatten. Ausgaben hierfür werden nur in der Höhe geleistet, in der bei Titel 111 12 entsprechende Einnahmen eingehen.

Zu 812 10

	2007 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:	
1 Schallpegelmessgerät einschl. Zubehör	20
1 Kopiergerät	6
Dienstzimmerausstattungen	6
Zusammen	32

Zu 882 10

Kostenanteil des Landes am Aufbau eines Systems zur elektronischen Nachweisführung in der Abfallwirtschaft auf der Grundlage der Verwaltungsvereinbarung GADSYS.

Zu 981 10

Weniger infolge der Anpassung der Gebühreneinnahmen bei Titel 111 01 an die Ist-Entwicklung.

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.
Mehr infolge Unterbringung des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes Hildesheim in einem bisher vom Landesamt für Soziales, Jugend und Familie genutzten landeseigenen Dienstgebäude.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1506 Gewerbeaufsichtsverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62		**Flexibilisierte Haushaltsführung bei den Gewerbeaufsichtsämtern Hannover und Hildesheim** *Abweichend von § 20 Abs. 1 LHO sind nur gegenseitig deckungsfähig 547 61, 547 62, 681 61, 811 61, 812 61 und 812 62.* **** Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um 30 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 111 61 und 112 61, höchstens jeweils um 50.000 EUR.* *In Höhe der nicht verbrauchten Ausgaben dürfen Ausgabereste gebildet, übertragen und im nächsten Haushaltsjahr in Anspruch genommen werden. Die insoweit erforderlichen Einwilligungen des MF gelten als erteilt.*	(—)	(3.965)	(4.265)	(–300)	(3.483)
547 61-3	254	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *Übertragbar.*	—	3.189	3.190	–1	2.874
547 62-1	254	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben für Informations- u. Kommunikationstechnik *Übertragbar.*	—	—	—	—	31
681 61-1	254	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen *Übertragbar.*	—	—	—	—	0
811 61-2	254	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 61-9	254	Ausgaben für Investitionen	—	595	906	–311	401
812 62-7	254	Investitionen für Informations- u. Kommunikationstechnik	—	—	—	—	—
981 61-5	990	Abführung an 13 50 - 381 15 *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 10 v.H. der Isteinnahmen bei 111 61.*	—	181	169	+12	176
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(1.296)	(1.216)	(+80)	(1.046)
511 98-8	254	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände (IZN) *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 98.*	—	—	—	—	—
511 99-6	254	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 98.*	—	94	125	–31	77
518 98-2	254	Kosten für die Anmietung von Software *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 98.*	—	—	—	—	—
518 99-0	254	Kosten für die Anmietung von Hardware *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 98.*	—	—	22	–22	26
525 98-9	254	Aus- und Fortbildung durch das IZN *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 98.*	—	15	15	—	0
525 99-7	254	Aus- und Fortbildung durch Andere *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 98.*	—	40	30	+10	45
538 98-3	254	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an das IZN) *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 98.*	—	105	95	+10	35

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 61/62

Vgl. Erläuterungen zu Einnahme-TGr. 61.

Zu 547 61

Mehr u.a. für die Beschaffung von Grundlagen- und Geodaten für Modellberechnungen sowie die Durchführung bzw. Beauftragung und Begleitung von Modellberechnungen im Bereich Immissionsschutz, den Umzug des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes Hildesheim in ein bisher vom Landesamt für Soziales, Jugend und Familie genutztes landeseigenes Dienstgebäude und den Umzug der dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Hildesheim künftig zugehörigen und bisher in einem Dienstgebäude in Hannover untergebrachten Organisationseinheiten nach Hildesheim.
Insgesamt weniger u.a. infolge des Abschlusses der Ursachenanalyse zur Umsetzung der EU-Luftqualitätsrahmenrichtlinie (Ammoniak-Programm) und der Verlagerung in Höhe von 35 000 EUR nach Kapitel 1555 Titel 682 10 infolge der m. W. v. 1. 8. 2006 ergangenen Organisationsentscheidung zum Aufgabenbereich Strahlenschutz (s. auch zu Titel 422 01 und 812 61).

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Pkw	4	4	4
Leasing-Pkw	-	-	-
Sonderfahrzeuge	1	1	1
Anhänger	4	4	4
Zusammen	9	9	9

Zu 812 61

	2007 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:	
6 Messplätze für die Komponente SO2	60
Mikrotiterplattenreader	32
Hardware DV-Zentrale LÜN	35
Kopiergerät	13
2 Klimaschränke	13
5 CO-Analysatoren	30
GC/MS-Firmware-Update einschl. Hardware	10
Tiefkühlschrank (-50 bis -85 °C)	8
Meteorologischer Geber	10
GC für BTX	30
Ergänzungsbeschaffungen:	
Softwareanpassung DV-Zentrale LÜN	60
5 Geräte zur gravimetrischen Bestimmung von Feinstaub PM 2,5	175
Softwareanpassung LÜN-Stationen	55
Gasteiler für Prüfgase zur Überprüfung von Gasanalysatoren	15
Einrichtung zur Bestimmung der Maßhaltigkeit (Profilprojektor)	20
Dynamischer Festigkeitsprüfstand	15
Softwareentwicklung für Modellberechnung	14
Zusammen	595

Verlagerung in Höhe von 94 000 EUR nach Kapitel 1555 Titel 891 10 infolge der m. W. v. 1. 8. 2006 ergangenen Organisationsentscheidung zum Aufgabenbereich Strahlenschutz (s. auch zu Titel 422 01 und 547 61).

Zu Titelgruppe 98/99

In der Titelgruppe sind sämtliche Ausgaben für die Informations- und Kommunikationstechnik in der Gewerbeaufsichtsverwaltung zentral veranschlagt (einschl. EFÜ).

Zu 511 99

Verbrauchsmittel, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen sowie Wartungs- und Reparaturkosten.

Zu 525 98

Schulungen der Bediensteten.

Zu 525 99

Schulungen der Bediensteten.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1506 Gewerbeaufsichtsverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 538 98-3		**** Ein Betrag in Höhe von 65.000 EUR darf nur verwendet werden für Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN) zur ressortübergreifenden IT-Betreuung in Behördenstandorten.*					
538 99-1	254	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Andere) *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 98.*	—	300	320	–20	104
547 99-0	254	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 98.*	—	66	66	—	55
812 98-8	254	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen (IZN) *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 98.*	—	—	—	—	—
812 99-6	254	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen sowie Software *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 98.*	—	676	543	+133	703
		Abschluss Kapitel 1506					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		8.988	9.413	–425	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		20	—	+20	
		Summe der Einnahmen		9.008	9.413	–405	
		4 Personalausgaben	—	28.780	29.913	–1.133	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	6.224	6.087	+137	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	64	58	+6	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	1.400	1.625	–225	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.759	1.538	+221	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	38.227	39.221	–994	
		Zuschuss		29.219	29.808	–589	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 538 98

Entwicklung und Weiterentwicklung von Software und Programmen, Verfahrens- und Programmpflege, Systemarbeiten Dritter.

Zu 538 99

Entwicklung und Weiterentwicklung von Software und Programmen, Verfahrens- und Programmpflege, Systemarbeiten Dritter.

Zu 812 99

	2007 Tsd. EUR
Neubeschaffungen:	
Lizenzierung des Informationssystems für den Arbeitsschutz (IFAS)	56
Lizenzierung eines Dokumentenmanagementsystems	85
Lizenzierung des IFAS-Moduls Arzneimittelgesetz	60
Ersatzbeschaffungen:	
Server	50
Client-Computer (Arbeitsplatz-PC's und Notebooks) sowie Monitore	385
Drucker	40
Zusammen	676

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	56	—	—	56
2008	56	—	—	56
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	112	—	—	112

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1520 Naturschutz und Landschaftspflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
124 01-5	332	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		—	—	—	—
271 92-1	332	Erstattungen von der EU für landeseigene Entwicklungsmaßnahmen für Natur und Landschaft *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 92.*		—	—	—	—
282 69-9	332	Zweckgebundene Beiträge Dritter aus dem Inland *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 69.*		—	—	—	64
		A U S G A B E N					
537 01-8	332	Erstellung von Plänen für Schutz- und Erhaltungsmaßnahmen *Übertragbar.*	70 —	19	—	+19	—
633 10-6	332	Zuweisungen für "Natur erleben" an Gemeinden und Gemeindeverbände *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1526-119 62, 1526-125 62, 1556-099 10, 1556-119 10 und 1556-272 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 1502 - Ausgabetitelgruppe 95.*	—	200	100	+100	—
683 10-3	332	Entschädigungen nach § 50 NNatG *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1526-119 62, 1526-125 62, 1556-099 10, 1556-119 10 und 1556-272 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 1502 - Ausgabetitelgruppe 95.*	—	50	50	—	9
683 12-0	332	Erschwernisausgleich nach § 52 Abs. 1 NNatG *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1526-119 62, 1526-125 62, 1556-099 10, 1556-119 10 und 1556-272 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 1502 - Ausgabetitelgruppe 95.*	—	1.200	1.200	—	1.156
683 13-8	332	Vertragsnaturschutz im Rahmen des Kooperationsprogramms Naturschutz, Teilbereich "Grünland" *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1526-119 62, 1526-125 62, 1556-099 10, 1556-119 10 und 1556-272 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 1502 - Ausgabetitelgruppe 95.* *Folgende Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig: 683 13 und 683 14.*	4.125 650	2.304	1.110	+1.194	683
683 14-6	332	Vertragsnaturschutz im Rahmen des Kooperationsprogramms Naturschutz, Teilbereiche "Acker", "nordische Gastvögel" und "andere Biotope" *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1526-119 62, 1526-125 62, 1556-099 10, 1556-119 10 und 1556-272 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 1502 - Ausgabetitelgruppe 95.* *Vgl. VE D-Vermerk zu 683 13.*	4.900 1.600	1.952	1.152	+800	819

E R L Ä U T E R U N G E N

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 15 20

Dieses Kapitel umfasst die Mittel für „Natur erleben“, Entschädigungen nach § 50 NNatG, Erschwernisausgleich, Vertragsnaturschutz (Titel 633 10 bis 893 10), Förderung aus der Spielbankabgabe (TGr. 61), Naturschutzmaßnahmen (TGr. 65/66) sowie für Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen (TGr. 67/70). Die Mittel für Erschwernisausgleich, Bestandserfassungen und Vertragsnaturschutz sowie für „Natur erleben“ sind im Kapitel 15 20 zentral veranschlagt, d.h. die hierfür notwendigen Mittel für die Großschutzgebiete sind im Kapitel 15 20 enthalten.
Die Mittel werden überwiegend dem NLWKN bzw. den unteren Naturschutzbehörden für die mit ihnen abgestimmten, durchzuführenden Maßnahmen zur Verfügung gestellt (s. auch Erläuterungen zu Titel 682 67). Die ausgewiesenen Mittel sollen zu einem großen Teil zur Kofinanzierung von Maßnahmen verwendet werden, die die EU im Rahmen des Europäischen Garantiefonds der Landwirtschaft (EGFL) unterstützt (s. auch Erläuterungen zu Kapitel 15 02, Titelgruppen 92 und 93).
Um im Haushaltsjahr 2007 neue Verträge im Rahmen des EGFL-Förderprogramms (Nachfolge PROLAND) abschließen zu können, sind folgende Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht:

Förderbereich	Titel	VE 2007 EUR
– Kooperationsprogramm Naturschutz, Teilbereich „Grünland“	683 13	4.125.000
– Kooperationsprogramm Naturschutz, Teilbereiche „Acker“, „nordische Gastvögel“ und „andere Biotope“	683 14	4.900.000
– Landschaftsentwicklung	883 61	250.000

Die Ausgaben für „Natur erleben“, Entschädigungen nach § 50 NNatG, Erschwernisausgleich, Vertragsnaturschutz (Titel 633 10 bis 893 10), Naturschutzmaßnahmen (TGr. 65/66) sowie für Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen (TGr. 67/70) werden aus dem Aufkommen der Wasserentnahmegebühr (WEG) finanziert. Auf die Erläuterungen zu Kapitel 15 56 wird auch bzgl. des bei diesen Haushaltsstellen ausgebrachten Deckungsvermerks verwiesen.

Zu 271 92

Siehe Erläuterung zu Ausgabetitelgruppe 92.

Zu 537 01

Niedersächsischer Anteil an dem Rahmen-Managementplan für das Elbästuar. Die Planung soll 2007 bis 2011 unter der Federführung Hamburgs durchgeführt werden. Die Verpflichtungsermächtigung ist zum Abschluss einer Kooperationsvereinbarung erforderlich.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	19	19
2009	—	—	19	19
2010	—	—	19	19
2011 ff.	—	—	13	13
Summe	—	—	70	70

Zu 633 10

Zuwendungen an Kommunen zur Förderung von Maßnahmen der Erholung in Natur und Landschaft im Rahmen des Projekts „Natur erleben.“ Insgesamt sind 300.000 EUR für „Natur erleben“ eingeplant, die bei den Titeln 633 10, 684 10, 883 10 und 893 10 veranschlagt sind bzw. gebucht werden. Die Mittel wurden von den bisherigen Titeln 633 62, 684 62, 633 71 und 684 71 hierher verlagert. Der Bedarf für „Natur erleben“-Projekte in den Großschutzgebieten ist in diesen Haushaltsansätzen mit enthalten. Die Kofinanzierung der Fördermaßnahmen mit EU-Mitteln ist geplant.

Bezeichnung des Förderprogramms: Förderung von Maßnahmen der Erholung in Natur und Landschaft im Rahmen des Projekts „Natur erleben.“

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 633 10

Rechtliche Grundlage: Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 vom 20.09.2005 (Amtsblatt der EG Nr. L 277) über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER); § 2 Nr. 11 und 12 NNatG i.V.m. § 29 Abs. 4 NNatG; Bewilligungsbescheide auf Grund der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der Erholung in Natur und Landschaft (Förderrichtlinie „Natur erleben“ vom 07.07.2005 (noch nicht veröffentlicht). Die Richtlinie befindet sich in der Bearbeitung und wird den Anforderungen der EU-Förderperiode 2007 bis 2013 angepasst.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz *	0	0	26	550	300	300	300	300	300
Korrespondierende Einnahmen aus EU **					0				
Bund					0	0	0	0	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					300	300	300	300	300

* Die Beträge setzen sich aus den Ansätzen bei folgenden Titeln zusammen: 633 10, 684 10, 883 10, 893 10.
** Die EU-Erstattungen sind im Kapitel 15 02 Titelgruppen 92 und 93 veranschlagt. Die genauen Jahresbeträge werden im Rahmen der Programmnotifizierung durch die EU-Kommission bis spätestens 30.06.2007 festgelegt.

Empfänger:
[ ]Unternehmen [X]Vereine/Verbände [X]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 01.01.2005, aus dem ELER ab 16.10.2007.

Befristung:
[ ]Nein [X] Ja, bis 15.10.2013

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Der Schutz von Natur und Landschaft zur Sicherung des Erholungswertes ist gem. § 2 Nr. 11 und 12 des Nieders. Naturschutzgesetzes ein naturschutzfachliches Ziel, das im Rahmen der Aufgabenerfüllung des Landes angemessen zu unterstützen ist. Der Bevölkerung soll die Möglichkeit gegeben werden, die vielfältige Landschaft in naturverträglicher Weise zur Erholung zu nutzen, damit bei ihr das Verständnis für die Belange der Natur geweckt und gesteigert wird.

Zielgruppe:
Kommunen, kommunale Zusammenschlüsse, Verbände, Vereine, Träger der Naturparke sowie natürliche und juristische Personen, die Maßnahmen im Projektgebiet „Natur erleben“ durchführen wollen. Das Projektgebiet wird definiert durch die politischen Grenzen der Landkreise Cuxhaven, Stade, Harburg, Lüneburg, Lüchow-Dannenberg, Uelzen, Gifhorn, Helmstedt, Wolfenbüttel, Goslar, Osterode am Harz, Göttingen und der kreisfreien Städte Wolfsburg, Braunschweig und Göttingen sowie die Gebiete der Niedersächsischen Naturparke.

Durchschnittliche Förderhöhe: 32.333 EUR (Stand der Bewilligung 2005)

Zu 683 10

Nach § 50 NNatG haben Eigentümer oder andere Nutzungsberechtigte, denen durch Maßnahmen auf Grund dieses Gesetzes Beschränkungen ihrer Nutzungsrechte oder Pflichten in einem Ausmaß auferlegt werden, die über die Sozialbindung des Eigentums hinausgehen, einen Anspruch auf finanziellen Ausgleich der Vermögensnachteile durch naturschutzrechtliche Verbote oder Beschränkungen.

Zu 683 12

Für Einschränkungen bei der landwirtschaftlichen Nutzung von Grünland wird ein Geldausgleich gewährt. Die Mittel für den Nationalpark Wattenmeer und für Flächen im Biosphärenreservat Nieders. Elbtalaue sind im Ansatz mit enthalten.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Erschwernisausgleich in geschützten Teilen von Natur und Landschaft.

Rechtliche Grundlage:
Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20.09.2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER, Amtsblatt der EG Nr. L 277, S. 1); § 52 Abs. 1 NNatG i.V.m. §§ 1 bis 3 der Verordnung über den Erschwernisausgleich und den Vertragsnaturschutz in geschützten Teilen von Natur und Landschaft i.d. F. vom 10.07.1997 (Nds. GVBl. S. 344), zuletzt geändert durch Verordnung vom 09.11.2005 (Nds. GVBl. S. 339); Bewilligungsbescheide an die Bewirtschafter von Grünlandflächen.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 683 12

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	1.028	1.059	1.355	1.156	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200
Korrespondierende Einnahmen aus EU *					617				
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					1.200	1.200	1.200	1.200	1.200

* Die EU-Erstattungen sind im Kapitel 15 02 Titelgruppen 92 und 93 veranschlagt. Die genauen Jahresbeträge werden im Rahmen der Notifizierung des Programms durch die EU-Kommission bis spätestens 30.06.2007 festgelegt.

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[x]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: Aus dem ELER-Programm ab 16.10.2006. Die EU-Förderung wurde ab dem Jahr 2000 aufgenommen. Die Verordnung über den Erschwernisausgleich gilt seit 1997.

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 15.10.2013
Das EU-Förderprogramm endet 2013, jedoch ist der Anspruch auf Grund der Verordnung über den Erschwernisausgleich unbefristet.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Förderung der Extensivierung der landwirtschaftlichen Produktion auf Grünland, um die für Niedersachsen charakteristischen wertvollen Grünlandbiotope langfristig zu erhalten. Die Maßnahme kommt in Gebieten zur Anwendung, die vom Land Niedersachsen als Natura 2000-Gebiete gemeldet wurden sowie in Bereichen, die entsprechend Art. 10 der FFH-Richtlinie 92/43 EWG als Trittsteine der Verbesserung der ökologischen Kohärenz von Natura 2000 dienen. Der vorgesehene Erschwernisausgleich dient als Ausgleich für nicht nur unerhebliche Erschwernisse oder Beschränkungen der wirtschaftlichen Bodennutzung auf Grünlandgrundstücken, die durch gesetzlichen Schutz oder eine Schutzgebietsverordnung festgelegt sind und zur Bewahrung des günstigen Erhaltungszustands der Gebiete und Trittsteine sowie der Tier- und Pflanzenpopulation beitragen.

Zielgruppe: Bewirtschafter von Grünlandflächen.

Durchschnittliche Förderhöhe: 761 EUR (Bezug: EU-Haushaltsjahr 2005)

Zu 683 13

Durch öffentlich-rechtliche Vereinbarungen mit Eigentümern oder sonstigen Nutzungsberechtigten werden diese gegen Zahlung eines Entgelts zur Pflege oder zu einer nicht bereits durch Rechtsvorschrift angeordneten Unterlassung bestimmter Bewirtschaftungsmaßnahmen eines Grünlandstandortes verpflichtet, die zur Erreichung oder Verbesserung des Schutzzwecks
- eines Gebietes gem. § 24 NNatG,
- eines Nationalparks,
- eines Biosphärenreservats,
- eines Gebiets gemäß Artikel 10 der Richtlinie 92/43/EWG (FFH-Richtlinie),
- eines Lebensraums der in Anhang I der Richtlinie 79/409/EWG (Vogelschutzrichtlinie) aufgeführten und der in Artikel 4 dieser Richtlinie genannten Vogelarten oder
- eines wertvollen Feuchtgrünlandgebietes beiträgt.

Die Mittel für Flächen innerhalb des Nationalparks Wattenmeer und im Biosphärenreservat Nieders. Elbtalaue sind im Ansatz mit enthalten. Die Zweckbestimmung des Titels wurde erweitert und umfasst nun alle Agrarumweltmaßnahmen des Naturschutzes, die sich auf Grünland beziehen. Der Ansatz des Titel 683 62 aus dem Kapitel 1556 wurde hierher verlagert.
Der Abschluss von weiteren Verträgen bzw. Anschlussverträgen mit landwirtschaftlichen Betrieben ist möglich, da für neue Vereinbarungen eine Verpflichtungsermächtigung ausgebracht ist. Die Verpflichtungsermächtigungen bei den Titeln 683 13 und 683 14 sind für deckungsfähig erklärt worden, damit die für die Kooperationsprogramme Naturschutz eingeplanten EU-Mittel, die ebenfalls untereinander deckungsfähig sind, soweit wie möglich ausgeschöpft werden können. Eine EU-Erstattung setzt den Abschluss von mindestens fünfjährigen Vereinbarungen voraus.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Fördermaßnahme “Kooperationsprogramm Naturschutz, Teilbereich Grünland“.

Rechtliche Grundlage:
Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 vom 20.09.2005 (Amtsblatt der EG Nr. L 277) über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER); § 52 Abs. 1 NNatG i. V. m. § 4 der Verordnung über den Erschwernisausgleich und den Vertragsnaturschutz in geschützten Teilen von Natur und Landschaft i. d. F. vom 10. 7. 1997 (Nds. GVBl. S. 344), zuletzt geändert durch Art. 2 der Verordnung vom 15.11.2004 (Nds. GVBl. S. 458). Bewirtschaftungsvereinbarungen mit den

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 683 13

Bewirtschaftern von Dauergrünlandflächen auf Grund der "Richtlinie über die Gewährung von Zahlungen für freiwillige Vereinbarungen zur Erhaltung und Entwicklung von Dauergrünland in Naturschutzgebieten, Nationalparken und Biosphärenreservaten" vom 14. 2. 2001 (Nds. MBl. S. 722). Die Richtlinien befinden sich in der Überarbeitung und werden den Anforderungen der EU-Förderperiode 2007 bis 2013 angepasst.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist * / Ansatz	1.744	1.548	1.629	1.556	2.193	2.304	2.728	2.357	2.293
Korrespondierende Einnahmen aus EU **					885				
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					2.193	2.304	2.728	2.357	2.293

* Für 2002 bis 2006: Summe der Ist-Beträge bzw. des Ansatzes bei 1520-683 13 und 1556-683 62.
** Die EU-Erstattungen sind im Kapitel 15 02 Titelgruppen 92 und 93 veranschlagt. Die genauen Jahresbeträge werden im Rahmen der Notifizierung des Programms durch die EU-Kommission bis spätestens 30.06.2007 festgelegt.

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: Aus dem ELER ab 16.10.2006. Die EU-Förderung wurde ab dem Jahr 2000 aufgenommen.

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja bis 15.10.2013

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Erhaltung und Entwicklung von Dauergrünlandflächen in Naturschutzgebieten, Nationalparken, Biosphärenreservaten, Natura 2000-Lebensräumen, Gebieten gem. Artikel 10 der Richtlinie 92/43/EWG, Lebensräumen der in Anhang I der Richtlinie 79/409/EWG aufgeführten und der in Artikel 4 Abs. 2 dieser Richtlinie genannten Vogelarten oder wertvoller Feuchtgrünlandgebiete. Die freiwilligen Leistungen bauen auf den in den jeweiligen Schutzbestimmungen festgelegten Nutzungsregelungen auf. Die Zielsetzung besteht darin, die Bestandssituation europa- oder landesweit gefährdeter Pflanzen- und Tierarten des Grünlandes, insbesondere Natura-2000 Arten, auf Grünlandstandorten nachhaltig zu verbessern. Niedersachsen kommt auf Grund seiner geographischen Lage und seiner spezifischen naturräumlichen Ausstattung eine herausragende Bedeutung zur Schaffung, Sicherung und Entwicklung von Dauergrünland als Standort und Brut-, Rast- und Nahrungslebensraum seltener Pflanzen- bzw. Tierarten zu.

Zielgruppe: Bewirtschafter von Grünlandflächen.

Durchschnittliche Förderhöhe: 2.170 EUR (Bezug: EU-Haushaltsjahr 2005)

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	1.620	560	—	2.180
2008	1.206	560	825	2.591
2009	833	560	825	2.218
2010	—	560	825	1.385
2011 ff.	—	560	1.650	2.210
Summe	3.659	2.800	4.125	10.584

Zu 683 14

Gefördert werden im Rahmen von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen mit Eigentümern oder sonstigen Nutzungsberechtigten freiwillige Leistungen
– zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung von bestimmten Biotoptypen,

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 683 14

– die extensive Bewirtschaftung zur Bereitstellung von Nahrungsgrundlagen für nordische Gastvögel in besonderen Schutzgebieten der EU-Vogelschutzrichtlinie sowie
– Schutzmaßnahmen für Pflanzen- und Tierarten auf Ackerflächen

sowie sonstige naturschutzkonforme Wirtschaftsweisen in fachlich abgegrenzter Gebietskulisse mit besonderem Schutz- und Entwicklungspotenzial für den Arten- und Biotopschutz bzw. im Rahmen von Zuwendungsverträgen mit privaten Waldbesitzern Maßnahmen, die die Schutzfunktion und die ökologische Funktion der Wälder nachhaltig sichern oder verbessern.
Die Mittel für Flächen innerhalb des Nationalparks Wattenmeer und im Biosphärenreservat Nieders. Elbtalaue sind im Ansatz mit enthalten.
Die Zweckbestimmung des Titels wurde erweitert und umfasst alle Agrarumweltmaßnahmen des Naturschutzes mit Ausnahme der Grünlandförderung (s. Titel 683 13). Der Ansatz des Titels 683 67 wurde zum größten Teil hierher verlagert.
Die Verpflichtungsermächtigungen sind für weitere Verträge bzw. Anschlussverträge mit Landwirten bestimmt. Die Verträge sollen im Rahmen des PROLAND-Folgeprogramms soweit wie möglich von der EU mitfinanziert werden. Eine EU-Erstattung setzt den Abschluss von mindestens fünfjährigen Vereinbarungen voraus. Außerdem sollen einjährige Verträge ohne EU-Kofinanzierung für eine bestimmte Vertragsvariante geschlossen werden.
Bzgl. des D-Vermerks für die Verpflichtungsermächtigungen wird auf die Erläuterung zum Titel 683 13 verwiesen.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Fördermaßnahme "Kooperationsprogramm Naturschutz, Teilbereiche Acker, andere Biotope sowie nordische Gastvögel."

Rechtliche Grundlage:
Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 vom 20.09.2005 (Amtsblatt der EG Nr. L 277, S. 1) über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER); Bewirtschaftungsvereinbarungen, Zuwendungsverträge o.Ä. auf Grund der
– Richtlinie über die Gewährung von Zahlungen für freiwillige Vereinbarungen zur Bereitstellung von Rast- und Nahrungsflächen für nordische Gastvögel sowie für Artenschutzmaßnahmen auf Ackerflächen vom 14. 2. 2001 (Nds. MBl. S. 727),
– Richtlinie über die Gewährung von Zahlungen für freiwillige Vereinbarungen zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung von bestimmten Biotoptypen vom 14.02.2001 (Nds. MBl. S. 719) sowie der
– Richtlinie des ML zur Förderung von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der ökologischen Stabilität von Wäldern vom 05.10.2005 (nicht veröffentlicht).

Die Richtlinien befinden sich in der Überarbeitung und werden den Anforderungen der EU-Förderperiode 2007 bis 2013 angepasst.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	710	650	711	819	1.152	1.952	2.159	1.952	1.952
Korrespondierende Einnahmen aus EU *					802				
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					1.152	1.152	1.152	1.168	1.152

* Die EU-Erstattungen sind im Kapitel 15 02 Titelgruppen 92 und 93 veranschlagt. Die genauen Jahresbeträge werden im Rahmen der Notifizierung des Programms durch die EU-Kommission bis spätestens 30.06.2007 festgelegt.

Empfänger:
[x]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: Aus dem ELER ab 16.10.2006. Die EU-Förderung wurde ab dem Jahr 2000 aufgenommen.

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 15.10.2013

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen, die mit dem Schutz und der Verbesserung der Umwelt, der Landschaft und ihrer Merkmale, der natürlichen Ressourcen, der Böden und der genetischen Vielfalt vereinbar ist, Erhaltung der Landschaft und historischer Merkmale auf landwirtschaftlichen Flächen sowie Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Funktion von Wäldern. Die Zielsetzung besteht darin, die Bestandssituation europa- oder landesweit gefährdeter Pflanzen- und Tierarten, insbesondere Natura-2000 Arten, nachhaltig zu verbessern.

Zielgruppe: Bewirtschafter von landwirtschaftlichen Flächen bzw. von Waldflächen.

Durchschnittliche Förderhöhe: (Bezug: EU-Haushaltsjahr 2005)
Biotoppflege: 2.694 EUR,
biologische Vielfalt: (= Maßnahmen für nordische Gastvögel sowie für Artenschutzmaßnahmen auf Ackerflächen) 2.582 EUR,
ökologische Stabilität von Wäldern: 8.225 EUR.

Noch zu 683 14

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	1.155	380	—	1.535
2008	800	380	980	2.160
2009	592	380	980	1.952
2010	—	380	980	1.360
2011 ff.	—	380	1.960	2.340
Summe	2.547	1.900	4.900	9.347

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1520 Naturschutz und Landschaftspflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
684 10-0	332	Zuschüsse für "Natur erleben" an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentliche Einrichtungen) *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1526-119 62, 1526-125 62, 1556-099 10, 1556-119 10 und 1556-272 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 1502 - Ausgabetitelgruppe 95.*	—	100	100	—	—
883 10-2	332	Zuweisungen an Gemeinden oder Gemeindeverbände für Investitionen im Rahmen von "Natur erleben" *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1526-119 62, 1526-125 62, 1556-099 10, 1556-119 10 und 1556-272 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 1502 - Ausgabetitelgruppe 95.*	—	—	—	—	—
893 10-8	332	Zuschüsse an Sonstige für Investitionen im Rahmen von "Natur erleben" *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1526-119 62, 1526-125 62, 1556-099 10, 1556-119 10 und 1556-272 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 1502 - Ausgabetitelgruppe 95.*	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege aus der Spielbankabgabe** *Übertragbar.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(1.545) (410)	(1.055)	(955)	(+100)	(1.065)
429 61-4	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	53
547 61-7	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	228	253	–25	430
632 61-4	332	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Länder	—	—	—	—	—
633 61-0	332	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	35 —	20	20	—	65
681 61-5	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an natürliche Personen	—	—	—	—	13
682 61-1	332	Erstattungen an den NLWKN	—	—	—	—	—
683 61-8	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	7
684 61-4	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentliche Einrichtungen)	1.260 160	532	432	+100	494
883 61-7	332	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	250 250	275	250	+25	—
893 61-2	332	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	—	—	3

ERLÄUTERUNGEN

Zu 684 10

Zuwendungen an Naturschutzvereine oder -verbände für die Förderung von Maßnahmen der Erholung in Natur und Landschaft im Rahmen des Projekts „Natur erleben.“ Bezüglich der Erläuterung der Subventionen und Zuwendungen wird auf die Erläuterungen zum Titel 633 10 verwiesen.

Zu Titelgruppe 61

Es sollen vornehmlich
- spezielle Maßnahmen zur Förderung von Pflanzen und Tieren bedrohter Arten,
- die Unterstützung von Betreuungsstationen für verletzte, kranke, beschlagnahmte und eingezogene Tiere,
- Planungen und Maßnahmen mit Vorbildfunktion für die Erhaltung und Wiederherstellung eines Biotopverbundsystems,
- Maßnahmen mit beispielhaftem Charakter und für Lebensräume von Tieren und Pflanzen stark gefährdeter Arten gemäß den Roten Listen

gefördert werden.
Der bei den weggefallenen Titeln 633 62 und 684 62 bisher ausgebrachte Ansatz i.H.v. 100.000 EUR für „Natur erleben“ ist jetzt beim Titel 633 10 veranschlagt.
Der letzte Satz des Haushaltsvermerks (Von dem Haushaltsansatz der Titelgruppe darf ein Betrag i.H.v. 500 EUR nicht verausgabt werden.) wurde gestrichen.
Aus Titelgruppe 61 können auch Ausgaben für Zwecke geleistet werden, für die in den Titelgruppen 65/66, 67/70, Kapitel 1525 Titelgruppe 63 und 1526 Titelgruppen 61 und 62 Mittel veranschlagt sind.

Zu 547 61

Aus dem Ansatz sind Werkverträge für spezielle Artenschutzmaßnahmen zu zahlen. Aufträge werden in Abstimmung mit dem NLWKN vergeben. Der Ansatz wurde zur Deckung des Mehrbedarfs bei 883 61 gekürzt.

Zu 632 61

Vorsorglich Leertitel, um bei überregionalen Fragen mit anderen Bundesländern kooperieren zu können.

Zu 633 61

Abwicklung bestehender Verträge zur Harzer Bergwiesenpflege.
Die Verpflichtungsermächtigung wird für eine Vereinbarung mit dem Landkreis Goslar zur weiteren Pflege der Harzer Bergwiesen benötigt.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	7	7
2009	—	—	7	7
2010	—	—	7	7
2011 ff.	—	—	14	14
Summe	—	—	35	35

Zu 682 61

Sofern der Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz spezielle Artenschutzmaßnahmen selbst ausführt anstatt einen Auftrag an einen Dritten zu vergeben, werden dem Betrieb die notwendigen Ausgaben aus den in der Titelgruppe 61 veranschlagten Mitteln erstattet.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 684 61

Neben Mitteln für Betreuungsstationen (s.u.) sind Mittel für den landwirtschaftlichen Naturverein (LNV) Rheiderländer Marsch für ein Projekt zum "landwirtschaftlichen Naturschutz" sowie Mittel für die Förderung von Projekten in niedersächsischen Naturparken veranschlagt. Der Ansatz wurde auf Grund der Höhe der Istausgaben der Vorjahre und zur Verstärkung dieser Aufgaben erhöht.
Die Verpflichtungsermächtigung ist i.H.v. 160.000 EUR für Zuwendungen an verschiedene kleinere Betreuungsstationen vorgesehen.
Die Verträge mit den beiden Betreuungsstationen für Wildtiere in Leiferde und Sachsenhagen haben eine Laufzeit bis Ende 2008. Sie verlängern sich um weitere fünf Jahre, wenn sie nicht bis Ende 2007 gekündigt werden. Um von dieser Verlängerungsoption Gebrauch machen zu können, wird die Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 1,1 Mio. EUR benötigt.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Zuwendungen an Betreuungsstationen für verletzt aufgefundene sowie beschlagnahmte und eingezogene besonders geschützte Tiere.

Rechtliche Grundlage:
Artikel 16 Abs. 3 der Verordnung der EG Nr. 338/1997 (Amtsblatt der EG. Nr. L 61 vom 3. 3. 1997, S. 1) §§ 20 g Abs. 4 und 22 Abs. 5 Bundesnaturschutzgesetz (BGBl. 1998, S. 2995); Vereinbarungen zwischen dem Land Niedersachsen und den Betreibern der Betreuungsstationen in Leiferde und in Sachsenhagen sowie Bewilligungsbescheide für verschiedene kleinere Stationen.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	355	277	494	494	432	532	532	532	532
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					432	532	532	532	532

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1988, Dauerförderung zur Erfüllung von Verpflichtungen auf Grund bundes- und EU-rechtlicher Vorschriften durch das Land.

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 31.12.2008, jedoch ist die Verpflichtung, Einrichtungen für verletzt aufgefundene Wildtiere zu benennen und Verwahreinrichtungen für beschlagnahmte und eingezogene Tiere vorzuhalten, dauerhaft zu erfüllen.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Artenschutz: Pflege und Auswilderung von verletzt aufgefundenen besonders geschützten Wildtieren, um die zunehmenden negativen Einflüsse unserer technisierten Umwelt (z.B. Drahtanflüge, Verkehr usw.) auszugleichen.
Tierschutz: Vermeidung unsachgemäßer Pflege verletzt gefundener Tiere.
Verwahreinrichtung für beschlagnahmte und eingezogene Tiere: Zur Durchsetzung der geltenden Artenschutzbestimmungen werden illegal eingeführte oder der Natur entnommene Tiere beschlagnahmt und eingezogen. Die Tiere müssen für die Dauer des Verfahrens artgerecht untergebracht werden.
Verwahreinrichtung für Tiere im Eigentum des Landes Niedersachsen: Unterhaltung und Pflege der in das Eigentum des Landes Niedersachsen übergegangenen besonders geschützten Wildtiere ohne zusätzliche Kosten.
Bildungsarbeit: Der direkte Kontakt zum lebenden Tier bietet einen starken emotionalen Anknüpfungspunkt, um über das Einzelschicksal des Tieres hinaus Verständnis für das Anliegen des Artenschutzes und des gesamten Naturschutzes zu wecken.

Zielgruppe: Vereine und Verbände als Betreiber von Pflege und Betreuungsstationen sowie Einwohner und Gäste, die an umweltpädagogischen Maßnahmen teilnehmen.

Durchschnittliche Förderhöhe: 21.540 EUR (Bezug: Haushaltsjahr 2005)

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 684 61

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	254	160	—	414
2008	220	—	160	380
2009	—	—	220	220
2010	—	—	220	220
2011 ff.	—	—	660	660
Summe	474	160	1.260	1.894

Zu 883 61

Investive Maßnahmen zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft. Der Ansatz wurde zur Deckung der bestehenden und geplanten Rechtsverpflichtungen erhöht. Die Verpflichtungsermächtigung ist für Maßnahmen der Landschaftsentwicklung im Rahmen des PROLAND-Folgeprogramms bestimmt.

Bezüglich der Erläuterung der Subventionen und Zuwendungen wird auf Kapitel 1556 Titelgruppe 62 verwiesen.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	21	250	—	271
2008	24	—	250	274
2009	28	—	—	28
2010	33	—	—	33
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	106	250	250	606

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1520 Naturschutz und Landschaftspflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 65/66		**Bestandserfassungen auf Grund internationaler Verpflichtungen, Naturschutzstationen und ähnliche Maßnahmen des Naturschutzes** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1526-119 62, 1526-125 62, 1556-099 10, 1556-119 10 und 1556-272 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 1502 - Ausgabetitelgruppe 95.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(1.667)	(1.636)	(+31)	(1.122)
517 65-3	332	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	396	347	+49	339
547 65-0	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	30	–30	783
682 65-4	332	Erstattungen an den NLWKN für Bestandserfassungen	—	1.200	1.200	—	—
682 66-2	332	Erstattungen an den NLWKN für Naturschutzstationen	—	71	59	+12	—
TGr. 67/70		**Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen im Bereich Naturschutz und Landschaftspflege** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1526-119 62, 1526-125 62, 1556-099 10, 1556-119 10 und 1556-272 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 1502 - Ausgabetitelgruppe 95.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(2.360) (1.545)	(2.562)	(3.493)	(–931)	(2.247)
511 67-1	332	Geräte für Fachaufgaben	—	—	—	—	—
519 67-2	332	Maßnahmen auf landeseigenen Flächen	—	—	17	–17	2
547 67-6	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	— 945	193	342	–149	481
633 67-0	332	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	625	–625	316
682 67-0	332	Erstattungen an den NLWKN	—	1.000	—	+1.000	—
683 67-7	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	— 300	50	800	–750	248
684 67-3	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentliche Einrichtungen)	—	290	442	–152	297
684 70-3	332	Vertrag mit dem Verein Naturschutzpark e.V. (VNP) für das NSG Lüneburger Heide	1.710 —	342	342	—	341
761 67-8	332	Investive Maßnahmen auf landeseigenen Flächen	—	—	15	–15	250
812 67-1	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	91	—	+91	—
821 67-0	332	Erwerb von Grundstücken	—	—	191	–191	45

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 65/66

In der Titelgruppe 65/66 sind die Haushaltsmittel veranschlagt, die für Bestandserfassungen auf Grund internationaler Verpflichtungen, den Betrieb von Naturschutzstationen und die Bewirtschaftung von Grundstücken erforderlich sind. Die Aufgaben werden vom NLWKN durchgeführt. Die notwendigen Ausgaben werden dem Betrieb aus den in dieser Titelgruppe veranschlagten Mitteln erstattet.

In einigen überregional bedeutsamen Naturschutzgebieten nehmen Naturschutzstationen die Aufgabe wahr, die Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für die auf Dauer zu pflegenden Ökosystemtypen zu koordinieren und zu überwachen sowie die Bevölkerung zu informieren.
Es sind folgende Naturschutzstationen eingerichtet worden:
- Steinhuder Meer
- Dümmer
- Fehntjer Tief
- Unterelbe.

Aus Titelgruppe 65/66 können Ausgaben für Zwecke geleistet werden, für die auch in Titelgruppe 61 Mittel veranschlagt sind.

Zu 517 65

Grundbesitzabgaben für landeseigene Grundstücke der Naturschutzverwaltung. Die Abgaben erhöhen sich, da weitere Grundstücke erworben wurden.

Zu 682 65

Ausgebracht ist der landesweite Bedarf für Bestandserfassungen auf Grund von EU-Verpflichtungen einschließlich des Bedarfs i.H.v. 174.000 EUR für die befristete Beschäftigung von drei Angestellten (2 Verg.-Gr. IIa, 1 Verg.-Gr. IVa BAT) längstens bis 31.12.2007.

Den Bestandserfassungen auf Grund internationaler Verpflichtungen – vor allem EU-Verpflichtungen gem. der Natura 2000-Regelungen sowie der EU-Förderung aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) – liegt ein Konzept zu Grunde, das auf Dauer angelegt ist. Seit 2001 läuft die Inventurphase, zu deren Unterstützung der vorübergehende Einsatz von Titelgruppenpersonal erforderlich ist. Auf dieser Grundlage soll das dauerhafte Monitoring aufbauen. Danach folgt der Dauerbetrieb mit wiederkehrenden Kartierungen und Erfassungen von Arten und Biotoptypen.

Zu 682 66

Veranschlagt ist der Bedarf für Verwaltungsausgaben der Naturschutzstationen. Der Ansatz erhöht sich, da die Ausgaben für Zivildienstleistende und für Miete für die Naturschutzstation Unterelbe bisher bei diesem Titel nicht eingeplant waren. Der zusätzliche Bedarf i.H.v. 12.000 EUR wird vom Titel 547 65 hierher verlagert.

Im Rahmen des LIFE-Projekts "Wiedervernässung der westlichen Dümmerniederung" wurden ein Geländewagen und vier Anhänger beschafft, die in der Naturschutzstation Dümmer weiterhin für das Projekt einzusetzen sind.

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Sonderfahrzeuge	1	1	1
Anhänger	4	4	4
Zusammen	5	5	5

Zu Titelgruppe 67/70

In der Titelgruppe 67/70 sind die Mittel für die Pflege- und Entwicklung und insbesondere Mittel zur Kofinanzierung von Maßnahmen, die mit EU- oder Bundesmitteln durchgeführt werden, veranschlagt.
Die Zweckbestimmung der Titelgruppe erfasst einerseits Maßnahmen in ausgewiesenen Schutzgebieten sowie andererseits Maßnahmen in FFH- und Vogelschutz-Gebieten auch dann, wenn die betreffenden Flächen nicht als Schutzgebiet ausgewiesen sind.
In Gebieten von gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung sowie an Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben für Naturschutz und Landschaftspflege beteiligt sich das Land finanziell an der Förderung des Bundes. Die notwendigen Mittel sind in dieser Titelgruppe veranschlagt.
Außerdem können aus dieser Titelgruppe Zahlungen zur Sicherung der Vogellebensräume auf Grund der EU-Vogelschutzrichtlinie geleistet werden.
Bzgl. der bisher ebenfalls in dieser Titelgruppe veranschlagten Mittel für „Natur erleben“ wird auf die Erläuterungen zu 633 10 verwiesen.
Aus Titelgruppe 67/70 können Ausgaben für Zwecke geleistet werden, für die auch in der Titelgruppe 61 Mittel veranschlagt sind.

Zu 519 67

Die Mittel für Pflegemaßnahmen auf landeseigenen Flächen sind beim Titel 682 67 als Erstattung an den NLWKN mit veranschlagt.

Zu 547 67

Für den Abschluss von Werkverträgen (z. B. fachliche Gutachten, kartographische Darstellungen, Pflegeverträge, Erstellung von Pflege- und Entwicklungsplänen). Der Ansatz wurde auf den Bedarf für bestehende und geplante Verpflichtungen reduziert.
Es ist geplant, auf Grund der Verpflichtungsermächtigung des Jahres 2006 einen Vertrag mit dem BUND zur Pflege und Betreuung von Flächen in zwölf Naturschutzgebieten der Diepholzer Moorniederung, der Ende 2006 ausläuft, zu verlängern.
Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	4	189	—	193
2008	—	189	—	189
2009	—	189	—	189
2010	—	189	—	189
2011 ff.	—	189	—	189
Summe	4	945	—	949

Zu 633 67

Die Mittel für Erstattungen an die unteren Naturschutzbehörden für Maßnahmen der Pflege und Entwicklung schutzwürdiger Flächen sind im Ansatz des Titel 682 67 enthalten.

Zu 682 67

Das Land trägt gem. § 29 Abs. 4 NNatG die erforderlichen Kosten der Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen in Naturschutzgebieten und in Natura 2000-Gebieten. Da die Zuständigkeit für die Anordnung und Durchführung der Maßnahmen grundsätzlich den unteren Naturschutzbehörden obliegt, sind die im Haushaltsplan veranschlagten Mittel in Abstimmung mit dem NLWKN und den unteren Naturschutzbehörden nach Prioritätsgesichtspunkten zu verteilen und für die durchzuführenden Maßnahmen im Einzelfall zur Verfügung zu stellen. Durch die zentrale Veranschlagung wird gewährleistet, dass die Mittel sachgerecht nach den regionsspezifischen Erfordernissen verteilt werden können.
Für die Durchführung dieser Aufgabe werden dem NLWKN die notwendigen Ausgaben erstattet. Der NLWKN erstattet den zuständigen unteren Naturschutzbehörden die notwendigen Kosten der mit ihnen abgestimmten Maßnahmen. Für die landeseigenen Flächen kann der NLWKN Maßnahmen selbst durchführen oder Dritte (z.B. kommunale Gebietskörperschaften, Verbände) beauftragen.

Zu 683 67

Die hier bisher veranschlagten Mittel für öffentlich-rechtliche Vereinbarungen über freiwillige Leistungen zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung von bestimmten Biotoptypen sind jetzt beim Titel 683 14 mit veranschlagt. Entsprechendes gilt für die eingegangen Verpflichtungen.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu 683 67

Der verbliebene Betrag wird zur Deckung der im Jahr 2005 eingegangenen Verpflichtung für ein Projekt zum Schutz des Birkhuhns im Naturschutzgebiet Lüneburger Heide benötigt.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	50	—	—	50
2008	50	—	—	50
2009	50	—	—	50
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	150	—	—	150

Zu 684 67

Kosten der Betreuung und Pflege von Schutzgebieten gem. §§ 29 Abs. 2 und 61 NNatG in Verbindung mit §§ 54 ff. VwVfG durch Naturschutzverbände. Der Ansatz wurde auf den Bedarf für die bestehenden Kooperationsvereinbarungen mit verschiedenen Vereinen und Verbänden zur Pflege und Betreuung von Schutzgebieten reduziert.

Die im Haushaltsjahr 2006 eingeplante Verpflichtungsermächtigung wird nicht bei diesem Titel in Anspruch genommen.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	290	60	—	350
2008	254	60	—	314
2009	254	60	—	314
2010	—	60	—	60
2011 ff.	—	60	—	60
Summe	798	300	—	1.098

Zu 684 70

Mittel für den Vertrag mit dem Verein Naturschutzpark e. V. zur Pflege von Flächen im Naturschutzgebiet Lüneburger Heide.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	342	—	—	342
2008	—	—	342	342
2009	—	—	342	342
2010	—	—	342	342
2011 ff.	—	—	684	684
Summe	342	—	1.710	2.052

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 812 67

Kofinanzierung des Landes für das LIFE-Projekt „Große Pflanzenfresser zur Pflege und zum Erhalt von Küstenheiden."
Bezeichnung des Förderprogramms: Aktionsprogramm LIFE der EU zur Umsetzung, Aktualisierung und Weiterentwicklung der Umweltpolitik

Rechtliche Grundlage: Verordnung (EG) des Europäischen Parlaments und des Rates Nr. 1655/2000 vom 17.07.2000 über ein Finanzierungsinstrument für die Umwelt - LIFE (Amtsblatt der EG Nr. L 192 S. 1).

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	0	0	0	0	88	91	41	41	41
Korrespondierende Einnahmen aus EU *					0	139	0	139	0
Bund					11	11	2	2	0
Sonstige					0	0	0	0	0
Zuschuss					88	91	41	41	41

* Die EU-Erstattungen sind im Kapitel 15 02 Titelgruppe 71 veranschlagt.
Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 01.10.2005

Befristung:
[ ]Nein [ ]Ja, bis 30.09.2009

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Rettung bedrohter Ökosysteme und Arten

Zielgruppe: Bewirtschafter und Besitzer von für den Naturschutz bedeutenden Flächen

Durchschnittliche Förderhöhe: 929.000 EUR

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	91	—	—	91
2008	19	—	—	19
2009	19	—	—	19
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	129	—	—	129

Zu 821 67

Der Ansatz wurde zu Gunsten des Bedarfs bei den Titeln 812 67 und 883 70 gestrichen. Der Titel bleibt zur Buchung von Kosten des Grunderwerbs zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft durch das Land Niedersachsen bestehen.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1520 Naturschutz und Landschaftspflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
883 67-6	332	Zuweisungen für Grunderwerb und andere Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	— 300	124	300	–176	108
883 70-6	332	Zuweisungen an Gemeinden (GV) als Landesanteil an der Bundesförderung für GR-Projekte und E+E-Vorhaben	650 —	445	345	+100	160
893 67-1	332	Zuschüsse zu Ausführungskosten von Flurbereinigungsverfahren und für andere Investitionen an Sonstige im Inland	—	27	74	–47	—
893 70-1	332	Zuschüsse an Sonstige im Inland als Landesanteil an der Bundesförderung für GR-Projekte und E+E-Vorhaben	—	—	—	—	—
TGr. 69		**Maßnahmen des Naturschutzes aus zweckgebundenen Beiträgen Dritter** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 69.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(112)
547 69-2	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	112
686 69-2	332	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	—
761 69-4	332	Investive Maßnahmen	—	—	—	—	—
812 69-8	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
821 69-7	332	Landeseigener Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	—
TGr. 92		**Landeseigene Entwicklungsmaßnahmen für Natur und Landschaft** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 271 92.* **** Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
812 92-2	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
821 92-1	332	Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		100	–100	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 883 67

Grunderwerb durch Kommunen zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft. Die Verpflichtungsermächtigung 2006 wird voraussichtlich nicht zu Lasten dieses Titels sondern zu Lasten des Titels 883 70 verwendet (Stand Juni 2006). Der Ansatz wurde gekürzt, um den Bedarf bei anderen Titeln der Titelgruppe zu decken.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	60	—	60
2008	—	60	—	60
2009	—	60	—	60
2010	—	60	—	60
2011 ff.	—	60	—	60
Summe	—	300	—	300

Zu Titel 883 70 und 893 70:

Landesanteil an der Förderung des Bundes für Projekte von gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung (GR-Projekte) sowie an Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben (E + E-Vorhaben).
Folgende GR-Projekte werden gefördert:

Projekt	Laufzeit	Träger
Hammeniederung	2006	Landkreis Osterholz; Verlängerung bis 2009 ist geplant.
Nieders. Drömling	2012	Landkreise Gifhorn und Helmstedt, Stadt Wolfsburg

Der Ansatz wurde entsprechend dem Bedarf für das fortzuführende Projekt Nieders. Drömling, die geplante Verlängerung des Projekts Hammeniederung sowie ein beantragtes neues Projekt Hannoversche Moorgeest (Region Hannover) erhöht. Die Verpflichtungsermächtigung ist für ein Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben sowie ein geplantes GR-Projekt Grünes Band Eichsfeld-Werratal vorgesehen.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	195	—	—	195
2008	195	—	100	295
2009	195	—	100	295
2010	195	—	100	295
2011 ff.	295	—	350	645
Summe	1.075	—	650	1.725

Zu Titelgruppe 69

Zur zweckentsprechenden Verausgabung von Spenden Dritter für Naturschutzzwecke sowie von Einnahmen auf Grund von Ersatzzahlungen nach § 12b NNatG zur Verbesserung des Zustandes von Natur und Landschaft.

Zu Titelgruppe 92

Einrichtung einer Leertitelgruppe zur Buchung des EU-Anteils an landeseigenen Entwicklungsmaßnahmen für Natur und Landschaft, die im Rahmen des ELER-Programms von der EU kofinanziert werden. Der EU-Anteil kann erst nach der kassenwirksamen Zahlung erstattet werden. Deshalb erfolgt die Zahlung in Höhe des EU-Anteils zunächst aus dieser Titelgruppe. Anschließend wird durch Umbuchung von Kapitel 1502 Titelgruppe 92 bzw. 93 zur Haushaltsstelle 1520-271 92 die Deckung der Ausgaben durch Einnahmen in gleicher Höhe sichergestellt. Der Vorgriff ist zulässig und erforderlich, um Erstattungen auch noch nach Schluss des Haushaltsjahres abwickeln zu können.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1520 Naturschutz und Landschaftspflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 1520					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		4 Personalausgaben	—	—	—	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	70 945	836	989	–153	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	12.030 2.710	9.311	7.732	+1.579	
		7 Baumaßnahmen	—	—	15	–15	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	900 550	962	1.160	–198	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	13.000 4.205	11.109	9.896	+1.213	
		Zuschuss		11.109	9.896	+1.213	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1522 Budgetierung Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		**** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist Buchst. A der Erläuterungen zu Kapitel 15 22 verbindlich.*					
		E I N N A H M E N					
119 01-9	332	Vermischte Einnahmen		141	141	—	147
282 10-6	332	Zweckgebundene Einnahmen und Spenden		—	—	—	65
381 10-4	990	Zuführung von Kapitel 15 02 Titel 981 63		544	544	—	495
		Titelgruppe(n)					
TGr. 65		**Forschungs- und ähnliche Aufträge Dritter**		(137)	(—)	(+137)	(214)
119 65-5	332	Vermischte Einnahmen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		—	—	—	1
282 65-3	332	Erstattungen Dritter *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		137	—	+137	213
		A U S G A B E N					
422 01-3	332	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets *Übertragbar.*	—	832	851	–19	164
422 19-6	332	Altersteilzeitzuschläge *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
425 01-2	332	Vergütungen der Angestellten *Übertragbar.*	—	—	—	—	660
426 01-9	332	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter *Übertragbar.*	—	—	—	—	26
429 10-7	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben *Übertragbar.*	—	53	53	—	68
546 01-4	332	Vermischte Ausgaben *Übertragbar.*	—	749	749	—	675
812 10-5	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	10	10	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 65		**Forschungs- und ähnliche Aufträge Dritter** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 65 und 282 65.*	(—)	(137)	(—)	(+137)	(189)
429 65-4	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	30	—	+30	47
547 65-7	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	107	—	+107	142
812 65-2	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 1522

A. Verbindliche Erläuterungen - Regelungen für die Budgetierung der Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz

Für die Titel 422 01, 422 19, 425 01, 426 01, 429 10, 546 01 und 812 10 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:

a) Alle Titel sind gegenseitig deckungsfähig.
b) Die Ausgaben
   - erhöhen sich um 50 % der Mehreinnahmen und vermindern sich um die Mindereinnahmen bei Titel 119 01,
   - dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Titel 282 10,
   - erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 381 10.
c) Bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 37 LHO dürfen überplanmäßige Ausgaben geleistet werden. Die insoweit erforderlichen Einwilligungen des MF gelten als erteilt. Diese Mehrausgaben sind auf die nächstjährige Bewilligung als Vorgriff anzurechnen.
d) Für eingegangene Verpflichtungen und nicht abgeflossene Ausgabereste aus Vorjahren werden Ausgabereste gebildet und übertragen. Nicht belegte Haushaltsmittel werden in Höhe von 80 v. H. übertragen.

B. Unverbindliche Erläuterungen

1. Rechtsgrundlage

Die Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz wurde 1981 durch Kabinettsbeschluss als Norddeutsche Naturschutzakademie gegründet [(Nds. MBl. 10/1981, S. 364) mit den Änderungsbeschlüssen vom 11.2.1988 (Nds. MBl. S. 247), 13.12.1988 (Nds. MBl. 1/1989 S. 16), 4.9.1990 (Nds. MBl. 34/1990 S. 1188) und 17.10.1995 (Nds. MBl. 39/1995 S. 1213)]. Gemäß Errichtungsbeschluss verfolgt sie als nicht rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

2. Aufgaben

Die Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz nimmt in Zusammenarbeit mit den Universitäten und Hochschulen, den Dienststellen der niedersächsischen Naturschutzverwaltung und anderen entsprechenden Einrichtungen des In- und Auslandes, insbesondere der im Beirat vertretenen Bundesländer, folgende Aufgaben wahr:
- Aus- und Weiterbildung der mit Aufgaben des Naturschutzes und der Landschaftspflege befassten Personen, indem sie Lehr- und Fortbildungsveranstaltungen in Form von Lehrgängen, Seminaren und Tagungen durchführt,
- Mitwirkung bei der Ausbildung der Landespfleger, indem sie Praktikantenplätze bereitstellt und ergänzende Lehrveranstaltungen durchführt,
- Förderung des Austauschs von Erkenntnissen und Erfahrungen auf dem Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftspflege, indem sie Fachseminare und wissenschaftliche Tagungen durchführt,
- Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Herausgabe fachbezogener Veröffentlichungen,
- Förderung der wissenschaftlichen Forschung, indem sie Forschungsvorhaben bei den dazu geeigneten wissenschaftlichen Einrichtungen anregt und unterstützt,
- Durchführung eigener Forschungsvorhaben auf den ihr zur Verfügung gestellten Grundstücken des Vereins Naturpark Hamburg-Stuttgart e. V. und im Naturschutzgebiet “Lüneburger Heide“,
- Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres in Niedersachsen.

3. Verwaltungsaufbau

Die Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz ist unmittelbar dem Nds. Umweltministerium nachgeordnet und hat ihren Sitz auf Hof Möhr im Außenbereich der Stadt Schneverdingen. Der Veranstaltungsbetrieb wird weitestgehend im Camp Reinsehlen (Schneverdingen) durchgeführt. Der Fachbereich FÖJ ist als Außenstelle der Akademie in Hildesheim angesiedelt.

4. Budgetierungsmodell

Für das Budget der NNA sind Produktbereiche gebildet worden, die sich in Produktgruppen und weiter in Produkte untergliedern. Die Produktbereiche sind: Bildung, Beratung und Information, Projekte und Forschungsförderung. Die Gesamteinnahmen und -ausgaben für das FÖJ (Produktbereich Projekte und Forschungsförderung) sind im Kap. 15 02 TGr. 63 veranschlagt. Die Ausgaben, die die NNA für die Abwicklung des FÖJ leistet, werden als haushaltstechnische Verrechnung an das Kap. 15 22 abgeführt (siehe Erläuterung zu Titel 381 10).
Einheit der Leistungsmenge im Produktbereich Bildung ist der Teilnehmertag und für den Produktbereich Beratung und Information, Produktgruppe Publikationen, die Seite.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 1522

Kalkulationsgrundlage des Budgets

Produktgruppen	Leistungsmenge	Sollausgabe	Gesamtsoll	Leistungsmenge (Soll) 2006	Sollausgabe 2006	Leistungsmenge (Ist) 2005	Istausgabe 2005
	(a)	(b)	(a) x (b)	(c)	(d)	(e)	(f)
Produktbereich Bildung							
Zentrale Naturschutzthemen	1.450	64	92.800	1.876	47	1.231	86
Arten- und Biotopschutz	1.100	167	183.700	1.008	101	999	184
Recht, Gesetz, Vollzug	450	270	121.500	286	199	414	289
Kommunikation	980	220	215.600	882	261	1.112	193
Landnutzung, Regionalentwicklung	300	170	51.000	1.052	212	379	160
Boden, Wasser, Luft	580	170	98.600	552	185	532	166
Sonstige Themen	700	120	84.000	688	57	662	157
Produktbereich Beratung und Information							
Publikationen	897.500	0,08	71.800	994.954	0,04	879.800	0,11
NSG Lüneburger Heide: Fachberatung und Koordination		48.000	48.000		57.200		18.164
Öffentlichkeitsarbeit: Internetauftritt, Naturschutzinformation Hof Möhr, Ausstellungen usw.		83.000	83.000		83.405		109.000
Produktbereich Projekte und Forschungsförderung							
Eigene Projekte		50.000	50.000		59.000		25.173
FÖJ		544.000	544.000		560.000		513.924
Drittmittelprojekte		137.000	137.000		0		118.000
Summe			1.781.000				

Finanzierungsplan

Produktgruppen	Gesamtsoll	Einnahmen	Zuschussbedarf
Produktbereich Bildung			
Zentrale Naturschutzthemen	92.800	15.500	77.300
Arten- und Biotopschutz	183.700	16.500	167.200
Recht, Gesetz, Vollzug	121.500	14.200	107.300
Kommunikation	215.600	21.800	193.800
Landnutzung, Regionalentwicklung	51.000	6.800	44.200
Boden, Wasser, Luft	98.600	11.000	87.600
Sonstige Themen	84.000	29.200	54.800
Produktbereich Beratung und Information			
Publikationen	71.800	14.000	57.800
NSG Lüneburger Heide: Fachberatung und Koordination	48.000	0	48.000
Öffentlichkeitsarbeit: Internetauftritt, Naturschutzinformation Hof Möhr, Ausstellungen usw.	83.000	0	83.000
Produktbereich Projekte und Forschungsförderung			
Eigene Projekte	50.000	12.000	38.000
FÖJ	544.000	544.000	0
Drittmittelprojekte	137.000	137.000	0
Summe	1.781.000	822.000	959.000

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 1522

5. Ziele der Akademie für das Haushaltsjahr 2007

5.1 Allgemeine Ziele

Die Akademie konzentriert sich auf ihre Kernaufgaben „Naturschutzinformation“, „Naturschutzbildung“ und im Bereich „Forschung“ auf die Koordination und das Management anwendungsbezogener Naturschutzprojekte auf wissenschaftlichem Niveau. Daneben bietet sie fachgebietsübergreifende Veranstaltungen an und wirkt als Dienstleister im Bereich „Nachhaltige Entwicklung“. Das Dienstleistungsangebot muss bedarfsgerecht und unter Einbeziehung des Zuschusses des Landes kostendeckend sein. Einnahmen werden vor allem erzielt aus Teilnehmergebühren, dem Verkauf eigener Publikationen sowie durch eingeworbene Fördermittel.
Zusätzlich eingeworbene Finanzmittel können sowohl im Sach- als auch im Personalhaushalt eingesetzt werden.

5.2 Ziele im Produktbereich Bildung

Die Akademie führt eine der aktuellen Bedarfssituation entsprechende Palette von Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen durch mit dem Ziel, die Fachkompetenz und Motivation der amtlich oder ehrenamtlich im Natur- und Umweltschutz Tätigen zu stärken und den Kenntnis- und Erfahrungsaustausch im Naturschutz zu fördern. Die Hauptzielgruppen sind Mitarbeiter der Naturschutz- und Umweltverwaltung, der mit Natur- und Umweltschutz befassten übrigen Verwaltungen sowie Multiplikatoren und Entscheidungsträger.
Dem wachsenden Bedarf nach qualifizierten Naturführungen in Großschutzgebieten trägt die Akademie Rechnung, in dem sie im Haushaltsjahr 2007 mit dem Lehrgang zur/m „Zertifizierten Natur- und Landschaftsführer/in“ erstmals ein spezielles Fortbildungssegment zur Qualifizierung von Natur- und Landschaftsführern anbietet.
Es werden weiterhin Veranstaltungen in Kooperation mit diversen Partnern angeboten. Besondere Bedeutung hat hierbei die langfristige Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Studieninstitut für kommunale Verwaltung, die auch 2007 verstärkt weitergeführt wird, sowie die Kooperation mit anderen staatlich getragenen Umweltbildungsstätten aus den norddeutschen Bundesländern. Die länderübergreifende Kooperation, deren Ausgestaltung weiter entwickelt werden soll, dient der Optimierung des Dienstleistungsangebotes und zielt langfristig auf die Ausnutzung möglicher Synergieeffekte.

5.3 Ziele im Produktbereich Beratung und Information

Die Akademie stellt für das Fachpublikum im amtlichen, ehrenamtlichen und privaten Natur- und Umweltschutz und für die breite Öffentlichkeit (insbesondere alle wichtigen Gruppen entsprechend dem Teil III der Agenda 21) im Rahmen ihrer definierten Aufgabenbereiche umfassende Naturschutzinformationen bereit. Wie in den Vorjahren wird angestrebt, Zuschüsse für die Erstellung von Publikationen einzuwerben. Die im Jahr 2005 auf das Corporate Design des Landes Niedersachsen umgestellte Website wird zunehmend genutzt (ca. 40.000 Besuche).

5.4 Ziele im Produktbereich Projekte und Forschungsförderung

Unter Einwerbung von Drittmitteln und in Kooperation mit niedersächsischen Universitäten und Fachhochschulen unterstützt die Akademie vorrangig anwendungs- und handlungsorientierte Projekte, die für den Naturschutz in Niedersachsen gewinnbringend genutzt werden können. Die Tätigkeit der Akademie konzentriert sich hierbei überwiegend auf die Bereiche Projektmanagement und Koordination. Das Naturschutzgebiet Lüneburger Heide, in dem die Akademie Forschungsvorhaben koordiniert und Daueruntersuchungen durchführt, bildet einen Handlungsschwerpunkt, dem im Zuge der Konzeption und Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung in Niedersachsen und aufgrund der Lage im sog. Ziel-1-Gebiet in den nächsten Jahren eine besondere Bedeutung zukommt.

5.5 Ziele im Produktbereich Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ)

Die Akademie koordiniert die Durchführung des FÖJ in Niedersachsen, betreut und anerkennt die Einsatzstellen, führt Bewerbungsverfahren und die Betreuung der Teilnehmenden durch. Für 175 junge Menschen, die in ca. 135 Einsatzstellen tätig sind, werden die gesetzlich vorgeschriebenen 25 Seminartage durchgeführt (4.375 Teilnehmertage). Bei steigender Zahl anerkannter Einsatzstellen soll die Qualität des Einsatzes durch Beratung und Schulung der Betreuer in den Einsatzstellen auf hohem Niveau stabilisiert werden.

Zu 119 01

Einnahmen zur Finanzierung der Produktbereiche Bildung sowie Beratung und Information.

Zu 381 10

Zuführung von Personal- und Sachkosten für die pädagogische Betreuung der FÖJ-Teilnehmerinnen und FÖJ-Teilnehmer und die verwaltungsmäßige Abwicklung des FÖJ.

Zu 429 65

Mittel zur Finanzierung einer unbefristeten Einstellung nach Verg.-Gr. IIa BAT mit der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit bei Übernahme auf eine planmäßige Stelle zum 01.01.2009.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1522 Budgetierung Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 1522					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		141	141	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		137	—	+137	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		544	544	—	
		Summe der Einnahmen		822	685	+137	
		4 Personalausgaben	—	915	904	+11	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	856	749	+107	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	10	10	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.781	1.663	+118	
		Zuschuss		959	978	–19	

E R L Ä U T E R U N G E N

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1524 Nationalpark Harz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-5	332	Gebühren und tarifliche Entgelte		12	12	—	0
112 01-1	332	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		1	1	—	1
119 01-6	332	Vermischte Einnahmen		5	5	—	1
124 01-0	332	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		55	55	—	—
125 64-4	332	Erlöse aus Waldbehandlung und Wildbestandsregulierung		1.700	1.800	–100	—
132 01-2	332	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		2	2	—	—
232 01-7	332	Erstattung von Personalausgaben durch das Land Sachsen-Anhalt		—	24	–24	22
282 10-3	332	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland		2	2	—	—
282 65-0	332	Sonstige Zuschüsse (Beiträge) Dritter zur Förderung des Jugendwaldeinsatzes *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		30	30	—	—
282 69-3	332	Zweckgebundene Beiträge Dritter aus dem Inland *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 69.*		—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Durchführung von Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen**		(9)	(9)	(—)	(9)
235 61-0	332	Sonstige Zuweisungen von der Bundesagentur für Arbeit für Aushilfskräfte *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		1	1	—	—
282 61-8	332	Zweckgebundene Beiträge Dritter aus dem Inland *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		8	8	—	9
TGr. 62		**Informations- und Öffentlichkeitsmaßnahmen**		(6)	(6)	(—)	(17)
119 62-8	332	Einnahmen aus Veröffentlichungen und sonstige Verwaltungseinnahmen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.* **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		5	5	—	17
125 62-8	332	Erlöse aus der Übertragung von Nutzungsrechten an Dritte *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		1	1	—	0
		A U S G A B E N					
412 10-4	332	Entschädigung für die ehrenamtlich tätigen Beiratsmitglieder	—	—	2	–2	1
422 01-0	332	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	4.945	4.975	–30	193
422 19-3	332	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-0	332	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	318

E R L Ä U T E R U N G E N

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 1524

Die Landesregierungen von Niedersachsen und Sachsen-Anhalt haben mit Wirkung vom 01.01.2006 den niedersächsischen Nationalpark „Harz“ und den sachsen-anhaltischen Nationalpark „Hochharz“ unter einer einheitlichen Verwaltung zusammengeführt und die „Nationalparkverwaltung Harz“ als gemeinsame Behörde der Länder Niedersachsen und Sachsen-Anhalt eingerichtet. Diese nimmt die ihr nach dem Gesetz über den Nationalpark „Harz (Niedersachsen)“ (NPGHarzNI) vom 19.12.2005 (GVBl. S. 446) und nach dem Gesetz über den Nationalpark „Harz (Sachsen-Anhalt)“ übertragenen Aufgaben wahr.

Im Kap. 1524 sind die Mittel veranschlagt, die durch das Land Niedersachsen für die Aufgaben der „Nationalparkverwaltung Harz“ bereitgestellt werden.

Die „Nationalparkverwaltung Harz“ hat ihren Sitz in Wernigerode und eine Außenstelle in Sankt Andreasberg, Ortsteil Oderhaus.

Ziel der Zusammenführung der beiden Nationalparke ist, die Einzigartigkeit des Naturraums Harz durch einen einheitlichen Schutz auf Dauer zu gewährleisten, die Einheitlichkeit und Zusammengehörigkeit des Harzes für die ortsansässige Bevölkerung, die Besucher und die Allgemeinheit erkennbar zu machen und Anstöße für ein gemeinsames regionales Handeln zu geben.

Zu 125 64

Einnahmen aus der Verwertung des im Zuge des Waldumbaus anfallenden Holzes und aus dem Wildbretverkauf. Verringerung des Ansatzes, da aufgrund der Zielsetzung im Nationalpark immer weniger Flächen dem Waldumbau unterliegen.

Zu 232 01

Eine Erstattung der Personalausgaben zwischen den Ländern entfällt; siehe Erläuterung zu Titel 422 01.

Zu 282 69

Vgl. Erläuterungen zur Ausgabetitelgruppe 69.

Zu 125 62

Einnahmen aus der Verwertung von Rechten des Landes, die im Zusammenhang mit dem Nationalpark stehen (z. B. Rechte an einem Signet).

Zu 412 10

Mittel für Entschädigungen einschl. Reisekostenvergütungen der ehrenamtlichen Mitglieder des Nationalparkbeirats (§ 19 NPG-HarzNI) sowie des gemeinsamen wissenschaftlichen Beirats (§ 20 NPGHarzNI).
Nationalparkbeirat und wissenschaftlicher Beirat beraten die Nationalparkverwaltung.

Zu 422 01

Gem. Art. 8 Abs. 1 des Staatsvertrages über die gemeinsame Verwaltung der Nationalparke „Harz (Niedersachsen)“ und „Harz (Sachsen-Anhalt)“ vom 05.01.2006 (Nds. GVBl. S. 68) stellen die Vertragsparteien die Stellen für das Personal, das grundsätzlich länderübergreifend eingesetzt wird, im Verhältnis 1,8 (Niedersachsen) zu 1 (Sachsen-Anhalt) bereit.

Folgende Stellenanteile sind der niedersächsische Beitrag für die Erledigung länderübergreifender Aufgaben:

Wertigkeit	Stellenanteil
Bes.-Gr. A 16	1,00
Bes.-Gr. A 14	0,50
Bes.-Gr. A 13 (höh. D.)	1,00
Bes.-Gr. A 13 (geh. D.)	1,00
Bes.-Gr. A 11	1,45
Bes.-Gr. A 10	4,15
Bes.-Gr. A 9 (geh. D.)	1,00
Verg.-Gr. II a	3,00
Verg.-Gr. V b	1,70
Verg.-Gr. VI b	1,75
Verg.-Gr. VII	3,40
Lohn-Gr. MTW	11,31
Summe	31,26

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1524 Nationalpark Harz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
426 01-6	332	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-2	332	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 39-0	332	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-3	332	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	—	—	—	—
459 01-1	332	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	55	55	—	—
511 01-3	332	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 514 01, 517 01, 518 10, 519 01, 525 01, 527 01, 527 02, 546 01, 547 01, 632 02, Ausgabetitelgruppe 63, Ausgabetitelgruppe 64 und Ausgabetitelgruppe 98/99.*	—	—	39	–39	2
514 01-2	332	Haltung von Dienstfahrzeugen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	10	40	–30	—
517 01-1	332	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	81	96	–15	6
518 10-7	332	Mieten und Pachten *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	44	85	–41	—
519 01-4	332	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	12	20	–8	1
525 01-4	332	Aus- und Fortbildung der Bediensteten *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	4	11	–7	2
527 01-7	332	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	5	–5	—
527 02-5	332	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	1	1	—	—
546 01-1	332	Vermischte Ausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	6
546 02-0	332	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	—
547 01-8	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	—
632 01-5	332	Erstattung von Personalausgaben an das Land Sachsen-Anhalt	—	—	89	–89	42
632 02-3	332	Erstattung von Ausgaben für länderübergreifende Aufgaben an das Land Sachsen-Anhalt *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	445	—	+445	—
684 01-5	332	Zuschüsse zur Unterhaltung von Informationseinrichtungen und zu anderen Zwecken an soziale oder ähnliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
811 01-7	332	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	77	123	–46	—
812 01-3	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 459 01

Leisten Studierende der Hochschulen und Fachhochschulen eines forstlichen Studienganges die vorgeschriebenen Praxissemester in der Nationalparkverwaltung ab, wird aus diesem Titel eine Vergütung in Höhe von 159,39 EUR monatlich im ersten und von 306,78 EUR monatlich im zweiten Praxissemester gezahlt.

Zu 511 01

Beamte und Angestellte, die zum Tragen der Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten einen Dienstkleidungszuschuss (Aufwandsentschädigung) von 17,38 EUR monatlich. Die Aufwandsentschädigung ist steuerfrei im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Zu 518 10

Veranschlagt ist auch der an die Anstalt Niedersächsische Landesforsten zu zahlende Abschreibungsausgleich für der Nationalparkverwaltung zur Nutzung überlassene Gebäude.

Zu 632 01

Eine Erstattung der Personalausgaben zwischen den Ländern entfällt; siehe Erläuterung zu Titel 422 01.

Zu 632 02

Nach Art. 8 Abs. 1 des Staatsvertrages zwischen dem Land Niedersachsen und dem Land Sachsen-Anhalt über die gemeinsame Verwaltung der Nationalparke „Harz (Niedersachsen)“ und „Harz (Sachsen-Anhalt)“ vom 05.01.2006 (Nds. GVBl. S. 68) sollen die für die Erledigung der länderübergreifenden Aufgaben erforderlichen Sachmittel durch das Land Niedersachsen und durch das Land Sachsen-Anhalt im Verhältnis 1,8 zu 1 bereitgestellt werden. Die Mittel werden zentral im Haushaltsplan des Landes Sachsen-Anhalt veranschlagt. Der niedersächsische Anteil wird dem Land Sachsen-Anhalt erstattet.

Entsprechend der Zweckbestimmung wurden die Ansätze bei den jeweiligen Titeln im Kapitel 15 24 gekürzt und die Mittel hierher verlagert.

Zu 684 01

Zahlungen aufgrund von Kooperationsverträgen mit dem BUND zum Betrieb der Nationalparkhäuser Altenau-Torfhaus und St. Andreasberg. Die derzeitigen Vereinbarungen haben eine Laufzeit bis 31.12.2008 (St. Andreasberg) bzw. 31. 12. 2009 (Altenau-Torfhaus). Bisherige Veranschlagung bei Titel 684 62.

Bezüglich der Erläuterung der Subventionen und Zuwendungen wird auf die Erläuterung zu Kapitel 15 25, Titel 633 64, verwiesen.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	153	—	—	153
2008	153	—	—	153
2009	66	—	—	66
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	372	—	—	372

Zu 811 01

	Tsd. EUR
Ersatbeschaffungen:	
2 Transporter, 9-Sitzer	
Grundpreis	49
Sonderausstattung u.a.	13
1 Transporter, Einfach-Kabine	15
Zusammen	77

Als Sonderausstattung für die Transporter ist vorgesehen: Anhängevorrichtung, verstärkte Federung, Allradantrieb, Standheizung.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1524 Nationalpark Harz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
981 11-7	990	Abführung an 13 21 - 381 15	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Durchführung von Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 235 61 und 282 61.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(127)	(184)	(–57)	(146)
429 61-9	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 429 61, 511 61, 519 61, 547 61, 761 61, 531 62, 547 62, 684 62, 812 62, 883 62 und 893 62.*	—	—	—	—	—
511 61-7	332	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse *Vgl. D-Vermerk zu 429 61.*	—	2	2	—	0
519 61-8	332	Maßnahmen auf landeseigenen Flächen *Vgl. D-Vermerk zu 429 61.*	—	53	103	–50	62
547 61-1	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 429 61.*	—	72	79	–7	84
761 61-3	332	Investive Maßnahmen auf landeseigenen Flächen *Vgl. D-Vermerk zu 429 61.*	—	—	—	—	—
TGr. 62		**Informations- und Öffentlichkeitsmaßnahmen** *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 119 62 und 125 62.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(—)	(177)	(–177)	(179)
531 62-6	332	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation *Vgl. D-Vermerk zu 429 61.*	—	—	17	–17	23
547 62-0	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 429 61.*	—	—	7	–7	4
684 62-7	332	Zuschüsse zur Unterhaltung von Informationseinrichtungen und zu anderen Zwecken an soziale oder ähnliche Einrichtungen *Vgl. D-Vermerk zu 429 61.*	—	—	153	–153	152
812 62-5	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen *Vgl. D-Vermerk zu 429 61.*	—	—	—	—	—
883 62-0	332	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände *Vgl. D-Vermerk zu 429 61.*	—	—	—	—	—
893 62-5	332	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland *Vgl. D-Vermerk zu 429 61.*	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Epl. 13 auf Grund des Ankaufs eines Gebäudes in St. Andreasberg. Da eine Nutzungsvereinbarung noch nicht abgeschlossen wurde, wird derzeit kein Ansatz ausgewiesen.

Zu Titelgruppe 61

Im Zuge der Durchführung des Gesetzes über den Nationalpark „Harz (Niedersachsen)“ sind im Nationalpark eine Vielzahl von Pflege- und Entwicklungsarbeiten (§ 11 NPGHarzNI) zu verrichten. Die Kosten trägt gem. § 13 NPGHarzNI i.V.m. § 29 Abs. 4 NNatG das Land. Darüber hinaus führt die Nationalparkverwaltung gem. § 15 Abs. 1 NPGHarzNI eigene wissenschaftliche Untersuchungen durch.

Gemäß dem K-Vermerk sind die in der Titelgruppe veranschlagten Haushaltsmittel in Höhe der veranschlagten Einnahmen erst dann verfügbar, wenn die Einnahme tatsächlich eingegangen ist.

Ausgaben für denselben Zweck sind auch in der Titelgruppe 63 veranschlagt.

Haushaltsmittel für Bestandserfassungen aufgrund internationaler Verpflichtungen sind in Kap. 1520 TGr. 65/66 veranschlagt.

Zu 511 61

Die im Außendienst tätigen Bediensteten erhalten – soweit das Land nicht unentgeltlich Schutzkleidung zur Verfügung stellt – nach Maßgabe der jeweils geltenden Regelungen des MU eine pauschale Aufwandsentschädigung zur Abgeltung von Aufwendungen für die Erstbeschaffung sowie die Reinigung, Unterhaltung und Ersatzbeschaffung von Schutzkleidung.
Die von der Niedersächsischen Landesregierung am 24. 3. 1998 beschlossene Aufwandsentschädigung ist steuerfrei im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Zu 519 61

Für den Nationalpark Harz sind umfangreiche nicht waldbauliche Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen notwendig. Für diese nach § 29 NNatG durchzuführenden Maßnahmen entstehen Planungs- und Durchführungskosten.

Zu 547 61

Zum Abschluss von Werkverträgen zur Vorbereitung von Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen sowie von Maßnahmen zur Bestandslenkung und für wissenschaftliche Untersuchungen.

Zu Titelgruppe 62

Die Informations- und Bildungsarbeit gem. § 17 NPGHarzNI ist zentrale Aufgabe der Nationalparkverwaltung, um ein wachsendes Verständnis der Einwohner und Gäste des Nationalparks für die Naturschutzmaßnahmen zu erreichen.

Gemäß dem K-Vermerk sind die in der Titelgruppe veranschlagten Haushaltsmittel in Höhe der veranschlagten Einnahmen erst dann verfügbar, wenn die Einnahme tatsächlich eingegangen ist.

Zu 531 62

Für die Anfertigung von Informations- und Aufklärungsmaterial sowie die Vorbereitung und Durchführung von Ausstellungen, Informationsveranstaltungen und andere Maßnahmen der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit.
Für Druckwerke mit Herstellungskosten über 2,50 EUR wird ein entsprechendes Entgelt – zuzüglich einer Versandkostenpauschale – erhoben.

Zu 547 62

Mittel für Werkverträge im Zusammenhang mit der Durchführung von Informationsmaßnahmen.

Zu 684 62

Veranschlagung jetzt bei Titel 684 01.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1524 Nationalpark Harz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 63		**Verstärkte Förderung des Naturschutzes** *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(120)	(143)	(–23)	(159)
429 63-5	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
519 63-4	332	Maßnahmen auf landeseigenen Flächen	—	110	133	–23	159
547 63-8	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 63-1	332	Zuweisungen zur Ausstattung und Unterhaltung von Informationseinrichtungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
761 63-0	332	Investive Maßnahmen auf landeseigenen Flächen	—	—	—	—	—
812 63-3	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	10	10	—	—
893 63-3	332	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	—	—	—
TGr. 64		**Waldbehandlung und Wildbestandsregulierung** *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	(—)	(1.423)	(1.477)	(–54)	(—)
429 64-3	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 64-6	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.423	1.477	–54	—
681 64-4	332	Schadensersatzleistungen für Wildschäden u.ä.	—	—	—	—	—
711 64-0	332	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 64-1	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 65		**Jugendwaldeinsatz** *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 282 65.*	(—)	(50)	(50)	(—)	(—)
429 65-1	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 65-4	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	50	50	—	—
TGr. 69		**Maßnahmen des Nationalparks Harz aus zweckgebundenen Beiträgen Dritter** *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 69.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 69-4	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 69-7	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
684 69-4	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 63

Veranschlagt sind Verstärkungsmittel zum Ausgleich des Wegfalls der Förderung von Naturschutzmaßnahmen nach dem Verkauf der Harzwasserwerke.
Ausgaben für denselben Zweck sind auch in den Titelgruppen 61, 62 und 98/99 veranschlagt.

Zu 519 63

Mittel zur Durchführung von Maßnahmen zum Schutz und zur Renaturierung von Biotopen.

Zu Titelgruppe 64

Zu den Aufgaben der Nationalparkverwaltung gehört die Entwicklung von Waldflächen zu Naturdynamikbereichen sowie die Reduzierung des Bestandes jagdbarer Tierarten im Einklang mit der Nationalparkzielsetzung.

Ausgaben im Rahmen der Waldbehandlung fallen an für Holzernte, Samen- und Pflanzenbeschaffung, Bestandsbegründung und -pflege sowie Waldschutz. Darin enthalten sind auch Ausgaben für Maschinen und Geräte, Unternehmereinsätze, Unterhaltung von Wegen und Schutzhütten.

Zur Wildbestandsregulierung gehören alle Ausgaben im Zusammenhang mit der Bejagung, der Hege, der Wildverwertung und der Untersuchung der Wildbestandsentwicklung inklusive jagdlicher Effizienzanalysen.

Zu Titelgruppe 65

Die Jugendlichen werden in einem Jugendwaldheim untergebracht und verpflegt. Daneben werden Jugendwaldeinsätze außerhalb von Jugendwaldheimen und Waldjugendspiele durchgeführt.

Gemäß dem K-Vermerk sind die in der Titelgruppe veranschlagten Haushaltsmittel in Höhe der veranschlagten Einnahmen erst dann verfügbar, wenn die Einnahme tatsächlich eingegangen ist.

Zu Titelgruppe 69

Zur zweckentsprechenden Verausgabung von Spenden Dritter für Zwecke des Nationalparks.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1524 Nationalpark Harz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
761 69-9	332	Investive Maßnahmen auf landeseigenen Flächen	—	—	—	—	—
812 69-2	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik** *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	(—)	(79)	(118)	(–39)	(6)
511 98-6	332	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände (IZN)	—	—	—	—	—
511 99-4	332	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	—	19	19	—	6
525 98-7	332	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das IZN	—	2	2	—	—
525 99-5	332	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch Andere	—	7	7	—	—
538 98-1	332	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an das IZN)	—	28	67	–39	—
538 99-0	332	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	23	23	—	—
547 99-9	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 98-6	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen (IZN)	—	—	—	—	—
812 99-4	332	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
		<u>Abschluss Kapitel 1524</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.781	1.881	–100	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		41	65	–24	
		Summe der Einnahmen		1.822	1.946	–124	
		4 Personalausgaben	—	5.000	5.032	–32	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	1.941	2.283	–342	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	445	242	+203	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	87	133	–46	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	7.473	7.690	–217	
		Zuschuss		5.651	5.744	–93	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 98/99

Ausgaben für spezielle Informations- und Kommunikationstechnik für die Fachaufgaben.
Kosten für die Beschaffung von Lizenzen für das Geographische Informationssystem einschließlich der erforderlichen Schulungen und Wartung sind zentral in Kapitel 15 01 Titelgruppe 63 eingeplant.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1525 Nationalpark Wattenmeer

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-9	332	Gebühren und tarifliche Entgelte		10	12	–2	3
112 01-5	332	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		1	1	—	0
119 01-0	332	Vermischte Einnahmen		1	1	—	3
231 61-8	332	Zuweisungen des Bundes für Forschungsvorhaben		—	—	—	—
282 62-0	332	Zweckgebundene Beiträge Dritter aus dem Inland *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		—	—	—	1
282 63-8	332	Zweckgebundene Beiträge Dritter aus dem Inland *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		—	—	—	—
282 65-4	332	Einnahmen aus Forschungs- und ähnlichen Aufträgen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		—	—	—	77
381 11-3	990	Zuführung von 15 52 - 981 16 für Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Abwasserabgabe		60	—	+60	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 64		**Informations- und Öffentlichkeitsmaßnahmen**		(3)	(3)	(—)	(0)
119 64-8	332	Einnahmen aus Öffentlichkeitsarbeit und sonstige Verwaltungseinnahmen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.* **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.* *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*		1	1	—	0
125 64-8	332	Erlöse aus der Übertragung von Nutzungsrechten an Dritte *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		1	1	—	—
235 64-8	332	Sonstige Zuweisungen von der Bundesagentur für Arbeit für Aushilfskräfte *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		1	1	—	—
282 64-6	332	Sonstige zweckgebundene Beiträge Dritter aus dem Inland *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
412 10-8	332	Entschädigung für die ehrenamtlich Tätige	—	1	1	—	0
422 01-4	332	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudget	—	1.360	1.457	–97	456
422 19-7	332	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-3	332	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	780
426 01-0	332	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	34
427 39-3	332	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 1525

Der Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer ist mit Wirkung vom 1. 1. 1986 eingerichtet worden. Derzeitige Rechtsgrundlage ist das Gesetz über den Nationalpark „Niedersächsisches Wattenmeer" vom 11. 7. 2001 (Nds. GVBl. S. 443), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 03.06.2005 (Nds. GVBl. S. 210). Gemäß § 23 des Gesetzes über den Nationalpark Nieders. Wattenmeer ist die Nationalparkverwaltung eine Landesbehörde.
Im Kapitel 15 25 sind die zur Durchführung der Aufgaben der Nationalparkverwaltung nötigen Einnahmen und Ausgaben – mit Ausnahme der Ausgaben für Bestandserfassungen auf Grund internationaler Verpflichtungen - veranschlagt. Für Bestandserfassungen sind Haushaltsmittel zentral bei Kapitel 15 20 Titelgruppe 65/66 eingeplant.

Zu 111 01

Verwaltungsgebühren und Auslagen nach Ziffer 64 der Allgemeinen Gebührenordnung, insbesondere Gebühreneinnahmen für Befreiungen gem. § 17 des Gesetzes über den Nationalpark „Nieders. Wattenmeer."

Zu 112 01

Geldbußen und Verwarnungsgelder aus Verstößen gegen Naturschutzrecht.

Zu 282 62

Für die Buchung der Kostenbeteiligung Dritter z.B. bei der Erhebung von Umweltdaten.

Zu 282 65

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 65.

Zu 381 11

Zuführung aus der Abwasserabgabe zur Finanzierung einer Stelle der Vergütungsgruppe BAT IIa zur weiteren Betreuung der Küstendatenbank. Der bisher beim NLWKN aus Drittmitteln finanzierte Personalbedarf wird ab 2007 im Kapitel 15 25 ausgewiesen, da die Aufgabe auf Dauer wahrgenommen werden muss und der Schwerpunkt der Aufgabe bei der Nationalparkverwaltung Wattenmeer liegt. Im Stellenplan wurde eine Stelle der entsprechenden Wertigkeit ausgewiesen.

Zu 119 64

Die für die kommerzielle Nutzung des Nationalparkemblems abzuführende Agenturgebühr wird gem. § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO von der Einnahme abgesetzt.

Zu 412 10

Mittel für Entschädigungen (einschl. Reisekostenvergütungen) der ehrenamtlichen Mitglieder des Nationalparkbeirats. Der Nationalparkbeirat berät die Nationalparkverwaltung (§ 27 des Gesetzes über den Nationalpark "Nieders. Wattenmeer").
Außerdem werden aus den veranschlagten Mitteln Entschädigungen an die Mitglieder der Prüfungskommission für die Prüfung von Wattführerinnen und Wattführern gezahlt.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1525 Nationalpark Wattenmeer

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
511 01-7	332	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	33	31	+2	18
514 01-6	332	Haltung von Dienstfahrzeugen *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	—	—	—	6
517 01-5	332	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	8	8	—	7
518 01-1	332	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	87	87	—	82
518 02-0	332	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	—	—	—	2
519 01-8	332	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	—	—	—	7
525 01-8	332	Aus- und Fortbildung der Bediensteten *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	2	2	—	3
527 01-0	332	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	17	17	—	17
546 01-5	332	Vermischte Ausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	—	—	—	2
981 11-0	990	Abführung an 13 21 - 381 15	—	57	57	—	57
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Trilaterales Monitoring- Programm** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 62.*	(—)	(67)	(67)	(—)	(99)
429 62-0	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	1
547 62-3	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	67	67	—	98
812 62-9	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 63		**Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 63.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten Ausgabetitelgruppe 98/99.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(129)	(81)	(+48)	(94)
427 63-6	332	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 427 63, 519 63, 547 63, 684 63, 812 63, 427 64, 531 64, 547 64, 633 64 und 883 64.*	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 511 01

Neben dem allgemeinen Geschäftsbedarf, den Mitteln für Bücher, Fachzeitschriften und Geräte für Fachaufgaben sind Mittel für Dienst- und Schutzkleidung veranschlagt.
Die im Außendienst tätigen Bediensteten erhalten – soweit ihnen das Land nicht unentgeltlich Schutzkleidung zur Verfügung stellt – nach näherer Maßgabe der jeweils geltenden Regelungen des MU eine pauschale Aufwandsentschädigung zur Abgeltung von Aufwendungen für die Erstbeschaffung sowie die Reinigung, Unterhaltung und Ersatzbeschaffung von Schutzkleidung.
Die von der Niedersächsischen Landesregierung am 24. 3. 1998 beschlossene Aufwandsentschädigung ist steuerfrei im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Personenkraftwagen	1	1	1

Zu 517 01

Reinigungskosten für das Dienstgebäude der Nationalparkverwaltung in Wilhelmshaven, Virchowstraße 1.

Zu 518 01

Miete und Nebenkosten für das Dienstgebäude der Nationalparkverwaltung in Wilhelmshaven, Virchowstraße 1.

Zu 525 01

Für Reisekosten insbesondere zu Fortbildungen der NNA.

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13. Die Abführung erhöht sich entsprechend dem Wertzuwachs durch Grunderwerb (Stand Ende 2005).

Zu Titelgruppe 62

Dänemark, Deutschland und die Niederlande haben in der am 13. 11. 1991 anlässlich der 6. trilateralen Regierungskonferenz zum Schutz des Wattenmeeres unterzeichneten Ministererklärung unter Ziffer 33 vereinbart, auf dem Gebiet des Monitorings und der wissenschaftlichen Forschung zusammenzuarbeiten und ein gemeinsames Monitoring-Programm zu entwickeln und durchzuführen.
Dabei in Niedersachsen erhobene Daten werden von der Nationalparkverwaltung aufbereitet, digitalisiert und an die vorhandene zentrale Einrichtung weitergeleitet.
Der Haushaltsvermerk ermöglicht es, dass die beim Titel 282 62 eingehenden Einnahmen für die Zwecke der Titelgruppe zusätzlich zur Verfügung stehen.

Zu Titelgruppe 63

Im Nationalpark ist eine Vielzahl von Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen durchzuführen. Das Land kann die erforderlichen Maßnahmen selbst durchführen oder sie durch Dritte durchführen lassen. Die entstehenden Kosten trägt gem. § 22 Abs. 1 des Nationalparkgesetzes i.V.m. 29 Abs. 4 NNatG das Land.
Für Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen im Nationalpark Wattenmeer sind auch im Kapitel 15 55 Mittel veranschlagt.
Aus dieser Titelgruppe können auch Ausgaben geleistet werden, für die im Kapitel 1520 Titelgruppe 61 Mittel veranschlagt sind (insbesondere spezielle Artenschutzmaßnahmen).

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1525 Nationalpark Wattenmeer

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
519 63-8	332	Maßnahmen auf landeseigenen Flächen *Vgl. D-Vermerk zu 427 63.*	—	8	8	—	7
547 63-1	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 427 63.*	—	66	18	+48	33
684 63-9	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentliche Einrichtungen) *Vgl. D-Vermerk zu 427 63.*	—	55	55	—	54
812 63-7	332	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben *Vgl. D-Vermerk zu 427 63.*	—	—	—	—	—
TGr. 64		**Informations- und Öffentlichkeitsmaßnahmen, sonstige Maßnahmen aus zweckgebundenen Beiträgen Dritter** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 64.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 64, 125 64 und 235 64.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten Ausgabetitelgruppe 98/99.*	(—)	(1.098)	(1.098)	(—)	(1.196)
427 64-4	332	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte *Vgl. D-Vermerk zu 427 63.*	—	—	—	—	—
531 64-6	332	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation *Vgl. D-Vermerk zu 427 63.*	—	64	64	—	32
547 64-0	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 427 63.*	—	24	24	—	14
633 64-3	332	Zuweisungen zur Unterhaltung von Informationseinrichtungen und zu anderen Zwecken an Gemeinden *Vgl. D-Vermerk zu 427 63.*	—	1.010	1.010	—	1.151
883 64-0	332	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden *Vgl. D-Vermerk zu 427 63.*	—	—	—	—	—
TGr. 65		**Forschungs- und ähnliche Aufträge Dritter** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 65.* **** Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(79)
427 65-2	332	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	67
429 65-5	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 65-8	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	12

ERLÄUTERUNGEN

Zu 519 63

Für Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen, insbesondere Instandhaltungspflege von Habitaten zum Erhalt der biologischen Vielfalt sowie für Beschilderungen auf landeseigenen Flächen.

Zu 547 63

Für Werkverträge, Gutachten u. Ä. zur Vorbereitung von Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen sowie für Konzepte und Maßnahmen auf EU-Vogelschutz- und FFH-Flächen.
Gemäß § 9 Abs. 2 Satz 2 des Nationalparkgesetzes ist die Besatzmuschelfischerei nur im Rahmen eines Bewirtschaftungsplans zulässig. Unter der Federführung des ML wurde 1998 ein Miesmuschelmanagementplan auf der Grundlage der Entschließung des Nieders. Landtags vom 08.10.1997 erarbeitet. Dieser Managementplan wurde im Einvernehmen zwischen ML und MU als Bewirtschaftungsplan für die Dauer von fünf Jahren fortgeschrieben. Der Mehrbedarf ist im Wesentlichen für die Überprüfung, die laufende Fortschreibung und Aktualisierung des Plans erforderlich.
Zugleich sind nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs im Rahmen der Erteilung von Lizenzen für die Muschelfischerei Verträglichkeitsuntersuchungen gem. Artikel 6 Abs. 3 der FFH-Richtlinie durchzuführen, damit negative Auswirkungen auf das von der Muschelfischerei betroffene FFH-Gebiet aus wissenschaftlicher Sicht ausgeschlossen werden können.

Zu 684 63

Zuwendungen für Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen.
Für die Absicherung der Betreuung zentraler Bereiche des Nationalparks Nieders. Wattenmeer durch Verbände (insbesondere Mellumrat e.V. und Wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft für Natur- und Umweltschutz - WAU) wurden auf Grund der VE 2003 Anschlussverträge für die Jahre 2004 bis 2008 zur Fortsetzung der Zusammenarbeit abgeschlossen.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	52	—	—	52
2008	52	—	—	52
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	104	—	—	104

Zu Titelgruppe 64

Die Mittel sind für die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit gemäß § 20 des Nationalparkgesetzes bestimmt. Zu diesem Zweck beteiligt sich das Land an den Kosten für den Betrieb von Informationszentren im Nationalpark. Daneben werden Ausstellungen, Informationsveranstaltungen und sonstige Öffentlichkeitsmaßnahmen durchgeführt.
Nach dem Haushaltsvermerk dürfen die über den veranschlagten Betrag hinaus erzielten Einnahmen bzw. beim Titel 282 64 sämtliche Einnahmen für die Zwecke der Titelgruppe verwendet werden.

Zu 531 64

Zur Vorbereitung und Durchführung von Ausstellungen, Informationsveranstaltungen und anderen Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit.
Herausgabe von Informations- und Aufklärungsmaterial.
Für Druckwerke mit Herstellungskosten über 2,50 EUR wird ein entsprechendes Entgelt – zuzüglich einer Versandkostenpauschale – erhoben.

Zu 547 64

Zum Abschluss von Werkverträgen zur Vorbereitung von Informationsmaßnahmen.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 633 64

Auf Grund des besonderen Landesinteresses an gut ausgestatteten und funktionsfähigen Informationszentren ist mit den Trägern der Informationseinrichtungen im Nationalpark jeweils eine Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen worden, nach der das Land sich an der Unterhaltung jährlich mit einer pauschalen Förderung der Personalkosten beteiligt.

Nationalparkhaus bzw. -zentrum in	Träger	Ablauf der Verwaltungsvereinbarung
Baltrum	Gemeinde Baltrum	31. 12. 2011
Borkum	Stadt Borkum	31. 12. 2011
Carolinensiel	Stadt Wittmund	31. 12. 2010
Cuxhaven	Stadt Cuxhaven	31. 12. 2011
Dangast	Stadt Varel	31. 12. 2011
Dornumersiel	Samtgemeinde Dornum	31. 12. 2011
Dorum-Neufeld	Samtgem. Land-Wursten	31. 12. 2010
Fedderwardersiel	Gemeinde Butjadingen	31. 12. 2010
Greetsiel	Gemeinde Krummhörn	31. 12. 2010
Juist	Gemeinde Juist	31. 12. 2012
Norden-Norddeich	Stadt Norden	31. 12. 2010
Norderney	Stadt Norderney	31. 12. 2010
Wangerooge	Gemeinde Wangerooge	31. 12. 2011
Wilhelmshaven	Stadt Wilhelmshaven	31. 12. 2010

Bezeichnung des Förderprogramms:
Zuwendungen zur Förderung von Informationseinrichtungen in den Niedersächsischen Nationalparken und Biosphärenreservaten (Großschutzgebiete).

Rechtliche Grundlage:
Verpflichtung der Verwaltungen der Großschutzgebiete zur Unterhaltung von Einrichtungen für die Informations- und Bildungsarbeit und zur Zusammenarbeit mit Kommunen (§ 7 Abs. 1 und 3 des Gesetzes über den Nationalpark Harz; § 20 des Gesetzes über den Nationalpark „Niedersächsisches Wattenmeer; § 33 des Gesetzes über das Biosphärenreservat „Niedersächsische Elbtalaue“); Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Informationseinrichtungen in den Nieders. Nationalparken und Biosphärenreservaten vom 24.02.2005 (Nds. MBl. S. 426), geändert durch RdErl. vom 22.07.2005 (Nds. MBl. S. 618).

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz *	1.346.506	1.396.951	1.396.951	1.396.951	1.297.000	1.297.000	1.297.000	1.297.000	1.297.000
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					1.297.000	1.297.000	1.297.000	1.297.000	1.297.000

* Für den Nationalpark Harz sind die Ansätze bei Kapitel 15 24 Titel 684 01 und für das Biosphärenreservat Nieders. Elbtalaue bei Kapitel 15 26 Titel 684 62 ausgebracht.

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1988

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 31.12.2010

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Dem Land obliegt in seinen Nationalparken und dem Biosphärenreservat (Großschutzgebiete) die Informations- und Bildungsarbeit (§ 7 des Gesetzes über den Nationalpark „Harz“; § 20 des Gesetzes über den Nationalpark „Niedersächsisches Wattenmeer; § 33 des Gesetzes über das Biosphärenreservat „Niedersächsische Elbtalaue“). Um die Pflicht zur Informations- und Bildungsarbeit zu erfüllen, beteiligt sich das Land an der Finanzierung der von Kommunen oder anderen Trägern (Vereine oder Verbände) betriebenen Informationseinrichtungen (Informationsstellen, Informationshäuser und Informationszentren).

Zielgruppe: Naturschutzverbände, Gemeinden, Einwohner und Besucher der Großschutzgebiete.

Durchschnittliche Förderhöhe: 73.750 EUR (Stand 2006).

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 633 64

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	1.007	—	—	1.007
2008	1.007	—	—	1.007
2009	1.007	—	—	1.007
2010	1.007	—	—	1.007
2011 ff.	593	—	—	593
Summe	4.621	—	—	4.621

Zu 883 64

Zuweisungen für die einheitliche Präsentation des Nationalparks (Gestaltung von Lehrpfaden und Informationshütten).

Zu Titelgruppe 65

Zur Wahrnehmung von Untersuchungen, Gutachten und anderer Aufträge Dritter auf dem Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

Zu 427 65

Zur vorübergehenden Beschäftigung eines Angestellten der Vergütungsgruppe II a g.D. BAT bis längstens 31.12.2006. Die Ausgaben werden von Bremen Ports erstattet. Über eine Verlängerung der Zuweisung eines Angestellten nach Bremen wurde noch nicht entschieden.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1525 Nationalpark Wattenmeer

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik** *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten Ausgabetitelgruppe 63 und Ausgabetitelgruppe 64.*	(—)	(59)	(59)	(—)	(18)
511 98-0	332	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände (IZN)	—	—	—	—	—
511 99-8	332	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	4	4	—	6
525 98-0	332	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das IZN	—	—	—	—	1
525 99-9	332	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch Andere	—	—	—	—	0
538 98-5	332	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an das IZN)	—	46	46	—	4
538 99-3	332	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Andere)	—	3	9	–6	1
547 99-2	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	6
812 98-0	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen (IZN)	—	—	—	—	—
812 99-8	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen sowie Software	—	6	—	+6	—
		<u>Abschluss Kapitel 1525</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		14	16	–2	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1	1	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		60	—	+60	
		Summe der Einnahmen		75	17	+58	
		4 Personalausgaben	—	1.361	1.458	–97	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	429	385	+44	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	1.065	1.065	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	6	—	+6	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	57	57	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	2.918	2.965	–47	
		Zuschuss		2.843	2.948	–105	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 98/99

Ausgaben für spezielle Informations- und Kommunikationstechnik für die Fachaufgaben.
Kosten für die Beschaffung von Lizenzen für das Geographische Informationssystem einschließlich der erforderlichen Schulungen und Wartung werden zentral in Kapitel 15 01 Titelgruppe 63 eingeplant.

Zu 538 98

Für Dienstleistungen des IZN.

Zu 812 99

	2007 in Tsd. EUR
Ergänzungsbeschaffung:	
Mobiles GIS-Gerät	6

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1526 Biosphärenreservat Elbtalaue

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-2	332	Gebühren und tarifliche Entgelte		1	2	–1	1
119 01-3	332	Vermischte Einnahmen		3	1	+2	2
124 01-7	332	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		56	55	+1	57
132 01-0	332	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	—
231 01-8	332	Erstattungen des Bundes für den Zivildienst *Vgl. K-Vermerk zu 427 03.*		3	3	—	4
282 63-1	332	Zweckgebundene Beiträge Dritter aus dem Inland *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Informations- und Öffentlichkeitsmaßnahmen**		(—)	(—)	(—)	(—)
119 62-5	332	Einnahmen aus dem Verkauf von Veröffentlichungen *Vgl. K-Vermerk zu 1502- Ausgabetitelgruppe 95, 1520-633 10, 1520-683 10, 1520-683 12, 1520-683 13, 1520-683 14, 1520-684 10, 1520-883 10, 1520-893 10, 1520- Ausgabetitelgruppe 65/66, 1520- Ausgabetitelgruppe 67/70, Ausgabetitelgruppe 61, Ausgabetitelgruppe 62, 1555-682 12, 1556-631 10, 1556-632 10, 1556-633 10, 1556-637 10, 1556-637 11, 1556-637 12, 1556-685 41, 1556-981 10, 1556-981 11, 1556-981 12, 1556-981 13, 1556-981 14, 1556- Ausgabetitelgruppe 62, 1556- Ausgabetitelgruppe 63/64 und 1556- Ausgabetitelgruppe 80/81/82.* **** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		—	—	—	—
125 62-5	332	Erlöse aus der Übertragung von Nutzungsrechten an Dritte *Vgl. K-Vermerk zu 1502- Ausgabetitelgruppe 95, 1520-633 10, 1520-683 10, 1520-683 12, 1520-683 13, 1520-683 14, 1520-684 10, 1520-883 10, 1520-893 10, 1520- Ausgabetitelgruppe 65/66, 1520- Ausgabetitelgruppe 67/70, Ausgabetitelgruppe 61, Ausgabetitelgruppe 62, 1555-682 12, 1556-631 10, 1556-632 10, 1556-633 10, 1556-637 10, 1556-637 11, 1556-637 12, 1556-685 41, 1556-981 10, 1556-981 11, 1556-981 12, 1556-981 13, 1556-981 14, 1556- Ausgabetitelgruppe 62, 1556- Ausgabetitelgruppe 63/64 und 1556- Ausgabetitelgruppe 80/81/82.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
412 10-1	332	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	12	12	—	12
422 01-8	332	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	654	629	+25	181
422 19-0	332	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-7	332	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	209
426 01-3	332	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	43

E R L Ä U T E R U N G E N

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 1526

Das Biosphärenreservat „Niedersächsische Elbtalaue“ in der unteren Mittelelbe-Niederung wurde durch das Gesetz über das Biosphärenreservat "Niedersächsische Elbtalaue" (NElbtBRG) vom 14. 11.2002 (Nds. GVBl. S. 426), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. 06.2005 (Nds. GVBl. S. 210), ausgewiesen. Es ist Teil des länderübergreifenden UNESCO-Biosphärenreservats „Flusslandschaft Elbe“ der Länder Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein.
Gemäß § 34 Abs. 1 NElbtBRG ist die Biosphärenreservatsverwaltung eine Landesbehörde. Die dafür erforderlichen Haushaltsmittel werden im Kapitel 1526 mit Ausnahme der Ansätze für Erschwernisausgleich, Vertragsnaturschutz und Bestandserfassungen ausgewiesen. Die Mittel für den Erschwernisausgleich nach § 52 Abs. 1 NNatG und den Vertragsnaturschutz nach § 29 Abs. 3 NNatG sind im Kapitel 15 20, Titel 683 12 bzw. 683 13 und 683 14, sowie die Mittel für Bestandserfassungen im Kapitel 15 20, Titelgruppe 65, zentral veranschlagt.

Zu 111 01

Einnahmen der Biosphärenreservatsverwaltung aufgrund der VO über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Leistungen (Allgemeine Gebührenordnung) in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 124 01

Einnahmen aus der Verpachtung landeseigener Naturschutzgrundstücke im Gebiet des Biosphärenreservats.

Zu 231 01

Aufgrund des K-Vermerks dürfen Ausgaben beim Titel 427 03 in Höhe der bei diesem Titel veranschlagten Einnahmen erst dann geleistet werden, wenn die Einnahme eingegangen ist. Mehreinnahmen erhöhen den Ansatz des Ausgabetitels.

Zu 282 63

Vergleiche Erläuterungen zur Ausgabetitelgruppe 63.

Zu 412 10

Veranschlagt sind die Aufwendungen für neun Landschaftswarte sowie für Fahrkostenerstattungen gem. der Geschäftsordnung des Beirates für das Biosphärenreservat.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1526 Biosphärenreservat Elbtalaue

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
427 03-6	332	Beschäftigungsentgelte für Zivildienstleistende *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 231 01.* **** Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	—	15	15	—	11
427 39-7	332	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-0	332	Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung	—	—	—	—	4
511 01-0	332	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	19	31	–12	12
514 01-0	332	Haltung von Dienstfahrzeugen *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	7	7	—	9
517 01-9	332	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	25	21	+4	23
518 01-5	332	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	12	10	+2	11
518 02-3	332	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	2	—	+2	3
525 01-1	332	Aus- und Fortbildung der Bediensteten *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	1	1	—	0
526 02-6	332	Gerichts- und ähnliche Kosten *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	—	—	—	—
527 01-4	332	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	4	—	+4	3
546 05-1	332	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 01.*	—	—	—	—	—
981 11-4	990	Abführung an 13 21 - 381 15	—	251	189	+62	189
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 62, 125 62, 1556-099 10, 1556-119 10 und 1556-272 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 1502 - Ausgabetitelgruppe 95.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(283)	(373)	(–90)	(523)
429 61-6	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben **** Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung hinsichtlich der Zahl und der Wertigkeit der dargestellten Stellen verbindlich.*	—	55	54	+1	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 427 03

Zum K-Vermerk s. Erläuterungen zu Titel 231 01.
Durch den ***-Haushaltsvermerk können abweichend von dem Grundsatz der Jährlichkeit die notwendigen Ausgaben geleistet werden, sofern sichergestellt ist, dass eine spätere Erstattung die geleistete Ausgabe deckt.

Zu 511 01

Neben dem allgemeinen Geschäftsbedarf, den Mitteln für Bücher, Fachzeitschriften und Geräte für Fachaufgaben sind Mittel für Dienst- und Schutzkleidung veranschlagt. 12.000 EUR wurden zu anderen Titeln der Hauptgruppe 5 verlagert (517 01, 518 01, 518 02 und 527 01).
Die im Außendienst tätigen Bediensteten erhalten – soweit ihnen das Land nicht unentgeltlich Schutzkleidung zur Verfügung stellt – nach näherer Maßgabe der jeweils geltenden Regelungen des MU eine pauschale Aufwandsentschädigung zur Abgeltung von Aufwendungen für die Erstbeschaffung sowie die Reinigung, Unterhaltung und Ersatzbeschaffung von Schutzkleidung.
Die von der Niedersächsischen Landesregierung am 24. 3. 1998 beschlossene Aufwandsentschädigung ist steuerfrei im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2006	Soll 2006	Für 2007 erforderlich
Personenkraftwagen	2	2	2
Anhänger	1	1	1
Nutz- und Sonderfahrzeuge	1	1	1
Zusammen	4	4	4

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13. Die Abführung erhöht sich entsprechend dem Wertzuwachs durch Grunderwerb (Stand Ende 2005).

Zu Titelgruppe 61

Zur Erfüllung des Schutzzwecks des Biosphärenreservatsgesetzes (§ 4 NElbtBRG) sind Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen im Rahmen eines Biosphärenreservatsplans durchzuführen. Die entstehenden Kosten trägt gem. § 18 Satz 2 NElbtBRG für Gebietsteil C das Land. Außerdem hat das Land die Kosten für notwendige Maßnahmen auf landeseigenen Flächen aus den hier veranschlagten Mitteln zu tragen.
Für spezielle Artenschutzmaßnahmen, die grundsätzlich auch unter diese Zweckbestimmung fallen, können auch aus Kapitel 1520 Titelgruppe 61 Zahlungen geleistet werden.

Zu 429 61

Zur vorübergehenden Beschäftigung einer bzw. eines Angestellten der Vergütungsgruppe IV a BAT bis längstens 2007.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1526 Biosphärenreservat Elbtalaue

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
517 61-2	332	Grundbesitzabgaben	—	35	30	+5	33
519 61-5	332	Maßnahmen auf landeseigenen Flächen	—	20	20	—	4
547 61-9	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	104	149	–45	168
632 61-6	332	Länder übergreifende Zusammenarbeit	—	—	—	—	—
633 61-2	332	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	25	120	–95	150
761 61-0	332	Investive Maßnahmen auf landeseigenen Flächen	—	—	—	—	—
811 61-8	332	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 61-4	332	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	—	—	—	—	—
821 61-3	332	Erwerb von Grundstücken	—	44	—	+44	164
883 61-9	332	Zuweisungen für Grunderwerb und andere Investitionen an Gemeinden (GV) sowie als Landesanteil an Bundesförderungen	—	—	—	—	—
893 61-4	332	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	—	—	4
TGr. 62		**Informations- und Öffentlichkeitsmaßnahmen** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 62, 125 62, 1556-099 10, 1556-119 10 und 1556-272 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 1502 - Ausgabetitelgruppe 95.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(252)	(332)	(–80)	(147)
429 62-4	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben **** Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung hinsichtlich der Zahl und der Wertigkeit der dargestellten Stellen verbindlich.*	—	57	56	+1	—
531 62-3	332	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation	—	16	17	–1	8
547 62-7	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	45	42	+3	46
684 62-4	332	Zuschüsse zur Unterhaltung von Informationseinrichtungen und zu anderen Zwecken an soziale oder ähnliche Einrichtungen	—	134	217	–83	94
TGr. 63		**Maßnahmen aus zweckgebundenen Beiträgen Dritter** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 63.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 63-2	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 63-5	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 517 61

Grundbesitzabgaben für landeseigene Grundstücke im Gebiet des Biosphärenreservats. Der Bedarf erhöht sich entsprechend dem Flächenzuwachs durch Grunderwerb.

Zu 519 61

Für Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen sowie für Beschilderungen auf landeseigenen Flächen sowie auf Flächen, die der Biosphärenreservatsverwaltung im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren zugeteilt werden.

Zu 547 61

Die Mittel sind vorgesehen für die Erstellung fachplanerischer Grundlagen in Form von Gutachten und Werkverträgen sowie für Effizienzkontrollen. Der Bedarf ist in den ersten Jahren nach Einrichtung des Biosphärenreservats erhöht, um z.B. Aufträge zur Erstellung des Biosphärenreservatsplans (§ 22 NElbtBRV), zum Aufbau eines Dokumentationssystems und für die Kennzeichnung von bestimmten Bereichen, Wegen und Plätzen vergeben zu können.
Der Ansatz wurde zum Ausgleich des Mehrbedarfs insbesondere beim Titel 821 61 reduziert.

Zu 633 61

Für kommunale Maßnahmen im Interesse der Umsetzung des Biosphärenreservats-Gesetzes. Der Ansatz wird reduziert, nachdem die Vereinbarungen mit zwei Landkreisen zur beschleunigten Umsetzung der Ziele des Biosphärenreservats-Gesetzes ausgelaufen sind.

Zu 821 61

Für notwendige Ankäufe zur Sicherung der gesetzlich geforderten Naturdynamikbereiche.

Zu 883 61 und 893 61

Für die Buchung von Zuwendungen an Kommunen bzw. kommunale Betriebe oder Private, soweit diese im Interesse des Biosphärenreservats Maßnahmen durchführen, die die Aufgaben und Tätigkeiten der Biosphärenreservatsverwaltung nach dem NElbtBRG ersetzen oder ergänzen.

Zu Titelgruppe 62

Die Mittel sind für die Informations- und Bildungsarbeit gem. § 33 NElbtBRG bestimmt.
Für spezielle Aufgaben der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit können auch aus Kapitel 15 20 Titelgruppe 61 Zahlungen geleistet werden.

Zu 429 62

Zur vorübergehenden Beschäftigung einer bzw. eines Angestellten der Vergütungsgruppe III BAT bis längstens 2007.

Zu 531 62

Zur Vorbereitung und Durchführung von Ausstellungen, Informationsveranstaltungen und anderen Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit.
Herausgabe von Informations- und Aufklärungsmaterial.
Für Druckwerke mit Herstellungskosten über 2,50 EUR wird ein entsprechendes Entgelt – zuzüglich einer Versandkostenpauschale – erhoben.

Zu 684 62

Betriebskostenzuschuss für das Informationszentrum in Bleckede sowie Zuschüsse zur Förderung von Projekten der Lenkung und Information der Besucher des Biosphärenreservats.
Bezüglich der Erläuterung der Subventionen und Zuwendungen wird auf die Erläuterung zu Kapitel 15 25, Titel 633 64, verwiesen.
Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	94	—	—	94
2008	94	—	—	94
2009	94	—	—	94
2010	94	—	—	94
2011 ff.	94	—	—	94
Summe	470	—	—	470

Zu Titelgruppe 63

Zur zweckentsprechenden Verausgabung von Spenden Dritter für Zwecke des Biosphärenreservats.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1526 Biosphärenreservat Elbtalaue

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(27)	(27)	(—)	(11)
511 98-3	332	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände (IZN) *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 98.*	—	—	—	—	—
511 99-1	332	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 98.*	—	4	10	–6	10
525 98-4	332	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das IZN *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 98.*	—	—	—	—	—
525 99-2	332	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch Andere *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 98.*	—	1	1	—	—
538 98-9	332	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an das IZN) *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 98.*	—	15	15	—	—
538 99-7	332	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Andere) *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 98.*	—	—	—	—	—
547 99-6	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 98.*	—	1	1	—	1
812 98-3	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen (IZN) *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 98.*	—	—	—	—	—
812 99-1	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen sowie Software *Vgl. D-Vermerk zu 1501-511 98.*	—	6	—	+6	—
		<u>Abschluss Kapitel 1526</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		60	58	+2	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		3	3	—	
		Summe der Einnahmen		63	61	+2	
		4 Personalausgaben	—	793	766	+27	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	311	355	–44	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	159	337	–178	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	50	—	+50	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	251	189	+62	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.564	1.647	–83	
		Zuschuss		1.501	1.586	–85	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 98/99

Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnik für die Aufgaben der Biosphärenreservatsverwaltung.
Kosten für die Beschaffung von Lizenzen für das Geographische Informationssystem einschließlich der erforderlichen Schulungen und Wartung werden zentral in Kapitel 15 01 Titelgruppe 63 eingeplant.

Zu 511 99

Für Ersatzbeschaffungen, Wartungs- und Reparaturkosten. Ein Betrag von 6.000 EUR wird zum Titel 812 99 verlagert.

Zu 538 98

Für Dienstleistungen des IZN.

Zu 812 99

	2007 in Tsd. EUR
Ersatzbeschaffung:	
Austausch des Servers	6

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1552 Gewässerschutz und -überwachung; Abwasserbehandlung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
099 95-4	623	Abwasserabgabe *Vgl. K-Vermerk zu 631 10, 632 10, 919 10, 981 10, 981 12, 981 13, 981 14, 981 15, 981 16, Ausgabetitelgruppe 64/65/66, Ausgabetitelgruppe 84, Ausgabetitelgruppe 85/88, Ausgabetitelgruppe 86, Ausgabetitelgruppe 95/96, 1555-682 11, 1555-682 13 und 1555-891 13.*		28.900	25.000	+3.900	36.355
119 01-7	610	Vermischte Einnahmen		153	153	—	231
232 64-6	623	Erstattungen anderer Länder im Rahmen von Maßnahmen zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie *Vgl. K-Vermerk zu 631 10, 632 10, 919 10, 981 10, 981 12, 981 13, 981 14, 981 15, 981 16, Ausgabetitelgruppe 64/65/66, Ausgabetitelgruppe 84, Ausgabetitelgruppe 85/88, Ausgabetitelgruppe 86, Ausgabetitelgruppe 95/96, 1555-682 11, 1555-682 13 und 1555-891 13.*		—	—	—	—
281 84-1	332	Erstattungen für die Bekämpfung von Öl- und chemischen Verunreinigungen im Küstengebiet *Vgl. K-Vermerk zu 631 10, 632 10, 919 10, 981 10, 981 12, 981 13, 981 14, 981 15, 981 16, Ausgabetitelgruppe 64/65/66, Ausgabetitelgruppe 84, Ausgabetitelgruppe 85/88, Ausgabetitelgruppe 86, Ausgabetitelgruppe 95/96, 1555-682 11, 1555-682 13 und 1555-891 13.*		—	—	—	—
359 01-8	950	Zuführung von 51 52 - 919 10 *Vgl. K-Vermerk zu 631 10, 632 10, 919 10, 981 10, 981 12, 981 13, 981 14, 981 15, 981 16, Ausgabetitelgruppe 64/65/66, Ausgabetitelgruppe 84, Ausgabetitelgruppe 85/88, Ausgabetitelgruppe 86, Ausgabetitelgruppe 95/96, 1555-682 11, 1555-682 13 und 1555-891 13.*		—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62		**Einnahmen für Life - Projekt zur Umsetzung der EG - WRRL**		(1.334)	(—)	(+1.334)	(—)
281 61-2	623	Erstattung aus dem Inland *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61/62.*		—	—	—	—
286 61-4	623	Erstattung aus dem Ausland *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61/62.*		—	—	—	—
381 61-7	990	Zuführung von 15 02 - 981 71 *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61/62.*		1.034	—	+1.034	—
381 62-5	990	Zuführung von 15 52 - 981 66 *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61/62.*		300	—	+300	—
TGr. 68		**Flußgebietsgemeinschaft Weser**		(525)	(525)	(—)	(525)
119 68-8	623	Sonstige Einnahmen *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.*		—	—	—	0
232 68-9	623	Einnahmen für die Unterhaltung der FGG Weser *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.*		420	420	—	420
381 68-4	990	Zuführung von 15 52 - 981 13 *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.*		105	105	—	105

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 099 95

Nach dem Abwasserabgabengesetz des Bundes i. d. Neufassung vom 18.01.2005 (BGBl. I S. 114) und dem Niedersächsischen Ausführungsgesetz zum Abwasserabgabengesetz i. d. F. vom 24.3.1989 (Nds. GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.11.2001 (Nds. GVBl. S. 701), voraussichtlich zu erwartendes Aufkommen. Aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe werden Maßnahmen finanziert, die der Erhaltung oder Verbesserung der Gewässergüte dienen (§ 13 Abs. 1 des Abwasserabgabengesetzes).
Für das Haushaltsjahr 2007 wurde der Ansatz unter Berücksichtigung der Ist-Entwicklung in den Jahren 2000 bis 2005 neu berechnet. Auf der Ausgabenseite sind die Erstattungen nach § 10 Abs. 3 des Abwasserabgabengesetzes (633 95 und 671 95) auf dem gleichen Rechenweg dem voraussichtlichen Bedarf angepasst.
Im Haushaltsjahr 2007 sind neben der Ausgabetitelgruppe 95/96 folgende Zweckbestimmungen in den Deckungskreis der Ausgaben einbezogen worden, die aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe finanziert werden:

	2007 in 1000 EUR
– Abführung an die Rücklage AbwAG (1552 - 919 10)	4 000
– Abführungen für den Verwaltungsaufwand - Land	
(1552 - 981 10)	25
(1552 – 981 14)	70
(1552 – 981 15)	377
(1552 – 981 16)	60
– Abführung für das Havariekommando (1552 – 981 12)	180
– Abführung für die FGG Weser (1552 – 981 13)	105
– Gütestelle Nord- und Ostsee (15 52 – 631 10)	20
– Erstattung der Kosten für die ARGE/FGG ELBE (15 52 – 632 10)	210
– Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie (15 52 – TGr. 64 bis 66)	2 900
– Ölunfallbekämpfung (15 52 – TGr. 84)	2 568
– Marpol und Bilgenentölung (15 52 – TGr. 85/88)	263
– Naturnahe Gewässergestaltung (1552 - TGr. 86)	2 100
– Gewässerkundlicher Landesdienst beim NLWKN (15 55 – 682 11 und 891 13)	3 360
– Unterhaltung landeseigener Anlagen (15 55 – 682 13)	4 280
Zusammen	20 518
– Verwendung der Abwasserabgabe (15 52 – TGr. 95/96)	8 382
Summe Deckungskreis Abwasserabgabe	28 900

Der Verwaltungsaufwand für das Land wird nach dem tatsächlichen Aufwand zum Ende des Haushaltsjahres ermittelt und entsprechend abgeführt.
Aus technischen Gründen ist der gesamte Deckungsvermerk bei Titel 631 10 ausgebracht.
Im Haushaltsjahr 2007 wird erstmals ein Betrag und zwar in Höhe von 4,0 Mio. Euro in die Rücklage für Maßnahmen nach § 13 AbwAG eingestellt (siehe Erläuterungen zu 919 10).

Zu Titelgruppe 61/62

Veranschlagt sind die voraussichtlichen Einnahmen für das LIFE-Projekt "WAGriCo" (siehe Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 61/62).

Zu 232 68

Von den für die Flussgebietsgemeinschaft Weser entstehenden Ausgaben werden auf Grund der Verwaltungsvereinbarung erstattet:

	2007 in 1000 EUR
Bremen	105
Hessen	105
Nordrhein-Westfalen	105
Thüringen	105
	420

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 68.

Zu 381 68

Zuführung aus der Abwasserabgabe zur Finanzierung des niedersächsischen Anteils an den Ausgaben der Flussgebietsgemeinschaft Weser.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1552 Gewässerschutz und -überwachung; Abwasserbehandlung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 82		**Havariekommando Fachbereich 3 "Schadstoffunfallbekämpfung Küste"**		(498)	(510)	(–12)	(457)
232 82-4	610	Erstattungen für die Unterhaltung der Sonderstelle *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82/83.*		318	326	–8	307
281 82-5	610	Erstattungen für Maßnahmen der Sonderstelle *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82/83.*		—	—	—	—
381 82-0	990	Zuführung von 15 52 - 981 12 *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82/83.*		180	184	–4	151
		A U S G A B E N					
631 10-9	332	Erstattung der Kosten für die Geschäftsstelle der Gütestelle Nord- und Ostsee *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 099 95, 232 64, 281 84 und 359 01.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 631 10, 632 10, 919 10, 981 10, 981 12, 981 13, 981 14, 981 15, 981 16, Ausgabetitelgruppe 64/65/66, Ausgabetitelgruppe 84, Ausgabetitelgruppe 85/88, Ausgabetitelgruppe 86, Ausgabetitelgruppe 95/96, 1555-682 11, 1555-682 13 und 1555-891 13.*	—	20	20	—	20
632 10-5	332	Erstattung der Kosten für die Überwachung der Reinhaltung von Gewässern *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 099 95, 232 64, 281 84 und 359 01.* *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.*	—	210	207	+3	179
919 10-2	950	Abführungen an 51 52 - 359 10 *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 099 95, 232 64, 281 84 und 359 01.* *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.*	—	4.000	—	+4.000	—
981 10-0	990	Abführung an 13 50 - 381 15 *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 099 95, 232 64, 281 84 und 359 01.* *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.*	—	25	92	–67	19
981 12-6	990	Abführung an 15 52 - 381 82 *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 099 95, 232 64, 281 84 und 359 01.* *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.*	—	180	184	–4	151
981 13-4	990	Abführung an 15 52 - 381 68 *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 099 95, 232 64, 281 84 und 359 01.* *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.*	—	105	105	—	105
981 14-2	990	Abführung an 15 01 - 381 11 für Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Abwasserabgabe *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 099 95, 232 64, 281 84*	—	70	26	+44	65

ERLÄUTERUNGEN

Zu 232 82

Die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern erstatten 64 v. H. der entstandenen Aufwendungen.
Vgl. Erläuterung zu Ausgabe-Titelgruppe 82.

Zu 381 82

Zuführung aus der Abwasserabgabe zur Finanzierung des niedersächsischen Anteils an den Ausgaben des Fachbereichs.

Zu 631 10

Der Bund und die Küstenländer haben ein Verwaltungsabkommen über die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zur Überwachung der Nord- und Ostsee abgeschlossen. Zweck der Arbeitsgemeinschaft ist die Einrichtung eines übergreifenden Bund/Länder-Messprogramms zur Überwachung der Nord- und Ostsee im Bereich des deutschen Festlandsockels und in Bereichen, in denen Deutschland aufgrund internationaler Regelungen zur Überwachung verpflichtet ist. Zur Durchführung dieser Aufgaben ist das Sekretariat Nord- und Ostsee beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrologie in Hamburg eingerichtet worden.
Zur Erfüllung der Aufgaben des Sekretariats werden von den Küstenländern Sachkosten für die Vergabe von Aufträgen an Dritte übernommen (wie Werkverträge für Untersuchungen, Berichte, Drucksachen). Der Anteil Niedersachsens beträgt 20 000 EUR und wird aus der Abwasserabgabe bereitgestellt.

Zu 632 10

Die Reinhaltung der Bundeswasserstraßen obliegt den Anliegerländern. Die in diesem Rahmen erforderliche Güteüberwachung muss bei Wasserstraßen, die mehrere Länder durchfließen, nach einheitlichen Gesichtspunkten ausgerichtet sein. Zur Gewährleistung einer einheitlichen Güteüberwachung der Elbe ist in einer Verwaltungsvereinbarung zwischen den Anliegerländern über die Bildung der Länderarbeitsgemeinschaft Elbe (ARGE Elbe), die am 1. 7. 1993 in Kraft trat, u. a. geregelt, dass diese Länder die Aufwendungen der gemeinsamen Überwachungsstelle mit Sitz in Hamburg tragen.
Außerdem bilden die Länder (im deutschen Teil) des Einzugsgebietes der Elbe für eine länderübergreifende Koordinierung und Abstimmung der Gewässerbewirtschaftung entsprechend der EG-Wasserrahmenrichtlinie die Flussgebietsgemeinschaft Elbe (FGG Elbe) und unterhalten dazu eine Geschäftsstelle in Magdeburg. Die Verwaltungsvereinbarung wurde im März 2004 geschlossen.
Veranschlagt sind die voraussichtlich auf Niedersachsen entfallenden Kostenanteile auf Grund der Verwaltungsvereinbarungen. Die Finanzierung erfolgt aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe.

Zu 919 10

Abführung an die Rücklage für Maßnahmen nach § 13 AbwAG (siehe Erläuterungen zu Kapitel 5152).
Die Abwasserreinigung hat in Niedersachsen inzwischen ein beachtenswert hohes Niveau erreicht. Deshalb werden die Mittel aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe nachhaltig, mittelfristig ("überjährig") bewirtschaftet und ab 2009 gezielt für die Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie eingesetzt. Zu diesem Zweck sollen die nicht in diesem Jahr zur Verausgabung vorgesehenen Mittel in eine Rücklage eingestellt werden.

Zu 981 10

Abführung an 13 50 – 381 15 für Versorgungszuschläge des beamteten Personals, für das Beträge aus 15 52 – 981 14 und 981 15 an andere Kapitel des Einzelplans 15 abgeführt werden.

Zu 981 13

Abführung zur Finanzierung des niedersächsischen Anteils an den Ausgaben der Flussgebietsgemeinschaft Weser.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1552 Gewässerschutz und -überwachung; Abwasserbehandlung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 981 14-2		*und 359 01.* *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.*					
981 15-0	990	Abführung an 15 55 - 381 11 für Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Abwasserabgabe *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 099 95, 232 64, 281 84 und 359 01.* *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.*	—	377	586	–209	324
981 16-9	990	Abführung an 15 25 - 381 11 für Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Abwasserabgabe *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 099 95, 232 64, 281 84 und 359 01.* *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.*	—	60	—	+60	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62		**Life - Projekt zur Umsetzung der EG - WRRL** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 61, 286 61, 381 61 und 381 62.* **** Die nicht durch Einnahmen gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.* *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(1.334)	(—)	(+1.334)	(—)
429 61-0	623	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	136	—	+136	—
459 61-6	623	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	17	—	+17	—
547 61-2	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	191	—	+191	—
547 62-0	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben für Fremdvergaben	—	990	—	+990	—
682 61-7	623	Erstattungen an Landesbetriebe	—	—	—	—	—
686 61-2	623	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	—
687 61-9	623	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland	—	—	—	—	—
812 61-8	623	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
821 61-7	623	Landeseigener Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 981 14

Bei diesem Titel werden die Mittel für die Verwaltungskosten im Umweltministerium für die Erhebung und Verwendung der Abwasserabgabe abgeführt.
Der Verwaltungsaufwand für das Land wird nach dem tatsächlichen Aufwand zum Ende des Haushaltsjahres ermittelt und entsprechend abgeführt.

Zu 981 15

Bei diesem Titel werden die Mittel für die Verwaltungskosten (einschließlich der Kosten für die Fachinformations- und Fachkommunikationstechnik) für die Erhebung und Verwendung der Abwasserabgabe abgeführt.
Der Verwaltungsaufwand für das Land wird nach dem tatsächlichen Aufwand zum Ende des Haushaltsjahres ermittelt und entsprechend abgeführt.

Zu 981 16

Bei diesem Titel werden die Mittel für die Verwaltungskosten zur Bearbeitung der Daten der Küstendatenbank abgeführt.
Der Verwaltungsaufwand für das Land wird nach dem tatsächlichen Aufwand am Ende des Haushaltsjahres ermittelt und entsprechend abgeführt.

Zu Titelgruppe 61/62

Das Life-Projekt "WAGriCo" zur Umsetzung der EG-WRRL wurde für die Jahre 2005 bis 2008 genehmigt. Das Projekt wird gemeinsam mit verschiedenen Landesdienststellen und Einrichtungen im In- und Ausland durchgeführt. Ziel des Projektes ist die Entwicklung von Maßnahmenprogrammen nach EG-WRRL zur Reduktion diffuser Gewässerbelastungen aus der Landwirtschaft. Der Anteil der EU (50 %) wird aus 1502 – 981 71 und der Anteil des Landes Niedersachsen wird aus 1552 - 981 66 aus Mitteln der Abwasserabgabe zugeführt.
Für das Haushaltsjahr 2007 sind die Ansätze gemäß Maßnahmenplanung veranschlagt.
Bezeichnung des Förderprogramms: Aktionsprogramm LIFE der EU zur Umsetzung, Aktualisierung und Weiterentwicklung der Umweltpolitik.

Rechtliche Grundlage: Verordnung (EG) des Europäischen Parlaments und des Rates Nr. 1655/2000 vom 17.07.2000 über ein Finanzierungsinstrument für die Umwelt - LIFE (Amtsblatt der EG Nr. L 192 S. 1).

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz					1.879	1.334	1.234	0	0
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU					1.379	1.034	1.034	0	0
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					500	300	200	0	0

Empfänger:
[ ]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 01.10.2005

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 30.09.2008

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Entwicklung von Maßnahmenprogrammen nach EG-Wasserrahmenrichtlinie zur Reduktion diffuser Nährstoffbelastungen aus der Landwirtschaft (WAGriCo).

Zielgruppe: Bewirtschafter und Projektpartner

Durchschnittliche Förderhöhe: 6.000 EUR

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1552 Gewässerschutz und -überwachung; Abwasserbehandlung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 64 bis 66		**Umsetzung der EG - Wasserrahmenrichtlinie** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 099 95, 232 64, 281 84 und 359 01.* *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.*	(—) (2.300)	(2.900)	(4.241)	(–1.341)	(2.311)
429 64-4	623	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	54	—	+54	68
459 64-0	623	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	—	—	—	—
547 64-7	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	— 2.300	1.448	4.143	–2.695	1.999
633 64-0	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
637 64-6	623	Zuweisungen an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige	—	—	—	—	243
682 64-1	623	Erstattungen an den NLWKN	—	1.000	—	+1.000	—
812 64-2	623	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
981 64-9	990	Abführung an 15 01 - 381 13	—	52	52	—	—
981 65-7	990	Abführung an 15 55 - 381 13	—	46	46	—	—
981 66-5	990	Abführung an 15 52 - 381 62	—	300	—	+300	—
TGr. 68		**Flußgebietsgemeinschaft Weser** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 68.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 232 68 und 381 68.*	(—)	(525)	(525)	(—)	(538)
547 68-0	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	139	–139	295
682 68-4	623	Erstattungen an den NLWKN für Personal- und Sachausgaben	—	525	386	+139	243
TGr. 82/83		**Havariekommando Fachbereich 3 "Schadstoffunfallbekämpfung Küste"** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 82.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 232 82 und 381 82.*	(—)	(498)	(510)	(–12)	(423)
425 82-7	610	Vergütungen der Angestellten	—	250	304	–54	254
459 82-9	610	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	3	3	—	—
547 82-5	610	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	86	84	+2	73
981 82-7	990	Abführung an 13 50 - 381 15	—	37	28	+9	22
981 83-5	990	Abführung an 15 01 - 381 12	—	122	91	+31	74

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 64 bis 66

Ausgaben zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie.
Die Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.10.2000 (Wasserrahmenrichtlinie – WRRL) wurde durch Novelle des Niedersächsischen Wassergesetzes vom 19.02. 2004 (Nieders. GVBl. S. 76, Neubekanntmachung des Gesetzes vom 10.06.2004, Nieders. GVBl. S. 171, zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.2004, Nieders. GVBl. S. 664) und Erlass einer "Niedersächsischen Verordnung zum wasserrechtlichen Ordnungsrahmen" (Umsetzung der Anhänge II und V WRRL) in Landesrecht umgesetzt. Die WRRL beschreibt Ziele einer nachhaltigen Wasserpolitik. Sie verlangt von den Mitgliedsstaaten umfangreiche kontinuierliche Analysen, Messungen sowie Maßnahmenprogramme, um die beschriebenen Umweltziele (guter ökologischer und chemischer Zustand bzw. gutes ökologisches Potential der Oberflächengewässer, guter mengenmäßiger und chemischer Zustand des Grundwassers, schrittweise Reduzierung der Verschmutzung durch prioritäre Stoffe) und sonstige Anforderungen (kostendeckender Wasserpreis, kosteneffiziente Maßnahmenkombinationen) innerhalb eines engen Fristenplanes bis 2015 zu erreichen. Die Arbeitsergebnisse sind in Bewirtschaftungsplänen für die Flussgebiete zusammenzufassen und mit den Wassernutzern und der interessierten Öffentlichkeit zu erörtern. Die ersten Bewirtschaftungspläne, die auch die von der Landesregierung zu verabschiedenden Maßnahmenprogramme beinhalten, sind Ende 2009 zu veröffentlichen. Auf regionaler Ebene erfolgt die Bearbeitung unter enger Einbeziehung der wichtigsten Wassernutzer innerhalb von Gebietskooperationen. Die zur Umsetzung der WRRL erforderlichen Steuerungsmaßnahmen obliegen in Niedersachsen federführend dem Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN). Insbesondere:

- Durchführung der überblicksweisen und operativen Überwachung der Wasserkörper zur Zustandsbeschreibung der Gewässer unter besonderer Berücksichtigung neuer europäischer Qualitätskomponenten
- Fortschreibung der Bestandsaufnahme, weitergehende Beschreibung der Oberflächen- und Grundwasserkörper
- Ermittlung der wichtigen Wasserbewirtschaftungsfragen, Umweltziele und Ausnahmen
- Wirtschaftliche Analyse der Wassernutzungen
- Vorbereitung und Aufstellung von Maßnahmenprogrammen
- Erarbeitung von Bewirtschaftungsplänen für die Einzugsgebiete
- Einbeziehung der Öffentlichkeit
- Erfolgskontrolle.

Anläßlich der Bestandsaufnahme nach Art. 5 WRRL, die im März 2005 der Europäischen Kommission zugeleitet wurde, hat sich ergeben, dass für die überwiegende Anzahl der rd. 1500 Oberflächenwasserkörper und 129 Grundwasserkörper in Niedersachsen eine Maßnahmenplanung erforderlich werden wird. Nach den Ergebnissen der Bestandsaufnahme werden die Umweltziele der WRRL voraussichtlich nur bei rd. 20 % der Oberflächenwasserkörper und rd. 30 % der Grundwasserkörper ohne besondere Maßnahmen erreicht.

Der Ansatz der Titelgruppe (2,900 Mio. EUR) teilt sich auf folgende Positionen auf:

Noch zu Titelgruppe 64 bis 66

Aufgabe	in 1000 Euro
Überblicksweise und operative Überwachung nach Anhang V WRRL (u. a. Untersuchungen zu speziellen, Qualitätskomponenten wie prioritäre Stoffe, Fischfauna, Makrophyten, Phytoplankton, Makrozoobenthos, Hydromorphologie, küstengewässerspezifische Komponenten)	900
Abschluss landeseigener FuE-Vorhaben zur Umsetzung der Anforderungen der EG-WRRL (u. a. Praxistests Bewertungsverfahren, Ausweisung erheblich veränderter Wasserkörper)	200
Koordinierung in den Flussgebietseinheiten und Öffentlichkeitsarbeit (Geschäftsstelle Ems, länderübergreifende und internationale Aufgaben bei grenzüberschreitenden Oberflächen- und Grundwasserkörpern sowie im Bereich der Übergangs- und Küstengewässer)	280
Maßnahmen- und Bewirtschaftungsplanung in den Gebietskooperationen	420
Vorbereitende Arbeiten zur Maßnahmenplanung und Modellvorhaben in Schwerpunktbereichen – Diffuse Belastungen (Grundwasserbeschaffenheit, Einflüsse der Landwirtschaft) – Morphologische Belastungen – Erarbeitung von Programmvorschlägen durch Wassernutzer und anderer sich an der Umsetzung beteiligter Träger	800
Kofinanzierung für das Life-Projekt "WAGriCo" - Landesanteil für 2007	300

Zur Förderung von Maßnahmen im Sinne der EG-WRRL sind bei der Naturnahen Gewässergestaltung (Kapitel 1552 Titelgruppe 86) weitere Haushaltsmittel veranschlagt.
Die Finanzierung erfolgt aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe.

Zu 547 64

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	40	1.300	—	1.340
2008	30	1.000	—	1.030
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	70	2.300	—	2.370

Zu 981 64

Zur Finanzierung von Personalausgaben.

Zu 981 65

Zur Finanzierung von Personalausgaben.

Zu 981 66

Kofinanzierung für das LIFE-Projekt "WAGriCo" - Landesanteil für 2007.

Zu Titelgruppe 68

Zur Koordinierung der Bewirtschaftung der Weser nach den Anforderungen der EG-Wasserrahmenrichtlinie bzw. der hierzu erlassenen nationalen Bestimmungen bilden die Freie Hansestadt Bremen, der Freistaat Bayern, die Länder Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und der Freistaat Thüringen die Flußgebietsgemeinschaft Weser (FGG Weser). Die hierzu abgeschlossene

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 68

Verwaltungsvereinbarung (Nds. MBl. S. 682) ist am 22.07.2003 in Kraft getreten.

Die Finanzierung der Geschäftsstelle, die beim NLWKN eingerichtet ist, wird von der Freien Hansestadt Bremen, den Ländern Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, und dem Freistaat Thüringen zu je einem Fünftel getragen. Der Freistaat Bayern und das Land Sachsen-Anhalt sind auf Grund ihrer Randlage von einer anteiligen Finanzierung freigestellt. Die Einnahmen der anderen Länder sind bei 232 68 veranschlagt, der Anteil des Landes Niedersachsen bei 381 68.

Zu 682 68

Erstattung der Personalausgaben an den NLWKN.

Im Kapitel 15 55 sind für die Geschäftsstelle der FGG Weser in der Anlage zum Wirtschaftsplan folgende Stellen mit enthalten:

	Für das Haushaltsjahr 2006 waren durchschnittlich erforderlich	Für das Haushaltsjahr 2007 sind durchschnittlich erforderlich
Angestellte		
Technischer Dienst		
Verg.-Gr. I a		1
Verg.-Gr. I b	1	
Verg.-Gr. III	2	2
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. VI b	1	1
zusammen	4	4

Zu Titelgruppe 82/83

Zur Wahrnehmung zentraler Aufgaben, die den Küstenländern aufgrund einer Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Küstenländern über die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen und der zwischen den Partnern vereinbarten Aufgabenverteilung obliegen, wurde die "Sonderstelle der Küstenländer zur Bekämpfung von Meeresverschmutzungen" (SLM) errichtet. Die Kosten werden anteilig von den Küstenländern getragen (vgl. 232 82). Der nieders. Anteil beträgt z. Z. 36 v. H. der Gesamtkosten (vgl. 381 82) und wird aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe finanziert.
Seit dem 1.1.2003 sind die Sonderstelle der Küstenländer (SLM) und die Sonderstelle des Bundes (SBM) auf Grundlage einer neuen Verwaltungsvereinbarung in das "Havariekommando" überführt worden. Die SLM bildet den Fachbereich 3 des Havariekommandos "Schadstoffunfallbekämpfung Küste". Die Kosten für diesen Fachbereich werden wie bei der SLM anteilig von den Küstenländern mit unverändertem Kostenschlüssel getragen. Die sächlichen Verwaltungsausgaben trägt der Bund, der hierfür eine anteilige Erstattungspauschale von den Ländern erhält (Teilbetrag bei 547 82). Die Ausgaben sind an den tatsächlichen Bedarf angepasst worden. Die Abrechnung erfolgt durch das Land Niedersachsen.

Es sind veranschlagt:

	Für das Haushaltsjahr 2006 waren durchschnittlich erforderlich	Für das Haushaltsjahr 2007 sind durchschnittlich erforderlich
Angestellte		
Technischer Dienst		
Verg.-Gr. IIa	1	1
Verg.-Gr. III	1	1
Verg.-Gr. IV b	1	1
Schreib- und Fernschreibdienst		
Verg.-Gr. IX b –VII	1	1
Zusammen	4	4

Zu 981 82

Abführung des Versorgungszuschlages für den beamteten Leiter des Havariekommandos – Fachbereich 3 "Schadstoffunfallbekämpfung Küste" (A 15) und eines Sachbearbeiters (A 11). Die Planstellen sind im Kapitel 15 01 veranschlagt. Für eine Stelle A15 wird Altersteilzeit seit 2003 in Anspruch genommen (Ende 30.09.2007).
Die Abführungen werden auf der Basis der tatsächlich gezahlten Besoldungen ermittelt und abgerechnet.

Zu 981 83

Abführung der Personalkosten für den beamteten Leiter des Havariekommandos – Fachbereich 3 "Schadstoffunfallbekämpfung Küste" (A 15) und eines Sachbearbeiters (A11). Die Planstellen sind im Kapitel 15 01 veranschlagt. Für eine Planstelle A 15 wird Altersteilzeit seit 2003 in Anspruch genommen (Ende 30.09.2007).
Die Abführungen werden auf der Basis der tatsächlich gezahlten Besoldungen ermittelt und abgerechnet.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1552 Gewässerschutz und -überwachung; Abwasserbehandlung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 84		**Bekämpfung von Öl- und chemischen Verunreinigungen** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 099 95, 232 64, 281 84 und 359 01.* *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.*	(—) (1.000)	(2.568)	(2.800)	(–232)	(2.773)
547 84-1	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	158
631 84-2	332	Erstattungen an den Bund	—	—	—	—	—
632 84-9	332	Erstattungen an Länder	—	1.268	1.330	–62	1.177
882 84-5	332	Anteil des Landes an den Investitionen (Beschaffungsprogramm der Länder)	— 1.000	1.300	1.470	–170	1.438
TGr. 85/88		**Schiffsentsorgung von Öl und ölhaltigen Rückständen** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 099 95, 232 64, 281 84 und 359 01.* *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.*	(—)	(263)	(263)	(—)	(264)
632 85-7	332	Erstattungen an Länder	—	8	8	—	—
632 88-1	332	Erstattung der Kosten für die Bilgenentölung	—	255	255	—	264
TGr. 86		**Förderung der naturnahen Gewässergestaltung/ Gewässerrandstreifen** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 099 95, 232 64, 281 84 und 359 01.* *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.*	(1.490) (—)	(2.100)	(680)	(+1.420)	(680)
761 86-0	623	Landeseigene Tiefbauten	300 —	360	—	+360	—
883 86-8	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	300 —	520	—	+520	—
893 86-3	623	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige	890 —	1.220	—	+1.220	—
981 86-0	990	Abführung an 15 54 - 381 86	—	—	680	–680	680
TGr. 95/96		**Verwendung der Abwasserabgabe** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 099 95, 232 64, 281 84 und 359 01.* *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.*	(—)	(8.382)	(8.476)	(–94)	(20.517)
547 95-7	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	32	100	–68	43
632 95-4	623	Zuweisungen an Länder **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	180	138	+42	167
633 95-0	623	Erstattungen an Gemeinden(GV) gemäß § 10 Abs. 3 Abwasserabgabengesetz	—	4.700	1.664	+3.036	7.710

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 84

Der Bund und die 5 Küstenländer haben sich durch ein Verwaltungsabkommen zu einem gemeinsamen Vorgehen bei der Bekämpfung von Meeresverschmutzungen im Küstengebiet verpflichtet.
Den Betrieb und die Unterhaltung der Geräte (seit 1.1.2003) sowie neue Beschaffungen (nach dem Systemkonzept 1994) finanzieren der Bund und die 5 Küstenländer jeweils für ihren Zuständigkeitsbereich. Der nieders. Anteil beträgt 36 v. H. der Aufwendungen.
Die Finanzierung erfolgt aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe.

Zu 632 84

Veranschlagt ist der auf Niedersachsen entfallende Anteil an den laufenden Kosten und den Ausgaben für sonstige Maßnahmen, die keine Investitionen darstellen.

Zu 882 84

Anteil Niedersachsens an dem Beschaffungsprogramm 2007.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	800	500	—	1.300
2008	—	500	—	500
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	800	1.000	—	1.800

Zu Titelgruppe 85/88

Die Ausgaben der Titelgruppe werden aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe finanziert.

Zu 632 85

Aufgrund eines internationalen Übereinkommens zur Abfallentsorgung der Binnenschifffahrt wird die bundesweite Sammlung der Altöle und ölhaltigen Abwässer (Bilgenöle) durch eine „innerstaatliche Institution“ veranlasst, die vom Land Nordrhein-Westfalen getragen wird.
Veranschlagt ist der auf das Land Niedersachsen entfallende Kostenanteil.

Zu 632 88

Soweit die Kosten des Sammeldienstes für das auf den Binnenschiffen anfallende Altöl und die ölhaltigen Abwässer nicht durch den Verkauf des gesammelten Altöls gedeckt werden können, sollen sie zwischen den Anliegerländern umgelegt werden.
Veranschlagt ist der auf Niedersachsen entfallende Kostenanteil.

Zu Titelgruppe 86

Die Maßnahmen der naturnahen Gewässergestaltung / Gewässerrandstreifen sind ab dem Haushaltsjahr 2007 hier veranschlagt und werden aus Mitteln der Abwasserabgabe finanziert. Bis zum Haushaltsjahr 2006 waren die Maßnahmen im Rahmen der GA zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes im Kapitel 15 54 Titelgruppe 86 veranschlagt; die Komplementärmittel wurden durch Zuführung aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe finanziert.
Weiterhin werden Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässergüte im Rahmen der Seesanierung und -restaurierung durchgeführt.
In der Vergangenheit sind zahlreiche Gewässer fast ausschließlich unter Nutz- und Sicherheitsgesichtspunkten ausgebaut worden. Eine Folge der landwirtschaftlichen Entwässerung war u. a., dass intensiv genutzte landwirtschaftliche Flächen bis an die Gewässerränder ausgedehnt wurden. Dadurch verloren die Gewässer ihre natürliche Dynamik und biologische Wirksamkeit. Durch Maßnahmen der naturnahen Gewässergestaltung wie die Bepflanzung mit Gehölzen, Böschungsabflachungen, Randstreifen, Beseitigung biologischer Sperren (Wehre, Abstürze) soll dieser Entwicklung entgegengewirkt werden.
Besonders bedeutsam für den Gewässerschutz ist die Renaturierung zu einem biologisch und ökologisch funktionsfähigen Gewässernetz nach den Vorgaben des niedersächsischen Fließgewässerschutzprogramms.
Durch den naturnahen Gewässerausbau soll eine Verbesserung des Wasserrückhalts in der Landschaft und die naturnahe Gewässerentwicklung oder Durchgängigkeit der Gewässer erreicht werden.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 86

Bezeichnung des Förderprogramms:
Naturnahe Gewässergestaltung / Gewässerrandstreifen (Titel 883 86 und 893 86)
Bis 2006 bei Kapitel 15 54 Titelgruppe 86 veranschlagt - in der untenstehenden Tabelle sind die Ergebnisse bis 2006 aus Kapitel 1554 dargestellt.

Rechtliche Grundlage:
Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20.09.2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER, Amtsblatt der EG Nr. L 277, S. 1).
Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der Naturnahen Gewässergestaltung vom 18.9.2002 (Nds. MBl. S. 944). Die Richtlinie befindet sich in der Überarbeitung und wird den Anforderungen der EU-Förderperiode angepasst.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	1 747	2 247	1 451	1 271	1 240	1 740	1 740	1 240	1 340
Korrespondierende Einnahmen aus EU *					1 362				
Bund					744				
Sonstige									
Zuschuss					496	1 740	1 740	1 240	1 340

* Die EU-Erstattungen sind im Kapitel 15 02 Titelgruppen 92 und 93 veranschlagt. Ab 2007 sind die Förderbeträge noch nicht für die einzelnen Jahre aufgegliedert.

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
1990

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 2013

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Verbesserung des naturnahen Zustandes der Gewässer / der Gewässerrandstreifen zur Erfüllung der Zielsetzungen der EG-WRRL, Schutz der Bevölkerung, des landwirtschaftlichen Produktionspotentials und der Umwelt vor Hochwassergefahren

Zielgruppe:
Unterhaltungsverbände nach dem NWG, Gemeinden (GV), Fördervereine

Durchschnittliche Förderhöhe:

100.000 EUR

Zu 761 86

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	100	100
2009	—	—	200	200
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	300	300

Zu 883 86

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	100	100
2009	—	—	200	200
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	300	300

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 893 86

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	—	—	—
2008	—	—	300	300
2009	—	—	590	590
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	890	890

Zu 547 95

Untersuchungen zur Verbesserung der Gewässergüte mit folgenden Themenschwerpunkten:
- Messprogramm gefährliche Stoffe
- Langfristige Sanierung der Gewässergüte belasteter Gewässer.

Zu 632 95

Zur Finanzierung des Länderfinanzierungsprogrammes Wasser, Boden und Abfall siehe auch Erläuterung zu 15 56 – 632 10.

Zu 633 95

Erstattungen an Gemeinden (GV) infolge Verrechnung von geschuldeter Abwasserabgabe mit Aufwendungen für die Errichtung oder Erweiterung von Abwasserbehandlungsanlagen gem. § 10 Abs. 3 AbwAG.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1552 Gewässerschutz und -überwachung; Abwasserbehandlung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
633 96-9	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV) zur Abgeltung des Verwaltungsaufwands	—	500	500	—	480
671 95-0	623	Erstattungen an Sonstige gemäß § 10 Abs. 3 Abwasserabgabengesetz	—	2.500	1.750	+750	1.379
685 95-0	623	Zuschüsse zur Aus- und Fortbildung gem. § 13 AbwAG	—	440	500	–60	415
685 96-9	623	Zuschüsse an Sonstige	—	30	254	–224	23
883 95-7	623	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	2.570	–2.570	5.449
887 95-2	623	Zuweisungen für Investitionen an Wasser- und Bodenverbände	—	—	1.000	–1.000	3.527
891 95-0	623	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	1.324
892 95-6	623	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 1552					
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel		28.900	25.000	+3.900	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		153	153	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		738	746	–8	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		1.619	289	+1.330	
		Summe der Einnahmen		31.410	26.188	+5.222	
		4 Personalausgaben	—	460	307	+153	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	— 2.300	2.747	4.466	–1.719	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	11.636	7.012	+4.624	
		7 Baumaßnahmen	300 —	360	—	+360	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	1.190 1.000	3.040	5.040	–2.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	5.374	1.890	+3.484	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	1.490 3.300	23.617	18.715	+4.902	
		Überschuss		7.793	7.473	+320	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 633 96

Die kommunalen Körperschaften erhalten pauschale Zuweisungen zur Deckung des Verwaltungsaufwandes, der ihnen durch den Vollzug des Abwasserabgabengesetzes und des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes entsteht.

Zu 671 95

Erstattungen an sonstige Abgabepflichtige infolge Verrechnung von geschuldeter Abwasserabgabe mit Aufwendungen für die Errichtung oder Erweiterung von Abwasserbehandlungsanlagen gem. § 10 Abs. 3 AbwAG.

Zu 685 95

Die Ausgaben für die Ausbildung und Fortbildung des Betriebspersonals für Abwasserbehandlungsanlagen und andere Anlagen zur Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte sind hier veranschlagt. Dieser Aufgabenbereich wird vom NLWKN wahrgenommen. Ein Teilbetrag in Höhe von 100.000 EUR ist bei den Aufwendungen des NLWKN berücksichtigt (siehe Anlage zu Kap. 1555, Erfolgsplan, Pos. 5.1).

Zu 685 96

Zuschüsse an das Deutsche Institut für Bautechnik für die Erteilung von Prüfzeichen und Bauartzulassungen von Abwasserbehandlungsanlagen und Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	24	—	—	24
2008	—	—	—	—
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	24	—	—	24

Zu 883 95

Die bisherige Förderung von Abwasserbeseitigungsmaßnahmen aus der Abwasserabgabe soll ab dem Haushaltsjahr 2007 vorübergehend ausgesetzt werden, es sei denn, die für diesen Bereich angestrebte EU-Förderung im Rahmen von EFRE wird wider Erwarten nicht zugelassen. Sollten EU-Mittel für eine Förderung nicht zur Verfügung stehen, bliebe für eine Förderung ein Rückgriff auf die Mittel möglich, die der Rücklage zugeführt werden sollen (siehe Erläuterungen zu 919 10).

Zu 887 95

Siehe Erläuterung zu 883 95.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1554 Küsten- und Hochwasserschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-4	610	Vermischte Einnahmen		5	5	—	19
119 10-3	623	Rückzahlungen im Rahmen der GA (Beteiligungsverhältnis 60 : 40) **** Rückzahlungen an den Bund sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben*		10	1	+9	56
119 11-1	625	Rückzahlungen im Rahmen der GA (Beteiligungsverhältnis 70 : 30) **** Rückzahlungen an den Bund sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben*		1	10	–9	—
232 62-7	623	Erstattungen für gemeinschaftlich finanzierte Maßnahmen für die Beseitigung von Hochwasserschäden (Aufbauhilfefonds) *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		—	—	—	308
331 61-7 (GA)	623	Zuweisungen des Bundes für den Hochwasserschutz im Binnenland *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		5.400	5.418	–18	7.094
331 62-5	623	Zuweisungen des Bundes für die Beseitigung von Hochwasserschäden (Aufbauhilfefonds) *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		20.460	21.700	–1.240	7.577
331 81-1 (GA)	625	Zuweisungen des Bundes für den Küstenschutz *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.*		31.034	32.016	–982	34.413
331 86-2 (GA)	623	Zuweisungen des Bundes für die naturnahe Gewässergestaltung *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 86.*		—	1.020	–1.020	1.019
381 10-0	990	Zuführung von 15 56 - 981 14		13.273	15.473	–2.200	16.146
381 86-0	990	Zuführung von 15 52 - 981 86		—	680	–680	680
		A U S G A B E N					
883 10-5	623	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für hochwasserbedingte Sanierungsmaßnahmen	—	200	—	+200	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Förderung des Hochwasserschutzes im Binnenland** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Isteinnahmen bei 331 61.*	(6.814) (8.400)	(9.000)	(9.032)	(–32)	(11.823)
761 61-1 (GA)	623	Tiefbaumaßnahmen **** Das MU darf zulassen, dass die zur Durchführung der einzelnen Baumaßnahmen nach dem Baufortschritt erforderlichen Ausgaben bis zur Höhe der in der Titelgruppe 61 veranschlagten Ausgaben geleistet werden. Dies darf in keinem Fall dazu führen, dass von den in den Einzelbauvorhaben gemäß § 24 LHO zugrunde liegenden Plänen und Kostenberechnungen sowie von denfestgestellten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen abgewichen wird. Bei diesen Maßnahmen entfällt die Vorlage der Unterlagen gem. § 24 Abs. 3LHO, wenn sie im Einzelnachweis dargestellt werden. Das MU darf im Bedarfsfall mit Einwilligung*	1.045 1.646	2.438	3.344	–906	3.961

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 1554

Zur Gemeinschaftsaufgabe:
Soweit die Zweckbestimmungen nachstehend als Gemeinschaftsaufgabe erläutert sind, handelt es sich um Ausgaben des 35. Rahmenplans (2007) nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GemAgrG) vom 3. September 1969 (BGBl. I S. 1573), geändert durch Gesetz vom 02. Mai 2002 (BGBl. I S. 1527).
Kofinanzierung von EU-Förderprogrammen:
Fördermaßnahmen im Rahmen des ELER-Förderprogramms "Küstenschutz" (TGr. 81) und "Hochwasserschutz im Binnenland" (TGr. 61). Gefördert werden im Küstenschutz Maßnahmen zur Verbesserung der Sturmflutsicherheit auf den Inseln und an der niedersächsischen Nordseeküste und beim Hochwasserschutz im Binnenland landesweit Maßnahmen zur Sicherung der Siedlungsbereiche vor Hochwasser.
Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. 09.2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER, Amtsblatt der EG Nr. L 277, S. 1).
Fördergrundlage: Fördergrundsätze der GA für die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes.
Ende der Förderung: 15.10.2013.
Fördermaßnahmen im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für die Ziel 1- und Ziel 2-Fördergebiete im Land Niedersachsen mit dem Förderschwerpunkt des Tourismus und der Kultur – Ziffer 2.05 Küstenschutz auf den Inseln (TGr. 81) und Ziffer 5.05 schadenbeseitigender und präventiver Hochwasserschutz (TGr. 62) an der Elbe. Gefördert wird der Ausbau der Schutzwerke zur Erhaltung der Inseln (Deckwerke, Strandaufspülungen und Dünensicherungen) mit ihren tourismusbezogenen Anlagen auf den Ostfriesischen Inseln Norderney, Baltrum und Langeoog.
Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 vom 12.7.1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 213, S. 1).
Fördergrundlage: Fördergrundsätze der GA für die Verbesserung der Agrarstruktur und Küstenschutzes.
Ende der Förderung: 15.10.2013.

Zu 331 61

Gemeinschaftsaufgabe (GA), Zuweisungen des Bundes.

Zu 331 62

Erstattungen des Bundes für Maßnahmen zur Beseitigung der Hochwasserschäden an der Elbe auf Grund des Hochwassers im August 2002.

Zu 331 81

Gemeinschaftsaufgabe (GA), Zuweisungen des Bundes.

Zu 381 10

Die Zuführung aus dem Aufkommen der Wasserentnahmegebühr deckt die zur Finanzierung des Küstenschutzes (Titelgruppe 81) aufzubringenden Komplementärmittel des Landes in Höhe von 13,300 Mio. Euro zu 99,80% (13,273 Mio. Euro) ab.

Zu 381 86

Die Maßnahmen der naturnahen Gewässergestaltung/ Gewässerrandstreifen werden nicht mehr im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe finanziert (siehe Kapitel 1552 Titelgruppe 86).

Zu 883 10

Der Titel wurde neu aufgenommen, da ein Betrag in Höhe von 200. 000 EUR für vorbeugende Maßnahmen des Hochwasserschutzes von Kapitel 05 08, Titel 883 10 verlagert wurden.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 61

Gemeinschaftsaufgabe.
Es werden Zuwendungen gewährt für Maßnahmen des Hochwasserschutzes. Weniger infolge der Kürzung von Bundesmitteln.
Die landeseigenen Tiefbaumaßnahmen (s. hierzu auch den Einzelnachweis bei Titel 761 61) wickelt der NLWKN auf der Basis seines Wirtschaftsplans ab (s. Kapitel 15 55).
Bezeichnung des Förderprogramms:
GAK Hochwasserschutz im Binnenland (Titel 883 61 und 893 61)

Rechtliche Grundlage:
Gesetz zur Förderung der Gemeinschaftsaufgabe " Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	10 378	8 993	6 163	7 862	5 688	5 562	3 705	7 265	5 605
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU *					4 111				
Bund					3 413	3 337	2 223	4 359	3 363
Sonstige									
Zuschuss					2 275	2 225	1 482	2 906	2 242

* Die EU-Erstattungen sind im Kapitel 15 02 Titelgruppe 92 und 93 veranschlagt. Die genauen Jahresbeträge werden im Rahmen der Notifizierung des Programms durch die EU-Kommission bis spätestens 30.06.2007 festgelegt. Außerdem sind EU-Mittel aus dem EFRE-Programm enthalten, die in Kapitel 08 02 Titelgruppe 68 und 69 veranschlagt sind.

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
1972

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
siehe allg. Erläuterungen zu Kapitel 15 54

Zielgruppe:
Schutz der Bevölkerung, des landwirtschaftlichen Produktionspotentials und der Umwelt vor Hochwassergefahren

Durchschnittliche Förderhöhe:

290.000 EUR

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1554 Küsten- und Hochwasserschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 761 61-1 (GA)		*des MF im Rahmen der hier insgesamt veranschlagten Ausgaben zusätzlich nicht veranschlagte Tiefbaumaßnahmen finanzieren.*					
821 61-4 (GA)	623	Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	—
883 61-0 (GA)	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	2.105 4.200	2.200	—	+2.200	1.066
893 61-5 (GA)	623	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige	3.664 2.554	4.362	5.688	–1.326	6.796
TGr. 62		**Beseitigung von Hochwasserschäden (Aufbauhilfefonds)** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 232 62 und 331 62.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(20.460)	(21.700)	(–1.240)	(8.384)
547 62-8	623	Sonstige Ausgaben	—	—	—	—	—
761 62-0	623	Landeseigene Tiefbaumaßnahmen **** Das MU darf zulassen, dass die zur Durchführung der einzelnen Baumaßnahmen nach dem Baufortschritt erforderlichen Ausgaben bis zur Höhe der in der Titelgruppe 62 veranschlagten Ausgaben geleistet werden.* *Dies darf in keinem Fall dazu führen, dass von den Einzelvorhaben gemäß § 24 LHO zugrunde liegenden Plänen und Kostenberechnungen sowie von den festgestellten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen abgewichen wird.* *Bei diesen Maßnahmen entfällt die Vorlage der Unterlagen gem. § 24 Abs. 3 LHO, wenn sie im Einzelnachweis dargestellt werden.*	—	80	135	–55	117
883 62-8	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	90
893 62-3	623	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände	—	20.380	21.565	–1.185	8.177
TGr. 81		**Wasserwirtschaftliche Maßnahmen des Küstenschutzes** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 142,86 v.H. der Isteinnahmen bei 331 81.*	(26.447) (37.700)	(44.333)	(45.737)	(–1.404)	(49.161)
761 81-6 (GA)	625	Landeseigene Tiefbaumaßnahmen **** Das MU darf zulassen, dass die zur Durchführung der einzelnen Baumaßnahmen nach dem Baufortschritt erforderlichen Ausgaben bis zur Höhe der in der Titelgruppe 81 veranschlagten Ausgaben geleistet werden.* *Dies darf in keinem Fall dazu führen, dass von den in den Einzelbauvorhaben gemäß § 24 LHO zugrunde liegenden Plänen und Kostenberechnungen sowie von den festgestellten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen abgewichen wird.* *Bei diesen Maßnahmen entfällt die Vorlage der Unterlagen gem. § 24 Abs. 3 LHO, wenn sie im Einzelnachweis dargestellt werden.* *Das MU darf im Bedarfsfall mit Einwilligung des MF im Rahmen der hier insgesamt*	20.500 12.700	15.800	15.034	+766	11.471

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 761 61

Einzelnachweis der Baumaßnahmen

Landeseigene Baumaßnahmen bei Titel (Jahr der Kostenermittlung)	Gesamtkosten gemäß § 24 LHO	Bis einschl. 2006 verfügbar	2007	Noch zu veranschlagen 2008	2009	2010	2011 ff.	Summe (2008 bis 2011 ff.)
Titel 761 61 und 821 61	in 1000 Euro							
Landeseigene wasserwirtschaftliche Maßnahmen im Binnenland – Tiefbaumaßnahmen								
Erhöhung und Verstärkungder Hochwasserdeiche am Ems-Jade-Kanal auf Teilstrecken (1996)	39 881	21 933	610	1 026	1 000	600	14 712	17 338
Erhöhung und Verstärkung des rechtsseitigen Huntedeiches oberhalb Oldenburg bei Wardenburg und Tungeln (2000)	3 068	137	780	600	600	600	351	2 151
Hochwasserrückhaltebecken Reinshof (1992)	27 099	264	-	-	-	-	26 835	26 835
Hochwasserrückhaltebecken Alfhausen-Rieste (1997)	69 536	67 358	512	500	418	500	248	1 666
Summe	139 584	89 692	1 902	2 126	2 018	1 700	42 146	47 990

Die schadlose Hochwasserzuleitung zum Hochwasserrückhaltebecken Alfhausen-Rieste durch das Stadtgebiet von Bramsche wird ausgebaut.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamt belastung in 1000 EUR
2007	1.272	762	—	2.034
2008	284	284	395	963
2009	—	600	300	900
2010	—	—	350	350
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	1.556	1.646	1.045	4.247

Zu 883 61

Für 2006 ist eine bewilligte überplanmäßige VE i.H.v. 365.000 EUR mit enthalten gegen Einsparung bei den VE bei Kap. 15 54, TGr. 86.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamt belastung in 1000 EUR
2007	—	2.065	—	2.065
2008	—	1.900	805	2.705
2009	—	600	800	1.400
2010	—	—	500	500
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	4.565	2.105	6.670

Zu 893 61

Für 2006 ist eine bewilligte überplanmäßige VE i.H.v. 913.000 EUR mit enthalten gegen Einsparung bei den VE bei Kap. 15 54, TGr. 86.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamt belastung in 1000 EUR
2007	3.118	998	—	4.116
2008	1.400	1.969	800	4.169
2009	—	500	1.400	1.900
2010	—	—	1.464	1.464
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	4.518	3.467	3.664	11.649

Zu Titelgruppe 62

Ausgaben für die Beseitigung der Hochwasserschäden und Sanierung der Hochwasserschutzeinrichtungen an der Elbe und deren Nebengewässer auf Grund des Hochwassers im August 2002. Die Haushaltsmittel werden aus dem hierfür geschaffenen "Fonds Aufbauhilfe" vom Bund erstattet (331 62).

Es handelt sich um folgende Maßnahmen:

- Erhöhung und Verstärkung der Elbedeiche und der Deiche an Seege und Jeetzel
- Instandsetzung / Ausbau der Deichverteidigungswege an der Elbe und sonstiger Deichbauwerke.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 62

Soweit Haushaltsmittel aus den Förderprogrammen der EU (ELER, s. Kapitel 15 02 TGr. 92 und 93 sowie EFRE Ziel-1-Programm, s. Kapitel 08 02 TGr. 68) für diese Maßnahmen eingesetzt werden, erfolgt die Kofinanzierung aus dem “Fonds Aufbauhilfe“.

Zu 893 62

Voraussichtliches Kontingent für 2007.

Zu Titelgruppe 81

Gemeinschaftsaufgabe.
Weniger infolge der Kürzung von Bundesmitteln
Die landeseigenen Tiefbaumaßnahmen (s. hierzu auch den Einzelnachweis bei Titel 761 81) wickelt der NLWKN auf der Basis seines Wirtschaftsplans ab (s. Kapitel 15 55).
Soweit es sich nicht um landeseigene Bauvorhaben handelt, sind hauptsächlich Wasser- und Bodenverbände (Deich- und Sielachten) Träger der Maßnahmen. Die Kostenbeteiligung des Landes richtet sich nach § 8 NDG.
Bezeichnung des Förderprogramms:
GAK Küstenschutz (Titel 893 81)

Rechtliche Grundlage:
Gesetz zur Förderung der Gemeinschaftsaufgabe " Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	35 074	40 085	36 458	37 690	30 703	28 533	28 433	30 143	30 143
Korrespondierende Einnahmen aus EU *					2 412				
Bund					21492	19 973	19 203	21 100	21 100
Sonstige									
Zuschuss					9 211	8 560	8 230	9 043	9 043

* Die EU-Erstattungen sind im Kapitel 15 02 Titelgruppe 92 und 93 veranschlagt. Die genauen Jahresbeträge werden im Rahmen der Notifizierung des Programms durch die EU-Kommission bis spätestens 30.06.2007 festgelegt. Außerdem sind EU-Mittel aus dem EFRE-Programm enthalten, die in Kapitel 08 02 Titelgruppe 68 und 69 veranschlagt sind.

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
1972

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
siehe allg. Erläuterungen zu Kapitel 15 54

Zielgruppe:
Schutz der Bevölkerung, des landwirtschaftlichen Produktionspotentials und der Umwelt vor Hochwassergefahren

Durchschnittliche Förderhöhe:

697.400 EUR

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1554 Küsten- und Hochwasserschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 761 81-6 (GA)		*veranschlagten Ausgaben zusätzlich nicht veranschlagte Tiefbaumaßnahmen finanzieren.*					
893 81-0 (GA)	625	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige	5.947 25.000	28.533	30.703	–2.170	37.690
TGr. 86		**Förderung der naturnahen Gewässergestaltung/ Gewässerrandstreifen** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Isteinnahmen bei 331 86.*	(—) (1.278)	(—)	(1.700)	(–1.700)	(1.699)
761 86-7 (GA)	623	Landeseigene Tiefbauten	— 450	—	460	–460	427
821 86-0 (GA)	623	Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	—
883 86-5 (GA)	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	— 120	—	600	–600	677
893 86-0 (GA)	623	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige	— 708	—	640	–640	595
		<u>Abschluss Kapitel 1554</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		16	16	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		70.167	76.307	–6.140	
		Summe der Einnahmen		70.183	76.323	–6.140	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—	—	
		7 Baumaßnahmen	21.545 14.796	18.318	18.973	–655	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	11.716 32.582	55.675	59.196	–3.521	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	33.261 47.378	73.993	78.169	–4.176	
		Zuschuss		3.810	1.846	+1.964	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 761 81

Einzelnachweis der Baumaßnahmen

Landeseigene Baumaßnahmen bei Titel (Jahr der Kostenermittlung)	Gesamtkosten gemäß § 24 LHO	Bis einschl. 2006 verfügbar	2007	Noch zu veranschlagen 2008	2009	2010	2011 ff.	Summe (2008 bis 2011 ff.)
Titel 761 81	in 1000 Euro							
Landeseigene wasserwirtschaftliche Maßnahmen des Küstenschutzes - Tiefbaumaßnahmen								
Erhöhung und Verstärkung der Deiche und Schutzwerke auf den Ostfriesischen Inseln (2003)	330 580	186 352	8 273	6 655	10 000	9 000	110 300	135 955
Küstenschutz an der ostfriesischen Küste (Vorlandarbeiten an der Festlandküste) - (1993)	21 475	15 475	1 200	1 200	1 200	1 200	1200	4800
Küstenschutz an der Butjadinger Küste (1981)	19 174	16 355	550	700	784	500	285	2269
Erhöhung und Verstärkung der Deiche am Nord- und Südgeorgsfehnkanal (1996)	8 283	5 694	250	250	250	150	1 589	2 339
Neubau Hadelner Kanalschleuse (2001)	15 339	345	200	100	1 000	7 500	6 194	14 794
Ausbau der Sperrwerke im Hafen Cuxhaven (km 533,65 bis km 535,20) - (2005)	12 257	1 757	5 000	5 000	500	-	-	5 500
Nacherhöhung des Lühesperrwerkes (2005)	1 000	-	30	970	-	-	-	970
Anpassung des Ilmenausperrwekes Km 647,0 (2005)	2 560	-	-	-	-	2 560	-	2 560
Summe	410 668	225 978	15 503	14 875	13 734	21 010	119 568	169 187

Im Rahmen des Nieders. Küstenschutzprogrammes werden neben der Finanzierung von Vorhaben der Verbände auch eine Reihe landeseigener Maßnahmen durchgeführt. Neben der ständigen Aufgabe des Küstenschutzes auf den Inseln sind u. a. weitere Maßnahmen erforderlich:

– Die über 100 Jahre alte Otterndorfer Kanalschleuse, die sowohl der Entwässerung des Hadelner Kanals als auch dem Berufs- und Sportschiffsverkehr dient, ist abgängig und muss erneuert werden.

– Die bestehenden 2 Hafensperrwerke in Cuxhaven sind mit der 2. Stufe der Deichsicherheit auszurüsten. Dadurch wird die bestehende verstärkungsbedürftige Hauptdeichlinie um 1,5 km verkürzt. 14 Deichtore im Hafenbereich entfallen.

– Das Lühesperrwerk ist an die veränderten Sturmflutwasserstände anzupassen.

– Beim Ilmenausperrwerk ist eine Anpassung der ersten Deichsicherheit erforderlich.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamt belastung in 1000 EUR
2007	10.500	2.000	—	12.500
2008	4.500	6.000	4.000	14.500
2009	—	4.700	8.500	13.200
2010	—	—	8.000	8.000
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	15.000	12.700	20.500	48.200

Zu 893 81

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamt belastung in 1000 EUR
2007	8.700	15.000	—	23.700
2008	1.000	9.000	5.947	15.947
2009	—	1.000	—	1.000
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	9.700	25.000	5.947	40.647

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 86

Gemeinschaftsaufgabe.

Bis zum Haushaltsjahr 2006 wurden Maßnahmen der naturnahen Gewässergestaltung aus der GA finanziert; ab dem Haushaltsjahr 2007 siehe Kapitel 1552 Titelgruppe 86.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1555 Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		**** Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Nr. 1 der Erläuterungen verbindlich.*					
		E I N N A H M E N					
119 30-1	623	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr		—	—	—	—
121 10-1	623	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
381 11-1	990	Zuführung von 15 52 - 981 15 für Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Abwasserabgabe *Vgl. K-Vermerk zu 682 10.*		377	586	–209	324
381 12-0	990	Zuführung von 15 56 - 981 11 für Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Wasserentnahmegebühr *Vgl. K-Vermerk zu 682 10.*		2.477	2.120	+357	2.548
381 13-8	990	Zuführungen von 15 52 - 981 65 für Personal Wasserrahmenrichtlinie *Vgl. K-Vermerk zu 682 10.*		46	46	—	—
		A U S G A B E N					
546 30-7	623	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr	—	—	—	—	—
682 10-3	623	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs *Übertragbar.* *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 381 11, 381 12 und 381 13.*	—	48.059	49.733	–1.674	55.222
682 11-1	623	Zuführungen für den Gewässerkundlichen Landesdienst des Landesbetriebs *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1552-099 95, 1552-232 64, 1552-281 84 und 1552-359 01.* *Vgl. D-Vermerk zu 1552-631 10.*	—	3.060	2.739	+321	3.800
682 12-0	623	Zuführungen für den Betrieb und die Unterhaltung von landeseigenen Gewässern und Anlagen des Landesbetriebs aus WEG *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1526-119 62, 1526-125 62, 1556-099 10, 1556-119 10 und 1556-272 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 1502 - Ausgabetitelgruppe 95.*	—	1.063	1.063	—	1.063
682 13-8	623	Zuführungen für den Betrieb und die Unterhaltung von landeseigenen Gewässern und Anlagen des Landesbetriebs aus Abwasserabg. *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1552-099 95, 1552-232 64, 1552-281 84 und 1552-359 01.* *Vgl. D-Vermerk zu 1552-631 10.*	—	4.280	4.286	–6	4.286
682 14-6	623	Zuführung für laufende Zwecke des Landesbetriebs für Nutzungsentgelte, Landesunfallkasse und Versorgungszuschläge	—	9.175	9.773	–598	9.690
682 39-1	610	Zuschuss an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	23	17	+6	23

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 1555

1. Verbindliche Erläuterung

Die im Wirtschaftsplan des Landesbetriebs ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke sind verbindlich.

2. Erläuterungsteil I (Aufgaben und Organisation)

2.1 Produktbereiche

Der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) ist ein Landesbetrieb gem. § 26 LHO. Neben den Zuständigkeiten, die dem Landesbetrieb für Wasserwirtschaft und Küstenschutz (NLWK) oblagen, übernimmt er konzeptionelle und planerische Aufgaben sowie Vollzugsaufgaben der Wasserwirtschaft und des Küstenschutzes. Einzelheiten zum NLWKN, insbesondere zu Aufgaben, Aufsicht und Wirtschaftsführung ergeben sich aus der Betriebssatzung (Nds. MBl. 39/2004 S. 855 f.).

2.2 Verwaltungsaufbau

Der NLWKN hat seinen Sitz in Norden (Direktion). Er unterhält derzeit 11 Betriebsstellen in Norden/Norderney, Aurich, Brake/Oldenburg, Cloppenburg, Meppen, Stade, Lüneburg, Verden, Sulingen, Hannover/Hildesheim und Braunschweig/Göttingen sowie Anlagen und Bauhöfe an weiteren Orten. Diese Organisation wird im Rahmen der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung nach fachlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten optimiert.

2.3 Aufgaben

Der NLWKN erledigt die Aufgaben der Wasserwirtschaft, des Küstenschutzes und des Naturschutzes in folgenden sechs fachlich abgegrenzten Geschäftsbereichen (GB):

GB I: Betrieb und Unterhaltung landeseigener Anlagen und Gewässer, Schadstoffbekämpfung
GB II: Planung und Bau für Hochwasser- und Küstenschutz und Gewässerrenaturierung
GB III: Flussgebietsmanagement, Hochwasserschutzkonzeptionen, Gewässerkundlicher Landesdienst, Forschungsstelle Küste, Radiologische Überwachung
GB IV: Naturschutz, insbesondere Natura 2000, Arten-/ Biotopenschutz, Vogelschutzwarte
GB V: Allgemeine Verwaltung, Finanz- und Rechnungswesen, Personal, IuK-Technik
GB VI: Wasserwirtschaftliche Zulassungsverfahren.

Die Mittel, die der Landesbetrieb zur Erfüllung dieser Aufgaben benötigt, werden über Zuführungen bereitgestellt und im Rahmen des Wirtschaftsplans abgebildet. Der Wirtschaftsplan entspricht den Bestimmungen des § 26 LHO sowie den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften und besteht aus dem Finanzplan, dem Erfolgsplan und der Überleitungsrechnung.

Da der NLWKN für den Gewässerschutz bzw. die Gewässerüberwachung sowie für verschiedene Baumaßnahmen zuständig ist, umfasst der Wirtschaftsplan neben den laufenden Zuführungen aus dem Kapitel 15 55 auch Mittel aus anderen Kapiteln, sofern dort für diesen Zweck Mittel veranschlagt sind (Kapitel 15 20, 15 52, 15 54 und 15 56). Die von dem Landesbetrieb zu erbringenden Leistungen werden jährlich in Zielvereinbarungen zwischen dem Nds. Umweltministerium und dem Landesbetrieb vereinbart. Aus Gründen des Hochwasserschutzes oder wegen Sturmfluten sowie wegen der Abhängigkeit vieler Baumaßnahmen von der Zuweisung von GA-Mitteln des Bundes unterliegen diese Zielvereinbarungen dem Vorbehalt späterer Anpassungen im Haushaltsvollzug.

2.4 Produktbereiche

Das Budget dient der Finanzierung der Aufgaben des NLWKN, in den Produktbereichen

1. Naturschutz
2. Betrieb und Unterhaltung wasserwirtschaftlicher Anlagen und Gewässer
3. Planung und Bau
4. Gewässerbewirtschaftung und Flussgebietsmanagement
5. Hoheitliche Aufgaben
6. Radiologie.

Die Produktbereiche sind in Produktgruppen unterteilt.

Im Leistungsplan für das Haushaltsjahr 2007 ist in den Produktbereichen Naturschutz und Radiologie noch keine Aufteilung der Kosten und Erlöse auf Produktgruppen erfolgt. Die Produktgruppen wurden erst neu eingerichtet und eine Detailplanung ist ohne Berücksichtigung von Istzahlen des Vorjahres nicht sinnvoll.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 1555

2.5 Leistungsplan

Politikbereich / Produktbereich / Produktgruppe		Zielkosten Tsd. EUR	eigene Erlöse, Kostenersätze Tsd. EUR	Finanzierungsbeitrag des Landes Tsd. EUR
(0)	NLWKN - Gesamt	98.927	18.750	80.177
(1)	Politikbereich Naturschutz	12.000	300	11.700
(1.1)	Produktbereich Naturschutz	12.000	300	11.700
(1.1.1)	Arten- und Biotopschutz / Natura 2000			
(1.1.2)	Förderung / Finanzierung / Pflege und Entwicklung			
(1.1.3)	Fachübergreifende Naturschutzbeiträge			
(1.1.4)	Schutzgebietsdokumentation / Naturschutzdokumentation			
(2)	Politikbereich Wasserwirtschaft	86.927	18.450	68.477
(2.1)	Produktbereich Betrieb und Unterhaltung wasserwirtschaftlicher Anlagen und Gewässer	24.200	3.500	20.700
(2.1.1)	Betrieb und Unterhaltung wasserwirtschaftlicher Anlagen im Insel- und Küstenschutz	8.600	500	8.100
(2.1.2)	Betrieb und Unterhaltung wasserwirtschaftlicher Anlagen im Binnenland	7.450	300	7.150
(2.1.3)	Unterhaltung der Gewässer (ohne Anlagen)	6.800	1.200	5.600
(2.1.4)	Schadstoffunfallbekämpfung	500	500	-
(2.1.5)	Leistungen für Dritte im Geschäftsbereich 1	850	1.000	-150
(2.2)	Produktbereich Planung und Bau	22.300	10.600	11.700
(2.2.1)	Planung und Bau landeseigener Maßnahmen im Küstenschutz	14.200	5.200	9.000
(2.2.2)	Planung und Bau landeseigener Maßnahmen im Hochwasserschutz	2.900	400	2.500
(2.2.3)	Planung und Bau sonstiger landeseigener Maßnahmen	1.500	600	900
(2.2.4)	Leistungen für Dritte im Geschäftsbereich 2	3.700	4.400	-700
(2.3)	Produktbereich Gewässerbewirtschaftung und Flussgebietsmanagement	23.500	1.500	22.000
(2.3.1)	Übergangs- und Küstengewässer	2.200	200	2.000
(2.3.2)	Grundwasser	3.800	-	3.800
(2.3.3)	Oberirdische Gewässer	7.600	-	7.600
(2.3.4)	Niederschlag	400	-	400
(2.3.5)	Wasserrahmenrichtlinie	5.450	300	5.150
(2.3.6)	Technischer Gewässerschutz	200	-	200
(2.3.7)	Leistungen für Dritte im Geschäftsbereich 3	700	1.000	-300
(2.3.8)	Allgemeine gewässerkundliche Aufgaben	3.150	-	3.150
(2.4)	Produktbereich Hoheitliche Aufgaben	10.300	500	9.800
(2.4.1)	Wasser- und deichrechtliche Zulassungs- und Genehmigungsverfahren	2.500	-	2.500
(2.4.2)	Zuwendungsvergabe und Prüfung im Küstenschutz	200	-	200
(2.4.3)	Zuwendungsvergabe und Prüfung im Hochwasserschutz	300	-	300
(2.4.4)	Zuwendungsvergabe und Prüfung in der naturnahen Gewässergestaltung	200	-	200
(2.4.5)	Zuwendungsvergabe und Prüfung im Abwasserbereich sowie Abwasserabgabe	1.100	-	1.100
(2.4.6)	Zuwendungsvergabe und Prüfung im Trinkwasserschutzbereich sowie Wasserentnahmegebühr	4.000	-	4.000
(2.4.7)	Zuwendungsvergabe und Prüfung Sonstige	100	-	100
(2.4.8)	Einvernehmensbehörde	300	-	300
(2.4.9)	Aufsicht	1.600	500	1.100
(2.5)	Produktbereich Radiologie	3.200	2.100	1.100
(2.5.1)	Überwachung kerntechnischer Anlagen			
(2.5.2)	Umweltradiologie			

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Kapitel 1555

Politikbereich / Produktbereich / Produktgruppe		Zielkosten Tsd. EUR	eigene Erlöse, Kostenersätze Tsd. EUR	Finanzierungsbeitrag des Landes Tsd. EUR
(2.6)	Produktbereich Sonstiges	3.427	250	3.177
(2.6.1)	Sonstige Produkte	3.427	250	3.177

Die Kosten und Erlöse basieren auf den Zahlen der Kosten- und Leistungsrechnung 2005 und den Planzahlen des Wirtschaftsplans 2007. Berücksichtigt sind alle direkt einem Kostenträger zuzuordnenden Beträge sowie die Abschreibungen auf das bewegliche Anlagevermögen. Die Personalkosten sind auf der Basis der Durchschnittssätze berechnet.

Zu 119 30

Der Titel wurde als Nachfolgetitel für inzwischen weggefallene Zweckbestimmungen eingerichtet.

Zu 381 11

Veranschlagung zweckgebundener Einnahmen gemäß den Erläuterungen zu Kapitel 15 52, Titel 981 15.

Zu 381 12

Veranschlagung zweckgebundener Einnahmen gemäß den Erläuterungen zu Kapitel 15 56, Titel 981 11.

Zu 381 13

Zweckgebundene Einnahmen zur Finanzierung von Personal zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Die Ausgabe ist bei Titel 682 10 veranschlagt.

Zu 546 30

Der Titel wurde als Nachfolgetitel für inzwischen weggefallene Zweckbestimmungen eingerichtet.

Zu 682 10

Im Haushaltsjahr 2006 hatte der Titel einen Ansatz in Höhe von 49.733.000 EUR. Abweichend davon war für 2007 bereits im Mipla-Datenbestand ein um 3.480.000 Euro geringerer Ansatz (46.253. 000 EUR) enthalten. Wesentlicher Grund dafür ist die Kürzung aufgrund der sog. Fünftelungsregelung.

Darüber hinaus ergeben sich für 2007 folgende Veränderungen:
- Reduzierung um 369.000 EUR aufgrund von Kürzungen aufgrund der Drittelungsregelung, Stellenverlagerungen in andere Kapitel, Senkungen, Höher-/Herabstufungen,
- Ausgleich in Höhe von 588.000 EUR der vom NLWKN geleisteten Sozialversicherungsbeiträge für den Monat Dezember 2005 für ursprünglich in den Kapiteln 15 20 und 15 50 veranschlagtes Personal,
- erhöhte Erstattungen an das NLBV in Höhe von 480.000 EUR, darin enthalten Nachzahlungen für 2005 und 2006 in Höhe von 320.000 EUR,
- Anpassung der Erstattungsbeträge für Verwaltungskosten aus WEG und AbwAG ; Erhöhung um 148.000 EUR (siehe auch Titel 381 11 und 381 12),
- Reduzierung der vom Landesbetrieb an das Kapitel 15 01 abzuführenden Beihilfepauschale um 28.000 EUR,
- Neuberechnung der Zuführung an die Nds. Versorgungsrücklage, es ergibt sich ein um 16.000 Euro geringerer Betrag,
- Erhöhung des Ansatzes um 232.000 EUR für Leistungen, die die Moorverwaltung (Kap. 09 31) für den NLWKN erbringt,
- Mehrbedarf für Bauunterhaltung; Erhöhung um 75.000 EUR,
- Umzug von Mitarbeitern aufgrund der Aufgabe des Standortes „Göttinger Straße“ in Hannover; Erhöhung um 300.000 EUR,
- Verlagerung von 396.000 EUR für die Umsetzung der Organisationsentscheidung Strahlenschutz von Kapitel 15 06. Davon sind 361.000 EUR für Personal und 35.000 EUR für Geschäftsbedarf etc. vorgesehen.

Im Ansatz enthalten sind Mittel in Höhe von insgesamt 725.000 EUR

Noch zu 682 10

zur Erstattung an die GLL (Kap. 0930: 401.000 EUR; Kap. 0931: 324. 000 EUR) für die Verwaltung von für Naturschutzzwecke erworbene oder genutzte landeseigene Flächen.
Die Höhe der veranschlagten Lehr- und Prüfungsvergütungen an Bedienstete des Landes richtet sich nach dem Gem. Runderlass des MF u. d. übr. Min. vom 20. 1. 2006 (Nds. MBl. S. 101).
Lehrvergütungen gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.
25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 614,00 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Im Ansatz enthalten sind auch die Mittel für die Gewährung von Dienst- und Schutzkleidungszuschüssen. Die im Außendienst tätigen Bediensteten erhalten – soweit ihnen das Land nicht unentgeltlich Schutzkleidung zur Verfügung stellt – nach näherer Maßgabe der jeweils geltenden Regelungen des MU eine pauschale Aufwandsentschädigung zur Abgeltung von Aufwendungen für die Erstbeschaffung sowie die Reinigung, Unterhaltung und Ersatzbeschaffung von Schutzkleidung.
Die von der Niedersächsischen Landesregierung am 24. 3. 1998 beschlossene Aufwandsentschädigung ist steuerfrei im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Für Miet- und Pachtverhältnisse für Büroräume, Garagen und Grundstücke bestehen weiterhin Rechtsverpflichtungen aus langfristigen Vertragsverhältnissen.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	262	—	—	262
2008	13	—	—	13
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	275	—	—	275

Zu 682 11

Die Zuführungen für die laufenden Ausgaben des Gewässerkundlichen Landesdienstes werden aus der Abwasserabgabe finanziert (vgl. die Erläuterungen zu Kapitel 15 52 Titel 099 95). Der Ansatz erhöht sich um einen Betrag in Höhe von 321.000 EUR, dafür Absenkung bei Kapitel 15 56, Titel 682 63).

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 682 14

Der Ansatz verringert sich um einen Betrag von 598.000 EUR. Er setzt sich aus 403.000 EUR für ein höheres Nutzungsentgelt, einem um 4.000 EUR verringerten Beitrag an die Landesunfallkasse und aus einer Reduzierung des Versorgungszuschlags um 997.000 EUR zusammen. Die Beträge werden an den Einzelplan 13 abgeführt.

Insgesamt sind für Nutzungsentgelte 5.817.000 EUR, für die Erstattung an die Landesunfallkasse 147.315 EUR und für die Zahlung des Versorgungszuschlages 3.210.000 EUR in dem Ansatz enthalten.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1555 Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
891 10-1	623	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs - Fahrzeug- u. Gerätebeschaffungen -	—	2.271	2.184	+87	3.014
891 11-0	623	Zuführungen für Baumaßnahmen des Landesbetriebs - außerhalb der GA - **** Die Maßnahme Rückbau der Talsperre Wendebach darf nur mit Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des LT umgesetzt werden. Bei diesen Maßnahmen entfällt die Vorlage der Unterlagen gem. § 24 Abs. 3 LHO, wenn sie im Einzelnachweis dargestellt werden. Das MU darf im Bedarfsfall mit Einwilligung des MF im Rahmen der hier insgesamt veranschlagten Ausgaben zusätzlich nicht veranschlagte Baumaßnahmen finanzieren.*	4.010 7.200	4.600	4.600	—	1.200
891 13-6	623	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs aus der Abwasserabgabe *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1552-099 95, 1552-232 64, 1552-281 84 und 1552-359 01. Vgl. D-Vermerk zu 1552-631 10.*	—	300	295	+5	295
		<u>Abschluss Kapitel 1555</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		2.900	2.752	+148	
		Summe der Einnahmen		2.900	2.752	+148	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	65.660	67.611	–1.951	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	4.010 7.200	7.171	7.079	+92	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	4.010 7.200	72.831	74.690	–1.859	
		Zuschuss		69.931	71.938	–2.007	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 891 10

Der Ansatz dient zur Finanzierung erforderlicher Erst- und Ersatzbeschaffungen von Kraftfahrzeugen, Wasserfahrzeugen, Spezialgeräten und IuK-Ausstattung.

Im Ansatz enthalten sind 94.000 EUR, die im Zuge der Organisationsentscheidung Strahlenschutz von Kapitel 1506, Titel 812 61 verlagert wurden.

Zu 891 11

Veranschlagt sind Mittel für den Neubau sowie zur Grundinstandsetzung und Optimierung von landeseigenen wasserwirtschaftlichen Bauwerken.

Im Haushaltsjahr 2007 werden die bereits begonnenen größeren Baumaßnahmen (Gesamtkosten jeweils über 1 Mio. EUR) fortgeführt, neue Maßnahmen werden nicht begonnen. Die Investitionen sind erforderlich, um Schäden in der Bausubstanz und damit verbundene Sicherheitsrisiken zu beseitigen.

Darüber hinaus fallen dringend erforderliche kleine Grundinstandsetzungsarbeiten und kleine Neubauten (bis zu 1 Mio. EUR) an. Die dabei im Einzelnen zu realisierenden Baumaßnahmen werden jeweils vor Beginn des Haushaltsjahres durch die Zielvereinbarung zwischen MU und NLWKN konkretisiert (s. Ziffer 2.3 der Erläuterung zu Kapitel 15 55).

Einzelnachweis der Baumaßnahmen

				Noch zu veranschlagen			
Landeseigene Baumaßnahmen Titel 891 11	Gesamtkosten gemäß § 24 LHO	Bis einschl. 2006 verfügbar	2007	2008	2009	2010 ff.	Summe (2008 bis 2010 ff.)
	in 1 000 EUR						
Erneuerung und Umbau baulicher Anlagen sowie Ufersicherungen am Ems-Jade-Kanal	8 100	7 900	100	100	0	0	100
Ersatzneubau der Schleuse NGFK IV des Neugeorgsfehnskanals	1 580	1 000	580	0	0	0	0
Ersatzneubau der Brücke EJK 20 über den Ems-Jade-Kanal	1 000	1 000	0	0	0	0	0
Umbau des Wehrs Bersenbrück in der Hase	3 660	280	840	2 540	0	0	2 540
Umbau abgängiger Kulturstaue zu Sohlgleiten an der Hunte	1 050	350	300	400	0	0	400
Ersatzneubau des Abschlagbauwerks im Ringkanal	1 300	300	1 000	0	0	0	0
Rückbau der Talsperre Wendebach bei Göttingen	1 660	120	70	1 470	0	0	1 470
Summe	18 350	10 950	2 890	4 510	0	0	4 510

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamt belastung in 1000 EUR
2007	—	1.580	—	1.580
2008	—	—	4.010	4.010
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	1.580	4.010	5.590

Wirtschaftsplan für den Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN)

für das Geschäftsjahr 2007

15 Umweltministerium **Anlage**

zu Kapitel 15 55

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz

A. Finanzplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen gemäß VV-HNds. (ZR-GPI):			
1.1 Immaterielle Wirtschaftsgüter	150.000	250.000	373.886
1.2 Technische Anlagen, Maschinen	150.000	300.000	178.210
1.3 Fahrzeuge, Schiffe	944.000	1.200.000	1.184.238
1.4 Werkzeuge, Betriebs- und Laborausstattung	650.000	1.500.000	951.647
1.5 EDV	300.000	750.000	683.228
1.6 Geringwertige Wirtschaftsgüter	350.000	400.000	536.243
1.7 Anzahlungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	27.000	298.000	1.241
1.8 Wasserwirtschaftliche Anlagen	23.278.000	12.154.000	4.682.361
1.9 Anlagen im Bau	0	9.200.000	14.545.408
Summe 1.:	25.849.000	26.052.000	23.136.462
2. Sonstiger Finanzbedarf:			
2.1 Fehlbetrag des Erfolgsplans	0	190.000	354.851
2.2 Zahlung von Verbindlichkeiten	0	0	2.816.958
2.3 Inanspruchnahme von Rückstellungen	5.964.000	0	7.444.644
2.4 Bildung von aktiven Rechnungsabgrenzungsposten	80.000	80.000	68.683
2.5 Ablieferungen an den Landeshaushalt	0	-	0
Summe 2.:	6.044.000	270.000	10.685.136
3. Positiver Überleitungsbetrag:	0	0	0
Summe 3.:	0	0	0
Summe I.:	**31.893.000**	**26.322.000**	**33.821.598**
II. Deckungsmittel			
1. Jahresüberschuss laut Erfolgsplan	200.000	0	0
Summe 1.:	200.000	0	0
2. Mittelzufluss aus laufendem Geschäftsbetrieb			
2.1 Zahlungseingang auf Forderungen	908.000	0	3.094.098
2.2 Verkauf von Gegenständen des Anlagevermögens	200.000	200.000	134.347
2.3 Bildung von passiven Rechnungsabgrenzungsposten	56.000	70.000	55.505
Summe 2.:	1.164.000	270.000	3.283.950
3. Zuführungen aus dem Landeshaushalt			
3.1 Zuführungen für Investitionen aus dem Landeshaushalt [1)]	25.849.000	26.052.000	16.996.971
3.2 Zuführungen für übrige Mittel u.a.	0	0	6.139.491
Summe 3.:	25.849.000	26.052.000	23.136.462
4. Noch verfügbare Mittel aus Vorjahren	0	0	9.004.925
Summe 4.:	0	0	9.004.925
5. Verwendung von Rücklagen aus dem Vorjahr	0	0	0
Summe 5.:	0	0	0
6. Negativer Überleitungsbetrag	4.680.000	0	16.862.406
Summe 6.:	4.680.000	0	16.862.406
Summe II.:	**31.893.000**	**26.322.000**	**52.287.743**

[1)] Zuführungen aus:	2007	2006
15 52 - 761 86	360.000	-
15 54 - 761 61	2.438.000	3.344.000
761 62 (Aufbaufonds)	80.000	135.000
761 81	15.800.000	15.034.000
761 86	-	460.000
15 55 - 891 10	2.271.000	2.184.000
891 11	4.600.000	4.600.000
891 13	300.000	295.000
Zusammen	**25.849.000**	**26.052.000**

15 Umweltministerium **Anlage**

zu Kapitel 15 55

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erträge			
1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt			
1.1 Zuführungen für laufende Zwecke [1]	64.752.000	67.611.000	75.187.363
1.2 Zuführungen für Investitionen [2]	22.849.000	26.052.000	16.996.971
Summe 1.:	87.601.000	93.663.000	92.184.334
2. Umsatzerlöse, Zuweisungen, Zuschüsse	11.050.000	11.500.000	12.203.008
Summe 2.:	11.050.000	11.500.000	12.203.008
3. Bestandsveränderungen	0	-	206.959
Summe 3.:	0	-	206.959
4. Andere aktivierte Eigenleistungen:	3.200.000	2.605.000	4.086.900
Summe 4.:	3.200.000	2.605.000	4.086.900
5. Sonstige betriebliche Erträge:			
5.1 Kostenersätze [3]	10.940.000	10.012.000	12.757.692
5.2 Aufwandsminderung, Skonti	18.000	-	25.639
5.3 Erträge Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	19.800.000	25.500.000	21.217.905
5.4 Andere betriebliche Erträge	1.125.000	800.000	1.364.031
Summe 5.:	31.883.000	36.312.000	35.365.267
6. Zinserträge und ähnliche Erträge:	0	0	10.475
Summe 6.:	0	0	10.475
Summe I.:	133.734.000	144.080.000	144.056.943
II. Aufwendungen			
1. Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen			
1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	2.800.000	2.300.000	3.689.417
1.2 Bestandsveränderungen	-80.000	-	-206.174
1.3 Bezogene Leistungen	8.600.000	8.946.000	10.820.823
Summe 1.:	11.320.000	11.246.000	14.304.066
2. Personalaufwand:			
2.1. Löhne, Gehälter, Vergütungen			
2.1.1 Dienstbezüge Beamte	9.895.000	11.755.000	10.695.733
2.1.2 Vergütungen Angestellte	27.646.000	27.285.000	30.293.531
2.1.3 Löhne Arbeiter	9.200.000	8.965.000	9.838.344
2.1.4 Bezüge sonstige Arbeitnehmer	670.000	750.000	804.842
2.1.5 Sonstiger Personalaufwand	3.030.000	4.606.000	1.500.061
Summe 2.1.:	50.441.000	53.361.000	53.132.511
2.2. Sozialaufwand			
2.2.1 Sozialaufwand Beamte	3.895.685	3.949.000	5.092.272
2.2.2 Sozialaufwand Angestellte	7.397.315	7.443.000	8.136.233
2.2.3 Sozialaufwand Arbeiter	2.490.000	2.398.000	2.668.784
2.2.4 Sozialaufwand sonstige Arbeitnehmer	120.000	132.000	141.662
Summe 2.2.:	13.903.000	13.922.000	16.038.951
Summe 2.:	64.344.000	67.283.000	69.171.462
3. Abschreibungen	19.000.000	23.500.000	19.639.958
Summe 3.:	19.000.000	23.500.000	19.639.958
4. Sonstige Aufwendungen			
4.1. Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
4.1.1 Mieten und Pachten	6.827.000	6.241.000	6.527.636
4.1.2 Energie, Wasser, Abwasser, Abfall	1.500.000	1.000.000	1.301.429
4.1.3 Unterhaltung Liegenschaften	1.300.000	1.198.000	1.385.025
4.1.4 Unterhaltung technische Anlagen, Maschinen	800.000	600.000	1.026.484
4.1.5 Betrieb und Unterhaltung Fahrzeuge	1.200.000	1.700.000	1.648.196

15 Umweltministerium **Anlage**

zu Kapitel 15 55

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz

B. Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
noch II. Aufwendungen			
4.1.6 sonstige Bewirtschaftungskosten	400.000	250.000	383.697
Summe 4.1.:	12.027.000	10.989.000	12.272.467
4.2. Aufwendungen für den Geschäftsbedarf			
4.2.1 Geschäftsbedarf, Büromaterial, IuK-Betrieb	535.000	1.000.000	730.078
4.2.2 Post- und Fernmeldegebühren	600.000	300.000	588.948
4.2.3 Öffentlichkeitsarbeit	80.000	50.000	66.086
4.2.4 Rechts-, Beratungs-, Prüfungs-, Abschlusskosten	230.000	100.000	274.394
4.2.5 Andere Leistungen Dritter, Beiträge, Gebühren	400.000	200.000	824.591
Summe 4.2.:	1.845.000	1.650.000	2.484.097
4.3. Sonstiger personalbezogener Aufwand			
4.3.1 Reisekosten	700.000	600.000	971.802
4.3.2 Aus- und Fortbildung	500.000	120.000	241.099
Summe 4.3.:	1.200.000	720.000	1.212.901
4.4. Übrige Aufwendungen			
4.4.1 Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens	800.000	2.000.000	1.579.709
4.4.2 Abgang von Vermögensgegenständen des Umlaufvermögens	0	-	102.565
4.4.3 Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse	22.571.000	26.052.000	23.136.448
4.4.4 Schadensersatz, Gewährleistung	107.000	500.000	87.348
4.4.5 Periodenfremde und sonstige Aufwendungen	200.000	150.000	309.076
Summe 4.4.:	23.678.000	28.702.000	25.215.146
Summe 4.:	38.750.000	42.061.000	41.184.611
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen	0	-	17
Summe 5.:	0	-	17
Summe II.:	133.414.000	144.090.000	144.300.114
III. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe I. ./. Summe II.)	320.000	-10.000	-243.171
IV. Steuern	120.000	180.000	111.680
VII. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ./. Steuern)	**200.000**	**-190.000**	**-354.851**

[1] Zuführungen aus:

15 55 - 682 10	47.151.000 *
682 11	3.060.000
682 12	1.063.000
682 13	4.280.000
682 14	9.175.000
682 39	23.000
Zusammen	**64.752.000**

* Ansatz 682 10: 48.059.000 EUR; Differenz in Höhe von 908.000 EUR betrifft Nachzahlungen für Vorjahre

[2] kameraler Ansatz 25.849.000 € (siehe Finanzplan), davon 3.000.000 € bei Umsatzerlösen berücksichtigt (landeseigene Tiefbaumaßnahmen)

[3] darin Kostenersätze aus:

15 20 - 682 65	1.200.000
15 20 - 682 66	71.000
15 20 - 682 67	1.000.000
15 52 - 682 64	1.000.000
15 52 - 682 68	525.000
15 52 - 685 95	100.000
15 56 - 547 64	800.000
15 56 - 682 63	1.444.000

15 Umweltministerium

Anlage
zu Kapitel 15 55

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz

C. Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2007

Positionsbezeichnung	Soll 2007 EUR	Plan 2006 EUR	Ist 2005 EUR
I. Erhöhung der Zuführung/Minderung der Ablieferung			
Gewinnerhöhung ohne Geldfluss, z.B.:			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.200.000	0	4.998.110
2. Zuschreibungen			
2.1 Bestandsmehrungen RHB	80.000	0	206.174
2.2 Bestandsmehrungen fertige und unfertige Erzeugnisse	0	0	206.959
3. Auflösung von Rückstellungen und Rücklagen			
3.1 Auflösung von Rückstellungen	150.000	0	536.456
3.2 Auflösung von Rücklagen	0	0	5.339.267
3.3 Auflösung Sonderposten für Investitionszuschüsse	19.800.000	25.500.000	21.217.905
4. Auflösung des passiven Rechnungsabgrenzungspostens	70.000	0	64.554
Summe I.:	22.300.000	25.500.000	32.569.425
II. Minderung der Zuführung/Erhöhung der Ablieferung			
Gewinnminderung ohne Geldfluss, z.B.:			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.100.000	0	7.750.535
2. Wertberichtigungen			
2.1 Abschreibungen	19.000.000	23.500.000	19.639.958
2.2 Restbuchwerte aus dem Abgang von Anlagevermögen	800.000	2.000.000	1.550.858
2.3 Bestandsminderungen RHB	0	0	0
2.4 Bestandsminderungen fertige und unfertige Erzeugnisse	0	0	0
3. Sachmittelaufwand für aktivierte Anlagen	0	0	0
4. Bildung von Rückstellungen und Rücklagen			
4.1 Zuführung zu den Rückstellungen	3.000.000	0	10.654.183
4.2 Bildung von Rücklagen	0	0	9.764.089
5. Auflösung des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens	80.000	0	72.208
Summe II.:	26.980.000	25.500.000	49.431.831
III. Überleitungsbetrag (Summe I ./. Summe II)	**-4.680.000**	**0**	**-16.862.406**

Bewirtschaftungsvermerke

(1) Deckungsfähigkeit

Die Ansätze innerhalb des Erfolgsplans (laufender Aufwand) und innerhalb des Finanzplans (investiver Aufwand) sind jeweils gegenseitig deckungsfähig. Zweckgebundene Einnahmen dürfen nur im Rahmen der Zweckbindung verwendet werden.

Der Erfolgsplan ist insgesamt zu Gunsten des Finanzplans deckungsfähig.

Die Aufwandsansätze erhöhen oder vermindern sich um Mehr- und Mindererträge.

(2) Inanspruchnahme der Ansätze

Die Ansätze des Erfolgsplans dürfen bei unabweisbaren Erfordernissen, die aktenkundig zu machen sind, um bis zu 250 000 EUR zu Lasten des Finanzplans überschritten werden. Im Folgejahr ist zwingend ein Ausgleich zu Gunsten des Finanzplans wieder herbeizuführen.

Aufwendungen, die zu einer Erhöhung des Mittelbedarfs gegenüber dem Wirtschaftsplan führen, sind nur unter den Voraussetzungen des § 37 LHO zulässig und bedürfen der Einwilligung des MF.

(3) Personalaufwendungen

Die als Anlage zum Wirtschaftsplan beigefügte Übersicht über die Stellen der auf Dauer beschäftigten, zuführungsfinanzierten Angestellten ist einschließlich der ausgebrachten Bemerkungen verbindlich. Der Landesbetrieb ist befugt, von den Übersichten unter Beachtung des Tarifrechts analog Abs. 2 Nr. 7 der Allgemeinen Bestimmungen abzuweichen.

Für die auf Dauer beschäftigten, zuführungsfinanzierten Arbeiterinnen und Arbeiter ist die dem Wirtschaftsplan beigefügte Übersicht hinsichtlich der Gesamtzahl der Stellen sowie der Bemerkungen verbindlich.

Soweit Bauleitungs- oder andere Mittel für Vorarbeits-, Planungs- und Bauleitungstätigkeiten sowie zum Betrieb und für die Unterhaltung von Gewässern, Deichen, Sperrwerken, Geräten und dgl. im Auftrage Dritter zur Verfügung stehen, ist der Landesbetrieb ermächtigt, mit bis zu 114 aus diesen Mitteln vergüteten Angestellten und Arbeiterinnen bzw. Arbeitern unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abzuschließen, dass der Abschluss befristeter Verträge aus arbeitsrechtlichen Gründen nicht rechtswirksam wäre.

Im Erfolgsplan sind Aufwendungen für insgesamt 58 Auszubildende, insbesondere für die Berufe Bauzeichner, Chemielaborant, Fachinformatiker, Wasserbauer, Tischler und Schiffsmechaniker berücksichtigt. Darüber hinaus sind Beträge für die Beschäftigung von 21 Referendarinnen/Referendaren und 8 Inspektorenanwärterinnen/Inspektorenanwärter enthalten.

Die Einsparungen der Zielvereinbarung I zum Personalabbau sind erfüllt. Zur Umsetzung der Zielvereinbarung II sind in den nächsten Jahren insgesamt noch 179,5 (ursprünglich 315) Stellen einzusparen; diese sind im einzelnen im Stellenplan und der Anlage zum Wirtschaftsplan dargestellt.

(4) Nicht verbrauchte Zuführungen

Die bis zum Ende des Geschäftsjahres vom Land zugeführten und nicht verbrauchten (nicht gebundenen) Mittel für laufende Zwecke können in Höhe von 80 v. H. einer Rücklage zugeführt werden. Die restlichen 20 v. H. sind als Verbindlichkeit gegenüber dem Land zu behandeln.

Vom Land zugeführte und nicht verbrauchte (nicht gebundene) Mittel für investive Zwecke können in voller Höhe einer Rücklage zugeführt werden.

Die Entnahmen aus diesen Rücklagen sind zur Erfüllung der jeweiligen Aufgaben des NLWKN einzusetzen; Dauerverpflichtungen dürfen nicht eingegangen werden.

(5) Anlagevermögen

Investitionen in das unbewegliche Anlagevermögen werden im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes als Aufwand im Erfolgsplan dargestellt, da nach dem Erlass des MF vom 30.04.2004 das unbewegliche Anlagevermögen aktiviert werden kann. Sofern die Bilanzierung zu steuerbaren Effekten führt, ist dieser Konsequenz innerhalb des Landesbetriebes zu begegnen.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für beamtete Hilfskräfte und Angestellte)

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Beamtete Hilfskräfte	
A 13	1	1	Assessorin, Assessor	
A 9	5	6	Inspektorin z. A., Inspektor z. A.	
	6	7	Zusammen	
			Angestellte	
I a	2	1		
I b	2	3		
II a[6)][14)][23)][24)][25)][26)][27)]	67	73		
III[28)][29)][30)][31)][32)][33)]	93	94		
IV a[16)][20)][34)][35)][36)][37)][38)][39)]	78	86		
IV b[9)][42)][43)]	14	14		
V b[3)][10)][44)][46)][47)][48)]	52	52		
V c[7)][50)][52)][53)][54)]	69	68		
VI b[5)][8)][55)][56)][58)][59)][60)]	115	117		
VII[18)][61)][63)][64)][65)][66)]	45	46		
VIII[17)][69)]	20	20		
IX b–VII[1)][70)]	27	29		
	584	603	Zusammen	
			Leerstellen:	
III[11)]	2	2		
IV a[11)]	3	3		
IV b[11)]	1	1		
V b[11)]	2	2		
VI b[11)]	4	4		
VII[11)]	2	2		
IX b–VII[11)]	4	4		
	18	18	Zusammen	

[1)] Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

[3)] Eine Stelle darf (in Höhe von bis zu 20 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[5)] Die jeweilige Vorzimmerkraft der Direktorin/des Direktors ist für die Dauer der Wahrnehmung dieser Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Zugleich erhält sie eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT in Höhe der Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[6)] Eine Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[7)] Eine Stelle darf (in Höhe von 10 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[8)] Eine halbe Stelle ist infolge Einsparung gem. Nr. 1 Abs. 3 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998 dauerhaft gesperrt.

[9)] Eine Stelle darf (in Höhe von bis zu 70 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[10)] Eine Stelle darf (in Höhe von 25 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[11)] kw.

[14)] Unbesetzt (Davon 1 kw).

[16)] Unbesetzt (Davon 2 kw infolge ZV I).

[17)] Davon 2 kw (Umweltverwaltung Braunschweig).

[18)] Unbesetzt (Davon 1 kw infolge ZV I).

[20)] Eine Stelle darf (in Höhe von 50 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[23)] Unbesetzt (2 kw infolge ZV II).

[24)] Unbesetzt (2 kw infolge ZV II).

[25)] 1 kw infolge ZV II.

[26)] 9 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.

[27)] 2 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.

[28)] 2 (3) kw infolge ZV II.

[29)] 6 kw infolge ZV II.

[30)] 3 kw infolge ZV II.

[31)] 2 kw infolge ZV II.

[32)] 3 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.

[33)] 5 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.

[34)] Unbesetzt (5 kw infolge ZV II).

[35)] 1 (3) kw infolge ZV II.

[36)] 6 kw infolge ZV II.

[37)] 3 kw infolge ZV II.

[38)] 6 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.

[39)] 8 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.

[42)] 2 kw infolge ZV II.

[43)] 2 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.

[44)] Unbesetzt (2 kw infolge ZV II).

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2005	Stellenzahl 2004	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
				[46]) 2 kw infolge ZV II. [47]) 1 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II. [48]) 1 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II. [50]) Unbesetzt (1 kw infolge ZV II). [52]) 1 kw infolge ZV II. [53]) 2 kw infolge ZV II. [54]) 1 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II. [55]) 1 (3) kw infolge ZV II. [56]) 6 kw infolge ZV II. [58]) 4 kw infolge ZV II. [59]) 1 kw infolge ZV II. [60]) 8 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II. [61]) 6 kw infolge ZV II. [63]) 13 kw infolge ZV II. [64]) 2 kw infolge ZV II. [65]) 2 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II. [66]) 1 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II. [69]) 2 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II. [70]) 5 (7) kw infolge ZV II.

Erläuterungen

Beamtete Hilfskräfte

Abgänge	Stellen	
Bes.-Gr. A 9 (g.D.)	1	verlagert nach Kap. 15 26 (analog § 50 Abs. 2 LHO bereits 2006 umgesetzt)
Zusammen	1	

Angestellte

Zugänge	Stellen	
Verg.-Gr. II a	1	verlagert von Kapitel 15 06 (gem. § 50 Abs. 1 LHO bereits 2006 umgesetzt)
Verg.-Gr. IV a	1	neu für den Aufgabenbereich Betriebswirtschaft, Finanzierung je zur Hälfte aus WEG und Abwasserabgabe
Verg.-Gr. V b	2	verlagert von Kapitel 15 06 (gem. § 50 Abs. 1 LHO bereits 2006 umgesetzt)
Verg.-Gr. V c	3	verlagert von Kapitel 15 06 (gem. § 50 Abs. 1 LHO bereits 2006 umgesetzt)
Zusammen	7	

Abgänge	Stellen	
Verg.-Gr. II a	7	davon 2 infolge Umwandlung in zwei Stellen der Bes.-Gr. A 13 1 verlagert nach Kapitel 15 01 (analog § 50 Abs. 2 LHO bereits 2006 umgesetzt) 1 infolge Vollzugs der Bemerkung Nr. 14 (sonstiger Vermerk) 1 infolge Teilvollzugs der Bemerkung Nr. 23 (ZV II) 2 infolge Vollzugs der Bemerkung Nr. 24 (ZV II)
Verg.-Gr. III	1	infolge Teilvollzugs der Bemerkung Nr. 28 (ZV II)
Verg.-Gr. IV a	9	davon 2 infolge Vollzugs der Bemerkung Nr. 16 (ZV I) 5 infolge Vollzugs der Bemerkung Nr. 34 (ZV II) 2 infolge Teilvollzugs der Bemerkung Nr. 35 (ZV II)
Verg.-Gr. V b	3	davon 2 infolge Vollzugs der Bemerkung Nr. 44 (ZV II). 1 infolge Umwandlung in eine Stelle der Bes.-Gr. A 9 g.D.
Übertrag Abgänge	20	

noch Abgänge Übertrag	Stellen 20	
Verg.-Gr. V c	1	infolge Vollzugs der Bemerkung Nr. 50 (ZV II)
Verg.-Gr. VI b	2	infolge Teilvollzugs der Bemerkung Nr. 55 (ZV II)
Verg.-Gr. VII	1	infolge Vollzugs der Bemerkung Nr. 18 (ZV I)
Verg.-Gr. IX b-VII	2	infolge Teilvollzugs der Bemerkung Nr. 70 (ZV II)
Zusammen	26	
Bleiben Abgänge	19	

Höhergruppierungen	Stellen	
Verg.-Gr. I a	1	von Verg.-Gr. I b (finanziert durch die Partner der FGG Weser)
Verg.-Gr. V b	1	von Verg.-Gr. V c (finanziert durch höherwertige Stelleneinsparung A 12 statt A 11)
Zusammen	2	

Erläuterungen

Sonstige Veränderungen:
Die Bemerkungen Nrn. 14, 16, 18, 24, 34, 44 und 50 wurden vollzogen.
Die Bemerkung Nr. 23 wurde für eine Stelle im Rahmen einer Stellenverlagerung mit zu Kapitel 15 01 verlagert und für eine Stelle vollzogen.
Die Bemerkungen Nrn. 24, 28, 35, 55 und 70 wurden auf Grund des Teilvollzugs angepasst.

Übersicht der infolge ZV II mit kw-Vermerken ausgebrachten Stellen:

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellen 2007	Stellen 2006
Bes.-Gr. A 9 b.H.	—	—
Verg.-Gr. II a	12	16
Verg.-Gr. III	21	22
Verg.-Gr. IV a	24	31
Verg.-Gr. IV b	4	4
Verg.-Gr. V b	4	6
Verg.-Gr. V c	4	5
Verg.-Gr. VI b	20	22
Verg.-Gr. VII	24	24
Verg.-Gr. VIII	2	2
Verg.-Gr. IX b–VII	5	7
Insgesamt	120	139

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen im Vorbereitungsdienst und für Arbeiterinnen und Arbeiter)

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
			Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst	
A 13	21	21	Referendarin, Referendar	
A 10	8	8	Oberinspektoranwärterin, Oberinspektoranwärter	
	29	29	Zusammen	
			Arbeiterinnen und Arbeiter	
1–8[1)][2)][4)][6)][7)]	253	273		
	253	273	Zusammen	

[1)] 5 Stellen der Lohn-Gr. 5a (in Höhe von jeweils bis zu 10 v.H.) und eine weitere Stelle der Lohn-Gr. 7a (in Höhe von bis zu 50 v.H.) dürfen nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[2)] 1 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.

[3)] Unbesetzt.

[4)] Unbesetzt (Davon 9 kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV I).

[5)] Unbesetzt.

[6)] 43 (55) kw infolge ZV II.

[7)] Davon 2 (1) DW.

Erläuterungen

Arbeiterinnen und Arbeiter

Zugänge:		
Lohn-Gr. 1–8	1	verlagert von Kapitel 05 20 (gem. § 50 Abs. 2 LHO bereits 2005 umgesetzt)
Zusammen	1	
Abgänge:		
Lohn-Gr. 1–8	9	infolge des Vollzugs der Bemerkung Nr. 4 (ZV I)
Lohn-Gr. 1–8	12	infolge Teilvollzugs der Bemerkung Nr. 6 (ZV II)
Zusammen	21	
Bleiben Abgänge	20	

Sonstige Veränderungen:
Die Bemerkung Nr. 2 wurde hier neu ausgebracht, da die Stelle aus dem Kap. 05 20 mit kw-Vermerk verlagert wurde.
Die Bemerkung Nr. 4 wurde vollzogen.
Die Bemerkung Nr. 6 wurde auf Grund des Teilvollzugs angepasst.

Übersicht der infolge ZV II mit kw-Vermerken ausgebrachten Stellen:

	Stellen 2007	Stellen 2006
Lohn-Gr. 1-8	44	55

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1556 Verwendung der Wasserentnahmegebühr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
099 10-0	623	Wasserentnahmegebühr *Vgl. K-Vermerk zu 1502- Ausgabetitelgruppe 95, 1520-633 10, 1520-683 10, 1520-683 12, 1520-683 13, 1520-683 14, 1520-684 10, 1520-883 10, 1520-893 10, 1520- Ausgabetitelgruppe 65/66, 1520- Ausgabetitelgruppe 67/70, 1526- Ausgabetitelgruppe 61, 1526- Ausgabetitelgruppe 62, 1555-682 12, 631 10, 632 10, 633 10, 637 10, 637 11, 637 12, 685 41, 981 10, 981 11, 981 12, 981 13, 981 14, Ausgabetitelgruppe 62, Ausgabetitelgruppe 63/64 und Ausgabetitelgruppe 80/81/82.*		53.500	57.434	–3.934	53.924
119 01-1	610	Vermischte Einnahmen		—	—	—	20
119 10-0	623	Einnahmen aus Finanzierungen der Wasserentnahmegebühr *Vgl. K-Vermerk zu 1502- Ausgabetitelgruppe 95, 1520-633 10, 1520-683 10, 1520-683 12, 1520-683 13, 1520-683 14, 1520-684 10, 1520-883 10, 1520-893 10, 1520- Ausgabetitelgruppe 65/66, 1520- Ausgabetitelgruppe 67/70, 1526- Ausgabetitelgruppe 61, 1526- Ausgabetitelgruppe 62, 1555-682 12, 631 10, 632 10, 633 10, 637 10, 637 11, 637 12, 685 41, 981 10, 981 11, 981 12, 981 13, 981 14, Ausgabetitelgruppe 62, Ausgabetitelgruppe 63/64 und Ausgabetitelgruppe 80/81/82.*		—	—	—	2
272 10-3	623	Zuweisungen des Bundes aus EU-Mitteln *Vgl. K-Vermerk zu 1502- Ausgabetitelgruppe 95, 1520-633 10, 1520-683 10, 1520-683 12, 1520-683 13, 1520-683 14, 1520-684 10, 1520-883 10, 1520-893 10, 1520- Ausgabetitelgruppe 65/66, 1520- Ausgabetitelgruppe 67/70, 1526- Ausgabetitelgruppe 61, 1526- Ausgabetitelgruppe 62, 1555-682 12, 631 10, 632 10, 633 10, 637 10, 637 11, 637 12, 685 41, 981 10, 981 11, 981 12, 981 13, 981 14, Ausgabetitelgruppe 62, Ausgabetitelgruppe 63/64 und Ausgabetitelgruppe 80/81/82.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
631 10-3	625	Erstattungen an den Bund für Forschung im Küsteningenieurwesen *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1526-119 62, 1526-125 62, 099 10, 119 10 und 272 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 1502 - Ausgabetitelgruppe 95.*	—	13	13	—	9
632 10-0	623	Zuweisungen an Länder *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1526-119 62, 1526-125 62, 099 10, 119 10 und 272 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 1502 - Ausgabetitelgruppe 95.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	25	25	—	25
633 10-6	623	Erstattung des Verwaltungsaufwandes an untere Wasserbehörden für die Festsetzung und Erhebung der Wasserentnahmegebühr *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1526-119 62, 1526-*	—	368	368	—	194

E R L Ä U T E R U N G E N

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 1556

Im Haushaltsjahr 2007 sind folgende Zweckbestimmungen neben den Titeln des Kapitels 15 56 in den Deckungskreis der Ausgaben (insgesamt 53,5 Mio. EUR) einbezogen, die aus dem Aufkommen der Wasserentnahmegebühr finanziert werden:

	2007 in 1000 EUR
– Projekt "Natur erleben" (15 20 - 633 10, 684 10)	300
– Erschwernisausgleich u.ä. (15 20 – 683 10, 683 12)	1 250
– Kooperationsprogramm Grünland (15 20 – 683 13)	2 304
– Kooperationsprogramm Acker (15 20 – 683 14)	1 952
– EU-Monitoring, Naturschutzstationen und ähnliche Maßnahmen des Naturschutzes (1520 – TGr. 65/66)	1 667
– Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen im Bereich Naturschutz und Landschaftspflege (1520 – TGr. 67/70)	2 562
– Biosphärenreservat Elbtalaue (15 26 – TGr. 61)	283
(15 26 – TGr. 62)	252
– SAD Münchehagen (15 02 – TGr. 95)	3 285
– Betrieb und Unterhaltung landeseigener Gewässer und Anlagen durch den NLWKN (15 55 – 682 12)	1 063
Zusammen	14 918

Aus technischen Gründen ist der gesamte Deckungsvermerk bei Kapitel 15 02 Titelgruppe 95 ausgebracht.

Zu 099 10

Zur Förderung einer schonenden Grundwasserbewirtschaftung wird für bestimmte Entnahmen aus oberirdischen Gewässern und aus dem Grundwasser eine Wasserentnahmegebühr erhoben (§ 47 NWG).
Es werden jährlich Einnahmen in Höhe von 53,50 Mio. EUR erwartet, die sich ergeben aus:

– öffentlicher Wasserversorgung	20,50 Mio. EUR
– Kühlung	29,40 Mio. EUR
– Wasserhaltung, Beregnung, Fischhaltung, Gewerbe und Industrie	3,60 Mio. EUR
	53,50 Mio. EUR

Der gegenüber 2006 verringerte Planungsansatz beruht auf dem Ist-Ergebnis 2005 und fortgeschriebenen Prognoseberechnungen. Der geringere Einnahmeansatz hat zur Folge, dass die Ausgaben des sog. privilegierten Bereiches (Trinkwasserschutz und gewässerbezogene Naturschutzprogramme) entsprechend der Mindereinnahmen anteilig gemäß der 40%-Regelung abnehmen.
Über die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel bei den einzelnen Titeln ist sicherzustellen, dass nicht über den Betrag der tatsächlich im Haushaltsjahr eingegangenen Einnahmen hinaus Ausgaben geleistet werden.
In der Regel stehen die Mittel erst in der 2. Hälfte eines Jahres zur Verfügung, sodass sie im laufenden Haushaltsjahr nicht mehr vollständig verausgabt werden können. Die nicht zur Auszahlung gebrachten Haushaltsmittel sind aufgrund der durch § 47 h Abs. 3 NWG vorgegebenen Zweckbindung als Ausgabereste in das nächste Haushaltsjahr zu übertragen. Soweit diese Ausgabereste nicht durch Verpflichtungen belegt sind, erhöhen sie den Verfügungsrahmen des jeweils folgenden Haushaltsjahres.
Das Jahresaufkommen wird entsprechend der Bestimmung des § 47 h Abs. 3 NWG verwendet. 40 v.H. des Jahresaufkommens (21,400 Mio. EUR) sind den in § 47 h Abs. 3 S. 2 NWG aufgeführten Maßnahmen vorbehalten (s. Kapitel 15 20 Titel 683 12, 683 13 sowie Kapitel 15 56 TGr. 62 und 80 bis 82).

Zu 631 10

Nach dem Verwaltungsabkommen zwischen dem Bund und den Küstenländern von 1973 arbeiten die Vertragspartner in der Küstenforschung zusammen, um die Naturvorgänge an den Küsten und im Küstenvorfeld zu erkennen und möglichst weitgehend zu beherrschen.
Die Aufgaben werden seit dem 1. 8. 2001 von der Bundesanstalt für Wasserbau im Rahmen des v. g. Verwaltungsabkommens wahrgenommen. Die Ausgaben sind anteilig zu erstatten.

Zu 632 10

Anteil des Landes Niedersachsen am Länderfinanzierungsprogramm “Wasser, Boden und Abfall“. Weitere Haushaltsmittel für diesen Zweck werden aus der Abwasserabgabe (15 52 – 632 95) finanziert.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1556 Verwendung der Wasserentnahmegebühr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 633 10-6		*125 62, 099 10, 119 10 und 272 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 1502 - Ausgabetitelgruppe 95.*					
637 10-1	623	Zuweisungen an Unterhaltungsverbände für die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1526-119 62, 1526-125 62, 099 10, 119 10 und 272 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 1502 - Ausgabetitelgruppe 95.*	—	750	750	—	1.917
637 11-0	625	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände (Deichverbände) und Sonstige zu den Deicherhaltungskosten nach § 8 (3) u. (4) NDG *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1526-119 62, 1526-125 62, 099 10, 119 10 und 272 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 1502 - Ausgabetitelgruppe 95.*	—	150	155	–5	225
637 12-8	625	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände (Deichverbände) gemäß § 8 Abs. 2 NDG *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1526-119 62, 1526-125 62, 099 10, 119 10 und 272 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 1502 - Ausgabetitelgruppe 95.*	—	345	345	—	275
685 41-6	625	Zuschüsse an die Landwirtschaftskammern für die Bisambekämpfung *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1526-119 62, 1526-125 62, 099 10, 119 10 und 272 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 1502 - Ausgabetitelgruppe 95.*	—	424	416	+8	450
981 10-4	990	Abführung an 13 50 - 381 15 *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1526-119 62, 1526-125 62, 099 10, 119 10 und 272 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 1502 - Ausgabetitelgruppe 95.*	—	150	158	–8	150
981 11-2	990	Abführung an 15 55 - 381 12 für Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Wasserentnahmegebühr *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1526-119 62, 1526-125 62, 099 10, 119 10 und 272 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 1502 - Ausgabetitelgruppe 95.*	—	2.477	2.120	+357	2.548
981 12-0	990	Abführung an 15 01 - 381 10 für Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Wasserentnahmegebühr *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1526-119 62, 1526-125 62, 099 10, 119 10 und 272 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 1502 - Ausgabetitelgruppe 95.*	—	315	230	+85	314
981 13-9	990	Abführung an 08 18 - 381 10 für Verwaltungskosten i. S. Wasserentnahmegebühr *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1526-119 62, 1526-125 62, 099 10, 119 10 und 272 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 1502 - Ausgabetitelgruppe 95.*	—	127	153	–26	126
981 14-7	990	Abführung an 15 54 - 381 10 *Übertragbar.*	—	13.273	15.473	–2.200	16.146

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 633 10

Für die Berechnung und Festsetzung sowie für die Erhebung der Wasserentnahmegebühr wird den unteren Wasserbehörden der Verwaltungsaufwand erstattet (§ 47 h Abs. 2 NWG).

Zu 637 10

Die veranschlagten Haushaltsmittel stellen die Obergrenze für die insgesamt zu bewilligenden Zuschüsse für Aufwendungen zur Unterhaltung des Jahres 2006 dar.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Zuweisungen an Unterhaltungsverbände für die Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung

Rechtliche Grundlage:
§ 104 NWG i. d. F. der Neubekanntmachung vom 10.06.2004 (Nds. GVBl. S. 171), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.2004 (Nds. GVBl. S. 664)

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	2 693	2 309	3 367	1 917	750	750	500	500	500
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					750	750	500	500	500

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[x]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
1971

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Ausgleich besonderer Belastungen der Unterhaltungsverbände bei der Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung um landesweit die Belastungen anzugleichen.

Zielgruppe:
Unterhaltungsverbände nach dem NWG

Durchschnittliche Förderhöhe:
125 000 EUR (2006 für Belastungen aus 2005)

Zu 637 11

Bezeichnung des Förderprogramms:
Zuwendungen in Härtefällen zu den Deicherhaltungskosten der Wasser- und Bodenverbände (Deichverbände)

Rechtliche Grundlage:
§ 8 Abs. 3 und 4 des Niedersächsischen Deichgesetzes (NDG) vom 1. 3. 1963 (Nds. GVBl. S. 81), in der geltenden Fassung.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 637 11

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	103	195	178	225	155	150	0	0	0
Korrespondierende Einnahmen aus									
EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					155	150			

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[x]Gesetzliche Finanzhilfe [ ]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
1967

Befristung:
[x]Nein [ ]Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Zuschüsse in besonderen Härtefällen bei der Deicherhaltung um landesweit die Belastungen der Deichverbände anzugleichen und die Deichunterhaltung sicherzustellen.

Zielgruppe:
Wasser- und Bodenverbände (Deichverbände)

Durchschnittliche Förderhöhe:
51.500 EUR

Zu 637 12

Veranschlagt sind Mittel in der Höhe, in der das Land gemäß § 8 Abs. 2 des Niedersächsischen Deichgesetzes (NDG) vom 1. 3. 1963 (Nds. GVBl. S. 81), in der geltenden Fassung, die Kosten zur Unterhaltung der Schutzwerke im Deichvorland oder im Watt erstattet.

Zu 685 41

Dem Land obliegen die landesweiten Aufgaben der Organisation und Koordinierung der Bisambekämpfung sowie die Schulung der Bisambekämpfer in Verbindung mit der Ausstellung von Fängerlizenzen und der notwendigen Überwachung (RdErl. vom 9. 12. 1999, Nds. MBl. S. 813). Die Landwirtschaftskammer in Oldenburg ist im Rahmen einer entsprechenden vertraglichen Regelung mit der Durchführung dieser Aufgaben zur Bisambekämpfung betraut worden.
Die vertragliche Regelung wurde im Haushaltsjahr 2005 bis 2010 verlängert.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	424	—	—	424
2008	432	—	—	432
2009	440	—	—	440
2010	432	—	—	432
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	1.728	—	—	1.728

Zu 981 10

Abführung an 13 50 – 381 15 für Versorgungszuschläge des beamteten Personals, für das Beträge aus 15 56 – 981 11, 981 12 an andere Kapitel des Einzelplans 15 und aus 15 56 – 981 13 an andere Kapitel des Landeshaushalts abgeführt werden.

Zu 981 11

Bei diesem Titel werden die Mittel für die Verwaltungskosten des NLWKN, die im Zusammenhang mit der Erhebung und Verwendung der Wasserentnahmegebühr stehen (einschließlich der Kosten für die Fachinformations- und Fachkommunikationstechnik), abgeführt.
Der Verwaltungsaufwand für das Land wird nach dem tatsächlichen Aufwand zum Ende des Haushaltsjahres ermittelt und entsprechend abgeführt.

Zu 981 12

Bei diesem Titel werden die Mittel für die Verwaltungskosten im Umweltministerium, die im Zusammenhang mit der Erhebung und Verwendung der Wasserentnahmegebühr stehen, abgeführt.
Der Verwaltungsaufwand für das Land wird nach dem tatsächlichen Aufwand zum Ende des Haushaltsjahres ermittelt und entsprechend abgeführt.

Zu 981 13

Bei diesem Titel werden die Verwaltungskosten beim Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) für besondere Fachaufgaben im Rahmen des Grundwasserschutzes abgeführt (2 Stellen und Sachkosten für die Beratung in Wasserschutzgebietsverfahren und Wasserrechtsverfahren).
Der Verwaltungsaufwand für das Land wird nach dem tatsächlichen Aufwand zum Ende des Haushaltsjahres ermittelt und entsprechend abgeführt.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1556 Verwendung der Wasserentnahmegebühr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 981 14-7		*Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1526-119 62, 1526-125 62, 099 10, 119 10 und 272 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 1502 - Ausgabetitelgruppe 95.*					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Naturschutzprogramme zum Schutz der Gewässer und des Wasserhaushalts** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1526-119 62, 1526-125 62, 099 10, 119 10 und 272 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 1502 - Ausgabetitelgruppe 95.* **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(600) (2.993)	(1.465)	(3.017)	(–1.552)	(4.038)
429 62-2	623	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
459 62-9	623	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	—	—	—	—
547 62-5	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	26	26	—	176
633 62-9	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	— 43	200	96	+104	134
683 62-6	623	Vertragsnaturschutz für freiwillige Nutzungseinschränkungen	— 2.150	—	1.083	–1.083	873
686 62-5	623	Zuweisungen an Sonstige	—	—	—	—	70
761 62-7	623	Investive Maßnahmen auf landeseigenen Flächen	—	50	—	+50	120
812 62-0	623	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	11
821 62-0	623	Landeseigener Erwerb von Grundstücken	300 500	589	977	–388	2.085
883 62-5	623	Zuweisungen für den Grunderwerb und andere Investitionen an Gemeinden (GV)	300 300	600	835	–235	541
893 62-0	623	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	28
TGr. 63/64		**Verwaltungsausgaben für den Gewässerschutz und die Gewässerüberwachung** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1526-119 62, 1526-125 62, 099 10, 119 10 und 272 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 1502 - Ausgabetitelgruppe 95.*	(—)	(2.269)	(2.679)	(–410)	(1.800)
547 63-3	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	25	25	—	115
547 64-1	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben für die Ausweisung von Überschwemmungsgebieten	—	800	614	+186	1.117
682 63-8	623	Erstattungen an den NLWKN	—	1.444	2.040	–596	568
812 63-9	623	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 981 14

Abführungen für die Kofinanzierung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (Vorhaben des Küstenschutzes).

Zu Titelgruppe 62

Die folgenden Angaben nehmen Bezug auf die veranschlagten Beträge im Kapitel 15 20 Titel 883 61, und 883 67 und im Kapitel 15 56 Titel 633 62, 821 62 und 883 62.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Fördermaßnahmen im Rahmen des
- ELER-Förderprogramms (Nachfolge von PROLAND), Verwaltungsvorschrift „Naturschutz" und Förderrichtlinie „Landschaftsentwicklung" sowie des
- Aktionsprogramms der EU „LIFE" zur Entwicklung und Durchführung der Umweltpolitik.

Rechtliche Grundlage:
Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20.09.2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER, Amtsblatt der EG Nr. L 277, S. 1).
Verwaltungsvorschrift Naturschutz vom 05.11.2001 (n.v.) geändert durch RdErl. vom 30.12.2004 (Nds. MBl. S. 103/2005) und Förderrichtlinie Landschaftsentwicklung vom 14.02.2001 (Nds. MBl. S. 725), geändert durch RdErl. vom 30.12.2004 (Nds. MBl. S. 103/2005).
Die Richtlinien befinden sich in der Überarbeitung und werden den Anforderungen der EU-Förderperiode 2007 bis 2013 angepasst.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	7 189	5 750	3 634	3 713	2 649	1 788	1 390	1 261	1 825
Korrespondierende Einnahmen aus EU *					3 006				
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					2 649	1 788	1 390	1 261	1 825

* Die EU-Erstattungen sind im Kapitel 15 02 Titelgruppen 71, 92 und 93 veranschlagt. Die genauen Jahresbeträge werden im Rahmen der Notifizierung des Programms durch die EU-Kommission bis spätestens 30.06.2007 festgelegt.

Empfänger:
[ ]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [x]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
Die EU-Förderung aus dem EAGFL wurde ab dem Jahr 2000 aufgenommen. Das Aktionsprogramm „LIFE" der EU wurde 1992 begonnen.

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 15.10.2013

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
- Im Rahmen der Förderung der nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume soll die finanzielle Beteiligung der EU zur Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Umwelt im Zusammenhang mit der Land- und Forstwirtschaft und der Landschaftspflege beitragen.
- Erhaltung, Entwicklung und Schaffung wertvoller Feuchtgrünlandflächen in großräumigen Gebieten. Dieser halbnatürliche Biotop gehört zu den nach § 2 Nrn. 10 und 15 des Nieders. Naturschutzgesetzes zu erhaltenden Lebens- und Zufluchtstätten bedrohter Arten von Tieren und Pflanzen.
- Für den Naturschutz wertvolle Flächen werden durch Erwerb, Pacht, Ablösung von Nutzungsrechten, Schutz-, Instandhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen langfristig für Naturschutzzwecke gesichert.
- Rettung bedrohter Ökosysteme und Arten (LIFE-Natur).

Zielgruppe:
Bewirtschafter und Besitzer von für den Naturschutz bedeutenden Flächen im Fördergebiet der Naturschutzprogramme.

Durchschnittliche Förderhöhe:
10.500 EUR (Bezug: Haushaltsjahr 2006)

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 547 62

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	26	—	—	26
2008	—	—	—	—
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	26	—	—	26

Zu 633 62

Mit dem Landkreis Stade ist eine Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen worden, nach der das Land einen Anteil der Personal-, Sach- und Nebenkosten eines im Rahmen des Naturschutzprogramms "Unterelbe – Asseler Sand" beim Landkreis beschäftigten Naturschutzwartes übernimmt. Die Laufzeit der Verwaltungsvereinbarung über das jeweilige Haushaltsjahr hinaus verlängert sich jeweils stillschweigend um ein Jahr, wenn die Vereinbarung nicht ein Jahr vor Ablauf gekündigt wird.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	148	43	—	191
2008	148	—	—	148
2009	148	—	—	148
2010	148	—	—	148
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	592	43	—	635

Zu 683 62

Der bisherige Ansatz und die in den Vorjahren eingegangenen Rechtsverpflichtungen wurden nach Kapitel 15 20 Titel 683 13 verlagert. Die Finanzierung der Förderung aufgrund der „Förderrichtlinie Wallhecken" erfolgt im Rahmen der Deckungsfähigkeit der TGr. 62.

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen zur Pflege und Entwicklung von Wallhecken

Rechtliche Grundlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen zur Pflege und Entwicklung von Wallhecken („Förderrichtlinie Wallhecken") vom (Nds. MBl. S. ..).

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz					250	250	250	250	250
Korrespondierende Einnahmen aus EU *					0				
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					250	250	250	250	250

* Die EU-Erstattungen sind im Kapitel 15 02 Titelgruppe 92 und 93 veranschlagt. Die genauen Jahresbeträge werden im Rahmen der Notifizierung des Programms durch die EU-Kommission bis spätestens 30.06.2007 festgelegt.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu 683 62

Empfänger:
[X]Unternehmen [ ]Vereine/Verbände [ ]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [X]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 20.12.2006

Befristung:
[ ]Nein [X]Ja, bis.31.10.2011

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Wallhecken – mit Bäumen oder Sträuchern bewachsene Wälle, die als Einfriedung dienen oder dienten – unterliegen dem gesetzlichen Schutz des § 33 Niedersächsisches Naturschutzgesetz. Das Land gewährt daher Zuwendungen für die Pflege und Entwicklung der Wallhecken. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung der biologischen Vielfalt und zur Bewahrung einer kulturhistorisch einmaligen Landschaft in Ostfriesland geleistet.

Zielgruppe: Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter von Wallhecken

Durchschnittliche Förderhöhe: 3.500 EUR

Zu 821 62

Bei diesem Titel sind auch die notwendigen Komplementärmittel des Landes zur Durchführung der LIFE-Projekte veranschlagt (siehe auch Erläuterungen zu 15 02 TGr. 71).

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	—	500	—	500
2008	—	—	300	300
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	—	500	300	800

Zu 883 62

Bei diesem Titel sind auch die notwendigen Komplementärmittel des Landes zur Durchführung der LIFE-Projekte veranschlagt (siehe auch Erläuterungen zu 15 02 TGr. 71).

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	100	300	—	400
2008	100	—	300	400
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	200	300	300	800

Zu Titelgruppe 63/64

Bis auf die in der Titelgruppe 63/64 veranschlagten Ansätze werden die Verwaltungsausgaben für den Bereich Gewässerschutz und Gewässerüberwachung einschließlich der EDV-Ausgaben für die Messnetze aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe finanziert (siehe 15 55-682 11).

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1556 Verwendung der Wasserentnahmegebühr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
891 63-6	623	Erstattungen für Investitionen an den NLWKN	—	—	—	—	—
TGr. 80 bis 82		**Maßnahmen zum Trinkwasserschutz** *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1526-119 62, 1526-125 62, 099 10, 119 10 und 272 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 1502 - Ausgabetitelgruppe 95.*	(28.965) (7.975)	(16.431)	(17.647)	(–1.216)	(17.399)
547 80-3	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	25	26	–1	37
547 81-1	623	Dienstleistungen Außenstehender für Maßnahmen nach § 47 h NWG	— 4.000	514	5.014	–4.500	5.989
633 80-7	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für Maßnahmen nach § 47 h NWG	—	100	153	–53	—
637 80-2	623	Zuweisungen an Wasser- und Bodenverbände für Maßnahmen nach § 47 h NWG	—	50	51	–1	—
681 80-1	623	Entschädigungsleistungen für Nutzungseinschränkungen von Grundstücken auf Grund freiwilliger Vereinbarungen	19.665 3.850	8.111	9.614	–1.503	8.811
681 81-0	623	Ausgleichsleistungen nach § 51a NWG	—	1.000	1.000	—	828
682 80-8	623	Zuschüsse an öffentl. Wasserversorgungsunternehmen für Maßnahmen nach § 47 h NWG	4.800 —	2.150	731	+1.419	650
682 81-6	623	Zuschüsse für Beratung im Trinkwasserschutz gem. § 47 h NWG	4.000 —	3.586	—	+3.586	—
682 82-4	623	Zuschüsse für Beratung im Trinkwasserschutz gem. § 47 h NWG - (Kofinanzierung von EU - Mitteln)	—	400	—	+400	—
683 80-4	623	Zuschüsse an private Unternehmen für Maßnahmen nach § 47 h NWG	—	—	51	–51	—
685 80-7	623	Zuschüsse an Landwirtschaftskammern für gewässerschutzorientierte Beratungen	500 —	250	500	–250	554
685 81-5	623	Zuschüsse an Sonstige für Maßnahmen nach § 47 h NWG	—	—	—	—	—
686 80-3	623	Zuschüsse an Kongress und Ausstellung Wasser Berlin e.V.	—	—	15	–15	—
686 81-1	623	Zuschüsse an Sonstige für Modell-, Pilot- und Forschungsvorhaben	— 125	245	441	–196	267
883 80-3	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für den Kauf von Flächen in Wasserschutzgebieten	—	—	—	—	—
887 80-9	623	Zuweisungen an Wasser- und Bodenverbände für den Kauf von Flächen in Wasserschutzgebieten	—	—	—	—	—
891 80-6	623	Zuschüsse an öffentl. Wasserversorgungsunternehmen für den Kauf von Flächen in Wasserschutzgebieten	—	—	—	—	267
892 80-2	529	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen für eine gewässerschonende Güllelagerung	—	—	—	—	–2
892 81-0	623	Zuschüsse an private Unternehmen für den Kauf von Flächen in Wasserschutzgebieten	—	—	51	–51	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 80 bis 82

Die Ausgaben für den Trinkwasserschutz sind in dieser Titelgruppe zusammengefasst.
Fördermaßnahmen für den Bereich des Trinkwasserschutzes erfolgen auf der Grundlage der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Vorhaben zum Schutz der Gewässer und des Wasserhaushalts vom 13.2.2002 (Nds. MBl. S. 215).
Ende der Förderung: 15.10.2013.
Zur ELER-Förderung siehe allg. Erläuterungen zu Kapitel 15 02 TGr. 92 und 93.
Fördermaßnahmen im Rahmen des ELER-Förderprogramms. Gefördert werden Maßnahmen in Trinkwasserschutzgebieten und Wasservorranggebieten, um vorbeugend und nachträglich schädliche Einflüsse auf das Grundwasser und den Wasserhaushalt zu verringern
Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20.09.2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER, Amtsblatt der EG Nr. L 277, S. 1).
Fördergrundlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Vorhaben zum Trinkwasserschutz im Rahmen des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL)/ Proland-Kooperationsprogramm Trinkwasserschutz vom 2.2.2001 (Nds. MBl. S. 712).
Die Richtlinien befinden sich in der Überarbeitung und werden den Anforderungen der EU-Förderperiode 2007 bis 2013 angepasst.

Bezeichnung des Förderprogramms:
Trinkwasserschutz

Rechtliche Grundlage:
§ 47 h Abs. 3 NWG

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2002 (Ist)	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Soll)	2007 (Soll)	2008 (Soll)	2009 (Soll)	2010 (Soll)
Ist / Ansatz	20 234	20 777	18 947	17 399	17 647	16 431	16 431	16 431	16 431
Korrespondierende Einnahmen aus EU *					2 410				
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					17 647	16 431	16 431	16 431	16 431

* Die EU-Erstattungen sind im Kapitel 15 02 Titelgruppe 92 und 93 veranschlagt. Die genauen Jahresbeträge werden im Rahmen der Notifizierung des Programms durch die EU-Kommission bis spätestens 30.06.2007 festgelegt.

Empfänger:
[x]Unternehmen [x]Vereine/Verbände [x]Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [ ]Private/Sonstige

Förderart:
[ ]Gesetzliche Finanzhilfe [x]Projektförderung [ ]Institutionelle Förderung [ ]Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung:
01.01.2002

Befristung:
[ ]Nein [x]Ja, bis 15.10.2013

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:
Vorhaben zum Schutz der Gewässer und des Wasserhaushalts in Wasservorrangebieten, um vorbeugend und nachträglich schädliche Einflüsse auf das Grundwasser und den Wasserhaushalt zu verringern.

Zielgruppe:
Unternehmen der öffentlichen Wasserversorgung sowie natürliche und juristische Personen

Durchschnittliche Förderhöhe:
17 553 EUR

Zu 547 81

Erkundung und Bewertung von Grundwasserbelastungen sowie zusätzliche Beratung der Forst- und Landwirtschaft und des Erwerbsgartenbaus im Interesse des Gewässerschutzes einschl. der damit im Zusammenhang stehenden Boden- und Gewässeruntersuchungen.
Die Ausgaben für diese Zwecke wurden bisher hier nachgewiesen. Soweit diese Ausgaben im Rahmen von Zuwendungen geleistet werden, sind sie künftig bei Titel 682 81 nachzuweisen; soweit sie Gegenstand von Kooperationsvereinbarungen mit den Wasserversorgungsunternehmen übernommen werden, sind sie bei Titel 682 80 zu buchen.

Noch zu 547 81

Die Rechtsverpflichtungen auf Grund der Verpflichtungsermächtigungen aus Vorjahren sind den Mittelverlagerungen entsprechend anteilig zu den Titeln 682 80 und 682 81 umgesetzt worden.

Zu 633 80

Zuweisungen an Gemeinden bzw. Wasser- und Bodenverbände für die Pacht von Flächen in Wasserschutzgebieten und für weitere Maßnahmen nach § 47 h Abs. 3 S. 2 NWG.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 681 80

Es sind veranschlagt die Ausgaben für Einschränkungen der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung aufgrund freiwilliger Vereinbarungen.
Die Nutzungseinschränkungen werden bei Abschluss von 6-jährigen freiwilligen Vereinbarungen aus dem ELER der EU gefördert. Ein Teil der im Haushaltsjahr 2007 ausgebrachten VE ist für die Durchführung der ELER-Programme bestimmt.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	4.253	1.125	—	5.378
2008	1.798	775	2.965	5.538
2009	742	750	4.900	6.392
2010	—	1.200	4.100	5.300
2011 ff.	—	—	7.700	7.700
Summe	6.793	3.850	19.665	30.308

Zu 681 81

Es sind veranschlagt die Ausgaben für Ausgleichsleistungen nach § 51 a NWG für Einschränkungen einer ordnungsgemäßen Land- oder Forstwirtschaft.

Zu 682 80

Zuschüsse an öffentliche Wasserversorgungsunternehmen für die Durchführung von Maßnahmen zum Trinkwasserschutz im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen.
Ein Teil der Rechtsverpflichtungen auf Grund der Verpflichtungsermächtigungen aus Vorjahren ist von Titel 547 81 umgesetzt worden. Es handelt sich um die bestehenden Verpflichtungen, die in die Kooperationsvereinbarungen übernommen werden sollen.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	1.300	500	—	1.800
2008	1.300	500	600	2.400
2009	400	500	1.000	1.900
2010	—	—	1.400	1.400
2011 ff.	—	—	1.800	1.800
Summe	3.000	1.500	4.800	9.300

Zu 682 81

Zusätzliche Beratung der Forst- und Landwirtschaft und des Erwerbsgartenbaus im Interesse des Gewässerschutzes einschl. der damit im Zusammenhang stehenden Boden- und Gewässeruntersuchungen.
Die Ausgaben wurden bisher bei 547 81 nachgewiesen. Soweit diese Ausgaben im Rahmen von Zuwendungen geleistet werden, sind sie hier nachzuweisen.
Ein Teil der Rechtsverpflichtungen auf Grund der Verpflichtungsermächtigungen aus Vorjahren ist von Titel 547 81 umgesetzt worden.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	2.583	500	—	3.083
2008	1.903	500	1.000	3.403
2009	859	500	1.000	2.359
2010	—	1.000	1.000	2.000
2011 ff.	—	—	1.000	1.000
Summe	5.345	2.500	4.000	11.845

Zu 682 82

Kofinanzierungen des Landes im Rahmen des Förderprogramms der EU "ELER" für die zusätzliche Beratung der Forst- und Landwirtschaft und des Erwerbsgartenbaus im Interesse des Gewässerschutzes einschl. der damit im Zusammenhang stehenden Boden- und Gewässeruntersuchungen.

Zu 685 80

Bei der Erarbeitung von Grundlagen für Maßnahmen im Rahmen von § 47 h NWG ist die fachtechnische Beratung von Dienststellen der Landwirtschaftskammern nötig. Gleichzeitig können die Landwirtschaftskammern Vermittlungs- und Schulungsaufgaben im Auftrag der Wasserwirtschaftsverwaltung erfüllen.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	250	—	—	250
2008	—	—	250	250
2009	—	—	250	250
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	250	—	500	750

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 686 81

Forschungsvorhaben, Modell- und Pilotprojekte zum Schutz des Grundwassers sowie für eine schonende Grundwasserbewirtschaftung durch Dritte.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	170	75	—	245
2008	50	50	—	100
2009	—	—	—	—
2010	—	—	—	—
2011 ff.	—	—	—	—
Summe	220	125	—	345

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1556 Verwendung der Wasserentnahmegebühr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
893 80-9	623	Zuschüsse an Sonstige für den Kauf von Flächen in Wasserschutzgebieten	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 1556					
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel		53.500	57.434	–3.934	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		53.500	57.434	–3.934	
		4 Personalausgaben	—	—	—	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	— 4.000	1.390	5.705	–4.315	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	28.965 6.168	19.611	17.847	+1.764	
		7 Baumaßnahmen	—	50	—	+50	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	600 800	1.189	1.863	–674	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	16.342	18.134	–1.792	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	29.565 10.968	38.582	43.549	–4.967	
		Überschuss		14.918	13.885	+1.033	

E R L Ä U T E R U N G E N

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 15					
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel		82.400	82.434	–34	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		38.951	40.870	–1.919	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		26.157	17.238	+8.919	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		75.856	80.297	–4.441	
		Summe der Einnahmen		223.364	220.839	+2.525	
		4 Personalausgaben	—	54.941	55.851	–910	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	70 7.245	41.894	48.498	–6.604	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	42.034 9.138	111.063	104.935	+6.128	
		7 Baumaßnahmen	21.845 14.796	20.593	20.728	–135	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	18.416 42.132	70.075	76.912	–6.837	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	48.995	38.028	+10.967	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	82.365 73.311	347.561	344.952	+2.609	
		Zuschuss		124.197	124.113	+84	

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 5151 Rücklage für die Zwischenlagerung schwachradioaktiver Abfälle

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
		1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	E I N N A H M E N					
359 10-0	Zuführung von Kapitel 1501 Titel 919 61 **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*		73	186	–113	42
361 01-5	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre		—	—	—	1
	A U S G A B E N					
919 10-5	Abführung an Kapitel 1501 Titel 359 61	—	7	6	+1	0
982 01-0	Übertrag des Bestandes in das Folgejahr	—	—	—	—	43
	Abschluss Kapitel 5151					
	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		73	186	–113	
	Summe der Einnahmen		73	186	–113	
	9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	7	6	+1	
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	7	6	+1	
	Überschuss		66	180	–114	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 359 10

Veranschlagt wird der Anteil am Gebührenaufkommen für die Zwischenlagerung schwachradiaktiver Stoffe, der im Kapitel 15 01 (Umweltministerium) nicht im Jahr der Einnahme verwendet wird. Die im Jahr der Ablieferung in das Zwischenlager noch nicht benötigten Einnahmen werden der Rücklage zugeführt. Der Bestand der Rücklage am Ende des Haushaltsjahres wird in das Folgejahr übertragen (5151 – 982 01). Soweit in zukünftigen Jahren Kosten der Zwischenlagerung und des Transportes der Abfälle in ein späteres Endlager des Bundes anfallen, werden sie aus dieser Rücklage finanziert und sind bedarfsgerecht an das Kapitel 15 01 abzuführen.

Zu 919 10

Vgl. 359 10.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 5152 Rücklage für Maßnahmen nach § 13 des Abwasserabgabengesetzes

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
		1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	E I N N A H M E N					
359 10-3	Zuführung von Kapitel 1552 Titel 919 10 **** Die Erläuterungen des gesamten Kapitels sind verbindlich.*		4.000	—	+4.000	—
361 01-9	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre		—	—	—	—
	A U S G A B E N					
919 10-9	Abführung an Kapitel 1552 Titel 359 01	—	—	—	—	—
982 01-3	Übertrag des Bestandes in das Folgejahr	—	—	—	—	—
	Abschluss Kapitel 5152					
	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		4.000	—	+4.000	
	Summe der Einnahmen		4.000	—	+4.000	
	9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	—	—	
	Überschuss		4.000	—	+4.000	

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Kapitel 5152

Veranschlagt wird der Betrag aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe, der im Kapitel 1552 (Gewässerschutz und -überwachung; Abwasserbehandlung) nicht im Jahr der Einnahme verwendet wird. In 2007 werden außerdem der Rücklage die nicht durch Rechtverpflichtungen gebundenen Ausgabereste der Abwasserabgabe zugeführt. Der Bestand der Rücklage am Ende des Haushaltsjahres wird in das Folgejahr übertragen (Kapitel 5152 Titel 982 01). Soweit in künftigen Jahren Ausgaben anfallen, für die Mittel der Rücklage in Anspruch genommen werden können, sind sie bedarfsgerecht an das Kapitel 1552 Abzuführen (Kapitel 5152 Titel 919 10).

Die Mittel der Rücklage dienen der Finanzierung von Maßnahmen zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie ab 2009, insbesondere der bis dahin zu entwickelnden Maßnahmenprogramme (siehe auch Erläuterungen zu Kapitel 1552 Titelgruppe 64 bis 66). Eine Verwendung kann nur im Rahmen der gesetzlichen Zweckbestimmung gemäß § 13 AbwAG in Betracht kommen. Danach sind die Mittel zweckgebunden für Maßnahmen einzusetzen, die der Erhaltung oder Verbesserung der Gewässergüte dienen.

Einzelplan 15

Umweltministerium

Übersicht über das Beschäftigungsvolumen, das Personalkostenbudget und die Stellen

(bisher: Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise)

für das

Haushaltsjahr 2007

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
275,14	277,31	279,57

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	4,58
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	5,50
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	10,08
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	4,25
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	8,00
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	12,25
bleibt Abgang	2,17

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
15.031	15.052	15.755

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 01 Ministerium

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamtinnen und Beamte[1])	[1]) Für die Geschäftsführung der Nieders. Umweltstiftung werden bis zu 1,35 Stellen und für die Geschäftsführung der Nieders. Wattenmeerstiftung werden bis zu 0,85 Stellen in Anspruch genommen.
			Feste Gehälter:	
B 9[2])	1	1	Staatssekretärin, Staatssekretär	[2]) Die Stelleninhaberin oder der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 LBesO.
B 6	4	4	Ministerialdirigentin, Ministerialdirigent	
B 4[21])	1	1		
B 3	5	5	Leitende Ministerialrätin, Leitender Ministerialrat	[3]) Die Stelleninhaberinnen oder die Stelleninhaber erhalten als Beamtin bzw. Beamter des gehobenen technischen Dienstes eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.
B 2[7])	16	16	Ministerialrätin, Ministerialrat	
			Aufsteigende Gehälter:	[4]) Die Stelleninhaberinnen bzw. die Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
A 16	23	23	Ministerialrätin, Ministerialrat	
A 15[9])[22])	36	38	Direktorin, Direktor	[5]) kw.
A 14[6])[8])[10])[12])[13])	28	27	Oberrätin, Oberrat	[6]) Davon 1 kw mit Wegfall der Aufgabe WRRL.
A 13[17])[19])	7	5	Rätin, Rat	[7]) 1 Stelle darf (in Höhe von 25 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
A 13[3])	2	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	[8]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 7. 2008.
A 13	32	34	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	[9]) 1 Stelle darf (in Höhe von 25 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
A 12[14])[15])	38	37	Amtsrätin, Amtsrat	[10]) Davon 1 (2) kw infolge ZV II.
A 11[11])	12	14	Amtfrau, Amtmann	[11]) Davon 1 (2) kw infolge ZV II.
A 10	1	—	Oberinspektorin, Oberinspektor	[12]) Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 9. 2008.
A 9[4])	2	2	Amtsinspektorin, Amtsinspektor	[13]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 3. 2009.
A 9	5	5	Amtsinspektorin, Amtsinspektor	[14]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 7. 2009.
	213	213	Zusammen	[15]) Davon 1 kw mit Ablauf des 28. 02. 2010.
			Leerstellen:	[17]) Davon 1 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.
B 2[5])	1	1	Ministerialrätin, Ministerialrat	[18]) Unbesetzt.
A 16[5])	1	1	Ministerialrätin, Ministerialrat	[19]) Unbesetzt (Davon 1 kw.).
A 12[5])	3	2	Amtsrätin, Amtsrat	[20]) Unbesetzt.
A 11[5])	1	1	Amtfrau, Amtmann	[21]) kw infolge ZV II.
A 9[5])	2	2	Amtsinspektorin, Amtsinspektor	[22]) Davon 1 kw infolge ZV II.
	8	7	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	2	davon 1 Verlagerung von Kapitel 15 22 (gem. § 50 Abs. 2 LHO bereits 2006 umgesetze im Tausch gegen eine Planstelle der Bes.-Gr. A 15) 1 Verlagerung von Kapitel 03 01 (im Tausch gegen eine Planstelle der Bes.-Gr. A 15)
Bes.-Gr. A 13 h.D.	3	davon 1 Verlagerung von Kapitel 15 06 (mit Haushaltsvermerk Nr. 13 (ZV II), gem. § 50 Abs. 2 LHO bereits 2006 umgesetzt) 1 Verlagerung von Kapitel 15 25 (gem. § 50 Abs. 2 LHO bereits 2006 umgesetzt im Tausch gegen eine Stelle der Verg.-Gr. I b BAT) 1 Verlagerung von Kapitel 15 26 (gem. § 50 Abs. 2 LHO bereits 2006 umgesetzt im Tausch gegen eine Stelle der Verg.-Gr. III BAT)
Bes.-Gr. A 12	1	Verlagerung von Kapitel 15 24 (im Tausch gegen eine Planstelle der Bes.-Gr. A 13 g.D.)
Bes.-Gr. A 10	1	Verlagerung von Kapitel 15 24 (im Tausch gegen eine Planstelle der Bes.-Gr. A 11)
Zusammen	7	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	2	davon 1 Verlagerung nach Kapitel 03 01 (im Tausch gegen eine Planstelle der Bes.-Gr. A 14) 1 Verlagerung nach Kapitel 15 22 (gem. § 50 Abs. 2 LHO bereits 2006 umgesetzt im Tausch gegen eine Planstelle der Bes.-Gr. A 14)
Bes.-Gr. A 14	1	infolge Teilvollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 10 (ZV II)
Bes.-Gr. A 13 h.D.	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 19
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	Verlagerung nach Kapitel 15 24 (im Tausch gegen eine Planstelle der Bes.-Gr. A 12 g.D.)
Bes.-Gr. A 11	2	davon 1 Verlagerung nach Kapitel 15 24 (im Tausch gegen eine Planstelle der Bes.-Gr. A 10) 1 infolge Teilvollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 11 (ZV II)
Zusammen	7	
Bleibt Zu-/Abgang	—	

Hebungen		
Bes.-Gr. A 13 m.Z.	1	von Bes.-Gr. A 13

Leerstellen Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. A 12	1

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 10 wurde infolge eines Stellenabganges gemindert.
Der Haushaltsvermerk Nr. 11 wurde infolge eines Stellenabganges gemindert.
Der Haushaltsvermerk Nr. 17 wurde neu besetzt (bisher Nr. 13 bei 15 06).
Der Haushaltsvermerk Nr. 19 wurde vollzogen.

Übersicht der infolge ZV II mit kw-Vermerken ausgebrachten Stellen:

	Stellen (2007)	Stellen (2006)
Bes.-Gr. B 4	1	1
Bes.-Gr. A 15	1	1
Bes.-Gr. A 14	1	2
Bes.-Gr. A 13 h.D.	1	—
Bes.-Gr. A 11	1	2
Zusammen	5	6

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 01 Ministerium

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Angestellte	
A 16				
Außertariflich	1	1		
I	2	2		
I a[5])	8	8		
I b[4])	3	4		
II a[10])[9])	6	5		
III[6])	10	11		
IV a	2	2		
V b[1])	4	3		
V c[8])	11	11		
VI b[1])[7])	17	19		
VII	1	1		
IX b–VII[2])	7	7		
	72	74	Zusammen	
			Leerstellen:	
I b[3])	1	—		
II a[3])	1	1		
VI b[3])	1	2		
IX b–VII[3])	1	3		
	4	6	Zusammen	

[1]) Die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs ist für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhält eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung wird sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen und der selbstständigen dem/der Staatssekretär/-in unmittelbar unterstellten Referatsgruppenleiter/-in sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach sechsjähriger Bewährung in der vorgenannten Vorzimmertätigkeit werden sie in Verg.-Gr. VI b eingruppiert. Die vorgenannte persönliche Zulage wird bis zum Ausscheiden aus der Vorzimmertätigkeit weitergewährt.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[2]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[3]) kw.

[4]) Davon 1 kw.

[5]) 1 Stelle darf (in Höhe von 50 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[6]) Davon 1 kw infolge ZV II.

[7]) Unbesetzt (Davon 1 kw infolge ZV II.).

[8]) Die beiden Vorzimmerkräfte der Ministerin/des Ministers sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. V c und V b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. V b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert; die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig. Sofern die Vorzimmertätigkeit vor Ablauf von sechs Jahren beendet wird, ist die zurückgelegte Zeit auf eine Bewährung in einer Vorzimmertätigkeit in Verg.-Gr. VI b BAT anzurechnen, so dass sie bei Vorliegen der sechsjährigen Bewährungszeit in die Verg.-Gr. VI BAT einzugruppieren sind.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.
Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[9]) Davon 1 kw infolge ZV II.

[10]) Davon 1 kw nach Ende der Zuweisung eines Beamten der Bes.-Gr. A 15 an die Clausthaler Umwelttechnik GmbH – Cutec – Institut.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	1	Verlagerung von Kapitel 15 55 (mit Haushaltsvermerk Nr. 23 (ZV II), analog § 50 Abs. 2 LHO bereits 2006 umgesetzt)
Verg.-Gr. V b	1	Verlagerung von Kapitel 1506 (gem. § 50 Abs. 2 LHO bereits 2006 umgesetzt im Tausch für eine Stelle der Verg.-Gr. VI b)
Zusammen	2	

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. I b	1	Verlagerung nach Kapitel 15 25 (gem. § 50 Abs. 2 LHO bereits 2006 umgesetzt im Tausch für eine Planstelle der Bes.-Gr. 13 h.D.)
Verg.-Gr. III	1	Verlagerung nach Kapitel 15 26 (gem. § 50 Abs. 2 LHO bereits 2006 umgesetzt im Tausch für eine Planstelle der Bes.-Gr. 13 h.D.)
Verg.-Gr. VI b	2	davon 1 Verlagerung nach Kapitel 15 06 (gem. § 50 Abs. 2 LHO bereits 2006 umgesetzt im Tausch für eine Stelle der Verg.-Gr. V b) 1 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 7 (ZV II)
Zusammen	4	
Bleiben Abgänge	2	

Leerstellen:

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. I b	1	
Zusammen	1	

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b	1	} infolge Teilvollzugs des
Verg.-Gr. IX b-VII	1	} Haushaltsvermerks Nr. 3
Zusammen	2	
Bleiben Abgänge	1	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 9 wurde neu besetzt.
Die unbesetzten Haushaltsvermerke Nr. 11 und 12 werden nicht mehr ausgewiesen.

Übersicht der infolge ZV II mit kw-Vermerken ausgebrachten Stellen:

	Stellen (2007)	Stellen (2006)
Verg.-Gr. II a	1	—
Verg.-Gr. III	1	1
Verg.-Gr. VI b	—	1
Zusammen	2	2

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Arbeiter/-innen	
5/5 a	2	2		
4/4 a	4	4		
3/3 a	5	5		
	11	11	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Zugang:	Stellen	
Lohn-Gr. 3/3 a	1	Verlagerung von Kapitel 04 20 (mit Haushaltsvermerk kw infolge ZV I, gem. § 50 Abs. 2 LHO bereits 2006 umgesetzt)

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 3/3a	1	infolge Vollzugs ZV I (s. Zugang)

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 06 Gewerbeaufsichtsverwaltung

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
650,18	661,78	650,65

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	2,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	1,00
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	3,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	0,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	13,00
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	1,60
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	14,60
bleibt Abgang	11,60

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
28.496	29.747	29.687

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 06 Gewerbeaufsichtsverwaltung

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamtinnen und Beamte[1])	[1]) Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes vom 21. August 1992 (BGBl. I S. 1597) vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16[31])	6	6	Leitende Direktorin, Leitender Direktor	[2]) Die Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zu Bes.-Gr. A 9 BBesO.
A 15[29])	28	30	Direktorin, Direktor	[3]) kw.
A 14	49	52	Oberrätin, Oberrat	[4]) Davon 1 kw infolge ZV II.
A 13[13])[30])	23	24	Rätin, Rat	[5]) Vier Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber erhalten als Beamtinnen oder Beamte des gehobenen technischen Dienstes eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.
A 13[5])	28	26	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	[7]) 1 Stelle darf (in Höhe von 50 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
A 12[7])	68	70	Amtsrätin, Amtsrat	[13]) Unbesetzt (Davon 1 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II).
A 11	107	108	Amtfrau, Amtmann	[27]) Davon 1 (2) kw infolge ZV II.
A 10[4])	54	53	Oberinspektorin, Oberinspektor	[29]) Unbesetzt (Davon 1 kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen (Lüneburg)).
A 9[27])	1	2	Inspektorin, Inspektor	[30]) 1 Stelle darf (in Höhe von 30 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
A 9[2])	8	8	Amtsinspektorin, Amtsinspektor	[31]) Eine Stelleninhaberin oder ein Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Vorbemerkung Nr. 21 zur BBesO. A und B.
A 9	29	29	Amtsinspektorin, Amtsinspektor	
A 8	44	42	Hauptsekretärin, Hauptsekretär	
A 7	19	19	Obersekretärin, Obersekretär	
	464	469	Zusammen	
			Leerstellen:	
A 10[3])	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor	
	1	1	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 8	2	für die Wahrnehmung von Aufgaben im Rahmen der Überwachung des sozialen Arbeitsschutzes beim Fahrpersonal im Straßenverkehr; Refinanzierung durch Gebühreneinnahmen
Zusammen	2	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	2	davon 1 verlagert nach Kap. 05 01 (gem. § 50 Abs. 2 LHO bereits 2006 umgesetzt) 1 infolge vorzeitigen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 29
Bes.-Gr. A 14	3	davon 1 verlagert nach Kap. 11 10 (gem. § 50 Abs. 2 LHO bereits 2006 umgesetzt) 1 verlagert nach Kap. 15 55 (gem. § 50 Abs. 1 LHO bereits 2006 umgesetzt) 1 infolge Einsparung gem. ZV II unter Streichung des Haushaltsvermerks Nr. 33 bei Verg.-Gr. II a
Bes.-Gr. A 13 (h.D.)	1	verlagert nach Kap. 15 01 (gem. § 50 Abs. 2 LHO bereits 2006 umgesetzt)
Bes.-Gr. A 12	1	verlagert nach Kap. 15 55 (gem. § 50 Abs. 1 LHO bereits 2006 umgesetzt)
Zusammen	7	
Bleiben Abgänge	5	

Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 (g. D.)	2	von Bes.-Gr. A 12
Bes.-Gr. A 12	1	von Bes.-Gr. A 11
Bes.-Gr. A 10	1	von Bes.-Gr. A 9 (g. D.)
Zusammen	4	

Von den Planstellen für Beamte des höheren und des gehobenen Dienstes entfallen auf den Technischen Dienst:

Bes.-Gr.	Stellen
A 16	6
A 15	25
A 14	47
A 13 (höh. D.)	22
A 13 (geh. D.)	23
A 12	65
A 11	93
A 10	38
Insgesamt	319

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG in der jeweils geltenden Fassung:

Mittlerer Dienst

Bes.-Gr.	§ 2 Nr. 5 der VO
A 9 mit Amtszulage	8
A 9	29
A 8	44
A 7	19
A 6	—
Insgesamt	100

Erläuterungen zum Stellenplan

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 4 wurde neu ausgebracht.
Der Haushaltsvermerk Nr. 13 wurde im Zuge der Stellenverlagerung nach Kapitel 15 01 umgesetzt.
Der Haushaltsvermerk Nr. 27 wurde infolge Hebung einer Stelle der Bes.-Gr. A 9 (g. D.) nach Bes.-Gr. A 10 für eine Stelle gestrichen und durch den Haushaltsvermerk Nr. 4 ersetzt. Er wurde entsprechend angepasst.
Der Haushaltsvermerk Nr. 29 wurde vorzeitig vollzogen.

Übersicht der infolge ZV II mit kw-Vermerken ausgebrachten Stellen:

	Stellen 2007	2006
Bes.-Gr. A 14	—	—
Bes.-Gr. A 13 h.D.	—	1
Bes.-Gr. A 13 g.D.	—	—
Bes.-Gr. A 10	1	—
Bes.-Gr. A 9 g.D.	1	2
Bes.-Gr. A 7	—	—
Zusammen	2	3

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	2006	Stellenbezeichnung
			Beamtete Hilfskräfte
			Technischer Dienst
A 10	6	6	Oberinspektorin z. A., Oberinspektor z. A.
			Nichttechnischer Dienst
A 9	4	4	Inspektorin z. A., Inspektor z. A.
	10	10	Zusammen
			Leerstellen:
A 10[2])	1	1	Oberinspektorin z. A., Oberinspektor z. A.
	1	1	Zusammen
			Angestellte
I b	4	4	
II a[33])	12	13	
III	11	10	
IV a	34	33	
IV b	15	19	
V b[22])	15	15	
V c[4])[25])[32])	22	26	
VI b	13	15	
VII[28])[29])	29	27	
VIII[12])[30])	9	12	
IX b–VII[1])[31])	54	57	
	218	231	Zusammen
			Leerstellen:
II a[2])	1	1	
IV a[2])	1	1	
IV b[2])	1	1	
VII[2])	2	2	
VIII[2])	1	1	
	6	6	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

[2]) kw.

[4]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[12]) Unbesetzt (Davon 2 kw infolge ZV I).

[22]) Davon 2 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.

[25]) Davon 2 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.

[28]) Davon 1 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.

[29]) Davon 8 (9) kw infolge ZV II.

[30]) Unbesetzt (Davon 1 kw infolge ZV II).

[31]) Davon 7 (10) kw infolge ZV II.

[32]) Davon 1 kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen (GAA Oldenburg).

[33]) Unbesetzt (Davon 1 kw infolge ZV II).

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b	1	verlagert von Kap. 15 01 (gem. § 50 Abs. 2 LHO bereits 2006 umgesetzt) im Austausch gegen eine Stelle der Verg.-Gr. V b

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	1	verlagert nach Kap. 15 55 (gem. § 50 Abs. 1 LHO bereits 2006 umgesetzt)
Verg.-Gr. V b	3	davon 1 verlagert nach Kap. 15 01 (gem. § 50 Abs. 2 LHO bereits 2006 umgesetzt) im Austausch gegen eine Stelle der Verg.-Gr. VI b 2 verlagert nach Kap. 15 55 (gem. § 50 Abs. 1 LHO bereits 2006 umgesetzt)
Verg.-Gr. V c	3	verlagert nach Kap. 15 55 (gem. § 50 Abs. 1 LHO bereits 2006 umgesetzt)
Verg.-Gr. VII	1	infolge Teilvollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 29 (ZV II)
Verg.-Gr. VIII	3	davon 2 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 12 (ZV I) 1 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 30 (ZV II)
Verg.-Gr. IX b-VII	3	infolge Teilvollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 31 (ZV II)
Zusammen	14	
Bleiben Abgänge	13	

Höhergruppierungen:

	Stellen		
Verg.-Gr. III	1	von Verg.-Gr. IV b	gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 2006
Verg.-Gr. IV a	1	von Verg.-Gr. IV b	
Verg.-Gr. V b	1	von Verg.-Gr. V c	
Zusammen	3		

Herabgruppierungen:

	Stellen		
Verg.-Gr. IV b	2	nach Verg.-Gr. V b	gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 2006
Verg.-Gr. VI b	3	nach Verg.-Gr. VII	
Zusammen	5		

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 12 und Nr. 30 wurden vollzogen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 29 wurde für eine Stelle vollzogen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 31 wurde für drei Stellen vollzogen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 33 wurde gestrichen (zum Ausgleich wurde eine Stelle der Bes.-Gr. A 14 eingespart).

Übersicht der infolge ZV II mit kw-Vermerken ausgebrachten Stellen:

	Stellen	
	2007	2006
Verg.-Gr. II a	—	1
Verg.-Gr. III	—	—
Verg.-Gr. IV b	—	—
Verg.-Gr. V b	2	2
Verg.-Gr. V c	2	2
Verg.-Gr. VI b	—	—
Verg.-Gr. VII	9	10
Verg.-Gr. VIII	—	1
Verg.-Gr. IX b–VII	7	10
Zusammen	20	26

BEDARFSNACHWEISE

Haushaltsvermerke

[1]) Davon 1 kw infolge ZV II.
[2]) kw infolge ZV II.

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst
A 13	20	—	Referendarin, Referendar
A 10	5	5	Oberinspektoranwärterin, Oberinspektoranwärter
A 7	5	5	Obersekretäranwärterin, Obersekretäranwärter
	30	10	Zusammen
			Arbeiter/-innen
7	1	1	
6	1	1	
4[1])	5	5	
2/2 a[2])	1	1	
	8	8	Zusammen

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	20	für die Ausbildung von Beamtinnen und Beamten zum Ausgleich bevorstehender Altersabgänge
	20	

Arbeiter/-innen

Übersicht der infolge ZV II mit kw-Vermerken ausgebrachten Stellen:

	Stellen	
	2007	2006
Lohn-Gr. 4	1	1
Lohn-Gr. 2/2 a	1	1
Zusammen	2	2

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
16,00	16,40	15,63

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	1,00
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	2,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	1,00
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	0,40
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	2,40
bleibt Abgang	0,40

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
832	851	850

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 22 Budgetierung Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamtinnen und Beamte	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	1	Direktorin der Alfred Toepfer Akademie und Professorin, Direktor der Alfred Toepfer Akademie und Professor	
A 15	1	—	Direktorin, Direktor	
A 14	—	1	Oberrätin, Oberrat	
A 13	2	2	Rätin, Rat	
A 12	1	—	Amtsrätin, Amtsrat	
A 11	—	1	Amtfrau, Amtmann	
	5	5	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf den Technischen Dienst:

Bes.-Gr.	Stellen
A 16	1
A 15	1
A 13	2
Insgesamt	4

Planmäßige Beamte/-innen

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	verlagert von Kap. 15 01 (gem. § 50 Abs. 2 LHO bereits 2006 umgesetzt)
Bes.-Gr. A 12	1	infolge Hebung von Bes.-Gr. A 9 (b.H.)
Zusammen	2	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	verlagert nach Kap. 15 01 (gem. § 50 Abs. 2 LHO bereits 2006 umgesetzt)
Bes.-Gr. A 11	1	verlagert nach Kap. 15 26
Zusammen	2	

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Beamtete Hilfskräfte	
A 9	—	—	Inspektorin z.A., Inspektor z.A.	
			Angestellte	
II a	4	4		
IV a[1])	1	1		
IV b[3])	1	1		
VII	4	4		
IX b–VII[2])[4])	—	1		
	10	11	Zusammen	
			Leerstellen:	
V c[5])	1	1		

[1]) ku nach Verg.-Gr. IV b.
[2]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.
[3]) kw infolge ZV II.
[4]) unbesetzt (kw infolge ZV II).
[5]) kw.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Beamtete Hilfskräfte

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9	1	verlagert von Kap. 15 26
Zusammen	1	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9	1	infolge Hebung nach Bes.-Gr. A 12
Zusammen	1	

Angestellte

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IX b-VII	1	infolge Vollzugs des Haushaltvermerks Nr. 4 (ZV II)
Zusammen	1	

Übersicht der infolge ZV II mit kw-Vermerken ausgebrachten Stellen:

	Stellen (2007)	Stellen (2006)
Verg.-Gr. IV b	1	1
Verg.-Gr. IX b–VII	—	1
Zusammen	1	2

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 22 Budgetierung Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Arbeiter/-innen	
4	1	1		

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
113,90	117,80	8,21

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	2,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	2,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	2,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	0,70
- Minderung aufgrund ZV I	
- Minderung aufgrund ZV II	3,20
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	5,90
bleibt Abgang	3,90

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
4.945	4.975	511

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 24 Nationalpark Harz

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Allgemeiner HV zum Stellenplan, zu den Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen für die im Haushaltsjahr 2006 aus Kap. 09 80 verlagerten Stellen: 14 (15) Stellen kw infolge ZV II.
			Planmäßige Beamtinnen und Beamte[1])	[2]) Unbesetzt (1 kw infolge Zusammenführung der Nationalparke Hannover und Hochharz.).
			Aufsteigende Gehälter:	[3]) 1 kw infolge ZV II.
A 16	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor	
A 14	1	2	Oberrätin, Oberrat	
A 13	1	1	Rätin, Rat	
A 13	1	—	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	
A 12	2	2	Amtsrätin, Amtsrat	
A 11[2])	5	5	Amtfrau, Amtmann	
A 10[3])	10	11	Oberinspektorin, Oberinspektor	
A 9	1	1	Inspektorin, Inspektor	
	22	23	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 (g.D.)	1	verlagert von Kap. 15 01
Bes.-Gr. A 11	1	
Bes.-Gr. A 12	1	infolge Senkung von Bes.-Gr. A 14
Zusammen	3	

Von den Planstellen entfallen auf den Technischen Dienst:

Bes.-Gr.	Stellen
A 16	1
A 14	1
A 13 (h.D.)	1
A 13 (g.D.)	1
A 12	2
A 11	4
A 10	10
A 9	1
Insgesamt	21

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	infolge Senkung nach Bes.-Gr. A 12
Bes.-Gr. A 12	1	verlagert nach Kap. 15 01
Bes.-Gr. A 11	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 2
Bes.-Gr. A 10	1	verlagert nach Kap. 15 01
Zusammen	4	
Bleiben Abgänge	1	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde infolge eines Stellenabgangs reduziert.
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 wurde vollzogen.

Übersicht der infolge ZV II mit kw-Vermerken ausgebrachten Stellen:

	Stellen 2007	Stellen 2006
Bes.-Gr. A 10	1	1
Zusammen	1	1

Zusätzlich sind 14 kw-Vermerke als Allgemeiner HV zum Stellenplan, zu den Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen ausgebracht.

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Allgemeiner HV zum Stellenplan, zu den Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen für die im Haushaltsjahr 2006 aus Kap. 09 80 verlagerten Stellen: 14 (15) Stellen kw infolge ZV II.
			Angestellte[1])	
I b	1	1		
II a	2	2		
V b	2	2		
V c	2	2		
VI b	3	3		
VII	2	2		
	12	12	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr.1 wurde infolge eines Stellenabgangs reduziert.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 24 Nationalpark Harz

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	[1]) Allgemeiner HV zum Stellenplan, zu den Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen für die im Haushaltsjahr 2006 aus Kap. 09 80 verlagerten Stellen: 14 (15) Stellen kw infolge ZV II.
			Arbeiter/-innen[1])	
MTW	85	86		
	85	86	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Abgänge:	Stellen	
MTW	1	infolge Teilvollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 1
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr.1 wurde infolge eines Stellenabgangs reduziert.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
24,82	24,15	23,29

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	2,00
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	3,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	0,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	2,00
- Minderung aufgrund ZV I	0,33
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	2,33
bleibt Zugang	0,67

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
1.360	1.457	1.271

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 25 Nationalpark Wattenmeer

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamtinnen und Beamte	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor	
A 15	1	—	Direktorin, Direktor	
A 14	3	4	Oberrätin, Oberrat	
A 13	4	5	Rätin, Rat	
A 12	1	—	Amtsrätin, Amtsrat	
A 11	1	1	Amtfrau, Amtmann	
A 10	—	1	Oberinspektorin, Oberinspektor	
A 7	1	1	Obersekretärin, Obersekretär	
	12	13	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12	1	durch Hebung einer Stelle der Bes.-Gr. A 10 und (Teil-)Einsparung einer Stelle der Verg.-Gr. VIII im Kapitel 15 26
Bes.-Gr. A 15	1	verlagert von Kapitel 15 26 gem. § 50 LHO
Zusammen	2	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 10	1	durch Hebung nach A 12
Bes.-Gr. A 13	1	verlagert nach Kapitel 15 01 gem. § 50 LHO
Bes.-Gr. A 14	1	verlagert nach Kapitel 15 26 gem. § 50 LHO
Zusammen	3	
Bleibt Abgang	1	

Von den Planstellen entfallen auf den Technischen Dienst:

Bes.-Gr.	Stellen
A 16	1
A 14	3
A 13	4
Insgesamt	8

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Angestellte	
I b	1	—		
II a	3	2		
III	6	6		
IV a	1	1		
IV b[1])	—	1		
V c	1	1		
IX b–VII[3])[4])	1	1		
	13	12	Zusammen	

[1]) unbesetzt (1 kw infolge ZV I.).
[2]) unbesetzt.
[3]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.
[4]) kw infolge ZV II.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte:

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. I b	1	verlagert von Kap. 15 01
Verg.-Gr. II a	1	neue Stelle zur weiteren Betreuung der Küstendatenbank; Refinanzierung aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe.
Zusammen	2	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 1 (ZV I)
Bleibt Zugang	1	

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde vollzogen.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 25 Nationalpark Wattenmeer

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Arbeiter/-innen	
4/4a	1	1		

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
24,82	24,15	23,29

Zugänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	2,00
- Sonstige Veränderungen	
Summe Zugänge	3,00
Abgänge	
-Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	0,00
- Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	2,00
- Minderung aufgrund ZV I	0,33
- Minderung aufgrund ZV II	
- Sonstige Veränderungen	
Summe Abgänge	2,33
bleibt Zugang	0,67

Personalkostenbudget (in 1.000 EUR)

Ansatz 2007	Ansatz 2006	Ist 2005
1.360	1.457	1.271

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 26 Biosphärenreservat Elbtalaue

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Planmäßige Beamtinnen und Beamte	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 15	1	2	Direktorin, Direktor	
A 14	1	—	Oberrätin, Oberrat	
A 13	1	2	Rätin, Rat	
A 12	1	1	Amtsrätin, Amtsrat	
A 11	1	—	Amtmann, Amtfrau	
	5	5	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamtinnen und Beamte

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	1	verlagert von Kapitel 15 22
Bes.-Gr. A 12	1	Hebung einer aus dem Kapitel 15 55 verlagerten Stelle der Wertigkeit A 9 b.H. gegen (Teil-)Einsparung einer Stelle der Verg.-Gr. VIII
Bes.-Gr. A 14	1	verlagert von Kapitel 15 25 gem. § 50 LHO
Zusammen	3	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12	1	verlagert nach Kapitel 15 55 gem. § 50 LHO
Bes.-Gr. A 13	1	verlagert nach Kapitel 15 01 gem. § 50 LHO
Bes.-Gr. A 15	1	verlagert nach Kapitel 15 25 gem. § 50 LHO
Zusammen	3	

Von den Planstellen entfallen auf den Technischen Dienst:

Bes.-Gr.	Stellen
A 15	1
A 14	1
A 13	1
Insgesamt	3

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Beamtete Hilfskräfte	
A 9	—	1	Inspektorin z. A., Inspektor z. A.	
			Angestellte	
I b	1	1		
II a	1	1		
III	1	—		
IV a	1	1		
IV b	1	1		
VII	1	1		
VIII	—	1		
	6	6	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Beamtete Hilfskräfte:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9	1	verlagert von Kapitel 15 55 gem. § 50 LHO

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9	2	davon 1 durch Hebung nach A 12 und 1 durch Verlagerung nach Kapitel 15 22
Bleibt Abgang	1	

Angestellte:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. III	1	verlagert von Kapitel 15 01 gem. § 50 LHO

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. VIII	1	Einsparung zur Finanzierung der Hebungen von Bes.-Gr. A 9 b.H. nach A 12, im Kapitel 15 26 von A 10 nach A 12 und im Kapitel 15 22 von A 9 b.H. nach A 12

Sonstige Veränderungen:

Änderung der Verg.-Gr. I in I b zur Korrektur eines Redaktionsversehens.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 26 Biosphärenreservat Elbtalaue

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung	
			Arbeiterinnen und Arbeiter	
1–8	1	1		

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2007	Stellenzahl 2006	Stellenbezeichnung
			Planmäßige Beamtinnen und Beamte
			Feste Gehälter:
B 5[4])	1	1	Direktorin oder Direktor des Landesbetriebes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz
B 2[51])	1	1	Vertreterin oder Vertreter der/des Direktorin oder Direktors des Landesbetriebes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz
B 2	1	1	Abteilungsdirektor/-in
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	9	9	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15[19])	30	31	Direktorin, Direktor
A 14[10])[21])[22])[23])	38	42	Oberrätin, Oberrat
A 13[2])[25])[28])	30	31	Rätin, Rat
A 13[5])[7])[52])	15	16	Oberamtsrätin, Oberamtsrat bzw. Realschullehrerin, Realschullehrer
A 12[6])[15])	40	42	Amtsrätin, Amtsrat
A 11[16])[17])[37])[38])	41	47	Amtfrau, Amtmann
A 10[41])[42])[43])	17	17	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9[45])	2	2	Inspektorin, Inspektor
A 9[8])[46])	5	5	Deichvögtin, Deichvogt
A 9	1	1	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
A 8[1])[49])	5	6	Deichvögtin, Deichvogt bzw. Hauptwerkmeisterin, Hauptwerkmeister
A 7	1	1	Obersekretärin, Obersekretär
	237	253	Zusammen
			Leerstellen:
A 14[9])	1	1	Oberrätin, Oberrat
A 13[9])	3	3	Rätin, Rat
A 11[9])	1	1	Amtfrau, Amtmann
A 10[9])	3	3	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9[9])	1	1	Inspektorin, Inspektor
A 8[9])	1	1	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
	10	10	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Unbesetzt (Davon 1 DW).

[2]) Davon 1 kw nach Wegfall der Aufgabe für WRRL.

[4]) Das Amt der Bes.-Gr. B 5 darf der Stelleninhaberin oder dem Stelleninhaber erst nach entsprechender Änderung des NBesG übertragen werden.

[5]) 2 Planstellen dürfen nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[6]) Eine Stelle darf (in Höhe von bis zu 20 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[7]) 3 Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber erhalten als Beamtinnen oder Beamte des gehobenen technischen Dienstes eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[8]) 1 Stelleninhaberin oder Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zu Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[9]) kw.

[10]) Unbesetzt (1 kw infolge ZV I).

[15]) Eine Stelle darf (in Höhe von 55 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[16]) Unbesetzt (Davon 4 kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 (ohne Auswirkung auf das Budget)).

[17]) Davon 0,5 kw nach Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers infolge ZV II.

[19]) Unbesetzt (1 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II).

[21]) Unbesetzt (1 kw infolge ZV II).

[22]) Unbesetzt (2 kw infolge ZV II).

[23]) 3 (5) kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.

[25]) Unbesetzt (2 kw infolge ZV II).

[28]) 4 kw infolge ZV II.

[37]) Unbesetzt (3 kw infolge ZV II).

[38]) 3 (6) kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.

[41]) 1 kw infolge ZV II.

[42]) 1 kw infolge ZV II.

[43]) 1 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.

[45]) Unbesetzt (1 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II).

[46]) Unbesetzt (1 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II).

[49]) 2 kw ab 1. 1. 2008 infolge ZV II.

[51]) Das Amt der Bes.-Gr. B 2 darf der Stelleninhaberin oder dem Stelleninhaber erst nach entsprechender Änderung des NBesG übertragen werden.

[52]) Unbesetzt (1 kw infolge ZV II).

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	verlagert von Kapitel 15 06 (gem. § 50 Abs. 1 LHO bereits 2006 umgesetzt)
Bes.-Gr. A 13 h.D.	2	infolge Umwandlung von zwei Stellen der Verg.-Gr. II a BAT
Bes.-Gr. A 12	2	davon 1 verlagert von Kapitel 15 26 (gem. § 50 Abs. 2 LHO bereits 2006 umgesetzt) 1 verlagert von Kapitel 15 06 (gem. § 50 Abs. 1 LHO bereits 2006 umgesetzt)
Bes.-Gr. A 9	1	infolge Umwandlung einer Stelle der Verg.-Gr. V b g.D. BAT
Zusammen	6	

Abgänge	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	2	davon 1 infolge vorzeitigen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 19 (ZV II) 1 infolge Einsparung gem. ZV II unter teilweiser Streichung des Haushaltsvermerks Nr. 23 bei Bes.-Gr. A 14
Bes.-Gr. A 14	5	davon 1 verlagert nach Kapitel 11 13 (analog § 50 Abs. 2 LHO bereits 2006 umgesetzt) 1 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 10 (ZV I) 1 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 21 (ZV II) 2 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 22 (ZV II)
Bes.-Gr. A 13 h.D.	2	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 25 (ZV II)
Bes.-Gr. A 13 g.D.	3	davon 1 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 52 (ZV II) 2 infolge Einsparung gem. ZV II unter teilweiser Streichung des Haushaltsvermerks Nr. 37 bei Bes.-Gr. A 11
Bes.-Gr. A 12	4	davon 1 infolge Einsparung unter teilweiser Streichung des Haushaltsvermerks Nr. 16 (sonstiger Vermerk) bei Bes.-Gr. A 11 1 infolge Einsparung gem. ZV II unter Streichung des Haushaltsvermerks Nr. 37 bei Bes.-Gr. A 11 2 infolge Einsparung gem. ZV II unter teilweiser Streichung des Haushaltsvermerks Nr. 38 bei Bes.-Gr. A 11
Bes.-Gr. A 11	4	davon 3 infolge Teilvollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 16 (sonstiger Vermerk) 1 infolge Teilvollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 38 (ZV II)
Bes.-Gr. A 9 g.D.	1	verlagert nach Kapitel 03 24 (analog § 50 Abs. 2 LHO bereits 2005 umgesetzt)
Bes.-Gr. A 9 m.D.	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 46 (ZV II)
Zusammen	22	
Bleiben Abgänge	16	

Stellenhebung:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	von Bes.-Gr. A 14
Bes.-Gr. A 14	1	von Bes.-Gr. A 13 h.D.
Bes.-Gr. A 13 g.D.	2	von Bes.-Gr. A 11
Bes.-Gr. A 9	1	von Bes.-Gr. A 8
Zusammen	5	

Von den Planstellen für Beamte entfallen auf den Technischen Dienst:

Bes.-Gr.	Stellen
A 16	8
A 15	17
A 14	33
A 13 (h.D.)	15
A 13 (g.D.)	13
A 12	35
A 11	41
A 10	12
A 9 (g.D.)	1
A 9 (m.D.)	1
A 8	5
Insgesamt	181

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde gestrichen.
Die Haushaltsvermerke Nrn. 10, 19, 21, 22, 25, 46 und 52 wurden vollzogen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 16 wurde für eine Stelle gestrichen (zum Ausgleich wurde eine Stelle der Bes.-Gr. A 12 eingespart) und für drei Stellen vollzogen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 17 wurde neu aufgenommen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 23 wurde angepasst, da eine Stelle mit kw-Vermerk zu Kapitel 11 13 verlagert wurde. Ein weiterer kw-Vermerk wurde gestrichen (zum Ausgleich wurde eine Stelle der Bes.-Gr. A 15 eingespart).
Der Haushaltsvermerk Nr. 37 wurde gestrichen. Zum Ausgleich wurden zwei Stellen der Bes.-Gr. A 13 und eine Stelle der Wertigkeit A 12 BBesO eingespart.
Der Haushaltsvermerk Nr. 38 wurde für eine Stelle vollzogen und für zwei Stellen gestrichen (zum Ausgleich wurden zwei Stellen der Bes.-Gr. A 12 eingespart).
Der Haushaltsvermerk Nr. 45 wurde im Zuge einer Stellenverlagerung in das Kapitel 03 24 mit umgesetzt.

Übersicht der infolge ZV II mit kw-Vermerken ausgebrachten Stellen:

Bes.-Gr.	Stellen 2007	Stellen 2006
A 16	—	—
A 15	—	1
A 14	3	8
A 13 (h.D.)	4	6
A 13 (g.D. + Real)	—	1
A 12	—	—
A 11	3,5	9
A 10	3	3
A 9 (g.D.)	—	1
A 9 (m.D.)	—	1
A 8	2	2
Insgesamt	15,5	32

Haushaltsplan

für das

Haushaltsjahr 2007

Einzelplan 20

Hochbauten

Vorwort zum Einzelplan 20

A. Aufgaben und Aufbau des Einzelplanes in den wichtigsten Grundzügen

Im Einzelplan 20 sind die vom Staatlichen Baumanagement Niedersachsen (SBN) durchzuführenden Hochbaumaßnahmen des Landes ausgebracht. Es finden sich im Kapitel 20 11 die Ansätze für die allgemeinen Hochbauangelegenheiten (Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude, kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten) sowie große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten aller Geschäftsbereiche (ohne Hochschulbau).

B. Wesentliche organisatorische Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

Die Baumaßnahmen der Hochschulen (einschl. der Hochschulkliniken) werden ab dem Haushaltsjahr 2007 im Einzelplan 06 veranschlagt. Die bisher im Einzelplan 20 etatisierten Maßnahmen werden nachrichtlich noch in der Anlage der Erläuterungen zu Titelgruppe 64/65 des Kapitels 20 11 aufgeführt.

C. Sonstige Veränderungen

Keine.

D. Allgemeine Erläuterungen

1. Gesamtkosten der großen Baumaßnahmen (einschl. Grunderwerb)

   Insgesamt ergibt sich folgender Stand:

   Gesamtkosten lt. HPl 2007 (ohne Hochschulbau) = rd. 521 Mio. EUR

2. Vorbehaltsbeträge der großen Baumaßnahmen (einschl. Grunderwerb)

   Vorbehaltsbeträge sind diejenigen Kosten, die in künftigen Haushaltsjahren noch zu veranschlagen sind, um die Maßnahmen auszufinanzieren.

   Insgesamt ergibt sich folgender Stand:

   Vorbehaltsbeträge lt. HPl 2007 = rd. 144 Mio. EUR

Haushaltsjahr 2007

Epl. 20 **Übersicht über die Einnahmen, Ausga**

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
2011	Hochbauangelegenheiten	—	702	—	1.200	1.902	—	39.766
	Summe 2007	—	702	—	1.200	1.902	—	39.766
	Summe 2006	—	1.706	200	4.000	5.906	—	40.261
	2007 mehr(+)/weniger(-)	—	–1.004	–200	–2.800	–4.004	—	–495

ben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 20**

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2007 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2006 Überschuss Zuschuss (-)	2007 Verbesserung Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungsermächtigungen
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
78	45.854	5.108	—	90.806	–88.904	–93.787	4.883	130.510
78	45.854	5.108	—	90.806	–88.904	–93.787	4.883	130.510
78	54.590	4.764	—	99.693				8.500
—	–8.736	+344	—	–8.887				+122.010

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2011 Hochbauangelegenheiten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-4	871	Vermischte Einnahmen		200	200	—	61
119 30-8	871	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr		—	—	—	—
119 46-4	871	Ersatzleistungen		1	5	–4	—
121 01-9	871	Ablieferungen der NLKH zur Durchführung der Maßnahmen bei Titel 711 06 *Vgl. K-Vermerk zu 711 06.*		500	1.000	–500	1.696
121 11-6	871	Ablieferung der NLKH zur Durchführung der Maßnahme bei Titel 712 10 *Vgl. K-Vermerk zu 712 10.*		—	500	–500	—
132 02-9	871	Erlöse aus der Veräußerung beweglicher Sachen		1	1	—	—
331 03-0	871	Zuweisungen des Bundes zu staatlichen Baumaßnahmen i.R. des Investitionsprogramms für Ganztagsschulen "Zukunft Bildung und Betreuung"		1.200	3.700	–2.500	—
333 01-6	871	Zuweisungen für Investitionen von Gemeinden und Gemeindeverbänden *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		—	—	—	—
333 02-4	871	Zuweisungen für Investitionen von Gemeinden und Gemeindeverbänden		—	300	–300	—
356 11-3	950	Entnahme aus dem Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen einschl. Agrarstrukturfonds *Vgl. K-Vermerk zu 711 07.*		—	—	—	—
381 01-0	990	Zuführung von 03 07 - 981 11 *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64/65.*		—	—	—	1.673
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			200	–200	
		A U S G A B E N					
546 30-3	871	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr	—	—	—	—	—
711 06-1	871	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten für die Landeskrankenhäuser *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 121 01.*	—	500	1.000	–500	1.512
711 07-0	871	Maßnahmen im Zusammenhang mit der Veräußerung landeseigener Liegenschaften *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 356 11.*	—	—	—	—	—
712 10-6	871	Landeskrankenhaus Wunstorf, Neubau Haus 48 *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 121 11.*	—	—	500	–500	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu 132 02

Verkaufserlöse im Zusammenhang mit der Durchführung von Baumaßnahmen.

Zu 331 03

Zuweisungen des Bundes für Baumaßnahmen an den niedersächsischen Internatsgymnasien. Der Bund trägt grundsätzlich rd. 90 v. H. der Baukosten. Die Ausgaben sind bei 711 64 (0,7 Mio. EUR Internatsgymnasium Bad Harzburg) und 712 64 (5,07 Mio. EUR Internatsgymnasium Bad Bederkesa und 1,95 Mio. EUR Internatsgymnasium Esens) veranschlagt.

Zu 381 01

Zuführung vom Feuerschutzsteueraufkommen.

Zu 712 10

Erschließungs- und Baukosten 3.000 Tsd. EUR

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2011 Hochbauangelegenheiten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 64/65		**Durchführung von Hochbaumaßnahmen** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 381 01.* **** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Anlage in der Erläuterung zu TGr. 64/65 hinsichtlich der Maßnahmenbezeichnung verbindlich.*	(130.510) (8.500)	(90.306)	(97.393)	(–7.087)	(89.974)
519 64-0	871	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen *Übertragbar.*	—	39.766	40.261	–495	26.073
631 64-5	871	Erstattung von Kosten für Unterhaltungsaufwand des Bundes im gemeinsamen Dienstgebäude der BGR und des LBEG *Übertragbar.*	—	78	78	—	75
711 64-9	871	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	16.709	10.200	+6.509	8.702
711 65-7	871	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten und Maßnahmen zur Altlastenbeseitigung in den Hochschulen und Universitäten	—	—	1.095	–1.095	975
712 64-5	871	Erschließungs- und Baukosten bei großen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	130.510 8.500	28.645	33.392	–4.747	31.871
712 65-3 (GA)	131	Erschließungs- und Baukosten bei großen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten in Hochschulen und Universitäten	—	—	7.603	–7.603	17.670
812 64-0	871	Kosten für die erstmalige Einrichtung bei großen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	5.108	3.015	+2.093	2.108
821 64-9	871	Kosten des Baugrundstücks bei großen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
881 64-1	871	Zuweisungen an den Bund für Baumaßnahmen im gemeinsamen Dienstgebäude BGR und LBEG	—	—	—	—	500
891 65-5 (GA)	131	Zuschüsse an Landesbetriebe (Hochschulen u. Universitäten) für die erstmalige Einrichtung bei großen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	1.749	–1.749	1.999
981 64-6	990	Abführungen an 13 21 - 381 22 zur Refinanzierung des Sondervermögens LFN	—	—	—	—	—
981 65-4	990	Abführung an 0307 - 381 11	—	—	—	—	—
TGr. 66		**Umbau Schloss Bad Iburg für die Schulinspektion** *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 333 01.*	(—)	(—)	(800)	(–800)	(—)
712 66-1	871	Erschließungs- und Baukosten	—	—	800	–800	—
812 66-6	871	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 64/65

Lfd. Nr.	Ressort	Maßnahmenbezeichnung	Kosten in 1000 EUR				Finanzierung in 1000 EUR			Bemerkungen
			Teil 1	Teil 2	Teil 3	Ges.	Bis 2006	2007	2008 und später	
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K
1	Allgemein	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden u. Räumen	-	-	-	-	-	39.766	-	
2		Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten und Maßnahmen zur Altlastenbeseitigung	-	-	-	-	-	16.709	-	
3		Vorarbeitskosten für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	-	-	-	1.000	-	1.000	-	
4	StK	Neubau DG Vertretung des Landes beim Bund in Berlin	6.734	15.000	1.050	22.784	22.784	-	-	
5		DG Vertretung des Landes Nds. bei der EU in Brüssel	5.985	3.331	678	9.994	9.994	-	-	
6		Hauptstaatsarchiv Hannover, Umrüstung des Magazins Pattensen auf Rollregalanlagen	-	-	-	1.980	-	500	1.480	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
7	MI	Umbau u. Erweiterung der Landesfeuerwehrschule in Loy	-	-	-	2.277	208	-	2.069	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist. Finanz. durch Feuerschutzsteuer, 1. TM., vgl. Titel 381 01
8	MI-Polizei	Polizeidirektion Hannover, Hardenbergstr. 1, Erweiterung 1. BA	-	23.988	1.212	25.200	25.200	-	-	
9		Polizeidirektion Hannover, Am Welfenplatz 1, Erweiterung	-	6.136	113	6.249	6.249	-	-	
10		Ausbau Polizeiliegenschaft in Hannover, Kastanienallee 1	-	1.868	27	1.895	1.895	-	-	
11		Polizei Delmenhorst, Grundsanierung, Um- u. Erweiterungsbau	825	12.237	537	13.599	13.599	-	-	
12		Polizei Buchholz i. d. N. – Umbau und Erweiterung	-	8.791	444	9.235	300	2.000	6.935	
13		LKA Hannover, Verbesserung der Unterbringung, 1. BA Wunstorfer Str.	-	-	-	26.400	-	1.000	25.400	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
14		PD Oldenburg, Errichtung einer „Kooperativen Leitstelle“	-	-	-	2.000	-	-	2.000	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
15		Polizei Göttingen, Um- u. Ausbau DG Robert-Bosch-Str.	-	4.343	215	4.558	4.558	-	-	
16		Unterbringung der Polizeidirektion Braunschweig	-	17.416	508	17.924	17.924	-	-	Die Gesamtkosten haben sich erhöht.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 64/65

Lfd. Nr.	Ressort	Maßnahmenbezeichnung	Kosten in 1000 EUR				Finanzierung in 1000 EUR			Bemerkungen
			Teil 1	Teil 2	Teil 3	Ges.	Bis 2006	2007	2008 und später	
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K
17	MF	Finanzamt Verden, Fassaden- u. PCB-Sanierung	-	4.206	46	4.252	2.500	1.752	-	
18		Finanzamt Bad Bentheim, Neubau	354	8.187	574	9.115	9.115	-	-	
19		Finanzamt Bad Gandersheim, Erweiterung	-	4.541	148	4.689	4.689	-	-	
20		Finanzamt Papenburg, Herrichtung und Erweiterung	-	-	-	4.900	-	500	4.400	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist. Einnahmen aus Grundstücksverkäufen: 592 Tsd. EUR
21		Finanzamt Cloppenburg, Neubau	-	-	-	9.800	-	500	9.300	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
22		Finanzamt Celle, Neubau	-	-	-	10.400	-	-	10.400	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
23	MS	LKH Wunstorf, Sanierung u. Umbau Haus 6	-	7.945	562	8.507	8.507	-	-	
24		LKH Lüneburg, Sanierung u. Umbau der Häuser 20 u. 26	-	4.834	213	5.047	4.945	102	-	Die Gesamtkosten haben sich erhöht.
25		LKH Moringen, Anbau eines Kriseninterventionsbereiches	-	2.670	104	2.774	2.774	-	-	
26		LKH Moringen, Beseitigung Brandschaden	-	1.578	93	1.671	1.671	-	-	
27		Landesbildungszentrum für Blinde Hannover, Sanierung der Trinkwasserinstallation	-	2.136	-	2.136	830	1.000	306	
28		Landesbildungszentrum f. Hörgeschädigte Hildesheim, Fassaden- und Fenstersanierung Schulgebäude	-	-	-	1.900	-	500	1.400	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
29		LKH Göttingen, Neubau Hochsicherheitsbereich im Maßregelvollzug	-	-	-	18.000	-	-	18.000	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
30		Landesbildungszentrum für Blinde Hannover, Sanierungsmaßnahmen	-	-	-	3.500	-	2.000	1.500	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
31	MK	Nds. Internatsgymnasium Esens, Neubau einer Sporthalle	-	2.183	34	2.217	2.217	-	-	
32		Nds. Internatsgymnasium Bad Bederkesa, Ausbau Ganztagsschulbereich, 1. BA	5	4.524	542	5.071	2.500	2.499	72	Mitfinanzierung erfolgt aus dem Ganztagsschulprogramm des Bundes.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 64/65

Lfd. Nr.	Ressort	Maßnahmenbezeichnung	Kosten in 1000 EUR				Finanzierung in 1000 EUR			Bemerkungen
			Teil 1	Teil 2	Teil 3	Ges.	Bis 2006	2007	2008 und später	
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K
33		Nds. Internatsgymnasium Esens, Ausbau Ganztagsschulbereich	-	1.869	80	1.949	1.650	299	-	Mitfinanzierung erfolgt aus dem Ganztagsschulprogramm des Bundes.
34		Nds. Internatsgymnasium Bad Bederkesa, Ausbau Ganztagsschulbereich, 2. BA	-	-	-	2.800	-	1.400	1.400	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist. Mitfinanzierung erfolgt aus dem Ganztagsschulprogramm des Bundes.
35	MWK-FHS	FHS HI/HOL/GÖ, Holzminden, Neubau Immobilienwirtschaft u. Labore	-	9.454	1.066	10.520	10.520	-	-	Rpl. Nr. 5385 001
36		FHS Hannover, Ausbau des Standortes Ricklinger Stadtweg, 1. BA	1.275	19.290	2.403	22.968	22.968	-	-	Rpl. Nr. 5331 591
37		FHS Ostfriesland, Emden, Neubau Elektrotechn. Informatik, zentrale Veranstaltungsräume	-	19.469	2.295	21.764	21.764	-	-	Rpl. Nr. 5302778/005
38		FHS Ostfriesland, Emden, Neubau Mensa	-	6.443	154	6.597	6.597	-	-	Rpl. Nr. 5302 003
39	MWK-allgem.	Staatstheater Braunschweig, Großes Haus, Anpassung Bühnentechnik an Sicherheitsnormen	-	5.067	-	5.067	5.067	-	-	
40		Nds. Landesmuseum Hannover, Sanierungsmaßnahmen	-	5.089	417	5.506	5.101	405	-	
41		Landesmusikakademie Wolfenbüttel, Neubau	-	-	-	11.200	-	500	10.700	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist. Mitfinanzierung durch die Stadt Wolfenbüttel.
42		Herzog-Anton-Ulrich-Museum Braunschweig, Anbau und Sanierung	-	-	-	22.870	-	-	22.870	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
43	MWK-Uni Hannover	Erneuerung u. Erweiterung der Fernmeldeanlagen	-	-	5.237	5.237	5.237	-	-	Rpl. Nr. 1450 577 Die Gesamtkosten haben sich erhöht.
44		Herrichtung des Gebäudes Herrenhäuser Str. 8 für Architektur	-	9.488	410	9.898	9.898	-	-	Rpl. Nr. 1450 027
45		Grundinstandsetzung Geb. Appelstr. 9 A	-	6.448	20	6.468	6.468	-	-	Rpl. Nr. 1450 024
46	MWK-TU Braun.	Umbau Geb. 1352 im Campus Nord für Institut für Hochfrequenztechnik	-	3.998	-	3.998	3.998	-	-	Rpl. Nr. 1430 036
47		Neubauteil Gebäudekomplex 1328/29, Campus Nord	-	2.772	110	2.882	2.882	-	-	Rpl. Nr. 1430 032
48	MWK-TU Claust.	Neubau Zentrales Chemikalien- u. Abfalllager	-	5.516	430	5.946	5.946	-	-	Rpl. Nr. 1440 224
49		Sanierung des Heiznetzes	-	4.777	-	4.777	4.777	-	-	Rpl. Nr. 1440 220

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 64/65

Lfd. Nr.	Ressort	Maßnahmenbezeichnung	Kosten in 1000 EUR				Finanzierung in 1000 EUR			Bemerkungen
			Teil 1	Teil 2	Teil 3	Ges.	Bis 2006	2007	2008 und später	
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K
50	MWK-MHH	Ersatz u. Verbesserung der RLT-Anlagen	-	8.750	-	8.750	8.750	-	-	Rpl. Nr. 1730 004/503, 1739 534/022
51		Umbau u. Erweiterung des zentralen Tierlabors	-	5.874	562	6.436	6.436	-	-	Rpl. Nr. 1739 037
52		Anbau für die Zentralküche u. Umbau freiwerdender Flächen	-	19.019	1.534	20.553	20.553	-	-	Rpl. Nr. 1739 030/031
53		Umbau u. Erweiterung der Intensivpflege, 2. BA	-	24.880	7.312	32.192	24.242	-	-	Rpl. Nr. 1739 071
54		Umbau des OP-Bereichs im UBF-Bau, 1. BA	-	17.118	8.692	25.810	25.810	-	-	Rpl. Nr. 1730 014
55		Optimierung der Heizregelung u. RLT-Anlagen im Zentralen Tierlabor, 2. BA	-	2.824	-	2.824	2.824	-	-	Rpl. Nr. 1739 017
56		Umbau des Zentralen OP-Bereichs im UBF-Bau, 2. BA	-	9.409	2.710	12.119	12.119	-	-	Rpl. Nr. 1739 032
57		Sicherheitsstromversorgung, 1. BA	-	1.830	220	2.050	2.050	-	-	Die Notmaßnahme wurde 2006 üpl. begonnen.
58	MWK-Uni Oldenburg	Umbaumaßnahmen im Verfügungszentrum u. Herrichtung ehem. PH-Gebäude	-	8.035	614	8.649	8.649			Rpl. Nr. 0520 751
59	MWK-Uni Osnabrück	Umbau Gebäudekomplex 29 u. 39 für Umweltsystemforschung	-	2.840	145	2.985	2.985	-	-	Rpl. Nr. 0530 010 Die Gesamtkosten haben sich erhöht.
60		Erweiterungsbau für den FB Biologie	-	11.412	1.268	12.680	12.680	-		Rpl. Nr. 0530 011
61		Umbau Geb. 26 zu Hörsälen und Seminarräumen	-	3.818	300	4.118	4.118	-	-	Rpl. Nr. 0530 012 Die Gesamtkosten haben sich erhöht.
62		Abwicklung der Maßnahmen der Hochschulbaugesellschaft	-	-	-	87.701	87.701	-	-	(Restabwicklung Rpl. Nr. 0530 840)
63	MW	Straßenbauamt Bad Gandersheim, Herrichtung des ehem. Finanzamtes	-	1.997	99	2.096	1.000	1.096	-	
64		Neubau einer Straßenmeisterei Nordenham	56	3.660	100	3.816	3.816	-	-	
65		Neubau einer Straßenmeisterei Seesen	-	-	-	4.200	-	400	3.800	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

E R L Ä U T E R U N G E N

Noch zu Titelgruppe 64/65

Lfd. Nr.	Ressort	Maßnahmenbezeichnung	Kosten in 1000 EUR				Finanzierung in 1000 EUR			Bemerkungen
			Teil 1	Teil 2	Teil 3	Ges.	Bis 2006	2007	2008 und später	
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K
66		Erstattung von Kosten für Unterhaltungsaufwand des Bundes im gemeinsamen DG BGR und LBEG	-	-	-	-	-	78	-	
67		Zuweisungen an den Bund für Baumaßnahmen im gemeinsamen DG BGR und LBEG	-	-	-	-	-	-	-	
68	ML	Lebensmittelinstitut Braunschweig, Umbau 3. BA	-	-	-	3.480	-	700	2.780	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
69	MJ	JVA Celle, Sicherungsmaßnahmen	21	28.436	928	29.385	29.385	-	-	
70		JVA Rosdorf (Göttingen), Neubau	2.248	54.764	4.599	61.611	48.611	9.600	3.400	
71		Neubau einer Justizvollzugsanstalt im Großraum Hannover	6.392	98.092	7.950	112.434	106.434	5.000	1.000	Umwidmung von Teil 3 zugunsten Teil 2 (742 Tsd. EUR)
72		JVA Hannover, Neubau der Küche und Herrichtung Sicherheitszentrale	-	-	-	10.080	-	1.000	9.080	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
73		Amtsgericht Winsen, Neubau des Grundbuchamtes und Umbau des Altbaus	-	-	-	6.000	-	-	6.000	Die Kostengliederung erfolgt, wenn die HU-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
		Summe Titelgruppe (Ansatz)						90.306		
		Summe Große NUE				849.490	663.495	33.753	144.292	
		Summe Große NUE (ohne Hochschulbau)				520.568	342.523	33.753	144.292	

Zu 519 64

Unterhaltung der landeseigenen Gebäude, soweit die Veranschlagung nicht an anderer Stelle beim Ressort erfolgt, sowie Unterhaltung der angemieteten und gepachteten Gebäude und Gebäudeteile, soweit dies aufgrund rechtlicher Verpflichtungen vom Land zu leisten ist.

Zu 711 64

Hochbaumaßnahmen, deren Bau- und Erschließungskosten im Einzelfall 1 Mio. EUR nicht überschreiten.

Zu 712 64

Hochbaumaßnahmen, deren Bau- und Erschließungskosten (Teil 2 der Gesamtkosten) im Einzelfall 1 Mio. EUR überschreiten und damit die Aufstellung einer Haushaltsunterlage – Bau - gem. § 24 bzw. Ausführungsunterlage – Bau – gem. § 54 LHO erforderlich wird.

Belastung (2007)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2005 in Anspruch genommenen VE in 1000 EUR	durch die 2006 ausgebrachte VE in 1000 EUR	durch die 2007 ausgebrachte VE in 1000 EUR	Gesamtbelastung in 1000 EUR
2007	23.600	3.000	—	26.600
2008	4.300	2.500	29.500	36.300
2009	900	2.500	37.980	41.380
2010	—	500	32.880	33.380
2011 ff.	—	—	30.150	30.150
Summe	28.800	8.500	130.510	167.810

Zu 812 64

Ersteinrichtungskosten (Teil 3 der Gesamtkosten) bei großen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten.

Zu 821 64

Baugrundstückskosten (Teil 1 der Gesamtkosten) bei großen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten.

E R L Ä U T E R U N G E N

Zu Titelgruppe 66

Gesamtkosten	2 593 Tsd. EUR
Erschließungs- und Baukosten	2 168 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	425 Tsd. EUR

Der kommunale Baukostenzuschuss beträgt 1.000 Tsd. EUR.

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2011 Hochbauangelegenheiten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006 1000 EUR	Ansatz 2007 1000 EUR	Ansatz 2006 1000 EUR	+ = mehr – = weniger 1000 EUR	Ist 2005 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 2011					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		702	1.706	–1.004	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	200	–200	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		1.200	4.000	–2.800	
		Summe der Einnahmen		1.902	5.906	–4.004	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	39.766	40.261	–495	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	78	78	—	
		7 Baumaßnahmen	130.510 8.500	45.854	54.590	–8.736	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	5.108	4.764	+344	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	130.510 8.500	90.806	99.693	–8.887	
		Zuschuss		88.904	93.787	–4.883	

E R L Ä U T E R U N G E N

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2007 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2006	+ = mehr – = weniger	Ist 2005
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 20					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		702	1.706	–1.004	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	200	–200	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		1.200	4.000	–2.800	
		Summe der Einnahmen		1.902	5.906	–4.004	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	—	39.766	40.261	–495	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	78	78	—	
		7 Baumaßnahmen	130.510 8.500	45.854	54.590	–8.736	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	5.108	4.764	+344	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	130.510 8.500	90.806	99.693	–8.887	
		Zuschuss		88.904	93.787	–4.883	